Digitized by Google

Probe-Nummer.

Der freie Staatsbürger.

Ein Volksblatt aus Franken.

Nr. 1. **Nürnberg, 20. April** **1848.**

Erscheint jeden Dienstag, Donnerstag und Samstag, und kann durch alle Postämter bezogen werden.
Preis für das laufende Vierteljahr bis Ende Juni 36 Kr., von da ab vierteljährig 45 Kr.
Einrückungsgebühr 2 Kr. für die Zeile. — Einzelne Nummern à 3 Kr.

Das Volksblatt.

Jetzt ist's an der Zeit, denken wir, ein Volksblatt zu schreiben, denn das Volk gilt wieder etwas, und will's Gott, soll es das Heft, das es in die Hand bekommen, sich nicht wieder entwinden lassen. Aber es muß aufmerken, es muß lernen mögen, und die, welche es gut mit ihm meinen, müssen es belehren und aufklären über seine neuen Rechte, und über die Mittel, sie fest zu halten und immer weiter auszubilden. Es ist jetzt eine neue Zeit über Deutschland gekommen, über'm Rhein drüben ist ein Thron zusammengestürzt, und die Erschütterung hat sich fortgepflanzt zu uns herüber, wo die Throne wenigstens stark wankten und nur mit Mühe sich wieder ein wenig befestigen lassen, und zwar eben nur durch die Männer des Volks, welche früher von den Königen verfolgt, in den Kerker geworfen und geächtet wurden, und die jetzt feurige Kohlen auf dem Haupt ihrer Feinde sammeln. Es ist ein schöner und rührender Anblick, und es liegt eine tiefe Lehre darin, wenn wir sehen, wie die Sache der Fürsten jetzt nur noch von Männern gehalten werden kann, welche einst grausam von diesen nämlichen Fürsten bedrängt worden sind. Wer denkt dabei nicht an Jordan, der so lange Jahre, ungerecht verurtheilt, im Kerker saß und der nun vor ein paar Wochen so gewaltig viel dazu beitrug, um demselben Kurfürsten seinen Thron zu erhalten, der ihn so hart verfolgt hatte; an Welcker, der auch vom Großherzog von Baden abgesetzt und in langwierige Untersuchung gezogen worden war, und der sich jetzt so viele Mühe gibt, um den badischen Thron zu retten; an Eisenmann, der 15 Jahre lang im Gefängniß saß und jetzt doch so gar warm für das Königthum spricht? Es ist schön und rührend von diesen Männern, aber sie sollen nur nicht vergessen, daß die Fürsten um des Volkes, und nicht das Volk um der Fürsten willen da ist.

Welch' ein Wandel in wenigen Wochen! Vor zwei Monaten war Deutschland noch ein „geographischer Ausdruck", d. h. es gab nur ein Preußen, ein Oesterreich, ein Bayern u. s. w., jetzt fühlt sich jeder Deutsche als ein Bürger eines großen Volkes von mehr als 30 Millionen und in wenigen Tagen tritt eine deutsche Nationalversammlung zusammen, um ein Recht und ein Gesetz, um eine Reichsverfassung für das ganze deutsche Vaterland festzustellen. Die Fürsten und ihre Diener, die Diplomaten, hatten uns zerstückt und getrennt; die Einigung aber, die endlich nach langer Schmach zur Wahrheit gewordene Einheit ist das Werk des Volkes.

Noch vor wenigen Wochen waren wir geknechtete, bevormundete, nur auf willenlosen Gehorsam angewiesene Unterthanen. Wir wurden gehudelt und durften nicht mucksen, wir wurden mishandelt und sollten die Hand noch küssen, die uns schlug. Jetzt sind wir Staatsbürger, freie Staatsbürger, wir haben Rechte, wir brauchen uns nicht mehr hudeln und mishandeln zu lassen. Und daß es so gekommen, ist wiederum das Werk des Volkes.

Der schönste Ehrentitel, den kein Fürst, den nur das Volk sich selbst ertheilen kann, ist es, Bürger eines freien Staates, freier Staatsbürger zu sein. Halten wir ihn fest, diesen Titel, und wachen wir eifersüchtig darüber, daß Niemand ihn uns wieder entreiße. Wie wir

ihn uns selbst erworben, so können auch nur wir ihn **uns** erhalten.

Dazu will dieses Volksblatt auch ein wenig mithelfen, indem es sich zur Aufgabe macht, zu zeigen, wie **ein** freier Staatsbürger denken, wie er handeln und wirken **soll**, zu kämpfen für die Rechte des Volks, zu brandmarken **jeden** Versuch, die Volksfreiheiten zu verletzen. Verbreitung politischer Aufklärung, Besprechung der wichtigen Zeitfragen, Belehrung über das, was dem Volk Noth thut, Beseitigung dessen, was das Volk drückt, das werden wir mit allen unsern Kräften anstreben. In einer Zeit, welche auf Jahrhunderte hinaus entscheidend ist, von deren glücklicher Benützung das Wohl unserer spätesten Enkel abhängt, wollen auch wir unsere belehrende, warnende, ermunternde Stimme erheben, um dazu beizutragen, daß nach der langen Nacht der Schmach, der Knechtschaft und Noth ein heitrer Morgen des Ruhmes, der Freiheit und des Behagens über Deutschland anbreche.

Alle gerechten Wünsche und Beschwerden des Volkes, alle für die Sache der Freiheit und des Volkswohles wichtigen Mittheilungen finden in unsern Blättern unter der Ueberschrift: **Stadt- und Landschau** bereitwillige Aufnahme. An alle Freunde des Volkes richten wir die Aufforderung, uns hierin zu unterstützen.

Die politische Weltlage werden wir in kurzen Abrissen darstellen, da eine ausführliche Schilderung der Tagesereignisse unserm Hauptzweck nicht entspricht und mit dem Raum des Blattes sich nicht verträgt.

Durch Lebensbeschreibungen berühmter und verdienter deutscher Freiheitsmänner werden wir, so oft wir Raum dazu finden, die Vaterlandsliebe und den Freiheitssinn des Volkes anzuregen und zu begeistern suchen.

Weitere Verheißungen und Auseinandersetzungen ersparen wir uns. Unser Blatt möge sprechen, und der Leser urtheilen.

Die Reichstags-Wahlen.

Die Wahlen für den Reichstag, welcher die künftige Verfassung des gesammten deutschen Vaterlandes feststellen soll, werden in wenigen Tagen beginnen. Die ganze Zukunft Deutschlands hängt von diesen Wahlen ab. Seit es eine deutsche Geschichte gibt, hat das Volk noch nie eine so hochwichtige Aufgabe zu lösen gehabt; und kaum erst aus den Banden der Unterdrückung und Erniedrigung entlassen, muß es so unvorbereitet an die Lösung dieser Aufgabe gehen. Aber dennoch hoffen wir, daß es die Probe bestehen werde. Liegt ja doch in der noch frischen Erinnerung an die kaum vergangene Knechtschaft ein mächtiger Sporn, um gegen einen Rückfall in diese nämliche Knechtschaft, auf den so Viele begierig lauern, auf seiner Hut zu seyn. Und dann — man redet zwar viel von der politischen Unreife des Volkes, und wie bisher die Unterdrücker desselben diese angebliche Unreife als Vorwand benützten, um ihm alle und jede Freiheit zu verweigern, so stimmen jetzt die angeblichen Freunde des Volks dieses Lied an, aber wir glauben nicht daran, wir halten das Volk nicht für so unreif, als man es darstellen möchte, und wir hoffen, das Volk wird dieß durch die That beweisen. Das Volk wird seine Feinde kennen, und vor seinen falschen Freunden wollen wir es warnen.

Das Wahlgesetz für den Reichstag oder die allgemeine deutsche Volksvertretung ist erschienen. Wir hätten es freisinniger gewünscht, und mit uns viele Bayern; freisinniger in mehr als einer Beziehung. Trotz der beklagenswerthen Mängel dieses Wahlgesetzes aber hoffen wir auf ein gutes Ergebniß. Das bayerische Volk wird entschieden freisinnige Wahlmänner und durch diese entschiedene Volksmänner zu Abgeordneten in die deutsche Volksvertretung nach Frankfurt wählen. Schon in dem Wort Volksmänner liegt, daß Beamte und Staatsdiener, deren Hauptgeschäft bisher war, das Volk zu bevormunden, ihm alle Selbstthätigkeit, alle freie Bewegung unmöglich zu machen, von der Wahl ausgeschlossen sein müssen. Die große Mehrzahl dieser Herren sieht den neuen Geist, der durch Deutschland weht, mit Verdruß; und wenn sie auch noch so liberal thun, auch noch so volks- und bürgerfreundlich sich gebärden, es ist ihnen nicht Ernst; sie lauern nur auf eine Gelegenheit, um uns wieder in die alten Fesseln zu schlagen. Ja selbst wenn sie aufrichtig zu dem neuen Bau mitwirken wollten, sie vermöchten es nicht; sie sind durch lange Gewohnheit so fest gerannt in dem alten System freiheitsfeindlicher Volksbevormundung, daß sie davon gar nicht ablassen **können**. Also vor allen Dingen keine Beamte, keine Mitglieder jener Kaste, welche man die Bureaukratie nennt! Wählet dagegen Männer, welche Euch Beweise ihrer volksfreundlichen Gesinnung gegeben haben durch den entschiedenen Kampf gegen die finstern Mächte, welche bisher jede freiere Regung unterdrückten, Männer, deren Geist noch frisch, noch nicht durch eingeschluckten Aktenstaub verdorrt ist, wählet jüngere, freiheitsmuthige Männer, Aerzte, Künstler, Gelehrte, Oekonomen, Männer jedes andern freien Berufes, wenn sie nur ein Herz haben für das Volk, wenn sie nur den Verstand und den frischen Muth haben, um mit der Vergangenheit zu brechen und auf den Trümmern des alten Wesens einen neuen, wohnlicheren Bau aufzuführen, in welchem alle die Rechte Platz finden, die uns theils von den Fürsten, insbesondere aber von jener Versammlung deutscher Volksmänner bereits

zugesichert sind, welche vor einigen Wochen in Frankfurt versammelt waren.

Das ist die Hauptsache, daß wir nichts mehr von dem verlieren, was uns versprochen worden ist; und das sei das politische Glaubensbekenntniß, welches Ihr von den Bewerbern um die Abgeordnetenstellen zur deutschen Volksvertretung Euch ablegen lassen sollt, daß sie nach allen ihren Kräften darnach streben wollen, dem deutschen Volke die gesetzliche Sicherung folgender, bereits zugesagter Güter zu verschaffen: Trenhung der Kirche vom Staate, volle unbedingte Preßfreiheit, Gleichstellung der politischen Rechte aller Staatsbürger ohne Unterschied des Glaubensbekenntnisses, des Standes oder Besitzes, freies Recht, Vereine zu bilden, Petitionsrecht, freie, volksvertretende Landesverfassung mit entscheidender Stimme der Volksabgeordneten in der Gesetzgebung und Besteuerung und mit Verantwortlichkeit der Minister, Gerechtes Maß der Steuerpflicht nach der Steuerkraft (Einkommensteuer), Allgemeine Volksbewaffnung, Schutz der persönlichen Freiheit, Schutz gegen Justizverweigerungen, Unabhängigkeit der Justiz, Oeffentlichkeit und Mündlichkeit der Rechtspflege mit Schwurgerichten in Strafsachen, Fürsorge für die Lage der arbeitenden Klassen, Aufhebung aller Standesprivilegien. Wer nicht mit voller Freudigkeit und Entschiedenheit für die umfassende Verwirklichung dieser Güter thätig sein kann, der ist kein Mann des Volkes, kein Mann unserer Zeit. In dieser Beziehung müßt Ihr eine bestimmte Zusage von Eurem Abgeordneten haben, ehe Ihr ihm Eure Stimmen gebt.

Weiter aber sollt Ihr ihm keine Verpflichtungen auferlegen, und das Uebrige seinem Gewissen und seiner Einsicht überlassen. Ueber die Form, welche Deutschland's Regierung für die Zukunft haben soll, wird die Volksvertretung in Frankfurt entscheiden und sie wird sich bei der Entscheidung hierüber durch die Ereignisse, deren Gang Niemand vorauszusehen vermag, und durch die Rücksicht auf die deutsche Einigkeit bestimmen lassen. Tausende die jetzt für die größte Ausdehnung der Volksfreiheiten sprechen, wären noch vor 8 Wochen ganz anderer Ansicht gewesen. Ihre Meinung änderte sich, weil gewaltige Ereignisse hereinbrachen und diese Aenderung als nothwendige Folge mit sich brachten. Man muß Niemand einen Zwang anlegen im Urtheil über Dinge, über die das Urtheil mit den Ereignissen nothwendig wechseln muß. Ein solches Verfahren würde nur zur Heuchelei und Lüge führen. Es droht jetzt Mode zu werden, daß man geschäftig überall nach „Republikanern" spürt, d. h. jeden freisinnigen, von der Würde eines freien Staatsbürgers durchdrungenen Mann als einen Republikaner verschreit und ihm die Absicht Schuld gibt, er habe es auf den Umsturz alles Bestehenden, auf Raub und Plünderung abgesehen. Hinter diesen Verleumdungen und Verdächtigungen lauert die Reaktion, d. h. das Bestreben, dem Volk einen guten Theil dessen wieder zu entziehen, was man ihm in der ersten Angst bewilligt hatte. Jeder wahrhaft freie und gute Bürger ist im Grunde in seinem Herzen Republikaner, d. h. er hat bei Allem, was er thut, nur den Staat, nur das Volk, nur das Allgemeine im Auge, nicht einen Beamten, einen Fürsten oder König. Aber eine andere Frage ist es, ob der, welcher im Herzen Republikaner ist, auch sofort für die Einführung der republikanischen Staatsform stimmen kann. Dieß ist eine Frage, die nur durch die Ereignisse entschieden werden kann. Wir unseres Theils halten die Frage: ob Monarchie ob Republik für eine bloße Formfrage, über die man nur nach Maßgabe der Zeit und der Umstände entscheiden kann. Entscheiden sich die deutschen Volksvertreter für die Monarchie — gut, wir werden die Monarchie unterstützen, so lange uns nicht ein einziges jener Rechte, die uns zugesagt sind als das „geringste Maaß deutscher Volksfreiheit," entzogen, beschränkt oder verkümmert wird; würden sie sich, durch die Ereignisse bestimmt, für die Republik entscheiden, — wir würden keinen Widerstand dagegen leisten, denn wir wissen, und haben es in Republiken gesehen, daß es eine Verleumdung ist, wenn man sagt, die Republik sei gleichbedeutend mit Unordnung, ja mit Raub und Eigenthumsverletzung, wir haben es mit Augen gesehen, daß in Republiken von Behörden, die vom Volk gewählt worden, die Ordnung besser gehandhabt wurde, als in Staaten mit Königen von Gottes Gnaden. Wie gesagt, die Frage: ob Monarchie ob Republik ist eine Formfrage. Die Form wechselt, das Volk bleibt. Das ist unsere Meinung, die Meinung von Männern, welche ihr Vaterland ebenfalls lieben, wenn sie auch nicht 15 Jahre im Kerker saßen, die in der Monarchie nie vor einem Könige oder seinen besternten Bedienten krochen, in einer Republik nie nach Stellen und Aemtern jagen würden, die Ansicht von Männern, welche für sich nur zwei Güter in Anspruch nehmen: die Freiheit der Meinung und die Unabhängigkeit.

Der Nürnberger politische Verein.

Am 12. April wurde in Nürnberg ein politischer Verein gegründet, dessen Statuten in der nächsten Nummer unseres Blattes veröffentlicht werden. Derselbe hat in unserm „Volksblatt" sein Organ. Sein Programm lautet:

Die faktische Gewährung des Vereinigungsrechtes, dieses hochwichtigen Elementes im Leben freier Völker, hat hier einen politischen Verein ins Leben gerufen. Offen und rückhaltslos sprechen wir die Grundsätze aus, von welchen derselbe getragen sein soll. Die bisherige Verfassung Deutschlands, das ist unsere Ueberzeugung, kann keinen Anknüpfungspunkt bieten

für die Gestaltung seiner Zukunft. Das Alte muß als abgethan betrachtet, auf neuen Grundlagen muß ein neuer Bau aufgeführt werden, und nur das Volk kann der Baumeister sein. In den Grundrechten, welche das Frankfurter Vorparlament „als geringstes Maaß deutscher Volksfreiheit" aufgestellt hat, erkannten wir die Wünsche und Forderungen des gesammten deutschen Volkes, in der Nationalversammlung, welche aus der freien Wahl des Volkes hervorgehen wird, anerkennen wir zum Voraus dasjenige Organ, welches allein über die zukünftige Reichsverfassung Deutschlands zu entscheiden und jene Grundrechte zu voller und umfassender Verwirklichung zu bringen hat. Diese Grundrechte, als da sind: volle Preßfreiheit, freies Vereinigungsrecht, Gleichstellung der politischen Rechte ohne Unterschied des Glaubensbekenntnisses, des Standes oder des Besitzes, allgemeine Volksbewaffnung, Ministerverantwortlichkeit, Oeffentlichkeit und Mündlichkeit der Rechtspflege mit Schwurgerichten ꝛc. versetzen die Gewalt im Staate in das Volk und sanktioniren den Grundsatz der Volkssouveränetät, diese große Errungenschaft der neuen Zeit, dieses einzig vernunftgemäße Princip im Staatsleben. Wir adoptiren zu allgemeiner Bezeichnung dieses Princips und zugleich zur Charakterisirung des Geistes, in welchem unser Verein zu wirken gedenkt, den Ausdruck, durch welchen auch das Frankfurter Vorparlament, durch welchen selbst die Bundestagsgesandten Jordan und Welcker die neuzugestaltende Zukunft Deutschlands bezeichnet haben, den Ausdruck „demokratisch." Ob die republikanische oder die monarchisch-constitutionelle Regierungsform zu wählen sei, ob ein Fürst oder ein Präsident an der Spitze des Reichs und der einzelnen Staaten die Beschlüsse der Volkskammer zu vollziehen haben, das dünkt uns eine untergeordnete Formfrage, und zum Voraus unterwerfen wir uns hierin der Entscheidung der Nationalversammlung, wenn nur jene Grundrechte und Freiheiten zu voller und ungeschmälerter Verwirklichung gelangen. Aber auch schon der Versuch, ein einziges jener Grundrechte wieder zu entziehen, zu beschränken, zu verkümmern oder illusorisch zu machen, würde, das ist unsere entschiedene Ueberzeugung, als ein Hohn gegen den laut ausgesprochenen Willen einer großen, zum Bewußtsein ihrer Stärke gelangten Nation, zu gewaltsamen Umwälzungen führen müssen und sich furchtbar rächen an den unverbesserlichen Volksverächtern. — In einer solchen Zeit des Abbruchs und Neubau's, wo das Alte in Trümmer stürzt und das Neue unter Kämpfen gegen die selbstsüchtigen Anhänger der Vergangenheit sich aufbaut, ist das feste Aneinanderschließen aller freisinnigen Staatsbürger ein allenthalben tief gefühltes Bedürfniß. Es bedarf der Wachsamkeit, um reaktionären Gelüsten, wo immer sie hervorzubrechen wagen, kräftig entgegenzutreten, und denjenigen, welche den Anbruch einer neuen Zeit ignoriren möchten, zu zeigen, daß sie nicht mehr willenlos gehorchende Unterthanen, sondern freie Staatsbürger vor sich haben; es bedarf insbesondere einer entschiedenen geeinten Thätigkeit aller wahren Volksfreunde, um politische Bildung, um Aufklärung über die neu errungenen Rechte und den davon zu machenden Gebrauch im Volke zu verbreiten, um das Volk zu warnen und zu schützen vor den Bestrebungen seiner offenen Feinde, wie vor den Verführungen seiner falschen Freunde. Nicht einzeln und getrennt, nur im Verein mit Gleichgesinnten läßt sich mit Erfolg für diese Zwecke wirken und kämpfen. Deshalb hat sich unser Verein gebildet und es sich zur Aufgabe gesetzt, hiefür thätig zu sein in Rede und Schrift. Seine Versammlungen, in denen die politischen Tagesfragen, die allgemeinen staatsbürgerlichen Rechte und Interessen in freier Besprechung erörtert werden, stehen Jedermann offen, der das 21. Jahr zurückgelegt hat und unbescholtenen Rufes ist. In einem hier erscheinenden Volksblatt wird ein Organ für den Verein erstehen und zur Vermittlung seiner Wirksamkeit dienen. Der Verein wird mit auswärtigen Vereinen ähnlicher Richtung in Verbindung treten, um eine einheitliche Wirksamkeit aller der gleichen Fahne Dienenden, so viel an ihm liegt, zu ermöglichen. Dieß unsere Grundsätze, unsere Bestrebungen, unsere Mittel. Einigung thut Noth, Einigung und Wachsamkeit. Noch lebt der Feind unserer jungen Freiheit und lauert auf eine Gelegenheit, um die kaum gesprengten Ketten uns wieder anzulegen. Nur die Heranbildung des Volkes zu politischer Reife kann seine Pläne vereiteln, und die Freiheit befestigen. Einigt Euch also, seid wachsam und thätig. Unsere Losung sei: Alles für das Volk, Alles durch das Volk!

Zur Nachricht.

Heute Mittwoch 19. April Abends 8 Uhr Versammlung des politischen Vereins im Gasthof zum rothen Hahn.

Da „der freie Staatsbürger" eine große Verbreitung, insbesondere auch unter dem Landvolke erhalten wird, so eignet sich derselbe vorzugsweise zu Inseraten. Es wird indessen ein für alle Male bemerkt, daß Einsendungen unsittlichen Inhalts oder Antastungen der Privat-Ehre, welche der Redaktion nicht vollkommen gerechtfertigt erscheinen, unter keinen Umständen Aufnahme finden.

Verantwortlicher Redacteur **Gustav Diezel** (S. 486.) Verlag von **Friedrich Campe.**
Druck der Campe'schen Officin.

Der freie Staatsbürger.

Ein Volksblatt aus Franken.

Nr. 2. **Nürnberg, 22. April** **1848.**

Erscheint jeden Dienstag, Donnerstag und Samstag, und kann durch alle Postämter bezogen werden.
Preis für das laufende Vierteljahr bis Ende Juni 36 Kr., von da ab vierteljährig 45 Kr.
Einrückungsgebühr 2 Kr. für die Zeile. — Einzelne Nummern à 3 Kr.

Die Nürnberger Wahl.

Nürnberg, 20. April. Die gestrige Versammlung des politischen Vereins war die bewegteste, die derselbe in seinem kurzen Bestehen erlebt, und in ihren Ergebnissen sehr wichtig. Den Hauptgegenstand bildete die Wahl nach Frankfurt. Eine von Dr. Eisenmann inspirirte Partei hat seit 14 Tagen mit ungeheurer Rührigkeit das Volk in dem sogenannten „monarchisch-constitutionellen" Sinne bearbeitet. Die Masse von Traktätchen, Eisenmann'schen Berichten, politischen Catechismen und Flugblättern, womit das Volk überschwemmt wurde, darf man nicht nach Tausenden, sondern nach Hunderttausenden zählen. Die Partei befand sich natürlich dabei in ihrem vollkommensten Rechte. Wo politisches Leben ist, da ist Kampf der Meinungen und Parteien. Indessen war die Waffe, welche der Eisenmann'schen Partei in ihren verschiedenen Schattirungen von ihrem Helden in die Hand gegeben wurde, eine, wir scheuen uns keineswegs das Wort auszusprechen, unredliche. Man brachte die Schlagwörter: „monarchisch-constitutionell" und „republikanisch" auf, die freilich den Zwecken der Partei die besten Dienste zu erweisen schienen. Man durfte nur die Republik als gleichbedeutend mit Communismus und Umsturz alles Bestehenden darstellen, um auf die Beistimmung aller Freunde der Ordnung und Ruhe zu rechnen. Wer nicht unbedingt zu Allem, was im Sinne der Partei lag, Ja sagte, der wurde sofort als „Republikaner", d. h. Communist, Anarchist, Räuber ꝛc., außer dem Gesetz erklärt. Seine Spitze erreichte dieses Verdächtigungs- und Wahlbeherrschungssystem in einer Rede eines Professors an der polytechnischen Schule hier, der in der gestrigen Volksversammlung im Catharinensaale alles Ernstes den Vorschlag machte, es solle bei Abgabe der Wahlzettel Jedermann gehalten sein, bei seiner Unterschrift zu bemerken, ob er Constitutioneller oder Republikaner sei, die Wahlzettel derjenigen aber, welche diesen Beisatz unterließen, sollten ungiltig sein. Hiemit war die Grenze des Lächerlichen überschritten. Ich habe die Waffe, welche der Partei in diesen Schlagwörtern gegeben wurde, eine unredliche genannt. Denn diejenigen, welche diese Schlagwörter aufbrachten, mußten wissen, daß die Frage: ob constitutionelle Monarchie, ob Republik eine reine Formfrage sei; sie mußten wissen, daß das deutsche Vorparlament, auf dessen große Majorität sie sich unausgesetzt berufen, mit aller Entschiedenheit für die deutsche Nationalversammlung allein das Recht in Anspruch genommen, über jene Frage zu entscheiden; sie mußten wissen, daß jene Majorität des Vorparlaments keineswegs für eine Form der Monarchie im Sinne Eisenmanns, die derselbe doch für die einzig mögliche hält, sondern in jedem Fall nur für eine auf republikanische Institutionen gestützte Monarchie war (Ausdrücke von Welcker und Jordan); sie mußten endlich wissen, daß die Entscheidung für Einführung oder Nichteinführung einer republikanischen Staatsform im gegebenen Fall nicht durch vorher übernommene Verpflichtungen, sondern einzig und allein durch die Erwägung der augenblicklichen Umstände und Ereignisse bedingt ist. Deshalb habe ich das Aufbringen dieser Schlagwörter ein unredliches genannt. Daß die Reaktion sich derselben bemächtigte, war klar, in die Augen springend. Wer will heutzutage nicht constitutionell sein? Wer würde es wagen, sich als einen Anhänger des Absolutismus zu bekennen? Auch darf man nur den Theil der Presse ins Auge fassen, der Herrn Eisenmann und die „constitutionelle" Sache am wärmsten empfiehlt. Es ist die Presse, welche vor Metternich am hündischsten gewedelt, vor dem alten System am ehrlosesten gekrochen. Wem nur immer die Freiheit und der Fortschritt verhaßt, der klammert sich in krampfhafter Verzweiflung an das immer

wieder hervorgehobene Volksmärtyrerthum Eisenmanns und an das constitutionelle Princip an. Man ließ von Seite der entschiedenen Freisinnigen die Partei agitiren, in der Ueberzeugung, die Agitation werde sich durch Uebertreibung selbst abnutzen, die Partei werde selbst das Geschäft übernehmen, sich in der öffentlichen Meinung hinzurichten. Diese Ueberzeugung scheint sich zu bewahrheiten. In der zahlreich besuchten Versammlung des politischen Vereins sprach man sich gestern mit Einhelligkeit gegen die Wahl Eisenmanns zum Abgeordneten nach Frankfurt aus. Mit Einhelligkeit, denn einige Freunde des Herrn Dr. Eisenmann, welche eigens dazu gekommen zu sein schienen, sich desselben anzunehmen, fanden auch nicht den mindesten Anklang, obwohl ihnen die Redefreiheit ungeschmälert blieb. Nicht als hätte der Redner gegen Eisenmann die Versammlung etwa von einer für Herrn Eisenmann günstigen Meinung zu einer ihm ungünstigen überredet, sondern es war Jedermann klar, daß er nur aussprach, was jeder in der Versammlung auf dem Herzen hatte, daß er nur den allgemeinen Gefühlen Worte gab. Es wurde sofort als Candidat für die Abgeordnetenstelle nach Frankfurt Dr. Lunckenbein von dem Verein aufgestellt, der sich unter Ablegung seines politischen Glaubensbekenntnisses zur Annahme der Wahl bereit erklärte. Als erster Ersatzmann wurde Buchhändler Julius Merz vorgemerkt; als zweiter Herr Dr. Ghillany vorgeschlagen und beschlossen, denselben zur Ablegung seines politischen Glaubensbekenntnisses in die nächste Versammlung des Vereins einzuladen. Alsdann unterwarf man die von dem hiesigem Comité für Volksversammlungen entworfene Liste von Wahlmännern einer Revision und beschloß, ebenfalls eine Liste entschieden freisinniger Wahlmänner zu veröffentlichen.

Dieß war das Ergebniß des Abends. Wir sind weit entfernt, dasselbe für einen bereits errungenen Sieg zu nehmen. Doch, mag auch die Wahl ausfallen wie sie wolle, das werden wir sagen dürfen: Wenn eine Versammlung von 300 freisinnigen Männern sich mit solcher Entschiedenheit gegen die Erwählung eines Mannes ausspricht, dann hat wohl die Popularität desselben ihren Höhepunkt erreicht.

Der Nürnberger politische Verein.

Die Statuten des Vereins sind folgende:

§. 1. Der politische Verein, der unterm 12. April gegründet wurde, hat den Zweck, auf politische Bildung des Volkes und Aufklärung desselben über seine neuerrungenen Rechte in demokratischem Sinne hinzuwirken.

§. 2. Zu diesem Behufe wird der Verein nicht nur regelmäßige Versammlungen abhalten, in denen die politischen Tagesfragen in freier Berathung besprochen werden sollen, sondern es wird derselbe auch mit auswärts bestehenden Vereinen gleicher Richtung in Verbindung treten, so wie auf Gründung ähnlicher Vereine an andern Orten des deutschen Vaterlandes hinarbeiten.

§. 3. Der Zutritt zu den Versammlungen des Vereins steht Jedermann frei, der das 21ste Jahr zurückgelegt hat und unbescholtenen Rufes ist.

§. 4. Wirkliches Mitglied ist derjenige, welcher in die Liste des Vereins eingezeichnet ist.

§. 5. Diejenigen, welche, ohne bereits Mitglieder des Vereins zu sein, an den Versammlungen desselben Theil zu nehmen wünschen, haben blos ihren Namen und Charakter bei dem jeweiligen Vorsitzenden anzugeben; sie können an allen Besprechungen Antheil nehmen, ohne jedoch stimmberechtigt zu sein. Wer mehreren Versammlungen beigewohnt hat, wird zur Einzeichnung in die Listen des Vereins aufgefordert. Wünscht er diese Einzeichnung, so hat er sie durch ein Mitglied des Vereins zu bewerkstelligen.

§. 6. Der Verein wählt aus seiner Mitte nach Stimmenmehrheit einen Ausschuß, dem die Vorbereitung der in den Plenarversammlungen zur Sprache kommenden Gegenstände obliegt. Demselben bleibt es vorbehalten, weitere Mitglieder des Vereins zu seinen Berathungen beizuziehen.

§. 7. Der Ausschuß wird auf 4 Wochen gewählt. Die Mitglieder desselben sind wieder wählbar; in ununterbrochener Reihenfolge kann kein Mitglied dreimal im Ausschuß sitzen.

§. 8. Die Leitung der Versammlungen liegt einem vom Ausschuß für jede Versammlung zu bezeichnenden Vorsitzenden ob. Derselbe hat die parlamentarische Ordnung zu handhaben. Von Vorträgen und Vorschlägen, die von einzelnen Mitgliedern im Verlauf der Verhandlungen vorgebracht werden wollen, ist der jeweilige Vorsitzende in Kenntniß zu setzen, damit er dem Antragsteller das Wort geben kann. Bei Beschlußfassungen entscheidet absolute Stimmenmehrheit.

§. 9. Bestimmte Beiträge werden vorläufig nicht erhoben. Die erwachsenden Kosten werden von dem Ausschusse bestritten und durch Umlage von den Vereinsmitgliedern erhoben.

Die von dem Nürnberger politischen Verein beschlossene Adresse an den König lautet:

Als Ew. Königl. Majestät Allerhöchster Vater, entsprechend den Wünschen des bayrischen Volks, die Stände des Reichs auf den 16. Merz einberufen hatte, gab sich dasselbe der Hoffnung und Ueberzeugung hin, daß diese Ständeversammlung ausschließlich das in der Königl. Proklamation vom 6. Merz verheißene neue Wahlgesetz zu berathen hätte

und dann aufgelöst werden würde, um den neugewählten wirklichen Vertretern des Volks Platz zu machen.

Leider täuschte sich das treue Volk der Bayern hierin, und wir halten es daher als wohlgesinnte, das Wohl des Vaterlands allein im Auge habende Männer, für unsre Pflicht, Ew. Königl. Majestät im Nachstehenden unsre Wünsche vorzutragen:

„Eine neue Richtung hat begonnen, eine andre, als die in der Verfassungsurkunde enthaltne", diese denkwürdigen Worte Ew. Königl. Vaters Majestät haben den lautesten Widerhall in jedes Bayern Herz gefunden. Neue volksthümliche Institutionen sollen jetzt auf dem Grunde der Volksfreiheit ein Band zwischen Fürst und Volk schlingen, das auch den heftigsten Stürmen der Zeit trotzen möge.

Gerade die II. Kammer der Stände des Reichs, als berufen, die Wünsche des Volks zu vertreten, sollte der treue Ausdruck der neuen Zeitrichtung sein.

In den heftigen Stürmen der jüngsten Vergangenheit war dieß schon einmal, und zwar vom Throne selbst erkannt und die Auflösung der Kammern beschlossen worden, allein ruhigere Ueberlegung ließ alsbald erkennen, daß die Mitwirkung derselben für den Augenblick eine Nothwendigkeit sei, um einen schnellen und gesetzlichen Uebergang in die sich rasch neu gestaltenden Verhältnisse zu erzielen.

Diesen Uebergang vorzubereiten, erschien wohl als das Wesentlichste das neue Wahlgesetz für die II. Kammer. Hieran mußte sich wegen des Dranges der Umstände das Wahlgesetz für das deutsche Parlament anreihen. Aber damit sollte auch die Wirksamkeit der bisherigen Kammer geschlossen sein, indem sie das Vertrauen des Landes nicht genießt und dieß zwar schon nach der Art und Weise ihrer Entstehung.

Gewählt zu einer Zeit, in welcher Bayern in einen künstlichen Schlaf politischer Gleichgültigkeit versenkt war und in welcher man durch direkten oder indirekten Einfluß fast alle diejenigen Männer, welche ihre Unabhängigkeit und freie Gesinnung wahrten, auszuschließen wußte, repräsentirt die gegenwärtige Kammer in ihrer überwiegenden Mehrzahl eine Partei, welche, außer in der Kammer selbst, in der Nation gar nicht mehr existirt. Als hiezu noch in neuster Zeit die besten und gesinnungstüchtigsten ihrer Mitglieder unmittelbar an die Seite des Throns gerufen wurden, mußte sich die Intelligenz der Kammer auf ein Minimum reduziren!

Die gegenwärtige II. Kammer ist aber auch schon nach ihren gesetzlichen Bestandtheilen nicht mehr geeignet, Ausdruck des Willens des bayrischen Volkes zu sein, da sie das Prinzip der Vertretung der einzelnen Stände und ihrer Interessen zur Grundlage hat, während die jetzige Zeit Vertretung des Volks im Interesse des Gesammtwohls dringend erheischt.

Wird aber, wie wir das volle Vertrauen hegen, den Wünschen des Volks völlige Rechnung getragen und eine neue Kammer, auf freisinnigen Prinzipien gebaut, zusammenberufen, so drängt sich unwillkürlich die Frage auf: Wird eine solchermaßen neugestaltete Kammer, mit dem Rechte der Initiative zur Seite, sich nicht verpflichtet und gedrungen fühlen, die wichtigsten und in alle Verhältnisse der Bürger tief eingreifenden Gesetze, welche die scheidende Kammer noch kurz vor ihrem Austreten berathen, oder auch nur in ihren Ausschüssen begutachtet hat, wiederum abzuändern und werden auf diese Weise nicht Gesetze entstehen, welchen man nur Dauer für ein Jahr oder für Monate zusichern kann?

Das Mistrauen, welches das Volk in die gegenwärtige II. Kammer setzt, findet aber seine schlagendste Rechtfertigung darin, daß dieselbe, von der vom Vorparlamente in Frankfurt angerathnen direkten Wahl zum künftigen deutschen Parlament abweichend, eine indirekte Wahl und Ausschließung vieler Staatsbürger von der aktiven Wahlfähigkeit zum Beschlusse erhob. Das Volk der Bayern hatte erwartet, daß wenigstens hinter dem preußischen Wahlgesetze nicht zurückgeblieben werde. Allein die Kammer hat das Volk nicht für reif genug hiezu erachtet. Die Zukunft wird diese Ansicht glänzend widerlegen.

Gestützt auf die im Vorstehenden mit dem Freimuthe des deutschen Mannes vorgetragenen Gründe, stellen wir daher an Ew. Königl. Majestät die allerunterthänigste Bitte:

die gegenwärtige II. Kammer unmittelbar nach Berathung und Sanktionirung des neuen Wahlgesetzes aufzulösen.

Stadt- und Landschau.

Rothenburg ob der Tauber 16. April. Es hat sich hier bereits ein Wahlcomité für die deutschen Reichstags-Wahlen gebildet, das den Advokaten Kernl als Wahlcandidaten und den Rektor Dr. Bensen als Ersatzmann aufstellt. Es sollte uns inzwischen Wunder nehmen, wenn nicht der Letztere, der Verfasser mehrerer ausgezeichneter Geschichtswerke und ein insbesondere in die deutsche Geschichte tief eingeweihter Mann, sei es in Rothenburg, oder in einem andern Wahlbezirk in erster Linie als Abgeordneter in die deutsche Nationalversammlung gewählt würde. Bayern hat an Männern, welche mit Intelligenz und hoher wissenschaftlicher Bildung Freisinnigkeit vereinigen, wahrlich keinen solchen Ueberfluß, daß es einen der anerkanntesten und bewährtesten Geschichtschreiber Deutschlands von der Zahl seiner Vertreter in Frankfurt ausschließen dürfte, einen Mann, der lange Jahre unter dem heillosen Verfinsterungssystem der früheren Ministerien auf einer lateinischen Schulstelle in einer bayerischen Landstadt ungebeugt mit Plackereien und Demüthigungen aller Art kämpfte, während er bei seinen wissenschaftlichen Leistungen in jedem andern Staate längst eine Zierde einer Universität geworden wäre.

Bamberg, 17. April. J. Es ist unglaublich, mit welcher Virtuosität bekannte süddeutsche Blätter sich bemühen, die politischen Zustände in Bamberg absichtlich in ein falsches Licht zu stellen. Die Quellen, woraus diese Entstellungen fließen, sind uns genugsam bekannt, und der Ort, wo wir sie finden, bürgt für ihre Unlauterkeit. Es ist die sogenannte gute Presse, d. h. die Presse, die stets so gut und gefällig ist, keinem bürgermeisterlichen Händedruck, keinem stadtkommissairlichen Achselklopfen, keiner freundlichen ministeriellen Vorstellung ihre Spalten zu versagen. Wie weit dabei und bei dem feinen Broschürchenwesen die geheimen Fonds in Anspruch genommen werden, mögen deren Verwalter wissen. — Beschränken wir uns auf eine gedrängte Angabe der letzten Ereignisse, wie sie jeder Unbefangene in Bamberg selbst beobachten konnte. Eine schon lange dahier bestehende Rückschrittspartei, Ueberreste Abel'scher Schützlinge, Lola Montez'scher Ehren-Cavaliere, nebst deren würdigem Anhange, denen der 6. März einen plötzlichen Anstrich von Liberalität gegeben hatte, versuchten, jedenfalls höheren Orts dazu angeregt, durch die Herbeirufung Dr. Eisenmanns der öffentlichen Meinung in Bamberg eine Wendung in ihrem Sinne zu geben. Dr. Eisenmann kam, sah und siegte — nicht. Die Bevölkerung, unbekannt mit Eisenmanns neueren Ansichten und Auftreten und in der Meinung, das Comité der Volksversammlungen sei für ihn, den sie irrthümlich für den entschiedenen Mann des Fortschrittes, für einen Märtyrer der Freiheit und Anhänger ihrer vorangeschrittenen politischen Gesinnung hielt, brachte demselben in all' ihrem Irrthum anfänglich mehrere Vivats, die von jener Rückschrittspartei behende zu ihren Gunsten ausgebeutet wurden. Ein bestechender Eingang seines Vortrags, wo Dr. Eisenmann, mit dem Proletariat liebäugelnd, sich unter Anderem selbst einen Proletarier nannte, täuschte die Anwesenden, bis er endlich nach und nach mit der ganzen Farbe herausrückte. Die Anwesenden waren im Anfang verblüfft, allein das Erstaunen wich bald der allgemeinen Entrüstung, und ungestüme Leidenschaften des Volkes konnten kaum niedergehalten werden. — Eisenmann zog unverrichteter Sache wieder ab, und wie die Volksstimmung gegen ihn ist, dürfte er es nicht mehr für rathsam halten, seinen Agitatorfuß je wieder nach B. zu lenken. Dadurch noch nicht klug darüber gemacht, daß sie die Mehrzahl der Ansichten nicht für sich habe, suchte diese Minorität, verstärkt durch einige ämtergierige Praktikanten „an die Stelle öffentlicher Volksversammlungen Zusammenkünfte durch geheime Bestellung" zu setzen, und zwar durch eine Persönlichkeit angeführt, die sich dadurch nothwendig der moralischen Vernichtung preisgeben mußte. Es wurden bei dieser Minoritätsversammlung im Erlanger Hof neue Wahlen vorgenommen, welche aber sogleich folgende Bekanntmachung, von 120 der entschiedenen Bürger B's. unterzeichnet, hervorrief: „Die unterzeichneten constitutionellen Bürger und Einwohner hiesiger Stadt erklären hiemit, daß der bereits gebildete Wahlausschuß zu der gestern angekündigten Versammlung und Wahl im Erlanger Hofe ihr Vertrauen nicht genießt, weil sich bei der beabsichtigten Wahl behufs eines Comités Bestechung der Wahlfreiheit durch Austheilen schon bereits gefertigter Wahl-Zettel herausstellte, und verlangen, daß die bereits vorliegenden Wahlzettel vernichtet werden." Da dem alten Comité Zweifel zu Ohren kamen, daß sie nicht der Ausdruck aller Stimmen Bambergs seien, weil durch das Fingeraufheben bei ihrer Wahl keine sichere Zählung möglich gewesen sei, so trat diese, offen und ehrenhaft seit Anfang, freiwillig ab und unterstellte sich einer neuen Wahl, nach den Distrikten. Dieselbe hat nun begonnen und die Resultate sind durchaus nicht zweifelhaft. Gestern haben sich die Gemeinden der Vorstädte deshalb auf dem Rathhause eingefunden. Regierungspräsident Stenglein hatte sie vorher in corpore aufgefordert, auf keinen Fall den Rechtsanwalt Titus zu wählen. Ihre Antwort gaben sie categorisch auf dem Magistrat, wo sie die Wahlzettel kurzweg durch die Erklärung ersparten: „Wir alle, die wir hier versammelt sind, wollen unter allen Umständen Titus und die alten Comité-Mitglieder gewählt wissen." —

Dieß die einfache, wahre Darstellung der jüngsten Vorfälle in B. Nennt man das Comité ein „republikanisches", so ist dieß ein perfider Versuch der Rückschrittspartei, die Anhänger der entschiedenen constitutionellen Bürger gegen dasselbe mistrauisch zu machen. Wie ihr dieß bisher gelungen, beweist die oben angeführte Bekanntmachung. Sind einige Mitglieder der Gesinnung nach Republikaner, so haben sie doch Volks- und Vaterlandsliebe genug, um ihre Meinungen der Mehrzahl zu unterwerfen und mit Ernst die Erreichung des im gegenwärtigen Augenblicke Möglichen zu verfolgen. —

Zur Nachricht.

Heute Samstag 22. April Abends 8 Uhr Versammlung des politischen Vereins im Gasthof zum rothen Hahn.

Da „der freie Staatsbürger" eine große Verbreitung insbesondere auf dem Lande erhalten wird, so eignet sich derselbe vorzugsweise zu Inseraten. Es wird indessen ein für alle Male bemerkt, daß Einsendungen unsittlichen Inhalts oder Antastungen der Privat-Ehre, welche der Redaction nicht vollkommen gerechtfertigt erscheinen, unter keinen Umständen Aufnahme finden.

Verantwortlicher Redacteur **Gustav Diezel** (S. 486). Verlag von **Friedrich Campe**.
Druck der Campe'schen Officin.

Der freie Staatsbürger.

Ein Volksblatt aus Franken.

Nr. 3. Nürnberg, 25. April 1848.

Erscheint jeden Dienstag, Donnerstag und Samstag, und kann durch alle Postämter bezogen werden.
Preis für das laufende Vierteljahr bis Ende Juni 36 Kr., von da ab vierteljährig 45 Kr.
Einrückungsgebühr 2 Kr. für die Zeile. — Einzelne Nummern à 3 Kr.

Dr. Eisenmann.

Der Nürnberger politische Verein hat sich einmüthig und entschieden gegen Herrn Dr. Eisenmann als Abgeordneten der Stadt Nürnberg im deutschen Parlamente ausgesprochen. Welches sind die Gründe, die den Verein zu dieser Erklärung und zum Beschlusse bestimmten, Herrn Eisenmann einen andern Bewerber entgegenzustellen? Es gibt Viele, die auf diese Frage sehr schnell mit der Antwort zur Hand sind. „Der politische Verein besteht aus Republikanern, sagen sie, ein Mann, der die Republikaner und die Einführung ihrer Staatsform mit so viel Glück und Geschick bekämpft, kann natürlich ihr Mann nicht sein. Lassen wir uns aber von diesen Republikanern, d. h. Communisten, ja nicht verführen und von der allein selig machenden constitutionellen Monarchie abbringen.“ Vergebens weisen wir auf unser Programm hin, vergebens versichern wir, daß wir weit entfernt sind, die Einführung der Republik anzustreben, ja nur zu wünschen, daß wir einzig und allein auf der ausgedehntesten Gewährung und Sicherung der bereits zugesagten Volksrechte bestehen. Was nützt es? In den Augen jener Herren sind und bleiben wir doch „Republikaner“. Ihnen gegenüber müssen wir uns darauf beschränken, mit Wallenstein zu rufen:

Seid ihr nicht wie die Weiber, welche stets
Zurück nur kommen auf ihr erstes Wort,
Wenn man Vernunft gesprochen stundenlang.

Sie zu bekämpfen, ist zwecklos; denn es gibt in der Welt ein Ding, gegen welches nach Schiller selbst die Götter vergebens kämpfen. Dem Publikum aber sind wir Rechenschaft über unser Auftreten gegen Herrn Dr. Eisenmann schuldig und diese geben wir hier in wenigen Zügen, nach Maßgabe des beschränkten Raumes unseres Blattes.

Was die Ansichten des Herrn Dr. Eisenmann über die deutsche Reichsverfassung betrifft, so sind wir gegen dieselben, weil ihre Verwirklichung für die jetzige Zeit nicht paßt, weil Herr Eisenmann darin beweist, daß er seine Zeit nicht versteht, und weil das Verständniß der Zeit uns just als das erste und Haupterforderniß eines Staatsmannes, Gesetzgebers und Mitgliedes einer constituirenden Versammlung erscheint, wie sie in Frankfurt zusammentreten soll. Herr Eisenmann will ein deutsches Kaiserthum, die Kaiserwürde wechselnd zwischen Preußen, Oesterreich, Bayern, die gesetzgebende Gewalt geübt durch das zeitliche Reichsoberhaupt, durch den Rath der Fürsten und durch die deutsche Volkskammer. Für die letztere bemerkt er ausdrücklich, daß nur auf 100,000 Seelen ein Abgeordneter komme, und glaubt noch besonders beifügen zu müssen, daß in dieser Volkskammer die Zahl der adeligen Deputirten die der bürgerlichen auf keinen Fall übersteigen dürfe. Wir wollen keinen Augenblick zweifeln, daß eine solche Reichsverfassung unmittelbar nach den Befreiungskriegen von der Mehrzahl des deutschen Volkes als eine liberale gern, ja mit Dank angenommen worden wäre. Allein wir fragen jeden Unbefangenen, der auch nur einigermaßen ein Ohr gehabt hat für das, was seit 18 Jahren in der wissenschaftlichen, und literarischen, für das, was seit zwei Monaten in der politischen Welt vorgegangen ist, der auch nur oberflächlich berührt ist von dem Hauch des Geistes, der jetzt Europa durchweht, wir fragen ihn: die Hand aufs Herz! könnt Ihr die Verwirklichung dieses burschenschaftlichen Traumes von Anno 18. im jetzigen Augenblick denn für möglich halten? Neun Zehntel Deutschlands, die ganze moderne Bildung protestiren gegen diese abenteuerliche Ausgeburt der Romantik, in welcher Elemente figuriren, die durch die fortgeschrittene Entwicklung der Zeit völlig beseitigt erscheinen? Das deutsche Volk, beiläufig 36 Millionen, sendet ein Häuflein von 300 Vertretern nach Frankfurt! *)

*) Von dem Eisenmann'schen Zweikammersystem hier kein Wort, da dasselbe durch das vielverbreitete Schriftchen G. Widmann's sattsam beleuchtet erscheint.

Ist dieß eine deutsche Volksvertretung? Kann eine solche Versammlung der ihr gegenüberstehenden Fürstenkammer Achtung einflößen? Wäre ihre Thätigkeit nicht vollständig durch diese gelähmt? Aber noch mehr. Unter diesen dreihundert Abgeordneten dürfen höchstens 150 adelige sein. Man bemerke wohl, adelige Deputirte! Also der Adel soll nach Eisenmann als Stand vertreten werden; die adeligen Standesprivilegien, auf welche in diesem Augenblick der Adel, dem Drang der Zeit sich fügend, zu verzichten beginnt, werden von Eisenmann aufrecht erhalten; denn die Deutung der angeführten Worte, als wolle damit nur gesagt sein, es dürfen in dieser Volkskammer nicht mehr als 150 Mitglieder sich finden, deren Vorfahren dem privilegirten Stande des Adels angehört, wäre unsinnig, da der Adel, sobald er seine Privilegien verloren hat, in den Bürgerstand, in das Volk zurücktritt, mit ihm verschmilzt, nicht mehr von ihm unterschieden wird. Es bleiben also zur Vertretung des deutschen Volks im deutschen Parlament netto übrig 150; für 36 Millionen 150!!! Wohl ausgesonnen! Ich frage Jedermann, ist es nicht eine sehr milde und schonende Kritik, wenn man den, der im April des Jahres 1848 (ich citire nach der eben erschienenen 3. Auflage des Eisenmann'schen Schriftchens) mit einem Vorschlag dieser Art sich hervorwagte, bloß eines Mangels an Verständniß seiner Zeit beschuldigt?

Denn könnten wir Hrn. Eisenmann nicht der gänzlichen Verkennung der Menschen- und Volksrechte, ja der Verachtung des Volkes zeihen? Wir könnten es unter Hinweisung auf die Stellen seines Schriftchens, in denen er die Wahlfähigkeit an den Bezug eines Einkommens von 500 Fl. (neue Ausg. 350; man sieht, Hr. Eisenmann läßt mit sich handeln) knüpft; in denen er nur widerwillig und nur, weil er der entschiedenen Forderung der öffentlichen Meinung gegenüber „keinen Einwurf zu erheben wagt“, die Schwurgerichte annimmt, welche nicht bloß ein herrliches Bildungsmittel des Volkes sind, sondern die auch eine treffliche Gelegenheit bieten, den unbescholtenen und redlichen Bürger durch das allgemeine Vertrauen zu ehren; in denen er krämermäßig vorrechnet, daß ein Soldat täglich nur 18½ Kreuzer koste, die Tagesarbeit eines Bürgers aber mehr werth sei, und daß daher die Handhabung der öffentlichen Sicherheit zweckmäßiger und ökonomischer durch das Linienmilitär verrichtet werde, als durch die Bürger. Solche Stellen sprechen für sich selbst, sobald man nur die Aufmerksamkeit darauf hinlenkt, und es bedarf dazu keiner Erläuterung. Zum Ueberfluß aber gibt Hr. Eisenmann selbst diese Erläuterung und zugleich einen Maßstab seiner Achtung des Volkes in Stellen, wie folgende: „Unsre Arbeiter sind gegen ein solches (unbeschränktes aktives Wahl-) Recht, in so lange sie keinen materiellen Vortheil daraus ziehen können, ganz gleichgültig. Sie verlangen nur eine gegen Noth gesicherte Existenz und ihren Antheil an den Genüssen des Lebens. Fragt tausend Arbeiter, was sie vorziehen: das active Wahlrecht ohne materiellen Vortheil, oder eine materielle Verbesserung ihres Zustandes, und sie werden alle oder mit sehr wenigen Ausnahmen gar nicht begreifen, wie man nur eine solche Frage an sie stellen oder über ihre Antwort zweifelhaft sein könne.“ So niedrig denkt Hr. Eisenmann von einer zahlreichen Klasse des Volkes, die er durchaus keiner bürgerlichen Ehre fähig achtet. Es ist dem gewöhnlichen Verstande unbegreiflich, wie Hr. Eisenmann, unmittelbar nachdem er auf diese Weise eine Masse von Staatsbürgern als Auswürflinge der Gesellschaft politisch mundtodt gemacht wissen will, gleichsam im nämlichen Athem die Nothwendigkeit darthut, auf eine „menschliche Erziehung der arbeitenden Klasse“ hinzuwirken. Unwillkürlich denkt man dabei an die westindischen Pflanzer, welche den Abolitionisten (Verfechtern der Aufhebung der Sklaverei) stets den Einwand entgegenhielten, die Neger seien zur Freiheit noch lange nicht reif, man müsse sie vorher dazu heranbilden. Kamen dann aber die englischen Philanthropen und richteten Schulen für die Sklaven ein, so wurden ihnen alle erdenklichen Hindernisse entgegengesetzt, und wenn sie sich gar beikommen ließen, die christlichen Grundwahrheiten, unter denen sich bekanntlich auch die allgemeine Bruderliebe und die Gleichheit aller Menschen vor Gott befinden, in eine auch noch so entfernte Beziehung zu dem Zustand der Sklaven zu setzen, dann hatten sie von Glück zu sagen, wenn sie nicht als Opfer des Zornes der Pflanzer fielen. Bei Gelegenheit der Ansichten des Hrn. Eisenmann über das Wahlrecht aber machen wir ganz besonders noch auf einen Beisatz aufmerksam, der leicht übersehen wird. Er sagt, das aktive Wahlrecht besitzt, wer ein „unabhängiges“ Einkommen von 500 Fl. (beziehungsweise 350 Fl.) besitzt. Ein Künstler könnte beispielsweise nachweisen, daß er auf diese oder jene Weise für seine Arbeiten durchschnittlich jährlich 1200 Fl. bezieht; wenn er indessen nicht nachweisen könnte, daß er sein Einkommen stets und unter allen Umständen, z. B. auch dann beziehe, wenn er durch Krankheit oder andre minder wahrscheinliche Umstände am Arbeiten gehindert wäre, so würde Hr. Eisenmann das Einkommen ohne Zweifel für nicht „unabhängig“ erklären und ihn somit von dem aktiven Wahlrecht ausschließen.

So viel über die in dem Eisenmann'schen Schriftchen ausgesprochenen Ansichten. Es war indessen erst das Auftreten Eisenmann's nach seiner Rückkehr von Frankfurt, was das Publikum vorzugsweise gegen ihn einnehmen mußte und was Viele erst veranlaßte, seine constitutionelle Theorie etwas näher anzusehen und kritisch zu prüfen. Man hat ihn im politischen Verein einen Colporteur des monarchischen Princips genannt. Und in der That hatte es etwas Komisches, ihn so von Ort zu Ort reisen zu sehen, um allenthalben das schwer bedrohte monarchische Princip, als könnte es, obwohl sich neun Zehntheile Deutschlands zu ihm bekennen (s. Bericht an meine Wähler), nur von ihm gerettet werden, zu neuer Glorie und so zu sagen an das Volk zu bringen. Es konnte nicht für Eisenmann einnehmen, daß er in Würzburg die Männer, welche, ihrer Ueberzeugung getreu, sich der Minorität im Frankfurter Vorparlament angeschlossen, — der Minorität, welche nur Hr. Eisenmann republikanisch nennt, während jedermann, der die Berichte über die Frankfurter Versammlung las, weiß, daß es sich bei ihrem Antrag nur um einen entschiedenen Bruch mit dem Alten handelte und daß sehr viele constitutionell Gesinnte daran Theil nahmen, — daß er diese Männer des Wortbruchs bezüchtigte, weil ihre Wähler constitutionell gesinnt waren; es konnte nicht für ihn einnehmen, daß er in Bamberg, gestützt auf seine überschätzte Popularität und auf die Masse von Flugschriften, die er bei seinem Aussteigen aus dem Wagen über das Volk herabregnen ließ, durch einen Handstreich die Gemüther zu erobern suchte, daß er, um „Allen Alles zu sein", sich sogar, der Wahrheit schnurstracks zuwider, einen Proletarier nannte, nur um die Arbeiter für sich zu gewinnen; es konnte nicht für ihn einnehmen, daß er hier in Nürnberg einestheils die ungeduldigen „Proletarier" durch die abentheuerliche Aussicht auf die zu erobernden Donaufürstenthümer zu beschwichtigen suchte, anderntheils durch die falsche Vorspiegelung, daß die Reichen freiwillig sich zu einer Abgabe von 20% ihres Vermögens verstehen werden, trügerische und gefährliche Hoffnungen erregte und die Besitzenden in Verlegenheit brachte und gefährdete.

Allein man wird sagen: warum trat, der Aufforderung ungeachtet, damals Niemand gegen ihn auf; warum wartete man damit, bis er wieder abgereist war. Man kann hierauf einfach erwiedern, es werde hier den Nürnbergern eben so ergangen sein, wie der Majorität des Vorparlaments, welche nach den neuesten Aeußerungen Eisenmanns im Fünfziger-Ausschuß für das bayerische Wahlgesetz, — Aeußerungen, welche sehr geeignet sind, die Bewohner Nürnbergs über die Volksfreundlichkeit des Mannes vollends aufzuklären, den sie zu ihrem Deputirten wählen sollen — ohne Zweifel von ihrem Enthusiasmus für Eisenmann ebenfalls etwas zurückgekommen sein dürften. Hauptsächlich aber ist zu bemerken, daß Eisenmann, der Ankündigung gemäß, damals nur einen Bericht über die Frankfurter Versammlung geben sollte und daß, selbst wenn Jemand dem Helden des Tages hätte entgegentreten wollen, die Ueberfüllung der Kirche und der Umstand, daß es nur eine Nürnberger Bürgerversammlung, nicht eine Volksversammlung war, davon abhalten mußten.

Wir können, das sei zum Schluße gesagt, den maßlosen Verdächtigungen und Verleumdungen, welche täglich gegen uns ausgespieen werden, die größte Ruhe entgegensetzen, denn wir wissen, daß die Zeit uns rechtfertigen wird. Einzig im Interesse Nürnbergs hätten wir gewünscht, daß der Schleier, welcher die Augen der Bevölkerung bisher umhüllte, jetzt schon zerrissen würde; denn über kurz oder lang wird er doch fallen. Weder Eisenmann noch irgend eine menschliche Gewalt wird das rollende Rad aufhalten, es zerschmettert Alle, die sich vermessen, ihm in die Speichen zu fallen.

Der Nürnberger politische Verein.

Nürnberg, 23. April. In der gestrigen Versammlung des politischen Vereins feierte Offenheit, Ehrenhaftigkeit und Ruhe einen glänzenden Sieg über die giftige Verleumdung, Schmähung und Aufreizung zu Gewaltthaten. Der Vorsitzende lenkte die Aufmerksamkeit der Versammlung auf einen in der neuesten Nummer des Correspondenten enthaltenen, offenbar gegen uns gerichteten Schmähartikel, worin sowohl zu gewaltsamer Sprengung unsers Vereins direkt aufgefordert, als auch unser Verein, der stets nur ehrliche Waffen gebraucht, verleumdet wurde, als hätte er die Privatehre des Hrn. Dr. Eisenmann angegriffen. Da Männer der Eisenmann'schen Partei in der Versammlung zugegen waren, so glaubte der Vorsitzende ihnen Gelegenheit geben zu müssen, sich und ihre Partei gegen jeden Antheil an diesem Artikel zu verwahren. Einer dieser Männer trat auf; nur eine einzige Stimme — die Stimme eines Mannes, der unserm Verein nicht angehört — erlaubte sich eine rohe Aeußerung, aber diese einzige Stimme wurde sogleich durch die ganze Versammlung erstickt, ja aus dem Saale entfernt. Der Redner suchte dann in einem längeren Vortrag, welcher wohl den Zweck hatte, den Verein oder einen Theil desselben zu der Eisenmann'schen Partei hinüberzuziehen, die Sache zu umgehen, mußte indessen, darauf zurück-

gebracht, doch erklären, daß er für seine Person und, seines Wissens, auch seine Freunde keinen Antheil an dem Artikel hätten. Dem Antrag, daß das hiesige Wahlcomité zu einer Erklärung über, beziehungsweise gegen den fraglichen Artikel aufgefordert werden solle, wurde der andere entgegengesetzt, daß der Verein mit Verachtung über diesen Schandartikel hinweggehen möchte und letzterer Antrag durch allgemeinen Zuruf angenommen. Sodann wurde eine zweite Liste von Wahlmännern entworfen.

Das Berliner Volkscomité.

In einer großen Volksversammlung in Berlin unter den Zelten wurde ein Volkscomité erwählt, das folgendes auch in Bayern beherzigenswerthe Manifest nach allen Provinzen hat abgehen lassen:

„Innerhalb weniger Wochen hat ganz Deutschland die Ketten der Willkürherrschaft gebrochen. An allen Orten ist der Hochmuth der Gewalthaber gedemüthigt. Das Volk ist Sieger. Jetzt gilt es den Sieg zu benutzen.

Der alte Bundestag, der seit 33 Jahren die Geisel der Knechtung über dem deutschen Volke geschwungen hat, ist machtlos zusammengesunken. An die Stelle dieser Versammlung fürstlicher Gesandten soll jetzt eine Versammlung von Abgesandten des deutschen Volkes, ein **deutsches Volksparlament,** treten. Dieses Volksparlament soll eine neue Bundesverfassung zur Sicherung der Freiheit und zur Hebung des durch das alte System zerrütteten Wohlstandes der deutschen Nation berathen und beschließen.

Durchdrungen von der hohen Wichtigkeit dieses in Frankfurt bevorstehenden Aktes, hat eine in Berlin am 10. d. M. abgehaltene Volksversammlung das unterzeichnete Comité beauftragt, eine tüchtige Leitung der preußischen Wahlen zum deutschen Parlamente zu veranlassen. Diese Versammlung war so einmüthig von der Nothwendigkeit und Zweckmäßigkeit direkter (unmittelbarer) Wahlen und eines rein demokratischen Körpers an der Spitze der gesetzgebenden Versammlungen Deutschlands überzeugt, daß es Aufgabe des Comités sein wird, nur Männer von anerkannt demokratischer Gesinnung und tüchtigem Charakter vorzuschlagen und nach Kräften zu unterstützen.

Die nachfolgenden, in der Volksversammlung vom 10. April verlesenen 13 Artikel, welche das demokratische Central-Comité zu Frankfurt a. M. vorläufig als Grundlage der neuen deutschen Verfassung aufgestellt hat, wurden von der Versammlung als die ihrigen angenommen. (Folgen die 13 Art.)

Das unterzeichnete Comité hat seine Thätigkeit damit begonnen, den verantwortlichen Ministern zu erklären, daß es nach dem Willen des Volkes auf direkten Wahlen bestehen müsse. Die indirekten Wahlen widerstreiten dem Grundsatze der Demokratie und begünstigen jederlei Aristokratie; sie verfälschen die Stimme des Volkes und geben die Wohlfahrt Aller dem Belieben einiger weniger Wahlmänner Preis.

Die nächste Pflicht des Comités ist nun, von seiner Aufgabe und Wirksamkeit das preußische Volk in Kenntniß zu setzen, und es zugleich aufzufordern, sich mit ihm in gleichem Streben zu vereinigen. Es richtet daher die dringende Mahnung an alle gleichgesinnten Männer in Stadt- und Landgemeinden, unverzüglich an allen Orten Volksversammlungen zu berufen, die hohe Wichtigkeit der bevorstehenden Wahlen zum deutschen Parlament darzulegen, die Forderung unmittelbarer Wahlen zu stellen, die obigen Artikel des unterzeichneten Comités mitzutheilen und zur Abstimmung zu bringen, die Wahl von Provinzial- und Kreis-Wahlcomités durch die Versammlungen zu veranlassen, und mit allen Kräften auf die Wahl wahrhaft unabhängiger Volksmänner zu bringen."

Wenn, wie zu erwarten, nach dem Vorgang Württembergs auch die übrigen Staaten die indirekte Wahl annehmen, so dürfen auch wir in Bayern hoffen, daß die Wahlen ins Parlament entweder unter dem jetzigen Wahlgesetz gar nicht vorgenommen oder daß mit Umstoßung derselben neue auf Grund eines andern Wahlgesetzes angeordnet werden, um so mehr, als der Fünfziger-Ausschuß sich so energisch gegen das bayerische Wahlgesetz ausgesprochen hat, das nur in Herrn Dr. Eisenmann, welcher die Stadt Nürnberg repräsentiren soll, einen Vertreter finden konnte.

Literarische Anzeige.

Da „der freie Staatsbürger" eine große Verbreitung insbesondere auf dem Lande erhalten wird, so eignet sich derselbe vorzugsweise zu Inseraten. Es wird indessen ein für alle Male bemerkt, daß Einsendungen unsittlichen Inhalts oder Antastungen der Privat-Ehre, welche der Redaction nicht vollkommen gerechtfertigt erscheinen, unter keinen Umständen Aufnahme finden.

Verantwortlicher Redacteur **Gustav Diezel** (S. 486). Verlag von **Friedrich Campe.**
Druck der Campe'schen Officin.

Der freie Staatsbürger.

Ein Volksblatt aus Franken.

Nr. 5. **Nürnberg, 2. Mai.** 1848.

Erscheint jeden Dienstag, Donnerstag und Samstag, und kann durch alle Postämter bezogen werden.
Preis für das laufende Vierteljahr bis Ende Juni 36 Kr., von da ab vierteljährlich 45 Kr.
Einrückungsgebühr 2 Kr. für die Zeile. — Einzelne Nummern à 3 Kr.

Die Republikaner in Deutschland.

Wir bedauern die Vorgänge in Baden so sehr als irgend Jemand, und jedenfalls weit mehr als diejenigen, welche hinter ihrer zuversichtlichen Hoffnung auf den Sieg des monarchischen Princips in Baden die noch süßere Hoffnung bergen, es werde durch die gewaltsame und blutige Unterdruckung der republikanischen Partei eine Rückkehr zum früheren Stand der Dinge sich anbahnen lassen; mehr als diejenigen, welche jeder entschieden freisinnigen Bestrebung mit dem Vorwurf des Kryptorepublikanismus und mit der perfiden Hinweisung auf die badischen Republikaner entgegentreten; mehr als diejenigen z. B., welche unserer Opposition gegen Eisenmann in Altdorf dadurch entgegenzuwirken suchten, daß sie in aller Schnelligkeit durch Stafette eine Anzahl Abzuge von der Erzählung der Niederlage bei Kandern und der (meuchelmörderischen) Tödtung des Generals Gagern nach Altdorf hinaussandten und dort vertheilen ließen; denn zu solchen Lächerlichkeiten kann blinde Parteileidenschaft fortreißen. Wir bedauern es tief, daß ein Mann, wie Hecker, ein geborner Volkstribun, ausgestattet mit allen Vorzügen des Redners, voll Geist und Gemüth, durch seine Verwickelung in die Schilderhebung der badischen Republikaner sich dem Dienste des Vaterlandes entzogen hat, das er in dem deutschen Parlament besser als irgend ein Anderer gegen Reaktionsbestrebungen hätte schützen können, aber wenn wir sein Benehmen und die badischen Vorgänge überhaupt beklagen und mißbilligen, so kann uns dies noch keineswegs dahin fortreißen, daß wir, den offiziellen Blättern gleich, Schmähung an Schmähung und Lüge an Lüge reihen. Auch hier ist die Wahrheit, nicht die Parteileidenschaft, unser leitender Stern, und diese Wahrheit zwingt uns, es auszusprechen, daß Hecker und Struve uns weit mehr als die Getriebenen, denn als die Treibenden erscheinen, daß die republikanischen Ideen in Baden überhaupt weit mehr Boden haben, als die offiziellen Zeitungsberichte uns glauben machen wollen, und daß der Vorwurf des Meuchelmords, den man den Republikanern macht, ein unbegründeter ist, dessen Verantwortlichkeit diejenigen Zeitungsredakteure, welche ihn jetzt so geschäftig unter das Publikum schleudern, wohl nicht so leichtfertig auf sich nehmen wurden, wenn sie an die Möglichkeit dächten, einem der verfehmten Republikaner einst dafür Rede stehen zu müssen. Aber da man der festen Ueberzeugung ist, dieses „Gesindel“ werde unfehlbar mit Stumpf und Stiel ausgerottet, so darf man einen solchen Verstoß gegen die Wahrheit schon auf sich nehmen, um so mehr, da nach der Theorie des Ehrenbürgers von Nürnberg, Prof. Mönnich in Stuttgart, jeder Republikaner als solcher ein Schuft und Schurke ist. So schreibt also die gesammte „gute Presse“ der Karlsruherin nach, Gagern sei durch einen schändlichen Meuchelmord gefallen, während es doch, ganz abgesehen von den gegentheiligen Erklärungen Heckers und Anderer, schon an sich klar ist, daß es im Interesse der Republikaner lag, die erste Salve den Truppen zu überlassen; daß sie aber, nachdem auf sie gefeuert worden, vorzugsweise auf die Offiziere zielten, war doch wohl natürlich. — Einen schlagenden Beweis, daß nicht blos eine kleine Rotte von Gesindel in Baden

republikanisch ist, finden wir darin, daß Mathy und Bassermann, diese Hauptrepräsentanten der liberalen Bourgeoisie, an ihrer Erwählung in Baden verzweifeln, und deshalb in Württemberg als Bewerber um Parlamentsstellen auftreten. Solche Thatsachen lassen sich denn doch nicht leugnen, und mißverstehen auch nicht. Ebenso wenig die bestimmte Forderung aller badischen Städte um Entfernung des fremden Militärs. Man macht freilich diese Forderung in der guten Presse dadurch lächerlich, daß man einen Hohn auf die deutsche Einheit darin finden will. Allein sie beweist weiter nichts, als daß man den in Baden zusammengezogenen Truppen mißtraut, daß man hinter dieser Truppenentfaltung die Reaction wittert. Daß man für das badische Volk das Recht in Anspruch nimmt, ohne Beihilfe nicht badischer Truppen seine Angelegenheiten selbst zu ordnen, daß man mißtrauisch ist gegen eine Regierung, welche, statt das Volk zu bewaffnen, hessische und nassauische Truppen heranzieht, das finden wir ganz gerechtfertigt. Braucht es solcher Truppenmassen zum Widerstand gegen die paar Hundert deutscher Arbeiter? Nein, sie sind zur Niederdrückung der republikanischen Partei bestimmt. Nun hat aber das Vorparlament ausdrücklich den Grundsatz der Volkssouveränetät sanctionirt, und damit das Recht jedes Volkes anerkannt, sich seine Verfassung und Regierungsform selbst zu wählen. Der Entwicklungsprozeß der politischen Meinungen sollte, diesem Grundsatze gemäß, in keinem Fall durch brutale Gewalt gehemmt und unterdrückt werden. Auch nehmen wir keinen Anstand, offen auszusprechen: Will das badische Volk in seiner Mehrheit eine Republik, so sollte man eben, statt eines Großherzogthums Baden, eine Republik Baden in den deutschen Bund aufnehmen, wie man die vier Republiken Hamburg, Lübeck, Bremen und Frankfurt bereits im deutschen Bunde hat. Nichts ist sinnloser, nichts arbeitet der Anarchie mehr in die Hände, als die schroffe Entgegenstellung des republikanischen und des monarchischen Princips. Werden die Monarchien nicht republikanisirt, so sind sie ganz gewiß verloren. Aber diese Wahrheit will man nicht einsehen, und die überall in Deutschland hervorbrechenden republikanischen Elemente, die sich in dem Maße verstärken müssen, als die Bestrebungen zur Wiederherstellung des alten Königthums ungescheuter ans Licht hervortreten, werden vornehm ignorirt. Es ist dies das thörichte Gebaren des Vogel Strauß, der dem Feind zu entgehen wähnt, wenn er seine Augen von ihm abwendet. Die Tage des 31. März bis 3. April und die in Frankfurt festgestellten Grundsätze könnt Ihr nicht aus der Weltgeschichte streichen, und wenn Ihr den Dr. Eisenmann verhundertfacht ins Parlament senden würdet. Was dort in Frankfurt gesprochen wurde, ist als Samenkorn ins Volk gefallen, Ihr werdet sein Aufkeimen nimmermehr ersticken. — Nicht blos in Baden haben die republikanischen Ideen Wurzel geschlagen, die Provinz Rheinhessen ist ihnen so gut als gewonnen, und wäre nicht der geachtete Gagern Minister in Hessen-Darmstadt, so wurde auch auf dem rechten Rheinufer die republikanische Partei kühn ihr Haupt erheben. In Kurhessen ist das Ansehen des Königthums gänzlich gebrochen, die Behörden machtlos, und es bedürfte zur Proklamirung der Republik nur eines Vorgangs. In Wiesbaden sitzt ganz offen ein republikanisches Comité, dessen Programm wir in der nächsten Nummer mittheilen wollen. Von Rheinpreußen und Schlesien wollen wir hier nicht reden, ein andermal davon. Aber auch in unserer nächsten Nähe, im Herzogthum Sachsen-Coburg ist bei der Wahl ins deutsche Parlament ein heftiger Kampf der republikanischen und der monarchisch-constitutionellen Partei hervorgetreten. Der Bewerber um die Parlamentsstelle, Hofrath Briegleb, fand eine starke Opposition, welche es unumwunden aussprach, daß sie hauptsächlich deshalb gegen ihn sei, weil er sich für die constitutionelle Monarchie ausgesprochen. „Wir werden, sagt diese Opposition in einer Ansprache an die Wahlmänner, diesem Mann unsere Stimmen versagen, weil er für einen Anhänger der constitutionellen Monarchie sich erklärt hat. Ihm, wie jedem Verfechter dieser Verfassungsform, werden wir unsere Stimmen versagen, weil — vor Gott und unserem Gewissen bekennen wir es — wir nur in der (bundesstaatlichen) **Republik** noch das letzte Rettungsmittel für das deutsche Vaterland erkennen. Dies ist nicht nur unsere eigene Ueberzeugung, sondern zugleich diejenige aller derer, welche uns gewählt haben. Diese unsere und des Volkes Ueberzeugung gründet sich auf die gegenwärtigen Zustände unseres Vaterlandes, auf die bitteren Erfahrungen des deutschen Volkes seit langen Jahren. Vor drei und dreißig Jahren haben die deutschen Fürsten, die Vertreter der Monarchie, dem deutschen Volke mit den heiligsten Eidschwüren alle die Rechte versprochen, die das Volk ihnen jetzt erst gewaltsam hat abdringen müssen. Drei und dreißig Jahre lang haben sie mit

kaltem Vorbedachte, halsstarrig, hartnäckig, allen Bitten und Vorstellungen zum Trotze, von allem dem, was sie so heilig und theuer versprochen, das Gegentheil gethan, haben sie jedes schon gewährte Recht des Volkes erfolglos zu machen gestrebt. Seit fast eben so langer Zeit haben wir in einem großen Theil des Vaterlandes konstitutionelle Monarchieen gehabt. Und gerade die freisinnigsten Verfassungen, die dem Volke die meisten Rechte, die meisten Garantieen zu bieten schienen, sind von den Machthabern am ersten mit Füßen getreten worden. Wer kennt nicht die Leiden des Volkes in Bayern, in Kurhessen, in Hessen, in Hannover! Mitbürger in Stadt und Land, im ganzen deutschen Vaterlande! Können, dürfen wir, nach diesen Erfahrungen, der Monarchie und deren Vertretern noch länger die Geschicke des Vaterlandes anvertrauen? Der Deutschen höchste Tugend ist die **Treue**. Wären wir nicht mit Blindheit geschlagen, Verräther an uns selbst, an dem Heile eines edlen Volkes, wenn wir denen, die drei und dreißig Jahre lang uns die Treue gebrochen haben, wenn wir der Verfassungsform, in welcher so lange uns die Treue gebrochen werden **konnte**, von neuem unser, des Vaterlandes Schicksal anvertrauen wollten?" Freilich ist Hofrath Briegleb doch gewählt worden, aber mit 24 gegen 17 Stimmen. Ich sage Euch, eine solche Niederlage ist ein Sieg; ein einziges Ereigniß und das Verhältniß hat sich urplötzlich umgekehrt, die Republikaner haben 24 Stimmen, die Constitutionellen sind auf 17 geschwunden. Wer Augen hat, zu sehen, der sehe! Der Grundsatz der Demokratie, der Volkssouveränetät ist tief ins Volk gedrungen. Gebt ihr nicht sichere Bürgschaften dafür, daß die Monarchie künftig von wahrhaft demokratischen Einrichtungen getragen sein solle, fahrt Ihr im Gegentheil fort, das Volk durch Euere Verdächtigung aller freisinnigen Bestrebungen, durch offene Begünstigung der Reaktion, durch Hervorhebung der Souveränetätsrechte der einzelnen Staaten gegenüber der deutschen Centralgewalt, durch Wahleinmischung und durch so vieles Andere mißtrauisch zu machen, so seid Ihr verloren sammt den Monarchieen, und die Monarchen werden zu spät einsehen, daß diejenigen, welche sie jetzt um jeden Preis ins Parlament gesendet wünschen, ihre schlimmsten Feinde waren.

Die Wahl des Dr. Eisenmann.

Daß Hr. Dr. Eisenmann hier gewählt werden würde, war vorauszusehen, daß die Wahl einstimmig seyn würde, war etwas auffallend. Aber auch dies erklärt sich aus den ungeheuern Anstrengungen, mit welchen die Eisenmannische Partei noch zuletzt die Wahlmänner bearbeitete. Am meisten Schwierigkeit soll Herr Pfarrer Wagner aus Altdorf dargeboten haben, der, wie wir in unserem letzten Blatte bemerkten, in Altdorf sich sehr entschieden gegen Eisenmann ausgesprochen hatte. Aber auch sein Widerstreben verstummte endlich vor den unermüdlichen Bestürmungen eines hiesigen Eisenmannianers, der bei dem ganzen Wahlgeschäft eine außerordentliche Thätigkeit entwickelt hat. Mit Hrn. Pfarrer Wagner gingen, wie man annehmen darf, die Altdorfer Stimmen zur Eisenmann'schen Partei über. Die Opposition gegen Eisenmann findet ihren Sieg eben in diesen ungeheuern Kraftanstrengungen, zu denen sich die Gegenpartei genöthigt sah, in dem neuen politischen Glaubensbekenntnisse, welches das Wahlcomité, wie man sagt, nach sehr stürmischen Debatten annehmen und veröffentlichen mußte, und endlich in dem neuen Glaubensbekenntniß welches Eisenmann selbst am letzten Tage vor der Wahl veröffentlichte, und worin er sehr wesentliche Punkte seiner früheren Ansicht sehr wesentlich modificirt. Es ist nun die Frage, ob die Wahl des Dr. Eisenmann und seiner Ersatzmänner nicht angefochten werden wird, denn von allen Seiten erheben sich laute Stimmen gegen die hier stattgefundenen Beschränkungen und Beeinträchtigungen der Wahlfreiheit. Die Berufung einer Volksversammlung durch den Magistrat als solchen, das Herumtragen von Broschüren, Wahlzetteln rc. durch Polizeidiener, die Vorgänge in den Wahllokalen und manches Andere wird hiefür als Beleg angeführt. Da auch anderwärts über solche Beeinträchtigungen der Wahlfreiheit geklagt wird, so ist es sehr zweifelhaft, ob die am 28. April nach indirektem Wahlmodus vorgenommenen Wahlen überhaupt gültig sein werden. Hier ist die Stimmung gegen Eisenmann eine durchaus ungünstige geworden, seit bekannt ist, daß er die mit so unerhörten Anstrengungen zu Stande gebrachte Wahl nicht einmal angenommen hat. Ganz Nürnberg wurde durch diese Nachricht zuerst verblüfft, dann tief verletzt. Es ist dies ein abermaliger Beweis von der Jugendlichkeit unseres politischen Lebens. Hätten die Leute hier für Eisenmann als für einen entschiedenen Anhänger der Monarchie gestimmt, so mußten sie sich über die Nichtannahme Eisenmanns freuen, da in Folge dieser sowohl Würzburg als Nürnberg entschieden monarchisch vertreten ist, während, wenn Eisenmann in Würzburg nicht angenommen hätte, für diesen Bezirk ohne Zweifel Widenmann, Eisenmanns Gegner, gewählt worden wäre. So faßte man aber die Sache hier nicht auf; man wählte Eisenmann, weil man ihm erst kürzlich das Ehrenbürgerrecht geschenkt hatte, und nur deshalb, und da er jetzt die ihm erwiesene Auszeichnung nicht annimmt, fühlt man sich gekränkt.

Der Bundestag.

Der Mainzer Zeitung schreibt man aus Frankfurt vom 24. April. Eine traurige, aber glänzende Rechtfertigung für die Minorität des Vorparlaments! Ihre Leser werden sich erinnern, daß die Linke darauf bestanden hatte, nicht eher mit dem Bundestag in Verkehr zu treten, bis er sich gereinigt hatte von den alten verrätherischen Beschlüssen und beschließenden Verräthern. Der Vertrauensmann Bassermann hielt das für zu streng, und voll Sehnsucht, sich in die Arme des theuren Bundestags zu werfen, beantragte er, demselben keine so peremtorische Frist zu setzen und nur jene Säuberung zu empfehlen. Die Vertrauensmajorität nahm dies an. Nachträglich mußte der Bundestag, um die Minorität zurückzuführen, versprechen: augenblickliche Buße zu thun, auch die Minorität — wenn sie nicht schon vertraute — glaubte. Der Bund hat heute noch nicht gehalten, was er damals zugesagt, und heute mußte der zahme Fünfziger-Ausschuß einen Antrag Robert Blums annehmen, also lautend: Der Ausschuß möge beschließen, dem Bundestag in Erinnerung zu bringen, daß dem Antrag und Beschluß des Vorparlaments: „der Bundestag müsse aus seinem Schooße die Männer entfernen, welche zur Hervorbringung und Ausführung der verfassungswidrigen Ausnahmebeschlüsse gewirkt," jetzt, nach drei Wochen, noch nicht entsprochen sei und man daher die Ausführung von den betreffenden Regierungen dringend verlange. — Diese jüngste Wortbrüchigkeit des Bundestags sollte den Leuten doch endlich die Augen darüber öffnen, daß das alte System mit Metternich nicht gefallen ist.

Stadt- und Landschau.

Vom Lande, 25. April. Wenn der Herr Dr. Eisenmann vor den Jesuiten warnt, so thut er wohl daran. Es thun dies auch andere Leute. Wenn er aber, weil es Jesuiten gibt, gegeben hat und geben wird, die Geistlichen pêle-mêle, also auch die jüngeren und die denkenden Mitglieder von der unbeschränkten aktiven Betheiligung an der Entscheidung der auch für ihre Zukunft entscheidenden Zeitfragen maßgeblich ausgeschlossen wissen will, so weiß man nicht, ob er auf diesen Einfall mehr in der Eigenschaft eines schlechten Logikers gerathen ist, der von der species auf das genus schließt, oder mehr in der Eigenschaft eines „Jesuiten," der dem von ihm selbst vertretenen Grundsatz, daß sich die Guten aller Stände ohne Unterschied des Standes zur Schöpfung einer bessern Zukunft die deutsche — nicht kretische noch medische, jüdische noch christliche — Rechte bieten sollen, höchstselbst schnurstracks entgegenhandelt. Herrn Dr. Eisenmann würde man es vielen Dank wissen, wenn er früher oder später den Einfluß, dessen er sich bisher erfreute, auf die Epuration der allerdings jesuitisch inficirten geistlichen Ober-, Mittel- und Untermittelstellen verwenden wollte. So wie aber die Sachen gegenwärtig stehen, scheint er an dem Hinausschleudern zu allgemeiner und deshalb ungerechter Verdächtigungen größeres Vergnügen zu haben, welches man, soll anders die Freiheit nicht eine Coteriefreiheit der widerlichsten Art seyn und bleiben, öffentlich eben so entschieden widerspricht als er sie entschieden ausgesprochen hat. Gerade der von ihm vornehm mit einem Machtspruch in Disponibilität gestellte Stand hat seine vielen äußerst gedrückten „Proletarier," die sich nicht nur mit theatralischem Effekt solche nennen, sondern die es in der That auch sind, diese seufzen auch nach Erlösung aus inneren und äußeren Fesseln. Sie wollen aber gelegentlich mit ihre eigenen Heilande seyn und nicht von der Gnade und Barmherzigkeit Anderer Alles erwarten. — So viel von einem, der vom alten System auch viel zu leiden gehabt hat, wenn auch vorläufig noch keine 15 Jahre, und der darunter noch leidet. *)

B......n.

Erklärung.

Der Correspondent von und für Deutschland fährt fort, mich zum Gegenstand seiner Schmähartikel zu machen, und er, der viel von redlichen und unredlichen Waffen spricht, gebraucht gegen mich fortwährend die unredlichste aller Waffen, indem er mir mit der gewissen Leuten eigenthümlichen Frechheit Worte in den Mund legt, die ich nie gesprochen. Ein Blatt, dessen Redaktion Ehre im Leib hat, wird, wenn ein ehrenkränkender und nachweislich falscher Bericht in seine Spalten sich eingeschlichen, dem gekränkten Theile stets das Wort zur Abwehr gönnen. Die Redaktion des Correspondenten ist anderer Ansicht, sie nimmt Erwiderungen von mir auf die verletzendsten Artikel nur gegen enorme Insertionsgebühren auf. Ich erkläre daher hier öffentlich, daß ein Blatt, dessen Redaktion einen solchen Charakter an den Tag legt, **unfähig** ist, mich zu beleidigen, und daß ich jede Schmähung, jede Lüge, jede Verleumdung, welche der Correspondent v. u. f. Deutschland künftig etwa noch gegen mich ausspeien mag, als eine mir erwiesene Ehre betrachten werde.

Gustav Diezel.

---

*) Freie Stimmen aus der Geistlichkeit, die dem Volke so nahe steht, zumal der jüngeren Geistlichkeit, welche zur Einsicht gekommen, daß ihre Aufgabe für die Zukunft eine andere ist, als dogmatische Predigten zu halten, werden uns stets willkommen seyn. D. Red.

Verantwortlicher Redakteur **Gustav Diezel** (S. 486). Verlag der **v. Ebner**'schen Buchhandlung.
Druck der Stich'schen Buchdruckerei.

Der freie Staatsbürger.

Ein Volksblatt aus Franken.

Nr. 6. Nürnberg, 4. Mai. 1848.

Erscheint jeden Dienstag, Donnerstag und Samstag, und kann durch alle Postämter bezogen werden.
Preis für das laufende Vierteljahr bis Ende Juni 36 Kr., von da ab vierteljährlich 45 Kr.
Einrückungsgebühr 2 Kr. für die Zeile. — Einzelne Nummern à 3 Kr.

Der Reichsverfassungsentwurf.*)

Das von den 17. den Bundesgesandten beigegebenen Vertrauensmännern entworfene deutsche Reichs-Grundgesetz, soweit es durch den Correspondenten von u. f. Deutschland zur Oeffentlichkeit gebracht wird, hat zu seiner Grundlage das Princip der deutschen National-Einheit und würde, falls es zur Geltung käme, den deutschen Staatenbund in einen Bundesstaat verwandeln. Gewiß ist dies die Aufgabe der constituirenden Versammlung, welche in diesem Monat noch in Frankfurt zusammentreten soll, und in so weit müßte ganz Deutschland den Männern, welche an diesem Entwurf sich betheiligt, einem Dahlmann, Uhland 2c., den größten Dank für ihre Vorarbeit wissen. In diesem Grundsatz der deutschen Nationaleinheit sind alle einig, die es gut mit dem deutschen Vaterlande meinen, und nur gewisse Höfe bieten alles auf, um so viel als möglich von ihren Souveränetätsrechten zu retten, und finden bei diesem Bestreben leider bereitwillige Unterstützer genug, denn wann würde wohl das Geschlecht der Menschen aussterben, denen eine fürstliche Gnadenerweisung mehr gilt, als das Wohl ihres Volkes, oder, mit dem Dichter zu reden, „die um die deutschen Vaterländchen ihr deutsches Vaterland verrathen!" In Beziehung auf die Rechte, welche künftig der Souveränetät der einzelnen deutschen Staaten entzogen werden und ausschließlich der Reichsgewalt anheimfallen sollen, als da sind: die völkerrechtliche Vertretung Deutschlands und der einzelnen deutschen Staaten nach außen, das Recht über Krieg und Frieden, das Heerwesen, das Festungswesen, die Sicherung Deutschlands zur See durch eine Kriegsflotte und Kriegshäfen, das Zollwesen, das Postwesen, Gesetzgebung und Oberaufsicht über Wasserstraßen, Eisenbahnen und Telegraphen, Ertheilung von Erfindungspatenten, die sich auf das ganze Reich erstrecken, die Gesetzgebung im Gebiet des öffentlichen und Privatrechtes, soweit eine solche zur Durchbildung der Einheit Deutschlands erforderlich ist (Gesetz über deutsches Heimathsrecht und Staatsbürgerrecht, über ein für ganz Deutschland gleiches Münz-, Maß- und Gewichtsystem u. s. w.), Entscheidung gewisser politischer und rechtlicher Streitigkeiten zwischen den verschiedenen Fürsten und Staaten durch das Reichsgericht (welches dem Entwurf zufolge seinen Sitz in Nürnberg haben soll), Verfügungen über sämmtliche Zoll- und Posteinkünfte — in Beziehung auf diese der Reichsgewalt ausschließlich vorbehaltenen Rechte ist der Entwurf der Vertrauensmänner nur der Widerhall und die weitere Ausführung dessen, was die Siebnerkommission in ihrer Vorlage an das deutsche Vorparlament bereits vorläufig in Grundzügen festgestellt hatte. Ebenso wie wir mit dieser Kräftigung der deutschen Reichsgewalt uns einverstanden erklären, erkennen wir auch die Gewährleistung der Grundrechte des deutschen Volkes (Art. IV.) an, nur vermissen wir unter denselben einige von dem Vorparlament angenommene sehr wichtige Grundrechte, z. B. gerechtes Maß der Steuerpflicht nach der Steuerkraft,

*) Geschrieben und in Druck gegeben, bevor der vollständige Entwurf hier im Buchhandel zu haben war, nach dem Auszug, den der Correspondent v. u. f. Deutschland gab. Nach dem Entwurf soll eine neue Kaiserdynastie geschaffen werden, die unglücklichste aller Ideen.

unbedingtes Auswanderungsrecht, Lehr- und Lernfreiheit, Schulunterricht für alle Klassen, Gewerbe und Berufe aus Staatsmitteln, und insbesondere: Schutz der Arbeit durch Einrichtungen und Maßregeln, um Arbeitsunfähige vor Mangel zu bewahren, Erwerbslosen lohnende Beschäftigung zu verschaffen, die Verfassung des Gewerb- und Fabrikwesens den Bedürfnissen der Zeit anzupassen. Möglich indessen, daß auch diese „Grundrechte" in dem Entwurf der Vertrauensmänner aufgeführt stehen, und daß sie nur in dem daraus angefertigten Auszuge, wie ihn der Correspondent mittheilt, vergessen wurden. Jedenfalls sind dies Punkte, die sich leicht abändern und vervollständigen lassen. Wir wollen uns daher dabei nicht zu lange aufhalten, sondern zu den wesentlichen Punkten weitergehen und untersuchen, ob wir uns damit einverstanden erklären können oder nicht, ob hierin der Entwurf das deutsche Volk befriedigen kann oder nicht. Hier finden wir vor Allem: „die Würde des Reichsoberhauptes (deutschen Kaisers) soll um der Sicherstellung der wahren Wohlfahrt und Freiheit des deutschen Volks willen erblich sein." Also kein auf bestimmte Zeit von der deutschen Volkskammer oder dem Parlament überhaupt gewähltes Reichsoberhaupt, kein Alterniren zwischen den Fürsten bestimmter Länder, sondern ein erblicher deutscher Kaiser! Aber, muß man sogleich fragen, wird die Kaiserwürde an Oestreich gegeben, oder an Preußen? Oder will man gar aus irgend einer fürstlichen Seitenlinie eine neue Dynastie schaffen? Der Entwurf läßt dieses unbestimmt. Allein der letztere Fall, Einsetzung einer neuen Dynastie, ist kaum denkbar; denn wenn man bei Entscheidung für eine deutsche Kaiserwürde nicht hauptsächlich das im Auge hatte, daß das künftige Reichsoberhaupt an und für sich schon der Fürst eines mächtigen deutschen Staates seyn müsse, so läßt sich gar nicht absehen, warum man nicht einen aus der Zahl sämmtlicher deutscher Fürsten auf eine Anzahl Jahre zu wählenden Bundespräsidenten vorzog. Erinnert man warnend an das Mißliche der früheren deutschen Kaiserwahlen, so trifft dies nicht; denn die Stellung des künftigen deutschen Reichsoberhauptes, umgeben von verantwortlichen Ministern und durch weise Gesetze beschränkt, ist keine solche, nach welcher man in dynastischem oder partikularistischem Interesse, um sein Haus oder sein Ländchen vorzugsweise zu Glanz und Ehre zu bringen, zu streben vermöchte; es ist eine reine Ehrenstelle, die nach einem bestimmten Zeitraum an einen andern übergeben muß, und für die, wenn die Wahl, wie geschehen müßte, vom Volk oder der Volkskammer ausginge, eben derjenige gewählt würde, welcher in der letzten Zeit seinen Namen dem Volk am vortheilhaftesten bekannt gemacht. — Wie gesagt also, an Einsetzung einer neuen Dynastie haben die Verfasser des Entwurfs wohl schwerlich gedacht*), sondern ohne Zweifel an Uebertragung der deutschen Kaiserwürde an Oesterreich oder Preußen, und wenn wir bedenken, daß Dahlmann und Gervinus wohl am thätigsten und einflußreichsten zu dem Entwurfe mitgewirkt haben, wenn wir die Stellung Preußens, die Verhältnisse Oesterreichs erwägen, so werden wir wohl nicht lange darüber in Zweifel sein können, daß eine Uebertragung der deutschen Kaiserwürde an Preußen beabsichtigt wird. Da inzwischen der Entwurf sich hierüber nicht bestimmt ausspricht, so wollen wir immerhin annehmen, man schwanke noch zwischen Preußen und Oesterreich. Einmal aber müßte man sich entscheiden, und die Entscheidung für Oesterreich würde uns eben so unheilvoll erscheinen, wie die Entscheidung für Preußen; durch die eine würde Preußen, durch die andere Oesterreich verletzt; zwei sich einander gleich Fühlende werden sich eher einem Dritten, als der Eine dem Andern, und vollends auf immer, unterwerfen; und die Oberhauptsstelle ist zudem, bei dem Princip der Wahl nach einem bestimmten Zeitraum, eine wechselnde und kann sowohl dem einen als dem andern der rivalisirenden Fürsten im Laufe der Zeit übertragen werden, so daß also in diesem Falle jeder Grund zu Eifersucht und Zwiespalt wegfällt. — Es ist dies nur eines der vielen Bedenken, welche gegen die Idee eines erblichen deutschen Kaisers sich erheben müssen. Wir unseres Theils bekennen offen, schon der Name „deutscher Kaiser" ist uns fatal. Er erinnert an die Burschenschaft von 1818 und daher an Romantik und Mittelalter, und vor allen Dingen paßt er gar nicht für ein deutsches Reichsoberhaupt und für unsere Zeit. Wir leben in einer Zeit, in der die verschiedenen Nationalitäten, die zum Theil von der Diplomatie, der Dienerin dynastischer Interessen, auseinander gerissen und mit andern Nationalitäten zu einem Staatsverband vereinigt worden waren, sich aus dieser unnatürlichen Verbindung losreißen und für sich das Recht in Anspruch nehmen, ihrem nationalen Charakter gemäß sich selbst

*) Leider haben sie es.

Anm. d. Red.

ihre Verfassung und Regierung zu geben. Ein Volk mit Gewalt der Waffen zu unterjochen, und gegen seinen Willen einem fremden Staatsverbande einzuverleiben, das ist es, was dem innersten Charakter unser Zeit widerspricht. Die Völker wollen frei und als frei mit einander verbündet sein. Kaiser aber hat man von jeher denjenigen genannt, welcher als Beherrscher eines Volkes zugleich auch andere Völker und Länder beherrscht. Die Deutschen hatten Kaiser, weil diese zugleich auf Italien rc. Rechte und Ansprüche hatten. Oesterreich hatte einen Kaiser, weil dieser zugleich Beherrscher von Ungarn, Oberitalien rc. war; Rußlands Beherrscher heißt Kaiser, weil er viele verschiedenen Nationalitäten unter seinem Scepter vereinigt; Napoleon ließ sich zum Kaiser krönen, weil er zugleich König von Italien u. s. w. war. Das war die Bedeutung des Wortes Kaiser von Anfang, von den römischen Cäsaren an; es liegt der Begriff der Eroberung, der Beherrschung verschiedener Völker darin. Dieser Begriff paßt aber just nicht in unsere Zeit und für unsern Fall, denn das deutsche Bundesoberhaupt soll bloß über den deutschen Bund herrschen, und alle andere Völker, sie mögen eine Verfassung haben, welche sie wollen, selbständig und unabhängig lassen, und nur dann einen Krieg führen, wenn der deutsche Bund in seiner Integrität oder in seinen Interessen von irgend einem fremden Volke oder Staate angegriffen wird. Deshalb wollen wir überhaupt gar keinen deutschen Kaiser, sondern ganz einfach ein deutsches Bundesoberhaupt, und der Dichter hat gar nicht so unrecht, wenn er, vorahnend, diese Rückkehr zu mittelalterlichen Namen und Begriffen lächerlich macht und sagt:

Herr Rothbart — — — Du bist
Ein altes Fabelwesen,
Geh', leg dich schlafen, wir werden uns
Auch ohne dich erlösen.

— — —
— — —

Das beste wäre du bliebest zu Haus,
Hier in dem alten Kiffhäuser —
Bedenk ich die Sache ganz genau,
So brauchen wir gar keinen Kaiser.

Hier ist somit ein Punkt, wo wir in unserer Ansicht von dem Entwurf der Vertrauensmänner entschieden abweichen, wir wollen keinen Kaiser, sondern ein Bundesoberhaupt, und vor allen Dingen keinen erblichen Kaiser.

(Fortsetzung folgt.)

Folgendes ist das Programm des republikanischen Comité in Wiesbaden:

Die wichtigsten Fragen der Gegenwart.

I. Welches ist die beste Staatsverfassung?

Antwort: Die Republik.

II. Warum?

Antwort: Weil sie die einfachste, zweckmäßigste und wohlfeilste ist.

III. Warum ist eine Republik die einfachste und zweckmäßigste Regierungsform?

1) Weil die Regierung der Republik oder das deutsche Parlament zusammengesetzt ist aus den Abgeordneten der ganzen Nation, wodurch die bisher bestandenen Regierungen der deutschen Könige und Fürsten entbehrlich gemacht werden.

2) Weil in der Republik das Volk sich selbst regiert durch das Parlament ohne Beschränkung seiner Freiheit von Seiten der Fürsten.

VI. Warum ist die Republik die wohlfeilste Regierung?

Weil wir dann keine Fürsten mit ihren Höfen und Ministern, mit ihren Gesandtschaften und all' dem unnützen Beamtenkram mehr zu ernähren haben, wodurch wir jährlich 130 Millionen Gulden ersparen, mit dem bisher das arme Volk die reichen Müßiggänger auf den Thronen und an den Höfen zu ernähren gezwungen war. Außerdem aber ersparen wir in der Republik alle die unnöthigen Soldaten, welche bisher der Tyrannei der Fürsten dienten, was wenigstens jährlich die Summe von 220 Millionen Gulden ausmacht, zusammen also eine Ersparniß von jährlichen 350 Millionen Gulden. Diese 350 Millionen Gulden wird das arme Volk, wenn Deutschland aus Republiken besteht, jedes Jahr in der Tasche behalten. Seine Söhne werden nur eine kurze Zeit unter dem Gewehre stehen, um ihre militärische Ausbildung zu erhalten, und also ihren Familien nicht entrissen werden, um, wie früher, mehrere Jahre hindurch den Fürsten zum Puppenspiel zu dienen.

Dies sind die Vortheile der Republik, wenn auch die Handlanger der Fürsten sagen, die Republik tauge nicht für das deutsche Volk, sie sei eine Regierung ohne Ordnung und Recht, so glaubt ihnen nicht! die Republik hat ebenso gut und zwar viel bessere Gesetze, wie jede andere Regierungsform.

Eine Republik gewährt außerdem noch folgende Vortheile:

Abschaffung mancher drückenden Abgaben, als der Binnenzölle, der Schifffahrtsabgaben, Zehnten, Gilten, Chausséegelder, Gewerbsteuer, Accisen und Erbleihen, wofür dann eine verhältnißmäßige Einkommens- und Vermögensteuer in der Art eingeführt wird, daß das zum Leben unumgänglich nöthige Einkommen unbesteuert bleibt; Abschaffung der Adelsvorrechte; allgemeine unentgeltliche Schulbildung und Besserstellung der Lehrer durch angemessenern Gehalt; Aufhebung aller klösterlichen Einrichtungen; Glaubens- und unbedingte Preßfreiheit; öffentliches und mündliches Gerichtsverfahren; unentgeltliche Gerechtigkeitspflege und

Aufhebung aller Stempel; Selbständigkeit und Unabhängigkeit der Gemeinden; Abhülfe des Nothstandes der arbeitenden Klassen; Beseitigung des Mißverhältnisses zwischen Kapital und Arbeit durch ein Arbeitsministerium, in welches jeder tüchtige Arbeiter gewählt werden kann; Hebung der Industrie, des Handels und des Ackerbaues durch geeignete Mittel.

Die Republik will weder eine Auflösung der Ordnung noch des Rechts. Sie duldet weder eine Verletzung des Eigenthums noch der Person, und erklärt jeden Dieb für ehrlos, woraus deutlich hervorgeht, daß der von den Feinden des Volkes gemachte Vorwurf, als wolle die Republik Auflösung aller Gesetze, in Nichts zusammenfällt. Sie will im Gegentheil das Volk vollkommen glücklich machen, so glücklich, als wir sterbliche Menschen es werden können. Weil aber die Republik das ganze deutsche Volk glücklich machen wird, und ihr an dem Glück von 50 Millionen Menschen mehr gelegen ist, als an dem scheinbaren Wohlbehagen von 33 einzelnen Fürstenfamilien, darum hassen die Fürsten und die Fürstendiener, welche aus der Tasche der Fürsten sich mit den Abgaben des Volk sättigen, die gute Republik, weil mit derselben ihre Herrschaft zu Ende ist.

Das ist die Wahrheit, ihr lieben deutschen Brüder, und glaubt es uns, wer es Euch anders sagt, der thut dies sicherlich aus Eigennutz oder Unwissenheit, und eine schmachvolle Behauptung ist es: das deutsche Volk sei noch nicht reif zur Republik. Blicket hin auf Tausende unserer Brüder aller Klassen, welche jährlich nach Nordamerika auswandern, die, sobald sie den ersten Tritt in jenes freie Land thun, zu Republik reif sind, und, wie wir Alle wissen, sich unter dieser Regierungsform glücklich preisen!

Wir geben dieses Programm als ein charakteristisches Zeichen der Stimmung, welche in manchen Theilen Deutschlands herrscht. Einverstanden sind wir insbesondere nicht mit der auch sonst vielfach gehörten Theorie, daß so und soviel Millionen jährlich durch die Abschaffung des Königthums erspart werden könnten. Wird von den Millionen, welche der Fürst als Staatsoberhaupt bezieht, und zu denen sein zum Staatsvermögen geschlagenes Hausvermögen ja auch sein Contingent liefert, der geeignete Gebrauch gemacht, so können diese Millionen durch die Unterstützung, die sie der Kunst, der Wissenschaft, der Industrie leisten, dem Staate reiche Zinsen tragen. Weise aber wäre es gewiß von den Fürsten, wenn sie einestheils von ihren enormen Civillisten freiwillig etwas abtreten, anderntheils kein Geld im Ausland anlegen würden. Das letztere insbesondere muß Mißtrauen erregen.

Die Preßfreiheit in Baden vernichtet.
Die Reaktion auf ihrer Spitze.

Man schreibt der Mainzer Zeitung aus Mannheim vom 29. April. Unsere Stadt ist heute das Opfer eines unerhörten Staatsstreichs geworden. Die hiesigen Behörden waren ebenso unvorbereitet, wie die Bürger. Der Polizeipräsident ahnte nichts von der Bestimmung des Tages, als auf einmal heute Morgen ein Regierungskommissär (Meyer) eintraf und die Schreckensmaßregeln begannen. Im Nu war die Stadt mit Truppen, die in den letzten Tagen stets unvermerkt verstärkt worden waren, besät. Eine Anzahl Häuser, in denen Verhaftungen vorgenommen werden sollten, wurden umzingelt. Der Buchhändler Hoff, unter einem Vorwande auf's Rathhaus gerufen, wurde dort zurückgehalten, Grohe aus seinem Hause geholt, beide in Wagen gepackt, und mit sehr starker Bedeckung nach Bruchsal abgeführt. Die Deutsche Volkszeitung ist unter Bezugnahme auf das abgeschmackte Gesetz, welches „Ausländern" nicht die Befugniß zur Redaktion giebt, unterdrückt worden. Im Laufe des Tages sollen noch viele Verhaftungen vorgenommen, die Bürger entwaffnet werden. Alle 100 Schritte stehen Pikets von Truppen. Die Stadt sieht aus, als wäre Herzog Alba eingezogen. —

Die Redakteure der Deutschen Volkszeitung haben eine Protestation erlassen. Das Stadtamt zu Mannheim, heißt es in derselben, hat gegen den Verleger der Deutschen Volkszeitung die Bestimmung des Preßgesetzes von 1831 geltend gemacht, nach welcher „für jede im Großherzogthum erscheinende Zeitschrift ein badischer Staatsbürger der Polizeibehörde als verantwortlicher Redakteur zu benennen ist." Durch Hervorziehung dieser Bestimmung eines auf die berüchtigten Karlsbader Beschlüsse gegründeten Gesetzes, welches mit allen in den letzten Monaten in Deutschland zur Geltung gekommenen Zuständen im grellsten Widerspruch steht, sehen sich die bisherigen Redakteure der deutschen Volkszeitung im Genuße des vom vorberathenden Parlament zu Frankfurt am Main faktisch anerkannten *) allgemeinen deutschen Staatsbürgerrechtes auf die empfindlichste Weise bedroht. — Unterzeichnet ist die Protestation von Julius Fröbel und Eduard Pelz. Der erstere, der bekannte Verfaßer der „socialen Politik", und neuestens des Drama's „die Republikaner," ist, soviel uns bekannt, geborner Rudelstädter, und lebte lange als Professor in Zürich, wo er möglicherweise das Bürgerrecht noch besitzt; der zweite ist aus Schlesien, also unbestreitbar ein Deutscher.

*) Auch von den 17 Vertrauensmännern in ihrem Entwurf des deutschen Reichsgrundgesetzes, können wir hinzufügen.

D. Red.

Verantwortlicher Redakteur **Gustav Diezel** (S. 486). Verlag der **v. Ebner**'schen Buchhandlung.
Druck der Stich'schen Buchdruckerei.

Der freie Staatsbürger.

Ein Volksblatt aus Franken.

Nr. 7. **Nürnberg, 6. Mai.** **1848.**

Erscheint jeden Dienstag, Donnerstag und Samstag, und kann durch alle Postämter bezogen werden. Preis für das laufende Vierteljahr bis Ende Juni 36 Kr., von da ab vierteljährlich 45 Kr. Einrückungsgebühr 2 Kr. für die Zeile. — Einzelne Nummern à 3 Kr.

Der Reichsverfassungsentwurf.

(Fortsetzung.) Einverstanden im Wesentlichen dagegen sind wir mit den dem Reichsoberhaupt zugemessenen Befugnissen, nach denen ihm zusteht: die vollziehende Gewalt in allen Angelegenheiten des Reichs; Ernennung der Reichsbeamten und der Officiere des stehenden Heeres und der Marine, sowie der Stabsofficiere der Landwehr (warum sollte die Landwehr nicht mindestens bis zum Oberst ihre Officiere selbst wählen dürfen?), Vertheilung des stehenden Heeres, Ertheilung von Erfindungspatenten, außerordentliche Berufung, Vertagung, Schließung und Auflösung des Reichstages, Verkündigung der Beschlüsse des Reichstages, welche dadurch verbindliche Kraft für alle Theile des Reichs erhalten, die völkerrechtliche Vertretung Deutschlands und der einzelnen deutschen Staaten, Entscheidung über Krieg und Frieden, wobei sich natürlich von selbst versteht, daß alle seine Verfügungen von mindestens einem Reichsminister gegengezeichnet sein müssen, welcher dem Reichstag dafür verantwortlich ist. Aber eine weitere sehr bedeutende und weit greifende Meinungsverschiedenheit erhebt sich in Betreff des Reichstags, wie er nach dem vorliegenden Entwurf bestellt ist. „Der Reichstag, heißt es, besteht aus zwei Häusern, dem Ober- und Unterhause; das Oberhaus aus höchstens 200 Mitgliedern, 1) aus regierenden Fürsten, welche einen Stellvertreter zu schicken das Recht haben, 2) aus einem Abgeordneten von jeder der vier freien Städte, 3) aus Reichsräthen (von den einzelnen deutschen Staaten auf 12 Jahre gewählt, so daß alle vier Jahre ein Drittheil austritt); in Staaten die nur einen Reichsrath schicken, steht das Wahlrecht den Ständen, in den freien Städten den gesetzgebenden Körpern, in solchen, die mehr schicken, zur Hälfte den Ständen, zur Hälfte den Regierungen zu; das Unterhaus besteht aus Abgeordneten des Volks (auf 6 Jahre gewählt, so daß alle zwei Jahre ein Drittheil austritt), *auf je 100,000 Seelen ein Abgeordneter*, Staaten von geringerer Volkszahl schicken einen Abgeordneten; die Wahl geschieht durch das Volk, ob direkt oder indirekt, bleibt der Gesetzgebung der einzelnen Staaten überlassen. Wähler ist jeder volljährige, selbstständige deutsche Staatsangehörige, wählbar jeder Wahlberechtigte nach vollendetem dreißigstem Lebensjahre, ohne Unterschied des deutschen Staats ꝛc.; *zur Giltigkeit eines Reichstagsbeschlusses gehört die Uebereinstimmung beider Häuser*; jedem derselben steht das Recht des Gesetzesvorschlags, der Beschwerde und der Adresse, die Anklage der Minister zu ꝛc.“ Daß der Entwurf sich für das Zweikammer-System entscheidet, finden wir ganz natürlich, da durch denselben ein deutsches Reich mit *monarchischen* Institutionen begründet werden soll. Das Zweikammer-System angreifen, gilt als Proklamirung der Republik. Das Oberhaus also mit seinen höchstens 200 Mitgliedern gehe hin. Aber wie steht es um die Volksvertretung? Hier ist der faule Fleck des ganzen Entwurfs, und es thut uns wehe, zu sehen, daß ein Dahlmann, ein Uhland und andere von uns hochverehrte Männer ihre Zustimmung zu einem Entwurfe geben konnten, der, wenn er zur Geltung gelangte, alle dem Volke zugesagten oder gewährten Rechte wiederum in Frage stel-

len oder zu illusorischen machen würde; denn was nützen alle geschriebenen Gesetze und papierenen Rechte, wenn nicht frei gewählte Volksvertreter die Macht haben, über ihrer gewissenhaften Handhabung zu wachen? Dem Entwurf zufolge aber ist erstens wenigstens die Möglichkeit, man darf aber wohl sagen die Wahrscheinlichkeit gegeben, daß die Volksvertreter nicht frei gewählt werden, zweitens bilden sie, nach dem Entwurf, keine Gewalt, welche im Stande wäre, ihren Beschlüssen Nachdruck zu geben, und sie zur Gesetzeskraft zu erheben. In erster Beziehung kann nicht scharf genug gerügt werden, daß die Frage: ob direkte oder indirekte Wahlen? der Entscheidung der einzelnen Staaten anheimgegeben ist. Indirekte Wahlen geben keine ächte Volksvertretung. Wer dies nicht schon lange wußte, der hat es wenigstens bei den bayerischen Wahlen ins deutsche Parlament lernen müssen. Es ist rein unbegreiflich, wie ein Dahlmann mit seinen Collegen sich nicht mit aller Entschiedenheit für ein Princip hat aussprechen mögen, das schon der Minister Stein ganz bestimmt als das einzig richtige bezeichnet, und für das Dahlmann selbst sich unzweideutig ausgesprochen hat, wenn er in seiner Politik (I, p. 143 3te Ausg.) sagt: „Man wird durch Wahlcollegien den Wahltumult und was sonst von Bestechlichkeit und Pöbelherrschaft droht, vermeiden wollen. Allein man spielt dadurch die Entscheidung aus der Hand der Leidenschaft in die der Gleichgiltigkeit und schließlich in die der Intrigue.“ Wie vollständig hat sich dieser Ausspruch bei den jüngsten bayerischen Wahlen bestätigt, mit welcher Bestimmtheit läßt sich sagen, daß die meisten Wahlen ganz anders ausgefallen wären, wenn direkt gewählt worden wäre, wie sehr haben diese jüngsten Erfahrungen bewiesen, daß indirekte Wahlen und eine freie Volksvertretung zwei durchaus mit einander unverträgliche Begriffe sind! Und wenn dann Burke wahr spricht: „Unter den Befugnissen, die sich nicht auf andere übertragen lassen, gibt es keine, die so ungeschickt dazu wäre, als die Befugniß, eine persönliche Wahl anzustellen. Handelt der Abgeordnete den Rechten und Vortheilen seiner Constituenten zuwider, so können sich diese nie an ihn, sondern nur an die Versammlung der Wähler halten, die sie gewählt hatten, um ihn zu wählen“ — so muß man sich erinnern, daß eben der Vertreter der indirekten Wahlen, Dr. Eisenmann, den Grundsatz aufgestellt hat, es könne dem Abgeordneten, dem nach Eisenmann Instruktionen gegeben werden können, das Mandat zurückgezogen werden, wenn er das Vertrauen täusche. Wer wird es ihm denn zurückziehen? Die Wahlmänner, die ihn unmittelbar wählten, doch wohl nicht, sondern sein ganzer Wahlbezirk; in diesem Fall aber ist sehr leicht möglich, daß der Abgeordnete den Wünschen der Wahlmänner gemäß, denen der Wähler aber zuwider gehandelt hat. Kurz, indirekte Wahlen sind ein Unding, und so lange durch ganz Deutschland nicht der allgemeine Ruf geht: keine indirekten, nur direkte Wahlen! so lange ist das Princip der Freiheit und der Demokratie noch nicht zum Bewußtsein des Volkes gelangt. Vergebens beruft man sich z. B. in diesem Augenblicke auf den Sieg, den in Ludwigsburg der bornirte und fanatische Pietist Hoffmann, Redakteur eines frommen Verketzerungsblattes, über einen David Friedrich Strauß bei direktem Wahlmodus davon trug. Dieser Sieg der Dummheit ist zwar ein trauriger Beleg für die religiöse Beschränktheit der schwäbischen Landleute, die von den pietistischen Pfarrern dort bekanntlich mit aller Macht unterhalten wird, aber kein Beweis gegen die direkten Wahlen Strauß konnte auch bei einem Wahlmänner-Collegium unterliegen, denn auch hier hätten dieselben Einflüsse obgewaltet, und wohl denselben empfänglichen Boden gefunden. Ohnehin ist für die Sache der Vernunft eine solche augenblickliche Niederlage nur vortheilhaft; denn dadurch, daß die Dummheit auf ihre Spitze getrieben wird, daß ein Chr. Hoffmann gegen einen der ersten Denker unserer Zeit siegen konnte, muß eine kräftige Reaktion der Vernunft und Intelligenz hervorgerufen werden, deren Erfolg nicht zweifelhaft sein kann. *) Strauß wird, das wird man wohl zur Ehre Deutschlands annehmen dürfen, dieser Niederlage ungeachtet im deutschen Parlamente sitzen, ja man könnte wetten, wenn nach drei Monaten in Ludwigsburg eine neue Wahl statt fände, und Strauß träte abermals hier als Bewerber auf, so würde er einen glänzenden, vielleicht unbestrittenen Sieg davon tragen, und er hätte denselben hauptsächlich seiner früheren Niederlage und der dadurch hervorgerufenen heilsamen Reaktion zu verdanken. Nur um's Himmelswillen nie vom Princip der Freiheit abgewichen, auch wenn in der Praxis zuweilen Uebelstände und Mißlichkeiten sich dabei ergeben. Diese selbst werden der Freiheit stets nur förderlich seyn.

(Schluß folgt.)

---

*) Die neuesten Nachrichten aus Ludwigsburg bestätigen dies vollkommen. Anm. d Red.

Der Nürnberger politische Verein.

Nürnberg 4. Mai. Der politische Verein hatte seine Versammlungen einige Tage eingestellt; den Ausschuß bewogen zu diesem Entschluß die künstlich hervorgebrachte ungeheure Aufregung während der Dauer der Wahlangelegenheit, die maßlosen Verdächtigungen, Lügen und Verleumdungen, durch welche die Gegenpartei mit aller Gewalt den Verein oder einzelne Mitglieder desselben zu Unbesonnenheiten zu reizen suchte, um dann einen Vorwand gegen den Verein in die Hände zu bekommen. War man doch soweit gegangen, selbst den Wirthshauskrawall am Ostermontag in Beziehung zu dem politischen Verein zu setzen, ja sogar — man denke! die Tumultuirenden als vom politischen Verein oder einzelnen Mitgliedern desselben bezahlt dargestellt. Schwerlich kann sich der Geist der Reaktion und des gemeinen Spießbürgerthums in häßlicherer Gestalt zeigen, als er sich bei Gelegenheit der gegen den politischen Verein veranstalteten Agitation beurkundet hat. Bureaukratie und Bourgeoisie boten alle Mittel, die ihnen zu Gebote standen, auf, um den Verein mit Gewalt „todtzuschlagen." Entziehung der Kundschaft war eines der Hauptmittel. Wenigstens wird uns versichert, daß mehrere von den übrigens Wenigen, welche ihren Namen aus der Liste des Vereins streichen ließen, erklärten sie seien dazu genöthigt, denn es wurden sonst viele nichts mehr bei ihnen kaufen. Solchen geschäftigen Umtrieben mußte der Verein Ruhe entgegensetzen und eine kurze Zeit warten, bis die Agitation durch Uebertreibung sich selbst erschöpft und für immer in der Meinung der Vernünftigen sich vernichtet haben würde. Diejenigen aber, welche triumphirend verkündeten, der politische Verein habe bereits die Segel gestrichen, haben sich getäuscht. Der Verein, dem eine Läuterung nur erwünscht sein kann, wird seine Tendenz und sein Recht zu verfolgen wissen. Gestern Abend war zum erstenmale wieder große Versammlung, und es konnte dem Verein nur angenehm sein, daß die Gegenpartei, welche sonst ziemlich zahlreich sich einfand und auf eine Gelegenheit lauerte, den Verein zu sprengen, diesmal nur sehr schwach vertreten war un sich ganz still verhielt. So sehr der Verein stets an dem Grundsatz festhielt und festhalten wird, Jeden sprechen zu lassen, so wenig angemessen ist es, seine Duldsamkeit durch perfide Reden zu mißbrauchen, die darauf abzielen, Spaltung im Verein hervorzubringen. In der gestrigen Versammlung kam der Vorsitzende kurz auf die lügenhaften Artikel im Corresp. und auf die Aufforderung zurück, die an den Verfasser derselben ergangen war, seine Behauptungen in der öffentlichen Versammlung des Vereins zu vertreten, wenn er ein Ehrenmann sei. Da Niemand sich veranlaßt fand, das Wort zu verlangen, so ist zu folgern, daß dem Verfasser jener verleumderischen Artikel die Wahrung seiner Ehre nicht sehr am Herzen liegt. Sodann gab ein Gast, Hr. Port, Vorstand des vaterländischen Vereins in Frankfurt in einem lebendigen Vortrag eine Uebersicht über die Reaktionsbestrebungen und die Verletzungen des vom Vorparlament genehmigten Grundsatzes der Volkssouveränetät und schloß mit einer Kritik des Reichsgrundgesetzentwurfs, der von den Vertrauensmännern dem Bundestage überreicht wurde. Ueber dieses Grundgesetz fand noch ein weiterer Vortrag statt. Die Versammlung sprach sich auf den Antrag des Hrn. Port einmüthig für das Einkammersystem aus, als mit welchem vorerst die Probe zu machen sei, bevor zur Einsetzung zweier Kammern geschritten werden dürfe. Die Anfechtung der Nürnberger Parlamentswahl und die Sammlung von hierauf bezüglichen Daten wurde angeregt. Endlich wurde, für Deckung der erwachsenen Kosten, ein Beitrag von 15 Kr. per Mitglied beschlossen, und für die Zukunft ein regelmäßiger monatlicher Beitrag vom 12 Kr. festgesetzt. Als Cassiere wurden ernannt Hr. Kaufmann Fr. Bauer und Hr. Georg Renner. Die nächste Versammlung Samstag den 6. Mai, und künftig regelmäßig jeden Mittwoch und Samstag.

Die Capitalsteuer und die Capitalisten.

Von einem hiesigen Bürger kommt uns folgendes Schreiben zu:

Ihr Wahlspruch im freien Staatsbürger lautet: Alles für das Volk, Alles durch das Volk! Diesem vertrauend erlaube ich mir Ihnen Thatsachen mitzutheilen, die sich vielleicht zur Aufnahme in Ihr Blatt eignen. Sie werden wenigstens damit dem Mittelstand, das heißt Burgern, die von Capitalisten abhängig sind, einen großen, unschätzbaren Dienst erweisen. Ich habe nämlich schon viele meiner Mitbürger gesprochen, denen von Capitalisten das Ansinnen gemacht wurde, daß, wenn die Capitalsteuer sich realisire, wenn sie nämlich vom Staat mit benannter Steuer belegt wurden, sie ihre hypothekarischen Schuldner mit einem höheren Zinsfuß steigern müßten. Wenn also der Staat die Reichen, und zwar mit Recht, mit besagter Steuer belegt, so werden solche, um den Verlust auszugleichen, sich auf Kosten ihrer weniger bemittelten Mitbürger durch Steigerung des Zinsfußes dafür schadlos halten, an solchen, die ohne dies in jeder Beziehung gegen den Reichen im offenbaren Nachtheile stehen. Die Capitalsteuer wird für den Reichen sonach nur dem Namen nach bestehen, für den Schuldner in der That zu seinem Nachtheile, zu seinem gänzlichen Ruine! Für wie viele ist der Tag des Zinsenerlags ein thränenvoller, ein gedrückter; wie viele Schweißtropfen mögen an solchen Gulden hängen, die der arbeitsame fleißige Bürger seinem Gläubiger hingeben muß, um als rechtlicher Mann bestehen zu können! Und dieser soll nun noch mehr gesteigert werden, damit der Reiche ja kein Opfer zu bringen habe! u. s. w.

Gerechtes Maß der Steuerpflicht nach der Steuerkraft ist einer der Grundsätze, welche das Vorparlament in Frankfurt ausgesprochen hat. Allzuhäufig vergessen die Reichen, die Besitzenden, daß jeder Mensch als solcher das Recht hat auf ein menschenwürdiges Dasein, sobald er redlich und fleißig seinem Berufe nachgeht, allzuoft beuten sie die Noth ihrer ärmeren Mitmenschen mit erbarmungsloser Strenge in ihrem Privat-

nteressen aus, und suchen jeden, der die Rechte der Aermeren vertritt, als einen „Communisten" zu brandmarken. Ja, wir sind „Communisten," wenn Ihr Communismus das Bestreben nennen wollt, die Lage der sogenannten untern d. h. der minder bemittelten Classen zu verbessern, in materieller, geistiger, moralischer Hinsicht, wir sind „Communisten," wenn Ihr so Diejenigen nennt, welche darauf hinarbeiten, einen Theil der mit ihrer ganzen Schwere auf die Unvermögenden drückenden Steuerlast nach gerechtem Maßstab auf die Schultern der Vermögenden zu wälzen. Hr. Dr. Eisenmann erklärte in seiner Rede in der Egydienkirche, es seien ihm viele Reiche bekannt, welche gern 20 Procent von ihrem Vermögen opfern werden, wenn nur den Armen geholfen werde. Niemand wird so unsinnig sein, ein solches Opfer von den Reichen zu verlangen; was man aber verlangen kann und darf, ist, daß sie der Einführung eines gerechten Steuersystem's sich nich twidersetzen, daß sie in einer Zeit, welche Opfer von Allen fordert, damit eine bessere Zukunft erblühen, soviel Vaterlandsliebe und Menschlichkeit in ihrer Brust finden, um, nach ihrem Vermögen, diese Opfer zu bringen. Thun sie dies nicht, suchen sie im Gegentheil die herrschende Noth noch zu ihrer Bereicherung zu benutzen, so sind sie verantwortlich für die Folgen, welche die künstlich gesteigerte Noth, welche die Verzweiflung zuletzt haben muß. Was übrigens die Steigerung des Zinsfußes durch die Capitalisten betrifft, so könnte derselben vom Staate sehr erfolgreich dadurch entgegengewirkt werden, daß allenthalben Banken zur Unterstützung der kleineren Gewerbe durch Anleihen zu billigen Zinsen von Staatswegen errichtet würden. Die französische Regierung ist hierin vorangegangen. Aber die deutschen Regierungen brauchen freilich ihr Geld zur Unterdrückung der Freiheitsbestrebungen durch ihre Heere.

Allerlei.

Je näher der Zeitpunkt der Eröffnung der französischen Nationalversammlung heranrückt, um so mehr hebt sich das Vertrauen und der Kredit. Alle Papiere, Renten, Bank- und Eisenbahnaktien steigen. Gold ist wieder gefallen. Bankbillete stehen dem baaren Gelde wieder im Werthe vollkommen gleich. Bankaktien sind um 150 Francs gestiegen (auf 1500). — Wie lange wird man denn noch auf die Republik Frankreich hindeutend, Republik und Communismus für gleichbedeutend erklären? Doch der Dr. Eisenmann hat es ja in der Nürnberger Egydienkirche gesagt: „Wartet noch ein paar Wochen, oder Monate, bis Ihr sehet, wie es mit der französischen Republik geht." — Nun ja, wir werden warten, und zwar getrost.

Verantwortlicher Redakteur **Gustav Diezel** (S. 486). Verlag der **v. Ebner**'schen Buchhandlung.
Druck der Stich'schen Buchdruckerei.

Der freie Staatsbürger.

Ein Volksblatt aus Franken.

Nr. 8. Nürnberg, 9. Mai. 1848.

Erscheint jeden Dienstag, Donnerstag und Samstag, und kann durch alle Postämter bezogen werden.
Preis für das laufende Vierteljahr bis Ende Juni 36 Kr., von da ab vierteljährlich 45 Kr.
Einrückungsgebühr 2 Kr. für die Zeile. — Einzelne Nummern à 3 Kr.

Der Reichsverfassungsentwurf.

(Schluß.)

Man wird uns entgegenhalten, der vorliegende Reichsverfassungsentwurf sei nicht gegen die direkten Wahlen, sondern ordne sie nur nicht für ganz Deutschland an, überlasse es den einzelnen Staaten, direkte oder indirekte einzuführen. So heißt es allerdings in dem Entwurf, allein es ist leicht zu zeigen, daß mit einer Volksvertretung, bei welcher auf 100,000 Seelen ein Abgeordneter kommt, der direkte Wahlmodus nicht vereinbar ist. Die Wahlbezirke müßten in diesem Falle so groß sein, daß ein Weg von 12 ja 20 Stunden nach dem Wahlort zurückgelegt werden, und daß die Wahl mehrere Tage andauern müßte. Wie könnten sämmtliche stimmberechtigte Bürger dem Wahlakt unter diesen Umständen anwohnen? In jedem Falle würden viele ärmere Bürger, die auf so lange sich nicht von Haus und Geschäft trennen, und die Reisekosten nicht erschwingen könnten, sich davon ausgeschlossen sehen, und somit käme das Wahlgeschäft wieder ausschließlich in die Hände der Wohlhabenden, und die Bestimmung: „Wählbar ist jeder volljährige, selbstständige Staatsangehörige," (wobei freilich auf die nähere Auslegung des Wortes „selbstständig" noch Alles ankommt) wäre eine rein illusorische. Man wird daher, wenn je dieser Entwurf durchginge, überall, selbst da, wo schon direkte Wahlen eingeführt sind, aus diesen und andern, wirklichen und angeblichen Gründen, wieder indirekte an ihre Stelle setzen, und dann, adieu, reine Volksvertretung, und demokratisches Princip!

Wir haben oben als zweiten Punkt hervorgehoben, daß nach dem Entwurf die Volksvertreter keine Gewalt bilden können, welche im Stande wäre, ihren Beschlüssen Nachdruck zu geben, und sie zu Gesetzeskraft zu erheben. Wir kommen hier nochmals und erst recht eigentlich darauf, daß nur auf je 100,000 Seelen ein Abgeordneter kommen solle. Hat man dies aus den glorreichen Ideen des Hrn. Dr. Eisenmann genommen? Wie dem sei, es ist ein dem deutschen Volke hingeworfener Hohn! Großbrittannien hat bei seinen 25 Millionen 658 Männer im Unterhause sitzen, Deutschlands 40 Millionen sollen 400 senden? Ist dies eine Macht, die der ersten Kammer, in welcher die Fürsten und Regierungen vorzugsweise vertreten sind, imponiren kann? Ein solches Häuflein vermöchte es nicht, selbst wenn dieses Unterhaus eine wahre und reine Volksvertretung darstellen würde, was bei der Voraussetzung, daß auf je 100,000 Einwohner durch indirekte Wahl ein Abgeordneter gewählt wird, undenkbar ist. Ein solches Unterhaus vermag gar nichts, und es ist rein unbegreiflich, wie Männer, die vor wenigen Wochen noch von den republikanischen und monarchischen Institutionen gesprochen, auf welche die Monarchie künftig sich stützen solle, zu einem Entwurfe dieser Art ihre Zustimmung geben konnten. Ein solches Unterhaus wird von dem Oberhaus geradezu verlacht; denn wenn es je volksthümliche Beschlüsse zu fassen wagen würde, so wurde das Oberhaus sie verwerfen, und die Sache wäre abgethan, oder wenn das Volk bis dahin noch nicht wieder in jenen wohl bekannten künstlichen

Schlaf eingewiegt wäre, müßte dieses abermals aufstehen, und den Fürsten die Demokratie handgreiflich in Erinnerung bringen. Wir hatten aber bisher geglaubt, es sei Zweck des neuen Grundgesetzes, uns aus dem Stadium der Revolution, in welchem wir uns befinden, in das einer neuen, dauernden, gesetzlichen Staatsverfassung zu bringen; dieser Zweck jedoch scheint uns in den ausgehobenen Bestimmungen durchaus verfehlt.

Das sind unsere Bedenken gegen den Entwurf; es sind Bedenken, die Tausende und Millionen von Deutschen mit uns theilen, die Hunderte energischer und beredter aussprechen werden. Es sind die Männer des Jahres 1815, die uns diesen Entwurf vorlegen. Aber wir leben im Jahre 1848; wir sahen vor zwei Monaten einen Thron zerschellen, eine Republik neben Deutschland erstehen; wir haben in frischer Erinnerung, was wir seit 30 Jahren gelitten, und von wem wir es gelitten; man bedenke wohl, daß es, gelind gesagt, eine Thorheit ist, uns etwas zu bieten, was die Wünsche der jetzigen Zeit nun und nimmer befriedigen kann.

Was das Schicksal dieses Entwurfs seyn wird? Schreitet die Reaktion, so wie sie begonnen, vorwärts, gelingt es, ein schlagfertiges Heer zu organisiren und zu discipliniren, und durch dasselbe die Freiheitsbestrebungen in ganz Deutschland mit Gewalt niederzuhalten, dann wird der vorliegende Entwurf in sehr vielen seiner Bestimmungen die Höfe nicht befriedigen, die von ihren Souveränetätsrechten nichts aufgeben werden, so lange sie noch eine Möglichkeit sehen, das Frühere zu erhalten. Nach unten aber wird der Entwurf in keiner Weise und unter keinen Umständen befriedigen, weil er den Rechten des Volkes nicht die gebührende Rechnung trägt, und wir können zum Schlusse nur eine Wahrheit aussprechen, die jeder Sehende mit Händen greifen kann:

Deutschland ist im Prozeß einer gründlichen Umgestaltung begriffen, und das letzte Wort ist noch lange nicht gesprochen.

Deutsches Staatsbürgerrecht.

Herr Dr. Eisenmann sagt in seinen Ideen zur deutschen Reichsverfassung §. 16: „Jeder Deutsche hat das Recht, sich niederzulassen und zu wohnen, wo er will. Er kann aus einem Orte, wo er kein spezielles Heimathsrecht hat, nur dann ausgewiesen werden, wenn seine Subsistenz nicht gedeckt ist, und er den Einwohnern nachweislich zur Last fällt, oder wenn er durch Gesetzesübertretungen sich die Ausweisung laut richterlichen Spruchs zugezogen hat; vorausgesetzt, daß er nicht durch Grundbesitz oder Gewerbe bereits ansässig ist.“ Wir glauben auf diesen Paragraph aufmerksam machen zu sollen, da in den letzten Tagen auf Requisition des kgl. Stadtkommissariats Nürnberg nicht motivirte Vernehmungen über Subsistenzmittel von Nicht-Nürnbergern stattgefunden haben. Daß die Behörde die von dem deutschen Vorparlament und den 17 Vertrauensmännern aufgestellten Grundsätze, unter denen sich auch der des allgemeinen deutschen Staatsbürgerrechtes befindet, nicht als bindend für sich ansieht, ist uns erklärlich, aber die Autorität des Helden der bayerischen Monarchie wird doch nicht von ihr beanstandet werden wollen.

Dr. Eisenmann.

Wir haben uns mit Hrn. Dr. Eisenmann nur so lange zu schaffen gemacht, als die hiesige Wahlangelegenheit, bei der wir ihm entgegenzutreten für unsere Pflicht hielten, dies unumgänglich nöthig machte; und wir ließen mehrere Erklärungen von ihm, obgleich sie ganz oder theilweise gegen uns gerichtet waren, unbeantwortet, weil sie in der ganzen Art und Weise unserer offen geführten Opposition schon ihre Antwort fanden. Auch über seine neueste Erklärung im Corresp. v. u. f. Deutschland v. 8. Mai könnten wir um so mehr schweigen, da der Artikel im Frankfurter Journal, gegen den sie sich richtet, uns durchaus fremd ist, wenn nicht eine Stelle derselben zu merkwürdig wäre, als daß wir sie nicht mit wenigen Worten glossiren müßten. „Ich erkläre, sagt Hr. Dr. Eisenmann, so lange die republikanische Partei nicht die Obermacht im Parlament hat, möchte ich sie um keinen Preis in demselben vermissen, denn abgesehen davon daß alle Meinungen vertreten sein sollen, so dürfte leicht der Fall eintreten, daß diejenigen Abgeordneten, welche die volle Freiheit in der konstitutionellen Monarchie wollen, sich bei manchen Fragen veranlaßt sehen dürften, mit den Republikanern zu stimmen, denn es werden sich auch reaktionäre Elemente geltend machen.“ Als aufrichtiger Freund einer konstitutionellen Monarchie, in welcher „alle Freiheiten“ sich finden sollen, welche die Republik bietet, muß Hr. Dr. Eisenmann so sprechen, allein wie stimmt dazu sein Auftreten nach seiner Rückkehr vom Vorparlament? die ungeheuere Thätigkeit, die er persönlich und durch seine hiesigen Organe entwickelte, um darauf hinzuwirken, daß allenthalben in Bayern „in seinem Sinn“ gewählt werde, seine Reise nach Bamberg, wo er, wenn ihm wirklich das republikanische Element in dem Parlament wünschenswerth ist, sofern es nicht überwiegt, doch wohl Einen Republikaner hätte zulassen können? Wie stimmt dazu endlich seine — beiläufig gesagt nicht sehr logische — Classificirung der Gegner der constitutionellen Monarchie, in welcher er von den 5 Klassen, die er

aufführt, vier mit den schwärzesten Farben zeichnet und nur eine Classe passiren läßt, die der „Bedingten, welche der Republik huldigen, aber dieselbe auf friedlichem Wege eingeführt sehen wollen und weit entfernt sind, die Meinungen der Minorität der Majorität des deutschen Volkes aufdringen zu wollen!“ Freilich zerfällt uns'rer Ansicht nach die republikanische Partei nur in zwei Klassen, von denen die von Hrn. Eisenmann als die „Bedingten“ aufgeführten die bei weitem zahlreichste ist. Denn wir halten die Zahl Derjenigen, welche um jeden Preis mit Strömen von Bürgerblut und wider den unzweideutig ausgesprochenen Willen der Majorität des Volkes die Republik einführen wollen, für sehr gering. Aber auf der andern Seite glauben wir auch, daß man das Volk, dessen Majorität die Monarchisten zu besitzen sich rühmen, sich frei für oder wider die Monarchie aussprechen lassen, daß man die Majorität nicht durch Bajonette und Martialgesetze zu Stande bringen sollte. Ueberhaupt will es uns zuweilen scheinen, als hätte die Partei der Monarchisten à la Eisenmann, Gagern, Mathy der Republik kräftiger in die Hände gearbeitet, als die Republikaner bei der friedlichen Verbreitung ihrer Ideen es jemals gekonnt hätten. Sieht vielleicht Hr. Eisenmann dies nachgerade ein, und liebäugelt er deshalb zuweilen mit dem republikanischen Princip?

Stadt- und Landschau.

Erlangen, 8. Mai. Die Loyalität ist bisweilen sehr beleidigend. Das werden Sie aus der Ergebenheitsadresse der loyalen Stadt Erlangen ersehen haben, in welcher sie ihre „höchste Bewunderung über die Thätigkeit und großartigen Leistungen des Gesammtstaatsministeriums“ ausspricht, und in der sie auch der jetzt versammelten Stände gedenkt. „Auch sie, die jetzt versammelten Mitglieder des Landtags, haben sich übrigens als Ehrenmänner — bewährt,“ sagen die loyalen Erlanger. Sie haben von Nürnberg aus um Auflösung der Kammer petitionirt, und es konnte dies der Kammer, aus deren Schooß selbst sich Stimmen im gleichen Sinne erhoben, nicht auffallen, und sie nicht kränken. Aber von den Mitgliedern des Landtags, deren Ehrenhaftigkeit Niemand jemals in Frage stellte, zu sagen, sie haben sich „übrigens als Ehrenmänner bewährt,“ das ist die größte Beleidigung, die den Männern gesagt werden konnte, obgleich freilich die unschuldigen Verfasser der Adresse einer „Universitätsstadt“ nicht eingesehen haben mochten, daß sie in dem Leumundszeugniß, welches sie der Kammer auszustellen sich gedrungen fühlten, die Möglichkeit andeuteten, es könne von irgend einer Seite eine gegentheilige Behauptung aufgestellt werden, was wir in jeder Beziehung in Abrede stellen müssen.

Allerlei.

Die Reaktion in Schlesien. Ein Graf Zieten, Sohn des Feldmarschalls, hatte anfänglich nach den Märztagen 300 Thaler zur Bürgerbewaffnung hergegeben, und sich selbst „Bürger Zieten“ unterzeichnet. Jetzt aber wagte er bereits auf dem Rathhause zu sagen: „Es sei nicht Schade um die in Berlin Gefallenen, es sei doch bloßes Gesindel gewesen.“ Doch ist man ihm immerhin noch für diese Aeußerung zu Leibe gegangen, so daß er sich durch eine Wortverdreherei herauszureden suchen mußte.

Der Breslauer demokratische Verein hat kürzlich eine Deputation nach Posen geschickt, um sich an Ort und Stelle von der Lage der Dinge zu überzeugen, da sich die Berichte von dorther fortwährend widersprachen. Die Deputation erstattete bei ihrer Rückkehr ihren Bericht, der ganz zu Gunsten der Polen ausfiel, und die vorgekommenen Wirren im Großherzogthum hauptsächlich als eine Folge der halben und schwankenden Maßregeln der Regierung und der Ueberschreitungen der preußischen Bureaukraten bezeichnete. — Das Zwietrachtstiften zwischen den Deutschen und Polen ist eines jener gelungenen Manöver der Reaktion, durch welche man um jeden Preis einen Krieg mit Frankreich, eine neue heilige Allianz der Fürsten, eine dritte Restauration herbeizuführen sucht. Das deutsche Volk möge auf seiner Hut sein!

Ankündigungen.

Die Capitalsteuer und die Capitalisten.

Unter dieser Ueberschrift brachte dieses Blatt Nr. 7 einen Artikel, der von irriger Ansicht geleitet, und auf Unkenntniß der Geldverhältniße beruht. — So wenig einzelne Kaufleute nach Willkür den Preis der Waaren steigern können, eben so wenig liegt es in der Macht einzelner Capitalisten, den Zinsfuß nach Belieben zu erhöhen. Der Capitalist ist eben so sehr wie jeder andere Geschäftsmann der Concurrenz ausgesetzt, und so wenig als der Landmann bei überreicher Ernte im Stande ist, den Preis der Früchte auf der Höhe zu halten, den solche bei weniger fruchtbaren Jahren erreichen; eben so wenig kann auf dem Platz oder in dem Staat, wo Geldüberfluß sich zeigt, ein hoher Zinsfuß erreicht werden, und nur da, wo Geldmangel den Geldwerth steigert, ist es natürlich, daß dadurch der Zinsfuß gehoben wird. — Viele Jahre wußte man in Bayern nicht anders, als den Zinsfuß zu 5 Proc., nur nachdem der anhaltende Friede den Wohlstand im Lande gehoben hat, fiel der Zinsfuß auf 4 Proc. Auf diesem

Stand blieb er, bis die bayerische Finanzoperation die aufkündbaren Obligationen kündigte, und dafür Obligationen bot, welche nur nach dem Ergebniße der Verloosung heimbezahlt und mit 31/2 Proc. verzinst werden. Diese unerwartete Manipulation veranlaßt manchen Capitalisten, vom Staat das Geld zu nehmen, und es vorzugsweise auf Hypothek ebenfalls zu 31/2 Proc. zu geben, weil Hypotheken nach drei oder sechsmonatlicher Kündigung vom Debitor erlegt werden, wenn der Creditor anderseitige Verwendung davon machen will, während die Liebhaberei für Staatsobligationen nur bei heiterm politischen Horizont ihre Verehrer hat, aber bei politischer Gewitterschwüle eine fieberartige Antipathie durch das Schwanken der Cours-Scala diese Liebhaberei unter zitternden Gefrierpunkt bringt. Bietet nun ein Staat in äußerster Geldklemme 5 oder gar 6 Proc., so finden sich wieder heroische Geldmänner, die solcher süßen Lockung nicht widerstehen können, verlangen daher von Privaten ihre Gelder, und greifen damit dem geldbedürftigen Staat unter die Arme. Dergleichen Zinshebel sind allerdings für diejenigen Leute, welche über eigene Kräfte Unternehmungen gemacht haben, und mit fremdem Geld zu arbeiten gezwungen sind, ein fataler Casus. — An dieses Thema wäre noch manche erbauliche und beschauliche Epistel zu knüpfen um jene Leute, welche durch eisernen Fleiß und beharrliches Sparsystem sich einiges Vermögen erworben haben, schwarzer als den schwärzesten Teufel zu malen, dagegen den gänzlichen Ruin jener thränenvollen, gedrückten Seelen, die in träumerischer Zeitvergeudung, bei übermäßigem Aufwand und nicht zu sättigender Genußsucht gute Jahre vorüber ließen, ohne für schlechte Jahre zu sparen, auf die Schultern spekulativer Besitzer zu wälzen. Jene ängstlichen Gemüther, welche in der Capitalsteuer ein neues furchtbares Gespenst der fleißigen Bourgeoisie erblicken, belieben sich vor der Hand noch zu beruhigen, denn Privatinteresse tritt selten so furchtbar auf, um mit erbarmungsloser Strenge die ärmere Mitmenschen auszubeuten. — Wo systematische Volksaussaugung und luxuriöses Leben, die Einnahmen mit den Ausgaben aus dem richtigen Verhältniß bringt und Communismus erzeugt, da wäre es thöricht, wegen herrschender Noth die Bemittelten anzufeinden oder endlich gar verantwortlich machen zu wollen. — Dem Steuersystem sich zu widersetzen wäre Thorheit, denn die Völker waren zu allen Zeiten Packesel, welche für die mächtigen Prasser die Lasten getragen haben, und noch tragen. Drum war Denken stets Empörung.

Schreiben war Rebellion,
Nur ein dummes Vieh kam immer
Noch mit heiler Haut davon.

Friedrich Ammon.

Verantwortlicher Redakteur **Gustav Diezel** (S. 486). Verlag der **v. Ebner**'schen Buchhandlung.
Druck der Stich'schen Buchdruckerei.

Der freie Staatsbürger.

Ein Volksblatt aus Franken.

Nr. 9. | Nürnberg, 11. Mai. | 1848.

Erscheint jeden Dienstag, Donnerstag und Samstag, und kann durch alle Postämter bezogen werden. Preis für das laufende Vierteljahr bis Ende Juni 36 Kr., von da ab vierteljährlich 45 Kr. Einrückungsgebühr 2 Kr. für die Zeile. — Einzelne Nummern à 3 Kr.

Der Nürnberger politische Verein.

Nachdem in zwei Versammlungen des politischen Vereins der von den 17 „Vertrauensmännern" ausgearbeitete Reichsgrundgesetzentwurf durchgangen und beleuchtet worden war, hat der Verein eine Commission zur Entwerfung einer Protestation gegen denselben in einer an die constituirende Nationalversammlung in Frankfurt gerichteten Adresse niedergesetzt. Diese legte am Montag in einer außerordentlichen Versammlung des Vereins ihren Entwurf vor, der die allgemeine Zustimmung erhielt. Es wurde beschlossen, um möglichst viele Unterschriften für die Adresse zu erhalten, dieselbe einer Volksversammlung vorzulegen und zu diesem Ende das hiesige Comité für Volksversammlungen um schleunige Berufung einer solchen Versammlung anzugehen. Die Adresse lautet:

An die hohe constituirende Nationalversammlung in Frankfurt am Main.

Als vor wenigen Wochen im Westen ein Thron unter der Last einer lang angehäuften Schuld zusammenbrach und das deutsche Volk, dessen Vertreter lange Jahre vergebens in Rede und Schrift um seine Rechte und Freiheiten gestritten, aufstand und sich das erkämpfte, was ihm die Fürsten aus freier Entschließung nie zugestehen wollten, da wurde durch das ganze Vaterland das Wort von einem einigen und freien Deutschland gehört, und zum ersten Male glaubte man an die Verwirklichung dieses Wortes, weil es nicht eine leere Phrase im Munde von Fürsten und Diplomaten, sondern der durch die That bekräftigte Ausdruck des deutschen Volksgeistes war. Damals war durch ganz Deutschland nur eine Macht geltend, der Wille eines zum Bewußtsein seiner Stärke erwachten Volkes, dessen Souveränetät in diesem Augenblick Niemand zu bestreiten wagte. Daß die gestörte Ordnung für den Augenblick wieder hergestellt wurde, das war nur das Werk des Volkes selbst, das in der Entfernung der verhaßten Rathgeber der Kronen, und in der Berufung von neuen Männern, Männern, die das Vertrauen des Volkes besaßen und es zu verdienen schienen, eine Bürgschaft dafür erblickte, daß mit dem alten Systeme gänzlich und auf immer gebrochen sein sollte. Damals erlebte man das nie gesehene Schauspiel, daß Männer des Volksvertrauens, ohne andere Vollmacht als dieses Vertrauen, zusammentraten und beschlossen, was sie zu des Volkes Wohl für rathsam hielten; damals hörte man aus dem Munde dieser Männer das große Wort, daß nur das Volk in seinen freigewählten Vertretern über die zukünftige Gestaltung und Verfassung Deutschlands beschließen solle, und nur die Zusicherung, daß das Princip der Demokratie fortan in den deutschen Monarchien das Herrschende sein solle, vermochte die wankenden Throne vor dem Umsturz zu bewahren. Kostbare Augenblicke, die zu rascher Verwirklichung des im Princip Ausgesprochenen hätten verwendet werden sollen, verstrichen ungenützt, und jetzt nach wenigen Wochen muß das deutsche Volk erfahren, daß sein Vertrauen getäuscht worden; es hört sich zum Unterthanengehorsam mahnen und von der Volksherrschaft ist keine Rede mehr. Dagegen wagen 17 so-

genannte Vertrauensmänner, die dem Bundestage von den Regierungen beigegeben waren, statt dessen, was man als sichere Errungenschaft bereits zu besitzen wähnte, dem Volke einen Entwurf eines deutschen Reichsgrundgesetzes zu bieten, in welchem man mit Staunen und Entrüstung einen schmählichen Rückfall in Romantik und Mittelalter, und eine gänzliche Verkennung und Mißachtung der Volksrechte entdecken muß. Aber noch ist es nicht dahin gekommen, daß das Volk wieder in jenen Schlaf zurückversunken wäre, in welchem man hoffen mag, es auf Jahrhunderte hinaus in neue Fesseln zu schlagen; noch hat das Volk bei uns die Freiheit der Rede und der Schrift, um seine Stimme zu einer lauten und feierlichen Protestation zu erheben gegen das, was man ihm wider seinen Wunsch und Willen aufdringen möchte. Darum protestiren wir laut und feierlich gegen den Grundgedanken und die Hauptpunkte des von den 17 Männern entworfenen Reichsgrundgesetzes, wir protestiren namentlich: 1) Gegen einen erblichen Kaiser und das, was damit zusammenhängt, ein aus Fürsten und Fürstendienern bestehendes Oberhaus. Nicht dadurch wollen wir die Einheit Deutschlands gesichert wissen, daß ein erblicher Fürst, mit unermeßlichen Vollmachten, mit dem Recht über Krieg und Frieden, und mit der freien Verfügung über sämmtliche Truppen des deutschen Gesammtvaterlandes ausgerüstet, an die Spitze Deutschlands gestellt werde. Ganz anders haben wir uns die Organe gedacht, durch welche in Zukunft die Reichsgewalt Deutschlands geübt werden sollte. Eine in einer Kammer vereinigte Vertretung mit einem Präsidenten an der Spitze mußte, unserer Erwartung zufolge, in Zukunft die Geschicke Deutschlands leiten und dessen Einheit auf der Basis einer allgemeinen deutschen Gesetzgebung, die wir in dem Entwurfe gänzlich vermissen, begründen. Denn ohne Anhaltspunkt im Bewußtsein des Volkes sind jene Standesunterschiede, welche der künstlich gegliederte Verfassungsbau des Entwurfs zu seiner Grundlage hat, und vergebens hofft man das aufs Neue ins Leben einzuführen, was durch die fortgeschrittene Entwickelung der Ideen auf immer beseitigt ist. Nicht die Fürsten und ihre Diplomaten sind geeignet, bei der Ausübung der einheitlichen Reichsgewalt eine so einflußreiche und bedeutungsvolle Stelle einzunehmen, denn die Geschichte lehrt uns, daß die Fürsten stets ein natürliches Hinderniß deutscher Einheit bildeten; nur das deutsche Volk fühlt das tiefe Bedürfniß dieser Einheit, und nur in einer Kammer, in welcher das Volk vorzugsweise vertreten ist, darf daher in Zukunft der Schwerpunkt der deutschen Reichsgewalt ruhen. Aber nicht nur, daß das Volk in der Gliederung der Gewalten, wie sie der Entwurf vorschlägt, die unterste und untergeordnetste Stelle einnimmt, selbst in dieser untergeordneten Stellung finden wir seine Bedeutung und seine Rechte gänzlich verkannt und mißachtet. Darum protestiren wir 2) gegen die Art und Weise, wie nach dem Entwurf die Volkskammer zusammengesetzt werden soll. Vierzig Millionen Deutsche wollen nicht durch ein Häufchen von 400 Männern vertreten sein, das einem mächtigen Herrscher und einem aus Fürsten und Fürstendienern zusammengesetzten Oberhaus gegenüber, welches zu dem, was die Volkskammer beschließt, nur Nein zu sagen braucht, zu völliger Bedeutungslosigkeit herabsinken müßte. Mindestens noch einmal so groß sollte die Zahl der deutschen Volksvertreter sein, denn sie sollen eine imposante Macht bilden, um auch den entferntesten Versuch, die Grundrechte des Volkes anzutasten, von vornherein unmöglich zu machen. Wohl sagt man, diese Grundrechte seien von der deutschen Reichsgewalt auf ewige Zeiten garantirt und nichts stehe ihrer weitern Entwicklung entgegen; allein die Deutschen wissen zu gut, was ein papiernes Recht und ein geschriebenes Gesetz bedeuten will, sie wissen zu gut, das sie illusorisch sind, wenn der Volkskammer nicht thatsächlich die Gewalt zusteht, die Rechte des Volkes gegen jeden Uebergriff zu wahren. Ueberdieß würde bei einer Volksvertretung von 1 auf 100,000 nur die Corruption und die Intrigue die Vertreter wählen, denn direkte Wahlen, deren Annahme oder Ablehnung der Entwurf den einzelnen Regierungen freigibt, wäre bei Wahlbezirken von 100,000 Seelen unmöglich, und wir hegen die lebendige Ueberzeugung, daß nur bei direktem Wahlmodus eine ächte Volksvertretung, die der wahre Ausdruck des Volkswillens ist, möglich sei. — Dieß sind die Punkte, gegen welche wir als deutsche Männer unsern Protest einlegen müssen. Sie haben Ein Gemeinsames. Den 17 Vertrauensmännern ist das Volk nur eine massenhafte Unterlage, auf welcher sie ein künstlich gegliedertes, gothisch zugespitztes Gebäude aufführen möchten. Uns ist das Volk Alles, das A und das O, und das Gothische, die Romantik ist Uns eine abgestorbene Lebensform, die wir um keinen Preis zu einem künstlichen Leben wieder erweckt wissen wollen. Möge daher eine hohe constituirende Nationalversammlung in Erwägung dessen,

was dem deutschen Volke im Jahre 1848 frommen mag, unsern Protest geneigtest berücksichtigen!

Die Reaktion.

Ein rheinisches Blatt schrieb vor einigen Tagen: „Der erste Akt der Contrerevolution ist ausgespielt; ihre demoralisirenden Folgen sind schon überall sichtbar. Bereits ist sogar — und das ist das Traurigste — bereits ist die nationale Begeisterung im Volke an blutiger Verzweiflung erkrankt, bereits wirft es jede Hoffnung weg, daß Deutschland allein es freimachen könne, bereits fürchtet man im Volke nicht mehr, wünscht man sogar eine französische Invasion, weil man doch Alles verloren gibt, und vor dem gänzlichen Untergang auch noch zu diesem gefährlichen Befreiungsmittel greifen möchte. Das ist keine Erdichtung, es ist eine traurige Wahrheit, die Jeder entdecken kann, der sich unter dem Volke bewegt. Noch vor vier Wochen wäre nicht mit Unwillen, sondern mit Hohn der überschüttet worden, welcher einer Erlösung durch Frankreich das Wort gesprochen hätte, heute flüstert Einem Jeder in die Ohren: „Erwarte nichts von Deutschland, die rothen Hosen müssen das Land fegen!“ Das ist nicht unser Bekenntniß, aber das sind Thatsachen, und das, Ihr Herren, Ihr Männer des neuen Bundes, habt Ihr zu verantworten, eine kolossale Blutschuld an dem Geiste der deutschen Nation.“ — Besagtem Blatte hat man eine solche Sprache sehr übel genommen und daraus den Vorwurf herausgedeutet, „es sehe Invasionsgelüsten durch die Finger.“ Das Trostloseste in Zeiten, wie die unsrigen, ist, daß es zum Verbrechen angerechnet wird, Thatsachen zu berichten. Oder was hätten wir für Grund anzunehmen, der Berichterstatter jenes rheinischen Blattes sage nicht die Wahrheit, wenn er erzählt, daß das unter der Last der Einquartierung und dem Terrorismus der Martialgesetze verzweifelnde badische Volk anfange, seine letzte, ersterbende Hoffnung auf Frankreich zu setzen? Vaterlandsliebe, Nationalehre, es sind schöne, edle Gefühle, aber sie wollen nicht auf eine allzuharte Probe gestellt sein. Wenn der Patriotismus mit dem Bedürfniß der Freiheit, die das Wesen des Geistes ist, in einen so schneidenden Widerspruch geräth, daß nur die Alternative bleibt: Sklaverei und Despotismus bei Deutschland, oder Freiheit beim Ausland, dann ist es traurig, aber es ist entschuldbar, wenn das Volk sich für das Letztere entscheidet. Wahrlich, beim Hinblick auf Baden muß jeder ehrenhafte Deutsche vor Scham und Entrüstung erröthen. Nicht daß es 33 Jahre lang unter das Joch der Metternich'schen Politik sich beugte, daß es einen Tag lang den Mathy'schen Terrorismus duldete, und durch die Bajonette seiner eigenen Kinder stützte, das ist Deutschlands tiefste Erniedrigung.

Das preußische Militär.

Einen interessanten Beitrag zur Charakteristik des preußischen Offizierstandes bietet die Schrift des Premierlieutenants v. Heugel: „Mein Austritt aus dem kgl. preußischen Militärdienst.“ Dieser Mann, ein eingefleischter Soldat, dessen Urtheil Niemand die Competenz streitig machen wird, sagt: „Ueber unserm ganzen Militärsystem lagert die Schwüle eines entsetzlichen Kamaschendienstes... es ist eine Qual zu dienen, wo man der Sklave jedes einen Tag im Range älteren Dummkopfs ist.... Die Hauptbeschäftigung unseres Heeres ist Paradedressur. Man tiraillirt sogar Parade. Die Körperhaltung unserer Truppen mag die vorzüglichste sein, gebe nur Gott, daß auch die vollwichtigen Kanonenkugeln die Haltung nicht erschüttern. Das Umsichgreifen gewisser Großsprechereien ist aber kein günstiges Zeichen für die Anwesenheit des Muthes; der wahrhaft Tapfere sagt z. B. nicht, daß die Polen, wenn sie kämen, mit der Zahnbürste zurückgeschlagen würden. Ohne die siegende Kraft dieses Toilettenstückes bezweifeln zu wollen, scheint es mir doch angemessener, zu schweigen, bis der Feind da ist, und dann erst zu reden, wenn man sagen kann: „er ist fort!“ Unser Militär hat neue Uniformen bekommen, man schafft ein neues Reglement, läßt aber die alten Führer.“ So spricht ein Mann, welcher versichert, daß er unter andern Umständen mit Passion Soldat geblieben wäre, und der nur deshalb seinen Abschied nahm, weil das menschliche Gefühl das soldatische überwog, weil er die brutale Behandlung von seinen Vorgesetzten nicht mehr zu ertragen vermochte, die größtentheils daher rührte, daß er sich mit der Literatur und der Politik befaßte. „Denn, sagte sein Oberst (jetzt General) von Thümen zu ihm: Der Dienst des Königs verlangt ganze Hingebung und Tüchtigkeit, welche ein Offizier aber nur dadurch erlangen kann, daß er sich allein mit dem Reglement und mit militärischen Werken beschäftigt. Alles, was nicht zur Militärliteratur gehört, darf ein Offizier, der seinen Stand liebt, nicht treiben... Ein Lieutenant hat sich in keiner Art um Politik zu kümmern. Ihre Beschäftigung mit Literatur, und gar mit Politik bringt mir eine schlechte Meinung von Ihnen bei. Ich warne Sie, solche des Officiers unwürdige Beschäftigung aufzugeben. Das nächste Mal, wenn ich davon höre, daß Sie sich in Politik mischen, strafe ich; übrigens wird Alles notirt.“ Die deutsche Volkszeitung, aus der wir diesen Auszug machen, bemerkt zur Erklärung: Viele preußische Officiere, namentlich die älteren und höheren, finden ihren größten Stolz darin, blind ergebene Königsknechte, das blinde Werkzeug in den Händen der Machthaber zu absolutistischen Zwecken zu sein. Der Offizier wird förmlich zu einer Maschine des Absolutismus dressirt, jedes selbstständige Gefühl in ihm gewaltsam unterdrückt; er darf nichts denken, thun und treiben, als was ihm höchsten Ortes vorgeschrieben ist. Und diese Dressur ist bei der großen Mehrheit so in Fleisch und Blut übergegangen, daß nichts im Stande

ist, ihre Wirkung auszuwischen, sie aus Fürstenknechten zu freien Männern zu machen; sie sind so sehr gewohnt, den Fürsten, dem sie blinde Treue zugeschworen, als ihren und des ganzen Lands unumschränkten Herrn anzusehen, daß ihnen ein anderes Verhältniß, worin sie Diener des Landes, des Volkes sein und den Willen des Volkes ausführen sollen, nie einleuchten und nie zusagen wird. Mögen sie daher auch zu dem der Person des Fürsten geleisteten Eid den auf die Verfassung hinzufügen, sie werden sich vor wie nach nur als Diener des Ersteren betrachten; sobald der Fürst daher wieder absolutistische Gelüste bekommen, eine Reaktion versuchen wird, er hat in seinen Officieren die blinden Werkzeuge seines Willens, ein Wink von ihm und sie werden bereit sein, die Volksfreiheit, die ohnehin ihre frühere Bedeutung vernichtet, unterdrücken und wieder das alte Regime, unter dem sie sich so wohl gefühlt, herstellen zu helfen.

Brendel und Eisenmann.

Der offene Brief des Dr. Brendel an Eisenmann kam hier in viele Hände, und der Letztere fand sich dadurch veranlaßt, auf einem Streifen Papier eine kurze Erwiderung hier gratis vertheilen zu lassen, in welcher er den Verfasser des offenen Briefes des „moralischen Meuchelmords" zeiht und seine Aussagen kurzweg für Verleumdungen erklärt. Hr. Dr. Eisenmann behielt indessen nicht das letzte Wort, sondern Dr. Brendel hat seinerseits wieder eine Erklärung in dem fränkischen Merkur abgegeben, welche wir unsern Lesern nicht vorenthalten wollen. Sie lautet: „Dr. Eisenmann hat gegen meinen offenen Brief eine Erklärung abgegeben, in welcher er einfach „alle Angaben dieses Briefes ohne Ausnahme für Entstellungen, Lügen und Verleumdungen" erklärt, und mich auffordert, meine Angaben zu beweisen. Ich gestehe, daß ich von Herrn Dr. Eisenmann eine andere Erwiderung nicht erwartet habe. Das heißt sich die Sache leicht machen. Soll ich vielleicht mit allen meinen Zeugen dem Herrn Dr. Eisenmann auf seinen Kreuz- und Querzügen nachreisen? Will er seine öffentlich gesprochenen Worte ableugnen, so komme er nur nach Bamberg, ich werde ihm Zeugen genug bringen, welche die Ohren offen hatten bei seinem Vortrag, der überdies größtentheils in seinem gedruckten Bericht enthalten. Oder will Herr Eisenmann sein Vermögen ableugnen? Ich habe Zeugen für meine Aussage. Will er den Brief vom 11. Juli ableugnen? Er steht zur gefälligen Einsicht dahier Jedermann zu Diensten. Was endlich die Beschuldigungen des Verrathes am Jugendbund betrifft, so könnte ich dieselben nur für den Fall nachweisen, wenn mir der Fiskus die Untersuchungsprotokolle ausliefern wollte. Doch können dieselben Dr. Eisenmann nichts Neues sein, sie tragen sich schon seit etlichen 20 Jahren im Publikum und — Hr. Dr Eisenmann mußte sie längst kennen, da er sich ja selbst schon über diese Anschuldigungen ausgesprochen hat. Ich selbst habe die Mittheilung aus achtungswerther Quelle. Ueber das Geplauder von Meuchelmord u. s. w. will ich Herrn Dr. Eisenmann gegenüber kein Wort verlieren, und was die Obscurität meines Namens betrifft, so hoffe ich, daß mein Name eine so traurige Berühmtheit wie der Dr. Eisenmanns nicht erlangen wird; lieber ganz unbekannt bleiben, als hausirend im eigenen Renommée machen! Glaubt vielleicht Dr. Eisenmann, er dürfe nur von Notabilitäten angegriffen werden? Heut zu Tag hat jeder das Recht, in öffentlichen Dingen mitzureden, also auch Dr. Brendel."

Volksversammlung.

Auf Freitag, Abends 5 Uhr, ist eine Volksversammlung im Catharinensaale anberaumt. Es wird derselben, außer der vom politischen Verein ausgegangenen Protestation gegen den Reichsgrundgesetzentwurf, eine weitere Protestation gegen Aufstellung eines Heeres von 50,000 Mann bei Bamberg und Nürnberg vorgelegt werden; welche letztere Protestation von einer Versammlung hiesiger Einwohner beschlossen und ausgearbeitet wurde. Beide Adressen sind von hoher Wichtigkeit und sollten mit zahlreichen Unterschriften eingesendet werden können. In einer Zeit, in welcher die Reaktion sich so mächtig zeigt, in welcher wir in Gefahr stehen, von dem was wir bis jetzt erhalten, Vieles wieder zu verlieren, in welcher namentlich in dem Resultat der deutschen Parlamentswahlen die Reaktion, mit Hülfe ihrer Schliche und Intriguen, einen unzweifelhaften Sieg erfochten hat, ist es durchaus nothwendig, daß die öffentliche Meinung in Adressen und Petitionen sich kräftig ausspreche und dadurch die verhältnißmäßig kleine Zahl der freisinnigen Volksvertreter in Frankfurt unterstütze. Es ist deshalb zu wünschen, daß die Einwohner Nürnbergs sich in der Volksversammlung am Freitag zahlreich einfinden und die zwei Adressen unterzeichnen möchten.

Ankündigungen.

Verantwortlicher Redakteur **Gustav Diezel** (S. 486). Verlag der **v. Ebner**'schen Buchhandlung.
Druck der Stich'schen Buchdruckerei.

Der freie Staatsbürger.

Ein Volksblatt aus Franken.

Nr. 10. Nürnberg, 13. Mai. 1848.

Erscheint jeden Dienstag, Donnerstag und Samstag, und kann durch alle Postämter bezogen werden.
Preis für das laufende Vierteljahr bis Ende Juni 36 Kr., von da ab vierteljährlich 45 Kr.
Einrückungsgebühr 2 Kr. für die Zeile. — Einzelne Nummern à 3 Kr.

Die Reaktion.

Unter dem vielen Unerfreulichen, was die jüngsten Tage uns brachten, ist doch etwas Erfreuliches. Es ist die Thatsache, daß die Augen mehr und mehr sich öffnen, um die Wahrheit zu sehen, welche wir seit Wochen erblickten, daß die Reaktion nicht ein Gespenst, sondern eine Wirklichkeit ist. Wir haben Manchen unter Euch Unrecht gethan, wenn wir glaubten, Ihr wolltet diese Reaktion, Ihr fördert sie mit Bewußtsein, wir bitten Euch dieses Unrecht ab, Ihr habt unbewußt dazu mitgeholfen, weil Ihr nicht an die Reaktion glaubtet; Ihr glaubt jetzt daran, und wollt sie bekämpfen. Wir wünschen uns und Euch Glück zu diesem Entschluß, wenn er ein aufrichtiger ist, und mit Freuden werden wir, so weit unsere Grundsätze es uns möglich machen, Hand in Hand mit Euch gehen. Wollt Ihr das Ziel auf einem andern Wege erreichen, sind wir Euch zu „entschieden," zu wenig „gemäßigt," so vergeßt nicht, daß wir wenigstens in der Hauptsache dasselbe wollen, und daß ein redliches Streben keine Verdächtigung verdient; und wenn Ihr die Erfahrung machen solltet, daß in Zeiten wie die unsrigen durch das, was Viele Mäßigung nennen, nur dem Feind in die Hände gearbeitet wird, wenn es sich treffen sollte, daß Ihr zur Erkenntniß gelangt, unsre „Entschiedenheit" sei das einzige Mittel gewesen, um unermeßliches Unglück zu verhüten, — möge dann diese Erkenntniß nicht „zu spät" kommen, möge nicht durch Eure „Mäßigung" schon der Sieg des Feindes entschieden sein!

Immerhin ist schon viel gewonnen, wenn es Allen, auch der Klasse, welche, im Besitz ihrer Güter, vom Triumph der neuen Ideen seltsamer Weise Beeinträchtigung ihres Eigenthums fürchtet, klar geworden, daß es wirklich darauf abgesehen ist, den alten Zustand so viel als: immer möglich wieder herzustellen *). Das muß die Besitzenden gerade beunruhigen, weil sie sich eingestehen müssen, daß ein augenblicklicher Sieg der Reaktion nur eine um so stärkere Rückwirkung hervorrufen müßte, und

---

*) Wenn ich sage „Allen." so muß ich den Corresp. v. u. f. Deutschland ausnehmen, der in seinen neuesten Artikeln die Reaktion noch immer als ein Gespenst, und diejenigen, welche die öffentliche Meinung gegen sie wach erhalten wollen, als „böswillig" oder „verblendet" bezeichnet; ich nehme davon aus die Bureaukratie und Diejenigen überhaupt, welche von der Reaktion ihren Vortheil erwarten. Diese müssen natürlich die Reaktion, der sie selbst mit Leib und Seele angehören, ein Gespenst nennen Es laßt sich diesem Häufchen, das einem Volke zumuthen will, nicht bloß statt schwarz weiß zu sehen, sondern sich auch statt weiß schwarz aufdringen zu lassen, und das, wir hoffen es zur Ehre des deutschen Volkes, sich in seinem Bestreben radikal getäuscht sehen wird, keinen bessern Rath geben, als nach Rußland überzusiedeln. In der That sind wir darauf gefaßt, in den nächsten Nummern des Corresp. Artikel zu finden, in denen uns bewiesen werden will, es sei gegen den „Communismus" der franz. Republik für Deutschland nirgends anders Heil zu finden, als in einem Bündniß mit Rußland. Bereits rühmt man in gewissen Kreisen den „trefflichen Geist unserer Truppen, der ganz so sei wie Anno 1813". Nun, da muß man ihnen natürlich die Russen beigeben, um diesen „guten Geist" rege zu erhalten.

daß jene zweite Revolution alsdann wahrscheinlich in weit ungeordneterer und für den Verkehr und Besitz bedrohlicherer Weise ins Leben treten würde. Besser also, gleich jetzt den Zustand so ordnen, wie er den Wünschen und Bedürfnissen des Volkes entspricht, als fur den Augenblick durch brutale Militärgewalt jene Wünsche niedertreten, und dadurch das Volk zum Aeußersten, zur Verzweiflung treiben lassen.

Die Reaktion hat ihren Angelpunkt im Krieg mit Frankreich, der ein Bündniß mit Rußland zur unausbleiblichen Folge haben würde. Zur unausbleiblichen Folge! Denn das ist doch aus der Geschichte zu entnehmen, daß ein deutsches Heer nicht im Stande ist, einen „militärischen Spaziergang" in das Herz des republikanischen Frankreichs zu machen, daß, wenn begeisterte Republikaner, noch überdieß zu wohldisciplinirten Truppen formirt, den Rhein überschreiten, ein großer Theil von Deutschland ihnen offen liegt. Das ist eine einfache Wahrheit, die um so weniger bezweifelt werden darf, als nun einmal unleugbar das Volk keinen Krieg mit Frankreich wunscht, also an eine Erhebung in Masse gar nicht zu denken ist. Werden die deutschen Truppen aber zuruckgedrängt, so werden sicherlich die Russen zum Beistand heranrücken; und es sind dann zwei Möglichkeiten gegeben, von denen ich nicht weiß, welche die traurigere ist: entweder Besiegung der Franzosen durch die verbündeten Truppen, Vernichtung der französischen Republik, Herrschaft der Knute in Europa, das in diesem Falle nach Napoleons Wort „kosakisch" würde; oder Sieg der Franzosen über die deutsch-russischen Truppen, Zersplitterung Deutschlands, Abhängigkeit desselben vom Auslande. Eine dieser zwei Möglichkeiten macht ein Krieg mit Frankreich nothwendig zur Wirklichkeit.

Möchte man doch bei Erwägung dieser Frage und bei Beurtheilung des Verfahrens derjenigen Regierungen, welche durchaus einen Krieg gegen Frankreich herbeiziehen wollen, einfach den gesunden Verstand zu Rath ziehen! Wer hat denn Metternich in Wien, Bodelschwingh in Berlin gestürzt? Nicht die Wiener und Berliner, sondern die Pariser Barrikadenmänner, die franz. Republikaner haben es gethan, denn ohne den Sturz des Julithrones schliefen wir in Deutschland Alle noch. Läßt man sich nun in einen Krieg mit diesen franz. Republikanern verwickeln, so stößt man somit die Wiener und Berliner Revolution um, mit andern Worten: man ruft Metternich und Bodelschwingh wieder ans Staatsruder zurück. Dieser Satz ist so klar und unbestreitbar, daß jedes Kind ihn begreift; und in der That, die Nothwendigkeit eines Bündnisses, eines freundschaftlichen Verhältnisses zwischen Deutschland und Frankreich muß auch sehr einfach und einleuchtend sein; denn obgleich seit 33 Jahren deutschthümlerische Franzosenfresser dem deutschen Volke Haß gegen Frankreich predigten, obgleich seit zwei Monaten insbesondere freiheitsverrätherische Professoren und Zeitungsschreiber sich alle erdenkliche Mühe geben, dem deutschen Volke Mißtrauen gegen die Franzosen und jenen Nationalhaß einzuflößen, der zwischen freien Völkern ein Unding ist, denkt das Volk doch nach wie vor ganz gesund und richtig also: „Was wir seit 60 Jahren Besseres erhalten haben, kam uns aus dem Westen, kam uns von den Franzosen, es ist folglich ein Unsinn, wenn man uns auffordert, die Franzosen zu hassen." Möchten doch Diejenigen, welche in Zeitungsartikeln unermüdlich Krieg gegen Frankreich predigen, vor das Volk treten mit ihren franzosenfresserischen Theorien, sie würden dann ihr Urtheil hören.

(Schluß folgt.)

Volksversammlung.

Nürnberg, 13 Mai. Die gestrige Volksversammlung war zahlreich besucht. Es blieb indessen keine Zeit, etwas Anderes vorzulegen, als die vom politischen Verein beschlossene Protestation gegen den Reichsgrundgesetzentwurf, denn es traten mehrere Herren gegen die Fassung dieser Protestation auf, und glaubten öffentlich erklären zu müssen, daß sie dieselbe nicht unterzeichnen könnten. Als Grund wurde unter Anderm angeführt, daß die Protestation im „freien Staatsbürger" neben einem Artikel abgedruckt stehe, in welchem in etwas starken Worten ein mißbilligendes Urtheil über den Mathy'schen Terrorismus in Baden ausgesprochen war. Diejenigen, welche für den Protest des politischen Vereins sprachen, konnten sich der Aufnahme, die sie bei der Versammlung fanden, nur freuen, und die Protestation wurde nach Aufhebung der Versammlung mit zahlreichen Unterschriften versehen. Freilich aber hat der politische Verein dabei die Erfahrung gemacht, daß er noch immer Gegner hat, die es nicht verwinden können, daß der politische Verein sich hier einer steigenden Theilnahme erfreut, und die mit weit mehr Leidenschaftlichkeit und Gereiztheit als Gründen Allem, was von ihm ausgeht, entgegenzutreten entschlossen scheinen. Wir erlauben uns in dieser Beziehung unsern Gegnern einen Rath zu geben. Mit hektischer Leidenschaftlichkeit, mit Hervorhebung der einzelnen Persönlichkeiten wird im Kampf der Geister Nichts ausge-

richtet. Davon konnten unsere Gegner den Beweis gestern erhalten. Warum gründen nicht sie ebenfalls einen Verein, einen, wie man sich ausdrückt, „gemäßigt“ freisinnigen Verein. So viel wir die Stimmung der Nürnberger kennen, dürfte ein solcher Verein hier nicht ohne Anklang bleiben. Es wäre dieß in manchen Dingen gut für unsre Gegner, aber auch uns müßte es angenehm sein. Unsre Gegner würden dann ruhiger und mit Gründen gerüstet uns entgegentreten, nach einem durch einen größern Kreis unterstützten Plan zu Werke gehen, und in dem Kampf der Geister würde dadurch einige Ordnung, Methode so zu sagen, gebracht. Die Gereiztheit, mit der unsre Gegner auftreten, ist ihrer Sache nicht dienlich, sie beweist, daß sie an ihrem Erfolg in Nürnberg zu verzweifeln anfangen. Sie sollten das nicht thun. Sie haben Talente, sie haben Eifer fur das allgemeine Wohl; sollte sich nicht ein Verein grunden lassen, in welchem sie mit diesen Talenten und diesem Eifer die öffentlichen Interessen zu fördern im Stande wären? Uns müßte die Bildung eines solchen Vereins ebenfalls angenehm sein, denn unser Hauptzweck, Erweckung und Unterhaltung der allgemeinen Theilnahme für die Politik, würde dadurch gefördert. Der Wetteifer müßte beide Vereine zu erhöhter Thätigkeit anspornen, und dieser Wetteifer würde manches verborgene Talent hervorlocken. Also Ihr Herren von der Gegenseite, nicht zurückgezogen, sondern fortgeschritten; denn wer sich zurückzieht, der gibt seine Sache verloren.

Erklärung gegen die Truppenaufstellung in Franken. *)

Von einer Versammlung Nürnberger Einwohner ist nachstehende Eingabe an die hohe constituirende Nationalversammlung beschlossen worden: Oeffentliche Blätter bringen, wie es scheint aus amtlicher Quelle, die Nachricht von der Zusammenziehung eines Heeres von 50 bis 60,000 Mann in der Nähe von Bamberg, Nürnberg, Cronach, Schweinfurth, eines Heeres, das hauptsächlich aus preußischen und sächsischen Truppen zusammengesetzt sein soll. Die Aufstellung einer solchen Truppenmacht im Herzen Deutschlands, in einer Gegend, in welcher die Ruhe in keiner Weise gestört erscheint, in der sich das Volk seiner neu errungenen Rechte freut und durch den Gebrauch, den es davon macht, die Entwicklung seines jungen politischen Lebens fördert, muß, zusammengehalten mit andern Erscheinungen und Vorgängen im deutschen Vaterlande, einen um so betrubenderen und niederschlagenderen Eindruck auf das Volk machen, je mehr es darin eine Politik der Kabinette zu erkennen glaubt, welche mit seinen Gefühlen, mit seinen Sympathien und Antipathien im Widerspruche steht, und seiner Freiheit gefährlich erscheint. Eine bedeutende Heeresmacht sehen wir gegen Frankreich gerichtet, gegen ein Land, von welchem die großartige Bewegung ausging, die auch das deutsche Volk von einer langen Schmach erlöste, gegen ein Land, dessen freies Volk von den freundlichsten Gesinnungen gegen die Deutschen beseelt ist, und das durch seine Organe, durch Männer, welche erst in den jungsten Tagen wieder durch eine unermeßliche Wählermajorität als die ächten Repräsentanten ihres Landes dargestellt wurden, ausdrucklich und bestimmt erklärte, daß es keine Eroberungsgelüste hege, und daß ihm jeder Gedanke daran fern liege, in die Entwicklung des politischen Lebens in Deutschland einzugreifen. Noch jüngst hat Frankreich dies erklärt, nachdem bereits die deutschen Regierungen durch eine unverhältnißmäßig starke Ansammlung von Truppen an der Rheingrenze eine herausfordernde Haltung gegen Frankreich angenommen hatten, welche Haltung allein die Franzosen bestimmen konnte, ebenfalls eine Rheinarmee zu bilden. Die Herbeiziehung neuer Truppen nun in das Herz Deutschlands muß in genauem Zusammenhange zu stehen scheinen mit Allem, was insbesondere die preußische Regierung seit dem 19 März gethan, durch deren Maßregeln wir einen Faden sich hindurchziehen sehen, den Versuch, Deutschland um jeden Preis in einen Krieg mit Frankreich zu verwickeln, der in seinen Folgen der deutschen Freiheit um so mehr gefahrlich werden müßte, als er unausbleiblich zu einem unheilvollen Bündniß mit Rußland fuhren würde. Warum sonst die Truppenzüge gegen Westen, während man die Ostgränze, wo der russische Zar Hunderttausende von Soldaten aufgestellt hat, fast gänzlich entblößt laßt? Daß aber die Bildung so beträchtlicher Heerlager weiter auch der ruhigen Entwicklung des politischen Lebens und der errungenen Freiheiten nur hemmend in den Weg treten könne, ist im gegenwärtigen Augenblicke eine im Bewußtsein des deutschen Volkes festgewurzelte Ansicht; denn mehr noch als einzelne Ruhestörungen, zu deren Beseitigung es in seiner eignen Gesinnung und Kraft die Mittel findet, fürchtet das Volk das unnatürliche Bündniß mit Rußland und die auf dasselbe sich stützende Reaktion. Seine Kraft aber erkennt das Volk in seiner Bewaffnung, deren rascher Verwirklichung es entgegensteht. Soll Deutschland abermals, um der Privatinteressen seiner Fürsten und Diplomaten willen, der Schauplatz eines unverantwortlichen Krieges werden? Soll es abermals die Schmach erleben, daß Deutsche auf Seiten der Franzosen gegen andere Deutiche unter russischer Fahne im brudermörderischen Kampfe fechten? Deutsche Volsvertreter! diejenigen, welche euch in Frankfurt die Stätte bereitet, haben den Grundsatz ausgesprochen, daß nur das Volk in seinen Vertretern kunftig über die Interessen Deutschlands sollte beschließen dürfen. Dieser Grundsatz, den die hohe constituirende Nationalversammlung niemals wird verleugnen können, hat zu seiner nothwendigen Folge, daß auch die deutsche Politik in Zukunft eine volksthümliche sein müsse. — Das Mißtrauen des Volkes, durch manche Erscheinungen der jüngsten Zeit angeregt, steigert sich täglich. Deshalb stellen denn die Unterzeichneten

*) Diese Eingabe sollte bei der gestrigen Volksversammlung ebenfalls vorgelegt werden; aus Mangel an Zeit unterblieb es.

an eine hohe Nationalversammlung das Ansuchen, in Betreff der Aufstellung eines Heeres von 50 bis 60,000 Mann in Franken beruhigende Schritte einzuleiten. Wenn die hohe constituirende Nationalversammlung auf Unterhaltung freundschaftlicher Beziehungen zu Frankreich, auf eine entschiedene und offene Politik gegen den russischen Despotismus hinwirkt, und im Innern die Freiheiten des Volkes gegen jede Antastung wahrt, dann kann sie fest darauf zählen, daß das gesammte deutsche Volk hinter ihr steht.

Vergessene Lieder.

Es war eine Zeit in Deutschland, in welcher die Schmach der Knechtschaft das Volk zu Boden drückte und die Freiheitsgedanken eine verbotene Waare waren, auf welche die Polizei mit ihrer ganzen Meute Jagd machte. Selbst in das Gewand der Poesie und der Satyre gekleidet, entgingen sie der Wachsamkeit der Spürhunde nicht. In jener Zeit dichtete Hoffmann von Fallersleben seine „unpolitischen" Lieder, und man griff um so begieriger nach diesen Liedern, je größer die Schwierigkeit war, sie sich zu verschaffen. Es kam eine neue Zeit, die Zeit des Freiheitsjubels, in der man wähnte, es sei endlich das Wort in Erfüllung gegangen: Das Alte ist vergangen, siehe, es ist Alles neu geworden. Wer möchte jetzt noch der unpolitischen Lieder gedenken? Sie waren ja in einer ganz andern, und für eine ganz andere Zeit geschrieben. Das, was jenen Liedern ihren Stachel gab, schien ja für immer verschwunden. Aber auf den Jubel folgt die Ernüchterung, und wenn man jetzt diese vergessenen Lieder durchblättert, so will es Einem oft vorkommen, als wären sie nicht für das Einst, sondern für das Jetzt gedichtet. So erging es uns z. B. mit folgendem:

Herbstlied eines Chinesen.

Wir sind nicht reif!
Das ist das Lied, das sie gesungen haben
Jahrhunderte lang uns armen Waisenknaben,
Womit sie uns noch immer beschwichten,
Des Volkes Hoffen noch immer vernichten,
Den Sinn der Bessern immer bethören
Und unsre Zukunft immer zerstören.

Wir sind nicht reif?
Reif sind wir immer, reif zum Glück auf Erden,
Wir sollen glücklicher und besser werden.
Reif sind wir, unsre Leiden zu klagen,
Reif sind wir, unsre Wünsche zu sagen,
Reif sind wir, euch nicht mehr zu ertragen,
Reif, für die Freiheit Alles zu wagen.

Ankündigungen.

Verantwortlicher Redakteur **Gustav Diezel** (S. 486). Verlag der **v. Ebner**'schen Buchhandlung.
Druck der Stich'schen Buchdruckerei.

Der freie Staatsbürger.

Ein Volksblatt aus Franken.

Nr. 11. Nürnberg, 16. Mai. 1848.

Erscheint jeden Dienstag, Donnerstag und Samstag, und kann durch alle Postämter bezogen werden.
Preis für das laufende Vierteljahr bis Ende Juni 36 Kr., von da ab vierteljährlich 45 Kr.
Einrückungsgebühr 2 Kr. für die Zeile. — Einzelne Nummern à 3 Kr.

Die Reaktion.
(Schluß.)

Der Krieg mit Frankreich ist eine süße Hoffnung der Reaktion. Bis dieser indessen herbeigezogen wird, ist sie im Innern nicht ohne Erfolg thätig. Die letzten Tage haben uns darüber Aufschlüsse gebracht, die geeignet sind, auch dem Gutmüthigsten die Augen zu öffnen. Als man die Schlagwörter republikanisch und monarchisch constitutionell als Unterscheidung für die Abgeordneten zum Parlament erfand, als man republikanisch Jeden nannte, der ein entschiedener Demokrat war, als man mit unerhörter Rührigkeit dem Volke zur fixen Idee zu machen suchte, wer die Republik wolle, der beabsichtige nichts anders, als Antastung der Eigenthumsrechte und Raub; als die Regierungen dieses Treiben ihrer Diener und Beamten nicht bloß duldeten, sondern zu billigen und zu belohnen schienen, da war es allen Denkenden klar, daß es wieder rückwärts gehen sollte, daß die Fürsten, welche nach wie vor von ihren „Unterthanen" sprachen, das was sie in der ersten Angst zugesagt, als abgedrungen, als nicht für sich bindend erklaren würden, sobald die Zeit dazu gekommen wäre. Es handelte sich hier hauptsächlich um ein Prinzip, auf welches im Grunde Alles ankommt, um das Princip der Volkssouveränetät. Jedes Volk hat der Vernunft gemäß allein das Recht, sich seine Verfassung, nach seinen Wünschen und Bedürfnissen, zu wählen und beziehungsweise sie zu ändern. Es ist dieß die Souveränetät des Volkes. Nach diesem Princip gelten nicht „angestammte Rechte der Fürsten" auf Beherrschung eines Volkes, sondern ein Volk, welches sich für die monarchische Regierungsform entscheidet, wird seinen Fürsten nur als seinen ersten Beamten betrachten. Bisher, d. h. bis zum März 1848 hatten die Deutschen diese Souveränetät nicht, oder vielmehr sie hatten davon keinen Gebrauch gemacht. Ihre Fürsten betrachteten sich als ihre Beherrscher von Gottes Gnaden, nicht als aufgestellt durch das Volk. Der März 1848 wendete dieses Verhältniß um. Die Völker brachten ihren Fürsten durch sehr unzweideutige Kundgebungen in Erinnerung, daß die Fürsten um der Völker willen da seien, und daß sie nicht länger so wie bisher dem Willen des Volkes entgegenhandeln könnten, daß vielmehr das Volk fortan seine ewigen und unveräußerlichen Souveränetätsrechte an sich nehmen und dafür sorgen wolle, daß sie nicht wieder in die Hände eines Einzelnen, oder eines Hauses, einer Familie kämen. Dieses Zurücknehmen der Souveränetätsrechte durch das deutsche Volk war die große That des Monats März. Es war dieß eine Revolution. Denn der plötzliche Uebergang von einem absoluten oder fast absoluten Staate zu einem solchen, in welchem das Volk selbst seine Souveränetät behauptet und ausübt, kann nur durch eine Revolution geschehen. Das Vorparlament zu Frankfurt sprach am 3 April das aus, was das Volk im März sich thatsächlich errungen hatte, die Volkssouveränetät oder das Recht, sich seine Verfassung selbst zu geben durch seine freigewählten Vertreter. Die Regierungen, damals machtlos, gebrochen, ohne irgend einen Halt in einem erbitterten, durch die letzten Stürme noch aufgeregten Volke, waren außer

Stand, diesem Beschlusse des Vorparlamentes entgegenzutreten. Ein Wort vom Vorparlamente, und die deutschen Fürsten hätten aufgehört zu regieren. Man mußte sich also in das Unvermeidliche fügen, für den Augenblick! Man that, als sei man ganz einverstanden mit den Frankfurter Beschlüssen, als sei man fest gewillt, das ausgesprochene Princip der Volksherrschaft in seinem vollen Umfange anzuerkennen. Doch sobald man sich durch die Männer des Volksvertrauens wieder einigermaßen gekräftigt sah, fing man auch an, wieder eine hohe Sprache zu reden und zu thun, als wäre im Monat März gar nichts Besonderes vorgefallen. Als es sich in der bayrischen Deputirtenkammer um die Wahlen zum deutschen Parlamente handelte, wurde der Ausdruck „constituirende Nationalversammlung," dieser allein geeignete Ausdruck für eine Versammlung, welche die Aufgabe hat, die Verfassung (Constitution) für das deutsche Volk zu bestimmen, von dem Minister Lerchenfeld beanstandet. Das wäre Revolution, meinte der Hr. Minister. Also leugnete man bereits die Revolution, man leugnete die Vorgänge am 4. März in München, man leugnete die Wiener Ereignisse vom 13., die Berliner vom 18. und 19. März. Man wollte die Sache als eine bloße Reformbewegung ansehen; es sollte den Anschein haben, als hätten die Fürsten freiwillig aus purer Gnade einige Concessionen gemacht, z. B. gestattet, daß in Frankfurt Volksabgeordnete zusammentreten, um sich mit den deutschen Fürsten etwa über „Aenderungen der Bundesakte" zu verständigen. Es war nun bereits ganz klar: die Fürsten erkannten die Volkssouveränetät nicht an und waren entschlossen, ihre „angestammten Rechte, Herrscher von Gottes Gnaden zu sein," zu behaupten. Auch haben sie hiefür bereits wieder willfährige Diener gefunden. Inzwischen wurde dennoch allenthalben vom Volke in die „constituirende Versammlung" gewählt, diese wird als solche in Frankfurt dieser Tage zusammentreten, und in diesem Ausdrucke liegt die Volkssouveränetät ausgesprochen. Auch die Bundesversammlung in Frankfurt hat diesen Ausdruck gebraucht, aber in einem Aktenstück der jüngsten Tage den Beweis geliefert, daß es den Fürsten nicht im Geringsten Ernst damit ist, die Versammlung als eine wirklich „constituirende," Verfassung gebende anzuerkennen, daß sie überhaupt ganz auf demselben Standpunkt stehen, wie vor dem März, und nicht daran denken ihn zu verlassen. Doch schienen die Fürsten noch unentschlossen, ob sie der Versammlung nur eine berathende Aufgabe zugestehen wollten, wobei es von ihnen abhinge, zu den Beschlüssen der Versammlung ja oder nein zu sagen, oder ob sie sich innerhalb der Versammlung selbst „Organe" suchen wollten, um ihre Rechte zu wahren. Das Letztere scheint darauf hinzuweisen, daß die Fürsten es für möglich halten, innerhalb der constituirenden Versammlung sich eine Mehrheit zu gewinnen, welche nicht den Willen des Volkes, sondern vielmehr die Wünsche der Fürsten vertreten würde!!! Es liegt etwas Furchtbares, etwas Trostloses in dieser Möglichkeit. Man hofft also eine vom Volk zur Vertretung der Volksrechte gewählte Kammer in ihrer Majorität zu einer Dienerin der Fürsten corrumpiren zu können! Es hat sich hier die Reaktion offen ausgesprochen. Ein Zweifel bleibt nicht mehr übrig. Es sind nun zwei Fälle möglich. Entweder die constituirende Versammlung vergißt, daß sie vom Volk gewählt ist und würdigt sich zu einer Magd der Fürsteninteressen herab; in diesem Falle, der uns kaum denkbar erscheint, wäre dem deutschen Volke eine neue Schmach vorbehalten, ärger als die frühere, und es wäre dem Volke anheimzugeben, ob es sie auf sich laden lassen will. Im andern wahrscheinlichen Fall wird die constituirende Versammlung als constituirende auftreten, die Anmaßungen der Bundesversammlung nach Gebühr zurückweisen, das Princip der Volkssouveränetät sanktioniren, und sollte die Reaktion vermessen genug sein, ihr durch Heere imponiren oder die Freiheit ihrer Berathungen beeinträchtigen zu wollen, zu dem letzten, äußersten Mittel greifen, zur Berufung an das Volk.

Ein Wort an die deutsche Nation.

Der berühmte Geschichtschreiber der Deutschen, Johann Georg August Wirth, auch ein „Märtyrer," wohlbekannt vom Hambacher Feste und den Verhandlungen in Frankenthal her, hat in jüngster Zeit abermals Ein Wort an sein Volk gesprochen, und dieses Wort verdient so gut gehört zu werden, als die Stimme anderer Märtyrer, auch wenn man damit nicht geradezu einverstanden ist. — „Wir sind, sagt Wirth, in die Zeit der Thaten eingetreten und in einer solchen schwinden die schimmernden Redensarten. Das Wort der Handlung ist kurz. Deutschland ist in den Zustand der Staatsumwälzung getreten. Mit Ueberlegung und Vorbedacht ha-

den die Fürsten alles auf einen Wurf gesetzt: „entweder unsere volle unbeschränkte Macht oder Ruin!“ Sie haben verloren! Wird man ihnen erlauben, ihren Einsatz zurückzunehmen, das Spiel für einen Scherz zu erklären? Das deutsche Volk ist gutmüthig, es würde dazu gebracht werden können, jene Einwilligung zu ertheilen; allein auch über dem Volke steht eine höhere Macht, die Weltordnung, diese versagt ihre Zustimmung: die Sache steht viel ernster, nach den Gesetzen der Weltordnung kann das deutsche Volk den Fürsten ihren Einsatz nicht zurückgeben, auch wenn es wollte. In den Zeiten der Thaten muß man den Geist und den Gang der Bewegung scharf erkennen und feststellen, den Punkt, der Alles beherrscht, bestimmt erfassen; er heißt: es handelt sich nicht mehr darum, ob eine freie großartige Reichsverfassung, im constitutionellen Sinne, nicht besser sei, als eine Republik, sondern darum, daß keine menschliche Macht im Stande ist, die Republik in Deutschland aufzuhalten, und wäre die letztere auch zehntausendmal schlechter, als eine edle constitutionelle Verfassung. — Reformen können die Fürsten mit Hülfe der freisinnigen gemäßigten Männer des Fortschrittes leiten, Revolutionen hingegen nicht, letztere führt der Weltgeist unmittelbar, und wenigstens vorübergehend leitet er sie stets zur Republik. Es ist ein einfaches Naturgesetz, daß Niemand sein angebornes Wesen, seinen innersten Charakter, wie dieser in Folge der Anlagen und Lebensstellung sich bildet, über Nacht plötzlich und gänzlich umwandeln kann. Nun sind die deutschen Fürsten durch eine tausendjährige Geschichte an den Gedanken ihrer Macht gewöhnt, von ihrer Kindheit an als rechtmäßige Besitzer solcher Macht erzogen und gebildet worden: die fürstliche Gewalt trägt aber einen Reiz in sich, welchen sich außer den Inhabern derselben nur wenige Menschen in seinem ganzen gewaltigen, ungeheuern Umfang vorstellen können: jede Fiber, jedes Seelenvermögen der Fürsten klammert sich krampfhaft an diese süße, geliebte Gewalt an: dieselbe verkümmert und beschränkt zu sehen, ist ein bitteres, ach zu bitteres Gefühl: kein Fürst vom alten legitimen Stamme versteht sich daher gerne zu ernsten Bewilligungen zu Gunsten der Volksfreiheit: nur der Drang der Umstände, die Gewalt des Augenblicks nöthigt solche Zugeständnisse ab: allein stets werden sie von jenen Herrschern mit bekümmertem Herzen gewährt. Eifrig hegen und nähren darum die Fürsten die Hoffnung besserer Zeiten, also Aufhebung oder Beschränkung der Zugeständnisse, in den geheimsten Falten der Brust. Diese Stimmung der Herrscher vom alten legitimen Stamme, welche aus dem Wesen ihres Charakters unaufhaltsam hervorströmt, drängt sie in den Zeiten der Umwälzung zu geheimen Verabredungen oder Einverständnissen mit auswärtigen unumschränkten Monarchen: öffentlich betheuern sie, daß alle ihre gemachten Zugeständnisse aufrichtig gemeint seien und gewissenhaft erfüllt werden sollen; doch heimlich geloben sie sich die Zurücknahme oder Beschränkung bei der ersten günstigen Gelegenheit. — Nichts beweist das deutlicher, als die Geschichte Ludwigs XVI. von Frankreich. Oeffentlich schwor dieser unglückliche Monarch mehr als einmal, daß er die gemachten Bewilligungen zu Gunsten der Volksfreiheit freiwillig gegeben habe, daß er unter allen Franzosen der treueste Anhänger des constitutionellen Systems sei. Als er hingegen die Flucht versuchte, so hinterließ er eine Schrift, worin er erklärte, daß ihm alle gemachten Zugeständnisse durch Gewalt abgedrungen worden seien, daß er sie deßhalb alle widerrufe und für ungültig erkläre. Und Ludwig XVI. war gewiß ein wohlwollender, milder Mann; indessen er mußte den Gesetzen seines Standes und seiner Organisation folgen. —

(Schluß folgt.)

Stadt- und Landschau.

Aus München gehen uns Privatbriefe zu, welche die auch aus den öffentlichen Blättern ersichtliche Thatsache bestätigen, daß die Reaktion hier gewaltiger als irgendwo ist, daß die entschiedene Richtung mit Gewalt niedergehalten wird. Was in andern Städten die vornehme Bourgeoisie und Bureaukratie bewirken, das bewirkt hier der Hof und was daran hängt. Der Rest des Bauhofclubs, aus welchem Viele theils aus „Rücksichten,“ theils aus Furcht vor Mißhandlung durch das gegen die „Republikaner“ fanatisirte Volk, austraten, ist noch entschieden freisinnig, allein es ist ein verhältnißmäßig kleines Häufchen. Die Andern gehören entweder der Reaktion an, oder dienen ihr unbewußt. Einer der Hauptgründer des Bauhofclubs wurde von seinem Vater plötzlich nach Amerika gesendet, um der Wuth des Volkes, deren Ausbruch ihm drohte, zu entziehen. (Man erinnert sich aus den öffentlichen Blättern, daß auch in Mannheim massenhafte Auswanderungsplane entworfen werden.) Es sind dieß die süßen Früchte der jungen deutschen Freiheit. Möchte sich der Rest des Bauhofclubs nicht abschrecken lassen, die betretene Bahn muthig zu verfolgen! Je stärker und kecker die Reaktion auftritt, um so rascher wird sie sich erschöpft haben,

um so schneller wird die entgegengesetzte Rückwirkung erfolgen. Eine Läuterung schien ohnehin dem Bauhofclub Noth zu thun, wenigstens müssen das sehr wenig „demokratische" Elemente gewesen sein, welche in die Candidatenliste des Clubs Menschen brachten, die an der Spitze gelesener Blätter der Reaktion offen dienen. Daß diese, die Reaktion, das Proletariat in seinen Sold nimmt und gegen die Freisinnigen fanatisirt, ist eine Taktik, die ihr sehr gefährlich werden muß. Denn das Proletariat wird nur allzubald gewahr werden, daß sein Heil in der Erhaltung des Bestehenden, oder vielmehr Zurückführung des Frühern nicht zu finden ist, und hat es diese Entdeckung einmal gemacht, so wird sich seine verdoppelte Erbitterung gegen Diejenigen wenden, welche es nur zu ihren eigennützigen Zwecken mißbraucht haben *).

In Schwabach wurde am Sonntag, 14. Mai, eine Volksversammlung gehalten, in welcher der politische Verein seine Protestation gegen den Reichsverfassungsentwurf verlegte und unter Angabe seiner Gründe zur Unterzeichnung derselben einlud. Die drei Redner, welche im Sinne der Protestation sprachen, wurden von den biedern und aufgeweckten Bürgern Schwabachs auf's Freundlichste aufgenommen, und mit seltener Einmüthigkeit erklärte sich die ganze Versammlung einverstanden mit der Protestation, die in einem Nu von mehr als 400 Unterschriften bedeckt war. Ohne Zweifel wird sich in Schwabach, wo man mit vielem Vergnügen eine schöne Unabhängigkeit der Gesinnung und Freimüthigkeit des Urtheils wahrnimmt, demnächst ein Verein gleich dem Nürnberger politischen bilden und mit diesem in Verbindung treten. —

Allerlei.

Von Heidelberg aus erlassen Otto Welcker und Karl Mittermaier folgende Aufforderung: Da nun die Eröffnung des Parlaments in Frankfurt auf den 18. Mai bestimmt ist, so bringen die Unterzeichneten einen Gedanken in Anregung, der gewiß auch schon in Vielen lebt. Nach der Völkerschlacht bei Leipzig brannten auf den deutschen Bergen Feuer, da das Joch der Fremdherrschaft abgeschüttelt war — ein noch größerer Tag rückt heran: Die Deutschen feiern die beginnende Einigung ihres Vaterlandes, die erste Bedingung zu dauerhafter, innerer Freiheit. — Auf unserm Kaiserstuhl wird am Vorabend des 18. Mai ein Feuer lodern; möge auf allen Höhen, soweit die deutsche Zunge klingt, von der Nordsee bis zum adriatischen Meere, ein Gleiches geschehen. Die aufsteigenden Feuersäulen sollen zeigen, daß das deutsche Volk die mächtige Bedeutung des neuen Reichstags erkennt, sie sollen seine Begeisterung für denselben darthun; die Flammensäulen sollen aber auch die Männer, denen unser Herrlichstes anvertraut ist, mahnen, daß das Volk wacht, daß es ein mächtiges, aber auch ein freies Vaterland verlangt. —

*) Leider sagen uns die neuesten Münchner Blätter, daß der Bauhof-Club sich aufgelöst hat.

Verantwortlicher Redakteur Gustav Diezel (S. 486). Verlag der v. Ebner'schen Buchhandlung.
Druck der Stich'schen Buchdruckerei.

Der freie Staatsbürger.

Ein Volksblatt aus Franken.

Nr. 12. **Nürnberg, 18. Mai.** **1848.**

Erscheint jeden Dienstag, Donnerstag und Samstag, und kann durch alle Postämter bezogen werden. Preis für das laufende Vierteljahr bis Ende Juni 36 Kr., von da ab vierteljährlich 45 Kr. Einrückungsgebühr 2 Kr. für die Zeile. — Einzelne Nummern à 3 Kr.

Der Bundestag.

Der Fünfziger Ausschuß, bis zur Eröffnung der constituirenden Versammlung die einzige deutsche Centralbehörde, welche mit einem volksthümlichen Charakter bekleidet ist, hat in Betreff des bekannten Separatprotokolles der Bundesversammlung einen wichtigen Beschluß gefaßt. Er hat das Verfahren der Bundesversammlung der *Beurtheilung der öffentlichen Meinung* anheim gestellt; es ist dieß eine mildere Form für eine *Berufung an das Volk*. Die öffentliche Meinung hat auch ihr Urtheil gesprochen, sie verurtheilt diese treulosen, hinterlistigen Volksverächter, welche durch keine Erfahrung gewitzigt, unverbesserlich immer wieder zurücklenken wollen in das alte Geleise, immer wieder Fürstenrechte und Volksrechte mit einander in feindlichen Widerstreit bringen und dadurch die thätigsten Beförderer der Republik werden. Die Veröffentlichung des Protokolles ist für Deutschland von unermeßlicher Bedeutung; es wird die Mitglieder der constituirenden Versammlung, welche zuviel *Vertrauen* gehegt, mißtrauisch machen und aus der Unentschiedenheit zur Entschiedenheit führen; es wird den Entschiedenen den Muth geben, mit Nachdruck aufzutreten, denn sie wissen, daß das wieder frisch aufgeweckte Volk hinter ihnen steht und sie unterstützen wird. Es ist von Interesse, wie einzelne Redner des Fünfziger Ausschusses sich über den Beschluß der Bundesversammlung aussprachen, durch den ein Promemoria eines Bundesgesandten, welches Ansichten und Grundsätze enthält, die mit den vom Vorparlament gefaßten Beschlüssen im Widerspruch stehen, einstimmig der *gutfindenden Kenntnißnahme* der Regierungen, ohne Widerspruch oder Erinnerung, mitgetheilt wurde. Simon aus Breslau sagte unter Anderm: Das Protokoll und Promemoria enthalte wesentlich *einen* Grundsatz und weise die Wege nach, wie er ins Leben gerufen werden solle. Dieser Grundsatz sei, daß die constituirende Versammlung keine solche sei, daß lediglich auf dem Wege des Vertrags mit den Regierungen sich vereinigt werden solle, mit andern Worten eine Ansicht, wie sie in der Erklärung der österreichischen Regierung mit einem allgemeinen Schrei des Entsetzens wahrgenommen worden sei. Besonders hob Simon auch heraus, daß das berüchtigte Aktenstück sehr unverblümt andeutet, die Regierungen sollten sich *heimliche* Vertreter im Schooße der Versammlung gewinnen. Dieses seien natürlich erkaufte Vertreter, denn ein Ehrenmann spreche seine Ansicht offen aus und gerire sich nicht als heimlicher Vertrauensmann, der vor Deutschland mit einer Larve erscheine. Spatz aus Rheinbayern: Man habe gehofft, daß mit den Männern der Karlsbader Beschlüsse auch deren finsterer Geist entweiche. Der Geist sei geblieben, mächtiger als je; denn er beginne die Neueingetretenen zu umdüstern, die man früher als Stützen der Opposition begrüßt habe. Man sinne auf neue Mittel, um dem Volk das Erworbene wieder zu entreißen. Man wolle der constituirenden Versammlung ihre Rechte abstreiten. Es könne keine Regierungen geben, die den Volksinteressen entgegenstehen, oder es seien keine Volksregierungen. Den Fürstenhäusern hätte man es nicht verübelt, wenn sie offen ihre An-

sprüche geltend gemacht hätten, doch man wolle heimliche Freunde, die im Schooße der Versammlung Verrath säen. Man wolle eine Executivgewalt, die im Nothfall die constituirende Versammlung auseinandersprenge. Man taste das Kleinod der Volkssouveränetät an. Die Regierungen hätten nun selbst ihre Freunde unmöglich gemacht, denn auch in diesen werde man nun bezahlte Vertheidiger vermuthen. Eisenmann dagegen findet den Bundesbeschluß keineswegs bedenklich, er hält ihn nur für eine Thorheit, und hebt besonders hervor, daß die Regierungen früher vor dem 4. Mai, als dem Tage des Beschlusses, keine Schritte gethan hätten, welche als reaktionär erscheinen könnten, daß sie vielmehr Vertrauen gezeigt haben. — Möge die Mehrzahl der constituirenden Versammlung denken und sprechen wie jene Männer von Eisen, Spatz, Simon und Andre, und nicht wie Hr. Eisenmann!

Ein Wort an die deutsche Nation.

(Schluß.)

Wir wollen nicht anklagen, nicht aufreizen, sondern nur Thatsachen und Regeln der Weltordnung an einander reihen: wir wollen darum die deutschen Fürsten nicht alle beschuldigen, daß sie ihre Zugeständnisse nur mit heimlichen Verbehalten gemacht haben, daß sie mit einem mächtigen auswärtigen Selbstherrscher geheime Verbindungen suchen oder unterhalten. Ich meines Orts bin vielmehr moralisch überzeugt, daß z. B. der Großherzog von Baden dem constitutionellen System und einer verständigen würdigen Volksfreiheit aufrichtig ergeben ist, daß er die gemachten Zugeständnisse nicht nur gerne bewilliget hat, sondern sie selbst vor dem Eintritt der französischen Februar-Revolution bewilliget haben würde, wenn es ihm der Bundestag erlaubt hätte. Aehnliche oder annähernde Gesinnungen mögen noch andere kleine Fürsten hegen; aber daß der König von Preußen über Nacht plötzlich seine Natur geändert, daß er von dem eifrigen unumschränkten Herrscher des göttlichen Rechts mit einem Schlage in einen aufrichtigen constitutionellen König verwandelt worden sei, ein solches Wunder ist schwer zu glauben. Der Mann, welcher nach den Ereignissen in Karlsruhe, Stuttgart, Darmstadt, Kassel, München, Wien und andern deutschen Höfen kaltblütig und unbarmherzig die Bürger niederschießen ließ, welche nur ehrerbietig um weniger baten, als in den süddeutschen Ländern bereits bewilliget war; der Mann, welcher nach seiner tiefsten Ueberzeugung eine wirklich repräsentative Verfassung sogar für das Volk selbst für schädlich hält, ein solcher Mann soll über Nacht den ganzen Kern seines Wesens plötzlich umschaffen?.... Das wird der größte Theil des deutschen Volkes nicht glauben, selbst wenn Männer seines Vertrauens es ihm betheuern. — Kurz, der Volksinstinct wird im Fortgang der Umwälzung den Massen die Ueberzeugung aufdringen, daß die Zugeständnisse vieler Fürsten nur Blendwerk seien, hinter dem sich wesentlich andere Absichten verstecken. Wenn diese Ueberzeugung auch auf einem Irrthum beruhen sollte, so bleiben sich die Folgen dennoch gleich: die Massen werden selbst den Irrthum für Wahrheit halten, keine menschliche Macht wird im Stande sein, jene tief wurzelnde Meinung dem Volke zu nehmen. — Wer gerecht sein will, kann der Nation dieses Mißtrauen nicht verargen. Wie sind die Fürsten seit dem Befreiungskriege mit dem Volke umgegangen, mit welcher vorbedachten Kaltblütigkeit wurden die heiligsten Zusicherungen gebrochen, mit welcher halsstarrigen Hartnäckigkeit wurde dieses System 33 Jahre, trotz der wohlwollenden Vorstellungen aller Menschenfreunde, trotz der Warnungen aller gemäßigten Männer, fortgesetzt? — Nein, das deutsche Volk glaubt von Stunde an bloßen Worten nicht mehr, es verlangt die That und zwar augenblicklich die That: es ist fortan wachsam, und es hat vollkommen Recht, auf seiner Hut zu sein. — Dieses natürliche und in dem Gang unserer Geschichte so tief begründete Mißtrauen des Volkes gegen die Fürsten wird im Laufe der Umwälzung immer stärker werden. Ich bin auf meiner Reise jetzt schon über den tiefen Unglauben der Massen gegen fürstliche Erklärungen erstaunt: man glaubt ihnen nicht mehr, selbst wenn Männer des Volkes als Zeugen für die Wahrheit auftreten: alles das wird noch tiefer greifen, wenn die Ereignisse weiter gehen. Die Folge davon ist, daß die Nation der deutschen Reichs- oder Centralgewalt, die sich zu bilden beginnt unter der Autorität der Fürsten, niemals die Gewalt einräumen wird, welche zur Leitung der gewaltigen Krisis erforderlich wäre. Es ist das ein allgemeines, gleichförmiges und unabwendbares Gesetz jeder Staatsumwälzung. Unter der Autorität der Fürsten wird sohin das Volk die bevorstehende Centralgewalt von Deutschland nie anders zulassen, als in verhältnißmäßiger Schwäche, und solche schwache Regierungen führen in Revolutionszeiten

unfehlbar zur Republik. In diesem einfachen Verhältnisse liegt das ganze Geheimniß der Krisis.

Festfeuer.

Nürnberg, 18. Mai. Gestern, als am Vorabend der Eröffnung der constituirenden Nationalversammlung, veranstaltete der politische Verein auf der Peterhaide ein Feuer, nicht ein Freudenfeuer, sondern ein Feuer, welches ein Zeichen sein sollte, daß das Volk wacht und von seinen Vertretern erwartet, daß sie bei der Festsetzung seiner Verfassung nicht das Interesse der Fürsten, sondern das des Volkes zu Rathe ziehen werden. Ein hochaufgeschichteter Stoß von Brennmaterialien aller Art loderte in einer Feuersäule auf, und ein griechisches Feuer machte den Schluß. Der Himmel sandte seine Blitze herab und schien die Feier erhöhen zu wollen. Musik spielte. Trotz des Gewitters und Regens war eine ungeheure Menschenmenge hinausgeströmt, die sich am Schluß in Ruhe und Ordnung verlief.

Allerlei.

Hecker hat nun in einer längern Erklärung den Nachweis geliefert, daß die von der deutschen Zeitung und ihren edlen Gesinnungsverwandten so geflissentlich verbreitete Nachricht von der meuchelmörderischen Tödtung Gagerns eine Lüge ist. Man sollte denken, die Zeitungen, welche dieses Gerücht so geschäftig nachdruckten, werden auch die Erklärung in ihre Spaltung aufnehmen, durch die ein schwer gekränkter Ehrenmann — denn das ist Hecker trotz seiner Schilderhebung — vor der öffentlichen Meinung sich rechtfertigt. Allein dem war nicht so; kaum daß einige dieser Blätter den Empfang der Hecker'schen Erklärung mit wenig Worten anführen. Nur der schwäbische Merkur macht eine ehrenvolle Ausnahme und druckt sie vollständig ab.

In die deutsch-polnischen Verhältnisse in Posen läßt eine „Erklärung zweier deutscher Bewohner des Großherzogthums Posen" tiefe Blicke thun. Diese Erklärung behauptet aufs Bestimmteste, daß da, wo die Deutschen und Juden sich ruhig verhielten, denselben kein Leid zugefügt worden sei, und dieselben nur da sich Insulten und Gewaltthätigkeiten ausgesetzt haben, wo sie die Polen angriffen. Ist aber, heißt es darin weiter, die polnische Nation statt der Verdächtigungen und des Hasses, mit denen eine gewisse egoistische Partei gegen sie intriguirt, nicht vielmehr des Mitleids werth wegen ihrer abermals getäuschten Hoffnungen auf baldige Erlösung vom Joche der Fremden? Müssen wir nicht vielmehr unser warmes Mitgefühl, unser lebhaftes Bedauern einer für ihr Vaterland Alles hinopfernden Nation schenken, die sich mit der Autorisation und unter dem Schutze der deutschen Regierung bewaffnen zu dürfen glaubte, die nochmals im Vertrauen auf diesen Schutz ihr Hab und Gut opferte, deren Emigrirte ihre kümmerlich errungenen Stellungen, ihr Letztes hingaben, um herbei zu eilen zur Wiedereroberung ihres theuern Vaterlandes, und die man nun statt aller erhofften Protektion mit Gefängniß und Austreibung empfängt und Insurgenten nennt? Könnten wir uns wundern, wenn am Ende Rache für die abermalige Täuschung, Wuth über die Insulten und Anfhetzereien, die man ihnen auf ihrem eigenen Boden zufügt, die Polen dahin triebe, die Deutschen zu hängen und zu spießen? Was thun sie statt dessen? Sie unterwerfen sich zwar mit schwerem Herzen, aber doch endlich den Anordnungen des preußischen Generals; sie lassen sich ihre Nationalkokarden in ihrem Lande abreißen; sie schützen, wo sie nur können, die Deutschen, während die Soldaten, Schande über uns Deutsche! ihre Häuser plündern, die ruhig nach Hause Zurückkehrenden mißhandeln, gefangen nehmen, den Gefangenen anspeien, mit Unflath bewerfen, berauben und, wie den Herrn Gurski in Kurnik, auf seinem Strohlager zu verbrennen trachten! Schande der deutschen Freiheit, wenn sie zum Resultat die Mißhandlung einer unglücklichen, decimirten Nation hat; wenn Leute, die sich Deutsche nennen, durch Uebertreibungen und Lügen aller Art die Sympathien der Gerechten zu untergraben trachten! Auch wir sind Deutsche, aber unabhängige, uninteressirte Deutsche, und wir erklären hiemit uns nicht einverstanden mit der ungerechten, polenfeindlichen Partei, die nur ihr eigenes, aber nicht Deutschlands allgemeines Interesse im Auge hat, und daher Despotie, Reaktion und Volkshaß hinter eine constitutionelle Firma zu verlegen und unsern Landsleuten Lüge für Wahrheit vorzuspiegeln sucht. Wir erklären, daß man weder uns, noch allen uns bekannten vielen Landsleuten ein Leid zugefügt hat, daß die vielen Colonisten, Wirthschaftsbeamten, Kaufleute, Handwerker und Dienstboten deutscher Nation seit Jahrhunderten sich über die Polen nicht zu beklagen haben,

daß wir aber die vom preußischen Militär begangenen Raub-, Mord- und Gräuelthaten in Kurnik, Znin, Gostyn, Labiszyn und jetzt in Kozmin anführen können, um zu beweisen, was die Polen in ihrem eigenen Lande von uns leiden und dulden müssen. Wird denn Despotie und Usurpation des einen Volkes über das andre nicht bald der Gerechtigkeit weichen? —

Aus München schreibt man der deutschen constitutionellen Zeitung vom 15. Mai. Gestern wurde der Reichsrath Frhr. v. Schrenk, ehemaliger Justizminister, und zwar zur Zeit der politischen Verfolgungen, vom Schlage gerührt. Man zweifelt an dessen Aufkommen. Frhr. v. Schrenk sprach sich noch unlängst in der Kammer der Reichsräthe mit großer Schärfe gegen politische Vergehen aus, und war der Einzige, welcher gegen den Wunsch der Kammer der Abgeordneten, in Betreff der Entschädigung des Dr. Behr und Dr. Eisenmann stimmte. *) Ich habe schon vor längerer Zeit ein höchst wichtiges Dokument gelesen, aus dem hervorgeht, daß Schrenk den von dem ehemaligen Appellationsgerichtspräsidenten zu Landshut, Hörmann, ersonnenen Blutsenat nicht nur billigte, sondern auch in Vollzug zu setzen befahl.

Ein Königl. Würtembergischer Regierungsrath, der zum Abgeordneten in's deutsche Parlament gewählt worden war, sprach bei einem Gastmahl vor der Abreise, es sei die Aufgabe der deutschen Volksvertreter, die Freiheit bis in ihre entschiedensten Consequenzen zu verfolgen. Sehr viel für einen Königl. Würtemberg. Regierungsrath, zu viel! Weiß denn der Hr. Regierungsrath, daß die entschiedene Consequenz der Freiheit die Republik ist?

*) Wenn er nur das gethan, würden wir Herrn v. Schrenk nicht verdammen. Märtyrer politischer Ueberzeugungen können nicht mit Geld entschädigt werden, am wenigsten von einer Kammer, welche den jetzigen Volkswillen gar nicht ausdrückt, sondern unter wesentlich verschiedenen Verhältnissen zu Stande kam. Sie finden ihre Entschädigung für lange Kerkerjahre im endlichen Triumph der Freiheit, und wenn das Vaterland, für das sie gelitten, den Abend ihres Lebens erheitern will, so wird es dazu andere Organe finden, als eine Kammer, in welcher ein Minister Abel die Majorität besaß. Anm. d. Red.

Verantwortlicher Redakteur **Gustav Diezel** (S. 486). Verlag der **v. Ebner**'schen Buchhandlung.
Druck der Stich'schen Buchdruckerei.

Der freie Staatsbürger.

Ein Volksblatt aus Franken.

Nr. 13. Nürnberg, 20. Mai. 1848.

Erscheint jeden Dienstag, Donnerstag und Samstag, und kann durch alle Postämter bezogen werden. Preis für das laufende Vierteljahr bis Ende Juni 36 Kr., von da ab vierteljährlich 45 Kr. Einrückungsgebühr 2 Kr. für die Zeile. — Einzelne Nummern à 3 Kr.

Staatsgerechtigkeit.

Das Vertrauen der Gemeinden zu den Beamten, welche zunächst mit deren Leitung betraut sind, und zu der Gerechtigkeit der Regierungen, welchen diese wiederum verantwortlich bleiben, gehört zu den sichersten Stützen der Ordnung im Staate. Während der 10 Jahre, wo Hr v. Abel das bayerische Volk durch die Wüste führte, mußte aber dieses Vertrauen vielfach erschüttert werden. Konnte sich doch ein Unterbeamter am besten dadurch empfehlen, daß er das beliebte politische System ausführen half, indem er jede freisinnige Regung überwachte und jedes freimüthige Wort verfolgte, wogegen man ihn in seiner Verwaltung desto nachsichtiger behandelte. Aufforderung genug für Viele, sich lieber durch Denunciationen und Schleichwege aller Art, als durch sorgfältige und gewissenhafte Ausübung ihrer Pflicht auszuzeichnen. Beschwerden gegen solche Beamten, selbst bei unbestreitbaren Amtsübergriffen und offenkundiger Unmoralität, welche in die häuslichen Verhältnisse der Staatsbürger eingriff, führten gewöhnlich zu nichts Anderem, als die Kläger als unzufriedene Querulanten zu bezeichnen, denn nach dem Gebrauche der Administration wird die Klageschrift dem angeschuldigten Beamten zur Rechtfertigung hinausgegeben, ohne daß der Kläger von deren vollem Inhalte, und allen Schwänken, Verdrehungen und Gegenanschuldigungen, welche sie denkbar vorbringen kann, jemals Kenntniß erhielte. Der Angeklagte brauchte aber damals nur einige Worte einfließen zu lassen, daß man es eigentlich hier mit unruhigen Köpfen, Gegnern des beglückenden Staatssystems zu thun habe, um einer jeden Verantwortung überhoben zu sein. Ein so brauchbarer Mann mußte doch auf jeden Fall aufrecht gehalten werden.

Daß bei der plötzlichen Erregung unseres Volks daher überall Beschwerden laut wurden und die lang genährte Unzufriedenheit sich zuweilen sehr fühlbar machte, ist ganz natürlich. Eine weise Staatsregierung aber, die Verhältnisse der Vergangenheit und der Gegenwart durchschauend, mußte hier mit der größten Vorsicht verfahren, wenn auch sie nicht des Vertrauens des Volks sich berauben wollte. Die Zustände der Gemeinden den Beamten gegenüber, wo solche Beschwerden laut wurden, hätten schleunig und sorgfältig geprüft werden sollen. Namentlich sollten aber solche Untersuchungen mit der größten Offenheit geführt werden, anstatt sie in das Geheimniß der Amtsstube zu verschließen und Aktenbände zu mehren.

Denn es reicht in der That nicht hin, daß in einem gegebenen Fall wirklich Gerechtigkeit geübt und der Wunsch des Volks erfüllt werde. Man muß dem Volke auch die Ueberzeugung erwecken, daß das Recht rücksichtslos erkannt und vollzogen werde, und immerdar zu erlangen sey Es liegt eben so Viel daran, daß wirkliche Bedrükkungen und Unziemlichkeiten aufgedeckt werden, als daß ein irrthümlich oder boshaft angeschuldigter Beamter gerechtfertigt, der Verleumder aber der Verachtung preisgegeben werden.

Mit Betrübniß vernahm man daher die Verfügung, daß auf solche Stimmen, wo eine Gemeinde einem bisherigen Beamten das Vertrauen durch offene Erklärung abspricht, keine Rücksicht genommen werden solle, eigentliche Beschwerden aber den Bezirksregierungen wie bisher zu übergeben seien. Denn so sehr man auch von dem Rechtsgefühle des gegenwärtigen Ministers des Inneren im ganzen Lande überzeugt sein mag, so meint das Volk, wie es denn zu urtheilen pflegt, dennoch, er müsse von den Unterbehörden, welche gesonnen seien, das frühere System zu befolgen, entweder gar nicht, oder doch beschönigend und ungründlich über manchen bekannten Vorfall berichtet worden seyn. Ja wenn nicht, bei einem jeden vorkommenden Fall, sehr energisch verfahren wird, muß es dahin kommen, daß die oberste Stelle selbst in der öffentlichen Meinung einen Nachtheil erlitte. Und doch ist schon das bloße Vertrauen in die unwandelbare Staatsgerechtigkeit eine der besten Stützen der allgemeinen Ordnung.

Die Reaction.

Schon bei den Wahlen für das Reichsparlament hat sich die Reaction sehr fühlbar gemacht. Es wurden weder politische Traktätlein, noch andere Umtriebe gespart, um ein gewisses Ziel zu erreichen. Besonders diente die Republik als Popanz, um alle freier Gesinnten zu verdächtigen, so daß die eingeschüchterten Leute das gewünschte monarchisch-constitutionelle Glaubensbekenntniß gar nicht strenge genug nehmen zu können glaubten. Daher fielen die meisten Hauptwahlen auf Beamte aller Art, und nur die unabhängigsten Bezirke stellten Advocaten *) voran. Dieses Ergebniß der Wahlen aber und nicht minder das Zersprengen der Republikaner im Seekreise, was Manchen von einer peinlichen Furcht befreite, hat in kurzer Zeit viel geändert.

In größeren Städten, wo eine compakte Verbindung von Freigesinnten besteht, vermag natürlich die Reaction nur nach und nach vorzuschreiten, und die dort gebräuchlichen Reaktionsmittel, d. h. Zersplitterung in Parteien und deren gegenseitige Verdächtigung, wirken nur langsam. Man sehe sich aber in den kleinen Orten Frankens um, wenn man die Reaction bereits in voller Maienblüthe schauen will. Hier fangen die Leute, welche sonst so gemüthlich neben einander lebten und den Aufschwung freudig ergriffen, an, gar mißtrauisch gegen einander zu werden. Jeder fürchtet die Blaustrümpferei, die allerdings auch höchst thätig ist. Die kleinen Bediensteten, voll Angst vor Denunciationen, schwarzen Noten etc., ducken sich wieder in gewohnter Devotion. Manche wünschen die guten Tage unter Hrn. v. Abel — wahr und wörtlich gesagt — geradezu zurück. Damals wußte man doch, woran man war. Selbst Männer von unabhängigerem Geiste finden es für klug, für den Augenblick zu schweigen. Alle die Stände, welche zu verlieren glauben, bearbeiten oder werden bearbeitet, von dem Feudalherrn und dem Geistlichen, der natürlich nicht für sich, sondern nur für seinen Heiligen besorgt ist, bis zu dem Inhaber eines Gans- oder Hühnerzehnts, und dem kleinen Forstbediensteten, welcher den Verlust der Forststrafgelder und manches Fuchspelzes fürchtet. Daher haben wir eine freie

---

*) Die unabhängigsten Bezirke stellten Advokaten! Welch ein Armuthszeugniß liegt in diesen Worten, deren Wahrheit unbestreitbar ist! Ferne sei es von uns, einen Stand als solchen zu verdächtigen, den Beamten- ebenso wenig als den Advokatenstand! Es gibt Länder, in welchen das Volk das Recht hat, die Advokaten als seine unabhängigsten und deshalb zuverlässigsten Vertreter zu betrachten; wir hoffen auch in Bayern wird es bald dahin kommen. Ist dieß aber jetzt schon in Bayern der Fall, wo eine schleppende und kostspielige Justizpflege, wo die Beschränkung der Concurrenz zwischen den Advokaten eine Advokatenstelle an sich schon, ohne Rücksicht auf die Person, die sie bekleidet, zu einer reichen Einkommensquelle macht, die aus dem Beutel des Volkes fließt, welches, zur Benutzung öffentlicher Rechtsanwalte auch in den leichtesten Fällen gezwungen, bei so vielen Prozessen, die sich durch ein Menschenalter hindurchschleppen, für die Kosten mehr aufwenden muß, als das ursprüngliche Streitobjekt ausmachte? Ist es denkbar, daß — seltene Fälle, die vorhanden sind, abgerechnet — die Wahl des Volkes auf Advokaten gefallen wäre, wenn es wahre Volksfreunde gekannt hätte, die durch Intelligenz sich zu Abgeordnetenstellen geeignet hätten? Wir unseres Theils konnten uns nie darüber wundern, wenn bei öffentlichen Versammlungen Advokaten, gegenüber von Andern, beim Volke wenig Glück machten. D. Red.

Presse, ohne daß sie der Bürger zu der Verbesserung seiner Zustände anzuwenden wagte, daher scheut sich der Bauer vor dem Ablösungsgesetze und weigert sich geradezu an vielen Orten für die Volksbewaffnung irgend einen Schritt zu thun. Die Beamten aber reiben sich vergnügt die Hände, spotten offen über die Unwirksamkeit des künftigen Parlaments und meinen: nur noch ein paar Krawalle blutig zusammengeschossen, die verdammten Literaten eingesperrt, und die gute alte Zeit der Büreaukratie sei wieder da. *)

Volksversammlungen.

Ein N. Artikel in einer der neuesten Nummern des Correspondenten von und für Deutschland zeichnet sich ganz besonders durch jene diesem ehrenwerthen Blatte eigenthümliche Feinheit aus, die hinter dem Schein des Liberalismus und der Opposition gegen Ministerium und Regierung das Wesen der Reaktion zu verbergen sich vergebens bemüht. Das Ministerium wird getadelt, weil es keinen Gesetzentwurf über Associationsrecht und Versammlungen vorgelegt, weil es keinen Preßgesetzentwurf mit Repressivbestimmungen vorzulegen gewagt habe, und es wird als Motiv dem Ministerium unterstellt, es habe sich vor dem Vorwurf reaktionärer Tendenzen gescheut und deshalb lieber in Manchem bei den alten Bestimmungen es bewenden lassen. Es ist hier nicht ungeschickt Wahres und Falsches so mit einander vermengt, daß es einen Augenblick scheinen könnte, der Verfasser sei ein freisinniger, die Bedürfnisse der Zeit erkennender Mann. Aber auch nur einen Augenblick, denn der gute Mann verräth sich gar zu sehr, wenn er sagt, es sei bei einem Gesetze für Volksversammlungen eine durchaus nothwendige Bestimmung, daß diejenigen, welche eine Volksversammlung berufen, persönlich für etwa dabei vorkommende Störungen verantwortlich gemacht werden. Das heißt doch etwas zu plump auf die Gutmüthigkeit der Leser losstürmen. So dumm ist denn doch Niemand, um nicht einzusehen, daß durch eine solche Bestimmung alle und jede Volksversammlung unmöglich gemacht würde, daß also ein Gesetz, welches diese Bestimmung enthielte, just den Gegenstand aufheben würde, denn es feststellen sollte. Bei Volksversammlungen treten bekanntlich unterschiedene Meinungen, Richtungen, sagen wir ohne weiteres Parteien einander gegenüber. Jede dieser Parteien sucht ihre Ansicht geltend zu machen und die versammelte Menge von der Richtigkeit der ihrigen zu überzeugen. Angenommen nun den Fall — und dieser Fall ist doch wahrlich so wenig ein undenkbarer, daß sehr nahe gelegene Beispiele ihn ohne weiteres zu einem schon dagewesenen stempeln — angenommen den Fall, eine schwache Partei, z. B. die Partei der Büreaukratie und der vornehmen Bourgeoisie, sei bei Berufung einer Volksversammlung durch eine ihr entgegenstehende Partei zum Voraus überzeugt, daß die leztere mit ihren Anträgen und Ansichten Anklang bei der Majorität finden werde, so hätte jene Partei, die Partei der Büreaukratie &c., um die Pläne ihrer Gegner zu vereiteln und die gegnerische Partei, wenn auch nur auf kurze Zeit, ihrer Führer zu berauben, lediglich nichts anders zu thun, als eine Ruhestörung während der Volksversammlung zu organisiren. Diese würde sofort der gegnerischen Partei in die Schube geschoben und ihre Führer nach Umständen gefänglich eingezogen, sie würden es um so mehr, als der Fall denkbar — und nicht blos denkbar — daß die Policei auf der Seite derjenigen wäre, welche das Resultat der Volksversammlung zu scheuen Ursache haben. Man sieht hier deutlicher als an irgend einem andern Beispiele, wie sehr gewisse Leute bemüht sind, und darüber nachsinnen, Mittel zu finden, durch welche der Buchstabe der zugesagten Volksrechte gewahrt, ihr Wesen aber aufgehoben werden könnte. Es soll etwas gegeben und im Geben auch gleich wieder genommen werden! O deutsches Volk, für wie gutmüthig hält man dich, und wie lange wird man dich noch dafür halten können!

*) Tout comme chez nous, heißt zu deutsch: Auch bei uns in Nürnberg schämen sich schamlose Leute vom „vornehmen" Pöbel nicht, diese schamlose Sprache zu reden. Anm. der Red.

Allerlei.

Die bayerische Regierung ist diejenige, welche am wenigsten deutsch sein will, welche am zähesten am bay-

erischen Partikularismus festhält In einem halboffiziellen Artikel der allg. Augsb. Zeitung spricht sich dieß wieder deutlich aus. Es wird dort verlangt, daß den „einzelnen Volksstämmen" ihre Selbstständigkeit bleibe. Vergißt man denn in München ganz, daß der bayerische Staat nicht von einem „bayerischen Volksstamm" gebildet, daß auch andere Stämme, z. B. der fränkische darin wohnen? Die Franken waren von jeher gute Deutsche, sie werden der bayerischen Regierung gegenüber die Selbstständigkeit ihres Volksstammes zu wahren wissen, und sich nie dazu hergeben, auf Kosten ihres deutschen Charakters bayerisch zu sein.

München, 17. Mai. Heute Nachmittag soll eine Versammlung im Gmähle'schen Gasthofe stattfinden, wozu alle die hier wohnenden Personen eingeladen sind, die durch den Art. 6 des Wahlgesetzes, wie es nun die II Kammer angenommen hat, als Wahlmänner sich ausgeschlossen sehen. Als Wahlmann soll nämlich dem angegebenen Gesetze zufolge bloß der Staatsbürger gewählt werden können, welcher die im §. 3. Tit. IV. der Verfassungsurkunde aufgeführten Eigenschaften besitze Es ist somit Jeder, der nicht auf Grundbesitz oder Renten oder auf ein Amt oder Gewerbe ansässig und dadurch zum Staatsbürger geworden ist, ausgeschlossen, also alle auf Lohnerwerb Ansässige, dann alle steuerpflichtige Staatsangehörige, als: Literaten, Künstler, Rechtspraktikanten, praktische Aerzte, möglicherweise auch Advokaten Die obige Versammlung wird eine Adresse verabfassen und darin entschieden die Foderungen der Zeit, die auf Gleichberechtigung Aller basirt sind, geltend machen. Die Kammer-Majorität aber hat sich vollends um das Zutrauen des Volkes durch dieses Gesetz gebracht (Deutsch. const. Ztg.)

Verantwortlicher Redakteur **Gustav Diezel** (S. 486) Verlag der v. Ebner'schen Buchhandlung

Der freie Staatsbürger.

Ein Volksblatt aus Franken.

Nr. 14. **Nürnberg, 23. Mai.** 1848.

Erscheint jeden Dienstag, Donnerstag und Samstag, und kann durch alle Postämter bezogen werden.
Preis für das laufende Vierteljahr bis Ende Juni 36 Kr., von da ab vierteljährlich 45 Kr.
Einrückungsgebühr 2 Kr. für die Zeile. — Einzelne Nummern à 3 Kr.

Oesterreich.

Während die deutsche Zeitung des Herrn Professor Gervinus zum Erstaunen der ganzen sehenden Menschheit Europas zu behaupten wagt, in Deutschland habe bis jetzt die Reform über die Revolution gesiegt, haben die Wiener eine neue, unzweifelhafte Revolution gemacht und durch sie geradezu Alles erreicht, was verlangt werden konnte, sofern man den wankenden Thron nicht auf der Stelle stürzen wollte. Diese neue Revolution hat einmal die Bedeutung, daß das durch die oktroyirte erste Constitution nicht vollkommen anerkannte Princip der Volkssuveränetät jetzt in einer auf Grund eines neuen unbeschränkten Wahlgesetzes zusammentretenden constituirenden Versammlung, mit einer Kammer, vollkommen verwirklicht erscheint. Sie hat aber für das übrige Deutschland besonders noch die Bedeutung, daß Oesterreich, wenn es auf der Bahn dieser neuen Revolution beharrt, für Deutschland gewonnen ist, daß fortan Oesterreich in Deutschland aufgeht. Ohne weitere Kämpfe wird dieß nicht geschehen, die Reaktion wird auf die letzte Revolution in Oesterreich so wenig ausbleiben, als sie in Preussen ausgeblieben ist, aber die neuen Ideen werden, wenn auch durch blutige Kämpfe, zum Siege gelangen, und nachdem am 15. Mai der Rest des am 13. März in seinem Urheber gefallnen Meternich'schen Systems gestürzt ist, werden aus dem Volke neue Männer emportauchen, die sich mit genialer Schöpfungskraft an die Spitze des österreichischen Staates stellen, die Trümmer des Früheren wegräumen, den neuen Bau im innigsten Anschluß an das gesammte deutsche Vaterland ausführen werden. Solche neue Menschen haben einer Nation in der Stunde der Umwälzung noch nie gefehlt, nur die Revolution vermag sie hervorzuheben und auch Oesterreich wird sie finden, es wird sie um so gewisser finden, als die kräftige Erhebung, die energische Siegesbenützung des so lange geknechteten und gewaltsam in geistiger Finsterniß gehaltenen österreichischen Volkes von einer so unverwüstlichen geistigen Gesundheit dieses Volkes zeugt, daß wir von ihm für die Zukunft Deutschland's das Höchste zu erwarten berechtigt sind. Ja, die Oesterreicher, die wir als ein politisch erstorbenes, in materiellen Genüssen sich befriedigendes, geistig beschränktes, wenn auch mit natürlichem Mutterwitz begabtes Volk zu betrachten uns seit lange gewöhnt hatten, ist plötzlich allen andern Staaten vorangeeilt, und je länger und stärker die Schmach der Knechtschaft auf dasselbe gedrückt, desto entschlossener scheint es, diese Schmach durch um so schnellere Verwirklichung eines freien, unserer Zeit angemessenen, Staatslebens auszulöschen Gewiß wird noch eine weitere, wohlthätige Folge dieser letzten Wiener Revolution das Aufhören des Kriegs in Oberitalien sein. Die edlen Wiener werden einsehen, daß es einem Volke, das für seine Freiheit Alles gewagt, schlecht ansteht, ein anderes Volk, das ebenfalls frei sein will, und das sich über so manche schwere Unbill eines nun, will's Gott! auf immer gestürzten Systems zu be-

klagen so viele Ursache hat, mit Waffengewalt zu unterjochen.

Aber während wir dieses schreiben, erhalten wir die Kunde von der Flucht des Kaisers aus Wien. Wir bekennen, sie kam uns nicht unerwartet. Sie ist eine neue Bestätigung der alten Wahrheit, daß Fürsten, und vor allem schwache Fürsten die Werkzeuge einer Camarilla sind, die in Zeiten, wie die unsrigen, Alles gegen Alles setzend, ihre frühere Bedeutung und Vorrechte um jeden Preis, auch um den des blutigsten Bürgerkriegs, wieder erobern will. Dieser Bürgerkrieg ist jetzt unvermeidlich, wie überhaupt die Ereignisse durch diesen Schritt des willenlos gegängelten Kaisers ihrer Entscheidung sehr nahe gerückt scheinen. Diese Entscheidung kann eine sehr blutige sein, ja wird es fast sein müssen. Ein Heer von corrumpirten Beamten, eine mächtige Geistlichkeit werden Alles aufbieten, um die alten Zustände zurückzuführen. Wenn wir eine schwache Hoffnung auf einen minder blutigen Kampf hegen, so wird diese durch unser Vertrauen auf den deutschen, dem Metternich'schen System abholden Sinn des österreichischen Militärs in uns erhalten. Es wird begreifen, daß hier der Kampf zwischen der Revolution und der Gegenrevolution oder Reaktion ausgefochten wird, und daß eine Mitwirkung zur letztern alles durch die Merztage Errungene in Frage stellen müßte.

Der endliche Ausgang ist zum Voraus klar. Es gibt nur eine Lösung für die Schwierigkeiten, welche sich erheben, wenn ein Fürst aus seiner Hauptstadt flieht, und sich an die Spitze einer Truppenmacht stellt, um das Gewährte zurückzunehmen und seine »aufrührerischen Unterthanen zur Vernunft zu bringen.« Diese Lösung ist die Absetzung des Fürsten und die Einführung der Republik. Das Beispiel Englands zeigt dies deutlich, auch in Frankreich, wo es zwar nicht zum Kampf im offnen Felde kam, hat die versuchte Flucht des Königs die Katastrophe ungemein beschleunigt. Die Würfel sind jetzt gefallen. Die Reaction ist nun nicht mehr in Separatprotokollen, sondern in einer Heeresmacht sichtbar. Der Rückschlag dieses Ereignisses auf das übrige Deutschland muß ein unermeßlicher sein. An vielen Orten wird die Reaktion jetzt einen Augenblick offener, gewaltiger auftreten. Seien wir darauf gefaßt! Auf die Haltung des deutschen Parlaments wird viel ankommen. Was wird nun der Professor Gervinus sagen? Doch ja, er sieht natürlich in dem flüchtenden Kaiser die siegreiche Reform und in den Wienern die unterliegende Revolution. Die Zeit wird lehren, ob der Herr Professor ein politischer Seher, oder ein einfältiger Stubengelehrter ist.

Wir hegen schon jetzt darüber keinen Zweifel.

Die constituirende Nationalversammlung in Frankfurt.

Frankfurt 18. Mai 1848.

So wäre denn die constituirende Nationalversammlung eröffnet. Heute Nachmittag um 4 Uhr zogen sämmtliche anwesende Mitglieder vom Römer weg mit ihren Alterspräsidenten v. Lindenau und Lang an der Spitze unter dem Klang der Musik in die Paulskirche ein. Die erste Frage war, nach Eröffnung der Versammlung durch eine Rede, worin zu Muth, Einheit und Liebe ermahnt wurde, sind wir als Versammlung constituirt? was sofort einstimmig bejaht und nochmals wiederholt wurde. Hierauf verlas der Präsident ein Schreiben der Bundesversammlung an die constituirende deutsche Nationalversammlung, in welchem der Bundestag Glück und Segen vom Himmel auf sie herabflehte. Die Versammlung hörte es an, ohne ein Zeichen des Beifalls laut werden zu lassen. Trotzdem schlug einer der Präsidenten vor, dem Bundestag dankend zu antworten, was die Versammlung jedoch durch Uebergang zur Berathung einer Geschäftsordnung ablehnte. Nach langerem Hin- und Herreden und nach Anhörung verschiedener Anträge der Abgeordneten Wesendonk, v. Reden, Blum wurde endlich der von einer Commission des 50. Ausschusses ausgearbeitete Entwurf als einstweilige Geschäftsordnung angenommen und die Wahl einer Commission zur Entwerfung einer endlichen Geschäftsordnung beschlossen. Eine weitere Frage war die Wahl eines einstweiligen Präsidenten, wie die provisorische Geschaftsordnung verlangte. Diese Wahl, ebenso die für die Mitglieder des Ausschusses zur Prüfung der stattgehabten Wahlen wurde auf

morgen für 10 Uhr anberaumt. Nach Erledigung einiger Geschäftsfragen, Druck der Protocolle, Auslagen 2c. wurde die Versammlung geschlossen (7 Uhr). So wäre denn das Werk begonnen, hoffen wir, daß es fortgesetzt werde mit dem Muth und Eifer, der nöthig ist, um uns unsere Volksrechte und Volksfreiheiten auf eine Art zu sichern, daß sie uns keine Gewalt der Erde mehr entreißen kann, dann wird Ruhe und Vertrauen in Handel und Wandel bald für immer zurückkehren. Frankfurt ist ausserordentlich überfüllt mit Fremden, besonders fürstlichen und gräflichen Personen, auch viele Engländer sieht man. Zum Schlusse noch die Aufzählung derjenigen, die in der ersten Sitzung zeigten, daß sie mit Talent und Feuer zu sprechen vermögen, es sind die Herrn Blum, Wesendonk, Zitz, Stedtmann und Soiron.

Stadt und Landschau.

Man schreibt uns aus einer fränkischen Landstadt: Ein sehr beachtenswerther Gegenstand ist das fortwährende Bemühen einer gewissen Partei, durch allerlei Schreckbilder die Freiheiten der Republik dem Volke verhaßt zu machen.

Wäre ihr Zweck lediglich die Aufrechthaltung der Monarchie neben den Volksrechten, so würde Jedermann, welcher anerkennt, daß die Nation noch nicht reif genug ist für eine allgemeine deutsche Republik, ihnen von Herzen beistimmen, aber die unredlichen Mittel, die jene Partei anwendet, lassen kaum einen Zweifel über ihre finstern volksfeindlichen Plane. — Unter der Maske der Sorgfalt für Deutschlands Wohl will man durch die Schilderungen der Anarchie, Gesetzlosigkeit 2c. zunächst das Volk einschüchtern und somit geneigt machen, sich abermals unter das alte Joch zu beugen; und dann, für den Fall des Mißlingens, durch das Provociren jener gefürchteten Zustände selbst das Volk büßen lassen für seine standhafte Freiheits- und Vaterlandsliebe. —

Man berechnet ganz richtig, daß, jemehr den ärmeren Volksklassen von Gesetzlosigkeit, wobei diese nur gewinnen können, vordemonstrirt wird, das Gelüsten darnach um so mehr erwacht, und bei einer irgend freisinnigen Umgestaltung der Staatsverfassung auch sicher zum Ausbruch kommen wird. —

Es ist mir noch kein Artikel zu Gesicht gekommen, *) der dieses reactionäre Treiben entlarvt, und in seinem wahren Wesen dargestellt hätte, während es jetzt mehr als je noththut, mit aller Entschiedenheit demselben entgegen zu treten, und das Volk über solche gefährliche Freundschaft aufzuklären.

Allerlei.

Die vom politischen Verein in Nürnberg ausgegangene Protestation wider den Reichsgrundgesetzentwurf der 17 Vertrauensmänner ist am 19. Mai mit 1573 Unterschriften an die constituirende Versammlung in Frankfurt abgegangen.

Die in Leipzig erscheinende Reform theilt höchstwichtige Aktenstücke aus Galizien mit, welche unwidersprechlich beweisen, daß die österreichische Regierung unter den Bauern in Galizien ein neues Blutbad mit Sensen und Dreschflegeln gegen die Edelleute vorbereitete. Die Bauern werden in die Herrschaftskanzlei gerufen, wo sie ein Kreiscommissär folgendermassen anredet: »Ich gebe Euch im Namen des Kreisamtes Befehl, daß Ihr jedes Sturmläuten und Allarmtrommeln in der Stadt, sei es bei Tag oder bei Nacht, sobald Ihr es hört, als das Euch gegebene Zeichen erkennt, um Euch mit Dreschflegeln, Piken, Sensen, Heugabeln und was nur jeder zu Hause hat, zu bewaffnen, und dorthin zu gehen, wohin Euch befohlen wird.« Die Bauern fragten: »Gegen Wen sollen wir uns bewaffnen, gegen die Russen?« da rief dann der Kreiscommissär: »nicht im Mindesten gegen die Russen, denn die sind unsere Freunde.« Man gab den Bauern die Befehle im Namen des Kaisers. Vielen war dies verdächtig, und sie kamen selbst zum Kreisamte und verlangten Pässe nach Wien, um beim Kaiser selbst anzutragen, ob sie die Edelleute morden sollen, oder nicht. Die Pässe wurden ihnen aber verweigert. —

Der in Dänemark kommandierende General von Wrangel und Hr. Wilhelm von Hohenzollern (sonst Prinz

*) Wir unserer Zeit haben nicht versäumt, diese Taktik der Reaktion aufzudecken, und vor ihr zu warnen. Anm. der Red.

von Preußen genannt), führen einen ungemein freundschaftlichen, aber für die Freunde der deutschen Freiheit nicht sehr erbaulichen Briefwechsel mit einander. Der Prinz drückt von London seine Freude und seinen Stolz über die Tapferkeit von Truppen aus, die lange unter des Prinzen Commando gestanden, ersucht den General, den Truppen seine ganze Theilnahme, Achtung und Glückwunsch aussprechen zu wollen und findet die preußische Armee auf einer Stufe der schlagfertigen Ausbildung stehend, die den schönsten Beweis für die Zweckmäßigkeit der preußischen Kriegsverfassung liefern (Einen Beitrag zur Kenntniß dieser Kriegsverfassung findet man in Nr. 9. des freien Staatsbürgers.) In der Antwort des Generals Wrangel auf „Sr. kgl. Hoheit gnädiges Schreiben" ist folgende Stelle die merkwürdigste, und verdammt verständlich ohne allen Commentar: „Allerhöchst Ihr Andenken wird uns Allen eine neue Aufforderung sein, unserer Pflicht auch ferner mit aller Hingebung nachzukommen. Ew. kgl. Hoheit Andenken bewahren die preußischen Truppen treu und warm im Herzen, wir alle erkennen dankbar an, wie durch Ihre Bemühungen die Ausbildung der Armee so erfolgreich gefördert und wie Sie den wahren kriegerischen Geist stets zu beleben gewußt haben. Zugleich wollen Ew. kgl. Hoheit sich gnädigst überzeugt halten, daß, wenn wir einst unter größern Verhältnißen zur Wahrung der Unabhängigkeit Deutschlands zu den Waffen gerufen werden sollten, das preußische Heer mit dem vollsten Vertrauen und mit hingebender Liebe unter Ihre Führung sich zu stellen, als sein höchstes Glück betrachten würde." Da sage noch Einer, am 18—19. März sei das preußische Militärregiment gestürzt worden. Es floriet noch so mächtig als je, und weshalb man jezt vor Beendigung des dänischen Kriegs den Prinzen von Preußen an der Spitze der durch einige Waffenthaten im militärischen Kastengeist noch mehr bestärkten Truppen zurück haben will, ist so klar, daß es Einem in die Augen beißt.

Der in Leipzig erscheinenden Reform wird aus Breslau vom 14. Mai geschrieben: »Das hiesige Armeekorps, 3000 Mann, hat Marschbefehl bekommen, Donnerstag nach Bamberg aufzubrechen, ziemlich die gerade Straße nach Frankfurt; vielleicht als Deputirte zum deutschen Parlamente? Dann fehlen nur die Russen noch! Hier zweifelt Niemand mehr an der großartigen Reaktion: Preußen, Oesterreich, Rußland! Vive la republique! auf deutsch: es komme der Prinz von Preußen!« Vermuthlich wird aber nach den Vorgängen in Wien und Berlin die Reaktion an sich selbst verzweifeln.

Verantwortlicher Redakteur **Gustav Diezel** (S. 486). Verlag der **v. Ebner**'schen Buchhandlung.

Der freie Staatsbürger.

Ein Volksblatt aus Franken.

№ 16. u. 17 Nürnberg, 26. Mai. 1848

Erscheint jeden Dienstag, Donnerstag und Samstag, und kann durch alle Postämter bezogen werden. Preis für das laufende Vierteljahr bis Ende Juni 36 Kr., von da ab vierteljährlich 45 Kr. Einrückungsgebühr 2 Kr. für die Zeile. — Einzelne Nummern à 3 Kr.

Nürnberger politischer Verein.

In einer der letzten Versammlungen des politischen Vereins in Nürnberg kamen die officiellen und halbofficiellen Erklärungen zur Sprache, in denen die bayerische Regierung ihre Ansicht dahin ausgesprochen, daß die constituirende Versammlung in Frankfurt nicht befugt sei zu Beschlüssen, welche für die deutschen Einzelstaaten bindend wären, sondern daß sie nur im Wege des Vertrags eine deutsche Verfassung zu Stande bringen könne. Diese, das Princip der deutschen Volkssouveränität antastende, der deutschen Einheit gefährliche, ja ein einheitliches Deutschland von vornherein bestreitende Ansicht mußte die Aufmerksamkeit des Vereins erregen, und ihn zu einem Schritt veranlassen, welcher darthun sollte, daß diese Ansicht der bayerischen Regierung keineswegs die Ansicht des gesammten bayerischen Volks ist. Da in dem halbofficiellen Artikel von der Selbstständigkeit der deutschen „Volksstämme" die Rede ist, so glaubte der politische Verein in dieser Beziehung andeuten zu müssen, daß die Bewohner eines deutschen Einzelstaates keineswegs verwechselt werden dürfen mit einem deutschen Volksstamm; und daß bei einer Eintheilung Deutschlands nach „Volksstämmen" ganz andere Grenzen gezogen würden. Der politische Verein beschloß somit die Veröffentlichu folgender

Erklärung aus Franken über die constituirende Nationalversammlung.

Die Entschiedenheit, mit welcher von Seiten der bayerischen Regierung bereits bei Gelegenheit der Wahlen zum deutschen Parlament der Ausdruck „constituirende Nationalversammlung" nicht etwa bloß vermieden, sondern als „revolutionär" bekämpft wurde, die Erklärung des bayerischen Bundestagsgesandten von Closen über das berüchtigte Promemoria und den darauf bezüglichen Separatbundesbeschluß, endlich ein unzweifelhaft halbofficieller Artikel in der Augsburger allgemeinen Zeitung, in welchem der in Frankfurt zusammengetretenen Nationalversammlung ihr Charakter als „constituirend" bestimmt abgesprochen, für die einzelnen deutschen „Volksstämme" das Recht der Selbstständigkeit in Anspruch genommen und die Aufgabe der deutschen Nationalversammlung darein gesetzt wird, im Namen der gesammten deutschen Nation einen Vertrag mit den einzelnen Staaten sollte richtiger heißen, mit den einzelnen Regierungen abzuschließen, veranlaßt uns zu einer Erklärung, mit welcher wir uns sowohl an das deutsche Volk im Allgemeinen, insbesondere an die gleich uns zum fränkischen Volksstamme gehörigen bayerischen Staatsbürger wenden. Die Ansicht der bayerischen Staatsregierung, daß die in Frankfurt zusammengetretene Versammlung eine constituirende, Verfassung beschlie-

ßende nicht sei, daß sie nur das Recht habe, sich mit den verschiedenen Regierungen Deutschlands über die Zustandebringung einer deutschen Verfassung in's Benehmen zu setzen, wird von uns so wenig getheilt, daß wir sie, als mit den Beschlüssen des Vorparlaments, mit den Regeln der Vernunft, mit dem Geiste unserer Zeit und dem Willen des deutschen Volkes im Widerspruch stehend und der deutschen Einheit und Einigkeit im höchsten Grade gefährlich, aufs allerentschiedenste verwerfen. Wird von der Selbstständigkeit der deutschen „Volksstämme" gesprochen, so nehmen auch wir Franken für uns das Recht in Anspruch, für unsern Volksstamm zu erklären, daß die im Herzen Deutschlands wohnhaften Franken, einer der mächtigsten und freisten Volksstämme Deutschlands von Alters her, zu allen Zeiten vor allen Dingen deutsch sein und zur Größe und dem Ruhm des einigen Deutschlands das Ihrige beitragen wollten; wir erklären, daß es unsre beste Ueberzeugung ist, es müßten um der Einheit des Gesammtvaterlandes willen den einzelnen deutsch. Staaten gewisse Souveränitätsrechte genommen und dadurch die deutsche Centralgewalt gestärkt werden, wir erklären, daß wir aus jenem „Partikularismus," der das berüchtigte Promemoria preist, nur Nachtheile und Schmach für Deutschland fließen sahen; wir erklären endlich, daß wir einzig und allein der constituirenden Versammlung in Frankfurt das Recht zuerkennen, eine Verfassung für das deutsche Gesammtvaterland zu beschließen, und daß wir unter allen Umständen vor allen Dingen deutsch sein wollen, bevor wir uns als Bürger eines deutschen Einzelstaates betrachten. Diese Erklärung glauben wir, der Ansicht der bayerischen Regierung gegenüber, vor Deutschland und insbesondere vor unsern fränkischen Brüdern ablegen zu müssen.

Der politische Verein in Nürnberg.

Die constituirende Nationalversammlung.

(Frankfurt, den 23. Mai 1848.) In der gestrigen Sitzung wurde der Einlauf der Nürnberger Protestation gegen den Siebenzehner-Entwurf verkündigt. Ueber den Antrag Raveaux's, das Zusammentreffen der preußischen, constituirenden Versammlung mit der Frankfurter betreffend, sowie über mehre ähnliche Anträge wird die Niedersetzung eines Ausschusses beschlossen.

Die heutige Sitzung schien eben so nichtssagend werden zu wollen, wäre nicht zum großen Glück eine Zwischenfrage eingetreten, die nach langem Kampfe die Sache doch einen kleinen Schritt weiter gebracht hat. Unter den vielen Anträgen, die abermals eingelaufen sind, ist einer von Leue aus Salzwedel, welcher die Grundzüge der ersten Vorfragen, die die National-Versammlung zu lösen habe, bezeichnet. Sie sind kurz folgende: 1) Die National-Versammlung ist nach erfolgter Prüfung der Legitimationen gesetzgebend. 2) Das deutsche Volk ist souverain und sein Organ ist die National-Versammlung. 3) Jeder Abgeordneter hat sich nur als Deutscher zu betrachten und gehört nicht mehr dem einzelnen Staate an. 4) Jedes Mitglied ist nur Gott und seinem Gewissen verantwortlich, kann während der Dauer der Parlamentsverhandlungen nicht verfolgt werden, und jeder Versuch einer solchen Verfolgung ist als Hochverrath zu erklären. 5) Erschaffung eines Rechtszustandes für bürgerliche und politische Freiheit. 6) Die National-Versammlung hat allein den Beruf, die Verfassung zu geben. 7) Die Staatsform ist das erbliche Königthum. 8) Jeder Fürst, der den Versuch macht, seinen persönlichen Vortheil dem seines Volksstammes vorzusetzen, ist seiner Würde verlustig, für sich und seine Nachkommen und tritt in den Bürgerstand zurück. 9) Als Verräther am Vaterlande ist ferner jeder zu erklären, der seiner Standesinteressen wegen sich den Beschlüssen der National-Versammlung nicht unterwerfen will, und den Bürgerkrieg entzündet. 10) Gegenwärtiger Beschluß wird

durch die Bundesversammlung jedem Fürsten mitgetheilt, die die Verpflichtung haben, binnen 10 Tagen bejahende Antwort eintreffen zu lassen. Noch während des Vortrages des einzelnen selbstständigen Antrages ergreift der Abgeordnete Zitz das Wort und bittet, daß nach Schluß der Anträge und Adressen ihm das Wort ertheilt werde, um einen Bericht zu erstatten, über die Lage der Bundesfestung Mainz, was die National-Vers. bejaht. — Als er das Wort erhalten, schilderte er die aus den Zeitungen bekannten Ereignisse in Mainz, wo der militärische Druck von Seite der Preußen in letzter Zeit unerträglich geworden sei folgendermaßen. „Daß man von dieser Seite Absichten hatte, beweißt das seit 8 Tagen allgemein zu Mainz verbreitete Gerücht, daß an einem gewissen Tage die Bürgerwehr aufgelöst werden würde, ja sogar die Bedienten des Generals v. Huser erzählten dieß in öffentlichen Wirthshäusern, indem sie sagten, daß der Bürgersoldatenspaß nur bis nächsten Sonntag dauern würde. Nun kam auch wirklich die Catastrophe. Aber was war es denn? Es wurden Excesse begangen. So leitet man eine Untersuchung ein, welche die Schuldigen herausfinden wird! Dies berechtigt aber noch nicht, daß man die Stadt in Belagerungszustand erklärt. — Um einen Beweis zu geben, wie die preußischen Soldaten verfahren, erzählte Zitz folgende zwei Fälle. Der Generalstaatsprocurator verfügte sich Montags im Auftrage mit dem Kreiscommissär und dem Bürgermeister zum Festungs-Gouverneur, unterwegs stießen sie auf eine Patrouille, die ihnen den Weg versperrte und in Folge des Wortwechsels, der sich zwischen beiden erhob, erhielt der Generalstaatsprokurator einen Säbelstich. Einem Bürger, der an einem Brunnen, wenige Schritte von einer Militärwache, Wasser holen wollte, wurde von derselben angedeutet, nicht weiter zu gehen. Der Bürger glaubte ganz einfach, wenn er seinen Krug zeigen würde, was er dem Brunnen sich weiter nährend, auch that, so werde der Soldat begreifen, was er wolle. Dieser aber legt an, und schießt den Bürger nieder. Meine Herrn, schloß Zitz, alle Volks-Rechte sind in diesem Augenblicke zu Mainz vernichtet, alle Versammlungen sind verboten, auf der Straße dürfen keine drei Personen beisammen stehen, und als ich mich zu dem General v. Huser als Oberst der Bürgerwehr verfügte, um ihm zu sagen, daß ich nicht wissen könnte, ob in so kurzer Zeit alle Waffen hätten abgeliefert werden können, erklärte er mir, daß er Haussuchung halten werde und daß mit jedem, bei dem Waffen gefunden würden, nach Kriegsrecht verfahren werden solle. Ja sogar die Eisenbahn-Züge werden erst nach erfolgter militärischer Durchsuchung in Castel eingelassen. Können Sie, m. H., nach den Thatsachen, die ich Ihnen hier mitgetheilt, noch ruhig bleiben! Nein, Ihre erste Aufgabe in dieser Versammlung ist, diesem Militärdespotismus ein Ende zu machen. Mein Antrag an die Nationalversammlung geht deshalb dahin, daß sie sofort berathe und beschließe, daß der Belagerungs-Zustand aufgehoben werde, daß also der alte Zustand augenblicklich wieder hergestellt werde, daß den Soldaten das Tragen der Waffen außer Dienst verboten sey, und daß sämmtliche preußische Regimenter sofort durch andere abgelöst werden.

Nach Beendigung dieses Vortrags trifft eine telegraphische Depesche aus Mainz ein, und meldet, daß man abermals Generalmarsch geschlagen habe und daß die Züge der Eisenbahn nicht mehr eingelassen würden. Hierauf wird der Beschluß gefaßt, daß ein Ausschuß ernannt werde, der sofort gewählt werden muß und die Pflicht hat, sogleich 3 seiner Mitglieder nach Mainz zu senden, um sich von der Lage der Dinge in Kenntniß zu setzen. Die telegraphische Depesche wird durch einen Brief bestättigt, der so eben ½ 2 Uhr an Schlöffel eintrifft, daß mehrere Bürger erschossen worden sind. Bei dieser Debatte stellte sich heraus, welchen Fehler die Versammlung gemacht, als sie einen Minister zum Präsidenten wählte. Gagern wurde einmal um das andermal leichenblaß und war natürlich als Präsident gezwungen, in einer Sache, die ihn so nahe anging, und über die zu reden er

so viel Beruf in sich fühlen mußte, zu schweigen. Die Herren Bassermann, v. Vinke, Arnim waren der Ansicht, daß die Sache gar nichts auf sich habe und daß man zur Tagesordnung übergehen möge.

Meine Ausweisung aus Nürnberg.

Der Polizeisenat hat seinen ersten Beschluß durch einen zweiten bekräftigt. Meine Ausweisung ist unwiderruflich. Die öffentliche Meinung in Deutschland, an die ich in einer eigenen Schrift appelliren werde, wird darüber entscheiden, ob die Nürnberger Polizei sich durch diese Maaßregel als eine den Geist der Zeit erkennende erwiesen hat. Der zweite Beschluß lautet wörtlich so:

Conclusum des Polizeisenats Nürnberg, vom 25. Mai 1848.

Wenn man auch davon absehen will, daß der von ꝛc. Diezel übergebene Vertrag vom 23. l. M. offenbar nur zu dem Zwecke abgeschlossen wurde, um dadurch den Polizeisenatsbeschluß vom 19. l. Mts. zu umgehen, so kann derselbe doch zu Recht deswegen nicht bestehen, weil er zum Theil von Leuten mitabgeschlossen wurde, denen hauptsächlich, weil sie noch unter väterlicher Gewalt und resp. in dem Brode ihrer Eltern stehen, die zur Gültigkeit eines Vertrags unumgänglich nothwendige, unbeschränkte und freie Dispositionsbefugniß abgeht. Ist aber der fragliche Vertrag nicht gültig, so kann auch das in demselben für ꝛc. Diezel bedungene Einkommen als rechtsbeständig nicht angenommen werden, und es ist somit, da in der Remonstration de hod. eine weitere Einnahmsquelle nicht angeführt wurde, im Zusammenhalte mit dem Polizeisenatsbeschluß v. 19. l. Mts. von Diezel der Beweis genügender Subsistenzmittel nicht geführt.

Was das politische Treiben des ꝛc. Diezel anlangt, so wird hier vor Allem bemerkt, daß dasselbe in den Polizeisenatsbeschluß v. 19. l. Mts. als eben so gewichtiger Grund für die beschlossene Ausweisung hingestellt wurde, wie der angeführte Mangel genügender Subsistenzmittel.

Begreiflicherweise kann es bei der Beurtheilung darüber, ob ein angeführter Grund als Haupt- oder Nebengrund anzusehen sey, nicht darauf ankommen, ob der fragliche Grund zu Anfang oder am Ende des treffenden Contextes, ob er sub Ziffer 1. oder 2. angeführt ist, und dieses um so weniger in concreto, wo deutlich gesagt wird, daß schon der Mangel genügender Subsistenzmittel die beschlossene Ausweisung rechtlich begründe, ausser diesem Grunde aber in vorliegendem Falle auch noch die geschilderte politische Gefährlichkeit als Mitursache und eigentliches movens bei Fassung des fraglichen Beschlusses hinzutrete.

Zur Sache selbst vermochte ꝛc. Diezel, der sich hier auf bloßen Widerspruch beschränkt, auch diesen zweiten Grund nicht im Entferntesten zu widerlegen, und eben so wenig ist dieses die mit circa 300 Unterschriften versehene Bitte de hod, im Stande, da auch sie blos nakten Widerspruch und mit Nichts belegte Zusicherungen enthält.

Das geschilderte politische Thun und Treiben des ꝛc. Diezel bleibt nach wie vor gefährlich, und es soll hier nur zu allem Ueberfluße unter Anderem auf die Nro. 6. Seite 23. des freien Staatsbürgers hingewiesen werden, wo in dem Aufsatze: die Reaktion Nro. 11. S. 42. mit dürren Worten zur Uebung der Volksjustiz aufgefordert wird.

Unter solchen Umständen kann von Aufhebung des Polizeisenats-Beschlusses v. 19. l. M., der in dem §. 6. des Heimathgesetzes v. 11 Sept. 1825 seine vollkommene Begründung findet, keine Rede sein, und muß derselbe gerade jetzt um so mehr aufrecht erhalten werden, als der in Nr. 147. der mittelfränkischen Zeitung enthaltene Artikel „Reaktion in Nürnberg," so wie die darin ausgeschriebene Ankündigung des freien Staatsbürgers, in höchst tumultarischem und aufwiegelndem Tone abgefaßt, und wenn diese Aufsätze auch nicht gerade die Unterschrift des ꝛc. Diezel als des

Verfassers tragen, doch unter unter seiner Verantwortlichkeit erschienen sind, beweisen, wohin seine Tendenzen gerichtet sind.

Wahrlich genug, als daß man einem solchen Treiben noch ferner ruhig zusehen könnte!

rc. Diezel hat daher im Interesse der öffentlichen Ruhe und Ordnung heute noch den hiesigen Polizeibezirk unnachsichtlich zu verlassen, und wird, was von einem Hinausschieben des Vollzuges des Beschlusses v. 19. l. M. und einem etwaigen Rekurs dagegen in diesem Beschlusse gesagt ist, als auch bei gegenwärtigem Beschlusse vollkommen hieher anwendbar lediglich wiederholt.

Die erlaufenen Kosten bleiben ausser Ansatz.

Dr. Binder.

Müller.

Zur Beglaubigung vorstehender Abschrift:

Nürnberg, d. 26. Mai 1848.

L. S. Der Magistrat.

Dr. Binder.

Ich setze zu diesem Aktenstück, das nach Form und Inhalt merkwürdig genug ist, nichts hinzu, um so mehr, da ich die ganze Anlegenheit demnächst in einer eigen Broschüre beleuchten werde.

Aufruf zur Bildung von Volksvereinen.

Es ist eine eigenthümliche Ironie des Schicksals, daß an demselben Tage, an welchem der Redakteur dieses Blattes die Stadt Nürnberg kraft unwiderruflichen Polizeibeschlusses verlassen muß, demselben folgende Zuschrift des gemäßigten constitutionell monarchischen Montagskränzchens in Frankfurt zuging nebst dem nachstehend angedeuteten Aufruf an das deutsche Volk. Ja, was in Frankfurt und in hundert andern Städten gemäßigt ist, das ist in Nürnberg revolutionär! Die Polizei in Nürnberg hat sich durch ihren Schritt ein Denkmal trauriger Art gesetzt. Die öffentliche Meinung Deuschlands wird darüber richten!

(Frankfurt a. M., 17. Mai.) Indem ich Ihnen beiliegenden „Aufruf an das deutsche Volk" zur Gründung eines deutschen Volksvereins in mehreren Abdrücken zusende, erlaube ich mir, Sie dringend aufzufordern, nicht nur die Verbreitung dieses Aufrufs durch die Localpresse Ihres Wohnortes und dessen Umgegend zu veranlassen, sondern auch mit aller Kraft und Hingebung an die gute Sache dahin zu wirken, daß in Ihrer Stadt und den umliegenden Gauen ohne Zeitverlust Haupt- und Zweigvereine begründet werden, die in ihrem Zusammenhang mit allen übrigen gleichgesinnten Vereinen, den allgemeinen deutschen Volksverein bilden werden.

Nur in einer großartigen, das ganze Vaterland umfassenden Vereinigung kann das deutsche Volk seinen unwiderstehlichen Willen in die Wagschale legen.

Brudergruß und Handschlag.

Dr. med. Heinrich Schwarzschild.

Dr. med. Friedleben.

Mitglieder des geschäftsführenden Ausschusses des Frankfurter Volksvereins.

Aufruf an das deutsche Volk.

Deutsche, Brüder! Die Freiheit ist auch von unserm Volke im Sturme erobert worden; aber oft ist es leichter, eine Eroberung zu machen, als sie festzuhalten. Deutsches Volk, besinne Dich, wie oft Du den Garten der Freiheit mit Deinem Herzblute getränkt hast; wie oft Du in kindlichem, gläubigem Vertrauen auf seine Früchte gehofft, und wie oft er Dir Disteln und Dornen getragen hat für die erwartete Frucht. Auch jetzt liegt das Land wohl zubereitet vor Deinen Füßen, und Du hast Deinen Willen, Deine Forderungen eingestreut als die Samenkörner Deines künftigen Glücks. Wache, daß sie keimen und aufgehen, daß sie wachsen und gedeihen; daß Deine Enkel Dich segnen mögen ob Deiner Hände Arbeit; wache, daß kein Frost aus Norden, kein Gifthauch aus Süden über Deine Frühlingssaa-

ten hereinbricht; daß Dich nicht der Fluch der Nachwelt trifft. Die Schergen der Gewalt, deren Händen Du Dich kaum entwunden hast, sie sind thätig in allen Gestalten, Dir das Netz wieder über die befreiten Glieder zu werfen, und Du, Du scheinst müde schon von der ungewohnten Freiheitsarbeit; Du scheinst Deinen Rausch der Freiheit unter ihrem Schilde ausschlafen zu wollen! Deutsches Volk, o schlafe nicht! Sei wachsam und gerüstet und mache Front nach zwei Seiten hin! Die Anarchie hat an Deine Pforten geschlagen. Sie, an und für sich, war Dir wenig gefährlich; Du hast sie in Deiner jungen Freiheitslust erdrückt. Aber die Reaction hat sich an ihre Fersen geheftet. Die Reaction bedient sich jeder anarchischen Schilderhebung als des besten Mittels zu ihren Zwecken; in ihrer Hand wird jede anarchische Schilderhebung das Messer, die kaum geborne Freiheit zu ermorden.

Das ist der augenblickliche Zustand unseres Vaterlandes. Gefahren drohen ihm von Innen und von Außen; seiner Gegenwart, seiner ganzen Zukunft drohet Gefahr. Männer des Volkes, da ergehet der Ruf an Euch, auf der Wache zu stehen und nicht zu dulden, daß unser Volk wieder in den Todesschlaf der Knechtschaft eingelullt werde! Männer des Volkes, da ergeht der Ruf an Euch, die Vorposten, welche ihr bisher besetzt gehalten, nicht zu verlassen; für die Freiheit Eures Volkes fortzuarbeiten und zu ringen; mit der Freiheit Eures Volkes zu stehen oder zu fallen.

Und diesen Ruf, wer erhebt ihn, werdet Ihr fragen? Wir wollen euch antworten auf Eure Frage. Diesen Ruf erhebt ein Verein von Männern, welcher, unter unscheinbarem Namen, lange schon, als die Nacht der Schmach noch die Augen unseres Volkes deckte, in dem Freiheitskampfe thätig gewesen ist in der einzigen Richtung, wo er damals möglich war, auf dem religiösen Gebiete. Der Kampf für die Freiheit aber, er ist nur Einer; er ist überall derselbe, er mag geschlagen werden auf welchem Felde es auch sei. Angefeindet und gelästert, sind wir stark geblieben und treu, und wir durften, als derselbe Kampf auf dem politischen Felde begann, da nicht zurückbleiben, und wir haben es nicht gethan. Wir sind wie alle unsere Mitstreiter für die religiöse Freiheit, in die Reihen der Kämpfer für die politische Freiheit eingetreten. Wir haben uns in Wort und That für unser Volk erhoben, und unsere Losung heißt:

Freiheit, Einheit, Ordnung und Recht!

Unter diesem Banner haben wir uns geschaart! unter ihm sind wir ausgezogen gegen jede Gefahr, welche drohte; unter ihm wollen wir weiter streiten, von ihm nicht lassen in Glück oder Noth. Es ergeht unser Ruf an alle Gleichgesinnte im Vaterlande zu gemeinsamer Thätigkeit. Es ergeht unser Ruf an alle Vereine, welche zu demselben Zwecke schon zusammengetreten sind, sich enge aneinander zu schließen; an alle Vaterlandsfreunde, solche Vereine zu bilden, wo sie noch nicht bestehen. Das Volk darf nicht mehr vereinzelt stehen wider geschlossene, wohlorganisirte Gegner; es muß auch seine Colonnen schließen, seine Vertheidigung und seinen Angriff regeln. Es muß die Waffen, welche es sich erstritten hat, die freie Presse, die freie Rede, das freie Vereinigungsrecht, geordnet, überlegt, und in Uebereinstimmung gebrauchen, damit sie auch als Waffen wirken und nicht zum leeren Spielzeuge herabsinken. Das wollen wir; dazu aufzufordern, ist der Zweck dieses Aufrufs. Zeigt die Einheit des Volkes nicht blos nach Außen; zeiget sie vorerst und vor Allem im Inneren. Zeiget sie in der Einheit Eures Willens, in der Einheit Eurer Forderungen, in der Einheit Eurer Mittel, und die Einheit der Wirkung wird gewaltig und unwiderstehlich sein. Sammelt Euch, bildet Euch zu Vereinen: keine Stadt, kein Dorf soll ohne einen solchen Verein sein. Diese Vereine alle treten in Verbindung unter einander und richten ihre Wirksamkeit auf dasselbe Ziel. Dies Ziel ist das Wohl unseres Volkes; die Macht des Volkes nach Innen und Außen hin. Was diese beiden bedrohet, ist unser gemeinschaftlicher Feind, er

mag kommen, woher er will, aus den Regionen, welche sich die oberen zu nennen pflegen, und welche mit Reaktionsgelüsten schwanger gehen; oder aus denen, welche unter dem Deckmantel neuer Gestaltungen die Gesetzlosigkeit über unser Volk heraufbeschwören, oder aus denen, welche die Völker verdummen, um sie für ihre Sonderzwecke auszubeuten, oder aus denen endlich, welche aus Ruheliebe und Genussesfreude gleichgültig sind gegen jeden Fortschritt und gegen jede Erhebung, die da bedeckt sind mit dem schlimmsten Sumpfe unter allen, mit dem Sumpfe des kalten, herzlosen Indifferentismus. Gegen alle solche muß sich die Spitze unseres Kampfes wenden: denn alle, alle, in ihrem gesetzlosen Treiben, in ihren Rückschrittsgelüsten, in ihren Verdummensbestrebungen, in ihrer stumpfsinnigen Gleichgültigkeit, alle gefährden das Wohl des Volkes; alle sind Verächter und Feinde des Volkes. Ihnen allen rufen wir unsern Wahlspruch zu, und unter ihm werden wir siegen:

Es lebe die Freiheit, die Einheit, die Ordnung; es lebe das Recht!

Frankfurt am Main, den 9. Mai 1848.

Das Montagskränzchen
und in dessen Auftrage der Vorstand:
R. Hadermann. Dr. Textor. Dr. Schott.
Dr. Behaghel. Simon Humbert.

Allerlei.

In den Vaterlandsblättern theilen die Deputirten, welche dem Herzog von Altenburg eine, in einer Volksversammlung angenommene Petition um schleunige Zusammenberufung des Landtags und das innere Arbeitergesetz überreichten, die Aufnahme mit, die sie fanden. Der Herzog zeigte sich wenig geneigt, auf die Petition einzugehen, und da die Deputation bemerkte, daß es Pflicht des Herzogs sei, auf die Stimme des Volks zu hören, entgegnete er: „man sei nicht berechtigt, auf eine Pflicht des Landesherrn gegen das Volk sich zu berufen; er allein habe über seine Pflichten gegen das Volk zu urtheilen, er sei darüber Gott verantwortlich, keinem Andern. Gott allein sei sein geheimer Rath, mit welchem er sich über die Pflicht gegen das Volk berathe. Er sitze von Gottes Gnaden auf dem Throne, und deshalb sei auch sein Verhältniß zum Volke ein reines Gnadenverhältniß.“ — Die Deputation erhob zwar Einwendungen gegen diese Ansichten von der freien Gnade, wurde aber kurz und ungnädig entlassen.

Einen ebenso kargen als empörenden Artikel enthält der Correspondent von und für Deutschland in seiner letzten Nummer gegen Wesendonk, welcher in der constituirenden Nationalversammlung den Antrag stellte, aus ihrer Mitte eine einstweilige vollziehende Gewalt zu wählen, dieser die Ernennung eines einstweiligen Reichsministeriums, und der so zu schaffenden einstweiligen deutschen Reichsgewalt, unter Beaufsichtigung des Parlaments, vorläufig die Leitung der deutschen Angelegenheiten zu übertragen. Der Correspondent ist frech genug, diesen Antrag als einen „delirirenden,“ den Antragsteller als einen „Verrückten“ und „Tollhäusler“ zu erklären. Das sind jetzt die Ausdrücke, welche die Rückschrittspartei, keck gemacht durch einige scheinbare Erfolge, für eben diejenigen in Bereitschaft hält, welche es noch wagen, die Märzereignisse für Thatsachen zu halten, an die Herstellung eines einheitlichen Deutschlands jetzt noch im Ernste zu denken, oder welche eine Einheit anders zu Stande bringen wollen, als durch die Gnade der deutschen Fürsten, die ja bekanntermaßen allezeit die aufrichtigsten Freunde dieser Einheit gewesen sind. Das ist die Sprache, welche von Blättern, die sich deutsch zu nennen wagen, gegen Mitglieder des deutschen Parlaments geführt wird. Das gewöhnlichste Scham- und Schicklichkeitsgefühl muß jeden Mann von Ehre abhalten, ein vom deutschen Volk gewähltes

Parlamentsmitglied, das als solches persönlich unantastbar ist, für „verrückt" zu erklären. Will aber der Correspondent von und für Deutschland auf dieses Scham- und Schicklichkeitsgefühl nicht hören, so sei er wenigstens consequent und erkläre auch den Präsidenten v. Gagern für verrückt; denn der Antrag Wesendonks ist nichts als die nothwendige Folgerung aus dem von Gagern selbst ausgesprochenen Grundsatz der Volkssouveränität oder Volksherrschaft.

Aber eine Sache, die mit solchen Waffen sich zu halten sucht, ist eine verlorene Sache, und es kann zur richtigen Würdigung des Artikels dienen, daß dem Correspondenzzeichen zufolge der Verfasser desselben der nämliche Mann ist, welcher vor wenigen Tagen, in demselben Blatte, dem bayerischen Volke eckelhafte Schmeicheleien sagte, weil es unter Andern einen Lassaulx und Philipps ins Parlament gewählt habe.

Literarische Anzeigen.

Verantwortlicher Redakteur Gustav Diezel (S. 486.) Druck von Wilhelm Tümmel.

Der freie Staatsbürger.

Ein Volksblatt aus Franken.

№ 18. Nürnberg, 1. Juni. 1848.

Erscheint jeden Dienstag, Donnerstag und Samstag, und kann durch alle Postämter bezogen werden. Preis für das laufende Vierteljahr bis Ende Juni 36 Xr., von da ab vierteljährlich 45 Xr. Einrückungsgebühr 2 Xr. für die Zeile. — Einzelne Nummern à 3 Xr.

Hoffen oder Verzweifeln.

Die Reaktion ist jetzt überall siegreich, sie siegt in jeder Stadt, in jedem Städtchen, in jedem Dorfe, und während die Bureaukraten, vom Minister bis zum Stadtkommissär und Bürgermeister herab, sich vergnügt die Hände reiben, daß sie wieder nach alter, gewohnter Weise mit edler Polizeiwillkür schalten und walten dürfen, wie es ihnen beliebt, müssen die Männer des Volkes, auf der Flucht an irgend einem Kreuzweg zusammentreffend, durch einen stummen Händedruck und Wink sich sagen: wir müssen für jetzt auf unsre Wirksamkeit verzichten, der Augenblick ist für uns ungünstig, aber hoffen wir, die bessere Zeit, die Zeit der Wahrheit und des Rechtes muß kommen, sie wird bald kommen.

Glücklich noch, wer diesen Glauben in die Verbannung mit sich nehmen kann! Denn verbergen wir es uns nicht, gar viele von denen, welche das Rechte und Gute wollen, sind ganz muthlos geworden und verzweifeln am Sieg des Frühlings, verzweifeln somit an ihrem Volke. Manche bittere Täuschung dieser letzten Wochen, die augenblickliche Erfolglosigkeit eines Bemühens, das um so anstrengender war, je weniger es von vielen Gleichgesinnten selbst thätig unterstützt wurde, die nothwendige Abspannung, die auf jene Anstrengung erfolgen mußte, die Unentschiedenheit und Gleichgültigkeit Vieler, Alles dieß erzeugt jene Gefühle, führt zu jener Verzweiflung, und nicht so selten sind Aeußerungen wie folgende: Hofft nichts vom deutschen Volke, der deutsche Michel schläft schon wieder jenen Schlaf politischer Gleichgültigkeit, er läßt sich bereits wieder knuten und knechten, an dem Deutschen ist Hopfen und Malz verloren, es gibt nur einen Weg, den ein Mann der freien Ideen gehen muß, wenn er nicht das Gefängniß zum Lohn für seine Bemühungen, für die Freiheit des deutschen Volkes davon tragen will: Auswanderung nach Nordamerica, dort allein ist Freiheit.

Nichts schmerzt den Freund der Freiheit und des Volkes tiefer als solche Aeußerungen. Auswandern jetzt wo nach drei und dreißigjährigem Knechtschaftsleiden die Stunde der Freiheit geschlagen hatte, jetzt sollen die Männer des Volkes auswandern! Nein, und tausendmal nein, und wenn es möglich wäre, daß die Reaktion noch lange Monate sich steigern würde, nicht eher würde ich jetzt den deutschen Boden verlassen, um jenseits des Oceans eine neue Heimath zu gründen, als bis ich aus sämmtlichen 38 deutschen Staaten und Stäätchen ausgewiesen worden wäre.

Aufrichtig gesagt, diejenigen, welche am deutschen Volke verzweifeln, sind zum größten Theil solche, welche selbst am wenigsten thätig sein mögen für die Befreiung des Volkes. Diejenigen, welche das Volk kennen, welche unter dasselbe gegangen sind,

verzweifeln nicht an ihm. Wie kann man das Unmögliche von diesem Volke verlangen! Wie kann man ihm zumuthen, geistig frei zu seyn, wenn man es bisher unter der Knechtschaft seiner Pfaffen und Beamten gelassen, wenn man auch jetzt noch so wenig thut, um es für die Freiheit heranzubilden.

Nicht alle, welche das Wort Freiheit im Munde führen, haben den Muth und die Aufopferung, um die Freiheit selbst thätig verwirklichen zu helfen. Sie meinen, sie haben genug gethan, wenn sie in behaglicher Ruhe, hinter dem Bierglase die Ideen der neuen Zeit verkünden. Um etwas Großes zu erreichen, muß auch die Anstrengung dazu eine große seyn. Ein Kleinod wird nicht ohne Opfer errungen. Was ohne Kampf, so künstlich erworben wird, ist nichts werth. Auch die Freiheit will ihre Märtyrer haben, wie die Religion es wollte. Was liegt daran, ob Einzelne leiden! Wenn wir nur einen Samen des Guten ausgestreut haben. Die Saat wird und muß aufgehen. Wer wird verzweifeln, weil seit einigen Wochen die Strömung der Reaktion immer und immer vorwärts drang. Sie wird bald ihre Grenze erreicht haben, von wo die Gegenströmung dann um so unaufhaltsamer erfolgt, Manchen von denen mit sich fortreißend und in ihrem Bette begrabend, der jetzt mit vollen Segeln dem Strome folgt. Auch die Freiheit ist eine Religion, sie ist die Religion der neuen Zeit. Auch diese Religion verlangt Glauben. Glaubt also, daß die Reaktion bald ihre Grenze finden wird. Diejenigen, welche im Buche der Geschichte den geheimnißvollen Spuren des Weltgeistes nachgegangen sind, sie wissen es. G. D.

Die constituirende Nationalversammlung.

(Frankfurt, den 26. Mai 1848.) Der von der Abtheilung gewählte Ausschuß zur Berichterstattung über die Mainzer Verhältnisse versammelte sich sogleich nach seiner Zusammensetzung und ernannte die Hrn. Blum, Hergenhahn und v. Lindenau als Abgeordnete, um sich sofort nach Mainz zu begeben, die dortigen Verhältnisse zu untersuchen und der National Versammlung Bericht zu erstatten. Sie fuhren gestern um 3 Uhr dahin ab und trafen auf dem Kreuzungsbahnhofe einen Extra-Zug von Mainz, der Abgeordnete des Stadtraths nach Frankfurt führte, welche die Hülfe des Parlaments in Anspruch nehmen sollten. Sie begaben sich sogleich mit der Deputation nach Mainz zurück. In Castel angekommen wurde der Wagen von dem wachthabenden Offizier untersucht und den Reisenden die Stöcke abgenommen. In Mainz angelangt wurden sie an der Brücke von einer unabsehbaren Menschenmenge empfangen, auf deren Gesichtern man deutlich lesen konnte, unter welchem Drucke Mainz sich gegenwärtig befindet. Gestern sind noch viele Gräuelscenen von den Preußen verübt worden, sie schossen auf Wehrlose und haben durch dieses Schießen einen Bauern und einen 14jährigen Knaben erschossen. Als die Stadt in Belagerungszustand erklärt worden war, ließ der Kommandant der Citadelle sogleich Kugeln glühend machen, um die Beschießung der Stadt zu beginnen, im Falle nicht alle Waffen zu einer gegebenen Frist abgeliefert worden wären. Das geschieht im Jahre 1848. In der heutigen Sitzung wurden wieder eine Masse selbstständiger Anträge mitgetheilt, sowie abermals viele Adressen, Proteste enthaltend gegen den 17ner Entwurf und Bundestag. Hierauf kommt ein Antrag von Eisenstuck, der die Bildung und Constituirung eines Verfassungs-Ausschusses verlangt, was von der Linken durch Freudentheil unterstützt wird, indem er sagt: endlich einmal müsse etwas geschehen, nur schon zu lange haben wir unsre Zeit mit leerem Formenwesen vergeudet. Wir bedürfen der öffentlichen Meinung, und die können wir uns nur durch Thaten verschaffen. Wo wir auch stehen, ob rechts oder links, ein einiges Deutschland wollen wir alle. Der Präsident fragt nun die Versammlung ob sie auf den Antrag von Eisenstuck eingehen wolle; darüber entspinnt sich eine Debatte zwischen Bassermann, Wi-

gard, Eisenstuck und Nauwerk. Bassermann that erstaunlich liberal, am schärfsten sprachen sich jedoch Eisenstuck und Nauwerk aus. Ersterer sagte: wir haben nun schon die 5. öffentliche Sitzung und wenn ich mich frage, was haben wir gethan, so kann ich mir sagen, daß wir nichts gethan haben. Nauwerk sagte: Unsere Aufgabe ist dreierlei Art. 1) müssen wir den Ereignissen die Stirne bieten; 2) haben wir das Verfassungswerk zur Hand zu nehmen und 3) müssen wir die sociale Frage lösen. Er glaubt, daß man trotz der provisorischen Geschäftsordnung sogleich darauf losgehen könne und beantragt, daß man sofort einen großen Ausschuß erwähle, der vor Allem sein Augenmerk auf die Grundzüge richte, damit das Volk sehe, daß man seiner Aufgabe gewachsen sei. Nach Schluß der Debatte, an der von der Minorität Jaupp und Wesendonk, und von der Majorität Herrmann von München Theil nahmen, wurden folgende Beschlüsse gefaßt. 1) Es wird von den Abtheilungen ein Ausschuß von 30 Mitgliedern errichtet, und zwar heute noch, der sich sofort mit der Verfassungsfrage zu beschäftigen habe; 2) ein gleicher Ausschuß wird für die Arbeiter- Handels- und Gewerbsfrage niedergesetzt, der ebenfalls sogleich seine Arbeiten zu beginnen habe.

Schulze beantragt die Bildung eines Ausschusses für die Volkswehr zum Schutz für das Parlament und gegen die reaktionären Minister, was von der Majorität sehr ungnädig aufgenommen wurde.

Der Präsident zeigt an, daß er so eben durch Vermittlung des Directors der Eisenbahn eine Zuschrift von Hrn. Hergenhahn aus Mainz erhalten habe, worin derselbe sagt, daß er es für gut befunden habe noch nicht zurückzukehren, weil heute Nachmittag die Todten der traurigen Katastrophe beerdigt werden sollen, übrigens ist die Stadt ruhig. Hierauf will Schlöffel die Rednerbühne besteigen um den Schutz der National-Versammlung für 2 Deutsche, E. Pelz und Essellen aus Westphalen, in Anspruch zu nehmen, welche die Frankfurter Polizei ausgewiesen hat, weil sie mehreren Bürgern Frankfurts durch ihre Mitwirkung am Arbeiter-Verein und der Arbeiter-Zeitung mißliebig (wörtlicher Text) geworden sind. Die Majorität schrie und tobte und gestattet Schlöffel das Wort nicht. Der Vorsitzende verkündigte nun die Tagesordnung für morgen, auf welcher sich der Bericht über die Mainzer Frage befand.

Frankfurter Bürger haben nun heute morgen eine Petition zu Gunsten der Ausgewiesenen gemacht, die in einem Augenblick mit 800 Unterschriften bedeckt war. Diesen Nachmittag sind sie aber doch fort, begleitet von einem unabsehbaren Zuge ihrer Getreuen. Diese beiden Demonstrationen werden helfen.

Nürnberg, den 27. Mai 1848.

Hohe constituir. National-Versammlung!

Gehorsamste Bitte einer Anzahl von Bewohnern Nürnbergs die Ausweisung des Herrn Dr. Gustav Diezel von Würtemberg aus der Stadt Nürnberg, resp. die gesetzliche Anerkennung des allgemeinen deutschen Staatsbürger- und Ueberzugerechtes betreffend.

Es ist in den letzten Tagen von dem Polizei-Senate der Stadt Nürnberg eine Maßregel getroffen worden, welche dem Geiste unserer Zeit und den bereits als errungen angesehenen Rechten des deutschen Volkes den größten Hohn spricht. Es ist nämlich ein Mann, Herr Dr. Gustav Diezel, durch Polizeibeschluß aus der Stadt Nürnberg entfernt worden, weil derselbe als Mitglied eines politischen Vereins, dessen Zweck ist, „auf politische Bildung des Volkes und Aufklärung desselben über seine neuerrungenen Rechte in demokratischem Sinne hinzuwirken," — sich bemühte, mit den ihm allerdings in reichem Maße zu Gebote stehenden geistigen Mitteln auf die Bildung des Volkes und auf die Theilnahme desselben am politischen Leben hinzuarbeiten und dasselbe wach zu erhalten, damit ihm auch keines seiner bereits errungenen Rechte und Freiheiten geschmälert oder gar entrissen werde. — Zwar wurde von der Gegenseite der Vorwand aufgebracht, daß die Subsistenzmittel des Herrn

Gustav Diezel nicht gehörig nachgewiesen seyen; allein es lag durchaus nichts vor, was einen Zweifel an diesen Mitteln hätte begründen können. Daß dieß ein bloßer Vorwand war, dafür liefert den deutlichsten Beweis, daß man den Ausweisungsbeschluß auch dann nicht zurücknahm, als Herr Diezel durch einen mit hiesigen Bürgern abgeschlossenen Vertrag seine Subsistenzmittel auf eine Weise nachwies, die jeden Vernünftigen hätten befriedigen müssen. Es erscheint somit lediglich als eigentlicher Grund seiner Ausweisung seine politische Wirksamkeit und Thätigkeit. In dieser Beziehung können wir jedoch auf das Bestimmteste bezeugen, daß Herr Dr. Diezel als Mitglied eines Vereins, der durch das faktisch uns zugestandene Assoziationsrecht gestattet war, so wie als Redakteur eines Blattes: „der freie Staatsbürger," von dem Rechte der freien Meinungsäusserung durchaus einen gemäßigten Gebrauch machte, und daß er insbesondere niemals, und zwar weder in Rede noch in Schrift, zu irgend einem gewaltsamen Schritt aufreizte; daß er in hiesigen Volksversammlungen, in denen er als Redner auftrat, nur mit Akklamation aufgenommen wurde; und daß er, wenn er auch außerhalb Nürnberg's, wie zu Altdorf und Schwabach, in Volksversammlungen durch die Macht des Wortes und der Rede zu wirken suchte, keine andere Absicht hatte, als die dortigen Bevölkerungen für die errungenen geistigen und materiellen Rechte zu begeistern und ein Streben nach politischer Bildung in ihnen anzufachen. Wenn wir also einerseits aussprechen müssen, daß gegen Herrn Dr. Diezel durchaus nichts Gegründetes vorliegt, es sey denn, daß seine politischen Ansichten, also auch die eines großen Theiles der Bevölkerung Nürnbergs, im Widerspruch stehen mit der einer gewissen Elite in hiesiger Stadt; so müssen wir andrerseits bekennen, daß Herr Dr. Diezel durch seinen klaren Verstand, durch seine Rednergabe, durch sein entschiedenes, consequentes Wesen, vor Allem aber durch seine durch und durch edle Gesinnung und seinen mackellosen Charakter sich die Herzen und die Zuneigung aller derer gewann, die in nähere oder entferntere Berührung mit ihm kamen.

Wenn wir nun dieses Alles uns vor die Seele führen, so können wir, hohe constituirende National-Versammlung, in dem Schritte der Polizeibehörde dahier nur eine mit dem Geiste unserer Zeit in schneidendem Widerspruche stehende Maßregel erblicken, indem durch dieselbe nicht nur die persönliche Freiheit angetastet ist, nicht nur die freie Rede in Wort und Schrift unterdrückt wird, sondern auch das allgemeine schon moralisch anerkannte deutsche Staatsbürger- und Ueberzugsrecht zu Füßen getreten erscheint. Und das Alles sowohl einer königlichen Proklamation vom 6. Mai d. J. gegenüber, in welcher vollständige Preßfreiheit zugesichert ist, als auch im Gegensatze einer offenen Erklärung des Volkskomités dahier, in welcher unter Anderem allgemeines Staatsbürger- und Ueberzugsrecht gefordert wird, — einer Erklärung, welche der Magistrat in einer am 24. April d. J. von ihm selbst veranstalteten Bürgerversammlung in der Aegydienkirche ihrem wesentlichen Inhalte nach adoptirt hat.

Wir bitten daher Eine hohe constituirende Nationalversammlung auf das Dringendste:

„einestheils die Polizeibehörde in Nürnberg auf geeignetem Wege zu veranlassen, daß sie den von ihr gefaßten Ausweisungsbeschluß bezüglich der Person des Herrn Dr Gustav Diezel aus Würtemberg zurücknehme; anderntheils aber durch gesetzliche Anerkennung des allgemeinen deutschen Staatsbürger- und Ueberzugsrechtes dafür sorgen zu wollen, daß in einem deutschen Staate Polizeibehörden nicht mehr im Stande seyn können, willkürliche Maßregeln zu ergreifen."

Indem wir zur weiteren Begründung alle hierher bezüglichen Belege anfügen, hoffen wir keine Fehlbitte gethan zu haben. Es zeichnen sich mit der vollkommensten Hochachtung

Einer hohen National-Versammlung 2c.

Berichtigung.

In der Doppelnummer 16 und 17 sind mehrere sinnentstellende Druckfehler stehen geblieben. Man lese S. 57 Sp. 2. Z. 5. von u. „als insbesondere" statt „insbesondere:" S. 58. Sp. 1. Z. 18. v. u.: „tiefste Ueberzeugung" statt „beste Ueberz.;" Z. 17. v. u. „müssen" statt „müßte;" Zeile 16. v. u. „gewisse" statt „zwischen;" Z. 13 „den das berüchtigte" statt „der das berüchtigte;" S. 63. Sp. 2. Z. 11. v. o.: „kurzer" statt „karger;" Z. 13. v. u.: „alle diejenigen" „statt „aber diejenigen.

Gedruckt unter Verantwortlichkeit der Verleger (S. 486.) von Wilhelm Tümmel.

Der freie Staatsbürger.

Ein Volksblatt aus Franken.

№ 19. Nürnberg, 3. Juni. 1848.

Erscheint jeden Dienstag, Donnerstag und Samstag, und kann durch alle Postämter bezogen werden. Preis für das laufende Vierteljahr bis Ende Juni 36 Xr., von da ab vierteljährlich 45 Xr. Einrückungsgebühr 2 Xr. für die Zeile. — Einzelne Nummern à 3 Xr.

Hecker.

Vor einigen Wochen hat man von dem Hofrath und Professor Gervinus gelesen, daß es so schändlich sei von den Männern der entschiedenen Seite, den nun erstorbenen, machtlos gewordenen auf ewig vernichteten Bundestag immer noch „mit Fäusten zu schlagen." Die Folge hat bewiesen, daß der Bundestag nicht todt und vernichtet, daß er noch lebendig genug sei, um die alte Spaltung Deutschlands zu erhalten, um die Freiheit wie die angestrebte Einheit des deutschen Volkes zu gefährden und dasselbe am Ende zum Bürgerkriege zu treiben. Der Erfolg hat also gegen den Professor Gervinus und für diejenigen gesprochen, welche offen und ehrlich die Wahrheit aussprachen, die jetzt nur noch von Volksverräthern oder von Dummköpfen nicht als Wahrheit anerkannt wird, daß die Einheit und die Freiheit Deutschlands nichts bloß ohne, sondern gegen den Willen des Bundestages herzustellen sei, einzig und allein durch das Volk in seinen Vertretern. Was soll man aber davon sagen, wenn die „gute Presse" des Hrn. Gervinus und seiner edlen Gesinnungsgenossen sich nun seit Wochen mit wahrer Raffinerie bemüht, den Ruf eines deutschen Ehrenmannes, einst eines gefeierten Vorkämpfers für deutsche Freiheit, durch die schändlichsten Verläumdungen beim deutschen Volk zu vernichten, den Ruf eines abwesenden und besiegten Mannes, der sich in den offenen Kampf für die deutsche Freiheit blind und unklug, aber sicherlich nicht aus eigenützíger Absicht gestürzt hat, und der jetzt, auf fremdem Boden, verbannt, vielleicht entmuthigt, aber nicht an seinem Volke verzweifelnd, aus der Verbannung seine Wünsche für das Wohl dieses Volkes mit derselben Gemüthsinnigkeit herübersendet, mit der er einst als Redner in der Kammer und beim Volk nicht bloß den Beistand, sondern auch die Herzen des Volkes sich gewann. Ich spreche von Hecker. Mag, wer da will, mich verdammen, weil ich es wage, dem bübischen Geschrei elender Skribler gegen Heckers Landesverrath und Meuchelmord entgegenzutreten; ich will und mag Euch nicht zu Gefallen reden, nicht einmal schweigen, elende Seelen; ich erkenne an, daß eine großartige Frechheit dazu gehört, diesen Mann, weil er offen als Republikaner hervorgetreten, bei der deutschen Nation als einen Verräther und Meuchelmörder anzuschwärzen; aber ich beneide Euch nicht um diese Frechheit. Ihr habt von Heckers Fehltritt — für den Augenblick — einen Vortheil gezogen, der einen ebenso großen Nachtheil für uns bedingte; wir hatten das Recht Hecker zu grollen, weil er unserer Sache, einen vielleicht auf Jahre hinaus schwer zu ersehenden Schaden beigebracht; wir merken durch Eure feigen Verläumdungen recht wohl die Freude hindurch, daß Hecker in Baden losgeschlagen, Ihr seid also in dop-

pelter Beziehung Lügner und Heuchler. Uns aber, die wir die Nachricht vom republikanischen Aufstand in Baden mit Entsetzen empfingen, kann der Fehltritt eines Ehrenmannes noch lange nicht dazu bestimmen, es ruhig geschehen zu lassen, daß man diesen Ehrenmann in der Ferne mit Koth bewirft, ihn als den elendesten Verbrecher bei der ganzen Nation verleumdet; wir achten das Unglück, auch wenn es ein selbstverschuldetes ist, zumal wenn es aus einer edlen Täuschung geschah. Ja, wenn wir Heckers innige, deutsche Worte aus der Fremde zu uns herübertönen hören, dann vergessen wir das Geschehene und reichen versöhnt dem Mann die Hand hinüber, dem viel vergeben werden kann, weil er sein Volk viel geliebt hat.

Zu vorstehenden Worten veranlaßt uns eine neue Erklärung Heckers über die elende Lüge, er habe den General von Gagern meuchlerisch erschossen. In dieser Erklärung weist er dem Oberst von Hinkeldey die Widersprüche nach, in die er in seiner Behauptung mit sich selbst geräth. (Unsere Feinde sollten den ganzen Tag zum lieben Gott beten, daß er die verdammte Logik aus der Welt nehme. Sie ist ihre Todfeindin, und an ihr werden sie sterben.) Diese Erklärung schließt: Gegen die Aristokratie und gutbezahlte Protokolle vertheitigen wir uns dem Volke gegenüber nicht, sondern überlassen es diesem, ob es unsern seitherigen, mit unsern Ehrenworte besiegelten Angaben glauben will oder nicht; es möge sich unser früheres Leben und Handeln vor die Erinnerung führen, diese wird es prüfen und dann sein Urtheil fällen. Geborne Aristokraten mögen kein Mittel scheuen, die Republikaner durch Lügen besudeln zu wollen; Verräther wie Mathy und Consorten mögen immerhin die Spalten ihrer Staatsrathszeitung mit Verdächtigungen und Schimpfreden füllen, mit der Ruhe eines reinen Gewissens und dem Bewußtsein treu erfüllter Pflicht überlassen wir dem gesunden Sinne des Volkes, Richter zu sein zwischen uns und ihnen. Den großsprechenden Oberst Hinkeldey aber fragen wir, wo er war, als Gagern auf die sogenannten Rebellen eintritt, wir fragen ihn, wo er war, als hessische Offiziere über die Herausgabe von Gagerns Leichnam unterhandelten, wir fragen ihn, wo er war, als diese Offiziere baten, das Feuer einzustellen, da sie sich zurückziehen wollten und keinen Befehl hätten, weiter zu gehen. Er wird uns erwiedern müssen, daß er bei seinem Regimente war, welches so entfernt von dem wirklichen Kampfplatz stand, daß er von dort aus weder Augen- noch Ohrenzeuge sein konnte, was er behauptete, und so wird er mit uns zu dem Schlusse gelangen, daß er im Dienste seines Brodherrn muthwillig gelogen hat. — Gagern hat seinen Feind verachtet, er war deshalb unvorsichtig und wurde das Opfer einer Uebereilung, welche sich der Befehlshaber eines Armeekorps nie zu Schulden kommen lassen soll. Seine Worte: es soll Blut fließen, klingen uns noch jetzt in die Ohren. Blut ist geflossen — zuerst auf Seite der Republikaner, aber die Vergeltung folgte auf dem Fuße und der Gott, den Gagern vom Pferde sinkend anrief, war dieses Mal gerecht. Auf dem Grabe des Herrn v. Gagern hat die ganze Aristokratie, Bourgeoisie und die servile Presse Thränen genug vergossen — über die gefallenen Freiheitskämpfer zu weinen, fällt ihr nicht ein. Dagegen steht das Volk an den Grabeshügeln der Republikaner, reckt sehnend seine Hände darüber aus — und die Erfüllung des Schwures, der dabei sein Herz durchzittert, wird herrliche Früchte bringen dem geliebten Vaterlande. So Hecker. Ist das die Sprache eines Meuchelmörders, eines Schurken, eines Landes- und Volksverräthers? Eines Mannes, dessen frühere Ausweisung aus Berlin, nach Herrn Bürgermeister Binders ausserordentlich feiner Bemerkung, durch die jüngste Zeit gerechtfertigt worden? Die „gute Presse" mag schreiben gegen Hecker, was sie will. Das Volk weiß doch, wo es die Landes- und Volksverräther zu suchen hat, und in Hecker wird es wohl mit Schmerz einen Getäuschten, und in Folge dieser Täuschung dem Dienste des Vaterlandes Ent-

zogenen, aber nie einen Verräther oder Meuchelmörder erblicken.

In Heidelberg hat sich „ein Verein zur Beförderung der deutschen Reinsprache" gebildet. Die Gebildeten aller Stände werden freundlich zur Theilnahme eingeladen. Als Vorstand sind die Herren Brugger, Küchler, Hagen, Röth, Röder, Paulus, Dittenberger, Bachmann-Korbett unterzeichnet.

Jetzt wo Deutschland in seiner Entwickelung zur Freiheit und Einheit begriffen ist und von einer Fluth von Fremdwörtern, die auf das staatliche Leben Bezug haben, überschwemmt wird, wollen wir diesen Verein freudig willkommen heißen. Denn abgesehen davon, daß die Deutschen sich selbst und ihrer Sprache ein Armuthszeugniß ausstellen, wenn sie für das, was in einem freien Volksleben obenansteht, keine Worte finden können, für das erste Staatsgrundgesetz, auf dem jeder vernünftige Zustand begründet (basirt) ist, ich meine die Oberherrlichkeit (Souveränetät) des Volkes, für die Staatsform, welche der Volkswille erkoren hat, für die Einrichtungen (Institutionen), welche die Volksfreiheit gewährleisten (garantiren), — auch die natürliche Entwickelung zur Freiheit wird gehemmt, wenn statt anschaulicher Vorstellungen und Bilder nur leere Worte geboten werden, in welche erst von den verschiedenen Parteien verschiedener Inhalt gestopft wird. Ja wenn es sich nur um einzelne Schlagwörter handelte! Aber fast jeder Satz eines jeden Zeitungsberichtes bietet ein Pröbchen von dem politischen Kauderwälsch, das für den ungebildeteren Mann nicht viel verständlicher ist, als eine Staatsurkunde (diplomatisches Aktenstück) aus der Metternischen Vorzeit, oder als ein Rechtsbeschluß (Conclusum) von vorgestern. Nur durch Klarheit kommen wir zur Wahrheit. Freuen wir uns, daß mit der alten Ordnung (System) auch ihre verfängliche Sprache gestürzt ist und daß der gesunde Menschenverstand allerwegen in seine Rechte eintreten will, aber streben wir auch dahin, daß die Sprache der neuen Ordnung ein treuer Spiegel der Freiheit sei! Der Wille des Volkes hat das Neue herbeigeführt, und dasselbe Volk sollte keine Worte dafür haben? Dem kann nicht so sein und ist nicht so. Die deutsche Sprache ist als eine ursprüngliche (Originalsprache) reich an Vorrath und jeder Fortbildung fähig. Den meisten Fremdwörtern können wir nicht nur eines, sondern drei oder vier deutsche Worte gegenüberstellen, und wir werden mit diesen leichter zu einer Verständigung gelangen, als mit jenen. Jetzt fängt man schon an, „Konstitutionelle" und „Republikanische" einander entgegenzusetzen, gleich als ob ein Freistaat (Republik) keine Verfassung (Constitnlion) hätte. Das Wort Freisprechung glaubt der Korrespondent v. u. f. Deutschland oder sein Bereichterstatter von Frankfurt durch Amnestie verdeutschen zu müssen. Den Freistaat (Republik) erklärt man mit Anarchie (Gesetzlosigkeit), wiewohl dieser ohne die Herrschaft der Gesetze gar nicht denkbar ist. Zum verfassenden Volkstage (konstituirende Nationalversammlung, deutscher Verfassungsrath) für Deuschland schickt man einen sogenannten konstitutinonel Mornarchischen, und wenn dieser einen deutschen Monarchen (Alleinherrscher) Kaiser, eingesetzt wissen will, so erklärt man sich dagegen (protestirt); undtausenderlei mehr, worüber man herzlich lachen könnte, wenn man nicht weinen müßte.

Möchte doch Jeder in seinem Kreise eifrig darauf hinwirken, daß dieser Hemmschuh deutscher Volksbildung baldigst beseitigt werde, und allen denen, die mit wauwauartigen Fremdwörtern schrecken oder verwirren wollen, mit klarem Deutsch antworten! Wir wollen zugeben, daß wir noch Kinder sind, aber wir wissen, daß Kinder schnell lernen und ein treues Gedächtniß haben, — darum gesorgt, daß wir nicht lernen, was wir schon nach einigen Monaten nicht wieder verlernen können.

Allerlei.

In der Mannheimer Abendzeitung liest man: Die Mainzer Zeitung darf nichts bringen, was dem preußischen Junkerthum mißliebig ist, sie steht unter militärischer Censur. Als Herr Theodor von Zabern (der Besitzer dieser Zeitung) gegen eine solche ungesetzliche Willkür zu protestiren die freisinnige Vermessenheit hatte, donnerte ihn Sr. Excelenz von Hüser mit den Worten zu Boden: Halten Sie das Maul, Herr v. Zabern, oder ich trete Ihnen die Därme aus dem Leib! Eine Aeußerung, die in dem Munde eines so hochgestellten Mannes ebenso fein als human klingt.

Die Mannheimer Abendzeitung enthät folgende Erklärung von dem greisen Vater Heckers, dem Hofrath Hecker in Mannheim. Mit Verwunderung lese ich eben in Nr. 50. der „Republik" unter dem Artikel Heidelberg die Erzählung: ich hätte vor dem Auszug meines Sohnes aus Constanz denselben in einem liebevollen Schreiben von seiner vorhabenden Schilderhebung abgemahnt und er unter Hinweisung auf das Lied Nr. 366 des evangelischen Gesangbuches mich über sein Unternehmen zu trösten versucht. Ich würde mich schämen, von meinem Sohne zu glauben, daß seine Ueberzeugungen nicht tiefer gegründet waren, als daß sie durch ein überdieß nicht sonderlich geistreiches Kirchenlied bestimmt werden und dieses mir zur Beruhigung dienen konnte. Die ganze Erzählung ist eine freche Lüge, um mich und meinen Sohn lächerlich zu machen; es ist eine um so unverschämtere Lüge, als ich nach der Entfernung meines Sohnes von hier bis zum Erscheinen von Zeitungsnachrichten weder wußte wo er sich befinde, noch womit er sich beschäftige. Ueberhaupt bewundere ich die Gemeinheit, womit die reaktionären Blätter meinen Sohn in den Koth zu ziehen sich bemühen. So ist, was die Karlsruher Zeitung bisher von ihm und seinem Treiben zu erzählen wußte, rein erlogen, ebenso was die neueste Kölner Zeitung von ihm berichtet. Er lebt ruhig, literarisch beschäftigt und geachtet in der Schweiz, und Niemand wird ihm eine Handlung nachweisen, die auf seinen offenen Charakter und seine uneigennützigen Grundsätze nur den mindesten Schatten werfen könnte.

Die Seeblätter schreiben aus Baden: Die Lage der Dinge wird stets bedenklicher. Die hessendarmstädtische und die churhessische Regierung forderten ihre Truppen zurück aus Baden, weil sie dieselben selbst brauchen; ob Bayern nicht in diesen Fall kommt, wird die nahe Zukunft lehren. Aus Württemberg gehen von allen Seiten Berichte über anarchische Unruhen d. h. über solche ein, welche Zerstörung von Eigenthum melden; so daß das hofräthliche Morgenblatt in Heidelberg ausruft: „Wenn sie nur in Frankfurt voran machen, und ums Himmels Willen nur jetzt keine Revolution (aber später?) sonst brichts los." Auch Unruhen im Sigmaringischen; am ganzen Niederrhein; furchtbare Aufregung in Köln; dieselben Berichte aus Berlin, wo täglich eine Revolution erwartet und eine verhindert wird. In Ungarn und Böhmen furchtbare Aufregung; in Wien neue Revolution. Die Studenten werden mit Mühe verhindert, auf dem Stephansthurme die republikanische (rothe) Fahne aufzustecken! Die neue Verfassung durch eine Volksbewegung gestürzt, eine constituirende Versammlung in einer Kammer berufen. Darauf Flucht der ganzen kaiserlichen Familie aus Wien in der Nacht vom 18. auf den 19. nach Tyrol. Was werden die Berliner dazu sagen, was die Wiener gethan haben? Was wird die Reichsversamlung sagen? Schade daß der 50er Ausschuß nicht mehr lebt! Ach, Hr. Gervinus, das ist eine schlimme „Evolution!" Werden die Herren bald noch behaupten, nur in Baden haben einige Sonderbündler republikanische Gelüste?

„Das heilige römische Reich, es bricht, es bricht,
Und die Hofräthe halten es nicht."

Wie wäre es, wenn man hessische Truppen nach Wien schickte?

Lesefrüchte.

Das Schöne, wie das Gute, ist leicht begriffen und erklärt; das Häßliche, wie das Böse, hingegen ein noch immer durch Demonstration nicht zu lösendes Geheimniß.

Raumer.

Gedruckt unter Verantwortlichkeit der Verleger (S. 486.) von Wilhelm Tümmel.

Der freie Staatsbürger.

Ein Volksblatt aus Franken.

№ 20. Nürnberg, 6. Juni. 1848.

Erscheint jeden Dienstag, Donnerstag und Samstag, und kann durch alle Postämter bezogen werden. Preis für das laufende Vierteljahr bis Ende Juni 36 Kr., von da ab vierteljährlich 45 Kr. Einrückungsgebühr 2 Kr. für die Zeile. — Einzelne Nummern à 3 Kr.

Die „Gassenredner."

In der ersten Versammlung des Vereins, den die Nürnberger Bureaukratie gegründet, und für dessen Gründung sie (gar zu viel Ehre!) meine Entfernung aus der Stadt abgewartet, wenn nicht veranlaßt hat, ist von „Gassenrednern" gesprochen worden. Was doch Alles in diesem einzigen Worte liegt! Wie doch diese Partei, welche jetzt die Nürnberger „politisch bilden" will, entweder so gar einfältig und naiv ist, oder ihre Leidenschaft und Malice gar so wenig zu bemeistern im Stande ist, und mit ihren innersten Gedanken, die sie kluger Weise recht sorgfältig verborgen halten sollte, ohne weiteres gleich von Anfang herausplatzt! Sehen wir einmal, was Alles in diesem Worte „Gassenredner" gesagt ist.

„Gassenredner" ist der, welcher auf der Gasse redet. Auf der Gasse nun sieht man Menschen von verschiedenen Ständen, von verschiedenen Berufen, verschiedenen Bildungsstufen, verschiedener Lebensstellung, nicht bloß Leute, die in schwarzem Frack und mit Glacéhandschuhen gehen, sondern auch Menschen mit zerrissener Jacke, nicht bloß Menschen, welche Hunderttausend Gulden Capital besitzen, sondern auch Arbeiter, welche im Schweiße ihres Angesichts ihr tägliches Brod sich verdienen, ja auch, wenn die Arbeit ausgeht, möglicherweise hungern müssen. Menschen der verschiedensten Art sieht man also auf der Gasse, aber alle sind Menschen, also vernünftige Geschöpfe, also der Bildung fähig, also berechtigt zum Genusse der materiellen und geistigen Güter, welche die Welt darbietet. Ja, wenn man sich unter dieses Volk mischt, und nicht verschmäht, den „Gassenredner" zu machen, so trifft es sich nur allzuoft, daß man unter einer zerrissenen Jacke mehr sittliche und Gemüths-Bildung und mehr Bildungsfähigkeit findet, als bei Leuten in schwarzem Frack und Glacéhandschuhen, welche nicht selten eine Rohheit und Gemeinheit an den Tag legen, wie man sie nur bei Gassenjungen finden sollte.

Diese Bildungsfähigkeit, diese Berechtigung aller Menschen auf Bildung scheint aber nicht in der Ansicht derjenigen zu sein, welche in wegwerfendem Tone von „Gassenrednern" sprechen. Sie erkennen nur diejenigen als Menschen, als gleichberechtigte Menschen an, die so und so viel Tausend Gulden Capital haben, oder die durch allerhöchste Entschließung Sr. Majestät zu Volksbevormundern eingesetzt sind. Diese sind ihnen die Bevorrechteten, und eben weil die gleiche Berechtigung aller Menschen ihnen ein Gräuel ist, deshalb reden sie in übermüthigem Tone von „Gassenrednern."

„Gassenredner!" wißt Ihr, wer Alles in der Geschichte diesen Schimpfnamen, der aus dem Munde solcher, die ihn aussprechen, ein Ehrenname ist, verdiente?

Die Staatsmänner, die in den Freistaaten von Griechenland und Rom, wo das Volk sich selbst regierte, diesem ihre Rathschläge auf offenem Markte ertheilten, durch ihre Reden das heilige Feuer der Begeisterung für das Vaterland und die Freiheit entzündeten, sie waren „Gassenredner," denn sie sprachen ihre Worte zu allem Volk ohne Unterschied des Berufes und der Bildungsstufe. Christus, dessen Religion die Welt umgestaltete, war ein „Gassenredner," denn wenn er das Wort der Wahrheit verkündete, wendete er sich an das Volk, an die Masse, weil er bei ihr das Erlösungsbedürfniß und die Empfänglichkeit zu finden wußte, welche die hochmüthigen Pharisäer, denen unsere heutigen Bureaukraten in manchen Stücken gar sehr gleichen, nicht besaßen. Die Helden der französischen Revolution, welche die Rechte des Volkes gegenüber einem verdorbenen Königthum aussprachen und, meist unter tragischen Schicksalen, vertraten, sie waren „Gassenredner," denn sie verkündigten die Religion der Freiheit Allen, und ihre erste That war, daß sie die allgemeinen Menschenrechte feststellten.

Oder haben vielleicht jene Herren deßhalb ein Recht, so verächtlich von „Gassenrednern" zu sprechen, weil diejenigen, welche sie mit diesem Namen bezeichnen, nur ihrer Eitelkeit fröhnen, nur in eigennützigger Absicht um die Gunst des Volkes buhlen und diese Gunst zu ihrer Bereicherung, zu ihrem Vortheil überhaupt ausbeuten wollen? Aber man sehe doch hinein in die Geschichte. Jene Männer aus der griechischen und römischen Heldenzeit, welche am muthigsten für die Freiheit geredet, was war ihr Loos? Sie wurden verbannt, und mußten oft bei den Feinden, die sie früher bekämpft, den Schutz suchen, den ihnen das undankbare Vaterland versagte. Christus und die Verbreiter seiner Lehre, welche die Befreiung des ganzen Menschengeschlechtes bezweckte, wurden theils gekreuzigt, theils auf andere Weise hingerichtet; die Männer der französischen Revolution, welche für des Volkes Rechte und zur Verwirklichung wahrer Volksfreiheit den Kampf gegen das Königthum und die bevorrechteten Klassen durchfochten, wurden, nicht vom Volke im Großen und Ganzen, wohl aber von einem verblendeten Theil dieses Volkes guillotinirt; und sie unterwarfen sich diesem Tode mit der Ruhe des guten Gewissens, ohne einen Fluch gegen das Volk; denn sie hatten sich in die Bewegung geworfen aus innerem Drang für das Wahre und Rechte, nicht aus eigennütziger Absicht, und mochten auch sie persönlich in diesem Kampfe unterliegen, so glaubten sie doch im Tode noch an den Sieg des Rechtes, der Volksfreiheit, so beklagten sie zwar die augenblickliche Verblendung eines Theiles des Volks, aber nimmermehr ließen sie sich verleiten, ihrer Liebe zum Volke untreu zu werden, das sie sterbend noch segneten.

Fassen wir die Sache kurz zusammen! Was haben wir uns zu merken, wenn wir hören, daß man in einem „constitutionellen" Klub von „Gassenrednern" gesprochen? Zweierlei: 1) daß diejenigen, welche dieses Wort in schmähender Absicht gebrauchten, nicht bloß kein Herz für das Volk haben, sondern dasselbe verachten, und Alles thun werden, was in ihrer Macht liegt, um dem Volke das zu entziehen, was ihm bereits zugesichert worden ist. 2) Daß diejenigen, welche von solchen Menschen „Gassenredner" genannt werden, nicht aus eitler Ehre oder zu ihrem Vortheil sich der Rechte des Volks annehmen, sondern weil sie den innern Drang in sich fühlen und für das Wohl und die Rechte des Volkes begeistert sind; ja, daß sie zum voraus recht wohl wissen, sie haben nicht bloß für den Augenblick, wo sie ja ihre Existenz willig hingeben, keinen Vortheil, sondern auch für die Zukunft keine Aussicht auf persönliche Auszeichnung, sie gehen vielmehr einem sturmbewegten Leben entgegen, in welchem nur das Bewußtsein, das Rechte und Gute, daß Wohl des Volkes anzustreben, sie aufrecht zu erhalten vermag.

Noch ein drittes kann man sich aber aus diesem Ausdruck abnehmen. Nämlich, das diese Herrn auch verdammt wenig Verstand haben, sonst würden sie solche innerste Gedanken nicht gerade in dem Augenblick verrathen, in welchem sie Etwas für das Volk

thun zu wollen sich anstellen. Aber ein alter lateinischer Dichter sagt: Wenn du auch die Natur mit der Zange ausreißen wolltest, sie würde doch immer wieder hervorbrechen. Das gilt auch von unsern Bureaukraten. Die Volksbevormundung, die Volksverachtung ist ihre Natur d. h. sie ist ihnen zur andern Natur geworden. Nur sind jetzt Zeiten, wo man etwas artiger gegen das Volk sein sollte, weil das Volk zu der Einsicht gekommen ist, daß es nicht gescheidt wäre, wenn es sich von Leuten zuviel gefallen ließe, welche es aus seinem Beutel zu dem Zwecke bezahlt, daß sie das thun sollen, was des Volkes Bestes erheischt. Aber wenn sie sich auch in diesen Zeiten bemühen, etwas artig, bürgerfreundlich sich anzustellen, wenn sie auch ihrer Natur Gewalt anthun und sich zur Volksfreundlichkeit zu zwingen suchen, es gelingt ihnen nicht, die alte, tiefgewurzelte Volksverachtung bricht immer wieder hervor, und sei es auch nur darin, daß in einem unbewachten Augenblick das Wort „Gassenredner" ihrem Munde entschlüpft.

Schließlich ist noch ein Punkt zu bedenken. Ich selbst habe früher zur Bildung eines sogenannten gemäßigten Vereins aufgefordert. Damals schien indessen der rechte Augenblick hiezu noch nicht gekommen. Jetzt erst, nachdem ich durch einen polizeilichen Gewaltstreich aus der Stadt entfernt bin, tritt man damit hervor. Gut, dagegen ließe sich nichts einwenden. Man erinnert sich aber, wie gräßlich der politische Verein verdächtigt, wie hart er angegriffen wurde, weil er angeblich Spaltung in die Stadt gebracht habe. Der politische Verein hat keine Spaltung in die Stadt gebracht, denn er hat Niemand angegriffen, er hat sich nur gegen seine Feinde vertheidigt, wie sich jeder einzelne Mann von Ehre vertheidigt. Jetzt aber hat der constitutionelle Verein Spaltung in die Stadt gebracht, indem er einen Verein, welcher ihn, den neuen Verein, schon bevor er nur geboren zu werden das Herz hatte, freundlich begrüßt, mit Verachtung und Wegwerfung behandelte. Der politische Verein könnte jetzt mit Fug und Recht seinen Gegnern dieselben Vorwürfe machen, welche diese ohne allen Grund ihm gemacht.

Aber der politische Verein kann es auch vor allen Dingen dem gesunden Urtheil des Volkes überlassen, ob es einem Verein sich anschließen will, an dessen Spitze Bureaukraten stehen, welche gleich in der ersten Versammlung den Grundsatz der Volksverachtung verkündigen, oder dem Vereine, welcher stets den Grundsatz der Volksherrschaft als den großen Gedanken der neuen Zeit ausgerufen und dessen Losung stets lautete: Alles für das Volk, Alles durch das Volk!

G. D.

Die Ausweisung des Dr. Gustav Diezel.

In dem polizeisenatlichen Beschluß, die Ausweisung des Dr. Gustav Diezel betreffend, finden sich die gegen den Ausgewiesenen als besonders gravirend erscheinen sollenden Stellen: derselbe habe in Altdorf und Schwabach durch Reden in Volksversammlungen Unzufriedenheit und Aufregung hervorgerufen und die dortigen Bevölkerungen in seinem Sinne zu bearbeiten gesucht. Dagegen mögen nun folgende, schwer ins Gewicht fallende Zeugnisse auftreten, die, mit zahlreichen Unterschriften bedeckt, die Eingabe an die konstituirende Versammlung in Frankfurt begleiten werden:

Erklärung. Daß Hr. Dr. Diezel bei der am 24. April dahier abgehaltenen Volksversammlung in seinen Reden weder aufrührerische Worte gebraucht hat, noch Aufregung hervorbringen wollte, kann um so mehr bezeugt werden, als derselbe sogar mehr Mäßigung in seinen Worten bewiesen hat, als die Vertreter der ihm gegenüberstehenden Parthei. *)

Altdorf, am 30. Mai 1848.

(Folgen die Unterschriften, unter denen Altdorfer Wahlmänner, namentlich Herr Pfarrer Wagner, auch Vorsitzer der damaligen Volksversammlung.)

Wir unterzeichneten Bürger und Einwohner der Stadt Schwabach ersehen aus dem Conclusum des

*) Parlamentsmitglied Dr. Kraft und Dr. Lindner von Nürnberg.

Magistrats der Stadt Nürnberg, als Polizei-Senat gegen den Dr. Diezel, daß derselbe Schwabach bereist habe, um durch seine Reden, in gleicher Weise, wie in Nürnberg, Unzufriedenheit und Aufregung hervorzurufen.

Wir erklären nun, daß wir vielmehr, ehe Dr. Diezel hieher kam, uns erlaubten, eine politische Meinung zu haben, und übrigens Dr. Diezel nur zur Ruhe und Ordnung, sowie an ein festes Anschließen an das deutsche Parlament ermahnte, in Folge dessen er den lautesten Beifall erntete.

Schwabach, am 30. Mai 1848.

Folgen die Unterschriften.

Die constituirende Nationalversammlung.

(Frankfurt, den 2. Juni.) Die Angelegenheit der hier ausgewiesenen deutschen Ausländer E. Pelz und Essellen ist in eine zweite und wahrlich schönere Phase getreten. Zu Bockenheim war ihres Bleibens auch nicht lange, denn der Ausweisungsbefehl des neuen freisinnigen (?) kurhessischen Regime's ließ nicht lange auf sich warten, und obgleich die Bürger Bockenheim's von den Ausgewiesenen verlangten, dieser Maßregel der Willkür keine Folge zu leisten, so wurde nichts destoweniger dieses Ansinnen von Pelz und Essellen entschieden abgelehnt. Sie verließen Bockenheim und begaben sich nach Höchst (Nassau.) Im Augenblick ihrer Ankunft in diesem Städtchen fand daselbst eine Volksversammlung statt, die bereits etwas über eine Stunde im Gange war. Sie gingen dahin und Pelz war eben in einer Rede begriffen, als ihn plötzlich der Hr. Schultheiß unterbrach und ihn kraft seines Amtes aufforderte, Höchst binnen „fünf" Minuten zu verlassen. Da trat ein Bürger auf und sprach gegen den Schultheiß. Er setzte ihm auseinander, daß ein solches Verfahren gar nicht in der Ordnung und gegen einen Mann gerichtet wäre, der in diesem Augenblicke in einem badischen Wahlbezirke als Abgeordneter nach Frankfurt in Wahl stände u. s. w. Darauf wurde der Hr. Schultheiß zahmer und sagte, sie möchten eben in aller Bequemlichkeit abziehen, heute oder morgen oder übermorgen. Die Versammlung ging ihren Gang fort, als plötzlich der Hr. Amtmann von Höchst mit zwei Trommlern erschien. Die zwei Trommler blieben vor der Thüre und der Herr Amtmann verfügte sich in den Saal. Dort erließ derselbe ebenfalls an Pelz und Essellen die Aufforderung, Höchst binnen fünf Minuten zu verlassen, widrigenfalls er augenblicklich Generalmarsch schlagen lassen würde. Da bestieg abermals ein Bürger die Rednerbühne und erklärte, daß sie diese Willkürmaßregeln der Polizei nun und nimmermehr dulden werden, daß das deutsche Staatsbürgerrecht eine Errungenschaft der Revolution vom 3. März sei und daß dieser Beschluß des Amtmanns dieser errungenen Freiheit entgegen und mithin sogleich aufgehoben werden müsse. Der Hr. Amtmann fügte sich jedoch nicht, und die Hrn. Pelz und Essellen verließen noch denselben Abend Höchst, um nach Hanau zu gehen. Die Höchster gaben sich jedoch nicht zufrieden und sandten am andern Morgen Abgeordnete nach Wiesbaden mit der bestimmten Forderung, daß dieser Beschluß sogleich zurückgenommen und die Ausgewiesenen zurückgerufen werden sollten. Die Regierung hat diese Forderungen augenblicklich bewilligt, und gestern Abend am Himmelfahrtsfeste sind die beiden Flüchtlinge von einer Gesandtschaft aus Höchst in Hanau abgeholt und feierlich nach Höchst zurückgeführt worden. So sehr uns diese Nachricht erfreut, so berührt sie uns doch auf der andern Seite unangenehm. Ein kleines Städtchen, wie Höchst, weiß durch sein Auftreten seiner Forderung Geltung zu verschaffen, und Nürnbergs Einwohner erheben vergeblich ihre Stimmen, um eine gänzlich unmotivirte, keinen Schein des Rechtes in sich tragende Ausweisung zu hintertreiben.

Die Linke und das linke Centrum der constituirenden Versammlung geben Manifeste aus. Das der ersten lautet: Offene Erklärung. Wir Unterzeichnete, Abgeordnete zur deutschen konst. Nationalversammlung, wollen, daß die Konstituirung der Verfassung Deutschlands einzig und allein der Nationalversammlung überlassen bleibe. Wir wollen für Deutschland diejenige Verfassung, welche die Souveränität des Volkes für immer sichert. Wir wollen daher eine aus der freien Wahl Aller hervorgehende Vertretung des deutschen Volkes. Wir wollen eine vollziehende Central-Gewalt, von der Nationalversammlung auf Zeit gewählt, und ihr verantwortlich. Wir wollen, daß die Grundrechte des deutschen Volkes sofort festgestellt, verkündigt und gegen jeden möglichen Eingriff der Einzel-Regierungen sicher gestellt werden. Wir wollen, daß die einzelnen deutschen Staaten, indem sie zu einem Bundesstaat zusammentreten, von ihrer Selbstständigkeit so viel aufgeben, als die National-Versammlung zur Errichtung des Gesammtstaates nothwendig erklärt. Wir wollen, daß die National-Versammlung im Uebrigen den Einzelstaaten überläßt, ihre Verfassungen zu bestimmen, sey es in Form der konstit. Monarchie, sey es in Form der Republik, unbeschadet jedoch der von der National-Versammlung zu sichernden Volksrechte Frankfurt a. M., 2. Juni 1848. (Folgen die Unterschriften.)

Gedruckt unter Verantwortlichkeit der Verleger (S. 486.) von Wilhelm Tümmel.

Der freie Staatsbürger.

Ein Volksblatt aus Franken.

№ 21. Nürnberg, 8. Juni. 1848.

Erscheint jeden Dienstag, Donnerstag und Samstag, und kann durch alle Postämter bezogen werden. Preis für das laufende Vierteljahr bis Ende Juni 30 Kr., von da ab vierteljährlich 45 Kr. Einrückungsgebühr 2 Kr. für die Zeile. — Einzelne Nummern à 3 Kr.

Die Todtenglocke des Dr. Eisenmann.

Sie läutet indessen keinem sterbenden Gotte, sondern nur einem sterbenden „Handswurst." Eben hatte ich in Bezug auf Dr. Eisenmann den Satz niedergeschrieben: „Ueber diesen Mann wird die Geschichte, unter Voraussetzung eines normalen Geisteszustandes, ein vielleicht allzustrenges Urtheil fällen," als mir die Münchener politische Zeitung vom 3. Juni zukam. Hier las ich Folgendes aus Frankfurt am Main vom 30. Mai. „Das Zögern mit Herausgabe der stenographischen Berichte über die Verhandlungen der Nationalversammlung rührt nicht von den in Frankfurt befindlichen Stenographen her, sondern von der Reaktionspartei — vom Zentrum —, welches den von ihr geblendeten (von ihr geblendeten? oder wodurch geblendeten?) Dr. Eisenmann in die Redaktions-Commission gebracht hat, der auch bis gestern so wacker agitirt hat, daß Sauerländer den Druck aussetzen mußte. Eisenmann, der den Hanswurst in der Versammlung abgibt (man bemerke wohl, die Münchener politische Zeitung spricht!) hat sich vom Centrum dupiren lassen. (?) Am vergangenen Freitag, bei Gelegenheit des Raveaux'schen Antrags, wurde es ihm doch zu arg; er sprang auf die Tribune, und sprach das erste (merkt wohl, das erste) gescheidte Wort, gegen das Zentrum gewendet? das also lautete: „Wenn Sie so fortfahren, alle parlamentarische Sitte und Regel mit Füßen zu treten und einen solchen Terrorismus zu üben, dann wird man gezwungen, — und auch ich zähle mich zu den Conservativen —, sich der Linken in die Arme zu werfen." Und wirklich verließ er seinen Platz im Centrum und in der ersten Bank neben dem Abgeordneten von Mühlfeld aus Wien, auf dessen Zeichen er selbst mit den Terrorismus ausgeübt." So schreibt ein in München erscheinendes Blatt, das zuweilen schon das halbofficielle Organ der bayrischen Regierung war, das jedenfalls unter den Augen des bayrischen Ministeriums erscheint. Eisenmann muß es gewiß stark getrieben haben, wenn man selbst in München über ihn zu reden wagt. Uebrigens scheint sich unsere schon vor Wochen gegebene Andeutung überraschend schnell bewahrheiten zu wollen, daß Nürnberg denen noch Dank wissen werde, welche diese Stadt vor der Schmach bewahren wollten, einen Eisenmann in's Parlament zu wählen. Die Alternative, zwischen welcher der Charakter des Dr. Eisenmann in der öffentlichen Meinung schwebt, ist eine traurige und noch ist das letzte Wort zur Charakterisirung des Mannes von seinen einstigen Freunden, die er verrathen, nicht gesprochen. — Im Uebrigen spricht der erwähnte Artikel in der Münchner politischen Zeitung über die Zusammensetzung der Verfassungs-Commission in Frankfurt sehr beherzigens-

werthe Worte. In ihr sitzen Lychnowsky, Mühlefeld und Lassaulx; Dahlmann und Rob. Mohl, vielleicht die ersten Capacitäten in derselben, sind nicht die Männer, welche diesen total reaktionären Elementen den nöthigen Damm entgegensetzen werden. „Alles, sagt die Münchener politische Zeitung, läßt fast mit Bestimmtheit voraussehen, daß der Verfassungs-Ausschuß ein ebenso elendes Machwerk, wie das der Siebzehner, zu Tage fördern wird. In 4—6, höchstens 8 Wochen, wird der Entwurf in die Versammlung kommen und dann dieselbe auseinander stäuben. Uebrigens was die Nationalversammlung nicht thut, thut dann der Bundestag, um sich zu retten. Das ist Alles schon so abgekartet, um die Nationalversammlung moralisch todt zu machen und den Bundestag zu stärken. Das ist der Plan der Reaktion. — — — Ja diese Versammlung ist ein Spott auf die Vertretung der deutschen Nation! Der Präsident lavirt; offenbar hat er aber bis jetzt den Terrorismus des Zentrums und der Rechten geduldet und die Reaktion unterstützt." Wir sehen noch nicht so schwarz; wir vertrauen auf die Macht der Ereignisse, diese werden sprechen, und kräftig sprechen, bevor 6 oder 8 Wochen vergehen. Wir haben in einem unserer letzten Blätter die Logik die Todfeindin unserer Gegner genannt. Diese Logik wohnt nicht nur dem Geiste des Menschen, sie wohnt auch den Ereignissen inne. Vergebens würden die Regierungen, das heißt die Reaktion, alle Kräfte aufgeboten haben, um sich „Organe innerhalb der Versammlung zu schaffen; diese Organe werden zerstäuben wie Spreu vor den Sturmwind der That, und diejenigen, welche frevelmüthig dem deutschen Volke seine Freiheit durch Taschenspielerkünste zu entwenden sich anmaßen, mögen die Früchte ihrer Saat erndten!

G. D.

Die Erklärung des Ministers von Bray.

Der Minister des Auswärtigen, Graf von Bray, hielt in der Schlußsitzung der Abgeordneten-Kammer eine Rede, deren Hauptstellen folgende: Fragt man, was die Regierung wolle, so antworte ich: sie will nichts, was nicht auch Bayern will; [1]) sie will ein einiges kräftiges, verjüngtes Deutschland, im Innern intelligent, frei, betriebsam, nach aussen geachtet und Achtung gebietend. [2]) Welche Opfer gebracht werden müssen, das hohe Ziel zu erreichen, das wir verfolgen, läßt sich wohl im Voraus nicht genau bestimmen. [3]) Es wird eine Verständigung Statt finden zwischen Völkern und Regierungen, ein Vertrag, beiden heilig, von beiden gleich geachtet. [4]) Auf solcher Basis läßt sich ein Gebäude sicher gründen. [5]) Die Opfer aber, die nicht gebracht werden dürfen, zu denen rechne ich solche, welche, würden sie gebracht, Deutschland selbst

---

[1]) Will der Herr Minister damit sagen, daß die bayrische Regierung der reine Ausdruck des bayrischen Volkswillens sein wolle, so ist das nicht wahr; denn in diesem Fall hätte die bayrische Regierung vor allen Dingen die Ständeversammlung, welche zum großen Theil aus Abel'schen Kreaturen bestand und jedenfalls nicht mehr der Ausdruck des Volkswillens war, längst auflösen müssen. Aber man behielt diese Stände bei, weil sie zu allen, was die Regierung wollte, ja sagten, und solche Leute will die Regierung haben. Hiernach heißt der obige Satz auf gut deutsch soviel: die Regierung wird stets dafür sorgen, daß die Abgeordneten-Kammer eine solche sei, welche zu dem, was die Regierung will, ja sagt.

[2]) Abgenützte Phrasen, mit denen gar nichts gesagt ist!

[3]) Heißt auf gut deutsch: Wir geben bloß her, was wir müssen, wo möglich aber gar nichts. Es kommt nur darauf an, ob wir mit unsrer Reaktion siegen oder nicht.

[4]) Siehe das berüchtigte Promemoria und den halbofficiellen Artikel in der Augsburger Allgem. Zeitung.

[5]) In dieser Versicherung liegt, daß der Herr Graf, Angesichts der letzten Wochen, in denen so manche Verträge, resp. Versprechungen gebrochen wurden, selbst etwas weniges daran zweifelt.

schwächen würden, Deutschland eines Ruhmes und einer Zierde berauben würden. Hierunter verstehe ich[6]) die reiche, fruchtbringende, lichtverbreitende Mannichfaltigkeit und Eigenthümlichkeit der deutschen Volksstämme,[7]) und was Bayern insbesondere betrifft, unsern glorreichen Namen[8]), unsere in Deutschland stets eingenommene und behauptete hohe Stellung[9]) unter einer tausendjährigen Dynastie.

---

[6]) Es ist sehr gut, daß der Herr Graf den vorigen verzwickten Satz erläutert; sonst würde ich ihn nicht „verstanden" haben.

[7]) Die bayrische Regierung reitet, bei dieser beständigen Hervorhebung der Volksstämme, auf einem Princip herum, durch welches sie sich selbst schlägt. Müssen die „Volksstämme" ihre eigene Verfassung und Regierung haben, so giebt es keinen bayrischen Staat mehr. Dieser zerfällt in drei Hauptbestandtheile, in Franken, Schwaben und Bayern. Wer wollte läugnen, daß der fränkische von dem bayrischen Charakter ein sehr verschiedener ist?

[8]) Es kommt aber von jetzt darauf an, den deutschen Namen einmal wieder glorreich zu machen. Uebrigens muß man den Mund nicht zu voll nehmen. Man sehe die Memoiren des Ritter von Lang Band II.

[9]) Ein sehr großer Theil der jetzigen Bayern participirt an dieser hohen Stellung erst seit verhältnißmäßig kurzer Zeit.

Die baldige Rückkehr des Prinzen v. Preußen aus England.

(Berlin den 5. Juni.) Der preußische Staatsanzeiger, bringt unter der Rubrik: „amtlicher Theil" ein höchst erfreuliches Aktenstückchen.

„Sr. Majestät der König haben dem Staatsministerium das nachstehende Schreiben Sr. Königl. Hoheit des Prinzen von Preußen mitzutheilen und dasselbe zur Veröffentlichung dieses[1]) Schreibens zu ermächtigen geruht.

Berlin, den Juni 1848.

Der Vorsitzende des Staasministeriums.
Camphausen.

Eurer Majestät zeige ich unterthänigst[2]) an, daß ich, dem mir ertheilten Befehl gemäß, London verlassen und den Kontinent wieder betreten habe. Ich halte diesen Zeitpunkt für den passendsten,[3]) um meine Eurer Majestät schon bekannten Gesinnungen,[4]) mit denen ich in die Heimath zurückkehre,[5]) nochmals offen auszusprechen. Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß die freien Institutionen (???), zu deren Begründung Ew. Majestät jetzt die Vertreter des Volkes berufen haben, mit Gottes (So?)[6]) gnädigem Beistande, sich zum Heile Preußens mehr und mehr entwickeln werden. Ich werde dieser Entwickelung mit Zuversicht und Treue[7]) alle meine Kräfte widmen, und sehe dem Augenblick entgegen, wo ich der Verfassung, welche Ew. Majestät mit ihrem Volke nach gewissenhafter Berathung zu vereinbaren im Begriffe stehen, — die Anerkennung ertheilen werde,[8]) welche die Verfassungs-Urkunde für den Thronfolger[9]) festsetzen wird.

Brüssel, den 30. Mai 1848.

Prinz von Preußen.

---

[1]) Wenn doch Sr. Majestät recht bald geruhen möchten einmal den ganzen Briefwechsel letzter Zeit mit Sr. Königl. Hoheit, seinen getreuen Unterthanen mitzutheilen. Man würde gewiß noch manches recht Erbauliche zu lesen bekommen.

[2]) Wahrlich ein famöser Respekt vor dem Königl. Herrn Bruder! Volk, merk dir's!!!

[3]) So? warum denn?

[4]) Kartätschen-Gesinnungen?

[5]) Gott bewahre die Preußen dafür!

[6]) „Und unseres Schwagers Nicolaus. —"

[7]) Die man bei so hohen Herren zu bezweifeln, hoffentlich nicht wagen wird.

[8]) Möchten Se. Königl. doch nicht zu rasch calculiren; wie leicht überspringt nicht die Zukunft den von Königl. Hoheit ersehnten Augenblick, so daß die Anerkennung gar nicht mehr nöthig ist! — Das Anekdötchen vom Teufel gelegentlich der Einführung des Gregorianischen Kalenders ist ja wohl bekannt genug?

[8]) Königl. Hoheit meinen doch den „angestammten?"

Ein Privatschreiben aus Berlin vom 1. Juni bringt folgende Nachricht:

Wenn man fragt, wie es uns hier geht, so kann man nur darauf antworten „schlecht," denn seit längerer Zeit liegen sämmtliche Geschäfte so darnieder, daß ein Ende fast gar nicht abzusehen ist. Professionisten, welche vor 3 Monaten noch 4 bis 5 Gesellen beschäftigten, sind, um die Bedürfnisse ihrer Familien zu befriedigen, gezwungen, den hiesigen Magistrat um Beschäftigung bei den Erdarbeiten anzugehen, und glücklich ist der, welchem es gelingt, Beschäftigung zu erhalten. Die Bürgerwehr sucht sich täglich mehr zu organisiren, da man täglich von Neuem zum Mißtrauen gegen die Regierungsmaßregeln angeregt wird, deren reaktionärer Sinn aus ihren Handlungen und Verfügungen sich immer mehr und mehr kund giebt, und es möchten wohl schwerlich noch acht Tage vergehen, ohne daß wir hier die Ereignisse des 18ten März wiederholt sehen. Die reaktionäre Partei bietet alles auf, ihre Zwecke zu erreichen, namentlich sucht sie die Bürgerwehr gegen die, täglich in großer Zahl den Magistrat und das Arbeiter-Ministerium um Arbeit bittenden Arbeiter aufzureitzen, damit man von Seiten der Bürger um Einholung des Militärs antrage, und wenn dann die Ruhe wieder hergestellt wäre, Veranlassung habe, denselben die Waffen wieder abzunehmen. Diese Zumuthungen werden jedoch an der großen Einigkeit zwischen Arbeitern und Bürgern eine starke Mauer finden. Gestern hat die Einschiffung von mehreren Kähnen mit Gewehren und Munition unter dem Verwande, als wolle man andere Städte zur Bewaffnung der Bürger damit versehen, stattfinden sollen; glücklicher Weise war man noch rechtzeitig davon in Kenntniß gesetzt, um besagte Kähne, welche bereits bis in die Nähe von Charlottenburg gekommen waren, zurückzuholen; die Gewehre, Bomben, Granaten, Kugeln, Pulver rc. wurden wieder in das Zeughaus, die Geschütze aber, welche wie man sagt, geladen im Zeughause (wahrscheinlich für die Canaille bestimmt) gestanden haben, nach dem Schützenhaus gebracht, da man von der großen Masse Militär; welches in der Umgegend von Berlin concentrirt ist, nicht die vortheilhafteste Meinung hat. Und wer weiß wohl, was man noch im Schilde führt, daher ist alles wachsam und auf seiner Huth. Die Arbeiter werden heute eine große Demonstration machen, um Waffen zu verlangen, da man sieht, daß die Vorräthe nicht so unbedeutend sind, wie man vor einiger Zeit behauptete. Ausführlichere Berichte, behalte ich mir vor, da das Ueberstürzen der Ereignisse einem Hören und Sehen vergehen läßt. Es läßt sich nicht beschreiben, welche Gährung hier herrscht und wie man Alles, auch die beste Sache zu verdächtigen sucht, damit diejenigen, welche im Trüben gern fischen möchten, desto sicherer ihren Zweck erreichen.

Lesefrüchte.

Wie blind sind diejenigen, die glauben mögen, daß Einrichtungen, Verfaßungen, Gesetze, die mit den Sitten, den Bedürfnissen, der Meinung der Menschen nicht mehr zusammenstimmen, aus denen der Geist entflohen ist, länger bestehen; daß Formen, an denen Verstand und Empfindung kein Interesse mehr nimmt, mächtig genug seien, länger das Band eines Volkes auszumachen!

Hegel.

Nicht die Zeit allein giebt das Maß für das Alter der Nationen. Oft reichen Jahrhunderte nicht hin, sie zu bilden, oft thuen es Tage.

Colletta.

Druckfehler-Berichtigung.

In Nro. 18. Seite 1. Sp 1. Z. 8. v. u. lese man: Freiheit statt Frühlings.
In Nro. 19. Seite 1. Sp 2. Z. 8. v. o. lese man: Verstand statt Beistand.

Gedruckt unter Verantwortlichkeit der Verleger (S. 466.) von Wilhelm Tümmel.

Der freie Staatsbürger.

Ein Volksblatt aus Franken.

№ 22. Nürnberg, 10. Juni. 1848.

Erscheint jeden Dienstag, Donnerstag und Samstag, und kann durch alle Postämter bezogen werden. Preis für das laufende Vierteljahr bis Ende Juni 36 Kr., von da ab vierteljährlich 45 Kr. Einrückungsgebühr 2 Kr. für die Zeile. — Einzelne Nummern à 3 Kr.

Berichte aus Frankfurt a. M.

den 6. Juni 1848.

„Man kann verhindern, daß die Völker lernen, aber machen, daß sie verlernen, kann man nicht." Diesen einfachen, wahren Satz des unsterblichen Börne sollte man mit großen Buchstaben über den deutschen Adler in der Paulskirche setzen, damit ihn die Mehrheit der National-Versammlung tagtäglich vor Augen hätte. Er fiel mir gestern ein in einer Versammlung des linken Centrums, in welcher ein von Eisenmann verfaßtes Programm, ein mit Widersprüchen überfülltes Machwerk, vorgelesen und berathen werden sollte, um diejenigen, welche dasselbe annehmen würden, zur „Partei des linken Centrums" zu vereinigen. Ohne mich auf eine nähere Analise dieses Programms einzulassen, bemerke ich nur, daß nach demselben Eisenmann jetzt, „ohne Census und direkt" gewählt wissen will.*) Das Programm hat kein Glück bei der Versammlung gemacht, denn alle Redner, welche aufgetreten sind, sprachen mehr oder weniger entschieden dagegen. Kann man von der Ruhe, die in einer Versammlung herrscht, wenn eine so wichtige Frage behandelt wird, auf die Theilnahme der Versammlung schließen, so muß ich unbedingt annehmen, daß gar keine vorhanden war. Ganz anders verhält es sich mit dem Manifest der Linken, welches bereits von einer Zahl von ohngefähr 120—30 Mitgliedern der Nationalversammlung unterzeichnet ist. Dasselbe ist klar und einfach und den Bedürfnissen und Wünschen des deutschen Volkes entsprechend. Kein Wunder also, wenn dasselbe den Kern der National-Versammlung für sich gewonnen hat; kein Wunder, wenn alle freisinnigen Elemente Frankfurts mit Begeisterung den Privatversammlungen der linken Seite (im deutschen Hof) zueilen. Es that mir wohl, als ich von dem babylonischen Thurmbau weg in eine solche sehr zahlreich besuchte Versammlung der Linken in dem Augenblick eintrat, wo der gefeierte Blum einen Vortrag hielt. „Still und lautlos lauschte Alles seinen Worten, und als er geendet, brach ein ungeheurer Sturm des Beifalls los." Er hatte seine Ansicht über die zu gründende Executiv-Gewalt entwickelt. Er will, daß sie in einem der National-Versammlung verantwortlichen Präsidenten nebst einem von ihm selbst gewählten Ministerium bestehe. Nach Blum sprach ein anderer Redner seine Ansicht über die Umgestaltung der deutschen Armee aus. „Sie geht darauf hinaus, daß die Offiziere als Lehrmeister für die Bürgerwehr fort und fort nöthig wären, daß ferner die Unteroffiziere, die Offiziere und die Solda-

*) In sofern steht er also auch mit seiner Vergangenheit im Widerspruch (man vergleiche seine „Ideen zur deutschen Reichsverfassung §. 24 und 25" und die Einleitung zu seinem „polit. Glaubensbekenntniß.")

ten wieder die Unteroffiziere aus sich heraus zu wählen hätten, und daß die Dienstzeit der Soldaten auf wenigstens ⅓ der in den meisten Staaten geltenden herabzusetzen sey.

Eine weitere Nachricht, die ich Ihnen mitzutheilen habe, ist der Beschluß des Montagskränzchens von gestern Abend. Dieser Verein hat die Beschuldigung vieler auswärtigen Blätter, als stände er auf dem engherzigen Standpunkte der Bourgeoisie, durch die That widerlegt. Die Verhandlung, die dort stattfand, betraf die Beschickung der von Marburg ausgeschriebenen Versammlung demokratischer Vereine Deutschlands zu Frankfurt a. M. durch Abgeordnete. Allerdings hatte der Ausschuß beantragt, diese Versammlung nicht zu beschicken; aber nach einer fast vierstündigen Debatte wurde jedoch dieser Antrag verworfen, und mit großer Mehrheit beschlossen, die Versammlung durch Abgeordnete zu beschicken.

Als solche wurden gewählt: Dr. Reinganum, Dr. med. Friedleben, Dr. Schwarzschild, Dr. Löwenthal und Dr. Creuznach. Durch die Mitbetheiligung eines solchen Vereins ist hoffentlich zugleich die Gespensterfurcht vieler Engherzigen gegen diese Zusammenkunft in der Nähe des Parlaments beseitigt.

Im nahen Nassau sieht es wieder nicht gut aus. Die neue Regierung brachte unter ihren Vorlagen an die Stände unter andern das Verlangen, daß bei einer Debatte über irgend einen Gegenstand immer der Commissair der Regierung zuerst das Wort haben solle. Ferner verlautet, daß man die alte Domänen-Geschichte wieder angreifen wolle. Und was die Bauern am meisten aufgebracht hat, ist, daß die Mitglieder der Stände eine Adresse an den Herzog mit „unterthänigst treugehorsamst“ unterzeichnet haben; 11 von 41 haben diese Unterschrift verweigert. Die Bauern sagen: wir sind keine Unterthanen mehr und wollen nun und nimmermehr Unterthanen sein. Dazu kommt noch, daß sie mit ihren Abgeordneten bei der National-Versammlung auch höchst unzufrieden sind. Diesen Morgen erschien auch plötzlich eine Deputation, zusammengesetzt aus Männern aller Wahlbezirke Nassau's, bei den naussauischen Reichstagsabgeordneten und verlangte von ihnen, daß sie ihr Mandat in die Hände des Volks zurückgeben sollten, indem sie das Vertrauen des Volkes nicht mehr besäßen. Sie wollten sogleich wieder wählen und zwar direkt, denn sie hätten sich nun durch die Erfahrung überzeugt, daß die indirekten Wahlen durch und durch schlecht wären.

Gagern als Präsident der deutschen National-Versammlung und die sogenannte „Rechte.“

Die treffliche allgemeine österreichische Zeitung, welche unter Schwarzer's Leitung erscheint, brachte in ihrem letzten Sonntagsblatte folgenden Aufsatz: Als Gagern zum provisorischen Präsidenten der National-Versammlung gewählt wurde, da erklärte er sich in seiner Antrittsrede für die Souveränetät dieser Versammlung. Hätte Gagern diese Erklärung in ihrem vollsten Umfange gemeint; wäre er der Ansicht gewesen, daß nur dem deutschen Volke das Recht der Organisirung Deutschlands zugestanden werden darf, dann hätte er nicht in demselben Augenblicke auf die Regierungen hingewiesen, in deren Gemeinschaft die Grundlagen der künftigen Verfassung Deutschlands festzustellen seien. Aber diese Halbheit charakterisirt eine ganze Parthei in der National-Versammlung, die noch in den dürren Gefilden des alten constitutionellen Liberalismus herumirrt und nicht einsehen kann, daß die Frankfurter Versammlung von den strengsten demokratischen Elementen durchdrungen ist. Welcker, Baßermann, Dahlmann, Schmerling, Finke, Auerswald, kurz die sogenannte „Rechte“ dieser Versammlung gehören zu dieser Parthei. Daher ihr Kokettiren mit der „hohen“ Bundesversammlung, die, daß muß jedem Blinden klar werden, ihrer Auflösung entgegengehen muß, deren heuchlerische Tendenzen wir mehr als einmal in dieser Zeitung nachgewiesen haben. Sollen denn die Männer wie Gagern u. s. w. zur Einsicht nicht kommen können, daß die Revolution

des Jahres 1848 zugleich die Vernichtung des alten süddeutschen Liberalismus war? Genügt es heute noch, sich in einer fruchtlosen Opposition gegen eine Handvoll Minister zu ergehen? Können wir uns von der alten liberalen Phrase „gesetzlicher Fortschritt" noch einlullen lassen?

(Fortsetzung folgt.)

———

Fürstenliebe und Fürstensorgfalt.

Das alte Cotta'sche Morgenblatt bringt in Nro. 121. einen im Mai geschriebenen Brief aus Berlin, aus welchem wir folgende Worte entlehnen: „Ich habe, nicht mitgekämpft an den Barrikaden, habe nicht Steine von den Dächern geworfen, ich habe die 15 bis 18 Stunden, während welcher der Kampf in den Straßen tobte, Todespein in meinem Zimmer verlebt, in der Pein, die ein passives Verhalten unter allen Umständen mit sich führt, und dazu gehört auch ein gewisser Muth. So sehr ich den Fortschritt geliebt, für ihn gewirkt, gekämpft habe mein Lebenlang, dennoch hätte ich blutige Thränen weinen mögen, daß wir nur über Leichen an das Ziel gelangen durften, dessen Erreichung auf friedlichem Wege durch die jetzt fabelhaft erscheinende Verblendung der Fürsten und derer, die in ihrem Rathe saßen, verhindert wurde. Es war eben ein Reich der Lüge, der Täuschungen, welches gefallen ist, um hoffentlich nie wieder aufzustehen. Lüge war, was sie uns von Liebe und väterlicher Sorgfalt vorgeheuchelt; nichts, keine Liebe, eine Sorgfalt für das Wohl derer, die sie ihre Kinder nannten, hat sie vermocht, die Bande zu lösen, unter denen diese darniederlagen. Aber die Furcht hat es vermocht, die Angst um eine armselige Existenz, um die Krone von Rauschgold, die noch ihren Scheitel deckt u. s. w. Und das ist gewißlich wahr, wenn sogar der angstgepeitschte Correspondent des Cotta'schen Morgenblattes es auszusprechen wagt.

Wir bringen nachträglich zu dem in unserer Doppelnummer 16. u. 17. erschienenen Aufruf des Montagskränzchen in Frankfurt a. M. die

Vorläufigen Satzungen des allgemeinen deutschen Volks-Vereins.

Die Vorschläge, welche das Montagskränzchen zu Frankfurt am Main in Folge des heutigen Aufrufs seinen deutschen Mitbürgern macht, sind folgende:

1. In jeder größern Stadt Deutschlands bilde sich ein Verein (etwa unter dem Namen „deutscher Volksverein,") der als der Hauptverein zu betrachten sei für gleiche Vereine, die sich in den kleineren umliegenden Städten und Ortschaften bilden.

2. Die kleineren oder Zweigvereine stehen in ununterbrochener Verbindung mit den Hauptvereinen, während letztere wieder unter sich in Verbindung stehen.

3. Die Hauptvereine wählen einen geschäftsführenden Centralverein.

4. Alle Vereine bilden zusammen den allgemeinen deutschen Volksverein, dessen einzige Losung ist und bleiben soll: „Freiheit, Einheit, Ordnung und Recht!"

5. Die Hauptzwecke dieses allgemeinen Volksvereins sind namentlich:

1) Behauptung der wahren Volkssouveränetät.
2) Erhaltung der Einheit und Brüderlichkeit im deutschen Volke.
3) Erhaltung und Fortbildung der dem deutschen Volke gebührenden Freiheits-Rechte.
4) Ueberwachung und Bekämpfung aller freiheitsfeindlichen Bestrebungen.
5) Berufung von Volksversammlungen; Belehrung des Volks über seine wahren Bedürfnisse und Rechte, sowie Aufklärung desselben über ungerechte und unbillige Forderungen und Wünsche.
6) Förderung der Jugenderziehung im Geiste der Freiheit und der deutschen Einheit.
7) Mitwirkung für die Unverletzlichkeit des vaterländischen Bodens.

6. Alle Hauptvereine Deutschlands treten zur Förderung ihrer Zwecke in Verbindung untereinander durch Briefwechsel oder durch mündliche Besprechung.

7. Der Centralverein hat, so oft es nöthig erscheint, eine Hauptversammlung zu berufen,

in welcher jeder Hauptverein durch Abgeordnete vertreten wird.

8. Jeder Verein gründe, zum Behufe der schriftlichen Mittheilungen, eine besondere Geschäftsführung. Sollte ein Bericht, eine Aufforderung, oder eine sonstige Mittheilung schnell an alle Vereine zu fördern sein, so bediene man sich der Presse.

9. Jeder Verein halte wöchentlich mindestens eine Zusammenkunft, auch wenn nichts Dringendes vorliegt.

10. Zur dauernden Erhaltung des allgemeinen deutschen Volksvereins ist es nöthig, daß jeder Verein von seinen Mitgliedern einen mäßigen Beitrag erhebe.

11. Aus den durch diese Beiträge gebildeten Vereinskassen sind alle Ausgaben der Vereine zu bestreiten.

Nachbemerkungen.

Der Verein tritt mit deutschen Vereinen außerhalb des Vaterlandes in Verbindung, wenn sie es wünschen.

Wir erbieten uns vorläufig, die Geschäftsführung zu übernehmen, und die Beitrittsanmeldungen der Vereine zu empfangen, bis eine Hauptversammlung die endgültigen Bestimmungen trifft.

Daß unter den jetzigen Umständen und Zeitverhältnissen eine möglichst schnelle Organisation der Vereine höchst wünschenswerth ist, bedarf keiner weitern Erinnerung!

Nach §. 8. dieser vorläufigen Statuten hat der deutsche Volksverein zu Frankfurt a. M. (das Montagskränzchen) einen geschäftsführenden Ausschuß erwählt, welcher aus 12 Mitgliedern besteht, die bereit sind, schriftliche Mittheilungen entgegenzunehmen, und zu diesem Zwecke ihre Adresse angeben.

Der geschäftsführende Ausschuß des Volksvereins:

Dr. med. Behaghel, große Sandgasse.
Dr. jur. Braunfels, Töngesgasse.
Dr. jur. J. Friedleben, Töngesgasse.
Dr. med. A. Friedleben, Sachsenhausen.
N. Hadermann, Pfingstweide.
Inspektor Dr. Jäger, Fahrpost.
J. P. Lindheimer, Zimmermeister, vor dem Allerheiligen Thor.
Dr. Löwenthal, vor dem Allerheiligen Thor.
Dr. jur. Reinganum, Untermainquai.
Dr. med. Schwarzschild, Rechneigraben.
Dr. jur. Textor, Paulsgasse.
Dr. jur. G. Ch. Thomas, Eschenheimer Chaussee.

Lesefrüchte.

Die Monarchie hat durch Namen und Familien-Ordnungen vielen alten Glauben für sich, aber viele Urtheile der Menschen gegen sich, sobald man die Demokratie gekostet.

Dahlmann.

1835 hat ein deutscher König die geistreiche Bemerkung gemacht, H.... und Professoren könne man immer für Geld haben.

Man thut nicht zweimal dasselbe in einem Jahrhundert.

Napoleon.

Man macht und man hemmt keine Revolution. Nur das ist möglich, daß eines oder mehrere ihrer Kinder sie durch Siege leiten, oder daß ihre Feinde sie für den Augenblick durch die Gewalt der Waffen unterdrücken. Aber das Feuer glimmt fort u. s. w.

Napoleon.

Wollte doch zu Tüngen, als Friedrich Barbarossa durchritt, der Freiherr von Krenkingen nicht von seinem Sitze aufstehen; den Hut rückte er. Denn er war an Leib und Gut ein ganz freier Mann. Der edle Kaiser freute sich des biedern Muthes.

Johannes Müller.

Anzeige.

Gedruckt unter Verantwortlichkeit der Verleger von Wilhelm Tümmel.
Expedition bei Joh. Gg. Meyer Plobenhof S. 823.

Der freie Staatsbürger.

Ein Volksblatt aus Franken.

№ 23. Nürnberg, 13. Juni. 1848.

Erscheint jeden Dienstag, Donnerstag und Samstag, und kann durch alle Postämter bezogen werden. Preis für das laufende Vierteljahr bis Ende Juni 36 Xr., von da ab vierteljährlich 45 Xr. Einrückungsgebühr 2 Xr. für die Zeile. — Einzelne Nummern à 3 Xr.

Die deutsche Flotte.

Es gibt jetzt viele Leute, welche sich auf eine recht wohlfeile, ungefährliche Weise in den Ruf des Patriotismus und wo immer möglich auch in eine gewisse Popularität setzen möchten. Dazu werden verschiedene Mittel angewendet, und in letzter Zeit hat insbesondere die sogenannte deutsche Flotte, d. h. die zu schaffende deutsche Flotte ein Mittel abgeben müssen. Man gibt nicht nur selbst ein Paar Sechser zu der Sammlung her, sondern man stellt sich an die Spitze der Sammlung, und meint nun, das Volk werde glauben, die an der Spitze einer so patriotischen Sammlung Stehenden seien gewiß seine wahren Freunde. —

Es ließe sich hiegegen gar nichts sagen; Jederman hat das Recht, zu sammeln und Aufrufe hiezu in die Zeitungen zu setzen. Da aber gerade die Männer der entschiedenen Partei sich bei solchen Sammlungen nicht betheiligen, so verlohnt es sich schon der Mühe, kurz darzulegen, warum sie dieß nicht thun, warum ihnen die Errichtung einer deutschen Flotte für den Augenblick sehr wenig am Herzen liegt.

Eine deutsche Flotte hat zu ihrer nothwendigen Voraussetzung ein Deutschland; nicht wahr? Das muß auch dem Einfältigsten klar sein. Nun fragt sich's: haben wir ein Deutschland? Auf der Landkarte, ja; und hier kaum, wenigstens nur ein sehr vielfarbiges; das deutsche Volk will ein Deutschland, das ist wahr, und vor wenigen Wochen war es nahe daran, eines zu erhalten, aber inzwischen sind diejenigen wieder mächtig geworden, welche von den „edlen Blüthen des deutschen Partikularismus" reden, welche ihre Privatzwecke, welche die dynastischen Interessen der einzelnen Staaten weit höher stellen, als das Interesse Deutschlands. So lange wir noch Regierungen in Deutschland haben, welche eine solche Sprache reden, wie die hannöver'sche und bayerische, auch in ihren letzten Erklärungen, so lange können wir nicht sagen, daß wir ein Deutschland haben, so lange gibt es nur ein Preußen, ein Oesterreich, ein Bayern u. s. w.

Man kann zwar sagen, Deutschland sei so augenscheinlich im Proceß seiner Umwandlung aus einem sogenannten Staatenbund in einen Bundesstaat begriffen, daß, wenn die Einheit Deutschlands auch noch nicht durchgeführt sei, sie doch jedenfalls durchgeführt werden müsse. Allein man fängt eben einmal nicht mit den Folgen an, bevor die Voraussetzungen da sind; man muß zuerst den Grund fest gestellt haben, dann läßt sich darauf bauen. Vor allen Dingen müssen wir haben ein einiges freies Deutschland, das ist jetzt die einzige Sorge aller wahren Vaterlands- und Volksfreunde, und mit Recht kann man nach dem Bibelwort sagen: Trachtet am ersten nach einem ei-

nigen und freien Deutschland, so wird Euch das Andere Alles zufallen, auch eine deutsche Flotte. Haben wir dieses einige und freie Deutschland, so wird sich flugs eine Flotte finden, ohne daß man die Mittel dazu Sechserweise zusammen bettelt.

Aber man sagt: Wir brauchen jetzt Schiffe, um unsern Handel zu schützen, um unsere Häfen zu vertheidigen, um dem Uebermuth der Dänen ein Ziel zu setzen.

Hierauf antworte ich: bis die deutschen Schiffe aus dem Gelde gebaut sind, das Ihr jetzt zusammensteuert, können alle Seeplätze Deutschlands zusammengeschossen sein. Wenn man Etwas in dem Augenblick durchaus nöthig hat, in welchem man es selbst nicht besitzt, so muß man es entlehnen. Das ist gewiß ein unbestreitbarer Satz. Nun, die deutsche Nation, zumal die freie deutsche Nation hat noch Freunde, die ihr in ihrer Verlegenheit gerne helfen werden, weil sie damit den Ideen der Freiheit einen Dienst thun, welche die Grundlagen ihrer Existenz bilden. Diese Freunde sind die französische und die nordamerikanische Republik. Beide haben Flotten, beide werden gerne, so lange die deutsche Marine noch unzureichend, die deutschen Handelsschiffe und die deutschen Häfen schützen. Also, was seit Monaten der Ruf aller Freunde der Freiheit und des Volkes war, muß auch hier wiederholt werden: Bündniß mit Frankreich! Bündniß mit Nordamerika! —

Die Sammlungen für eine deutsche Flotte sind ein Spielzeug, das man dem deutschen Michel in die Hand gibt, um ihn von den wichtigeren Dingen abzuziehen. Man meint, wenn er für eine deutsche Flotte steuern dürfe, so werde er glauben, jetzt sei Alles gethan, werde sich aufs andere Ohr legen und wieder selig einschlafen, um — in Ketten zu erwachen.

G. D.

Nachstehendes Aktenstück ist zwar schon in mehreren Blättern auszugsweise erschienen, wir lassen dasselbe nun vollständig folgen und weisen der hohen Wichtigkeit desselben wegen alle unsere Leser besonders darauf hin:

Motivirtes Manifest der radical-demokratischen Partei in der constituirenden Nationalversammlung zu Frankfurt am Main.

„Wer die majestas populi an den Cäsar abtritt, verräth ganz einfach das Volk an den Cäsar."

Geleitet von der Ansicht, daß es nützlich und nöthig ist, sich ohne Rückhalt auszusprechen, überzeugt von der Lebenskraft und Fortwirkung der radikal-demokratischen Prinzipien, aus denen die große europäische Umwälzung von 1848 hervorgegangen ist, sprechen wir es hiermit vor dem ganzen Volke scharf und entschieden aus, was wir für die Aufgabe der Partei halten, die beim Volke wirklich das unumschränkte Selbstregiment erhalten (konserviren) will.

1. Wir wollen im Innern die vollständige Verwirklichung der demokratischen Staatsform. Ihr Zweck ist die Befreiung jedes Einzelnen. Wir wollen nach Außen die Emancipation und Selbstregierung aller Völker. Alle Eroberungs- und Unterdrückungsgelüste der Deutschen gegen ihre Nachbarn und nichtdeutsche Staatsgenossen sollen aufhören. Die europäischen Völker sind im Begriff, sich zu freien Staaten frei zu vereinigen. Wir finden hierin die wahre Bedeutung der Nationalität und erwarten, es werde in nicht gar ferner Zeit kein anderes Völkerrecht geben, als die Dekrete eines souverainen Congresses freier Nationen, die weder um die Grenzen des Landes, noch um die Vortheile des Handels sich entzweien, sondern in einer allgemeinen Föderation sich vereinigen.

In der Vereinigung Freier und Gleicher oder in der Föderation, finden wir die einzig mögliche Lösung der Aufgabe, Einheit und Freiheit in Deutschland (und in Europa) herzustellen. Wir wollen das nordamerikanische Föderativsystem. Wenn wir also die Einheit der souverainen deutschen Nation wollen, so wollen wir nichts anderes, als die Vereinigung ihrer Abgeordneten in der Nationalversammlung und in dem verantwortlichen Regierungsausschuß derselben.

Diese Einheit Deutschlands ist bereits vorhanden. Die Einheit Deutschlands ist nicht die Vereinigung der verschiedenen Domänen in eine Domäne; sie ist

vielmehr die Einheit des deutschen Volks durch die Vereinigung seiner Abgeordneten im souverainen Parlament hier zu Frankfurt a. M. In dieser Vereinigung sehen wir zugleich seine Freiheit; wenn wir die Freiheit des Volks wollen, so wollen wir seine vollkommene unumschränkte Selbstregierung durch seine Urversammlungen und durch seine Abgeordneten. Der unumschränkte Wille oder die Souverainität des Volkes kann wohl durch Abgeordnete und durch Regierungausschüsse, durch Geschworne im Gericht, durch Kriegsheere im Felde ausgeübt, aber nie an eine Person oder an eine erste Kammer abgetreten werden.

Wie die Einheit, so ist auch die Freiheit des Volkes in diesem Augenblicke faktisch schon vorhanden. Der Volkswille hat die Nationalversammlung vereinigt. Weiß nun diese Versammlung, daß sie souverain ist und bleiben muß, und führt sie diejenige Constituirung Deutschlands, welche aus diesen beiden Grundsätzen folgt, ernstlich und practisch, durch die lebendig wirkenden Staats-Gewalten herbei, so begründet sie die Freiheit, sie verwandelt die ungeordnete Freiheit in eine geordnete. Dies ist eine große, positiv revolutionaire Arbeit. So verstehen wir unsere Aufgabe. Die Nationalversammlung hat den Auftrag, das souveraine Volk zu constituiren, also es mit solchen Organen seines Willens zu versehen, welche die Souverainität für alle Zeiten beim Volk erhalten.

Diese Organe sind 1) die Volksvertretung in der Nationalversammlung, welche aus dem Volke durch direkte Wahl hervorgeht und nach Erlöschung ihres Mandates ins Volk zurücktritt; 2) der Vollziehungsausschuß oder der Präsident und sein Ministerium, welche aus der Nationalversammlung hervorgehn, ihr verantwortlich sind und wenn sie die Mehrheit in ihr verlieren, wieder in die Versammlung zurücktreten.

Jede andere Form der Freiheit enthält einen Verstoß gegen die Volkssouverainität. Nur in der freigewählten Versammlung der Volksabgeordneten und in der Regierung, die aus ihr hervorgeht, kann der unumschränkte Wille des freien Volkes verwirklicht werden. Beschlösse z. B. das souveraine Volk durch seine Vertreter, die hier beisamen sind, seine Einheit, glaubte aber zu dem Zwecke einen erblichen König von Deutschland wählen zu müssen, so wäre das keine Vereinigung des freien Volks, sondern eine Vereinigung aller Fürstenhüte unter Einen Königshut. Aber nicht die Fürsten unter Einen Hut zu bringen ist die Aufgabe; die Aufgabe ist, das Volk zu vereinigen und zwar ohne es zu unterjochen, also das freie Volk, welches jetzt faktisch souverain ist, unverkürzt bei dieser Souverainität zu erhalten. Es wäre ein Verrath an sich selbst, wenn ein Volk in dem Augenblicke, wo es durch Revolution und Anarchie die Souverainität faktisch in der Hand hat, eine lex regia, ein Königsgesetz machte, und dadurch die Souverainität an einen König verschenkte. Die Thorheit eines solchen Verfahrens ist nicht ohne Beispiel. Wir werden die Dänen nicht nachahmen

Aber, sagen die Constitutionellen, wir werden einen constitutionellen deutschen König machen. Abgesehen davon, daß die Könige nur gezeugt, nicht gewählt zu werden pflegen, ist der constitutionelle König einfach der Rest des absoluten, und dieser Rest ist durch die demokratische Revolution von 1848 so zusammengeschwunden, daß die Volkssouverainität unser faktischer Zustand, der König also kein Souverain mehr, sondern in Wahrheit nur noch ein Staatsdiener mit sehr beschränkten Funktionen ist. Er hat für die Ernennung des Premierministers und für die Erzeugung seines Nachfolgers zu sorgen. Die Weisheit, welche dem Despotismus nur diese beiden Sinekuren übrig läßt, ist sehr weise, und wir bewundern sie gewiß hinlänglich, wir werden die Bewunderung noch steigern, wenn wir es erleben, daß sie sich durchsetzt; aber in dem Gesammtstaate Deutschland, wo (wie in der Gesammtheit von Europa) gar kein Herr vorhanden ist, finden wir uns außer Stande, jenen Rest des Herrenthums zu erschaffen. Der konstitutionelle König ist der abgenutzte absolute; sollen wir Deutsche nun im Jahr 1848 hier in Frankfurt das Problem lösen, wie man einen abgetragenen Hut macht, ohne ihn vorher abzutragen? Wir hoffen es nicht.

Was bleibt also übrig? Der souveraine Congreß oder, daß man gar keinen König macht, sondern nur den verantwortlichen Ministerpräsidenten und seinen verantwortlichen Ministerrath, oder einen verantwortlichen Vollziehungsausschuß mit einem verantwortlichen Reichskanzler an der Spitze.

Die Weisen sagen dagegen: das ist zwar richtig,

aber unpraktisch, weil das Volk nicht logisch denkt, sondern confuse Vorstellungen hat. Diese Volksvertreter, die sich schmeicheln, practisch zu seyn, weil sie die Confusion, nicht die Auflösung der Confusion vertreten, irren sich; **sie** sind die Unpractischen; jeder Mensch ist froh, seine Confusion los zu werden. Wenn er sie hat, will er sie nur so lange behalten, als er sie nicht kennt. Also lehrt das Volk nur richtig denken, es wird es euch danken.

Es ist auch völlig unwahr, daß die Gemüths-Bewegung und der Instinkt des Volkes nicht radikal wären, im Gegentheil, alle Folgerungen der democratischen Revolution von 1848 werden überall mit unerbittlicher Strenge gezogen werden; und wir gehören nicht zu denen, die dieß nicht schon heute verlangten, wenn es auch erst morgen durchzusetzen wäre.

Die geflissentliche Mäßigung in der Vernunft, deren sich die Unentschiedenen rühmen, entspringt aus dem Mißtrauen in die Bewegung, die uns hervorgebracht hat. Es ist wahr, in diesem Augenblicke stockt die Befreiung der europäischen Menschheit. An der Grenze Rußlands steht die Revolution still. Aber daraus folgt nur, daß die slavische Befreiungsfrage die Lebensfrage der Revolution ist. Der Sturz des Despotismus in Polen und Rußland, sowie bei allen übrigen slavischen Stämmen ist die Vernichtung seiner letzten Zuflucht in Europa; und nur so ist auch die Befreiung Deutschlands zu sichern. Wir würden der Reaktion und der brutalen Gewalt erliegen, wenn die Verschwörung unserer inneren Feinde mit dem russischen Militärdespotismus gelänge.

Wir wollen daher die heilige Allianz der Völker. Wir gehen mit den Franzosen, mit den Italienern, mit den demokratischen Slaven; wir wollen gleichzeitig mit der Wiedergeburt Deutschlands die Wiedergeburt Polens und Italiens. Die französische Republick bietet uns die Hand, wir nehmen sie mit Freuden an.

II. Um die Wiedergeburt Deutschlands ins Werk zu richten, wollen wir kraft der Souverainität des deutschen Volkes durch die konstituirende Nationalversammlung diejenige Verfassung einführen, welche die Nationalsouverainität nicht wieder aufgiebt, sondern **für immer** sichert. Wir wollen deßhalb

1) **Eine** immer auf drei Jahre gewählte Nationalversammlung für den Gesammtstaat Deuschland, gewählt ohne Census und durch directe Wahlen.

2) Einen Vollziehungsausschuß, welcher durch einen verantwortlichen Präsidenten und sein verantwortliches Ministerium gebildet und durch die jedesmalige Mehrheit der Versammlung aus ihrer Mitte gewählt wird. Jede neugewählte Nationalversammlung entscheidet daher von neuem über ihren Vollziehungsausschuß.

3) Wir verlangen, daß mit der Feststellung und Verkündigung der Volksrechte oder der deutschen magna charta begonnen und der Verfassungsausschuß mit der sofortigen Vorlage dieser Volksrechte beauftragt werde.

4) Wir nehmen die Gestaltung Deutschlands seit dem März 1848 **als Thatsache** an, und sind der Ansicht, daß die politische Lage, in der wir Deutsche uns gegenwärtig befinden, folgende ist: die einzelnen deutschen Staaten treten durch die Vereinigung aller deutschen Abgeordneten in der Nationalversammlung zu **Einem Föderativstaat** zusammen, und geben dadurch so viel von ihrer Souverainität auf, als die Nationalversammlung zur Bildung des souverainen Gesammtstaates für nöthig erachtet.

5) Die einzelnen Staaten sind ungehindert, wie die freien Reichsstädte, Republiken, oder, wie die übrigen Staaten, constitutionelle Monarchieen zu seyn; jedoch wird durch die Volksrechte, welche die Nationalversammlung proklamirt, derjenige Grad von Volksfreiheit festgesetzt, welcher unter allen Umständen dem Volke gewährt werden muß.

6) Zu der definitiven Constituirung des Gesammtstaates ist keine weitere Zustimmung der einzelnen Staaten erforderlich, als die, welche **bereits** in dem Zusammentritt der souverainen konstituirenden Nationalversammlung liegt. Die Versammlung vereinigt jetzt noch alle Staatsgewalten des Gesammtstaates in sich und hat diese verschiedenen Gewalten und politischen Lebensformen, die sie zu **beschließen** berufen ist, **auch sofort in Wirksamkeit** zu **setzen** und die innere und äußere Politik des Gesammtstaates zu handhaben.

Gedruckt unter Verantwortlichkeit der Verleger von Wilhelm **Tümmel.**
Expedition bei Joh. Gg. **Meyer,** Plobenhof S. 823.

Der freie Staatsbürger.

Ein Volksblatt aus Franken.

№ 24. Nürnberg, 15. Juni. 1848.

Der „freie Staatsbürger" wird im nächsten Quartale zu erscheinen fortfahren, so sehr auch durch amtliche und nichtamtliche Thätigkeiten seine Existenz zu gefährden versucht wurde. Polizeiliche Willkür hat zwar den Redakteur, Dr. Gustav Diezel, aus Nürnberg verwiesen, allein derselbe wird dem von ihm in so guter Absicht gegründeten und der freien politischen Volksbildung gewidmeten Blatte doch auch aus der Ferne seine Kräfte zuwenden. Der „freie Staatsbürger" wird seiner entschieden demokratischen Farbe stets treu bleiben und von der Preßfreiheit immer den Gebrauch machen, den ihm sein Standpunkt auf dem Boden des Gesetzes gestattet. Das unverkümmertste Recht und das Wohl des Volkes in den natürlichsten und freisinnigsten Staatseinrichtungen suchend, wird die Redaktion nur solche Wege zur Auffassung des politischen Lebens einschlagen, auf welchen diese Güter zu finden sind. Wie bisher erscheint das Blatt jeden Dienstag, Donnerstag und Samstag und kann durch alle Postämter bezogen werden. Preis für das Vierteljahr 45 kr. Einrückungsgebühren 2 kr. für die Zeile. Einzelne Nummern kosten 3 kr.

An die auf der Wartburg versammelten deutschen Studenten.

Ein Organ der Freiheit erhebt seine mahnende Stimme auch unter Euch, Deutschlands jugendliche Söhne und wünscht Euch Heil zum ernsten Thun!

Zweimal schon stand über der Wartburg Deutschlands Hoffnungsstern. Hier war's, wo Luther die Waffe der Befreiung von Roms Glaubenszwange schmiedete, hier auch, wo die jugendlichen Kämpfer für die Selbstständigkeit des Vaterlandes ein Fest der Freiheitsbegeisterung beginnen.

Die Hoffnung soll sich erfüllen, hinter den Sternen soll die Sonne der Freiheit aufsteigen! Zum drittenmale wird dieser Ort historische Bedeutung erhalten; es ist ein Ruf an die Willens- und thatkräftige deutsche Jugend ergangen, hier, wo die ursprünglichen Formen der Freiheit gelegt wurden, den Bau der neuen Zeit weiter zu führen und vollenden zu helfen.

Eine glorreiche Revolution hat das Lügengebäude diplomatischer Staatskunst über den Haufen geworfen, die alten Autoritäten sind gestürzt und über den wirr und wüste über einander liegenden Trümmern steht ein neuer Meister und Herr — das Volk — sinnend, nach welchem Plane es die neue Burg der Freiheit aufbauen soll.

Freunde! Wir haben die drei Dezennien, welche seit der letzten großen Volksthat verflossen sind, nicht müssig zugebracht; wir sind vom politischen Selbstgefühl zum politischen Selbstbewußtseyn vorgeschritten, vom Enthusiasmus der Freiheit zur politischen Durchbildung. Der Staat ist die Demokratie, und die Macht und das Recht dieser Macht liegt im Volke; das Volk und Niemand außer ihm oder über ihm vereinigt die Quelle des vollen Rechtes und der vollen Macht in sich: das Volk ist **souverän.**

Es gibt unklare Köpfe und romantische Schwindler, welche diesen Grundsatz dadurch umstoßen wollen, daß sie der Souveränität oder doch einen Theil derselben außerhalb des Volkes den Sitz anweisen. Ihr deutschen Jünglinge, die Ihr die Alleinberechtigung des Volkes nicht blos in Eurer philosophischen Erkenntniß getragen, sondern sie auch mit dem Schwerte zur Welt gebracht und Euch damit ein ruhmwürdiges Andenken für ewige Zeiten gesichert habt, Ihr werdet solche Attentate gegen die Früchte der Revo-

lution nicht dulden, Ihr werdet — deß sind wir gewiß — nicht zugeben, daß phantastische Träumer und denkfaule Alltagsmenschen die Bildung unserer Lebensformen in die Hand nehmen! Deutsche Jünglinge! Lassen wir uns die Errungenschaften unserer Revolution nicht verkümmern; rufen wir es hier von der Wartburg Zinnen laut und stark in alle Lande: Wir wollen die geistige wie die mit dem Schwerte errungene volle Demokratie wahren, und gegen jeden Feind — den inneren und äußeren — bis auf den letzten Blutstropfen vertheidigen. — Kein Leben ohne die Freiheit. — Es lebe die Freiheit!

Gagern als Präsident der deutschen National-Versammlung und die sogenannte „Rechte."

(Fortsetzung und Schluß.)

Der alte Liberalismus ist aber der Ansicht, daß man mit den verfaulten politischen Institutionen noch unterhandeln müsse, weil er die neue Zeit nicht kennt. — Das Wesen der alten Zeit ist: die absolute, von Gottes Gnaden hergeleitete Gewalt eines Herrschers; das Wesen der neuen ist: die aus der Selbstständigkeit, dem Bewußtsein und der Macht des Volkes herstammende Gewalt des Volkes, sich selbst seine Gesetze zu machen, sich selbst, in welchen Formen dies immer für nützlich erachtet werde und geschehe, zu regieren, und denjenigen Willen, der als der Wille der künftigen Mehrzahl ermittelt und festgestellt ist, in allen Stücken durchzuführen. Werdet ihr dies nicht anerkennen, oder doch nicht vollständig, ehrlich und offen anerkennen, so wird es darum doch wahr bleiben und — so wahr alles Wahre noch seine Anerkennung in der Welt erobert hat — seine Wahrheit beweisen und durchsetzen.

Werdet ihr es vollständig, ehrlich und offen anerkennen, so werdet ihr uns eine friedliche, organische, segensreiche Entwickelung unserer gesellschaftlichen Zustände möglich machen. Werdet ihr es nicht zeitig genug anerkennen, so werdet ihr eine blutige und thränenvolle Saat säen.

Bis 48 waren wir Deutsche geknechtet worden. Unsere Köpfe waren frei, aber unser Leben in der Gesellschaft sah so aus, als ob wir Barbaren ohne Bildung wären. Diesen Jahren gingen aber Culturepochen voran, deren Inhalt gebieterisch an die Thüren der alten Regierungen klopfte, und ihnen ein kühnes, entschiedenes „Halt!" zurief. Es genügt nicht mehr, daß man dem Volke, das sich als eine menschliche Gesellschaft fühlt, Freiheiten gewähre, daß sie ihm vom „Throne" herab gnädigst „geschenkt" werden, nein, das Volk ergreift endlich selbst die Organisation seiner eigenen Interessen. Hat denn das deutsche Volk, welches im Schweiße seines Angesichtes und mit klarem Bewußtsein seit Carl bis auf den heutigen Tag die Idee der Freiheit durchgearbeitet, kein Recht dazu? Wer hat es denn? Die Regierungen? Der deutsche Bund? Wer hat die Kritik der reinen Vernunft geschrieben? Wer die Wissenschaftslehre? Wer hat das deutsche Naturrecht ausgebildet? Wer hat den Wilhelm Tell gearbeitet oder die deutsche Kunst geschaffen? Wer hat die Phänomenologie des Geistes geschrieben? Wer das Gesetz geschichtlicher Entwicklung entdeckt? Wer hat das tiefinnerste Wesen der Religion erforscht? Wer hat den Glauben des Christenthums ergründet? Wer hat die Staatswissenschaften ausgebildet? Wer das Wesen der Politik zergliedert? Wer das sociale Problem discutirt? Wer hat das Volk aufgeklärt, es reif gemacht zur politischen Freiheit? — Das deutsche Volk. Wer hat aber die Freiheit unterdrückt, Bücher confiscirt, die persönliche Freiheit mit Füßen getreten? Wer hat die deutsche Presse geknebelt, Schriftsteller auf Festungen geschickt? Die deutschen Regierungen! — Die Regierungen haben nichts gethan für das Volk. Der Bund hat die innere Entwickelung Deutschlands unterdrückt, er hat uns in den Schlamm und Koth der politischen Knechtschaft gesenkt. Wer hat also

Recht, in die Freiheit, welche konsequent aus der **deutschen Revolution** hervorgehen muß, zu gestalten? Das Volk oder die Regierung?

Volksversammlung in Nürnberg.

O deutsches Volk, was trugen dir schon ein,
Wie deine Fürsten so dein Glaube,
Allein du liebst es, stets ein Kind zu sein,
Nicht deine Fesseln lässest du dir rauben.

Diese Worte des Dichters drängten sich unwillkürlich in meine Gedanken, als ich am 12 d. M. den Katharinensaal verließ, wo der Abgeordnete der Stadt Nürnberg beim deutsch. Parlam. einen Vortrag hielt. Obgleich seine Rede im Ganzen genommen eine schöne war, enthielt dieselbe doch mehrere Punkte, die einen warmen Vaterlandsfreund schmerzlich berühren mußten.

Bei Schilderung der verschiedenen Parteien, die sich in Frankfurt geltend machten, nannte er die äußerste Linke die **republikanische**, ohne weiter auf deren Tendenzen einzugehen, sondern bemerkte nur, daß es ein Unglück für Deutschland wäre, wenn diese Partei, bei Abstimmung über die Executiv-Gewalt, welche in den ersten Tagen vorkommen müßte, den Sieg davon tragen würde, ohne zu erörtern, worin dieses Unglück eigentlich besteht.

Glaubte Herr Dr. Krafft durch diese hingeworfenen Worte in der mit der Sache gutmeinenden Bevölkerung von Nürnberg einen Abscheu hervorzurufen, so hat er sich getäuscht, denn jeder redlich denkende Deutsche weiß, was die äußerste Linke will, sie erkennt zwar, daß die republikanische Staatsform die reinste und vernünftigste sei, ohne dabei in Abrede zu stellen, daß man auch in einem konstitutionell-monarchischen Staat glücklich und zufrieden leben kann, wenn man weise und gerechte Gesetze hat; diese können wir jedoch nicht von den Fürsten erwarten, indem uns von dieser Seite schon öfters viel versprochen und wenig gehalten wurde, sondern die Gesetze muß sich einzig und allein das Volk machen, denn dazu hat es sich das Recht mit seinem theuern Herzblut erkauft, und diese Gesetze, welche aus dem Volke ohne allen Beirath und Beihülfe der Fürsten hervorgehen, wird eben dieses Volk, wie eine Mutter ihr neugebornes Kind, schützen, bewachen und pflegen, und wehe dem, der ihm sein theuerstes Kleinod zu verkümmern, oder zu entziehen versuchen würde. — Als vollziehende Gewalt in den einzelnen Staaten mag ein Fürst, oder Präsident an der Spitze stehen, dieses ist gleich viel, das deutsche Volk ist edel, das hat es seit dem März zur Genüge bewiesen, und wird einen weisen Vollzieher seiner sich selbst gemachten Gesetze eben so mit seinem Herzblut beschützen, wie dieses heilige Recht sich zu erkämpfen tausende mit ihrem Herzblut bezahlt haben. Diese sind nach meiner Ansicht die Grundsätze, die die äußerste Linke in das Auge gefaßt hat und die es mit Consequenz verfolgt; möchte Gott die Herzen aller Abgeordneten lenken, daß sie dasselbe Ziel verfolgen und bedenken, daß sie nicht von den Fürsten, sondern von dem Volk dahin gesandt sind, und daß ihnen dieses Volk seine heiligsten Interessen in die Hand gelegt hat, und nun mit Sehnsucht dem Tag entgegensieht, wo sie ihnen das bereits Erkämpfte in Form von Gesetzen zurückbringen! — Laßt euch nicht blenden durch vorgehaltene Ehrenstellen, denn es muß ein herzergreifendes Gefühl sein, für des Volkes Wohl zu kämpfen, und wenn sich jeder dieser Herren sagen kann, 40,000000 Menschen hast Du glücklich zu machen mitgeholfen, so ist dieses ein Gefühl, welches durch keine Stellung, und wäre sie auch noch so glänzend, bezahlt werden kann, wenn überhaupt eine Macht der Erde im Stande wäre, eine wie diese noch nicht dagewesene That zu vergelten.

Herr Dr. Krafft hat sich nicht klar ausgesprochen, zu welcher Partei er sich hält, noch für die Folge schlagen will, er meinte nur, man möchte in Gemeinschaft mit den Fürsten die zu gründende Executiv-Gewalt sowie die für Deutschlands Wohl zu gebenden Gesetze berathen, ist dieses seine innerste Ueberzeugung, so muß ich bedauern, daß er die Revolution, in der wir lebten und noch leben, nicht erkennen will, welches er dadurch an den Tag legte, daß er sagte, man dürfe das Alte nicht ganz bei Seite legen, weil es viel Gutes und Nützliches enthält, welches nur mit dem Neuen ergänzt werden darf.

Ich bin zwar auch der Meinung, daß mancher Stein von dem alten Gebäude verwendet werden kann und muß, allein dieses sei dem Volke überlassen, welches einzig und allein der Baumeister sein kann, daß es die guten Steine von den anhängenden Schlakken befreie, und zu dem Neubau benutze, dessen Grundfesten nichts mehr erschüttern soll; während

wir, wenn wir das Alte bloß ausbessern, nie zur Ruhe kommen, denn wer kann in diesen tausendwinklichen Gebäuden mit seinen Anhängseln alle schlechten entdecken und dauernd befestigen? Dieses Gebäude ist morsch in seinen Fundamenten, und wollen wir, daß Ruhe in Handel und Gewerbe kommen soll, so müssen wir kleinliche Interessen bei Seite setzen und einen Neubau beginnen, in dessen Gemächern die Luft für den Aermsten wie für den Reichsten gleich ist, und Ersterer sich nicht schon beklommen fühlt, wenn er nur deren Schwelle betritt.

Herr Dr. Krafft gibt zwar zu, daß man, im Fall die Fürsten das Wort nicht hielten, an das Volk appelliren könne, damit sich dieses auf dem einen oder dem andern Weg sein Recht verschaffe. Allein ich frage, wozu soll das nützen? Herr Dr. Krafft setzte durch diese Aeußerung selbst Mißtrauen in die Aufrichtigkeit der Fürsten. Warum auf einem Weg stehen bleiben, wo wir doch wieder, wenn sie es nicht gut meinen, weiter gehen müssen? Metternich's Wahlspruch war: Zeit gewonnen, Alles gewonnen! Der unsrige muß sein: Zeit verloren, Alles verloren! Daher nur keine Halbheiten, sie würden zu nichts führen, die Aufregung in Deutschland vielmehr steigern, und wer mag sagen, wie die Sonne nach jenem Abend aufgeht, wo das Volk sich in seinen gerechten Erwartungen von seinen Vertretern getäuscht sieht! Wohl allgemeinen Anklang fand die Bemerkung des Herrn Dr. Krafft, daß es nicht zeitgemäß sei, Personen aus einer Stadt zu entfernen, deren politische Ansichten mit denen einer gewissen Partei in Widerspruch ständen. Der Redner sagte ganz richtig, daß eben dadurch, daß verschiedene Parteien sich bilden und ihre politischen Ansichten aussprechen, politische Bildung im Volke befördert wird, und am Ende ein allgemeineres und richtigeres Urtheil in politischen Dingen sich fest stellt. Daß sich möglichst bald eine bestimmte politische Richtung im Volke kund geben möge, sei (fügte Herr Dr. Krafft ausdrücklich noch hinzu) von um so größerer Wichtigkeit, als dann das deutsche Parlament um so eher den Volkswillen kennen lerne.

Herr Bürgermeister Binder, der dieses gewiß gehört hat, indem er dicht neben der Rednerbühne stand, scheint von obiger Bemerkung des Herrn Dr. Krafft keine Notiz genommen zu haben. Oder glaubte er vielleicht, dieselbe nicht auf sich anwenden zu dürfen, indem er einen Redner, Herrn Seidenfärber Ziegler, abmahnte, die Rednerbühne zu besteigen? Vor diesem Redner suchte man bereits einen anderen Redner mit Gewalt von der Rednerbühne zurückzuhalten. Sind dieses die neuerrungenen Rechte, durch welche uns freie Meinungs-Aeußerung garantirt wird? — Kann sich der Vorstand der Stadt Nürnberg von der alten beliebten Heimlichthuerei noch nicht lossagen, daß er einen freien Staatsbürger seine Meinung nicht äußern lassen will, so bleibe derselbe in Zukunft von derartigen Versammlungen zurück, damit er wenigstens keinen Anlaß zu Aergerniß und Erbitterung giebt!

R.

Berichtigung.

In Nr. 20 des „freien Staatsbürgers" ist ein längerer Artikel enthalten, der sich mit dem hier neu gegründeten constitutionellen Verein beschäftigt. Ueber die Art und Weise, wie dieß geschehen, kann hier natürlich nicht ausführlicher gesprochen werden; eines aber muß berichtigend bemerkt werden, daß der Ausdruck „Gassenredner," der dem Verfasser jenes Artikels die Veranlassung darbot, seine Galle über den constitutionellen Verein zu ergießen, in der ersten Versammlung des Vereins nicht gebraucht wurde. Sämmtliche bei der zweiten Versammlung anwesende Mitglieder erklärten, von keinem Redner jenes Wort vernommen zu haben, ja sich auch keiner Gelegenheit zu erinnern, wo es hätte können gebraucht werden; dieselben erklärten überdieß sämmtlich, daß keiner auch im Einzelgespräch jenes Wort gehört habe. Man muß daher jene Angabe für eine Lüge erklären, wenn nicht etwa ein Mißverständniß, dieser jetzt allzeit fertige Nothhelfer, die Sache aufklären soll.

Der Ausschuß des constitutionellen Vereins.

Anzeige.

Gedruckt unter Verantwortlichkeit der Verleger von Wilhelm Tümmel.
Expedition bei Joh. Gg. Meyer, Plobenhof S. 823.

Der freie Staatsbürger.

Ein Volksblatt aus Franken.

№ 25. Nürnberg, 17. Juni. 1848.

Der „freie Staatsbürger" wird im nächsten Quartale zu erscheinen fortfahren, so sehr auch durch amtliche und nichtamtliche Thätigkeiten seine Existenz zu gefährden versucht wurde. Polizeiliche Willkür hat zwar den Redakteur, Dr. Gustav Diezel, aus Nürnberg verwiesen, allein derselbe wird dem von ihm in so guter Absicht gegründeten und der freien politischen Volksbildung gewidmeten Blatte doch auch aus der Ferne seine Kräfte zuwenden. Der „freie Staatsbürger" wird seiner entschieden demokratischen Farbe stets treu bleiben und von der Preßfreiheit immer den Gebrauch machen, den ihm sein Standpunkt auf dem Boden des Gesetzes gestattet. Das unverkümmertste Recht und das Wohl des Volkes in den natürlichsten und freisinnigsten Staatseinrichtungen suchend, wird die Redaktion nur solche Wege zur Auffassung des politischen Lebens einschlagen, auf welchen diese Güter zu finden sind. Wie bisher erscheint das Blatt jeden Dienstag, Donnerstag und Samstag und kann durch alle Postämter bezogen werden. Preis für das Vierteljahr 45 kr. Einrückungsgebühren 2 kr. für die Zeile. Einzelne Nummern kosten 3 kr.

Und doch Reaktion!

Es gibt viele Leute, welche die allenthalben sich regende Reaktion wirklich nicht sehen, viele gibt es aber auch, die sie nicht sehen wollen und Anderen es gerne glauben machen möchten, sie sey nicht vorhanden. Wenn wir die ersteren ob ihrer Blindheit bedauern dürfen, so müssen wir letztere verachten, denn sie sind es, welche unsere kurz erst erworbenen Freiheiten und Rechte, die dem Volke längst schon gebührt, aber von den Fürsten und ihren eigenliebigen Camarillen ihm vorenthalten wurden, gar zu gerne wieder entziehen oder doch wenigstens schmälern möchten. Blicken wir um uns, so zeigen sich fast in allen deutschen Ländern und Ländchen mehr oder minder scharf ausgeprägte Anzeichen solcher Reaktionsgelüste, zu deren Unterdrückung das Volk nicht wach und entschieden genug seyn kann. Das freie Assoziationsrecht, die entfesselte Presse und als Nachdruck für beide die Volksbewaffnung im größten Maasstabe stehen mit einem festen allsogleich zur That bereiten Willen in der vordersten Reihe der Mittel, welche gegen Reaktionsversuche augenblicklich in Anwendung zu bringen sind, um sie in ihrem Keime zu ersticken, ehe sie kräftigere Lebensansätze erhalten können. Wären die Berliner nicht so sehr auf ihrer Hut gewesen, so wäre vielleicht in aller Stille das Zeughaus seiner sämmtlichen Waffen beraubt worden, um dann mit einem Walde von Bajonetten gelegenheitlich eine absolutistische Visite zu machen und die Elemente zu beseitigen, die jetzt der königl. Autorität gar zu lästig vorkommen müssen. Wir wollen der Frage, warum denn Preußen seine Gränzen gen Osten hin so gar langsam besetze und befestige, (erst jetzt hören wir von dergleichen Bewegungen zu Gunsten des preußischen Territorialschutzes) keinen weiteren Spielraum geben, als dieselbe verdient, wir wollen es aber durchaus nicht widersprechen, daß zwischen dem Berliner und Petersburger Kabinette freundliche schwägerliche Noten gewechselt werden, die mit Volkssympathieen nichts zu thun haben; aber wir vertrauen auch dem deutschen Nationalhasse gegen die Russen so ganz und gar, daß der Czaar in Deutschland einen schweren Stand haben würde und glauben auch, daß in den Grundzügen der russischen Politik dieser Umstand nicht vergessen ist. Wollte man auf die Aufzählung von reaktionären Bestrebungen in den deutschen Staaten und Duodezländchen

näher eingehen, so fände man von den plumpen Anläufen in Oesterreich bis zu den Reuß-Greiz-Schleitz-Lobenstein'schen Winkelpröbchen herab Reaktionsgelüste und Versuche, sie auszuführen, mehr als genug. Namentlich wimmelt es in Bayern davon, wo die Polizei, die Bureaukratie und Bourgeoisie noch ihre goldnen Tage haben, wo der blau und weiße Partikularismus noch eine so große Rolle spielt und mit einem extra fein redigirten Verfassungsentwurf gegen die dem deutschen Volk zu vindizirende Oberherrlichkeit in die Schranken tritt; wo man Schriftsteller aus den Städten verweist, weil sie von dem Rechte der freien Meinungsäußerung wörtlich und schriftlich Gebrauch machten, wo man arme Schuhmachergesellen in Ketten und Banden wirft und zusammengeschlossen durch das Land transportirt, weil sie begehrten, was jedem Menschen von Gott und Rechts wegen zukommt, eine menschliche und keine hündische Behandlung. Wahrlich, könnte man ein Register von allen Streichen anfertigen, die täglich von den großen und kleinen Polizeityrannen in Bayern begangen werden, man würde staunen ob dieser Fülle und Manichfaltigkeit und es dem Herrn Arnold Ruge nicht so sehr verargen, daß er die Bayern „politische Heiden" genannt hat.

F. M.

Stimmen über die und aus der konstituirenden Versammlung zu Frankfurt.

Die hohe Nationalversammlung hat alle Besinnung verloren und rennt in ihrer Bestürzung rath- und taktlos umher, wie ein nervenschwaches Weib bei plötzlicher Feuersgefahr. Der Eine ruft den Frankfurter Senat, der Andere die hohen Potentaten um Schutz und Hülfe an. Der Dritte möchte alle Volksversammlungen verbieten und die Nationalversammlung in ein Corps Gensdarmerie verwandeln, der Vierte ermuntert zu einem heldenmüthigen Ausreißen nach Regensburg oder Wien (sic) und stellt diesen hochherzigen Akt mit dem Tage des Ballhauses zu Versaille zusammen — und uns sollte wundern, ob nicht noch ein Fünfter eine Deputation nach Petersburg oder Peking schickt, um von dem Czaaren oder dem Fürsten des Himmels Schutz für die deutsche konstituirende Versammlung zu erflehen. Und gegen wen bedarf die Versammlung dieses Schutzes? Gegen eine geringe Anzahl Republikaner, die als Abgeordnete der verschiedenen Vereine nach Frankfurt kommen, ohne irgend eine andere Waffe, als die der Ueberzeugung und des lebendigen Wortes. Das ist das Heer, von welchem die Versammlung ihre Zersprengung und Gott weiß was sonst noch fürchtet. So straft das böse Gewissen; es läßt nicht Rast noch Ruh und sieht überall Gespenster. Hätte die Versammlung irgend eine Ueberzeugung, irgend eine That im Sinne des souveränen Volkes aufzuweisen, sie würde mit solchen Waffen in der Hand Jedem furchtlos ins Angesicht schauen. Aber von einer Versammlung, die blos vom „Vertrauen zu Fürsten" und von Inkompetenzerklärungen lebt, konnte man ein männliches Verhalten, ein Feststehen auf eigenen Füßen nicht erwarten.

In der am achten Juni abgehaltenen Sitzung der konstituirenden Versammlung ließ sich ein gewisser v. Herr Radowitz aus Preußen folgendermaßen vernehmen: „Vor Allem muß man sorgen, daß die Versammlung nicht von Außen gestört werde; es existirt eine Partei in Deutschland, welche geglaubt hat, sie als Werkzeug ihrer anarchischen Bestrebungen gebrauchen zu können. Diese Partei hat von 1790 an bis zum 15. Mai 1848 schon existirt und ist die demokratische. Sie ruft stets: „nieder mit der Reaktion!" mit welchem Worte sie alle ihre Gegner bezeichnet, welche das gesetzlich Begründete nicht eher ausscheiden wollen, als bis sie dessen Unverträglichkeit mit den „höheren Gesetzen" erkannt haben. Diese Partei trachtet auch jetzt die Nationalversammlung in ihrer

segensreichen Thätigkeit zu stören und die Republik zu proklamiren, eine provisorische Regierung einzusetzen und Deutschland in zwei Theile zu theilen, wodurch natürlich der Bürgerkrieg hervorgerufen wird. Es ist darum die Pflicht der Versammlung gegen sich und Deutschland, solchen beabsichtigten Attentaten vorzubeugen und Truppen nach Frankfurt und in dessen Umgegend zu legen." (Ein donnernder Beifall der Rechten belohnte den Redner; Dahlmann, Gervinus, Mathy, Bassermann und Kerst dankten ihm jubelnd. Triumphirend begab sich Radowitz auf seinen Platz, einige katholische Pfaffen drückten ihm freundlichst die Hand, die Gallerien zischten, die Linke schwieg lächelnd, die Rechte jubelte. Wie kommt hier Saul unter die Propheten? Nächstens werden wir indeß lesen, daß der gezöhrte Redner den rothen Adlerorden vierter Klasse mit der Schleife und den Hohenzollern-Hechingen'schen Hausorden erhalten hat.)

Nürnberg, den 17. Juni.

Der konstitutionelle Verein, der sich offenbar als Gegengewicht dem politischen Verein gegenüber gebildet hat und die Freiheit mit gewissen oktroyirten Auffassungen behandelt, hat kürzlich in seiner Mitte eine Rede anhören müssen, die wohl manchem Mitgliede dieses Vereins nicht so recht zu Danke gesprochen seyn wird. Der Maler Friedrich Hahn hielt in der dritten Versammlung des konstitutionellen Vereins eine Rede, in deren Eingang er nachwies, daß es dem Verein Mühe kosten wird, sich Popularität zu verschaffen, daß ein großer Theil der Beamten statt zu vereinigen, nur erbittern, weil sie nicht selten die redlichsten Bestrebungen gut gesinnter Bürger, welche die Zeit erfassen, als zweideutig oder gar gefährlich hinstellen und so ganz gute Kräfte dem Staate entziehen wollen. (Mit diesem Passus ist wohl der politische Verein gemeint, mit dessen Gesinnungen und Bestrebungen Herr Hahn also einverstanden seyn wird.) Der Redner verbreitet sich weiter über die Brutalität mancher Polizeibeamten (womit man gleichfalls stimmen muß) und spendet dann dem Könige ein gerechtes Lob, daran anknüpfend, daß einseitige Auffassungen und Mißgriffe der Beamten dem Monarchen durchaus nicht Nutzen bringend seyn können. „Eben deßhalb," so schließt die Rede, „erhebe ich aus Liebe zu unserm allverehrten König, der nur Wahrheit und Recht will, die Stimme und fordere meine verehrten Mitbürger auf, gegen jede Gewaltthätigkeit aufzutreten; denn in dieser liegt die Wurzel alles Uebels, durch diese sind die gegenwärtigen Wirren, ist das unendliche Mißtrauen hervorgerufen worden; durch das Auftreten gegen Gewaltthätigkeit wird unser Verein Vertrauen bekommen und mit dem Vertrauen Wirksamkeit.

Diesem Grundsatz gemäß habe ich mich zunächst über die Ausweisung des Herrn Dr. Diezel zu beschweren. Die Gründe zu derselben sind, wie bekannt, nichts weniger als ausreichend und das bekannt gegebene Erkenntniß ist blos eine maskirte Gewaltthat.

Hat Dr. Diezel gegen das Gesetz gefehlt, so unterstelle man ihn seinem ordentlichen Richter.

Denselben aber blos auszuweisen, während sein Blatt hier doch fort im Drucke erscheint, ist eine Maßregel, die nicht gerechtfertigt werden kann. Hat Diogenes in einem Fasse leben können ohne Austern, Trüffelpasteten und Champagner, kann ein bayerischer Soldat mit 8 Xr. des Tages leben, so ist jedenfalls auch die hinlängliche Subsistenz des Dr. Diezel hiemit nachgewiesen!!!"

Diese Ausweisungsgeschichte Diezel's die wohl Niemand gut heißen kann, der dem Rechte und der Gesetzlichkeit offen in's Auge sieht, wird noch lange Gegenstand des herbsten Tadels bleiben und hat bereits der Nürnberger Polizei in bayerischen, (auch in der Augsb. Allg. Ztg.) und andern deutschen Blättern, den Vorwurf der Rechtsübertretung zugezogen. Etwas ist aber in der fatalen Angelegenheit immer noch

nicht zur Sprache gekommen: daß der Magistrat von mehreren Vorstellungen hiesiger Bürger und Einwohner nicht die geringste Notiz genommen hat. Wenn an Jemand ein Brief gerichtet wird, sey es von wem immer, so verlangt es die Sitte und der Brauch, daß er Antwort erhalten muß, der Magistrat scheint sich aber über diese ganz gewöhnlichen Regeln des Anstandes hinweggesetzt zu haben, wahrscheinlich, weil er als Behörde andere Begriffe von diesen Dingen haben zu dürfen glaubt; allein das soll einmal nun und nimmermehr seyn in unsern Tagen, wo das Volksbewußtseyn kräftig erwacht ist und jede Nichtachtung billiger Forderungen und sozicialer Gerechtsame, um die es sich in diesem Falle handelt, ernstlich verbeten werden müssen. Wenn dem Magistrate gerade nicht willkommen erscheinende Adressen mir nichts, dir nichts ad acta gelegt werden, wo nicht gar Papierkorb- oder Fidibus-Schicksale erleiden müssen, so ist das jedenfalls öffentlich zu rügen und man muß sich mit aller Zuständigkeit gegen solches Verfahren, für das wir nur den Namen der Willkür haben, stemmen, denen ein lasses Schweigen darüber könnte leicht zu andern Consequenzen von Seite des Magistrats führen.

Die Abgeordneten der Demokratenvereine haben in Frankfurt schon einige Versammlungen gehalten. Die Anrede in der am 15. d. M. gehaltenen war: Bürger, Republikaner! Ein Heidelberger stellte den Antrag, die Nationalversammlung aufzufordern, sogleich Hecker einzuberufen, was unter stürmischer Akklamation angenommen wurde. Ein Wiener erzählte, daß auf dem Wartburgsfeste eine ähnliche Petition rücksichtlich Hecker's (Vertrauensvotum) beschlossen wurde. Ein Bericht lautete dahin, Hecker habe die Parlamentswahl angenommen. Unter den Städten, welche zum Sitz eines Centralausschusses erkoren sind, befindet sich auch Bamberg.

Lesefrüchte.

Die Seele entstammt dem reinsten und klarsten Reiche der Freiheit, deßhalb folgt sie auch, in dem menschlichen Körper gefangen, dem fortwährenden Zuge der Sehnsucht nach ihrem heiligen Vaterlande. Alle daher, die sie an dieser Sehnsucht hindern, oder ihr dieselbe verkümmern wollen, begehen die schändlichste Sünde, ein Verbrechen an dem Seelenleben des Menschen.

Auf die Frage: Was ist Republik? gab es vor Franklin und Washington eine Menge Antworten. Seitdem der nordamerikanische Freistaat dieser Regierungsform eine ganz eigenthümliche Bedeutung, einen ganz besonderen Glanz beigelegt hat, giebt es wohl für dieses Wort nur noch Einen Begriff, für die Frage: Was ist Republik? nur noch Eine Antwort: Es ist die äußerste Anwendung des Princips der Selbstregierung.

Anzeigen.

Erwiderung.

Der Verfasser des Artikels „der Gassenredner" in Nr. 20 des „freien Staatsbürgers" erklärt auf die in Nr. 24 d. Bl. enthaltene Berichtigung ganz einfach: daß der Ausdruck „Gassenredner" im konstitutionellen Verein gebraucht wurde, ist mir aus guter Quelle mit Anführung von **drei** Zeugen mitgetheilt worden. Diese Zeugen haben, das bin ich überzeugt, nicht gelogen und die Mißverständnisse sind auf Seite der demokratischen Partei bis jetzt noch nicht zu suchen gewesen.

G. D.

Die Nummern 1 und 2 des »freien Staatsbürgers« welche das Programm und die Statuten des Nürnberger politischen Vereins enthalten, sind à 2 kr. für beide Nummern in der Expedition (Plobenhof S. 823. bei Herrn Joh. Georg Meyer) zu haben.

Gedruckt unter Verantwortlichkeit der Verleger von Wilhelm **Tümmel**.
Expedition bei Joh. Gg. **Meyer**, Plobenhof S. 823.

Der freie Staatsbürger.

Ein Volksblatt aus Franken.

№ 26. Nürnberg, 20. Juni. 1848.

Der „freie Staatsbürger“ wird im nächsten Quartale zu erscheinen fortfahren, so sehr auch durch amtliche und nichtamtliche Thätigkeiten seine Existenz zu gefährden versucht wurde. Polizeiliche Willkür hat zwar den Redakteur, Dr. Gustav Diezel, aus Nürnberg verwiesen, allein derselbe wird dem von ihm in so guter Absicht gegründeten und der freien politischen Volksbildung gewidmeten Blatte doch auch aus der Ferne seine Kräfte zuwenden. Der „freie Staatsbürger“ wird seiner entschieden demokratischen Farbe stets treu bleiben und von der Preßfreiheit immer den Gebrauch machen, den ihm sein Standpunkt auf dem Boden des Gesetzes gestattet. Das unverkümmertste Recht und das Wohl des Volkes in den natürlichsten und freisinnigsten Staatseinrichtungen suchend, wird die Redaktion nur solche Wege zur Auffassung des politischen Lebens einschlagen, auf welchen diese Güter zu finden sind. Wie bisher erscheint das Blatt jeden Dienstag, Donnerstag und Samstag und kann durch alle Postämter bezogen werden. Preis für das Vierteljahr 45 kr. Einrückungsgebühren 2 kr. für die Zeile. Einzelne Nummern kosten 3 kr.

Der Frankfurter Demokraten-Congreß.

Zu dem in Frankfurt festgesetzten Congreß der Abg. der demokratischen Vereine Deutschlands hatten sich am 14. Juni 150—160 Männer eingefunden. Aus Berlin, rc. und einigen andern deutschen Städten, kamen noch weitere Abgeordnete am 14. und 15. An letzterem Tage erschienen auch noch zwei Männer, Dr. Schütte und Betzberger, wenn gleich nicht als Abgeordnete eines demokratischen Vereins. Sie kamen vielmehr von der Wartburg, wo sie der Studentenversammlung angewohnt hatten. Sie wurden in der Demokratenversammlung mit lautem Jubel empfangen.

Der Congreß deutscher Demokraten wird in der Geschichte der deutschen Revolution jedenfalls Epoche machen. Das Princip, welches bestimmt ist, ein neues Deutschland zu schaffen, wurde hier scharf und entschieden festgestellt, die demokratischen Kräfte Deutschlands machten sich geltend; und soviel ist gewiß, der demokratische Congreß ist in seinen Verhandlungen praktischer und würdevoller zu Werke gegangen, als das Parlament, welches bisher nur geschwatzt und Geld für eine deutsche Flotte votirt hat.

In den Vorberathungen zwar hatte es den Anschein, als wollte auch in dem Congreß über lauter Reden und Antragstellen die Sache selbst verabsäumt werden. Das änderte sich aber schnell, und am 14. und 15. wurde in den Sitzungen sehr viel geleistet.

Gegenstand einer Vorberathung am 13., unter dem Vorsitz des Bürgers Julius Fröbel, war die Begrenzung der Zulassung zum Congreß. Eine gewisse Begrenzung mußte da sein, bloß solche aber zuzulassen, welche ein schriftliches Mandat eines demokratischen Vereins hätten, erschien unstatthaft weil undemokratisch. Man einigte sich nach langem Debattiren dahin, daß eine Commission ernannt würde, um die Anmeldungen zu prüfen und, nach Gutdünken, von den Angemeldeten bis zu einem Drittel der Anzahl der eigentlichen Delegirten zuzulassen.

Am 14. früh fand noch eine Vorberathung statt. Hier wurde das Bureau gewählt. Bürger Fröbel wurde zum Präsidenten, der Bürger Bayrhoffer zum Vicepräsidenten, die Bürger Kapp, Bamberger, Herzberg und Berger zu Schriftführern ernannt. Für Bamberger trat später Bürger Hörfel ein. Nach Ernennung des Bureaus erklärte der Präsident die Versammlung für constituirt. Es wurde nun auf der Stelle

zu Formulirung des Princips der Versammlung übergegangen. Bürger Gottschalk aus Cöln schlug folgende Fassung vor: Die für das deutsche Volk noch einzig mögliche Verfassung ist die demokratische Republik d. h. diejenige Verfassung, in welcher die Gesammtheit die Verantwortlichkeit für die Freiheit und Wohlfahrt des Einzelnen übernimmt. In dieser Fassung erregte namentlich das Wort „mögliche" Anstoß, denn es wurde nicht ohne Grund bemerkt, es dürfte uns vielleicht bewiesen werden, daß noch ganz andere Verfassungen für Deutschland „möglich" seien. Mehr jedoch als dieser Ausdruck mißfiel die Art und Weise, wie Bürger Gottschalk seinen Antrag aufrecht zu erhalten suchte. Gottschalk, ein klarer und scharfer Verstand, ein gewandter und logischer jedoch keineswegs warmer Redner, trat förmlich terrorisirend auf, erklärte seinen Antrag auf der Stelle zurückziehen zu wollen, sobald an der Fassung etwas geändert, ja sobald nur eine Commission zur Prüfung desselben niedergesetzt würde. Wenn er die Niedersetzung einer Commission für der Versammlung unwürdig erklärte, weil sich dieselbe dadurch freiwillig einer Bevormundung unterwerfe, so wurde ihm mit Recht entgegnet, durch die Art und Weise seines Auftretens wolle er die Versammlung mehr bevormunden, als eine Commission es je vermöchte. Da die Versammlung immer lebhafter wurde und doch noch keine öffentliche war, auch die Zeit der Parlamentssitzung heranrückte, so wurde beschlossen, die Verhandlung über die Principienfrage in der ersten öffentlichen Sitzung vorzunehmen, und es wurde diese auf Nachmittags 4 Uhr festgesetzt. Um diese Stunde trat der Congreß im Saale des deutschen Hofs zusammen, wo die Gallerien wie der Rest des Saales von Zuhörern dicht besetzt waren. Hier begann die Verhandlung über die Feststellung des Princips aufs Neue. Es waren zwei Schattirungen bemerkbar: 1) solche, welche die Republik (denn daß die Republik die einzig mögliche Form der Demokratie sei, darüber war Alles einig) vorzugsweise als eine sociale d. h. als eine solche betrachten, welche von vornherein mit einer Umgestaltung der materiellen und geistigen Lage der bisher gedrückten Klassen verbunden sein muß; 2) solche, welche zunächst die politische Befreiung des Volks, also die Republik anstreben, ohne jetzt schon sociale Fragen einzumischen, welche aber nach Ergänzung dieses ersten Zieles sofort auch die sociale Frage zur Hand zu nehmen entschlossen sind. Im Laufe der Verhandlung stellte sich nun allerdings heraus, daß beides schwer zu trennen, daß die politische Befreiung die sociale Umgestaltung nothwendig sogleich mit sich führen müsse. Auf der andern Seite waren bis jetzt wenigstens die Socialisten klug genug, nicht mit speziellen socialistischen Wirren hervorzutreten, die, wie ich glaube, bei der Mehrheit der Versammlung kein Glück machen würden. Das Princip wurde in der Fassung des Bürgers Gottschalk angenommen, mit der einzigen Aenderung statt „möglich" „haltbar." Bürger Gottschalk trat nun, nachdem das Princip aufgestellt war, mit einem zweiten Satze hervor, durch welchen der Revolutionszustand Deutschlands scharf und einschneidend ausgesprochen sein sollte. Der Satz lautete: „Es gibt in diesem Augenblick in Deutschland keine gesetzliche Behörde." Dieser namentlich gegen das Parlament, welches Gottschalk, wie aus mehrern Aeußerungen hervorging, principiell zu negiren scheint, gerichtete Satz fiel mit Glanz durch. Ein weiterer Antrag betraf nunmehr den Hauptzweck des Congresses, die Organisation und Centralisation der demokratischen Vereine in ganz Deutschland. Es wurde zur Vorlage eines Entwurfs in dieser Beziehung eine Commission ernannt, die am folgenden Tag Bericht zu erstatten beauftragt wurde.

Am 15. trat der Congreß früh 8 Uhr zusammen, war thätig bis gegen 1 Uhr, versammelte sich Nachmittags wieder und ging erst um 8 ½ Uhr Abends auseinander. Gegenstand der Berathung war der Commissionsbericht, den der Bürger Gottschalk erstattete. Er schlug ein Centralcomité von 3 Personen vor,

die von der Versammlung ein „souveränes Mandat" erhalten sollten, um von Berlin aus die demokratischen Vereine in ganz Deutschland zu leiten. Das „souveräne Mandat," dann einige vielleicht unvorsichtig gebrauchte Ausdrücke schienen auf eine „Diktatur" hinzuweisen, und zwar glaubte man zu bemerken, daß die Commission mehr beabsichtige, als ein bloßes geschäftsführendes und correspondirendes Comité. Auch mißfiel der Ort Berlin. Es wurde der Antrag gestellt, vor allen Dingen die Befugnisse der Centralcommission festzustellen. Dieser Antrag ging durch. Es wurden diese Befugnisse nach einem zum Theil amendirten Vorschlag des Bürgers **Kriege** festgestellt. Hiernach hat die Commission die Befugniß, die Correspondenz der Vereine zu leiten, und in ausserordentlichen Fällen einen demokratischen Congreß einzuberufen. Auch läßt sie das Wichtigste aus der Correspondenz durch die Presse veröffentlichen. Soweit gelangte man Vormittags. Des Nachmittags wurde zuerst auf Antrag eines Badensers beschlossen, eine Eingabe an das Parlament um schleunige Einberufung des in Thiengen gewählten Friedrich Hecker einzureichen. Dieser Antrag wurde mit ungeheuerem Jubel begrüßt und einstimmig angenommen.

Ich muß bei dieser Gelegenheit bemerken, daß der Name Hecker in dieser Gegend ein eigentliches Symbol ist. Man darf seinen Namen an einem öffentlichen Ort nur aussprechen, und sogleich erschallt ihm aus 100 Kehlen ein Hoch. Die Kinder auf den Straßen singen:

Maikäfer flieg:
Der Hecker ist im Krieg,
Der Struve ist im Oberland
Und macht die Republik bekannt.
Vivat hoch!

Die Schilderhebung der badischen Republikaner hat Hecker zu einer wahren Macht im Volke gemacht. Eine Rückkehr Heckers nach Frankfurt wäre ein welthistorisches Ereigniß. Seine Verhaftung eine Unmöglichkeit. Das Volk fühlt, wie sehr Hecker im Parlamente fehlt. Dieses hat in seiner großen Mehrheit allen Credit im Volke verloren. —

Die Eingabe wurde erst in einer zweiten Fassung angenommen. Ich werde dieselbe später senden. Es kam sodann der Ort zur Sprache, wo das Centralcomité seinen Sitz haben sollte. Da gegen Frankfurt sehr viel geltend gemacht werden konnte und dieser Ort von den Frankfurtern selbst nicht einmal mit Wärme empfohlen wurde, da ferner der Leipziger selbst gegen Leipzig protestirte, so wurde Berlin als Centralort angenommen. Sodann wurde beschlossen, daß das Comité aus 3 ständigen Mitgliedern bestehen sollte, das in Berlin aus den dortigen demokratischen Vereinen sich mit 2 Mitgliedern ergänzen sollte. Für ihren Unterhalt wurde eine Liste zur Unterzeichnung aufgelegt, nachdem zuvor geltend gemacht worden war, daß bis zum Oktober, wo ein neuer Congreß Statt finden soll, wenigstens 500 Thlr. nöthig sein werden. — Die Commission wird durch schriftliches Skrutinium gewählt werden. —

Soviel für heute. Es ist zu erwarten, daß der Congreß längstens am 16. d. M. sein Ende erreicht. Ein Manifest an die deutsche Nation wird ohne Zweifel noch beschlossen werden. Sobald ich Zeit habe, ein Näheres!

G. D.

Verzeichniß

der bis zum 14. Juni 1848 eingezeichneten Mitglieder des deutschen demokratischen Congresses in Frankfurt am Main.

Erster Vorsitzender: 1) Fröbel, Julius aus Griesheim in Schwarzburg-Rudolstadt, Abg. des Vaterl. Vereins in Frankfurt.

Zweiter Vorsitzender: 2) Bayrhoffer, Carl Theodor aus Marburg, Abg. des demokr. Vereins.

Schriftführer: 3) Kapp, Friedr. aus Hamm in Westphalen, Abg. des Vat.-Ver., in Frankfurt u. des Arb.-V. in Hamm. 4) Bamberger, Ludwig aus Mainz, Abg. des dem. Vereins. 5) Herzberg, Theod. aus Pr. Minden. 6) Berger, Adolph, Abg. des demokr. Vereins aus Heidelberg.

7) Adler, A. aus Worms. 8) Adler, D. H. Abg. der Turngemeinde aus Frankfurt. 9) Althaus, Theod.

aus Detmold. 10) Andriano, Abg. des dem. Vereins in Heidelberg. 11) Anneke, Friedrich Abg. des Arbeitervereins in Cöln. 12) Bacharach, Abg. des Bildungsvereins in Mainz. 13) Baumann, Abg. des Vaterl.-Ver. in Idstein. 14) Beck, Max Abg. des Volkslese-Ver. in Darmstadt. 15) Becker, August Abg. des Bürgerbunds in Biedenkopf. 16) Beckhausen, Andreas Abg. des Arb.-Ver. in Cöln. 17) Bernstein, Julius Abg. des Bild.-Ver. in Odernheim. 18) Betzenberger, Carl aus Marburg. 19) Bleibtreue G. Abg. des Arb.-Ver. in Bonn. 20) Brand II., Mich. Abg. des Bild.-Ver. in Darmstadt. 21) Breidenbach, Otto Abg. d. Volkslese.-V. in Darmstadt. 22) Bürgers, Heinr. Abg. des Demokr.-Ver. in Cöln. 23) Buß, C. Abg. der Turngm. in Offenbach. 24) Carriere, Moriz aus Gießen. 25) Cluß, Abg. des Bild.-Vereins in Mainz. 26) Cramer, Carl, Abg. des Demok.-Ver. in Cöln. 27) Cron, Heinr. Abg. des Arb.-Ver in Trier. 28) Dänzer, Abg. des Demok.-Ver. in Carlsruhe. 29) Dietz, Otto Abg. d. Arb.-Ver. in Wiesbaden. 30) Diezel, Abg. des polit Ver. in Nürnberg 31) Dielger, Abg. d. Vaterl.-Ver. in Idstein. 32) Dittel, Jos. Abg. des Arb.-Ver. in Heilbronn. 33) Dittmar I., Abg. d. Volksver. in Darmstadt. 34) Eberhardt, W. Abg. d. Bürgerv. in Oppenheim. 35) Eckhardt, C. Abg. des Volksv. in Frankenburg. 36) Encke jun., Abg. des Dem.-Ver. in Frankfurt a. M. 37) Essellen, Ch., Abg, des Arb.-V. in Höchst u. Frankfurt. 38) Feder, Otto, Abg. d. Volkslesev. in Darmstadt. 39) Feuerbach, Ludw. aus Bruckberg. 40) Freiligrath, Ferd. Abg. d. Volksll. in Düsseldorf. 41) Friedensburg, H. Abg. d. demokr. Ver. in Breslau. 42) Frost, Abg. d. Arb.-V. in Frankfurt. 43) Gottschalk, Andr. Abg. des Arb.-V. in Cöln. 44) Graf. Jak. Abg. der Turngem. in Frankfurt. 45) Graefe, Abg. des Arbeit.-Ver. in Wiesbaden. 46) Großmann, A. Abg. des Arb.-V. in Höchst. 47) Grün, Carl Abg. d. Demok.-V. in Trier. 48) Habicht, aus Marburg. 49) Hahn, Abg. d. Arb.-V. in Höchst. 50) Hagen, Lamb. Abg. des Demok.-V. in Cöln. 51) Hain, Abg. d. Demok.-V. in Schweidnitz. 52) Happel, Heinr. Abg. d. Demok.-Cl. in Mannheim. 53) Herrmann, Georg Abg. d. Demok.-V. in Hanau. 54) Heinkelmann, aus Bamberg. 55) Hinkel, Fritz aus Marburg. 56) Hinkel, Abg. d. Demok.-V. in Marburg. 57) Hirsch, Mich. Abg. d. Turng. in Offenbach. 58) Hitzfeld, Abg. d. Demok.-V. in Mainz. 59) Hörsel, Abg. d. Vaterl.-V. in Frankfurt a. M. 60) Hoyol, Abg. d. Demok.-V. in Breslau. 61) Joost, Wilh. Abg. d. Bürg.-V. in Oppenheim. 62) Jung, Abg. d. Vat.-V. in Waldkdorf. 63) Kalmann, Abg. des Demok.-V. in Heilbronn. 64) Kammfried, Abg. des Demok.-V. in Bonn. 65) Kammerer, Abg. d. Nation.-V. in Zürich. 66) Kämmerer, Abg. d. Arb.-V. in Hanau. 67) Koßmann, C. aus Marburg. 68) Kick, Gb. Abg. d. Arb.-V. in Leipzig. 69) Knorr, Jul. aus München. 70) Knorr, Ludw. aus München. 71) Körber, C. Abg. des Demok.-V. in Tauberskeim. 72) Kräntzel aus Worms. 73) Krieger, Herm. Abg. d. Demok.-V. aus New-York. 74) Krauß, Abg. d. Bild.-V. aus Stuttgart. 75) Kumberger, Abg. des Arb.-V. in Frankfurt a. M. 76) Kunz, Peter Abg. d. Arb.-V. in Höchst. 77) Lachmann aus London. 78) Ladomus, Abg. d. Bild.-V. aus Mainz. 79) Lafaurie, Abg. des Demok.-V. aus Jena. 80) Lampmann, Abg. d. Demok. V. aus Marburg. 81) Lanzano, F. J., Abg. d. Demok. V. in Carlsruhe. 82) Laske, Abg. d. Bild.-V. in Mainz. 83) Lautenschläger, Abg. des Turnerv. in Hanau. 84) Lehmann, Louis, Abg. d. Arb.-V. in Bonn. 85) Lesaulnier, C. aus Breisig (Rheinpreußen.) 86) Levita, aus Heidelberg. 87) Letzeisen, W. Abg. des Arb.-V. in Heidelberg. 88) Lindner, Abg. d. Arb.-V. in Marburg. 89) Löwenstein, Heinr, Abg. d. Arb.-V. in Frankfurt a. M. 90) Ludolph, K. Abg. des Arb.-V. in Marburg. 91) Luening, Otto Abg. d. Dem.-V. in Bielefeld. 92) Lundenbein, Abg d. Polit.-V. in Nürnberg. 93) Mangold, L. aus Eßlingen. 94) Marle de von Hamm. 95) Martell, Abg. d. Volksv. in Darmstadt. 96) Matty, P. Abg. d. Dem.-V. in Freilaubersheim. 97) Metternich, G. aus Mainz. 98) Meyer, Julius Abg. d. Dem.-V. in Bielefeld. 99) Montigny, von Frankfurt a. M. 100) Morstadt, aus Heidelberg. 101) Neffen, Abg. d. Dem.-V. in Heilbronn. 102) Ohly, Carl aus Darmstadt. 103) Orb, Joh. Abg. d. Dem.-V. in Westhofen. 104) Orth, M. Abg. d. Bürg.-Com. zu Michelstadt. 105) Pellissier, Joh. Abg. d. Turnvororts in Hanau. 106) Pelz, E. Agb. d. Arb.-V. in Frankfurt a. M. u. Höchst. 107) Pöhler, Abg. d. Bild.-V. in Stuttgart. 108) Port, Abg. d. Vaterl.-V. in Frankfurt a. M. 109) Preen, Abg. von Dassel. 110) Raab, C. L., von Frankfurt a. M. 111) Rau, G. Abg. d. Dem.-V. in Stuttgart. 112) Rauh, H., Abg. d. Dem.-V. in Hanau. 113) Reichard, L. Abg. d. Dem.-Clubb in Mannheim. 114) Reichard, L. Abg. v. Nagold. 115) Rempel, Abg. d. Dem.-V. in Bielefeld. 116) Reutler, G. Abg. d. Dem.-V. in Frankfurt a. M. 117) Reprot, L. Abg. d. Bürg.-Gem in Michelstadt. 118) Riedling, K. Abg d. Dem.-V. in Heilbronn. 119) Röe, H. Abg. d. Dem.-Clubb in Mannheim. 120) Rose, Abg. d. Dem.-V. in Jena. 121) Renge, J. Abg d. Dem.-V. in Breslau. 122) Rellmann, C. Abg. d. Dem.-V. in Friedberg. 123) Rupprecht, G. Abg. d. Bürg.-V. in Kirchheimbolanden. 124) Sauerländer, Abg. d. Dem.-Clubbs in Mannheim. 125) Schaaff, Abg. d. Dem.-Clubs in Heidelberg. 126) Schäffer, Abg. d. Vaterl.-V. in Frankfurt a. M. 127) Schapper, Abg. d. Arbr.-V. in Wiesbaden 128) Scheuermann, Abg. des Dem.-V. in Heilbronn. 129) Schiff, M. Abg. d. Vaterl.-V. in Frankfurt a. M. 130) Schmidt, Chr. Abg. d. Arb.-V. in Offenbach. 131) Schmidt, B. Abg. d. Dem.-V. in Marburg. 132) Schmidtmann, Joh Abg d. Volks-V. in Frankenberg. 133) Schnake, T. Abg d. Volks-Clubs in Düsseldorf. 134) Scholl, Abg. d. Dem.-V. in Heidelberg 135) Schöppler, E. Abg des Dem.-Ver. in Mainz. 136) Schwarz, Abg. des Ar.-V. in Mainz. 137) Siegfrieden, A. Abg d. Volks-V. in Darmstadt. 138) Snell, C. Abg. d. Volks V. in Braubach. 139) Sommer, A. Abg. d. Dem.-V. in Heidelberg. 140) Spanier, H. Abg d. Arb.-V. in Cöln. 141) Sponagel, Joh. Abg d. Dem.-V. in Westhofen, 142) Stephan, Abg. d. Turng. in Frankfurt. 143) Steuerwald, C. Abg. d. Arb.-V. in Offenbach. 144) Steudel, C. Abg. d. Polit.-V. in Nürnberg. 145) Strecker G. Abg. d. Dem.-V. in Mainz. 146) Stumpf, Abg. d. Arb.-V. in Mainz. 147) Theobald, F. Abg. d. Dem.-V. in Hanau 148) Tielmann, G. Abg d. Bürg.-V. in Kirchheimbolanden. 149) Uckermann, C. Abg. d. Bürg.-V in Marburg. 150) Unna, Abg. d. Arb.-V. in Hanau. 151) Vischer, Abg. d. Arb.-V. in Nagold.

Gedruckt unter Verantwortlichkeit der Verleger von Wilhelm Tümmel.
Expedition bei Joh. Gg. Meyer, Plobenhof S. 823.

Der freie Staatsbürger.

Ein Volksblatt aus Franken.

№ 27. Nürnberg, 22. Juni. 1848.

Der „freie Staatsbürger" wird im nächsten Quartale zu erscheinen fortfahren, so sehr auch durch amtliche und nichtamtliche Thätigkeiten seine Existenz zu gefährden versucht wurde. Polizeiliche Willkür hat zwar den Redakteur, Dr. Gustav Diezel, aus Nürnberg verwiesen, allein derselbe wird dem von ihm in so guter Absicht gegründeten und der freien politischen Volksbildung gewidmeten Blatte doch auch aus der Ferne seine Kräfte zuwenden. Der „freie Staatsbürger" wird seiner entschieden demokratischen Farbe stets treu bleiben und von der Preßfreiheit immer den Gebrauch machen, den ihm sein Standpunkt auf dem Boden des Gesetzes gestattet. Das unverkümmertste Recht und das Wohl des Volkes in den natürlichsten und freisinnigsten Staatseinrichtungen suchend, wird die Redaktion nur solche Wege zur Auffassung des politischen Lebens einschlagen, auf welchen diese Güter zu finden sind. Wie bisher erscheint das Blatt jeden Dienstag, Donnerstag und Samstag und kann durch alle Postämter bezogen werden. Preis für das Vierteljahr 45 kr. Einrückungsgebühren 2 kr. für die Zeile. Einzelne Nummern kosten 3 kr.

Ein echt deutscher Brief.

Friedrich Hecker, der von der reaktionären Seite so vielfach geschmähte Volksmann, hat namentlich in Südteutschland so viele Sympathien für sich, daß schon der bloße Name desselben genügt, Begeisterung der höchsten Art für ihn zu erwecken. In seinem Vaterlande wurde er mehrere Male zum Abgeordneten für das teutsche Parlament gewählt und wenn auch die Verhältnisse in demselben bisher nicht so ansprechend für ihn erscheinen mögen, daß er dieser Wahl Gehör schenkt, so hat er doch einen Brief an das Parlament richten zu müssen geglaubt, in welchem die merkwürdigsten Aufschlüsse über die gegenwärtige teutsche Politik enthalten sind. Dieser Brief lautet seinem ganzen Inhalte nach wie folgt:

Ein verzerrteres Bild vollständiger Rathlosigkeit und planlosen Umhertappens, als Teutschland gegenwärtig darbietet, kann es nicht geben, und dennoch liegen so gewaltige Kräfte offen zur Hand, um unser Volk zu einem furchtbaren Volkskörper zu gestalten; aber Niemand wagt es, die deutsche Revolution mit den Mitteln der Revolution zur Gestaltung zu bringen; nutzlos lodert die energische Volkskraft in einzelnen Demonstrationen auf; die Partei, welche sich anmaßt, die Majorität zu vertreten, führt Land und Volk dem Verderben, führt sie einer polnischen Theilung zu. Diese feigen Doktrinärs haben es bereits so weit gebracht, daß Teutschland an den freien Völkern keinen Freund hat, daß es verachtet zu werden beginnt, während Russen und Skandinavier, im geheimen festen Bunde mit den Fürsten, lauernd an den Thoren stehen, um heute oder morgen über das planmäßig in Agonie gehaltene Volk herzufallen und einen racheschnaubenden Despotismus einzusetzen. —

Beleuchten wir nun diejenigen, welche das Siechthum der Nationen bewußt oder unbewußt sich als Aufgabe gesetzt haben, jene Partei, welche die Republikaner Anarchisten und Raubgesindel heißt, sich aber als den Ausdruck des Volkswillens proklamirt.

Es ist jene Partei, welche in der Presse die deutsche Zeitung, in der Nationalversammlung die Majorität, im Volke den wackeligen Sitz des „Fortschritts auf gesetzlichem Wege" eingenommen hat.

Ihre Rath- und Thatlosigkeit spricht sich nirgends klarer aus, als in ihrem Organe, der deutschen Zeitung, weil dort alle ihre Wasserrinnen zusammenlaufen. Durch alle ihre jüngsten Nummern geht nichts als ein Greinen, Lamentiren, untermischt mit Fluchen und Schimpfen, aber nicht ein energischer, das Volk in Mark und Bein packender Vorschlag, dem es zujauchzt, weil er ihm eine rettende That in Aussicht stellt, es zur Handlung, zur Rettung seiner selbst erhebt.

Jene Partei legt uns ganz klar auseinander, daß

ein verrätherischer Fürstenbund, den halbasiatischen Russen an der Spitze, bestehe, und will mit Fürsten auf dem Wege der Unterhandlung einen Volksstaat schaffen.

Sie weiß es, daß in London eine Verschwörung gegen das Volk brütet, in welcher der Prinz von Preußen, Metternich, Guizot, die Gesandten von Rußland, Neapel, Bayern, Hannover und andere das Gift des Volkstodes kochen, und Robert Peel in charmanten Besuchen empfangen oder angehen, und sie liebäugelt und streichelt die Monarchie und geht über die Mainzer Blutscenen zur Tagesordnung, um Preußen und das preußische Gouvernement mit seinem Prinzen von Preußen nicht zu kränken; sie ist an jenes Preussen verschrieben, welches sich ausserhalb des Volkes in Preußen und Teutschland stellte, welches wieder dieselbe Rolle gegen das teutsche Volk spielt, die es spielte vom Basler Separatfrieden bis zur Schlacht bei Jena. — Sie will mit den Fürsten unterhandeln.

Wie ein heulender Polizist denuncirt sie heute die republikanische Presse, die demokratischen Vereins- und Massebestrebungen, morgen den Soldatenungehorsam; heute will sie Volksbewaffnung, morgen heißt sie es gut, daß die Mainzer Bürgerschaft entwaffnet bleibe; bald preist sie das Kleinod der freien Presse, und kurz hinterher wüthet sie gegen die radikal-republikanischen Blätter und sanctionirt in Mainz die Censur — denn sie will noch mit den Fürsten unterhandeln.

Heute beruft sich jene Partei auf die Majestät und Herrlichkeit des souveränen Volkes und morgen bespricht sie allen Ernstes die Frage, ob ein Mann in der Nationalversammlung den Zutritt habe, welcher troß der Anklage, er habe die Fürstenherrschaft zerbrochen und das souveräne Volk als Quell aller Macht und allen Rechtes anerkennen wollen, von eben dem souveränen Volk zum Repräsentanten gewählt worden sey. Sie erkennt das Wahlvolk als alleinigen Herrn und Meister und will ihm verbieten, Einen zu wählen, welcher der Monarchie den ehrlichen Krieg mit den Waffen erklärt, — sie unterhandelt mit den Fürsten.

Sie spricht begeistert von den Barrikaden Wiens und Berlins, dem über das Königthum siegenden Volke und bewirft mit Geifer, Schmuß und Verläumdung die besiegten Republikaner — denn sie will noch mit den Fürsten unterhandeln. — Sie hat das berüchtigte Bundespromemoria vom 4. Mai 1848 angehört, welches das souveräne Volk verläugnet, sie hat die österreichische Protestation vernommen, welche die Beschlüsse der Nationalversammlung nicht anerkennt, sie hat die bayerische Erklärung vernommen, welche dasselbe ausdrückt, sie hat die preußische und österreichische Erklärung im nämlichen Sinne wohl verstanden — und sie will noch mit den Fürsten unterhandeln!

Heute ruft sie die Regierungen (d. h. die monarchische Gewalt, soweit sie noch besteht) gegen die energischen Revolutionärs an und morgen weist sie nach, daß hinter dem Rücken des Volkes, ja sogar mancher Minister, die scheußlichsten Raceplane gegen das Volk und zu seiner Vernichtung geschmiedet werden.

Sie muß es wissen, daß in einer der letzten Bundestags-Zusammenkünfte der hannover'sche Gesandte erklärte, daß seine Regierung das zehnte Armee-Corps, troß des an sie ergangenen Bundesbeschlusses, nicht werde zum Kriege gegen Dänemark stellen, und daß die bundestägliche Leiche sogar hierüber in Gährung gerieth und der österreichische Gesandte Schmerling in höchster Wuth ausrief: „Wenn es so geht, dann sind wir für nichts da und können auseinander gehen!" — und sie will mit den Fürsten unterhandeln.

Und ihr in Frankfurt Versammelten, wißt ihr, faßt ihr die Hohheit und Allmacht des Ausdrucks, der euch gebietet, im Namen des souveränen Volks aufzutreten? Wißt ihr, was es heißt, der Vertreter von Fünfzigtausend zu seyn? Begreift ihr, was es heißt, „im Namen des souveränen, des mächtigen, unverantwortlichen, gewaltigen Volkes von vierzig Millionen!" zu sprechen und in seinem Namen kraft aller der in ihm liegenden Kraftfülle, Hoheit, Tapferkeit und Energie handeln zu sollen? Volksrepräsentanten, begreift ihr, daß ein Volk nicht zu **unterhandeln** braucht, wo es **handeln** muß? Volksrepräsentanten zu Frankfurt a. M., zerreißt das Papier der Unterhandlung mit der Monarchie und werdet selbst die lebendige Volksthat! Rufet dem Volke, das euch gesendet hat, zu: Hannibal steht vor den Thoren! — ruft ihm zu, daß es gilt um Volk oder Knecht.

Erhebt euch, Bürger-Repräsentanten, zu dem Stolze und der Vollkraft, die in Jedem wohnen muß, der

reden und handeln soll für Fünfzigtausend, für vierzig Millionen! Sprecht es aus, das große Wort: Teutsche Republik! Teutscher Volksstaat!

Erkennt an das Recht auf Selbstherrlichkeit und Selbstständigkeit Italiens, und ihr gewinnt aus einem Feinde einen Freund und Bundesgenossen; erkennt sie an die Selbstberechtigung des Ungarn und reicht ihm die Bruderhand; erkennt an die Selbstgestaltung der Regierungsweise für den Böhmen und reicht ihm die Bruderhand zum Föderativ-Staat, tretet als Freunde zu den altfreien Eidgenossen und in den Freundesbund zu der jungen Republik Frankreichs und dem fruchtbaren Felsen im Meere, der nordamerikanischen Union. Schließt, Volksrepräsentanten, den großen Bund freier Völker! Ihr schafft euch Feinde von den Flanken und schafft euch Freunde daselbst.

Versammelt, Bürger-Repräsentanten, zwölf Heerführer des teutschen Heeres und beeidigt sie vor euern Schranken, Angesichts des ganzen Wahlvolks, „im Namen des souveränen Volks," daß sie nach seinen Beschlüssen handeln und vollziehen; stellt auf eine Ost-Armee und eine Nord-Armee, erlaßt ein Aufgebot an die Jugend Teutschlands, daß sie euch freiwillig zur Seite stehe als junges Heer der Begeisterung und der Kraft!

Sprecht aus, Bürger-Repräsentanten, die Erklärung der Rechte des Menschen und des Bürgers, und stellt sie unter den Schutz teutscher Nation.

Hebt auf ohne Entgelt das Unrecht von Jahrhunderten, die Zehnten, oder das Kapital, was dafür bezahlt werden soll, die Zinsen und Beeten und Gülten, Robotte und Frohnden; entlastet die teutsche Nation von dem Drucke der Stegreif- und Leibeigenschaftszeit.

Schafft ab Adel und Vorrechte, erklärt die Domänen für Nationalgut und verwendet einen Theil zur Unterstützung der Gewerbe und des Handels. Ernennt, Bürger-Repräsentanten, die Nation zur Vollstreckerin ihres Willens, stellt eure Dekrete unter den Schutz und Vollzug der Nation.

Und habt ihr in der Mehrzahl nicht den Muth und die Kraft, nicht die Entschlossenheit, das Schiff zu steuern durch den Sturm, so legt euer Mandat nieder in die Hände kühnerer Männer, oder du, gedrücktes Volk, das hinsiechen soll in Reden und Thatlosigkeit, rufe du ihnen zu, ihre Vollmacht zurückzugeben in deine Hand, damit du Männer senden könnest, die nicht unterhandeln mit den Fürsten, sondern handeln in deinem Namen, im Namen des souveränen Volkes!

Friedrich Hecker.

Der demokratische Congreß.

Wie ich bereits in meinem ersten Berichte erzählte, wurde die beschlossene Eingabe an die Nationalversammlung, wegen Einberufung des zum Parlamentsmitglied gewählten Bürgers Friedrich Hecker in einer zweiten, sehr lakonisch gefaßten Form angenommen, und zwar mit allen gegen zwei Stimmen, denen diese Fassung noch zu mild war. Die Eingabe lautet: An die deutsche Nationalversammlung in Frankfurt am Main. Hohe Versammlung! Der Congreß deutscher Demokraten-Vereine zu Frankfurt fordert die Nationalversammlung auf, daß sie, als eine Achtungsbezeugung gegen den Willen des Volkes und als Zeichen des Zutrauens zu sich selber, den Abgeordneten Friedr. Hecker von Mannheim unverzüglich einlade, in ihrer Mitte Platz zu nehmen. Frankfurt, 1. Juni 1848. Im Namen des Congresses der deutschen Demokraten: Julius Fröbel I. Präsident. Friedrich Kapp I. Sekretär. — Eine solche Eingabe wird Manchem auffallend erscheinen, allein ganz gewiß darf sie als der Ausdruck der Gesinnung des gesammten rheinischen Volkes angesehen werden, sowie als der Ausdruck der Gesinnung aller Derjenigen, welche davon überzeugt sind, daß das deutsche Volk in der außerordentlichen Lage, in der es sich befindet, Männer nöthig hat, welche ihre Zeit als eine revolutionäre auffassen, und nicht bloß zu sprechen, sondern auch zu handeln wissen. Ich verweise auf den Brief Heckers an das Parlament, den ich meinem letzten Schreiben beigelegt habe. Dieser Brief zeichnet auf die treffendste Weise die Rathlosigkeit und Unfähigkeit der Mehrheit der deutschen Volksvertreter. Wenn nicht außerordentliche Ereignisse eintreten und den Verhandlungen, durch welche das deutsche Parlament bisher die Gemüther nur erkältet und entfremdet, nicht erwärmt und begeistert hat, einen ganz neuen Schwung geben, so ist unzweifelhaft das deutsche Volk am Vorabend einer großen Schmach, es ist, wie Hecker sich ausdrückt, einer polnischen Theilung preisgegeben. Das fühlt das Volk instinktmäßig, daß Hecker der Mann ist, um diese Parlamentsschwätzer niederzuschmettern, und an die Stelle der Worte die That zu setzen, und deshalb sehnt es sich nach ihm, es wird nicht eher ruhen, als bis es ihn in seiner Mitte zurück hat. Das ist eine Thatsache, die nur der Blinde verkennen kann.

Ich kehre zu den Verhandlungen des Congresses zurück. Am 16. Juni früh begannen die Sitzungen wieder. Es handelte sich um den Commissionsantrag über die Vereinshauptorte für die einzelnen deutschen Staaten, mit welchen der Centralausschuß in Verbindung treten soll; für Bayern wurde Bamberg vorgeschlagen. Es wurde indessen über diese Hauptorte kein Beschluß gefaßt, sondern dieselben dem Centralausschuß zur Bestimmung überlassen, schon deshalb, weil diese Bestimmung von Ereignissen und Verhältnissen abhängig, welche wechseln

könnten. Es wurden sofort die Zeitungen festgesetzt, welche als Organe des Centralausschusses benutzt werden sollen. Man entschied sich für die Zeitungshalle in Berlin, die neue rheinische Zeitung in Cöln, die Mannheimer Abendzeitung in Mannheim, für die letztere jedoch nur insolange, bis die deutsche Volkszeitung in Mannheim wieder erscheinen wird. Diese Zeitungen müssen somit allen Vereinen zur Anschaffung empfohlen werden.

Noch wurde am 16., Morgens, als Consequenz des Tags vorher gefaßten Beschlusses wegen Hecker, der weitere Beschluß gefaßt, die Nationalversammlung aufzufordern, daß sie sich für die Freilassung der in Baden gefangenen Republikaner verwende. Auch eine Erklärung wurde beschlossen, die Entrüstung des Congresses über die Beschlüsse des Parlaments wegen der Mainzer Angelegenheit, sowie die Theilnahme für die Mainzer Bevölkerung ausdrückend. Am 16., Nachmittags handelte es sich hauptsächlich um die verschiedenen Anträge, die Erlassung eines Manifestes an die deutsche Nation betreffend. Diese waren einer Commission überwiesen worden, welche darauf antrug, kein Manifest zu erlassen, da der Geist des Congresses aus seinen Beschlüssen genugsam zu ersehen sei. Dieser Antrag wurde zum Beschluß erhoben. Man hatte schon zuvor beschlossen, daß wegen des bedeutenden Umfangs der nothwendigen Kosten die Verhandlungen des Congresses nicht vollständig, sondern nur die Beschlüsse veröffentlicht werden sollten. Diese Beschlüsse werde ich mit meinem nächsten Berichte einsenden. Sie haben die Presse noch nicht verlassen. Ein wichtiger Punkt kam diesen Abend noch zur Sprache. Es war der Antrag gestellt, der Congreß solle sich für permnent erklären, bis der Centralausschuß sich in Berlin installirt und seine Funktionen angetreten hätte. Es ist nicht zu zweifeln, die Verhandlungen des Congresses übten einen starken Einfluß auf die Stimmung der Frankfurter aus, sie wären eine nicht unbedeutende Stütze für die Linke im Parlament gewesen. Eine Permanenz des Congresses wäre gerade im jetzigen Augenblicke, wo das Wichtigste im Parlamente zur Entscheidung vorliegt, von unberechenbarer Bedeutung gewesen. Das Parlament sah dieß selbst ein, sofern der Präsident, unter dem Vorwand, es lägen keine Commissionsarbeiten vor, zwei Tage lang keine Sitzungen hielt. Auf der andern Seite war indessen zu befürchten, es werde verhältnißmäßig nur Wenigen möglich sein, länger hier zu bleiben, und der Congreß könne deshalb leicht auf eine sehr kleine Zahl zusammenschrumpfen. Der anfangs mit Begeisterung aufgenommene Antrag wurde daher auf den andern Morgen vertagt, und beschlossen, vor allen Dingen die Wahl des Centralausschusses nach Berlin vorzunehmen.

Es war dieß eine merkwürdige Wahl, welche von Abends 9 Uhr bis Nachts 12 Uhr schriftlich und geheim vorgenommen wurde. Eine nicht unbedeutende, ja hervorragende Rolle hatte Gottschalk aus Cöln im Congresse gespielt, auch besaß er einen nicht unbedeutenden Anhang. Allein er schien etwas Despotisches, ja Terroistisches zu haben, und namentlich stark an Communismus anzustreifen, und er hatte deshalb Vielen, auch mir, entschieden mißfallen. Es wäre mir sehr unlieb gewesen, wenn er in das Komité gewählt worden wäre, welchem die Leitung sämmtlicher demokratischen Vereine in Deutschland übertragen wurde. Die Versammlung bewieß hiebei einen glücklichen Takt. Als erstes Komitémitglied wurde gewählt Julius Fröbel, ein ebenso aufrichtiger und edler, als wissenschaftlich tüchtiger Mann, der als Präsident unsere Verhandlungen auf eine Weise geleitet hatte, der die anwesenden Parlamentsmitglieder ihre Bewunderung nicht hatten versagen können. Schon mit diesem hatte Gottschalk einigermaßen konkurrirt, doch behielt Fröbel mit ungeheurer Mehrheit die Oberhand. Bei der Wahl des zweiten Mitgliedes war der Kampf ein sehr heißer, und es waren zwei Skrutinien nothig. Es handelte sich um Gottschalk oder Rau aus Stuttgart, einem bewährten Voltsmann, der zwar die sociale Frage ebenfalls warm vertritt, aber fern von kommunistischen Chimären oder eigennützigen Projekten. Rau siegte. Bei der Wahl des dritten Mitgliedes konkurrirte Gottschalk abermals mit Kriege, einem sehr gewandten, ja glänzenden Redner, der im Laufe der Verhandlungen Gottschalk mehrmals sehr entschieden entgegengetreten war. Gottschalk unterlag abermals. Bei der Wahl der drei Ersatzmänner war es derselbe Kampf, und stets dieselbe Niederlage für Gottschalk. Es wurden gewählt: Bayrhoffer, Professor aus Marburg, Schütte aus Wien, Anneke aus Preußen. Das Centralkomité wird in wenigen Tagen in Berlin seinen Sitz genommen haben.

Am 17. Morgens war die Schlußsitzung. Es handelte sich um die Permanenzerklärung. Diese wurde abgelehnt, nur eine Commission ernannt, welche so lange hier zu bleiben hat, bis das Centralkomité in Berlin seine Funktionen angetreten.

So endigte dieser Congreß, welcher unstreitig gezeigt hat, daß man unter guter Leitung in kurzer Zeit viele richtige Beschlüsse fassen kann, was bis jetzt nicht eben Sache des deutschen Parlaments war; welcher auch unstreitig manche Talente sich bethätigen sah, die berufen sein dürften, um bei der fernern Gestaltung der deutschen Verhältnisse eine hervorragende Rolle zu spielen.

Die Beschlüsse werde ich senden, sobald sie mir gedruckt eingehändigt werden. Was ich heute in dem zu Nürnberg erscheinenden Correspondenten von und für Deutschland über den Demokraten-Congreß las, ist mit vieler Vorsicht zu benützen. Seiner andern Natur gemäß, hat er Lügen auf Lügen gehäuft, und wenn er insbesondere sagt, es sei von 100,000 Bajonetten in unserm Congreß gesprochen worden, so ist dieß durchaus unbegründet. Ich würde die Referate des genannten Blattes Punkt für Punkt widerlegen; allein erstens habe ich dasselbe nicht bei der Hand, sondern heute nur gelegentlich gesehen; zweitens ist es, wie ich hoffe, bereits dahin gekommen, daß vernünftige Leute das, was dieß Blatt über demokratische Bestrebungen mittheilt, von vornherein mit Mißtrauen aufnehmen. Es kann insofern nicht mehr schädlich wirken, sondern dient nur noch dazu, durch seine geflissentlichen plumpen Lügen die Wahrheit um so stärker hervortreten zu lassen.

Frankfurt, 18. Juni 1848. G. D.

Gedruckt unter Verantwortlichkeit der Verleger von Wilhelm **Tümmel**.

Expedition bei Joh. Gg. **Meyer**, Plobenhof S. 823.

Der freie Staatsbürger.

Ein Volksblatt aus Franken.

№ 28. Nürnberg, 24. Juni. 1848.

Der „freie Staatsbürger" wird im nächsten Quartale zu erscheinen fortfahren, so sehr auch durch amtliche und nichtamtliche Thätigkeiten seine Existenz zu gefährden versucht wurde. Polizeiliche Willkür hat zwar den Redakteur, Dr. Gustav Diezel, aus Nürnberg verwiesen, allein derselbe wird dem von ihm in so guter Absicht gegründeten und der freien politischen Volksbildung gewidmeten Blatte doch auch aus der Ferne seine Kräfte zuwenden. Der „freie Staatsbürger" wird seiner entschieden demokratischen Farbe stets treu bleiben und von der Preßfreiheit immer den Gebrauch machen, den ihm sein Standpunkt auf dem Boden des Gesetzes gestattet. Das unverkümmertste Recht und das Wohl des Volkes in den natürlichsten und freisinnigsten Staatseinrichtungen suchend, wird die Redaktion nur solche Wege zur Auffassung des politischen Lebens einschlagen, auf welchen diese Güter zu finden sind. Wie bisher erscheint das Blatt jeden Dienstag, Donnerstag und Samstag und kann durch alle Postämter bezogen werden. Preis für das Vierteljahr 45 kr. Einrückungsgebühren 2 kr. für die Zeile. Einzeine Nummern kosten 3 kr.

Grundzüge zu einer republikanischen Verfassung für Deutschland von Julius Fröbel.

Julius Fröbel hat bei Heinrich Hoff in Mannheim eine Broschüre unter obigem Titel erscheinen lassen, welche der konstituirenden Versammlung in Frankfurt vorgelegt worden ist. Der Verfasser bemerkt in einem kurzen Vorworte, daß man das, was darin vielleicht unpraktisch erscheinen mag, weil es eigenthümlich ist, einigen Nachdenkens würdigen möge. Diese allgemeinen Umrisse sind nicht die Ausgeburten theoretischer Grübeleien im Studirzimmer, sondern das Erzeugniß persönlicher Erfahrung in den Entwickelungen wirklicher republikanischer Zustände; sie sind die Frucht eines langen und vielbewegten Lebens in der Schweiz so wie prüfender Studien, über die nordamerikanischen Staatseinrichtungen. Auch die kleinste Bestimmung in diesem Entwurfe hat ihre wohlüberlegten Gründe und steht in Beziehung zu wirklichen Erscheinungen des Lebens in jetzt vorhandenen Republiken.

I. Allgemeine Grundsätze.

1. Das deutsche Volk bildet, nach eigenem rechts- und machtvollkommenem Entschlusse, ein Gemeinwesen, welches die Sicherung aller sittlich berechtigten Bedürfnisse jedes Einzelnen durch die Gesammtheit Aller als den höchsten Zweck des Staates anerkennt, und seine Verfassung und Gesetze diesem Zweck gemäß einrichtet. Indem das deutsche Volk sich eine dem entsprechende Gesammtverfassung gibt, soll diese nur die allgemeinsten Grundsätze und wesentlichsten Bestimmungen enthalten, nach welchen die g meinsamen Volksangelegenheiten besorgt werden sollen, und für die Sonderangelegenheiten der einzelnen Glieder, aus denen der deutsche Gesammtstaat besteht oder bestehen wird, mögen sie nun Staaten, Kreise oder Provinzen heißen, soll der Grundsatz der örtlichen Selbstregierung anerkannt sein, soweit er nur immer mit dem Wohle des Ganzen verträglich ist. Und wie dieser Grundsatz, der großen deutschen Staatsgemeinschaft gegenüber, den einzelnen Staaten, Kreisen oder Provinzen eingeräumt ist, so soll er, diesen letzten gegenüber, im engeren Verstande wieder den einzelnen Ortsgemeinden eingeräumt sein. Einer weitern Ausarbeitung der deutschen Gesammtverfassung bleibt die genaue Begrenzung der Rechts- und Machtvollkommenheit der Gesammtrepublik gegen die Befugnisse der örtlichen Selbstregierung der Staaten, Kreise und Provinzen, und die Aufstellung einer allgemeinen deutschen Gemeindeverfassung vorbehalten.

2. Die deutsche Staatsgesellschaft besteht aus zweierlei Mitgliedern: Vollberechtichten und Schutzgenössigen. Vollbererechtigt ist jedes Mitglied, welches

das 20. Altersjahr zurückgelegt hat, im vollen Besitz seiner Geistesfähigkeiten ist, und nicht durch eine gesetzwidrige Handlung sich, auf richterlichen Spruch, eine eben noch in Kraft befindliche Einstellung in seiner politischen Mündigkeit zugezogen hat. Schutzgenössig ist die ganze Jugend unseres Volkes vor zurückgelegtem 20. Altersjahr, jeder Geisteskranke, und Jeder, welcher in seiner politischen Mündigkeit durch Straferkenntniß eingestellt worden ist, so lange diese Einstellung dauert.

3. Jeder auf unserem Staatsgebiete lebende Fremde steht im Verhältniß eines Schutzgenossen unseres Staates, und genießt, so lange er anwesend ist, den Schutz unserer Gesetze in der nämlichen Ausdehnung wie die Schutzgenössigen unseres eignen Volkes. Er kann nicht anders als durch einen richterlichen Urtheilsspruch aus unserem Lande entfernt werden, und wird durch einen fünfjährigen Aufenthalt auf deutschem Staatsgebiete, während dessen er sich kein Straferkenntniß zugezogen, bei Erfüllung der übrigen Bedingungen (§. 2.) von selbst vollberechtigter Bürger bei uns.

4. In dem verfassungsmäßig ausgesprochenen Willen der vollberechtigten Staatsbürger ruht die Rechts- und Machtvollkommenheit (Souverainetät) unserer Staatsgesellschaft in jeder ihrer drei Hauptrichtungen: der Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung. Unsere Verfassung soll nie eine Bestimmung erhalten, durch welche die Souverainetät in die Hände eines einzelnen Beamteten oder einer zusammengesetzten Behörde käme, welchen Namen oder welche Eigenschaften man ihr auch geben möchte. Personen oder zusammengesetzte Behörden können in unserem Gemeinwesen nur mit einzelnen bestimmten Geschäften beauftragt werden, niemals aber unmittelbare Rechte der Souverainetät ausüben oder vertreten. Wir verwerfen also überhaupt für unser Gemeinwesen alle die Einrichtungen, welche sich auf die unklare Vorstellung der Stellvertretung des Volkes (der politischen Repräsentation) gründen. Es sollen unsere Gesetzgeber, Richter und Vollziehungsbeamten, und auch die unserer Bürger, welche den Verkehr unseres Volkes mit andern Völkern zu besorgen haben, niemals als unsere Stellvertreter, sondern immer nur als unsere Beauftragten gelten und handeln.

5. Der Wille des Volkes in seiner Ursprünglichkeit äußert sich nur durch die Beschlüsse seiner Urversammlungen. Für die Gesammtpolitik des Staates werden Bezirke gebildet, deren Bürger je zu einer Urversammlung zusammenzutreten haben. Aus den Beschlüssen dieser Urversammlungen des ganzen Staates werden für Staatsgesetzgebung und Staatswahlen Gesammtbeschlüsse gebildet. Für die Sonderpolitik der Gemeinden und Provinzen wiederholt sich in den Grenzen der Giltigkeit ihrer unmittelbaren Sonderinteressen im engern Kreise eine ähnliche Einrichtung mit den ähnlichen Vorgängen der Gesetzgebung und der Wahlen. Die Beschlüsse der Urversammlungen für die Gesammtpolitik des Staates betreffen die Annahme neuer Staatsgesetze, die Wahlen von Beamteten für die Gesammtregierung, und die allgemeinen Entschließungen des Volkes in Sachen, bei denen die ganze Souverainetät unmittelbar betheiligt ist. Alle Beschlüsse werden nach dem Grundsatze der Entscheidung durch Stimmenmehrheit gefaßt.

6. Jedem Mitgliede unserer Staatsgesellschaft steht die vollständige Freiheit der theoretischen Meinungsäußerung über Alles und Jedes, und so namentlich über alle religiösen, politischen und moralischen Dinge zu. Jedem Mitgliede unserer Staatsgesellschaft steht auch der freie Gebrauch jedes theoretischen Mittels zu, um Andere von seinen Meinungen zu überzeugen. Jedem Mitgliede unserer Staatsgesellschaft also steht zu die Freiheit der Rede, Schrift und Presse, und die Freiheit der Vereinigung und Zusammenkunft mit Andern zu allen Zwecken der Verständigung und gemeinsamen Beschließung.

7. Jedem Mitgliede unserer Staatsgesellschaft, sofern es nicht durch übernommene Privatverpflichtungen daran gehindert ist, steht zu jeder Zeit die Ausscheidung aus unserem politischen Verbande frei, und es soll bei dieser Ausscheidung den Scheidenden kein vom Willen des Staates abhängiger ökonomischer Nachtheil treffen. Es soll also auch der Werth eines allfälligen Antheils an Gemeinde- und Staatsgütern ermittelt und der Scheidende mit einem Gleichwerth ausgesteuert werden. Die freie Wahl der Ausscheidung soll auch Jedem gestattet bleiben, welcher in Folge seines Antheils an einem bewaffneten Aufstande gegen die gesetzliche Staatsregierung in feindliche Stellung zu unserem Gemeinwesen gekommen ist. In solchen Fällen kann indessen natürlich von keinen Ansprüchen an Güter des Gemeinwesens, sondern nur

von Ersatzpflichten des Ausscheidenden für angerichteten Schaden, so weit solche Pflichten erfüllt werden können, die Rede sein.

8. Abgesehen von dem Schadenersatze für Verletzung öffentlicher oder persönlicher Interessen und dem Widerrufe von Ehrverletzungen, bildet die Einstellung in der leiblichen Freiheit und die Einschränkung oder Einstellung in der politischen Vollberechtigung die einzige in unserem Staate zulässige Strafe. Aber auch bei den schwersten Verbrechen darf diese Strafe nicht zum Verluste auf immer werden. Die Strafgesetzgebung soll ihren wahren Zweck, die Besserung, Wiederfreigebung und Wiedereinsetzung des Verbrechers in alle seine Rechte und Ehren niemals aus den Augen verlieren. Daher soll immerwährende physische und moralische Freiheitsentziehung in unserem Staat unter keinen Umständen erkannt und die Todesstrafe niemals angewendet werden können.

9. Eine Einstellung in der persönlichen Freiheit, sowie eine Beschränkung oder Einstellung in der politischen Vollberechtigung, kann nur die Folge eines Urtheils durch ordentliche Richter sein. Eine Verhaftung aus polizeilichen Gründen ist zwar möglich; doch kann dieselbe niemals die Natur einer Strafe haben, und in keiner Beziehung, welche es auch sein möchte, kann sie dem richterlichen Urtheile vorgreifen. Die Behandlung im Untersuchungsverhafte soll also niemals, selbst nicht bei dem begründetsten Verdachte, und selbst nicht nach Ergreifung über der That, so beschaffen sein dürfen, als ob eine erwiesene Schuld vorausgesetzt werden könnte. Der Verhaftete muß in der kürzesten möglichen Zeitfrist vom Augenblick der Verhaftung an vor den ordentlichen Richter gestellt werden, und die Polizeigewalt, der öffentliche Ankläger und der Untersuchungsrichter sind dem Verhafteten für jedes ihm durch Vernachlässigung oder üble Behandlung widerfahrene Unrecht vor Gericht persönlich verantwortlich und zu vollem Schadenersatze verpflichtet. Ist nach Verlauf von vierundzwanzig Stunden vom Augenblicke der Verhaftung der Verhaftete nicht vor die richterliche Untersuchungsbehörde gestellt und mit einem Vertheidiger versehen, so ist der Gefängnißschließer bei absoluter persönlicher Verantwortlichkeit verpflichtet, den Gefangenen alsbald freizulassen.

10. Die Aufhebung einer dieser allgemeinen Bestimmungen unserer Verfassung, in denen wir die Grundbedingungen und Voraussetzungen jedes besonderen Rechtszustandes erkennen, berechtigt, auch wenn sie durch einen regelmäßigen Mehrheitsbeschluß vor sich gehen sollte, jede Minderheit zur Selbsthilfe, und verpflichtet jeden Richter, die deßhalb der Empörung angeklagten Bürger unmittelbar frei zu sprechen.

(Fortsetzung folgt.)

Verzeichniß

der durch die Abgeordneten zum demokratischen Congreß zu Frankfurt a. M. vertretenen Vereine.

Altenburg, Vaterländ. Verein. Arnsheim, Bürger-Verein. Beerfelden, Volks-Comité. Berlin, demokr. Verein für Volksrechte. Berlin, demokr. Clubb. Berlin, Vaterl. Clubb. Biedenkopf, Bürgerbund. Bielefeld, demokr. Verein. Bingen, Bürger-Comité. Bonn, demokr. Verein. Bonn, Arbeiter-Ver. Breslau, demokr. Verein. Bretzenheim, Bürger-Verein. Carlsruhe, demokr. Verein. Cassel, demokr.-socialer Verein. Cöln, Arbeiter-Verein. Cöln, Verein für Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Cöln, demokr. Verein. Darmstadt, Volkslese-Verein. Dortmund, demokr. Verein. Dortmund, Volks-Verein. Düsseldorf, Volks-Clubb. Düsseldorf, Arbeiter-Verein. Frankenberg, Volks-Ver. Frankfurt, Arbeiter-Ver. Frankfurt, Vaterländ. Verein. Frankfurt, demokr. Verein. Frankfurt, Turn-Gemeinde. Friedberg, demokr. Ver. Gießen, republ. Verein. Gießen, demokr. Verein. Halle, Volks-Verein. Hamm, Arbeiter-Verein. Hanau, demokr. Ver. Hanau, Turn-Gemeinde. Hannover, Arbeiter-Verein. Heidelberg, demokr. Verein. Heidelberg, Arbeiter-Ver. Heilbronn, demokr. Ver. Hochheim a. M., Turn-Verein. Höchst, Arbeiter-Ver. Idstein, Vaterländ. Verein. Jena, demokr. Verein. Kirchheimbolanden, Bürger-Verein. Leipzig, Arbeiter-Verein. Leipzig, demokr. Verein. Limburg, Vaterl. Verein. London, Arbeiter-Verein. Mainz, Bildungs-Verein. Mainz, Arbeiter-Verein. Mainz, demokr. Verein. Michelstadt, Odenwälder Comité. Mannheim, demokr. Verein. Marburg, demokr. Verein. Marburg, Arbeiter-Verein. Nagold, Arbeiter-Verein. Neustadt a. d. H., demokr. Clubb. Neustadt a. d. H., Arbeiter Verein. Nürnberg, polit. Ver. New-York, deutscher Revolut.-Verein. Oberingelheim, demokr.

Verein. Oberolm, demokr. Verein. Odernheim, Bildungs-Verein. Offenbach, Turngemeinde. Oppenheim, demokr. Verein. Oppenheim, Bürger-Ver. Oppenheim, Arbeiter-Verein. Paris, demokr. Verein. Philadelphia, Freiheits-Ver. Potsdam, polit. Ver. Reichenbach, in Schlesien, demokr. Verein. Rödelheim, Turn-Verein. Salzbrunn, demokr. Verein. Schweidnitz, Verein der Volksfreunde. Stuttgart, Bildungs-Verein. Trier, demokr. Verein. Trier, Arbeiter-Verein. Ulm, Arbeiter-Verein. Vogelsberg, demokr. Verein. Waldsdorf, Vaterländ. Verein. Wertheim, demokr. Verein. Westhofen, demokr. Ver. Wetter, Volks-Verein. Wiesbaden, Arbeiter-Verein. Wiesbaden, demokr. Verein. Wörrstadt, Bürger-Verein. Wüllstein, Central-Comité. Zürich, deutscher-National-Verein.

Nachtrag
zu dem Verzeichniß der Mitglieder des demokratischen Congreßes.

152) Abt aus Eßlingen. 153) Aicher Anton, Abg. des polit. Ver. in Potsdam. 154) Bade aus Mecklenburg. 155) Behlen Carl, Abg. d. Bürg.-V. in Wörrstadt u. Arnsheim. 156) Bopp aus Gießen. 157) Bötzelberger, Abg. aus Wien. 158) Brust, Abg. d. demokr. V. des Vogelsbergs in Wenings. 159) Dang Joh., Abg. des Bürg.-V. in Bretzenheim. 160) Deiß aus Offstein. 161) Dresel Jul., aus Geisenheim. 162) Dronke aus Marburg. 163) Dupret, aus Darmstadt. 164) Ermus J., Abg. d. Turngem, in Frankfurt a. M. 165) Frank, aus Darmstadt. 166) Fuchs Martin, Abg. d. dem. Clubs in Neustadt a. d. Haardt. 167) Gambs, Abg. d. Vat.-V. in Büdingen. 168) Goßen, Abg. d. Volks-Clubs in Berlin. 169) Gulmann Jak., aus Diespeck bei Nürnberg. 170) Haas Gustav, aus Cincinnati. 171) Hagen Carl, Abg. d. demokr. V. in Heidelberg. 172) Heise H., Abg. des dem.-soc. V. in Cassel. 173) Hembes, Abg. d. dem. V. in Oberolm. 174) Heß Wilh., Abg. d. Volks-Com. in Beerfelden. 175) Hexamer Adolph, Abg. d. dem. Clubs in Berlin. 176) Hillebrand, Abg. d. dem. V. in Gießen. 177) Hoffmann Gg., Abg. d. Turnv. in Hochheim a. M. 178) Hoffmann Ludw., Abg. d. Turnv. in Hochheim a. M. 179) Ihrig Fried., Abg. d. Volks-Com. in Beerfelden. 180) Kamm Fried., Abg. d. dem. V. in Bonn. 181) Kellner G., Abg. d. dem.-soc. V. in Cassel. 182) Klein, H. A, Abg. d. Bürg.-Com. in Bingen. 183) Klein, Abg. d. dem. Cl. in Neustadt a. d. Haardt. 184) Koch Ign., Abg. d. Volks-V. in Dortmund. 185) Körner, Abg. d. Central-Com. in Wüllstein. 186) Kräutler G., Abg. d. dem. V. in Frankfurt a. M. 187) Krug aus Philadelphia. 188) Kuhl aus Düsseldorf. 189) Kuhn Joh., Abg. d. Bürg.V. in Bretzenheim. 190) Lindeck aus Darmstadt. 191) Lüttke aus Berlin. 192) Meißner Alfred, aus Paris. 193) Mohr, Abg. d. dem. Ver. in Oberingelheim. 194) Mohr aus Weinheim. 195) Moll J., Abg. d. dem. V. in Paris. 196) Müller Friedr., Abg. d. dem. Ver. in Rothenburg und Melsingen. 196) Osterhaus Joseph, aus Mannheim 197) Rakow aus Schleswig-Holstein. 198) Nawald Gust., Abg. des Volks-V. in Halla. 199) Reinach, Arnold, aus Frankfurt a. M. 200) Römer J., Abg. d. republ. Ver. in Gießen. 201) Schöffer, Abg. d. Vaterl.-V in Frankfurt a. M. 202) Schärtner, Abg. d. Turnvereins in Hanau. 203) Schenck, Abg. d. republ. V. in Gießen. 204) Scherr H., Abg. d. Bürg.-Com. in Bingen. 205) Schifterling Bernh., Abg. d. Arb.-V. in Ulm. 206) Schlenger Joh., Abg. d Bürg.-V. in Bretzenheim. 207) Schneider, aus Neustadt a. d. Haardt. 208) Schütte Ludwg., Abg. aus Wien. 209) Schulz, Abg. d. Bürg.-Com. in Bingen. 210) Schwalbach Lor., Abg. d. Bürg.-V. in Bretzenheim. 211) Semmig H., Abg. d. dem. V. in Leipzig. 212) Siebert aus Darmstadt. 213) Speltter Wilh., Abg. d. Ver. f. Arbeitgeb. u. Arbeitnehmer in Cöln. 214) Stammberger G. F., aus Passau. 215) Stauder Martin, Abg. d. Bürgerv in Bretzenheim. 216) Stegen F., Abg. d. Arb.-V. in Hannover. 217) Stetefelt, Abg. d. Arb.-V. in Marburg. 218) Streit Feodor, aus Coburg. 219) Streckfuß Adolph, Abg. d. dem. V. für Volksr. in Berlin. 220) Volmer, Abg. d. dem. V. in Oppenheim. 221) Volmar, Abg. d Volks-V. in Wetter. 222) Wagner P., Abg. d. Arb.-V. in Offenbach. 223) Wegner, Abg. d. Arb.-Ver. in Neustadt a. d. H. 224) Weltert, Abg. d. Vaterl.-Ver. in Idstein. 225) Westhal aus Marburg. 226) Weyremeyer Jos., Abg. d. Arb.-V. in Hamm. 227) Weyrich, Abg. d. Arb.-V. in Trier. 228) Wiedemann, Abg. d. Vat.-V in Altenburg. 229) Wilhelmi, Abg. d. Vat.-Ver. in Frankfurt a. M. 230) Winter, Abg. d. Vat.-V. in Limburg. 231) Wolf J., aus Marburg. 232) Wulff J., Abg. d. Volks-Cl. in Düsseldorf. 233) Zeugerli, Abg. d. Volks-Clubs in Düsseldorf. 234) Zitz, Abg. d. dem. V. in Mainz.

Berichtigung.

In Nr 26 d. Bl lies auf Seite 98, Spalte 2, Zeile 15: soziale Theorien statt: soziale Wirren.

Gedruckt unter Verantwortlichkeit der Verleger von Wilhelm Tümmel.
Expedition bei Joh. Gg. Meyer, Plobenhof S. 823.

Der freie Staatsbürger.

Ein Volksblatt aus Franken.

№ 29. Nürnberg, 27. Juni. 1848.

Der „freie Staatsbürger" wird im nächsten Quartale zu erscheinen fortfahren, so sehr auch durch amtliche und nichtamtliche Thätigkeiten seine Existenz zu gefährden versucht wurde. Polizeiliche Willkür hat zwar den Redakteur, Dr. Gustav Diezel, aus Nürnberg verwiesen, allein derselbe wird dem von ihm in so guter Absicht gegründeten und der freien politischen Volksbildung gewidmeten Blatte doch auch aus der Ferne seine Kräfte zuwenden. Der „freie Staatsbürger" wird seiner entschieden demokratischen Farbe stets treu bleiben und von der Preßfreiheit immer den Gebrauch machen, den ihm sein Standpunkt auf dem Boden des Gesetzes gestattet. Das unverkümmertste Recht und das Wohl des Volkes in den natürlichsten und freisinnigsten Staatseinrichtungen suchend, wird die Redaktion nur solche Wege zur Auffassung des politischen Lebens einschlagen, auf welchen diese Güter zu finden sind. Wie bisher erscheint das Blatt jeden Dienstag, Donnerstag und Samstag und kann durch alle Postämter bezogen werden. Preis für das Vierteljahr 45 kr. Einrückungsgebühren 2 kr. für die Zeile. Einzelne Nummern kosten 3 kr.

Grundzüge zu einer republikanischen Verfassung für Deutschland von Julius Fröbel.

(Fortsetzung.)

II. Einrichtung der gesetzgebenden Gewalt.

11. Die Verrichtungen der Staatsgesetzgebung werden ausgeübt: 1) von dem Volk in den Urversammlungen der Staatsgesetzgebungsbezirke, 2) von dem Volksrathe, 3) von dem Senate. Und zwar müssen zur Bearbeitung und Beschließung von Verfassungsgesetzen die Urversammlungen mit dem Volksrathe, zur Bearbeitung und Beschließung von Specialgesetzen die Urversammlungen mit dem Senate zusammenwirken. Keine Verfassungsveränderung ist nur beiläufig als Wirkung eines Specialgesetzes möglich, und jedes Specialgesetz, welches in einem Widerspruche mit der Verfassung wäre, könnte im einzelnen Falle vom Richter als unwirksam erklärt werden. Sollte es jemals unklar sein, ob ein Gesetzesantrag eine Verfassungsveränderung in sich schlöße oder nicht, und dadurch ein Befugnißstreit zwischen dem Senat und dem Volksrath entstehen, so hat die richterliche Gewalt hierüber zu entscheiden.

12) Die Urversammlungen sind die regelmäßigen oder außerordentlichen Zusammenkünfte aller vollberechtigten Bürger in engeren oder weiteren Kreisen des Gemeinwesens, für alle die Beschlüsse, welche in ihren Rechtskreis gehören. Kein vollberechtigter Bürger kann abgehalten werden, in ihnen seine Ansichten in der Besprechung und seinen Willen in der Abstimmung ordnungsgemäß geltend zu machen, und so an der Gesetzgebungsarbeit und den Wahlen Theil zu nehmen. Für die Staatsgesetzgebung sind es die dafür besonders gebildeten Bezirken, deren Urversammlungen zu berathen und zu beschließen haben. Diese Urversammlungen können Anregungen zu Verfassungsgesetzen wie zu Specialgesetzen von sich aus versuchen, die sie, in der Form von Versammlungsbittschriften, im ersten Falle an den Volksrath, im zweiten an den Senat zu bringen haben. Bei der Bearbeitung von Gesetzen beider Art stehen sie mit dem Volksrathe und dem Senate in einer von der Verfassung bestimmten Verbindungsform, und haben ihre bestimmten Verrichtungen und Befugnisse. Die Versammlungen verhandeln öffentlich.

13. Der Volksrath ist ein Geschäftsausschuß aller Staatsgesetzgebungsbezirke, welche aus den Abgeordneten ihrer Urversammlungen besteht. Jede Urversammlung eines Staatsgesetzgebungsbezirks ernennt dazu ein Mitglied und einen Ersatzmann auf die

Dauer von vier Jahren. Er kommt zu Anfang jedes Jahres von selbst zusammen, um im Verein mit dem Senate die Botschaft des Landobmanns über die allgemeine politische Lage des Landes, und die Berichte des Verwaltungsrathes über die Staatsverwaltung nach den Einzelheiten der Verwaltungszweige, den Bericht des obersten Gerichtshofes über die Rechtspflege und den sittlichen Zustand des Volkes, des Senates über die Specialgesetzgebung, und die Eröffnungen seines eignen Obmanns über die Interessen der Verfassung anzuhören, worauf er seine Sitzungen, von denen des Senates getrennt, je nach den Bedürfnissen des Geschäftsganges einrichtet. Alle Sitzungen des Volksrathes, die der Jahresversammlung in Gemeinschaft mit dem Senate eingeschlossen, sind öffentlich.

14. Der Senat ist eine Versammlung von vorzüglich sachkundigen Bürgern, welche für die Entscheidung in der Specialgesetzgebung erwählt werden. Diese gehen auf mittelbare Weise vor sich. Jeder Staatsgesetzgebungsbezirk ernennt zu diesem Zwecke in seiner Urversammlung eine gewisse Zahl von Wahlmännern; die Wahlmänner einer geeigneten Zahl von Urversammlungen bilden ein Wahlcollegium, und jedes Wahlcollegium ernennt zwei Senatsmitglieder. Der Senat wird in vier Reihen getheilt, von denen jährlich je eine in neue Wahl kommt. Seine Sitzungen sind öffentlich.

15. Das Anregungsrecht zu Staatsgesetzen steht unmittelbar zu: 1) dem Volksrathe, 2) dem Senate, 3) dem Landobmann. Die Entscheidung über Verfassungsgesetze gehört dem Volke in den Urversammlungen der Staatsgesetzgebungsbezirke, die über Specialgesetze dagegen dem Senate. In Bezug auf beide Arten von Gesetzen hat der Landobmann ein einmaliges Aufschiebungs-Veto.

16. Persönliche Bittschriften einzelner Bürger und Gesammtbittschriften einzelner Gemeinschaften haben nicht unmittelbar den Charakter von Gesetzesanregungen, und der Volksrath wie der Senat kann über sie zur Tagesordnung schreiten. Die Gesammtbittschriften der Staatsgesetzgebungsbezirke können aber von dem Volksrathe wie von dem Senate nur zweimal, und nur mit Angabe der Gründe zurückgewiesen werden. Kommt die gleiche Bittschrift zum dritten Male von dem gleichen Staatsgesetzgebungsbezirke ein, so muß sie allen Staatsgesetzgebungsbezirken des ganzen Landes zur Beurtheilung mitgetheilt werden, und sie ist, wenn sie wenigstens von der Hälfte aller dieser Bezirke unterstützt wird, von selbst für erheblich erklärt. Alle für erheblich erklärten Bittschriften haben den Charakter von Gesetzesanregungen erhalten.

17. Die Anregungen zu Verfassungsgesetzen werden vor dem Volksrathe durch bestimmte Formgebung zu Gesetzesentwürfen erhoben, und entweder mit einer Empfehlung oder einer Bezeichnung ihrer Unzweckmäßigkeit, je nach der Ansicht der Mehrheit des Volksrathes, oder endlich mit einem Mehrheits- oder Minderheitsurtheile desselben vor sämmtliche Urversammlungen der Staatsgesetzgebungsbezirke gebracht. Zu ihrer Behandlung vor diesen Urversammlungen kehren die sämmtlichen Mitglieder des Volksrathes in ihre Bezirke zurück, um dort an der Beredung Theil zu nehmen. Sie erklären sich hier persönlich über die schwebende Verfassungsfrage, und können, wo ihre Ansicht mit der der Mehrheit einer Urversammlung im Widerspruche ist, von dieser zurückberufen und durch andere Abgeordnete ersetzt werden. Hiermit kann indessen niemals eine verpflichtende Instruktion für den Volksrath verbunden werden, sondern jeder Abgeordnete soll zu jeder Zeit seine Ueberzeugungen frei den Wirkungen der Verhandlung hingeben können. Von den Urversammlungen gehen die Gesetzesentwürfe mit den sich wieder vereinigenden Abgeordneten zum Volksrathe zurück, der die Urtheile prüft, danach die Entwürfe verbessert und als Gesetzesvorschläge dem Senate, dem Landobmann und dem obersten Gerichtshofe zur Beurtheilung übersendet. Nach Eingang der Gutachten von diesen drei Stellen werden die Vorschläge durch nochmalige Abfassung in Anträge umgewandelt, als solche mit einem Generalberichte über den ganzen Verlauf der Bearbeitung an die Urversammlungen der Staatsgesetzgebungsbezirke gebracht, und von diesen schließlich angenommen oder verworfen. Die Stimmen für und wider werden aus allen Urversammlungen dem Volksrathe gemeldet, und von diesem nach den beiden Meinungen zusammengezählt, wodurch ein Gesammtbeschluß des ganzen Volkes gewonnen wird, der die Entscheidung über das Gesetz enthält. Der Volksrath spricht diese Entscheidung aus, und theilt sie dem Landobmann zur Bekanntmachung mit.

18. Die Anregungen zu Specialgesetzen werden vom Senate durch Formgebung zu Gesetzentwür-

fen erhoben, mit einer Erläuterung zur Beurtheilung an die Urversammlungen gewiesen, darauf als Gesetzesvorschläge von dem Volksrathe, dem Landobmann und dem obersten Gerichtshofe begutachtet, endlich, als Anträge schließlich abgefaßt, vor dem Senate zur letzten Verhandlung gebracht, und von diesem angenommen oder verworfen. Das Ergebniß wird dem Landobmann zur Bekanntmachung mitgetheilt.

19. Zu Berathungen und Beschlüssen über Staatsverträge und über Krieg und Frieden vereinigen sich der Volksrath und der Senat unter dem Vorsitze des Landobmanns als großer Volksrath, welcher über die schwebende Angelegenheit ein Gutachten des höchsten Gerichtshofs einholt, darauf bei Beschlüssen über Krieg und Frieden die Stimme des ganzen Volkes vernimmt, dem die Sache in den Urversammlungen der Staatsgesetzgebungsbezirke vorgelegt wird, und endlich entscheidet. Staatsverträge indessen, welche bloße Verwaltungsanlegenheiten betreffen, ohne einen Rechtsgrundsatz oder die Anwendung desselben in Frage zu stellen, werden bloß von der Staatsverwaltung abgeschlossen; und zur Abwehr eines feindlichen Angriffes hat der Landobmann unmittelbar aus eigner Befugniß die bewaffnete Macht in Bewegung zu setzen, jedoch unter unmittelbarer Anzeige an den Senat und den Volksrath. Die Sitzungen des großen Volksrathes sind öffentlich.

III. Einrichtung der richterlichen Gewalt.

20. Die richterliche Machtvollkommenheit läßt das Volk in den Gerichtshöfen durch das Zusammenwirken seiner Geschwornen mit rechtsgelehrten ständigen Richtern ausüben. Das Geschwornengericht in seiner ausgebildetsten Form, für Civil- und Criminalsachen, und für letzte als Anklage- und als Urtheilsjury, unter Leitung ständiger rechtsgelehrter Richter, mit vollständiger Oeffentlichkeit des ganzen Verfahrens, ist die alleingiltige Gerichtsform unseres Landes, mit der einzigen Ausnahme des mit besonderen Geschäften der richterlichen Gewalt beauftragten obersten Gerichtshofes.

Der oberste Gerichtshof besteht aus einer hinreichenden Zahl von ständigen Mitgliedern, welche sämmtlich Rechtsgelehrte sein müssen, und er verrichtet seine regelmäßigen Geschäfte ohne Zuziehung von Geschwornen. Derselbe hat die Verrichtungen: 1) eines Cassationshofes, 2) eines Spruchcollegiums für alle Rechtsgutachten, welche der Staat in völkerrechtlichen Verhältnissen zu erheben hat, 3) eines Aufsichtshofes über das ganze Gerichtswesen des Landes, jedoch ohne disciplinarische Gewalt. Nur im Falle der Anklage des Landobmannes wegen einer Amtshandlung gegen Verfassung und Gesetz, sowie der Anklage eines Richters wegen gesetzwidrigen Verfahrens gegen einen Angeklagten oder wegen eines anderen Verbrechens in seinen Amtsverrichtungen, in welchen Fällen sich der Senat in eine Anklagejury unter der Leitung eines besondern Ausschusses des obersten Gerichtshofes verwandelt, hat dieser theilweise mit einem Geschwornengerichte zusammenzuwirken. In diesem speciellen Falle, wie bei allen andern regelmäßigen Verhandlungen, sind die Sitzungen des obersten Gerichtshofes öffentlich.

22. In seiner Eigenschaft als Aufsichtshof hat der oberste Gerichtshof von sämmtlichen Gerichtshöfen des Landes einen Jahresbericht zu empfangen, und diesen zu einem Generalberichte über die gesammte Rechtspflege und den sittlichen Zustand des Volkes zu benutzen, welchen er dem vereinigten Volksrath und Senate bei Eröffnung der jährlichen Sitzungen zu erstatten hat. Der oberste Gerichtshof hat dabei ganz besonders die Fälle hervorzuheben, wo ein Gesetz für verfassungswidrig und deßhalb für unwirksam erklärt wurde, es möge dies von einer gewöhnlichen Gerichtsstelle oder von ihm selbst in seiner Eigenschaft als Cassationshof und vollgiltiger Erklärer des Gesetzes erkannt worden sein.

23. Die Geschwornenlisten werden aus allen vollberechtigten Bürgern durch Volkswahl gebildet, indem es keiner anderen Erfordernisse als der der politischen Vollberechtigung bedarf, um Geschworner sein zu können. Dem Angeklagten bei dem Criminalprozeß, und beiden Parteien bei dem Civilprozeß, sind durch ein ausgedehntes Zurückweisungsrecht alle möglichen Sicherheiten gegen parteiisches Urtheil gegeben.

24. Alle ständigen rechtsgelehrten Richter bei dem obersten Gerichtshofe wie bei den übrigen Gerichtshöfen des Landes haben ihr Amt auf Lebenszeit, und werden im Falle körperlicher oder geistiger Unfähigkeit mit Pension in Ruhestand versetzt. Nur im Falle eines Verbrechens, es sei im Privatleben oder in den Amtsverrichtungen, ist auf Entscheidung der verfassungsmäßigen Anklagejury eine Einstellung und auf nachher folgendes richterliches Urtheil Entsetzung möglich. Frei gewordene Richterstellen werden vom Se-

nate aus den Candidatenlisten besetzt, welche der Landammann aus den Vorschlägen des Staatsverwaltungsrathes durch Zurückweisung der Hälfte der Vorgeschlagenen zu bilden hat, und welche immer dreimal so viele Namen enthalten müssen als Richterstellen zu besetzen sind.

25. Außer den eigentlichen und machtvollkommenen Gerichtsstellen des Landes besteht in jeder Gemeinde ein von ihr selbst auf die Dauer eines Jahres gewählter Friedensrichter, welcher zugleich die Befugnisse eines Ermahners, und als Ermahner gegen Beamte die gerad im Gebiete der Gemeinde zu wirken haben, auch die eines Rechtsschirmers hat. Er ist indessen in jeder Beziehung ohne alle andere Gewalt als die seines einfachen Urtheils, seiner Ermahnung und Warnung, für welche er beliebige Bürger als Zeugen nehmen kann. Eine Hauptaufgabe dieser Friedensrichter soll es sein, dahin zu wirken, daß bürgerliche Streitigkeiten jeder Art, mit Einschluß der Ehrverletzungen, von den Parteien freiwillig vor selbstgewählte Schiedsgerichte gebracht werden, deren Vorsitzer er zu ernennen hat. Für geringe Benachtheiligungen kann der Friedensrichter dem Schuldigen, auch wenn er ein Gemeindebeamter ist, unmittelbar von sich aus Schadenersatz auferlegen, wogegen dieser ein Schiedsgericht verlangen kann. Will aber die Gegenpartei sich diesem nicht unterwerfen, so muß der Friedensrichter die Weisung an das ordentliche Gericht bewilligen. (Schluß folgt.)

Der Nürnberger politische Verein hat folgende Adresse an die konstituirende Versammlung in Frankfurt gerichtet.

Hohe konstituirende National-Versammlung!

Mit Staunen und Entrüstung haben wir den Antrag des Ausschusses für Bildung einer provisorischen Centralgewalt vernommen, nach welchem die drei Männer, denen die vollziehende Gewalt übergeben werden soll, von den Regierungen vorzuschlagen und lediglich von der Nationalversammlung nur bestätigt werden dürfen. Dieser Antrag steht aber im schneidenden Widerspruch mit dem von der Nationalversammlung selbst am 27. Mai ausgesprochenen und vom ganzen deutschen Vaterlande mit Jubel begrüßten Grundsatze der Volkssouveränetät und rechtfertigt das Vertrauen, welches das Volk jenen Männern schenkte, die es zur Wahrung seiner Rechte nach Frankfurt gesandt hat, in keiner Beziehung. Wir erwarten und fordern daher, daß die Nationalversammlung, eingedenk ihrer Mandate und der ihr hieraus erwachsenden Pflichten, lediglich die Rechte und das Wohl des Volkes, von welchem und für welches Sie gesandt ist, im Auge habe, nicht aber die Befugniß besitze, den Fürsten eine einflußreiche, volksgefährliche Stellung auch für die Zukunft zu sichern und daher auch nicht das Geringste der Errungenschaften des deutschen Volkes aufgebe oder, durch diplomatische Kniffe bethört, im Wege der Vereinbarung, an die Fürsten abtrete. Jeder solche Versuch müßte als Hochverrath an der Souveränetät des Volkes betrachtet und denjenigen, die dazu mitgewirkt haben, die ganze Verantwortlichkeit aller daraus entstehenden unseligen Folgen aufgelegt werden. Nur eine von der Nationalversammlung selbst frei gewählte und ihr allein verantwortliche Centralgewalt entspricht dem Willen und dem Bedürfniß des Volkes, des Gesammtvaterlandes in allen Beziehungen und dem Prinzipe der Volkssouveränetät. Wir protestiren daher feierlichst gegen jeden Versuch, die künftige Exekutivgewalt, welche die Schicksale Deutschlands bestimmen wird, auf anderem Wege und durch Zulassung anderer, dem Volke fremdartiger, ja sogar feindlicher Einflüsse gestalten zu wollen und berufen uns hiebei auf den energisch und laut ausgesprochenen Gesammtwillen des deutschen Volkes und unsern Wahlspruch „Alles für das Volk, Alles durch das Volk!“

Nürnberg, den 22 Juni 1848.

Im Namen und Auftrag des polit. Vereins.

Die Ausschuß-Mitglieder des Vereins.

Lesefrüchte.

Ein Volk, das sich nicht durch die Kraft des Willens zur Selbstständigkeit und Freiheit emporschwingen kann, verdient in seiner Rath- und Thatlosigkeit unterzugehen, und jedes Volk, das die Stimme des Zeitgeistes überhört, wird früher oder später den Folgen dieser Taubheit Thränen der Reue widmen müssen.

Gedruckt unter Verantwortlichkeit der Verleger von Wilhelm Tümmel.
Expedition bei Joh. Gg. Meyer, Plobenhof S. 823.

Der

Verein der deutschen Demokraten

an

das deutsche Volk.

Nachdem die deutsche Nationalversammlung bereits 5 Wochen hindurch getagt, die Majestät und Oberherrlichkeit des deutschen Volkes, aus welcher sie hervorgegangen ist, schon einige Mal, wie bei der Mainzer Frage und dem Verhältnisse zu Dänemark, verleugnet hat, so ist sie endlich bei einer Frage angelangt, deren Entscheidung nothwendig eine definitive Entscheidung über sie selbst sein muß. Es ist die Frage über eine provisorische Executiv-Gewalt Deutschlands. Hier giebt es nur zwei Fälle. Entweder die National-Versammlung erfaßt sich als souveraine constituirende Macht, als das volle, alle Gewalten in sich vereinigende Organ des Volkes, welches mit Niemanden zu verhandeln, und einzig und allein dem Volke Rechenschaft abzulegen hat. In diesem Falle muß und wird dieselbe eine vollziehende Gewalt rein durch sich selbst gründen, um in ihr den kräftigen Arm zu haben, welcher ihre auf die Freiheit und Einheit Deutschlands gerichteten Beschlüsse durchführt, und in jedem Falle ihr verantwortlich bleibt. Oder die Versammlung theilt die Souverainität des Volkes und ihre eigene Vollmacht mit der Souverainität der Fürsten und Regierungen. Dann wird sie sich mit den Letzteren in Unterhandlung und Vertrag einlassen, und die Bildung eines freien und einigen Deutschlands war ein eitler Traum, an dessen Stelle in Wirklichkeit ein seelenloser, das Volk ausbeutender, weithin gedehnter, das ganze Daseyn des deutschen Volkes einer neuen Schmach und immer größeren Stockung und schmerzlicheren Krämpfen preisgebender Zustand treten muß.

Auf dem ersteren Standpunkte steht die entschiedene Linke, auf dem letzteren die Rechte der National-Versammlung. Schon seit drei Tagen haben wir sich lang hinziehende Reden von beiden Seiten, auch in sich selbst haltlose Vermittelungs-Anträge vernommen.

Die Zeit der Entscheidung nahet, und das deutsche Volk muß wissen, was es in jedem Falle zu thun hat.

Entscheidet die Versammlung, was höchst wahrscheinlich ist, in dem ersteren Sinne, dann hat sie die Majestät und das Wohl des deutschen Volkes festgehalten, und es wird ihren weiteren Beschlüssen mit Vertrauen entgegen sehen. Entscheidet sie in dem letzteren Sinne, geht sie irgendwie ab von dem Grundsatze „die executive Gewalt Deutschlands, mit Aufhebung des Bundestages, rein durch sich selbst und ihr verantwortlich zu gründen," so sieht das Volk, daß von einer solchen Versammlung kein Heil mehr zu erwarten ist, daß sie die Souverainität des Volkes, die Freiheit und Einheit Deutschlands verrathen, und sich dem abgelebten Systeme nochmals in die Arme geworfen hat. Dann muß die Linke aus einer solchen Versammlung sofort ausscheiden, und das Volk nur noch in ihr sein sich weiterhin ergänzendes Organ und seinen Willen erkennen, das Mandat der Männer der Rechten hingegen für aufgehoben erklären.

Wir fordern deshalb nicht nur alle demokratischen Vereine, sondern das gesammte deutsche Volk auf, im obigen Sinne sofort die bestimmtesten Erklärungen an die National-Versammlung und an die einzelnen Abgeordneten ergehen zu lassen.

Die Demokraten Deutschlands, in Hunderten von Vereinen gegliedert, und zu einer Gesammtheit vereinigt, werden überall in diesem Sinne handeln, und sie erwarten von dem ganzen deutschen Volk, daß dasselbe sich ihnen anschließen, und schleunigst ein Gleiches thun werde, damit wir nicht nochmals einer langen Zeit der Gräuel und des Elendes anheim fallen.

Frankfurt a. M., den 22. Juni 1848.

Im Namen der Demokraten Deutschlands

deren provisorischer Central-Ausschuß zu Frankfurt a. M.

Bayerhoffer. Ronge. Metternich.

Süddeutsche Brüder!

Schon seit dem 18. Mai ist die deutsche Nationalversammlung eröffnet und noch ist, außer der formellen Bestätigung der Volkssouveränität, die im März auf den Barrikaden blutig erkämpft wurde, nichts geschehen was den Erwartungen der Nation auch nur einigermaßen entsprochen hätte. Die Verhandlungen werden, wie ich mich seit meinem Hiersein zur Genüge überzeugt habe, in unerträgliche Länge gezogen und zwar insbesondere durch eine enggeschlossene Anzahl von Geburts- und Geldaristokraten, nebst Pfaffen, von denen sich noch eine große Schaar derer bestimmen läßt, welche principlos hin und her schwanken, welche den kühnen Aufschwung des Volksgeistes als gefährlich fürchten oder welche die Verfassung des neuen Deutschlands aus mühsam zusammengestoppelten Kathederheften und vermoderten Actenstücken vergangener Jahrhunderte zusammenflicken wollen. Die Männer (der Linken) welche die großen Forderungen der Zeit kennen, welche gern dem gedrückten Volke und dem gefährdeten Vaterlande helfen möchten, sind gelähmt und sehen mit bittrem Schmerz, wie das Vertrauen der Nation zu der Versammlung von Tag zu Tage mehr schwindet.

Anfangs hofften Eure Brüder im Ost und Nord, so wie Ihr: die Nationalversammlung werde es als erste Pflicht erachten, den dringendsten Bedürfnissen im Innern des Vaterlandes abzuhelfen, sie werde sich beeilen die Lasten, welche auf dem Ackerbau, auf den Gewerben und auf dem Handel liegen, sowie alle Vorrechte groß- sinnig und vollständig aufzuheben, um so den innern Unruhen und dem creditlosen Zustande zu begegnen, der nicht blos die Arbeiter, sondern auch den Mittelstand in die größte Gefahr gebracht hat. Als wir aber die ersten Nachrichten über die Zusammensetzung und Haltung der Versammlung erhielten, schwanden die großen Hoffnungen immer mehr, Mißtrauen trat ein und wir sehen dieses Mißtrauen durch den Kommissionsentwurf über die Grundrechte der Nation, worin nicht einmal die Feudallasten gradezu aufgehoben sind, mehr als gerechtfertigt. Eins hofften wir jedoch noch immer, wir hofften, daß die Versammlung eine Centralgewalt nach dem Princip der Volkssouveränität schaffen würde, welche im Stande sein würde das gefährdete Vaterland zu leiten, gegen das Ausland kräftig zu vertreten und uns vor neuer Schmach und Erniedrigung zu schützen. Der Kommissionsbericht und die Verhandlungen über diesen Gegenstand berechtigen uns jedoch auch hierüber zu zweifeln und erwecken schwere Besorgnisse, denn man hat sich nicht gescheut die Volkssouveränität zu verleugnen und will die Wahl der Centralbehörde den Fürsten überlassen, während sie einzig und allein nur der Nationalversammlung zusteht.

Süddeutsche Brüder! sollte die Nationalversammlung der Mehrheit nach die Wahl der Centralbehörde wirklich den Fürsten überlassen und das Grundgesetz der neuen Zeit also verleugnen, dann hat sie sich selbst das Urtheil gesprochen und Ihr habt von allen Deutschen zuerst die strenge Pflicht, um jeden Preis das Princip der Volkssouveränität zu schützen, denn wißt, der Grundsatz der Volksuveränität ist für uns göttliches Gesetz, ist die Bedingung für unsere Zukunft, lassen wir ihn verletzen und verleugnen, dann sinken wir rettungslos in blutige Anarchie. Es ist schon ein Vergehen, daß das Princip der Volkssuveränität in dem Kommissionsentwurf in Frage gestellt wurde, es wäre aber ein Verrath an der Nation, ihn zum Gesetz zu erheben.

Brüder seid darum wachsam, es gilt Eure Freiheit, Eure Zukunft, Eure Ehre zu wahren!

Frankfurt a. M. den 21. Juni 1848.

Johannes Ronge.

Der freie Staatsbürger.

Ein Volksblatt aus Franken.

№ 30. Nürnberg, 29. Juni. 1848.

Der „freie Staatsbürger“ wird im nächsten Quartale zu erscheinen fortfahren, so sehr auch durch amtliche und nichtamtliche Thätigkeiten seine Existenz zu gefährden versucht wurde. Polizeiliche Willkür hat zwar den Redakteur, Dr. Gustav Diezel, aus Nürnberg verwiesen, allein derselbe wird dem von ihm in so guter Absicht gegründeten und der freien politischen Volksbildung gewidmeten Blatte doch auch aus der Ferne seine Kräfte zuwenden. Der „freie Staatsbürger“ wird seiner entschieden demokratischen Farbe stets treu bleiben und von der Preßfreiheit immer den Gebrauch machen, den ihm sein Standpunkt auf dem Boden des Gesetzes gestattet. Das unverkümmertste Recht und das Wohl des Volkes in den natürlichsten und freisinnigsten Staatseinrichtungen suchend, wird die Redaktion nur solche Wege zur Auffassung des politischen Lebens einschlagen, auf welchen diese Güter zu finden sind. Wie bisher erscheint das Blatt jeden Dienstag, Donnerstag und Samstag und kann durch alle Postämter bezogen werden. Preis für das Vierteljahr 45 kr. Einrückungsgebühren 2 kr. für die Zeile. Einzelne Nummern kosten 3 kr.

Grundzüge zu einer republikanischen Verfassung für Deutschland von Julius Fröbel.

(Schluß.)

IV. Einrichtung der vollziehenden Gewalt.

26. Die Vollziehung der Gesetze und die Verwaltung des öffentlichen Wohles geschieht durch Gemeindebeamtete, Bezirksbeamtete und Staatsbeamtete. In den Gemeinden soll es keine anderen als Beamtete der Gemeinde geben, welche nur, in Bezug auf alle Angelegenheiten der Staatsverwaltung in der Gemeinde, ihre Dienste der Staatsverwaltung zu leihen haben. In den Verwaltungsbezirken sollen Beamtete der Bezirksbevölkerung neben Beamteten der Staatsverwaltung bestehen. Bei der Bestimmung des Gewaltkreises soll der Grundsatz herrschen, daß die Gemeinden und Bezirksbevölkerungen sich mit ihren Angelegenheiten, welche nicht Gesammtangelegenheiten des Staates sind, möglichst frei bewegen können, und jede unnöthige Centralisation vermieden wird.

27. Jede Verwaltungsstelle, welche mehrere Personen erfordert, hat einen Obmann und einen Personenbestand untergeordneter Arbeiter. Das Gesetz hat genau den Wirkungskreis des Obmanns und die Pflichten der untergeordneten Arbeiter zu bestimmen. Diese Pflichten können in keinem Verwaltungszweige soweit gehen, daß der Untergebene zur Verzichtung auf sein eignes Urtheil über die Gesetzlichkeit, eines ihm gewordenen Auftrags genöthigt, und seiner persönlichen Verantwortlichkeit, gegenüber dem Gesetz, entbunden werden könnte. Dieser Grundsatz gilt auch für jede Person im Dienste der bewaffneten Macht mit Ausnahme des Dienstes vor einem fremden Feind inner oder außer des Landes, in welchem Fall alle Verantwortlichkeit für befohlene Handlungen auf dem höchsten Befehlenden ruht.

28. In Bezug auf die einzelnen Civil-Verwaltungsstellen gibt es keinerlei Rangordnung. Jede Stelle hat ihre gesetzlichen Pflichten und Befugnisse, und ihre Verbindungsform mit anderen Stellen ist ihr vorgezeichnet. Von den Stellen mit umfassenden Wirkungskreisen haben die eingeordneten Stellen nur Mittheilungen, aber keine Befehle zu erhalten, und jeder Obmann einer Verwaltungsstelle, es seien die an sie geknüpften Interessen wichtig oder unwichtig, ist für seine Amtshandlungen persönlich vor dem Richter verantwortlich, wie er auch vor Ablauf seiner Amtszeit nur auf richterlichen Endscheid von seiner Stelle entfernt werden kann. Alle Kräfte also, welche im Dienste der Civil-Verwaltung sich innerhalb der

Schranken der Gesetze nach einem Willen bewegen sollen, müssen einem einzigen Verwaltungsvorsteher unmitelbar untergeordnet sein, mit Ausschluß jeder rangordnungsmäßigen Abstufung.

29. Militärstellen wie Civilstellen sind keine Würden, und sind daher ohne alle Bedeutung außer Dienst und Amte.

30. Haupt der gesammten Staatsverwaltung ist ein Landobmann, welcher einen Statthalter zur Seite hat. Beide haben ihr Amt auf ein Jahr, doch so, daß jeder Statthalter im zweiten Jahr Landobmann wird, also immer nur Statthalter erwählt werden müssen. Die Wahl des Statthalters geht auf folgende Weise vor sich: Es werden in den sämmtlichen Urversammlungen der Staatsgesetzgebungsbezirke Wahlmänner gewählt, welche durch Ausschüsse Wahlcollegien bilden, wie für die Wahl der Senatoren. Jedes dieser Wahlcollegien ernennt zwei Candidaten. Die so bezeichneten sämmtlichen Candidaten werden auf eine Candidatenliste zusammengetragen, aus der der Volksrath einen Zweiervorschlag bildet. Aus diesem Zweiervorschlage wählen endlich die Urversammlungen der Staatsgesetzgebungsbezirke den Statthalter. Die Stimmen für jeden der beiden Vorgeschlagenen werden vom Volksrathe zusammengezählt, womit das Wahlergebniß gezogen wird.

31. Der Landobmann ist Oberbefehlshaber der bewaffneten Macht, die er innerhalb und außerhalb des Landes in Person kommandiren kann. Wenn dieser Fall eintritt, übernimmt der Statthalter seine Verrichtungen in der Civilverwaltung des Landes.

32. Bei einer Krankheit des Landobmannes, die ihn zur Verrichtung seiner Pflichten unfähig macht, tritt der Statthalter in diese Pflichten vorübergehend ein. Stirbt der Landobmann vor Ablauf seiner Amtszeit, so folgt ihm der Statthalter in der Obmannschaft, und bleibt dann nicht nur den Rest des Jahres, sondern auch noch das ganze folgende Jahr im Amte. Es ist dann sogleich ein neuer Statthalter zu wählen.

33. Der Staatspräsident ernennt die Minister für die verschiedenen Geschäftskreise der Centralverwaltung. Die Gesammtheit der Minister bildet mit dem Landobmann und dem Statthalter einen Staatsverwaltungsrath unter dem Vorsitze des ersteren. Dieser Rath kann von den einzelnen Ministern in schwierigen Fällen ihres Geschäftskreises zu Rathe gezogen werden, und hat in allen Fällen, wo Beschlüsse zu fassen sind, die mehrere Ministerien zugleich berühren, zu entscheiden. Er bearbeitet einen jährlichen Bericht über die Staatsverwaltung, dem der Landobmann das Material für seine jährliche Botschaft an die Gesetzgebung entnimmt. Ueber die Gesetzesanträge, welche der Landobmann vor den Volksrath oder Senat zu bringen gedenkt, muß er vorher die Ansicht des Staatsverwaltungsrathes gehört haben. Uebrigens ist jeder einzelne Minister in den Einzelnheiten seines Geschäftskreises unabhängig, und ist nicht ein Untergebener des Landobmannes, sondern das Haupt einer eignen Staatsverwaltungsstelle. Die Sitzungen des Staatsverwaltungsrathes sind in der Regel öffentlich Der Rath kann aber in einzelnen Fällen geheime Sitzung beschließen.

34. Die untergeordneten Beamteten der Ministerien, welche das Arbeiterpersonal derselben bilden, ernennt jeder Minister für seinen Geschäftskreis.

35. Die Ministerien fassen die Centralverwaltung der gesammten inneren und äußeren, geistigen und materiellen Interessen des Volks in ihren Geschäftskreis. Die Eintheilung und Abgrenzung der Geschäfte richtet sich nach den Bedürfnissen der politischen Verhältnisse. Festzuhalten ist hierbei, daß die richterliche Beurtheilung nicht als ein Verwaltungszweig, sondern als eine Hauptverrichtung der Rechts- und Machtvollkommenheit des Volkes betrachtet werden muß, und daß mithin — für die Verwaltung — die Rechtspflege keine anderen Sorgen übrig läßt, als die, alle Uebertretungen der Gesetze vor den Richtern und alle richterlichen Urtheile zur Ausführung kommen zu lassen. Die erste Sorge ist das Geschäft der Anklagepolizei, die zweite die der Zwangspolizei und nöthigenfalls der bewaffneten Macht.

36. Der Landobmann ernennt für alle Theile des Landes öffentliche Ankläger auf die Vorschläge des Senates. Diese haben die Pflicht, jede Uebertretung der Gesetze, auch in den Amtshandlungen der Beamteten, von Staatswegen vor den Richter zu bringen. Jeder Bürger kann ungesetzliche Handlungen bei dem öffentlichen Ankläger anzeigen und die Anzeige sich bescheinigen lassen, womit der öffentliche Ankläger für die Unterlassung dessen, was seines Amtes ist, selbst verantwortlich wird. Für selbsterlittene Rechtskrän-

fungen durch Amtshandlungen der Beamteten muß indessen jeder Bürger selbst vor Gericht Klage führen, und hat nicht das Recht, bloß anzuzeigen, sofern er nicht an der Selbsterhebung der Klage gehindert ist. Die öffentlichen Ankläger gehören in den Verwaltungskreis der Anklagepolizei.

37. Von der Verwaltung der öffentlichen Sicherheit, welche Sache der Anklagepolizei und Zwangspolizei ist, darf die Beaufsichtigung der Personen nicht centralisirt werden, sondern diese muß Sache der Bezirks- und Gemeindeverwaltung bleiben. Die Ortsbehörden des Landes können, wenn es nöthig ist, im polizeilichen Interesse in direkte Verbindung unter einander treten.

38. Eine geheime Polizei darf in keiner Weise eingeführt werden, und der Versuch dazu kann von jedem Bürger, wie es ihm beliebt, entweder dem öffentlichen Ankläger angezeigt, oder, als ihm selbst in der Gesammtheit der freien Bürger widerfahrenes Unrecht, auch wenn das polizeiliche Verfahren nicht gegen ihn persönlich gerichtet war, persönlich vor Gericht verfolgt werden. Mit der Strafe, die dagegen erkannt wird, muß unter allen Umständen Abbitte vor der Person verbunden sein, gegen welche die Spionerie gerichtet war.

39. Die Bezirksbeamteten der Staatsverwaltung werden aus Dreiervorschlägen der dazu bestimmten Wahlcollegien vom Staats-Verwaltungsrathe ernannt. Dagegen werden die Bezirksbeamteten der Bezirksbevölkerung aus den für jede Beamtung von den nämlichen Wahlcollegien entworfenen Candidatenlisten von den Urversammlungen ernannt. Die Wahl der Gemeindebeamteten ist den Bürgern jeder Gemeinde selbst überlassen.

40. Der große Volksrath, d. i. der unter dem Vorsitze des Landobmanns vereinigte Volksrath und Senat, hat das Recht, die Ausführung eines einzelnen Beschlusses einer von ihm dazu ernannten Person oder Specialcommission zu übertragen, sobald die Ausführung specieller Fähigkeiten erfordert, die in den bestehenden Verwaltungsbehörden nicht hinreichend vorhanden zu sein scheinen, oder sobald diese durch den besonderen Auftrag zu sehr überhäuft werden würden.

41. Die Ernennung zu den Stellen des Heeres geschieht vom Landobmann aus Listen des Kriegsministeriums.

42. Innerhalb der Grenzen, welche im §. 27 bezeichnet sind, ist im Waffendienste die Subordination unbedingt. Im Übrigen kann der Waffendienst keinem Rechte des Bürgers Eintrag thun. Fremde Söldner dürfen niemals in das Heer aufgenommen werden.

Bundesgesandtschaftliche Ehrlichkeit.

Der Bundestagsgesandte Welker, bekanntlich einst ein gewaltiger Liberaler, der es auf Niemand mehr abgesehen hatte, als auf den Bundestag, dem er bei jeder Gelegenheit mit so maßloser Heftigkeit zu Leibe ging, daß er dadurch mehr als einmal stark seine politischen Freunde in Verlegenheit brachte, ist, seit die badische Regierung so klug war, ihn zum Bundestagsgesandten zu ernennen, so verliebt in dieses abgestorbene Institut, daß er es um keinen Preis aufheben lassen will; und mit derselben Heftigkeit, mit der er früher gegen den Bundestag gebelfert, belfert er jetzt gegen alle Diejenigen, welche den Bundestag nicht eben liebenswürdig finden wollen. So geht's in der Welt. Die monarchischen Regierungen dürften in den meisten Fällen einen Schreier, wie Welker, nur anstellen, so wendet er sein Schreitalent alsbald gegen Diejenigen, welche nicht mit ihm in den Sold getreten sind. Man wird sagen, der Bundestagsgesandte Welker hat nur den früheren, nicht den jetzigen, den erneuerten Bundestag, angegriffen, und mit Ueberzeugung, nicht aus eigennützigen Rücksichten vertheidigt er jetzt das, was er früher geschmäht. Gut! Dann soll er aber ehrlich zu Werke gehen und nicht fälschlich. Was thut aber der Bundestagsgesandte Welker? Kürzlich kommt in der Nationalversammlung die Berserker-Wuth über ihn und er ruft: „Wenn wir die Regierungen zu Dienern einer andern Macht (der Volksmacht) herabwürdigen, so beunruhigen wir Mächte, welche Armeen kommandiren. Wenn die Wühler (d. h. die Republikaner) die Fürsten herabsetzen und verspotten, ehe sie selbst eine Verfassung gemacht haben, so beleidigen sie nicht die Fürsten, sondern Jeden, der noch — (man höre!) eine monarchische Ader im Leibe hat!" Das hatte Herr Welker gesagt, Hunderte hatten es gehört und darüber gelacht. Der Herr Redner schien aber selbst einzusehen, daß die Vernunft sehr wenig nach

monarchischen Adern in den Speckbäuchen von Gelehrten fragt; und da ihm diese ganze Aeußerung als ein Unsinn vorkommen mußte, so beging er neben einem neuen Unsinn auch noch die Fälschung daß er in den stenographischen Berichten das „monarchisch" ausmerzte, und dafür eine „moralische Ader" setzte. Das ist die Ehrlichkeit deutscher Bundestagsgesandten.

Der in Mannheim erscheinende „deutsche Zuschauer" enthält an der Spitze seines Blattes einen Artikel mit der Aufschrift „Deutschlands Zukunft," dem wir folgende charakteristische Stelle entnehmen:

Dem deutschen Volke ist mit Redensarten und papiernen Verfassungen nicht gedient. Es bedarf der Erleichterung im Innern und einer kräftigen Vertretung nach Außen hin. In diesen beiden Beziehungen hat das Verparlament und der Fünfziger-Ausschuß, in Verbindung mit den sogenannten Vertrauensmännern die konstituirende Versammlung in eine solche Lage gebracht, daß sie kaum mehr im Stande ist, für Deutschland etwas Durchgreifendes zu leisten, auch wenn sie nicht zum großen Theile aus Invaliden bestände. Wenn man den chaotischen Zustand, in welchem sich dermalen Deutschland befindet, die Gefahren, welche es von allen Seiten umgeben, mit den Mitteln vergleicht, durch welche ihm geholfen werden soll, so erscheinen uns diese in der That wahrhaft kindisch. Die Regierungen ziehen Truppen zusammen, fangen einen Krieg an gegen die Dänen, die Polen und die Republikaner Deutschlands, lassen die alten Lasten auf dem Volke unvermindert bestehen und häufen neue zu den alten. Die Männer, welche sich vorzugsweise berufen glauben, dem Volke zu seinen Rechten zu verhelfen, heißen alle Gewaltmaßregeln der Regierungen gegen die Republikaner gut und glauben durch den kleinen Krieg mit den Dänen der öffentlichen Meinung genügende Rechnung getragen zu haben. Die großen Fragen der auswärtigen Politik: über die Stellung Deutschlands zu Frankreich, zu Polen, zu Italien und zu Ungarn lassen diese klugen Herren gänzlich unberührt. Allerdings könnten diese Fragen erst dann mit Kraft und Nachdruck besprochen werden, wenn zuvörderst die innere Freiheit Deutschlands festgestellt worden wäre. Denn ein geknechtetes Volk kann dem Auslande gegenüber niemals mit Entschiedenheit und Würde auftreten. Die „konstituirende Versammlung" kann und wird dem chaotischen Zustande Deutschlands kein Ende machen, sie kann und wird die innere Freiheit Deutschlands so wenig als seine Kraft nach Außen begründen. Allein sie wird die Unhaltbarkeit der gegenwärtigen Eintheilung Deutschland's, des monarchischen Systems und der ganzen bisher bestandenen Unordnung so klar zu Tage bringen, daß sie dadurch einer kräftigeren und mit höheren schöpferischen Kräften begabten Partei den Boden für ihre Saaten bestellen wird. Diese wird dann den großen Bund der Völker gegen die Tyrannei schließen, und aus diesem Bunde wird die neue Gestaltung Europa's und folgeweise auch Deutschland's als Frucht entsprießen. Der Bund der Völker, von welchem so lange nur gesprochen und geschrieben wurde, muß jetzt endlich zur Wahrheit werden.

Allerlei.

In Hecker's Volksfreund lesen wir aus Mannheim: Wenn sie mich nicht lieben, wenn sie mich nur fürchten. Also mag sich Herr Staatsrath Mathy gebrüstet haben, als er den Judasplan schmiedete, um seine Freunde, die Patrioten, und in ihnen das Volk zu verrathen. Er hat sich aber getäuscht, dieser saubere Herr Staatsrath, er hat sich gewaltig getäuscht. Keine Spur von Furcht zeigt sich vor dem besoldeten Lügner und keine Seele erschrickt vor dem Verräther. Das alte Loos der Abtrünnigen ist auch sein Loos. Verachtet von den Freunden und gehaßt von dem Volke, schleicht er fort auf dem Wege des Truges und ist Feind der Sonne, die seine Schande ans Licht stellt. Und reibt Hr. Bassermann, der Hochbegriff des badischen Prozenthums, wie ein Fleckseifenhändler an dem schwarzen Busenfreunde, da kann kein beschönigend Wort und kein goldenes Mittelchen mehr helfen, und wenn die Verrathenen in der trübsten Stunde sich selbst ermuthigend ausrufen können: tout est perdu hors l'honneur, (und ist Alles auch verloren, ist es doch die Ehre nicht,) des Staatsrathes Wachen, des Staatsrathes Traum erfüllt nur ein Gedanke, der Gedanke des Schreckens. Zum Beweis, wie sicher sich der Herr Staatsrath in seinem Polizeistaat fühlt, diene Folgendes: Hr. Mathy schlich jüngst durch die Arkaden des Mannheimer Kaufhauses. Ueberall fand er stille Verachtung, bis ihm ein Zuckerbäcker begegnete, der ihm ein süßes Gesicht machte. Entzückt über dieses Wunder fuhr Herr Mathy nach dem Hut, aber ein seltsames Kompliment verblüffte den höflichen Zuckerbäcker, als dem ruhigen, sichern, friedfertigen Staatsmann ein — Dolch entfiel, den er unterm Rocke in den Händen hielt.

Gedruckt unter Verantwortlichkeit der Verleger von Wilhelm Tümmel.
Expedition bei Joh. Gg. Meyer, Plobenhof S. 823.

Der freie Staatsbürger.

Ein Volksblatt aus Franken.

№ 31. Nürnberg, 1. Juli. 1848.

Erscheint jeden Dienstag, Donnerstag und Samstag, und kann durch alle Postämter bezogen werden. Preis für das laufende Vierteljahr bis Ende Juni 36 Xr., von da ab vierteljährlich 45 Xr. Einrückungsgebühr 2 Xr. für die Zeile. — Einzelne Nummern à 3 Xr.

Der freie Staatsbürger.

Der freie Staatsbürger, welcher allen Verfolgungen, Plakereien und Polizeigewaltstreichen zum Troß den Muth besitzt, auch in diesem Quartal fortzuerscheinen, hat seit seinem kurzen Bestehen freilich fast täglich die Erfahrung gemacht, daß es bei uns noch keine freien Staatsbürger gibt, aber deshalb will er um so eifriger dazu mitwirken, daß wir es werden. Wollte er die Beweise aufzählen, die es ihm unwidersprechlich dargethan haben, daß wir sammt und sonders noch bis über die Ohren im Sumpf des alten Polizeistaates stecken, daß all' die schönen Worte von freier Presse und freier Rede eine reine Spiegelfechterei sind, von der nur Narren sich täuschen lassen, wollte er alle die Verfolgungen, die feinen und groben Intriguen berichten, durch die man dieses Blatt und seinen Redakteur zu vernichten suchte, von dem Erscheinen der zweiten Nummer an, mit welcher die Hetze begann, die unter verschiedenen Formen, unter verschiedenen Namen fortdauerte und zuletzt, mit Hülfe der Polizeiwillkür, den Redakteur wirklich aus Nürnberg entfernte — wollte er dieses Alles aufzählen, so könnte er Bogen voll schreiben.

Aber die Hauptsache ist: Der freie Staatsbürger ist doch nicht unterdrückt, und so sehr er seine Leser um Nachsicht, um Berücksichtigung der außerordentlichen Umstände bitten muß, unter denen seine Herausgabe fortdauert, so wird er sich doch nimmermehr nachsagen lassen, daß die brutale Polizeigewalt, daß die Intriguen einiger Bureaubeamten und Burgeois ein Blatt sollen vernichtet haben, das im Dienste des Volkes begonnen hat und fortgeführt werden soll.

Wäre freilich Bayern von einer chinesischen Mauer umgeben, stünde es nicht in einem nun einmal nicht aufzuhebenden Zusammenhang mit Deutschland, bräche das Gefühl der Zusammengehörigkeit mit Deutschland nicht troß aller offiziellen und halboffiziellen Erklärungen der Regierungen immer mehr beim bayerischen Volke durch: so wäre alle Beharrlichkeit von unserer Seite vergebens und noch lange Jahre könnte die Polizeiwillkür schalten und walten, und auch die politischen Senate ließen sich am Ende wieder erwecken, welche ohne den Schein eines Beweises Männer des Volkes in den Kerkern verschwinden ließen und deren Mitglieder mit Ehren und Würden belohnt würden.

Allein das ist denn doch jetzt nicht mehr möglich, und darum haben wir die feste Ueberzeugung, daß unsere Beharrlichkeit nach kurzer Prüfung den Sieg schauen wird. Zwar wenn der Hr. Minister von Beisler im Parlament mit gewaltigem Pathos fünf oder sechsmal wiederholt: eine Reaktion ist nicht mehr möglich, so müssen wir, die wir das Treiben der bayerischen Behörden aus eigner Anschauung zu kennen das Unglück haben, über die Kühnheit erstaunen, mit welcher ein bayerischer Minister, im Widerspruch mit der handgreiflichen Wirklichkeit seines Landes, ein solches Wort auszusprechen wagt; im Großen und Ganzen betrachtet aber hat er recht. Eine Reaktion ist allerdings in die Länge nicht mehr möglich, davon überzeugt man sich, nicht so lange man in Bayern ist, wohl aber, sobald man den Fuß über Bayern hinaussetzt.

Ueberall, wohin man kommt, fühlt man den Hauch

eines freieren Geistes, nur wir, die wir in Bayern als Revolutionäre angesehen und behandelt wurden, finden uns überall unter der Zahl der Gemäßigten. Diesen Geist mit seinem zweckigen Wesen werden die armseligen Maßregeln des Polizeistaates nicht unterdrücken, sie wagen auch kaum den Versuch. Und von diesem Geiste angeweht und gestärkt, wenden wir den Blick vertrauensvoll nach Bayern zurück; denn auch dahin wird er dringen und dringen müssen, und wir sind stolz darauf, daß wir unter denen waren, welche zuerst in Bayern diesen neuen, weltumgestaltenden Geist, wenn auch nur mit schwachem Lallen verkündigten.

Weit entfernt daher, uns durch Polizeimaßregeln einschüchtern, in unserm begonnenen Werke uns stören zu lassen, werden wir vielmehr im nun beginnenden zweiten Quartal dieses Blattes noch entschiedener und kräftiger auftreten. Ja, wir erklären offen, daß wir uns zu dem Princip bekennen, welches die Conferenz deutscher Demokraten in Frankfurt kürzlich an die Spitze ihrer Beschlüsse gestellt hat, dem Princip:

> Es gibt nur eine für das deutsche Volk haltbare Verfassung, die demokratische Republik d. h. eine solche, in welcher die Gesammtheit die Verantwortlichkeit für die Freiheit und Wohlfahrt des Einzelnen übernimmt.

Der Staat, wie er bisher war, beruht auf dem Princip der Unterdrückung, der Ausbeutung des Schwächeren durch den Mächtigen. Der Staat war ein Gebäude gleichsam; das Fundament, auf welchem Alles ruhte, war das Volk, von den Vornehmen der Pöbel, die Canaille, genannt; diese mußte arbeiten, sich abquälen und die Steuern des Staates zahlen. Sie entbehrte zum Theil ein Menschen würdiges Dasein, sie war oft Thieren gleich gestellt, ja man ließ sie, wie in Irland und Schlesien, auch verhungern, was man ein Thier nicht läßt, und dieses Alles, damit die Höheren, die ihren Fuß auf des Volkes Nacken setzen, in Ueppigkeit und Wohlleben schwelgen konnten. Hatten aber die Menschen ihr anständiges Auskommen, so waren sie doch in ihren Rechten als Menschen und Bürger keineswegs den „Bevorzugten," den „Bevorrechteten" gleich gestellt, sie waren ausgeschlossen von der Berathung über die Angelegenheiten des Staates, die doch auch ihre eignen waren, sie mußten sich gefallen lassen, was man ihnen von oben herab diktirte. Die Meinungsäußerung darüber ward ihnen untersagt und unmöglich gemacht.

Ueber diesem Fundament des Staates, dem Volk, der Masse, thürmte sich nun das übrige Gebäude auf, die mehr oder weniger Bevorzugten und Bevorrechteten, die endlich in dem Höchstbevorrechteten, dem König, ihre Spitze fanden. Ihr Verhältniß zu einander beruhte einerseits auf dem Princip der Knechtschaft. Der Höhere despotisirte den Niederen, der sich dann durch Despotisirung des noch Niederern entschädigte u. s. w. Kurz, das Princip der Knechtschaft ging durch alle Klassen der Staatsangehörigen durch.

Dieses Princip ist aber des Menschen unwürdig, das Wesen des menschlichen Geistes ist die Freiheit. Das hat schon das Christenthum ausgesprochen, das Christenthum hat den Werth der Menschenwürde vor 18 Jahrhunderten schon geltend gemacht; aber 18 Jahrhunderte lang mußte man dem Volke weis zu machen, das Christelthum bestehe in todten Formeln und Dogmen, in heiligen Geschichten und höchstens in langweiligen Predigten. Man hat Euch belogen. Das Christenthum ist Leben, es ist Geist, es ist Sittlichkeit, es ist Vernunft, es ist Menschenwürde. Jetzt erst, nach 18 Jahrhunderten wird das Christenthum zur Wahrheit, und sein Geist erlöst werden aus den starren Formeln der sogenannten Gottesgelahrtheit, um in das Leben eingeführt zu werden.

Das Christenthum spricht den Grundsatz der Gleichheit aller Menschen aus.

Alle Menschen sind Brüder, sind gleich Berechtigte. Der Grundsatz der Gleichheit, den die Franzosen im Jahr 1789, den sie bei ihrer neuen glorreichen Revolution abermals aufstellten, ist daher ein wesentlich christlicher.

Es gibt Leute, welche sich ungemein viel auf ihre Klugheit zu Gut thun, und die über das Princip der Gleichheit spöttisch die Achsel zucken. Narren, sagen sie, die Ihr seid, wo ist die Gleichheit? Könnt Ihr alle Menschen gleich an körperlichen und geistigen Eigenschaften, könnt Ihr sie alle gleich schön, gleich stark, gleich gescheidt, gleich fähig machen? So lang aber Verschiedenheit der geistigen Eigenschaften ist, ist auch Gleichheit nicht möglich.

Es klingt dieß, als wäre etwas Wahres daran, und doch ist es lauter Lug und Trug. Es ist er-

stens vor allen Dingen nicht wahr, daß in unseren bisherigen Staaten Verstand oder Fähigkeit die Vorrechte bedingt hat. Diese waren vielmehr vom Zufall und der Willkür abhängig. Die unfähigsten Menschen sah man in hohen und einflußreichen Stellungen, die edelsten, durchgebildetsten Männer, die Männer, die sich um ihr Vaterland auf Jahrhunderte hinaus verdient gemacht, sah man in den beschränktesten Verhältnissen, ja in Noth und Entblößung.

(Schluß folgt.)

Parlaments-Skizzen.

von G. D.

I.

Ich betrete das Haus, in welchem das deutsche Volk tagt, ein Volk, das nach langer Knechtschaft und Schmach sich verjüngen wollte, aber, vor seiner Aufgabe theils erschreckend, theils in der Erfüllung derselben durch feindliche Einflüsse gestört, zur Vollziehung dieses Verjüngungsprocesses Männer sandte, welche zu einem allzugroßen Theil selbst vermodert und unfähig sind, der jungen Zeit mit kühnem Muth in's Auge zu schauen und sie herauffühlren zu helfen über eine wiedergeborne Nation. Statt Männer der That sind Männer des Wortes, der lang hinschleppenden Rede gekommen. Statt energischer Maßregeln, denen das Volk zujubeln würde, pflogen sie Unterhandlungen, und von der deutschen Einheit, welche nur durch die kräftige That erstrebt werden kann, ist vorerst nichts zu sehen, als ihre Sinnbilder, die schwarzrothgoldenen Farben, die um so zahlreicher aus allen Ecken und Enden dem Eintretenden ins Auge fallen, je mehr er in den Versammlungen das vermißt, was sie bedeuten.

Eine Treppe führt mich auf die Emporbühne einer großen Rotunde. Das Erste, was das Auge trifft, ist ein wallender rother, mit Gold und Schwarz verbrämter, mit Eichenlaub eingefaßter Vorhang zwischen zweien der Säulen, welche die rings umherlaufende Emporbühne tragen, überragt von drei schwarz-roth-goldnen Fahnen, geziert mit dem schwarzen Reichsadler auf goldnem Grunde. Unter diesen Fahnen, vor diesem Vorhang steht fünf Stufen über dem Fußboden das Bureau, an welchem der Präsident und die Vicepräsidenten mit den Secretären ihre Plätze haben, vor dem Bureau die Rednerbühne, zunächst um das Bureau her die Tische der Stenographen. Weiterhin bis zu den Säulen laufen vom Bureau radienförmig die Abtheilungen der Abgeordnetenbänke aus; unter der Emporbühne sind Bänke angebracht für die bevorzugten Zuschauer, für die Bundestagsgesandten, Diplomaten und Aristokraten aller Art, nicht minder für deren Genossinnen so wie für die Frauen der Abgeordneten. Unter dem Bureau, oben, wo der Platz für die Orgel war, sieht man die Jungfrau Germania, mit Schwert und Fahne, zu beiden Seiten von ihr ein Vers. Der Sinn lautet:

O walle hin zu Opferbrand,
Hin über Land und Meer,
Und schling, ein einig Liebesband
Um alle Völker her.

Die Poesie ist schlecht! Ein Opferbrand, der ein Liebesband schlingt! Etwas verworrene Phantasie! Auf der andern Seite liest man:

Des Vaterlandes Größe,
Des Vaterlandes Glück;
O schafft sie, o bringt sie
Dem Volke zurück!

Wenn die Parlamentsmitglieder in der begonnenen Weise fortmachen, so wird dieß sicherlich ein frommer Wunsch bleiben. Die Vorhänge an den untern Fenstern sind aus Rücksicht auf die Augen der Parlamentsmitglieder grün, auf der Emporbühne aber sind sämmtliche Fenster von schwarz-roth-goldnen Vorhängen umzogen, und Fahnen in dergleichen Farben ragen von jedem Fenster über die Zuhörer herein, welche zu einem Theil dieser Emporbühne freien Zutritt haben. Ein anderer Theil ist für Damen, für die Berichterstatter von Journalen, sowie für diejenigen vorbehalten, welche mit Karten versehen sind.

Eine halbe Stunde vor dem Beginn der Sitzung fangen die Emporbühnen sowie die untern Räume sich zu füllen an. Man sieht die Abgeordneten in Gruppen bei einander stehen. Sie haben, nach dem Muster der französischen Kammer ihren Sitz, ihren politischen Ansichten gemäß, eingenommen. Rechts vom Präsidenten beginnen die Sitze der Conservativen, der Monarchisten à tout prix, derjenigen, denen nicht sowohl das Wort: „Volkssouveränetät“ und Volksherrschaft als die thatsächliche Verwirklichung derselben ein Gräuel ist. Hier erblickt man unter einer Menge Pfaffen und Bureaukraten, die eine träge Masse bil-

den, den Herrn von Radowitz, den Jünger Metternichs, den Herrn von Vincke, den zungenfertigen Komiker der Versammlung, der mit unerschütterlicher Kunst dem Zischen der Gallerie die Stirne bietet, wenn es sich darum handelt, den „preußischen Rechtsboden" vor dem Eindringen der Revolution zu schützen, die ihn doch schon überfluthet hat; den hocharistokratischen Fürsten Lichnowsky, der sich selbst rühmt, daß er zuerst Ultramontaner, dann Aristokrat, dann Preuße und endlich zuletzt — Deutscher sei; Welcker, der neugebackene Bundestagsgesandte, der den Bundestag, den er seit 30 Jahren mit allen Waffen bekämpft, augenblicklich liebenswürdig fand, sobald er selbst in denselben eingetreten war und der jetzt gar nicht zu begreifen vermag, wie man so frevelhaft sein könne, ein so ehrenwerthes Institut aufheben zu wollen; hier sitzt auch das Gros des bayerischen Deputirtenheeres. Nur Hr. Eisenmann hat sich aus Koketterie oder aus irgend einem andern Grunde auf der äußersten Linken einen eigenen Polstersessel aufstellen lassen, auf dem gegenwärtig in seiner Abwesenheit seine heftigsten Gegner es sich bequem machen.

Auf dem Centrum finden wir mehre württemberg'sche Abgeordnete, Römer, Schoder 2c. Es sind dieß die Vermittlungsmänner. In Principienfragen werden sie die Rechte vielleicht zu sich herüberziehen, aber nicht leicht die Linke, welche ihr Princip rein erhalten muß. Es sind redliche Männer darunter, die, wenn das Volk sich energisch ausspricht, unbedenklich mit Entschiedenheit zur Linken übergehen werden.

Auf der Linken erblickt man die wahren Vertreter des Volks, nicht die Organe der Regierungen und Fürsten; dort auf der äußersten Linken den alten, ehrwürdigen Itzstein, ein kleines Männchen, mit einem großen von wenigen weißen Härchen bedeckten Kopfe. Redlichkeit und Consequenz leuchtet aus dem durchfurchten Gesichte des erst kürzlich aus einer schweren Krankheit erstandenen Greises. Die Makellosigkeit eines langen Lebens, die Reinheit einer nie geänderten, treu bewahrten Ueberzeugung machen ihn zum Gegenstand der Verehrung für das ganze badische Volk, für alle, die ihn kennen. Unter dem Terrorismus der Bayonette haben 8 badische Wahlbezirke den Mann gewählt, dem der Staatsrath Mathy mit seinem schuldenden Gewissen nicht in's Auge zu schauen vermag. Um ihn her bewegen sich seine Freunde, der rücksichtlos mit den Waffen des Spottes und im Nothfall auch der Verachtung auf seine Gegner hineinstürmende Kapp, der kräftige, männliche Zitz, der biedere Mohr und Andere; dann die Jüngeren, Robert Blum, der Führer der Linken, ein, wenn nicht begeisterter, doch wohl überlegender Redner, der satyrische, lebhafte Simon von Trier, der geistvolle Ruge, mit seinem Caeterum censeo: Meine Herren, wir befinden uns im Zustande der positiven Revolution, der treffliche Jordan (von Berlin) und Andere. Auch der alte Uhland sitzt auf den Bänken der Linken, aber er kommt Einem etwas vereinsamt vor. Er hätte nie Vertrauensmann werden sollen.

Doch der Präsident und die Vicepräsidenten sind auf das Bureau getreten, Hr. von Gagern schwingt die Klingel, die Deputirten begeben sich auf ihre Bänke, die Sitzung beginnt.

Lesefrüchte.

Das deutsche Volk hatte schon so viele Anlässe, sich von den unwürdigen Fesseln zu befreien, in welche es die Ränke der Despotie geschlagen, aber immer ist es blos zu Anläufen gekommen; den Graben, in welchem die geistigen Schlingpflanzen wuchern, mit raschem Sprunge zu überholen, dazu ist immer noch viel zu viel Zaghaftigkeit in den meisten deutschen Naturen.

Anzeige.

(Zur Nachricht.) Da uns von mehreren Seiten Klagen zukommen, daß Bestellungen auf die

Fränkische Volkszeitung

von den Postämtern zwar angenommen, aber nicht ausgeführt werden, so erklären wir den betreffenden Postämtern, daß sie sich nicht etwa beikommen lassen möchten, eine geheime Censurbehörde spielen zu wollen. So lange unsere Zeitung nicht öffentlich verboten ist, muß sie durch die Post befördert werden.

Zugleich widersprechen wir dem hie und da verbreiteten Gerüchte, als wäre mit der Beschlagnahme der I. Nr. unseres Blattes auch das Verbot zur Fortsetzung desselben ausgesprochen; dasselbe wird vielmehr so kühn wie bisher auf der Seite des Volkes stehen.

Schwabach, den 30. Juni 1848.

Die Redaktion der fränkischen Volkszeitung.

Gedruckt unter Verantwortlichkeit der Verleger von Wilhelm Tümmel.
Expedition bei Joh. Gg. Meyer, Plobenhof S. 823.

Der freie Staatsbürger.

Ein Volksblatt aus Franken.

№ 32. Nürnberg, 4. Juli. 1848.

Erscheint jeden Dienstag, Donnerstag und Samstag, und kann durch alle Postämter bezogen werden.
Preis für das laufende Vierteljahr bis Ende Juni 36 Xr., von da ab vierteljährlich 45 Xr.
Einrückungsgebühr 2 Xr. für die Zeile. — Einzelne Nummern à 3 Xr.

Der freie Staatsbürger.

(Beschluß.)

Hauptsächlich aber ist eine große Wahrheit zu beachten. Geistige Eigenschaften, geistige Vorzüge bedingen nicht äußerliche Vorrechte, sondern sie bedingen Pflichten. Auch dieß ist eine wesentlich christliche Wahrheit, denn Christus sagt: Wer der Größte unter Euch ist, der sei Aller Diener.

Der Mensch ist nämlich kein Geschöpf für sich und darf sich nicht als solches betrachten; er kann es nicht, denn er kann nicht ohne andere leben. Der Mensch ist also auf die Gesellschaft, auf eine Gesammtheit angewiesen. Von dieser Gesammtheit ist er ein Glied, sie sorgt für ihn, er aber ist seine Kräfte und Fähigkeiten ihr schuldig. Je mehr er nun Kräfte hat, desto mehr kann er leisten; und der wahrhaft gute sittlich-gebildete Mensch wird in dem Dienste, den er der Gesammtheit leistet, auch allein die wahre Befriedigung für sich selbst finden.

Ein solcher Staat nun, worin, ohne alle Vorrechte der Geburt, des Standes, des Besitzes, in vollkommner bürgerlicher Geichheit, nur von dem Gesetz regirt, welches aus dem Gesammtwillen Aller hervorgegangen ist, die Menschen einander gegenseitig ihre Freiheit und Wohlfahrt verbürgen, wo der Einzelne seine Dienste der Gesammtheit widmet, um damit eine Pflicht zu erfüllen, nicht um über seine Mitbürger in die Höhe emporgehoben zu werden, ein solcher Staat ist ein demokratischer, und nach der Verwirklichung eines solchen demokratischen Staates ringt unsre Zeit.

Die Form eines demokratischen Staates aber ist die Republik, denn wo alle Menschen sich gleich sind, wo alle Vorzüge der Geburt aufgehoben sind, da kann es keine Fürsten mehr geben, sondern nur Männer, welche auf bestimmte Zeit die Stellen eines obersten Staatsbeamten versehen, mag man sie nun Obmänner, oder Präsidenten, oder wie immer nennen.

Das sind die Grundsätze des freien Staatsbürgers. Ihr seht, sie sind nicht neu, sie sind schon vom Christenthum ausgesprochen worden, aber erst nach 18 Jahrhunderten reifen sie der Verwirklichung entgegen. Sie weiter auszuführen, zu verbreiten und dem Volke annehmbar zu machen, ist unsre Aufgabe.

Aber glaubt deshalb nicht, daß wir zum Umsturz des Bestehenden auffordern. Das Bestehende braucht nicht mit Gewalt umgestürzt zu werden, es fällt von selbst, sobald es keinen Halt mehr hat in dem Bewußtsein der Menschen. Wir verbreiten nur die Lehre, die Grundsätze, wir verbreiten sie kraft des freien Wortes, der freien Presse; wir hoffen auch, den Beginn ihrer Verwirklichung noch zu erleben, aber wir wollen uns zur Verwirklichung derselben nur gesetzlicher Mittel bedienen.

In diesem Geiste also wird der freie Staatsbürger zu wirken fortfahren. Er legt seine Grundsätze offen dar. Er wird sie auch zu vertreten wissen.

Ein neuer Geist weht über eine abgestorbene Welt, die sich verjüngen will. Glücklich diejenigen, welche das Alte zu begraben, das Neue ins Leben einzuführen behilflich sein können; glücklich, auch wenn sie es unter Leiden, Trübsal und Entbehrungen thun! Das Bewußtsein, zur Lösung der größten Aufgabe, welch je eine Periode der Weltgeschichte sich vorgesetzt, ein

wenn noch so geringes Schärflein beizutragen, wird die Leidenden aufrecht halten! Einst aber, wann die späteren Geschlechter in Ruhe und Frieden die Früchte unserer Arbeit, unsrer Mühe genießen und dankbar zurückblicken auf unser Kämpfen und Ringen, dann erst wird die Wahrheit sich vollkommen deutlich herausstellen, daß wir, die wir jetzt leben, Zeugen und Mitarbeiter des größten Werkes waren, welches der Weltgeist vollbracht hat.

G. D.

Parlaments-Skizzen.

von G. D.

II.

Jetzt erst, nachdem die Abgeordneten ihre Plätze eingenommen, läßt sich ein Ueberblick über die Parteien gewinnen. Hier sitzt also die Rechte. Gott! Wie viele Pfaffen, wie viele Diplomatengesichter, wie viele verhockte Gelehrte. Armes deutsches Volk; auch jetzt, da die Stunde deiner Freiheit geschlagen, mußt du noch unter den Folgen deiner langen Knechtschaft leiden; und du sendest als die Gründer deiner Freiheit diejenigen, welche dich methodisch zur Sklaverei herabgedrückt und deinen gesunden Geist unter das Joch des Aberglaubens und der Dummheit gebeugt haben. Du sendest als Gründer deiner Freiheit Professoren und Gelehrte, weil man dir sagt, sie haben berühmte Namen, sie haben in ihren Leben so und so viele Verfassungsentwürfe gemacht; o könntest du hier in der Paulskirche sehen, welch' traurige Rollen diese Mehlwürmer der Vergangenheit spielen, die, statt das frische Leben muthig zu ergreifen, in den Rumpelkammern des Mittelalters alte Fetzen zusammensuchen und mit neuen Lappen zusammenflicken! Du sendest als Gründer Deiner Freiheiten Diplomaten, diejenigen, welche vor 33 Jahren die frische Kette schmiedeten und die stets mit Feuer und Hammer bereit waren, wenn es schien, als wolle ein Glied derselben nicht mehr recht halten. Und Du, armes, verblendetes, betrogenes Volk, sendest sie als die Gründer Deiner Freiheit!

Nie ist schändlicher gefrevelt worden, als hier gegen den Geist, gegen die Treue und Gutmüthigkeit des deutschen Volkes gefrevelt worden ist und täglich wird. Da sitzen sie, diese sogenannten Vertreter des Volkes, aber vom Volke und seinen Rechten sprechen sie nichts, nein, nur von den Rechten der Fürsten fließen ihre Lippen über in salbungsvollen Phrasen. Und wenn sie ja das Wort Volk in den Mund nehmen, so ist es, um seine Souveränetät, um seine Oberherrlichkeit zu höhnen, um diejenigen zu höhnen, welche sie hieher gesandt, um sich seiner Interessen anzunehmen; so ist es nur, um die Versicherung abzugeben, ihre Wähler seien sammt und sonders für die Monarchie, wie es allen guten Deutschen pflichtschuldigst gezieme, aber daß das Volk noch etwas anderes wolle, als die Monarchie, daß es Rechte wolle, daß es Aufhebung von Vorrechten wolle, daß es Dinge wolle, welche vielleicht, ohne daß das Volk es weiß, mit der Monarchie, wie sie bisher war, unverträglich, deren Verwirklichung also das Gegentheil von Monarchie zur nothwendigen Folge haben müßte, davon reden sie kein Wort. Zu Vertretern des Volkes aufgestellt, vom Volke bezahlt, vertreten sie nicht das Volk, dessen Wünsche sie nach ihrer höhern Bildung deuten sollten, nein, sie vertreten die Fürsten, sie vertreten die dynastischen, nicht des Volkes Interessen.

Und wie lange glaubt Ihr Euern Betrug spielen zu können! Wahrlich, wenn es möglich wäre, das gesammte deutsche Volk nur einen Tag in diese Paulskirche zu führen, nur einen einzigen, daß es dort hörte, wie es vertreten wird, daß es sähe, auf welcher Seite seine wahren Vertreter sitzen, — dann würde ich denjenigen einen muthigen Mann nennen, der am nächsten Tage noch öffentlich behaupten wollte, das Volk wolle die Monarchie.

Aber was an Einem Tage vom gesammten deutschen Volke nicht erkannt werden kann, weil es physisch unmöglich ist, darüber wird es doch in Wochen, in Monaten, in Jahren schlimmstens zur Erkenntniß kommen. Das Volk wird zur Erkenntniß kommen, daß es betrogen worden ist mit dem Schlagwort: constitutionelle Monarchie, hinter welchem ganz andre Pläne sich versteckten, als das Volk in seiner Gutmüthigkeit zu ahnen vermochte, daß es betrogen worden ist, als Pfaffen und Diplomaten sich katzenfreundlich gebärdeten und thaten, als hätten sie ihre alte Natur ausgezogen; daß es betrogen worden ist, als man ihnen sagte, hinter den studirten unverständlichen Candidatenreden der Professoren stecke nichts als Freisinnigkeit und Volksfreundlichkeit, daß es betrogen worden ist,

als die Landjunker von Pommern, Westphalen und wie die mit diesen Wucherpflanzen behafteten deutschen Gegenden alle heißen mögen, austraten, von liberalen Redensarten überfloßen und sich in's Parlament hineinschmuggelten, um dort Reden gegen die Volkssouveränetät und gegen die Volksfreiheit zu halten, kurz, daß es betrogen worden ist nach allen Seiten.

Und wie werdet Ihr dann dastehen, Ihr, die Ihr die Vollbringer oder die Helfershelfer des Betrugs waret, dann, wann jene Erkenntniß im Volke durchgedrungen ist und es Rechenschaft von Euch fordert über die Vollbringung des heiligen Auftrags, mit dem es Euch betraut hat, dann, wann Eure Flausen und Diplomatenkniffe erschöpft sind und Euch im Stiche lassen, dann, wann Ihr nicht mehr Eure Wahlmänner, durch blumenreiche Berichte über die schöne Umgebung Frankfurts und über die Reize des Taunusgebirgs mögt zufriedenstellen können, wann das ganze Volk, die fünfzigtausend, die Ihr vertreten sollt, mehr von Euch verlangen, als Berichte über Bockgelage bei seiner Excellenz von München!

Und wie werdet Ihr erst dastehn, Ihr, einst die Männer des Volks, die Ihr den ehrenvollen Dienst des Volkes verlassen, die Ihr in den Sold der Monarchie oder der Polizei eingetreten, um einen Orden, oder eine Uniform oder noch etwas mehr zu erhaschen, wie werdet Ihr dastehn, wann einst das Wort „Volksverräther" an Eure Ohren schlägt, wann Ihr Euer frevelhaftes Spiel verloren habt und nun zittern werdet vor der Rache derer, die ihr dem Kerker überliefert habt! Das Volk und Eure Gegner, sie werden menschlicher sein, als ihr; Verachtung wird ihre Rache sein, wie sie es schon jetzt ist.

Soviel ist gewiß, die Sache derer, welche hier auf dieser rechten Seite sitzen, ist eine verlorene; wer davon sich nicht nach wenigen Tagen des Besuchs in der Paulskirche überzeugt, der ist ein Narr, oder er ist dafür bezahlt, sich selbst anzulügen. Wer aber einen gesunden und unbefangenen Sinn hat, dem muß sich die Ueberzeugung aufdringen, daß hier wohl einige Schlauheiten, Intriguen, junkerhafte Rodomontaden zu finden sind 2c., daß aber die Intelligenz und das Talent ebensowohl, als Ehrlichkeit, Thatkraft und wahre Liebe zum Volke auf der Linken zu Hause sind.

Und deshalb habe ich gesagt: nur einen Tag sollte das gesammte deutsche Volk von den Emporbühnen der Paulskirche den Verhandlungen des Parlaments anwohnen — dann würde Niemand mehr zu sagen wagen, das Volk sei für die Monarchie.

Frankfurt a. M. den 1. Juli 1848.

Der provisorische Central-Ausschuß der demokratischen Vereine zu Frankfurt a. M. erlies unterm 28. v. M. an das deutsche Volk folgenden Aufruf:

Was wir vorausgesehen, ist eingetroffen. In ihren Sitzungen von gestern und heute hat die deutsche Nationalversammlung, welche größtentheils nicht aus direkter Volkswahl hervorgegangen ist, durch ihre „Beschlüsse über Einführung einer provisorischen Centralgewalt für Deutschland" das deutsche Volk und sich selbst in den Zustand der Unmündigkeit zurückgeworfen. Ihre Majorität hat, gegenüber der an Zahl nicht den vierten Theil bildenden entschiedenen Linken:

1) den Antrag: „die Centralgewalt habe die Beschlüsse der Nationalversammlung zu verkündigen und zu vollziehen," verworfen. Sie hat hiermit von vorn herein ihre Beschlüsse in die blaue Luft gestellt, und eine ihr gegenüberstehende furchtbare Dictatur geschaffen. Was soll hierbei aus der Einheit und Freiheit Deutschlands werden? Oder will man in jedem Falle, in welchem der „Reichsverweser" sich weigert, die Beschlüsse der Nationalversammlung zu vollziehen, an die revolutionäre Entscheidung des Volks appelliren?

2) Sie hat — ein Vorbild dessen, was wir von ihr für die Gründung einer definitiven Verfassung Deutschlands zu erwarten haben — die Centralgewalt keinem Präsidenten, sondern einem Reichsverweser, dem Vorläufer eines deutschen Kaisers mit neuem Throne und neuer Civilliste übergeben. Sie hat hiermit das Mittelalter von Neuem zur Grundlage gemacht und die Verwesung Deutschlands zum Gesetz erhoben.

3) Sie hat die Unverantwortlichkeit dieses Verwesers zum Beschluß erhoben, mithin von Neuem den Wahn eines heiligen, unverantwortlichen und unverletzlichen Wesens an die Spitze unserer politischen Zustände gestellt, und dadurch der Dictatur von Gottes Gnaden Raum gegeben.

4) Sie hat beschlossen, „daß die Centralgewalt sich in Beziehung auf die Vollziehungsmaßregeln, so

weit thunlich, mit den Bevollmächtigen der Landesregierungen ins Einvernehmen setzen soll." Hiermit hat sie die geschaffene Centralgewalt und Diktatur, im Interesse der Regierungen, wieder zersplittert und illusorisch gemacht, und hat vollends die Kraft des freieinigen Deutschlands vernichtet, und den Zustand der Sonderinteressen sanctionirt.

Also ein Gesetz hat die Nationalversammlung erlassen, welches einen unverantwortlichen an die Beschlüsse der Nationalversammlung nicht gebundenen, mit den Landesregierungen sich möglichst in's Einvernehmen setzenden Reichsverweser als die exekutive Gewalt Deutschlands proklamirt! Also dieser widerspruchsvolle durch die Nationalversammlung geschaffene Diktator der fürstlichen Interessen soll an der Spitze Deutschlands stehen?!

Von Neuem ist das Mittelalter heraufbeschworen, die Nationalversammlung hat die Volkssouveränetät, die Volksmündigkeit, ihre von ihr selbst feierlich proklamirte Mutter und einzig berechtigte Grundlage freiwillig aus ihrer Hand gegeben, dem Volke vom Neuem eine Fürsten-Aristokratie und einen heiligen Popanz gegenüber gestellt; sie hat den Grund zu neuen inneren Kämpfen Deutschlands gelegt, und dadurch die Hoffnung auf Wiederbelebung der Industrie und des Verkehrs auf längere Zeit vernichtet. Sie wird uns hiemit den bei der Zersplitterung Deutschlands in so viele Staaten und Regierungen dreifach verderblichen Zuständen Frankreichs unter dem Bürgerkönig Louis Philipp und unter der „mit republikanischen Institutionen umgebenen Monarchie" entgegenführen, und dadurch bald eine neue Revolution nothwendig machen.

Es ist Pflicht Aller, welchen die Ehre, die Freiheit und das Wohl des Vaterlandes am Herzen liegt, gegen eine Nationalversammlung, welche schon 7 Wochen lang das Volk hingehalten, mehrmals verleugnet, und jetzt durch obige Beschlüsse im Innersten verletzt hat, sich entschieden zu erklären.

Hierzu ist erforderlich, daß überall und sofort in dem ganzem deutschen Vaterlande Vereins- und größere Volksversammlungen gehalten werden, in welchen dem deutschen Volke die Sachlage genau dargelegt und die folgenden Punkte beschlossen werden müssen.

a) Ueberall müssen allgemeine Eingaben an die Nationalversammlung gerichtet werden, in welchen derselben, als einer meist aus nicht direkten Volkswahlen hervorgegangenen, die fernere Anerkennung versagt, und insbesondere die Majorität als volksfeindliche Macht verworfen, die Minorität der Linken zum Ausscheiden und zu der Bildung eines neuen Kernes aufgefordert wird, an welchen sich weitere Abgeordnete durch neue direkte Wahlen anschließen müssen.

b) Von jedem besonderen Wahlbezirke aus müssen die Mandate der Männer der Majorität zurückgenommen, und müssen die einzelnen Abgeordneten, welche zu der Linken gehören, zum Ausscheiden aus dieser Nationalversammlung und zum Anschlusse an die übrigen gleichfalls ausscheidenden Männer der Linken, und zur gemeinsamen Bildung des Kernes einer neuen Versammlung aufgefordert werden.

Zu diesem Zwecke folgt ein Verzeichniß derjenigen Abgeordneten, welche als Glieder der entschiedenen Linken gegen das Gesetz über die Centralgewalt gestimmt haben:

Berger von Wien. Blum von Leipzig. Blumröder, Gustav, von Kirchenlamitz. Boddien von Pleß. Bogen aus Michelstadt. Brunck von Fürfeld. Christmann von Dürkheim. Demes von Lorsheim. v. Dieskau von Plauen. Dietsch von Annaberg. Dietzsch von Saarbrücken. Falk von Ottelangendorf. Fehrenbach. Förster von Hünfeld. Giskra von Wien. Golz von Brieg. Gritzner von Wien. Grubert. Gulden von Zweibrücken. Günther von Leipzig. Hagen aus Heidelberg. Hartmann von Leitmeritz. Heldmann aus Hessen. Hensel I. von Camenz. Heußel von Zittau. Hentges von Heilbronn. Hoffbauer von Nordhausen. Hönlnger von Rudelstadt. Itzstein aus Mannheim. Jordan von Berlin. Junghanns von Mosbach. Kolaczeck aus österr. Schlesien. Kolb von Speyer. Kuenzer von Konstanz. Marsilli von Roveredo. Martiny von Friedland. Meyer von Liegnitz. Minkus von Marienfeld. Mohr von Oberingelheim. Nägele von Murhardt. Nauwerk von Berlin. Pfahler von Tettnang. Raveaux von Köln. Ree von Offenburg. Reichard von Speyer. Reinhard von Boytzenburg. Reinstein von Naumburg. Reitter von Prag. Richter von Achern. Rödinger von Stuttgart. Rölle aus Schlesien. Rösler von Oels. Roßmäßler von Tharand bei Dresden. Rühl von Hanau. Ruge von Leipzig. Sachs aus Mannheim. Schaffrath von Neustadt. Schilling von Wien. Schlöffel von Halbendorf. Schmitt, C. F. F., v. Löwenberg. Schmidt, Jul. Th. von Wurzen. Schmitt von Kaiserslautern. Schneider aus Brünn. Schüler von Jena. Schüler, Fried., von Zweibrücken. Schulz, Friedrich, von Weilburg. Schuselka von Kloster-Neuburg. Simon Max, von Breslau. Simon von Breslau. Simon von Trier. Sonnenkald von Römschütz. Spatz von Frankenthal. Stedtinger von Frankenthal. Strauß aus Schlesien. Tafel von Stuttgart. Tafel, Franz, von Zweibrücken. Thieme von Hirschberg. Titus von Bamberg. Trützschler von Dresden. Uhland aus Tübingen. Umbscheiden von Dahn. Vischer von Tübingen. Vogel aus Schlesien. Vogt von Gießen. Wesendonk von Düsseldorf. Wiesner von Wien. Wigard von Dresden. Zell von Trier. Zimmermann, Prof., von Stuttgart. Zimmermann von Spandau. Zitz von Mainz. Zöllner von Chemnitz.

Gedruckt unter Verantwortlichkeit der Verleger von Wilhelm Tümmel.
Expedition bei Joh. Eg. Meyer, Plobenhof S. 823.

Der freie Staatsbürger.

Ein Volksblatt aus Franken.

№ 33. Nürnberg, 6. Juli. 1848.

Erscheint jeden Dienstag, Donnerstag und Samstag, und kann durch alle Postämter bezogen werden.
Preis vierteljährlich 45 Xr. Einrückungsgebühr 2 Xr. für die Zeile. — Einzelne Nummern à 3 Xr.

Die Abstimmungen des Abgeordneten von Nürnberg Dr. Krafft.

Die Abstimmung in der Frage über die Centralgewalt ist für das Parlament entscheidend gewesen. Nach dieser Abstimmung vermag das Volk zu ermessen, was es von seinen Vertretern zu erwarten hat. Ueberall, wo das politische Leben nicht gänzlich darniederliegt, wird das Volk zusammentreten und prüfen, wie seine Vertreter in dieser hochwichtigen Sache gestimmt, ob sie damit die Meinung des Volks ausgedrückt haben oder nicht; ob sie im Interesse des Volks gestimmt oder in dem der Fürsten. Der Beschluß, welcher vorliegt, ist für jetzt noch nicht allem Volke so klar, es wird erst im Laufe der Zeit merken, welche Folgen sich daraus ergeben werden. Daher muß man für jetzt auf die Bedeutung der einzelnen Beschlüsse besonders aufmerksam machen. Für jetzt z. B. wird mancher denken: was liegt daran, ob der Reichsverweser unverantwortlich oder verantwortlich ist. Wenn er aber einmal sehen wird, welche Stellung diese Unverantwortlichkeit dem Reichsverweser gegenüber dem Parlament gewährt, wie in dieser Unverantwortlichkeit auch die Unverletzlichkeit, die Heiligkeit, der ganze altmonarchische Firlefanz von Gottes Gnaden, und vor allen Dingen auch der Anspruch auf eine große Civilliste von mehreren Millionen enthalten ist, dann wird das Volk erst erkennen, daß diejenigen allein es gut mit ihm meinten, — welche im Parlament kurzweg erklärt haben: Ich stimme für keinen Unverantwortlichen. — Gehen wir nun einmal die Abstimmungen des Hr. Dr. Krafft durch, wie sie in den Protokollen und stenographischen Berichten vorliegen. Was finden wir?

Es handelte sich bei der Abstimmung in dieser wichtigen Frage vor allen Dingen darum, ob die Nationalversammlung für sich, oder nach gepflogener Rücksprache mit den Regierungen eine Centralgewalt schaffen solle. Nur das Erste, Bestimmung der Centralgewalt durch die Nationalversammlung ganz allein, entsprach dem Grundsatz der Volkssouveränetät. Gleichwohl wäre ein Antrag, daß die Regierungen den Mann für die Centralgewalt bezeichnen und die Nationalversammlung ihn nur annehmen solle, ohne Zweifel durchgegangen, wenn nicht der Präsident Gagern selbst „einen kühnern Griff" gethan und sich für die Wahl des Reichsverwesers durch die Nationalversammlung ausgesprochen hätte. Gagern ist für einen großen Theil der Versammlung Autorität, und zudem glaubte man, er würde dieß nicht gesagt haben, wenn er nicht wüßte, daß es den Regierungen so recht sei. Gleichwohl aber konnten die Bedientenseelen im Parlament, und deren gibt es viele, es nicht übers Herz bringen, daß das Volk für sich, ohne alle Rücksicht auf die Regierungen, die deutsche Centralgewalt schaffen sollte, und sie halfen sich in dieser Verlegenheit damit, daß sie die Erklärung zu Protokoll gaben, daß sie dem Beschlusse, nach welchem die Nationalversammlung den Reichsverweser zu wählen hat, nur in dem Vertrauen beistimmen, daß die deutschen Regierungen zu dieser Wahl ihre Zustimmung geben werden. Unter den Parlamentsmitgliedern, welche diese feige Erklärung unterzeichneten, in welcher ausgesprochen liegt, daß die Unterzeichner sich nicht als Abgeordnete des souveränen Volkes, sondern als Regierungsorgane und Regierungsknechte betrachten, befindet sich neben dem Erzbischof Diepen-

brock und in der vortrefflichen Gesellschaft eines Döllinger und Sepp auch der Name des Herrn Abgeordneten von Nürnberg Dr. Krafft.

Ein zweiter Hauptpunkt war die Frage darüber: ob der Reichsverweser die Beschlüsse der Nationalversammlung zu verkündigen und zu vollziehen habe. Dieser Punkt war von außerordentlicher Wichtigkeit. Es kam darauf an, daß die Nationalversammlung sich ein Organ gebe, um durch dasselbe ihre Beschlüsse vollziehen zu lassen. War die Centralgewalt dazu da, um die Beschlüsse der Nationalversammlung zu vollziehen, so erschien die Centralgewalt als Dienerin der souveränen Nationalversammlung und das war ein vernunftgemäßes Verhältniß. Umgekehrt, ist die Centralgewalt nicht verpflichtet, die Beschlüsse zu vollziehen, welche die Nationalversammlung faßt, so ist die Centralgewalt die Herrin der Nationalversammlung und diese die Magd jener und die Nationalversammlung kann beschließen, was sie will, aber sie hat kein Organ, um diese Beschlüsse auch vollziehen zu lassen. Ja, ist die Centralgewalt ausdrücklich nicht verpflichtet, die Beschlüsse der Nationalversammlung zu vollziehen, so kann es ihr, sobald sie sich befestigt hat, einfallen, die Nationalversammlung aufzulösen, nach Hause zu schicken, und Niemand kann nach dem Buchstaben des ursprünglichen Beschlusses sagen, die Centralgewalt habe unrecht. Es handelt sich also hier um Absolutismus und Diktatur. Die Nationalversammlung hat, dadurch daß sie den Satz: die Centralgewalt hat die Beschlüsse der Nationalversammlung zu verkündigen und zu vollziehen, mit 277 gegen 261 Stimmen verwarf den Absolutismus und die Diktatur zum Gesetz erhoben. Unter den 277 Stimmen, welche für diesen Absolutismus sich erklärten, befindet sich auch die Stimme des Abgeordneten von Nürnberg Dr. Krafft.

Ein dritter Hauptpunkt: Nachdem der oben erwähnte Satz gefallen und damit der Absolutismus bereits dekretirt war, schien noch ein Satz diesen Absolutismus einigermaßen zu beschränken. Dieser Satz lautete: Ueber Krieg und Frieden und über Verträge mit auswärtigen Mächten beschließt die Centralgewalt im Einverständniße mit der Nationalversammlung. Dieser Satz verpflichtet also den Reichsverweser, bei wichtigen Akten der äussern Politik sich mit der Nationalversammlung ins Benehmen zu setzen. Dieser Satz ging auch durch, er wurde angenommen, aber 143 Mitglieder waren dagegen, 143 Mitglieder waren der Ansicht, der Reichsverweser solle ganz allein für sich, ohne die Nationalversammlung nur zu fragen, über Krieg und Frieden wie der absoluteste Herrscher beschließen dürfen, und unter den 143 Mitgliedern, welche auf diese Weise einen durch kein Gesetz beschränkten absoluten Kaiser schaffen wollten, befindet sich auch der Abgeordnete von Nürnberg Dr. Krafft.

Ein weiterer Hauptpunkt, wenn auch scheinbar nur ein formeller, war die Frage, ob Präsident, ob Reichsverweser. Es ist nämlich zu wissen, daß ein Präsident, der auch um ein Erkleckliches wohlfeiler gewesen wäre, die Brücke gebildet hätte zu einem definitiven Präsidenten, während diejenigen, welche für einen Reichsverweser stimmten, später für einen Kaiser, für einen deutschen Kaiser mit einer Anzahl Millionen Civilliste stimmen werden, sofern sie nämlich von ihren Wählern nicht vorher abberufen werden sollten. Es ist dieß also keine gleichgültige Sache, ob man für einen Präsidenten oder Reichsverweser stimmte; denn im Reichsverweser steckt der deutsche Kaiser. Der Reichsverweser wurde angenommen und unter den 355 Mitgliedern, welche gegen den Präsidenten und folglich für den Reichsverweser stimmten, befindet sich auch der Abgeordnete von Nürnberg Dr. Krafft.

Es kommt der Punkt der Unverantwortlichkeit. Ich habe über denselben schon im Eingange gesprochen. Es liegt in diesem Wort der ganze Popanz des mittelalterlichen Kaiserthums. Die Unverantwortlichkeit ist, mit dem Auge der Vernunft nach allen Seiten hin betrachtet, ein reiner, baarer Unsinn. Aber der Professor Dahlmann hatte erklärt, für die Verantwortlichkeit stimmen, heiße republikanisch stimmen, und da war es doch natürlich, daß man lieber den größten Unsinn beschloß, ehe man sich in den Verdacht des Republikanismus begab. Die Unverantwortlichkeit, welche dem deutschen Volke noch theuer zu stehen kommen kann, wurde mit 373 gegen 175 Stimmen angenommen. Unter den 373 Stimmen befindet sich natürlich auch die des Abgeordneten von Nürnberg Dr. Krafft.

Endlich der letzte Hauptpunkt. Der Bundestag war vernichtet; diese Concession glaubte man der

öffentlichen Meinung machen zu müssen. Allein es handelte sich nur darum, ihn im nächsten Paragraphen unter einer neuen Gestalt wieder zu erwecken. Als Bundestag sollte er aufhören, aber die einzelnen Bundestagsgesandten existiren ganz ruhig fort als Bevollmächtigte der einzelnen Regierungen bei der Centralgewalt, sie werden nach wie vor die Zersplitterung Deutschlands repräsentiren, sie werden, wenn je im gemeinsamen Interesse Deutschlands etwas Großes und Wichtiges ausgeführt werden soll, die Wirksamkeit der Centralgewalt lähmen und die Vollziehung ihrer Beschlüsse hintertreiben. Leider wurde über diesen Punkt nicht namentlich abgestimmt, sonst würden wir urkundlich beweisen können, daß auch für diese Verewigung der Zersplitterung Deutschlands der Abgeordnete von Nürnberg Dr. Krafft war, wie er denn auch für das ganze Gesetz seine Stimme abgab.

Das sind die Abstimmungen des Abgeordneten Krafft in einer Frage, deren ganze Wichtigkeit vielleicht jetzt noch nicht allgemein erkannt wird. Ich setze nichts hinzu. Es mag sich Jeder selbst fragen, ob es im Sinne der Mehrzahl der Bürger Nürnbergs und seiner Umgebung gelegen, sich wieder einen Kaiser zu setzen, der dem Volke und seinen Vertretern gegenüber in der Stellung eines absoluten Herrschers sich befindet, ob es im Sinne dieser Mehrheit liegt, alle errungenen Freiheiten abermals in Frage gestellt zu sehen und für einen neuen 35sten Fürsten eine neue, noch stärkere Civilliste zu bezahlen. Wenn ich mich der Meinungsäußerungen erinnere, welche in der Catharinenkirche und bei vielen Gelegenheiten gegen die Kaiseridee und das damit Zusammenhängende unzweideutig abgegeben wurden, dann muß ich bezweifeln, daß Dr. Krafft in seinen Abstimmungen den Sinn und Willen der Nürnberger ausgedrückt habe.

G. D.

Aus Muttenz in der Schweiz (Basellandschaft) schreibt die Schweizerische Nationalzeitung: „Hecker erhielt durch Freunde aus Baden einen Brief, daß der bayerische Hauptmann v. Abel, Bruder des ultramontanen Ministers gleichen Namens, aus dem Hauptquartier von Neustadt mit Instruktion über Zürich nach Muttenz abgereist sey, und, da er verkleidet, legte man sein Signalement bei. Der Ueberbringer des Briefes war gerade im Begriff, sich zu entfernen, als er wieder zur Thüre hereinstürzte mit den Worten: „Da kommt er." Es hielt wirklich vor der Thüre ein sehr eleganter Zweispänner, und der Heraussteigende, als er sah, daß er von vielen Zuschauern umringt war, unter andern auch Hecker selbst bemerkte, kam sichtlich in Verlegenheit. Wie steigerte sich aber dieselbe, als Hecker auf ihn zuging und ihm lächelnd auf die Schulter klopfte mit den Worten: „Hr. Hauptmann v. Abel, Ihre Reise ist umsonst, Ihre schimpfliche Mission kennen wir, sie ist hiermit vollendet, Sie können also sofort sich wieder entfernen!" Der edle Hauptmann stotterte einige Worte der Verwunderung und that so unschuldig wie ein Kind, so daß Hecker zu einem seiner Freunde sagte: „Gehe doch hinauf und hole das Signalement des Herrn!" Unterdessen hatte sich ein großes Publikum lustiger Landschäftler gesammelt. Das Signalement wurde gebracht, und mit lauter Stimme verlas Hecker's Adjutant: „Namen: Hauptmann v. Abel; Alter: Sechziger: österreichische Mütze mit aufstehendem Schild; Paletotsack (Jägerrock mit grünen Aufschlägen); graue Hosen; Statur groß; geht etwas gebeugt; trägt im Augenblick eine grüne Brille." Jede Einzelheit stimmte so genau mit dem Original überein, daß das Publikum bei jedem Satze in Gelächter gerieth, applaudirte, zischte. Hr. v. Abel, nachdem ihn Hecker noch derb apostrophirt hatte, vor Wuth und Schaam knirschend, setzte sich nun wieder in seine Equipage, vom Hohngelächter der Zuschauer begleitet, und fuhr nach Rheinfelden."

In Frankfurt sitzt nun die konstituirende Nationalversammlung, oder wie beliebt, das deutsche Parlament, seit dem 18. Mai, also seit beinahe 2 Monaten beisammen, und noch ist darin mehr für das Formelle, als für das Materielle, mehr für den Conservatismus, als für den auf dem revolutionären Boden sich bewegenden Fortschritt geschehen, was Niemand leugnen kann, der dem Gange der Verhandlungen aufmerksam gefolgt ist. Das Formelle der Versammlung ist allerdings keine bloße Nebensache, es ist die Begründung der Geschäftsordnung und aus ihr geht die Abkürzung der Verhandlungen hervor, allein zur Hauptsache darf

sie keineswegs gemacht werden. Allerdings braucht ein Körper wie die konstituirende Nationalversammlung zu seiner Organisation einige Zeit, allein so lange hätte sie nicht brauchen dürfen, wo die Wichtigkeit der gesammten deutschen politischen Lage zu Thaten auffordert, die erst aus dem Schooße des Parlamentes geboren werden können. Wir fürchten jetzt nur, daß auch die Spätgeburt dieser Thaten blos schwächliche Kinder seyn werden, und daran sind allein die Wahlen Schuld. Man wird ironisch diesem Vorwurf die Antwort entgegenhalten, man habe die Wahl in die Hände des Volkes gelegt und wenn dieses von seiner Vollmacht keinen rechten Gebrauch gemacht, so habe es sich alle aus diesem Umstand erwachsenden Folgen und Nachtheile selbst zuzuschreiben, allein das „Wie" der Wähler muß in diesem Falle recht sehr in Berücksichtigung gezogen werden. Man hatte ein größtentheils politisch unmündiges Volk vor sich und dieses hätte man, wenn man es ganz ehrlich mit ihm gemeint, erst über Wesen und Bedeutung der Wahl belehren sollen, ehe man dieselbe vornahm. Statt dessen suchte man aber diese Unmündigkeit egoistisch auszubeuten und beeinflußte die Wähler, aus einem indirekten Modus hervorgegangen, statt aus dem weit besseren direkten, auf alle mögliche Weise und da konnte kein anderes Resultat zum Vorschein kommen, als die Nationalversammlung gegenwärtig bietet. F. M.

Erklärung.

Aus der Nummer 177 des Korresp. v. u. f. Deutschland vom 25. Juni ersehe ich zu meiner Befriedigung, daß die Voraussetzung, welche ich pag. 33 meines Schriftchens ausgesprochen, sich bereits zu verwirklichen beginnt. Es kann mir nur angenehm sein, wenn die Redaktion des Korrespondenten in ihrer blinden Wuth gegen mich fortfährt, denn sie kehrt dann selbst ihre innerste Natur heraus, und erspart mir die Mühe, sie aus meiner genauern Erfahrung zu schildern. Auch vermöchte ich sie nicht so gut zu zeichnen, als sie selbst dieß kann.

Ich glaube daher nicht, daß es nothig sein wird, sich auf lange Erwiederungen gegen ein Blatt einzulassen, dem ich meine gründliche Verachtung schon seit Monaten so unzweideutig erklärt habe und das durch die Wichtigkeit, welche die Redaktion durch die in Aussicht gestellte ausführliche Widerlegung meiner Schrift der letztern beilegt, genugsam beweist, wie unangenehm die Wahrheiten empfunden wurden, die ich darin ausspreche. Was die Indiscretion betrifft, die mir zur Last gelegt wird, so habe ich die feste Ueberzeugung, daß das ehrlose Benehmen der Redaktion des Korrespondenten mich von jeder Verpflichtung entband, die ich etwa gegen dieselbe hätte haben können. Aber die Redaktion des Korrespondenten weiß zu gut, daß ich noch sehr viel hätte sagen können, und nicht sagte, sie weiß zu gut, daß ich das Geheimniß der Correspodenzzeichen nicht verrieth, „soweit es mir möglich war," da ich diese Correspondenzzeichen alle hätte verrathen können, während ich überhaupt nicht eines derselben „verrieth," denn die von mir genannten Namen sind im Munde von Hunderten in Nürnberg, welche beim Institut des Korrespondenten keineswegs betheiligt sind.

Ich wünsche den Bemühungen der Redakt. des Korresp., meine Schrift zu widerlegen, den besten „Erfolg." Sollte es ihr wider Erwarten nicht so ganz gelingen, sich in den Augen der Vernünftigen selbst moralisch zu vernichten, so bin ich gern erbötig, ihr mit meinen geringen Kräften nachzuhelfen. Einstweilen genügt die Erklärung, daß die knabenhafte Wuth einer vor einem Abonnentenverlust zitternden Redaktion, mich nur komisch berührt und nur geeignet war, die Verachtung noch zu vermehren, die ich ihr seit längerer Zeit aus aufrichtigem Herzen widme.

Frankfurt a. M. 2. Juli 1848.

Gustav Diezel.

Anzeigen.

(Zur Nachricht.) Da uns von mehreren Seiten Klagen zukommen, daß Bestellungen auf die

Fränkische Volkszeitung

von den Postämtern zwar angenommen, aber nicht ausgeführt werden, so erklären wir den betreffenden Postämtern, daß sie sich nicht etwa beikommen lassen möchten, eine geheime Censurbehörde spielen zu wollen. So lange unsere Zeitung nicht öffentlich verboten ist, muß sie durch die Post befördert werden.

Zugleich widersprechen wir dem hie und da verbreiteten Gerüchte, als wäre mit der Beschlagnahme der I. Nr. unseres Blattes auch das Verbot zur Fortsetzung desselben ausgesprochen; dasselbe wird vielmehr so kühn wie bisher auf der Seite des Volkes stehen.

Schwabach, den 30. Juni 1848.

Die Redaktion der fränkischen Volkszeitung.

Das Porträt Hecker's

in ganzer Figur, im Freischärler-Anzuge, haben wir lithographiren lassen und ist dasselbe bei uns um 9 kr. zu haben. Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

Die Redaktion des Nürnberger Conversationsblatts.

Gedruckt unter Verantwortlichkeit der Verleger von Wilhelm Tümmel.
Expedition bei Joh. Gg. Meyer, Plobenhof S. 823.

Der freie Staatsbürger.

Ein Volksblatt aus Franken.

№ 34. Nürnberg, 8. Juli. 1848.

Erscheint jeden Dienstag, Donnerstag und Samstag, und kann durch alle Postämter bezogen werden.
Preis vierteljährlich 45 Kr. — Einrückungsgebühr 2 Kr. für die Zeile. — Einzelne Nummern à 3 Kr.

Der fürstliche Reichsverweser.

(Mit besonderer Bezugnahme auf die Rede des Präsidenten v. *Gagern* in der 23sten Sitzung der Nationalversammlung.)

Die Rede des Herrn v. *Gagern* über die Centralgewalt ist als ein rhetorisches Meisterstück anerkannt und gefeiert worden. Sie bildet die Quintessenz aller bis dahin über diese hochwichtige Frage vernommenen Vorträge und hält sich mit bewunderungswerther Geschicklichkeit überall von allen jenen Uebertreibungen entfernt, welche so manche Redner beider Seiten vielleicht mitunter geflissentlich beigemischt haben, um dadurch ihre Reden zu schärfen und zu stärken, aber wider Willen den ganz entgegengesetzten Zweck erreichten, daß die Gegner sich an solche Auswüchse festklammerten, um sie gegen deren Urheber selbst als Angriffspunkte zu benützen. Die Versammlung, von Beredtsamkeit übersättigt, fand sich durch die einfache, kernige Kost eines resumirenden und sich dabei gleichwohl durchaus selbstständig verhaltenden Epilogs angenehm erfrischt und der Beifall für die Gagern'sche Rede erscholl *allgemein*. Und wie konnte auch ein solcher Erfolg ausbleiben? Hat doch Hr. v. Gagern im rechten Augenblick das große Wort ausgesprochen, daß die Nationalversammlung die Souveränetät der Nation wahren, somit die Centralgewalt selbst schaffen müsse.

Allein in einem Augenblicke, wo über das Wohl und Wehe des Vaterlandes auf lange Zeit hinaus entschieden werden soll, ist denn doch der Enthusiasmus eines Augenblickes als der Erfolg einer treffsichen Rede ein sehr unzuverlässiger, ja gefährlicher Bürge für die Richtigkeit des *gesammten* Inhalts eben dieser Rede und es müssen deren einzelne Theile um so vorsichtiger geprüft werden, je mehr uns deren Zusammenhang einzunehmen oder zu bestechen vermag. Das Schlimme, das sich etwa in Folge eines guten und gediegenen Vortrags zugleich mit dem Guten in die Einrichtungen unseres Vaterlandes mit einschleicht, wird unfehlbar seine unglückseligen Früchte tragen, und es wird ein schlechter Trost für das Volk sein, zu erfahren, daß seine Stellvertreter sich eines Tages von der Gewalt des vielen in einer Rede enthalten gewesenen Guten und Wahren haben hinreißen lassen, auch denjenigen Theil mit in den Kauf zu nehmen, welcher *den revolutionären Zustand in's Unbestimmte verlängern und möglicherweise dem Vaterlande das Verderben bereiten konnte.*

Ein solches gefährliches Element ist die gegen den Schluß der Gagern'schen Rede hin eingeflochtene Aeußerung, „daß die hochstehende Person," der man die Exekutivgewalt über ganz Deutschland anzuvertrauen habe, „*ein* **Fürst** *sein* **müsse!**" und daß ja die Linke ihr Gewissen leicht mit dem Gedanken beschwichtigen könne, daß sie dieses nicht etwa einräume, „*weil* es, sondern *obgleich* es ein Fürst sei!" und Hr. v. Gagern geht ohne Umstände so weit, den Einen, den Fürsten, durch nicht undeutliche Winke schon bestimmt zu bezeichnen und zu erklären, es sei bereits „ein Mann, hochstehend, *gefunden*, der der Unterstützung der Nation für die höchste Stelle sich würdig gezeigt und ferner würdig zeigen werde!"

Zur Begründung dieses Verlangens bemerkt Hr.

v. Gagern, man müsse den Reichsverweser aus den höchsten Sphären nehmen, 1) weil es keinen Privatmann gebe, der unter solchen Umständen das Amt übernehmen könne, und 2) weil nur ein solcher Hochstehende sich der Untrrstützung aller (deutschen Bundes-?) Staaten ohne Widerspruch versichert halten könne.

Allein, was versteht der Hr. Präsident der Nationalversammlung unter „hochstehend?“ Wodurch muß der Mann hoch stehen, welcher „höchsten Sphäre“ muß Derjenige angehören, dem man die Geschicke Deutschlands in die Hände gibt? Ein richtiges Gefühl hält den großen Redner ab, gerade herauszusagen, was er aber doch eigentlich meint und durchzusetzen beabsichtigt, daß er nämlich unter „hochstehend“ nur einen Zufall der Geburt verstehe, und daß ihm dabei Verdienst, Fähigkeit und Charakter nur von untergeordneter, nicht entscheidender Bedeutung seien. Weiß er selbst doch gar wohl, daß man auch zum Präsidenten der verfassunggebenden Nationalversammlung allerdings ebenfalls eines hochstehenden, keineswegs aber eines hochgeborenen Mannes bedurfte, und daß ein Ansinnen, bei der Präsidentenwahl die höhere adelige Geburt besonders zu berücksichtigen, nichts anderes als eine Zumuthung an die Versammlung gewesen wäre, sich vor ganz Europa — lächerlich zu machen.

Verlassen wir hier völlig den Boden der Prinzipien und halten uns ausschließlich an das praktisch Zweckmäßige, so müssen wir doch vor Allem bekennen, daß, um unter den gegenwärtigen, äußerst schwierigen Verhältnissen die Zügel der Regierung in dem erst neu erstehenden Vaterlande ergreifen zu dürfen, vor Allem etwas mehr als das bloße Einsetzungsmandat erforderlich, daß dazu namentlich der innere, anerschaffene, große Beruf nöthig ist, den die Natur und nicht die Geburt verleihen muß, wenn nicht das neue Gebäude dem ersten Andrange der Ereignisse weichen und in Trümmer zerfallen soll, um — im besten Falle — einem neuen Experimente Platz zu machen. Ist aber wirklich der traurige Fall vorhanden, daß unter allen Deutschen kein einziger Mann sich befindet, der als solcher dem großen Amt gewachsen ist, dann wird doch wohl Hr. v. Gagern nicht behaupten wollen, daß dieser unselige Mangel durch die bloße fürstliche Geburt zu ersetzen, daß die große Lücke mit einem Fürstenhute auszufüllen wäre! Stände es so um Deutschland, dann wäre überhaupt jetzt keine Reichsverwesung, auch keine Nationalversammlung erforderlich, dann lebten wir noch ruhig das Pflanzenleben der alten Zeit fort. Daß dem aber nicht also ist, bedarf doch wahrlich vor Hrn. v. Gagern nicht des Beweises!

Die Unterstützung aller Staaten, d. h. aller Bundesregierungen, deren sich, nach des Redners Meinung, der neue fürstliche Reichsverweser „ohne Widerspruch“ wird versichert halten können, würde, wenn diese Unterstützung wirklich von allen Staaten aufrichtig erfolgte, immer nur eine verhältnißmäßig kleine Entschädigung für die Nachtheile darbieten, welche die Wahl eines Fürsten, als solchen, nach sich ziehen müßte. Allein, es drängen sich gegen die Aufrichtigkeit der Unterstützung von Seiten der Fürsten für den Reichsverweser, auch wenn sie sich seiner Einsetzung „ohne Widerspruch“ fügen sollten, sehr begründete Zweifel auf. Sollte von Seiten der Fürsten und ihrer Räthe in der That eine solche Verblendung vorausgesetzt werden dürfen, daß sie die Gefahr nicht erkennen, wie sie hier, blos um ein theoretisch gewordenes Prinzip für den Augenblick zu retten, auf dem Wege sind, der Einheit des Ganzen wahrscheinlich in sehr kurzer Zeit als Opfer zu fallen? Wie, sie sollten in ganz Deutschland die Einzigen seyn, die keine Ahnung davon haben, daß die Mehrzahl unter ihnen mindestens der „Mediatisirung“ entgegensieht, ein Schicksal, dem sie, wenn das Reichsoberhaupt aus dem Privatstande genommen wird, weit mehr Chancen haben, längere Zeit zu widerstehen, wo nicht gänzlich zu entgehen? — Und wären sie auch so kurzsichtig, wie sie es aber offenbar nicht sind, wird nicht ihre Eifersucht und ihr Widerstand jedenfalls im ersten Augenblicke erwachen, wo das Nothwendige seine unausbleibliche Entwickelung beginnen wird? —

Hr. v. Gagern erinnert auch die Versammlung, daß es „nicht großmüthig sei, einen Haß gegen ganze Generationen zu tragen, ohne die Personen zu bezeichnen, die etwa des Hasses werth sein könnten.“ Wer Hrn. v. Gagern gegenüber auf republikanischem Boden stände, der könnte ihm hierauf allerlei antworten; er könnte sagen, daß der Haß nicht einer Generation, sondern einem verderblichen Institute

und dessen Trägern als solchen gelte; daß der Widerwille des Volkes erst eingetreten, nachdem dieses viele Menschenalter hindurch in übermäßiger Großmuth einzelne Familien mit Beweisen grenzenloser Anhänglichkeit und Ergebung überhäuft und doch durch alle Opfer nicht im Stande gewesen, jene Familien auch für das Volk „großmüthig“ zu stimmen; daß das Volk nicht Personen hasse, sondern nur die durch diese verübten schreienden Mißbräuche und gottlosen Frevel; daß nicht eigentlich die Prinzen, sondern deren unerschwingliche Apanagen es seien, welche das Volk drückend finde ꝛc. Allein wir machen hier dergleichen „wühlerische“ und „kommunistische“ Gründe nicht geltend, weil wir derselben hier nicht bedürfen, wo wir Hrn. v. Gagern und der von ihm präsidirten Versammlung blos zuzurufen haben: Ja, auch wir sind weit entfernt, die Verbrechen der Väter an den Kindern, die der Brüder an den Brüdern ahnden zu wollen. Aber bedenken Sie doch um des Himmelswillen, weßhalb sie hier eigentlich versammelt sind! Wollen Sie etwa Gericht halten und ein Schuldig oder Nichtschuldig über deutsche Prinzen aussprechen? Nein, Sie wollen sich einen Reichsverweser wählen; Sie wollen sich unter den 40 Millionen Deutschen den rechten Mann aussuchen, dem Sie das große Schicksal dieser Nation mit ruhigem Gewissen anvertrauen können. Sie wissen, und es ist leicht zu wissen, daß hierzu der beste, der fähigste Mann in der Nation dringend nöthig ist; Sie erkennen sicherlich an, daß es ein Mann sein muß von hohem Sinn, von kräftigem Geiste, der mit Muth und Entschlossenheit den Gefahren von Außen zu begegnen, der durch seine Fähigkeit und sein anerkanntes Verdienst den Parteien im Innern Stillschweigen aufzuerlegen vermag.

Sie übersehen auch nicht, daß diese Eigenschaften schlechterdings unentbehrlich sind, wenn Ihr Erwählter sich auf dem schwierigen Posten soll halten können und Ihre Wahl nicht am Ende auf eine bloße leere Förmlichkeit hinauslaufen soll. Wohlan denn, suchen Sie sich diesen großen Mann, dessen wir alle so dringend bedürfen, unter den 40 Millionen heraus, und haben Sie ihn herausgefunden, sei es auch aus der Mitte der Fürsten, gut, dann wird er unser Reichsoberhaupt werden und Deutschland regieren. Aber hüten Sie sich wohl, mit Einem aufzutreten, der es nöthig hat, die Blößen und Mängel seiner persönlichen Eigenschaften mit einem Purpurmantel zu bedecken! Dem sind wir entwachsen, damit kann man uns heutzutage nicht mehr regieren; denn befänden wir uns noch immer in jenem ehemaligen Zustande der Unmündigkeit, wahrlich, dann wäre überhaupt Alles anders um uns her und Sie meine Herren, Sie befänden sich nicht in der Paulskirche!

Löwenstein.

Reaktionäre Lügen und Trugschlüsse über die französische Juni-Revolution.

Es wäre zum Lachen, wenn der Patriot nicht darüber weinen müßte, wie die Reaktion im Gefolge ihrer erkauften Presse und ihrer übrigen großen, dummen Heerde die jüngste französische Revolution darzustellen und auszubeuten sucht. Nach ihr wäre die Erhebung ausschließlich ein Kampf der Armen gegen die Reichen, ein Raubanfall gegen den Besitz, und die Parole: „Plünderung und Nothzucht“ gewesen. Das ganze ungeheuere Blutbad käme auf die alleinige Rechnung der Arbeiter, der Communisten und Sozialisten. — Und nun ihre Vergleichungen und Schlüsse: mit solchen und wo möglich noch ärgeren Planen gingen die Demokraten in Deutschland um. Auch in Deutschland seien die demokratischen Vereine, die Arbeitervereine und die demokratische Presse jene Quelle, aus welcher der Strom des Bürgerblutes sich zu bilden drohe. Aber — folgern sie dann triumphirend — in Frankreich ist ihnen am 24. Juni eine eindringliche Lehre gegeben worden, mit pariser Leichen ist die Quelle gründlich verstopft worden, welche in Berlin, Wien u. s. w. hervorsprudeln will. Jetzt werde es Ruhe geben u. s. w. —

Es kann uns wahrlich nicht darum zu thun sein, die reaktionären Lügen und Verläumdungen zu widerlegen; denn dieser Versuch würde wie immer an dem tief eingewurzelten Trieb der Selbsterhaltung scheitern, und wie kann die Reaktion nur eine Stunde bestehen ohne Lüge? Wie hätte die Reaktion seit dem Jahre 15 bis heute existiren können ohne lügnerische Pfaffen? Und aus demselben Grunde der Selbsterhaltung lügt sie auch heute über die französische Revolution und wird fortlügen in alle Ewigkeit. Während sie die Arbeiterrevolution in Wien und Ber-

lin offiziell läugnet, erdichtet sie eine solche in Paris, die doch nichts Anders war, als ein Complott eines oder mehrerer Prätendenten mit den auswärtigen Feinden. Umsonst zeigt man ihr die deutlichsten Spuren enormer Bestechung, umsonst die pariser Berichte, wonach der eigentliche Kern der Arbeiter bei diesem Aufstande, den er innig beklagt, sich gar nicht betheiligte, und nur die Hefe derselben, im Bunde mit Galeerensträflingen die Söldlinge und zugleich Opfer der Reaktion waren. Umsonst führt man die Lügner in die Mitte der französischen Nationalversammlung selbst, um dort den begründeten Verdacht aussprechen zu hören, daß Frankreichs jüngstes Unglück abermals von seinen verjagten Königs- und Kaiser-Familien über es gebracht worden sei. — Die Reaktion will nicht eines Bessern belehrt sein. Ein Narr ist der, welcher es versucht, und ihr gegenüber besteht die größte Weisheit am Ende darin, daß man Vernunft und Wahrheit ergänze durch Gewalt.

Aber wohl der Mühe werth ist es, den Schluß zu beleuchten, welchen die Verführten aus der Lüge der Verführer ziehen, weil es sich hier darum handelt, eine große Masse deutscher Brüder, welche im Begriffe sind, sich in die Höhle des Löwen zu flüchten, vor Gefahr zu warnen. Diese geben sich nehmlich seit dem 24. Juni der sichersten Hoffnung hin, es werde fortan die Ruhe in Deutschland nicht mehr gestört werden können, weil die Niederlage in Paris ein abschreckendes Beispiel für die deutschen Revolutionäre geworden. Diese guten Leute übersehen an dem Schlusse die kleine Kleinigkeit, daß am 24. Juni Frankreich eine Republik war.

Gesetzt sogar, die Angaben der Reaktion über die Elemente des pariser Aufstandes wären ganz richtig, — gelungen wäre er bei solcher Tapferkeit und Verzweiflung ganz gewiß, wenn er gegen einen Thron z. B. den des Bürgers Louis Napoleon gerichtet gewesen wäre, wenn nicht die Angegriffenen die Republik zu vertheidigen gehabt hätten.

Unter dem Bestehen der Monarchie hätten wie früher die guten Absichten während des Kampfes sich theilweise mit den schlechten verbunden, theilweise die Vertheidigung gelähmt. Die Begeisterung für die Republik jedoch hat dieses Verhältniß gründlich umgeändert. Wir gestehen es gerne zu: „Sobald Oesterreich und Preußen Bestandtheile einer deutschen Republik sind, werden Aufstände in Wien oder Berlin gerade so zu Schanden werden, wie der jüngste in Paris.

So lange dies aber nicht der Fall, ist immer zu befürchten, daß der unbedeutendste Anfang in der schlechtesten Absicht zu einem bedeutungsvollen Ende sich fortspinnt. Sobald Deutschland eine Republik ist, stehen die Absichten der Schlechten in ohnmächtiger Abgeschiedenheit da, auch wenn Louis Philipp, Louis Napoleon, Nikolaus, Palmerston und Metternich die französischen Galeerensträflinge vom Tode erwecken, und ihnen zu Hilfe schicken könnten. Die deutschen Republikaner würden sie gerade so niederschmettern wie in Paris. Deutsche Unterthanen einer Monarchie aber sind bei ähnlichen Ereignissen, wenn nicht schadenfroh, doch wenigstens gleichgültig. Darum, ihr Nachbeter der Reaktion, verführte bemitleidenswerthe Brüder! macht nicht so verkehrte Schlüsse, feindet nicht eine Staatsverfassung an, für welche allein die civilisirte Menschheit des 19 Jahrhunderts sich begeistern kann. Die Begeisterung für die Republik bringt und schützt euch am sichersten die so heiß ersehnte Ruhe.

Gedruckt unter Verantwortlichkeit der Verleger von Wilhelm Tümmel.
Expedition bei Joh. Gg. Meyer, Plobenhof S. 823.

Der freie Staatsbürger.

Ein Volksblatt aus Franken.

№ 35. Nürnberg, 11. Juli. 1848.

Erscheint jeden Dienstag, Donnerstag und Samstag, und kann durch alle Postämter bezogen werden.
Preis vierteljährlich 45 Kr. — Einrückungsgebühr 2 Kr. für die Zeile. — Einzelne Nummern à 3 Kr.

Deutsche Zustände.

Ein Jahrtausend ist es, daß nicht weit von der Stelle, wo jetzt Deutschlands Geschicke entschieden werden sollen, der größten Deutschen Einer, wohl auch der Größte, Carolus Magnus, seine kaiserliche Pfalz gründete. Bescheiden damals, doch hegte sie den Mann in ihren Räumen, der in seinem Kopfe eine Weltidee erfaßt und sie zur herrschenden für Jahrhunderte gemacht. Eine große, erhabene Idee, der Deutschen aufbewahrtes Erbtheil, herabgekommen von den Trümmern der ewigen Roma und eines Weltreiches schmählichem Ausgange in die geistig neuerstandene Weltstadt und den klugen Sinn des Knechtes der Knechte! Eine große und doch so unheilvolle Idee! Tausend Jahre der Schmach und des Blutes, tausend Jahre vergeudeter Kräfte, die Gräuel des Bürgerkriegs und der Intoleranz, selten nur unterbrochen von dem kurzen flüchtigen Glanze kriegerischer Ehren und eitlen Herrscherruhmes, hatte sie in ihrem unseligen Gefolge. Und in dem ewigen Kampfe und Streite wurde der Glückliche und Mächtige stets glücklicher und mächtiger, und die Völker, vergessend des historischen Rechtes (die Freiheit ist das einzige historische Recht!) folgten willenlos dem Rufe der Herren, oft leibeigeneren Ursprungs als sie, in die brudermörderischen Schlachten. Da wollte es tagen im Vaterlande. Der Morgenröthe, von Kaiser und Reich im Blute ihrer Bekenner erstickt (Huß), schien ein heller, wenn auch heißer Tag, folgen zu wollen. Unter des einfachen Mönches derbem Worte zitterte die heilige Roma in ihren Grundvesten, wankte die dreifache Krone auf dem Haupte des Statthalters Christi. Aber Kaiser und theilweise das Reich stützten sie doch noch; mehr aber der kühne Mönch selbst, der den Fluch in sein eigenes Werk legte, und den von Rom abtrünnigen Fürsten zur weltlichen Macht ungebührlicher Weise noch das geistliche Regiment beilegte, auf daß die Völker forthin so recht weltlich und geistlich geknechtet im doppelten Joche dahinzögen. Und es kam auch eine schlimme Zeit, im pedantischen theologischen Gekneife und Gezänke, nicht ohne Zugabe einiger Schaffote, fast widerlicher und trostloser als die gestürzte, so daß es Einem fast wohler ums Herz wird, das von den friedlichen Jüngern des Herrn geschürte Feuer endlich in vollen Flammen ausbrechen zu sehen, und die männliche That an der Stelle der theologischen Scheinheiligkeit und Niederträchtigkeit. Dem heillosen Hader, dem unsäglichen Elende, das Deutschlands Fluren und Menschen heimgesucht, machte nach 30 Jahren ein Frieden ein Ende, der die Böcke von den Schafen schied (ein jus evangelicorum und catholicorum), dem Fremden die Thüre öffnete und eine nicht abgegrabene Quelle neuer Verwirrung in sich trug. Und wie früher schon, handelten und schacherten Fürsten und Fürstleins, Grafen und Herren, um Seelen, und trotz dieses Seelenverkaufs entblödete man sich nicht, von Treue und Anhänglichkeit der Völker zu reden, und war die Religion in ihren Priestern frech genug, dem Frevel den Stempel des Heiligen aufzudrücken, als ob je das Innerste und Eigenste des Menschen könnte gekauft und verkauft werden. Und über allem diesen und trotz allem diesen hielt sich Kaiser und Reich, als wenn die Idee das Wankende gestützt und eine heilige Scheu das alte Gebäude vor dem Zerfallen bewahrt hätte. Noch war die Zeit des Volkes nicht gekommen, noch war ihm

eine harte rauhe Schule vorbehalten. Da fuhr wie ein Blitz vom Himmel ein Strahl in einen Thron, ließ ein Königshaupt fallen, büßend die Schuld der Väter, und die erstaunte und erschrockene Welt sah zum erstenmale, was sie lange nicht gesehen: ein Volk in seiner Größe und in seinem Schrecken. Und der große Sohn der Revolution, der sie verrathen, nahm aus des deutschen Kaisers altersschwacher Hand die Idee der Weltherrschaft, ließ sie aufs Neue heiligen von Petrus Nachfolger, und Fürsten und Völker beugten sich dem Arme des Gewaltigen, erstere geködert von einem neuen Wesen, der „Souveränetät," das der Erbärmlichkeit einen trügerischen Nimbus geben sollte. Da raffte ein Volk sich auf und entwandte dem vom Zorne des Himmels Heimgesuchten den blutigen Scepter. Und mehr als großmüthig hob es seiner Fürsten Throne aus dem Staube, in den der Herren eigene Schuld sie gestürzt. Und die Welt sah abermals ein Volk! Die geretteten Herren aber dankten auf Bergesspitze dem „Herren der himmlischen Heerschaaren," von der Ferne schauend auf die Völker, die bescheiden harrten des Lohnes für unsägliche Opfer. Jene aber schlossen dann einen „heiligen Bund." Und der heilige Bund hielt eine große Messe, wo abermals ein großer Menschenhandel getrieben wurde, wo von fürstlichen Rechten des Langen und Breiten, von des Volkes uraltem, mit seinem Blute wieder erkauftem Rechte kaum die Rede war. Man hatte von einem Volke gehört! Und es begann eine Zeit, an deren Dasein einst bessere Generationen zu zweifeln geneigt sein werden — eine Zeit des entsetzlichsten Undankes, von den Einen grollend ertragen, von Andern mit einem neuen, seltsamen überirdischen Elemente bereichert, das bald in gemüthlicher, bald in widerlicher Gestalt auftretend in träger Ruhe über das Elend des Lebens hinwegsetzen sollte. Und in schier abenteuerlicher Form tauchte die begrabene Kaiseridee wieder auf, und — seltsames Geschick! — sie mußte die Kerker füllen und fast den Schaffoten Arbeit geben. Da kam ein zweites Gottesgericht und über den Trümmern eines gestürzten Thrones sah die Welt ein neues Phantom — einen Bürgerkönig. Und abermals nahmen die Völker einen Anlauf und wollten Völker sein; abermals erlagen sie der mit List und Tücke gepaarten Zuchtruthe. Und jenes Zwitterwesen des Bürgerkönigthums schien festen Fuß fassen zu sollen im europäischen Gleichgewichte; die Legitimen näherten sich vertraulich, als sie unter der Maske bald den alten Freund erkannten, den guten Isegrimm, und der Welttheil schwelgte in Glück und Frieden, Kants ewiger Friede wurde proklamirt, der Schweiß der Völker in den Reisen zärtlicher Vettern vergeudet, und — alle Throne standen wie von Eisen so fest. Eines aber hatte man wie immer freventlich vergessen — das Volk. Es rächte sich bitter. Ein Tag sah den Thron des Bürgerkönigs sinken, des Augustus, der ein Harpar geworden. Ein Tag sah seinen Fuß im glänzenden Herrschergemache und ihn flüchtig irrend an einsamer Küste, in verachteter Blouse „den letzten König Frankreichs." Und der Fall dröhnte durch die Welt, und es wankten ihm nach die Throne alle der übermüthigen Herren. Es war ein großes Gottesgericht! Die Völker traten an die Throne, großmüthig schonend, und verlangten nichts als ihr tausend Jahre vorenthaltenes Recht und die ewige Freiheit, zertreten von dem Fuße der Gewaltigen. Und dem Drange der Noth weichend, ward ihnen, wie immer — Versprechungen, aber umfassender, blendender. Endlich schien der Tag anzubrechen, im Frühling des Jahrs der Frühling der Völker. Man durfte reden von einem Volke, von einem einigen, starken, freien. Und wie einst in Frankfurt der geweilt, der des Reiches Herrlichkeit einer Welt gezeigt, so sollte jetzt dort die Herrlichkeit und Kraft wiedergeboren werden in der Auferstehung eines Volkes, in der einzigen Selbstherrlichkeit, die es geben kann auf dem Erdenraume. Ein großes herrliches Werk! Aber die alten Mächte schliefen nicht in ihren finstern Höhlen, und das kaum erstandene Volk ließ sich vielfach fangen in dem nur verschleierten Netze. Wer sollte es glauben! Die langjährigen ergrauten Schergen der Gewalt, die Schüler einer unseligen, Gift kochenden Schule, die Priester des Fanatismus und der Intoleranz, welche eben noch den Samen der Zwietracht in die arglosen Seelen gestreut, die Bannerträger des Absolutismus, den verknöcherten Aristokratie, die Jahrhunderte lang den Landmann in den schmählichsten Fesseln gehalten — diese wählt ein erwachtes Volk in die Versammlung, welche die aus den Händen dieser gerettete Freiheit und seine kaum errungenen Rechte befestigen soll. Seltsame Verblendung!

Die Nationalversammlung der Deutschen trat zusammen! Im J. 794 hielt Carl der Große ein großes Concilium in Frankfurt, auf dem man den Götzendienst abschaffte. Wird nach mehr als 1000 Jahren jene Versammlung deutscher Männer in sich den Muth und die Kraft finden, dem Götzendienste des alten Systems für immer zu entsagen und frei und selbstständig aus dem Willen des Volkes heraus zu erschaffen, was diesem und nur diesem Noth und heilsam? Wohl hätte man's hoffen, erwarten sollen. Aber im Schwanken verging kostbare Zeit. Da forderte die außerordentliche Zeit, nicht länger mehr zu vertrösten, eine starke Gewalt, auf das Volk gestützt, das in weiten Kreisen auf die Paulskirche seine sehnenden Blicke gerichtet. Noch hatte man keine Reichsverfassung, noch keine Grundrechte. Da galt es einen wahrhaft kühnen, einen männlichen Griff. Man hat ihn nicht gethan. Man hat geliebäugelt mit der alten Sünde, die jetzt Buße gethan haben soll; man hat den einzigen Boden, auf dem man stehen konnte, verlassen und den Boden wieder gesucht, von dem das Unheil der Jahrhunderte gebieterisch hätte wegdrängen sollen; man soll noch mehr gethan haben: man soll vorher bereits im Einverständniß mit den gestürzten Mächten gestanden sein! Man wollte eine Bürgschaft für die Freiheit und gründete eine Gewalt, die über dem Gesetze — der einzigen Macht, welche der Freie anerkennen kann — steht, welche die Freiheit vernichten kann, wenn sie will; eine Gewalt, hinter der sich, mehr oder minder offen, die ganze List und Tücke der freiheits- und volksfeindlichen Mächte verstecken kann, bis das müde und getäuschte Volk ruhig wieder in die Arme der Despotie sich wirft und den Wink des Himmels vergißt, der in Jahrhunderten nur Einmal mahnt. Und das bethörte Volk jauchzt da und dort einem Beschluße entgegen, der seinen kühnen Freiheitskämpfern den Todesstoß versetzt, der seine Freiheit zu einer diplomatischen Spitzfindigkeit macht und seine Geschicke in die Hand seiner offenen Feinde, seiner zweifelhaften Freunde legt, die nur zu bereit sind, das kaum erstandene Vaterland und dessen begeisterte Jünger in die alten Fesseln zu legen. Man will jene verhängnißvolle Idee wieder ins Leben rufen; man will einen Kaiser, einen neuen Thron auf des Volkes Elend; bald wird man des Mittelalters versunkene Gothik heraufbeschwören und das Volk wird seine alten Liberalen als die gefälligen Diener und Seneschalle des neuen Gewaltsherren erblicken?

Noch scheint das Geschick nicht versöhnt. Wohin wir sehen, nicht Ein Volk, das uns die Bruderhand böte, oder dessen gebotene wir uns anzunehmen getrauten. Wohin wir sehen, thürmen sich Wolken auf, aus denen Blitze drohen, die noch nicht geborne Freiheit im Keime zu zerstören. Nie wird die Despotie Frieden schließen mit der Freiheit. Noch tauchen von allen Seiten tagtäglich die Sanderinteressen und Sonderbestrebungen in bedenklicher Weise auf; noch hören wir von des Preußenkönigs Sympathie für Rußland, und der Thätigkeit einer rastlosen Kamarilla; noch ist Deutschlands erste Handelsstadt Hamburg, eine halbenglische, Hannovers König, mit englischem Gehalte, in englischem Interesse. In Schleswig scheint Englands Krämerpolitik eher zu verwickeln, als zu vermitteln; von da hören wir von temporisirenden preußischen Diplomatenkniffen und politischen Taschenspielereien; ja man will von einem Traktate wissen zwischen England, Preußen, Oesterreich und Rußland, an dem der Prinz von Preußen innigen Antheil gehabt, in dem erstere Macht alles Mögliche verspricht, wenn man auf eine wirkliche deutsche Einheit verzichte! Wäre das unerhört? Das ist die Völkerpolitik Deiner Herrscher, deutsches Volk! Kannst Du eine andre erwarten? Frage Deine Gelehrten, Historiker und Priester und laß Dir, wenn sie es vermögen, einmal unbefangene Antwort geben! In der Paulskirche aber thront Deine Einheit und Majestät! Dort tagt man — doch tagen will es nicht.

F.

Koburg, den 8. Juli 1848.

„Erzherzog Johann ist Reichsverweser geworden!" posaunen an allen Strassenecken angeklebte Plakate. Wir finden in einem greisen Fürsten, welcher wie ein braver ordentlicher Bürgersmann lebt, welcher ein Naturforscher und Oekonom und der Gatte einer schönen Postmeisterstochter ist, welcher das Wort aussprach, was Tausende von Studenten schon ausgesprochen, daß ein einiges Deutschland sich entwickeln müsse, wir finden in ihm noch nicht den Mann, wie ihn die Jetztzeit als Reichsverweser verlangt. Die

Gefahren, welche Deutschland von Innen und Außen so gewaltig bedrohen, erfordern einen Mann an seiner Spitze, welcher in jugendlicher Kraft des Geistes wie des Körpers stehend, allein als solcher den Druck der Aristokratie und der Beamtenherrschaft zu brechen, den tiefgewurzelten Eichbaum der Freiheit im Herzen Deutschlands zu pflanzen und mächtig dasselbe gegen den Außenfeind zu vertreten vermag. Oesterreichische Gutmüthigkeit, von welcher, wie wir aus guten Quellen wissen, der 67 jährige Erzherzog Johann ganz durchdrungen ist, befähigt noch nicht, das Steuer des einigen Deutschlands in der brausenden Sturmzeit zu regieren. Dazu gehört ein jungendkräftiger Pilot. Und wußte die traurige Mehrzahl der Deputirten zu Frankfurt nichts Besseres zu thun, als einen Fürsten zu wählen, und dann mit Kanonendonner und Glockengeläute den Komödiantenstreich zu machen, als sey jetzo das Heil und die Rettung des Vaterlands gewonnen? Schämen sie sich nicht und mit ihnen der Abgeordnete Briegleb von hier, statt eines tüchtigen Bürgermannes, wie ja ausgezeichnete unter ihnen sind, einen Fürsten zu wählen, weil er jene Dinge gethan und gesprochen, welche wir von jedem Bürgersmann täglich thun und sprechen hören? Ihr werdet nur zu bald sehn, wie wir wieder als Schafe, jetzo ohne einen tüchtigen Hirten, den vielen Wölfen zum Raube werden. Mit Jesaias rufe ich Euch zu: Aber die sich auf Götzen verlassen und sprechen zum gegossenen Bild: Ihr seyd unsere Götter! die sollen zurückkehren und zu Schanden werden. Du bist ein beraubt und geplündert Volk! Du bist allzumal verstrickt in Höhlen und versteckt in den Kerkern; sie sind zum Raub worden und ist kein Erretten da, geplündert, und ist Niemand, der da sage: Gieb sie wieder her! —

Der Fürst von Wallerstein.

Man mag einer Partei angehören, welcher man will: das muß man gestehen, daß der Fürst Wallerstein der einzige Staatsmann in Bayern ist, welcher bewiesen hat, daß er seine Zeit, daß er die Revolution begreife. Sogleich nach den Märztagen sah man ihn für das unbeschränkte Wahlrecht für direkte Wahlen und für socialistische Theorien sich begeistern. Jetzt, da das bayerische Ministerium unter der Last der Unpopularität und der Unfähigkeit zu erliegen im Begriff ist, zeichnet der edle Fürst, (siehe eine der letzten Nummern der allgem. Zeitung) dessen Name in die neuen Ministercombinationen verwickelt ist, aufs Neue mit kecken Strichen die Ideen, welche ihn vorläufig von jedem Ministerium davon ausschließen müssen. Er weiß zu gut, daß zwischen den jetzigen Ministerium und einem entschieden den Geist der Zeit ergreifenden noch ein Uebergangsministerium zu stehen kommen muß, dessen Theilnehmer lediglich die keineswegs beneidenswerthe Ausgabe haben, sich in halbem Kampfe und in halben Concessionen gegen den Zug der Zeit schnell abzunützen. Daher ist der edle Fürst für jetzt wirklich noch kein Ministeraspirant; er wartet ganz ruhig und hat die Ueberzeugung, daß seine Zeit kommen müsse. Er hat an der äußersten Grenze des Möglichen Posto gefaßt, und der entschiedenste socialistisch-republikanische Demokrat kann ihn seinen Worten nach seiner Partei zuzählen. Gleichwohl bezweifeln wir sehr, ob der edle Fürst durch seinen Coup, den einzigen allerdings, der etwa noch anschlagen konnte, sich für die Zukunft möglich gemacht hat. Seine Antecedentien sind von der Art, daß die demokratische Republik ihn desavouiren muß. Eines aber könnten die bayerischen Staatsmänner bei ihm lernen, wenn sie überhaupt Lernfähigkeit hätten, daß es ein Unsinn ist, mit elenden Polizeimaßregeln sich dem Strom der Zeit entgegenstellen zu wollen. Man muß die Bewegung keck ergreifen, nur auf diese Weise kann man ihrer Herr werden. Mag auch im jetzigen Augenblick in Bayern die Reaktion so übermüthig auftreten, daß man glauben könnte, sie habe für lange Jahre gesiegt; Bayern ist nicht Deutschland, und ich kenne kein Land in Deutschland, in welchem das Volk es dulden würde, daß den Ideen der neuen Zeit auf ähnliche Weise Hohn gesprochen werde, wie vom jetzigen bayerischen Ministerium. So lange aber außer Bayern noch freie Stimmen gehört werden dürfen, so lange wird auch in Bayern das Licht nicht ganz erlöschen können, so sehr es auch Hrn. Beißler und Genossen in die Augen beissen mag, und die Zeit, in welcher das unbeschränkte Wahlrecht, und die direkten Wahlen auch in Bayern „möglich" sein, in welchen man sogar in Bayern umfassende Fürsorge für das Loos der arbeitenden Klassen tragen wird, sie kommt doch, die Hrn. Beißler und Genossen mögen an die „Verfassung ihres Landes" sich so fest anklammern, als sie wollen.

Gedruckt unter Verantwortlichkeit der Verleger von Wilhelm Tümmel.
Expedition bei Joh. Gg. Meyer, Plobenhof S. 823.

Der freie Staatsbürger.

Ein Volksblatt aus Franken.

№ 36. Nürnberg, 13. Juli. 1848.

Erscheint jeden Dienstag, Donnerstag und Samstag, und kann durch alle Postämter bezogen werden. Preis vierteljährlich 45 Xr. — Einrückungsgebühr 2 Xr. für die Zeile. — Einzelne Nummern à 3 Xr.

Der constitutionelle Verein und die Polizei.

Als der constitutionelle Verein in Nürnberg ins Leben trat, war es uns klar, daß er nicht constitutionell, sondern reaktionär sein werde, denn wir sahen an seiner Spitze nur Bureaukraten und eisenmannianische Anhänger. Ein solcher Verein aber kann keinen Boden im Volk haben, das jene Bureaukraten sowohl, als jene Bourgeois als seine Feinde kennt. Will nun ein solcher Verein gleichwohl Etwas wirken, so kann er es nur durch die Polizei; dadurch aber, daß er die Polizei zu Hilfe nimmt, um Etwas zu erreichen, charakterisirt er sich wiederum in den Augen jedes vernünftigen Menschen so vollkommen, daß es genügt, solche Dinge nur einfach zur Kenntniß des Publikums zu bringen. Denn es ist zum Erbarmen, wenn ein politischer Verein, um z. B. für eine Adresse Unterschriften zu erhalten, sich in Einladungsschreiben an die Ortsvorsteher wendet. Ein solches Schreiben des Advokaten Korte liegt vor uns. Es lautet folgendermassen: „Euer Wohlgeboren werden aus einer Anzeige im heutigen Korrespondenten ersehen, daß sich der constitutionelle Verein dahier, durch die Wühlereien der republikanischen Partei veranlaßt gesehen hat, eine Adresse an die Nationalversammlung zu erlassen; in welcher er sich gegen die Art und Weise, wie Hecker und Consorten uns die Republik bringen wollen, erklärt, und die Wohlfahrt Deutschlands lediglich der freien Beschlußfassung der Majorität der Nationalversammlung anheim gestellt worden.

Da nach Mittheilungen mehrerer Deputirten in Frankfurt es Noth thut, daß die Nationalversammlung durch Vertrauens-Adressen in unserem Sinne gestärkt werde, und daß es in dieser Beziehung zu wünschen ist, daß die Adresse möglichst viele Unterschriften erhält, so erlaube ich mir, Ihnen solche in Abschrift zur Prüfung vorzulegen, und. E. W., sollten Sie sich mit deren Inhalt verständigen können, zu ersuchen, die Unterzeichnung Gleichgesinnter in Ihrer Umgegend zu bewirken. Eile thut Noth! Indem ich noch eine Einzeichnungs-Liste der Form wegen beilege, ersuche ich noch um gefällige Antwort und verharre in reinster Hochachtung Euer Wohlgeboren ergebenster Korte, königl. Advokat. Wir wollen nichts davon sagen, daß der sogenannte constitutionelle Verein in Nürnberg nur die Majorität des Parlaments, als eine von der Minorität scharf gesonderte, bevorzugte Kaste gleichsam, anzuerkennen scheint. Eines aber hat uns sehr gerührt, das naive Eingeständniß „mehrere Deputirte in Frankfurt,“ daß es „Noth thut, daß die Nationalversammlung durch Vertrauensadressen in unserm Sinn gestärkt werde.“ Ja, wir sehen Sie vor uns, diese bayerischen Abgeordneten in Frankfurt, diese Krafft, Burkart II., Keim, Lassaulx und Consorten, denen selst die „Majorität“ des Parlaments noch zu liberal ist, „wir sehen sie, wie sie angstvoll nach Hause schreiben, damit man sie durch Vertrauensadressen stärke.“ Zwar die Excellenz aus München läßt Bock in Masse kommen, um ihre bayerischen Collegen zu „stärken,“ aber die liebenswürdigen Berichte, welche Parlamentsbelletristiker wie Keim von Baireuth über solche Bockgelage nach Hause „an ihre Wähler“ schreiben, sind wohl für sich am allerwenigsten geeignet, „stärkende“ Vertrauensadressen hervorzurufen. „Es thut“ deßhalb „Noth,“ daß die Freunde der unter den wohlgeführten Schlägen

der wühlerischen Minorität erliegenden Parlaments-mitglieder auf anderem Wege für „stärkende" Adressen sorgen. Und wie anders könnten sie dieß, als durch die Polizei, diese beste und würdige Freundin der Parlamentsmajorität, die ja das größte Polizeigenie unserer Zeit, die den Staatsrath Mathy zu ihren Zierden zählt. Nur so fort gemacht, Ihr constitutionellen Vereine und Ihr Majoritätsmänner, einen größern Gefallen könnt Ihr uns „Wühlern und Republikanern" gar nicht thun, als wenn Ihr Euch dem Volke darstellt, Hand in Hand gehend und brüderlich verbunden mit der Polizei. Dann muß ja wohl auch der Einfältigste merken, wes Geistes Kinder Ihr seid und Eure von der Polizei colportirten Einladungsschreiben werden dann überall mit derselben Verachtung abgewiesen werden, wie das des Advokaten Korte in gewissen Orten der Umgegend Nürnbergs es wurde.

Die Abstimmungen des Nürnberger Abgeordneten.

Merkt Ihr nun, Ihr Bürger und Urwähler des Wahlbezirks Nürnberg, was es heißt, indirekt wählen! Da habt Ihr nun einen Abgeordneten in Frankfurt, der auf eine Weise stimmt, daß, wenn das Volk es dulden würde, ganz Deutschland in wenigen Monaten unter dem Joch einer Militärdespotie seufzen würde, auf eine Weise, welche selbst der Majorität des Parlaments gar zu servil, gar zu absolutistisch erschien (und das will viel heißen); aber Euere Wahlmänner in Nürnberg traten zusammen, beriethen sich über die Abstimmungen des Dr. Krafft, und siehe da, sie finden sichd urch dieselben vollkommen befriedigt und sehen seinen weiteren Schritten ganz vertrauensvoll entgegen. Es fragt sich nun, hat mit dieser Erklärung der Wahlmänner auch der ganze Bezirk dem Dr. Krafft ein Vertrauensvotum gegeben? Die Wahlmänner werden es sagen, denn sie haben ja den Dr. Krafft zum Ersatzmann gewählt; Ihr aber habt, werden sie meinen, dadurch, daß Ihr aus Eurer Mitte die Wahlmänner gewählt, Euer ganzes Stimmrecht auf sie übertragen. Allein es ist dies nicht wahr, und so gewiß es ist, daß der Dr. Eisenmann und und seine Ersatzmänner in Nürnberg bei direktem Wahlmodus nicht gewählt worden wären, ebenso gewiß ist es, daß die Urwähler mit den Abstimmungen des Dr. Krafft nicht zufrieden sein können, und nicht zufrieden zu sein brauchen, wenn auch ihre Wahlmänner sich ganz einverstanden damit erklären. Denn in diesen Abstimmungen ist die Souveränetät, die Allgewalt und Herrschaft des Volkes schmachvoll aufgegeben und dem deutschen Volk zu seinen 34 Fürsten ein neuer, unverantwortlicher, souveräner, allgewaltiger Herr gesetzt worden, dem eine neue kostspielige Civilliste mit vielleicht 10 — 12 Millionen ausgesetzt werden muß, abgesehen von den ungeheueren Gehalten, welche den Ministern eines solchen Reichsverwesers von einem solchen Parlament werden gesetzt werden, und der eine Macht hat, welche ihm gestattet, alle Volksrechte aufs Neue zu Boden zu treten, welche also zum mindesten eine gefährliche Versuchung in die Hände eines Mannes legt, der zwar ein Fürst, vielleicht sogar ein guter Fürst, aber immerhin ein Mensch ist. Nun und nimmermehr ist es denkbar, daß solche Abstimmungen wie die des Dr. Krafft im Sinne des Volkes gewesen; und deßhalb mögen die Urwähler des Wahlbezirks Nürnberg sich in einer Volksversammlung vereinigen, über diesen Gegenstand, dessen Bedeutung für Deutschland unermeßlich ist, sich berathen, und dem Dr. Krafft in einem Schreiben erklären, daß sie mit seinen Abstimmungen in der Frage über die provisorische Central-Gewalt durchaus nicht einverstanden seien und daß sie es sehr bedauern müßten, die Wahrung der Volksrechte keinen bessern Händen anvertraut zu wissen, als denen des Herrn Dr. Krafft. Dieses Schreiben, mit zahlreichen Unterschriften versehen, wird seinen Eindruck und seine Wirkung sicherlich nicht verfehlen. G. D.

Karlsruhe, den 10. Juli 1848.

Wenn wir bisher geglaubt hatten, nach der Ernennung des Erzherogs Johann von Oesterreich werde endlich die bundestägliche Leiche zu Grabe getragen werden, so haben wir uns in dieser Ansicht geirrt. Zwar lautet §. 13 (ominöse Zahl!) des Gesetzes zur Einführung der provisorischen Gewalt dahin, daß mit dem Eintritt der Wirksamkeit derselben das Bestehen des Bundestags aufhöre; allein die Freude, welche uns durch diese Bestimmung bereitet werden könnte, wird sogleich durch den darauf folgen-

den Paragraphen gänzlich wieder verdorben, indem es da heißt, daß die Centralgewalt sich in Beziehung auf die Vollziehungsmaßregeln (ich bitte, diese herrliche Stilprobe nicht mir aufzubürden) so weit thunlich mit den Bevollmächtigten der einzelnen Regierungen ins Einvernehmen zu setzen habe! Dieses Amendement wurde von Welcker gestellt, der dadurch unstreitig sein diplomatisches Talent beurkundet hat; denn wenn es angenommen wurde und die Nationalversammlung trat demselben in ihrer freilich unbegreiflichen Weisheit mit großer Mehrheit bei — so dauerte der Bundestag, obgleich unter andrem Namen, fort, und der badische Gesandte hat sich durch sein Manöver Ansprüche auf ein Denkmal erworben. Wer anders nämlich ist unter jenen „Bevollmächtigten" verstanden, als eben die Mitglieder des Bundestages? Diese werden also in Frankfurt versammelt bleiben und, wie sich wohl denken läßt, all' ihren Einfluß bei dem unverantwortlichen „Reichsverweser" geltend zu machen suchen. Das Volk mag sich für die Zunkunft Glück wünschen: an Behörden, welche für seine Wohlfahrt sorgen, fehlt es jetzt nicht mehr. Auch läßt sich nicht bezweifeln, daß die nunmehr competenten Herren sehr „reife" Urtheile fällen werden, da sie ja alle schon lange das bedenkliche 40te Jahr überschritten haben. Vor Allem sind wir auf die politischen „Thaten" des Erzherzogs Johann äußerst gespannt, indem derselbe außer seinen, übrigens von den Kritikern in seiner Aechtheit stark angegriffenen Trinkspruche bis jetzt wenigstens blos ein ziemlich bescheidenes, dem Ackerbau und der Landwirthschaft gewidmetes Leben geführt hat.

Die constituirende Nationalversammlung bildet ein treffliches Institut, um die einzelnen Charaktere kennen zu lernen. Viele von denen, die sich jetzt noch behaglich auf den Bänken dehnen, dürfen überzeugt sein, daß ihnen kein Sitz in dem nächsten Parlamente mehr angewiesen wird. Diejenigen Wahlbezirke in Bayern, Preußen, Mecklenburg, welche dieses Mal aus Mangel an politischer Bildung conservative Vertreter ernannt haben, werden sich wohl hüten, die gesetzgebende Nationalversammlung mit ähnlichen Männern zu beschicken; denn sie müssen aus dem Gange der seitherigen Verhandlungen schon eingesehen haben, daß solche Repräsentanten der Sache des Volkes nicht frommen. Mancher Distrikt mag seine Wahl, die er aus Unkenntniß der Person des Bewerbers im Sinne des Stabilismus getroffen hat, jetzt bitter bereuen; allein, wenn diesen Herren auch das Mandat gekündigt würde, so wäre noch immer möglich, daß sie trotz einer so handgreiflichen Demonstration auf ihre Stelle nicht verzichten. Prüfe darum das Volk künftig vor der Wahl den Charakter der Candidaten genauer, damit diese störenden Widersprüche fortan nicht mehr auftauchen können.

Die neuen Rechte und Freiheiten.

Es ist eine leidige Erfahrung und ließen sich trostlose Schlüsse daraus ziehen, daß jedes neu errungene Recht, welches gleich einem fruchtbringenden Baum in die deutsche Erde gepflanzt wird, im Nu durch eine Menge bösartiger Auswüchse ausgebeutet und ausgesogen wird, fauligter Schmarotzerpflanzen, welche dem Baum einen großen Theil seiner Säfte entziehen, daß er verkümmere und nur dürre, verkümmerte Früchte zu Tage bringe.

Was hat uns die in den Märztagen errungene Volksbewaffnung gebracht? Wenig mehr, als eine Bürgergarde, welche zwischen der alten bezopften Reichsarmee und der modernen Gensdarmerie die Mitte hält, welche zu Allem zu brauchen ist, nur nicht zum Schutze der Freiheit. — Preßfreiheit? Wer verspürt eigentlich etwas davon, als die ehrvergessenen Organe der Reaktion, welche dieselbe faktisch bereits zur Zeit der Censur besaßen? Verdächtigung aller freiheitlichen Bestrebungen, Verleumdung der Gutgesinnten, Entstellung der Thatsachen, Verbreitung bodenloser Irrthümer durch das Mittel der perfidesten Sophistik, und alles das auf eine nie gekannte Höhe getrieben — diese Früchte hat unsere Preßfreiheit getragen.

Das Associationsrecht hat eine Menge von Vereinen ins Leben gerufen, welche sich zur Aufgabe gemacht haben, bei jedem Staatsstreich der Reaktion als Claqueurs zu figuriren, die Männer des Volks dagegen bei Gelegenheit auszuzischen, Vertrauensvota für volksfeindliche Minister allzeit fertig und in Bereitschaft zu halten und möglicher Weise auf erhaltenen gnädigen Wink durch knechtische Bittschriften höhern Orts bereits beschlossene Maßregeln gleichsam zu bevorworten. Betrachtet man das Treiben dieser „va-

terländischen," dieser „deutschen" Vereine, man möchte Vaterland und Deutschthum beinahe verloren geben; freilich, am Ende wäre an Beiden nicht viel verloren, wenn Jene wirklich, wie sie sich anmaßen möchten, Gesinnung und Streben der großen Mehrheit der Nation verträten.

Ein Pröbchen solch erbaulicher Wirksamkeit hat der „deutsche" Verein in Leipzig neuerdings gegeben. Unter der Hand hat er eine Adresse an die Frankfurter Nationalversammlung mit einer Anzahl Unterschriften zu Stande gebracht, welche sich gegen republikanische Staatsformen erklärt; trotz der Vorspiegelung aber, es sei dieselbe nur gegen die Bestrebungen derjenigen Partei gerichtet, welche aus dem Königreich Sachsen eine Republik machen wollten, vermochte er nicht mehr als 9000 Unterschriften aufzubringen, während aus demselben Land eine Anzahl Adressen mit 40,000 Unterschriften sich gegen Kaiser und unverantwortliche Reichsgewalt entschieden erklärte.

Man suchte der Adresse, deren Unterschriften größtentheils nicht in Leipzig, sondern in Provinzorten, wo sich Zweigvereine des Leipziger „Deutschen" befinden, und bei der deutsch-böhmischen Volksversammlung in Aussig aufgetrieben worden, die Bedeutung einer Demonstration gegen den Abgeordneten der Stadt Leipzig, Robert Blum, anzulügen, zur nämlichen Zeit, da diesem Abgeordneten von einem großen Theile seiner Wähler Dankadresse und Ehrengeschenk zu Theil ward. Man erlebte endlich die Beschämung einer öffentlichen Verwahrung eines großen Theils der listig zur Unterschrift Gepreßten gegen den Verdacht, als hätten sie sich durch ihre Unterschrift gegen eine verantwortliche Centralgewalt — worauf es der deutsche Verein abgesehen hatte — erklären wollen.

Zu solch jämmerlichen Machinationen muß „Vaterland" und "Deutschthum" den Namen hergeben. Aber das Vaterland, aber das deutsche Volk wird Euch eines Tages zur strengen Rechenschaft ziehen für den Mißbrauch, den Ihr mit seinem Namen getrieben, für die Schande, die Ihr ihm angethan!

Gründlichste Berathung der Grundrechte.

Die Nationalversammlung hat jüngst beschlossen, eine zweimalige Berathung der Grundrechte eintreten zu lassen. Einige behaupten aus dem sehr löblichen Grunde, die einmal berathenen Grundrechte vor ihrer definitiven Annahme den Regierungen zur Genehmigung vorzulegen.

Wir haben eine gründliche Berechnung angestellt über die Zeit, welche die doppelte Berathung erfordern wird, wobei wir die bisherige Erfahrung über die Redewuth, über das Amendementsfieber und über den Antragsausschlag der Nationalversammlung zu Grunde gelegt, den volkswirthschaftlichen Ausschuß als competent angehört, mit einigen statistischen Freunden uns berathen und endlich Adam Riessen's Rechenbuch als Norm angenommen haben.

Der Entwurf der Grundrechte enthält nach genauer Zählung	48	Paragraphen.
Hierzu Zusätze des volkswirthschaftlichen Ausschusses . . .	40	"
Amendements (nach höchst mäßigem Anschlage)	350	"
Im Ganzen	438	"

Nach den bisherigen Erfahrungen dürfen wir auf jeden Punkt wenigstens 10 Redner rechnen.

Wir werden also den unbeschreiblichen Genuß haben, über die Grundrechte 4380 Reden zu hören.

In einer Sitzung können höchstens 15 Reden gehört werden. Wir sind demnach genöthigt, über die Grundrechte 292 Sitzungen zu halten.

Da wöchentlich hierüber drei Sitzungen gehalten werden, so dauert unsere Berathung 97 Wochen; — es wird also die erste Berathung im April 1850 geschlossen werden.

Da doppelte Berathung beschlossen ist, so wird die zweite Debatte im Januar 1852 zum Schlusse und zur Abstimmung reif sein.

Die Diäten der Nationalversammlung betragen, im geringsten Anschlage, täglich 3000 Gulden; mithin werden die Grundrechte dem deutschen Volke kosten (1288 Tage zu 3000 fl.) 3,864,000 Gulden.

Das Veto des unverantwortlichen Reichsverwesers ist hierbei nicht in Anschlag gebracht!!! Wenn dieser sich gründlich über die Gründe der Grundrechte wird besonnen haben, dann deutsches Volk wirst du diese theueren Rechte erhalten.

Gedruckt unter Verantwortlichkeit der Verleger von Wilhelm Tümmel.
Expedition bei Joh. Gg. Meyer, Plobenhof S. 823.

Der freie Staatsbürger.

Ein Volksblatt aus Franken.

№ 37. Nürnberg, 15. Juli. 1848.

Erscheint jeden Dienstag, Donnerstag und Samstag, und kann durch alle Postämter bezogen werden.
Preis vierteljährlich 45 Xr. — Einrückungsgebühr 2 Xr. für die Zeile. — Einzelne Nummern à 3 Xr.

Mirabeau und Gagern.

Eine der letzten Nummern des „Nürnberger Kurier" brachte einen Artikel, in welchem Mirabeau und Gagern parallelisirt waren. Die Sucht nach Parallelen hat bekanntlich schon zu manchen Lächerlichkeiten fortgerissen, und man könnte auch über die Lächerlichkeiten der vorliegenden Parallele ohne weiteres zur Tagesordnung übergehen, wenn nicht in jenem Artikel des „Nürnberger Kurier" über den Präsidenten der deutschen Nationalversammlung Ansichten ausgesprochen wären, welche, obwohl durchaus irrig, gleichwohl gegenwärtig noch in größeren Kreisen verbreitet sind. Diese irrigen Ansichten sind das Erzeugniß der guten d. h. der servilen Presse, derjenigen Presse, der es nicht wohl ist, wenn sie nicht Jemand anzustaunen, vor ihm zu kriechen und zu wedeln hat, und die sich das Glückskind Gagern zu ihrem Götzen erkoren. Die „Augsburger allgemeine Zeitung" gehört besonders hieher; sie spricht von Heinrich von Gagern nur als von „dem außerordentlichen Manne." Diese thörichte Ueberschätzung, welche dem unbefangenen Beobachter des Präsidenten der Nationalversammlung auf der Stelle in die Augen springt, wird auch in jenen größeren Kreisen in dem Maaße schwinden, als Herr von Gagern Gelegenheit finden oder nehmen wird, aus seiner Präsidentenhöhe auf die Tribüne herabzusteigen und selbstthätig in die Fragen einzugreifen, in denen einst Mirabeau die Genialität eines vollendeten Staatsmannes entwickelte.

Die Vergleichungspunkte zwischen einem Mirabeau und Heinrich von Gagern sind nur wenige äußerliche. Beide sind von Adel, und beide standen am Eingang einer Revolution. Das ist die ganze Summe der Aehnlichkeiten zwischen beiden Männern. Um so gewaltiger sind die Verschiedenheiten. Die Hauptverschiedenheit ist ohne Frage diese: Mirabeau war ein genialer Mann durch und durch, ein Alles beherrschender und überwältigender Geist; Gagern ist ein sehr bescheidenes Talent, das die Prätention hat, für ein Genie gelten zu wollen. Man glaube nicht, daß dieses Urtheil zu streng, daß es von Parteileidenschaft diktirt sei; es ist wahr, und die Zeit wird seine Wahrheit erweisen.

Hat Gagern je etwas Großes geleistet in That oder Wort? Darauf, daß er die Burschenschaft mitbegründet, mit einem Leo und Consorten, werden wir ohnehin nicht allzuviel Werth legen dürfen. Aber auch seine oppositionelle Wirksamkeit in der hessischen Kammer, hat sie etwas Großes? So wenig als der Kampf irgend einer liberalen Kammernotabilität in den Jahren der deutschen Schmach. Kann es für groß gelten, wenn man für eine schlechte Verfassung gegen eine noch schlechtere kämpft? Die Genialität eines Mirabeau litt Schiffbruch, als er im Beginne einer gewaltigen Revolution für das aus dem Absolutismus heraus geschaffene constitutionelle Königthum gegen die Wogen der weiter drängenden Umwälzung ankämpfte. Ein genialer Mann, in welchem die Ideen der Revolution sich verkörpert hatten, konnte und mußte zur Verwirklichung der ersten revolutionären Staatsform, der constitutionellen Monarchie mitwirken, welche eine — nothwendige — Uebergangsform war. Allein innerhalb einer constitutionellen Monarchie gegen gewisse Modalitäten dieser Verfassung, vielleicht

nur gegen Personen Jahrzehnte hindurch vergeblich zu kämpfen, dazu hätte sich die Genialität eines Mirabeau nicht herabgewürdigt. Er hätte diese Verfassung gestürzt, oder er hätte seinen reichen Geist auf ein anderes Gebiet geworfen.

Die Liberalen aus unsern kleinen Kammern sind bereits sammt und sonders abgenutzt; sie wiegen in der Waagschale des schaffenden Geistes keine Feder mehr. Gagern allein hat noch eine gewisse Autorität gerettet. Warum? Ist es der Gehalt seiner Reden, die Ueberlegenheit seines Wissens, was ihm dieses Ansehen rettete? Keineswegs. Ich nehme nicht den geringsten Anstand, zu behaupten: nicht weil Gagern sprach, hat er im Parlament und beim Publikum ein noch immer bedeutendes Gewicht, sondern gerade wegen des Gegentheils, weil er nicht sprach. Die Sache ist ganz einfach.

Gagern hat eine sehr imponirende Gestalt, ein volltönendes Organ, viel Repräsentation, eine gewisse aristokratische Vornehmheit; er war unter den Kammernotabilitäten die am wenigsten abgenützte, denn er hatte sich sehr lang ins Privatleben zurückgezogen, während man von den meisten unserer Kammerliberalen ganz genau wußte, daß sie schon seit lange Alles gesagt hatten, was sie irgend wußten und nicht wußten. Diese Vorzüge vor seinen Concurrenten trugen ihm die Präsidentenstelle in der Nationalversammlung ein. Gagern sah nun ein Feld vor sich, das der Ehrgeiz lockend machte. Gagern ist ehrgeizig, eben weil er nicht genial ist. Mirabeau war nicht ehrgeizig, er war siegesgewiß, er wußte, daß er der nothwendige Mann seiner Zeit war, er konnte deshalb dem Hof wie dem Volke rücksichtslos die Wahrheit sagen. Gagern konnte dieses Bewußtsein nicht haben, er mußte daher berechnen. Er berechnete, daß er es weder mit den Fürsten noch mit dem Volke verderben dürfe, eine schwierige Aufgabe, bei deren Lösung Gagern scheitern wird, wie Jedermann dabei scheitern müßte. Aber er unternahm diese Aufgabe; bei den Regierungen war er bereits akkreditirt als hessischer Minister, beim Volke akkreditirte er sich durch den Grundsatz der Volkssouveränetät, den er in seiner Antrittsrede aussprach.

Jene äußeren Vorzüge, die wir oben an Gagern anerkannt, die Unparteilichkeit, zu der sich der von allen Parteien Gewählte anfangs verpflichtet halten mußte, halfen ihm sein Ansehen als Präsident befestigen. Man übersah über jenen Vorzügen, daß ihm sehr wesentliche Eigenschaften eines guten Präsidenten abgingen. Von den Debatten, in denen kleine Geister sich schnell abnützen müssen, schloß ihn seine Stellung aus. So behielt er jenes Ansehen und Gewicht ungeschmälert, und als ihm der günstige Augenblick gekommen zu sein schien, legte er es mit vieler Berechnung in die Waagschale.

Als der Präsident von Gagern jenen „kühnen Griff" that und für die freie Wahl des Reichsverwesers durch die Nationalversammlung stimmte, in diesem Augenblicke war er wirklich der bedeutendste Mann in Deutschland, aber er war es nur einen Augenblick. Seine Worte schienen die Volkssouveränetät zu wahren, er hatte sie klug gesetzt und sprach sie mit einer Würde, mit einem Selbstbewußtsein, mit einer Musik endlich, welche die Herzen gewann. Aber kann man ihn deshalb einen „vollendeten Redner" nennen? Man analysire jene Rede so wie die nachfolgenden so scharf man will, man sehe sie an, von welcher Seite man will, wer einen Gehalt, wer Ideen darin herausfindet, muß sehr scharfsichtig sein. Ich finde sie nicht. Seine Rede machte Eindruck, so lange er sie sprach, weil der Präsident sprach, weil er in einer so wichtigen Frage von seiner Höhe, sogar gegen den parlamentarischen Gebrauch, herabstieg, weil er selbst die Aufmerksamkeit außerordentlich gespannt hatte, aber sie macht keinen Eindruck, sie erscheint matt auf dem Papier. Gagern ist kein parlamentarischer Redner.

Aber auch im Parlamente, wie lange werden seine Reden noch Eindruck machen? Wo der Erfolg eines Redners, wie bei Gagern, auf Aeußerlichkeiten gestellt ist, wird der Erfolg mit jeder neuen Rede schwacher und bald ganz verschwunden sein, denn das Aeusserliche ist der Schein.

Gagern hat keine Ideen, darum nichts Schöpferisches. So lange die Vermittlung zwischen Fürsten- und Volks-Interessen, das Hin- und Herschwanken zwischen beiden, das Paktiren an der Tagesordnung ist, so lange wird Gagern eine Rolle spielen können. Sobald wir aber aus diesem Zustande der Halbheit hinausgekommen sein werden, wird von Heinrich von Gagern nicht mehr die Rede sein.

Mirabeau faßte eine Revolution in Worte und

in eine Verfassung. Gagern schwebt haltungslos zwischen Fürsten und Volk, und wird sich erst dann für das letztere entscheiden, wenn es zu spät sein wird. Er ist ein kleines Talent, welches falsch rechnet, eben weil es sich zum Genie aufblähen will. Mirabeau hatte nicht die Prätention eines Genie's, er war eines.

Der Reichsverweser.

Kanonendonner und Glockengeläute haben in Frankfurt den Reichsverweser verkündet; aber außen im Lande bleibt es still, keine Illumination, kein Jubelruf — Nichts, was darauf schließen ließe, daß ein lang ersehnter Wunsch der Nation in Erfüllung gegangen. Wie war es doch am 19. März? Da wehte unter begeistertem Zuruf auf allen Thürmen, Häusern, ja aus allen Fenstern die Fahne der deutschen Einigkeit, deutscher Einheit! Seitdem ist sie verblaßt, vom Sturme verweht, und in den Winkel geworfen sieht sie uns an, wie die Reliquie eines Rausches, in dem wir glücklich waren. Nun ist die deutsche Einheit besiegelt und einer der größten Momente unserer Geschichte geht so stumm und klar an uns vorüber, als wären das Alles ausgemachte Sachen gewesen, die sich seit den Märztagen Deutschlands ganz von selbst verstanden hätten. Oder sollte diese Stille die Stille des Mißmuths, getäuschter Hoffnungen sein? Ach, wir fürchten gar sehr, daß die Völker ihre Märzthaten überschätzt, und daß sie in ihren Friedensbedingungen sich unklar ausgesprochen haben „Deutsche Einheit" haben sie gerufen; sie hätten aber rufen sollen „Deutsche Freiheit," dann hätte sich die Einheit von selbst verstanden.

Deutscher Norden, aufgeklärter, denkender, philosophischer Norden, wie bist du so plump in die Falle gegangen, wie bist du aus mißverstandener Anhänglichkeit für die Monarchie, aus blinder, fanatischer Hingebung an den Constitutionalismus nun einer süddeutschen, schutzzöllnerischen und katholischen Einigkeit in die Schlinge gefallen. Was sie lachen werden, die Süddeutschen! Wie sich ihre Fabrikanten die Hände reiben und wie sie die leichtgläubigen Arbeiter unter der Vorspiegelung, daß nun Alles für sie besser werden müsse, begeistern werden. Was er lachen wird, der Pabst, daß seine Pläne so über alle Erwartung geglückt. Pio nono hat fein berechnet, als er den Mantel nach dem Winde hing, als er den Revolutionen muthig das Banner vorantrug; er hat sein Deutschland gekannt. Hat er doch nun die 33 Regentschaften in eine Hand gebracht, mit der er im Ganzen und Großen unterhandeln kann. Diese Hand mag eine ehrenwerthe sein, sie mag einem Manne gehören, der über kleinliche Herrschergelüste erhaben, die Geschicke seiner Völker mit unparteiischer Waage mißt, — die Völker selbst würden noch unparteiischer sein. Haben es doch die deutschen Fürsten durchaus nicht mit ihrem Vortheile vereinbar gefunden, sich unter ein gemeinsames Oberhaupt zu beugen, sind sie doch unter sich vollständige Republikaner gewesen, und haben sie den Bundestag geschaffen, der nichts war, als eine fürstliche Republik. Warum haben die Völker diesen Fingerzeig ihrer wohlmeinenden Fürsten nicht benutzt, und warum haben sie nicht einen Bundestag geschaffen, den sie und nicht die Fürsten zu beschicken haben? Man sollte denken, daß dies für die Völker jetzt eben so vortheilhaft sein müsse, als früher für die Fürsten. Wenn die Geschichte nicht so ernst wäre, wahrlich man könnte lachen darüber. Zuerst erheben sich die Völker und mit dem Blute ihrer Bürger werfen sie das unerträgliche Joch einer usurpirten Bevormundung ab, und nachdem sie sich mündig erklärt haben, ist der erste Akt ihrer „freien" Thätigkeit, daß sie sich einen neuen „unverantwortlichen" Vormund wählen. Wenn je etwas Unverantwortliches geschehen ist, so ist es die Wahl eines unverantwortlichen Reichsverwesers.

Haben wir eben gesehen, daß der Papst gut gerechnet hat, so scheint es doch, als ob die Fürsten nicht minder ihre Rechnung finden würden. Hat man durch verschiedene Völker Deutschlands die Verhältnisse in Schleswig, Posen und Italien nicht so verwickelt, daß es absolut nicht zu ermessen ist, nach welchem Maßstabe der Reichsverweser sie messen, nach welchen Prinzipien er sie lösen soll?

Wir beneiden den Reichsverweser nicht um seine glorreiche Stellung; er wird 33 Fürsten und eben so viele Völker gegen sich haben; er hat die Riesenaufgabe, die Machtvollkommenheit der Fürsten zu schmälern und die Völker zu verschmelzen. Die erste Aufgabe kann ihm gelingen, die zweite nicht, denn diese Vereinigung kann nur durch freie Uebereinkunft,

durch gleiche Berechtigung Aller hergestellt werden, diese Dinge waren nicht durch einen unverantwortlichen Kaiserlichen Reichsverweser, sie waren einzig und allein durch eine Föderativ-Republik zu bewirken. Nun, aus der Noth eine Noth! Der Reichsverweser mag sehen, was er mit den Fürsten, die Völker, was sie mit dem Reichsverweser machen!

Aus dem badischen Mittelrhein, 10. Juli 1848. Seit dem 29. Juni hört man von Bureaukraten nichts mehr, als die Lobpreisung des Erzherzog Johann, als ob damit allen Forderungen des Volkes Genüge geleistet wäre. Ueberhaupt hat in der letzten Zeit die Versammlung in Frankfurt a. M. sich einer Thätigkeit beflissen, um deren Willen man dieselbe gewiß nicht berufen hat. Das deutsche Volk hat sich erhoben und hat diese gesetzgebende Versammlung des souveränen Volkes nach Frankfurt berufen. Die Fürsten und ihre Minister haben sich in ihrer Angst um ihre Existenz in die Sache des Volkes gemischt, machten zu dem bösen Spiele gute Miene, willigten in die Berufung und maßten sich mit einer unerhörten Keckheit das Recht an, die Wahlen anzuordnen. Das Volk in seiner Gutmüthigkeit ließ sich wiederum Sand in die Augen streuen, und wählte auf Anordnung der Regierung unter Leitung eines fürstlichen Wahlkommissärs. Durch die bureaukratische Bevormundung geschah es, daß die gesetzgebende, souveräne Volksversammlung in Frankfurt a. M. so konstituirt wurde, wie solche nun in der That besteht. Das Volk aber in seiner großen Mehrheit von den höchsten bis in die untersten Schichten sieht nun ein, daß diese Versammlung in Frankfurt in ihrer Majorität nicht für das Volk ist, sondern, wenn es sich um die angemaßten Rechte und Gewalt der Fürsten handelt, schweigt, ängstlich um sich blickt, und mit allgemeinen Floskeln und höchst seltsamen Gebährden, mit einer erbarmenswerthen Pietät die Volkssouveränetät an einen alten schwachen Mann verschenkt, von dem Nichts als ein eitler, zu rechter Zeit ausgebrachter populärer Toast bekannt ist.

Mit wenigen Worten will ich zeigen, wie wenig diese sogenannte souveräne Volksversammlung es bisher verstanden, die Souveränetät des Volkes zu repräsentiren; sehen Sie auf die militärische Besetzung des Großherzogthums Baden, das man von oben herab systematisch im Einverständniß mit dieser Versammlung arm zu machen suchte; auf die Rechts- und Schutzlosigkeit der Bürger in Mainz, die Ungültigkeits-Erklärung der Wahl in Thiengen, die Beanstandung der Wahl Peters.

Die Majorität hat sich von dem rauhen Boden des Volksthums auf den schlüpfrigen der Hofsalons begeben. Das Parlament kann keine Wahl beanstanden, die nicht durch den Einfluß der Regierung oder durch Bestechung zu Stande kam. Jeder, welcher ohne Regierungseinfluß und ohne nachgewiesene Bestechung gewählt wird, muß von der Versammlung unbedingt angenommen werden. Siebenzig tausend Bürger haben Einen zu wählen, und der, welcher gewählt wird, muß der Versammlung recht sein, sei er wer er wolle. Dieses muß bei einer Versammlung, die vom Volke eingesetzt ist, wohl beachtet werden. —

Diese gesetzgebende, souveräne Volksversammlung in Frankfurt a. M. hat in ihrer Majorität den Zweck ihrer Mission so ganz und gar verkannt, daß wir uns nicht scheuen, das auszusprechen, was jetzt Noth thut. Das Volk hat das Recht, das Parlament aufzulösen; von Soiron hat in Heidelberg dieses selbst öffentlich ausgesprochen. Dieses Parlament ist vom Volke berufen, seine Souveränetät zu vertreten und zu sichern. Dies Parlament in seiner Majorität versteht aber dieses so ganz und gar nicht, daß es nöthig ist, daß das gesammte deutsche Volk dem Parlament durch eine große Demonstration zeige, und in seiner großen Mehrheit ausspreche, daß das Mandat seiner Abgeordneten zu Ende sei und daß eine andere, ohne fürstliche Bevormundung konstituirte Versammlung zu berufen sei.

Die Reaktion streut geflissentlich in verschiedenen Blättern die Nachricht aus, als werde von mir an einzelnen Punkten Deutschlands und der Schweiz Mannschaft angeworben, ja die Frechheit geht so weit, sogar das Handgeld zu benennen, was bezahlt werde. Diese völlig erlogenen, öfters wiederholten Nachrichten haben nun offenbar keinen andern Zweck als:

1) Damit die militärischen das Volk aussaugenden Besatzungen deutscher Länder durch Aussprengung unwahrer Thatsachen vor dem Volke zu rechtfertigen, und zugleich die reaktionären Maßregeln gegen das Volk der republikanischen Partei aufzubürden.

2) Einzelne lästige Leute durch falsche Vorspiegelungen zu bestimmen, sich von den Orten, wo man sie gerne los wäre, fort und nach der Schweiz zu begeben.

3) Die Schweiz aber durch Aufhalsung solcher Gäste zu bestimmen, das Asylrecht zu verkümmern.

Revolutionen werden nicht außen angeworben und in ein Volk hineingetragen, sie müssen sich aus einem Volke selbst als politisches Gesetz, als Nothwendigkeit, entwickeln. —

Ebenso erlogen, als jene vorgeblichen Werbungen, sind die Nachrichten von dem Besitze großer Summen, welche mir zur Verfügung gestellt worden seien.

Es gehört eine eigenthümliche Unverschämtheit dazu, solche groben Lügen auszustreuen und sie dem Volke glauben machen zu wollen.

Muttenz, den 8. Juli 1848.

Hecker.

Gedruckt unter Verantwortlichkeit der Verleger von Wilhelm Tümmel.
Expedition bei Joh. Gg. Meyer, Plobenhof S. 823.

// Der freie Staatsbürger.

Ein Volksblatt aus Franken.

№ 38. Nürnberg, 18. Juli. 1848.

Erscheint jeden Dienstag, Donnerstag und Samstag, und kann durch alle Postämter bezogen werden. Preis vierteljährlich 45 Xr. — Einrückungsgebühr 2 Xr. für die Zeile. — Einzelne Nummern à 3 Xr.

Parlaments-Skizzen.

von G. D.

III.

Die Frage über die provisorische Centralgewalt war unbedingt die wichtigste, über welche die Nationalversammlung bisher eine Entscheidung faßte, und die Verhandlungen darüber, in denen sich der Charakter der einzelnen Redner wie der Parteien scharf ausprägte, die interessantesten, ja diejenigen, welche über die Existenz des Parlamentes entscheiden werden, sobald das Volk die ganze Bedeutung dieses unermeßlich folgereichen Beschlusses erkannt haben wird. Bleibt die Entscheidung des Parlaments unwiderruflich, wird dieselbe von der Mehrheit des deutschen Volkes anerkannt, wie sie von der Mehrheit seiner sogenannten Vertreter getroffen wurde, so ist über die Freiheit Deutschlands, über die Souveränetät und Selbstständigkeit des deutschen Volkes auf Jahrhunderte hinaus, ja vielleicht auf immer der Stab gebrochen, und die Hauptthätigkeit des deutschen Reichsverwesers wird dahin gehen, alle Freiheitsbestrebungen im deutschen Volke zu vernichten, alle Männer des Volkes, die für die Verwirklichung seiner Rechte und Freiheiten kämpfen, in die Kerker zu werfen, und da dieser Kampf gegen die Freiheit das Volk schwächen muß, so wird Deutschland dem Andrang der slavischen Barbarei, die nur auf die günstige Gelegenheit lauert, nur Ohnmacht entgegenzusetzen haben und die russische Knute wird den Despotismus in Deutschland wieder befestigen helfen, den der Reichsverweser mit seinen Armeen und seiner unverantwortlichen Diktatur nur anbahnen konnte. Das ist auch unstreitig der geheime Gedanke derer, denen es in dieser Frage gelungen ist, durch List und Heuchelei die vorliegende Entscheidung herbeizuführen. Man will zunächst eine einheitliche Gewalt in Deutschland haben, nicht etwa, um den Russen, den besten Freunden unserer Fürsten, mit Kraft entgegenzutreten, sondern um im Innern die demokratischen Bestrebungen niederzuhalten, um die Volksrechte in demselben Augenblick zu erdrücken, in welchem sie gesetzlich festgestellt werden sollen. Man hat zu diesem Behufe einen Mann gewählt, dessen Name eine gewisse Popularität hat, der auch wirklich als Privatmann ehrenwerth und volksfreundlich sein mag, der aber, zu seiner hohen Stelle nicht durch das Volk, sondern durch die Fürsten berufen, denen das Parlament nur zum Werkzeug diente, nothwendig der Mittelpunkt sein wird, um den sich alle Reaktion, alles mittelalterliche Fürstenunwesen her sammelt, und der in seinen geistigen Fähigkeiten unmöglich die Kraft finden kann, um diesen Andrang volksfeindlicher Elemente auch nur mit einigem Erfolg zu widerstehen. Das Parlament in seinem bisherigen Bestande gibt durchaus keine Bürgschaft für die Volksthümlichkeit der Centralregierung, es gäbe diese Bürgschaft nicht auch wenn der Reichsverweser verantwortlich, auch wenn die Ministerverantwortlichkeit keine bloß scheinbare wäre; denn die Mehrheit im Parlament bildet eine festzusammenhaltende, compakte Masse und wird auch das schlechteste Ministerium halten, ob auch die schwache aber intelligente Minderheit dem Ministerium seine Fehler noch so schlagend nachweisen würde. Und dabei wird diese Mehrheit im Parlament immer mit einem Schein von Wahrheit behaupten, sie vertrete die Mehrheit des Volkes, das frei (?) seine Vertreter gewählt habe; und wenn die Reaktion, die um den

Thron des Reichsverwesers her ihr Wesen treiben wird, gar zu offen hervortreten und die Männer im Centrum des Parlaments, welche gewöhnlich getreu zur Rechten halten, etwas schwierig werden sollten, so greift man zu dem alten Mittel, welches in Monarchien selten seine Wirkung verfehlt hat. Man nimmt die Unzufriedenen, die Schwierigen in das Reichsministerium hinein. Die Freunde der Unzufriedenen werden dann auf einmal zufrieden, denn sie meinen, mit einem kleinen Personenwechsel habe sich auch das System geändert. Die Reaktion aber lacht sich ins Fäustchen, daß ihr wieder einmal eine List gelungen, denn mit den neueingetretenen Ministern hat sie ein leichtes Spiel. Selbst Männer des Volkes sind für das Volk verloren, sobald sie in das Ministerium eines Fürsten eingetreten; der Gifthauch ihrer Umgebung äußert augenblicklich seine verderbliche Wirkung. Das haben ja so viele Erfahrungen der letzten 4 Monate mehr als zur Genüge bewiesen. Um wie viel leichter aber werden die unentschiedenen, die halben Menschen für die Reaktion gewonnen, der sie im Grunde jetzt schon in den Hauptfragen dienen!

So ist durch die jüngst getroffene Entscheidung, wenn sie eine unwiderrufliche bleibt, der Sieg der Reaktion in Deutschland entschieden, es ist die Niederlage, die gewaltsame Unterdrückung aller Volksrechte, aller Volksfreiheiten entschieden; es ist aber auch die Niedertretung deutscher Ehre, die Verachtung des deutschen Namens, die Vernichtung deutscher Bildung, deutscher Kunst und Wissenschaft entschieden; denn die Einsetzung einer provisorischen Centralgewalt in der Weise, wie dieß geschehen, ist nur der erste Akt in dem Drama, das die Reaktion aufführt; der zweite wird der Einmarsch der Russen in Deutschland, die Herrschaft der Barbarei in unserm Vaterlande sein. Warum denn nicht? Wenn nur die Throne, wenn nur die geheiligten Fürstenrechte gerettet werden!

Das ist die Bedeutung, welche dieser Beschluß hat und welche sich in der Folge immer mehr herausstellen wird, namentlich auch aus der genauern Prüfung der Verhandlungen über diese Frage. Und deshalb wollen wir diese Verhandlungen vorzugsweise zum Gegenstand unserer Skizzen machen.

Der Centralausschuß der Demokraten Deutschlands an die demokratischen Vereine.

Mitbürger! Wir haben, wie Ihr wißt, von unserm Kongreß den Auftrag erhalten, den Zusammenhang aller demokratischen Vereine Deutschlands zu organisiren. Demgemäß theilen wir Euch den folgenden Plan mit, und fordern Euch auf, die in demselben vorgeschlagene Organisation auf das Schleunigste zu verwirklichen.

Organisationsplan für die demokratische Partei Deutschlands.

1) Alle Demokraten werden aufgefordert, den bestehenden Vereinen der demokratischen Partei beizutreten, oder wo solche noch nicht bestehen, mit allem Nachdruck für ihr Entstehen zu wirken.

2) Die demokratischen Vereine haben unablässig Sorge zu tragen, daß

a) Die Ideen der Demokratie immer weiter verbreitet und

b) die Forderungen der Demokratie bei allen Akten der Gesetzgebung für die einzelnen Staaten sowohl als für das gesammte Deutschland gestellt werden.

3) Um eine übereinstimmende und dadurch allein wirksame Thätigkeit aller Vereine zu erzielen, ist es erforderlich, daß die Lokalvereine gewisser natürlicher Kreise des Landes sich zu Kreisvereinen verbinden.

4) Die Lokalvereine eines Kreises wählen durch ihre versammelten Abgeordneten einen Kreisausschuß.

5) Der Kreisausschuß hat die Aufgabe, eine stete Verbindung, einerseits unmittelbar mit den Lokalvereinen seines Kreises, andererseits mittelbar mit durch den Centralausschuß in der gesammten demokratischen Partei Deutschlands zu unterhalten.

6) Der Kreisausschuß hat seinen Sitz in demjenigen Orte seines Kreises, der sich durch seine Lage und durch die Stärke der Partei am besten dazu eignet.

7) Zu Kreishauptorten mit den entsprechenden Kreisen sind vorläufig nach den Beschlüssen des ersten Congresses in Frankfurt a. M. (mit einigen von dem Centralausschuß gemachten Veränderungen) bestimmt worden:

Königsberg für die Provinz Preußen, Berlin

für Brandenburg, Stettin für Schlesien, Breslau für Pommern, Wien vorläufig für alle deutsch-österreichischen, Leipzig für das Königreich Sachsen, Halle für die preußische Provinz Sachsen, Jena für Thüringen, Bamberg für Franken, München für Bayern, mit Ausnahme von Franken und der Rheinpfalz, Stuttgat für Württemberg und die beiden Hohenzollern, Mannheim für Baden und die Rheinpfalz, Frankfurt a. M. für sein Gebiet, beide Hessen und Nassau, Köln für die preußische Rheinprovinz, Bielefeld für Westphalen, Braunschweig für Niedersachsen, Hamburg für sein Gebiet und Schleswig-Holstein, Rostock für Mecklenburg.

8) Jeder Lokalverein sendet regelmäßig alle Monate einen Bericht über den Stand der Demokratie in seinem Orte an seinen Kreisausschuß. Dieser Bericht enthält:

a) die Angabe über die jedesmalige Zahl der Vereinsmitglieder,
b) ein Verzeichniß der im Laufe jedes Monats von dem Verein gefaßten und ausgeführten Beschlüsse.

In allen Angelegenheiten von besonderer Dringlichkeit und Wichtigkeit für die ganze demokratische Partei berichten die Lokalvereine direkt an den Centralausschuß.

9) Jeder Centralausschuß erstattet nach den Berichten der Lokalvereine seines Kreises monatlich Bericht an den Centralausschuß in Berlin. Dieser Bericht enthält:

a) eine statistische Uebersicht der Vereinsmitglieder,
b) ein Verzeichniß aller Beschlüsse der Vereine des Kreises.

Die Kreisausschüsse berufen in nöthigen Fällen selbstständig oder auf Antrag eines Lokalvereins Kreisversammlungen.

10) Der Kreisausschuß verfaßt von Zeit zu Zeit einen Bericht über den Stand der ganzen demokratischen Partei Deutschlands und über deren Thätigkeit. Er übersendet diesen Bericht den Lokalvereinen des ganzen Landes.

11) Der Centralausschuß befördert wichtige Vorschläge und Nachrichten eines Lokalvereins oder Kreisausschusses schleunig an sämmtliche Kreisausschüsse und Lokalvereine Deutschlands, sowie er von sich aus alle ihm zur Förderung der demokratischen Sache nöthig erscheinenden Vorschläge und Anzeigen durch die Kreisausschüsse oder direkt an die Lokalvereine bringt.

12) Er beruft in dringenden Fällen den Kongreß der deutschen Demokraten.

Anmerkung. Ein Plan zur Erhebung der für die gemeinsamen Bedürfnisse der Partei erforderlichen Geldmittel wird den Vereinen in Kurzem vorgelegt werden.

Berlin, den 10. Juli 1848.

Fröbel. Rau. Kriege. Meyen. Hexamer.

Mannheim den 14. Juli 1848.

Die hohen Erwartungen, die man hierorts von dem maßlosen Heil und Segen hegte, welcher aus der neuen Reichsverweserschaft unserm Vaterland erwachsen sollte, sind nun mit einem Male zu Wasser geworden. Der arme Erzherzog Johann! Vermuthlich ist es die allzugroße Freude über die ihm widerfahrene Ehre, welche ihn vollständig des Gedächtnisses beraubte. Schon in Wien konnte ein aufmerksamer Beobachter aus einzelnen bedenklichen Symptomen auf das Bevorstehende, nun leider Unzweifelhafte schließen. Der von der souveränen deutschen konstituirenden Nationalversammlung als souveräner Reichsverweser über alle Fürsten und Völker Deutschlands gesetzte Erzherzog nannte seinen Untergebenen, den Kaiser von Oesterreich, „seinen allergnädigsten Herrn." Man achtete zu wenig auf dieses verhängnißvolle Vorzeichen; um so überraschender trat die traurige Wahrheit nur allzuklar zu Tag in der Antwort, die der hohe Herr auf eine Ansprache der Bundesversammlung ertheilte. Dieselbe lautet wörtlich:

„Ich übernehme nunmehr die von der Bundesversammlung, Namens der deutschen Regierungen an die provisorische Centralgewalt übertragene Ausübung ihrer bisherigen verfassungsmäßigen Befugnisse und Verpflichtungen u. s. w."

Welch' ein klägliches Wirrsal! „Die Bundesversammlung" hat im „Namen der deutschen Regierungen" die allein von der souveränen Nationalvertretung zu verleihende oberste Machtvollkommenheit dem Reichsverweser übertragen, und ein Vasall der deutschen Nation ist der „allergnädigste Herr" des deutschen Reichsverwesers!

Parlamentslustbarkeiten.

Was wir erzählen wollen, scheint zwar unglaublich, allein wir müssen es glauben, denn wir haben es von glaubwürdigen Augenzeugen. Am 13. d. M. fand in Frankfurt zu Ehren des Reichsverwesers auf Einladung des Präsidenten von Gagern ein Gastmahl Statt, an welchem sich natürlich vorzugsweise nur die Mitglieder der Mojorität betheiligten und das mit dem schamlosesten, eckelhaftesten Gelage endigte, bei welchem Einzelheiten vorkamen, die sich betrunkene Handwerksbursche nie zu Schulden kommen lassen würden. Die Versammlung deutscher Volksvertreter, trunken schon vom deutschen Einheitsrausche und überdieß voll süßen Weines, beschloß „den Fürsten von Thorn" zu machen, ein altes Trinklied aus den schlechtesten Zeiten des deutschen Studentenlebens, jetzt aus den Universitäten unter den besseren Studenten nicht mehr im Gebrauch, weil es mit einer maßlosen, rohen Sauferei verbunden ist. Der bekannte Abgeordnete von Vincke, dieser Matador des aristokratischen Preussenthums im Parlament, machte zuerst „den Fürsten von Thorn." Ein anderer that am Schlusse seiner Regierung, berauscht und seiner Sinne unmächtig, die in solchem Munde hochverrätherische, jedenfalls aber sehr rohe Aeußerung: man solle alle 34 Fürsten in den Abtr— werfen. Ein dritter endlich, der sich der Regierung bemächtigen wollte, darin aber von den Andern gehindert wurde, warf der Versammlung jenes cynische Wort zu, welches selbst Göthe in seinem Götz von Berlichingen nur durch Gedankenstriche andeutet.

So feierten die deutschen sogenannten Volksvertreter in Frankfurt die Einsetzung eines deutschen Reichsverwesers!

Wie sich der Kaiser von Rußland trefflich benimmt.

Der Kaiser Nicolaus hat sich trefflich benommen, jubelt der edle Korrespondent von u. f. Deutschland in einer Correspondenz aus Berlin. Und was hat er denn gethan, dieser edelmüthige Freund aller deutschen Fürsten, diese geheime Hoffnung Aller derer, die ihre Vorrechte nur in der Knechtschaft Deutschlands zu retten hoffen können? Er hat kürzlich drei Menschen auf offenem Markte in seiner Gegenwart auspeitschen lassen, antwortet der edle Korrespondet. Ein trefflicher Mann, dieser Kaiser von Rußland!

Erklärung.

Mit den größtentheils aus Baden gesammelten mir übersendeten Geldern zur Unterstützung politischer Flüchtlinge verfahre ich bei der Vertheilung folgendermaßen:

1) erhalten nur solche eine Unterstützung, welche wirklich politische, bei der republikanischen Schilderhebung in Baden betheiligte Flüchtlinge sind, und denen die Heimkehr in das Vaterland abgeschnitten ist.

2) Nehme ich zunächst Rücksicht auf solche Personen, die in der Heimath ein Gewerbe treiben, welches sie im Auslande zu treiben nicht im Stande und daher erwerblos sind.

3) Die Republik soll ein Arbeitsstaat sein. Arbeiten ist in ihr Ehre und bringt allein Ehre. Wer daher ein Gewerbe erlernt hat, welches er eben so gut in der Verbannung, wie daheim treiben kann, jung, kräftig, gesund ist, der erhält von mir eine Unterstützung mit der ernsten Mahnung, sich im Exil des Gastschutzes und der Achtung der Bewohner des Landes, welches Asyl gewährte, dadurch würdig zu machen, daß er sich nach Arbeit umsieht und nicht durch Herumlungern, Wirthshaussitzen und dergleichen verächtlich werde. Die Theilnahme an einer politischen Bewegung, die Flüchtlingschaft soll nicht zum Nahrungs- und müßigen Ernährungsgewerbe entweiht werden.

4) Besondere Rücksicht nehme ich auf Kranke, oder auf flüchtige Familien-Väter und deren Familien.

Arbeitsscheue, welche entweder nach Beschäftigung sich nicht umthun, oder solche ablehnen, haben von mir jeder Zeit ebenso die allerernsteste Ansprache erfahren, als solche es zu gewärtigen hätten, welche nicht einen mäßigen, Achtung erzeugenden Wandel führen würden.

Wer Republikaner ist, darf die republikanischen Tugenden nicht aus den Augen setzen.

Ich glaube, bei dieser Verfahrungsweise den Absichten der Geber zu entsprechen, und hielt diese Erklärung für nothwendig, weil mir bei Ueberreichung von Unterstützungen mehrfach der Wunsch ausgesprochen wurde, nur in diesem Sinne zu verfahren, und absichtlich das Gerücht verbreitet wurde, als ob auch faule Strolche und solche, die sich nur für Flüchtlinge ausgeben, aus den gesammelten Geldern einen Theil erhielten.

Muttenz, den 9. Juli 1848.

Hecker.

Gedruckt unter Verantwortlichkeit der Verleger von Wilhelm Tümmel.
Expedition bei Joh. Gg. Meyer, Plobenhof S. 823.

Der freie Staatsbürger.

Ein Volksblatt aus Franken.

№ 39. Nürnberg, 20. Juli. 1848.

Erscheint jeden Dienstag, Donnerstag und Samstag, und kann durch alle Postämter bezogen werden. Preis vierteljährlich 45 Kr. — Einrückungsgebühr 2 Kr. für die Zeile. — Einzelne Nummern à 3 Kr.

Demokratische Adresse an die Parlaments-Minorität.

Von dem demokratischen Centralcomite in Berlin wird an alle demokratischen Vereine Deutschlands zur Beistimmung und Sammlung von Unterschriften folgende Adresse an die 92 Abgeordneten der deutschen Nationalversammlung gesendet werden, welche bei der Abstimmung über die provisorische Centralgewalt in der Minderheit waren. „Abgeordnete des Volks! Nach langer Knechtschaft und Mißhandlung hat endlich das deutsche Volk in den Tagen des März durch Kampf und Blut seine Souveränetät zur Geltung gebracht. Aus seinem Willen ist die Nationalversammlung zu Frankfurt hervorgegangen, damit sie die Selbstregierung und Einheit des deutschen Volkes ausspreche.

Umsonst haben wir seit Wochen auf die Erfüllung dieses Auftrags gewartet. Die Versammlung berieth unendlich und that nichts. Jetzt endlich hat sie beschlossen. Und wie hat sie beschlossen?

Hat sie die Selbstregierung des Volkes ausgesprochen? Nein! Sie hat die Centralgewalt Deutschlands einem Fürsten überliefert. Sie hat diesen Fürsten für unverantwortlich erklärt. Sie hat ihn förmlich der Pflicht entbunden, die Beschlüsse, welche das Volk durch seine Abgeordneten in der Nationalversammlung fassen läßt, zu verkünden und zu vollziehen. Sie hat somit die Souveränetät des deutschen Volks an einen Diktator verrathen!

Hat ferner die deutsche Nationalvers. den Willen des Volkes vollführt und die Einheit Deutschlands ausgesprochen? Sie hat beschlossen, die Centralgewalt soll sich mit den „Bevollmächtigten der Landesregierungen in's Einvernehmen setzen." Die Bevollmächtigten der Landesregierungen sind aber die Gesandten der deutschen Fürsten. Aus ihnen bestand schon der alte Bundestag. Diesen hat sie daher, dem Worte nach zwar aufgehoben, aber der That nach beibehalten. Und sie hat an die Spitze dieses Rathes fürstlicher Gesandten den Diktator gestellt.

Sie hat demnach, wie die Freiheit an den Diktator, so die Einheit an die deutschen Fürsten verrathen.

Wir erklären daher hiemit feierlich, daß wir diese Beschlüsse der Majorität der deutschen Nationalversammlung nicht anerkennen. Die sie gefaßt haben, haben ihr Mandat überschritten; sie haben Verrath geübt an der Freiheit und Einheit Deutschlands. Das Volk wird sie zur Verantwortung ziehen.

Euch, ihr Männer, die Ihr bei jenen Beschlüssen in der Minderheit geblieben seid, die Ihr auf der Selbstherrschaft des Volkes bestanden habt, wir danken Euch nicht — denn Ihr habt gethan, was Eure Pflicht war — aber wir fordern Euch auf:

Scheidet aus, aus dieser Versammlung von Fürstendienern! Constituirt Euch selbstständig im Namen des einen und souveränen Volkes. Die ungeheure Mehrheit der deutschen Nation wird hinter Euch stehen und Eure Beschlüsse vollziehen." —

Diese Adresse wurde bereits in Berlin einer aus vielen Tausenden bestehenden Volksversammlung vorgelegt, von ihr einstimmig genehmigt und mit Unterschriften versehen.

Wer den Verhandlungen des Parlaments genau folgt, wer namentlich den Verhandlungen über die provisorische Centralgewalt angewohnt, der vermag sich

keiner Täuschung mehr hinzugeben, der weiß, daß das deutsche Volk von der Majorität des Parlaments nichts zu erwarten hat, als Entehrung und Knechtschaft.

Man glaube nicht, daß nur die leidenschaftliche Jugend oder der selbstsüchtige Ehrgeiz eine wesentlich andre Lösung der Geschicke Deutschlands verlangt, als sie das Frankfurter Parlament beschlossen hat. Die Männer, welche auf der Seite der entschiedenen Linken kämpfen für die Freiheit des Volkes, erstreben nur das klar erkannte Recht und Interesse des deutschen Volkes, und ebenso schön als wahr hat Einer derselben im Laufe der genannten Verhandlungen auf die Bemerkung eines Mitgliedes der Rechten, daß die Revolution bald auch sie, die Linke, in ihrem Strome begraben könnte: erwiedert: „Wohl möglich, daß wir untergehen, daß der Wagen der Zeit auch über uns hinwegrollen wird; aber wir werden mit dem Bewußtsein untergehen, daß wir für das ewige Recht unsres Volkes gekämpft haben, und untergehend werden wir ein ehrenvolles Grab finden im Herzen dieses Volkes."

Nicht jugendliche Brauseköpfe etwa bilden diese volksthümliche Partei der Linken, es sind gereifte Männer, es sind zum Theil Greise mit spärlichen Silberlocken. Ich erinnere nicht an Itzstein, der seit länger als einem Menschenalter für des Volkes Rechte kämpft. Aber einen andern Namen von gutem Klang in Deutschland will ich hervorheben, will ihn deshalb hervorheben, weil er durch seine Theilnahme an dem Collegium der sogenannten 17 Vertrauensmänner bei Manchem unverdient in Mißkredit gekommen ist. Ich spreche von dem liebenswürdigen deutschen Dichter Uhland. Damals im März, als die deutschen Fürstenthrone wankten, suchte man sie dadurch wieder zu stützen, daß man Männer in den Rath der Könige berief, welche durch ihren Kampf für die Volksrechte einen guten Namen beim Volke hatten, und man bestimmte mit Mühe auch Uhland dazu, eine officielle Stelle im Dienste eines Königs anzunehmen. Die meisten jener sogenannten Volksmänner gelang es auf die Seite des Königthums zu ziehen, für die Fürsteninteressen zu gewinnen und sie der Sache des Volkes zu entfremden. Der alte, ehrliche Uhland ließ sich nicht bestechen. Vergebens suchte er in dem Collegium der Vertrauensmänner gegen einen Dahlmann und Gervinus anzukämpfen, die dem deutschen Volke das Mittelalter wieder aufdringen wollen; er wurde überstimmt und sah zu spät ein, daß er niemals in den Fürstendienst hätte treten sollen, er fühlte, daß er dadurch in ein zweideutiges Licht gekommen. Fast scheu und verlegen erschien er daher beim Beginn des Parlamentes auf den Bänken der Linken und bot sich den Männern dieser Seite als Mitkämpfer für die Volksrechte an. Er schien zu fürchten, seine bloße Theilnahme an dem unglückseligen Collegium der Vertrauensmänner hätte ihm einen Theil der Achtung entzogen, welche das gesammte Deutschland, ohne Unterschied der politischen Meinungen, diesem Manne seit einem Menschenalter zollt. Aber mit Begeisterung, mit Enthusiasmus nahmen sie ihn in ihre Reihen auf, wie sie denn auch stolz darauf sein können, einen solchen Mann in ihrer Mitte zu besitzen.

Ehre diesem Manne!

Und solchen Männern kann man in Wahrheit nicht länger zumuthen, in einer Versammlung zu sitzen, deren Mehrheit aus Fürstenknechten besteht, welche jeden von der Linken ausgehenden, die Ehre und Wohlfahrt des deutschen Volkes erzielenden Antrag, wenn er auch noch so lichtvoll und überzeugend unterstützt und vertheidigt wird, durch die brutale Thatsache ihrer Mehrheit deshalb vereiteln, weil er weniger das Interesse der Fürsten, das der Majorität Alles gilt, als das Interesse des Volkes im Auge hat, welches dieser Mehrheit Nichts gilt. Darum ist es recht und billig, daß man die Linke zum Ausscheiden auffordre. Sie mag der Kern einer neuen Versammlung werden, die das Volk durch neue Wahlen ergänzen wird. Das deutsche Volk muß sich entscheiden zwischen den zwei Theilen des Parlaments; auf dem einen größern liegt seine Schmach, seine Knechtschaft, auf dem andern, dem kleinern, aber unbestochenen und geistesfrischen seine Ehre und Wohlfahrt.

G. D.

Altenburg. Ganz im Sinne des unterm 28. Juni d. J. vom demokratischen Verein zu Frankfurt a. M. ergangenen Aufrufs „an das deutsche Volk" hat der hiesige, ebenfalls nur aus republikanischen Elementen zusammengesetzte Vaterlandsverein in Folge

Vereinsbeschlusses unterm 6. d. M. folgendes, in vielen Exemplaren in unserm Lande verbreitetes Sendschreiben an die entschiedene Linke in der Nationalversammlung zu Frankfurt a. M. erlassen: „Vertreter des deutschen Volkes! Die Donner der Pariser Februartage waren kaum verhallt, als das deutsche Volk, dem Freiheitsrufe seiner Nachbarn folgend, wie ein Mann sich erhob, die Fesseln der Knechtschaft mit einem Schlage zerbrach und seinen Fuß auf den Nacken seiner Unterdrücker setzte. Das deutsche Volk erklärte sich für souverän. Das souveräne deutsche Volk verlangte nach einer neuen politischen Ordnung der Dinge, einer Ordnung, gegründet auf die ewig wahren, aber schmachvoll unterdrückten Grundsätze der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit. Das souveräne deutsche Volk bedurfte zur Herstellung dieser neuen Ordnung eines Organs; es wählte das deutsche Parlament. Seitdem war das Auge des Volkes vertrauensvoll nach Frankfurt gerichtet. Aber das deutsche Parlament hat das Vertrauen des deutschen Volkes bitter getäuscht. Das deutsche Parlament hat zu wiederholten Malen die Grundsätze verläugnet, die es beim Beginn seiner Berathungen selbst proklamirt hat. Wer darüber noch zweifelhaft war, dem haben die Beschlüsse über die Einführung einer provisorischen Centralgewalt für das Vaterland vollends die Augen geöffnet; wer bisher das Vertrauen noch nicht ganz verloren, dem ist es jetzt klar geworden, daß für Deutschlands Freiheit und Einheit von Frankfurt kein Heil zu erwarten. Das deutsche Volk fordert eine seiner Souveränetät entsprechende republikanische Centralgewalt, und das Parlament hat in der Person eines unter Metternich's fluchwürdigem Systeme grau gewordenen Prinzen einen Reichsverweser geschaffen, welcher vom deutschen Kaiser nur dem Namen nach verschieden ist. Das Volk fordert eine Centralgewalt zur Vollziehung aller Parlamentsbeschlüsse, und das Parlament hat eine Diktatur geschaffen, welche zu deren Vollziehung nicht verbunden ist. Das Volk fordert eine dem Parlamente verantwortliche Centralgewalt, und das Parlament hat sich für die Unverantwortlichkeit des Reichsverwesers entschieden. Das deutsche Volk fordert unbedingte Unterwerfung der deutschen Regierungen unter die Centralgewalt, und das Parlament hat durch seinen Beschluß, daß dieselbe sich wegen der Vollziehungsmaßregeln so weit thunlich mit den Bevollmächtigten der Einzelregierungen in Einvernehmen setzen soll, die Kraft der Centralgewalt von vorn herein gebrochen und die sehnlichst gewünschte Einheit des großen Vaterlandes schon im Keime vernichtet. So hat das deutsche Parlament den Erwartungen des deutschen Volkes entsprochen. Das deutsche Volk ist zweimal von seinen Fürsten getäuscht worden; das Parlament tritt in seine Fußtapfen und täuscht es zum dritten Male. Eine solche Versammlung verdient nicht mehr den Namen eines deutschen Parlaments; eine solche Versammlung wird Deutschlands Einheit nicht begründen; eine solche Versammlung kann nur der alten Despotie neue Kraft verleihen. Eine solche Versammlung erkennen wir nicht mehr als Organ des deutschen Volkswillens an; wir protestiren gegen die Gültigkeit ihrer Beschlüsse und erwarten, daß sich das deutsche Volk uns anschließe. Ihr aber, wackere Kämpfer für die Freiheit, Männer der entschiedenen Linken, könnt Ihr zweifelhaft seyn, was Ihr zu thun habt? — Euch bleibt keine Wahl! Vergeudet nicht länger Eure Kraft im nutzlosen Kampfe gegen eine volksfeindliche Mehrheit; Ihr helft das deutsche Volk verrathen, wenn Ihr einer solchen Versammlung ferner beiwohnt. Folgt dem Beispiele des ehrenwerthen Kapp; wendet einer Versammlung den Rücken, die ihre eigene Mutter, die Souveränetät des Volkes, schon mehrfach verleugnet und sich zur Magd der Fürstenherrschaft herabgewürdigt hat. Appellirt an das deutsche Volk, und das deutsche Volk wird Euch zujauchzen; das deutsche Volk wird in Euch nur seine rechtmäßigen Vertreter erblicken und Euch mit Männern verstärken, welche vereint mit Euch dem großen Vaterlande die Einheit und die Freiheit erringen und gegen jeden ferneren Angriff sicher stellen werden. Altenburg, am 6. Juli 1848. Der Vaterlandsverein durch den Generalausschuß: Adv. Arthur Dölitzsch. Dr. Adolph Douai. Adv. Erbe. Heinr. Fischer, Zuckerbäcker. Joseph Fischer, Zwirnhändler. Adv. Karl Hempel II. Joh. Aug. Meuschke, Bürstenfabrikant.

Friedr. Plietsch, Maurer. Th. Reuter, Buchbindermeister. Literat Karl Rößler. Robert Schlegel, Gelbgießer. Friedr. Aug. Schumann, Notar. Aug. Friedr. Westphal, Schriftsetzer. Adv. Wiedemann.

Wir ersuchen alle Vaterlandsvereine unseres Landes, dieser Adresse beizutreten und ihren Beitritt durch eine kurze vom Ausschuß unterzeichnete Zuschrift an uns schleunigst zu erklären."

Ein Rabiner Vizepräsident.

Ehre den Oesterreichern! Wahrlich, es gibt in Deutschland manchen Strich Landes, der bisher größere Freiheit genoß, als Oesterreich, und in welchem Freiheitssinn und Aufklärung noch lange nicht so ausgebildet sind, als bei unsern österreichischen Brüdern. Einen schönen Beleg hiefür bringen uns die neuesten Zeitungen. Bei der vorberathenden Versammlung des Reichstages einigte man sich über Alterspräsidenten und Altersvicepräsidenten. Zu einem der letztern wurde ein alter jüdischer Rabbiner, Dr. Mannheimer vorgeschlagen. Lange weigerte er sich bescheiden, diesen Ehrenposten anzunehmen; aber man drang so lange in ihn, bis er sich zur Annahme bereit erklärte. Und diejenigen, welche ihn am inständigsten zur Annahme aufgefordert hatten, waren — katholische Geistliche.

Der Frankfurter Jubel.

Der Jubel der Frankfurter beim Einzug des Reichsverwesers war keineswegs so gewaltig, als die schweifwedelnde Presse ihn schildert. Die Lebehochs erschollen hauptsächlich aus Fenstern, wo Frauenzimmer sich befanden. Frauenzimmer und Knaben waren auch beim Fackelzuge zahlreich vertreten. Dagegen ließ das Volk nach jedem Hoch, welches dem Reichsverweser gebracht wurde, seinen Hecker leben; selbst unter den Fenstern des Reichsverwesers.

Allerlei.

Chateaubriand sagt sehr wahr: Es gab nur eine Monarchie in Europa: die französische; die übrigen sind ihre Töchter, und werden ihrer Mutter zu Grabe folgen. Die Könige hatten bis jetzt, ohne ihre Vorwissen, hinter dieser tausendjährigen Monarchie gelebt. Als der Hauch der Revolution diese Race zu Boden geschleudert hatte, kam Bonaparte; er hielt di wankenden Prinzen aufrecht, indem er ihre Throne, die er umgeworfen, wieder herstellte. Nach Napoleon leben die übriggebliebenen Monarchien verschanzt in den Ruinen des napoleonischen Kolyseums, gleich jenen Eremiten, denen man das Gnadenbrod gibt im Kolyseum zu Rom; aber selbst diese Ruinen werden ihnen nicht lange Schutz gewähren. ... Alles Alte schwindet, und es wird kein Kind aus Mutterschooß geboren, das nicht ein Feind der alten Gesellschaft ist.

Derselbe Schriftsteller sagt: Die Gesellschaft, wie sie jetzt besteht, kann nicht fortbestehen. In dem Maaße, als die Aufklärung hinabsteigt bis zu den untersten Klassen der Gesellschaft, entdeckte diese den verborgenen Krebsschaden, welcher an der gesellschaftlichen Ordnung nagt seit dem Anfange aller Zeiten, und der die Ursache alles Leidens, aller Volksstürme ist. Die große Ungleichheit der Stände und des Vermögens hat sich so lange ertragen lassen, als sie verborgen war, einerseits durch die Unwissenheit andererseits durch die scheinbare Organisation der Gesellschaft; aber mit der allgemeinen Innewerdung hat sie den Todesstoß erhalten. Stellt, wenn ihr könnt, die aristokratischen Funktionen wieder her; versucht, ob ihr dem Armen, wenn er lesen kann, wenn das Wort von Stadt zu Stadt, von Dorf zu Dorf tagtäglich zu ihm gelangt, versucht, ob ihr diesem Armen, der eben so viel Einsicht hat, wie Ihr, beibringen könnt, daß er sich alle Entbehrungen ruhig gefallen lassen soll, während sein Nachbar z. B., ohne Arbeit alle Ueberflüsse des Lebens in Hülle und Fülle besitzt. — Eure Bestrebungen werden unnütz sein; man kann nicht von der großen Anzahl Tugend verlangen, die über alle Natur hinausgeht.

Versteigerung.

In der Mannheimer Abendzeitung befindet sich folgendes Inserat: Der heilige Rock, die heilige Genovefa, der Himmelsbrief und andere ähnliche Bilder, 50 bis 60 an der Zahl, dieselben, welche die Kunstrichterschaft der „vom besten Geiste beseelten" bayerischen Truppen an die Auslage-Fenster in der „Passage" gebracht hat, werden am Dienstag den 18. dieß, Abends halb 9 Uhr, in der Brauerei zur „alten Sonne" versteigert. Der Erlöß ist für die flüchtigen Republikaner bestimmt.

Gedruckt unter Verantwortlichkeit der Verleger von Wilhelm Tümmel.
Expedition bei Joh. Gg. Meyer, Plobenhof S. 823.

Der freie Staatsbürger.

Ein Volksblatt aus Franken.

№ 40. Nürnberg, 22. Juli. 1848.

Erscheint jeden Dienstag, Donnerstag und Samstag, und kann durch alle Postämter bezogen werden. Preis vierteljährlich 45 Xr. — Einrückungsgebühr 2 Xr. für die Zeile. — Einzelne Nummern à 3 Xr.

Die neuesten Parlamentsbeschlüsse.

Art. I.

Jedermann kennt das Schreiben der hannöver'schen Regierung, worin sich dieselbe gegen den Beschluß der Nationalversammlung in Betreff der provisorischen Central-Gewalt verwahrt, und worin der König von Hannover, der alte Hochtory Ernst August, die Lächerlichkeit begeht, mit Niederlegung seiner Krone zu drohen. Am 14. Juli kam dieser Gegenstand im Parlament zur Sprache. Sehr richtig bemerkte R. Mohl, man habe ihnen den Handschuh nicht hingeworfen, sondern ins Gesicht geworfen. Wäre die Insulte übrigens nicht von einer Regierung ausgegangen, gegen die allenfalls noch etwas zu riskiren ist, die Nationalversammlung hätte auch dieß, wie so vieles andere, ruhig hingenommen. So aber ließ sie sich aus ihrer Lethargie aufrütteln und faßte den Beschluß: die Centralgewalt solle ihre unumwundene Anerkennung, und die ihrer Gesetze von der hannoverschen Regierung verlangen. Nur Schade, daß der Reichsverweser, nach dem Willen der hohen Versammlung, gar nicht verpflichtet ist, ihre Beschlüsse zu vollziehen. Uebrigens war die Stimmung des Parlaments, das sonst den Bürgerkrieg immer als Popanz gegen die Republikaner gebraucht, eine sehr kriegerische. Als Einer fragte: was man anwenden solle, wenn die hannover'sche Regierung zu der Aufforderung der Anerkennung schweige, erfolgte der Zuruf: Kanonen! Ein Antrag auf Aufforderung an den König von Hannover, die Krone in die Hände der Centralgewalt niederzulegen, fiel zwar durch, aber mit ziemlich starker Minorität. Nachdem aber die Versammlung zu diesem ihrem Beschluß sich aufgerafft hatte, fiel sie auch sogleich wieder in die alte Apathie zurück, und als ein weit wichtigerer Punkt, nämlich die Aeußerungen des Bundestagspräsidenten bei der angeblichen Auflösung des Bundestags, zur Sprache gebracht werden wollten, konnte sich der Antragsteller das Wort nicht verschaffen. Wir sagen, dieser Punkt war wichtiger, als der hannöversche; denn wenn durch dies Schreiben der hannöverschen Regierung diese dem Parlament den Handschuh ins Gesicht warf, so haben durch die Aeußerungen des Bundestagspräsidenten sämmtliche deutsche Fürsten dem Parlament mit Fäusten ins Gesicht g e s c h l a g e n. Bekanntlich hat das Parlament, kraft seiner Souveränetät, die Auflösung des alten Bundestages ausgesprochen. Diese sollte mit dem Amtsantritt des Reichsverwesers erfolgen. Der Reichsverweser kam nach Frankfurt, trat sein Amt an; der Augenblick war somit gekommen, wo nach dem Beschluß des Parlaments der Bundestag aufhören mußte. Was thut aber die Bundesversammlung! Sie tritt zusammen, ihr Präsident hält eine Anrede an den Reichsverweser, zählt die Befugnisse auf, welche der Bundestag bisher ausgeübt, und erfrecht sich, zu erklären, die Bundesversammlung, diese vom Parlament zum Tod verurtheilte Versammlung, „übertrage“ hiemit im Namen ihrer Regierungen jene „Befugnisse“ auf den Reichsverweser und „sehe ihre b i s h e r i g e Thätigkeit als beendigt an“. Also nicht weil das Parlament es beschlossen, hört der Bundestag auf, was bekümmern sich die Regierungen, was bekümmern sich alle 34 Fürsten um Parlamentsbeschlüsse, nur weil es ihnen, den Fürsten so gefällt, lassen sie dem Reichsverweser die „Befugnisse ü b e r t r a g e n“,

welche bisher dem Bundestag zustanden; nicht das Parlament also, sondern nur die Regierungen, d. h. die Fürsten hatten über diese „Befugnisse" zu verfügen. Mit solch' muthwilligem Hohn schlagen die Regierungen, schlagen die Fürsten dieser Nationalversammlung in's Gesicht, und diese Nationalversammlung wischt sich ganz ruhig die Wangen ab, zwingt sich zu einer freundlichen Miene, und wenn Einer, der den Spaß nicht verstehen will, den Mund aufmacht, um sich zu beschweren, fällt ihm die Versammlung in die Rede und versichert, sie finde sich nicht beleidigt!

Und jeder Tag bringt neue Belege dafür, daß die Versammlung dem einen Zwecke, der Unterdrückung der Volksfreiheiten, wodurch sie die von allen deutschen Philistern ersehnte Ruhe herstellen zu können hofft, ihre Selbstachtung, ihre Ehre, die Ehre Deutschlands, kurz Alles zu opfern entschlossen ist. In der Sitzung vom 15. wurde der Antrag des Ausschusses für Wehrangelegenheiten, das deutsche Heer auf 900,000, sage Neunmalhunderttausend Mann zu bringen, nach längerer Berathung bei namentlicher Abstimmung mit 303 gegen 149 Stimmen angenommen. Mehre Redner hatten auf die ungeheuren Kosten hingewiesen, welche diese unsinnige Vermehrung des Militärs nothwendig mache, allein der Berichterstatter des Ausschusses, Hr. v. Auerswald, entgegnete lakonisch: »Wenn die Geldmittel in einzelnen Staaten nicht vorhanden sein sollten, so müssen sie eben beschafft werden.« Gut gesprochen! Bedanke dich doch, du zum Steuerzahlen geschaffenes deutsches Volk, bei Herrn von Auerswald, für diese scharfsinnige Aufklärung über die Mittel, um der Geldverlegenheit abzuhelfen. »Sie müssen eben beschafft werden!« Wie einfach! Und das hat bisher noch kein Mensch entdeckt, einem Herrn von Auerswald war es vorbehalten, dieses Ei des Columbus auf den Tisch zu setzen. Aber kaum war dieser so einfache Satz ausgesprochen, so leuchtete seine tiefe Wahrheit auch, wie einst beim Ei des Columbus, der Parlamentsmajorität augenblicklich ein. »Es ist ja wahr, warum haben wir denn nicht daran gedacht, wenn die Geldmittel nicht da sind, müssen sie eben beschafft werden.« Und die 900,000 Mann wurden beschlossen. Gutmüthige Leute meinen vielleicht, sie seien gegen die Russen bestimmt. Gott behüte, wo denkt Ihr hin: das sind ja die stillen Associés unsrer Fürsten. Der Herr von Radowitz und der Fürst Lichnowsky lassen auch in ihren Reden über die Bestimmung dieser ungeheuren Militärmacht gar keinen Zweifel übrig. So oft in der Nationalversammlung von der Gefahr die Rede ist, welche den Deutschen von Osten drohe, steigt der alte Schlaukopf Radowitz auf die Tribune und spricht, wie folgt: Glauben Sie mir, meine Herren, ich versichere Sie auf Ehre, die Gefahr liegt hauptsächlich im Westen. Und die ganze Rechte ruft: Ja, ja, im Westen ist die Gefahr, Herr von Radowitz ist ein Ehrenmann, ihm muß man glauben. Nun ist aber zu wissen, wenn so ein Ehrenmann à la Metternich, wie Herr von Radowitz, auf Frankreich hindeutet, so deutet er auf die deutsche Freiheit hin, und dies ist allerdings die gefährlichste Feindin der Radowitz und Consorten, der ganzen deutschen Landjunkerrace. Frankreich bedeutet in der Sprache der deutschen Diplomatie deutsche Freiheit, Rußland bedeutet dagegen deutsche Knechtschaft. Das muß man wissen, sonst versteht man diese gefährliche Klique nicht. Wenn also Hr. v. Radowitz und mit ihm die Majorität des Parlaments auf Frankreich hinweist und sagt: dahin sind die 900,000 Mann bestimmt, so heißt das, aus dem Rothwälsch der Diplomaten in gutes Deutsch übersetzt, soviel: diese 900,000 Mann sind dazu bestimmt, die deutsche Volksfreiheit zu vernichten, die politischen Vereine, welche es wagen, anders zu denken, als Hr. v. Radowitz und die Parlamentsmajorität, mit Bayonetten aus einander zu sprengen, die Männer, welche für die Rechte des Volkes ihre Stimme erhoben, aus der Mitte des Volkes herauszuholen und die deutschen Kerker damit zu füllen. Das werdet Ihr Alles auch erleben, bevor Monate vergehen, wofern das Volk nicht bald zu kräftigen Kundgebungen sich erhebt. Denn jetzt stehen die Dinge so, daß man dem Volke Alles nimmt, was es sich nehmen läßt, und in der von den drei Ministern des neuen Reichsverwesers unterzeichneten Proklamation ist ein Satz der vollkommen wahr ist, wenn man ihn nämlich negativ faßt; es ist dieß der Satz: „Eure Freiheit wird Euch nicht entzogen, denn Ihr werdet sie zu wahren wissen." Dieß ist ein traurig wahrer Satz, wenn man ihn so faßt: Eure Freiheit wird Euch jedenfalls entzogen, wenn Ihr sie nicht zu wahren wißt." Wißt Ihr diese Freiheit nicht zu wahren, so wird in Kurzem etwa Folgendes geschehen: Wenn,

der bedeutungsvollen Erklärung des Herrn von Auerswald zufolge die fehlenden Geldmittel „eben beschafft" worden sind, bei welcher Gelegenheit die Zahl der deutschen Proletarier um ein Paar Millionen vermehrt werden mag, und nachdem die 900,000 Mann ins Feld, und dem Reichsverweser, oder vielmehr der Reaktions-Camarilla zur Verfügung gestellt worden sind, wird man zuerst die demokratischen Vereine auflösen, „dann," wird man sagen, „sie verbreiten eine gefährliche Aufregung im Lande und sind ganz allein Schuld daran, daß der Verkehr und die Geschäfte stocken." Durch diese letzte perfide Bemerkung wird man die Bürgerschaft zu täuschen suchen, als wäre es ganz allein auf ihr Bestes abgesehen; und viele derselben, welche nicht einsehen, daß der Grund der Geschäftsstockung viel tiefer liegt und daß das Vertrauen durch Bayonette nicht wieder herzustellen ist, werden sich täuschen lassen und zu spät erst erkennen, daß auch ihre Freiheit und ihr Intresse verrathen ist, wie die des gesammten Volkes. Hat man einmal das Vereinigungsrecht niedergetreten, so wird man an die Preßfreiheit gehen. Man wird keine andere Zeitungen dulden, als solche, in denen Knechtssinn und Unterwürfigkeit unter die Militärdespotie sich breit machen. Natürlich werden diejenigen, welche den Kampf für die Rechte des Volkes sich zu ihrer Lebensaufgabe gemacht, nicht so leichten Kaufes die Mittel ihrer Wirksamkeit sich entziehen, nicht so gutwillig jene Volksrechte niedertreten lassen. Diese Stimmführer wird daher die brutale Gewalt unschädlich zu machen suchen, und das wird sie nur können durch Gefangennehmung und durch Prozesse, bei denen die alten, durch die Revolution aufgehobenen Hochverraths- und Majestätsbeleidigungsgesetze hervorgeholt werden müssen. Aber durch die Verhaftung Einzelner werden nur andre bisher in zweiter Linie gestandene Volksmänner auf die Bühne getrieben werden, und wenn die Kerker gefüllt sind und der Verhaftungen kein Absehen ist, so wird man Eure Städte in Belagerungszustand versetzen, Eure Bürgerwehren entwaffnen, das Martialgesetz verkünden und „zur Abkürzung der Prozesse" Eure Volksmänner erschießen lassen.

Das sind die trostreichen Aussichten, welche Euch eine Parlamentsmajorität bietet, die nur im Interesse der Ordnung und Ruhe zu handeln vorgibt. Bedenkt es wohl! Macht Ihr Euch jetzt, freiwillig, zu Knechten, so seid Ihrs auf lange. Wollt Ihr es nicht, wollt Ihr frei sein, so faßt einen männlichen Entschluß, so gebt eine männliche Erklärung von Euch, daß Ihr das System der Parlamentsmajorität verdammt, daß Ihr leben und sterben wollt mit den Männern, welche in Frankfurt, in der Minderheit des Parlaments, für Eure Rechte Alles wagen.

Und ein Volk das frei sein will, ist frei.

Die Verhaftung des Herrn Sticht.

Dem Korrespondenten von u. für Deutschland zu Folge, dem man nach den bisherigen Erfahrungen dann, und nur dann trauen darf, wenn er etwas für die Radikalen Günstiges berichtet, hat die Verhaftung des Herrn Karl Sticht, Redakteurs der fränkischen Volkszeitung in Schwabach, lediglich wegen eines Artikels über den „Vertrauensmännerentwurf" Statt gefunden. Wir gestehen, wenn nicht selbst der Korrespondent v. u. f. Deutschland dieß eingestände, so hätten wir es nimmermehr geglaubt, wir hätten nimmermehr für möglich gehalten, daß eine Justizbehörde eines Zeitungsartikels halber, und vollends des angeführten Zeitungsartikels halber, einen Verhaftungsbefehl gegen einen Mann erlassen würde, dem, als dem Sohn eines ansäßigen Bürgers die Stellung einer Kaution etwas Leichtes gewesen, und bei welchem eine suspicio fugae (Verdacht der Flucht) überhaupt nicht vorhanden war. Wir haben, bevor wir die Darstellung im Korrespondenten gelesen, fest geglaubt, es lägen dringende Verdachtsgründe vor, daß der Verhaftete in irgend ein grausames Unternehmen verwickelt sei, und nur so vermochten wir uns diesen Eingriff in die persönliche Freiheit zu erklären. Wir hatten uns getäuscht. Es ist ein bloßer Preßproceß. Preßprocesse in der jetzigen provisorischen Zeit sind für die Regierungen etwas höchst Gefährliches. Jedermann, selbst der schlichteste Landmann, fühlt, daß die alten Gesetze, nach denen diese Processe entschieden werden, durch die neue Bewegung außer Kraft gesetzt sind, daß sie für die neue Zeit nicht mehr passen, ja daß die durch die Proklamation vom 6. März gewährte Preßfreiheit eine reine Chimäre ist, wenn die alten gesetzlichen Bestimmungen aufrecht erhalten und im alten schriftlich-geheimen Verfahren, ohne Geschworne, angewendet werden. Preßprocesse machen daher in jedem Fall jetzt böses Blut, obwohl ich unter

allen Umständen anerkenne, daß sie besser sind, als willkürliche, empörende Polizeiausweisungen. Hält man aber von Seite der Regierung durchaus einen Preßproceß für nothwendig, so sollte doch wenigstens ein eklatantes Vergehen vorliegen. Liegt ein solches hier vor? Ich habe den angeschuldigten Artikel in Nr. 1 der fränkischen Volkszeitung so eben zweimal aufmerksam durchlesen, und meiner Ueberzeugung nach kann weder der Grundgedanke des Ganzen, noch eine einzelne Stelle einen auch nur irgend haltbaren Grund zu einem Proceß, viel weniger zur Verhaftung abgeben. Der Grundgedanke des Artikels ist die Hervorhebung des Widerspruchs, daß der Vertrauensmännerentwurf die Einheit Deutschlands gründen, und daneben doch die 34, beziehungsweise 33 Fürstensouveränetäten aufrecht halten will. Der Artikel hält sich durchaus im Gebiet der Theorie, von der Aufforderung, irgend etwas sofort zu thun, findet man keine Spur. Der Aufsatz ist aber auch nichts weniger als „republikanisch," was bei der jetzigen Demokratenriecherei leider nahezu schon als ein Verbrechen betrachtet wird. Ausdrücklich sagt der Artikel: „wäre nur Deutschland *eine* Monarchie, dann könnte man die für uns zunächst rein theoretische Frage der Verfassung getrost der Zukunft überlassen." Er sagt ferner: „Wollt Ihr einen deutschen Kaiser? Ja? Gut, zu was denn dann aber die 34 Winkelfürsten?" Ich weiß recht gut, daß eben in diesem Sätzchen, nach der Ansicht des Herrn Minister v. Thon-Dittmer, das Verbrechen liegen soll. Wie aber eine erleuchtete und unabhängige Justizbehörde darin ein Verbrechen soll finden können, ist mir unbegreiflich. Das allgemeine, rein theoretische Aussprechen der Ansicht, daß es für die Einheit Deutschlands förderlicher wäre, *einen* Fürsten zu haben, als 34, kann doch wahrlich nicht strafbar, kein Verbrechen sein. Wo wollte man Gefängnisse genug herbekommen, wenn man alle diejenigen verhaften wollte, welche in ihrem Leben einmal einen ähnlichen Satz ausgesprochen, oder einem solchen zugestimmt haben? Ist es aber der bloße Ausdruck „Winkelfürsten," welcher den Anklagegrund abgeben soll, so ist die Anklage und Verhaftung vollends unfaßlich. Ist es denn möglich, für die Fürsten von Reuß-Schleiz, Greiz, Lebenstein, Lichtenstein und für so viele andere deutsche Fürstchen einen Namen aufzufinden, der ihr Wesen besser bezeichnet? Hat man nicht selbst unter der Censur das Dasein solcher Duodezstäätchen humoristisch behandeln dürfen? Werden diese Duodezfürsten dadurch zu mächtigen Monarchen, wenn man den Redakteur der fränkischen Volkszeitung für den ihre bisherige Existenz bezeichnenden Ausdruck verhaftet oder auch auf Grund Gott weiß welches verschollenen Gesetzes verurtheilt? Aber noch eine Stelle des Artikels hat dem Minister v. Thon-Dittmer missfallen; die Stelle nämlich, daß man die 34, welche man 1815 zu mediatisiren vergessen habe, jetzt nachholen könne. Ich muß hier vor allen Dingen einen Augenblick Halt machen, um dem wahrheitsliebenden Denunciantencharakter des edlen Korrespondenten v. u. f. Deutschland meine Huldigung darzubringen. Dieser sagt in seiner Darstellung: es sei von der fränkischen Volkszeitung gleich die erste Nummer confiscirt worden, worin von *Mediatisiren oder Wegjagen* der 34 Winkelfürsten die Rede gewesen sei. Wenn wir unsern Augen etwas mehr trauen dürfen, als dem edlen Korrespondenten, der es nicht verschmäht, selbst einen Verhafteten zu verläumden und zu denunciiren, so verhält sich die Sache vielmehr so: Jener Artikel fragte: Soll man die Fürsten fortjagen? (damit nämlich statt 34 nur Einer herrsche.) Auf diese Frage gab er dann weiter die Antwort: man *könne* (nicht *solle*) es mit denselben machen, wie mit den 300 Souveränen, die man im Jahr 1815 *mediatisirt* habe. Ist mediatisiren etwa so viel als fortjagen? Ich meine, es ist das gerade Gegentheil. Man hat ja die früher Mediatisirten nicht fortgejagt. Auch wird dieses Mediatisiren in dem Artikel selbst auf eine Weise näher beschrieben, daß kein ehrlicher Mensch an's Fortjagen denken kann. Ist es denn ein Verbrechen, wenn man von der Möglichkeit spricht, die Fürsten zu mediatisiren? Dann sind auch die Vertrauensmänner Verbrecher, denn auch diesen zufolge soll den Fürsten ihre Souveränetät beschränkt werden und sobald einmal eine Gewalt über den Fürsten steht, so sind sie mediatisirt. Das Appellationsgericht von Mittelfranken mußte somit das ganze Parlament in Anklagestand versetzen und den Reichsverweser Johann vor allem zuerst. Kurz, zu einem Criminalverfahren, zu einer Verhaftung vollends, bietet der angeschuldigte Artikel auch gar keinen Grund, und die getroffene Maßregel ist nur geeignet, Mistrauen gegen die Unabhängigkeit des Richteramtes im Lande zu erregen, ein Mistrauen, das einen um so fruchtbareren Boden finden wird, als jene politischen Senate noch in lebhaftem Andenken stehen, deren Mitglieder einst in Bayern eine um so raschere Carrière machten, je williger sie die der Regierung anstößigen Personen strafbar fanden. Will man diese Zeiten zurückführen? Ist das die Monarchie „auf breitester Basis?" *

G. D.

* Herr Vogt hat in der Nationalversammlung eine Interpellation wegen dieser Verhaftung angekündigt, allein als bisheriger Bundestagspräsident weiß der Hr. Reichsminister des Innern, Ritter v. Schmerling, recht gut, was man zu antworten hat. Man erklärt sich für incompetent.

Gedruckt unter Verantwortlichkeit der Verleger von Wilhelm Tümmel.
Expedition bei Joh. Gg. Meyer, Plobenhof S. 823.

Der freie Staatsbürger.

Ein Volksblatt aus Franken.

№ 41. Nürnberg, 25. Juli. 1848.

Erscheint jeden Dienstag, Donnerstag und Samstag, und kann durch alle Postämter bezogen werden. Preis vierteljährlich 45 Xr. — Einrückungsgebühr 2 Xr. für die Zeile. — Einzelne Nummern à 3 Xr.

Eine der letzten Zuckungen des Bundestags.

Wenn sonst ein Mann, dessen Stirn sich gefurcht hatte im Gram über die Leiden des Volkes, den ganzen Zorn seines Herzens in den unbehorchten Mauern seines Hauses ausgoß, so sprach er in wilder Verwünschung den Namen "Bundestag." — Wenn ein heimathloser, gehetzter Flüchtling auf fremder Erde, mit dem Bettelstab in der Hand, all sein Unglück in Einen gräßlichen Fluch aus tiefstem Seelengrunde zusammenpressen wollte, so nannte er knirschend den Namen „Bundestag." — Wenn im dumpfen Kerker ein bleicher gefolterter Demagog, den die Schauer des Wahnsinnes schüttelten, an seinen Ketten zerrte und den irren Kopf durch die Gittereisen zwang; so kam von seinen krampfhaft bebenden Lippen der Name „Bundestag." — — Wie wann ein Würgengel dahinzieht, wie wann die vermummten Diener einer geheimnißvollen Vehme das Messer in die Thürpfosten eines unglücklichen Opfers bei Nächten stoßen: so klingt der Name „Bundestag" .....

Sie ist eine Leiche geworden, diese hohe Bundesversammlung, welche den freien Gedanken erdrosselte, welche die Bajonnette ihrer Söldner in die Wage der Gerechtigkeit legte und mit der Rüstkammer des Mittelalters Inquisition übte. Es steht bei der Leiche Niemand, der weint. Um die Lade, die hinausgetragen wird zu den Thoren des Palastes in der eschenheimer Gasse, da tönen nur die Flüche des Volkes, da klagen nur die Klagen so manches Weibes, dem der Bund den Geliebten im Kerker vermodern ließ. Durch die Lüfte geht Eine große Verwünschung über die alten und neuen Diplomaten, welche die Freiheit verrathen und verkauft haben.

Der Bundestag hat lange nicht leben und nicht sterben können. Jetzt ist er eine Leiche. Aber eh' er verschied, hat er im Todeskampfe, noch in der letzten Zuckung, eine Schandthat begangen; er ist mit schuldbeladenem Gewissen in die Grube gestiegen, und zu den alten Flecken, die er nicht von den Händen bringen konnte, hat er neue gebracht.

Der Bundestag will die geflüchteten deutschen Republikaner, die in der Schweiz umherirren, von Neuem verfolgen und hetzen lassen.

Er war ein alter, unverbesserlicher Sünder, der Bundestag. Mit Haß und Schrecken hat er geherrscht. Mit Haß ist er gestorben. Ob auch seine Glieder wechselten — der gespenstische Geist der politischen Inquisition war ihm immer derselbe; er war wie die Gesellschaft Jesu ..... — Wer in die Thore seines verdammten Hauses trat, der kam nimmer reinen Herzens heraus; ein seelenverderbender Hauch hatte ihn getroffen. Die neuen Diplomaten, die sich an die alten Tische gesetzt haben, sie sprachen in den letzten Stunden noch Worte, wie sie damals gesprochen wurden, als Metternichs knöcherne Hand über Deutschland ruhte.

Man könnte meinen, die alte metternich'sche Bundesversammlung sei am dreiundzwanzigsten Februar in einen eisernen Schlaf verfallen, und vor wenigen Tagen erst wieder aufgewacht. Man könnte denken, der Donner des großen Gewitters habe nicht an ihre Ohren gedröhnt, und die Sichel der Revolution habe nicht über ihrem Haupte gezischt. Und doch sind es die „neuen" Männer, die gewesenen „Liberalen," welche an die Eidgenossenschaft ihre drohenden

Worte richten, welche verlangen, daß eine Republik Republikaner verfolge! Hat denn die hohe Bundesversammlung gemeint, Siegwart und der Blutbäni seien noch in Luzern, und der alte Landsknecht sitze immer noch im Kriegsrath des Sonderbundes? Hat sie denn gemeint, in Freiburg hausten noch die schwarzen Vögel, und Bois-le-Comte streiche durch die Schweiz? War sie denn des Glaubens, daß die Zeit da sei, um die Schweiz zu einem zweiten Krakau zu machen, und wußte sie nicht, daß in Wien der Wohlfahrtsausschuß herrscht?

O, noch nie ist der Schweiz solch' ein Schimpf angethan worden, wie der, welchen ihr die verstorbene Bundesversammlung anthat, indem sie der Eidgenossenschaft diese drohende Note in's Gesicht schleuderte! — Die Tagsatzung beräth eben darüber. Wir Flüchtlinge, die wir ehedem im Kerker, jetzt in der Verbannung dem Bundestag manch' heißen Fluch weihten: wir haben mit Freude die muthigen Worte gehört, welche das brave Baselland auf der Tagsatzung dem Abgesandten des Bundestages in die Ohren rief. Möchten auch andere Kantone in gleicher Weise die Ehre und Freiheit der Schweiz gewahrt haben! Wir hoffen, daß die Tagsatzung der Eidgenossenschaft ihre Entrüstung nicht verbürgt, sondern vor den Augen des Volkes energisch kundgibt. Sie könnte dem Abgeordneten des Bundes folgende Antwort ertheilen:

„Die deutsche Nation hat Diejenigen, welche Dich schickten, für unfähig und unwürdig erklärt, im Namen des Volkes zu handeln. Die Bundesversammlung ist gefallen vor dem Willen des Volkes; sie ist gerichtet in seinen Augen und und als verbrecherisch zum Tode verurtheilt worden. Mit den vom Volke Gerichteten, mit den „Todten" haben wir Nichts zu schaffen. Gehe heim und sage dieß Deinen — Diplomaten!"

So muß die Tagsatzung sprechen, wenn sie nach dem Sinne des schweizerischen Volkes gehen will. Spricht sie in anderem Sinne, so verdient sie kein besseres Loos, als der Bundestag, auf dessen Grab ein Schandpfahl steht.

K. B.

Der Kreiskongreß der demokratischen Vereine von Baden und Rheinbayern, abgehalten zu Ettlingen am 16. Juli 1848, hat

Beschlossen: Die Unverantwortlichkeit des Reichsverwesers ist mit dem Prinzipe der Volkssouveränetät unvereinbar.

Beschlossen: Unverträglich mit dem Prinzipe der Volkssouveränetät ist jedes Veto des Reichsverwesers.

Die Nationalversammlung hat das Prinzip der Volkssouveränetät nicht gewahrt, indem sie dem Reichsverweser das Veto nicht ausdrücklich benahm.

Beschlossen: Das Prinzip der Volkssouveränetät ist nur dann gewahrt, wenn die Nationalversammlung unbedingt über den Regierungen der einzelnen Länder steht.

Die Bestimmung des Gesetzes über die Einführung einer provisorischen Centralgewalt, dahin lautend:

„es habe sich der Reichsverweser bezüglich der zu ergreifenden Maßregeln soweit thunlich mit den Regierungen zu benehmen,"

widerspricht jenem Grundsatze.

Beschlossen: Der Reichsverweser hat keine andere Befugnisse, als die ihm durch das Gesetz über die Einführung einer provisorischen Centralgewalt zugestanden.

Er erhält diese Befugnisse durch die Nation, beziehungsweise deren Organ, die Nationalversammlung.

Dieselben sind unabhängig von der Beistimmung der Regierungen und des Bundestages.

Wir protestiren gegen die Uebernahme der von der Bundesversammlung früher festgehaltenen Befugnisse durch den Reichsverweser.

Beschlossen: Die alsbaldige Gestattung der Grundrechte: der unbedingt freien Presse, des freien Vereinigungsrechtes und des Rechtes der freien Berathung in Volksversammlungen durch die Nationalversammlung ist nöthig, um uns die Früchte der Revolution zu wahren.

Beschlossen: Die Rechte und die Würde der Nation können nicht durch eine Kaste, sondern nur durch das ganze bewaffnete Volk gewahrt werden.

Beschlossen: Durch den zwischen Preußen und Dä-

nemark unter der Garantie von England und Rußland abgeschlossenen Waffenstillstand sind die Rechte und die Ehre der deutschen Nation verletzt.

Beschlossen: Der engste Anschluß Deutschlands an Frankreich und die nordamerikanischen Freistaaten ist von der Nationalversammlung zu verlangen.

Beschlossen: Die zweite badische Kammer repräsentirt nicht das Volk. Sie wurde gewählt unter der Herrschaft unfreier Institutionen.

Beschlossen: Jeder politische Eid ist unmoralisch und unverbindlich.

Beschlossen: Wir protestiren gegen die Auflösung des demokratischen Studentenvereines zu Heidelberg durch Senatsbeschluß vom 14. Juli beziehungsweise durch Erlaß großherzoglichen Ministeriums des Innern vom 11. l. M. Nr. 11632.

Beschlossen: Die zu Frankfurt beschlossene Organisation der demokratischen Vereine wird durch Bestimmung von Bezirksorten erweitert. Die Bezirksorte bilden die Centralpunkte für die in ihren Bezirken gelegenen Vereine und stehen zu dem Kreisort in gleichem Verhältnisse wie die Kreisorte zu dem Centralort. Zu Bezirksorten werden ernannt: Lörrach und Donaueschingen, Endingen, Lahr, Oberkirch, Durlach, Heidelberg, Weinheim, Sinsheim, Aglasterhausen, Neustadt, Frankenthal, Kirchheimbolanden. Es steht den Vereinen zu, weitere Bezirksorte unter sich zu bestimmen.

Der definitive Kreisausschuß wird von dem zu Mannheim bestehenden demokratischen Clubb gewählt; er besteht aus drei Gliedern. Der Kreisausschuß hat das Recht und die Verpflichtung, bei wichtigen und dringenden Fällen Abgeordnete anderer Vereine zuzuziehen.

Ettlingen, den 16. Juli 1848.

Der Präsident: Florian Mördes.
Der I. Sekretär: R. Löwenthal.

Fürstenworte.

Habt Ihr gehört, was der badische Minister Beck der Deputation der Heidelberger Studentenschaft erwiederte, als sie gegen die Auflösung des demokratischen Studentenvereins protestirte? Die in den Märztagen gethanen Aussprüche des Regenten und der Minister über Association seien eben nur Meinungen gewesen, äußerte S. Excellenz. O unbezahlbares Eingeständniß der gemeinsten Wortbrüchigkeit. Und diese Menschen haben die Frechheit zu verlangen, man solle ihnen „vertrauen." Die Studentenschaft hat Heidelberg in Masse verlassen.

Allerlei.

Der preußische Kriegsminister Schreckenstein wurde kürzlich in der constituirenden Versammlung über den Mangel eines Dienstreglements im preußischen Heere interpellirt. Ironisch äußert sich hierüber die neue rheinische Zeitung folgendermassen: Wie, die preußische Armee hat kein Dienstreglement? Welche Abgeschmacktheit! Die preußische Armee, auf Ehre, hat das allerbeste Reglement von der Welt, das zugleich das allerkürzeste ist und nur aus zwei Worten besteht: Odre pariren! Bekommt ein Soldat der „ungeprügelten" Armee Puffe, Fußtritte oder Kolbenstöße, wird er von einem eben aus dem Kadettenhause entlaufenen unmündigen Lieutenant am Bart oder an der Nase gezupft und beklagt sich: „Ordre pariren!" Läßt ein angetrunkener Major nach dem Essen zu seiner besondern Erheiterung sein Bataillon bis an den Leib in den Sumpf marschiren und dort Carré formiren, und ein Untergebener wagt zu klagen: „Ordre pariren!" Wird den Offizieren verboten, dies oder jenes Café zu besuchen, und sie erlauben sich eine Bemerkung: „Ordre pariren!" Das ist das beste Dienstreglement, denn es paßt auf alle Fälle.

Zur Charakteristik der Berliner Bürgerwehr. Dem Tischlermeister Reinhold Ruge, Bruder des bekannten Parlamentsmitgliedes Arnold Ruge, wurde kürzlich durch einstimmigen Beschluß der Bürgerwehrcompagnie sein Gewehr abgenommen, weil er nicht mehr würdig sei, in der Compagnie als Bürgerwehrmann zu fungiren. Und was war sein Verbrechen gewesen? Er sollte zu einem Freunde geäußert haben: Ich werde mein Gewehr nie dazu brauchen, auf das Volk zu schießen.

Kein Oesterreich!

(aus der Reform.)

Kein Preussen und kein Oesterreich!
Ein Deutschland! wie vermessen!
Der Jungfer ward das Herz so weich,
Sie freut sich wie besessen:
Ein Prinz hat ihr den Hof gemacht
Und beim Dessert an sie gedacht.
Steh' auf, Germania,
Dein Bräutigam ist da!

Kein Preussen und kein Oesterreich!
Und Oesterreich soll thronen!
Es ist ein Mann — wir sind ihm gleich,
Und wir sind Millionen.
Und Millionen schwören Hoch
Und rufen laut: kein neues Joch,
Und keine Fürsten mehr!
Dem Volk allein die Ehr'!

Kein Preussen und kein Oesterreich!
Was helfen uns die beiden!
Das Eine ist schon todtenbleich,
Das Andre im Verscheiden.
Wir brauchen solche Sonnen nicht,
Und folgen unserm eig'nen Licht,
In unsrer Brust dem Stern:
Wir wollen keinen Herrn!

Kein Preussen und kein Oesterreich!
Und tränk' es ganze Bäche
Auf unser Wohl. O Schwabenstreich!
Das Volk bezahlt die Zeche.
Und Fürstenwein ist theurer Wein,
Drum schenkt uns einen andern ein:
Gut Wind und gut Geschick —
Der deutschen Republik!

Kein Preussen und kein Oesterreich!
Dem Wort soll Recht verbleiben,
Und geht's uns schief, so woll'n wir gleich
Durch Thurn und Taxis schreiben.
Indeß, Herr Johann ohne Land,
Begreift den deutschen Unverstand,
Und denkt beim nächsten Glas:
In vino veritas.

G. Herwegh.

Anzeigen.

(Berichtigung.) Ich würde den Artikel „der konstitutionelle Verein und die Polizei" in Nr. 36. dieses Blattes mit Stillschweigen hingenommen haben, wäre nicht ein Brief von mir dazu benützt worden, jenen Verein zu verdächtigen.

Deshalb und weil mir der Verfasser jenes Artikels auf eine Anfrage von der Redaction bis jetzt nicht genannt wurde, in Kürze nur folgendes:

Ich habe bezüglich der vorwürfigen Adresse nur an Einen Gemeindevorsteher geschrieben.

Ich schrieb an ihn, weil er mir ein Freund und weil er ein Ehrenmann ist und kann nicht zugeben, daß, weil er durch das Vertrauen seiner Gemeinde zu ihrem Vorsteher gewählt wurde, er von aller Theilnahme an den Interessen unseres teutschen Vaterlandes ausgeschlossen sein soll.

Mein Brief hat deshalb mit der Polizei nichts gemein; die Sache selbst berührte deren nicht; der konstitutionelle Verein aber wußte nicht einmal, welche Auswärtige ich zur Mittheilung der Adresse auffordern würde.

Uebrigens dankt die Adresse meinem Freunde die Unterschriften vieler wackerer Männer seiner Gemeinde.

Nürnberg, 17. Juli 1848.

Korte, Advocat.

Von überall her strömen hier deutsche Flüchtlinge zusammen. Unsere Leidensgenossen, die von den französischen Behörden in's Innere verbracht worden waren und sich auch in ihren geringsten Hoffnungen, so vollkommen getäuscht sehen mußten, kehren allmählig aus dem Innern zurück. Sie gehen Alle zuerst nach Straßburg. Die Flüchtlinge, welche neuerdings die Heimath verlassen, um sich Verfolgungen zu entziehen, kommen fast Alle ebenfalls zuerst nach Straßburg.

Wir haben bereits früher im Namen der Unglücklichen um Gaben gebeten. Nochmals wiederholen wir die Versicherung, daß das Elend der Flüchtlinge, welche arbeitslos umhergetrieben werden, ein grausenhaftes ist. — Zugleich aber mahnen wir Alle, welche in Deutschland bleiben können, in Deutschland zu bleiben. Irriger Weise, durch Unkenntniß oder aus böser Absicht, wird die Meinung verbreitet: es bestehe hier ein Werbebureau für hecker'sche Freischaaren. Hecker hat bereits seine deßfallsige Erklärung gegeben. Da trotzdem bis auf diese Stunde täglich Leute zu uns kommen, welche sich „für die Freischaaren wollen anwerben lassen;" so erklären wir in gleicher Weise, daß von unserer Seite durchaus für Niemand „geworben," sondern blos hilflosen Flüchtlingen Unterstützung gegeben wird.

Zugleich bescheinigen wir hier den Empfang von **18 fl. 12 kr.** welche uns von dem Volksverein für Aglasterhausen und die Umgegend bei dessen Gründung zugesandt wurden. Wir danken den braven Gebern für diese Theilnahme an dem Schicksale der flüchtigen Republikaner.

Der Vorstand der Gesellschaft deutscher Republikaner:
Karl Blind. E. Miller. M. Klein.
Karl Schaible. Engler.

Straßburg, 19. Juli 1848.
(Wirthshaus zum „rothen Männel.")

Gedruckt unter Verantwortlichkeit der Verleger von Wilhelm Tümmel.
Expedition bei Joh. Gg. Meyer, Plobenhof S. 823.

Der freie Staatsbürger.

Ein Volksblatt aus Franken.

№ 42. Nürnberg, 27. Juli. 1848.

Erscheint jeden Dienstag, Donnerstag und Samstag, und kann durch alle Postämter bezogen werden.
Preis vierteljährlich 45 Kr. — Einrückungsgebühr 2 Kr. für die Zeile. — Einzelne Nummern à 3 Kr.

Parlamentsskizzen

von G. D.

IV.

Robert Blum.

Die Macht der Rede, die Beredtsamkeit ist es, was in einem Parlamente die Bedeutung der Persönlichkeiten begründet. In den Ausschüssen kann Kenntniß und Wissen, die freilich auch dem Redner nicht fehlen dürfen, auch ohne eine vorzügliche Gabe der Rede sich nützlich geltend machen, in der öffentlichen Versammlung ist es das Talent des Redens, was Bedeutung verleiht. Aber wir dürfen Zungenfertigkeit und Beredtsamkeit nicht mit einander verwechseln. Von Catilina sagt ein römischer Geschichtsschreiber in einem unübersehbaren Wortspiel, daß er jene, aber nicht diese besessen habe. Auch in der Nationalversammlung giebt es zungenfertige Renommisten, die zu schwatzen wissen, aber sie sind deshalb noch lange keine Redner. Der Fürst Lichnowsky ist ein solcher Schwätzer.

Um für beredt zu gelten, muß man von Ideen, von einer heiligen Ueberzeugung getragen sein, die Begeisterung macht den Redner. Getragen, beseelt kann man nur sein von Ideen, die in der Zeit liegen, die die Zeit bewegen. Ideen, welche von der Zeit, von der fortgeschrittenen Bildung bereits überwunden sind, lassen sich mit Talent, mit Scharfsinn vertheidigen, aber dieser Scharfsinn wird zur Sophistik werden, die Rede wird nicht überzeugen, wird die Geister nicht packen. Dieß ist der einfache Grund, weshalb die Redner der Rechten auf den unbestochenen Theil der Zuhörer nur langweilend wirken. Sie vertheidigen eine Sache, über welche unsre Bildung hinaus, sie vertheidigen sie nur, weil es im Interesse einer Kaste, nicht im Interesse des Allgemeinen, des Volkes, ist.

Die Redner des Parlaments sind deshalb auf der Seite, wo die Ideen unserer Zeit lebendig sind, auf der Linken. Und unter diesen ist der bedeutendste ohne Frage Robert Blum aus Leipzig.

Ein merkwürdiger Mann, merkwürdig hauptsächlich deshalb, weil er der lebendige Beweis der Wahrheit ist, daß, um seinem Volke zu dienen, um Großes in einer Zeit zu leisten, nicht jene sogenannten wissenschaftlichen Studien nothwendig sind, die von so Vielen als die Bedingung angesehen werden, durch deren Erfüllung allein man sich Stimmrecht in den öffentlichen Angelegenheiten erwirbt. Robert Blum hat eine gewöhnliche Schulbildung genossen, er hat bis vor wenigen Jahren in den gewöhnlichsten, trivialsten bürgerlichen Verhältnissen gelebt (er war Cassier beim Theater) und was er ist, ist er ganz allein durch sich selbst geworden. Und er ist etwas geworden, er ist ein Mann geworden, von welchem selbst seine Gegner als von dem „berühmten Redner“ sprachen.

Robert Blum ist ein Mann im Anfang der Vierzig. Sein Aeußeres, zumal wenn man ihn im Kreise seiner Freunde an öffentlichen Orten beobachtet, zeigt den Lebemann und geistvollen Gesellschafter. Aus seinem Gesicht leuchtet ein scharfer Verstand, aber es ist nichts weniger als schön. Nicht unpassend hat man ihn den „Sokrates mit der Silenus-Nase“ genannt. Wenn man ihn im Parlament auf seinem Sitze sieht, hält man ihn nicht für den so bedeutenden Redner, aber sobald er zu sprechen beginnt, beleben sich seine Züge und der wunderbare Fluß der

Rede, die Schärfe des Gedankens, die feine Wahl des Ausdrucks beurkunden auf der Stelle das ungewöhnliche Talent des Mannes. Robert Blum ist kein schroffer Parteimann; er hat viel Vermittelndes, Versöhnendes in seinem Wesen. Er hat das bei den Verhandlungen über die provisorische Centralgewalt bewiesen, vielleicht nicht zum Wohl des Volks und Vaterlandes. Robert Blum, ausgezeichnet als Redner in der Debatte, wäre vielleicht in der deutschen Nationalversammlung noch mehr an seinem Platze als Präsident. Es gehört zu einem Präsidenten viel Verstand, viel Logik, viel Uebersicht, viel Gemüthsruhe und eine gewiße praktische Tüchtigkeit. Das ganze gegenwärtige Bureau besitzt von diesen Eigenschaften so viel als Nichts.

Robert Blum hat im Lauf der Verhandlungen über die Centralgewalt zwei Reden gehalten, welche als rednerische Kunstwerke gelten können. Er hatte selbst mit Trützschler im Verfassungsausschuß dem Majoritäts-Bericht ein Minoritätsgutachten entgegengestellt, nach welchem durch die Versammlung aus ihrer Mitte ein ihr verantwortlicher Vollziehungsausschuß gewählt werden sollte, der sich zurückzuziehen hätte, sobald die Majorität der Versammlung sich gegen ihn erklärte. Diesen seinen eigenen Vorschlag zu vertheidigen, das von der Majorität des Ausschusses vorgeschlagene unverantwortliche Direktorium mit den nur scheinbar verantwortlichen Ministern anzugreifen, war der Zweck seiner ersten Rede.

„Man sagt uns, rief Blum, der Vollziehungsausschuß, der von einer sehr kleinen Minderheit vorgeschlagen worden ist, sei eine republikanische Einrichtung, und wir geben das sehr gerne zu; wir verhehlen gar nicht, wir wollen die Republik für den Gesammtstaat, wir wollen diese Einrichtung, und nicht deshalb, weil wir die Verhältnisse in Deutschland auflösen, sondern weil wir sie schützen wollen, weil wir glauben, daß zwei gleichartige Richtungen nicht mit einander bestehen können, weil wir in der republikanischen Form an der Spitze des Gesammtstaates Sicherheit sehen für die Freiheit jedes einzelnen Staates, seinen eigenen Willen auszuführen und zu erhalten, und weil wir zu gleicher Zeit diese Spitze nicht den Zielpunkt niedern Ehrgeizes sein lassen wollen."

Es ist ja bekannt, wenn in der Nationalversammlung ein wirklich vernünftiger, dem Wohl des Volks zuträglicher Antrag gestellt wird, so sagt man, in Ermanglung anderer Gründe, er sei republikanisch, und müsse daher verworfen werden.

Robert Blum hob mit scharfen Worten den Despotismus hervor, den die Nationalversammlung durch Einsetzung einer unverantwortlichen Centralgewalt mit verantwortlichen Ministern schaffe.

„Die angebliche Verantwortlichkeit, rief er, sie ist eine hohle Phrase. Es gibt keine Verantwortlichkeit ohne Gesetz; es gibt keine Verantwortlichkeit ohne einen Gerichtshof, bei dem ich den Verantwortlichen belangen kann; und nicht einmal das letzte kümmerliche Mittel, sich zwar nicht eine Verantwortlichkeit, aber doch einen Rückzug zu erzwingen, die Steuerverweigerung, sie ist nicht in Ihrer Hand. Und weil Sie keine Verfassung haben, und weil Sie keine Grundlage haben, auf welcher diese Gewalt steht, und weil sie Sie keine Schranken gezogen haben, innerhalb deren sie sich bewegen muß, und weil Sie kein Mittel haben, sie in den Schranken zu halten, deshalb ist es die Despotie; deshalb ist es die Diktatur, die schrankenloseste Diktatur, die die Freiheit gefährdet, wie nie etwas anders. Sie wollen ein solches Direktorium schaffen, und ich frage Sie: dürfen Sie dasselbe schaffen? Haben Sie ein Mandat dazu, mit irgend Jemand in der Welt zu verhandeln? Hat eine einzige Wahlhandlung auch nur einen derartigen Vorbehalt nicht aufkommen, sondern nur gewissermaßen als eine Ansicht aufdämmern lassen? Nirgends in der Welt. Berufen sind Sie durch die Allmacht des Volkes und Sie sind nur jenem Mandate treu, so lange Sie diese Allmacht wahren. Sie dürfen nicht verhandeln; Sie müssen eher Ihr Mandat niederlegen, als sich von der Aufgabe entfernen, die uns geworden ist. Sie dürfen am wenigsten in dem Augenblick, wo das Volk seine lang verkümmerten Rechte und seine lang verkümmerte Macht errungen hat, mit denen unterhandeln, die vor 30 Jahren niemals mit uns unterhandelt haben, die selbst unsern Rath niemals hörten, wenn es sich darum handelte, Deutschland als ein Ganzes zu vertreten."

„Das Direktorium, das Sie schaffen, ist kein Anschluß an die Revolution; es ist ein Widerstand, es ist Reaktion, es ist Contrerevolution — und die Kraft erregt die Gegenkraft."

„Man wirft mitunter schielende Blicke auf einzelne

Parteien und Personen, und sagt, daß sie die Anarchie, die Wühlerei, und wer weiß was wollen. Diese Partei läßt sich den Vorwurf der Wühlerei gern gefallen; sie hat gewühlt ein Menschenalter hindurch, mit Hintansetzung von Gut und Blut, mindestens von allen den Gütern, welche die Erde gewährt; sie hat den Boden ausgehöhlt, auf dem die Tyrannei stand, bis sie fallen mußte, und Sie säßen nicht hier, wenn nicht gewühlt worden wäre."

Dieser so einfache Ausdruck der unumstößlichen Wahrheit, daß die Nationalversammlung selbst nur das Produkt der Revolution, daß ohne Revolution, also ohne Wühlerei eine deutsche Nationalversammlung nie zu Stande gekommen wäre, erregte einen wahren Sturm des Beifalls in der Versammlung wie auf der Gallerie. —

Der Buchhändler Bassermann hatte mit seiner eigenthümlichen Selbstgenügsamkeit höhnisch auf Frankreich hingewiesen, das statt eines einzigen 80,000 Souveräne bekommen habe, die es ernähren müsse (die Proletarier) und das schon in der ersten Woche der Begeisterung zittern müsse vor einem jungen Menschen (Louis Bonaparte), der sich schon zweimal vor Europa blamirt hätte. Dieser unwürdige Ausfall auf die in der Arbeit ihrer Festbegründung begriffene junge Republik Frankreich gab Robert Blum den Anlaß zu einem glänzenden, meisterhaften Schlusse seiner Rede, den wir seiner tiefen Wahrheit, und seines erhabenen Schwunges halber wörtlich mittheilen wollen.

„Man hat Sie, so schloß Robert Blum, hingewiesen auf einen Staat, der großartig sich erhoben hat für die Freiheit in der letzten Zeit. Man hat ein Gespenst heraufbeschworen und hat Ihnen gesagt, dieser starke Staat erzittre vor einem unbedeutenden jungen Menschen. Meine Herren! Es gab einen Staat in Deutschland, der auch stark war, der auf dem historischen Rechtsboden stand, auf Ihrem (zur Rechten gewendet) historischen Rechtsboden, der uns hier so oft vorgeführt wird. Dieser Staat ward in seinen Grundvesten erschüttert durch den Fuß einer Tänzerin. Es mag Manches fest scheinen im deutschen Vaterlande, was, beim Lichte besehen, nicht fester ist, als der Zustand, den eine Phryne stürzte. Es ist nach meiner Ansicht eine Gotteslästerung der Freiheit, wenn man ihr aufbürdet, daß sie krankt an dem Erbe, welches sie vor der Despotie unfreiwillig hat mit übernehmen müssen. Es ist eine Gotteslästerung an der Menschlichkeit, wenn man darauf hinweist, daß dieser Staat 80,000 seiner hungernden Brüder hat ernähren müssen. Diese 80,000 Hungernde kosten nicht so viel, als ihnen der gestürzte Thron gekostet hat, und man kann noch eine Null hinzufügen, und sie kosten immer noch nicht so viel; abgesehen davon, daß in dem Sumpf, der sich um diesen corrumpirten und corrumpirenden Thron ausgebreitet, neben aller Sittlichkeit, Ehre und Tugend auch alle Mittel verschlungen würden, um die Hungernden zu ernähren. Auf dem historischen Rechtsboden, auf welchem wir angeblich stehen, hat man in einem ganz ähnlichen Falle die Hungernden lieber der Hungerpest Preis gegeben. Dorthin, wo man das Gespenst hervorruft (Frankreich) wird die Freiheit den Kranz des unverwelklichen Dankes niederlegen, wenn sie siegt; und wenn sie unterliegt, wird auch der letzte sehnsüchtige Blick ihres brechenden Auges sich dorthin wenden. Wollen Sie des Himmels Auge brechen sehen und die alte Nacht über unser Volk aufs Neue heraufführen, so schaffen Sie Ihre Diktatur!"

Dieser prachtvolle Schluß erzwang sich zwar den stürmischen Beifall des ganzen Hauses, aber — die Diktatur wurde doch geschaffen!

Einer der letzten Akte des Bundestags.

Wenn in den deutschen Volkssagen der Teufel sich entfernt, läßt er einen Gestank zurück. Der Bundestag, der sich nur zum Schein verabschiedet hat, wird mit seinem übeln Geruch Deutschland noch lange verpesten. Er ist ein Aas, das man leider nicht begräbt. Vor der „Beendigung seiner bisherigen Wirksamkeit" hat er noch Etwas von sich gegeben, was aber nicht geeignet, den deutschen Namen im Ausland wohlriechender zu machen. Es ist dieß das Schreiben an den Schweizer Vorort wegen der flüchtigen Republikaner. Schon der Styl dieses Schreibens „stinkt." Man rieche! „Er (der Bundestag) erkennt zunächst die Entfernung jener, das ihnen gewährte Asyl nur zur Bedrohung benachbarter, der Eidgenossenschaft befreundeter Staaten mißbrauchender Freischaaren von den deutschen Grenzen und ihre Verweisung in entferntere Kantone als eine Maßregel, die entsprechend sein dürfte." Eine Behörde, die so altersschwach schreibt,

verdient im Meer versenkt zu werden, wo es am tiefsten ist. Die bundestägliche Leiche will, daß der Vorort „geneigtest mit aller Entschiedenheit darauf dringe," daß die betreffenden Cantonalregierungen die vollständige Auflösung und Entwaffnung dieser Freischaaren durchführen und die Führer aus den Kantonen entfernen. Andernfalls will man das Grenztruppencorps verstärken. Die übelriechende Note wurde in der Tagsatzung verlesen und berührte die Nasen der Gesandten sehr unangenehm. Die Schweiz habe mehr Ursache, sich über Deutschland zu beschweren, als Deutschland über die Schweiz. Nur deutsche Behörden sprächen noch in einem solchen Tone mit der Schweiz. Und ein Oesterreicher (der Bundestagspräsident Schmerling, jetziger Premier-Reichs-Minister) habe es gewagt, an völkerrechtliche Beziehungen zu erinnern, während Oesterreich im Sonderbundskrieg dieselben gegenüber der Schweiz auf so schreiende Weise verletzt habe!

Der deutsche Einheitstoast.

Ueber den im Zustande der Mythe befindlichen Trinkspruch des reichsverwesenden Johann treffen wir in der Vossischen Zeitung eine Aufklärung. H. Generalmajor a. D. von Flotow hat damals in Brühl ganz nahe bei dem Toastausbringer gesessen und hat aus dessen Munde folgende Worte vernommen: „Fortan also: Ein Preußen! Ein Oesterreich! Ein einiges Deutschland! Gott segne Eure Majestät!" Einheit Preußens — Einheit Oesterreichs — Einheit Deutschlands: Drei Einheiten statt Einer! Was will man mehr? Wer indessen noch mehr will, dem stehen noch circa 3 Dutzend andre ähnliche deutsche Einheiten und Einigkeiten in Deutschland zu Gebote.

(N. Rh. Z.)

Weissagungen auf Deutschlands Zukunft.

...... Dein Joch, o Deutschland,
Sinket dereinst. Ein Jahrhundert noch
So ist es geschehen, so herrscht
Der Vernunft Recht vor dem Schwertrecht.

Klopstock.

„Man hat gesagt bei Menschen Gezeiten her und niemand weiß, von wem es ausgekommen ist: Es soll der Schwanberg noch mitten in der Schweiz liegen, d. i. ganz Deutschland wird Schweiz werden.

Agricola, Sprüchw. 389. 390. Grim, deutsche Sagen, Berlin 1816, I. S. 381.

Bartholomäus Holzhäuser, ein Priester zu Bingen 1613—1658 weissagte von Deutschlands Zukunft also: Es werde die Zeit kommen, wo die fürstlichen Herrschaften ein Ende nehmen, die Monarchen getödtet und vertrieben und dafür lauter Republiken sich bilden würden. Dann aber werde ein von Gott gesandter Held auch wieder den neuentstandenen Republiken ein Ende machen, sich Alles unterwerfen, der wahren Kirche zugethan sein und, wie den Occident, so auch den Orient beherrschen.

Steinbeck, der Dichter ein Seher, Leipz. 1830, S. 586.

D.

Allerlei.

Der Reichstagszeitung zu Folge hat sich die hohe Nationalversammlung bereits mit dem Gedanken vertraut gemacht, ihrem Präsidenten Gelder zu einem „Repräsentationsaufwand" zu bewilligen. Nichts einfacher. Nachdem man einen Reichsverweser und Minister hat, müssen doch auch Couren und Soireen eingerichtet werden, und was liegt an fl. 50,000, wenn sich darum handelt, die Honneurs des deutschen Volkes zu machen? Es wird sich bald deutlich herausstellen, daß man die Nationalversammlung zu gar nichts Anderm gebraucht, als — Gelder zu bewilligen. So „brechen wir doch wenigstens nicht mit unsrer Vergangenheit," denn was waren unsre Kammern bisher Anderes, als Steuerbewilligungsmaschinen? Es lebe die deutsche Gutmüthigkeit!

Durch die Majorität der deutschen Nationalversammlung sind wir wieder ebenso weit zurückgebracht, als uns die Revolution vorwärts geführt hatte. Dieß ist eine beklagenswerthe Thatsache.

Gedruckt unter Verantwortlichkeit der Verleger von Wilhelm Tümmel.
Expedition bei Joh. Gg. Meyer, Plobenhof S. 823.

Der freie Staatsbürger.

Ein Volksblatt aus Franken.

№ 43. Nürnberg, 29. Juli. 1848

Erscheint jeden Dienstag, Donnerstag und Samstag, und kann durch alle Postämter bezogen werden.
Preis vierteljährlich 45 Kr. — Einrückungsgebühr 2 Kr. für die Zeile. — Einzelne Nummern à 3 Kr.

Die Posener Frage.

Eine hochwichtige Frage liegt in diesem Augenblick der deutschen Nationalversammlung zur Berathung und Entscheidung vor, bei der nicht bloß die Freiheit, sondern hauptsächlich die Ehre, die Gerechtigkeit des deutschen Volkes betheiligt sind. Es ist dieß die Frage über die Zulassung der Abgeordneten der Provinz Posen in die Nationalversammlung, oder, was eben soviel, über die Aufnahme der Provinz Posen oder eines Theils derselben in den deutschen Bund. Bei der Stimmung, die wir bei der Mehrheit der Parlamentsmitglieder voraussetzen müssen, dürfen wir kaum hoffen, daß diese Frage in unserm Sinn entschieden werde, und je mehr uns die Ehre des deutschen Namens am Herzen liegt, um so tiefer müssen wir dieß bedauern. Wenn wir in diesem Augenblick uns nicht verbergen können, daß ein bleierner Druck sich über die Freiheitsbestrebungen des deutschen Volkes legt, daß die Reaktion, unterstützt durch die Lage der außerdeutschen Verhältnisse, ohne das Eintreten außerordentlicher Ereignisse, wie sie allerdings in Zeiten der Umwälzung jeder Tag bringen kann, auf Wochen, vielleicht auf Monate der Bewegung Meister geworden und in der Ausbeutung ihrer Vortheile, zu ihrem eigenem Verderben, sich keine Grenzen setzt, so vermögen wir uns darüber, sobald wir die Sache ruhig und so zu sagen vom historischen Standpunkte betrachten, zu trösten; denn das deutsche Volk begeht, indem es sich abermals hat täuschen lassen, nur ein Unrecht gegen sich selbst. Will das deutsche Volk lieber Sklave als frei sein, weiß es die Vortheile, die sich ihm darbieten, nicht zu benützen, wohlan, so ist das lediglich seine eigene Sache, und Niemanden steht es zu, mit ihm deshalb zu rechten. Auch diejenigen, welche sich jenen Freiheitsbestrebungen am entschiedensten angeschlossen haben, welche also durch das augenblickliche Mißlingen derselben am schwersten betroffen werden, auch sie werden sich zu trösten wissen; sie besitzen Resignation, um ihre Hoffnungen, die nur der Sache galten, zu vertagen; sie besitzen Philosophie genug, um denjenigen, welche darnach lechzen, ihr „Wehe den Besiegten" über sie auszurufen, die Kälte der Verachtung entgegenzusetzen; sie besitzen Humor genug, um einige Monate lang die Reaktion statt ihrer arbeiten zu lassen und sich einstweilen auf das Studium der Revolutionsgeschichte zurückzuziehen, bis ein Umschwung der Dinge sie wieder zu energischem Handeln auf die Bühne ruft. Ja, sie können sich um so leichter über diesen augenblicklichen scheinbaren Stillstand trösten, als die Schule, welche dem deutschen Volke in den nächsten Monaten zugedacht ist, vielleicht durchlaufen werden muß, damit der letzte Rest von Vertrauen auf diejenigen vollends vernichtet werde, welche bekanntlich nichts lernen und nichts vergessen. Und um den Preis dieser letzten Aufklärung wollen wir gerne Verfolgung und selbst Gefängniß ertragen. Anders aber verhält es sich da, wo wir die vielgerühmte deutsche Redlichkeit und Gerechtigkeit gegen andre Völker mißachtet und verletzt sehen. Hier kann der deutsche Charakter nur Flecken davon tragen, die nicht zu verwischen sind, und hierüber vermögen wir uns so leicht nicht zu trösten. Einen solchen Fall bietet die Posener Frage, die um so mehr von dem deutschen Volk erörtert werden muß, je geflissentlicher der größte Theil der deutschen Presse, theils aus Unverstand, theils aus

Bösartigkeit, die öffentliche Meinung darüber irre geführt hat.

Wie Posen an Preußen kam, ist bekannt. Es wurde von Preußen gestohlen, doch dieser Ausdruck ist noch zu edel zur Bezeichnung jenes allen göttlichen und menschlichen Gesetzen hohnsprechenden Völkerraubs, von welchem die selbst dabei betheiligte Maria Theresia sagte, daß sie sich sehen zu lassen schäme in einer Zeit, wo um ein elendes Stück von Polen die Ehre und Reputation Deutschlands in die Schanze geschlagen worden. Die Fürsten und Diplomaten haben diese Schmach über Preußen und Deutschland gebracht. Sache des Volkes war es, das schreiende Unrecht gut zu machen durch Wiedererstattung des Gestohlenen.

Es war dieß eine Forderung der gewöhnlichsten Ehrlichkeit; denn die gewöhnlichste kaufmännische Ehrlichkeit duldet kein gestohlenes Gut im Hause. Es war aber auch Forderung der Klugheit, der Politik. Die Theilung Polens war nicht bloß eine schändliche Rechtsverletzung, sie war auch von Seite der deutschen Fürsten eine höchst unpolitische Maßregel gewesen. Polen war Jahrhunderte lang das Bollwerk der Civilisation gegen das Barbarenthum. Es ist dieß die Rolle, welche ihm die Natur anwies. Indem man das freie, selbstständige Polen vernichtete, rückte man die Barbarei bis an die Grenze Deutschlands. Durch Wiederherstellung eines freien Polens in seiner alten Größe wurde der asiatische Despotismus nach dem Osten, seiner Heimath, zurückgedrängt und das freie Deutschland gewann in dem freien Polen einen ritterlichen Verbündeten gegen jeden Eingriff der beständig auf der Lauer liegenden russischen Barbarei.

Dieser nothwendige Zusammenhang der deutschen Freiheit mit der Herstellung der polnischen Nationalität war auch in jenen schönen Märztagen, als die großen und edlen Gefühle des Volks noch in unverdorbener Ursprünglichkeit lebendig waren, das allgemeine Gefühl. Das selbst erst frei gewordene Volk von Berlin öffnete die Kerker der polnischen Verurtheilten, zog sie im Triumph durch die Stadt, ließ ihnen durch ein heiliges Versprechen die „nationale Reorganisation" Posens verheißen, und die Wiederherstellung Polens durch das frei gewordene Deutschland war das allgemeine Losungswort von der Memel bis zum Rheine. Durch Zurückgabe Posens, durch Unterstützung Polens in seinem heiligen Kampf gegen seinen barbarischen Unterdrücker hätte Deutschland nicht allein eine Forderung der Gerechtigkeit erfüllt, nicht nur eine Schuld gesühnt, das deutsche Volk wäre dadurch groß, es wäre eine Nation geworden, eine freie Nation. Diese nothwendige Folge eines Kampfes gegen Rußland fürchteten aber eben seine Herren, fürchtete jener Schwager des russischen Czaren, der am 19. und 20. März in die Concessionen zu Berlin nur deshalb willigte, weil er nicht anders konnte, der aber so wenig als irgend einer seiner Herren Collegen gesonnen war, das Versprechen auch zu halten.

Es kam in Posen darauf an, die Sympathieen der Deutschen für die Polen zu vernichten. Das war der edle Plan der preußischen Reaktion. Dazu wurde mit teuflischer Raffinerie die Einleitung getroffen. Man trieb die Polen durch Mißhandlungen aller Art zur äußersten Verzweiflung und dadurch zu einem ungleichen Kampfe, den sie gegen ihre Dränger, die deutschen Beamten, in dem Vertrauen unternahmen, ihre deutschen Brüder, die in jenen Beamten ja ebenfalls ihre Feinde sehen mußten, werden sie unterstützen. Aber man wußte diesen Kampf geschickt als einen Kampf der Nationalitäten darzustellen und einen großen Theil der in Posen lebenden Deutschen mit Haß gegen die Polen zu erfüllen, und als die Polen unterlegen waren, beschimpfte man sie noch recht geflissentlich, brandmarkte sie mit Höllenstein an Hand und Ohr, erklärte sie für vogelfrei, schlug sie todt, und die gesammte servile Presse schrie im Chorus: die Polen haben die Sympathieen der Deutschen verscherzt.

„Wie kann man denken, sagt der Posener Demokrat Lyskowski, daß die Polen, mir nichts, dir nichts, mit zusammengerafften, waffenunkundigen und zum Theil waffenlosen Schaaren einen Krieg gegen die Deutschen hätten anfangen wollen, während die polnische Freiheit durch Deutschland bedingt war, während in Vereinigung mit Deutschland ein Krieg mit dem mächtigen Rußland bevorstand? Wer hier nicht sieht, daß nur Verzweiflung und die äußerste Nothvertheidigung, die auch dem schwachen Wurm eigen ist, wenn er in den Staub getreten wird, die Polen zu den Waffen rief und sie gegen den zücken ließ, dessen Name ihnen Heil versprach, der kann nicht von Blindheit geschlagen, der muß von Bosheit besessen sein. Was mag der Deutsche meinen, was der Pole

hiebei gedacht hat, als er die Waffen gegen die preußischen Truppen ergriff? Nachdem ganz Deutschland rief: „Polen soll wiederhergestellt, der Czar bekämpft, die Despotie aus Europa verdrängt werden," konnten die Polen nichts Anderes denken, als daß Deutschland der Wahrheit und der Freiheit die Hand reichen und nicht zulassen würde, daß die reaktionäre Waffe der preußischen Truppen im Bunde mit dem Eigennutze preußischer Beamten die Polen entwaffne und vernichte. Diese Hoffnung, gestützt auf Recht und Billigkeit, genährt durch volle Schuldlosigkeit, sprach ihnen Muth ein. Doch die Hilfe blieb aus und die Polen unterlagen."

Alles dieß war wohl berechneter Zweck der preußischen und russischen Despotie; denn die in Posen an Deutschen und Juden verübten Gräuel, welche man den Polen aufbürdete, um dadurch die Sympathieen der Deutschen zu vernichten, waren, wie aus den glaubwürdigsten Berichten unwidersprechlich hervorgeht, von russischen Emissären verübt, und die preußischen Beamten in Polen wußten dieß. —

So löste Preußen sein Wort, Posen national zu reorganisiren!

Nun der Petitionssturm der in Posen lebenden Deutschen um Einverleibung in den deutschen Bund. Man kann mit einigem Schein von Recht sagen, Deutschland sei den Deutschen in Posen Schutz schuldig. Es kommen aber hier verschiedene Rücksichten ins Spiel, die wohl erwogen werden müssen.

Posen war ursprünglich polnisches Land, es wurde als polnisches Land von Polen widerrechtlich abgerissen, und Preußen gab sich alle erdenkliche Mühe, es mit Gewalt zu germanisiren, d. h. die polnische Nationalität daselbst durch die deutsche immer mehr zu verdrängen. Die Deutschen sind also jedenfalls in Posen die Eindringlinge, und die Eindringenden mußten bei ihrem Eindringen selbst sagen, daß sie in ein von Gott und Rechtswegen zu Polen gehöriges Land eindrangen. Sie mußten sich die Möglichkeit denken, daß der alte Frevel einmal gesühnt, und daß sie unter eine nicht deutsche Regierung versetzt werden könnten. Ist also von dem Schutz die Rede, den Deutschland den in Posen lebenden Deutschen schuldig sei, so kann dieser Schutz billigerweise nur ein solcher sein, wie ihn Deutschland auch den in Frankreich oder in England lebenden Deutschen schuldig ist.

Aber man sagt, die Hälfte der Bevölkerung von Posen ist deutsch. Wäre dieß wahr, so würde es keineswegs beweisen, daß Deutschland dadurch berechtigt sei, sich ein Stück von Polen anzueignen. Es ist aber nicht wahr. Wie man überhaupt Alles gegen die Polen sprechende übertrieben hat, so ist namentlich die Zahl der Deutschen in Posen außerordentlich übertrieben worden. Nicht die Hälfte, sondern kaum der sechste Theil der Bevölkerung von Posen ist deutsch. Und wie kamen diese Deutschen nach Posen? Dadurch, daß, wie der General Willisen selbst erzählt, die preußischen Behörden in ihrer Germanisirungswuth alle subhastirten Polengüter nur an Deutsche, fast unentgeltlich, losschlugen. Würde den Deutschen in Posen durch Nichtaufnahme in den deutschen Bund ein Nachtheil zugefügt, so hätten sie selbst sich die Schuld zuzuschreiben. Sie haben spekulirt, und die Spekulation mißlang.

Allein sobald die Völker frei gegeben sind, sobald ein freies Polen wiedergestellt ist, werden die Deutschen in dem polnischen Po en ebenso frei und unangefochten leben, wie unter einer deutschen Regierung. Freie Völker sind verbrüderte Völker, nur der Despotismus trennt sie.

Eine Trennung Posens ist aus allen diesen Gründen nur eine Fortsetzung der alten schmachvollen Theilung Polens; und es ist mit der Ehre, mit der Redlichkeit und Gerechtigkeit des deutschen Volkes unverträglich, sich durch den Raub zu beflecken, den es gewissenhaft zurückerstatten sollte.

In Frankfurt wird man wohl anderer Ansicht sein, man wird den sogenannten deutschen Theil von Posen in den deutschen Bund aufnehmen. Man wird dies aus mehrfachen Gründen thun, nicht eben bloß aus falsch verstandenem Deutschthum, nein, sondern aus Sympathie für Rußland, und, vor allen Dingen, um Deutschland in einen Krieg mit Frankreich zu verwickeln, das die Einverleibung eines Theils von Posen in Deutschland für einen Anlaß zum Krieg erklärt hat. Diesen Krieg will man, man sucht ihn muthwillig herbeizuziehen, denn dieser Krieg soll den Sieg des alten Regiments vollends entscheiden.

Wir glauben, die Herren Radowitz, Lychnowski und ihr Troß werden sich täuschen. Wir glauben,

es wird ihnen, trotz dem, daß sie die Majorität der Nationalversammlung für sich haben, nicht gelingen, die Barbarei in Deutschland einzuführen, um den Despotismus damit zu kräftigen. Wir hoffen, das Volk wird noch vorher aus seiner Erschlaffung sich aufraffen, ja es wird zu einem Kriege gegen Frankreich, den natürlichen Verbündeten eines freien Deutschlands, die Hand nicht bieten. Immerhin aber wird der deutsche Name durch den Beschluß der Einverleibung Polens mit neuer Mackel befleckt, die jeden uneigennützigen Freund seines Volkes tief schmerzen muß.

Man glaube nicht, daß nur „die Wühler und Republikaner" günstig von Polen sprechen; man höre, wie General Willisen sich ausspricht, dessen Reorganisationswerk in Posen eben nur durch die reaktionäre Widersetzlichkeit der preußischen Behörden und Generale vernichtet wurde. Man lese zwischen den Zeilen dieses hochgestellten preußischen Officiers, dann wird man sich eine Vorstellung machen können von der ganzen Verruchtheit des Verfahrens, durch welches in Posen die preußischen Behörden den deutschen Namen schändeten.

„Ich habe mich, sagte General Willisen, nie von der Ansicht losmachen können, daß unsere Herrschaft in Posen auf nichts Anderem beruht, als auf der Gewalt und mithin unermeßliche Pflichten auflegt, vor allem die der Milde. Das ganze Geheimniß des unermeßlichen Vertrauens, welches ich bei den Polen genossen, liegt darin, daß ich während eines neunjährigen Aufenthaltes unter ihnen diese Ansicht nicht vreborgen; zu einer Zeit, wo sie unter den Meinigen für die höchste Ketzerei galt, zur Zeit des entschiedenen Germanisirens von 1832 — 1840. Ich bedauerte die falschen Wege der Regierung. Wenn ich bei solcher Ansicht nur noch die Umstände erwog, unter welchen die gegenwärtige Erhebung der polnischen Nationalität stattgefunden hatte, wenn ich mir sagen mußte, sie sei durch unsere eignen Thaten, durch den Triumpfzug des Volkes mit den polnischen Gefangenen in Berlin, durch den von der ganzen civilisirten Welt erhobenen Ruf: Polen soll frei, die alte Sünde wieder gut gemacht werden! hervorgerufen worden, wie konnte es mir da einfallen, gleich, sowie ich ankam, mit Kartätschen zu reden? Ich war der Erste, der den Weg des Verständigens versuchte, und die Polen haben mir ihn möglich gemacht, sogar dann noch, als zuerst von Trennung des Landes die Rede war; nur wollten sie die Scheidungslinie nicht von der deutschen Beamtenwelt gezogen haben."

Das ist das Urtheil eines preußischen Officiers.

Aber auf die Majorität des deutschen Parlamentes werden nicht die Urtheile eines preussischen Ehrenmannes, nicht die Reden der Linken, nicht die Ehre des deutschen Namens einen Eindruck machen. Freundschaft mit Rußland, Krieg mit Frankreich, ist ihr Losungswort; in dieser Devisse hofft sie ihre Sonderinteressen zum Siege zu führen, und das Volk — es schläft ja schon wieder, oder es ist vielmehr noch gar nicht recht erwacht.

G. D.

Parlamentsadressen.

Es liegen zwei Adressen an das Parlament vor uns für Amnestie. Sie bilden einen schönen Kontrast gegen einander. Die eine ist vom 772 Frauen und Jungfrauen in Mannheim, und trägt den Charakter der zartesten Weiblichkeit, die nicht einen politischen Parteistandpunkt, sondern nur das Mitgefühl mit den Frauen und Kindern der Gefangenen oder Verbannten in die Waagschale legen will; die andre von hundert Bürgern aus Grenzach spricht im Tone der männlichsten Entschiedenheit. Ein absoluter König, heißt es darin, ertheilt Amnestie, wenn er den Thron besteigt, und wenn da nicht, doch dann, wenn er vor dem Volke zittert, und Ihr, die das Volk mit blutigen Händen über Barrikaden hinweg nach Frankfurt gesendet, bedenkt Euch, diejenigen der Freiheit und ihrer Heimath zurückzugeben, die Alles eingesetzt haben, um uns zu retten und frei zu machen, während die Feinde, die Mörder des Volkes, die Blittersdorfe, frei im Lande wohnen, uns höhnen und sich mästen von unserm Schweiße! — Eine der ersten ähnliche Addresse von mehr als 400 Frauen und Jungfrauen in Constanz ist ebenfalls an das Parlament eingelaufen. Eine solche Mission des Mitgefühls und des zarten Erbarmens würde den Frauen und Jungfrauen nicht bloß Badens, sondern aller deutschen Staaten wohl anstehen.

Gedruckt unter Verantwortlichkeit der Verleger von Wilhelm Tümmel.
Expedition bei Joh. Gg. Meyer, Plobenhof S. 823.

Der freie Staatsbürger.

Ein Volksblatt aus Franken.

№ 44. Nürnberg, 1. August. 1848.

Neue Art von Postdebitsentziehung!!!

Lange schon konnten wir vermuthen, daß Bestellungen auf unser Blatt nicht überall von den Postämtern mit der schuldigen Beflissenheit angenommen und expedirt würden; von Frankfurt aus klagte man uns, daß man unser Blatt durch die Post nicht erhalten könne. Jetzt vermögen wir mit Beweisen aufzutreten. In Erlangen und in Windsheim wurden von den Postexpeditionen Bestellungen auf unser Blatt zurückgewiesen.

Aus Herzogenaurach wird uns von einem schlichten Landmann geschrieben: „Ich habe bei der Post 1 fl. 30 kr. bezahlt; ich glaube, die Post zieht nicht bei diesem Blatt; mein Geld haben sie mir einmal zurückgesendet."

Die Post sendet Geld zurück, sie nimmt Bestellungen nicht an; diese doch bezahlte Post, welche zur Vermittlung des Verkehrs eingesetzt ist, übt also Censur aus, macht sich zur Polizeianstalt!

Wir glauben, diese Thatsachen, welche beweisen, daß die Postdebitsentziehung unter einer neuen Form auftauchen will, zur öffentlichen Kenntniß bringen zu müssen, und wir erinnern die Postbehörden an ihre Pflicht gegen das Publikum.

Ronge, der Abtrünnige.

(Aus der Mannheimer Abendzeitung.)

Die Verumglimpfung, welche in neuerer Zeit gegen Ronge, sogar von seinen frühern Verehrern verbreitet worden, gelten hauptsächlich seinen politischen Bestrebungen und beweisen, wie wenig man den Geist der religiösen Bewegung erfaßte. Daß diese eine theoretische Einleitung der nunmehr sich praktisch bekundenden Selbsterhebung des Menschen war, will den freisinnigen Pietisten noch immer nicht einleuchten.

Es gilt hier durchaus nicht der Persönlichkeit Ronge's, welche die Zulässigkeit seines jetzigen Auftretens weder erhöhen noch verringern kann. Es gilt hier nur, die Sache, die in seiner Person verunglimpft werden soll, im Verhältniß zu seinen Bestrebungen zu betrachten.

Ronge's gegenwärtige Wirksamkeit ist nur eine consequente Fortsetzung der von ihm betretenen Bahn. Er hat nie für die Kirche — im orthodoxen (katholischen oder protestantischen) — Sinne gewirkt; je mehr er mit dem Leben und dem wahren Bedürfniß der Seele vertraut wurde, desto mehr fühlte er sich aufgefordert, gegen jenes Kirchenwesen aufzutreten, bis er von den Wogen des Zeitgeistes getrieben zum Radikalismus, d. h. bis zur Wurzel der Wahrheit gelangte und dadurch zur Erkenntniß, daß auf allen Gebieten des Lebens eine Umwandlung stattfinden müsse.

Für diese radikale Umwandlung, deren Nothwendigkeit nur Diejenigen nicht erkennen, deren Einsicht überhaupt nicht bis zur Wurzel der Dinge reicht — für diese ist Ronge im Geist der Gegenwart, also auf politischem Gebiet thätig. Auf welche Art er dabei zu Werk geht, gehört gar nicht zum Wesen der Sache; ob er wie Luther seine Artikel an die Schloßkapelle oder an den Laternenpfahl anschlägt, ob er wie Thomas Münzer auf der Straße und auf dem Felde, oder wie Christus auf dem Berge und auf dem Meere predigt, ob er die Bauern oder „allerlei Volk" zum Widerstand aufmuntert, ob er wie Pater Abraham gegen den Adel und die Geistlichkeit oder gegen die Hof-Camarilla und die Regierungen eifert, ob er wie Abbe Sieyes eine Constitution entwirft oder alle und jede Constitution verwirft, kurz, ob er gegen den Papst oder den Kaiser die Waffen führt, — dies Alles bestimmt weder den Werth noch Unwerth seiner Handlung, sondern wird allein durch Zeit und Umstände bedingt.

Man verargt ihm insbesondere, daß er sich nicht mehr auf religiösem Gebiet bewege; dieß heißt aber gar nichts anderes als auf kirchlichem, denn aus seinem Hauptverbrechen — welches ihm den Zorn Zions, des geistlichen und weltlichen, zuzog; aus seinem Anschluß an die radikalen Demokraten, ließe sich gerade der schlagendste Beweis führen, daß er sich auf religiösem und zwar auf ächt christlichem Gebiet bewegt. Die aristokratische Christlichkeit vergißt, daß der radikal demokratische Christus, der nicht gekommen war, Frieden zu bringen, sondern das Schwert, daß dieser Christus sich zu den Zöllnern und Sündern gesellte, auf den „Pöbel, mit und ohne Manschetten," das meiste Vertrauen setzte, keineswegs aber auf die in Amt und Würden stehenden Pharisäer, mochten diese im Tempel oder vom Katheder — in der Peters- oder in der Paulskirche — den wahren Glauben verkünden. Dieser Seelenkenner wußte, daß eher ein Kameel durch ein Nadelöhr geht, als daß ein Reicher ins Reich Gottes kommt.

Die Zöllner von damals, meinen die Frommen, die nicht bis an die Wurzel der Dinge reichen — jene Zöllner waren zwar auch Proletarier, aber ganz andere Leute, sie begehrten nur nach dem Reich Gottes, nur nach der Himmelsspeise Religion und ließen dem Kaiser, was des Kaisers ist, sie suchten nur Arbeit im Weinberg des Herrn.

Religion, was ist das? Seelenstärkung, Trost, Erbauung, Erhebung! — Und bei der ewigen Wahrheit! sollte das keine Religion sein, was dem Verstoßenen der Neuzeit ein besseres Leben verkündet, ihm Stärkung, Trost und Hoffnung auf die Zukunft verleiht; was denen, die aus Noth zu Sündern werden, denen, deren Seele von Sorge und Mangel bedrückt ist, denen, die auf die Erfüllung religiöser Verheißungen wie auf den wahren Messias hoffen, und darin die wahre Erlösung vom Bösen: von Zuchthaus, Hunger, Mißachtung, erkennen; Alles, was diesen Unglücklichen Trost bringt, das sollte nicht zum religiösen Gebiet gehören? Das sollte nicht mit dem innersten Seelenleben verwebt sein, nicht die Seele stärken und erheben, nicht sie zum Bessern befähigen? Und derjenige, welcher den Unglücklichen und Verstoßenen, den vom Geschick Erniedrigten, den Gesunkenen aufrichtet, ihm eine Zentnerlast vom Herzen wälzt, sein bedrängtes Gewissen befreit, indem er ihm verheißt, daß der Mensch künftig jenen Versuchungen zum Bösen nicht mehr, wie bisher geradezu überliefert werden darf, der ihn belehrt über seine heiligsten Rechte, ihn auffordert, sie zu bekämpfen und nimmer zu ruhen, bis er sie errungen hat — dieser sollte kein Seelenhirt, kein Religionslehrer sein?!

O Ihr Pharisäer, Ihr Grausamen und Erbärmlichen! Ihr, die Ihr an die Brust schlagt und Gott dankt, daß Ihr nicht seid wie die Zöllner und Sünder, habt Ihr je einen Funken göttlicher Begeisterung in Euch gefühlt, hat je die Religion der Menschenliebe Euer Herz entzündet, kennt Ihr das Wesen der ewigen Wahrheit, der Gerechtigkeit, der Freiheit? Wäret Ihr von dieser Religion erfaßt, Ihr würdet nur den verachten, der Eurer gleißnerischen Formentugend, Eurer hausbackenen Moral, Eurer gedankenlosen Bequemlichkeit fröhnt, nur Den anfeinden, der mit Euch auf dem gebahnten Weg der Selbstsucht wandelt. Hättet Ihr eine Ahnung von der höchsten Wahrheit; Ihr würdet Euch fragen: Geschieht diese oder jene Handlung aus innerm Antrieb, fühlt dieser Mensch die Leiden seiner Mitmenschen, handelt er in der Begeisterung des Herzens, ist er fähig, seinem Gefühl, seiner Ueberzeugung etwas zu opfern? Der Grad seiner Theilnahme und Opferungsfähigkeit allein bedingte alsdann den religiösen Werth seiner Handlungen.

Der neueste Parlamentsbeschluß.

Das Parlament hat den Beschluß gefaßt, der von ihm zu erwarten war, es hat eine abermalige Theilung Polens ausgesprochen. Wir theilen diese Kunde mit den Gefühlen mit, deren sich kein Freund seines Volkes erwehren kann, wenn er die Schmach seines Volkes zu berichten hat. Ja, das Parlament hat durch diesen Beschluß Schmach über das deutsche Volk gebracht, und schämen müßte man sich, ein Deutscher zu sein, wenn man nicht die Ueberzeugung haben könnte, das deutsche Volk in seiner großen Mehrheit sei dem Beschlusse fremd und es werde denselben umstoßen, sobald es eine bessere Vertretung sich errungen hat.

Die Redner der Linken entwickelten in diesen Verhandlungen ebensoviel Energie als Beredsamkeit für den Abfall eines Mitglieds, des Herrn Jordan aus Berlin, der, wie man erfährt, neuerdings einen Bund

mit Radowitz und Lichnowski geschlossen, wurden sie gleichsam entschädigt durch das hier zum ersten Male auftretende Rednertalent eines posenschen Abgeordneten, Janiczewski, der eine bewunderungswürdige Rede hielt, aus welcher wir einige Stellen mittheilen wollen. Bezeichnend ist folgende: „Meine Wähler, die Bewohner der Kreise Buk und Samter, sind am 20. Mai zusammengetreten, um insgesammt gegen die Wahl eines Abgeordneten (zum Parlamente) zu protestiren; als sie aber von den Behörden dahin bedeutet wurden, dieß wäre nicht gestattet; als sie gesehen, daß alle Protestationen fruchtlos vorübergegangen, so griffen sie zur letzten gesetzlichen Waffe, die ihnen noch zu Gebote stand, sie wählten zum Abgeordneten ein Mitglied des gewesenen polnischen Nationalcomites, ein Mitglied der Deputation, die von Sr. Maj. dem König die Reorganisation erbeten hat; sie wählten also einen Solchen zum Abgeordneten, der mit dem ganzen Gang der Verhältnisse ganz genau bekannt ist; sie haben ihn hieher geschickt, damit er hier vor dem Angesicht des deutschen Volkes die Wahrheit enthülle (lebhafter Beifall auf der Linken und auf der Gallerie), damit er ihre wahren und einzigen — (Unterbrechung durch anhaltendes Bravorufen in der Versammlung und auf der Gallerie). Sie haben ihn hiehergesendet, damit er ihre einzig wahren Wünsche frei und feierlich ausspreche, daß sie nie die Einverleibung dieser Kreise verlangt haben, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil sie keine Deutsche sondern Polen seien, weil man von ihnen etwas Unmögliches verlange, wenn man ihnen zumuthe, Deutsche sein zu wollen, so sie es einmal nicht sind; sie haben ihn hieher geschickt, damit er vor der ganzen Repräsentation des deutschen Volkes ihre einzig wahren Wünsche, die nämlich hier vortrage, daß die Regierung von ihren Wünschen nicht gehörig unterrichtet war, wenn sie auf Grund derselben die Einverleibung beantragt hat, daß sie daher jede Trennung von ihren Brüdern, wenn sie je erfolgen sollte, als eine Gewalt ansehen werden, gegen welche sie ewig protestiren. Meine Herren, ich habe mit mir schwer gekämpft, ob ich die Wahl annehmen sollte oder nicht, ich habe sie angenommen im Vertrauen auf die Gerechtigkeitsliebe und Gewissenhaftigkeit der deutschen Nation; (Stürmischer Beifall) ich habe sie angenommen in der festen Ueberzeugung, daß die an Ort und Stelle angeregten Leidenschaften nicht bis hieher reichen und das Urtheil in dieser Sache trüben können; ich habe sie angenommen auch in der Ueberzeugung, weil ich es nicht glauben konnte, daß ein Volk, welches sich eben zu einem freien Dasein emporschwingt, einem andern schwächeren Stamme wird Fesseln schmieden wollen.“ Er setzt sodann das ungeheure Unrecht auseinander, welches Deutschland durch eine Theilung Posens begehen würde. „Die Fürsten, sagt er, haben nur das zerstört, was sich durch physische Gewalt zerstören ließ, sie haben nur zerstört den polnischen Staat, aber an die Nation Hand anzulegen, das wagten sie wenigstens öffentlich nicht, und wenn sie es auch nachher vielfach versucht haben, so scheuten sie sich doch immer, es öffentlich auszusprechen. Sie haben die polnischen Provinzen nicht für deutsche erklärt, sie haben ihre Nationalität erkannt, es hieß: ein preußisches, ein österreichisches, ein russisches, aber doch immer noch ein Polen. (Großer Beifall.) Sollte es denn möglich sein, daß jetzt auch noch das Letzte ausgerottet wird, sollte ich annehmen können, daß das freie Deutschland, während es sich ebenfalls erhebt, daß die Freiheit gegen sich selbst einen solchen Vernichtungskampf beginne, sollte ich dieses annehmen?“ Ueber die Wahlen in Posen sagte er: „Ist es möglich, gesetzlich zu wählen zu einer Zeit, wo nach den Worten eines deutschen Augenzeugen ein Pole in den Straßen der Stadt Posen sich nicht zeigen durfte, wo ein Pole in seinem Vaterlande für vogelfrei erklärt zu sein schien? Waren diese Wahlen gesetzlich auszuführen in einer Zeit, wo Polen zu Hunderten gefangen und auf die Festungen geschleppt, jetzt aber, nachdem die Wahlen vorüber sind, ohne alle Untersuchung freigelassen wurden?“ — „Ich komme nicht als Bettler zu Ihnen, ich komme mit meinem guten Rechte, nicht Sympathien rufe ich also an, sondern die Gerechtigkeit; an Ihre Gerechtigkeit appellire ich.“ (Unermeßlicher Beifall.)

Hören wir nun, wie diese Gerechtigkeit auf die Berufung antwortete:

Ruge hatte vorgeschlagen, die Frage als eine europäische zu betrachten (was sie ja auch ist) und sie im Vereine mit Frankreich und England zu lösen. Dieser billige und friedliche Vorschlag wurde sogleich verworfen.

Blum's Antrag, Commissäre von beiden Seiten niederzusetzen und auf Grund dieser neuen Untersuchung einen neuen Bericht zu erstatten, wurde bei namentlicher Abstimmung ebenfalls verworfen. Hierauf verließ die Linke den Saal und enthielt sich der Abstimmung über die schmachvollen Commissionsanträge, welche angenommen wurden. Erst am Schlusse erschien sie wieder, als der Zusatzantrag Schaffraths zur Abstimmung kam. Dieser war nichts anderes, als die Erklärung des Vorparlaments: „daß die Theilung Polens ein schmachvolles Unrecht und es heilige Pflicht des deutschen Volkes sei, zur Wiederstellung Polens mitzuwirken." Hierüber wurde namentlich abgestimmt und der Antrag mit 331 gegen 101 nicht minder verworfen.

So hat das deutsche Parlament, im Widerspruch mit dem Vorparlament, die vierte Theilung Polens vollzogen, und die Franzosen zum Krieg mit Deutschland herausgefordert. Krieg mit Frankreich aber ist Bündniß mit Rußland. Wer, der Augen im Kopfe hat, darf noch zweifeln, daß wir verrathen sind! G. D.

Abstimmung
der bayerischen Abgeordneten in der Frage über Vermehrung des stehenden Heeres.

Jedermann kennt den Parlamentsbeschuß, durch welchen das stehende Heer auf 900,000 Mann gebracht wird. Es scheint uns, da namentliche Abstimmung darüber statt gefunden, von Interesse, die Vota der bayerischen Abgeordneten herauszuziehen. Gegen die Vermehrung stimmten: Burkardt aus Bamberg, Schlörr aus der Oberpfalz, Schüler aus Zweibrücken, Haggenmüller aus Kempten, Reichard aus Speier, Schmitt aus Kaiserslauten, Kolb aus Speier, Blumröder aus Kirchenlamitz, Christmann von Dürkheim, Paur aus Augsburg, Titus aus Bamberg, Glaß aus Landau, Spatz aus Frankenthal, Tafel aus Zweibrücken, Umbscheiden aus Dahn, Behr aus Würzburg, Gulden aus Zweibrücken, Mayer aus Ottobeuren, Keim aus Baireuth (die Herren Behr, Keim, Burkardt und Schlörr) befinden sich hier ausnahmsweise auf Seite der Volksmänner, sie stimmen sonst regelmäßig mit der Majorität.) Für die Vermehrung stimmten: Fallmerayer aus München, Edel aus Würzburg, Künsberg von Ansbach, Schrenk aus München, Lasaul aus München, Thinnes von Eichstädt, Eisenmann aus Nürnberg; Ruhwandl aus München, Graf aus München, Haubnschmied aus Passau, Herrmann aus München, Vogel aus Dillingen, Glück aus München, Neumayer ditto, Schauß ditto, v. Zerzog aus Regensburg, Barth aus Kaufbeuren, Bauer aus Bamberg, Schubert aus Würzburg, Friederich aus Bamberg. Die übrigen bayerischen Deputirten waren abwesend.

Krafft aus Nürnberg, v. Raumer aus Dinkelsbühl, Weber von Neuburg, Döllinger aus München, Sepp ditto, v. Zenetti aus Landshut, Gangkofner aus Pottenstein, Gebhardt aus Hof, Gergel aus München, Arndts ditto, Grundner aus Ingolstadt, Reitmayr aus Regensburg, Eckert von Lohr, Rotenhahn aus München, Schneider aus Lichtenfels, Kirchgeßner aus Würzburg, Stahl aus Erlangen.

Demokratischer Provinzialkongreß.

Am 16. Juli constituirte sich in Breslau der schlesische demokratische Provinzialcongreß, um die Organisation der Partei in der Provinz zu berathen. Es waren 27 Vereine, jeder durch mehre Deputirte vertreten. Man einigte sich über folgendes Prinzip: die Volkssouveränetät ist die einzige Grundlage einer jeden Staatsverfassung. Ferner wurde beschlossen: Es wird eine Provinzialkasse gebildet aus freiwilligen Beiträgen der einzelnen Vereine. Das Geld wird verwendet zur Bestreitung von Portokosten für Korrespondenzen und für Drucksachen. Sollte jedoch die Kasse durch die nothwendig gewordenen Ausgaben erschöpft sein, so würde das Deficit den einzelnen Vereinen nach Verhältniß ihrer Beiträge zur Deckung überwiesen werden. Damit jedoch die Verbreitung der demokratischen Grundsätze über die ganze Provinz nicht durch Plakate allein geschehe, sprach der Congreß auch noch dahin seinen Wunsch aus, jeder einzelne möge populäre Aufsätze in die Kreisblätter liefern, welche die Demokratie vertreten.

Gedruckt unter Verantwortlichkeit der Verleger von Wilhelm Tümmel.
Expedition bei Joh. Gg. Meyer, Plobenhof S. 823.

Der freie Staatsbürger.

Ein Volksblatt aus Franken.

№ 45. Nürnberg, 3. August. 1848.

Neue Art von Postdebitsentziehung!!!

Lange schon konnten wir vermuthen, daß Bestellungen auf unser Blatt nicht überall von den Postämtern mit der schuldigen Beflissenheit angenommen und expedirt würden; von Frankfurt aus klagte man uns, daß man unser Blatt durch die Post nicht erhalten könne. Jetzt vermögen wir mit Beweisen aufzutreten. In Erlangen und in Windsheim wurden von den Postexpeditionen Bestellungen auf unser Blatt zurückgewiesen.

Aus Herzogenaurach wird uns von einem schlichten Landmann geschrieben: „Ich habe bei der Post 1 fl. 30 kr. bezahlt; ich glaube, die Post zieht nicht bei diesem Blatt; mein Geld haben sie mir einmal zurückgesendet."

Die Post sendet Geld zurück, sie nimmt Bestellungen nicht an; diese hoch bezahlte Post, welche zur Vermittlung des Verkehrs eingesetzt ist, übt also Censur aus, macht sich zur Polizeianstalt!

Wir glauben, diese Thatsachen, welche beweisen, daß die Postdebitsentziehung unter einer neuen Form auftauchen will, zur öffentlichen Kenntniß bringen zu müssen, und wir erinnern die Postbehörden an ihre Pflicht gegen das Publikum.

Herr Hansemann.

Es ist in mancher Beziehung recht gut, daß wir es noch nicht zur Republik gebracht haben. Es kann z. B. jetzt der überall ausbrechende Staatsbankrott nicht auf Rechnung der Republik gesetzt werden, wie er es gewiß geworden wäre, sondern jedermann sieht ein, daß er durch die schlechte Wirthschaft unter der Monarchie verschuldet wurde. Die Republik, die Wühler und Republikaner müssen viel über sich ergehen, und sich viel aufbürden lassen, daß aber Herr Hansemann eine Zwangsanleihe ausschreiben mußte, um die Staatsausgaben bestreiten zu können, dafür kann man sie gewiß nicht verantwortlich machen. Es ist etwas Komisches um eine Zwangsanleihe, die doch keine Zwangsanleihe sein soll, die doch als eine Maßregel sich ausgeben will, welche nur „die nutzlos liegenden Summen in Circulation setze." So sagt nämlich Herr Hansemann: „Die Zulässigkeit dieser Zwangsanleihe beruht auf der gewiß begründeten Voraussetzung, daß ein großer Theil des baaren Geldes in den Händen der Privatpersonen in kleineren oder größeren Summen nutzlos liege und nur durch eine Zwangsanleihe in Circulation gesetzt werden könne." Die neue rheinische Zeitung, welche überhaupt die Maaßregeln des „Ministeriums der That" mit überlegenem Witze analysirt, führt zu dieser ministeriellen Erklärung sehr treffend die Aussage jenes Gauners vor den englischen Assisen an, der einen Geizhals 2000 Pf. gestohlen hatte. „Meine Herren Geschwornen," begann der Angeklagte, „ich nehme Ihre Geduld nicht für lange Zeit in Anspruch. Meine Vertheidigung ist nationalökonomischer Natur und sie wird ökonomisch mit den Worten umgehn. Ich habe dem Herrn N. N. 2000 Pf. genommen. Nichts sicherer als das. Aber ich habe einem Privatmann genommen, um dem Publikum zu geben. Wo sind die 2000 Pf. hingekommen? Habe ich sie etwa egoistisch an mich gehalten! Durchsuchen Sie meine Taschen: Wenn Sie einen Pence finden, verkaufe ich Ihnen meine Seele um einen Facthing. Die 2000 Pf., Sie finden Sie wieder bei dem Schneider, dem Kaufmann, dem Restaurateur u. s. w. Was habe ich also gethan? Ich habe „nutzlos liegende Summen," die nur durch eine „Zwangsanleihe" dem Grabe des Geizes zu entreißen waren, „in Circulation gesetzt." Ich war ein Agent der Circulation und die Circulation ist die erste Bedingung des Nationalreichthums. Meine Herren, Sie sind Eng-

länder! Sie sind Oekonomen! Sie werden einen Wohlthäter der Nation nicht verurtheilen." Dieser Oekonom wanderte für seine Zwangsanleihe nach Vandimensland. Herr Hansemann bleibt vorläufig in Berlin. Die Zwangsanleihe soll aber zugleich keine Zwangsanleihe sein, nach Herrn Hansemann nämlich. Herr Hansemann brauchte 15 Millionen. Er wandte sich in seiner Noth an den Patriotismus der Preußen und forderte zu freiwilligen Anleihen auf. Niemand meldet sich. „Aber, sagt Hr. Hansemann, „es ist dieß wohl weniger dem Mangel an Vertrauen zu unsern Zuständen, als der Ungewißheit über das wirkliche Bedürfniß des Staates zuzuschreiben, indem man abwarten zu dürfen glaubte, ob und in welchem Maaße die Geldkräfte des Volks in Anspruch genommen werden möchten." Hierauf gründet Hr. Hansemann die Hoffnung, wenn das Volk einmal sehe, daß es zum Geldgeben gezwungen werde, werde es zuvor freiwillig kommen. Er hofft, das Volk werde es nicht zum Zwang kommen lassen, weil es ja sehe, daß, wenn es nicht gebe, ihm genommen werde. Ein schönes Vertrauen das. Um übrigens noch mehr zum freiwilligen Geben einzuladen, ist der Zinsfuß für das freiwillige Darleben auf 5 %, der der Zwangsanleihe auf 3½ festgesetzt. Das wird sicherlich die Reichen zum „freiwilligen Geben" bestimmen, aber die, welche das Ihre zur Bestreitung ihrer Bedürfnisse nöthig haben, müssen sich das Unentbehrliche nehmen lassen, und sie bekommen dafür nur 3½ %. „So, schließt die neue rheinische Zeitung, „erfüllt sich der Bibelspruch: Wer da hat, dem wird gegeben, wer aber nicht hat, dem wird auch genommen, was er hat."

Die Chartisten.

„S'ist Etwas faul im Staate England." Die Chartistensache dauert fort, und alle Verfolgungen, alle Verurtheilungen dämpfen die Bewegung doch nicht. Die Chartisten scheinen um so muthiger zu werden, je härtere Urtheile ausgesprochen werden. Wir theilen folgende Noten aus einem Sendschreiben mit, welches Ernest Jones vor seiner Verurtheilung an den Oberrichter erließ: Nur das Vorurtheil hat mich schuldig erklärt. Glauben Sie indessen nicht, daß ich mich für schuldig halte, weil eine der Mittelklasse entnommene Jury auf die falsche Anklage eines Whigjuristen hin mich als solchen befunden. Ich erinnere mich sehr wohl der Worte, die Ew. Lordschaft bei einem öffentlichen Diner in der City gesprochen: „Möge mir die City von London die Geschwornen schaffen, ich werde ihnen das Gesetz schaffen." Die City hat Ihnen die Geschwornen und Sie diesen das Gesetz geschafft und für mich, ich zweifle nicht, werden Sie das Urtheil schaffen, was gewinnen Sie dadurch? Ich bin nichts, als ein Apostel der Wahrheit. Ich bin Ihr Gefangener, aber die Wahrheit haben Sie nicht eingesperrt; sie ist draußen frei und gewaltig; Ihre Polizei kann sie nicht einfangen: sie macht ihre Hirschfänger stumpf und zerbricht ihre Knüttel; der Same ist ausgestreut und die Frucht ist aufgegangen und reift heran. Mylord! Sie hören von mir nur eine der warnenden Stimmen, welche das Leben aus seiner brausenden Tiefe zu Ihnen heraufsendet. Sie erachten den Chartismus für unterdrückt. Und doch ist er stärker als je! So lange das Elend dauert, wird der Chartismus gedeihen! Es ist der schreckliche Geist, welcher Euch in die Ohren raunt: „Kein Friede für die Reichen, bis daß dem Armen seine Kraft geworden!" Der Chartismus ist die Furie an der Seite der Unterdrücker und der Schutzengel des Fabrikkindes .... Macht dem Volk bei Zeiten Concessionen. Ihr versagtet den Iren die Repeal und jetzt verlangen sie volle Selbstständigkeit. Vernachlässigt Ihr länger die Chartisten, so dürften sie bald nicht mehr mit der „Charta" zufrieden sein, sondern dieses Wort in das Schiboleth: „Republik" verwandeln. Ich für mein Theil zöge friedliche Reform vor, aber ich stimme auch mit Baron Gurney überein, der folgenden politischen Grundsatz aufgestellt hat: „Die rechte aller politischen Wahrheiten, die der Seele des Menschen tief eingeprägt ist, besagt, daß alle Gewalt vom Volke ausgeht und nur zu seinem Vortheil an Beamte und Herrscher übertragen wird und daß, wenn diese übertragene Gewalt gemißbraucht wird, thätlicher Widerstand nicht bloß ein Recht, sondern eine Pflicht ist." Am 13. August findet ein großer Chartisten-Congreß Statt. —

Constitutionelle Waffen.

Am 23. Juli war eine Volksversammlung in Kranichstein. Der Volkslese-Verein in Darmstadt hatte

sie ausgeschrieben, und eine Menge Menschen aus dem Großherzogthum Hessen war dazu gekommen. Sie fanden die von dem Volkslese-Verein errichtete Tribune durch den Darmstädter constitutionellen Verein bereits besetzt, der behauptete, man müsse den von ihm aufgestellten Präsidenten anerkennen, obgleich es überall der Brauch, daß der Präsident von der Seite ernannt wird, von der die Einladung zur Versammlung ausgegangen. Vergebens versuchte der von der ungeheuren Mehrzahl zum Präsidenten bezeichnete Abgeordnete Zitz den Streit dadurch zu vermitteln, daß er vorschlug, es sollte von jeder Partei ein Präsident gewählt werden und beide vereint die Versammlung leiten. Die Constitutionellen gaben nicht nach. Da zogen 10—11000 Hessen eine Strecke weiter und hielten hier unter dem Vorsitz von Zitz ihre Versammlung, beschlossen einstimmig eine Eingabe um Berufung einer constituirenden Versammlung statt der auf Klassen unterschieden beruhenden zwei Kammern, so wie eine Petition an die Nationalversammlung um Schutz des Associationsrechts und der Preßfreiheit. Während der Verhandlungen fiel ein Schuß und eine Kugel streifte die Hand eines Anwesenden. Die Einen sagen, diese Kugel sei dem Abgeordneten Zitz, Andre sie sei dem Redakteur der Mainzer Zeitung Schütz bestimmt gewesen. Gewiß ist, daß schon zwei Stunden vorher ein Abgeordneter auf der Taunus-Eisenbahn gehört hatte, man würde bei der Volksversammlung auf Zitz schießen.

Der constitutionelle Congreß.

Dieser verhandelt gegenwärtig zu Berlin und ist von ungefähr 80 Vereinen beschickt. Man begreift nicht, wie es der constitutionellen Partei nöthig scheinen kann, für ihre Sache Propaganda zu machen, da ja ihrer stets wiederholten Erklärung zufolge die „ungeheure Mehrheit des deutschen Volks" bereits constitutionell ist, da ja die constitutionelle Sache in Deutschland in diesem Augenblick die herrschende ist. Aber die constitutionellen Vereine in Deutschland wollen sich centralisiren und organisiren, nicht um auf politische Ueberzeugung hin zu wirken, sondern um die Demokraten bei der Polizei zu denunciren. Das mag jetzt auf eine Weile ein einträgliches Handwerk abgeben, und es verlohnet sich schon, nach Berlin zu reisen, um einen großen Denunciantenbund zu schließen.

Allerlei.

In Nordamerika machen sich die Sympathien für die unglücklichen Irländer aufs stärkste geltend. In einer bei Newyork abgehaltenen Volksversammlung (Meeting) wurde eine Erklärung angenommen, deren Schluß also lautet: „Wir die Endesunterzeichneten schwören, daß wir mit Gefahr unsers Lebens ausziehen und die Mitglieder der englischen Regierung, wie alle ihre Stützen, niederschießen wollen, sei es en gros oder en detail, je nachdem sie der Herr in unsre Hand liefert."

Das Parlament ist bekanntlich gegen den König von Hannover mit großer Energie aufgetreten. Zum ersten Male war der Majorität die Linke zu „gemäßigt," zu „milde." Wir wollen nur sehen, ob sie auch consequent ist. War sie nur gegen die Widerspenstigkeit des alten Hochtory so energisch, und ist sie es nicht gegen die Widerspenstigkeit jedes Fürsten ohne Ausnahme, so ist sie feig. Denn Sache des Feigen ist es, gegen Schwache großmäulich zu sein und vor Starken sich zu ducken. Das Parlament wird bald Gelegenheit finden, zu beweisen, wo es feig oder muthig ist. Preußen scheint so ziemlich dieselben Widersetzlichkeitsgelüste zu haben, wie Hannover. Wird Preußen die Hand bieten zur Erzwingung der unbedingten Anerkennung der Parlamentsbeschlüsse von Seiten Hannovers? Wird es auf das Diplomatisiren in Schleswig verzichten? Wird es seine Festungen, dem Reichsverweser zur Verfügung stellen? Und wenn Preußen sich weigert, wird das Parlament energisch auftreten? Wenn es ein Mittel für das Parlament gibt, sich in der öffentlichen Meinung zu rehabilitiren, so ist es ein kräftiges Niederdrücken aller Sonderbündlerei. Und um kräftig auftreten zu können, muß es das Volk hinter sich haben, muß es sich populär machen. Amnestie!

Die Reichstagszeitung macht in Bezug auf die in einer unsrer Nummern erzählte Lustbarkeit der Parlamentsmajorität, bei welcher die Herren von

Vincke, von Beisler und von Wartensleben als Fürsten von Thoren auf der Tafel thronten, folgende bosbafte Bemerkung: Hoffen wir, daß bei der nächsten Intronisation eines Reichsverwesers die Monarchen selbst von einer solchen Feierlichkeit sich nicht ausschließen werden; wir könnten vielleicht ein gekröntes Haupt bezeichnen, welches schon jetzt aus gefühlvollster Ueberzeugung zu singen im Stande wäre:

Ich bin der Fürst der Thoren,
Zum Saufen auserkoren.

Man hat ausgerechnet, daß jedes in der Paulskirche zu Frankfurt gesprochene Wort 37 kr. kostet. Man sollte glauben, dieß veranlasse die Herren, sich kurz zu fassen. Allein es ist das Gegentheil der Fall. Insbesondre bei Berathung der Grundrechte wird die Zeit auf eine wahrhaft unverantwortliche Weise mit leerem Geschwätze vergeudet. Der Berichterstatter Beseler macht es am allerärgsten. Dieser Mensch spricht im buchstäblichen Sinne Stundenlange über Dinge, die bereits nach allen Seiten erörtert worden sind, und sein Gerede ist so hohl, so leer und bedeutungslos, daß Alles entweder schläft, oder sich langweilt oder fortläuft. Das genirt aber den Mann nicht im geringsten, denn er ist ein deutscher Professor, und meint, es gehöre zur deutschen Gründlichkeit, endlose Reden zu halten. Seine letzte Rede dauerte über 2 Stunden und kostete, nach obigem Maßstab berechnet, 610 Gulden. Die Reichtstagszeitung fragt: Ob er wohl meint, daß die Rede so viel werth sei? Die Reichstagszeitung muß wissen, daß ein deutscher Professor jede seiner Reden für unbezahlbar hält. Wenn es mit der Berathung der deutschen Grundrechte so fortgeht, wie bisher, wenn die Nationalversammlung nicht einsieht, daß eine Aenderung getroffen werden **muß**, so ist heute übers Jahr noch kein einziges Recht verkündet Doch es ist vielleicht auch gut so. Heutzutage muß man das Schlechteste wünschen, der Pessimismus soll leben! Je erbärmlicher es geht, um so eher ist zu hoffen, daß es besser kommt, und je langweiliger das Parlament die Berathung der Grundrechte betreibt, um so mehr ist zu hoffen, daß das Volk die ganze Frankfurter Wirthschaft satt bekommt.

In Bamberg ist es richtig gelungen, so eine Art Mißtrauensvotum gegen den Abgeordneten Titus zu Stande zu bringen. Es heißt in diesem Aktenstück, Herr Titus habe sich verpflichtet, für die constitutionelle Monarchie zu stimmen; da er aber bei der „demokratischen" Linken sitze, so möge er sich über diesen Widerspruch rechtfertigen. Soviel wir wissen, kann man von Herrn Titus nicht so kurzweg sagen, er habe sich verpflichtet, für die constitutionelle Monarchie zu stimmen. Wenn wir recht berichtet sind, oder vielmehr wenn unser Gedächtniß uns nicht täuscht, hat Herr Titus bei seiner Wahl ungefähr Folgendes geäußert: Ich bin Republikaner, aber da ich sehe, daß die meisten der Wähler für die constitutionelle Monarchie sind, so werde ich, wenn die Frage über Einführung der republikanischen Staatsform zur Berathung kommt, nicht für dieselbe stimmen, sondern zuvor mit meinen Wählern Rücksprache nehmen. Bis jetzt ist nun diese Frage noch nicht zur Berathung gekommen, und es ist daher Herrn Titus etwas Leichtes, sich vollkommen zu rechtfertigen. Was aber das „demokratisch" betrifft, so wird dieß hier zum ersten Mal dem „constitutionell monarchisch" entgegengesetzt. Herr Beisler sprach im Parlament von der Monarchie auf demokratischer Basis, Herr Eisenmann gibt sogar ein „demokratisch-constitutionelles" Volksblatt heraus. Es scheint fast, dem Verfasser der Erklärung ist im monarchischen Eifer der Verstand davon gelaufen. Die Erklärung ist von 63 Wahlmännern unterzeichnet; so vieler bedurfte es auf ein Haar, um die Majorität derselben zu haben, denn es sind unsers Wissens 124 Wahlmänner. In außerbayerischen Blättern lesen wir Berichte über die Art und Weise, wie man Unterschriften für die Erklärung zusammen zu bringen suchte. Diesen zufolge soll das Landgericht dabei nicht unthätig gewesen sein. Ob dieß wahr, können wir nicht behaupten. Eben so wenig wissen wir, was Herr Titus darauf thun wird. Nur die Ueberzeugung haben wir, daß derselbe sein Mandat augenblicklich niederlegen wird, sobald er die Ueberzeugung gewonnen hat, daß die Mehrzahl seiner Urwähler mit seinen Abstimmungen unzufrieden ist.

Gedruckt unter Verantwortlichkeit der Verleger von Wilhelm **Tümmel**.
Expedition bei Joh. Gg. **Meyer**, Plobenhof S. 823.

Der freie Staatsbürger.

Ein Volksblatt aus Franken.

№ 46. Nürnberg, 5. August. 1848.

Erscheint jeden Dienstag, Donnerstag und Samstag, und kann durch alle Postämter bezogen werden. Preis vierteljährlich 45 Xr. — Einrückungsgebühr 2 Xr. für die Zeile. — Einzelne Nummern à 3 Xr.

Die deutsche Frage.

Der offene Hohn, der von Preußen und andern rebellischen deutschen Regierungen dem deutschen Parlament geboten wird, haucht dem an der deutschen Nationalversammlung Verzweifelnden noch eine schwache Hoffnung ein. Wird sie sich ungestraft diesen Hohn bieten lassen? Wird sie den Schimpf, der in der Nichtanerkennung ihrer Beschlüsse liegt, ruhig hinnehmen? Oder wird sie endlich aus ihrer Schlaffheit sich aufraffen, und, gestützt auf das erwartungsvoll hinter ihr stehende Volk, die frechen Rebellen zermalmen? Die Energie, mit welcher sie dem König von Hannover entgegentrat, gibt einen Schimmer von Hoffnung. Schon um der Consequenz willen, sollte man glauben, muß ja das Parlament gegen Preußen, das offenen Verrath an Deutschland und seinem eigenen früheren Wort übt, ebenso energisch auftreten, und nicht bloß in Phrasen, sondern in Thaten. Aber freilich ist der Fall ein verschiedener; einem König von Hannover, diesem alten Querkopf gegenüber, der weder durch physische noch durch moralische Macht zu imponiren vermag, einige rednerische Lorbeeren pflügen, das ist eine höchst ungefährliche Sache. Dem König von Preußen mit seinen altpreußischen Zöpfen, mit seinen Junker-Offizieren und mit seinen übrigen Sonderbundsgenossen gegenüber, ist der Kampf schon bedenklicher.

Indessen ist es klar, daß dieser Kampf für das Parlament eine Existenzfrage ist. Hat es nicht den Muth, seinen Beschlüssen Kraft zu geben, so sitzt es, wie Jedermann einsieht, ganz vergeblich in Frankfurt, und es wäre ganz folgerichtig, wenn die preußische Armee die unnützen Schwätzer mit Bayonetten nach Hause senden würde.

Wie dem sei, zu was das Parlament sich entschließen mag: Eines ist gewiß. Sobald es einen kräftigen Entschluß zur Erschaffung einer wahren deutschen Einheit, zur Niederschmetterung aller rebellischen Regierungen faßt, so werden alle deutschen Demokraten, so wird die ungeheure Mehrheit des deutschen Volkes mit Begeisterung zur Vollziehung seiner Beschlüsse mitwirken. Die Demokraten sind mit den bisherigen Beschlüssen des Parlaments nicht zufrieden, sie können es nicht sein, denn die Revolution und ihre Errungenschaft, die zugleich das Lebensprinzip der Nationalversammlung selbst bildet, die Volkssouveränetät, ist in mehr als einem Beschluß verletzt worden. Die Versammlung, ihrem Prinzip nach selbst Demokratie, Volksherrschaft, hat sich gegen dieselben, folglich gegen sich selbst gewendet. Findet sie sich selbst wieder, kehrt sie zum Bewußtsein ihrer selbst, ihrer Macht, ihres Rechts und ihrer Pflicht zurück, so ist auch die Demokratie zum Prinzip der Neugestaltung Deutschlands erklärt.

In der That, wenn das Parlament irgend etwas ausführen will, auf wen anders kann es zählen als auf die Demokraten, auf das nur durch seinen eigenen Willen bestimmte Volk? Auf die deutschen Truppen? Aber diese sind es ja eben, die ihm von den deutschen Regierungen verweigert werden wollen. Auf die Constitutionellen? Diese könnte man zwar vortrefflich brauchen, so lange sich der deutsche Patriotismus mit Vertrauensadressen und mit Salbadereien abfinden konnte, wenn es aber zum Handeln, zum Entscheiden kommt, dann tritt die Unentschiedenheit der constitutionellen, ihre Halbheit, die in ihrem Prinzip liegt, hervor, und zwischen beiden streitenden Parteien schwankend, sind sie für beide unbrauchbar. Hier

ist nur die Entschiedenheit von Werth, und diese besitzt allein der Demokrat, dem das Volk Alles ist. Zudem hat aber der Constitutionelle auch keinen Boden im Volk, das seiner Natur nach jede Halbheit haßt, und das seine Freiheit ganz haben will. —

Der Kampf zwischen Deutschthum und Sonderbündlerei ist unausbleiblich; er steht nahe bevor, und nicht bloß in Preußen, auch in andern deutschen Einzelstaaten sinnt man auf Verrath an der deutschen Sache. Darum muß den Demokraten zugerufen werden: Seid auf Eurer Hut! Deutschland bedarf Eurer! Die deutsche Sache kann in Deutschland nur durch die Demokraten siegen, und mit ihr siegt auch die Demokratie. G. D.

Glossen zur Tagsgeschichte

(Das Reichsministerium.) Wie lange wird das Reichsministerium stehen bleiben? Gerade so lange, als das Parlament ehr- und pflichtvergessen mit rebellischen Regierungen und Fürsten unterhandelt, statt zu handeln. Sobald das Parlament, durch die Ereignisse getrieben, zum Bewußtsein seiner Ehre und Würde gelangt, wird das Ministerium fallen. Denn wer sind die Männer, die es bilden? Schmerling, der ehemalige Bundespräsidialgesandte, ein total unfähiger Mensch, ein seichter Schwätzer, ohne parlamentarische und andre Bildung, beschränkt, von seinen eigenen Gesinnungsgenossen nicht geachtet, von der Linken verachtet, äußerlich schon eine widerliche Persönlichkeit, wenn er in seinem näselnden Tone die abgenütztesten Gemeinplätze herschnarrt! Heckscher der unausstehlichste Schwätzer, den man hören kann, ein Mensch, der sich durch seine abgeschmackte Rede über die Reisefeierlichkeiten nach Wien und zurück, über die weißgekleideten, umarmungstollen Jungfrauen, über die Speisen, die den Herrn Deputirten zu Dresden aufgetragen wurden, wo sie getrennt von der königlichen und prinzlichen Gesellschaft, an einem Katzentisch so zu sagen ihre Eßlust befriedigen durften, sich auf ewige Zeiten vor ganz Deutschland lächerlich gemacht hat, ein Mann, in seinem Privatleben anrüchig, als vollendeter Egoist bekannt, gleichgültig in der Wahl der Mittel zur Bereicherung; seiner geistigen Befähigung nach nichts, als ein verschmitzter Advokat; ein Mann, der nur seiner aufdringlichen Kriecherei vor dem Erzherzog den Posten verdankt, auf welchem er vorläufig gar nichts zu thun hat, — denn wozu braucht das deutsche Reich jetzt einen Justizminister? — dem er aber nicht gewachsen ist, sobald einmal etwas darauf zu thun ist, d. h. sobald einmal eine Gesetzgebung für ganz Deutschland zu entwerfen ist! Endlich der Kriegsminister Peuker, eine völlig unbekannte Größe, von Radowitz empfohlen, dessen Empfehlung Niemandem zur Ehre gereicht, ein Mann, der in der Nationalversammlung, in dieser durchaus revolutionären Versammlung, in der man bis jetzt keine Orden sah, mit Orden aufgeputzt erschien! Das sind die Männer, die den Grundstein deiner Größe legen sollen, deutsches Volk! Diese thatlosen, schwatzhaften Zwerge sollen dem Reichsverweser beistehen, daß er sein Amt „zur Wohlfahrt und zum Ruhme“ des deutschen Volkes verwalte! Lassen wir einmal die Verwickelungen hereinbrechen!

(Die demokratischen Vereine und die Oesterreicher.) In Baden und Württemberg verbietet man die demokratischen Vereine, in Preußen, wo man die Errungenschaften der Revolution noch nicht so plump anzutasten wagt, beaufsichtigt man sie, d. h. man sendet von Amtswegen Polizeicommissäre in ihre Sitzungen. In Wien dagegen, wo eine von der Reaktion bestochene Horde den demokratischen Verein gesprengt hatte, erläßt der Sicherheitsausschuß deshalb eine Ansprache an seine Mitbürger, setzt zur Untersuchung dieses Frevels gegen „eines der heiligsten Rechte“ freier Bürger eine eigene Commission nieder, und um ihre Mißbilligung des rohen Attentates thatsächlich zu bekunden, treten plötzlich mehre Hunderte dem bedrohten Vereine bei. Ja, ja. Wenn Jemand vor 6 Monaten gesagt hätte, binnen eines halben Jahrs werde Oesterreich, das mißachtete Oesterreich Preußen und Süddeutschland in der Entwicklung seiner Freiheit überholt haben, wie wäre der ausgelacht worden! Und doch hätte er recht gehabt. Das Verhältniß hat sich geradezu umgekehrt. In Oesterreich steht der Thermometer der Freiheit jetzt am höchsten, dann kommt Preußen; am tiefsten steht er in Süddeutschland. Aehnlich ist es mit den Nationalversammlungen. Die österreichische ist um ein Gutes freisinniger als die preußische, und diese wieder etwas besser als die allgemeine deutsche in Frankfurt, die nur durch Ausscheidung der positiv-reaktionären Ele-

mente möglicherweise wieder etwas zu Ehren kommen kann. — Und woher kommt diese Verschiedenheit? Sind die Beamten in Oesterreich etwa weniger reaktionslustig, die Pfaffen weniger thätig, die Geldphilister weniger auf Erhaltung ihrer Geldmacht versessen, weniger geneigt, um eines Profits halber Ehre und Freiheit preiszugeben, als etwa in Bayern. Alle diese freiheitsmörderischen Elemente fehlen auch in Oesterreich nicht. Aber Eines ist anders. Die Oesterreicher, die Wiener sind Männer, Männer, welche die Freiheit und die allgemeine Wohlfahrt aller Klassen, Männer, welche die Ehre höher schätzen, als einen elenden zeitlichen Gewinn, Männer, welche sich nicht durch feige Drohungen einschüchtern lassen, Männer, welche sich als Männer fühlen, und nicht durch folgsames Ducken und Schweigen den österreichischen Namen zu einem Spott machen, bei den freien Nationen der Erde, Männer, welche entschlossen sind, für die Freiheit Alles zu wagen, Männer, welche sich nicht mit leeren Versprechangen und königlichen Proklamationen abspeisen lassen, sondern darauf dringen, daß das Versprochene gesetzlich festgestellt und weiter entwickelt werde. Würde es uns nicht allzusehr an solchen Männern fehlen, dann stünden wir nicht im Begriffe, auch das Wenige zu verlieren, was wir bereits haben.

(Graf Brandis.) Dieses Oberhaupt der Reaktion in ganz Oesterreich hat aus Tirol flüchten müssen. Selbst in dem waldursprünglichen Tirol erhielt dieser Erzreaktionär eine so eindringliche Katzenmusik, daß er sich bewogen fand, Reißaus zu nehmen. Ueberall bricht nachgerade das Licht durch; nur ein Fleck in Deutschland ist noch verdammt finster!

(Der preußische Verrath an Deutschland.) Das Interessanteste ist jetzt der Kampf, der zwischen der Centralgewalt und dem Parlament auf der einen Seite und einzelen störrigen Regierungen und Fürsten auf der andern in naher Aussicht steht. Preußen geht voran. Es will die Souveränetät der Nationalversammlung nicht anerkennen, sich ihr nicht fügen, sondern „eine selbstbewußte imponirende Haltung den Bestrebungen der Frankfurter Versammlung gegenüber einnehmen.“ Hannover hat seine rebellischen Gelüste bereits offiziell kund gegeben. Bayern hat durch den Minister Beisler erklärt, daß in Betreff der Volksrechte lediglich die bayerische Partikulargesetzgebung maßgebend sei, mit andern Worten, es hat erklärt: Wir bekümmern uns nichts um Eure Beschlüsse und thun, was wir wollen. Dieser Kampf muß ausgefochten werden, die deutsche Sache muß siegen gegen das Preußenthum, das Bayernthum, das Hannoverthum, gegen alle sonderbündlerischen Bestrebungen, und die energischen Erklärungen des Parlamentes gegen den König von Hannover lassen hoffen, daß es wenigstens in dieser Sache seine Ehre zu wahren wissen werde. Siegen kann das Parlament in diesen Kampfe aber nur, wenn es sich auf die deutschen Demokraten stützt; denn nur die Demokraten dringen allenthalben mit Energie auf ein einiges Deutschland, treten überall, wie der Reaktion, so dieser mit ihr eng verbundene Sonderbündlerei entschieden entgegen. Daß die sogenannten Constitutionellen gar nichts sind, als die trockenen Pelzwäscher, die schönrednerischen Phrasenmacher, die, nachdem sie ein Langes und Breites von Deutschthum und Unterwerfung unter das Parlament geplappert, dann, wenn es zur Entscheidung kommt, es weder mit der einen noch mit der andern der streitenden Parteien verderben wollen, das ist eine alte Geschichte, und liegt in ihrer Natur, denn ihre Natur ist die Halbheit. — Preußen also ist in diesem deutschen Sonderbundskriege vorangeschoben worden; es ist das deutsche Luzern. Seit einiger Zeit schon machen die Stockpreußen, jene Menschen, welche in ihrem preußischen Zopfdünkel wähnen, Preußen könne Deutschland nicht bloß entbehren, sondern sogar besiegen, gegen das „Aufgeben Preußens in Deutschland“ ungeheure Umtriebe, die von der Regierung nicht bloß geduldet, sondern unter der Hand unterstützt werden. Preußische Beamte verbreiten auf jede Weise Broschüren, worin „alle braven Preußen“ aufgefordert werden, den Reichsverweser nicht anzuerkennen, „weil kein Preuße zugeben könne, daß sein König der Diener eines katholischen, österreichischen Prinzen werde;“ Herr Benda, ein preußischer „Constitutioneller,“ will, daß jeder Preuße als Landesverräther dem Gerichte zur strengen Bestrafung überwiesen werde, der durch Wort oder Schrift die unbedingteste, in sich selbst begründete Selbstständigkeit Preußens als europäischer Staatsmacht in Abrede stellt oder gar die Vernichtung dieser Selbstständigkeit beantragt; die Börsenmänner und Agioteurs sind mit

einem Male vom Geist des Preußenthums beseelt, werfen auf der Börse die schwarz-roth-goldnen Kokarden weg, ja einige haben vor, am 6. August die deutschen Fahnen zu verhöhnen und dafür die preußischen aufzupflanzen. In Potsdam scheint man in dieser Angelegenheit unthätig zu sein, aber man scheint es auch nur, in der That wirkt man von dort aus im Stillen ungeheuer. Die ganze Armee wird von den Offizieren bearbeitet, die Bureaukratie bekommt ihre geheimen Ordres. Auf Anordnung des Ministeriums selbst soll in einer der nächsten Sitzungen der Nationalversammlung in Berlin von der Rechten eine Interpellation erfolgen, dahin lautend, welche Maßregeln die Regierung zu ergreifen gedenke, um die Selbstständigkeit Preußens innerhalb des einigen Deutschlands zu sichern. Einstweilen triumphirt die reaktionäre stockpreußische Partei, welche in der neuen preußischen Zeitung ihr Organ hat, bereits, man habe in Berlin sich förmlich geweigert, die Truppen am 6. August dem Erzherzog Johann huldigen zu lassen; und der Minister Auerswald erklärte: „Wenn wir fortfahren werden, mit Aufrichtigkeit und Hingebung die Einheit Deutschlands zu fördern, so werden wir dennoch alle Maßregeln vermeiden, welche die zur Stärke Deutschlands nothwendige Würde und Selbstständigkeit Preußens gefährden können.“ Das heißt also: „Wenn der König von Preußen Kaiser von Deutschland wird, dann erkennen wir ein einiges Deutschland an, aber „einem österreichischen Erzherzog stellen wir die preußischen Truppen nicht zur Verfügung.“ Wie die preußischen Demokraten über diese stockpreußische Sonderbündlerei denken, kann man nachstehender Stelle in der neuen rheinischen Zeitung entnehmen: „In diesem Augenblick, wo Preußen an Deutschland im Dienste seiner Sonderinteressen einen Verrath zu begehen und gegen die Centralgewalt zu rebelliren sucht, ist es die Pflicht eines jeden Patrioten, keinen Pfenning freiwillig zur Zwangsanleihe beizusteuern. Nur durch eine consequente Abschneidung der Lebensmittel kann Preußen gezwungen werden, sich an Deutschland zu ergeben.“ So müssen die Demokraten aller deutschen Staaten denken — handeln, wenn ihre Regierungen Sonderbündlerei treiben.

Frankfurt a.M. den 2. August 1848.

Das Resultat der heutigen Sitzung ist ein zu merkwürdiges, als daß dasselbe nicht sogleich aller Welt und dem ganze Volke bekannt gemacht werden müßte. Bei der Abstimmung über den Absatz des §. 6. der Grundrechte „Standesprivilegien finden nicht statt,“ der beiläufig gesagt in dieser Hoffnung angenommen wurde, waren verschiedene Amendements über die Aufhebung des Adels eingebracht, und über eines desselben wurde namentlich abgestimmt. Dasselbe lautete, der Adel wird aufgehoben, das Resultat ist folgendes: 282 haben für Beibehaltung des Adels und 165 für Aufhebung des Adels gestimmt. Von Bayern haben für Beibehaltung gestimmt: Arndts, Bauer von Bamberg, v. Beisler, Cucumus, Dollinger, Edel, Eisenmann, Friedrich Gebhardt von Hof, Glück, Gombart, Haubenschmied, Krafft, Künßberg, Lassaulx, Müller aus Damm bei Aschaffenburg, v. Nagel, Obermüller, Paur, Phillips, Quante, v. Raumer, v. Rotenhahn, Ruhwandl, Eckert, Schauß, v. Schrenk, Schubert von Würzburg, Stahl, Vogel aus Dillingen, Weber, Bassermann, v. Wulffen, v. Zenetti, v. Zerzog. Für Aufhebung des Adels haben gestimmt: Blumröder, Christmann, Glaß, Gulden, Haggenmüller aus Kempten, v. Herrmann aus München, Kirchgeßner aus Würzburg, Mayer aus Ottobeuern, Reichard, Schmitt, Stockinger, Spatz, Tafel, Titus.

Allerlei.

Ist der Reichsverweser kraft der Souveränetät des Volks gewählt? Nach der Adresse des Bundestags an ihn bekanntlich nicht, denn nach dieser hat die Bundesversammlung ihn Namens der Regierungen die bisher ihr zugestandenen Befugnisse „übertragen;“ nach seinen eigenen Worten auch nicht, denn als die Deputation in Wien ihm seine Erwählung öffentlich ankündigte, berief er sich nicht auf diese Wahl, sondern nur auf die „Zustimmung der deutschen Regierungen.“ Die Nationalversammlung nimmt dieß Alles ganz ruhig hin. Mit Recht sagt die Reichstagszeitung: sie spricht sich zwar souverän, aber sie fühlt sich nicht souverän.

Gedruckt unter Verantwortlichkeit der Verleger von Wilhelm Tümmel.
Expedition bei Joh. Gg. Meyer, Plobenhof S. 823.

Der freie Staatsbürger.

Ein Volksblatt aus Franken.

№ 47. Nürnberg, 8. August. 1848.

Erscheint jeden Dienstag, Donnerstag und Samstag, und kann durch alle Postämter bezogen werden.
Preis vierteljährlich 45 Kr. — Einrückungsgebühr 2 Kr. für die Zeile. — Einzelne Nummern à 3 Kr.

Das neue Unterrichtswesen.

Die Bewegung, welche Europa ergriffen hat, ist nicht bloß eine politische, sondern auch eine sociale, d. h. sie erstrebt nicht bloß die politische Freiheit, sondern auch die geistige und materielle Wohlfahrt aller Menschen.

Einen Anfang, aber auch nur den Anfang zur Lösung der socialen Frage bildet die Einrichtung eines besseren Unterrichtssystems für alle Klassen der Staatsbürger. Ist der Mensch als solcher zur Freiheit bestimmt, so müssen ihm auch die Mittel zu seiner inneren Befreiung gegeben sein, und diese erhält er in einem wohl organisirten Unterrichts- und Schulwesen. Dieses Schulwesen, welches bisher so tief im Argen lag, eben weil der bisherige Staat kein Interesse an der Bildung des Volks hatte, weil es im Gegentheil in seinem Interesse lag, das Volk in der Dummheit zu erhalten, wird im socialen, demokratischen Staate zu dem bei weitem wichtigsten Institute. Schon deshalb muß es frei werden von der Oberaufsicht der Kirche; seine hohe Würde, seine erhabene Aufgabe, freie Persönlichkeiten, freie Staatsbürger zu bilden, verlangt Selbstständigkeit, vollkommene Freiheit. Aber auch deshalb ist die Emancipation der Schule von der Kirche nothwendig, weil die Kirche, die bisher die Schule unter ihrer Obhut hielt, etwas nicht viel besseres war, als eine Polizeianstalt, weil ihre Interessen mit denen des Polizeistaates vielfach Hand in Hand gingen, weil sie, wie er, auf die Verdummung des Volkes, auf die Ertödtung des Geistes, auf die Herabwürdigung der Vernunft hinarbeitete. Wir bemerken ausdrücklich, daß wir sagten die Kirche, nicht die Religion. Beides muß wohl und scharf unterschieden werden. Die Religion als die Erhebung des Gemüthes, als die Begeisterung für das Wahre, Schöne, Gute verträgt sich mit der schärfsten Verstandes- und Vernunft-Bildung, ist etwas Innerliches, Belebendes, während die Kirche den Geist in äußerliche, todte Formeln zwängt.

Die Schule muß also frei werden, ihre Diener müssen aus der schmachvollen Stellung der Unterwürfigkeit, in der sie bisher seufzten, heraufrücken zu einer der bedeutendsten Stellungen im freien Staate.

Die Bildung darf kein Vorrecht einer Klasse sein. Das Kind des Arbeiters hat dasselbe Talent, wie das Kind des Bankiers, und dasselbe Recht darauf, daß es geweckt und ausgebildet werde. Der Unterricht in der Volksschule, welche das geringste Maaß allgemeiner Staatsbürgerbildung bietet, muß daher unentgeltlich ertheilt werden.

Aber höhere Fähigkeiten und Talente begründen Anspruch auf weitere, auf höhere wissenschaftliche Bildung, und im socialen, demokratischen Staate muß auch dem unbemittelten Jüngling Gelegenheit geboten sein, sich diese höhere Bildung anzueignen, und dadurch seinem Staate sich nützlich zu machen.

Dieß sind ungefähr die allgemeinsten Grundsätze, von denen die Organisation des Schulwesens im Vernunftstaate ausgehen muß.

Eine Gesellschaft von Abgeordneten der preußischen Nationalversammlung hat diese unter Zuziehung Diesterwegs und Fr. Kapps, folgendermassen ausgesprochen.

§. 1. Die Schule ist Staatsanstalt; sie ist von der Kirche unabhängig.

§. 2. Die Schule gewährleistet dem Kinde jedes

Preußen den zur allgemeinen Menschen-, Bürger- und Nationalbildung erforderlichen Unterricht.

§. 3. Dieser Unterricht wird auf den verschiedenen Stufen der Volksschule unentgeltlich ertheilt. Auch in allen höhern Bildungsanstalten empfangen Unbemittelte unter den im Gesetze näher zu bestimmenden Bedingungen freien Unterricht.

§. 4. Der Unterricht ist allen Konfessionen gemeinschaftlich. Der allgemeine Religionsunterricht verbleibt der Schule, der konfessionelle ist von derselben ausgeschlossen.

§. 5. Jeder kann Unterricht ertheilen und Bildungsanstalten errichten, der die gesetzlichen Bestimmungen erfüllt, an welche diese Berechtigung geknüpft ist.

§. 6. Der Staat überwacht alle Erziehungs- und Unterrichtsanstalten ohne Ausnahme.

§. 7. Das Unterrichtsgesetz regelt die Ausführung der vorstehenden Bestimmungen.

Wir haben oben gesagt, die bessere Einrichtung des Unterrichtswesens bildet nur den Anfang zur Lösung der socialen Frage. Es reicht nämlich Bildung allein nicht hin, um die Wohlfahrt der Menschen zu begründen; im Gegentheil, je mehr Bildung der Mensch hat, um so schmerzlicher wird er das materielle Elend fühlen, und die Pflanzer in Westindien handeln nur consequent, wenn sie ihren Sklavenkindern den Besuch auch der armseligsten Schulen verbieten. Der in physischer Unterdrückung, in physischem Elend lebende Mensch kann durch Bildung nur elender werden.

Es muß deshalb das Recht des Menschen zur Anerkennung kommen, daß ihm gegen die Arbeit, welche nicht bloß des Menschen Pflicht, sondern seine Ehre und ihm Genuß ist, von der Gesammtheit eine des Menschen würdige Existenz gereicht werde.

Dieß zu verwirklichen, ist die Aufgabe unsrer Zeit, eine schwierige Aufgabe, aber der menschliche Geist wird sie lösen.

Glossen zur Tagsgeschichte

(Die preußischen Konstabler) Wenn man jetzt nach Berlin kommt, begegnet man alle 5 Schritte einem blau uniformirten Konstabler oder Schutzmann. Für dieses vielbesprochene Schutzmannsschaftsinstitut hat das Ministerium Hansemann nicht mehr als 1,200,000 Thaler jährlich verlangt, also, daß selbst die Rechte erklärt hat, eine so ungeheure Summe könne man für ein ganz überflüssiges Institut denn doch nicht bewilligen Diese Konstabler sind nämlich nichts anders als gut bezahlte Müssiggänger, welche den ganzen Tag über die Fensterscheiben zählen können, und, um doch etwas zu thun, Flugschriften confisciren und Leute verhaften, die an den Straßenecken sich harmlos unterhalten. Niemand kennt die Instruktionen, die sie haben, und wenn man sie fragt, was sie Alles confisciren können, geben sie die Antwort: Alles, was uns gefährlich scheint. Sie sind also nur eine vermehrte Ausgabe der Gendarmen. Dafür sind sie mit 15—20 Thaler monatlich bezahlt, so daß die 2000 Konstabler von Berlin allein jährlich 480,000 Thaler kosten werden. Obgleich noch sehr jung, hat doch das Institut bereits den ganzen Haß des Volkes auf sich geladen.

(Die Republik.) Der allgemeinen Zeitung zufolge soll der Reichsverweser in Gegenwart Schuselka's gesagt haben, er sehe die Republik für Deutschland kommen. Seitdem die Regierungen von Hannover, Preußen und Bayern sich vereinigt haben, um ihr durch Widersetzlichkeit gegen die Beschlüsse der Centralgewalt in die Hände zu arbeiten, sind jedenfalls ihre Aktien wieder bedeutend gestiegen.

(Herzensergießungen eines preußischen Lieutenants.) Ein solcher äußerte jüngst in Hamm: Wer sind Preußen und de deutsche Kokarde sollt' man de Schweine anhesten. — Derjenige, welcher nach den Märztagen in Berlin zuerst die deutsche Kokarde ansteckte, hat sie allerdings nicht sehr zu Ehren gebracht.

(Königsworte.) Der König von Preußen hatte erklärt: Preußen geht fortan in Deutschland auf. Der König von Bayern hatte erklärt: Das Militär soll auf die Verfassung beeidigt werden. Nun stellt es sich heraus, daß der König von Preußen will, Deutschland soll in Preußen aufgehn und daß man die nöthigen Schritte thut, um Deutschland preußisch zu machen. Die bayerische Regierung ihrer Seits erklärt, das Militär habe zwar auf die Verfassung geschworen, allein es stehe deshalb dem Soldaten nicht frei, im einzelnen Falle zu urtheilen, ob Etwas eine Verfassungsverletzung sei, vielmehr habe er seinem Offizier unter allen Umständen blindlings zu gehorchen. So die offizielle Neue Münchner Zeitung. Die

bayerische Regierung ist sehr ungeschickt, daß sie das so plump herausfagt. Wozu denn? Die Soldaten hätten ja doch „Ordre parirt.“ So aber macht die Sache nur ein unnöthiges Aufsehen und kann zu allerlei Gedanken über die Glaubwürdigkeit von Fürstenworten Anlaß geben.

(Das deutsche Wappen.) Deutsches Wappen und Flagge hätten wir also. Das Roth kommt in die Mitte zwischen schwarz und gold zu stehen, der Adler hat zwei Köpfe und offene Fänge. Wir haben überhaupt Alles, Alles, — bis auf die Hauptsache, das einige und freie Deutschland selbst.

(Der Krieg in Italien.) Es ist bemerkenswerth, daß die Allgemeine österreichische Zeitung, das Organ des Herrn von Schwarzer, der jetzt Minister geworden ist, sich sehr entschieden gegen den Krieg in Italien ausspricht. „Wir werden nicht aufhören, Frieden zu verlangen, so schließt sie. Frieden um jeden Preis.“ Möchte dieses Verlangen erfüllt werden, bevor durch Frankreichs Intervention die Verhältnisse noch mehr verwickelt werden.

(Deutscher Patriotismus.) In einer der letzten Sitzungen der Nationalversammlung hatten die „patriotischen“ Mitglieder dieser Versammlung großes Aergerniß an einigen minder schmeichelhaften Ausdrücken genommen, welche Herr Nage über den Wütherich Radetzky gebraucht. Die Nationalversammlung hatte Recht, Radetzky ist dieser hohen Versammlung vollkommen würdig, denn wie sie, so bringt er Schande und Verachtung auf den deutschen Namen. Seit einiger Zeit nehmen die Feuersbrünste in Mailand und der Umgegend auf eine schreckenerregende Weise überhand. Woher das? Der „deutsche Patriot“ Radetzky ließ in Mantua eine Menge Verbrecher in Freiheit setzen, machte ihnen aber zur Bedingung, daß sie sich in die Lombardei zu begeben, dort in Dörfern und Städten Feuer anzulegen und so Schrecken und Unordnung hervorzurufen hätten. Ist das nicht eine Kriegführung, welche des 19ten Jahrhunderts und der hochgebildeten Deutschen würdig ist? Es lebe der sengende und brennende, der stehlende, völkerzerschneidende und Nationalitäten mordende deutsche Patriotismus!

(Die Stimmung in Berlin.) In Berlin wirkten die Umtriebe gegen die Unterordnung unter die Centralgewalt und die Unverschämtheiten der Konstabler sehr günstig für die Demokratie. Das Volk scheint nach und nach wieder zu erwachen zum Bewußtsein, daß es am 18. März eine Revolution gemacht hat, um deren Früchte man es theils schon betrogen hat, theils betrügen will. „Das ist das Unglück der Deutschen, sagt die rheinische Zeitung, daß man erst auf ihnen herumtrampeln muß, bevor sie aus ihrer Schläfrigkeit aufwachen, und das Joch ihrer Quäler abzuschütteln suchen.“ Ein leider nur allzuwahres Wort! Noch viel trauriger aber ist, daß in manchen Staaten Deutschlands das Volk auch dann sich nicht rührt, wenn man es mit Füßen tritt und mit Scorpionen züchtigt, wenn man seine Bürger ohne Grund verhaftet und jeder Schritt und Tritt, den es thut, überwacht und ausspionirt. In Berlin erwacht doch der Volksgeist wieder, der in andern Staaten einen ewigen Schlaf zu schlafen scheint. Die Berliner Studentenschaft, durch eine mißbilligende Aeußerung des Königs über das bewaffnete Studentencorps schwer beleidigt, scheint fortan wieder mehr Thätigkeit für die Revolution entfalten zu wollen. Sie nahm ein Plakat über die Unterordnung Preußens unter Deutschland an und wird auch eine Adresse an die Heidelberger Studenten erlassen. Gegen die Konstabler, welche jeden arretiren, der Deutschland hoch leben läßt und welche die anständigsten Frauen als Dirnen anhalten, spricht sich die öffentliche Entrüstung immer schärfer aus. Kurz, es gährt, und diese Gährung kann für die Sache des Volks ein günstiges Resultat haben, weil die Reaktion immer offener und ungescheuter ans Licht tritt.

Der Centralausschuß der deutschen Demokraten an die badischen Minister von Dusch, Bekk, C. Hoffmann, F. Hoffmann und Mathy.

Durch einen Erlaß vom 22. Juli d. J. haben Sie mit einem Schlage die sämmtlichen demokratischen Vereine Badens aufgelöst. Sie haben dadurch die erste Grundbedingung jeder freien und regelmäßigen Volksentwicklung — das Recht der freien Association — vernichtet, und damit den Rechtszustand Ihres Landes wieder auf den unglückseligen Punkt zurückgeführt, den das deutsche Volk durch die Revolution dieses Jahres für immer überschritten glaubte. Sie erklären

zwar, daß Sie die Freiheit des Staatsbürgers hochachten, die politischen Bestrebungen auf verfassungsmäßigem Wege ungehindert walten lassen und die Associationen nur dann für unzulässig halten, wenn die Kraft derselben sich gegen die Verfassung selbst wende. Wir aber geben Ihnen zu bedenken, daß das Recht der Associationen eine Täuschung ist, wenn es gerade für die Fälle nicht angewandt werden soll, für welche der Staatsbürger seiner am meisten bedarf, daß die Arbeit an der Umgestaltung einer für untauglich gehaltenen Staatsverfassung die erste der Bürgerpflichten, und daß ein unblutiger Uebergang aus einer Staatsform in die andere nur durch die ungehinderte Ausübung des Rechtes der Association möglich ist. Wer die Reform verneint, der provocirt die Revolution. Sie haben es im April d. J. unterlassen, dem badischen Volke den Weg der ersteren zu eröffnen und haben die letztere — den republikanischen Aufstand — heraufbeschworen. Nicht die Republikaner, sondern Sie, die Sie die Republikaner gehindert haben und noch hindern, ihre Ansichten auf dem Wege der friedlichen Agitation zur Geltung zu bringen, Sie sind dem Volke verantwortlich für die beklagenswerthen Folgen jener Ereignisse. Nicht die, welche in einer neuen Staatsform die Bedingung eines neuen Wohlstandes suchen, sondern die, welche mit Gewalt der Waffen die alten Quellen des Elends vertheidigen, aus denen schon vor den Stürmen der Gegenwart das Unglück des Volkes im Uebermaße geflossen ist, tragen die Schuld der wachsenden Volksnoth und Erwerblosigkeit.

Mögen diplomatische Minister immerhin nach einem vollendeten Akte der Unterdrückung lächeln über die Thränen und Flüche des Volkes — es wird ihnen nicht gelingen, einem zum Bewußtsein gekommenen Volke den Weg der Entwicklung zu versperren, und die allgemeine Bewegung wird sie als kleine Hindernisse beseitigen.

Berlin den 31. Juli 1848.

Fröbel. Rau. Kriege. Meyen. Heramer.

Frankfurt a. M. den 4. August 1848.

In der heutigen Sitzung wurde §. 7. der Grundrechte: Unverletzlichkeit der persönlichen Freiheit, Beseitigung der Ausnahmsgerichte, Verhaftung nur gegen richterlichen mit Gründen versehenen Befehl, Freilassung gegen Kaution, Abschaffung der Todesstrafe, des Prangers, der Brandmarkung und der körperlichen Züchtigung — angenommen. Gegen die Abschaffung der Todesstrafe stimmten von den bayerischen Abgeordneten unter Andern: Eisenmann, Obermüller, Edel, Philipps, Grundner, Cucumus, Stahl, H. Gebhardt, Zenetti, Gombart; für Abschaffung: Gangkoffen, Schubert, Weber, Herrmann, Titus, Rotenhan, Ruhwandl, Thinnes, Tafel, Gulden, Spatz, Keim, Krafft, Kirchgeßner, Stockinger, Schauß, Schmidt, Umbscheiden.

Allerlei.

Durch mehre deutsche Zeitungen lauft das Gerücht, der Reichsminister der Justiz sei derselbe Dr. Heckscher aus Hamburg, welcher in das schmutzige Omnibus-Unternehmen des berüchtigten Gauners Dr. Freyberg in Berlin verwickelt gewesen, der deshalb einige Zeit verhaftet war. So viel ist gewiß: Hr. Heckscher ist Advokat in Hamburg, bezieht von der Geldaristokratie in Hamburg für die Vertretung ihrer Interessen täglich 36 Thaler, und hatte bei dem Banquier Bethmann, der zugleich Hamburger und russischer Agent ist, bisher frei Quartier und Kost. Das Haus Bethmann wird nun die Reichsbanquierstelle erhalten, und die Frau von Rothschild ist bereits aus Aerger darüber gestorben. —

(Gräßliches Verbrechen.) Es ist ein Glück für Herrn Gervinus, daß er nicht in Mittelfranken lebt. Er würde sonst verhaftet, processirt und höchst wahrscheinlich geköpft. Denn er hat den furchtbaren Frevel begangen, zu verlangen, man solle (erschreckt nicht!) alle deutsche Staaten unter 500,000 Seelen für Reichsland erklären und die Fürsten derselben — pensioniren. Der geht noch über Herrn Sticht hinaus, denn dieser hatte nur die Möglichkeit einer Pensionirung ausgesprochen.

Berichtigungen.

In Nro. 46. haben sich folgende Sinn entstellende Druckfehler eingeschlichen: pag. 177 Spalte 1. Zeile 11 v. u. „pflügen“ statt „pflücken“. pag. 180 Spalte 2 Z. 7 v. o. „Hoffnung“ statt Fassung

Gedruckt unter Verantwortlichkeit der Verleger von Wilhelm Tümmel.
Expedition bei Joh. Gg. Meyer, Plobenhof S. 823.

Der freie Staatsbürger.

Ein Volksblatt aus Franken.

№ 48. Nürnberg, 10. August 1848.

Erscheint jeden Dienstag, Donnerstag und Samstag, und kann durch alle Postämter bezogen werden.
Preis vierteljährlich 45 Kr. — Einrückungsgebühr 2 Kr. für die Zeile. — Einzelne Nummern à 3 Kr.

Der Adel.

Mag man Dir auch eine duftige Blüthe um die andre aus Deinem tausendjährigen Ehrenkranz brechen, Du unter Zehnten, Sterbfall, Handlohn, Besthaupt, Fideikommissen, Jagdgerechtigkeiten, Exemtionen und Privilegien in bekannter Weise zu Ruhm und Wohlfahrt gelangtes deutsches Volk, hat man Dir auch mit unverantwortlicher Neuerungssucht Deinen Pranger, Deine Brandmarkungen, den Galgen und das Schaffot, ja sogar den Prügel, diese durch ihr Alter und ihre tiefe Bedeutung ehrwürdigen Institute, von denen ich noch nicht begreife, wie Deutschland ohne sie soll bestehen können, mit einem Federstrich geraubt, Eines ist Dir noch geblieben, Eines bildet noch für Dich die Brücke zu jenem glorreichen Mittelalter, mit dessen letzten Resten alle deutschen Herrlichkeiten verschwinden würden, das ist Dein Adel. Ihn hat man Dir gelassen, nicht bloß zur Erinnerung an jene schönen Zeiten, in denen hochherzige Stegreifritter, ihrer Zeit um Jahrhunderte voraneilend, an Deinen friedlich von der Messe heimkehrenden Kaufleuten mit Heldenmuth kommunistische Experimente machten, oder an jene späteren und jüngsten Zeiten, da die würdigen Nachkommen jener ritterlichen Helden mit beispielloser Aufopferung die Verwaltung Deiner Angelegenheiten ausschließlich auf ihre Schultern nahmen, mit Galgen, Pranger und Prügel an Deiner Erziehung und an der Völkerbeglückung arbeiteten, auf den Congressen und in den ersten Kammern väterliche Gesetze für Dich machten, deren wohlthätige Wirkungen Du leider in strafbarer Undankbarkeit nicht immer anerkennen wolltest, und aus ihren aristokratischen Vollblutkreisen allezeit mit Vergnügen heraus- und mit der Bürgerkanaille in Verbindung traten, wenn durch die Mitgift eines Kaufmannstöchterchens einem herabgekommenen Rittergut aufzuhelfen, einem mit Schulden belasteten Cavalier Luft zu verschaffen war; — sondern man hat ihn Dir gelassen, namentlich auch als Bürgschaft dafür, daß Du nicht leichtsinnig gebrochen hast mit Deiner ganzen ruhmvollen Vergangenheit, daß Du im Gegentheil durch dieses eine Institut wieder in den Besitz der übrigen mittelalterlichen Institute kommen wirst, ohne die nun einmal für Dich kein Heil ist Du weißt ja aus Erfahrung, deutsches Volk, daß es genügt, dem Teufel ein Haar zu geben, und bald hat er den ganzen Menschen; so hat Dich das Mittelalter jetzt zwar bloß am Haare des Adels, aber bald, sei getrost, wird es wieder Dich ganz haben, und Deine Kaiser- und Feudal-Herrlichkeit wird in der alten Pracht aufsteigen. Heil also, Deinen würdigen Vertretern im deutschen Parlamente, welche Deine Bedürfnisse erkannten und Dir Deinen Adel ließen, Heil insbesondre auch dem Abgeordneten der Stadt Nürnberg, daß er sich nicht hat anstecken lassen vom Gift der Neuerung, sondern muthig eingestanden ist für die Erhaltung des Edelsten, was die deutsche Geschichte kennt, des Adels!

Recht betrübend für das loyale deutsche Herz sind aber die verletzenden Aeusserungen, welche von einigen verstockten Freiheits- und Gleichheitsmännern gegen den Adel geschleudert wurden. Einer aus Oesterreich, wo die Gleichmacherei am weitesten geht, sagte: „ich würde in jeder gebildeten Gesellschaft fürchten, sie zu beleidigen, wenn ich Dinge, wie die Nothwendigkeit der Abschaffung des Adels beweisen wollte, ich würde fürchten, die deutsche Nation zu beleidigen, denn da-

von, glaube ich, ist jeder Bauer überzeugt, daß der Adel todt ist." Er nannte den Adel den „Lakaien und Intriguenmacher der Höfe." Ein Schlesier aber war noch ungezogener und rief: „Schauen Sie rückwärts auf die Blüthezeit des deutschen Adels, und Sie werden sehen, daß er seinen Namen, seine Stellung nur durch Usurpation erlangt hat. Sehen Sie zurück in das 13. Jahrhundert, in das 14. Jahrhundert, so finden Sie die adeligen Schnapphähne die bürgerlichen Kaufleute berauben. Später finden wir den Adel wieder als Speichellecker der Fürsten, hochmüthig gegen das Volk, und in der allerverächtlichsten Knechtschaft gegen die Fürsten, übrigens im Besitze aller Aemter, und das war vielleicht die Ursache davon, daß Deutschland so schlecht regiert worden ist." Ja, der Ruchlose frevelte sogar gegen das Heiligste, indem er sagte: „Wenn Sie den Adel nicht abschaffen, so darf ich verlangen, daß, wenn der Adelige zum Bürgerlichen gemacht wird, wenn er ein Verbrechen begeht, auch der Bürgerliche, wenn er in das Zuchthaus kommt, zum Adeligen gemacht werde, damit Gleichheit herauskomme." Als ob der Bürgerstand es sich nicht allezeit zur Ehre schätzen mußte, einen aus dem Zuchthaus entlassenen ehemaligen Adeligen in seine Reihen aufzunehmen!

Da ist der Oberappellationsgerichtsrath Gombart von München ein anderer Mann; der bewies sonnenklar, daß der Name Schiller nur dann eine angenehme Erinnerung in uns hervorbringe, wenn das Wörtchen „von" davor stehe, und der Fürst Lichnowsky, dieser Edelmann vom reinsten Wasser, wie herrlich setzte er auseinander, daß, wenn man den Adel auch aufheben würde, die Comtessen doch nicht aus ihren Standesgenossen heraus heirathen würden! Und vollends der Professor Beseler aus Greifswalde, welcher mit dem nur ihm eigenen Scharfsinn den Beweis führte, gerade weil der Adel in Deutschland nicht populär sei, müsse man ihn erhalten!

Wie hätte die Mehrheit des Parlaments solchen eindringlichen Argumenten widerstehen können? Frohlocke, frohlocke, deutsches Volk, die Rückkehr zum glorreichen Mittelalter ist Dir angebahnt; denn mit 282 gegen 167 Stimmen haben Deine Vertreter beschlossen, daß der Adel fortbestehen solle!

G. D.

Glossen zur Tagsgeschichte.

(Christliche Sanftmuth des Prinzen von Preußen.) Eine Deputation des Berliner Magistrats wartete seiner kgl. Hoheit dem Prinzen von Preußen auf. S. k. Hoheit geruhte sie allergnädigst zu empfangen und nach Anhörung ihres Berichts zu äußern: daß er die Berliner Vorfälle, soweit sie ihn beträfen, vergeben wolle. Frage: Wer ist mehr zu verachten, der Berliner Magistrat, der dem Henker vom 18. März eine Deputation schickt, oder der Prinz von Preußen, der eine Revolution „vergeben will?"

(Der Lohn der Verrätherei.) Dr. Rauschenplatt, der bekannte Aller-Weltsrevolutionär, der von Göttingen bis Barcelona bei jeder Emeute thätig sein zu müssen glaubte, den aber die deutsche Revolution zu einem Monarchisten umgewandelt und der sich als Lieutenant und Professor verkauft, und als ersterer die besiegten und sterbenden Republikaner in Freiburg mit Kolbenstößen und Fußtritten bedient hat, kam täglich nach Straßburg, wo man ihm früher als politischen Flüchtling und Republikaner Gastfreundschaft erwiesen und ihn angestellt hatte. Kaum war die Ankunft des „Verräthers" bekannt geworden, so wogte eine zahllose Volksmenge vor dem Hause, in welchem er sich aufhielt, und ohne die Bemühungen der Behörde und einiger Bürger, die ihn als Spion verhafteten, wäre er von der Menge zerrissen worden. Der Elende wurde unter Bedeckung über die Grenze gebracht. So urtheilt ein freies Volk über Verräther, auch wenn die Verrathenen einem andern Volke angehören.

(Der preußische Armeebefehl.) Derselbe ist aus allen Zeitungen bekannt. „Ich habe mich für die Wahl des Erzherzogs Johann ausgesprochen;" d. h. Erzherzog Johann wäre nicht Reichsverweser geworden, wenn ich, der König von Preußen, ein Veto eingelegt hätte: er ist nur auf meine Empfehlung hin gewählt worden. „Preußen weiß, daß die Kraft Deutschlands zugleich seine eigene ist" d. h. Preußen meint, es könne mit Deutschland schalten und walten, wie es ihm beliebt. „Ueberall, wo preußische Truppen für die deutsche Sache einzutreten und nach meinem Befehl dem Reichsverweser sich unterzuordnen haben" u. s. w. D. h. also: der Reichsverweser hat keineswegs die Verfügung über die preußische Armee,

sondern, wenn er preußische Truppen braucht, muß er zuerst den König von Preußen gehorsamst um die Gefälligkeit ersuchen, ihm welche zur Disposition zu stellen, und der König kann dieß thun oder er kann es bleiben lassen. Das ist die neueste preußische Entscheidung über die deutsche Frage.

(Die Nürnberger Vereine.) Laut öffentlichen Blättern entwerfen der constitutionelle und der Volks-Verein in Nürnberg deutsche Adressen. Das ist schön und löblich; denn die Reaktion tritt jetzt hauptsächlich auch in Gestalt der Sonderbündlerei auf. Aber unbegreiflich ist, daß jene Vereine ihre Adressen an das „preußische Volk" richten, und nicht an die bayerische Regierung, insbesondre an S. Excellenz den Herrn Staatsminister von Beisler. Das preußische Volk wird sich für Deutschland erklären, ohne Beihilfe der Nürnberger Vereine, aber es wäre von Bedeutung, wenn sich Nürnberg gegenüber seiner eigenen sonderbündlerischen Regierung freimüthig und ungescheut als deutsche Stadt aussprechen würde. Mit Recht können die Preußen den Nürnbergern zurufen: Kehrt Ihr zuerst vor Eurer Thüre; denn es ist ja allbekannt, daß nicht nur Preußen und Hannover, sondern auch Bayern die Beschlüsse des Parlaments nicht als bindend anerkennen, sondern nur nach Gutbefinden vollziehen will. Also ein Mißtrauensvotum gegen das bayerische Ministerium, das wäre ein grösseres Verdienst um Deutschland, als deutsche Adressen an das preußische Volk.

(Protestation der äußersten Linken.) Die äußerste Linke (radikal demokratische Partei in der Nationalversammlung) hat eine Verwahrung wegen der Beschlüsse in der Posener Frage erlassen. Sie hebt das Schmachvolle derselben mit scharfen Worten hervor und wendet sich zuletzt an das deutsche Volk: „Versammelt Euch überall in Volksversammlungen und erklärt Euren verirrten Vertretern, daß Ihr diese Beleidigung der Menschheit, diese Vernichtung des heiligen Völkerrechtes, welche an den Polen verübt worden sind, zurückweist. Es ist an Dir, deutsches Volk, unsre Ehre, unsre Revolution und die Sympathie der ganzen gebildeten Welt für Deutschland zu retten, nachdem die Mehrheit der Nationalversammlung dies Alles verscherzt hat. Wir, die wir der Minderheit der Nationalversammlung angehören, wir erklären feierlich vor aller Welt, daß wir nur die Gerechtigkeit gegen unsre Mitvölker, die Gründung eines neuen Friedens und neuer Verträge zwischen freien Völkern gewollt und beantragt. Wir können jetzt nur noch mit der Macht der öffentlichen Meinung der ganzen Masse der Nation die furchtbare Reaktion zurückdrängen, den Weltfrieden, den Wohlstand, das Leben von Millionen sichern und die Freiheit im Innern erhalten. Unsre Ehre erfordert es, daß wir dieß aussprechen, unser Gewissen, daß wir uns feierlich und förmlich verwahren gegen die Beschlüsse, die durch die Mehrheit der Versammlung gefaßt worden sind. Das Ende Polens wäre das Ende Deutschlands, die Theilung Polens durch die deutsche Nation theilt Deutschland zwischen Rußland und Frankreich, zwischen Republik und Despotie, zwischen französischer und russischer Knute. Deutsche, rettet Deutschland!" Ja, rettet Deutschland vor den Deutschen, denn Deutsche, Leute welche vorzugsweise deutsch sein wollen, sind Deutschlands schlimmste Feinde.

(Mißtrauensvotum.) Täglich laufen Mißtrauensvota an Mitglieder der Parlamentsmajorität ein, so liegt eben wieder ein solches vor uns, von den Wählern des Abgeordneten Dieringer aus Neuß. Sie sind meist sehr unumwunden und kräftig abgefaßt, aber die Majoritätsmänner sind von ihrer Unfehlbarkeit und Unentbehrlichkeit viel zu sehr überzeugt, als daß sie sich durch solche Erklärungen beirren lassen sollten. Sie halten mit Todesverachtung auf ihren Sitzen aus.

(Die russische Note.) Das Circular des russischen Ministers Nesselrode über die Politik des Czaren geht durch alle Zeitungen. Es ist wichtig, aber man muß zwischen den Zeilen zu lesen wissen. Es fließt über von Freundschaft und Friedfertigkeit, und versichert, der Czar denke nicht daran, irgend Etwas Feindseliges gegen Deutschland vorzunehmen. Aber es sind Stellen darin, welche diese friedfertige Tendenz sehr beschränken. Erstens wird gewaltig geschimpft über die deutsche Presse und die deutschen Demokraten. Es ist freilich unangenehm, daß die wahren Gesinnungen der Deutschen der russischen Barbarei gegenüber jetzt offen ausgesprochen werden dürfen, während vor dem März 1848 die Handlanger des an Rußland verkauften Spitzbuben Metternich, die Censoren, Alles aus der Presse beseitigten, was in Petersburg hätte mißfallen können. Zweitens wird als Bedingung der friedlichen Gesinnungen Rußlands auf-

gestellt die Einhaltung der Verträge in Beziehung auf die deutschen Grenzen (also schon durch die Einverleibung Schleswigs verscherzen wir diese Gesinnungen) sowie die innere Ruhe Deutschlands. Endlich wird uns die „moralische Einheit" für Deutschland empfohlen, und vor der „materiellen Einheit," von der die Demokraten träumen, gewarnt. Was ist der langen Rede kurzer Sinn? Der Czar läßt durch seinen Minister den Deutschen erklären: So lange in Potsdam und Frankfurt russische Politik geübt wird, so lange Frankfurt die Schmerling, Radowsky und Consorten, die Zöglinge meines alten Söldlings Metternich eben so gut russisch regieren, als ich dieß selbst vermöchte, so lange werde ich Eure Grenzen respectiren, denn was bleibt mir zu wünschen übrig? Sobald Ihr aber ein wirklich einiges und freies Deutschland zu schaffen und demokratische Ideen zu verwirklichen Miene machen solltet, dann werde ich meine Kosaken gegen Euch los lassen, dann werde ich Euch ganz Asien auf den Hals schicken. (Als der Czar die Nachricht von der Revolution in Wien und Berlin erhielt, soll er wüthend ausgerufen haben: Je leur enverrai toute l'Asie.

(Liebenswürdigkeiten eines preußischen Hauptmanns gegen einen Republikaner.) In Erfurt an einem öffentlichen Orte singt eine sogenannte Honoratioren-Gesellschaft Preußenlieder. In der Nähe sitzt ein Bürger, der nicht zur Gesellschaft gehört und folglich nicht mitsingt. Ein Hauptmann alten Adels fährt plötzlich auf ihn ein: „Willst du wohl mitschreien, verfluchter Schneider?" und ohne weiteres versetzt er ihm mit geballter Faust einen heftigen Schlag über den Kopf, unter dem Geschrei: „Das ist der Schneider Anders, der Republikaner!" Soweit ist es bereits in Deutschland gekommen, (denn Preußen steht hier nicht allein, es lassen sich noch andere Staaten namhaft machen) daß jeder, der für einen Republikaner gilt, als solcher vogelfrei und der Mißhandlung der ganzen bureaukratischen und militärischen Sippschaft preisgegeben ist. Wir haben in Deutschland, und vor Allem in Süddeutschland nur noch einen sehr kleinen Schritt zu einer allgemeinen Republikanerverfolgung, wie man im Mittelalter Judenverfolgungen hatte. Unter dem Titel: la bureaucratie oder la bourgeoisie s'amuse wird man demnächst solche blutige Tragödien aufführen sehen. Der „guten" Presse dauert es viel zu lange, bis der Vorhang aufgeht. Sie hetzt unaufhörlich, und ein Mal über's Andre fragt der Korrespondent v. u. f. Deutschland: Wie lange soll es noch dauern? — bis man nämlich die Demokraten und Republikaner köpft und spießt. Deutsches Volk, das sind Deine Errungenschaften des März, daß jeder hochgeborne oder uniformirte Scherge Deine Söhne beschimpfen, gleich dem Wild hetzen und dadurch seine „volle Passion" befriedigen kann!

(Die preußische Nationalversammlung in Sanssouci.) Die preußischen Volksvertreter kamen sehr verstimmt von Sanssouci zurück, wohin sie vom König bekanntlich eingeladen worden waren. Die Hofbeamten scheinen den Besuch nicht so zahlreich erwartet zu haben, denn es fehlte an Wagen, um die Vertreter von Potsdam nach Sanssouci zu bringen. Zusammengepreßt in die Miethdroschken mußten sie sehr viel Staub schlucken, und, als sie ankamen, fanden sie wenig Erquickung, denn nur Wenige waren so glücklich, der Ehre einer Unterhaltung mit Ihren Majestäten gewürdigt zu werden. Man hoffte sich anderweitig zu entschädigen, aber die Kollation war spärlich, die Bedienung schlecht, der Champagner aus preußischer Fabrik. Allgemeine Täuschung! Merke: Ein freier Mann geht dahin, wo man ihn als freien, gleichen und ebenbürtigen Mann anerkennt!

Allerlei.

Der berühmte Geschichtschreiber der Deutschen, Dr. Johann Georg August Wirth, auch ein Märtyrer der deutschen Freiheit, ist als Parlamentsmitglied für die reussischen Lande in Frankfurt gestorben. Er war ein Franke, aus Hof gebürtig.

Die Unterhandlungen über den Waffenstillstand mit den Dänen sind also wirklich abgebrochen; aber Deutschland hat die Beseitigung dieser Schmach nur dem General Wrangel zu verdanken, der dem ausdrücklichen Befehl des Königs hierin zuwider handelte.

Gedruckt unter Verantwortlichkeit der Verleger von Wilhelm Tümmel.
Expedition bei Joh. Gg. Meyer, Plobenhof S. 823.

Der freie Staatsbürger.

Ein Volksblatt aus Franken.

№ 49. Nürnberg, 12. August. 1848.

Erscheint jeden Dienstag, Donnerstag und Samstag, und kann durch alle Postämter bezogen werden.
Preis vierteljährlich 45 Kr. — Einrückungsgebühr 2 Kr. für die Zeile. — Einzelne Nummern à 3 Kr.

Der beste Staat.

Fragt man, welches die besten Staaten sind, die am besten verwalteten, die freiesten, diejenigen, welche die längste Dauer verheißen, so rufen sämmtliche Constitutionelle wie aus einem Munde: England und Belgien. Sie sind das Eldorado der Monarchisten.

Wenn man unter dem „besten Staate" denjenigen versteht, in welchem die Geldmacht am unumschränktesten herrscht, in welchem der Geldmann vollkommene Freiheit hat, zu thun, was er will, so haben die Monarchisten recht. Dann sind Belgien und England die vollkommensten Staaten der Welt, wiewohl wir über ihre Dauer doch auch dann noch bescheidene Zweifel hegen müßten.

Versteht man jedoch unter dem besten Staate denjenigen, in welchem Freiheit und Wohlfahrt möglichst allgemein sind, in welchem so wenige als möglich der Unfreiheit öffentlicher Unterstützung anheimfallen, in welchem Pauperismus und seine unzertrennliche Begleitung, das Verbrechen, so selten als möglich sind, dann sind England und Belgien die schlechtesten Staaten der Welt.

Und wie kann man einen Staat gut nennen, in welchem der Pauperismus in so furchtbarer Progression fortschreitet, daß durch die immer sich vermehrende Armensteuer nach einer ungefähren Berechnung in einem Jahrzehent weit über die Hälfte der Einwohner dem Proletariat angehören?

Man schaudert schon jetzt über folgende statistische Angaben über Belgien:

In der Provinz Luxemburg findet sich aus öffentlichen Kassen unterstützt 1 Einwohner auf 69.

In der Provinz Namur findet sich aus öffentlichen Kassen unterstützt 1 Einwohner auf 17.

In der Provinz Antwerpen ditto 1 Einw. auf 16.
" " " Lüttich ditto 1 Einwohner auf 7.
" " " Limburg ditto 1 Einwohner auf 7.
" " " Hainaut ditto 1 Einwohner auf 6.
" " " Ostflandern ditto 1 Einw. auf 5.
" " " Brabant ditto 1 Einwohner auf 4.
" " " Westflandern ditto 1 Einw. auf 3.

durchschnittlich also 1 Unterstützter auf $14^2/_3$ Einwohner!

Es ist klar, daß die immer und immer gesteigerte Armensteuer dem Pauperismus immer neue Opfer zuführen muß.

Was ist von dem Reichthum eines Staates zu halten, dessen 15ter Einwohner ein Bettler ist? Dieser Reichthum ist Illusion, er ist Schein und Trug. Der Staat ist wahrhaftig reich, der keine, oder so wenig als möglich Bettler hat.

Der Pauperismus demoralisirt furchtbar, namentlich die Jugend. Man lese folgende statistische Notizen.

Zahl der jungen Knaben und Mädchen unter 18 Jahren, die sich in Belgien in gerichtlicher Haft befanden.

	1845.	1846.	1847.
Knaben ...	2146	4607	7283
Mädchen ..	429	1279	2069
Summa	2575	5886	9352

Eine hübsche Progression! ungefähr jährliche Verdoppelung! Reizende Aussichten! Welch ein glücklicher Staat!

Nebenbei nehmen die Einkommensquellen der Bourgeoisie immer mehr ab. Welch' eine Bürgschaft

auf Dauer! Welche Aussicht auf allgemeine Vereinigung aller Einwohner im Kerker; ganz Belgien „Ein Haus voll guter Leute, ja Ein Gutleuthaus," mit Uhland zu reden.

Das sind die Consequenzen eines auf die Geldmacht basirten Staates. Jeder, der denkt, sieht ein, daß die Menschheit verloren wäre, wenn hier nicht Abhilfe getroffen würde. Aber so thöricht sind die Menschen, daß es Mode geworden ist, Jeden, der sich mit der Lösung dieses Problems beschäftigt und der sociale Theorien aufstellt, sofort als Communisten, als Räuber und Plünderer zu brandmarken.

Man bedenkt nicht, daß die unbeschränkte, freie Concurrenz der Capitalien zuletzt nothwendig zu der Consequenz führen müßte, daß sämmtliche Capitalien in die Hände einiger Weniger kämen und die übrigen Proletarier unfreie weiße Sklaven würden, aber weit elender als die Sklaven Westindiens, denn diese sind dem Pflanzer ein Capital, das er schont, während die weißen Sklaven nur einem werthlosen Werkzeug gleichgeachtet würden, das man in möglichst rascher Ausbeutung abnützt und wegwirft, da man weiß, daß Hunderte bereit stehen, um die Stelle des Verbrauchten einzunehmen. So sinkt der Mensch zur Sache herab, ja in den Fabrikgegenden Englands, Belgiens und selbst Deutschlands ist er bereits dazu herabgesunken.

G. D.

Der Nürnberger Journalist par excellence.

Der edle Korrespondent begeht Ungereimtheiten, viele Ungereimtheiten, kolossale Ungereimtheiten, aber Heil ihm! er begeht sie aus „Tendenz." Er will, daß die Wirklichkeit sich seiner „Tendenz" anpasse, und siehe da, die Wirklichkeit mag nicht, sie ist spröde, ja sie wagt es sogar, ihn Lügen zu strafen. Kaum hatte der Korrespondent kürzlich im Interesse der „Tendenz" die „Loyalität" der Bewohner Nürnbergs und seiner Umgegend herausgestrichen, um Nürnberg zum Sitz des Parlaments und Reichsverwesers zu empfehlen, so plagt der Teufel die Schwabacher, daß sie einen Kravall und dem guten Korrespondenten einen Strich durch die Rechnung machen. Das hat ihn wild gemacht, und statt daß er, gleich Mahomed, der doch ein besserer Prophet war, als der Korrespondent, zum Berg hingehen sollte, da der Berg nicht zu ihm kommen will, schreibt er in die Welt hinaus, der Berg sei gekommen, er sei dicht vor ihm, leider sehe ihn nur Niemand als er. Freilich eine eigne Art Geschäfte zu machen, aber sie paßt in die „Tendenz." So war es für die „Tendenz" des Korrespondenten eine sehr betrübsame Erscheinung, daß nicht das gesammte bayerische Volk, die ganze Unterthanenschaft der Wittelsbach'schen Dynastie, von derselben Loyalität beseelt zu seyn scheint, durch welche sich der Korrespondent von und für Deutschland so viele Ansprüche auf die Ehre erwirbt, zuerst in Deutschland die christlich-russische Knute zu empfangen; daß nicht alle bayerischen Abgeordneten in den Schafstall der rechten und mittleren Bänke in der Paulskirche eingegangen sind, daß mehrere, daß namentlich die rheinbayerischen Abgeordneten bis auf ein Paar abgenützte Persönlichkeiten alle auf der Linken, ja sogar theilweise — es ist schrecklich zu sagen! — auf der äußersten Linken sitzen. Das bayerische Volk, die Unterthanenschaft der tausendjährigen Dynastie muß loyal seyn, sie muß, der Korrespondent will es haben, und siehe da, wir lesen in ihm einen Brief aus Frankfurt, wo man ganz genau wissen will, die Abstimmungen der rheinbayerischen Abgeordneten entsprechen gar nicht den Gesinnungen des rheinbayerischen, höchst loyalen Volkes, es seien nur einige „Schreier" dort, wie es deren überall gebe, und es sei rein unbegreiflich, wie die Abgeordneten das Geschrei dieser wenigen „Schreier" für die Stimmung des Volkes nehmen und sich dadurch in ihrem parlamentarischen Verhalten bestimmen lassen könnten. Es ist zwar fatal, daß erst ganz kürzlich die Linke bei ihrem Besuch in Rheinbayern überall mit unermeßlichem Enthusiasmus empfangen wurde; es ist fatal, daß bei ihrer Rückkehr die ganze Bevölkerung auf beiden Seiten der Eisenbahnlinie sich aufgestellt hatte und daß von Neustadt bis Mannheim endlose Hurrah's für die Linke, ja sogar — für den „Landesverräther und Meuchelmörder" Hecker ertönten. Wir wissen das von Augenzeugen, und der Korrespondent weiß es auch, oh — der gewiegte Journalist, dem nichts entgeht, hat es gelesen in der Reichstagszeitung, aber den Kühnen schreckt das nicht. Das sind ja eben die paar „Schreier" gewesen, die sich mit der zauberhaften Schnelligkeit eines Philadelphia vervielfältigten und, nach ihrer bekannten Weise, einen sol-

chen Spektakel machten, daß oberflächliche Leute einen Augenblick glauben konnten, sie stellen wirklich die ganze Bevölkerung vor. — Die zärteste, romantischste, sinnigste Blüthe trieb indessen die schöpferische Genialität des Korrespondenten in dem Bericht über den Aufenthalt des Reichsverwesers in Nürnberg, wo derselbe im rothen Roß zu Mittag speiste. Zwei Berichte über dieses welthistorische Diner liegen vor mir, in den zwei großen Organen der Nürnberger Oeffentlichkeit, dem Kurier und dem Korrespondenten. In diesen beiden Berichten zeichnet sich zugleich der Charakter beider Organe auf eine bemerkenswerthe Weise. Der Kurier schwimmt mit dem Strom der Ereignisse und verzichtet darauf, die Wirklichkeit anders zu machen, als sie sich selbst macht. Er wagt es sogar, ihr zuweilen etwas nachzuhelfen und liberal zu sein, vergißt aber dann nie, sogleich ein Paar obligate Ausfälle auf die Republikaner zu machen, Ausfälle, die indessen Niemanden weh thun. Er blinzelt dabei nach oben, als wollte er sagen: „Seht Ihr denn nicht, welchen Schatz von Mäßigung und constitutionell-monarchischer Ungefährlichkeit Ihr in mir besitzt? Wie lange soll Eure Ungnade noch auf mir lasten? Wollt Ihr Euren besten Freund verstoßen?" Aber, wie gesagt, der Kurier läßt der Wirklichkeit ihr Recht, und deshalb berichtete er, die Nürnberger hätten vor dem rothen Roß gerufen: „Es lebe der Reichsverweser und seine Frau!" Nichts natürlicher als dieser Ausruf im Munde des Volks. Aber der Korrespondent v. u. f. Deutschland dachte, wie folgt: „Seine Frau? Wie unanständig, wie gemein! So darf das Volk nicht gerufen haben. Ich will das nicht haben. Es paßt nicht in meine Tendenz." Was ist zu thun, wie macht man die Wirklichkeit anders? O, der Journalist par excellence kommt nicht in Verlegenheit. Er ist kühn, er ist schöpferisch, noch mehr, er ist deutsch. Ist er nicht beim constitutionellen Verein? Und ist der constitutionelle Verein nicht vor Kurzem deutsch geworden und entwirft deutsche Adressen? (Der boshafte Schalk, der Kurier, nennt das eine „Metamorphose seines Princips", als ob das Princip des constitutionellen Vereins vorher ein russisches gewesen wäre!) Also der Korrespondent schreibt: das Volk hat gerufen: „*Es lebe die deutsche Frau!*" Wie zart und sinnig diese Modifikation der Wirklichkeit, diese Verschmelzung von Wahrheit und Dichtung, diese Erhebung der realen zur idealen Wahrheit! Ja, er ist ein ganzer Mann dieser Journalist par excellence, ganz dazu geschaffen, durch die Macht seines Genius die traurige Wirklichkeit auf dem Papier wenigstens zu einer lachenden umzuschaffen. Und wenn Alles vergebens ist und der journalistische Genius an der spröden Wirklichkeit zu Schanden wird, so ist ihm immer noch *ein* Trost geblieben, derselbe Trost, der seinen Freund, den Kommunisten in den fliegenden Blättern, aufrecht hält unter den Sorgen und Mühen seines weltumgestaltenden Treibens, der Trost: Wenn die Welt sich nicht ändert, so — ändern *wir* uns!

G. D.

Glossen zur Tagsgeschichte.

(*Die preußische Soldateska.*) Die Mißhandlungen, welche Berliner Studenten, die mit der deutschen Fahne nach Charlottenburg zogen, durch preußische Soldaten auf Anstiften der Offiziere erlitten, sind aus den Zeitungen bekannt. Ein Offizier bemerkte geistreich, das gebühre der deutschen Einheit, im Koth geschleist zu werden. Die Soldaten haben nämlich die deutsche Fahne den Studenten abgenommen und beschimpft. Sehr viele Studenten wurden schwer verwundet. Mehrern flogen Steine von mehr als Faustgröße an die Schädel, so daß sie, in Blut schwimmend, besinnungslos niederfielen und in diesem Zustand nach Hause gebracht werden mußten. Der Student Rechenberg flüchtete in ein Gebäude, sechs bis acht Soldaten und ein Gendarm stürzten ihm nach. Im Innern des Hauses angekommen, kroch er unter das Bett, allein man zog ihn hervor, und nun fielen die Soldaten mit geschwungenen Säbeln über ihn her. Rechenberg rettete sich in eine Ecke, ergriff einen Stuhl und suchte sich gegen die auf ihn Eindringenden zu vertheidigen. Doch ein Säbelhieb traf ihn schwer auf den Kopf, die Kräfte drohten ihn zu verlassen. Da ergreift er den Augenblick, stürzt durch die geöffnete Thür und schwingt sich über das Geländer von zwei Treppen glücklich hinunter. — In Schweidnitz wurde dem verhaßten Kommandanten General Rollas du Rosey eine Katzenmusik gebracht. Das Erbieten der Bürgerwehr, gegen die Ruhestörer einzuschreiten, wurde abgelehnt und eine Compagnie des 22sten Regiments besetzte das Kommandanturgebäude;

der Platz war bald darauf gänzlich gesäubert. Trotzdem besetzte eine Compagnie der Bürgerschützen und der Bürgerwehr die beiden Seiten des Ringes. Zu dieser Zeit erschien aus einer der Seitengassen des Ringes eine neue Compagnie des 22sten Regiments, welche schon in der Petersgasse geladen hatte, und in demselben Moment Feuer gab, als sie auf dem Ring anlangte. 21 Bürger stürzten, 9 todt, die übrigen schwer verwundet, außerdem eine hochschwangere Frau. Die Bürger und Schützen waren ohne Munition und eine Gegenwehr unmöglich. Zur Feier des dritten August wurden also in Schweidnitz neun vom Militär erschossene Bürger beerdigt! Wahrlich, freuen muß man sich über diese blutigen Thaten, und die ruchlos gemordeten Bürger sind für die Freiheit gestorben! Denn zwar ist das deutsche Volk das geduldigste unter den Völkern, aber noch einige blutige Lektionen dieser Art, und die Geduld muß reißen.

(Die nächste Zukunft Oesterreichs.) Leser unsers Blattes erinnern sich vielleicht, daß wir bereits unterm 23. Mai, auf die Kunde von der Flucht des Kaisers aus Wien, die Absetzung des Kaisers und die Einsetzung der Republik als das Endresultat dieses wichtigen Ereignisses verkündeten. Dieses Endresultat rückt jetzt in Eilmärschen heran. Ein fliehender König ist immer verloren. Wird er angehalten und zurückgebracht, so ist er fortan ein Gefangener, und ein gefangener König hat nur noch einen kleinen Schritt zum Schaffot. Entkommt er, so muß die Hauptstadt so lange seine Rückkehr betreiben, bis er entweder nachgiebt, und dann ist er eine Null und wird von dem in jedem Fall mißtrauischen Volke ebenfalls wieder als Gefangener betrachtet, oder bis es zum Bruche kommt, und dann wird er abgesetzt und besiegt. Wenigstens bietet die Geschichte bis jetzt kein Beispiel, daß ein König im offenen Kampf gegen sein Volk Sieger geblieben wäre. Kehrt die Deputation von Innsbruck unverrichteter Dinge nach Wien zurück, so dürfte dort wahrscheinlich die erste „provisorische Regierung" in Deutschland ins Leben treten. Das Wort Republik schreckt Niemanden mehr in Wien. Wir theilen folgende Stellen aus einem Plakate mit, dessen Verfasser vom Sicherheitsausschuß ausdrücklich gegen jede Verhaftung in Schutz genommen wurde: „Wenn, heißt es darin, unser Kaiserhaus durch den offenen Trotz, der der Nation gegenüber bereits in Mißachtung und Hohn ausartet, seinen fernern Bestand zu befestigen glaubt, so ist dieß ein eben so trauriger als unglaublicher Irrthum. Noch einige Zeit auf diesem Wege fortgefahren, und das Volk wird sich in der anfänglichen Anarchie einer werdenden Republik behaglicher finden, als in unsern gegenwärtigen trostlosen Zuständen. Diese zu verbessern, ist aber die unbedingte Rückkehr des Kaisers erforderlich. Und darum sollen wir nicht bitten, fordern müssen, fordern dürfen wir sie. Denn was ist der Kaiser? Der erste Diener des Staates und sonst Nichts mehr. Er ist unsertwegen da, wir aber nicht seinetwegen. Und darum darf er nicht taub sein, wenn ihn die Stimme des Volkes ruft; denn dieß ist die Mahnung an seine Pflicht, und diese Pflicht ist die Erfüllung des Gesammtwillens der Nation. Wenn er diese Pflicht hintansetzt, hat er freiwillig aufgehört, zu sein, was er war, eine Majestät denn die Majestät, die Hoheit ist ihm vom Volke geliehen, das in ihm den Vollstrecker seines Willens, den es in freigegebenen Gesetzen ausspricht, ehrt. Darum keinen Monarchen von Gottes Gnaden mehr, wir brauchen Monarchen von Volks-Vertrauen! Wenn also unser Kaiser, den wir zu sehr bemitleiden, um ihm von Herzen zürnen zu können, nicht zurückkehren will, wenn er dadurch einen neuen Beweis seiner Schwäche, seiner Bevormundung durch eine nichtswürdige Hofpartei an den Tag legt, wenn er so aus Unkenntniß des wahren Sachverhaltes das mächtigste Werkzeug wird, seinen eignen Thron zu untergraben, den Verband seiner Völker zu lockern, dann sind wir es uns — sind es der Dynastie schuldig, ihn zu bitten, eine Krone niederzulegen, deren Pflichten er entweder nicht gewachsen ist, oder welche ihm zuwider geworden sind." Als Verfasser dieses Plakats ist unterzeichnet: Julius Kreen, Garde der akademischen Legion. — Die Oesterreicher machen alle Phasen einer vollständigen Revolution durch, der schönsten Revolution, welche die Geschichte kennt, denn nach allen Anzeichen ist an Todesurtheile, Guillotine und Schreckenssystem in Wien nicht zu denken. Der Kaiser selbst wird zu sehr als unzurechnungsfähig bemitleidet, als daß der Haß sich gegen ihn wenden könnte. Die Camarilla wird im rechten Augenblick sich davon machen. Nur augenblickliche Erfolge der Reaktionspartei könnten das Volk zum Aeußersten treiben. Diese Erfolge sind aber kaum wahrscheinlich, es müßte denn das Frankfurter Parlament den seiner würdigen Beschluß fassen, den Oesterreichern mit Gewalt einen Kaiser aufzudringen. —

Gedruckt unter Verantwortlichkeit der Verleger von Wilhelm Tümmel.
Expedition bei Joh. Gg. Meyer, Plobenhof S. 823.

Der freie Staatsbürger.

Ein Volksblatt aus Franken.

№ 50. Nürnberg, 15. August. 1848.

Erscheint jeden Dienstag, Donnerstag und Samstag, und kann durch alle Postämter bezogen werden. Preis vierteljährlich 45 Xr. — Einrückungsgebühr 2 Xr. für die Zeile. — Einzelne Nummern à 3 Xr.

Der Abgeordnete von Nürnberg.

Der Name des Abgeordneten von Nürnberg, der leider bisher zu fast allen den Beschlüssen mitgewirkt hat, durch welche das Parlament ebensowohl der Vernunft, als der Gerechtigkeit und der Ehre Deutschlands zuwider handelte, findet sich zu unsrem wahren Erstaunen auch unter der Erklärung, in welcher die Versammlung angegangen wurde, ihre Misbilligung gegen den Abgeordneten Brentano wegen dessen Aeußerung über den Prinzen von Preußen auszusprechen. Zu unsrem Erstaunen, sagen wir, haben wir den Namen des Herrn Krafft unter diesem Aktenstück gefunden; denn so wenig auch das bisherige Benehmen desselben uns berechtigte, in irgend einem Fall irgend etwas Freisinniges, Volksfreundliches von ihm zu erwarten, das hätten wir doch nimmermehr von dem Abgeordneten einer fränkischen Stadt geglaubt, daß er sich von preußischen Stockaristokraten, von denselben Stockaristokraten, welche in Berlin durch Intriguen und Cabalen der gemeinsten Art gegen das Zustandekommen einer deutschen Einheit operiren, an's Schlepptau nehmen und zu Erklärungen hinreißen lassen werde, welche ebensowohl aller parlamentarischen Ordnung und Sitte, als dem gesunden Verstande Hohn sprechen und durch welche der Herr Abgeordnete nicht bloß sich, sondern auch den Bezirk, den er vertritt, vor ganz Deutschland blamirt hat. Sehen wir uns die Sache etwas näher an, und man wird erkennen, daß unser Urtheil nicht zu streng ist.

In der Sitzung vom 7. August hatte Brentano geäußert: „Wollen Sie die, die in Baden die Waffen ergriffen, zurücksetzen gegen einen Prinzen von Preussen?" Hierauf war von den Stockpreußen ein furchtbarer Lärm gemacht worden, Einer, Plathner, hatte den Redner gepackt, um ihn von der Tribüne zu reißen, ein Anderer, Graf von Wartensleben, hatte Brentano auf Pistolen gefordert und in Bezug auf jene Aeußerung hatte man ferner die auch von Herrn Krafft unterzeichnete Erklärung abgefaßt, daß Brentano durch dieselbe sich „einer gröblichen Beleidigung eines deutschen Volksstammes und dadurch auch der Würde der Nationalversammlung schuldig gemacht habe." —

Fassen wir zuerst die Worte Brentano's in's Auge. Der Prinz von Preußen hat am 18. März für den Absolutismus und Militärdespotismus die Bürger Berlins mit Kartätschen zusammengeschossen, Tausende von Opfern fielen in jener schauerlichen Blutnacht, einen Fluch gegen den Wütherich auf ihren sterbenden Lippen, das Volk demolirte am andern Tage seinen Palast und erklärte ihn für Nationaleigenthum, er selbst floh auf Umwegen vor der Rache eines erbitterten „Volksstammes" dem Meere zu, um nach England überzuschiffen. Zwar hat man in offiziellen Zeitungen bekannt gemacht, der Prinz sei mit einer geheimen Mission nach England gegangen, allein das war eine Lüge, die sich mit Händen greifen ließ. Erst nachdem die Reaktion in Preußen eine Zeit lang glücklich operirt hatte, kehrte der Prinz unter dem Schutz seines Charakters als pommer'scher Abgeordneter nach Preußen zurück. Das gutmüthige Volk ließ es geschehen, es amnestirte den blutbesudelten Hochverräther an der Sache des Volks stillschweigend.

Hecker hat zu einer Zeit, da selbst die Gemäßigtsten und Bedächtlichsten erklärten, daß fortan nur der Wille des Volkes gelten könne, in der Ueberzeugung,

daß ein freies und einiges Deutschland nur durch Beseitigung der Throne zu Stande kommen könne, einer Ueberzeugung, deren Richtigkeit sich leider mit jedem Tage einleuchtender herausstellt, aber mit Ueberschätzung seiner Kräfte den offenen Kampf gegen das monarchische Prinzip in Baden begonnen und ist, besiegt, auf fremden Boden geflüchtet. Er hat die Consequenzen der Revolution zu rasch gezogen und von der Idee in die Wirklichkeit zu übersetzen versucht. Hochverräther an der Sache des Volkes war er nicht; das fühlt Jeder, der die zauberhafte Macht wahrgenommen hat, die Heckers Name auf das Volk ausübt. Ob er ein Hochverräther am badischen Thron war, ist schwer zu sagen. Die Zeit seiner Schilderhebung war eine außerordentliche, eine Zeit, in der Alles Bestehende in Frage gestellt war. Kaum wird ein unabhängiges Gericht sich finden, das bei Beurtheilung seines Falles diesen außerordentlichen Zeitumständen nicht Rechnung tragen würde. War es aber ein Vergehen oder ein Verbrechen, so steht es einer Versammlung von Volksvertretern gewiß eher zu, ein für das Volk begangenes Vergehen mild zu beurtheilen, als die Hinopferung von Tausenden wackrer Bürger durch einen fürstlichen Blutmenschen.

Die Aeußerung des Abgeordneten Brentano, welche lediglich nichts andres enthält, als eine Zusammenstellung des Prinzen von Preußen mit Hecker, über welche höchstens der letztere Beschwerde zu führen Ursache finden könnte, ist hienach durchaus unangreifbar. Sobald man nur die Thatsache der Berliner Revolution nicht wegleugnet, ist es durchaus unbegreiflich, wie man sich über Brentano's Aeußerung nur wundern, geschweige denn entrüsten kann. Die Stockpreußen entrüsteten sich darüber und fanden darin „eine Beleidigung eines deutschen Volksstammes."

Abgesehen davon, daß die Aeußerung Brentano's eine Beleidigung des Prinzen von Preußen gar nicht enthält, so ist es in einem constitutionellen Staate unmöglich, einen Prinzen mit einem ganzen Volksstamm zu identificiren. Der absolute König sagt: Der Staat bin ich, und hienach wäre eine Beleidigung gegen den König auch eine Beleidigung gegen Staat und Volk. Aber selbst in einem absoluten Staat würde man kaum einen Prinzen in dieser Weise mit dem Volk identificiren. In einem constitutionellen Staate ist es vollends ein Unding, ein wahrer Unsinn; und im vorliegenden Fall um so mehr, als derselbe Prinz, in welchem sein Volksstamm beleidigt worden sein soll, von demselben Volksstamm, der in ihm beleidigt worden sein soll, mit Flüchen aus dem Lande gejagt worden ist.

Es liegt aber in den Worten jener Erklärung nicht nur ein Unsinn, und nicht bloß an einem Unsinn haben sich die Unterzeichner betheiligt, es liegt ihr allerdings der Absolutismus und eine völlige Verleugnung der Revolution zu Grunde. Diejenigen, welche diese Erklärung unterzeichneten, haben damit ausgesprochen: „Der Prinz von Preußen hat am 18. März Recht gehabt, daß er die Canaille in den Straßen Berlins zusammenschoß, es waren elende Rebellen, die durch Kartätschen zur Vernunft gebracht werden mußten, und es ist nur Schade, daß es dem Prinzen von Preußen nicht gelungen ist. Zum preußischen Volksstamme aber ist diese Canaille gar nicht zu rechnen, zum Volke rechnen wir nur diejenigen, welche treu am absoluten Königthum halten, die pommer'schen und märkischen Ritter, kurz alle diejenigen, welche in bekannter preußischer Manier rufen: Mit Gott für König und Vaterland." Das liegt in jener Erklärung unwidersprechlich, und das hat auch der Abg. Krafft durch seine Unterschrift und durch ihn der Wahlbezirk Nürnberg erklärt.

Nun frage ich ganz einfach: Was haben einst die Nürnberger in einer Adresse nach München erklärt? Daß sie zum mindesten ebenso viele Freiheiten für sich in Anspruch nehmen, als die Berliner sich durch ihre Revolution erkämpft haben. Das haben sie erklärt in einer Adresse, die in den ersten Tagen des April in der Catharinenkirche vorgelesen und genehmigt wurde. Und diese nämliche Revolution, der ganz Deutschland Freiheiten zu verdanken hoffte, verleugnet und verhöhnt der Abgeordnete von Nürnberg durch seine Unterzeichnung einer abgeschmackten Erklärung! So weit habt Ihr's gebracht!

G. D.

Glossen zur Tagsgeschichte.

(Die Preßfreihet in Bamberg.) Es ist unmöglich, den Radikalismus mit schlagenderem Beweise zu widerlegen, als dieß in Bamberg durch die Polizei, beziehungsweise durch die Justiz geschieht. Der Redakteur des fränkischen Merkur war im Begriff,

verhaftet zu werden, eines Zeitungsartikels halber, der aus einem andern deutschen Blatte genommen war, und er entzog sich der Verhaftung durch die Flucht, was wir ihm nicht gerade sehr übel nehmen. Im bayerischen Justizverfahren scheint ein Preßprozeß ohne Verhaftung gar nicht vorkommen zu können. Jedenfalls lassen sich auf diese Weise mißliebige Blätter sehr bequem unterdrücken. Und wenn so alle Opposition glücklich beseitigt ist, hat die Regierung jedenfalls immer Recht, denn es wird ihr nicht mehr widersprochen. Auch die übrigen Radikalen in Bamberg sind, wie wir hören, theils flüchtig, theils verhaftet, obwohl sie sich keines andern Vergehens schuldig fühlen, als des in den Augen der jetzigen bayerischen Regierung freilich todeswürdigen Verbrechens, über die Art und Weise der Volksbeglückung etwas anders zu denken, als das Ministerium Thon-Dittmer. Wir sind weit entfernt, in diesen verhaftungsgierigen Zeiten die Vorgänge in Bamberg, die uns von glaubwürdiger Hand geschildert werden, einer Kritik zu unterziehen. Wir wollen Niemanden in Verlegenheit setzen. Nur eine bescheidene Frage erlauben wir uns. Glaubt denn das Ministerium Thon-Dittmer wirklich, durch physische Gewalt des Zeitgeistes Herr zu werden? Glaubt es wirklich durch Unterdrückung der freisinnigen Organe auch den Geist der Freiheit unterdrücken zu können? Wir könnten einen so rohen Materialismus nur bemitleiden. —

(Constitutionell-monarchische Lügen.) Es ist bemerkenswerth, auf welche Weise die sogenannten constitutionell-monarchischen Vereine die Meinung zu erwecken suchen, als vertreten sie die Gesinnung aller Einwohner der Städte, in denen sie doch nur einen kleinen Theil für sich haben. Sendet der constitutionelle Verein in Nürnberg eine Vertrauensadresse an das Parlament, so wird sie nicht als Vertrauensadresse dieses Vereins, oder einer gewissen Anzahl von Einwohnern bezeichnet, sondern stolz tritt sie als „Vertrauensadresse der Stadt Nürnberg" auf. Der Bamberger constitutionelle Verein hat dem Nürnberger dieses freie, der constitutionellen Wahrheitsliebe durchaus entsprechende Manöver abgelernt, wie wir so eben aus den Einläufen der Nationalversammlung ersehen. Auf diese Weise könnte es scheinen, als hätte in Nürnberg und Bamberg Niemand einen andern Gedanken als die Constitutionellen. Und doch ist dieß ebenso unrichtig, als wenn die Demokraten sagen würden, sie repräsentirten die allgemeine Stimmung. Die constitutionellen Vereine können mit Wahrheit bloß sagen, daß sie die Regierungsansicht ausdrücken. Aber eben darauf gründen diese Vereine vielleicht ihr Recht zu der obigen Bezeichnung, nach dem gutpolizeistaatlichen Grundsatze, daß der „Unterthan" keine andre Meinung haben darf, als die Regierung. —

(Der nordamerikanische Präsident über stehende Heere.) Der Präsident der vereinigten Staaten, Herr Polk, sagt in der Botschaft, in welcher er den Friedensschluß mit Mexico dem Congreß anzeigt, über die stehenden Heere folgendes: Während in andern Ländern die Völker, die unter einer weniger freien Regierungsform als die unsrige leben, unter der Last der Steuern erliegen, um während des Friedens starke stehende Heere zu ernähren, hat uns die Erfahrung gelehrt, daß diese kostspieligen Einrichtungen in einer Republik nicht nothwendig sind. Unser stehendes Heer findet sich im Schooß der Gesellschaft selbst; es besteht aus freien Bürgern, die stets bereit sind, die Waffen zu ergreifen, sobald es zum Dienste ihres Vaterlandes nothwendig ist. Die Erfahrung, welche wir in dem so eben beendigten Kriege gemacht, hat unwidersprechlich dargethan, daß man in einigen Wochen ein regelmäßiges Heer von Freien organisiren kann, und daß unsre Bürgersoldaten jeder andern Truppe in der Welt gleichkommen. Es ist daher nicht der mindeste stichhaltige Grund vorhanden, eine Vermehrung unsres Landheeres anzusprechen, welche die Staatsausgaben vermehren müßte. Eine weise Staatskunst erfordert, daß wir es vermeiden, während des Friedens und so lange das öffentliche Wohl es nicht verlangt, ein starkes Heer aufzustellen; auch sind dergleichen Heere nicht allein nutzlos und wohlstandzerrüttend, sondern sie können auch der Freiheit gefährlich werden." So spricht der verantwortliche Präsident einer freien Nation, während die Vertreter des deutschen Volkes die Aufstellung von 900,000 Mann Truppen beschließen und dadurch dem Volk eine Last von vielen Millionen aufbürden. Was lernen wir daraus? Daß das deutsche Volk kein freies ist und daß seine Vertreter in Frankfurt auch nicht die Absicht haben, es zu einem freien zu machen.

(**Die preußische Zwangsanleihe.**) Die Kölner Zeitung, eine „Preußin" vom reinsten Wasser, fordert auf, die Frist bis zum 10. August zu freiwilliger Einzahlung der treffenden Geldsummen zu benützen, damit nicht Zwang eintrete und man statt 5 nur 3½ Prozent erhalte. „Wo Patriotismus und richtige Einsicht fehlen, sagt sie, müßte sonst der Zwang eintreten." Der Patriotismus der Geldmenschen besteht bekanntlich im Profit, und es scheint also ganz unbegreiflich, daß nicht Alles herbeiströmt, um freiwillig herzuleihen, und 5 statt 3½ Prozent zu erhalten. Die neue rheinische Zeitung bringt zur Erklärung dieses wunderbar scheinenden Phänomens Folgendes bei: „Womit will der preußische Staat nicht 5, sondern nur 3½ Prozent zahlen? Mit neuen Steuern. Und wenn die gewöhnlichen Steuern nicht ausreichen, wie vorher zu sehen ist, mit einer neuen Zwangsanleihe. Und womit die Zwangsanleihe Nro. II? Mit einer Zwangsanleihe Nro. III. Und womit die Zwangsanleihe Nro. III? Mit dem **Bankerutt**." Diese Aussicht empfiehlt die freiwillige Anleihe allerdings nicht sehr und macht den Mangel an „Patriotismus" bei den Geldmännern sehr erklärlich.

(**Oesterreichische Reichstagsreden.**) Der Reichstag hat nun dem Kaiser für seine Rückkehr ein Ultimatum gestellt. Er wurde nicht um die Rückkehr **gebeten**, sondern dieselbe wurde in Namen des Gesetzes **gefordert**. Bei der Berathung über diese Adresse fielen merkwürdige Reden. Der Abgeordnete Löhner sprach für die möglichst kräftige Fassung derselben und bemerkte unter Andern: der Reichstag möge aus den Blättern der französischen Revolution lernen, wie man zu sprechen habe, wenn Höflinge sich zwischen Fürst und Volk drängen. Der Abgeordnete **Fühler**, der bekannte katholische Priester, sagte: „Das österreichische Volk habe bei allen Intriguen eine Geduld bewiesen, die in der Geschichte unerhört sei, es habe eine Liebe bewiesen, wie nur seltene Beispiele sie wiedergeben; Deputation über Deputation sei abgesendet worden, das Volk habe schon auf revolutionärem Boden gestanden, und doch noch **gebettelt**, wo es **nicht mehr betteln sollte**. Vielleicht wäre es besser gewesen, wenn das Volk von vornherein energischer gesprochen hätte; das Volk sei tief gekränkt über die Schmach, die man ihm angethan. Man möge die Geschichte anderer Völker, **man möge die Geschichte Karls I., Ludwigs XVI. lesen**." Und diese heillosen Verräther und Majestätsbeleidiger werden nicht gehängt, sondern gehn frei umher als Vertreter eines frei gewordenen Volkes, das seinem Kaiser ein lakonisches: Entweder — oder zuruft. Das macht: die Wiener haben nicht eine Revolution gemacht, um sich, wie wir, um dieselbe prellen zu lassen, sondern um sie zu benützen und bis in ihre letzten Consequenzen zu verfolgen.

(**Die preußische Soldateska und die Freischaaren.**) Zur Charakteristik der Behandlung, welche die prußische Soldateska in Schleswig den Freischaaren angedeihen ließ, erzählte kürzlich ein Abgeordneter in der preußischen constituirenden Versammlung folgende possierliche Geschichte, über die sich natürlich die Stockpreußen weidlich ärgerten. Ein „preußischer" Lieutenant war auf seinem Pferde selig entschlafen und ritt in diesem Zustande mitten unter die Freischaaren hinein. Diese fanden die Sache humoristisch und sangen ihm zu: Schlaf Kindlein, schlaf u. s. w. Der Lieutenant, der darüber aufwachte, war wüthend, verklagte die Freischaaren und **die unglücklichen Spötter wären beinahe vor ein Kriegsgericht gestellt worden!**

(**Preußisch-russische Dienstleistungen.**) Es ist Thatsache, daß die russische Regierung für jeden Deserteur, der durch den diesseitigen Grenzkommissarius im geschäftsmäßigen Wege ausgeliefert wird, 3 Dukaten zahlt, welche bestimmungsgemäß für den Häscher des Deserteurs bestimmt sind. Man muß wissen, daß der Ausgelieferte in der Regel todt geprügelt wird. Ist es nicht rührend, daß eine deutsche Regierung sich dazu hergibt, der Barbarei Opfer auf die Schlachtbank zu liefern? Aber sie will ja nicht deutsch, sie will ja preußisch sein!

Berichtigung.

In Nro. 48 dieses Blattes sind einige Druckfehler stehen geblieben, die wir nachträglich berichtigen: pag. 186 1 Sp. Zeile 23 v. o muß es heißen „müßte" statt „mußte". pag 186. 2 Sp. Zeile 21. v. o. „kürzlich" statt „täglich." pag 188. 1 Sp. Zeile 11 v. o. muß es heißen „in Frankfurt, die Schmerling, Radowitz und Cons." pag. 188 2 Sp. Zeile 11 v o. muß es heißen: „noble Passion" statt „volle Passion."

Gedruckt unter Verantwortlichkeit der Verleger von Wilhelm Tümmel.
Gg. Meyer, Plobenhof S. 823.

Die deutsche Einheit.

Ein Wort an das Volk.

Wir haben es vor Monaten ausgesprochen, daß die deutsche Einheit nicht mit den Fürsten, sondern trotz der Fürsten verwirklicht werden müsse. Die Geschichte sagte Jedem, der lesen kann, daß von jeher die Fürsten es waren, welche der deutschen Einheit im Wege standen, welche Deutschland theilten, welche mit den Feinden Deutschlands verrätherische Bündnisse abschlossen, welche sich überhaupt keinen Augenblick bedachten, die Ehre und den Ruhm des deutschen Vaterlands ihren dynastischen Sonderinteressen zu opfern. Wenn der bekannte Ausspruch Saint-Just's in irgend einer Anwendung wahr ist, so kann man gewiß von der Geschichte der deutschen Fürsten sagen, sie sei des Matyrologium der Deutschen. Das deutsche Volk war ein hundertfacher Märtyrer, denn es hatte hunderte von Fürsten; und seine Marter ist noch nicht zu Ende. Kann man sagen, nur in der Persönlichkeit einzelner Fürsten sei die Ursache dieses Märtyrerthums gelegen gewesen? Nein, sie lag in dem Wesen, in dem Charakter des Fürsteninstituts. Das geht aus der Geschichte mit Sonnenklarheit hervor, und darum könnte jeder wohlgeschulte Knabe den Herren in Frankfurt sagen, daß es die Schande, die Zersplitterung Deutschlands verewigen heiße, wenn man den Fürsten Zeit gibt, ihre gebrochene Macht wieder zu leimen und zu befestigen, durch List und Gewalt des erwachten Volksgeistes Herr zu werden und ihn in neue Ketten zu schlagen. Aber die deutschen Hofräthe und Professoren sahen, daß die kräftige Verwirklichung einer wahren, einer demokratischen Einheit andere, kühnere Männer auf den Schauplatz rufen würde, daß es um ihre langweiligen Reden dann geschehen wäre, mit denen sie die deutsche Einheit erobern zu können wähnten, und ein deutscher Professor wird eher zum Verräther an seinem Volke, als er auf eine Rede verzichtet. Es wurde unterhandelt, statt daß man handelte, und die Folgen dieses Unterhandelns liegen nun klar zu Tage. Die Fürsten und Regierungen, welche bereits wieder ganz fest zu stehn glauben, sagen den durch ihre Vermittlungsrolle ihnen selbst verächtlich gewordenen deutschen Hofräthen voll Hohn in's Gesicht, daß sie ihre Beschlüsse nicht anerkennen. So stehen wir just an demselben Punkte, an welchem wir vor dem März standen, nur daß 500 abgenutzte, unbrauchbar gewordene, nach beiden Seiten hin compromittirte Hofräthe in Frankfurt tagen d. h. rathlos sind, was sie thun und nicht wissen, wie sie den Weg von den Phrasen zum Handeln finden sollen. —

Mag das Parlament sich für die Fortsetzuug des Unterhandelns oder für das Handeln entscheiden, in letzter Instanz muß immer das Volk den Ausschlag geben, und nur mit diesem haben wir es hier zu thun. Wir wenden uns an das Volk, in welchem von den Ideen der Revolution von 1848 wenigstens die Idee noch nicht ganzen erstorben sein wird, deren Verwirklichung vor 5 Monaten so nahe gerückt schien, die Idee eines einigen Deutschlands. Der Freiheiten, die man ihm in März zusagte, hat es sich in aller Gutmüthigkeit allmählich wieder berauben lassen; das Associationsrecht ist vernichtet, denn man verfolgt diejenigen, welche in einem der jeweiligen Regierung mißliebigen Sinne wirken; das Versammlungsrecht ist vernichtet, denn wer anders redet, als der jeweiligen Regierung angenehm ist, wird verfolgt und gemaßregelt; die Preßfreiheit ist vernichtet (siehe Bamberg), denn auf Grund der harmlosesten Artikel verfügt man Ausweisungen und Verhaftungen, nur um der Presse Kräfte zu entziehen und freisinnige Blätter zu unterdrücken; die persönliche Freiheit ist vernichtet, denn auf die unmotivirtesten Verhaftsbefehle hin werden mißliebige Personen gefangen gesetzt, ohne daß die Stellung einer Caution angenommen wird; das Petitionsrecht sogar ist vernichtet, denn ein hochgestellter Beamter, der auf diese Aeußerung hin nicht entlassen wurde, hat es öffentlich ausgesprochen, daß er es nicht anerkenne. Was bleibt noch zu vernichten übrig?

Wahrlich kaum Etwas anders, als die Nationalität, die deutsche Nationalität! Und auch nach dieser streckt man die Hand aus; indem man das Zustandekommen einer wahrhaften, kräftigen Einheit verhindern, indem man das Bayerthum über das Deutschthum, das Blauweiß über das Schwarzrothgold, den König Max über den Reichsverweser setzen

will. Wird das Volk sich auch dieses letzte Restchen von der Revolution, die Hoffnung auf ein einiges Deutschland nehmen lassen?

Um eine Einheit in Deutschland zu Stande zu bringen, ist Unterordnung der einzelnen Regierungen unter die Centralgewalt nothwendig, denn mehre, gleichberechtigte Einheiten geben nach Adam Ries Vielheiten und diese, welchen man mit so viel Grund das bisherige Elend Deutschlands, seine Leiden und seine Schmach auf Rechnung schreibt, sollen ja eben jetzt einer höhern Einheit untergeordnet werden. Niemand denkt daran, aus Deutschland einen centralisirten Staat zu machen, wie etwa Frankreich, alle Provinzial- und Stamm-Unterschiede zu verwischen, aber kräftig muß die Centralgewalt sein, und das kann sie nur sein, wenn die einzelnen Regierungen einen Theil ihrer Souveränetätsrechte an sie abgeben, wenn sie unbedingt ihre Truppen ihr zur Verfügung stellen, wenn sie auf die gesonderte Vertretung bei den auswärtigen Staaten durch Gesandte verzichten u. s. w. Dieß ist nothwendig, wenn Deutschland ein mächtiger von den Nationen geachteter Staat werden soll. Aber das wollen Diejenigen nicht, welche in kleinlicher Eitelkeit an den Attributen der Souveränetät hängen, sie wollen lieber als kleine Souveräne an den Spielzeugen der Fürstenhoheit sich ergötzen, denn als Glieder eines großen Ganzen an dem Ruhm und der Macht des großen Vaterlandes Theil haben.

Der Mangel an Patriotismus von dieser Seite überrascht uns nicht. Wir haben ihn nie erwartet. Aber eine Beleidigung gegen das Volk erkennen wir in der Zumuthung, daß dieses solche Sondergelüste theilen und unterstützen solle. Sie ist eine Beleidigung, denn durch sie wird das Volk für gänzlich denkunfähig, für vollkommen unwürdig erklärt.

Nicht anders. Ich frage Euch, wer Ihr sein mögt, Industrielle, Fabrikanten, Kaufleute, Capitalisten, Gewerbsleute, Bauern, habt Ihr einen Vortheil davon, wenn der Einzelstaat, dem Ihr angehört, auch ferner wie bisher, durch eigene Gesandte im Auslande vertreten ist? Die Kosten dieser Vertretung, welche auf den Beutel der Steuerpflichtigen fallen, will ich nicht in Anschlag bringen. Aber wenn Ihr im Auslande in Noth, in Verlegenheit, in Gefahr oder Unrecht gerathet und Ihr wendet Euch an Euren Gesandten, glaubt Ihr, der Gesandte von Deutschland, von einem Staat mit 45 Millionen könne Euch nicht wirksameren Schutz verleihen, als der Gesandte von Bayern? Glaubt Ihr, man werde im Auslande den Bürger eines einigen und starken Deutschlands nicht mit mehr Rücksicht behandeln, als den Bürger eines kleinen Staates von 3—4 Millionen? Habt Ihr nicht seit langen Jahren die traurige Erfahrung gemacht, daß die Angehörigen der kleinern deutschen Staaten im Ausland fast schutzlos dastehen?

Ich frage Euch ferner, wer von Euch hat einen Vortheil davon, wenn das stehende Heer, das ja nach dem allgemeinen Wunsch überhaupt sobald als möglich vermindert und in der Handhabung der innern Ruhe und Ordnung durch die allgemeine Volksbewaffnung ersetzt werden soll, auch ferner, wie bisher, unter den unmittelbaren Befehlen Eures Königs steht, wenn Er die Offiziere bis zu den höchsten Chargen ernennt, wenn Er in großartigen Armeebefehlen die Beförderungen vornimmt, statt daß nach dem Gesetzentwurf und nach den Anforderungen einer kräftigen Einheit die Centralgewalt, beziehungsweise der Reichsverweser, über diese Truppen verfügt und die Offiziere bis zu einer gewissen Charge ernennt? Wer von Euch hat einen Vortheil von jenen Militär-Paraden, an denen sich bisher die Fürsten vergnügten? Oder vielmehr werden die wenigen lokalen Vortheile von den großen allgemeinen Nachtheilen nicht bei weitem aufgewogen?

Ich frage ferner, wer von Euch hat einen Vortheil davon, wenn die Gesetzgebung der Einzelstaaten auch ferner, wie bisher, eine verschiedene ist von der der andern Staaten, wenn auch ferner, wie bisher, hunderterlei Rechte in dem einen Vaterlande gelten? Habt Ihr nicht unter dieser Verschiedenheit der Gesetze und Rechte seit lange gelitten? Und wenn die deutsche Centralgewalt ein gewisses Maß von Grundrechten des Volks für alle deutsche Staaten aufstellt, werdet Ihr darin einen Nachtheil, eine Beschränkung Eurer provinzialen Freiheit erblicken? Oder werdet Ihr nicht vielmehr einen wesentlichen Fortschritt darin erkennen, daß gewisse Rechte und Freiheiten nicht bloß durch Eure Landesregierungen, sondern durch die Vertretung des gesammten großen Deutschlands gewährleistet sind?

Gewiß werdet Ihr alle diese Fragen im Sinne der deutschen Einheit beantworten müssen. Gewiß werdet Ihr einstimmen in das Urtheil eines großen deutschen Mannes, eines Mannes, dem kein Vernünftiger Umsturztendenzen wird Schuld geben können, in das Urtheil Friedrich List's: „Nirgends haben Arbeitsamkeit und Sparsamkeit, Erfindungs- und Unternehmungsgeist der Individuen Bedeutendes zu Stande gebracht, wo sie nicht durch die bürgerliche Freiheit, die öffentlichen Institutionen und Gesetze, durch die Staatsadministration und durch die äußere Politik, vor allen aber durch die Einheit und Macht der Nation unterstützt gewesen sind."

Deshalb erhebet Euch kräftig gegen die Sondergelüste, welche jetzt so frech hervortreten und in denen hoffentlich endlich auch Diejenigen die Reaktion in ihrer häßlichsten Gestalt erblicken werden, welche bisher in gutem Glauben keine Reaktion sehen wollten. Die Zeiten des Vertrauens müssen vorüber sein, denn so oft das deutsche Volk vertraut hat, eben so oft ist es betrogen worden. Und das deutsche Volk hat wahrlich nicht Zeit, sich noch lange betrügen zu lassen. Die Geschicke stürmen heran, entweder rasch die Einigung, oder eine polnische Theilung! Längeres Zuwarten kann das verhängnißvolle Wort des Jahres 1848 auch für Deutschland bethätigen, und leicht mag der russische Barbar der endlichen Erhebung des deutschen Volkes mit Hohn entgegen rufen: Es ist zu spät!

Gustav Diezel.

Der freie Staatsbürger.

Ein Volksblatt aus Franken.

№ 51. Nürnberg, 17. August. 1848.

Erscheint jeden Dienstag, Donnerstag und Samstag, und kann durch alle Postämter bezogen werden.
Preis vierteljährlich 45 Xr. — Einrückungsgebühr 2 Xr. für die Zeile. — Einzelne Nummern à 3 Xr.

Die Offenheit der „guten“ Presse.

Unser liebenswürdiger Freund, der Korrespondent v. u. f. Deutschland hat in den letzten Tagen zwei Artikel gebracht, welche ihn unsterblich machen würden, wenn er es nicht schon wäre. Es ist ein eigenthümliches Gesetz der Geschichte, daß die Reaktion, nie zufrieden mit den errungenen Erfolgen, immer weiter und weiter vorwärts drängt und dadurch sich selbst den Sturz bereitet. Was man vor Kurzem nur als einen unerreichbaren Wunsch, etwas später vielleicht als eine sehr schwache Hoffnung im Innersten der Seele barg, man spricht es jetzt bereits offen aus, man macht kein Hehl daraus, daß es durchaus auf Wiederherstellung der alten Wirthschaft, des Despotismus und Metternichianismus abgesehen ist. So gewiß glaubt man schon seiner Sache zu sein, daß man keck und frech das heraussagt, dessen Aussprechen vor wenigen Monaten von 4 Fünftheilen der Deutschen als der ehrloseste Verrath bezeichnet worden wäre. So leicht glauben diejenigen, welche jetzt im Augenblick das große Wort führen, mit einer Revolution fertig zu werden, und zwar mit der Revolution von 1848, welche alle Tiefen der Gesellschaft aufwühlte! So sicher haben die Kartätschen Cavaignac's und die scheinbar wiederhergestellte Bourgeoisherrschaft in Frankreich die deutschen Philister gemacht. Thoren, die Ihr seid! Den Maaßstab der Ehrenhaftigkeit, des Nationalbewußtseins, des Patriotismus an Eure Reden anzulegen, das fällt mir nicht ein, dazu kennt man Euch zu gut. Man weiß, daß die Geldsäcke Euer Vaterland sind, daß der „lumpenbehangene“ Proletarier mehr Vaterlandsliebe und mehr Ehrgefühl in seiner Brust trägt, als sämmtliche Diplomaten und Bankiers der alten Welt. Aber daß Euch der augenblickliche Erfolg die Augen dergestalt verblendet, daß Ihr wähnt, durch Kanonen und durch den Prinzen von Preußen lasse sich der Geist der Revolution besiegen, das ist eine Absurdität, welche uns erst recht klar beweisen müßte, wie trostlos Eure Atien stehen, wenn wir es nicht zuvor schon wüßten.

Ja, der Korrespondent v. u. f. Deutschland sagt es offen heraus, der Prinz von Preußen müsse zum „Höchstkommandirenden des deutschen Heeres“ ernannt werden. Und warum sollte er nicht? „Der Prinz ist unstreitig ein tüchtiger und erfahrener Krieger.“ Unstreitig! Er hat zwar nur einmal Gelegenheit gehabt, seine Tüchtigkeit zu bewähren, am 18. März, aber er hat da sein Meisterstück geliefert. „Bei der preußischen Armee ist er allgemein beliebt.“ Bei den Offizieren, welche die 20 Schweidnitzer Bürger erschießen ließen, ganz gewiß. „Unter dem Prinzen von Preußen wird das preußische Heer in der Vertheidigung Deutschlands den übrigen Heerabtheilungen mit bestem Beispiele vorangehen, und das Beispiel eines so tüchtigen Heeres ist wahrlich nicht gering zu achten.“ Es ist offenbar, der Korrespondent v. u. f. Deutschland, den wir bisher für den loyalsten Unterthan der bayerischen Dynastie hielten, hat sich zur preußischen Hegemonie bekehrt. Aber hat er denn gar so wenig politische Einsicht, um nicht zu erkennen, daß die nothwendige Consequenz der preußischen Hegemonie die Mediatisirung aller 34 Fürsten ist? Ich fürchte sehr, der Korrespondent v. u. f. Deutschland wird sich mit seinen preußenthümlichen Vorschlägen bei seinen hohen Gönnern, die ihn in die Seminarien empfehlen, einen schlechten

Dank verdienen. Doch weiter, der letzte Trumpf, den der Edle zu Gunsten des Kartätschenprinzen ausspielt: „die Privatüberzeugungen des Prinzen in politischer Hinsicht kommen bei seiner Aufgabe als Oberfeldherr nicht in Betracht." Wem sagt der Korrespondent das? Welches Publikum stellt sich der Edle vor? Unmündigen Kindern nur kann man sagen, daß bei einem Mann, der an der Spitze von 900,000 Mann steht, die politischen Ansichten gleichgültig seien. Der Korrespondent v. u. f. Deutschland konnte wahrlich seinem Publikum auf eklatantere Weise seine Verachtung nicht aussprechen, als er es durch diese entsetzlich abgeschmackte Behauptung gethan hat.

Und wißt Ihr auch, wozu der Korrespondent den Prinzen von Preußen haben will? Das verräth uns in einem zweiten Artikel der geistvollste aller Politiker Europas, die Sonne am philosophischen Himmel der Erlanger Universität, der doppeltbekreuzte Herr August von Schaden. Wer glaubt, dieser naive Philosoph sei mit den Beschlüssen des loyalen Parlaments einverstanden, täuscht sich sehr. Er hält vielmehr der Nationalversammlung eine tüchtige Strafpredigt. Der Erlanger Philosoph mißbilligt höchlich die „kühnen Griffe;" er liebt nur jene unbegriffene Kühnheit, mit welcher Er, der philosophische Don-Quixote, in ungelesenen Schriften den Feuerbachianismus bekämpft d. h. vernichtet. Aber er gibt zugleich dem Parlament das Mittel an, durch welches dasselbe sich Gnade erwerben kann vor dem unbeugsamen Richter, und dieses Mittel ist: Krieg mit Frankreich, sobald Frankreich in Italien interveniren will. Ja, ruft der deutsche Philosoph, dann habt Ihr einmal das „unbezweifelt Rechte" getroffen, und alle Eure schweren Verbrechen sollen vergeben und vergessen sein.

Der edle Philosoph steht nicht allein mit seinem Wunsch nach einem Krieg mit Frankreich. Es wünschen ihn Viele. Ein verzweifelter Wunsch! Ist der Herr von Schaden so fest versichert, daß sein Prinz von Preußen die republikanischen Franzosen schlagen würde? Wir unserer Seits bekennen, daß uns dieses feste Vertrauen abgeht. Wir wünschen sehnlich den Frieden mit Frankreich, obgleich ein Krieg mit Frankreich höchst wahrscheinlich für Süddeutschland die Republik brächte. Aber wir wollen die Republik nicht den Franzosen verdanken. Diejenigen, welche um jeden Preis ein Zerwürfniß mit Frankreich herbeizuführen suchen, gleichen den verzweifelten Spielern, welche Alles auf eine Karte setzen, und diese verlieren in der Regel.

Herr von Schaden meint es gut mit seiner Sache, d. h. mit der Sache der Reaktion, aber selbst ein großer Philosoph kann zuweilen falsch spekuliren. Uebrigens ist bis jetzt keine Aussicht vorhanden, daß es mit der friedlichen Bourgeoisregierung in Paris zum Kriege komme.

G. D.

Glossen zur Tagsgeschichte.

(Preußische Pfiffe.) Der preußische Hof begnügte sich nicht mit der Abstellung der Parade am 6. August; er wußte auch Herrn Rimpler, den neuen Bürgergeneral, mit seinen Netzen zu umgarnen. Schon hatten sich 89 Bezirke der Bürgerwehr gegen etwa 30 für Abhaltung der Parade am Dienstag entschieden. Da erscheint am Vorabend ein Tagsbefehl von Herrn Rimpler, worin die Parade unter dem Vorwand, daß die nöthigen Vorbereitungen nicht so schnell getroffen werden können, auf Dienstag verschoben wird. Zugleich war darin weit mehr Preußens als Deutschlands gedacht. Herr Rimpler war aber nicht damit zufrieden, die gutmüthige Bürgerschaft bethört zu haben, er wollte auch die Betheiligung der fliegenden Korps an der Parade hintertreiben. Der Schlaue ging zu den fliegenden Korps der Künstler und sagte ihnen, sie möchten die Parade mit der Bürgerwehr am Dienstag mitmachen, die Studenten würden sie auch erst an diesem Tag im Verein mit der Bürgerwehr veranstalten. Die Künstler gingen in die Falle. Darauf machte sich Herr Rimpler an die Studenten und erzählte ihnen das Gleiche von den übrigen fliegenden Korps; sie möchten nur ihrem Beispiel folgen. Das bewaffnete Studentenkorps aber beschloß, es lediglich bei der Sonntagsparade bewenden zu lassen. Der Zug nach dem Kreuzberge mochte wohl von 60—80,000 Menschen in vollkommenster Ordnung begangen sein. Solche Zahlen beweisen, daß die große Mehrzahl des Volkes deutsch ist und sein will.

(Charakteristische Fürstenworte.) Die Mecklenburger, mit ihrem Ministerium unzufrieden, sandten eine Deputation, darunter den Advokaten Wig-

gers nach Strelitz, zum Großherzog; Wiggers übergab eine Denkschrift, welche wegen der sehr mangelhaften Verwaltung des Landes den Austritt des Ministers von Dewitz und der ganzen Regierung verlangte. S. K. Hoheit erwiederte dem Advokaten Wiggers nach Durchlesung der Schrift, daß es ihn wundere, solche Forderung zu lesen. Der Dr. W. sei ja Advokat und würde Niemanden erlauben, sich mit der Führung eines ihm übertragenen Prozesses zu beschäftigen, ebenso werde er, der Großherzog, nie dulden, daß sich seine Unterthanen in irgend eine seiner Regierungs-Angelegenheiten mischen und dabei bleibe es! — Im Monat Merz war die Sprache der hohen Herrn etwas gedämpfter, man sieht, sie haben sich von ihrem Schreck erholt.

(Stockpreußische Complotte.) Zur Erklärung der Wuth, mit welcher die Preußen in der Nationalversammlung die unschuldige Bemerkung Brentano's aufnahmen, erzählt die Reichstagszeitung: Die Camarilla des Stockpreußenthums geht damit um, den König von Preußen zur Abdankung zu bewegen und an seine Stelle den Prinzen von Preußen auf den Thron zu setzen, um den alten Zustand wieder herzustellen. Dieser Plan datirt zurück bis zum 19. Mai, wo man in den König drang, die Armee zum Vernichtungskampfe gegen Berlin zu führen. Auch nach der Rückkehr des Prinzen aus England weigerte sich der König mit Entschiedenheit, auf einen wiederholten Plan ähnlicher Art einzugehn. Der Befehl des Königs in Betreff der Reichsgewalt und Huldigung hat den Entschluß endlich gereift und man scheint entschlossen, damit zu Ende zu kommen, nöthigenfalls mit Gewalt; auf den Schlössern der Mark ist der Plan ausgebrütet worden und die Reise des Prinzen nach Stettin wird als das Vorspiel betrachtet.

(Vorschläge für eine Nationalkirche.) Ein an die Katholiken verkaufter ehemaliger protestantischer Theologe, aus Württenberg, Gfrörer, früher Bibliothekar in Stuttgart, jetzt Professor der Geschichte an der katholischen Hochschule in Freiburg, und Abgeordneter eines katholischen Bezirks zum Parlament, will die alte deutsche Kirche wieder aufgebaut wissen. Er sagt: S. Heiligkeit der jetzt regierende Papst Pius IX. soll in seinem eigenen und seiner Nachfolger Namen denjenigen deutschen Protestanten, welche zum Rücktritt in die alte deutsche Nationalkirche geneigt sind, gewähren 1) das Abendmahl unter beiderlei Gestalt, 2) die deutsche Bibel, 3) Beschränkung der Ceremonien und des gottesdienstlichen Gebrauchs der lateinischen Sprache auf ein passendes Maß; 4) Ermächtigung der Bischöfe zur Abstellung den Protestanten anstößiger Dinge, wie der Reliquienausstellung u. s. w. 5) lebenslängliche Gewährleistung ihrer Ehen für alle Pfarrer protestantischen Bekenntnisses, die mit ihren Gemeinden übertreten (also nicht einmal Aufhebung des Cölibats.) 6) Ausschließung des Jesuitenordens aus Deutschland 7) freie Wahl der Ohrenbeichte oder der protestantischen Beichtform, obgleich erstere eine fehlerlose ächtchristliche Anstalt ist. — Herr Gfrörer gehört in Frankfurt zu der allmächtigen Majorität. Man sieht, diese wird durch ihre Erfolge immer kecker. Vor der Revolution hätte es kaum Jemand gewagt, Deutschland, dem protestantischen Deutschland, dessen größte That die Reformation ist, einen so schmachvollen Vorschlag zu machen. Aber was ist jetzt noch unmöglich!

(Repräsentationsgelder des edlen Gagern.) Die neue rheinische Zeitung theilt folgende Unterhandlungen zwischen den Parteien der Nationalversammlung mit. Die Centren und die Rechte wollen dem edlen Gagern Repräsentationsgelder aussetzen. Herr Stedtmann kam als Abgesandter des linken Centrums zu Trützschler (entschiedene Linke), um mit diesem eine Vereinbarung zu treffen, daß die Sache ohne Discussion abgemacht werde, um den edlen Gagern nicht in seiner Schamhaftigkeit zu verletzen. Stedtmann sagte, wenn wirklich von Repräsentation die Rede sein solle, werde man Gagern monatlich 5—6000 Gulden geben müssen; im andern Fall 2—3000 fl. Trützschler erklärte, daß die Linke auf diese Forderungen in einem Augenblick nicht eingehn werde, wo der Staatsbankerutt in ganz Deutschland vor der Thüre stehe, und die enormen Kosten der Nationalversammlung nur durch Exekution an den „lumpenbehangenen" (Ausdruck Heisterbergk's aus den Verhandlungen über die Prügelstrafe) Proletariern aufgetrieben werden; dann verlangte er zu wissen, was Gagern wohl selbst beanspruchen möge. Stedtmann ging fort, und kam in einer Stunde wieder. Gagern, sagte er, habe erklärt, daß er wöchentlich einmal einen Salon zu öffnen wünsche, um die verschiedenen Parteien „um sich" zu sehen, und die Diplomaten zu

empfangen; dazu brauche er ein größeres Lokal, Bediente, Equipagen; er denke das mit 1000 fl. monatlich bestreiten zu können. Die Centren aber und die Rechte, setzte der Freund Gagerns hinzu, hielten dafür, daß Herr von Gagern sich in dieser Berechnung täusche und daß man ihm 2000 fl. mindestens aussetzen müsse. Trützschler antwortete, die Linke hielte 600 fl. für hinreichend, um Gagern für seine Ministerstelle zu entschädigen, falls ihm dieser Verlust nicht anderweitig ersetzt wäre; doch wollten sie in dem Falle, daß die Centren sich mit der Linken vereinigten, 1000 fl. bewilligen, im Falle aber, daß auf 2000 fl. bestanden würde, das Amendement auf 600 fl. stellen und auf namentliche Abstimmung dringen. Herr Stedtmann versicherte darauf, daß die Centren von 2000 fl. nicht abgehen und die Diskussion sofort durch den Ruf nach Schluß abschneiden würden. (Höchst charakteristischer Terrorismus, der auch ganz in dieser Weise wirklich geübt wurde! Dem edlen Gagern wurden in der Sitzung am 11. August 2000 fl. monatlich bewilligt. Der Abgeordnete Cetto bemerkte dabei, man mache sich durch ängstliche Sparsamkeit nur lächerlich.) Auch erklärte Stedtmann auf die Frage Trützschlers, daß wenigstens der Ministerpräsident eben so viel wie Gagern erhalten müsse. — Man sieht hier, wie ängstlich die Majorität im Parlament bemüht ist, sich vor dem Vorwurf republikanischer Einfachheit zu schützen. Man könnte sie ja gar zu leicht für republikanisch halten, wenn sie nicht große Ministergehalte und Repräsentationsgelder bewilligen würde. Wir unserer Seits sind verblendet genug, es hier, wie überall, mit der Republik zu halten. Ein Reichsminister, der zugleich Abgeordneter ist, und als solcher Diäten bezieht, 1000 fl., ein Minister, der nicht Abgeordneter ist, 3000 fl., der Ministerpräsident und der Präsident der Versammlung jeder 6000 fl., das schiene uns vollkommen hinreichend, denn es läßt sich damit anständig leben. Der Repräsentation in den Salons bedarf es nicht; die Herren sollen in der Paulskirche das Volk gehörig „repräsentiren," und wenn sie das nicht besser thun, als bisher, so ist ihre Repräsentation das Geld lange nicht werth, welches sie kostet.

(Unbegründete Verhaftungen.) Da sich gegen die Verhafteten Annecke und Gottschalk gar nichts Belastendes aufbringen läßt, so werden dieselben in den nächsten Tagen wieder freigelassen werden müssen. Sie werden gleichwohl in der Gefangenschaft sehr streng behandelt, selbst ein Bett wird ihnen verweigert. In Preußen scheint wie in andern Staaten, zwischen der Justiz und der Polizei ein geheimnißvoller Geisterrapport Statt zu finden.

Allerlei.

Wir glauben hiemit unsere Leser darauf aufmerksam machen zu müssen, daß die stenographischen Berichte über die letzten stürmischen Sitzungen des Parlaments in Betreff der Amnestiefrage, laut gutunterrichteten öffentlichen Blättern, zu Gunsten der Majorität des Parlaments gefälscht wurden. So hat z. B. der berühmte Kneippräses Soiron den Ordnungsruf gegen Brentano nicht ausgesprochen; der gleich im Beginn seines Satzes sich erhebende Tumult gestattete es ihm nicht. Ferner lassen die stenographischen Berichte die Leser über die um die Tribüne her statt gefundene Scene völlig im Dunkel. Augen- und Ohrenzeugen schildern dieselbe so, daß man die Ueberzeugung gewinnt, das Parlament habe dabei Anstand und Würde gänzlich preisgegeben. Mit den Worten: „Sie sind ein Hundsf—tt, verlassen Sie die Tribüne," stürzte zuerst Hr. Plathner gegen Brentano los, ihm folgte die ganze Rechte, namentlich Vincke, Wartensleben und Radowitz thaten sich dabei hervor; es erfolgten nun die bekannten Forderungen, (der tapfre Fürst Lychnowsky, der leider bei der Scene selbst nicht sogleich anwesend war, kam am andern Tag mit der Forderung auf Säbel nach), und als nun die Linke zum Schutze des Freundes herbeieilte, da sah man die geballten Fäuste unter den Nasen der sich gegenüberstehenden Feinde, und zwischen den Volksvertretern der zwei Lager fielen „süße Schmeichelworte," mit denen wir die gutererzogenen Ohren unserer Leser nicht zu behelligen wagen.

Gedruckt unter Verantwortlichkeit der Verleger von Wilhelm Tümmel.
Gg. Meyer, Plobenhof S. 823.

// Der freie Staatsbürger.

Ein Volksblatt aus Franken.

№ 52. Nürnberg, 19. August. 1848.

Erscheint jeden Dienstag, Donnerstag und Samstag, und kann durch alle Postämter bezogen werden. Preis vierteljährlich 45 Kr. — Einrückungsgebühr 2 Kr. für die Zeile. — Einzelne Nummern à 3 Kr.

Ein Hauptmerkmal unserer Zeit.

Man weiß, daß wir zu denen gehören, welche die Bewegung des Jahres 1848 für eine wesentlich demokratische, folglich republikanische halten. Wir glauben dieß noch, trotz aller Fortschritte der Reaktion, ja gerade die Art und Weise, in welcher diese aufzutreten sich genöthigt sieht, bestärkt uns noch mehr in diesem Glauben. Wir haben die Ueberzeugung, daß das monarchische Princip keinen Anhaltspunkt mehr hat im Bewußtsein des Volks, in der öffentlichen Meinung, und wir glauben nicht an jene süße „Gewohnheit des Gehorsams," die dem deutschen Volke eigen sein soll, wie die Hofräthe in Frankfurt uns versichern. Wir glauben, daß Niemand in der civilisirten Welt mit Bewußtsein und Uneigennützigkeit sich für das monarchische Princip jetzt noch enthusiasmirt; diejenigen, welche ihm das Wort reden, welche heut zu Tage als die Stützen dieses Princips erscheinen, sind einestheils die Aristokraten, die durch dasselbe ihre dem Volk verhaßten Privilegien und die Befriedigung ihrer auf eine erhabenere Stellung, auf Glanz und äußeren Schimmer gerichteten Wünsche zu retten hoffen, anderentheils die Geldmänner, welche in dem monarchischen Princip eine Bürgschaft für das Eigenthum, für die Ruhe und Ordnung, diese berühmten Losungsworte unsrer Tage, zu besitzen wähnen und welche unter dem Schutz desselben eine noch schmutzigere Herrschaft, als selbst der Adel sie übte, die Herrschaft des Geldes über die Arbeitskräfte, sowohl die materiellen als die der Intelligenz, sich zu sichern vermeinen. Aber die Bildung, die Wissenschaft, kurz Alles, was man zusammengenommen als den Geist der Zeit bezeichnet, sind demokratisch und republikanisch.

Einen Hauptbeweis dafür, daß der Geist der Zeit demokratisch ist, finden wir in der Thatsache, deren Wahrheit von Jedem wird zugegeben werden müssen, der nicht schamlos genug ist, selbst das Handgreiflichste abzuleugnen, daß das monarchische Princip, um sich zu behaupten, überall die Sache des Volks preiszugeben, überall zur Lüge und zum Verrath zu greifen gezwungen ist. Wären die Interessen des Königthums, nach der Behauptung der Frankfurter Hofräthe, Eines und dasselbe mit den Interessen des Volks, so würden wir z. B. in Schleswig oder in Italien den Krieg auf ganz andre Weise geführt sehen. Wäre das Königthum stark, stark in der öffentlichen Meinung, im Bewußtsein des Volks, so würden wir in den Staaten Deutschlands nicht täglich Beispiele davon erleben, wie man den billigen Versprechungen, welche man, freilich nur nothgedrungen, dem fordernden Volke gewährt hat, zuwiderhandelt.

Wir fragen z. B. würde man in Bayern die königliche Proklamation vom 6. Merz, die unter Anderem volle Preßfreiheit gewährte, im ganzen Lande mit Jubel aufgenommen und mit Illuminationen gefeiert haben, wenn man geahnt, oder auch nur für möglich gehalten hätte, daß nach wenigen Monaten diejenigen, welche z. B. den Ausdruck „Winkelfürsten," und zwar ohne alle spezielle Beziehung auf Bayern, gebraucht, oder welche sich eine Rüge gegen das Verfahren der Münchener Polizei in Betreff der ausgewiesenen Schustergesellen erlaubt, ins Gefängniß geworfen und auf Majestäts- und Amtsehrenbeleidigung inquirirt werden würden? Jeder Ehrenman wird gerne vor einem unabhängigen Gerichte, in mündlichem und öffentlichem Verfahren, Rede stehen für seine Aeßerungen, kein

Vernünftiger wird die Preßfreiheit so verstehen, als gäbe sie ihm einen Freibrief zu maßlosen Angriffen oder lugenhaften und grundlosen Beschuldigungen. Aber wenn die Preßfreiheit so gehandhabt werden soll, daß der Journalist jeder freien Rede halber einstweilen zur Vornahme der Untersuchung einem modrigen Kerker, dem Schmutz und Unrath übergeben wird, bis ein Untersuchungsrichter, in schriftlichem und geheimem Verfahren, aus dem harmlosesten Artikel eine Majestätsbeleidigung herausgepreßt hat, dann mögen die Zeiten der Censur zurückkehren, oder vielmehr, dann ist die Presse zur gemeinen Metze der Regierung herabgewürdigt, und nur die Ehrlosigkeit vermag unter solchem Regimente ungestraft zu schreiben. Was wir aber hier als feststehende Thatsache constatiren wollen, ist dieß: Man hat Etwas versprochen, und man hat es nicht gehalten, denn die Preßfreiheit in dieser Weise ist eine Illusion. Und was wir hier an einem Beispiel zeigten, läßt sich in allen deutschen Herren Ländern an dem Beispiel sämmtlicher Märzverheißungen durchführen. Ueberall haben die Fürsten viel versprochen, und das Versprochene wurde nicht gehalten. Wir müssen daraus den Schluß ziehen, daß das Königthum sich schwach fühlt, da es nur mit Hilfe der Lüge, der physischen Gewalt, geheimer Inquisition und drakonischer Gesetze, deren Abstellung ebenfalls eines jener nicht gehaltenen Versprechen ist, sich behaupten kann.

Wir wollen indessen diese Schwäche und Unvolksthümlichkeit des Königthums an Beispielen aus dem innern Leben der deutschen Staaten hier nicht weiter nachweisen; sondern auf die Politik des Königthums nach Außen einen Blick werfen. Da fällt uns zuerst der Krieg mit Dänemark in's Auge. In den trübsten Zeiten des deutschen Vaterlandes hatte das deutsche Volk, dem jede andere Bethätigung seines erwachenden Nationalgefühls durch den Metternich'schen Despotismus verboten war, sich mit Begeisterung für den Schutz der deutschen Nationalität in Schleswig ausgesprochen. Wir bekennen es offen, uns ließ jener Enthusiasmus ziemlich kalt. Wir konnten nicht einsehen, was den Schleswigern die Einverleibung in den deutschen Bund so überaus wünschenswerth machen sollte. Allein sie wollten es, und der Augenblick, wo dieser Wille zur That wurde, kam. Es war der günstigste Augenblick, und selbst diejenigen, welche früher in der schleswig'schen Sache kalt geblieben waren, mußten jetzt für sie begeistert werden, denn jetzt sollte ja Schleswig einem freien, einem wiedergebornen Deutschland einverleibt werden. Es sind jetzt 5 Monate her. Wenn Deutschland eine Nation wäre, wenn es volksthümliche Regierungen hätte, deren Interessen Eins wären mit den Interessen des Volks, glaubt Ihr, die 45 Millionen Deutsche wären mit den großmäuligen Dänen und ihren etwaigen skandinavischen Verbündeten nicht längst fertig geworden? Um so mehr, da das freie deutsche Volk nicht mehr beansprucht hätte, als es verlangen konnte d. h. Einverleibung Schleswigs, soweit es einverleibt sein wollte, ohne irgend einen Zwang gegen die dänische Nationalität! Ganz gewiß wäre längst Alles vorbei. Aber wir haben Könige, und diese nahmen die Sache in die Hand. Und nun kamen Rücksichten in Betracht, welche ganz etwas anderes anriethen, als eine kräftige und entscheidende, des deutschen Volkes würdige Kriegführung. Man ließ die wackern Freischaaren, in denen man die Pflanzschule republikanischer Ideen fürchtete, niedermetzeln, man gab die errungenen Vortheile auf, man läßt die gefangenen Deutschen auf den dänischen Schiffen hinmodern, und nach 5 Monaten steht man im Begriff, einen ehrlosen Waffenstillstand zu schließen, dem ein ehrloserer Frieden folgen soll. Alles dem monarchischen, dem legitimen Princip zu Liebe!

Und in Italien! Ist es dort anders? Der elende Schurke Carl Albert zog nicht eher zur Befreiung Italiens aus, als bis er zum König der Lombardei gewählt war. Darüber verpaßte er den günstigen Augenblick, wurde von Radetzky geschlagen und sein letztes Wort in Mailand war eine Lüge. Verräther an der Sache, die er mit so gewaltigem Pomp übernommen hatte, erndtete er sogleich den schnöden Lohn seines Verraths. Denn sobald er Mailand preisgegeben, war eine Verständigung mit Radetzky leicht. Hatten ja beide gegen dieselbe Sache gekämpft, gegen die Freiheit Italiens, und für die Fürstenherrschaft. Der Verräther kehrt unangefochten in sein Land zurück und sein Verrath trägt ihm noch überdieß einen Lappen von Oberitalien ein, denn die Zeiten der Völkertheilungen sind noch nicht vorüber.

Beiläufig gesagt, wie verschieden ist die deutsche Politik im Norden von der im Süden! Wie rück-

sichtsvoll geht man dort zu Werke, mit welcher Scheu vor Verwicklungen, während man im Süden durch immer weiter ausgedehnte Ansprüche, durch eine wahre „Länderfresserei" den Krieg gleichsam an den Haaren herbeizieht. Natürlich, der Krieg, den man will, ist der mit Frankreich, die Freundschaft, um die man kriecht, ist die mit Rußland.

Und noch Etwas. Wir bekennen uns gerne zu dem „halben Verrathe," dessen sich nach der geistvollen Bemerkung des edlen Gagern diejenigen schuldig machen, welche die Freiheit Italiens vom österreichischen Joche wünschten.

Wir konnten nie begreifen, daß die wackern Wiener nicht auf Beendigung des italienischen Kriegs hinwirkten. Wir fürchten, die Wiener und ganz Deutschland werden es büßen. Der in Italien siegreiche Radetzky ist der gefährlichste Feind der österreischen Freiheit. Wo ein Volk im Kampf für seine Freiheit unterliegt, da hat die Freiheit aller Völker eine Niederlage erlitten!

So finden wir das monarchische Princip überall im Kampfe gegen die Rechte, die Interessen, die Ehre des Volks, stets mit den Waffen der Lüge und des Verraths. Diese Thatsache, die unumstößlich ist, charakterisirt unsre ganze Zeit.

G. D.

Glossen zur Tagsgeschichte.

(Der dänische Waffenstillstand.) Es stellt sich nun sonnenklar heraus, daß das Ministerium Hansemann gleich nach seiner Einsetzung unter den Auspizien Englands, Rußlands und Schwedens sich zu Bedingungen herbeiließ, welche die Ehre Deutschlands gänzlich preis gaben. Die dänischen Blätter sagen dieß ganz offen und unzweideutig. Es war auch Alles abgemacht, und nur an Wrangel scheiterte das saubre Projekt. Allein was hilft's! Der preußischen Regierung ist die Abschließung des Friedens von der Centralgewalt übertragen, und somit doch wieder die Entscheidung in die Hände des Herrn Hansemann gespielt. Herr Hansemann aber ist ein schmutziger Krämer, er war es von jeher, bevor er noch in Staatsgeschäften machte, er hat bei Allem, was er als Minister thut, den Krämerprofit, nie die Ehre, oder eine ähnliche unpraktische Idee im Auge. „Was thu' ich damit?" sagt Herr Hansemann.

(Die Preußen in Polen.) Die neue rheinische Zeitung schreibt: „Deutscher Biedermann! Du glaubst, die Theilungen (Posen's) seien vorgenommen, um Deine deutschen Brüder von der preußischen Herrschaft zu retten, um Dir in der Festung Posen ein Bollwerk gegen jeden Angriff zu sichern? Um die Straßen von Küstrin, Glogau und Bromberg, um den Netzkanal sicher zu stellen? Welche Täuschung! Die neuen Theilungen sind gemacht worden aus keinem andern Grunde, als um die Kassen des preußischen Staats zu füllen." Und nun beweißt die neue rhein. Zeitung, daß fast die sämmtlichen von der preußischen Regierung confiscirten starosteilichen und der katholischen Geistlichkeit ursprünglich angehörigen Güter innerhalb der jetzt Deutschland einverleibten Gebietstheile liegen. Man hat diese also einverleibt, um jene reichen Güter im Werth von wenigstens 20 Millionen Thaler nicht seinem ursprünglichen Eigenthümer zurückgeben zu müssen. Den Diebstahl aber verhüllt man vor dem leicht gerührten deutschen Michel durch patriotische Phrasen. Es lebe die deutsche Ehrlichkeit! —

(Vorschlag zum Besten der Proletarier.) Schlöffel, Abg. der Nationalversammlung, hat zu Artikel VII. §. 26. der Grundrechte folgenden zweckmäßigen Antrag gestellt: In Erwägung, daß in mehren deutschen Arbeiterbezirken seit langen Jahren Erwerbsmangel besteht, welcher zum größten Theil aus mangelhaften Regierungsgrundsätzen sich herleitet: daß eine Beseitigung dieses Erwerbmangels durch Hebung der Industriezweige in angemessenem Verhältnisse der vorhandenen Arbeitskräfte, mit Rücksicht auf die bereits gemachten Versuche und Erfahrungen nicht in Aussicht steht: daß die zur Ernährung erforderlichen Produkte in übervölkerten Arbeiterbezirken z. B. im schlesischen Riesengebirge nicht ausreichend erzeugt, sondern aus der Ferne bezogen und hiedurch vertheuert werden: daß die seit der napoleonischen Continentalsperre im schlesischen Riesengebirge sinkende Linnenindustrie gegenwärtig eine Noth unter der Weber- und Spinner-Bevölkerung erzeugt hat, welche mehr als hunderttausend Familien mit der Hungerpest bedroht: daß die durch Hunger geschwächten Weber und Spinner zur Auswanderung in überseeische Gebiete

unfähig geworden, und daß diese durch von der Regierung verschuldete, unglückliche, gesellschaftliche Verhältnisse beispiellos bedrückten armen Genossen dem Verderben nicht preis gegeben werden dürfen — wolle die Nationalversammlung beschließen: daß im Interesse der erwerblosen vaterländischen Genossen eine Kolonisirung im Innern des Vaterlandes hergestellt und zu diesem Zweck a) die Staatsdomänen parcellirt und an die Erwerblosen gegen jährliche, billig angemessene Renten überlassen, b) der in todter Hand ruhende Boden gleichsam hiezu verwendet und c) alle Anhäufung, resp. Ausdehnung des großen Grundbesitzes in Fideicommissen, Majoraten und sogenannten Rittergütern begünstigenden Bestimmungen und Verordnungen aufgehoben werden. — Es nicht zu vermuthen, daß den mit Repräsentation, Haupt- und Staatsaktionen in Anspruch genommenen Abgeordneten die Noth der schlesischen Weber zu Herzen gehen werde!

(Berliner Flugblätter.) Seitdem der Staatsanwalt gegen die Verfasser u. s. w. mißliebiger Flugblätter Preßprocesse veranlaßt, ist die Flugblätterliteratur fast ausschließlich in die Hände des preußischen Stockpatriotismus gerathen, aber die Colporteure verhungern dabei, denn Niemand will das langweilige Zeug kaufen.

(Die Konstabler.) Die Konstabler, durch welche der Credit des preußischen Staats gehoben werden soll, suchen die öffentliche Meinung durch Maueranschläge mit sich zu versöhnen, in denen sie sich als das „Symbol der Freiheit" darstellen. Dabei setzen sie ihre Brutalität fort und beinahe hätten sie vor einigen Tagen den ehemaligen Minister und Abgeordneten Rodbertus auf die Stadtvogtei geschleppt. Die Konstabler können noch ein Nagel zum Sarg der preußischen Monarchie werden!

(Royalistische Umtriebe.) In Frankreich sind seit der blutigen Junirevolution, über deren wahre Veranlassung noch immer ein dichter Schleier liegt, die Royalisten unter dem Schein des gemäßigten Republikanismus wieder ziemlich mächtig geworden. Manche Zeichen weisen indessen darauf hin, daß auch in Frankreich die Reaktion ihre Grenze bald erreicht haben wird. Man kommt nachgerade einigen Verbindungen mit der gestürzten Königsfamilie auf die Spur. Es herrscht eine sehr lebhafte Correspondenz zwischen Paris und London; die Exkönigin Marie Amelie ist deren sichtbare Oberleiterin. Es hat sich herausgestellt, daß vom 1—30. Juni 33 Millionen Franken Geld von London nach Paris flossen. Davon kamen nur 15 Millionen auf den Geldmarkt. Hat man mit dem Reste die Junirevolution hervorgerufen? —

Allerlei.

In der Reichstagszeitung finden wir folgende komische Anzeige an diejenigen Parlamentsmitglieder, welche sich mit Republikanern duelliren wollen. Wir haben erfahren, daß eine Anzahl Parlamentsmitglieder bei der Verhandlung der Amnestiefrage den republikanischen Volksrepräsentanten Brentano auf Pistolen gefordert haben. Nach unserer Ueberzeugung zwingen den Abgeordneten Brentano seine hohen Pflichten für das Volk, solche Forderungen kurz von der Hand zu weisen. Um jedoch dem Heldenmuth gewisser Parlamentsherren eine Bahn zu öffnen, hat sich in Strasburg, sofort nach Ankunft der erwähnten Nachricht, ein Verein republikanischer Flüchtlinge gebildet, welcher beabsichtigt, den ritterlichen Wünschen der conservativen Deputirten der Paulskirche bereitwillig entgegen zu kommen. Wir sind zwar sonst durchaus nicht mit den Ideen einverstanden, welchen das Duell seinen Ursprung verdankt. Da wir aber im Augenblick unbeschäftigt sind, und es jedenfalls auf einen Vernichtungskrieg gegen die Reaktion und ihre Führer abgesehen haben, so erbieten wir uns, auch unter der Form des Zweikampfs der Revolution Vorschub zu leisten. Adresse: an den Verein zur Vertilgung conservativer Parlamentsmitglieder, abzugeben im rothen Männel. Strasburg, 10. Aug. 1848. Unterzeichnet sind als Ausschuß: Karl Blind, Albert, Roman Schweizer, Eduard Miller, Popp, Christoph Bauner, Jansen.

Gedruckt unter Verantwortlichkeit der Verleger von Wilhelm Tümmel.
Gg. Meyer, Plobenhof S. 823.

// Der freie Staatsbürger.

Ein Volksblatt aus Franken.

№ 53. Nürnberg, 22. August. 1848.

Erscheint jeden Dienstag, Donnerstag und Samstag, und kann durch alle Postämter bezogen werden. Preis vierteljährlich 45 Xr. — Einrückungsgebühr 2 Xr. für die Zeile. — Einzelne Nummern à 3 Xr.

Erklärung in Betreff eines Artikels in der neuen Münchener Zeitung.

Die neue Münchener Zeitung, das Organ des bayerischen Ministeriums, enthält einen Artikel über die „demokratisch-republikanischen Bestrebungen“ in Bamberg, den ich jedoch nur in dem Auszug kenne, welchen der Korrespondent v. u. f. Deutschland in seiner Nummer vom 18. August mittheilt. Ich finde mich durch denselben um so mehr zu einigen faktischen Berichtigungen veranlaßt, als mehre der in dem Artikel angeführten Personen sich gegenwärtig im Auslande befinden und denselben vielleicht nicht zu Gesicht bekommen. In dem Auszug, den der Korrespondent v. u. f. Deutschland gibt, ist mein Name in erster Reihe aufgeführt. Ich habe in dieser Beziehung Folgendes zu erklären. Es ist mir von „demokratisch-republikanischen Bestrebungen“ in Bamberg nie etwas anders bekannt geworden, als daß daselbst, wie in den meisten deutschen Städten, ein Volksversammlungskomite bestand, in welches zu wiederholten Malen mehre Männer gewählt worden sind, die sich offen für die Demokratie erklärt hatten. Wie mein Name mit irgend welchen „Bestrebungen,“ die in Bamberg vorausgesetzt werden, in Verbindung gebracht werden kann, ist schwer zu begreifen, da es mir niemals eingefallen ist, in einer Stadt, in welcher ich nur wenige Personen kannte, irgend eine politische Thätigkeit zu entfalten, oder auch nur einen längeren Aufenthalt daselbst zu nehmen. Nach meiner Ausweisung aus Nürnberg ging ich auf kurze Zeit nach Bamberg, lediglich um dort ein Schriftchen über meine Ausweisung drucken zu lassen, und es wurde mir daselbst der Aufenthalt bis zu dem Tage, bis zu welchem ich ihn verlangte, gestattet. Als ich einige Wochen später auf Besuch zu einer befreundeten Familie wieder nach Bamberg kam, wurde ich ohne die geringste Veranlassung ausgewiesen, „weil ich beschäftigungslos und wegen meines politischen Treibens auch aus Nürnberg ausgewiesen worden sei“ — die gewöhnlichen königlich-bayerischen Ausweisungsphrasen. Soviel über meine Person. Wenn von Dr. Brendel, einem in Bamberg angestellten Bayern, der wegen Gründung eines Volksvereins ausgewiesen wurde, in dem Artikel gesagt ist, er habe gegen seine Ausweisung Beschwerde erheben wollen, es aber angemessener gefunden, dieß zu unterlassen, so wird damit hoffentlich nicht gesagt sein sollen, er habe seine Ausweisung für gerechtfertigt gehalten. Wenn er auf eine Beschwerdeführung verzichtete, so leitete ihn sicherlich nur die Ueberzeugung, daß unter dem jetzigen Polizeiregiment in Bayern gegen eine polizeiliche Willkürmaaßregel kein Recht zu finden sei. — Der Redakteur des „Wahrheitsfreundes,“ Dr. Wirth, wird wohl kaum als Republikaner zu bezeichnen und mit „demokratisch-republikanischen“ Bestrebungen in Verbindung zu bringen sein, da er sich in seinem Blatte mehrfach für die constitutionelle Monarchie aussprach. Jedenfalls stand derselbe mit den mir befreundeten Bamberger Demokraten in keiner nähern Verbindung und seine journalistische Wirksamkeit war eine ganz vereinzelte. Wenn man der demokratischen Partei vollends den Assessor von Reider aufbürden will, so wird sie hiegegen aufs entschiedenste protestiren müssen; und wenn das Organ

des bayerischen Ministeriums das von diesem Herrn redigirte Blatt richtig charakterisirt hat, so hätte es auch so ehrlich sein sollen, ihn mit den Demokraten nicht zusammenzuwerfen, denn das lassen uns doch sonst unsre Gegner, daß wir in politischer Beziehung wissen, was wir wollen. Was dagegen den fränkischen Merkur betrifft, an dessen Unterdrückung die bayerischen Ministerien seit Abel mit anerkennenswerther Beharrlichkeit gearbeitet haben, so wird die Wahrheit über dessen Einstellung wohl in Bälde den Weg in die Oeffentlichkeit finden. Hier nur soviel. Um die Unterdrückung des mißliebigen Organs um jeden Preis zu erreichen, wurde auf Grund eines Artikels, dessen Verfasser zur Hand und die Verantwortlichkeit zu übernehmen bereit war, ein Verhaftsbefehl gegen den Redakteur Heger erwirkt, ein Verhaftsbefehl, zu welchem sich, wie mir versichert wird, das Stadtgericht erst dann entschloß, als das Appellationsgericht nach längeren Communikationen mit der Polizei (dem Stadtcommissariat) ihm den bestimmten Auftrag dazu ertheilte. Heger und Heinkelmann, welcher letztrer ebenfalls mit Verhaftung bedroht zu sein schien, entzogen sich derselben allerdings durch die Flucht. Aber ich glaube im Sinne dieser meiner Freunde zu reden, wenn ich die Ueberzeugung ausspreche, daß dieselben keinen Augenblick Anstand nehmen würden, vor einem unabhängigen Gerichte, bei öffentlichem und mündlichem Verfahren mit Geschworenen über die Vergehen Rede zu stehen, die man ihnen zur Last legen mag. Aber sowohl die in Beiden Geflohenen noch lebendigen Erinnerungen an das bayerische Justizverfahren im Jahr 1832 u. f., als die Details, welche über die Untersuchungshaft der gegenwärtig in Bayern wegen Preßvergehen Verhafteten in's Publikum dringen, sind von der Art, daß man es wahrlich Niemanden verdenken kann, wenn er der Haft in einem bayerischen Gefängnisse sich entzieht. — Die durch das Stadtgericht Bamberg in Abwesenheit der Besitzerin des fränkischen Merkur gegen deren Eigenthum getroffenen Verfügungen gehören zu jenen Maaßregeln, durch welche man in Zeiten politischer Verfolgung politische Gegner auch in ihren bürgerlichen Verhältnissen zu Grunde zu richten sucht. Oft mag dieß natürlich gelingen; im vorliegenden Fall gewiß nicht, da zur Deckung aller Verbindlichkeiten mehr als hinreichende Mittel vorhanden sind. Ob aber das Stadtgericht auch nur den Schein eines gesetzlichen Verfahrens für sich hatte, als es auf Verlangen eines nach Unterschlagung und Vergeudung anvertrauter Gelder fallit gewordenen Advokaten, der sich durch eine um so lebendigere Betheiligung an dem Bamberger constitutionellen Verein wieder ehrlich zu machen sucht, auf Grund einer unrechtmäßigen Forderung Druckerei und Presse unter Siegel legte, das kann der öffentlichen Meinung zur Beurtheilung anheimgestellt werden.

Ueber die Vorgänge in Bamberg wird eine sicherlich nicht sehr ferne Zukunft ihr Licht verbreiten, und die Demokraten wahrlich haben dieses Licht nicht zu scheuen.

Hanau, den 19. August 1848.

Gustav Diezel.

Glossen zur Tagsgeschichte.

(Ein Parlamentsbeschluß.) Die Nationalversammlung hat wieder einmal ein klassisches Stück aufgeführt; wir gratuliren uns zum Erfolg. Tiefer in der Schmach zu sinken, scheint eine Unmöglichkeit. Das also soll die deutsche Einheit sein, daß die adeligen Stockpreußen, daß die Vincke, Lichnowsky, Radowitz die ganze Versammlung beherrschen, die Menschen, welche die Revolution verleugnen und auf dem alten preußischen Rechtsboden stehen? Und die bayerischen Abgeordneten geben sich fast sämmtlich dazu her, die Schleppträger dieses Stockpreußenthums zu machen und einer verrätherischen Schmeichelei gegen den preußischen Kartätschenprinzen die Ehre und die Freiheit Deutschlands zum Opfer zu bringen? Und das in einer Zeit, in welcher gerade jene stockpreußischen Aristokraten offen den Verrath an der deutschen Sache proklamiren? O Deutschland, unglückliches Deutschland, wie schmachvoll sollst Du zu Grunde gehen! Was nützt es Dir, wenn die Geschichte die sämmtlichen Namen jener Parlamentsmajorität, die Deine Sache verräth, auf eine Schandsäule eingräbt, Du kannst indessen verloren sein! Wahrlich, seit Jahrhunderten ist Dir viel Schmach und viel Leid angethan worden von Deinen Fürsten; aber die größte Schmach und das schwerste Leid ist Dir im April des Jahrs 1848 geschehen, als man durch List und Be-

trug Dich vermochte, im Sinne der constitutionellen Monarchie zu wählen. Dann wenn, nach vollendeter Befestigung des preußisch-russischen Despotismus in ganz Deutschland, Deine besten Söhne in den Gefängnissen schmachten, oder von dem Boden ihrer Heimath fliehen, um jenseits des Oceans eine freie Luft zu athmen, dann wirst Du die ganze Größe Deines Elendes erkennen, die bittern Früchte Deiner Täuschung schmecken. — Die Nationalversammlung ist mit großer Mehrheit über die Anträge auf Amnestirung der badischen Republikaner zur Tagesordnung übergegangen. Der Bericht des Ausschusses war weniger ein Bericht, als eine Schmähschrift. Ein königlich württemberg'sches Regierungsräthchen Schoder, dasselbe schwatzhafte Männchen, welches beim Abgang nach Frankfurt im Mai den Mund so voll nahm und sagte: man müsse die Freiheit bis in ihre entschiedensten Consequenzen verfolgen, hat unter Wiederholung der elendesten Lügen **gegen** die Amnestie sich ausgesprochen und dadurch bewiesen, wie weit die Consequenzen der regierungsräthlichen Freiheit reichen. Das Regierungsräthchen hat ferner ein Amendement eingebracht, daß die badische Regierung die „Reuigen" unter den Republikanern begnadigen möge. Dieses Amendement ist weit schmachvoller noch, als der Parlamentsbeschluß. Die, welche in Baden für die Republik kämpften, waren entweder Republikaner oder nicht. Waren sie aber Republikaner, so werden sie niemals erklären, daß sie ihre That „bereuen," und wenn die Herren Schoder und Mathy zusammen in schönem Bunde ihr Gehirn anstrengen würden, um raffinirte Foltern zu ersinnen. Uebrigens liegt die Schmach dieser Verhandlungen überhaupt weniger in dem Endresultat, als in dem Benehmen der preußischen Abgeordneten gegen Brentano, und in dem Benehmen des präsidirenden Soiron oder, mit der neuen rheinischen Zeitung zu reden, des Kneippräses. Dieser absolut unfähige, unermeßlich beschränkte Mensch, dessen Ernennung zum Vicepräsidenten schon eine Schmach für Deutschland ist, die kaum durch irgend eine Heldenthat ausgelöscht werden könnte, hat noch dazu immer das Unglück, präsidiren zu müssen, wenn es hitzig hergeht. Natürlich, bei Fragen, deren Verhandlung stürmisch zu werden scheint, muß sich der edle Gagern parat halten, um durch einen „kühnen Griff" den Sturm zu beschwören, und kann also nicht selbst präsidiren. Der „Kneippräses," (beiläufig gesagt, Soiron wäre ein sehr schlechter Kneippräses, und jeder Kneippräses wäre ein besserer Präsident der Nationalversammlung) muß, schon weil er sein Amt gar nicht versteht, ein reines Werkzeug der Majorität sein. Brentano nun sprach in seiner Rede den höchst einfachen Satz aus, man werde doch Hecker nicht gegen den Prinzen von Preußen zurücksetzen wollen, der ja auch nach Berlin zurückgekehrt sei. Diese Zusammenstellung erregte den Unwillen der Stockpreußen und sie fingen an zu lärmen. Der Kneippräses hatte aber wahrscheinlich an den Burgunder gedacht, den er Tags zuvor bei Herrn von Rothschild getrunken und hatte das Wort, für welches die Herrn Preußen den Ordnungsruf verlangten, gar nicht gehört. Was war natürlicher, als daß er bei Entstehung des Lärms den Redner aufforderte, seine Worte zu wiederholen? Jetzt aber ging der Specktakel erst recht los. Vincke, Plathner und andere gute Preußen stürmten auf die Tribüne, legten Hand an Brentano, um ihn herunterzureißen, Graf Wartensleben forderte ihn auf Pistolen, die Linke drängt sich natürlich ebenfalls um die Rednerbühne, um den Freund zu schützen, Brentano bleibt unerschütterlich. Der Kneippräses sucht vergebens die Ordnung herzustellen, er ist genöthigt, seinen Hut aufzusetzen und sich schnell davon zu machen. Die Kirche leert sich allmählig. Am andern Tag lagen Anträge von der Rechten vor auf Mißbilligung und Ordnungsruf gegen Brentano, von der Linken auf Ordnungsruf gegen die Rechte, wegen ihres gestrigen Benehmens. Soiron will mit größter Parteilichkeit den Ordnungsruf gegen Brentano ergehen lassen, denn was hatte Brentano verbrochen? Er hatte dem Prinzen von Preußen die Ehre angethan, ihn mit Friedrich Hecker zusammenzustellen. Beide treffen darin miteinander zusammen, daß sie in einem Kampfe unterlegen sind. Aber Hecker kämpfte, wenn auch mit wenig Voraussicht, für die Sache des Volks, in der leider durch die Ereignisse allzu gerechtfertigten Ueberzeugung, daß das Volk abermals um seine Rechte betrogen werden werde, wenn man nicht gänzlich mit dem alten Systeme breche; der Prinz von Preußen dagegen kämpfte für den Absolutismus gegen das Volk, er mordete in einer Blutnacht Tausende dem absolutistischen Princip, floh vor der Wuth des Volks und kehrte, nachdem die Wogen der Revolution sich gelegt, nach

Preußen zurück. Und diese Zusammenstellung erschien den Stockpreußen hochverrätherisch und der Kneippräses wollte ihrem terroristischen Verlangen nachgeben, allein der Sturm bricht aufs Neue los, der Kneippräses weiß sich abermals nur durch Aufhebung der Sitzung zu helfen. Um 11 Uhr erhält Brentano das Wort, die Linke und die Gallerie jauchzt ihm zu, da läßt der Kneippräses die Gallerie durch die Schutzmannschaft räumen, das Publikum wird aus der Kirche getrieben und improvisirt vor der Kirche eine Volksversammlung mit Reden und Heckerliedern, bis die Linie aufrückt und mit Bajonetten den Platz räumt. In der Kirche hatte inzwischen Brentano die dumme Lüge der Rechten, daß sein Satz über den Kartätschenprinzen eine Beleidigung des preußischen „Volksstammes" sei, nach Gebühr beleuchtet, wegen des Ordnungsrufs Appellation an das deutsche Volk in Aussicht gestellt und erklärt, daß er über die Amnestiefrage in geheimer Sitzung nicht spreche. Die Linke versuchte noch die Abstimmung zu vertagen, wurde aber natürlich überstimmt und verließ zum großen Theil die Versammlung. Darauf erfolgte der bekannte Beschluß. — Das württemberg'sche Regierungsräthchen hatte in seiner Rede gesagt, man könne Hecker nicht amnestiren, weil er einen Frevel gegen die Volkssouveränetät begangen habe. Einen Maaßstab zur Beurtheilung dieses ungeheuren Frevels gegen die Volkssouveränetät kann man aus der Thatsache entnehmen, daß man das Volk mit Bayonetten aus der Paulskirche und ihrer Umgebung zu vertreiben gezwungen war, bevor man einen Beschluß gegen Hecker fassen konnte.

(Die preußische Soldateska.) Bei den Verhandlungen über die Schweidnitzer Blutthaten hatte das Ministerium in der Vereinbarerversammlung eine Schlappe erhalten, die namentlich den Kriegsminister Schreckenstein trifft. Die Versammlung beschloß nämlich nicht bloß Niedersetzung einer eigenen Kommission zur Untersuchung der Schweidnitzer Vorfälle, sondern man gab dem Kriegsministerium auf, die Offiziere an ihre Pflichten als Diener eines constitutionellen Staates zu erinnern und es ihnen zur Ehrensache zu machen, ihren Abschied zu nehmen, wenn sie ihre politische Ueberzeugung nicht in Einklang mit der neuen Ordnung der Dinge zu bringen vermöchten. „Von den Gardeoffizieren sagt die Reform, bliebe begreiflicherweise nach Ausführung des in Rede stehenden Beschlusses nicht viel übrig." Es scheint so ziemlich klar, daß die reaktionäre Partei mit Hilfe der preußischen Soldateska einen letzten Trumpf auszuspielen beabsichtigt. Einzelne Aeußerungen beweisen dieß. Bei Austheilung der Zündnadelgewehre an die Garde in Charlottenburg schärft ein Offizier seinen Leuten ein, daß ein solches Gewehr ihnen mehr werth sein müsse, als ein Menschenleben; bei Austheilung der gesammelten Summen für die verwundeten Militärs vom 18. März, wobei mancher Invalide 600 Thl. erhielt, ermahnte ein anderer Offizier seine Leute, sich bei ähnlicher Gelegenheit wieder soviel zu verdienen. Jener Beschluß der Vereinbarer ist natürlich von der größten Wichtigkeit, allein — es ist soviel als gewiß, daß das Ministerium ihn nicht ausführt. Um der Nichtausführung einen Scheingrund zu geben, hat man die Rechte veranlaßt, in einem Separatvotum denselben für unzuläßig zu erklären, da er den Anfang einer politischen Inquisition bilde! Es versteht sich indessen von selbst, daß Beschlüsse der Versammlung durch schriftliche Separatvota nicht ungültig gemacht werden können; und es kann dieser Punkt noch zu interessanten Verwicklungen führen.

(Luxus des Parlaments auf Kosten des deutschen Volks.) Die Deputation zu dem Cölner Dombaufeste, durch dessen Beschickung das Parlament auf die jämmerliche Stufe der Romantik und des mittelalterlichen Kirchenthums, die man glücklich überwunden zu haben glaubte, zurücksinkt, kostet dem deutschen Volke fl. 9,500. — Neuntausendfünfhundert Gulden in drei Tagen für nichts und wieder nichts, für weniger als nichts, für ein mittelalterliches Dombaufest! Ist es nicht merkwürdig, daß diejenigen, welche am ärgsten über die Stockung der Geschäfte jammern und sie den Demokraten in die Schuhe schieben möchten, über die heillose Geldverschleuderung des Parlamentes kein Wörtchen der Mißbilligung finden? Doch das ist ja natürlich. Wenn nur „Ruhe" wird, dann kann man die Gelder, die das Parlament mit vollen Händen austheilt, schon an den „lumpenbehangenen" Proletariern herunterschinden.

Gedruckt unter Verantwortlichkeit der Verleger, von Wilhelm Tümmel.
Expedition bei Gg. Meyer, Plobenhof S. 823.

Der freie Staatsbürger.

Ein Volksblatt aus Franken.

№ 54. Nürnberg, 24. August. 1848.

Erscheint jeden Dienstag, Donnerstag und Samstag, und kann durch alle Postämter bezogen werden. Preis vierteljährlich 45 Kr. — Einrückungsgebühr 2 Kr. für die Zeile. — Einzelne Nummern à 3 Kr.

Bayerische Truppen in Baden.

Die in Frankfurt unter der Redaktion von Blum, Schaffrath und Günther erscheinende Reichstagszeitung theilt in einem Artikel: „Beiträge zur Geschichte der Unterdrückung der Schilderhebung in Baden" über zwei bayerische Regimenter: Erbgroßherzog von Hessen und Regiment König, angebliche Thatsachen mit, durch deren Reproduktion wir den dabei Betheiligten Gelegenheit verschaffen wollen, sich gegen die darin enthaltenen Anschuldigungen zu vertheidigen. Wie die Reichstagszeitung selbst diese Thatsachen nicht verbürgen will, so geben auch wir sie nur als unverbürgt und sind bereit, angemessene Widerlegungen in unser Blatt aufzunehmen.

„Das bayerische Regiment Erbgroßherzog von Hessen, so heißt es in dem Artikel, lag vor dem badischen Aufstande in Nürnberg in Garnison. Hier weigerte es sich, da es meist aus Nürnbergern und Nachbarn Nürnbergs besteht, bei einem unruhigen Auftritt gegen die Bürger von ihren Waffen Gebrauch zu machen. Bald nachher erhielten die Leute Befehl, binnen 48 Stunden marschfertig zu sein. Viele von ihnen waren erst kürzlich aus dem Urlaube zurückgerufen worden, sie hatten ihr Gewerbe, ihre Eltern und Angehörigen plötzlich verlassen müssen, mußten sich mit einem kargen Solde begnügen und sollten nun plötzlich ohne Noth übermäßige Anstrengungen und Entbehrungen bis zum Ruin ihrer Gesundheit ertragen, marschiren, ohne zu wissen, wohin und gegen Wen? Aufgeregt und wach, wie die Zeit, waren auch sie empfänglich für das Streben nach Selbstständigkeit und Freiheit, und daher unzufrieden mit den Fesseln des Dienstes, die ihre launenhaften Führer willkürlich und streng anlegten. Mitte April*) rückte das Regiment aus Nürnberg aus und erreichte nach 9tägigem Marsche ohne Rasttag, über Memmingen Waldsee.

„Täglich machten die Leute 8, 10 und 12 Stunden Wegs. Sie marschirten beständig mit Sack und Pack, trugen also circa 60 Pfund, obschon leere Wagen dem Zuge folgten, auf die sie ihr Gepäck hätten aufladen können, was ihnen jedoch nicht gestattet wurde. Die Offiziere, die ihr Gepäcke ablegten, ja selbst ihren Bedienten gleiche Gunst zuwiesen, ließen sich Wein und Speisen holen, während den Gemeinen ein Trunk Wasser verweigert ward, und wenn Halt gemacht wurde, so geschah es auf offener Straße, oder wenn es glücklich traf, in einem Walde, wo Speise und Trank nur spärlich zu haben war.

„Oft traf es sich, daß einzelne Abtheilungen 2, 3 ja 4 Stunden vom Standquartier entfernt ihr Nachtlager suchen mußten. Den Marsch von und nach dem Standquartier rechnete man aber beim Tagesmarsche nicht ab, so daß manche Soldaten von Morgens 5 bis Abends 10 Uhr auf den Beinen waren. Von Ermattung und Uebermüdung entkräftet stürzten die Leute in die Chausseegräben, aber die Offiziere belebten und trieben sie mit Schimpfworten und Schlägen mit dem Säbel weiter. (So z. B. Lieutenant von Andrian von der 2ten Schützencompagnie, der sich durch Reißen an den Ohren, Ohrfeigenaustheilen u. s. w. auszeichnete.) So kam es, daß schon am ersten Tage des Marsches Soldat Heidner von der 10ten Compagnie, der über Noth hinaus

*) Dieß ist jedenfalls unrichtig. Der bekannte Wirthshaustrawall war erst am 24. April.

(also über das Standquartier hinaus) ins Quartier kam, am Abende, als er sein Gepäck ablegte und die Stube verließ, draußen todt zu Boden stürzte; den andern Tag scharrte man ihn ein, aber nicht auf dem Friedhofe.

„Der Soldat Link von der 9ten Compagnie ließ, als die Leute auf dem Marsche zwischen B.... und Memmingen wieder zahlreich vor Ermüdung niederfielen und von Offizieren beständig weiter getrieben wurden, die Aeusserung fallen: „Wenn sich alle in den Graben legten, so wäre es aus mit dem Weitermarsche," worauf ihn Oberlieutenant von Seckendorf mit „Unruhstifter," anfuhr, ihn beim Hauptmann Oelhafen und dieser ihn beim Oberst Wenninger anzeigte; in Memmingen angekommen, wurde Link an allen Gliedern krumm geschlossen, bei Wasser und Brod in eine finstre Kammer geworfen; den andern Tag mußte er wieder marschiren wie die übrigen.

„Auf dem ganzen Marsche mußte das Riemenzeug, Uniform 2c. stets von Schweiß und Staub gesäubert sein und wenn es nicht „propre" war, trug der Soldat zu seinen 60 Pfund Gepäck einen vier Pfund schweren Feldkessel. Soldat Teuschel trug, weil er, eine Stunde vom Standquartier entfernt einquartiert, diese Entfernung am andern Morgen für kleiner haltend, auf dem Sammelplatze etwas zu spät ankam, einen Feldkessel vier Tage lang.

„Einmal wurde den Soldaten ein Urtheil aus dem Regimente König verlesen, wonach zwei Soldaten wegen Schießens nach einem Hasen während der Mittagsrast mit 10 resp. 15 Stockprügeln waren bestraft worden. Lieutenant v. Seckendorf drohte seinen Leuten bei der nächsten Gelegenheit mit der gleichen Züchtigung. Nach einem Tage Rast in Waldsee traten die Leute einen viertägigen Marsch nach Stockach an, wo sie 11 Tage blieben. Beim Einmarsch in Stockach wurden sie commandirt: hübsch gerade zu marschiren und binnen einer Stunde mit geputztem Lederzeug wieder zu erscheinen. Das geschah an einem Sonntag.

„Das 2te Bataillon mußte gleich nach dem Einmarsche noch vier Stunden weiter, nach Steinsheim. Die Soldaten weigerten sich, das Gepäck zu tragen; endlich gestattete man, dasselbe fahren zu lassen, zog ihnen aber theilweise den Fuhrlohn am Solde ab. Dieser betrug ursprünglich 2—3 kr., ward erhöht auf 5—6 kr. Davon mußten sie aber Wäsche und Reinigungsgegenstände der Waffen und Uniformen bestreiten. Der jüngste Offizier dagegen erhielt täglich Zulage von fl. 2. Dabei mußten die Soldaten ihren Quartiergebern Alles zahlen, während die Offiziere in ihren guten Quartieren häufig Nichts zu zahlen hatten. Während ihres Aufenthalts in Stockach mußte sich die Mannschaft aus ihrem Quartiere, Manche 2—3 Stunden weit, in Stockach mit Sack und Pack einfinden, Morgens und Nachmittags 2 Stunden mit Sack und Pack exerzieren, beim Verlesen „propre" erscheinen, wieder mit Sack und Pack. Die aus Stockach entfernten einquartierten Leute bekamen dann den ganzen Tag über keine ordentlichen Speisen und Trank. Nachts mußten sie außer den Wachen auch noch weite Patrouillen thun.

„Ebenso erging es ihnen, als sie nach neuntägigem Hin- und Hermarschiren in Waizen einquartiert wurden, um dort zu bleiben. Zu bemerken ist, wegen des unaufhörlichen Exerzirens, daß das Regiment keine Rekruten hatte, sondern Alles gediente Leute waren.

„In Waizen und Umgegend lagen sie bei Nacht in den Scheunen, ohne Betten, ohne Decken (wenn nicht mitleidige Bürger sie gaben), den Tornister als Kopfkissen, die Waffen darunter, hiebei kein Licht, so daß bei nächtlichem Allarm die Leute sich mit den Waffen verletzten. Der „gute Geist" unter den gemeinen Leuten konnte sonach nicht der beste bleiben. Als sie in das Baden'sche einrückten, erklärten ihnen sämmtliche Offiziere, wobei sie Quarrés bilden ließen: „Sie befänden sich jetzt in Feindesland, sie müßten gegenüber der Bevölkerung alle Vorsicht anwenden, die Waffen in Obacht nehmen, daß man sie nicht verderbe oder entwende, was schon vorgekommen sei; sie sollten bei ihren Quartiergebern nicht eher essen, als diese selbst, denn es sei vorgekommen, daß man Soldaten vergiftet habe" (dasselbe wurde beim Regiment König den Soldaten empfohlen; der Hauptmann setzte hinzu: „es seien in einer Compagnie 40 Mann vergiftet worden); ferner: „es drohe ihnen Meuchelmord; daher sollten sie mit den Bürgern kurz sein, sollten diejenigen, die von Republik sprechen, aufs Maul schlagen."

„Die Soldaten Teuschel und Dombroff lagen einst bei einem Kupferschmiede im Quartier. Dombroff

wollte Nichts essen, weil er meinte, vergiftet zu werden; Teuschel aber aß und blieb gesund. Den andern Tag meinte Dombroff: jetzt sehe er doch ein, daß die Offiziere Lügner seien und aß auch. Nach der Schweiz zu gehen, an deren Grenze sie lagen, war den Leuten streng untersagt und zwar aus dem Grunde, weil die Offiziere sagten, „daß sie dort nur Beraubung und Mißhandlung zu erwarten hätten.“ Die Soldaten gingen trotzdem hin und fanden — abermals das Gegentheil von dem, was die Offiziere gesagt hatten.

„Auch dem bayerischen Regimente König ward beim Eintritt in Baden erklärt, „sie befänden sich nun in Feindesland, hätten sich nun vor den Bürgern zu hüten, nicht eher zu essen, als diese gegessen hätten. Hauptmann Graf Strahlheim ging in Müllingen so weit, den Soldaten als Motiv des Befehls: dreimal wöchentlich mit Sack und Pack nach Stockach zum Exerzieren zu marschiren, anzuführen: es geschehe dieses, um den Bürgern zu zeigen, daß recht viel Militär am Platze sei, indem die Bürger die Ansicht hätten, mit den bayerischen Soldaten eine Bartholomäusnacht zu feiern und den Bodensee zum Gottesacker zu machen.“

Die Glossen, mit welchen die Reichstagszeitung das Vorstehende begleitet, wollen wir unterdrücken und uns auf Mittheilung der angeblichen Thatsachen beschränken. Nur das fügen wir noch hinzu, daß die Offiziere nach besonderer Weisung des Brigadegenerals gehandelt haben sollen.

Glossen zur Tagsgeschichte.

(Preußische Demonstration.) In Köln waren während der Dombaufestlichkeiten die Kasernen geschmückt, und an der Blankenheimer Kaserne stand die schöne Inschrift:

F. W. (Friedrich Wilhelm.)
Wir sind Dein!

So feierten die preußischen Offiziere in Köln die deutsche Einheit! Und die armen Soldaten mußten diese Demonstration mit 300 Thalern bezahlen, die aus der Menagekasse genommen wurden!

(Das preußische Ministerium.) Die Konstabler bleiben, aber sie sind etwas manierlicher geworden. Sie stören den sogenannten Lindenklub nicht mehr und folglich war Berlin in den letzten Abenden ruhig. Gleichwohl steht das Ministerium Hansemann auf schwachen Füßen; denn es hat die Reaktion ebenso gegen sich wie die Demokraten. Die neue preußische Zeitung greift seine Finanzmaßregeln sehr stark an und stellt Hansemann mit Hecker und Turgot zusammen, was im Munde der neuen preußischen ein Schimpf ist. Die Reform bemerkt bei dieser Gelegenheit: Das Volk kann dabei zu sich sagen: „Wenn die Spitzbuben sich zanken, kommt der ehrliche Mann zu seinem Rechte.“

(Aeußerung eines preußischen Lieutenants über die Polen.) Ein Herr von Bock, königlich preußischer Lieutenant, dermalen in Posen in Garnison, sagte kürzlich in einer Gesellschaft: daß es für ihn schwer halte, auf 8 Tage Urlaub zu bekommen, und hieran seien die unruhigen Polen Schuld. Diese hätten auch die Revolution in Berlin verursacht und es müßte, damit es ruhig werde, diese Brut bis auf den Letzten ausgerottet werden. — In dieser Aeußerung spiegelt sich der Geist ab, der die ganze preußische Armee beseelt, jene Armee, welche nach des edlen Korrespondenten frommem Wunsche dem ganzen deutschen Heere mit ihrem Beispiel voran leuchten soll. —

(Rechtsfragen.) Die Reichstagszeitung enthält folgende sehr zu erwägende Rechtsfragen: Da Preußen sich nicht unbedingt der Reichsversammlung unterwirft, vielmehr ohne Rückhalt sein Sonderinteresse verfolgt, so fragt es sich: 1) mit welchem Rechte können die preußischen Deputirten im Parlament sitzen und stimmfähig sein, folglich andern Ländern Gesetze diktiren, die sie selbst nicht halten wollen? 2) Können die bereits gefaßten Beschlüsse rechtskräftig sein, zu denen ja unbefugte Mitglieder mitgestimmt haben? 3) Mit welchem Rechte kann Preußen ferner Besatzung in Mainz (also in einem fremden Lande) haben? und 4) Warum kann das preußische Gouvernement in Mainz über dessen Bürger eine absolute und willkürliche Macht ausüben? — Uebrigens hat Simon Trier einen Antrag, die Verhältnisse Preußens zu dem deutschen Bund betreffend, gestellt, über den nächstens Bericht erstattet werden wird. —

(Die Ausschließung des Publikums aus der Pauls-Kirche.) Die edle, patriotische Par-

lamentsmajorität, schon längst voll Gift darüber, daß selbst Bestechung und Organisirung einer Claque nicht im Stande war, das Publikum in der Paulskirche zu den Ansichten der Majorität zu bekehren, hat den jüngsten Anlaß benutzt, um die für das Publikum bisher geöffneten Räume zu sperren. Nur ein kleiner Theil ist noch allgemein zugänglich. Auf diese Weise hofft man, da jetzt fast nur noch bevorzugte Zuhörer in der Paulskirche sind, den Applaus von der Linken ab auf die Rechte zu leiten. Ein Manöver, ebenso kleinlich als dem Princip der Volkssouveränetät widersprechend.

(Weitere Fälschungen der stenographischen Berichte.) Die Verhandlungen über die Amnestiefrage erlitten, wie sich jetzt immer deutlicher herausstellt, in den stenographischen Berichten mehrfache Fälschungen. Daß Soiron, der Kneippräses, den Ordnungsruf gegen Brentano nicht ausgesprochen, wurde von den Stenographen gegen Mitglieder der Linken förmlich anerkannt, diese hatten den Ruf auch in ihre Niederschriften gar nicht aufgenommen; erst später ist er von Soiron hineincorrigirt worden. Daß Brentano am zweiten Tage bei seinem Auftreten mit Beifall von den Galerien empfangen wurde, worauf der Kneippräses die Räumung der Galerien hauptsächlich stützte, ist natürlich in den stenographischen Berichten angeführt; daß aber auch Gagern, als er sprach, auf's lauteste beklatscht wurde, davon schweigen sie; und doch ist dieß von großer Bedeutung, denn, sagt die Reichstagszeitung, es zeigt sich hier die an jenem Tag bis ins Schmachvolle getriebene Parteilichkeit des Präsidenten am deutlichsten; der Beifall für Gagern ließ ihn ruhig, der Beifall für Brentano aber trieb ihn zu extremen Gewaltmaaßregeln. — Ferner steht bei Erwähnung der von der Rechten ausgegangenen Herausforderungen, auf der Linken habe man gerufen: „Studentenstreiche;" es wurden aber in Wahrheit laut und wiederholt die Worte gerufen: „dumme Jungenstreiche, Bubenstreiche," was in den stenographischen Berichten nicht steht. Was die Räumung der Galerien anbelangt, so ist es nicht wahr, daß Soiron, wie er sagte, von denselben verhöhnt worden ist, er wurde zwar verhöhnt, aber von Mitgliedern der Nationalversammlung, die ganz in seiner Nähe standen; auch hätte sich der Kneippräses nur dann wundern können, wenn er nicht verhöhnt worden wäre. Uebrigens war die Räumung der Galerien eine zum Voraus abgekartete Sache. Schon vor dem Wiederbeginn der Sitzung waren mehre hundert Schutzwächter kommandirt, sich ohne Abzeichen unter dem Publikum auf den Galerien zu verbreiten. Nachdem vom Präsidenten die Räumung der Galerien befohlen war, versahen sich diese Herren der Ordnung auf den Wink des Herrn Dr. Jucho mit den in ihren Taschen befindlichen Abzeichen dieses verdienstvollen Corps und ersuchten, je nach Umständen und individuellen Neigungen, freundschaftlichst oder handgreiflicher das Publikum, dem Befehl des Herrn Präsidenten, so wie dem des Herrn Dr. Jucho zu gehorsamen. Auch äußerte schon zuvor ein Sekretär: Um 11 Uhr geht die Sitzung wieder an; die Galerien werden zu allererst geräumt. — Bei Räumung der untern Galerien legte der Kneippräses selbst Hand an, und als der französische Botschafter, da er ihn hinauswies, sich zu erkennen gab und bleiben wollte, rief der Kneippräses die für ihn so ungemein bezeichnenden Worte: Ob er der französische Botschafter sei oder nicht, das sei „Wurst," es müsse Alles hinaus. Wahrlich, ein Parlament, das diesen Bierlümmel viermal zum Vicepräsidenten wählen konnte, hat sich damit ein trauriges Armuthszeugniß ausgestellt.

(Ein polnisches Manifest.) Das Centralcomite der polnischen demokratischen Gesellschaft zu Paris hat eine Appellation an das deutsche Volk erlassen, worin es dasselbe zu Protestationen gegen den bekannten Beschluß des Parlaments in Betreff Posens auffordert. Es ist darin auf beredte Weise ausgesprochen, daß Deutschland durch diesen skandalösen Beschluß die Sympathieen aller Nationen verscherzt hat. Das ist es eben, was die Radowitz und Consorten wollten, denn ist das deutsche Volk von den freien Nationen verachtet, so ist es den Despoten preisgegeben. — Uebrigens freuen sich die Deutschen in Posen nicht über den Frankfurter Beschluß, sie fürchten eine neue Erhebung der Polen, und dann schlägt sie auch das Gewissen. Das an den Polen begangene Unrecht ist auch zu schreiend, die Zeit, welche die Wahrheit immer ans Licht zieht, deckt auch die Gräuelthaten der Soldateska, und zwar durch deren eigene Geständnisse, auf.

Gedruckt unter Verantwortlichkeit der Verleger, von Wilhelm Tümmel.
Expedition bei Gg. Meyer, Plobenhof S. 823.

Der freie Staatsbürger.

Ein Volksblatt aus Franken.

№ 55. Nürnberg, 26. August. 1848.

Erscheint jeden Dienstag, Donnerstag und Samstag, und kann durch alle Postämter bezogen werden.
Preis vierteljährlich 45 Xr. — Einrückungsgebühr 2 Xr. für die Zeile. — Einzelne Nummern à 3 Xr.

Zeitbetrachtung.

O könnte man doch die heilige Begeisterung des Augenblickes alsogleich in Thaten übersetzen, bevor es der berechnenden Schlauheit gelingt, das himmlische Feuer durch Taschenspielerkünste aus der Menschenbrust zu entwenden! Wie anders, wie unendlich besser stände es jetzt um Deutschland, um Europa, wenn im März dieses Jahres mit keckem Muth die Revolution vollendet worden wäre, wenn die Deutschen — keine Deutschen, d. h. keine bedächtigen, geduldigen, versöhnlichen, vergebenden und vertrauensvollen Pfahlbürger und Philister gewesen wären, sondern mit frischem Muth den Kühneren unter ihren Führern sich angeschlossen hätten, anstatt erschrocken vor ihrer eigenen That auf halbem Wege stehn zu bleiben und dadurch alles Errungene wieder auf's Spiel zu setzen. Dann wären dem mit dem freien Deutschland eng verbundenen Frankreich jene furchtbaren Erschütterungen erspart gewesen, die es jetzt dem Bürgerkrieg oder einem Eroberungskrieg nahe gebracht haben; denn wenn das deutsche und das französische Volk, im Verein mit einander, einen Bund der freien Völker Europas proklamirt und die Lösung der socialen Fragen zur Hand genommen hätten, an denen unsre Zeit krankt, dann wäre diese Lösung gelungen, die Reaktion wäre erstickt, die Welt wäre nicht abermals verjudet, nicht abermals den Großschacherern preis gegeben, welche im nichtswürdigen Bunde mit den Despoten durch Unterdrückung der Völkerfreiheit die Curse ihrer Metalliques und Staatsschuldscheine heben und der doppelt betrogenen Menge mit der Freiheit auch das Geld aus der Tasche stehlen. Aber das deutsche Volk hat sich zum „Vertrauen“ bethören lassen, und jetzt beginnt es die Früchte zu schmecken. Jetzt fängt die Erkenntniß zu dämmern an, jetzt fangen sie an den als »Wühler« verfolgten Demokraten Recht zu geben. »Ja, sagen sie, jetzt sehen wir ein, daß Ihr nicht so Unrecht hattet, daß wir abermals betrogen sind; aber wer hat denn wissen können, daß man so schlecht sein werde, die heiligsten Versprechungen nicht zu halten.“ Ihr guten Leute, aber schlechten Politiker, wissen konntet Ihr das wohl, denn es war ja der erste Betrug nicht, den man Euch spielte, aber zu entschuldigen seid Ihr auch, wenn Ihr nach dem beispiellosen Druck, der seit einem Menschenalter auf Eurem Geiste lastete, in jedem liberalen Phrasenmacher der dreißiger Jahre und sogar in denen Eure Freunde saht, die sich ihr »Märtyrerthum« durch Abel'sche Kreaturen aus Eurem Beutel baar bezahlen ließen. Wenn es nur der letzte Betrug war, den man Euch gespielt hat, wenn Euch nur die Augen jetzt für immer aufgegangen sind, wenn Ihr nur aus der Erfahrung dieser 5 Monate die richtige Lehre gezogen und Eurem Geiste eingeprägt habt — vielleicht ist noch nicht Alles verloren.

Symptome eines Umschwungs der Dinge zeigen sich, und treten um so mehr hervor, je stärker und kecker die Reaktion, die Unterdrückung der Volksfreiheiten in allen denkbaren Formen auftritt. Möchte dieser Umschwung ein entscheidender sein und den Ausgangspunkt einer wahrhaft demokratischen Umgestaltung Deutschlands bilden!

Zu diesem Zwecke sollte sich das Volk einige Hauptgrundsätze einprägen, deren sich von selbst ergebende Folgerungen verwirklicht werden müssen, wenn ein

wahrhaft gedeihlicher Zustand herbeigeführt werden soll. Solche Hauptgrundsätze sind folgende:

Das Volk herrscht durch Beamte, welche aus seiner freien Wahl hervorgehn und nur auf bestimmte Zeit gewählt werden. Alle Beamte sind dem Volk, beziehungsweise seinen gesetzlichen Vertretern verantwortlich.

Die Fürsten haben sich unbedingt den Beschlüssen zu unterwerfen, welche die Demokratie, d. h. ein auf wahrhaft demokratischer Grundlage zu Stande gekommenes neues deutsches Parlament diktirt. Wer dagegen handelt, ist Verräther an der deutschen Nation.

Die Politik der Unterdrückung hat aufgehört, die der Gerechtigkeit und der Achtung vor den Nationalitäten beginnt. Was die Fürsten geraubt, erstatten die Völker zurück. Freie Nationen sind verbrüderte Nationen, erkennen in der Verbrüderung ihren wahren Vortheil und proklamiren anstatt des Kriegs, der nur den Despoten dient, den ewigen Frieden.

Alle volljährigen Staatsbürger, an denen nicht eine entehrende Strafe klebt, sind zur Ausübung aller staatsbürgerlichen Rechte und zur Uebernahme aller Stellen und Aemter gleich berechtigt. Jeder Staatsbürger ohne Ausnahme ist verpflichtet zu arbeiten, nach dem biblischen Grundsatze: wer nicht arbeitet, der soll auch nicht essen. Jedem Staatsbürger muß die Möglichkeit geboten sein, mit seiner Arbeit soviel zu verdienen, daß er wie ein Mensch leben kann.

Aus diesen Grundsätzen läßt sich so ziemlich Alles ableiten, was im demokratischen Staate durch spezielle Gesetze und Einrichtungen verwirklicht werden soll.

G. D.

Glossen zur Tagsgeschichte.

(Die Monarchisten in Sachsen.) Die Leipziger Zeitung verkündigt siegestrunken, daß sich 30,000 Sachsen gegen die Republik ausgesprochen hätten, durch Unterzeichnung jenes bekannten Protestes nach Frankfurt, welchen man seiner Zeit durchaus zu einem Mißtrauensvotum gegen Robert Blum stempeln wollte. Wir begreifen diesen Jubel der Leipziger Zeitung und der Journale, welche ihr nachschreiben, nicht. Dreißigtausend Unterschriften in ganz Sachsen unter eine antirepublikanische Petition sind sehr wenig, wenn man bedenkt, welche Mittel den Constitutionellen in den Behörden, der Polizei u. s. w. zu Gebote standen und wie wenig diese Herren gewöhnlich irgend ein Mittel, um Unterschriften zu sammeln, scheuen. Wir Demokraten sind vollkommen zufrieden, wenn man mit allen diesen ehrlichen und unehrlichen Mitteln im ganzen Königreich Sachsen nur 30,000 Unterschriften für die konstitutionelle Monarchie zusammenzubringen im Stande war.

(Großherzoglich-badische Schein-Amnestie.) Einen anerkennenswerthen Beitrag zu der Kategorie: Constitutionell-monarchische Lügen, lieferte die badische Regierung in einer kürzlich erschienenen Verordnung, welche eine Amnestie auszusprechen scheint, in Wahrheit aber nur der Regierung die Schmach und Verlegenheit ersparen soll, die gänzlich unschuldig Eingezogenen, die nur Mitgelaufenen, oder zur Theilnahme an der bekannten republikanischen Schilderhebung Gepreßten nach mehrmonatlicher Untersuchungshaft durch das Gericht freigesprochen zu sehen. Nachdem nämlich der erste Artikel jener Verordnung die Niederschlagung der Untersuchung gegen die an der Schilderhebung direkt oder indirekt Betheiligten ausgesprochen hat, werden im folgenden Artikel so viele Ausnahmen aufgeführt, denen diese Wohlthat nicht zu Theil werden soll, daß als wirklich amnestirt nur diejenigen übrig bleiben, die entweder als gänzlich unschuldig, oder als der Troß, der bei einer so massenhaften Erhebung überall frei ausgeht, jedenfalls freigesprochen worden wären. Wären sie aber vor Gericht gestellt worden, so hätte das der Regierung manche Verlegenheit bereitet; deßhalb läßt man sie vorher frei. Doch ist noch eine Bedingung dabei: sie müssen nämlich um Begnadigung bitten und gesetzliches Verhalten versprechen. Der Großherzog von Baden spricht wie ein beleidigter Landesvater zu seinen verirrten Kindern. Diese können natürlich die väterliche Verzeihung nur durch Anstimmung eines pater peccavi erhalten. O Triumph des monarchischen Princips und konstitutioneller Ehrlichkeit eines Mathy und Consorten.

(Wiener Demonstration zu Gunsten der Frankfurter Linken.) Die Scenen in der Paulskirche während der Verhandlungen über die Amnestiefrage haben in Wien eine allgemeine Entrüstung her-

vorgebracht, und es entstand folgende von Dr. Schütte verfaßte Adresse an die entschiedene Linke: „Die Demokraten Wiens, entrüstet über die vielfachen Anfeindungen und die terroristischen Angriffe, welche die Vertreter der wahren Freiheit in der Nationalversammlung sowohl in der Paulskirche als außerhalb derselben zu erleiden haben, und in der festen Ueberzeugung, daß nur auf Grundlage derjenigen Principien, welche die äußerste Linke als die übrigen mit eben soviel Geschick, als Ausdauer vertheidigt, die Freiheit und Einheit Deutschlands kann erbaut werden, fühlen sich bewogen, diesen edlen Vertretern der wahren Volksfreiheit öffentlich vor ganz Deutschland mit aller Entschiedenheit freier Männer ihre wärmsten Sympathien auszusprechen. — Diese Adresse wurde nicht bloß im Demokratenverein, im „liberalen Verein," von der Studentenschaft, vom Arbeiterverein, sondern auch fast einstimmig vom Sicherheitsausschuß, der ganz Wien vertritt, angenommen, so daß Dr. Violand äusserte: „Der Sieg in dieser Sache hat mir den heutigen Tag zum schönsten meines Lebens gemacht." Eine wirklich großartige Demonstration, welche deutlicher als irgend Etwas den Geist ausspricht, welcher die Wiener Bevölkerung beseelt. —

(Vicepräsident Hermann.) Statt des zum Botschafter nach Paris bestimmten Andrian ist Herr Hermann aus München Vicepräsident geworden, und er präsidirte bereits in der Sitzung am 10. Aug., nachdem der Kneippräses unmöglich geworden war. Die Reichstagszeitung erkennt die Tüchtigkeit Hermanns als Präsident lobend an. „Sein Präsidium, sagt sie, war wie ein Thau nach langer Dürre." Hermann kennt die Geschäftsordnung und handhabte sie. Das ist die Aufgabe des Präsidenten, aber weder Gagern, noch der Kneippräses verstehen diese Aufgabe. Da die Reichstagszeitung das Organ einer Partei ist, der Hermann keineswegs angehört, so ist dieses Lob von um so größerem Werthe.

(Parlamentsanekdote.) Zwei Mitglieder der Rechten gingen kürzlich aus der Paulskirche, und man hörte den Einen zum Andern sagen: Es bleibt nichts anders übrig, man wird eben diese fünfzig Mitglieder (der entschiedenen Linken) ausschließen müssen, damit endlich ein für allemal Ruhe wird. Worauf der Andre: das ist wirklich ein origineller Gedanke von Ihnen. Die Majorität des Parlaments denkt also daran, die eigentlichen Volksmänner im Parlament durch einen Akt der Brutalität auszuschließen! Die Reichstagszeitung, welche diese Anekdote mittheilt, gibt übrigens der Majorität den Rath, lieber die Wähler jener 50 Mitglieder, die ja möglicherweise dieselben zum zweiten Male wählen könnten, aus dem deutschen Vaterlande auszuweisen. Dann erst wäre gründlich geholfen!

(Bürgerfreundlichkeit preußischer Offiziere.) In Ratibor saß vor einigen Tagen eine Volksversammlung über einen Oberstlieutenant von K. zu Gericht, der laut geäussert haben sollte: „es ist Schade, daß in Schweidnitz nur 5, nicht 500 erschossen worden sind, wäre ich Kommandant gewesen, ich würde noch anders gehandelt haben." Es wurde beschlossen, den Magistrat zu ersuchen, dem 2c. v. K. anzudeuten, daß er vor der Bürgerschaft Ratibors Abbitte leiste, oder die Stadt mit seinem Besuche verschonen möge.

(Zur Charakteristik der Parlamentsmajorität.) Dr. Höffken, ein Mitglied der Rechten, war kürzlich in Dortmund bei seinen Wählern, und verrieth in einigen Unterhaltungen höchst interessante Details über die Operationen der Majorität in der Paulskirche. Um dem „frechen aber entschienen" Auftreten der „gesinnungslosen" Linken zu begegnen, so erzählte Herr Höffken, hat die Rechte in Frankfurt einen organisirten Verschwörerklub etablirt. Alle Anträge, von der Rechten ausgehend, müssen zuerst diesem Klub vorgelegt werden. Hier wird darüber debattirt und beschlossen, und kein Antrag darf ferner vor die Nationalversammlung gebracht werden, bevor er die Genehmigung des Klubs erhalten hat. Dazu haben sich die Verschwornen verpflichtet. Sie stimmen dann gemäß geheimen Statuten auf Kommando, im Nothfall bei unerwarteten Fragen nach Anweisung ihrer Führer, der Herren Radowitz, Bürgers, Lichnowsky, Stedtmann aus Koblenz. Sie brauchen weder zu hören noch zu sprechen, sie stimmen und die „gute Sache" siegt. Ferner berichtet Herr Höffken: Was könnten sie, die Patrioten, der „gesinnungslosen" äußersten Linken gegenüber thun? Die Redefreiheit sei einmal da, man könne der Linken den Mund nicht zuhalten, auch wisse man nicht, wenn Einer von diesen Menschen die Tribüne bestiege, (Herr Jordan aus Berlin) was er sage: also könne man ihn nur her-

untertrommeln, was auch regelmäßig (statutengemäß) geschehe. „Sehen Sie, meine Herren, so schloß der beredte Herr Höffen, es sind schon viele Duelle gegen Männer dieser Partei eingeleitet gewesen, aber immer wieder beigelegt worden; jetzt wird die Sache jedenfalls zum Durchbruch kommen. Meine Herren, es bleibt kein andres Mittel, man muß diese Menschen todtschlagen.“ Ein naiver Mann, dieser deutsche Patriot, Herr Höffen; wenn man durch Gründe nicht zu siegen vermag, dann muß man „todtschlagen.“ Das ist die Logik der Rechten in der Paulskirche, aber sie übersehen die Consequenz dieser Logik. Hinter den „todtzuschlagenden“ Abgeordneten stehen ihre Wähler. Will man diese auch „todtschlagen?“

(Der Geldphilister und der Bauer.) In einem französischen Blatte finden wir folgendes, für die auch in Frankreich wieder erwachende Vernunft charakteristisches Gespräch: „Sagt mal, Bourgeois, was ist das: Socialisten! — Ha, das sind Räuber, Schufte! — So? — Ja, das sind Hunde, sie wollen, daß die Republik allen Arbeitern Arbeit sichre, — Na, das ist nicht übel. — Was, nicht übel? Es ist scheußlich, wir reichen Leute müßten ja dann Geld ausgeben. — Na, das wäre nicht schlimm. — (Der Bourgeois wird roth und bläulich, bebt vor Wuth.) Was, nicht schlimm? Das wäre ja der Todesstoß für Freiheit, Familie, Eigenthum!! — Ho, wenn alle Welt arbeiten thäte, das wäre kein Unglück für die Familien und das Eigenthum, scheint mir's. — (Der Bourgeois fährt krampfhaft zusammen, schimpft den Bauern, der aber sagt): Na, ruhig da, nicht so hitzig; die Reichen haben ihr Geld im Kasten verschlossen, dem Armen keine Arbeit gegeben, also den Armen am Eigenthum geschmälert und zum Tode verdammt, denn Arbeit ist sein einziges Eigenthum. — Das sagen die verfluchten Socialisten! — So? na, nur zu, dann bin ich auch ein Räuber, auf die Namen kommt nichts an, Bourgeois, guten Abend.“

(Der Kaiser in Wien.) Die neue rheinische Zeitung schreibt über die Rückkehr des Kaisers: Der Kaiser ist da, der Triumph der Demokratie ist vollständig. Bedenken Sie, der absoluteste Monarch der Erde hat sich zum dritten Male dem fordernden Willen seiner Völker unterworfen; er hat es in einem Augenblick gethan, wo die Siegesbotschaften seiner absolutistischen Armee aus Italien ihn zu neuem Trotz hätten bestimmen können. Noch gestern schwebte ich in banger Besorgniß über das Benehmen Wiens bei der Ankunft des Kaisers; ich glaubte Pferde ausspannen, Wagen ziehen, Auf den Händen tragen, Sklavenglücksgeschrei, Fackelzüge, Zufüßenwerfen, kurz, Herz empörende Unterwürfigkeit sehen und hören zu müssen, aber nun schäme ich mich dieser Besorgniß, denn Wiens Volk benahm sich groß und würdig. Im Vollgefühle seiner eigenen Majestät empfing es den Kaiser mit siegreicher Miene; auf allen Stirnen leuchtete der Gedanke: „Du kommst, weil wir's gewollt.“ —

Allerlei.

Die demokratischen Vereine sind nun auch in Bayern verboten. „Maximilian II., von Gottes Gnaden König von Bayern,“ und sein Ministerium Von-Dittmer haben eine Verordnung vereinbart, worin diese die Republik erstrebenden „staatsverrätherischen“ Vereine für gesetzwidrig erklärt und die Regierungen angewiesen werden, ihre Theilnehmer mit aller Strenge der alten reaktionären Gesetze zu verfolgen. Im ganzen südwestlichen Deutschland, in Baden, Bayern, Würtemberg — mit Ausnahme von Hohenzollern und Sigmaringen — sind jetzt die demokratischen Vereine glücklich beseitigt und die Landesväter können ruhig schlafen. In der That, das „freie Associationsrecht“ macht raschere Fortschritte als die Cholera!

(N. rhein. Z.)

Der Reichstagsdeputirte Brentano hat ein Manifest an seine Wähler erlassen, in welchem er sich über sein Verhalten in der Paulskirche bei der Amnestiefrage rechtfertigt und dem Grafen von Wartensleben zugleich eine öffentliche Erwiderung auf seine Pistolenforderung zu Theil werden läßt, wodurch Brentano als Mann von Ehre erscheint.

Gedruckt unter Verantwortlichkeit der Verleger, von Wilhelm Tümmel.
Expedition bei Gg. Meyer, Plobenhof S. 823.

Der freie Staatsbürger.

Ein Volksblatt aus Franken.

№ 56. Nürnberg, 29. August. 1848.

Erscheint jeden Dienstag, Donnerstag und Samstag, und kann durch alle Postämter bezogen werden. Preis vierteljährlich 45 Kr. — Einrückungsgebühr 2 Kr. für die Zeile. — Einzelne Nummern à 3 Kr.

Die Halben.

Bei Beurtheilung der Parteien, wie sie sich uns im Kampf der Gegenwart darstellen, und bei der Bildung einer Ansicht über die Zukunft Deutschlands und Europas hängt Alles an der Beantwortung der Frage: Gibt es eine Freiheit des Menschen? Ist der Mensch, sind alle Menschen zur Freiheit geboren? Oder hat die Natur bei Erschaffung der Menschen gewollt, daß die Einen die Dränger, die andern die Gedrängten, die Einen die Herren, die Andern die Sklaven seien? Dem bisherigen Staatsleben lag die letztere Ansicht als Princip zu Grunde, es ist die Ansicht der Jesuiten, welche wollen, daß der Mensch „wie ein Leichnam sei in der Hand seiner Obern;“ es ist die Ansicht der Metternich, der Radowitz, aller der Helden des gestürzten Systems, welche sich das staatliche Leben nur in der Form der Despotie, wenn nicht gerade der einfachen, doch einer complicirten Despotie denken können. Ihnen nach theilen sich die Menschen in Reiter und in Gerittene; die Einen kommen mit unsichtbaren Sporen, die Andern mit ditto Sätteln zur Welt. Man sagt, dieses System sei gestürzt und nie mehr wiederherzustellen; gewiß ist soviel, daß jene Herrn ihre Ansicht keineswegs geändert haben, daß sie darauf ausgehen, ihr durch die Soldateska und Kartätschen, durch Kroaten und Baschkiren wieder zur Herrschaft zu verhelfen und daß sie seit der Märzrevolution durch geschicktes Operiren ihrem Ziele Schritt für Schritt näher gerückt sind.

Dieser Ansicht steht eine andre gegenüber, welche alle Menschen für frei und gleich erklärt. Es ist dieß die Ansicht derjenigen, welche, mit Bolingbroke zu reden, nicht eher glauben können, daß Sklaverei eine göttliche Erfindung sei, als bis sie sehen, daß die Unterthanen mit Höckern auf dem Rücken geboren werden, gleich Kameelen, und die Herrscher mit Kronen auf den Köpfen zur Welt kommen, wie die Hähne. Sie finden die Berechtigung zu dieser Ansicht in der Vernunft. Die Vernunft erkennt keine Standesunterschiede, keine Vorrechte. Sie erkennt wohl eine Verschiedenheit der körperlichen und geistigen Fähigkeiten an, aber sie erkennt zugleich, daß diese Verschiedenheit keinen Vortheil oder Nachtheil begründet, daß sie das Menschenrecht nicht aufhebt, und die Erblichkeit irgend eines Vorrechtes oder Vorzuges erscheint der unbestochenen Vernunft vollends als ein Unsinn. Wohl aber erkennt sie für das staatliche, gesellschaftliche Leben die Nothwendigkeit eines Gesetzes, eines Allgemeinen, dem sich die Einzelnen unterordnen, aber dieses Gesetz ist eben nichts Anderes als der Ausdruck der Vernunft Aller. Jeder wird sich gern dem unterwerfen, was er selbst für recht und gut erkennt; ist er aber beim Zustandekommen des Gesetzes, das er anders gewünscht hätte, in der Minderheit geblieben, so gilt der ebenfalls in der Vernunft begründete Grundsatz, daß die Minderheit sich der Mehrheit unterwerfen muß, wobei jedoch der Minderheit das Recht ungeschmälert zustehen muß, im Wege friedlicher Agitation durch die gesetzlichen Mittel der freien Rede und Schrift ihrer Ueberzeugung die Mehrheit zu Stande zu bringen.

Diese zwei Ansichten, welche wir als Aristokratie und Demokratie bezeichnen, stehen einander gegenüber, als Feinde, die nicht neben einander bestehen können. Sie müssen sich auf den Tod bekämpfen; entweder — oder. Die Aristokratie wurde in der Märzrevolution

gestürzt, sie lag machtlos am Boden, gebrochen, Niemand gab einen Pfenning für ihre Zukunft. Und warum trat nicht die Demokratie an ihre Stelle ein und gründete, nach Abtragung des Schuttes von der alten Gesellschaft, den neuen, den Vernunftstaat? Daran waren die Halben Schuld.

Das sind diejenigen, welche weder aristorkatisch noch demokratisch, weder absolutistisch noch republikanisch, weder unbedingt unfrei noch unbedingt frei sein wollen, mit einem Wort, es sind die leider allzuwohl bekannten Herren Constitutionellen. Diese widersetzen sich den Republikanern, aber auch den Aristokraten, sie wenden sich gegen die „Anarchie," aber auch gegen die Reaktion, wie man aus jedem Programm von so und soviel hundert constitutionellen Vereinen in Deutschland männiglich zu seines Herzens Erbauung ersehen kann.

Nun ist aber die Sache die, daß in Revolutionen eine Halbheit, ein Schwanken nicht möglich ist. Wo Feinde sich gegenüberstehn in offenem Kampf, da ist jedermann für oder wider, es muß jeder Partei ergreifen. Beide einander gegenüberstehende Feinde zugleich bekämpfen zu wollen, ist ein Unsinn, so gewaltig, so colossal, daß — er eben nur einem „Halben," einem Constitutionellen in den Kopf kommen kann. Dieser „Unsinn" wird aber sogleich zur Lüge, denn wir sehen die Halben, die Constitutionellen in Wahrheit die Reaktion nicht bekämpfen, sondern ihr dienen, und wer mir behauptet, in den letzten drei Monaten habe der Constitutionalismus Fortschritte gemacht und nicht die Reaktion, der ist entweder ein Narr oder ein Lügner. Die Halben werden immer von den Ganzen als Werkzeuge benützt, unsere Constituonellen sind seit Monaten Werkzeuge der Absolutisten. Sobald diese wieder die nöthige Macht gewonnen, werfen sie natürlich die dummen Constitutionellen als ausgepreßte Citronen weg.

Das lebendige Beispiel hievon ist unser Parlament. Hier haben die Constitutionellen, die Halben, die Mehrheit. Aber sie sind nur die Drahtpuppen in der Hand der Absolutisten, der Radowitz und Consorten, und mit teuflischem Lachen sehen diese, wie das Parlament, bei welchem sie in der Hauptsache Alles durchsetzen, was sie wünschen, nämlich die Bewilligung von Soldaten, mit jedem Tage tiefer sinkt im Vertrauen und der Achtung des Volks. Sie sind inzwischen nicht müßig, ihre gegen die Freiheit der Italiener siegreichen Heere, ihre Kroaten warten nur des Winks, und wenn der Augenblick gekommen sein wird, wird der letzte Schlag gegen die deutsche, gegen die europäische Freiheit erfolgen. Dann kann die Demokratie noch siegen, aber nur in einem blutigen Vernichtungskampfe.

Das sind die Folgen, wenn eine Revolution den „Halben" in die Hände gespielt wird.

G. D.

Der Korrespondent und die deutsche constitutionelle Zeitung.

Der Korrespondent hat in einer seiner neuesten Nummern durch jammervolle Witze und seine gewöhnlichen Insolenzen eine wohlbegründete Aeusserung der deutschen constitutionellen Zeitung zu paralysiren gesucht. Da mein Name dabei im Spiele ist, so werde ich wohl auch etwas darüber sagen dürfen. Der Korrespondent nimmt es übel, daß meine Ausweisung aus Nürnberg mit ihm in Verbindung gebracht wurde. Der Korrespondent hat dabei nur sich selbst anzuklagen. Er hat in einer gegen mich gerichteten Erklärung mit Stolz eingestanden, daß er mich „nicht ohne Erfolg" bekämpft habe. Soll diese Aeßerung irgend einen Sinn haben, so kann sie nichts anders bedeuten, als daß er meine Ausweisung herbeigeführt oder zu ihr mitgewirkt habe. Denn wollte er damit sagen, er habe meine Bestrebungen, die Sache, also die Demokratie in Nürnberg auch nur mit einigem Erfolg bekämpft, so war es eine Lüge, wie Figura am deutlichsten zeigt. Wenn die Augen des Korrespondenten nicht gänzlich blöde geworden sind, so muß er sehen, daß die Demokratie in und um Nürnberg jetzt weit kräftiger dasteht, als irgend einmal seit den Märztagen. Bleibt also nur jene erste Deutung seines „erfolgreichen" Wirkens übrig und die constitutionelle Zeitung hat somit hier Recht gehabt, wie sie bei Aufzählung der „Koryphäen" des Korrespondenten Recht hatte. Denn wenn auch Hr. Bluntschli selbst dem Korrespondenten keine Berichte lieferte, so thaten es um so emsiger seine Schüler, jene entarteten Schweizer, welche den Sieg des Sonderbundes verkündeten und die kein ehrlicher Schweizer anders als mit Verachtung betrachtet. Und ist denn nicht Hr. Rohmer der gute Freund des Korrespondenten, hat denn nicht der

philosophische Patron des edlen Blattes, Hr. August von Schaden, eine ähnliche verrohmerte Nabelphilosophie wie Hr. Bluntschli? Mit der Mitarbeiterschaft des „vielgewandten" Herrn Hormayr sich zu brüsten, ist des Korrespondenten vollkommen würdig. So wie jener hier verrathen, dort verrathen, wenn nur bei jedem Verrath ein klingender Gewinn herausspringt, das mag ihm das Ideal journalistischer „Ehrenhaftigkeit" sein. Und solche Subjekte wagen es, sich in die Brust zu werfen und mit erheuchelter Geringschätzung auf ehrenwerthe Blätter herabzusehn! Als ob irgend Jemand so dumm wäre, nicht zu merken, daß der Korrespondent mit den Lappen dieser Insolenz nur seine geistige Unfähigkeit und moralische Anrüchigkeit zu verbergen sucht. Hat er nicht vor 8 Monaten ganz dieselbe Sprache gegen die „deutsche Zeitung" geführt, und ist nicht bald darauf Hr. Gervinus seine vornehmste Autorität geworden? Wer weiß? Laßt den Wind sich drehen, und die jetzt vom Korrespondenten so verächtlich behandelte deutsche constitutionelle Zeitung kann noch ebenso für ihn zur Autorität werden. Pfui! In der gesammten „guten Presse" ist nicht ein Blatt, welches einen solchen moralischen Eckel einflößt, wie dieses Organ jüdischer Profitwüthigkeit! Aber man hat Beispiele, daß eben diese Profitwüthigkeit zum Ruin führt, und der Korrespondent hat sich mit der alten Gesellschaft, die jetzt ihr: va banque spielt, viel zu stark engageirt, um nicht in den allgemeinen Bankerott mit hineingezogen zu werden. — Uebrigens bemerke ich ausdrücklich, daß ich mit der deutschen constitutionellen Zeitung, deren ehrenhafter Charakter bisher von keinem Blatte angezweifelt wurde, in einer Verbindung nicht stand und nicht stehe.

Diezel.

Glossen zur Tagsgeschichte.

(Zur Charakteristik des preußischen Ministeriums.) Die Deputation der Magdeburger Klubs erhielt keinen Zutritt zu seiner preußischen Majestät, weil sie sich weigerte, ihre Anrede nach Wunsch des Ministers Auerswald zu ändern. Die von diesem Herrn anstößig gefundenen und gestrichenen Stellen dieser Anrede waren deutscher Gesinnung; sie lauteten: „Majestät, wir erkennen die große Macht, welche Gott in dieser großen Zeit in Ihre Hand gelegt hat; in Ihrer Hand liegt zum Theil das Geschick des nach Freiheit ringenden Europa. Von der Gestaltung Preußens wird die Gestaltung Deutschlands abhängen. Ohne Preußens innige Hingebung, ohne Preußens festen und dauernden Anschluß kann Deutschland nicht einig, nicht groß und mächtig sein, mit Preußen wird es die großartigste Macht der Welt. Euer Majestät Regierung wird Preußen festeren Schrittes, als bis heute geschehen (statt dieses Satzes sollte gesagt werden: festen Schrittes) fortführen auf der Bahn volksthümlicher Entwicklung. Euer Majestät kräftiges Wort wird sicher dahin wirken, daß der Gegensatz zwischen Volk und Heer völlig beseitigt werde." Also der preußische Ministerpräsident will nichts hören von Preußens festem und dauerndem Anschluß an Deutschland, er will nichts hören von volksthümlicher Entwicklung, er will endlich nichts hören von Ausgleichung des Gegensatzes zwischen Volk und Heer. Diese drei Punkte bezeichnen aber just die Errungenschaften der Merzrevolution, — ergo — soll Alles wieder werden, wie zuvor!

(Die preußischen Gutsbesitzer.) Die Reaktion in Preußen tritt mit jedem Tage frecher auf und fordert den Vernichtungskampf recht eigentlich heraus. Die adeligen Gutsbesitzer sind zu einem Congreß in Berlin zusammengetreten, und wollen nichts Geringeres, als eine erste Kammer improvisiren. Sie verlangen nämlich vom Ministerium Auskunft und sehen voraus, daß dasselbe seine Räthe in ihre Versammlungen senden werde. Sie wollen den preußischen „Rechtsboden" vertheidigen und erklären ganz naiv, daß entweder sie oder die Revolution unterliegen müßten. Der Wille dieser Herren geschehe!

(Mediatisirungsprojekte.) Der Fürst Leiningen, Premierreichsminister, will die 38 „deutschen Vaterländchen" auf 20 reduciren, durch Mediatisirung und Pensionirung einiger „Winkelfürsten." Derselbe Fürst widersetzte sich der Ernennung des Fürsten Lichnowsky zum Gesandten in Petersburg und diese, die bereits beschlossen war, unterblieb. Demokratische Blätter schließen aus der nahen Verwandtschaft Leiningens mit der Königin von England, daß der Fürst die deutschen Handelsinteressen preisgeben werde. Wir sind, als Demokraten, ebenfalls ziemlich mißtrauisch gegen Für-

sten; wir halten aber Herrn Leiningen für zu gescheidt, und für zu lüstern, bei der Umgestaltung Deutschlands eine große Rolle zu spielen, als daß wir ihm einen Verrath der deutschen Interessen zutrauen könnten. Daß die Frau Victoria seine Halbschwester ist, kann ihn nur bestimmen, jeden Verdacht einer Preisgebung deutscher Interessen zu Gunsten Englands um so ängstlicher zu vermeiden.

(Frankfurter Majoritätspläne.) Da habt Ihrs! Weil die Frankfurter Parlamentsjuden nicht befreien wollen, so fangen sie an zu theilen, und die deutsche Einheit wird zu einer österreichisch-preußisch-bayerischen Dreieinigkeit. Man höre, was der Abgeordnete von Leipzig, Robert Blum, der im Verfassungsausschuß sitzt und darin natürlich in der Minorität ist, über die Absichten der Majorität dieses Ausschusses seinen Wählern berichtete. »Mit Schmerz, sagte Hr. Blum, muß ich sagen, auch im Verfassungsausschuß thut sich bereits die gewaltige Wirkung der Sonderbestrebungen kund. Man will das Militärwesen Sache des Einzelstaates sein lassen. Ja, man will soweit gehen, die Abtretung der Vertheidigungsmittel, der Festungen abhängig davon zu machen, daß man sie erst bezahlt, ehe man sie zum Schutze Deutschlands verwenden kann. Dies sind Erscheinungen, die ihren Wiederhall in der Nationalversammlung finden werden, wie sehr auch die Minderheit dagegen ankämpfen mag. Daß es aber nur eine Minderheit ist, ist um so trauriger, als drei Staaten ihre Heere behalten sollen, Oesterreich, Preußen und Bayern, während man die kleinern entwaffnen will. Wenn ich es auch niemals für ein Glück gehalten habe, daß die kleineren Staaten große Heere halten, so kann ich doch, wenn die Einheit wirklich nur ein schöner Traum gewesen sein sollte, es nimmermehr zugeben, daß die kleineren Staaten den Abrundungs- und Vergrößerungsgelüsten der größeren, oder dem fast nothwendigen Bestreben einer den großen Staaten gegenüber ohnmächtigen Centralgewalt nach eigener Macht wehrlos preisgegeben würden. Sie haben so viel Recht, wie die großen und sollen nur sie Opfer bringen, dann werde ich ihr Recht vertreten, wie die großen das ihrige vertreten lassen.« Solchen Verrath sinnt man in Frankfurt, und die Angst vor einer demokratisch-republikanischen d. h. vor einer wahrhaft volksthümlichen Einheit Deutschlands soll diesen Verrath heiligen! —

(Einigkeit in Böhmen.) Der neuen rheinischen Zeitung schreibt man aus Prag: Die Rivalität beider Nationalitäten scheint fast verschwunden zu sein; die Deutschen haben eingesehen, daß die oft erwähnte Bartholomäusnacht ein abscheuliches Mährchen war, die Nation zu entzweien und der Reaktion ihr Spiel zu erleichtern. Von der frühern Gespanntheit hinsichtlich des Tragens der Farben merkt man nichts mehr, und wenn die slavischen Bänder und mittelalterlichen Trachten langsam wieder hervortauchen, so sieht man jetzt auch häufig deutsche Bänder, jedoch größtentheils nur an Nichtböhmen. —

(Die preußische Aristokratie und Herr Hansemann.) Hr. Hansemann, der Bourgeoisminister, hat einen schweren Stand. Die Aristokratie haßt, die Demokratie verhöhnt ihn. Die preußischen Aristokraten wenden sich ganz naiv an ihre direkten Antipoden, die Demokraten, und wollen mit diesen gemeinschaftliche Sache zum Sturz des Ministers machen. Einige dieser Herren wurden bei einem Mitglied der Linken, den sie um seinen Beistand angingen, so zutraulich, daß sie ihm gestanden, wie sie Hrn. Hansemann durch öffentliche Provokationen zu einem Zweikampf bringen wollten, aber auch Männer in ihren Reihen zählten, welche auch weitere gewaltsame Mittel nicht scheuten. Liebenswürdige Offenheit dieser preußischen Helden „Mit Gott für König und Vaterland!“

(Zur Würdigung des „besten Staats.“) In der Grafschaft Clare (Irland) fand letzthin ein armer alter Mann, der wegen seiner republikanischen Ansichten von der Unterstützungsliste gestrichen worden, einen schrecklichen Tod. Vom Hunger überwältigt, begab er sich in den Garten eines Gutsherrn, wo er einige Kartoffeln ausreißen wollte. Der Sohn des Gutsherrn sah es und hetzte einen großen Bulldog auf ihn, der ihn niederwarf, ausriß und ihm im wahren Sinn des Worts die Eingeweide aus dem Leibe fraß.

Gedruckt unter Verantwortlichkeit der Verleger, von Wilhelm Tümmel.
Expedition bei Gg. Meyer, Plobenhof S. 823.

Der freie Staatsbürger.

Ein Volksblatt aus Franken.

№ 57. Nürnberg, 31. August. 1848.

Erscheint jeden Dienstag, Donnerstag und Samstag, und kann durch alle Postämter bezogen werden. Preis vierteljährlich 45 Xr. — Einrückungsgebühr 2 Xr. für die Zeile. — Einzelne Nummern à 3 Xr.

Die deutsche Einheit.

Es wird mit jedem Tage klarer, daß die deutsche Einheit, von unsern sogenannten Vertretern in Frankfurt zuerst in dem Kaiserthum gesucht, dann an Preußen, Oesterreich und Bayern verrathen, erst aus der Verwesung des ganzen bisherigen deutschen Staatenkörpers sich hervorbilden wird. Oesterreich ist im vollständigsten Auflösungsproceß begriffen, in Preußen treten mehr und mehr Symptome desselben Processes an das Licht, vielleicht folgt der eine oder andre Staat noch nach. Was Wunder? Die bisherige Staatenbildung war das Resultat dynastischer Eroberungskriege und diplomatischer Länderverschacherungstraktate. Von einer Berücksichtigung natürlicher Verhältnisse der Volksstämme war keine Rede. Gut, daß dieses unnatürliche Bauwerk in Trümmer geht und in seine ursprünglichen Bestandtheile sich auflöst. Um so gründlicher kann der Umbau vorgenommen werden. Die Bauleute stehen bereit.

Ein Berliner Blatt, die „Zeitungshalle" läßt sich folgendermaßen vernehmen: »Wir hatten schon neulich Gelegenheit, davon zu reden, daß eine Zeit gekommen ist, in welcher aus den alten Staatenkörpern mehr und mehr der Geist entweicht, der sie so lange zusammengehalten hat. In Betreff Oesterreichs möchte wohl Niemand daran zweifeln; aber auch in Preußen treten von Tag zu Tage immer merklicher Zeichen der Zeit hervor, welche unsere Bemerkung bestätigen und gegen die wir uns nicht blind machen dürfen. Es gibt jetzt nur Ein Interesse, welches noch die Provinzen des Staates an den Staat Preußen zu fesseln vermag, das ist das Interesse an der Entwicklung freisinniger Staatseinrichtungen, das Interesse an der gemeinsamen Begründung und wechselseitigen Förderung einer neuen und freien Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse. Das auf dem Wege des politischen und socialen Fortschrittes rüstig weiter strebende Schlesien wird sich schwerlich in Preußen wohl fühlen, wenn nicht Preußen als Staat diesem Interesse vollständig genügt. Von der Provinz Sachsen ist es nur zu bekannt, daß sie dem preußischen Staat stets, seitdem sie ihm einverleibt worden, im Herzen gegrollt hat. Und was die Rheinprovinz anbetrifft, so wird es wohl noch in Aller Angedenken sein, mit welchen Drohungen Deputirte derselben vor dem 18. März hier auftraten und den Umschwung der Dinge beschleunigten. Der Geist der Entfremdung wächst in dieser Provinz."

Und was sagt ein rheinisches Blatt, die neue rheinische Zeitung?

„Der Geist, der uns mit Altpreußen so lange zusammengehalten hat, war ein sehr handgreiflicher, plumper Geist; es war der Geist von 15000 Bajonetten und so und so viel Kononen.

Sie sagt noch mehr:

„Innerhalb Deutschlands mit den altpreußischen Provinzen zusammenzubleiben, dagegen hat die Rheinprovinz nichts einzuwenden; aber sie zwingen wollen, ewig innerhalb Preußens, gleichviel ob eines absolutistischen, eines konstitutionellen oder eines demokratischen Preußens zu bleiben, das hieße Deutschlands Einheit unmöglich machen, das hieße vielleicht sogar — wir sprechen die allgemeine Stimmung des Volkes aus — ein großes, schönes Gebiet für Deutschland verloren machen, während man es für Preußen erhalten will."

Wir erinnern uns mit vielem Behagen jener un-

wiederbringlichen Zeiten, als man in Nürnberg für Herrn Eisenmann und die deutsche Einheit unter abwechselnd österreichischem, preußischem und bayerischem Scepter schwärmte.

Es ist mir, als wäre es 100 Jahre her! Wer spricht jetzt noch von Herrn Eisenmann? Damals aber sprach man sehr viel von ihm, und scharfsinnige Advokaten setzten Himmel und Hölle in Bewegung, um die kaiserliche Einheit in Deutschland in Eisenmann für das Parlament zu retten.

Damals trafen auch wir mit diesen Eisenmann'schen Helden, dem scharfsinnigen Advokaten Lindner und dem beredten nunmehrigen Parlamentsmitglied Krafft in Altdorf als Gegner zusammen, und da gewöhnliche Mittel nicht gegen uns anschlagen wollten, so suchten die scharfsinnigen und beredten Herrn, nachdem sie die Republik in damals und zum Theil noch jetzt üblicher Weise als Anarchie und Kommunismus verleumdet, uns zu der Erklärung zu treiben, ob wir unbedingt für die constitutionelle Monarchie seien oder nicht.

Wir waren zu ehrlich, um die Frage zu umgehn, und zeigten sofort, daß bei Zerfall des bisherigen Staatensystems in Deutschland Verhältnisse eintreten könnten, in welchen es Verrath am Vaterlande wäre, für die Monarchie und gegen die Republik zu sein. Damals zeichneten wir den Zerfall der zwei deutschen Großmächte ohngefähr auf dieselbe Weise, wie er jetzt in ziemlich naher Aussicht steht, und höchstens noch durch den „Geist von so und soviel Bajonetten und Kanonen eine kurze Frist aufgehalten werden kann.

Der scharfsinnige Advokat Lindner aber sah in dieser durch die Ereignisse völlig gerechtfertigten Ansicht „den Bocksfuß," an welchem man „den Teufel erkennt," nämlich den Teufel des Republikanismus; der deutsche Kaiser siegte in der edlen Reichsstadt Nürnberg und Herr Eisenmann kam in's Parlament.

Ist dadurch die deutsche Einheit geschaffen worden?

Verräther sagen, und Narren glauben es. Wer aber ehrlich ist und denken kann, und mit diesen beiden Eigenschaften ausgerüstet die Verhandlungen des Parlaments, das Benehmen der deutschen Einzelstaaten und die Antworten des Reichsministers Peucker auf die an ihn gestellten Interpellationen prüft, der sieht in dem Reichsverweser den Reichsvermoderer und in dem Parlament die Würmer, welche die Auflösung des Leichnams beschleunigen.

Der Geist aber, der den neuen Körper bilden und beleben und eine wahre Einheit, die erste deutsche Einheit, schaffen wird, ist die Demokratie, trotz des Herrn Eisenmann und des scharfsinnigen Advokaten.

G. D.

Glossen zur Tagsgeschichte.

(Die Wiener Parade) Die neue rheinische Zeitung gibt interessante Details über diese Bürgerwehrparade auf den Glacis. Der Hof erschien pünktlich zur festgesetzten Stunde, er wurde mit Schweigen empfangen. Auch als das Defiliren der Nationalgarde beginnt, erschallen dem Kaiser nur wenige vereinzelte, dem Reichstag stürmische, weithin dröhnende Hochs. Da wurde eine Lücke, und es rückt in drei dicht geschlossenen Kolonnen der Techniker, Akademiker und Künstler, die Spartanerschaar der akademischen Legion trotzig und muthig heran. Sofort spielt die Musikbande: Ça ira und: Wer kommt dort von der Höh'? — Kriegsminister und Oberkommandant erblassen vor Verlegenheit, wo nicht vor Zorn, der Kaiser wurde immer beweglicher, greift bald an seinen Hut, sieht bald aufs Pferd; eine tiefe Erregung scheint sein Inneres zu bestürmen; Erzherzogin Sophie vermag ihre entrüstete Verwunderung unter einem doppelten Augenglas kaum mehr zu verbergen, während die Kaiserin fragende Blicke nach ihrem Gemahl wirft. Ein bebendes Schweigen umringt, unter dem Geräusch revolutionärer Klänge, den Monarchen, denn die ganze akademische Legion zieht mit ungeheuer bedeutungsvollem Schweigen vorüber, um, am Kaiser vorbei, im Angesicht des Reichstags in ein desto mächtigeres Hoch auszubrechen. Man sah es dem Kaiser an, es war eine Erlösungsminute, als die kräftig und muthig aussehende Legion vorüber war und nun die Nationalgarde wieder anrückte. Doch der Impuls war einmal gegeben; wie im März und Mai, so folgte man auch dießmal den Studenten und es zogen viertelstundenlang Bataillone vorüber, ohne die Lippen zu öffnen. — Für einen kaiserlichen Hof, vor kurzem noch den unumschränktesten in Europa, mag

es freilich eine eigenthümliche Empfindung sein, sich in der Gewalt schweigender Bürgerbataillone zu fühlen, und nicht sehr lieblich mögen an die hochgebornen Ohren tönen die plebejischen Klänge revolutionärer Weisen:

Eh ça ira, ça ira, ça ira,
Les aristocrats à la lanterne,
Eh ça ira, ça ira, ça ira,
Les aristocrats, on les pendra.

(Der König von Preußen und die deutsche Einheit.) Die Potsdamer Bürgerwehr wollte schon lang eine Parade zu Ehren des Reichsverwesers, wie die Berliner. Der König hat nun erklärt, er werde gerne eine Parade der Bürgerwehr abhalten, müsse sich aber jedes etwaige Hoch auf die deutsche Einheit oder gar auf den Reichsverweser streng verbitten. Das ist deutlich.

(Die englische Postreform.) Diese Reform, durch welche das Porto für Briefe innerhalb des vereinigten Königreichs von Großbritannien nnd Irland, ohne Unterschied der Entfernung, auf 1 Penny (3 kr.) herabgesetzt wurde, hat die Leichtigkeit der Communikation ungeheuer vermehrt und die Correspondenz bis in's Unglaubliche gesteigert. Es ist interessant, die Zahlen zu vergleichen. Vor dem 5. Dec. 1839, (vor der Postreform) wurden vom Londoner Generalpostamt binnen 4 Wochen befördert: 1,622,147 Briefe, dagegen während 4 Wochen des Jahres 1848 8,536,432 Briefe. In ganz Großbritannien wurden vor dem 5. Dec. 1839 in einer Woche 1,585,973 Briefe abgetragen, im Jahr 1848 aber in demselben Zeitraum 6,382,941 Briefe. Von welcher ungeheuren Bedeutung diese Reform insbesondre für die unbemittelten Staatsbürger ist, begreift sich leicht. Wir können uns bei dieser Gelegenheit eine Bemerkung nicht versagen. England und seine Institutionen werden stets als das Ideal freier Verfassungen dargestellt, insbesondere von denen, die gegenwärtig in Deutschland das größte Wort führen. Es scheint aber, nur die englische Aristokratie will man sich in Deutschland zum Muster nehmen, denn die wahrhaft freisinnigen und zweckmäßigen Einrichtungen Englands nach Deutschland überzutragen, daran denkt kein Mensch. Die englische Postreform würde Deutschland gewiß gut anstehen, hier aber dürfen wir nach wie vor unser theures Briefporto zahlen, und unsre Briefe und Zeitungen werden noch dazu in der Regel schlecht expedirt. So fällt es auch in England keinem Beamten oder Minister ein, wegen einer freien, oder tadelnden Aeußerung Preßprozesse einzuleiten, nur wegen offenbarer Aufreizung zu gewaltsamen Schritten wird man in England vor Gericht, und zwar vor ein Schwurgericht gestellt. In Deutschland aber — daß Gott erbarm! — darf man trotz aller versprochenen Merzfreiheit nur von „Winkelfürsten" reden oder einen Polizeidirektor wegen einer von der ganzen öffentlichen Meinung verurtheilten Amtshandlung tadeln, so hat man einen Prozeß auf Majestäts- und Amtsehrenbeleidigung am Halse, wandert auf unbestimmte Zeit ins Loch, wird in geheimem und schriftlichem Verfahren inquirirt, und kommt zuletzt, — denn es ist ja bekannt, sobald ein deutscher Jurist aus der alten Schule von Majestätsbeleidigung hört, so verliert er den Kopf und greift aus lauter purer Angst nach der höchsten von den ohnehin schon hohen Strafen — auf Jahre hinaus zu Dieben und Räubern ins Strafgefängniß. O ihr Heuchler, die Ihr den deutschen Michel mit England ködern wollt, Ihr verrätherischen, schurkischen Heuchler! Hättet ihr einen Funken von Schaam in Eurer Brust, das Wort England müßte Euch auf der Zunge ersterben im Angesichte des heillosen Treibens, das, durch Euch ermuthigt, wieder durch die deutschen Gauen schreitet, die Karlsbader Beschlüsse wieder hervorsucht und die Kerker mit Gefangenen füllt. Aber auch Eure Stunde wird schlagen!

(Die Demokratenhetze.) Ueber die Scenen in Charlottenburg läßt sich die neue rheinische Zeitung aus Berlin schreiben: In Charlottenburg, welches sich bereits durch seine Angriffe auf unsre Merz-Gefangenen, und vor Kurzem erst wieder auf die Studenten einen loyalen Ruf erworben hat, wurde in vergangener Woche ein demokratischer Club gegründet. Der Pöbel, aufgehetzt durch die hohen Beamten und durch die Soldateska, widersetzte sich dessen Zusammenkommen und warf die Mitglieder mit Steinen. Als sich dieselben bei dem Buchhändler Egbert Bauer versammelten, stürmten sie dessen Haus, zogen ihn sowohl als seinen Bruder Bruno Bauer, auf die Straße und prügelten und mißhandelten beide. Das zweite Garderegiment, welches zur Parade aufgestellt war, sah der Sache ruhig und

lächelnd zu. Die Bürgerwehr, die sich unter den Pöbel mischte, leistete zwar wesentliche Dienste, aber nicht im Interesse der Ruhe, sondern beim Mißhandeln der Demokraten. Bauer's Haus wurde demolirt, der Kaufmann Forley aus seinem Haus geschleppt und höchst gefährlich verwundet; einem Arbeiter ist das Bein zerschlagen. Die Polizei war ruhig auf dem Platze und sah mit großer Gemüthlichkeit zu. Ein verwundeter Maurer hat zu Protokoll ausgesagt, daß der Herr Land- und Stadtgerichtsdirektor Gartz die Leute dazu aufgefordert habe, Bauer's Haus zu demoliren, und sich erboten, es zu beschwören. — Ein anderer Correspondent erzählt: Nachdem der demokratische Club durch Lumpenproletarier, welche vom Superintendent und vom Gerichtsrath 10 Sgr. per Mann dafür bekommen hatten, auseinander gesprengt war, wurde der Pöbel, worunter sich übrigens viele Bürgerwehrmänner befanden, aufgemuntert, in die Häuser der Demokraten zu dringen, dieselben herauszuschleppen und Lynchjustiz an ihnen zu üben. Man drang in 8 verschiedene Häuser und schleppte unter Andern Bruno Bauer mit seinem Bruder Egbert aus des letztern Haus, an den Haaren zur Treppe herunter auf die Straße, wo man sie förmlich Spießruthen laufen ließ. Der Polizeikommissär stand dabei und lächelte; der Bürgermeister sagte: „Schlagen könnt Ihr soviel Ihr wollt, schlagt nur keinen todt.« — Nicht wahr, das sind hübsche Pröbchen des stockpreußischen Patriotismus: „Mit Gott für König und Vaterland?«

(Russische Rüstungen.) Man schreibt aus Warschau: Zum Winter sollen im Königreich 4 Korps in der Art stationirt seyn, daß das eine Korps an der westpreußischen Grenze von Litthauen bis Thorn, das zweite an der Grenze des Großherzogthums Posen von Thorn bis Czenstochau, das dritte an der schlesischen Grenze gegen Krakau und Galizien, das vierte bei Warschau und im Innern Polens aufgestellt sein wird; jedes von diesen Korps soll 70,000 Mann zählen. In Warschau befinden sich 500 Geschütze, im ganzen Königreich mit allen Festungen 1200 Geschütze. Die Soldaten sucht man durch milde Behandlung, welche den Offizieren sehr eingeschärft ist, und durch Gunstbezeugungen zu gewinnen. So sammelt der russische Czaar seine Streitkräfte dicht an der deutschen Grenze an, um sie gegen die europäische Demokratie los zu lassen.

(Schwarzgelbe Complotte.) Die Arbeiterunruhen in Wien sind von der Camarilla absichtlich hervorgerufen, welche den Minister Schwarzer dazu zu bestimmen wußte, den Arbeitslohn herabzusetzen, da sie nichts sehnlicher wünscht, als einen Conflickt der Bürger, um dann mit dem Militär dazwischen zu fahren. Der Hof in Wien spielt ein sehr gefährliches Spiel. Seine Intriguen werden mehr und mehr offenkundig, und mehr und mehr wendet sich der Haß des Volkes gegen ihn.

Allerlei.

In der Reform lesen wir folgende beherzigenswerthe Stelle: Die Vertreter des Konstitutionalismus haben keine Vorstellung von der wahren Freiheit der Rechtssicherheit. Wendet Eure Blicke nach Amerika, um dort alle die falschen Begriffe zu verlernen, welche auf dem europäischen Continent eingesogen werden. Dort gelten die wahren Grundsätze der Verantwortlichkeit: Ein Soldat, der einen Bürger erschossen, wird als Mörder von den Civilgerichten verurtheilt; der Befehl seines Vorgesetzten deckt ihn nicht. Der Vorgesetzte wird, als intellektueller Urheber der Mordthat, mitbestraft. Ein Gefängnißwächter, der einen Inquisiten ohne schriftlichen Befehl der richterlichen Behörden aufgenommen, ist des Attentates auf die persönliche Freiheit eines Bürgers schuldig. Ebenso, wenn er ihn 24 Stunden gefangen gehalten, ohne daß in dieser Frist schon ein gerichtliches Verhör statt gefunden. Und dergleichen mehr. Das heißt: In freien Ländern ist Jeder, auch der Beamte, ein freier Mann, der die Ehre und die Verbindlichkeit seiner Handlungen selber trägt, der an die Gesetze gebunden ist und nur den Gesetzen, nicht Befehlen gehorcht, der frei, aber auch verpflichtet ist, innerhalb der Schranken vernünftiger und wirklicher Gesetze. Gebt die Beamten frei und das Volk wird frei sein, — hebt den letzten Sklaven, den letzten Unverantwortlichen im Staate auf, denn nicht eher wird Recht und Sicherheit im Staate herrschen. Die Freiheit ist die Menschenwürde. Die in einem Einzigen verletzte Menschenwürde kränkt und beeinträchtigt die Freiheit und die Ehre der ganzen Gemeinschaft. Schämen wir uns, neben einem Unverantwortlichen im Staate zu leben!

Gedruckt unter Verantwortlichkeit der Verleger, von Wilhelm Tümmel.
Expedition bei Gg. Meyer, Plobenhof S. 823.

Der freie Staatsbürger.

Ein Volksblatt aus Franken.

№ 58. Nürnberg, 2. September 1848.

Erscheint jeden Dienstag, Donnerstag und Samstag, und kann durch alle Postämter bezogen werden.
Preis vierteljährlich 45 Xr. — Einrückungsgebühr 2 Xr. für die Zeile. — Einzelne Nummern à 3 Xr.

Die Vereins- und Volksversammlung in Nördlingen.

Wir halten es um so mehr für unsre Pflicht, die uns so eben zugekommene Schilderung dieser Versammlung von vielen Augenzeugen zu veröffentlichen, als es sicherlich nicht an constitutionellen Versuchen fehlen wird, den wahren Charakter derselben zu verleugnen und zu entstellen. „Die Würtemberger, so schreibt uns ein Freund, sind Goldjungen, wie haben die bayerischen Denunciantenvereins-Abgeordneten Gesichter geschnitten, als ihre gänzliche Niederlage sich herausstellte! Vom Nürnberger Volksverein benahm sich Herr Schmidt sehr wacker, den zwei andern Abgeordneten des Vereins fehlte es an aller Entschiedenheit. Am meisten zeichneten sich Meyer von Eßlingen und Dr. Ringler von München aus; diesen war es ein Leichtes, die Herrn Constitutionellen von Nürnberg, Bamberg u. s. w. in den Sand zu boxen. — Die Volksversammlung in Nördlingen war vielleicht die bedeutendste, die je in Bayern abgehalten wurde." Ihr Resultat war ein vollkommener Sieg der Demokratie. Daß ihre Haltung eine so würdige war, daß sie ohne alle Störung, die selbst dem subtilsten der Polizisten nur einen Anlaß zur geringsten Faltenlegung des Gesichtes geben konnte, vorüber ging, war an und für sich schon ein Zeichen, daß die Mehrzahl der Anwesenden Demokraten waren. In der vorberathenden Versammlung der Delegirten der verschiedenen politischen Vereine wurde zuerst zur Berathung gebracht, wie eine enge Verbindung der Vereine von Würtemberg und Bayern bezweckt werden könnte. Die anwesenden Vertreter der konstitutionellen Vereine von Würzburg, Bamberg, Schwabach und Nürnberg, an die sich der bekannte Münchener Verein für Reaktion, oder wie er sich nennt, für Freiheit und Ordnung würdig anschloß, suchten durchaus einen Anschluß sämmtlicher anderer Vereine an den von ihnen gebildeten Kreis-Central-Verein in Erlangen zu bewirken, allein sie fielen mit Glanz durch. Ihr Antrag wurde mit 17 gegen 5 Stimmen (ihre eigenen) verworfen, nachdem man die Absurdität nachgewisen hatte, die bereits von ganz Würtemberg centralisirten Vereine einem kaum erst entstandenen Provinzialverein von Bayern anzuschließen. Es wurde daher nach ziemlich lebhafter Debatte mit großer Stimmenmehrheit beschlossen, daß sich die bayerischen Vereine an die würtembergischen centralisirten Vereine anzuschließen hätten, zumal da das Vereinswesen in Würtemberg schon zu größerer Ausdehnung und Ausbildung gelangt sei. Als der Ausdruck der ganzen Versammlung wurde der Vorschlag Dr. Ringlers aus München angenommen, daß die Durchführung des demokratischen Princips zu erstreben sei. Hiezu beantragte Hofmann vom constitutionellen Verein in Nürnberg ein Amendement, daß das demokratische Princip allein nur in der constitutionellen Monarchie zu verwirklichen sey. Es war dies ein Antrag auf der „breitesten Basis" der Intoleranz, wie ihn auch Meyer aus Eßlingen gebührend brandmarkte, und um so mehr, als die Majorität sich so tolerant zeigte und, um offenbaren Zwiespalt zu vermeiden, die Frage, ob die Demokratie in der Republik oder in der Monarchie zu verwirklichen sei, offen ließ, obwohl es ihr ein Leichtes gewesen wäre, den Beschluß durchzusetzen, welcher die Verwirklichung jenes Princips in der Repu-

blik, als in der besten Staatsform, ausgesprochen hätte. Die Minorität verfolgte hiebei einen doppelten Zweck: Einmal war es ihr, und besonders einigen der sie bildenden Vereine, deren Entstehen lediglich aus der Opposition gegen die demokratischen Bestrebungen zu erklären ist, und die auch theilweise unter dem Schutz der Kanonen, Bajonette und des Regierungsterrorismus sich bildeten, darum zu thun, diese Volksversammlung zu einer Demonstration gegen die demokratischen Vereine zu benützen, um in gesperrten Lettern mit der Phrase: „konstitutionell« in der allgemeinen Beschlußfassung und im edlen Korrespondenten prangen zu können. Diese kleinliche Bornirtheit wäre am Ende constitutionellen Gemüthern noch zu verzeihen gewesen. Aber sie suchten durch ihr Amendement zweitens Zwiespalt unter die Versammlung zu bringen, oder dieselbe so hinzuhalten, daß, nachdem der Anschluß an den würtemberger Centralverein ihnen mißliebig gewesen war, eine wirkliche Vereinbarung nicht mehr zu Stande komme. Allein diese saubern Pläne mißlangen gänzlich. Das Amendement wurde mit 17 gegen 5 Stimmen (die bekannten) verworfen und die Versammlung trennte sich vollkommen geeinigt über die Zwecke der Zusammenkunft. Der Intriguenfürst Wallerstein, welcher der Versammlung ebenfalls beiwohnte, that entsetzlich liberal und kokettirte sichtlich mit anerkannten Volksideen; natürlich mehr aus Antipathie gegen das jetzige bayerische Ministerium, als aus Sympathie für die Sache des Volks.* Auf dem Schießhausplatze wo die eigentliche Volksversammlung gehalten wurde, hatte sich Nachmitags eine ungeheure Menschenmenge versammelt. Sämmtliche Redner sprachen im Sinne der entschiedensten Demokratie, und Niemand vermißte monarchische Reden. Das Volk gab durch stürmisches Bravorufen und Händeklatschen seine Zustimmung zu dem großen Princip der neuen Zeit zu erkennen, und man konnte sich unmöglich täuschen über die Fortschritte, welche nicht die anarchischen, wohl aber die demokratischen Ideen gemacht haben. Fortan bestehen keine politischen Grenzen mehr zwischen den braven und tüchtigen Würtembergern und ihrem nachbarlichen Bruderstamme. — Wenn diese Vereinszusammenkunft auch nur den Erfolg gehabt hätte, die Bemühungen reaktionärer Vereine, sich unter der Maske des Constitutionalismus Geltung zu verschaffen, in ihrer ganzen Vergeblichkeit darzulegen, so hätten wir alle Ursache, uns über ihr Resultat zu freuen. Aber mit vollem Rechte dürfen wir in ihrem Resultat überhaupt einen positiven Sieg des demokratischen Princips begrüßen, der gewiß auf ganz Bayern wohlthätig wirken wird.

Das bayerisch· Ministerium.

Daß die Bayern in der trostlosesten Zeit Deutschlands, unter dem Druck des Metternich'schen Despotismus, sich 10 Jahre lang einen Abel gefallen ließen, der übrigens wenigstens Verstand und staatsmännische Fähigkeiten besaß, das fand ich stets entschuldbar und erklärlich; daß sie aber im Jahr 1848, vom ersten Tage der neuerrungenen (so glaubte man wenigstens) Freiheit an 6 Monate lang ein Ministerium Thon-Dittmer dulden, welches sich vom ersten Augenblick an zur Aufgabe gemacht zu haben schien, alle die sogenannten Errungenschaften geflissentlich zu verhöhnen, durch Polizeimaßregeln illusorisch zu machen und die Willkür „auf breitester Basis“ zum Gesetz zu erheben, ein Ministerium, welches das Wort „Deutschland“ und „deutsches Parlament“ nur dazu erfunden wähnt, um die Sonderinteressen der Wittelsbach'schen Dynastie dadurch zu fördern oder dahinter zu verstecken, welches aber augenblicklich gegen Deutschland und deutsches Parlament sich kehrt, sobald jene Interessen dadurch gefährdet erscheinen, das ist unbegreiflich und kann selbst durch das bayerische Bier und durch die berühmte Geduld und Gemüthlichkeit nur unvollkommen erklärt werden. Welche unermeßlich hohe Aufgabe hatte dieses Ministerium einem durch den zwanzigjährigen doppelten Druck der Polizei und des Pfaffenthums systematisch verdummten Volke gegenüber! Wie that es hier Noth, die Luft der Intelligenz von allen Seiten herzuströmen zu lassen, um die von Unrath des Mysticismus, Ultramontanismus und der Bureaukratie durch und durch verderbte Atmosphäre zu

* Wir finden es vom Fürsten Wallerstein nur consequent, daß er sich jetzt als Volksmann gerirt. Er neigte sich stets der Seite zu, wo der Sitz der Gewalt war. So lang diese im monarchischen Princip ruhte, war er Hofmann und Diplomat, seit sie ihren Sitz in's Volk verlegte, hofirt er dem Volke. Und zwar läßt sich nicht leugnen, daß der Fürst diesen Wechsel im März sogleich klar erkannte. D. Red.

reinigen? Statt dessen hemmte man polizeilich jeden freien Luftzug, verband sich aufs Neue mit katholischen und protestantischen Jesuiten, und regierte, allen Mahnungen freisinniger Organe zum Trotz, fort mit einer Kammer, in welcher die Mehrheit zu besitzen für das Ministerium eine Schmach war, denn auch ein Adel hatte sie besessen. Man vernichtete die eben feierlich zugesagten Rechte durch Beschlagnahmen, Verhaftungen und Preßprocesse, man weckte die alte für Bayern ewig schmachvolle Zeit von 1832 mit ihren politischen Senaten und Demagogenhetzen aus dem Grabe auf, man spottete der deutschen Einheit nicht bloß durch Ausweisungen deutscher „Ausländer," sondern durch die Verhunzung der Huldigungsfeier und man wagte es endlich, die freie Volkswehr zur Polizeigarde zu erniedrigen. Das that das Ministerium Thon-Dittmer, und das bayerische Volk erträgt es seit 6 Monaten.

Jetzt scheint ihm endlich die Geduld auszugehen, und die Stimmen gegen das Ministerium werden lauter, entschiedener, drohender. Es ist Zeit. Aber auch jetzt noch ist es vorzugsweise Thon-Dittmer, gegen den die Presse sich wendet, als ob die übrigen Minister, wären sie dem bisher befolgten System abhold, nicht längst es als Ehrensache hätten erkennen müssen, aus einem solchen Ministerium auszuscheiden. Und was will man wohl zu Gunsten eines Beisler aufbringen, des offenbarsten Reaktionärs, des Ministers unter Lola's holdem Regiment? Was für einen Heintz, mit seinen schlechten Gesetzen, die hoffentlich von der nächsten Kammer den Weg alles Fleisches geschickt werden, mit seinen Circularen zur Ueberwachung der freien Presse? Aber Lerchenfeld mindestens, Er ist ausgenommen von dem Vernichtungsurtheil, sollte es auch auf alle übrigen herabfallen. So wenigstens lehrt uns täglich der Nürnberger Kurier.

Es kommt uns hart an, einen Tadel gegen ein Blatt auszusprechen, das in seiner Art gute Dienste thut. Wir wissen die Bedeutung des Nürnberger Kurier vollkommen zu schätzen, und wir ließen ihm seine ungerechtfertigten Ausfälle auf die Republikaner in Berücksichtigung des uns wohlbekannten eigenthümlichen Terrains, auf welchem er sich bewegt, gerne hingehen, da er im Ganzen, und gegenüber seinem Collegen, dem edlen Korrespondenten, der Sache der Freiheit Dienste leistet. Aber dieses ewige Wedeln vor Lerchenfeld, diese beständige ausnahmsweise Hervorhebung dieses Einzelnen vor allen seinen Collegen, ohne daß man jemals erfährt, auf welche ungeheuren Verdienste sich denn diese ausnahmsweise Stellung stützen soll, ist eines freisinnigen Blattes, mag es nun republikanisch oder constitutionell sein, durch und durch unwürdig, und der Kurier muß seinen Lesern eine außerordentliche Naivität zutrauen, wenn er nicht daran denkt, daß dieses beständige Hinweisen auf Lerchenfeld, und immer wieder Lerchenfeld ihnen einigermaßen auffallen und sogar sehr curiose Combinationen und Vermuthungen erzeugen könne. Wer ist denn dieser Lerchenfeld und was weiß man von ihm? Er hat im April dieses Jahres, kurz nachdem die Revolution in sehr handgreiflicher Weise, auch in München, angeklopft und den Thron erschüttert hatte, es für „Revolution" erklärt, wenn man von einer „constituirenden Nationalversammlung" sprechen würde, und sich dadurch vor allen vernünftigen Menschen in Deutschland lächerlich gemacht; er hat als Minister in einer Kammer, die bereitwillig zu Allem ja sagte, Steuergesetze durchgebracht, welche dem Volk neue Lasten auflegen, ohne ihm eine einzige abzunehmen; er hat, während man im ganzen Lande fragt: was ist aus den Erübrigungen, aus dem Inhalt dieser oder jener Kasse geworden? als Finanzminister, als verantwortlicher Minister, ein tiefes Stillschweigen über das beobachtet, worüber vor allen Dingen Offenheit nöthig war, wenn Vertrauen für die neue Verwaltung gewonnen werden wollte, er hat endlich zu allen gehässigen, unpopulären und undeutschen Maßregeln des jetzigen Ministeriums mitgewirkt, wenigstens muß man dieß annehmen, da er sie nicht desavouirt hat. Man weiß ferner, daß Herr von Lerchenfeld ein Aristokrat ist, der als Abgeordneter unter dem alten Abel'schen und Lola-Regiment mit den dringendsten Anforderungen der Zeit durch liberale Phrasen und Zeitungsartikel sich abzufinden suchte. Das sind die Verdienste des Herrn von Lerchenfeld, und in der That, es ist schwer einzusehen, wie dieselben eine Bevorzugung vor seinen Collegen rechtfertigen sollen.

Herr von Lerchenfeld, der Finanzminister im Ministerium des Herrn Baron von Thon-Dittmer, mag wohl die Feder eines Zeitungsschreibers sich gewinnen,

nimmermehr aber das Vertrauen eines Volkes, welches zu dem Bewußtsein erwacht ist, daß seine Beamten um seinetwillen da und ihm verantwortlich sind.

G. D.

Glossen zur Tagsgeschichte.

(General Peucker.) Ueber die Ernennung dieses Generals zum Reichskriegsminister gehen seltsame Gerüchte. Der Reichsverweser soll vor dessen definitiver Ernennung bei der preußischen Regierung angefragt haben, ob Peucker ihr recht sei! Die Antwort darauf blieb länger aus, und da die Zeit drängte, und man dem Parlament die Ministerliste vorlegen mußte, so wagte endlich der Reichsverweser vor Eintreffen jener Antwort Herrn Peucker als Reichsminister zu bezeichnen. Wie erschrack man aber, als gleich nachher die Antwort von Berlin kam, daß Herr Peucker ihr nicht genehm sei! Allein Herr Peucker war nun ernannt. Auf diese Weise, man bemerke es wohl, ist der Reichsverweser von Preußen bevormundet! Es kam nun der Huldigungserlaß, der bekanntlich in Preußen nicht befolgt wurde. Hatte der Reichsminister Peucker Ehre im Leib, so mußte er auf der Vollziehung seines Erlasses bestehen und an das Parlament deshalb appelliren. Das that aber der Reichsminister keineswegs, sondern er sandte einen Brief nach Berlin, worin er sich wegen jenes Erlasses entschuldigte und erklärte, er habe die Huldigung so rasch angeordnet, um Truppen zu haben, mit denen er die demokratischen Bestrebungen in Deutschland unterdrücken könnte! Ja es hieß darin geradezu, das Ministerium wolle jede sich darbietende Gelegenheit zur Auflösung radikaler Vereine benützen, und das Gehässige solcher Maßregeln den Einzelregierungen abnehmen. Durch diese schändlichen Maßregeln der heillosesten Reaktion wollte sich Herr Peucker die Gnade des preußischen Hofes wieder gewinnen. Natürlich erregte dieser Brief, der auf bisher unerklärte Weise in die Oeffentlichkeit drang, in ganz Deutschland die größte Erbitterung und Herr Peucker wurde deshalb und wegen der Huldigung im Parlament von der Linken interpellirt. Was antwortete er? In Betreff des Briefs verweigerte er die Antwort, und in Betreff der Huldigung erklärte er in offenem Widerspruch mit der Wirklichkeit, es sei seinem Erlaß überall nachgekommen worden. Vergebens stellte die Linke den Antrag, das Parlament möge diese Antwort für ungenügend erklären. Die Majorität des Parlaments war zufrieden; und so ist in der Paulskirche der Verrath an der Einheit, wie an der Freiheit Deutschlands offen erklärt.

(Die Wiener Demokratie.) Wir haben in einer unserer letzten Nummern berichtet, daß nicht bloß die Wiener Vereine, sondern auch der Sicherheitsausschuß sich einer Adresse an die Frankfurter Linke angeschlossen. Im Sicherheitsausschuß wurde dieser Beschluß Gegenstand einer nochmaligen Debatte, da man den Ausschuß deshalb sehr stark angefeindet hatte. Es handelte sich also darum, ob man den früheren Beschluß aufrecht halten oder fallen lassen solle. Bei dieser Gelegenheit vernahm man die feurigsten Reden. Wessely sagte: Das Frankfurter Parlament habe leider gezeigt, daß es kein demokratisches sei, es habe durch die Mishandlung Brentanos bewiesen, daß es nichts verdiene, als die Entrüstung aller edlen deutschen Herzen, und diese Entrüstung müsse der Ausschuß aussprechen, weil er als ein demokratisches Institut Deutschlands solchen unwürdigen Thaten mit Gleichgiltigkeit nicht zusehen dürfe, ohne an der Demokratie zum Verräther zu werden. Willner, von der akademischen Legion: Wien stehe über Frankfurt, denn es bewahre die Demokratie, während Frankfurt sie mit Füßen trete; auf etwas anderes komme es dabei nicht an; Wien müsse daher sein Auge auf Frankfurt richten, ihm die ernste Stirne zeigen. Nur die Linke befördere die Einheit Deutschlands; die Rechte gewähren lassen, würde auch Deutschlands Oesterreich erdrosseln machen, wie Brentano. (Ungeheuerer, mehrere Minuten anhaltender Beifall.) Ob Wien nicht Verwahrung einlegen würde, wenn in seinem Reichstag Deputirte geprügelt würden? Eine Deputation der Nationalgarde erscheint und sagt: Obgleich die Republick unser Ideal ist, können wir jetzt doch noch keine wollen, aber das Frankfurter Parlament hat unsre Errungenschaften verrathen. Wir müssen es tadeln, zurechtweisen, indem wir Diejenigen anerkennen, welche sich der Freiheit Deutschlands würdig bezeigen. Zuletzt wurde die Adresse aufrecht erhalten, mit der einzigen Aenderung, daß sie nicht an die äußerste, sondern an die Linke überhaupt gerichtet werden soll.

Gedruckt unter Verantwortlichkeit der Verleger, von Wilhelm Tümmel.
Expedition bei Gg. Meyer, Plobenhof S. 823.

Der freie Staatsbürger.

Ein Volksblatt aus Franken.

№ 59. Nürnberg, 5. September 1848.

Erscheint jeden Dienstag, Donnerstag und Samstag, und kann durch alle Postämter bezogen werden.
Preis vierteljährlich 45 Xr. — Einrückungsgebühr 2 Xr. für die Zeile. — Einzelne Nummern à 3 Xr.

Reform der Gemeindeverfassung.

Der Abgeordnete zur preußischen Nationalversammlung d'Ester, ein durch Zeitverständniß wie durch Organisationstalent ausgezeichneter Mann, hat im Verein mit einigen Freunden bei der Versammlung in Berlin den „Entwurf eines Gesetzes über die Verfassung der Gemeinden, Kreise und Bezirke des preußischen Staates" eingereicht und kürzlich im Vereine der Urwähler Berlins über dieses Werk einen Vortrag gehalten, aus welchem wir einige der bezeichnendsten Stellen hervorheben wollen. »Es gibt, sagt Herr d'Ester, für die neue Zeit nur Eine Norm zu finden, die wahre Demokratie. Im materiellen wie im politischen Leben gewinnt diese Ausdruck durch das System der freien Association, der Association, die sich frei aus dem Leben des Volkes bildet, welche nicht, wie die alte Zunft, diesem Leben aufgezwungen wird. Eine neue Staatsform muß dieser freien Association Spielraum lassen; die Formen derselben müssen Beweglichkeit genug haben, daß Alles, was aus dem Volke hervorgeht, zu Geltung kommen kann. Aber diese Formen können keinen Inhalt geben, sie können eben nur bewegliche Formen seyn, welche als ihren Inhalt den freien Volkswillen in jedem Momente sich manifestiren lassen. Man hat nach dem 18. März nicht mit dem alten Rechte brechen wollen, man hat nicht von Grund aus arbeiten wollen. Man wird es wollen müssen. Die weltgeschichtliche Nothwendigkeit neuer Bedürfnisse wird die alten Formen brechen und wird eine Form schaffen, in der jeder Staatsbürger seine freie selbstständige Meinung zur Geltung bringen kann. Um diese Form zu finden, sind vor allem zwei Gesichtspunkte festzuhalten. 1. Alle, welche berufen sind, die Verhältnisse des Gemeindelebens zu regeln, müssen hervorgehen aus der freien Wahl derjenigen, deren Verhältnisse geregelt werden sollen. 2. Mit dem System der Bevormundung ist gebrochen. Nicht je höher die Stellung eines Staatsbürgers in der Gesellschaft ist, desto höher soll seine Einsicht und Macht gelten. Diese Bevormundung ist umgekehrt, und in die Hände der bis jetzt Bevormundeten gelegt. Die Sanktion der Gesetze ist den Gemeinden vorbehalten. Wäre es möglich, alle Verhältnisse des Staates so zu ordnen, daß in einer großen Gemeinde alle Angelegenheiten, auch die kleineren, zur Erledigung kämen, so wäre dieß allerdings die einfachste Form des Staatslebens. Da dieß praktisch nicht ausführbar ist, so mußten große Gemeinden wie große Städte in Bezirke gegliedert werden. Um bei der Verwaltung die alten Uebelstände der Städteordnung, welche in der doppelten Behörde der Gemeindeverordneten (Gemeindebevollmächtigten) und des Magistrats den schleppenden Geschäftsgang eines Zweikammersystems darstellte, zu vermeiden, um einen einfachen und rascheren Weg zu erzielen, wurde der Grundsatz festgestellt, die beschließende und die rein ausführende (exekutive) Gewalt zu trennen, und auseinander zu halten. Dies geschah im Gemeinderath und im Bürgermeister, welche beide aus der freien Wahl der Gemeindeversammlungen hervorgehen. Der Gemeinderath hat als rein beschließende Behörde über die Gemeindeangelegenheiten so weit definitiv zu bestimmen, als diese nicht neue Lasten u. s. w. kurz die der Gemeindeversammlung vorbehaltenen Rechte betreffen. Der Bürgermeister, welcher

in großen Städten Gehilfen an der Seite hat, die gleich ihm aus der freien Wahl der Gemeindeversammlungen hervorgehen, ist die rein ausführende und allein verantwortliche Behörde. Die Gehilfen können nur in seinem Namen und Auftrag handeln. Es wurde absichtlich eine aus mehreren Personen bestehende kollegialische Exekutivbehörde verschmäht, weil die Verantwortlichkeit, wenn sie eine Wahrheit sein soll, nur bei Einer Person denkbar ist. Es war weiter nothwendig unsre Gemeinden zu einem Gemeindeverband, zu einem Kreis zu verbinden. Dieß geschah im Kreisrath und im Kreisdirektor, welche ebenfalls wieder aus der freien Wahl der Gemeindeversammlungen hervorgehen. Der Kreisrath entspricht als rein beschließende Behörde dem Gemeinderath wie der Kreisdirektor als rein ausführende Behörde dem Bürgermeister. Man hat den Kreisrath nicht an die Beschlüsse aller Gemeinden binden können, da sonst die Gemeindeversammlungen hätten in Permanenz bleiben müssen. Daher bildet er eine Kreisversammlung, welche aus sämmtlichen Vorständen und Gemeinderäthen des ganzen Verbandes besteht, mit der Modification, daß alle dessen definitive Beschlüsse vorab der gutachtlichen Beurtheilung aller Gemeinderäthe, ja in den geeigneten Fällen selbst den Gemeindeversammlungen vorgelegt werden. Dieser Kreisrath hat hauptsächlich die Armenverwaltung zu pflegen, da nur durch große Anstalten Mittel für die Armen des großen Kreises geschafft werden können, da einzelne Gemeinden, welche zufällig eine große Anzahl von Armen besitzen, ruinirt würden, sobald sie die Mittel für diese allein aufbringen müßten. Mehrere Kreise bilden zusammen einen Bezirk. Auch hier treffen wir dieselbe Einrichtung, einen Bezirksrath als rein beschließende, einen Bezirksdirektor als rein ausführende Behörde, welche wieder dem Kreisrath und Gemeinderath und dem Kreisdirektor und Bürgermeister entsprechen, und wie diese aus der freien Wahl der Gemeindeversammlungen hervorgehen. Der Bezirksrath, welcher zu seinen Beschlüssen der Zustimmung der Kreisräthe, Gemeinderäthe und Gemeindeversammlungen bedarf, ernennt, da er seiner wichtigen Obliegenheiten wegen beständig anwesend seyn müßte, einen parmenten Ausschuß mit absoluter Stimmenmehrheit aus seiner Mitte. Von hier aus weiter zu gehen zu Provinzialverbänden hat keinen Zweck, da die Vorurtheile des Provinzialismus fallen werden, oder wenn nicht es den einzelnen Gemeinden frei steht, sich zu gemeinsamen Zwecken zu verbinden. Hier wären wir auf den Punkt gekommen, von diesem System der Selbstverwaltung der Gemeinden auf den gesammten Staat überzugehen. Der Staat wäre somit nur ein loser Verband von Gemeinden. Um aber der Allgemeinheit des Staats Rechnung zu tragen, ohne die Selbstregierung der Gemeinden zu beschränken, sind sämmtliche allgemeine Angelegenheiten gänzlich getrennt und der höhern Staatsverwaltung übertragen worden. Wenn man hiebei den höheren Beamten, den Ministern u. s. w. einen Einfluß auf die Ernennung der Beamten geben muß, so ist anderseits die Zahl dieser Beamten eine sehr geringe, die des Militärs, der Domänen, Eisenbahn-Bauverwaltung u. s. w. — Es könnte die Frage entstehen: Wie ist die exekutive Staatsgewalt bei dieser Einrichtung im Staate möglich? Dieser Staatsgewalt sind bestimmte Rechte vorbehalten, damit nicht einzelne Gemeinden der Allgemeinheit Nachtheil bringen, sie hat das Recht, die Behörden zu überwachen, damit sie die durch die Staatsvertretung aufgestellten Gesetze befolgen, sie außer des Rechtes der gerichtlichen Verfolgung bei den Gemeinden und ihren Verwaltungsbehörden zu verklagen. Dies geschieht durch einen Staatsanwalt, der das Interesse der Allgemeinheit des ganzen Staates zu wahren hat. Ein solcher Staatsanwalt hat aber nur das Recht, Anträge zu stellen und zu begründen. Wollte man ihm mehr Recht geben, so hätte man wieder unsre Landräthe (Landrichter), nur mit einem andern Namen. Die Gemeinden haben zu entscheiden. Der Regierung wird es überlassen, die Eintheilung in Bezirke zu machen. In großen Städten würde sich dies einfacher machen. Der Gemeinde-, Kreis- und Bezirksrath würde Eine Versammlung bilden, der Bürgermeister, Kreisdirektor und Bezirksdirektor Eine Person sein. Was die technische Einrichtung betrifft, so wird über Eine Sache in allen Gemeinden zugleich abgestimmt, um etwaige Intriguen abzuschneiden, die Stimmzahl mit Ja und Nein wird aus allen Gemeinden gesammelt und nach der absoluten Mehrheit entschieden, damit der Allgemeinwille zur Geltung komme. Denn für diese würde die Abstimmung nach Gemeinden: „so viele Gemeinden

haben so, so viele anders gestimmt," ein unsicheres Resultat gewähren."

So äußerte sich d'Ester über seinen Entwurf, für welchen in der preußischen Rheinprovinz bereits eine Monstrepetition vorbereitet wird. Es ist keine Frage, daß bei uns die Demokratie sich von unten nach oben, also zuerst in der Gemeindeverfassung verwirklichen wird. Es ist daher auch die Aufgabe der Demokraten, vor allen Dingen an der Gemeindeverfassung, als dem dem Volk zunächst gelegenen, diesem die Ausführbarkeit und die Vortheile der Demokratie nachzuweisen. Die Demokraten, die wahren nämlich, müssen sich um so mehr veranlaßt finden, auf die Sache selbst einzugehn, und nicht beim Worte stehen zu bleiben, als nächstens Jedermann sich für einen Demokraten, dem Wort nach, ausgeben wird. In der That scheinen die Constitutionellen beschlossen zu haben, die Demokratie dadurch in allgemeinen Miscredit zu bringen, daß sie dieselbe für sich in Anspruch nehmen und viel von der Durchführung des demokratischen Princips salbadern. Was verstehen aber solche Leute unter Demokratie und demokratischem Princip? Auf der Zusammenkunft in Nördlingen definirten Einige die Demokratie als das Recht des deutschen Volkes, sich selbst Gesetze zu geben. Das sind Worte, mit denen man keinen Hund aus dem Ofen lockt, und eben weil damit rein gar nichts gesagt ist, kann dann jeder sich berechtigt glauben, nach einer solchen Begriffsbestimmung das Wort demokratisch für sich in Anspruch zu nehmen und sich für einen Demokraten auszugeben. Aber er kann in diesem Sinne Demokrat heißen und dennoch für Adelsvorrechte, Census und allen Kram des Mittelalters sich erklären. Gerade wie nach den Merzereignissen die ärgsten Bureaukraten und Absolutisten, die bisher das Volk auf die unverantwortlichste Weise verachtet und geknechtet hatten, sich plötzlich für gute Constitutionelle ausgaben, um sich beim Volk wieder in Kredit zu setzen, so suchen jetzt unsre Constitutionellen, die zu einem sehr großen Theil die ärgsten Reaktionäre sind, und deshalb beim Volk mit vollem Recht kein Vertrauen genießen, sich durch das Wort Demokratie wieder zu Ehren zu bringen. Traut ihnen nicht, denn sie sinnen eitel Lüge und Verrath, und laßt Euch nicht durch Worte ködern, sondern haltet Euch an den Sinn und die Bedeutung der Worte. Laßt es Euch also nicht an dem Wort Demokratie genügen, sondern prägt Euch ein, was der wahre Demokrat unter Demokratie versteht.

Die Demokratie ist die volle Gleichberechtigung aller Staatsbürger, ohne Unterschied des Standes oder des Besitzes. Im demokratischen Staate ist jeder volljährige Staatsbürger, der nicht mit einer entehrenden Strafe belegt ist, zu allen staatsbürgerlichen Rechten befähigt. Er ist fähig, zu wählen und gewählt zu werden, ohne alle Rücksicht auf Vermögen. Er wirkt also als Mitglied der Gemeindeversammlung mit zur Wahl des Gemeinderathes und des Vorstandes der Gemeinde u. s. w., er wirkt mit zur Wahl der Volksvertreter und er ist hiebei ebenso wohl auch wählbar. Ebenso ist er zur Uebernahme aller Aemter im Staate berechtigt, wenn er die gesetzliche Befähigung dazu besitzt, d. h. die für gewisse Aemter einmal nothwendigen Kenntnisse nachgewiesen hat. Alle diese Aemter sind Ausfluß des Volkswillens, mögen sie nun vom Volke unmittelbar, oder von seinen Vertretern und Beamten besetzt werden; denn im demokratischen Staate ist das Volk Alles. — Das versteht der wahre Demokrat unter Demokratie.

Die Gemeinde im Kleinen und der Staat im Großen ist hienach ein Verein freier Persönlichkeiten, um das Wohl und Interesse der Einzelnen und des Ganzen zu fördern.

Wir werden aus dem Polizeistaat in den neuen, den demokratischen, freien Staat nicht so ohne Weiteres hinüberkommen, sondern eine Uebergangsperiode durchzumachen haben. Wir müssen uns aber in die Sache hineinleben und mit der Verwirklichung des demokratischen Princips unten beginnen, in der Gemeinde. Die Idee einer demokratischen Gemeindeverfassung muß deshalb Platz greifen im Volke, und wir werden in weiteren Artickeln auf diesen Gegenstand zurückkommen. G. D.

Glossen zur Tagsgeschichte.

(Die Demokratie auf dem Lande.) Auch in Schlesien, wie in Franken, schlägt die Demokratie in dem Landvolke immer tiefere Wurzeln. Der Reform wird aus Breslau geschrieben: Die demokratische Gesinnung greift unter dem Landvolk immer mehr um sich. Am Sonntag fand in Neumarkt eine große Volksversammlung statt, in der ein Mitglied des demokratischen Klubs aus Breslau unter Anderm entwickelte, was die Demokratie im Allgemeinen wolle, was Volkssouveränetät sei und auch erörterte, welche Einrichtungen die Demokraten anstrebten. Diese Ideen fanden allgemeinen Beifall, namentlich bei den anwesenden Landleuten, die den Redner baten, auf den Dörfern Vereine zu bilden. „Ja, su, wie Sie geredt han, su denken ber grade Alle," sagten sie in ihrer Mundart. Ebenso hat der demokratische Verein in Liegnitz am Sonntag drei Landvereine eröffnet. Großen Einfluß auf dieses Durchdringen der Demokratie übt das Bestreben der Linken, den Ackerbau von dem ihn drückenden Lasten zu befreien. Man hofft allgemein auf das Gelingen dieses Strebens. Auf einer Zusammenkunft von Rustikalbesitzern wurde eine Adresse an die Nationalversammlung beschlossen, welche den Wunsch enthält: „die Feudallasten aufzuheben." Man fügte dieser Adresse noch zwei sehr wichtige Anträge bei: 1) daß sämmtliche vor der Revolution an die Dominialbesitzer geleisteten Abgaben jeder Art von dem Tage der Revolution ab, und zwar so lange nicht eingezogen werden dürfen, bis das in Aussicht stehende Gesetz über die Entlastung des bäuerlichen Grundeigenthums publizirt sein wird; und 2) daß die Gerichte angewiesen werden, alle in dieser Angelegenheit schwebenden Prozesse, Subhastationen u. s. w. bis zu dem Tage der Publikation jenes Gesetzes auszusetzen. Außerdem wurde beschlossen, in allen Kreisen Vereine zur Wahrung der Interessen des Bauernstandes zu bilden. In den nächsten Tagen wird in Breslau eine große Versammlung stattfinden, die von den naheliegenden Dorfgemeinden und Städten beschickt werden wird und den Zweck haben soll, sich über die von der Linken in Berlin eingereichte Gemeindeordnung auszusprechen und sie zu unterstützen.

(Wie man constitutionelle Unterschriften zusammenbringt.) Tout comme chez nous. In Löwenberg in Schlesien will die constitutionelle Clique dem Frankfurter Abgeordneten Schmidt ein Mistrauensvotum zu Stande bringen und dadurch die Parlamentsmajorität „stärken", wie die Constitutionellen in Franken sagen. Wie greifen sie das an? Der Herr Landrath beauftragt die Gendarmen und Schutzmänner, um die Adresse von Dorf zu Dorf an die Schulzen zu schicken, theilweise sogar mit der ausdrücklichen Weisung, „das Landrath-Amt verlange die Einberufung der Gemeinde, behufs der Mittheilung und Unterzeichnung der Adresse." — Wunderbarer Geisterrapport der Constitutionellen in Franken und Schlesien!

(Die Wiener Demokratie.) Auch sie, das letzte Bollwerk der Freiheit in Europa, droht verjudet zu werden. Die neue rheinische Zeitung schreibt: Obwohl der Verrath oder die grenzenlose Beschränktheit des Ministeriums durch die Herabsetzung des Arbeiterlohns offen am Tage liegt, spricht die Tagespresse: (Constitution, Freimüthige) doch noch von der Redlichkeit Dobblhoffs. Mir wäre eine solche hirnlose Versicherung ein Räthsel, wenn ich mich nicht täglich mehr überzeugte, daß mit der Demokratie hier von den jüdischen und judengenossischen Literaten ein heilloser Schacher getrieben wird. Ihre demokratische Stimmung gegenüber Italien, Ungarn, dem Ministerium, den Arbeitern, stimmt immer mit dem Stand der Börse auffallend überein.

Allerlei.

Stadt- und Landschau.

Man schreibt uns aus einer mittelfränkischen Landstadt: Während in der Oberpfalz und Regensburg in den letzten Quartalen seit den Merztagen zur Anzeige gebrachte Forstfrevel beschließlich ungeahndet blieben, in Unterfranken man durch die Finger sah, ergeht von Mittelfranken selbst auf beanstandende wiederholte Anfragen einiger Landgerichte die Weisung, daß die zur Anzeige gebrachten Forstfrevel nach wie vor zu behandeln seien und man zur Abwandlung zu schreiten habe, was auch geschah. Dieß ist die gerühmte Gleichheit vor dem Gesetze in unserem soi-disant constitutionellen Staate. Es ist mir nicht erinnerlich, daß die Presse diesen Fall schon zur Sprache gebracht hat. —

Gedruckt unter Verantwortlichkeit der Verleger, von Wilhelm Tümmel.
Expedition bei Gg. Meyer, Plobenhof S. 823.

Der freie Staatsbürger.

Ein Volksblatt aus Franken.

№ 60. Nürnberg, 7. September 1848.

Erscheint jeden Dienstag, Donnerstag und Samstag, und kann durch alle Postämter bezogen werden.
Preis vierteljährlich 45 Xr. — Einrückungsgebühr 2 Xr. für die Zeile. — Einzelne Nummern à 3 Xr.

Die reaktionären Vereine in Franken.

Wir nennen die constitutionellen Vereine in Nürnberg, Bamberg, Erlangen u. s. w. reaktionär, weil sie es **sind**. Sie bildeten sich aus der Bekämpfung der Demokratie, oder, wie sie sich ausdrücken, der „wühlerischen und anarchischen Bestrebungen,“ sie rühmen sich selbst in ihren Adressen dieser Bekämpfung, von der sie behaupten, daß sie eine „erfolgreiche“ gewesen; was aber heutzutage antidemokratisch ist, das ist reaktionär, denn die Demokratie ist der Gedanke der neuen Zeit. Auch die Persönlichkeit der Männer, welche bei ihrer Gründung sich thätig zeigten, bekundete den reaktionären Charakter der Vereine; denn wer waren diese Männer? Erstens **Beamte**. In der ganzen langen und trostlosen Zeit systematisch betriebener Volksmißhandlung und Volksverdummung hatten sie nicht nur zu allen bureaukratischen Gräueln geschwiegen, sondern mit Lust sich zu gefügigen Werkzeugen des herrschenden Systems hergegeben; nach den Merztagen waren sie urplötzlich zu konstitutionellen Bürgern umgestülpt. Zweitens **Advokaten**. Die bayerische Advokatenwirthschaft ist beinahe sprichwörtlich geworden, Prozesse, die ein Menschenalter hindurch sich hinschleppen, bei denen die Kosten zuletzt den Werth des ursprünglichen Streitobjekts ums Zehnfache übersteigen, gehören in Bayern keineswegs zu den Seltenheiten; doch das Schlimmste ist, daß zu den gewöhnlichsten und einfachsten Streitsachen ein Advokat nothwendig, daß die Partei den Launen, der Ungeschicklichkeit, der Vergeßlichkeit desselben und seiner Schreiber schutzlos preisgegeben ist und daß seine Arbeiten, obwohl großentheils mechanischer Art und von einfachen Schreibern besorgt, sehr hoch bezahlt werden. Jede gründliche Aenderung des staatlichen Lebens und besonders des Gerichtswesens muß diesem Blutsaugersystem, das um so drückender ist, da die Advokatur in Bayern nicht der freien Concurrenz anheimgegeben, sondern ein Vorrecht ist, ein schnelles Ende bereiten, und schon vor dem Minimum von vernünftigem Gerichtsverfahren, das demnächst in Bayern ins Leben treten soll, zittern viele Advokaten. Jedenfalls ist so viel klar, daß sie sich zu Vertretern einer neuen, volksfreundlichen Richtung sehr wenig eignen. Drittens **Bourgeois**, Großhändler, Capitalisten &c. Diese hatten bisher fast unbestritten die Gewalt in den Städten in ihrer Hand, durch die Abhängigkeit, in welche der Verdienstnehmende zu den Verdienstgebenden bisher fast überall, und insbesondere da gerieth, wo der frische, belebende und befreiende Geist der Neuzeit, Dank den Abel'schen Verboten und Censurmaßregeln, wenig Zugang gefunden hatte. Diese Bourgeoisie sah durch das in Aussicht gestellte allgemeine Stimmrecht und weit mehr noch durch den Geist der Selbstständigkeit, den die Demokratie in den Einzelnen weckt und nährt, ihre bisherige Stellung gefährdet, um so mehr, als sie gegen den andringenden Feind nicht einmal Intelligenz einzusetzen hatte; wobei indessen nicht verschwiegen werden darf, daß Manche aus dieser Klasse, die durch Reisen, Lektüren, u. s. w. eine tiefere, selbst wissenschaftliche Bildung sich erworben, sich bei der Bewegung gänzlich neutral verhielten, da sie einestheils nicht gegen die Ideen zu kämpfen sich entschließen konnten, die sie als berechtigt erkannten, anderntheils aber durch einen gewissen Corpsgeist und durch Rücksichten,

die in den über alle Beschreibung pfahlbürgerlichen, krähwinklichen Verhältnissen vielleicht eine Entschuldigung fanden, abgehalten wurden, ihre Meinung offen auszusprechen und für die neuen Ideen aufzutreten.

Das waren die Elemente, aus denen sich die constitutionellen Vereine bildeten, Elemente, die bisher einen so schweren Druck auf den Volksgeist ausgeübt hatten, daß das Volk allgemein sich gerade am meisten nach Erlösung von ihrer bevormundenden Gewalt sehnte. Das fühlten namentlich die Advokaten und die Bourgoisie gleich anfangs und darum suchten sie sich, in Nürnberg wenigstens, in lederne constitutionelle Phrasen gekleidet, der Bewegung zu bemeistern, um sie nach ihrem Gefallen leiten zu können. Hätten sie damals gleich mit Verstand, Zeiterkenntniß und Geschicklichkeit operirt, wären sie positiv revolutionär aufgetreten, so hätte es ihnen vielleicht gelingen können, das Volk sich zu erhalten, denn diesem fehlte es an Führern. Es waren diese Herrn Constitutionellen im unbestrittenen Besitz der Volksführerschaft während eines Zeitraums, wie er günstiger vielleicht in der Weltgeschichte nicht wiederkehrt, vom Anfang des Merz bis fast zur Mitte des April. Damals konnten sich, bei der mit jedem Tage, durch jede Zeitung sich steigernden Volksaufregung, Führer bilden, welche eine fast unumschränkte Gewalt über die Massen sich erworben hätten. Diese Zeit wurde von den constitutionellen durch unbegreifliche Ungeschicklichkeit gänzlich verloren; in der günstigsten Zeit, welche die Demagogie jemals besaß, waren die Nürnberger Volksversammlungen unter solcher Leitung von kaum 150 Personen besucht, während bei nur etwas geschickterer Leitung die Katharinenkirche für die Versammlungen keinen Raum geboten haben würde. Hätte der politische Verein seine Thätigkeit Anfangs Merz, anstatt Mitte April begonnen, so wäre, das ist sicherlich nicht zu viel gesagt, bis zum Vorparlament Nürnberg durch und durch demokratisirt gewesen. Unbekannt wie er in Nürnberg war, mochte sich der Gründer des politischen Vereins nicht zum Führer einer Partei aufwerfen, und erst dann gab er seine Bedenken auf, als die von allen Enden und Ecken herandrängende Reaktion jedem Freunde der Freiheit die Pflicht auflegte, zu thun, was in seinen Kräften stand, um die Errungenschaften der Revolution nicht zu verlottern. Die ungeheure Ausdehnung und Bedeutung, die der politische Verein in wenigen Tagen gewann und der man nur durch jene unerhörten Polizeiübergriffe begegnen konnte, die ich in dem Schriftchen: **Meine Ausweisung aus Nürnberg** näher schilderte, durch Volksversammlungen auf Polizeigeheiß, in denen die Polizei, „ihren lieben Nürnbergern" die Pistole auf die Brust setzte: Eisenmann oder zeitliche und ewige Verdammniß, bewies ebensowohl die gänzliche Unfähigkeit der „Constitutionellen" als den Anklang, den die durch die Revolution zur Geltung gebrachten Ideen im Volke fanden. Die Nürnberger Parlamentswahl aber wird, durch die Mittel, deren man sich bedienen mußte, um die „constitutionellen" Zwecke durchzusetzen, immer ein Schandfleck bleiben für die Partei, die sich ihrer bediente, so wie ein glänzendes Zeugniß ihrer Schwäche. Ja, diese Schwäche war so groß, daß ihr Sieg, die einstimmige Wahl Eisenmanns ins Parlament, ohne alle Bedeutung vorüberging; sobald der politische Verein seine freiwillig eingestellten Versammlungen wieder begann, fand er auch wieder den frühern Anklang, ungeachtet aller Anstrengungen der Bourgeoisie, ihn durch die Macht des Geldes und der Kundschaft zu sprengen, und es blieb abermals nur ein Gewaltstreich übrig, der abermals nur das Gegentheil von dem gehofften Resultat zur Folge hatte. Durch meine Ausweisung glaubte man der Hyder den Kopf zertreten zu haben, jetzt erst riskirte man in Nürnberg die Gründung eines constitutionellen Vereins, zu der man bisher nur Versuche gemacht hatte, die jedesmal mißlangen. Vergebliche Bemühung. Durch Einschüchterung, durch Drohungen konnte man wohl zurückschrecken, aber um einem Verein Lebenskraft zu geben, bedurfte es eines positiven Interesses für die Sache, einer Begeisterung, und wie sollte diese erzeugt werden? Unter so prekären Verhältnissen trat der constitutionelle Verein in Nürnberg ins Leben.

In Bamberg war es anders. Hier war die erste revolutionäre Bewegung im März sogleich in die Hände von Demokraten gefallen, und es war somit ganz natürlich, daß Bamberg im Laufe des März vollständig demokratisirt wurde. Nur ist es nicht genug, im ersten Moment der Erregtheit eine Stimmung hervorzubringen, es muß ihr nachgeholfen, ihr eine solide Unterlage gegeben werden. In Bamberg wurde die demokratische Bewegung gestört durch die Perfidie

Eisenmanns, der mit dem Schlagwort: constitutionelle Monarchie die Reaktion in der furchtbarsten Gestalt in Bayern einführte. Er erschien den bayrischen Ministern wie ein Heiland und sein Dienst hätte wohl der Monarchie 37000 fl. werth sein und sie hätte ihn nicht bis auf 12000 herabdrücken sollen. Das war sehr unköniglich nach so wesentlichen Diensten! Eisenmann fiel im Ganzen in Bamberg durch; aber Eines gelang ihm doch. Durch seine perfide, lügenhafte Versicherung, daß die Monarchie „alle Freiheiten der Republik gewähre," während die Republik den Communismus, Raub und Plünderung nach sich ziehe, machte er die Leute irre an der Republik, aber nicht an der Demokratie. Diese feierte in der Erwählung des Adv. Titus nach Frankfurt ihren Triumph. Nur hatte er sich verpflichten müssen, vorerst nicht für Einführung der Republik zu stimmen. Dieser Beisatz, an den sich weiter anknüpfen ließ, war das Werk Eisenmann's. Aber dieser Beisatz beruhigte die Bamberger Bureaukratie nicht, die armen Teufel zitterten vor den demokratischen Schiffern und Gärtnern; auch die gänzliche Unthätigkeit der demokratischen Leiter, die Entfernung des gefürchteten Titus nach Frankfurt, die überall um sie her mächtig sich aufthürmende Reaktion beruhigte sie nicht; erst als die Kanonen in Bamberg eingezogen waren, schöpften sie wieder Athem, und nun bildete sich der Bamberger constitutionelle Verein, nun brach auch die Rache aus gegen die, durch deren Dasein sie sich so lange geängstigt gefühlt hatten. Welch' eine Wuth entwickelte nun diese Partei mit Hilfe der Polizei unter dem Schutz der Kanonen gegen alle demokratischen Intelligenzen, welche herzgewinnende Feinheit und Artigkeit gegen unten, gegen die „Verführten." Daß man den Bambergern im Tagblatt nicht geradezu baares Geld anbot für den Anschluß an den Verein, war Alles. Gleichwohl war der Fortgang schwach. Durch Schrecken ist der constitutionelle Verein in Bamberg entstanden, mit dem Schrecken wird er aufhören.

In Nürnberg fühlte die Bureaukratie, daß es dem constitutionellen Verein nicht gerade zur Empfehlung dienen würde, wenn sie sich an die Spitze desselben stellte. Sie brachte daher der Sache ein Opfer, Beamte und Advokaten zogen sich in den Hintergrund zurück und ließen der Bourgeoisie den Vortritt, Männern, welche unter der alten Wirthschaft für „liberal" gegolten hatten und die nun mit dem Rest ihrer Popularität die Leute anlocken sollten. Allein wie gesagt, es ist etwas Anderes, ängstliche Gemüther durch Einschüchterung von Etwas abschrecken, etwas Andres, positive Manifestationen einer Gesinnung hervorrufen, die nun einmal nicht vorhanden ist. Vergebens alle Einladungen, vergebens die berühmte Formel im Programm: ebensowohl gegen Anarchie als gegen Reaktion, vergebens die langen und langweiligen, ebenso wässrigen als schlechtstylisirten Adressen, es wollte Alles nichts nützen, der Verein kam nicht auf. Es ist ein thörichtes Unternehmen, im Beginn einer Revolution, in demselben Augenblick, in welchem die Einzelnen sich mehr und mehr derselben bewußt werden, sie in ihren Geist aufnehmen, hemmend und beschränkend gegen sie auftreten zu wollen. Nur der Vorwärtstreibende hat das Volk für sich. Ganz gewiß hätten diese sogenannten constitutionellen Vereine sich weit bälder schon erschöpft, wenn sie nicht in eine verhältnißmäßig günstige Zeit gefallen wären. Sich sehnend nach Ruhe und Ordnung, nach Wiederaufleben von Handel und Wandel hatte der deutsche Philister die Ernennung des Reichsverwesers freudig begrüßt. Man wähnte, jetzt sei die Sache abgemacht und Alles zu Ende. Das war der Culminationspunkt für die Constitutionellen. Als sich mehr und mehr die Ueberzeugung aufdrängte, daß dieß nur der Ausgangspunkt großartiger Conflikte, nur eine Phase in der Entwicklung der Revolution sei, als die immer drückendere, immer massenhafter herandrängende Reaktion das betrogene Volk immer mehr aufregte und beunruhigte, da war es mit dem Credit der constitutionellen Vereine gänzlich vorbei. —

(Schluß folgt.)

Glossen zur Tagsgeschichte.

(Radowitz.) Herr Radowitz ist bekanntlich derjenige, welcher die Parlamentsmajorität an seinen Fäden leitet. Er hat den Club der Rechten organisirt, in welchem er für jeden einzelnen Fall, für jede spezielle Frage die Instruktion gibt. Die Mitglieder gehen dann in die Versammlung, hören sich ganz gemüthlich und unbewegt die Reden der Linken an, und mögen diese die schlagendsten Gründe bringen, wenn es zur Abstimmung kommt, so stimmen sie,

vortrefflich dressirt, nach der Instruktion des Herrn Radowitz. Herr Radowitz ist Absolutist, Jesuit, er hat in seiner Schrift: Gespräche aus der Gegenwart das Mittelalter als sein Ideal dargestellt, und dennoch lassen sich die Parlamentsmitglieder der Majorität von ihm leiten. Es ist unglaublich, aber wahr! Von Herrn Krafft, dem Abgeordneten der protestantischen Stadt Nürnberg bis zu dem Wasserpolacken Lichnowski folgen sie unbedingt dem Wink dieses Jesuiten. Herrn Radowitz nun, diesen Meister und Herrn unsrer Frankfurter Verräther schildert die neue rheinische Zeitung in seinem rednerischen Auftreten ganz vortrefflich folgendermaßen: „Der Chef der Rechten spricht kurz, bestimmt, berechnet. Nicht mehr Deklamation als gerade nöthig. Falsche Voraussetzungen, aber zusammengedrängte raschfolgende Schlüsse aus diesen Voraussetzungen. Appell an die Furcht der Rechten. Kaltblütige Gewißheit des Erfolgs, fußend auf der Feigheit der Majorität. Gründliche Verachtung der ganzen Versammlung, rechts wie links. Das sind die Grundzüge seiner Reden." Wenn er die Versammlung verachtet, hat er freilich nur allzusehr recht; das arme Volk muß diese Erbärmlichkeit seiner Vertreter theuer bezahlen!

(Die deutsche Einheit.) Wann wird wohl das Maaß voll sein? Wann wird Parlament und Reichsgewalt vom Spott der Nationen und von der Verachtung der Deutschen selbst erdrückt, sich auflösen? Die Gesandten des Reichsministeriums werden sowohl in Paris, als in London mit Hohn, mit Ironie behandelt, man denkt nicht daran, irgend einen amtlichen Verkehr mit ihnen anzuknüpfen. Der Gesandte Max von Gagern in Schleswig durfte an den Unterhandlungen wegen des Waffenstillstandes gar keinen Theil nehmen, obwohl man ihn gerade deshalb nach Schleswig gesendet hatte. Der preußische Bevollmächtigte bei der Centralgewalt, Camphausen, erhielt die Nachricht vom Abschluß des Waffenstillstandes und theilte die einfache Thatsache, nicht aber die Bedingungen mit, unter denen sie statt fand. Wäre das frankfurter Volk die wahre und reine Vertretung des deutschen Volkes, so müßte jedem Deutschen, der dieß liest, das Blut in's Gesicht schießen, er müßte sich schämen, ein Deutscher zu sein. So wie die Sachen stehn, muß man sich eher freuen. Wird doch durch die tägliche Steigerung der Schande das Gefühl der Unhaltbarkeit dieses frankfurter Unwesens immer allgemeiner verbreitet und der Bruch beschleunigt. Wir möchten endlich einmal erfahren, woran wir sind.

(Königliche Skrupel.) Der König von Preussen wird den Beschluß der Berliner Nationalversammlung auf Abschaffung der Todesstrafe nicht genehmigen, und zwar aus „religiösem Bedenken." Wann hat nicht die Religion herhalten müssen, um Tyrannei, Unmenschlichkeit und Bestialität zu beschönigen?

An Herrn Stadtcommissär Lenz in Nürnberg.

Sie haben kürzlich gegen einen Bürger von Nürnberg, den Sie wegen des „freien Staatsbürger" zu sich gerufen, die Aeußerung gethan, ich müsse „ein gemeiner Mensch" sein, weil ich nämlich in meinem Blatte Artikel erscheinen lasse, welche Ihnen und Ihres Gleichen nicht gefallen wollen. Ich beeile mich, Ihnen den Empfang dieser schmeichelhaften Mittheilung zu bescheinigen und lasse Ihnen meine Rückäußerung andurch auf dem Wege der Oeffentlichkeit zugehen.

Die Ehre eines freien, für die Entwicklung des Volksgeistes thätigen Mannes bleibt unberührt von den Schmähungen eines Bureaukraten, dessen Verdienste um die Menschheit sich darauf reduciren, daß er so und so viele Jahrzehnte hindurch als ein willenloses Werkzeug seiner Oberen (und welcher Oberen!) besonders in der edlen Eigenschaft eines Censors, an der Niederhaltung des Volksgeistes und an der Knechtung des Volkes gearbeitet hat. Leute Ihres Schlages würden vielleicht klug thun, diese „Verdienste" in jetziger Zeit etwas in Vergessenheit gerathen zu lassen, und die neue Zeit nicht allzu oft an sich zu erinnern. Aber es scheint, Sie wollen die kurze Spanne Zeit, die Ihnen noch gegönnt sein mag, um so eifriger dazu benützen, Ihre halb gebrochene Macht durch die zwei Mittel geltend zu machen, die Ihnen zu Gebote stehen, durch Ausweisen und Schimpfen. Auch gut! Schimpfen Sie zu, mein Verehrtester, schimpfen Sie nach Herzenslust, genieren Sie sich nicht im Mindesten. Es wird mich immer freuen, ein neues Schimpfwort von Ihnen zu hören.

Ihr ergebener Diezel.

Gedruckt unter Verantwortlichkeit der Verleger, von Wilhelm Tümmel.
Expedition bei Gg. Meyer, Plobenhof S. 823.

Der freie Staatsbürger.

Ein Volksblatt aus Franken.

№ 61. Nürnberg, 9. September 1848.

Erscheint jeden Dienstag, Donnerstag und Samstag, und kann durch alle Postämter bezogen werden. Preis vierteljährlich 45 Xr. — Einrückungsgebühr 2 Xr. für die Zeile. — Einzelne Nummern à 3 Xr.

Die reaktionären Vereine in Franken.

(Schluß.)

Es hatten sich constitutionelle Vereine in Nürnberg, Bamberg, Erlangen, Schwabach gebildet, zuletzt auch noch in Altdorf.* Nach dem Muster der demokratischen Vereine centralisirten sie sich und wählten als Kreisvorort — Erlangen. Durch diese Wahl haben sie sich vollends charakterisirt und — gerichtet.

Die Verbindung des bürgerlichen Zopfsthums, des politischen Conservatismus, der Reaktion, der Antipathie gegen den politischen Fortschritt mit der Orthodoxie, dem Mysticismus, Pietismus, religiösen und kirchlichen Fanatismus ist eine eigenthümliche Erscheinung in der Weltgeschichte. Classisch sind in dieser Beziehung die Schweizer, besonders die Züricher Zöpfe, die Bluntschlianer, dieselben, welche mit Hülfe des fanatisirten Landvolkes den glorreichen Züricher September-Putsch machten. Sie sind sehr religiös, sehr fleißige Kirchgänger, was sie indessen keineswegs abhält, sich ihre Maitressen zu halten, was sie auch in den frühern bessern Tagen nicht abhielt, als Vögte das arme Landvolk mit der Unersättlichkeit römischer Prokonsuln zu schinden und auszusaugen, so wenig als der Erlanger Theologe Drechsler durch seine kirchliche Orthodoxie abgehalten wurde, sich auf öffentlicher Straße in der Umarmung einer Phryne betreten zu lassen. Die Religion war von jeher in der Hand kluger Leute ein probates Mittel, um die Menschen über ihre Rechte und ihre wahren Interessen im Dunkeln zu halten — und deshalb lieben die Zöpfe that very useful thing religion, die Religion, diese höchst nützliche Erfindung. In dem Augenblick, wo das Volk, durch die fortschreitende Bildung, zur Erkenntniß eines neuen Rechtes gelangt und das neue Gut sich aneignen will, stellt man ihm ein ideales Gut, das seiner Natur nach gar nicht geraubt werden kann, als gefährdet dar, und während das Volk nach einem Schatten hascht und für einen Schatten sich fanatisirt, nimmt man ihm das sehr reale Gut vor der Nase weg und lacht es hintendrein aus. Dieß ist das Spiel, das die „Großen der Erde“ schon tausendmal mit dem Volke getrieben und wodurch hauptsächlich sie bisher ihre bevorrechtete Stellung sich erhalten haben. Die Kirche, das heißt die stagnirende, dem Fortschritt abgewandte Kirche, welche die geistlosen Formeln, man könnte vielleicht sagen, die Excremente vergangener Jahrhunderte als Heiligthum aufbewahrt, ist in solchen Zeiten ganz besonders die Verbündete derjenigen, denen das Volk nur als ein Mittel erscheint, um ihre eignen Zwecke zu erreichen.

Was man in unsern Tagen Pietismus, Mysticismus nennt, ist nichts Andres als das Behaftetsein mit jenen durch die fortschreitende Bildung der Zeit in Fäulniß übergegangenen Bildungsresten vergangener Zeiten. Es wird dadurch nicht blos der Geist

* Die Bildung eines constitutionellen Vereins in Altdorf ersehe ich aus einer mir so eben zugekommenen Nummer des Korrespondenten. Gute Seelen, diese Altdorfer Constitutionellen! Sie halten in der jungfräulichen Unschuld ihres Constitutionalismus die Bildung ihres Vereins für ein so weltgeschichtliches Ereigniß, daß sie ganz naiv „die Redaktionen aller deutschen Blätter“ auffordern, dasselbe in ihren Spalten mitzutheilen. Wir eilen, die unsrigen mit dieser höchst wichtigen Nachricht zu schmücken.

des Volkes von seinen wahren, menschlichen und durch die Zeit gebotenen Interessen abgezogen, sondern der Volksgeist wird dadurch vergiftet, corrumpirt. Seitdem man in der Kunst, das Volk zu verdummen und zu verderben, Virtuose geworden, hält man eigene Sammelpunkte für jenen Moder der Vergangenheit, und man nimmt daraus beliebig den Krankheitsstoff, um ihn dem natürlich gesunden Volksgeist einzuimpfen, ihn systematisch zu vergiften. Ein solcher Sammelpunkt ist die Universität Erlangen in ihrem jetzigen Bestand, von Arnold Ruge mit Recht die Pestbeule Frankens genannt.

Die Universität Erlangen in ihrem jetzigen Bestand geht im Pietismus, dem protestantischen Jesuitismus, auf. Er herrscht dort nicht blos in einer Facultät, sondern in allen. Nicht einmal die Philosophie kämpft gegen ihn an, sie ist im Gegentheil sein Bundesgenosse und bemüht sich nach Kräften, den armen Theologen, welche nach Erlangen gehen müssen, den Verstand schon vorher zu umnebeln, ehe sie in die heiligen Hallen der privilegirten Kopfverrückungswissenschaft eingeführt werden. Von hier aus verbreitet sich die Seuche über das schöne Franken und über ganz Bayern. Es ist wohl zu bemerken, daß der Pietismus, der z. B. in Schwaben, so zu sagen, naturwüchsig ist, in Franken als ein durchaus erotisches Gewächse erscheint. Die Franken haben nicht die mindeste Anlage zum Pietismus, sie sind geborne Rationalisten. Natürliche Folge hievon ist erstens, daß der Pietismus in Franken da, wo der Volksgeist den Krankheitsstoff nicht auszustoßen vermochte, durchaus verdummend und verstandverkehrend wirkt, zweitens, daß die Operationen der Erlanger Pietisten im Großen und Ganzen kein anderes Resultat lieferten, als daß sie dem Volke, zumal dem Landvolke alle Religion gründlich verbieten, ein Resulat, welches bisher durch den Kirchenpoliceibann verdeckt wurde, unter dem Schutz der Freiheit aber mit jedem Tage klarer ans Licht treten wird. Eine rationalistische Adresse wäre schon im Januar dieses Jahrs, also vor der Revolution, von dem gesammten Landvolke der Umgegend von Nürnberg unterzeichnet worden, wenn man es zum Unterzeichnen zugelassen hätte. Und der vulgäre Rationalismus ist bekanntlich nicht das letzte Wort der kirchlichen Freisinnigkeit. Die bayerische Regierung wird noch die Erfahrung machen, daß der Volksgeist sich nicht ungestraft mißhandeln läßt. Und sie kann sich nicht damit entschuldigen, daß sie die Richtung derselben nicht gekannt. Warum ließ sie ihn nicht sich aussprechen? Und in der Rheinpfalz verlangte die Stimme der gesammten Bevölkerung laut und energisch bei Besetzung des reformirten Lehrstuhls Berücksichtigung ihrer wohlbekannten Wünsche. Was war die Antwort? Die Ernennung des Prof. Ebrard, eines jener modisch-frisirten Pietisten, welche dem abgestandenen Kohl durch Phrasen moderner Weltbildung einen haut gout zu geben suchen und das „Wort Gottes„ mit dem Anstand und den Manieren eines gebildeten Oberkellners zu serviren wissen. Und das geschah nach Abels Sturz!

Erlangen ist keine Universität, keine universitas literarum, sondern ein Amalgam aller abgestandenen Stoffe, antiquirten Richtungen und reaktionären Tendenzen, zusammengehalten durch den Kitt des Pietismus. Dieser beherrscht Alles und schlägt überall vor. Was Wunder, daß nach der Revolution der Ruf nach: constitutioneller Monarchie am lautesten von Erlangen herübertönte und daß die Erlanger Pietisten sammt und sonders sich in's Zeug warfen, um im Korrespondenten dem Anbruch einer neuen Zeit geharnischt entgegenzutreten. Sie hatten sich auch bei der alten Zeit gar zu gut gestanden! Wer in Erlangen Pietist ist, ist constitutionell, wer constitutionell, Pietist. Beides ist dort identisch, weil beides = reaktionär ist.

Indem die constitutionellen Vereine von Nürnberg und Bamberg Erlangen zu ihrem Kreisvorort wählten, sprachen sie nicht blos aus, daß weder in Nürnberg noch in Bamberg für ihre Zwecke ein Boden zu finden sei, sondern sie sprachen noch weiter durch diese Wahl aus, daß sie überhaupt, von dem gesunden Volksgeist absehend, sich an die Corruption des Volksgeistes wenden, um diesen vor allen Dingen zu vergiften und dann zu ihren Zwecken zu benützen. Sie appellirten an die Verwesung gegen das frische Leben, an die Finsterniß gegen das Licht, an die vermoderte Vergangenheit gegen die blühende Zukunft. Es war ein zweifaches Eingeständniß ihrer Ohnmacht, der Ohnmacht ihrer ganzen Sache.

Und dieser Ohnmacht kam nur ihre Frechheit gleich. Denn eine Frechheit war es, in Nördlingen

vor die hier versammelten Vereine aus Bayern und Würtemberg zu treten und diesen einen Anschluß an ihren Kreisvorort Erlangen zuzumuthen, Erlangen, welchem das gesammte intelligente Deutschland schon vorher, ehe Deutschland eine Barrikade sah, nur das gelobte Land verrückter Philosophen und heuchlerischer Pietisten, in dessen Universität es eine Galvanisirungsmaschine für abgestorbene Bildungsformeln erkannte: eine Frechheit, gelinde gesagt, war es, die Verpflichtung auf die constitutionelle Monarchie zu fordern, nachdem man sich zur „entschiedenen Durchführung des demokratischen Princips" hatte bekennen müssen. Die Frechheit fand den gebührenden Lohn.

Und nachdem sie nach Hause gekommen waren, gleich begossenen Pudeln, fingen sie an zu flennen und zu heulen, und im Korrespondenten zu jammern, daß die Tübinger Saat aufgegangen sei.

Ja, sie ist aufgegangen, es ist eine gute, gesunde Saat, die Sonne der Freiheit wird sie zeitigen und ihre Früchte werden der Menschheit reifen, ob sie Euch auch nicht gefällt.

Die Saat aber, die Ihr ausgestreut habt, die Saat der Entrüstung und des Zornes über die lange Mißhandlung des Menschengeistes, wie Ihr und Eure Mitschuldige sie geübt haben, diese Saat wird auch aufgehen, und sie, wahrlich, wird Euch noch weniger gefallen, als die Tübinger Saat. Das mögt Ihr einstweilen glauben. G. D.

Endlich.

Endlich einmal hat die Paulskirche einen Beschluß geboren, der Deutschlands, der einer Nation würdig ist. Der von Preußen, mit Ueberschreitung, ja mit Verhöhnung seiner Vollmachten abgeschlossene Waffenstillstand mit Dänemark ist kurzweg durch den Beschluß verworfen, daß die Ausführung desselben sistirt sei. Das Reichsministerium, das unfähigste und kraftloseste, das je an der Spitze eines großen Staates stand, tritt in Folge dieses unermeßlich folgenschweren Beschlusses ab, etwelche andre deutsche Ministerien dürften ihm bald vielleicht folgen. Der Fehdehandschuh ist nicht allein Dänemark, er ist den Sondergelüsten, er ist der Reaktion hingeworfen, endlich sieht das Volk in einem Beschlusse seiner Nationalversammlung seine Wünsche verwirklicht. Wie das neue Ministerium sich bilden wird, ist bis jetzt unbekannt; allein wir vermögen nicht abzusehen, wie es ohne Mitwirkung der Linken zu Stande kommen soll. Der Beschluß der Versammlung ist im Grunde genommen die offizielle Erklärung der deutschen Revolution. Die, welche für das Ministerium stimmten, also gegen den Beschluß, sie sind die eigentlichen Reaktionäre, d. h. diejenigen, welche Alles möglichst beim Alten lassen wollten, die Particularisten und Stockpreußen. Dahlmann hat den Beschluß durch seinen Bericht hervorgerufen. Dahlmann ist Monarchist. Allein wir müssen zwei Klassen von Monarchisten unterscheiden. Solche, welche eine kräftige Einheit in Deutschland wollen, und sie um jeden Preis wollen, und solche, welche nur den alten Zustand etwas weniges vermehrt und verbessert wünschen. Die ersteren können in manchen Fragen mit der Linken Hand in Hand gehen, sie können ohne sie nichts ausrichten. Immerhin kann daher der erfochtene Sieg als ein Sieg der Linken betrachtet werden, und sie wird ihn hoffentlich zu benutzen wissen. Wir unserstheils können nur wünschen, daß Preußen dem Beschluß der Nat.-Vers. sich widersetze; eine demokratische Volkserhebung in ganz Preußen ist dann unausbleiblich und die Katastrophe wird beschleunigt. Jedenfalls darf die Demokratie sich freuen. Wir stehen nun in der Krisis. Die Versammlung ist durch ihren Beschluß, der freilich mit schwacher Majorität gefaßt wurde, gebunden. Allein das Volk darf nicht müßig zusehen. Man darf nicht vergessen, wie dieser Beschluß zu Stande kam. Die Parlamentsmitglieder wurden durch den Bericht überrascht und durch die Redner der Linken im ersten Moment hingerissen. Wäre nicht augenblicklich nach Erstattung des Berichts berathen worden, hätten die Parteiführer, hätte Herr Radowitz 24 Stunden Zeit gehabt, um seine Leute in den Klubs zu bearbeiten, so wäre der Beschluß sicherlich nicht durchgegangen. Deshalb jetzt auf! das Volk muß der Nationalversammlung nachhelfen. Durch ganz Deutschland muß der Ruf gehen und ein Wahlbezirk muß es dem andern zurufen: Zurück aus Frankfurt mit den Reaktionären, zurück mit denen, welchen weder die Einheit noch die Freiheit Deutschlands am Herzen liegt, und neue Männer in neuen Wahlen hingesendet zur Stärkung der Linken! Wir werden die Namen der bayerischen Abgeordneten, welche für das Ministerium,

also gegen den Beschluß gestimmt, bekannt machen, sobald wir die stenographischen Berichte erhalten. Daß Herr Krafft für das Ministerium gestimmt, daran dürfen wir kaum zweifeln; seiner Ansicht nach, die er bei dem Gesetz vom 28. Juni durch seine Abstimmung an den Tag gelegt, hätte die Centralgewalt ganz allein für sich, ohne Rücksprache mit dem Parlament, die dänische Frage erledigen sollen. G. D.

Berichtigung zu dem Artikel:

Bayerische Truppen in Baden

in Nr. 54 dieses Blattes.

In dem aus der Reichstagszeitung genommenen Artikel: bayerische Truppen in Baden in Nr. 54 unsres Blattes ist angegeben, es sei der Soldat Heidner von der 10. Kompagnie, der über das Standquartier Roth hinaus in's Quartier gekommen, Abends bei Ablegung seines Gepäcks todt zu Boden gestürzt, und am andern Tage eingescharrt worden, jedoch nicht auf dem Friedhofe. Es geht uns in Bezug auf diese Angabe vom kgl. Landwehrbataillons-Commando in Roth eine ausführliche Berichtigung zu, aus der wir, unsrer Zusage gemäß, das Wesentliche mittheilen. Der gestorbene Soldat hieß Andreas Heinlein, der mit seiner ganzen Kompagnie in das 1½ Stunden von Roth gelegene Kirchdorf Wallesau in's Quartier kam. Er war des Abends im Quartier und im Wirthshause gesund und wohl, erst in der Nacht bekam er einen „gefährlichen Lungenblutfluß“ und starb, von seinen Hausleuten auf's beste gepflegt, unter dem geistlichen Beistand des Ortspfarrers. Er wurde, und zwar nach Ablauf der gesetzlichen Zeit, von einer Abordnung des Rother Landwehrbataillons und Freikorps, (Offizieren und Wehrmännern) mit allen Ehren zu dem Grabe begleitet, das auf einem „schönen Platz im Friedhof, nicht außer demselben“ gegraben war, nach einer Rede des Geistlichen und einem Grabgesang anständig versenkt, auch sodann in der Kirche ein besonderer Gottesdienst mit Predigt gehalten. Das Grab wurde nachher mit einer Einfassung versehen. — Wir haben gleich bei der Mittheilung des Artikels, den wir einem andern Blatte, der Reichstagszeitung, entnommen haben, erklärt, daß wir die Angaben desselben nicht zu verbürgen vermöchten. Daß die Angabe über den Todesfall bei Roth theilweise unrichtig war, hat sich nun erwiesen, und mit Vergnügen nehmen wir die vorstehende Berichtigung in unsre Spalten auf. Wenn das kgl. Landwehrbataillons-Commando in Roth von dem ganzen Artikel sagt, daß er „von Unwahrheit strotze,“ so ist dasselbe weder zu diesem Urtheil noch zu der versuchten Begründung desselben competent, und es muß den Betheiligten vorbehalten bleiben, gegen etwaige weitere Unrichtigkeiten aufzutreten. Wir werden in diesem Fall gerne kurzgefaßte faktische Berichtigungen aufnehmen, bei allzugroßer Ausführlichkeit aber uns, wie im vorliegenden Fall, auf Auszug des Wesentlichen beschränken, und damit allen Anforderungen der Unparteilichkeit zu genügen glauben.

Glossen zur Tagsgeschichte.

(Die Achtung vor der Centralgewalt.) Die Centralgewalt hat bekanntlich eigens einen Unterstaatssekretär nach Schleswig gesandt, um dort die deutschen Interessen zu wahren. Gleichwohl hat der Reichsminister des Auswärtigen die Kunde von dem Waffenstillstand nicht unmittelbar, sondern nur durch den preußischen Bevollmächtigten in Frankfurt erfahren. In solcher Achtung stehen die Beamten der Reichsgewalt, daß ein Waffenstillstand mit Deutschland nur durch Vermittlung Preußens zur Kenntniß der deutschen Centralgewalt gelangt!

(Reaktion in Italien.) Die neue rheinische Zeitung schreibt: Der Herzog von Modena thut sich seit der Rückkehr den Zwang an, bürgerfreundlich zu erscheinen; er trägt sogar die Uniform der Nationalgarde. Inzwischen benutzt er die Zeit, alle seine zurückgebliebenen Kostbarkeiten in's Fort zu schaffen und wird dann wohl sehr schnell andere Saiten aufziehn. Der Herzog von Parma ist ebenfalls auf dem Heimweg. Das ganze fürstliche Ungeziefer kommt hervorgekrochen, wie die Frösche nach dem Regen.

Gedruckt unter Verantwortlichkeit der Verleger, von Wilhelm Tümmel.
Expedition bei Gg. Meyer, Plobenhof S. 823.

Der freie Staatsbürger.

Ein Volksblatt aus Franken.

№ 62. Nürnberg, 12. September 1848.

Erscheint jeden Dienstag, Donnerstag und Samstag, und kann durch alle Postämter bezogen werden.
Preis vierteljährlich 45 Kr. — Einrückungsgebühr 2 Kr. für die Zeile. — Einzelne Nummern à 3 Kr.

Der Parlamentsbeschluß.

Das Parlament hat am 5. Sept. beschlossen, daß die Ausführung des Waffenstillstandes mit Dänemark sofort zu sistiren sei. Aber es ist ein Unterschied zwischen Beschließen und Vollziehen. Der Parlamentsbeschluß vom 5. war am 8. noch nicht vollzogen. Das alte Ministerium war abgetreten, ohne den Beschluß zu vollziehen, und Herr Dahlmann, der mit der Bildung eines neuen Ministeriums Beauftragte, unterhandelt und unterhandelt, um ein lebensfähiges Ministerium ohne Republikaner zusammen zu bringen, und es ist ihm dieß bis dato noch nicht gelungen. Folglich ruht der Beschluß, denn ein einstweiliges Ministerium lediglich zur Vollziehung dieses Beschlusses auf ein Paar Tage oder Stunden zu bilden, wie es bei ähnlichen Fällen üblich, das ist Herrn Dahlmann nicht eingefallen.

Fassen wir die Frage scharf! Ist das Parlament in seinem jetzigen Bestand fähig, dem Beschluß vom 5. Sept. Vollzug zu geben? Wir müssen darauf nach unsrer Erkenntniß einestheils des Parlaments, anderntheils der Tragweite jenes Beschlusses Nein antworten. Der grobe Bettler Vater Jahn hat am 7. im Parlament geäußert: Die Majorität habe nicht gewußt, was sie thue, und der Grobian wurde deshalb vom Präsidenten zurechtgewiesen; aber dießmal, vermuthen wir sehr, hatte der alte Mann Recht, die Majorität wußte nicht, was sie that, als sie den Beschluß vom 5. faßte.

Was ist der Beschluß vom 5.?

Der Beschluß vom 5. ist nicht eine neue Kriegserklärung Deutschlands an Dänemark, es ist die Kriegserklärung der deutschen Einheit an den Partikularismus, der Revolution an die Reaktion, der Demokratie an den Absolutismus. Die Vollziehung dieses Beschlusses führt einen europäischen Krieg herbei, den letzten Krieg, aus welchem die Demokratie siegreich hervorgehen, aus welchem ein demokratisches Frankreich, ein demokratisches England, ein demokratisches Deutschland, kurz aus welchem die Demokratie in Europa siegreich sich herausbilden wird, um fortan die Waffen niederzulegen und ruhen zu lassen in einem ewigen Frieden zwischen freien und verbrüderten Völkern. Das ist der Beschluß vom 5. September.

Das haben unsre Reaktionäre im Parlament, welche zu dem Beschluß mitwirkten, nicht überlegt, sie haben sich nur der Adressen erinnert, die sie einst an Beseler und für die deutsche Sache in Schleswig-Holstein unterschrieben haben, (viele andere aber, z. B. Herr Krafft aus Nürnberg, haben sich dessen auch nicht erinnert) und haben mit „ja" für den Majoritätsantrag gestimmt, vielleicht mit demselben unschuldigen und höchst friedlichen Gefühle, mit welchem ein deutscher Philister mit hoher obrigkeitlicher Bewilligung eine deutsche Adresse unterschreibt.

Aber die Nemesis bleibt nicht aus. Lang genug habt Ihr in Adressen und bei Zweckessen gedeutscht, nun habt Ihr die Bescheerung. Was ging Euch Deutschland an? Wäret Ihr brav bayerisch und preussisch geblieben, hättet Ihr Euch nach dem Rath des Dr. Ghillany darauf beschränkt, für Euer materielles Wohl, für das Fortkommen Eurer Familien zu sorgen, wozu man „vor Allem Ordnung und Ruhe" braucht, so könntet Ihr jetzt noch dasselbe behagliche Schlaraffenleben führen, wie vor 7 Monaten. Aber

Ihr wolltet Deutsche sein, und das war revolutionär. Was hilft es Euch, daß Ihr unbewußte Revolutionäre wart? Ihr wart es. Jetzt müßt Ihr Euch Euer Deutschland erobern, weniger von ausländischen, als von Euren inländischen Despoten und die Demokratie bekommt Ihr mit in den Kauf. Das habt Ihr Euch freilich nicht träumen lassen, als Ihr so oft bierselig: Schleswig-Holstein stammverwandt! gesungen habt, daß daran die Demokratie hänge.

Aber Scherz bei Seite. Der Beschluß ist gefaßt. Die Würfel sind gefallen, das deutsche Volk sieht in dem Beschluß seine Wünsche ausgesprochen, d. h. Alles, was in Deutschland Ehre, Vaterlands- und Freiheitsliebe besitzt, und dieß macht das Volk aus, nicht die träge Masse von Philistern, die nach Herrn Ghillany nur die Sorge für ihr materielles Wohl und für das Fortkommen ihrer Familie kennen. Es will aber diesen Beschluß nicht blos gefaßt, sondern auch vollzogen wissen. Hiezu halten wir das Parlament in seinem jetzigen Bestand für unfähig.

Schon jetzt erschrickt es vor seinem eigenen Beschlusse. Es läßt sich von den abgetretenen Ministern, welche offen erklären, daß sie mit ihrer Radowitz'schen Partei das nächste Ministerium alsbald wieder stürzen würden, förmlich verhöhnen und findet nicht den Muth, sich selbst in seinen Beschlüssen zu achten. Was soll dabei herauskommen? Am Ende ist es im Stande, in einem neuen Beschlusse den Waffenstillstand zu genehmigen.

Dahlmann, der designirte Ministerpräsident, schwankt. Er spricht von der gefährlichen Lage Deutschlands, von der Besonnenheit, die Noth thue. Es ist klar, er hat nicht den Muth, kühn durchzugreifen, er fürchtet die Allianz mit der Linken, denn der gute Mann hat sich so in das 17te Jahrhundert hineingelebt, daß er meint, wir stünden da, wo Wilhelm III. nach England kam. Was ist von diesem Menschen zu hoffen?

Nichts! Das Volk vertraue auf sich selbst. Vollzogen muß der Beschluß werden, wenn nicht vom Parlament, so vom Volk. Aber das Volk thue Alles, was es noch thun kann, um in den Verlauf unsrer Revolution Methode und Regel zu bringen. Es spreche energisch seinen Willen aus an die Reaktionäre im Parlament, an die Bassermann, Mathy und Consorten, es rufe sie zurück und sende kühnere und bessere Männer hin, daß sie gereinigt werde, diese durch Lichnowski'sche Rodomontaden und Radowitz'sche Jesuitenpredigten entweihte Paulskirche, gereinigt von den Verräthern und Reaktionären.

Als im Jahr 1649 das lange Parlament in London keine Vernunft annehmen und den weiter drängenden Geist der Revolution nicht Rechnung tragen, sondern mit dem Könige unterhandeln wollte, stellte sich eines schönen Morgens der Oberst Pride vor dem Unterhause auf und bemerkte den reaktionären Parlamentsmitgliedern, welche eintreten wollten, ebenso bestimmt als höflich, daß diese Thüre für sie verschlossen sei. Man ließ bloß diejenigen ein, welche den Geist der Revolution in sich aufgenommen hatten. Das Volk nannte diese am Parlament vorgenommene Kur Pride's burge, Pride's Purganz.

Eine solche Purganz thut auch unsrem Parlamente Noth, nur ist es sehr gut, daß wir hoffentlich die Sache weniger militärisch abmachen können. Das Volk selbst wird den Oberst Pride vorstellen, und wenn das Volk seinen schlechten, dem Geist der Wähler nicht entsprechenden Vertretern rund heraus und deutlich erklärt, daß sie heimgehen sollen, um bessern Männern Platz zu machen, so werden sie, glauben wir, im jetzigen Augenblick dem Ruf Folge leisten. Es kommt nur darauf an, sich mit den Herren gehörig zu expliciren.

Will daher das Volk, daß der Beschluß vom 5. Sept. nicht bloß gefaßt sei, sondern auch vollzogen werde, will es vor den Völkern Europa's mit Achtung bestehen, und nicht derselben Verachtung verfallen, wie die Gesandten des jüngst abgetretenen Reichsministeriums in Paris, London u. s. w., so besinne es sich nicht lange und greife zu der in's Deutsche übersetzten Purganz des Obersten Pride, das heißt: es schreibe an die Reaktionäre in der Paulskirche kategorische Briefe, und mahne sie zur Rückkehr. Aber kategorisch, bestimmt müssen die Briefe sein, sonst verstehn die Herrn sie nicht. Es muß für den Fall der Nichtbeachtung etwas Gewisses in Aussicht gestellt sein; ein: Entweder — Oder. Dann werden sie's verstehn und heimgehn, das Parlament wird gereinigt werden, Deutschland wird siegen und mit ihm die Demokraten. G. D.

Volksversammlung in Neuhof bei Kraftshof.

Ob wohl der Korrespondent v. u. f. Deutschland und die Konstitutionellen in Nürnberg noch lange von ihren „erfolgreichen" Bekämpfungen der demokratischen Bestrebungen träumen werden? Die Volksversammlung in Neuhof am 10. September konnte jene Herren über ihre „Erfolge" aufklären. Mehr als 12,000 Menschen, größtentheils Landleute, waren hier zusammengekommen, alle unter sich verbunden durch den Grundsatz der Demokratie. 16 Vereine, darunter einzelne von mehr als 800 Mitgliedern, waren zugegen. Die im Sinn der entschiedensten Demokratie gehaltenen Reden fanden allgemeinen Beifall und der hier genehmigte Aufruf an das fränkische Volk, der in Tausenden von Exemplaren verbreitet werden soll, wird sicherlich dazu beitragen, neue Vereine in's Leben zu rufen, welche sich dem schon bestehenden Vereine für Volksfreiheit anschließen werden. In jenem Aufruf an das fränkische Volk zur Bildung von Vereinen werden 12 Artikel aufgeführt, welche die vorzüglichsten Forderungen der Demokratie enthalten: 1) vollkommene staatsbürgerliche Gleichheit Aller, 2) demokratische Umgestaltung der Gemeindeverfassung, 3) Aufhebung der bäuerlichen Grundlasten, 4) Einkammersystem, 5) vollkommene Freiheit der Rede und Schrift, 6) allgemeine Einführung der Oeffentlichkeit und Mündlichkeit in der Rechtspflege mit Schwurgerichten, 7) Sicherstellung der persönl. Freiheit, 8) allgemeine Volksbewaffnung, 9) vollkommene Freiheit des Glaubens, 10) Befreiung der Schule von der Vormundschaft der Kirche, 11) gerechtes Steuersystem nach dem Vermögen, 12) Durchführung des demokratischen Prinzips in ganz Deutschland.

Das Interesse der Volksversammlung mußte natürlich ganz besonders in Anspruch genommen werden durch den folgenreichen Beschluß des Parlaments vom 5. Sept. Es wurde von sämmtlichen Rednern, die über diesen hochwichtigen Gegenstand sprachen, anerkannt, daß das Parlament in seiner jetzigen Zusammensetzung das Vertrauen des deutschen Volkes nicht mehr besitze und daß man von demselben eine kräftige Vollziehung des Beschlusses nicht zu gewärtigen habe. Da nun aber für den Vollzug desselben Deutschlands Ehre verpfändet ist, so stellt sich jetzt gebieterisch die Nothwendigkeit heraus, die reaktionären Mitglieder aus dem Parlament abzuberufen und sie durch neugewählte zu ersetzen, welche der Partei der Linken das Uebergewicht im Parlament verschaffen sollen. Es wurde daher einestheils von der Versammlung eine Aufmunterungsadresse an das Parlament angenommen, anderntheils ein Aufruf zur Abberufung aller reaktionären Parlamentsmitglieder beschlossen, in welchem insbesondere diejenigen bayer. Abgeordneten namentlich aufgeführt werden sollen, welche am 5. Sept. durch ihre Abstimmung die Ehre Deutschlands preisgegeben haben. Außerdem wurde noch eine Anerkennungsadresse an die Linke und eine Adresse für Trennung der Schule von der Kirche angenommen. Die Verhandlungen trugen durchaus den Charakter der Würde und des Ernstes. Daß gegen den Schluß eine ungewöhnliche Heiterkeit sich der Versammlung bemächtigte, war das Verdienst eines Ausschußmitgliedes des konstitutionellen Kreisvereins in Erlangen, welcher in ungemein witzigen Wortspielen seine Sympathien für die Freiheit und seine Anerkennung der gesetzlichen Haltung der Versammlung aussprach. Die Antwort auf seine Rede bildete ein donnerndes Hoch auf die Demokratie. Nach 3stündiger Dauer wurde die Versammlung aufgehoben. Nach Absingung einiger deutscher Lieder zogen die Vereine in Ruhe und Ordnung nach Hause. Für die Entwicklung der Demokratie in Franken wird diese Volksversammlung nicht ohne Bedeutung sein. R.

Glossen zur Tagsgeschichte.

(Herr Dr. Krafft.) Der Abgeordnete von Nürnberg hat ein neuestes Pröbchen seines Liberalismus in der Paulskirche abgelegt, auf's Neue seine Achtung vor dem Volke bewiesen. Es handelte sich um die Frage, ob die Oeffentlichkeit der Verhandlungen des Parlaments zu beschränken, ob also die seit dem 8. August dem Publikum entzogenen Räume demselben wieder zu öffnen seien oder nicht. An jenem Tage waren bekanntlich die Galerien geräumt worden, nicht weil sie die Verhandlungen gestört hatten, sondern weil die Rechte schon zuvor beschlossen hatte, daß an diesem Tage das Publikum von den Galerien entfernt werden sollte. Hätte übrigens das Publikum sich noch so skandalös benommen an jenem oder an irgend einem Tage, immer wäre sein Benehmen ein

höchst anständiges gewesen gegen dasjenige, welches die Versammlung selbst damals bewies. Man wollte die Oeffentlichkeit beschränken und wo möglich nur bevorzugte Personen auf die Galerien einlassen, weil das unbestochene und unverdorbene Volk die Linke, bei welcher allein Patriotismus, politischer Verstand und Entschiedenheit ist, beklatschte und weil dies der Rechten, der Majorität, unerträglich war. Der Beschluß der Beschränkung der Oeffentlichkeit wurde auch jetzt, bei namentlicher Abstimmung, aufrecht erhalten, und Hr. Dr. Krafft, der ehrenwerthe Abgeordnete für Nürnberg, stimmte, wie zu erwarten, gegen die Oeffentlichkeit, gegen das Volk. Wir finden dies consequent. Hr. Krafft kann sich nur als Vertreter des Nürnberger Wahlmännerkollegiums ansehen, nicht als Vertreter des Volkes von Nürnberg und Altdorf, er braucht also dem Volk auch keine Achtung zu erweisen, er darf es verachten, denn das Volk hätte ihn nicht gewählt. Ist ja doch die ganze Nürnberger Parlamentswahl nur ein von der Bourgoisie und dem Bürgermeister Binder im Complott geübter Hohn auf die Wahlfreiheit des Volkes und von Gott und Rechts wegen ungiltig. Wenn indessen das Volk von Nürnberg und Altdorf nicht im Stande ist, sich einen wirklichen Volksvertreter für Frankfurt zu verschaffen, wenn es gezwungen ist, diesen Herrn Krafft in der Paulskirche zu dulden, so sollte es ihm mindestens die Auflage machen, sich in öffentlichen Akten nicht als Vertreter von Nürnberg aufzuführen, sondern etwa als Vertreter eines Nürnberger Wahlkollegiums, oder wie es ihm sonst beliebt. Vertreter von Nürnberg ist er einmal entschieden nicht, denn es ist undenkbar, daß ein Mann, der sich als Vertreter einer ganzen Stadt oder eines ganzen Wahlbezirks fühlt, in seinen Abstimmungen so wie Hr. Krafft dem Volk nur Verachtung beweist; Hr. Krafft kann sich einzig und allein für den Vertreter einer bevorrechteten Kaste halten; diese aber macht nicht Nürnberg aus.

(Das Wiener Ministerium.) Ein Theil der demokratischen Presse beginnt einzusehen, daß das Ministerium nun die Demokratie verrathen. Die „Constitution“ sagt: „Der Minister hat den Brudermord vertheidigt, die Vertreter des souveränen Volkes haben ihn durch ihre stürmische Zustimmung geheiligt. Wir sind wieder vor dem 13. Merz. Es ist gleichgiltig, ob der Tyrann Reichstag oder Metternich, sein Helfershelfer verantwortliches Ministerium oder Sedlnitzky heißt.“

(Die deutsche Flotte.) Es sind bis jetzt 68,000 Gulden für die deutsche Flotte eingegangen, wozu vorzugsweise die unbemittelten Klassen beigesteuert haben. Die Bourgeoisie hat sich zwar in der Regel an die Spitze der Sammlungen gestellt, selbst aber am kärglichsten dazu mitgesteuert; sie glaubte genug zu thun, wenn sie von den Kleinbürgern, von denen sie sagt, „daß sie von ihr leben,“ die Beiträge für den patriotischen Zweck zusammenbettelte. Der Adel und die Fürsten steuerten soviel als Nichts. Eine neue Bestätigung der alten Lehre, daß das Volk, was die Aristokratie den Pöbel, die Canaille, nennt, nicht bloß dem Wort, sondern der That nach am meisten Aufopferung und Patriotismus besitzt.

(Ein Wiener Erkenntniß.) Das erste Wiener Schwurgericht in Preßsachen hat ein freisprechendes Urtheil gefällt. Die Studenten Falke und Buchheim waren der Aufreizung wider die Constitution beschuldigt, weil sie im Studentenkurier dem Volke die Republik als die beste Staatsform angepriesen hatten; die Geschwornen sprachen ein: Nichtschuldig.

(Radetzky's Kunstsinn.) Radetzky wird mit einem Male ein enthusiastischer Verehrer der Kunst, er beraubt die prächtigen Museen und Bibliotheken Mailands, läßt die kostbarsten Stücke einpacken und gibt vor, daß er sie nur vor der fränzösischen Invasion retten wolle. Damit ein Anderer nicht raubt, raubt er, — ein schöner Grundsatz, den wir den Unglücklichen auf der Anklagebank zu ihrer Vertheidigung empfehlen. —

Allerlei.

Die neue rheinische Zeitung sagt in Bezug auf einen jüdischen Unterstaatssekretär im österreichischen Ministerium sehr richtig: Wenn ich mir unsre jetzigen großen Männer und namentlich unsre emporgekommenen jüdischen Bankiers und Literaten ansehe, so muß ich gestehn: Wie nach 1830 in Frankreich, so wachsen unter der constitutionellen Glückseligkeit jetzt auch bei uns die politischen Schurken wie Schwämme aus dem Boden.

Gedruckt unter Verantwortlichkeit der Verleger, von Wilhelm Tümmel.
Expedition bei Gg. Meyer, Plobenhof S. 823.

Der freie Staatsbürger.

Ein Volksblatt aus Franken.

№ 63. **Nürnberg, 14. September** 1848.

Erscheint jeden Dienstag, Donnerstag und Samstag, und kann durch alle Postämter bezogen werden.
Preis vierteljährlich 45 Kr. — Einrückungsgebühr 2 Kr. für die Zeile. — Einzelne Nummern à 3 Kr.

Adressen

von den fränkischen Vereinen für Volks-Freiheit.

Politischer Verein in Nürnberg, patriotischer Verein in Fürth, Volksverein in Steinbühl, Bauernverein in Almoshof, Volksverein in Schweinau, Bauernklub in Mögeldorf, politischer Verein in Bruck, Volksverein in Herzogenaurach, politisches Kränzchen in Erlangen, Volksverein in Sündersbühl und Volksbildungsverein in Bamberg, zusammen gegen 4000 Mitglieder, haben vor einigen Tagen folgende Adressen an die Nationalversammlung in Frankfurt abgeschickt:

I. Sondergelüste, welche die deutsche Einheit in Frage stellen, treten an mehreren Punkten Deutschlands, nicht blos in Preußen, sondern auch in Süddeutschland, keck hervor. Die Fürsten und die Hofkamarillas, ermuthigt durch das rücksichtsvolle, dem Princip der Volkssouveränetät wenig angemessene Unterhandeln, zu welchem ihr euch in der Meinung verleiten ließet, es sei auf Grund einer Vereinbarung mit den Fürsten eine kräftige deutsche Einheit zu Stande zu bringen, treten euch nun frech entgegen, zeigen sich wieder in ihrer wahren Gestalt und liefern aufs neue den Beweis, dessen es für uns nicht bedurfte, daß die Fürsten der deutschen Einheit stets hinderlich sind und daß eine Einheit in Deutschland nicht **mit** den Fürsten, sondern **trotz** der Fürsten zu Stande kommen muß. Nirgends ist es das Volk, überall ist es die Reaktionspartei, welche einer kräftigen deutschen Einheit zu widerstreben wagt, es sind die, welche kein Vaterland kennen, die, deren Vaterland ihre Privilegien sind. **Sie** machen jetzt die letzte Anstrengung, um durch Schwächung, Theilung, Verwirrung den Feind in das Land zu führen und ihre Vorrechte, sei es auch unter dem Schutz der Knute, neu zu befestigen. Vertreter des Volks! Das Volk fühlt, daß ihr bisher oft eure Mission verkannt, es fühlt, daß nur durch das Preisgeben der Volkssouveränetät in der Paulskirche den Feinden des Volks der Kamm geschwollen ist. Aber seit ihr gegen die Hannöversche Regierung einen Eurem Mandat entsprechenden Beschluß gefaßt habt, dessen Consequenzen über Hannover hinausreichen, **hofft** es wieder. Es steht erwartungsvoll und harrt des Zeichens, daß ihr übergehen wollt von den Worten zu den Thaten, um durch das Volk — und nur durch dieses — die Feinde und Verräther Deutschlands zu zermalmen. O sprecht es aus, dieses Wort, laßt ihn bald hören, diesen Zuruf an das Volk, dem es mit Begeisterung folgen wird. Verantwortlich vor der Mit- und Nachwelt für die Ehre Deutschlands, müßt Ihr, wenigstens seit der letzte Schleier zerrissen ist, erkennen, daß nur Euer thatkräftiges Handeln Deutschland zu bewahren vermag vor der Schmach einer Theilung, oder im günstigsten Fall vor einer neuen blutigen Revolution.

Um die Consequenzen der Merzrevolution zu ziehen, hat das Volk Euch nach Frankfurt gesendet; Eure Pflicht war es, jeder Reaktion vom Anfang an energisch entgegen zu treten, das Volk sieht sich getäuscht, überall erhebt die Reaktion frech ihr Haupt; ein furchtbarer Druck lastet mit jedem Tage bleierner, auf dem Volk, das man hohnvoll ein freies nennt, während es in Wahrheit geknechteter ist, als vor den Merztagen. Alle seine Rechte sind ihm, so können **wir** wenigstens in Wahrheit sagen, bereits

geraubt oder verkümmert; das Associationsrecht, die Preßfreiheit, die persönliche Freiheit, selbst das Eigenthum sieht man verletzt und auch das Recht, sich einen **Deutschen zu nennen, soll jetzt angetastet werden! Vertreter des Volks, wir beschwören euch, vom Unterhandeln zum Handeln überzugehen und die Geduld des Volks** nicht auf eine allzuharte Probe zu stellen.

II. Die auf einander folgenden Verbote der demokratischen Vereine in Baden, Würtemberg und Bayern deuten auf ein zwischen den Regierungen dieser Länder bestehendes Einverständniß zur Unterdrückung der Volksfreiheiten, deren volle Verwirklichung gemäß den gegebenen Versprechungen, von Niemanden energischer verlangt wird, als von den demokratischen Vereinen. Wenn einestheils die Keckheit auffallen könnte, mit welcher diese Regierungen das Associationsrecht in demselben Augenblick vernichten, in welchem es in der Paulskirche gesetzlich festgestellt werden soll, so müssen andrerseits diejenigen, welche dem Gang der Parlamentsverhandlungen genauer folgen, in jenen Verboten eine Maßregel erkennen, welche in den Vorgängen der Paulskirche selbst ihre Ermuthigung findet.

Hohe Versammlung! Unter solchen Umständen Euch um Heilighaltung des Associationsrechtes zu bitten, erscheint uns als ein vergeblicher, wo nicht lächerlicher Schritt. Wohl aber weisen wir Euch hin auf die ungeheuere Verantwortlichkeit, die Ihr auf Euch nehmt, wenn Ihr ein zur Freiheit erwachtes Volk aufs neue zur Sclaverei verdammt. Wir weisen Euch hin auf das mit jedem Tage mehr schwindende Vertrauen des Volkes in Eurer Versammlung und wir beschwören Euch: beurtheilt nicht das deutsche Volk nach den Reaktionären, Apostaten und Jesuiten, von denen sich Euere Mehrheit am Gängelbande leiten läßt, sondern wißt, daß das deutsche Volk wirklich erwacht ist, und von seinen Vertretern Rechenschaft fordern wird für mißbrauchtes Vertrauen.

Radowitz.

Schon wieder Radowitz? Wahrlich, es ist uns eben kein angenehmes Geschäft, uns mit Persönlichkeiten viel zu befassen, die nur durch ihren kalt berechnenden, die heiligsten Ideen der Zeit verrathenden Verstand und durch die Erbärmlichkeit der Frankfurter Parlamentsmajorität ihre Bedeutung erhalten. Allein Herr Radowitz ist nun einmal der einflußreichste Mann auf der Seite, welche die Mehrheit im Hause bestimmt, und da ist es heilige Pflicht für uns, dem schändlich verrathenen Volke bei jedem Zuge, der uns von dieser Persönlichkeit zu Ohren kommt, hinweisend zuzurufen: das ist der Mann, der Eure Vertreter an seinem Gängelbande leitet, das ist der Mann, nach dessen Pfeife bei weitem die meisten der bayerischen Abgeordneten, nach dessen Pfeife der Abgeordnete von Nürnberg, Herr Krafft, tanzen. Was wir hier über das Leben des Herrn Radowitz mittheilen, entnehmen wir der preußischen Nationalzeitung. Herr Radowitz scheint der Sohn eines Weinhändlers in Kassel zu sein, er scheint, denn er selbst gab diese Abstammung nie zu, und als man eine liquide Schuldforderung jenes Weinhändlers nach dessen Tode an ihn, Herrn Radowitz jun., ausbezahlen wollte, nahm er das Geld nicht an. Er kam früh nach Paris, wahrscheinlich unter der glorreichen Regierung des Königs Jerome von Westphalen, wurde in der politechnischen Schule daselbst für das Militär gebildet, machte als französischer Officier einige Feldzüge mit, erhielt bei Bautzen den Ehrenlegionsorden und wurde später, nach dem Frieden, Erzieher des Kurprinzen von Hessen-Kassel. Als dieser im Jahr 1826 vom Hofe seines Vaters floh, begleitete ihn Herr Radowitz und kam durch Vermittlung des Herrn von Canitz in den preußischen Generalstab, wo er durch vielseitige schimmernde Bildung und durch Zuversichtlichkeit Aufmerksamkeit erregte. Bald bezeichnete ihn die öffentliche Stimme als einen Ultramontanen und Jesuiten; denn in der Voraussetzung, daß jeder bayerische Gesandte ultramontan sein müsse, hatte er dem Grafen von Luxburg bemerkt, „eine tüchtige Erziehung könne allein in den Jesuitenschulen gewonnen werden,“ womit freilich der zufällig protestantische Graf von Luxburg nicht ganz übereinzustimmen vermochte; und als er einst den General Grolmann auf einer Mission nach Wien zu begleiten hatte, äußerte dieser bei seiner Zurückkunft, es sei ihm widerwärtig gewesen, seinen Begleiter, einen preußischen Officier, Arm in Arm mit den Jarke's und Consorten gesehen zu haben. Es gelang deßhalb auch nicht, Herrn Radowitz in die nächste Nähe des Königs Friedrich Wilhelms III. zu bringen, der eben kein Freund der Jesuiten war.

Indessen brachten ihn gute Freunde als preußischen Militär-Commissär zum Bundestag nach Frankfurt mit täglichen Diäten von 4 Frd'ors. Zugleich wurde er Gesandter in Karlsruhe, und soll von hier aus namentlich die Schweizerverhältnisse und die Interessen der Sonderbundskantone in's Auge gefaßt haben. Als Schriftsteller trat Herr Radowitz auf mit einer Compilation über Mathematik, um sich das Verdienst der Wissenschaftlichkeit zu vindiciren, mit einer Schrift: „die heiligen Attribute," welche ein genaues Studium der Heiligengeschichte bekunden, und vor 2 Jahren mit seinen „Gesprächen aus der Gegenwart," einer nicht ohne Eleganz geschriebenen Lobrede auf Feudalwesen, Hierarchie und Mittelalter. Die Ereignisse vom Oktober bis zum Mai waren für Hrn. Radowitz nicht eben günstig. Die Emmenposition, welche Hr. Radowitz den Sonderbündlern angerathen hatte, erprobte sich gegen die eidgenössischen Waffen schlecht; seine Reise zur Rettung des zerfallenen Sonderbundes, seine Unterhaltungen mit Guizot waren vergeblich; und wenn er von Paris mit der Ueberzeuguhg zurückkehrte, daß „der Julithron so fest stehe wie Eisen," so lehrten ihn die Februarereignisse gar handgreiflich das Gegentheil. Als Jesuit wußte Hr. Radowitz, was die Uhr geschlagen, und daß nun ein andres Kleid anzulegen sei. Der Absolutist verkleidete sich in einen Constitutionellen, stahl sich in die Nationalversammlung, gewann sich durch sein schlaues Operiren die Majorität und herrscht jetzt in der Paulskirche. Wie er herrscht, das weißt Du, deutsches Volk, und aus dem Vorstehenden ersiehst Du, wer der Mann ist, nach dessen Instruktion die Vertreter stimmen, erkennst Du, daß Du durch den Blödsinn und die Schlechtigkeit Deiner Vertreter von einem Jesuiten genasführt wirst.

Herr Eisenmann.

Herr Eisenmann möchte gern ein ungelöstes Räthsel sein. Zu welcher Partei gehört Herr Eisenmann? Man weiß es nicht. Man weiß nur, daß er bald mit dieser, bald mit jener stimmt. Er ist bayerisch, aber auch deutsch, er ist constitutionell, aber auch demokratisch. Er sieht neuerdings die Reaktion, dieselbe Reaktion, die er zuerst nach Bayern von Frankfurt zurückgebracht hat. Er erbietet sich, aus Gutmüthigkeit ein Opfer zu bringen, und ein Reichsministerium zu übernehmen. Herr Eisenmann möchte gar zu gern ein Räthsel sein, und er ist keines, man kennt ihn durch und durch.

Herr Eisenmann sucht zwischen Bayernthum und Deutschthum, zwischen Constitutionalismus und Demokratie so hindurchzusteuern, daß er von beiden Vortheile zieht. Das ist des Pudels Kern. Mit Bayern kann er es nicht verderben, denn sonst würde man ihm am Ende die fl 12000 nicht ausbezahlen, die er „ratenweise" erhalten soll. Daher schmeichelt er Bayern als einer „deutschen Großmacht." Auf der andern Seite aber merkt er, daß die Demokratie vorwärts schreitet und er will seine Zukunft sicher stellen. Hat er doch seiner Zeit schon in Nürnberg sich großmüthig erboten, auch der Republik dienen zu wollen, wenn sie da sei. Herr Eisenmann wird sich mit letzterem Bestreben vergebens bemühen. Einen Mann, an dessen Namen sich die Erinnerung der perfidesten Reaktion knüpfte, werden die Republikaner allezeit nach Gebühr desavouiren.

Herr Eisenmann fragt, den fl. 12000 zu Liebe, die er noch nicht vollständig erhalten hat, warum sollte Bayern sich nicht als Großmacht fühlen? Wir haben nichts dagegen, wenn sich Bayern als Großmacht fühlt. Wir machen nur bescheidentlich darauf aufmerksam, daß die Zeit der deutschen Großmächte sich ihrem Ende zuzuneigen scheint. Die Staatsbürger einer deutschen Großmacht stellen sich nicht sonderlich gut. Die Rheinpreußen, die Schlesier, die Sachsen wissen ein Liedchen zu singen von den Vortheilen, die ihnen die deutsche Großmacht Preußen gebracht hat. Am Ende würden z. B. die Franken dagegen protestiren, von der deutschen Großmacht Bayern regiert zu werden.

Herr Eisenmann schreibt ein „demokratisch-constitutionelles" Volksblatt. Er versucht darin, die Demokraten zu sich, d. h. zu der Partei zu ziehen, die von Herrn Eisenmann allein gebildet wird. Er meint, die Demokraten seien ebenso »räthselhaft,« oder wie wir sagen würden, charakterlos, wie Herr Eisenmann. Uebrigens gesteht er zu, daß er die Demokraten brauche, sie nicht ihn. Und da hat er Recht.

Herr Eisenmann meint, die Demokraten müßten ja einsehn, daß sie mit ihrer Republik nichts ausrichten, die Sache finde ja gar keinen Anklang. Man

mache sich nur lächerlich damit. Wir wollen Herrn Eisenmann Etwas sagen.

Hr. Eisenmann hat bekanntlich mit seinen blöden Augen die Reaktion sehr lange nicht gesehen, bis sie ihm endlich ziemlich unsanft auf den Leib rückte. Wir prophezeien ihm, daß es ihm mit der Republik ungefähr ebenso gehn könnte. Er sieht sie mit seinen blöden Augen noch immer nicht, er wird sie vielleicht nicht eher sehen, als bis sie dicht auf ihn eingerückt ist, ihn bei den gelben Knöpfen seiner Parlamentslivree packt und mit einem gelinden Fußtritt bei Seite wirft. Dann wird er sie sehen.

G. D.

Die bayerischen Abgeordneten
am 5. September.

Folgende bayerische Abgeordnete stimmten gegen den Antrag der Majorität des Ausschusses, also für das abgetretene Ministerium Heckscher: Arndts, Bauer, Behr, Beisler, Döllinger, Eckart aus Lohr, Friedrich, Gebhardt aus Fürth, Gombart, Haubenschmied, Hegnenberg-Dux, Keim, Krafft aus Nürnberg, Künßberg, Lasaulx, Müller aus Würzburg, Neumayr, Obermüller, Philipps, Quante, Rotenhan, Ruhwandl, Schauß, Schrenk, Schubert aus Würzburg, Sepp, Thinnes, Vogel, Wulffen, Zenetti. Von den Rheinbayern ist keiner dabei. Abwesend waren: Edel, Gangkofer, Glück, Graf, Grundner, Nagel, Schlörr, Zerzog.

Glossen zur Tagsgeschichte.

(Freiligrath verhaftet.) Der Dichter Freiligrath ist zu Düsseldorf verhaftet worden, und zwar eines Gedichtes halber: „Die Todten an die Lebenden," in welchem er die Berliner Merztodten ihre Anklage gegen die Ueberlebenden schleudern läßt:

Weh' Euch, wir haben uns getäuscht! vier Monden erst vergangen,
Und Alles feig durch Euch verscherzt, was trotzig wir errangen,
Was unser Tod Euch zugewandt, verlottert und verloren —
O Alles, Alles hörten wir mit leisen Geisterohren!

— — — — — —

Umsonst! Es thäte Noth, daß Ihr uns aus der Erde grübet,
Uns wiederum auf blut'gem Brett hoch in die Luft erhübet!
Nicht jenem abgethanen Mann, wie damals, uns zu zeigen —
Nein, zu den Zeiten, auf den Markt, in's Land mit uns zu steigen!
Hinaus in's Land, soweit es reicht! Und dann die Insurgenten,
Auf ihren Bahren hingestellt in beiden Parlamenten!
O ernste Schau! Da lägen wir, im Haupthaar Erd' und Gräser,
Das Antlitz fleckig, halbverwest, die rechten Reichsverweser!
Da lägen wir und sagten aus: Eh' wir verfaulen konnten,
Ist Eure Freiheit schon verfault, ihr trefflichen Archonten!
Schon fiel das Korn, das keimend stand, als wir im Märze starben:
Der Freiheit Märzsaat ward gemäht noch vor den andern Garben!
Ein Mohn im Felde hier und dort, entging der Sense Hieben —
O wär' der Grimm, der rothe Grimm im Lande so geblieben!
Und doch, er blieb! Es ist ein Trost im Scheiten uns gekommen:
Zu viel schon hattet Ihr erreicht, zu viel ward Euch genommen,
Zu viel des Hohn's, zu viel der Schmach wird täglich Euch geboten:
Euch muß der Grimm geblieben sein — o glaubt es uns den Todten!
Er blieb Euch, ja, und er erwacht! er wird und muß erwachen!
Die halbe Revolution zur ganzen wird er machen!

Freiligrath ist der Aufreizung und des Hochverraths angeklagt. Bei seiner Verhaftung wurde das Gesetz verletzt, nämlich kein Vorführungs- sondern ein Erscheinungs-Befehl gegen ihn erlassen, um ihn sicher zu machen.

(Demokratie in Kroatien.) In Kroatien macht sich eine demokratische Opposition gegen das Treiben des in den Banden der Kamarilla gefangenen Banus Jellachich geltend, welche in einem Manifest das kroatische Volk von seiner Feindseligkeit gegen Ungarn abmahnt und auf die perfiden und verderblichen Pläne der Kamarilla hinweist.

(Verrätherei der Kamarilla.) Die österreichischen Staabsoffiziere, welche die ungarischen Streitkräfte auf dem Kriegsschauplatze im Banat befehligen, haben nicht nur bei jeder Gelegenheit durch falsches Kommando in den entscheidenden Momenten die ungarische Sache verrathen, sondern auch, wie es jetzt erwiesen, den Kriegern blinde Patronen verabfolgen lassen. Also wurden die Ungarn wehrlos den Feuerschlünden eines erbitterten Feindes entgegengeführt.

Gedruckt unter Verantwortlichkeit der Verleger, von Wilhelm Tümmel.
Expedition bei Gg. Meyer, Plobenhof S. 823.

Der freie Staatsbürger.

Ein Volksblatt aus Franken.

№ 64. Nürnberg, 16. September 1848.

Erscheint jeden Dienstag, Donnerstag und Samstag, und kann durch alle Postämter bezogen werden. Preis vierteljährlich 45 Kr. — Einrückungsgebühr 2 Kr. für die Zeile. — Einzelne Nummern à 3 Kr.

Preußen oder Deutschland.

Durch die Abstimmung in der preußischen constituirenden Nationalversammlung und die Niederlage des Ministeriums Hansemann ist die Krisis der deutschen Revolution wo möglich noch kritischer geworden. Jetzt empfindet man erst recht die Erbärmlichkeit des Frankfurter Parlaments, dem die preußische Versammlung förmlich über den Kopf gewachsen ist. Hier in Frankfurt stellt sich jetzt recht offenkundig die Reaktion, in Berlin der Fortschritt dar, und was ist das Schicksal der Reaktion im Kampf mit dem Fortschritt? Sie wird besiegt und diejenigen, welche sie vertreten, werden von dem Fortschritt an's Schlepptau genommen. Preußen d. h. das preußische Volk hat sich durch diese Abstimmung seiner Vertreter an die Spitze des deutschen Volkes gestellt, und, mögen auch die nächsten Vorgänge in Preußen sein, welche sie wollen, es handelt sich, so wie so, um die Frage: wird Preußen in Deutschland oder Deutschland in Preußen aufgehn?

Was das Vernunftgemäße ist, darüber werden wir hier keine Worte zu verlieren haben. Deutschland ist die Mutter, und Preußen muß um so mehr in Deutschland aufgehn, als manche preußische Provinzen z. B. Rheinland, Sachsen, Schlesien zwar deutsch, aber nicht preußisch sein, und zwar eben so wenig zu einem constitutionellen, als zu einem demokratischen Preußen gehören wollen; um so mehr als die Existenz einer „deutschen Großmacht“ überhaupt mit einem neuen Deutschland unverträglich ist. Lassen wir Süddeutsche aber Preußen fortwährend in der Entwicklung des politischen Lebens vorangehn, bleiben wir so, wiebisher durch Bayerns Schuld geschehen, zurück, so verliert Süddeutschland mehr und mehr seine Bedeutung und Preußen wird unbestritten der Brennpunkt des politischen Lebens in Deutschland. Denn die kleinern süddeutschen Staaten, obwohl an politischer Bildung den Bayern weit voran, werden durch das Gewicht des reaktionären Bayern (denn so es zu nennen, sind wir bis jetzt vollkommen berechtigt) in freiem Aufschwung gelähmt und so vermag Süddeutschland Preußen so viel als nichts entgegenzustellen und muß sich von ihm förmlich an's Schlepptau nehmen lassen, wenn es nicht in kürzester Frist durch eine kräftige Erhebung darthut, daß es in seiner politischen Entwicklung hinter Preußen nicht zurück steht.

Die Lage der Dinge in Preußen ist die: Das Volk hat durch seine Vertreter seinen Willen entschieden im Sinn der Demokratie und im Sinne Deutschlands ausgesprochen. Es ist in Preußen jetzt nur noch das Stockpreußenthum und der Militärabsolutismus thatsächlich zu brechen. Dieß wird geschehen entweder friedlich durch ein freisinniges Ministerium, oder durch eine neue, jetzt unausbleibliche Revolution, sofern der König, von der Aristokratie bethört, es wagen sollte, mit der constituirenden Versammlung zu brechen. In letzterem Fall handelt es sich um die Existenz der preußischen Monarchie. In beiden Fällen aber ist der Sieg der Demokratie unzweifelhaft, denn die neuen Ideen sind unwiderstehlich, und der Einmarsch der Russen, wenn er ja gewagt werden sollte, müßte nur dazu dienen, Preußen u. ganz Deutschland elektrisch zu durchzucken und eine Volkserhebung herbeizuführen, wie sie die Weltgeschichte nur in den Jahren 1792 und 93 in Frankreich sah. In letzterem Falle bangt es mir um Deutschland nicht. Der Ruf: „Das

Vaterland ist in Gefahr" wird die Trägen aus ihrer Ruhe aufrütteln und die Deutschen endlich zu einer Nation machen.

Wenn aber in Preußen der Fortschritt in friedlichem Wege siegen sollte, so ist die Hegomonie Preußens ausgesprochen, sofern wir in Süddeutschland nicht etwas Entscheidendes thun, um uns Preußen gleichzustellen. Worin soll dieses bestehen? In nichts anderem, als in der Reinigung des reaktionären Frankfurter Parlaments.

Die reaktionären Bestandtheile des Frankfurter Parlaments sind vorzugsweise die preußischen und bayerischen Abgeordneten; denn von Oesterreich sehen wir bei dieser Frage am besten ganz ab, da in seinem Verhältniß zu Deutschland noch Manches unklar ist. Die preußischen Abgeordneten haben durch die Abstimmung am 7. Sept. in Berlin und durch den Jubel des preußischen Volkes thatsächlich ein Mißtrauensvotum von ihren Wählern erhalten, und wenn nun das süddeutsche Volk die Entfernung dieser großentheils durch Täuschung und Lüge in die Paulskirche eingeschwärzten Stockpreußen verlangt und herbeiführt, so vollzieht es im Grunde nur den Willen des preußischen Volkes und dieses wird ihm zujauchzen. Die bayerischen Abgeordneten aber sind — das ist am offenkundigsten — unter dem Einfluß einer beispiellosen Reaktion und durch List und Täuschungen ohne Gleichen, wobei man die Gutmüthigkeit des nach der langen Unterdrückung arg ratlosen Volkes, durch die Beamten auf eine wahrhaft unverantwortliche Weise mißbrauchen ließ, gewählt worden. Das Volk in Franken wenigstens beginnt dieß einzusehen, und es spricht jetzt seine Entrüstung über das frevelhafte Spiel, das man mit seinem Vertrauen getrieben, nachgerade aus, trotz der fortdauernden Beamtenbevormundung.

Will Süddeutschland nicht in gänzliche Unbedeutendheit versinken, sondern bei der Neugestaltung Deutschlands sich eine Stimme erhalten, so muß es nicht nur seine eigenen reaktionären Abgeordneten zurückberufen, sondern — ich spreche es offen aus, denn die Ehre Süddeutschlands hängt daran — die Reinigung des Frankfurter Parlaments auf jede Weise, selbst die Revolution nicht ausgenommen, herbeiführen. Die Komödie in Frankfurt hat lange genug gedauert; sie hat lang genug Schmach und Verachtung auf den deutschen Namen gebracht. In England und Frankreich sind wir durch dieses über alle Massen erbärmliche Parlament zum Spott geworden. Wollen wir dieses dulden? Ist uns unsre Ehre nichts? Wollen wir in Süddeutschland warten, bis die Preußen die deutsche Ehre retten? Wollen wir Süddeutschland zu einer preußischen Provinz werden lassen? Oder wollen wir gar gegen das in der Freiheit vorangehende Preußen in dynastischem, in reaktionärem Interesse uns stemmen? Haben wir nicht aus dem Schweizer Sonderbundskriege die Lehre entnommen, daß die Reaktion im Kampf gegen die Freiheit unterliegen muß?

Oder können wir noch Sympathien, können wir noch Mitleid etwa für dieses Frankfurter Parlament fühlen? Bringt nicht jeder Tag eine neue empörende Kunde, welche eine Anklage gegen dieses von Haus aus ehr- und schamlose Parlament begründet und jedem Deutschen das Blut in's Gesicht treibt? Können wir von den neuen blutigen Gräueln der Soldateska in Mainz lesen, ohne daß wir dieses Parlament verfluchen, das durch seinen Beschluß in der Mainzer Angelegenheit diese Gräuel hervorgerufen hat?

Wahrlich nein! das Maaß dieses Unwesens ist voll, und wenn noch Ehre in den Deutschen ist, so müssen sie ihm ein Ende machen. D. S.

Der dänische Krieg.

Zur Erklärung, weßhalb der dänische Krieg beim Volke von Anfang an populär war, während die preußische Regierung den Sturm des öffentlichen Unwillens über den Posen'schen Vernichtungskrieg nur um einige Wochen zurückzuhalten vermochte, während der italienische Krieg selbst bei den Wiener Demokraten unpopulär ist und der Prager Straßenkampf, trotz aller Bemühungen der „guten" Presse im Volk Sympathien nur für die Besiegten, nicht aber für die Sieger erregte — bringt die neue rheinische Zeitung folgende wahren Bemerkungen bei. „Während die Deutschen in Italien, in Posen, in Prag die Revolution bekämpften, haben sie in Schleswig-Holstein die Revolution unterstützt. Der dänische Krieg ist der erste Revolutionskrieg, den Deutschland führt. Die Dänen sind ein Volk, das in der unbeschränktesten kommerziellen, industriellen, politischen und lite-

rarischen Abhängigkeit von Deutschland steht. Es ist bekannt, daß die faktische Hauptstadt von Dänemark nicht Kopenhagen, sondern Hamburg ist; daß die dänische Regierung alle vereinigte Landtagsexperimente der in den Barrikaden entschlafenen preußischen ein ganzes Jahr lang nachmachte; daß Dänemark alle seine literarischen Lebensmittel eben so gut wie seine materiellen über Deutschland bezieht und daß die dänische Literatur — mit Ausnahme Holbergs, — ein matter Abklatsch der deutschen ist. — Die Dänen, die Scandinavier sind nur halb civilisirt und sie sind dieß durch den Einfluß des Deutschthums. — Mit demselben Recht, mit dem die Franzosen Flandern, Lothringen und Elsaß genommen haben und Belgien früher oder später nehmen werden, mit demselben Rechte nimmt Deutschland Schleswig, mit dem Recht der Civilisation gegen die Barbarei, des Fortschrittes gegen die Stabilität. So lange die schleswig-holsteinische Bewegung eine rein bürgerlich-friedliche, gesetzliche Philisteragitation blieb, erregte sie nur die Begeisterung wohlmeinender Kleinbürger. Als daher vor der Februarrevolution der jetzige Dänenkönig bei seiner Thronbesteigung für seine Gesammtstaaten eine freisinnige Verfassung, mit gleicher Zahl Abgeordneter für die Herzogthümer wie für Dänemark versprach, und die Herzogthümer dagegen opponirten, trat der kleinbürgerliche Lokalcharakter der schleswig-holstein'schen Bewegung unangenehm hervor. Es handelte sich damals nicht so sehr um einen Anschluß an Deutschland — wo war damals ein Deutschland? — als um Trennung von Dänemark und Konstituirung eines kleinen selbstständigen Localstaates. Aber die Revolution brach herein und gab der Bewegung einen andern Charakter. Die schleswig-holstein'sche Partei mußte entweder zu Grunde gehn, oder selbst eine Revolution wagen. Sie wagte die Revolution und sie hatte Recht. Die dänischen Zusagen, vor der Revolution sehr günstig, waren nach der Revolution ungenügend; der Anschluß an Deutschland, früher eine Phrase, konnte jetzt eine Bedeutung erhalten; Deutschland hatte eine Revolution und Dänemark machte sie, wie immer, auf kleinstädtischem Fuße nach. Die schleswig-holstein'sche Revolution und die aus ihr hervorgegangene provisorische Regierung hatte anfangs selbst noch einen sehr spießbürgerlichen Charakter. Aber der Krieg zwang sie bald auf demokratische Bahnen. Schleswig-Holstein hat durch diese Regierung, in der lauter altliberale Biedermänner ehemalige Geistesverwandte von Welker, Gagern, Camphausen, sitzen — demokratischere Gesetze erhalten, als irgend ein anderer deutscher Staat. Vor allen deutschen Versammlungen ist die Kieler Landesversammlug die einzige, die nicht nur auf allgemeinem Stimmrecht, sondern auch auf direkter Wahl beruht. Der ihr von der Regierung vorgelegte Verfassungsentwurf ist der demokratischste, der je in deutscher Sprache abgefaßt worden. Schleswig-Holstein, bisher politisch von Deutschland an's Schlepptau genommen, ist durch den Revolutionskrieg plötzlich zu fortgeschritteneren Institutionen gekommen, als das ganze übrige Deutschland. Der Krieg, den wir in Schleswig-Holstein führen, ist also ein wirklicher Revolutionskrieg. Und wer ist von Anfang an auf Seite Dänemarks gewesen? Die drei contrerevolutionärsten Mächte Europas: Rußland, England und die preußische Regierung. Die preußische Regierung hat so lang sie konnte einen bloßen *Scheinkrieg* gesübrt, man denke an Wildenbruchs Note, an die Bereitwilligkeit, mit der sie auf die englisch-russischen Vorstellungen hin den Rückzug aus Jütland besahl und schließlich an den zweimaligen Waffenstillstand! Preußen, England und Rußland sind die drei Mächte, die die deutsche Revolution und ihre erste Folge, die deutsche Einheit, am meisten zu fürchten haben: Preußen, weil es dadurch aufhört zu existiren, England, weil der deutsche Markt dadurch seiner Exploitation entzogen wird, Rußland, weil die Demokratie dadurch nicht bloß an die Weichsel, sondern selbst bis an die Düna und den Dnieper vorrücken muß. Preußen, England und Rußland haben complottirt gegen Schleswig-Holstein, gegen Deutschland und gegen die Revolution. Der Krieg, der möglicherweise jetzt aus den Beschlüssen in Frankfurt entstehen kann, würde ein Krieg Deutschlands gegen Preußen, England und Rußland seyn. Und gerade solch ein Krieg thut der einschlummernden deutschen Bewegung Noth; ein Krieg gegen die drei Großmächte der Contrerevolution, ein Krieg, der Preußen in Deutschland wirklich aufgehn, der die Allianz mit Polen zum unumgänglichsten Bedürfniß macht, der die Freilassung Italiens sofort herbeiführt, der gerade gegen

die alten, contrerevolutionären Alliirten Deutschlands von 1792 — 1815 gerichtet ist, ein Krieg, der das Vaterland in Gefahr bringt und gerade dadurch rettet, indem er den Sieg Deutschlands vom Siege der Demokratie abhängig macht. Die Bourgeois und Junker in Frankfurt mögen sich keine Illusion machen: beschließen sie den Waffenstillstand zu verwerfen, so beschließen sie ihren eigenen Sturz, so gut als die Girondisten in der ersten Revolution, die am 10. August thätig waren, und für den Tod des Exkönigs stimmten, damit ihren eigenen Sturz am 31. Mai vorbereiteten. Nehmen sie dagegen den Waffenstillstand an, so beschließen sie ebenfalls ihren eigenen Sturz, so begeben sie sich unter die Botmäßigkeit von Preußen, und haben gar nichts mehr zu sagen. Sie mögen wählen. —

Der politische Verein von Nürnberg

„In Erwägung, daß er die Wahl Eisenmann's und seiner Ersatzmänner in's Parlament, in richtiger Voraussicht ihrer Folgen, vom Anfang an mit allen gesetzlichen Mitteln bekämpft hat, und daß er diese Wahl, nachdem sie nur durch gesetzwidrige Beeinträchtigung der Wahlfreiheit hatte zu Stande kommen können, für rechtsgültig niemals ansehen konnte.

In Erwägung, daß bei Gelegenheit der Abstimmungen des Dr. Krafft in Frankfurt, soweit diese öffentlich bekannt wurden, jedesmal sowohl in seinen Versammlungen, als in seinem Organ, dem freien Staatsbürger, seine Mißbilligung entschieden und unzweideutig ausgesprochen wurde," beschließt:

1) Dem Dr. Krafft ein besonderes Mißtrauensvotum wegen seiner Abstimmung am 5. September nicht zugehen zu lassen, weil daraus geschlossen werden könnte, es hätte derselbe irgend einmal das Vertrauen des politischen Vereins besessen, was nicht der Fall.

2) Zu allen Schritten, von wem sie auch ausgehen mögen, kräftig mitzuwirken, durch welche die Entfernung des Dr. Krafft aus dem Parlament und seine Ersetzung durch einen wahrhaft volksthümlichen, freisinnigen und zur Beurtheilung der kritischen Lage Deutschlands fähigen Mann herbeigeführt werden kann.

3) Diesen Beschluß in die öffentlichen Blätter einrücken zu lassen.

Glossen zur Tagsgeschichte.

(Adresse Pariser Frauen.) 1892 Frauen haben an Cavaignac eine Adresse um Amnestirung der Juni-Insurgenten eingegeben, der wir einige Stellen entnehmen: „Hunger hat die Insurgenten auf die Barrikaden getrieben. Für Rebellen würden wir kein großes Bedauern hegen, hätte die Gesellschaft sich stets anständig, weise, menschlich gegen sie betragen, ihnen eine richtige Bildung gegeben, kurz sich ihnen lieb und werth gemacht. Aber dem ist nicht so, und deshalb ersuchen wir Frauen Sie, General, die Amnestie nicht fürder aufzuschieben. Die Gesellschaft geht scheitern, unaufhaltsam, sobald nicht Unwissenheit und Hunger ausgerottet werden. Die scheußlichen Erschütterungen des Staates können nur durch Moralisirung, Bildung und Arbeitsorganisation künftig abgewandt bleiben. Ein Volk rebellirt bekanntlich nur, so lang es unglücklich ist. General! das Alterthum ging an der Sklaverei unter; soll unser Weltalter etwa am Proletariat zu Grunde gehn? Geben Sie Amnestie, das Beispiel Frankreichs wird immer von den europäischen Staaten befolgt, denn Gott wollte, daß es an deren Spitze wandle, um zu siegen oder zu sterben. Mithin verlangen wir: Amnestie und Socialreform Namens Frankreichs, seiner Ehre und seines Heils; Amnestie und Socialreform im Namen des Menschengeschlechts, damit das Wort: Brüderlichkeit sich verwirkliche; Amnestie und Socialrefrom im Namen der Frauen, die es müde sind, die Männer stets in den Reihen der Insurrektion und in denen der Ordnung fallen zu sehen." Dagegen erklären die verblendeten Bourgeoisblätter: Amnestie könne nur von Gaunern, Räubern und Wahnwitzigen verlangt werden.

Gedruckt unter Verantwortlichkeit der Verleger, von Wilhelm Tümmel.
Expedition bei Gg. Meyer, Plobenhof S. 823.

Der freie Staatsbürger.

Ein Volksblatt aus Franken.

№ 65. Nürnberg, 19. September 1848.

Erscheint jeden Dienstag, Donnerstag und Samstag, und kann durch alle Postämter bezogen werden.
Preis vierteljährlich 45 Kr. — Einrückungsgebühr 2 Kr. für die Zeile. — Einzelne Nummern à 3 Kr.

Bourgeois-Moral und demokratische Moral.

Mit den tragischsten Konflikten der Weltgeschichte sind die komischsten verbunden, an der Existenz von Monarchien und tausendjährigen Dynastien hängt die armseligste aller Existenzen, die des edlen Korrespondenten von und für Deutschland. Diese Verbindung hat wenigstens das Gute, daß die Geschichte, welche in jenen großartigen Konflikten und ihrem Ausgang ihr Urtheil ausspricht, zugleich auch jene kleinen Streitigkeiten schlichtet und die Rechtfertigung der Demokratie und der Demokraten auch dem Korrespondenten gegenüber übernimmt. In der That haben wir dem Edlen gegenüber eine sehr vortheilhafte Position; die demokratischen Ideen sind ansteckend, sie greifen immer weiter um sich, sie spotten aller Bekämpfungen des Edlen und lassen diesem ganz gleichmüthig die Polizei als die einzige Macht der Welt, die noch auf ihn hört, bei der er „Erfolge" erzielen kann. Der Korrespondent hat mit all seinen giftspeienden Artikeln gegen uns noch keinen Demokraten zu sich bekehrt; wie massenhaft aber vermehren sich die Reihen der Anhänger unsrer, der demokratischen Ansichten! Wir lesen daher jene wuthschnaubenden Artikel mit großem Gleichmuth, sie thun uns nichts. Auch kann es uns nur freuen, wenn der Korrespondent erkennt, daß wir in unsern Ansichten über Moral und Ehrenhaftigkeit sehr wesentlich von einander differiren. In der That, die demokratische Moral ist eine ganz andre, als die jüdische. Zwar ist es nicht wahr, daß wir in anonymen Smähartikeln das Institut des Korrespondenten, in dessen „Brod" wir standen, in den Staub gezogen haben; aber es gibt uns diese edle und zarte Hinweisung auf das „Brod," das wir vom Korrespondenten bezogen, wenigstens Anlaß, unsre Moral der des Korrespondenten gegenüber mit ein Paar Zügen festzustellen. Daß das „Brod," welches wir vom Korrespondenten bezogen, ein trockenes war, daß wir nur durch falsche Vorspiegelungen, die man hintendrein desavouirte, bewogen werden konnten, dieses „Brod" anzunehmen und unsre Arbeitskraft dagegen einzusetzen, (welchen letzteren Punkt der Edle ganz übersieht), das bemerke ich nur beiläufig. Man kennt ja jene berühmte Bourgeois-Ehrenhaftigkeit, mit welcher der „honette" Spekulant kein Versprechen und keine Lüge spart, um einen Mann, dessen Leistungen er zu seinem Vortheil ausbeuten zu können hofft, in sein „Brod," oder besser gesagt in seine Krallen zu locken. Aber der Korrespondent hat uns mit jener zarten Andeutung auf die höchst ehrenhafte Maxime hingewiesen, welche mit unsichtbaren Lettern als Motto über jeder Nummer des Korrespondenten steht: »Weß Brod ich esse, deß Lied ich singe.« Unter Metternichs „unvergeßlichem" Regiment, bei dem sich der Korrespondent, eines der weniger bevorzugten Blätter, den Einlaß nach Oesterreich zu verschaffen wußte, sang er das Lied Metternichs, denn er aß sein Brod; seit Metternichs System und folglich auch der Absatz des Korrespondenten nach Oesterreich bankrott geworden, ist es das Lied des bayerischen Ministeriums, was der Korrespondent um so eifriger singt. Denn wenn ihm dieses Ministerium und seine Unterbehörden nicht alle amtlichen Anzeigen zuschanzen würden, so hätte er nichts mehr zu beißen, kein Mensch würde das schlechte Blatt noch halten. Das ist die Moral des Korrespondenten. Ein Mann, dessen Gesinnung nicht käuflich, der in seinen Vertragsverhältnissen zwar

seine Pflicht thut und so thut, daß Niemand ihm die Anerkennung versagen kann, der aber, eben weil er eine „Ehre" und ein „Gewissen" hat, sich seine Gesinnung frei und unabhängig erhält, und sie nicht nach dem Geld oder dem „Brod" modificirt, der ist ihm fatal und er schmäht ihn als „ehrlos." Das ist der Unterschied der demokratischen und der jüdischen Moral. Wir Demokraten halten den für einen Schuft, der anders spricht oder schreibt, als er denkt, der insbesondre durch äußere Vortheile sich bestimmen läßt, eine Ansicht zu vertreten, die ihm nicht Ueberzeugung ist. Der Korrespondent hält den für einen ehrlichen Mann, der ihm so schreibt, wie er es in seinen Kram braucht, heute so, morgen anders, je nachdem der Wind weht. Beispiel: Der Korrespondent läßt sich aus Frankfurt von einem seiner Berichterstatter *† die hämischsten Bemerkungen über die Linke schreiben, jede Thatsache in einem für diese ebenso ungünstigen als unwahren Lichte darstellen. Dieser Berichterstatter ist dem Korrespondenten gewiß ein höchst ehrenhafter Mann; würde er denn sonst Berichte, und zwar raisonnirende Artikel von ihm aufnehmen? Er schreibt dem Korrespondenten, wie der Korrespondent es haben will. Wir halten diesen Berichterstatter für einen ehrlosen Schuft, weil er mit seiner Gesinnung Schacher treibt, weil er nicht das schreibt, was seine Ansicht ist, sondern so, wie er am besten dafür bezahlt wird. Denn der nämliche Berichterstatter schreibt über einen und denselben Gegenstand an die Blätter von verschiedener Farbe ganz anders, wie wir beweisen könnten. Das sind die Berichterstatter des Korrespondenten, das ist der Unterschied zwischen demokratischer und jüdischer Moral.

Diezel.

Gehet hin und thuet desgleichen.

Unter dieser Aufschrift berichtet die Reichstagszeitung: Der aus 500 Mitgliedern bestehende Bürgerverein zu Glauchau macht durch Plakat einen Beschluß bekannt, der in allen ähnlichen Fällen Nachahmung verdient, da er ein ächt radikaler ist. Die 500 Mitglieder des Bürgervereins erklären nämlich:

1) Daß sie keine Gast- und Schanknahrung, keinen Kaufladen oder sonstiges offenes Geschäft betreten und darin Bedürfnisse entnehmen werden, welche ihre Anzeigen in dem zu einem jesuitisch-reaktionären Schmutzblatt herabgesunkenen Schönburg'schen Anzeiger einrücken lassen; daß sie

2) Bei keinen öffentlichen Verkäufen, Auktionen u. s. w. erscheinen werden, die in dem oben genannten Blatt angezeigt sind;

3) daß sie dem dasigen Kirchner alle freiwilligen Einkünfte entziehen wollen, so lange noch die kirchlichen Nachrichten in dem fraglichen Anzeiger erscheinen; daß sie endlich

4) alle darin veröffentlichten obrigkeitlichen Bekanntmachungen als für sie nicht publicirt betrachten, da sie den S. Anzeiger durchaus nicht lesen wollen und werden.

Wir empfehlen dieses Verfahren auch den Nürnbergern gegen eine Zeitung, deren Namen wir nicht nöthig haben auszusprechen.

Urwählerversammlung in Nürnberg.

Bevor wir auf die Schilderung der am Sonntag den 17. Sept. in der Katharinenkirche stattgehabten Urwählerversammlung eingehen, müssen wir mit wenigen Worten auf das offene Antwortschreiben an den Nürnberger Volksverein zu sprechen kommen, das unter Herrn Dr. Krafft's Namen in der Mittelfränkischen Zeitung sich eingerückt findet. Wir können nicht glauben, daß dieses ebenso anmassende als lächerliche Schreiben von Herrn Dr. Krafft selbst herrührt, wenn es auch seine Unterschrift trägt. Wir erinnern uns eines in ganz anderem Tone abgefaßten Schreibens des Herrn Dr. Krafft, in welchem er Mitte Juli auf ehrenhafte Weise seine Bereitwilligkeit aussprach, sein Mandat augenblicklich niederzulegen, sobald die Urwähler des Bezirks sich mit seinem parlamentarischen Verhalten unzufrieden erklären würden. Wir haben Herrn Krafft bisher bei aller Verschiedenheit unserer politischen Ansicht, für einen redlichen, guten, wenn auch schwachen Mann gehalten, der zur Uebernahme der Abgeordnetenstelle im Gefühl seiner Schwäche sich nur ungern und nur auf das Andringen seiner constitutionellen Freunde entschloß, welche in ihm den einzigen Mann besaßen, der als Candidat für die Abgeordnetenstelle nicht auf allseitigen Widerspruch stieß. Wir müssen deshalb annehmen, daß

Herr Krafft, eben nur als die Puppe am Draht der constitutionellen Clique zur Unterzeichnung eines Briefes sich verstanden habe, den eine durch ihre Niederlagen gereizte und bis zum Wahnwitz aufgebrachte Partei ihm fix und fertig vorlegte — wenn der Brief wirklich die eigenhändige Unterschrift des Dr. Krafft trägt. Jedenfalls hätte die Partei Herrn Dr. Krafft und sich selbst keinen tödtlichern Streich versetzen können, als durch diesen Brief geschehen, denn wer noch von Nürnbergs Bürgern Ehre im Leib hat, muß sich empört fühlen durch diese souveraine Verachtung, welche der Abgeordnete von Nürnberg hier einem Verein von 700 Bürgern zuschleudert, welche einstimmig dem Herrn Krafft ein Mißtrauensvotum beschlossen hatten. Eine übermüthige Sprache, eine Ueberhebung über das Volk, das man unzweideutig an den beschränkten Unterthanenverstand erinnert, wäre in dem Munde eines politisch hochgebildeten, durch seinen Geist und seine Leistungen in der Nation berühmten Abgeordneten eine Anmassung; im Munde eines geistig durchaus bedeutungslosen Mannes, wie Herr Dr. Krafft, der in seiner 4monatlichen parlamentarischen Laufbahn kein Wort gesprochen, in keinen Ausschuß gewählt worden, der nichts gekonnt und nichts gethan, als mit dem Jesuiten Radowitz stimmen, in einem solchen Munde ist diese Sprache eine Lächerlichkeit. In der Urwählerversammlung zeigte es sich übrigens, daß nicht blos der Volksverein mit Herrn Krafft unzufrieden ist, daß das Verhältniß seiner Gegner zu seinen Freunden in Nürnberg das von 2000 zu 2 ist. In der That machten die Freunde des Herrn Krafft in der Versammlung wenig Glück; man hatte Mühe, ihnen nur das Wort zu verschaffen. Das Volk ist es müde, sich von den Nürnberger Advokaten und Bourgeois mit den alten abgenützten Phrasen regaliren zu lassen; ihre Zeit ist zu Ende. Ein gewisser Herr Merck, des Herrn Dr. Krafft Amanuensis (oder sollte er vielleicht Herrn Krafft beigegeben worden sein, um denselben vor der Verführung zu demokratischen Tendenzen zu bewahren?) suchte im Laufe seiner Vertheidigungsrede für Herrn Krafft, die Sache so darzustellen, als hätte es sich im April in Nürnberg um Herrn Krafft gehandelt, während Jedermann weiß, daß damals einzig und allein von Herrn Eisenmann die Rede war, und von Herrn Krafft, der bei seinem Wirken für Herrn Eisenmann nur seine gänzliche Unfähigkeit bewies, gar nicht. Ein einziges Wort des Herrn Merck enthielt eine Wahrheit, nemlich die Bezeichnung der polizeilichen Volksversammlung am 24. April als eines Komödiantenstreichs. Das Resultat der Urwählerversammlung war der nachstehende Beschluß, gegen den nur Herr Advokat Korte und Herr Kaufmann Gebhard stimmten:

In Erwägung, daß der Abgeordnete von Nürnberg, Hr. Dr. Krafft, sowohl in vielen seiner früheren Abstimmungen, als insbesondere in seiner Abstimmung vom 5. Sept., die Interessen des Volks, die er hätte vertreten sollen, und die Ehre Deutschlands nicht gewahrt hat;

In Erwägung, daß der unter denselben Umständen und Einwirkungen, wie Herr Dr. Krafft, gewählte 2te Ersatzmann, Herr Dr. Kalb, bei jeder Gelegenheit, namentlich bei einer Versammlung der Wahlmänner in Feucht &c. zu denselben politischen Ansichten sich bekannt hat, welche Herr Dr. Krafft in seinen Abstimmungen darlegte;

In Erwägung, daß die Wahlmänner des Wahlbezirks Nürnberg s. Z. lediglich zum Zweck der damaligen Parlamentswahl gewählt wurden, jetzt aber keinerlei Wahlbefugniß mehr auszuüben berechtigt sind, beschließen die versammelten Urwähler:

1) Dem Abgeordneten Herrn Dr. Krafft die unumwundene Erklärung zu geben, daß er das Vertrauen der Urwähler Nürnbergs nicht besitze, und ihn zu sofortiger Niederlegung seines Mandats aufzufordern;
2) gegen Herrn Dr. Kalb die bestimmte Erwartung auszusprechen, daß er von der ihm zugefallenen Wahl als Ersatzmann unter diesen Umständen keinen Gebrauch machen werde;
3) die Herren Krafft und Kalb aufzufordern, ihre deßfallsigen Erklärungen dem unterzeichneten provisorischen Comité binnen 8 Tagen zukommen zu lassen;
4) sofort die Behörde zu veranlassen, daß sie unmittelbar nach Einlauf der entsprechenden Erklärungen der Herren Krafft und Kalb die Einleitung zu neuen Urwahlen treffe;
5) Von diesem Beschluß den dem hiesigen Wahlbezirk zugetheilten Urwählern des Landgerichts Altdorf Mittheilung zu machen. Vorstehender Beschluß wurde von allen Anwesenden gegen 2 Stimmen angenommen.

Glossen zur Tagsgeschichte.

(Die Potsdamer Militär-Emeute.) Die letzten Stützen der Reaktion wanken. Das preußische Militär ist es müde, sich von der Kamarilla als Werkzeug gegen seine Brüder benützen zu lassen. Es sollte in Potsdam eine Geldvertheilung an diejenigen Soldaten vorgenommen werden, die am 18. Merz am erbittertsten gegen das Volk gekämpft hatten. Das ist Blutgeld, riefen die braven Grenadiere und Füsiliere vom 1. und 2. Garderegiment und wiesen es mit Abscheu zurück. Sie verfertigten eine Adresse an die Nationalversammlung und an den Abgeordneten Stein, worin sie dankten für den Beschluß über die reaktionären Officiere. Die Adresse wurde weggenommen. Sie trug 700 Unterschriften. Eine Abtheilung sollte zur Strafe bivouakiren. Sie stellte die Gewehre zusammen und wich nicht von der Stelle. „Die alte Wirthschaft muß aufhören, wir lassen uns nicht mehr malträtiren wie die Hunde," riefen die Soldaten. Das war die Einleitung zu den Potsdamer Scenen. Die Dankadresse des Potsdamer Militärs an die hohe Nationalversammlung in Berlin lautet: „Der Glaube, als sei zwischen Militär und Volk eine schroffe Scheidewand, macht sich leider hier und da noch geltend, und ist der unselige Grund zu betrübenden Mißverständnissen und traurigen Mißhelligkeiten. Wir Unterzeichneten erkennen aber freudig an, daß wir Eins und einig sein müssen mit dem preußischen, mit dem deutschen Volke, soll die Zukunft unsres Gesammtvaterlandes eine starke und freie genannt werden. Deßhalb begrüßen wir jeden freisinnigen Beschluß der hohen Nationalversammlung mit herzlicher, lebhafter Freude, und fühlen uns insbesondere gedrungen, für die Annahme des Stein'schen Antrages den freimüthigen und volksfreundlichen Vertretern aller Preußen unsern innigsten, wärmsten Dank hiedurch darzubringen. Ist unser Heer ein nach allen Seiten hin geeinigtes, volksthümliches und freisinniges, so erwächst der im Aufbau begriffenen Verfassung dadurch die sicherste Bürgschaft. Möge die hohe Nationalversammlung die lebhaften Gefühle unsers Dankes als den reinsten Tribut ächter, treuer Söhne eines zu Größerem berufenen Vaterlandes betrachten!"

(Wie man in Nordamerika über uns denkt.) In den Zeitungen findet man einen offenen Brief des Dr. Friedrich Häußler in St. Louis, Staat Missouri, Bürgers der vereinigten Staaten und Mitglied des republikanisch-deutschen Comité in St. Louis, an den nordamerikanischen Consul in Leipzig, Hrn. Flügel, der in nordamerikanischen Blättern zu Sammlungen für die deutsche Flotte aufgefordert hatte. Hr. Häußler protestirt als einer der Repräsentanten von nahe zu 25,000 deutschen Bürgern von Missouri sowie von Hunderttausenden freier Deutscher in den westlichen Staaten gegen jede Betheiligung deutscher Republikaner an diesen Sammlungen. „Bedarf das alte Vaterland, sagte er, unsrer moralischen und pekuniären Beihilfe zur Einführung einer auf Vernunft und die angebornen Menschenrechte gegründeten republikanischen Staatsverfassung, so soll ihm dieselbe gewiß nicht fehlen. Allein für eine deutsche Fürstenflotte, Herr Consul, haben wir auch nicht einmal einen rothen Kupfercent übrig. Wenn wir uns zu wiederholten Malen bei andern Gelegenheiten wohlwollend des alten Mutterlandes, oder besser gesagt, einzelner, von dem Despotismus deutscher Fürsten verfolgter sogenannter Patrioten, wie z. B. Jordans erinnerten, so geschah dies lediglich, weil wir in den Verfolgten Volksmänner oder Republikaner zu erblicken glaubten. Für die constitutionellen Volksvertreter Jordan ꝛc., das versichere ich Ihnen, hätten wir jetzt ebenso wenig als für eine deutsche Flotte Geld übrig. Ueberhaupt muß ich Ihnen sagen, hat das feige und perfide Benehmen der constitutionellen Philister und Zöpfe, Dahlmann mit seinen Vertrauensmännern unter ihnen, bis zu den gemeinen Schurken und Verräthern, die für den Judaslohn von Aemtern und Stellen das deutsche Volk aufs Neue an seine Dränger verrathen und verkaufen, einen gewaltigen Dämpfer auf den feurigen Enthusiasmus und die glühende Theilnahme an dem Geschick des alten Vaterlandes gesetzt. Nach der ersten Kunde von der muthigen Erhebung Deutschlands, im Sinne der Völkerfreiheit, beseelte die Deutschen der Union ein erhabenes Mitgefühl, aber an die Stelle der Sympathie ist bei Vielen Eckel und Verdruß getreten, nie wieder für das alte Vaterland in irgend einer Weise sich zu betheiligen oder auch mit andern Worten: nie wieder sich in den Augen seiner amerikanischen Mitbürger andern Stammes, die uns wegen des deutschen Constitutionalismus höhnen und mit Recht verlachen, zu prostituiren." Das ist ziemlich deutlich. Hr. Häußler gibt uns zuletzt den Rath, einmal auf ein Jahr unsern 34 Fürsten den Gehorsam zu kündigen und die Höchsten und Allerhöchsten ohne Bezahlung zu lassen. Wir würden dadurch in den Besitz von so vielen Millionen gelangen, als nöthig sind, um uns eine ganz respektable Flotte anzuschaffen.

Gedruckt unter Verantwortlichkeit der Verleger, von Wilhelm Tümmel.
Expedition bei Gg. Meyer, Plobenhof S. 823.

Der freie Staatsbürger.

Ein Volksblatt aus Franken.

№ 66. Nürnberg, 21. September 1848.

Erscheint jeden Dienstag, Donnerstag und Samstag, und kann durch alle Postämter bezogen werden.
Preis vierteljährlich 45 Kr. — Einrückungsgebühr 2 Kr. für die Zeile. — Einzelne Nummern à 3 Kr.

Die bayerische Regierung und die Centralgewalt.

Die bayerische Regierung hat nach Empfang der Nachricht von dem Palamentsbeschlusse wegen Sistirung des Waffenstillstandes den Grafen Bray nach Frankfurt gesendet. Zeitungsartikel, welche zum Theil offiziell oder wenigstens halboffiziell zu sein scheinen, behaupten, er solle dem Reichsverweser die Mediation Bayerns antragen, und, im Fall der Krieg fortgeführt werden müßte, ihm die bayerischen Truppen unbedingt zur Verfügung stellen. Die Presse, und zwar auch die sogenannte unabhängige Presse, wie z. B. der Nürnberger Kurier, sind entzückt über diesen Schritt der bayerischen Regierung und wissen nicht Rühmens genug zu machen von einer Maßregel, mit welcher sich die bayerische Regierung an die Spitze des süddeutschen Volkes gestellt habe.

Wir bekennen, es bedurfte für uns dieses Beweises nicht, um zu wissen, daß es in Bayern eine unabhängige Presse kaum gibt, daß wenigstens die größeren Journale Bayerns nicht unabhängig sind. Hätten wir es aber nicht vorher schon gewußt, so hätten wir es bei diesem Anlaß gelernt. Denn wahrlich, wenn der, durch seine Erklärung in der bayerischen Kammer über das Verhältniß Bayerns zu Deutschland bekannte Graf Bray wirklich, wie die Zeitungen melden, mit dem oben angeführten Auftrag nach Frankfurt gesendet wurde, so hat das bayerische Ministerium mit diesem Schritt just das Gegentheil von dem ausgesprochen, was die sogenannte unabhängige Presse darin finden will.

Bayern will der Centralgewalt seine Mediation, seine Vermittlung antragen? Hat es dieß wirklich gethan, wie die Zeitungen melden, so hat es sich damit einer Ueberhebung schuldig gemacht, welche ebenso ordnungswidrig als lächerlich ist. Wenn zwei Mächte mit einander in Streit sind, so kann eine dritte, den zweien ebenbürtige und gleichstehende Macht ihre Vermittlung antragen, um die Zwistigkeiten friedlich zu schlichten. Ist aber Bayern eine der Centralgewalt von Deutschland ebenbürtige, gleichstehende Macht? Bayern ist der Centralgewalt unterworfen, und wenn es wirklich dem Reichsverweser seine Vermittlung angetragen hat, so ist dieß ebenso lächerlich, als wenn in einem Streit zwischen der Eidgenossenschaft, der Tagsatzung und der Republik Frankreich der Kanton Baselland sich zum Vermittler antragen würde. Weiß die bayerische Regierung nicht, was das Gesetz vom 28. Juni besagt? Weiß sie nicht, daß gewisse Attribute der Souveränetät, daß die Vertretung der Einzelstaaten bei den auswärtigen Mächten den Einzelstaaten entzogen, und der Reichsgewalt allein zuerkannt sind? Wenn die bayerische Regierung ihre Gesandten im Ausland noch nicht abberufen, diesen Theil der Souveränetät noch nicht abgegeben hat, so hat sie ordnungswidrig und ungesetzlich gehandelt; denn jenes Gesetz vom 28. Juni ist unbedingt bindend für sie. Ein Vermittlungsanerbieten von einem ihr untergebenen Bundesglied ist eine Beleidigung für die Centralgewalt, wäre eine Beleidigung gegen das zur Herstellung einer kräftigen deutschen Einheit fest entschlossene Volk, wenn es diesem nicht vielmehr lächerlich erschiene.

So muß die Sache der wirklich unabhängigen Presse erscheinen — wenn Bayern den fraglichen Schritt gethan hat.

Ganz die gleiche Bewandtniß hat es mit dem andern Theil der dem Grafen Bray zugeschriebenen Mission. Bayern stellt dem Reichsverweser seine Truppen zur Verfügung. Wenn Bayern dieß durch Bray erklärt hat, so liegt in einer solchen Erklärung ausgesprochen, daß Bayern seine Truppen der Reichsgewalt auch nicht zur Verfügung hätte stellen können, wenn es gewollt hätte. Also abermals eine thatsächliche Verkennung und Mißachtung des Gesetzes vom 28. Juni. Es muß sich ganz von selbst verstehn, daß sämmtliche bayerische Truppen dem Reichsverweser zur Verfügung stehen müssen, sobald er derselben bedarf.

Hätte das Parlament, hätte die Reichsgewalt und ihr erstes Ministerium sich nicht vom Volke entfernt, hätte es sich auf das Volk gestützt, statt mit den Einzelregierungen auf gleichem Fuß zu unterhandeln, so wäre ihnen erspart gewesen, solche beleidigende und demüthigende Anerbietungen hinzunehmen. Doch wir wollen hoffen, daß dieses heillose Unterhandlungs-System mit dem Ministerium Schmerling-Heckscher gestürzt worden.

Was aber jedenfalls noch nicht gestürzt ist, was voraussichtlich noch lange aufrecht stehn wird, das ist der Servilismus, der Knechtsinn der bayerischen Presse, sowohl der offenkundig gekauften, als der sogenannten unabhängigen.

G. D.

Glossen zur Tagsgeschichte.

(Verhältnisse eines fürstlichen Vermögens.) Am 1. September wurden in Kassel in der Ständekammer die Verhältnisse des kurfürstlichen Vermögens erörtert. Das ganze Vermögen des Kurhauses stammt aus jenem Blutgeld für die von Landgraf Friedrich an England verkauften 16000 Soldaten, die in Amerika gegen die Freiheit kämpften (30 Rthl. für jeden Mann, 20 Pf. Sterl. für jeden Gebliebenen.) Das ist der Grundstock des Vermögens. Dieser macht mit Zins und Zinseszinsen à 5 % 44 Millionen aus. Von Rechtswegen gehörten diese Millionen den Hinterbliebenen der Kämpfer, auf welche per Kopf ungefähr 3500 Rthl. käme, auf die Hinterbliebenen der Gefallenen dagegen etwa 4500 Rthl. Henkel zählte ausserdem auf, wie der Hof des regierenden Kurfürsten während der Mitregentschaft des Kurfürsten von seinem Einkommen nicht im Geringsten den Gebrauch gemacht habe, den er davon hätte machen müssen. Die Schlösser, die er hätte erhalten sollen, sind verfallen, an der Bezahlung der Hofdiener wurde jährlich 60,000 Rthl. gespart. Noch mehr, der Staat wurde bei jeder Gelegenheit übervortheilt. Knobel rechnete, daß der Hof seit 17 Jahren allein an baarem Gelde mit Zins über die Hofdotation erhalten habe 900,000 Rthl. So viel läßt sich nur nachrechnen. So konnte der Kurfürst jährlich 144,000 Rthl. auf der Landeskreditkasse anlegen, wodurch es manchem andern Kapitalisten unmöglich gemacht wurde, seine kleinen Kapitale unterzubringen. Die Hofgelder hatten den Vorzug. Im Jahr 1831 bei der Theilung des Vermögens in Haus u.- Staatschatz kamen 22 Millionen zum Vorschein und andere 22 waren schon in Sicherheit. Die Gräfin Reichenbach soll davon 14 Mill. erhalten haben, das übrige hat die Bergen, die letzte Maitresse des alten Kurfürsten, jetzt die Geliebte des auch in seinen Liebschaften heruntergekommenen Fürsten Lichnowski, vulgo Schnapphanski. — Welch ein Glanz der Monarchie!

(Frankreichs Entfremdung gegen Deutschland.) Warum ist Frankreich gegen Deutschland so kalt geworden? Ein Brief aus Paris in der Reichstagszeitung sagt darüber sehr wahr: „Frankreich gab nach seiner glorreichen Februarrevolution ein Beispiel von Mäßigung und Sympathie für die volksthümlichen Regungen in Deutschland, wovon die Weltgeschichte kein ähnliches Beispiel zeigt; und Alles dieß in der Hoffnung, Deutschland werde in demokratischem Geiste sich in einer Weise erheben, daß wir, mit diesem Hand in Hand gehend, auf friedlichem Wege die großen Fragen der politischen Wiedergeburt aller Nationalitäten lösen könnten. Allein es war bittre Täuschung! Deutschland hat in das veraltete faule Geleise wieder eingelenkt, 38 Dynastien beibehalten und nochoben darein ein Kaiserthum geschaffen, also eben so viele Lager für die Intriguen für das gestürzte Königthum aufgeschlagen, worin die Pläne der Untergrabung unsrer Republik geschmiedet werden. Wer kann es uns also verargen, wenn wir unsre Politik ändern und gegen die ewigen Feinde der Freiheit, die Fürsten, auf unsrer Hut sind? Zudem wissen wir recht wohl, daß es noch in Deutschland eine mächtige Volkspartei gibt, die wir in dem

Augenblicke aufgeben würden, in welchem unsre Republik die Taktlosigkeit beginge, mit seinen 39 Dynastien und seiner faulen Aristokratie eine Art Verständigung zu treffen.

(Berlin.) Die „Reform" enthält eine Ansprache an die Süddeutschen, ihr Mißtrauen gegen Berlin aufzugeben. Berlin sei einig und fest entschlossen, die Versammlung aufrecht zu erhalten gegen den Hof, es habe die Stimmung in den preußischen Provinzen umgewandelt und die Süddeutschen hätten Ursache, mit Berlin zufrieden zu sein. Der Artikel schließt mit den Worten: „Es gibt merkwürdige Wege zur deutschen Einheit; vielleicht ist eine davon das Kanonengeleise von Potsdam u. Charlottenburg nach Berlin.

(Erzherzog Johann.) Herr von Schmerling war es, der das Gerücht ausstreute, der Reichsverweser werde abdanken, wenn der Waffenstillstand verworfen würde. Es war dieß ein Mittel, um die Majorität für die Genehmigung zu gewinnen. Der Reichsverweser hat deßhalb ein Mitglied der Linken ermächtigt, diese Behauptung für eine „Lüge" zu erklären.

(Die preußischen Garden.) Bekanntlich hat das Kriegsministerium die Zahl der in der Nacht von 18. auf 19. März in Berlin gefallenen Soldaten auf nur 19. angegeben, obwohl man sie, nach mäßiger Berechnung, auf mehre Hunderte schätzen konnte. Man ist jetzt durch einen Zufall hinter die Schliche gekommen. Ein am 18. März verwundeter Grenadier vom Garderegiment versteckte sich in Berlin, und kehrte, da sein Regiment aus Berlin ausgerückt war, nach seiner Genesung zu seinem Vater nach Prenzlau zurück. Kürzlich erhält dieser einen Todtenschein seines Sohnes aus Schleswig, derselbe sei dort gefallen. Der Vater war natürlich nicht wenig erstaunt, als er mit diesem Todtenschein in der Hand seinen Sohn ansah. Man kann sich nun die Sache denken. Die in Berlin gefallenen Gardegrenadiere werden jetzt als in Schleswig gefallen dargestellt. Es erklärt sich hieraus zugleich das Räthsel, daß von den Gardegrenadieren so viele geblieben sein sollen, während viele Briefe aus Schleswig versichern, die Garde sei bei den Gefechten kaum in's Feuer gekommen. Preußische Pfiffe!

Allerlei.

Herr Corwell, der bekannte Luftschiffer, wollte bei seiner Himmelfahrt am 17. September die schwarzweiße Fahne wehen lassen. Einige höchst fröhliche Proletarier droheten aber damit, ihn „zurücktrecken" zu wollen, wenn er die verhaßten Couleuren nicht sofort entferne. Herr Corwell mußte gehorchen und stieg schwarz-roth-golden in die Lüfte.

Der demokratischen Partei sind folgende sehr wahre Worte Karl Heinzen's zu empfehlen: „Die demokratische Partei untergräbt jetzt ihre Sache, wenn sie nicht streng ist bei der Auswahl derer, welche sie durch öffentliches Auftreten repräsentiren. Daß sie sich Leuten von durchaus zweifelhaftem Charakter anvertraute, erklärt sich nur dadurch, daß eine gute Lunge, Dreistigkeit und etwas Schwätzertalent in der Regel hinreichen, dem großen Haufen alle übrigen Eigenschaften zu ersetzen."

Hecker hat in einer bereits mit Beschlag belegten Schrift: „Die Erhebung des Volks in Baden, für die deutsche Republik im Frühjahr 1848" als Ursachen des Mißlingens seiner Unternehmung angegeben: 1) die Feigheit eines Theils die Republikaner, welche glaubten, man solle ihnen die Republik auf dem Teller präsentiren, oder sie lasse sich mit schönen Phrasen erkaufen (Kuenzer, Würth, Katzenmaier, Zogelmann, Arzt Banotti, Hüetlein in Konstanz); 2) der Verrath mehrer anderer z. B. Welte's und Grüningers; sogar mit den falschen Unterschriften Heckers und Struve's wurde vom Zuzuge abgemahnt; 3) das Zaudern Weißhaar's und die Kapitulation Struve's in Donaueschingen; 4) Mangel an Energie unter dem Volke selbst, das mit dem Waffenhandwerk noch nicht vertraut war; 5) mangelhafte Ausführung militärischer Anordnungen; 6) Mangel an Munition (vor Freiburg); 7) die Täuschung, daß die badischen Soldaten das gegebene Wort, nicht auf die Republikaner zu schießen, halten werden; 8) die Uebermacht des Gegners, der aus drei andern Staaten Truppen herbeizog; 9) Mangel an Zusammenwirken von Seiten der republikanischen Kolonnen.

(Köln den 18. Sept.) Gestern fand bei Worringen eine große Volksversammlung Statt. Von Köln waren fünf oder sechs große Rheinkähne, jeder mit ein paar hundert Menschen, die rothe Fahne voraus, den Rhein hinab gefahren. Von Neuß, Düsseldorf, Krefeld, Hittorf, Frechen und Rheindorf waren mehr oder minder zahlreiche Deputationen anwesend. Die Versammlung, auf einer Wiese am Rheine abgehalten, zählte mindestens 6—8000 Menschen.

Karl Schapper aus Köln wurde zum Präsidenten, Friedrich Engels von Köln zum Sekretär ernannt. Auf Anfrage des Vorsitzenden erklärte sich die Versammlung mit allen gegen Eine Stimme für die Republik, und zwar für die demokratisch-soziale, für die rothe Reublik.

Auf den Vorschlag von Ernst Dronke von Köln wurde dieselbe Adresse an die Berliner Versammlung, die vorigen Mittwoch auf dem Frankenplatz in Köln beschlossen worden, (worin die Versammlung aufgefordert wurde, im Falle einer Auflösung selbst der Gewalt der Bajonette nicht zu weichen) auch von der Worringer Versammlung einstimmig angenommen.

Auf den Vorschlag von Joseph Moll von Köln wurde der in Köln in öffentlicher Volksversammlung erwählte Sicherheitsausschuß anerkannt und auf Antrag eines Mitgliedes der Versammlung demselben ein dreimaliges Hoch gebracht.

Auf den Vorschlag von Friedrich Engels von Köln wurde folgende Adresse einstimmig beschlossen:

An die deutsche Nationalversammlung in Frankfurt.

Die hier versammelten deutschen Reichsbürger erklären hiermit:

Daß sie, wenn aus der Widersetzlichkeit der preußischen Regierung gegen die Beschlüsse der Nationalversammlung und der Centralgewalt ein Konflikt zwischen Preußen und Deutschland entstehen sollte, sie mit Gut und Blut zu Deutschland stehen werden.

Worringen, 17. Sept. 1848.

Auf den Antrag von Schultes aus Hittorf wurde beschlossen: daß die Kölnische Zeitung nicht die Interessen der Rheinprovinz vertritt.

Es sprachen ausserdem noch W. Wolff von Köln, F. Lassale von Düsseldorf, Esser von Neuß, Weyll, Wachter, Becker und Reichhelm von Köln, Wallraf von Frechen, Müller, Mitglied des Worringer Arbeitervereins, Leven von Rheindorf, Imandt von Crefeld. Den Schluß der Sitzung bildete eine kurze Ansprache von Henry Brisbane von New-York, dem bekannten Redakteur der demokratisch-sozialistischen New-York Tribune.

Im Laufe der Sitzung wurde aus sicherer Quelle mitgetheilt, daß man beabsichtige „am Dienstag die 27ger wieder nach Köln rücken zu lassen, die übrigen Bataillone des Regiments ebenfalls herbeizuziehen, die Soldaten zu Streitigkeiten mit den Bürgern zu veranlassen, bei dieser Gelegenheit die Stadt in Belagerungszustand zu erklären, die Bürgerwehr zu entwaffnen und uns kurz und gut nach Mainzer Manier zu behandeln."

Für den Fall, daß diese Nachricht wirklich begründet sei, daß es zu einem Zusammenstoß kommen sollte, haben die anwesenden Bewohner der Umgegend den Kölnern ihre Hülfe zugesagt. In der That warten die Worringer nur der Aufforderung zu erscheinen.

Dies zur Notiz für den Erbürgerwehrkommandanten Herrn Wittgenstein. (N. Rh. Z.)

(Mannheim, den 18. Sept.) Heute verhandelte das großherzogliche Oberhofgericht hier über die Frage, welches Gericht in dem gegen unsern Mitbürger H. Hoff verhängten Prozesse abzuurtheilen hat. Hoff sitzt seit fünf Monaten als Angeschuldigter einsam in einer Strafzelle zu Bruchsal und jetzt endlich ward wenigstens festgestellt, Wer in seiner Sache Richter sein solle. Das Oberhofgericht entschied nämlich, daß der Beschluß des hiesigen Hofgerichts vom 3. August, gegen welchen die Staatsbehörde appellirt hatte, festzuhalten und demnach das Ausnahmsgericht zu Freiburg kompetent sei.

Das erneuerte Gesuch des Angeschuldigten um Entlassung aus dem Verhaft verwarf der Gerichtshof, weil eine Oberappellation in dieser so wichtigen Frage nach einem Gesetzesparagraphen nicht zulässig sei. Hoff ist dennoch in den bruchsaler Kerker zurückgebracht worden. (Mannh. Abdztg.)

Berichtigung.

In der letzten Nummer 65. des Blattes soll es Seite 1. Spalte 2. Zeile 21. heißen statt eines der weniger bevorzugten Blätter: eines der wenigen bevorzugten Blätter.

Gedruckt unter Verantwortlichkeit der Verleger, von Wilhelm Tümmel.
Expedition bei Gg. Meyer, Plobenhof S. 823.

Der freie Staatsbürger.

Ein Volksblatt aus Franken.

№ 67. Nürnberg, 23. September 1848.

Der freie Staatsbürger.

Organ der Demokratie.

redigirt von Gustav Diezel

wird vom 1. Okt. an im vergrößerten Format an allen Wochentagen erscheinen und, von tüchtigen demokratischen Kräften durch Originalberichte aus den deutschen Hauptstädten unterstützt, alle politischen Nachrichten aufs Schnellste und Genauste mittheilen. Sonntags werden nur wichtige Nachrichten auf einem Extrablatt gegeben. Der „freie Staatsbürger" wurzelt in der fränkischen Demokratie, die wiederum an ihn sich anlehnt. Er ist das Organ der demokratischen Partei in Franken. Mit ihr wird auch er seine Wirksamkeit jetzt erweitern und deßhalb als politische Zeitung täglich erscheinen. Er ist in den Stand gesetzt, es den übrigen Nürnberger Blättern in schneller und vollständiger Mittheilung der politischen Nachrichten durchaus gleich zu thun, während sein Preis der niedrigste ist; jährlich 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährig 1 fl. 30 kr. Alle Postämter sind verpflichtet, um diesen Preis das Blatt für ganz Bayern zu liefern. Auswärts findet ein mäßiger Postaufschlag statt. Hier in Nürnberg wird bei der Expedition des freien Staatsbürgers abonnirt und es werden auch monatliche Abonnements für hier von ihr angenommen. Das Blatt eignet sich als Organ einer täglich wachsenden Partei besonders auch zu Inseraten; dreispaltige Petitzeile 3 kr. Die Abonnenten haben für die Hälfte des Abonnementspreises Inserate frei.

Wo wird Deutschlands Schicksal entschieden?

Wäre in Frankfurt nicht soviel kostbares Blut geflossen, so hätte der bekannte Parlamentsbeschluß vom 16. auf uns nur einen heitern, einen humoristischen Eindruck machen können. In der That sind wir nachgerade auf dem Standpunkt angelangt, auf welchem die Heiterkeit in dem Maaße zunimmt, in welchem die Blamage des Parlaments vor dem denkenden Europa den Bereich des Unglaublichen betritt, die Grenze alles Denkbaren überschreitet. Warum ließ man doch diese Menschen nicht ruhig weiter debattiren in ihrer Paulskirche, weiter debattiren über jene berühmten Grundrechte des deutschen Volkes, von denen jeder Vernünftige in Deutschland weiß, daß sie nie und nimmer in's Leben treten? Warum ließ man sie nicht ruhig sitzen als Mumien des Mittelalters? Warum hoffte man noch Etwas von einem kleinen Theile derselben? Ist es denn nicht klar, daß das Schicksal die Verwesung Deutschlands beschlossen hat? Ist es nicht klar, daß das Uebermaß der Erbärmlichkeit sich erschöpfen muß? Es ist wirklich Schade, daß das Volk in Frankfurt sich nicht auf den Standpunkt der ungeheuren Ironie stellen konnte, daß es die Schmach Deutschlands so lebhaft fühlte, ihr mit Barrikaden begegnen, sie mit seinem Blute abzuwaschen suchte. Es ist Schade vor allen Dingen auch für die sieben Schuß Pulver, mit denen man der armseligsten Existenz ein Ende machte, die jemals für eine verlorne Sache ihre ritterlichen Sporen klirren ließ, der Existenz des Fürsten Lichnowsky. Nie hat ein komischeres Leben auf eine tragischere Weise geendet. Sieben Kugeln für einen Fürsten Lichnowsky, für ihn, der sein ganzes Leben hindurch den Kugeln ritterlicher Gegner mit so vieler Feinheit und Virtuosität aus dem Weg zu gehen wußte, dessen Kugelscheu sprüchwörtlich war, der nur dem Furchtsamen gegenüber seinen Muth zeigte. Und sieben Proletarierkugeln mußten den Tapfern fällen! Mich dauert nur der Feuilletonist der neuen rheinischen Zeitung. Durch diesen Tod ist ihm das Concept zu

seinem Schnapphahnski ganz verdorben. Es muß doch noch Leidenschaft, Grimm, Haß in den Deutschen sein. Schnapphahnskis Tod beweist dies. Die souveräne Verachtung, der unbeschreibliche Hohn, mit welchem er auf der Tribüne es sich recht eigentlich zur Aufgabe machte, die Gallerien, die Canaille herauszufordern, ist ihm nun tragisch vergolten. Mir war er in solchen Augenblicken komisch; er erschien mir als das, was er war, als ein erbärmliches Zerrbild eines Landjunkers. Seine Don-Quixotiaden, seine bekannten Erlebnisse in Preußen, Spanien und überall, in denen er, der hochadelige Fürst, so oft zu Trivialitäten und Gemeinheiten herabsank, die sich einzig und allein aus „der Finanznoth blasser Wehmuth" erklären lassen, machten ihn mir zu einer komischen Person. Die Frankfurter Proletarier dachten anders. Der adelige Hochmuth des Fürsten ärgerte sie und sie schossen ihn todt. Glücklicher Fürst! Wenn für irgend Jemand, so war für Dich die härteste Strafe das Leben. Jetzt wird die schlesische Ritterschaft, die vor ein Paar Jahren sich noch weigerte, an einem Tisch mit dir zu sitzen, ein Pantheon bauen für ihre großen Todten und Schapphahnski wird zuerst hineinkommen, Er, der erste Märtyrer der Reaktion.

In der That, daß das unausbleiblich nahe Ende der Frankfurter Comödie so tragisch eingeleitet wurde, bedauern wir sehr. Wie komisch war noch die ganze Art und Weise, wie der Beschluß vom 16. zu Stande kam; diese Contrakte der verschiedenen Fraktionen, wobei die Freiheit des Unterrichts, die Freiheit der Schule verkauft wurde um den Preis des dänischen Waffenstillstandes; die Schamlosigkeit, mit welcher der Präsident, mit welcher die Rechte ganz fremde Personen mitstimmen ließen, um eine Majorität von zwei Stimmen zu erhalten, eine Schamlosigkeit, so colossal, daß es unmöglich ist, sich darüber zu ärgern; man kann nur darüber lachen; diese Verhöhnung aller Geschäftsordnung, alles Herkommens, womit der Präsident, der natürlich seine 24000 fl. nicht verlieren will, über den Antrag der Ausschußmajorität in Bausch und Bogen, ohne Trennung in seine zwei Theile, abstimmen ließ, damit er ja verworfen werde, alles dieß spricht viel zu laut zum deutschen Volke, als daß es nöthig gewesen wäre, sich ohne Aussicht auf Erfolg den Bajonetten und Kartätschen des Militärs in Frankfurt, dieser verrotteten Philisterstadt, auszusetzen. Hätte man das Parlament zu einer komischen, wenn auch etwas theuren Person in ganz Deutschland werden lassen, so hätte man der Sache mehr genützt.

Was indessen bei weitem das Komischste bei dieser Waffenstillstandsfrage ist und bleibt, das ist der deutsche Philister. Der deutsche Philister ist bekanntlich für sein Leben gern liberal, wenn die hohe Obrigkeit es erlaubt hat. Im Mai wurde die Nationalversammlung seine hohe Obrigkeit. Er bildete Vereine für das liberale Philisterthum. Der erste Artikel seiner Statuten lautete: „Wir unterwerfen uns unbedingt dem Parlament in Frankfurt und werden uns stets bemühen, so liberal als möglich zu sein, wenn das Parlament das Signal dazu gibt." So oft nun das Parlament einen Beschluß faßte, dem sich halbwegs eine liberale Seite abgewinnen ließ, so stürzte der Philister gleich einem Geier darauf los und schickte eine Adresse in den übertriebensten liberalen Phrasen ein. Welch' einen bessern Anlaß zur Befriedigung dieses liberalen Dranges konnte der Philister erhalten, als den Beschluß vom 5. September Adressen, Mistrauensvota gegen die Mitglieder der Minorität regneten von allen Seiten. Daß ihre Abgeordneten vorher ehrlos gestimmt hatten, bewegte sie wenig; so lang sie die Majorität hatten, waren sie ihnen recht, nur gegen die Minorität hatten sie Muth. Aber die Minoritäten können zu Majoritäten werden, das vergaßen die guten Philister. Auf den Beschluß vom 5. September folgte der vom 16. Welch' ein komischer Conflikt ergab sich nun zwischen den Statuten des Philisters und seiner eigenen auf dieses Statut gegründeten Handlungsweise. Entweder er mußte sich selbst widersprechen, seinen ersten Beschluß cassiren und für den Waffenstillstand schwärmen, den er so eben ehrlos genannt; oder er mußte einen für einen Philister allzukühnen Schritt thun und sein Statut der unbedingten Unterwerfung ändern; und in diesem Grundsatz hat er doch gerade das Innerste seines Wesens niedergelegt.

Wir glauben, der deutsche Philister wird seiner Natur getreu bleiben, er wird mit hoher obrigkeitlicher Bewilligung jetzt für den Waffenstillstand schwärmen, wie er vor 6 Tagen für den Krieg geschwärmt hat. Es ist klar geworden, daß in Süddeutschland, daß in Frankfurt die Geschicke Deutschlands nicht ent-

schieden werden. Nach Norden haben wir den Blick zu wenden. Dort rückt der Conflickt heran, welcher zu der Komik des frankfurter Possenspiels einen tragischen Contrast bilden kann. Dort wird über die deutsche Freiheit entschieden. Man glaube ja nicht, daß wir ihres Sieges ganz gewiß wären. Es ist möglich, daß der Absolutismus siegt, auf Jahre hinaus siegt. Jedenfalls wird doch jenes abgeschmackte Zwitterding unmöglich gemacht, mit dessen Gründung sich unsre Hofräthe in Frankfurt vergebliche Mühe gemacht. Entweder — oder. Die deutschen Philister wollen es vernünftigen Leuten nicht glauben, daß in einer Revolution entweder die volle und ganze Freiheit errungen oder die Knechtschaft noch ärger werden muß, als zuvor. Siegt der Absolutismus in Berlin, ei nun, so sind die Todten des 18. März als elende Rebellen gestorben und die Berliner Revolution war ein frecher Aufruhr gegen den König von Gottes Gnaden. Vielleicht machen die deutschen Philister unter dem milden Scepter des Prinzen von Preußen die Erfahrung, daß jene vernünftigen Leute recht gehabt. Ihnen gönnen wir es von Herzen, wenn man ihnen die Haut über die Ohren zieht. Die schamlose Erbärmlichkeit des deutschen Philisters hat die ganze schöne und große Bewegung Deutschlands verhunzt.

In Preußen ist der Conflikt zwischen der Krone und der Nation erklärt. Die Versammlung ist dort in ihrem materiellen und formellen Rechte, aber die Krone will sich dem durch die Revolution zur Geltung gebrachten Nationalwillen nicht fügen und ihre Truppenmacht aufbieten, um ihre „angestammten" Rechte zu vertreten. Eine Vereinbarung ist hier unmöglich. Dieser Kampf ist tragisch, mag er ausfallen, wie er will. Entweder siegt die Soldateska und die Göttinn der Freiheit verhüllt ihr Antlitz und flieht aus den deutschen Gauen, um unter den Fahnen der französischen Republik später einmal, minder schön und erhaben, dahin zurückzukehren. Oder sie siegt, und dann zerfällt das ganze Gebäude des Mittelalters, von den Ideen der neuen Zeit unterhöhlt, und es erhebt sich ein ganz neuer Bau. In diesem Fall ist Berlin fortan die Hauptstadt von Deutschland, Süddeutschland wird seine Bedeutung verlieren, Altbayern wird eine deutsche Vendee werden, die deutschen Freiheitsbestrebungen werden sich dem Norden zuwenden, mit einem Worte: Deutschland geht in Preußen auf. Nach den Märztagen würden wir den ersteren Fall für unmöglich erklärt haben; seit wir den deutschen Philister in der Revolution beobachtet haben, ist uns nichts mehr unglaublich. So viel aber ist gewiß: in diesem Conflikt, dessen Ausbruch jeden Tag zu erwarten steht, wird mehr Blut fließen, als im ganzen bisherigen Verlauf der sogenannten deutschen Revolution.

G. D.

Heckers Triumph.

Die Mannheimer Abendzeitung liefert uns eine Schilderung über den Triumphzug Friedrich Heckers im Elsaß aus Staßburg vom 15. Septbr. Seit 10 Tagen herrschte in hiesiger Stadt die größte Aufregung. Der Republikaner Hecker kam hier an, um in der Stille die Ankunft seines Weibes und seiner Kinder zu erwarten, und sie noch einmal an das Herz zu drücken, ehe sich das Weltmeer zwischen ihn und seine Lieben drängt.

Sein heldenmüthiges Weib, erst vor wenigen Tagen von einem Töchterchen entbunden, konnte nur mit lebensgefährlicher Anstrengung diesen schmerzlichen Abschiedsgruß auf gastlicher Erde hinnehmen; das neugeborne Kind zu sehen, war dem zärtlichen Vater nicht vergönnt, und so standhaft er seine Leiden erträgt, nur die Trennung von Weib und Kind konnte dem starken Manne Thränen auspressen. Mit einer Anstrengung, deren nur er fähig ist, wird er in dem freien Amerika seinen Verwaisten eine Unterkunft zu erringen sich bemühen, da ihm die badische Regierung alles genommen und selbst seinem jetzt schutzlosen Weibe und Kindern, nachdem das Stadtamt den Fiscus abgewiesen hat, noch das Ihrige auf dem Wege der Apellation zu nehmen bemüht ist, sogar die kleinen Weihnachtsgeschenke von Eltern und Verwandten für die Staatskasse in Beschlag genommen hat, mithin Frau und Kinder, die nichts verschuldet, dem Verhungern ausgesetzt werden sollen.

So unbekannt er, um einmal zur Ruhe zu kommen, in Straßburg bleiben wollte (denn seit 4 Monaten ist er täglich mit Besuchen überhäuft gewesen), so war die Nachricht von seiner Anwesenheit doch bald stadtkundig, und Deputationen aus allen größern Orten des Landes, selbst des fernen Auslandes, trafen ein, um ihn von seinem Auswanderungs-Vorhaben abzubringen. Hunderte von Freunden strömten herbei, und Landleute aus dem See- und Oberrhein- und anderen Kreisen trafen in Gesellschaften von 5 bis 600 Köpfen ein.

Den ganzen Tag war sein Gasthaus von Menschen angefüllt, und ebenso die Straßen vor demselben; am verwichenen Sonntage stellten sich einige Bataillone Nationalgarden vor dem Hause auf, präsentirten das Gewehr und die Offiziere bewillkommten den hochherzigen Demokraten, der dann in seiner kräftigen Sprache den gastlichen und brüderlichen Empfang erwiederte. Den Abend vor seiner Abreise brachte ihm die Artillerie der Nationalgarde bei Fackelschein eine wunderschöne Serenade von wenigstens 40 Blasinstrumenten; wohl mehr als 3000 Einwohner begleiteten den Zug, und als nach dem ersten Stücke die Marseillaise angestimmt wurde, sang die ganze Menge mit Begeisterung, und zwischen jeder Strophe erschallte ein tausendstimmiges: Vive Hecker!

Hecker trat nun auf die Straße unter die Menge, die Offiziere der Nationalgarde schlossen einen Kreis um ihn, und nun erstattete er in hinreißender Rede den Dank für seine Aufnahme im gastlichen Lande.

Nach dem Ende seiner Rede umarmte ihn das Offiziercorps Mann für Mann, ein Oberoffizier aber erwiederte die Versicherung der Sympathie der deutschen Republikaner mit einem brüderlichen Frankreich in nicht minder schöner und kräftiger Gegenrede. Der Abend wurde dann bis nach Mitternacht unter freundschaftlichen Gesprächen und Gesang zugebracht, die Offiziere und sonstigen anwesenden französischen Bürger stimmten ihre patriotischen Lieder an, und ein Chor deutscher Flüchtlinge, die sich aus der Schweiz und Frankreich zur Abschiednahme von ihrem heldenmüthigen Anführer eingefunden hatten, erwiederten die Lieder mit deutschen Freiheitsliedern unter donnerndem Lebehoch.

Rührend war es, wie am Sonntag und Mittwoch Züge von nahezu tausend Landleuten, zum Theil mit Weibern und Kindern von 12 bis 14 Jahren eintrafen, Hecker unter Weinen und Schluchzen umklammerten und ihn beschworen, sie nicht zu verlassen, vielmehr sich an die Spitze des Volkes zu stellen, welches ihn mit Gut und Blut unterstützen wolle, da es jetzt erkannt sei, daß sie weder von dem Parlament, noch dem jetzigen Ministerium Hilfe erlangen würden, sie vielmehr zu den alten Lasten gar mit neuen, und bei der seitherigen Militärlast mit noch größeren Opfern und Wegnahme der dem Landmann so nöthigen arbeitsamen Kräfte durch Erhöhung der Militarcontigente bedroht seien; selbst die Kinder umschlangen bei dem Anblick ihrer weinenden Eltern die Kniee des Abschiednehmenden, der mit großer Seelenruhe sie ermahnte, ihre Hoffnungen nicht auf ihn, einen sterblichen Mann, sondern auf ihr gutes Recht und ihren eigenen Muth zu setzen, auch er verzweifle nicht an dem Gelingen der großen Volkssache, ungeachtet er Vaterland, Frau und Kinder verlassen müsse, ungeachtet man ihm all sein mühesam erworbenes Gut genommen, und die Fürstenknechte mit ihrem aussaugenden Gefolge unausgesetzt ihn noch täglich vor der Welt mit Schmähungen übergößen; nie sei eine große Sache ohne Opfer errungen worden. Unter den vielen Notabilitäten des Auslandes, die ihn mit ihrem Abschiedsbesuche beehrten, war auch der amerikanische Gesandte am Berliner Hofe, Herr Donelson, welcher nach Muttenz kam, und eine mehrstündige Unterredung mit ihm hatte.

Nach Briefen aus New-York will ihn ein Zug von wenigstens 30,000 Deutschen bei der Landung empfangen, und es soll ihm in einem Regierungsgebäude ein Quartier bereitet werden.

Donnerstags um 2 Uhr fuhr Hecker in einem Omnibus dem Postwagen um eine Station voraus, um einem Zusammenlauf des Volks auszuweichen, allein vergebens, der Omnibus ward umringt, und ein vielstimmiges „Adieu Hecker! Vive Hecker!“ folgte dem im Galoppe davon jagenden Wagen. Die Postdirektion machte am Morgen die Anzeige, daß sie den Wagen decoriren werde; obschon Hecker dringend bat, ihn ohne alles Aufsehen reisen zu lassen, war gleichwohl bei der Ankunft auf der ersten Station das Coupon, worin er, sein tapferer Freund und vormaliger Adjutant Schöninger und sein Vetter Tiedemann fuhren, auf der einen Seite mit einer französischen, auf der andern mit der deutschen Freiheitsfahne geschmückt, und fährt also bis Paris.

In Paris hält sich Hecker gar nicht auf, sondern kommt heute noch nach Havre, um am 18. in Southampton zu seyn, wo er am 20. den prächtigen Dämpfer „Herrman“ besteigt, und in Begleitung des amerikanischen Consuls, Herrn Gundie, am 2. October in New-York zu landen gedenkt. Alle Plätze auf dem „Herrman“ sind schon seit 4 Wochen belegt, und daher Heckers und seiner Begleiter Plätze schon geraume Zeit bestellt worden. Eine Menge Menschen wollte mitreisen, die abgewiesen werden mußten.

Allem Verkehr mit auswärtigen Regierungen, allen auswärtigen Unterstützungen ist Hecker fremd geblieben; von vielen Seiten aufgefordert, wenigstens auf der Durchreise sich in Paris dem General Cavaignac und den übrigen französischen Machthabern vorstellen zu lassen, wies er es zurück, und jetzt erst wird Deutschland gewahr werden, welch treuen Sohn es verloren hat, wenn der Vorhang über sein Leben in der Verbannung sich öffnen wird. Die jetzigen Machthaber in Baden werden aber beschämt sein, wenn es offenkundig wird, welches Unheil er verhütet hat.

Mögen die Verwünschungen und Rachegefühle nie zum Ausbruch kommen, welche auf Hecker's Feinde täglich ausströmen. Zu glauben, daß jetzt die Revolution bezwungen sei, möchte eine große Täuschung sein, vielmehr ist zu glauben, daß bei dem Hereinbrechen einer furchtbaren Bewegung die jetzigen Machthaber selbst noch ausrufen dürfen: Ist kein Hecker da? —

Nach Hecker's Abreise stürmte eine Menge, meistens Frauen, in das von ihm bewohnte Zimmer, nahmen von seinem Schreibzeuge die Federn, ja vom Boden die hingeworfenen Papierabschnitte auf, und theilten sie als Angedenken unter sich, selbst einen verwelkten Blumenstrauß.

Unter dem Landvolk herrscht eine Aufregung über die allgemein verbreitete Nachricht, das Ministerium habe in Bruchsal ein unterirdisches Gefängniß zubereiten lassen, um Hecker, im Fall der Gefangennehmung, darin versiechen zu lassen, und es wäre zu wünschen, daß diese Nachricht, die bei schlimmen Ereignissen zu schrecklichen Scenen Veranlassung werden könnte, förmlich widersprochen werde.

Gedruckt unter Verantwortlichkeit der Verleger, von Wilhelm Tümmel.
Expedition bei Gg. Meyer, Plobenhof S. 823.

Der freie Staatsbürger.

Ein Volksblatt aus Franken.

№ 68. **Nürnberg, 26. September** 1848.

Der freie Staatsbürger.

Organ der Demokratie.

redigirt von Gustav Diezel

wird vom 1. Okt. an im vergrößerten Format an allen Wochentagen erscheinen und, von tüchtigen demokratischen Kräften durch Originalberichte aus den deutschen Hauptstädten unterstützt, alle politischen Nachrichten aufs Schnellste und Genauste mittheilen. Sonntags werden nur wichtige Nachrichten auf einem Extrablatt gegeben. Der „freie Staatsbürger" wurzelt in der fränkischen Demokratie, die wiederum an ihn sich anlehnt. Er ist das Organ der demokratischen Partei in Franken. Mit ihr wird auch er seine Wirksamkeit jetzt erweitern und deßhalb als politische Zeitung täglich erscheinen. Er ist in den Stand gesetzt, es den übrigen Nürnberger Blättern in schneller und vollständiger Mittheilung der politischen Nachrichten durchaus gleich zu thun, während sein Preis der niedrigste ist: jährlich 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährig 1 fl. 30 kr. Alle Postämter sind verpflichtet, um diesen Preis das Blatt für ganz Bayern zu liefern. Auswärts findet ein mäßiger Postaufschlag statt. Hier in Nürnberg wird bei der Expedition des freien Staatsbürgers abonnirt und es werden auch monatliche Abonnements für hier von ihr angenommen. Das Blatt eignet sich als Organ einer täglich wachsenden Partei besonders auch zu Inseraten; dreispaltige Petitzeile 3 kr. Die Abonnenten haben für die Hälfte des Abonnementspreises Inserate frei.

Der frankfurter Aufstand.

Wenn man mit unbefangenem Auge die Ereignisse unserer letzten Monate übersieht, so muß man sich mit tiefer Beschämung zugestehen: die Deutschen, die sich so viel auf ihre Eigenthümlichkeit, auf die Originalität ihres Genius zu gut thun, lieferten seit dem Merz nur elende Parodien französischer Vorgänge. Nichts, auch gar nichts ist aus dem „ureignen" Wesen des deutschen Geistes hervorgegangen, zu Allem bedurfte es eines Anstoßes von Paris und Alles war ein Zerrbild dessen, was in Paris geschah. Es ist traurig, es ist tief betrübend, aber wahr. Wir finden den Grund davon darin, daß die Deutschen durch die traditionellen Fesseln der Vergangenheit an jeder selbstständigen Bewegung gehindert werden. Diese traditionalen Fesseln muß Deutschland vor allen Dingen abstreifen, um sich selbst zu finden, um sich selbst anzugehören, dann kann es vielleicht zu einer großen und selbstständigen Nation werden. Ob es aber diese Fesseln durch eigene Kraft abstreift, ist zu bezweifeln; und Alles, was wir seit Monaten erlebt haben, scheint darauf hinzuweisen, daß abermals vom Westen her ein Anstoß erfolgen muß, wenn Deutschland nicht in vergeblichen Versuchen nach Selbstständigkeit und Freiheit sich erschöpfen und zu Grunde gehen soll. Bis jetzt, wie gesagt, zeigte die deutsche Revolution in allen ihren Phasen nur die erbärmlichsten resultatlosesten Parodien von Paris. Gleich zuerst nach der Februarrevolution die deutsche Merzbewegung, zum Theil blutig und reich an einigen großen Zügen, aber parodienartig schon durch ihre „Mißverständnisse," durch ihre komischen Proklamationen, die man drei Wochen nachher verhöhnte und verletzte. Dann das Parlament, daß Gott erbarm! gewählt wie in Nürnberg, durch die Polizei, die dem naiven Volke diktirte, was es zu thun habe. Dann die Einsetzung der Diktatur, entsprechend den Vorgängen in Paris im Juni und der Einsetzung Cavaignac's, die Aufstellung von 900000 Mann, vom Volke bezahlt, um das Volk mit Kartätschen zusammenzuschießen. Es fehlte noch der

Pariser Belagerungszustand. Herr Schmerling wollte auch diesen haben, und er machte den Aufstand von Frankfurt, um sich das Ministerium zu retten und die bis jetzt noch gebliebenen unbequemen Freiheiten des Volkes zu verkümmern.

In der That, der mit Kartätschen zusammengeschossene Aufstand war nur von Herrn Schmerling hervorgerufen, der desselben bedurfte, um seine Person oben zu erhalten, nachdem selbst die Majorität des Parlaments im Lauf der Verhandlungen über die Waffenstillstandsfrage hatte zugeben müssen, daß das Ministerium Heckscher — Schmerling das unfähigste sey, das je an der Spitze eines Staates gestanden. Herr Schmerling benützte die in Frankfurt wie in ganz Deutschland herrschende Aufregung gegen den Parlamentsbeschluß vom 16., um in die von 6000 frankfurter Philistern hinlänglich geschützte Stadt Militär zu ziehen, dadurch das Volk zu reizen, daß es einige lächerliche Barrikaden baute, die man zum Theil mit einem „starken Fußtritt" umstoßen konnte; die Abgeordneten, welche sich für die Abtragung der Barrikaden, für die Herstellung der Ruhe verbürgen wollten, wenn man die Truppen zurückziehe, grinste er mit feinem teuflischen Diplomatengesicht an: das könne nicht geschehen, eben so wenig ließ er, was ein Kinderspiel gewesen wäre, die Aufständischen, kaum ein paar hundert, umgeben, weil sie ja auf diese Weise ohne Alles Aufsehen gefangen genommen worden wären; nein, er wollte Cavaignac spielen, Kartätschen mußten herbei, und der ganzen Sache eine solche Bedeutung gegeben werden, daß man Kriegsgerichte, außerordentliche Vollmachten, und die Diktatur dadurch begründen konnte.

In Frankreich hat man auch einige Abgeordnete in die Sache verwickelt und ihre gerichtliche Versetzung beschlossen. Das wird auch in Frankfurt nicht ausbleiben. Wir könnten uns darüber nur freuen. Die Linke, die so schmählich mißhandelt wird, hätte längst austreten müssen, es geschieht ihr Recht, wenn man sie mit Füßtritten aus der Paulskirche wirft.

Also überall die Parodie von Paris! Nun gut, wir nehmen diese Parodien an. Wir glauben nicht, daß das deutsche Volk in seiner Zersplitterung, unterdrückt von seinen Pfaffen, Beamten und von der Niederträchtigkeit der Philister, im Stande sein wird, mit eigner Kraft einen bessern Züstand für Deutschland herauszuführen. Aber die dumpfe Verzweiflung, welche jetzt, da man vollends die Reaktion auf die Spitze treiben will, des Volkes sich bemächtigt, wird einer bevorstehenden weiteren Nachahmung französischer Vorgänge mächtig unter die Arme greifen. Wollt Ihr nur das Beispiel Frankreichs in Deutschland haben, gut. In Frankreich bereitet sich ein Schlag vor, gegen welchen Ihr, wenn er seine Wirkungen nach Deutschland erstrecken wird, die Hülfe derjenigen vergebens anrufen werdet, die Ihr als die Führer des Volks bisher verfolgt und mishandelt habt. Sie werden dann nicht schützen können, auch wenn sie es wollten. Stützt Euch dann auf Eure Kartätschen, wir wünschen Euch Glück dazu. Aber sie werden Euch ohne das Volk wenig helfen. Dann mögen die, welche jetzt hinter Bajonetten das Volk verachten, aus dem sie hervorgegangen, die Erfahrung machen, was es heißt, die Freiheit eines Volks verrathen.

G. D

An die Demokraten Deutschlands!

Der schmähliche Waffenstillstand mit Dänemark ist trotz dem Verdammungsurtheile des deutschen Volkes von einer schwachen Mehrheit des Parlaments gut geheißen worden. Die blutigen Ereignisse zu Frankfurt sind ein erschütterndes Zeichen des Unmuthes, welcher ganz Deutschland ob der Abstimmung vom 16. September durchzuckt. In dieser Zeit der Entscheidung hat die linke Seite des Parlaments eine Ansprache an die deutsche Nation angekündigt. Es wird sofort zur heiligen Pflicht jedes Patrioten, darüber unumwunden sich auszusprechen, auf daß die Vertreter des Volkes ersehen, auf welcher Seite die Mehrzahl der Deutschen steht. Aus diesem Grunde wird der demokratische Verein, nunmehr mit dem „Verein für Volksrechte" zu einem einheitlichen Ganzen verbunden, sogleich nach dem Erscheinen der „Ansprache an die deutsche Nation" eine große Volksversammlung im Freien berufen, um der Bevölkerung Münchens und seinen Umgebungen Gelegenheit zu bieten, ihre Willensmeinung in diesem hochwichtigen Augenblicke laut und feierlich auszusprechen.

Indem wir diesen Beschluß den demokratischen Vereinen Deutschlands hiemit kund thun, fordern wir

sie dringend auf, in gleicher Weise für die Freiheit und Einheit unseres Volkes in die Schranken zu treten.

Alle Vereine und Redaktionen freisinniger Blätter sind freundlich ersucht, diese Kundthuung weiter zu verbreiten. München, 23. September 1848.

Der demokratische Verein.

Dr. A. Ringler, zur Zeit Vorsitzender.

Emil Roller, Schriftführer.

Die Volksverächter.

Ein Sieg der Nationalversammlung über ihre Gegner sollte ein Sieg der Freiheit sein; er ist aber ein Sieg der Reaktion über die Freiheit, denn die Nationalversammlung repräsentirt nicht mehr die Revolution, sondern den Rückschritt und die Knechtung, und die Revolution mußte sich deßhalb auf die Straßen ziehen. Die Insurrektion vom 18. Sept. war eine Andeutung, daß die Revolution noch nicht besiegt ist, daß sie, wenn auch besiegt, doch nicht überwunden werden kann, außer wenn ihr Genüge geschieht. Die Rechte im Parlament und die Contrerevolution überhaupt sucht den Sieg vom 18. auszubeuten. Man will an das Vereinsrecht und die Preßfreiheit. Sie beschleunigen dadurch nur ihren eignen Sturz. In solchen Augenblicken verrathen sie sich und schwatzen die geheimsten Gedanken ihrer Seele aus. Wir geben z. B. nachstehenden Artikel der Augsb. Allgem. Zeitung als einen classischen Beleg für die Weltanschauung derer, welche am meisten gegen die Demokraten schreien. Das Volk sieht daraus, wie man in den Sphären über es denkt, in denen jetzt vorzugsweise das Schicksal Deutschlands entschieden wird. Die Correspondenz lautet:

Frankfurt a. M., 19. Sept. Man sucht die Mörder des Fürsten Lichnowsky in Bornheim, aber sie sind nicht dort, wenigstens nicht alle. Ich will Ihnen anvertrauen, wer sie sind, und Sie mögen es in meinem Namen weiter sagen, wenn sie wollen: die Galerie der Paulskirche hat den Fürsten Lichnowsky gemordet. Und die Mitschuld für dieses Bubenstück, die Mitschuld theils durch Schwäche und Feigheit, theils durch gemeine Leidenschaft, durch armseligen Ehrgeiz und durch Kriecherei vor dem Götzen des Tages, diese Mitschuld trifft Leute, die ich für heute nicht nennen will. Nochmals, die Galerie der Paulskirche hat den Fürsten Lichnowsky gemordet. Eine stolze, tapfere Natur mochte und konnte sich nicht vor dem Richterstuhl der Pöbelmeinung beugen, es war ihr unmöglich, um die Gunst des rohen Haufens zu werben, sie mußte im Gegentheil die Gunst wie die Misgunst, den Beifall wie den Tadel desselben mit derselben kalten Verachtung zurückweisen. Mit dem Ausdruck dieser Verachtung war der Fürst Lichnowsky nicht sparsam, und ich habe es ihm oft im tiefsten Herzen Dank gewußt, daß er der einzige Mann war in der Nationalversammlung, welcher den Muth hatte, jener durch eine unverantwortliche Duldung großgewachsenen Macht Hohn zu sprechen, vor welcher die einen krochen und die andern sich fürchteten. Diese Verletzung des gewohnten Respects war es, welche die Galerie gegen den Fürsten Lichnowsky zu jener Erbitterung gereizt hatte, die sich durch freches Zischen, Pochen und Schreien Luft machte, so oft der Fürst die Rednerbühne bestieg. Lichnowsky würdigte diese Feindseligkeiten nach Verdienst, und so steigerte sich der Kampf zwischen ihm und der Galerie von Tag zu Tage, und die Erbitterung der Galerie wurde, unter der schürenden Einwirkung von Interessen und Hülfsmitteln, die ich mit Stillschweigen übergehe, zum tödtlichen Haß. Dieser Haß ist es, welcher die Geschichte des neuen Deutschlands mit einer Schandthat gebrandmarkt hat, wie sie kaum in den Tagen des tiefsten Verderbnisses bei den verworfensten Geschlechtern vorgekommen sind. Und zum drittenmale wiederhol' ich es: die Galerie der Paulskirche ist die Mörderin Lichnowsky's.

Diese Correspondenz ist unbezahlbar und verdient wohl erwogen zu werden. Volk, so denkt die Mehrzahl Deiner Vertreter in der Paulskirche, so denkt die Bourgeoisie und die Aristokratie, die sich jetzt in die Entscheidung Deiner Angelegenheiten theilen. Urtheile hiernach, was Du von ihnen zu erwarten hast.

Also die Galerie der Paulskirche hat den Fürsten Lichnowsky gemordet! Was die, wahrscheinlich durch Lichnowsky's Hohn hervorgerufene That einiger Einzelner war, das wird nicht etwa einem ganzen Stande, sondern dem ganzen Volke auf Rechnung gesetzt, natürlich dem Volke, welches die Galerien ohne Karten besucht. Jeder, der in seinem Leben schon auf jenen Galerien sich befand, sieht sich also hier von

einem namenlosen Correspondenten, der seine Waare unter der Firma der allgemeinen Augsburger Zeitung verkauft, als *Mörder* bezeichnet, und er kann sich nur damit trösten, daß auch die auf der entgegengesetzten Seite sitzenden Parlamentsmitglieder selbst ganz deutlich als die Mitschuldigen des Verbrechens bezeichnet werden. Natürlich, sie haben ja den Fürsten von der Tribüne aus zu bekämpfen für ihre Pflicht gehalten. Wie aber werden von dem Correspondenten der allg. Ztg. die Galerien näher geschildert? „Pöbelmeinung," „roher Haufen," das sind die Ausdrücke, mit welchen man hier das Volk bezeichnet; man weiß es dem Fürsten Lichnowsky Dank, daß er, „eine stolze, tapfre Natur," diesem rohen Haufen „nur Verachtung" entgegengesetzt habe. Hört Ihrs, Ihr guten Leute, die Ihr glaubtet, das Volk sei zu Ehren gekommen. Ihr seid nach wie vor „Pöbel," der nur „Verachtung" verdient. Man nennt Euch zwar eine „Macht," aber eine „nur durch unverantwortliche Duldung großgewachsene." Die Kartätschen müssen Euch jetzt wieder auf den Standpunkt stellen, der Euch gebührt; Ihr seid nach wie vor gut zu Kanonenfutter, gut zum Arbeiten, um trägen Müssiggängern die Speckwänste zu mästen. Das ist Eure Stellung. O, wie lehrreich sind doch solche Herzensergießungen! Sie sagen dem Volk mehr, als Wrangel'sche Armeebefehle. Ja, es kennt seine Feinde, es weiß, was man ihm zugedacht hat. — Ueber den Fürsten Lichnowsky aber dem Correspondenten ein Wort. Wenn der Fürst, als „eine stolze und tapfere Natur" das Volk verachtete, so war das seine Sache und es wird dem Volke vermuthlich gleichgiltig sein. Wie verträgt es sich aber mit dem ritterlichen „Stolze," bei dem Volke, das man „verachtet," um Stimmen in die Nationalversammlung zu betteln, wie verträgt es sich mit dem „Stolze," sich durch elende Lügen in die Nationalversammlung einzustehlen. *Und das hat der Fürst Lichnowsky gethan!* Wahrlich, die Lichnowskys haben seltsame Begriffe von „Stolz und Tapferkeit!" Gottlob, das Volk, der „Pöbel," der „rohe Haufe" hat bessere.

Glossen zur Tagsgeschichte.

(*Die Spießruthen in der deutschen Reichsarmee.*) Ein Mainzer Blatt erzählt unterm 12. Septbr. Gestern sah man in einem der verstecktesten Gräben hinter der Citadelle „unter stürmendem Regen und unter still rieselnden Thränen" eine schwankende Gestalt durch eine Reihe von 300 Soldaten sich bewegen, denen das Blut vom Rücken des Gefolterten in's Gesicht spritzte! Dicht an dieser Reihe standen sechs Bänke, auf denen eben so viele Soldaten lagen, auf die man unter dem Fluchen eines Stabsoffiziers losschlug, der unter Androhung gleicher Strafe zur „Pflicht des „Dreinhauens" anfeuerte. Und was hatten diese Unglücklichen verbrochen? Beim Bau des Kugelfängers am Artillerieübungsplatz accordirte der bauführende Offizier mit den Leuten wegen der Arbeit; als diese nun fertig war, verlangte er noch weiteres Arbeiten und als sie aus Müdigkeit nicht auf der Stelle diesem Befehl nachkamen, gerieth der Offizier in Zorn, ließ jene 6 Leute in den Stockhausarrest abführen, wo sie acht Tage wie verschollen saßen, bis gestern ein Corporal Ordre erhielt, Haselstöcke einzukaufen, mit denen dann jene Schreckensscene in altem Style vollführt ward. —

(*Die preußische Contrerevolution.*) Die Krisis rückt näher und näher. Das Ministerium Pfuel ist ernannt. Es läßt sich von ihm nur ein Auflösungsversuch gegen die Nationalversammlung erwarten. Der König von Preußen, den Einflüssen seiner reaktionären Umgebung weichend und seiner Verpflichtungen vom März vergessend, spielt um seine Krone. Als am 21. September ein Füsilierbataillon aus Schleswig-Holstein, mit Kränzen geschmückt, in Potsdam einzog, hielt der König folgende Anrede: „Guten Morgen, Kinder! Ich freue mich, Ihr seid festlich geschmückt; daran könnt Ihr sehen die Anerkennung und die Freude beim Volke. Mich freut es am meisten, Ihr habt Euch durch Eure Tapferkeit einen ewigen Ruhm erworben. Bewahrt ihn! *wir haben noch einige schwere Tage zu gewärtigen.*" Diese schweren Tage bedeuten den Kampf gegen das preußische Volk, das sich seine blutig errungenen Freiheiten nicht wieder rauben lassen will. So spricht ein König zu seinen Truppen, zu den Söhnen der Väter, gegen die er diese Truppen in den blutigen Kampf senden will. Und das 6 Monate, nach dem Tage, an welchem er sich beugte vor der Allgewalt des Volkes, an welchem seine Krone und sein Kopf verloren waren, wenn das gutmüthige Volk nicht so leicht vergeben und vergessen könnte. Wie ist es nun? Haben diejenigen Unrecht gehabt, welche Euch sagten, daß mit gewissen Leuten kein Bund zu flechten sei? Wird man bald erkennen, daß das Vertrauen des Volks um so grausamer betrogen wird, je rückhaltloser es gegeben wurde? O die nächsten Tage werden uns merkwürdige Belege bringen für die Liebe des Preußen-Königs zu seinen Landeskindern!

Gedruckt unter Verantwortlichkeit der Verleger, von Wilhelm Tümmel.
Expedition bei Gg. Meyer, Plobenhof S. 823.

Der freie Staatsbürger.

Ein Volksblatt aus Franken.

№ 69. Nürnberg, 28. September 1848.

Der freie Staatsbürger.

Organ der Demokratie.

redigirt von Gustav Diezel

wird vom 1. Okt. an im vergrößerten Format an allen Wochentagen erscheinen und, von tüchtigen demokratischen Kräften durch Originalberichte aus den deutschen Hauptstädten unterstützt, alle politischen Nachrichten aufs Schnellste und Genauste mittheilen. Sonntags werden nur wichtige Nachrichten auf einem Extrablatt gegeben. Der „freie Staatsbürger" wurzelt in der fränkischen Demokratie, die wiederum an ihn sich anlehnt. Er ist das Organ der demokratischen Partei in Franken. Mit ihr wird auch er seine Wirksamkeit jetzt erweitern und deßhalb als politische Zeitung täglich erscheinen. Er ist in den Stand gesetzt, es den übrigen Nürnberger Blättern in schneller und vollständiger Mittheilung der politischen Nachrichten durchaus gleich zu thun, während sein Preis der niedrigste ist; jährlich 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährig 1 fl. 30 kr. Alle Postämter sind verpflichtet, um diesen Preis das Blatt für ganz Bayern zu liefern. Auswärts findet ein mäßiger Postaufschlag statt. Hier in Nürnberg wird bei der Expedition des freien Staatsbürgers abonnirt und es werden auch monatliche Abonnements für hier von ihr angenommen. Das Blatt eignet sich als Organ einer täglich wachsenden Partei besonders auch zu Inseraten; dreispaltige Petitzeile 3 kr. Die Abonnenten haben für die Hälfte des Abonnementspreises Inserate frei.

Deutschlands Lage.

Eine unnatürliche Spannung ist durch ganz Deutschland bemerklich. Alles drängt einer Entscheidung zu. Wie wird diese Entscheidung ausfallen? Wird sie den Sieg der Soldateska und des Absolutismus befestigen? Wird sie, nach blutigen Kämpfen, der Demokratie die Herrschaft erringen? Wer kann es wissen? Nur soviel ist gewiß, daß unser unglückliches Deutschland durch die Feigheit und Verrätherei seiner Vertreter an den Rand des Abgrundes geführt erscheint.

In Frankfurt will man den Aufstand vom 18., wenn dieser Ausdruck je gebraucht werden darf, für die Reaktion ausbeuten. Das unfähigste Ministerium, das jemals Schmach über eine Nation gebracht hat, benützte das von ihm selbst zumeist hervorgerufene Blutvergießen, um sich an der Spitze der Geschäfte zu erhalten. Man will die deutsche Einheit über Blut und Leichen, durch eine brutale Soldateska, mit Vernichtung aller der Freiheiten zu Stande bringen, nach denen man seit 38 Jahren gestrebt hatte. Bereits kündigen die Blätter des Ministeriums Schmerling die umfassendsten Maaßregeln zur Unterdrückung der Preßfreiheit und des Vereinigungsrechtes an. Es ist Deutschland eine Knechtschaft, eine Schmach bestimmt, so gräßlich, daß wir vielleicht bald die Zustände vor den Merztagen zurückwünschen. Die Vorgänge in Berlin, die höhnischen Worte eines nur dem absoluten König vereideten übermüthigen Soldatenführers, der durch die wohlfeil errungenen Lorbeeren in Schleswig-Holstein das Recht erhalten zu haben glaubt, der Revolution den Fehdehandschuh hinzuwerfen, beweisen deutlich, wessen sich das Königthum, nachdem seit den Merztagen 6 Monate hingegangen, vermessen zu dürfen meint. Die neuesten Vorgänge in Baden werden den Feinden der Freiheit eine neue Handhabe geben, um ihrer Rache freien Lauf zu lassen und Alles Errungene dem Volke zu rauben. Wird das Volk im Stande sein, seine Freiheit zu beschützen? Allzugroß ist die Macht der Reaktion, das Volk wird gemordet von seinen

eigenen entarteten Söhnen, die sich zu Werkzeugen des Despotismus erniedrigen. Die Freiheitsbestrebungen werden fortdauern, sie werden nicht sobald ganz unterdrückt werden können, aber ihre einzelnen Ausbrüche werden blutig gedämpft, das Volk wird mehr und mehr erschöpft werden, und wenn der edle Gagern sein Ideal, die deutsche Einheit, gegründet haben wird, mag leicht der Kaiser von Deutschland über ein ausgesogenes, geistig und physisch zu Grund gerichtetes Volk herrschen, das, nur durch Gewalt in Botmäßigkeit gehalten, jede fremde Invasion als eine Invasion als eine Erlösung von einem unerträglichen Joche begrüßt.

Und während die Reaktion von Frankfurt aus vorwärts schreitet, feiert die Schmach Deutschlands im Norden ihre Triumphe. Man will die Einheit Deutschlands gründen, und man kann sie nur gründen durch erbärmliche Zugeständnisse gegen ein Volk von 1½ Millionen, das im Vertrauen auf Rußland und England die Deutschen verachtet und verhöhnt. Der Beschluß vom 16. September fällt in sich selbst zusammen, denn Dänemark läßt sich auf keine Modifikationen der Waffenstillstandsbedingungen ein, es gibt seinen Moltke die nachgeschuchte Entlassung nicht, seine provisorische Regierung erläßt ihre Befehle von der Insel Alsen aus, dem einzigen Theile der Herzogthümer, wo sie ungefährdet sitzen kann. Allein mit Hilfe von Kartätschen und Bajonetten wird das Parlament und der Minister Schmerling auch diese Schmach überdauern. Deutschland ist bestimmt, durch seine Vertreter zu todt mißhandelt zu werden. Es wird es sicher werden, wenn nicht in kürzerster Frist, aber nicht von Baden, sondern von Preußen aus die Revolution einen Siegeszug beginnt.

G. D.

Das neue Ministerium in Berlin.

Die Mannheimer Abendzeitung enthält Folgendes über dieses kgl. preuß. Staatsinstitut: Das neue Ministerium ist fertig. Es ist ganz aus kontrerevolutionären und reaktionären Elementen zusammengesetzt. General v. Pfuel ist Präsident des Gesammtministeriums und Kriegsminister, Oberpräsident Eichmann Minister des Innern, Oberpräsident Bonin — der Finanzen, Graf Dönhoff (interimistisch) des Auswärtigen, Unterstaatssekretär Müller (provisorisch) der Justiz. Die Porteseuilles für Landwirthschaft und für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten sind vorläufig den Ministern des Innern und der Finanzen zugetheilt.

Die Demokraten Berlins haben folgendes Plakat am 22. September erlassen:

An das Volk von Berlin!

Volk von Berlin! Gestern ist der Nationalversammlung offiziell mitgetheilt worden, daß der General Pfuel, mit der Bildung eines neuen Ministeriums beauftragt worden ist, derselbe Pfuel, welcher bis zum 18. März die Truppen gegen Dich kommandirte.

Volk von Berlin! das Vaterland ist in Gefahr! Du kennst die ungeheure Truppenzusammenziehung um unsere Hauptstadt, Du kennst die Diktatur, welche dem General Wrangel ohne alle Veranlassung zugetheilt worden, Du kennst den Armee-Befehl welchen er erließ, und durch den Berlin und die Marken preisgegeben worden.

Heute fallen die Würfel!

Die Nationalversammlung, berufen, die Freiheit des preußischen Volkes gesetzlich festzustellen, ist Deinem Muthe, Deiner Entschiedenheit anvertraut; in ihr hast Du die Freiheit des ganzen preußischen Volkes zu schützen. Auf Dich und Deine Haltung blicken in diesem wichtigen Augenblicke die Provinzen, auf Dich blickt das deutsche Vaterland, blickt Europa! —

Heute wird

Das Ministerium der bewaffneten Reaktion

der Nationalversammlung gegenübertreten. Die Nationalversammlung wird ihre Pflicht thun. Sie und ganz Preußen rechnen auf Dich, — das Volk. Du wirst Deiner Märztage eingedenk sein.

Die Nationalversammlung wird heute von dem Ministerium Rechenschaft fordern, weshalb der General Wrangel mit seiner Diktatur bekleidet, weshalb Berlin mit Truppenmassen umstellt ist.

Das Ministerium Pfuel kann nicht mit der Versammlung gehen, es muß sich den Vertretern des Volkes feindlich gegenüberstellen, es wird die Freiheit des Volkes vernichten.

Dir, Volk von Berlin, sind Ehre und Freiheit der preußischen Nation anvertraut. Heute ist der Tag der Entscheidung! Sei Deines jungen Ruhmes würdig!

Berlin, 20. Sept. Gestern früh kreuzten sich noch fortwährend beunruhigende und beruhigende Gerüchte. Es hieß, am nächsten Tage sollten die Garden einrücken und die Thore und öffentlichen Plätze besetzen. Man sprach ferner von einer bedeutungsvollen Parade, die am Sonnabend in Schönhausen stattgefunden und bei welcher der König erschienen und vielfach mit den Soldaten gesprochen habe. Die Truppen sollten bis Bernau hin stehen. Dazu kam das Gerücht, daß in Potsdam die Reisewagen gepackt standen und schon am Freitag im Marstall erzählt worden war, der Hof wolle nach Königsberg gehn. Gestern wollte die Vossische wissen, das Ziel der Reise sei Münster. Letzteres war jedoch so fabelhaft, daß man ihm keinen Glauben schenken konnte. Denn weit eher würde diese Reise wohl nach Osten als nach Westen gerichtet seyn.

Bis jetzt haben sich indessen alle diese Befürchtungen nicht bestätigt. Das Ministerium hat nachgegeben, dem Beschlusse vom 7 September ist seinem wesentlichen Inhalt nach genügt worden und wir können uns vorläufig dabei beruhigen, da die Nationalversammlung uns ja die Garantie darbietet, daß über die Ausführung dieses Erlasses eine strenge Wachsamkeit ausgeübt wird. Die Brillsche Interpellation über den Erlaß des Grafen Brandenburg in Breslau beweist dies bereits zur Genüge. Ist doch überhaupt mit einem bloßen Gesetze nichts gewonnen, wenn nicht der Geist da ist, der es beseelt. Einem stumpfsinnigen Volke würde die beste Verfassung nichts helfen, weil es keinen Gebrauch von der Freiheit zu machen wissen würde, und ebenso würde uns dieser Erlaß nichts nutzen, wenn nicht die übrige Gesellschaft die Kraft hätte, auf die Soldaten und Offiziere zu wirken. Daß wir diese aber besitzen, hat sich gestern bereits auf eine so eklatante Weise gezeigt, wie wir diese nur wünschen können. Gegen 4 Uhr Nachmittags war Volksversammlung vor dem Schönhauser Thor als Fortsetzung der vor acht Tagen zur Verbrüderung mit den Soldaten abgehaltenen. Es sprachen die Herren Eichler, Streckfuß, Gericke, Nees von Esenbeck, Müller, der alte Karbe, der aus seiner Haft wieder entlassen ist, Büttner und Horwitz. Sie forderten sämmtlich von dem Volke eine ernste und würdige Haltung für den heutigen Tag, da es die Pflicht des Volkes sey, abzuwarten, was die Nationalversammlung beschließe und wenn sie seiner Hülfe bedürfe, mit ihr zu berathen und zu handeln. „Die Truppen sind gut, die Schwerter geschliffen und die Kugeln im Lauf," hat Herr Wrangel gesagt, die Redner aber erwiderten ihm: das Volk ist gut und wenn es auch kein Schwert hat, so hat es doch das gute Recht an seiner Seite und von diesem werden sich daher auch die Soldaten überzeugen und sich weigern, gegen das Volk zu fechten. Diese Worte sollten nicht umsonst gesprochen sein. Nach der Rede Müllers stieg eine Anzahl Soldaten auf die Tribüne. Einer von ihnen nahm das Wort und sprach: „Ich erkläre hiemit für mich und meine Kameraden, daß wir uns nicht gegen das Volk werden hetzen lassen. Bin ich doch aus ihm hervorgegangen und wenn ich diesen Rock ausziehe, bin ich wieder ein Bürger, wie vorher. Und es ist ein Unsinn, daß der Wille eines Menschen über den von 17 Millionen gebieten soll. Auch wir haben dies längst eingesehen, auch wir wollen die neue Freiheit, und deßhalb rufe ich: es lebe die Demokratie." Welchen Eindruck dieser Ausspruch machte, kann man sich vorstellen. Alles freute sich und jubelte über diesen Sieg der fortschreitenden Entwickelung. Zum Schluß der Versammlung ließ ein zweiter Soldat die Bürgerschaft Berlins leben. Die Versammlung war von wohl über 6000 Menschen besucht gewesen.

Abends hörte man bereits mit der größten Bestimmtheit erzählen, daß das Ministerium sich bereit erklärt habe, den Beschluß auszuführen, und man konnte den des heutigen Tages schon voraussehen. Es war daher höchst unnütz und muß den schärfsten Tadel unterliegen, daß das Polizeipräsidium sich herausgenommen hat, seine Konstabler in dem Schauspielhause aufzustellen. Es war ein verletzender, ein empörender Anblick, und man konnte nur dadurch Genugthuung dafür empfinden, daß der Präsident der Versammlung, Herr Phillipps, die lästigen Schutzleute sofort wieder entfernen ließ. Wie man in der Versammlung hörte, hatte auch Herr Rimpler bereits freiwillig seine Hand hierzu geboten. Er hatte heute morgen eine Ansprache an die Bürgerwehr und an das Volk von Berlin drucken lassen, in der er sie zur Aufrechthaltung des Beschlusses der Majorität der Versammlung, und dadurch auch der Ruhe ermahnte. Das Volk bedurfte einer Ermahnung indessen nicht, denn es wußte längst, was es thun und zu lassen

hatte. So zahlreich auch die Gruppen wieder vor dem Schauspielhause waren, so ruhig blieben sie, und erklärten, daß sie sich zwar ebenfalls bei dem Beschlusse der Nationalversammlung beruhigen wollten, aber von dieser verlangten, daß sie von dem Ministerium Rechenschaft verlange über die großen Truppenanhäufungen um Berlin. Darin sieht der Berliner Bürger noch mit Recht eine Gefahr für seine Freiheit, und es ist die höchste Zeit, sowohl für uns, wie für die Soldaten, daß diesem Zustande ein Ende gemacht werde. Uns wird fortwährend mit einer Belagerung gedroht und die Soldaten sehen sich bei dem ewigen Wechsel der Quartiere und dem häufigen Bivouakiren der Gefahr, an der Cholera zu erkranken, ausgesetzt.

— Abends 7 Uhr. Ein Theil der Arbeiter ist nicht zufrieden mit dem Erlasse des Ministeriums. Schon den Nachmittag standen Gruppen vor dem Schauspielhause und debattirten. Sie wollten nicht nur den Erlaß vollständig erfüllt, sondern auch die politischen Gefangenen befreit haben. Zu dem Ende wählten sie eine Deputation, die sodann auf einem Leiterwagen vor ihnen erschien und, nachdem der „alte Karbe" von demselben zu dem Volke geredet, nach der Stadtvoigtei fuhr. Dort sammelte sich eine große Anzahl von Menschen und es wurde hier von Neuem gesprochen, von Braß, Schaßler u. A., aber in dem Sinne, daß das Volk seine bisherige ruhige Haltung bewahren und sich vor Krawallen hüten möge. Man fürchtet, daß die Reaktion einen solchen künstlich hervorzurufen trachte, hofft aber auch, daß er nicht zum Ausbruch gelangen werde.

Man hört jetzt zum Appell blasen; die Bürgerwehr tritt zusammen. (Reform.)

Aus Seybolds Erinnerungen aus Paris im Jahr 1831.

Warum reiten denn S. königl. Hoheit so oft vor dem Hause dieses Seifensieders vorüber? Sie haben ihr landesväterliches Auge auf dessen schöne Tochter gerichtet. Welches weibliche Herz kann einem Fürsten widerstehen! Pinsel glaubten an ihre Tugend, bis in einer verhängnißvollen Nacht der Fürst aus dem Hause getragen wurde, weil er die Treppe herabgefallen war und den Fuß verenkt hatte. O schönes Verhältniß des Landesvaters und der Töchter des Landes. Die Tochter des Seifensieders wurde, wie es heißt, mit 60000 Gulden im fürstlichen Testamente bedacht. Ein anderer Vater lieferte um 40000 Gulden seine sechszehnjährige Tochter in die Arme des fürstlichen Moloch. Ja wohl, die Verfechter der deutschen Kleinstaaterei haben Recht, wenn sie die fürstlichen Residenzen in Deutschland die Lichtpunkte deutscher Aufklärung nennen! Nur finde ich, daß das deutsche Volk diese Aufklärung mit ihren vielen Lichtpunkten etwas theuer bezahlt.

Wenn man aus den sämmtlichen natürlichen Söhnen, welche aus den Landen deutscher Fürsten oder Prinzen hervorgegangen sind, eine legitime Legion bildete, so würde man keine geringe Zahl geharnischter Streiter für Thron und Altar zusammenbringen. Sonderbar! Ein armer Teufel, der sich gegen das sechste Gebot verfehlt, muß dafür an den landesherrlichen Fiskus eine sogenannte Skortationsstrafe bezahlen, — und der Landesherr macht aus seinen Hurenkindern Grafen und Barone, die er auf Kosten des Landes ausstattet! O du in deiner Zerstückelung glückliches Deutschland, — von wie vielen Lichtpunkten der Aufklärung wirst du beleuchtet! In Carlsruhe allein existiren sieben Gebrüder Seltweck, die aus einer Mischung fürstlichen und gemeinen Blutes hervorgegangen sind, die verfluchten Giftmischer.

Glossen zur Tagsgeschichte.

(Der dänische Waffenstillstand.) Auf die Entscheidung in Frankfurt über diesen hochwichtigen Gegenstand hat einen großen Einfluß geübt die Versicherung der preußischen Regierung, daß die dänische Regierung zu Modifikationen geneigt sei. Dem wird nun von offiziellen dänischen Blättern aufs Entschiedenste widersprochen. Fädrelandet sagt: Wir können die positive Versicherung geben, daß jede Modifikation in der einmal abgeschlossenen Waffenstillstandsconvention von Seiten der dänischen Regierung unmöglich ist. — Es ist hienach ziemlich klar, daß die dänische Frage noch nicht erledigt ist. Wir prophezeien dem Parlament, daß es an ihr den Hals brechen wird.

Gedruckt unter Verantwortlichkeit der Verleger, von Wilhelm Tümmel.
Expedition bei Gg. Meyer, Plobenhof S. 823.

(Probeblatt.)

Der freie Staatsbürger.

Ein Volksblatt aus Franken.

№ 70. Nürnberg, 30. September 1848.

Erscheint jeden Dienstag, Donnerstag und Samstag, und kann durch alle Postämter bezogen werden.
Preis vierteljährlich 45 Kr. — Einrückungsgebühr 2 Kr. für die Zeile. — Einzelen Nummern à 3 Kr.

Die Bedeutung des Beschlusses der Nationalversammlung

Vom 16. September.

Von einem Abgeordneten zur National-Versammlung.

Der Beschluß der Nationalversammlung zu Frankfurt vom 16. September, wornach der Malmöer Waffenstillstand von derselben angenommen worden ist, trägt in sich eine so tiefgreifende und zugleich umfassende Bedeutung, und seine Folgen haben sich leider schon so furchtbar entwickelt und werden es noch thun, daß es sich wohl der Mühe lohnt, dieses Ereigniß noch einmal näher ins Auge zu fassen. Dadurch allein ist es möglich, daß die Nation, welche bereits instinktmäßig die höchste Entrüstung darüber ausgesprochen, vielleicht die Mittel findet, welche das daraus entspringende Unheil abwenden könnten. —

Die deutsche Revolution vom März dieses Jahres hatte, wie Jedermann weiß, auf eine glorreiche Weise begonnen. Diese Revolution hatte vor allen ähnlichen, welche in Deutschland statt gehabt, das voraus, daß sie an allen Punkten fast zugleich, und mit demselben Charakter angefangen, und diese Gleichmäßigkeit brachte auch die ersten günstigen Erfolge zu wege. Offenbar der wichtigste und großartigste dieser Erfolge war das Vorparlament und der Beschluß desselben, daß eine constituirende Versammlung zusammentreten sollte, gewählt vom Volke, aus dem Volke, ohne alle beschränkenden Formen, welche ganz allein, ohne Mitwirkung der Regierungen die Gesammtverfassung für Deutschland feststellen sollte. Ich sage: das war der wichtigste Erfolg: denn zu so etwas hatte es die ganze deutsche Geschichte noch nicht gebracht. Alle Bewegungen, die in früheren und neueren Zeiten in Deutschland sich erhoben, scheiterten gerade daran, daß sie auf keiner gesetzmäßigen Grundlage beruhten, und daß sie vereinzelt aufgetreten waren. Diesmal aber war die ganze Nation von der Bewegung ergriffen: diesmal hatte sich die Bewegung sofort eine gesetzliche Grundlage geschaffen. Die Nationalversammlung sollte — Niemand wagte das zu bestreiten — die oberste Gewalt in ganz Deutschland sein; sie sollte die Souveränetät besitzen, welche das Volk in seinem Willen ihr anvertraut, nur so, durch nichts beirrt so frei und selbstständig, wie nur irgend eine Macht sein kann, sollte sie die Einheit, die Freiheit, die Größe und das Glück Deutschlands begründen. Gewiß, niemals hatte Jemand eine größere Aufgabe, aber auch niemals hatte es Jemand so leicht, diese Aufgabe zu lösen. Den Mitgliedern der Nationalversammlung war das seltene Glück zu Theil geworden, das Größte zu schaffen, ohne daß dieses, wenn sie nur wollten, sehr schwer gewesen wäre. Sie durften sich nämlich nur auf den klar ausgesprochenen Willen des Volkes stützen; sie durften nur diesen ausführen, thaten sie es, so konnten sie auch allgemeiner Zustimmung und allgemeinen Gehorsams gegen ihre Beschlüsse gewiß sein.

Die Nationalversammlung aber hat einen anderen Weg eingeschlagen. Sie theilte sich bald in zwei Parteien, die wieder in verschiedene Nuancen zerfielen, in die Rechte und die Linke. Die Linke wollte eben jene angedeutete Aufgabe lösen: sie stützte sich auf den Willen des Volks, und war der Meinung, daß man rasch verfahren müsse, um dem Volke die ihm schon lange gebührenden Rechte, unserm Vaterlande jene politischen Einrichtungen zu geben, welche seine Einheit und seine

Bedeutung" in der äusseren Politik verbürgten. Sie ging aus von dem Grundsatze der Volkssouveränetät, den sie in jedem Punkte gewahrt wissen wollte, und verlangte eben darum nur solche Einrichtungen, welche wesentlich demokratische seien. Aber leider befand sich die Linke gleich vom Beginn der Versammlung an in einer entschiedenen Minderheit. Den bei Weitem größten Theil des Parlaments bildete die Rechte, zusammengesetzt aus Absolutisten, Aristokraten, Bureaukraten, Pfaffen des alten Schlags, welche durchaus nichts weiter im Sinne hatten, als unter dem Scheine der neuen Formen und der neuen Schlagwörter doch das alte System vollkommen wieder herzustellen, ferner aus sogenannten Konstitutionellen, welche in der Meinung, daß die entschieden vorangehende Partei die Sache übereile, sich lieber an die Reaktionäre anschlossen, endlich aus einer Anzahl von charakterlosen Menschen, welche keiner Richtung mit Entschiedenheit zugethan, sich von den Umständen einmal dahin, einmal dorthin treiben ließen, immer aber dahin, wo die Majorität sich befand. Was war mit einer solchen Majorität Großes zu erreichen! Es geschah nichts: die Wünsche, die Hoffnungen der deutschen Nation, welche mit der sehnsüchtigsten Erwartung nach Frankfurt schaute, wurden nicht befriedigt: auf die Enttäuschung folgte bald Gleichgültigkeit, in manchen Ländern und Kreisen Haß oder Verachtung gegen das Parlament. Da auf einmal raffte es sich auf mit dem Beschluß vom 5. September, welcher die Sistirung des Waffenstillstandes von Malmoe anordnete. Wahrlich, dieser Beschluß machte alle Sünden wieder gut, welche die Majorität der Nationalversammlung auf sich geladen. Tief fühlte es das Volk, und von welch freudiger Bewegung es ergriffen war, konnte man aus den zahllosen Adressen sehen, welche in außerordentlich kurzer Zeit fast von allen Gegenden Deutschlands an das Parlament einliefen, und welche sammt und sonders — mit Ausnahme einer einzigen, von Bremer Kaufleuten — ihre Enrüstung über den Waffenstillstand und ihre Freude über die Haltung der Nationalversammlung aussprechen. Aber was ist der Majorität die Stimme des Volks! Es nahte der Tag der eigentlichen Entscheidung. Als am 16. Sept. über die wirkliche Ratification des Waffenstillstandes abgestimmt wurde, wurde er mit 258 Stimmen gegen 237, also mit einer Mehrheit von 21 Stimmen angenommen. Es charakterisirt die Majorität, daß unter diesen Viele waren, welche beim Beschlusse vom 5. Sept. gegen den Waffenstillstand gestimmt hatten: ja mehrere hatten sogar gegen denselben gesprochen, die nun für ihn stimmten, wie Professor Waitz von Göttingen, Stedmann. Arndt schwankte mit seiner Stimme hin und her: zuerst gegen den Waffenstillstand im Ausschuß: dann in der Versammlung für ihn sprechend; bei der Abstimmung zuerst gegen denselben, bei nochmaligem Aufruf für ihn. Es charakterisirt ferner die Majorität, daß Pfaffen, Aristokraten und Bureaukraten mit einander gemeinsame Sache gemacht, indem die letzteren den ersten versprachen, gegen die Trennung der Schule von der Kirche zu stimmen, wenn diese für den Waffenstillstand von Malmö sich erklärten.

Und was ist es denn, was diesem Beschlusse über die Annahme des Waffenstillstands eine so außerordentliche Bedeutung gibt? Die Antwort darauf ist, daß es sich hiebei nicht blos um einen einzelnen Punkt handelt: sondern daß dadurch Alles, was Deutschlands Zukunft verbürgen kann, in Frage gestellt ist: die Stellung in der äußeren Politik, die Einheit, die Freiheit, die Ehre.

An und für sich schon ist der Waffenstillstand durchaus unehrenvoll für Deutschland, indem er die Schleswiger fast ganz den Dänen wieder in die Hände gibt. Er enthält kein Wort über die provisorische Regierung und über das Schicksal derselben, welche doch ausdrücklich von Deutschland anerkannt worden war: er bestimmt vielmehr, daß die Gesetze, welche während des revolutionären Zustandes erlassen worden waren, sämmtlich aufgehoben werden sollten, und setzt demnach zu Gunsten der Dänen Alles wieder auf den status quo vor der Revolution. Er bestimmt ferner, daß die holsteinischen und die schleswigischen Truppen getrennt sein sollten, was ein neuer Punkt zu Gunsten der Dänen ist. Er enthält sodann kein Wort über die Aufnahme Schleswigs in den deutschen Bund, welche von der Nationalversammlung und vom Vorparlament öfter wie einmal ausgesprochen worden war. Und endlich soll eine Regierung eingesetzt werden, unter Mitwirkung Preußens und Dänemarks, an deren Spitze ein Mann stand, welcher den Schleswig-Holsteinern unter allen am verhaßtesten war, der Graf Carl Moltke. Das sind lau-

ter politische Bestimmungen: was die militärischen anbetrifft, so ist die nachtheiligste die, daß der Waffenstillstand auf 7 Monate geschlossen ist, also gerade während einer Zeit, in welcher die Dänen von Deutschland aus mit Erfolg angegriffen werden konnten, weil sie das Element, das ihnen den meisten Vortheil über uns einräumte, nämlich die See, nicht benützen konnten.

Also an sich schon ist dieser Waffenstillstand ein höchst nachtheiliger. Er trägt durchaus den Charakter der Friedensschlüße an sich, welche die alte deutsche Diplomatie geschlossen, und welche über unser Vaterland so viel Hohn und Spott und die Verachtung des Auslands gebracht haben. Mit der Bewegung im März hat Jedermann gehofft, sei diese durchaus verrottete Diplomatie entschlafen und das deutsche Volk würde dem Auslande gegenüber die hohe Stellung einnehmen, welche einer Nation von 45 Millionen gebührt. Aber nein! diese Hoffnung ist mit dem Waffenstillstande von Malmö wieder gesunken. Denn das Tragische bei der Sache besteht darin, daß es sich nicht etwa blos um das kleine Schleswig handelt, sondern um unsre ganze Reputation in der äußeren Politik. Denn durch diesen Beschluß der Nationalversammlung wurde dem Auslande der Beweis gegeben, daß nicht nur die Diplomatie, sondern daß auch das Volk, welches durch die Nationalversammlung vertreten ist, in die Fußtapfen der alten Politik eintritt: es wurde der Beweis geliefert, daß das neue Deutschland sich ebenso kindisch und tölpelhaft benimmt wie das alte; es wurde der Beweis geliefert, daß das Ausland auch jetzt gerade so mit uns umspringen darf, wie früher: dieses wurde dadurch sogar zu förmlichen Angriffen ermuthigt, da es in uns ein Volk erkennen mußte, das kein Ehrgefühl, keine Kraft, keine Festigkeit, keinen politischen Verstand besitzt. Denn als Grund für die Annahme des Waffenstillstandes wurde in der Nationalversammlung gar zu häufig die Furcht vor einem Kriege mit den Großmächten, namentlich mit Rußland und England angeführt. Als ob diese beiden Mächte sich jemals durch eine solche Furcht von der Verfolgung ihrer politischen Plane, geschweige denn von der Vertheidigung ihres guten Rechtes hätten abhalten lassen. Daß England und Rußland gedroht haben, ist gewiß. Aber von der Drohung zur That ist noch ein großer Schritt. Und weder Rußland, noch England hätten ihn gemacht, weil beide gegenwärtig nicht in der Lage sind, einen auswärtigen Krieg zu führen, der seiner Natur nach ein allgemeiner, ein europäischer werden mußte, den beide Mächte auf gleiche Weise zu fürchten haben. Gesetzt aber auch, sie hätten den Krieg erklärt, wären wir nicht fähig gewesen, ihm Widerstand zu leisten? Wie? Sind wir nicht ein Volk von 45 Mill.? Ein Volk, daß sich von jeher durch Tapferkeit ausgezeichnet, und dieselbe gewiß in einem noch höheren Grade entfalten wird, wenn es sich nicht um fürstliche Interessen, sondern wenn es sich um die höchsten Güter, um Freiheit und Vaterland, handelt? Ich bin sicher: ein kühnes, entschlossenes Auftreten von unserer Seite hätte hingereicht, um das gegen uns kriegsgesinnte Ausland zu entwaffnen. So aber, durch unsere Aengstlichkeit, durch unsere recht offen ausgesprochene Furcht vor einem Kriege werden wir diesen gerade erst heraufbeschwören. Denn von jeher war Deutschland von dem Auslande auserseben worden, als dasjenige Land, an dem man reißen und zerren dürfte, wie Einem beliebte.

Indessen nicht blos unsere Stellung in der äußeren Politik ist durch die Annahme des Waffenstillstandes von Malmö blos gegeben, sondern auch unsere Einheit ist dadurch vernichtet. Denn dadurch ist das particulare Fürstenthum über die Centralgewalt gesetzt, indem die Versammlung sich von der Ansicht hat leiten lassen, daß es gefährlicher sei, einen einzelnen deutschen Fürsten, als die Centralgewalt, den Reichsverweser, zu blamiren. Als die provisorische Centralgewalt von der Nationalversammlung geschaffen wurde, da wurde ihr auch die Leitung der gesammten äußeren Politik übertragen. Man sah gerade hierin ein Zeichen, einen Ausdruck der Einheit, und es ist keinem Zweifel unterworfen, daß, wenn dieser Beschluß der Nationalversammlung in Wahrheit ausgeführt worden wäre, wir unserer Einheit einen guten Schritt näher gerückt wären. Was geschieht aber? Die erste bedeutende Handlung in der äußern Politik, vor Abschluß eines Friedens- oder Waffenstillstandes mit Dänemark, wird nicht durch die Centralgewalt sondern durch die Krone Preußen vollzogen. Und wie? Unter welchen Umständen? Die Centralgewalt hatte allerdings auf Preussens Ansuchen dieser Regierung die Vollmacht zum Abschluße eines Waffenstillstandes mit Dänemark gegeben, aber zugleich Bedingungen festgesetzt, welche

nicht überschritten werden dürften, und sich ausbedungen, daß ihr der Waffenstillstand vor seinem Abschluße zur Genehmigung vorgelegt werden müßte. Was thut aber Preußen? Preußen überschreitet alle von der Centralgewalt festgesetzten Bedingungen, und schließt, ohne ihn vorher dem Reichsministerium mitzutheilen, den Waffenstilland völlig mit Dänemark ab. Dieses Benehmen Preußens, was ist es anders, als eine offene Verhöhnung der Centralgewalt und des Reichsverwesers? Was bedeutet diese Handlungsweise anders, als daß der Wille der Centralgewalt einer deutschen Regierung für nichts gilt, daß sie vielmehr sich berechtigt hält, ihren Willen an die Stelle dessen der Centralgewalt zu setzen? Wenn man wirklich die Einheit wollte, so mußte man ein solches Verfahren einer deutschen Regierung auf das Entschiedenste rügen, man mußte ein so ungesetzliches Verfahren als solches bezeichnen: mit einem Worte, man durfte nun und nimmermehr den Waffenstillstand von Malmö ratificiren, welcher die Schmach und die Verhöhnung der Centralgewalt so offen darlegte. Aber die Mehrheit der Versammlung war einer andern Ansicht. Sie fürchtete — das war wenigstens der Hauptgrund, welcher geltend gemacht wurde — Preußen würde durch die Nichtratification des Waffenstillstandes sich so beleidigt fühlen, daß es von Deutschlands Einheit zurückträte, und daß sodann der Bürgerkrieg begönne. Sie sprach sich also für die Ratification des Waffenstillstandes aus.

Und was ist damit erreicht? Es ist das erreicht, daß das Fürstenthum einen entscheidenden Sieg über die Einheit davon getragen hat, der im Stande ist, alle unsere Bestrebungen zur Gewinnung derselben zu vernichten. Wer nicht blind ist, hat sehen müssen, wie die deutschen Regierungen unmittelbar nach der Märzrevolution auf alle Weise versucht haben, diese Einheitstendenzen zu durchkreuzen und zu beirren, um wo möglich den alten Zustand der Dinge zu erhalten oder wieder herzustellen. Diesen Versuchen der deutschen Regierungen stand die Nationalversammlung bisher ziemlich ehrenwerth entgegen, und wenigstens in der hannöverischen Angelegenheit hat sie gezeigt, daß sie die Sondergelüste einer deutschen Regierung nicht dulde. Aber Hannover ist klein, damit konnte man am Ende noch fertig werden. Wie aber, wenn ein größerer Staat es versuchte, mit seinen Sonderinteressen und seinem parikularen Willen hervorzutreten? Man machte die Probe mit diesem Waffenstillstande von Malmö. Da wollte man sehen, ob die Nationalversammlung den Muth habe, auch gegen einen größeren Staat aufzutreten, oder ob sie hündisch vor demselben den Rücken beuge. Die Probe ist zu Gunsten des Fürstenthums ausgefallen. Die Nationalversammlung ist gekrochen vor dem König von Preußen: sie hat es vorgezogen, sich zu beschimpfen, den Reichsverweser und die Centralgewalt zu beschimpfen, die deutsche Nation, welche sie vertritt, zu beschimpfen, als daß sie dem König von Preußen ebenso trotzig und kühn die Stirne geboten hätte, wie einem König von Hannover. Lächerlich und kindisch ist die Hoffnung — auch können sie nur die Beschränkten hegen, die Verführten und am Leitseile herumgezogenen — als ob durch diese Nachgiebigkeit der Nationalversammlung gegen den König von Preußen dieser veranlaßt werden könnte, nur desto inniger und fester sich an die Einheit Deutschlands anzulehnen. Die nächste Folge ist vielmehr, daß er sich von der Einheit Deutschlands entfernt, und daß er seinen Sonderinteressen noch mehr nachhängt, als bisher. Jetzt, da er die Erbärmlichkeit und Schwäche der Nationalversammlung gesehen, wird es ihm nicht einfallen, sich nur irgend wie nach den Beschlüssen zu richten, sondern er wird ferner nur das thun, was ihm beliebt, sicher, daß die Nationalversammlung nicht den Muth haben werde, anderer Meinung, als er, zu sein. Und wie der König von Preußen, so werden es bald auch die andern Fürsten machen. Was dem Einen recht, das ist dem Anderen billig, werden sie sagen. Einer nach dem andern wird mit ähnlichen Gesinnungen und Handlungen hervortreten und unsere viel besprochene deutsche Einheit wird in Kurzem ein Mährchen sein, von dem man sich wohl erzählt, das aber keine Wirkligkeit für sich hat. Unter solchen Umständen wird man vielleicht die Nationalversammlung noch eine Zeit lang fortbestehen lassen, nämlich so lange, und nur unter der Bedingung, daß sie Alles gut heißt, was das Fürstenthum will. Nachgerade aber wird man auch diese Versammlung unbequem finden: man wird sie auseinander jagen, und nicht einmal einen lebhaften Widerspruch von Seite des Volkes zu gewärtigen haben, da sie sich durch den Beschluß vom 16. September das To-

desurtheil selber schon gesprochen hat. Und ist es einmal dahin gekommen, so geben unsere wenigeu Freiheiten, die wir durch die Märzrevolution gewonnen haben, auch zu Grunde.* Das Ende unserer Revolution, die Wiederherstellung des früheren trostlosen politischen Zustandes wird also das Ergebniß des Beschlusses vom 16. September sein

Und so etwas sollte das deutsche Volk dulden? Nimmermehr! Jetzt schon ist die Entrüstung über die Haltung der Nationalversammlung eine außerordentliche. Ganz Süddeutschland ist von Ingrimm ergriffen, und auch die nördlichen Gegenden haben sich entschieden genug darüber ausgesprochen. Es ist offenbar, daß die Nationalversammlung in ihrer jetzigen Zusammensetzung durchaus nicht dem Geiste und der Richtung des Volkes entspricht: es ist offenbar, daß diese Nationalversammlung nun und nimmermehr politische Einrichtungen treffen wird, welche die Ergebnisse unserer Revolution sicher stellen werden, daß sie vielmehr diese Revolution aufzulösen und zu vernichten beabsichtigt. Was ist nun zu thun? Das deutsche Volk muß Alles aufbieten, um eine Reinigung dieser Versammlung zu bewirken. Es muß alle diejenigen, welche für die Genehmigung des Waffenstillstandes gestimmt haben, auffordern, ihr Mandat niederzulegen und ihre Plätze besseren Freunden des Volkes einzuräumen. Es muß in Riesenadressen unumwunden seine Mißbilligung der bisherigen Wirksamkeit des Parlaments aussprechen, und entschieden eine ganz andere politische Richtung von demselben verlangen. Es muß zuletzt drohen, daß, wenn diese gesetzlichen Mittel zur Heilung der vom Parlamente der Einheit und der Freiheit geschlagenen Wunden nicht angenommen würden, es zu dem Aeußersten entschlossen sey. Und diese Adressen dürfen nicht vereinzelt kommen: nein, vom ganzen Volke: zu Tausenden, zu Millionen müssen sich unterschreiben, wie die Engländer es zu thun pflegen. Nur dadurch bekommt die siegestrunkene Mehrheit Respekt vor dem souveränen Volke!

Folgen der Bildung des neuen preußischen Ministeriums.

Die neue rheinische Zeitung schreibt darüber aus Köln vom 25. Sept. Kaum ist die offizielle Nachricht von Bildung des kontrerevolutionären Ministeriums an den Rhein gedrungen: so erwacht im hiesigen Parquet plötzlich nicht blos ein allmächtiges Verhaftungsgelüst, sondern ein Thateifer, wie er selbst im alten Polizeistaat nicht vorgekommen.

Diesen Morgen hat der kontrerevolutionäre Feldzug begonnen. Die Helden desselben sind auf einigen Punkten siegreich gewesen, auf andern zurückgeschlagen worden: — ein Schicksal, was selbst größere Feldherrn betroffen hat. Man gedachte, wenige Dutzend kölnische Demokraten als Morgenbeute davon zu führen und mit dieser Kunde die hiesigen Heuler bei ihrem Frühstück zu erfreuen. Allein ein Theil der Beute ist den Herren abgejagt worden. So wurde Wachter, Hauptmann der 9. Bürgerwehrkompagnie, vom Volke den Händen der heil. Herrmandad entrissen. Bei unserm Mitbürger Moll drangen 6 Wächter des Gesetzes ein. Die schnell ums Haus versammelte Menge, ihre drohende Haltung veranlaßte 2 der Herren, sich auf den Holzboden, einen dritten sich in den Keller flüchten zu wollen. Zum Unglück besitzt das Haus nur Einen Ausgang. Moll gab dem Wunsche der Beängstigten nach und bat beim Volke für ungefährdeten Rückzug der 6 Mann starken Brigade.

Was dagegen Becker und Schapper anlangt: so sind diese bei frühester Morgenstunde ins Gefängniß abgeführt worden. Außer Bürgers sollen noch mehrere andere Redakteure unseres Blattes auf der Proscriptionsliste stehen und Versuche zu ihrer Gefangennehmung gemacht worden sein.

Schreiten die Herren mit Ausführung ihrer Pläne weiter vor, so wird unsere Zeitung bald nur noch auf mysteriöse Weise redigirt werden können. Doch glauben wir versichern zu können, daß alle gegen uns gerichteten Mannöver der Hauptsache nach sich fruchtlos erweisen und unsere Leser nach wie vor das Blatt regelmäßig zugesandt erhalten werden. Es handelt sich hier lediglich um die Frage, wer zuerst den Humor verlieren wird: die Herren vom Parquet oder die Redakteure der N. Rh. Z.

Wir fügen hinzu, daß soeben Gensdarmen rc. nach Mühlheim gehen, um auch dort eine Anzahl verhaßter Demokraten durch Verhaftung und Gefängniß zu maßregeln.

11 Uhr Vormittags. In Folge der heute früh

* Sind sie es nicht schon? Anm. der Red.

vorgenommenen und versuchten Verhaftungen sammelten sich in der Nähe des Arellhofes einige Volkshaufen. In der Gasse hinter dem Zeughause, welche in Pflastererung begriffen, trugen einige Jungen Steinhaufen zusammen. Der Lieutenant von der Regierungswache erschien mit seinen Soldaten und verhaftete die mit Zusammentragen der Steine beschäftigten Kinder. Das Volk verlangte ihre Freilassung. Die Bürgerwehr jenes Bezirks war inzwischen alarmirt worden. Aus dem Zeughause wurde von einigen Soldaten mit Steinen herabgeworfen. Der wachthabende Lieutnant ließ seine Mannschaft vor den Augen der Umstehenden scharf laden. Ein Zugführer der Bürgerwehr machte ihn für alle Folgen verantwortlich und erklärte, daß sich die Bürgerwehr ganz zurückziehen werde, wenn das Militär auf diese Art Vorbereitungen zum Einschreiten treffe, ehe es dazu requirirt worden. Die Aufregung steigt. Ein Plakat beruft eine Volksversammlung nach dem Altenmarkt; Zeit 1 Uhr. Sämmtliche Bürgerwehr wird alarmirt.

Wir hören so eben, daß der kommiss. Polizeidirektor Geiger eine Proklamation erlassen; sie ist aber im Augenblick ihres Anklebens an allen Punkten so schnell herabgerissen worden, daß Niemand weiß, was darin gestanden.

Mittags 2 Uhr. Die Polizei hatte durch Anschlag die oben erwähnte Volksversammlung im Freien verboten. Die Bürgerwehr war zur Verhinderung des Meetings aufgeboten. Ein großer Theil derselben fraternisirt mit dem Volk. Die Versammlung auf dem Altenmarkt hat soeben begonnen. Imandt aus Crefeld eröffnet die Sitzung mit einer ausgezeichneten Rede. Moll, der heute vom Volk Befreite, sprach nach ihm. Er fordert auf, erst dann die Versammlung in den Eiser'schen Saal zu verlegen, wenn das Militär einschreite, damit Blutvergießen vermieden würde. Imandt's Anfrage an die Hauptleute der aufgestellten Bürgerwehr, ob letztere als Polizei oder zum Schutze des Volkes dastehe? wird die Antwort: sie stehe zum Schutze des Volkes da. Sofort zieht sich die Bürgerwehr nach allen Seiten in den Hintergrund. Ein dritter Redner macht aufmerksam, daß die Bürgerwehr doch immer alle Zugänge besetzt halte und die Ankommenden verhindere. Die Bürgerwehr öffnet hierauf alle Zugänge.

Vormittags sind im Polizeigebäude sämmtliche Fenster zertrümmert worden. Die gesammte Kavallerie in Deuz soll aufgeboten sein, um den Zuzug des Landvolkes nach Köln zu verhindern.

3 Uhr Nachmittags. Die Volksversammlung auf dem Altenmarkt hat sich bis 6 Uhr vertagt. Vor dem Severinsthore sollen große Haufen bewaffneter Bauern stehen, aber bis jetzt am Einzug verhindert worden sein. Gerüchten zufolge sind in Düsseldorf ebenfalls Unruhen ausgebrochen. Mit dem von Mainz angelangten Dampfschiff geht die Nachricht ein, daß der größte Theil von Würtemberg und Baden aufgestanden ist und die Republik proklamirt hat. Die obige Vertagung der Volksversammlung scheint damit zusammenzuhängen.

Die Frankfurter Oberpostamtszeitung meldet aus Köln vom 26. Sept. In Folge der Vorfälle des gestrigen Tages und der darauf folgenden Nacht ist Köln in Belagerungszustand erklärt. „1) Alle Vereine zu politischen und socialen Zwecken sind aufgehoben. 2) Alle Versammlungen von mehr als 20 Personen bei Tage und 10 Personen des Abends und bei Nacht auf den Straßen und öffentlichen Plätzen sind untersagt. 3) Alle Wirthshäuser sind um 10 Uhr Abends geschlossen. 4) Die gesetzlich bestehenden Behörden verbleiben in ihren Funktionen, und werden in ihren zu treffenden Maßregeln auf's kräftigste unterstützt werden. 5) Die Bürgerwehr ist vorbehaltlich ihrer Reorganisation aufgelöst; die Waffen sind heute Nachmittags von 2 bis 5 Uhr an die zur Empfangnahme bestimmten Personen abzuliefern. 6) Wer in offenem und bewaffnetem Widerstande gegen die Maßregeln der gesetzlichen Behörden betroffen wird, soll vor ein Kriegsgericht gestellt werden. 7) Die „Neue Rheinische Zeitung,“ die „Zeitung des Arbeitervereins,“ die „Neue Kölnische Zeitung,“ der „Wächter am Rhein,“ sind suspendirt.“ Die Ruhe ist inzwischen vollkommen wieder hergestellt worden.

Die Diktatur.

Nun, haben wir denn etwa zu schwarz gesehen, als wir nach der Schaffung der provisorischen Centralgewalt für Deutschland sagten, nur in einem Punkte werde vollkommene Uebereinstimmung zwischen den deutschen Regierungen, also eine deutsche Einheit herrschen, nämlich in der Unterdrückung der

deutschen Volkfreiheiten? Um einen äußern Krieg ehrenvoll zu beendigen, konnte eine Einheit nicht zu Stande kommen, um aber, nach einem unbedeutenden Krawall in Frankfurt, durch ganz Deutschland eine Schreckensherrschaft einzuführen, alle Freiheitsbestrebungen niederzudrücken, dazu sind die preußischen wie die österreichischen, die bayerischen wie die kurhessischen Bajonette mit edlem Wetteifer zur Verfügung gestellt. Und nachdem der neue Diktator von Deutschland, Schmerling, der Untercavaignac unserer 34 Landesväter, dieser Bereitwilligkeit der deutschen Regierungen sich versichert, gibt er ihnen in dem neuesten reichsverweserlichen Erlaß noch die ausdrückliche Ermächtigung, in ihren Ländern gegen die Volksfreiheit zu schalten und zu walten nach Belieben. Damit aber ja nichts fehle in dieser großen Kette von Vernichtungsversuchen gegen die feierlich zugesagten deutschen Volksfreiheiten, kommen auch noch unsere constitutionellen d. h. reaktionären Vereine mit einem allerunterthänigsten Gesuch an die Regierung, alle politischen Vereine aufzuheben, wenn sie nicht unbedingt für die konstitutionelle Monarchie sich erklären. Wir zweifeln nicht, daß der edle Korrespondent, demnächst ein unterthänigstes Gesuch um Wiedereinführung der Censur stellen werde, unter der allein er sich behaglich gefühlt, und die allein ihm die verlornen Abonennten zurückbringen kann.

So glaubt man also wirklich mit der ganzen Revolution fertig zu sein? So glaubt man wirklich, das Volk wieder unter das alte Joch beugen zu können durch Bajonette und Kartätschen? Aber wie lange wollt Ihr denn diese Militärherrschaft aufrecht halten? Wie lange könnt Ihr sie aufrecht halten? Wer gibt Euch das Geld dazu, um sie aufrecht zu erhalten? Und glaubt Ihr, das Volk werde jemals Eure Märzverheißungen, die sich jetzt in Merzlügen umgewandelt haben, vergessen? Glaubt Ihr es werde jemals anders als mit Knirschen sich unter Euer Joch beugen? Glaubt Ihr, es werde sich jemals zu Euch wenden, und seiner Führer, die Ihr, eingekerkert oder verbannt habt, vergessen? Als ob nicht gerade Eure Knechtung ihm vollends die Ueberzeugung geben müßte, daß jene Führer von Anfang an Recht gehabt.

Und wer seid denn Ihr, die Ihr Euch die Fähigkeit zutraut, einem Volke in seiner Revolution zuzurufen: bis hieher und nicht weiter? Ihr habt die ganze Gehässigkeit des Metternich'schen Regiments wieder heraufbeschworen, aber Ihr habt nicht die staatsmännische Begabung eines Metternich. Dieser Schmerling, der Metternich'schen Schule entlaufen, der nun seinen Meister in der Völkerknechtung überbieten will, wird niemals jenen staatsmännischen Ernst, jene, so zu sagen, absolutistische Würde erreichen, mit welcher Metternich das „Königthum von Gottes Gnaden" zu repräsentiren wußte. Ihm gegenüber erscheint Herr Schmerling immer nur als der Roturier, als der verächtliche Emporkömmling, der durch Barrikaden zur Macht emporgehoben, der er nicht gewachsen ist, seines Ursprungs vergißt und durch die stümperhafte Nachäffung der Mittel sich zu halten sucht, mit denen seine legitimen Vorgänger ihre Sache so lange gegen den Strom der an sie heranwogenden Revolution zu decken wußten. Glaubt Ihr, diese Revolution habe gesiegt, nur um statt des großen Meisters den verächtlichen Schüler zur Macht emporzuheben? O Ihr Thoren! Denn Thoren mag man wohl diejenigen nennen, die um eines spannenlangen Triumpfes willen soviel Haß und Grimm sich aufbürden, daß der Sturz ihres Systems, dieser unausbleibliche Sturz auch ihre Personen gefährden muß.

Ihr beruft Euch auf französisches Beispiel bei Eurer Militärdiktatur. Ihr seid ebenso dumm als schlecht, wenn Ihr dem deutschrn Volke glauben machen wollt, daß die Fälle die gleichen seien. In Frankreich hat nach der Februarrevolution die „freieste Wahl" für die Nationalversammlung wirklich statt gefunden. Jeder Franzose durfte in direkter Wahl dazu mitwirken. Es war also die wirkliche ächte Volksvertretung, auf welche in Paris ein Attentat gewagt wurde, während die Frankfurter Nationalversammlung in ihrer großen Mehrheit dem Volke ebenso verächtlich ist, wie den Fürsten. Dann aber — und das ist die Hauptsache, — weiß man von Cavaignac, daß er ein reiner Republikaner ist, der nur die Befestigung der französischen Freiheit durch seine Mittel erreichen will, mögen diese nun auch zum Theil falsch gewählt sein. Von einem Schmerling aber weiß man, daß er dem gestürzten Systeme angehört. Gegen die Anmassung einer Diktatur durch ein solches Subjekt ist jeder entrüstet, der den Namen eines Deutschen verdient.

Und wenn dieser Schmerling kein bloßer diplo-

matischer Stümper und Jammermensch wäre, wenn er die Fähigkeit eines Metternich besäße, ja wenn er die Mittel hätte, ganz Deutschland in Belagerungszustand zu erklären und durch 900000 Mann fort und fort besetzt zu halten, so könnte er wohl die Revolution in Deutschland für den Augenblick unterdrücken, aber die Revolution des Jahres 1848 ist eine europäische Revolution, und gegen diese würden weder Bajonette noch Kartätschen ausreichen. Nützt nur die Euch zugemessene Spanne Zeit, Ihr Verräther am Allerheiligsten eines Volkes, knechtet Euer grausam enttäuschtes Volk, werft es nieder mit Kartätschen, feiert Eure teuflischen Triumpfe über Blut und Leichen, die Stunde der Befreiung wird den Deutschen dennoch schlagen und das strengste Urtheil, welches Euer verrathenes Volk über Euch sprechen mag, wird nur ein gerechtes sein.

G. D.

Glossen zur Tagsgeschichte.

(Das Parlament.) Bei einer großen Volksversammlung in Worringen am Rhein bei Cöln wurde beschlossen, der Nationalversammlung zu erklären, daß sie, wenn aus der Widersetzlichkeit der preußischen Regierung gegen die Beschlüsse der Nationalversammlung und der Centralgewalt ein Konflikt zwischen Preußen und Deutschland entstehn sollte, mit Gut und Blut zu Deutschland stehn werde. Die Antwort des Parlaments war der Beschluß vom 16. Sept. und — die Unterdrückung der Freiheit durch Militärgewalt. Wenn dieses Parlament fortfährt, in Frankfurt als deutsche Volksvertretung zu sitzen, wenn die deutsche Nation sich nicht erhebt, um ihm seine volle und ganze Verachtung auszusprechen, so müssen wir unsrerseits erklären, daß wir keine Deutschen mehr sein mögen, daß wir uns Deutschlands schämen und lieber preußisch sein wollen; denn die Preußen haben wenigstens eine Vertretung, vor der man Achtung haben kann.

(Der Parlaments-Beschluß.) Folgende Fraktionen vereinigten sich, um den Beschluß vom 16. September, durch welchen das Parlament die deutsche Nation mit Schimpf beladen hat, herbeizuführen: 1) Die Partei des Prinzen von Preußen, welche von Eröffnung der Nationalversammlung an darauf ausgegangen ist, durch ihren Widerstand gegen alle vom Volk laut geforderten Maßregeln das Beschließen solcher zu hintertreiben, und die Nationalversammlung in den Augen der öffentlichen Meinung zu Grund zu richten, damit sobald als möglich dieselbe sich auch faktisch selbst tödte, und ihr Erbe, die von ihr geschaffene Gewalt, den Händen ihres Herrn und Meisters überantwortet werde. Ihr zur Seite wirkt 2) die Partei Gagern, die durch die Majorität mit der Freiheit fertig zu werden sucht, um eine Einheit nach ihrem Geschmack zuweg zu bringen und zu Gunsten ihres Hauptes und ihrer Kreaturen, den Gewinn und der Erhebung des deutschen Volks in die Tasche zu stecken. Es ist die Partei der macchiavelistischen Schliche und Kniffe, der jesuitischen Machinationen und der Corruption; ihr reiht sich die ultramontane Partei an, die da weiß, daß sie nur in solchem Bündniß ihre Herrschaft wieder fest zu gründen vermag. Dafür mußte man der ultramontanen Partei sich verpfänden, daß man gegen Trennung der Schule von der Kirche stimmen wolle. So werden die Interessen Deutschlands von seinen Mandatanten verschachert!

(Der Potsdamer Armeebefehl.) Durch Wrangels Armeebefehl ist der letzte Schleier zerrissen. Man will das constitutionelle Königthum durch das absolute verdrängen. Man glaubt sich stark genug, um den offenen Kampf mit der Revolution zu beginnen. So scheint es. Ob man den wirklichen Kampf so fort wagen wird, ist zu bezweifeln. Man will zunächst einschüchtern. Selbst feig und muthlos, trotz aller hochtrabenden Worte, erwartet man Alles von der Feigheit. Es wird daher die Entscheidung in die Hand der Linken gelegt sein. Sie hat die Pflicht, in dem Augenblick sich an die Spitze des Volks auf der Straße zu stellen, in welchem die Errungenschaften der Revolution in Gefahr sind. Wir wollen sehen.

Gedruckt unter Verantwortlichkeit der Verleger, von Wilhelm Tümmel.
Expedition bei Gg. Meyer, Plobenhof S. 823.

(Probeblatt.)

Der freie Staatsbürger.

Erscheint an allen Wochentagen, am Sonntag nur ausnahmsweise auf einem Extrablatt. Preis in ganz Bayern vierteljährl. fl. 1. 30 kr. halbjährl fl. 3. — jährlich fl. 6.

Organ der Demokratie.

Inserate werden die dreispaltige Petitzeile zu 2 kr. berechnet. Die Abonnenten haben für die Hälfte des Abonnementpreises Inserate frei.

№ 1. Nürnberg, Montag den 2. Oktober 1848.

Erklärung.

Das erste Wort an unsre Leser muß leider die Bitte um Nachsicht sein. Der unterzeichnete Gründer dieses Blattes ist vorerst durch einen bis jetzt noch nicht aufgehobenen polizeilichen Ausweisungsbeschluß an der Uebernahme der persönlichen unmittelbaren Leitung des Blattes gehindert und gezwungen, die verehrl. Abonnenten um gefällige Berücksichtigung dieses fatalen Umstandes zu ersuchen, dessen baldige Beseitigung indessen mit Bestimmtheit zu erwarten ist. Das Parlament hat zwar das allgemeine deutsche Reichsbürgerrecht ausgesprochen, die Centralgewalt hat ihre Anerkennung von den Einzelregierungen verlangt und von Bayern neustens erhalten, gleichwohl waren die Schritte, welche in den letzten Tagen für Aufhebung des gegen den Unterzeichneten gefaßten Ausweisungsbeschlusses geschahen, bis jetzt ohne Erfolg und noch immer muß man fragen: „Was ist des Deutschen Vaterland?"

Gustav Diezel.

Die Vorfälle in Frankfurt am 18. Sept.

H. Ueber die traurigen Ereignisse welche am 18. Sept. in Frankfurt stattgefunden, hat die reaktionäre Presse bereits so entstellende Gerüchte verbreitet, daß es die Pflicht jedes Freundes der Wahrheit, der den wahren Sachverhalt kennt, sein muß, das was er weiß, in das Publikum zu geben. Schreiber dieses, war in Frankfurt selber zu jener Zeit anwesend und ist genau bekannt mit dem Zusammenhang jener Ereignisse. Was wahr daran ist, lauft auf Folgendes hinaus.

Der Beschluß der Nationalversammlung vom 16. Sept. hatte im Volke eine große Erbitterung erzeugt. Noch am Abende jenes Tages gab sie sich in einigen allerdings nicht zu billigenden Ausbrüchen kund. Es wurden einige Häuser demolirt, wo man Abgeordnete der Rechten zu finden meinte, und einige derselben wurden insultirt. Die Linke des Parlaments war mit dergleichen Handlungen durchaus nicht einverstanden: ja sie bat einige Deputationen der hiesigen politischen Vereine, welche zu ihr in den deutschen Hof kamen, dringend, ja ihren ganzen Einfluß aufzubieten, um diese Ausbrüche des Volksunwillens zurückzuhalten. Am Sonntage, den 17. Sept. wurde in der Nähe von Frankfurt eine große Volksversammlung gehalten, auf welcher allerdings leidenschaftliche Reden fielen. Aber keiner der Deputirten der Linken, welche hier sprachen, reizte, wie man ihnen vorgeworfen hat, zum Aufruhr auf. Vielmehr wiesen sie durchaus auf den gesetzlichen Weg hin, der vom Volke eingehalten werden müßte. Sie forderten das Volk nur auf, entschieden seine Meinung auszusprechen, und den Abgeordneten, welche den Willen des Volks nicht verträten, ihr Mandat abzufordern. Richtig ist es allerdings, daß die Mehrheit der Versammlung von der Linken einen entscheidenden Schritt verlangte: sie wünschte, daß die Linke aus dem Parlamente austrete, und diesen Wunsch gab auch die Deputation der Versammlung, welche am Abende des 17. bei der Linken im deutschen Hofe erschien, zu erkennen. Aber diese hatte bereits mit überwiegender Mehrheit beschloßen, in der Nationalversammlung zu bleiben und den Kampf gegen die Reaction mit parlamentarischen Waffen fortzuführen. Das wurde auch der Deputation zur Antwort gegeben. An diesem Tage fielen weiter keine Unordnungen wie am 16. vor.

Nun war aber der Senat von Frankfurt ängstlich geworden, besonders als die Bürgerwehr unzweideutig genug zu erkennen gab, daß sie sich bei etwaigen neuen Störungen passiv zu verhalten Willens sei. Bei dem einen Theile der Bürgerwehr mochte diese Gesinnung aus Furcht entsprungen sein, bei dem andern Theile aus Abneigung gegen die Rechte wegen ihres Beschlusses vom 16. Sept. Genug, der Senat erklärte dem Reichsministerium, daß er sich nicht mehr für fähig halte, mit eigenen Mitteln die Ruhe der Stadt aufrecht zu erhalten und die Nationalversammlung zu schützen. Man hatte nämlich das Gerücht ausgesprengt, daß diese am 18. gestürmt und auseinandergetrieben werden sollte. Darauf hin ließ das Reichsministerium noch in der Nacht vom 17. auf den 18. Militär von Mainz kommen. Unglücklicher Weise, wenn nicht absichtlich, waren Preußen dabei, welche der Einwohnerschaft besonders verhaßt sind. Und diese versäumten nicht, nach gewohnter Weise sich gegen das Volk brutal zu benehmen. Es sammelte sich nämlich bei der Paulskirche, wo das Militär aufgestellt war, eine ziemliche Menschenmenge, unter dieser viele, welche den Verhandlungen des Parlaments beiwohnen wollten. Es entstand ein Gedränge, wie schon häufig in den letzten Tagen: jeder suchte an die Thüre zu kommen, um auf die Gallerie zu gelangen: diese war aber bereits gedrängt voll, weil ja nach dem Beschluß der Nationalversammlung die Hälfte der Gallerie für das Publikum verschlossen ist. Unter diesem Gedränge geschah es, daß Einige an eine andere Thüre kamen, wo sie Einlaß zu finden hofften. Diese führte aber unmittelbar in den Sitzungssaal. Mit genauer Noth konnten die Diener die Hereindrängenden zurückhalten: aber sie thaten es. Diese Thatsache nun nannte die Rechte ein Attentat auf die Nationalversammlung. Die preußischen Soldaten drängten nun das Volk zurück und bei dieser Gelegenheit wurden mehrere aus dem Volke mit Bajonettstichen verwundet, Einer getödtet. Diese Brutalität empörte das Volk, und allenthalben rief man nun: „Laßt uns Barrikaden bauen! Wir müssen die Preußen hinausschlagen." Dieß war das einzige Motiv des bald darauf ausbrechenden Kampfes. Man glaubte dabei sogar auf die Bürgerwehr rechnen zu können, welche ebenfalls über die Preußen erbittert war. Schreiber dieses hat mit Mehreren, welche nun anfingen Barrikaden zu bauen, gesprochen und auf seine Rede über das Unsinnige des Unternehmens die Antwort erhalten, daß man nicht nur auf die Bürgerwehr, sondern auch auf die Oesterreicher rechnen könne, welche mit Bürgern und Volk gemeinsame Sache gegen die Preußen machen würden. Es war also lediglich eine von den vielen Händeln und Streitereien zwischen Civilisten und Militär, aus welcher dieser Kampf entsprungen war. Ein tiefer angelegter, lange vorbereiteter

Plan lag überall nicht zu Grunde, was schon daraus zu ersehen ist, daß mehrere Personen, die man sonst gewohnt war, an der Spitze der demokratischen Partei unter allen Umständen zu erblicken, sich alle mögliche Mühe gaben, um das Volk von seinem Beginnen zurückzuhalten. Uebrigens wäre es dem Militär leicht möglich gewesen, die folgende traurige Catastrophe zu verhindern. Sie hätten nur das Bauen der Barricaden verhindern dürfen. Das aber haben sie unbegreiflicher Weise gar nicht gethan. Ich war selbst Augenzeuge, wie eine Abtheilung preußischer Soldaten ruhig dem Ausbau einer Barricade zusah, welche unmittelbar vor ihren Augen errichtet wurde, ohne nur ein Glied zu rühren. Das haben sie nicht nur an einer so gemacht, sondern bei allen. Dieser an und für sich unbegreiflichen Unthätigkeit lag gewiß ein tieferer Plan zu Grunde. Man wollte offenbar den kleinen Handel zu einer Emeute anwachsen lassen, um daraus Veranlassung zu nehmen, größere reactionäre Maßregeln eintreten zu lassen. Endlich nachdem alle Barricaden fertig waren und man glauben mochte, daß die Barricadeurs sich sicher und geschützt dünkten und deßhalb mit größerer Zuversicht den Kampf aufnehmen würden, begann der Sturm. Ich will den Kampf, der von 2 Uhr bis Abends 10 Uhr mit manchen Unterbrechungen dauerte, nicht beschreiben. Das Wichtigste haben die Zeitungen bereits gebracht. Nur so viel will ich noch hinzusetzen, daß die Mitglieder der Linken sich alle Mühe gaben, um dem Blutvergießen auf beiden Seiten ein Ende zu machen; sie gingen zum Reichsverweser und zu den Reichs-Ministern zu wiederholten Malen; bewogen endlich den Reichs-Verweser, an den Minister des Kriegs ein Handbillet zu erlassen, worin er die friedliche Beilegung des Kampfes wünschte, aber die Minister gingen auf nichts weiter ein, als auf einen halbstündigen Waffenstillstand. Inzwischen erhielten sie Verstärkung durch neue Truppen, die sich nun bis auf 10,000 Mann beliefen, mit denen sie den Sieg auf jeden Fall zu erringen hofften, da die Anzahl der ihnen gegenüberstehenden Kämpfer auf nicht mehr als 250 anzuschlagen war. Wären sie auf den Vorschlag der Linken, die Truppen zurückzuziehen, indem sodann der Aufstand in sich selbst zerfalle, eingegangen, so wäre zwar zweifelsohne die Ruhe alsobald hergestellt worden, aber dann konnte man auch die Reaktionsmaßregeln nicht eintreten lassen, welche später angeordnet wurden. Also Fortsetzung des Kampfes um jeden Preis! Er endete natürlich, wie sich voraussetzen ließ, mit dem Siege der Truppen.

(Schluß folgt.)

Deutschland

*Nürnberg, 1. Okt. Es fanden hier an den letzten Tagen mehrere Versammlungen von Soldaten statt, an denen sich auch Bürger betheiligten. Zweck der Versammlungen war die Erörterung des Verhältnisses zwischen Militär und Bürgern und Besprechung der Nothwendigkeit einer Annäherung und Verbrüderung zwischen den bisher schroff geschiedenen Ständen, welche in Zukunft in einander aufgehen müssen. Wir hören, daß demnächst ein Verbrüderungsfest gefeiert werden soll. Die Kriegsreservisten, welche gegenwärtig bei ihren Regimentern einrücken, sollen nicht eben die freudigste Stimmung mitbringen. Sie sehen sich aus ihrem Berufe gerissen, oft ohne Mittel, um nur die Reisekosten in ihre Garnisonen zu bestreiten: und Alles dieß wozu? Nicht um das Vaterland gegen den äußern Feind zu vertheidigen, sondern um — im besten Fall! — als ein Schreckmittel gegen die freie Geltendmachung der Volkswünsche zu dienen. Das Bewußtsein dieser unnatürlichen Stellung greift nachgerade überall im Militär Platz, wenn auch die Officiere und ein großer Theil der Unterofficiere gegen die Verschmelzung mit den Bürgern sich noch spröde verhalten.

R. Nürnberg, 1 Okt. Vorige Woche begab sich eine Deputation des hiesigen politischen Vereins nach Ansbach, um bei der Regierung für Mittelfranken die Zurücknahme des von dem hiesigen Polizeisenat gefaßten Ausweisungsbeschlusses gegen den Journalisten Gustav Diezel zu erwirken. Sie erhielt Audienz bei dem Regierungspräsidenten von Welden, fand aber weder gnädige Aufnahme noch günstigen Bescheid. Auf die Bemerkung eines Mitgliedes der Deputation, daß der Ausgewiesene, wenn er ungesetzlich gehandelt haben sollte, vor Gericht hätte gestellt werden müssen, geruhten seine Excellenz zu äußern: „Man kann jetzt viel thun, viel schreiben und viel sprechen, ohne daß man gesetzlich Einem etwas anhaben kann; solche Menschen weist man aus; das kommt auch in Republiken vor.“ Man sieht, Cavaignac's Beispiel wird auch hier mit Lust befolgt, wiewohl Cavaignac nur Ausländer, d. h. Nichtfranzosen auswies. Aber in Bayern ist eben der Deutsche, welcher kein Bayer ist, wie es scheint, nach wie vor „Ausländer,“ troß der „einheitlichen“ Reichsgewalt, denn als die Deputation sich auf die im Parlament verhandelten Grundrechte bezog, bemerkte der Herr Präsident ironisch: „Warten Sie erst ab, ob die Regierung diese Grundrechte auch anerkennt.“ Und als die Deputation bescheidentlich darauf hinwies, wie man bisher schon Mühe gehabt habe, die durch die offenbare Rechtswidrigkeit des Beschlusses erzeugte Aufregung zu beschwichtigen, geruhten seine Excellenz in höchst ungnädigem Tone von „Drohungen“ zu reden, sich abzuwenden und die Deputation eines weitern Wortes nicht zu würdigen.

*† Herzogenaurach, 29. Sept. Das von seinen Beamten in schweigender Unterthänigkeit gehaltene Volk hat darum die ihm widerfahrenen Unbilden nicht minder tief empfunden, es hat sich die Personen, von denen es Unrecht litt, sowie die, welche es gut mit ihm meinen, recht wohl gemerkt, und jetzt, wo es den Augenblick gekommen glaubt, auch seine Meinung frei zu äußern, spricht es dieselbe sehr unzweideutig aus. Daß dieß zuweilen auf eine etwas tumultuarische Weise geschieht, daß man nicht mit besonderer Feinheit dabei zu Werke geht — wer darf sich darüber wundern? Wer ist es, der das Volk recht geflissentlich in der Roheit zu erhalten suchte und in der Unwissenheit? Wer hat ihm die Mittel entzogen, seine Wünsche auf geeignete Weise auszusprechen und zur Anerkennung zu bringen, und es dadurch gezwungen, sein Misvergnügen in sich hineinzufressen, bis es zum Grimm wurde, der nun zuweilen heftig ausbricht? Diese Fragen mögen sich die Behörden der Wahrheit gemäß beantworten, wenn sie jetzt nächtlicher Weile durch Katzenmusiken etwas unsanft aus dem Schlafe geweckt werden. Eine solche Störung nächtlicher Ruhe fand vor einigen Tagen hier statt. Ein Haufe von etwa 200 Menschen durchzog lärmend das Städtchen bis Morgens 3 Uhr und vertrieb sich die Zeit vorzugsweise mit etwa einem halben Dutzend katzenmusikalischer Produktionen. Der Landrichter, ein Assessor, ein paar unbeliebte Bürger wurden dabei bedacht; eine ganz besondere Auszeichnung aber widerfuhr dem Dr. Lempp, der durch sein herrisches, anmaßendes und beleidigendes Wesen die Achtung nicht wieder zu gewinnen vermag, die er durch Schwelgerei und anstößigen Lebenswandel verloren, und den man auch allgemein als einen bürgerfeindlichen Denuncianten bezeichnet. Er wurde mit einer zweimaligen Katzenmusik beehrt, zu Anfang und am Schlusse. Dagegen wurde dem in ganzem Bezirk geachteten und beliebten Assessor Bierzigmann ein dreimaliges Lebehoch gebracht, auch im Uebrigen kein weiterer Unfug getrieben. Als nun ein Paar Tage darauf das von einem Schalk ausgestreute Gerücht sich verbreitete, daß in der Nacht vom 28. auf 29. Auswärtige herbeiziehen und eine Wiederholung jener nächtlichen Scenen aufführen würden, versah sich der durch diese Nachricht sehr angegriffene Dr. Lempp nicht bloß mit einer Menge Steine, um die nächtlichen Musiker damit zu züchtigen, sondern er lief auch auf's Landgericht und verlangte durchaus, man solle Militär requiriren. Assessor Bierzigmann gab ihm kurzen Bescheid; der Landrichter aber nahm die Sache sehr wichtig, berief den Magistrat zusammen, und machte ihn und den Landwehrmajor verantwortlich für die Ruhe der Stadt. Wirklich gingen die Nacht hindurch starke Patrouillen und die Thorwächter hatten den Auftrag, bei entstehendem Lärm sofort die Thore zu schließen, damit man die Ruhestörer fange. Natürlich erschien Niemand. Würden die Beamten das Volk allezeit menschlich behandelt haben, so hätten sie jetzt nicht nöthig, sich durch ihre übertriebene Aengstlichkeit lächerlich zu machen.

* Aus Franken 30. Sept. Der edle Correspondent von und für Deutschland wirft von Zeit zu Zeit mit der ihm eigenen

prägnanten Feinheit Seitenblicke auf die Demokratie in Franken. Wenn er kürzlich die Vermuthung aussprach, daß die Vorgänge in Frankfurt und in Baden mit den demokratischen Bestrebungen „anderwärts," wo in den letzten Zeiten so zahlreiche Volksversammlungen abgehalten worden seien, in Verbindung stehen möchten, wenn er neuestens sein Bedauern darüber ausdrückt, daß nicht auch „anderwärts" die Demokraten mit derselben Offenheit auftreten, wie Rau in Würtemberg, damit man die Stärke ihres Anhanges kennen lerne, so kennen wir unsern edlen Freund und seine Ausdrucksweise viel zu gut, als daß wir darin die Beziehung auf Franken zu verkennen vermöchten. Wir sind hier wie überall in dem Falle dem edlen Correspondenten sowie Jedermann vollkommen reinen Wein einschenken zu können. Der Correspondent befindet sich in einem bei ihm sehr erklärlichen Irrthum, wenn er bei den Vorgängen in Frankfurt, Baden u. s. w. ein Complott, eine „weitausgedehnte Verschwörung" wittert. Es ist ein Irrthum, sagen wir; wir wollen es nicht als „Verdächtigung" bezeichnen. Es ist ein Irrthum, der aus jener geistlosen, atomistischen Weltanschauung fließt, mit welcher wir den Correspondenten v. u. f. Deutschland behaftet wissen. Diese Weltanschauung weiß nichts von dem Geist der Revolution, der in einem Volke thätig ist und an verschiedenen Punkten gleiche oder ähnliche Erscheinungen hervorbringen kann, ja muß, ohne daß ein äußerlicher Zusammenhang stattfindet. Diese Weltanschauung weiß von diesem Geiste nichts, sie will nichts von ihm wissen. Alles will sie auf eine äußerliche, mechanische Weise aus Complotten und Verschwörungen erklären. Aber das treibende Element solcher Vorgänge ist nicht ein äußerliches, es liegt in den Ereignissen, es ist das innere Gesetz der Revolution. Der arme Justizminister Mohl mag der Verzweigung jener präsumtiven Verschwörung nachspüren so lang er will, er wird nichts finden; in Revolutionen wird nicht complottirt: die Gefühle, die Leidenschaften sind durch das ganze Land dieselben, nur da und dort heftiger und zu gewaltsamen Ausbrüchen gesteigert. Was die Demokratie in Franken betrifft, so glauben wir dem Correspondenten die Versicherung geben zu dürfen, daß er niemals die Freude empfinden wird, die eine unbesonnene Erhebung in Franken ihm zweifelsohne bereiten würde. Diejenigen, welche in Franken die Demokratie vertreten, wissen sehr gut, daß das Schicksal Deutschlands in Franken ebensowenig entschieden wird, als in Baden. Sie kennen auch die Geschichte der Revolutionen zu gut, als daß sie von unbedachten, tollkühnen Einzelversuchen etwas hoffen würden. Sie kennen endlich die Kraft der demokratischen Idee zu gut, als daß sie einen Augenblick an ihrem Siege zweifeln würden, mag auch die Reaction mit Ausnahmsgesetzen, Belagerungszuständen, Kartätschen und Shrapnells noch so erbittert wüthen. Liegt denn nicht gerade in diesen Ausnahmsmaßregeln, in diesem Terrorismus der Reaction der moralische Sieg der Demokratie ausgesprochen? Das System, welches jetzt ganz Deutschland in Belagerungszustand erklären möchte, das, den Behörden der einzelnen Länder zum Trotze (wie in Altenburg), überall, wo das Volk über der Erhaltung seiner Freiheiten wacht, die Soldateska einmarschieren läßt, das System, welches durch die raffinirtesten Mittel einer teuflischen Politik das Volk zu entmuthigen, niederzubeugen, den Volksgeist zu tödten sich abmüht, während das Volk von seinen Vertretern eine Erhebung, eine Ermuthigung, eine kräftige Entwicklung der in ihm treibenden Keime erwartet hatte, dieses System trägt seinen Tod in sich. Es wird so gewiß gestürzt werden, als es sich nur durch den Schrecken einen kurzen Augenblick zu halten vermag. Die demokratischen Ideen werden nur noch mehr befestigt und ausgebreitet werden im Volke durch den Haß, den dieses brutale Auftreten hervorzurufen nicht verfehlen kann. Dem Sturze eines solchen Systems können wir mit der ruhigsten Gewißheit entgegensehen. Es ist ein vergebliches Bemühen, die Vorgänge in Frankfurt und Baden als eine Niederlage der deutschen Demokraten darstellen zu wollen. Die deutschen Demokraten sind unbesiegbar, sie wissen, daß die Zukunft Deutschlands ihnen gehört, daß sie allein es sind, welche auch jetzt schon die Ehre Deutschlands bei den freien Nationen noch aufrecht halten, während sie in der Paulskirche mit Füßen getreten ist. Diese Zukunftspartei zu vernichten, ist ein Versuch, den jetzt nur die Rathlosigkeit der Verzweiflung machen kann. Ihr mögt Demokraten erschießen, verhaften, verurtheilen, aber — la terre en produit des nouveaux, singt die todesmuthige Marseillaise, und zuletzt dürften sie Euch doch zu viel werden. Und wißt Ihr, warum die Demokraten bei allen Verfolgungen, die jetzt von allen Seiten auf sie eindringen, so ruhig sein können? Weil sie ein gutes Gewissen haben. Sie stehen da, wo die Märzrevolution sie hingestellt hat, da, wo damals auch die Volksfeinde sich hinstellten, weil sie sich nicht anders zu helfen wußten. Diese sind rückwärts gegangen, wir sind uns treu geblieben, wir halten fest an Dem, was die Revolution uns brachte. Wir stehen auf dem „Rechtsboden" der Revolution, und diesen Posten werden wir zu vertheidigen wissen mit den Mitteln, welche die Revolution zu gesetzlichen machte, der freien Rede und der freien Presse. —

* München, 1. Okt. Die Reactionäre aller Farben und Schattirungen begegnen sich jetzt in dem einen Rufe: Die noch provisorische Zentralgewalt müsse so schleunig als möglich in eine definitive verwandelt werden. Die Oberpost-Amtszeitung legt die Nothwendigkeit davon täglich in ihren ═ Artikel an's Herz, und die Neue Münchener Zeitung, das Organ des bayerischen Ministeriums, das auf einmal außerordentlich deutsch geworden, seit das Reichsministerium die Einheit Deutschlands in der Polizei und der Militärdiktatur findet, ist jetzt ganz das Echo jener Stoßseufzer aus den reichsministeriellen Bureaux. Ja, ruft die N. Münchener Zeitung, „möge die Reichsversammlung endlich das Dringendste zuerst und vor Allem in die Hand nehmen. Wir verkennen durchaus nicht die Wichtigkeit der Feststellung der Grundrechte." (O die Heuchlerin! Schafft nur erst die definitive Centralgewalt im Sinn der neuen Münchner Zeitung, dann wird die bayerische Regierung großmüthigst es schon selbst übernehmen, ihren „Unterthanen" Grundrechte nach ihrem Zuschnitt festzustellen!) „Aber vor der Nothwendigkeit der Einsetzung einer festen definitiven Centralgewalt muß die Verhandlung darüber doch zurückstehen." (Gut gebrüllt, Löwe! Das Volk merkt, wie gut man es in den Regionen mit ihm meint, aus denen die neue Münchner Zeitung ihre Inspirationen schöpft.) „Haben wir einmal diese, dann" — laßt uns für das Weitere sorgen, sollte die neue Münchner Zeitung sagen, sie heuchelt aber weiter: „Dann wird die Reichsversammlung um so leichter und ungestörter zur Führung (?) des begonnenen Verfassungswerks schreiten können." Leicht, glauben wir selbst, würde der Reichsversammlung ihr Geschäft gemacht werden, sobald die Centralgewalt im Sinne der neuen Münchner Zeitung geschaffen wäre, so leicht, daß am Ende gar nichts mehr für sie zu thun übrig bliebe. Uebrigens ist das Organ des bayerischen Ministeriums sehr erbost darüber, daß so viele Abgeordnete von ihren Sitzen in der Paulskirche sich entfernen; es mahnt dringend zur Rückkehr.

Würtemberg. *(Stuttgart, 30. Sept.) Rau hat sich freiwillig in Oberndorf gestellt und Begleitung nach Stuttgart verlangt, um dort über sein Benehmen Aufklärung zu geben. Als der Oberamtsrichter ihm seine Verhaftung ankündigte, der er sich unweigerlich fügte, versammelten sich zahlreiche Gruppen um das Regierungsgebäude, denen Rau seine freiwillige Stellung verkündigte und sie aufforderte, seinetwegen ganz ruhig zu sein, worauf sie ihm ein Hoch ausbrachten. Rau ist heute auf die Festung Hohenasberg abgeliefert worden. In Tuttlingen wurde Buchhändler Kapf verhaftet, aber vom Volke wieder befreit, begab er sich in die nahe Schweiz. In der gestrigen Sitzung der zweiten Kammer wurden zu Candidaten für die Vicepräsidentenstelle gewählt: Rödinger, Wiest von Ulm, Seeger. In der heutigen Sitzung der Abgeordnetenkammer wurde die Kirchen- und Schulcommission gewählt. Es ist bemerkenswerth, daß in dem gelobten Land des Pietismus im Jahr 1848 der große Heide Dr. Strauß, dagegen nicht Einer der ex officio in der Kammer sitzenden 6 Prälaten in diese Kommission gewählt wurde. Gestern ist der Prinz Paul, Bruder des Königs, bekannt durch seine langjährigen Differenzen mit seinem königlichen Bruder sowie durch sein ziemlich dissolutes Leben in Paris, in Stuttgart angekommen. Er beabsichtigt seinen Platz in der ersten Kammer ein-

zunehmen und sich seiner Apanage zu wehren. Wird ihm schwerlich viel helfen! —

r. Ulm 30. Sept. Gegen den berüchtigten Redacteur der Ulmer Chronik, Heinrich Elsner, den feilen Lohnschreiber der Reaction, wurde vergangene Nacht auf eine allerdings vandalische Weise Volksjustiz geübt, indem man seine Schnelldruckpresse fast gänzlich zerstörte. Die Thäter sind bis jetzt noch nicht ermittelt. Der hiesige Festungsbaudirektor, kgl. preußische Oberstlieutenant von Prittwitz brachte vor einigen Tagen beim Festessen der Veteranen einen Toast aus, der im Wesentlichen also lautete: Wir brauchen zur Einigung Deutschlands die Herrn in Frankfurt nicht: die Einigkeit Deutschlands liegt bereits in der Stärke und Tapferkeit seiner Heere." Gewiß eine bezeichnende Aeußerung für die kgl. preußischen Gedanken über deutsche Einheit!

Berlin, 29. Sept. Von Interesse ist die in einer jüngsten Schrift von A. Lipski mitgetheilte Audienz, welche die Posener Deputation am 33. Mai dieses Jahrs beim König von Preußen hatte. Die Aeußerungen des Königs bei diesem Anlaß sind ungemein bezeichnend. Die Abgeordneten baten in bekannter Weise um National-Reorganisation Posens. Der König antwortete unter Anderm: „Sie haben jetzt, wo ganz Europa in Bewegung gerathen, von der Möglichkeit eines Aufstandes und einer blutigen Kollision im Großherzogthum Posen gesprochen. Diese Möglichkeit involvirte eine andere, die Möglichkeit einer Losreißung des Großherzogthums von meinen Staaten. Meine Herrn! Ich spreche ganz offen, aufrichtig, und äußere mich so, wie der Augenblick es erheischt und mein Herz es fühlt. Es ist ein ganz natürlicher Wunsch, daß ich eine schöne blühende Provinz, die ich von meinen Vätern geerbt habe, behalten will. Reißen Sie sich los, bedenken Sie, in welch' ein unabsehbares Unglück Sie sich stürzen. Eine jede Bewegung würde die Provinz in die Hände Rußlands spielen. Ich bin den Kaiser von Rußland mit flehentlichen Bitten angegangen, damit er in keinem Falle, was auch geschehen möge, einschreite, und ich habe die Versicherung erhalten, daß er dies vor der Hand nicht thun und der Entwickelung Deutschlands keine Hindernisse in den Weg legen wolle. Auf das Wort dieses Kaisers kann ich mich fest verlassen, denn sein Entschluß ist unerschütterlich und er ein Mann von eisernem Willen, von dem edelsten und festesten Charakter, der mächtigste, weiseste, der alleinige unter den Souveränen Europas, der seine Macht mit unerschütterlicher Kraft und Energie aufrecht zu erhalten weiß. Sein Wort ist ja, ja; nein, nein! Er würde sich gewiß jedes Einschreitens enthalten, so lange seine polnischen Besitzungen nicht bedroht würden. Wenn aber mit oder ohne meinen Willen eine freie nationale Entwickelung im Großherzogthum Posen versucht werden sollte, die auf seine polnischen Provinzen von Einfluß und mit Gefahr für dieselben verbunden wäre, so würde er, hierdurch gereizt, zum Schutze seines eigenen Reiches sofort seine Truppen in's Großherzogthum Posen einrücken lassen. Meine Bitte würde dann gewiß nicht mächtig genug sein, um ihn davon zurückzuhalten. „Ein Krieg gegen Rußland ist unter solchen Umständen unmöglich, und ich würde es gegen meine Pflicht und mein Gewissen halten, denselben zu führen, und mit meiner Ehre ist er nun vollends unverträglich." Im Verlauf der Unterredung äußerte der Deputirte Kraszewski, auf die Bemerkung des Königs, es sey von jeher das Loos der Polen gewesen, daß sie sich in ihren Hoffnungen getäuscht sahen, sich sehr freimüthig dahin, diese Täuschung habe insbesondere durch die Vorfahren des Königs, und namentlich durch dessen Vater stattgefunden, der im Jahr 1831 durch seine Politik den Polen den Todesstoß gegeben habe. Sodann fuhr er fort: „Haben wir auch im Jahr 1831 unglücklich gestritten, so haben wir doch gezeigt, daß der russische Koloß thönerne Füße hat." Der König bemerkte: „Ich bin anderer Meinung, und glaube, daß der Koloß eiserne Füße hat;" worauf Kraszewski: „Nun, die neuesten Ereignisse haben uns bewiesen, daß auch manche andre eiserne Füße zu thönernen werden können." Bei diesen nicht ganz coursfähigen Worten traten die anwesenden Minister näher zum König heran. Der König erklärte nun die Behauptung, daß die österreichischen Beamten in Galizien die Bauern zur Ermordung der Gutsherrn aufgestiftet hätten, für unwahr, worauf Kraszewski äußerte: so hätte die österreichische Regierung sich wenigstens gegen den Verdacht dieses Verbrechens nicht gerechtfertigt. Hierauf folgten nachstehende charakteristische Aeußerungen. Der König: Dieß zu thun, würde unter ihrer Würde gewesen sein. Kraszewski: Die Rechtfertigung vor einer solchen Anklage ist meines Erachtens Pflicht eines jeden, er mag hoch stehen oder niedrig. Der König: Unsere Sitte ist es nicht. Er sprach diese Worte nicht ohne eine gewisse Erregtheit und die Audienz hatte bald ein Ende.

Wien 28. Sept. Der Studentencourier schreibt: Die Idee einer „Gesammtmonarchie" im Sinne unseres Ministeriums und der dasselbe stützenden slavischen Partei, steht im innigsten Zusammenhange mit dem von derselben ministeriellen Partei so entschieden verfochtenen Grundsatze „einer einigen starken Regierung." Es ist damit ganz unverkennbar das Prinzip der Centralisation ausgesprochen, welches aber zur Idee einer freien Föderation, wie sie von der demokratischen Partei angestrebt wird, einen schroffen, unversöhnlichen Gegensatz bildet. Jeder, dem die Freiheit der Völker theuer ist, muß in einem Staate alle jene Mittel fern gehalten verlangen, die der selbstständigen Entwicklung der Volkskräfte hinderlich werden können, und durch deren Mißbrauch die Knechtung des Volkes wieder zu Stande gebracht werden könnte. Unter diese Mittel der Volksknechtung gehört aber vor Allem die Vereinigung (Centralisation) einer großen materiellen Macht in den Händen der Regierung, wodurch sie in den Stand gesetzt wird, den Entwicklungsgang der einzelnen regierten Theile nach Willkühr hemmen und stören zu können. Eine solche Centralisation widerspricht schon an und für sich dem natürlichen Grundsatze, daß jeder einzelne Staatstheil seine Angelegenheiten selbst zu ordnen habe, weil er seine Bedürfnisse und die Mittel zu deren Befriedigung auch am besten kennt. Um so gefahrdrohender muß aber für die gemeinsame Freiheit Aller eine solche Centralisation in einem Staate wie Oesterreich werden, wo ja eben der Absolutismus die ihm zu Gebote stehende unbeschränkte Macht zur gewaltsamen Niederhaltung jeder Volksbewegung benützte, und vermittelst der aus dem Marke aller Nationen ausgepreßten Geld- und militärischen Kräfte jede einzelne Nationalität in den Fesseln der Willkürherrschaft erhalten hat. Nach einer solchen „einigen, starken Regierung" nur gelüstet es unsere Herren Minister, eine solche Gesammtmonarchie trachten die Slaven ins Werk zu setzen: Beiden ist es um's Herrschen zu thun. Wir aber sprechen es unverholen aus, daß dem nicht so werden dürfe und daß es, falls die Pläne des Slaventhums dennoch zur Verwirklichung kommen sollten, es in diesem Augenblicke auch mit dem Fortbestande Oesterreichs ein Ende haben müsse.

Gedruckt unter Verantwortlichkeit der Verleger, von Wilhelm Tümmel.

Expedition S. 93. im Gasthof zum König Otto 2te Etage.

(Probeblatt.)

Der freie Staatsbürger.

Erscheint an allen Wochentagen, am Sonntag nur ausnahmsweise auf einem Extrablatt. Preis in ganz Bayern vierteljährl. fl. 1. 30 kr. halbjährl fl. 3. — jährlich fl. 6.

Organ der Demokratie.

Inserate werden die dreispaltige Petitzeile zu 3 kr. berechnet. Die Abonnenten haben für die Hälfte des Abonnementpreises Inserate frei.

№ 2. Nürnberg, Dienstag den 3. Oktober 1848.

Die Vorfälle in Frankfurt am 18. Sept.

(Schluß.)

II. Während des Kampfes fand nun, außerhalb der Stadt, jene unglückliche Episode, die Ermordung der beiden Abgeordneten Lichnowsky und Auerswald statt, welche von der Reaktion natürlich auf alle Weise ausgebeutet und besonders dazu benutzt worden ist, um die demokratische Partei überhaupt in den Augen Derer, die von dem Gefühle der Menschlichkeit beseelt sind, herabzusetzen. Denn man schob sofort der Demokratie jene Gräuelthat in die Schuhe. Wir brauchen kein Wort darüber zu verlieren, daß wir jene That verabscheuen. Aber wenn man die einzelnen Umstände erwägt, unter denen sie verübt worden ist, so erhält sie doch ein etwas milderes Licht. Erstens muß man bedenken, daß Lichnowsky den ganzen Tag über sich auf das Höhnendste gegen das Volk benommen hat: er soll öfter geäußert haben, so daß man es hören konnte: „nun, ich will doch sehen, wie heute die Canaille (das Volk) zusammengeschossen wird." Als er zum Thore hinausritt, um zu recognosciren, wurde er von mehreren Seiten gewarnt, es nicht zu thun; er ließ sich nicht abhalten. Als er dann zuerst einem Trupp Insurgenten begegnete, so soll er sie noch gehöhnt haben. — Wie er dann mit Auerswald aus seinem Versteck hervorgezogen wurde, so hatten Diejenigen, die ihn fingen, noch nicht einmal die Absicht, ihn um's Leben zu bringen, sondern sie beschloßen, ihn nur als Geisel mit sich zu führen. 300 Schritte weit führten sie ihn. Da suchte sich aber Lichnowsky zu retten: er entriß Einem das Gewehr und vertheidigte sich damit. Darauf hin erst wurde nach ihm geschossen und geschlagen, und so fand er denn seinen Tod, oder vielmehr er wurde tödtlich verwundet, denn erst in der Nacht um 1 Uhr starb er. Dieser Hergang der Sache wird uns von glaubwürdigen Zeugen erzählt. Wie gesagt, die That bleibt immerhin eine grauenvolle, aber sie verliert doch nach diesen Mittheilungen vieles von der Scheußlichkeit, welche man derselben aufgeprägt hat. Denn auch das Gerücht, daß die Körper der Ermordeten verstümmelt worden seien, muß als ein unwahres bezeichnet werden. An Lichnowsky fand man mehre Schußwunden, sodann einen Hieb in den Kopf und mehrere in den Arm, die er offenbar erhalten hat, als er sich mit demselben vertheidigen wollte. Im Allgemeinen aber war der Leichnam nicht entstellt.

Wir knüpfen daran folgende Bemerkung. Nun und nimmermehr kann die wahre Demokratie, welche ja die Ausbildung und die Herrschaft der reinsten Menschlichkeit zum Zwecke hat, dergleichen Ausbrüche der Volkswuth billigen. Aber die Reactionäre mögen sich doch ein Beispiel daran nehmen, bis wie weit das beständige Widerstreben gegen die gerechten Forderungen des Volks die Menschen führen kann. Die französische Revolution gibt uns der Warnungen genug. Dort wären alle Gräuel erspart worden, wenn nicht die Perfidie und die Treulosigkeit der constitutionellen Regierung zuletzt allen Glauben an dieselbe im Volke untergraben und die Wuth in ihm nach und nach so genährt hätte, daß es sich zu den bekannten Gräuelthaten hinreißen ließ. Seie man ehrlich, gehe man offen und ohne Rückhalt ein in die Forderungen der Zeit und des Volks, und an die Stelle des Ingrimms wird Freude, Jubel und Zufriedenheit treten.

Um nun aber auf die Folgen des Kampfes vom 18. zu kommen, so wurde Frankfurt in Belagerungsstand erklärt, und eine Menge von Truppen hieher gezogen. Man spricht davon, daß sie auf 30,000 Mann vermehrt werden sollen. Ist eine solche imposante Truppenmasse nöthig, um das loyale Frankfurt in Ruhe zu erhalten! Nimmermehr. Also ist auch hier ein anderer Grund vorhanden. Und der ist leicht zu finden. Erstens will man das Parlament, das angeblich durch die Truppen beschützt werden soll, einschüchtern. Hat doch der Reichsminister von Schmerling selber erklärt, daß die Parlamentsmitglieder den Bestimmungen des Belagerungszustandes ebenso unterworfen sein sollen wie die übrigen Einwohner! Die Nähe der Bajonette, welche zwar das Parlament schützen sollen, aber dennoch die Mitglieder desselben außer das Gesetz stellen, wird zwar auf die Linke keinen Einfluß äußern: diese wird vielmehr fortfahren, die Rechte des Volkes zu wahren, aber die Rechte wird dadurch frecher, und wagt um so mehr, mit reactionären Vorschlägen herauszurücken, die auch, da sie die Mehrheit hat, angenommen werden. Ein zweiter Grund von dem Zusammenziehen so vieler Truppen ist der: Man gedenkt von diesem Punkte aus alle Bewegungen, welche in Mittel- und Süddeutschland zu Gunsten der Minderheit des Parlaments sich erheben möchten, sofort zu Boden schlagen zu können. Ja, man sagt, daß das Reichsministerium bereits die Entwaffnung von ganz Deutschland angeordnet habe. Gegen Außen also leiden wir Schmach, und gegen Innen unterdrücken wir wiederum die Freiheit! So war es immer, und so wird es wieder werden, wenn wir nicht wachsam sind.

Deutschland.

* Nürnberg 1. Okt. Gestern ist hier eine Batterie Artillerie eingerückt, um hier zu bleiben, auch die Beurlaubten des hier garnisonirenden Infanterieregiments sind einberufen worden. Befremdet fragt man sich: Wozu diese ungeheure Truppenentfaltung in einer Stadt, die in tiefstem Frieden lebt, in welcher nicht die geringste Störung der Ordnung vorkam oder irgend erwartet werden könnte? Man ist um so mehr befremdet, als man aus dem Munde eines gut unterrichteten Offiziers vernommen haben will, daß auch die Stadtkommandantur über den Grund dieser außerordentlichen Truppenzusammenziehung gänzlich im Unklaren gelassen worden sei.

R. Nürnberg 1. Okt. Die Freunde des Abgeordneten Krafft haben gegen das von einer Urwählerversammlung beschlossene Mißtrauensvotum wider diesen Abgeordneten geltend gemacht, daß man dasselbe nicht als Ausdruck der Meinung aller Urwähler betrachten dürfe, weil ein verhältnißmäßig nur geringer Theil von Urwählern an der Versammlung Theil genommen habe. Um jedem Einwurf zu begegnen, hat nun der hiesige Volksverein Unterzeichnungslisten für und wider Herrn Krafft aufgelegt und die Urwähler aufgefordert, sich, nach ihrer persönlichen Ansicht, in die Einen oder in die Andern einzuzeichnen. In kurzer Zeit haben sich allein hier über 3500 Urwähler gegen Herrn Krafft ausgesprochen, die Listen für ihn sind fast ganz leer. Wenn man bedenkt, daß die Urwähler des Bezirks Altdorf, die sich in einer Versammlung den Beschlüssen der hiesigen Urwählerversammlung angeschlossen haben, hierbei noch nicht alle gerechnet sind, wenn man erwägt, daß sehr viele aus Mangel an politischem Interesse von ihrem Wählerecht keinen Gebrauch gemacht haben und machen wollen, so dürfte es wohl schwer sein, noch ferner zu bezweifeln, daß Herr Krafft das Vertrauen seiner Wähler verloren habe, und es ist daher auch von dem provisorischen Volksversammlungscomité eine neue Aufforderung zu bestimmter Erklärung an Herrn Krafft abgegangen.

* Nürnberg 2. Oktober. Unsere Leser erinnern sich, daß vor einigen Wochen eine angebliche Deputation der Wiener Studentenschaft in München ankam, um ihren Commilitonen daselbst eine Fahne zu überreichen, daß aber die Polizei in einem Mitgliede dieser soi-disant Deputation ein durch die bayerische Polizei längst steckbrieflich verfolgtes Individuum erkannte und verhaftete. Seine Begleiter kehrten hierauf nach Wien zurück und die Münchner Studentenschaft berichtete über die ganze Sache nach Wien. Zu genügender Aufklärung dieses damals etwas mysteriösen Casus geben wir nachstehende Adresse des Ausschusses der Wiener Studenten an die Studentenschaft Münchens, welche der Wiener Studentencourier mittheilt:

Eure Zuschrift und aktenmäßige Darstellung wegen einer sogenannten Deputation der akademischen Legion und Wiener Bürgerschaft haben wir mit tiefem Bedauern gelesen, da hiedurch, wenn auch nur ein vorübergehendes Mißtrauen erweckt werden mußte. — Wir haben deßhalb sogleich eine Kommission zur strengsten Untersuchung niedergesetzt, deren einstweiliges Resultat wir kund geben. Dr. Eugen de Lornée mit Papieren als Juris Doktor der Münchner Universität und einem gehörigen Paß versehen, wurde in die 2. Kompagnie des Juristenkorps aufgenommen. Er betheiligte sich bei allen Vorkommnissen in energischer Weise und gewann so das Vertrauen der Garden seiner Kompagnie. — Gegen Ende Juni nahm er Urlaub zu einer Reise nach Deutschland, und die Rottenführer seiner Kompagnie stellten ihm ein Document aus, er solle den deutschen Gruß den Brüdern in Deutschland bringen.

Er beantragte später eine eigene Deputation, und legte eine Liste in der Kompagniekanzlei auf, wo die Theilnehmer sich unterzeichnen sollten. Auf sein Bestreben gaben mehrere hiesige Bürger eine Beisteuer zu einer Fahne, die er auch anfertigen ließ. Er kam zwischen dem 8. und 10. August in unser Comite mit der Anzeige, daß eine Deputation nach München gehe, man solle eine Adresse verfassen; da aber dieses für den Augenblick verhindert war, so erbot sich Lornée, sie selbst zu schreiben; am 11. August brachte er den Entwurf zum Vorsitzersstellvertreter mit der Bitte, es möge das Comite diese Vorlage unterzeichnen, da er dieses Document zum Erhalt einer Freikarte für das Dampfschiff benöthige. Herr Professor Heßler Vorsitzers Stellvertreter weigerte Anfangs, als Lornée aber das Ehrenwort gab, die unterschriebene Adresse Nachmittags dem Comite zur Berathung und Annahme vorzulegen, unterfertigte er ihm dieselbe. Allein Lornée kam nicht in's Comite, was er den Mitreisenden verleugnete. In gleicher Weise belog er die mitfahrenden Garden, als habe er eine Legitimation von Seite der Bürgerschaft. In Regensburg erst wurde die Inschrift der Fahne gemacht, nachdem darüber im Stallzwinger debattirt wurde. Die Vorfälle in München sind Euch bekannt. Das kurze Resultat ist, daß ein Gauner durch Lug und Trug mehrere unserer Genossen, gegen die nichts Anstößiges vorliegt, in seine Umtriebe hineinzog.

In dem drangvollen und aufgeregten Wogen der letzten Monate hat mancher unlautere Charakter im Trüben zu fischen gewußt, und ganze Korporationen wurden getäuscht. Allein dieser bedauerliche Vorfall soll nur diesen gewünschten Anlaß geben, unsere wärmste Anerkennung Eurer Verdienste beim Erwachen unseres herrlichen gemeinsamen Vaterlandes und unseren Brudergruß auszusprechen.

Wir wiederholen nur unser Bedauern über das Vorgefallene, die sowohl von uns wie vom Stadthauptmannamte fortgeführte Untersuchung wird vielleicht zu weitern Ergebnissen führen, die wir dann alsobald mittheilen werden.

Nehmt indessen in einfachen Worten den herzlichsten Brudergruß der für Freiheit, Recht und Sitte begeisterten akademischen Legion, vielleicht wird später ein persönliches Beisammensein Euch überzeugen, wie wir für Deutschland, für deutsche Söhne und deutsche Bürger, wie wir für das bayerische Vaterland denken und fühlen.

Der Ausschuß der Studenten Wiens.

München, 30. Sept. Der Kriegsminister hat mehrere Brigadegenerale vom Hauptquartier der Divisionskommandos hinwegdetachirt, damit dieselben in vorkommenden Fällen sogleich selbstständig handeln und den Oberbefehl über Truppenabtheilungen ergreifen können. Dieser Maßregel zufolge, wird künftig der Generalmajor Bosch in Kempten, der Generalmajor v. Weinbach in Bamberg, der Generalmajor Duponteil in Aschaffenburg, der Generalmajor Prössel in Bayreuth und der Generalmajor v. Grebner in Nürnberg seinen Sitz haben. Die Besatzung der Bergfestung Rosenberg wurde verstärkt und auch Artillerie in den Platz gelegt. Aschaffenburg erhält ein Bataillon des Infanterieregiments Nr. 12. (Deutsch. const. Z.)

§ München, 30. Sept. Die verhafteten Demokraten sind in Freiheit gesetzt worden.*) Sie wurden mit Jubel nach Hause begleitet. Der Minister hatte gesagt: wenn es zum Aburtheilen kommen sollte, so sollen die Verhafteten vor die Assisen gestellt werden. Wenn! Wir meinen, wenn man einmal verhaftet, so sollte es unter allen Umständen auch zum Aburtheilen kommen. Entweder ein Schuldig oder ein Nichtschuldig! Was ist das für ein Verfahren, die Bürger des Nachts zum Theil krank aus den Betten zu holen und nach einigen Tagen sie unter dem Vorwand, daß die Denunciation sich als eine falsche herausgestellt habe, wieder in Freiheit zu setzen! Aber man sieht, wie geneigt die Behörden sind, in ihre alte Gewohnheit, die ihnen zur andern Natur geworden ist, zurückzufallen, wie wenig sie fähig sind, die Freiheit des Bürgers zu achten. In München haben die Entrüstung der Bevölkerung und die unmittelbaren Verwendungen bei den Ministern die Verhafteten bald wieder in die Freiheit geführt. Aber in den der Hauptstadt entlegenen Theilen des Landes hat man verhaftet und auch nach dem alten System inquirirt wegen Beschuldigungen, die vor dem unbefangenen Gerechtigkeitssinn, der die Freiheit der Meinungsäußerung anerkennt, sich völlig in Nichts auflösen. Diese Verhafteten in Bamberg, Nürnberg rc. schmachten seit Monaten in den Gefängnissen, obwohl zum Theil Cautionsstellung angeboten wurde. Billig darf man fragen: Wie kommt es, daß in Bayern jede Untersuchung wegen Anschuldigung eines sog. politischen Vergehens auch die sofortige Verhaftung nach sich zieht? Kann man den Angeschuldigten nicht auch auf freiem Fuße processiren?

∫. München, 2 Octbr. Die deutsche constitutionelle Zeitung nimmt es als vollkommen gewiß an, daß die „Thatsachen," auf welche hin die bekannten Verhaftungen wegen „Hochverraths" verfügt wurden, sich auf einen Scherz reduciren, den ein Student sich erlaubte, indem er im Namen des demokratischen Vereins einem durch seine antidemokratische Gesinnung bekannten Herrn folgenden Brief zusandte: „Da Sie uns als ein entschiedener Verfechter der Volkssouveränetät gerühmt worden und sich zur Aufgabe gemacht haben, eine freisinnige Verfassung auf breitester demokratischer Basis nach dem Muster der nordamerikanischen Freistaaten (Republik) in Bayern anzubahnen, so gibt sich der demokratische Verein die Ehre, Sie zu der am 17. September in Neuberghausen stattfindenden Volksversammlung einzuladen und seine Sache durch Ihr außerordentliches Rednertalent zu unterstützen." Der Student ist nach der Versicherung der deutsch. const. Ztg. bereits eidlich über den Schwank vernommen worden. Der Brief soll nach und nach andern Personen, worunter weltlichen und geistlichen Würdenträgern zugekommen sein, um endlich in den Akten des Stadtgerichts als einziger Grund der Anklage auf Hochverrath zu gelten, welche gegen die Verhafteten erhoben wurde. Es klingt dieß unglaublich, wenn wir aber sehen, wie verlegen und unzusammenhängend der „Reichsbote" darüber sich ausdrückt, so könnte man versucht werden, dennoch daran zu glauben. Der „Reichsbote" sagt nämlich: „Die Minister hätten eines solchen Briefes nicht bedurft, um bei den Gerichten auf Einschreiten zu dringen, nachdem sie gewiß selbst früher als irgend Jemand das Programm zu der Neuberghauser Volksversammlung gekannt haben und wissen mußten, was ihre Pflicht sei." Die Mi-

---

*) Die N. M. Z., welche die Verhaftungen mit gewaltigem Pomp angezeigt hatte, ist bei der Meldung ihrer Freilassung sehr kleinlaut und einsilbig. Der Korrespondent v. u. f. Deutschland dagegen, welcher sonst jede demokratische Bestrebung als solche als staatsgefährlich denuncirt und jeden Unfall, der einem Demokraten begegnet, mit Triumph meldet, hat sich bei Mittheilung der Münchner Verhaftungen auffallend schonend und tolerant gezeigt. Uns freilich fiel dieß nicht auf, weil wir die Lösung des Räthsels besitzen. Von den Verhafteten und jetzt wieder Freigelassenen ist Einer der Verwandte der Korrespondent'schen Familie, ein Zweiter der Berichterstatter des Edlen. Hieraus erklärt sich seine ausnahmsweise Milde.

Anmerk. der Redak.

nister mußten es aber ja später für ihre „Pflicht“ halten, die Verhafteten freizugeben! Ferner: „wir glauben darum mit Fug und Recht den Schluß ziehen zu dürfen, daß diese Briefgeschichte als primitive Ursache der Verhaftnahme nicht angesehen werden kann.“ Das scheint einem Zugeständniß gleich zu sehen. *)

Berlin, 29. Sept. Die nun durch das Gesetzblatt verkündigte Habeas corpus-Acte lautet:

§. 1. Die persönliche Freiheit ist gewährleistet.

Eine Verhaftung darf außer dem Falle der Ergreifung auf frischer That nur kraft eines schriftlichen, die Beschuldigung so wie den Beschuldigten bestimmt bezeichnenden richterlichen Befehls bewirkt werden. Dieser Befehl muß entweder bei der Verhaftung oder spätestens binnen 24 Stunden dem Beschuldigten zugestellt werden. Bei jeder Verhaftung ist in gleicher Frist das Erforderliche zu veranlassen, um den Verhafteten dem zuständigen Richter vorzuführen.

§. 2. Ergreifung auf frischer That liegt vor, wenn der Thäter bei der Ausführung der strafbaren Handlung oder gleich nach derselben betroffen wird. Der Ergreifung auf frischer That werden diejenigen Fälle gleichgestellt, in welchen Jemand durch die öffentliche Stimme als Thäter bezeichnet, oder auf der Flucht ergriffen, oder kurz nach der That im Besitz von Waffen, Geräthschaften, Schriften oder anderen Gegenständen betroffen wird, welche ihn als Urheber oder Theilnehmer verdächtig machen.

§. 3. Die Bestimmungen (§§. 1 und 2) bleiben außer Anwendung auf Personen, welche zu ihrem eigenen Schutze, oder während sie die Ruhe, die Sittlichkeit oder die Sicherheit auf den Straßen und an öffentlichen Orten gefährden, polizeilich in Verwahrung genommen werden. Diese Personen müssen jedoch spätestens binnen 24 Stunden entweder in Freiheit gesetzt oder dem gewöhnlichen Verfahren überwiesen werden.

§. 4. Jeder Verhaftete muß binnen 24 Stunden nach seiner Vorführung vor den zuständigen Richter von demselben so vernommen werden, daß ihm die Anschuldigungsgründe mitgetheilt werden und ihm die Möglichkeit zur Aufklärung eines Mißverständnisses gegeben wird.

§. 5. Niemand darf vor einem anderen, als den im Gesetze bezeichneten Richter gestellt werden.

Ausnahmegerichte und außerordentliche Kommissionen sind unstatthaft

Keine Strafe kann angedroht oder verhängt werden, als in Gemäßheit des Gesetzes.

§. 6. Die Wohnung ist unverletzlich. Während der Nacht hat Niemand das Recht, in dieselbe einzudringen, als in Fällen einer Feuer- oder Wassersnoth, einer Lebensgefahr oder eines aus dem Innern der Wohnung hervorgegangenen Ansuchens. Bei Tage kann wider den Willen des Hausherrn Niemand eindringen, außer in Folge einer in amtlicher Eigenschaft ihm gesetzlich beigelegten Befugniß oder eines ihm von einer gesetzlich dazu ermächtigten Behörde ertheilten schriftlichen Auftrags.

Haussuchungen dürfen nur in den Fällen und nach den Formen des Gesetzes unter Mitwirkung des Richters, der gerichtlichen Polizei und, wo diese noch nicht eingeführt ist, der Polizei-Kommissarien oder der Kommunal-Behörde, wo eine solche aber nicht besteht, der Polizei-Behörde des Orts geschehen, und zwar unter Zuziehung des Angeschuldigten oder, falls solche unmöglich, der Hausgenossen.

§. 7. Das aus der Nachtzeit hergeleitete Verbot besteht für die Zeit vom 1. Oktober bis 31. März während der Stunden von 6 Uhr Abends bis 6 Uhr Morgens und für die Zeit vom 1. April bis 30. September während der Stunden von 9 Uhr Abends bis 4 Uhr Morgens. Auf diejenigen Orte jedoch, welche als Schlupfwinkel des Hazardspiels und der Ausschweifungen oder als gewöhnliche Zufluchtsorte von Verbrechern durch den gemeinen Ruf bezeichnet werden, und auf Wohnungen der Personen, welche durch ein Straferkenntniß unter besondere polizeiliche Aufsicht gestellt sind, findet das Verbot keine Anwendung.

In Betreff derjenigen Orte, in welchen während der Nachtzeit das Publikum ohne Unterschied zugelassen wird, bleibt es außer Anwendung, so lange sie dem Publikum geöffnet sind.

§. 8. Im Falle eines Kriegs oder Aufruhrs kann, wenn die Volksvertretung nicht versammelt ist, durch Beschluß und unter Verantwortlichkeit des Staats-Ministeriums die zeit- und distriktsweise Suspendirung des §. 1 und §. 6 gegenwärtigen Gesetzes provisorisch ausgesprochen werden. Die Volksvertretung ist jedoch in diesem Falle sofort zusammenzuberufen.

§. 9. Es ist keine vorgängige Genehmigung der Behörden nöthig, um öffentliche Civil- und Militär-Beamten wegen der durch Ueberschreitung ihrer Amtsbefugnisse verübten Verletzungen vorstehender Bestimmungen gerichtlich zu belangen.

* Berlin, 29. September. Der Belagerungszustand von Cöln, angeordnet wegen des bloßen Baues von Barrikaden, ohne daß man dieselben vertheidigte, in dessen Folge die Presse und das Vereinigungsrecht vernichtet und die Entwaffnung ausgeführt wurde, hat heute zu einer Verhandlung in der Vereinbarerversammlung Anlaß gegeben, in welcher vorzugsweise d'Ester, der entschiedenste Mann von der Linken, rednerische Triumphe feierte. Er stellte folgenden Antrag: Die Versammlung wolle beschließen: 1) Das Staatsministeriam aufzufordern, die sofortige Aufhebung der Verordnungen des Generals Kaiser und Obersten Engels in Köln, durch welche der Belagerungszustand über die genannte Stadt ausgesprochen, und die gesetzlich garantirten Grundrechte der Nation aufgehoben und suspendirt werden, insbesondere der Puntte 1., 2., 5., 6. u. 7. dieser Publikationen zu veranlassen; 2) daß nach dem Thatbestand keine genügenden Gründe vorlagen, den Belagerungszustand auszusprechen, und daß dieser daher sofort aufzuheben sey; 3) das Staatsministerium aufzufordern, den General Kaiser und den Obersten Engels wegen Aussprechung des Belagerungszustandes und wegen Aufhebung der garantirten Grundrechte zur Verantwortung zu ziehen. Er motivirte zuerst in beredter Weise die Dringlichkeit des Antrages: In einer Stadt von 90,000 Einwohnern ist der Belagerungszustand über die Bürger verhängt worden. Die Grundrechte des deutschen Volkes sind aufgehoben durch einen General, der die gesetzliche Befugniß nicht hat, da die Gesetze vom 6. und 19. April Niemanden ein solches Recht einräumen und nur durch ein Gesetz aufgehoben werden können; ein General aber kann keine Gesetze machen, und wenn er eine noch so große Macht hinter sich hat, und diese Rechte sind nicht bloß suspendirt, sie sind aufgehoben; aufgehoben sind alle politischen Vereine, aufgehoben ist die Preßfreiheit, aufgelöst ist die Bürgerwehr, die ordentlichen Gerichte sind außer Thätigkeit gesetzt und Kriegsgerichte funktioniren. Das dürfen wir keine 24 Stunden liegen lassen, denn es wäre eine Sünde gegen das Volk, ein Attentat gegen die Rechte der Nation. Die Presse ist suspendirt, ohne daß man abgewartet hat, bis Verbrechen vorlagen: das hat ja ein Cavaignac nicht gethan nach dem furchbaren Sieg im Juni, und der General Kaiser steht einzig darin da. Verwerfen Sie die Dringlichkeit, so haben Sie den Antrag selbst verworfen, und die Unterdrückung aller Freiheit gutgeheißen. (Lautes Bravo.) Nachdem die Dringlichkeit beschlossen war, und die Minister sich zur Rechtfertigung des Belagerungszustandes auf ein altes Gesetz aus dem Jahr 1809 berufen hatten, nahm d'Ester das Wort: Sie haben den Minister-Präsidenten eine Instruktion vorlesen gehört, es mag nach dieser Instruktion aus dem Jahre 1809 den Kommandanten gestattet sein, einen Belagerungszustand zu erklären, ich weiß es nicht, aber ich will es für den Augenblick dahin gestellt sein lassen, nur das frage ich Sie, waren solche Gründe in Köln in der That vorhanden? Eine Instruktion von 1809, wiederhole ich, soll dem Kommandanten diese Befugniß geben, aber ist denn eine Instruktion ein Gesetz? und wenn das, gibt sie ein Recht, spätere Gesetze aufzuheben? Ist es nicht ein Attentat gegen die Freiheit, die Gesetze vom 6. und 19. April aufzuheben, Gesetze, in denen nichts davon enthalten ist, daß eine Suspension oder Aufhebung derselben zulässig ist? Verbrecher vor ein Kriegsge-

*) Auch die allgemeine augsb. Zeitg. nimmt die berichtete Mystifikation als Ursache der Verhaftungen an, die durch Herrn Thon-Dittmer veranlaßt wurden. Der Mystificirte habe den Brief einem Geistlichen, dieser denselben einem hohen Würdenträger der Kirche gebracht, und dieser — man erkennt hier die Einflüsse, welche bei dem Minister des Innern sich geltend machen — Herrn Thon-Dittmer in Kenntniß gesetzt, worauf die Verweisung an die Gerichte und von diesen („unbegreiflich genug,“ sagt die Augsb. Allg.) ohne Weiteres der Befehl zur Verhaftung ergangen sei. Die Allg. Ztg. „beklagt“ es, daß der Minister des Innern „durch offenbaren Mangel an politischem Takt, und die Gerichte durch ihr rasches Zugreifen die Staatsgewalt in einem Augenblick compromittirt haben, wo dergleichen sorgfältig hätte vermieden werden sollen.“ Anm. d. Red.

richt stellen, die Presse suspendiren, die Vereine aufheben, die Bürgerwehr auflösen: — ich nenne das ein Säbelregiment! Und betrachten Sie die Verhältnisse: es gab kein Blutvergießen in der Stadt, die Barrikaden wurden nicht vertheidigt, man hatte sie bloß gebaut. (Lachen und Hohn von der Rechten.) Meine Herren, Sie lachen, Sie lachen bei diesen ernsten Dingen, nun, der Augenblick wird kommen, wo Sie nicht lachen werden. (Wiederholtes Geschrei auf der Rechten und Ruf zur Ordnung, wobei sich die quiekende Stimme des Hrn. Milde besonders bemerklich macht.) Ich will gerecht sein, ich will aussprechen, daß das Militär sich mit Takt benommen, aber wenn kein Schuß gefallen, ist da ein Grund, den Belagerungszustand auszusprechen? Und kann dieser Belagerungszustand die Grundrechte der Nation aufheben? Kann man Kriegsgericht installiren, da das Gesetz vom 6. April ausdrücklich verbietet, Ausnahmegerichte je stattfinden zu lassen? Ich verweise Sie noch einmal auf die Verhältnisse, ich verweise Sie darauf, daß wenige Tage vorher Ausbrüche der rohesten Soldateska stattgefunden, daß ein Ministerium ernannt war, ein Ministerium der bewaffneten Reaktion! Ein Ministerium, dessen sämmtliche Personen mit tausend Fäden an dem alten System hängen! Da ist es unsere Pflicht, hier einzutreten, denn das Gesetz darf nur durch das Gesetz aufgehoben werden; es ist unsere Pflicht, die bewaffnete Reaktion zurückzuweisen, und das Vaterland vom Säbelregiment zu erretten. (Stürmisches Bravo.) Und zum Schluße sprach er unter Anderm noch Folgendes: Der Herr Minister spricht viel von der Mäßigung des Kommandanten, die ich selbst hätte anerkennen müssen; nein, m. H., ich habe nicht von der Mäßigung des Kommandanten gesprochen, sondern von der der Soldaten! Was, der Kommandant hat Mäßigung bewiesen? Worin? Etwa in seinen Verordnungen? Nein, die enthalten vielmehr eine Provokation als Mäßigung! Die Ruhe ist hergestellt gewesen, wozu da Ausnahmsmaßregeln? Und noch einmal, betrachten Sie doch die Rechtsfrage, die Frage: ob eine alte Instruktion die neuen Gesetze aufheben kann? Nehmen Sie die motivirte Tagesordnung an, so haben Sie damit erklärt, daß jeder General im Lande die Gesetze aufheben, die Freiheiten der Nation unterdrücken kann! Bedenken Sie, wohin die Konsequenzen davon führen! Morgen wird hier vielleicht irgend ein Tumult hervorgerufen und ein General hebt dann die Vereinsrechte, die Preßfreiheit auf und jagt diese Versammlung auseinander! Wenn die Gewalt das Gesetz einmal aufheben, wenn die militärische Unterdrückung anfangen kann, wer sagt Ihnen dann, wo das aufhören wird? Die Minister sagen: die Gesetze vom April passen nicht für den Zustand Kölns, aber zeigen Sie mir, Herr Minister, wo das im Gesetze steht? und seit wann haben Sie das Recht, zu sagen: hier paßt ein Gesetz und dort paßt es nicht? Begreifen Sie denn nicht, daß, wenn diese Auslegung zu gelten anfängt, das Gesetz aufgehört hat zu bestehen? Herr Schlink hat Ihnen gesagt, daß Sie sich nicht sollten irre machen lassen davon, daß es drei Kölner Bürger sind, die den Antrag gestellt haben; es wären vier andere Kölnische Bürger hier, die ihn nicht gestellt hätten. Nun denn, so mag man es wissen; die ihn gestellt haben sind zwei Advokaten und ein Arzt, und die andern vier sind Beamte! — Weil ich das Ministerium eine Regierung der bewaffneten Reaktion genannt habe, antworteten mir die Herren: haben wir nicht Erklärungen gegeben? haben wir nicht im Armeebefehl reaktionäre Bestrebungen zurückgewiesen? — Was habt Ihr gethan? Nichts! nichts! Wir waren es, die es Euch durch unsern Beschluß diktirt haben, und Sie mußten ihn ausführen, wenn Sie anders die Regierung übernehmen wollten! Also, darum keinen Dank! Ihr wollt doch die Reaktion! Das ganze Land weiß es. Von der Rechten hat man gesagt, mein Antrag wolle die Anarchie legalisiren, die Willkür einführen; nein, die Anarchie ist das Säbelregiment, daß der Herr Justiz-Minister selbst eingestanden hat; das vernichtet alle Gesetze und treibt die Willkür auf die Spitze. (Stürmisches Bravo). Gleichwohl wurde auf Antrag des Abgeordneten Parisius die motivirte Tagesordnung mit 155 gegen 169 Stimmen beschlossen: In Erwägung, daß die Versammlung sich noch nicht im Stande befindet, die Kölner Ereignisse klar zu übersehen, und im Vertrauen, daß bei Fortdauer des Belagerungszustandes das Ministerium nicht anstehen wird, unter Mittheilung der erforderlichen Vorlagen die Entscheidung der Versammlung herbeizuführen, geht die Versammlung zur Tagesordnung über.

F. Wien, 30. Septbr. Bekanntlich hatten die Journalisten, durch die Absperrung ihrer Loge gegen den Unterhaltungssaal der Reichstagsabgeordneten, der ihnen bisher offen gestanden war, beleidigt, den Beschluß gefaßt, den Reichstagsverhandlungen vorläufig nicht mehr anzuwohnen. Die Sache ist jetzt durch eine Deputation an die Ordner des Reichstags erledigt. Die Ordner haben mit der größten Bereitwilligkeit Abänderungen veranstaltet, und es nehmen somit die Wiener Journalisten ihre Reichstagsberichte von heute an wieder auf. — Die aufgefangenen Briefe Jellacichs enthüllen nun jedem Auge, das noch sehen kann, das heillose, perfide Treiben der Kamarilla nicht bloß, sondern des Ministeriums. Denn wer hatte im Reichstag erklärt, daß Jellacich kein Geld vom Ministerium beziehe? Der Minister Krauß war es. Und nun lese man die Stelle aus Jellacichs Brief an Latour, den Kriegsminister: „So sehr ich für die hochgeneigte Sorge bezüglich der Zuwendung eines neuerlichen Geldverlages Euer Excellenz dankbar bin, eben so angelegentlich muß ich Euer Excellenz wiederholt um die baldigste Zuwendung eines hinreichenden Verlags-Quantums für die beihabende Feldoperations-Casse bitten.“ ... „Nach meiner Berechnung dürfte der reine Verpflegsbedarf am Gelde für den Monat October d. J. wenigstens auf 200,000 fl. und jener für das Natural-Verpflegsgeschäft auf 400,000 fl., somit in Allem auf 600,000 fl. sich belaufen, und ich erlaube mir, Euer Excellenz ergebenst zu bitten, diese Summen mir längstens bis 1. künftigen Monats zuverläßig zu disponiren, indem ich bei den nunmehr begonnenen Operationen für die gute Sache Oesterreichs von dem k. k. Kriegsministerium auf jede Hilfe rechnen kann und zu rechnen berechtiget bin.“ Ein Brief Jellacichs an den Baron Kulmer in Wien ist ebenfalls von hoher Bedeutung. Es heißt darin:

»Lieber Freund, Du weißt wohl recht gut, was für Schwierigkeiten es mich gekostet hat, eine Armee zu improvisiren; es ist das Streben, die Monarchie zu erhalten, das die Massen der Grenzer vor die Thore von Stuhlweissenburg gebracht hat. Die Magyaren fanatisiren Alles, und haben leider die ungarischen Truppen so fanatisirt, daß die Hoffnung, Linientruppen würden nicht gegen uns fechten, sich nicht bestätigt. Ich kann nicht leugnen, daß mir vor dem Gedanken schaudert, auf Hussaren meine Kanonen zu richten. Es wäre vielleicht auf ewig ein Riß in der Armee dadurch hervorgebracht. — Beabsichtigt man also das Manifest herauszugeben, so möge es bald geschehen, damit das fatale trop tard nicht weiter eintrete. Es kostet, denke ich mir, nur einen festen Entschluß in Wien und die gute Sache siegt. Lieber Freund! man stellte mir in bestimmte Aussicht, daß meine Truppen, sobald sie in Ungarn einrücken, in regelmäßige ärarische Verpflegung treten werden, — man machte mir Hoffnung, mich moralisch kräftig zu unterstützen, Brückenequipage, 12pfünd. Batterie Kavallerie-Geschütz hoffte ich auch bei Zeiten an mich bringen zu können ꝛc.“ —

Man muß, um die ganze bodenlose Perfidie der Hofkamarilla zu durchschauen, mit diesem Brief das Manifest des Kaisers zusammen halten, worin er dem Grafen Lamberg den Oberbefehl über sämmtliche in Ungarn und seinen Nebenländern befindliche Truppen gibt. Diese Ernennung hat ohne allen Zweifel nur den Zweck, die der ungarischen Regierung noch treu gebliebenen Truppen durch Lamberg dem Jellacich zuzuführen. So und durch solche Mittel opfert man die edlen Magyaren. Eine dritte sehr bemerkenswerthe Aeußerung Jellacichs, die aus einem der aufgefangenen Briefe entnommen wird, ist folgende:

„Mein Ziel ist die Herstellung eines einigen kräftigen Oesterreichs. Mein Ziel ist, den Kaiser wieder auf seinem Throne festzusetzen. Nichts soll mich von dem Wege, den ich betreten habe, ablenken. Ich habe von S. M. dem Kaiser seit meiner Ernennung zum Ban 21 Handbillette erhalten, die ich leider nicht in der Lage war zu befolgen. Se. Maj. haben endlich meine Handlungsweise gebilligt, doch S. M. der Kaiser kann mir noch 21 Handbillete senden, welche mich von meinem Ziele weglenken wollen, ich würde sie nicht befolgen. Ich muß für S. M. handeln, wäre es auch wider deren Willen.«

Gedruckt unter Verantwortlichkeit der Verleger, von Wilhelm Tümmel.
Expedition S. 93. im Gasthof zum König Otto 2te Etage.

(Probeblatt.)

Der freie Staatsbürger.

Erscheint an allen Wochentagen, am Sonntag nur ausnahmsweise auf einem Extrablatt. Preis in ganz Bayern vierteljährl. fl. 1. 30 kr. halbjährl fl. 3. — jährlich fl. 6.

Organ der Demokratie.

Inserate werden die dreispaltige Petitzeile zu 3 kr. berechnet. Die Abonnenten haben für die Hälfte des Abonnementpreises Inserate frei.

№ 3. Nürnberg, Mittwoch den 4. Oktober 1848.

Auerswald's und Lichnowski's Tod.

D. Die Ermordung der beiden Abgeordneten Auerswald und Lichnowski war der Reaktion ein willkommner Anlaß, um die ganze demokratische Partei mit Schmähungen der gemeinsten Art zu überschütten, um sie in Bausch und Bogen als Mitschuldige eines „Meuchelmordes" anzuklagen. Die Gallerie der Paulskirche hat den Fürsten Lichnowski gemordet, und die Mitschuld trägt die Linke in der Paulskirche, so rief die allg. augsb. Zeitung, und die gesammte „gute Presse" gab Variationen über das gleiche Thema. Man wurde nicht müde, die kleinsten Details der Mordscene, deren Schilderung übrigens jedem Unbefangenen verdächtig sein mußte, weil nicht abzusehen war, auf welche Weise die Erzähler zu deren genauer Wissenschaft gekommen sein sollten, immer aufs Neue wieder mit einer man möchte sagen wollüstigen Ausführlichkeit vorzuführen, die Wunden der unglücklichen Opfer immer aufs Neue wieder aufzudecken und vor aller Welt auszustellen, das Blut immer aufs Neue wieder aufzurühren, um auf eine recht sinnliche Weise die Leidenschaften aufzustacheln, und den Ruf: Rache, Rache! ertönen zu machen. Das Unglaubliche leisteten in dieser Beziehung die Correspondenten der Augsburger Postzeitung, die wir ohne Zweifel in der Paulskirche suchen dürfen. Ihre berufsmäßige Kenntniß der christlichen Märtyrergeschichte setzte sie in Stand, mit außerordentlicher Virtuosität die schaudervollen Einzelheiten so zu gruppiren und in solcher Beleuchtung darzustellen, daß das vergossene Blut „zum Himmel um Rache schrie," um Rache durch die Strafe des Schwerdts, vollzogen an den scheußlichen Meuchelmördern. Daß das Martyrologium auch dazu benützt wurde, die Gefallenen mit einem Heiligenschein zu umgeben, der wenigstens um das Haupt Lichnowski's sich etwas komisch ausnahm, versteht sich von selbst. Und man kam schlecht an, wenn man die Vorgänge ruhig und unbefangen betrachtete, wenn man die Motive und den Hergang der freilich beklagenswerthen Thaten leidenschaftslos dem ungetrübten Auge darzulegen suchte. Man nannte das „Beschönigung" der Gräuelthat, und die von den Abgeordneten der Nationalversammlung Bernhardi, Jürgens und Löw herausgegebenen Flugblätter, aus der Nationalversammlung sagten uns, daß eine solche „Beschönigung soviel als Sympathie und Mitschuld bedeutet." Leidenschaftliche Uebertreibungen so auffallender Art sind indessen stets sehr ephemerer Natur. Die Ruhe und besonnene Prüfung muß mit der Zeit zu ihrem Rechte gelangen. Dieß zeigt sich auch schon jetzt in Betreff des Todes jener beiden Abgeordneten. Daß nur sinnlose Parteileidenschaft das, was ein aufgeregter Volkshaufe gethan, einer ganzen Partei in die Schuhe schieben konnte, ist an und für sich klar, und diejenigen, welche noch jetzt, offen oder andeutungsweise, die demokratische Partei für den Tod Lichnowski's und Auerswalds verantwortlich machen wollen, beweisen nur, daß sie der Verleumdung nicht entbehren können, um ihre Sache nothdürftig zu halten. Aber auch die Thatsache jenes Doppel-Mordes selbst stellt sich, wie bereits gestern in einem Artikel unseres Blattes dargethan wurde, bei näherer Prüfung in einem wesentlich milderen Lichte dar. Vor allen Dingen muß billigerweise erwogen werden, daß Lichnowski durch sein höhnisches, übermüthiges, herausforderndes Benehmen vom Beginn der Nationalversammlung an und insbesondere am 18. Sept. den Haß des Volkes recht muthwillig auf sich gezogen hatte. Es ist ein solches Benehmen in Revolutionszeiten unter allen Umständen eine Dummheit, bei einem Abgeordneten des Volkes aber geradezu eine Schlechtigkeit. Betrachtet man das Volk als „Canaille," so encanaillirt man sich selbst, wenn man sich von ihm zum Abgeordneten wählen läßt. Auerswald, freilich hatte nichts gethan, um jenen intensiven Haß zu erregen, der gegen Lichnowski vollkommen erklärlich ist. Indessen kennt man ihn als einen „Stockpreußen" d. h. als einen jener Männer, in denen das Volk die heftigsten Gegner und die mißlichsten Hindernisse wahrer deutscher Einheit und Freiheit mit vollem Rechte verabscheut. Ueberdieß scheint es aber, wie wir unten sehen werden, daß die beiden Abgeordneten bei ihrem Ausreiten aus der Stadt feindlicher Absichten gegen das Volk verdächtig waren. Hierin täuschte sich auch das Volk nicht, und wir kommen hier auf einen Punkt, der den Tod Lichnowski's und Auerswald's als einen selbstverschuldeten erscheinen läßt. (Schluß folgt.)

Deutschland.

München. Es ist verordnet worden, daß bei allen vom 18. d. Mts. an statt gefundenen und statt findenden Einberufungen und darauf erfolgten Einrückungen vom Urlaube, sowie bei allen künftig angeordnet und vollzogen werdenden, also unfreiwilligen Beurlaubungen, jedem Manne vom 1. Unteroffizier abwärts, die gewöhnliche Löhnung und das Brodgeld für so viele Tage als Reiseverpflegung vergütet werde, als derselbe von seiner Heimat oder dem Beurlaubungsorte in den Garnisons- ꝛc. Ort und resp. von da in seine Heimat, nach entsprechender Bemessung nöthig hat. (N. B.)

§ München, 3. Okt. Die Neue Münchner Zeitung bespricht heute die bekannte Verhaftungs- und Freilassungsgeschichte und gesteht die mitgetheilte Mystifikation als Ursache der geschehenen Verhaftungen zu. Aber sie sucht die Verwaltungsbehörde als gänzlich unbetheiligt darzustellen „Die beiden Maßregeln, Verhaftung wie Freilassung, sind lediglich und allein Sache der Gerichte, der Justiz gewesen«, sagt sie, sie sucht also ganz auf den Justizbehörden „abzuladen«, wie man sich ausdrückt, und gesteht nicht begreifen zu können, wie der bekannte Brief einzig und allein die Grundlage der eingetretenen gerichtlichen Verfolgung und der Anlaß sofortiger Verhaftung werden konnte. Daß die Verhaftung unmittelbar nur von den Gerichten ausgehen kann, wissen wir wohl, wir wissen aber auch, daß die Gerichte sich in der Regel von den Polizeistellen aufmerksam machen und mahnen lassen; ja daß sie eine solche Mahnung als eine Art Befehl zu betrachten pflegen. So in Bamberg, wo der Stadtkommissär, wie man aus guter Quelle versichert, sogar dann noch auf dem Verlangen nach gerichtlichem Einschreiten bestand, als das Stadtgericht es abgewiesen hätte, und sich an das Appellationsgericht deßhalb wandte, das sofort wieder das Stadtgericht zum Einschreiten aufforderte. Unter solchen Umständen hat denn doch die N. M. Z. wohl nicht das Recht, auf die »Unabhängigkeit« der Justiz einen allzustarken Nachdruck zu legen, und es ist noch immer nicht erwiesen, ob nicht die Aufforderung und Mahnung zum gerichtlichen Einschreiten gegen die Demokraten in München aus den Bureaux des Ministers Thon-Dittmer kam. Uebrigens ist die N. M. Z. dem ganzen Ton ihres Artikels nach nicht über die Verhaftung der Herren Ringler u. s. w. aufgebracht, sondern über ihre Freilassung. Sie gibt sehr deutlich zu verstehen, das sich wohl andere bessere Anklagepunkte hätten finden lassen, um gegen die Demokraten mit Erfolg einzuschreiten, und sie nennt unter Anderm als einen solchen Anklagepunkt: »Angriffe auf die Gültigkeit der Beschlüsse der Reichsversammlung.«

Wir kennen zwar den Artikel im bayerischen Strafgesetzbuch nicht, unter welchen dieser Punkt subsumirt werden könnte, wenn es uns aber einerseits freuen muß, daß das Organ des Ministeriums, dessen Mitglied Hr. Beisler im Parlament offen erklärt hat, daß die bayerische Regierung die vom Parlament festgestellten Grundrechte nur nach Maßgabe der bayerischen Verfassung, die gerade durch jene Grundrechte sehr wesentlich modificirt wird, anerkennen werde, daß das Organ, welches vor wenigen Wochen noch selbst offen erklärte, daß die bayerische Regierung „in dringenden Fällen“ sich den Parlamentsbeschlüssen nicht unterwerfen werde — ich sage, wenn es uns einerseits freuen muß, daß dieses Organ nun urplötzlich die Frankfurter Beschlüsse als allgemein bindend sogar strafrechtlich gewahrt wissen will, so müssen wir andrerseits doch uns die Bemerkung erlauben, daß das souveräne Volk, aus welchem die Reichsversammlung hervorging, über derselben steht, wie der Mandant über dem Mandatar, daß die Beschlüsse der Versammlung der freien Kritik unterworfen sein müssen, und daß es des Volkes Absicht keineswegs war, durch diese Frankfurter Reichsversammlung sich eine neue Bevormundungsbehörde zu schaffen, welche das Volk, anstatt die freie Entwicklung seines politischen Lebens zu beachten und anzuerkennen, mit der Gewalt der Bajonette auf der politischen Entwicklungsstufe festhalten will, auf welcher es stand, als es die Fesseln eines dreißigjährigen schmachvollen Verdummungs- und Knechtungssystems von sich warf und mit noch ungeübten Schwingen seinen politischen Flug begann.

Der Reichstagszeitung zufolge hat der Abgeordnete Bassermann von den Wählern des Wahlbezirks Stadtprozelten ein in bester Form ausgestelltes Mißtrauensvotum erhalten.

Frankfurt, 1. Okt. Wie wir aus guter Quelle vernehmen, sind die Arbeiten des Verfassungsausschusses der Nationalversammlung jetzt so weit vorgerückt, daß eine Vorlage ehestens zu erwarten ist und die Beendigung des ganzen Werkes in nicht zu langer Frist in Aussicht steht. Folgendes haben wir darüber erfahren: Die Abschnitte vom Reich und der Reichsgewalt sind im Ausschusse durchberathen, und revidirt, und werden dem Hause vorgelegt werden, sobald die Berichterstattung vollendet sein wird, was in einigen Tagen der Fall sein möchte. Berathen ist gleichfalls der Entwurf über das Reichsgericht, so daß nur noch einige Punkte der formellen Redaction erledigt zu werden brauchen. Ueber den Reichstag — Staatenhaus und Volkshaus — wird von der Vorcommission in wenigen Tagen eine Vorlage im Ausschuß erwartet werden dürfen, so daß dann nur noch die freilich besonders schwierige Frage über die executive Gewalt im Reiche übrig bleibt. (Frkft. O.-P.-Z.)

Frankfurt, 2. Octbr. (89. Sitzung der constituirenden deutschen Reichsversamml.) Die Abgeordneten Glück aus München und J. Grimm aus Berlin zeigen ihren Austritt aus der Nationalversammlung an. Der Präsident macht bekannt, daß die Abgeordneten Jordan aus Marburg, Bretis und Sommaruga als neuerwählte Mitglieder in den Ausschuß für politische und internationale Angelegenheiten eintreten, und daß die Ergänzungswahl für den Wehrausschuß auf den Abg. v. Radowitz gefallen ist. Namens des Marineausschusses stellt Jordan aus Berlin, auf Veranlassung der Beantwortung einer Interpellation v. Reden's durch den Reichsminister der Finanzen, die Verwendung der zum Flottenbau bewilligten 6 Millionen Thaler betreffend, den Antrag, die Nationalversammlung wolle das Finanzministerium auffordern, gemäß des Beschlusses vom 14. Juni, 3 Millionen Thaler zur Verwendung für die deutsche Marine sofort flüssig zu machen. Paur aus Augsburg berichtet Namens des Gesetzgebungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes zum Schutze der Mitglieder der deutschen Reichsversammlung; Lette aus Berlin Namens des volkswirthschaftlichen Ausschusses über mehrere Petitionen, die Aufhebung der Feudallasten betreffend, und verbindet damit den Antrag, die Nationalversammlung wolle über diesen Gegenstand, in Erwägung, daß derselbe bei Berathung über §. 27 der Grundrechte zur Sprache kommen werde, zur motivirten Tagesordnung übergehen. Reichsminister v. Schmerling: Eine Reihe von Interpellationen werde ich in der Weise beantworten, wie solche dem Ministerium übergeben worden sind. Zwei Interpellationen des Abgeordneten Zimmermann aus Spandow über die Verhältnisse Deutschlands zu Dänemark und den Inhalt des Accreditivs des Gesandten der Centralgewalt bei der französischen Republik betreffend, sind bereits am Tage der Anfragestellung erledigt worden. Eine weitere Interpellation desselben Abgeordneten, welche Maßregeln das Reichsministerium zum Schutze unterdrückter Deutscher in Ungarn getroffen habe, findet in Folgendem ihre Beantwortung. Die Deutschen in Ungarn gehören in eine doppelte Klasse. Seit Jahrhunderten hat sich eine bedeutende Anzahl von Deutschen in Ungarn angesiedelt und das ungarische Staatsbürgerrecht erlangt. Wenn wir auch für diese Deutschen die besten Sympathien hegen, so stehen wir doch in keiner staatsrechtlichen Beziehung zu denselben. Sie sind Angehörige des Königreichs Ungarn, und wir haben so wenig ein Recht, ihnen bei ausbrechendem Bürgerkriege Schutz zu gewähren, als wir unter gleichen Verhältnissen für die Deutschen im Elsaß und in Lothringen Schutz eintreten lassen können. Jene Deutschen dagegen, welche nur vorübergehend in Ungarn sich aufhalten, haben allerdings einen Anspruch auf unseren Beistand. Dem Reichsministerium ist aber von dieser Seite noch keine Klage wegen verübter Gewaltthat zugekommen. Auch haben weder die in Ungarn wohnenden Franzosen, noch die dortigen Engländer bei ihren Regierungen derartige Klagen erhoben. Sollte dennoch in Zukunft dem Reichsministerium ein solcher Fall bekannt werden, so wird es seine Pflicht thun und den betreffenden Deutschen seinen Schutz in vollem Umfange angedeihen lassen. Die weitere Frage des Abgeordneten Zimmermann hinsichtlich der Gesandtenbeschickung für Ungarn ist im Reichsministerium selbst noch eine schwebende. Dasselbe nimmt in dieser Frage das Vertrauen der Versammlung in Anspruch, und wird diesen Punkt später zur Erledigung bringen. Zu bemerken ist übrigens, daß bis jetzt noch keine europäische Regierung mit Ungarn in diplomatischen Verkehr getreten ist. Die Interpellation in Betreff der bei den Juniunruhen zu Paris inhaftirten Deutschen anlangend, so hat der Reichsgesandte für Paris schon im Monat August Auftrag erhalten, hierüber bei der französischen Regierung Nachfrage anzustellen. Eine in Folge dessen von der französischen Regierung gegebene Erklärung geht dahin, daß dieselbe geneigt sei, alle bei jenen Unruhen betheiligten und inhaftirten Deutschen, falls solche nicht anderer Verbrechen wegen in Haft sich befinden, ausliefern zu wollen. Zu bemerken ist, daß von Seiten Englands noch keine deßfallsige Reclamation geschehen ist, und daß die englische Regierung sogar sich geweigert hat, auf eine solche einzugehen. (Bewegung.) Damit jedoch Alles geschehe, so hat das Reichsministerium sich veranlaßt gefunden, von dem Erfolge der Bemühungen des Reichsgesandten in Paris den deutschen Regierungen Mittheilung zu machen, da diesen die Erhebung solcher Reclamationen überlassen bleiben muß. (Schluß folgt.) (Frkft. O.-P.-Z.)

* Frankfurt, 2. Okt. Ein ≡Artikel in der heutigen Oberpostamtszeitung meint, nur die Festung Rastadt habe die Einführung der Republik in Baden verhindert; man müsse aber, um gänzlich gesichert zu sein, insbesondere gegen die Schweiz, noch Donaueschingen und Stockach befestigen. Wenn man jetzt im Augenblicke auch nicht daran wolle, so werde man sich schon dazu entschließen müssen, denn es sey vorauszusehen, daß die Grenze nach der Schweiz längere Zeit hindurch durch ein besonderes deutsches Truppenkorps werde besetzt werden müssen, und da werde man durch die Kostspieligkeit und Mühseligkeit einer solchen Bewachung von selbst darauf geleitet werden, daß bleibende Garnisonsstädte in jenen Gegenden unumgänglich nothwendig seyen.

d Frankfurt, 2. Okt. Unsere glorreichen deutschen Politiker sprechen sich auf einmal sehr kühn gegen Dänemark aus, vor dem sie noch vor wenigen Wochen sich in den Staub gebeugt haben. Der preußische General Bonin hat die dänische Immediat-Kommission desavouirt, und die Kartätschenminister erklären, daß sie den Beschluß vom 16. mit den Modifikationen vollziehen würden. Woher kommt diese veränderte Sprache? Man hat England, das große Krämerreich, für sich gewonnen, wofür man natürlich die deutschen Handelsinteressen nach wie vor den Engländern preisgibt, die bekanntlich nichts umsonst thun. Alles beweist, daß Deutschland in dem von Pfuel, dem Minister des Prinzen von Preußen regierten Preußen aufgegangen ist. Die Minister, die in Berlin sitzen, sind aus der Schule der Männer, die von jeher nur die Agenten der englischen Handelspolitik in Deutschland waren. Seit Herr Pfuel in Berlin am Ruder sitzt, ist Palmerston, zuvor so kategorisch, plötzlich versöhnlich geworden, und hat Dänemark in einer Note seinen Unwillen über sein Verfahren mit der Immediatkommission ausgedrückt.

Nun hat man, was man will: Allianz mit England; und man wird, auf diese gestützt, die dänische Frage, so gut es geht, diplomatisch zu erledigen suchen. Das deutsche Volk hat durch seine Märzrevolution unter diesen Umständen bemerkenswerth viel erreicht: statt des Bundestags die Reichsgewalt, statt Metternich's in Wien Schmerling in Frankfurt, statt Bodelschwingh Pfuel. Die Politik aber ist die gleiche geblieben, wir werden nach wie vor von den Engländern ausgezogen, nach wie vor auch wird die Freiheit im Innern unterdrückt, und unsern natürlichen Verbündeten, Frankreich, treibt man mit Gewalt zu einer Allianz mit Rußland. Ein hohnvolleres Spiel ist niemals mit einem Volke getrieben worden. Wir vermuthen indessen, es werde in letzter Instanz doch mißlingen.

d. Frankfurt, 2. Octbr. Heute fand die Wahl des Präsidenten und der Vicepräsidenten Statt. Gagern wurde natürlich wieder gewählt, Blum hatte 46, Trützschler von der äußersten Linken 20 Stimmen. Endlich hat die Rechte sich entschlossen, den unfähigen und würdelosen Soiron fallen zu lassen; sie hat ein neues gefügiges Werkzeug in Simson von Königsberg gefunden. II. Vicepräsident wurde Rießer aus Hamburg. Beide Vicepräsidenten sind Juden. Die Rechte hat also Herrn Hermann aus München, einen Mann, eben so ausgezeichnet durch Bildung und Wissenschaftlichkeit, wie durch deutsche Gesinnung, der zugleich allein vom ganzen Bureau eine wirkliche Fähigkeit zur Leitung parlamentarischer Verhandlungen bewiesen hatte, fallen lassen, einzig und allein, weil er sich in der letzten Zeit, als er das heillose Treiben der Rechten erkannte, entschieden der Linken zuneigte und z. B. jedesmal für Aufhebung des Belagerungszustandes stimmte. Wenn irgend Etwas, so charakterisirt dieß die blinde Parteiwuth der Menschen, welche jetzt, hinter Bajonetten versteckt, dem deutschen Volke gehässigere Ausnahmsgesetze diktiren, als jemals Bundestag und Metternich.

Berlin 30. Sept. Die Reform unterwirft das Benehmen des Ministeriums bei den Verhandlungen über den Cölner Kriegszustand einer scharfen Kritik und sagt am Schlusse: »die Minister wehren sich mit allen ihren Kräften dagegen, daß sie ein Ministerium der Reaktion seien, aber wer schützt uns davor, daß sie nicht bloß Concessionen gemacht haben, um Zeit zu gewinnen, und während sie fortwährend in Berlin nachgeben, den Generalen Gelegenheit geben, ihre Soldatenherrschaft zu versuchen und zu befestigen. Wir sind berechtigt, dieses Mistrauen zu hegen, und müssen es hegen, denn es handelt sich um die Wolfahrt des Volkes.« In den Concessionen eines Pfuel und Eichmann etwas anderes zu finden, als ein perfides Mittel, um nach Metternich'schem Grundsatz Zeit zu gewinnen, wäre in der That schwer.

In der am 27. Sept. stattgehabten Sitzung des demokratischen Frauenvereins in Berlin unter dem Präsidium der Frau Dr. Heintz war zum ersten Mal auch Männern der Zutritt gestattet. Eigenthümlich war der Eindruck, weniger der Rednerinnen, als schweigsame Zuhörerinnen zu finden. Zuerst wurden die Interessen der weiblichen arbeitenden Klassen besprochen und zwei diese betreffende Beschlüsse gefaßt: 1) dahin zu wirken, daß Näherinnen für die Handlungen besser als bisher bezahlt würden; 2) eine Deputation von drei Frauen zum Grafen Schlippenbach zu senden, damit Suppen für den Winter, die derselbe auszutheilen gedenkt, auch den weiblichen Unterstützungsbedürftigen zu Gute kämen. Der Antrag einer Rednerin, künftig keine Männer bei den Sitzungen zuzulassen, wurde mit entschiedener Majorität verworfen, worauf ein stürmischer Beifall von Seiten der Zuhörer erfolgte.

Berlin 31. Sept. In der heutigen Sitzung der Vereinbarerversammlung kam der Gesetzesentwurf »betreffend die Einstellung der schwebenden Verhandlungen behufs Regulierung der gutsherrlich bäuerlichen Verhältnisse in Dienstablösungen" zur Verhandlung. Das von Elsner aus Schlesien, welche Provinz vorzugsweise bei diesem Gesetzentwurf betheiligt ist, eingebrachte Amendement will Suspension der Zahlung aller bäuerlichen Abgaben bis zur Erlassung eines neuen Gesetzes. Dieses Amendement wurde verworfen, obwohl Elsner es aus einer von 15,000 schlesischen Rustikalbesitzern unterzeichneten Petition geschöpft hatte. Es wurde der Antrag der Commission angenommen, dessen Hauptinhalt der ist, daß die noch schwebenden Prozesse suspendirt werden, jedoch mit Vorbehalt interimistischer Festsetzung über die laufenden Leistungen.

Köln, 30. Sept. Der Belagerungszustand soll am 4. Oktober aufgehoben werden, die N. Rh. Zeitung zeigt auf einem Blatte an, daß sie am 5. Oktober wieder erscheinen werde.

Wien 29. Sept. Abends. Am 27. dieses war die Armee des Banus bereits bis Veleneze, 3 Meilen von Ofen vorgerückt. Die ungarischen Generale haben ihr bis jetzt keinen Widerstand entgegengesetzt. — Wir sind in voller Ministerkrise. Folgendes ist die neueste Combination: Schwarzer, der eben erst resignirt hat, soll das Porteseuille des Handels übernehmen; Graf Wickenberg; bisher Gouverneur in Grätz, das Innere; Strohbach (der Präsident des Reichstags), die Justiz; Bach die öffentlichen Arbeiten. (A. A. Z.)

Q. Ulm, 2. Okt. Gestern wurde hier eine Volksversammlung abgehalten, auf der wenigstens der Linken im Parlamente die volle Zustimmung ertheilt wurde, wenn auch die Redner durch die hier herrschende Soldatenwirthschaft zur Vorsicht sich aufgefordert sahen. Es macht sich hier Säbelregiment und Kanonenherrschaft in den letzten Tagen so fühlbar, daß dieser Umstand zu ebenso lächerlichen, als Zorn und Unwillen erregenden Gerüchten Veranlassung gab. Schon einige Tage vorher brachte die Ulmer Chronik, ein Schandblatt, das seines Gleichen in Deutschland sucht, einen Artikel, worin angedeutet war, welche Anstalten man auf der Festung getroffen habe, um das Volk im Zaum zu halten. Es hieß: so und soviel Kanonen und Mörser seien aufgestellt, und es verbreitete sich bald darauf das Gerücht, daß man bei der geringsten Demonstration, die von der Volksversammlung ausginge, die Kanonen spielen lassen werde. Sie sehen, zu welchem Uebermuthe die Säbelherrschaft auch dahier schon gekommen ist, da solche Gerüchte sich nur verbreiten können. Das Militär war natürlich in den Kasernen consignirt. — Der Festungsbau-Commandant, ein Stockpreuße, muß gleichwohl Furcht gehabt haben: denn er ließ den Ausschußmitgliedern bei der Volksversammlung durch den Oberamtman sagen: die schwarz-rothgoldene Fahne, welche man schon seit länger auf der Festung vermisse, werde nächstens unter besondern Feierlichkeiten aufgesteckt. Derselbe Mann (preuß. Obristlieutenant v. Prittwitz) hatte kurz vorher bei einem Veteranenmahle geäußert: Die Herrn in Frankfurt brauche man zur Einigung Deutschlands nicht: die Einigkeit Deutschlands liege bereits in der Stärke und Tapferkeit seiner Heere. (s. Nr. 1.) Man kann hieraus bemessen, wessen wir uns von ihm zu versehen haben. — Um wieder auf die Volksversammlung zu kommen, so erwähne ich noch, daß kein einziger auswärtiger Redner auftrat, sondern nur hiesige, darunter der deutschkathol. Pfarrer Albrecht (ein sehr tüchtiger Redner) und Professor Binder, der die Ansprache der Linken und die Beschlüsse der Cannstatter Versammlung verlas und der Genehmigung und Beistimmung des Volkes vorlegte. Man ließ die Linke stürmisch hochleben.

Dresden, 30. Sept. In der heutigen Sitzung der II. Kammer fand die Interpellation des Abgeordneten Helbig statt, warum sächsische Truppen nach Altenburg marschirten. Staatsminister v. d. Pfordten erklärt hierauf, die Antwort sei einfach: es würden 6000 M. sächsischer Truppen dorthin geschickt werden, weil es die Centralgewalt angeordnet. Es sollten mehre Armeecorps an gewissen Punkten aufgestellt werden und unsere Truppen ein solches von 12,000 M. mit österreichischen und andern Reichstruppen bilden, das ein österreichischer General commandiren und sein Hauptquartier in Altenburg haben werde. Staatsminister Oberländer: Er sei von der Centralgewalt zum Reichscommissar ernannt worden, um für die Aufrechthaltung und Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung, wenn diese gestört würde, in den reußischen und thüringischen Landen zu sorgen. Er sei diesem Auftrag in seiner Art nachgekommen und habe den Zweck erreicht, indem er durch persönliche Rücksprache und Proklamationen dem Volk erklärt habe, daß die Freiheit der Bürger nicht gefährdet werden dürfe und daß die provisorische Regierung Deutschlands stark genug sei, Ruhestörungen und Gewaltthaten zu unterdrücken. Ueberall habe er damit Erfolg gehabt, und nur nach Gera hätte er eine kleine Reichsgarnison legen müssen, um die Arbeiter daselbst, welche, ohne etwas dafür leisten zu wollen, von den Bürgern hätten ernährt werden wollen, zur Beobachtung der gesetzlichen Ordnung zu bewegen. Es sei nun auf einmal am 25. Sept. die Weisung von der Centralgewalt zu der fraglichen Truppensendung gekommen. Da diese Maßregel mit den von ihm ergriffenen nicht im Einklange stehe, so habe er seinen Auftrag für erledigt geachtet und ihn in die Hände der Centralge-

walt zurückgegeben; da er glaube, daß ohne ihn eben so viel geschehen könne. (Beifall.) Abgeordneter Helbig stellt den Antrag: Die Kammer wolle die Staatsregierung ersuchen, gegen die Sendung sächsischer Truppen nach Altenburg Widerspruch einzulegen und deren Einrücken dorthin vor der Hand zu sistiren. Staatsminister v. d. Pfordten: Er habe die Motive der Centralgewalt nicht zu verantworten, und das Ministerium habe es für seine Pflicht gehalten, jener Weisung Folge zu leisten. Dazu habe man sich durch die Anerkennung der Centralgewalt verbindlich gemacht.

Die deutsche allgem. Ztg. schreibt aus Altenburg 30. Sept. Einlassen oder Nichteinlassen, das ist die große Frage, um die sich gegenwärtig hier Alles dreht. Bekanntlich soll auch in unserm Herzogthum ein ständiges Lager zusammengezogen werden. Altenburg und die Umgegend wird zunächst von sächsischem Militär besetzt werden, die Stadt allein zwei Bataillone Infanterie und eine Batterie Geschütz erhalten, und Generalstabsquartier werden. Erklärlicherweise mußte diese Maßregel die höchste Aufregung hervorrufen. Der nächste Schritt, den die hiesigen Volksführer in der Angelegenheit thaten, war ein durch sie veranlaßter Protest des Landtags an die Nationalversammlung zu Frankfurt gegen die militärische Besetzung des Landes. Darauf ward in einer außerordentlich zahlreich besuchten Sitzung des Vaterlandsvereins die Angelegenheit weiter besprochen. Nachdem sich manche Stimmen für eine gewaltsame Abwehr der militärischen Einlage ausgesprochen hatten, wurde von Hrn. Pelz auf die Unzulänglichkeit der der militärischen Gewalt entgegenzustellenden Macht hingewiesen, worauf Herr Erbe dringend von jeder Gewaltmaßregel abrieth und den einquartierten Truppen mit Freundlichkeit entgegenzukommen empfahl, indem er hervorhob, daß man auf sie mit der Macht des Wortes einzuwirken suchen müsse. Daß die Soldaten bei der Bürgerschaft nach Maßnahme der Klassensteuerabgaben einquartiert werden sollen und diese dadurch natürlich auch materiellen Nachtheilen entgegensteht, erhöht die gereizte Stimmung. Gestern Nachmittag ward in dieser Angelegenheit eine Bürgerversammlung gehalten, die durch Deputation mit dem Stadtrath in Unterhandlung trat, theils um eine höhere Entschädigung für den einquartierten Soldaten — dem Vernehmen nach soll für den Mann täglich 5 Ngr. gezahlt werden — theils die Zusicherung der Vorausbezahlung zu beanspruchen. Der Stadtrath wendete sich deshalb an das Ministerium, durch das sofort diesfallsige Verhandlungen mit dem sächsischen Ministerium angeknüpft worden sein sollen.

Baden. (Müllheim, 30. Sept.) (Struve vor dem Kriegsgericht.) Struve erschien heute früh 9 Uhr vor der standrechtlichen Kommission, die aus den Hofgerichtsräthen v. Bodmann, Lugo und Betzinger und den Hauptleuten Diemar, Lichtenauer und Ruppert bestand. Seine Fesseln wurden im Saale abgenommen und fielen klirrend zu Boden. Der Vorsitzende Bodmann forderte ihn, nach Vorlesung der standrechtlichen Verfügung, zu Angabe einiger Daten aus seinem Leben auf. Struve antwortete mit einer kurzen biographischen Skizze, worin er erklärte, daß er von jeher Republikaner gewesen und daß er in dem Bestehen von 35 Fürstenthümern für Deutschland ein Unglück sehe. Der Vorsitzende hielt ihm nun die Anklagepunkte vor: den starken bewaffneten Einfall zum Umsturz von Thron und Verfassung in Deutschland, Vornahme von Regierungshandlungen, offenen Widerstand gegen die gesetzliche bewaffnete Macht, Kassenraub, Brandschatzung. Struve erklärt, die Thatsachen seien notorisch, er leugne sie nicht, das Leugnen widerspreche auch seinem Charakter, nur müsse er in Abrede stellen, mit einem zahlreichen Haufen und bewaffnet ins badische Gebiet eingefallen zu seyn. Seine Begleitung sei beim Eindringen ins Land weder zahlreich noch bewaffnet gewesen. Der Vorsitzende fragt, was er während seiner Flucht und während seiner Transportirung zur Niederdrückung des Aufstandes gethan habe. Struve erwiedert, er sei seit seiner Gefangennehmung in Wehr durch fanatisirte Bauern so sehr von der Welt abgeschlossen gewesen, daß er weder etwas zur Niederdrückung, noch zur Beförderung des Aufstandes habe thun können. Der Angeklagte bringt nun sein Bedenken gegen das Gerichtsverfahren vor, dem er unterstellt werde, indem er sich darauf stützt, daß die Verkündung des Standrechts am 26. d. M. erfolgt sei, und dieses dem Wortlaut der Verkündigung zu Folge nur auf die von jetzt an verübten, im Gesetze speciell angeführten politischen Verbrechen seine Anwendung finden sollte, während er schon am 25., also den Tag vorher, und zwar um 11 Uhr Morgens festgenommen worden sei. Da er nun von da an keines dieser Verbrechen begangen habe, so scheine ihm, daß er dem Standrecht nicht unterstellt werden könne. Der Vorsitzende erklärt, hierüber werde der standrechtliche Gerichtshof entscheiden. — Dies die Hauptpunkte des Verhörs, welches kaum eine halbe Stunde gedauert haben mochte, worauf sich der Gerichtshof in das Berathungszimmer zurückzog. Struve sprach fließend und präcis. Seine Stimme klang nicht unangenehm. — Die Berathung der standrechtlichen Kommission dauerte ungemein lange. Endlich — es war unterdessen drei Viertel auf eilf Uhr geworden — öffnete sich die Thüre, und der Gerichtshof trat wieder ein, um das gefaßte Urtheil auszusprechen. Todtenstille im Saal. Struve erhebt sich. Der Vorsitzende spricht in kurzen Worten das (nach der oberrh. Ztg. mit 5 gegen 1 Stimme gefaßte) Urtheil, dahin lautend, daß der Angeschuldigte nicht standrechtlich zu behandeln, sondern vor die gewöhnlichen Gerichte zu verweisen sei. Tiefe Bewegung im Saale. (Struve ist noch an demselben Tage in's Gefängniß nach Freiburg abgeliefert worden.) (Bad. Blätter.)

Hohenzollern-Sigmaringen. Der Fürst von Sigmaringen befindet sich mit seinem ganzen Regierungspersonal in Ueberlingen. Nur einige Koffer mit den wichtigsten Papieren hat er gerettet. Der Advokat Würth, Bruder des Constanzer Advokaten Würth, ist Präsident der sigmaring'schen Republik und die Bauern wie die Bürgerwehr sind entschlossen, die neue Regierungsform aufrecht zu erhalten. Gleichwohl ist der jungen Republik schwerlich ein langes Leben beschieden, denn bereits haben sich von Constanz aus Truppen (badische) auf den Weg gemacht, ohne Zweifel um in's Sigmaring'sche einzumarschiren.

Hamburg, 27. Sept. Wir sind mitten in der Wahlagitation für die constituirende Versammlung. Die Patrioten d. h. Reaktionäre haben ihre Candidaten aufgestellt. Die Freisinnigen hielten gestern eine Volksversammlung. Es hatten sich zwischen 8—10,000 Menschen eingefunden, eine für Hamburg unerhörte Zahl. Vor 3—4 Monaten prügelte man bei uns noch den Veranstalter einer Volksversammlung; jetzt zeichnet man ihn aus. Fast alle Redner sprachen über die Eigenschaften, welche die zu Wählenden haben müssen, Hagen sprach über die letzten Frankfurter Ereignisse und den Tod Lichnowskis, und meinte, daß die an dem letzteren verübte Metzelei, so wenig er sie auch billigen könne, ihm doch in einer Beziehung lieb sei, insofern sie beweise, daß auch die Deutschen eines politischen Fanatismus fähig seien. Die letzten Frankfurter Ereignisse enthalten den Fingerzeig einer entehrenden Vergangenheit und das in die Zukunft deutende Vermögen der Deutschen, diese Vergangenheit zu rächen. In Betreff Lichnowskis kann ich Ihnen eine hübsche Anekdote mittheilen, deren sich unsere Börse schuldig gemacht hat. Als die Nachricht von dem Tode dieses „edlen" Abgeordneten eintraf, haben sich unsere Kaufleute bewogen gefunden, das in dem Börsesaal hängende Bild desselben mit Immortellenkränzen zu umgeben und die sämmtlichen Porträts der Abgeordneten der Linken fortnehmen zu lassen. (Reform.)

Schweiz.

Am 26. faßte der Regierungsrath von Baselland folgende Beschlüsse: Führer des badischen Aufstandes und Flüchtlinge, die aus Baselland nach Baden gezogen, sind nach 24 Stunden polizeilich ins Innere der Schweiz oder nach Frankreich zu weisen. Gewöhnliche Flüchtlinge sind zu entwaffnen und drei Stunden von der Grenze zu weisen. Zuzüge aus dem Innern der Schweiz sind zurückzuweisen (was bereits am Montag mit einem Trupp geschehen). Eine Scharfschützenkompagnie ist auf's Piket gestellt. Von Birsfeld sind alle Flüchtlinge bereits weggewiesen. In Basel ist dafür gesorgt, daß die Flüchtlinge entwaffnet und sofort durch unser Gebiet durchtransportirt werden. Deutsche, die hier wohnhaft gewesen und am badischen Aufstand Theil genommen haben, werden sofort von hier weggewiesen.

Donaufürstenthümer.

Wien, 30. Sept. Das Volk in Bucharest, mit dem Metropolitan an der Spitze, hat die russische Organisationsakte auf öffentlichem Markte verbrannt, und der Erzbischof darauf die neue Organisation eingesegnet. Mehrere türkische Truppenabtheilungen waren auf dem Weg nach Bucharest. (A. A. Z.)

Gedruckt unter Verantwortlichkeit der Verleger, von Wilhelm Tümmel.
Expedition S. 93. im Gasthof zum König Otto 2te Etage.

Der freie Staatsbürger.

Erscheint an allen Wochentagen, am Sonntag nur ausnahmsweise auf einem Extrablatt. Preis in ganz Bayern vierteljährl. fl. 1. 30 kr. halbjährl fl. 3. — jährlich fl. 6.

Organ der Demokratie.

Inserate werden die dreispaltige Petitzeile zu 3 kr. berechnet. Die Abonnenten haben für die Hälfte des Abonnementpreises Inserate frei.

№ 4. Nürnberg, Donnerstag den 5. Oktober 1848.

Auerswald's und Lichnowski's Tod.

(Schluß.)

D. Die Abgeordneten nehmen Unverletzlichkeit für sich in Anspruch. Die nothwendige Bedingung dieser Unverletzlichkeit ist Neutralität. Die einzelnen Abgeordneten dürfen, sofern sie nicht als commandirte Offiziere dazu verpflichtet sind, nicht feindlich gegen das Volk auftreten, sonst verlieren sie den Anspruch auf Unverletzlichkeit. Ueber das Motiv der zwei Abgeordneten Auerswald und Lichnowski, sich zu Pferd aus der Stadt zu begeben, bestehen zwei verschiedene Ansichten, die aber beide darin zusammentreffen, daß die Abgeordneten dabei einen der Sache des Volkes feindlichen Zweck verfolgten. Nach der einen Ansicht wollten sie sich zum Reichsverweser begeben, um diesen schon im Voraus gegen die Deputation der Linken einzunehmen, welche, wie die zwei Abgeordneten wußten, sich eben auf den Weg machte, um den Reichsverweser um möglichst unblutige Beendigung des Kampfes, die ja so leicht gewesen wäre! zu bitten. Lichnowski scheint vor seinem Tode durch die Worte: „daß er einen Auftrag an den Reichsverweser gehabt" diese Ansicht bestätigt zu haben. Nach einer andern Nachricht ritten die Beiden der heranziehenden Artillerie entgegen, um sie zur Beschleunigung ihres Marsches anzuspornen; in beiden Fällen haben sie ihre Neutralität verletzt und Partei ergriffen, und das Volk täuschte sich somit nicht, wenn es Feinde in ihnen erblickte. Was nun aber den eigentlichen Hergang ihres Todes betrifft, so liegt jetzt der Bericht eines Augenzeugen, Dr. Hodes in Bornheim vor, den die Freunde des Gefallenen selbst wegen seiner muthigen Verwendung für die Unglücklichen rühmten, dessen Wahrheitsliebe sie somit auch kaum werden bestreiten können. Herr Hodes kam auf dem Schauplatz an, als man, aus Lichnowski's Pferd auf seine Nähe schließend, ihn aufsuchte und an der Wohnung des Gärtners Schmidt den Abg. Auerswald durch zwei Schüsse tödtete. Ueber die erste Begegnung der Unglücklichen mit dem Volkshaufen weiß uns somit Herr Hodes nichts zu berichten, und es bleibt unklar, ob, wie von glaubwürdiger Seite behauptet wird, Lichnowski auch bei dieser Gelegenheit wieder, seiner zweiten Natur gemäß, das Volk höhnte und von „Kanonenfutter" sprach. Aber auch nach Hodes' Schilderung scheint es, daß die Menge sich von den Beiden beleidigt, ja bedroht und angegriffen glaubte. Denn als Hodes sie auf das Schreckenvolle der blutigen That aufmerksam machte, trat ein „wohlgekleidetes" Weib „mit starken aufgeregten Gesichtszügen" vor ihn mit den Worten: „Was, Sie wollen diese Menschen vertheidigen, sie haben nach mir geschossen!" Man wird diese Aeußerung freilich ohne weiteres als eine Lüge beseitigen wollen, ersonnen, um den Eindruck der Unthat zu mildern; um so mehr, da man allgemein annimmt, Auerswald und Lichnowski seien gar nicht bewaffnet gewesen. Gleichwohl scheint es nicht wahrscheinlich, daß ein Weib aus bloßer kannibalischer Grausamkeit zur Ermordung harmloser Menschen mitgewirkt habe. Es deuten jene Worte auf irgend eine feindliche Begegnung, die zuvor stattgehabt, wenn es auch vielleicht nur eine Täuschung war, daß die Beiden wirklich angriffsweise gegen das Volk verfahren seien. Die gerichtliche Untersuchung wird vielleicht hierüber Aufschluß geben, zumal wenn es wahr ist, daß man einige der bei dem Mord Betheiligten eingefangen hat. Daß diese Menschen aus bloßem Blutdurst einen ihnen unbekannten Mann — denn das war ihnen Auerswald nach dem Bericht des Dr. Hodes — gemordet hätten, das scheint einmal durchaus unglaublich. Denn es gelang doch Hrn. Hodes leicht, diese Menschen zu bestimmen, daß sie Lichnowski, *den sie kannten*, nicht tödten, sondern als Gefangenen nach Bornheim führen wollten. Unter des Dr. Hodes Begleitung wurde Lichnowski eine Strecke weit geführt und der Berichterstatter sagt: „Ich fühlte mich in meinem entschiedenen Willen ganz sicher und überlegen, und bat den Fürsten, der sehr aufgeregt war, nur ruhig zu bleiben. *Ich würde ihn gewiß gerettet haben, wenn er diesem Rath gefolgt wäre.*" Aber, schon halbwegs Bornheim, als Einigen einfiel, vom Gefangenen ein Andenken zu gewinnen und sie deßhalb seinen Rock in Stücke rissen, glaubte Lichnowski, der die deßfallsige Aeußerung überhört haben mochte, man wolle nun ernstlich an ihn, und mit lautem Ausruf dagegen griff er Einem nach dem Gewehr. Jetzt brach freilich die Wuth aufs Neue aus und nun vermochte sein Begleiter nichts mehr. „Das Gewehr wurde ihm *abgerungen*, er erhielt einen Kolbenschlag auf den Kopf, ein anderer legte auf ihn an; der Bedrohte eilte von mir weg den Bäumen zu; der Schuß fiel, die Kugel durchbohrte den Unterleib von hinten nach vorn; er schrie laut auf, that noch einige Schritte und stürzte zusammen. Tief erschüttert ging ich nach meiner Wohnung, vor der Thüre verweilend hörte ich, daß Lichnowski noch lebe und fortwährend mißhandelt werde; ich eilte zurück, gewann die bessere Umgebung, und wir trugen den noch am Kopf und an beiden Armen schauderhaft Verletzten nach dem Hause des Hrn. Schmidt." Schaudervoll freilich! Wer wird es bestreiten? Aber warum glaubte Lichnowski, schon halb gerettet, den unsinnigen Kampf gegen die kaum beschwichtigte, von ihm freilich auch jetzt noch verachtete Menge versuchen zu müssen?

Diejenigen, welche in den Details dieser Mordscene schwelgen und den Racheengel heraufbeschwören gegen alle Demokraten, ja gegen das ganze deutsche Volk, das nun systematisch wieder geknechtet werden soll, würden besser und klüger thun, wenn sie bedächten, daß nur die *Verkennung gerechter Volkswünsche* zu dem Aufstand in Frankfurt und zu den blutigen Thaten daselbst geführt hat. Aber ihre Thränen um die Gefallenen sind heuchlerische, sind Krokodilsthränen, die nur den Boden der Reaktion befeuchten sollen; wäre es das tiefe Gefühl der Menschlichkeit, was sie fließen macht, so müßten sie doch wohl auch Thränen finden für die unzähligen Opfer des fürstlichen Despotismus, die in den Kerkern in jahrelanger Qual zu Tod gemartert wurden, die noch jetzt in geheimer Inquisition mit raffinirter Grausamkeit zu Tode gefoltert werden. Aber freilich, diese Grausamkeit wird *gesetzlich* betrieben. Ei nun, die, welche in Frankfurt sich den Kartätschen des Herrn Schmerling entgegenstellten, verfolgten unter Andrem auch den Zweck, die Grausamkeit, die Unmenschlichkeit aus den *Gesetzen* zu beseitigen, wofür wahrlich die Reichsversammlung in ihrem jetzigen Bestand keine Bürgschaft bietet.

Es ist übrigens bemerkenswerth, daß Herr Hodes das Urtheil aller unbefangenen Zeugen des Frankfurter Aufstandes durch die Worte bestätigt: „In der Nähe der Paulskirche wurden um halb 12 Uhr Barrikaden gebaut; *die Hälfte der dort aufgestellten tapfern Truppen hätte hingereicht, der ganzen Geschichte vor 1 Uhr, ja selbst vor 2 Uhr noch ein Ende zu machen.*" Aber die Reaktionspartei, zu welcher sowohl Lichnowski als Auerswald vorzugsweise gehörten, bedurfte eines Aufstandes, um ihre volksfeindlichen Pläne zu verfolgen. Diese beiden Repräsentanten ihrer Partei ereilte die Strafe schnell!

Deutschland.

= München, 2. Octbr. Seit 2 Tagen ist München wie in einem Zustande der Erstarrung. Ich selbst greife nach meinem Kopfe, zweifelhaft ob er am alten Flecke sitzt oder nicht, denn „wer bei gewissen Dingen seinen Verstand nicht verliert, hat keinen zu verlieren". Aber lieber Gott, wir haben in München eben Leute, die keinen zu verlieren haben, und das ist das Traurige. Und nun hört! Vor 6 Tagen wurden 8 der ehrenwerthesten Männer Münchens, darunter Bürger, Nachts aus dem Bette gerissen, in die Frohnveste gebracht, und unter strenger Aufsicht inquirirt, um nolens volens zu Hochverräthern gestempelt zu werden. Deputationen vom demokratischen, vom Volksverein, von der Studentenschaft fragen bei den Ministern an, warum diese Maßregel? da man allgemein glaubte, sie wären blos wegen ihrer Theilnahme an dem hiesigen demokratischen Vereine verhaftet. Aber keine Antwort. Keiner von den Ministern wollte wissen, warum die Leute verhaftet wären. Man wies die Deputationen ab, mit dem Bemerken, in die Justiz könne sich Niemand einmischen. Aber jetzt! Und jetzt horcht, ihr alle, denen die Freiheit lieb ist, horcht, wie man umgeht mit den Besten eures Volkes, einem Herrmann, einem Greiner, die in den Märztagen die Wogen der Revolution in ihre Ufer zurückdrängten. Es hat sich herausgestellt, daß ein Student Eichmeier cand. juris. sich mit einem alten ultramontanen Künstler Murel, Conservator der Leuchtenberg'schen Gemäldegallerie, in dessen Haus er öfters kömmt, einen Spaß erlaubt hat. Er schrieb ihm einen Brief, worin er denselben im Namen des demokratischen Vereins einlud, er möge sich zu der vor 14 Tagen schon stattgefundenen Volksversammlung begeben, um mit seinen rednerischen Talenten die Republik nach nordamerikanischen Grundsätzen anbahnen zu helfen. Zu bemerken ist, daß der Mann alt und zu allem andern eher fähig, als zum Redenhalten. Er bringt seine Zeit immer in der Kirche zu. Herr Murel erhält den Brief, begibt sich zu seinem Freunde Zipperer, dem Buchhändler der Ultramontanen, und von dem ging der Brief, wie weiß ich nicht, in hohe Hände über. Heute macht Herr Zipperer, nachdem er vorgestern noch den ganzen Brief abgeleugnet hat, bekannt, daß er den Brief zweien Bürgern gegeben habe, die ihn dann in die Hände des Herrn Minister's des Innern Thon-Dittmer geliefert haben. Was soll man dazu sagen? Dazu daß sich das Ministerim in solch einer Weise dupiren hat lassen, will ich nichts sagen. Alle seine vorhergehenden Handlungen haben auf alles Andere eher gedeutet, als auf viel Verstand und Klugheit, aber daß man vorher gesagt hat, man wisse von der ganzen Sache ganz und gar nichts, das hat eine ernste, eine sehr ernste Seite. Ich überlasse Jedem darüber nachzudenken, und behalte mir nähere Aufschlüsse vor, die nicht ausbleiben können. Wie nothwendig ein Gesetz über die Sicherstellung der persönlichen Freiheit ist, wollt ihr nicht immer einem jedem Denunzianten Preis gegeben sein, das habt ihr jetzt gesehen. Wählt zu eurem nächsten Landtage Männer, die unabhängig vom Minister, unabhängig vom Fürsten sind, wollt ihr anders Gesetze, die euch nützen sollen. Ich meine, wählt keine Beamten, denn wie sie stimmen, Frankfurt hat es euch gezeigt.

= München, 2 Octbr. Der Redakteur des „Vorwärts" Franz Sensburg, ein ehrenwerther Mann, allgemein geliebt und geachtet, ist immer noch verhaftet. — Heute Nacht wurden seine Papiere versiegelt. Am Samstag Abend wollte ihn das Volk befreien, er aber mahnte es zur Ruhe und blieb freiwillig in der Haft. Heute Nachmittag wird die Frau des Advokaten Dr. Riedl beerdigt. Riedl selbst war unter den Verhafteten, und man sagt, der Schrecken habe viel zum Tode seiner Frau beigetragen.

Frankfurt 2. Okt. (89. Sitzung der National-Versamml.) (Schluß.) Nachdem die Zimmermann'schen Interpellationen beantwortet waren, geht der Minister zu den Berger'schen über. Er sagt: Nach dem Beschluße der Nationalversammlung habe sofort der Reichsminister des Innern unter dem 3. August ein Schreiben an das österreichische Ministerium gerichtet; der österreichische Minister des Innern habe darauf unter dem 30. August die Erklärung abgegeben, es sey das dortige Ministerium von der Wichtigkeit der Vervollständigung der österreichischen Wahlen für die deutsche Reichsversammlung durchdrungen. Es biete aber die Sache in den gemischten Kreisen Oesterreichs besondere Schwierigkeiten dar. Man dürfe das Volk nicht mit Gewalt zwingen, sondern müsse es über den Zweck der Wahlen belehren. — Unter dem 20. September, fährt der Reichsminister von Schmerling fort, habe das Reichsministerium das österreichische Ministerium indessen nochmals aufgefordert, dahin direkt zu wirken, daß das Wahlgesetz in dem deutschen Oesterreich ausgeführt werde. — Wenn aber Hr. Berger frage, welche Stellung das Reichsministerium den reaktionär-separatistischen Bestrebungen Oesterreichs gegenüber einzuhalten gedenke, so müsse der Minister im Allgemeinen antworten, daß das Reichsministerium allen derartigen Bestrebungen entgegentreten werde, wie es die Anarchie bekämpft habe und bekämpfen werde. Der Minister hatte nun die Interpellation von Junghans zu beantworten. Er bemerkte, es sey alsogleich nach dem Beschluße der Nationalversammlung, welcher die Wahl Heckers zu Thiengen für ungültig erklärt, die badische Regierung aufgefordert worden, eine neue Wahl in Thiengen anzuordnen. Da aber die Kanzlei der Nationalversammlung die betreffenden Akten zurückbehalten, so sei eine Verzögerung eingetreten, am 20. Septemb. indessen neue Wahlen für Thiengen angeordnet worden. Die eingetretenen Unruhen seien wiederum hindernd gewesen. Was die Wahl für Offenburg, für den ausgetretenen Bürgermeister Ree, betreffe, so sei der Advokat Werner gewählt worden, da dieser aber ein politischer Flüchtling sey, so müsse eine neue Wahl angeordnet werden. (Lachen.) — Die Anfrage Schülers beantwortend, bemerkt der Minister, das Reichsministerium habe allerdings aus strategischen Gründen (Lachen) beschlossen, in den sächsischen Landen (Altenburg ꝛc.) ein Truppenkorps aufzustellen, um die Regierung in der Aufrechthaltung und Wiederherstellung des gesetzlichen Zustandes gebührend unterstützen zu können. Das Corps werde so lange aufgestellt bleiben bis der Zweck vollkommen erreicht sey. — Bevor nun der Minister weiter spricht, erließ Jahn folgende ans Ministerium gestellte Fragen: 1) hat die Gesellschaft des „deutschen Hofs" pflichtgemäß vor dem Ausbruche des Aufstandes vom 18. Sept. angezeigt, daß die Empörer und Hochverräther mit ihr in Unterhandlung getreten? 2) Warum wird der Belagerungszustand nicht pflichtmäßig gehandhabt, die Zügellosigkeit der Presse, namentlich der „Reichstagszeitung" nicht unterdrückt? — Der Minister antwortet: „Auf die erste Frage könne er mit einem bestimmten „Nein" antworten und was die zweite betreffe, so werde es der Justiz gelingen, alle Schuldigen zu entdecken. — v. Schmerling verließ die Tribüne, und der Reichsminister des Kriegs, General v. Peucker, betrat dieselbe, um die Interpellation Zimmermanns zu beantworten. Er sagte, der letzte Bericht, welchen das Reichsministerium von dem General Wrangel erhalten, sey vom 12. Sept. gewesen. In demselben habe Wrangel den nahen Abschluß des Waffenstillstandes und die Ernennung des General v. Bonin zum Befehlshaber der deutschen Truppen in den Herzogthümern angezeigt und erklärt, da nun seine Mission erfüllt sey, und sich ihm kein anderer Wirkungskreis darbiete, lege er den Oberbefehl in die Hände des Reichsministeriums zurück. — Der Kriegsminister bemerkt weiter, es sey dem General Wrangel jetzt im deutschen Reichsheere keine ihm gebührende Stellung anzuweisen, was die Zukunft bringe, sey erst zu erwarten, wohl gebühre v. Wrangel und seinen Truppen der Dank des Reichsverwesers. Lette stellt nun den Antrag, daß über alle sich auf Ungarn beziehenden Anträge baldigst Bericht erstattet werde. An den Ausschuß verwiesen — Zimmermann von Spandau wird durch Lärmen auf der Rechten daran verhindert, einen motivirten Antrag zu stellen, und beantragt somit, die ministerielle Erklärung auf seine Interpellation an den Ausschuß für internationale Angelegenheiten zu verweisen. — Berger stellt den Antrag: 1) Die Nationalversammlung solle das Reichsministerium beauftragen, in allen deutschen Kreisen Oesterreichs die Wahlen auszuschreiben, und das österr. Ministerium aufzufordern, binnen einer peremtorischen Frist die Wahlen zur Ausführung zu bringen. 2) Den internationalen Ausschuß zu beauftragen, Vorlage zu machen, um die Eingliederung des deutschen Oesterreichs in den deutschen Bundesstaat zu garantiren. Beide Anträge wurden an den internat. Ausschuß verwiesen. — Wigard beantragt für den abwesenden Schüler, es solle die Ministererklärung, wegen der Besetzung Altenburgs, dem betreffenden Ausschusse zur Begutachtung übergeben werden. Jahn stellt den Antrag: In Erwägung, daß, nach allen Gerüchten- und Zeitungsberichten nicht nur einzelne Mitglieder,

sondern ganze Bruchtheile der Nationalversammlung der Theilnahme an dem Aufstande vom 18. Sept. bezüchtigt worden, in Erwägung daß sie dem Unternehmen durch ihre vertrauliche Verbindung mit den Häuptern des Aufruhrs Vorschub geleistet, beschließt der verfassunggebende Reichstag, sämmtliche Mitglieder der sog. Linken in Untersuchung nehmen zu lassen, sie aus der Nationalversammlung zu entfernen und ihre Stellvertreter einzuberufen. Dieser Antrag rief auf der Linken einen großen Tumult und Beifallklatschen hervor. Auch stand die Linke bei der Unterstützungsfrage für den Antrag Jahns auf. — Zimmermann beantragt, die Nationalversammlung solle nach den Erklärungen des Kriegsministers es für ungerechtfertigt anerkennen, daß General Wrangel eigenmächtig das Oberkommando der deutschen Truppen in den Herzogthümern niedergelegt und an General v. Bonin abgetreten habe. v. Mayern stellt den dringenden Antrag, die Nationalversammlung solle dem General Wrangel und seinen Truppen den Dank der Nation aussprechen. Die Nationalversammlung erkennt die Dringlichkeit des Antrags an und nach einiger Debatte, in welcher Venedey unter andern wohl die Waffenthaten Wrangels anerkannt haben will, es aber bitter tadelte, daß Wrangel nicht so lange auf seinem Posten geblieben, bis er aufgefordert worden, seine Stelle niederzulegen, und auf die Worte Wrangels „Mein Säbel ist geschliffen, die Kugel in der Flinte« hinwies, Stavenhagen und Löwe aus Calbe für den Dank der Nation sprachen, nahm die Nat.-Versamml. mit großer Majorität (der größte Theil der Linken blieb sitzen) den Antrag v. Mayerns an. — Es wurde nun zur Wahl des Präsidenten und des Vicepräsidenten geschritten. Von 377 Stimmen erhielt Heinrich v. Gagern 308. (Sonst erhielten noch: 46 Rob. Blum, 20 v. Trützschler, 2 v. Hermann, 1 Heinr. Simon, 1 Simson). Die Verkündigung Gagern's zum Präsidenten wurde mit lang anhaltendem Beifalle aufgenommen, und in seiner Dankrede erbat er sich namentlich die Unterstützung der Versammlung bei der herannahenden Berathung über die Verfassung. Auch gelobte Gagern, wie seither sein Amt unparteiisch erfüllen zu wollen, doch bestehe die Unparteilichkeit nicht darin, es allen Parteien recht zu machen, sondern jeder Partei ihr Recht widerfahren zu lassen. — Als erster Vicepräsident wurde von 367 Stimmen Simson aus Königsberg mit 215 St. gewählt. (Es erhielten noch: Hermann 130, Soiron 18, Edel 2, Mohr 1, Jahn 1) — Simson wurde von seiner Partei begrüßt und sprach einige passende Dankesworte. — Als zweiter Vicepräsident wurde Riesser aus Hamburg mit 225 (von 368) Stimmen gewählt. (Es erhielten noch: v. Hermann 119, v. Radowitz 7, Heinr. Simon 6, v. Soiron 3, v. Rothenhan 2, Rob. Blum 2, v. Mühlfeld 1, Scheller 1, Jahn 1, v. Trützschler 1 St.) Zur Fortsetzung der Berathung der Grundrechte wurde nicht mehr geschritten, wohl aber beschlossen, daß die §§. 27, 28 und 29 zusammen debattirt werden sollen. Es wird morgen damit begonnen.

(N. W. Z.)

Frankfurt, 2. Octbr. Abends. Der „Tyrolerbote" schreibt aus Ferdinandshöhe vom 20. Sept.: „Heute pflanzte die hierzu bestimmte politisch-technische Commission im Namen der Nationalversammlung zu Frankfurt auf dem obersten Straßenpunkt, 8610 Fuß über der Meeresfläche, den deutschen Grenzpfahl am Silvio auf."

Frankfurt, 3. Octbr. In der heutigen Sitzung der verfassunggebenden Reichsversammlung wurde ein Antrag des Abg. Wichmann und Consorten auf Beschränkung der namentlichen Abstimmungen mit 169 gegen 162 Stimmen als nicht dringend erklärt, und sodann die Berathung über §§. 27, 28 und 29 der Grundrechte eröffnet.

Wien, 30. Sept. Der Kriegsminister Latour, wegen der aufgefangenen Briefe Jellacich's interpellirt, erklärte: »Wegen aufgefangener Briefe könne man ihn nicht zur Verantwortung verpflichten. Auf die öftere Aufforderung des Banus, ihn mit Munition und Artillerie zu unterstützen, habe das Ministerium immer abschläglich geantwortet, so lange die Ungarn legal vorwärts gegangen. Aber man habe den kaiserlichen Truppen Geld zukommen lassen, weil sie von Ungarn keines erhalten (Zischen). Es sey indessen nur sehr nothdürftig verabfolgt worden.«

Wien, 30. Septbr. Wie man der allg. Zeitung meldet, ist zwischen den Ungarn und Jellacich ein Waffenstillstand auf 24 Stunden abgeschlossen worden. Graf Lamberg, der zur Uebernahme des Kommando's über die in Ungarn stehenden Truppen Ernannte, ist bei seiner Ankunft in Pesth ermordet worden. Der Fanatismus der von dem Wiener Ministerium schändlich verrathenen Magyaren ist auf's Höchste gestiegen. Sie konnten in dem Grafen Lamberg nur den Mann erblicken, der bestimmt war, die ihnen noch treu gebliebenen Truppen zu Jellacich überzuführen, obwohl er zugleich die Bestimmung gehabt zu haben scheint, die geheimen Absichten Jellacichs zu durchkreuzen, welche dem Ministerium nachgerade gefährlich erscheinen. Lamberg wurde nach der einen Nachricht von einem Wiener Studenten mit einem Dolche, nach einer andern von mehreren bewaffneten Ungarn mit Bajonettstichen ermordet. Kossuth soll eine provisorische Regierung von sechs Mitgliedern eingesetzt haben, an deren Spitze er selbst steht.

Dresden, 1. Oct. In der gestrigen Hauptversammlung befanden sich ein Student der wiener Legion, und Dr. Ruge, ein wahrer »Ueberall und Nirgends.« Dieser hielt einen längern Vortrag. Er schilderte insbesondere die Centralgewalt nicht eben in schmeichelhafter Weise und meinte, daß die Sympathien sich von ihr wegwenden müßten, weil sie den alten Bundestag und die alte »Diplomatenwirthschaft« wieder hergestellt und in Frankfurt ein »Centralgendarmeriesystem« organisirt habe. Der Sitz der Freiheit sei nicht mehr in Frankfurt, sondern in den einzelnen Staaten zu suchen, und sei es Wien und Berlin, an welchen in dieser Beziehung unser Interesse haften müsse; von Norddeutschland aus werde die zweite demokratische Bewegung und der Sieg der Freiheit ausgehen. Auf Frankfurt habe er alle Hoffnung verloren. Die Versammlung genehmigte einen Protest gegen die von dem Reichsministerium angeordnete Verwendung sächsischer Truppen im Altenburgischen, worin man nichts als eine freiheitsfeindliche Polizeimaßregel erblicken könnte. Außer diesem an das Reichsministerium direct gerichteten Protest wurde auch eine Adresse in ähnlichem Sinn an die deutsche Nationalversammlung beschlossen. Endlich hielt man es auch für gewisse Eventualitäten angemessen, in einer Adresse die preußische Nationalversammlung zu ersuchen, den Einmarsch preußischer Truppen, der hier in der That ernstlich gefürchtet wird, nicht zu gestatten. (D. A. Z.)

* Stuttgart. In der gestrigen Sitzung unserer II. Kammer wurde das Ministerium mit Interpellationen fast zu Tode gehetzt, also daß der Hr. Justizminister Römer schier ungeduldig wurde, obwohl er nur einige Monate zurückzudenken braucht, wo er noch die Ministerbank mit seinen Anfragen behelligte und ins Gedränge brachte. Warum ist dieses Ministerium, aus Männern zusammengesetzt, welche im 17jährigen Kampfe für die Volkssache sich bewährt, an deren Aufrichtigkeit im Grunde Niemand zweifelt, ohne Frage das beste Ministerium in Deutschland, doch bereits nahe daran, seine Popularität zu verlieren? Wir glauben deshalb, weil es, durch alte Gesetze und durch das Verhältniß zu dem übrigen Deutschland gehemmt, nicht revolutionär war und nicht sein konnte. Was war der Hauptgegenstand der Interpellationen in der Kammer? Die Klage über reactionäre Unterbeamte. Mag der Geist des Ministeriums noch so freisinnig sein, seine besten Verfügungen werden auf dem Weg durch die Unterbehörden verhunzt und verkümmert, das Ministerium wird für das reactionäre Treiben der bureaukratisch-reaktionären Beamten verantwortlich gemacht und verliert dadurch seine Popularität. Durch nichts konnte man nach den Merztagen das monarchische Prinzip leichter retten, als wenn die Krone selbst die Revolution in die Hand genommen und vor allen Dingen die reactionären Beamten, zumal die höheren, ohne Weiteres beseitigt hätte. Diese unverbesserlichen Bureaukraten, die, wo sie nur können, den Volksgeist unterdrücken und jede freie Regung hemmen, die einmal sich nicht losmachen können von dem Gedanken, daß das Volk nur so denken dürfe, wie sie ihm vorschreiben möchten, sie sind im Grunde die eifrigsten Helfershelfer der Republikaner. — Es kam in der Sitzung auch der von Rau beabsichtigte Zug nach Cannstadt zur Sprache und es erklärte ein Abgeordneter, die Rottweiler ꝛc. seien bloß zu einer Volksversammlung ausgezogen, und als man sie belehrt habe, daß man an einer solchen bewaffnet nicht Theil nehmen dürfe, haben sie beschlossen, einige Stunden vor Stuttgart ihre Waffen niederzulegen. Eine Erklärung der Schramberger Bürgerwehrmänner sagt ungefähr das Gleiche: Es heißt hier: Bei der Volksversammlung zu Rottweil, die am letzten Sonntage statt hatte, wurde auf die Anzeige des G. Rau, das württembergische Volk solle sich zu einer Landesversammlung nach Cannstatt begeben und dort sein Begehren berathen und der Regierung vortragen, allgemein beschlossen, diesen Antrag in Ausführung zu

bringen. Da er lediglich nichts Gesezwidriges enthielt, indem Volksversammlungen erlaubt sind und noch nie verboten war, Wünsche und Beschwerden vorzutragen, so fand er hier allgemeinen Beifall um so mehr, als jeder versichern muß, daß der jezige Druck der Zeit nicht mehr auszuhalten ist, und wenn er noch längere Zeit fortdauert, die jezige Volksgeneration nothwendigerweise zu Grunde gehen muß. Von den Bürgern wurde in einer Versammlung auf dem Rathhaus der Anschluß an diesen allgemeinen Zug beschlossen, und zwar bewaffnet und mit klingendem Spiele. Wir wußten zwar wohl, daß man bei Volksversammlungen nicht mit Schießwaffen nach §. 5. des Volkswehrgesezes erscheinen darf, daß man aber auf die weite Reise dahin keine Waffen mitnehmen dürfe, davon steht kein Wort im Gesez, und wir haben sowohl unserem Ortsvorsteher hier, als dem Oberamtmann in Sulz, lezterem schriftlich die Zusicherung ertheilt, die Waffen einige Stunden vor Stuttgart, wenn zur Beibehaltung wir keine Erlaubniß erhalten, niederzulegen.« Hiernach läßt sich zum Voraus mit ziemlicher Bestimmtheit voraussagen, daß die gerichtliche Untersuchung über die angeblichen Unruhen kein Resultat liefern wird. Theobald Kerner, der Sohn des Justinus, hat sich der Verhaftung durch die Flucht entzogen und befindet sich in Strasburg.

Halle, 30. Sept. Die hiesige demokratische Zeitung berichtet: »Gustav Adolph Wislicenus, Deutschlands edelster Mann, verläßt am 15. Oktober Europa mit Frau und acht Kindern, um in Texas ein Asyl zu finden, in welchem er mit Karst und Spaten Brod für seine Familie, und die tiefbekümmerte Gattin Ruhe nach den hier durchlebten harten Kämpfen zu finden hofft. Seine Freunde sind bestürzt und niedergebeugt!«

* Baden. Es stellt sich heraus — und auch die Karlsruher Zeitung gesteht es zu — daß das Unternehmen Struve's mit den republikanischen Führern nicht verabredet, sondern von ihm auf eigne Faust beschlossen wurde, ja gegen den Rath seiner Freunde. Heinzen hat es für seinen Theil offen erklärt. »Die meisten derselben, sagt die Karlsr. Z., erhielten von dem Zuge kaum einen Tag vor dessen Ausführung Kenntniß und machten den unsinnigen Zug mit, nicht weil sie ihn für zeitgemäß hielten, sondern um den Schein der Zaghaftigkeit oder Muthlosigkeit zu vermeiden.« Die Frankfurter O.-P.-A.-Z. theilt einen Brief Siegel's an Struve vom 16. Sept. mit, den man unter Struve's Papieren gefunden hat. In diesem Brief ist der Plan für eine republikanische Schilderhebung enthalten, aber nicht für die Struvesche; vielmehr geht daraus deutlich hervor, daß Siegel nur unter wesentlich verschiedenen Umständen für ein republikanisches Unternehmen war. Es heißt darin, es wäre vor allen Dingen nothwendig, daß bei eintretenden außerordentlichen Fällen Brentano, Trützschler, Simon, Fröbel rc. aus der Versammlung in Frankfurt austreten und eine provisorische Regierung bilden rc. Die Frankfurter O. P. A. Z. sagt mit der bei der guten Presse gewöhnlichen Perfidie: »Man sieht daraus, auf welche Mitglieder des Reichstags die »rothe Republik« zählen zu können glaubte.« Daß die Männer, welche Siegel in seinem Briefe nennt, Republikaner sind, d. h. die Republik für die beste Staatsform halten, das weiß ganz Deutschland. Compromittirt wären diese Männer nur, wenn Struve in wirklichem Einverständnisse mit ihnen gehandelt hätte. Das ist nun aber, wie die Karlsr. Z. selbst sagt, nicht der Fall. Struve hat bei seinem Unternehmen gegen des politischen Flüchtlings Siegel Rath gehandelt, die Mitglieder der Linken vollends in sein sinnloses Unternehmen hineinziehen wollen, kann nur die blindeste Parteiwuth, die jeden, welcher sich als Republikaner bekennt, sofort auch bei allen republikanischen Schilderhebungen betheiligt sein läßt.

Altenburg, 1. Octbr. Ein Erlaß des Ministeriums sucht die durch den bevorstehenden Truppeneinmarsch aufgeregten Gemüther durch die Versicherung zu beruhigen, daß dadurch reaktionären Absichten keinerlei Vorschub geleistet werden solle und daß die Kosten der Truppenzusammenziehung aus den Reichskassen werden bestritten werden.

Rendsburg, 30. Septbr. Generalmajor von Bonin hat seine Entlassung aus preußischen Diensten genommen, ist als Generallieutenant in schleswig-holsteinische Dienste getreten und zum Oberbefehlshaber sämmtlicher Truppen der Herzogthümer ernannt worden.

Italien.

Die allgem. Z. theilt das Manifest des Kaisers von Oesterreich an das lombardisch-venezianische Italien mit. »In der Hoffnung binnen kurzem die Ruhe in allen Provinzen des lombardisch-venezianischen Königreichs wiederhergestellt zu sehen, und beseelt von dem Wunsche ihre Völkerschaften aller der Freiheiten, welche die übrigen Provinzen des österreichischen Kaiserstaats genießen theilhaftig zu machen, fühlen Wir uns gedrungen schon jezt unsere diesfälligen Absichten kundzugeben. Wir haben bereits allen Bewohnern des lombardisch-venezianischen Königreichs ohne Unterschied für den Antheil, den sie an den politischen Ereignissen des laufenden Jahres genommen haben mögen, volle Verzeihung gewährt, indem Wir verordnet, daß gegen sie keinerlei Untersuchung oder Strafe eintreten solle, nur mit Ausnahme der Rücksichten, die man bei der Bestätigung öffentlicher Aemter zu nehmen geeignet finden mag. Gleicherweise ist es Unsere allerhöchste Willensmeinung, daß die Einwohner des lombardisch-venezianischen Königreichs eine Verfassung erhalten, welche nicht weniger ihrer resp. Nationalität und den Bedürfnissen des Landes, als ihrer Einigung mit dem österreichischen Kaiserstaat entspreche. Zu diesem Ende werden Wir, sobald erst Friede und Ruhe hinreichend gesichert sind, an einen noch zu bestimmenden Ort Vertreter der Nation zusammenrufen, welche von allen Provinzen des lombardisch-venezianischen Königreichs frei zu wählen sind. Gegeben in Unserer Residenzstadt Wien, heute am 20. Sept. 1848. Ferdinand m. p. Wessenberg m. p.

Ungarn.

Wien, 1. Okt. Für die in Ungarn herrschende Verwirrung gibt es nun keinen Namen mehr. Gestern Abend kam aus Pesth auch noch Graf Batthyanyi, nachdem er sein Portefeuille in die Hände des Reichstags niedergelegt. Er war bei Jellacich im Lager gewesen, und hatte dort einen 24stündigen Waffenstillstand abgeschlossen. Als er zu den Seinigen zurückkam, waren diese entrüstet darüber, daß Batthyanyi gerade in einem Augenblick Waffenruhe eintreten ließ, wo Jellacich Verstärkungen erwartete, namentlich die Husaren sollen ihn darum sehr hart angelassen haben. Dazu kam die Nachricht von der Ermordung Lambergs, und erschütterte vollends den ohnehin wankelmüthigen Mann, der sich niemals auf der revolutionären Welle behaglich fühlte, die ihn auf den hohen Posten der Gewalt geschleudert, und derselbe Mann, der zwei Tage vorher die Correspondenz Jellacich's veröffentlichen ließ und begeistert für die Sache Ungarns schien, verläßt Pesth zugleich mit Eötvös, dem gewesenen Unterrichtsminister, und beide kommen nach Wien, um ihre Ergebenheit auszusprechen.

Gedruckt unter Verantwortlichkeit der Verleger, von Wilhelm Lümmel.

Expedition S. 93. im Gasthof zum König Otto 2te Etage.

Der freie Staatsbürger.

Erscheint an allen Wochentagen, am Sonntag nur ausnahmsweise auf einem Extrablatt. Preis in ganz Bayern vierteljährl. fl. 1. 30 kr. halbjährl fl. 3. — jährlich fl. 6.

Organ der Demokratie.

Inserate werden die dreispaltige Petitzeile zu 3 kr. berechnet. Die Abonnenten haben für die Hälfte des Abonnementpreises Inserate frei.

№ 5. Nürnberg, Freitag den 6. Oktober 1848.

Bericht der Linken an das deutsche Volk.

• Alle Freunde der Freiheit in Deutschland, Alle, denen die Errungenschaften der Merzrevolution theuer sind, und die sie gegen die täglich kecker ihr Haupt erhebende, weil auf Bajonette gestützte Reaktion muthig vertheidigt wissen wollen, vereinigen sich jetzt in einem Gedanken, in dem Gedanken, daß das Frankfurter Parlament durch Abberufung der reaktionären Mitglieder gereinigt werden müsse, damit die Linke, als der ächte Ausdruck des deutschen Volkswillens, das Uebergewicht erhalte. Die Generalversammlung der vaterländischen Vereine Würtembergs in Cannstadt hat sich zu diesem Zweck entschieden für den Rühl'schen Antrag auf Anordnung neuer direkter Wahlen ausgesprochen und es muß dieß das Losungswort aller freisinnign Männer und Vereine in ganz Deutschland werden. Nur auf diese Weise kann Deutschland von der Barbarei des Militärdespotismus gerettet werden, der die Pflanze der jungen Freiheit schonungslos zu zertreten sucht, nur auf diesem Wege ist auch die wahre Einheit Deutschlands zu verwirklichen, gegenüber von der falschen Einheit, die man jetzt durch Schreckensregierung und Bajonette erstrebt. Wir lassen, um unsrerseits diese Ueberzeugung in immer weiteren Kreisen zu verbreiten, hier den Bericht folgen, den die Linke des deutschen Hofs soeben über ihre Wirksamkeit veröffentlicht, damit Jedermann klar ersehe, welches die Grundsätze dieser Minorität sind, die zur Majorität werden muß, wenn Deutschland nicht verloren sein soll. „Bei der Berathung der Grundrechte des deutschen Volkes war es zuerst unser Bemühen, dem Volke diese Rechte, durch welche es, wie wir hoffen, von schweren und drückenden Lasten befreit, und seine Freiheit sicher gestellt werden soll, so schnell als möglich zu verschaffen, da schnelle Hülfe, wie wir wohl wissen, Noth thut an vielen Orten des Vaterlandes. Wir waren deshalb gegen die doppelte Berathung als zeitraubend und verschleppend, waren aber nicht im Stande, die Mehrheit der Versammlung für unsere Meinung zu gewinnen. Nach mehreren fruchtlosen Versuchen, eine beschleunigte Berathung zu erlangen, ist es in der letzten Zeit durch den Schoderschen Antrag gelungen, unserem ursprünglichen Ziele nahe zu kommen. Es werden, diesem zum Beschluß erhobenen Antrage gemäß, die wichtigsten Rechte, wie die Befreiung von drückenden Lasten schnell hinter einander berathen und beschlossen werden. Von den Grundrechten selbst sind in der genannten Zeit Aug. u. Sept. die Abschnitte 2. u. 3. zur Berathung gekommen. Wir haben dabei immer die Interessen der Freiheit und Humanität vertreten, und haben auch zur Herstellung der wahren bürgerlichen Gleichheit die Aufhebung des Adels, wie die Abschaffung der Orden und Ordenstitel aber leider vergeblich durchzusetzen gesucht. Dagegen können wir mit mehr Zufriedenheit auf den Erfolg unserer Bemühungen in Bezug auf die Sicherung der persönlichen Freiheit gegen willkürliche Verhaftung und gegen Verletzung der Wohnung zurückblicken. Wenn es uns auch nicht gelungen ist, jede mögliche Beamtenwillkür so vollständig zu verbannen, als wir angestrebt haben, so hoffen wir doch, durch die betreffenden Bestimmungen des Gesetzes einen großen Schritt zu der wahren Sicherheit der persönlichen Freiheit gethan zu haben, wie sie die Würde eines freien Volkes verlangt. Die Bildung und Humanität des deutschen Volkes hat einen schönen Triumph gefeiert durch die mit beträchtlicher Mehrheit beschlossene Abschaffung der Todesstrafe. Wir haben redlich dazu mitgewirkt, wie auch zur Beseitigung der entehrenden Strafen, wie Pranger, Brandmarken u. s. w., die nicht weniger der Gesellschaft, die sie vollzieht, als dem, der sie erleidet, zur Schande gereichen. Wir haben auch das Unsrige dazu beigetragen, die Presse von allen noch übrigen Fesseln, wie Cautionen, Concessionen u. s. w. zu befreien und endlich haben wir, trotz aller Bedenken, welche dagegen vom polizeilichen Bewußtsein aus manchen Seiten erhoben wurden, für die volle Selbstständigkeit der verschiedenen Religionsgesellschaften dem Staate gegenüber gestimmt. Wir wissen nun wohl, daß die so entfesselte Kirchengewalt ihre Herrschaft über die Masse der unselbstständigen Gemüther wieder auszubreiten suchen wird, aber beseelt von dem Glauben an die unwiderstebliche, Alles besiegende Macht der Freiheit, werden wir diesen Kampf dereinst aufzunehmen uns nicht scheuen. Wir suchten auch bei dieser Gelegenheit für die Gemeinden das Patronatsrecht, das jetzt im Besitze des Staats, oder der Körperschaften, oder gar einzelner Privatpersonen, wie Gutsbesitzer u. s. w. sich befindet, zu erlangen, um den Kirchengemeinden den Einfluß bei der Besetzung der Kirchenämter zu verschaffen, der ihnen unbeschadet kirchlicher Ordnung nach unserer Ueberzeugung zukommt; wir konnten aber die Mehrheit der Versammlung nicht dafür gewinnen. Unsere Zustimmung zu der Trennung von Kirche und Staat glaubten wir aber an die offen ausgesprochene Bedingung knüpfen zu müssen, daß die Schule demnächst nicht minder ihre Selbstständigkeit erhalten und von der Kirche getrennt werde, widrigenfalls wir unsere Zustimmung zu der Befreiung der Kirche von der Aufsicht des Staates bei der zweiten Berathung zurücknehmen würden. Bei der Berathung der das Unterrichtswesen betreffenden Bestimmungen haben wir die Befreiung des Volksunterrichts von der Aufsicht der Geistlichkeit als solcher unterstützt und durch unsere Mitwirkung aussprechen lassen, in der Ueberzeugung, dadurch einer bessern Entwicklung des Volksunterrichts den Weg zu bahnen und dem schwer gedrückten Stande der Volksschullehrer eine freiere und der hohen Würde ihres Berufes mehr angemessene Stellung zu verschaffen. Aus demselben Grunde haben wir auch zu dem Beschlusse mitgewirkt, daß dem Lehrer die Rechte jedes andern Staatsdieners zugesprochen und den Gemeinden die Pflicht auferlegt werde, für eine angemessene Besoldung zu sorgen, wobei unbemittelten Gemeinden Staatsmittel zu Hülfe kommen müssen. Um allen Klassen des Volkes eine der Menschenwürde entsprechende und für das bürgerliche Leben nutzbare Bildung zu verschaffen, haben wir den unentgeldlichen Unterricht in allen Volksschulen unterstützt und ist derselbe durch die Mehrheit der Versammlung beschlossen. Außerdem muß aber auch fernerhin allen Unbemittelten der Unterricht auf allen höhern Unterrichtsanstalten unentgeldlich gegeben werden, ein Recht, das der Arme bis jetzt nur als eine Gnade erbitten mußte. Was die Stellung der Schule betrifft, so ist es uns zwar trotz eifriger Unterstützung nicht gelungen, das Unterrichtswesen als einen gesonderten Zweig der Staatsverwaltung bestimmt erklären zu lassen; wir geben uns aber der Hoffnung hin, daß durch die übrigen Gesetzesbestimmungen die Bahn für die Gesetzgebung und die Verwaltung der einzelnen Staaten in einer Weise gebrochen ist, die eine gedeibliche Entwickelung dieses für ein wahrhaft freies Volk wichtigsten Instituts verbürgt.

Das wichtige Recht der freien Versammlung gelang uns nicht, in der Ausdehnung und Freiheit festzustellen, als wir wünschten und strebten. Wir bemühten uns sodann, die ausgesprochene Beschränkung in die Hand der Gemeindebehörden

zu legen, indem wir darin eine wesentliche Erleichterung erblickten, konnten aber auch dafür die Mehrheit nicht gewinnen. Das Recht, in Vereine zusammenzutreten, ist dem Volk gesichert, zugleich haben wir aber bei dieser Gelegenheit unsere Unterstützung gegen den Jesuitenorden nicht versagt. Dieser mit dem Fluche der Menschheit beladene Orden, wird innerhalb der Grenzen Deutschlands nicht geduldet werden, eine Maßregel der Beschränkung, die wir mit wahrer Liebe zur gesetzlichen Freiheit des Volkes trotz aller Spitzfindigkeiten wohl vereinbar finden. — Bei der zweiten Berathung werden wir vor Allem dahin streben, das Errungene für immer sicher zu stellen, aber auch nicht ermüden, bei den Punkten einen günstigern Beschluß zu bewirken, wo bei der ersten Berathung ein der Freiheit und dem Bedürfnisse des Volkes nach unserer Ueberzeugung nicht entsprechender Beschluß gefaßt ist. Wir halten es aber für Pflicht, auch das Volk in dieser Beziehung zur Wachsamkeit und Thätigkeit aufzufordern, damit unseren Bestrebungen bei der zweiten Berathung nicht die wichtigste Unterstützung fehle, die das Volk allein durch die Kundgebung seines Willens auf jedem gesetzlichen Wege leisten kann.

(Schluß folgt.)

Deutschland.

• Nürnberg, 5. Okt. Wir haben vor einigen Tagen schon das Einrücken einer Batterie Artillerie und die Ansammlung einer großen Masse Truppen hier gemeldet und die Befremdung ausgesprochen, welche diese Maßregel in der gesammten hiesigen Bevölkerung erzeugen mußte. Einzelheiten, welche jetzt nachträglich bekannt werden, können dieses Befremden nur vermehren. Die von Würzburg hieher detaschirte Artillerie rückte in Eilmärschen heran, so, daß sie in Kitzingen die zu ihrer Bedeckung bestimmte Infanterie zurückließ, in Neustadt an der Aisch zwei Escadronen Chevaulegers mitnahm und in scharfem Trab vorrückte. Gleichzeitig rückten Ansbacher Chevaulegers nach Heilsbronn und Neumarkter nach Feucht vor. Ja, es soll von der anrückenden Artillerie eine Ordonnanz bis an die Thore Nürnberg's vorausgesandt worden sein, um zu erkunden, ob wirklich in Nürnberg der Kampf entbrannt sey. Wir brauchen nicht zu sagen, daß in Nürnberg Alles im tiefsten Frieden lebte. Offenbar aber ist es einer gewissen Partei gelungen, bei den Behörden den Wahn zu erzeugen, als seyen in Nürnberg Unruhen zu befürchten, denn anders läßt sich dieser beschleunigte militärische Anmarsch von allen Seiten nicht erklären. Man war überascht, erstaunt, über diese militärischen Maßregeln in einer Stadt, in welcher gerade die freisinnigen Vereine stets und mit Erfolg dahin gewirkt hatten, jede Störung der Ruhe zu verhindern. Wie das Militär hier Alles ruhig antraf, so ist diese Ruhe auch bisher ungetrübt erhalten worden. Der Volksverein hat von dieser auffallenden Anhäufung von Truppen in hiesiger Stadt Anlaß zu einer Ansprache an seine Mitbürger genommen, und diesen an's Herz gelegt, jede Collision mit dem Militär zu vermeiden, weil „jene Truppenanhäufung gerade erst dadurch Zweck und Bedeutung erhalten“ würde. Es ist indessen, bei der bürgerfreundlichen Stimmung des Militärs und der ruhigen gesetzlichen Haltung der Bürger nicht der mindeste Grund zur Besorgniß einer Collision vorhanden. Aber es scheint, eine gewisse Partei will den Samen der Zwietracht zwischen Militär und Civil ausstreuen. Denn es hat sich nun plötzlich das Gerücht verbreitet, die hiesige Bürgerschaft habe sich um Entfernung des hier liegenden Infanterieregiments an die Militärbehörde gewendet. Ein unsinniges Gerücht, dem kein Vernünftiger nur einen Augenblick Glauben schenken kann, denn dieses Regiment liegt hier seit vielen Jahren, und lebte stets im besten und freundschaftlichsten Einvernehmen mit den Bürgern, mit denen es in dieser langen Zeit durch so manche Bande eng verknüpft ist. Aber auch die unsinnigsten Ausstreuungen scheut der Parteigeist nicht, um seine Zwecke zu erreichen.

L Bamberg, 5. Okt. Was wollte das Volk damit sagen, als es im März dieses Jahrs so laut und allgemein die Beeidigung des Militärs auf die Verfassung verlangte? Wahrlich nicht bloß durch eine leere Form konnte man dem Geist dieses Verlangens genügen, durch eine Parade, bei welcher der Auditor eine Eidesformel vorlas, die vom größten Theil der Soldaten kaum verstanden wurde, und der in manchen Staaten, um ja die Sache als eine bloße leere Form erscheinen zu lassen, nach einigen Tagen die kriegsministerielle Erklärung folgte, daß dieser Eid an den bisherigen Pflichten des Militärs gegen den König durchaus nichts ändre. Nein, das Volk wollte mit jenem Verlangen den tieferen Gedanken aussprechen, daß der Soldat niemals aufhören soll Bürger zu sein, daß die Scheidewand zwischen Militär- und Bürgerstand fallen, daß beide ineinander aufgehen und gleiche Interessen, gleiche Zwecke haben sollen. Es war damit ausgesprochen, daß das Militär nicht mehr die Stütze einer dem Volk entfremdeten Regierung gegen das Volk sein solle; aus dem durch die Revolution zur Geltung gebrachten Prinzip der Volkssouveränetät floß die unmittelbare Folgerung, daß die durchaus volksthümliche Regierung — denn eine andre, so wurde allgemein angenommen, war gar nicht mehr möglich — in den Bürgern ihre Stütze finde, daß man daher stehende Heere höchstens nur insofern noch haben müsse, als für die Möglichkeit eines Kriegs eine bessere Waffenübung, wie sie nur durch längere Dienstzeit gewonnen wird, nothwendig sey. Aber wie man über die Nothwendigkeit ihrer Verminderung, über die Nothwendigkeit einer allgemeinen Volksbewaffnung einverstanden war, so würde damals auch Niemand zu behaupten gewagt haben, daß der Soldat durch sein Dienstverhältniß seiner staatsbürgerlichen Rechte verlustig gehe. In der Beeidigung auf die Verfassung sah man das äußere Zeichen, daß der Soldatenstand als exclusiver Stand aufgehört habe. Wie man aber alle Märzerwartungen betrogen hat, so sucht man jetzt auch dem Militärstand wieder jene exclusive Stellung anzuweisen; läßt man doch überhaupt den ganzen alten Polizeistaat, nachdem er einen Augenblick mit einem volksthümlichen Schleier überhängt worden war, jetzt wieder in seiner ganzen Nacktheit hervortreten. Einen schlagenden Beweis dafür liefert der Erlaß des bayerischen Kriegsministeriums über das Versammlungsrecht der Soldaten. Wir werden darin zuerst daran erinnert, daß überhaupt noch kein Gesetz besteht, welches ein freies Versammlungsrecht der bayrischen Staatsbürger feststelle. Damit will das Kriegsministerium sagen, daß es nur eine pure Gnade sei, wenn man die faktische Ausübung des Versammlungsrechtes überhaupt dulde. So machen es diese ministeriellen »Volksmänner.« Wenn man sie in der Kammer an gesetzliche Feststellung des Zugesagten mahnt, versichern sie, sie hätten keine Zeit, übrigens bedürfe es gar keines Gesetzes, da man das freie Versammlungs- und Vereinigungsrecht nirgends hindern werde. Hintennach ignoriren sie ihre eignen Worte, wie diese von ihren Unterbeamten ohnehin stets ignorirt werden, und lassen beständig merken: sobald sie nur wollten, könnten sie die „ungesetzlichen“ Vereinigungen aufheben. Wir erfahren sodann ferner, daß „den Vereinigungen zu erlaubten Zwecken keineswegs entgegengetreten“ werde. Hier haben wir den Polizeistaat in seiner crassesten Form. Was ist erlaubt und was nicht erlaubt? Es muß jeder Verein so lange das Recht haben zu bestehen als er nicht verbrecherischer Thaten überwiesen ist. Wir sind, so sagt man uns täglich in Frankfurt, zum System der Repression übergegangen d. h. es ist Alles erlaubt, was nicht strafgesetzlich verboten ist; hier aber sieht man deutlich genug, daß das baierische Ministerium es noch durchaus mit dem Präventivsystem hält, welches das Kriterium des Polizeistaates ist. Aber auch an den Vereinen zu erlaubten Zwecken, so hören wir weiter, darf das Militär nur in beschränkter Weise Theil nehmen. Diese Beschränkung ist bedingt durch die „Militärgesetze“ und den »Fahneneid.« Dieser »Fahneneid« ist der alte vor der Revolution, der eben durch den Eid auf die Verfassung sehr wesentlich modificirt wurde. Nun tritt er aber hier wieder in der alten Berechtigung auf, und der Herr Kriegsminister folgert aus ihm, mit einer Logik, deren kühnen Sprüngen wir freilich nicht zu folgen vermögen, daß die persönliche Ausübung politischer Rechte mit dem Kriegsdienst unverträglich ist und daß dem „Heer kein Recht zustehe zu berathen!“ Daß der Soldat in dem Augenblick, wo er, von seinem Offizier commandirt, an einer Parade oder einem Exercitium Theil nimmt, nicht zugleich zu einer Wahl mitwirken, oder in einem Clubb sitzen kann, das begreife ich; wie aber der Hr. Kriegsminister aus dem Kriegsdienst folgern will, daß der Soldat, auch wenn er nicht augenblicklich Dienst thut, in der Ausübung seiner staatsbürgerlichen Rechte gehindert sein soll, das ist für meinen »beschränkten Unterthanenverstand« zu hoch. Der Soldat im Rechtsstaate ist Soldat, so lange er im Dienste ist, er ist Bür-

ger außer dem Dienste. Keine Regierung hat das Recht, die Soldaten ihrer staatsbürgerlichen Rechte verlustig zu erklären. Der Soldat erfüllt eine Bürgerpflicht, eine jetzt allgemeine Bürgerpflicht, indem er sich unter die Fahne begibt. Und zum Lohne dafür, daß er sich mit Opfern und Entbehrungen dem Schutz des Staates und der Staatsbürger widmet, soll er selbst ausgeschlossen sein von den Rechten des Staatsbürgers? soll er nur die seelen- und willenlose Drahtpuppe sein in der Hand eines Obern, der ihn nach seinem Gefallen leitet und der, wenn es ihm einfällt, wenn er eine jener Launen befriedigen will, die in Schweidnitz an einem Abend mehr als 20 Menschenleben kosteten, ihm gebieten kann, die Waffen gegen seine Brüder zu kehren? Wahrlich der Herr Kriegsminister hat durch seinen Erlaß, durch den Nachdruck, den er darin auf die militärischen „Standespflichten" legt und durch die Folgerungen, die er daraus ableitet, seine Unfähigkeit, constitutioneller Minister zu sein, glänzend bewiesen. Ein Wrangel, der kein verantwortlicher Minister ist, sondern einfacher General, hat es nicht gewagt, seinen Soldaten die Ausübung des Vereinigungsrechts zu verbieten, er hat ihnen nur gerathen, an den Versammlungen nicht Theil zu nehmen, und dieser sein Tagesbefehl mußte gleichwohl selbst von einem Minister Pfuel theilweise desavouirt werden. Der verantwortliche Kriegsminister in Bayern aber wagt es, die Soldaten aller staatsbürgerlichen Rechte verlustig zu erklären, und ihnen die Theilnahme an Versammlungen zu verbieten. Der Kriegsminister verdient dafür in Anklagestand versetzt zu werden, und er wird es sicher werden, wenn sein Erlaß bis zum Zusammentritt der Kammern noch in Kraft bleiben sollte. Das bayerische Ministerium glaubt sich seit dem von Frankfurt ausgegangenen Signal zur offenen und bewaffneten Reaktion sehr viel herausnehmen zu können. Wir wollen uns einstweilen zu dem oft bewährten gesunden Sinn unserer bayerischen Soldaten versehen, daß sie nicht aufhören werden sich als Bürger und Kinder des Volkes zu fühlen, daß sie sich nicht in eine volks- und bürgerfeindliche Stellung werden hinein drängen lassen. Macht sich doch mehr und mehr überall im Militär das Bewußtsein geltend, daß es eine unwürdige Stellung ist die Henker der Volksfreiheit abzugeben!

Frankfurt, 3. Octbr. 90. Sitz. der Nat.-Vers. Es wurde zu der Berathung der §§. 27, 28 und 29 der Grundrechte des deutschen Volks, die Befreiung des Grund und Bodens betr., geschritten. Gagern hatte das Präsidium an den Vicepräsidenten Simson übergeben. Vor der Sitzung hatten sich so viele Redner gemeldet, daß man auf eine mehrtägige Berathung gefaßt sein konnte. — Es sprachen nach einander: M. Mohl, Schneer, Ziegert, Wachsmuth, v. Trützschler, v. Vinke, Freudentheil, Wichmann, Rheinwald, Schlöffel, Rößler, Erlauer, Plathner, Mittermaier, Reichensperger und Lette. Die Debatte drehte sich namentlich um die Frage, ob die Aufhebung und Ablösung der auf dem Grund und Boden ruhenden Lasten rc. ohne Entschädigung geschehen könne. Die Linke ist für die Aufhebung aller dieser Lasten und Rechte ohne alle Entschädigung, und namentlich trat Schlöffel rücksichtslos für dieses Prinzip auf und stellte eine ganz eigene Art des Petitionirens der Bauern in Aussicht, wenn ihre Forderungen, bezüglich der gänzlichen Befreiung des Grund und Bodens nicht erfüllt würden. Er schloß seine Rede mit den Worten; „Täuschen wir uns nicht. Der Löwe ruht nur und schläft nicht, er erwacht gewiß." — Ziegert und Freudentheil sprechen namentlich mit großem Nachdruck und aller Energie für Aufhebung der Jagdrechte. Vincke, Plathner, Reichensperger, Wichmann und Andere eiferten dagegen, daß die Aufhebung und Ablösung der Grundlasten ohne alle Entschädigung geschehen, und während Plathner behauptete, wenn dies decretirt werde, so sei die Revolution des Communismus decretirt, bemerkte Reichensperger, das Faustrecht des Mittelalters sei nicht gefährlicher gewesen, als dies Prinzip gegen das Eigenthum sei. Auch Mittermaier warnte, Hoffnungen zu erwecken, die nicht zu erfüllen seien! Man möge keinen Sturm heraufbeschwören, und Manches den Partikulargesetzgebungen überlassen. Für dies letztere Auskunftsmittel sprechen mehrere Redner, besonders im Sinne des von Schrenck'schen Antrags. — Es werden übermorgen noch die Berichterstatter des Verfassungs- und volkswirthschaftlichen Ausschusses das Wort erhalten, und dann wird zur Abstimmung geschritten. N. W. Z.

Frankfurt, 29. Sept. Hr. Heckscher ist heute auf seinen neuen Posten nach Turin abgereist. N. W. Z.

Frankfurt, 4. Okt. *Nach Speier ist auf den 16. Okt.* eine außerordentliche Generalsynode der vereinigten protestantisch-evangelisch-christlichen Kirche der Pfalz berufen. — Fortwährend marschieren aus dem Norden Deutschlands kommende Truppen durch Mainz, um theils mittelst Dampfbooten oder auf der Eisenbahn südwärts zu gehen. Am 4. Okt. hielt das 4. hessische Infanterieregiment in der Reichsfestung Rastatt und von Luxemburg ist das 2. Bataillon des 38. preuß. Infanterieregiments vollständig daselbst eingerückt. — Von Gießen ist eine Deputation an den Großherzog nach Darmstadt abgegangen, um die Abberufung des Herrn Küchler, Chefs der Regierungscommission, nachzusuchen. (O.-P.-A.-Z.)

Berlin, 2. Okt. In der heutigen Sitzung der Vereinbarerversammlung erinnerte der Abgeordnete Jung an seinen Antrag wegen Pensionirung der Märzkämpfer. Als sich deshalb Lachen auf der rechten Seite erhebt, ruft er aus: „Sie lachen, es scheint, daß bei Ihnen die Revolution schon sehr weit in den Hintergrund getreten! Ich habe kürzlich diese Märzkämpfer um mich versammelt, und beim Anblick ihrer verstümmelten Glieder die Schamröthe empfunden, daß diese Leute, die für uns gekämpft haben, Noth leiden müssen!" Der Minister des Auswärtigen legt sodann auf dem Bureau die Aktenstücke nieder, welche die Verhandlungen mit der deutschen Centralgewalt über die dänische Frage betreffen und den Zeitraum von Ende April bis Ende September umfassen. Er sprach dabei die Hoffnung einer endlichen friedlichen Lösung dieser Angelegenheit aus, die für Preußen sehr bedeutungsvolle Momente in sich schließe und jedenfalls mit großer Vorsicht zu behandeln sei. Es wird der Druck dieser Mittheilungen beschlossen. Der Minister des Innern Eichmann kommt auf die kölnische Angelegenheit zurück und spricht nach den Anordnungen des Staatsministeriums und den Berichten aus Köln die Zuversicht aus, der Versammlung noch im Laufe dieser Woche anzeigen zu können, daß der Belagerungszustand aufgehört habe. Es handelt sich darauf um die schon neulich angekündigte Interpellation des Abg. Brill über den Corpsbefehl, welchen der General Graf Brandenburg am 21. Sept. in Breslau erlassen. Der Abg. Brill bemerkt bei Begründung dieser Interpellation: Als er dieselbe in der vorigen Woche gestellt, sei Alles im Lande in größter Aufregung gewesen, und Niemand habe gewußt, wie die Würfel fallen würden. Der Ministerpräsident v. Pfuel habe sich bis heute Zeit bedungen, über diese Angelegenheit Nachforschungen und Erwägungen anzustellen. Auch er sei inzwischen nicht müssig gewesen und habe weitere Erkundigungen eingezogen, wodurch ihm klar geworden, welche große Verantwortlichkeit der General durch jene Bekanntmachung auf sich gezogen. Diese Bekanntmachung werde keineswegs durch die Zustände der Stadt Breslau, sondern nur dann erklärlich, wenn man sie mit den Verhältnissen in Wien in Verbindung bringe. Man sei in jenen Tagen offenbar mit der Absicht umgegangen, eine militärische Herrschaft, und zwar auf blutige Weise, einzuführen. Man habe das Volk zu einem Aufstande reizen und dann à la Radetzky und Windischgrätz handeln wollen, jedenfalls aber einen Staatsstreich beabsichtigt und wahrscheinlich auch die Nationalversammlung desavouiren und ihre Beschlüsse beseitigen wollen. Diese Ansicht werde auch in Breslau allgemein getheilt. Aber das Eintreten anderer Umstände, die Stimmung der berliner Bürgerwehr, die eingegangenen Nachrichten aus dem Süden von Deutschland, hätten das Ministerium eines andern sich besinnen lassen. Obwohl das Ministerium zuerst entschlossen gewesen, mit eiserner Stirn der Versammlung entgegenzutreten, habe es doch seine Absicht plötzlich geändert und den Erlaß ausgeführt, gleich Bileam, der kam um zu fluchen und doch segnete. Nichtsdestoweniger aber hätten die Fäden des Complotts offen dagelegen. Der Minister-Präsident sprach in seiner Antwort viel von Ordnung und gesetzmäßiger Freiheit und erklärte zum Schlusse, daß er in Rücksicht auf die gefährliche Lage Schlesiens und die den commandirenden General nach der Natur seiner Stellung treffende Verantwortlichkeit nichts gegen denselben zu erinnern finde, und daher keinen Grund sehe, gegen die Bekanntmachung einzuschreiten. Der Minister des Innern Eichmann bemerkt hiezu: daß von dem Oberpräsidenten Pinder fortwährend Berichte über den bedrohlichen Zustand der Provinz Schlesien einliefen; die Bauern wollten sogar Das zurück haben, was sie seit Jahren an die Gutsherrschaften gezahlt. In Breslau, Liegnitz sei die Aufregung nicht minder groß, und monarchische und demokratische Bestrebungen gingen

dort mit der ländlichen Aufregung Hand in Hand. (Eine Stimme von der linken Seite: „Auch wir sind Demokraten!") Der Finanzminister v. Bonin kommt noch auf die Aeßerungen des Abg. Brill gegen das Staatsministerium zurück; er halte es für seine Pflicht solche Verdächtigung mit Entschiedenheit zurückzuweisen. Wenn von der Berufung des Ministeriums zu einem wahrscheinlichen Staatsstreich gesprochen worden, so müsse er erklären, daß der Beruf des Ministeriums nicht in der Ungesetzlichkeit liege, sondern darin, die Gesetze zu wahren, und sich nach den Gesetzen zu richten. Mit »eiserner Stirn« werde es nur bemüht sein, überall den Gesetzen Achtung zu verschaffen. Der Abgeordnete Otto bemerkt als Vertreter der Stadt Liegnitz, daß man sich nicht wundern dürfe, wenn dort Aufregung herrsche. Man habe im Regierungsgebäude zu Liegnitz 70—80,000 Patronen gefunden, von denen die Bürgerwehr nichts gewußt, und die Beamten des Gebäudes hätten vorher sogar ihr Ehrenwort gegeben, daß nichts darin verborgen sei. Der Minister des Innern erklärt, er werde die Sache sofort untersuchen lassen, inwiefern Beamte ihr Ehrenwort auf eine Unwahrheit hätten geben können. Abgeordneter Brill bekennt sich unbefriedigt durch die Antwort auf seine Interpellation und bemerkt zugleich: er hoffe, es werde eine Zeit kommen, wo Niemand im Lande sich scheuen werde, sich einen Demokraten zu nennen. Der Ministerpräsident erklärt, er habe nichts weiter hinzuzufügen. »Wir befinden uns hier in einem exceptionellen Zustande, einem ausbrechenden Aufruhre gegenüber. In einem solchen Falle hat dann nur der Handelnde die Verantwortung für seine That zu übernehmen.« Der Abg. Brill beantragt hierauf eine Diskussion über diese merkwürdige Aeußerung, durch welche die Provinz Schlesien schon in einen Ausnahmezustand versetzt werde. Die Diskussion wird jedoch abgelehnt. Der Abgeordnete Köhler liest unter großer Aufregung der Versammlung eine Adresse an einige Gutsbesitzer aus dem guhrauer Kreise vor, welche von einem „Verein zur Vernichtung aller Volksfeinde und Schurken" ausgegangen, worin die nahe Aussicht auf eine Erhebung des Volks gestellt, und zugleich mit der Errichtung der Guillotine gedroht wird. Bald darauf sey auch ein Rittergut in Flammen aufgegangen. Die linke Seite, namentlich aber die schlesischen Deputirten, gerathen über diese Mittheilung in eine erstaunliche Bewegung und verlangen die Unterschrift dieser Adresse zu hören. Der Abgeordnete Elsner ruft: „Ich lasse Schlesien nicht auf diese Weise verleumden; jeder Mensch kann eine solche Adresse machen!" Der Minister Eichmann kommt auf seine frühere, mehrfach angefochtene Aeußerung zurück und bemerkt: Wenn er von anarchischen und demokratischen Bestrebungen gesprochen, so habe er nicht jene demokratischen Bestrebungen gemeint, die ihren Platz auch in der konstitutionellen Monarchie finden könnten. Der Abgeordnete Waldeck äußert in Bezug auf die erwähnte Adresse, auch er bekomme täglich anonyme Mordbriefe und ebenso mehrere seiner Freunde; darauf sey nichts zu geben, sondern es verrathe sich darin nur eine erbärmliche reaktionäre und aristokratische Partei. Die Versammlung fährt darauf in der Berathung des Bürgerwehrgesetzes fort.

Altenburg, 2 Octbr. Heute Mittag nach 1 Uhr rückten hier die sächsischen Truppen ruhig ein. Die Bürgergarde war an mehren Punkten aufgestellt, und namentlich vom dritten Bataillon wurden die Sachsen mit Hurrah empfangen, doch hörte man auch bei diesem Bataillon den Ruf: „Hecker und Struve sollen leben! die Republik soll leben! die deutsche Freiheit soll leben!" Der erste bedenkliche Auftritt ereignete sich aber nach dem Einmarsch der Truppen auf dem Markte, wo die Bürgergarde den eingerückten Truppen die Hauptwache nicht übergeben wollte; erst nach dreiviertelstündiger Unterhandlung zogen die Bürger ab und die Hauptwache wurde von sächsischen Linientruppen besetzt. Unter einem Theile der Bürger, der vom republikanischen Fieber angesteckt ist, ist die Aufregung allerdings groß, und es schließen sich ihr die sämmtlichen Proletarier, Handwerksgesellen, Arbeiter rc., welche in einem bewaffneten Freicorps und einer Abtheilung Sensenmännern der Bürgergarde zugetheilt sind, an. Nachstehender Straßenanschlag hat noch mehr aufgeregt. Indessen ist der gestrige Abend, einige unruhige Versammlungen vor dem republikanischen Kaffeehause abgerechnet, von dessen Stufen herab Parteiführer Reden hielten, ruhig abgegangen. Der erwähnte Straßenanschlag lautet: Mitbürger! Als sich im Herzogthum Weimar die Kunde verbreitet hatte, daß das dortige Militair zur Besetzung des Herzogthums Altenburg ausrücken und fremdes Militair zur Besatzung Weimars daselbst einrücken sollte, begab sich am 29. Sept. eine Deputation des demokratischen Vereins zu Jena und Weimar, bestehend aus den Bürgern Lafourie, Rothe, Lange und Amelung, denen sich sechs Deputirte der Linie anschlossen, zum Minister Watzdorf in Weimar, um einen Protest dagegen zu überreichen. Der Minister erklärte, es aufs äußerste ankommen zu lassen, und den Anordnungen des Reichsministerium's zur Herstellung der Ruhe sich unbedingt zu fügen. In einer kurz nachher auf der dortigen Sternwiese abgehaltenen Versammlung des Militärs berichteten die genannten Deputirten über das Resultat ihrer Unterredung mit dem Minister Watzdorf und ermahnten die Soldaten, ihrer Pflicht als Bürger eingedenk zu sein. Mit stürmischer Acclamation erklärten sie, nie die Waffen gegen das Volk gebrauchen zu wollen. Auf dem Rückzuge in die Stadt wurden die drei Deputirten Amelung, Rothe und Lafourie an der Hauptwache plötzlich von einer Schaar Unteroffiziere überfallen und verhaftet. Sie protestirten gegen diese brutale Gewaltthat, verlangten die Haftbefehle zu sehen und wurden, da solche nicht vorhanden waren, vom wachthabenden Lieutenant freigelassen. Ein stürmisches Hurrah und Hoch empfing sie vor der Wache, wo sich eine bedeutende Menschenmenge und mehre Hundert Soldaten zur Befreiung der Verhafteten zusammengeschaart hatten. Im Triumph wurden die Letztern in die Stadt geführt und dann von den wackern Soldaten unter Absingen des Heckerliedes und dem beständigen Rufe: Es lebe Struve! Es lebe die Republik! bis vor die Stadt geleitet. Die Soldaten schienen entschlossen zu sein, nicht zu marschiren. Schon am Nachmittag desselben Tages befreiten die Soldaten einen Bürger, der verhaftet war, weil er die gedruckten Proteste an die Straßenecken anheftete. Dies zur vorläufigen Notiz. Altenburg, 1. Oct. 1848. Erbe. Schuhmann. (D. A. Z.)

Eisenach, 1. Okt. Heute früh war hier ein leidiger Krawall. Die Hälfte des hier garnisonirenden 2. weimarischen Bataillons sollte nach Weimar marschiren, da das 1. Bataillon aus Weimar ausgerückt. Die Bürger wollten sie aber, in der Befürchtung, es würde nun fremdes Militär in die Stadt rücken, nicht fortlassen und hatten sich dicht vor dem Bahnhofe geschaart, so daß ein Angriff mit gefälltem Bayonett auf sie gemacht werden mußte. Anderthalb Kompagnien zogen endlich widerstrebend ab, nachdem die Offiziere Alles aufgeboten, sie in die Waggons zu bringen; aber etwa 50 Mann erklärten, nicht fortziehen zu wollen und mußten in die Kaserne zurückgeführt werden. Mit Jubel wurden sie dahin begleitet. Ohne das energische Auftreten des einen Hauptmanns wäre wahrscheinlich kein einziger Soldat marschirt, da die Soldaten erklärten, sie würden gern in's Feld gehen, aber nicht in andere deutsche Länder, um da zu „wer weiß was« gebraucht zu werden. Würde in's Feld marschirt, so wäre überdieß die Reihe an ihnen und nicht am weimarischen 1. Bataillon, das schon in Schleswig gewesen; aber man wollte dieses weimarische Bataillon gewiß irgendwo »zum Pressen« gebrauchen. Dem weimarischen Bataillon, das nach Altenburg marschirt ist, hat man erst vor der Front erklären müssen, daß es nach Altenburg und nirgend anders hin solle, eher ist es auch nicht abmarschirt. (D. A. Z.)

Gedruckt unter Verantwortlichkeit der Verleger, von Wilhelm Tümmel.
Expedition S. 93. im Gasthof zum König Otto 2te Etage.

Der freie Staatsbürger.

Erscheint an allen Wochentagen, am Sonntag nur ausnahmsweise auf einem Extrablatt. Preis in ganz Bayern vierteljährl. fl. 1. 30 kr. halbjährl fl. 3. — jährlich fl. 6.

Organ der Demokratie.

Inserate werden die dreispaltige Petitzeile zu 3 kr. berechnet. Die Abonnenten haben für die Hälfte des Abonnementpreises Inserate frei.

№ 6. Nürnberg, Samstag, den 7. Oktober 1848.

Bericht der Linken an das deutsche Volk.

(Fortsetzung.)

* Können wir somit im Ganzen mit den Erfolgen unserer Bemühungen bei der Berathung der Grundrechte bis jetzt zufrieden seyn, so ist dies bei weitem weniger der Fall bei fast allen übrigen Angelegenheiten, mit denen sich die Nationalversammlung beschäftigt hat. Vergebens stemmten wir uns dagegen, dem Präsidenten einen monatlichen Gehalt von 2000 Gulden zu bewilligen, indem wir die Hälfte für mehr als ausreichend hielten und zugleich der Meinung waren, daß es in unserer Zeit sich nicht zieme, das Geld des Volkes zu einer ganz überflüssigen Repräsentation zu verwenden, während umgekehrt eine weise Sparsamkeit ein gutes Beispiel für die Besoldung der Reichsbeamten und der so sehr zahlreichen deutschen Minister u. s. w. gewesen sein würde. Vergebens ist auch bisher der Antrag auf Verminderung der Civillisten der einzelnen Fürsten gewesen. Obgleich schon lange gestellt, ist er noch nicht zur Berathung gekommen, und nach früheren Erfahrungen ist unsere Hoffnung auf einen guten Erfolg nicht groß; der zur Bearbeitung des Antrags bestimmte Ausschuß wenigstens hat den Uebergang zur Tagesordnung, also gänzliche Nichtberücksichtigung, der Versammlung vorgeschlagen. Keinen bessern Erfolg hatte unser Bestreben, eine Amnestie für die wegen politischer Vergehen Verurtheilten zu erlangen. Die Zahl derer, die im Kerker oder in der Verbannung auf diese Worte des Friedens und der Versöhnung mit schmerzlicher Sehnsucht harren, ist beträchtlich, und es schien uns an der Zeit, diese traurigen Folgen einer aufgeregten Zeit, die mit unserer glorreichen Revolution in innigster Verbindung stehen, zu beseitigen. Wir fühlen uns um so mehr dazu verpflichtet, als wir überall sahen, daß jene, mit dem Fluche der Nation beladenen Männer, die viele Jahre hindurch das Volk auf das Grausamste geknechtet und gequält hatten, sich ungefährdet aus dem Strome der durch sie verschuldeten Revolution gerettet hatten. Leider war es uns nicht vergönnt, diesen Act allgemeinen Vergessens und Vergebens zu erlangen, durch welchen die Herzen einer großen Zahl von Menschen, die ihre letzte Hoffnung jetzt immer noch auf den Umsturz setzen, für die neuen Zustände gewonnen sein würde. Die Mehrheit der Versammlung hat anders entschieden. Während der Verhandlungen über die Amnestie erfolgte bei Gelegenheit der bekannten Aeußerung des Abgeord. Brentano eine schwere Verletzung der Redefreiheit wie der Ehre und Würde der Versammlung, eine Verletzung, die von der Mehrheit der Versammlung und dem Vicepräsidenten v. Soiron in Schutz genommen wurde. Wir fühlten uns verpflichtet, von der leidenschaftlich aufgeregten Mehrheit an den ruhig abwägenden Gerechtigkeitssinn der Mehrheit zu appelliren. Der von uns zu diesem Zweck gestellte Antrag ist noch nicht zur Berathung gekommen. Eine traurige Folge jener stürmischen Scenen war die dauernde beträchtliche Verkleinerung des Raumes für Zuhörer, eine Verkleinerung, gegen die wir als gegen eine Verletzung der uns heiligen Oeffentlichkeit pflichtmäßig, aber leider vergebens, gekämpft haben. Unmittelbar nach diesen betrübenden Vorgängen beschäftigte sich die Versammlung mit der durch die badische Regierung beanstandeten Wahl Heckers zu Thiengen. Diese Wahl war, nach Aller Eingeständniß, und nach dem Gutachten der betreffenden Ausschüsse, rechtlich und gültig vollzogen, in der ganzen Wahlhandlung lag kein Fehler vor; wir hielten es deßhalb für einen in keiner Weise zu rechtfertigenden, vielmehr höchst gefährlichen Vorgang, wegen Bedenken, die die Person des Gewählten betreffen, eine Wahl, diesen friedlichen Act der Volkssouveränetät zu vernichten. Die Anerkennung einer Wahl schließt nicht aus, daß Anklagen gegen den Gewählten gerichtet werden, daß die Gerechtigkeit ihren Lauf habe: der Beschluß darüber wird der Versammlung immer vorbehalten bleiben. Die Versammlung hat aber nach unserer Ueberzeugung nicht das Recht, eine rechtlich vollzogene Wahl für ungültig zu erklären. Dennoch wurde die Wahl vernichtet. Neben diesen Bestrebungen für die Rechte und die Freiheit des Volkes hatten wir auch das andere große Ziel der deutschen Revolution — die Einheit Deutschlands — fest im Auge. Ueber die Nothwendigkeit einer starken und kräftigen Centralgewalt kann bei allen wahren Freunden des Vaterlandes kein Zweifel bestehen. Obgleich wir das Gesetz über die Centralgewalt, durch welches ein unverantwortlicher Reichsverweser, der die Beschlüsse der Nationalversammlung zu vollziehen nicht verpflichtet ist, an die Spitze derselben gestellt wurde, bekämpfen mußten, so haben wir doch die Centralgewalt selbst, nachdem sie aus dem Willen der Mehrheit entstanden war, im Interesse der Einheit Deutschlands redlich unterstützt. Wir haben sie unterstützt gegen den kühn sein Haupt erhebenden Partikularismus, unterstützt gegen eine unentschiedene und unentschlossene Mehrheit, unterstützt selbst gegen ihre eigne Schwäche, hervorgerufen durch ein gänzlich unfähiges Ministerium. Die auf den 6. August angesetzte allgemeine Huldigung für den Reichsverweser durch die deutschen Truppen war, wie bekannt, in vielen Staaten, und zwar in allen größern deutschen Staaten, auf die angeordnete Weise nicht vollzogen worden. Statt dieser ersten Mißachtung der Befehle der Centralgewalt kräftig entgegenzutreten, befriedigte sich das Ministerium und die Mehrheit der Versammlung mit den gänzlich nichtssagenden Erklärungen der einzelnen Staaten. Unsere Aufforderungen, sogleich dem Partikularismus kühn die Stirn zu bieten, damit er nicht bei wichtigerer Gelegenheit das Wohl des Vaterlandes gefährde, wurde nicht entsprochen.

(Schluß folgt.)

Deutschland.

K Nürnberg, 6. Okt. Als kürzlich die Leobschützer' unzufrieden mit ihrem Abgeordneten Kruhl in Berlin, weil er auf der Rechten sitzt und gegen den Stein'schen Antrag gestimmt hatte, sein Benehmen öffentlich mißbilligten und ihn gelinde zum Rücktritt mahnten, erwiderte er ihnen in einer Proklamation, er sei »Abgeordneter von Gott und Rechtswegen.“ Hr. Krafft von Nürnberg, den seine Urwähler sehr unzweideutig abberiefen, scheint durch sein hartnäckiges Schweigen dasselbe sagen zu wollen, was Hr. Kruhl, er scheint sich auch als „Abgeordneten von Gott und Rechtswegen“ zu betrachten. Wir empfehlen den Nürnbergern die Antwort, welche die Leobschützer in der A. O. Z. hierauf geben. »Die Einlegung eines energischen Protest's gegen die erste Hälfte dieser Bezeichnung ist das Wenigste, was wir thun können, da wir der innigen Ueberzeugung leben, daß der Höchste in seiner Allweisheit uns einen bessern Deputirten ausgesucht haben würde.“ Aber diese „Abgeordneten von Gott und Rechtswegen“ sind unerschütterlich. Eben jener Hr. Kruhl, der Gesinnungsverwandte des Hrn. Krafft, soll kürzlich sich dahin ausgesprochen haben: „Auf Mißtrauensvota gäben er und seine Gesinnungsgenossen gar nichts. Dieselben dienten ihnen nur des Abends beim Glase Bier zur

gemüthlichen Lektüre." Wenn sie dann aber aus dieser „gemüthlichen Lektüre" durch den Tumult des Aufruhrs aufgeschreckt werden, den sie durch ihre kaltblütige Verachtung der Volksstimme selbst hervorgerufen haben, dann sollten sie konsequenterweise auch nur in sich selbst die Ursache des Unheils aufsuchen.

* Nürnberg, 7. Okt. Wir erfahren soeben, daß nach Schwabach, Fürth und Erlangen Militär, je zwei Infanteriecompagnien gelegt werden. In keinem dieser Orte ist irgend etwas vorgefallen, was als Anlaß zu dieser Truppensendung betrachtet werden könnte.

* Nürnberg, 7. Okt. Aus der neuen Münchner-Zeitung, dem Organ der Regierung erfahren wir, daß die Garnison in Nürnberg »zur Aufrechthaltung der Ruhe und Ordnung« mit einer 6 Pf. Batterie Artillerie vermehrt worden ist. »Zur Aufrechthaltung der Ordnung und Ruhe!« Wurde diese jemals gestört? Es lassen übrigens diese Worte keinen Zweifel übrig, daß die Bürgerschaft Nürnbergs bei der obersten Behörde verleumdet worden ist, und wir glauben, sie sollte den Verleumder um jeden Preis ausfindig machen. Die morgige Urwählerversammlung gibt einen passenden Anlaß zur Besprechung dieses Themas.

München, 5. Okt. Da von einigen Seiten die Behauptung aufgestellt wird, als ob der Minister des Innern jede vorgängige Wissenschaft an der vielbesprochenen und neuerlichst wider zur Verdächtigung des Ministeriums ausgebeuteten Verhaftungsangelegenheit jemals in Abrede gestellt habe, so sehen wir uns veranlaßt, dieselbe für völlig unwahr zu erklären. Kamen Materialien in die Hände des Ministeriums, so konnte sich die Befugniß und die Verpflichtung desselben begreiflich nur auf ihre Mittheilung an die b treffende Gerichtsbehörde beschränken, eben weil die Prüfung derselben ebensowohl als die darauf zu treffende Verfügung den in ihrem Wirkungskreise verfassungsgemäß vollkommen unabhängigen Gerichten ausschließend zustand. So die offizielle N.-M.-Z. Wir haben schon kürzlich darauf hingewiesen, daß eine solche „Mittheilung" der Polizeibehörde von den Gerichten als Befehl aufgenommen zu werden pflegt. Die Sache ist jetzt klar.

Frankfurt, 3. Octbr. Der demokratische Verein zu Trier hat an Ludwig Simon folgende Zuschrift gerichtet: „Die 1000 Männer des demokratischen Vereins von Trier, deren Zustimmung zu Ihrem Wirken sich bisher von selbst verstand, fühlen sich heute, Angesichts der in Frankfurt stattgehabten Ereignisse und Angesichts der perfiden Verdächtigungen, mit denen Sie namentlich von einem Theile der saubern Presse des Rheinlandes beehrt werden, verpflichtet, Ihnen eine ausdrückliche Anerkennung zu Theil werden zu lassen. Sie geben Ihnen freudig das laute Zeugniß, daß Sie die Souveränetät des deutschen Volkes, das Prinzip der Märzrevolution nach besten Kräften unermüdlich zu wahren suchten, und sehen es mit tiefem Schmerze an, wie Sie Geist und Körper einer Sache zu widmen gezwungen sind, die unserer Ansicht nach, diesmal noch nicht von einer Centralversammlung erledigt werden wird. Obenerwähnte Schmähungen und Verdächtigungen sind in unsern Augen wahre Ehrentitel für Sie, und wir versichern Sie unserer wärmsten demokratischen Zuneigung und Hochachtung. Im Namen der 1000 Mitglieder des demokratischen Vereins: Präsident und Ausschuß.

Frankfurt, 4. Okt. (Eine neue Auflage der Mainzer Commission!) Auf Requisition der Reichsregierung, schreibt die Freiburger Zeitung, sendet das badische Ministerium drei Richter nach Frankfurt, zur Untersuchung des Attentates gegen die Reichsversammlung, welches mit anderen republikanischen Bewegungen in Deutschland im Zusammenhange steht.

Frankfurt, 4. Okt. Was in den öffentlichen Blättern von einer dem „Württemberger Hof" bevorstehenden Trennung gesagt wird, ist nicht ohne Grund. Die Ursache liegt darin, weil das Ministerium seine Anhänger in dem "Württemberger Hof" in der Minorität sieht und diese in Parteifragen (wie bei der letzten Wahl des Vicepräsidenten) mit der Majorität des Clubbs gegen das Ministerium stimmen müssen. N. W. Z.

Frankfurt, 5. Okt. Die O.-P.-A.-Z. gibt sich alle erdenkliche Mühe, Mitglieder der Nationalversammlung in Struve's Unternehmen hineinzuziehen. Daraus, daß man unter Struve's Papieren das Schema eines Briefs datirt 22. Sept. (Anzeige von der republikanischen Schilderhebung) mit der Weisung gefunden, Abschrift davon an Zitz in Basel oder Straßburg zu senden, will die Oberpostamts-Zeitung schließen: Struve habe also gewußt, daß Herr Zitz in jenen Tagen nach Basel oder Straßburg kommen werde. Zitz erklärt nun, daß er schon am 21. Sept. in Straßburg gewesen, und daß die Karlsruher Zeitung schon am 20. Sept. mitgetheilt hatte, Zitz solle in der Paulskirche verhaftet worden sein. »Es läßt sich also sehr gut erklären, sagt Zitz, daß Struve von Straßburg aus meinen Aufenthalt erfahren und ihn irrig gedeutet habe, was allein veranlassen konnte, daß mein Name auf jenem Entwurf figurirt.«

Frankfurt, 5. Okt. Der Abg. Rösler aus Oels legt in der Reichstagszeitung Rechnung über die eingegangenen Gelder für die nothleidenden Frauen und Kinder der am 18. Sept. Gefallenen und Gefangenen aus dem Volke ab. Er hat bereits 468 fl. erhalten. Darunter heben wir einen Beitrag aus einer Schneiderwerkstatt aus, mit dem Motto: „Stirb für dein Werk, für deinen Freund, fürs Vaterland, für deinen Feind! Nur stirb für keinen Fürsten!" Dasselbe Blatt der Reichstagszeitung enthält unter den Anzeigen folgende Aufforderung: Censoren, welche bereit sind, wieder eine Stelle zu übernehmen, belieben sich zu melden in Frankfurt a. M. Eschenheimergasse.

Frankfurt, 5. Okt. Ueber §§. 27 bis 29 der Grundrechte sind bis jetzt (1½ Uhr) folgende Beschlüsse gefaßt: „Jeder Unterthänigkeits- und Hörigkeitsverband hört für immer auf. Ohne Entschädigung sind aufgehoben: 1) Die Patrimonialgerichtsbarkeit, die grundherrliche Polizei, so wie alle andern einem Grundstücke oder einer Person zuständigen Hoheitsrechte; 2) die aus diesen Rechten fließenden Befugnisse, Exemtionen und Abgaben jeder Art; 3) die aus dem guts- und schutzherrlichen Verbande entspringenden persönlichen Abgaben und Leistungen. Alle übrigen unzweifelhaft auf Grund und Boden haftenden Abgaben und Leistungen sind ablösbar, ohne Rücksicht auf die Person und das Verhältniß des Berechtigten oder des Verpflichteten, insofern die Gesetzgebung nicht die unentgeltliche Aufhebung einer oder der andern begründet findet. Die näheren Bestimmungen hierüber und über die Art der Ablösung bleiben den Gesetzgebungen der einzelnen Staaten überlassen." Frkf. J.

Frankfurt, 5. Okt. Die verfassunggebende Reichsversammlung hat so eben nach einer stürmischen Sitzung beschlossen, die von dem Reichs-Justizministerium ihr übermachten Anträge des hiesigen Appellations-Gerichts auf strafrechtliche Untersuchung gegen die Abg. Blum und Günther, als verantwortliche Redacturs der Reichstags-Zeitung, und auf Verhaftung der Abg. Zitz, Schlöffel und Simon von Trier wegen Aufreizung zum Aufruhr und Mißhandlung von Abgeordneten der Mehrheit, an einen besondern, am Schluße der heutigen Sitzung in den Abtheilungen zu wählenden Ausschuß von 15 Mitgliedern zur Berichterstattung zu verweisen. (Frkf. J.)

Berlin, 3. Okt. (65ste Sitzung der preuß. konstituirenden Versammlung.) Ein Schreiben des Ministerpräsidenten theilt mit, daß der Beschluß der Versammlung vom 26. Sept., der Centralgewalt Truppen zur Disposition zu stellen, ausgeführt sey. Der dringende Antrag von Rodbertus, welchem die Priorität von der Kommission bewilligt ist, lautet: »die hohe Versammlung wolle erklären, daß sie mit Bezug auf das Gesetz über Einführung einer provisorischen Centralgewalt für Deutschland vom 28. Juni die Ueberzeugung von Sr. Majestät Regierung hegen wolle, daß dieselbe zur Ausführung aller Beschlüsse der provisorischen Centralgewalt und der deutschen Nationalversammlung in den neu drohenden Verwickelungen der deutschen Frage pflichtmäßig und kräftigst beitragen werde.« Die sofortige Diskussion wird mit überwiegender Majorität beschlossen. Rodbertus legt die ganzen Verhandlungen und Verhältnisse in der dänischen Waffenstillstands-Frage vor, und sagt dann zum Schluß: damit Sie nicht zwischen den Zeilen zu lesen brauchen, will ich ihnen bekennen, daß allerdings mein Antrag noch eine besondere Absicht hat, es ist die: das gelockerte Verhältniß Preußens zur Centralgewalt zu rehabilitiren. Preußen hat Manches gut zu machen gegen die Centralgewalt, und ich will Sie nur an drei Akte erinnern: an die Erklärung Betreffs des Gesetzes über die Centralgewalt, an das, was am 6. August geschehen, und an den Abschluß des Waffenstillstandes. Zuerst kamen Vorbehalte, dann Widerstand gegen das Reichsministerium, und zuletzt tauchte der Separatismus schon offen auf. Diese drei Akte sind die Meilenzeiger der Verirrungen Preußens in der deutschen Sache. Preußen steht an einem Abhang und es ist in Gefahr, zu gleiten; wohlan denn, halten wir es zurück, und verderben wir dem Ausland die Scha-

denfreude und die böse Absicht, mit der es Preußens Verhalten zur Centralgewalt betrachtet. Ich habe mit Freuden gesehen, daß das gegenwärtige Ministerium den Erlaß des Reichsministers vom 22. September publizirt hat, und ich schließe daraus, daß es ihr Ernst damit sey, mit der Centralgewalt Hand in Hand zu gehen, denn ich hoffe, daß das Ministerium nicht die Absicht hat, an zwei Tischen zu essen, und das eine anzunehmen, das andere zurückzuweisen. (Bravo.) Reichensperger gegen den Antrag, weil er sich nicht an bestimmte Thatsachen hält, sondern allgemeine Erklärungen ausspricht, daher zu doktrinär sei; auch habe ja die Frankfurter Versammlung die hiesige zu keiner Erklärung aufgefordert, er werde daher, damit nicht durch das Verwerfen des Antrags die Versammlung in eine schiefe Stellung komme, eine motivirte Tagesordnung vorschlagen. Der Minister des Auswärtigen erklärt, daß die Regierung gesonnen sey, mit der größten Entschiedenheit die Centralgewalt zu unterstützen, und daß das beste Einvernehmen nicht blos in der deutschen Frage stattfinde, sondern daß die allerinnigsten Verhandlungen gepflogen würden, weil beide Regierungen dieselben Absichten, Zwecke und Ziele verfolgten, das ist: Recht und Ordnung aufrecht zu erhalten, und besonders werde die Regierung in der dänischen Frage mit der Centralgewalt Hand in Hand gehen. v. Berg antwortet auf die Einwürfe Reichenspergers und sagt: wenn die Regierung die Absicht hat, die Centralgewalt zu kräftigen, so wird sie unsere Erklärung unterstützen, denn die Regierung wird sagen können, daß das ganze Volk hinter ihr stehe, ist sie aber noch nicht auf diesem Wege, so wird sie der Antrag vorwärts drängen. Er schließt sich an das Gesetz wegen der Centralgewalt; meine Herren zur Linken, erinnern Sie sich, daß dies Gesetz von der Versammlung erlassen ist, welche, wie der Präsident v. Gagern gesagt, dort sitzt kraft der Souveränetät der deutschen Nation; und Sie meine Herren zur Rechten, erinnern Sie sich, daß die Regierungen Deutschlands dies Gesetz anerkannt haben. (Bravo.) Pilet ist für den Antrag, weil die motivirte Tagesordnung den Antrag mit Gründen zu beseitigen suche, die am lautesten für den Antrag sprächen. Haase hält seine Jungfernrede für seine motivirte Tagesordnung; sie ist so schlecht ausgefallen, daß er unter allgemeinem Gelächter die Tribüne verläßt, denn alle seine Argumentationen sprechen gegen ihn. Der Finanzminister versichert nochmals, daß die Regierung mit der Centralgewalt in der dänischen Frage im besten Einvernehmen handeln wolle. Milde beantragt wiederum den Schluß der Debatte, er sagt: daß der Waffenstillstand die Ehre der Nation gewahrt habe. Kirchmann gegen den Schluß, weil der prinzipielle Unterschied zwischen dem Antrage und der motivirten Tagesordnung noch nicht erörtert sei, dieser Unterschied bestehe aber darin, ob man der Centralgewalt gehorchen oder erst ihre Anweisungen prüfen wolle. Der Schluß der Debatte wird verworfen. Parrisius spricht für die motivirte Tagesordnung, weil sie allgemeiner und inhaltsvoller sei als der Antrag; er verwahrt sich auch dagegen, daß diese Tagesordnung eine ministerielle sei, denn es liege in ihr, daß die Erklärungen des Ministerium's nicht ganz genügt haben; er für sich werde das Ministerium so lange unterstützen, als kein Grund vorliegt, gegen dasselbe aufzutreten. Schulz (Delitzsch) für den Antrag. Er rechtfertigt ihn ausführlich; man müsse die Idee, die große Idee, von welcher die Revolution getragen war, die Idee der Freiheit und Einheit über die materiellen Interessen stellen, denn sonst wäre besser gewesen, wir hätten keine Revolution gemacht, und uns mit Ruhe u. Ordnung, Handel und Gewerbe begnügt, aber das war ja eben das Wesen unserer Revolution, daß wir mit idealer Kraft uns erhoben gegen diese alten, dumpfen Zustände. Ich erkläre mich aber auch gegen diese motivirte Tagesordnung, weil diese parlamentarische Form, Anträge zu beseitigen, nicht mißbraucht werden darf; hüten wir uns aber, bei großen Prinzipienfragen die Tagesordnung anzunehmen, wie wir leider schon in den wichtigsten Fällen gethan. Hüten wir uns, sage ich, denn sonst dürfte die Nation bald über uns zur Tagesordnung übergehen, und das aus sehr triftigen Motiven. (Lautes Bravo.) Schulz beantragt den Schluß der Debatte, Auerswald der ältere gegen den Schluß, weil, wie er mit großem Pathos sagt, sie alle die Einheit wollten und sich gegen Vorwürfe, wie sie eben ausgesprochen worden, müßten verwahren können. — Der Schluß wird trotzdem angenommen. Rodbertus nimmt zuletzt das Wort und erklärt, daß alle ihm gemachten Einwürfe ihn von seinem Antrag nicht abbringen könnten. Preußen sey jetzt weniger deutsch als die anderen deutschen Regierungen, und deßhalb müsse man es vorwärts drängen; die motivirte Tagesordnung enthalte nichts von einer Unterwerfung unter das Gesetz vom 28. Juli, das aber sey das charakteristische und das staatsrechtliche Moment seines Antrags, dem die Tagesordnung nur allgemeine Versicherungen entgegenstelle; er erklärt sich zum Schluß mit Wärme für die Freiheit der Nationalitäten. Für Italien, Polen und das deutsche Schleswig-Holstein (lautes Bravo). Eine Verwahrung von einem Abgeordneten der Rechten gegen das Wort: Preußen sey jetzt weniger deutsch, als unpatriotisch, zieht ihm von Rodbertus eine scharfe Antwort zu, zugleich erklärt der Letztere, daß er damit die Regierung und nicht das Volk gemeint habe. Der Antrag auf motivirte Tagesordnung wird zur Abstimmung gebracht und lautet: „Indem die Versammlung die eben vernommene Erklärung des Staatsministeriums mit der Zuversicht entgegennimmt, daß die Regierung, dem Verlangen und Bedürfniß des preußischen Volkes entsprechend, sich jeder Zeit der deutschen Centralgewalt anzuschließen, offen und unumwunden die Centralgewalt zur Wahrung der deutschen Einheit nach Innen und Außen mit aller Kraft unterstützen werde, beschließt die Versammlung, zur Tagesordnung überzugehen." Die namentliche Abstimmung wird beantragt, und das Resultat ist, für die Tagesordnung: 137 Stimmen, gegen dieselbe: 181 Stimmen. Der Antrag von Rodbertus kommt nunmehr zur Abstimmung, von der Rechten begehrt man namentliche Abstimmung, und fast die ganze Rechte stimmt jetzt, um sich den Schein der deutschen Gesinnung zu retten, für den Antrag. Nur wenige Stockpreußen, wie Mätzke, Meusebach und hört! hört! Herr Milde stimmen mit „Nein." Das Resultat ist, für den Antrag: 275 Stimmen; gegen denselben: 10 Stimmen; 19 Mitglieder haben sich der Abstimmung enthalten, 10 Mitglieder haben gefehlt. — Der Ministerpräsident zeigt an, daß ihm eine telegraphische Depesche von Köln eben anzeige, daß der Belagerungszustand dort aufgehoben sey.

Breslau, 30. Sept. (Mißtrauens-Vota.) Von allen Seiten gehen Mißtrauens-Vota an die Mitglieder der „Gesellschaft in der Paulskirche," welche in ihrer seitherigen Wirksamkeit sattsam gezeigt haben, wie man gegen die Freiheit und gegen den Willen des Volkes handelt. Aus einm Mißtrauensvotum an den Abgeordneten von Sagan, Justizrath Mätzke, heben wir die Stelle heraus: „wir haben gesehen, daß Sie sich zu den Feinden der Demokratie und zu Leuten gehalten haben, die glücklicher Weise dem deutschen Volke nicht mehr schaden können. Sie haben Anträge unterstützt, bei denen wir roth vor Scham geworden — wir senden Ihnen dieß unser Votum zu, damit Sie entweder sofort Ihre Farbe wechseln (was Ihnen wohl nicht schwer fallen wird), oder einem andern Manne, der die Rechte des Volkes besser zu wahren versteht, Platz machen." An den Abgeordneten für Neumarkt-Striegau: Professor Stenzel aus Breslau, ist ein Votum gegangen, welches klar und deutlich ausspricht, was jener Wahlkreis von seinen Vertretern hält: „Ihre Abstimmungen haben auch die bescheidenste Hoffnung getäuscht, es fehlt Ihnen entweder an klarer und richtiger Auffassung der Zeit, also an Befähigung oder an gutem Willen. Wir erwarten, da Sie unseres Vertrauens völlig verlustig gegangen sind, daß Ihre Ehre Ihnen gebieten wird, Ihr Mandat niederzulegen." Wir vereinigen unsere Wünsche mit denen aller Urwähler, die bei der ersten Wahl sich so bitter getäuscht haben; mögen sie das zweite Mal besser wählen! Den Herrn Abgeordneten aber rufen wir zu: eilet, daß Ihr von der Bühne abtretet, auf der Ihr eine jämmerliche Rolle gespielt habt; zieht Euch in das Privatleben zurück, und seyd überzeugt, daß Niemand es bedauern wird, außer denen, welchen Ihr im tiefsten Servilismus gedient habt! (A. O. Z.)

Köln, 2. Okt. Unterm Gestrigen wurde der Belagerungszustand „mit Rücksicht auf die nunmehr wieder eingetretene Ruhe der Stadt" aufgehoben. — Der wegen eines Gedichts: „die Todten an die Lebenden" unter der Beschuldigung der Aufreizung zum Umsturz der Verfassung vor die Assisen gewiesene „rothe Republikaner" Freiligrath, dem die allg. Augsb. Ztg. schon ihr Bedauern darüber ausdrücken zu müssen glaubte, daß er wahrscheinlich geköpft werde, ist heute freigesprochen worden. Sogar das philisterhafte Frankfurter Journal wagt es, sich darüber öffentlich zu freuen. Man trägt in Köln ein Schmähblatt auf diejenigen Cölner Abg. in Berlin herum, welche die bekannte Interpellation wegen des Belagerungszustandes stellten, und sucht Unterschriften dafür. Allein eine Dankadresse an die drei Männer (d'Ester, Borchardt, Kill) findet bei weitem mehr Anklang.

Wien, 29. Sept. Nebst den veröffentlichten Briefen Jellacich's sind noch andere an die Erzherzogin Sophie gerichtete, in die Gewalt des ungarischen Premier Batthyany gekommen, welcher aus Rücksicht für den König im Beschlusse mit der Kammer diese Erzherzogin schonte. (D. Z.)

Wien, 3. Okt. Aus dem Wirrwarr der sich durchkreuzenden und widersprechenden Nachrichten und Correspondenzen läßt sich doch mit Sicherheit entnehmen, daß die Ungarn in einer Schlacht mit den Kroaten, wenn nicht einen entschiedenen Sieg, doch einen Vortheil errungen haben. Die Postverbindung zwischen Preßburg und Pesth ist abgesperrt. Das Ministerium veröffentlicht keine Depeschen, woraus geschlossen werden kann, daß die Kroaten nicht im Vortheil sind. Der lithographischen Correspondenz zufolge sollen **Perczel** und **Esterhazy** an der Spitze von 15000 Nationalgardisten den Kroaten in die Flanke gefallen seyn und zu dem Erfolg der magyarischen Waffen beigetragen haben. Die Wiener Regierung tritt offen gegen die Ungarn auf, und sendet österreichische Regimenter in's Land. Man erwartet ein Manifest, welches Kossuth und seine Partei als Rebellen erklärt. Die obern Comitate in Ungarn haben sich größtentheils für die Magyaren erklärt. Der allg. Zeitung wird unter obigem Datum geschrieben: Man weiß mit Sicherheit, daß eine Schlacht geschlagen wurde und daß ihr ein Waffenstillstand von 24 Stunden folgte. 2 Uhr Nachmittags: **Die bis jetzt angekommenen Nachrichten sind alle für die Ungarn günstig.** Man erfährt, daß die beiden Husarenregimenter Palatin und Coburg in Galizien unzufrieden geworden und im Begriff seien, nach Ungarn auszureißen.

* **Stuttgart**, 5. Okt. Unser Justizminister **Römer** beantwortet die an ihn gestellten Interpellationen sehr cavalièrement. Er sagt, wenn ihn ein Abgeordneter reaktionärer Absichten beschuldige, so werde er darauf in der Kammer nicht antworten, sondern es als persönliche Beleidigung betrachten. Er appellirt an das Argument der Kugeln. Wir möchten bezweifeln, daß Römer auf diesem Wege eine starke Nachfolge von Seite seiner Collegen auf den deutschen Ministerbänken finden wird. In der gestrigen Sitzung erklärten sich mehrere Abgeordnete auf die Aeußerung des zelotischen und bornirten Prälaten **Mehring**: »Herunter mit dem Visier, damit wir uns erkennen,« offen als Republikaner, welche die Revolution noch nicht als beendigt ansehen, so **Becher** und **Scherr**. Die Nachrichten aus allen Theilen Württembergs geben Zeugniß von dem republikanischen Geiste, der überall sich geltend macht. In **Hall** ist ohne vorgängige Requisition Militär eingerückt und hat sogleich Verhaftungen vorgenommen. Die Haller wollten, wie man sagt, zur Unterstützung der Linken bewaffnet nach Frankfurt ziehen. Die Art und Weise, wie das Militär auftritt, ist nicht geeignet, die Gemüther zu beruhigen.

Hamburg, 1. Okt. Ein Gerücht ist hier verbreitet, daß der Oberstlieutenant von der Tann im Stillen Freischärler werden läßt, schon 300 sollen geworben sein. Es ist leicht möglich, daß Schleswig-Holstein die tapfern Freischaaren wird brauchen können. Einem Stettiner Capitän Petrowky, vom Schiffe Alba, wurden bei seiner Freilassung in Kopenhagen 900 Mark abgezwackt. So halten die Dänen die Waffenstillstandsbedingungen, die freie Herausgabe der Schiffe bestimmen. Frkf. J.

Gießen, 2. Okt. Wir haben wieder eine sehr unruhige Nacht gehabt. Gestern Abend 11 Uhr wurde plötzlich durch alle Straßen Generalmarsch geschlagen und erklangen zugleich die Trompeten für die reitende Bürgergarde. Massen Menschen wälzten sich nach dem Arresthause zu. Als Erklärung wurde angegeben, die Regierungscommission habe die Chevaulegers von Butzbach kommen lassen, um die Gefangenen abzuholen nach Mainz. Es herrschte eine furchtbare Aufregung, so unwahrscheinlich es war, daß die Behörden gegen ihr »amtlich« verpfändetes Wort gehandelt hätten. Der wahre Sachverhalt soll der sein. Es waren gestern früh zwei Briefe an das Criminalgericht und den Regierungsrath Küchler eingelaufen, daß das Arresthaus Abends 11 Uhr gestürmt werden solle. Darauf hat Küchler die Chevaulegers bis an das Weichbild Gießens (nicht weiter) rücken lassen. Um 11 Uhr fing auch richtig der Spectakel an, aber — nun ungewiß, ob durch die bemerkten Patrouillen der Chevaulegers erst hervorgerufen, oder ob die Tumultuanten, da sie die Chevaulegers in der Nähe wußten, dies nur als Vorwand der Aufregung nahmen. (Fr. J.)

Hirschberg (in Schlesien), 28. Sept. Die Organisation der demokratischen Vereine in unserem Kreise schreitet fort, aller Verdächtigungen ungeachtet, die man gegen den hiesigen demokratischen Verein ausstreut. Die hiesige Reaktion lebt in einer ununterbrochenen Angst, weil sie, sobald sie vernimmt, daß sich irgendwo ein Verein gebildet hat, glaubt, die Landleute würden den folgenden Tag in die Stadt kommen und ihnen die Fenster einwerfen. Unter Demokraten denkt sie sich nur eine Rotte Meuterer, sie weiß oder mag nicht wissen, daß gerade sie strenges Recht, weil nur mit ihr **wahre Freiheit** bestehen kann, zum Maßstabe ihres Handelns machen. Wenn der hiesige konstitutionelle Verein sich noch nicht über zu großen Zudrang zu beklagen hat, so liegt die Schuld nicht an seinen Bemühungen. Er hat das ihm Mögliche gethan, die Leute zu locken, daß sie glauben sollen, bei ihm sei das wahre Staatswohl zu haben; aber es hilft halt nichts! (A. O. Z.)

Altenburg, 3. Okt. Das eingerückte königl. sächs. Militär ist durch die ganze Stadt einquartirt, man scheint den Soldaten überall freundlich entgegenzukommen. An die Stelle des zurückgetretenen Ministers Jese ist der bisherige Hofadvocat Sonnenkalb, einer unserer Deputirten zur Nationalversammlung, ins Ministerium berufen worden und hat den Ruf angenommen.

Dtsch. allg. Ztg.

Italien.

Neapel, 23. Sept. In Palermo hat die fremde Vermittlung den Muth aufs neue angefacht. Daher verwünschen die k. Journale die englische Flotte in die chinesischen Gewässer und die französische an die Küsten der Königin Pomare. 10,000 bewaffnete Landleute, der Kopf mit 4 Carlini (48 Kreuzer) täglich honorirt, sind in Palermo kampffertig.

Frankreich.

Strasburg, 3. Okt. Wegen der Auslieferung von 6. Individuen, welche an der Ermordung Auerswalds und Licknowski's Theil genommen haben sollen, wurde schnell durch den Telegraphen in Paris angefragt, und dieselbe angeordnet. Man konnte jedoch nur noch vier habhaft werden, zwei waren bereits in die Schweiz geflüchtet.]

Gedruckt unter Verantwortlichkeit der Verleger, von Wilhelm Kümmel.
Expedition S. 39. im Gasthof zum König Otto 2te Etage.

Der freie Staatsbürger.

Erscheint an allen Wochentagen, am Sonntag nur ausnahmsweise auf einem Extrablatt. Preis in ganz Bayern vierteljährl. fl. 1. 30 kr. halbjährl fl. 3. — jährlich fl. 6.

Organ der Demokratie.

Inserate werden die dreispaltige Petitzeile zu 3 kr. berechnet. Die Abonnenten haben für die Hälfte des Abonnementpreises Inserate frei.

№ 7. Nürnberg, Sonntag, den 8. Oktober 1848.

Bericht der Linken an das deutsche Volk.

(Schluß.)

Der Mangel an Klugheit, an Voraussicht in diesem Verfahren zeigte sich bald in einer das ganze Volk tief erschütternden Angelegenheit. Der Krieg mit Dänemark wegen Schleswig-Holsteins war nach einem längeren Versuche, einen Waffenstillstand abzuschließen, von Neuem begonnen, hauptsächlich, wie damals der Reichsminister von Schmerling erklärte, weil Dänemark sich weigerte, die Bedingung im Waffenstillstande aufzunehmen, daß derselbe von Seiten der deutschen Centralgewalt bestätigt werden müsse. Damals sprach das Ministerium viel von der Ehre Deutschlands, von der Siegesgewißheit und dem Ruhme! Jetzt ist von Preußen gegen die Bundesacte und das Gesetz vom 28. Juni d. J. in seinem Namen und im Namen des deutschen Bundes — nicht der jetzt bestehenden Centralgewalt — mit offenkundiger Ueberschreitung der Vollmacht in den wichtigsten Punkten — wie das Ministerium selbst anerkannt — ein siebenmonatlicher Waffenstillstand abgeschlossen, der den Interessen Deutschlands entgegen ist, der Schleswig-Holstein Preis gibt und die Verpflichtungen, die Deutschland diesem Bruderstamme gegenüber auf sich genommen hat, verletzt. Zwei Bestimmungen waren es, die uns die Annahme des Waffenstillstandes unmöglich machten, so sehr wir das Bedürfniß eines Friedens anerkannten und so gern wir einen billigen und gerechten Frieden einem ruhmreichen Kriege, der für das leidende Volk immer mit großen Opfern verbunden ist, vorziehen. Der erste Grund war die wahre Mißachtung, die das Ausland und auch Preußen der aus der Revolution hervorgegangenen deutschen Centralgewalt hierbei bewiesen hatten. Ein Volk, das sich nicht selbst achtet, wird nie dem Auslande gegenüber die Achtung seiner Ehre und seiner Interessen erlangen. Und deßhalb waren wir gegen den Vortrag. Zum zweiten waren aber auch die Interessen Schleswig-Holsteins, derentwillen der Krieg begonnen war, so tief verletzt, die Nachtheile dieses langen Waffenstillstandes waren so ganz allein auf deutscher, und die Vortheile so allein auf dänischer Seite, daß wir den Waffenstillstand nicht allein als unsern Interessen nachtheilig, sondern auch für die Ehre unserer siegreichen Waffen schmachvoll erkennen mußten. In der ersten Berathung erlangte unsre Meinung die Mehrheit der Versammlung. Die Ausführung des Waffenstillstandes wurde verschoben. Aber das Ministerium zog sich vor diesem Beschluß zurück, ein neues Ministerium wurde nicht gebildet, so sehr wir auch auf den Vollzug des Beschlusses drangen — der Beschluß der Nationalversammlung wurde nicht vollzogen. Es war für den Waffenstillstand der Nothstand der Küstenländer geltend gemacht. Es wurde deshalb unsrer Seits der Antrag gestellt, daß das ganze Deutschland für den erlittenen Schaden aufkommen werde, um diesen leidenden Gegenden die Ueberzeugung zu verschaffen, daß sie nicht allein die Opfer zu tragen hätten, sondern daß die übrigen Volksstämme ihnen wie Brüder helfen würden. Wir hatten bei diesem Antrage den Schmerz, diejenigen unter einem nichtigen Vorwande gegen uns stimmen zu sehen, die den Nothstand am eifrigsten als Grund für den Waffenstillstand geltend gemacht hatten. Man wollte keine Beruhigung, keine Hilfe, man wollte nur den Waffenstillstand um jeden Preis. Während der langen Zwischenzeit zwischen der ersten und zweiten Berathung wechselte die kleine Mehrheit, die sich für unsre Meinung erklärt hatte. Das deutsche Volk kennt diese traurige Verhandlung. Der Waffenstillstand wurde genehmigt. Unglückliche Ereignisse waren hier die unmittelbare Folge dieses Beschlusses, Ereignisse, die Niemand tiefer beklagt als wir. Alle Feinde der Freiheit jubeln jetzt in ihrem Herzen, stolz und kühn erhebt die Reaction ihr Haupt, und versucht, dem ganzen Volke die gesetzliche Freiheit zu verkümmern, weil eine kleine Anzahl von Männern die Freiheit mißbraucht hat. In diesem Augenblick lastet der Belagerungszustand und in dessen Folge: Aufhebung des ordentlichen Gerichtsstandes und ungemessene Beschränkung der persönlichen Freiheit auf der Bevölkerung der Stadt Frankfurt, und mit tiefster Entrüstung haben wir aus dem Munde eines Ministers vernommen, daß selbst die Volksvertreter nicht ausgeschlossen sind. Wir waren einen Augenblick zweifelhaft, ob wir nicht die Würde des Volkes kränkten, wenn wir während der Dauer eines so schmachvollen Zustandes unsere Thätigkeit als Volksvertreter ausübten. Wir haben aber unsern Platz behauptet, um mit der ganzen Kraft unseres Geistes und Herzens die Rechte des Volkes und seine Freiheit gegen jede Beeinträchtigung zu vertheidigen.

Deutschland.

R Nürnberg, 5. Okt. Die „deutsche Zeitung," auch Hofraths- und Lügenzeitung genannt, erscheint seit 1. Okt. statt in Heidelberg in Frankfurt, und unter anderer Redaktion; anstatt des berühmten Herrn Gervinus unterzeichnet sich jetzt ein sehr unberühmter Herr Kiesselbach. Sie ist aber, wie es scheint, in ihrem Geiste ganz dieselbe geblieben. Ein paar Pröbchen mögen dieß beweisen. „Das Herz, sagt sie, und meint damit Frankfurt und die Reichsgewalt, ist in unserm Staatskörper nicht das ursprünglich daseiende Organ, das mit treibender Kraft aus sich heraus die Außentheile ansetzt — von der Peripherie des vorhandenen politischen wie materiellen Sonderthums müssen die Adern vorsichtig zu dem sich zuletzt bildenden Centrum hingeströmen werden; man muß ihnen Frist gönnen, sich an den neuen Blutumlauf zu gewöhnen; dann erst vermag dort der Knoten sich zu schürzen, der selbst die diametral sich gegenüber liegenden Radien unauflöslich mit einander verbindet." Wenn wir diesen bombastischen Schwulst in klares Deutsch übersetzen, so heißt dieß soviel: das Parlament darf nicht, kraft des in ihm vertretenen souveränen Volkes, von sich aus eine kräftige deutsche Einheit verwirklichen und die Widerstrebenden im Nothfall durch die Gewalt des Volkswillens unter diese Einheit beugen, sondern es muß sich in Unterhandlungen mit den Fürsten einlassen und nach und nach, im Wege gegenseitiger Conzessionen, eine deutsche Scheineinheit zu Stande bringen; denn eine wahre, kräftige Einheit kann nicht von der „Peripherie des Sonderthums," sie muß allerdings vom „Herzen" ausgehen. Allein die deutsche Zeitung ist genügsam, sie ist zufrieden und freut sich der deutschen Einheit, wenn die Einzelregierungen den Wink des Reichsministeriums zur Verfolgung der Freiheitsbestrebungen verstehen und beachten. Das zeigt uns eine zweite Stelle in einer Correspondenz aus München. Hier heißt es wörtlich: „Wenn wir die jüngste Lebensäußerung der Centralgewalt (die reichsministerielle Aufforderung zur Ueberwachung der Freiheitsbestrebungen) mit Dem vergleichen, was hier vorgegangen, so können wir nicht daran zweifeln, daß unsere Regierung es mit der Centralgewalt redlich meine. Unsere Demokraten nämlich sind polizeilichen Haussuchungen erlegen." Mit solcher Schamlosigkeit gesteht diese Zeitung zu, daß ihr die deutsche Einheit durch die Polizeihetze auf alle deutsche Demokraten verwirklicht erscheint. Aber die deutsche Zeitung vergißt, daß es, um diese Einheit zu er-

reichen, einer Revolution und eines Parlaments in Frankfurt nicht bedurft hätte. Wenn der alte Bundestag eine Demagogenhetze beschloß, hat die deutsche Einheit zur Vollziehung des Beschlusses niemals gemangelt.

Frankfurt, 30. Sept. Ich mache Sie darauf aufmerksam, daß die Centralgewalt Preußen gegenüber ein neues Manöver versucht. Nachdem sie der Reaktion so Vieles zu Gefallen gethan und den Einzelregierungen lauter Befehle gegeben, die zu erfüllen höchst angenehm gewesen, glaubt sie sich — o über den naiven Wahn! — erstarkt genug, auch Andres verlangen zu dürfen. Sie hat darum in einer höchst geheimen Mission den Baron Stockmar nach Berlin geschickt, um Preußen zur Aufgabe seiner diplomatischen Posten und zur Vereinigung derselben mit den Reichsgesandtschaften zu bewegen. Dieser Mensch, den einst die Heidelberger Hofrathszeitung zu einem Reichsministerposten vorgeschlagen, ist niemals Diplomat, sondern stets Familienintriguant der Coburgs gewesen. Leopold von Belgien hat ihn dem Prinzen Albert abgetreten und dieser scheint ihn jetzt dem Hrn. Johann überlassen zu haben. (Ref.)

Nachrichten vom Kriegsschauplatze in Ungarn.

* Wir geben in Nachfolgendem die Nachrichten der A. A. Z. aus Wien und Ungarn, welche kaum einen Zweifel darüber lassen, daß die Todtenglocke der österreichischen Monarchie zu läuten begonnen hat. Der Banus Jellacich ist geschlagen und von einem stündlich wachsenden Landsturm umringt. Kein Freund der Wahrheit und der Freiheit kann den Untergang Oesterreichs bedauern. Falschheit und Hinterlist waren bis auf den letzten Augenblick die Grundzüge seiner Politik, durch Falschheit und Hinterlist hat es sich in die letzten Verwicklungen und Bedrängnisse gestürzt, durch Falschheit und Hinterlist wird es sich daraus zu ziehen suchen. Wir hoffen, es wird ihm nicht gelingen.

Wien, 4. Oct. Die Vermuthung, daß sich Jellachich in der Absicht gegen Raab zurückgezogen habe, um Hülfe von österreichischer Seite zu erwarten, geht in Erfüllung. Bereits ist ein Corps organisirt, welches ihm zu Hülfe zieht. Es besteht aus 20 Bataillons, 2 Batterien und einem Regiment Cavallerie. Ein Manifest sollte gestern nach Ungarn abgehen (man will heute wissen, daß es zurückgenommen worden sey), welches alle Militär- und Civilgewalt in Jellachichs Hände legt und alle nicht vom König sanktionirten Gesetze für ungültig erklärt. Ein Privatbrief, welcher heute Morgen aus Pesth hier eingelangt, meldet, daß die einzelnen Vortheile, welche die Ungarn über Jellachich errungen eine höchst kriegerische Stimmung in Pesth hervorgerufen, und daß alles zu den Waffen greife, selbst die Verzagtesten. Er meldet ferner, daß Jellachich durch die äußerst schwierige Stellung, in welche er durch das allseitige Erheben des magyarischen Landsturmes in den Comitaten, die er hinter sich gelassen, versetzt worden sey, wie durch die ungeheuere Macht, welche den Magyaren zu Geboten stehe, gezwungen sey, seine Stellung aufzugeben, und daß seine Mannschaft in der größten Verwirrung sich zurückziehe. Bestimmt ist, daß die magyarischen Bauern sich allerwärts erheben aus Furcht von den Croaten ausgeplundert zu werden. Man schlägt die Zahl der im Lande bewaffneten Bauern auf einige hunderttausend an. Jellachich leidet Mangel an Lebensmitteln. Der Graf Georg Zichy ist an der Donauinsel Csepel aufgehängt worden, Eugen Zichy ist in Gefangenschaft bei den Magyaren. Man beschuldigt sie mit Jellachich in Einverständniß gehandelt zu haben.

Wien, 4 Oct. Diese Nacht hatte der Kaiser das Manifest gezeichnet, welches Jellachich zum Civil- und Militärgouverneur von Ungarn ernannte, die Kammern auflöste und das ganze Königreich dem Kriegsgesetz unterwarf. Es war strenge Vorsorge getroffen daß keine Exemplare aus der kaiserlichen Druckerei entfernt würden, ehe dies Manifest in Jellachichs Hände gekommen. Da kamen diesen Morgen sehr schlechte Nachrichten von Jellachichs Armee. Sein Centrum war zersprengt. 6000 Grenzer hatten sich auf Raab zurückgezogen; Jellachich war gezwungen gewesen, von seinen eigenen Leuten massenweise erschießen zu lassen, weil sie Barbareien begingen, die unerhört waren. Außerdem kam ein hoher österreichischer Offizier an, es soll der Commandant von Gomorn gewesen sein, der seine Relation mit den Worten begann: Wäre Jellacich selbst ein Feldherr wie Napoleon und seine Banden französische Regimenter, er entginge dem Verderben dennoch nicht, denn es umzingelt ihn ein Landsturm, wie er noch niemals gesehen wurde; wenn zehn fielen, stünden hundert dafür auf. Alle Marodeurs werden niedergemacht, es ist ein Kampf des Einzelnen gegen den Einzelnen u. s. w. Auf diese Nachrichten hin ward das Manifest zurückgenommen. Was man in dieser Lage thun will, das wissen die Götter. Aber in Wien sollen viele Männer die Hände aufs Herz legen und sich fragen, ob sie nicht große Schuld an dem Unglück tragen, welches über das herrliche Ungarn hereingebrochen ist. Die besten Freunde haben diesesmal die schlechtesten Dienste erwiesen. — Nachschrift. Man erfährt, daß von den Ungarn 500,000 Gulden aufgefangen wurden, die für Jellachich bestimmt sind.

Wien, 4. Oct. In Pesth sind alle Läden geschlossen, die Nationalgarde Tag und Nacht unter den Waffen und jeder Wehrfähige gehalten sich einzureihen. Vom Kriegsschauplatze selbst noch immer keine officiellen Berichte. Eine heut aus Raab hier eingetroffene Estafette brachte die überraschende Nachricht, daß ein Corps der croatischen Armee von 8000 Mann daselbst eingerückt ist. Ueber die Absicht, welche Jellachich mit dieser Bewegung verbindet, oder ob er sie, was jedoch unwahrscheinlich ist, nothgedrungen unternommen hat, darüber herrschen nur unsichere Vermuthungen. Indessen sollen mehrere kleinere Truppenabtheilungen von Mähren aus auf dem Marsch nach Ungarn begriffen sein. Vielleicht sollen diese sich mit Jellachich vereinigen.

Pesth, 2. Oct. Es herrscht bei uns die furchtbarste Aufregung. Der Landsturm ist aufgeboten. In einer gestern stattgehabten Volksversammlung wurde beschlossen, daß alles, Jung und Alt ohne Ausnahme, gegen den Feind ziehen müsse. Heute ist alles in Bewegung, die Straßen wimmeln von mit Feuergewehren, Sensen, Lanzen, Spießen bewaffneten Menschen, darunter Greise und Knaben. Alle Kaufläden sind gesperrt, alle Arbeiten eingestellt, die Gewerbe stocken, die Buchdruckereien stehen still, es erscheinen keine Zeitungen, kaum daß man eine Presse für dringende Placate vorbehielt.

Ofen, 2. Okt. Ich schreibe Ihnen unter dem fürchterlichsten Gewirre, das die Nähe eines Lagers von zwei feindlichen Armeen hervorbringt. Freitag, den 29. griff Jellachich, der Stuhlweißenburg im Rücken hat, das ungarische Heer bei Velencze viermal an ohne etwas auszurichten. Nach Aussage der Ungarn soll er einen Verlust von 300 Todten haben, die Ungarn behaupten auf ihrer Seite seyen nur 10 Mann gefallen. Samstag den 30. sollte die Fortsetzung und die Hauptschlacht seyn, aber um 12. Uhr Mittags wurde ein dreitägiger Waffenstillstand geschlossen. Soeben kommt ein Bote der aussagt, daß Jellachich in verflossener Nacht nach Stuhlweißenburg zurückmarschirt sey. Vermuthlich hat er sich mit General Roth, der von Fünfkirchen mit 8000 Mann kam, vereinigt. Dem letztern haben die Fünfkircher Nationalgarden unter Anführung des Majors Anton Perczel die ganze Munition (189,000 scharfe Patronen) weggenommen. Im Augenblick weiß man noch nicht, ob Jellachich sich auf demselben Weg, woher er gekommen, zurück oder nach Fünfkirchen, oder, was das wahrscheinlichste, nach Mór und Raab hinzieht und von daher aus Oesterreich Verstärkung erwartet. An einen Sieg kann er nicht mehr denken, denn er fand auf ungarischem Boden keine Sympathie, wohl aber überall Landsturm, so daß er von Glück sagen kann, wenn er mit heiler Haut davon kommt. Der Zuzug ins ungarische Heer ist furchtbar stark und die Leute sind vom besten Muthe beseelt. Der größere Theil der Ofener und Pesther Nationalgarden ist ebenfalls theils schon dorthin, theils gehen sie morgen. Graf Zichy, Obergespan in Stuhlweißenburg, wurde wegen Einverständniß mit Jellacich zum Galgen verurtheilt. Ein Bauer aus Kumanien machte den Scharfrichter. — So eben 12 Uhr Mittags wird ein vom Sicherheitsausschuß unterzeichnetes Placat angeschlagen, wonach sich Jellacich gegen Mortonvasar hingezogen habe. Ist er eingeschlossen, so ist er mit Mann und Maus verloren. Morgen näheres wenn ich nicht schon im Lager bin.

Gedruckt unter Verantwortlichkeit der Verleger, von Wilhelm Lümmel.
Expedition S. 39. im Gasthof zum König Otto 2te Etage.

Der freie Staatsbürger.

Erscheint an allen Wochentagen, am Sonntag nur ausnahmsweise auf einem Extrablatt. Preis in ganz Bayern vierteljährl. fl. 1. 30 kr. halbjährl fl. 3. — jährlich fl. 6.

Organ der Demokratie.

Inserate werden die dreispaltige Petitzeile zu 3 kr. berechnet. Die Abonnenten haben für die Hälfte des Abonnementpreises Inserate frei.

№ 8. Nürnberg, Montag, den 9. Oktober 1848.

Die definitive Centralgewalt.

M. Nürnberg, 6. Oct. In Nord- und Süddeutschland ruft die „gute Presse" jetzt noch einer definitiven Centralgewalt für Deutschland. Ist es aber, namentlich den Süddeutschen klar, wie diese Centralgewalt ausfallen müßte, wenn sie jetzt und von dieser Reichsversammlung festgesetzt würde. Das ist es, was wir bezweifeln. Die süddeutschen Fürsten mögen in der Angst, Alles zu verlieren, zu Concessionen, zu „Opfern", wie man sich in der hofräthlichen Sprache ausdrückt, sich herbeilassen, ob sie aber den endlichen Beschluß dieser Reichsversammlung gut heißen und ihm ohne Hintergedanken und aufrichtig sich unterwerfen würden, ob sie sogar ihre Bajonette gegen ihr Volk kehren würden, wenn dieses mit jenem Beschluß nicht einverstanden sein sollte, das wäre denn doch vielleicht noch zu bezweifeln. Ein Ministerium Schmerling mag im Vertrauen auf seine Kartätschen und Shrapnells wähnen, am Ende aller Schwierigkeiten zu stehen, wer die Dinge etwas genauer erwägt, muß einsehen, daß wir erst am Beginn der Hauptschwierigkeiten angekommen sind. Es ist für den Augenblick, durch Mittel, die gehässig genug sind und mit Hilfe von Fehlern und Ueberstürzungen, die den jetzigen Machthabern sehr gelegen kamen, gelungen, ganz Süd- und Norddeutschland unter die Gewalt der Bajonette zu stellen und dadurch eine Bewegung für den Augenblick zu unterdrücken, welche allerdings, auf die kräftige Wahrung der deutschen Ehre ohne alle Rücksicht auf Sonderinteressen gerichtet, nach H. Simon's Ausdruck leicht die 34 Throne vor sich hätte aufrollen können. Allein es ist widersinnig, an eine Verewigung des jetzigen Kriegszustandes über ganz Deutschland zu denken, und die gegenwärtige Diktatur, der Terrorismus, welcher erdrückend auf dem Volke lastet, ist keineswegs geeignet, den jetzigen Machthabern Sympathien zu erwecken, er wird die entgegengesetzte Wirkung um so sicherer hervorbringen, als die Aufrechthaltung dieser Truppenmasse das Volk furchtbar erschöpfen und dem Staate die Mittel entziehen muß, zur Hebung der Gewerbe ꝛc. Etwas namhaftes zu thun. Das jetzige System kann daher nun und nimmermehr beruhigen, es kann nur erbittern, und die Unzufriedenheit wird bei dem nächsten Anlaß gewaltig hervorbrechen. Sicherlich wäre dieß der Fall, wenn die Reichsversammlung, taub gegen den Willen des Volkes, das ihre Reinigung verlangt, das in den gesetzlichen Besitz seiner Freiheiten gelangen will, in ihrem jetzigen Bestand verharren, dagegen folgsam gegen die täglich kecker hervortretenden Forderungen der Regierungsorgane und der gesammten „guten" Presse, die Berathung der Grundrechte abbrechen und sofort eine definitive Centralgewalt einsetzen würde. Ganz abgesehen davon, daß das Volk hierin den sichern Beweis eines schändlichen Verraths erkennen, daß es daraus vollends die Ueberzeugung schöpfen würde, man wolle ihm überhaupt die zugesagten Rechte niemals gesetzlich gewährleisten, sondern, nach gewohnter Fürstenweise, bei Versprechungen es bewenden lassen, so wird durch die Wahl des Königs von Preußen zum deutschen Kaiser — und etwas Andres ist von dieser Versammlung nicht zu erwarten — das Aufgeben Deutschlands in Preußen, das schon jetzt angebahnt ist, gesetzlich ausgesprochen, und das dürften die Süddeutschen denn doch so ruhig nicht hinnehmen. Das ganze deutsche Volk, das süddeutsche und das norddeutsche, mit Ausnahme derer, welche kein Vaterland haben, deren Vaterland ihre Privilegien sind, wird sich leicht einigen und zu einem mächtigen Volkskörper verbinden, aber die Dynastien trennen die Volksstämme, wie sie von Alters her die Nationen getrennt haben. Und der König von Preußen wahrlich, der erst kürzlich wieder bewiesen, wie wenig er die Errungenschaften der Revolution achtet, der seinem Volke erst kürzlich wieder ein Ministerium aufgedrungen hat, das man mit Recht das Ministerium der bewaffneten Reaktion nennt, ein Ministerium, dessen Präsident die nach Freiheit ringenden Polen mit Höllenstein äzte, dessen Minister des Innern in der berüchtigten Mainzer Commission die Demagogen mordete, ein solcher Fürst, der, selbst wenn er wahrhaft constitutionell regieren wollte, durch eine unverbesserliche Hofkamarilla immer und immer daran gehindert würde, wird in Süddeutschland nicht so leicht Sympathien finden und nur mit Bajonetten wird man ihm Gehorsam erzwingen können. Gleichwohl ist es klar, daß die Männer, deren Partei jetzt in der Paulskirche herrscht, über diesen Punkt völlig geeinigt sind und begierig des Augenblicks harren, an welchem sie dem glücklichen Deutschland den König von Preußen als Kaiser zuführen können. Auf Hereinziehung Oesterreichs in die deutsche Einheit hat man, wie uns ein Artikel der augsb. allg. Ztg.: „das deutsche Reich und Oesterreich" aufs Neue bestätigt, in diesen Kreisen gänzlich verzichtet: „ein Reich, wie das österreichische, fügt sich dem deutschen Bundesstaate nicht ein, es schließt sich ihm nur vertragsmäßig an," und es war eine „Hintansetzung praktischer Einsicht," als man einen Erzherzog zum Reichsverweser wählte. Jetzt aber, nach der Erschütterung vom 18. Sept., sollte sich die Versammlung, so wird uns in jenem gut preußischen Artikel, wenn auch etwas versteckt, bedeutet, beeilen, den König von Preußen zum Kaiser von Deutschland auszurufen, und zwar ohne sich länger mit den Grundrechten zu befassen. „In die Berichte der Schriftführer, in die stenographischen Mittheilungen schleichen sich die von der Abstimmung gut geheißenen Paragraphen der Grundrechte ein, und dort liegt ihr ganzes Dasein; sie werden es nicht weiter und zu keinem eigentlichen Leben bringen." Das ist deutlich! Ist einmal der König von Preußen Kaiser von Deutschland, so gilt Alles, was die Reichsversammlung außer seiner Erwählung beschlossen hat, Nichts! Eine Offenheit, die man bewundern könnte. Es muß schon weit gekommen sein, wenn man so keck aufzutreten wagt. Aber noch ist das Volk nicht ganz mundtodt gemacht, noch ist der in den Merztagen so schön erwachte deutsche Geist nicht ganz ertödtet, und die Combinationen, deren Grundlage nicht der Volkswille, sondern die Bajonette bilden sollen, können in einer blutigen Nacht zusammenbrechen, wie ein Kartenhaus.

Deutschland.

* Nürnberg, 9. Okt. Die gestern im Katharinensaale abgehaltene Urwählerversammlung war sehr zahlreich. Es wurde von dem provisorischen Volksversammlungscomité ein Tags zuvor eingelaufenes Schreiben des Dr. Krafft und der Entwurf einer Antwort darauf vorgelegt. Herr Krafft sagt in seinem Briefe: er werde sein Mandat nicht niederlegen, da er fest überzeugt sey, er besitze das Vertrauen der Mehrzahl seiner Urwähler. Auch habe er nach seiner besten Ueberzeugung gestimmt. Wie sich die Menschen täuschen können! Daß die Mehrzahl seiner Urwähler mit Hrn. Krafft unzufrieden ist, davon besitzt man den Beweis schwarz auf weiß; denn fast 4000 Urwähler haben sich mit Namensunterschrift gegen ihn erklärt. Es dient übrigens zur Charakteristik des Hrn. Krafft, daß er eine Adresse der Crefelder

Bourgeoisie zu Gunsten des Waffenstillstandes seinem Schreiben als Beleg dafür beilegte, daß das deutsche Volk mit dem Beschluß vom 16. Sept. zufrieden sey! Als ob diese Adresse der Crefelder gegenüber den unzähligen Adressen im entgegengesetzten Sinn in's Gewicht fallen könnte, und als ob man in Nürnberg nicht wüßte, wie die Crefelder Fabrikanten Unterschriften zusammenpressen. (Sie stellen nämlich ihren armen Arbeitern ganz einfach die Alternative, entweder die servilen Adressen zu unterschreiben oder aus der Arbeit zu gehen.) Das von der Urwähler-Versammlung genehmigte Antwortschreiben macht den Abgeordneten auf das Resultat der für und gegen ihn aufgelegten Unterzeichnungslisten aufmerksam, und stellt ihm die Alternative, entweder sich mit seinen eignen frühern Aeußerungen über Verpflichtung zur Niederlegung des Mandats im Widerspruch zu erklären, oder seinen Sitz in der Paulskirche aufzugeben. Wenn man ihn zu letzterem nicht geradezu zwingen könne, so müsse man es ihm anheimstellen, ob er es mit seiner Ehre vereinbar finde, ob er es über sich gewinnen könne, im Widerspruch mit der großen Mehrzahl seiner Urwähler hartnäckig auf seinem Posten zu beharren. — In das definitive Comité für Volksversammlungen wurden gewählt die HH Schmitt, Kaufmann. Reißmann, Kaufmann. Fr. Bauer, Kaufmann. Zwanziger, Goldarbeiter. Thieme, Tuchbereiter. Dr. Schwarz, prakt. Arzt. Bock, Goldarbeiter. Streng, Handschuhfabrikant. Renner, Gastwirth. Wägler, Notar. Dr. Birkmeyer, prakt Arzt. Chr. Fink, Kaufmann. Stich, Mechanikus. Alex. Beck, Kaufmann. Tümmel, Buchdruckereibesitzer.

T. Fürth, 8. Okt. Heute hielt hier der Centralausschuß der fränkischen Vereine für Volksfreiheit eine Zusammenkunft. Es waren vertreten die Vereine von Nürnberg, Fürth, Bamberg, Erlangen, Almoshof, Sündersbühl, Schweinau, Kalchreuth, Herzogenaurach, Steinbühl, Bruck, Eltersdorf, Schwabach. Es wurde beschlossen, Sonntag den 22. Okt. zwischen Fürth und Nürnberg eine Volksversammlung abzuhalten. Ein weiterer Beschluß stellte den „freien Staatsburger" als Organ der verbundenen Vereine auf und bestimmte daß alle Mitteilungen des Vororts an die einzelnen Vereine künftig durch dieses Blatt zur Kenntniß derselben gebracht werden soll.

München, 6. Okt. Der ärztliche Kongreß hat gestern nach lebhafter Debatte sich dahin ausgesprochen, daß die ärztliche Praxis im Königreich Bayern nicht freigegeben werde. Dieser Beschluß wurde mit 20 gegen 5 Stimmen gefaßt. (N. M. Z.)

Frankfurt, 4. Okt. Herr Donelson, außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister der nordamerikanischen Freistaaten bei der deutschen Reichsgewalt überreichte heute dem Reichsverweser sein Beglaubigungsschreiben und es wurden dabei die üblichen obligaten Freundschaftsversicherungen gewechselt, auch nicht versäumt, an den großen Washington zu erinnern, dessen Rolle der Reichsverweser spielen zu wollen sich herabläßt.

Frankfurt, 5. Okt. Als in der 91. Sitzung der Nationalversammlung die Frage über die Zustimmung zu der gerichtlichen Untersuchung gegen Blum, Günther, Zitz, Schlöffel und Simon von Trier zur Verhandlung kam, äußerte Schmidt von Löwenberg: die Commission möge die Verhaftung nur ohne Weiteres genehmigen, damit das Volk sehe, die Centralgewalt sei nichts als der alte Bundestag. Als hierauf die Niedersetzung einer besondern Commission beschlossen worden war, verlas der Vicepräsident einen inzwischen von Schmidt und Wiesner eingegebenen Antrag: „In Erwägung, daß es wünschenswerth sei, daß die Nationalversammlung in ihrem wahren Charakter vor das Volk trete, möge der Antrag auf Verhaftung jener drei Mitglieder sofort genehmigt werden." Auf diesen Antrag trat der edle Gagern mit sichtlicher Leidenschaftlichkeit auf die Rednerbühne und beantragte, daß dieser Antrag an einen Ausschuß verwiesen werde, um der Versammlung Vorschläge zu machen, was zu thun sei, um dieser »Frechheit« — — (Stürmischer Ruf zur Ordnung, das ist eine Unverschämtheit!!) v. Gagern sieht sich genöthigt, die Tribüne zu verlassen. Pattai: Ich beantrage, v. Gagern zur Ordnung zu rufen! Vicepräsident: Ich werde v. Gagern nicht zur Ordnung rufen, und erwarte, daß dieses mein Verfahren eine besondere Commission entscheide, wenn die Versammlung nicht einverstanden ist. (Lärm: Gewalt! Tyrannei! u. dergl.) — Jordan trägt darauf an, die Sitzung zu schließen. Schmidt von Löwenberg tritt dem Gagern'schen Antrag bei, verlangt aber daß dieselbe Commission auch über das Benehmen v. Gagern's und das Verfahren des Vicepräsidenten urtheile. Wesendonck: Niemand hat so oft den Grundsatz aufgestellt: es dürfe hier kein persönlicher Angriff, keine Beleidigung einzelner Mitglieder ausgesprochen werden, als der Präsident v. Gagern (Zuruf: „der Edle") und nun spricht er selbst von »Frechheit«. Bei ruhigem Blut wird er selbst, werden Sie dergleichen nicht billigen. Schließlich wird beschlossen, die Begutachtung der drei Fragen Schmidt-Wiesner'scher Antrag, Gagern'sche Aeußerung und Weigerung des Vicepräsidenten Simson, Gagern zur Ordnung zu rufen, einem neuzuwählenden Ausschuß zu übertragen. Scenen, wie die hier vorgefallene, pflegen der Auflösung berathender Körper voranzugehen. — Es wurde sodann weiter, außer den in Nr. 6. bereits aufgezählten, folgende Paragraphen der Grundrechte angenommen: Es soll fortan kein Grundstück weder durch das Gesetz, noch durch Vertrag, noch durch einseitige Verfügung mit einer unablösbaren Rente belastet werden. Alle Zehnten sind auf Antrag des Belasteten ablösbar. Die Zehnten sind ablösbar. Die Normen der Ablösung bestimmt die Gesetzgebung der einzelnen Staaten. Mit diesen Rechten fallen auch die Gegenleistungen und Lasten weg, die dem bisher Berechtigten dafür oblagen. §. 29: „Die Jagdgerechtigkeit auf fremdem Grund und Boden, die Jagddienste, Jagdfrohnden, und andern Leistungen für Jagdzwecke sind ohne Entschädigung aufgehoben. Jedem steht das Jagdrecht auf eignem Grund und Boden zu. Der Landesgesetzgebung ist es vorbehalten, zu bestimmen, wie die Ausübung dieses Rechtes aus Gründen der öffentlichen Sicherheit zu ordnen ist. Am Schluß der Sitzung trägt Vincke darauf an, die drei Angeklagten von der Theilnahme an der Wahl des betreffenden Ausschusses auszuschließen. (Lebhaftes Mißfallen, das sind freche Anträge!) Wesendonck und Rösler wiedersprechen mit Entschiedenheit. Schlöffel erklärt, daß er und Simon nicht mitstimmen würden. Zitz dagegen vindicirt sich das Recht mitzustimmen, so gut als die Minister mitgestimmt hätten, als es sich um ihre Existenz gehandelt. Löwe hebt hervor, daß dies sogar geschehen sei bei dem Antrage: sie in Anklagestand zu versetzen. Es wird darüber nicht abgestimmt.

d Frankfurt, 5. Okt. Der gegen die Linke gerichtete Antrag des »Turnvaters Jahn,« der jetzt dieselbe Partei vernichtet wissen will, der er selbst vor wenigen Monaten noch sich zuzählte, da er als „Hauptwühler" den Frankfurter Jungen Unterricht im Sensenfechten gab, dieselbe Partei, die ihn aus dem bittersten Elend herauszog, dieser Antrag Jahn's ist keineswegs das Erzeugniß eines altersschwach und kindisch gewordenen Gehirns, sondern Jahn handelte, wenn nicht von der Rechten aufgestellt, doch jedenfalls im Einverständniß mit ihr. Man konnte es über sich gewinnen, den schwachsinnigen Alten diese traurige Rolle spielen zu lassen, die freilich kaum ein Andrer hätte übernehmen mögen. Und was that der »edle« Gagern? er, der die Linke jeden Augenblick unterbricht, er hatte gegen die Interpellation wie gegen die Anklage Jahn's kein Wort, so roh dieselben waren. Der Reichsminister Schmerling, dem die geheime Verbindung der Linken mit den Leitern des Aufstandes Etwas ausgemachtes ist, wies die Zumuthung Jahn's ebenfalls nicht zurück, sondern versicherte voll Selbstbefriedigung, die Gerechtigkeit werde alle „Schuldigen" treffen, die Rechte aber nahm die Interpellation und den Antrag mit dem sichtbarsten Wohlgefallen auf und begrüßte ihn mit Bravo, und erst als die Linke laut lachte und Beifall klatschte, so erzwang sie ein heiteres Gesicht und lachte mit.

Frankfurt, 6. Okt. In der heutigen Sitzung lag der Gesetzentwurf zum Schutz der Nationalversammlung zur Berathung vor. Er verbietet bei strengen Strafen die Abhaltung von Volksversammlungen 5 Meilen im Umkreis von Frankfurt während der ganzen Dauer der Reichsversammlung und spricht die schwersten Strafen aus gegen jede Beleidigung der Nationalversammlung, einzelner Mitglieder derselben oder der Beamten der Reichsgewalt. Von der Linken wurde theils auf Abänderung der Bestimmungen theils auf einfache Tagesordnung angetragen, während die Rechte den Entwurf zum Theil noch zu mild fand. So der pommer'sche Graf Wartensleben, welcher allen Anstiftern und Aufreizern, die das Volk verführen, den Kopf vor die Füße gelegt wissen will. Eine beleidigende Aeußerung Vinckes gegen die Linke, die er indirekt der Mitschuld am Aufstand vom 18. Sept. anklagte, erregte einen jener Stürme, die sich nun wohl öfter wiederholen werden, bis etwa die Majorität, die ja das souveräne Volk vertritt, die gesammte Linke aus dem Parlament ausstößt, worauf wir uns nicht wenig freuen. Es

fielen wieder von beiden Seiten beleidigende Ausdrücke. Der edle Gagern ruft: „Ich rufe diejenigen als frech zur Ordnung, welche das Wort Frechheit ausgesprochen haben. Das hatte aber der Edle Tags zuvor selbst gethan, und Rösler von Oels rief ihm daher logisch vollkommen richtig zu: „Da sind Sie ja selbst frech.“ Nun entstand Lärm, Skandal, Verwirrung ohne Gleichen. Man beschließt die Rösler'sche Aeußerung an die zur Begutachtung der früheren leidenschaftlichen Aeußerungen niedergesetzte Commission zu weisen, und diese mit der Entwerfung eines Disciplinarverfahrens zur Handhabung der Ordnung in der Versammlung zu beauftragen. O Jammer! Die deutschen Volksvertreter sehen sich nach einer Schulordnung um. Wird man dem „Edlen“ nicht bald gar den Stecken in die Hand geben? Die Abstimmung über den Gesetzentwurf ist verschoben.

Frankfurt, 6. Okt. Der Ausschuß der Nationalversammlung zur Begutachtung der Anklage gegen die Abg. Blum, Günther, Itz, Simon und Schlöffel besteht aus folgenden Mitgliedern: Hergenhahn, Scheller, Blömer, Ebmaier, Briegleb, Martens, Maltzahn, Werner, Schüler (von Zweibrücken), Langerfeld, Zachariä (von Göttingen) Duncker, Sprengel, Reh und Gombart. In den Ausschuß zur Berichterstattung über den Schmidt-Wiesnerschen und den v. Gagern'schen Antrag, so wie über die gestrige Aeußerung v. Gagerns und das Verfahren des Vorsitzenden Simson wurden gewählt: Lassaulx, Breuning, Schwarz (von Halle) Herzog, Edel, Grumbrecht, Pagenstecher, R. Mohl, Löwe (von Magdeburg), Wernher, Schwetschke, Reichensperger und v. Vincke.

Frankfurt, 6. Okt. Gestern Abend machte sich unter den gegenwärtig hier cantonirenden Reichstruppen eine ungewöhnliche Regsamkeit bemerkbar. In mehreren Quartieren der Stadt ertönten Allarmsignale, Cavallerie-Patrouillen durchzogen die Umgegend und ein großer Theil der anwesenden militärischen Kräfte stand an den Sammelplätzen in Bereitschaft. Ob die getroffene Maßregel blos die Wachsamkeit der Mannschaft auf die Probe stellen sollte, oder ob andere wichtigere Dinge jene militärische Bewegung und Wachsamkeit nöthig machten, ist zur Zeit noch nicht bekannt, obschon hierüber mancherlei wahrscheinlich unbegründete Gerüchte cirkuliren. (F. J.)

Frankfurt 6. Okt. Dr. Eisenmann, der bekanntlich neuerdings die Reaktion sieht, sagt in seinem Volksblatt von der Majorität des Parlaments: „die österreichische Regierung hat den Gehorsam versagt wegen des Geldausfuhrverbots — man hat sich's gefallen lassen; die preußische Regierung hat den Gehorsam versagt wegen der Huldigung — man hat sich's gefallen lassen; dieselbe Regierung hat bei Abschließung des Waffenstillstandes dem Willen der Centralgewalt entgegengehandelt — man hat sich's gefallen lassen: jetzt ist gar ein General von seinem Posten davon gelaufen und man hat ihm den Dank des Vaterlandes votirt!!“

Frankfurt, 7. Okt. Die O. P. A. Z. bringt in ihrem amtlichen Theil einen „Erlaß des Reichsverwesers an sämmtliche deutsche Regierungen,“ worin die Aufstellung bedeutender militärischer Streitkräfte an verschiedenen Punkten Deutschlands — bei Frankfurt, Kreuznach, Freiburg, an der Iller und in Thüringen als zu dem Zwecke angeordnet erklärt wird, die Herrschaft der Gesetze durchzuführen und der eingerissenen Zügellosigkeit zu steuern. Wir werden morgen auf dieses neuste Lebenszeichen der »deutschen Einheit« zurückkommen.

Berlin, 4. Okt. In der heutigen Sitzung der Vereinbarer-Versammlung erklärt der Ministerpräsident auf eine Interpellation Kosch's, daß er das Gesetz vom 6. April: »die Ausübung staatsbürgerlicher Rechte ist fortan von dem religiösen Glaubensbekenntniß unabhängig,« im Militärdepartement fortan zur Anwendung bringen lassen werde. Es war nämlich am 14. August eine Kriegsministerialverordnung erschienen, daß jüdischen Aerzten der Eintritt in militärärztliche Stellen, welche mit dem Offiziersrang verbunden sind, vorläufig nicht zu gestatten sey. — Man ging sodann zur Berathung des Bürgerwehrgesetzes über, die Amendements der Linken wurden verworfen und der Kommissionsentwurf in allen Hauptpunkten angenommen.

Berlin, 4. Okt. Die des versuchten Hochverraths angeklagten Fähndrich, Fernbach, Bartz und Baader sind heute freigesprochen worden. Der Vorsitzende hob in der Motivirung des Erkenntnisses hervor, daß der objektive Thatbestand eines Hochverraths, der den gewaltsamen Umsturz der Verfassung bezweckte, bei der jetzigen politischen Lage des preußischen Staats gar nicht zur Existenz kommen könne, da gegenwärtig *die absolute* Monarchie nicht mehr bestehe, *eine andere* Verfassung des Staates aber erst berathen werde, mithin noch nicht existent sey. Der Redakteur der Zeitungshalle wird »als der Majestätsbeleidigung und Erregung von Mißvergnügen verdächtig“ *) mit Steckbriefen verfolgt. Der Steckbrief gibt ein abermaliges Zeugniß von der Genialität der preußischen Polizeibehörden. Von Bauer wurde kürzlich als »besonderes Kennzeichen« angemerkt: „trug einen Bart, der jetzt abgenommen ist.“ Das war wenigstens unschädlich, denn man konnte doch nicht alle rasirten Leute als „Bauer's« anhalten. Durch den Steckbrief des Hrn. Julius aber kommen alle Juden in Gefahr verhaftet zu werden; denn als besonderes Kennzeichen ist bei ihm angeführt: »jüdisches Aussehen.“ Mit demselben Rechte, sagt die Reform, könnten wir verlangen, daß man künftig von einem deutschen oder französischen Aussehen in den Steckbriefen spreche.

Düsseldorf, 4. Okt. Abermals eine Freisprechung. Julius Wulff, Präsident des hiesigen Volksvereins, angeklagt durch Vorlesung des „republikanischen Katechismus“ und durch Verbreitung dieser Schrift zum Umsturz der Verfassung aufgereizt zu haben, wurde heute für nicht schuldig erklärt. Dem Dichter Freiligrath wurde am Abend nach seiner Freilassung ein Fackelzug gebracht. Er dankte, brachte am Schlusse seiner Rede der rothen Republik ein Hoch und stimmte die Marseillaise an, was ihm von der Bourgeoisie und der O.-P.-A.-Z. natürlich sehr übel genommen wird.

Potsdam, 30. Sept. Heute wurde der politische Clubb, an dem wieder viele Soldaten Theil nahmen, von den Gardes du Corps gesprengt. Sie drangen ein, verwundeten Civilisten und Soldaten mit Hämmern, Knütteln und Messern und sprengten die Versammlung. Die Bürgerwehr schritt dann ein und verhaftete die Ruhestörer. Man sagt, die Bürgerschaft wolle durch eine Deputation an den König um Entfernung der Gardes du Corps nachsuchen.

Wien, 5. Okt. Die Wiener Ztg. veröffentlicht das aus Schönbrunn vom 3. Okt. datirte königl. Reskript, welches den ungarischen Reichstag auflöst, seine nicht sanktionirten Beschlüsse für ungültig erklärt, Ungarn dem Kriegsgesetz unterwirft, den Banus Jellaßich zum Oberbefehlshaber aller in Ungarn und seinen Nebenländern so wie in Siebenbürgen liegenden Truppen und zum königl. Commissär mit unbeschränkter Vollmacht ernennt und ihm insbesondere die Bestrafung der Mörder Lambergs aufträgt, dessen Ermordung als eine Folge des Reichstagsbeschlusses bezeichnet wird. Im Eingang ist Ludwig Kossuth als der Anstifter zu den »Ungesetzlichkeiten« bezeichnet. Mit diesem Reskript ist das letzte Band zerrissen, welches Ungarn noch an die österreichische Monarchie knüpfte. — Das Reskript ist von dem neu ernannten ungarischen Ministerpräsidenten Adam Recsey von Recse gegengezeichnet. Das Ernennungsdekret für diesen Ministerpräsidenten ist ebenfalls von ihm, dem Ernannten selbst contrasignirt. Diese in den constitutionellen Annalen unerhörte Abnormität macht das Reskript formell ungültig.

* Stuttgart, 7. Okt. In unserer Kammer werden gegenwärtig nur politische Glaubensbekenntnisse abgelegt. Der Prälat Mehring hat mit seinem: Visier herunter! das Signal zu einer allgemeinen Beichte gegeben. Die Republik hat viele Anhänger, wie es scheint die meisten. Aber es sind blaue, es sind ideale Republikaner. Indessen besteht doch insofern eine positive Differenz zwischen dem Ministerium und, wie sich heute gezeigt hat, der Mehrzahl der Kammer, als diese eine konstituirende Versammlung will, um frei, ohne Rücksicht auf die Centralgewalt, dem Lande Württemberg eine Verfassung zu geben. Römer erklärte bei dieser Gelegenheit, daß in Deutschland zunächst die Einheit, nicht die Freiheit verwirklicht werden müsse. Auch der burschenschaftliche Traum des edlen Gagern! Mit 34 Fürsten eine Einheit! Gibt es einen kolossaleren Unsinn? Der große Heide D. Strauß

---

*) Die incriminirte Stelle, welche die Konfiskation des Blattes zur Folge hatten, lautet: „Hier ist dieses unheilschwangere Aktenstück (der Erlaß die Ernennung des Ministeriums Pfuel betreffend) dessen schwarze Lettern eine blutige Schrift verbergen, eine Blutschrift, deren Enthüllung über die, welche den höllischen Text ersonnen und über die welche ihre scheußlichen Lettern schrieben ewiges Wehe, den Fluch der Mitwelt und Nachwelt, ja das Verdammungsurtheil der unerbittlichen Richterin Geschichte bringen würde.“

löst sich in einen allerdings sehr klaren ministeriellen Doktrinär auf. Er stimmt mit den Prälaten und Rittern, d. h. mit der Rechten, die 28 Stimmen zählt, gegen ungefähr 50. Wenn ich oben sagte, es seyen nur blaue Republikaner in der Kammer, so muß ich das jetzt beschränken. Einer, **Forster**, erklärte sich für einen „Republikaner durch und durch," und meinte, die sociale Frage werde den Ausschlag geben. Dieser Ansicht scheint auch der **Beobachter** zu seyn, indem er das Budget für 1848/49 bespricht, das eine sehr beträchtliche Steuererhöhung nöthig macht. „Man hat behauptet, sagt er, die Revolution sei bereits vollendet; die aufbrechende Wunde des Finanzzustandes der deutschen Lande aber scheint uns das bedeutendste Prophetenwort zu seyn, daß die Revolution erst im Beginn ist." — Dasselbe Blatt theilt es als Gerücht mit, es sey vom Reichsministerium die Anfrage an den ehemaligen Minister Schlayer ergangen, ob er nicht die Stelle eines Reichskommissärs übernehmen würde. Warum nicht? Wir sind darauf gefaßt, daß nächstens dem Fürsten Metternich wenigstens ein Reichsgesandtschaftsposten angetragen wird. —

Karlsruhe, 5. Okt. Struve, Blind, Dusar (Struve's Schwager), Bauer und Trautmann sind heute in das pennsylvanische Gefängniß in Bruchsal abgeliefert worden.

Weimar, 4. Okt. In Sachsen-Weimar hat man 14 Demokraten verhaften wollen. Die Blüthen der deutschen Einheit werden immer duftiger. Indessen hat man nur vier habhaft werden können. Die Jenenser hatten sich der Verhaftung durch die Flucht entzogen. Der Literat Jäde in Weimar wurde zwar mit Hülfe des Militärs arretirt, aber alsbald wieder von seinen Freunden befreit.

Ungarn.

Pesth. 2. Okt. Die Schlacht vom 29. September war viel bedeutender, als wir auf den ersten Augenblick dachten. Unsere Armee war in einer Ausdehnung von 2 bis 3 Meilen aufgestellt, denn man konnte nicht wissen, wo Jellasich den Angriff beginnen würde, und welchen Weg er gegen den Tantalus-Apfel — Ofen einzuschlagen gesonnen sei. Er hatte den Vortheil den Angriff auswählen zu dürfen und mit ganzer Macht einen unserer Punkte angreifen zu können. Er griff unseren linken Flügel und das Centrum an, wo die unsrigen meistens mit Freiwilligen besetzt waren, und die er auf den ersten Angriff zu sprengen gedachte. Die Borsonder, Ofner und Honter kamen in's Feuer, sie hielten aber nicht nur wie ein Mann aus, sondern warfen den Kern der Jellasich'schen Truppen, die regulirten Gränzer dreimal zurück, so in andern Punkten standen unsere nie in Feuer gewesenen Freiwilligen wie Mauern; die Infanterie Ernest, Wasa, gegen 60 Grenadiere Prinz von Preußen, hielten sich tapfer, die 8 Divisionen Husaren zürnen, daß sie so wenig in's Feuer kamen, weil das Terrain für sie ungünstig aus Gebirgen bestehend, welche die Jellasich'schen besetzt hatten. Den Ausschlag gab die Artillerie, und zwar von der k. k. Artillerie war von derselben Division eine Abtheilung bei uns, die andere bei Jellasich! Die Artillerie unsererseits schoß ausgezeichnet, und erst unsere National-Artillerie, die sich von einem Monate herdatirt, und die 30 Kanonen besetzt hielt, diese ernteten eine allgemeine Bewunderung. Wir hatten gegen 50, meistens Zwölfpfünder; der Feind 40 Kanonen, wenig Zwölfpfünder, die außer der k. k. Abtheilung aus improvisirten Artilleristen, wie die unsrigen besetzt waren, aber sehr schlecht zielten. Das war die erste Schlacht, welche unser Vaterland seit 300 Jahren als selbstständiges Land gekämpft hat; sie war glorreich und ist für die Zukunft viel verheißend, sie bewies Riesenerfolge der Begeisterung, Freiheits- und Vaterlandsliebe, die alte erprobte ungarische Waffenehre, welche durch Verrath und Machinationen mit Schmach und Schande bedeckt wurde, ihren alten Glanz, und unsere Jünglinge sehnen sich nach weiterem Kampfe, um die Schärfe der ungarischen Waffen den Panslavismus fühlen zu lassen. Die Begeisterung ist nicht zu beschreiben; Feuer sprühte aus den Augen unserer Jünglinge, als sie den Beginn der Schlacht beschrieben, wie die Nationalfahne entfaltet, der Rakoczy-Marsch intonirt und ein einstimmiger Ausruf: „Eljen a Magyar" (hoch der Ungar) die Luft erschütterte. Hätte den General Moga ein gleicher Geist beseelt, so würde man von der Jelasich'schen Armee nicht einen Mann finden. Die Indolenz ist aufgerüttelt, reges Leben und Elasticität ist an deren Stelle getreten, die von mir so heiß ersehnte Activität ist eingetreten; das Beispiel findet Nachahmung. So wurde der auf der That ertappte Aufwiegler Graf Eugen Zichy, ehemaliger Administrator vom Weißenburger Comitate, in den Märztagen abgesetzt, von Jellasich aber neuerdings ernannt, als er in Arony das Jellasich'sche Evangelium predigte, ergriffen und standrechtmäßig am Ufer der Insel Csepel aufgehängt, es frommte ihm nicht einmal Werböczy's **Corpus Juris**, wo Adelige zu köpfen, nicht zu hängen befohlen wird. Einen kleinen Koffer voll Proklamationen und Briefe fand man bei ihm. Nur herbei Emissäre von Gottes Gnaden. Einen anderen Emissär Namens Zuben, Major bei der Nationalgarde in Stuhlweissenburg, ergriff man in Tabaj, als er die abgenommenen Waffen der Stuhlweissenburger Nationalgarde Jellasich zuführen wollte, er ist in Ketten ins Lager geführt und wird die Ehre haben an der Seite des Grafen Zichy zu hängen. Diese sind die Nachrichten vom Lager, und eben als ich im Begriffe stand wieder dahin abzureisen, kamen zwei Oberlieutenannts und versicherten und beschworen meinen Unglauben, daß sie eben vom General kämen, wo der Bericht vom Jellasich'schen Lager anlangte, Jellasich sei mit seiner Armee durchgegangen, Stuhlweissenburg geräumt und gegen Mor gezogen. Jellasich ließ in der Schlacht alle Federn springen, er ließ Kanonen im Rücken seiner Gränzer, die durchaus nicht kämpfen wollten, aufpflanzen, er animirte sie mit Pelotonfeuer, nichts half.

(Constitution.)

Von dem auf der Donauinsel Csepel standrechtlich gehängten Grafen Eugen Zichy berichtet die deutsche allg. Ztg., er habe noch während der Exekution die Geistesgegenwart besessen, aus einer verborgenen Tasche einen Brief zu ziehen und entzwei zu reißen. Aber man bemächtigte sich der Stücke; es soll ein eigenhändiger Brief der Erzherzogin Sophie gewesen sein.

Gedruckt unter Verantwortlichkeit der Verleger, von Wilhelm Tümmel.
Expedition S. 39. im Gasthof zum König Otto 2te Etage.

Der freie Staatsbürger.

Erscheint an allen Wochentagen, am Sonntag nur ausnahmsweise auf einem Extrablatt. Preis in ganz Bayern vierteljährl. fl. 1. 30 kr. halbjährl fl. 3. — jährlich fl. 6.

Organ der Demokratie.

Inserate werden die dreispaltige Petitzeile zu 3 kr. berechnet. Die Abonnenten haben für die Hälfte des Abonnementpreises Inserate frei.

№ 9. Nürnberg, Dienstag, den 10. Oktober 1848.

Revolution in Wien.

* Nürnberg 10. Okt. In Wien ist eine Revolution ausgebrochen, Wien und Linz sind in Belagerungszustand erklärt, der Kriegsminister Latour ist erhängt, in Wien ist ein Theil des Militärs zum Volk übergegangen und Regiment kämpft gegen Regiment. Diese Nachricht kommt auf einem Zettel von der Post in Linz an das hiesige Postamt. Die Wiener Post vom 6. ist ausgeblieben. Mag die Revolution in Wien für den Augenblick siegen oder unterliegen, immer ist jener „Riß," den Jellacich in seinen Briefen so sehr und mit so gutem Grund fürchtet, in die österreichische Armee nun wirklich gekommen, und die Ereignisse werden bald zeigen, daß wir Recht gehabt, wenn wir vorgestern auf die sichere Kunde von Jellasich's Niederlage sagten: die Todtenglocke der österreichischen Monarchie beginnt zu läuten.

Eine Extrabeilage der Augsb. Allg. Ztg. schreibt: So eben besuchte uns ein Reisender, welcher Wien am 6. Okt. Mittags 1 Uhr verlassen hatte. In Wien herrschte wildeste Verwirrung; überall ertönte Generalmarsch, Läuten der Glocken ꝛc. Morgens hätte ein Bataillon von Heß-Grenadieren auf der Nordeisenbahn abgehen sollen. Volksmassen wollten dieß hindern, indem sie riefen: man solle keine Deutschen gegen die Ungarn schicken, sondern Polen oder Böhmen. Es scheint zum Kampfe gekommen zu seyn. Mit welchem Erfolge, ist dem Reisenden unbekannt. Auf dem Stephansplatze wurde geschossen. Von den Vorstädten und den umliegenden Orten zogen Nationalgarden und Landsturm in die Stadt. Aber auch Truppen setzten sich gegen Wien in Bewegung. Sollte in der Stadt der Pöbel (sic) Herr geworden sein, so glaubte man an eine Cernirung durch die Truppen.

Der reichsverweserliche Erlaß an sämmtliche deutsche Regierungen.

* Indem wir das neueste Produkt des Ministeriums Schmerling vollständig zur Kenntniß unserer Leser bringen, erlauben wir uns nur wenige einleitende Bemerkungen. Durch diesen Erlaß wird offiziell eingestanden, daß die an 5 verschiedenen Punkten Deutschlands aufgestellten militärischen Lager gegen die Bürger selbst, gegen Innen gerichtet sind. Man will ganz Deutschland in Belagerungszustand erklären, wie man Frankfurt in Belagerungszustand erklärte. Aber in Frankfurt war ein Aufstand, war eine Störung der Ordnung vorgefallen, und wenn auch die militärischen Maßregeln daselbst in keinem Verhältniß stehen zu der Bedeutung des Aufstandes, so lag doch wenigstens der Schein eines Rechtsgrundes vor, um hier die Kriegsgesetze in Anwendung zu bringen. In Baden ist durch das thörichte Unternehmen Struve's die Entfaltung von Truppenmacht ebenfalls gerechtfertigt, ja nothwendig gemacht; aber wo sind die Aufrührer im übrigen Deutschland? Wo hat man den Boden der Gesetzlichkeit verlassen? Wo ist zu befürchten, daß man ihn verlassen könnte? Nirgends. Es ist überall nur das Bestreben sichtbar, die Errungenschaften der Revolution zu sichern, und im Wege friedlicher Agitation, durch das Mittel der freien Rede und der Presse diejenigen legalen Schritte herbeizuführen, welche der Nationalversammlung oder den einzelnen Regierungen den Ausdruck der Volksmeinung und des Volkswillens an die Hand geben sollen. Von diesen gesetzlichen Mitteln aber den vollen Gebrauch innerhalb der Schranken des Gesetzes zu machen, mußte sich jeder Freund der Freiheit und des Vaterlandes um so mehr aufgefordert fühlen, als die Nationalversammlung mehr und mehr in völlig verkehrte Bahnen einlenkte, die sie vom Volk weiter und weiter abführten, ja als die Nationalversammlung in der Verachtung des Volkswillens sich wahrhaft verstockte. Das Volk, welches diese Nationalversammlung wählte, hat das Recht, sie zu überwachen, denn das Volk steht über der durch es geschaffenen Versammlung. Sagt nun jener Erlaß, das viele Militär sei zur Aufrechthaltung der Ordnung im Innern bestimmt, so kann darunter, da die Ordnung außer Frankfurt und Baden nirgends gestört worden, nur verstanden sein, daß man damit die gesetzlichen Bestrebungen der Bürger zur Sicherung ihrer Freiheiten niederhalten wolle. Der Erlaß spricht von Durchführung der Gesetze. Aber was sind das für Gesetze? Es sind Gesetze, durch deren Durchführung Alles vernichtet wird, was das Volk seit dem Merz erhalten hat; denn es bestehen ja die alten Gesetze noch und das Parlament berathet zwar neue Grundrechte, aber das Volk wartet vergebens seit langen Monaten auf ihre Verkündigung, und wird, unter jetzigen Umständen, wohl noch lange darauf warten dürfen. Der Erlaß verheißt zwar sehr nebenbei in einer Parenthese die „friedliche Umgestaltung der Verhältnisse"; allein das Volk hat es seit 33 Jahren, und ganz besonders seit 6 Monaten erfahren, was es von fürstlichen Verheißungen, was es von Verheißungen des Bundestags oder der Behörde, welche unter andrer Firma das bankerott gewordene Geschäft des alten Bundestags fortsetzen will, zu halten hat. Wenn daher das Reichsministerium aus dem herzlichen Empfang, den die Reichstruppen bei der Bevölkerung finden, schließen will, daß das Volk in der Truppenaufstellung eine „Bürgschaft für die Bewahrung seiner Freiheiten" erkenne, so ist das eine gewaltige Täuschung. Das Volk begrüßt die Truppen herzlich, weil es seine Brüder, weil es seine Kinder sind, aber es beklagt es tief, daß eine unheilvolle Politik, die man fälschlich für immer vernichtet glaubte, diese Kinder des Volks zur Unterdrückung der Volksfreiheit misbrauchen will. Wenn endlich das Reichsministerium sich „der Zustimmung aller wahren Vaterlandsfreunde sicher hält," so muß man sich erinnern, daß auch Metternich und Consorten diese Strafe bei jedem ihrer volksverrätherischen Erlasse anwandten. Wir können in der Truppenaufstellung nur eine „unverantwortliche" Maßregel erkennen. Sie muß den Wohlstand des Volks zu Grund richten, und das Land aussaugen, sie muß der Entwicklung im Innern, der staatsbürgerlichen Freiheit gefährlich werden. Es ist, wie d'Ester in Berlin sagte, mit einem Worte die „bewaffnete Reaktion." Es ist der alte Bundestag in neuer Form, der aufs neue den Geist der Nation durch seine Unterdrückungspolitik vernichten will. Aber

die Zeiten sind andere. Zu tief haben die Freiheiten bereits Wurzel geschlagen, man wird sie nicht mehr ausreißen können. Die Truppenaufstellung kann zwar den allgemeinen Staatsbankrott und den allgemeinen Pauperismus beschleunigen, sie kann unermeßliches materielles und geistiges Elend über Deutschland bringen, aber die Freiheit wird sie nicht unterdrücken. Sie kann nur das Volk zu um so kräftigerer Anstrengung anspornen, um auf gesetzlichem und friedlichem Wege eine Erneuerung der Nat.-Vers. und dadurch den Sturz der neu auferstandenen Metternich'schen Politik zu Stande zu bringen: — Der Erlaß lautet:

In dem Rundschreiben vom 22. September 1848 hat die provisorische Centralgewalt sich bereits ausgesprochen, daß sie Hand in Hand mit den deutschen Regierungen Maßregeln treffen werde, damit dem Gesetze, dessen Vollzug in manchen Theilen Deutschlands stille steht, wieder Geltung und kräftige Wirksamkeit werde. Sie hat an diese Erklärung die Aufforderung geknüpft, alle Behörden und Beamten, so wie jene Institute, die zur Vertheidigung der Ordnung und der Gesetze bestehen, zur eifrigen Pflichterfüllung ernstlich zu ermahnen. Nun ist es aber wohlbekannt, daß die Beamten häufig Bedrohungen, selbst Mißhandlungen sich ausgesetzt sahen, wenn sie pflichtgemäß vorgegangen sind, und daß die gewöhnlichen Kräfte oft nicht ausreichen, der eingerissenen Zügellosigkeit zu steuern. In diesen Verhältnissen liegt die Aufforderung für die provisorische Centralgewalt, Sorge zu tragen, daß diesen Uebelständen sofort abgeholfen werde. Als eine dazu geeignete Maßregel wurde die Aufstellung bedeutenderer militärischer Streitkräfte an verschiedenen Punkten Deutschlands erkannt, — bei Frankfurt, Kreuznach, Freiburg, an der Iller und in Thüringen, — nicht minder die Absendung eigener Reichskommissäre mit ausgedehnten Vollmachten in jene Gegenden, wo bereits auffallende Ruhestörungen vorgefallen oder zu besorgen sind. Die Aufgabe dieser Reichs-Kommissäre wird dahin gerichtet seyn, durch das Ansehen der Centralgewalt und durch die ihr zu Gebote stehenden umfassenden materiellen Mittel die thätigen Bemühungen der einzelnen Regierungen, die Herrschaft der Gesetze durchzuführen, kräftig zu unterstützen, und die Reichstruppen sind nur dazu bestimmt, zu dieser Unterstützung mitzuwirken und die Versuche Jener zu bekämpfen, die einen gewaltsamen Umsturz der bestehenden Verhältnisse (deren gesetzliche und friedliche Umgestaltung überall eingeleitet ist) beabsichtigen, die die persönliche Sicherheit einzelner deutschen Bürger oder ihr Eigenthum angreifen, oder bedrohen, und die damit Zustände der Gesetzlosigkeit herbeizuführen bemüht sind, die nie und nimmer geduldet werden dürfen. Die entgegenkommende Bereitwilligkeit, mit der den bisher ergangenen Anordnungen entsprochen wurde, die musterhafte Haltung der deutschen Reichstruppen, der herzliche Empfang, den sie bei der Bevölkerung aller Gegenden fanden, und der ungetrübt freundliche Verkehr, der zwischen den Bürgern und den Kriegern herrscht, bethätigt, daß das deutsche Volk und die deutschen Regierungen über die Richtung der getroffenen Maßregeln nicht irre sind, daß sie darin eine Bürgschaft für die Bewahrung ihrer Freiheit erkennen, die nur unter dem Schutze der Ordnung und Gesetzlichkeit gedacht, und daß sie in einer einheitlichen und kräftigen Durchführung jener Verfügungen, welche die Wohlfahrt Deutschlands betreffen, nur beruhigende Gewähr einer erfreulichen Zukunft und einer Durchbildung aller staatlichen Verhältnisse erblicken. Die provisorische Centralgewalt wird daher, sicher der Zustimmung aller wahren Vaterlandsfreunde, die getroffenen Maßregeln so lange bestehen lassen, bis der theilweise unterbrochene innere Friede befestigt, der Sinn für Ordnung vollständig wiedergekehrt ist, und bis die vollständige Beruhigung gewonnen sein wird, daß die Gesetze und ihre Durchführung überall vollständige Haltung finden. Ein Theil jener Reichstruppen, die im südwestlichen Deutschland aufgestellt sind, soll aber überdies auch dazu dienen, um den gerechten und dringenden Forderungen Deutschlands nöthigen Falls die erforderliche Unterstützung zu gewähren, Forderungen, die von der provisorischen Centralgewalt gegen einen Nachbarstaat bereits erhoben sind, der schon zwei Mal in diesem Jahr es geduldet, daß räuberische Schaaren auf seinem Gebiete sich sammelten, um von da aus Einfälle in einen Theil Deutschlands zu unternehmen und dort die Gräuel des Bürgerkrieges zu entflammen. Frankfurt, a. M., 2. October 1848. Der Reichsverweser gez. Erzherzog Johann. Der Reichsminister des Innern gez. Schmerling.

Zur Kritik des Parlaments.

D. So lange das Parlament auch nur einigermaßen das Vertrauen des deutschen Volkes besaß, wurde es von deutschen Fürsten mit Mistrauen und Misachtung angesehen. Mit dem Augenblick, da es das Vertrauen des deutschen Volkes gänzlich verloren hat, hat es das der Fürsten gewonnen. Wer will diesen Satz bestreiten? Wer kann es wagen? Wir möchten ihn sehen. Ist dieß aber eine unumstößliche Thatsache, wie sie es denn ist, — so möge sich Jeder die Consequenzen selbst daraus ziehen.

Deutschland.

R Nürnberg, 8. Okt. Bekanntlich ließ ein Gerücht auch den ehemaligen Minister Wallerstein verhaftet sein. In einem offenbar von diesem „Staatsmann“ herrührenden Artikel in der deutsch. const. Ztg. spricht sich derselbe hierüber folgendermaßen aus: „der erwähnte Staatsmann bedauert aufrichtig, der ihm von den Wölfen im Schafpelze zugedachten Haft nicht theilhaftig geworden zu sein. Lange genug schleicht die niederträchtige Lüge gleich einem Gespenste einher hinter jedem jener Partei Verhaßten. Lange genug gefallen sich ihre Blätter in allgemeinen Anschuldigungen von Umtrieben und Wählerei, ohne, wie es sich selbst achtenden Leuten ziemt, auch nur eine einzige, genau ausgeführte Angabe vorzubringen, also Widerlegungen möglich zu machen. Halbamtliche Blätter haben mitunter in halben Worten das trübe Beginnen gestützt. Wäre der Staatsanwalt gezwungen, dieses Gewebe schmählicher Verleumdungen zur artikulirten Klage zu formuliren und selbes in feierlicher Gerichtsaudienz vor zahlreichen Zuhörern den Angeschuldigten entgegenzuhalten, welch ein Triumph für die Wahrheit! welch tödtlicher Streich für die Urheber! Solch ein Dienst, der guten Sache erwiesen, würde in den Augen dieses Staatsmannes selbst die unerhörte Kränkung aufwiegen, welche man ihm so freigebig zugedacht hatte.“ Der fürstliche Ministeraspirant ist natürlich ungemein vergnügt darüber, daß sich seine Nachfolger und Vorgänger in spe in der bekannten Briefgeschichte so gräßlich compromittirt haben.

* Nürnberg 8. Oct. In der gestrigen Versammlung des politischen Vereins wurde folgende Adresse an die Nationalversammlung in Frankfurt beschlossen. Hohe Versammlung! Wir sprechen nur aus, was das ganze deutsche Volk fühlt, wenn wir Euch sagen, daß Ihr in Eurer Mehrheit das Vertrauen dieses Volks nicht mehr besitzt. Euch selbst hat sich diese Ueberzeugung längst aufdringen müssen. Wagt es nicht dennoch auf Euren Plätzen zu beharren, der öffentlichen Meinung zu trotzen. Schon einmal sind die Folgen solches Trotzes blutig an's Licht getreten, und was man auch thun mag, um die Ereignisse vom 18. Sept. auf Kosten der Freiheit und des Volkes auszubeuten, die Geschichte, welche mit unerbittlicher Gerechtigkeit das Geschehene beurtheilt, sie wird doch sagen müssen, daß die Hauptursache dieser Ereignisse in der unverantwortlichen Verachtung des laut ausgesprochenen Volkswillens lag. Die Nation hat Euch gewählt, als sie kaum erst die Fesseln einer langen Knechtschaft abgeworfen hatte. Ihr politisches Bewußtsein war noch unentwickelt. Durch die Art der Wahlen, durch Einflüsse und Einwirkungen aller Art wurde noch überdies der Ausdruck der damaligen Volksmeinung gefälscht. Seitdem sind Monate hingegangen und in diesen Monaten hat das Volk, durch die freie Rede und Presse über seine Rechte und Interessen aufgeklärt, seine politische Anschauung in wesentlichen Punkten geläutert und geändert. Jetzt vollends ist die Nationalversammlung in ihrer großen Mehrheit nicht mehr der Ausdruck der Volksmeinung. Eine Verfassung für das deutsche Volk aber, festgesetzt von Männern, welche nicht den Willen des Volks ausdrücken, wäre einem Gebäude gleich, dem die Grundlager fehlt. Wähnt nicht den Volksgeist durch Eure Bajonette bändigen zu können; das Säbelregiment, welches Euer Ministerium über ganz Deutschland zu organisiren wagt, steigert nur die allgemeine Verstimmung; das Volk erblickt darin nur die »bewaffnete Reaction.« Das Volk hat Euch zu seinem Organ, nicht zu seinem Vormund bestellt. Wenn es vielleicht damals, als es Euch wählte,

noch nicht mündig gewesen sein sollte, so ist es doch sicherlich jetzt mündig, daß es Euch abberuft. Verzichtet darauf, diesem gerechten Verlangen des Volks Euch zu widersetzen. Im Namen von Tausenden fordern wir Euch im Anschluß an den Antrag des Abgeordneten Rühl aus Hanau auf, sofort neue Parlamentswahlen durch ganz Deutschland mit direkter Wahlart und ohne Census anzuordnen.

L Bamberg, 8. Okt. Die Bureaukratie besteht faktisch bei uns noch ganz in der alten Macht. Kürzlich sollte eine Volks-Versammlung in Güßbach gehalten werden, und Alles war bereits eingeleitet, auch der Ortsvorsteher von Güßbach damit einverstanden. Da ließ der Landrichter denselben zu sich rufen, warnte ihn vor den „Demokraten" und wußte es dahin zu bringen, daß derselbe von der Abhaltung der Volksversammlung abrieth. — In Höchstadt verbietet der Landrichter sogar die Gründung eines konstitutionellen Vereins. Es wollte sich daselbst ein Filial-Verein des konstitutionellen (reaktionären) Vereins in Bamberg bilden, und man glaubte die Statuten desselben pflichtschuldigst dem Landrichter zur Genehmigung vorlegen zu müssen. Dieser gestattete die Constituirung nicht, unter dem Vorgeben, die Statuten seyen von dem Bamberger Verein nicht namentlich unterzeichnet. Wenn sich ein demokratischer Verein bilden will, so werden die Gründer wohl so viel Verstand haben, bei dem Landrichter gar nicht anzufragen.

= München, 7. Okt. Nachfolgende Adresse wird morgen und in den nächsten Tagen vom demokratischen Verein hier aufgelegt werden. — „Ansprache der unterzeichneten Einwohner Münchens an die deutsche Nationalversammlung. In der feierlich proclamirten Souveränetät des deutschen Volkes und in dem obersten Rechtssatz freier Staaten, wonach die Nationalvertretung den Willen der Mehrheit des Volkes repräsentiren muß, finden die beiden Ansprachen der linken Seite der deutschen Nationalversammlung an das deutsche Volk ihre innere Berechtigung. Die äußere Veranlassung, der Waffenstillstand mit Dänemark, ist eine Frage der Ehre und Einheit Deutschlands — vollwichtig genug, die Berufung an die Nation zu rechtfertigen. Dieser Berufung Folge gebend und tief ergriffen von der Wichtigkeit des Gegenstandes und seiner ereignißschweren Bedeutung erklären die Unterzeichneten: Die geringe Majorität vom 16. Sept. können wir da, wo es sich um die Ehre und Einheit des Vaterlandes handelt, nicht als Willensausdruck der Mehrheit des Volkes erachten. Wir sehen in der Genehmigung des Waffenstillstandes »auf Grund einer angeblich dänischer Seits erklärten Bereitwilligkeit zu Veränderungen« und mit dem Beisatze: »soweit solcher nach der gegenwärtigen Sachlage noch ausführbar ist," den Höhepunkt jenes traurigen Systems der Halbheit, das aus freiheitsfeindlichen inneren und äußeren Bestrebungen erwachsen, selbst unsere Ehre nicht schont, um unsere Freiheit zu vernichten. Schleswig-Holstein hat den Waffenstillstand verworfen, die willkürlich gesetzte Regierung verjagt, und die dänische Immediatcommission geächtet. „Was ist nun bei dieser Sachlage noch ausführbar?" Dänemark hat die Zusagen seines Gesandten verleugnet, und den Herzogthümern auf eigne Faust eine Regierung in der Person von Landesverräthern aufzuzwingen versucht. „Wo ist da die gerühmte Bereitwilligkeit zu Abänderungen des Waffenstillstandsvertrags?" Die Ehre des Volkes wurde dynastischen Interessen geopfert. Die Einheit des Vaterlandes gefährdet: eine furchtbare That der Verzweiflung, vor welcher jeder Vaterlandsfreund zurücktritt, heraufbeschworen, und der Reaktion neue Bahnen geöffnet. Wir verkennen die Nothwendigkeit nicht, sich dem fraglichen Mehrheitsbeschlusse des Parlaments, wenn auch mit schwerem Herzen unterzuordnen, halten es aber für eine heilige Pflicht, in dieser ernsten Stunde der Entscheidung offen vor der Nation zu beurkunden: „die Männer der Minorität vom 16. Sept. haben in unserem Sinne, nach unserem Willen gehandelt." Wo es die Ehre gilt, kennen wir keine Wahl. München, den 1. Okt. 1848.

Die Reichstagszeitung schreibt über die Scene am 6. Okt. v. Vincke hielt eine Rede die an Parteiwuth, Entstellung, unwahren Angaben, Denunziation der Linken und Beleidigung Schoders und seiner Genossen nicht ihres Gleichen hat. Der »edle« Gagern, welcher erst vor Kurzem unbefugt an Wesendoncks Ehre sich wendete, als er einen zweideutigen Ausspruch gegen die Minister richtete, verstand Vinckes »Beleidigungen »nicht so«, daß er Ursache fand, einzuschreiten, eine jesuitische Ausrede genügte ihm und die abermals terrorisirte Minderheit konnte nichts anderes thun, als Vincke laut »Feigheit und Frechheit« zurufen. Da erhob sich der „edle" Gagern wieder als Jupiter tonans und herrschte der Linken zu: »Wer das Wort Frechheit gebraucht, begeht selbst eine Frechheit!« Die Linke nahm diesen Ausspruch als Selbstverurtheilung des Präsidenten über sein gestriges Benehmen mit Beifallklatschen auf, sie konnte keine entscheidendere erlangen und Rösler von Oels, an welchen sich der Ausruf des Präsidenten zunächst richtete, gab dem Urtheile nur mehr Deutlichkeit, als er „Selbst frech!" entgegen rief. Wir billigen diesen Ausruf nicht, wir beklagen ihn aufrichtig; aber wir wiederholen: Gagern hat ihn verschuldet, er hat diesen Ton bei Stavenhagen geduldet (am 19. Sept.) er hat ihn am 5. d. gepflegt. Stavenhagen ging noch einen Schritt weiter und rief: „Man muß den R. (Rösler) hinausschmeißen!" und damit ist der Kulminationspunkt parlamentarischer Unwürdigkeit erreicht. Jetzt bleibt nur die Faust und der Stock übrig und diese werden und können, wie das Präsidium Sitte und Ordnung am 5. und 6. handhabten, nicht ausbleiben. Zwar rief der Präsident Stavenhagen „zur Ordnung!" Aber dies ist fast komisch, wenn man aus dem Munde des Vorsitzenden hören muß: »er habe Stavenhagens Ausruf nicht verstanden!« Weßhalb rief er denn zur Ordnung? Armes unglückliches Vaterland! für Deine Freiheit hat Deine Volksvertretung noch nichts gethan, Deine Einheit schafft sie in einer allgemeinen Militärdiktatur, die der würdige Erbe des alten Bundestags handhabt; Deine Ehre behauptet sie im Waffenstillstand von Malmö zu wahren und die Sitte und Würde der Nation dem In- und Auslande gegenüber — — die vorgeschilderten Scenen vertreten sie.

Die allg. O.-Z. meldet aus Berlin 2. Okt. In Folge der Abstimmung vom Sonnabend und der Verwerfung der Elsner'schen und verwandter Anträge haben sich die bäuerlichen Mitglieder der Nationalversammlung zu einem gemeinsamen Bericht an ihre Wähler vereinigt. Sie weisen mit Beziehung auf das Ergebniß jener Verhandlungen darauf hin, daß das Interesse der ländlichen Bevölkerung nur auf der demokratischen Partei Anerkennung finde. Sie erklären deshalb, auch in politischen Fragen mit dieser fortan Hand in Hand gehen zu wollen.

Berlin, 3. Okt. Die A. O. Z. schreibt über das Ergebniß des Rodbertus'schen Antrags und über die Taktik der reaktionären Partei in der preußischen Nat-Vers., welche mit der Linken stimmte: Das Ergebniß der heutigen Abstimmungen über den Rodbertus'schen Antrag hat seinen Grund in einem von dem rechten Centrum und der gemäßigten Rechten neuerdings adoptirten taktischen Prinzip. Man ist übereingekommen, in Fragen, bei welchen ein Unterliegen der antiministeriellen Fraktionen zweifelhaft erscheint, sofern dieselben nicht zu den sogenannten Kardinalfragen gehören, mit der Opposition zu stimmen, und durch eine solche Zustimmung die Bedeutung der Opposition und den Einfluß der Abstimmung auf das Ansehen der oppositionellen Parteien bei dem Volke zu schwächen.

* Berlin, 6. Okt. In der heutigen Sitzung wurde der Antrag D'Ester's: die hohe Versammlung möge erklären, daß es weder dem General Kaiser in Köln zugestanden habe, noch sonst einer Militärperson zustehe, aus eigner Machtvollkommenheit Grundrechte des preußischen Volks, insbesondere die Presse, zu suspendiren, ferner die von Waldeck wiederholt gestellte Interpellation in Betreff des Erlasses des Reichsministers Mohl, für nicht dringlich erklärt. Sodann Fortsetzung der Berathung über das Jagdrecht.

* Berlin, 6. Okt. Das mit Verwerfung aller Amendements der Linken angenommene Bürgerwehrgesetz, welches nicht eine freie Volkswehr, sondern ein bewaffnetes Corps im Dienste der Polizei schafft, wird eine gewaltige Aufregung im Lande hervorrufen. Die Reform tritt heute mit einem in Deutschland neuen, übrigens ächt demokratischen Verlangen hervor, dem in den meisten Cantonen der Schweiz bereits Genüge geschehen ist. Sie verlangt, »daß die großen Grundgesetze des Staats der Gesammtheit der Staatsbürger zur Annahme oder Verwerfung in den Urversammlungen vorgelegt werden. Das ist das Recht aller freien Völker, es ist das Veto des Volkes." Demgemäß fordert die Reform alle Wehrmänner auf, das Wehrgesetz nicht eher anzuerkennen, als bis es den Urversammlungen der Wehrmänner zur Entscheidung vorgelegt sein wird. Sie sollen den Bürgerwehreid so lange verweigern. Einstweilen hat man gestern Nach-

mittag das Bürgerwehrgesetz einem Esel zwischen die Ohren gesetzt, ihn in feierlichem Zuge, vorn eine Tafel mit der Inschrift: „Bürgerwehrgesetz vom 4. Okt.“, dahinter eine schwarz-weiße Fahne, unter dem Zudrang einer unzähligen Menschenmenge dem Schauspielhause zugeführt und das verhaßte Gesetz den Flammen übergeben. — Es ist hier ein neues Plakat von Buddelmeyer angeschlagen worden. Seine Ueberschrift heißt: „Reichsverweserken, wrangle nich, sonst wirste gewurzelt.“ Es heißt darin: „Denken Sie, Herr Erzherzog von Oesterreich, daß es uns darum zu duhne is, Ihnen als Jeneral-Oberpollezei-Präsidium von Deutschland zu besitzen? Ne, Mann, des is faul. Zum Putschen und Wrangeln haben wir Ihnen nicht gewählt. Wenn des Allens is, was Sie uns jeben wollen, denn is et besser, die Reichsverwesung verbundesdagert sich bei Zeiten, des heeßt, sie verschwindt.“

* Berlin, 6. Okt. In der gestrigen Sitzung der National-Versammlung erklärte der Ministerpräsident auf die Interpellation eines posen'schen Abgeordneten, daß er sich an den Kommandanten von Posen gewendet, um ihn zu veranlassen, daß entweder der Belagerungszustand der Stadt und Festung aufgehoben oder Bericht über die entgegenstehenden Ursachen erstattet werde. Eine Interpellation wegen Amnestie für politische Verbrechen und eine andre von Waldeck wegen des Erlasses des Reichsministers Mohl in Betreff der „strengen Untersuchungen“ gegen Vergehen, welche durch die Presse und in Versammlungen verübt werden, werden nicht für dringlich erklärt, letzterer mangeln dazu nur wenige Stimmen. Man ging sodann zur Berathung des Berichts der Centralabtheilung über die Anträge der Abgeordneten Reinicke, Stein, Elsner, Reichenbach über, wegen unentgeltlicher Aufhebung der Jagdservitutenrechte und freier Ausübung des Jagdrechts. Der Bericht stellt folgende zwei Paragraphen als leitende Grundsätze auf: §. 1. Jedes Jagdrecht auf fremdem Grund und Boden ist ohne Entschädigung aufgehoben. Die bisherigen Abgaben und Gegenleistungen des Berechtigten fallen ebenfalls weg. §. 2. Eine Trennung des Jagdrechtes vom Grund und Boden kann als dingliches Recht künftig nicht stattfinden. Mehrere der Redner von der Rechten wollten nicht aufgehoben, sondern abgelöst haben. Ihnen antwortete Elsner (aus Schlesien): Auch ich möchte für die Ablösung sein, aber ich glaube, daß man ein Unrecht nicht so ablöst, daß man denen, die Unrecht gethan, Entschädigung zahlt, sondern denen, die Unrecht gelitten. Wenn Jemand Entschädigung beanspruchen kann, so sind es nur die Bauern, Niemand anders. — Zur Abstimmung kam es noch nicht.

Von Hirschberg in Schlesien aus verlangt man in der Reform eine weitere Ausdehnung des Stein'schen Antrags dahin, „daß diejenigen Militärpensionäre, die ihrem reaktionären Streben“ keine Grenzen setzen, ihrer Pensionen verlustig gehen sollen.“

Breslau, 5. Okt. In der Sitzung des demokratischen Clubs wird aus Brieg mitgetheilt, daß eine sehr große Anzahl der Einwohner eine Monstre-Petition an die Nationalversammlung in Frankfurt a. M. schicken werde, worin Neuwahlen und Widerruflichkeit des Mandats gefordert werden.

* Stuttgart, 7. Okt. In der gestrigen Sitzung der Abgeordnetenkammer hielt Strauß eine klägliche Jeremiade über „Preßunfug.“ Es gibt keine Niederträchtigkeit, die er der Presse nicht aufbürdete. Das sind unsere Gelehrten! Hinter ihrem Pulte schreiben sie in dicken Bänden das radikalste philosophische Zeug, machen, mit griechischen und hebräischen Citaten, unserm Herrgott selbst den Prozeß; aber den Geist der Kritik auf die Weltlichkeit und Wirklichkeit angewendet, den Geist der Kritik in der Sprache des gesunden Menschenverstandes und ohne gelehrten Apparat, den hassen sie, weil sie ihn nicht verstehen. Natürlich fand Strauß Bundesgenossen genug in diesem Kampf gegen die freie Presse, er fand sie in denselben Menschen, die einst ihn am heftigsten verdammten, in den Prälaten. Uebrigens wurden den Zeloten von andrer Seite ihre Jeremiaden nachdrücklich verwiesen.

Mainz, 7. Okt. In Folge des in der gestrigen Nummer Ihres Blattes erschienenen Steckbriefes gegen den hiesigen Bürger Hrn. Uhrmacher J. P. Schöppler, erschienen heute früh 1/4 vor 6 Uhr in dessen Wohnung vier Gensdarmen und zwei Polizeidiener, um seine Verhaftung vorzunehmen, trafen ihn aber nicht an. Das Schicksal des Hrn. Schöppler, der sich wegen seines offenen und entschiedenen Charakters, zugleich aber auch wegen seiner rastlosen Anstrengungen und Bemühungen zur Beförderung des materiellen Wohles seiner Mitbürger, besonders im Gewerbstande, der allgemeinsten Achtung erfreut, erregt hier die tiefste Theilnahme. In seinem Berufsgeschäft gilt er wegen seines großen Schatzes an mechanischen Kenntnißen für einen der geschicktesten Arbeiter. (Frkf. J.)

Sigmaringen. Es ist eine Unwahrheit, daß man in Sigmaringen die Republik proklamirt habe; eine Unwahrheit, daß Advokat Würth oder überhaupt irgend ein Bürger zum Präsidenten erwählt wäre und endlich ist's eine Unwahrheit, daß Anarchie im Lande herrsche. Dagegen ist es richtig, daß der Fürst und die Regierung, nachdem sie die Wünsche einer Volksversammlung abgenommen und ohne Vorbehalt genehmigt, welch letztere dann dann jubelnd und ohne den geringsten Exzeß zu verüben auseinander gegangen war, 36 Stunden später heimlich aus Sigmaringen entwichen sind; nicht aber um Drohungen, die niemals gethan worden, zu entrinnen, sondern, so glaubt man allgemein, um einen Eklat zu machen, der die Reichsregierung veranlassen möge, dem demokratischen Völkchen, das den legalen Weg niemals verlassen hatte, den Daumen drauf zu drücken. Ob die Regierung durch Verlassung ihres Postens einen glücklichen Streich verübt habe, möchten die Unterfertigten um so mehr in Zweifel ziehen, als sowohl der Reichsverweser als der Reichsminister des Auswärtigen sich über die Unmöglichkeit des Bestandes solch kleiner Länder deutlich geäußert, und durch diese Vorfälle nur zur Eile in der Ausführung ihrer Ansichten sich veranlaßt sehen werden. Den Unbilligen rufen wir übrigens zu, nicht übersehen zu wollen, daß Sigmaringen mit 40,000 Seelen in 8, sage acht Oberämter eingetheilt ist, daß eine Hofkammer, eine Regierung, ein Hofgericht, eine geheime Konferenz ꝛc. besteht, was nebst den Offizieren eine hübsche Summe von Beamten giebt. Dazu kommen mehrere andere Institute, als Gymnasium, Waisenhaus u. dgl., und die Eigenthümlichkeit, daß ein großer Theil des Landes Hofdomaine ist. So der Beobachter; unterzeichnet ist eine Deputation des Sigmaring'schen Volks an die Centralgewalt.

Anzeigen.

Gedruckt unter Verantwortlichkeit der Verleger, von Wilhelm Tümmel.
Expedition S. 30. im Gasthof zum König Otto 2te Etage.

Der freie Staatsbürger.

Erscheint an allen Wochentagen, am Sonntag nur ausnahmsweise auf einem Extrablatt. Preis in ganz Bayern vierteljährl. fl. 1. 30 kr. halbjährl fl. 3. — jährlich fl. 6.

Organ der Demokratie.

Inserate werden die dreifaltige Petitzeile zu 3 kr. berechnet. Die Abonnenten haben für die Hälfte des Abonnementpreises Inserate frei.

№ 10. Nürnberg, Mittwoch, den 11. Oktober 1848.

Der Central-Ausschuß der Demokraten Deutschlands und die demokratischen Vereine der Sadt Berlin an das deutsche Volk.

Bürger!

Als wir unsere Abgeordneten nach Frankfurt a. M. sandten, hatten wir ihnen zwei Aufträge gegeben: den Bundestag bis in die Wurzel zu zerstören, und die Souveranetät der deutschen Nation in neuen Staatsformen fest zu gestalten. Wir hielten den Kampf von wenigen Wochen und den ausgesprochenen Willen der Majorität der Nation für hinreichend, um aus dem zerstückelten Boden ein Deutschland und ein freies zu schaffen. Sechs Monate haben wir auf die Erfüllung unsrer Aufträge gewartet. Es ist Zeit, zu prüfen, wozu unsere Abgeordneten zu Frankfurt ihre Vollmacht benutzt haben, und jetzt zu prüfen, ehe unserem Willen die Macht dazu fehlen wird. Die Zeit des Hoffens ist vorbei. Die deutsche Nationalversammlung hat gehandelt. Die Nation wird urtheilen. Statt im Namen des deutschen Volkes die Einheit Deutschlands zu dekretiren, hat sie die alte Zerrissenheit heilig gesprochen. Sie hat unterhandelt und vereinbart mit den deutschen Fürsten. An Stelle des alten Bundestags hat sie einen neuen, die Bevollmächtigten der Fürsten gesetzt. Sie hat die Reichsgewalt einem unverantwortlichen Fürsten überliefert und diesen förmlich von der Pflicht entbunden, die Beschlüsse, die sie im Auftrage des Volkes fassen soll, auszuführen. Sie hat sich so zu einer ohnmächtigen Marionette herabgewürdigt. Die Nationen Europa's haben sie verachtet und ihren Gesandten die Anerkennung verweigert. Die unverantwortliche Reichsgewalt aber ist zur obersten Polizeigewalt geworden. Das Recht der einzelnen Stämme, sich — unbeschadet der Freiheit der ganzen Nation — ihre Verfassungsformen selbst zu wählen, wird von ihr mit Füßen getreten. Die Reichsgewalt steht im Begriff, ein Heer zusammenzuziehen in Thüringen, um dort den frischen und friedlichen Aufschwung zur Freiheit mit brutaler Waffengewalt niederzudrücken. Sie hat es geschehen lassen, daß preußische Truppen in Mecklenburg intervenirt haben. Ein schlagfertiges Heer wird an der Iller zusammengezogen, ein anderes am Neckar, um das entrüstete Volk Süddeutschlands niederzuhalten. Und das Alles geschieht unter den Augen und mit dem Willen der deutschen Nationalversammlung! Die wir berufen hatten, die Wächterin deutscher Freiheit zu werden, hat diese Freiheit verrathen. Sie hat den schmachvollen dänischen Waffenstillstand gutgeheißen und unsere nordischen Brüder ihren Feinden überliefert. Sie hat den Deutschen in Limburg nicht Schutz gewährt gegen die Anmaßungen des kleinen Holland. Sie sieht es ruhig mit an, wenn in Italien deutsche Waffen ein Volk, das, wie wir, nach Einheit und Freiheit ringt, zerschmettern. Die vierte Theilung Polens hat sie gut geheißen. Sie hat das deutsche Volk im Innern mit Knechtschaft, nach Außen mit Schmach beladen. Schon reckt die Reichsgewalt ihre Hand aus nach den heiligen Grundrechten der Nation, nach der Freiheit der Rede, der Presse und der Versammlung. Und bereitwillig folgen die Regierungen der Einzelstaaten den Winken dieser Reichsgewalt, der sie die Anerkennung nicht mehr versagen, seit sie die oberste Polizeigewalt Deutschlands geworden ist. Und zu der Knechtung und Schmach gesellt die deutsche Nationalversammlung die Verarmung. Sie hat keine der unzähligen Lasten und Steuern, unter denen das Volk dahinsiecht, aufgehoben. Ihr Ohr ist taub für den Jammerton des Hungers und des Elends, sie hat das Händeringen der Verzweiflung nicht gesehen. Aber sie hat eine Armee von 900,000 Soldaten geschaffen, die das letzte Mark des Landes verzehren! Wir protestiren daher feierlich im Namen der Volkssouveränetät gegen das Fortbestehen dieser Versammlung. Deutsche Männer aller Stämme! In neuen Urversammlungen nehmt Eure Vollmacht aus den Händen jener Abgeordneten zurück, welche Euch, das Volk, verleugnet haben. Fordert die Anordnung neuer und direkter Wahlen, damit durch diese der wahre Wille der Nation sich kundgebe, die Freiheit, die Einheit und der Wohlstand des Volkes gerettet werde — und die Möglichkeit der Reform die Nothwendigkeit einer neuen und blutigeren Revolution abschneide. Berlin, den 3. Oktober 1848. Der Centralausschuß.

Deutschland.

*Nürnberg, 10. Okt. In Folge der Haltung, welche die Frankfurter sog. Nationalversammlung und Centralgewalt in der letzten Zeit angenommen hat, und welche die Auflösung der dem Volke gänzlich Entfremdeten nothwendig herbeiführen muß, werden die oppositionellen Fraktionen der deutschen Kammern und der „Gesellschaft in der Paulskirche“ noch in diesem Monat zu einer Art Vorparlament in Berlin zusammentreten, das, nachdem der Süden mit Bajonetten erdrückt ist, der Schwerpunkt des nach Freiheit ringenden Deutschland geworden. Das Losungkwort dieser neuen Versammlung ist durch die bisherigen Erfahrungen deutlich und nothwendig an die Hand gegeben: es heißt: durch Freiheit zur Einheit! nachdem der Plan: durch Einheit zur Freiheit! gänzlich mißlungen ist, und nichts als den alten Bundestag unter anderem Namen zurückzuführen droht. Zugleich ist vom Centralausschuß der deutschen Demokraten auf 26. Okt. ein Congreß nach Berlin ausgeschrieben. (s. unten). Die neuesten Ereignisse in Wien, welche nicht ohne Rückwirkung auf Frankfurt und Deutschland bleiben können, lassen jene Zusammenkünfte in Berlin um so bedeutungsvoller erscheinen. Was in Wien gestürzt wurde, ist nichts anders, als was in Frankfurt sich durch Bajonette auf's neue zu befestigen sucht: der Metternichianismus in neuer Gestalt und mit neuen Personen. Wenn nicht Alles täuscht, so ist das erste Stadium der deutschen Revolution vollendet, und das zweite, welches schon am 5. Sept. begonnen zu haben schien, ist in Wien eröffnet worden. Durch die Ereignisse in Wien ist, wie wir hoffen wollen, auch die Frage über das Verhältniß Oesterreichs zu Deutschland entschieden. Eine Gesammtmonarchie Oesterreich ist fortan eine Unmöglichkeit. Deutschösterreich wird im übrigen demokratischen Deutschland aufgeben, und das freie deutsche Volk wird mit den freien und selbstständigen Völkern der Ungarn und Slaven, die nur in ihrem Anschluß an uns ihre wahren Interessen gewahrt finden werden, ein auf dem beiderseitigen wohlverstandenen Interesse beruhendes Bündniß schließen, welches uns unermeßlich mehr Nutzen bringt, als eine durch Bajonette behauptete Herrschaft über widerstrebende Völker. Die lombardische Frage endlich dürfte jetzt ebenfalls leicht zu lösen sein. Radetzky wird seine Schergen des Absolutismus gegen Wien führen, um den Kaiser wieder auf seinen Thron zu setzen, und die Lombarden werden endlich für immer von ihren Bedrängern befreit werden.

V. Bamberg, 8. Okt. (Der Parlamentsdeputirte Bauer für Windsheim und die Parlamentsabstimmungen.) Mit welchen Mitteln die Reaktion kämpft, und wie sie sich selbst nicht scheut, die Kirche zum Tummelplatze ihrer politischen Leidenschaften zu gebrauchen, hiefür spricht eine Predigt,

welche vor wenigen Tagen Herr Decan Bauer, Mitglied der Nationalversammlung in Frankfurt, in der protestantischen Kirche dahier gehalten hat. Herr Decan Bauer benützte diese Gelegenheit, sein Verdammungsurtheil über die Führer des Volkes auszusprechen; er bezeichnete sie als Gottesleugner, als Ehrgeizige, als Geldgierige, als Wühler, welche ihren Einfluß auf das Volk nur dazu gebrauchen, um zum Nachtheile desselben sich Ruhm und Herrschaft zu verschaffen; er stellt sich hiebei als einen Märtyrer der Loyalität dar, für welchen vielleicht auch schon eine Kugel gegossen sei, und schildert endlich Bamberg als einen Ort, welcher in Folge der Aufreizungen einzelner Personen selbst in weiter Ferne in der höchsten Mißachtung stehe. Jeder Unbefangene wird mit uns dahin einverstanden seyn, daß die Kirche nicht der Ort ist und sein kann, um politische Parteikämpfe auszufechten und politische Gegner anzugreifen. Das Auftreten des Herrn Decan Bauer, verdient daher schon deßhalb Mißbilligung. Er hat aber auch in der Art und Weise, wie er aufgetreten ist, seine Stellung offenbar mißkannt. Es ist die Pflicht eines jeden Geistlichen, zur Ruhe und Frieden zu predigen. Seine Rede hatte im Gegentheile den Zweck zum Hasse und zum Unfrieden aufzustacheln, und waren insbesondere die Bemerkungen über Bamberg geeignet, diesen Erfolg hervorzurufen. Die Vorwürfe, welche er seinen politischen Gegnern gemacht hat, sind endlich unwahr und entbehren alles Beweises; jedenfalls sind sie im Munde eines Geistlichen ungeeignet. Kennt er die Gesinnungs-, Denkungs- und Lebensweise aller Volksführer so genau, daß er sie sammt und sonders als Gottesleugner, Ehrgeizige, Geldgierige in der öffentliche Meinung brandmarken kann? Welche Beweise stehen ihm hiefür zur Seite, und kann überhaupt von der Befriedigung des Ehrgeizes die Rede sein, wenn man die Rechte des bisher mißhandelten Volkes vertritt, und dafür selbst mißhandelt wird? Wie ist die Befriedigung der Geldgierde möglich, nachdem das Volk so ausgesogen ist, daß es nicht mehr den eigenen Hunger stillen kann? So wie hienach der Rede des Herrn Decan Bauer mit Recht der Vorwurf der Unüberlegtheit gemacht werden kann, ebenso trifft sie aber auch der Vorwurf der Ungerechtigkeit. Ungerecht ist sie in der Richtung gegen die Mitglieder der Linken in der Nationalversammlung zu Frankfurt, welche vorzugsweise als Führer des Volkes mit angegriffen sind. Ihre anerkannte Ehrenhaftigkeit hätte sie wohl schützen sollen vor einem Angriffe solcher Art. Ungerecht ist sie in der Richtung gegen Bambergs Bewohner, welche hiedurch offenbar verdächtigt werden. Was hat Bamberg verbrochen, daß es die allgemeine Mißachtung verdiente? Welche Exzesse liegen vor, um einen Vorwurf der Art zu rechtfertigen?! Es gebe der Herr Decan Bauer Thatsachen hiefür an, wenn ihm nicht, gleich dem Bamberger Referenten in der Augsburger Postzeitung, die Absicht unterstellt werden soll, durch falsche Denunciationen Einschreitungen der Regierung dahier hervorzurufen. Unbeachtet kann wohl bleiben die von ihm ausgesprochene Befürchtung, daß für ihn vielleicht auch schon eine Kugel gegossen sei, obgleich nicht zu mißkennen ist, daß sie den Haß gegen die s. g. Wühler zu fördern ganz gut geeignet war, also in so ferne ihren Zweck nicht verfehlte. Da übrigens Herr Dekan Bauer bei dieser Gelegenheit seine Partei in der Nationalversammlung, die Männer der rechten Seite, als die einzigen wahren Vertreter des Volkes hinstellt, so wird es uns auch erlaubt sein, zu beurtheilen in wie ferne ihr dieses Lob gebührt. Statt alle Raisonnements geben wir als Thatsachen die einzelnen Abstimmungen, in welchen die Rechte, mit der Herr Dekan Bauer beinahe durchgehends stimmte, in der Majorität blieb. Die Linke verlangte die Verantwortlichkeit der provisorischen Centralgewalt und ihre Verpflichtung die Beschlüsse der Nationalversammlung zu vollziehen. Der Antrag wurde verworfen: die Majorität erklärte, daß der Reichsverweser nicht gehalten sein sollte, die Beschlüsse der Nationalversammlung zu vollziehen und zu verkünden, und machte es hiedurch von dem guten Willen des Reichsverwesers abhängig, ob ihren Beschlüssen Geltung verschafft, und ob sie durchgeführt werden sollen. Die Linke verlangte die schleunige Berathung und Durchführung der Grundrechte des deutschen Volkes; denn nur dann, wenn die Zustände Deutschlands definitiv geordnet sind, wird die Unruhe und Ungewißheit beseitigt werden, welche gegenwärtig so schwer auf allen Lebensverhältnissen, insbesondere auf dem Gewerbstande lastet. Der Antrag wurde verworfen. Die Majorität entschied für eine zweimalige Berathung der Grundrechte, also für eine Verlängerung des gegenwärtigen Nothstandes. Die Linke protestirte gegen die Vermehrung des Militärs. *) Der Protest wurde zurückgewiesen. Die Erhöhung der Militärmacht um 480,000 Mann wurde von der Majorität beschlossen. Die Linke verlangte, daß zu dem Zwecke einer allgemeinen Entwaffnung und folgerecht zum Zwecke der Aufhebung oder größtmöglichen Beschränkung der Militärmacht ein Congreß (Versammlung) aller Europäischen Nationen statt finde. Der Antrag wurde verworfen. Die Majorität, wohl begreifend, daß sie ihre volksfeindlichen Absichten nur unter dem Schutze der Bajonette durchführen kann, wollte keine Uebereinkunft. Die Linke verlangte Abschaffung des Adels. Der Antrag wurde verworfen. Die Majorität glaubte, dieses den Anforderungen der Zeit widerstrebende Institut schützen zu müssen. Die Linke verlangte allgemeine Amnestie für alle politischen Vergehen, zur Beseitigung der Noth und des Elendes, welche in Folge des Aufstandes in Baden über Hunderte von Familien hereingebrochen waren. Der Antrag wurde verworfen. Die Majorität weigerte sich, den Anforderungen der Menschlichkeit nachzugeben. Die Linke verlangte die Anerkennung des Unrechtes, welches Polen durch seine Theilung zugefügt worden. Der Antrag wurde verworfen, und im Gegentheile die Aufnahme eines Theils von Posen in den deutschen Staatenbund beschlossen. Die Linke verlangte vorerst die Sistirung, dann die Verwerfung des Waffenstillstandes von Malmö. Die Majorität genehmigte den Waffenstillstand, und gab hiedurch die Ehre Deutschlands preis. Dieß sind die wesentlichen Beschlüsse, in welchen die Linke mit der Majorität sich nicht vereinigen konnte. Unschwer ist bei diesen Abstimmungen die Frage zu entscheiden, auf welcher Seite die Interessen des Volkes gewahrt werden wollten und welche Partei, ob die Linke, oder die Majorität, dem Volke eine Erleichterung verschaffen wollte, welche von ihnen die Größe und Würde des gemeinsamen Vaterlandes vorzugsweise vor Augen hatte. Hienach hätte man von Herrn Dekan Bauer, dessen Beruf es ist, Gerechtigkeit zu predigen, doch wohl erwarten sollen, daß er dieselbe in seinem amtlichen Beruf übe; man hätte erwarten dürfen, daß er wenigstens hier die Wahrheit als den alleinigen Anhaltspunkt für sein Auftreten anerkennen werde. Er hat dies unterlassen. Aber das Volk wird richten über die erhobenen Anschuldigungen; es wird sie — wir hoffen es sicher, — als unbegründet zurückweisen.

d Frankfurt, 9. Okt. Es scheint, die Struve'sche Kanzlei, die so werthvolle Papiere enthalten, durch welche halb Deutschland compromittirt seyn sollte, ist bereits erschöpft, da die O.-P.-A.-Z. seit mehreren Tagen kein Aktenstück mehr mittheilt. Das war eine magre Ausbeute! Da kann man in der That sagen: der Berg hat eine Maus geboren. Man hätte nach den pomphaften Verkündigungen der „guten“ Presse mindestens einen Briefwechsel mit den renommirtesten Führern der radikal-demokratischen Partei erwarten sollen. Eine Verschwörung, ein Einverständniß, ein Komplott war das Wenigste, was sich aus den Papieren dieser fürchterlichen „Kanzlei“ ergeben mußte, wenn nicht gar die definitive Konstituirung der republikanischen Regierung und die von dieser unterzeichnete Proscriptionsliste sämmlicher Reaktionäre und Aristokraten in Deutschland. Von Dem Allem fand sich nichts, als drei armselige Aktenstücke, so unschuldig und nichtssagend, daß man kaum begreift, wie die enttäuschte „gute“ Presse ihr gutes und schlechtes Papier mit deren emsigem Nachdruck vergeuden mag. 1) der Siegel'sche Operationsplan, für außerordentliche Fälle entworfen, und nichts enthaltend, als Gedanken, wie man sie bei allen aus dem Vaterland verbannten Republikanern ohnehin voraussetzen muß, zugleich aber den deutlichsten Beweis liefernd, daß Struve ganz auf eigne Faust seinen Handstreich unternahm; 2) das Schreiben, worin Struve einigen bekannten Radikalen, sicherlich zu deren großem Erstaunen, anzeigte, daß er da sey, und endlich 3) das Schreiben eines polnischen Emigranten aus Arras, der seine und seiner Genossen insurrektionelle Erfahrungen in sehr schlechtem Französisch Hrn. Struve zur Verfügung stellt. Das letztere Papier ist ganz werthlos, da nicht

*) Der Abgeordnete von Nürnberg, Dr. Krafft hatte sich vor seiner Wahl in einem politischen Glaubensbekenntniß ausdrücklich verpflichtet, für Verminderung der stehenden Heere zu wirken, statt dessen stimmte er für Vermehrung. Gleichwohl aber bestreitet er seinen Urwählern das Recht, ihm sein Mandat abzufordern. (Anmerk. d. Red.)

einmal gesagt werden kann, ob die polnischen Anerbietungen von Struve acceptirt worden sind. Gleichwohl wird auch dieses Schreiben, in Ermanglung von etwas Besserem, von der guten Presse im Original und mit der deutschen Uebersetzung der Fr. O.-P.-A.-Z. eifrig nachgedruckt. O Ihr Narren, die Ihr den Geist der Revolution in Eurer Gewalt zu haben glaubt, wenn Ihr ein Paar elende Papierwische erjagt habt.

L Frankfurt, 9. Okt. (93ste Sitzung der d. const. Nationalversammlung.) Die Haltung der Versammlung ist heute eine ruhiger gewordene gegen die Stürme der letzten Tage, selbst Stavenhagen nimmt seinen jüngst gebrauchten mehr als chevalereskten Ausdruck als ihm in der Hitze entschlüpft zurück. Nach einigen unwesentlichen Berichten und der Austrittsanzeige mehrer Mitglieder, (der Austritt steigert sich von Tag zu Tag), sowie dem Vorschlage des Bureaus, während der in der Paulskirche vorzunehmenden und etwa 4 Wochen in Anspruch nehmenden Einrichtung zur Beheizung, die Sitzungen in dem Saale des Weidenbusches abzuhalten, was angenommen wird, wird zur Tagesordnung über den Gesetzentwurf zum Schutze der Reichsversammlung übergegangen. Die Fassung des Ausschusses ist eine sehr weite, willkürlicher Deutung nur zu sehr Raum gebende, dabei mit drakonischer Strenge entworfene. Strafe bis auf Lebenszeit bei politischen Vergehen! Zuchthausstrafe! Glaubt man nicht in einem Jahrhunderte des finstern Mittelalters zu leben, und es handle sich um die Entwerfung einer neuen Carolina? Theilweise siegte die Humanität und die Betrachtung, daß man jene eben doch nicht so consequent mit Füßen treten dürfe, um sich die theuere Gemüthsruhe zu sichern; theilweise aber trug der Geist des alten sich so gerne in beliebig zu deutenden Allgemeinheiten bewegenden Systems den bedauerlichen Triumph davon. Die bis jetzt angenommene Fassung des Gesetzes lautet: Art. I. „Ein gewaltsamer Angriff auf die Reichsversammlung in der Absicht dieselbe auseinander zu treiben, oder Mitglieder aus ihr zu entfernen, oder die Versammlung zur Fassung oder Unterlassung eines Beschlusses zu zwingen, ist Hochverrath und wird mit Gefängnißstrafe und nach Verhältniß der Umstände mit Zuchthausstrafe bis 20 Jahre bestraft.“ Wahrlich des Guten noch genug! Die ursprüngliche Fassung ging gar auf »Zuchthausstrafe von 10 Jahren bis auf Lebenszeit!« Art. II. „Die Theilnahme zu einer Zusammenrottung, welche während der zu einer Sitzung anberaumten Zeit in der Nähe des Sitzungslocales stattfindet und sich nicht auf die dreimalige Aufforderung der zuständigen Behörde oder auf den Befehl des Vorsitzenden der Nationalversammlung auflöst, wird bei Anstiftern oder mit Waffen versehenen Theilnehmern mit Gefängniß bis zu einem Jahre, bei andern Theilnehmern bis zu 3 Monaten bestraft. Die Aufforderung muß von allgemein wahrnehmbaren Zeichen, z. B. Aufpflanzung einer Fahne oder weißen Tuches, Trommelschlag u. dgl. begleitet seyn.« Ueber Schoder's Zusatz: Die Truppen in und um Frankfurt (auf 5 Meilen) auf den Schutz der Nationalversammlung eidlich zu verpflichten, wird namentlich abgestimmt; er wird mit 274 gegen 113 Stimmen verworfen; unter den mit Nein Stimmenden hören wir auch Kraft von Nürnberg. Sollte man es glauben, daß es Menschen gäbe, welchen eine dreimalige Aufforderung zu viel sein könnte? Die Rechte hielt sie für überflüssig. Art. III. lautet: »Es ist während der ganzen Dauer der Reichsversammlung verboten, eine Volksversammlung unter freiem Himmel innerhalb eines Umkreises von 5 Meilen von dem Sitze der Versammlung zu halten. Die öffentliche Aufforderung zur Abhaltung einer solchen Versammlung, die Führung des Vorsitzes oder das öffentliche Auftreten als Redner in derselben wird mit Gefängniß bis zu 6 Monaten bestraft.« Ueber den Debatten der Fragestellung ließ sich die Linke die namentliche Abstimmung über die Entfernung entgehen. Art. IV. „Ein gewaltsames Eindringen Nichtberechtigter in das Sitzungslokal der Reichsversammlung, oder thätliche Widersetzlichkeit gegen die mit Ausweisung dort befindlicher Personen Beauftragten, endlich eine im Sitzungslokale von Nichtmitgliedern der Versammlung ausgeübte Bedrohung oder Beleidigung der Versammlung, eines ihrer Mitglieder, Beamten oder Diener wird mit Gefängniß bis zu 2 Jahren bestraft. Thätlichkeiten im Sitzungslokale an einem Mitgliede, Beamten oder Diener der Versammlung verübt, werden außer der gesetzlichen Bestrafung der Handlung an sich, mit Gefängniß bis zu 5 Jahren belegt.“ Art. V. „Oeffentliche Beleidigungen der Reichsversammlung auch außerhalb des Sitzungslokales verübt, unterliegen einer Gefängnißstrafe bis zu 2 Jahren.“ Die von Schmidt von Löwenberg beantragte Abstimmung ergab für den Art. 226 gegen 161 Stimmen. Art. VI. „Eine an einem Mitgliede der Reichsversammlung in Beziehung auf seine Eigenschaft oder sein Verhalten als Abgeordneter verübte Thätlichkeit, wird, außer der gesetzlichen Strafe der Handlung, mit Gefängniß bis zu 3 Jahren bestraft. Bei gefährlichen Bedrohungen oder öffentlichen Beleidigungen dieser Art tritt eine Gefängnißstrafe bis zu 6 Monaten ein.“ Art. VII. „Als eine öffentliche wird jede Beleidigung betrachtet, welche an öffentlichen Orten oder in öffentlichen Versammlungen stattgefunden hat, oder in gedruckten oder ungedruckten Schriften, welche verkauft, vertheilt oder umhergetragen oder zur Ansicht des Publikums angeschlagen oder ausgestellt werden, enthalten ist.« Die namentliche Abstimmung zu diesem Artikel, als nicht rechtzeitig unterstützt, wurde nicht zugelassen. Die Presse soll nach den Motiven des Gesetzentwurfes durch diesen Artikel nicht beschränkt werden, nur Beleidigungen reprimirt werden. Wir werden bald erleben, was Alles für Beleidigung gehalten werden wird — und daß Alles beleidigen wird, was mißliebig ist. Wer sich dem parlamentarischen Olymp nähern will, ohne die Hekatombe geopfert oder den gehörigen Weihrauch gestreut zu haben, wird den Zorn der erzürnten Götter zu fühlen haben. Art. VIII. Ausdehnung des Gesetzes auch auf die Beamten der Centralgewalt, letzteres werde ich Ihnen morgen mittheilen.

Wien. (Reichstagssitzung vom 7. Okt.) Es wird befohlen, daß der neu gewählte Gemeinderath sogleich in Wirksamkeit zu treten habe. — 10 Uhr wird gemeldet, daß der Kaiser sein Schloß zu Schönbrunn verlassen habe; wird eine Kommission ernannt, welche die Wahrheit dieser Nachricht zu untersuchen hat. — 11½ Uhr. Der Minister Kraus meldet, daß eine Proklamation des Kaisers zurückgeblieben sey, in welcher dieser ausspricht, daß er Wien wegen dessen Hang zum Aufruhr verlasse und von einem anderen Punkte aus die geeigneten Maßregeln treffen werde; daß er, Kraus, die Kontrasignatur als inkonstitutionell verweigern müsse. Wird beschlossen, daß der Reichstag die konstituirende und exekutive Gewalt übernehme und Kommissäre mit diesem Erlaß in die Provinzen sende.

(Die Wiener Revolution.) * Die Revolution hat in Wien vollständig gesiegt. Den Anlaß gab die Absendung von Truppen gegen die Ungarn. Das Volk, namentlich Einige von der akademischen Legion, rissen die Schienen der Eisenbahn auf, um den Abzug zu verhindern, und widersetzten sich dem Abmarsch zu Fuß. Das Militär, selbst unzufrieden mit der Sendung, ging theilweise zum Volk über, mehrere Offiziere, welche feuern ließen, darunter der General Bredy, fielen, der Aufstand verbreitete sich durch die ganze Stadt, im Nu waren Barrikaden gebaut, Kanonen wurden mit stillschweigendem Einverständniß der Artillerie vom Volke genommen, das Kriegsministerialgebäude erstürmt, Latour erstochen und an einen Pfahl gehängt. Am Zeughaus wüthete der Kampf die ganze Nacht vom 6. auf den 7., es war von „schwarzgelben“ Garden besetzt und ein Parlamentär der akademischen Legion wurde hier meuchlings erschossen. Hier floß viel Blut. Morgens ergab sich das Zeughaus, und die Garden, welche es vertheidigt hatten, fanden Mittel, zu entkommen. Das Volk stürmte hinein und nahm sich Waffen. Es sollen gegen 100,000 Gewehre darin vorräthig gewesen sein. Der Reichstag hat sich für permanent erklärt. Doblhof, Hornbostl und Kraus bleiben vorerst. Eine Exekutivkommission, meist aus Männern der Linken, ist ernannt. Der Kaiser ist aus Schönbrunn entwichen, mit Hinterlassung eines Manifestes, das kein Minister unterzeichnet. Es heißt darin: „Ich vertraue auf Gott und mein Recht, verlasse die Nähe meiner Hauptstadt, um Mittel zu finden, dem unterjochten Volke Hilfe zu bringen. Wer Oesterreich, wer die Freiheit liebt, schaare sich um seinen Kaiser!“ Allein bei der Vorlesung blieb der Reichstag stumm. Es wurde eine Denkschrift an den Kaiser und eine Proklamation an die Provinzen beschlossen und Schuselka mit der Redaktion beauftragt. — Briefe aus Wien vom 7. melden, daß Wien ruhig ist, obwohl es noch sehr kriegerisch aussieht. Man ist auf Truppenzüge gegen Wien gefaßt, obgleich der Reichstag den Eisenbahn-Direktionen verboten hat, Militär nach Wien zu befördern. Wir lassen noch einige Details über den Aufstand folgen:

Wien, 5. Okt. Das hiesige Militär, welches gestern Ordre erhalten hatte, sich nach Ungarn marschfertig zu machen und heute

mit selbst der Preßburger Bahn dahin befördert werden sollte, erklärte gestern Nachts in corpore, daß es gegen die Ungarn nicht kämpfen, überhaupt nur dann von Wien ausmarschiren werde, wenn man ihm die Bestimmung des Marsches unverholen mittheile. Die Offiziere wußten den Abmarsch zu erzwingen und rückten mit den Truppen gegen den Nordbahnhof, wo die Züge zu ihrem Empfange in Bereitschaft standen. Dort angelangt, stellte sich aber das Volk in großen Massen, zum Theil bewaffnet, den Abziehenden entgegen und erklärte, es wolle den Abmarsch der Truppen nach Ungarn nicht zugeben. Als die Offiziere von dieser Protestation keine Notiz nehmen wollten, waren in der kürzesten Frist Barrikaden fertig, die Eisenbahnschienen abgebrochen und die Joche der Donaubrücken, sowie der Telegraph zerstört. Die ganze Arbeit, unstreitig ein Meisterwerk, dauerte keine halbe Stunde. Der Kommandant der Truppen ließ Sturm schlagen und rückte mit gefälltem Bajonett gegen die Barrikaden. Als die Soldaten dort anlangten, nahmen sie die Gewehre, anstatt mit ihnen zu stürmen, bei Fuß! und Volk und Militär umarmte sich brüderlich. Der Tumult wuchs. Die Soldaten bemächtigten sich eines Generals und wollten ihn in die Donau werfen. Ein Student, der ihm zu Hülfe eilte, hatte noch gerade so viel Zeit ihn vom sichern Tode zu retten. Eine zufällig an den Kriegsminister angekommene Depesche wurde konfiscirt. Anwesende Studenten verhinderten, daß dieselbe nicht sogleich erbrochen wurde. Um die Ruhe und Ordnung wieder herzustellen rücken eben (11 Uhr) Kanonen und Kavallerie-Divisionen auf den Ort der Bewegung. Die Nationalgarde wird allarmirt. Die akademische Legion steht bereits unter den Waffen und ist entschlossen, die Rechte des Volkes zu wahren. Das ganze Marchfeld ist allarmirt; das dort einquartirte Militär soll sich gleichfalls weigern, gegen die Ungarn zu kämpfen. Einzelne, als Eilboten angekommene Bauern, versichern, daß der Landsturm bereits in der ganzen Umgebung aufgeboten sei, um den Wienern zu Hülfe zu kommen. Das gestern nach Ungarn von hier abmarschirte Militär hat rechtsum gemacht und die Soldaten kehren truppweise und in größter Unordnung wieder zurück. — Nachmittags 3 Uhr. Unsere heutige Sturmbewegung nimmt einen sehr ernsthaften Charakter an. Das zur Herstellung der Ordnung herbei gezogene Militär gab vor einer Stunde Feuer unter das Volk, auf dessen Seite sich aber alle jene Truppen schlugen, welche heute den Abmarsch verweigerten. Es mögen bei 20 bis 30 Todte geblieben seyn. Das Volk kräftigst unterstützt von den Arbeitern hat 4 Kanonen und 4 Munitionswagen erbeutet. Die Truppen, welche auf Seite des Volkes stehen, feuerten auf ihre Kameraden. Unter den Gefallenen ist ein Stabsoffizier. Alles ist in Allarm. Der Landsturm, eine unübersehbare Menge Bauern, steht am jenseitigen Donauufer, unterstützt gleichfalls durch Militär. Alle Glocken stürmen. Alles fordert laut die Absetzung des Kriegsministers. Von den erbeuteten Kanonen werden soeben zwei auf die Universität gebracht. Zwei wurden in die Donau geworfen. In den Munitionskarren befinden sich viele Tausend Kartätschen-Patronen. Eben zieht sich das Gefecht in das Innere der Stadt. Am Stephansplatze fallen viele Musketenschüsse. Es haben nämlich Nationalgarden den kleinen Stephansthurm besetzt; und gaben auf die Nationalgarden des Kärthnerviertels, die das Volk vom Sturmläuten auf dem großen Stephansthurme abhielten, Feuer; welches zur Folge hatte, daß sich die Garden des Kärthnerviertels ganz zerstreuten. Das gegen das Volk kämpfende Militär zieht sich zurück. (A. Abdztg.)

Berlin, 7. Okt. In der heutigen Sitzung der National-Versammlung übergab die Linke ein abweichendes Votum in Betreff der gestrigen Abstimmung über die Dringlichkeit der Waldeck'schen Interpellation. Sie spricht darin aus, daß der Reichs-Justizminister Mohl bei seinem Schreiben an die Bundesregierungen offenbar seine Befugniß überschritten habe, und daß daher die Aufnahme dieses Reichsministerial-Erlasses in den amtlichen Theil des preußischen Staatsanzeigers bedenklich erscheinen mußte. Ein als dringlich eingebrachter Antrag verlangt die Außerkraftsetzung der §§ des Landrechts über politische Vergehen. Der Justizminister Kisker erklärt, daß ein neuer Gesetzentwurf in dieser Beziehung ausgearbeitet werde. Es wurde sodann auf Erlassung einer Amnestie für politische Vergehen angetragen, und vom Ministerium erklärt, daß es sich mit einer **theilweisen** Amnestie, in welche auch die Polen eingeschlossen werden sollen, beschäftige, eine umfassendere Amnestie aber jetzt nicht erlassen werde. Schließlich wurde die **unentgeldliche** Aufhebung des Jagdrechts beschlossen.

Berlin, 7. Okt. Wie vorgestern in demokratischen Clubbs, so wurde heute mit großer Begeisterung im Volksklubb die Verpflichtung Berlins und der preußischen Demokratie anerkannt, **hier und von hier aus die Sache der deutschen Demokratie zu retten.** (Ref.)

Berlin, 7. Okt. Der reaktionäre Theil der Bürgerwehr bereitet für den Geburtstag des Königs, 15. Oktober, große Festlichkeiten vor. Man nennt sie seltsamer Weise „Versöhnungsfest." Wenn es politische Kinder gibt, welche einen politischen Vater brauchen, und sie haben sich mit diesem erzürnt, so mögen sie sich an seinem Geburtstag wieder mit ihm versöhnen. Die Bürgerwehr als solche wird hoffentlich nicht so kindisch sein, in diesem Geburtstag etwas Anders zu sehen, als den Geburtstag eines **Bürgers**, wenn auch des Höchstgestellten im Staate (Nat.).

Berlin, 8. Okt. Das Ministerium Pfuel hat in Folge des bekannten Reichsministerial-Erlasses vom 22. Sept. ein Circular an sämmtliche Regierungen erlassen, worin es die Beamten, „**im Einverständniß mit der Centralgewalt**," auffordert, gegen den „Mißbrauch der Presse und des Versammlungsrechts" kräftig einzuschreiten. Die deutsche Einheit läßt nichts zu wünschen übrig! „Wo eine Polizeigewalt auftaucht, da wird gewiß Preußen die brüderliche Hand bieten," sagt die Reform.

Berlin. Der Centralausschuß der Demokraten Deutschlands an die demokratischen Vereine. Mitbürger! Wir berufen hiemit, unserem Auftrage gemäß, den allgemeinen Kongreß der deutschen Demokraten. Die Abgeordneten der Vereine sind eingeladen, am 26. Okt. sich in Berlin einzufinden. Alle Vereine, welche die Durchführung der Demokraten zum Ziele ihrer Thätigkeit machen, sind berechtigt und aufgefordert, den Kongreß zu beschicken. Kleinere Vereine, welche nicht im Stande sind, eigene Abgeordnete zu schicken, werden gebeten, ihr Mandat Abgeordneten benachbarter Vereine zu übergeben. Die Abgeordneten legitimiren sich durch Vollmachten. Berlin, 7. Okt. 1848. J. Fröbel. H. Kriege. E. Meyer. A. Hexamer. G. Sigmund (Stellvertreter).

Breslau, 5. Okt. Unser constitutionelles Ministerium, „welches die Freiheiten des Volkes beschützen, aber auch die Rechte der Krone wahren will", hat den bekannten russischen Flüchtling **Bakunin** aus den preußischen Staaten **ausgewiesen**, „weil derselbe keinen russischen Paß habe." Im Wiederbetretungsfalle würde man ihn an die russische Regierung ausliefern! Bakunin hatte seit einiger Zeit in Breslau gelebt.

Zwickau, 6. Oct. Die Verhaftung eines freisinnigen Soldaten Namens Fras vom hiesigen Regiment, führte heute gegen Abend eine Menge Soldaten vor das Quartier des Majors v. Hake, welche die Freilassung ihres angeblich unschuldigen Kameraden verlangten. Da diesem Ansinnen nicht Genüge geleistet wurde, zogen sie in ihre Kaserne und kamen mit einbrechender Dunkelheit in Massen auf den Markt und von da vor die communliche Frohnveste und verlangten stürmisch die Freilassung. Es wurde die Communalgarde zusammengerufen; ehe sie aber beisammen war und einschreiten konnte, war bereits das Gefängniß erstürmt, während das in unmittelbarer Nähe aufgestellte Militär dem Treiben ruhig zusah.

Neuestes.

Windischgrätz ist in Wien angekommen, die Artillerie und was von Truppen nicht zum Volk übergegangen, hat sich auf den Belvedere zusammengezogen, Auersperg hat die Kanonen auf die Stadt gerichtet und ist zum Bombardement bereit, wenn neue Unruhen ausbrechen sollten. In der Stadt stehen die Barrikaden und man ist bereit, sie und die neue Revolution bis auf den letzten Mann zu vertheidigen. Es scheint nicht, daß von Auersperg eine Militärreaktion zu besorgen ist, er wird die Befehle des Reichstags befolgen. In diesem hat natürlich die Linke jetzt die Oberhand. Auersperg's drohende Stellung ist wahrscheinlich gegen mögliche Frevel des bewaffneten Proletariats gerichtet.

Gedruckt unter Verantwortlichkeit der Verleger, von Wilhelm Tümmel.
Expedition S. 39. im Gasthof zum König Otto 2te Etage.

Der freie Staatsbürger.

Erscheint an allen Wochentagen, am Sonntag nur ausnahmsweise auf einem Extrablatt. Preis in ganz Bayern vierteljährl. fl. 1. 30 kr. halbjährl fl. 3. — jährlich fl. 6.

Organ der Demokratie.

Inserate werden die dreispaltige Petitzeile zu 3 kr. berechnet. Die Abonnenten haben für die Hälfte des Abonnementpreises Inserate frei.

№ 11. Nürnberg, Donnerstag, den 12. Oktober 1848.

Deutschland.

J München, 9. Oktober. Die allgemeinen Klagen, die in Deutschland überall vom Volke laut werden, sind auch hier dieselben. Die Reaktion in der Beschränktheit und Unfähigkeit ihrer Leiter am Staatsruder ängstigt sich bereits bis zur Contrerevolution, die es sogar schon für überflüssig hält, auch nur den Schein des Rechtes zu wahren. Unverschleierten Hauptes sitzt sie in den Kriegsministerien zu Rathe. Nachdem man mit der Louis Philipp'schen Einschüchterungspolitik keinen Hund mehr aus dem Ofen zu locken vermag, spielt man auf gut Glück die letzten Karten aus und glaubt in der Säbelherrschaft die größte Dosis von Staatsweisheit entdeckt zu haben, mit der man Deutschland jetzt regieren zu können vermeint, das Deutschland mit seiner Preßfreiheit, seinem Associationsrechte und seiner Volksbewaffnung, so kümmerlich dieselben auch aus dem faktischen in den rechtlichen Zustand übergetreten sind. O armes Deutschland! Arm vor Deinen glorreichen Tagen, sollst Du nach ihnen noch ärmer werden! Auf 45 Deiner Bewohner kommt von 900,000 zweiprozentigen Soldaten Einer zu unterhalten. Ziehen wir von jenen 45 die Unsteuerpflichtigen, als: Weiber, Kinder, Dienstboten, Arbeiter rc. ab, so werden gewiß kaum 12 steuerpflichtige Bürger übrig bleiben, auf welche die Ernährung eines Soldaten und auf eine verhältnißmäßig größere Anzahl noch die Erhaltung eines Militärpferdes zu stehen kommt. Wie sehr durch diese einseitige Ueberausgabung die nothwendigen Ausgaben für wirkliche gesellschaftliche Zwecke des Staatshaushaltes geschmälert werden müssen, liegt auf der platten Hand, und wir haben nichts zu beklagen, als daß es trotz des energischsten Volksveto's und trotz der freilich schamlos gebrochenen Märzversprechungen (die man ohne schamroth oder ausgelacht zu werden ferner kaum erwähnen kann) noch immer möglich bleibt, daß die Regierung, wenn auch durch das Parlament, den Gewerbfleiß der Bürger dem Moloche der unnöthigen Soldatenwirthschaft, dieser Nachgeburt des Feudal-Staates, zum Opfer bringen kann. Denn als innerste Ueberzeugung sprechen wir es aus, daß die Majorität im Parlamente und das in den Einzelstaaten befolgte System, nur ein Regiment der Privilegien und der Volksminorität ist. Daher bezeichnen wir auch die proklamirte Volkssouveränetät in ihrer nicht praktisch gemachten Geltendmachung als die höllischste Lüge des 19. Jahrhunderts, die nur zeigt, daß die Regierungen noch immer gewillt sind, mit Ständen und privilegirten Klassen, statt mit dem ganzen Volke zu fahren. Wohin dieß führt? Die Revolution wird sich in Deutschland mit der Finanzkrisis schließen, wie sie 1789 in Frankreich mit ihr begann. Und dennoch ist auch das Militär, diese letzte Stütze der Reaktion, nicht mehr eine bloße Maschine, die Soldaten stehen, besonders durch die durch frische Aushebung und freiwilligen Eintritt in das Heer gekommenen Elemente, auf ganz friedlichem Fuße mit den Bürgern. Die sogenannten Subordinations-Vergehen beim Militär haben auf eine den Kriegs-Obersten sehr bedenkliche Art zugenommen. Vom nicht militärischen Standpunkte aus kann jedoch dieß nur als ein erfreuliches Zeichen angesehen werden, da es zu glauben berechtigt, daß auch endlich der Geist der Opposition gegen die schmähliche Entäußerung der freien Persönlichkeit, gegen alle Mißhandlung der Menschenwürde bei unseren Brüdern im Heere Raum gewinnt. Die Artillerie besonders zeichnet sich durch Verständniß der neuen Zeit am vortheilhaftesten aus. Welche Mittel man anwendet, um die Truppen mit Umgehung der Verfassung nur für allerhöchste Interessen zu begeistern, in einem nächsten Artikel.

J München, 10. Okt. Durch die reaktionäre Razzia der Demokratenverhaftungen dahier hat sich die Regierung nicht allein kompromittirt und eine große Gesetzesverletzung zu Schulden kommen lassen, sondern was noch gefährlicher für sie in diesem Augenblick ist — sie hat sich lächerlich gemacht. Es lassen sich zwei Gesichtspunkte denken, von denen diese inkonstitutionellen Willkürmaßregeln ausgegangen sind. Entweder war es wirkliche Furcht vor dem Ausbruche einer nicht „ehrfurchtsvoll" vor dem Throne stehenbleibenden Bewegung, der man durch Inhaftirung der Häupter der hiesigen Demokraten vorbeugen wollte, oder man wollte, da revolutionäre Versuche anderwärts bereits als mißlungen bekannt waren, im hiesigen Volke einen unnützen, leicht zu bewältigenden Krawall herbeiführen, um in den beliebten Belagerungszustand übergehen zu können und im Schatten kühler Ausnahmsgesetze sich an die Freiheiten des Volkes zu machen; natürlich alles im Namen der deutschländischen Einheit und Freiheit, nach der allgemeinen lügenhaften Phraseologie unsres „lieben und getreuen" Reichsministeriums, dessen sämmtliche Erlasse, beiläufig gesagt, bis dato nur Polizei-Maßregeln waren, als die süße, unverhoffte Errungenschaft unsrer frevelhaften Märztapferkeit. Jedenfalls nahm man überdieß an, zur Entledigung längst mißliebiger Personen Beweise von dem Vorhaben oder der Mitwissenschaft „hochverrätherischer" Unternehmungen bei den Hausuntersuchungen vorzufinden, durch die man später den gewaltthätigen „Griff" in die persönliche Freiheit schon zu decken wissen würde. — Allein abgesehen davon, daß die hiesigen Demokraten weder Mitwissenschaft noch eigne Pläne ungesetzlicher Unternehmungen hatten und haben, ist es denn doch etwas zu stupid, zu glauben, daß Männer, die ihren Namen durch Akte der Oeffentlichkeit, als Leiter der demokratischen Opposition, bekannt wußten, durch analoge Vorgänge der Jüngstzeit nicht belehrt worden seyen, Papiere, die nicht für Jedermann, am wenigsten für die hohe Staats-Polizei vorhanden wären, entweder zu vernichten oder doch dem schlauen Polizei-Späherauge, dem wir außerdem alle Gerechtigkeit widerfahren lassen, zu entrücken. Ach! alles schlug fehl — zum tiefsten Leidwesen aller „heilsamen" Reaktionsmänner, von welchen letzteren Einer, ein Ministerialrath, am ersten Tage der Verhaftung mit perfidem Beileid bemerkte: „Er wünsche seinem ärgsten Feinde nicht, jetzt in der Haut eines der Demokraten zu stecken!" **(Verbürgt!)** eine Bemerkung, die andeutet, wie weit man gegen die gefangenen Demokraten zu gehen entschlossen war. Daß dieser Mißgriff auf höheren Wink gemacht wurde, brauchen wir wohl nicht mehr zu bemerken. Danken wir dem Himmel, daß wir keine Minister sind, denn dieß scheint das einzige Amt zu seyn, welches keinen Verstand gibt. — Der erste feierliche Gottesdienst der Deutschkatholiken ist heute Morgens im Brienner Garten abgehalten worden. Pfarrer Rauch hielt einen in jeder Beziehung ausgezeichneten Vortrag, der auf die für die hiesigen Verhältnisse äußerst zahlreich zu nennenden Zuhörer einen tiefen und nachhaltigen Eindruck machte. Die Schönfeld- und Frühlings-Straße, das St. Germain der Ultramontanen, werden ihr stilles Halloh aufschlagen und Herr Döllinger wird nun wohl Alles für möglich halten, da das Unglaublichste geschehen. Wie sehr man von dieser Seite das Emporkommen der jungen Gemeinde auf jede Weise zu unterdrücken suchte, zeigen anonyme Briefe und Traktätchen, die in ihrer theilweisen Verzichtleistung auf alles vernünftige Denken dem in Nürnberg erscheinenden Correspondenten alle Ehre machen würden. — Die vom Demakratenverein ausgegangene Ansprache an die deutsche Nationalversammlung bedeckt sich mit zahlreichen Unterschriften und selbst der fromme Verein für Freiheit und Ordnung hat sich angeschlossen. Ein Zeichen, daß es auch dort zu dämmern beginnt und daß die Bourgeoisie durch den bösen Geist der Selbstsucht und der Krämerei auch nicht so ganz gegen jede Spur der National-Ehre verhärtet ist. —

Unsere radikale demokratische Tagespresse hat sich um ein Organ: „das freie Wort,“ vermehrt, das in seiner gestern ausgegebenen Nummer Tüchtiges zu leisten verspricht.

L. Frankfurt, 8. Okt. Sie wissen, daß zur Begutachtung über eine Reihe leidenschaftlicher und anstößiger Scenen, welche sich in den letzten beiden Sitzungen der Nat. Vers. vom 5. u. 6. d. in Folge aufregender Verhandlungen über die Verhaftung mehrerer Mitglieder der Versammlung und des Gesetzes zum Schutze des Reichstages, ereigneten, ein eigner Ausschuß niedergesetzt wurde. Wir vernehmen nun über den beabsichtigten Antrag dieser Skandal-Commission ein Gerücht, das so unglaublich lautet, daß wir eilen werden, es zu berichtigen, sobald es sich als unbegründet erweisen sollte. Man wolle nämlich, heißt es, dem Präsidenten v. Gagern den Ordnungsruf nicht zuerkennen, wohl aber die Abgeordneten Schmidt v. Löwenberg und Wießner von Wien zur Abbitte, (oder Zurücknahme) widrigenfalls zum Ausschluße aus der Versammlung anträglich verurtheilen! Noch hat die Versammlung kein Disciplinargesetz und wir halten ein solches auch ihrer Würde unangemessen, es würde also der berührte Antrag eine weitere Ausnahmsmaßregel sein, die wir jetzt gewohnt sind und zwar eine der terroristischsten. Wir können Ihnen übrigens mit Bestimmtheit melden, daß keiner der angeklagten Abgeordneten sich der etwaigen Verhaftung entziehen wird. Sie wollen — und wir müssen dieß ehrend anerkennen — dem Volke zeigen, daß sie für sein heiliges Recht, für seine ungeschmälerte Ehre und ihre Ueberzeugung nicht nur zu sprechen, sondern — was mehr ist — auch zu leiden wissen. Wir werden also wahrscheinlich es bald erleben, nicht nur Märtyrer des alten Systems, sondern auch unserer jungen 6 Monate alten Freiheit zu haben. Sollen wir es dann beklagen? Für den Einzelnen, den der Bannstrahl der neuen Willkür trifft, wohl, nicht so sehr oder vielleicht gar nicht im Hinblick auf das Ganze. Denn wir gestehen aufrichtig, wir hatten nie ein so zweifelhaftes Zutrauen zu unsern Errungenschaften, wenn wir dedachten, sie seien bei leichtem Schütteln als reife Frucht von dem Baume der Geschichte gefallen. Nein; wir haben die weltgeschichtliche Ueberzeugung, daß das Große nicht so leichten Kaufes gewonnen, daß Recht und Freiheit der Willkür und Despotie nur mit Opfern abgerungen werden können. Der Plan der Reactionäre neuen Styles liegt so ziemlich klar vor den Augen des aufmerksamen Beobachters. Nie, wenn je, war die Zeit so günstig, unter den Auspicien der Reichspolizei und auf den Spitzen der Bajonette die definitive Centralgewalt zu gründen. Wird sie dabei auch keine volks- und freiheitsthümliche, so dürfte sie, erwartet man, doch eine kräftige werden. Umsonst sprechen die Lehren der Geschichte für taube Ohren. Nie wurde eine Nation durch die Waffen willenloser Werkzeuge wahrhaft mächtig, stark und groß! Wie man weiter beabsichtigt, so sollen Fürsten, welche außer deutschen Ländern auch nicht deutsche beherrschen, dieß zufolge der Personalunion, aber nur durch Statthalter in ihren deutschen Gebieten thun können. So würde Oesterreich, wenn es beisammenbleibt, eine deutsche Statthalterei dem deutschen Reiche zubringen; und die Hegemonie fiele natürlich an Preußen. Gut ausgesonnen und angesponnen! — Wir glauben der Darstellung der Vorfälle in Frankfurt am 18. Sept. in Nro. 1 und 2 Ihres Blattes, der wir beistimmen müssen, nur eine kleine Berichtigung, die aber nicht unwesentlich bei Beurtheilung jener Ereignisse ist, beifügen zu müssen. Es hat nämlich das Reichsministerium dem Senate von Frankfurt die Mittheilung gemacht, daß es vorsorglich einige Bataillone Truppen in Bereitschaft habe, und erst auf dieses hin erklärte der Senat seine Unfähigkeit, die Nat.-Vers. zu schützen, und ließ sich der Reichsminister von ihm die Autorität übertragen. War jene Mittheilung etwas anderes, als eine feine Aufforderung zu dem Verfahren des Senats? Noch vor Mittag des 18. standen die Sachen so, daß eine Zurückziehung der Preußen die ganze Geschichte hätte in sich zerfallen und an der Langweile sterben lassen. Warum hat man gegen die Ieten sinnlosen Verdächtigungen des Raubens und Plünderns nicht mehr hervorgehoben als es der Wahrheit zu Ehre geschehen mußte, daß an den Häusern innerhalb der Barricaden geschrieben stand: „Heilig ist das Eigenthum“ und daß, obgleich z. B. Rothschilds Comtoir auch eingeschlossen war, nichts entwendet wurde, und das was gestohlen wurde, von Seite des Militärs geschah, welches, wie wir von glaubwürdigen Männern hörten, unter Andern sich neue Hemden aneignete, und die alten an deren Stelle ließ? Es ist doppelt nöthig, in einer Zeit aufgeregter Leidenschaftlichkeit Dinge nicht zu vergessen oder absichtlich zu verschweigen, welche geeignet sind, über so viele unbegründete Schwätzereien und Verdrehungen Licht zu verbreiten und ein unbefangenes Urtheil anzubahnen. Als neuer Beleg, wie bayrische Abgeordnete ihre große Aufgabe auffaßen, mag der Ausschußbericht über den bekannten angeblich von Minister Peucker bezüglich der Huldigungsfeier vom 6. August geschriebenen Brief beweisen. Ganz Deutschland weiß jetzt, wie dieser erste größere Akt der centralgewaltlichen Autorität betrachtet und angenommen worden ist, und daß man nach Entfernung des Theatralischen an ihm nichts als die alte Souveränetätsspielerei durchblicken sieht. Um so empörter war man, als man in dem Briefe Peuckers gewißermaßen eine Rechtfertigung der vor dem Volke aufgeführten Komödie, oder selbst eine Veranlaßung dazu erblicken zu müssen glaubte. Mußte die Nationalversammlung in ihrem Interesse, sowie in dem ihres Produktes, der Centralgewalt, nicht eine vollständige Aufklärung wünschen? mußte sie dieselbe nicht fordern? Und lag diese Aufklärung nicht so nahe wie etwas? Der angebliche Schreiber mußte doch wissen, ob und was er geschrieben? Und ist denn der Reichsminister unnahbar? Was thut nun der Ausschuß? Er mißbilligt den Inhalt des Briefes — glaubt aber ein weiteres Vorschreiten in dieser Sache nicht empfehlen zu können. So haben wir also keinen verantwortlichen Minister! Denn, sagt der Ausschuß, die Aechtheit des Schreibens ist nicht erwiesen und auf eine unzuverläßige Zeitungsnachricht hin kann ein Minister nimmermehr genöthigt werden, sich zu verantworten oder einen Privatbrief, der durch Indiscretion, vielleicht entstellt und ungenau in die Oeffentlichkeit gelangt ist, auf dem Bureau niederzulegen. Angenommen, aber nicht zugegeben, alle diese angeführten Gründe seien ganz stichhaltig, so fragen wir: wenn Alles dieß einen Minister nicht zur Verantwortung nöthigt, gibt es denn nicht etwas Höheres, das den öffentlichen Charakter moralisch zwingt, abgesehen von der persönlichen Rechtfertigung, das Volk, welches in Folge jenes Briefes vielfach aufgereizt und beunruhigt war, aufzuklären und der Nat.-Vers. die Veranlassung zu unnöthigen Berichten, Verhandlungen u. dgl. abzuschneiden? Wir sollten es meinen in einer so hochwichtigen Angelegenheit. So lange die einfache unumwundene Erklärung des Ministers fehlt, so lange muß man mit Grund annehmen, daß die Sache faul ist, und wenn auch nicht gerade die bekannt gewordenen Worte, doch ähnliche zweideutige, die Würde der souveränen Nation beeinträchtigende wirklich geschrieben worden sind. Der Ausschuß beantragt einfache Tagesordnung! Der Berichterstatter ist Raumer v. Dinkelsbühl! Vor einigen Tagen (nach der stürmischen Sitzung vom 5. d.) wurde ein Esel ins Lager gelassen, wie Xenophon sagt. Man sah zwar den Esel nicht, der den Lärm verursachte, aber die Wirkungen in zahlreichen Patrouillen, Wachtfeuern, blinkenden Gewehren allenthalben in dem in seiner Bevölkerung so ruhigen Frankfurt. Warum eigentlich? Darüber zerbrechen sich die Gelehrten immer noch die Köpfe, ohne etwas Gescheutes zu finden, und so ist es immer noch die vernünftigste Auslegung, daß die Militärherrschaft einmal zeigen wollte, daß sie noch nicht eingeschlafen sei. Allerdings hörten wir, es sei außerhalb der Stadt ein Schuß gefallen; aber dabei an den Satz: kleine Ursachen, große Wirkungen, zu denken, kommt uns doch zu kindisch vor. Von glaubwürdigen Männern aus Baden erfahren wir, daß Struve seinen sogenannten Einfall mit 15 unbewaffneten Leuten bewerkstelligte und binnen 2 Tagen bestand der republikanische Heerhaufen aus 3500 Männern. Anzunehmen daß diese Schilderhebung durch Zwang, Androhung von Standrecht u. dgl. von Struve's Seite zu Stande gekommen sei, wie die Regierungsblätter melden, ist geradezu eine Lächerlichkeit. Der Kampf bei Stauffen ist mörderisch gewesen, woher sich auch die Wuth der Soldateska gegen Struve und seine Leute, von der soviel erzählt wird, erklären läßt. Auch stehen die einzelnen republikanischen Explosionen in West- und Süddeutschland in keiner Art von Zusammenhang. Die Demolirung der Eisenbahn bei Weinheim geschah auf bloße Zeitungsnachrichten hin von den Vorgängen in Baden. — Heute wurde der Entwurf des Verfassungsausschusses der Nationalversammlung an die Abgeordneten vertheilt, betitelt: Das Reich und die Reichsgewalt. Die Befugnisse, Rechte und Machtvollkommenheiten der letztern sind in vielen (XIV) Artikeln eines Breitern auseinandergesetzt, sie selbst aber ist noch eine mystische Person. —

L Frankfurt, 9. Okt. 93. Sitzung der const. Nationalversammlung (Schluß). Art. VIII. „Die Bestimmungen des Artikels IV. finden auch Anwendung auf Bedrohungen, Beleidigungen und Thätlichkeiten gegen Beamte der provisorischen Centralgewalt. Zusatzartikel. Vorstehendes Gesetz tritt in dem Gebiete der freien Stadt Frankfurt mit dem 3. Tage, im Churfürst. Hessen, im Großh. Hessen, im Herzogthum Nassau, in der Landgrafschaft Hessen Homburg, in dem kgl. preuß. Kreise Wetzlar mit dem 10. Tage, in allen übrigen Theilen Deutschlands mit dem 20. Tage nach dem Tage der Ausgabe des betreffenden Reichsgesetzblattes in Frankfurt in Kraft.“ Nachträglich wird noch zu VI. folgender Zusatz (Dietzsch v. Saarbrücken) angenommen: »Wegen solcher öffentlicher Beleidigungen findet eine Verfolgung nur auf Antrag des Beleidigten statt,« so wie ein Schluß-Antrag Mittermaiers: „Die Nat.-Vers. beschließt, das Reichsministerium aufzufordern, daß ungesäumt die Einleitung getroffen werde, daß wenigstens die im Artikel I, II, III, IV bezeichneten Verbrechen auf den Grund der mündlichen öffentlichen Verhandlung durch Geschworne abgeurtheilt werden.« Bei der Abstimmung über das ganze Gesetz stimmte die Linke dagegen. Hierauf behält sich Zimmermann v. Stuttgart für sich und seine Freunde vor, die Gründe, warum sie gegen das Gesetz gestimmt, zu Protokoll zu geben, was sie ihren Wählern schuldig seien. — Die Stimmung der Versammlung ist heute eine sehr versöhnliche. Rösler v. Oels erklärt, daß er bei der Erklärung Stavenhagens nicht zugegen gewesen, sonst würde er die Erklärung, die er jetzt gebe, früher abgegeben haben. Er habe sich von der Leidenschaft hinreißen lassen und nehme den gebrauchten Ausdruck zurück; er hätte denselben nicht, am wenigsten gegen den Präsidenten gebrauchen sollen, worauf der Präsid. v. Gagern von der Schwierigkeit spricht, bei aufregenden Vorfällen, die Gemüthsruhe und Fassung zu behaupten; hätte er Dieß gethan, so würde er seinen Ordnungsruf, den er habe aussprechen müssen, anders motivirt und sich des beleidigenden Ausdrukes nicht bedient haben, worauf dann auch Beseler, der die Verweisung zuerst beantragte, meinte, man solle die Sache auf sich beruhen lassen. So wurde der Scandal-Commission ein Theil ihrer schwierigen Aufgabe abgenommen und die Ruhe einigermassen wieder hergestellt.

Frankfurt, 10. Okt. Die kirchliche und militärische Feier des bevorstehenden 18. Okt. findet „in Betracht der Zeitverhältnisse“ nicht Statt.

Wien (Reichstagssitzung vom 6. Okt.) Verschiedene Glieder der Linken versammelten sich und schickten eine Adresse an den Präsidenten Strohbach, die ihn aufforderte, die Abgeordneten zu versammeln, damit dem Blutvergießen ein Ende gemacht werde. Der Präsident weigert dem Ansuchen nachzukommen mit dem Bemerken, daß er die Sache für nicht bedeutend genug halte. Der Reichstag versammelt sich dennoch, erklärt den Vicepräsidenten Smolka zum Vorsitzenden und sich für permanent. — 7 Uhr Abends. Eine Kommission wird ernannt als exekutive Gewalt, meist aus Mitgliedern der Linken bestehend. Von Löhner wird der Antrag gestellt, daß an den Kaiser eine Adresse geschickt werde, des Inhalts: »Daß er ein neues volksthümliches Ministerium bilde, in welchem von dem früheren nur Doblhoff und Hornbostl beibehalten werden können, daß Jellachich seiner Stelle als Gouverneur von Ungarn entsetzt und die letzten kaiserlichen Manifeste an die ungarische Nation zurückgenommen werden; daß für alle bei den heutigen Vorfällen Betheiligten die Amnestie ausgesprochen werde.« Der Antrag wird angenommen und eine Deputation mit dieser Adresse an den Kaiser geschickt — 7½ Uhr wird beschlossen, auf den Antrag Kudlich's den Abgeordneten Scherzer zum provisorischen Oberkommandanten der Nationalgarde von Wien und seiner Umgebung zu ernennen. Wird beschlossen, den Einhalt des Kampfes bei dem Zeughause der Legion und der Garde an das Herz zu legen. Wird beschlossen, an den Militärkommandanten Auersperg die Weisung zu schicken, daß jedes Einschreiten des Militärs zu unterbleiben habe. — 8 Uhr wird beschlossen, unter allgemeinem Beifall des Hauses die Legion mit frischer Munition zu versehen. — 9 Uhr wird beschlossen, den Auftrag an die Direction der Südbahn ergehen zu lassen, daß sie keinerlei Militär nach Wien zu befördern habe. — 11¾ Uhr. Die Deputation an den Kaiser kehrt zurück mit dem Bescheide, daß dieser die Bitten des Reichstages in Erwägung ziehen werde, und vorläufig das Versprechen ertheile, ein neues volksthümliches Ministerium mit Beibehaltung von Doblhoff und Hornbostl zu ernennen.

Wien, 7. Oct. Nach Schluß unserer gestrigen Korrespondenz ordnete der Kriegsminister Latour an, daß die Ordnung mit Gewalt der Waffen hergestellt werden solle. Es rückten Militärmassen und Batterien in die Stadt und begannen ein mörderisches Peloton- und Kartätschenfeuer am Stephansplatz im Avanciren über den Graben gegen den Hof. Die Nationalgarde griff dieselben wüthend an und harrte mit einem Löwenmuthe aus. Ein blutiger Straßenkampf entspann sich. Kartätschen und Kugeln sausten rings umher. Eine lange Stunde war der Sieg zweifelhaft. Endlich griffen zwölf Nationalgarden die stark besetzte Hauptwache an, erbeuteten 4 Kanonen und besetzten den Posten. Das Militär fing mittlerweile zu weichen an, und ein gut unterhaltenes Kanonenfeuer jagte dasselbe ganz aus der Stadt. Volk und Nationalgarde war Sieger. Die Offiziere des Militärs baten größtentheils um Pardon und viele wurden entwaffnet und gefangen. Minister Latour, den das Volk suchte, fand man im Hofkriegsgebäude in einem Dachstübchen versteckt, bemächtigte sich seiner und knüpfte ihn an einem Stallfenster auf, wo er die ganze Nacht hängen blieb. Auch suchte das Volk den Justizminister Bach zu gleichem Vorhaben, konnte ihn aber nicht finden, ebenso Stadion und Neumann. Mit eingetretener Dämmerung begann der Sturm gegen das k. k. Zeughaus, welches von Militär und zwei Kompagnien der sogenannten schwarzgelben (reaktionären) Garden besetzt war, welche den Angriff zurückschlugen. Mit den erbeuteten Kanonen beschoß man das Zeughaus und nachdem die ganze Nacht Schuß auf Schuß gefallen war, zog das Volk jubelnd ein. Die Besatzung, welche aus den Fenstern mörderisch gefeuert hatte, und der das Volk schwur, daß kein Mann am Leben bleiben soll, war durch einen unterirdischen Gang entflohen. Die vorgefundenen Waffen sind sehr bedeutend. Das Volk bewaffnete sich mit selben. Seit Sonnenaufgang bis jetzt ist hier das Feuern eingestellt; die eingetretene Ruhe kann als bleibend noch nicht verbürgt werden. Der Reichstag ist permanent — der Kaiser mit starker Bedeckung gegen St. Pölten geflüchtet — ein neues volksthümliches Ministerium wird gebildet. Die Linke ist im Reichstage durch Anschluß des Centrums in Majorität. Ein großer Theil der Rechten und Präsident Strohbach floh. — Die Stadt ist verbarrikadirt und kann jeden Angriff von Seiten des Militärs abwehren. Viele Militärs fraternisiren mit dem Volke. Viele sind gefangen auf der Aula. Todte zählt man 4 bis 500. Die Ernenung Jellacich's zum Kommandanten wird rückgängig. Als Minister bezeichnet man Borrosch, Kudlich, Löhner, Umlauft. (A. Abdztg.)

Unverbürgte Gerüchte lassen Wien durch Windischgrätz bombardirt werden. Dieß ist durchaus unwahrscheinlich. — Der Kaiser ist von Bauern angehalten und am Weiterreisen bei Sieghardtskirchen verhindert worden. Er hat bereits den Minister Hornbostl zu sich hinausbeschieden.

Wien, 8. Okt. 2 Uhr Nachmittags. Die Nacht ist ruhig vorübergegangen, und auch heute hat man sich bis zu diesem Augenblick über Störung der Ordnung nicht zu beklagen. Die Gemüther sind jedoch sehr ängstlich. Viele flüchten von der Stadt aufs Land, andere vom Land in die Stadt. Eine Proklamation des Grafen Auersperg scheint günstig gewirkt zu haben. (Er bemerkt, daß er die Truppen concentrirt habe, aber nicht in feindlicher Absicht.) (A. A. Z.)

Wien, 8. Okt. Der Gemeindeausschuß hat beschlossen, die Stadt zu verproviantiren und sie in bestmöglichen Vertheidigungszustand zu setzen. Eine Vertheidigungscommission ist ernannt, an deren Spitze Offiziere stehen, namentlich Oberst Catinelli und Oberst Slobnitzki, ein aus dem polnischen Insurrectionskriege bekannter Name. Vermöge eines neuen Beschlusses der permanenten Reichstagscommission werden die neubewaffneten Arbeiter zu mobilen Corps organisirt. — Zwei Linienoffiziere kamen Vormittags auf die Universität und boten sich an, mit ihren Compagnien zum Volk überzugehen. Das ganze Militär hat auf dem Belvedere und vor dem Schwarzenberg'schen Garten eine feste Position genommen. Mehrere von ihnen aufgefangene Nationalgarden wurden standrechtlich erschossen, einige Tabakläden in der Vorstadt Wieden von ihnen geplündert. Von Ungarn keine zuverlässige Nachricht. Einige wollen wissen, Jellacic hätte bereits die österreichische Grenze überschritten. Andern Be-

richten zufolge ist er nach Steiermark zurückgedrängt und eine ungarische Armee von 26,000 Mann ihm hart im Rücken. (A. A. Z.)

Wien, 8. Okt. Die Zahl der am 6. Gebliebenen beläuft sich laut den bisher bekannt gewordenen Angaben auf 60 bis 70 vom Militär, 30 von der akademischen Legion und 50 bis 60 Nationalgarden. Die Zahl der Verwundeten soll sich auf mehrere Hunderte belaufen. Indessen sind diese Angaben nicht offiziell. Der Minister Bach ist seit vorgestern Nachmittag nicht zu finden, und auch Wessenberg hat Wien verlassen. (A. A. Z.)

Triest, 5. Oct. Der gestern von Dalmatien angekommene Dampfer bringt die Nachricht, daß in der Provinz Cattaro eine Empörung ausgebrochen sei, ohne jedoch die Gründe anzugeben. Die Aufständischen von Zuppa hatten sich mit 1500 Montenegrinern vereinigt, so daß sie zusammen 3000 Mann zählten, als sie bei Iesdo auf 600 (?) Mann reguläres Militär stießen, das sie mit Verlust von 5 Todten und 11 Verwundeten nach einem hartnäckigen Gefecht zum Rückzuge nach Cattaro zwangen. (A. A. Z.)

In Mannheim und Mainz sind Cholerafälle vorgekommen. Die „fremden“ Truppen haben die Krankheit dahin verschleppt.

Donaufürstenthümer.

Die Türken mit Duhamel sind in Bucharest eingezogen und haben eine Contrerevolution bewirkt, zugleich überschritten die Russen den Pruth.

Schweiz.

Bern, 5. Oct. Herr Raveaux hat nun seine Note übergeben. Sie äußert die beleidigende Voraussetzung, daß die Regierungen der Grenzcantone von den Vorbereitungen der deutschen Flüchtlinge zu einem bewaffneten Einfall gewußt hätten, und verlangt „ungesäumt die strengste Untersuchung und Bestrafung der schuldigen Beamten und Behörden,“ Entwaffnung aller Flüchtlinge und, sofern gänzliche Entfernung aus den Kantonen nicht möglich wäre, Dislocirung derselben in angemessene Entfernung von der Grenze, auch Erklärung darüber, welche Bürgschaften die Schweiz gegen Erneuerung ähnlicher Vorfälle zu bieten vermöge. Hinzugefügt ist die Drohung mit Erschöpfung „aller jener Hilfsmittel, deren Anwendung durch die berührten Verletzungen der völkerrechtlichen Verpflichtungen gerechtfertigt und von der Ehre Deutschlands gefordert werde.“ — Es ist sehr zu vermuthen, daß sich die deutsche Reichsgewalt mit dieser Note blamirt. Gutunterrichtete Männer sagen, Struve sei mit 15 unbewaffneten Männern über die Grenze gegangen. Der grobe Ton der Note erscheint daher in keiner Weise gerechtfertigt, und die Schweiz ist nicht geneigt, Grobheiten einzustecken Einstweilen höre man, wie der Berner Verfassungsfreund darüber sich äußert: „Der Vorort hat bereits „in kürzester Frist“ die Antwort auf die Note des deutschen Reichsministeriums berathen, und zwar eine Antwort in der Art und Weise, wie die Zuschrift sie verdient. Es dürfte in den schweizerischen Archiven wohl schwerlich ein diplomatisches Aktenstück aufgefunden werden, welches das vorliegende an Grobheit und gänzlicher Mißachtung der wahren Stellung von Staat zu Staat überbietet Die Antwort wird würdig, bestimmt und ernst sein, wie es der Politik der Schweiz geziemt. Uebrigens hat die Note selbst, da sie von notorisch unrichtigen und falschen Voraussetzungen ausgeht, die Antwort bedeutend erleichtert.“ —

* Die neuesten Blätter theilen die vorörtliche Antworts-Note bereits mit. Wir bedauern, aus Mangel an Raum sie nicht vollständig abdrucken zu können. Sie ist ein sehr ausführliches Aktenstück, da sie sich eng an die deutsche Note anschließt, auf welche sie die Antwort bildet. Das große Deutschland hat von der kleinen Schweiz eine tüchtige Schlappe bekommen; und leider müssen wir sagen, eine wohlverdiente. Noch immer sind die Zeiten nicht vorüber, in welcher der Deutsche darauf dringen muß, daß man zwischen dem deutschen Volk und seiner Regierung streng unterscheide. Auch hier müssen wir uns im Namen des Volks ernstlich dagegen verwahren, daß die reichsverweserliche Note die Gesinnung des deutschen Volks ausgedrückt hätte. Deßhalb kann aber auch die Antwortsnote nicht uns beleidigen. Sie züchtigt nur die unfähige, freiheits- und völkerfeindliche Politik, welche bis dato in Deutschland noch die herrschende ist. Die schweizerische Antwort sagt mit köstlicher Ironie der deutschen Reichsgewalt Wahrheiten, durch deren Verkennung das ganze Frankfurter Verfassungsgebäude, trotz aller Bajonette, zusammenstürzen muß. Hier der Gedankengang der Note. Dieselbe beginnt mit Hervorhebung der Unschicklichkeit, daß die deutsche Note schon vor ihrer Uebergabe in öffentlichen Blättern (O.-P.-A.-Z.) zu lesen gewesen, weist dann auf die „augenblickliche Gereiztheit“ hin, deren Spur sie so unverkennbar trage, daß nur die tiefe Hochachtung für die Person des Reichsverwesers bestimmen könne, überhaupt auf dieselbe einzugehen, und ein Aktenstück zu beantworten, das in den Archiven der Eidgenossenschaft ohne Beispiel sey und durch welches der Geschäftsverkehr mit dem regenerirten Deutschland auf sehr bedenkliche Weise eröffnet werde. Indessen werde die Eidgenossenschaft nicht andern Staaten nachahmen, sondern mit Ruhe antworten und hoffe dadurch ihre Würde am besten zu wahren. Die Note geht nur, nach einem Rückblick auf den „weiland deutschen Bundestag“ auf die Wiederlegung der gegen die Schweiz geschleuderten Anklagen über. Es sei unrichtig, daß die deutschen Flüchtlinge auf schweizerischem Boden Freischaaren gebildet und militärische Uebungen vorgenommen hätten, wenigstens müßte dieß ganz im Geheimen geschehen und von einer Begünstigung dieses Treibens durch die Behörden könne nicht die Rede sein. Deßhalb verwahrt sich die Note feierlich gegen „Zulagen, durch welche der Ehrenhaftigkeit und Wahrheitsliebe schweizerischer Kantonalregierungen auf eben so wegwerfende als beleidigende Weise zu nahe getreten“ werde, und verweist in Betreff eines möglichen Mißbrauchs der von den schweizerischen Verfassungen garantirten Preßfreiheit durch die Flüchtlinge auf die ordentlichen Gerichte, belächelt aber zugleich die Schwäche einer Regierung, welche Produkte der Presse für „unvereinbar mit ihrer politischen Existenz“ halte. Struve's Unternehmen sey „kein Einfall vom schweizerischen Gebiet“ gewesen. Dieser Vorgang sey der schweizerischen Behörde ebenso unerwartet gekommen, wie das fast gleichzeitige grauenvolle Attentat in Frankfurt. Es wird nun nachgewiesen, daß der letzte Aufstand in Baden von Baden selbst ausging, und daß nur einzelne Flüchtlinge unbewaffnet hinüber gingen, es wird ein Bild der revolutionären Bewegungen in Deutschland überhaupt, mit ziemlich selbstgefälliger Ironie entworfen, und hiernach als unerhört bezeichnet, daß man unter diesen Umständen einen revolutionären Vorgang einem andern Staate auf Rechnung setzen wollte, „dessen Angehörige sich an dem Vorfall in keiner Weise betheiligten und dem man es Dank wissen sollte, daß von ihm aus die Lohe nicht weiter angeschürt worden ist.“ Nachdem sofort die gegen die Flüchtlinge getroffenen Verfügungen aufgezählt sind, werden bestimmte Anklagen gegen Beamte verlangt, die vorher gestellt sein müßten, bevor man gegen Behörden einschreiten könne. Mit Selbstgefühl wird auf die Ruhe der Schweiz hingewiesen mitten in dem revolutionären Europa. Zuletzt erhält die badische Regierung wegen ihrer Versäumung aller Sicherheitsvorkehrungen noch eine verdiente Züchtigung, und am Schlusse wird der deutschen Drohung die vielsagende Erklärung gegenübergestellt: daß das schweizerische Volk mit seinen Regierungen, die der Ausdruck seines freithätigen Willens seyen, vollkommen einig gehe. Diese schweizerische Nation anerkenne das Recht jedes Volks, sich seinen Haushalt nach eigenem Ermessen zu ordnen, sie werde an dem Grundsatz der Humanität und Gerechtigkeit festhalten, wie sie im Stande sey, jede ungebührliche Zumuthung abzuweisen. — Das ist die Sprache eines kleinen, aber freien Volkes, und vor dieser Sprache müßten unsre Schmerling, Mathy und Consorten erröthen, wenn ihnen noch ein Schamgefühl übrig geblieben wäre.

Anzeige

Freitag, den 13. Oktbr. Generalversammlung der Aktionäre des „freien Staatsbürgers“ im Bamberger Hof.

Berichtigung.

In der vorgestrigen Nummer ist auf Seite 1, Spalte 2, Zeile 10 von unten zu lesen Sprache, statt Strafe.

Gedruckt unter Verantwortlichkeit der Verleger, von Wilhelm Tümmel.
Expedition S. 39. im Gasthof zum König Otto 2te Etage.

Der freie Staatsbürger.

Erscheint an allen Wochentagen, am Sonntag nur ausnahmsweise auf einem Extrablatt. Preis in ganz Bayern vierteljährl. fl. 1. 30 kr. halbjährl fl. 3. — jährlich fl. 6.

Organ der Demokratie.

Inserate werden die dreispaltige Petitzeile zu 3 kr. berechnet. Die Abonnenten haben für die Hälfte des Abonnementpreises Inserate frei.

№ 12. Nürnberg, Freitag, den 13. Oktober 1848.

Die Wiener Revolution

D. Wird man noch immer nicht glauben wollen, daß die Revolutionen ihre innern Gesetze haben? Wird man immer noch glauben und glauben machen wollen, sie seien nur das künstliche Produkt der „Wühler," sie können durch „strenges Einschreiten der Beamten," durch Kartätschen und Shrapnells überwunden werden? Aber warum denn nicht? Der Korrespondent und seine Berichterstatter belehren uns ja, daß die neuste Wiener Revolution einzig und allein durch ungarisches Geld und durch Aufreizung des „Pöbels" hervorgebracht worden sei! Ein unseliger Wahn, und für Niemand unseliger, als für die, welche ihn hegen, welche, statt durch Anerkennung der Berechtigung der Revolution und ihrer Forderungen den Uebergang zu einem neuen Staatsleben zu erleichtern, durch den verblendeten Widerstand, den sie ihnen entgegensetzen, nur den Kampf um so grausenhafter machen, der doch immer mit dem Sieg der Revolution endigen wird. Denn die Revolutionen lassen sich nicht überwinden; sie werfen jeden Widerstand nieder und ihre Consequenzen müssen verwirklicht werden. In der That, wer, der die Geschichte der französischen und englischen Revolution mit Verstand gelesen hat, kann das Gesetz verkennen, welches darin waltet? Wer kann es anders als lächerlich finden, wenn unsre Politiker in der Paulskirche in Kanonen und Shrapnells ein Universalmittel gegen das gefunden haben wollen, was nun einmal der Geist, der Drang unsrer Zeit ist? Wir vermögen nur unsre innigsten Wünsche mit denen aller wahren und die Zeit begreifenden Freunde der Freiheit zu vereinigen, daß auch in den Kreisen, welche bisher dem Geist unsrer Revolution einen blinden Widerstand entgegensetzten, endlich die Ueberzeugung zur Herrschaft gelangen möchte, daß nur ein rückhaltsloses Anschließen an die neuen Ideen, ein aufrichtiges Verzichten auf alle der Vergangenheit zugewandten Gedanken blutige Katastrophen beseitigen kann, welche zuletzt gewiß immer gegen die Anhänger des Alten ausfallen würden. Mit der ruhigsten Gewißheit des Siegs der Revolution und mit dem sehnlichsten Wunsche, daß dieser Sieg nicht in Folge des allzuheftigen Widerstandes zu einer Schreckensherrschaft führen möchte, rufen wir Allen zu: Blicket fortan nicht rückwärts, blicket vorwärts! Wohl mag das Aufgeben von lieb gewordenen Vortheilen und Vorurtheilen Manchem schwer werden, wohl mag Manches für nothwendig erkannt werden, was Viele mit ihren Ansichten schwer vereinigen können; diese Ansichten, diese Vorurtheile und Vortheile müssen als Opfer dargebracht werden auf dem Altar der Freiheit und des Vaterlandes. Damals, als wir Alle noch unter dem Joche des alten Despotismus schmachteten, sprachen freilich Viele von der Einheit und Freiheit Deutschlands als dem Ziel unsres Strebens, ohne zu bedenken, daß, um diese Worte zu einer Wahrheit zu machen, das ganze im Laufe von Jahrhunderten durch die Hände der Despoten aufgebaute, aber längst morsch und wurmstichig gewordene Gebäude zusammensinken müsse, damit Etwas ganz neues aus den Ruinen erstehe, und jetzt, da der Sturz vor Augen liegt, schrecken sie zurück und wollen flicken und kleistern, wo bei jedem Stich doch nur ein neuer Riß entsteht. Sie würden besser das große Wort bedenken, das hier so vollkommen seine Anwendung findet: Man flickt keinen neuen Lappen auf ein altes Kleid! Die neue Revolution in Wien ist die nothwendige Folge von der Verkennung dieses Wortes. Man wollte dort den österreichischen Staat, der nur durch den Despotismus zusammengehalten werden konnte, aufs neue zusammenflicken. Selbst den Versuch dazu konnte man nur auf Kosten der Freiheit, auf Kosten der Ehre, mit Lug und Trug machen. Der Sieg der Hofkamarilla wäre die Vernichtung aller Freiheiten des Merz und Mai gewesen. Aber dieser Sieg war eine Unmöglichkeit. Der 7. Oktbr. hat es bewiesen. Der Sieg des Volks am 7. Okt. war ein Sieg der Demokratie, welche die freie Selbstbestimmung der Völker fordert, welche die Kabinetspolitik verurtheilt und die Gleichberechtigung aller Staatsbürger proklamirt. Der Sieg der Wiener Revolution war ferner ein Sieg Deutschlands über das slavische Element, das sicherlich mit Jellacich's Sieg in Oesterreich zur Herrschaft gekommen wäre. Noch ist zwar Jellacich nicht überwunden, allein wir zweifeln nicht, daß er es wird. Noch hat auch der Reichstag in Wien den Gedanken an eine Gesammtmonarchie Oesterreichs nicht aufgegeben; aber die Ereignisse werden dazu drängen. Ob ein Verständniß mit dem Kaiser und seiner Umgebung wieder möglich werden wird, müssen wir bezweifeln. Der Reichstag wird gezwungen sein mit ihm Krieg zu führen, denn der Kaiser wird sich auf seine Radetzky's stützen wollen. Der Kampf kann blutig werden, aber der endliche Ausgang ist gewiß. Welchen Rückschlag das ungeheure Ereigniß in Wien auf Preußen und Frankfurt haben wird, müssen wir erwarten. In Berlin ist wahrlich Zündstoff genug vorhanden, daß der Blitz dieser neuen Revolution eine Explosion herbeiführen kann, die schon am 25. Sept. zu erwarten war. Sollte in Berlin die Macht der Bajonette zu stark sein, so erinnern wir an Schlesien. Dieses einst zu Oesterreich gehörige Land, in welchem schon neuerlich österreichische Sympathien bemerkt werden wollten, wird durch die Wiener Ereignisse gewaltig aufgeregt werden. Nehmen wir Alles in Allem: Ein unhaltbares System neigt sich seinem Ende zu. Mögen dem Uebergang zum neuen Deutschland jene furchtbaren Convulsionen erspart sein, welche der hartnäckige Widerstand gegen Ideen erzeugt, die nun einmal unaufhaltsam zur Verwirklichung drängen!

Deutschland.

* Nürnberg, 12. Okt. Die D. konst. Ztg. schreibt: Die Generalverwaltung der Posten und Eisenbahnen ist angewiesen worden, die außerordentlicherweise einberufenen Soldaten frei befördern zu lassen, und sie macht dazu folgende Anmerkung: „Nächste Veranlassung mögen wohl mehrere Vorfälle an Eisenbahnen seyn, bei denen, wie jüngst in Donauwörth, 70 Mann der einberufenen Beurlaubten nach dem Grundsatz: Hilf dir selbst, so wird Gott dir helfen, kurzen Prozeß machten und sich freie Fahrt ertrotzten." Wir können hinzu fügen, daß auch auf der Nürnberg-Neuenmarkter Eisenbahn ähnliches vorkam, und wir finden es sehr erklärlich, daß unter den obwaltenden Verhältnissen die Regierung sehr willfährig gegen solche, übrigens allerdings nicht unbillige Forderungen des Militärs ist. Mit Bedauern und Entrüstung hören wir aber, daß man diese Willfährigkeit auf der einen Seite dazu zu benützen scheint, auf der andern Seite den Geist der Abschließung und der Bürgerfeindlichkeit bei dem Militär zu nähren. Oder sollte es unwahr seyn, was wir von mehreren Seiten wiederholt hörten, daß man in Ansprachen an das Militär dasselbe auffordert, sich nicht so viel mit den Bürgern einzulassen? Wir fürchten, diese Nachricht ist nur allzu gegründet und gibt ein neues sprechendes Zeugniß dafür, daß der Geist des Constitutionalismus im Departement des Kriegs in Bayern noch nicht der herrschende ist. Die bayerischen Staats-

bürger können verlangen, daß der Stein'sche Antrag auch in Bayern zur Anwendung komme, denn dieser Antrag ist nur die nothwendige Folgerung aus dem konstitutionellen Prinzip.

* Nürnberg, 13. Okt. Wie wir vernehmen, hat der konstitutionelle Verein einen Aufruf an die Nürnberger Bürger beschlossen, um diese zu einem Vertrauensvotum für Herrn Krafft aufzufordern. Man muß gestehen, der konstitutionelle Verein hat den Augenblick vortrefflich gewählt, und auf's Neue einen glänzenden Beweis von dem Takt und Zeitverständniß geliefert, den wir allezeit an ihm haben bewundern müssen. Ein Vertrauens-Votum für Herrn Krafft, also für die Majorität des Parlaments in demselben Augenblick, in welchem die Folgen der unseligen Politik, der uns diese Majorität überliefern wollte, in einem das Mark des Volkes verzehrenden Säbelregiment, in blutigen Aufständen und Revolutionen uns entgegentreten, in demselben Augenblick, in welchem das empörte Volk in Wien dasselbe System zertrümmert, das, auf seine Bajonette gestützt, in Frankfurt noch steht, wenn es, während wir dieses schreiben, unter der Last seiner Unpopularität nicht bereits erlegen ist, in demselben Augenblick, in welchem in Preußen eine gewaltige Volkserhebung bevorsteht, wenn nicht den Forderungen des Volks umfassende Rechnung getragen wird. In diesem Augenblick wollen die Nürnberger Constitutionellen Hrn. Krafft ein Vertrauensvotum geben! Geht Ihr Herren, laßt Euern Verstand verassekuriren, wahrlich, der muß sehr schadhaft geworden seyn.

d. Frankfurt, 10. Okt. Das heutige Reichsgesetzblatt enthält das berühmte Gesetz „zum Schutz der verfassunggebenden Reichsversammlung und der Beamten der provisorischen Centralgewalt," wie dasselbe vom Parlament angenommen wurde. (Unsre Leser finden die Bestimmungen des Gesetzes in unsrer gestrigen und vorgestrigen Nummer.) Für Ihre Leser in Bayern bemerken wir ausdrücklich, daß dasselbe am 30. Okt. in Kraft tritt, und daß ihnen also bis zu diesem Tage noch gestattet ist, die Handlungen und Verhandlungen der „Gesellschaft in der Paulskirche" und der Hrn. Schmerling und Consorten einer Kritik zu unterwerfen, wenn sie es der Mühe werth finden sollten, diesen Personen fortan eine mehr als oberflächliche Aufmerksamkeit zu widmen. Es ist aber nicht der Mühe werth! — Was die deutsche Zeitung des Hrn. Kiesselbach unter „freisinnig" versteht, mögen Sie sich daraus abnehmen, daß sie Herrn v. Beisler einen freisinnigen Mann nennt. Das heißt doch noch unter Gervinus herunter gehn!

L Frankfurt, 10 Okt. 94ste Sitzung der konst. Nat.-Vers. Zimmermann von Stuttgart verliest die gestern vorbehaltene von Vielen unterschriebene Verwahrung, ungefähr folgenden Inhalts. Sie (die Linke) glaubten es ihren Wählern so wie der Nation schuldig zu sein, diese Verwahrung gegen das angenommene Gesetz zum Schutze der Nat.-Vers. einlegen zu müssen, und zwar weil sie darin eine Verkümmerung der im März errungenen Volksrechte sähen. Das Versammlungsrecht werde durch dasselbe auf einem Raume von 78 Quad.-Meilen so gut wie gänzlich aufgehoben, die Preßfreiheit durch harte Strafbestimmungen gerade in ihrem kritischen Momente illusorisch gemacht, der Grundsatz der Gleichheit aller Staatsbürger durch die bevorzugte Stellung der Abgeordneten verletzt, die politischen Verbrechen in ihrer eigentlichen Bedeutung durch Aussprechen entehrender Strafen verkannt; endlich habe man als Prozeßverfahren bei Uebertretungen nicht einmal das öffentliche und mündliche Verfahren und das Geschwornengericht vorgeschrieben. Deshalb müßten sie aus gekränktem Ehrgefühl ihre Verwahrung einlegen. Auch Eisenmann zeigt an, daß er eine Erklärung gegen dieses Gesetz auf dem Tische des Hauses niedergelegt habe. v. Vincke protestirt gegen die Aufnahme der Verwahrung ins Protocoll und will sie den Mitgliedern zurückgegeben oder an einen besondern Ausschuß verwiesen haben. Schon mehrmals seien Erinnerungen gegen das Niederlegen solcher Erklärungen überhaupt gemacht worden, und die heutige sei nun gar eine Kritik, sogar ein bitterer Tadel des Beschlußes der Majorität, eine Beleidigung derselben und mithin nach Herrn v. Vinckes Logik eine Verletzung der Volksvertretung selbst. Wigard wahrt sich das Recht und die Freiheit seine Meinung und Gesinnung mündlich und schriftlich auszusprechen und Vogt v. Gießen weist Vinckes Antrag gleichfalls zurück. So müße man denn heute schon hören, daß der Minorität nun auch die Kritik, das Recht freier Meinungsäußerung verweigert sei. Wohl hätten sie gewußt, daß man damit der Majorität die Waffen habe entreißen wollen. Daß dieß aber so weit gehen könne, das könne er nicht begreifen, und so wie alles in der Erklärung Enthaltene eben so gut von der Tribüne hätte ohne Bedenken gesagt werden können, so könne der Aufnahme ins Protokoll auch nichts entgegenstehen. Uebrigens wurde, wie Vogt bemerkt, über Vinckes Antrag verhandelt, ohne nur die Unterstützungsfrage zu stellen, was der Präsident zu entschuldigen sucht, nämlich einen zweiten Fehler mit dem ersten; worauf der Antrag v. Vinckes zum Ausschusse verwiesen wird. Im Verfolg unwesentlicher Vorgänge kommt auch ein Antrag Mareks zur Sprache: daß den Mitgliedern der Nat.-Vers. die Einsicht in die an dieselbe gesandten Schriften zu gestatten sei, der aber als nicht dringlich erkannt an den Ausschuß verwiesen wird. Ueber ein allgemeines Handels- und Wechselrecht finden zwischen Fuchs, Carl und dem Reichsjustizminister Erklärungen statt, die ein solches in Aussicht stellen. Eine Interpellation von Beda Weber v. Meran an das Reichsministerium in Bezug auf die große Zärtlichkeit in Wien für nichtdeutsche Völker, die beabsichtigte Trennung Welschtyrols, wo 14,000 Deutsche lebten und die Einberufung des Ersatzmannes für den Abg. Prato (gutes Recht, meint Weber, würde bald dort theuer werden), wird vom Reichsminister von Schmerling nächstens beantwortet werden. Uebergang zur Tagesordnung. §. 30 der Grundrechte (über die Verhältniße der Besteuerung, Sorge für Arbeit ꝛc.) wird nach einigen Debatten zufolge des bekannten auf Schoders Antrag gefaßten Beschlusses für jetzt nicht in Berathung gezogen, sondern zu §. 31 u. 32 der Grundrechte übergegangen, welche vom Lehensverbande und den Fideicommissen handeln. R. Mohl spricht für das Minoritätserachten des volkswirthschaftlichen Ausschusses — Freimachen des Eigenthums und Ermöglichung des Erwerbs desselben für jeden dazu Tüchtigen — Freiheit in der Volkswirthschaft wie in der Politik! Aehnlich Mölling für ganze Freiheit des Bodens. v. Bally sucht soviel als möglich vom Lehnsverbande und den Fideicommissen zu retten, indem er vor der kleinsten Entfremdung des Eigenthums warnt, und die Nothwendigkeit großer Gutsbesitze in einzelnen Gegenden beweisen will. Möglichkeit im deutschen Vaterlande Fideicommisse zu errichten und zu erhalten! Wir gehen über diese Alltäglichkeiten weg, und verweilen nur etwas länger bei Löwe v. Kalbe, der in gediegner Rede einzelne der vorhergehenden Redner mit Erfolg widerlegt. Er verlangt Abschluß mit der Vergangenheit, ehe man in ein neues Verhältniß eintrete, und will, sollte die Versammlung darin nicht mit ihm einig seyn, die Tribüne verlaßen und den „Sargdeckel auf den alten Leichnam legen." Vor dem Experimentiren warnt er und zeigt, wie, nachdem der Staat mächtig geworden, die Rechte nach oben zugenommen, dem Lehensverbande aber die nach untengehenden z. B. Feudalrechte, gelassen worden, nun bei nach der Fürstenmacht entwickelter Volksmacht auch der zweite Schritt nachfolgen müße, nämlich die Aufhebung dieser Rechte von unten. Nicht bei der Aufhebung der Fideicommiße, durch ihre Gründung sey die Rechts- und Freiheitsverletzung schon vorhanden gewesen. Es handle sich auch nicht darum, daß man sein Vermögen in der oder jener Weise anwende, sondern darum, den Todten das Dispositionsrecht zu nehmen. Wie? vermodert, solle man noch durch derartige Urkunden über ein Vermögen, das man nicht mehr besitze, verfügen können? Nicht dieß liege nach seiner Ansicht in der freien Entwicklung des Menschen, daß man bei dem Geborenwerden auf dem Lotterbette schon aufs Bestimmteste wiße, was Einem einst zu Theil werde. Dagegen müße Jeder wirken. Der Beste müße verwalten; dadurch vermehre sich das Nationalvermögen. Nationalökonomiebanken habe man beabsichtigt zur Hebung des Wohlstandes, gerade das Gegentheil würden sie durch die Nichtaufhebung des Lehensverbandes bewirken. Der Drang nach Theilbarkeit des Besitzes sey so groß, daß da, wo ihm nicht Folge gegeben werden konnte, es zu Emeuten gekommen sey. Man schaffe dann ein Proletariat und zwar ein Ackerproletariat, das in seiner Leidenschaft am meisten zu fürchten sey. Die Abstimmung über §. 31 und 32. wird auf die nächste Sitzung verschoben; bei einigen Punkten ist namentliche vorbehalten. Hierauf wird §. 33.: „Die Strafe der Gütereinziehung soll nicht stattfinden" einstimmig angenommen und zu Art. VIII. (§ 34—42.) über-, jedoch in eine nähere Diskussion für heute nicht mehr eingegangen; sondern um halb 2 Uhr die Sitzung geschlossen. — Wie wir hören, soll sich der Ausschuß für die Verhaftungsangelegenheit für Trennung der Frage, nämlich Zugeben der Untersuchung, jedoch Ver-

weigerung der Verhaftung, entschieden haben. — Jetzt erst erscheint eine neue Schärfung unserer Polizeiherrschaft, nämlich das Verbot, nach 11 Uhr sich noch in einem Wirthshause und auf der Straße treffen zu lassen — die altgewohnten nutzlosen Chicanen! — Von manchem sinnlosen Gerüchte, das Muthwille oder Bosheit verbreiten mögen, wie z. B. gestern von der Ermordung eines Oesterreichers in Bockenheim durch einen Schuß, ist keines gegründet.

L Frankfurt, 11. Okt. In den nächsten Tagen erscheint ein ausgezeichnetes Schriftchen von Seiten der Linken des Parlaments, welches eine Darstellung der hiesigen Vorfälle vom 16.—18. Sept. enthält, in einer Weise, daß dadurch den maßlosen Verdächtigungen und Verleumdungen der „guten" Presse und Einzelner, wie sie in einem kaum je dagewesenen Grade allenthalben hingeschleudert wurden, wo nur der entfernteste mögliche Zusammenhang hätte im Traume geahnt werden können (ja ein Zusammenhang war da, der moralische allgemeiner Entrüstung über die besiegelte Schmach des Vaterlandes!) ein Damm gesetzt werden wird. Die Erzählung des ganzen Hergangs, das Verhalten der Linken, namentlich aber die Ereignisse des blutigen 18. sind meisterhaft skizzirt, mit gewissenhafter Benützung aller nur irgend zugänglichen Daten, und trägt den Stempel klarer überzeugender Wahrheit an sich. Das Werkchen wird Aufsehen machen und von großem Einflusse seyn, vorzüglich auch in Gegenden, wo Alles sich verschwört, die alte Dunkelheit zu erhalten und den neuen Geist zu höhnen und zu verleugnen. Durch die genaue und sorgfältige Zusammenstellung erscheint manches anders, als selbst wir uns ein Bild jener traurigen Vorgänge entwarfen. Das Benehmen des Reichsverwesers war an jenem denkwürdigen 18. Sept. wenigstens ein ernstes und persönliches; um so abschreckender und unverzeihlicher das seiner Minister und namentlich des Hrn. v. Schmerling, der eigentlich allein in Betracht kommt. Nichts kann einen widerwärtigeren Eindruck machen, als der schneidende kalte Hohn dieses Mannes und seine Aeußerungen. Gerade im unzweifelhaften Siege, wo sonst Milde einzutreten pflegt, mit den stets zahlreicher anrückenden Truppen und Kanonen, steigerte sich seine Alba'sche Kälte zu wahrhaft gräßlicher Härte. Auch der Präsident der Nationalversammlung zeigte sich in jenen ernsten Momenten nur leidenschaftlich aufgeregt und eher reizend und herausfordernd als versöhnend. Das heiligernste wehmüthige Gefühl aber, das den Menschenfreund befällt, wenn er in unseligem Verhängniß eine Idee Söhne Eines Volkes gegen einander führen sieht, kam über keinen dieser Leute, die stets mit der politischen Moral einen marktschreierischen Trödelkram feil haben? Zur Schmach fügten sie die Sünde. Unzweifelhaft geht aus der ganzen Darstellung hervor, wie leicht das Ganze zu beseitigen und im Keime zu ersticken gewesen wäre. Plan oder nicht auf jener Seite, darauf kommt es gar nicht an bei der Beurtheilung. Ein unseliges Verbrechen an der Menschheit und Menschlichkeit ist es, wachsen zu lassen, was man gar nicht dazu kommen zu lassen brauchte und zwar ohne Aufgebot besonderer Mittel. Die Geschichte wird darüber richten, und wird das Ausgesprochene bestätigen, oder die geistige und physische Schwäche und Feigheit erkennen müssen. Zwischen beiden gibt es kaum etwas anderes. — Nie werden wir zu dem Schmutze der Flugblätter, zu denen selbst ein Geistlicher seine fanatische Feder zu leihen sich nicht entblödet, herabsteigen oder zu ihrem wahnwitzigen Humore uns versteigen mögen, wohl aber werden wir stets uns mit jenem unerschrockenen Freimuthe äußern, der nie und nimmer durch Kanonen und Bajonette besiegt worden ist. Eine Majorität, die zu ihrem Schutze ein Gesetz für nöthig findet, wie das jüngste, hat sich in den Augen der Welt selbst gerichtet und ihren ruhm- und lieblosen Thron auf die Ruine der zu Grabe getragenen Willkür und Gewaltherrschaft zu gründen versucht. Wir glaubten Sie bereits jetzt auf das berührte Schriftchen aufmerksam zu machen, und wenn es auch unternommen werden sollte, wie kaum zu zweifeln, die Sprache der Wahrheit und der Thatsachen in den Schmutz ziehen zu wollen, so glauben wir doch an den endlichen Sieg der Wahrheit und Freiheit, und sollte man (wie der freisinnige Minister Jaup in Kirchenbrombach thun läßt) auch den Eingang in ihren Tempel mit aber und aber Tausenden von Gendarmen verwehren wollen. — Der Eindruck der Nachrichten von Wien ist, wie Sie wohl denken können, ein sehr verschiedener. Privatbriefe (kurze) melden, daß selbst den Slavischgesinnten in der Kaiserstadt die Infamie und Perfidie der Camarilla zu stark und plump ist.

Frankfurt, 14. Okt. Die Reichstagszeitung theilt die Anerkennungsadresse mit, welche der schwer verdächtigte Abg. Zitz von Mainz von seinen Wählern erhalten, und worin diese ihre Entrüstung über die gegen Zitz geschleuderten Verleumdungen aussprechen, als wäre er bei dem Attentat vom 18. Sept. betheiligt gewesen. „Unsre Gegner, heißt es darin, können uns mit einiger Art noch sagen: wir hätten einen sogenannten Ultraradikalen, einen Mann der ungeduldigen Bewegung gewählt, aber daß sie uns nun beweisen wollen, wir hätten einen hirnlosen, albernen Mann als unsern Vertreter nach Frankfurt geschickt, das ist ein Angriff auf unsern eignen Verstand." Und weiter: „Sie haben die größten Opfer gebracht, Sie sind der guten Sache vorangegangen, ohne einen Zuruf abzuwarten. Zu unsrer eignen Ehre, zur Ehre des Volkes lassen Sie uns Ihnen zurufen, daß wir Ihnen folgen, daß das Volk, durch Verdächtigungen und Verfolgungen seiner Freunde, nur bewogen wird, sich Ihnen enger anzuschließen. Sie sind unser Vertreter, Sie waren es nie mehr als heute, denn in der That sind wir es, das Volk, welches heute leidet, und darum leiden Sie. Sie will man einkerkern, weil man das Volk einkerkern will."

Wien. In der Reichstagssitzung vom 8. Okt verliest der Präsident eine Adresse des Arbeitervereins an die hohe Kammer, worin derselbe seinen Dank dafür ausspricht, daß der Reichstag in diesen verhängnißvollen Wirren mit entschlossener Hand die Zügel der Regierung ergriffen habe, um der drohenden Anarchie entgegenzutreten Die Arbeiter Wiens wollen die Freiheit, nicht die Anarchie. Der hohe Reichstag habe sich überzeugt, daß sie für das Recht des Volkes gekämpft hätten, nicht um zu plündern. Jetzt, da der Reichstag sich an die Spitze des Volkes gestellt habe und seine Freiheit wahren wolle, stelle sich der Arbeiterverein ganz unter seine Befehle, bereit, diesen zu gehorchen und ihnen, so viel in ihren Kräften steht, Geltung zu verschaffen gegen jeden Feind der Freiheit. Die Kammer klatscht lebhaft Beifall. Die Adresse soll in Druck gelegt, in der Stadt kundgegeben und in die Provinzen geschickt werden, um diese mit dem Geiste der Wiener Arbeiter bekannt zu machen.

Wien. In der Reichstagssitzung am 8. Abends erhielt der Minister Hornbostl ein kaiserliches Handschreiben, das ihn in's Hoflager ruft. Eine Adresse des Preßburger Magistrats bittet um Schutz gegen Jellasich, der die Stadt bombardiren wollte. Beschluß; den Ban aufzufordern, die neuen Beschlüsse des Kaisers und seines neuen Ministeriums abzuwarten. Es wird sodann ein Brief vom Commandirenden Wiens Auersperg verlesen. Derselbe beklagt sich, daß Waffen und Siegestrophäen aus dem Zeughause verschleppt worden seyen. Die Besatzung habe erst kapitulirt, nachdem eine Reichstagsdeputation dafür eingestanden sey, daß das Arsenal der Nationalgarde übergeben und ein Inventar der Waffenvorräthe aufgenommen werde. Somit wälze er alle Verantwortlichkeit wegen der geraubten Schätze auf den Reichstag zurück. Schuselka, als Mitglied der permanenten Reichstagskommission, muß zwar die angegebenen Thatsachen als wahr anerkennen, jedoch müsse er auch die Schuld von jenen Deputirten ablehnen. Es sey die Besatzung abgezogen, bevor die Wiederbesetzung durch Nationalgarden und Legionäre geschehen sey; das Volk habe mittlerweile sich schon vieler Armaturstücke bemächtigt gehabt. Mit Lebensgefahr hätten die Deputirten einer weiteren Verschleppung gewehrt. — In der Adresse an den Kaiser bittet der Reichstag um Rückkehr und Wahl solcher Vertreter, welche seines und des Volkes Vertrauens würdig seyen. — Jellacich ist mit seiner Armee in Bruck, wenige Stunden von Wien. Viele Familien verlassen Wien und gehen auf's Land.

Wien. (Reichstagbeschlüsse vom 8. Okt.) a) Der Reichstag, welcher ohnedieß vor Beendigung des Constitutionswerkes nicht aufgelöst werden kann, erklärt auch unter den bedrohlichsten Umständen sich auf keine Weise aufzulösen und seiner Pflicht unerschütterlich getreu zu bleiben. (Einstimmig angenommen.) b) Der Reichstag ist ein untheilbares Ganzes, er vertritt alle Völker Oesterreichs, die ihn beschickt haben. (Einstimmig angenommen.) c) Der Reichstag ist zufolge des kaiserlichen Manifestes vom 6. Juni und der freien Volkswahl seiner Vertreter das einzige legale konstitutionelle Organ zwischen dem konstitutionellen Monarchen und dem souveränen Volke zur Wahrung der unverkümmerten Volksfreiheit und des erblichen Thrones. (Ein-

stimmig angenommen.) d) Der Reichstag wird keinem Abgeordneten einen moralischen Zwang zum Bleiben auferlegen (nach einiger Diskussion angenommen). e) Der Reichstag wird auf dem konstitutionell legalen Boden fest bestehen, um das Vaterland, den konstitutionellen Thron und die Volksfreiheit zu wahren. (Einstimmig angenommen.) f) Der Reichstag fordert alle mit und ohne Urlaub abwesenden Abgeordneten auf, binnen 14 Tagen ihre Plätze in der Kammer einzunehmen. (So amendirt angenommen.)

Wien, 8. Okt. Die heute erlassene Proklamation des Grafen v. Auersperg lautet: „Die gestrigen Ereignisse haben mich veranlaßt, die in verschiedenen Casernen zerstreuten Truppen zu concentriren, um selbe vor jedem weitern Insulte und Angriff sicher zu stellen. Es ist dabei durchaus keine feindliche Absicht, ja es wird mir erwünscht seyn bei eintretender Ruhe und Beseitigung jedes weitern Angriffs auf Militär, von dem jedoch gerade in diesem Augenblick die verschiedensten Gerüchte herumgehen, diese außerordentlichen Maßregeln aufzuheben und in das gewohnte Verhältniß zurückzukehren. Ueber die stattfindenden Feindseligkeiten von Seite des Militärs habe ich schon zu wiederholtenmalen mein Bedauern und die Beruhigung ausgesprochen, daß hierwegen die strengsten Verbote ergangen sind.“

Wien, 9. Okt. Heute Morgens wurde der Deputirte Prato mit den am Reichstag besprochenen Vermittlungsvorschlägen in das Lager von Jellacich geschickt. Dieser ist gestern von Bruck aufgebrochen. 4 Uhr. Eben wird Allarm geschlagen. Man soll die Armee des Banus von den Stadthürmen in einer Entfernung von 2 bis 3 Stunden auf dem Marsch gegen Wien erblicken. (A. A. Z.)

* Wien. Die Proklamation des Reichstags trägt sich noch mit den Traum, einen constitutionellen Gesammtstaat Oesterreich aufzubauen. Jeder weitere Schritt, den der Reichstag auf dem Boden der Revolution, den er betreten, thun wird, muß ihm die Unmöglichkeit der Verwirklichung dieses Traumes beweisen. Republik, republikanischer Staatenbund das ist die einzige Form, in welcher die verschiedenen Nationen des bisherigen Oesterreich mit einander verbunden sein können. Deutschösterreich aber wird dem freien deutschen Staate, dem deutschen Freistaate eingegliedert werden. Daß der Kaiser vom Landsturm angehalten wurde, bestätigt sich.

* Berlin, 9. Okt. (Eindruck der Wiener Ereignisse.) Dieser Eindruck ist ein außerordentlich tiefer. »Die Börse, sagt die Reform, ist abgestumpft; sie resignirt sich in Alles. Das Publikum ergreift mit Jubel und Enthusiasmus unsre Nachrichten; die Vorlesung des Plakats erregt einen donnernden Sturm unter der Menge vor dem Schauspielhause; erschrocken stürzt die Rechte an die Fenster, die Centren rufen: „auf die Plätze!“ Einige Deputirte setzen sich mehr links. Die Versammlung verliert die Aufmerksamkeit für die Debatte; man liest die Wiener Nachrichten und ist eifrig darüber im Gespräche; die Rechte möchte sie für erdichtet halten. Es sind nur zwei Minister zugegen. Stafetten fliegen nach Potsdam.“ Die Demokratie, deren Organ die Reform ist, stellt ihre Forderungen umfassender, kategorischer. Keine Frage, das Ministerium Pfuel muß abtreten, das ganze Netz, welches die Reaktion durch die Kreuzspinne Schmerling um die deutsche Freiheit zu spinnen suchte, ist zerrissen. Das Volk, das deutsche Volk hat in Wien einen Sieg errungen, und dießmal, wahrlich, wird es ihn zu benützen wissen, sonst verdient es die Freiheit nimmermehr.

Berlin, 9. Okt. Unter dem Eindruck der Wiener Ereignisse gingen heute alle Anträge der Linken, der äußersten Linken, durch. Ueber das berüchtigte Bürgerwehrgesetz ist die Endabstimmung verschoben. Es wird ohne allen Zweifel verworfen. Das Jagdgesetz wurde im Sinne der äußersten Linken angenommen.

Großherzogthum Hessen. Der volksthümliche Minister Jaup läßt die freie Gemeinde in Kirchbrombach durch Bajonette von der Kirche ausschließen und zwingt sie dadurch, den Gottesdienst unter freiem Himmel vor der Kirche abzuhalten, wobei dann die Gendarmen ganz andächtig zuhören. O, Märzfreiheit und Grundrechte!

* Stuttgart, 11. Oktober. Es ist Schade um Römer, so schnell, so furchtbar schnell eine rühmlich erworbene Popularität zu verlieren! Die Anklagen stürmen von allen Seiten auf ihn ein. Die Gefangenen auf dem Asberg sind seit 14 Tagen verhaftet, und noch kein Verhör! In Hall reißt man geachtete Bürger mit Militärpikets aus ihren Häusern als Hochverräther, und muß sie zum Theil nach wenigen Tagen wieder entlassen. Unsere starren Buchstabenjuristen taugen wahrlich nicht in diese Zeit, welche Alles flüssig gemacht hat. Wie lange wird es noch dauern, und Römer ist Minister gewesen!

Hannover. Die in Braunschweig erscheinende »Reichszeitung« erzählt in einem Briefe aus Hannover eine furchtbare Schandthat, die in dem Kriege mit Dänemark an hannoverschen Soldaten, wahrscheinlich von dänischredenden, nordschleswigschen Bauern verübt sein soll. »In den Armeeberichten über das Gefecht am 28. und 29. Mai bei Sundewitt finden sich unter den Verlusten hannoverscher Seits u. a. vom 3. leichten Bataillon (Goslarsche Jäger) als vermißt angeführt — 1 Unteroffizier und 16 Soldaten. — Was meinen Sie nun wohl, wie man 6 dieser Soldaten wiedergefunden hat? Nicht etwa als dänische Gefangene, nicht etwa im Sumpfe versunken, überitten rc.? Nein. Als das Korn gemäht wurde im Schleswig'schen, fand man diese 6 hannoverschen Soldaten, die Füße zusammengebunden, die Hände auf den Rücken gebunden, dabei einen Knebel im Munde, auf daß alles Hülfegeschrei ihnen unmöglich gemacht werde, todt, ohne Spur äußerer Wunden an den halbverwesten Leibern. Also dem jammervollsten Hungertode waren sie überliefert worden, unsere Brüder, von den Gottlosen, denen sie als Gefangene in die Hände fielen!! Die Meinung aber der Soldaten, die dies hier erzählten, war einstimmig, daß diese Gräuelthaten nicht von dänischen Soldaten, sondern von nordschleswigschen dänischredenden Bauern verübt worden sei, bei denen die Unglücklichen wahrscheinlich als Gefangene eingesperrt gewesen, und welche dieselben gegen die etwa nachforschenden Deutschen wahrscheinlich als entsprungen würden ausgegeben haben. Daß man aber die Entseelten noch mit ihren Uniformen bekleidet fand, beweist genugsam, wie hier nur ein Werk des gräulichsten Nationalhasses und unmenschlicher Rache, nicht der Raublust vollbracht worden.«

Frankreich.

Cavaignac war nicht der Mann, der die französische Revolution ihrer Vollendung zuführen konnte, er ist so gut als gefallen! mit ihm die Männer des National. Es ist so gut als beschlossen, daß das ganze Volk den Präsidenten der Republik wählt, und Cavaignac wird vom Volke nicht gewählt werden. Wahrscheinlich Louis Napoleon; dieser ist aber ein bloßer Name hinter welchen ein sehr unbedeutender Mensch steckt. Den Franzosen stehen noch gewaltige Erschütterungen bevor. Die Deutschen haben für eine vernünftige und wahrhaft freie Staatsform unendlich mehr Vorbedingungen und auch mehr Anlage dazu als die Franzosen. Denn die Franzosen haben keine Volksbildung, und ein großer Theil des französischen Landvolks ist fanatisch katholisch und in den Händen der Pfaffen. Bei uns Deutschen ist dieß in manchen Gegenden zwar auch der Fall, aber doch verhältnißmäßig in wenigen.

Neuestes.

Nürnberg, 13. Okt. Die Post aus Wien ist ausgeblieben, wohl die Folge neuer Unruhen.

Gedruckt unter Verantwortlichkeit der Verleger, von Wilhelm Tümmel.
Expedition S. 39. im Gasthof zum König Otto 2te Etage.

Der freie Staatsbürger.

Erscheint an allen Wochentagen, am Sonntag nur ausnahmeweise auf einem Extrablatt. Preis in ganz Bayern vierteljährl. fl. 1. 30 kr. halbjährl fl. 3. — jährlich fl. 6.

Organ der Demokratie.

Inserate werden die dreispaltige Petitzelle zu 3 kr. berechnet. Die Abonnenten haben für die Hälfte des Abonnementpreises Inserate frei.

№ 13. Nürnberg, Samstag, den 14. Oktober 1848.

Die Beschlüsse der Nationalversammlung vom 9. Oktober.

II. Wenn noch irgend ein vorurtheilsloser Mann über den reactionären Charakter der Majorität der Nationalversammlung und über ihr Bestreben, die unglücklichen Ereignisse des verflossenen Monats zu Gunsten der Reaction auszubeuten, hätte in Zweifel sein können, so mußten diesem durch die Beschlüsse vom 9. Oktbr. gewiß die Augen aufgehen. An diesem Tage ist nämlich das Gesetz über den Schutz der Reichsversammlung angenommen werden, welches Bestimmungen enthält, die geradezu die wichtigsten Freiheiten, wenigstens für einen Theil von Deutschland, wiederum aufheben, welche das deutsche Volk in der Merzrevolution sich errungen hat. Nach dem ersten Artikel dieses Gesetzes wird ein gewaltsamer Angriff auf die Reichsversammlung in der Absicht, dieselbe auseinander zu treiben oder Mitglieder aus ihr zu entfernen, oder die Versammlung zur Fassung oder Unterlassung eines Beschlusses zu zwingen, als Hochverrath bestraft und zwar mit Gefängniß und Zuchthausstrafe bis zu zwanzig Jahren. Mit diesem Artikel könnte man, abgesehen von der schweren Strafe, sich vielleicht einverstanden erklären, wenn man den Sinn desselben so faßte, daß ein Angriff auf die Reichsversammlung, wenn er von den Regierungen ausginge, auf gleiche Weise geahndet werden sollte, als wenn er vom Volke ausgeht. Um diesen Sinn dem Artikel zu verschaffen, hatte die Linke beantragt, daß das angeblich zum Schutze der Nationalversammlung in und um Frankfurt zusammengezogene Militär auch auf den Schutz derselben beeidigt würde. Ueber diesen Antrag wurde namentlich abgestimmt, aber das Ergebniß bestand darin, daß er mit 274 Stimmen gegen 113 verworfen wurde. Hiemit ist ziemlich klar ausgesprochen, daß die Nationalversammlung zwar bereit sei, sich gegen Angriffe von Seite des Volks zu schützen, aber nichts thut, um gegen einen etwaigen feindseligen Angriff von Seite der Regierungen Vorkehrungen zu treffen. Der Wortlaut des Artikels ist zwar allgemein gehalten, und man kann darunter allerdings auch die Attentate, welche von den Regierungen ausgehen möchten, verstehen. Aber was hilft ein Gesetz gegen die Gewalt? Was könnte denn die Nationalversammlung machen, wenn es den betreffenden Regierungen einfiele, ihrem Militär zu befehlen, dieselbe auseinanderzutreiben? Der dritte Artikel verbietet, während der ganzen Dauer der verfassunggebenden Versammlung das Abhalten einer Volksversammlung unter freiem Himmel in einer Entfernung von fünf Meilen. Dadurch ist den Bewohnern von 78 □ Meilen, es ist ganzen Staaten, wie Frankfurt, Hessen-Homburg, Nassau, einem Theile von Kurhessen, von Hessen-Darmstadt, von Rheinpreussen, das Versammlungsrecht gänzlich entzogen. Als die Linke sah, daß dieser Artikel, welcher eine der wichtigsten Errungenschaften der Revolution auf eine schnöde Weise verletzte, von der Majorität angenommen würde, so wollte sie ihm dadurch das Gegengewicht halten, daß sie den Antrag stellte, innerhalb jener Entfernung dürfte sich auch kein Militär befinden. Aber auch dieser Antrag wurde verworfen. Demnach hat also die Nationalversammlung ausgesprochen, daß sie den Willen des Volks, wie er sich auf Volksversammlungen ausspricht, **nicht hören will**, daß sie aber nichts dagegen hat, wenn sie die Bajonette tyrannisiren. Ein fernerer Artikel besagt, daß auch außerhalb der Versammlung jede öffentliche Beleidigung derselben mit Gefängnißstrafe von zwei Jahren bestraft werden sollte. Und der Ausdruck „öffentliche Beleidigung“ wird dahin erklärt, daß darunter jede beleidigende Aeußerung über die Nationalversammlung an öffentlichen Orten, in Volksversammlungen oder in gedruckten und ungedruckten Schriften zu verstehen sei. Dadurch ist also jede scharfe Kritik der Nationalversammlung, sei es durch Rede oder durch Schrift, untersagt: dadurch ist das Recht der freien Rede, es ist die Preßfreiheit auf eine empörende Weise beschränkt, und man sieht, wie die Majorität bei dem Polizeistaate in die Schule gegangen, und wie viel sie davon profitirt hat. Kaum also, daß wir die unbedingte Preßfreiheit ausgesprochen, heben wir sie theilweise wieder auf, und gerade in Bezug auf den wichtigsten Gegenstand, den jetzt der Deutsche haben kann — denn was kann den Deutschen jetzt mehr interessiren, als die künftige politische Entwicklung seines Vaterlandes, welche der Nationalversammlung anvertraut worden ist? Nun darf das deutsche Volk, obwohl die Souveränetät desselben ausgesprochen ist, noch nicht einmal davon Gebrauch machen: es darf nicht mehr frei und offen seine Meinung über den Gang der Verhandlungen äußern, es darf dieselben nicht mehr ihrer Kritik unterwerfen, kurz, es darf seinen entschiedenen Willen nicht mehr klar und unumwunden darlegen. So weit ist es also bereits gekommen! Es fehlte nur noch, daß das geheime und schriftliche Verfahren gegen diejenigen, welche sich Vergehen gegen die Nationalversammlung schuldig gemacht, angewendet würde, und in der That: auch das wurde beinahe angenommen. Ja, es war bereits der Antrag der Linken, daß ein Geschwornengericht bei den betreffenden Prozessen angewendet werden sollte, verworfen worden: ebenso ein Antrag Mittermaiers, welcher ähnlich lautete. Nachgerade aber mochte die Majorität ein wenig zur Besinnung über ihr unerhörtes Verfahren gekommen sein, und so geschah denn, daß bei der Verkündung des ganzen Gesetzes zum allgemeinen Erstaunen der Linken der Antrag Mittermaiers als von der Versammlung genehmigt verlesen wurde. Offenbar hatte sich die Majorität inzwischen unter sich und mit dem Präsidium verständigt. Das sind die Beschlüsse vom 9. Oktbr. Sie geben den berüchtigten Septembergesetzen des Louis Philipp'schen Regime's im Jahre 1835 nichts nach. **Weh' dir mein Vaterland!** *)

Deutschland.

* **Nürnberg**, 14. Okt. Wir waren recht berichtet, als wir gestern eine Ansprache des konstitutionellen Vereins an die Urwähler zu einem »Vertrauensvotum« für Herrn Krafft in Aussicht stellten. Diese Ansprache ist jetzt erschienen. Wenn der konstitutionelle Verein, welcher, beiläufig gesagt, ungefähr so viele Mitglieder zählt, als das bisherige Deutschland Staaten besitzt, mit den Abstimmungen und dem parlamentarischen Verhalten des Herrn Dr. Krafft zufrieden ist, so ist das seine Sache, wir haben

---

*) So müßte man allerdings rufen, wenn dieses Parlament noch lange die Geschicke Deutschlands leiten würde. Aber es ist undenkbar. Der moralischen Hinrichtung, welche es an sich selbst vollzogen hat, muß nothwendig die faktische Auflösung folgen. Jedenfalls können wir das fragliche Gesetz nur von seiner spaßhaften Seite betrachten, denn spaßhaft finden wir, daß diese Versammlung die freie Kritik ihrer Verhandlungen in dem Augenblick bei schwerer Strafe verbietet, in welchem bei dem gesammten Volk die Ueberzeugung durchdringt, daß man durch das beurtheilende Eingehen in die würdelosen Vorgänge der Paulskirche fortan dem Parlament nur eine unverdiente Ehre erweisen würde. Möge es sanft hinüberschlummern in der Berathung seiner Grundrechte, und Gott sey seiner Seele gnädig! Anm. d. Red

nichts dagegen. Der konstitutionelle Verein erklärt aber mehr, er „leugnet die Legalität des bisherigen Verfahrens“ gegen Herrn Krafft. Welch ein verstandesbankrottes Pochen auf die vorausgesetzte Dummheit des Volks! Glauben denn die Herrn, es sey noch immer die Zeit nicht vorüber, wo die ganze Bürgerschaft Ja und Amen sagte, wenn ein Herr Advokat oder ein Herr Großhändler sein Votum abgab? Aber das Volk hat in 6 Monaten etwas gelernt. Im April hat es sich noch ruhig gefallen lassen, daß die Polizei in Nürnberg den Abgeordneten wählte, denn der Polizei hatten Hr. Eisenmann und seine Ersatzmänner ihre Wahl zu danken. Jetzt wird das Volk sich von der Polizei nicht mehr diktiren lassen, was es zu thun hat, es ist seiner Souveränetät sich bewußt geworden. Und wißt Ihr, wer vorzugsweise das Volk aufgeklärt hat über seine Rechte und über das, was ihm Noth thut? Nicht so sehr die Demokraten, die „Wühler,“ wie Ihr sie nennt, sondern Ihr selbst habt es gethan; Ihr, deren volksfeindliche und volksverrätherische Pläne mit jedem Tage heller an's Licht treten, Ihr, deren Freunde täglich Beschlüße fassen, welche das Volk bis auf's Blut aussaugen und ihm nur die Wahl lassen zwischen dem Kampf der Verzweiflung oder dem Bettelstab. Ihr habt das Volk dadurch belehrt über das, was es jetzt zu thun hat. Und was that das Volk? Die Urwähler, deren Souveränetät durch die Revolution ausgesprochen ist, versammelten sich friedlich und beschloßen, Hrn. Krafft, dessen Privatcharakter niemals angetastet wurde, den man aber in den Schlingen einer volksfeindlichen Partei weiß, sein Mandat abzuverlangen. Sie konnten sich bei diesem Verlangen auf die eignen Aeußerungen des Herrn Krafft berufen, sie waren berechtigt, von seiner Ehrenhaftigkeit den Rücktritt zu erwarten. Und Ihr wollt behaupten, das sey kein „legales“ Verfahren? Es sey nicht „legal,“ mit den Mitteln, welche die neue Zeit dem Volke gewährt hat, mit dem Mittel der Vereinigung und der freien Rede einem Abgeordneten des Volks ein Mißtrauensvotum zu Stande zu bringen und ihn zum Rücktritt anzuhalten? Ihr vergeßt, daß dieses Verfahren das einzige ist, welches gewaltsamen und wirklich „illegalen“ Aeußerungen des Volkswillens vorbeugen kann. Uebrigens kommt Ihr zu spät mit Eurer Aufforderung. Die Mehzahl der Urwähler hat bereits sich gegen Hrn Krafft erklärt. Ihr kommt zu spät, wenn Ihr Hrn. Krafft auffordert, auf seinem Posten zu bleiben. Herr Krafft wird zurücktreten, nicht bloß, weil er ein „ehrenhafter“ Mann ist, sondern weil das ganze politische System, dem er als getreuer Schildknappe diente, unter der Last des allgemeinen Volkshasses zusammenbricht, weil die ganze Nation, trotz der von Euch sehnlich herbeigewünschten Bajonette und Kanonen, sich wie ein Mann erhebt und den Rücktritt der Majorität, den Sturz dieses Systems verlangt.

Regensburg, 12. Okt., Abends 8 Uhr. Eine Beilage zu Nr. 258 der Regensb. Ztg. meldet. So eben trifft die Post von Passau ein, ohne jedoch Briefe und Zeitungen aus Oesterreich mitzubringen, da der jenseitige Eilwagen ausgeblieben. Aus höchst zuverläßiger Quelle erfahren wir folgendes: Der Kaiser mit seiner militärischen Begleitung traf auf seinem abenteuerlich aussehenden Zug am 10. in Hartberg, am 11. in Neissa ein und wird am 12. in der Nähe von Znaim angelangt seyn, um von da seinen Weg weiter nach Ollmütz fortzusetzen. In seiner Umgebung ist der Erzherzog Franz Karl und in dicht verschlossener Genfte führt er wie man vermuthet den Erherzog Ludwig mit sich. Sein Nachtlager schlägt er ohne alle Vorbereitung in Dörfern auf. Auf die Anträge der österreichischen Nationalversammlung auf vollkommene Amnestie für Vergangenes, und auf Absetzung Jellacichs ist er nicht eingegangen. Hornbostl hat daher sein Portefeuille niedergelegt, Krauß will ebenfalls nichts damit zu schaffen haben — und so unterzeichnet jetzt Loblowitz — das heißt, es ist gegenwärtig gar kein Ministerium vorhanden. Auersperg steht mit seinen Soldaten noch vor Wien auf dem Belvedere und kümmert sich weder um das Ministerium noch um die National-Versammlung, was er ihr auf Anfrage schon bedeutet hat. Der Kaiser zieht alle deutschen Regimenter aus der Nähe von Wien und sendet dorthin polnische und böhmische, und will der Hauptstadt seinen Zorn fühlen lassen. Der Kampf der Magyaren und Slaven hat begonnen, der Kampf der Slaven und Deutschen wird unfehlbar nachfolgen. In der Eskorte des Kaisers kommandiren nur böhmische Edelleute. Der Kaiser stützt sich auf seine Slaven, und vielleicht steht bald Jellacich vor den Thoren Wiens, und zeigt seinen Horden die willkommene Beute. (?) Die nächsten Tage werden vielleicht das Schicksal der öster. Monarchie entscheiden. Das Ausbleiben der Posten ist vielleicht schon Folge ernster Ereignisse.

L Frankfurt, 12. Okt. (95ste Sitzung d. d. const. Nat.-Vers.). Vicepräsident Simson hat den Vorsitz. Jordan v. Marburg berichtet im Namen des Ausschusses für polit. u. internationale Fragen auf Eisenmann's und Berger's Anträge, den Antrag jenes, daß eine definitive Entscheidung über das Verhältniß der deutschen Länder zu einander namentlich Oesterreichs der Berathung des Art. I. des bereits erschienenen Entwurfes der Reichsverfassung vorbehalten bleiben solle. Hierauf wird der Antrag des Ausschusses für die Beurtheilung des Schmidt und Wiesner'schen Antrages (oben mitgetheilt) von der Versammlung in größter Ruhe angehört. Blum will die unangenehmen Dinge auf Einmal erledigt wissen, und erinnert daher an den Bericht über den Vorfall mit Brentano, (die bekannte Parlaments-Duellgeschichte) der seit 4 Wochen vertheilt sey. Die Interpellation Rühl's: ob für die Einquartirung der Reichstruppen um Frankfurt Entschädigung geleistet werde, beantwortet v. Schmerling später, daß für alle Reichstruppen entsprechende Entschädigung geleistet werden solle, und deshalb die Regierungen aufgefordert worden seien, Vorschüsse an die Gemeinden zu geben. Deshalb erwachse den Quartierträgern keine außerordentliche Ausgabe (das Irrthümliche in dieser Behauptung ließe sich gleichwohl leicht nachweisen, abgesehen von dem unberechenbaren moralischen Nachtheil einer solchen Verbreitung der bewaffneten Macht über das Land.) Eisenmann hat bekanntlich vor kurzem über die ungarischen Verhältnisse und namentlich die Verwendung der deutschen Truppen daselbst interpellirt, ob das Reichsministerium davon Kenntniß habe und dieß gutheiße. Das Reichsministerium wird künftigen Montag antworten. Ein dringlicher Antrag Juchos für Aufhebung des Belagerungszustandes, da die neulich für die Dauer desselben geltend gemachten Gründe des Hrn. v. Schmerling: Schutz der Nat.-Vers. und Herstellung der Ruhe, jetzt durch das jüngste Gesetz, und die vollständige Ruhe beseitigt seien, wird nicht dafür erkannt. Rechte und Centrum bleiben sitzen(!). Von Berger aus Wien ist ein Antrag mit vielen Unterschriften eingegangen: Daß die Nat.-Vers. in Erwägung der außerordentlichen Verdienste, welche sich die Majorität des Reichstags und die heldenmüthigen Demokraten Wiens um die Freiheit erworben, ihnen die Anerkennung und den Dank des Vaterlandes aussprechen wolle. Er wird nicht für dringlich erklärt (!!), worauf Berger erklärt, daß, da jede Revolution ihren Werth habe, er aber die That nicht nach ihrem Erfolge, sondern nach ihrem Werthe beurtheilen, und wenn die Thaten in Wien einen Werth haben, die Anerkennung sogleich erfolgen müsse, er seinen Antrag nicht dem schleppenden Gange des Ausschußes übergeben sehen wolle, sondern zurückziehe. (Beifall.) Ebenso wird mit einem Antrage Eisenmanns, 2 Reichscommissarien an den Kaiser von Oesterreich und König von Ungarn und nach Wien zu schicken zur Ausgleichung der Differenzen, verfahren und hierauf zur Verkündung von Beiträgen für die Marine geschritten. Zitz v. Mainz interpellirt den Ausschuß für die Verhaftungsgeschichte und drängt zur Beschleunigung, damit die »patriotische Ungeduld« der Herren von der Rechten sobald als möglich befriedigt werde und ebenso Wigard über Jahn's verrückten Antrag (zur Verfolgung der ganzen Linken). Wir hören, daß der Ausschuß bereits 5 Sitzungen gehalten! Reichsminister v. Schmerling theilt mit demselben kalten Anlitze, als ob gar nichts vorgefallen, (doch scheint er etwas angegriffen), mit, daß bei der Wichtigkeit der Vorfälle in diesem Theile Deutschlands bereits gestern Abends vom Reichsministerium Maßregeln beschlossen und vom Reichsverweser genehmigt worden seien, über deren Inhalt er, sobald er es für angemessen erachte, die umfassendste Mittheilung machen werde. Am Schlusse werden die Anträge von Wesendonk, (»Die Minister möchten die von Schmerling erwähnten, von ihnen getroffenen Maßregeln in Bezug auf die Wiener Ereignisse der Versammlung zur Kenntniß bringen.) von Wiesner, (daß sich die Nat.-Vers. ohne Verzug gegen eine etwaige Absendung von Reichstruppen gegen die Demokraten Wiens erkläre.) und von Schüler, (daß bei der Permanenz des Wiener Reichstags und Uebernahme der ausübenden Gewalt jede Einmischung der Nat.-Vers. ein Eingriff in die Rechte eines einzelnen Staates sei

würde ꝛc.) nicht als dringlich erkannt, eher vielleicht morgen ein Antrag von Backhausen, Wartensleben u. A., mit der Berathung des Verfassungsentwurfes zu beginnen und ihr wöchentlich 2 Sitzungen zu widmen, wenn die Majorität den Zeitpunkt dazu noch für günstig erachten sollte. Die lauteste Stimme einer gewaltigen Zeit, der Ruf eines auf's Neue zu Blut und Tod gehetzten Volkes gegen eine Allem Hohn sprechende Kamarilla und dessen Sieg findet keinen Anklang bei den Vertretern des deutschen Volkes! Unselige Verblendung!! — Krafft's Abstimmung bei den Grundrechten ꝛc. war die gewöhnliche. Wir werden die Berathung über die Grundrechte nachliefern.

L Frankfurt, 12. Okt. Der Bericht des Ausschusses für Beurtheilung des von den Abg. Schmidt und Wiesner am 5. Okt. gestellten Antrags und des dadurch hervorgerufenen Antrags des Abg. H. v. Gagern ist erschienen. Der Antrag geht dahin: Die Nat.-Vers. wolle beschließen: 1) Die Abgeordneten Schmidt und Wiesner haben, Jeder besonders, folgende schriftliche Erklärung: „Ich erkläre hierdurch, daß ich den in der Sitzung vom 5. Okt. von mir gestellten Antrag, also lautend: In Erwägung ꝛc. hiemit, wegen der darin liegenden gröblichen Mißachtung der Würde der Nat.-Vers. förmlich zurücknehme, dem Vorsitzenden zur Mittheilung an die Nat.-Vers. zu übergeben. 2) Die genannten Abgeordneten sind, bis sie dem vorstehenden Beschlusse, jeder soweit er ihn betrifft, Genüge geleistet, zur Ausübung ihrer Functionen als Abgeordnete nicht zuzulassen (!!) Ein Verweis, sagt der Bericht, ein auch noch so scharfer Verweis genüge nicht für diese Mißachtung der Nat.-Vers. Eine Erklärung, die das Verhalten jener Abgeordneten durch sie selbst verurtheile, könne allein Genugthung gewähren. Dagegen wird der Ausdruck des Präsidenten mit seiner in jenem Augenblick gefühlten sittlichen Entrüstung entschuldigt und somit auch der Vorsitzende Simson gerechtfertigt u. s. w. Also scheint der Ausschuß anzunehmen, nur dem Präsidenten sey es erlaubt, eine sittliche Entrüstung (!) zu haben, Andere aber sollen schweigend die täglich mehr an den Tag tretende Despotie der Majorität in Schwäche und feiger Ohnmacht hinnehmen. Denn daß einem Andern der Ausdruck nicht so leicht hingegangen wäre, ist wohl nicht schwer zu errathen.

Oesterreich. Das Beispiel Wiens scheint auf die Provinzen elektrisch gewirkt zu haben. Zum Beweis dafür glauben wir folgenden Gruß an die Bayern veröffentlichen zu sollen, den die Salzburger Zeitung als Beilage brachte: Bayern! Das österreichische Volk entbietet Euch zuvor Bruderkuß und Gruß! Ganz Wien ist in Aufruhr; das deutsche Militär mit dem Volke vereinigt hat sich gegen die Vernichtung der Magyaren durch das Slaventhum ausgesprochen. Der Landsturm von Unterösterreich und Steyermark soll aufgeboten sein. Der große, lange geahnte, lange vorausgesagte Kampf zwischen Deutschen und Slaven ist los. Jeder deutsche Mann muß jetzt einstehen für die deutsche Sache mit Gut und Blut, der Deutsche muß deutsch bleiben und als ein freies deutsches Volk gerettet werden.

Wien, 9. Okt. Die Brodlieferung an das Militär hatte das Mißtrauen des Volks erregt, daher übertrug man sie der akademischen Legion. Diese übernahm den Auftrag willig. Das Magyarische Heer soll bei Wieselburg stehen und 70,000 Mann stark sein. Die permanente Kommission theilte dieß dem General Auersperg mit und bat ihn, seine Stellung aufzugeben und die Truppen in die Kasernen zu consigniren. — Statt Scherzer's wurde Braun zum Kommandanten der Nationalgarde ernannt.

Wien. (Reichstagssitzung am 9. Okt.) Schuselka referirt: Auersperg antwortet, die Besorgnisse von dem Herannahen des Ban nöthigen ihn, seine feste Stellung zu behalten, damit seine Truppen nicht gefährdet werden, er versichert, keine Feindseligkeiten im Sinne zu haben. Darauf wurde der General abermals dringend aufgefordert, unter schwerer Verantwortlichkeit Alles zur Ruhe beizutragen, das N.Gardenkommando, sei gezwungen die Garden zu konsigniren, dieß geschehe zur Beruhigung der Bevölkerung. Abgeordneter Prato ist zurückgekehrt vom Ban, er hat ihn in Schwadorf gefunden, dort waren die Vorposten (unregelmäßige Truppen), sie marschirten ruhig, das Dorf selbst war friedlich, auf den Feldern lagerten Soldaten, aber alles war offen. Prato wendete sich an einen Offizier, der ihn zum Ban führte, dieser empfieng ihn freundlich und erklärte, daß er Betreffs Ungarn vom Reichstage keine Befehle zu empfangen hätte, wohl aber in Betreff der ganzen Monarchie. Er habe keinen andern Wunsch als die Interessen der Gesammtmonarchie zu fördern, er werde nicht anders handeln, er hoffe die Pflicht zu erfüllen, da er dem Kaiser sein Heer zuführe. In weitere Verhandlungen ließ er sich nicht ein. Seine Truppen sind irregulär, bunt gekleidet, die Montur sehr schlecht, selbst die Offiziere sehen schlecht aus, aber alles hatte einen so friedlichen Anblick, als wäre gar kein Heer im Anzuge. Schuselka berichtet weiter über eine Deputation aus Prag, welcher man die Versicherung gab, daß kein Deputirter, welcher Nation er auch angehörte, gefährdet war, daß die akademische Legion, welche eine so ausgezeichnete Rolle spielte, erklärte, mit ihrem Leben für den Reichstag einzustehen, daß in diesen Tagen keine Nationalitätsfragen zum Vorschein gekommen sind. Sie wurde aufgefordert, Wien's Bevölkerung zu vertrauen. Die Brünner haben ihre Unterstützung angeboten. Eine kräftige Vertheidigung Wien's wurde angeordnet.

Wien, 10. Okt. Mittags 2 Uhr. So eben ist Befehl vom Reichstag gegeben worden, sämmtliche Nationalgarden zu allarmiren, und das Militär, das sich in der Nähe der Stadt zusammengezogen, beiläufig 5000 Mann, anzugreifen, da diese jeden Menschen, der in ihre Nähe kommt, niederschießen, deßgleichen ist vom Reichstag befohlen, den Landsturm zu organisiren, um Jellacich, der mit 2000 Mann Gesindel vor den Thoren ist, anzugreifen. (Regensb. Z.)

Wien, 10. Okt. So eben geht die Nachricht ein, daß noch heute Nacht 9 Schiffe mit ungarischen Truppen hier anlangten. Der Jubel ist allgemein. — Wir werden Hand in Hand mit der tapfern ungarischen Nation die Ketten des Verrathes sprengen. (Const.)

[Wiener Revolution.] Wir entnehmen der A. O. Z. folgende Einzelheiten über die Wiener Revolution: Betreffs der Tapferkeit, mit welcher von Seiten des Volks gekämpft wurde, erzählt mir mein Gewährsmann folgenden Vorfall, von dem er Augenzeuge gewesen: ein Haufe von etwa 50 schlechtbewaffneten Arbeitern, unter Leitung von 15 Mitgliedern der akademischen Legion, greift ein in der Straße arbeitendes Geschütz mit gehöriger Infanteriebedeckung (es wurden mir 200 Mann genannt) an. Gleich zu Anfang fällt ein Akademiker von einer Kugel zum Tode getroffen; sein Nebenmann, gleichfalls Akademiker, küßt den Sterbenden, nimmt die Kugel von der Erde auf, ladet sie in seine Muskete und erschießt den Führer der Soldaten damit; dann kurzer Angriff mit blanker Waffe, Flucht der Infanterie und Eroberung des Geschützes. — Von Barrikaden weiß man bei diesem Kampf nichts. Der durch Breslau gereiste Attaché der französischen Gesandtschaft, Hr. Bernays, bestätigte Alles, was über den unsterblichen Heldenmuth der Wiener Legionärs erzählt wird. Er erklärte: einen solchen Kampf niemals gesehen zu haben und daß die Pariser Polytechniker in den Wiener Akademikern ihre Meister gefunden hätten. — Das schwarzgelbe Blatt, die Geißel, ist mit dem schwarzgelben Redakteur Herrn Böhringer und Anhang verschwunden. — Kurz vor dem unerwartet schnellen Tode des Kriegsministers ordnete derselbe seine Papiere und schickte ein versiegeltes, ziemlich voluminöses Pack durch einen Ordonnanz-Grenadier an den Kommandirenden Auersperg, der Soldat wurde in der ersten halben Stunde verhindert, durch die auf den Straßen zusammengedrängten Volksmassen durchzukommen, und als er die Hauptwache erstürmen sah, und das tragische Ende des Kriegspräsidenten erfuhr, besann sich die Ordonnanz eines Bessern, und überbrachte das Paquet auf die Aula, von wo es auch gestern dem Reichstag übergeben wurde. Große Kompromittirungen der höchsten und vieler hohen Personen kommen durch diese Papiere zur Oeffentlichkeit und werden den nächsten Agnaten der Habsburg-Lothring'schen Dynastie wohl moralisch den Todesstreich versetzen, da durch die Erzherzogin Sophie, Erzherzog Ludwig, Latour, der Exminister Präsident Ludwig Bathany, alle die kommandirenden Generale, besonders der in Ungarn stationirte Befehlshaber der Truppen-Abtheilung in das mit großer Intriguen-Fertigkeit gewebte Netz verstrickt wurden. Jellacich hat sehr bedeutende Baarsummen erhalten. 600,000 Gulden als eine letzte Geldsendung, die vom Kriegsminister gemacht wurde, war auf dem Gute eines Grafen Zichy aufbewahrt, und fiel in die Hände der Ungarn, denen diese beträchtliche Summe höchst willkommen war. — Auf dem Erlaß des Kaisers von Schönbrunn aus war noch das Ersuchen mit fast unleserlicher Hand geschrieben, General Auersperg möchte die Contrasignirung nicht verweigern. — Nachts

(von 7.—8.) ging noch zahlreiches Militär zum Volke über, selbst von den Nassauern. Die Kürassiere (Oesterreicher) konnten von Auersperg nur mit Mühe zurückgehalten werden, und man weiß, daß er hauptsächlich darum nicht die Truppen in die Kasernen ziehen lassen will. Heute früh erschien von einem böhmischen Grenadier-Bataillon (das im Marschfelde steht) ein Offizier auf der Universität, der im Falle eines Angriffes auf die Stadt den Uebertritt der Truppen zusicherte und eine Liste seiner gleichgesinnten Kameraden unterbreitete. Ebenso kommen seit heute früh fortwährend Zuzüge von Steyermark und Ober-Oesterreich, alle trefflich gerüstete Kugelschützen. Im Ganzen dürfte sich die Volksmacht auf 80,000 Bewaffnete und 60 Geschütze belaufen. — Nochmals hat Wien gesiegt, aber sein Sieg, so groß, so bewundernswerth er ist, bleibt ohne Erfolg, wenn nicht ganz Deutschland nachfolgt. Wien hat Ungarn und Deutschland noch einmal gerettet. Mögen diese Völker in sich gehen und handeln. Das Jahr 1848 will Thaten nicht gewöhnlicher Art — Heldenthaten! Eine solche war die Revolution vom 6. Oktober! sie steht neben den Tagen von Aspern und Leipzig! aber man muß sie ausbeuten!

* Berlin, 10. Okt. Die Reform schreibt: »Die Aufgabe Wien's ist, mit dem G ist dieser neuen Erhebung einen neuen Völkerbund im Südosten Europa's zu gründen. Die Ungarn und selbst die Slaven können Wien nicht entbehren. Was haben wir jetzt zu thun? Wir werden uns nicht eher beruhigen, als bis die jetzigen Minister Pfuel u. s. w. und alle Geheimeräthe und Generale aus der alten Zeit ihre Aemter niedergelegt und das Staatsruder in die Hände erprobter Demokraten überliefert haben. Berlin kann die Rolle nicht ausschlagen, Deutschland zu befreien und zu seiner demokratischen Einigung mitzuwirken; das Ministerium Pfuel kann unmöglich die alten Freunde in Frankfurt verlassen und mit der Demokratie in ein Bündniß treten. Das Ministerium Pfuel hat zu unsern unterdrückten Brüdern im Süden dieselbe Stellung, wie die Wiener Camarilla zu Ungarn. Und es ist eine Ehrensache für Berlin, der Militärherrschaft in Deutschland durch den Sturz dieses Ministeriums ein Ziel zu setzen.“ Waldeck und die Linke haben eine Protestation gegen den bekannten Erlaß des Reichsjustizministers in Form eines abweichenden Votums in die Nationalversammlung gebracht. — Das Ministerium und der Präsident Grabow machten vergebliche Versuche, den König zur Sanktionirung des Beschlusses der Aufhebung der Todesstrafe zu bewegen; aber es will nicht gehen. Da sieht man die Macht der Religion!

— Berlin, 10. Okt. Der Staatsanzeiger bringt eine Amnestie für die in der Provinz Posen bis zum 1. Juli begangenen politischen Vergehen und Verbrechen.

Berlin, 10. Okt. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung wurde beschlossen: „Ohne Entschädigung von Seiten des Verpflichteten werden aufgehoben: 1) Die Lehensherrlichkeit und die lediglich aus derselben entspringenden sonstigen Rechte bei allen Arten von Lehen innerhalb des Staats mit alleiniger Ausnahme der Thronlehen; der Anspruch auf die Regulirung eines Allodificationszinses für die früher aufgehobene Lehnsherrlichkeit in denjenigen Landestheilen, welche vormals eine Zeit lang zum Königreich Westphalen, zum Großherzogthum Berg und zu französischen Departements gehört haben, und das Heimfallsrecht an Grundstücken und Gerechtsamen jeder Art innerhalb des Staats, ohne Unterschied ob der Staat, moralische Personen oder Privatpersonen die Berechtigten sind.“

Von Berlin aus sind Befehle nach Schlesien gegangen, an der mährischen Grenze ein Truppenkorps zusammenzuziehen. Truppen aus Pommern und der Provinz Sachsen sollen zum Ersatze der geschwächten Garnisonen nach Schlesien nachrücken. Auch ist fast allgemein hier die Ansicht verbreitet, daß die an der galizischen Grenze aufgestellten russischen Truppen demnächst die Grenze überschreiten werden. (D. a. Z.)

Berlin, 10. Okt. Aus Brandenburg wird von einer Soldatenemeute berichtet. Ein Unteroffizier wurde wegen eines nach der Meinung der Soldaten ihm unverschuldet zur Last gelegten geringfügigen Dienstvergehens in Arrest geschickt. Etwa 100 Soldaten zogen vor das Haus ihres Majors und brachten ihm eine Katzenmusik. General Hanneke kam hinzu und beschwichtigte die aufgebrachten Mannschaften. Sie stellten hierauf ihre Forderungen: die Kriegszulage, Entlassung der Reserven, Weglassung des Gepäcks beim Exerziren etc. Der General veranlaßte die Wahl von vier Vertretern, um mit ihnen zu verhandeln, und versprach, sich für die Bewilligung höheren Orts zu verwenden.

In Dresden stehen die Demokraten sehr hoch im Preise. Der verhaftete Dr. Röckel wurde nur gegen eine Cautionssumme von 10,000 Thalern, welche Dr. Minkwitz bereitwillig erlegte, auf freien Fuß gestellt.

Stuttgart, 10. Okt. Die Donauzeitung meldet als Gerücht: Vor etwa acht Tagen wurde ein Bataillon des 7. Infanterieregiments von Ludwigsburg hieher verlegt, da die hiesige Garnison durch den Abmarsch des vierten Regiments nach Rottweil und Schramberg als unzulänglich betrachtet worden zu sein scheint. Zu Zuffenhausen soll, so wird erzählt, das Bataillon Halt gemacht haben und von seinen Offizieren demselben die nöthigen Verhaltungsbefehle ertheilt und es zugleich eindringlich gegen jede Widersetzlichkeit verwarnt worden sein, indem ihnen mitgetheilt wurde, daß bei einem nassauischen Regiment, das sich zu marschiren geweigert, je der zehnte Mann erschossen worden sei; so werde es ihnen auch ergehen, wenn sie sich Aehnliches zu Schulden kommen ließen.

Weimar, 9. Okt. Die Demokraten Jäde, Lafaurie, Rothe und Lange sind nun glücklich in Haft gebracht.

Dessau: Die Abschaffung der Todesstrafe ist einstimmig vom Landtag beschloßen worden.

Ungarn.

Die Wallachen in Siebenbürgen, fanatisirt durch Emissäre, die bei dem grenzenlos unwissenden Volke einen fruchtbaren Boden finden, sind im Aufstand gegen die Ungarn. Sie glauben, Gott und dem Kaiser ein wohlgefälliges Werk zu thun, wenn sie dem ungarischen Ministerium den Gehorsam verweigern, alle Ungarn ausrotten und sich in die Güter des Adels nach rein kommunistischen Grundsätzen theilen. Doch entwickelt der ungarische Minister Vaij eine wie es scheint erfolgreiche Thätigkeit zur Beruhigung der Fanatisirten.

Pesth, 5. Okt. Ein Theil unserer Armee ist gegen die feindliche Division unter General Roth aufgebrochen, deren Vernichtung oder Gefangennehmung man hier stündlich erwartet. Die Hauptarmee verfolgt Jellachich. Sie wird theilweise auf Wagen und Dampfschiffen befördert. Daß es dem Jellachich gelungen, mit dem Kern seiner Truppen zu entkommen, schreibt man namentlich dem Umstande zu, daß man den Jellachich nicht für so soldatisch treulos gehalten, die ausdrücklichen Stipulationen des von ihm begehrten Waffenstillstandes schmählich zu brechen. Auch hat ein dichter Nebel in der Nacht vom 30. Sept. auf den 1. Okt. die Flucht begünstigt. Indessen munkelt man auch viel von einem Verrathe des Ministerpräsidenten Grafen Batthyanyi. Es ist gewiß, daß dieser nicht wagt, aus Wien hieher zu kommen. Sein Haus wird bewacht. Nach der Niederlage des Jellachich am 29. Sept. hatte dieser eine Conferenz mit Batthyanyi gehabt, worauf der Letztere sich nach Wien begeben und auf der Reise den Landsturm bei Raab, welcher die Flucht des Jellachich aufhalten konnte, nach Hause schickte. Der Schleier, welcher noch über diese Angelegenheit gebreitet ist, muß bald gelüftet werden. — Kossuth, welchem einstimmig die imposante Erhebung des ungarischen Volkes und somit die Rettung des Vaterlandes verdankt wird, kommt heute hier an. — Unter den aufgefangenen Briefen des Jellachich befindet sich auch ein »Liebesbrief« (so lautet der wörtliche Ausdruck des Landtagsprotokolls) desselben an die Erzherzogin Sophie. Jellachich wird seitdem hier der Sophist genannt. (D.-A.-Z.)

Gedruckt unter Verantwortlichkeit der Verleger, von: Wilhelm Tümmel.
Expedition S. 39. im Gasthof zum König Otto 2te Etage.

Der freie Staatsbürger.

Erscheint an allen Wochentagen, am Sonntag nur ausnahmsweise auf einem Extrablatt. Preis in ganz Bayern vierteljährl. fl. 1. 30 kr. halbjährl fl. 3. — jährlich fl. 6.

Organ der Demokratie.

Inserate werden die dreispaltige Petitzeile zu 3 kr. berechnet. Die Abonnenten haben für die Hälfte des Abonnementpreises Inserate frei.

№ 14. Nürnberg, Sonntag, den 15. Oktober 1848.

Deutschland.

D **Aus Franken**, 9. Okt. Hr. Eisenmann sucht sich bei den Nürnbergern, die ihn allerdings längst vergessen haben, durch Angriffe auf den dortigen Volksverein wieder in Erinnerung zu bringen. In Nr. 43. jenes Volksblattes kanzelt er diesen Verein auf eine sehr unanständige und unverschämte Weise ab, weil er dem Abg. Krafft ein Mißtrauensvotum ausgestellt hat. Und seine Beleidigungen beschränkt er nicht auf den Volksverein, sondern er beleidigt alle Nürnberger, wenn er in geringschätziger Weise sagt: „wo es etwas zu sehen nnd zu bekomplimentiren gibt, da bleibt kein Nürnberger zurück." Die Nürnberger haben sich in dieser Beziehung nur einen Fall vorzuwerfen, daß sie nämlich Hrn. Eisenmann zu Gefallen gegangen und ihn in der Aegydienkirche „bekomplimentirt" haben. Sie haben jedoch diesen Fehler längst wieder gut gemacht durch den radikalen Umschwung ihrer Ansicht über Hrn. Eisenmann; und sicherlich werden sie in diesen Fehler auch nicht mehr zurückfallen. Uebrigens kann Hr. Eisenmann nicht eine einzige Nummer seines Volksblattes schreiben, ohne zu verrathen, wie schlecht es mit seinem Interesse für die freie politische Bildung des Volkes bestellt ist. Er legt dem Nürnberger Volksverein die Worte unter: „Wir haben gar kein System, gar keine politische Gesinnung, sondern wir lassen die Nationalversammlung in Frankfurt für uns denken, und was die thut, das ist uns recht, und das führen wir aus gegen Jedermann!" und er knüpft hieran folgende Bemerkung, die einen tiefen Blick in die Gesinnung dieses „Volksmannes" thun läßt. „Das wäre, sagt er, so übel nicht, und ich wünschte aufrichtig, daß ein solcher Grundsatz von allen Deutschen anerkannt würde, denn ich wäre dann wegen der Zukunft unseres Vaterlandes keinen Augenblick in Unruhe." Also, wenn das Volk sich seines Rechts zu denken, seines freien Urtheils begeben würde, so wäre das Herrn Eisenmann recht, und er würde sogar eine Bürgschaft für eine glückliche Zukunft Deutschlands darin erkennen!!! Unwillkürlich muß man hier mit Wallenstein rufen: „Wär' der Gedank' nicht so verwünscht gescheidt, man wär versucht ihn herzlich dumm zu nennen." Ja, den Leuten das Denken und das freie Urtheil zu entziehen, das war auch das System Metternichs und auch er glaubte dadurch die Zukunft Deutschland's auf seine Weise sicher zu stellen. — Und doch thut man vielleicht Hrn. Eisenmann Unrecht, wenn man Alles, was er sagt, ernstlich nimmt. Er widerspricht sich gar zu auffallend, und seine ganze Haltung ist mehr eine komische. Man weiß nicht recht, was man mit ihm anfangen soll. Er stimmt neuerdings mit der Linken, obwohl sein drittes Wort die Republik, die „rothe" Republik ist, die er beständig als Wauwau für die politischen Kinder aufstellt. Gerade bei diesem „Wauwau" zeigt sich seine politische Gedankenlosigkeit am auffallendsten. Was versteht man unter der „rothen Republik?" Die rothe Fahne ist das Symbol der Arbeiter, welche das **Recht auf die Arbeit**, die Möglichkeit sich ein Eigenthum zu erwerben verlangen. Es ist eine Verleumdung, wenn man dem Volke die Anhänger der „rothen Republik" als Communisten verschreit. Sie wollen nicht **Aufhebung** des Eigenthums, sie wollen nur Aenderung der **Eigenthumsverhältnisse** in der Weise, daß das Capital und die **Arbeitskraft**, die ja auch ein Capital ist, in ein richtiges Verhältniß gebracht werden sollen. Man will der rothen Republik auch die Guillotine und die Blutherrschaft in die Schuhe schieben. Mit Unrecht; ein Volk greift zur Blutherrschaft und zur Guillotine niemals aus Leichtsinn oder freiem Willen, sondern nur wenn es durch Verrath im Innern und Feinde von Außen zum Aeußersten, zur Verzweiflung gebracht wird. Mag man aber unter der „rothen Republik" sich das Eine oder Andere vorstellen, so ist Hrn. Eisenmann aus seinen eigenen Worten leicht nachzuweisen, daß er einer der „Rothesten" ist. Er hat ja in Nürnberg in großer Volksversammlung in Aussicht gestellt, daß die Reichen 20% von ihrem Eigenthum für die Unbemittelten abgeben müßten. Das hat auch der rotheste Republikaner (einige Narren abgerechnet, deren es bei jeder Partei gibt) bis jetzt nicht verlangt. Will man aber mit der „rothen Republik" durchaus (und wir wiederholen es, mit Unrecht) den Gedanken der **Blutherrschaft** verbinden, so ist Hr. Eisenmann auch in diesem Sinn sehr „roth", denn in derselben Nummer, in welcher er dem Nürnberger Volksverein eine Lektion liest, sagt er: „Es wäre vielleicht gut gewesen, wenn Kossuth etwas Blutherrschaft gegen Verräther und Schurken geübt hätte." Er gesteht also zu, daß es Fälle geben kann, in denen nur energische Mittel, welche selbst vor der Guillotine nicht zurückbeben, das Vaterland retten können. Hr. Eisenmann mag also auf die „rothe Republik" schmähen so viel er will, wir können ihm beweisen, daß er einer der Rothesten von ganz Deutschland ist.

§ **München**, 14. Okt. Auch von Bayern werden die wackern Wienar bewaffnete Unterstützung erhalten. Folgendes Inserat liest man in den neuesten Nachrichten": „Wer von Regensburg aus nach Wien unentgeldlich zu Wasser hinreisen will, der möge bis Donerstag in der Früh in Regensburg eintreffen und sich im Gasthaus zum „Hecht" beim dortigen Gastgeber melden. Wer Waffen hat, möge dieselben mitbringen." Die neue Münchner Zeitung gibt angeblich **officielle**, aber durchaus falsche Nachrichten über Wien, was nicht geringe Entrüstung hervorbringt. Sie spricht in Ausdrücken der Bewunderung, ja der Verzückung von Jellastch, ihrer letzten Hoffnung, von demselben Jellastch **der in Ugarn deutsche Familien lebendig braten ließ**. Ebenso der Reichsbote. **Und dieß sind die Blätter unseres Ministeriums!** Aber so weit mußte es noch kommen, daß auch der **Blindeste** sehend werde! —

Die N. M. Z. bringt einen königlichen Erlaß in Bezug auf die Ansprache des Reichsverwesers. Morgen Näheres!

L **Frankfurt**, 13. Okt. (96. Sitzung der National-Versammlung.) Es wurden heute folgende Beschlüsse gefaßt: „Die Berathung der Grundrechte **zurückzustellen**, die bis jetzt berathenen an den Verfassungsausschuß zur **Revision** zurückzustellen, der sie dann mit einem **Einführungsgesetzentwurf später** wieder vorlegen wird. Zunächst soll die Berathung des Entwurfes der **Reichsverfassung** beginnen (zweimalige) und ihr wöchentlich 3 Sitzungen gewidmet werden. — Anfangs mußte die Verfassung den Grundrechten nachstehen, und um zu den wichtigsten wenigstens in Bälde zu gelangen, nahm man sie auf Scherer's Antrag heraus. Jetzt, da sie ihrer Vollendung nahe wären und mit ihrer Proklamation ein sehnlicher Wunsch des Volkes erfüllt würde, hat man ein dynastisches Gelüste, jetzt soll der dynastische Same noch vor dem Froste des Winters in die Erde gebracht werden, damit er, wenn einmal im Frühlinge man wieder an die Rechte des Volks denkt, bereits üppig emporgewuchert sey. — Nach einer Debatte über Schoder's Antrag zur Verminderung der Civillisten wird **darüber zur Tagesordnung** übergegangen! Als Gottschalk meinte, das Volk wolle nicht nur jenes, sondern überhaupt eine wohlfeile Regierung, **lächelte die Rechte**. **Schlöffel** zog sich am Schlusse noch einen Ordnungsruf zu, als er auf eine malitiöse Aeußerung **Michelsen's** über sein (Schlöffel's) schlesisches Naturrecht erwiederte: Herr Michelsen möge sein Naturrecht reduziren, wie er wolle, in Schlesien sey es aber allerdings gegen das Naturrecht, die Leute zu Hunderten verhungern zu lassen. Nächsten Montag kommt die Verhaftungsfrage auf die Tagesordnung, sowie die alte Brentano'sche Geschichte.

Der Verein zur Wahrung der Volksrechte in Wien an das deutsche Volk. Es war ein Augenblick, beispiellos in der Geschichte, als das deutsche Volk sich erhob, und laut seinen Willen hinausrief in die Welt: es wolle Eins seyn nach tausendjähriger Zersplitterung! Die ganze gebildete Welt bezeugte ihre Theilnahme, daß ein Volk, so reich an Bürgertugenden, so unübertroffen an Schöpfungen der Kunst und Wissenschaft, endlich vereinigt eintreten wolle in die Völkerfamilie Europa's und der verrufene Bundestag zerfiel vor diesem Freiheitssturme in Moder und Asche, und die Fürsten beugten sich in Demuth vor dem Gebote des Volkes, und zum ersten Male — so schien es — tönte in ihrem Innern die mahnende Stimme, daß des Volkes Wille über ihnen stehe. Und das Volk vertraute im gläubigen Wahne der Betheuerung der Fürsten, und das Volk wurde betrogen. Das Volk schickte seine Abgeordneten in die alte Kaiserstadt am Main und überhäufte sie mit der Fülle seines Vertrauens. Wie der Moslim sich gläubig nach Mekka wendet, so richteten sich Aller Augen, Aller Herzen nach Frankfurt, und harrten in Geduld des Werkes, das Freiheit, Glück und Macht dem deutschen Volke bringen sollte. So Manches geschah, was den heißen Wünschen zu langsam, so Manches, was dem Vaterlandsfreunde besorgnißerregend war. Doch man beschied sich, man trug dem schwierigen Werke Rechnung; der Glaube, das Vertrauen des Volkes war unerschütterlich. Zur Zeit als der Völkerfrühling anbrach, hatte sich ein edler deutscher Mann erhoben, um fremdes Joch von sich zu schütteln. Ganz Deutschland jauchzte ihm zu, und schickte seine besten Männer zum Kampfe. Bald war die deutsche Erde frei von Feinden und siegreich standen deutsche Krieger an Dänemarks Grenzen. Da, mitten im Siegeslaufe, veruntreute Preußen die ihm von der deutschen Centralgewalt gegebene Vollmacht und schloß im Namen des todten deutschen Bundes einen Waffenstillstand mit Dänemark, der Besiegten nicht schmälicher hätte aufgebürdet werden können. Mit Bangen blickte Deutschland nach Frankfurt, und fand sich diesmal nicht getäuscht. Der Beschluß vom 5. Sept. sistirte den Waffenstillstand, und stürzte ein volksverrätherisches Ministerium. Ein Sturm von Freude brauste durch das ganze Vaterland, Zuschriften des Beifalls und der Ermunterung erfolgten von allen Seiten. Da nahte der 16. Sept., es sollte sich entscheiden, ob deutsche Ehre, deutsche Freiheit dem Ausland gegenüber nach Fürstenlaune verschachert, oder dem Volke selbst nach dessen Willen gewahrt werden sollte. Die Mehrheit der Abgeordneten des deutschen Volkes entschied sich für das Erste; das Dräuen und die Huld der Fürsten galt ihm mehr, als das Wohl des Vaterlandes. Diese Mehrheit hat es dahin gebracht, daß der deutsche Mann vor Scham nicht mehr das Auge erheben darf, daß 45 Millionen eines siegreichen Volkes das besiegte, kleine Dänemark einen schmählichen Waffenstillstand diktiren konnte. Männer, die das zu thun die Stirne hatten, sind zu allem fähig, auch dazu, im Namen des souveränen Volkes dem Czar die Knute zu küssen. Deutsche, glaubt es! bei solchen Volksvertretern hat sich mit dem Beschluß vom 16. Sept. das Maß der Schmach noch nicht gefüllt, sie werden den Namen der Volksvertretung noch zu Dingen mißbrauchen, Angesichts deren uns die einst von Fürsten auferlegten Sklavenketten wie Rosenbande erscheinen werden. Deutsches Volk! öffne Deine Augen, blick um Dich! Hast Du darum Deine Abgeordneten zu Hütern Deines Freiheitsbaumes gemacht, daß Du ihnen Deine Rechte ohne Rückhalt veräußerst? Bei wem steht die Macht unverringerbar, als bei dem Volke? Können die noch Dein Vertrauen haben, die Dein Vertrauen mißbrauchten? Deutsches Volk! Denk' an Deine Pflicht, um Deiner Kinder willen, verkümmere ihnen nicht eine freie, glückliche Zukunft, indem Du Deine Rechte schlafen lässest! führe Dir die Schmach der Vergangenheit vor Augen, daß nicht die Zukunft durch die Verwünschung Deiner Kinder Dich richte. Deutsches Volk! thue, wozu Du das Recht hast, was Deine Pflicht ist. Wir fordern daher alle Völkerschaften Deutschlands auf: 1) von jenen Abgeordneten, welche für die Nichtsistirung des schleswig-dänischen Waffenstillstandes vom 5. Sptbr. und für die Nichtverwerfung desselben am 16. Sptbr. gestimmt haben, als des Vertrauens verlustig, die Niederlegung ihrer Mandate zu fordern. 2) den Antheil der Deputirten bei wichtigen Beschlüssen genau zu überwachen, um jederzeit im Klaren zu sein, in wie weit sich dieselben des gegebenen Vertrauens würdig erzeigen. Nur so läßt sich eine Wiederholung ähnlicher Beschlüsse verhindern, und der Untergang Deutschlands vielleicht noch aufhalten. Wien, am 7. Okt. 1848.

Wien, 11. Okt. Der Kaiser übernachtete heute in Herzogenburg; der Tagemarsch, welchen er machte, war also ein sehr kleiner; er ist in Begleitung der Truppen auf der Znaimer Straße nach Böhmen weiter gereist. Als er durch Stein, ein kleines Städtchen mit einer Häuserreihe zog, fuhren die Kanonen mit brennenden Lunten vor und hinter dem Reisewagen, und in dem Städtchen wurde eine halbe Stunde vorher das Standrecht verkündet!? Ein Kourier bringt die Nachricht, daß Jellacich auf dem Wege nach Schwalberg zu Simmering mit 18000 Mann und einigen 30 Kanonen, darunter auch eine Raketen-Batterie sich befinde. Die Truppen sind in wilder Auflösung und Flucht. Ungarische Husaren sind ihnen auf den Fersen. — In Bruck an der Leitha stehen 20,000 Ungarn, jeden Augenblick bereit nach Wien zu marschiren. In Preßburg sind gleichfalls 15,000 Mann Landsturm bereit der Hauptstadt zu Hülfe zu eilen. Morgen werden wir sicher in unsern Mauern ungarische Hülfsvölker sehen. (J. d. Lloyd.)

Wien, 11. Oktober. Der wahnsinnige Banus von Kroatien steht vor den Linien Wiens und scheint mit den beim Schwarzenbergschen Palais kampirenden k. Truppen einen Angriff gegen eine halbe Million bewaffneten fanatisirten Volks, das von allen Seiten herströmt, machen zu wollen. Er weißt alle Anträge zurück und scheint von den hiesigen Zuständen gar nicht unterrichtet zu sein. Wir sehen einem furchtbaren Blutbad entgegen, denn die treu gebliebenen kaiserl. Truppen sind eben so erbittert, als das Volk. Aus Ungarn trafen heute 3000 Mann Freiwillige zu Wasser ein, aus Brünn die Nationalgarde, 1200 Mann. — Die vergangene Nacht war äußerst stürmisch; die Häuser waren beleuchtet, mehrere Stadtthore verbarrikadirt, die Basteien mit Kanonen bepflanzt, die bewaffneten Gruppen patrouillirten. Außerhalb der Thore und Linien war unter dem Militär starke Bewegung. Auch die meisten Linienthore sind verbarrikadirt und die Schanzen stark besetzt. — Die Stärke der hier lagernden Truppen wird auf 16,000 Mann angegeben, aber ein Theil derselben hält es mit dem Volke und General Auersperg ist daher selbst schwach in seinem Lager — Die Ungarn lassen auf sich warten; der Weg nach Preßburg ist beiderseits gesperrt. Exzesse sind gar keine vorgekommen; das Volk benimmt sich wieder bewundernswerth.

Wien, 11. Okt., Mittags 11 Uhr. Eine außerordentliche Beilage zur Regensburger Zeitung meldet: Der gestrige Tag verlief ruhig, alles war auf dem Posten nur in der Nacht wurde es sehr lebhaft, da zwischen Volk und Militär geplänkelt und von ersterem ein Munitions- und Waffenmagazin genommen wurde. Der Reichstag hat bestimmt, daß jeder der Waffen zu tragen im Stande ist, die entsprechende Munition, die übrigens in Menge vorhanden ist, empfängt. Gestern Nachmittag wurde noch eine große Anzahl Kisten mit Munition und Waffen, die von Prag ankommend für Jellachich bestimmt war, weggenommen. Auersperg verläßt seine Stellung nicht ohne Befehl des Kaisers. Jellachich steht vor den Thoren bei der Spinnerin am Kreuz. Die Erbitterung ist groß, alle sind in dem Gedanken vereinigt, mit aller Kraft für die Freiheit zu kämpfen.

Der Gemeinderath hat so eben ausgesprochen, daß die Wittwen der im Kampfe für die Stadt Gefallenen 200 fl. und die Kinder jedes 50 fl. Pension erhalten. Hornbostl ist genöthigt, seine Stelle niederzulegen, weil man ihm Zumuthungen gemacht, die sich nicht mit dem Wohle des Volkes vereinigen lassen. Heute geht eine Deputation des Reichstags mit energischen Vorstellungen an den Kaiser ab. Es sind die Brünner Nationalgarden zum Schutz der Stadt hier eingetroffen; wir erwarten noch die Olmützer und die Ungarn. Der Reichstag hat in seiner Mittagsitzung beschlossen, aus dem Zeughause noch Waffen auszutheilen und den Landsturm, welcher sich durch verschiedene Deputationen angetragen, nöthigenfalls aufzubieten. Ebenso haben sich 15,000 Ungarn aus Preßburg zur Verfügung des Reichstages gestellt.

Gedruckt unter Verantwortlichkeit der Verleger, von Wilhelm Tümmel.
Expedition S. 39. im Gasthof zum König Otto 2te Etage.

Der freie Staatsbürger.

Erscheint an allen Wochentagen, am Sonntag nur ausnahmsweise auf einem Extrablatt. Preis in ganz Bayern vierteljährl. fl. 1. 30 kr. halbjährl fl. 3. — jährlich fl. 6.

Organ der Demokratie.

Inserate werden die dreispaltige Petitzeile zu 3 kr. berechnet. Die Abonnenten haben für die Hälfte des Abonnementpreises Inserate frei.

№ 18. Nürnberg, Donnerstag, den 19. Oktober 1848.

Aus der Paulskirche.

L Frankfurt, 14. Okt. Die Grundrechte des deutschen Volkes sind ad graecas calendas vertagt, wie ich Ihnen bereits mittheilte. Die Partei der Vorsicht, der Bedachtsamkeit, der Vermittlung mit dem alten traurigen Zustande, die Weisheit der Studierlampenpolitiker, die Partei des crassen Egoismus, die sich in eitler Selbstgefälligkeit und Selbstlobrednerei auf den Bänken der Paulskirche spreizt, in aller Gemüthsruhe sich die Frankfurter Küche behagen läßt und dem Volke seine sogenannten Errungenschaften theelöffelweise zumißt, damit es sich den an kräftige Kost nicht gewöhnten Magen nicht verderbe, während das noch nicht Erhaltene, die Embryone eines bessern Zustandes bereits allenthalben erstickt, die junge Freiheit von den Camarillen ränkesüchtiger Weiber, gewissenloser Diplomaten und im Finstern schleichender Jesuiten zertreten oder wenigstens der verdammenswerthe Versuch dazu gemacht wird; — diese Partei hat wie gewöhnlich den Sieg davon getragen. Wie wird Freund Metternich wohlbehaglich ins Fäustchen lachen, wenn er die Last, welche am Ende auch seinen alten Schultern zu schwer geworden wäre, jetzt auf so viele jüngere rüstige Schultern vertheilt sieht, die noch lange nicht der Arbeit müde sind.*) Die Nationalversammlung hat aufs Neue bewiesen, daß sie nichts kann, als ihre eigenen Beschlüsse faktisch vernichten und sich moralisch in den Augen des Volkes todtschlagen. Dieß will nun Herr Waitz von Göttingen nicht zugeben, der sich nicht denken kann, daß das „große Volk der Denker" je seinen Weisen und Professoren mißtrauen oder diese gar es verdienen könnten! So bot die gestrige Sitzung das oft gesehene Bild der Schwäche and Selbstvernichtung. Was hilft es nun, wenn dazwischen einige sparsame Goldkörnlein schimmern und ein Wort ertönt von des Volkes heiligem Rechte, das diese Menschen erst decretiren wollen? Was hilft es, ihnen zu sagen: Proklamirt schnell! Das Volk harrt sehnsüchtig; es könnte sich eines schönen Morgens ermannen und sich sein Recht selbst geben? es könnte ihm einfallen sich zu sagen: Du hast einen kühnen Mißgriff gethan, als Du diese Versammlung berufen? Murren und Lärmen ist die Antwort. Was nutzt es hinzuweisen auf die Ergebnisse 5monatlicher Berathungen — enthalten in den 3 Reichsgesetzblättern, an denen wahrhaftig das Volk keine große Freude haben kann? In entsetzlicher Kälte lächelt höhnisch die Majorität und wird, wie sie meint, unter dem Schutze der Bajonette Deutschland wenigstens einen Herrn, wenn auch noch kein Recht zu geben wissen. — In gleicher Weise wurde die Frage über die Herabsetzung der Civillisten behandelt. Das Unmenschliche von Geduld nahm dabei Herr Michelsen, Professor von Jena, in Anspruch, der die Albernheit soweit trieb, zu behaupten, der Bauer habe nie ein Eigenthum besessen, nie Grund und Boden, und nach dessen volksfreundlicher Logik wir mithin eigentlich noch recht froh sein dürfen, daß die Civillisten nicht die ganze Einnahme Aller beanspruchen. Der edle Herr beruft sich dabei geradezu auf die Geschichte. Es kam uns vor, als habe der gelehrte Redner bei Gelegenheit der Feudallasten eine Rede eingelernt gehabt, von der er, damals darum gekommen, nun ein Pröbchen gegeben. Und solche Leute wagen es sich Volksvertreter zu nennen! und solche Leute konnte uns Schleswig-Holstein, das mit unserm Blute gedüngte schicken! Warum lernt das gutmüthige Volk nie die Taktik dieser Leute, den Sieg so lange zu verfolgen als möglich! So haben sie die Civillistenfrage gestern noch dem ermüdeten Hause bringen müssen, damit darüber zur Tagesordnung übergegangen würde. — In die Details dieser Verhandlungen einzugehen, finden wir überflüssig und widrig. — — Hören Sie ferner was Sie vielleicht schon wissen, daß die Akten in Betreff der Untersuchung der Abgeordneten auf dem Tisch des Hauses aufgelegt sind. Die Denunzianten-Reihe beginnen 2 Candidaten der Theologie Namens Beischlag, mit nichtssagenden allgemeinen Angaben, zu denen sie ihr Gewissen (?) getrieben. Es wäre auch wirklich Schade, wenn die Pfaffen dabei fehlen sollten! Ihnen gesellte sich Herr Sepp aus Bayern zu, mit ebenso verwirrter Angabe von aufregenden Reden, als der ganze Mensch in Wort und Bewegungen ist. Letzterer soll nach einigen Tagen beim Untersuchungsgericht das Streichen seiner Denunciation verlangt haben, da es doch gehässig herauskommen könnte, wenn er als Abgeordneter gegen Kollegen in dieser Sache auftreten würde. Die „Flugblätter aus der deutschen Nationalversammlung," ohne Zweifel das schmutzigste und gemeinste Product der Presse, werden auf eben solche Weise colportirt. Nicht allein, daß man dafür sorgt, es bei außerordentlichen Gelegenheiten allen hiesigen Zeitungen, selbst dem Anzeigeblatt beizulegen, scheuen sich auch Frankfurter Kaufleute nicht, diese Schmähschriften mit Geschäftsbriefen zu versenden *), und was das Allerärgste ist, — bei Sendungen en gros nach Außen z. B. an die Heidelberger Zeitung wird das Reichssiegel gemißbraucht! Wer aber zahlt die Kosten dieser außerordentlichen Anstrengungen der niedrigsten Reaktion? Das deutsche Volk; denn drei seiner Abgeordneten, die noch nie für das Volk in öffentlicher Rede gekämpft, wühlen in diesen Flugblättern gegen das Volk, sein Recht und gegen die ewige Wahrheit. Daß dabei ein Pfaffe im Spiele sein muß, versteht sich von selbst — Herr Jürgens, der ehrbare und ehrwürdige Prediger von Stadtoldendorf. — An Hofrath Behr, der leider auch zu denen gehört, welchen die Zeit über den Kopf gewachsen, und die uns das traurige Bild gesunkener überlebter Größe gewähren, ist eine einstimmige Mißtrauensadresse seiner Wähler (Stadt Kronach) eingetroffen. Sie erwarten von seiner Ehrlichkeit, daß er selbst sie bekannt machen werde. —

*) Freilich wird auch ihn die Revolution in Wien etwas scheu machen; indeß man hofft! Weiß doch der graue Sünder, daß er allenthalben viele gelehrige Schüler hinterlassen hat!

*) Wir haben dieses Schmutzblatt als Beilage zu verschiedenen Zeitungen, die wir erhalten, mindestens in 6 Exemplaren empfangen. Und dennoch glauben wir den Herren Jürgens und Consorten versichern zu können, daß sie Mühe und Aufwand gänzlich verloren haben. Auf das Volk macht ein solches Blatt durchaus keinen Eindruck, schon weil es so langweilig ist, daß das Volk es nicht liest; es wird nur denen gefallen, welche schon vorher zur Partei des Herrn Jürgens gehörten.

Anm. d. Red.

Deutschland.

* Nürnberg, 18. Okt. Der steckbrieflich verfolgte Fr. Kapp aus Hamm, dessen ganzes Verbrechen darin besteht, die Beschlüsse der Volksversammlung auf der Pfingstweide im Auftrag des Volkes unterzeichnet zu haben, erklärt in öffentlichen Blättern von Brüssel aus, daß er geflüchtet sei, nicht weil er ein ge-

richtliches Urtheil fürchtete, sondern weil er nicht Willens sei, sich einer langwierigen vexatorischen Untersuchungshaft auszusetzen, für welche er durch ein späteres freisprechendes Erkenntniß nicht entschädigt werde. Uebrigens werde er sich auf Zusicherung freien Geleites augenblicklich stellen.

* Nürnberg, 18. Okt. Périssent les colonies plutôt qu'un principe, eher mögen die Colonien zu Grunde gehen, als ein Princip, so rief einst Robespierre im Convent, als in Folge der ausgesprochenen Sklavenemancipation der Racenkrieg auf den Colonien ausbrach. Unsere Politiker in der Paulskirche, so unähnlich sie im übrigen den Männern des Convents sind, begegnen sich hier mit Robespierre, nur daß dieser die Colonien dem großen Prinzip der Befreiung zu opfern bereit war, während unsere Hofräthe dem Princip der Knechtschaft das Wohl Deutschlands zum Opfer bringen. Möge Deutschland zu Grunde gehn, wenn nur das monarchische Princip gerettet wird, das ist die Losung der Hofräthe. In der badischen Kammer weisen die freisinnigen Abgeordneten mathematisch nach, daß Baden in Folge der fortdauernden Truppenbesetzung zu Grunde gehen muß. Laßt es zu Grunde gehn, wird doch das Princip gerettet, das monarchische Princip, für welches sich die „ungeheure Mehrheit“ des Volkes so energisch aussprach, daß man in jedes badische Dörfchen Truppen legen muß, damit es nicht fällt. Und der Belagerungszustand, der in Baden in großem Maßstab waltet, herrscht wenigstens in verjüngtem durch ganz Deutschland, entzieht dem Ackerbau und den Gewerben die tüchtigsten Kräfte, saugt das Land aus, drückt den Geist des Volkes nieder und zehrt seine Hilfsquellen auf. Aber was thuts? Möge Deutschland zu Grunde gehn! Es lebe das monarchische Princip!

V Bamberg, 18. Okt. Bereits hat das hiesige Stadtkommissariat die Vorstände der Vereine aufgefordert, die Zahl der Mitglieder, ihre Beschlüsse und ihre Verbindungen amtlich anzuzeigen. Da bis dato weder ein Ministerialerlaß noch ein Regierungsrescript offiziell vorliegt, durch welche eine solche Polizeimaßregel gerechtfertigt würde, die ganz aus der Metternichschen Zeit stammt und dieser Zeit würdig ist, so darf von den Vereinen erwartet werden, daß sie der Neugierde der Herrn Stadtkommissäre die Befriedigung vorerst verweigern. Uebrigens sind die Vereine für Volksfreiheit stets mit solcher Offenheit zu Werke gegangen, daß man in der That nicht absieht, wie man Heimlichkeiten bei ihnen vermuthen mag. Die Vereine für Volksfreiheit wollen die Durchführung des demokratischen Prinzips, aber sie wollen sie auf gesetzlichem Weg, und sie haben weder, noch werden sie diesen Weg verlassen.

*† Windsheim, 16. Okt. Der Geist der Demokratie breitet auch hier sich allmälig aus, trotz aller Anfechtungen der Bureaukraten und — der Pfaffen. Mit dem parlamentarischen Verhalten des Abgeordneten Bauer ist man keineswegs allgemein zufrieden, ja es war kürzlich nahe daran, daß er ein Mißtrauensvotum erhielt. Nur der Mangel an Theilnahme in den mitbetheiligten Nachbarstädten hintertrieb es. Indeß ist zu hoffen, daß auch diese endlich aus ihrer Erschlaffung erwachen und besser als bisher begreifen, was in jetziger Zeit Noth thut, wenn wir die Freiheit ganz und auf immer erringen wollen.

J München, 17. Okt. Die Gerüchte über die Veränderungen im Ministerium erhalten sich, theils werden sie widersprochen. Uebrigens darf man für gewiß annehmen, ohne gerade ein besonderes Prophetentalent zu offenbaren, daß Thon-Dittmer sich so weit, wenn auch nicht mit dem Willen und den Bedürfnissen, doch mit der Stimmung der Gesammtbevölkerung bekannt gemacht haben wird, daß er nicht die überspannte Tollkühnheit haben wird, einen Anprall der neuen Kammer aushalten zu wollen, wo er ohne Zurücklassung des letzten Anscheines jeder staatsmännischen Bedeutsamkeit den Kampfplatz nicht verlassen würde. Bereits werden die 4ten Bataillone einberufen und einexerzirt. Es ist doch sonderbar, daß, wenn es je galt einzelne Zweige der Volkswirthschaft mit großen Summen vom Staate zu dotiren, man die Staatskassen in deplorablem Zustande erklärte — nun aber das Lieblingskind der Gewalt bedacht werden soll, hat man Geld vollauf oder thut wenigstens so. Die hiesigen Soldaten versichern durchgehends nie gegen die Wiener zu kämpfen. Der hiesige demokrat. Verein hat beschlossen eine Adresse an die tapfere Wiener Bevölkerung ergehen zu lassen; ebenso beschloß er energische Schritte zur Entlassung des Redakteurs Sensburg aus seiner Haft in der Münchner Stadtvogtey. Die kleinen Preßquälereien dauern fort.

München, 17. Okt. Die zwei Reichskommissäre sind heute Nachmittag über Passau und Linz nach Wien abgereist.

J München, 18. Okt. (Bierkrawall.) Unsere Voraussage ist eingetroffen. Trotz des Anschlages der Bräuer an allen Ecken, daß sie die Maaß Bier um 4 kr. 2 Pf. verleit geben wollen, wurden Abends dennoch fast alle Bräuereien demolirt, der Siegelbräu am meisten mitgenommen. Unter den Tumultuanten befanden sich eine Menge Soldaten. Die Militärabtheilungen kamen meist zu spät, und stellten sich vor den bereits demolirten Häusern auf, wo sie noch zu unruhigen Auftritten kamen, verhielten sie sich passiv. Ernstere Scenen sind nicht vorgefallen; nur beim Maderbräu soll es blutige Köpfe und gefährliche Verwundungen gesetzt haben. Die Nacht verlief ruhig, von den wenigen Arrestanten wurden diesen Morgen die meisten wieder entlassen. Heute ziemliche Aufregung, in einzelnen Bräuereien neue Auftritte, die Besitzer schenken gutwillig gezwungen ihr Bier gratis aus. Kuirassiere und Infanterie patrouilliren. Auffallender Weise blieb das Polizeigebäude, für welches in diesem Jahre bereits über 700 fl. an Reparaturkosten verausgabt wurden, diesesmal verschont. Man spricht davon, die Fortsetzung von gestern werde sich heute auf Bäcker und Metzger erstrecken. Auch soll ein Versuch zur Befreiung des Redakteurs Sensburg gemacht werden. Soldaten und Civilisten fraternisiren — in Bierangelegenheiten haben wir in Baiern keine Parteien mehr. Ein Kürassierwachtmeister, der diesen Morgen auf offener Straße einem Soldaten eine Ohrfeige gab, konnte sich mit genauer Noth durch schleunige Flucht vor der Volkswuth retten. Auf dem Rücken eines Individuums, das aus einer Bräuerei ein kupfernes Maaß entwendete, hielt das Volk offene Justiz, und es war erfreulich, die Entrüstung des Volkes über so gemeine That zu hören, die, wie man sich ausdrückte, ihr »gerechtes Verfahren in ein schiefes Licht setze«. In mehreren Bräulokalen las man diesen Morgen:

Soldaten waren hier,
Um vier die Maaß wollen wir,
Und wird dieß nicht immer so seyn,
So schlag' das Donnerwetter drein!

Man liest nirgends Anschläge oder Bekanntmachungen, welche bewiesen, daß „regiert“ wird. Nachschrift 2½ Uhr vor Postabgang. Der Tumult beginnt aufs Neue. Soldaten und Civilisten sollen in das Pschorr'sche Bräuhaus gelockt, bei verschlossenen Thüren und außen stehenden Militärpikets von den Bräuknechten überfallen und zwei Soldaten und zwei Civilisten erschlagen worden seyn. Wie ein Lauffeuer geht diese Kunde durch die Stadt. In diesem Augenblick werden alle Möbeln, Spiegel, Sophas, zum Fenster herabgeworfen, die Betten aufgeschnitten. Die Erbitterung ist furchtbar. Anrückende Militärabtheilungen verhalten sich unthätig, sind selbst erbittert; die Kasernen sind im Aufruhr; alle Läden geschlossen. Ohne Blut vergeht der heutige Tag nicht.

L Frankfurt, 16. Okt. (97. Sitzung d. d. konst. Nat.-Vers.) Unter großer Unruhe der Versammlung (die Erwartung der Dinge in der Sitzung und eine Nachricht, daß Wien bombardirt und gekämpft werde, zusammen geben Stoff genug) wird das Protokoll trotz mehrmaligen Schellens des Präsidenten unhörbar verlesen. Ein Schreiben des Reichsministers des Innern zeigt an, daß der Belagerungszustand in Frankfurt mit dem Tage aufhören werde, an welchem das Gesetz zum Schutze der National-Versammlung in Frankfurt und Umgegend in Kraft trete; er werde aber alle zur Aufrechthaltung der Ordnung und Ruhe nöthigen Maßregeln fortbestehen lassen. Hierauf interpellirt Förster von Hünfeld wegen der Verhältnisse in Wien, Ungarn und der Walachei, ob das Reichsministerium es dulden werde, daß österreichische Truppen unter dem Oberbefehl eines Hochverräthers gestellt würden, ob diplomatische Verbindungen mit Ungarn, dem Vorkämpfer der Freiheit, gegen den despotischen Osten angeknüpft, wegen des Schutzes der Deutschen in der Walachei Gesandte nach Petersburg und Konstantinopel geschickt werden sollten. Das fortwährende Getöse bei der Verlesung dieser Interpellation beseitigt die Schelle des Präsidenten erst am Schlusse, wogegen H. Detmold bei größerer Ruhe seine Inquisitionsinterpellation vorbringt: Ob das Reichsministerium amtliche Mittheilung über den Mord an Latour, das Verhalten des Thäters und ob in die etwaige Amnestie auch die Mörder eingeschlossen werden, habe, ob es dieß dulden werde? Schmidt v. Löwenberg: Ob es wahr sey, daß das Reichssiegel zur Verbreitung von Parteischriften (der Flug-

blätter) gebraucht worden und Reichsbeamte dazu geschrieben und wenn Letzteres geschehen, welches sind die Namen dieser Beamten? Herr v. Schmerling bemerkt antwortend, daß die neulichen Interpellationen mit der heute eingebrachten in nahem Zusammenhange stünden und er sie deßhalb der Materie nach zusammengestellt. Bezüglich der Schweiz vorläufig keine Antwort, bis die Papiere vollständig sind. Auf die weiteren Fragen von H. Vogt werde er nicht antworten (mit malitiösem Tone), da sie gegen allen parlamentarischen Ton und Sitte seyen und das Ministerium diejenige Achtung für sich in Anspruch nehme, welche es jener Partei des Hauses zolle. (Vogt: Ich verlange das Wort.) Die Wichtigkeit der Donaufürstenthümer sey dem Ministerium im ganzen Umfange bekannt; es habe alle Einleitungen getroffen, um dem deutschen Elemente dort Achtung und Geltung zu verschaffen und zu einem diplomatischen Verkehre. Für Ungarn habe man lebendige Sympathie(?), aber es sey jetzt schwierig, diplomatische Verbindungen anzuknüpfen. (Siehe die gestrige Nummer.) In Bezug auf das (bekannte) Schreiben des bayerischen Ministeriums an das Reichsministerium und die Antwort des letztern („die Einheit Deutschlands in Verbindung mit dem konstitutionellen Prinzip aufrecht halten zu wollen"), weiß der H. Minister sich damit zu helfen, daß, so lange in einem deutschen Staate das konstitutionelle Prinzip gesetzlich und rechtmäßig bestehe, die Centralgewalt verpflichtet sey, es aufrecht zu erhalten. Dieß sey kein Eingriff in die Verfassung des ganzen Deutschlands. (Herzliche Beifallsbezeugungen der Rechten.) In Hinsicht auf die Schmidt'sche Interpellation glaubt der Reichsminister im Sinne der großen Majorität vorzugehen, wenn er nicht antworte. Er sey überzeugt, daß diese Frage nicht besser von einem Polizeidirektor unter Metternich hätte gestellt werden können. Ist mit dieser im Munde des Herrn Schmerling höchst sonderbar klingenden Aeußerung die Frage beantwortet? Auf des alten Jahn's Wahnwitz weiß der Hr. Minister um so genauer zu antworten. Das Ministerium des Reichs hat das preußische Ministerium auf die Versammlung am 26. d. in Berlin noch besonders aufmerksam gemacht, da es wahrscheinlich sey, daß die Wirksamkeit jener Versammlung gegen die Regierung und die Nationalversammlung gerichtet sey. Eine Abmahnung sey nicht nöthig. Die demokratischen Vereine würden sich das Gesetz vom 10. d. wohl gegenwärtig halten. Natürlich, daß die folgsame Rechte den nichtssagenden oder polizeilichen Präventiv-Maßregeln des Hrn. Ministers Beifall zu spenden nicht träge ist. Dagegen weist Vogt von Gießen mit scharfen energischen Worten die übermüthige Aeußerung des Ministers zurück und protestirt feierlich gegen dessen anmaßenden Eingriff in die Rechte des Präsidenten und der National-Versammlung; die von demselben geübte Censur gegen Abgeordnete des Hauses verletze die Würde der Versammlung. Als der Präsident den Minister in unbegründeten Schutz zu nehmen suchte, weist dieß Vogt zurück und stellt dann einen Antrag, welcher auf strenge Untersuchung geht, wie die betreffende Note in die Hände der Ober-Postamtszeitung gekommen, Bestrafung der schuldigen Beamten, Aufforderung an Baden, nicht ferner zu grundlosen Beschwerden der Schweiz gegenüber Veranlassung zu geben, die selbst Eingriffe in das Recht der freien Presse und das Asylrecht hervorzurufen gesucht. Er verlangt die Pflegung freundnachbarlicher Verhältnisse zur Schweiz, aus Achtung vor dem republikanischen Institutionen und den Grundsätzen der Humanität, wie sie dort Ausfluß des freien selbstständigen Volkswillens seyen. Dieser Antrag so wie der Venedey's, daß die Versammlung ihren Entschluß zu freundschaftlichem Verhältniß mit der Schweiz ausspreche, wird von der Versammlung nicht für dringend erkannt; ein Antrag Wesendonk's: da der Minister nicht befugt sey, die Beantwortung der Interpellation wegen des Tones zu verweigern und mit seiner Erklärung das Gesetz über Interpellation verletzt habe, den Ausschuß zu beauftragen, darüber zu entscheiden, wird an den Ausschuß verwiesen, wofür v. Vinke einen neuen Ausschuß beantragt, was am Ende mit dem für die Centralgewalt beseitigt wird. Ein weiterer Antrag Schmidt's von Löwenberg, daß der amtliche Charakter des Siegels der Centralgewalt gesichert und gewahrt werden möge, wird gleichfalls nicht für dringlich erkannt. Schaffrath beantragt, den Minister wiederholt zur Beantwortung anzuhalten. Der R. Min. Mohl antwortet, daß man sich zwar nicht in das Amnestierecht eines einzelnen Staates mischen wolle, aber das Ministerium in Wien aufmerksam gemacht habe, daß politische Handlungen nicht mit Meuchelmord zusammengeworfen werden sollten (!!) Auf Schneer's Antrag wird hierauf zur Tagesordnung übergegangen und zwar zu den Beschwerden gegen den Vicepräsidenten v. Soiron, als Vorsitzenden in den Sitzungen vom 7. und 8. Aug., angebracht von Schaffrath und Genossen. Ueber diesen Gegenstand und die Schmidt und Wießner'sche Angelegenheit ist ein Antrag Reh's vorhanden, welcher will, daß die Versammlung über beides im Interesse der Eintracht und des Friedens mit Stillschweigen weggehe. Der Antrag wird einstimmig angenommen und somit ist die Brentano'sche und Schmidt-Wießner'sche Angelegenheit unerwartet ruhig und schnell erledigt. Man geht nun zur Debatte über die Verhaftungsfrage über, obgleich Eisenmann meint: keine Debatte, da Jeder sich bereits sein Urtheil gebildet haben werde. Es sprechen Zimmermann v. Stuttgart, der beantragte, es sey kein Grund zur Einleitung einer Untersuchung vorhanden, es genüge eine einfache Vernehmung. Plathner vertheidigt den Antrag des Verfassungsausschusses. Wahrhaft meisterhaft aber sprach Vogt, der heute sich fast selbst übertroffen, und gegen den Bassermann mit einer Rede, die alten Verdächtigungen gleichsam vertheidigend, neue hinzufügte — alles im Interesse der wahren Freiheit, deren Auslegung Herr Bassermann und seine Partei ausschließlich in Pacht zu haben scheinen. Auch Schaffrath sprach gut, weniger heute Zitz, von dem wir mehr Schärfe des Juristen und weniger Appellation an die Versammlung erwartet hätten. Schlöffel äußerte sich in rückhaltsloser offener Weise über seine politische Meinung und sein Leben, unübertrefflich ruhig und mit einer logischen Schärfe die sich selbst widersprechenden vagen Zeugenaussagen vernichtend. Simon v. Trier setzte aber der im Ganzen heute mit seltener Würde geführten Verhandlung die Krone auf. Das Resultat ist bereits gestern mitgetheilt. — Einen Sturm der Verwunderung und der gerechtesten Entrüstung rief es hervor, als Schlöffel zum Beweise welche Unparteilichkeit man von seinen politischen Gegnern zu erwarten habe, eine neulich von Hrn. v. Schmerling gegen seinen Nachbar gemachte Aeußerung citirte, als Schmidt v. Löwenberg die Tribüne bestieg; sie lautete: dieß ist auch eine von den Canaillen, welche wir hinausschaffen müssen! Ein Stenograph hörte diese Worte und wollte sie niederschreiben! Das Faktum ist richtig, obgleich eine Dame, wir glauben die Frau eines Ministers sehr naiv geäußert haben soll: Es sey nicht wahr, Herr v. Schmerling habe diese Worte seinem Nachbar nur zugeflüstert!!!

L Frankfurt, 18. Okt (98. Sitzung d. d. konst. National-Versammlung.) Schlöffel vermißt im Protokoll die am Schlusse seiner Rede von ihm geäußerte Behauptung, daß man ihm einen Tendenzprozeß machen wolle, so wie die von ihm angeführten Worte v. Schmerling's („diese Kanaille ꝛc."). Venedey bringt den dringlichen Antrag: die deutschen Interessen in Wien und in Oesterreich mit allen Kräften zu wahren, Bundestruppen nur den verfassungsmäßigen Behörden zur Verfügung zu stellen, und begründet ihn. Nauwerk will nur mit dem Reichstag, als der einzigen legalen Macht in Österreich und dem Sicherheitsausschusse, verkehrt wissen, da der Kaiser sich davon gemacht habe. Es wird ein Aussch. von 15 Mitglied. zur Wahrung der deutschen Interessen in Oesterreich für gut befunden. — Eine lebhaftere Debatte entspann sich über Breßgen's (endlich auf die Tagesordnung gebrachten) Antrag, daß jeder gewählte Abgeordnete der National-Versammlung, welcher während der Dauer seines Mandats ein besoldetes Staatsamt oder eine Beförderung annehme, sich einer neuen Wahl zu unterwerfen habe. Mehrere dafür u. dagegen. Es handelt sich hiebei nicht bloß um die angestellten Beamten im Reichsministerium, sondern hauptsächlich um die Bevollmächtigten der einzelnen Staaten. Vogt will die Fäden zerrissen sehen, aus denen die Majoritäten gesponnen werden. Diese Fäden seyen die Corruption durch Beförderung. Wenn man Jemand ein Ordensband um den Hals werfe, könne man ihn führen, wohin man will, und wenn es über einen Gänsedreck wäre. (Heiterkeit.) Es wird über Breßgen's Antrag zur motivirten Tagesordnung mit 217 gegen 150 in namentlicher Abstimmung übergegangen, eine Modifikation in der Abstimmung beliebt (weiße und blaue Stimmzettel in zweifelhaften Fällen ꝛc.) und die Angelegenheit der westphälischen Staatsgläubiger auf Grävell's Antrag dem Reichsministerium überwiesen, das dafür Sorge tragen soll, daß auch hierin Niemanden das Recht verkümmert

werde! Bekanntlich besteht diese uralte Geschichte darin, daß denjenigen, welche unter Jerome Domänen gekauft hatten, dieselben, nachdem der alte gute Zustand wieder hergestellt war, ohne Entschädigung wieder abgenommen wurden! — Nächste Sitzung: Donnerstag: Berathung des Verfassungs-Entwurfes.

Wien. (Reichstagssitzung vom 14. Okt. Abends.) Schuselka berichtet, daß erfreuliche Zusicherungen von allen Seiten eingehen; auch aus Oberösterreich und Schlesien. Meldet ferner von einer Zuschrift des Studentenausschusses: er müsse ein ernstes Wort sprechen in ernster Zeit. Er setze alles Vertrauen in den Reichstag, mache aber aufmerksam, daß ein längeres Zögern gefährlich wäre, selbst für den Reichstag, daß ein feindliches Heer Garden entwaffne, die deutschen Fahnen herabreiße, die Ortschaften plündere. Er erkläre deßhalb, es müsse jetzt etwas Entscheidendes geschehen. Noch stehe der Reichstag zwischen Despotie und Anarchie; jeder Augenblick des Zauderns erschüttere das Gebäude, nur zu bald könnte es zusammenstürzen. Daher weise der Reichstag den Feind des Vaterlandes weg. Auf ein Schreiben der zwei Generale Auersperg und Jellasich, die Zurückweisung des ungarischen Heeres fordernd, wird eine Antwort beschlossen, worin vor allen Dingen Zurückgabe der Waffen an die entwaffneten National-Garden and Rückzug der Heere verlangt wird. Dann erst könne man auch den Ungarn Rückzug gebieten. Im andern Fall sey eine Schlacht unvermeidlich und die Folgen mögen diejenigen verantworten, die sie herbeigeführt.

Wien. (Reichstagssitzung vom 15. Okt.) Die Ankunft des Kaisers in Olmütz wird angezeigt; er wurde mit Jubel empfangen. Messenhauser, der Kommandant der Nationalgarde entfaltet eine riesenhafte Thätigkeit.

Wien, 15. Okt. Die Vorposten der Kroaten stehen rings um die ganze Stadt. Die Garden der kleinen Ortschaften um Wien haben sich in Fünfhaus concentrirt. Der Ban wollte sie in verflossener Nacht entwaffnen, mußte aber nach einem lebhaften Gefecht, welches die Allarmirung der ganzen Stadt zur Folge hatte, unverrichteter Sache wieder abziehen. — Kossuth that an alle Festungskommandanten die Weisung erlassen, binnen 3 Tagen die ungarischen Fahnen aufzuziehen und sich zu unterwerfen. Im andern Falle werden sie als Landesverräther vogelfrei erklärt. Hrabowski in Ofen hat diesen Befehl bereits respektirt. Recsey wird in Anklagestand versetzt (er ist auf der Aula gefangen), gegen den Palatin seiner Entfernung wegen Klage erhoben. Die ungarische Armee soll schon 100,000 Mann stark seyn, ohne den Landsturm. Der englische und russische Botschafter sollen Wien verlassen haben.

Wien, 16. Okt. Jellasich hat seine Stellung mit der Auerspergs vertauscht, so daß die Ungarn jetzt den letzteren angreifen müssen. Die Truppensendungen nehmen zu. Der Kaiser wird nicht auf friedliche Ausgleichung eingehen. Der Kampf ist gewiß und es wird ein blutiger werden. In Wien scheint eine Höhle des Verraths zu sein, aus der man mit dem Feinde korrespondirt. **Man spricht vom Einrücken eines russischen Hilfsheeres in das von Truppen entblößte Galizien.**

Berlin, 14. Okt. In der heutigen Sitzung der Vereinbarerversammlung wurde ein dringlicher Antrag D'Ester's in Bezug auf die traurige Lage der Spinner und Weber der Grafschaft Ravensberg in Westphalen angenommen, obwohl die Rechte nicht wenig erbittert darüber war, daß dieser Antrag von der Linken und zwar nicht einmal von einem westphälischen Abgeordneten ausging.

Altenburg, 11. Okt. Die Altenburger Allgemeine Volkszeitung schreibt aus der dortigen Landschaftssitzung: der Abgeordnete Weißgerber nahm das Wort und sprach: „Es ist bekannt, daß in Wien nicht nur anarchische Bestrebungen sich gezeigt, sondern sogar zu offenem Ausbruch gekommen sind. Es ist schauderhaft, empörend für jeden Gutgesinnten, daß man einen Kriegsminister an eine Laterne gehängt hat; die Anarchie ist in vollem Schwunge. So schlimm ist's bei uns doch nicht. Ich stelle daher den Antrag: Die Landschaft wolle die hohe Staatsregierung mit der Bitte angehn: Es möge die hohe Staatsregierung das Reichsministerium ersuchen, die in unser Land eingerückten sächsischen Truppen nach Wien zu beordern und dem Reichsministerium die Altenburger Truppen als vorzüglich geeignet zur Unterdrückung der Anarchie bestens zu empfehlen." Der Antrag wurde von den beiden Abgeordneten Erbe und Brandt unterstützt; letzterer fügte jedoch hinzu: „Wenn es kein Spaß ist!" wogegen sich der Antragsteller anscheinend sehr ernstlich verwahrte.

Rußland.

Einem Briefe aus Warschau zufolge, den die A. O. Z. mittheilt, steht eine sehr nahe und vollständige Reorganisation des ganzen russischen Kaiserreichs bevor. Der Zar ist dazu genöthigt, denn die Befreiung der westlichen Völker hat auch in Rußland einen gewaltigen Wiederhall gefunden. Seit einigen Monaten klagen Alle; Niemand ist mit seiner Lage zufrieden, ein Jeder sehnt sich nach einer Veränderung. Dieß ist nicht so sehr Folge der Pariser, als der Wiener und Berliner Revolution. Der Russe spricht jetzt, was früher unerhört, ziemlich laut über Freiheit, Demokratie u. s. w. Er hat dabei eine glänzende Zukunft des Slaventhums vor Augen. Nikolaus ist scharfsichtig genug, um zu sehen, daß die Grundlage seines Despotismus zu wanken beginnt. Man glaubt, er werde den Weg des nothwendigen Fortschrittes betreten. Viele behaupten, in Polen werde das erste Zeichen der veränderten Politik erscheinen. Es ist wiederum von dem Fürsten Leuchtenberg, als zukünftigen konstitutionellen König der Polen die Rede. Zu diesem Zwecke erwartet man auch den Kaiser Nikolaus in Warschau. Gewiß ist, daß die heutigen Russen das Verbrechen, welches ihre Vorfahren an der polnischen Nation ausgeübt haben, wohl erkennen.

Dänemark.

Kopenhagen, 11. Okt. Man schreibt dem Hamburger Corresp.: Syndikus Banks, der Gesandte der deutschen Reichsgewalt ist noch immer hier. Bis jetzt scheint er wenig Gehör mit seinen bekannten Anträgen gefunden zu haben.

Anzeigen.

Volksversammlung.

Nach Beschluss des Centralausschusses der fränkischen Vereine für Volksfreiheit findet Sonntag den 22. October Nachmittags 1 Uhr bei Muggenhof zwischen Nürnberg und Fürth eine Volksversammlung Statt. Sämmtliche Vereine für Volksfreiheit und alle Freunde freier Volksentwicklung werden zu zahlreichem Besuch dieser Versammlung eingeladen, die in dem gegenwärtigen ereignisschweren, für die ganze Zukunft unseres Vaterlandes und der Freiheit entscheidenden Augenblick eine erhöhte Bedeutung gewinnt.

**Im Namen des Centralausschusses
der Vorort:
Politischer Verein in Nürnberg.**

Einladung.

Freitag den 20. October Nachmittags 1 Uhr Zusammenkunft des Centralausschusses der fränkischen Vereine für Volksfreiheit in Erlangen, im Lokale des politschen Kränzchens.

Patriotischer Verein in Fürth.

Von heute den 15. Oct. an befindet sich das Lesezimmer des pat. Ver. bei Balth. Matterholz, Neue Strasse I. Nr. 362.

Gedruckt unter Verantwortlichkeit der Verleger, von Wilhelm Tümmel.
Expedition S. 39. im Gasthof zum König Otto 2te Etage.

Der freie Staatsbürger.

Erscheint an allen Wochentagen, am Sonntag nur ausnahmsweise auf einem Extrablatt. Preis in ganz Bayern vierteljährl. fl. 1. 30 kr. halbjährl fl. 3. — jährlich fl. 6.

Organ der Demokratie.

Inserate werden die dreispaltige Petitzeile zu 3 kr. berechnet. Die Abonnenten haben für die Hälfte des Abonnementpreises Inserate frei.

№ 17. Nürnberg, Mittwoch, den 18. Oktober 1848.

Die Wiener Revolution.

* Die Oktoberrevolution in Wien ist der Anfang des Endes auf der einen, der Beginn der vollen Freiheit Deutschlands auf der andern Seite. Die Wiener sind dem übrigen Deutschland aufs Neue vorangegangen, nachdem sie gesehen, daß das im Merz vergossene Blut umsonst geflossen war. Sie sind die Vorkämpfer der deutschen Freiheit, und nie wird Deutschland die Verdienste vergessen, welche sich diese tapfere Bevölkerung, welche sich insbesondere die Spartanerschaar der akademischen Legion um das Vaterland erworben hat. Je mehr wir vom 6. Okt. eine neue Periode der deutschen Revolution datiren, um so mehr glauben wir uns verpflichtet, unsern Leser den Heldenkampf der Wiener in treuer Darstellung vorzuführen, und wir lassen daher die Schilderung jener glorreichen Tage aus dem politischen Courier folgen, der von den Studenten Buchheim und Falke herausgegeben wird.

Die Oktober-Revolution.

Sie fochten dreizehn Stunden lang,
Die Erde hat gezittert, —
Sie fochten ohne Sang und Klang,
Sie fochten stumm erbittert.

Da war kein Lied, wie ça ira,
Nur Schrei und Todesröcheln, —
Sie standen ernst und schweigend da,
Im Blut bis an die Knöcheln.

Freiligrath.

Wie es kommen mußte nach dem ewigen Gesetze der Naturnothwendigkeit — so kam es. Der Volksgeist, seiner eigensten Natur nach vertrauensvoll und geduldig harrend, blickt mit gläubiger Zuversicht dem verheißenen freiheitsstrahlenden Morgen entgegen. Was der Volkswille in den März- und Maitagen mit machtgebietender Energie errungen, — was er mit seinem innersten Herzblut besiegelt, — das Kaiserwort, dem souveränen Volke gegeben am großen Befreiungstage, mußte zur Wahrheit werden, zur lebensvollen Wirklichkeit. Das Ministerium, auf den Schultern des Volkes emporgehoben, größtentheils aus dem Volke selbst hervorgegangen, — das Ministerium, dem Volksinteresse durch sein frei und offen gegebenes Wort verbündet, mußte ein volksthümliches sein, oder — fallen. — — — Armes Volk!! — — Nichts von alledem geschah. Schritt für Schritt solltest du zurückgedrängt werden vom kaum errungenen Boden. Mit langsamer, aber sichertreffender Consequenz, mit souveräner Perfidie ging man ans schmachvolle Werk. Die Stimmung der letzten Wochen war eine unheimlich beängstigende, die Atmosphäre eine unendlich gedrückte. — Das kecke, zuversichtliche Treiben der reaktionären Schmach-Presse, — das übermüthige Auftreten der constitutionellretrograden Partei waren ein untrüglicher Barometer der politischen Temperatur. Dazu noch die unruherregenden Berichte von Nah und Fern. Die verhängnißvolle Frankfurter-Katastrophe, die Vorgänge in Berlin und im badischen Oberlande; die ungarisch-kroatischen Wirren mit ihrem unvermeidlichen Rückschlage auf die jungen Freiheitsbestrebungen beim Siege der Rückschrittspartei, — alles dieses, in einen unentwirrbaren Knoten zusammengeschlungen konnte und mußte seine Lösung allein durch das Schwert finden. — In dem Augenblicke traf der offenkundige Verrath des Kriegsministers, — die für die Sicherheit der Residenz bedenkliche Diversion des Croaten-Häuptlings, — in dem Augenblicke traf das unselige kaiserliche Manifest vom 5. d. M., welches der unumschränkten Machtvollkommenheit des Generalissimus einen improvisirten Rechtsboden lieh, das aus seinem dumpfen Schweigen aufgeschreckte Volk wie ein greller Blitzstrahl aus gewitterschwülen Wolken. — Die lang in sich gehaltne Gluth des freien Volksbewußtseins loderte in hellen Flammen auf. — — Wir beschränken uns darauf von den Ereignissen des 6 Oktober — die ohnehin der Welt offen liegen, — die wichtigsten und bezeichnendsten in Kürze zusammenzustellen. Die deutschen Grenadiere — es war das wackere Bataillon Richter — vom Wiener Kriegsministerium beordert, zur kroatischen Armee zu stoßen, verweigerten entschieden den Abmarsch. Schon die vorhergehende Nacht herrschte eine dumpfe Gährung in den Kasernen. — Widerstrebend wird das Bataillon, mit Kürassier-Eskorte zur Nordbahn bis an die Taborbrücke geführt. — Haufen Volks und Garden im Sturmschritt eiln voran, um den Abmarsch zu hindern. Dort haben sich bereits Tausende gesammelt. — Ein Brückenjoch wird zerstört, die Eisenschienen aufgerissen. Jetzt durchwirbelt die Allarmtrommel alle Straßen der Stadt. Sechs Compagnien der Legion eilten in forcirtem Marsche zum Tabor. Vorstadtgarden aus entfernten Gründen rücken an. — Aber auch die Militärmacht hat sich bereits ins Treffen formirt. Kanonen und Munitionskarren kommen angerasselt. Die Stellung ist folgende: Garde und Legion am Eisenbahndamm; das deutsche Grenadierbataillon hält die Brücke besetzt. — In der Tiefe das Regiment Nassau; am rechten Flügel die Pioniere; auf den Flanken Kavallerie und eine Batterie Kanonen. Der entscheidende Moment tritt ein. Die Kanonen werden abgeprotzt und aufs Volk gerichtet. — Da stürzen Garden und Arbeiter mit heldenkühner Todesverachtung drauf, in wenigen Augenblicken sind die Kanonen genommen. Einzelschüsse fallen hinüber und herüber. — Die deutschen Grenadiere rücken vor. — Nassau feuert zuerst. Jetzt fallen Salven auf Salven. — General Breda, der zuerst „Feuer“ kommandirte, stürzte von einer der ersten Kugeln getroffen, tödtlich verwundet vom Pferde. — Ein gut genährtes Gewehrfeuer bringt das Regiment Nassau zum Weichen. Das war der erste Preis des Tages. — Jetzt werden die eroberten Kanonen triumphirend in die Stadt gebracht. Endloser Jubel. Verwundete Studenten werden auf die Universität geführt. — Am Universitätsplatze schaaren sich Vorstadtgarden und Volk. Die Glocke heult Sturm. Garden und Akademiker holen vom bürgerlichen Zeughause die Nationalkanonen. Die Thore werden verrammelt; auf der rothen Thurm- und Biber-Bastei die ersten vier Kanonen zur Bestreitung der Brücke postirt. Alle Stadt- und Vorstadtglocken läuten Sturm. Der Stephansplatz ist von Stadtgarden des 2. und 3. Bezirks besetzt. Sie treiben das andringende Volk zurück, das auf dem Stephansthurm Sturm läuten will. Jetzt kommt die traurigste Episode im blutigen Trauerspiel des Tages. Die braven Wiedner-Garden, Wiens freiheitsbegeisterte „Fauburg St. Antoine“ kommen zum Schutz des Volkes durch die Kärnthnerstraße heraufmarschirt. Da feuern, unselige That der Verblendeten, die Stadtgarden auf ihre Brüder und Kameraden, Garde auf Garde! Vom heldenmüthigen Angriffe der Verrathenen zurückgeworfen, fliehen die Schwarzgelben in den Stephansdom und an das deutsche Haus und feuern aus den Fenstern herab. Die Wiedner Freiheitskämpfer erstürmen die Kirche und führen dem deutschen Hause gegenüber eine Kanone auf. Da verstummt das Gewehrfeuer der schwarzgelben Stadtgarden. Aber neue Ar-

deit gibts, heiße Arbeit für die wackern Freiheitskämpfer und 2 Pionier-Kompagnien sind durch das Franznersthor in die Stadt gelassen worden, eine halbe Batterie folgt ihnen. Am Stock im Eisen fassen sie feste Position. Plänkelgefecht. Da stürmen die Eisenbahner vor. Vorstadtgarden und Legion werfen im Bajonettangriff die regulären Truppen. Ein wüthender Straßenkampf beginnt. Das Militär zieht sich auf die Seite. Jetzt werden die Kanonen demaskirt. Volle Kartäschen-Ladungen werden auf's Volk abgefeuert. Doch „Vorwärts“ war die Loosung freiheitsglühender Schaaren.

Deutschland.

* Nürnberg, 17. Okt. Das Komité für Volksversammlungen hat auf der letzten Urwählerversammlung die Vollmacht erhalten, nach bestem Ermessen die geeigneten Schritte zu thun, um Herrn Krafft's Rücktritt zu erwirken. Es hat zu dem Ende nochmals den Abg. Krafft zu bestimmter Erklärung aufgefordert. Ein Gerücht will wissen, Hr. Krafft habe in einem Privatbriefe hieher geschrieben, er werde nicht mehr nach Nürnberg zurückkehrrn. Hat Hr. Krafft dieß wirklich geschrieben, so hat er privatim zugestanden, was er offiziell bisher verleugnete, daß er nämlich recht wohl einsieht, wie die Stimmung Nürnberg's seinem öffentlichen Verhalten nicht mehr günstig ist. Es ist zu beklagen, daß in Folge seines Zögern's, so wie in Folge der »ungeziemenden« und „unwürdigen“ Sprache, die er in seinem Briefe an den Volksverein führte, auch das Urtheil über seinen Privatcharakter, dessen Ehrenhaftigkeit bis jetzt Niemand bestritten, bei Vielen sich zu modifiziren droht. Will Hr. Krafft Nürnberg übrigens verlassen, so wird gewiß die Regierung keinen Augenblick anstehen, ihm einen neuen Posten ganz nach seinem Wunsche anzuweisen.

München, 16. Okt. Seit einigen Tagen befindet sich der vormalige Präsident des Reichsministeriums, Fürst v. Leiningen, wieder hier. Auch der Reichsgesandte Hr. Welcker, so wie Hr. Mosle, Abgeordneter zur Reichsversammlung in Frankfurt, sind hier angekommen, und werden morgen Mittag ihre Reise nach Wien fortsetzen, wohin sie von der deutschen Centralgewalt aus Anlaß der neuesten Wirren daselbst eine Sendung erhalten haben. — Der König hat bestimmt, daß die Strafe der körperlichen Züchtigung von nun an im Heere außer Anwendung zu bleiben habe. Dieses wird unter Bezugnahme auf die erscheinenden Dienstesvorschriften einstweilen zur Wissenschaft und Anweisung der unterhabenden Abtheilung behufs einschlägiger Nachachtung andurch eröffnet. (N. M. Z.)

J München, 17. Okt. Eine unruhige Nacht. Der Abgeordnete Ruhwandel erhielt eine Katzenmusik, das Landwehrfreikorps wollte schießen lassen, wurde verhöhnt; der bekannte Denunciant Zipperer wurde sofort aufgesucht; sein Haus etwas weniges demolirt, der arme Teufel im Hemd hervorgezogen, aber es geschah ihm kein Leid. Zuletzt säuberten Kürrassierabtheilungen die Straßen. Es sind Anzeichen zu einem Bierkrawall vorhanden, was im Interesse der Demokratie sehr zu beklagen. Man lechzt nach einem Anlaß zu bewaffnetem Einschreiten. Die Erzherzogin Sophie ist in Possenhofen angekommen und war vorgestern incognito hier.

Frankfurt, 14. Okt. Zwei Dinge sind's, auf die sich das Reichsministerium versteht, auf Kartätschen und auf Geldeinfordern. Zwei Umlagen wurden in den letzten Tagen im Reichsgesetzblatt ausgeschrieben, eine von monatlich 120,000 fl. für die Bedürfnisse der Paulskirche, und eine zweite von 5,250,000 fl., für die Marine. Auf Bayern kommt bei der ersten 13,439 fl. 46 kr., bei der zweiten 587,989 fl. 51 kr.

Frankfurt, 16. Okt. (97. Sitzung der Nat.-Vers.) Nach einem Schreiben Schmerling's wird der Belagerungszustand von Frankfurt an dem Tage aufgehoben, an welchem das Gesetz zum Schutz der Nat.-Vers. hier und in der Umgegend in Kraft tritt, also am 20. Okt. — Interpellationen. Schmerling erklärt wegen der Wiener Ereignisse, das Reichsministerium habe nur die unverzügliche Bestellung von Reichs-Commissären für angemessen befunden, welche sich an Ort und Stelle von der Lage der Sache zu überzeugen und dann die zu Beendigung des Bürgerkriegs erforderlich scheinenden Maßregeln zu ergreifen hätten. Zur Sendung von Reichstruppen nach Oesterreich habe es keinen Anlaß gefunden, allein in der Vollmacht der Commissarien liegt das Mittel, wenn sie sich von der Nothwendigkeit einer Herbeirufung von Reichstruppen überzeugen sollten, solche sofort zu requiriren, und diese Requisition würde dann schneller erfolgen, als wenn sie erst von Frankfurt aus angeordnet werden müßte. *) Auf Jahns Interpellation wird erwiedert, daß die preußische Regierung mit Hinweisung auf das Gesetz vom 10. Oktober zur Ueberwachung des am 26. zusammentretenden Demokraten-Congresses aufgefordert worden sey. Nun werden die Vorfälle in den Sitzungen vom 7. und 8. August (thätliche Angriffe der Rechten auf Brentano) sowie die Vorfälle am 5. Okt. (Schmidt-Wiesner'scher Antrag, Gagerns Aeußerung u. s. w. mit einem Worte: das der Frechheits-Commission Zugewiesene) auf Antrag Reh's durch Uebergang zur Tagesordnung schnell erledigt. Sofort Berathung über die geforderte Einleitung einer gerichtlichen Untersuchung gegen Blum, Zitz, Schlöffel rc. — Zimmermann, Vogt, Schaffrath gegen, Plathner, Bassermann, für die Gestattung der Untersuchung. Zuletzt sprachen die Betheiligten. Der Ausschußantrag (Gestattung der gerichtlichen Untersuchung, aber nicht Verhaftung) wurde bei namentlicher Abstimmung um $\frac{1}{2}$5 Uhr (mit 246 gegen 140 angenommen) Krafft, Raumer v. Dinkelsbühl, Zerzog als getreues Trifolium stimmten natürlich dafür. Morgen Näheres.

Wien. Reichstagssitzung vom 12. Okt. Dilevskis Antrag, den Finanz-Minister zu ermächtigen, die Hülfe der Nationalbank bei den bewilligten 20 Millionen, außer den bewilligten 6 Millionen noch auf fernere 6 Millionen in Anspruch nehmen zu können wird angenommen. Später wird dem Finanzminster noch weiterer Kredit nach seinem Erachten bewilligt. Dadurch ist der Antrag der Finanz-Commission alle 20 Millionen zu bewilligen erledigt. Schuselka als Referent des Ausschusses, berichtet: Eine Deputation des ungarischen Reichstages, bestehend aus zwei Reichstags-Abg. und einem Courier, kam und überbrachte folgende Adresse: Die ungarische Nation ist vom Danke beseelt durch die Aufopferung Wiens, und daß sie es beschwört, die Freiheit Oesterreichs zu ihrer

*) Ohne Zweifel wird von den Hrn. Reichscommissäre inn München einstweilen vorsorglich die Bereithaltung bayerischer Truppen zum Einmarsch nach Oesterreich und zur Unterstützung der Kroaten angeordnet, auf deren Sieg leider nicht bloß die Münchner Regierungsorgane, sondern auch die Frankfurter Ministerialblätter große Hoffnung setzen. Die Mainzer Zeitung geißelt dieses ehrvergessene Sympathisiren mit entmenschten Barbarenhorden folgendermassen: »Es kommt der große, der wahre deutsche Reichsverweser, der da heißet: »Jellasich, Banus von Kroatien! Er kommt mit achtzigtausend Mann slowakischer Reichstruppen, Ruhe und Ordnung wieder herzustellen im freien einigen Deutschland. Er kommt antrommetet vom edlen kühnen Greifer, nicht weil, sondern obgleich er ein Barbarenhäuptling, nicht weil, sondern obgleich er der vom Wiener Hof gegen Ungarn gedungene Bandit ist. So machet mir schnell ein Gesetz, welches 10 Tage von heute die Beleidigung der slowakischen Majestät mit 20 Jahren Zuchthaus bestrafe! Und ihr begeisterten Poeten, Wilhelm Wagner und Levin Schücking und andere Lorenz Kindleins, machet mir rasch ein Willkommsgedicht unserem Retter; singet, ihr Jungfrauen Frankfurts:

Jellasichus, der Ruthenen
Und Kroaten großer Ban,
Edler, höre des souveränen
Deutschen Volkes Wille an.

Schön zwar in den Steyermarken,
Aber schöner das Gemüth
Konnt für Deutschland es erstarken
Im slavonischen Geblüt.

Gut ist zwar die Vorbereitung,
Um zu werden auserkiest,
Daß man in Tyrolerkleidung
Tiefgemüthlich Böcke schießt.

Aber wer die Grundrechtsfreuden
Schenken soll uns ungetrübt,
Der muß in dem Halsabschneiden
Trefflicher seyn eingeübt.

Jellasichus, drum erfülle
Unseres Parlamentes Bitt',
Bring — es ist des Volkes Wille —
Uns auch Reichs-Kosaken mit!

Die mit ihren langen Bärten
— O was ahn' ich, edler Ban! —
Und den Zipfelmützen werden
Gleichen unserm Vater Jahn.

Hunderttausend Vater Jahne
Dann am Grab der Anarchie
Singen mit dem Turnerschwane
Janitschaarensymphonie!

eigenen zu machen. Die Gefahr ist gemeinschaftlich. Die ungarische Nation weist jeden Traktat der Camarilla und ihrer Söldner von sich und will auf der breitesten Basis der Demokratie und Bruderliebe und den Völkern Oesterreichs die Bruderhand reichen. Die ungarische Nation dankt dem Reichstage für seine Energie, und erklärt Alle für Verräther, die den Ban unterstützen werden. Sie ist fest überzeugt, daß er unter dem Racheschwerte der Freiheit fallen werde, sie erachten es für ihre Pflicht, den Ban nachzujagen und ihn zu vernichten. Daher haben die Reichstags-Deputirten die Armee beauftragt, dem Ban zu folgen, wohin er fliehe, es ist also keine Gebietsverletzung, wenn sie die österreichische Gränze überschreitet. Die Armee wird überall Halt machen, sobald der Reichstag ihr Halt gebietet. Es darf dem edlen Volke Wiens gar keine Last auferlegt werden durch die Verpflegung unserer Armee. Telegraphische Depesche von Löhner. Gestern Nacht hatte er nach vielen Hindernissen beim Erzherzoge (nach dem Berichterstatter wahrscheinlich Franz Carl) eine Audienz. Ein Adjutant desselben ging nach Wien Zu gleicher Zeit hat Herr Finanzminister Kraus ein Manifest vom Kaiser erhalten, welches auf der Reise bisher überall ausgetheilt wurde: Gleichzeitig bei meiner Abreise von Wien hatte ich ein Manifest zur Contrasignirung des Ministers zurückgelassen, wo ich meinen Völkern erklärte ꝛc. (jetzt folgt das frühere Manifest). Da durch die dortigen Wirren das Manifest nicht zur Oeffentlichkeit kam, wollte ich es den Provinzen bekannt geben. Herzogenburg den 8. Okt. Ferdinand. — Borrosch. Wir haben gestern eine loyale Adresse an den Kaiser erlassen. Stunden sind jetzt Jahre in der Geschichte. Ich glaube, daß die h. Kammer meinen Antrag genehmigen werde: eine zweite Adresse an den Kaiser zu senden, das Inhalts: daß er die Völker Ungarns zu einem Völkercongresse in Wien einberufe, zu denen Abg. des des Oesterreichischen Reichstages zuzuziehen sind, und daß sich beide Ministerien dabei betheiligen mögen. Es gibt kein anderes Mittel zur Rettung des Gesammtvaterlandes, wo die gleich gewahrten Rechte aller Nationalitäten, die Völkerfreiheit und unsere Sendung zur Wahrheit werden (Beifall und angenommen.) Die Wahl des Präsidenten wird vorgenommen und das Resultat derselben ist, daß Smolka mit 186 Stimmen zum Präsidenten gewählt wird.

Wien, 13. Okt. Reichstag. Man schreitet zur Wahl des ersten Vicepräsidenten. 203 stimmen und die Wahl fällt mit 108 Stimmen auf Brestl. Schuselka als Berichterstatter des permanenten Ausschusses: Mit Entrüstung müsse man in Journalen und übersandten Plakaten aus den Provinzen ersehen, wie sehr man es sich dort angelegen sein lasse die abentheuerlichsten Gerüchte über Anarchie über Mord nnd Todtschlag in Wien zu verbreiten. Doch sei in keiner Stadt mehr Sicherheit des Eigenthums und Lebens als eben hier. Das brave Volk von Wien habe sich in diesen Tagen der Bedrängniß groß und tapfer gezeigt, und verdiene fortan Waffen zu tragen. (Stürmischer Beifall). Der Reichstag werde daher alle jene Gerüchte durch Proklamationen offen wiederlegen, und zugleich erklären daß alle öffentlichen Cassen und Gebäude leglich unter den Schutz der Wiener Bevölkerung gestellt worden seien. (Beifall). Von den zwei Millionen, welche das hohe Haus zur Unterstützung armer Gewerbsleute bestimmt hatte, seien 200,000 fl. zur Unterstützung der mittellosen bewaffneten Mannschaft verwendet worden, welche größtentheils aus armen Gewerbtreibenden bestehe (Beifall); schwieriger sey es für die Commission gewesen dem Andrang der muthigen Bevölkerung zu widerstehen, welche den Feind angreifen wolle. Es sey dieß praktisch nicht rathsam, und da man an den Kaiser Friedensvorschläge gemacht, könne man hier nicht feindselig auftreten, es wäre dieß die Doppelzüngigkeit der veralteten Politik. Nichtsdestoweniger habe die Commission die Vertheidigung der Stadt immer im Auge behalten. 36 Studenten and 2 Professoren seyen heute vom entfernten Salzburg, 500 Garden und Arbeiter von Steyermark angekommen, die Olmützer Nationalgarde versichere ihre Wiener Brüder der lebhaftesten Sympathie und thätigsten Hülfe im Fall der Noth. (Allgemeiner Beifall.) Man erwarte übrigens den Kaiser am 14 bestimmt in Olmütz eintreffen zu sehen. Eine Zuschrift von Seite des Fürsten Windisch-Grätz fordere indessen die Bürger daselbst auf durch strenge Ruhe die Maßregeln nicht zu stören welche man zur Herstellung der Ordnung unternehmen werde. (Hört, hört!) Auch vom Lager seyen Depeschen da. Der Graf Auersperg schreibe daß er die Aufforderung des hohen Reichstags zum Rückzug dem Banus mitgetheilt habe worauf dieser geantwortet: hohe Befehle hätten ihn an die österreichische Grenze berufen (hört!); als er dort von den Vorgängen in der Residenz Kunde erhalten, sey es natürlich gewesen, daß er seine Route hieher genommen, er stehe als k. k. General mit k. k. österreichischen Truppen auf k. k. österreichischem Boden, sey demnach kein Fremdling. Gegen Mittag, schließt Schuselka den Bericht, sey eine Deputation aus dem ungarischen Lager — es steht kaum 3 Meilen mehr von hier — an den hohen Reichstag gekommen, mit der Bitte derselben einen Geleitschein in das österreichische Lager auszufertigen, um von Seite des ungarischen Obergenerals wichtige Depeschen dahin zu befördern. Es wäre dieß sofort geschehen, und Nationalgarden zur Bedeckung der Deputation beordert worden. Abendsitzung. Die Wahl des zweiten Vicepräsidenten fiel nach zweimal unentschiedenem Scrutinium auf Pillersdorff mit 159 Stimmen unter 202. (Beifall.) Ambrosch hatte nach ihm die meisten Stimmen. Schuselka berichtet im Auftrage der permanenten Kommission: Löhner melde mittelst Telegraphen: Er sey gestern weder um 10 Uhr bei Zelowitz, noch um 1 Uhr bei Falkenheim vor den Erzherzog gelassen worden. Man kenne, hieß es, die Vorgänge bei Hof sattsam, und wolle deßhalb den Erzherzog nicht wecken. Die andere Deputation sey vor den Kaiser gekommen. Dieser habe ihnen eine Antwort vorgelesen, im Geiste des letzten Schönbrunner Manifestes geschrieben. Eine schriftliche Antwort von Sr. Maj. wäre vergebens erbeten, vom Fürsten Lobkowitz sey ihnen jedoch gesagt worden, daß weder Auersperg noch Jellasich angriffsweise verfahren würden. Die telegraphische Depesche meldet ferner daß Minister Wessenberg in Olmütz angekommen sei. Windisch-Grätz ließe alle 6 Stunden ein Bataillon marschiren. (Hört!) Der Berichterstatter fährt fort: von Jellachich sei eine Zuschrift an den hohen Reichstag gelangt des Inhalts: aus seiner Antwort an den commandirenden Feldmarschal Auersperg werde der Reichstag über die Gefühle zuversichtlich beruhigt sein, welche ihn vor Wien geführt hätten. (Heiterkeit.) Er sei stets bereit die freien Institutionen des Vaterlandes zu schützen, und daß es ihm damit Ernst sei, werde der hohe Reichstag aus seinem Verhaltem den Ungarn gegenüber ersehen haben. (Verdoppelte Heiterkeit.) Er müßte sehr bedauern wenn die Umgegend der Hauptstadt zum blutigen Entscheidungsfelde der ungarisch-croatischen Angelegenheiten gemacht würde, er ordne sich jeder Behörde unter, welche gegen die Anarchie ankämpfe, er wünsche den Frieden und durch diesen das Glück der Völker. Die Antwort des Ausschusses wird dem Reichstage zur Genehmigung vorgelegt, und lautet beiläufig folgendermaßen: Der constituirende Reichstag erklärt Ew. Exc., es herrscht in Wien weder Anarchie noch rohe Gewalt. (Bravo.) Der Reichstag ist bemüht im Einvernehmen mit dem Ministerium die Ordnung aufrechtzuhalten, und wird durch das vortreffliche Benehmen des Volkes hierin aufs kräftigste unterstützt. Das einzige außerordentliche hier ist daß die ganze Bevölkerung unter Waffen steht, aber auch das ist natürlich, nachdem zwei feindliche Heere in drohender Stellung vor den Thoren stehen. Auch der hohe Reichstag würde es bedauern die Umgegend Wiens zum Schlachtfelde werden zu sehen, aber daran ist einzig die Gegenwart Sr. Exc. Schuld (Heiterkeit), und die Veranlassung wäre verschwunden sobald Se. Exc. sich zurückzögen, wie bedeutet würde. Die Adresse welche der hohe Reichstag wieder an Se. Maj. erlasse, möge Sr. Exc. als Beweis dienen, daß auch von dieser Seite alles gethan wird den Frieden herbeizuführen. Nachdem Goldmark einen Zusatz beantragt, um dem Banus die Brandschatzungen in der Umgegend und die ewigen Plänkeleien seiner Truppe mit den Vorposten der Garde an den Linienthoren zu Gemüthe zu führen, und nachdem Schuselka diese minder wichtigen kaum zu vermeidenden Vorfälle als weniger bedeutend nicht in die Adresse aufgenommen wissen will, wird die Adresse in ihrer frühern Fassung zwar mit Beifall angenommen, doch erklärt sich die Majorität auch für die Hinzufügung der Goldmark'schen Bemerkungen. Nun schreitet Borrosch zum Vortrage der von ihm abgefaßten Adresse an den Kaiser worin um Berufung des Congreßes der ungarischen Völker gebeten wird.

Wien, 14. Okt. 390 Steyrer sind eingerückt; ganz Steiermark billigt die Wiener Erhebung, ein Corps von 6000 Steyerer hat sich im Rücken Jellasichs am Fuße des Simmering aufgestellt. Jellasichs Hauptquartier ist nun in Schönbrunn. Der Redakteur der Constitution, Häfner ist bei Stein verhaftet und nach Olmütz gebracht worden.

* Erlangen, 16. Okt. Konrad Krauß von Tennenlohe (ein Mitglied des Vereins für Volksfreiheit) hat im Jahr 1845 ein Haus gekauft, womit ein Antheil am allgemeinen Waldrecht, bestehend in 5 Meß Holz und Streu nach Verari zusammenhängt und dasselbe auch bisher ausgeübt. Plötzlich, am 11. Okt. 1848, bei der allgemeinen Streuvertheilung, wird demselben sein Recht von der Gemeinde genommen. Dieß ist um so auffallender, als man ihm zumuthet, 2 Garben zu entrichten, obwohl die Grundstücke, auf welchen dieselben lasten, nicht mehr sein Eigenthum sind. Die Lasten bleiben sonach am Hause haften, und die Rechte werden genommen. Derselbe wandte sich nun klagend in der Streuangelegenheit an das k. Landgericht Erlangen, wurde jedoch von diesem an das k. Forstamt gewiesen. Auf die Antwort, daß das Forstamt hierin Nichts zu thun habe, ihm sein Recht von der Gemeinde verkümmert sey, und er sich deßhalb an das Landgericht wenden müsse, antwortete trotzdem der Herr Landrichter, daß er sich mit dem Streuvertheilen nicht einlassen könne. Wo soll man also Recht finden, wenn man von der zuständigen Behörde mit solchen Antworten abgewiesen wird? Aehnliches widerfuhr dem Josef Back und Lorenz Raum, beide von Tennenlohe und beide Mitglieder des Vereins für Volksfreiheit.

Anzeigen.

Volksversammlung.

Nach Beschluss des Centralausschusses der fänkischen Vereine für Volksfreiheit findet Sonntag den 22. October Nachmittags 1 Uhr bei Muggenhof zwischen Nürnberg und Fürth eine Volksversammlung Statt. Sämmtliche Vereine für Volksfreiheit und alle Freunde freier Volksentwicklung werden zu zahlreichem Besuch dieser Versammlung eingeladen, die in dem gegenwärtigen ereignissschweren, für die ganze Zukunft unseres Vaterlandes und der Freiheit entscheidenden Augenblick eine erhöhte Bedeutung gewinnt.

Im Namen des Centralausschusses
der Vorort:
Politischer Verein in Nürnberg.

Einladung.

Freitag den 20. October Zusammenkunft des Centralausschusses der fränkischen Vereine für Volksfreiheit in Erlangen, im Lokale des politischen Kränzchens.

Coburger Tagblatt.

☞ Das Coburger Tagblatt, mit der Aufhebung des Censurdruckes entstanden, hat es sich von Anfang an zum Ziel gesetzt, in dem engeren Kreise, dem es angehört, als ein treuer Freund des Volkes, aus dessen Mitte es hervorgegangen ist, für dessen Recht und Freiheit furchtlos zu kämpfen gegen Unrecht und Bedrückung, ohne Rücksicht der Person. Offen und entschieden hat es sich darum auch auf Seite derer gestellt, welche an Stelle der Eigenmacht einzelner Personen und Classen, in allem die Herrschaft des vernünftigen Gesammtwillens erstreben und diejenigen Verfassungsformen wollen, welche diese Herrschaft für die Dauer sicher stellen; weil nur so, nur auf diesem Wege wirklich die Freiheit und mit ihr die Wohlfart aller erlangt, das Volk endlich einmal wesentlich erleichtert werden kann, statt immer drückender und schwerer belastet zu werden. Indem das Tagblatt nach fester Ueberzeugung in diesem Sinne zu wirken suchte, hat es viele und noch mächtige Feinde, aber noch mehr biedere Freunde, eine wachsende Theilnahme gefunden. Wie bisher, so wird es auch ferner der Sache des Volkes treu bleiben. Mit dem ganzen Muthe, mit der ganzen Hingebung, wie sie die Innigkeit der Ueberzeugung verleihen, sind wir zu allen auch den schwersten Opfern bereit, wenn sie nothwendig würden. Ohne Opfer keine Befreiung, ohne Kampf kein Sieg. Siegen aber wird die Sache des Volkes, die Freiheit, weil sie nach den Gesetzen einer höheren Weltordnung siegen muß. Diese Zuversicht stählt unsere Kraft. Aber nur feste Einigung, nur gegenseitige Unterstützung macht es möglich, den feindlichen Elementen einen wachsenden Widerstand entgegen zu setzen. Wenn die Presse muthig eintritt für die Sache des Volkes, so ist es eine Gegenpflicht des Volkes, der Presse durch rege Theilnahme einen festen Rückhalt zu gewähren. Auf das Tagblatt, welches zugleich Organ der Volksversammlungen im Coburgischen und des Bürgervereins in Coburg ist, kann auch mit dem am 1. Oktober begonnenem letzten Quartale dieses Jahres abonnirt werden. Der vierteljährige Pränumerationspreis beträgt 30 kr., und sind Bestellungen am Orte bei der Expedition, auswärts bei den nächstgelegenen Postämtern zu machen. Inserationsgebühren werden mit 3 kr. für die Zeile berechnet. Abonnenten haben die Hälfte der Inserationsgebühr frei. Die Inserate, welche am nächsten Tage erscheinen sollen, sind am Tage vorher längstens bis 10 Uhr an die Expedition abzugeben.

Die Verantwortlichkeit der Redaktion hat mit dem 1. Okt. d. J. der Unterzeichnete übernommen. Die Redaktion besorgt Herr Feodor Streit von Sonnenfeld. Die Expedition besorgt Herr Kaufmann Karl Neubert Steingasse Nro. 270.

Coburg, den 2. Oktober 1848.

Anton Krug,
verantwortlicher Redakteur.

Anzeige.

Ein wahrhaft grauenhaftes Gefühl muß jeden ruhigen Beobachter der Ereignisse unsrer Zeit ergreifen, wenn er sieht, welche Schreckbilder man dem Menschen noch vor Augen stellt, um ihn wieder rückwärts zu drängen.

Ein junger beurlaubter Soldat sprach in der Militärversammlung am 30. v. M. im Ruprechtsgarten dahier einige Worte an seine Kameraden. Nicht lange nachher wurde er einem gemeinen Verbrecher gleich durch 3 Mann Wache in Arreſt geführt, und ohne ihn zu verhören in ein Loch gesteckt voll Unreinigkeit und Ungeziefer. Bei seinem Verhör wurde ihm vorgehalten, er habe zur Widerspenstigkeit gegen die Befehlshaber aufgefordert, und vom Barrikadenbau ꝛc. von der Rednerbühne herab gepredigt. Wäre diese Denunziation nicht lügenhaft gewesen, so würde man ihn wohl nicht den andern Tag schon wieder entlassen haben. Da man aber diese schändlichen Angaben als Lügen anerkennen mußte, muß man sich wahrhaft über die Herzlosigkeit einiger Herrn verwundern, welche in dieser Versammlung Zeugen seiner Worte waren, und deren Stellung geeignet war für ihn, zu handeln und die es nicht thaten. Ein solches Verfahren kann aber nur jene und diese lügenhaften Angeber, nicht aber diesen jungen Mann in ein übles Licht stellen, sondern ihm nur als einem Märtyrer der freien Menschenrechte und der Wahrheit rühmlich seyn.

C. Wähnert.

Empfehlung.

Allen resp. Geschäftsmännern, welche Pappendeckel zu ihrem Gebrauche nöthig haben, sei es zu Charnierdosen oder zu Buch- und Portefeuillearbeiten, empfehle ich mein bestassortirtes Lager von Pappendeckeln in allen Stärken und sichere im Voraus möglichst prompte und billige Bedienung zu.

Nürnberg, den 12. Oktober 1848.

Georg Friedrich Baum, Pappendeckelfabrikant, untere Kreuzgasse Nr. 1573.

Verkauf.

Circa 300 Eimer gutgehaltene in Eisen gebundene Weinfässer stehen zum Verkauf L. Nr. 1574. in Nürnberg.

Gesuch.

Ein großes noch gut beschaffenes Regal wird zu kaufen gesucht Näheres in der Expedition.

Gedruckt unter Verantwortlichkeit der Verleger, von Wilhelm Tümmel.
Expedition S. 30. im Gasthof zum König Otto 2te Etage.

Der freie Staatsbürger.

Erscheint an allen Wochentagen, am Sonntag nur ausnahmsweise auf einem Extrablatt. Preis in ganz Bayern vierteljährl. fl. 1. 30 kr. halbjährl fl. 3. — jährlich fl. 6.

Organ der Demokratie.

Inserate werden die dreispaltige Petitzeile zu 3 kr. berechnet. Die Abonnenten haben für die Hälfte des Abonnementpreises Inserate frei.

№ 15. Nürnberg, Montag, den 16. Oktober 1848.

Deutschland.

* Nürnberg, 16. Okt, (Die Urwählerversammungen und der constitutionelle Verein.) Die Herrn Constitutionellen haben sich selbst eine moralische Schlappe beigebracht, von der sie sich schwer erholen dürften. Im Merz dieses Jahres, im Anfang unserer Bewegung hatten sie das Heft in der Hand, sie waren die Leiter der Volksversammlungen, die freilich unter dieser Leitung sehr spärlich besucht wurden, weil es sehr langweilig dabei herging. Wenn wir damals, als eine Versammlung von kaum 150 Personen Hrn. Eisenmann im Namen der Bürgerschaft nach Frankfurt zum Vorparlament abordnete, gesagt hätten: „Wir verwahren uns dagegen, daß Hr. Eisenmann als Abgeordneter der Stadt Nürnberg nach Frankfurt bezeichnet werde, wir waren bei der Versammlung nicht zugegen, wir protestiren dagegen, daß die Beschlüsse dieser Versammlung für uns bindend sind", — so würden uns die Hrn. Constitutionellen natürlich geantwortet haben: Ihr seyd Narren, warum seyd ihr nicht in die Versammlung gekommen, und habt Euch der Wahl widersetzt? Und sie hätten Recht gehabt. So lange diese Partei die Majorität hatte oder zu haben glaubte, drang Niemand mehr als sie auf den Grundsatz der Unterwerfung der Minorität und sie bestritt sogar der Minorität das Recht, sich auf gesetzlichem Wege zur Majorität zu machen. Was thut aber diese Partei jetzt, da sie die Minorität ist? Die Nürnberger Urwähler sind mit den heillosen Abstimmungen des Abgeordneten Krafft unzufrieden, sie schreiben eine Versammlung aus, um darüber zu berathen und 2000 gegen 2 Stimmen beschließen dem Abgeordneten Krafft ein Mißtrauensvotum. Die Hrn. von der Constitution, welche einsehen, daß sie im Weg der Debatte nichts ausrichten, verlassen sich auf die vis inertiae, auf die Kraft der Trägheit vieler Urwähler, auf den politischen Indifferentismus, der im Grunde stets ihre einzige Stütze war, und erklären öffentlich, die Beschlüsse jener Urwählerversammlung gelten nichts, da nur ein kleiner Theil von sämmtlichen Urwählern daran Theil genommen habe. Die Nichtigkeit dieser Einrede leuchtet von selbst ein; gleichwohl um jeden Zweifel zu beseitigen, legt der Volksverein Listen auf für die Urwähler, um sich schnell für als gegen den Abgeordneten einzuzeichnen. Das Resultat ist, daß sich gegen den Abgeordneten 4000, für ihn fast Niemand einzeichnet. In einer neuen Versammlung wird dieses Ergebniß mitgetheilt und weitere Schritte beschlossen, um den Rücktritt des Abgeordneten zu erwirken. Die Herrn von der Constitution versuchen noch einmal ihr Heil beim Volke, aber vergebens. Der Abgeordnete Krafft schweigt auf das Schreiben seiner Wähler, obwohl er sich öffentlich verbindlich gemacht hatte, sein Mandat niederzulegen, sobald die Mehrzahl seiner Urwähler nicht mehr mit ihm einverstanden sey. Seine constitutionellen Freunde mahnen ihn auf seinem Sitz in der Paulskirche auszuharren. Nun wurde auf gestern eine neue Urwählerversammlung in die Arena ausgeschrieben, um einen recht zahlreichen Besuch zu ermöglichen. Was thun die Herren von der Constitution? Sie lassen ein Plakat anschlagen, worin 400 mit Namen aufgeführte Bürger von hier dagegen protestiren, daß die Beschlüsse dieser Urwählerversammlungen für sie bindend seyen, da sie ja diese Versammlungen nicht besuchten!! Die Minderheit von 400 will die Beschlüsse einer ungeheuren Mehrheit umstoßen! Das ist die parlamentarische Taktik der Herren von der „constitutionellen Monarchie auf breitester demokratischer Basis." Aber man höre weiter! Die Versammlung wird natürlich trotz dieser Protestation abgehalten, und sie ist von mehr als 5000 Personen besucht, soviel die Arena fassen konnte; viele standen noch außen und fanden keinen Platz mehr. Die Versammlung beschloß einstimmig die Beschlüsse der früheren Urwählerversammlungen aufrecht zu erhalten und den Rücktritt des Abgeordneten als des Helfershelfers einer unheilvollen Bundestagspolitik so schnell als möglich zu bewirken, unbeirrt durch die Ansprachen und Protestationen der Herrn Constitutionellen. Dabei kam es nun aber an's Licht, auf welche Weise diese Herren die Unterschriften für ihre Protestation zusammengebracht und beziehungsweise erschlichen hatten. Sie sandten Lohnbediente und Distriktsvorsteher herum, um Unterschriften um jeden Preis zu sammeln; man sieht, ihre Verbündete, die Polizei, verleugnen diese Herrn niemals. Unter schallendem Gelächter erzählte in der Versammlung Hr. Brunner, wie ein Lohnbedienter in sein Haus gekommen, ihn nicht angetroffen, statt seiner aber seine Magd gefragt habe: ob ihr Herr mit der Abstimmung des Dr. Krafft zufrieden sey? Die Magd wußte darüber natürlich keine Auskunft zu ertheilen, gleichwohl vollzog der Lohnbediente, von der Magd ermuthigt, selbst die Unterschrift, die nun in der Versammlun feierlichst zurückgezogen wurde. Herr Sauerbier erzählte, ebenfalls zu großer Erheiterung der Versammlung, wie ein Distriktsvorsteher ihn zum Unterschreiben habe nöthigen wollen und so zudringlich gewesen sey, daß er ihm zuletzt die Thüre habe weisen müssen. Noch Andere verwahrten sich gegen den Mißbrauch ihrer Namen, und es werden wohl noch öffentliche Verwahrungen erscheinen. Die neuesten Beschlüsse der Frankfurter Versammlung und die neuesten Ereignisse haben hier einen Eindruck gemacht, der für die Herrn von der Konstitution wenig tröstlich ist. Bei der gestrigen Versammlung zeichneten noch Viele ihre Namen in die aufgelegten Listen gegen Hrn. Krafft, und es mag als bezeichnend angeführt werden, daß, wenn die Mitglieder des Komite's pflichtmäßig fragten, ob sie sich für oder gegen Hrn. Krafft einschreiben wollten, die Gefragten diese Frage und den darin enthaltenen Zweifel fast als Beleidigung aufnahmen.

R Nürnberg, 15. Okt. (Die bayerischen Regierungsorgane über die Wiener und Jellasich.) Unsere Leser dürfen es uns glauben, daß uns von der »guten Presse« nicht leicht etwas unerwartet kommen kann. Wir lesen täglich von Amtswegen die Hauptorgane derselben, wir arbeiten uns durch den Sumpf des edlen Korrespondenten, der deutschen Zeitung, der Frankfurter Oberpostamtszeitung, der allg. Zeitung u. s. w. durch, und wer mit diesen Blättern und ihren Gesinnungsverwandten auch nur oberflächlich bekannt ist, der muß wissen, welch' ein reich assortirtes Lager von Gesinnungslosigkeit, Knechtsinn, bornirtem Haß gegen alles Schöne und Erhabene in diesen Blättern zur Schau ausgelegt wird. Auch von dem Organe des bayerischen Ministeriums, der halboffiziellen neuen Münchner Zeitung und dem vom Ministerium nicht bloß empfohlenen, sondern den Gemeinden aufgezwungenen Reichsboten wußten wir seit lange, daß sie in ihrer Art Großes leisten, und ihren Patronen Ehre machen. Aber heute, wir gestehen es, wurden wir überrascht. Das hätten wir doch nicht geglaubt, daß Organe eines deutschen Ministeriums mit so riesenhafter Schamlosigkeit über Wien und den Stand der Parteien daselbst urtheilen würden. Hat doch selbst die deutsche Zeitung den Namen, den sie sich beigelegt, nicht so sehr zu verleugnen gewagt, um einen Sieg Jellasich's über die Wiener herbeizuwünschen und den Sieg der Wiener Bevölkerung in den Staub zu treten. Hört es, Ihr Deutsche, hört es, Ihr Franken und Bayern, wie ein Blatt, das auf Befehl Eures Ministeriums in den Gemeinden, ja in den Schulen gehalten und gelesen werden soll, sich ausdrückt! Es spricht von der „edlen Begeisterung Jellasich's für Oesterreich und hiedurch für Deutschland," es spricht von der

»Verblendung, Muthlosigkeit, ja Feigheit der Wiener!« Das sind seine eigenen Ausdrücke. Und das halboffizielle Organ des Ministeriums, die neue Münchner Zeitung, spricht von dem »edlen Banus Jellasich,« in welchem sie einen Freund Deutschlands erblickt, welchen sie einen „wahren Freund gesetzlicher Freiheit“ nennt. Sie meint damit, auf daß kein Mißverständniß obwalte, denselben Jellasich, dessen Kroaten in Ungarn deutsche Familien lebendig brieten. Das ist die „gesetzliche Freiheit“ der neuen Münchner Zeitung. Wir wissen nun, welchen Organen der „guten“ Presse wir die Siegespalme zu reichen haben. Diese Münchner Regierungsblätter haben Alles, haben sogar sich selbst übertroffen. Wem aber, der sich noch in gutmüthigen Täuschungen wiegte, muß auf eine solche Sprache halboffizieller Blätter hin nicht ein furchtbares Licht aufgehen?

* Nürnberg, 16. Okt. Der hiesige Volsverein soll dieser Tage sich darüber entscheiden, ob er, nach dem Antrag eines Mitgliedes, die Durchführung des demokratischen Prinzips innerhalb der konstitutionellen Monarchie als sein Prinzip aufstellen wird. Wir machen die Mitglieder dieses Vereins, der neuerdings eine so freisinnige Richtung eingeschlagen hat, darauf aufmerksam, daß in Bayern diejenigen, die das Wort: konstitutionelle Monarchie im Munde führen, fast immer damit den Begriff der Erhaltung der bayerischen Verfassung, der möglichst vollständigen Zurückführung der Zustände vor dem März verbinden und dadurch dieses Wort so in Mißcredit gebracht haben, daß es fast als gleichbedeutend mit Reaktion erscheint. Außerdem glauben wir aber nicht, daß ein freisinniger Verein sich durch Aufnahme eines solchen Beisatzes binden und viele gesunde und kräftige Elemente von sich ausschließen sollte. Wenn man kürzlich in einer deutschen Ständekammer (Würtemberg) sogar aus dem Munde hoher Beamten hörte, daß die Revolution noch nicht vollendet sey, daß Alles zum Freistaat hindränge, so wäre es gewiß engherzig von einem freisinnigen Verein, durch Aufnahme jener Worte sich einen Schranke zu ziehen und sich mit vielleicht nahe bevorstehenden Ereignissen in Widerspruch zu setzen.

J München den 12. Okt. Wien, das tapfere freiheitsbegeisterte Wien ist es, was alle Gemüther dahier in die lebhafteste Sensation versetzt. Den spezifisch weiß-blauen und übrigen Reaktionären, denen bisher täglich der Kamm höher schwoll, läuft jetzt die Gänsehaut über. Sie stecken die Köpfe zusammen, die sie sonst so siegeshoch trugen, machen eine stille Faust in der Tasche und legen sich auf den Boden, ob sie den fürstlich Windischgrätz'schen Kanonendonner nicht vernehmen. Dagegen nimmt die allgemeine Stimmung der hiesigen Bevölkerung den regsten Antheil an dem Siege der deutschen Freiheit, deren Namen durch die Frankfurter Erlasse so schmählich entweiht wurde, aus aller Munde ertönt nur ein Lob den braven Wienern, deren vergossenes Blut den halbwelken Baum der Freiheit wieder neu ergrünen macht. Die vorgeschriebene Anzahl Kanonenschüsse erinnerten heute Morgens, daß München das Königsfest feiern müsse. Ein weißblauer, ausgehängter Enthusiasmus, um 1 kr. zu haben, besagte zwar, „daß golden die Sonne heute emporstrahle“, dessenohngeachtet aber regnet es ziemlich verdrießlich vom Himmel und die Sonne ist gerade heute so unloyal und revolutionär, keinen einzigen ihrer Strahlen zur Huldigung zuzulassen. Leider, daß der Polizeidirektor hiefür keinen Paragraphen im Strafgesetzbuche vorfindet, den er sicher in Anwendung bringen würde, um sie es auch in contumaciam zu verdammen. Außer dem ordinären offiziellen Pompe that sich vollkommene Theilnahmlosigkeit kund, indem man mehr mit dem Siege des neuen Prinzips in Wien, als mit der Verherrlichung des »erhaltenden Prinzips« in München beschäftigt war. Von der Bürgergarde und dem Freikorps zeigten sich nur die Bärenmützen, die sogenannten Münchner Schwarzgelben in größerer Anzahl. Vom Künstlerfreicorps waren nur die aus Accessisten und Praktikanten bestehende 5. Compagnie und die königl. Arbeiter der Porzellan-Manufactur anwesend. Von 14 Compagnien nur 3. Der König ist heute, wie man sagt, »auf Einladung« des Prinzen Karl nach Tegernsee. Wie überall, flüchtet man jetzt aus den Minister-Kabinetten und geheimen Conseils zu den Feldherren, den letzten Trümpfen des Absolutismus. An den Straßenecken verkauft man heute den hängenden Latour mit der Ueberschrift. Allen Volksverräthern zum abschreckenden Beispiele. Als Schluß der raisonnirenden Darstellung findet sich die Frage, ob sich die Minister, vorzüglich die Reichsminister, diesen Vorfall wohl hinter die Ohren schreiben werden, oder ob sie nach derselben Ehre geizten? Der Redakteur des »Vorwärts« ist noch immer in Haft. Die Inquisition sucht vergebens nach Verurtheilungsgründen, um ihn ihrer Wuth und ihrem Aerger über den verunglückten Putsch zum Opfer zu bringen. Allein das Geheimniß, das durchgängig über den Grund seiner Verhaftung herrscht, ist nur ein Beweis, daß auch dießmal die Regierung ihre Blamage wieder vergrößern wird. — Die Plackereien der Polizei wegen sogenannter Preßvergehen sind seit der letzten Demagogen-Verfolgung viel häufiger geworden. Es scheint daß man sich, wenn auch auf kleinliche Weise und auf Kosten der Gerechtigkeit und der gesunden Vernunft, für die gegründeten direkten Angriffe und ironischen Seitenhiebe der Tagespresse durch Führung eines kleinen Krieges rächen will. Den entschwindenden Nimbus der Monarchie sucht man auf jede Art anfzufrischen. So ist heute an allen Straßenecken ein Anschlag von der Königl. Hoftheater-Intendanz unterzeichnet, angeheftet, der, was früher nie geschah, den Befehl des Königs verkündet, daß bei der heutigen Hoftheater-Vorstellung jeder Hoffähige, jeder Civil- und Militärbeamte in voller Uniform zu erscheinen habe.

München, 14. Okt. Einer der zwei Bürger, welche den bekannten Brief an Thon-Dittmer sandten und am folgenden Tage deshalb zu ihm berufen wurden, hat sich nun genannt. Dieser Biedermann ist der Buchdrucker Weiß, ebenso wie Zipperer einer der bekanntesten Ultramontanen. (A. Abdz.)

München, 14. Okt., die neue Münchner Zeitung meldet: „Wie ich höre, ist von dem Staatsministerium des Innern in Folge eines Rundschreibens der Reichsministerien des Innern und der Justiz an die sämmtlichen Kreisregierungen die Weisung ergangen, die Vorstände sämmtlicher bestehender politischer Vereine zur Vorlage ihrer Statuten und Beschlüsse, dann zur Angabe ihrer Mitgliederzahl und Verbindung mit andern Vereinen aufzufordern, indem das Reichsministerium von der Bewegung der politischen Assoziation in ganz Deutschland in amtlicher Kenntniß erhalten werden will“. Nur zu, meine Herrn, nur zu!

J München, den 17. Okt. Im Kriegsministerium soll sich bereits große Geldnoth eingestellt haben und man sieht nicht vorab, woher diese unerschwinglichen Ausgaben selbst noch auf kurze Dauer bestritten werden sollen. Wir zweifeln aber durchaus nicht an der Weisheit der Staatsgewalt, in diesem Punkte, wo sie schon so große Virtuosität an den Tag gelegt hat, auch jetzt wieder Mittel und Wege zu finden, zudem ja Herr v. Schmerling bei der Berathung über die Vermehrung der stehenden Heere den weisen Rath ertheilte, daß „die Mittel hiezu eben beschafft werden müßten.“ Ein Theil der hiesigen Bürger brachten gestern Abend dem hier verweilenden Parlaments-Abgeordneten Hermann ein Fackelständchen. Er erwiederte die Ansprache mit einfachen, kurzen Worten, daß er stets seinem Versprechen getreu, des Volkes Wohl, des Vaterlandes Einheit und Freiheit zu fördern gehandelt habe, und handeln werde. Es galt diese Ovation wohl mehr der Linken im Parlament, denn H's. politischer Charakter der Vergangenheit mit der Gegenwart zusammengehalten möchte nicht alle Garantien bieten, die man von einem wahren Volksmanne zu fordern berechtigt ist — Hier scheinen alle Vorkommnisse still zu stehen, oder von den großen Wiener Ereignissen absorbirt zu werden. Ueber den weiteren Verlauf derselben gaben gestern Nachmittags die „Neue Münchner“ und die „deutsche konstitutionelle Zeitung“ Extrabeilagen aus und man konnte in allen Hauptstraßen beinahe aneinander gereihte Gruppen von Zeitungslesern und Vorlesern erblicken. Durch die Wiener Abendpost stellte es sich heraus, daß das saubere Organ des Ministeriums, die „neue Münchner Zeitung“, sich durch eine selbst gemachte Correspondenz aus jener Stadt, die den siegreichen Croatenführer Wien zur Uebergabe, zur Auslieferung der Mörder Latour's, dieses Verräthers der deutschen und der Freiheit Sache, zur Auflösung der akademischen Legion und zu Gott weiß was noch, auffordern läßt, und die als eine offizielle Thatsache am Ende des Beiblattes mit ungeheuern Lettern prangte, eines gröblichen Exzesses gegen die öffentliche Achtung des Publikums schuldig gemacht hat. Es ist jämmerlich anzuschauen, wie sehr man sich alle erdenkliche Mühe gibt, dieses Blatt auf die öffentliche Meinung influiren zu machen und zwar von einem Redakteur, von dem Artikel noch vor 4 Monaten, ehe das Ministerium seine glorreiche Acquisition an 6 oder 700 jähr-

liche Gulden gemacht hatte, von einem hiesigen entschiedenen Blatte wegen zu rother Färbung beiseite gelegt worden waren. Schade daß der Gedanke des Reichsboten Seuffert (oder wie ihn der „Punch" nennt, Reichsbuben) im Ständesaal eine kleine Walhalla für die „plumes vénales et prostituées" oder wie man geneigt ist, zu sagen, für die wackern Kämpfer für Thron und Altar zu errichten, ein todtgeborner war. Die dort aufgestellten Namen würden uns eine leichte Uebersicht der reinsten Charaktere oder, wie die Feinde aller edlen Bestrebungen sich ausdrücken würden, der korrumpirtesten Lohnscribler der Neuzeit und zugleich dem Verein für „Freiheit und Ordnung" das Verzeichniß der Wahlkandidaten für sein heuriges Wahlprogramm geboten haben. Keineswegs sind wir so alles fremde Verdienst absprechend, um nicht der festesten Ueberzeugung zu seyn, daß man auch dem derzeitigen Redakteur der „neuen Münchner Zeitung", besonders aber seinem würdigen Collegen vom Correspondenten von und für Deutschland ein königl. bayerisches Patriotenzeugniß auszustellen nicht angestanden und auf höheren Befehl den Ruhmestempel der tadelfreien, uneigennützigen Preß-Coryphäen mit ihren unsterblichen Namen geschmückt haben würde.

L Frankfurt, 12. Okt. (95. Sitzung der konst. Nat.-Vers. Nachtrag.) Berathung der Grundrechte. Ein langweiliger Vortrag des Berichterstatters Beseler für den Verfassungs-Ausschuß geht der Abstimmung über §. 31, 32 der Grundrechte voraus. §. 32 (Fideicommisse) wird zuerst vorgenommen. Die namentliche Abstimmung über das Minoritätserachten von M. Mohl, Schwarzenberg und Pagenstecher (Aufhebung der Familien-Fideicommisse, der Majorate ꝛc. und Außerkrafttreten derselben bei dem nächsten Todes- oder Besitzveränderungsfall und Ueberlassen der Ausführung des Näheren an die Gesetzgebungen der Einzelstaaten) ergibt 203 gegen den Antrag, 194 für denselben. Die folgenden Abstimmungen bis §. 42 bieten keinen interessanten Anhaltspunkt, nur müssen wir als auffallend hervorheben, daß bei einem Antrage Wemer's: »Daß Cabinets- und Ministerialjustiz unstatthaft sey,« die Rechte dagegen stimmte! Ebenso werden einige Zusätze von Trützschler und Genossen, die den Kreis des Geschwornengerichts zu erweitern beabsichtigen, abgelehnt. Wir geben daher die §§, wie sie jetzt angenommen sind, folgends (§§. 31—42): „Aller Lebensverband ist aufgehoben. Das Nähere über die Art und Weise der Ausführung haben die Gesetzgebungen der Einzelstaaten anzuordnen. Die Familien-Fideicommisse sind aufzuheben. Die Art und Bedingungen der Aufhebung bestimmt die Gesetzgebung der einzelnen Staaten. Die Bestimmungen über die Familien-Fideicommisse der regierenden fürstlichen Häuser bleiben den Landesgesetzgebungen vorbehalten. Gleiche Bestimmungen, wie für die Familien-Fideicommisse, gelten für die Stammgüter. — Alle Gerichtsbarkeit geht vom Staate aus. Es sollen keine Patrimonialgerichte bestehen. Die richterliche Gewalt wird selbständig von den Gerichten ausgeübt. Kabinets- oder Ministerialjustiz ist unstatthaft. Es soll keinen privilegirten Gerichtsstand der Personen oder Güter geben. Die Militärgerichtsbarkeit ist auf die Aburtheilung militärischer Verbrechen und Vergehen sowie der Militärdisciplinarvergehen beschränkt, vorbehaltlich der Bestimmungen für den Kriegsstand. Kein Richter darf außer durch Urtheil und Recht von seinem Amte entfernt, suspendirt oder an Rang und Gewalt beinträchtigt werden. Kein Richter darf wider seinen Willen, außer auf Grund eines gerichtlichen Beschlusses, in den durch das Gesetz bestimmten Fällen und Formen zu einer andern Stelle versetzt oder in den Ruhestand versetzt werden. Das Gerichtsverfahren soll öffentlich und mündlich sein. In Strafsachen gilt der Anklageprozeß. Schwurgerichte sollen jedenfalls in schweren Strafsachen und bei allen politischen Vergehen urtheilen. Die bürgerliche Rechtspflege soll in Sachen besonderer Berufserfahrung durch sachkundige, von den Berufsgenossen frei gewählte Richter geübt oder mitgeübt werden. Rechtspflege und Verwaltung sollen getrennt seyn. Der Polizei steht nirgend Strafgewalt zu. Im deutschen Kriegsheer gilt nur ein und dasselbe Kriegsgesetz, auf Schwurgericht und öffentliches Verfahren gegründet. Die Verwaltungsrechtspflege hört auf; über alle Rechtsverletzungen entscheiden die Gerichte. Rechtskräftige Urtheile deutscher Gerichte und öffentliche authentische Urkunden sind in allen deutschen Landen gleich wirksam und vollziehbar.

d Frankfurt, 13. Okt. 60,000 Mann Reichstruppen sollen die Wiener zur Vernunft bringen, so soll das Reichsministerium beschlossen haben. Man traut unsern Soldaten und Offizieren doch viel zu, wenn man sie zu Bundesgenossen und Kameraden Jellacich's und seiner entmenschten Croaten machen zu können hofft.

Frankfurt, den 13. Okt. Die Abg. Robert Blum, Fröbel, Hartmann, Vorzeck und Trampusch sind heute nach Wien abgereist, um folgende Adresse an die Bewohner Wiens zu überbringen: Freunde! Eure großartige Erhebung hat unsre Bewunderung erregt. Der blutige Kampf, den Ihr so glorreich bestanden habt, ist auch für uns, Eure Brüder bestanden worden. Wir schicken Euch einige unserer Freunde, um Euch unsere Hochachtung und unsere Dankbarkeit für Eure Verdienste um die Freiheit auszudrücken. Wir wissen, daß Ihr auch ferner, wie bisher, fortfahren werdet in Euern Bestrebungen und dem übrigen Deutschland voranleuchten durch Mannesmuth und Energie. Nehmt unsern innigen Dank wackere Brüder!

L Frankfurt, 13. Okt. 96. Sitzung der d. konst. Nat.-Vers. Ein Gesuch Ruge's um Einberufung seines Stellvertreters, da er bis zum 1. Jan. abwesend sein müsse, das der Präsident als Austritt angesehen wissen will, wird von der Versammlung nicht als letzteres betrachtet, sondern das Bureau beauftragt, erst eine weitere Erklärung von Ruge einzuholen. Es folgen nun mehrere Anzeigen und Ausschußberichte: Portofreiheit in den meisten deutschen Staaten für die Sendungen der Reichsbibliothek, über eine im Dezember zu veranstaltende überall gleiche und genaue Zählung der Bevölkerung, Ueberweisung der Eisenbahnen ꝛc. in das Bereich des Reichsministeriums; der Antrag des volkswirthschaftlichen Ausschußes zu Aufhebung der Spielbanken bis zum 1. Jan. und möglichst schleunige der Staatslotterien; sodann Ueberweisung einiger Petitionen der demokratischen Vereine in Breslau und Königsberg wegen der deutschen Junigefangenen in Paris ꝛc. an die betreffenden Ministerien; die Mittheilung des Ausschußantrages in der Verhaftungsfrage der Abgeordneten Zitz, Schlöffel und Simon, dahin lautend: die Zustimmung zur Untersuchung zu ertheilen, die vorsorglich vom Appelat.-Gerichte eingeholte Erlaubniß zur Verhaftung, im Falle sie im Laufe der Untersuchung nöthig sein sollte, aber abzulehnen. Ein Antrag des Prioritäts- und Petit-Ausschußes: solche Eingaben an die Nat.-Vers., welche in den Geschäftskreis des Ministeriums eingreifen, ohne vorgängige Anzeige an die Versammlung sogleich jenem zuweisen zu dürfen, und nur allwöchentlich darüber Bericht als Beilage zum Sitzungsprotokoll abzustatten, wird trotz M. Mohl's Einwendung, daß dieß gegen den Gebrauch aller constituirenden Versammlungen gienge, angenommen. Es wurde sofort eine Reihe Interpellationen eingebracht, welche dem Hause Gelegenheit zur lauten Zustimmung und theilweise zur Heiterkeit Veranlassung geben, und welche wir auch ihres Inhaltes wegen näher angeben wollen. (Schluß folgt.)

Wien. (Reichstagssitzung vom 11. Okt.) Im Namen des genannten Wohlfahrtsausschusses trägt Schuselka vor, daß in der letzten Nacht 800 auf der Nordbahn von Brünn eingetroffene Nationalgarden begrüßt, diejenigen von Olmütz und aus Steiermark durch telegraphische Ordres einberufen worden seyen, daß das Oberkommando der Nationalgarde sich mit einem Generalstabe umgeben, die Truppen (wohl die übergetretnen Militärs und Arbeiter) concentrirt, unter ein Commando und zur Disposition der Nationalgarde gestellt habe. Schließlich trägt Schuselka im Namen des Wohlfahrtsausschusses darauf an, daß nochmals eine Deputation bestehend aus Abgeordneten aller Provinzen an den Kaiser. entsendet werde. Nach vollzogener Wahl, welche auf Borkowsky für Galizien, Spoda für Böhmen, Wegmann für Mähren, Schmidt für N.-Oesterreich, Reiter für O.-Oesterreich, Dunfeld für Steiermark, Radovitza für das Küstenland, Radmil für Dalmatien fällt, wird Borrosch mit dem Entwurfe einer Adresse beauftragt, die Abreise der Deputation mittelst Extrazuges beschlossen und die Sitzung alsdann bis 4 Uhr Nachmittag vertagt, um dem Abg. Borrosch genügende Zeit zur Abfassung jener Adresse zu verstatten.

Wien, 11. Okt. Der politische Courier schreibt aus den Berichten des Studentenausschusses: Dr. Bilkel meldet, daß er von einer Frau, deren Sohn sich als Artillerist im Schwarzenberggarten befindet, gehört habe, daß der empörendste Vandalismus, die erschütterndsten Grausamkeiten in diesem Lager verübt werden. Hinter dem Palais sind drei Galgen aufgerichtet, die

diese Frau, die mit ihrer Tochter den Artilleristen selbst besuchte, selbst gesehen zu haben behauptet. An diesem Galgen sollen, nach der Aussage ihres Sohnes, fünf Männer, worunter ein Student, gehängt worden sein. Sie haben, so erzählt diese Frau ferner, einen Studenten ergriffen, ihm das Haar mit Terpentin bestrichen, eine Patrone in den Mund gesteckt und beide dann angezündet. Die Feder zittert, das Herz erbebt beim Niederschreiben solch schändlicher Worte, die von der rohesten Entmenschtheit zeugen, und die als Schandflecken der Civilisation Mitteleuropas und deren Centralpunkt Wien (?) ewig dastehen werden. Der Artillerist meldet ferner, daß täglich einige Offiziere in Arbeitergewand die Stadt recognosciren, das Studentencomité, den Gemeinderath ꝛc. ausspioniren. — Vorgestern Nachts wurde in der Nähe der Mariahilfer Linie von einem Nationalgarden ein unterirdisches Gewölbe entdeckt, in welchem sich fünf tausend Kartätschen, einige hundert Gewehre, Sensen, Waffen und Munition mannichfacher Art vorfanden.

Wien. (Reichstagssitzung vom 12. Okt.) Schuselka, als Referent des Ausschusses berichtet: Ein wichtiges Ereigniß ist der Abmarsch des Kommandanten Auersperg aus seiner festen Position. Gestern Abend meldete er in einem Schreiben, daß eine ungarische Armee heranrücke, und daß hier der Kampfplatz der Ungarisch-Croatischen Sache sein könnte. Durch den Zustand der Stadt Wien könne er sich nicht mit dem Ban verbinden und er wende sich daher an den Reichstag und das Ministerium, um seine Weisungen zu erhalten. Er könne aber nicht in die Kasernen zurück, bis das Proletariat entwaffnet sein würde. Man antwortete ihm, daß die verlangte Entwaffnung nicht gewährt werden kann und daß das einzige Mittel der Zurückzug des Bans sei, um die Sachen auszugleichen. Er, als Kommandirender, habe den Befehl über die k. k. Truppen in Oesterreich. Da da der Ban ausgesprochen, er habe k. k. Truppen, somit untersteht er den Befehlen des Kommandirenden und er habe somit den striktesten Befehl an den Ban zu geben, daß er sich zurückziehe. — Der Kommandirende schickte heute ein Schreiben des Inhalts: Ich erhalte stündlich neue Beweise von der üblen Gesinnung der Wiener Bevölkerung, dadurch ist die Verproviantirung gestört. Da ich aus Rücksicht für die Stadt und hohen Behörden keine Gewalt anwenden will, habe ich meine Stellung aufgegeben. Ich gedenke mit meinen Truppen eine Cantonirung zunächst Enzersdorf vorzunehmen, um mich weiter von der Stadt zu entfernen und ersuche sie um Beistellung der Bedürfnisse für das Militär. Ich ersuche ferner das zurückgelassene Eigenthum der Truppen von denselben nehmen zu lassen, sowie ich auch bitte die ärarischen Häuser von der Nationalgarde beschützen zu lassen. Ich habe zugleich den General Mattauscheck in seiner Stellung gelassen, er hat seinen Sitz im Invalidenhause und ich stelle ihn unter den Schutz des Reichstages und des Ministeriums. Auersperg. Ein Courier ist mit der Erklärung des Bans an den Kaiser geschickt worden, wurde aber nicht vorgelassen, sowie auch der Abgeordnete Löhner noch nicht vorgelassen wurde; daß aber dem Abgeordneten Löhner bis heute früh Antwort gegeben werde. — Der Exminister Hornbostel sei von Hadersdorf mit einem Schreiben an den Reichstag abgegangen. Er ist noch nicht angekommen. — Bei Bruck soll ungarisches Militär stehen und bedeutende Zuzüge erhalten. — Um dem Mangel der Organisirung der Nationalgarde so viel als möglich abzuhelfen, ist der Antrag gestellt worden vom Oberkommando, daß der Reichstag einige Gesetze gebe, um ihnen Autorität zu verschaffen: 1) Alle waffenfähigen Männer haben sich unter das Commando des Bezirks-Chefs zu stellen, in dessen Bezirk sie wohnen. 2) Alles untersteht dem Nationalgarden-Oberkommando. 3) Dienstesverweigerung und Verrath werden bestraft durch ein Disciplinar-Gericht. Die 2 ersten Gesetze werden gegeben, das dritte vertagt. Telegraph. Depesche von der Nordbahn: Die Deputation ist um 9 30. Min. in Brünn eingetroffen; der Kaiser soll in Sellowitz eintreffen; die Deputation begibt sich dahin.

Wien, 12. Okt. Der Gemeinderath ließ 70,000 Stück scharfe Patronen anfertigen. Der Feuerwerkmeister Hr. Sturer besorgt Brandraketen und eine neue Art Kartätschen, welche bloß aus den Fenstern geschleudert werden, um Hunderte auf den Straßen zu tödten. Die Nationalgarde Lembergs steht, nach eben eingetroffener Kunde, bereit, den Wienern zu Hülfe zu eilen. Die Vorstadt Wieden verbarricadirt sich gegen das Belvedere im großartigen Maßstab. Häuserhohe Barricaden werden aufgeworfen. Der Ausschuß der Prager Studenten fordert alle Slaven auf, mit den Wienern für die Freiheit zu kämpfen. General Auersperg hat sein Kommando an den Fürsten Felix Schwarzenberg übergeben.

Wien. Ein junger Mann aus dem Lager Jellasichs kommend, erzählt daß er daselbst zwei Herren aus Wien, die aus einem hiesigen Kaffeehause kamen, Geld an das kroatische Volk vertheilen gesehen habe. Es wird ihm aufgetragen, diese beide Herren wenn er ihrer habhaft werden kann, zu verhaften. Er erzählt ferner, in welch miserablem Zustande sich die kroatischen Truppen befinden; sie sind ganz entmuthigt, sie haben kein ordentliches Kleid, nichts zu essen und zittern vor Hunger und Kälte. Die besser Montirten, die sogenannten Grenzerregimenter sind des Kampfes überdrüßig, größtentheils Familienväter, die sich in ihre Heimath zurück sehnen. Ueberhaupt ist Jellasichs Stellung eine höchst schwierige, und er hat sich in eine bedeutende Klemme gebracht aus der er sich herauszuwinden kaum im Stande seyn wird. — Windischgrätz hat nach Prag Militär requirirt. Ein Zeichen, daß äußerst bald ein Sturm loszubrechen droht.

Der A. A. Z. zufolge wäre Jellasich gegen Neustadt zu abmarschirt.

Oesterreich. Die Tschechischen Deputirten haben eine Conferenz „ihrer parlamentarischen Meinungsgenossen" nach Brünn auf 20. Okt. ausgeschrieben.

Frankreich.

Die der Tödtung Auerswald's und Lichnowski's verdächtigen Personen werden von Frankreich nicht ausgeliefert werden.

Louis Bonaparte ist fortan »unmöglich,« denn er hat sich lächerlich gemacht, und das verzeihen ihm die Franzosen nie. Er hat stotternd einige zusammenhangslose Worte von der Tribüne gesprochen, und diese wenigen Worte reichten hin, die öffentliche Meinung von ganz Frankreich über den »Prätendenten« aufzuklären.

Anzeigen.

Volksversammlung.

Nach Beschluss des Centralausschusses der fränkischen Vereine für Volksfreiheit findet Sonntag den 22. October Nachmittags 1 Uhr bei Muggenhof zwischen Nürnberg und Fürth eine Volksversammlung Statt. Sämmtliche Vereine für Volksfreiheit und alle Freunde freier Volksentwicklung werden zu zahlreichem Besuche dieser Versammlung eingeladen, die in dem gegenwärtigen ereignissschweren, für die ganze Zukunft unseres Vaterlandes und der Freiheit entscheidenden Augenblick eine erhöhte Bedeutung gewinnt.

Im Namen des Centralausschusses der Vorort:
Politischer Verein in Nürnberg.

Einladung.

Freitag den 20. October Zusammenkunft des Centralausschusses der fränkischen Vereine für Volksfreiheit in Erlangen, im Lokale des politischen Kränzchens.

Gedruckt unter Verantwortlichkeit der Verleger, von Wilhelm Tümmel.
Expedition S. 39. im Gasthof zum König Otto 2te Etage.

Der freie Staatsbürger.

Erscheint an allen Wochentagen, am Sonntag nur ausnahmsweise auf einem Extrablatt. Preis in ganz Bayern vierteljährl. fl. 1. 30 kr. halbjährl fl. 3. — jährlich fl. 6.

Organ der Demokratie.

Inserate werden die dreispaltige Petitzeile zu 3 kr. berechnet. Die Abonnenten haben für die Hälfte des Abonnementpreises Inserate frei.

№ 16. Nürnberg, Dienstag, den 17. Oktober 1848.

Deutschland.

* Nürnberg, 16. Okt. Die Oberzeitung erklärt in großer Schrift: **Die Redaktion dieser Zeitung wird von heut ab keine Berichte über die Gesellschaft in der Paulskirche mehr mittheilen. Eine Versammlung, welche im Bewußtsein der verlornen Ehre sich durch Strafgesetze vor der Kritik sicher stellen muß, ist moralisch todt. Ihr gegenüber hat die Presse nur noch eine Waffe — Verachtung und Schweigen.** — Wir unsererseits haben unsern Referenten wenigstens ersucht, sich bei Darstellung der Verhandlungen in der Paulskirche möglichst kurz zu faßen, da unser Interesse und das Interesse der Leser sehr geschwunden ist. Jedermann fühlt, daß das Parlament allen Halt im Volke verloren, und daher auch seine Schöpfungen nie ins Leben treten werden. Am Neckar und an der Elbe, an der Pegnitz und Oder begegnet man sich in dieser Hinsicht in demselben Gefühl. Man fürchtet und hofft nichts mehr von diesem Parlament.*) Es ist gleichgültig, was diese Versammlung beschließt, denkt man, Bestand hat es ja doch nicht. Ihre Autorität reicht gerade so weit als ihre Bajonette. Nehmt diese weg, und die Gesellschaft der Paulskirche hat aufgehört zu existiren.

* Nürnberg, 17. Okt. (Nachträgliches über die „Protestation" der Herrn Constitutionellen.) Es werden uns noch weitere kostbare Einzelheiten über die Unterschriftensammlung der Herrn Constitutionellen mitgetheilt. Einige Herrn Monarchisten, die von einem ganz besonderen Eifer beseelt waren, übernahmen selbst das Herumtragen der Protestation. Sie verfuhren dabei folgendermaßen. Mit der Frage: „Wollen Sie Anarchie und Communismus?" traten sie vor die Bürger, und da die Antwort darauf natürlich: „Nein" lautete, so verschafften sie sich durch diese Ueberrumplung Unterschriften, ohne nur den Wortlaut der Protestation vorzulegen. Viele Unterschriften wurden von Kindern geschrieben, da man drängte: „die Sache habe große Eile, und es gelte die Ordnung und Gesetzlichkeit." Es laufen viele Verwahrungen von Bürgern ein, deren Namen ohne ihr Wissen unter das obscure Aktenstück gesetzt wurden.

* Nürnberg, 17. Okt. (Heuler und Wühler.) Da mit Großsprecherei nichts mehr auszurichten ist und direkte ehrenkränkende Angriffe und Verdächtigungen gegen Bürger und Bürgerversammlungen aus gewissen Gründen nicht mehr rathsam erscheinen mögen, so legt sich der edle Correspondent aufs „Heulen." In zwei seiner Artikel im gestrigen Abendblatte über die hiesigen politische Stimmung wird „geheult." Es ist ein Jammer! Aus einem Plakat auf gelbem Papier zieht der Edle den Schluß auf die „rothe Republik," und immer wieder die „rothe Republik!" Edler, wen glauben Sie denn noch mit diesem Popanz ängstigen zu können? Wenn man im April mit den Schlagwörtern: „Anarchie und Plünderung" das Volk betrügen konnte, im Oktober kann man's nicht mehr, wie Ihnen just die Erfahrung der jüngsten Tage bewiesen hat, als Sie durch diese abgenutzten Schreckbilder sich Unterschriften unter Ihre Protestation verschaffen wollten. Das Volk weiß, daß die „Anarchie" nur von denen kommt welche das Volk um die zugesagten Freiheiten betrügen, daß diejenigen das Volk „plündern," welche zur Unterdrückung seines Rechts Truppenmassen ihm ins Quartier legen. Aber der Edle versucht zu beweisen, es sey Alles Versprochene gehalten worden. „Existirt etwa keine Preßfreiheit? Kann man sie noch weiter treiben, als in dem gelben Maueranschlag?" so heult er. Der Edle hätte freilich am liebsten die Censur zurück, damit weder „gelbe" noch „rothe" Maueranschläge mehr möglich würden. Allein die Preßfreiheit besteht nicht bloß in der Aufhebung der Censur. Wenn man diejenigen, welche nicht so schreiben, wie es der Polizei gefällt, ausweist, wenn man gegen die Redakteure von freisinnigen Zeitungen Tendenz-Prozesse einleitet, sie Monate lang in Untersuchungshaft hält, und leiblich und geistig zu Tode foltert, so nenne ich das nicht Preßfreiheit, sondern einen Hohn auf die Preßfreiheit. Was das Associationsrecht betrifft, so ist es von der Regierung aus durch Verbote vernichtet, und wenn es faktisch besteht, so beweist dieß nur, daß das Volk sich die ihm gebührende Freiheit bereits so angeeignet hat, daß es eine Unmöglichkeit ist, sie ihm wieder zu nehmen. Auf die Einkommensteuer aber sich zu berufen, ist vollends recht kläglich vom Edlen, denn diese Einkommensteuer wurde bekanntlich zwar eingeführt, aber alle übrigen Steuern wurden daneben beibehalten. Was bleibt unter diesen Umständen von der „Heulerei" des Edlen noch übrig? Nichts, als das Projekt, einen Verein „für Freiheit und Ordnung" zu gründen, und hiezu wünschen wir ihm von Herzen das beste Glück, obwohl wir zweifeln, daß die Reaktion unter dieser neuen Firma mehr Anklang finden werde, als bisher unter dem Namen des konstitutionellen Vereins.

R Nürnberg, 17. Okt. Eines ist erfreulich in diesem Augenblick, wo ganz Deutschland mit Bajonetten übersäet ist und die Organe des Reichsministeriums ganz offen und ungescheut in jeder „unruhigen" Provinz die sofortige Verkündigung des Standrechts anempfehlen, daß nämlich diese Bajonette das Volk ebenso wenig zu entmuthigen vermögen, als alle Erlasse des Reichsministeriums und der einzelnen Regierungen gegen die Volksfreiheiten. Man fühlt, daß diese Freiheiten bereits so sehr das Eigenthum des Volkes geworden, daß es nun und nimmermehr gelingen mag, sie wieder zu vernichten. So geht auch der letzte Erlaß des bayerischen Ministeriums, durch welchen die Beamten zu strenger Handhabung der Gesetze aufgefordert werden, ganz spurlos vorüber, obwohl man nicht verkennt, daß dadurch nur die Polizeigewalt zu erhöhter Thätigkeit veranlaßt werden soll. Diese Wahrnehmung gibt uns die Gewißheit, daß das deutsche Volk sich seine volle Freiheit erringen wird. Es kennt seine Rechte, und es weiß sie zu wahren und zu vervollständigen, ohne den gesetzlichen Boden zu verlassen. Streckt man aber die Hand aus, um mit brutaler Gewalt jene Rechte anzutasten, dann wird das Volk sie auch mit seinem Blute zu vertheidigen wissen, und der Angriff auf die Freiheit dürfte den Frevlern theuer zu stehen kommen.

V Bamberg, 13. Okt. Schon seit einiger Zeit erlaubt sich das Militär in Bamberg fortgesetzte Excesse gegen die Bürger daselbst. So wurden vor Kurzem die Mitglieder eines Kränzchens des dasigen Volksvereines von einem Haufen Chevaulegers auseinandergesprengt. Wenige Tage nachher schimpfte ein Wachtmeister in einem Wirthshause die Bürger Bambergs „Lumpen" und äußerte hiebei, daß man sie in der kürzesten Frist schon treffen werde. Bürger, welche ruhig über die Straße gingen, wurden von Soldaten auf die brutalste Weise beleidigt. Es wurden diese sämmtlichen Vorfälle bei der Stadtkommandantschaft zur Anzeige gebracht und dürfte man wohl erwarten, daß gegen die Ruhestörer strenge eingeschritten werde. Diese Hoffnung scheint indeß nicht in Erfüllung gehen zu wollen. Es soll vielmehr Einer dieser Ruhestörer, ein Wachtmeister, Namens Dorner, von dem Regiments-Kommandanten v. Stetten, sowie von den Offizieren des Chevaulegers-Regimentes wegen seines „loyalen"

*) Charakteristisch für die Stimmung des Volks ist die Thatsache, daß die stenographischen Berichte, trotz ihrer „beispiellosen" Wohlfeilheit, an Absatz ungeheuer verloren haben.

Benehmens und seiner **Anhänglichkeit an den König öffentlich belobt** worden seyn. Wir glauben im Interesse der guten Sache zu handeln, wenn wir den Obersten v. Stetten auffordern, diese Thatsache zu berichtigen und sich offen darüber auszusprechen, ob diese Anschuldigung begründet ist oder nicht. Ebenso erwarten wir von dem Staatsministerium, daß es hierüber Recherchen anstellen werde, und müßten wir uns, falls hierauf nicht eingegangen werden sollte, wohl mit Recht der Meinung hingeben, daß das allgemein verbreitete Gerücht begründet ist, als begünstige man von oben herab solche Excesse, um Krawalle herbeizuführen und alsdann gegen die Bürger einschreiten zu können.

J München, 15. Okt. Ein Gerücht, dem man hier durchgängig Glaubwürdigkeit zumißt, circulirt eben durch die Stadt. Thon-Dittmer hat abgedankt, Lerchenfeld das Innere übernommen, dafür wird Regierungs-Direktor Beyer in Würzburg das Finanz-Portefeuille übernehmen. Das Kultus-Ministerium wird mit dem Ministerium des Innern vereinigt, dafür ein neues Handels-Ministerium errichtet werden. Was Thon-Dittmer, der weiland „Bürgermeister von Bayern" gewesen, war er durchaus nicht aus Berechnung, sondern nur aus mechanischer Nothwendigkeit. Weder durch die Geschicklichkeit der Vernunft, noch den neuen Geist der Zeit konnte er sich aus seinem Erlernten erweiterte Begriffe verschaffen, die ihn geeignet hätten, in diesen Tagen der Umwälzung das Staatsruder zu führen. Daß er es so lange inne haben konnte, war nur ein Zeichen, daß die Stürme, die seit den Februartagen über ganz Deutschland zogen den großen Augiasstall Bayern's kaum ein wenig gelüftet haben. — Der größte Theil unserer Presse, der seit dem Sturze Abel's bei jedem neuerstandenen Ministerium „ein neues Morgenroth" über Bayern aufgehen sah, hat eben auch hier wieder in ihrer Uebergangs-Ungeschicklichkeit aus Knechtung zur Freiheit einen Frosch für die badende Diana selbst gehalten und wir sind überzeugt, daß sie auch jetzt wieder in ihre alte Drehorgel-Melodie verfallen wird. — Die Enthüllung der Statue Gluck's heute Mittag hat verhältnißmäßig wenig Theilnahme gefunden. Die angenehmste Erscheinung war dabei wohl das stattliche Künstlerfreikorps, das dießmal vollständig ausgerückt war. — Von 80,000 Mann Executions-Reichstruppen, bestehend aus 60,000 Mann Preußen und 20,000 Mann Bayern, nach Wien bestimmt, circuliren ebenfalls Gerüchte. Die öffentliche Meinung äußert sich energisch dagegen und wir zweifeln sehr, wenn sich überall dieselbe Stimmung kund gibt, ob es gelingen sollte, diese oder überhaupt Truppenmassen zur Unterdrückung der deutschen Freiheitssache nach Oesterreich bringen zu können. Bevölkerung sowohl als Militär werden Schwierigkeiten machen. — Gestern Abend hatten wir Gelegenheit, einer Versammlung des hiesigen Arbeitervereins beizuwohnen und waren freudig überrascht, so viele parlamentarische Sitte und Anstand, so viel politischen Takt und politische Bildung wahrzunehmen.

*† Windsheim, 15. Okt. Es hat sich hier ein demokratischer Verein gebildet, der bereits 130 Mitglieder zählt. Das ist aber der Geistlichkeit hier gar nicht anständig und der Stadtpfarrer Großmann äußerte in einer Gesellschaft ganz unumwunden: „Man sollte die Republikaner alle vergiften; ja ich könnte sie selbst vergiften." Der Herr Stadtpfarrer wurde wegen dieser, im Munde eines Geistlichen vollends unverantwortlichen Aeußerung von einigen Ohrenzeugen, auf welche sich diese Aeußerung zu beziehen schien, beim Dekanat verklagt, dieses nahm jedoch keine Notiz davon. Vielleicht will der Hr. Stadtpfarrer als „loyaler" Mann befördert werden?

L Frankfurt, 13. Okt. (96. Sitzung der konst. National-Versammlung. Schluß.) Eine erste Interpellation Vogt's von Gießen berührt die Verhältnisse Deutschlands zur Schweiz. Er fragt: Ist wirklich eine Note an die schweizerische Eidgenossenschaft wegen Struves Einfall erlassen worden, die in ihrem Inhalte mit der von der Oberpostamtszeitung mitgetheilten übereinstimmt? Wie konnte die Oberpostamts Ztg. genaue Kunde von dem Inhalte einer Note haben, lange, ehe sie auf amtlichem Wege bekannt wurde? Was ist das Ministerium zu thun gesonnen, um das freundschaftliche Verhältniß wieder herzustellen und Ausdrücke wieder gut zu machen, welche mit der Humanität sowohl, wie mit der Würde und Ehre einer selbstständigen Nation in grellem Widerspruche stehen? (Beifall) Dagegen verlangt Wichmann von Stendal zu wissen, und macht dazu ein Gesicht, das jedem freien Alpensohn bange machen könnte, ob das Ministerium seiner Note gehörigen Nachdruck geben werde? Ein zweites Mal interpellirt Vogt wegen der Vorgänge in Wien. Weiß das Reichsministerium die Ereignisse genau? Was für Maßregeln wird es ergreifen gegen die Umtriebe einer Partei? Wird es gegen die Reaction in einem großen Staate Maßregeln ergreifen, wie es gegen die Anarchie in einem kleinen Staate gethan? Wird es Wien in Belagerungszustand erklären, Reichstruppen und Reichskommissäre dahin senden, mit denen es so schnell bei den kleinen Staaten bei der Hand war? Marek von Gratz fragt, ob das Ministerium Reichstruppen nach Wien zur Unterdrückung der deutschen Bewegung senden wolle? Spatz: ob das Ministerium gegen die gefährlichen Uebergriffe der Russen in der Moldau und Wallachei Schritte gethan? Wesendonk will wissen, ob das Reichsministerium wirklich der bayerischen Regierung die Wahrung des constitutionell-monarchischen Prinzips für immer gewährleistet habe, da doch der Centralgewalt keine Einmischung in das Verfassungswerk zukomme, nach dem Gesetze über dieselbe? Simon interpellirt wegen des Verfahrens der Regierung von Hohenzollern Sigmaringen, die dem gewählten Dr. Würth dieß noch nicht mitgetheilt, die Wahlacten nicht eingesendet und statt ihrer Pflicht, den Volkswillen zu erfüllen, nachzukommen, die Flucht ergriffen habe, ebenso wegen der Ersetzung des ausgetretenen bayrischen Abgeordneten Glaß v. Landau. Hierauf schleudert Jahn eine fulminante Interpellation mit Stentorstimme in das Haus wegen einer bestehenden großen Verschwörung der Wühler gegen die Reichsversammlung, die noch Ende dieses Monats eine Versammlung der Hauptwühler in Berlin zusammenbringen wollten; ob das Ministerium dieß wisse, Schritte dagegen gethan, die einzelnen Landtagsversammlungen zur Versagung der Theilnahme aufgefordert, und was es thun wolle, wenn die Missethäter auf frischer That erwischt würden. Es thut uns leid, den alten Turnvater in diese delirirende Wuth verfallen zu sehen. Er, der weiland Verfolgte, freilich auch mit einem Gnadengehalte für seine, wie man wahrscheinlich meinte, unschädliche deutschthümelnde Faselei am Ende bedachte Demagog, Er, der einst nur noch vom Volke geehrte Verfolgte, scheint an einem freilich groben Faden gegängelt zu sein und bringt seine Gift und Galle speienden Blitze oder Schwärmer (Frösche nennt man sie in der Feuerwerkerkunst) in einem Augenblicke, wo die Herzen aller wahren Volks- und Freiheitsfreunde noch vor Entrüstung schlagen müssen, über dem neuen Verrath, den man gesponnen hatte gegen die Freiheit eines uns beschämenden edlen Volkes, und den es, wie immer nur mit seinem Herzblute zerstören konnte. Dieß sind noch immer die kalten herzlosen Geschichtsschreiber und Forscher, die in dem furchtbarsten Gerichte noch immer nichts sehen als das „Wühlen" einiger unruhigen Köpfe, und die glauben, man könne die nach hundertjähriger Ruhe endlich einmal empörten Wogen nicht Eines Volkes, nein! der Menschheit stillen mit dem Oele der Schwäche, der Feigheit oder der Gewissenlosigkeit. So mußte auch Jordan von Berlin die Geister der Unglücklichen citiren, Lichnowski und Auerswald. Wollte er vergessen machen, daß einem ränkevollen Weibe und der giftigen Saat einer rastlosen Kamarilla abermals Hunderte zum Opfer fallen mußten? Noch ist keiner aufgetreten, welcher jene schreckliche That in Schutz genommen hätte; aber zu erklären hat man sie gesucht, und das nennt Ihr ein Verbrechen? Warum könnt Ihr denn nichts thun als verdammen? und warum könnt Ihr denn nur die entschuldigte That aufgeregter Leidenschaft verdammen und habt kein Verdammungsurtheil für die feigen Ränke und kalten Sünden, die in den Kabineten geschmiedet und begangen, nicht Einzelnen, sondern ganzen Massen Völkern Fluch und Verderben bringen? Warum wartet man nicht das Urtheil des Gerichts und der Geschichte ab? Die beiden Adressen der Wähler und Wahlmänner jener beiden sind von leidenschaftlicher Befangenheit eingegeben und nicht frei von der üblichen Taktik des Indiesohlenschiebens, loben gewiß mehr, als sie verantworten können, klagen vor ganz Deutschland die intellectuellen Urheber an (warum nicht lieber die ganze, kraft der Revolution hier tagende Versammlung und sich selbst, als Wähler in eine solche Versammlung, die ihr Recht nicht „von Gottes Gnaden" hat?), verlangen Untersuchung und Verlegung der Reichsversammlung. Die Versammlung hatte den Takt, die von Jordan beantragte und gut geheißene Vorlesung schweigend an- und auszuhören, heute, während ein Theil von ihr sonst zu anderer Zeit wohl in ein zustimmendes Rachegeschrei ausgebrochen sein würde. — Die Interpellationen werden am Montag vom Ministerium beantwortet werden; Herr v. Schmerling gibt heute nur auf die von Beda Weber

eingebrachte wegen Wälschtyrols eine nichts Näheres sagende Antwort mit den gewohnten Redensarten. Venedey bringt noch nachträglich eine Interpellation wegen Sendung von Reichstruppen zum Schutze Oesterreichs gegen etwaigen Einfall Jellachichs und seine slavischen Truppen ins deutsche Gebiet. Man geht hierauf zur Tagesordnung über: Berathung der erwähnten Anträge Schoders und Trützschlers wegen der 2ten Berathung der Grundrechte und von Wartenslebens u. A. wegen Vornahme der Berathung der Reichsverfassung. Das Resultat ist in den früheren Blättern mitgetheilt.

Frankfurt, 14. Okt. Die Abg. Welker und der frühere großherz. oldenburg'sche Bundestagsgesandte Moßle sind gestern Nachmittag als Reichscommissäre nach Wien abgegangen.

Wien, 11. Okt. Eine Frau ward vorgestern, nachdem sie im Schwarzenberggarten gewesen, vor Grauen über das daselbst Gesehene von der Epilepsie befallen. Nachdem sie wieder zu sich kam, erzählte sie Dinge, die einem das Herz schauern machen. Sie kam eben dazu, als ein Student und ein National-Garde gehängt wurden. An allen Bäumen sah sie Blutspuren, Haarbüschel mit Hirnschalen, ausgeschnittene Augenhöhlen, und andere menschliche Glieder. — Gestern Morgens erschien der ungarische Reichstagsabgeordnete Joseph Zriny in der Comitesitzung. Er erzählte, mit welchem Jubel die Kunde von unserer glorreichen Revolution beim ungarischen Heere aufgenommen wurde, und daß die ungarische Nationalversammlung allsogleich beschlossen habe, 30,000 Mann den tapfern Wienern zu Hilfe zu schicken. Das Heer lagert bei Bruck, erwartet eine Verstärkung von 25,000 Mann, um dann mit um so größerer Kraft den Freiheitsmörder Jellachich zu vernichten. — Dem Comite wurde ein Schreiben gezeigt, welches berichtet, daß Windischgrätz mit 12,000 Mann von Prag komme. Also darum die Concentrirung, Herr Fürst? (Pol. Cour.)

Wien. (Reichstagssitzung vom 12. Oktober Abends.) Die permanente Sicherheitscommission berichtet, daß der ungarische Reichstag eine Deputation von zwei Mitgliedern zur Ueberreichung einer Adresse sandte, die mit stürmischen Beifall aufgenommen wurde. Die ungarische Nation dankt in derselben der Wiener Bevölkerung und dem Reichstage für die der ungarischen Sache bewiesene Sympathie, der ungarische Reichstag habe der Armee den Befehl ertheilt, Jellasich zu verfolgen und ihn auch auf österreichischem Boden anzugreifen, versichere aber dabei heilig, daß er keine Verletzung des österreichischen Gebietes, sondern nur die Vernichtung des gemeinsamen Feindes beabsichtige, der bereits vor den Waffen der Ungarn auf der Flucht ist. Die ungarische Armee wird auf Kosten Ungarns auch auf österreichischen Boden unterhalten werden und auf den ersten Befehl des Wiener Reichstags sogleich mit jedem Schritte inne halten, wenn es den Oesterreichern, mit denen Ungarn stehen oder fallen wolle, gelingen sollte, den Feind der Freiheit, den die Kamarilla zu ihrem blutigen Werkzeuge erwählte, selbst zu vernichten." Ein langes einstimmiges Bravo! ertönte in der Kammer. — Der Abgeordnete Löhner berichtet aus Brünn, daß er Audienz bei dem Erzherzog Franz Carl erhalten und den Bescheid bekommen hat, daß der Minister Kraus bereits eine Proklamation des Kaisers in Händen habe. Diese Proklamation, eben eintreffend, ist ganz im Sinne jener dd. Schönbrunn 7. d. M., welcher Kraus die Contrasignirung verweigerte, und wird bereits in allen Orten, welche der Kaiser passirt, vertheilt. — Borrosch schlug zum Schlusse der Sitzung vor eine wiederholte Adresse an den Kaiser zu senden, weil er einsehe, daß der Kaiser durch seine Umgebung gehindert ist, von den Dingen eine klare Anschauung zu erhalten, worin als einziges Mittel zur vermittelnden Ausgleichung und Beilegung der herrschenden Gewalt ein Völkerkongreß in Wien angegeben wird. Mitglieder der beiden Reichstage in Ungarn und Oesterreich sollen unter Mitwirkung der beiderseitigen verantwortlichen Ministerien die Lage des gemeinsamen Vaterlandes berathen; worin das einzige noch vorhandene Mittel befindlich den erblichen Thron zu retten und die Volksfreiheit zu wahren. Dieser Antrag wurde mit lebhaftem Beifall angenommen. (A. A. Z.

Wien, 12. Okt. Einen seltsamen Anblick gewährt jetzt die Residenzstadt. Bei den Linien sind Nationalgarden und Studenten postirt, die sich in einzelnen Posten bis auf 1/4 Meile in's Land hineinziehen. In den Vorstädten und in der Stadt sind alle Gewölbe geschlossen, was der Stadt ein düsteres Aussehen gibt und durchaus zu mißbilligen ist. Von den Mauern der Stadt herab blicken trozig die Mandungen der souverainen Volkskanonen. Die Thore sind verbarrikadirt und stark besetzt. — Wir eilen auf die Universität; Drängen der Volksmenge, die sich Waffen und Munition holt, in der Aula lagern einige 100 Grenadiere, die mit den Studenten sympathisiren, in der Adjutantur geht's auf und ab. Befehle und Ordonnanzen gehen ab, Anzeigen und Beschlüsse vom Comite wechseln ab. In den philosophischen Hörsälen ist reges Leben; 50—70 Arbeiter sind beschäftigt, Kugeln zu gießen und Zündfäden für Percussion zu verfertigen. — Man bringt den grauenhaft verstümmelten Leichnam eines Technikers auf die Universität, der nach dem Abzuge der k. k. Truppen im Schwarzenberggarten gefunden wurde; mit blutendem Herzen betrachten alle die gräßlichen Wunden des Unglücklichen, erheben die Hand zum Himmel und schwören Rache. Entsetzlicher Anblick! Weh denen, die dieses Unheil hervorriefen! (Pol. Cour.)

Wien. Sitzung vom 13. Okt. Vorm. Ueber Antrag des Sicherheitsausschusses wurden aus jenen Geldern, welche zur Unterstützung mittelloser Gewerbsleute bestimmt waren, 200,000 fl. C.-M. zur Verwendung für jene Gewerbsleute, die jetzt unter den Waffen stehen, bestimmt. Ueber die aus mehreren Provinzial-Zeitungen entnommene, höchst unrichtige, freiheitsgefährliche Schilderung der Wiener Ereignisse wurde bestimmt, daß das Ministerium den Stadtverordneten zu Prag bekannt geben soll, wie sich der Reichstag fortwährend auf dem Rechtsboden bewege, keine einzige Sitzung noch versäumte und daher alle Deputirten, die sich eigenmächtig entfernten, auffordern müsse, zu ihren Pflichten zurückzukehren, — daß jede andere Versammlung außer dem Reichstage ungesetzlich sey und jene dafür verantwortlich werden, die sie veranlassen; und daß ein ähnlicher Erlaß an alle Gouverneurs zu senden ist.

Wien, 13. Okt. In dem Reichstage wurde abermals ein Manifest, abermals ohne Kontrasignatur, in demselben absolutistischen Sinne, wie das letzte abgefaßt, vorgelesen, welches den Zweck bekundet, dem österreichischen Volke die Wiener Bewegung in einem schiefen Lichte darzustellen. Der Eindruck dieses Manifestes auf das Haus war ein höchst ungünstiger; dasselbe ist von Herzogenburg datirt. — Die akademische Legion hat sich in den letzten Tagen durch Thaten über jede Anklage, über jeden Vorwurf ruhmvoll erhoben und das Studenten-Comité bietet gewissermaßen die Vermittelung zwischen dem Volk und dem Reichstag. Die Thätigkeit desselben dauert ununterbrochen Tag und Nacht und ist fast ohne Beispiel.

Wien, 13. Okt. Der kommandirende General Auersperg hat folgende Note des Banus Jellasich dem Reichstage mitgetheilt: „In meinem mir gewordenen Auftrage näherte ich mich eben den österreichischen Grenzen, als ich die Vorgänge in Wien erfuhr. Daß dieselben meinen Marschplan nicht änderten, habe ich gezeigt, und ich werde als k. k. General mit meinen k. k. österreichischen Truppen auf k. k. österreichischem Boden, das vollziehen, was des Kaisers Wille ist."

Wien, 13. Okt. General Auersperg hat sich mit Jellasich vereinigt und außer den Linien Wiens eine starke Plänklerkette gezogen. Seine Flucht aus dem Belvedere wurde durch die Annäherung der Ungarn veranlaßt. Es dürfte heute noch, oder morgen zu einem entscheidenden Gefechte kommen. Aus dem feindlichen Lager treffen fortwährend Ueberläufer auf der Aula ein. Spione aus Jellasichs Lager kommen regelmäßig und meistens als Frauen gekleidet, in die Stadt. Mehrere sind schon verhaftet. — Unser verantwortliches Ministerium besteht jetzt aus dem Hrn. Finanzminister Kraus allein. Der Muth und die Ausdauer dieses Mannes sind groß und werden von der ganzen Bevölkerung anerkannt.

Wien; 13. Okt. Gestern Abends nach 6 Uhr wurden auf eine Bewegung der Arbeiter hin am Marrer Thor abermals 2 Kanonenschüsse von den Croaten in die Vorstadt gefeuert. Man schickte ihnen 4 Schüsse dagegen hinaus, von welchen zwei die Bedienung der feindlichen Stücke so gut trafen, daß ein Theil auf dem Platze blieb, der andere mit den Geschützen schleunigst die Flucht ergriff. — Die Flucht des Militärs aus Schwarzenbergs Garten erklärt sich durch verschiedene Gerüchte. Das glaubwürdigste ist die Auflehnung der deutschen Regimenter, welche natürlicherweise nicht gegen ihre deutschen Brüder in Wien fechten wollen.

*Berlin. Das verhaßte Bürgerwehrgesetz ist mit 233 gegen 116 Stimmen von der Nationalversammlung angenommen worden. Die Aufregung da-

drüber ist groß; man wird dieses Gesetz nicht annehmen; und — wir glauben, es wird Blut, vielleicht viel Blut deshalb fließen. Schon heute wäre vielleicht der Sturm losgebrochen, wenn das Wetter nicht mit Regen dazwischen gekommen wäre. — Der Pfuel'sche Erlaß zur Ausführung des Stein'schen Antrags ist völlig wirkungslos. Die Offiziere sind nach wie vor die Alten. Ein Artilleriekapitän hier sprach zu seinen Soldaten, wie folgt: „Soldaten! die Mitglieder der Clubs sind alle Kanaillen, Schufte, Bösewichter und Buben. Geht daher ja nicht in die Clubs; wer noch dahin geht, den werde ich nach den Kriegsartikeln bestrafen.“ Der Hof in Potsdam läßt falsche Nachrichten über die Wiener verbreiten.

*Berlin, 12. Okt. Der constitutionelle Club drückte am 9. Okt. den Aufrühren Wiens seine Sympathien aus. „Was soll am grünen Holze werden, wenn das geschieht am dürren?“ ruft die Reform. Wir empfehlen den Vorgang unseren constitutionellen Vereinen in Franken zu geneigter Nachfolge.

Ulm, 14. Okt. Aus zuverläßiger Quelle erfahren wir, daß die Infanteristen, die man gestern bereits entlassen hat, heute wieder einberufen wurden und daß die Kavalleristen, welche in zwei Tagen beurlaubt worden wären, zu verbleiben haben. Auch soll heute Morgen der Befehl gekommen sein, daß für die 4 württembergischen Reiterregimenter 1400 Pferde angekauft werden müssen. (Donau-Zeitung).

Heilbronn, 6. Okt. (Die Bureaukratie.) Ein hiesiger Fabrikant, Bruckmann, wurde wegen einer Rede in einer Volksversammlung verhaftet. Derselbe hatte zwei junge Eisenbahntechniker, frühere Studiengenossen, zu Freunden. Diese wurden sogleich nach Bruckmann's Verhaftung vorgefordert und vom Direktor der Eisenbahnkommission Knapp befragt, ob sie mit Bruckmann Umgang gepflogen haben. Als sie dieß nicht leugneten, überhäufte sie der Direktor mit Vorwürfen darüber, daß sie sich mit solch' notorischem Gesindel in Verkehr eingelassen hätten, und kündigte ihnen an, daß sie ihrer Dienste entlassen seyen und daß sie die ihnen auf dem Bureau eingeräumte Wohnung noch am gleichen Nachmittag mit ihren Effekten zu räumen haben, widrigenfalls er die letztern auf die Straße werde werfen lassen! Mit Ungestüm betrieb er in eigner Person das Einpacken, verjagte eigenhändig einen Jugendfreund der jungen Männer, ja er muthete einem Baubediensteten zu, den Aufpasser zu machen, damit die Einpackenden kein fremdes Gut mitlaufen lassen! Auch ließ er dem gesammten Bahndienstpersonal verkünden, daß ihm bei Strafe der Entlassung jeder Verkehr mit den Geächteten verboten sey! So berichtet der Stuttgarter Beobachter. Kann der Geist politischer Verfolgung mit häßlicherem Fanatismus auftreten?

Aus Dresden vom 10. Oktober schreibt die Reform: Bakunin ist auch aus Sachsen ausgewiesen worden. — Aus Altenburg berichtet ein reißend verkauftes Beiblatt der Dresdner Zeitung, des Organs der sächsischen Demokratie, von einer grausamen Täuschung unserer Truppen durch ein geschicktes Manöver. Das Bataillon Altenburger, durch und durch republikanisch, marschirte zwischen sächsischen Truppen nach Weimar in bester Kameradschaft; dort angelangt, entdeckt sich die Falle, die gefährlichen Altenburger werden entwaffnet und eingesteckt. Unsere Leute sind wüthend, so in gutem Glauben zum Verrath mißbraucht zu seyn, auch ihnen traut man nicht mehr, sie sollen zum Theil nach Oberfranken rücken.

Altenburg, 7. Okt. Der Deputation, welche in Frankfurt gegen die Besetzung unseres Landes protestirte, gab der Reichsverweser folgende interessante Antwort: „Die nach Altenburg beorderten Truppen sind keine fremden, sondern einheimische, weil sie Truppen des einigen deutschen Reichs sind. Die militärische Besetzung Altenburgs ist keine volksfeindliche Maßregel. Es ist nicht wahr, daß das Volk diese Maßregel als volksfeindlich betrachtet. Das wird dem Volk nur von den Demagogen eingeredet, die nicht wollen, daß man Maßregeln gegen ihre anarchischen Bestrebungen trifft. Den Demagogen werde ich kräftig entgegentreten; die Demagogie ist Anarchie und Liederlichkeit, und das ist alles Streben der Demagogen.“ Auf eine Aeußerung eines Mitgliedes der Deputation über Militärübermuth, die neuesten Vorfälle in Mainz und die Berichte darüber in den liberalen Zeitungen, bemerkte der Reichsverweser: „Ich erkenne keine liberalen Zeitungen an; ebenso keine liberalen Menschen. Nach meiner Ansicht gibt es nur gesetzmäßige Menschen und Wühler, die gesetzmäßigen Menschen, welche sich dem Gesetz unterwerfen, die Wühler oder Demagogen, welche nie ruhen, sondern Anarchie oder Umsturz begehren.“ Der Hr. Reichsverweser spricht die Sprache der Reaktion mit vieler Virtuosität!

Halle, 13. Okt. Der hiesige Preußenverein hat in einer seiner letzten Sitzungen, auf Vorschlag des Prof. Leo, das deutsche Schwarz-Roth-Gold aus seinem Abzeichen förmlich verbannt und dafür neben den preußischen Farben das Orange zu der seinigen gemacht, weil der große Kurfürst eine oranische Fürstentochter zur Gemahlin gehabt und in preußischen Ordensbändern diese Farbe vorkommt. Wiederholt hat man den Ruf vernommen: „Nein, wir sind keine Deutschen!“ Ganz gewiß aber Narren! dürfen wir hinzusetzen.

Baden. Der Mannheimer Abendzeitung zufolge hat die badische Regierung die Auslieferung der bei Struve's republikanischer Schilderhebung betheiligten Löwenfels, Thielemann und Neff verlangt, unter dem Vorgeben, dieselben hätten Privatkassen geplündert. Die Basler Regierung wußte natürlich, daß das eine Lüge war und verweigerte die Auslieferung.

Donaufürstenthümer.

Der österreichische Consul in Jassy wurde von den einziehenden Russen sehr schnöde behandelt so daß er seine Funktionen eingestellt hat.

Ungarn.

Aus Pesth vom 7. Okt. enthält die Wiener „Constitution“ einen Bericht voll Siegesgewißheit, obwohl man daselbst die glorreiche Revolution in Wien noch nicht kannte. Diesem zufolge befand sich der General Roth mit 9000 Mann, von 20000 Ungarn umschlossen, in einer Lage, welche ihm nur Niederlegung der Waffen übrig zu lassen schien. Die Ankunft Kossuth's und der letzten kaiserlichen Dekrete schildert der Bericht folgendermaßen: „Ein dröhnendes Eljen (Hoch) erschüttert das Haus: Kossuth ist angekommen, ferner eine polnische Deputation aus Lemberg, Brüderlichkeit und Hilfe anbietend. Allgemeines schallendes Gelächter erregte die Anzeige, daß unter den aufgefangenen Briefen des Jellasich eine gedruckte Proklamation mit der Unterzeichnung „Ferdinand“ und contrasignirt Recsey Adam, Minister sich befinde. (Recsey ist als ein ganz unfähiger Mensch in ganz Oesterreich bekannt und mußte als ein solcher früher vom österreichischen Ministerium sogar dekarcuirt werden.) Ein königliches Rescript wird vorgelesen mit der Contrasignatur „Recsey, Minister;“ darin wird der Reichstag aufgelöst, Ungarn in Belagerungszustand gesetzt, Jellasich zum k. Commissär ernannt. Allgemeines Gelächter! Kossuth besteigt die Tribüne und versichert Ungarn aufrecht zu erhalten. Das k. Rescript bezeichnet er als verfälscht und ungesetzlich, weil das Gesetz die Contrasignatur von einem in Buda-Pesth wohnenden Minister verlangt; ferner sagt das Gesetz: kein Rescript darf gegen die Constitution und Selbständigkeit Ungarns contrasignirt werden; vor der Auswerfung der Steuer darf der Reichstag nicht geschlossen werden, also ist das Rescript gefälscht und eine Comödie. Das Haus faßte auf Kossuth's Antrag den Beschluß, daß das Rescript falsch und der ihm gehorcht, ein Landesverräther sey. Nachmittag wird die künftige Regierung bestimmt. Kossuth ist der Mann, der die Gefühle der Nation allein auszusprechen vermag, an ihn klammert sich die Freiheit und ganz Ungarn an und erwarten seine Befehle. Buda-Pesth hat keine Sorgen, ist trotz allen bedenklichen Schritten fröhlich, weil sein Retter da ist.“

Frankreich.

Paris, 12. Okt. Die Regierung wankt. Mit einer Mehrheit von 4 Stimmen hat sie gestern gesiegt, ein solcher Sieg ist eine Niederlage. Man will Dufaure und Consorten ins Cabinet bringen, also Royalisten. Die Partei Ledru Rollins bereitet in aller Stille ein Manifest vor, bereits mit Tausenden von Unterschriften bedeckt, mit welchem sie plötzlich vor die Nat.-Vers. zu treten gedenkt.

Gedruckt unter Verantwortlichkeit der Verleger, von Wilhelm Tümmel.
Expedition S. 39. im Gasthof zum König Otto 2te Etage.

Der freie Staatsbürger.

Erscheint an allen Wochentagen, am Sonntag nur ausnahmsweise auf einem Extrablatt. Preis in ganz Bayern vierteljährl. fl. 1. 30 kr. halbjährl fl. 3. — jährlich fl. 6.

Organ der Demokratie.

Inserate werden die dreispaltige Petitzeile zu 3 kr. berechnet. Die Abonnenten haben für die Hälfte des Abonnementpreises Inserate frei.

№ 19. Nürnberg, Freitag, den 20. Oktober 1848.

Die Verhandlungen in der Nationalversammlung über die Anklage der Abgeordneten Zitz, Schlöffel und Simon von Trier.

II. Die Verhandlungen der Nationalversammlung vom 16. Okt., über die Einleitung der Untersuchung, beziehungsweise Verhaftung, gegen die Abg. Zitz, Schlöffel und Simon von Trier wegen Aufreizung zum Aufruhr und wegen der intellektuellen Urheberschaft der Ereignisse des 18. Septembers, hätten verdient, vor dem ganzen deutschen Volke gepflogen zu werden, und jedenfalls möchte ich die Leser auffordern, sich den stenographischen Bericht jener Sitzung zu verschaffen. Denn klarer und deutlicher als in diesen Verhandlungen ist wohl seit langer Zeit das Treiben der volksfeindlichen, reaktionären Partei in seiner ganzen Erbärmlichkeit nicht hingestellt worden: schlagender und treffender sind die Anschuldigungen, welche gegen die Linke geschleudert werden, in ihrer ganzen Bodenlosigkeit nicht dargethan: erschütternder und ergreifender ist der unglückselige Zustand unseres Vaterlandes, wie er vorzugsweise durch die Haltung der Nationalversammlung verschuldet worden, nicht geschildert. In der That, wir hätten gewünscht, daß dieser Sitzung recht viele sogenannte gute Bürger, recht viele konstitutionell Gesinnte, überhaupt recht viele solche Leute beigewohnt hätten, welche wirklich die Freiheit des Volkes wollen, aber in ihrer Aengstlichkeit wähnen, daß die demokratische Richtung zu weit gehe und Anarchie und Kommunismus herbeiführe, und welche eben darum es für ihre Pflicht halten, sich an die herrschenden Gewalten anzuschließen und diese zu unterstützen, Leute, welche in dem guten Glauben leben, der freilich den Deutschen niemals etwas geholfen, daß diejenigen, welche jetzt an dem Ruder des öffentlichen Wesens stehen, es in der That ehrlich meinen, und daß, wenn sie jetzt wieder die alte Soldatenherrschaft heraufbeschwören, dieß nur zu Gunsten der gesetzlichen Ordnung geschehe. Dergleichen Leute, wie gesagt, hätten wir in dieser Sitzung in großer Zahl gewünscht: denn diesen würden wohl endlich die Augen aufgegangen sein über das ganze niederträchtige Spiel, welches man mit dem deutschen Volke treibt. Diese würden klar geschaut haben, daß man jetzt im Begriffe ist, gegen die Vorfechter der Volksfreiheit auf dieselbe Weise zu verfahren, wie in den dreißiger Jahren. Wie damals heckt man jetzt politische Prozesse aus: wie damals, sucht man jetzt in der unschuldigsten Aeußerung Tendenz zum Hochverrath und zum Aufruhr: wie damals bemüht man sich jetzt diejenigen Männer, welche kühn und offen für des Volkes Recht und Ehre gekämpft, um ihre Reputation, um ihren öffentlichen Charakter zu bringen. Aber das ganze Gewebe der Lüge und der Hinterlist, welches seit Wochen theils von der servilen Presse, die im Solde der reaktionären Partei steht, theils von Mitgliedern der Majorität der Nationalversammlung durch Mittel aller Art gesponnen worden ist, wurde heute von der Linken zerrissen. Die glänzendsten Reden wurden gehalten, von denen wir besonders die von Vogt, von Schaffrath und von den drei Angeklagten auszeichnen. Niemals hat die Rechte eine schwerere Niederlage erlitten, als in dieser Versammlung. Nicht, als ob sie in der Abstimmung besiegt worden wäre, obschon selbst der Ausschußantrag, welcher durchging, milder war, als die reaktionäre Partei es wünschte: aber die Niederlage war eine moralische und eben darum tiefer greifende und nachhaltigere. Denn auf schlagende Weise wurde dargethan, wie man trotz aller Mühe aus den Zeugenaussagen nichts, aber auch gar nichts von Erheblichkeit gegen die Angeklagten vorbringen könne: aus den Akten selber wurde mit Unwiderleglichkeit bewiesen, wie sich die gravirendsten Zeugenaussagen gerade in den wichtigsten Gegenständen widersprechen: wie die Zeugen in den Personen irrten, und noch mehr in den verschiedenen Aeußerungen, die sie ihnen in den Mund legten. Und endlich wurde angedeutet, wo eigentlich die Quelle der Anklage gegen die Mitglieder der Nationalversammlung zu suchen ist, nämlich in unserm Reichsministerium. Es wurde zu diesem Behufe eine Aeußerung des Reichsministers von Schmerling, welche er in der Nationalversammlung gegen Einen seiner Collegen über den Abgeordneten Schmidt von Löwenberg gethan, mitgetheilt, welche dahin lautete: „Das ist auch eine von den C a n a i l l e n, welche wir noch herausbringen müssen." Der Reichsminister geht also noch über den französischen Hof vor der Revolution von 1789 hinaus, welcher den Namen Canaille bekanntlich auf das gemeine, damals politisch noch nichts bedeutende Volk anwandte: der R e i c h s m i n i s t e r b e l e g t m i t d i e s e m N a m e n d i e V e r t r e t e r d e s s o u v e r ä n e n V o l k e s, w e n n s i e n i c h t i n s e i n S y s t e m e i n s t i m m e n oder nach seiner Pfeife tanzen, und glaubt sogar sicher zu sein — fußend natürlich auf die Majorität — diese aus der Nationalversammlung herausbringen zu können. Und nach solchen Thatsachen können die Männer, welche wirklich freie Institutionen, welche wirklich die Volkssouveränetät, welche wirklich ein großes, freies, mächtiges Deutschland wollen, immer noch im Zweifel sein, wohin der eingeschlagene Weg führen muß? Sie können noch im Zweifel sein, daß unser Reichsministerium nur eine zweite Auflage des Fürsten Metternich ist? Sie können noch im Zweifel sein, daß die Majorität der Nationalversammlung nicht besser ist, als die corrumpirten Kammern nach der Reaktion in den dreißiger Jahren und als die französische nach der Julirevolution? Sie können noch im Zweifel sein, daß man von eben der Seite, die sie bisher unterstützt, mit vollen Segeln wieder in das alte System zurücksteuert? — Lasse man nur noch die Dinge in Wien auf eine der deutschen Sache unglückliche Weise sich entscheiden, dann wird wohl die Nationalversammlung nicht anstehen, Jellasich für das Aufpflanzen der schwarz-gelben Fahne, für das Zusammenschießen der für Deutschlands Ehre und Freiheit Begeisterten den Dank des Vaterlandes zu votiren: sie wird vielleicht auch nicht anstehen, ein Bündniß mit Rußland für zuträglicher zu halten, als ein Bündniß mit der deutschen Nation! — Wie? und ihr seht noch nicht ein, was euch droht? Ihr Konstitutionellen, ihr Kämpfer für die Aufrechthaltung der Ordnung, ihr seht noch nicht ein, daß mit dem Siege dieser Menschen zugleich e u r e Niederlage dekretirt ist? Ihr seht noch nicht ein, daß auch i h r fallen müßt? und daß dann jene geträumte deutsche Herrlichkeit eben nichts ist, als ein Traum? Noch ist es Zeit! Kehrt um, erkennet, daß es ein und derselbe Feind ist, der uns alle bedroht, und gegen den wir gemeinsam zusammenstehen müssen. Nur dann erringen wir den Sieg, nur dann erhalten wir die Errungenschaften unserer Revolution jetzt noch unblutig. Später, wenn Deutschland, wie ich nicht hoffe, nicht in russische Sclaverei verfallen soll, müßte der Boden der deutschen Freiheit mit dem Blute seiner Söhne gedüngt werden.

Deutschland.

München, 18. Okt. Abends 6 Uhr. Der gestrige Bierkrawall wurde heute fortgesetzt. Auch Militär war dabei ernstlich betheiligt. Am Mittag artete der Krawall in förmliche Plünderung des Pschorrischen Bräuhauses aus, wobei von den Bräuknechten fünf Krawaller erschlagen wurden. Um 2 Uhr wurde Generalmarsch geschlagen. Verwundungen kamen viele vor. Immerwährend werden Verhaftungen vorgenommen. Zur Stunde ist alles ruhig. Die Stadt ist von Militär, Bürgerwehr und Freikorps besetzt. R. B.

München, 18. Okt. Der hiesige Eilbote schreibt: „Fortwährend kommen Unteroffiziere und Soldaten vom Leibregiment (nach Sigmaringen bestimmt) geschlossen zurück. Es soll sich nicht blos um eine Katzenmusik gehandelt haben. Die Soldaten, auf 4 Stunden im Umkreise in Quartiere verlegt, wurden über die Strapazen ungehalten, weil sie täglich zum Exerzieren zusammenkommen mußten. „Es soll auf den Obersten geschossen worden seyn."

J München, 19. Okt. (Biercrawall und verunglückter Reaktionsputsch.) Heillose Excesse sind zu berichten. Das Pschorr'sche Haus wurde schauderhaft verwüstet. Nachdem Bräuknechte, unterstützt durch eine Infanterieabtheilung, welche mit vorgehaltenem Bajonett den Ausgang sperrte, eingedrungene Zecher, die sich unbezahltes Bier erzwungen, zu Boden geschlagen, und einen Schustergesellen, wie man sagt aus Nothwehr, erschossen, so daß das Gehirn den Boden bespritzte, konnte die Pschorr'sche Privatwohnung 2½ Stunde lang durch eine Rotte von höchstens 40 Soldaten, Jungen und Gesellen gänzlich demolirt werden, ohne daß irgendwie eingeschritten worden wäre. Das Haus wurde auf eine skandalöse Weise verwüstet, Geld, Papiere, Möbeln aus den Fenstern geworfen und zertrümmert. Ja dieß konnte noch eine Stunde fortdauern, als das Landwehrfreikorps bereits aufmarschirt war. Den Regierungspräsidenten Gavin fand man, als man Erlaubniß zum Einschreiten holen wollte, schlafend; er fragte: „geht's denn schon wieder los?" Thon-Dittmer und Lerchenfeld sah man um 4 Uhr lächelnd durch die Straßen ziehn. Später entfaltete man große Truppenmassen, Artillerie u. s. w. Es wurden etwa 40 Gefangene gemacht, meist Soldaten; doch auch unter anderm Gesindel ein katholischer Geistlicher. Natürlich wurde auch Manches gestohlen. Der Schaden Pschorr's wird auf 30—50,000 fl. angeschlagen, da viel Papiergeld vernichtet wurde. Es ist die allgemeine Ansicht, daß man diese schändlichen Excedenten absichtlich gewähren ließ, damit die Bewegung eine andere Richtung nehme und man zugleich einen andern Feind niederschmettern könne. *) Dieser saubere Plan ist gänzlich mißglückt. Es ist nichts als ein mißlungener Reactionsputsch, und vergebens verliest man, um der Sache noch nachträglich eine politische Bedeutung zu geben, die Aufruhrakte: die Entrüstung der Bürger kehrt sich von den Excedenten ab gegen die Regierung. Auf dem Rathhause ging es gestern Nacht stürmisch zu. Gegen zwei Generale wurde von den Bürgern die lebhafteste Klage laut und man beantragte eine Deputation von 400 Bürgern an den abwesenden König zu senden, um diesem die Augen über das Regiment seiner schlechten Räthe zu öffnen. Das Ministerium, namentlich Thon-Dittmer ist als vollständig beseitigt zu betrachten; es mag die Fabel von der jungen Maus auf sich anwenden, deren Moral heißt: Wer sich in Gefahr begibt, der kommt darin um!

*) Man darf nicht übersehen, daß das Ganze, wie es scheint, ein Soldatenexceß war, den man connivirte. Man ließ die Soldaten in Gemeinschaft mit dem rohen, rein materiellen Pöbel ihre brutale Zerstörungswuth ungestört ausüben. Will man sich à la König von Neapel eine prätorianische Lazaronigarde schaffen, um damit die mißliebigen Freiheitsbestrebungen zu unterdrücken und Plünderung und Mord ad majorem dei gloriam zu verbreiten? Wie kann die N. M. Z., das Organ der Regierung, die Frechheit haben, von Anarchie in ihrer gewöhnlichen Weise zu reden und die Vorfälle gegen die Freiheit ausbeuten zu wollen? Wo liegt hier die Anarchie als bei der Regierung? Ein Verhalten, wie das der Regierung, ist nichts anderes als ein Bund der Despotie mit der Anarchie, um die Freiheit zu unterdrücken. Anm. d. Red.

Frankfurt, 17. Okt. Die Reichstagszeitung schreibt über die Reichstruppen: Daß durch Reichstruppen alles abgewehrt werden muß, was über die deutschen Grenzen ins Land bricht, mögen das Dänen, Russen, Franzosen oder leider arme durch hartherzig vorenthaltene Amnestie zu Hunger und Verzweiflung getriebene deutsche Flüchtlinge sein, versteht sich von selbst. Aber zu innern Krawallen, wie in Frankfurt, den Reußischen Landen ꝛc. Reichstruppen verwenden wollen, ist reichswidrig, ist Verletzung der Landeshoheit der Staaten. Diese darf sich kein Staat, am wenigsten die kleinen gefallen lassen, wenn nicht die neugeschaffene Centralgewalt statt allen Staaten zum Segen, was wir wollen, allen zum Fluche gereichen soll, was wir nicht wollen. Berlin und Wien — wir meinen die Höfe dieser Städte — scheinen im Begriff, den 1815 von Hardenberg und Metternich geformten Plan wieder aufzunehmen. 1) die kleinen deutschen Staaten unter sich so zu vertheilen, daß Preußen aus dem Norden und Oesterreich aus dem Süden Deutschlands künftighin bestehe; 2) Rußland betreibt diesen Plan sicherlich, wenn er wieder, wie höchst wahrscheinlich, aufgenommen ist; 3) Cavaignac und seine gemäßigte Partei in Paris haben ebenfalls nichts dagegen, aus Furcht vor einem Bundesreich aller germanischen und wohl auch slavischen Stämme, welchen die Pariser Machthaber mehr scheuen, als selbst Englands Feindschaft, dessen Aristokratie übrigens in dem Verlangen der Irländer und der englischen Chartisten ähnliche Unionspläne fürchtet, wie wir sie in Deutschland auszuführen beabsichtigen. Die vier angekündigten ständigen, wohl zu merken „ständigen" Lager dürften nichts als die Vorläufer zur Ausführung jenes Theilungsplans sein. Durch diese Lager würden die kleineren Staaten erst militärisch besetzt, dann inne behalten werden als Entschädigung für gehabten Aufwand und die Fürsten derselben könnte man mediatisiren.

Wien, 16. Okt. Von Sachverständigen wird versichert, daß jetzt wohl mehr als 250,000 Mann dazu gehören um die Stadt Wien mit Erfolg anzugreifen, um so mehr als man sicher annehmen kann, daß im Falle eines wirklichen Zusammenstoßes ein großer Theil des deutschen Militärs die Partei des Volkes ergreifen wird. Das Räthsel des fluchtähnlichen Rückzuges der Auerspergischen Truppen aus dem Belvedere am 12. Okt. ist jetzt gelöset. Die deutschen Regimenter, welche die Mehrzahl betragen, hatten sich geweigert gegen ihre deutschen Brüder in Wien zu kämpfen; und die Auflehnung soll so ernsthaft gewesen seyn, daß gegen die Grenadiere des Infanterieregiments Heß die Kanonen gerichtet waren, um die Empörung zu dämpfen. Diejenigen, welche jetzt, in den Tagen der Gefahr Wien verlassen, werden bei ihrer Rückkehr mit einer starken Kriegssteuer belegt werden. Der ungarische Reichstag hat die ungarischen Truppen aus Italien zurückzurufen beschlossen.

Wien, 16. Okt. Reichstags-Deputirter Fischer an den permanenten Ausschuß des hohen Reichstages. Gestern um 6 Uhr, 30 Min. Abends war die Audienz. Se. Maj. gab der Deputation folgende Antwort: „Aus der Mir überbrachten Adresse des Reichstages ersehe Ich mit Vergnügen, daß derselbe das Gesammtwohl aller Völkerschaften des österreichischen Kaiserstaates vor Augen habe, und die Bemühungen des Reichstages, der drohenden Anarchie entgegenzuwirken, erhalten Meine vollkommene Anerkennung. Ich werde meinerseits Alles aufbieten, um die so nöthige Ruhe und Sicherheit in der Hauptstadt wieder herzustellen und dem konstituirenden Reichstage die möglichste Gewährschaft für seine ferneren ungestörten Berathungen zu verschaffen. Floridsdorf, 16. Oktober 1848, Nachmittags 2 Uhr. A. Schefzik, Ingenieurs-Assistent der Nordbahn."

Wien, 17. Okt. Noch immer keine Entscheidung. Die radikalen Blätter werden mißmuthiger gegen den Reichstag. Dem bekannten polnischen Generallieutenant Bem ist die Inspektion und Organisation der Vertheidigung sämmtlicher Linien und Außenwälle der Stadt mit unbeschränkter Vollmacht übertragen. Kossuth ist, wovon die Konstitution sichere Nachricht haben will, im ungarischen Lager angekommen.

Wien. Der pol. Courier schreibt: Hundertachzig Grazer, die uns zu Hülfe eilen wollten, wurden in der Nähe von Neustadt gefangen genommen, furchtbar mißhandelt und wie Hunde zusammengebunden, ins Lager geführt. Ein Student, durch seinen Stürmer kenntlich, war das Opfer der Herren Offiziere, die mit unmenschlicher Wuth über ihn herfielen. Wann endlich wird diesen Gräuelthaten ein Ziel gesetzt werden?

Berlin, 15. Okt. Die Reform erzählt, daß der König zum Präsidenten noch weiter sagte: »Halten Sie den Kopf oben; ich habe noch einen starken Arm.« Immer noch der mächtige Herr! Doch wer kann noch glauben, daß die Herrn von Gottes Gnaden etwas lernen oder etwas vergessen!

Berlin, 16. Okt. In der heutigen Sitzung wurde über die Eingangsworte zur Verfassung berathen. Das Wort „vereinbaren,« dieser bezeichnende Ausdruck für das halt- und stunlose Princip, dem unsere Politiker nach der Merzrevolution Verwirklichung geben wollen, war hauptsächlich der Gegenstand der Debatte. Die Anträge der entschiedenen Linken, und der schwankenden Linken fielen, und es wurde die Fassung angenommen: »Wir verkünden hiemit die von den Vertretern des Volkes durch Vereinbarung mit uns festgestellte Verfassung.«

Berlin, 16. Okt. Nach der Darstellung, welche die Reform von den Arbeiterunruhen gibt, feierten die Kanalarbeiter den Geburtstag eines ihrer Schachtmeister; sie zogen nach den einzelnen Schachten umher und kamen so an einer dort stationirten Kompagnie Bürgerwehr vorüber. Als sie in die Nähe derselben kamen, rief noch einer von den Arbeitern: »Wir wollen unsern Mitbürgern ein Hoch bringen.« Während sie dieses Hoch riefen, kamen sie dicht an die Bürgerwehr; da schlug, wie allgemein erzählt wird, der Zugführer Bäckermeister Schulze mit dem Degen nach den Arbeitern und kommandirte, das Bajonett gegen die Arbeiter zu gebrauchen. Die Arbeiter, plötzlich angegriffen, hoben Steine auf und warfen nach der Bürgerwehrkompagnie. Diese erschoßen sofort 10, nach einigen 15 Arbeiter und verwundeten an 40. Nun griffen die Arbeiter, um den Tod ihrer Brüder zu rächen, an.

Berlin, 16. Okt. Arnold Ruge trägt in einem offenen Brief an seine Wähler darauf an, daß man ihm sein Mandat als Abgeordneter zurückziehe, da die Frankfurter Versammlung offen als contrerevolutionäres Institut aufgetreten sei und somit ihre Rolle ausgespielt habe.

Berlin, 16. Okt. (Unruhen in Berlin.) Gestern Abend war die Stadt ruhiger als man erwartet hatte. In einzelnen Stadttheilen, namentlich in der Friedrichsstadt, hörte man bis spät in die Nacht zahlreiche Schüsse, wie sie alljährlich am Geburtstage des Königs gehört wurden. Ein Haufe, der sich unter den Linden gesammelt hatte, wollte dieses Schießen hindern; dieß gelang indessen nicht. Erleuchtung der Häuser fand indessen nicht statt, auch die öffentlichen Gebäude waren nicht erhellt. An der Ecke der Charlottenstraße und Linden, wo man ein Haus zu erleuchten anfing, wurde man durch die drohenden Bewegungen eines Volkshaufens genöthigt, die Lichter zu entfernen. Hier und da scheint mit scharfen Patronen geschossen worden zu seyn. Dem polnischen Abgeordneten v. Lipski flog eine Kugel durch die Fenster seiner Wohnung in der Behrenstraße. Heute Knallen der Musketen und Generalmarsch. Ein Kampf zwischen den Kanalarbeitern vor dem Köpnicker Thor und der Bürgerwehr hat sich bis in die innere Stadt hineingezogen. Es gesellten sich in unglaublicher Schnelle von den in der Nähe jenes Thores befindlichen Bauten eine Menge anderer Arbeiter dem ursprünglich beim Kampfe betheiligten Haufen zu. Fortwährend rücken, durch den Generalmarsch zusammengerufen, neue Bürgerwehrabtheilungen nach der Gegend des Kampfes vor. Die Bürgerwehr ist bis in das Innere der Stadt durch die sehr lange Köpnickerstraße bis nahe an die Königsstadt zurückgedrängt. Nach der Neuen Roßstraße, die an die Köpnickerstraße stößt, wurden soeben (Nachmittag 4 Uhr) vier Arbeiterleichen getragen. Einen Bürgerwehr-Offizier sahen wir in einer Droschke, dem Anscheine nach gefährlich verwundet, in das Centralbureau der Bürgerwehr bringen. Dorthin begibt sich auch der Abgeordnete Berends in diesem Augenblick, um mit dem Kommandeur Rücksprache zu nehmen; derselbe ist jedoch dort nicht anwesend. Unter den zunächst betheiligten Arbeitern herrscht eine große Erbitterung gegen den Kommandeur; man beschuldigt ihn, das Kommando zum Feuern veranlaßt zu haben. Die Läden, auch im Innern der Stadt, Friedrichs-, Jäger- und Königsstraße, Schloßplatz, sind sämmtlich geschlossen. Das Handwerkerkorps zieht soeben durch die Oberwallstraße vor der Bürgerwehrkommandantur vorüber nach dem Brandenburger Thore zu, das bewaffnete Künstlerkorps rückt nach dem Schlosse zu, wahrscheinlich um dasselbe zu besetzen. Es geht das Gerücht, daß die Stadtvogtei angegriffen werde. An der Roßstraßenbrücke ist eine Barrikade gebaut. Der bekannte „alte Karbe" ist zu dem Polizeipräsidenten gezogen, um denselben von der Stimmung jenseit der Barrikade zu unterrichten. Ein Zweck ist nicht abzusehen, da der Polizeipräsident in der Sache nichts thun kann. 5 Uhr. In der Breitenstraße und in der Jägerstraße ist ein Versuch gemacht, Waffenläden zu erbrechen. Die Bürgewehr hat indeß die Ausführung zu verhindern gewußt. Die Börse wurde durch den Generalmarsch auseinander getrieben. Die erwähnten vier Leichen sind in das Schloß gebracht, dessen Gitterthore gesperrt sind. Auch der sogenannte Sicherheitsausschuß, ein Verein königlicher und städtischer Behörden, ist im Schlosse zusammengetreten. Unter den gefallenen Arbeitern soll sich auch ein Soldat des 20. Infanterieregiments befinden. Es wird erzählt, daß Soldaten des 20. Regiments den wenigen mit Gewehren versehenen Arbeitern geladen haben. 7 Uhr. Der Aufstand scheint beendet. Die Barrikade in der Poststraße steht zwar noch, allein sie wird nicht angegriffen und ist nur von wenigen Leuten besetzt. Die Bürgerwehr hält die Straßen in der Umgebung des Schlosses besetzt. Die Entstehungsursache wird mit unwesentlichen Abweichungen überall so erzählt, wie uns dieselbe berichtet wurde. Der Abg. Waldeck hatte sich auf die genannte Barricade begeben und besänftigend zu den Leuten gesprochen. Um das Schauspielhaus, in dem jetzt die Abendsitzung zur Präsidentenwahl stattfindet, stehen zahlreiche Gruppen, doch ohne feindliche Absicht. Man unterhält sich über die blutigen Vorfälle des Tags. — Der Soldat, der sich unter den Gefallenen befindet, soll beim Wegtragen einer Leiche den tödtlichen Schuß erhalten haben. Die Zahl der Todten scheint fünf zu sein; von Bürgerwehrmännern zwei.

(D. A. Z.)

Aus Berlin gehen Nachrichten vom 16. Okt. bis 9 Uhr Abends ein. Um 7 Uhr Abends wurde die Barricade an der Roßstraßenecke noch von der Bürgerwehr erstürmt; es fielen dabei der Bürgerwehrmajor Vogel und mehre Wehrmänner sowie vier Arbeiter. In der Dresdnerstraße begann um $8\frac{1}{2}$ Uhr der Kampf wieder lebhafter. Es wurden Barrikaden errichtet und zum Theil unter Gewehrfeuer von der Bürgerwehr wieder genommen. Die Aufregung ist groß, die Arbeiter tragen ihre Todten, Choräle singend, mit Fackeln durch die Stadt.

(D. A. Z.)

Berlin, 16. Okt. Der Präsident der Nationalversammlung hielt gestern bei der Gratulationscour eine Rede an den König, und dieser gereizt durch die Abschaffung des „von Gottes Gnaden" gab eine merkwürdige Antwort. Der König hat, so erzählen die lithographischen Nachrichten, fast in höhnendem Ton den Abgeordneten eröffnet: er sey ein König von Gottes Gnaden und werde es bleiben, was auch die Versammlung beschließen möge; das preußische Volk habe sich immer durch die Liebe zu dem angestammten Herrscherhause ausgezeichnet, und diese Liebe eben sey die Frucht des Königthums von Gottes Gnaden; der König habe auch die Ueberzeugung, daß nur aus einem Königthum von Gottes Gnaden Heil für das Volk entsprießen könne. Nach diesem wie zum Hohne dreimal wiederholten „von Gottes Gnaden" verließ der König das Audienzzimmer, und die Gelegenheit zu einer Erwiderung, welche die so tief gekränkte Würde der Volksvertreter zu wahren geeignet gewesen wäre, war abgeschnitten. So wurde gestern in der Stadt allgemein erzählt und so haben wir den Hergang aus dem Munde eines Mitgliedes der Deputation bestätigen hören. In der heutigen Vormittagssitzung der Nationalversammlung kam die Angelegenheit nicht zur Sprache, obgleich man nach dem alten constitutionellen Brauch eine Berichterstattung Seitens der Deputation allgemein erwartete. Falls eine solche bis morgen nicht erfolgt, wird das Präsidium im Wege eines Interpellationsantrags dazu veranlaßt werden. — Der Bürgerwehrcommandeur Rimpler, der sich mit seinem Stabe eingefunden hatte, hielt folgende Anrede: Zum ersten Male werden Ew. Maj. an diesem Freudentage durch mich von den bewaffneten Einwohnern Berlins begrüßt. Gehoben durch die errungene Freiheit ist der größte Stolz der berliner Bürgerwehr, die Feststellung der zugesagten Verfassung zu schirmen, die gesetzliche Ordnung zu wahren. Majestät, dieser gesunde Sinn unserer Mitbürger ist die sicherste Garantie für die Rechte eines Jeden, für die Rechte Ew. Majestät. Das beste Geschenk, das ich Ew. Maj. an diesem Tage zu bringen glaube, ist die Bürgerwehr Berlins. Der König erwiderte: Vergessen Sie nicht, daß Sie die Waffen von mir haben; ich hoffe ein treues heldenmüthiges Volk zu finden.

Köln, 17. Okt. Ein Arbeiter wurde gestern auf dem Glacis,

als er auf die Aufforderung der Patrouille nicht allsogleich seiner Wege ging, von den Soldaten zu Boden geworfen, mit Säbeln auf ihn eingehauen, mit Bajonetten gestochen, dann, als er fliehen wollte, mit Kolben furchtbar zerschlagen, eine Strecke weit geführt und dann erschossen, nachdem ein Soldat hiezu kaltblütig sein Gewehr geladen hatte. Der Unglückliche verschied in den Armen eines hinzugekommenen Bürgers. Das Schönste ist übrigens, daß an demselben Abend ein Hauptmann vom 15. Regiment in einem Weinhause erzählte: „Meine Leute haben heute einen Balg, welcher im Glacis rauben(?) wollte, gespießt." Süße Nachwirkungen des Belagerungsstandes.

Ulm, 17. Okt. Im Schützen (einem bayerischen Wirthshause in Neuulm) kam es gestern bei Gelegenheit des Kirchweihfestes zu einer blutigen Schlägerei oder vielmehr Metzelei zwischen bayerischen und österreichischen Soldaten einer-, und württembergischen Soldaten andererseits. Die Soldaten brauchten alle ihre Waffen und hieben scharf ein. Drei sollen schwer verwundet darniederliegen und Augenzeugen versichern, daß es eine wahre Metzelei war. Blut floß in Strömen. Das Landgericht Neuulm schritt bereits ein. (Donau-Z.)

Frankreich.

Paris, 15. Okt. Nun stehn die Franzosen am Vorabend der Regentschaft, oder einer neuen Revolution. Dufaure, Vivien, alte Royalisten, sind Minister. Die Männer des National sind somit beseitigt; der National ist wieder in der Opposition. Es ist ebenso wie bei uns in Deutschland. Wenn man Revolutionen nicht ganz macht, so kommt man wieder auf das alte System vor der Revolution zurück. Dufaure, der alte Minister Louis Philipp's, wird sobald als möglich Cavaignac beseitigen, wenn dieser nicht der rothen Republik sich in die Arme wirft, und in diesem Falle neue Revolution!

Italien.

Botzen. 16. Okt. Radetzky hat einen Armeebefehl erlassen in Bezug auf die neuesten Wiener Ereignisse: „Weiset, so heißt es darin, jeden zurück, der Eure Treue zu versuchen wagt; — glänzender wird der Thron des Kaisers, glücklicher und mächtiger das Vaterland aus diesen Kämpfen hervorgehn. Vergesset nie, daß wir alle Kinder Eines Vaterlandes sind, das durch Bande, die Jahrhunderte heiligten, zusammengehalten ist. Die frevelnde Hand einiger Empörer soll nicht dieses schöne Verhältniß lösen. Mein Vertrauen in Euch steht unerschütterlich fest. An Eurer Spitze sehe ich ruhig der Zukunft entgegen; denn wir haben Kampf und Sieg noch nicht verlernt." — Einstweilen wird die Zurückrufung der ungarischen Regimenter die Pläne des alten Wüthrichs unangenehm durchkreuzen.

Beschwerde-Saal.

F Fürth, 18. Okt. (Unmotivirte Haussuchung). Ein Bürger von Kriegenbrunn, Lorenz Stenz, Grundeigenthümer und Schmidtmeister, im Geruche als ein für Volksfreiheit begeisterter Mann für die Demokratie eine jedenfalls sehr friedliche Propaganda gemacht zu haben, erhielt kürzlich auf einmal einen Besuch vom Ortsvorstand und von Gemeindebevollmächtigten seiner Gemeinde, nebst drei Gendarmen und dem Gerichtsdiener, um nach einer Schußwaffe zu spüren; denn ein Denunziant hatte Stenz als Wilddieb angegeben, obgleich derselbe ungeachtet der kgl. Verordnung, welche die Jagd auf eignem Grund vom 1. Okt. an frei gibt, bis jetzt noch nicht auf die Jagd gegangen war. Das heißt man Unverletzlichkeit der Wohnung! Ja es wurde ein alter Flintenlauf, der sich unter dem alten Eisen fand, sofort confiscirt, ohne Bescheinigung dafür zu geben, ohne auch eine Legitimation zur Haussuchung und Confiskation vorzuzeigen. Das ist die Unverletzlichkeit des Eigenthums! Man darf fragen: Ist denn im Landgericht Erlangen das Standrecht publicirt? In einem andern Hause war der Gerichtsdiener in Abwesenheit von Mann und Frau so schlau, dem Kind zu sagen, er komme im Auftrag des Vaters, um das Gewehr abzuholen. Das Kind antwortete jedoch in seiner Unschuld: Ich weiß nicht, daß mein Vater ein Gewehr hat und habe auch noch keines in seiner Hand gesehen.

An die Reaction.

Dreihundert Jahre sind vorbei, das ist wohl jedermann bekannt,
Als das empörte Bauernvolk verheerend zog durchs deutsche Land;
Der Adel und der Pfaffe trat's verächtlich in den Staub hinein,
Bis endlich konnt' der Himmel selbst nicht länger schauen mehr darein.
Da hat es sich verzweiflungsvoll noch einmal wieder aufgerafft,
Und hat an seinen Drängern dann erprobet seine letzte Kraft;
Da gab's ein Kampf-, ein Mordgewühl, und Burgen loderten dazu,
Ja mit dem Fett des Grafen schmiert' sogar der Bauer seine Schuh'.
Es war ein furchtbar, gräßlich Spiel, doch so rächt jede Schandthat Gott
An jenen Schurken, die nur stets mit Menschenrechten treiben Spott.
Euch ruf ich's zu, die ihr jetzt raubt aufs Neu' dem Volk sein gutes Recht,
Euch, die ihr ewig stempeln wollt den freien Mann zu einem Knecht:
Laßt ab, laßt ab von eurem Wahn, und trotzt nicht länger dem Geschick,
Sonst kehret sicher jene Zeit zum zweitenmale noch zurück;
Dann aber ists um euch gescheh'n, weckt ihr den Leu zur neuen Wuth,
Dann färbt man wohl die rothe Fahn' der Republik in eurem Blut.
Das Vorspiel, das man jüngst erst gab zu Frankfurt, habt ihr ja gesehn,
So kann es dann in jedem Akt im großen Völkerdrama gehn.
Laßt ab, laßt ab von eurem Wahn und hemmt dem Strom nicht seinen Lauf,
Und laßt dem Aar die Flügel frei, daß er sich schwing' zur Sonne auf.
Vom Himmel wie ein Wetterstrahl drang's Licht in Hütt' und Werkstatt ein,
Und das löscht ihr jetzt nimmer aus, es ist des heilgen Gottes Schein.
Was man dem Volk versprochen hat, das muß ihm werden auch erfüllt,
Denn längst schon ist es höchste Zeit, daß man ihm seine Wünsche stillt.
Weh' aber euch! die ihr vielleicht durch euern Trutz herauf beschwört
Den Bürgerkrieg, das gräßlichste, und es wird Stadt und Land verheert,
Die Wahrheit erntet doch den Sieg und wird auch fort und fort bestehn
Und müßte selbst das deutsche Reich darüber noch zu Grunde gehn,
Euch aber, deren ganzes Werk aus nichts besteht als Lug und Trug,
Euch folget durch Jahrtausende in der Geschichte dann der Fluch.

C. Weiß.

Gedruckt unter Verantwortlichkeit der Verleger, von Wilhelm Tümmel.
Expedition S. 39. im Gasthof zum König Otto 2te Etage.

Der freie Staatsbürger.

Erscheint an allen Wochentagen, am Sonntag nur ausnahmsweise auf einem Extrablatt. Preis in ganz Bayern vierteljährl. fl. 1. 30 kr. halbjährl fl. 3. — jährlich fl. 6.

Organ der Demokratie.

Inserate werden die dreispaltige Petitzeile zu 3 kr. berechnet. Die Abonnenten haben für die Hälfte des Abonnementpreises Inserate frei.

№ 20. Nürnberg, Samstag, den 21. Oktober 1848.

Die „anarchischen" Bestrebungen der Regierung.

D. Der Entrüstung über die neuesten Vorfälle in München und die mehr als verdächtige Langmuth, mit der man den scheußlichsten Excessen halbe Tage lang ruhig zusah, ohne ihnen zu steuern, kommt nur die Entrüstung über die namenlose Frechheit gleich, mit welcher das Organ der bayerischen Regierung, die neue Münchner Zeitung, die Plünderungswuth eines rohen, verächtlichen Pöbels zusammenwirft mit hochherzigen Freiheitsbestrebungen und Freiheitskämpfen, über die Frechheit, mit der sie die skandalöse Unthätigkeit der Münchner Behörden aufdeckt, indem sie sie zu verhüllen sucht. Noch nie kann eine unfähigere, des Vertrauens des Volkes unwürdigere Regierung eine ehr- und schamlosere Presse für ihre schmachvollen Pläne benützt haben, als das Ministerium Thon-Dittmer, und mit vollem Recht darf man sagen: Wenn die bayerischen Staatsbürger, auf die letzten Münchner Ereignisse hin, nicht mit allem Nachdruck und mit Benützung aller gesetzlichen Mittel die Enfernung dieses Ministeriums betreiben, dann verdienen sie die schmachvollste Knechtschaft und die Knute des Kroatenführers und Räuberhauptmanns Jellasich, den die N. M. Z. so zuvorkommend als ihren besten Freund auf deutschem Boden begrüßt. — Es sind einige Wochen her, da ließ dieses Ministerium, das jetzt hoffentlich seine letzte Karte ausgespielt haben wird, in amtlicher Weise bekannt machen, es sei „zur Aufrechthaltung der Ruhe und Ordnung" eine Batterie Artillerie nach Nürnberg verlegt worden; es that durch diese Bekanntmachung der ganzen Bevölkerung Nürnbergs eine unverantwortliche Beleidigung an, denn nirgends konnte ein gesetzlicherer Sinn herrschen, als hier, nirgends wußte man die freie politische Meinungsäußerung und die Benützung der errungenen heiligen Rechte mit größerer Scheu vor jedem Schein einer Ungesetzlichkeit selbst da zu vereinigen, wo die empörendste Polizeiwillkür in die junge Freiheit eingriff und die jedem Menschen und Bürger schuldige Achtung verletzte. Diese Einwohnerschaft, die sich seit den Merztagen musterhaft benommen, suchte dieses Ministerium, vielleicht auf die Denunciation eines elenden Subjekts hin, vor ganz Deutschland zu blamiren durch die amtliche Bekanntmachunng in öffentlichen Blättern, daß „zur Aufrechthaltung der Ruhe und Ordnung" eine Batterie-Artillerie nach Nürnberg verlegt worden sei. Jetzt sind **wir** in dem Fall, zur Aufrechthaltung der Ruhe und Ordnung eine Maßregel verlangen zu müssen, und wir, wahrlich, haben Grund dazu, wenn wir beantragen

„daß zur Aufrechthaltung der Ruhe und Ordnung im Lande das Ministerium Thon-Dittmer sofort entlassen werde."

Was waren die Münchner Vorgänge? Diese Bierkravalle in der Stadt, welche man das moderne Athen zu nennen pflegt, diese so oft wiederholten rohen und vandalischen Excesse in einer Haupt- und Residenzstadt, Excesse, denen nie irgend eine hochherzige Idee, immer nur der gemeinste Materialismus zu Grunde lag und an denen jedesmal gerade die zur Wahrung der Ordnung im Lande vorzugsweise Bestimmten sich vorzugsweise betheiligten, mußten seit Jahren den Eckel jedes gebildeten Deutschen erregen, und schon um der Ehre und Reputation vor ganz Deutschland willen hätten die Behörden sich aufgefordert fühlen müssen, neben der Beseitigung aller Ursachen zu gerechter Unzufriedenheit, auch die Vorkehrungen zu treffen, um gemeine Excesse dieser Art schnell im Entstehen zu unterdrücken. Was erfahren wir statt dessen? Von 6 Uhr Morgens am 18. Okt. an begannen die Ausbrüche vandalischer Roheit, nachdem schon Tags zuvor die ersten einleitenden Scenen vorgefallen waren. Truppen von Soldaten, von liederlichem Gesindel verstärkt, zogen in die Bräuhäuser, verlangten Herabsetzung, dann unentgeldliche Abgabe des Biers, und wo sie Widerspruch fanden, fingen sie an zu zerstören und zu demoliren. Nach 11 Uhr hatten sie in den Bräuhäusern die Runde gemacht, und es wurden Saufgelage gehalten in und vor den Schenklokalitäten. Nach 12 Uhr ging man aufs Neue an das Zerstörungswerk, man hielt jetzt Nachlese und Alles, was man auffinden konnte, wurde zertrümmert. Man ging jetzt auch an die Bäckerläden. Nicht zufrieden damit, die Gegenstände in den Schenklokalitäten zerstört zu haben erbrach man die Wohnung eines Bräuers in der Sendlingerstraße, warf dessen Mobilien auf die Straße, öffnete seine Kasse und schleuderte den Inhalt, soweit er nicht gestohlen wurde, den Möbeln nach. Am ärgsten hauste man aber im Pschorr'schen Hause, wo ein Mensch gefallen war. Anderthalb Stunden dauerte hier die roheste Verwüstung. Die Fenster voran auf die Straße, ihnen nach die werthvollsten Mobilien, Spiegel, Kästen, Instrumente, Betten und sonstiges Hausgeräthe, kurz Alles, was von Wand und Mauer loszureißen war. Unten auf den Straßen erblickte man 30—40 vertheilte Geschöpfe, vom 12jährigen Knaben bis zum 50jährigen Mann. Vandalisches Jubelgeschrei bei jedem neuen Sturze. Was nicht ganz zertrümmert auf dem Pflaster anlangt, wird in hundert und tausend Stücke gerissen und geschlagen; die Betten aufgeschnitten und die Federn in die Winde zerstreut; die Leinwand von 4 bis 5. Händen gepackt und in eben so viele Theile gerissen; vieles gestohlen und frech auf Arm und Schultern weggetragen. In andern Straßen werden Bäckerläden heimgesucht; schon sind zwar an allen die Auslagen durch die Läden verschlossen und die Hausthüren fest verriegelt. Aber den wiederholten Schlägen mit derben Prügeln, den fortgesetzten Steinwürfen weicht bald Holz, Schloß und Riegel und nun wird auch hier verheert, was zu verheeren ist. Die Bräuhäuser, die Bäckerstätten und Bäckerläden sind vernichtet — der Besuch bei Metzgern, der vorgeschlagen ist, wird auf später verschoben; aber Tabakläden sind in der Nähe, und die beängstigten, bedrohten Besitzer zahlen mit Tabak und Cigarren Lösegeld für bevorstehende Mißhandlungen! So ging es bis nach 2 Uhr, von früh 6 Uhr an.

„Was thaten, so fragt die deutsche konstitut. Zeitung, deren Darstellung wir im Vorstehenden folgten, in diesen langen acht Stunden die in München residirenden Behörden? Welche Maßregeln ergriffen sie, der offenen Verhöhnung aller Gesetze dem fortgesetzten Einbruch in das Haus des Bürgers, dem Straßenraube am hellen Tage zu steuern?" Und die Antwort lautet:

„**Sie thaten — Nichts!**"

„Eine Kompagnie Linientruppen stellte sich vor dem Gebäude der Polizeidirektion auf: wenige Minuten später verfügte sie sich in das Innere des Hauses, dessen Thüren sich schlossen. Später durchzogen einzelne, mehr oder minder starke Pikete Infanterie die Straßen; gegen Mittag gesellten sich zu ihnen ähnliche Abtheilungen Kuirassiere. Die Gensdarmen zeigten sich einzeln oder paarweis hie und da. All' diesen Soldaten war sicherlich nur eine militärische Promenade anbefohlen: was Tausende, was die ganze Stadt gesehen, läßt keinen Zweifel darüber zu. Bei einem Angriffe,

der gegen das Pichelbräuhaus (in der Nähe der Polizei zwischen der Residenz- und Hauptwache, von beiden nicht entfernt) gerichtet war, standen Gendarmen als müßige Zuschauer an den Bräuhäusern, in und vor welchen das geraubte Bier nach Zerstörung gesoffen, verschüttet und an die Vorübergehenden verabreicht wurde, zogen die Infanterie- und Kavallerie-Abtheilungen in gleichmäßigem Schritt vorüber; vor dem Pschorrschen Bräuhause, dessen Demolirung ein anderthalbstündiges Wüthen erforderte, stand — wir wundern uns nicht, wenn auswärtige Leser dieß unglaublich nennen, denn wir haben es gesehen und können es doch fast nicht glauben — eine Kompagnie Infanterie aufgestellt, gleichsam zum Schutze der Verbrecher, die bei ihrem Zerstörungswerke oft hart an die Soldaten anstießen; in der anstoßenden, der Kaufingerstraße aber zog eine Abtheilung Küraßiere auf und ab, immer umkehrend, wenn sie dem Schauplatze der Verwüstung nahe kam. Nicht den patrouillirenden, nicht den aufgestellten Truppenabtheilungen wollen und dürfen wir deßhalb Vorwürfe machen. Aber diese Zivilbehörden! Nachdem durch achtstündiges Zusehen die Anarchie legalisirt, nachdem das Zerstörbare bereits der Zerstörung verfallen, rief endlich um 2½ Uhr die Allarmtrommel und das Signalhorn die bewaffnete Macht herbei. Ein Zug von 24 Landwehrmännern, deren empörtes Gemüth jede Rücksicht auf die Räthlichkeit, das Eintreffen mehrerer Kameraden abzuwarten, schweigen machte, erschien zuerst auf dem Schauplatze der Verwüstung. Der Platz wird gesäubert, Ein- und Ausgänge des Hauses besetzt und aus denselben nach und nach 51 Individuen — unter diesen ein Geistlicher — als Gefangene auf die Studentenhauptwache gebracht. Noch viele Verhaftungen wurden im Laufe des Nachmittags und Abends an manchen Orten vorgenommen. Zwischen 5 und 6 Uhr verlasen Polizeibeamte an der Spitze von Militärabtheilungen das Martialgesetz mit der angefügten Drohung, daß bei Wiederholung solcher Szenen das Standrecht eintreten werde. Dieser Akt der Behörden wurde vollzogen, als bereits fast 3 Stunden lang keine Ruhestörung mehr vorgefallen war." — Das waren die Vorfälle in München am 18., das sind die Scheußlichkeiten, welche man dort 8 Stunden lang walten ließ und die das Organ der bayerischen Regierung mit den Freiheitskämpfen einer hochherzigen Bevölkerung zusammenzustellen nicht erröthet, welche im begeisterten Heldenkampf für eine hohe und heilige Sache an die Mauern schrieb: Heilig ist das Eigenthum! das sind die Exzesse, welche dasselbe Organ nicht undeutlich der demokratischen Partei in die Schuhe schiebt. Und nun urtheile, Leser, ob wir nicht berechtigt sind zu verlangen, daß zur Aufrechthaltung der Ordnung und Ruhe ein Ministerium entfernt werde, unter dessen Augen dieser Vandalismus 8 Stunden lang wüthen konnte und dessen Organ auf diese Weise berichtet.

So lange aber dieses Ministerium noch am Ruder sitzt, müssen wir unsern Lesern einen dringenden Rath ans Herz legen. Seit vorsichtig, achtsam, mißtrauisch gegen eine Regierung, unter der solche Vorfälle möglich sind. Leicht ist ein Cravall hervorgerufen, leicht kann man auch einen im Entstehen unbedeutender Vorfall durch geschickte Unterhaltung oder durch sträfliches Verabsäumen zu einer Bedeutung anschwellen lassen, um ihn dann zum Nachtheil der Freiheit auszubeuten, und auch in Nürnberg, wie in München, würde sich am Ende noch eine Presse finden, welche drucken ließe: Das hat der politische Verein gethan!

Deutschland.

* Nürnberg, 21. Okt. Man weiß, daß Herr Eisenmann nicht unser Mann ist. Denen gegenüber aber, welche ihn einst auf's eifrigste empfohlen und seine politische Ansicht in den Himmel erhoben, und die jetzt für Herrn Krafft und die Majorität schwärmen und jeden, der Einen von der Majorität zurückgerufen haben will, ebenso der Anarchie und des Kommunismus beschuldigen, wie einst jeden, der nicht für Eisenmann sich begeistern konnte, müssen wir doch auf die Sprache hinweisen, in welcher Eisenmann jetzt die Majorität und das Reichsministerium brandmarkt und die wahrlich nicht milder ist, als die der „rothen Republikaner." Eisenmann sagt in seinem Volksblatte Nro. 48 in Bezug auf das System Schmerlings und der Majorität den Wiener Ereignisse gegenüber, wie folgt: „Es steht also hier deutlich zu lesen, daß ein Sieg der Deutschen und Magyaren über die Slaven, und ein Anschuß der Deutschen in Oesterreich an das teutsche Reich als eine Calamität bezeichnet wird, welcher die teutschen Reichs-Kommissäre entgegenwirken sollen; ja es wird gefordert, das deutsche Reich solle durch Erklärungen und durch Aufstellung eines Armeekorps und auf die Gefahr eines Kriegs mit Frankreich dazu behülflich seyn, daß die Kroaten und andern Slaven die Magyaren und Deutschen in Oestreich besiegen und so Oestreich in seinen teutsch-feindlichen Bestrebungen unterstützen. Kann man die Unverschämtheit weiter treiben als es hier geschieht? Eine solche Niederträchtigkeit und eine solche Dummheit traut man dem deutschen Volke zu! Und die deutsche Reichsversammlung? Darauf dürfen wir nicht antworten; denn diese Versammlung hat durch das Gesetz vom 10. Oktober dafür gesorgt, daß man ihr keine unangenehme Wahrheit sagen darf. Dir aber Michel darf man sagen, was man will." Ist das nicht eine kräftige Appellation an das Volk? Und müssen nicht energische Demonstrationen des Volkes dringend nothwendig seyn, wenn selbst ein Eisenmann an das Volk appellirt? Darnach beurtheilt die Umtriebe Eurer Konstitutionellen für Hrn. Krafft.

* Nürnberg, 21. Okt. Die O.-P.-A.-Z., eines der schmutzigsten Blätter, schon will es das Organ Schmerlings und Blittersdorfs ist, läßt sich neuerdings aus Nürnberg die merkwürdigsten Dinge von einem Correspondenten schreiben, der einen grimmigen Leu zu seinem Correspondenzzeichen hat. Er ist aber in Wahrheit kein Leu, sondern nur ein wohlgefütterter Hund der hiesigen Bourgeoisie, der dazu angestellt ist, gegen die Republikaner und für die „Ruhe und Ordnung" zu bellen und die Zähne zu fletschen. „Ich kenne die Weise, ich kenne den Text, ich kenn' auch den Herrn Verfasser." Es ist derselbe, der im wohlfeilen Kampf mit dem der Bildung des Volks längst entfremdeten orthodoxen Pfaffenthum, dessen schattenhaftes Dasein von selbst wie ein verwester Leichnam, der noch die äußern Körperformen bewahrt hat, vom Hauch der Zeit in Staub zerfällt, sobald die Polizei ihn nicht mehr mit ihrem Schutze decken kann, — der in diesem wohlfeilen Kampfe sich in der alten Zeit in den Geruch eines freisinnigen Mannes zu setzen vermochte, und der nun, da dieser Ruhm im Licht der neuen Zeit sich minder nachhaltig herausstellt, im Trüben unserer jetzigen Zustände fischend, und sehend wie die Oppositionsmänner der alten Zeit allenthalben mit Ehren und Würden überschüttet werden, den Rationalismus vulgaris zur Erreichung einer seinem Ehrgeiz genügenden Stelle ausbeuten zu können hofft, es ist derselbe, welcher als Fanatiker der Ruhe und Ordnung uns belehrt, daß der Mensch vor allen Dingen für sein materielles Dasein und für seine Familie sorgen müsse, derselbe, der die monarchische Staatsform am Beispiel eines Schiffes und Steuermanns als die beste nachweisen will, obwohl sein Beispiel gerade gegen ihn spricht, derselbe der über sämmtliche Republiken der alten und neuen Welt den Stab bricht und der Gründe gegen Nordamerika z. B. aus einer durch und durch erlogenen Nachricht des englischen Blattes: Times, derholt, es ist derselbe mit einem Worte, der den vulgärsten Rationalismus aus der Theologie in die Politik überträgt und in einer so sinn- und zusammenhanglosen Weise verkündet, wie man sie nur einem recht geistesschwachen Prediger nachsehen kann. Dieser Herr schreibt neuerdings aus Nürnberg für die O.-P.-A.-Z. und zwar das verrückteste Zeug. So konnte man kürzlich von ihm lesen, die Bauern der Umgegend von Nürnberg seyen das Treiben der Demokraten herzlich satt, während die Theilnahme der Landleute für die Sache der Volksfreiheit beständig im Wachsen ist. In seinem neuesten Bericht, den er kürzlich fast gleichlautend im edlen Korrespondenten schon brachte, gesteht er zu, daß die Mehrzahl der hiesigen Bürger mit dem Dr. Krafft nicht mehr einverstanden sind. Das ist aber auch die einzige Wahrheit, die darin enthalten ist. Was er über die republikanischen Tendenzen des Volksvereins sagt, ist erlogen; was er von der „Freyheit" eines Plakats und dessen aufregender Sprache schreibt, ist erlogen — denn wer die Sprache der Wahrheit in eindringender Weise zum Volke redet, ist nicht frech; und was das „Aufregen" betrifft, so geben sich gerade die Herrn Konstitutionellen alle Mühe, die Bürger „aufzuregen" für ihre Sache, und ihr

ganzer Jammer ist der, daß sich Niemand mehr von ihnen „aufregen" läßt, weil nur die Sprache der Wahrheit auf das Volk wirkt und nicht die Sprache der Heuchelei. Wenn der Herr Korrespondent aber mit den Konstitutionellen den Volksversammlungen eine entscheidende Kraft nicht beilegen will, so ist ihm nur zu antworten, daß die Herrn Konstitutionellen diesen Einwand erst jetzt aufbringen, seit sie in der Minderheit sind. Die Beschlüsse der Volksversammlungen waren ja früher entscheidend, selbst wenn sie nur sehr sparsam besucht waren! Damals erkannte man sie an, jetzt, da man nicht mehr „herrschen" kann, will man sie nicht anerkennen. Und doch kamen die Herrn Konstitutionellen immer in die Volksversammlungen, so lange der Sieg auch nur zweifelhaft war, selbst wenn der „republikanische" politische Verein die Versammlungen berief, und versuchten ihr Heil mit der Opposition. Das Verfahren der Herrn Konstitutionellen, das der Herr Berichterstatter der O.-P.-A.- zu begründen aufgestellt wurde, ist nichts als ein feiger und unglücklicher Versuch, eine offenbare Niederlage zu verdecken.

Wien. (Reichstagssitz. vom 16. Okt.) Schuselka: Es wäre von unberechenbaren schlechten Folgen, würde ein Kampf von unserer Seite eröffnet, weil eine Niederlage unvermeidlich ist. Aber es ist unsere Pflicht, bloß uns auf die Vertheidigung zu beschränken, und obwohl die Antwort Sr. Majestät viel Beruhigendes und Hoffnungsvolles enthält, wird trotzdem nichts unterlassen, was zur Vertheidigung nothwendig ist. In der Stellung der Armee sind keine wesentlichen Veränderungen eingetreten. Die Ungarische Armee steht noch auf ungarischem Boden. Ein Abgesandter des Ungarischen Feldherrn ging in's Lager des G. Auersperg. Der Inhalt der Depeschen ist nicht bekannt. Wien kann und wird allein sein Recht wahren. Der Ausschuß hat im Einverständnisse mit dem Ministerium für die mobilen Garden eine provisorische Verordnung verfaßt und legt sie dem hohen Hause zur Genehmigung vor.

Wien, 17. Okt. Der Kaiser scheint einzulenken, die Stimmung des Landvolkes hat ihn belehrt. Wir glauben indessen noch nicht, daß so leicht Friede hergestellt wird, jedenfalls wäre dieser Friede ein fauler Friede und das wäre das größte Unglück, das die Sache der Freiheit, der deutschen Sache widerfahren könnte.

Wien 18 Okt. Immer nichts! Wien ist sehr unzufrieden, darüber, daß der Reichstag beschlossen den Landsturm nicht einzuberufen. Es geht die Nachricht ein, Jellasich laufe davon, seine flüchtigen Vorposten seien bereits in Murzzuschlag angelangt.

Berlin, 17. Okt. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung erhebt sich der Minister des Innern zu folgender Darlegung: Sie werden Alle von den Unruhen des gestrigen Tages gehört haben; ich wünschte Ihnen darüber einen ausführlichen Bericht zu erstatten, noch aber bin ich nicht dazu im Stande, da die Renseignements noch nicht alle eingegangen sind. Ich kann aber wohl erwähnen, daß die Unruhen sich vom Donnerstag herschreiben. Die Regierung hatte beschlossen, um die Arbeiter auch im Winter beschäftigen zu können, eine Maschine aufzustellen, welche das Wasser aus dem Kanal schaffen sollte. Diese Maschine ist von den Arbeitern zerstört worden. Es sind deshalb am Orte Bürgerwehrabtheilungen aufgestellt worden. Die Unruhen haben gestern Mittag wieder angefangen; es fanden Conflikte statt, von denen bis jetzt nur feststeht, da nähere Details noch nicht da sind, daß die Arbeiter die Veranlassung gegeben. Es sind drei Menschen getödtet; seitdem haben stets neue Zuzüge von Arbeitern stattgefunden, Barrikaden sind gebaut worden, die von Arbeitern besetzt und mit Feuergewehr vertheidigt worden sind. Im Ganzen sind bis jetzt 9 geblieben; darunter 7 Arbeiter, aber auch der Tod zweier braver Bürgerwehrmänner ist zu beklagen. Zwischen 9 und 11 Uhr war es zweifelhaft, ob die Bürgerwehr ausreichen würde. Der Sicherheitsausschuß erließ deshalb eine Requisition an das Militärkommando; es wurden sofort 2 Bataillone in Marsch gesetzt; nachher zeigte sich, daß die Bürgerwehr doch ausreiche, und die Bataillone wurden zurückgezogen. Gegen 11 Uhr war die Bewegung beendigt, die Nacht ist ruhig vorübergegangen. Wir haben das Weitere abzuwarten. Die Untersuchung wird auf das strengste geführt werden; die Leichen wurden besichtigt. Ich bedaure noch keine nähern Details mittheilen zu können. Es spricht sodann der Abgeordnete Temme zu einer faktischen Berichtigung: Gestern Abend verbreitete sich das Gerücht, es sollte Militär requirirt werden. Um die Unruhe, die sich darüber verbreitete, zu beschwichtigen, begaben der Abgeordnete Elsner und ich uns zu dem Sicherheitsausschuß und erfuhren daselbst, was der Minister eben mittheilte. Wir erklärten dieß der Bürgerwehr. Bei dieser Gelegenheit theilte uns die Bürgerwehr mit, plötzlich seyen in ihrem Rücken Constabler mit Schießgewehren erschienen; ich weiß nicht, ob Konflikte daraus entstanden sind, jedenfalls war die Gefahr dazu vorhanden, und ich verlange, daß Der, welcher sich den Uebergriff erlaubt hat, zur Verantwortung gezogen wird. Der Minister des Innern erwidert: Zwischen 5 und 6 Uhr hatte ich Ordre gegeben, daß die öffentlichen Plätze von den Constablern besetzt und sie selber zu diesem Zweck bewaffnet würden. Sie hatten aber keinen Auftrag, mit der Bürgerwehr zu agiren. Abgeordneter Otto stellt folgende dringende Interpellation: In der Sitzung am 7. Oktober erklärte der Justizminister Kisker: „Das Staatsministerium hat Vorbereitungen getroffen behufs Amnestirung." Ich interpellire nun das hohe Justizministerium: Weßhalb durch die im Staatsministerium getroffenen Vorbereitungen, eine Amnestie der trierer politischen Vergehen nicht herbeigeführt worden ist? Der Justizminister antwortet, daß die nothwendigen Vorbereitungen getroffen werden. Die Sache werde jetzt möglichst beschleunigt werden. Abgeordneter Otto kann sich damit nicht zufrieden stellen. Noch heute sey ihm ein Schreiben aus Trier zugegangen, welches mittheile, daß der Oberprokurator Beisler erklärt habe, der Thatbestand sey der Regierung schon längst mitgetheilt worden, und am 18., spätestens am 20. Okt. werde die Amnestie eintreffen. Die größte Bewegung herrsche in Trier. Die Regierung habe das bestimmte Versprechen der Amnestie gegeben, sie müsse also wohl schon damals unterrichtet gewesen seyn, zudem, da ein Mitglied am Ministertische sitze, das mit den dortigen Verhältnissen von früher genau bekannt sey. Der Minister des Innern: Es ist in der Versammlung mehrfach erinnert worden, daß die Amnestie ein Vorrecht der Krone sey; Sie haben gehört, wie die Regierung zur Ausübung dieses Rechts gedrängt wird. Ich kann nicht glauben, daß es die Absicht der Versammlung ist, es der Krone zu entziehen. Ich bitte die Versammlung, es nicht dahin kommen zu lassen, daß der Krone das ihr gebührende Recht abgedrängt werde. Abg. Dierschke stellt in Betracht des von der Nationalversammlung am 1. Sept. gefaßten Beschlusses über bessere Versorgung der invaliden Combattanten aus den Feldzügen von 1806 und 1813—15 die Frage, ob das Nöthige veranlaßt sey, und der Ministerpräsident erklärt, das Ministerium habe die betreffenden Behörden aufgefordert, möglichst schnell die Vorlagen zu machen. Die Sache sey im vollen Gange. Abg. Dierschke begnügt sich nicht damit. Statt ein Heer von Constablern zu errichten, hätte die Regierung den Invaliden die nothdürftige Unterstützung gewähren können. Die Dringlichkeit einer vom Abg. Pinoff gestellten Interpellation über Einziehung des ersten Aufgebots der Landwehr in mehren Theilen der Provinz Schlesien wird mit 171 gegen 152 Stimmen genehmigt und der Ministerpräsident antwortet auf die Bemerkung des Abg. Pinoff, die Größe der Truppenzusammenziehung lasse vermuthen, daß die Regierung einen besondern Feind bekämpfen wolle, der Bescheid sey sehr einfach. Von allen Seiten seyen aus Schlesien Andeutungen eingegangen, daß der Schutz des Eigenthums erforderlich seyn würde. Deshalb habe der commandirende General eingezogen drei Bataillone von 600 Mann, zwei Bataillone von 400 Mann und von dem 5. Armeecorps nur 200 Mann, eine sehr geringe Zahl! Es sey nöthig gewesen, den Behörden den nöthigen Spielraum zu gewähren, damit das Gesetz aufrecht erhalten werden könne. Abg. Oelsner meint, es sey unzulässig, daß Landwehren als Executionstruppen benutzt werden. Der Präsident Grabow berichtet noch über die Thätigkeit der an den König abgesendeten Deputation. Die an denselben gehaltene Rede sey zwischen den Mitgliedern der Deputation vereinbart und dem Ministerpräsidenten zur Kenntnißnahme vorgelegt worden. Im Schlosse Bellevue hätten sie dem König ihre Glückwünsche abgestattet. Er verliest nun die Rede. Die Antwort mitzutheilen, nimmt er Anstand, weil er sie nicht wortgetreu wiedergeben könne. Ein Concept sey ihm nicht mitgetheilt. Ferner theilt der Präsident mit, daß dem Abgeordneten Behrends eine Petition der Arbeiter übergeben worden. Der Abg. Behrends ersucht die Petitionskommission, schon heute zu einer Berathung zusammenzutreten, damit morgen der Bericht der Kommission berathen werden könne. Hiemit schließt die Verhandlung.

Berlin, 17. Okt. Gestern Abend an der Jakobs- und Roßstraßenecke noch heftiges Gewehrfeuer. Die Bürgerwehr ersteigt die Barrikade, ihr Hauptmann, der Hofvergolder Schneider, packt die dort aufgepflanzte rothe Fahne und sinkt, von 9 Kugeln getroffen, sterbend zusammen; des Nachts Ruhe unter bangem Verhalten der Bevölkerung, welche Plünderung fürchtet. Nur ein gewaltiger Grimm über die gefallenen Brüder hat die Erdarbeiter ergriffen; aber — zum Ruhme unserer Demokraten sey es gesagt — sie, die Clubführer an der Spitze, beschwichtigen die rasende Menge. Heute früh wieder allgemeiner Allarm in der Stadt. Das Haus des Bäckermeisters Schulz in der Rosenthalerstraße, der gestern Feuer kommandirt, wird mit Demolirung bedroht, doch von der Bürgerwehr mit Erfolg geschützt. Gegen Mittag ziehen gegen 5000 Erdarbeiter mit Fahnen vor die Nationalversammlung, — ein denkwürdiger, abenteuerlicher Zug. Abg. Behrends, schon gestern mit großem politischen Verstand einsichtsvoll und beschwichtigend wirkend, hält den Aufgeregten von der Freitreppe des Schauspielhauses eine kluge Anrede und empfängt ihre Petition, vier Punkte enthaltend, darunter Untersuchung gegen die Bürgerwehr, Versorgung der Hinterbliebenen, feierliches Begräbniß der Gefallenen auf öffentliche Kosten zc. Herr Rimpler läßt ein Plakat vertheilen, worin er versöhnliche Worte spricht; auch hier mischen sich wieder Demokraten unter die Gruppen, begütigend, zurückhaltend, abmahnend. Denn es heißt, General Wrangel sei mit seinem Generalstab bis an den Stern gerückt. Da geschah es, daß einzelne Arbeiter mit rasenden Gebärden, die Fäuste gegen die aufgestellte Bürgerwehr geballt, bis zur obersten Stufe der Freitreppe gedrängt waren, nur durch eine Glasthüre getrennt von dem Tempel der Kunst und der Volksvertreter. Endlich zogen die Massen mit Musik ab. Seitdem Ruhe, durch feierliches, den Demokraten gegebenes Wort von den Arbeitern verbürgt. Aber ihre Todten, im Vereine mit denen der Bürgerwehr, sollen im pomphaften Zuge begraben werden. — Die berliner lithographirten Nachrichten vom 17. Okt. bemerken zu dem bereits Bekannten: Unter dem Volke hört man beiweitem weniger über die Bürgerwehr als über die Constabler Klagen äußern. Selbst die im Schlosse niedergelegten Leichen sollen von der Rohheit dieser Polizeimannschaft nicht verschont geblieben sein. Die Erbitterung gegen dieselbe ist seit gestern unglaublich gesteigert worden. Die Zahl der im Schloßkeller aufbewahrten Leichen wird auf 28 angegeben. Verschiedene Personen, die sonst bei dem Volke Einfluß haben, waren vom Beginn des Kampfes bis zum Ende hin bemüht, zu vermitteln und zu versöhnen. Der Anlaß zu dem Conflikt war so geringfügig und schien zu den furchtbaren Folgen so wenig im Verhältniß zu stehen, daß man sich der Ueberzeugung nicht zu erwehren vermochte, der Streit sey geflissentlich und zu fremden Zwecken angefacht worden. Auf beiden Seiten gewann die Ansicht Raum, eine Partei bezwecke, die Bürgerwehr zu ermüden und das Heranziehen des Militairs nothwendig zu machen. Ein mehrfach genannter Mann, der sich besonders durch seine Agitationen unter der Landwehr zu Gunsten des Prinzen von Preußen bemerklich gemacht hat, soll unter den Arbeitern das Feuer vorzugsweise geschürt haben.

Berlin, 17. Okt. Die deutsche Centralgewalt hat den Prinzen Adalbert von Preußen aufgefordert, die oberste Leitung der deutschen Marineangelegenheiten zu übernehmen, und ihm die für diesen Zweck bestimmten 3 Millionen zur Disposition gestellt.

○ **Ulm**, 16. Okt. Gestern ward die Ruhe der hiesigen, mit Soldaten gleichsam ausgefütterten Stadt durch die Soldateska selbst, die zur Handhabung der Ruhe und Ordnung uns in so reichem Maaße von der Centralgewalt aus bescheert ist, sehr bedroht. Haufen Würtembergischer Soldaten stellten eine Hetzjagd auf die Oesterreicher an und hieben sie, da sie ihnen an Zahl überall um das zehnfache beinahe überlegen waren, aus allen Wirthshäusern, wo die guten Oesterreicher ihre Klöße und Kalbshaxen verzehrten, hinaus. Auch an den Straßen und Orten, die sie, um nach ihren Kasernen zu kommen, passiren mußten, erhielten sie tüchtig Schläge, sage Hiebe, denn es wurde wirklich mit Säbeln eingehauen! Kurz es war ein großer Skandal und die wilden Soldatenschaaren waren kaum zu bändigen. Allmählig schritten die Militärobern ein und brachten, nachdem sich Soldaten und Volk gegen 8 u. 9 Uhr Nachts verlaufen, die einzelnen in den Wirthshäusern versteckten österreich. Soldaten nach ihrer Kaserne auf der Wilhelmsburg. Hätten die erbitterten Württemberger aus manchen Wirthshäusern sie herausderhalten: ich glaube, sie hätten die Einzelnen in Stücke gehauen. Das ist freilich eine schlechte Bravour, wenn man zehn und zwanzig, einen in Stücke haut. Aber unser Soldat ist im Durchschnitte roh, und gereizt, kennt er keine Menschlichkeit. Die Oesterreicher hatten allerdings durch eine blutige Schlägerei und allerlei Neckereien und Verspottungen den deutschen „schwäbischen Brüdern" manche Veranlassung zur Erbitterung gegeben. Dennoch ist ein Betragen obiger Art empörend zu nennen, und zeigt, wie die Soldateska am Ende den Säbel gegen sich selbst wetzt, wenn sie so thatlos, wie heut zu Tage, daliegt. Denn die ganze Geschichte kam von einer Kirchweihschlägerei. Was haben auch unsere Soldaten anders zu thun, als den Bauch zu pflegen? Man brauche diese derben Fäuste zu einer ersprießlichen Arbeit und lasse das Volk nicht in dieser Weise hinlungern. — Heute fand das öffentliche Schlußverfahren in dem Preßprozesse L. J. Schabets, des Redakteurs des Württenberg. Seeblattes, statt. Schabet erschien übrigens nicht, ebensowenig ein Anwalt desselben. Der Staatsanwalt beantragte 2 Jahre Zuchthausstrafe, da Schabet der Majestätsbeleidigung und der Aufreizung zum Hochverrath schuldig sei. Die Strafe ward von dem Gerichtshofe in ein Jahr Festungsstrafe und Verurtheilung in die Kosten des Preßprozesses verwandelt. Schabet soll bereits in der Schweiz sein. Eine geschickte Vertheidigung hätte ihn wahrscheinlich von jeder Strafe frei gemacht.

Anzeigen.

Warnung.

Eine Partei sucht Unterschriften für den Abgeordneten Krafft. Prüfet wohl die Gründe und Vorspiegelungen, durch welche man Euch zu bestimmen sucht. Schon dass diese Partei die Oeffentlichkeit der Aufforderung zu diesen Unschriften scheut, kann Euch ein Fingerzeig sein, dass man Euch zu lichtscheuen Zwecken missbrauchen will.

Ein Bürger und Freund des Volks.

Volksversammlung.

Nach Beschluss des Centralausschusses der fränkischen Vereine für Volksfreiheit findet Sonntag den 22. October Nachmittags 1 Uhr bei Muggenhof zwischen Nürnberg und Fürth eine Volksversammlung Statt. Sämmtliche Vereine für Volksfreiheit und alle Freunde freier Volksentwicklung werden zu zahlreichem Besuch dieser Versammlung eingeladen, die in dem gegenwärtigen ereignisschweren, für die ganze Zukunft unseres Vaterlandes und der Freiheit entscheidenden Augenblick eine erhöhte Bedeutung gewinnt.

Im Namen des Centralausschusses
der Vorort:
Politischer Verein in Nürnberg.

Literatur.

Von dem freien Staatsbürger, von seiner Gründung bis 30 Sept., 70 Nummern, von denen nur Nr. 4 u. 15 fehlen, die jedoch keine wesentliche Lücken bilden, sind Exemplare à 48 kr. in der Expedition d. Bl. zu erhalten.

Gedruckt unter Verantwortlichkeit der Verleger, von Wilhelm Tümmel.
Expedition S. 39. im Gasthof zum König Otto 2te Etage.

Der freie Staatsbürger.

Erscheint an allen Wochentagen, am Sonntag nur ausnahmsweise auf einem Extrablatt. Preis in ganz Bayern vierteljährlich 1 fl. 30 Kr., halbjährlich 3 fl., jährlich 6 fl.

Organ der Demokratie.

Inserate werden die dreispaltige Petitzeile zu 3 Kr. berechnet. Die Abonnenten haben für die Hälfte des Abonnementpreises Inserate frei.

Nr. 21. Nürnberg, Montag den 23. Oktober **1848.**

Aus der Paulskirche.

L Frankfurt, 18. Oktober. Absichtlich habe ich nicht sogleich nähere Mittheilung über die Sitzung unserer deutschen Nationalversammlung vom 16. d. M. gemacht; sie war das würdige Seitenstück zu der gleichzählenden des Septembers; — beide Tage werden in der Geschichte des deutschen Volkes, wenn dasselbe überhaupt noch eine erhalten soll, als einzig und denkwürdig dastehen. Jener 16. September besiegelte trotz der Anstrengungen aller Freunde der Wahrheit und der Ehre die Schmach eines freien Volkes durch die Schwäche und Grundsatzlosigkeit der Mehrheit seiner Vertreter. Der 16. Okt. besiegelte die Schmach dieser Mehrheit überhaupt. Ich habe Ihnen nicht sogleich schreiben wollen aus jenem unpolitischen Gefühle — so möchte ich es nennen — das ich immer noch nicht los werden kann, daß ich Keinen zu hoch erheben, Keinen zu tief erniedrigen will. Ich hätte meine Feder in ätzendes Gift tauchen müssen für die jammerliche Kleinheit der Einen, und anderntheils fürchtete ich, meinem ersten Eindrucke zu folgen und zu viel zu sagen für die Angeklagten. Ich habe so den ersten Eindruck vorübergehen lassen. Statt schwächer zu werden, hat er sich entschiedener herausgebildet und ist zum klaren Bewußtseyn geworden. Jetzt kann ich schreiben, und ich thue es mit aller sittlichen Entrüstung eines redlichen Herzens, eines unverschrobenen Kopfes. Wer wie ich den Verhandlungen mit ungetheilter Aufmerksamkeit gefolgt ist, den nenne ich einen Heuchler oder Verblendeten, wenn er mir nicht Recht gibt. Erwarten Sie indeß keine Details von mir. Wer diese will, Dem rathe ich, den stenographischen Bericht zu lesen. Aber scharf und fest will ich Ihnen zeichnen, wie das Bild des Ganzen sich vor meine Augen gestellt hat. Sie sollen ein Daguerreotypbild erhalten, kein geschmeicheltes Portrait. Wer daran Anstoß nehmen sollte, den nenne ich einen Feind unserer jungen Freiheit, einen blinden und tauben Unbeholfenen, der sich mühsam durch belebte Gassen hilft und nichts sieht von dem Getreibe der Menge, nichts hört von dem Gewoge des Lebens. — Ich kenne die Redner des Tages, aber ich gestehe Ihnen aufrichtig, ich habe von den Einen nicht das Erhabene, von den Andern nicht die bodenlose Schwäche erwartet. Ich gestehe Ihnen mit 10 Rednern der Majorität, wenn ich ihnen Geltung verschaffen konnte, getraue ich mir jede Erhebung des Menschengeschlechts, jede Begeisterung zu verpfuschen, und mit 10 Rednern der andern Seite wie sie vorgestern auftraten, wage ich es ebenso die unwiderstehliche Propaganda der Vernunft und der Freiheit zu machen — nur nicht in der Paulskirche. Zuerst sprach Zimmermann von Stuttgart, die seltene Professorenperle des Hauses, die grundehrliche schwäbische Seele, der in Schrift und Leben so liebenswürdige Geist. Ernst und ruhig weist er die maßlosen Verdächtigungen zurück, welche von allen Seiten gegen die äußerste Linke geschleudert worden. Weit über das Maß hinaus habe die Parteileidenschaft sich der Gegenstände bemächtigt; anders werde die Geschichte urtheilen. Wenn Freiheits- und volksfeindliche Zeitungen schmähten, darüber ließe sich stillschweigend hinweggehen in dem Bewußtsein der Achtung von Seite der Wähler und des Vertrauens des Volkes, aber auf Stimmen, die inmitten dieses Hauses laut geworden, seien sie die Antwort schuldig. Können Sie glauben, daß der Redner, als er auf das Erzeugniß eines wahnwitzigen Kopfes (die sogenannte Schwanenrede Jahn's), den man von Zeit zu Zeit von Unsinn und Leidenschaft strotzende Anträge und Interpellationen ungerügt in's Haus schleudern läßt, kaum unterbrochen wurde? Daß man so die Vertheidigung zu beschränken wagte? Wohl! Die Welt soll lernen, daß rücksichtslose Gerechtigkeit eher zu finden ist bei dem Schulzen eines kleinen Dorfes, als in dem hohen Hause der Vertreter eines freien Volkes! Da mochte auch uns der prophetische Gedanke des Redners erschüttern, daß der Kampf kommen dürfte zu einem großen tragischen Schlusse und die Verblendeten, die den drohenden Sturm nicht sehen, beherzigen möchten, **Maß zu halten und Gerechtigkeit**, schon deshalb, weil das Uebermaß der Gottheit mißfällig ist. Nun bemüht sich Plathner das Gericht gegen den Vorwurf eines politischen Tendenzprozesses zu verwahren! Er scheint das Erbe eines Geschiedenen an sich genommen zu haben, wir gestehen aber, daß er das ihm Zugefallene ziemlich langweilig genießt und anwendet. Er konnte dem folgenden Redner nur zur Folie dienen, wenn dieser einer bedurft hätte. Aber in eigenem, nicht gediehenem Glanze, in scharfer, klarer Weise strömten die Gedanken des geistreichen Professors von Gießen (eine zweite seltene Perle!) in Worte über. Wir hörten jedenfalls eine seiner glänzendsten gediegensten Reden. Auf den politischen Standpunkte stellte er sich und warf ein helles Licht auf die Ursachen der Aufregung, über welche die Wähler für Ordnung und Ruhe stets ihr Zetergeschrei ertönen lassen. Das freilich mögen sie nicht hören, die Heuchler und geistig Schwachen, die mit dem Einen Fuße kaum in der Neuzeit, die wie ein Blitz vom Himmel überraschend über sie gekommenen und ihr elendes Flickwerk und ihre politischen Kartenhäuser zertrümmert und zerstäubt, mit der alten noch kokettiren und mit einigen Schminkpflästerchen die Runzeln des Alters zu verdecken und den Schimmer der Jugend trügerisch hervorzuzaubern sich vergeblich bemühen! Das mögen sie nicht hören, daß das Toben des empörten Volkes, das seine Ketten zerbrochen, an die man es immer wieder zu schmieden trachtet, Geist und Herz dessen, der mit fein zergliedernder Hand dem Gewebe der Ursachen und Wirkungen folgt, ruhiger lassen, weniger zum Erstaunen, zum Entsetzen bringen, als der kalte eisige Hohn derer, die in doktrinärer eitler Weisheit dem ewigen Gesetze der Entwicklung seine Richtung vorzuschreiben sich anmaßen, die mit den Fäden, gesponnen aus den Wurzeln des Giftbaumes, die Geschicke der Welt gängeln zu können träumen und das ewige Recht, die heil'ge Freiheit, die Wünsche und Beschwerden der Völker mit Füßen treten! Warum wurden sie unruhig, diese Stereotypen der Beschränktheit und Hohlheit, bei den Worten des Redners, als hätte ihr Gewissen sie aufgestachelt, warum konnte er sie wieder einlullen mit dem Worte: Guizot? Wie sie klatschen bei hohlen Phrasen, bei den kalten Niederschlägen, welche ihre Weisen in ihren Laboratorien präpariren, und wild werden, wenn von etwas Lebendigem, Gegenwärtigem geredet wird! Das freie Wort belästigt sie wie eine Mücke. Die Unglückseligen! Darum zählen sie auch die Bajonnete, nicht die Herzen; sie wissen nicht, daß es in unsern Tagen nur das Herz ist, welches siegt, welches erobert. Dort, sagt der Redner, wo man ein gestürztes System, das Jahrhunderte das Volk geknechtet, ihm zurückbringen möchte um jeden Preis, und sei es das Blut desselben Volkes, dort, wo man die Schwerter haarscharf geschliffen, die Gewehre mit dem tödtenden Bleie geladen und dies dem Volke in's Gesicht zu schleudern gewagt, dort, wo man halsstarrig und hartnäckig jeden Fußbreit Erde vertheidigt, dort, wo man ein edles Volk zum Verzweiflungskampfe zwingt — dort sucht die Quelle der Aufregung. Im Hofgeschmeiße, in verrätherischen

Kamarillen, dort findet Ihr sie. Die fanatisch zur Ordnung und Ruhe Aufwiegelnden; die sich nicht entblödet zu sagen: man müsse die ganze Brut einer Partei mit Kartätschen niederschießen, bereiten die Brutalität; von oben nach unten filtrirt sie sich durch, und was oben nur in Gedanken sich erging, wird unten zur That. Hier möchten wir nur Eines bemerken. Nicht allein die sublimirte, aus der Retorte grenzenloser Verderbtheit in raffinirter Verfeinerung hervorgegangene Brutalität, nicht allein grausame höhnende Gedanken-Brutalität finden wir in den höhern Schichten; auch die thatsächliche, in abschreckendes Fleisch und Blut verwandelte können wir da treffen. Sollen wir die Blätter der Geschichte aufrollen? Wir wollen es uns ersparen. Mögen **die** sie studiren, welche „auf hochgehender See jede Welle fragen möchten, welcher Wind sie denn aufgeregt, jeden Tropfen, wer ihn angetrieben, gegen das Gestade zu rollen und an ihm zu wühlen?" Aber für **die** freilich, welche an keine Geschichte glauben, gibt es auch keine; sie fühlen den Flügelschlag der Revolution nicht, sie können höchstens versuchen wollen, den Flügeln kindisch die Federn auszurupfen — wenn es ginge. Auch **Vogt** warnt davor, politische Ansichten influiren zu lassen. (Schluß folgt.)

Deutschland.

Frankfurt, 19. Okt. (99. Sitzung der konstituirenden Nationalversammlung.) Der für die österreichische Frage niedergesezte Ausschuß beantragt: 1) Die von dem Reichsministerium verfügte Absendung von Kommissarien nach Wien, worin sie ein Mittel zur Verhütung des Bürgerkrieges und eine Gewähr zur Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung erblickt, gutzuheißen. 2) Das Reichsministerium aufzufordern, nach Maßgabe der von diesen Kommissarien eintreffenden Berichte sogleich die weiteren erforderlichen Schritte zu thun, auch zugleich jede zum Schutz der deutschen Interessen in Oesterreich erforderliche Maßregel zu ergreifen, und darüber der Versammlung zu berichten. (Das heißt, die Majorität hat troz der drei Sitzungen in zweimal 24 Stunden — **gar nichts** beschlossen.) Das Minoritätsgutachten geht dahin: das Reichsministerium aufzufordern: 1) Bei dem gegenwärtig eingetretenen Zustand Oesterreichs alle in Frage stehenden Interessen Deutschlands in Schutz zu nehmen und mit allen Kräften Deutschlands zu unterstützen. 2) Sorge dafür zu tragen, daß alle in österreichisch-deutschen Landen befindlichen Truppen nur den verfassungs- und gesezmäßigen Behörden Oesterreichs zur Verfügung gestellt werden. 3) Die Ausführung und Verwirklichung dieser Beschlüsse unmittelbar den nach Wien abgesandten Kommissarien zu übertragen. Hierauf folgen nachstehende Interpellationen: von Franke: Welche Maßregeln hat das Ministerium ergriffen, um dem feindlichen in Widerspruch mit dem Waffenstillstand zu Malmöe stehenden Verfahren Dänemarks gegen Schleswig-Holstein kräftig za begegnen? von v. Reden: 1) Hat der deutsche Gesandte in Kopenhagen über eine Verfügung der dänischen Regierung vom 4. d. M., die Hinwegnahme mehrerer schleswig-holsteinischen Schiffe betreffend, Anzeige gemacht? 3) Ist deren Inhalt mit dem Waffenstillstande vereinbar? 3) Hat das Ministerium die Absicht, die Aufhebung dieser Verfügung zu erwirken? 4) Welche Schritte zur Schadloshaltung der Schleswig-Holsteiner wird das Ministerium thun? Nachdem der Reichsminister v. Schmerling versprochen, nächsten Montag zu antworten, stellt Mölling noch folgende Interpellation: Bei Gelegenheit der Berathung über den Waffenstillstand zu Malmöe sei der Beschluß gefaßt worden, Preußen und die übrigen deutschen Regierungen nachdrücklich zum Anerkenntniß des Gesetzes über Zentralgewalt aufzufordern, ist nun deßhalb das Geeignete verfügt worden und in welcher Weise, und hat diese Verfügung einen Erfolg gehabt, und welchen? — Diesen Interpellationen folgen dringliche Anträge von Jahn (Gelächter). Die Regierungen von Preußen und Sachsen und die Truppen von Anhalt und Thüringen zum Schutz von Mähren aufzufordern und beziehentlich zu verwenden (Gelächter). Jahn erhält das Wort zur Begründung der Dringlichkeit nicht, troßdem daß sich die ganze Linke dafür erhebt. — Dann beantragt Liebelt, die Posener Frage einer nochmaligen Berathung zu unterwerfen. (Gelächter rechts; von der Linken: da ist nichts zu lachen.) Präsident: diese Seite übt nur die Reziprozität. Sie haben bei Jahns Antrag auch gelacht. Liebelt erhält natürlich das Wort zur Begründung der Dringlichkeit dieses Antrags nicht. Ohm fragt das Präsidium, warum der Abgeordnete Werner aus Oberkirch in Baden, der notorisch gewählt ist, wie auch das Reichs-Ministerium bereits öffentlich anerkannt hat, und der seit 14 Tagen um die vorläufige Zulassung nachsucht, dieselbe bis heute noch nicht erhalten hat? Und als Präsident ihn auf den Beschluß der Nationalversammlung verweist, daß diese vorläufige Zulassung nur gegen Vorzeigung der Legitimationsurkunde ertheilt werden könne, stellt er den dringlichen Antrag: den Abgeordneten Werner sofort an den Berathungen und Beschlüssen Theil nehmen zu lassen, und das Präsidium zu beauftragen, die Wahlakten von der badischen Regierung einzufordern. Präsident bemerkt, daß Letzteres bereits geschehen sey und der Antrag wird nicht für dringlich anerkannt. Wichmann interpellirt den internationalen Ausschuß wegen des Berichts, die Entschädigungen für die durch den Krieg mit Dänemark herbeigeführten Verluste betreffend. Zachariä erwidert, daß zwar die Sache in Berathung gezogen, auch ein Bericht auszuarbeiten angefangen worden (Gelächter), daß aber die Sache zurückgelegt worden sey. Man geht zur Tagesordnung über, zur Berathung des aus dem Zusammenhang herausgerissenen Abschnittes der Verfassung, das Reich und die Reichsgewalt betreffend. Schreiner hat den präjudiciellen Antrag gestellt: die zweite Abtheilung, die Reichsgewalt zuerst zu berathen. Der Antrag wird abgelehnt, troßdem daß der Reichsminister v. Schmerling sich dafür erhebt. Die Berathung des Art. 1 beginnt, die Amendements dazu werden verlesen; man beschließt, darüber zu diskutiren. Dieser Artikel in einem einzigen Paragraph lautet: „Das deutsche Reich besteht aus dem Gebiet des bisherigen deutschen Bundes. — Die Verhältnisse der Herzogthümer Schleswig und die Gränzbestimmung des Großherzogthums Posen bleiben der definitiven Anordnung vorbehalten." Claussen greift die Bestimmung in Betreff Schleswigs an und verlangt sofortige definitive Entscheidung über diese Frage. Franke, bekannt durch seinen Antrag in der Malmöer Waffenstillstandsfrage, tritt Claussen entgegen; er erkennt freilich an, daß es auffällig sey, daß ein Schleswiger einen Holsteiner bekämpfe, und versucht der Versammlung glauben zu machen, daß neun Zehntheile der Bevölkerung in Schleswig-Holstein hocherfreut über den geschlossenen Waffenstillstand seyen. Er ist für den Entwurf. Hagen weist in einem längern aber vortrefflichen Vortrag nach, wie im Lauf der Geschichte, der natürliche Zusammenhang der deutschen Stämme durch den unnatürlichen Organismus und die Willkür des Fürstenthums zerrissen und zersplittert und das Volksthum durch das Fürstenthum, das nur Tyrannei, Gewalt, Rechtswidrigkeit und also Anarchie repräsentire, aufgelöst worden sey. Daher die naturwidrige Gebietseintheilung in Deutschland. Ein naturgemäßes Prinzip sey in dem von Schaffrath gestellten Antrag, die künftige Eintheilung Deutschlands in 21 Provinzen betreffend, enthalten, für welchen er sich unter großem Beifall verwendete. Nach ihm spricht der Reichsfinanzminister von Beckerath und nach diesem sagt Esmarch: die Rede Franke's wird Anklang in Kopenhagen finden. Darin findet Präsident eine Verdächtigung und weist ihn zurecht. Widerspruch von der Linken. Präsident: Sie haben nicht das Recht hineinzusprechen, wenn und wie ich mein Amt verwalte. Neuer Lärm. Esmarch. Ich habe nur gesagt, Franke's Rede werde Anklang in Kopenhagen finden. Präsident: Ah! das habe ich nicht verstanden. Esmarch fährt fort: Schleswig habe ein Recht durch seine Verbindung mit Holstein für deutsches Land anerkannt zu seyn, es habe aber auch dies Recht seiner Bevölkerung nach und wegen deutscher Gesinnung derselben. Er bevorwortet Claussens Antrag. Beseler meint, es sey Franke's Aeußerungen mehr zu trauen als denen Esmarchs. Er wisse, daß es Vereine in Schleswig gebe, deren Zweck sey, das Volk gegen den Waffenstillstand aufzustacheln. (Sollte das noch nöthig seyn?) Schwärmt für Freundschaft mit Dänemark, und hält einen langen Kathedervortrag, natürlich für den Entwurf. Unter Gottes Hülfe will er mit starker Hand später das ausführen, was Deutschlands Ehre erheischt. Ihm folgt auf der Rednerbühne Gravell, der lange, aber unverständlich spricht. Nachdem er oftmals durch den Ruf: wir verstehen nichts, unterbrochen wird, beantragt er, zu den stenographischen Berichten zu bemerken, daß man ihn nicht verstanden habe, und er deshalb unwiderlegt bleiben werde. Endlich wird es selbst dem Präsidenten zu langweilig, der ihn dringend auffordert, endlich zu §. 1. zu kommen. Liebelt erklärt sich gegen den Entwurf im Interesse Posens, welches zu Deutschland zu ziehen die Nationalversammlung ohne Zustimmung der widerstrebenden, größtentheils einer andern Nationalität angehörigen Bevölkerung,

nicht das Recht habe. Jordan trägt in seiner bekannten Weise einige Lehrsätze aus dem eingebildeten Schatz seines staatsmännischen Wissens vor. Liebelt erklärt, nachdem ihm das Wort zu einer persönlichen Erwiderung gestattet worden, er sey ein Pole und müsse die Verdächtigungen Jordans, namentlich daß die Polen überall die rothe Republik vertheidigt hätten, auf sich beziehen. Er weist diese Beschuldigungen energisch von der polnischen Nationalität weg und vindicirt ihr ebenso das Recht ihre Freiheit anzustreben, als dem deutschen Volke; wobei es ihm nur mit Mühe gelang, dem Geschrei der Rechten gegenüber, das ihm fast nach jedem Wort entgegen tönte, sich Gehör zu verschaffen. Nachdem Rießer die Schlußvertheidigung des Verfassungsentwurfs gesprochen, brachte der Präsident die eingelaufenen Amendements zur Unterstützung; diese wird außer den oben erwähnten, bereits durch Unterschriften unterstützten Anträgen Schaffrath's und Jenny's nach „Posen“ einzuschalten: „und des österreichisch-illyrischen Küstenlandes —“ nur dem von Liebelt zu Theil: „Das deutsche Reich ist ein Föderativstaat auf der Basis der Volkssouveränetät. Die Gebiete der einzelnen deutschen Föderativstaaten bilden das Gebiet des deutschen Reichs. Die Aufnahme nichtdeutscher Gebietstheile in das deutsche Reich kann nur mit Zustimmung eines aus direkten Urwahlen hervorgegangenen Landtags der betreffenden Provinz und auf Vermittlung der betreffenden Regierung erfolgen.“ Auf Biedermann's Antrag beschließt man wieder höchst unlogisch die beiden Abtheilungen des §. 1. auf einmal zur Abstimmung zu bringen; er wird in der vom Verfassungsausschuß vorgeschlagenen Fassung angenommen. Noch werden zwei Erklärungen von Esterle und Marsilli und von Dahlmann, Michelsen, Francke und Droysen vorgelesen, von denen die ersteren im Sinne ihrer Wähler sich der Abstimmung enthalten haben, letztere dagegen sich verwahren, als liege in der Annahme des §. 1. eine Verläugnung der bereits beschlossenen Aufnahme Schleswigs in den deutschen Bund; endlich verwahrt sich Liebelt ebenfalls gegen alle Consequenzen des heutigen Beschlusses in Betreff Posens, im Namen derjenigen Einwohner dieses Landes, welche nicht Deutschland einverleibt werden wollen; worauf Kerst sich eine entgegengesetzte Erklärung vorbehält. Schlöffel verlangt das Wort zur Verlesung einer Petition der Einwohner zu Striegau, um Ausschreibung neuer Wahlen zur Nationalversammlung, es wird ihm verweigert und hierauf die Sitzung geschlossen.

* Nürnberg, 23. Okt. Gestern früh war die hiesige Bevölkerung in einer ungewöhnlichen Bewegung, und doch handelte es sich nur um die Taufe des Kindes eines hiesigen Bürgers, des Mechanikus Stich. Dieser hatte die Taufpathenstelle bei diesem Akt dem von hier polizeilich ausgewiesenen Journalisten Gustav Diezel übertragen, und da die Polizei es doch allzu riskirt finden mochte, den Bürgern auch noch das Recht zu beschränken, die Taufpathen für ihre Kinder nach ihrem Gefallen zu wählen, so hatte sie sich herbeigelassen, Diezel den Aufenthalt für diesen Zweck hier zu gestatten. Theilnahme einerseits, Neugierde denjenigen zu sehen, dem die Polizei durch die hartnäckige Weigerung, den gegen ihn gefaßten durch nichts gerechtfertigten Ausweisungsschluß zurückzurückzunehmen, eine allzugroße Bedeutung beigelegt, andrerseits brachte eine ungeheure Menschenmenge auf die Beine, und die Strassen, durch welche der Zug in die Kirche ging, wie diese Kirche selbst waren mit Menschen dicht angefüllt. Nachmittags sollte Volksversammlung zwischen hier und Fürth sein, die jedoch durch das schlechte Wetter vereitelt wurde. Die Deputationen der verschiedenen Vereine für Volksfreiheit begaben sich daher hieher, wo im Saale des Bamberger Hofs eine Versammlung abgehalten wurde. Der politische Verein, der Vorort der fränkischen Vereine für Volksfreiheit, überreichte hier dem Gründer des Vereins, Diezel, einen schon gearbeiteten silbernen Pokal; Deputationen der Arbeitervereine der Umgegend drückten demselben Anerkennung und Dank für seine Wirksamkeit aus. In der Anhänglichkeit und Liebe, welche sich überall für Diezel kundthaten, darf man nichts anderes als den Beweis dafür finden, daß die Demokratie hier und in ganz Franken tiefe Wurzeln geschlagen hat. — Das Militär war wieder nach der gewöhnlichen Weise in die Kasernen consignirt, was die Soldaten hoffentlich nicht den Demokraten auf Rechnung setzen werden. Diese haben in Nürnberg und Franken stets bewiesen, daß sie der Polizei und des Militärs nicht bedürfen, um die Ruhe zu erhalten, die im Interesse ihrer Sache liegt. Diezel reist heute mit einem fränkischen Landmann, Seybold, aus Almoshof nach Berlin zu dem dort stattfindenden Congresse deutscher Demokraten ab. Beide sind von den fränkischen Vereinen für Volksfreiheit als Abgeordnete dahin gewählt worden.

§ München, 21. Okt. Die N. M. Zeitung bleibt sich konsequent. Die Demokraten haben den Krawall veranstaltet. Sie, die vor keiner Lüge zurückschreckt, mag sie auch noch so plump und handgreiflich sein, behauptet geradezu, es seien gar keine Soldaten beim Crawall betheiligt gewesen, sondern man habe die Krawaller nur in Soldatenuniformen gesteckt, um das Militär zu kompromitiren! Was man vor ein paar Wochen in Berlin ersann, daß die Demokraten ihre eigenen Leute in Soldatenuniformen stecken, das gibt jetzt die N. M. Zeitung in einer neuen verschlechterten Auflage. Nur Schade, daß die Lüge hier zu dumm angewendet ist, denn daß die Soldaten in München bei Bierkravallen niemals fehlen, haben wir nicht erst am 18. Oktober zu erfahren nöthig gehabt.

= München, 22. Okt. Münchens Bürger haben sich erröthend, ob der Vorgänge vom 18. Oktober aufgerafft, um Genugthuung zu verlangen von denen, die an diesem Tage die Zügel in Händen hatten. Gestern berief ein Anschlag, von 6 Bürgern der Stadt unterzeichnet, alle Freikorps und die Landwehr zu einer Versammlung in den Zweibrückensaal, um, wie es auf demselben hieß, „Maßregeln für die Sicherheit der Stadt zu besprechen.“ Die Versammlung war äußerst zahlreich besucht, und sie trug dem Herrn Dr. Herrmann aus der Märzbewegung (mit Dr. Greiner Lenker derselben), allgemein bekannt, die Abfassung einer Adresse an den König auf. — Der Demokrat Herrmann (er war unter den 8 Verhafteten) entwarf die beifolgende Adresse, nachdem er der Versammlung die Bedeutung des Augenblicks noch an's Herz gelegt, welche mit stürmischer Akklamation denn auch angenommen wurde. — Heute liegt sie auf dem Rathhause und der Studenten-Hauptwache auf, und morgen wird sie an den König abgesendet. Das Resultat werde ich dann sogleich mittheilen. — Die Stadt ist ruhig, starke Patrouillen ziehen Abends durch die Stadt. — Die Wuth gegen die Behörden ist allgemein, Polizeidirektor, Stadtkommandant und Regierungspräsident werden wenigstens ihre Stellen aufgeben müssen. Die Adresse lautet: Die Tage des 16., 17. und 18. Oktobers waren Zeugen frevelhafter Angriffe auf Leben und Eigenthum unserer Stadt. Niemals hat Bayerns Metropole solchen Gräuel der Verwüstung geschaut, aber auch nie eine solche Schwäche und Rathlosigkeit jener Behörden, denen der Vollzug der Gesetze anvertraut ist. Das Gefühl der Unsicherheit ist allgemein. Majestät! wir wollen rechtzeitige und kräftige, wie nicht minder humane Handhabung der Gesetze, damit wir für Leben und Eigenthum wahrhaften Schutz haben, und nicht nach Gefährdung dieser großen Güter noch der Herrschaft des Standrechts verfallen. Diejenigen Personen, denen in den verflossenen Tagen der Gefahr die Erhaltung der öffentlichen Sicherheit Pflicht war, — die diese Pflicht in mehr als befremdender Weise versäumt haben, sind sofort zu entfernen und zur Rechenschaft zu ziehen. Aber auch für die Zukunft muß eine bessere Bürgschaft der öffentlichen Sicherheit geschaffen werden. Wir wollen diese selbst übernehmen. Es kann kein Zweifel seyn, daß sich der bisherige Verwaltungs-Organismus zum Schutze unseres Lebens und Eigenthums als unbrauchbar erwiesen hat. Wir verlangen deßhalb, daß der Chef der Sicherheitspolizei mit voller Verantwortlichkeit unabhängig gestellt und der bewaffnete Schutz dessen, was uns neben dem Vaterlande das Theuerste ist, unter allen Umständen dem sogleich frei zu wählenden Kommandanten der Landwehr und Freikorps anvertraut werde. Der nächste Landtag muß unseren Stadtbehörden die Handhabung der Sicherheits-Polizei zurückgeben und ein Gesetz schaffen, wonach jede Gemeinde für allen Schaden haftbar ist, der aus Störungen der öffentlichen Ruhe entspringt. Es ist ein unabweisliches Bedürfniß, daß dem im Landtagsabschiede vom 23. Mai 1846 §. 8 Nr. 1 durch die Stände des Reichs gestellten Antrage unverweilt Folge gegeben werde. Für alle unsere Mitbürger aber, welche durch die traurige Katastrophe der jüngsten Tage zu Schaden kamen, fordern wir von der Staatsregierung sofortige volle Entschädigung, weil durch einigermaßen rechtzeitige Vorkehrungen von Seiten ihrer Organe die schaudererregenden Angriffe auf Leben und Eigenthum ohne allen Zweifel hätten abgewendet werden können. Majestät! Die Freiheit hat nichts gemein mit dem Verbrechen. Sie will Gesetze, gestützt auf die Ueberzeugung — auf den Willen der Bürger. Wo

ihre Herrschaft waltet, da ist Freiheit, — da ist unerschütterliche Achtung vor dem Gesetze und die Kraft, für dasselbe einzustehen. Wer diese Bürgschaft des Friedens schafft, dem wird das Volk die Krone der Liebe, — die Geschichte den unverwelklichen Kranz ruhmvoller Vergeltung auf's Haupt setzen! München, 21. Okt. 1848.

Wien, 19. Okt. Nach der großen Aufregung, die der für gestern erwartete Angriff der kroatischen durch die ungarische Armee hier erregte, wirkte die durch Schuselka als Berichterstatter des genannten Ausschusses in der Reichstagssitzung von gestern Vormittag mitgetheilte Nachricht, die ungarische Armee ziehe sich auf Befehl des ungarischen Reichstages wieder auf ungarischen Boden zurück, desto niederschlagender. Es ging damit die hauptsächlichste Hoffnung Wiens verloren; schon hatte unser Bürgerwehrkommandant Messenhauser mitgetheilt, auf welche Weise (durch Alarmirung und eine weiße Rauchsäule vom Stephansthurme) der Beginn der Schlacht bekannt gemacht würde, im Lager, das im Belvedere und Schwarzenberggarten von einem Theil der Wiener Bürgerwehr (das Lager soll 15,000 Mann fassen) bezogen wird, waren schon die Anstalten zur Unterstützung der Ungarn getroffen — und diese ziehen sich jetzt zurück, während Windischgrätz mit seiner Armee immer näher kommt, die Sage meldet ihn schon am Tabor, und der Kaiser in Ollmütz unversöhnlich scheint. Eine russische Note, daß im Fall des Einrückens der Ungarn, auch Rußland interveniren werde, soll den Rückzug Moga's veranlaßt haben; wahrscheinlicher aber ist, daß Pesth selbst durch die Serben auch bedroht ist und daher der Armee bedarf. Die Stadt selbst ist seit ein paar Tagen vollkommen ruhig; die Barrikaden sind größtentheils abgetragen und nur die verrammelten Thore (nur einige sind zum Fahren frei) und das aufgerissene Pflaster erinnern, daß der Feind vor den Linien steht. Auf den Linienwällen freilich sieht es anders aus; da lagern Bewaffnete, da plänkeln draußen Kroaten, da fliegen die Kugeln, wenn sich mehrere zusammen auf dem Walle zeigen. Ohne Erlaubnißschein darf Niemand sich unterstehen, die Linie zu passiren, und Männer erhalten schon seit mehreren Tagen gar keine Erlaubniß dazu. Uebrigens sollen sich die Kroaten in den Dörfern ziemlich gut benehmen, während über das Verhalten der Auerspergischen Armee viele Klagen einlaufen. Wie übrigens die Stimmung der Armee gegen Wien sey, mögen Sie aus Folgendem entnehmen: Der Abgeordnete Sturm aus Südsteier kehrte dieser Tage von einem Urlaube nach Wien zurück. In Neustadt wurde er von einer Patrouille ergriffen und mißhandelt. Er berief sich auf seine Stelle als Reichstagsabgeordneter; da entgegnete der Offizier: „Er kenne keinen Reichstag in Wien; da sitzen bloß die bluttriefendrn Mörder Latours und über diese seyen schon die Würfel geworfen."

Wien, 20. Okt. Reichstagssitz. Schuselka als Berichterstatter des permanenten Sicherheitsausschusses meldete der Kammer, daß der Gouverneur von Steiermark das Ansuchen gestellt habe, ihm die Namen jener Deputirten mitzutheilen, die ihre Plätze verlassen haben. Ueber Antrag des Ausschusses wurde diesem Gesuche entsprochen und es zeigte sich, daß nur 3 der steiermark'schen Deputirten abwesend, alle übrigen aber in der Kammer gegenwärtig waren. Wegen Einberufung aller abwesenden Deputirten wurde beschlossen, einen Aufruf in allen Provinzialamtszeitungen an dieselben zu erlassen und sie aufzufordern, binnen 10 Tagen vom Tage der Kundmachung desto gewisser vor der Kammer zu erscheinen, oder ihre Abwesenheit zu rechtfertigen, widrigens für selbe neue Wahlen ausgeschrieben werden würden. Schuselka berichtet, daß ein neues Plakat die Ankunft der Ungarn abermals melde. Es heißt darin, die ungar. Armee würde die Gränze überschreiten, wenn der Reichstag eine Aufforderung dazu ergehen lasse. Dieß sei aber eine Bedingung der Unmöglichkeit, da der Reichstag dem Monarchen den Krieg nicht erklären könne. Der Sicherheitsausschuß habe indeß Alles gethan, indem er die von den Ungarn an den Reichstag gerichtete Adresse in der Kammer vortrug, in welcher auch dieses Begehren nicht gestellt, sondern nur gesagt sei, die Ungarn würden den Jellachich verfolgen und sich so auf völkerrechtlichen Boden stellen. Da endlich die Ungarn jetzt zu Ollmütz in Unterhandlung stehen, müßte der Ausschuß gegen einen ähnlichen Aufruf sogar protestiren. Gestern Abends verbreitete sich das Gerücht, daß in der Lombardei eine Revolution, namentlich in den Städten Mailand, Como und Padua ausgebrochen sei. An hiesige Handlungshäuser angekommene Briefe sprechen wirklich von einem neuen Revolutionsausbruche in Italien. Der Gemeinderath sendet eine aus drei Mitgliedern bestehende Deputation an den Erzherzog Johann, um ihn zu bewegen, die an den Kaiser gesendete Adresse zu unterstützen. — Aus Kroatien sind uns Berichte eingelaufen, welche, wenn wir die Stimmung der hier anwesenden Grenzer und Kroaten betrachten, nicht ohne Bedeutung zu seyn scheinen. Die Kroaten waren bis jetzt der festen Meinung, daß Jellachich den ungarischen Krieg nur führe, um sie von dem Joche der Magyaren zu befreien. Da sie aber jetzt sehen, daß man ihre Kräfte als Mittel für die Zwecke der Kamarilla gebraucht, so finden sie sich getäuscht und protestiren bereits gegen solches Treiben. Unsere Vorposten, welche den Kroaten so nahe stehen, daß sie ein Gespräch führen können, erzählen, die Kroaten äußern sich fortwährend, sie seien größtentheils Familienväter, wollen die Wiener gar nicht beleidigen und würden recht gerne in ihre Heimath zurückkehren, woran sie aber gehindert sind, weil der Ban gedroht hat, er werde Jeden aufhängen lassen, der vom Nachhausegehen nur ein Wort spricht. Die Abgeordneten der Linken der deutschen Nationalversammlung in Frankfurt, Blum, Fröbel, und Hartmann erklären in einer durch Anschlag publicirten Adresse daß sich die heldenmüthige Bevölkerung Wiens um die Freiheit von ganz Deutschland verdient gemacht habe, und Deutschland sich bemühen müsse, ihr, in Beziehung auf das rege Freiheitsgefühl und Aufopferungsfähigkeit gleich zu kommen. — Die beiden Abgeordneten der Frankfurter Reichsversammlung Hrn. Welker und Mosle sind bis jetzt hier noch nicht eingetroffen, und sollen sich auf gradem Wege zum Kaiser nach Ollmütz begeben haben. Die Vorposten des fürstl. Windischgrätz'schen Armeecorps stehen nun gleichfalls hart an den Linien Wiens. Die Haupttruppe wird zwischen Wolkersdorf und Stammersdorf ein Lager beziehen. Die Insel Lobau wird jetzt auch mit Kanonen besetzt. — Seit gestern ist es eine Unmöglichkeit aus der Stadt zu kommen, ohne ein Wer da? der Vorposten beantworten zu müssen. Von allen Seiten hat man das alte Wien abgeschlossen und die Einwohner ihrem Schicksale überlassen. Der Kaiser soll gesonnen seyn, die Volksbewegungen im Wege des Friedens zu schlichten; auch Minister Wessenberg soll dazu angerathen haben; allein die militärische Umgebung des Kaisers will nur eine Vermittlung des Schwertes und macht alles Andere unmöglich, was nicht Blut fordert. Es fließe! Uns hier kann es im Falle der Nothwendigkeit nicht erschrecken! Die Schuld desselben falle aber auch auf jene, die blutdürstig die Freiheit des Volkes in Strömen Bürgerblutes erkaufen wollen.

Wien, 20. Oktober, Nachmittags. In unseren Zuständen hat sich seit gestern wenig geändert. Die Leopoldstadt und Jägerzeile wird gegen die Truppen des Windisch-Grätz im großartigsten Maßstabe verbarrikadirt und mit Kanonen versehen. Man spricht auch vom Aufwerfen deckender Schanzen und will die Donaubrücken in Brand stecken; welches aber schon des dadurch erschwerten Verkehrs wegen um so mehr zu hindern wäre als die im Besitze der Insel Lobau befindlichen mit Pontons versehenen Truppen durch Vernichtung der Donaubrücken in keinen wesentlichen Nachtheil kamen. — In Brünn, der Hauptstadt Mährens sind bedeutende Unruhen ausgebrochen. Veranlassung war die Entwaffnung von Nationalgarden und Studenten aus Brünn, welche in Lundenburg vom Militär unter dem Vorwande, daß die Gewehre scharf geladen wären, und überhaupt Niemand mit Waffen zwischen Wien und den Provinzialstädten zu verkehren habe, mit Brutalität vorgenommen und den Entwaffneten durch die Soldaten auch Geld und Wäsche geraubt wurde. — In Brünn versammelte sich das Volk hierüber in großen Massen und drohte der Garnison mit Entwaffnung. Die Garden und Studenten bemächtigten sich sämmtlicher Wachtposten des Militärs und besetzten dieselben durch ihre eigenen Leute. Die Soldaten entfernten sich unter dem Schutze der Garde aus der Stadt. Eine Commission hat sich nach Lundenburg begeben, um den Vorfall daselbst näher zu untersuchen. Bis zur Rückkunft derselben glaubt man die Ruhe ungestört erhalten zu können; hofft aber auch auf baldiges Einrücken bedeutenderer Militärmassen, welche wohl entbehrlich wären, da selbst die Anwesenden durch die Garde ihres Dienstes enthoben wurden. Unter solchen Umständen dürfte aber die öster. Armee bald zu klein werden! Brünns Erhebung begrüßte man hier mit Enthusiasmus. (Reg. Z.)

Gedruckt — unter Verantwortlichkeit der Verleger — bei J. L. Stich.
Expedition S. 39 im Gasthof zum König Otto II. Etage.

Der freie Staatsbürger.

Erscheint an allen Wochentagen, am Sonntag nur ausnahmsweise auf einem Extrablatt. Preis in ganz Bayern vierteljährlich 1 Fl. 30 Kr., halbjährlich 3 Fl., jährlich 6 Fl.

Organ der Demokratie.

Inserate werden die dreispaltige Petitzeile zu 3 Kr. berechnet. Die Abonnenten haben für die Hälfte des Abonnementpreises Inserate frei.

Nr. 22. Nürnberg, Dienstag den 24. Oktober 1848.

Aus der Paulskirche.

(Schluß.) Was sollen wir nun von dem folgenden Redner, dem Aries der Majorität sagen, den sie vorschob, „um (damit ich mich der eigenen Worte desselben bediene) die Festung der wahren Freiheit zu vertheidigen“? Noch scheint dem Verehrten das Maß der Verdächtigungen nicht voll zu seyn; er verdächtigt in der beliebten Weise, indem er kläglich winselt, die beiden Vorredner hätten verdächtigt! Er kam uns vor, wie der vom Podagra an den Lehnstuhl gebannte Ehemann einer jungen lebenslustigen Frau, der mit Aerger und Neid das frische Leben neben sich sprudeln und weben hört, weinerlich über Vernachlässigung klagt, und gar nicht verstehen kann — daß man eben auch kein Podagra haben kann. Damit aber die Welt nicht undankbar vergesse, daß noch ein großer Mann in ihr lebe, vergißt Hr. Bassermann nicht, sie darauf aufmerksam zu machen durch einigen selbstgestreuten Weihrauch, der nie und nimmer fehlen darf. Und wenn er sich noch so lange ergeht in den glatten Irrgängen der doktrinären Sophistik, seid überzeugt, er kommt am Ende wieder — auf sich selbst zurück, auf sich den Martyrer und Märtyrologen. Seine Rede kam uns wie ein Handschuh vor, den man nur umzukehren braucht, damit er an die andere Hand passe und diesen Gedanken, der uns durch die ganze Deklamation hindurch begleitete, sprach denn auch sein Nachfolger Schaffrath wirklich aus. Die drei Angeklagten selbst sprachen in steigender Vortrefflichkeit. Wenn Schlöffel in kräftigen Zügen, in durchbohrender Wahrheit, das Getriebe gegen sie zeichnet, es haarscharf durchhaut und in seiner jämmerlichen Blöße zeigt, so trug ihn der Ernst eines thätigen reiferen Alters, die Klarheit und Kälte einer unerschütterlichen Ueberzeugung, nicht angelernt seit gestern und heute, nicht aufgezwungen auf den Barrikaden und eingeschult von der drohenden Miene eines gereizten Volkes, wie bei so vielen unserer Volksfreunde, die vor den Märztagen die bereitwilligen Diener der Willkür und die rüstigen Träger ihrer eigenen Brutalität waren, sondern der Ausfluß eines klaren Verstandes und eines redlichen Herzens. Er ist es auch, der sonst wie kein anderer, die alten Schaden aufdeckt und die schmutzigen Lumpen entfernt, damit das kundige Auge die Wunde erkennen, Kunst und Wissenschaft sie heilen könne. Er ist aus jener Gegend unseres Vaterlandes, wo das Trostlose unserer Zustände am grellsten an's Tageslicht gekommen, am grellsten in die Augen einer erwachten Welt geleuchtet hat — und er hat ein Herz für sein Volk, einen Blitz für seine Feinde, und ein Wort des Hasses und der Verachtung für seine Scheinfreunde. Er vertheidigt sich nicht, er klagt an, er greift an. In ihr Nichts weist er zurück jene polizeilich-juridische Aktenmixtur, die man der Anklage von drei Ehrenmännern zu Grunde zu legen gewagt hat; mit dem beißenden Humore, der ihm eigen ist und, wenn dieser Mann spricht, eine unwiderstehliche Wirkung macht, zerlegt er die einzelnen Aussagen, den aber, welcher freiwillig sich vor Gericht gestellt und verwirrte Angaben zweimal geändert und endlich um Kassirung (!) des Protokolls gebeten, „da er bei näherer Ueberlegung finde, daß es vielleicht ein odium auf sich habe oder seine politische Stellung kompromittiren könne, wenn er eine Zeugenaussage mache“, den erklärt er als Verleumder vor ganz Deutschland, den übergibt er der eigenen Schaam und dem Urtheile der Welt. Lesen Sie nochmals die citirten Worte, und sagen Sie: kann sich der Ultramontane, der Jesuit besser portraitiren! Diese Scene war eine großartige; einer der leuchtenden Punkte der interessanten Sitzung; eine moralische Vernichtung einer Partei, die, mit der Moral stets auf der Zunge, im Schmutze der Verdächtigungen ihre volksfeindlichen Waffen sucht. Aber es sollte noch mehr kommen! Nachdem der Redner davon gesprochen, daß das Schreckenhafte des alten Spionirsystems wieder auftauchen solle, jenes fluchwürdigen Systems, das die Gassen und Zimmer tückischlauschend zum Grabe der Freiheit zu machen sucht, das die Bande der menschlichen Natur zerreißt, jenes schleichende Gift der Verrätherei — erzägt er bei lauschendem Hause, das ihm die Worte von den Lippen hascht, eine Aeußerung des Reichsministers v. Schmerling, gethan, als der Abgeordnete Schmidt von Löwenberg in einer jüngsten Sitzung die Tribüne betrat: „Das ist auch eine von den Canaillen, die wir herausbringen müssen!“ Staunen und Zeichen des Abscheus! Können, setzt der Redner bei, die Mitglieder des Ministeriums wie dieses Hauses es mit ihrer Würde vereinigen, mit diesem Manne, der auf diese schreiende Weise die Würde der Versammlung verletzt hat, zusammenzusitzen? — Im Anfange der Sitzung noch hatte der Reichsminister mit jenem kalten eisigen Hohne, der sich mit dem conventionellen Style der alten Diplomatie umkleidet und das „Ehre haben“ und „hohe Haus“ nie vergißt, einige Interpellationen nicht beantworten zu wollen erklärt, dabei sich eine ungebührliche Censur angemaßt und sich zur Unterstützung seiner Weigerung auf die wohldienerische Majorität berufen, die ihm zuklaschte!! Nun dieser Schlag! Welcher Blick in unsere Verhältnisse! Dahin mußte es kommen, mein Volk? In diesen Händen liegt deine Einheit und Freiheit? Kommst du mir doch vor, wie das unschuldige Kind, das lächelnd am Abgrunde eingeschlafen ist, oder, wenn eine Sage wahr sein sollte, wie der arme Vogel, den die Augen einer Klapperschlange bannen, bis er bei der kleinsten Bewegung, von derselben im Sprunge ergriffen und verschlungen wird. Haben wir nun die Philosophie der Aufregung, die Vernichtung des alten Systems gehört, das seine verderblichen Wurzeln hereinrankt in den frisch angelegten aufblühenden Garten der Freiheit, so tritt uns in Simon von Trier, dem dritten Angeklagten, der frische jugendliche, lebenskraftige Athem der Freiheit, der Begeisterung entgegen und hören wir in glühenden Worten seine Anklage des Abfalls von der Revolution und des feigen Aufgebens ihrer Consequenzen. Ist es ja doch auch als hätte sich alle trostlose Schwäche nach außen durch das Gefühl der Schaam in giftigen Selbstgroll verwandelt, der in den eigenen Eingeweiden wühlt! So kommt mir oft diese Versammlung vor. Für die heldenmüthigen Anstrengungen eines edlen Volkes, das Verrath von allen Seiten umzingelt, hat sie kein Wort der Anerkennung, keine Sympathie — warum? weil das Volk die Netze zerriß und die Bewegung eine Demokratische ist. Ihr kurzsichtigen hohen Priester der Revolution! bedenkt ihr denn nicht, daß ihr euch, wenn ihr die Göttin um ihre Anbetung gebracht, auch um eure Priesterwürde bringt, und eure Macht untergeht? — Umsonst stellt Simon ihnen das frevle Spiel mit der Volkssouveränität vor Augen, zeigt hin auf die Einleitung zu einem Systeme, das nie die Entwicklung um ihrer selbst willen gewollt habe, sondern nur, um neue Herren ans Ruder zu bringen. Am 6. August habe man die schwarz-roth-goldne Kokarde verhöhnen lassen, am 18. Sept. das darüber aufgebrachte Volk mit schwarz-roth-goldnen Kanonen zusammengeschossen. Eine große Heldenthat! Schwäche

gegen die Fürsten, Härte gegen das Volk. Eine große Heldenthat! Die Brust des weißen Adlers durch einen neuen Schnitt verletzt, Italien auf's Neue geknechtet, Sicilien in Schutt! Wo seyen die Früchte der Revolution? Wir hätten ein Staat werden können und seyen jetzt höchstens eine Universität, wo langweilige Kollegien über Politik gelesen würden. Das Volk wolle auch die sociale Frage gelöst wissen für die noch nichts geschehen sey. Die Blüthen der Freiheit habe man gesehen; aber der Geist des alten Systems habe sie beschmutzt und verdorben und nun ringe sich das Volk die Hände darnach blutig. Nicht die Göttin der Gerechtigkeit, sondern der böse Geist der politischen Verfolgungssucht hefte sich an seine Ferse. „Meine politische Ehre, schließt der Redner unter donnerndem Beifall, halte ich für gewahrt. Beschließen Sie jetzt. Sie haben meine Person, meine Freiheit. Das Opfer, das ich Ihnen bringe, ist nichts gegen die blutigen Anstrengungen des hochherzigen Volkes." — Lassen Sie mich nochmals auf die juridische Seite, die Akten- und Zeugenaussagen zurückkommen. Wenn dies die Errungenschaften des März sind, daß man mit solchen Zeugen vor die Augen der Oeffentlichkeit zu treten wagt, dann wehe uns! Dann werden wir nicht in den alten Schlamm zurücksinken, wie einer der Redner gesagt, dann steht uns Schlimmeres bevor, als wir gehabt. — Die Zuchtruthe des Herrn für Sklaven, *die ihrer Sklaverei bewußt sind!*" Daß man nicht einmal so vorsichtig ist, dem altväterischen Adam ein modisches Kleid zu machen! Es ist wahr: Sie haben nichts gelernt und nichts vergessen; — sie reden noch immer mit uns, wie sie früher geredet, und verschweigen noch jetzt, was sie immer verschwiegen. Sie wollen uns zu Horazischen Bauern machen, die geduldig am Ufer auf- und abgehen, und darauf warten, daß der Strom ablaufen werde. Sie wollen der Freiheit den Gang eines Stundenzeigers geben, über welchen, ehe er sein Ziel erkriecht, der Secundenzeiger des Despotismus viele Tausendmale herführt. Wir sollen die reifen Früchte nicht brechen, sondern warten, bis sie verfault von den Bäumen fallen. Die Zeit macht das Korn reif, aber sie pflügt nicht; die Zeit hat immer betrogen, wir borgen nichts mehr auf ihre Wechselbriefe. — *Heute ist der 18. Oktober.* An diesem Tage wurde die deutsche Freiheit (?) von einem Despoten, aber einem großen Mann zurückerobert; heute nach 45 Jahren blutet vielleicht ein deutsches Volk unter den Streichen eines hochverrätherischen Kroaten und einer mit dem Standrechte von Ort zu Ort reisenden Kamarilla. Ob es verbluten wird? Dann wehe uns und ihnen! Den Bösen sind sie los, die Bösen sind geblieben." Wer die Geschichte unserer Zeit schreiben will, dem rathen wir, diese Worte des Mephistopheles in Göthe's Faust als Motto zu gebrauchen. L.

Der Münchener Bierkrawall und seine politischen Folgen.

Es ist von vielen, selbst von Rückschritts- und allen Oppositionsjournalen behauptet worden, daß dieser letzte Bierkrawall eine, freilich sehr unschlau, aufgestellte Falle war, durch die man glaubte der jämmerlichen Niederlage der berüchtigten Razzia gegen die Münchner Demokratenhäupter ein Vergessenheitspflaster aufzulegen und vor allen das kaum erwachte Volksleben in die Fesseln einer veralteten, Freiheitsmörderischen Politik zurückschmieden zu können. — Wie bei der Neapolitanischen Mordregierung nur mit einigen andern Variationen suchte das „principatus despoticus" sich mit der „colluvies democratica hominum sine lege" zu associren, eine Manipulation die an die mongolischen Nationen des östlichen Asiens erinnert, welche die natürlichen Gebrechen ihres Körpers durch allerlei gängig zu beweisen, daß man die Erhöhung der Biertaxe *absichtlich* eintreten ließ, um größere Gewaltthätigkeiten, mit vielleicht etwas barrikadenartiger rother Färbung zu provoziren. Wollen wir auch dieser Behauptung nicht geradehin beitreten, so ist doch gewiß, daß nachdem der Krawall ausgebrochen war, man *planmäßig* denselben nährte, *planmäßig* unthätig blieb, da man mit teuflischer Sicherheit in der Aufregung der unteren Klassen und einigen vermutheten politischen Leidenschaften, ihn zu größerer *politischer* Bedeutung anwachsen zu sehen — kurz, daß man ihn „*geschickt benützen zu können*" hoffte, um mit dem Martialgesetz die junge, „nichtsnützige" Freiheit, die mißliebig gegnerische Presse, das freie Versammlungsrecht, diese reiche Fundgrube für Wühler und rothe Umstürzler, und die „in strafbarer Uebereilung" freilich *wie* hergestellte Volksbewaffnung auf sogenannte gesetzliche Weise mit einem Schlage zu vernichten, und unter die milde volksbeglückende Herrschaft der Kanonen, Säbel und Bajonette zu bringen, unter die Herrschaft derselben Soldateska, die noch kurz vorher übler wie Jellachich'sche Kroatenhorden gehaust hatte. Weder der Civil- noch Militärbehörde konnte der geraume Zeit vorher angesagte und selbst Gensdarmen bewußte, Abends beginnende und des andern Tages noch 8 Stunden andauernde Skandal unbekannt geblieben seyn. Und was geschah zu seiner Verhütung oder nur Unterdrückung? *Absolut nichts!* Ja, wo es gegen die Volksfreiheit gilt, zieht man mit allen Hilfsmitteln des Militär- und Polizeistaates zu Felde. Man verfolgt mit Lalenbürgermeisterlicher Perrückenängstlichkeit die freie Presse und ist ein heldenmüthiger Bürgermeister von Saardam bei Volksversammlungen. Man dringt des Nachts in die Wohnungen makelloser Personen und scheut sich während des hellen Tages das Eigenthum von Staatsbürgern vor eindringenden Plünderern und Dieben zu Künste noch zu vergrößern suchen. Es trachten jene Blätter durchschützen. Man traf weder Schutzanstalten durch aufgestellte Wachen, consignirte weder das Militär, noch instruirte man die Bürgerwehr und die Freikorps, noch auch machte die so kindisch gerne regierende Polizei durch öffentliche Anschläge ihr Daseyn kund, — mit Einem Worte, man versäumte jede Anwendung von Maßregeln zum Schutze der bedrohten Bürger. Man stand lächelnden Blickes und verschränkten Armes, wie in Frankfurt am 18. Sept. vor dem Aufbau der Barrikaden. O, es ist ein herrliches Bild! Während tagelang demolirt wird, und aus der Behausung eines Staatsbürgers *stundenlang* alles vorhandene Eigenthum zum Fenster hinabgeschleudert und zertrümmert wird, trifft eine Deputation den Regierungspräsidenten Godin schlafend, den Stadtkommandanten Winter in einem nichts weniger als thätigeren Zustande, — schlendert die oberste Staatsbehörde, schlendern die Minister Thon-Dittmer und Lerchenfeld lächelnd und gemächlich Cigarren dampfend unter den Gaffern. *Und die Befehlshaber hatten keine Ordre!* Fürwahr, ein sauberes Regiment, das alljährlich so viele Millionen vom sauersten Schweiße des Bürgers angeblich für die Verwaltung der Staatsgesellschaft absorbirt! Aber was beinahe das Unglaublichste ist, was von jeher unglaublich schien, — das Bier, dessen welthistorische Bedeutung für Bayern längst kein Geheimniß mehr ist und wie man mit halbem Rechte den Münchnern vorgeworfen hat, den Inhalt des öffentlichen Lebens in der Hauptstadt bildet, hat einen bedeutenden Impuls zu neuem politischen Aufschwung dortselbst gegeben. Zu der gerechten Entrüstung über die unerhörteste Schutzlosigkeit von Seite der Regierung tritt die Scham über den höhnischen Spott des Auslandes, das nicht fehlen wird, Parallelen zwischen diesem niedern Pöbelexzeß und den edlen, heiligen Freiheitsbestrebungen der übrigen deutschen Volksstämme zu ziehen. Ja, dieses letzte skandalöse Ereigniß in der Metropole der schönen Künste, dieser, so tief zurück die Geschichte Münchens reicht, kannibalischste aller Bierkrawalle, den die absichtliche Unthätigkeit einer treulosen Regierung zu offenem Raub, zu offener Plünderung potenzirte u. patentirte, hat dem erstorbenen politischen Leben der Hauptstadt wieder neue Pulse gegeben, die das halbgestockte revolutionäre Märzblut wieder etwas rascher durch die trockenen Adern der Bürgerschaft treiben; er hat unserem thatenlosen Ministerium, das seit seiner Geburt schon auf thönernen Füßen ruhte und dessen so lange Gnadenfrist nur die büreaukratenumstrickte, pfaffenbornirte, spezifische Altbaierischkeit ermöglichen konnte, den letzten Todesstoß versetzt. Ein Ministerium von einer Revolution geboren, der man die leider *bisher* nur wichtige Renommage von „Märzerrungenschaften" verdankt, ein Ministerium, das die thronerschütternden Wogen des französischen Februars auf den ersehnten Gewaltstuhl hob — ein Ministerium in dem sogar, o gräuelhafte, unerhörte Mißachtung des Schicksals! ein Staatsmann wie Thon-Dittmer sitzt — fällt in Folge eines gemeinen Bierkrawalls, im Kampfe des Pöbels um Erringung niederer Bierpreise. Der Anstand sucht vergebens die offizielle Kundgebung Dessen, was moralisch längst vernichtet war, hinauszuschieben, um sich den Hohn von Deutschland zu ersparen. Das Ministerium mußte fallen, und es war nur ein boshafter Streich des Zufalls, daß die Schlußursache seiner decandence seinem Handel und Wandel entsprechend war. Das Ministerium mußte fallen, da seine ganze Wirksamkeit nur darin bestand, den ungeschickten

Mäkler zwischen den Versprechungen des März und den alten absolutistischen Prätentionen der Krone zu Gunsten dieser zu machen, statt die Realisirung der ersteren mit Offenheit und Redlichkeit zu bethätigen. Zu Reformen aber fehlte ihm der starke, selbstständige Charakter, der muthvolle Geist und vor Allem das staatsmännische Talent; in der Eskamatage des faktisch Errungenen mangelte ihm die ordinärste Intriguengeschicklichkeit, die alltägliche Schlauheit eines Polizei-Aktuars, was es mehr als hinlänglich in diesem traurigen, verunglückten Reaktionsputsch bewies, bei dem ein Fürst Wallerstein ganz an seinem Platze gewesen wäre. Das Ministerium mußte fallen, früher oder später, da es nicht erst seit gestern in der Geschichte der Revolutionen fest steht, daß die Kammerliberalen, die „wohlfeilen" Oppositionsmänner von früher, die in dem Possenspiel von Postulatlandtagen die langweilige Rolle eines Hanswurstes mit ernsthaftem Gesichte spielen mußten, nur in der allerersten Phase der Revolution, in der wir nun einmal dennoch, troß aller Heulerbornirtheit, noch immer stehen, eine Rolle auf dem politischen Welttheater übernehmen können, und daß es ohne alle Einrede viel leichter ist, in Regensburg bürgermeisterliche Verordnungen über den städtischen Hausirhandel, das Fechten der Handwerksbursche und das unnöthige Peitschengeknall zu geben, als in Zeiten, wie die unsrigen, das Ruder des Staates zu lenken. J

Deutschland.

Die „Deutsche konstitutionelle Zeitung" berichtet, daß der König die demolirte Wohnung Pschorrs besucht und ihm die feierlichste Versicherung einer gerechten Entschädigung gegeben habe. Pschorr schwebte 2 Stunden lang in drohender Todesgefahr.

Oesterreich. Von Seite der nach Oesterreich gesandten deutschen Reichskommissarien ist eben folgende öffentliche Ansprache erschienen: Im Namen des deutschen Reichsverwesers. Der Reichsverweser von Deutschland, Erzherzog Johann von Oesterreich, in Betracht seiner Pflicht, über die Sicherheit und Wohlfahrt in allen deutschen Landen zu wachen, sendete uns, die Unterzeichneten, als Reichskommissäre nach Oesterreich. Er beauftragte uns so viel als möglich zur Wiederherstellung der friedlichen Verhältnisse in den deutsch-österreichischen Landen zu wirken. Wir erachten es daher für unsere Pflicht, die biedern Bewohner dieser Lande offen um freundliche Aufnahme und Unterstützung unsrer Sendung zu bitten. Dieselbe bezweckt die Sicherung ihrer konstitutionellen Freiheit, ihres Lebens und Wohlstandes gegen die allergefährlichsten Störungen. Durch diese Botschaft will die unter Mitwirkung österreichischer Abgeordneten mit Zustimmung der österreichischen Regierung entstandene neue deutsche Reichsgewalt, deren ehrwürdiges Haupt wir Oesterreich und seinem glorreichen Fürstenhause verdanken, den österreichen Stammlanden ähnliche Dienste erwiedern, wie sie früher oftmals kaiserliche Vermittlungs-Kommissionen Namens des alten deutschen Reichs einzelnen Staaten in unheilvollen inneren Zerwürfnissen mit glücklichstem Erfolg leisteten. Unsere Sendung ist eine Mission des Friedens und der Versöhnung. Wir kündigen dieselbe bei unserm Eintritt in die österreichischen Lande feierlich als eine solche an. Sie nimmt nur das Vertrauen, und die besonnene und rechtliche Ueberzeugung und Mitwirkung der öffentlichen Behörden und der Bürger in Anspruch. Völlig unwahr sind alle Gerüchte, als seyen preußische und bayerische oder andere deutsche Truppen zum Einmarsche in Oesterreich aufgeboten, als könne die Mission, von Männern übernommen, welche schon seit den deutschen Freiheitskriegen länger als ein Vierteljahrhundert ohne Wechsel der Grundsätze und ohne Wanken ihr Leben dem Wege gesetzlicher deutscher Freiheit widmeten, jetzt reaktionär gegen die Freiheit, ja frevelhaft gegen die deutsche Nationalität in Oesterreich und gegen Oesterreichs Verbindung mit Deutschland gerichtet seyn. Der Mangel vollkommener konstitutioneller Freiheit ist gerade das höchste bisherige Unglück Deutschlands und auch die Quelle der unheilvollen Zerwürfnisse in Oesterreich, ihre reaktionäre Unterdrückung würde beide zum Untergange führen. Die deutsch-österreichischen Lande aber sind durch Gott, durch das Vaterland und seine Geschichte mit Deutschland verbunden. Beide gehören so unzertrennlich einander an, wie das Glied dem Körper und der Körper dem Gliede. Ihre völlige Zerreißung wäre Zerstörung der Lebensgesundheit für beide, wäre Anfang des Bürgerkriegs und Unterstützung aller feindlichen Gelüste in Ost und West, in Nord und Süd. Wir aber fordern nun Euch, wackere, verständige Oesterreicher, feierlich auf es besonnen zu überlegen, ob nicht gerade die Fortdauer Euerer unglückseligen Zerwürfnisse, ja ob nicht ein blutiger Sieg, wie eine blutige Vernichtung der einen oder der andern der in Euerer vielfach verwickelten Lage jetzt einander gegenüberstehenden Parteien, für die Freiheit für die Verbindung der deutsch-österreichischen Stämme mit dem deutschen Gesammtvaterlande, für die Ehre, Blüthe und Macht aller unter dem kaiserlichen Oberhaupte vereinigten Völker gleich verderblich wirken müßten! Darum hört die Stimme des deutschen Reichs und des deutschen Reichsverwesers, vertauschet, noch ehe er weiter entbrennt, den blutigen Kampf der Waffen mit der friedlichen Unterhandlung, und nehmt, so weit ihr derselben irgend Vertrauen schenken könnet, unsere freundliche Vermittlung an, welche wir persönlich Euch anzubieten im Begriff stehen. Es lebe Oesterreich und sein ruhmvolles Kaiserhaus! es lebe Wien! Möchte Oesterreich und möchte Wien baldmöglichst und immer mehr Wohlstand und heitern Lebensgenuß, gleich den freien Britten und ihrer blühenden Hauptstadt, mit einer vollständigen aber gesetzlichen und mit männlicher Reife gehandhabten constitutionellen Freiheit vereinigen! Passau, 19. Oct. 1848. Die Reichscommission: Welcker. Mosle.

Wien, 20. Okt. Folgende Adresse ging gestern nach Frankfurt.

Hohe deutsche Centralgewalt!

Das Vaterland ist in Gefahr, fremde Kriegerschaaren haben ungerufen deutschen Boden betreten, haben sich vor den Mauern einer deutschen Stadt gelagert und bedrohen dieselbe durch offene Angriffe; sie haben ohne allen Rechtsgrund deutsche Volkswehr entwaffnet, sie haben das deutsche Banner von der Kaiserburg gerissen und mit Füßen getreten. Alles dieß ist eine offene empörende Verletzung der Ehre Deutschlands, es ist ein entschiedener Angriff des Gesammtvaterlandes, und wir richten daher in diesen furchtbaren Augenblicken die dringende Anforderung an die deutsche Centralgewalt: Sie wollen offen und entschieden diese Angriffe als eine thatsächliche Kriegserklärung gegen Deutschland anerkennen, und die deutsche Bundesmacht aufbieten, um dieselben zu bekämpfen. Wien, 18. Okt. 1848. Der Ausschuß der Studenten.

Wien, 21. Okt. Die Garde des mobilen Universitäts-Corps leistete gestern den heiligsten Eid auf das Volk und seine heiligen Rechte; sie weigerten sich aber entschieden dem constitutionellen Throne zu schwören. Mögen sie ihrem dem Volk geleisteten Schwure immer treu bleiben und des Volkes Souveränetät mit ihrem Blute wahren.

Pesth, 14. Okt. Die Rede Kossuth's, womit er in der heutigen Reichstagssitzung die Zurückberufung der ungarischen Armee auf ungarischen Boden anzeigte und motivirte, entnehmen wir folgende Stellen: Ich zolle den größten Dank der Stimmung Wiens; aber es thut mir leid, daß uns von dort auf diplomatischem Wege gar kein Beschluß zugekommen ist, was jedenfalls auf Wankelmuth schließen läßt; und weil die ungarische Armee diplomatisch nicht hingerufen wurde, so würde man später vielleicht unseren Einmarsch für eine feindliche Invasion erklären. Wie könnten wir uns vor der Welt rechtfertigen? Der Wiener Reichstag hat uns nicht einmal noch geantwortet. Wir haben, statt augenblicklich den Feind zu verfolgen, den diplomatischen Weg eingeschlagen, und der hat zu Nichts geführt. Das Haus muß sich also äußern, ob Jellachich noch weiter verfolgt werde, oder es muß dem Wiener Reichstag erklären, daß wir bereit waren und sind, unseren Brüdern in Oesterreich zu helfen, da aber der Wiener Reichstag uns gar nicht geantwortet, unsere Armee nicht aufgefordert und sich nicht einmal geäußert hat, ob er den Jellachich als Feind betrachtet oder nicht; so müssen wir unsere Armee zurückziehen. In diesem Sinne hat der Ausschuß gestern Nachts an den Befehlshaber der ungarischen Armee geschrieben, und ihn beauftragt, sich bloß auf die Vertheidigung unseres eigenen Vaterlandes zu beschränken.

= Ulm, 19. Okt. Von hier aus werden mehrere hundert Mann, größtentheils rüstige Arbeiter, den wackern Wienern, unsern deutschen Brüdern, zuziehen. Bereits wird in hiesigen Blättern, vornehmlich in der dahier erscheinenden Donauzeitung, zu Beiträgen an Geld und Waffen für Unbemittelte, die sich dem Zuge anschließen wollen, aufgefordert. Es ist sehr zu wünschen, daß das patriotische Unternehmen bei der hiesigen Bevölkerung, die im Durchschnitte doch etwas flau in politischer Beziehung, mit wenig Ausnahmen, wozu ich besonders auch den Arbeiterverein rechne — ist, Anklang finde. — Eben zieht der Kronprinz und die Kronprinzessin von Württemberg hier ein. Der hiesige Stadtschultheiß,

der in den Märztagen den Republikaner spielte und alle Könige auf einen Streich abgetackelt sehen wollte, ist extra nach Stuttgart gereist und hat die Majestäten eingeladen, bei ihm huldreichst abzusteigen und der Fahnenweihe (sie ist morgen) beizuwohnen geruhen zu wollen. Er hat großartige Anstalten getroffen und beinahe alle Bäume um Ulm herausreißen lassen, um sie in die Stadt zu Ehren der höchsten Herrschaften aufzustellen, als Figuranten wahrscheinlich für die fehlenden Menschen. Denn im Allgemeinen ist die Stimmung gegen diesen Besuch und nur der Adel, die Beamten und die Geistlichkeit lassen ihre Fähnlein wehen und stecken ihre Lichtlein auf, um sie leuchten zu lassen zu Ehre der Monarchie. Das Volk ist besonders auf den Schultheiß sehr übel zu sprechen.

Nach Berichten aus Altenburg vom 18. d. hat es dort unter den (sächsischen) Reichsexekutionstruppen einige Ruhestörungen gegeben. Die Soldaten verlangten die Freilassung mehrerer gefangen gesetzter Kameraden und wollten nicht mehr, wie bisher, die Nächte vor der Stadt in den dazu errichteten Barracken zubringen.

Frankreich.

Paris, 19. Okt. Herr Aylies erstattet am Schluße der heutigen Sitzung Kommissionsbericht über den Belagerungszustand. Ohne Diskussion wird zur Abstimmung geschritten und einstimmig die Aufhebung des Belagerungszustandes beschlossen.

Aus dem Elsaß. Der untrüglichste Beweis, daß alle finstern Parteibestrebungen, denen die Volksinteressen gänzlich fremd sind, jetzt gutes Feld zu finden glauben, ist, daß sich die aus der Schweiz geflüchteten Jesuiten und Sonderbündler wieder bedeutend regen. Ribeauville ist das zweite Coblenz der sonderbündlerischen Reaction. Dort verweilte der berüchtigte Siegwart-Müller und mehrere Jesuitenchefs, täglich gingen zahlreiche Boten aus allen Weltgegenden ein und aus, darunter auch an die Armee Radetzky's. Der Präfekt, Bürger Fawtier legte diesen Leuten aber bald das Handwerk und Siegwart-Müller und Consorten begaben sich eiligst davon.

Italien.

Genua, 17. Okt. Die letzten Wiener Nachrichten haben hier allgemeinen Jubel erregt. Die Kriegslust erneuert sich mit Macht. Bereits gestern haben zwei Infanterieregimenter Genua verlassen, um an die lombardische Grenze vorzurücken. Von Mailand erwartet man mit Spannung Berichte von einem neuen Aufstand, der zum Zeichen eines zweiten Einfalls dienen soll. Seit der Ankunft vieler Flüchtlinge aus der Lombardei ist der Haß gegen die Oesterreicher nun fast zur Raserei angefacht durch die Erzählung von einigen wahren und unendlich vielen erdichteten Leiden und Gräueln, welche die Tedeschi gegen diese Flüchtlinge verübt haben sollen. (Allg. Z.)

Das Turiner Parlament wurde am 16. eröffnet; abwesend waren noch der größte Theil der Deputirten von Sardinien und Savoyen. Die erschienenen Abgeordneten ließen sich besonders zahlreich auf der Linken nieder.

Die Sizilianer haben drei Lager errichtet, eines bei Taormina, eines bei Castrogiovanni, eines bei Girgenti. In Palermo haben nach dem Contemporaneo am 4. Oktober Mann und Weib, Reich und Arm, alle geschworen, eher unter den Ruinen der Stadt sich zu begraben, als sich dem Neapolitaner zu ergeben. In Messina soll man mit einer sizilianischen Vesper gegen die Neapolitaner umgehen, so wenigstens lautet eines von den tausend phantastischen Gerüchten in den italienischen Blättern.

---

* Nürnberg, 23. Okt. Sieben Soldaten vom hiesigen 5. Infanterieregimente brachten lezthin im Scherze einige Hochs auf Hecker aus. Der Vizekorporal Ohland, der Dies hörte, machte sogleich hievon Anzeige und diese zog den Soldaten einen zwölftägigen Arrest zu, abwechselnd einen Tag bei Wasser und Brod, am andern Tage etwas warmes Essen. Benannter Korporal wird nun wohl bald die Stelle eines geheimen Polizeidieners erhalten. Ein Urtheil über solche Behandlung mag sich leicht finden lassen.

Windsheim, den 21. Oktober. In Nr. 16 des von Ihnen redigirten Organs der Demokratie: „Der freie Staatsbürger" ist ein mich berührender Artikel enthalten. Ich ersuche Sie hiemit, mir den oder die Einsender des fraglichen Artikels zu nennen, um meine Ehre gegen dieselben wahren zu können, einstweilen aber folgende Erklärung in Ihr Blatt aufzunehmen: „Ich erkläre die in Nr. 16 des „freien Staatsbürgers" in dem Artikel d. d. Windsheim, 15. Oktbr. enthaltene Aeußerung über mich für eine boshafte Erdichtung und Entstellung einer von mir in Bezug auf die gegenwärtigen Zustände Deutschlands gethanenen Aeußerung *).

Großmann, Pfarrer.

*) Herr Stadtpfarrer Großmann, welcher selbst zugibt, daß eine Aeußerung von ihm dem in Nr. 16 abgedruckten Artikel zu Grunde liegt, möge hiemit erfahren, daß die für ihre Artikel verantwortliche Redaktion Privatpersonen, welche sich durch Artikel beleidigt glauben, die Einsender nicht nennt, wohl aber der kompetenten Behörde, wenn die Beleidigten klagen zu können glauben.
Anmerk. d. Red.

Anzeigen.

Gedruckt — unter Verantwortlichkeit der Verleger — bei J. L. Stich.
Expedition S. 39 im Gasthof zum König Otto II. Etage.

Der freie Staatsbürger.

Erscheint an allen Wochentagen, am Sonntag nur ausnahmsweise auf einem Extrablatt. Preis in ganz Bayern vierteljährlich 1 Fl. 30 Kr., halbjährlich 3 Fl., jährlich 6 Fl.

Organ der Demokratie.

Inserate werden die dreispaltige Petitzeile zu 3 Kr. berechnet. Die Abonnenten haben für die Hälfte des Abonnementpreises Inserate frei.

Nr. 23. Nürnberg, Mittwoch den 25. Oktober **1848.**

Die Oktober Revolution in Wien.

„Im Anfang war das Wort.“ St. Joh. I. 1.

Die große Schlacht der österreichischen Völker ist geschlagen, der Sieg der Freiheit am 15. März ward errungen, errungen durch das freie, feuerflammende Wort und besiegelt durch das Blut nur weniger Freiheitshelden. Der riesige Götze, Absolutismus, war gestürzt, und seine Trümmer lagen zerstreut und vernichtet vor der göttlichen Erscheinung der ewigen Wahrheit. Kaiser Ferdinand, ganz unähnlich seinen Habsburgischen Ahnen, zog es vor, der Stimme der Menschlichkeit und der Menschenrechte Gehör zu geben; er entließ durch ein capitis diminutio minima die Völker aus seiner Bevormundung und erklärte sie für mündig. Den groß gewordenen Kindern wurde die Sprechfreiheit, das Waffen- und Vereinsrecht zugestanden und endlich sogar durch die Proklamation vom 15. März in einer Konstitution gestattet, ihre Staatshaushaltangelegenheiten künftighin selbst besorgen zu dürfen. Aber um das Piedestal der gestürzten Götzensäule hatte sich Jahrhunderte hindurch ein Gezücht von Würmern und Schlangen gesammelt, die, eben durch ihre kriechende Niederträchtigkeit der neu aufkeimenden Freiheit mehr Unheil drohte, als der Absolutismus selbst. Es war dieß das unermeßliche Heer von Aristokraten, Bureaukraten und Pfaffenpharisäern aller Art, die von jeher den Thron umkrochen und umwimmelt hatten. — Anfangs die selbstische Meinung und Hoffnung hegend, auf den Trümmern der geschleiften Zwingburg ihren eigenen Tempel aufführen zu können, bemächtigten sie sich alsogleich der Volksbewegung, um deren Ertrag für sich auszubeuten. Herrschsüchtige Aristokraten glaubten durch die Bevölkerung der monarchischen Gewalt ihr eigenes unreines Gelüste befriedigen zu können; tyrannisirende Beamten hofften jetzt desto eher in die Gehaltlisten der Tausende vorzurücken; Börsenspekulanten und Geldwucherer wurden plötzlich liberal, weil sie das, was sie bisher mit den Ministern und Hofräthen theilen mußten, als Alleineigenthum einzustecken gedachten. Die Kurzsichtigen! Das Volk hatte keine Revolution gemacht, um anstatt e i n e s Tyrannen deren Tausende zu acquiriren; das Volk wollte auch einmal selbst frei und glücklich seyn! Darauf war jenes Trifolio nicht gefaßt, und — von dem Momente an blieb es der geschworenste Feind der Freiheit. Auch in Westen und Norden Deutschlands war die Freiheitssonne aufgegangen, und die deutschen Männer, eingedenk der Regel: Einheit gibt Macht, wollten sich nur als stammverwandte Brüder an einander innig anschließen und so ein großes, mächtiges Ganze bilden. In allen deutschen Gauen wurden daher Wahlen ausgeschrieben, um zu diesem großen, heiligen Völkerzwecke Abgeordnete nach Frankfurt zu schicken. Auch das sich freibewußte österreichische Volk, wohl wissend, daß der Grund seiner bisherigen Ohnmacht in der Zersplitterung und in der feindlichen Aufreizung seiner Nationalitäten fußte, wollte den Frankfurter Tag beschicken. Alsbald traten Pfaffenthum, Bureaukratie, Geld- und Adels-Aristokratie, seine altabgestammten Stände, im Bund zusammen, mit den Altliberalen an ihrer Spitze, heulten und jammerten über die dadurch herbeizuführende Verarmung und Verödung Wiens und Oesterreichs und suchten die verschiedensten Einzeln-Interessen der Bewohner geltend zu machen, und durch Hetzung der nationalen Elemente und durch die auf solche Weise herbeigeführten Wirren ihre Absicht zu erreichen. Und sie gelang ihnen vortrefflich! Es war der erste Sieg der Reaktion! Italien erhob sich wie ein Mann, Ungarn beging Uebergriffe gegen das schwächere Croatien, und die Czechen verpflanzten ihren alten Haß gegen die Regierung auf das schuldlose deutsche Volk. So spielten die Völker selbst der Reaktion hülfreich in die Hand; die Wahlen nach Frankfurt wurden theilweise hintertrieben, und wo dieß nicht gelang, wurde das deutsche Parlament auf eine Weise beschickt, daß uns dessen Wirkung und Wirksamkeit jetzt erst fühlbar wird, und über die die Nachwelt erst den richterlichen Stab brechen wird. Das österreichische Volk aber, von einem bewunderungsmäßigen, edlen Instinkte geleitet, hatte doch bald aus den Wirren die Wahrheit aufzufinden gewußt; die Parteiung trat als ein Farbenspiel heraus, und bald galt schwarzgelb für den Ausdruck des verächtlichen Egoismus jenen, die als Deutsche geboren und erzogen wurden, und doch, der verwerflichsten Selbstinteressen wegen, von deutscher Einheit nichts hören und wissen wollten. Nach der so schroff hervorgetretenen Sonderung der politischen Parteien, begann erst die gegenseitige Reibung, die zu beseitigen man von Seite der bisher ganz unthätigen Regierung einen plötzlichen Sprung machte. Man gab die Constitution vom 25. April, das Machwerk eines schwachen und nach zwei Seiten schielenden Ministeriums, das durch seine Unbestimmtheit und Gehaltlosigkeit, weit entfernt die Gemüther zu beruhigen, erst die errungenen Rechte des Volkes ganz in Abrede stellte, und daher die Glut von Neuem anschürte, die in der Asche immerfort glimmte, bis sie am 15. Mai zur lichten Flamme aufloderte. Das Volk, einen unbedingten Glauben zu der Güte eines Monarchen hegend, bemerkte bald, daß dieser von einer unbekannten Triebfeder geleitet wurde, Schritt für Schritt dem Volke jeden errungenen Vortheil abzwickte und ablistete. Es erhob sich nun in seiner ganzen Kraft, um von den listigen Machthabern strenge Rechenschaft über deren Betragen zu fordern, und das abgelistete Recht wieder herauszugeben. Abermals trat das kaiserliche Wort vermittelnd ein, welches dem Volke seine Rechte bestätigte. Leider aber war dieses nur ein W o r t, dem die T h a t schroff entgegentrat. Der Kaiser beging den ersten illegalen Schritt; er entfernte sich in einer scheinbaren Flucht, ganz einem constitutionellen Monarchen zuwider, ohne Wissen seines Volkes, ohne Einwilligung und Begleitung seiner Minister, in eine andere Provinz, und überließ sein Volk der Anarchie. Ein ganzes Heer von Thronwürmern folgte ihm nach allen Richtungen, wohin sie kamen, streuten sie die entehrendsten und verläumderischen Gerüchte über Wiens Bewohner aus. Eine Schandthat, durch die sie sich selbst das ewige Schandmal der Brandmarkung aufdrückten. Das Volk, stets ehrlich, bieder und von keinem Mißtrauen befangen, erwachte plötzlich, und sah, daß es der Spielball einer im Finstern schleichenden Camarilla gewesen. Vergebens entsandte es eine Deputation nach der andern an seinen Kaiser, um dessen Rückkunft zu bewirken — der Kaiser war nicht mehr sui juris, eine fluchwürdige Camarilla, die sich zwischen ihn und sein Volk gestellt, hatte ihn mit ihren Netzen umstrickt, „und das Volk in Wien, das keinen Schritt von Tugend und Recht gewichen,“ als anarchisch und kaisermörderisch verschrieen. Aber diese Ausgeburt der Hölle hatte sich getäuscht, was sie zu bewirken hoffte, schlug fehl, und eine für die Geschichte ewig merkwürdige und bewunderungswürdige Ruhe und Ordnung traten ein, als das Werk der biederherzigen Legion und des freien Sicherheitsausschusses. Die Gemüther waren durch die Abreise eingeschüchtert; das tobende Ungestüme war scheinbar gewichen, und — diesen Moment ab-

lauernd, erhob die Reaktion abermals ihr hyderartiges Haupt, und erkennend, daß die freiheitsbegeisterte akademische Jugend es war, welche die Bewegung bis jetzt geleitet, streckt sie ihren verruchten Arm aus, um auf das Haupt dieser edlen Jugend ihren Schlag zu führen. Die Legion sollte aufgehoben werden! Verblendete Thoren! was haben Aechtung und Einkerkerung, Verfolgung und Preisausschreibung auf die Köpfe der giovine Italia und des jungen Deutschlands vermocht! — Abermals erhob sich das Volk am 26. Mai in bewunderungswürdiger Sympathie mit der Legion, und — dem von der Reaktion geführten Schlage wurde ausparirt. Bis zu diesem Tage schien die Wiener Bewegung eine rein politische Tendenz gehabt zu haben.

Deutschland.

Bamberg, 23. Okt. Nach uns zugekommenen Nachrichten unterliegt es keinem Zweifel mehr, daß die Stadt Erlangen, Landgerichts Erlangen, Landgerichte Baunach und Ebern dem Kreise Oberfranken demnächst zugetheilt werden und sich dieser daher bedeutend vergrößert. — Dadurch wird der Antrag des kürlich versammelten Landraths, die oberpfalzischen Landgerichte Kemnath, Waldsaßen, Weiden, Tirschenreuth und Eschenbach dem oberpfälzischen Kreise wieder einzuverleiben nicht in Erfüllung gehen, was sehr zu bedauern ist. (Bamb.Z.)

V Bamberg, 24. Okt. Unsere schon längst ausgesprochene Behauptung, daß die Reaktion in unsern Tagen ganz dieselbe sei, wie die in den Jahren 1832 und 1833, bewahrheitet sich von Tag zu Tag mehr und mehr. Dieselbe Spionage, dieselbe Unsicherheit des Rechtszustandes brandmarkt diese, wie jene Periode. Einen auffallenden Beleg für die Richtigkeit dieser Behauptung bildet die kürzlich vorgenommene Verhaftung eines praktischen Arztes, des Dr. Schallern von hier. Derselbe machte vor einigen Wochen mit mehreren politischen Glaubensgenossen einen Ausflug in ein benachbartes Ort, wo er an die versammelten Einwohner eine kurze Anrede hielt. Indem er dieselben fortgesetzt ermahnte, Ordnung und Gesetz zu handhaben, machte er nachstehende Bemerkung: „Wir haben jetzt die Zeit, wo wir unsere Freiheit auf gesetzlichem Wege erringen können, und Dies können wir nur dann, wenn wir in Vereinen zusammentreten, wo wir uns über unsere Rechte belehren. Durch diese Belehrung betreten wir nicht nur den Gesetzesweg, sondern beugen auch jeder Anarchie vor." Er knüpfte hieran noch die weiteren Worte: „Wir wollen diese Zeit nicht fruchtlos verstreichen lassen. Seit den Märztagen sind uns die Ketten abgenommen werden. Wir wollen uns die Ketten nicht neuerdings anlegen lassen. Läßt sich doch selbst das Vieh die Ketten nicht gutwillig wieder auflegen, wenn es losgelassen wird, soll es der freigeborne Mensch thun?" Ein Gerichtsdienersgehülfe des kgl. Landgerichts Bamberg I, welcher an Ort und Stelle anwesend war, wurde von einem Assessor dieses Gerichts veranlaßt, hierüber Anzeige zu machen, und kam er dieser Aufforderung in der Art und Weise nach, daß er nicht bloß die obigen Aeußerungen denunzirte, sondern auch dem Dr. Schallern noch die weitere Bemerkung in den Mund legte: Die deutschen Fürsten haben uns genug betrogen. Vergebens suchen wir in unserem Strafgesetze nach einer Bestimmung, durch welche die Einleitung einer strafrechtlichen Untersuchung wegen der angeführten Aeußerungen gerechtfertigt erscheinen konnte. Insbesondere kann die letzte Bemerkung, welche übrigens gänzlich unwahr ist, hiezu keine Veranlassung geben, da eine Majestätsbeleidigung nur dann angezeigt ist, wenn eine direkte Beleidigung gegen die Person des Königs vorliegt, von der Person des Königs von Bayern aber selbst nach der Denunziation des Gerichtsdienersgehülfen keine Rede war. Noch viel weniger lag ein Grund zur Verhaftung vor, da Dr. Schallern mit Grundvermögen ansässig ist, und er eben deshalb, selbst wenn er einer Majestätsbeleidigung sich schuldig gemacht haben würde, gesetzlich nicht verhaftet werden konnte. Gleichwohl ordnete das königliche Appellationsgericht für Oberfranken die Verhaftung desselben an, und wurde auch diese bereits vollzogen. Was kann die Absicht dieser — unserer Meinung nach — gesetzeswidrigen Handlung seyn?! Offenbar keine andere, als das Versammlungs- und Vereinigungsrecht faktisch aufzuheben. Die Schreckensherrschaft der Justizmorde, welche in den Jahren 1832 und 1833 so herrliche Blüthen trieb, wird mit dem besten Erfolg in Anwendung gebracht, um — wie man zu sagen beliebt — den Schreiern das Maul zu stopfen. Werden die Vereine hiezu schweigen?! Werden insbesondere die constitutionellen Vereine, welche sich mit so viel Pathos als die Wahrer der Errungenschaft darstellen, sich der Sache bemächtigen, und zeigen, daß es ihnen mit ihren wohlwollenden Gesinnungen für das Volk Ernst ist?! Von letzteren glauben wir es nicht. Sie werden die Acten für noch nicht spruchreif erklären; sie werden erst den Ausgang der Untersuchung und vielmehr den Moment abwarten wollen, wo — alle Errungenschaften bereits zu Grabe getragen sind. D'rum ist es an euch, ihr demokratischen Vereine! mit aller Energie von den euch zur Seite stehenden gesetzlichen Bestimmungen Gebrauch zu machen. An Euch ist es, laut und feierlich gegen die Willkürherrschaft der Gerichte zu protestiren. An Euch ist es, den Justizminister an seine Pflicht zu mahnen, welche er als Oberaufsichtsbehörde der Gerichte zu üben hat. Ihr müßt ihn darauf aufmerksam machen, daß in dem vorliegenden Falle eine Verhöhnung des Rechtszustandes liegt, welche abzuwenden, seine Aufgabe ist. Wenn auch ein Erfolg nicht wohl denkbar ist, ihr müßt es thun um der Sache, um des Principes willen.

München, 23. Okt. Dem Vernehmen nach ist der Ingenieur-Korps-Kommandant Oberst v. Lüders zu Ingolstadt zum Stadt-Kommandanten in München unter Beförderung als Generalmajor ernannt worden. — Graf Bray hat sich auf kurze Zeit in Urlaub begeben, während welcher Zeit der k. Staatsrath Frhr. von Strauß dem Departement des Auswärtigen vorsteht.

= München, 24. Okt. Die Antwort auf die vor einigen Tagen mitgetheilte Adresse Münchener Bürger an ihren konstitutionellen König, ist sehr einfach — der König hat die Adresse nicht angenommen, der König hat seinen Bürgern keine Audienz gegeben. — Ministerrath wurde gestern gehalten, und man fand den Ton nicht majestätisch genug, nicht ehrwürdig, nicht untergeben genug. In Preußen haben sie den „Gottes Gnaden" abgeschafft, und bei uns kann man dessen gar nicht genug bekommen. — Die Bürger sind allgemein entrüstet darüber, um so mehr die Adresse Anklang gefunden hat (sie hatte am ersten Tage schon 3000 Unterschriften), und man sich von unserm Könige, der, wie man sagt, überall gerne abhelfen will, das Abweisen doppelt stutzig machte. Bemerkenswerth ist noch, daß eine Anzahl Männer vom Landwehr-Freikorps ihre gegebene Unterschrift wieder zurückziehen wollte, wozu sie aber zu spät kamen. — Dieses Freikorps nennt man darum auch hier das Reaktions-Freikorps.

Frankfurt, 22. Okt. Es bestätigt sich, daß der Abgeordnete der Stadt Mainz, Zitz, sein Mandat für die Nationalversammlung niedergelegt, und so ein längst gegen seine Freunde geäußertes Vorhaben ausgeführt hat. Ein anderes Mitglied hat die Linke durch den Tod des Abgeordneten Brunk aus Rheinhessen verloren; er soll morgen früh begraben werden. (N. W. Z.)

Die „Frankf. Obpstztg." enthält in ihrem amtlichen Theile folgende Kundmachung: Da mit dem heutigen Tage das Gesetz v. 10. d. M. zum Schutze der verfassunggebenden deutschen Reichsversammlung und der Beamten der provisorischen Centralgewalt in der ganzen Umgebung in Kraft getreten ist, wird der Belagerungszustand der Stadt Frankfurt hiermit für nöthig erachtet, in ihrem vollen Umfange fortbestehen lassen. Frankfurt a. M., den 20. Okt. 1848. Der Reichsminister des Innern. Schmerling. Dr. Radermacher.

D. S. Wien, 21. Okt. Seit gestern leben wir hier, wie auf einer Oase, inmitten eines großen dürren Sand Oceans, von jedem Verkehre, selbst mit den Ortschaften der nächsten Umgebung abgeschnitten; umgeben und umschlossen von buntgemengten Schwärmen aller Völker und Zungen, von Deutschen, Croaten, Slavonen, Polen und Serben, alle insgesammt die zärtlichsten Freunde der Deutschen, wie uns das deutsche ministerielle Blatt aus Frankfurt zu überzeugen sich bemüht. — Das große volkreiche und biedere Wien, dieses felsenfeste Vorgebirge Deutschlands, an das sich die brausenden Wogen des daher strömenden Islams zweimal zerschellten, soll nun durch seine Busenfreunde — zu Tode gehungert werden. So wurde es im hohen Rathe zu Olmütz beschlossen; so bedeutete man auch einer Deputation der Prager, die man zur Schlichtung der Wiener Wirren dahin gesandt: „Man sey zwar, hieß es, allerh. Orts nicht gesonnen, die Errungenschaften des März und Mai zu schmälern, aber — über Wien könne man keine Vermittlungen annehmen. „Es behauptete noch ferner jemand, die Großen der Erde wollen nichts lernen, und die Beispiele vergangener Zeiten gehen an ihnen spurlos vorüber! — Denken ja

die Herren noch aus der Geschichte, daß Wien zweimal von seinen eignen Herrschern ausgehungert, und dadurch zum unterthänigsten Gehorsam zurückgebracht wurde! Auch jetzt gedenkt man mit uns glimpflich zu verfahren; beschießen will man uns nicht; es wäre doch jammerschade um das Wien, welches den deutschen Namen zweimal gerettet, als das fahle Licht des Halbmondes die deutsche Sonne zu verfinstern drohte; nein, es wäre Schade um das sonst so biedere Wien! Aber eben dieser sprichwörtlich gewordene Biedersinn des österreichisch deutschen Namens ist es, der diesen Herrn jetzt am meisten im Wege steht; dieser Ruf, den es unter den Völkern behauptet, mußte zuerst nach allen Weltgegenden hin verunglimpft werden. So hat man in Frankfurt seine Organe, um durch sie die fürchterlichste Anarchie und Mordscenen, die in Wien an der Tagesordnung sein sollen, auszuposaunen; in Osten und Norden thut dieß die Blüthe der czechischen Reichstags-Deputation; für Ehrenschänder und Lügenmäuler, inmitten der österreichischen Lande, ist offiziell gesorgt. Um diesen Gerüchten über Wien mehr Nachdruck und Kraft zu verleihen, erschien gestern in dem militärischen Hauptquartier und dem hiesigen offiziellen Blatte ein Manifest des Kaisers an die Landleute, würdig als ein konstitutioneller Akt in dem Frankfurter National-Archive aufbewahrt zu werden. Es wird darin den Landleuten zu Gemüthe geführt: Wie ihnen der Kaiser (von dem Beschlusse des Reichstags wird klüglich nichts erwähnt) Robbot, Zehnt &c. geschenkt habe, er daher auf ihre Treue baue; wie S. M. sich nur deshalb auf seiner Reise mit Militär umgeben, um sich gegen Hochverräther zu schützen, und daß daher die Landleute, wo sie einen Revolutionär zu erkennen glauben, ihn als solchen behandlen mögen." Ist dieses nicht ein Verfahren à la 1846 in Gallizien? — Und dieses Manifest ist von einem Mitgliede (Wessenberg) jenes Ministeriums kontrasignirt, von dem uns das k. Wort, noch am Abend vor der Abreise des Hofes, die Versicherung gab: „dieses Ministerium ist aufgelöst, und soll durch ein anderes, wahrhaft volksthümliches ersetzt werden! „Eines probehältigeren Beweises, wie man unsere Errungenschaften gewährleistet, bedarf es wohl kaum mehr. — Dabei verschmäht die hoffähige Partei kein Mittel, um den Reichstag in den Provinzen, als eine illegale Behörde herabzuwürdigen, und das deutsche ministerielle Central-Blatt erklärt ihn geradehin, als die Maschine der Wiener Terroristen! Einen Reichstag, der, nachdem das czechische Element sich selbst aus demselben perfide ausgeschieden, um ihn stimmunfähig zu machen, aus freien deutschen Männern, die über das Wohl ihres Stammes berathen und beschließen, dessen Energie zur Zeit der größten Gefahr unvergleichlich da steht! — Die hochgebornen Offiziere ihrer Seits thun das Möglichste, um das die Stadt cernirende Militär gegen die Nationalgarde und die akad. Legion zu phanatisiren, gegen jene Legion, die am 6. Okt. ihrem Generale und mehreren ihren Offizieren das Leben gerettet, die von den, in Haft gehaltenen kroatischen Offizieren selbst, als musterhaft geschildert wird! — Als eine edle Reprozität hat man 4 Legionäre und Herrn Häfner (den Redakteur der „Konstitution"), deren Person man sich auf dem Lande bemächtigt hatte, auf den Spielberg befördert. — Doch dieses ganze künstliche Getriebe der Reaktion wird und muß an den thatkräftigen und sachverständischen Anordnungen unseres Ober-Kommandanten, Herrn Messenhauser; an die Erfahrung unseres Generals Bem (dem Helden von Ostrolenka); an die tapfere und muthig frohe Haltung unserer Bewaffneten scheitern. Bereits geben sich uns die untrüglichsten Sympathien unter dem Militär selbst, sowie aus den Provinzen kund. Aus Graz sind über 2000 bürgerliche Scharfschützen und Studenten hieher angelangt; ebenso aus Brünn. Die Nationalgarden der letztern Stadt wurden dieser Tage durch neu ankommende abgelöst; die Rückkehrenden wurden unter Weges von dem Militär angegriffen, entwaffnet und ausgeraubt. Hierüber entstand gestern in Brünn selbst ein solcher Aufruhr, der zur Folge hatte, daß man die dortige Besatzung überfiel, entwaffnete und die Thore dem Militär verschloß. Ebenso wurden die uns zu Hülfe eilenden Garden aus Bielitz unter Weges entwaffnet; weßhalb man in Schlesien den Landsturm organisirte und der Volkstag der Stadt und des Landes faßte die Beschlüsse: daß man das Betragen jenes Militärs, welches zur Sache des Volkes übergegangen war, als nachahmungswürdiges Beispiel anzurühmen habe; daß die Bewegung am 6. Oktober als Folge der revolutionären Bestrebungen der Reaktion anerkannt wird, und daß der Reichstag die Pflicht habe, den Kaiser zur schnellsten Rückkunft aufzufordern und seine Umgebung, ohne Ansehen der Person, von ihm zu entfernen. Auch vom steiermärkischen Gouverneur (Graf Wikenburg) langte, auf dem Wunsche des Volkes, an den Reichstag das Gesuch ein: man möge ihm jene steierisch-slavischen Deputirten bezeichnen, die verrätherischer Weise den Reichstag verlassen hatten; damit das Volk diese Männer kennen lerne und sie durch andere ersetze. — So sind wir denn doch nicht so ganz hilflos verloren, wie es die Feinde der Freiheit so gerne wünschten. — Gestern sind Welker und Mosle hier als Reichskommissäre angekommen, denen schon früher 4 Männer der Frankfurter Linken vorangereist waren. Hoffentlich wird dieses am meisten dazu beitragen, um den Lügenschleier zu zerreißen, den man über Wien auszudehnen beflissen war. Erstere sind wieder nach Ollmütz in das das k. Hoflager abgereist. — Soeben erscheint ein Manifest von dem ungarischen General Moga, von 4 Unterschriften mitgezeichnet, worin die Versicherung ertheilt wird, daß die ungarische Nation denn doch den Wienern zu Hilfe eilen werde. — Zum Schlusse will ich Ihnen noch eine Ministerkombination mittheilen, mit der man sich hier herumträgt, und die einige Wahrscheinlichkeit für sich haben dürfte. Es sind Wogna, Buchna, Kraus und Borrosch. — Seit gestern erzählt man sich hier von Ollmütz aus die betrübendsten und traurigsten Gerüchte.

Wien, 22. Okt. Gestern circulirte hier das Gerücht einer großen Revolution in Prag. Gewiß ist, daß die Stimmung eine ganz andere ist, wie früher. Die deutsche Partei erhebt ihr Haupt mit frischem Muthe, und wird wahrscheinlich den Sieg über die Ultraczechen baldigst errungen haben. (P. C.)

Berlin, 20. Okt. Der Wiener Reichstag spielt ein gefährliches Spiel, indem er sich der trügerischen Hoffnung auf eine friedliche Ausgleichung hingiebt. Welch unglückseliger Gedanke, jetzt noch mit der Hoffnung zu kokettiren, wo längst die klarste, schönste Gewißheit herrschen könnte! Wir können den Grund nicht finden, welcher die Nationalversammlung zu der Rolle des Fabius Cunctator veranlaßt; es ist wohl erlaubt, einen Krieg zu vermeiden, aber ihn aufzuschieben, wo jeder Tag des Aufschubs dem Feinde Vorschub gewährt, das heißt doch, ein todteswürdiges Verbrechen begehen, denn in der Politik ist jeder Fehler ein Verbrechen. Fabius war der Schwächere, er wollte seinen Truppen Zeit zur Erholung gönnen: — warum vergleichen sich die Wiener mit ihm? Uebernehmt die Rolle Cäsars und schreitet über den Rubikon eurer Vorurtheile in das gelobte Land der Republik! Der Kaiser fühlt das ganze Gewicht seiner Schuld, sonst hätte er sich nicht gedemüthigt und die Beschlüsse der Nationalversammlung gut geheißen; aber er hofft, die Macht wieder zu erlangen und wird, wie jeder Fürst, es nie vergessen, daß ihr ihn zur Erniedrigung gezwungen. Er sieht ein, daß er mit Recht des Thrones verlustig; denn wenn der Präsident seinen Stuhl verläßt, so ist die Sitzung aufgehoben, und wenn ein Fürst in Zeiten der Noth und Gefahr sein Volk verläßt in feiger Flucht — so entbindet er das Volk jeglicher Verpflichtung — und heutzutage giebt sich kein Volk einen neuen Herrscher. Redet mir da nicht ein, das deutsche Volk habe sich ja auch einen Herrscher gewählt, einen unverantwortlichen Herrscher: die Frankfurter Versammlung war es, welche pflichtvergessen die Freiheit des Volkes mit Füßen trat, aber das deutsche Volk straft sie mit Verachtung, denn sie ist des Hasses nicht werth! Die Wiener Nationalversammlung tröstet sich mit dem Gedanken: Zeit gewonnen, Alles gewonnen! Aber sie verliert die Zeit durch ihr Zaudern, und die Schwarz-Gelben sind es, welche sie gewinnen. Der Reichstag will Ruhe, Ruhe um jeden Preis! Nun gut, so vernichtet eure Gegner und ihr habt die Ruhe; aber reizt sie nicht durch Kleinlichkeiten; kleine Beleidigungen rächen die Menschen, aber die großen zu vergelten vermögen sie nicht. Ihr wollt schon Frieden schließen und habt noch nicht gesiegt; lernt doch von den Römern, die nur als Sieger Frieden machten. Und gesetzt, es gelingt euch, eine friedliche Lösung herbeizuführen, so kann dieser Friede nur zum Schaden der Demokratie ausfallen. Die Republik war euch sicher mit dem Siege, und der Frieden wird euch die Lüge einer „freien constitutionellen Verfassung" bringen, mit einem schwachen Kaiser an der Spitze. Vergeßt nicht, die Schwachen rächen sich, weil sie nicht siegen können; vergeßt nicht, daß ihr mit einem Fürsten unterhandelt, und ein Fürst braucht sein Wort nicht zu halten. Das ist das Einzige, was sie Alle von Machiavelli wissen, auch ohne ihn studirt zu haben. Vergeßt nicht, daß ihr die Republik jetzt auf legitime Weise einführen könnt, indem der Reichstag sie dekretirt, und daß ihr, wenn ihr es heut versäumt, die Republik erst durch eine neue Revolution erreichen werdet. Hätte Frankreichs Nationalversammlung Ludwig XVI. nicht aus Varennes zurückholen lassen, son-

dern gethan, was ihre Pflicht war: vielleicht stände es heut anders mit Frankreich und mit uns Allen! Laßt euch warnen durch die Geschichte und begeht nicht den größten Fehler in Staatsdingen: versuche das Unmögliche nicht! Und Kaiser Ferdinand ist unmöglich! (D. Ref.)

Berlin, 20. Okt. Die demokratischen Vereine waren in den letzten Tagen hauptsächlich mit den Wahlen zu dem am 24. zusammentretenden demokratischen Kongreß beschäftigt. Die Wahlkämpfe wurden nicht ohne Heftigkeit geführt. Hauptsächlich hatte das Verdrängen Helds und das Widerstreben seiner Gegner Leidenschaft in die Sache gebracht. Es ist Held nichts desto weniger gelungen, in dem Urwählerverein gewählt zu werden. Seine Mitabgeordneten sind Arnold Ruge und Ottensoffer. (Lith. Korr.)

Berlin, 21. Okt. Folgendes Plakat erschien gestern Abend an den Straßenecken. „Bürger Berlins!" In diesem Augenblicke wo wir glauben den traurigen Kampf zwischen den Arbeitern und der Bürgerwehr beseitigt und über den Gräbern der Todten die Versöhnung hergestellt zu haben, bereitet die Reaktion einen neuen Schlag vor. Es ist im Werke, die Arbeiter durch Entlassung und Lohnentziehung für die jüngsten Ereignisse zu strafen. Diese, im Augenblicke unselige Maßregel soll die Arbeiter zum Aufruhr reizen, und in einem wiederholten Bürgerkampfe durch Anarchie Gelegenheit geben zur Herbeiziehung des Militärs, Verhängen des Belagerungszustandes mit allen seinen schrecklichen Folgen, zur Entwaffnung der Bürgerwehr und zum Verlust aller Freiheiten. Seid wach! Geht nicht in die Netze! Vergeßt Eure Menschenpflichten nicht! Vereinigt Euch mit Allen Gutgesinnten, thut Alles, um den Bürgerkampf zu vermeiden und das drohende Unglück abzuwenden!

Berlin, 22. Okt. (**Der Leichenzug vom 20. und die Nachfeier.**) Der wohlgeordnete Trauerzug bewegte sich langsam die Linden herab bis an die Friedrichsstraße, dann diese entlang und vor das Halle'sche Thor zum Friedhofe. Durch die Rundung der Straße vor dem Thore gewannen wir einen Ueberblick über dieses Meer von Menschen im Zuge, in den Straßen als Zuschauer und in den Fenstern der Häuser, über diesen Wald von Fahnen und Bajonetten der Bürgerwehr, über die Musikchöre und über den Zug der neun Särge, welche von Freunden der Gefallenen getragen wurden. Es war kein freundlicher Tag, eine naßkalte Herbstluft hielt gewiß Manchen zu Hause. Um so ernster war die Theilnahme, die der Sache selbst und der allgemeinen Versöhnungsfeier galt. — Am Grabe sollten einige Deputirte sprechen; die Enge des Ortes hätte es immer nur Wenigen vergönnt, ihre Worte zu hören. Es scheint nicht dazu gekommen zu seyn. Prediger segneten, so viel wir hörten, die Gräber ein. Unterdessen ergoß sich eine Menge Volks auf die Wiese vor dem Friedhofe, ein Bauernwagen wurde hinaufgefahren und zur Rednerbühne gemacht, man rief die beliebtesten Abgeordneten vor und zwang sie, zum Volk zu reden. Es wurden Schüsse abgefeuert und der Ort glich einem Kriegslager, so wie das Begräbniß eine militärische Haltung gehabt hatte; und nun, als der Rückzug geordnet war, zogen die Musikchöre mit kriegerischen Marschen in raschem Takt voraus. Es war ziemlich dunkel geworden, als die letzten Züge in die Stadt traten und sich hier nach den verschiedensten Richtungen theilten, um überall hin durch ihre Musikchöre den besänftigenden Eindruck der großen Versöhnungsfeier, die über den Gräbern der Todten gehalten war, zu verbreiten. Mit großer Freude hat das Volk die Theilnahme der Abgeordneten von der Linken aufgenommen. Im ersten Enthusiasmus war ein Fackelzug improvisirt, der vor das Hotel Mylius zog und den Männern des Volkes begeisterte Lebehochs brachte. Gladbach erwiderte die Anreden. Später beim Schauspielhause sprach auch noch d'Ester zu der Menge. Man verbrannte hier die Fackeln und brachte der Rechten eine Katzenmusik, weil sie es verschmäht, den großen Akt der Versöhnung durch ihren Beschluß zu sanktioniren. (D. Ref.)

Bernburg, 19. Okt. So eben wird folgender Erlaß unseres Herzogs vertheilt: „An Meine getreuen Anhalt-Bernburger. Zweimal habe ich bereits in Augenblicken großer politischer Aufregung und Besorgniß für die Aufrechthaltung der gesetzlichen Ordnung, die allein Leben und Eigenthum zu schützen vermag, in einfacher herzlicher Weise unmittelbar zu Euch gesprochen, und Ihr habt damals diese Ansprache mit Freude und Dank aufgenommen. Jetzt versuche ich es nochmals. Möge dieses zum Heile des ganzen Landes und aller seiner Bewohner geschehen! Euch allen sind die Vorgänge in der Landtagssitzung vom 13. d. M. von Seiten der nicht stimmberechtigten Anwesenden zur Genüge bekannt. Viele von Euch haben darüber unverhohlen ihre Entrüstung ausgesprochen. Es ist Euch ferner bekannt, wie Ich in Folge jener Ereignisse unterm 14. d. M. Meinen Geheimenrath Dr. v. Kersten beauftragt habe, ein neues Ministerium zu bilden, und das bisherige angewiesen habe, bis dieses geschehen, die Regierungsgeschäfte zu besorgen. Ich habe mich dabei dahin ausgesprochen, daß das neue Ministerium für jetzt aus drei Mitgliedern gebildet werde, wozu ich Mich nicht allein durch die Betrachtung, daß sonst alle Zweige der Staatsverwaltung nicht gehörig würden gewahrt werden können, sondern auch durch laut ausgesprochene Volkswünsche bewogen gefunden habe. Inzwischen hat Mir als deutschem Reichsfürsten auch die Pflicht obgelegen, das Reichsministerium von den Zuständen des Landes bis auf die neuesten Vorgänge in Kenntniß setzen zu lassen. Es darf erwartet werden, daß Seitens der deutschen Zentralgewalt möglichst schnell das Weitere veranlaßt werden wird; und ich richte daher an alle Angehörigen des Landes die eben so wohlmeinende als dringende Aufforderung, bis dahin die Bahn der Ruhe, Ordnung und Gesetze nicht zu verlassen, sondern nach allen Kräften dahin zu wirken, daß der Friede in keiner Weise gestört und ruhige Besonnenheit überall zur Herrschaft gelange. Treue Anhalt-Bernburger! seyd eingedenk Eurer alten Liebe für Sitte, Ordnung und Recht und Eurer bewährten Anhänglichkeit an Euer Fürstenhaus! Ballenstedt, 18. Okt. 1848. **Alexander Carl**, Herzog zu Anhalt." Merkwürdig muß es erscheinen, daß diese höchste Kundmachung in einem konstitutionellen Staate ohne Contrasignatur erlassen ist, da doch schon gestern das neue Ministerium: **Kersten**, **Zacharià** und **v. Mayo**, ernannt worden ist. Im Uebrigen erfreuen wir uns hier in jeder Beziehung der größten Ruhe. (Magdb. Z.)

Frankreich.

Straßburg, 22. Okt. Die Nachrichten aus allen Departementen stimmen darin miteinander überein, daß man sich bereits allenthalben mit der Präsidentenwahl für die Republik beschäftigt. Bei uns hat wohl Cavaignac die meiste Aussicht, zu siegen; anders verhält es sich in dem Moseldepartemente. In der Franche-Comte arbeitet die Geistlichkeit wacker für den legitimistischen Candidaten. (Fr. J.)

Italien.

Aus Sardinien. Der Corriere Mercantile schreibt: „Wir haben vielen Grund zu glauben, daß wenn nach Aufkündigung des Waffenstillstandes unsere Regierung an die französische sich wenden wird, um einen guten Obergeneral für das sardinische Heer zu erhalten, dießmal diese Bitte, bisher ausweichend oder durch entschiedene Ablehnung beantwortet, in Paris alsbald Gehör finden würde."

Berichtigung.

Es hat in unserer gestrigen Nummer durch Versehen eine Vertragung stattgefunden. In dem Artikel: „Der Münchner Bierkrawall und seine politischen Folgen" — kommen nach der 11ten Zeile von unten und in der ersten Spalte die Worte: „**Künste noch zu vergrößern suchen. Es trachten jene Blätter durch**" zu lesen, welche aus der 21ten Zeile in der zweiten Spalte wegzulassen sind.

Politisches Kränzchen.

Morgen Donnerstag den 26. Oktober, Abends 8 Uhr, im silbernen Löwen, Innere Laufergasse.

Gedruckt — unter Verantwortlichkeit der Verleger — bei J. L. Stich.
Expedition S. 39 im Gasthof zum König Otto II. Etage.

Der freie Staatsbürger.

Erscheint an allen Wochentagen, am Sonntag nur ausnahmsweise auf einem Extrablatt. Preis in ganz Bayern vierteljährlich 1 Fl. 30 Kr., halbjährlich 3 Fl., jährlich 6 Fl.

Organ der Demokratie.

Inserate werden die dreispaltige Petitzeile zu 3 Kr. berechnet. Die Abonnenten haben für die Hälfte des Abonnementpreises Inserate frei.

Nr. 24. Nürnberg, Donnerstag den 26. Oktober **1848.**

Die Oktober-Revolution in Wien.

Während der ersten drei Monate war man allenthalben zu sehr mit den heimathlichen, politischen Umgestaltungen beschäftigt, als daß man einen allzureflektirenden Blick auch auf die auswärtigen Verhältnisse hätte richten können. Dieses geschah erst dann, als bereits deren Folgen fühlbar zu werden begonnen hatten. Frankreichs Umgestaltung hatte jeden commerziellen Verkehr mit Deutschland unterbrochen; der italienische Krieg setzte jeder Handelsverbindung einen hemmenden Damm entgegen; er kostete unermeßliche Summen, die zu erschwingen man alle im Lande befindliche klingende Münze dahin beförderte. Vergebens schrie jeder Einsichtsvolle: man müsse einen Krieg, der nur im dynastischen Interesse und zum allfälligen Nachtheile des Volkes geführt werde, unterlassen; die Diplomatik war anderer Meinung: Man müsse die Ehre der österreichischen Waffen in Italien retten, hieß es, und — diesem blinden Ehrgeize zum Opfer, mußte man sein Geld außer Landes schicken. Die Silber- und Goldmünze im Lande schwand allmählig; Papiergeld überschwemmte alle Orte, und fiel nach und nach so im Werthe, daß man 20 Prozent gegen Silber aufzahlte; ein Geschäft, welches Geldwucherer wie Pilze aufschießen machte, und das zu Folge hatte, daß man ein „Geldausfuhrverbot" erließ. Andere Staaten gebrauchten ihr Reciprocitätsrecht, und so trat eine förmliche Stockung in Handel und Gewerbe ein. Fabriken wurden eingestellt, Arbeiter und Gesellen wurden entlassen, und das Schreckbild des unerbittlichen Hungers blickte schon aus dem Hintergrunde hervor. Abermals ein erwünschter Moment für die nach Reaktion Lüstenden. Aber dieses Mal sollte der Erfolg ihnen nicht entgehen. Man ging gemessener und allseitiger zu Werke. Es sollte nun mit einem Schlage eine dreifache Niederlage unter den Feinden gemacht werden. Sie hatten diesesmal gut gekartet. Wohl wissend, daß der besitzenden, feistgewordenen Bourgeoisie nichts theuerer sei, als ihr aufgehäuftes Gold und Silber, ließ man ihr die Wirkung als Ursache erscheinen; die Aristokratie entwich aus der Stadt, Gewerbe und Handel sanken immer tiefer, und so suchte man dem gewinnsüchtigen Spekulanten und geldgewohnten Spießbürger zu überzeugen, die Freiheits-Ideen seien an dem Verfalle des Handels Schuld, und zeigte ihnen schon in weiterer Ferne das Gespenst, wie der Besitzlose über den Besitzenden herfallen und ihm sein Habe plündern würde. Dieses hatte gefangen! Das Spießbürgerthum, von steter Furcht vor Plünderung gequält, ging auf die Seite der Reaktion über, und es entstand, was jene gewünscht hatten: eine Spaltung zwischen der Nationalgarde selbst. Inzwischen nahm die Verarmung der untern Schichten immer zu. Ein Minister der öffentlichen Arbeit, anstatt die Mittel anzugeben, wie das Loos der arbeitenden Classe, die von ihrem Lohne kaum das Leben erhalten konnte, zu verbessern, dem ganzen Arbeitersysteme ein neuer und energischer Aufschwung zu geben sei, wurde plötzlich staatsökonomisch; er zog den Arbeitern fünf Kreuzer von ihrem täglichen Arbeitslohn ab. Die Arbeiter, mit dieser unklugen und nicht zeitgemäßen Maßregel unzufrieden, erlaubten sich einige ganz schuldlose Excesse, und alsbald zeigte man abermals dem reichen Bürger das Schreckbild des Proletariats, wie es nach seinen reichen Schätzen die abgezehrte Hand ausstrecke, und es geschah am 23. August das Schreckliche, das nur die wohlbeleibte reiche Bourgeoisie thun konnte: Man schoß und hieb auf die schuldlose Armuth, wie auf das wehrlose Wild. Aber es sollte noch besser kommen! Durch die Masse der reichen Bürger verstärkt, wußte auch die Reaktion das Ministerium für sich zu gewinnen; ein Ministerium, das aus dem Volke und durch das Volk in den Ministerrath gelangt war. Auch dieses gelang! und nun scheute man sich nicht, offen das vermeintlich gewonnene Spiel zu zeigen. Der Reichstag, der inzwischen sich konstituirt, und mit kräftigem Willen den Kaiser zu seiner Pflicht zurückgerufen hatte, war aus zu verschiedenartigen Elementen zusammengesetzt, als daß es der Reaktion nicht hätte gelingen sollen, auch hier ihren verderblichen Einfluß geltend zu machen. Die Verschiedenheit der Nationalität einerseits, und die schwarzgelbe politische Ansicht eines Theils seiner deutschen Mitglieder anderseits, kam ihnen hierbei trefflich zu Statten. Die ultraczechischen Deputirten, von ihren panslavistischen Ideen befangen, und eher entschlossen, ihre Freiheit, als ihre separatistischen nationalen Interessen fahren zu lassen, wurde der Stützpunkt des an dem Volke Verrath übenden Ministeriums. Vergebens forderte das Volk ihren Abtritt, vergebens mühete sich die Presse darin ab, diesem Ministerium sein Sündenregister vorzuhalten. Die Verantwortlichkeit war ein leeres Wort. Der Mißstand des oben gezeigten Verderbnisses des socialen Zustandes war durch die Länge der Zeit zu fest gewurzelt, als daß er nicht jetzt, nach seiner ganzen Blöße, hätte zum Vorschein kommen sollen. Der arbeitende Bürger war brodlos geworden, und dennoch hatte man zur Verbesserung seines Schicksals nichts gethan. Der Reiche scheute und fürchtete jedes Opfer; Scheinhülfe, wie die der bekannten swobodaischen Affaire, hatte das Uebel nur noch gesteigert, und so brach der Unmuth des auf Hülfe hoffenden Bürgers am 13. September aus, den die Reaktion, jetzt von dem Ministerium angeführt, dahin benützte, ihren Todfeind, die Legion, zu vernichten. Auf einen Brief von anonymer Hand geschrieben, ließ Minister Latour Kanonen aufführen, und sie gegen die Legion richten. Es wäre um dieselbe geschehen gewesen, wenn nicht ihr Schutzengel, Abgeordneter Borrosch, den Reichstag eines bessern überwiesen hätte. Von diesem Tage an mochte das Ministerium wohl begriffen haben, daß es entweder siegen oder untergehen müsse. Es nahm darnach seine Maßregeln. Immer ärger wurde das mit der Reaktion angeknüpfte Bündniß geschlossen; den Antrag der Entschädigung der Grundherrn für Robot und Zehent machte man zur Kabinetsfrage; indeß man die wesentlichsten Bestimmungen, die zur Verbesserung des Gewerbswesens beitragen sollten, außer Acht ließ. Aber zum vollständigen Siege fehlte noch der Dritte im Bunde, es war der liebe Ban Jellachich. Jetzt glaubte man seiner Sache gewiß. Die Gelder, die der österreichische Bürger zur Staatsausgabe beisteuerte, schickte man in das kroatische Lager um ein Heer zu unterhalten, das uns, im gelindesten Ausdrucke, nichts anging. Eilfertige Staffeten und geheime Briefwechsel gingen ab und zu; dabei zog man immer mehr Kriegstruppen in die Stadt und Umgebung, trotz des a. h. Versprechens, daß das Herbeiziehen des Militärs nur mit Wissen des Nationalgarde-Commando's geschehen solle. Vergebens waren alle Interpellationen an die Minister; man erhielt entweder Trotz oder gar nichts zur Antwort. So hatte ein Ministerium das Ungewitter selbst auf sein Haupt beschworen. Man glaubte nicht mehr den Verrath verhehlen zu müssen; nicht die sociale Verbesserung des Volkes war es, das diesem Ministerium am Herzen lag; nein, das Volk sollte wieder gehorchen und schweigen lernen.

Dazu hatte man uns mit Militär umgeben, und um uns ja jede Lust zum Proteste zu benehmen, zeigte man ein gegen Ungarn gerichtetes Manifest, das der Absolutismus selbst diktirt hatte. Es sollte uns als ein warnendes Beispiel dienen, was auch wir dann zu gewärtigen haben. Und um dieses Beispiel desto eindringlicher zu machen, sollte das befreundete deutsche Militär ausrücken, nach Ungarn ziehen, um für dynastische, reaktionäre Interessen abermals zu verbluten, indeß man uns durch polnisches Militär schweigsam zu machen hoffte. So waren die Kräfte des März vernichtet; das Volk von seinen Träumen einer besseren Zukunft schrecklich aufgewacht, und der Kampf mußte von Neuem beginnen.

Deutschland.

* Nürnberg, 26. Okt. Unser = Correspondent berichtigt seine gestrige Mittheilung (daß der König die Adresse der Münchener und die Deputation nicht angenommen habe) als auf falsch aufgefaßte Aussagen beruhend.

Frankfurt. Nach einer Zusammenstellung vom 9. Oktob. fehlten von 559 legitimirten Mitgliedern des Frankfurter Parlaments 169, fast ein Drittel, worunter 64 mit Entschuldigung und 104 ohne Erlaubniß! Ruge der Deputirte von Breslau hat nun definitiv sein Mandat niedergelegt. Ein Correspondent der N. D. Z. bemerkt hiezu: Die deutschen Verhältnisse werden wohl auf andere Weise ihrer Lösung entgegengeführt werden müssen, als es die Frankfurter Majorität im Schilde führt. Die Unhaltbarkeit jener Versammlung ist hier (Breslau) so einleuchtend, daß man noch nicht an eine Neuwahl denkt und es selbst sehr gleichgültig aufnehmen würde, wenn ein Mitglied des hiesigen Preußenvereins mit der Mission eines Vertreters unserer demokratischen Hauptstadt Schlesiens betraut würde.

L Frankfurt, 22. Okt. Unser Belagerungszustand ist aufgehoben, d. h. es hängt ein großes Plakat an den Straßenecken mit dieser Anzeige, dem aber beigefügt ist, daß alle jene Maßregeln, die das Reichsministerium für die Aufrechthaltung der Ruhe und Ordnung und der öffentlichen Sicherheit für nöthig erachtet, in ihrem vollen Umfange fortdauern sollen. Die Deutschen können nichts einfach und groß thun. Die Polizeispielerei muß allenthalben dranhängen. Es ist daher auch kein besonderer Unterschied zwischen dem jetzigen und früheren Zustande, es müßte denn seyn, daß den Soldaten ihr kompagnienweises lautes nächtliches Singen um ihr Wachtfeuer herum eingestellt scheint, um die — guten Frankfurter nicht in ihrer Ruhe zu stören. — 100, sage hundert Sitzungen der deutschen konstituirenden Nationalversammlung sind gehalten, und sie hat — nichts konstituirt! Ihr Resultat sind 4 Reichsgesetzblätter, welche die unverantwortliche Zentralgewalt und die Gesetze zum Schutze der deutschen Volksvertreter gegen das Volk enthalten, nebstdem Geld- und wieder Geldforderungen! 100 Sitzungen, und die eigenen Mitglieder der Versammlung des souveränen deutschen Volkes werden in heimlichem Gerichtsverfahren, dem getreuen Bilde des alten Systems, verhört und abgeurtheilt werden, und unter jenen sind solche, welche in einem Lande leben, in dem das öffentliche Gerichtsverfahren zu Hause ist, bei dem sie selbst thätig waren! Das sind unsere Märzerrungenschaften! Das sind die Früchte der loyalen Schwätzereien in 100 Sitzungen! Wahrlich, da thut es freilich sehr Noth, die wässerige Rede Bassermanns zu kolportiren, welche beweisen sollte, daß die Freiheit keine Freiheit ist, weil sie zuweilen in sogenannter ungesetzlicher Weise auftritt, und daß Herr Bassermann trotz der Undankbarkeit des deutschen Volkes, doch zu dessen und des Vaterlands Rettung berufen ist! Von der einen Seite durch die Traktätlein deiner Pfaffen für den Himmel, von der andern durch die goldenen Lehren doktrinärer Staatsweisheit zu ruhigem Dulden auf der Erde vorbereitet und tüchtig gemacht, was willst du mehr, mein gutes Volk? — — Die Ereignisse in Wien halten alle Gemüther in gespannter Aufmerksamkeit, selbst die kaufmännischen Seelen der Frankfurter wegen — der Papiere. Wie immer die Würfel fallen mögen; dies fühlen Alle: daß es sich zur Entscheidung drängt, daß jede Vermittlung keine Lösung der Frage, sondern nur eine Verschiebung derselben ist. „Wer die Revolution zur Hälfte macht, gräbt sich nur ein Grab. Es bedarf noch einiger Schläge des Genie's, um uns zu retten," sagt St. Just, der das gewesen, wovon wir nur schwätzen können, der sein Vermögen hingeworfen und aus einem adeligen Schmarotzer ein großer Mensch geworden, und er hat Recht!

L Frankfurt, 23. Okt. (101. Sitzung der konstituirenden Nationalversammlung.) Die Majorität der deutschen Nationalversammlung hat sich heute selbst übertroffen; sie hat nicht nur das Majoritätsgutachten des Ausschusses für die österreichischen Angelegenheiten, das eigentlich nichts weiter als ein Vertrauensvotum für das Reichsministerium ist und sonst — gar nichts beschließt, angenommen, sondern ist selbst so weit gegangen, den Zusatz, welcher die Truppen nur den konstitutionellen Behörden zur Verfügung zu stellen beantragte, zu verwerfen. Nun hat sie nur noch 2 Schritte zu machen, nämlich offen und deutlich auszusprechen, was sie faktisch täglich thut: die Verläugnung der Märzrevolution, und dann — daß sie überhaupt gar nicht existirt habe! — Ein Ehrenmann, Brunck aus dem Großherzogthum Hessen, ist ausgeschieden — durch den Tod; 4 andere Mitglieder durch Austritt. Hr. v. Schmerling beantwortet die letzten Interpellationen, und da hören wir, daß das Verfahren Dänemarks gegen die schleswig'schen Schiffe von dem Reichsministerium als ein offenbarer Bruch des Waffenstillstandes betrachtet und dagegen — protestirt werden; daß die praktische Anerkennung des Gesetzes über die Centralgewalt, auf welche das Ministerium auch mehr Werth lege als auf die formelle, d. h. die thätige Unterstützung bei allen Polizeimaßregeln desselben, im besten Zuge sei; daß selbst die größte deutsche Macht ihre gesammten Truppen zur Verfügung der Centralgewalt gestellt, welche Bereitwilligkeit später auch vom Herrn Finanzminister in Hinsicht der finanziellen Angelegenheiten eines Weitern rühmend erwähnt wird (sie besteht in letzterer Beziehung darin, daß Preußen die Matricularbeiträge der einzelnen Staaten für die Marine ꝛc. sogleich direkt aus der Zollvereinskasse verabfolgen läßt). Irgendwelche Auflehnungen gegen die Centralgewalt kommen jetzt nicht mehr von den Regierungen, sondern von Fraktionen deutscher Kammern und derlei wühlerischem Volke. Der Herr Finanzminister zeigt an, daß der Aufwand des Reichs bis Ende dieses Jahrs 10,468,000 fl. betrage und fügt zuletzt den frommen Wunsch bei, daß die Einigung und Einheit zu Stande kommen werde, wie sehr auch eine Partei das Ansehen der Centralgewalt und der Versammlung herabzusetzen suche. Ohne verdächtigende Stoßseufzer geht es nie ab. — Die Tagesordnung ist also der Bericht über die österreichischen Angelegenheiten mit einigen Amendements von Vogt, Berger u. A. (Mißbilligung der Schritte des Reichsministeriums, Stellung der Truppen unter den Reichstag ꝛc.), von Förster u. s. w. Da erleben wir denn das seltsame Schauspiel, daß einer Nationalversammlung die Bewegung in Wien annehmbar gemacht werden soll, weil sie keine demokratische sey. Dieß thut Reitter von Prag, indem er ihr nur den sich von selbst verstehenden demokratischen Antheil vindicirt, sie aber als vorzugsweise nationale begründet, als Auflehnung gegen die Unterdrückung von einer antinationalen Partei. Er meint übrigens, unsere Revolution führe uns der Schmach und Schande immer näher, worüber es zu einem fürchterlichen Toben der Majorität, namentlich der Rechten kommt, welches noch dadurch gesteigert wurde, als er äußerte, es sey eine Schmach, daß man Rußland's Hülfe anrufen wolle, wie in einem ministeriellen Blatte, der O.-P.-A.-Z., in Aussicht gestellt sey. Sie würden sich am Ende die Hülfe selbst verschaffen. Mayfeldt von Wien erinnert an Doblhoff's Worte: Die Politik werde nicht auf der Ministerbank, sondern vom Weltgeiste gemacht und führt guttreffende Schläge auf die im Finstern schleichende Partei und die Rathgeber des Kaisers, sowie auf die, welche durch Zuwarten sich wenigstens dem Verdachte aussetzen wollen, daß Oesterreich slavisch werde. Des Redners attisches Salz scheint der Majorität nicht zu behagen, sowie, daß er die Grausamkeit der Croaten durch Augenausstechen ꝛc. strengerer Ahndung würdig hält, als die in der höchsten Wuth eines gereiztem Volkes begangene That. Wie sie ausgebeutet wird, diese That, welche von einem bewundernswerthen Benehmen zehntausendmal aufgewogen wird, diese That eines schändlich verrathenen Volkes! Das bekannte Manoeuvre, für alles und jedes eine großartige Bewegung verantwortlich zu machen. Berger von Wien findet das glimpflichere Verfahren des Ministeriums (das neulich auf seine Interpellation geantwortet: es werde die Reaktion ebenso energisch bekämpfen, als es die Anarchie bekämpft habe) gegen die Rebellen von oben, für die es nur — Reichskommissäre habe, für die Rebellen von unten aber Kartätschen, begreiflich; unbegreiflich aber das Verfahren des Ausschußes und seinen dürftigen Bericht, dessen Hauptinhalt die An-

erkennung der ministeriellen Politik sey, welche das Ministerium, wenn je, in diesem Augenblicke gewiß nicht verdient habe. Er rettet der Bewegung auch die demokratische Färbung, die natürlich sey und ihr doch wahrhaftig nicht zur Schande gereichen könne. Das Verfahren des Ministeriums ist ihm das System organisirter Langeweile! Sommaruga sieht die deutsche Färbung der Bewegung durch die Partei des Umsturzes verändert, Anarchie in Wien, glaubt nicht an reaktionäre Bestrebungen und erklärt sogar Jellachich für den Vorkämpfer des Humanitätsprincips!! Auch v. Vincke sieht natürlich nur eine entschieden anarchische und ungesetzliche Bewegung und verlangt ein Vertrauensvotum für das Ministerium. Noch weiter aber geht Herr Bassermann, der Unterstaatssekretär, der den Croaten eine Lobrede hält, den deutschen Vereinen aber in Aussicht stellt, daß es wohl nothwendig werden könnte, die Freiheit derselben etwas zu beschränken. Es ist ein wahrhafter Wetteifer für die Rothmäntel Jellachich's, „die Apostel der Humanität," wie sie Vogt ironisch nennt, zu schwärmen. Soll ich Sie mit den Wendungen ermüden, in welche sich diese antidemokratische Wuth bei den verschiedenen Rednern kleidet? Nein. Eisenmann will, daß den Reichskommissären bestimmte Anweisung gegeben werde, den Anschluß Oesterreichs an Deutschland durchzusetzen. Schmidt v. Löwenberg will gar keine Einmischung der Centralgewalt, die dem freiheitsmörderischen Kampfe gegen die Ungarn vorher unthätig zugesehen. Vogt von Gießen beweist in längerer trefflicher Rede, daß das Reichsministerium in der That bisher nichts als Polizei geübt, während es geglaubt habe, zu regieren. Als er die Zuschrift der Studenten Wien's verliest, lacht die Rechte laut und höhnisch. So weit ist es gekommen! Er geiselt diejenigen, welche glauben und immer schreien: Die Freiheit sey da, weil sie da seyen, und schließt: Möge der traurige Spruch: es gibt in Deutschland keine Stadt, kein Dörflein, auf dessen Friedhof nicht ein Freiheitsmärtyrer ruht, nicht auch auf Oesterreich Anwendung finden!" — Das Resultat ist das oben angeführte in namentlicher Abstimmung mit 250 gegen 161 Stimmen. — Ich schließe und denke an Heine's Worte: „Der Donner in Deutschland ist ebenfalls sehr deutsch; er ist nicht sehr rasch, er rollt ein wenig langsam daher; aber er wird kommen, und wenn Ihr ein Krachen hört, wie noch nie in der Weltgeschichte ein Krachen gehört worden ist, so wißt, daß der deutsche Donner endlich sein Ziel erreicht hat." — Morgen wird eine Anzahl Mitglieder der äußersten Linken nach Berlin zum demokratischen Congresse reisen.

Frankfurt, 27. Okt. (102te Sitzung der konst. d. Nat.-Vers.) Ein weiterer Abschnitt des Verfassungsentwurfes ist dem Drucke übergeben, für die Demarcationslinie in Posen ein Reichskommissär abgeschickt und Vater Jahn ist von einem blutdürstigen Inquisitor zu einem Polizeimeister herabgestiegen und kleidet seine Galle in possirliche Ironie. Er fragt, da laut Zeitungsnachrichten einige aus der Paulskirche verschwundene Mitglieder nach Wien gereist seyen, die Landschaft Oesterreich's aber nicht die Stimmung Wien's theile und bereits einige Volksredner aufgegriffen, somit man alle Ursache habe, für jene besorgt zu seyn, welche Maßregeln für die Sicherheit der Abgeordneten getroffen, mit welchen Aufträgen sie gereist und ob sie Reichspässe hätten? unter allgemeinem Gelächter. — Die Tagesordnung ist Berathung der §. 2, 3, 4 des Verfassungsentwurfes, wozu ein Amendement Wieland's definitive Annahme ohne zweite Berathung verlangt. Beidtel von Brünn spricht für den österreichischen Gesammtstaat in ermüdender Weise; wogegen Wagner aus Steyer in der Personalunion die materiellen Vortheile gesichert und die Uebermacht der Slaven niedergehalten sieht und definitive Entscheidung der Frage verlangt; auch ernstlich an die gänzliche Ausbreitung der Revolution mahnt, um nicht eine zweite hervorzurufen. Heiterkeit erregt eine Anekdote, die der Redner trotz des Sträubens der Rechten erzählt, daß Kaiser Franz das Wort Konstitution so wenig habe leiden können, daß selbst sein Leibarzt es in Bezug auf seine leiblichen Verhältnisse nicht habe aussprechen dürfen. Kaiser aus Oesterreich spricht für den innigen Anschluß Oesterreichs an Deutschland auf dem Wege völkerrechtlichen Bündnisses, und sieht auf dem andern Wege Galizien an Rußland, Italien an Frankreich verfallen. Sein Amendement geht daher auf Vorbehalt der näheren, auf Oesterreich bezüglichen Bestimmungen. v. Mühlfeldt aus Wien spricht in gleichem Sinne und stellt das Bild Deutschlands durch das gemeinschaftliche nationale Element mit dem österreichischen Föderativstaate vereint, und in niegesehener Macht dastehend, vor die Augen seiner entzückten Gesinnungsgenossen, die dem Redner zärtlichen Beifall spenden. v. Vincke sucht in gewohnter Weise seine Vorgänger, mit denen er nicht Einer Meinung ist, zu persifliren, bespöttelt das Prinzip der Zeit, den Weltgeist, sieht gerade in der Personal-Union das Zerfallen Oesterreichs in eben so viele Staaten, als es Nationalitäten habe, im Gegentheile die materiellen Vortheile gewahrt. Er schließt sich Kaiser's Amendement an, unter den jetzigen schwankenden Verhältnissen noch keine bestimmte Entscheidung zu treffen. Schneider für den Anschluß Deutschösterreichs an Deutschland. Er gibt auch der Demokratie ihren Antheil an der Mairevolution in Wien und an der Freiheit nicht bloß für Oesterreich, sondern auch für Deutschland, gebührend zurück. Clemens von Bonn spricht in langweiligem Docententone, von Rufen nach Schluß unterbrochen. Er ist für die Zuwartungstheorie; jedenfalls aber für regen Anschluß Oesterreichs an Deutschland; leider, daß manches Wahre seiner Bemerkungen aus ultramontaner Quelle fließt. Diese Herren schwärmen für die Einheit, wie für die selbstständige Berechtigung der einzelnen Staaten, damit nicht das protestantische Preußen die Suprematie in Deutschland bekomme, und dem deutschen ultramontanen Treiben nicht die Stütze entgehe, welche sie immer noch in Oesterreich erblicken. Aehnlich Reichensperger in wohlgesetzter Rede, beklagend den tiefen Riß, welchen ein Lostrennen Oesterreichs in Deutschland herbeiführen würde. Schlau sind sie, diese Füchse im Gewande der Ideen der Neuzeit; aber wir hoffen, daß eine höhere Bewegung die Spuren mit fortreiße, welche ihre Bemühungen im Sande zurücklassen. Biedermann spricht von dem Rechte der Nationalversammlung, die Bedingungen des Anschlusses für die Bundesstaaten zu bestimmen und verweist auf die Bundesakte, in der schon die Unauflöslichkeit des Bündnisses mit Oesterreich ausgesprochen sey. Indeß gebe es eine enge Verbindung mit Oestreich, welche die Idee des Bundesstaates nicht unbedingt voraussetze, nämlich die gleiche Verfassung. So möge den die Versammlung den §. 2. des Entwurfes annehmen. Oesterreich aber dann kommen, um unsere Bedingungen zu hören. Wenn die neue Bewegung in Wien eine vorwaltend Deutsche sey, nun so solle der Reichstag kommen und dieß erklären. Was werde aber der vom Reichstag in Vorschlag gebrachte Völkercongreß dazu sagen? — Uhland soll nun sprechen; man ruft aber theils nach Vertagung, theils nach Schluß der Diskussion. Letzteres wird abgelehnt, jenes angenommen unter dem Beifall der Linken. Es ist noch eine reiche Zahl Redner eingeschrieben. Venedey interpellirt den Ausschuß für internationale Fragen wegen der Note an die Schweiz. Hierauf Schluß der Sitzung.

Wien. Alle Mißverständnisse und Zweifel sind also gehoben, und die Ungarn kommen doch — trotz aller Muthlosigkeit und Vernachlässigung des Reichstages wie des Gemeinderaths, und trotz aller absichtlich ausgestreuten Lügen und der perfid genährten Entmuthigung von Seiten der schwarzgelben Freiheitsverräther und Volksfeinde in unserer Mitte. — Es war von der barmherzigen magyarischen Nation nicht anders zu erwarten.

* Wien, 22. Okt. Nichts ist im Stande, den Muth der Wiener niederzuschlagen, und selbst in der Geduld, mit der sie täglich auf den entscheidenden Kampf warten, sind sie bewunderungswürdig. Der Oberkommandant Messenhauser ist sehr energisch und ebenso umsichtig. — Ich fürchte, daß Oesterreich einem langen Bürgerkrieg entgegengeht. Es ist sehr wichtig, daß durch einen Bruch zwischen den Polen und Tschechen in den Panslavismus ein starker Riß gekommen ist. Die hiesigen Polen fechten alle gegen die Kroaten und Tschechen. Wichtig ist es auch, daß nicht nur die Steyerer, sondern auch die Tyroler als Freischärler für die Stadt Wien hier angekommen. Gestern 400 Büchsenschützen aus Tyrol. Ihren Berichten zufolge ist die Stimmung in Tyrol eine ganz andere, als wir bisher vorausgesetzt haben. Aus Steiermark sind 700 Schützen angekommen. Indessen fehlt es hier nicht an Kämpfern, sondern nur das Schwanken zwischen der Legalität und der Revolution macht das Unglück Wiens aus.

Wien, 22. Okt. Mehrere, theils offenbar, theils versteckt reaktionäre Blätter bemühen sich, das Volk dadurch zu entmuthigen, daß sie behaupten, dasselbe habe schon den Muth verloren — und sehne sich nach einer friedlichen Ausgleichung — nach Ruhe. Wir aber, die wir mitten im Volke leben und dessen Wünsche und Gesinnungen genau kennen, sagen Euch, daß der Muth der Wiener Bevölkerung heute am 22. Okt. eben so groß und seine heldenmüthige Begeisterung ebenso lebhaft ist, wie am 6. Oktober. Die Kampflust ist noch immer dieselbe, und sie wird sich auch offenbaren, sobald nur ein feindlicher Kanonenschuß zu unsern Ohren

dringt. — Wenn man die Krämer und Spießbürger, (deren es Gott sey Dank jetzt hier wenige gibt —) betrachtet, glaubt man freilich, Wien ist entmuthigt; blickt man aber die todesmuthigen Gesichter der Garden, Studenten und Arbeiter an, so drängt sich einem klar und deutlich die Ueberzeugung auf, daß die Wiener Bevölkerung eher kämpfend stirbt, als sich unterhandelnd ergibt. — Daher es uns gar nicht bange wird vor dem neuen Manifeste unseres guten Kaisers, das Windischgrätz zum absoluten Vollstrecker absolut-windischgrätzischer Willkür macht. Auch vor einer Militärsumzinglung ist uns nicht bange, zur Zeit der Noth wird die Wiener-Bevölkerung wie ein Mann aufstehen und die Söldlinge des Absolutismus sammt und sonders verjagen.

Wien, 23. Okt. Vom Nationalgarde-Oberkommando erschien heute nachstehende Kundmachung: Mitbürger! Ein Plakat, gezeichnet „Fürst zu Windischgrätz Feldmarschall“ ist heute an den Straßenecken auf kurze Zeit gesehen worden. Der hohe Reichstag, getreu seiner Aufgabe: das konstitutionelle Wohl der Völker zu vertreten, hat das Mandat des Fürsten Windisch-Grätz mit dem angedrohten Belagerungszustande und dem daran sich knüpfenden Standrechte für ungesetzlich, folglich ungiltig erklärt. Wir müssen erwarten ob der Ausspruch der aus unserer freien Wahl hervorgegangenen Vertreter und Gesetzgeber von dem Minister Herrn Wessenberg zu Ollmütz und von dem Herrn Fürsten Windischgrätz respektirt werden wird. Mitbürger! noch ist der Kampf nicht unvermeidlich; noch ist eine friedliche Lösung der Dinge möglich; aber das Wohl unserer schönen Stadt, die Zukunft seiner Bewohner vom absterbenden Greise bis zum bewußtlosen Kinde, unsere Ehre, unsere Freiheiten erfordern doppelte Wachsamkeit verdoppelten Eifer! Jetzt erst trete ich in den Mittelpunkt meines Auftrages: die Stadt Wien sammt Umgebung in Vertheidigungszustand zu setzen. Mitbürger! Es werden die größten und umfassendsten Maßregeln genommen werden. Indeß Zaudern, jede Halbheit fällt hinweg. Sie wäre unser offenbares Verderben. Was nur meine aufrichtige Friedensliebe Versöhnliches an die Hand gab, ist von allen unserer Körperschaften versucht worden. Blickt jetzt auf das Beispiel der heldenmüthigen Bewohner von Budapest! Männer, Frauen, Kinder aller Alter und Geschlechter haben gezeigt, wie man zwischen Morgen und Abend Wälle baut. Hauptquartier: Schwarzenberg Palais 22. Oktober 1848. Messenhauser. In der heutigen Reichstagssitzung theilte der Präsident ein Schreiben des gewesenen Ministers Bach mit, wonach derselbe anzeigt, als Abgeordneter des Reichstages wegen Krankheit seinen Pflichten nicht nachkommen zu können, aber Hoffnung sey, daß sein Zustand ein baldiges Erscheinen in der Kammer zulassen werde. Der genannte Ausschuß durch Schuselka las eine von dem ständischen Ausschusse Tyrols erlassene Proklamation vor, welche die Wiener Ereignisse entstellt bringt, und einen Landtag für Tyrol einberuft. Gegen diese Landtagseinberufung wird heftig gesprochen, und er dürfte, denn bis Postabgang kam es zu keinem Beschlusse, wahrscheinlich gesetzwidrig erklärt werden. Heute Vormittag kam es bei der Nußdorfer Linie zu einem blutigen Gefechte. Militär verfolgte eine Truppe Ausreißer derselben, die von der Nationalgarde glücklich in Empfang genommen wurden. — Windischgrätz nimmt von dem Beschlusse des Reichstages, wornach die Belagerung Wiens ungesetzlich ist, keine Notiz; — der blutige Kampf wird also beginnen, wenn die Eilboten von Wessenberg nicht günstigere Nachrichten bringen. (Regensb. Z.)

Mainz, 23. Okt. Gestern fand die Volksversammlung zu Niederolm, drei Schritte von der strafrechtlichen Grenze des Parlaments, statt. Sie war, trotz des regnerischen Wetters von circa 5000 Personen besucht und durch die Uebergabe einer von Frauen und Jungfrauen gestickten rothen Fahne eingeleitet. Nach mehreren Reden verschiedenen Inhalts, wurde eine von dem Vorsitzenden Bürger Wittmann, vorgeschlagene Adresse an den Justizminister, um sofortige Abschaffung des Strafgesetzbuches und Wiedereinführung des Code penal mit einigen Modifikationen einstimmig angenommen. (M. Z.)

Konstanz. Die Regierung von Baden hat ihrem Heere eine Anerkennung gegeben; den Offizieren und Soldaten, die im grausamen Bruderkriege waren und an all den Schlachten so ruhmvoll Theil genommen, sind Ordenskreuze und Felddienstzeichen verliehen worden; — den Offizieren Ordenskreuze — den Gemeinen Medaillen. Versteht sich, das Blut der Offiziere ist verschieden von den ihrer Soldaten, es herrscht ja Gleichheit der Stände. Napoleon war noch weit zurück, so viel Wesens man aus ihm macht. Er kannte diesen Unterschied im Blute nicht; das Kreuz der Ehrenlegion hing er dem Tambour um, wie dem Obrist.

Italien.

Turin. Am 19. kam in der Turiner Kammer die Frage über den Krieg vor. Das Ministerium formulirte seine Politik dahin: es werde einen Frieden nur unter den Bedingungen schließen, welche die Ehre des Landes und die Unabhängigkeit Italiens sichern. Es werde nicht zugeben, daß die Vermittlung zu einem „unserer Sache“ schädlichen Ergebniß auslaufe. Wenn es nicht rasch eine entscheidende (decisiva) und zufriedenstellende Antwort auf sein letztes Memorandum erhalte, werde es den passenden Augenblick zum Kriegsausbruch ergreifen.

Turin. Ganz Sardinien glüht vor Kampfbegierde. — Alle Blätter athmen kriegerische Lust und eine Demonstration zu Gunsten des Krieges folgt der andern. Schon der italienische Kongreß zu Turin, hatte vor kurzem Karl Albert aufgefordert, den jetzigen günstigen Augenblick der gebrochenen Macht der Camarilla, die die Armee Oestreichs in Händen hat, zu benützen und seine Niederlage zu rächen. Die eben zusammengetretene Kammer in Turin läßt ebenfalls keinen Zweifel über ihre kriegerische Stimmung; sie hat in ihrer Sitzung vom 18ten den Chef der italienischen Kriegspartei, Gioberti, zu ihrem Präsidenten erwählt und Karl Albert, will er die gegen seinen Thron anstürzenden Wogen bewältigen, hat keine andere Wahl als die Offensive auf's Neue gegen Radetzky zu ergreifen. Bereits organisirt der bekannte polnische General Czarnowsky am rechten Ufer des Tessin ein Armeekorps von 30,000 Piemontesen. Es ist wahrscheinlich daß Sardinien auf eine Erhebung Mailands harrt, wo es außer allen Zweifel steht, daß man vom jetzigen Momente gewinnen will, um aufs neue die Geschicke Italiens durch das Schwert zur Reife zu bringen. Radetzky scheint sich in Mailand nicht gar zu heimisch zu fühlen; seine vielen Proklamationen an die Soldaten, und sein Verlangen nach 40,000 Mann frischen Hilfstruppen und Geld — zeigen hievon. Zudem besteht die 25,000 Mann starke Mailändische Besatzung aus 11,000 Ungarn, die seit den jüngsten Ereignissen in ihrer Heimath mit den Italienern fraternisiren und den Kroaten feindlich gegenüberstehen. — Wir können daher mit Bestimmtheit dem Ausbruche der lombardischen Insurrektion und dem Beginne der Feindseligkeiten von Seite Sardiniens demnächst entgegensehen. Wir wünschen den Sieg der nationalen Selbstständigkeit Italiens, da er ein Schritt weiter ist zu der großen Aufgabe unseres Jahrhunderts zur freien Association freier Völker!

Erklärung.

Der im freien Staatsbürger Nr. 16 vom 17. Oktober l. J. inserirte und von Windsheim aus datirte Artikel bedarf insoferne einer Berichtigung, als sich dahier zwar ein Bürgerverein gebildet hat, der jedoch keine demokratische Tendenz hat, sondern dessen Zweck ist:

a) freimüthige Besprechung aller Tagesfragen und gegenseitige Aufklärung im brüderlichen Sinne;

b) Förderung des Gemeindewohls;

c) geselliges Vergnügen;

Uebrigens wurde eine Klage gegen Herrn Stadtpfarrer Großmann beim königl. Dekanate dahier, wegen der im fraglichen Artikel erwähnten Aeußerungen zur Zeit noch nicht gestellt.

Windsheim, 20. Oktober 1848.

Der neue Bürger-Verein.

Dornauer, Ordnungshalter. Berger, Schriftführer. Val. Baßler, Cassier.

Patriotischer Verein in Fürth.

Morgen Samstag, Abends 8 Uhr,

Versammlung im Vereinslokale (Pfarrgarten).

Gedruckt — unter Verantwortlichkeit der Verleger — bei J. L. Stich.
Expedition S. 30 im Gasthof zum König Otto II. Etage.

Der freie Staatsbürger.

Erscheint an allen Wochentägen, am Sonntag nur ausnahmsweise auf einem Extrablatt. Preis in ganz Bayern vierteljährlich 1 Fl. 30 Kr., halbjährlich 3 Fl., jährlich 6 Fl.

Organ der Demokratie.

Inserate werden die dreispaltige Petitzeile zu 3 Kr. berechnet. Die Abonnenten haben für die Hälfte des Abonnementpreises Inserate frei.

Nr. 25. Nürnberg, Freitag den 27. Oktober **1848.**

Die Nationalversammlung und die auf gänzliche oder theilweise Erneuerung derselben gerichteten Anträge.

Die Nationalversammlung hat, wie in früheren Artikeln nachgewiesen worden ist, den Antrag auf ihre gänzliche Erneuerung durch Neuwahlen durch Verweisung in den gewöhnlichen Geschäftsweg faktisch beseitigt, und ist über den vom Petitionsausschuß gemachten Vorschlag, wenigstens das Verbleiben der bei der Centralgewalt oder im Staatsdienste ihrer Heimath neuangestellten oder neubeförderten Abgeordneten in der Nationalversammlung von einer Wiedererwählung abhängig zu machen, zur Tagesordnung übergegangen. Sie hat in ihrer Gesammtheit dem Volke die Möglichkeit, den Uebelständen einer Nichtübereinstimmung des Gesammtwillens des Volkes mit den Ansichten der Majorität der Nationalversammlung zu begegnen und seine Ansicht über die Standhaftigkeit und Charakterfestigkeit angestellter und beforderter Abgeordneter geltend zu machen, entzogen; jetzt scheinen auch die einzelnen Abgeordneten sich für unabsetzbar, und ihren Posten für eine lebenslängliche Anstellung beim Souveränitäts-Departement zu halten; es scheint die Ansicht aufzukommen, daß selbst, wenn die Majorität der Wähler ihrem Abgeordneten ihr Mißtrauen zu erkennen gibt, er dennoch nicht zu gehen brauche! In der Regel hörte man bisher den Satz aufstellen, rechtlich; gesetzlich könne der Abgeordnete nicht genöthigt werden, sein Mandat in die Hände der Wähler, welche es zurückverlangen, niederzulegen, wohl aber sey es eine Ehrenpflicht, sich seinen Mandanten nicht aufzudringen; erst in neuester Zeit tauchen Stimmen auf, welche selbst letzteres bestreiten, welche die Leidenschaftslosigkeit so weit treiben, zu behaupten, gegenwärtig sey es eine Sünde, wenn man den Regierungen beziehendlich der Centralgewalt opponire, welche dem Volke glauben machen wollen, der Zweck der Revolution des Jahres 1848 sey gewesen, andere Personen an die Spitze der Regierungen zu stellen, und dieser sey durch Ernennung einiger ehemaliger Kammer-Opponenten, einiger Liberalen der alten Schule zu Ministern oder Unterstaatssekretären erreicht. Es kann Niemanden zugemuthet werden, solch' erbärmliche, mit stockfischblutiger Leidenschaftslosigkeit vorgetragene Ansichten in einem demokratischen Blatte zu widerlegen, — ein solcher Streit würde vielmehr höchstens in der Paulskirche am Orte seyn, — wohl aber lohnt es sich der Mühe, die Ansicht zu bekämpfen, als ob der Abgeordnete rechtlich nicht verbunden sey, sein Mandat auf Verlangen der Mehrheit niederzulegen. Niemand bestreitet, daß vermöge des Prinzips der Volkssouveränität das ganze Volk berufen ist, sich seine Verfassung selbst zu geben; daß aber, weil es in einem Lande von solchem Umfange, wie Deutschland, faktisch unmöglich ist, das ganze Volk, also alle Wähler zusammentreten zu lassen, um dieß Geschäft unmittelbar vorzunehmen, stets ein gewisser Theil des Volkes — die Bewohner eines Wahlkreises — einen Mann, dem sie Vertrauen schenken, mit Ausübung dieser Befugniß beauftragen müssen. Dieser Mann, der Abgeordnete, handelt also lediglich im Auftrage seiner Wähler, er steht mit ihnen im Mandatsverhältnisse, er befindet sich den Wählern gegenüber ganz in gleicher Lage, wie der Advokat seinen Klienten gegenüber. Nun bringt es nicht allein die Natur der Sache mit sich, sondern es ist auch in den Gesetzgebungen aller Länder begründet, daß der Regel nach und wo nicht das positive Gesetz eine ausdrückliche Ausnahme macht, jeder Auftrag von dem Auftraggeber ganz nach freiem Ermessen zurückgenommen werden kann, und es muß also behauptet werden, daß die Mehrheit der Wähler so lange das Recht hat, ihrem Abgeordneten seinen Auftrag abzunehmen, also ihn durch ihre einfache Erklärung die Eigenschaft, Kraft deren er das zweifelhafte Glück hat, in der St. Paulskirche zu sitzen, zu entziehen, bis nachgewiesen ist, daß positive Gesetze ihr dieses in der Natur der Sache liegende Recht nehmen. Solche positive Gesetze bestehen aber nicht. Man beruft sich in dieser Hinsicht zwar darauf, daß in den Gesetzgebungen anderer Länder, oder in den Bestimmungen über die Zusammensetzung der einzelnen Ständekammer des oder jenes deutschen Landes dergleichen Verbote vorkämen; allein das liegt doch auf der Hand, daß ein Recht, was einem Engländer nicht zusteht, oder früher einmal nicht zugestanden hat, doch nicht deßwegen auch den Deutschen entzogen zu seyn braucht, und eben so wenig kann man eine Paralelle ziehen zwischen den für die seitherigen, elend genug zusammengesetzten Landtage geltenden Gesetzen und den revolutionären Dekreten, welche die deutsche Nationalversammlung in's Leben gerufen haben. Weiter hört man die Leute sagen, es sey der Abgeordnete zur Vornahme eines bestimmten Geschäftes — die Errichtung des Verfassungswerkes — erwählt worden, und es dauere daher sein Auftrag so lange, bis das Geschäft vollendet sey. Ist aber darum der Auftraggeber, also die Majorität der Wähler, gehindert, den Auftrag ausdrücklich zurückzunehmen? Wenn der Klient einen Anwalt beauftragt, einen Prozeß für ihn zu führen, hat er ihn dann nicht mit Vornahme eines bestimmten Geschäftes beauftragt? Und bezweifelt Jemand, daß gleichwohl jeder Zeit die Vollmacht zurückgenommen werden kann? Gewiß Niemand. Der Auftrag, als Abgeordneter eines Wahlbezirks nach Frankfurt zu gehen, ist ein Auftrag wie jeder andere auch, er kann zurückgenommen werden, sobald die Mehrheit der Auftraggeber es für passend hält, und der Nationalvertreter, der in St. Paul sitzen bleibt, wenn ihn seine Wähler zurückrufen, handelt ungesetzlich und aufdringlich zugleich. **Die Kirche zu St. Paul ist das Haus des Volks. Das Volk kann jeden, den es nicht darin haben will, hinausweisen, und derjenige, welcher auf die bestimmte Aufforderung des Hausherrn nicht geht, hat es sich selbst zuzuschreiben, wenn das Hausrecht geübt und er hinausgeworfen würde.** (N. D. Z.)

Deutschland.

Kronach, 18. Okt. Heute kam die unerwartete Nachricht vom königl. Kriegsministerium, daß unsere Festung Rosenberg sich auf 4 Wochen zu verproviantiren habe, und daß sämmtliche Geschütze auf den Wällen aufzuführen seyen. — Zu gleicher Zeit werden Wagner und Schmiede hierher beordert werden, um die abgängigen Lafetten zu fertigen, auch kommt eine Militärapotheke hieher; dem Anschein nach werden sämmtliche Festungen auf Antrag des Reichsministeriums sich ähnlicher Vorkehrungen zu erfreuen haben. (Bamb. Tagbl.)

= München, 25. Okt. Was ich vorgestern Ihnen gemeldet, hat sich nun dennoch bewahrheitet. — Die Adresse ist nicht angenommen worden. Die damit beauftragte Deputation eröffnet darüber Folgendes: An unsere Mitbürger: Heute früh um eilf Uhr verfügten sich die Unterzeichneten nach Schloß Nymphenburg, um Sr. Majestät dem Könige die am 21. d. M. von den im Zweibrückensaale versammelten Bürgern und Bewohnern Münchens

angenommene und mit 2796 Unterschriften bedeckte Adresse in Betreff der Sicherheit der Person und des Eigenthums unserer Stadt ehrfurchtsvollst zu überreichen. Die Deputation wurde nicht empfangen, sondern erhielt Nachmittags um drei Uhr folgendes Schreiben des Obersten und Flügeladjutanten Hartmann: „Meine Herrn: Ich habe die Adresse nunmehr gelesen. Sie ist in einem solchen Tone gehalten, daß Se. Majestät der König dieselbe nicht persönlich entgegen nehmen kann, und daher auch die Deputation nicht empfangen wird. Ich bitte, diese Antwort als eine offizielle zu betrachten. Nymphenburg, 25. Oktober 1848. Achtungsvollst Hartmann, Oberst und Flügel-Adjutant. An die mit der Uebergabe der Adresse vom 21. Okt. beauftragte Deputation. Dieß zur Nachricht unserer Mitbürger. G. Schmerber. P. Paur. H. Meyer. A. Fingerl. Dr. Halbreiter. — Statt der fraglichen Adresse ist heute eine andere vom monarchisch-konstitutionellen (ultra-konservativen) Verein angeschlagen, unterzeichnet und angenommen worden. Wenn wir beide Adressen vergleichen, so suchen sie beide einen Zweck auszudrücken, nur daß die Erste von einem mißliebigen Demokraten und die Zweite mehr „allerdurchlauchtigst und allergnädigst" enthielt, ließ die letztere annehmen — nicht überraschend für Bayern, wo wir wissen, daß man die Aufrechthaltung verrosteter Formalitäten noch mehr zu opfern bereit ist.

= München, 25. Okt. Die wichtigsten Veränderungen in unseren Ministerien sind die Wiedervereinigung des Kultus-Ministeriums mit dem Staatsministerium des Innern unter dem bisherigen Minister Lerchenfeld — dann die Bildung eines eigenen Handelsministeriums unter Thon Dittmer. — Der neue Stadt-Kommandant, Oberst Lüders aus Ingolstadt, ist bereits eingetroffen.

Frankfurt, 21. Okt. Der als geheimer und geschickter Agent des Fürsten Metternichs, Louis Philipps und Consorten wohlbekannte Baron von Klindworth ist, wie es heißt, im Auftrage seiner Sippschaft aus London vor Kurzem hier angelangt. Bereits soll derselbe von einem hiesigen Staatslenker auf das Schmeichelhafteste, wenn auch privatissime, empfangen worden seyn.

Wien, 24. Okt. Die Deputation der Wiener Volkswehr von Herrn Messenhauser an Sr. Majestät wurde schmählich vor den Thoren ihres constitutionellen Kaisers zurückgewiesen, ja von einigen Offizieren wurde sogar der Wunsch geäußert, die Deputation zurückzubehalten und sie à la Latour aufzuhängen. Selbst Wessenberg, der graue diplomatische Sünder, der es jetzt wagt, dem Volke, das ihm einst sein Vertrauen geschenkt, die inconstitutionellsten, ungesetzlichsten Manifeste mit seiner Gegenzeichnung ins Antlitz zu schleudern, dieser Volksverräther wagte es, sie ebenfalls von seiner Thüre zu weisen und fertigte sie bloß mit einer Anweisung auf Windischgrätz ab. Die Deputation begab sich unter starker Bedeckung auch zu unserem Diktator, der sie schnöde kaum aussprechen ließ und ihnen statt der Antwort ein versiegeltes Packet übergab, in welchem sich als es hier eröffnet wurde, tausend Exemplare jenes bewußten Plakates, in welchem Belagerungszustand und Standrecht verkündet wird, befanden. — Gestern sind 80 bis 100 Soldaten von Ludwig-Grenadieren übergegangen. — Gestern wurden hier sieben Fässer russischen Geldes aufgefangen. Sollten unsere kaiserlichen Truppen etwa mit russischem Gelde bezahlt werden? — 23. Okt. 6 Uhr Abends. So eben durchtönt Kanonendonner vom Tabor her kommend die Stadt. Vielleicht wieder ein Vorpostengeplänkel? — Gestern Nachmittag war eine Volksversammlung in der Aula. Robert Blum richtete kräftige und begeisternde Worte an die Anwesenden. Er führte vorzüglich eine treffende Vergleichung zwischen der unconsequenten Berliner und der Wiener Revolution an. Zum Schlusse sprach er besonders feurig und schleuderte wie eine Brandrakete die Worte in die Versammlung, daß der Rachegeist über den Trümmern, falls wir trotz unserer muthvollen Bestrebung doch unterliegen, Wiens sich erheben wird, und vor seinem racheheischenden Flügelschlage würden die schuldbewußten Fürsten Deutschlands vergehen. Stürmischer Jubel ward dem großen Volksredner zu Theil, und wir bedauern nur, daß er seine Rede abkürzen mußte, indem Gerüchte von einem feindlichen Angriffe einliefen.

Die Nachrichten aus Tirol gewinnen an Bedeutung. Der Mangel einer Regierung am Zentralsitze des Kaiserstaates und die Gefahr eines neuen Krieges in Italien, auf den Wälschtirol offen seine Abfallgelüste baut, vermehren die dortigen Stimmen: daß Tirol im Falle der Noth durch eine von Frankfurt zu entsendenden Reichskommissär im Einvernehmen mit einem Ständeausschuß verwaltet werde. Die Insbrucker Zeitung und der Tiroler Bote sprechen diesen Wunsch aus.

Berlin, 23. Okt. **Wir erfahren, der König soll die Sanktion für das Jagdgesetz verweigert haben.** (Ref.)

Sachsen. Die Verfügungen der Reichspolizei tragen auch in unserem Voigtlande schon ihre Früchte, wie sie der alte Bundestag mit seinen Dekreten für die Knechtung des Volkes nicht ersprießlicher zu erzielen vermochte. Das Amt Voigtsberg ist mit Untersuchung gegen die Volksfreunde, die Brüder Schanz aus Treuen, Nitzsche aus Auerbach u. A. beauftragt; Verhaftungen sind vorgenommen worden wegen Reden, die in Volksversammlungen in der ersten Hälfte des Juni gehalten worden sind!! Die Aufregung ist furchtbar und durch das dorthin geschickte Militär noch vermehrt worden. Einige der zu Gericht Vorgeladenen wurden von Deputationen mehrerer Städte dorthin begleitet, um Bürgschaft zu leisten, im Falle man sie verhaften wolle. Als am 13. Oktober einer der Verhafteten, Nitzsche aus Auerbach, entlassen wurde, zog die Bevölkerung der Städte Treuen, Falkenstein rc. mit Fackeln und Waffen nach Auersbach, um dem um die Freiheit wohlverdienten Manne ihre Anerkennung zu beweisen. — Diese reaktionären Maßregeln haben den letzten schwachen Rest des Vertrauens zu dem Ministerium getödtet.

D. Gotha, 25. Okt. Der Staat Gotha mit 85,000 Einwohnern warf und wirft dem Herzog jährlich rein 500,000 fl. ab. Die Waldungen bilden hiebei die hauptsächlichste Einkommenquelle. Die Holzpreise wurden von den Beamten des Herzogs auf künstliche Weise zu einer enormen Höhe emporgeschraubt, welche mit der Masse des auf den Bergen und Hügeln wachsenden Holzes in einem scharfen Kontrast steht. Diese 500,000 fl. verzehrt übrigens der Fürst nicht einmal in Gotha, sondern theils auf Reisen, theils in Koburg, obgleich er von letzterem Herzogthum nur 30,000 fl. bezieht. In den Märztagen, wo man bekanntlich fürstlicherseits in Konzessionen sehr splendid war, wenn dieselben mit angemessenem Nachdruck begehrt wurden, ließen sich Se. Durchlaucht herab, die Waldungen für Staatseigenthum zu erklären. Allein leider waren bisher die Stände verhindert, diese fürstlichen Gewährungen zu Gesetzen zu fixiren, und so bezieht denn der Durchlauchtige fort und fort die alten Einkünfte. 500,000 fl. von 85,000 Einwohnern! Man kann sich leicht denken, daß die Stimmung darüber nicht eben die Fürstenfreundlichste ist, und nur die enorme Gutmüthigkeit des Volks verhinderte bisher kräftige Demonstrationen. Diese Gutmüthigkeit geht indessen doch nicht so weit, das frühere Versprechen zu vergessen oder auf Realisirung desselben zu verzichten. Man wartet eine zweite Märzgelegenheit ab und zweifelt auch nicht einen Augenblick an deren baldigem Eintreten. Der Hr. Reichscommissär Mühlfels hat mit seiner Proklamation an die Einwohner Thüringens und Altenburgs so gut als keinen Eindruck gemacht. Er versichert zwar hoch und heilig, keine der „errungenen Freiheiten" rauben zu wollen; allein man hat hier zu Land ein mehr als anderswo lebhaftes Bewußtsein davon, daß das Volk seit dem Merz mit leeren Versprechungen belogen und betrogen worden ist. Die Hannoveraner, welche „zur Aufrechthaltung der Ordnung und Ruhe" nach Thüringen beordert sind, werden nicht, wie man glaubte, über hier einmarschiren, sondern über Erfurt nach Hildburghausen rücken, um daselbst die Baiern abzulösen, die es müde sind, im Meining'schen Polizei zu spielen.

Stuttgart, 21. Okt. Der hiesige Volksverein (der ehemalige demokratische Verein) hat an die Wiener eine Bewunderungs- und Sympathie-Adresse erlassen, in welcher wir unter Anderm lesen: „Wir beneiden Euch um die Weltgeschichtliche Rolle, die Euch in dem europäischen Freiheitskampfe zugefallen ist." Ferner: „Mit freudigem Stolze blicken wir auf Euch, ihr weisen, muthigen Vertreter Oesterreichs, auf Euch, ihr jungen Löwen, ihr kühnen, besonnenen Männer der akademischen Legion rc." Unterschrieben ist die Adresse von den Mitgliedern des Ausschusses. An der Spitze der Namen steht der des Oberregierungsrathes Hölder, vortragenden Raths im Ministerium des Innern.

Karlsruhe, 28. Okt. Gestern ist der bekannte Sonnenwirth Thibaut in Ettlingen festgenommen und vorerst in das Gefängniß nach Durlach gebracht worden. Seine Verhaftung soll durch Mittheilungen von Lörrach aus veranlaßt worden seyn.

Mannheim, 25. Okt. (Zwei Ministerien.) In Frankreich, meint Ihr, ist das Königthum, in Deutschland der Absolutismus zu Grabe getragen. Wir hoffen das wenigstens auch, wir

hoffen sogar noch mehr; aber wir wissen ebenso wohl, daß wir auch keineswegs über die Gefahren eines gänzlichen Zurücksinkens in den früheren Zustand hinaus sind. Das ist so in Deutschland, und das ist so in Frankreich. Macht nur einmal die Augen auf und sehet zu, wie die reaktionären Gelüste allenthalben der Revolution den Boden abzugewinnen und nach und nach wieder Alles auf den alten Fleck zurückzuschrauben suchen. Es ist nicht genug, daß man sich bemüht, die Forderungen des Volkes unerfüllt zu lassen, den Willensäußerungen desselben einen Damm entgegenzusetzen, ein freies Vorwärtsschreiten unmöglich zu machen, man geht bereits ganz offenkundig wieder damit um, diejenigen Tendenzen zur Geltung zu bringen, die nur in den Zuständen der Vergangenheit ihre Berechtigung suchen konnten. Nach den mannigfachen Schicksalen, welche die Republik in Frankreich bis jetzt durchgemacht hat, ist es endlich dem Einflusse der Reaktion gelungen, die republikanische Regierung mit royalistischen Elementen zu sättigen. Die nämliche Erscheinung haben wir in Deutschland. Von Begünstigung einer weiteren Fortentwickelung des konstitutionellen Princips zur Demokratie ist hier ebenso wenig die Rede, als in Frankreich von einer konsequenten Durchbildung der republikanischen Staatsform, dagegen kann man wahrnehmen, daß sogar noch die konstitutionelle Monarchie von der Reaktion in Deutschland mit den nämlichen Mitteln bekämpft wird, wie in Frankreich die Republik. Blicken wir nur nach Preußen; wir sehen wieder absolutistische Elemente an der Regierung thätig. In Berlin haben wir ein Ministerium Pfuel, in Paris ein Ministerium Dufaure, hier wie dort wird die gleiche Taktik beobachtet; man gibt die Angelegenheiten in die Hände von Männern, die nach ihren Ansichten dem bestehenden Zustand durchaus abgeneigt seyn müssen. Es ist bekannt, daß Pfuel ein treuer Anhänger des Absolutismus, daß Dufaure ein warmer Freund des Louis-Philippistischen Systems war. Wie sollen denn diese Männer ihre Thätigkeit bei der Regierung verwenden, um den bestehenden Zustand, hier die constitutionelle Monarchie, dort die Republik zu erhalten? Kann man etwas anders glauben, als daß ihnen bloß die Aufgabe zugetheilt sey, am Ruder zu stehen, und den Augenblick abzupassen, der es ihnen möglich macht, das ganze Staatsschiff wieder in das alte Fahrwasser hineinzutreiben. Mögen sie auch zehnmal den augenblicklichen Zuständen Rechnung tragen, es wird sie nichts vor dem Mißtrauen schützen, es wird sie auch nichts abhalten, bei günstiger Gelegenheit wieder ihren alten Neigungen nachzugeben. Ein Ministerium Pfuel in Berlin, ein Ministerium Dufaure in Paris, ist dies das Ende, oder ist es der Anfang zu einer Revolution? — (M. A.)

Mainz, 23. Okt. Wie die Mainzer Ztg. meldet, ist Hrn. Zitz die Erneuerung seines Passes von der hiesigen Regierungskommission, unter Berufung auf die Einsprache des Untersuchungsamtes in Frankfurt verweigert worden.

Oldenburg, 20. Okt. Auch hier regt es sich im Militär. Die Unteroffiziere haben sich vereinigt und verlangen das Recht zu avanciren und die sofortige Aufhebung der Militärschule. — Die oldenburgische konstituirende Versammlung hat gestern mit starker Majorität den Huldigungseid der Landstände aus der Verfassung gestrichen. Mögen die übrigen konstituirenden Versammlungen diesem guten Beispiel folgen. (Ref.)

Oldenburg. Unser Land soll nun, da es eben heutzu Tage nicht mehr zu ändern, endlich auch eine Verfassung erhalten. Aber wie wird sie werden, welche Schwierigkeiten sind da zu überwinden?! Besondere Schwierigkeiten bietet die Festsetzung der Civilliste dar. Von Seiten der Regierung hat man sich nicht gescheut, dieselbe in einer solchen Größe zu fordern, daß dafür ein Viertheil aller Staatseinkünfte erfordert würde. Das Fürstenthum kann sich in Deutschland nicht gewisser zu Grunde richten, als auf diesem Wege. (Speyer. Z.)

Dessau, 16. Okt. Bei der Berathung des Landtags über die Verfassung wurde bei dem Satze: „Dem Herzog gebührt die vollziehende Gewalt, und er übt die gesetzgebende Gewalt im Vereine mit den Volksvertretern aus," beschlossen, an die Spitze dieses Paragraphen den Satz zu stellen: „Alle Gewalten gehen vom Volke aus." Der erste Theil des folgenden Satzes: „Der Herzog besetzt alle Staatsämter, so weit dieß nicht in der Verfassung ausdrücklich beschränkt ist," wurde ohne Berathung angenommen; der zweite Theil dagegen: „er verleiht alle Würden und Orden, führt den Oberbefehl über das Militär," fiel ganz weg, da hinsichtlich der Würden schon früher beschlossen war, daß sie nicht mehr verliehen werden dürften, hinsichtlich der Orden der Antrag: „Orden dürfen nicht mehr verliehen werden," mit großer Mehrheit angenommen wurde, hinsichtlich des Oberbefehls über das Militär aber der noch in der Kommission befindliche §. 66 das Nöthige feststellen werde. (M. Z.)

Schleswig, 19. Okt. Die meerumschlungene Komödie geht zu Ende, wenn das Volk nicht ein Nachspiel belieben sollte. Herr Stedtmann, der Reichskommissär, eröffnet der provisorischen Regierung, sie habe jetzt die „im Namen des Königs-Großherzoges" ausgeübte Gewalt niederzulegen; sie habe sich den Dank des Vaterlandes erworben, „weil sie die Rechte des Herzogs aufrecht und die Anarchie niedergehalten habe." Also obgleich der Herzog seine Lande mit fremden Truppen bekriegte, was bei Einsetzung der provisorischen Regierung Niemand wissen konnte, da man ihn willenlos in der Gewalt der Dänen glaubte; so dürfen doch dynastische Rechte nicht angetastet werden. Und die Bewegung des Volkes, welches sein Blut verspritzte, wird Anarchie gescholten, und Hr. Stedmann behauptet, im Namen Deutschlands zu sprechen! Die provisorische Regierung, Beseler an der Spitze, beeilt sich, „tief ergriffen" der Landesversammlung ihr seliges Ende anzuzeigen und ihre Nachfolger (Boysen, Heintze, A. Moltke, Preußer und Reventlow-Jersbek) dem Vertrauen des Landes zu empfehlen. Man muthet der Landesversammlung auch „im Interesse des Vaterlandes" noch das „Opfer der Vertagung" zu, wogegen sich Th. Olshausen kräftig erhebt, was sogar die Gesellschaft in der Paulskirche für unausführbar hielt. Und trotz der Versicherung des Reichskommissärs, daß die Modifikationen des Waffenstillstandes in der „Verwirklichung begriffen" sind, fährt Dänemark fort, die schleswig'schen Schiffe welche die deutsche Flagge führen, aufzubringen und mit dem dänischen Brandstempel „dänisch Eigenthum" zu zeichnen. (Das Reichsministerium, welches stets die Ehre und die Größe Deutschlands zu wahren behauptet, läßt zur Abhülfe dieses „Uebelstandes" die englische statt der deutschen Flagge aufziehen!! D. R.) Die Dänen sind consequent; denn sie erheben noch immer ihre Ansprüche auf ganz Schleswig, sie erhalten ihre Truppen auf dem Kriegsfuße und die Partei der „Eiderdänen" im Ministerium (Tscherning, Orla Lehmann) ist eben wieder durch den Finanzminister Sponeck verstärkt! In der That, es sieht kurios aus mit den „in Verwirklichung begriffenen" Modifikationen. Unsere Volksversammlungen zeigen, wie das Volk über die Landesversammlung denkt und was von den Versicherungen des Regierungspräsidenten Francke zu halten ist. (R. D. Z.)

Schweiz.

Die in Biel (Kanton Bern) erscheinende Jurazeitung bringt folgende Adresse der deutschen demokratischen Legion an die Wiener, die gerade aufs Ziel losgeht, was andere Adressen mehr oder minder verblümt gaben: „Edle Wiener! Ihr habt zum dritten Mal gekämpft, zum dritten Mal gesiegt! Ihr habt der frechen Reaktion Halt geboten und zwei große Völker von neuer Schmach bewahrt. Nicht verdorben durch den Quietismus eines lügenhaften konstitutionellen Zustandes — nicht verweichlicht auf der Promenade, habt Ihr wegen der sogenannten Gesetzlichkeit muthig die breite Heerstraße der Selbsthilfe, der Volksjustiz, der Volksgesetzgebung eingeschlagen. Deutschland, Europa dankt Euch diesen Sieg, und wir begrüßen Euch freudig als mächtige Bundesgenossen unseres Strebens, denn wir sind überzeugt, nur praktische Rücksichten, Rücksichten der äußeren Politik, Rücksichten auf die Freiheitsbestrebungen der ehedem an der gleichen Kette gelegenen Nachbarvölker waren es, welche Euch von der Proklamation der Republik abhielten. Die Erfahrung, daß das konstitutionelle System keine Garantien der Freiheit bietet, den Wohlstand Aller, die Hebung der unteren Volksklassen nicht befördert; die Erfahrung, daß das Fürstenthum unverbesserlich ist, nichts lernt und nichts vergißt; die Erfahrungen, welche das konstitutionelle Europa in Jahrzehnten gebracht, sind bei Euch die Früchte weniger Monate. Der Geist der Republik weilt in Wien. Die Republik existirt faktisch. Die Monarchie hat sich durch ihren Verrath zu Grunde gerichtet; das Mißtrauen des Volkes blieb weit hinter den enthullten Thatsachen zurück; ihre Schandthaten überboten die Gerüchte. Was bedarf aber ein edles, freiheitsliebendes Volk mehr als Bewaffnung, um die Fürstenherrschaft unmöglich zu machen?! Die entlarvte Sünde wird nicht nur gehaßt, sie wird verachtet, und die Verachtung eines bewaffneten Volkes ist der Tyrannei tödtlich. Tapfere Wiener! Ihr fochtet seit dem 6. Oktober mit weggeworfener Scheide, — vergesset es nicht: kein Friede

ohne vollständigen Sieg der Freiheit, und keine dauernde Freiheit, kein Volksglück als in der Republik. Im Namen der deutschen demokratischen Legion in Frankreich und der Schweiz. Mit republikanischem Gruß! (Folgen die Unterschriften.)

Frankreich.

Paris, 22. Okt. Die Bankette der Sozialdemokraten mehren sich so, daß die volksfeindlichen Blätter eine neue Septembergesetzgebung gegen diese „gemüthaufregende und geistbethörende“ Agitation beanspruchen. Auch ist wahrscheinlich bald ein solcher Schlag zu gewärtigen, schon kam ein dahin zielender Vorschlag in die Kammer; das royalistische Ministerium Dufaure will sich auf diese heitere Weise einweihen. Cavaignac macht sein saueres Gesicht dazu und erscheint täglich in tristerem Lichte; der „National de l'Ouest“ nennt ihn sehr richtig „eine gar armselige, dürre, langweilige Persönlichkeit, der zu seinem großen Bruder sich kaum verhält, wie ein Stallmeister zu einem hohen Ritter.“ Durch alle 86 Departements strömt jetzt die brausende Sturmfluth der Bankettagitation, jede Woche soll fortan in jedem wenigstens ein demokratisches wo möglich sozial-demokratisches Bankett gefeiert werden und zwar möglichst billig, um den Blousen den Eintritt zu erleichtern. Die Volksfeinde wollen auch Bankette machen, bekommen aber wenig Gäste.

Italien.

Der Föderativkongreß zu Turin hielt am 17. eine öffentliche Sitzung, in welcher beschlossen ward, das piemontesische Parlament in einer Adresse aufzufordern, daß es die sardinische Regierung für die Summen, welche Venedig gebrauchen könne, verantwortlich mache. Der Abgeordnete Sterbini trug darauf an: „alle italienischen Minister, welche ihren Fürsten nicht rathen, den Unabhängigkeitskrieg zu erklären, und alle die Mittel anzuwenden, welche Gott und das Volk in ihre Hände gelegt haben, für Vaterlandsverräther zu erklären.“ Sein Antrag wurde zurückgewiesen, da er nur die Zwietracht in Italien fördern werde; jedoch ward beschlossen, eine Kommission niederzusetzen, welche sich mit der Frage beschäftigen soll, wie der Kongreß am ehesten mit Rücksicht auf die gegenwärtigen Verhältnisse Oesterreichs zum Triumph der italienischen Waffen beitragen kann. Petitti, welcher seiner Gesundheit wegen dem Kongreß nicht persönlich beiwohnen kann, fordert ihn auf dem Wege der Zeitungen auf, Adressen an die Völker und Regierungen zu erlassen, in denen, wie seine Worte lauten, geschildert würden: „Das Recht Italiens, die gräßlichen Sacrilegien und die verübten Wildheiten, die sich die Oesterreicher in den wieder gewonnenen Provinzen zu Schulden kommen ließen, die Wünsche Italiens, seine Klagen gegen seine Unterdrücker.“ Karl Albert wird von diesem Turiner Kongreß wohl mancherlei Kopfweh bekommen. Aus dem Lombardischen melden die Piemonteser und mittelitalienischen Blätter übereinstimmend, daß Radetzky eine Anzahl Kroaten über die Alpen fortsende, meist in kleinen Trupps von 10 bis 20 Mann, damit ihre Entfernung nicht bemerkt werde, und daß andererseits die österreichische Armee sich bei Lodi sammle. In Mailand sollen nur noch 10,000 Mann Truppen bei einander seyn. (Falsch.) In Piacenza kamen am 13. Okt. Demonstrationen von „politischer Tendenz“ vor, wie es in einem Avviso des Grafen Thurn heißt, der solche Demonstrationen unter Androhung einer nach den militärischen Gesetzen erfolgenden Strafe untersagte; im Uebrigen scheint in den letzten Tagen in der Lombardei Alles ruhig geblieben zu seyn, da in piemontesischen Blättern keine Berichte von Aufständen u. s. w. vorkommen. Die Versammlung von Deputirten der Stadt und Provinz Venedig, die am 5. Oktober in Venedig zusammenkam, hat beschlossen: „Da die Gefahr, in der Venedig am 13. Aug. schwebte, noch nicht vorüber ist, wird den Personen, auf die es bis jetzt mit Recht vertraut, die diktatorische Macht bestätigt; die Regierung hat volle Gewalt, die politischen Verhältnisse zu verhandeln, unter der Bedingung, daß das Verhandelnde von der Versammlung ratifizirt werde. Am 11. ferner beschloß die Versammlung auf den Antrag Manin's: Die Bevölkerung und Besatzung von Osoppo haben sich um das Vaterland wohl verdient gemacht, die Nation wird für die Heilung der Verwundeten, für die Wittwen und Waisen der Gefallenen Sorge tragen.

---

* Nürnberg, 25. Okt. Folgendes Schreiben kam dieser Tage dem hiesigen politischen Verein zu. Der Fränkische Volksverein zu Schwarzach an den politischen Kreisverein in Nürnberg! Geleitet von dem Grundsatze, daß nur in einem einigen Zusammenhalten des Volks seine Freiheit und seine Rechte gesichert erscheinen, haben wir in der heutigen Vereinsversammlung beschlossen, uns dem politischen Kreisverein in Nürnberg anzuschließen. Die sicherste Bürgschaft von der regen Wirksamkeit und von der energischen Vertretung der Volksrechte hat uns der Kreisverein durch sein seitheriges entschiedenes Auftreten gegeben: der Kreisverein hat gezeigt, daß wo es gilt, Recht und Gesetz, die Freiheit und Wohlfahrt der Bürger zu verfechten, fest und sicher in die Schranken zu treten. Wir sind mit dieser Thätigkeit vollkommen einverstanden und sind von der wahrsten Hochachtung durchdrungen. Von dem, dem Volke zugestandenen Vereinsrechte Gebrauch machend, haben wir gleichfalls einen politischen Verein gebildet der den Namen „Fränkischer Volksverein zu Schwarzach“ führt, und dessen Zweck und Grundsätze in den anliegenden Statuten gefälligst ersehen werden wollen. Aber wir sind für unsere ausgedehnte Umgebung das einzige derartige Institut und so stehen wir noch ziemlich allein in unserer Gegend da. Wir sind deßhalb mehr als irgend ein anderer Verein den heimlichen und offenen Angriffen unserer Gegner und zum Theil auch der Behörden ausgesetzt, obwohl wir uns stets auf dem Boden des Gesetzes bewegen. Es mag dieß dem Umstande zugeschrieben seyn, daß Oberfranken und die dortige Regierung, diesen Volksverein noch fremd, das freiere Volksleben zu ängstlich überwacht und das Streben verkennt. Nur politische Aufklärung und die politische Heranbildung des Volks wird diese Vorurtheile verscheuchen. Um so mehr fühlen wir uns gedrungen, uns den bereits bestehenden gleichartigen Vereinen anzuschließen. Wir wenden uns daher hiemit an den politischen Kreisverein um den Anschluß zu vermitteln. Verehrte Mitbürger und Vereinsglieder! wir bringen Ihnen 900 deutsche Brüder als Vereinsgenossen zu, die alle von der Ueberzeugung beseelt sind, für Recht und Ordnung, Freiheit und Gesetz einzustehen und die es sich zur Aufgabe gemacht haben, diese Grundsätze im Vereine zu vertreten und für Einheit, Freiheit und Wohlstand des Vaterlandes und seiner Bürger ihr Scherflein beizutragen. Nehmen Sie uns in Ihre Mitte auf und wir werden durch diese Stütze einiger und entschiedener unser gemeinsames Ziel erreichen! Einer baldgefälligen Erwiderung entgegensehend zeichnet in freundlichster Hochachtung. Schwarzach, den 15. Oktober 1848. Im Namen des Volksvereins. Der Ausschuß.

Gedruckt — unter Verantwortlichkeit der Verleger — bei J. L. Stich.
Expedition S. 39 im Gasthof zum König Otto II. Etage.

Der freie Staatsbürger.

Erscheint an allen Wochentagen, am Sonntag nur ausnahmsweise auf einem Extrablatt: Preis in ganz Bayern vierteljährlich 1 Fl. 30 Kr., halbjährlich 3 Fl., jährlich 6 Fl.

Organ der Demokratie.

Inserate werden die dreispaltige Petitzeile zu 3 Kr. berechnet. Die Abonnenten haben für die Hälfte des Abonnementpreises Inserate frei.

Nr. 27. Nürnberg, Sonntag den 29. Oktober **1848.**

Deutschland.

I. Frankfurt, 25. Okt. Die österreichische Frage scheint für unser Reichsministerium doch keine so leichte Nuß zum Aufknacken zu seyn. In der gestrigen bis tief in die Nacht dauernden Sitzung soll es deßhalb ziemlich stürmisch zugegangen seyn, und Herr Schmerling eine starke Opposition gefunden haben. Mehreren scheinen die polizeilichen Sophismen des stillschweigend als Premier Erkannten eben doch etwas bedenklich zu werden und für die Folge keinen dauernden Erfolg zu versprechen. Auch mag sich ihr deutsches Gewissen einigermassen rühren und sie zur Erkenntniß bringen, daß es damit noch nicht gethan sei, eine durchaus deutsche Freiheitsbestrebung in den Augen der bewundernd auf Wien schauenden Welt zu einer undeutschen und anarchischen stempeln zu wollen. — Auch mit dem bayerischen Ministerium drohen einige Verwicklungen. In einer der letzten Sitzungen sprach der Reichsfinanzminister anerkennend von der Bereitwilligkeit, mit der Preußen auch in den Finanzverlegenheiten der Zentralgewalt seine helfende Hand biete. Jene bestand darin, daß genannte Regierung die für die Marine ausgeschriebenen Gelder zur Vermeidung von Weitläufigkeiten sogleich aus der Zollvereinskasse zu verabfolgen sich anheischig machte. Damit nun scheint Bayern nichts gedient zu seyn, das selbst Geld braucht und daher seinen vollen Antheil an den Zollerträgnissen vor Allem erst für sich verlangt. — — Wem die Augen noch nicht aufgegangen sind, dem werden sie sich öffnen, wenn er das Manifest des Kaisers von Oesterreich an seine treuen Völker liest. Nicht so bekannt dürfte es seyn, daß mehrere Deputirte des matten und halbherzigen Wiener Reichstages, die an's Hoflager des Kaisers abgeschickt waren, in Verbindung mit einigen tschechischen es dahin brachten, daß mehrere Stellen des Manifestes gestrichen wurden. Wir haben also, Dank dieser Fürsorge, nicht einmal den ganzen wahren Ausdruck der väterlichen Gesinnungen des Monarchen, d. h. einer Camarilla, in der die Erzh. Sophie ächt weiblich den Vorschlag zur Cernirung Wien's gemacht haben soll, weil — die Wiener nicht gerne hungern!! — Die Fäden, aus denen man unsere junge Freiheit spinnt, treten mehr und mehr an's Licht des Tages. Ein früherer Hauptspinner, der berüchtigte Baron v. Klindworth, von Karl von Braunschweig hochseligen Andenkens zum Baron gestempelt, weilt hier, wahrscheinlich, um seinen hohen Gönnern, Metternich u. Comp., aus eigener Anschauung ein getreues Bild des freien und einigen Deutschlands zu entwerfen.

Frankfurt, 26. Okt. Am heutigen Morgen erzählt man sich allgemein von einer Spaltung im Reichsministerium, veranlaßt durch Meinungsverschiedenheit in der österreichischen Frage, welche folgenschwer werden könnte. Dem Minister Schmerling und Bassermann auf der einen Seite, stände auf der andern der Justizminister Rob. Mohl nebst Mehreren gegenüber, welche gestützt auf die Berichte der nach Wien gesandten Reichscommissarien das deutsche Interesse in Oesterreich nicht ohne die allerentschiedenste Unterstützung von Seiten des Reichs lassen zu dürfen glauben. Der von der badischen Regierung wegen politischer Vergehen steckbrieflich verfolgte Advokat Werner, ist, als Abgeordneter für Offenburg &c., in der Nationalversammlung zugelassen.

(N. W. Z.)

Wien, 25. Okt. Ich komme eben von Gemeinderathe, in dessen außerordentlicher Morgensitzung eine an Windisch-Grätz zu sendende Denkschrift verlesen und berathen wurde. Der Feldmarschall wird in derselben aufmerksam gemacht, daß es nur Sr. Maj. zustehe gegen die Beschlüsse des Reichstag sich zu erklären; so lange dieß nicht geschieht, werde der Gemeinderath den Reichstag der noch dazu bei Gelegenheit der Steuerfrage als ein gesetzgebender Körper anerkannt worden, als über jede Behörde gestellt betrachten und nur die von ihm vorgezeichneten Wege verfolgen. Diese seyen aber nur die friedlichsten, während auf Grund der Bedingungen des Fürsten Windisch-Grätz kein Friede angebahnt werden könne. Der Vorwurf daß in Wien Anarchie herrsche, wird in Abrede gestellt. Nicht nur eine Faction, sondern die ganze Bevölkerung sey einig in dem Streben nach einem geregelten Zustande und in dem festen Willen zur Aufrechthaltung des constitutionellen Thrones, aber auch der errungenen Freiheiten. Der Reichstag hat ebenfalls einen Protest gegen die Bedingungen des Fürsten eingelegt, die er nicht nur für ungesetzlich sondern gegen alles Völker- und Menschenrecht erklärt. Fortwährend hört man Kanonenschüsse, aber die Stadt ist heute vergleichungsweise sehr ruhig, jedoch die Gemüther sind, wie Sie denken, überaus aufgeregt. Morgen sollen nach der Proklamation des Feldmarschalls die Würfel fallen. Noch hoffe ich eine friedliche Ausgleichung, zu der man hier sehr geneigt ist. Das Gerücht, daß Windisch-Grätz abberufen worden sey, gewinnt Bestand. — 1¼ Uhr Nachmittags. So eben wird der Minister Kraus zu Windisch-Grätz ins Lager berufen. Man knüpft hieran die Hoffnung daß letzterer versöhnlich gestimmt sey. Diese Nachricht hat angenehme Sensation erregt.

(A. Z.)

Wien, 23. Okt. Die Gesandten, welche schon vorgestern die Anzeige erhielten, daß sie die Stadt verlassen möchten, und daß ihnen in Schönbrunn und Hitzing Wohnungen zur Verfügung ständen, haben gestern Morgen mit wenig Ausnahmen Wien verlassen; die Auswanderung der reichern Bürger dauert gleichfalls fort, und zwar in einem solchen Maße, daß z. B. im Schottenviertel von einer ganzen Kompagnie Nationalgarden, worin 200 eingeschrieben, nur 16 in der Stadt anwesend gefunden wurden. Dagegen gewinnen die Reihen der Vertheidiger der Stadt täglich durch Zuzüge aus den Provinzen, welche sich bisher bald hier, bald dort durchzuschlagen wußten, und durch zahlreiche Ueberläufer aus dem Lager des Auersperg, worin eine große Gährung, Mangel an Lebensmitteln und Krankheiten ausgebrochen seyn sollen. Auch bei den Kroaten, sagt man, grassiren Wechselfieber und choleraartige Anfälle in erschreckender Weise, während in der Stadt bis jetzt sowohl der Gesundheitszustand, als auch die Verproviantirung (?) vorzüglich zu nennen sind.

Berlin, 25. Okt. Graf Breßler wurde hier, wie unsern Lesern vielleicht erinnerlich ist, als reaktionärer Wühler ergriffen, als er in der Tracht eines Arbeiters zum Barrikadenbau aufforderte, in einem Momente, in welchem die demokratische Partei zur Ruhe ermahnte. Er ist ein Freund des berüchtigten Witt v. Döring. Von einem unsrer Freunde, der eben aus dem Gefängnisse kommt, erfahren wir, daß dieser Graf Breßler in der Stadtvogtei gefangen sitze; dort aber auf das eleganteste mit seinen Prachtmöbeln versehen sey, die ihm die Polizei sehr gefällig habe hinschaffen lassen. Man kann einem Gefangenen das Vergnügen gönnen. Wir zweifeln aber, daß einem gefangenen Demokraten gleiche Vortheile gewährt würden, wenn er sie beanspruchte; wir haben Gründe, das Gegentheil zu behaupten.

Berlin, 25. Okt. Die lebhafteste Beachtung von Seiten der Demokratie gebührt dem Militärreform-Klub, welcher am 23. Okt. Abends von 7 bis 8¾ Uhr in der Georgenstraße Nr. 17 seine erste Sitzung gehabt hat. Militär- und Civil-Personen, mit gleicher Berechtigung eingeladen, um über Verbesserungen im Militärwesen zu berathen, hatten sich in so über alles Erwarten großer Anzahl eingefunden, daß der mehr als 200 Köpfe fassende Saal nicht nur gedrängt angefüllt war, sondern der Andrang auch noch

auf die Straße hinaus sich Platz machen mußte. Der weit überwiegende Theil desselben bestand aber aus Soldaten aller Truppentheile und das Herz lachte Einem beim Anblick dieser Blüthe des Volkes mit dem von Jugendmuth und erwartungsvollem Wahrheitsdurste strahlenden Angesichtern. Diese anstandsvolle Fröhlichkeit, diese biedere Vertraulichkeit unter den jungen Soldaten und in ihrem Verhalten gegen die erfahrenern, unter dem Gewichte ihres überlasteten Berufes einer Verbesserung um so bedürftigeren Unteroffiziere, machte einen unbeschreiblich wohlthuenden Eindruck. Man sah: hier lebt und webt unverwüstlich, unüberwindlich noch der Geist unserer durch das Blut der Befreiungskämpfe volksthümlich gefärbten Wehrverfassung; hier ringt er sich wieder urkräftig empor über die betrügerische Verkappung kastenartiger Trennung und Abtödtung! — Zuerst trat Herr Streckfuß auf und setzte die Motive seiner Einladung auseinander. Er leitete dieselben naturgemäß her von den in unserer Zeit unabweisbar auf Umgestaltung dringenden Mängeln unseres Heerwesens, wies darauf hin, wie das Recht der freien Versammlung ein gesetzmäßiges und zweckmäßiges Organ zur theoretischen und praktischen Förderung des militärischen Fortschrittes darbiete, wie Manches, was sonst in der Brust in des Einzelnen verschlossen bliebe, hier offenbar werden und zur heilsamen Erörterung im allgemeinen Interesse führen würde. Er knüpfte daran nach einander die Anfragen an die Versammlung, ob sie sich in diesem gesetzlichen Sinne ohne alle politische Parteifärbung regelmäßig zusammenfinden, ihre Beschlüsse durch geregelte Debatten mit gleichmäßigem Stimmrechte jedes Anwesenden fassen und durch ein selbstgewähltes Komité vor die Kammer oder die Behörde gebracht wissen wolle, und erhielt auf jede derselben ein einstimmiges und volltönendes Ja. Durch die Versammlung von einem „Hoch!" beehrt und zum Präsidenten gewählt, brachte er die Herren Lieutenants Faltin und de la Chevallrie, wie auch Herrn v. Hochstetter für das Komité in Vorschlag, der auch, nachdem Faltin noch den Unteroffizier des 24sten Regiments, Herrn Lippelt, mit herangezogen wissen wollte, Letzterer aber diese Wahl, als dem militärischen Rechtsboden zuwider, mit warmer Entschiedenheit abgelehnt hatte, — durch allgemeine Beistimmung in Ausführung kam. — Faltin übernahm darauf aus Gesundheitsrucksichten für Streckfuß das Präsidium, und beleuchtete die Grundidee des Klubs nach ihren verschiedenen Seiten hin: Erörterungen der namentlich auf Unteroffiziere und Soldaten drückenden Mängel, ihre Verbesserung und aufmerksamer Verfolg der politischen Tagesereignisse, wenn auch ohne politische Debatte. Jeder möge im Klub die Stelle finden, seiner Wirksamkeit für die Militärreform, sei es durch Vorschläge oder Klagen oder Anfragen, durch persönliches Auftreten oder mittelst Benutzung eines zweckdienlich aufgestellten Fragekastens, Nachdruck zu verschaffen. Die Erwähnung des Fragekastens gab nun Veranlassung zu einer längeren Debatte, in der viele Unteroffiziere und Soldaten das Wort nahmen und durch die rechtzeitigsten Bemerkungen diese Angelegenheit zu dem Beschluß brachten, daß alle mit Unterschrift des Namens für den Fragekasten versehenen Fragen im Klub bekannt gemacht, und ihre Priorität oder Zurückziehung nach dem Urtheil der Majorität bestimmt werden solle. Ein ausführlicher Vortrag des Unteroffiziers Lippelt zog nun noch mit vieler Geschicklichkeit gegen die handgreiflichen Irrlehren eines neuerdings wiederum an die Truppen mitgetheilten Traktätchens des patriotischen Vereins „an das Heer" zu Felde, und stellte namentlich den Ausdruck „Demagogen" in der ihm dort beigemischten Bedeutung dem ursprünglichen Begriffe dieses Wortes gegenüber. Warum spricht man hier griechisch mit uns, sagte er, während wir doch nur zu oft und deutlich deutsch mit uns reden lassen müssen. Demagoge heißt Volksführer. Was liegt Hassenwerthes in diesem Wort? — Wir bilden das Volk, sind wir nicht unsere eigenen Führer, sind wir nicht Alle Demagogen? — Sehr effektvoll war auch, gegenüber der in jener Schrift nachgewiesenen Inkompetenz der Demokraten, „die noch keinen Hasen geschossen haben," in Bezug auf Militärangelegenheiten, — die als Kommentar angeführte Mittheilung, daß der anonyme Verfasser selber nichts als ein Oberlandsgerichtsrath, mithin in gleicher Weise inkompetent zu erachten sei. — Beim Beschluß dieser Rede war die Zapfenstreichstunde nahe und es wurde daher die Sitzung aufgehoben. Die sich sichtbar aussprechende allgemeine Befriedigung ließ aber für die nächste auf Donnerstag den 26. Okt. anberaumte Versammlung eine gleich zahlreiche Theilnahme erwarten, und werden die gestern bei diversen Regiments- und Kompagnieappells von Seiten einiger Vorgesetzten dagegen ergangenen strengen Verbote und Bedrohungen derselben ebensowenig hindernd entgegengewirkt haben, als deren etwa noch fromm gehegte Sympathie für die Vorzüge der Prügelstrafe und des vertraulichen Du. (Ref.)

Berlin, 26. Okt. In der heutigen Sitzung der Konstituirenden ist ein Antrag der äußersten Linken, das Ministerium zu zwingen, das Jagdgesetz zu publiziren, mit beispielloser Majorität angenommen worden. (Reform.)

Aus dem Wahlbezirk Thiengen. Die Wahl eines Abgeordneten zur Reichsversammlung ist auf den 26. d. M. in Thiengen festgesetzt. Es waltet kaum ein Zweifel ob, wer bei dieser Wahl aus der Urne hervorgehen werde. Zwar mühen sich die Leute von einer gewissen Zwitterfreisinnigkeit erschrecklich ab, den Freischaarenführer aus dem Felde zu schlagen und selbst der edle v. Gagern, der in der Paulskirche zu Frankfurt für 66 fl. 40 kr. des Tages die mächtige Schelle schwingt, soll für Buhl das große Wort gesprochen haben, allein die schlauen Künste der Verführung und unversteckten Drohungen werden an dem kräftigen und klaren Sinn dieses Bezirks schmählich scheitern. Können denn die alten und jungen Sünder sich das so leichte Räthsel nicht lösen, daß ihre früheren Zaubersprüche an diesem Völkchen ihre Wirkung verloren haben? Die Hochachtung und Liebe zu Hecker, dem Mann der That, nicht der leeren, windigen Worte, hat in dem Gemüthe des Volkes zu tiefe Wurzeln geschlagen und so kann man ohne Sehergabe mit voller Gewißheit vorhersagen, daß seine zweite Wahl eine weit glänzendere als die erste sein wird. Wie werden die Bedientenseelen in Karlsruhe und auch anderwärts im Lande, und gar der edle v. Gagern, und der lange Schweif seines Korporalstockes erbärmliche Gesichter hiezu schneiden! (Mannh. Abz.)

Anhalt. In Bernburg ist dem Obersten des Militärs, Major von Trützschler, auf höchsten Befehl Schärpe und Degen genommen, und selbiger von seinem Amte suspendirt worden.

Schweiz.

Bern, 25. Okt. Im obern Theile des Kantons Freiburg ist ein Aufstand ausgebrochen, veranlaßt durch den Streit der Freiburger Regierung mit dem Bischof, und durch falsche Gerüchte über Mißhandlungen die ihm widerfahren sein sollten, wie die „N. Züricher Z." meldet. Nach Berichten aus Freiburg vom 24. Abends scheint die Ruhe wenigstens im Groben schon wieder hergestellt zu seyn.

Großbrittanien.

London, 20. Okt. Außer der Cholera, die in London und England überhaupt ziemlich milde auftritt, während sie in Edinburgh sich ziemlich heftig zeigt, ist es vornehmlich der Hochverrathsprozeß in Clonmel, der gegenwärtig das Interesse des Publikums fesselt. Jetzt steht Meagher, ein lebhafter und anziehender junger Mann, vor den Schranken, welcher sich auf seiner Armesünderbank damit kurzweilt, Autographen für die zahlreich anwesenden Damen zu schreiben. Da man im Voraus weiß, daß die Krone gegen ihn und O'Brien Gnade ergehen lassen wird, so ist die Stimmung im Gerichtssaale nicht sehr tragisch.

Anzeigen.

Central-Ausschuss-Sitzung der fränk. Vereine für Volksfreiheit.

Mittwoch den 1. November, Nachmittags 1 Uhr, im Gasthaus zum Wallfisch in Erlangen.

Tanzunterricht.

Unterzeichneter empfiehlt seinen neuen Cours im Tanzunterricht, welcher den 15. November beginnt, zur regen Theilnahme.

Johann Rud. Lang,
Lehrer der Tanzkunst.

Gedruckt — unter Verantwortlichkeit der Verleger — bei J. L. Stich.
Expedition S. 39 im Gasthof zum König Otto II. Etage.

Der freie Staatsbürger.

Erscheint an allen Wochentagen, am Sonntag nur ausnahmsweise auf einem Extrablatt. Preis in ganz Bayern vierteljährlich 1 Fl. 30 Kr., halbjährlich 3 Fl., jährlich 6 Fl.

Organ der Demokratie.

Inserate werden die dreispaltige Petitzeile zu 3 Kr. berechnet. Die Abonnenten haben für die Hälfte des Abonnementpreises Inserate frei.

Nr. 29. Nürnberg, Mittwoch den 1. November **1848.**

Ansichten und Aussichten für Deutschlands politische Entwicklung.

Erster Artikel.

Die deutsche Einheit und das Fürstenthum.

(Schluß.)

II Die ganze Epoche von dem westphälischen Frieden an bis zu den Zeiten der französischen Revolution von 1789 ist nichts, als eine fortgesetzte Schmach des deutschen Namens. Alle Kriege, in welche Deutschland während dieser Zeit verwickelt wurde, dienten nur dazu, um die vaterlandsverrätherische Politik des deutschen Fürstenthums in helles Licht zu setzen. Unsere Fürsten schlossen sich, wenigstens theilweise, fast bei jedem Kriege an das Ausland an. mit dessen Hülfe hofften sie irgend eine Erweiterung, und wenn sie noch so klein war, ihres Territoriums zu erlangen, und wiederum benutzten sie das Ausland dazu, um die Wiederherstellung des deutschen Reiches und seiner früheren Macht und Größe unmöglich zu machen. Endlich kam die Zeit der französischen Revolution und Napoleons. In dieser Epoche erreichte die antinationale Politik des deutschen Fürstenthums den höchsten Gipfel. Schon in den letzten Zeiten des vorigen Jahrhunderts schlossen einzelne Fürsten geheime Verträge mit Frankreich, zufolge welcher sie an diesen Staat die Länder jenseits des Rheins abtraten, gegen die Aussicht, dafür von Frankreich in den Bestrebungen, sich auf Kosten ihrer Mitstände zu bereichern, unterstützt zu werden. Und im Anfange dieses Jahrhunderts (1806) trennten sich der größte Theil der Fürsten hochverrätherisch von dem deutschen Reiche, welches immer noch bestand, um sich in die Arme eines fremden Protectors, Napoleons, zu werfen. Mit der Gründung des Rheinbundes, welcher um dieselbe Zeit erfolgte, hörte das deutsche Reich auch dem Namen nach auf; Deutschland fiel in verschiedene Theile auseinander, und der größte Theil der Fürstenthümer, welche aus dem allgemeinen Chaos sich noch erhalten hatten, waren nicht einmal unabhängig, sondern tanzten, wie schon gesagt, nach der Pfeife Napoleons. Napoleon wurde indessen gestürzt, nicht durch das Fürstenthum, sondern durch die Kraft der deutschen Nation, bei welcher die Heillosigkeit der Zersplitterung endlich zum entschiedenen Bewußtseyn durchgedrungen war. In der Zeit der Freiheitskriege erkannte unser Volk mit voller Klarheit, daß nur die vollkommene Einheit uns aus der Trostlosigkeit und Erbärmlichkeit jenes politischen Zustandes zu retten vermöchte, in welchen wir seit dem westphälischen Frieden versunken waren. Die öffentliche Meinung wollte die Wiederherstellung des Kaiserthums, aber nicht in der Weise, wie es die letzten Jahrhunderte gesehen, sondern ohngefähr in der Art, wie zur Zeit der sächsischen und fränkischen Kaiser. Man wollte zugleich eine Beseitigung des Fürstenthums, wenigstens eine solche Beschränkung seiner Machtvollkommenheit, daß es dem Prinzipe der Einheit nicht mehr widerstreben konnte. Nach Napoleons Sturze erkannte man auch allgemein eine Erneuerung und Wiederherstellung des deutschen Reichskörpers an. Zu diesem Behufe kamen die Fürsten und ihre Minister auf dem Kongresse in Wien zusammen. Nun, und was machten sie da? Schufen sie etwa die deutsche Einheit? O nein! Waren sie vielleicht unbekannt mit der Stimme des Volkes, mit den Forderungen der öffentlichen Meinung? Keineswegs! Nicht nur waren alle Zeitungen und Journale davon voll, sondern selbst in dem Kreise der Staatsmänner, die in Wien versammelt waren, ließen sich einige Stimmen vernehmen von Männern, welche in den Zeiten der größten Betrübniß nicht gewankt, welche in den Zeiten der Gefahr kühn die Zügel der Regierung im Sinne des Vaterlandes und der Freiheit geführt hatten. Diese drangen ganz entschieden auf die Herstellung der Einheit. Aber nachdem man über acht Monate beisammengesessen, kam nichts anderes, als die Bundesakte heraus, jene Bundesakte, welche die Bestrebungen des fürstlichen Partikularismus erst recht befestigte und sanktionirte. Und nun weiß Jedermann, wie von dieser Zeit an das deutsche Fürstenthum die Einheitsbestrebungen aufnahm. Sie wurden für nichts anderes, als für hochverrätherische angesehen, und als solche behandelt. So bereits in den Jahren des Wartburgsfestes und in den Zwanzigerjahren, später in der Epoche der Julirevolution. Hat in dieser ganzen Zeit vom Jahre 1815 bis 1848 das deutsche Fürstenthum nur einmal einen guten Willen gezeigt, um die Einheit wieder anzubahnen, geschweige wieder herzustellen? Niemals! Wenn hie und da wohl von Seite einzelner Fürsten Opposition gegen den Terrorismus des Bundestags gemacht wurden, so ging diese weniger aus dem Prinzipe der Einheit hervor, als vielmehr gerade aus dem Prinzipe des Partikularismus, der nun aber, um wenigstens im Anfange besser zu réussiren, die Maske des Liberalismus angenommen, und eben darum von der öffentlichen Meinung mit günstigeren Augen angesehen wurde. Aber aufrichtige Neigung zur Einheit hatte keiner, wenigstens zeigte sich dieselbe niemals in Thaten. Und nun kam die neueste französische Revolution, welcher auf dem Fuße die deutsche folgte. Man weiß, daß unter den Forderungen, welche das Volk an die Fürsten stellte, eine der wichtigsten die Herstellung der deutschen Einheit war. Die Fürsten widersetzten sich mit wenigen Ausnahmen im Anfange fast alle dieser Forderung; sie gaben dann aber nach, gedrängt durch den Ungestüm des Volkes und aus Furcht, ihre Throne einzubüßen. Aber nach und nach traten die partikularistischen Bestrebungen derselben wieder hervor, man hat es bei Oesterreich gesehen, bei Preußen, bei Bayern, bei Hannover, und nur die kleineren halten sich noch zurück, aber gewiß mehr aus Klugheit als aus Aufrichtigkeit. Nun haben sie zwar neuerdings, wenigstens unter diplomatischen Formen, die Centralgewalt anerkannt; aber ist davon ein Schluß auf ihre einheitliche Gesinnung zu ziehen? Wie ist es möglich, daß das Fürstenthum, welches seit seiner Geburt gegen die Einheit intriguirte, so plötzlich seine Natur verändere? Nur der Gedankenlose kann dieses wähnen, der sich nie die Mühe gegeben, tiefer in das Wesen der Dinge einzudringen und die Gegenstände in ihrem eigentlichen Kerne zu erfassen. Und kann das Fürstenthum, wenn es nicht aufhört Fürstenthum zu seyn, mit der Einheit Deutschlands harmoniren? Muß es nicht in diesem Falle alle, wenigstens die wichtigsten Attribute der Herrschaft aufgeben? Es ist fortan nichts in der äußeren Politik, denn diese wird von der Reichsgewalt besorgt; es gebietet fortan nicht über sein Militär, denn dieses ist der Obhut der Centralgewalt anvertraut; es hat fortan nichts mehr über Handel und Wandel, über Zoll und Münze zu sagen, denn das alles wird von Reichswegen geordnet. Es hat auch fortan keinen Einfluß mehr auf die Gesetzgebung, denn diese wird theils vom Reiche, theils von den einzelnen Landständen ausgeübt. Und was bleibt dann noch übrig? Wahrhaftig nicht so viel, um das es sich lohnt, ein Fürst zu

sein. Denn auch der pekuniäre Punkt wird sich in etwas verändern; die Beschneidung der Civillisten ist ja allgemein genug gefordert, und wird wohl auch durchgesetzt werden. Sage man nicht: „das sei wohl Alles wahr, allein die Fürsten werden sich dennoch an die Einheit anschließen, weil sie schon ihr eigenes Interesse dazu treibe; denn sonst könnten sie vor dem Volke nicht bestehen.“ Sie werden die Einheit nur so lange anerkennen, als sie müssen; allein bei jeder günstigen Gelegenheit werden sie, ihrer Natur gemäß, gegen dieselbe sich auflehnen, und sie auf alle Weise zu schmälern suchen. Darum ist ein aufrichtiges Anschließen der Fürsten an die deutsche Einheit nicht denkbar; es ist nicht denkbar, weil alle Erfahrung dagegen spricht, es ist nicht denkbar, weil mit der wahren Einheit die Idee des Fürstenthums in ewigen Konflikte steht; es ist nicht denkbar, weil es in der Natur der Herrschaft liegt, die Grenzen derselben so sehr als nur immer möglich zu erweitern.

Deutschland.

• Nürnberg, 31. Okt. Die gestern zirkulirenden Gerüchte von einem Angriffe oder Bombardement Wiens, bestätigen sich nach den heut eingetroffenen Nachrichten nicht. Der Reichstag berathet ungestört und die Belagerten fahren fort, sich mit aller revolutionären Energie zur Vertheidigung zu rüsten.

△ Altdorf, 29. Okt. Einen neuen Beweis, wie weit sich zuweilen constitutionell monarchische Ehrlichkeit versteigen kann, haben wir so eben in unserem kleinen Städtchen erlebt, wo heute Herr Conditor Winter, aus Nürnberg, in eleganter, mit 2 Bourgeois büreaukratischen Schimmeln bespannten Equipage, und in Begleitung eines Novizen des Beamtenstandes ankam, um Propaganda für die Nürnberger Constitutionellen und zu Gunsten unseres Reichstagsabgeordneten zu machen. Unter dem Vorwande, mit seinen Altdorfer Mitbürgern über Gewerbssachen zu conferiren, improvisirte Herr Winter, (er war bekanntlich Nürnberger Abgeordneter und Vicepräsident des saubern Frankfurter Gewerbecongresses) eine Versammlung unserer Gewerbtreibenden im Saale des Gasthofs zum Lamm, salbaderte auch eine Zeitlang mit der ihm eigenthümlichen Arroganz über das deutsche und beziehungsweise unser bayrisches Gewerbswesen, und malträtirte die Anwesenden mit seiner verwitterten mittelalterlichen Gewerbs-Gelehrsamkeit. Aber als er auf einmal anfieng, uns politisch bilden zu wollen, als er die Wirksamkeit unseres Abgeordneten Krafft zu rechtfertigen versuchte, das Nürnberger Volksversammlungs-Comité der Perfidie beschuldigte, die letzten Urwählerversammlungen in Nürnberg Comedien nannte, von Wühlereien und von forcirten Stimmensammlungen gegen den Abgeordneten sprach; als er auch uns weiß machen wollte, wie mit dem Beschluß Nr. 3. der Nürnberger Urwählerversammlung vom 8. Okt. eine Beschränkung der Stimmenfreiheit beabsichtigt worden sey; als er erzählte, wie zahlreiche Verwahrungen gegen diese Beschränkung durch die bekannten sogenannten Protestationslisten bereits zum Vorschein gekommen seyen; als er sich sogar die lächerliche Mühe gab, den Nürnberger constitutionellen Verein gegen angebliche Verdächtigungen in Schutz zu nehmen, und — man staune! ihn als einen freisinnigen zu bezeichnen, als er darauf hin mit dem vom constitutionellen Verein entworfenen Programm für die bevorstehenden Landtagswahlen zur gefälligen Berucksichtigung heraurückte, und außerordentlich viel vom „Fortschritt auf gesetzlichem Wege“ perorirte, — da war es uns vollkommen klar, was der Herr Exvicepräsident des Frankfurter Gewerbecongresses im Schilde führte. Herr Winter mußte leider die Erfahrung machen, daß er sich verrechnet habe; daß Altdorf für den Nürnberger Constitutionalismus verloren sey, daß für die Colporteurs seines politischen Prinzips bei uns schlechte Geschäfte zu machen seyen. Ein glücklicher Zufall hatte uns, im entscheidenden Augenblick, als Herr Winter sein Wühlertalent zu entfalten eben im besten Zuge war, einige demokratische Freunde aus Nürnberg hieher geführt, die ihm die gebührende Zurechtweisung für sein nobles Benehmen zu Theil werden ließen, und nachdem der Nürnberger Apostel noch einige unzweideutige kategerische Erklärungen von Seiten unserer Mitbürger entgegen genommen hatte, hielt er für das Gerathenste, ohne weitern Verzug die zwei bourgeois-büreaukratischen Schimmel einspannen zu lassen, und mit einer — langen Nase wieder abzuziehen.

München, 26. Okt. Es soll in München eine ernste Note des Reichsministeriums der Justiz über das Benehmen der Regierung vom 18. Okt eingelaufen seyn.

Frankfurt, 29. Okt. Man erzählt sich von der Behandlung der in Folge des Aufstandes am 18. Sept. in Frankfurt Verhafteten schlimme Dinge. In Mainz sollen sie von Soldaten und Offizieren geschlagen, mit Kolben gestoßen worden seyn; in Frankfurt auf der Hauptwache soll ein Verhafteter, ein Knabe, von einem Offizier, aus Muthwillen, Ohrfeigen erhalten haben ohne Anlaß. Wir können zwar solche Brutalitäten, die einem Feiglinge, nicht aber einem civilisirten deutschen Krieger zuzutrauen, kaum glauben; allein es ist gut, wenn die Gerüchte in Gewißheit gesetzt oder widerlegt werden. Der Abg. Joseph hat für den Reichsjustizminister eine Interpellation eingereicht, ob zu seiner Kenntniß gelangt, daß Gefangene von Offizieren und Soldaten geschlagen und mißhandelt worden? und ob diesfalls die Untersuchung gegen die Thäter eingeleitet worden sey? Zwar hat der Justizminister als Verwaltungsbeamter nicht das Recht, eine Untersuchung anzuordnen, es ist dieß vielmehr Sache der selbstständigen und unabhängigen Gerichte; allein da er selbst in Betreff der Preß- und Versammlungsvergehen, Verordnungen an die Behörden durch die einzelnen Regierungen ergehen läßt, so muß er wenigstens das Recht sich zuschreiben, auch auf alle andern Vergehen zu vigiliren und sie zur Untersuchung zu bringen. Beim Transport von Frankfurt nach Mainz hing dem einen Verhafteten, wie erzählt wird, das Auge heraus; also hat man ihnen nicht einmal ärztliche Hülfe im Anfange zu Theil werden lassen! (Reichstags-Z.)

Wien, 27. Okt. In der 90. Sitzung wurde die vom Gubernial-Vizepräsidenten Benz und dem Präsidenten des Tiroler Landtags, Wolkenstein, unterzeichnete Proklamation vom 16. Okt., die den Tirolischen Landtag eigenmächtig einberuft, vorgelesen und der Antrag des permanenten Ausschusses: „Das Ministerium werde aufgefordert, die eigenmächtige Berufung des Tiroler Landtags als ungesetzlich und unzulässig zu erklären,“ mit eminenter Majorität angenommen. — Als interessantes Gegenstück der Innsbrucker Proklamation veröffentlicht der Abg. Schuselka eine Adresse an den Reichstag von den zwei italienischen Kreisen Tirols nämlich Trient und Roverede, mit 50 Unterschriften der Gemeindevorstände versehen, mit welcher sie dem Reichstage ihre einstimmige Anerkennung seines Wirkens und die Gefühle der lebhaftesten Dankbarkeit darbringen und den Beschlüssen desselben Gehorsam geloben.

Der provisorische Oberkommandant Messenhauser erläßt folgende Kundmachung: Mit dem heutigen Tage um 12 Uhr läuft die von dem Herrn Feldmarschall Fürsten Windisch-Grätz der Stadt gestellte Frist ab. Das Oberkommando hat bei der gestrigen Inspizirung der am meisten ausgesetzten Punkte mit Beruhigung wahrgenommen, daß der Barrikadenbau und das Aufwerfen anderer Verschanzungen mit eben so viel Einsicht als Eifer in's Werk gesetzt werden. Es bedarf keiner Erinnerung, daß mit diesen Arbeiten rastlos fortgefahren werden muß. Die Wälle, hinter welchen der bürgerliche Wehrmann für Freiheit und Eigenthum kämpft, müssen Schöpfungen von unüberwindlicher Stärke seyn, und das stundenlange Spielen ganzer Batterien darf sie nicht in Bresche legen. Ich erwarte von den Fähigkeiten und dem trefflichen Geiste unserer Techniker hierin das Ausgezeichnetste. Die Eifrigen und Erfindungsreichen werden öffentlich belobt werden. Ich komme auf die Worte meines Befehls an die Kommandanten sämmtlicher Linien vom 24. Oktober 1848 zurück: Es ist gar kein Grund vorhanden, zu glauben, daß wir vor dem Eintreffen einer letzten Erklärung des Fürsten von seiner Macht ernstlich angegriffen werden. Alle sich entspinnenden Gefechte werden wie bisher auf eine Plänkelei hinauslaufen, die allerdings auch in eine leichte Kanonade ausarten können, hierüber habe ich den Herrn Kommandanten der Linien mit allem Nachdrucke als militärische Gewissenspflicht an das Herz zu legen: Man muß einzelne Schüsse hinnehmen, ohne sie zu erwidern. Solches ist männliche Festigkeit, solches ist der Beweis wahren Muthes. Ohne Zweck und ohne Befehl vom Oberkommando fechten, ist Leichtsinn; wenn bedeutende Munitionen verschossen werden, in Anbetracht unserer Mittel sogar Verbrechen. Man muß die Zahl der Mobilengarde nicht überschätzen. Wenn alle Linien nach Verstärkung schreien, so muß es wohl geschehen, daß ich dorthin keine Unterstützung schicken kann, wo sie am meisten Noth thut, aus dem einfachen Grunde, weil ich die stabile Garde erst dann verwenden kann, wenn ich Allarm schlagen zu lassen be-

müssigt bin. Ich ersuche die Herrn Kommandanten in dieser Hinsicht ihren Mannschaften zuzusprechen, sie auf die tiefe Bedeutung meiner Worte aufmerksam zu machen, und das Oberkommando nicht mit Gewalt zu der verderblichen Maßregel hinzustoßen, Kanonen, Munition und Menschen vor der Zeit zu verschwenden. Wien, 26. Okt. 1848. Messenhauser, prov. Oberkommandant.

In der Wiener Zeitung fordert der Commandant Eisenbach zum Eintritt in das Wiener Scharfschützen-Regiment auf, woran Stiger, Vorsitzer des demokratischen Vereins in Grätz folgendes knüpft: Brüder! Söldlinge der Camarilla haben Euren kriegerischen Geist mißbraucht, um Euch unter allen möglichen Vorspiegelungen zu verlocken, als Freiwillige den Feldzug in Italien mitzumachen. Ihr habt Euch zahlreich eingefunden, obgleich die Freiheitsbestrebungen der Italiener gewiß Eure wärmsten Sympathien hatten. Allein unsere Waffenehre schien gefährdet; und wer sich an Euren Muth, Eure Tapferkeit wendet, hat sich noch nie verrechnet! Brüder! Es ergeht an Euch jetzt abermals der Aufruf, als Freiwillige einen Feldzug mitzumachen, aber nicht einen Feldzug, wie den Italienischen, wo das Gewissen bei jedem Schritt vorwärts seine warnende Stimme erhebt. Es gilt einen Feldzug, welchen jeder mitmachen muß, der nicht auf ewig mit Schmach gebrandmarkt werden will; denn unser Feind ist der Despotismus, der die Menschheit seit Jahrhunderten mißhandelt, Nationen gegen Nationen, Brüder gegen Brüder zum Kampfe hetzte. Diesen Feind gilt es zu vernichten, aber bleibend, darum muß er in seinen geheimsten Schlupfwinkel aufgesucht und verfolgt werden, was jedoch bei seiner bekannten Arglist und Heimtücke allen Aufwand von Energie und Kraft bedarf. Darum auf, Ihr Brüder! wer die Freiheit liebt, wer die Ruhe liebt, wer da will, daß Handel und Gewerbe blühen, die Geschäfte wieder ihren geregelten Gang nehmen, die ewigen Störungen der öffentlichen Ordnung ein Ende haben, der reihe sich ein in unser Freikorps. Wir wollen unsern Feind, er mag Camarilla, Reaktion, Egoismus oder wie immer heißen, auf's Korn nehmen, und gleich Lützows wilder verwegner Jagd auf ihn einstürmen. Wer da ein scharfes Auge hat, seine Schlupfwinkel aufzuspähen, und die feste Hand zum Schuß in's Centrum, der schaare sich zu uns, zu dem Wiener Freischützen-Corps. Wien am 19. Okt. 1848. Joseph Leopold Stygger, Vorsitzer des Gratzer demokratischen Vereines.

Olmütz, 23. Okt. Der königl. preußische General-Lieutenant Thiele, der bayerische General-Lieutenant Zollern, dann der kaiserlich russische Botschafter Medem sind hier eingetroffen.

D Berlin, 27. Okt. Es ist keine Kleinigkeit, einen Demokraten-Kongreß zu präsidiren. Die Lebhaftigkeit dieser jungen stürmischen Politiker, die deutsche Unermüdlichkeit, neue Anträge und Amendements zu stellen, der Mangel an einer bestimmt festgestellten Geschäftsordnung bereiten Schwierigkeiten, zu deren Ueberwindung nicht bloß eine gute Lunge und ein logischer Kopf, sondern vor allen Dingen eine große Energie gehört. Diese Eigenschaften alle besaß Fröbel, der auf dem ersten Kongreß vortrefflich präsidirte. Da Fröbel bei dem jetzigen Zustand Wien's nicht hieher kommen konnte, so durfte man wohl die Besorgniß hegen, es könne über einen guten Präsidenten Verlegenheit entstehen. Als Kriege im Namen des Centralausschusses gestern früh den Kongreß eröffnete, schlug er, zur Vereinfachung der Sache bei karg zugemessener Zeit, Georg Fein, den bewährten deutschen Republikaner, der vor einigen Tagen aus Nordamerika zurückgekehrt war, zum Präsidenten, Dr. Asch aus Breslau und Bayrhofer aus Marburg zum Vicepräsidenten vor. Fein übernahm das Amt, sah aber bald ein, daß er demselben nicht gewachsen. Es fehlte ihm die Energie, und es entstand bald über die Frage wegen Prüfung der Vollmachten, nach einer äußerst unerquicklichen Debatte eine solche Verwirrung, daß die Sitzung mit der Wahl einer Legitimations-Kommission abgebrochen und auf Nachmittag verlegt wurde. Nachmittags legte Fein die Präsidentur nieder und Bamberger aus Mainz übernahm den Vorsitz, den er auch sehr gut führte. Die Legitimations-Kommission erstattete Bericht über die Zulassung, und mehrere Anträge derselben, auf Nichtzulassung oder Zulassung bloß mit berathender, aber nicht beschließender Stimme wurden verworfen. Man entschied sich nicht bloß für Zulassung der Mitglieder der verschiedenen deutschen Oppositionen, die sich hier versammelt haben, sondern auch für Zulassung anderer bewährter deutscher Demokraten. Es wäre auch in der That sogar undemokratisch gewesen, wenn man sich engherzig an die Bedingung angeklammert hätte, daß die Mitglieder des Kongresses von einem bestimmten politischen Verein deputirt sein müssen, obwohl, außer den Oppositionsmitgliedern, den konstituirenden und Landes-Versammlungen, nur einige wenige sich zur Aufnahme meldeten, die nicht Abgeordnete von Vereinen sind, nämlich aus Gegenden kommen, in denen demokratische Vereine noch nicht bestehen. Einen nicht ganz uninteressanten Zwischenfall bei Verhandlung der Zulassunsfrage bildete der Fall Held's. Man weiß, daß Held, nach der Revolution in Berlin beim Volk zu großem Anseh'n gelangt, vor Kurzem nicht bloß beschuldigt wurde, mit der Partei des Prinzen von Preußen in Unterhandlung getreten zu seyn, sondern dieß auch in einem unsinnigen Plakat: „Meine Idee," indirekt eingestand. Gleichwohl und trotz der heftigsten Angriffe seiner Gegner steht Held doch immer in Berlin in großem Ansehen, das Einzige, muß ich gestehen, was mir bis jetzt an dem wahrhaft liebenswürdigen Volk der Berliner mißfällt. Er war aber einmal von einem unzweifelhaft demokratischen Verein gewählt und eine Ausschließung schien unthunlich. Der Kommissionsbericht, welcher sich auf Protestationen bezog, die gegen Held's Zulassung eingelaufen sein sollten, trug auf Zulassung an, aber in Ausdrücken und mit Bemerkungen, die Held indirekt als ein „unwürdiges" Mitglied bezeichneten. Als die Zulassung beschlossen war, las Asch aus Breslau im Namen der schlesischen Deputirten einen ziemlich injuriösen Protest gegen diese Zulassung vor und gab ihn zu Protokoll. Held, der sich übrigens bei dieser Gelegenheit als einen hohlen Phrasenhelden bewies, an dessen Einfluß auf das Volk sein Bart und seine imponirende Gestalt offenbar den größten Antheil haben, sprach gegen diese verschiedenen Insinuationen auf eine Weise, welche sicherlich nicht geeignet war, Jemanden von seiner Unschuld zu überzeugen. Er berief sich in leeren Redensarten auf sein Ansehen beim Volke. Allein es ist zum Unglück unserer Partei nur allzu wahr, daß stürmische Zeiten Elemente auf die Oberfläche treiben, die nicht sehr reiner Natur sind, daß Menschen, auf Aeußerlichkeiten gestützt, sich in der Achtung und Liebe des Volkes erheben können, denen nur das liebe Ich am Herzen liegt und nicht die Sache. In die Länge wird der gesunde Sinn des Volkes sich nicht betrügen lassen, und man darf daher über den Schaden, den solche Persönlichkeiten der Sache beibringen, nicht allzusehr lamentiren; namentlich wird das Volk durch die Freiheit immer mehr gesichert werden gegen solche nachtheilige Einflüsse. — Ein zweiter Punkt von großer Wichtigkeit in der gestrigen Sitzung war die Frage über Oeffentlichkeit der Sitzungen. Einige schlesische Abgeordnete wünschten einen Theil der Verhandlungen in geheimer Sitzung vorgenommen. Dagegen erhoben sich kräftig Heramer und Arnold Ruge. Es wäre in der That ein schmachvoller Zweifel an der inneren Gewalt unserer Sache ausgesprochen worden, wenn wir unsere Verhandlungen auch nur zu einem kleinen Theil geheim gepflogen hätten, wenn wir auf den Standpunkt der Conspiration herabgesunken wären. Wir wollen nicht — und können nicht wollen — auf dem Weg der Verschwörung Verfassungen stürzen, wir wollen offen, durch das Mittel der Rede und Schrift, durch das Mittel der Ueberzeugung unsere Partei verstärken, damit sie die Majorität werde und auf dem Wege des Gesetzes die neue Verfassung schaffe. Die ungeheuere Mehrheit der Versammlung war von dieser Gesinnung durchdrungen, und so kann der Kongreß, einzig auf die Macht der Mehrheit gestützt, allen Schritten seiner Gegner ruhig entgegensehen. Heute wird die Sitzung zum ersten Male öffentlich seyn. Die Sitzungen finden im Saale des englischen Hauses statt. Es werden so viele Karten ausgetheilt, als die Gallerie Personen faßt. Auf der Tagesordnung für heute stehen der Bericht des Zentralausschusses und die Berichte aus den einzelnen Kreisen. — Wir sind durch eine Berliner Celebrität bereits tief in das Berliner Leben eingeführt worden. Müller, Präsident des souveränen Lindenklubbs, hat sich unserer freundlichst angenommen, uns nicht nur auf den Schauplatz seiner Thaten, der berühmten Ecke unter den Linden, sondern auch unter die Zelte, durch die Stadt und des Abends in einige der renomirtesten Lokalitäten Berlins geleitet. Das Berliner Volk, früher spöttisch und bitter, ist seit seiner Revolution so gemüthlich geworden, daß man sich nirgends wohler fühlen kann als hier. Der Geist ist hier wesentlich demokratisch und ganz deutsch. Auf zwei Drittheile der Bürgerwehr läßt sich mit Bestimmtheit zählen. Die letzten schriftlichen und mündlichen Aeußerungen des Königs haben der Monarchie keinen Vortheil gebracht. Alles ist in unglaublicher Spannung auf das Ende des Wiener Drama's.

D Berlin, 28. Okt. Die gestrige Sitzung des Demokraten-Kongresses dauerte von früh 9 Uhr mit kurzer Unterbrechung bis Abends

8 Uhr. Sie verging fast ausschließlich mit Erstattung des Berichtes des Centralausschusses über seine Wirksamkeit und der Kreisausschüsse, resp. Kreisdeputirten über den Stand der Demokratie in den einzelnen Provinzen. Was die Wirksamkeit des Centralausschusses hauptsächlich lähmte, war der Mangel an Geldmitteln. Gleichwohl sind erfreuliche Resultate erzielt worden, wie besonders aus den Berichten über die Provinzen hervorging. Diezel referirte kurz über den Stand der Demokratie in Franken. Die Berichte, welche fast den ganzen Tag wegnahmen, obwohl Jeder angehalten wurde, so kurz als möglich zu seyn, werde ich nach einer genaueren Auffassung nachsenden. Eine Kommission zur Ausarbeitung des Entwurfs eines Organisationsplanes für die demokratischen Vereine wurde ernannt. — Die in Bezug auf das Parlament zu thuenden Schritte, sowie eben diese Organisation werden wohl hauptsächlich den Gegenstand der heutigen Tagesordnung bilden. Von Wien weiß man leider immer noch nichts Neues.

Berlin, 27. Okt. Der Kongreß der Oppositionsmitglieder der verschiedenen deutschen konstituirenden Versammlungen zu Berlin, dem die mißlungene Frankfurter Nationalversammlung und die Polizeityrannei der Centralgewalt die Veranlassung gegeben hat, versammelt sich nach und nach. Aus Mecklenburg-Schwerin und Strelitz, aus Altenburg, aus Sachsen und vor allen aus Frankfurt sind bereits Abgeordnete eingetroffen. Eine Vorversammlung hat stattgefunden. Man war ohne Widerspruch der Ansicht, daß die öffentliche Meinung über die Frankfurter Reaktion und ihre wahren Urheber ein klares Urtheil zu fassen, die Aufgabe des Kongresses sey. Seine Macht liegt in dem Recht der Revolution und in dem Willen des Volkes, die Früchte seiner blutigen Siege sich nicht entreißen zu lassen. (Ref.)

Mannheim, 29. Okt. Wie die „Mannh. Abdztg." (und mit ihr übereinstimmend die „Freib. Z.") aus Thiengen meldet, ist bei der vorgestern dort stattgehabten Wahl zur Nationalversammlung daselbst Dr. Friedrich Hecker abermals und zwar mit größerer Stimmenmehrheit als früher gewählt worden. Von 132 Stimmen hatte er 82, Oberamtmann Dreyer von Blumenfeld 50, Fabrikant Buhl von Ettlingen 2, Freiherr v. Andlaw 1 Stimme. Zugleich theilt die „Abendzeit." Berichte über Hecker's am 4. Okt. erfolgte Ankunft in Newyork und die ihm von Deutschen erwiesene Ehre mit.

Italien.

In Mailand war es am 22. Okt. ruhig. In einem Theil der Provinzen von Como und Veltlin ist nach Briefen aus Chur vom 26 ein Aufstand ausgebrochen. Am 27. war in Chur die italienische Post ausgeblieben. Die sardinische Kammer hat mit 77 gegen 58 Stimmen erklärt: sie sey mit den Erläuterungen und Absichten des Ministeriums zufriedengestellt. In Livorno hatte am 20. Okt. das Volk einen Aufstand gemacht, der, ohne blutig zu seyn, die Stadt in seine Hände gab. (A. Z.)

Das Gerücht von einem Aufstand im Lombardischen wird auf's Neue von Tessin und Chur aus wiederholt. Wir lassen zwei Briefe aus Chur darüber folgen. Mittlererweile bestätigt sich die seit einiger Zeit umgehende Sage von Verlängerung des Waffenstillstandes. Wir entnehmen darüber unseren jüngsten Briefen aus Turin Folgendes: Die Minister erklärten bei den letzten Berathungen in der piemontesischen Kammer: Als der Waffenstillstand dem Ende zuging, schlugen Frankreich und England den kriegführenden Mächten seine Erneuerung auf 30 Tage vor. Radetzky antwortete: er werde nicht angreifen, wenn er nicht selbst angegriffen werde; wir antworteten: wir hielten uns daran, daß der Waffenstillstand seinen Bedingungen gemäß acht Tage vor der Wiedereröffnung der Feindseligkeiten aufgekündigt werden müsse, und wir würden ihn nicht aufkündigen, ohne die vermittelnden Mächte hievon zu benachrichtigen. Während unsere Antwort nach Paris und London abging, erhielt Radetzky von Wien aus einen von England und Frankreich gemachten Vorschlag zu einer dreimonatlichen Verlängerung, und fragte uns, ob wir ihn annehmen. Wir beriefen uns auf die den vermittelnden Mächten gegebenen Antworten. Wir erwiedern somit auf die Anfragen der Kammer: der Waffenstillstand ward nicht erneuert, er dauert von 8 zu 8 Tagen bis zur Aufkündigung."

Chur, 26. Okt. Es bestätigt sich, daß wenigstens in einem Theil der Provinzen von Como und Valtellina der Aufstand neuerdings ausgebrochen ist. 400 Mann Veltlins haben die Galerien von Vercen auf der Mailander Route zwischen Rica und der Adda verbarrikadirt. Bereits ist es in der Nähe von Collico zu einem Gefecht gekommen. Wo das Veltlinerthal in die Ebene gegen den Comersee ausmündet, wurde in Folge der Abdaccerection eine neue sehr schöne Brücke gebaut. Diese hielten die Italiener besetzt um das Vorrücken der Oesterreicher von Collico aus zu verhindern. Man behauptet die Brücke sey in die Luft gesprengt worden. Aus den Ortschaften Dongo und Gravedone gegenüber Collico am rechten Seeufer ziehen die Einwohner schaarenweise den Veltlinern zu Hülfe. Auch Lecco soll aufgestanden seyn. Auf dem Splügnerpaß ist das österreichische Grenzamt beseitigt, ganz wie nach den 5 Märztagen. In Kleven herrschte eine gedrückte Stimmung, man hat es versucht die Ausgezogenen zurückzubringen. Die guten Klevner Handelsleute fürchten sich aber ebensosehr der Bewegung entgegenzuseyn, als sie zu fördern; beides könnte, eben je nach dem höchst unsichern Erfolg, für sie von schlimmen Folgen seyn.

Chur, 27. Okt. Heute ist die italienische Post gänzlich ausgeblieben. Von gestrigen Berichten trage ich noch folgendes nach: Die Abtheilung Clevner, welche unter dem Befehl eines jungen Handelsmannes die Galerien von Verceja besetzt hält, soll auf 400 Mann angewachsen seyn. Ihr Kommandant hat unter'm 23. und 24. Proklamationen an die Bevölkerung von Cleven, Veltlin und den Ortschaften am Comersee erlassen. Er sagt in denselben, die dermalige Erhebung habe von demjenigen Landestheile ausgehen müssen, der zuerst von feindlichen Truppen entblößt worden. Er habe Berichte, daß Como, die ganze Brianza und das Bergamaskische ebenfalls aufgestanden seyen. Von Puschlaf (Graubünden) seyen 700 Scharfschützen im Anmarsch, bereits über Tiene vorgedrungen. Bereits hätten verschiedene Vorpostengefechte stattgefunden, wo der Feind nach Hinterlassung von Todten und Verwundeten die Flucht ergriff, und sich nirgends mehr blicken ließ rc. rc. Zum Schluß wird alle waffenfähige Mannschaft aufgefordert, sich zu stellen und möglichst viele Waffen herbeizubringen. Die Proklamationen endigen mit viva l'Italia, viva l'indipendenza! (Allg. Z.)

Amerika.

New-York, 10. Okt. Vorgestern hat Hecker hier seinen Einzug gehalten und wurde auf eine großartige Weise empfangen. Die ganze Bevölkerung war auf den Beinen, der Lordmajor begrüßte ihn herzlich und mit wahrer Hochachtung. Seit Lafayette soll Niemand hier so empfangen worden sein. (Mainz. Z.)

Mit unserer heutigen Nummer Nr. 29 folgen wir dem Beispiele der hiesigen übrigen Blätter, indem wir dieselbe für Mittwoch den 1. November vordatiren. Eine Dienstagsnummer für den 31. Oktober erscheint somit nicht, dagegen übernehmen wir von heute an die Verbindlichkeit, unseren Abonnenten regelmäßig ein am Sonntag zu erscheinendes Montagsblatt in einem Viertelsbogen zu liefern.

Redaktion und Verleger des freien Staatsbürgers.

Gedruckt — unter Verantwortlichkeit der Verleger — bei J. L. Stich.

Expedition S. 39 im Gasthof zum König Otto II. Etage.

Der freie Staatsbürger.

Erscheint an allen Wochentagen in einem halben, am Sonntag in einem Viertelsbogen. Preis in ganz Bayern vierteljährlich 1 Fl. 30 Kr., halbjährlich 3 fl., jährlich 6 Fl.

Organ der Demokratie.

Inserate werden die dreispaltige Petitzeile zu 3 Kr. berechnet. Die Abonnenten haben für die Hälfte des Abonnementpreises Inserate frei.

Nr. 30. Nürnberg, Donnerstag den 2. November **1848.**

Es ist dem verehrlichen hiesigen und dem benachbarten auswärtigen Publikum, welches für die Beziehung der hiesigen Zeitungen nicht an die Post gebunden ist, neben den halben und vierteljährigen Bestellungen auch von uns der Vortheil des Monatsabonnements à 30 kr. per Monat, geboten, und wir laden deshalb beim Beginn des neuen Monats alle hiesigen und benachbarten Freunde der Demokratie, die sich bisher bei unserm Blatt noch nicht betheiligt haben, zur gefälligen nachträglichen Bestellung unseres Blattes auf den laufenden Monat, oder auch auf die beiden Monate November und Dezember, hiemit ergebenst ein.

Die Expedition des freien Staatsbürgers.
Winklerstraße S. Nro. 39. über 2 Stiegen.

Aus der Paulskirche.

I. Die österreichische Frage, d. h. das Verhältniß Oesterreichs zu Deutschland wurde von Seiten des Hauses in der 104ten Sitzung durch Annahme der §§ 2 und 3 des Verfassungsentwurfes mit sehr bedeutender Majorität entschieden. Diese Paragraphe lauten: „Kein Theil des deutschen Reiches darf mit nichtdeutschen Ländern zu einem Staate vereinigt sein. Hat ein deutsches Land mit einem nichtdeutschen Lande dasselbe Staatsoberhaupt, so ist das Verhältniß zwischen beiden Ländern nach den Grundsätzen der reinen Personalunion zu ordnen." Die Parteien standen sich ziemlich schroff gegenüber, lassen sich aber in zwei große Heerlager theilen. Das Eine, mit schlecht verhehltem dynastischem Standpunkte, kämpfte für Lostrennung Oesterreichs von Deutschland, für eine Gesammtmonarchie, der sie aber natürlich, wie die Gegner geltend machten, durchaus keinen überwiegend slavischen Charakter zugestehen wollte. Ihr waren die heldenmüthigen Bestrebungen der freiheitsbegeisterten Wiener eben so konsequent nichts als Anarchie, Auflehnung gegen die Dynastie und ihre wohlwollenden Absichten! Windischgrätz und Jellasich sind ihr die getreuen Stützen eines uralten heiligen Thrones, an dem nicht die Unnatürlichkeit seiner Zusammensetzung und der gänzlich geänderte Geist der Zeit und ihre mächtige Richtung rüttelte, sondern einige unruhige Köpfe. Ihr gelten die Nationalitäten wenig oder nichts, die nur da sind, um dies und dies Reich zusammenzusetzen; sie läßt daher je nach der Zweckmäßigkeit oder unaufhaltbaren Nothwendigkeit die eine fahren, wollen die andern halten, verdammt aber keineswegs das Princip, die eine mit der andern zu unterdrücken, „im Interesse der Ruhe und Ordnung," wenn es die Erhaltung jenes Reiches, d. h. der Dynastie gilt. Da sie uns für dieses durchaus allen Forderungen der Neuzeit widerstrebende Verfahren aber doch etwas geben muß, so ergeht sie sich mehr oder weniger in hochtönenden Phrasen von einem innigen Anschlusse der einer großen Gesammtmonarchie, an das einige, mächtige Deutschland, oder von einem zwiegespaltenen mitteleuropäischen Riesenreiche, von der Weltaufgabe, den Aufschluß des Ostens und einer glänzenden Zukunft, nicht der Völker, sondern eben der Reiche, d. h. stets immer wieder der Dynastie. Am weitesten ging in dieser Hinsicht der Präsident von Gagern, welcher seinen Antrag eines beständigen und unauflösbaren durch eine Bundesakte näher bestimmten Bundes Oesterreichs mit dem übrigen Deutschland in eine Reihe sich ziemlich widersprechender hohler Phrasen kleidete, durch welche kein eigentlicher Faden führte, als der bei allen Rednern dieser Seite immer durchschimmernde dynastische. Wir glaubten nichts zu sehen, als eine neue Auflage der heiligen Allianz, zur „Verbreitung des Friedens unter der Herrschaft der Freiheit," d. h. die beliebte Ruhe und Ordnung unter den Fittigen einer leeren Form des Konstitutionalismus. Der Versammlung konnte doch keine andere Aufgabe vorliegen als bei der Gründung eines deutschen Reiches zu demselben Alles zu schlagen, was deutsch ist und sein will. Anderes konnte nicht in ihrer Befugniß, noch weniger in ihrer Macht liegen. Daß ein Theil aber darüber hinausgriff, und zur Bemantelung ihrer wahren Absicht uns in den Irrgarten leerer Floskeln und Widersprüche führte, zeigt eben, daß er eine tiefer versteckte Absicht hat. Ein näheres Licht wirft darauf bereits das Urtheil, welches von den meisten Rednern über die letzte Wiener Bewegung gefällt wurde. Sie ist ihnen ein Gräuel, und weil doch durch das bewundernswertheste Benehmen der Wiener der Verdächtigung und Verleumdung einigermaßen Maß und Ziel setzen mußte, so beschränkte man sich auf allgemeine vage Verdammung. Da mußte die Bewegung undeutsch sein, weil man einen Nichtdeutschen, einen erprobten Militär, zur Vertheidigung der mit Füßen getretenen Freiheit gerufen — daß aber Jellasich mit kroatischen Horden deutsches Gebiet überschwemmt, störte nicht; — da mußte weiter die Bewegung eine demokratische sein. Lächerlicher Vorwurf! Wenn ein schmählich betrogenes Volk sich gegen Verrath und Hinterlist erhebt, wenn es sich aus den Netzen einer Kamarilla losreißt, in der das thätigste Mitglied, eine Fürstin, ein Weib, den Rath gegeben: man möge die Wiener nur eng einschließen, denn sie hungerten nicht gerne! Was soll es denn für eine Bewegung sein? War denn unsere Bewegung oder Revolution nicht auch eine demokratische? Oder war sie vielleicht dazu gemacht, daß Erzherzog Johann Reichsverweser, Herr v. Gagern Präsident werden, Herr v. Schmerling Reichsminister werden könne? Dieses Verwechseln der Folgen und des weitern Verlaufs einer Revolution mit ihrem Geiste, mit ihrer allein richtigen und nothwendigen Tendenz ist nun freilich die Weise unserer sogenannten Staatsmänner, aber eben so lächerlich als verderblich. Sie verpfuscht alle Anstrengungen des zur Mündigkeit und Freiheit strebenden Volkes vornenherein, stiehlt uns die Früchte derselben, und wirft uns in ein System, das, wie bereits allenthalben in die Augen springt, verderblicher für die wahre Freiheit und ihre Entwicklung ist, als das alte schwache des seligen Bundestages und die Wühlereien der Reaktionäre aller Art. Mit einer von ihrer großartigen, das Edelste des Menschen in Anspruch nehmenden Erhabenheit entkleideten Idee, mit deren leerer Hülle sucht dieses System die Geschicke der Völker, den Entwicklungsgang der Menschheit in eitler anmaßender Weise zu leiten und zu ordnen, und macht so die schöne Form des Staates zu einer Polizeianstalt, eben so schlecht als die alte, nur noch drückender und in größerem Style angelegt. Solche Bemühungen schneiden die Revolutionen nicht ab, sondern machen die nothwendig folgenden nur inhumaner, blutiger und durchgreifender. Wer sich

darüber Illusionen hingeben könnte oder wollte, der lese die Geschichte aller Zeiten. Mehr als diese können wir ihm nicht sagen. — Das zweite große Heerlager nun entwickelte die Kämpfer für die deutsche Sache Oesterreichs, in Verbindung mehr oder weniger mit den Anforderungen der Neuzeit, mit den natürlichen Consequenzen der Revolution. Trefflich sprachen in dieser Hinsicht noch in den letzten Sitzungen der wackere, wenn auch nicht ganz entschiedene Dichter Uhland, der in einem bloßen Bündniß mit Deutschösterreich nur die Bruderhand — zum Abschiede erkennt. In der That hätten bei einer Lostrennung Oesterreichs die österreichischen Abgeordneten — eine große Zahl ausscheiden müssen. Dies schien man aus obigem Grunde nicht ungern gesehen zu haben. Ein versteckterer aber trat in mehreren Reden trotz der Verwahrungen nicht undeutlich hervor: die Hegemonie in die Hände Preußens zu spielen. Man mag nun über die künftige Gestaltung Deutschlands denken wie man wolle — dies muß jeder Vaterlandsfreund aufrichtig wünschen, daß die Art und Weise derselben nicht entschieden werde im Geiste einer Partei, welche solche Redner aufzuführen hat, wie sie dafür auftraten. In logischer Schärfe bestritt auch Berger von Wien den nichtdeutschen und das Aufgeben Oesterreichs in dieser Weise; Vogt von Gießen zugleich mit geistreicher Persifflirung der ministeriellen Politik und vom Standpunkte der Berechtigung der Nationalitäten. Wurm zergliedert die vorliegenden Verhältnisse und beweist klar, daß man bei jeder Anschauung derselben nur das Eine thun könne, zu halten, was man habe, die Trennung aber, wenn sie eintreten müßte, wenigstens von der andern Seite ausgehen zu lassen. — So löste sich denn die Frage, wie oben angegeben; freilich ist dies nur die theoretische Lösung, während die faktische der Sache im Allgemeinen jetzt unter den Mauern Wiens mit der Stimme der Kanonen gelöst zu werden scheint. Dank haben uns die Wiener nicht zu wissen; wir haben das edelmuthige Volk verlassen; ja, wir haben mehr gethan; in unserem Volksparlamente hat man sie ohne Scheu herabgezogen in den Schmutz der Verdächtigung; man hat die begeisterte Jugend, welche in einer Stadt, die man früher für politischtodt zu halten gewohnt war, dem Kaiser die deutsche Fahne in die Hand gegeben, und Metternich zugerufen: Fort mußt Du, Deine Uhr ist abgelaufen! — begeifert und geschmäht. Ja, die edle Wienerin könnte recht haben, welche schreibt: „Habt ihr in Frankfurt denn kein Herz, kein Erbarmen für Eure deutschen Brüder? Dann könnte sich die Liebe in Haß verwandeln!“ Man hat kein Herz, keine Anerkennung dafür; aber jene kalten in politischer Eitelkeit oder reactionären dynastischen Fanatismus versunkenen Majorität ist nicht das Volk! Und über Wiens rauchende Trümmer werden die Völker sich die freie Hand reichen.

Deutschland.

* Nürnberg, 1. Nov. Wiener Briefe und Zeitungen sind heute sämmtlich ausgeblieben. Dagegen schreibt ein Correspondent der Regensburger Zeitung aus Linz vom 30. Okt. „So eben ist hier die Nachricht durch Estaffete eingetroffen, daß Wien nach 9 stündigem Kampfe sich **ergeben hat.** Die näheren Bedingnisse sind noch nicht bekannt.“ Wir halten diese Nachricht wenigstens noch für voreilig, da wir geneigt sind zu glauben, daß Wien sich bis auf den letzten Mann schlagen wird, wenn anders nicht alle Nachrichten von der Begeisterung und dem Verzweiflungsmuth sein.r Bevölkerung erlogen seyn sollen, als daß es sichnach einem 9 stündigen Kampf ergeben haben sollte.

* Nürnberg, 1. Nov. (Lottokrawall.) Als gestern die gewöhnliche Ziehung der k. b. Zahlenlotterie vor sich ging, ereignete sich wahrscheinlich durch frühere Nachläßigkeit der damit beauftragten Commission der Fall, daß eine Nummer (17) doppelt (beim vierten und fünften Zuge) zum Vorscheine kam. Es entstand alsbald schon im Saale eine bedeutende Aufregung, die sich wie nicht leicht bei einer andern Gelegenheit durch die Stadt und jene ärmeren Classen der Bevölkerung verbreitete, von denen die Staatskassa diese indirekte Besteuerung allein bezieht. Gegen Abend versammelten sich größere Gruppen vor dem Rathhause, wo die Ziehungen gehalten werden. Es wurden mehrere Fenster eingeworfen bis anrückende Infanterieabtheilungen die Zugänge dorthin absperrten und andere tumultirende Haufen zerstreuten. Einige Verhaftungen wurden vorgenommen. Mehr jedoch, als alle bewaffnete Macht wirkte ein heilsamer Regen, der die Strassen auf das Beste säuberte, so daß von 11 Uhr an die Ruhe ungestört blieb. — Wir können die Erbitterung, soweit sie sich nicht in Thaten Luft macht, nicht als ungerechtfertigt erkennen, denn die arme Bevölkerung, aus der jährlich an 4 Millionen durch das unselige Lotteriewesen gezogen wird, hat wohl ein Recht, von diesem Institut die größte Pünktlichkeit zu erwarten und bei solchen unverzeihlichen Unordnungen seine Stimme zu erheben. — Möge dieser an und für sich unbedeutende Vorgang ein weiterer Fingerzeug für unsere neue Landeskammer werden, daß sie in der That vertilge, was längst von der öffentlichen Meinung und Moral verdammt wurde! —

Nürnberg, 1. Nov. Wie wir vernehmen haben sich fast sämmtliche politische Vereine in Bayern geweigert, den ihnen von den Behörden gestellten Zumuthungen, Angaben der Statuten, der Mitglieder, Beschlüsse ꝛc. zu entsprechen.

Würzburg, 31. Okt. Drei Mitglieder des konstit. Vereins dahier, zeigen heute an, daß „besondere Gründe“ sie bestimmen ihren Austritt aus diesen Verein anzuzeigen.

= München, 30. Okt. Die Nichtannahme der Adresse von Seiten des Königs bildet noch immer das Stadtgespräch. Dazu kommt, daß eine andere Adresse von dem monarchisch-konstitutionellen Vereine in dem alten verrosteten, katzenbuckligen Tone abgefaßt, sehr gnädig aufgenommen wurde. Man begreift nicht, daß ein Fürst, wenn ihm wirklich daran gelegen ist, die Wahrheit zu wissen, diese nicht in ihrer allerdings etwas grausen Nacktheit, hören soll. Noch entschiedener tadelt man das Benehmen des Adjutanten des Königs, welcher ein offizielles Schreiben erließ, worin er den Ton der Adresse tadelte und deßhalb dieselbe abwies. Das Witzblatt Punsch, welches die ganze Geschichte hart geißelte, ist gestern konfiszirt worden. Ebenso einige Karrikaturen, gegen deren Verfasser Kriminaluntersuchungen eigeleitet werden. Ist das nicht ganz so wie in den dreißiger Jahren? Sensburg der Redakteur des Vorwärts ist gegen Caution freigegeben. Vorgestern gaben ihm seine Freunde ein Essen, bei welchem er von einer Serenade und einem Fackelzug aus Leuten jeglichen Standes bestehend, überrascht wurde. — Wie man sagt ist er auf Majestätsbeleidigung zweiten Grades angeklagt, und soll der Erste seyn, welcher vor die Jury kömmt. — Die Wahlen zum nächsten Landtag werden vorbereitet, auch schon Candidaten genannt, die wenn sie durchgesetzt werden, die bayerische Kammer zu einer Filiale des Frankfurter Parlaments machen können.

Frankfurt, 29. Okt. Man wollte heute wissen, das „Montagskränzchen“ habe mit seiner Liste bei den Wahlen der konstituirenden Versammlung gesiegt. Sonach wäre dieß ein Sieg der liberalsten Fraktion im Frankfurter Sinne. (N. W. Z.)

)) Berlin, 29. Okt. Der Demokratenkongreß krankt stark an dem Uebel unserer Zeit. Auf der einen Seite die noch nicht vollendete Revolution, jene Ruhelosigkeit, welche immer auf neue Ereignisse weltumgestaltende Ereignisse harrt, ohne etwas Bestimmtes und Erfolgreiches thun zu können, um jene Ereignisse herbeizuführen; auf der andern Seite die traurigen Erfahrungen der jüngsten Zeit, welche darauf hinweisen, daß unsere Hoffnungen, so gewiß sie auch die Zukunft verwirklichen wird, doch vielleicht noch auf lange vertagt werden müssen. Der Kongreß sollte sich, den letzten Erfahrungen folgend, lediglich mit der inneren Organisation der demokratischen Partei beschäftigen, um sich zu verstärken und auf diese Weise mit der Zeit den Sieg unserer Partei herbeizuführen. Gestern war er endlich auf diesen Weg gekommen, und der vorgelegte Organisationsplan war fast vollständig angenommen, als der revolutionäre Charakter unserer Zeit plötzlich bei ihm herausbrach. Schon zuvor war mehrmals die Abhaltung einer Volksversammlung durch den Kongreß angeregt worden. Gestern Abend wieder durch den Abgeordneten Schramm. Da erschien auf einmal Ruge mit der Nachricht, die Versammlung der vereinigten Linken Deutschlands habe beschlossen, die Sache Wiens zu der seinigen zu machen und einen Aufruf an das deutsche Volk wegen der Wiener zu erlassen. Nun begann eine stürmische Sitzung. Viele Redner sprachen, zum Theil mit großer Beredsamkeit; Silberstein aus Wien machte der deutschen Demokratie schwere Vorwürfe, daß sie Wien verlaßen, nichts dafür gethan habe, endlich kam sogar die Permanenzfrage in Anregung. Auf der andern Seite wurde geltend gemacht,

daß der Kongreß keine Volksversammlung halten könne, daß dieß nicht seine Aufgabe sey, daß aus Volksversammlungen Putsche hervorgehen, welche der Sache nur nachtheilig seyen und endlich, daß die Sitzung zu schließen sey, da viele Mitglieder sich entfernt und es über 9 Uhr war. Nach einer der stürmischsten Verhandlungen wurde der Schluß der Sitzung mit 65 gegen 45 Stimmen bei namentlicher Abstimmung verworfen. Ein Theil der Versammlung hatte nicht übel Lust auszuscheiden und bezeichnete den Beschluß als Minoritätsbeschluß. Allein der Kongreß war unbedingt noch beschlußfähig, und nur diejenigen konnte der Vorwurf treffen, welche sich vor dem Schluß entfernt hatten. Es scheint sich eine Parteistellung im Kongreß zu bilden, eine Rechte und eine Linke, blaue und rothe Republik. Es wurde ferner beschlossen, heute eine Volksversammlung abzuhalten. Die Permanenz blieb natürlich aus dem Spiele. Did Sitzung schloß Abends 10 Uhr, nachdem sie früh 8 Uhr begonnen. — Das Traurigste ist, daß die versammelte Linke, als ihre Redaktionskommission den Entwurf des Aufrufs ihr vorlegte, denselben verwarf und somit ihren ersten Beschluß zurücknahm. Was soll das Volk von solchen Vertretern denken?

(Protokoll der 2ten Sitzung des demokratischen Kongresses zu Berlin, 27. Okt.) Versammlungsort: Saal des engl. Hauses. Beginn der Sitzung: 9 Uhr. Präsident: Bamberger und theilweise Vicepräsident Asch. Zuerst wird das Protokoll der gestrigen Sitzung durch den Sekretär Kirbach vorgelesen. Dann bittet der Sekretär Lüders um Entbindung von den Funktionen eines Sekretärs. Kaulfuß wird an Stelle desselben gewählt. Ein Antrag Rösing's, wonach nach Kopfzahl gestimmt werden solle, nicht nach Vereinen, wird angenommen. Hoppe stellt darauf den Antrag, daß man die Abgeordneten der Linken deutscher Ständeversammlungen offiziell einlade, in der Versammlung zu erscheinen, was mit einem Amendement Metzdorf's, daß dieß in den Zeitungen geschehen solle, angenommen wird. Weiter wurde ein Antrag von Saß, daß in der Regel von der Tribüne zu reden sey, ausnahmsweise bei faktischen Bemerkungen vom Platze zu sprechen erlaubt wäre, angenommen. Kriege erhält das Wort, um über den Centralausschuß Bericht zu erstatten. Nach ihm fand dieser in Berlin nicht, was er gehofft. Es war die Zeit des französischen Juniaufstandes und des hiesigen Zeughaussturmes. Er fand hier Parteiungen in den Klubs und erst nach vierzehn Tagen hatte die Wahl der zwei zur Vervollständigung nothwendigen Mitglieder statt. Der Centralausschuß habe in Anbetracht dieses beschlossen, sich nicht in das Parteigetriebe der Berliner Vereine zu mischen, und ein Schreiben an den Minister des Innern gerichtet, um ihn von der Konstituirung des Centralausschusses zu benachrichtigen. Auf diesen Brief sey indessen keine Antwort erfolgt, was der Centralausschuß für ein Zeichen stillschweigender Duldung angesehen. Der Centralausschuß konnte nicht so wirken, wie er sich vorgesetzt. Hauptsächlich wurde seine Thätigkeit dadurch gelähmt, daß nicht die versprochenen Berichte und Geldbeiträge von den demokratischen Vereinen der Provinz einliefen. So hatte er z. B. im Monate Juli nur 16 Thaler eingenommen. Der Centralausschuß suchte deßhalb die Geldbeiträge in mehr diktatorischer Weise zu fordern und schrieb zu diesem Behufe eine Silbergroschensteuer aus, jedoch ohne Erfolg, so daß er genöthigt war, zu erklären, sein Mandat niederlegen zu müssen, wenn er ohne Mittel gelassen werde. Diese Drohung hatte einige Wirkung. Der Centralausschuß suchte anfänglich durch Proklamationen zu wirken. Er erließ eine solche an das deutsche Volk, an die Polen und die Deutschen in Nordamerika. Später glaubten die Mitglieder durch Reisen in Deutschland ihrem Mandat am Besten nachkommen zu können. Sie sendeten namentlich Rau nach Württemberg, um die desorganisirte demokratische Partei dort zu reorganisiren, wo er durch Aeußerlichkeiten getäuscht, seinen Irrthum im Gefängniß büßt. Fröbel ging nach Oesterreich, um dort für den Plan einer europäischen Föderativrepublik zu arbeiten. Redner, Kriege, sey nach Norddeutschland gezogen, nach Hamburg, Hannover, Westphalen bis Köln, Mecklenburg, Holstein. Als die Verfolgungen gegen die Demokraten begonnen, habe man den betheiligten Regierungen ernste Abmahnungsschreiben gesendet. Man habe ferner das preußische Volk aufgefordert, öffentlich zu erklären, daß es sich durch die bekannte Aeußerung Brentano's über den Prinzen von Preußen nicht beleidigt fühle. Nach dem Malmöer Waffenstillstand habe der Centralausschuß gestrebt, von erfolglosem Putschen abzuhalten. Den eigentlichen Bürgerstand suchte derselbe durch eine Erklärung vom 25. September für die Bewegung zu gewinnen. Auch die Soldaten habe man zu demokratisiren gestrebt. Ein Plakat von Hexamer beabsichtigte eine friedliche Agitation im Heere. Der Redner gibt hierauf einen Ueberblick der gegenwärtigen Verhältnisse der Partei, wobei er erwähnt, daß der Centralausschuß die Frankfurter Reichsgewalt und National-Versammlung für eine volksfeindliche Macht gehalten und deßwegen einen Erlaß auf Zurückberufung der Frankfurter Deputirten veröffentlicht und auf Konstituirung einer neuen deutschen Reichsversammlung in Berlin gedrungen habe. Schließlich bemerkt der Redner, daß die Partei ohne Organisation und Centralisation nichts erreichen werde. Die Gegenpartei versuche ja auch zu centralisiren und zu organisiren mit der Centralgewalt und der Nationalversammlung in Frankfurt am Main. Schramm äußert sich gegen den Centralausschuß. Derselbe habe sich mit dem Polizeiministerium in Verbindung gesetzt, nicht mit den Berliner Klubs. Ueberhaupt habe derselbe sich nicht bemüht, den Stand der Berliner Demokratie kennen zu lernen. Dieß sucht Hexamer zu widerlegen. Ein Antrag Hoppe's, alle Bemerkungen über die Rede Kriege's bis nach Abstattung der Berichte der Kreisausschüsse zu verschieben, wird angenommen. Hierauf folgte ein Bericht Hexamer's über die Finanzen des Centralausschusses. Derselbe habe vom 6. Juli bis 25. Oktober 587 Thlr. 10 Sgr. 9 Pf. eingenommen, ausgegeben 583 Thlr. 6 Sgr. Es bestehe demnach die Kasse aus 4 Thlr. 4 Sgr. 9 Pf. Schließlich trägt der Redner auf Ernennung einer Kommission zur Prüfung der Rechnungsablage. Zur Tagesordnung kommen nunmehr die Kreisausschußberichte. Auf Hexamer's Antrag werden von den einzelnen Kreisausschüssen die Berichterstatter ernannt, welche in nachstehender Reihenfolge sich ihres Auftrages entledigten. Ueber einen Antrag Kinkel's, daß jeder Berichterstatter nur acht Minuten reden solle, geht man auf Asch's Vorschlag zur motivirten Tagesordnung über, in der Ueberzeugung, Jeder werde von selbst einsehn, daß er sich kurz zu fassen habe. Die Berichterstattung beginnt Brausewetter über Ostpreußen. Dort habe sich nur der Arbeiter der Bewegung angeschlossen; doch machte die Demokratie in neuester Zeit auch auf dem Lande Fortschritte. Es seyen gegenwärtig 12 Vereine mit demokratischer Tendenz in der Provinz. 2) Wald für Pommern. Pommern erscheine als ein sehr ungeeigneter Boden für die Bewegung. Indessen seyen nach und nach in fast allen größeren Städten demokratische Vereine entstanden, ihre Zahl belaufe sich in Vorpommern auf 20, welche in letzter Zeit einen Kongreß in Greifswald abgehalten, auf dem Stettin zum Vorort ernannt worden. Von Hinterpommern sey dem Redner bekannt, daß dort der Stand der Demokratie erfreulich sey, daß in Polzin ein Kongreß abgehalten worden, und daß man sich dort mit Vorpommern in Verbindung gesetzt. 3) Hochstetter für Brandenburg. Der Stand der Demokratie in Berlin sei bekannt. Auf sieben belaufe sich in den übrigen Städten Brandenburgs die Zahl der Vereine. Auf dem flachen Lande sei noch wenig geschehen. 4) Heyol für Schlesien. Es betrüge gegenwärtig die Zahl der Hauptvereine 65 ohne die Bürgerwehr- und Rustikalvereine. Die Klubs in Breslau zählen allein an 10,000 Mitglieder. Redner erwähnt die Mittel, welcher man sich zur Ausbreitung demokratischer Gesinnung bediene. Unter ihnen erscheinend als ein eigenthümliches und wirksames Mittel die gewöhnlichen Rundschreiben. Die Demokratie sei gegenwärtig durchaus vorherrschend in Schlesien. Schon zwei Provinzialkongresse habe man in Breslau abgehalten. Man sei in neuerer Zeit zu einer Bezirkseintheilung Schlesiens geschritten, mit unter dem Provinzialausschusse stehenden selbstgewählten Vorständen. Es seien jetzt fast sämmtliche schlesischen Deputirten in der Berliner Nationalversammlung Mitglieder der linken Seite, die Neuwahlen wären sämmtlich in diesem Sinne ausgefallen. Es stimmen von 74 schlesischen Deputirten nur noch 10 mit der Rechten oder dem rechten Centrum. Fast in allen Städten befänden sich Landwehrvereine und Bürgerwehrvereine, von denen jene geradezu mit dem demokratischen Provinzialausschusse in Verbindung ständen, diese wenigstens demokratische Vorstände hätten. 5) Schlinke spricht insbesondere über die Rustikalvereine und Landwehrvereine in Schlesien. Beinahe in allen Kreisen hätten sich Rustikalvereine gebildet, welche im Ganzen ungefähr 200,000 Mitglieder zählten. Man habe das Landvolk zunächst für sein materielles Wohl interessirt und auf diesem Wege dasselbe für die Demokratie gewonnen. Unter den Landwehrvereinen sei der Breslauer der wichtigste. Er zähle 2000 Mitglieder und hätten sich demselben ungefähr acht Vereine angeschlossen. 6) Klopsch ergänzt den Bericht Hochstetters für Brandenburg bezüglich der Niederlausitz, in welcher sich 13 Vereine mit demokratischer Richtung befänden. 7) Wislicenus für preußisch Sachsen. Es gäbe 29 de-

mokratische Vereine, welche unter einem Kreisausschuß zu Halle ständen. Die Mitglieder gehörten meist den niederen Klassen der Bevölkerung an. Die Gesinnung sei eine entschieden republikanische. Konstitutionelle Vereine befänden sich in Sachsen ebenfalls, doch seien sie in neuerer Zeit meist eingeschlafen. Der Süden der Provinz sei bis jetzt der eigentliche Wirkungskreis der Demokraten gewesen. 8) Kirbach für das Königreich Sachsen. 56,000 Mitglieder seien in den demokratischen Vereinen. Namentlich zeichne sich das Voigtland aus, in welchem ungefähr 70 Vereine. Von den Deputirten zu Frankfurt a. M. säßen nur zwei auf der rechten Seite. 9) Manthal ergänzt den Bericht über Pommern, daß 4 Deputirte in Berlin auf der Linken säßen und 7 von der Rechten ein Mißtrauensvotum erhalten hätten. 10) Berlepsch für Thüringen. Der Pulsschlag im Herzen Deutschlands, in Thüringen, sei rein republikanisch. Durch das Vielregieren sei es dahin gebracht worden. In Weimar und Gotha sei in neuester Zeit die Reaktion sehr hervorgetreten. Auf sogenannten Volkstagen (Volksversammlungen) werde am meisten gewirkt für die Demokratisirung Thüringens. Selbst das Militär sei im Ganzen demokratisirt. Nicht bloß das Proletariat, sondern auch der begüterte Mittelstand habe sich der Bewegung angeschlossen. 11) Thieme aus Reuß führt an, daß sich dort 60 entschieden republikanische Vereine befänden. Vertagung der Sitzung bis 5 Uhr. Bamberger. J. Hillebrand. Ad. Kaulfuß. Th. Held aus Osterfeld.

Berlin, 28. Okt. Die Reform versichert auf das Bestimmteste, daß Robert Blum sich **nicht** in Berlin befindet.

Berlin, 28. Okt. Je bestimmter die Kanonen vor Wien sprechen, desto unbestimmter spricht unser Ministerium über die Truppenanhäufungen im Weichbilde Berlins. Auf die heutige Interpellation in Betreff derselben antwortete der Minister v. Pfuel, die Truppen würden etwas weiter von Berlin zurückgezogen werden; eine bestimmtere Antwort über diesen Zweck wolle er aber erst nächsten Freitag geben. Wir können sicher seyn, daß die Antwort eben so unbestimmt lauten wird, wenn die Thatsachen unterdessen nicht bestimmter sprechen. Es wird nicht umsonst das Zeughaus mehr und mehr ausgeleert. Dem Volke kann dies zwar gleichgültig seyn, ob ein Kahn mit Waffen und Munition mehr oder weniger fortgeführt wird, aber der Zweck dieser Transporte ist in jedem Falle verdächtig. Klarer ist es, weßhalb man die Truppen weiter von Berlin zurückziehen will. Denn diese sind in Dörfern auf Heuböden und in Scheunen so schlecht kantonnirt, daß sie bei dem eintretenden Regen und Frost nicht blos schwierig, sondern selbst gefährlich werden können für diejenigen, denen sie als blinde Werkzeuge dienen sollen. (D. R.)

Eisenach. Der Gesammt-Ausschuß der deutschen Studenten zu Eisenach hat ein Manifest an das deutsche Volk erlassen, woraus wir folgende Stelle anführen: Die Mehrheit des Volkes aber hat nie und nimmermehr die Pflicht, sich von der Mehrheit seiner Vertreter tyrannisiren und hemmen zu lassen. Deshalb fordern wir das deutsche Volk auf, mit allen Kräften dahin zu wirken, daß die Frankfurter Versammlung ihr Mandat in die Hände ihrer Wähler zurückgebe, jedoch die Geschäfte bis zum Zusammentritt der neuen Versammlung führe.

Oldenburg, 24. Okt. Der Umschwung hat endlich auch unser Militär ergriffen. Die Unteroffiziere, bisher den Offizieren gegenüber in einer äußerst untergeordneten gedrückten Stellung, ohne Aussicht, jemals Offizier werden zu können, haben sich endlich ermannt und den zeitgemäßen Gedanken erfaßt, sich selbst zu helfen, weil man ihnen bis jetzt, trotz alles Redens und Schreibens, nicht helfen wollte. Das Korps ist zu einem Verein zusammengetreten, der circa 200 Personen befaßt. Die Unteroffiziere der übrigen Truppentheile der Brigade sind zur Theilnahme an dieser Vereinigung aufgefordert, was in der ersten öffentlichen Versammlung am vorigen Freitag beschlossen wurde. An demselben Abend wurde auch eine Petition an den Landtag beschlossen und dieselbe am folgenden Tage übergeben. Daß diese Bewegung von Oben herab nicht mit gleichgültigen Augen betrachtet wird, läßt sich leicht vermuthen. Der General hat auch bereits diejenigen, welche das Präsidium des Vereins führen, vorgeladen und ihnen bedeutet, daß er, um nicht einseitig zu handeln, die Sache vorerst gegen das Präsidium dem Garnisonsgerichte übergeben werde. (Ref.)

Von Altensteig ist dem Parlaments-Abgeordneten Matthy ein Mißtrauensvotum zugekommen.

Schweiz.

Bern, 26. Okt. Nach den vorliegenden Berichten scheint der Aufstand in Freiburg ein vereinzelter, nicht organisirter zu seyn. Am 24. d. erhoben sich in der Gegend von Rue, Chatel St. Denis rc. ein- bis zweitausend Bauern, nahmen die Bezirksbeamten und Großräthe gefangen und zogen, die Priester mit dem Kreuz voran, gegen Freiburg. Dem gefangenen Regierungsstatthalter Remy von Bulle gelang es, seiner Frau den schriftlichen Auftrag zu ertheilen, durch einen Expressen den Präfekten von Vivis von dem Vorgefallenen zu unterrichten und bewaffnete Hülfe zu verlangen. Dieses geschah, und das Waadtländer Militär in den Bezirken Vivis und Aigle wurde aufgeboten und rückte, den Landsturm auf dem Fuße folgend, noch am 24. in den Kanton Freiburg ein. Noch am Abend desselben Tages kam ein Eilbote der Freiburger Regierung in Bern an, welcher dem Vorort von dem Geschehenen Kenntniß gab und Berner Truppen requirirte. Die Regierung von Bern bot noch in der Nacht ein Bataillon auf und ordnete Hrn. Oberst Ochsenbein als Kommissär ab, welcher gestern in der Früh mit Sekretär und Standesweibel abgereist ist. Auch Truppen aus dem Bezirk Murten zogen nach Freiburg zum Schutze der Stadt. In Freiburg soll der Bischof Marilley in Gefangenschaft sitzen. Man hofft, daß die Ordnung bald wieder hergestellt werde, da der deutsche Landestheil, also der eifrigste Bezirk, noch ruhig ist. Nachschrift. Nach neueren Nachrichten ist in Freiburg die Ruhe nicht weiter gestört worden. Der Bischof ist nicht gefangen, sondern hat auf Befehl des Staatsraths den Kanton verlassen; er hält sich in Waadt auf. Die Truppen sollen sogleich wieder entlassen werden.

Frankreich.

Paris, 26. Okt. Finanzminister Goudchaux hat abgedankt und der Moniteur zeigt weiter an, daß der Bürger Trouvé-Chauvel Präfekt des Seine-Departements an seine Stelle tritt.

Italien.

In Toscana dauert das Gewoge der Parteien unter einander fort; die republikanische in Livorno hat sich wieder der Stadt bemächtigt, an sie schließt sich eine nicht schwache Partei in Pisa und Lucca an; die Konstitutionellen in Toscana sind vielleicht zahlreich, sicherlich aber schwach, und als gefährliche Waffe gegen sie wird von ihren politischen Gegnern der Umstand benutzt, daß das gestürzte Ministerium, der konstitutionellen Partei angehörig, während seiner Amtsdauer den Krieg sehr lässig betrieb. Der Großherzog, der sein Ministerium neu organisiren will, ist in der größten Verlegenheit.

Turin. Der Beschluß der Kammer in der Kriegsfrage lautet vollständig: In Betracht, daß das Ministerium erklärt hat, nie in einen Frieden willigen zu wollen, der nicht die Ehre des Staats und die Unabhängigkeit Italiens sichere; in Betracht, daß das Ministerium nicht erlauben wird, daß die Wirkungen der Vermittlung für den Staat und die italienische Sache unheilvoll werden, und daß bei einer Verwerfung seines an Oesterreich gestellten Ultimatums den zur Eröffnung des Kriegs günstigen Augenblick offen und energisch ergreifen wird, geht die Kammer zur Tagesordnung über. Als dieser Beschluß verkündet ward, erhob sich auf den Gallerien der laute Ruf: Krieg! Krieg! Denkt an Latour! Es lebe die Opposition! Nieder mit dem Ministerium! Brofferio, der für den Krieg gesprochen hatte, hielt gleich nach der entscheidenden Sitzung, die von 8 Uhr Abends bis 2 Uhr Nachts gedauert hatte, vom Balkon seines Hauses eine Rede an's Volk, in der er gegen die „servile Majorität" donnerte und kurzweg erklärte: man werde den Krieg doch haben, man werde ihn bis zu Ende der Woche haben. (A. Z.)

Berichtigung.

In der gestrigen Nummer, Seite 109, Spalte 2, Zeile 22. von unten lies „Macht der Wahrheit", statt „Macht der Mehrheit".

Gedruckt — unter Verantwortlichkeit der Verleger — bei J. L. Stich.
Expedition S. 39 im Gasthof zum König Otto II. Etage.

Der freie Staatsbürger.

Erscheint täglich. Preis in ganz Bayern vierteljährlich 1 Fl. 30 Kr., halbjährlich 3 fl., jährlich 6 Fl.

Organ der Demokratie.

Inserate werden die dreispaltige Petitzeile zu 3 Kr. berechnet. Die Abonnenten haben für die Hälfte des Abonnementpreises Inserate frei.

Nr. 31. Nürnberg, Freitag, den 3. November **1848.**

Deutschland.

Nürnberg, 3. Nov. Wie gestern sind auch heute Korrespondenzen und Zeitungen aus Wien ausgeblieben. Vollkommen bestätigt sich die Nachricht von der Einnahme Wiens noch nicht. Gewiß ist jedoch, daß Windisch-Grätz theilweise bis an die Wälle der Stadt vorgedrungen ist und daß Unterhandlungen eingeleitet wurden. Der Zögerung der Ungarn scheint wirklicher Verrath zu Grunde zu liegen. Das Neueste aus Wien und was allein sich bestätigen dürfte, enthält folgende thelegraphische Depesche vom Fürsten Windischgrätz an den F. M. L. Grafen Khevenhüller in Prag: „29. Okt. 5 Uhr 40 Minuten. Gestern hat ein allgemeiner Angriff auf Wien stattgefunden Meine tapfern Truppen sind nach einem neunstündigen Barrikadenkampf, der Disposition gemäß, in die Vorstädte: Landstraße, Rennweg, Leopoldstadt und Jägerzeile eingedrungen und haben dieselben bis an die Wälle der Stadt besetzt. Es werden bereits Unterhandlungs-Anträge gemacht."

• Nürnberg, 2. Nov. Die bayerische Vendée hat wieder ein glänzendes Beispiel seines politischen Aufschwungs und der ultramontanen Wühlerkünste gegeben. Im Wahlbezirke Meersburg wurde für den abgetretenen bekatzenmusikten Advokaten Ruhwandl der Hofrath und Jesuitenchef Buß aus Freiburg (Breisgau) in's Parlament gewählt. Können auch die Meersburger Wähler nicht empfinden, daß sie früher schon im Regen standen und nun in die Traufe gerathen sind, so ist doch stets, wenn auch solche Unken nur immer aus dem altbayerischen Pfaffenpfuhl emporgewühlt werden, für uns Franken, die wir ebenfalls an der politischen Ehre Altbayerns Antheil nehmen müssen, ein erniedrigendes Gefühl, wenn es reaktionärem und ultramontanem Menschenauswurf immer noch gelingen kann, bei uns, in Bayern Stimmen zu erhalten und zu Vertretern gewählt zu werden, wenn der Geist der Zeit und die öffentliche Meinung in den Nachbarländern schon längst den Stab über Charakter und Ehrenhaftigkeit solcher Individuen gebrochen und die Brandmarkung vollzogen hat.

N Nürnberg, 2. Nov. Die reaktionäre Presse hat bekanntlich in der österreichischen Angelegenheit die Partei der Slaven und ihres Bandenführers Jellasich gegen Deutschland ergriffen. Man weiß noch sehr gut, wie diese Partei gegen Ruge und seine Anhänger, als sie bei Gelegenheit der italienischen Frage im Interesse der Humanität gleiches Recht und Freiheit für alle Nationalitäten proklamirten, den Verwurf des „Vaterlandsverraths" schleuderte. Jetzt ist die Maske gefallen, die wahren Vaterlandsverräther stehen vor Aller Augen da; denn es ist dieselbe Partei, die damals geschmäht hat und die jetzt jubelnd Jellasich als ihren Bundesbruder grüßt, die offen mit den Slaven, diesen erbittersten Feinden des deutschen Namens fraternisirt, weil sie in ihnen die Wiederhersteller der alten Herrschaft sieht. Niemals in der That ist ein schamloserer Verrath begangen worden, als hier, nie ist mit allen Waffen des Hasses und der Verzweiflung erbärmlicher geschmäht und verdächtigt worden, als es jetzt von dieser Presse geschieht gegen Wien, d. h. gegen die deutsche Sache. Daß ihr hiebei kein Mittel zu schlecht und keine Lüge zu niederträchtig ist, das beweist in eklatanter Weise unter tausend Beispielen wieder einmal der Korrespondent v. u. f. D. in der Nummer vom 30. Oktober. Er bringt darin eine Erklärung des bekannten Tuvora, der sich in sehr starker Weise gegen die Wiener Bewegung ausspricht. Diese Erklärung soll „vielen Wiener Blinden den Staar gestochen haben," und der Korrespondent, der sich davon deßhalb auch für seine Leser eine große Wirkung verspricht, theilt sie daher, als das „Urtheil eines solchen Mannes" enthaltend, „ausführlich" mit. Nach den Worten des Korrespondenten glaubt man nun wirklich, die ganze Erklärung gelesen zu haben, und man begreift nicht, wie Herr Tuvora, der frühere Radikale, plötzlich zu einer solchen Ansicht der Dinge kommt. Die Lüge ist gut berechnet, aber man höre und staune. Im Korrespondenten fehlt nämlich ein Satz, der die ganze Geschichte erklärt, den aber das zuverlässige Blatt bei der Mittheilung des Aktenstücks deshalb weggelassen hat, weil er in der That den ganzen wohlberechneten Eindruck verwischen würde. Dieser Satz findet sich z. B. in der N. M. Z., wo die Erklärung Tuvora's ebenfalls steht. Er ist vor dem Satze: „Am Allerwenigsten konnte ich es daher u. s. w. einzuschalten und lautet: „Ich bekenne es mit Stolz und mit Freude, daß ich jederzeit, wie meiner Abkunft, so meiner politischen Gesinnung nach, ein Slave war." Dieser Satz, der die ganze Erklärung der „Erklärung" enthält, hat also der Korrespondent weggelassen. Wenn Herr Tuvora ein Fanatiker für das Slaventhum ist, so versteht es sich von selbst, daß er gegen Wien Partei macht; so gut als die treulosen Czechen sich jetzt mit demselben Windischgrätz verbünden, der sie in Prag zusammenkartätscht hat. Aber Das freilich dürfen die Leser des Korrespondenten nicht wissen, sonst wirkt ja das „Urtheil eines solchen Mannes" nicht. Kann es eine niederträchtigere Parteitaktik geben? Wie soll man diesen absichtlichen Betrug des Publikums nennen? Und mit solchen Waffen kämpft die reaktionäre Presse für ihre Sache, die Sache des Verraths! Möge dies auffallende Beispiel von Lug und Trug, das nur Eines unter hunderten ist, denen, die bis jetzt noch ihre Augen der Wahrheit verschließen, endlich Licht schaffen!

L Frankfurt, 31. Okt. (105. Sitzung der deutschen konstituirenden Nationalversammlung.) Die badische Regierung beantragt die Genehmigung zur Verhaftung des in Offenburg gewählten Abgeordneten Werner's von Oberkirch. Zur Berichterstattung hierüber soll eine Kommission ernannt werden. Aus Lippe-Schaumburg ist eine Petition von mehreren Tausenden — der Mehrzahl des Ländchens — zur Verwahrung gegen die drohende Mediatisirung, welche den deutschen Fürsten den Todesstoß geben würde, eingelaufen. Der internationale Ausschuß beantragt, die Sache ad acta zu legen; sie wird aber endlich an den Verfassungsausschuß gewiesen. Eine Interpellation Zimmermann's von Spandau, Betreffs der deutschen Junigefangenen und ein darauf bezüglicher Antrag wird mit dem Berichte gedruckt werden. — Hierauf folgen mehrere Interpellationen. Joseph: Ob das Reichsministerium Kenntniß erhalten, daß mehrere Studenten von Auerspergischen Soldaten außerhalb des Kampfes aufgehängt worden? ob es diesen ebenso wie dem Grafen und Volksverräther Latour Aufmerksamkeit geschenkt habe? ob es endlich von der Mißhandlung der am 18. Sept. Gefangenen hier und in Mainz durch Offiziere und Soldaten Kenntniß und deshalb gegen letztere eine Untersuchung eingeleitet habe? Demel fragt nach dem Berichte der Reichskommissäre und welche Schritte das Reichsministerium gethan, um den Reichstag in Wien gegen Windischgrätz zu schützen? Raumerk nach den Erfolgen des den Reichskommissären ertheilten Auftrages. Förster aus Grünfeld interpellirt wegen des von dem Reichsminister schon vor Monaten versprochenen Programms über die auswärtige Politik desselben und über seinen gesammten Geschäftskreis. Beseler bringt die Vergütung der Naturalverpflegung für die verwendeten Reichstruppen in Erinnerung. Rank fragt gleichfalls wegen der Nachrichten von der Reichskommissären und der unmittelbaren Verbindung mit den österreichischen Regierung. Der Reichsjustizminister v. Mohl weiß nichts von Mißhandlung der Septembergefangenen. Wegen der

angeblichen (?) Grausamkeit gegen die Studenten werde man, wenn es wahr sei, Untersuchung veranlassen; überhaupt sollten die Kommissäre dahin wirken, daß die Gesetze der Humanität in diesem Kampfe nicht verletzt würden. Allenfallsige Insinuationen, die in der Interpellation lägen, daß das Ministerium Rücksicht auf Parteien oder auf Rang und Stellung nehme, übergebe er dem Urtheile der Versammlung. Antwortet man so auf Interpellationen, die einem nicht genehm sind? Auch Hr. v. Schmerling verfehlt nicht, gleichfalls wieder der Wiener Bewegung etwas anzuhängen, die natürlich nach ihm anarchisch ist. Das Programm der Minister ist eigentlich nicht mehr nöthig; aus dem, wie ihre Grundsätze in's Leben getreten, kann man es ersehen. (O ja!) Es ist aber bereits viel Erfreuliches und Gedeihliches geschehen, z. B. eine volksthümliche Regierung in Schleswig-Holstein eingesetzt, der Zustand dort ein viel befriedigenderer; an dem Frieden in Italien wird unablässig gearbeitet (sic!). Die Reichskommissäre haben das Vermittlungswerk auch auf's Kräftigste in Olmütz zur Hand genommen, wo man sie auf die offenste und zuvorkommenste Weise aufgenommen. (Und in Wien, beim Reichstag haben sie gar nichts gethan! Kommissäre eines volksthümlichen Reichsministeriums und gehen um das Volk herum an den Hof des Herren! Und Dieß ist nicht die ganz ur-, uralte Geschichte?) Auch habe wirklich Windischgrätz noch keine Feindseligkeit gegen Wien begonnen (Belagerungszustand? Cernirung und Abschneiden von Lebensmitteln? Ach, vielleicht haben sich die Herren Reichskommissäre vor letzterem am Meisten gefürchtet!) und sei nach Olmütz gerufen worden. Wir hören das oft Gehörte zweimal: ebenso kräftige Bekämpfung der Reaktion, wo sich Spuren zeigen sollten, wie der Anarchie! Die Einquartierungsgelder werden gezahlt, wenn das Budget bewilligt ist. Wegen Anderem antwortet er nicht — weil er nicht mag; denn das Gesetz über die Interpellationen gibt ihm dazu kein Recht, wie Vogt später rügt (er müsse die Gründe des Nichtantwortens angeben) wobei er auch das verschiedene Verfahren bei der Begründung der Anträge auf Interpellationen hervorhebt. — Darüber, daß er Jahn's Interpellation nicht beantworte, erwartet der Minister die Billigung des Hauses wegen seiner Zurückhaltung. Handelsminister kündigt ein mit dem 1. Januar 1849 in's Leben treten des statistischen Centralbureau auf eine deßfallsige Interpellation an. Förster und Zimmermann finden sich durch die Erklärungen der Minister nicht befriedigt und behalten sich Anträge vor. Letzterer verlangt offene Darlegung der ministeriellen Ansicht über die auswärtige Politik. Rauwerk's und Rank's Anträge auf Aufhebung des Belagerungszustandes Wien's, Entfernung der Truppen aus der Nähe desselben, Aufgebot von Reichstruppen, um nöthigenfalls Nachdruck zu geben und sie dem Reichstag in Wien zur Verfügung zu stellen, werden nicht als dringlich erkannt und den Ausschüssen überwiesen. Hierauf entsteht ein gewaltiger Tumult, weil Demel protestirt, daß er vom Präsidenten nicht das Wort erhalten, als er namentliche Abstimmung für die Dringlichkeit des Rank'schen Antrags erhalten wollte. Zimmermann will die Erklärung, daß der Präsident die Geschäftsordnung verletzt habe. Dieser vertheidigt sich; man ruft ihm zu, den Präsidentenstuhl in eigenen Angelegenheiten zu verlassen. Er verweigert dieß und bringt es endlich nach Verlesung eines Antrags von Berger und Wiesner, die Reichskommissäre zurückzurufen und durch tüchtigere zu ersetzen, welcher ebenfalls nicht für dringlich erklärt wird, zur Tagesordnung: §. 4 u. f. des Verfassungs-Entwurfes über das Reich. Wir lassen die §§. 4 u. 5 in der angenommenen Fassung mit dem Amendement Rappard's zu §. 4 folgen: „Das Staatsoberhaupt eines deutschen Landes, welches mit einem nichtdeutschen Lande in dem Verhältniß der Personalunion steht, muß entweder in seinem deutschen Lande residiren, oder es muß in demselben auf verfassungsmäßigem Wege eine Regentschaft niedergesetzt werden, zu welcher nur Deutsche berufen werden dürfen. Abgesehen von den bereits bestehenden Verbindungen deutscher und nichtdeutscher Länder soll kein Staatsoberhaupt eines nichtdeutschen Landes zugleich zur Regierung eines deutschen Landes gelangen, noch darf ein in Deutschland regierender Fürst, ohne seine deutsche Regierung abzutreten, eine fremde Krone annehmen." Die Amendements, welche erst praktische Klarheit in die §§ gebracht und einen bestimmten Anhaltspunkt gegeben hätten, werden natürlich von der Majorität konsequent verworfen, so das Amendement von Rösler zu §. 4, „daß überhaupt keine Ausländer als Beamte angestellt werden können, außer mit Zustimmung der Volksvertretung des betreffenden Landes;" dann das Minoritätserachten, „daß ein solcher Fürst nichtdeutsche Truppen in seine Länder nicht verlegen dürfe, außer in Veranlassung von Reichskriegen auf Anordnung der Reichsgewalt," und der Zusatz von Rösler, Titus, Vogt und Andern, „daß er auch nichtdeutsche Truppen in seine nicht deutschen Länder verlegen dürfe," ersteres mit 187 gegen 180 Stimmen letzteres mit 224 gegen 158. Rösler, Vogt und Schuler sprechen für die Amendements, gegen die Uebelstände, welche aus der Unklarheit dieser Verhältnisse entstünden, wodurch es möglich werde, eine Nationalität durch die andere zu unterdrücken, die Truppen des einen Volksstammes zur Unterdrückung des andern zu verwenden. Beispiele in Oesterreich, Preußen, Limpurg rc. Fremdes Militär sey stets Waffe der Reaktion und es sey Zeit, endlich eine deutsche Politik zu bekommen. Doch wie gesagt — die Majorität erklärt alle beantragten Zusätze für überflüssig oder nicht hieher gehörig, wie von Soiron und Rießer beweisen! Alles, was die stets angefochtenen Volksrechte sichern, die Freiheit erhalten kann, ist diesen Herrn stets — überflüssig, gehört wo anders hin; das, was aber nie und nimmer hiehergehört, dem begegnet man bei jedem Schritte und wir möchten von diesem wirklich kläglichen Schwanken zwischen dem Alten und Neuen in der Versammlung wirklich die Worte gebrauchen, welche Börne von der sogenannten Freiheit der Presse gebraucht: sie sey nichts anderes, als die Erlaubniß außerhalb der Festungsmauern spazieren zu gehen, einem Staatsgefangenen auf sein Ehrenwort ertheilt. So sind diese Volksvertreter auch keine liberi sondern manumissi, die man jeden Augenblick wieder ins alte System zurückrufen kann, bei allen Phrasen der Emancipation. — Eine heitere Zwischenscene gaben 2 Wähler in den Gesetzgebungsausschuß. Venedey erklärt nämlich, daß er und seine Freunde nicht an der Wahl theilnehmen könnten, da von keiner eigentlichen Wahl mehr die Rede sey, weil die Rechte des Hauses stets nur auf ihre Mitglieder Bedacht nähme mit Ausschluß der Linken. Michelsen sucht dieß — eine im Grunde sehr traurige Thatsache — zu bestreiten und zu rechtfertigen und meint sogar, horribile audita bei diesem Ausschusse käme auf die Vertretung aller Parteien gar nichts an. Großes Halloh und fortwährende Unterbrechung. — Die bei §. 5 und 6 angeregte Mediatisirungsfrage wird nebst den darauf bezüglichen Anträgen und dem Minoritätserachten zu §. 5. dem Verfassungsausschuß zur besondern Erörterung und Berichterstattung überwiesen, zufolge eines angenommenen Amendements von Ziegert und Anderer, §. 6. morgen zur Diskussion kommen. — Am Schlusse der Sitzung wird noch ein dringlicher Antrag eingebracht auf Mißbilligung des Verfahrens des Präsidenten wegen Verweigerung des Wortes an Demel, jedoch an den Ausschuß verwiesen. — Uebrigens: „Es ist schon eine ältliche Geschichte. Nicht für sich, seit undenklicher Zeit nicht für sich hat das Volk geblutet und gelitten, sondern für Andere."

Frankfurt, 26. Okt. Das Reichspolizei-Blatt bringt folgendes Rundschreiben der Reichsministerien des Innern und des Krieges an die Regierungen aller deutschen Einzelstaaten. Da Zweifel darüber entstanden sind, in welcher Weise die Verpflegung der Reichstruppen im Reichsdienste bestritten werden solle, hat das Gesammtreichsministerium den Beschluß gefaßt, daß die Verpflegung der Reichstruppen, die sich im unmittelbaren Reichsdienste befinden, von dem ganzen Reiche bestritten werden müsse. So lange ein allgemeines Militärverpflegungsreglement für ganz Deutschland nicht besteht, und insofern nicht besondere Verträge unter den einzelnen Staaten bereits abgeschlossen sind, hat daher die Verpflegung und der Transport für die Reichstruppen auf einem anderen Gebiete als ihrem unmittelbaren Heimathlande nach den Gesetzen und Gebräuchen des Landes zu geschehen, in welchem die Reichstruppen verwendet werden, und die Vergütung der tarifmäßigen Naturalverpflegung der Reichstruppen und der Transportkosten hat nach dem Maßstabe zu geschehen, welcher für die eigenen Truppen des betreffenden Einzelstaates bei Märschen und Einquartierungen bestimmt ist. Die Reichsministerien des Innern und des Krieges ersuchen demnach die Regierungen aller Einzelstaaten, in welchen Reichstruppen verwendet werden, dafür zu sorgen, daß die tarifmäßige Naturverpflegung von der Bevölkerung vorschußweise gegen Empfangsbestätigungen von Seiten der Truppenkommandanten unweigerlich geleistet werde, und denselben die nachträgliche Vergütung dieser Verpflegung aus der Reichskasse nach den oberwähnten Sätzen zuzusichern. Zugleich werden alle deutschen Regierungen ersucht, Sorge zu tragen, daß von Seite ihrer Behörden einerseits mit der zur Verhütung von Un-

terschleifen erforderlichen Genauigkeit, andererseits aber auch mit thunlicher Beschleunigung vorgegangen werde, damit die Staatsbürger, welchen die Einquartierung auferlegt werden muß, so schnell als möglich die ihnen gebührende Vergütung erlangen. Frankfurt, 23. Oktober 1848. Der Reichsminister des Innern: Schmerling. Der Reichsminister des Krieges: Peucker. Stolzes Deutschland, freue dich! Zur Reichspolizei, zu den Reichstruppen erhältst du nun auch Reichspapiergeld, Reichsbons „Reichs-Empfangsbestätigungen", für deren „Vergütung" das ganze einige Deutschland haftet von dem Rheine bis zum Pregel, von der Ostsee bis zu den Alpen — soweit man deutsche Lieder singt, und deutsches Geld im Kasten klingt. Wir sind auf den Cours dieser schwarz-roth-goldenen Papiere neugierig. (Ref.)

Prag, 29. Okt. Abermals sind wir ohne briefliche Nachrichten aus Wien. Jedoch entnehmen wir einem Privatschreiben aus der Nähe von Wien folgende Details. Der Kampf in der Leopoldstat war sehr hartnäckig. Das Militär mußte um eine zwei Stock hohe Barrikade zu nehmen, die angrenzenden Häuser demoliren. Die Wasserleitung wurde nicht, wie wir früher mitgetheilt, zerstört, sondern bloß abgesperrt. Das Hauptquartier befindet sich noch immer in Hetzendorf. Unter den Truppen soll die Cholerina heftig wüthen. Von Ungarn wurde nichts bekannt.

Olmütz, 27. Okt. Die Stimmung in Olmütz wird dem Hofe täglich ungünstiger. Selbst der schlichte Bürger fühlt sich unheimlich in dem Gewühle von Hofschranzen, wozu noch etwa 10,000 Kern-Truppen kommen, deren Offiziere sich übermüthig und wegwerfend gegen die Bevölkerung benehmen. Pillersdorf, Fischhof, de Prato und Potocki sind hier, um im Namen des Reichstags gegen die Verlegung nach Kremsier zu protestiren. Sie sollen heute oder morgen nach Wien zurückkehren. — Aus sicherer Quelle kann ich Ihnen mittheilen, daß die Berathungen der hier anwesenden Deputirten, wie eine Vereinigung des Reichstages zu erzielen wäre, zu keinem Resultate führen dürften. Man ging auf die Vergangenheit zurück, man kam bis auf die Pfingsttage zurück, man wurde von beiden Seiten heftig — endlich fiel eine Aeußerung von czechischer Seite, welche, wenn die Verlegung des Reichstages von Wien hintertrieben würde, den Fortbestand der Monarchie in Frage stellt. (Pr. Bl.)

Berlin, 27. Okt. (Radowitz wird Minister-Präsident!) So wurde gestern auf das Bestimmteste versichert. — Waldeck wird erster Präsident. So ist gestern in Mylius Hotel beschlossen worden. Heute Abend werden wir Ihnen wohl berichten können, ob das Eine oder das Andere wahr geworden. So viel ist sicher, daß gestern Abend die Linke und das Centrum (Wielenz) sich vereinigt haben, in heutiger Sitzung auf die Präsidentenwahl zu dringen und Grabow fallen zu lassen. Beide Parteien vereinigt, sind die Majorität. Eben das bestimmte Gerücht wegen Radowitz hat diese Vereinigung herbeigeführt. Es fragt sich nun noch, ob Waldeck oder Phillips erster Präsident wird. Darüber war man gestern Abend zwölf Uhr noch nicht einig. Vereinigen sich die Parteien heut in der Sitzung für Phillips, so wird Waldeck erster Vice-Präsident, und bei der nächsten Wahl erster Präsident. Waldeck gegen Radowitz! Auf diesen ungeheuren Gegensatz dürfte die Camarilla zu Potsdam nicht gefaßt seyn. Heute werden die Linken verschiedener deutschen National-Versammlungen hier erwartet. Die Frankfurter ist bereits gestern durch eine zahlreiche Deputation mit der hiesigen Linken in Vorberathung getreten. (D. Z.)

D Berlin, 30. Okt. Die Volksversammlung, welche vom Demokratenkongreß gestern unter den Zelten abgehalten wurde, war von mehr als 12000 Menschen besucht, obwohl dieselbe erst um 12 Uhr Mittags angeschlagen wurde. Die Redner, welche vom Congreß aufgestellt wurden, waren: Berlepsch aus Erfurt, Bracklow aus Schleswig-Holstein, Brausewetter aus Königsberg, Sennin aus Dresden, Silberstein aus Wien. Außer diesen sprachen noch Bayrhofer als Vicepräsident zur Eröffnung, Arnold Ruge und zuletzt schloß der alte Krabbe die Versammlung. Tagesordnung war Wien und Ruge ließ den Beschluß fassen die Sache Wiens zur Sache der Berliner zu machen. Die Versammlung ging in größter Ruhe auseinander. Der Congreß beendigte gestern Nacht seine Geschäfte bis auf die sociale Frage; diese soll heute noch erledigt werden. Es wurde gestern ein Prinzip aufgestellt, welches mit dem des ersten Congresses im Wesentlichen übereinstimmt. Es wurde ferner beschlossen eine Anzahl Menschenrechte, nach denen der franz. Revolution, den einzelnen Vereinen mitzutheilen und eine Begutachtung derselben bis zum nächsten Congreß zu erbolen. Auch der Rest des Organisationsentwurfs wurde erledigt. Von den neugewählten Centralausschußmitgliedern Brill, d'Ester und Bayrhofer lehnte der Erste und der Letzte ab, d'Ester nahm an, in einer Neuwahl wurden diesem H. Reichenbach und Hexamer beigegeben. Unsere Austrittserklärungen wurden gestern Abend verlesen, ebenso Proteste, zum Theil noch wegen der vorgestrigen stürmischen Sitzung. Diese Erklärungen rührten von Leuten her, welche bei der Theilnahme am Congreß sich nicht klar darüber waren, was Demokratie heißt und was ihre nothwendigen Consequenzen sind. Ein hannover'scher Jude Benfey der auf eine unverantwortliche Weise die Versammlung mit Gemeinplätzen langweilte, in denen seine Feigheit wie sein Dünkel sich spiegelten, wurde von der Versammlung etwas allzudeutlich zum Schweigen gemahnt, worüber sich sein Stammgenosse Asch, der als Präsident fungirte, dermaßen erboßte, daß er sein Präsidium niederlegte und seinen Austritt meldete. Dieses thörichte und anmaßende Benehmen fand die verdiente Würdigung, obwohl wenige Mitdeputirte aus Schlesien dem Beispiel Asch's folgten. Unter dem Präsidium Kriege's gingen die Verhandlungen ruhig weiter bis um 11 Uhr Nachts. Ein Aufruf an das deutsche Volk in der Wiener Angelegenheit wurde angenommen und seine schnelle Verbreitung in den Provinzen beschlossen. Der Congreß kann durch eine Läuterung nur gewinnen. Es ist keine Frage, und wir müssen es offen bekennen, die Demokratie enthält viele unreine Elemente, die ausgeschieden werden müssen. Eitelkeit und Eigenliebe ist bei vielen ein Hauptmotiv ihrer Betheiligung. Wir haben die Gewißheit, daß diese Elemente der heiligen Sache nicht schaden werden, so sehr zu bedauern ist, daß sie dieselbe jetzt bei vielen in Mißkredit zubringen vermögen. Es ist natürlich, daß eine Umwälzung, welche die Gesellschaft im Finstern aufwühlte, manches auf die Oberfläche treibt, was besser unten geblieben wäre. Unser Vertrauen steht auf den gesunden Sinn des Volkes, der mit jedem Tag schärfer und schärfer seine angeblichen Freunde beurtheilen und diejenigen fallen lassen wird, die nur aus Eigennutz und Eigenliebe ihm dienen.

Thorn, 24. Okt. (Die Russen kommen!) Eine Division Russen unter General Grabe von circa 12,000 Mann ist 4 Meilen von hier bei Lipno erschienen, warum? — das weiß keiner.

Leipzig, 28. Okt. Gestern marschirten auch die hannoverischen Reichstruppen hier durch, welche unser Militär, das nach Thüringen bestimmt ist, in Altenburg ablösen. Wir hören, daß die altenburger Bürgerwehr bereits in Zwiespalt mit den neuen Reichstruppen über die Einräumung der Hauptwache gerathen ist. — Ueber den in Altenburg verhafteten Dr. Douai, Verfasser eines republikanischen Katechismus, hörte man bis jetzt nichts weiter. Die Verhaftung soll übrigens auf Veranlassung von Sachsen-Weimar erfolgt seyn. — In dem Reußischen ist noch nicht die beste Stimmung. Die Beamten in Lobenstein sind von dem neuen Regenten verpflichtet worden, aber das Volk will den Regierungswechsel und den 62. nicht recht anerkennen. Auch in Schleiz ist eine düstere Stimmung und die Behörden können nicht einschreiten. Man erwartet fremdes Militär. (Dorfz.)

Heidelberg, 27. Okt. Der Philosoph Feuerbach ist auf eine Einladung von Seiten eines Theils der hiesigen Studenten hier eingetroffen, und wird im Laufe des Winters hier Vorträge halten; dieses aber, soweit jetzt bekannt, nicht in der Eigenschaft als akademischer (Privat-) Docent in dem Universitätsgebäude, sondern als Private in dem Gesellschaftslokale der Harmonie. Hiezu bedarf es keiner Erlaubniß von der Universitätsbehörde. (F. J.)

Gießen, 26. Okt. Eine von vielen achtbaren hiesigen Einwohnern unterzeichnete Adresse an den demnächst in Darmstadt zusammentretenden Landtag spricht die Bitte aus: „keine Steuern mehr zu bewilligen, noch das Budget wiederum zu verlängern, sondern die Berufung einer constituirenden Abgeordnetenversammlung zu verlangen, um über das Wahlgesetz für diese, nicht etwa für eine neue zweite Kammer sich mit der Regierung zu vereinigen."

Schweiz.

Aus Lausanne wird geschrieben, daß Herr Druey sein ganzes Ansehen verwenden mußte, um den Bischof vor der Volksjustiz zu schützen. Ein Volkshaufe wollte in Lausanne den Bischof das Schicksal Latours bereiten, als Herr Druey vor das Volk trat und dasselbe beschwor, die Ehre der freisinnigen Partei und der Eidgenossenschaft nicht zu beflecken. Der Bischof wird nun von Landjägern bewacht und beschützt. (O. P. Z.)

Zürich, 28. Okt. Die Neuigkeit des Tages ist der verun-

glückte ultramentane **Freiburger Aufstand.** Die nächste Veranlassung dazu scheint ein an den Bischof Marilley, einen abgefeimten, hartnäckigen Jesuiten, vom Staatsrath gerichtetes Ultimatum gewesen zu seyn, worin unumwundene Anerkennung der Verfassung und der Gesetze verlangt wurde. Der Bischof antwortete ausweichend am 23., am letzten Tage des ihm gestellten Termins, und am gleichen Abend erhob sich der Aufstand in den oberen Theilen des Kantons; in Rue, dem Geburtsorte des Bischofs, rotteten sich gegen 1000 Mann zusammen, bewaffneten sich und zogen um Romont herum bis nach Villaz, vier Stunden von Freiburg; als sie dort aber die Allarmzeichen der zum Schutz der Regierung sich waffnenden Bürger von Romont hörten, als sie vernahmen, daß der waadtländische Präfekt von Milden ihnen mit Truppen auf dem Fuße folge, — da sank der von Pfaffen künstlich erregte Muth, und kleinmüthig zerstreute sich der ganze Haufen am Morgen des 24. Gleichzeitig oder etwas später, in der Nacht vom 23. auf den 24. brach auch von Kastels, auf der Straße von Freiburg nach Vivis am Genfersee, eine Schaar Aufständischer, unter persönlicher Anführung eines Bruders und zweier Neffen des Bischofs, auf; sie besetzten das Schloß, nahmen die dort befindlichen Kanonen heraus, verhafteten den Oberamtmann, erhoben Geißeln, und setzten sich in Marsch; allein auch der waadtländische Präfekt vor Vivis war wachsam gewesen, er hatte sämmtliche Truppen seines Bezirkes aufgeboten, und rückte mit 2 Bataillon Infanterie und einer halben Batterie Artillerie schon Nachmittags (am 24.) um 3 Uhr in den Kanton Freiburg ein, worauf auch auf dieser Seite die Insurgenten auseinander liefen, ohne einen Schuß Pulver zu thun. Inzwischen bot die Regierung Truppen aus den treugebliebenen Gegenden, namentlich aus dem protestantisch-deutschen Bezirk Murten, auf, und ersuchte den Vorort um eidgenössischen Schutz; in der Nacht vom 24. auf den 25. ließ sie den Bischof in seiner Wohnung verhaften, und unter Begleitung von Kavallerie über die Grenze nach Peterlingen (Waadt) spediren, dessen Präfekt ihn sofort weiter nach Lausanne schickte; wahrscheinlich werden alle fünf Kantone seiner Diöcese (Freiburg, Genf, Waadt, Bern und Neuenburg) seine Suspension und Verbannung aussprechen. In Lausanne entging er mit genauer Noth der Lynch-Justiz. (D. Z.)

Frankreich.

Paris, 27. Okt. Die Männer der Straße Poitiers nehmen allmählig das Visir ab und arbeiten ganz offen an der Vernichtung der Partei des „National.“ Auf welch' schwachen Füßen diese sich noch halten kann, erfahren Sie aus den Kammerverhandlungen. Marrast wird nun vollends demnächst von dem Präsidentenstuhl verdrängt werden und Thiers wird denselben einnehmen. Cavaignac selbst ist gezwungen, sich nach und nach ganz in die Arme der ehemaligen dynastischen Linken zu werfen. Bis jetzt hat er von ihr das Versprechen, daß sie seine Bewerbung um die Präsidentschaft für die Republik unterstütze. Was man indessen in einigen Wochen zu thun belieben werde, das hängt eben von jenen Herren ab, die nie und nimmermehr vergessen können, wie man sie im Februar aus dem Sattel gehoben. Die Nachrichten aus Wien und Turin in Bezug auf die friedliche Lösung der italienischen Frage lauten überaus günstig. An eine bewaffnete Dazwischenkunft jenseits der Alpen ist vorderhand gar nicht mehr zu denken. Befestigt sich in Oesterreich die gesetzmäßige Macht wieder, so hofft man mit Zuversicht, daß der Weltfriede erhalten werde und auch wir wieder allmählig in das Geleis der Ordnung kommen. Das Kabinet hat einige der einflußreichsten Präfekten hieher berufen, um sich mit ihnen über die Frage der Präsidentschaft zu benehmen. Die Freunde Ledru-Rollins bieten alles mögliche auf, um die Stimmung des Landes zu ihren Gunsten zu bearbeiten. Agenten in Menge ziehen in die Provinzen, um Stimmen zu werben. Es herrscht eine starke Konkurrenz unter den Kandidaten. Hinsichtlich der zu verwendenden Geldmittel scheint freilich die Bonoparte'sche Ligue die mächtigste zu seyn. (A. Z.)

Paris, 28. Okt. Lamartine erklärt heute in einem an die Journale gerichteten Briefe, daß er zwar die Präsidentschaft der Republik nicht suche, daß er aber die Wahl, falls sie auf ihn fallen sollte, annehmen würde. So hätten wir denn bereits vier offen angekündigte Kandidaten: Louis Bonaparte, Lamartine, Cavaignac und Bugeaud. — Wir erfahren jetzt, daß vorgestern (26.) auch das Fort von Vincennes in Vertheidigungszustand gesetzt war, alle Truppen waren unter den Waffen und die Kanoniere mit brennenden Lunten bei den Geschützen auf den Wällen. Raspail zeigt dies in einem Briefe in der Reforme an und warnt die Bevölkerung nicht in die Schlinge zu gehen, die ihr perfide Agenten gerne legen wollten. (N. M. Z.)

Elsaß. Drei Tage lang feierten die Bewohner des Elsaßes die Erinnerung an die Vereinigung mit Frankreich im Jahre 1848. Ist das nicht eine traurige Verblendung? rufen die Deutschthümler, denen das Deutschthum über die Freiheit geht. Nein, sagen wir, es ist vielmehr nur ein deutlicher Beweis davon, daß ein Volk lieber auf seine Nationalität, als seine Freiheit Verzicht leistet. Die Lothringer und Elsäßer fühlen sich freier als Franzosen, und haben nach der deutschen Freiheit leider noch wenig Sehnsucht.

Italien.

Ein Congreß der gesammten italienischen Tagespresse ist nach Rom zusammenberufen.

Großbrittanien.

London, 33. Okt. Nach der Times ist in dem Kabinetsrathe der Beschluß gefaßt worden, daß die gegen die irischen Insurgenten gefällten Todesurtheile nicht zum Vollzuge kommen sollen.

Anzeigen.

Gedruckt — unter Verantwortlichkeit der Verleger — bei J. L. Stich.
Expedition S. 39 im Gasthof zum König Otto II. Etage.

Der freie Staatsbürger.

Erscheint täglich. Preis in ganz Bayern vierteljährlich 1 Fl. 30 Kr., halbjährlich 3 fl., jährlich 6 Fl.

Organ der Demokratie.

Inserate werden die dreispaltige Petitzeile zu 3 Kr. berechnet. Die Abonnenten haben für die Hälfte des Abonnementpreises Inserate frei.

Nr. 32. Nürnberg, Samstag, den 4. November **1848.**

Das deutsche Wien ist gefallen. Fremd- und Schreckensherrschaft ist dort eingezogen. Slawische Würgerbanden durchziehen mit bluttriefenden Händen seine leichenbesäten Strassen. Wien, die Vormauer deutscher Civilisation gegen slavische Barbarei, hat aufgehört eine **deutsche Stadt** zu seyn.

Nürnberg, 4. Nov. Die heute eingetroffenen Nachrichten lassen leider keinen Zweifel mehr, daß Deutschlands Sache verloren gegangen, daß 7 Millionen Deutsche dem slawischen Absolutismus verfallen sind*). Die Allg. Ztg. bringt eine außerordentliche Beilage, worin es heißt: Salzburg, 1. Nov. 11 Uhr. Vor einer Stunde langte hier eine Estaffette an das Generalkommando mit der Nachricht von Seiten des Fürsten Windischgrätz an: „Wien habe sich am 30. Okt. Vormittags unbedingt an den Fürsten Windisch-Grätz ergeben, dessen Truppen sofort die Stadt besetzen."

Bericht des k. k. Militärstationskommando zu Bruck an der Mur, an das k. k. Stadt- und Festungskommando zu Salzburg. Telegraphische Depesche: Fürst Windisch-Grätz an Oberst Horvath, 30. Oktober 1848 ½ 10 Uhr früh: „Wien hat sich unbedingt unterworfen. Heute belegen meine Truppen die Stadt."

Prag, 30. Okt. Soeben 4 Uhr Nachmittags ist mir folgende telegraphische Depesche des mährischen Gubernial-Vicepräsidenten von Olmütz aus zugekommen: „Wien hat sich unbedingt unterworfen. Heute besetzen die Truppen die Stadt. Prag, 30. Oktober 1848. Vom k. k böhm. Landespräsidium. Mecséry, k. k. Gubernial-Vicepräsident."

Olmütz, 30. Okt. So eben trifft hier die telegraphische Depesche ein, daß Wien sich unbedingt unterworfen und selbes noch heute von k. k. Truppen besetzt wird. Der harte Kampf, der gestern in einigen Vorstädten stattfand, wobei die Truppen Sieger blieben, hat die Capitulation herbeigeführt. Der Kampf an den Barrikaden, besonders beim Kirchhof an der Schmelz, war für die Studenten und Arbeiter äußerst verderblich, indem die Kanonen Windischgrätz eine entsetzliche Wirkung hatten.

*) Wir werden morgen darauf zurückkommen.

Ansichten und Aussichten für Deutschlands politische Entwicklung.

Zweiter Artikel.

Die deutsche Freiheit und das Fürstenthum.

II In unserem ersten Artikel haben wir nachzuweisen gesucht, wie schlecht sich unser Fürstenthum mit der Freiheit verträgt. Aber die Einheit ist nicht das einzige Gut, nach dem wir zu streben haben, ohne die Freiheit wäre sie nur Flittergold, ohne die Freiheit wäre sie ein Gut, das wir nicht genießen, dessen wir uns nicht erfreuen konnten. Wie nun? Harmonirt das Fürstenthum vielleicht desto besser mit der Freiheit? Ist das Fürstenthum vielleicht dasjenige Element, das uns die Freiheit bringen und erhalten konnte? Diese Frage ist fast mit derselben Entschiedenheit zu verneinen, mit welcher wir die erste verneint haben. Werfen wir auch hier zunächst einen Blick auf die Geschichte. Bekanntlich ist die erste Staatsform, welche unsere Vorfahren besessen, die Demokratie gewesen. Fast alle die Freiheiten, die wir jetzt erstreben, und um derentwillen wir die Revolution gemacht, sind das Erbtheil unserer Ahnen, und wenn es auch unter den neueren Freiheiten manche gibt, welche unsere Vorfahren nicht gehabt, so erklärt sich dieses nur daraus, daß dieselben nur eine wesentliche Bedingung der fortgeschrittenen Civilisation sind, wie z. B. die Preßfreiheit die alten Deutschen schon deshalb nicht besitzen konnten, weil damals noch keine Buchdruckerkunst existirte. Aber das Princip der persönlichen Freiheit und Würde, aus welcher sich im Grunde alle anderen Freiheiten ableiten lassen, lag so durch und durch in dem ursprünglichen Charakter unserer Verfassungen, daß heut zu Tage schwerlich eine Verfassung gefunden werden möchte, in welcher dasselbe klarer, entschiedener und consequenter ausgesprochen wäre. Diese Form des Staates haben wir jedoch ohngefähr um die Zeit der Völkerwanderung im Allgemeinen verloren, und an die Stelle derselben trat das Lehenwesen. Dieses stand in inniger Verbindung mit dem Fürstenthum, welches einige Zeit früher bereits aufgekommen war: ja, das Fürstenthum hat das Lehenwesen, so zu sagen geschaffen, wenigstens die weitere Ausbildung desselben hervorgerufen. Und worin bestand die eigentliche Bedeutung des Lehenwesens? Einfach darin, daß der Einzelne seine persönliche Freiheit, die höchste Ehre des Mannes in unseren alten Republiken, aufgab und sich einem Anderen zu Dienstleistungen überließ. Demnach hat also das deutsche Fürstenthum unsere ursprüngliche Freiheit schon in sehr früher Zeit zu Grabe getragen, denn Jedermann weiß, daß mit dem Lehenwesen bei uns die Knechtschaft begann. Allerdings war es nicht so leicht, den Gedanken der Freiheit in den Deutschen gänzlich zu vertilgen. Er brach immer wieder, wenn auch unter anderen Formen, hervor, und so gelang es auch den Unterthanen der Fürsten, bereits im 14. Jahrhundert, sich sogenante landständische Verfassungen zu erkämpfen. Diese Verfassungen waren allerdings etwas anderes, als was man jetzt darunter versteht, in so ferne als damals nicht das ganze Volk auf den Landtagen vertreten war, sondern nur der Adel, die Geistlichkeit und der Bürgerstand, während von der Repräsentation des Bauernstandes und überhaupt der sogenannten niederen Classen damals noch Niemand etwas wissen wollte; aber die Rechte der Landstände waren doch sehr bedeutend, sie waren viel bedeutender, als die der Kammern in den sogenannten constitutionellen Monarchien bis zum Jahre 1848. Nun sollte man meinen, hatte das deutsche Fürstenthum, vom Jahre 1300 bis zum Jahre 1848 Gelegenheit genug gehabt, die deutsche Freiheit zu hegen und zu pflegen. Was ist aber geschehen? Diese fünf Jahrhunderte bilden nur eine fortgesetzte Reihe von Lug und Trug, den das Fürstenthum gegen die Freiheiten des Volkes geübt. Niemals hat es daran gedacht, den Ständen aus eigenem Antriebe ein Recht einzuräumen, was diese von Rechten besessen, haben sie dem Fürstenthum abgedrungen, nur aus Noth, nur weil es und wenn es nicht anders konnte, hat es Bewilligungen gemacht. Dann hielt es auch niemals seine Versprechen, wenn er sie umgehen konnte, die deutsche Treue und deutsches Manneswort, von dem so viel die Rede ist, hat sich niemals bei den deutschen Fürsten bewährt. Hundertmal konnten diese ein Versprechen geben, und hundertmal konnten sie es brechen.

(Schluß folgt.)

Deutschland.

* **Nürnberg**, 3. Nov. Die deutsche konst. Zeitung enthält in ihrer vorgestrigen Nummer drei scharf gezeichnete Zurechtweisungen der „Neuen Münchener Zeitung“ über deren unehrliche Lügenhaftigkeit und niedrige Verläumdungssucht bei Darstellung und Beleuchtung der Münchener Vorgänge vom 18. Oktober und deren Folgen. Es würde sich nicht der Mühe verlohnen, dieses Organ in dem sich die spezifisch weiß-blaue Hefe der Reaktion sammelt, der Besprechung zu unterstellen, wenn nicht hier das Sprichwort Geltung fände: „Den Sack schlägt man und den Esel meint man!“

V **Bamberg**, 30. Okt. Gestern und vorgestern wurden in der Umgegend von Bamberg von dem Volksvereine daselbst Volksversammlungen abgehalten, welche den glänzendsten Beweis dafür liefern, daß die Landbewohner bei Bamberg die größte Theilnahme für die Sache des Fortschrittes an den Tag legen. Obgleich die erste Versammlung, in der Nähe von Höfen bei Rettelsdorf abgehalten, gänzlich improvisirt und nur in den nächst gelegenen Orten erst am Abende vorher bekannt gemacht worden war, fanden sich doch beiläufig 3000 Menschen zusammen, welche mit der gespanntesten Aufmerksamkeit d.e Vorträge der einzelnen Redner aufnahmen und ihre Zustimmung zu deren Vorschlägen durch einen Beifallsturm zu erkennen gaben. Von höherer Bedeutung war die zweite Volksversammlung in Mühlhausen bei Pommersfelden. Hier war eine Masse von 8000—10,000 Menschen vereinigt, welche nicht bloß durch den festlichen Empfang der Volksvereinsmitglieder von Bamberg, — man war ihnen z. B. mit Fahnen entgegengezogen, man hatte einen Triumphbogen erbaut — sondern auch durch ihre würdige Haltung und durch den ungetheilten Beifall, dessen sich die einzelnen Redner zu erfreuen hatten, ihre Sympathie für die gute Sache bethätigten. Hier wie dort machten sich die Redner zur Aufgabe, das Volk über seine Rechte aufzuklären und es auf die Bedeutung der Wahlen zum nächsten Landtage aufmerksam zu machen. Nicht einer gleichen Gunst bei dem Volke haben sich die konstitutionellen Vereine zu erfreuen. So wollte kürzlich der konstitutionelle Filialverein in Lichtenfels eine Volksversammlung abhalten. Die Sache unterblieb indeß wegen allgemeiner Theilnahmlosigkeit.

München, 1. Nov. Die Stände des Reichs werden, wie es allgemein heißt, schon bis zum 15. Dez. d. J. einberufen werden, daher allenthalben die Wahlen hiezu sehr beschleunigt werden.

I. **Frankfurt**, 31. Okt. (100ste Sitzung der deutsch. const. Nat.-Vers.) Der Präsident verliest eine von 90 Mitgliedern, meist der Linken (darunter aber auch Eisenmann, Geigel, Fallmerayer, Gebhard von Fürth) unterzeichnete Erklärung und Angesichts der deutschen Nation, daß sie sich seit 14 Tagen vergeblich bemüht hätten, die Versammlung zu energischen Maßregeln zu bewegen, damit die Croaten vom deutschen Boden vertrieben und die Bewohner Wiens und anderer österreichischer Städte und Landschaften gegen die ungesetzlichen Gewaltmaßregeln einer verrätherischen Hofpartei geschützt würden. Sie lehnten hiemit alle Mitschuld an den Folgen eines solchen Verhaltens der deutschen Nationalversammlung feierlich ab.“ Dieß ist Angesichts der Slovanska Liga auf die Adresse des Banus Jellasich, die doch wohl Allen die Augen öffnen wird, die gesammte Sympathie für ein schändlich verrathenes heldenmüthiges Brudervolk, dessen Bewegung heute noch von der Rechten für eine vom ungarischem Gelde hervorgerufene Emeute gehalten wird!! — Eine ärztliche Petition übergehen wir. Ueber Jahn's neulichen Antrag zur Untersuchung der gesammten Linken beantragt der Ausschuß wegen dessen Unschlüssigkeit und Ungehörigkeit zur motivirten (!) Tagesordnung überzugehen. Der Entwurf eines **Disciplinargesetzes** für die Versammlung ist fertig! **Biedermann** interpellirt wegen des amtlichen Ausspruches der sächsischen Regierung, von der Kammer angenommen, wegen der Einführung des deutschen Verfassungswerkes. Der Minister v. Mohl hat das Protokoll der Kammersitzung verlangt, aber noch keine Antwort erhalten. Hecken fragt wegen Limpurgs, das in dem neuen niederländischen Grundgesetze als rein niederländisch betrachtet werde, und welche Maßregeln dabei das Reichsministerium zur Wahrung der Rechte und Interessen Deutschlands ergreifen werde? Förster v. Hünfeld (Eisenmann und Andere) beantragen eine Aufforderung an das Reichsministerium zur baldigen Vorlage eines Programms, wie es in konstitutionellem Gebrauch sey. Die **Dringlichkeit wird abgelehnt!** Hierauf **Tagesordnung** §. 6. und ff. des Reichs und der Reichsgewalt. §. 6. **wird angenommen**, die Amendements dazu von Mohl, Makowiczka, Claussen, Schaffrath, Dham und Rauwerck **abgeworfen** sind. Mohl, Makowiczka und Claussen sprechen für ihre Amendements, welche zunächst eine schärfere und deutlichere Fassung bezwecken, so wie den Grundsatz einer Umgestaltung der bisherigen Verhältnisse und den Anschein, als wolle man den Fortbestand der Kleinstaaterei und Duodezmonarchien gleichsam garantiren, und sich auf den Boden des Vertrags stellen, der Vereinbarung stellen, während man auf dem Boden der Volkssouveränität stehe, vermieden haben wollen. Ein Zusatz von Rauwerk: die Verfassung jedes einzelnen deutschen Staates soll durch eine in demselben zusammenzurufende aus der freien Wahl aller volljährigen Staatsbürger hervorgehende const. Versammlung festgestellt werden — das natürliche und Revolutionsrecht auf Selbstconstituirung der einzelnen Staaten — wird gleichfalls **abgelehnt!** Dagegen wird der Antrag v. Reden's: ins Protokoll aufzunehmen, daß die Annahme des §. 6. dem Berichte über die Mediatisirungsfrage nicht vorgreifen solle, angenommen. Ein Antrag **Demel's**: alle Staaten unter 6 Millionen und solche, welche sich durch gütliche Vereinbarung unter sich und der benachbarten nicht zu dieser Einwohnerzahl bringen können, zu mediatisiren, wird dem Verfassungsausschuß überwiesen. §. 6. lautet nun nach dem Entwurfe: „Die einzelnen deutschen Staaten behalten ihre Selbstständigkeit, soweit dieselbe nicht durch die Reichsverfassung beschränkt ist; sie haben alle staatlichen Hoheiten und Rechte, soweit diese nicht der Reichsgewalt ausdrücklich übertragen sind.“ Hierauf wird zum II. Abschnitt: Die Reichsgewalt, übergegangen, und §. 7 und 8. nach kürzerer Debatte, §. 9 und 10. ohne Diskussion ohne wesentliche Veränderung nach dem Verfassungsentwurfe **angenommen**. Sie lauten nun: „§. 7. Die Reichsgewalt übt dem Auslande gegenüber die völkerrechtliche Vertretung Deutschlands und der einzelnen deutschen Staaten ausschließlich aus. Die Reichsgewalt stellt Gesandte und Konsuln an. Sie führt die diplomatischen Verkehre, schließt die Bündnisse und Verträge mit dem Auslande, namentlich auch die Handels- und Schifffahrtsverträge, sowie die Auslieferungsverträge ab. Sie ordnet alle völkerrechtlichen Maßregeln an. §. 8. Die einzelnen deutschen Regierungen haben nicht das Recht, ständige Gesandte zu empfangen, oder solche zu halten („mit Ausnahme ihrer Bevollmächtigten beim Reichsoberhaupt;“ dieser zweite Theil des ursprünglichen § wird abgelehnt, nachdem das von Rösler gestellte Amendement, statt „Reichsoberhaupt“ zu setzen „Reichsgewalt“, zurückgenommen, von **Eisenmann** wieder aufgenommen, aber gleichfalls verworfen worden). §. 9. Die einzelnen deutschen Regierungen sind befugt, Verträge mit andern deutschen Regierungen abzuschließen. Ihre Befugniß zu Verträgen mit nichtdeutschen Regierungen beschränkt sich auf Gegenstände des Privatrechts, des nachbarlichen Verkehrs und der Polizei. §. 10. Alle nicht rein privatrechtlichen Verträge, welche eine deutsche Regierung mit einer andern deutschen oder nichtdeutschen abschließt, sind der Reichsgewalt zur Kenntnißnahme und, insofern das Reichsinteresse dabei betheiligt ist, zur Bestätigung vorzulegen.“ Das Minoritätsgutachten zu §. 8, „die einzelnen Staaten haben nicht das Recht, Gesandte zu empfangen oder solche zu halten,“ wird von **Wigand** und **Wurm** dringend vertheidigt. Ersterer spricht von dem Unwesen des alten Gesandtschaftswesens, das eine Versorgungsanstalt für adliche Schwachköpfe gewesen, von der Lüge und Immoralität der alten Diplomatie mit ihrem Satze, daß dem Menschen die Sprache gegeben sey, seine Gedanken zu verhüllen; es solle nicht mehr da seyn, um den Glanz eines Thrones zu erhöhen, sondern die commerciellen und politischen Interessen des **Volkes** zu vertreten. Unsere deutsche Politik solle in Zukunft eine auf Ehrlichkeit und Offenheit gegründete sein. Von der Entscheidung der Frage: ob den einzelnen Staaten das Zugeständniß von Gesandten auch nur bei außerordentlichen Gelegenheiten, welche eben dem Zwecke der Einheit feindliche seyn könnten, gemacht werden dürfe, hänge es ab, ob wir künftig eine wirkliche deutsche Einheit oder statt des Bundesstaats nur einen Staatenbund haben werden. v. Linde rechtfertigt in einem langen Vortrage, welcher das Haus entleert, das Gesandtschaftsrecht der einzelnen Staaten, weil Völker zu Völker, **Dynastien** zu **Dynastien** Verkehr mit einander nöthig haben könnten. — In Nordamerika sey ein anderes Verhältniß als in Deutschland (Stimmen. Leider! vom Präsidenten mit einem Blicke gerügt, warum?) weil dort andere Staatsverfassungen [doch wohl Ein Zweck?]. Wurm ist für das Minoritätsgutachten, und nur aus Nutzlosigkeits- und Nothwendigkeitsgründen für den provisorischen Fortbestand der einzelnen Konsulate. Er

sieht sonst die alte unglückliche Geschichte, daß kleinere deutsche Staaten durch Furcht und sonst zu Dingen bestimmt würden, welche der Einheit, dem Bundesstaat entgegen seyen. Er führt die bekannte Verkaufsgeschichte Bayern's aus dem Ende des vorigen Jahrhunderts an. Mittermaier als Berichterstatter für den Entwurf. Als er anführte, Verbote könnten leicht dadurch umgangen werden, daß man eben Privatpersonen oder auch Damen zu diplomatischen Intriken gebrauche [was aber so und so wohl nicht abgeschnitten wird], und meint, man solle nicht so ängstlich seyn, und könne doch nicht, wenn es sich z. B. um die Heirath irgend einer Prinzessin handle, einen Reichsgesandten schicken, entsteht große Heiterkeit. Aber wer sagt denn Herrn Mittermaier, daß das Volk oder seine Reichsgewalt sich überhaupt um ein so einfaches Ding, wie die Heirath irgend einer Prinzessin oder dergleichen rein Privates ist, sich überhaupt besonders kümmern werde. Oder sollen wir aus der Zeit, wo Heirathen die Geschicke der Völker lenkten und entschieden nicht endlich hinauskommen? — Das Minoritätserachten wird mit **197** gegen **194** Stimmen abgelehnt; es fehlen viele von der Linken. Ebenso wird ein Zusatz Rösler's: „auch dürfen sie keine Konsuln halten; auswärtige Konsuln erhalten ihr Exequatur nur von der Reichsgewalt", verworfen. — Die Nationalversammlung hat den gesandtschaftlichen Glanz, der auf die Throne und Dynastien fällt, nicht gänzlich ihnen rauben wollen! —

Wien, 26. Okt. **Der Kampf hat am 26. von Nußdorf und Breitensee her begonnen; am 24. und 25. fanden nur Vorpostengefechte statt.** Am 27. erließ Windischgrätz eine Proklamation folgenden Inhalts: „Nachdem die gegebene Frist von 48 Stunden erfolglos abgelaufen, begnüge er sich nicht mehr mit den früher gestellten Bedingungen. Er verlange die Köpfe des General Bém, Pulsky und Dr. Schütte und mache jeden Hauseigenthümer für das verantwortlich, was in dessen Hause vorgehe. Fällt ein Schuß daraus oder wird ein Angriff auf die kaiserlichen Truppen gemacht, so solle das Haus sofort niedergebrannt und sämmtliche darin befindliche Personen müssen über die Klinge springen. Jeder Wiener, dessen das Militär habhaft wird, soll erschossen werden." Als Erwiderung auf diese Proklamation hat Dr. Schütte, der bekannte Agitator, seinerseits einen Preis auf den Kopf des k. k. Feldmarschalls, Fürsten Windischgrätz gesetzt und für dessen Habhaftwerdung zwei Tausend Dukaten Gold geboten! Auch soll Messenhauser Befehl gegeben haben, jeden Soldaten der gegen Wien kämpft, so wie jeden waffenfähigen Wiener, welcher nicht die Waffen trägt, zu erschießen. Die Flucht der Anführer der Wiener Legion gehört unter die Fabeln. — 28. Okt. Ununterbrochener Kanonendonner bis Abends 6 Uhr; von da bis 8 Uhr war es schwächer. — Der Kampf fand bei dem Belvedere in Lerchenfeld, Brigittenau und in der Richtung der Leopoldstadt statt. Das Militär hat den Prater im Besitz, ebenso den Kirchhof Schmelz; — dagegen ist die Leopoldstadt noch in den Händen der Wiener, und die Kaiserlichen haben in den Vorstädten noch nicht einen Fuß breit Terrain gewonnen *). Bei Abgang des Zuges, Abends 8 Uhr, brannten die Vorstädte in Folge der von Windischgrätz hineingeworfenen Brand-Raketen auf fünf bis sechs Stellen. Die in Wien befindlichen französischen Unterthanen sollten gestern Abend unter dem Schutze des französischen Gesandten Wien verlassen. — Die Dampfmühle an der Donau ist abgebrannt, jedoch sind sämmtliche Mehlvorräthe, einige und zwanzigtausend Centner gerettet worden. Dank der Tapferkeit von etwa 200 Legionairs, welche die Mühle erst verließen, als diese dem Feinde keine Beute mehr zu bieten hatte. Die Kanoniere der Wiener bestehen meistens aus übergetretenen Militairs und schießen vortrefflich; auch sind sie im Besitz von schwerem Geschütz, meistens 24 Pfd., während der Feind meistens nur leichtes Geschütz hat. — An Bewaffneten zählt Wien jetzt 150,000 Mann welche mit vollem Vertrauen an Bém hängen; die Ungarn, 10,000 Mann reguläres Militär und 25,000 Mann Landsturm, sind von Bruck her im Anmarsch und werden heut erwartet. — An Lebensmitteln ist noch kein Mangel. Auf dem Kohlmarkte befinden sich große Keller, welche bedeutende Vorräthe von Victualien enthalten, welche General Bém rationenweise vertheilt. Sind diese Vorräthe erschöpft, so wird auf alle im Privatbesitz befindlichen Vorräthe Beschlag gelegt. — Traurig ist dagegen die Lage der kaiserlichen Truppen. Dieselben sind mußmuthig, zweifeln an einem günstigen Erfolge und möchten großen Theils übergehen, wenn die Gelegenheit günstiger wäre. — Die Ruhr grassirt fürchterlich unter ihnen. Der Reichstag hat erklärt! Er habe weder das Recht noch den Willen, sich aus Wien zu entfernen, und Niemand auf der Welt würde sie zwingen, die Stadt zu verlassen. Bis gestern war der Reichstag noch beschlußfähig!

Olmütz, 27. Okt. Reibungen zwischen Militär und Studirenden fallen von Zeit zu Zeit vor. So foderten gestern Kavallerieoffiziere von einem Studenten das Ablegen des Säbels, obschon scharfe Befehle an das Militär abgingen, im Frieden zu leben mit Garden und Studenten. Auf den Wällen unserer Festung sind überall Kanonen aufgepflanzt, und den Ankommenden werden nun förmlich Pässe abgefodert, was früher nicht stattfand.

(C. Bl. a. B.)

Prag, 29. Okt. Der Umschwung der öffentlichen Meinung bezüglich der Wiener Oktoberrevolution ist ein vollständiger. Sie mußte erfolgen, weil die, die es mit der Freiheit nicht ehrlich meinten, auch ihre Aliirten zu hintergehen hofften. Nun, da jede dieser Parteien klar zu sehen beginnt, daß auch sie betrogen, werfen sie die unnütze Maske weg. Der Ban, welcher für die Integrität der Monarchie zu kämpfen heuchelte, erklärt jetzt offen, er führe seine Truppen blos gegen die Feinde der Slawen. Die czechischen Deputirten reden nicht mehr von „Raub, Mord und Anarchie" in Wien, die sie bewogen, ihre Sitze zu verlassen, nicht mehr von einer „frankfurt-magyarischen" Bewegung, sondern erklären den Kampf in Wien für einen Kampf der Freiheit gegen Militärdespotie. Die Schonung Wiens, die ein kaiserliches Manifest mit dem kaiserlichen Worte verbürgte, besteht im Werfen von Brandraketen, welche bereits einige der bedeutendsten Fabriken eingeäschert, und die ungeschmälerte Aufrechterhaltung aller Errungenschaften, ebenfalls durch kaiserliches Wort verbürgt, hat sich vorläufig in die bekannten Windisch-Grätz'schen Bedingungen verwandelt, unter welchen die Suspendirung aller Journale, Auslieferung einiger Individuen 2c. die hervorragendsten Beweise für die Erfüllung des kaiserlichen Wortes sind. Die slawischen Centralblätter, welche früher am nachdrücklichsten die Flucht der czechischen Deputirten vertraten, gestehen es offen, „Feigheit und Lüge" hätten die Hand dabei im Spiele gehabt. Die Slowanska Lipa erklärte gestern per majora, daß sie mit dem Benehmen des Ausschusses in dieser Zeit unzufrieden wäre, und wollte ihn zur Abdankung zwingen, wenn er nicht vermittelnd zwischen den Kämpfern auftreten wolle. Der Deutsche Verein, der die Absendung einer Deputation im Namen aller deutschen Vereine schon früher beschlossen hatte, schloß sich auf Aufforderung der Slowanska Lipa einer Deputation aus ihrer Mitte an, und heute wirken die beiden Vereine dahin, daß auch die übrigen Körperschaften Prags durch Mitglieder aus ihrer Mitte die Deputation verstärken. Sie geht heute Abend nach Olmütz ab und wird sich auch nach Wien verfügen. Sie verlangt im Namen Böhmens: 1) Schonung Wiens, 2) Bedingungen, welche eine friedliche Beilegung der Sache möglich machen, 3) Beschränkung der Vollmachten von Windisch-Grätz.

Aus Krakau wird gemeldet, daß sich dort ein Freikorps von 6000 Mann gebildet habe, um sich gegen eine etwaige Besetzung der Stadt durch die Russen zu wehren.

D Berlin, 30. Okt. Heute früh wurden die Bürger Sennin aus Dresden und Silberstein aus Wien verhaftet. Als Grund der Verhaftung nimmt man die Reden an, die sie gestern aus Auftrag des demokratischen Kongresses bei der Volksversammlung hielten. Ein dritter Verhaftsbefehl ist gegen einen dritten Redner, Bracklow, erlassen. Der demokratische Kongreß beschloß sofort in seiner heutigen Sitzung eine Deputation an den Staatsanwalt Neumann, um Forschungen über die näheren Umstände anzustellen. Die Deputation brachte als Resultat, daß die Form bei der Verhaftung gewahrt sei, daß dieselbe jedoch leichtsinnig auf bloße Denunciation eines Polizisten Statt gefunden habe. Als Anklagepunkt darf man annehmen Versuch zu Hochverrath und Aufruhr. Der Kongreß beschloß ein Plakat an das Berliner Volk und eine Deputation an den Justizminister. Die Verhaftungen machen hier einen tiefen Eindruck. Die Reden der drei Bürger, gegen welche Verhaftbefehle erlassen sind, bieten durchaus keine Seite dar, um eine Verurtheilung nach preußischen Gesetzen fürchten zu müssen. Namentlich war Silbersteins Rede so langweilig, so rein theore-

*) Durch diese Meldung werden die obigen Nachrichten von dem siegreichen Vordringen der Kaiserlichen widerlegt. — Die Meldung ist aber um so wichtiger, als der geehrte Berichterstatter bis zum Augenblick seiner Abreise in Hitzing, wo sich auch das gesammte diplomatische Corps befindet, gewohnt hat, sich also in der nächsten Nähe des Schauplatzes befunden hat.

(D. R. d. A. O. Z.)

tisch, daß man schwer die Taktlosigkeit begreift, deshalb eine Anklage einzuleiten, die jedenfalls zum Nachtheil des Staatsanwalts ausfallen müßte. Nun kommt aber noch die Aufregung wegen der Wiener Ereignisse dazu; die schlesischen Zeitungen melden die löwenkühne Vertheidigung Wiens; alles Dieß muß in Berlin einen tiefen Eindruck machen, und es zeigt sich deutlich, der Funke der Revolution ist noch nicht erloschen.

Berlin, 30. Okt. Der demokratische Kongreß erläßt folgenden Aufruf für Wien: „An das deutsche Volk! Lange schmachvolle Jahre hindurch seufzte das deutsche Volk unter dem Joche der Gewaltherrschaft. Die blutigen Thaten Wiens und Berlins berechtigten zu der Hoffnung, daß seine Freiheit und Einheit mit einem Schlage zur Wahrheit werden würden. Teuflische Künste einer fluchwürdigen Reaktion traten dieser Entwickelung entgegen, das heldenmüthige Volk um die Früchte seiner großartigen Erhebung zu betrügen. Wien, ein Hauptbollwerk deutscher Freiheit, steht augenblicklich in der höchsten Gefahr. Aufgeopfert durch die Ränke einer noch immer mächtigen Kamarilla, sollte es aufs Neue den Fesseln einer Zwingherrschaft überliefert werden. Aber seine edle Bevölkerung erhob sich wie Ein Mann und steht den bewaffneten Horden seiner Unterdrücker todesmuthig entgegen. Die Sache Wiens ist die Sache Deutschlands, ist die Sache der Freiheit. Mit dem Falle Wiens wird die alte Willkührherrschaft mehr wie je ihr Bänner erheben, mit seinem Siege wird sie vernichtet seyn. An uns ist es, deutsche Mitbrüder, Wiens Freiheit nicht untergehen zu lassen, sie nicht dem Waffenglücke barbarischer Horden preiszugeben. Es ist die heiligste Pflicht der deutschen Regierungen, mit allem ihrem Einflusse der bedrängten Schwesterstadt zu Hilfe zu eilen; es ist zugleich aber die heiligste Pflicht des deutschen Volkes, im Interesse seiner Freiheit, im Interesse seiner Selbsterhaltung zur Rettung Wiens jedes Opfer zu bringen. Nimmer darf es die Schmach stumpfer Gleichgültigkeit auf sich laden, wo das Höchste, wo Alles auf dem Spiele steht. Wir fordern Euch daher auf, Mitbrüder! daß Ihr jeder nach seinen Kräften beitragt, Wien von dem Untergange zu retten. Was wir für Wien thun, thun wir für Deutschland. Helfet selbst! Die Männer, die ihr nach Frankfurt gesendet, um die Freiheit zu gründen, haben die Aufforderung, Wien zu helfen, mit Hohngelächter zurückgewiesen. An Euch ist es jetzt, zu handeln! Fordert Ihr es mit dem kräftigen und unwandelbaren Willen von Eueren Regierungen, daß sie sich Euerer Majorität unterwerfen und die deutsche Sache und die Sache der Freiheit in Wien retten. Eilt! Ihr seid die Macht, Euer Wille ist Gesetz! Auf! Ihr Männer der Freiheit, auf! in allen deutschen Landen und wo sonst der Gedanke der Freiheit und Humanität edle Herzen durchglüh! Auf, ehe es zu spät ist! Rettet die Freiheit Wiens, rettet die Freiheit Deutschlands. Die Gegenwart wird Euch bewundern, die Nachwelt mit unsterblichem Ruhm belohnen! Am 29. Oktober 1848. Der demokratische Kongreß in Berlin.

Kassel. Nach dem Frankfurter Journal soll der der Kammer vorzulegende Gesetzentwurf, welcher dem Kurfürsten den obersten Militärbefehl entzieht, zu so stürmischen Auftritten im Ministerium Veranlassung gegeben haben, daß die Minister mit Abdankung drohten. Jetzt erst gab der Kurfürst nach. Das Gesetz wegen Einführung der Civilehe ist von der Kammer ebenso wie ein anderes wegen Abänderung des Kriegswesens angenommen worden.

Donaueschingen, 29. Okt. Einem in Folge eines Reichskriegsministerialbeschlusses erlassenen Befehle des Kommandanten des 7ten und 8ten deutschen Armeekorps, des Prinzen Karl von Bayern gemäß, sind die Truppen des deutschen Armeekorps am Oberrhein in der letzten Woche aus ihren Kantonnirungen in der Gegend von Freiburg aufgebrochen, um an die Schweizergränze zu marschiren. Das Hauptquartier wird am 30. von Freiburg nach Donaueschingen, wo Graf Wilhelm von Württemberg, der württembergische Brigadegeneral, schon eingetroffen ist, verlegt werden. Durch die Württemberger, die den linken Flügel bilden, wird Konstanz, Stockach, Engen und Waldshut besetzt; mobile Kolonnen werden den Seekreis durchziehen. Die Uebergangspunkte über den Rhein werden bewacht, die ganze Schweizergränze durch starke Streifpartbien beobachtet werden. Ob eine Personensperre eintreten wird, ist noch ungewiß. Die Badener besetzen unter denselben Umständen wie die Württemberger den Rhein von Waldshut an aufwärts bis Schliengen. Es ist Befehl, daß alle noch im Seekreise sich befindenden österreichischen Truppen abgelöst werden und nach Bregenz zurückmarschiren sollen. (A. Z.)

F. Lippe-Detmold. Von hier aus schreibt man der Hann. Ztg.: Auf die hier verbreitete Kunde, daß man in Frankfurt jetzt ernstlich damit umgehe, das Fürstenthum Lippe zu mediatisiren und es einem größern Nachbarstaate, namentlich Hannover, zuzulegen, ist in diesen Tagen eine große Bewegung im Lande entstanden. Ueberall treten Volksversammlungen zusammen, in welchen Protestationen und Adressen an die deutsche National-Versammlung berathen werden. In wenigen Tagen werden aus allen Aemtern und Stadtbezirken diese Protestationen, welche von Haus zu Haus zur Unterschrift circuliren, nach Frankfurt abgehen.

Frankreich.

Paris, 29. Okt. Die mit der Revision des Prozesses der Juniusinsurgenten beschäftigte sogenannte Gnadencommission ist im Begriff eine zweite Namensliste zur Begnadigung vorzulegen, so daß die Zahl der Verbannten sich auf ungefähr 1700 beschränken wird. Zugleich wird die Dauer des Exils als Maximum auf zehn Jahre festgesetzt werden.

Italien.

Von den italienischen Blättern, die in den letzten Tagen wieder sehr unregelmäßig ankamen, erhalten wir so eben wieder einen ganzen Pack. Das Wichtigste aus ihnen betrifft Toscana. Obschon bis zum 25. Oktober noch keine amtliche Ankündigung über das neue Ministerium erschienen war, lief doch in den Blättern eine Liste des letzteren um, die alle Spuren der Glaubwürdigkeit an sich trägt. Nach ihr ist Montanelli Minister des Aeußeren, Guerrazzi, der republikanische Führer von Livorno, Minister des Innern, Aug. Adami der Finanzen und öffentlichen Arbeiten, Mariano d'Ayala des Krieges, Mazzoni der Justiz und der geistlichen Angelegenheiten, Franchini des öffentlichen Unterrichts und der Wohlthätigkeit. Von welchem Einfluß ein solches Ministerium auf die italienischen Angelegenheiten im Allgemeinen seyn würde, braucht man wohl nicht erst zu sagen. Auf den König von Neapel haben die Wiener Nachrichten wie niederschlagendes Pulver gewirkt: er will wieder liberal werden; er will die Nationalgarde wiederherstellen, in die italienische Ligue treten u. s. w. (D. Allg. Z.)

Die N. Zürich. Z. vom 31. schreibt nach amtlichen Berichten, die in Lugano eingetroffen seyn sollen, daß die Bewohner des lombardischen Intelvithales am 22. die dort befindlichen österreichischen Gendarmen u. s. w. entwaffnet haben, und hierauf von 400 am 25 in Argegno gelandeten Oesterreichern angegriffen worden seyen. Nach mehreren nichtamtlichen Berichten hätten sich die 400 Oesterreicher am 26. zurückziehen müssen. In Veltlin soll zwischen der aufgestandenen Bevölkerung und den Oesterreichern ein heftiger, noch unentschiedener Kampf stattfinden. Dieß ist wohl nur eine Wiederholung der Nachrichten, die unsere Churer Korrespondenz gebracht. Die neuesten Innsbrucker Blätter und unsre Botzener Korrespondenzen wissen nichts von diesen angeblichen Aufständen. Die neueste Basler Zeitung vom 30. Okt. aber sagt: „Die letzten Briefe aus Mailand melden, daß daselbst immerfort alles ruhig sey; in Chiavenna dagegen sey ein Versuch gemacht worden, die Republik zu proklamiren. Radetzky hat seine Maßregeln getroffen, um dieser Demonstration baldmöglichst ein Ziel zu setzen." (A. Z.)

Gedruckt — unter Verantwortlichkeit der Verleger — bei J. L. Stich.
Expedition S. 39 im Gasthof zum König Otto II. Etage.

Der freie Staatsbürger.

Erscheint täglich. Preis in ganz Bayern vierteljährlich 1 Fl. 30 Kr., halbjährlich 3 fl., jährlich 6 Fl.

Organ der Demokratie.

Inserate werden die dreispaltige Petitzeile zu 3 Kr. berechnet. Die Abonnenten haben für die Hälfte des Abonnementpreises Inserate frei.

Nr. 33. Nürnberg, Sonntag, den 5. November **1848.**

Einladung.

Es ist dem hiesigen und dem benachbarten Publikum, welches für die Beziehung der hiesigen Zeitungen nicht an die Post gebunden ist, neben den halben und vierteljährigen Bestellungen auch von uns der Vortheil des Monatsabonnements à 30 kr. per Monat, geboten, und wir laden deshalb beim Beginn des neuen Monats alle hiesigen und benachbarten Freunde der Demokratie, zur nachträglichen Bestellung unseres Blattes auf den laufenden Monat, oder auch auf die beiden Monate November und Dezember, hiemit ein.

Die Expedition des freien Staatsbürgers.
Winklerstraße S. Nro. 39. über 2 Stiegen.

Ansichten und Aussichten für Deutschlands politische Entwicklung.

Zweiter Artikel.

Die deutsche Freiheit und das Fürstenthum.

II (Schluß.) Diese treulose Versuche schadeten übrigens lange nichts, als die Stände noch Kraft genug besaßen die Fürsten zum Halten ihres Wortes zu zwingen. Dies war in den Zeiten des Mittelalters der Fall, wo die politisch bevorrechteten und auf den Landtagen repräsentirten Stände noch das Recht der Waffen hatten, wo stehende Heere noch nicht eingeführt waren, wo also die Fürsten die öffentliche Gewalt noch nicht so ganz in ihrer Hand hatten. Aber später, seit in dieser Beziehung eine wesentliche Veränderung vor sich gegangen war, konnten die Stände den Fürsten nicht mehr so viel Widerstand in ihren Versuchen, die Verfassungen zu verletzen, entgegensetzen. Da begann nun jenes heillose Spiel, in die klaren Worte der Gesetze einen anderen Sinn hineinzulegen und gerade das heraus zu erklären, was der Fürst haben wollte, jenes heillose Spiel der Intrigue, der Verführung, der Bestechung oder brutaler Gewalt, wie wir es ja auch in unseren Tagen kennen gelernt haben. Man bemühte sich zuvörderst, an den bestehenden Volksrechten und an den Befugnissen der Landstände so lange herumzuklauben, bis zuletzt nichts mehr, als eine leere Formalität übrig geblieben, an der dem Volke nichts gelegen sein konnte, oder, wo man sich stark genug glaubte, hob man die Verfassungen ganz auf, d. h. man rief die Landstände eben nicht mehr zusammen. Dafür erfand man den Begriff der Souveränität, den man dahin erklärte, daß der Fürst vermöge seiner Machtvollkommenheit eigentlich Alles thun dürfte was ihm beliebte. Auch in dieser Beziehung hat die französische Revolution, von deren Wirkungen Deutschland doch keineswegs frei geblieben, keine Veränderung hervorgebracht. Die deutschen Fürsten haben die Idee der Gleichheit nur in so ferne auf ihre Länder angewendet, als sie die Rechte einzelner Corporationen und Stände, die sich noch aus früheren Jahrhunderten herübergerettet, und in welcher sich immerhin noch ein politischer Moment gegenüber dem Fürsten zeigen konnte, aufheben, so daß alle gleich sein sollten in der Unfreiheit gegen den Monarchen. Aber in der That politisch freie Verfassungen zu geben, fiel ihnen nicht ein, sie versprachen sie nur nach gewohnter Weise, aber brachten sie nicht zur Ausführung. Beim Sturze Napoleons hoffte das deutsche Volk auch in dieser Hinsicht Außerordentenliches. Man weiß auch, wie damals ebenfalls die glänzendsten Versprechungen von unseren Fürsten gemacht wurden. Was sollte nicht Alles werden? Freiheit in Hülle und Fülle! Und was war das Ende vom Liede? Zuerst auf dem Wiener Congresse machten sie den außerordentlich lakonischen Artikel 13 der Bundesacte: „In allen Bundesstaaten wird eine landständische Verfassung statt finden;" worin die Rechte der Stände bestehen sollten, hüteten sie sich wohlweislich weiter auszuführen. Indeß konnte ja diese Kürze durch spätere Thaten wieder gut gemacht werden, zumal, da im Artikel 18 die Preßfreiheit bewilligt worden war. Aber schon im Jahre 1819 machten sie die Carlsbader Beschlüsse, in welchen sie unter anderen die Preßfreiheit aufhoben, weil der Artikel 18 der Bundesacte offenbar nichts anderes bedeute, als daß Censur eingeführt werden solle. Und auf welche schmähliche Weise wurde die Entwicklung unseres constitutionellen Lebens verkümmert! Einige Staaten hatten einen guten Anfang gemacht, nicht etwa aus gutem Willen der Regierungen, sondern durch allerlei Rücksichten bewogen, unter anderem deshalb, weil die kleineren deutschen Staaten von Preußen und Oesterreich gefressen zu werden fürchteten, wenn sie nicht durch Verleihung von Verfassungsurkunden die öffentliche Meinung für sich gewännen. Da aber verbürgen ihnen die größeren ein weiteres Fortvegetiren gegen das Versprechen, ihnen zur Unterdrückung der Freiheit mithelfen zu wollen; nicht genug! sie geben sich zu der erbärmlichen Rolle her, dreißig Jahre hinfort ein elendes Gaukelspiel mit der constitutionellen Monarchie zu treiben, so zu thun, als wollten sie freie Verfassungen, aber sie bei jedem wichtigen Punkte, wo sie aus dem Schein in die Wirklichkeit hinübertreten sollten, zu Boden schlagen. Aber vielleicht sind die Fürsten bei diesen ihren freiheitsmörderischen Bestrebungen nur übel berathen gewesen? Vielleicht haben sie in der That gemeint, nur das Beste des Volkes zu fördern? vielleicht hätten sie eine ganz andere Richtung eingeschlagen, wenn man diese ihnen nur gezeigt hatte? Das ist die alte Geschichte von den bösen Rathgebern, auf die man Alles wälzt, um die Fürsten selbst von Allem frei zu sprechen, und die man jetzt zur Genüge wiederum auftischt. Wie? ein Fürst, dem es in der That darum zu thun ist, seinem hohen Berufe zu genügen, der sollte nicht Mittel und Wege finden, um sich über die Lage des Landes, über die Bedürfnisse des Volkes zu belehren? Wer hindert ihn daran, unerkannt in seinem Lande herumzureisen, mit eigenen Augen zu sehen, mit eigenen Ohren zu hören? Wer hindert ihn daran, nur wahrhaftige und freisinnige Männer, die zugleich etwas verstehen, an die höchsten Stellen zu fördern? Aber ist so etwas in der Zeit von 1825 bis 1848 geschehen? Nein! Aber den Fürsten war es noch dazu äußerst bequem gemacht. Sie hatten nicht einmal nöthig, selber im Lande herum zu reisen und sich über die öffentliche Meinung zu unterrichten. Diese sprach in hundert Stimmen täglich zu ihnen. Die ganze Journalistik, mit Ausnahme der verkauften, trotzdem, daß ihr der Mund geknebelt war, sprach dennoch laut und unverhohlen genug aus, was noth thut. Und außerdem konnte man es wenigstens in einigen Ständeversammlungen vernehmen. Aber die liberale Journalistik wurde von unseren Regierungen die schlechte Presse genannt und deshalb verfolgt; die freisinnigen Kammermitglieder wur-

den Jakobiner titulirt, mit Hochverrathsprozessen beglückt, wenn man diese auftreiben konnte, oder sonst auf alle Weise chikanirt. Und nun, nachdem die Revolution von 1848 auf einmal an dem alten Plunder gerüttelt und zwar so mächtig, daß die Herren fürchteten, bei dieser Gelegenheit selber mit herunterzustürzen, nun nachdem sie wiederum zu „heiligen Versprechungen" ihre Zuflucht genommen, nun soll man auf einmal glauben, daß Freiheit und Fürstenthum unzertrennlich mit einander verbunden seien? Nein, so wenig wie die Fürsten aus reinem Herzen die Einheit wollen, so wenig wollen sie die Freiheit. Wollten sie diese, so hätten sie nicht das Volk diese 33 Jahre her so furchtbar tyrannisirt, so hätten sie nicht alle Freiheitsapostel so maßlos verfolgt, so hätten sie nicht die gegebenen wenigen Rechte mit Füßen getreten, so hätten sie den so oft und so klar ausgesprochen Wunsche des Volkes bereits zu einer Zeit nachgegeben, wo diese Nachgiebigkeit eine freiwillige war.

Deutschland.

* Nürnberg, 5. Nov. Wir konnten gestern nicht zweifeln, so schmerzlich es auch uns berührte, daß es Windischgrätz gelungen sey, das heldenmüthige Wien in seine Gewalt bekommen zu haben. Es ist faktisch, daß die tapfere Stadt ihre Kapitulation angekündigt und weiße Fahnen aufgesteckt hatte, in Folge dessen Windisch-Grätz seine Depeschen, offizielle Berichte an die verschiedenen Militärkommando's weitertelegraphirte. — Die Ankunft der Ungarn war ein ganz neues Ereigniß und entflammte die Wiener Bevölkerung, als Windisch-Grätz sich zur Besetzung der Stadt anschickte, zu neuem mörderischen Widerstande. — Es scheint sich nur zu sehr zu bestätigen, daß, nachdem die anrückenden Ungarn nach 4stündigem Kampfe von den Truppen Jellasich's zurückgedrängt wurden, Fürst Windisch-Grätz die Stadt mit grobem Geschütz beschießen ließ, seine Truppen in stetem Vordringen nach der inneren Stadt begriffen waren, so daß sich der Oberbefehlshaber berechtigt glaubte, nach Olmütz zu telegraphiren, daß er die Stadt noch am 31. besetzen werde. — Die Hoffnung der todesmuthigen Wiener beruht allein noch auf der Hilfe der Magyaren, wenn es sich herausstellt, daß die über Schwanfeld zurückgedrängten Truppen derselben nur den Vortrab der ungarischen Hilfsarmee bildeten. — Briefe und Zeitungen aus Wien sind auch heute ausgeblieben. Die neuesten Nachrichten vom blutigen Schauplatze bringen wir in Folgendem:

Prag, 31. Okt. Heute 6 Uhr 45 Minuten Abends erhielt ich vom Ministerpräsidenten Baron Wessenberg folgende telegraphische Depesche: „Die telegraphischen Nachrichten, die bis 31. d. Nachmittags 3 Uhr 40 Minuten in Olmütz einliefen, lauten dahin, daß Wien am 30. d. kapitulirte; diese Kapitulation wurde am 31. gebrochen, weil an diesem Tage um 9 Uhr früh die Ungarn bis Schwechat vordrangen. Sie wurden alsbald bis Schwadorf zurückgeworfen, die Vorstadt Wieden mit schwerem Geschütze beschossen, und der Feldmarschall meldet, daß er die Stadt noch am 31. d. besetzen werde." Vom k. k. böhm. Landespräsidium. Mecséry, k. k. Gub.-Vizepräsident.

Prag, 31. Okt. Wir machen auf den Widerspruch, in welchem die vorgedruckte telegr. Depeschen mit den nachstehenden Korrespondenzen aus Floridsdorf und Olmütz steht, aufmerksam. In der Depesche heißt es: am 31. 9 Uhr waren die Ungarn vorgedrungen und hatte Wien die Kapitulation gebrochen, welche am 31. bis 3 Uhr 40 Minuten nach Olmütz gelangten, während sowohl in unseren oben erwähnten Korrespondenzen von Floridsdorf 30. Abends 6 Uhr und Olmütz 31. Vormittags 11 Uhr diese Fakta bereits theilweise mitgetheilt wurden. Reisende, die heute Nachmittag halb 3 Uhr anlangten, und am 30. Abends Gänserndorf verließen, berichten bereits den Inhalt der neuesten, mehrere Stunden später angelangten Depesche.

Prag, 31. Okt. Gestern Abend angekommene Reisende versichern, daß die Uebergabe Wiens nicht zu Stande gekommen, sondern vielmehr der Kampf noch am 30. aufs Neue entbrannt sei. Um 9 Uhr früh am 30. sei allerdings mit Abtragen der Barrikaden an den Stadtthoren begonnen worden, plötzlich aber wurden rothe Fahnen ausgesteckt und die Verrammlungen wieder befestigt. Es hieß, die Ungarn kommen. Man gab die Stärke des ungarischen Heeres im Ganzen auf 18,000 Mann an, darunter 8000 Mann reguläre Truppen, 2 Husarenregimenter, das übrige Landsturm. Jellasich rückte der ungarischen Armee entgegen. Die Ungarn sollen bis hinter Schwadorf zurückgeschlagen worden seyn, und zur Sicherung ihres Rückzugs Schwechat in Brand gesetzt haben. (Pr. Bl.)

Die „Prager Ztg." sagt in einem vom 31. d. datirten Berichte: In und bei Wien soll es gestern zu einem neuen heftigen Kampfe gekommen sein. Die ungarische Armee 18,000 Mann stark, erschien Morgens bei Schwechat und wurde hier um 9 Uhr Morgens von den Truppen Jellasich's und — wie uns berichtet wird — von einem unserer Kürassierregimenter sogleich angegriffen. Die Schlacht war mörderisch und währte von 9 bis 1 Uhr. Die Ungarn wurden vollständig geschlagen, und haben, als sie den Rückzug antraten, Schwechat in Brand gesteckt. Als man in Wien von dem Anrücken der Ungarn hörte, sollen die Wiener die Kapitulation gebrochen und den Kampf von Neuem begonnen haben. Jedoch auch hier wurden unsere Truppen Herren des Platzes.

Ein Bericht in der Breslauer Zeitung erzählt: Wien sey von allen Seiten mächtig verbarrikadirt und halte sich tapfer. Die Kanonade dauerte noch am 29. Okt. mit kurzen Unterbrechungen fort; erst spät am Abende hörte dieselbe auf. Von dem Vorrücken der Ungarn sey nichts zu erfahren. Preßburg werde fortwährend befestigt und sey von bewaffneten Landleuten angefüllt. Moga stehe mit seinem Heere dem Jellasich gegenüber, auch Kossuth solle bereits in der Nähe von Wien seyn.

Ratibor vom 30. Okt. (Nachmittags). Von Prag heißt es, eilten die deutschen Bürger den Wienern zu Hülfe. — An eine eigentliche Eroberung Wiens sey noch nicht zu denken, und dieß um so weniger, als sich jetzt herausstellt, daß Wien noch wenigstens auf zwei Monate Proviant besitze. — Der große Verlust des Militärs in der Jägerzeil ist wiederholt bestätigt. Auf je einen gefallenen Bürger sollen 3 Mann Militär kommen. Dieß wurde dem Kaiser telegraphisch nach Olmütz gemeldet. Er soll mit der Strenge des Fürsten Windischgrätz, den er Milde anempfohlen, nicht izufrieden seyn. Pulver sey noch im Ueberfluß vorhanden, aber an Kugeln sey in Wien ein Mangel eingetreten, so daß man schon mit Steinen schieße. (Schl. Z.)

Brünn, 29 Okt. Schon Morgens umlagerten Massen von Menschen die Nationalgarde-Hauptwache. Ein Bahnangestellter kam heute von Wien und erzählte, daß Wien bombadirt werde, daß es an 11 Orten brenne, daß Windischgrätz schon an den Thoren Wiens klopfe. — Eine dumpfe Gährung verbreitet sich in der Stadt, — eine telegraphische Depesche, welche von Einstellung der Feindseligkeiten in Folge der Sendung unserer Deputation sprach — erklärte man als Lüge, Plakate vom Wiener demokratischen Verein forderten das Volk auf, sich zu erheben, um die Freiheit in Wien zu vertheidigen. — Nach 11 Uhr verbreitete sich die Nachricht in der Stadt, der Landsturm werde organisirt. Einige Leute erbrachen das Thurmthor an St. Jakob und stürmten von 11 bis 2 unausgesetzt, Allarm wurde in allen Straßen geschlagen. Eine Menge Volks umlagerte die Militärhauptwache, man haranguirte die Soldaten, warf die Deckel der Kanonen ab, bis eine Abtheilung der Nationalgarde die Militärhauptwache mit besetzte. Doch das Volk duldete dieß nicht und zwang die Nationalgarde, abzuziehen. In diesem Momente wälzen sich Massen von Militär aus der Renngasse, der Kommandirende Reuß an der Spitze; das Volk erhob ein fürchterliches Geheul und bat, das Militär abziehen zu lassen. Während der Zeit bewaffnete sich die Menge, größtentheils Proletarier mit Stecken und Latten und drängte das Militär, worauf nach vielem Bitten der Kommandirende das Militär abziehen ließ. Nun sammelten sich mehrere Arbeiter mit deutschen Fahnen vor Hauptwache der Nationalgarde, und beschloßen, nach Wien zu gehen. Die Stadt wurde etwas ruhiger. Jetzt sammeln sich die Arbeiter vor dem Rathhause und verlangen die Waffen der Polizei-Wache.

Prag, 31. Okt. Soeben bringen mit der Eisenbahn angekommene Reisende folgende wichtige Nachrichten: Die Unruhen in Brünn sind vollständig gedämpft. Die Nationalgarde hat sich in Verbindung mit dem Militär den durch Plakate des Wiener demokratischen Vereins aufgeregten Arbeitern entgegengestellt, es kam zum Straßenkampfe, wobei von der Feuerwaffe Gebrauch gemacht werden mußte, nachdem die Nationalgarde von Arbeitern durch Steinwürfe angegriffen worden war. Einige Arbeiter wurden verwundet, auch sollen einige getödtet worden seyn. (Pr. Bl.)

Olmütz, 31. Okt. Heute um 10 Uhr war die Audienz für die Deputirten aus Prag bestimmt, die sich daher bis zur bestimmten Stunde in die erzbischöfliche Residenz verfügte, wo der Kaiser wohnt. Aus auffallender Nichtachtung, oder gelinde gesagt, aus unbegreiflicher Nachläßigkeit geschah es, daß man die Deputation auf der Stiege warten ließ, endlich aber im Gange mit

dem Bescheide auf Nachmittag abfertigte. An wem immer die Schuld lag, ein solcher Fehler ist nie zu verbessern — er ist aber um so unverzeihlicher, da er gegen die Abgeordneten der zweiten Stadt des Reiches begangen worden ist, welche die Ansicht und den Willen der Gesammtbevölkerung ausgesprochen, indem sie Wien vor den Folgen einer unbeschränkten Militärherrschaft zu retten suchen. Die Deputation verfaßte alsogleich eine äußerst energische Beschwerdeschrift über diese verletzende und unwürdige Behandlung, um sie Minister Wessenberg zu überreichen und gegen ein solches Benehmen zu protestiren. — Soeben verbreitet sich aus glaubwürdigem Munde die Nachricht, es sey zwischen Windischgrätz und den Ungarn zur Schlacht gekommen, in welcher die Ungarn geschlagen und in's Wasser gedrängt worden seyen.

L Frankfurt, 31. Okt. (Das Programm des Reichsministeriums.) Eine leerere oder inhaltsschwerere Erklärung, wie man eben will, ist wohl noch von keinem Minister abgegeben worden, als gestern von Herrn v. Schmerling auf eine Interpellation Förster's von Hünfeld wegen des bereits beim Antritt des Ministeriums nach seiner Vervollständigung von demselben versprochenen Programms über die auswärtige Politik. Der Interpellant fügte dazu die Frage, ob das Ministerium nicht über seinen gesammten Geschäftskreis ein Programm zu erlassen gedenke. An das Wort Geschäftskreis, worunter der Interpellant wohl offenbar nicht die verschiedenen Schreibgeschäfte des hohen Ministeriums, sondern überhaupt die seine Gesammtthätigkeit nach Innen und Außen regelnden Grundsätze verstanden wissen wollte, hing sich nun die spitze Ironie des Ministerdiktators, indem er erklärte, er wisse nicht, was mit dem ganzen Geschäftskreis gemeint sein könne, der ja aus dem Gesetze vom 28. Juni und aus den Ueberschriften der einzelnen Ministerien deutlich hervorgehe. Und nun — versprochen sey allerdings ein Programm worden, das damals Zukünftige seitdem aber theilweise Vergangenes geworden und — das Programm unterdeß thatsächlich in's Leben getreten. Dieses thatsächlich in's Leben Getretene ist das Inhaltsreiche, Gewichtige der ministeriellen Erklärung und fordert zur Prüfung des „mancherlei Erfreulichen und Gedeihlichen auf, das bereits geleistet worden," da Hr. v. Schmerling die Unverantwortlichkeit wohl nicht so weit treiben wird, auch dem Urtheile der Nation gegenüber sich auf den Beschluß und das Vertrauensvotum einer Versammlung zu berufen, welche längst das Vertrauen des Volkes verloren hat, und fast nichts weiter mehr kann, als den leersten Worten der Herren Minister Beifall klatschen. Vor Allem drückt Herrn v. Schmerling immer der provisorische Zustand der Centralgewalt und findet er darin ganz eigenthümliche Schwierigkeiten, aus denen man mit dem Definitiven kommen werde. Nun, wir müssen gestehen, daß das Provisorium dem deutschen Volke bereits so Erfreuliches gebracht hat, daß es dem Definitivum, wenn dieß anders auch noch den Genannten am Ruder sehen wird, schwer werden dürfte, noch mehr zu leisten. „Die Verletzungen durch den Waffenstillstand hat das Ministerium ebenso lebhaft gefühlt, als die Versammlung und die Centralgewalt auf angemessene Modifikationen hingestrebt." Wir wissen bereits, wie bereitwillig sich die dänische Regierung dazu herbeigelassen hat; ihre Verfügung vom 4. Oktober, die Hinwegnahme mehrerer schleswig-holsteinischer Schiffe, ist das beste Zeichen. Nicht, daß dieß geschehen ist, fällt dem Reichsministerium zur Last, wohl aber, daß es geschehen konnte; denn es zeigt von der geringen Beachtung, welcher es sich von Seite Dänemark's zu erfreuen hat, und dieß gewiß nur von seiner Schwäche. Nun die Schleswiger haben eine Interims-Flagge erhalten, damit sie mit der Flagge eines Volkes von 40 Millionen nicht ferneren Ungelegenheiten von Seite eines Volkes von 1 Millionen ausgesetzt sind! Was übrigens die Ruhe, Ordnung und das Vertrauen, welche namentlich seit der Einsetzung einer „volksthümlichen" Regierung durch den Reichskommissär nach der Versicherung des Ministers in Schleswig-Holstein herrschen sollen, so hören wir, daß ein § der Bekanntmachung der gemeinsamen Regierung daselbst einen schmerzlichen Eindruck gemacht hat weil dadurch das Grundgesetz wieder in Frage gestellt wird; „dieser §. heißt es, ist nur das unvermeidliche Uebel der traurigen Lage, in die unser Staat Schleswig-Holstein versetzt worden ist. Die Unabhängigkeit und das Recht der Selbstkonstituirung Schleswig-Holstein's, das wir in den Sommertagen dieses Freiheitsjahres errungen glaubten, hat Ohnmacht und schwächliche Vermittelung des Herbstes wieder zweifelhafter Frage preisgegeben." Auch hat der dänische Kommissär wieder protestirt, und in solchen Protesten, Hin- und Herreisen, kurz, Halbheiten, dreht sich das Ganze herum — und dieß nennt man Ruhe, Ordnung, Vertrauen! Es muß allerdings ein sehr verblichenes, herbstliches sein! In der Thronrede bei Eröffnung des Reichstags spricht der König von Dänemark von „seiner und des Landes heiligen Sache, und hofft, daß mit Gottes Beistand bald eine bessere Zeit für das leitende, durch Gewalt und Zwist so hart heimgesuchte Vaterland anbrechen werde. Dieß ist wohl auch der Ausfluß einer täglich mehr wachsenden Hinneigung Dänemark's an Deutschland, von der neulich Herr Francke so beredt sprach! Noch hoffnungsvoller als der König äußerte sich Graf Moltke. „Auch in Betreff Italien's ist man unausgesetzt mit der Lösung der Aufgabe beschäftigt, den Frieden daselbst herzustellen." Hat Jemand etwas von einer derartigen Beschäftigung gehört oder gesehen? „Von Olmütz sind Berichte der Reichs-Kommissäre eingetroffen. Sie haben auf's Kräftigste das Vermittlungsgeschäft da begonnen, wo energische Maßregeln gegen den Aufstand in's Werk gesetzt werden." Das heißt, die Reichskommissäre haben sich nach alter guter Sitte an den Hof begeben, von wo aus allerdings in der Regel die Machinationen und Gewaltschritte gegen das Volk ergehen; den besseren alten Spruch aber: Audiatur et altera pars, d. h. Eines Manes Rede ist keine Rede, man muß sie hören alle beede", haben sie vergessen, und da, wo noch viel energischere Maßregeln gegen die Ränke einer treulosen Kamarilla und die willenlose Willkühr eines schwachen Herrschers getroffen sind, haben sie keine Lust verspürt, sich besondere Aufklärungen zu verschaffen, sonst hätten sie uns vielleicht gleichfalls mit der höchstwichtigen Entdeckung bereichern können, welche im Kopfe der Rechten unseres Parlamentes feststeht und spuckt, daß die ganze Wiener Bewegung nichts ist — als eine durch ungarisches Geld hervorgerufene Emeute! In der That, ich gebe eine Zeit noch nicht auf, wo schon ein so niedriger Hebel die schönsten Tugenden des Mannes: die Begeisterung und den Muth, für seine Freiheit und sein Recht zu kämpfen und zu sterben, soll hervorrufen können!? Im Ernste aber sage ich: wenn die deutschen wissenschaftlichen Männer den Verstand auch noch verlieren, was bleibt ihnen übrig? Aber die leidenschaftlichsten, alles Maß überschreitenden, das, worüber man immer heult und greint, erst hervorrufenden Manifeste, die Adresse des Banus Jellasich an die Slowanska Lipa und deren Antwort — nichts öffnet Leuten die Augen und Ohren, welche blind sein und nichts hören wollen, — sobald sie eine demokratische Beigabe wittern! Dieß sind die Männer des Volks! — „In Olmütz haben die Commissäre die „offenste und zuvorkommenste" Aufnahme bei Wessenberg gefunden", bei denselben Wessenberg, der sein greises Haupt mit der Contrasignatur eines Manifestes noch beflecken mußte, welches vom Geiste des Absolutismus übersprudelt und die eines Philipp II. würdige Sprache führt. Haben sie denn nichts erzählt von ihrem Empfange bei dem allmächtigen Windischgrätz, nichts berichtet, daß dieser sie sehr kurz abgefertigt und erklärt hat: innerhalb seiner Instruktionen kenne er keine Centralgewalt?! Diese neue, Deutschland angethane Schmach haben sie vor den Mauern des von ihnen flüchtig durcheilten, für die deutsche Sache in Waffen stehenden heldenmüthigen Wiens in ihre Reisetasche ruhig gesteckt? Und in der Abberuffung des Fürsten Windischgrätz sieht nun der Minister bereits eine Wirkung der eifrigen Thätigkeit der Commissäre? Wir aber sehen die Ursache des Zögerns eines doch in Prag sehr freigebig mit Kartätschen traktirenden Generals, der bis jetzt nichts weiter thun konnte, als grausam seyn und den Gegnern Wasser und Licht abschneiden (!), in dem freudigen Muthe und der Todesverachtung einer Stadt, deren beispielloser Heldenmuth die Bewunderung Aller erregen muß. — außer eines deutschen Reichsministeriums und einer deutschen Nationalversammlung, welche für dieselben nur Verdächtigungen, sinnlose Beschuldigungen und höhnisches Schweigen haben. Unsere Enkel vielleicht werden einst dieses Blatt der Geschichte aufschlagen, und Scham wird ihre Wangen färben, für welche wir keinen Raum mehr haben. — Dieß ist die deutsche Politik eines Ministeriums, das uns bei jeder Gelegenheit an den Kopf wirft, daß es die Reaktion, wenn sich Spuren derselben zeigen sollten (?), ebenso entschieden bekämpfen werde, als die Anarchie, — das auf eine formelle Anerkennung der Centralgewalt wenig Gewicht legend, sich mit der praktischen von Seite der Regierungen befriedigt erklärt, welche darin besteht, daß letztere ihre Unterstützung bereitwillig der Centralgewalt zu Gebote stellen, wo es Ein Ziel, Eine Absicht gilt, nämlich die Unterdrückung aller demokratischen Bestrebungen und Freiheitsregungen, während Unterhandlungen nöthi sind, sobald die Interessen nur etwas auseinander gehen. Vielleicht wird die Politik etwas deutscher, wenn der kroatisirte Reichstag in Kremsier die Erklärung der Slowanska Lipa thatsächlich näh

vor die bethörten Augen bringt: „daß Wien der Hauptsitz *der Feinde des Slaventhums* sey.“ Aus Limpurg erschallen die Klagen, daß es unter der rohen Militärwillkür der Holländer noch stärker seufzen, seitdem es seine Sympathie für Deutschland offen bekundet hat. Und was thut das *deutsche Ministerium*? — Dank der großartigen Politik des ersten deutschen Reichsministeriums! das in seinem lange unterdrückten Kraftgefühle erstandene deutsche Volk, das sich mit fester Hand die ewige Freiheit und des Menschen heiliges Recht da geholt, wo es Jahrhunderte lang in der Nacht der Despotie, der Willkür unter schmählichem Verschlusse gelegen, hat keinen Freund unter den Völkern, die seiner Erhebung zujauchzten; es hat sie von sich gestoßen — ja noch mehr! es hat nicht einmal Freunde unter den Hohen von Gottes Gnaden und muß seine Gesandten höhnen lassen von dem Generale eines deutschen Herrschers! Wer dieß nicht fühlt, wem dieß nicht das Blut in das Antlitz steigen läßt und die Hand sich krampfig zusammenziehen, der hat nie ein Herz gehabt für seines Volkes Ehre und Freiheit, der möge den Bedientenrock wieder anziehen, den seine Seele nie ausgezogen, aber es aufgeben, der Vertreter eines freien oder frei sein wollenden Volkes zu seyn! Als das Ministerium Schmerling bereits dem Gewichte seiner eigenen Unfähigkeit erlegen war, da erstand es durch ein unglückliches Ereigniß, dessen Entwicklung bald kein Geheimniß mehr seyn wird und mit dem man alle zufällig ziemlich zu gleicher Zeit stattfindenden Zuckungen eines unzufriedenen Volkes in Verbindung zu bringen wußte, zu neuem Leben und regierte fortan unter der Herrschaft der Furcht und des Schreckens! Und Schritte geschahen zu denen der alte Bundestag weder die Macht noch den Muth gehabt hätte. — So konnten wir die Erklärung des Ministeriums eine inhaltsschwere nennen, als sie sich auf ein *thatsächlich ins Leben getretenes Programm* berief. Es ist dem Urtheile der Geschichte verfallen. — Siegt die deutsche Volksbewegung in Wien, so gehört das Verdienst gewiß nicht dem Ministerium und einer Majorität, die es um jeden Preis zu stützen sucht; fällt Wien, um so sicherer hängt sich der Fluch an die Ferse jener.

D *Berlin*, 31. Okt. Der *Kongreß* hat gestern Abend seine Sitzungen geschlossen. Ueber die soziale Frage wurden bestimmte Beschlüsse nicht gefaßt, nur eine Reihe von Sätzen dem Zentralausschuß und den Vereinen zur Prüfung und Begutachtung anheim gegeben. Das Schicksal der zwei Gefangenen, an welchem der Kongreß nichts zu ändern vermag, wurde dem Zentralausschuß empfohlen, der sich verpflichtete, dafür auf's Beste zu sorgen. Reichenbach erklärte in der letzten Sitzung, daß er die Wahl in den Zentralausschuß annehme, obwohl er und d'Ester dadurch an Boden in der Kammer verlieren. Aus der gestrigen Sitzung sind zwei Redner, von Weitling und Grün, über die soziale Frage hervorzuheben, die eine genaue Bekanntschaft mit dieser wichtigsten Frage beurkundeten. Es ist nicht zu leugnen, daß eine gewisse Spaltung im Kongreß eingetreten war. Es war nicht bloß die Eitelkeit gewisser Persönlichkeiten, aus der diese Spaltung hervorging, es war ein tieferer Grund; es war der Gegensatz von der Gironde und dem Berg. Allein diese Spaltung hätte nimmer eintreten dürfen, so lange wir einem gemeinsamen Feind gegenüber stehen. — Der Geist der Revolution ist noch nicht erstorben. Auf dem Friedrichshain überzeugte ich mich davon an den entschlossenen Gesichtern, welche dorthin wallfahrten und die Inschriften der Gräber lesen. Ich überzeugte mich davon in den Klubs, wo man eine *Sturmpetition an die Versammlung für die Wiener* beschloß. Sie wird heute um 1 Uhr in feierlichem Zuge überreicht werden.

D *Berlin*, 31. Okt., Nachmittags 3 Uhr. Ein unabsehbarer Zug von Menschen bewegte sich heute um 1 Uhr vom Alexanderplatz nach dem Schauspielhause, wo die Nationalversammlung ihre Sitzungen hält, um die Petition für die Wiener zu übergeben. Die noch hier anwesenden Abgeordneten zum Demokratenkongresse, ihre rothen Karten an den Hüten, betheiligten sich dabei. Die Straßen, durch welche sich der Zug bewegte, wimmelte von Menschen. Man hörte charakteristische Aeußerungen. Diejenigen, welche glauben, die Revolution sei zu Ende, konnten hier enttäuscht werden. Der Gendarmenmarkt, wo das Schauspielhaus steht, war mit wohl 15,000 Menschen bedeckt, obwohl die Petition erst gestern Abends vom Bürgerverein beschlossen worden und somit nicht Zeit gewesen war, in der großen Stadt die Sache überall bekannt zu machen. Das Maschinenbauerkorps kam etwas später auf dem Platze an. Die Sitzung der Nationalversammlung war heute eine sehr merkwürdige gewesen. *Standesunterschiede und Standesvorrechte, der Adel, die Orden und Titel, sofern sie nicht an einem Amte hängen, wurden zum Theil in namentlicher Abstimmung abgeschafft.* Eine Deputation des Volkes, darin *Ruge*, übergab die Petition, welche sich d'Ester aneignete und heute Abend 5 Uhr wird die Interpellation über die Wiener Ereignisse und somit auch die Petition in der Kammer zur Verhandlung kommen. Diese Nachmittagssitzung, die um 5 Uhr beginnt, wird sehr interessant werden. Das Volk wird in Masse um das Schauspielhaus versammelt seyn, um das Resultat zu erfahren. Noch steht ein großer Theil des Volkes auf dem Platze und auf den Stufen. Redner sprechen zum Volke. Voraussichtlich wird ein Beschluß in schwacher Fassung durchgehen.

D *Berlin*, 31. Okt. Nachts 11 Uhr. (*Krawall.*) Die Wiener Ereignisse haben endlich ihren Rückschlag auf Berlin geäußert. Eine unermeßliche Volksmenge wogte heute Abend um das Schauspielhaus, in welchem die Vertreter des Volks über die in Wien bedrohte Volksfreiheit beriethen. Zwei Anträge waren gestellt, von Waldeck und Rodbertus. Der Eine wollte, daß sofort von Preußen unmittelbar den Wienern geholfen werde, der Andere schlug den Umweg über Frankfurt vor. Der letztere Weg erschien dem Volke natürlich als ein sehr verkehrter. Dieser aber hatte gerade eine Aussicht auf Durchgehn, und wirklich ging er um 10 Uhr Nachts durch. Das Volk hatte, durch Redner ermuntert, Deputationen in die Versammlung gesendet und die Ausgänge des Sitzungslokals besetzt. Es mochte herauswollen wer immer, er durfte nicht. Das souveräne Volk wies ihn unerbittlich zurück. Es fürchtete ohne Zweifel, die Versammlung möchte durch Entfernung vieler Mitglieder beschlußunfähig werden. Es war ein eigenthümlicher dem Fremden sehr interessanter Anblick, diese Tausende hin und her wogen zu sehen, überweht von rothen Fahnen, beleuchtet von brennenden Fackeln. Die Stimmung war eine sehr entschlossene, denn es fühlt hier Jedermann die unbedingte Nothwendigkeit einer neuen Revolution. Da rückte Bürgerwehr an und wollte die Ausgänge besetzen. Aber das war nicht so leicht. Mit vorgehaltenen Fackeln wurde sie zurückgedrängt. Dabei fraternisirte jedoch das Volk mit der Bürgerwehr; man konnte hören, wie man sich gegenseitig das zwecklose eines Kampfes gegen einander darlegte. Nur vereinzelte Rohheiten der Bürgerwehr kamen vor. Das Maschienenbauercorps rückte mit einer weißen Fahne, Frieden stiftend, heran; Einem derselben wurden von der Bürgerwehr zwei Finger abgehauen, die Fahne vernichtet. Das war ein unheilvoller Fehler, wenn er auch für den Augenblick ohne Folgen blieb. Es gelang der Bürgerwehr, die in starken Colonnen heranzog, die Abgeordneten ungefährdet aus dem Hause zu bringen. Aber noch wogt das Volk auf dem Platz, und eben ertönt wieder das Allarmzeichen. Hoffentlich wird es zu einem Conflikte heute nicht kommen. Kundige Männer aber versichern, daß der heutige Tag den Anfang zu einer ernsteren Bewegung bilden werde.

D *Berlin*, 1. Nov. Die Nacht verging ruhig. Man sagte heute, einer der Verwundeten Maschinenbauarbeiter sey in der Nacht gestorben. Dieß ist, wie wir erfahren, unrichtig. Thatsache ist dagegen, daß die Maschinenbauarbeiter heute nicht arbeiten. Indessen glaubt man nicht, daß heute die Unruhen sich wiederholen werden. Es fehlt der Feind, gegen den die Aufregung sich richten könnte. Bald werden und müssen Conflikte zwischen der Krone und der Versammlung eintreten, und dann wird Berlin eine Revolution machen, wie Deutschland Aehnliches noch nicht gesehen. Schon jetzt ist, ruhig betrachtet, das Votum der gestrigen Sitzung ein außerordentlich wichtiges. Es ist nichts geringeres als ein Mißtrauensvotum gegegen die Centralgewalt, die auch von Rodbertus, Berg u. s. w. im Grunde mehr angegriffen wurde als selbst von Waldeck und seinen Freunden. Das Ministerium ist in unvollständiger Desorganisation. Während Pfuel für den Antrag Rodbertus stimmte, sprach Bonin von den „anarchischen“ Zuständen Wiens. — Der demokratische Klub hat so eben ein Plakat angeklebt, in welchem er auffordert, mit dem Beschluß der Versammlung sich nicht zufrieden zu erklären.

Lemberg, 26. Okt. In der Stadt herrscht große Aufregung, was möglicher Weise dazu benützt werden wird, um die Russen ins Land zu bringen. — Dwernicki ist an der Spitze von 8000 Mann Soldaten, die zum größten Theil aus der österreichischen Armee desertirt sind, den Ungarn zu Hülfe geeilt.

Gedruckt — unter Verantwortlichkeit der Verleger — bei J. L. Stich.
Expedition S. 39 im Gasthof zum König Otto II. Etage.

Der freie Staatsbürger.

Erscheint täglich. Preis in ganz Bayern vierteljährlich 1 Fl. 30 Kr., halbjährlich 3 fl., jährlich 6 Fl.

Organ der Demokratie.

Inserate werden die dreispaltige Petitzeile zu 3 Kr. berechnet. Die Abonnenten haben für die Hälfte des Abonnementpreises Inserate frei.

Nr. 34. Nürnberg, Montag, den 6. November 1848.

Deutschland.

I. **Frankfurt**, 2. Nov. Auch die schwarzgelben Abgeordneten Oesterreichs zur hiesigen Nationalversammlung haben eine Erklärung an ihre Wähler ergehen lassen, worin sie in den von der Nationalversammlung angenommenen §§. 2 und 3. die Trennung Oesterreichs als Gesammtstaat und seine Vernichtung erblicken wollen. **Deutschlands Zukunft beruhe auf Oesterreich.** Sie sprechen von dem lebhaftesten Bestreben für die engste Verbindung Oesterreichs mit Deutschland, für eine beiden gemeinschaftliche Politik, eine einheitliche Leitung aller ihrer materiellen und geistigen Interessen im vollsten Maaße, (hohle und lächerliche Phrasen), der deutsche Standpunkt, ist aber gänzlich verlassen, und nach diesem Schritte und Proteste werden doch wohl die in eine **deutsche** Nationalversammlung gewählten soviel Ehre im Leibe haben, aus dieser Versammlung auszuscheiden, und sich zu den Fahnenträgern des österreich-slavischen Gesammtstaates, Windischgrätz und Jellasich begeben, zumal da diese — Dank dem Verlassen Deutschlands! — über Deutschlands schönste, größte und heldenmüthigste Stadt den blutigen Sieg davongetragen zu haben scheinen. Unter den Unterschriften befinden sich bekannte Schwarzgelbe, v. Mayern, v. Mühlfeld, Pretis, Sommaruga, Beda Weber und Andere.

Breslau, 31. Okt. [**Die neuesten Nachrichten aus dem Kaiserstaate**] basiren sich auch heut zum größten Theil auf Mittheilungen von Reisenden, welche mit dem heutigen Nachmittagszuge der oberschlesischen Eisenbahn hier eintrafen: Wir schicken voraus, daß alle Nachrichten in gewissen Punkten übereinstimmen, und zwar in den zwei folgenden: **Die Ungarn sind gestern vor Wien angelangt und ein Treffen zwischen ihnen und den Kaiserlichen hat stattgefunden. Es sind in Betreff der Ergebung Wiens Unterhandlungen gepflogen worden.** Ueber das Resultat des Kampfes aber, sowie über den Erfolg der Unterhandlungen stehen die Berichte in diametralem Widerspruche. Indem nämlich die Einen behaupten: die Ungarn seyen geschlagen und in die Donau geworfen worden, und Windischgrätz die Unterwerfung Wiens bereits nach Ollmütz telegraphirt habe, bleiben die Anderen dabei stehen, daß die Ungarn gesiegt haben und Wien an Unterwerfung nicht denke. In wieweit der Widerspruch zu erklären, wird sich aus den jetzt folgenden Berichten selbst vielleicht erklären: 1) Mittheilung eines Reisenden, welcher aus Italien kommend, sich am Sonntage und gestern in der Nähe Wiens befunden hat. Schon vier Stationen vor Wien sah der Reisende (am Sonntag den 29.) den Gloggnitzer Bahnhof brennen; das Bombardement währte den ganzen Tag, obwohl es am Nachmittage einigermaßen nachließ. Montag den 30. schwieg das Feuer; die Kaiserlichen erzählten, daß sämmtliche Vorstädte sich in ihrem Besitze befänden und vom Stephansthurme die weiße Fahne wehe. Windischgrätz telegraphirte hierauf nach Ollmütz (s. weiter unten), daß er noch am selben Tage an der Spitze seiner Truppen in Wien einzurücken denke. Während eine Deputation bei ihm war, um wegen der Uebergabe zu verhandeln, wurde vom Stephansthurme durch Raketen die Ankunft der Ungarn signalisirt. Windischgrätz jedoch, nicht nur von der Ankunft, sondern auch über die Stärke der Ungarn unterrichtet, welche 20,000 Mann, darunter 7000 Sensenmänner, stark sein sollten, schickte ihnen die doppelte Anzahl entgegen. Die Heere trafen zwischen 1—3 Uhr Nachmittags bei Schwechat zusammen. Die Schlachtordnung der Oesterreicher war hufeisenförmig. Beim Beginne des Kampfes ging das ungarische Husaren-Regiment Lichtenstein zu den Kaiserlichen über und dieselben erfochten einen vollständigen Sieg, indem sie die Ungarn theils niedermachten, theils in die Donau warfen. Bei der Nachricht von der Ankunft der Ungarn hatte jedoch die schon eingenommene Vorstadt **Wieden** auf's Neue die Waffen ergriffen; jeder, der dies nicht thun wollte, wurde niedergemacht — und eröffneten 26 Bataillone Nationalgarden den Kampf; Nachmittags 4 Uhr wurde Wieden von drei Seiten angegriffen, jedoch um 7 Uhr Abends verstummten die Geschütze und ein in Florisdorf ankommender österreichischer Offizier deutete dies als Zeichen der Uebergabe. Wieden sah man in hellen Flammen stehen. Die Gesandten befinden sich in Spitz bei Florisdorf. Das Kärthnerthor und das Schottenthor war gestern zur Kommunikation wieder geöffnet. — Ein anderer Reisender, welcher den vorigen begleitet hatte, berichtete so ziemlich dasselbe. Die Ungarn sollen sich mit dem Ueberrest ihrer Truppen nach dem Prater geworfen haben. Windischgrätz läßt jeden übergegangenen Militär, der ihm wieder in die Hände fällt, erschießen, gestern wurden allein 17 erschossen. Im Widerspruche mit den obigen Angaben erhalten wir endlich aus glaubhafter Quelle den nachstehenden Bericht, welcher um so wichtiger, da er zugleich die Widersprüche erklärt, welche er anregt. Der Bericht lautet: Durch den Aufstand der Arbeiter in Brünn fand sich der Magistrat von Brünn veranlaßt, eine Deputation von 5 Personen an den Kaiser zu senden, um eine gütliche Ausgleichung der Wiener Ereignisse zu vermitteln. Der Kaiser wies sie ab, trotzdem haben sie noch eine Audienz nachgesucht und erhalten, worin ihnen der Kaiser ein Handbillet an den Fürsten Windischgrätz übergab, durch welches er denselben auffordert, sich der Brünner Deputation als Vermittler zu bedienen. Montag den 30sten um 11 Uhr Vormittag, langte die Deputation mittels eines Extrazuges in Wien an. Auf der Jägerzeile am Nadasdy'schen Hause gegenüber dem St. Genois'schen Palais (927), wären in zwei Linien 80 Mann Grenadiere aufgestellt. Unter ihrem Schutze gleichsam unterhandelte Windischgrätz mit den Brünner Deputirten, welche den Schein annahmen, als wären sie von der Stadt Wien bevollmächtigt. Sie machten dem Fürsten im Namen der Wiener bereits das Zugeständniß der völligen Entwaffnung Wiens. Um 12¼ Uhr ließ daher Windischgrätz nach allen Richtungen folgende Depesche telegraphiren: „**Wien ergibt sich noch heute unbedingt, meine Truppen ziehen noch heute in die Stadt.**“ Diese Depesche wurde durch Couriere von Prerau aus sofort nach allen Richtungen, Lemberg, Krakau ꝛc. gesandt, da man sich dort von Unruhen in Lemberg erzählte. Da fiel um 1 Uhr von der aus den Billards des Stierbock's Kaffeehaus errichteten Barrikade ein Schuß, dem vom rothen Thurmthore her, ein so heftiges Feuer folgte, daß alle aufgestellten Grenadiere, 80 an der Zahl, gefallen seyn sollen. Da mit den Wienern eine Waffenruhe bis 2 Uhr verabredet worden war, so sah Windischgrätz dieß als einen Bruch des Waffenstillstands an und erbittert darüber, ließ er um 1 Uhr von der Anhöhe, auf welcher er das schwere Belagerungsgeschütz postirt hatte, das Bombardement anfangen. In Wien war von einer Brünner Deputation nichts bekannt. Das Bombardement dauerte unaufhörlich bis 2½ Uhr, dann ließ es nach, und man sah, daß die Truppen des Windischgrätz sich nach dem Belvedere zu hinaufzogen. Um 3 Uhr wurde vom Stephansthurm dem Commandant Messenhauser berichtet, daß auf dem rechten Flügel des Jellasich eine retrograde Bewegung sichtbar werde. Der Kanonendonner schwieg; Windischgrätz zog seine Truppen nach dem rechten Flügel. In der vierten Stunde macht Messenhauser den Wienern durch geschriebene Plakate bekannt, daß die Ungarn 84,000 Mann, im Anzuge seyen, 18,000 Mann von ihnen schon unterhalb dem Belvedere, zwischen dem linken Flügel des Windischgrätz und dem rechten des Jellasich einrücken. Die Ungarn rückten in breiter Colonne wirklich in dieser Art vor und theilten sich nach rechts und links, einerseits Windischgrätz, andererseits Jellasich angreifend. Von vorn durch den stark besetzten Schwarzenberger Garten und das Belvedere von hinten durch den Nachtrab von 66,000 Mann geschützt. Kossuth soll selbst darunter gewesen sein. Um 1 Uhr Nachts 30.—31. Oktober. (heute früh) langte in Prerau folgend

telegraphische Depesche an: „Die Wiener haben sich nicht ergeben; die Ungarn haben, 18,000 Mann stark, den Unsrigen ein Gefecht geliefert, dessen Resultat unbedeutend ist.“ Es erfolgten hierauf mehrere Marsch-Ordres an die an der Eisenbahn stationirten Truppen: „mit Zurücklassung von Sicherheits-Pikets alle übrigen Truppen nach Brünn zu dirigiren.“

Ratibor, 31. Okt. Nachdem Fürst Windisch-Grätz gestern Nachmittag um 3 Uhr zur Abhaltung des von Brünn aus aufgebrochenen Landsturmes die telegraphische Depesche: „Wien unterwirft sich heute (30.) unbedingt“ abgefertigt hatte, und während die vom Kaiser mit Vermittlungsanträgen zurückgekehrte Brünner Deputation bei Windischgrätz angelangt war, um Unterhandlungen zwischen ihm und den Wienern anzuknüpfen, wurde auf dem Stephansthurme in Wien plötzlich wieder um halb 3 Uhr die deutsche Fahne statt der weißen aufgezogen, und der Kampf begann von Neuem. Die Veranlassung dazu soll ein von den Ungarn unternommener Angriff auf die Kroaten gewesen seyn, bei welchem die Ersteren, 18,500 Mann stark, zuerst geworfen wurden. Als Dies vom Stephansthurme aus bemerkt wurde, fielen von der Stadt aus Schüsse in's feindliche Lager, wodurch die Ungarn wieder Luft bekamen, die Kroaten heftiger angriffen und 6000 von ihnen in die Donau trieben. Am 29. gelang es den Wienern mit Hülfe eines Vorpostengefechtes, bei welchem 200 Mann der k. k. Truppen blieben, 25,000 Ztr. Mehl in die Stadt zu bringen. Die nächste Nacht soll, wie allgemein von den Reisenden erzählt wird, die Entscheidung bringen, weil um diese Zeit erst das ungarische Hauptheer anlangt.

Das Militär an der Linie über Prerau hinaus wird gegen Brünn zusammengezogen, wo die bewaffneten Arbeiter die Nationalgarde, die im Ganzen schwarzgelb seyn soll, entwaffnen wollten, weil sie sich weigerte, Wien zu Hülfe zu eilen. (Allg. O.-Z.)

Eine außerordentliche Beilage der Allgemeinen Ztg. besagt: Salzburg, 2. Nov. Soeben erzählt ein aus dem Hauptquartier Hetzendorf angelangte Kondukteur, und gleichlautend mit seiner Aussage ein eben daher kommender Reisender, daß Wien nicht in den Händen Windisch-Grätz's sei. Die gestern angelangte Depesche sei zwar richtig, nur hätten die Truppen Wien noch nicht besetzen können, indem sogleich nach Abgang der unterhandelnden Wiener Deputation aus dem Hauptquartier die Ungarn, beiläufig 10,000 bis 14,000 Mann stark, bei Schwadorf die Belagerungstruppen angegriffen haben. Sogleich wurden 33 Schwadronen unter dem Kommando des Fürsten Liechtenstein und einem Theile der Armee des Feldmarschallieutenants Jellasich der ungarischen Heeresabtheilung, die bis Stir-Neusiedl vorgedrungen, entgegengesandt und sofort entspann sich nach dieser Seite hin ein heftiger Kampf, der unter den Wolken des Kanonenfeuers nicht weiter von Hetzendorf aus beobachtet werden konnte. Bei Abgang der Reisenden aus Hetzendorf, Abends des 30. Okt., war kein weiteres Resultat zu erfahren, als daß noch ein Corps dem Fürsten Liechtenstein als Succurs nachgesandt werden sollte. Von den Wiener Vorstädten waren nur die gestern genannten vier in den Händen der Armee und der Kanonendonner zwischen der Stadt Wien und dem Belagerungscorps dauerte bis Abends 10 Uhr fort. Ob nun nach diesem neuen Zwischenfall die Wiener einen Ausfall machten oder die Kapitulation ausführten, ist noch nicht bekannt.

Eben erhalten wir noch ein Schreiben von unserm Korrespondenten aus Baden bei Wien vom 30. Oktober Nachmittags. Die Nachricht von der unbedingten Ergebung Wiens, d. h. von dem wiederhergestellten Frieden, war dort mit ungeheuerem Jubel aufgenommen worden. Ein Eisenbahnzug, mit weißen Flaggen geschmückt, hatte sie gebracht. Aber man wußte zugleich, daß die Ungarn — angeblich 30,000 Mann stark — vorgerückt waren, und daß Fürst Windisch-Grätz ihnen die ganze Reserve vom Wiener Berge entgegengeschickt hatte. Diese Reserve mußte also geschlagen worden seyn, wenn der Salzburger Bericht sich erwahren sollte.

Prag, 1. Nov. Vom mährischen k. k. Gubernial-Vizepräsidenten Grafen Lažansky ist mir um 5 Uhr Nachmittags aus Olmütz folgende telegraphische Depesche zugekommen:

„Eben langte vom General Ramberg an den Minister Wessenberg folgende Depesche an: Ich lasse soeben die Versammlung des rothen Thurmthores wegräumen und werde binnen einer halben Stunde die rothe Thurm- und Dominikanerbastei mit Infanterie und Geschütz besetzt haben. Widerstand findet durchaus keiner statt, das Proletariat und Studenten erscheinen nirgends; die feindlichen Geschütze werden eben von den Wällen in das Zeughaus abgeführt, ein großer Haufe niedergelegter Waffen liegt bei der rothen Thurmthor-Wache aufgeschichtet. In der Burg im Naturalien-Cabinet und Bibliothek hat der Brand keine Verheerungen von Bedeutung angerichtet. Die Salzgries-Kaserne, k. k. Zeughaus in der Renngasse und das Kriegsgebäude nebst den Wällen und Thoren von der Burg sind von uns besetzt. Sämmtliche Vorstädte sind besetzt und werden entwaffnet. Es herrscht volle Ruhe, die Entwaffnung in der Stadt beginnt. Vom k. k. Landes-Präsidium. Mecséry, k. k. Gubernial-Vice-Präsident.

D Berlin, 2. Nov. Abends. Wenn nicht alle Zeichen trügen, so naht die Entscheidung furchtbar rasch heran. Das Ministerium Pfuel ist nicht mehr. Ein Ministerium Brandenburg ist angekündigt. Sie sehen dieß aus den Berichten der Zeitungshalle. Auch was die Versammlung darauf beschlossen hat, sehen Sie daraus. Der Minister Eichmann kündigt der Requisition von Militär an, in Bezug auf die vorgestrigen Zusammenläufe. Den Muth zu allen diesen Schritten schöpft die Kamarilla aus der Nachricht, daß Wien nach einem furchtbaren Blutbade kapitulirt habe. Neuere Nachrichten vom Anrücken der Ungarn lassen gleich wohl noch eine schwache Hoffnung für das edle und unglückliche Wien dämmern. Das sind die Könige von Gottes Gnaden! Ihre Hauptstädte schießen sie zusammen und hetzen entmenschte Barbarenhorden gegen ihre „Unterthanen!“ Nun soll es an Berlin gehen. Nun wohl, die Berliner wird man gerüstet finden. Es ist in Berlin ein anderer Fall. Die Provinzen werden nicht dulden, was die österreichischen Provinzen duldeten; ganz Deutschland wird es nicht dulden, denn mehr als in Wien wird in Berlin die Sache der deutschen Freiheit entschieden. Würde auch Berlin fallen, dann wehe Deutschland! Aber es ist unmöglich.

D Berlin, 2. Nov. Es hat sich leider bestätigt, daß der durch einen Stich in den Leib verwundete Maschinenbauarbeiter noch in derselben Nacht gestorben ist. Die Entrüstung über diese That, die ein „Mord“ genannt werden muß, ist allgemein, nicht bloß unter den Arbeitern, sondern auch unter der Bürgerwehr selbst. Die That fällt einem Hauptmann Wolff zur Last, der sich schon durch mehrere Brutalitäten auf eine traurige Weise bemerklich gemacht hat. Vorläufig scheint die Sache zwischen Maschinenbauern und Bürgerwehr dahin ausgeglichen, daß diese die Kosten, die aus der That erwachsen, trägt, vorbehaltlich der gerichtlichen Untersuchung gegen den Urheber. Man erfährt über den vorgestrigen Abend noch verschiedene charakteristische Details. Selbst die Mitglieder der Linken ließ das Volk nicht aus dem Hause; nicht einmal Berends vermochte die Aufgeregten zu beschwichtigen. Mehrere Herren der Rechten sollen zuletzt rothe Kokarden auf die Hüte gesteckt haben, um sich möglichen Insulten auf den Straßen dadurch zu entziehen. Die Demokraten konnten, mit ihren rothen Karten, überall durch, waren überall auf's Freundlichste aufgenommen. Der Ministerpräsident Pfuel war den größten Theil der Nacht hindurch in der Wohnung des Abg. Jung; erst gegen 3 Uhr Morgens wagte er sich in seine Wohnung. Es war beim Volke viel von „Hängen“ die Rede; man will sogar Stricke gesehen haben, die man schon in Bereitschaft hielt. Man darf indessen bezweifeln, ob diese Stricke, wenn sie vorhanden, für Pfuel bestimmt waren; Pfuel hat sich bei seinen politischen Gegnern Achtung erworben; man ist von seiner Ehrlichkeit überzeugt. Er hat gestern wieder einmal seine Abdankung eingegeben. Man lasse sich in der Provinz nicht täuschen über die preuß. Zustände. **Eine neue Revolution in Berlin ist unvermeidlich.** Sie **wird** und **muß** kommen. Sie **kann** plötzlich kommen. Anlaß zu dieser neuen Revolution muß aber ein Konflikt zwischen Krone und Nationalversammlung sein. Zu einem solchen Konflikte liefert jede neue Sitzung der Nationalversammlung Anlässe in Menge. Wie kann man sich z. B. einen preußischen König, einen König, der erst vor 14 Tagen so viel Gewicht auf sein „von Gottes Gnaden“ legte, ohne die Befugniß denken, Orden zu verleihen und Geheimeräthe zu ernennen? Dieß ist absolut undenkbar. Und doch liegt der Beschluß der Versammlung vor und die Versammlung wird auf ihrem Beschluß beharren, den der König nicht ratifiziren wird. Solche Anlässe sind in Menge da. Kommt es aber zum Konflikt zwischen Krone und Versammlung, dann wird Berlin eine Revolution machen, die diesen Namen auch verdient, eine gründliche, eine radikale Revolution, und das übrige Deutschland wird nachfolgen, trotz aller Reichstruppen und Frankfurter Central-Gendarmen.

Gedruckt — unter Verantwortlichkeit der Verleger — bei J. L. Stich.
Expedition S. 39 im Gasthof zum König Otto II. Etage.

Der freie Staatsbürger.

Erscheint täglich. Preis in ganz Bayern vierteljährlich 1 fl. 30 Kr., halbjährlich 3 fl., jährlich 6 fl.

Organ der Demokratie.

Inserate werden die dreispaltige Petitzeile zu 3 Kr. berechnet. Die Abonnenten haben für die Hälfte des Abonnementpreises Inserate frei.

Nr. 35. Nürnberg, Dienstag, den 7. November **1848.**

Ansichten und Aussichten für Deutschlands politische Entwicklung.

Dritter Artikel.

Die Revolution von 1848 und die Taktik der Parteien

II In unseren zwei ersten Artikeln haben wir gesehen, daß das deutsche Fürstenthum ein Feind unserer Einheit sowohl, als unserer Freiheit ist, und daß also eine Umgestaltung unseres gesammten politischen Zustandes, in so ferne dieselbe auf jenen zwei Grundlagen beruhen soll, wohl schwerlich zu Stande kommen und auf die Dauer bestehen kann, so lange unser Fürstenthum existirt. Eine Beseitigung desselben, auf die eine oder die andere Weise muß erst Jedem, welcher wirklich ein einiges, großes, freies und mächtiges Deutschland will, als überaus wünschenswerth erscheinen. Denn man mag sich stellen, wie man will, die Haupthindernisse für unsere künftige politische Entwicklung als einiger Staat und als freier Staat liegen in nichts Anderem, als in unserem Fürstenthum. Diese Ansichten sind nicht etwa blos Resultate der Revolution von 1848. Sie sind längst vor derselben vorhanden gewesen, zunächst allerdings in den Köpfen derjenigen, die sich vorzugsweise mit Politik beschäftigt und über die Zukunft des Vaterlandes ernstlich nachgedacht haben, insbesondere mußten sie sich Jedem aufdringen, welcher nur einigermassen die deutsche Geschichte kannte. Aber selbst in weiteren Kreisen, unter dem sogenannten großen Publikum hatten diese Ansichten Wurzeln gefaßt, nur waren sie daselbst nicht zu voller Klarheit durchgebildet, sondern sie erschienen nur als dunkle Ahnung, als unbestimmtes Gefühl. Daß dies aber der Fall gewesen, konnte man besonders aus der Gleichgültigkeit erkennen, mit welcher man fürstliche Personen betrachtete, aus dem Indifferentismus bei Geburts- und Namenstagen, so aus dem unverholenen Ingrimm, mit welchem hie und da des Landesfürsten gedacht ward. Und gleichsam, als müßte es so sein, befanden sich in den letzten Jahren fast lauter Individuen auf den Thronen, deren Persönlichkeit, bei dem Fürsten immer von großer Bedeutung, nicht nur nichts Gewinnendes an sich hatte, sondern Anlaß genug entweder zum Spotte, oder zum Hasse gab. Hier Einer, der sich dem Trunke ergibt und zugleich ein Comödiant, dort ein dummer Teufel, hier Einer, dessen liebstes Geschäft darin bestand, seine Untergebenen zu quälen, und die Verfassung mit Füßen zu treten, dort Einer, der obwohl schon in grauen Haaren, doch mit Tänzerinen zu allgemeinem Scandal Buhlerei treibt, hier Einer der Kornwucher übt, und seine Unterthanen, wenn sie sich dem widersetzen, zusammenschießen läßt, dort ein frommer Betbruder, der mit sich anfangen läßt, was man will. Genug, das deutsche Fürstenthum war ohngefähr in das Stadium getreten, in welches es sich in Frankreich zur Zeit Ludwigs XV und XVI unmittelbar vor dem Ausbruche der Revolution befand, d. h. es war nachgerade verächtlich geworden, es war zu einem Gegenstande des Scandales herabgesunken. Die Revolution fand daher einen durchaus vorbereiteten Boden, und daraus sind denn auch die ersten glücklichen Erfolge der Revolution zu erklären, welche mit einer beispiellosen Schnelligkeit mit Einem Male uns Freiheiten und Rechte verschafft, von denen es seit 33 Jahren immer hieß, wir seien noch nicht reif dazu. Von diesen ersten Erfolgen der Revolution auf den ferneren Fortgang derselben schließend, mußte man zu der Ueberzeugung gelangen, daß es mit dem Fürstenthum nicht lange mehr dauern könne. Diese Ueberzeugung hegten nicht nur diejenigen, welche von jeher die Dinge mit vorurtheilsfreien Blicken betrachtet hatten, sondern sie wurde auch von solchen getheilt, welche aufgewachsen in der Theorie der constitutionellen Monarchie diese Verfassungsform für die beste hielten. Wir erinnern uns noch recht gut, mit welcher Freude ein großer Kreis von Männern, der aus Anhängern der verschiedensten Theorien bestand, das Gerücht von der Verjagung des Kurfürsten von Hessen, des Herzogs von Nassau, und später von dem Untergang des Königs von Preußen aufnahm. Wir erinnern uns noch sehr gut, wie selbst Beamte meinten, mit den hohen Herren stände es Mathai am letzten, und sie möchten keinen Thron, selbst wenn man ihnen denselben schenke. Es ist gewiß, wäre die erste Revolution im ersten Augenblicke weiter gegangen, kein Thron wäre vor ihr stehen geblieben. Indessen, das geschah nicht. Die Fürsten erkannten augenblicklich die Gefahr, in welcher sie schwebten. Sie gaben nach, wenn auch mit blutendem Herzen, aber sie gaben doch nach, und nachdem sie einmal das vom Volke Geforderte bewilligt hatten, so war scheinbar kein Grund mehr vorhanden, die Revolution fortzusetzen. Sie blieb also für einen Augenblick stehen. — Und nun war es mit der Hoffnung vorbei, mit Einem Schlage in Deutschland aufräumen und eine ganz neue Ordnung der Dinge einführen zu können. Nun mußten wir uns schon begnügen, die Sache einen langsameren Gang nehmen zu sehen und die Verwirklichung unserer Hoffnungen von einer allmähligen Entwicklung zu erwarten. Auch entsprach dieses mehr dem bedächtigen, abwägenden, gründlichen Charakter der Deutschen. Indessen auch so war die Hoffnung vorhanden, daß wir wenigstens viel früher, als es jetzt den Anschein hat, das ge-

wünschte Ziel erreichten. Aber nun trat die unselige Spaltung der Parteien ein, welche uns offenbar, wie immer, mehr geschadet hat, als alle Machinationen der Gegner.

(Fortsetzung folgt.)

Deutschland.

* Nürnberg, 6. Nov. Von allen Seiten bestättigen die Berichte die Einnahme und Besetzung Wiens. Die Kroatenherden verüben Scheußlichkeiten aller Art, wie wir sie schaudernd aus dem 30jährigen Kriege kennen. Die Stadt hat furchtbar gelitten. Das entsetzliche Schicksal der Hauptstadt erregt in allen Landestheilen die größte Erbitterung und Aufregung, selbst in Prag. Die Drachensaat wird lustig aufgehen!

Die neuesten Nachrichten geben folgende Berichte:

Prag, 2. Nov. Nachdem mir in der verflossenen Nacht von dem Gubernialvizepräsidenten von Mähren, Grafen Lazansky, eine telegraphische Depesche des Fürsten Windischgrätz mitgetheilt wurde, deren Inhalt dahin lautete: „daß die k. k. Truppen durch das Burgthor in die Stadt eingedrungen, die k. k. Burg durch das Landwehrbataillon Kaiser besetzt worden und die Truppen ungehindert bis auf den Graben und Stephansplatz gelangt sind; etwa tausend Studenten und Polen sich in die Aula mit dem Entschluße gezogen haben sollen, sich auf das Aeußerste zu vertheidigen; endlich, daß das Dach der Hofbibliothek von den Proletariern in Brand gesteckt *), alles Uebrige in der Burg aber durch die Truppen gerettet wurde," — und nachdem zweifelhaft war, ob die früher erhaltene und veröffentlichte Nachricht des Generalmajors Ramberg, welche das Aufhören alles Widerstandes meldete, oder die eben erwähnte Mittheilung des Fürsten Windischgrätz den spätern Zustand schilderte, fand ich mich veranlaßt, neuerlich durch den Telegraphen zu fragen, worauf mir heute (11 Uhr Nachts) folgende telegraphische Depesche des Ministers Wessenberg von Olmütz aus zukam: „Wien ist ganz von k. k. Truppen besetzt. Die Aula ohne Widerstand genommen. Die Ungarn hinter die Leitha zurückgeworfen." Vom k. k. böhmischen Landespräsidium. Mecsery, k. k. Gub.-Vizepräsident.

Olmütz, 1. Nov. Eben vernehme ich aus glaubwürdigster Quelle die gräßlichsten Nachrichten über das Treiben der Kroaten. Die von ihnen verübten Scheußlichkeiten übersteigen alle Begriffe. Es sollen die deutschen und böhmischen Truppen, welche sich musterhaft benahmen, aufgeboten worden seyn, um jene Unholde mit Gewalt zu bändigen. N. S. Eben erfahre ich, daß Windisch-Grätz die Kroaten, um ihren fürchterlichen Exzessen zu steuern, unter das übrige Militär eingetheilt habe.

Prerau, 1. Nov. (1 Uhr früh.) Reisende erzählen, daß Windischgrätz mit seinen Truppen auf dem Stephansplatze stehe. Ein Adjutant des Generals Bém soll zum Verräther an der Sache der Wiener geworden seyn und dem Fürsten Windischgrätz die Punkte der Stadt verrathen haben, an welchem ein Angriff am leichtesten zu bewerkstelligen war. Einer dieser schwächsten Punkte soll an der Nußdorfer Linie gewesen und Windischgrätz dort zuerst eingedrungen seyn. In die Stadt darf Jeder kommen, hinaus wird Niemand ohne ausdrückliche Befugniß gelassen.

Der „Allg. Ztg." zufolge soll General Bém in Frauenkleidern gefangen, Messenhauser aber verschwunden seyn. Die Ungarn, 30,000 Mann stark, sollen einen neuen Einfall beabsichtigen und bereits an der Grenze stehen. Von den Truppen des Windisch-Grätz werden 40,000 in Wien bleiben, der Rest aber gegen die Ungarn marschiren.

Wien, 2. Nov. Fürst Windischgrätz hat heute eine Proklamation erlassen, vermöge welcher: 1) die Stadt, ihre Vorstädte und Umgebungen in einem Umkreise von zwei Meilen in Belagerungszustand erklärt; 2) die akademische Legion und Nationalgarde, letztere mit Vorbehalt ihrer Reorganisation, aufgelöst werden; 3) die allgemeine Entwaffnung binnen 48 Stunden beendigt sein muß; 4) alle politischen Vereine geschlossen werden, alle Versammlungen auf Straßen und Plätzen von mehr als 10 Personen untersagt und alle Wirths- und Kaffeehäuser in der Stadt um 11 und in den Vorstädten um 10 Uhr Abends geschlossen seyn müssen; 5) bleibt die Presse vorläufig beschränkt, und der Druck, Verkauf und die Anheftung von Placaten, bildlichen Darstellungen und Flugschriften nur insofern gestattet, als hiezu die vorherige Bewilligung der Militärbehörde eingeholt und ertheilt worden ist; 6) werden die ohne legale Nachweisung der Ursache ihrer Anwesenheit sich hier aufhaltenden Aus- und Inländer ausgewiesen; 7) unterliegt jeder, wer überwiesen wird, daß er unter den Truppen einen Versuch machte, dieselben zum Treubruch zu verleiten, wer zum Aufruhr aufreizt oder einer solchen Aufforderung Folge leistet, bei einer Zusammenrottung sich auf die erste Aufforderung der öffentlichen Behörde nicht zurückzieht und bei einer aufrührerischen Zusammenrottung mit Waffen in der Hand ergriffen wird, einer standrechtlichen Behandlung; 8) müssen alle Barrikaden durch den Gemeinde-Rath weggeräumt und das Pflaster hergestellt werden; 9) werden sämmtliche Behörden der Militärbehörde untergeordnet; 10) wird zur Vorbereitung des Ueberganges von der Anarchie zu dem geregelten konstitutionellen Rechtszustande eine gemischte Centralkommission unter dem Vorsitz des Generalmajors Baron Cordon (Stadtkommandant) die oberste Leitung der durch den Belagerungszustand bedingten Geschäfte führen. (A. Z.)

L Frankfurt, 2. Nov. (107. Sitzung der deutschen konstituirenden Nationalversammlung.) Zwei Schreiben der Reichsminister betreffen das eine die nun nach der Bundesmatrikel statt 17 Wahlbezirken in Tirol und Vorarlberg reduzirte Eintheilung in 14, weshalb für 3 Ausgetretene (Petris, Festi und Gasser) keine Ersatzmänner einberufen werden sollen; ein zweites die Anfrage des Untersuchungsamtes von Grünberg in Schlesien, ob die Untersuchung gegen den unterdeß in die Nationalversammlung eingetretenen Dr. Levysen fortzusetzen sei? An die Ausschüße verwiesen. Eisenstuck kündigt mit einigen einleitenden Worten die Anträge des volkswirthschaftlichen Ausschusses zu den folgenden Artikeln „der Reichsgewalt" an. Er hebt hervor, daß große materielle Angelegenheiten des Volkes in ihnen zur Sprache kämen (Zölle, Eisenbahnen, Handelsfragen, Post, Münze rc.), denen man, obgleich das Volk mit Sehnsucht darauf harre, bisher noch wenig Beachtung geschenkt habe. Nur durch tief eingreifende prinzipielle Maßregeln, und zwar solche, die in die Verfassung aufzunehmen seien, konne den großen materiellen Bedürfnissen des Volkes entgegengekommen werden. So seien schon bei den Grundrechten eine Reihe von Anträgen des Ausschusses berücksichtigt und angenommen worden (über Freizügigkeit, Gewerbsverhältnisse, Befreiung des Grund und Bodens); ein Entwurf des allgemeinen deutschen Heimathsrechtes und der allgemeinen Gewerbeordnung werde demnächst erscheinen. Dem Verfassungsausschuß wirft er mit Recht vor, daß er sich hauptsächlich nur auf die politische Seite der Frage und das Verhältniß nach Außen beschränke, Unbestimmtheiten und Zerwürfnissen Raum geben, auch Manches im Sinne des Staatenbundes beibehalten habe. Die leitende Ansicht des Ausschusses, der eine große umfassende Aufgabe gehabt (gegen anderthalb tausend Petitionen, Verbindungen mit den verschiedenen Congressen der Gewerbtreibenden rc.) ist die möglichste Vereinigung der materiellen Interessen, unbehindert durch die Uebelstände, welche die Trennung der Staaten mit sich bringt, in der scharfen Feststellung der Reichsgewalt. Amerika's Macht und Größe beruht darauf, daß alles die Gesammtheit Betreffende in den Händen der Zentralgewalt vereint liege. Leider müssen wir vom Redner hören, während dessen Vortrag auch einmal — wer sollte es für möglich halten! — der Ruf: Kurz! erscholl, daß auf die vom volkswirthschaftlichen Ausschuße früher schon beantragte Vereinigung mit dem Verfassungsausschuße zu gemeinsamer Thätigkeit in dieser Hinsicht von letzterem nicht eingegangen worden war. Diese Leute kommen Einem vor, als hielten sie ihr ganzes Geschäft für eine Art Fabrik, wo jeder ein bestimmtes Stück anfertigt und endlich daraus ein Ganzes zusammengesetzt wird, z. B. eine Uhr, die dann vollkommen gut zusammenpaßt und geht. Von einer organischen Entwicklung in, durch und auseinander eines lebendigen Ganzen scheinen sie keinen wahren Begriff zu haben! (Schluß folgt.)

L Frankfurt, 3. Nov. Abends 5 Uhr. Ich komme so eben aus der Nationalversammlung. Unter dem Eindrucke der Nachricht, daß Wiens Schicksal entschieden, Deutschlands edelste, größte und schönste Stadt den Streichen des neuen Alba und Tilly erlegen, wurde heute über die österreichische Frage nach Venedey's Berichte gesprochen — ja gesprochen! Doch wie wir von der Einen Seite des heldenmüthigen Volkes Bestrebungen in den Staub ziehen hörten, wie wir es belegen hörten mit dem Gifte der Verleumdung, mit jenem höhnenden Uebermuthe des Regime's — aber mit Beweisen schwach wie die Redner und mit einer Logik, deren

---

*) Ganz unwahr erweisen sich die Gerüchte, wonach die Arbeiter und der Pöbel zuletzt zu Plünderung und Raub gegriffen. (A. Z.)

wir uns auf der lateinischen Schule nicht schuldig gemacht hätten! — so stand des Volkes, Deutschlands, der Freiheit heilige Sache begeisterte Vertheidiger, kräftige Fürsprecher, unverwundbare Streiter. Entrüstet spricht sich Eisenmann aus über das Verfahren der Versammlung seit 14 Tagen und sieht in der jetzt in Wien gesäeten Blutsaat das Mausoleum einer Dynastie. Er verlangt Rückberufung der Reichskommissäre und die Erklärung, daß das Betragen der österreichischen Regierung als Auflehnung gegen die Centralgewalt zu betrachten sey! Vogt, scharf und bitter, Eisenmann, kühn und brausend wie der Sturm, der durch die Völker zieht, reden die glühende Sprache der bedrohten, der vernichteten Freiheit! Löwe und Kalbe weist der Versammlung nach, daß sie in Phrasen ihr sieches Daseyn hinschleppe. — Ich gebe Ihnen morgen Näheres; heute so viel, daß folgender Antrag des Ausschusses angenommen wurde; nachdem entschiedenere Anträge und selbst der von Giskra, den Wiener Reichstag in seiner konstituirenden Wirksamkeit und gegen die Verlegung nach Kremsier zu schützen, verworfen worden waren. Jener lautet: „Die hohe Versammlung möge das Reichsministerium auffordern, alle mögliche und nachdrückliche [ein Druckfehler sagt: nachträgliche!] Sorge dafür zu tragen: 1) daß die Reichskommissäre das Ansehen und die Anerkennung der deutschen Centralgewalt überall kräftigst zur vollen Geltung zu bringen, sich angelegen sein lassen; 2) daß sie die Interessen Deutschlands in Oesterreich überall zu schützen suchen; 3) daß sie ihren vollen Einfluß aufbieten, die fernere Entwicklung der österreichischen Wirren auf friedlichem und unblutigem Wege herbeizuführen; 4) daß sie endlich, wie diese Entwicklung auch ausfallen möge, die in den Monaten März und Mai zugestandenen Rechte und Freiheiten der österreichischen deutschen Völker gegen alle Angriffe in Schutz nehmen. — 2 Anträge waren eingebracht, über den Bericht zur Tagesordnung überzugehen! Bei der Dringlichkeitsfrage, zur Debatte über den Bericht einzugehen, blieben Rechte und größtentheils das rechte Centrum sitzen! Heiterkeit auf dieser Seite bei den blutenden Wunden eines Volkes! Giskra sagte, zur Rechten gewendet: „Ich muthe Ihnen nicht zu, daß sie meine Ansicht theilen sollen, daß mir die Freiheit höher steht, als alle Fürsten, aber Das muthe ich Ihnen zu, daß Sie das Volk höher achten, als nicht nur alle 34 Fursten, sondern als 34,000 Fürsten. Wenn Sie den Kaiser höher halten, als das Volk, dann gehen Sie aus der Paulskirche! Morgen Näheres!

Berlin, 2. Nov. (Nachts 11½ Uhr.) Ich hatte vorgestern geglaubt, revolutionäre Luft einzuathmen, als die Fackeln um das Schauspielhaus leuchteten und die rothen Fahnen wehten. Ich hatte mich getäuscht. Jetzt kenne ich die Schwüle welche einer Revolution vorhergeht. Zu wiederholten Malen durchschritt ich heute, an der Hand bekannter Berliner Volksführer, die Reihen der Tausende, die abermals, aber ohne Fackeln, wie ohne Fahnen das Schauspielhaus umwogten. Eine ruhige, entschlossene Haltung, ohne Geschrei und Lärm nur das hin und wieder eine Aufforderung an bekannte Redner erschell, einige Worte zu sprechen, oder ein Bravo, wenn sie zu Eintracht und Zusammenwirken gemahnt hatten. Keine Spur von einer Zwistigkeit zwischen Bürgerwehr und Volk. Alles einig, Alles vom Gefühl durchdrungen, daß Alles einig seyn müsse, dem furchtbaren Sturm gegenüber, der jetzt heransaust. Man sah nur die Laternen der Frauen, die Erfrischungen an Bürgerwehr und Volk austheilten. Dem, welcher heute Volk gegen Burgerwehr zu hetzen versucht hätte, möchte ich sein Leben nicht verbürgt haben. Der Commandant der Bürgerwehr fühlte ebenfalls den furchtbaren Ernst des Augenblicks und hatte in einem Plakat an die herrannahende Entscheidung erinnert. Den Verlauf der heutigen Abendsitzung und die beschlossene Adresse ersehen Sie aus der Beilage. Die Versammlung sitzt permanent. Sie wird zu energischem Handeln fortgetrieben. Die Deputation von 25 Mitgliedern, deren Namen Sie auf derselben Beilage finden, ist mit einem Extrazuge um 8 Uhr nach Potsdam zum König abgereist. Heute Nachmittag um 3 Uhr hatte ich den „mächtigen Herrn" noch im Garten von Sanssouci gemüthlich spazieren sehen; als die Deputation nach Potsdam kam, war er im Paretz, „mit Batterien Champagner sich zu messen." Als er endlich zurückkehrte, wurde der Deputation die Annahme verweigert, weil keine Minister zur Präsentation da seyen. Nun wurden spät in der Nacht auch diese erst von Berlin requirirt, und es kann vor 2 Uhr Nachts nun eine Antwort nicht da seyn. Die Versammlung sitzt, zahlreiche Gruppen umstehen noch das Schauspielhaus. Die Minister haben sich jedoch an die Thore gezogen, die sämmtlich besetzt sind. Man fürchtet den Versuch des Militärs, heute Nacht einzurücken. Zahlreiche Gerüchte cirkuliren über den Ausbruch der Truppen von ihren Standquartieren. Die Stimmung ist eine entschlossene. Bürgerwehrmänner, die bisher für reaktionär galten, erklären sich jetzt als Republikaner. Man sieht einer verneinenden Antwort des Königs entgegen. Die Versammlung ist im guten Zug. Sie, wie die Bevölkerung, muß eine endliche Entscheidung wünschen. Windischgrätz hat vielleicht das Verdienst, das Haus Hohenzollern zu stürzen. Auf die telegraphische Nachricht dieses Herrn hin hat man ein Ministerium Brandenburg gewagt. Es steht ein furchtbarer Kampf hier bevor, wenn der König nicht nachgibt. Aber die Hoffnung der Berliner sind die Provinzen, zumal Schlesien. Ueberall ist der demokratische Geist durchgedrungen. Selbst in der Militärstadt Potsdam war ich heute Zeuge einer Demonstration, um den Magistrat zur Zurücknahme einer gegen einen demokratischen Lehrer ergriffenen Maßregel zu bestimmen. Hieher nach Berlin muß jetzt das süddeutsche Volk seine Blicke richten, hier entscheidet sich der Kampf der deutschen Freiheit, von hier allein kann die Erlösung kommen vom Joch der Centralgendarmerie.

Berlin. (Sitzung der Nationalversammlung vom 2 Nov. Nachmittags 1 Uhr.) Es wird beschlossen, eine Kommission von 25 Mitgliedern zur Abfassung einer Adresse über die gefährliche Lage des Landes an den König durch den Präsidenten ernennen zu lassen und dieselbe nach erfolgter Annahme dem Könige unter Vertritt des Präsidenten durch die Kommission sofort zu überreichen. Die Kommission, bestehend aus den Abgeordneten: Arntz, Rodbertus, Bucher, Kirchmann, Berg, Baumstark, Reichensperger, Maetzke, Rintelen (Meschede), Riedel (Nied.-Barn.), Jacoby, D'Ester, Behnsch, Cieskowsky, Zenker, Denker, Wachsmuth, Gierke, Bredt, Puttkammer, Ostermann, Kühlwetter, Tripp, Müller (Sieg.) und Petersen, tritt sofort zusammen und die Sitzung wird bis 4 Uhr vertagt. Die Sitzung wird um fünf Uhr vom Präsidenten Unruh wieder eröffnet. Auf der Ministerbank Justizminister Kisker. Die Kommission hat nachfolgende Adresse einstimmig beschlossen: Majestät! „In Folge der Benachrichtigung, daß der Graf von Brandenburg mit der Bildung eines neuen Kabinets beauftragt ist, hat die Nationalversammlung in ihrer heutigen Sitzung den Beschluß gefaßt, aus ihrer Mitte eine Deputation an Ew. Maj. zu entsenden, um Sie davon in Kenntniß zu setzen, daß dieser Schritt Ew. Majestät die größten Besorgnisse im Volke erregt, und unabsehbares Unglück über das Land zu bringen droht. Schon seit Wochen haben unheilvolle Gerüchte Ew. Majestät, treues Volk, über die Absichten der Reaktion erschreckt, und die Ernennung des jetzt abgetretenen Ministeriums hatte diese Gerüchte nicht zu schwächen vermocht. Eine Regierung unter den Auspicien des Grafen Brandenberg, welche wieder ohne Aussicht ist, eine Majorität in der Versammlung und Vertrauen im Lande zu gewinnen, würde die Aufregung unzweifelhaft zum Ausbruch bringen, und unendlich traurige, an das Geschick eines Nachbarstaates erinnernde Folgen für Ew. Majestät Hauptstadt und Land nach sich ziehen. Ew. Majestät sind von Ihren bisherigen Räthen über den Zustand des Landes nicht unterrichtet worden, wenn man Ihnen diese Gefahr für Krone und Land verschwiegen hat. Wir legen daher die eben so ehrfurchtsvolle als dringende Bitte an Ew. Majestät Herz, ein Herz, das immer für das Wohl des Volkes geschlagen hat, dem Lande durch Bildung eines volksthümlichen Ministerium eine neue Bürgschaft dafür zu geben, daß Ew. Majestät Absichten mit den Wünschen des Volkes im Einklange stehen. —" Die Adresse wird von der Versammlung mit großer Majorität angenommen. Die Deputation entfernt sich während der fortgehenden Verhandlung aus dem Saale, um sich nach Potsdam zu begeben. Der Antrag des Abgeordneten Temme: „Den Herrn Minister des Innern aufzufordern, die Bekanntmachung vom 1. November, in Betreff der dabei angedeuteten Herbeiziehung des Militärs — zurückzunehmen", wird mit 160 gegen 154 Stimmen als nicht dringlich erkannt. Ein fernerer Antrag der Abgeordneten Pilet und Schultze-Delitzsch: „Die Versammlung solle nicht eher auseinander gehen, bis die Deputation aus Potsdam zurückgekehrt ist", ruft eine lebhafte Debatte in heftigem Widerspruche auf der Rechten hervor, welche sich der namentlichen Abstimmung widersetzt, und zum Theil der Saal verläßt. Die Dringlichkeit des Antrages wird durch Namens Aufruf mit 189 gegen 122 Stimmen beschlossen; da verlassen di Mitglieder der Rechten den Saal und machen dadurch die Versammlung unbeschlußfähig. Der Namensaufruf ergibt nur 18 Anwesende. Nach einer längeren Debatte, und nachdem einig

anwesenden Mitglieder der Rechten erklärt hatten, daß ihre Freunde in der Nähe des Saales bis zur Rückkehr der Deputation bleiben würden, sie jedoch darauf bestehen müssen, daß die Sitzung jetzt geschlossen werde, erklärt Vice-Präsident Philipps, daß er nun und nimmermehr die Verantwortlichkeit dafür übernehmen würde, jetzt die Sitzung zu schließen; sondern daß er auf seinem Platze bleiben und die Abgeordneten dann benachrichtigen werde, wann die Deputation zurückgekommen sey!"

D Berlin, 3. Nov. (Vormittags 11½ Uhr.) So eben hat sich die Nationalversammlung bis 3 Uhr Nachmittags vertagt. Der Hergang seit gestern ist folgender. Die Versammlung saß bis 12½ Uhr in der Nacht und würde sich für permanent erklärt haben, wenn die Rechte nicht fortgelaufen wäre und dadurch die Versammlung beschlußunfähig gemacht hätte. Und diese Rechte, die in dem gefahrvollsten Augenblicken muthwillig ihren Posten verläßt, beschwert sich darüber, wenn das Volk ihr seine Unzufriedenheit bezeugt! Um 9 Uhr begann die Sitzung aufs Neue. Die Commission war zurückgekehrt unverrichteter Dinge. Der König, anfangs nicht zu Hause, wollte sie nicht empfangen, sah sie dann doch, nahm die Adresse aus ihren Händen, als er jedoch hörte, daß die Commission gekommen sey, um einen Vortrag zu halten, entfernte er sich unter dem Vorwand, daß seine konstitutionellen Minister nicht zugegen wären. Jakoby rief ihm nach: „Das ist das Unglück der Könige, daß sie die Wahrheit nicht hören wollen." Durch den Adjutanten ließ er sofort ein kategorisches Nein antworten, da er seine Minister erst erwarten müsse. So ging die Commission. Die Minister, die mit dem frühesten nach Potsdam hatten abgehen sollen, sind erst nach 9 Uhr heute abgereist. Es pressirt ihnen nicht. Natürlich man will temporisiren, bis bestimmtere Nachrichten aus Wien anlangen. Darnach wird man sein Benehmen einrichten. Das ist das Spiel, das die Könige mit den Völkern treiben, das die Völker mit sich treiben lassen, bis sie endlich die Frage in Erwägung ziehen, ob denn derjenige, welcher sie wie Hunde behandelt, ihren Bevollmächtigten gleich Hunden die Thüre weißt, ja seine „getreuen Unterthanen" wie tolle Hunde zusammenschießt, ob denn der irgend ein vernünftiges Recht habe, seinen Willen gegen den Willen von Millionen zu setzen. Man wird jetzt hier zu Lande nach und nach diese Frage in eine ernstliche Erwägung ziehen, in eine Erwägung, deren endliches Resultat nicht zweifelhaft ist. Volk von Süddeutschland! Verfolge genau die Entwicklung des Drama's, das hier in Berlin sich abspielen wird, und unterstütze es nach Kräften. Denn es ist dein eigenes Schicksal, das hier entschieden wird. Nicht München, nicht Stuttgart, nicht Karlsruhe, und am wenigsten Frankfurt sind die Punkte, wo die große Zeitfrage: ob Monarchie ob Republik für Deutschland entschieden wird; sondern einzig und allein Berlin. Ließe man Berlin fallen, so würde ganz Deutschland zu einem weiten Grabfelde der Freiheit. Vorüber wäre es mit dem Wohlstand unserer Provinzen, mit der Industrie unserer Städte, mit der deutschen Wissenschaft und Bildung. Aber es ist unmöglich. Deutschland kann Berlin, wenn es den letzten blutigen Kampf wagen muß, nicht zu Grunde gehen lassen. Die Provinzen werden sich erheben, nicht bloß die preußischen, nein, alle deutschen Provinzen. Wir wären den elenden Lazzaroni gleich, wenn wir unsere Hauptstädte, die Brennpunkte unseres nationalen Lebens, gleich Neapel der Vernichtung der Windischgrätz und Brandenburg preisgeben. Nein, diese Schmach kann Deutschland nicht beschieden seyn. Blicket hin nach Wien, da seht ihr, wie väterlich unsere Landesväter es mit uns meinen. Diese guten Wiener mit ihrer unverwüstlichen Liebe zu ihrem „guten Kaiser" Mordgierige Kroaten und Shrapnells sind eine treffliche Arznei, um die Menschen von dieser gutmüthigen Schwäche zu heilen. Die Wiener werden jetzt nicht mehr soviel auf ihren „guten Kaiser" halten. Aber sollen wir Alle, sollen alle Städte Deutschlands die Erfahrung der Wiener an sich selbst machen, um von der Dummheit curirt zu werden. Können wir nicht von der Erfahrung Anderer lernen? Begehen wir nicht eine Sünde gegen unseren gesunden Verstand, indem wir einem Wahn anhängen, der wahrlich durch tausend blutige Thaten längst aus unserem Geiste gerissen seyn sollte.

D Berlin, 3. Nov. (Abends.) Die Versammlung welche heute Nachmittag um 3 Uhr zusammentrat, vertagte sich bald wieder. Es ist das ewige Spielen mit dem Volke, mit dem von seinen Fürsten wie von der Mehrzahl seiner Vertreter grausam betrogenen Volke. Ein Schreiben des Königs meldete: Man habe an sein Herz appellirt, und sein Herz sey auch in der That sehr gut; indessen werde er das Ministerium Brandenburg behalten. Das Centrum entschied für die Vertagung bis morgen. Mitglieder der Linken, die wir eben sprachen, hatten das Schreiben des Königs für einen bloßen Vorwand, den Ehrenschein, diesen fürstlichen Flitter, zu retten. Sie glauben, morgen werde ein Schreiben Brandenburg's einlaufen, in welchem er das Ministerium ablehnt, und es werde dann Grabow u. s. w. ein Ministerium bilden. In diesem Fall ist die Revolution — vertagt. Sie halten den König nicht für so unsinnig, mit Gewalt eine Revolution zu provoziren. Wir wollen sehen. Die Nachrichten aus Wien scheinen auf den Fall der Stadt hinzudeuten. Ob dann der König Konzessionen machen wird? Wie dem sey, die Revolution wird durchgeführt, wenn heute nicht, doch morgen. Mag ein Ministerium kommen, welches da wolle, in wenigen Wochen stehen wir auf demselben Punkte. Aber die deutsche Gründlichkeit erfordert eine gründliche Durcharbeitung der Revolution — und sie wird gründlich werden!

Italien.

Rom, 24. Okt. General Armandi ist gestern Nachmittag wiederum nach Venedig abgegangen, und so heimlich er auch seine Mission betrieben hat, so unterliegt doch keinem Zweifel daß er mit demselben vollkommen zu Stande gekommen ist. Denn von mehrern Seiten her bestätigt sich das Gerücht daß die hiesige Regierung eine ansehnliche Summe an baarem Geld nach Venedig abgesandt habe. Woher man sie genommen bleibt ein Räthsel. Gleichzeitig hat Oberst Caddi, welcher die am adriatischen Meere stationirten päpstlichen Dampfschiffe befehligt, die Weisung erhalten die Postverbindung zwischen Ancona und Venedig trotz der Blokade herzustellen und zu unterhalten. Obwohl auch ein solcher offiziell ertheilter Befehl unter den gegenwärtigen Verhältnissen etwas äußerst Befremdendes hat, so ist er doch in Wahrheit ertheilt worden, und läßt daher auf die Stellung schließen welche das hiesige Gouvernement bei der Wiederaufnahme der Feindseligkeiten einzuhalten beabsichtigt. Zwischen den Juden und einigen Civilisten hat es blutige Händel gegeben.

In Sardinien ist der Kriegsminister Dabormida abgetreten; der neue Kriegsminister (seit 27. Okt.) ist Alf. della Marmora. Wie es scheint, wurde dieser Wechsel durch die jüngsten Erklärungen Dabormida's, die dem österreichischen Heer zum Nachtheil des sardinischen eine Lobrede hielten, herbeigeführt. L. Torelli ist zum Handels- und Ackerbauminister ernannt. In Toskana ist (27. Okt.) nun wirklich das neue republikanische Ministerium beisammen. Wie schon angegeben übernahm das Innere: Franzesko Dominico Guerazzi, Advokat aus Livorno, Verfasser des Romans: L'Assedio di Firenze, zu welchem er sich bei seinem Erscheinen nicht bekennen durfte, eines Buches, welches glänzendes Talent und hinreißende Beredsamkeit, „mit den verkehrtesten Prinzipien und schreckenerregenden Irreligiosität" wie ein Correspondent der A. Z. sich ausdrückt, vereinigt. Er ist einer der Chefs der Giovine Italia und wegen anderer mit obengenannter an Geist und Gesinnung übereinstimmenden Schriften mehrmals gerichtlich verfolgt; im Januar d. J. als angeblichen Urheber des Aufstandes in Livorno verhaftet und nach Portoferrajo als Gefangener gebracht; neuerdings radikales Mitglied der toskanischen Deputirtenkammer und ebenso heftiger Gegner Karl Alberts wie des Papstes. Ministerpräsident und Minister des Auswärtigen ist Guiseppe Montanelli Professor des Rechts in Pisa, im April einer der Führer der Studentenlegion bei dem lombardischen Zuge. (A. Z.)

Gedruckt — unter Verantwortlichkeit der Verleger — bei J. L. Stich.
Expedition S. 39 im Gasthof zum König Otto II. Etage.

Der freie Staatsbürger.

Erscheint täglich. Preis in ganz Bayern vierteljährlich 1 Fl. 30 Kr., halbjährlich 3 Fl., jährlich 6 Fl.

Organ der Demokratie.

Inserate werden die dreispaltige Petitzeile zu 3 Kr. berechnet. Die Abonnenten haben für die Hälfte des Abonnementpreises Inserate frei.

Nr. 36. Nürnberg, Mittwoch, den 8. November **1848.**

Ansichten und Aussichten für Deutschlands politische Entwicklung.

Dritter Artikel.

Die Revolution von 1848 und die Taktik der Parteien.

(Fortsetzung.) Es trat die Spaltung ein zwischen den Demokraten und den Constitutionellen, d. h. zwischen denen welche den neuen Bau Deutschlands von Grund aus aufführen, und zwischen denen, welche sich noch eine Zeit lang mit den alten Baulichkeiten begnügen wollten. Die Demokraten, so richtig auch das war, was sie erstrebten, haben nun offenbar in der Art und Weise, wie sie vorangingen, viele Fehler gemacht, und wir dürfen uns nicht verhehlen, daß diese Fehler wesentlich zum Mißlingen des Ganzen beigetragen haben. Einmal muß ein gewisser Terrorismus genügt werden, welcher zwar keineswegs der ganzen Partei vorgeworfen werden darf, der nun aber doch von vielen Einzelnen ausging und Manche, die immerhin ihren Grundsätzen nach zur radicalen Partei gehörten, aber sich im Einzelnen ihre Meinungsfreiheit nicht rauben lassen wollten, von der Demokratie entfremdete. Der Terrorismus der demokratischen Partei beschränkte sich keineswegs blos auf die Principien, sondern er dehnte sich auch auf die Mittel und Wege aus, diejenigen, welche das große Wort führten, und das waren keineswegs immer die vorzüglicheren, brandmarkten leichtsinnig jeden als einen Volksverräther, welcher in Bezug auf die Taktik nicht ihrer Meinung war, und welcher von einem besonnenen Auftreten mehr erwartete, als von leidenschaftlichem Dreinfahren. Zu diesem Terrorismus kam nun noch ein anderes Element, welches ebenso, und vielleicht noch mehr die Gemüther der Demokratie entfremdete, das war der Communismus. Der Communismus, welcher bekanntlich nichts anderes bedeutet, als Aufhebung des Eigenthums und Gleichheit Aller hinsichtlich des Vermögens, ist ein Unsinn und kann niemals mit irgend einem Erfolge eingeführt werden; auch hängt er keineswegs mit der Demokratie auf nothwendige Weise zusammen, wenn auch nicht zu läugnen ist, daß diese auch eine Verbesserung der graulichen socialen Mißstände unserer Zeit erstrebt, aber so viel bleibt immer wahr, von Einzelnen, namentlich aber von rohen ungebildeten Menschen wurde die Idee des Communismus aufgegriffen, ausgesprochen, und nicht selten gedroht, daß man alsbald mit einer Theilung des Vermögens beginnen werde. Es ist ganz natürlich, daß durch diese Drohung alle diejenigen erschreckt wurden, welche nur einigermassen in einem behaglichem Zustande sich befanden; oder die doch ihr sicheres Auskommen hatten, sie fürchteten, einem Zustande der Anarchie und der Gesetzlosigkeit entgegenzugehen, in welchem Räuberei und Plünderung an der Tagesordnung sei. Und nun, nachdem einmal diese Fehler gemacht waren, half es nichts mehr, wenn die wahren und ächten Demokraten erklärten, daß sie diese Auswüchse verabscheuten, und daß diese nicht Ausflüsse der Demokratie seien; sie wurden täglich durch neue Thatsachen Lügen gestraft, indem in den ersten Monaten der Revolution allerdings fast überall ein Zustand der Gesetzlosigkeit und des wildesten Faustrechts eingetreten war. Indessen es konnte noch geholfen werden. Am Ende des März kam das Vorparlament zusammen. Die Zusammensetzung desselben entsprach allerdings nicht ganz dem Geiste der Revolution, indem nach dem unerklärlichen Beschlusse der Siebenercommission alle Mitglieder von ehemaligen und noch bestehenden Ständeversammlungen dazu berechtigt waren, und so kam's, daß sehr viele Anhänger des alten Systems, Aristokraten und Bureaukraten in nicht geringer Anzahl, daselbst erschienen. Allein der Odem der Revolution wehte demohngeachtet durch diese Versammlung, und es war mit ihr Vieles anzufangen und durchzusetzen, wenn man sie nur richtig und vorsichtig behandelte. Es ist nicht zu läugnen, der Ungestüm der demokratischen Partei verdarb aber auch hier das Meiste. Schon vor der Versammlung hatte Hecker und Struve sich Mühe gegeben, für die Republik Proselyten zu werben. Als dieselbe begannen, so brachte Struve sofort seine Vorschläge ein, welche durch ihre harte und schroffe Fassung die Mehrzahl beleidigten und dadurch den Widerstand gegen die demokratische Partei erst recht hervorriefen, welche die Mehrzahl zum Bewußtsein brachten, daß hier eine wesentliche Verschiedenheit der Ansichten bestehe. Es ist eine eigene Sache mit dem Namen. Gar viele wollen oft die Sache, weil diese vernünftig ist, und wenn man sich begnügen würde, diesen eben nur von der Sache zu sprechen, so würden sie mit Freuden darauf eingehen, hängt man aber an diese Sache einen etwas verrufenen Namen, so wollen sie nichts mehr davon wissen, wenn sie sich auch keine klare Rechenschaft darüber geben können. So war's mit dem Namen der Republik. Man war seit lange gewohnt, diese Verfassungsform als etwas ganz unmögliches zu betrachten, als etwas, wozu wir Deutsche noch lange nicht reif seien. Hingegen, daß unser Fürstenthum nichts tauge, und daß wir mit demselben nicht weiter kommen könnten, daß dieses über kurz oder lang aber doch aufhören müsse, darüber, wie gesagt, waren die Meisten einig. Die wahre Taktik wäre nun offenbar die gewesen, vor allen Dingen solche Beschlüsse hervorzurufen, welche uns die Sache verbürgten oder wenigstens eine baldige Verwirklichung derselben anbahnen konnten. Man mußte vor Allem die Permanzerklärung des Vorparlaments durchzusetzen suchen. Dies wäre nach unserer Ansicht möglich gewesen, wenn nicht Hecker und Struve mit ihren Planen so rückhaltslos vorgegangen waren. Aber dadurch war die Majorität scheu geworden, und sie sprach sich daher gegen die Permanenz aus, faßte jedoch bekanntlich in Bezug auf die Wahlen zur constituirenden Versammlung die freisinnigsten Beschlüsse, und ernannte den Fünfzigerausschuß, welcher so lange beisammen bleiben sollte, bis die Versammlung wirklich eröffnet war. Nun war auch jetzt noch keineswegs Alles verloren. Es hing ja nur von dem Volke ab, was es für Männer in das Parlament wählen würde, möglicher Weise konnte die constituirende Versammlung noch freisinniger zusammengesetzt sein, als das Vorparlament. Aber da wird ein Strich durch die Rechnung gezogen und zwar — wieder von der demokratischen Partei. Nun erfolgte der Aufstand Hecker's und Struve's, jener Aufstand, dessen moralische Wirkungen die unglücklichsten waren von allen. Natürlich, die Reaction benutzte ihn sofort für ihre Zwecke, Lügen genug wurden darüber ausgestreut, der ganze Zug einem Raubzuge verglichen der nur auf Plünderung ausginge, und die Tendenzen de[r] demokratischen Partei auf gleiche Stufe damit gestellt. Wa[s] war die Folge davon? Unter dem schlechten Eindrucke de[r] Nachricht vom Heckerischen Aufstande kamen die Wahlen zum Parlamente zu Stande. Fast überall wählte man aus Furcht der Anarchie zu verfallen, antidemokratisch gesinnte Männe[r] ja sogar viele, welche dem ehemaligen Systeme ergeben

und unter diesem bedeutende Rollen gespielt hatten. Bald stellte sichs heraus, daß diejenige Partei des Parlaments, welche eigentlich die Revolution repräsentirte und die Forderungen derselben geltend machte, in einer bedeutenden Minderheit sich befand, und daß die conservativen Elemente weitaus das Uebergewicht besaßen. Nun mußte man wohl die Hoffnung aufgeben, daß das Parlament eine Verfassung zu Stande bringen würde, welche die bisherigen Uebelstände von Grund aus beseitigte. (Schluß folgt.)

Deutschland.

Nürnberg, 7. Nov. Wiener Zeitungen sind heute wieder angekommen und reichen bis zum 4. Nov. Der amtliche Theil der letzten Nummer enthält die Sanktionirung eines Reichstagsbeschlusses, Steuerwesen betreffend, dann eine Kundmachung des Fürsten Windischgrätz an die Bewohner von Nieder- und Oberösterreich, worin er die Bezwingung Wiens anzeigt, und die Provinzen zur Treue an den Kaiser ermahnt.

L **Frankfurt**, 5. Nov. (100. Sitzung d. d. konst. Nat.-Vers.) Nachdem Mittermaier Namens des Verfassungsausschusses Bericht erstattet und beantragt, daß in Berathung der §. 12—20 des Entwurfes eingegangen werde, verliest **Venedey** den bereits erwähnten Bericht über die Anträge in der österreichischen Angelegenheit. Die Thatsachen des Berichtes sind sprechend. Die Reichskommissäre fanden im Kriegslager eine mehr als kalte, eine schroffe, beleidigende Aufnahme, im Hoflager eine höfische mit dem Zusatze des Kaisers: **Höchstsieselbst hätten die Kraft gefunden, der Unordnung in ihren Staaten zu steuern!** Das Letzte der Reichskommissärlichen Berichte vom 24. Okt. (seitdem nicht das geringste Lebenszeichen!) ist, daß sie die **Entscheidung** [die **nicht allzublutige**, sagen sie früher] **abwarten** wollen und nicht ablassen, ihren Auftrag auf eine vermittelnde Einwirkung **vor** oder **nach** der Katastrophe zu wiederholen. Selbst dem Ausschusse scheint es, als ob unter allen Verhältnissen Gesandte, die im Namen Deutschlands gegenüber einer deutschen Macht auftreten, selbst bei den eingetretenen Zuständen eine höhere Aufgabe im Auge haben mußten, als die einzige, eine **allzublutige** Entscheidung zu verhindern. Den später angenommenen Antrag des Ausschusses haben wir bereits mitgetheilt. Nach einigen weiteren Berichten über Anträge bezüglich der militärischen Huldigung (der Ausschuß beantragt Uebergang zur Tagesordnung durch Raumer von Dinkelsbühl), der Donaufrage [an den internationalen Ausschuß], eines diplomaschen Verkehrs mit Rußland [Verweisung an das Ministerium, das wohl seine Gründe gehabt haben werde, warum es denselben bisher unterlassen, meint H. Zachariae, der bekannte Verkämpfer desselben!] werde von Eckert, Jordan, Dunker und Kerst 4 auf die Verhältnisse Posens und den Beschluß der Berliner Nationalversammlung vom 21. Okt., der mit dem der hiesigen Reichsversammlung im Widerspruche stehe, bezügliche Interpellationen eingebracht. — Ein Antrag von Ziegert und vielen Andern, den Bericht Venedey's als einen dringlichen zu betrachten. Er wird angenommen. Rechte und rechtes Centrum größtentheils bleiben sitzen. Ein Antrag von Bauernschmidt u. v. A. verlangt die Aufforderung an das Reichsministerium, daß es aufs schleunigste die unumwundene Anerkennung der Centralgewalt von Seite der österreichischen Regierung bezüglich der deutschen Länder, die Aufhebung des Belagerungszustandes von Wien, die Räumung Wiens und dessen Umgebung von den slavischen nicht allein, sondern von allen nicht zu den deutschen Reichslanden gehörenden Truppen und die unverkümmerte Wahrung der gesetzlichen Freiheiten und wohlerworbenen Rechte, erwirke, die Reichskommissäre Welcker und Mosle durch andere ersetze und die Ausführung des Obigen nöthigenfalls durch Reichstruppen bewerkstellige. Ein ähnlicher von Ostendorf. Ein Zusatz von **Wigand** (Vischer, Fallmeraier, Steckinger u. v. A.) beantragt, den Fürsten Windischgrätz wegen rechts- und gesetzwidriger Aufhebung der konstitutionellen und Bürgerrechte der Wiener in Anklagestand zu versetzen, und ebenso alle diejenigen, welche ihn zu solchen Maßregeln verleitet haben. Ein Antrag von **Rönne** will über den Bericht **Uebergang zur Tagesordnung**, ebenso ein zweiter von Detmold (Lassaulx und Genossen), da durch die neuesten Ereignisse die Frage erledigt, durch den Erlaß Wessenberg's auf's Neue die Rechte und Freiheiten garantirt und somit kein Anlaß gegeben sey, sich in die Exekution und in die innern Angelegenheiten zu mischen, auch das Reichministerium durch die Reichskommissäre die Interessen Deutschlands hinlänglich zu sichern wissen werde! — **Eisenmann** erhält zuerst das Wort und spricht in gerechter Entrüstung, zuerst an jenes Wort erinnernd, das vor 17 Jahren auf einer Tribüne erschollen [Sebastiani nach dem Falle Warschau's: Ruhe und Ordnung sey in Warschau wieder hergestellt! Ja die Ruhe des Kirchhofes!] Wann und wie die Blutsaat aufgehen werde, die in Wien gesät worden, wisse er nicht, aufgehen aber werde sie, und sie werde das Mausoleum einer Dynastie seyn. Seit Wochen häte, flehe, ein Theil dieses Hauses umsonst; das Volk werde sie rechtfertigen. Warum seyen tausende in Wien gemordet, warum eine der schönsten Städte in Schutt gelegt worden? (Eine Stimme aus der Rechten: Eigne Schuld! Pfui!) Warum habe man nichts gethan, warum sey zu diesem letzten Mittel gegriffen worden? Wohl, wenn die Wiener die Republik proklamirt hätten, u. s. w., dann hätte man sagen können, die Besitzenden hätten vertheidigt, was sie besitzen. So aber hätten sie nichts gethan, als daß sie verhindern wollten, daß deutsche Truppen zum Schergendienst gegen die Freiheit eines andern Volkes verwendet würden. Wenn dieß ein Verbrechen sey, so theile er dieses, und der verdiene den Namen eines Deutschen nicht, der diese Ansicht nicht theile. (Großer Beifall. Lärmen. Unterbrechung des Präsidenten.) Man spreche vom Morde Laturs! habe ihn die Nationalgarde begangen, die Studenten? Nicht sey dieß der erste Mord seit Wallenstein in Oesterreich, es werde nicht der letzte seyn. Wie lange sey es her, daß die polnische Aristokratie in Gallicien fürchterlich gemordet worden? Die Conservativen hätten damals jenen Schlächtereien zugejauchzt, die er als Demokrat tief beklagt und verabscheut habe. Kein einziges Strafurtheil sey gesprochen worden. Redner kommt nun auf das Aufhängen von 4 Stundenten und jenen Scheußlichkeiten des Augenausstechens &c. und wie das Organ des Ministeriums, die O.-P.-A.-Z. es mit einem gewissen Wohlgefallen erzählt habe. Der Präsident unterbricht den Redner heftig und ruft ihn zur Ordnung, als verdächtige er damit das Ministerium; die Linke widerspricht; großer Tumult. Eisenmann erklärt, er habe damit nicht sagen wollen, als ob jeder Artikel des Journals dem Ministerium zur Last falle. Er citirt nun die alles menschliche Gefühl verläugnende empörende Stelle (zu lesen in der Beilage zu Nro. 282. der O.-P.-A.-Z. — das Ausbündigste höhnischer Niederträchtigkeit!) Windischgrätz habe — um es gut deutsch zu sagen — die Reichs-Commissäre zur Thüre hinausgeworfen. Ob man sie denn mit der unterthänigsten Bitte an eine Regierung geschickt, um dies den Vermittler zu machen! Er habe eine andere Vorstellung von der Centralgewalt. Nachdem sie von einer Regierung auf eine Weise behandelt worden, wie noch von keiner andern, nachdem die Blutthat geschehen, verlange man neue Instruktionen für die Reichs-Commissäre? Wie die Versammlung die Behandlung der Reichs-Commissäre aufnehmen wolle, darüber könne kein Zweifel seyn. Er beantragt Abberufung der Reichs-Commissäre und das Betragen der österreich. Regierung als Auflehnung gegen die Centralgewalt zu betrachten und darnach zu handeln. — **Schneer** v. Breslau gibt uns eine sehr geistreiche Eintheilung der Versammlung in 3 große Lager: das eine wünsche in keinem Falle zu regieren, sondern nur die Verfassung zu machen, das zweite wolle nach dem Beispiele des Convents die Regierung selbst in die Hände nehmen; die dritte vermittelnde Partei, zu der auch er gehöre, wolle nur im äußersten Nothfalle an der Regierung Theil nehmen. Hiebei mahnt Präsident die Versammlung zur Ruhe, damit keines der goldenen Worte verloren gehe. Man habe zudem jetzt ja eine Centralgewalt. Den Grund, warum die Versammlung nichts gethan, sieht Redner in dem Umstande, daß Briefe von Wien nach Frankfurt 4 Tage brauchten! Von hier aus könne man also nicht regieren. Aber Commissäre mit Vollmacht seyen geschickt worden, Männer, die doch **früher** das Vertrauen des Volkes besessen hätten, wie Welcker. Nun vertheidigt er natürlich das Ministerium und findet eine dunkle, mehr als dunkle Stelle im Berichte, daß nichts von den gewichtigen Aussagen des Gemeinderathsmitgliedes, das hier anwesend gewesen, erwähnt sei — und diese hätten doch ein ganz anderes Licht gegeben; denn dieser habe erklärt, es handle sich in Wien nicht um **deutsche** Interessen, und die plumpste Anarchie wolle dort herrschen. Auch die Sage vom ungarischen Golde wird aufgetischt, und Redner meint sogar, **das, was geschehen sei**, sei schon **vielleicht zu viel, statt zu wenig!** — Ein Antrag von **Makowiczka** u. A. verlangt schleunige und energische Schritte, um das Ansehen und die Anerkennung der Centralgewalt in

Deutschösterreich zur Geltung zu bringen, für Wahrung der deutschen Interessen und der bedrohten Volksfreiheit unter allen Umständen, Schutz des Reichstages in Wien und zur Herstellung des Friedens. Scharf zerlegt auch Löwe von Cabe die Sachlage. Vielleicht liege Deutschlands schönste Hauptstadt in diesem Augenblicke schon in Trümmern, wo Deutschlands zweite Stadt gesagt: es solle kein Magdeburg werden! Aber so gewiß aus Magdeburgs Trümmern die Reformation siegreich hervorgegangen, so werde sich aus den Trümmern Wiens die Freiheit Deutschlands erheben. (Rauschender Beifall.) Die Ausschußanträge hält er nicht für besser als die bisherigen Maßregeln; er sieht auch in ihnen das Verderben, das uns seit unserer Märzrevolution verfolge: die Phrase statt der That! Worte, nur Worte! so auch hier nur zu Phrasen gekommen. Die Instruktion der Reichskommissäre sei auch nichts anderes. Windischgrätz habe sie zur Thüre hinausgeworfen, Wessenberg sie etwas besser empfangen, gethan hätten sie — nichts, gar nichts! Was hätte nun die Versammlung zu thun? Neue Instruktionen geben? Händen, welche einmal die Würde nicht gewahrt hätten, könne man sie nicht noch niemals anvertrauen, seien sie früher noch so tüchtig gewesen! Retten müsse man, was zu retten sei; die Freiheit in Wien sicherstellen, denn nur durch die Freiheit könne Oesterreich deutsch seyn, nur durch die Freiheit Deutschland groß. Der Reichstag, die einzige gesetzliche Behörde, der noch beschlußfähig gewesen, müsse in seinen Erlassen unterstützt werden, die fremden Truppen den deutschen Boden räumen, der aufrührerische Feldherr zur Verantwortung gezogen werden. Die Rechte lacht. Ja, das komme ihnen vielleicht komisch vor, dann komme ihm aber auch die deutsche Einheit komisch vor. (Großer Beifall.) Dem gesetzlichen Erlasse des Reichstags sei Geltung zu verschaffen, nur so die gesetzliche Ordnung, die Freiheit zu sichern. Mit unbestimmten Phrasen thue es sich nicht, bestimmt formulirte Anträge zu stellen, daher empfehle er den Bauernschmidt'schen Antrag. Reitter aus Prag beleuchtet die widersprechendsten Aussagen jenes Gemeinderathes und die schwarzen, albernen Gerüchte über Wien von Anarchie, Verkümmerung der Preßfreiheit, Verletzung des Briefgeheimnisses, erwähnt Jellasich's bekannten Brief, und wie selbst die sich vorher so sehr hassenden Parteien in Prag eine Deputation an den Kaiser gegen die Maßregeln des Fürsten Windischgrätz geschickt hätten. Das Verhalten der Reichskommissäre tadelt er strenge, und weiß ihre Nichtabberufung nur damit zu entschuldigen, daß man das deutsche Ansehen damit nicht noch mehr herabsetzen wolle, als es bereits geschehen. Daß politische Agenten unter solchen Umständen 7 Tage lang keine Nachricht gegeben, nennt er ein unerhörtes Faktum! Er ist für den Ausschußantrag und für kräftige That, wenn das kräftige Wort nicht gehört werde! — Wiesner von Wien beginnt — fast die ganze Rechte entfernt sich geräuschvoll und wird nicht daran gehindert. Zum dritten Male habe sich Wien erhoben, um Deutschlands Freiheit zu retten — zwei Mal gegen die Türken, und damals habe es gesiegt! Merkwürdig aber sei es, wie in vergangenen Jahrhunderten Dieß betrachtet worden, wie jetzt! Damals hätte sich allgemeine Sympathie ausgesprochen, seien Truppen nach Wien geeilt, um mit Oesterreich zu kämpfen — jetzt, wo eine Masse kroatischer Truppen die Stadt umlagert, jetzt keine Sympathie für die Waffenbrüder; ja, man scheue sich nicht, von dieser Tribüne herab das Benehmen der Wiener zum Verrath herabzuwürdigen. (Beifall.) Der Redner widerlegt nun Schneer's Beschuldigungen mit Jellasich's Briefen, daß er gegen die Feinde des Slaventhums ziehe rc., die Verdächtigung mit dem ungarischen Gelde, und ob die Erhebungen im März und im Mai etwa auch damit gemacht worden seien! Die Anklagen der heldenmüthigen Wiener weist er mit Entrüstung zurück, persiflirt Schneer's Aeußerung, daß man von hier nicht nach Wien regieren könne, und geht in eine scharfe Kritik des Verhaltens der Reichskommissäre ein. Unerklärlich, wenn es nicht gedruckt wäre, daß dieselben ihre Vermittlungspolitik auf die fernere Einschließung gegründet [„wenn durch die Fortdauer der Einschließung von Wien die Sachen dort eine bestimmte Gestalt gewonnen haben!"] Wenn es nicht die Herren Welcker und Mosle, so ehrenwerthe Männer, wären, so würde er sagen: es liege Landesverrath in diesen Worten! so aber spreche er ihnen nur allen politischen Takt ab. Eine ungeheure Naivetät liege in den Worten: eine allzublutige Entscheidung! eine blutige also hätten sie nicht hindern wollen, aber eine allzublutige sei ihnen doch zu blutig gewesen! Der Berichterstatter habe gesagt: Der Ausschuß habe keine stärkere Anträge gestellt, weil er gewußt, daß er keine stärkeren durchsetzen würde! Wiesner schlägt den Antrag Bauernschmidt's zur Annahme vor und schließt: „Vor Allem ist dafür zu sorgen, daß auf den Trümmern der großherzigen Stadt, wie nun jetzt ihr Geschick seyn möge, die Freiheit Oesterreichs und Deutschlands erhalten werde. Siegt die Reaktion, so geht der Stern unter, welcher im März über uns aufgegangen!" Rüder vertheidigt Wessenberg, Jellasich und die Kroaten, meint, daß man, sobald die Anarchie unterlegen, Jellasich's Truppen wohl anderwärts verwenden werde (gewiß!) und schließlich: die Freiheit werde siegen durch die Niederlage der Anarchie!" Die leere Rede verdiente wirklich das Zischen nicht, das ihr zu Theil wurde. Reichsfinanzminister v. Beckerath spricht — im Sinne des Ministeriums, will Eisenmann zurechtweisen und findet es unbegreiflich, daß man zwischen dem Ministerium und dem nichtamtlichen Theile der O.-P.-A.-Z. eine Verbindung annehme, kommt dann ironisch sein wollend auf die harmlosen Erörterungen in Volksversammlungen, spricht Jedermann, der nicht so denkt wie das Ministerium, unbefangenes Urtheil ab, sieht überall in Wien nur Anarchie, rühmt die Männer der ministeriellen Wahl (zufolge eines bekannten Sprüchworts), über deren schonungslose Kritik er betrübt, entsetzt ist, (es ist aber auch unverzeihlich, daß es Leute geben kann, welche in dem Augenblicke, wo — Dank der kräftigen Vermittlung der Reichs-Commissäre! — Tausende bluten, den Anstand soweit vergessen können, diese Herren nicht mit Glacéhandschuhen anzugreifen!) Unerhört sey es auch in allen Parlamenten ein Urtheil vor der Mission zu fällen! Sogar von dem Muthe der Commissäre wird gesprochen! In dem Ausschuß sieht der Minister klugerweise keinen Tadel (wer keinen Tadel sehen will, der ist vor jedem Tadel sicher! gewiß!) Durch ein Weitergehen aber in Annahme der Amendements würde die Versammlung die bisher stets bewießene Mäßigung verläugnen. Die Rechte ist während der Rede häufig entzückt. (Schluß folgt.)

Frankfurt, 3. Nov. Die Deputation des Wiener Gemeinderaths, welche nicht zu dem deutschen Reichsverweser, sondern zu dem österreichischen Erzherzog Johann, dem Habsburgischen Prinzen, gesandt wurde, um dessen Vermittelung in der Sache Wiens und des Kaisers in Anspruch zu nehmen, besteht aus drei Personen. Darunter ist vor Allem Hr. Bondi, Präsident besagten Gemeinderaths, zu nennen, welcher durch und durch schwarzgelb ist, wie vielleicht kein zweiter in Wien. Diese Vollblutorganisation zu Rückschritt und Reaktion, wie sie in Hrn. Bondi verleiblicht erscheint, übertrifft Alles, was sich davon in Wien ausbieten läßt. — Was ihn besonders kennzeichnet, ist, daß er außer seinem Vorsitz im Gemeinderath auch noch dem „Verein zur Wahrung der katholischen Kirche in Oesterreich" als Präsident dient, welcher Verein bekanntlich nichts als jesuitische Zwecke verfolgt. — Das zweite Mitglied dieser Abordnung war der Prior des reichen Klosters zu den Schotten in Wien, zur Klasse jener wohlgemästeten und verschmitzten Mönche gehörend, die in Deutschland, außer Oesterreich, sich wohl selten vorfinden. Wie es bei solcher Eigenthümlichkeit dieser Männer mit der Vertretung der Interessen des Deutschthums und der Freiheit der Bevölkerung Wiens und in ihr der österreichisch-deutschen Lande, die ihnen oblag, bestellt gewesen seyn mag, kann sich nach diesem jeder ohne Weiteres selbst beantworten. Und trotzdem wird die Folgezeit lehren, daß sie mit ihren durch und durch schwarzgelben An- und Absichten, in sehr wichtigen Kreisen ein geneigtes Ohr und die stärksten Sympathien antrafen.
(Reichstagsztg.)

Oesterreich. Im Laufe des gestrigen Tages gingen uns noch viele Briefe von Wien zu, die — zur Vorsicht! — unter anderer Adresse als der der Redaktion abgeschickt waren. Diese schildern die Stimmung dort düsterer und gedrückter als einige unserer andern Correspondenten, welche alles über dem Gefühl vergaßen daß ein Zustand aufgehört hatte der jeden Augenblick die Existenz der ganzen Stadt in Frage stellte. Wie man auch die dortigen Ereignisse beurtheilen mag, die Bevölkerung Wiens hat einen Muth und eine Todesverachtung bewährt welche goldene Früchte für die Zukunft des Vaterlandes tragen werden, wenn sie Bürgen sind für ein neu erstehendes deutsches Bürgerthum. Die Stellung welche sie eingenommen hatte, war unhaltbar, aber die Regierung wird, trotz ihres Sieges, sich wohl hüten müssen die Stadt fortan für unwürdig zu erklären den konstituirenden Reichstag und den sich vorbereitenden Congreß der Völkerstämme der Monarchie in ihrer Mitte zu sehen. Die Wiener Zeitung die nur bis zum 28. Okt. reicht, enthält noch die energische Protestation die der Reichstag gegen die Verlegung nach Kremsier und über-

haupt gegen die in Widerspruch mit der kaiserlichen Zusage befohlene Vertagung einreichte. Ebenso bringt sie die würdigen Erklärungen mit denen der permanente Ausschuß durch den Mund Schuselka's die soldatischen Bedingungen des Fürsten Windischgrätz von sich wies. Am 30. Oktober fanden sich in der Versammlung noch immer 178 Mitglieder ein, aber es war dies leider nicht die beschlußfähige Zahl. Der Finanzminister Kraus war von Olmütz gekommen, und hatte vom Kaiser die mündliche Antwort gebracht, er hoffe die Ruhe in der Residenz bald so hergestellt zu sehen, um daselbst den Reichstag auch fernerhin tagen lassen zu können. Der Reichstag konnte dieß weder als eine offizielle noch als eine entscheidende Entschließung betrachten, und beschloß eine neue Adresse nach Olmütz, mit neuen Verwahrungen gegen die Verlegung, mit neuen Protestationen gegen das Verfahren von Windischgrätz. Der Reichstag wollte seine Sitzungen fortsetzen; der Drang und der Sturm des um die Stadt wüthenden Kampfes aber scheint unüberwindliche Hindernisse geboten zu haben, und am 31. wurden die Sitzungen geschlossen. Die Prager Deputation, die mittlerweile beim Kaiser um Gehör nachsuchte, erhielt dasselbe erst am zweiten Tage ihres Ansuchens, und auch da mußte sie noch lange auf der Treppe und in der Vorhalle warten, bis der Kaiser erschien und folgende Erklärung ablas: „Der zur Leitung der militärischen Maßregeln gegen Wien beauftragte Kommandirende hat Nichts versäumt, um die Anwendung trauriger Zwangsmittel zu vermeiden. Erst nach wiederholtem Zögern wurde zu dem Aeußersten geschritten, und Ich hoffe, daß der ausnahmsweise Zustand, in welchem Wien getreten, vorübergehen und die Besorgnisse, welche von der Prager Bevölkerung ausgehen, bald völlig beseitigt werden. Ich fühle mich nicht in der Lage, jetzt schon einen bestimmten Ausspruch darüber zu thun.“ Die Constitutionelle Zeitung aus Böhmen meint, alles Dieß rieche sehr nach Reaktion. (Allg. Ztg.)

Wien, 4. Nov. Der gestrige Tag verlief, so wie der heutige, ganz ungestört. Das Militär kampirt in den lebhaftesten Straßen der Stadt; die Stadtthore werden noch immer abgesperrt gehalten; die Stimmung des Volkes ist sehr gedrückt; es herrscht eine allgemeine tiefe Grabesstille, und man kann, wenn man die öde gewordenen Straßen durchwandert, kaum glauben, daß hier noch vor Kurzem große Aufregung und lautes Toben der Menge geherrscht habe. Der Gemeinderath gab gestern wieder sein erstes Lebenszeichen. Er macht die Hauseigenthümer für die pünktlichste Ablieferung der Waffen verantwortlich; wozu der Feldmarschall einen neuen Termin von 12 Stunden mit dem Beisatze bewilligte, daß Jeder, bei dem nach dieser Frist Waffen getroffen werden, der standrechtlichen Behandlung verfällt. Der Verkehr stockt gänzlich; alle Kaufmannsgewölbe sind geschlossen; die Noth der ärmeren Volksklasse hat bereits eine unermeßliche Höhe erreicht, welche der nahende Winter gräßlich gestalten dürfte, da an eine Hilfe von Seite der gänzlich erschöpften Staats- und Stadtkassen nicht leicht gerechnet werden kann. Auch der Mangel an Silbergeld ist groß. Die Soldaten, welche ihre Lohnungen mit Banknoten erhalten, nennen es Bosheit, wenn ihnen Niemand mehr wechseln kann. Der Nationalgardekommandant Hr. Messenhauser und sein Generalstab werden als arretirt bezeichnet. Geheime Verbindungen mit der ungarischen Partei werden als Ursache dieser Maßregel genannt. Die meisten hiesigen Redakteure, insofern man ihrer habhaft werden konnte, sind gleichfalls verhaftet. Von jenen Deserteuren, die ihre Truppen verließen, um sich der Sache des Volkes anzuschließen, sind bereits Viele vom Militär eingebracht und sogleich erschossen worden. Die Stadthauptmannschaft ist beauftragt, alle Fremden, die nicht vollkommen genügende Subsistenzmittel nachweisen können, von Wien abzuschaffen. Sehr viele Reichstagsdeputirte haben die Reise von hier in ihre Heimath bereits angetreten. Ein Calabreser am Kopfe ist jetzt das Signal zur Verhaftung; die Aula ist abgesperrt und von einigen Grenadiers-Bataillons bezogen worden, ein Umstand, der uns wohl zu der Hoffnung berechtigen darf, daß der Belagerungszustand nicht lange dauern wird, weil laut früherem Ministerial-Erlasse die Vorlesungen auf der Aula nächstens beginnen sollen und denn doch von Grenadieren nicht abgehalten werden können. (N. Z.)

Berlin, 4. Okt. Die Antwort des Königs auf das Mißtrauensvotum gegen General Brandenburg lautet: Botschaft an die zur Vereinbarung der Verfassung berufene Versammlung. Wir Friedrich Wilhelm von Gottes Gnaden König von Preußen ec. haben die am gestrigen Tage Uns durch eine Deputation überreichte Adresse der zur Vereinbarung der Verfassung berufene Versammlung in reifliche Erwägung gezogen und eröffnen derselben Folgendes: Fest entschlossen den von Uns in Uebereinstimmung mit den Wünschen Unseres getreuen Volkes betretenen konstitutionellen Weg unverrückt zu verfolgen, haben Wir den Generallieutenant Gr. Brandenburg mit der Bildung eines neuen Ministeriums beauftragt, weil Wir nach seinen uns bekannten Gesinnungen überzeugt sind, daß er der festen Begründung und gedeihlichen Entwickelungen der konstitutionellen Freiheiten mit Freudigkeit seine Kräfte widmen und sich bemühen werde, die ihm von Uns gestellte Aufgabe in entsprechender Weise zu lösen. Wenn ihm dies gelingt, so wird das neue Ministerium, wie Wir hoffen, sich Ansprüche auf das Vertrauen des Landes zu erwerben wissen. Einem anderen Ministerium, als einem solchen, von welchen Wir dies erwarten können, werden Wir, davon dürfen sich die Vertreter Unseres Volkes überzeugt halten, niemals die Leitung der Regierung anvertrauen. Wir können Uns daher weder auf die in der Adresse des gestrigen Tages ohne nähere Begründung angedeuteten Gerüchte, die in keiner Handlung unserer Regierung ihre Begründung finden, noch durch die ausgesprochenen Besorgnisse bewogen finden, den in Folge Unserer wohlerwogenen Entschließung dem Grafen Brandenburg ertheilten Auftrag zurückzunehmen. Mit Genugthuung haben Wir, aus der Uns überreichten Adresse das Anerkenntniß entnommen, daß Unser Herz stets für das Wohl des Volkes warm geschlagen hat. Das Wohl des Volkes bleibt auch ferner das einzige Ziel Unseres Strebens. Wir hoffen, bei dessen gewissenhafter Verfolgung, Uns stets im Einklang mit den Wünschen des Volkes zu befinden und rechnen dabei auf die kräftige Unterstützung der Vertreter desselben. Gegeben Sanssouci, den 3. November. Friedrich Wilhelm. Gegengezeichnet Eichmann.

* Düsseldorf, 2. Nov. Die hiesige Polizeibehörde hat sich gestern die rohesten Brutalitäten zu Schulden kommen lassen, als sie auf Grund einer Denunciation den flüchtigen Redakteur der N. Rhein. Zeitung, Heinrich Burgers, bei der hier wohnenden Gräfin Hatzfeld vermuthete und eine Haussuchung zu seiner Habhaftwerdung daselbst anstellen wollte. Die Gräfin wurde thätlich angegriffen und hat bereits eine ernste Prozedur wegen verübter Mißhandlung und Ueberschreitung der Amtsbefugnisse durch den Polizeikommissär, seine Sergeanten und Gendarmen einleiten lassen.

Frankreich.

Paris, 1. Nov. Was ich Ihnen neulich über die feindselige Stimmung zwischen der Linie und den Mobilen schrieb, beginnt bereits durch die That bestätigt zu werden. Vorgestern und gestern Abend fand zwischen diesen Truppentheilen an der Barriere Rochechouard ein blutiger Kampf statt. Alle Versuche der Offiziere, die Streitenden zu trennen, waren vergebens. Die Linien-Soldaten rannten in ihre Kasernen, um Waffen und Beistand herbeizuholen. An die Barriere zurückgekommen, riefen sie: A bas Cavaignac! A bas la garde mobile! Vive la république démocratique et sociale! Die Arbeiter sehen dem Kampfe zu, ohne für einen der Streitenden Partei zu nehmen. Heute ist der Garde mobile der Besuch der Barriere Rochechouard verboten worden. (N. Rh. Z.)

Vor Kurzem wurde der Vorsitzende des Volksvereins auf Requisition des kgl. Landgerichts Scheßlitz zur Verantwortung darüber aufgefordert, warum er ohne Genehmigung der einschlägigen Polizeibehörden eine Volksversammlung in Sassendorf, kgl. Landgerichts Scheßlitz, abgehalten habe.

Es steht wohl zweifellos fest, daß hiedurch eine polizeiliche Controlle der Volksversammlungen angebahnt werden will.

Im Interesse des freien Versammlungs- und Vereinigungsrechtes protestirt der Bamberger Volksverein gegen die Verkümmerung dieses Rechtes, in der Erwartung, daß sich alle Vereine dieser Protestation anschließen werden.

Bamberg, den 4. November 1848.

Der Bamberger Volksverein.

Gedruckt — unter Verantwortlichkeit der Verleger — bei J. L. Stich.
Expedition S. 39 im Gasthof zum König Otto II. Etage.

Der freie Staatsbürger.

Erscheint täglich. Preis in ganz Bayern vierteljährlich 1 Fl. 30 Kr., halbjährlich 3 Fl., jährlich 6 Fl.

Organ der Demokratie.

Inserate werden die dreispaltige Petitzeile zu 3 Kr. berechnet. Die Abonnenten haben für die Hälfte des Abonnementpreises Inserate frei.

Nr. 37. Nürnberg, Donnerstag, den 9. November 1848.

Ansichten und Aussichten für Deutschlands politische Entwicklung.

Dritter Artikel.

Die Revolution von 1848 und die Taktik der Parteien.

(Schluß.) Indeß immerhin war noch nicht Alles verloren. Die Linke bildete doch ohngefähr ein Drittel des Ganzen. Von den übrigen zwei Dritteln waren noch Manche zu gewinnen, Viele unter diesen meinten es ehrlich, nur waren sie blind gegen die Reaction, würden sie mit der Nase darauf gestoßen, gingen ihnen vielleicht die Augen auf. Es kam die Waffenstillstandsfrage. Die Linke war dabei allerdings unterlegen, aber mit sehr geringer Stimmenzahl, die schmählichen Folgen des Waffenstillstands mußten sich bald enthüllen, die öffentliche Meinung von Deutschland kam der Linken zu Hülfe, kurz, es war zu erwarten, daß Alles noch gut, wenigstens weit besser gehen würde, als bisher — da wurde wieder ein Strich durch die Rechnung gezogen, und von wem? Wiederum von der demokratischen Partei d. h. von einem Theile derselben. Es erfolgte der unglückliche Aufstand in Frankfurt vom 18. September, zugleich der bedauernswürdige Einfall Struve's in das badische Oberland, die Demolirung der Eisenbahn bei Weinheim im Badischen, der verunglückte Zug Rau's im Würtembergischen. Und was war die Folge davon? Sofort Umwandlung der Stimmung im Parlamente, Reaction von Seite des Reichsministeriums, Belagerungszustand, Truppensendungen, Unterdrückung der Bewegung, theilweise Aufhebung der bereits gewonnenen Freiheiten. So hat sich die demokratische Partei immer selber am Meisten geschadet. Sie würde — wir sind es fest überzeugt — gegenwärtig da stehen, wo jetzt die Rechte steht, wenn sie nicht so viele Fehler gemacht hätte. Diese ihre eigenen Fehler brachten ihr weit mehr die Niederlagen zu Wege, als die Taktik ihrer Gegner. Wir wünschen, daß die demokratische Partei, diese Wahrheit recht gründlich erkenne, um fortan eine bessere Taktik zu befolgen. Auf der andern Seite hat die sogenannte constitutionelle Partei, d. h. diejenige, welche um jeden Preis Ruhe und Ordnung wollte, selbst in ihrem Sinne die unverzeiblichsten Fehler gemacht. Sie gestand ja selbst zu, daß sie den ehemalgen Zustand nicht wolle, unter welchem nichts gedeihen konnte. Aber in der unglücklichen Furcht, der Pöbelherrschaft zu verfallen, hieß sie Alles gut, was von den herrschenden Gewalten ausging, und ermunderte diese dadurch, sich mehr und mehr dem alten System zu nähern. Hätte die constitutionelle Partei, von der wir doch wenigstens in der Mehrheit annehmen müssen, daß ihr das Fürstenthum als solches ebenfalls gleichgültig geworden war, und welche das constitutionelle Princip nur als eine Uebergangsstufe ansah, sich rückhaltslos an die Bewegung angeschlossen und alle die Bestrebungen, welche aus der Volkssouveränität erwuchsen, so hätten die herrschenden Gewalten auf keinem Fall jene Bedeutung erlangen können, die sie in der That gegenwärtig wiederum eingenommen, und die Ruhe und Ordnung, die sie ersehnten, wäre, nur im Sinne der Volksfreiheit, viel früher hergestellt worden. Aber auf Deutschland scheint bei jeder politischen Bewegung ein Fluch zu ruhen. Die Parteien haschen, wie es scheint, förmlich nach Mißverständnissen, und auf diese Weise geschieht's, daß Niemand gewinnt, als diejenigen, welche die Freiheit des Volkes unterdrücken wollen. Es ist wirklich merkwürdig, mit welcher Perfidie die sogenannten constitutionellen Blätter die demokratischen Bestrebungen verdächtigen, wie sie Alles Mögliche aufbieten, um dieselben im schlechtesten Lichte darzustellen, ja sie scheinen förmlich bei der servilen Presse in die Schule gegangen zu sein, so gründlich mißverstehen und mißdeuten sie, was von der demokratischen Partei ausgeht. Indessen der Karren ist einmal in den Koth hineingeschoben, und es wird schwer sein, ihn wieder herauszuziehen. Wäre eine Verständigung möglich, so ginge es wohl noch. Aber in Deutschland wird so leicht alle politische Bestrebung persönlich, und gerade das hindert die Verständigung, ja macht sie beinahe unmöglich. Wenn sie aber jemals nothwendig war, so ist sie es jetzt, in dem Augenblicke, wo nicht nur unsere innere Entwicklung in Frage steht, sondern auch unsere nationale Unabhängigkeit. Die Wirren in Oesterreich können eine Entwicklung einschlagen, welche uns die Herrschaft der russischen Knute viel früher bringen wird, als wir uns denken. Schon haben die Russen an der österreichischen Grenze ein Heer von 500,000 Mann zusammengezogen, bereit, jeden Augenblick auf die lachende Beute loszustürzen. Gerufen von der Kamarilla, um den Slavismus und den Absolutismus zu unterstützen, werden sie natürlich, so weit in ihren Kräften steht, diesem Wunsche willfahren, und dann ist Oesterreich russisch, und der russische Einfluß wird in derselben Weise vorwiegen, wie er von 1815 bis 1848 vorgewogen hat.. Er wird nicht nur in Oesterreich mächtig sein, sondern auch in Deutschland; denn hier werden die Männer des alten Systems sofort wieder an das Ruder kommen, welche mit Hülfe russischer Bajonnette die Resultate unserer Revolution uns wieder rauben werden. Diese Prophezeihung wird und kann natürlich nicht wahr werden, wenn die Constitutionellen aufhören, blind zu sein, sondern die Dinge einmal wieder vorurtheilslos und nicht durch die Brille der Furcht und der Aengstlichkeit betrachten. Wenn das Volk frei sein **will**, so können keine Kanonen, und keine Bajonnette etwas dagegen ausrichten. Aber das Volk muß **wollen**. Die Constitutionellen müssen nicht immer blos von Freihei sprechen, sondern sie müssen sie auch handhaben und jeden Versuche dieselbe zu verletzen, mit Entschiedenheit entgegen treten, auch wenn er von Oben, von den Regierungen komm Möchten sie doch bedenken, daß das System der Willkür un der Unterdrückung so wenig die Ordnung begünstigt, wie ei Zeit revolutionärer Aufregung! Möchten sie doch bedenke daß es unter allen Umständen schmählich ist, den Erbfein Deutschlands, und sei es auch nur unmittelbar zu unterstütze Die Zukunft Deutschlands liegt mehr oder minder in ihr Hand. Verbänden sie sich entschieden mit den Demokrat so könnte und müßte Deutschland die Größe und die Freih erreichen, welche wir ja Alle wollen. Jeder Widerstand v Seite der volksfeindlichen Partei wäre in einem Nu zerbroch und wir erfreuten uns endlich eines Zustandes, den die Se unseres Volkes seit Jahrhunderten ersehnt.

Deutschland.

△ Lichtenfels, 5. Nov. Gestern wurde hier ein ju Mann J. M. aus dem benachbarten Staffelstein, verhaftet. Grund ist eine Untersuchung wegen Verbreitung aufrührer

Schriften, rubr. „Wühlerei,“ wozu die Einleitung schon vor einem Vierteljahre begonnen, auf Grund konstitutioneller Denunciationsbelegen, die einige schlechte Subjekte beischmuggelten. Die Verhaftung selbst war ein „Abfangen“ zu nennen. Nachdem M. Morgens selber im Landgerichte war, ließ man ihn ruhig 6 Stunden im Orte verweilen und erst am Eisenbahnhof hielt ihn ein Gendarmeriebrigadier auf: „M. möge gefälligst zum Herrn Landrichter sogleich mitgehen, damit er noch vor Abgang des Zuges wiederkehren könne. Man führte so M. zurück, offenbar um nur Eklat zu machen, und einer kleinen Clique, die so kühn ist, sich konstitutionellen Volksverein zu nennen, ein konstitutionelles Gaudium zu bereiten. Das verstehen unsere kleinen Tyrannen von Landrichtern. Wenn sie Jahr ein, Jahr aus ihre geschenklüsternen Schreiber oder langfingerigen Sportelrendanten schalten und walten und auf Kosten der armen Bauern sich bereichern lassen, wenn sie bei allen Klagen des Volkes gemächlich die Hände in den Schooß legen, in Polizeisachen besonders gegen die „Wühler“ entwickeln diese Schneckenseelen maßlosen Eifer. Sie revangiren sich für jene Tage, wo der Nimbus ihrer Autorität verbleicht, wo sie dem Erzwühler, dem Volke, milde, freundlich und liebevoll seyn, oder wenigstens scheinen mußten. Indem sie sich jetzt viel darauf zu gut thun, daß sie höchste Ordre haben, alles Demagogische und Staatsgefährliche niederzuhalten, lassen sie zugleich ihrer persönlichen Dummheit und Malice den freien Lauf. Sklaven, wie sie sind, gebrauchen sie alle die elenden Intriguen und Attaquen, die nicht vernichten, nur ermüden und quälen. Der politische „Verbrecher“ soll echt christlich nur an den Pranger gestellt werden, daß die herzlosen dummen Gaffer unten ihre unwürdigen Witze reißen, die gemeinen Naturen ihn belachen können, man verwundet ihn mit Nadelstichen, reißt ihn aus dem Kreise geliebter Freunde, demüthigt ihn, hängt ihm ein Armesündertäfelchen an: Seht, das ist der Bösewicht, der sich unterfangen hat zu glauben, er habe von Gott und der Natur das Recht, eine freie Meinung zu haben und zu äußern, der da wähnt, er habe seine Vernunft zum Denken und Urtheilen, sein Herz, sein Gemüth zum Lieben und Hassen. Ihr Schergen und Konstitutionellen kreuzigt ihn! Jubelt, ihr Konstitutionellen eure beliebte Phrase: deutsche Einheit wird bald verwirklicht seyn in einem einheitlichen Polizeideutschland: es fehlt uns nur noch wie Heine meint, ein deutsches Nationalzuchthaus. — Interessant ist, wie man hier zu Land konstitutionelle Propaganda treibt und das Volk für den sogenannten konstitutionellen Volksverein „keilen“ will. Der Büttel fangt z. B. die Bauern auf, die ins Gericht gehen und fragt sie: seyd ihr monarchisch oder republikanisch? Wenn ihr monarchisch seyd, unterschreibt euch hier auf der Liste (des projektirten konstitutionellen Filialvereins) unterschreibt nur, wenn ihr unterschreibt bekommt ihr keine Soldaten. Die Liste wird von Schultheis zu Schultheis geschickt, der konstitutionelle Verein als offizielle Gemeindesache behandelt — und doch umsonst. Das Volk traut einmal besonders den Herren Advokaten nicht, die an der Spitze stehen (wohl mit Grund!), die Bauern, die ihre Leute in der Wirklichkeit wohl kennen, geben nicht viel auf die süßen Brocken von Freiheit, die so konstitutionell listig untermengt sind; sie sind — Gott sei es Dank und den trügerischen Gaukelspiel der Reaktion — seit einem halben Jahre weit vorgeschritten, die konstitutionellen Vereine haben entweder ein matt hinsiechendes Ende, oder, wie hier in Lichtenfels gar keinen Anfang — und die Demokratie blüht und sproßt ganz lustig!

München, 6. Nov. Heute Morgens berieth sich der Studentenausschuß über die vom k. Staatsministerium ihm gewordene Entschließung bezüglich der Universitätsstatuten, wornach es bei diesen sein Verbleiben haben und im Falle der Verweigerung des Immatrikulationseides die Schließung der Universität erfolgen solle. Die Studenten scheinen nicht Willens, durch diese Drohung und selbst deren Ausführung sich einschüchtern zu lassen und bei der noch im Laufe dieser Woche stattfindenden Immatrikulation dürften die Listen leer bleiben. Bei der heutigen Berathung nun kam man zu keinem Beschlusse; man erwartet nämlich eine Proklamation des Königs, wornach die Studirenden jene Paragraphen der Statuten, die ihnen mißliebig sind, bezeichnen und Abänderungsvorschläge machen sollen. So würde auch diese eine der vielen Schwierigkeiten, welche unser Ministerium der Ordnung zu bereiten so erfinderisch ist, am glücklichsten gelöst. — Es heißt, unsere Studirenden wollen den im Wiener Kampfe Gefallenen der akademischen Legion eine Todtenfeier bereiten. (A. Abdz.)

Der „Landbote“ schreibt: „Die in Haag stattgefundene Wahl des ultramontanen Hofraths Dr. Buß zum Abgeordneten nach Frankfurt wird, wie wir hören, für ungültig erklärt werden, da noch die früheren Wahlmänner fungirten, wogegen doch neue hätten gewählt werden müssen.“

I. Frankfurt, 3. Nov. (108. Sitzung d. d. konst. Nat.-Verf.) (Schluß.) Nun betritt Vogt die Bühne und geiselt die hohlen Phrasen mit ernstem beißenden Spotte. „Es ist eine eigene Ansicht der Staatskunst, welche Kanonen und Bomben für die Werkzeuge der Sitte hält, in der niedrigsten Polizei das Ruder des Staatsschiffes, unter der Ordnung die Anarchie von oben, unter Ruhe die Ruhe eines Schutthaufens versteht. Es gibt allerdings Staatsmänner, die nicht den rollenden Wagen der Zeit lenken, sondern hinterdrein geschleift werden. Will man den Wagen lenken, da muß man vorangehen, nicht hintennach hinken, wie die Reue hinter dem Missethäter. Allerdings ist das Ministerium nicht für das Alles verantwortlich, was in der O.-P.-A.-Z. steht, aber ich will Sie doch an ein altes Sprüchwort erinnern: Sage mir, mit wem Du umgehst, und ich sage Dir, wer Du bist! (Rauschender Beifall.) Ich will den Satz vollenden: wer seine amtlichen Erlasse in eine Kloake wirft, der soll sich nicht wundern, wenn er sie beschmutzt herauszieht! (Erneuter Beifall.) Es ist also unerhört in den Annalen der Parlamente, Gesandte während ihres Auftrages zur Rechenschaft zu ziehen? Sind sie Gesandte oder Beamte? Wohl, bei einem solchen Grundsatze können Sie fortregieren bis an den jüngsten Tag! Nein, an uns ist es, zu rufen: Halt! wenn Halt gemacht und Vorwärts! wenn vorwärts gerufen werden soll, nicht zu warten, und immer zu warten, bis die Richtung gegeben ist, wie Andere sie geben wollen. Herr Schneer hat gesagt: er gehöre zu der Partei, welche nur im höchsten Nothfall regieren will. Er ist nicht da gewesen? Wenn 100,000 Mann ein Monat lang eine Stadt umlagern, Kroaten eine deutsche Stadt, dann ist kein Nothfall? (Stimmen aus der Rechten: Nein!) Bewahren Sie diese Ansicht, sagen Sie aber nicht, daß Sie jemals ein Herz für die Noth des Vaterlandes gehabt! (Beifall.) Man hat ermahnt, doch die Reichskommissäre nicht zu tadeln. Ich werde doch so frei sein, sie zu tadeln. Sie haben ein Verbrechen begangen, und beide Reichskommissäre und Ministerium haben nicht verstanden, was an der Zeit ist. Jene haben unverzeihlich gezögert, während sie vielleicht mit einem kräftigen Worte etwas hätten thun konnen. Sie warteten und saßen in München und redeten Dinge, von denen wir vielleicht erst auf Umwegen Kunde erhalten. Herr Heckscher hat in Turin gesagt, das bayrische Kontingent sey bereit, in Tirol einzurücken, sobald der Krieg in Italien wieder ausbrechen sollte. Ist dieß vielleicht das Resultat der in München gepflegenen Berathungen? Sie sprechen immer von der Würde der Nation. Die Reichskommissäre haben in ihrer Person diese Würde mit Füßen treten lassen von einem kaiserlichen General. Wenn Sie dieß billigen, zeigen Sie da Gefühl für die Würde der Nationalversammlung?“ Der Redner beleuchtet nun das ewige Schwärmen für den Konstitutionalismus, zeigt, wie die Befehle der konstitutionellen Minister Hornbostl und Kraus respektirt worden und fragt: ob dieß Absolutismus oder Konstitutionalismus sey? ob es nicht der absolute Czar sey, der seine Generale hinschicke, um seine Hauptstadt in Asche zu legen? Sie möchten ihre Begriffe von Konstitutionalismus durch Studium erst läutern, um dann konsequenter zu denken und zu sprechen. Man schätze sich immer so glücklich, daß die Centralgewalt von Allen so anerkannt sey. Die Kommissäre seyen mit einer höflichen Verbeugung von Wessenberg, mit einer Tafel vom Kaiser abgespeist worden; hinter der Höflichkeit habe die Verwirrung gesteckt, während Windischgrätz sie wenigstens auf ehrliche Soldatenmanier abgewiesen habe. „Sagen Sie also wenigstens: die einzelnen Regierungen regieren nach wie vor, so kann ich Ihnen wenigstens das Zeugniß der Wahrheit geben. Die Reichskommissäre haben den Auftrag gehabt, reaktionären Bestrebungen, wenn sie sich etwa zeigen sollten, entgegenzutreten. Nun wenn sie selbst in dieser Kamarilla in allem diesem keine Reaktion sehen, dann kann das Ministerium ganz Europa, also selbst Rußland und Asien, wie Diogenes mit der Laterne durchwandern, und es wird keine Reaktion sehen. (Rauschender Beifall.) Nun beleuchtet Redner auch den gerühmten Muth der Kommissäre den kaiserlichen Generalen gegenüber und geht dann von den Ministern und Kommissären, welch' erstere freilich immer die Sündenböcke sein sollten, zur Versammlung.“ Aber auch diese Versammlung ist nicht ohne Schuld! 14 Tage lang hat man dem dringenden Rufe einer Stadt von 400,000 Bewohnern und eines ganzen Volksstammes nicht gehorcht, darüber wird die Geschichte

strenge urtheilen. Warten, warten und immer warten, hat es in unserer Zaghaftigkeit geheißen, so daß wir es nicht gewagt, den Knoten, den wir nicht lösen konnten, endlich einmal zu zerhauen. An uns wird sich das Gericht zuerst geltend machen, da, wo man vor einigen Tagen noch die Augen auf uns gerichtet. Machen Sie Verfassung, aber wundern Sie sich dann auch nicht, wenn die Zeit an Ihnen vorübergeht und Sie abwirft, daß das Volk Sie verläßt, sein Vertrauen aufgibt. Die Majorität dieses Hauses scheut sich in das Rad der Zeit einzugreifen, aus Furcht, daß es ihr über den Fuß gehe und ihn zermalme." Von den Gemeinderäthen von Wien, die hier gewesen, zeigt er, welchen Parteistandpunkt sie einnehmen: der Eine ist Prior des Schottenklosters in Wien und der Andere Präsident des Vereins zur Erhaltung der kathol. Kirche; wer in Oesterreich bekannt sey, wisse, was für einen Parteistandpunkt dieselben einnehmen; auch seyen sie nur an den angestammten Erzherzog gesandt gewesen. „Sind das Ihre Männer?" fragt Redner die Rechte, worüber rauschender Beifall entsteht, so daß Präsident der Gallerie einen Verweis zuschleudern muß. Ebenso heiter wird es, als er den naiven Glauben Rüder's anzieht und von den noch ganz andern Fäden dahinter spricht, freilich nicht von den Spinnen hier in Frankfurt, aber anderwärts gesponnen. „Daß durch unsere Unentschlossenheit, durch unser ewiges Zaudern, fährt Vogt fort, die Sache der Freiheit verloren ist, nein! Ebenso fürchte ich nicht, daß Wien, das zerstörte Wien das Mausoleum einer Dynastie wird — nein, ich fürchte es nicht, denn — ich hoffe es! (Rauschender Beifallssturm.) Es wird immer ein altes Lied vom Konvent vorgesungen, dessen Melodie doch endlich langweilig wird. Nein, meine Herren, wir sind nicht so ungestüm, wir warten wohl 2, 3 und noch mehrere Jahre, aber wir wissen, daß: Die Blut vergossen haben, auch über diese das Blut kommt! Und endlich mögen Sie das Wort des Begründers der nordamerikanischen Freiheit, von der Sie so oft rühmend sprechen, des edlen Franklin, wohl beherzigen: Der Weg zur Freiheit geht durch Blut! (Langanhaltender Beifall, unter dem Giskra die Tribüne besteigt.) Wie rollender Donner strömen die Worte der Begeisterung, des Zornes von seinen Lippen. — Nicht einlullen, nein, alle edlen Leidenschaften, welche des Mannes Brust durchwärmen, das Gefühl der Nationalität, der Freiheit will er wecken, das Gefühl für die Kraft und Größe von 45 Millionen Deutschen, das Menschlichkeitsgefühl; und so führt er für diese alle seine Gründe an. Um eines Phantoms, der militärischen Ehre willen, wurden Tausende geschlachtet; kein anderes Verbrechen sei da, als daß ein Volkshaufen einen Minister aufgehängt, der das Volk verrathen. Die Anarchie weist er zurück, an den Verstand, die Einsicht der Versammlung appellirt er! Wir hören, daß die Reichskommissäre nicht mit dem Kaiser, nicht mit dem Minister, — mit der Erzherzogin Sophie stundenlang gesessen! — Sie haben die Fürstensouveränetät höher gehalten, als die Volkssouveränetät. Sie haben Nichts gethan. Ich will Ihnen (zur Rechten gewendet) nicht zumuthen, daß auch Ihnen, wie mir, die Freiheit höher stehe, als alle Kronen und Throne; aber das muthe ich Ihnen zu, daß Sie das Volk höher achten als alle 34 Fürsten, ja als 34000! Wenn Sie den Kaiser höher achten als das Volk, dann gehen Sie aus der Paulskirche! Die Rechte kommt in die tumultuöseste Bewegung, noch mehr als der Redner, dessen klangvolle Stimme den Tumult übertönt, ruft: „Das Blut der Bürger ist kein Kitt für die Dynastien; Blut in den Strassen ist nicht der Grund, auf dem Throne sich befestigen. In jedem Blutstropfen sind jene Drachenzähne gesäet und geharnischte Männer für die Freiheit werden aus jedem Blutstropfen erstehen!" (Anhaltender Beifall.) Dann wieder Lärmen, als er von der niedern Volksklasse spricht, auf die man mit Verachtung zu blicken gewohnt sei. (Stimmen durch den Lärmen: Ja, es ist so!) Er eifert gegen den Fanatismus der Ruhe, dem angst und bange werde, wenn es irgendwo etwas unruhig hergehe, und schließt: „Raffen Sie sich auf für Oesterreich, für das Sie noch Nichts gethan. Die Macht der Versammlung wird gebrochen werden, aber nicht durch das Volk, sondern durch den Fanatismus der Fürsten und Könige, denen der Kamm jetzt geschwollen ist, während sie in den Märztagen in Staub getreten vor unseren Füßen lagen!" Von Bassermann hören wir nun zur Abkühlung ein Kapitel aus seiner doktrinären Staatsweisheit mit Nutzanwenduugen, von dem Steigen der Papiere, seitdem die gesetzmäßige Gewalt (!) in Wien wieder eingezogen, von dem Staatsbankerott des deutschen Vaterlandes, wenn man einen andern Weg einschlagen will, als den des Hrn. Redners, ferner gleichfalls eine Erwähnung der O.-P.-A.-Z., die doch eine große Bedeutung haben müsse, da man sie von der Tribune bekämpfe (und wir sagen, man muß doch sich verwundet fühlen, weil man so klagt!) Er meint, nur zur Probe einmal möchte er Deutschland van jener Seite (linken) regiert sehen (der Unterstaatssekretär spricht mit so bewundernswerther Bescheidenheit, als hätte er ein lebenslängliches Privilegium oder eine Lebensversicherungsaktie für die Regierung), spricht von dem gemüthlichen in den Tag hinein raisonniren von der Bühne, fragt, ob wohl H. Eisenmann oder Vogt dem Fürsten Windischgrätz wohl mehr imponirt haben würden? (O ja, gewiß! wir sind davon fest überzeugt, da wir auch den H. Fürsten noch nicht für einen Menschenfresser der nicht mit sich reden lasse, wenn recht geredet wird, zu halten geneigt sind; und wäre es dieses und würde vielleicht selbst im äußersten Falle H. Bassermann das Ungethüm nicht bändigen können, nun — dann hätte der Genannte seine ganze Rede um so eher unterlassen können; denn dann wird er doch wohl Windischgrätz nicht mehr in Schutz nehmen wollen?) Nun kommen noch die stehenden Artikel, in denen der H. Unterstaatssekretär macht: rebellische Stadt, Konvent, schonungsvolle Umzingelung der Stadt; die Ungarn wollten sich frei machen, darum Gold nach Wien geflossen — dazwischen ein schlagender Vergleich ohne tertium comparationis d. h. ohne einen Vergleichungspunkt, — Behörden, gesetzliche Macht, Anarchie, zweierlei Freiheit, constitutionelle Freiheit, und zum Schlusse — ungeheures Händeklatschen der Rechten, welche bis dicht an die Tribüne gerückt sind; aber auch der Ruf nach Schluß! Schluß! denn die Versammlung und Alle haben heute allerdings schon die Feuer- und Wasserprobe durchgemacht. Es spricht nun noch Venedey als Berichterstatter, mehr aber seine eigene Meinung, welche theilweise Bassermann's Aeußerungen zurückweist. Er spricht von den Gräueln, die begangen wurden, an Leichen, dem Gehirnherausschneiden rc. und — kurz darauf lacht und lärmt die Rechte! Auch gegen die Verdächtigung daß es eine bezahlte Sache gewesen, eifert er. Die Jugend brauche man nicht zu kaufen! — Von Eisenmann wird eine Beschwerde verlesen über seinen Ordnungsruf der keinen Grund habe, weshalb er die Zurücknahme von Seiten des Präsidenten verlange, oder an die Versammlung des deutschen Volkes appellire. Der Präsident äußert, es sey ihm einerlei, an wen H. Eisenmann appellire; er nehme aber seinen Ordnungsruf für die Aeußerung in der Weise, wie sie gemacht worden, nicht zurück. Eisenmann trägt dem Präsidenten ein Blatt hin, mit der Bemerkung, dieß seien seine Grundsätze, worauf derselbe erwiedert: seine Grundsätze kümmerten ihn nichts. Bald darauf entsteht ein zweiter Skandal, als Vogt sprechen will und zwar in irgend einer Beziehung zu dem Abg. Rank, wobei Präsident ihn zurückweist, da er ja nicht der Vormund des H. Rank sey. Man ruft: Solche Aeußerungen macht man nicht! Präsident: Gehen Sie auf die Tribüne, wenn es Ihnen nicht recht ist. Vogt erklärt den vom Präsidenten gebrauchten Ausdruck allerdings für unschicklich. Präsident ruft: Wenn von unschicklichen Ausdrücken die Rede ist, so provocire ich Herrn Vogt vor der ganzen Nation! — Sie sehen, es ist Zeit, daß ein Disciplinargesetz erscheint wie H. v. Vincke heute wieder in Erinnerung bringt. — Nun werden die Anträge von Rönne und Ostendorf zurückgenommen, der Eisenmanns abgelehnt, der Antrag von Detmold auf Tagesordnung mit 354 gegen 69 Stimmen verworfen; über Bauernschmidt's Antrag namentlich abgestimmt; derselbe mit 305 gegen 108 Stimmen verworfen. Makowiczka's Antrag mit 250 gegen 163 abgelehnt (Stimmzettel). Die Zusatzanträge von Wigard und Giskra (letzterer mit 228 gegen 176 Stimmen) gleichfalls. Die Annahme der Ausschußanträge wie berichtet angenommen. — Neumann von Wien gibt noch eine Erklärung zu Protokoll, daß er deshalb fü Tagesordnung gestimmt, weil er die Centralgewalt nicht für befug halte, sich in innere Angelegenheiten Oesterreichs zu mischen. — Die nächste Sitzung wird wegen der Heizungseinrichtung in de Paulskirche in der reformirten Kirche abgehalten. — Von unser Plätzen sind die nächtlichen unnützen Wachtfeuer noch nicht ve schwunden; ebensowenig die, die nächtliche Ruhe störenden Cava leriepatrouillen. Die H. Minister scheinen an Celsus Spruch denken: Repugnante natura nil medicina proficit.

Wien, 4. Nov. Die innere Stadt ist noch immer von d Vorstädten abgesperrt. Die Arretirungen dauern fort. In al Frühe wurden die Frankfurter Deputirten der Linken, Fröbel u Blum, aus ihrem „Hotel zur Stadt London" abgeholt und i Hauptquartier nach Schönbrunn gebracht. Unter den Verhaftε befinden sich Messenhauser, Fenneberg, Füster. Der akademi

Legionskommandant Aigner hat sich erschossen. Eine Anzahl von Redakteurs sind ebenfalls in Verhaft. (A. Abdztg.) [Also auch die Abgeordneten der deutschen Nationalversammlung sind diesem Mordbrenner Windischgrätz nicht mehr heilig! Deutschland hat den unerhörtesten Völkermord vor seinen Augen an seinen Brüdern begeben lassen; wird es auch dulden, daß man an seine Abgeordneten Hand legt? Wir sprechen Dieß zum deutschen Volke, denn, leider! in Frankfurt sehen wir keine Hülfe bei diesen schwätzenden Weibern!]

Olmütz, 3. Nov. Die Deputation aus Prag, welche mit der Antwort des Kaisers in der Audienz am 31. Okt. nicht vollkommen befriedigt schien, hatte um eine neuerliche, bestimmtere Antwort nachgesucht, wurde aber auf die früher erhaltene verwiesen. Die Deputation ist bereits von hier abgereist.

Prag, 2. Nov. Heute Nacht waren die Truppen unserer Garnison plötzlich konsignirt worden; die Ursache dieser Maßregel ist uns unbekannt. Nach dem aber, was wir gestern aus dem Munde eines Offiziers vernahmen, schien man eine Demonstration gegen das Militär oder gar einen Entwaffnungsversuch desselben zu besorgen. (C. Bl. a. B.)

Ratibor, 3. Nov. Der heutige Wiener Zug brachte einige Reisende, die über die Lage Wiens nichts als die gestrigen Widersprüche und gar keine Details wußten, obwohl die meisten aus Brünn, einer aus Wien selbst gekommen seyn wollten. Immer hört man noch den großen Widerspruch über Tag und Stunde der Einnahme Wiens und das Loos der Studenten und Arbeiter. In Bezug auf Ersteres wird Dienstag Abend 6 Uhr von der einen, Mittwoch früh 10 Uhr von der andern angegeben. Ebenso behaupten die Einen, die Studenten und Arbeiter hielten sich in der Aula, die andern wieder: die Studenten und Arbeiter hätten sich nach Ungarn durchgeschlagen. Von Bem erzählt man, daß er auf der Landstraße nach Brünn gefangen genommen worden sei. Das Eindringen der Truppen in die Stadt soll dadurch möglich geworden seyn, daß 6000 Soldaten aus dem Lager in Nationalgardeuniform die Wachen getäuscht hätten, und darauf zum Burg- und rothen Thurmthor eingelassen worden seien, wo sie sofort gegen die städtischen Nationalgarden den Kampf eröffneten, das erste Mal zwar aus der Stadt geworfen wurden, aber mit größerer Macht und von der durch den ersten Einfall entstandenen Verwirrung begünstigt abermals eindrangen. Auffallend ist das späte Eintreffen des heutigen Zuges hierselbst gewesen; es war bereits 11 Uhr vorbei. Wie mir mit Bestimmtheit erzählt wurde, hat diese Verspätung ihren Grund darin, daß 40 Wagen mit Militär und 74 Kanonen nach Prag gesandt worden sind, welches sich ebenso wie Galizien in vollem Aufstande befinden soll. Die Anzahl der Kanonen und Wagen ist zwar zu bedeutend, als daß diese Nachricht vollen Glauben verdiente, aber sie gewinnt doch etwas an Glaubwürdigkeit, wenn man damit die uns bereits gestern mitgetheilte Nachricht verbindet, daß Windischgrätz sich vorgestern mit Ertrazug von Wien nach Olmütz begeben habe. Vier galizische Deputirte vom Reichstage behaupteten, dieser hätte sich bis zum 15. Nov. aufgelöst und sie seien in Folge dessen gestern von Wien abgereist. (Allg. O.-Z.)

D Berlin, 5. Nov. Man hatte sich getäuscht, als man glaubte, Brandenburg werde nicht annehmen. Er hat angenommen. Das Ministerium Brandenburg ist das Ergebniß des Falles von Wien für Preußen Auch die ruhigsten und besonnensten Männer schütteln hier bedenklich die Köpfe. Das heißt die Revolution mit Gewalt provoziren, an den Haaren herbeiziehen. Seltsam! Man glaubt, die österreichische Angelegenheit sey mit dem Falle Wiens zu Ende. Wir haben vielleicht erst den Anfang davon gesehen. Das in Wien vergossene Blut wird ewig zum Himmel schreien und sicherlich kommt es über die, welche es vergoßen. Es klebt an der Majorität der Frankfurter Versammlung und an jedem einzelnen Mitglied derselben ebenso wie an Windischgrätz und der Erzherzogin Sophie. Hier in Berlin kommt Alles auf die Geltung der Nationalversammlung an. Hat diese Muth und Energie, so ist Deutschland's Freiheit gerettet, denn Berlin darf bei jeder Erhebung in ganz anderer Weise auf die Provinzen und auf ganz Deutschland rechnen, als Wien. Der gestrige Regentag verhinderte jede Demonstration. Das Berliner Volk ist gut, zu jedem Opfer, zu jedem Kampfe bereit; wären nur seine Führer besser! Heute früh ist das Leichenbegängniß des gemordeten Maschinenbauers. Das Wetter ist gut; da indessen heute, als am Sonntag, keine Sitzung der Nationalversammlung ist, so wird der Tag ohne Zweifel ruhig vorübergehen.

Posen, 2. Nov. Die Aufregung zwischen Deutschen und Polen nimmt wieder zu, und es ist bereits in Wronke zu blutigen Händeln gekommen. — Die Russen rücken in Eilmärschen an die galizische Grenze.

Bernburg, 2. Nov. Abermals ist unser früher so ruhiges Städtchen in die größte Aufregung versetzt. Nach Konstituirung des neuen Ministeriums nämlich war der Landtag in seinen Geschäften rasch vorwärts geschritten, und vollendete vorgestern die Verfassung, setzte namentlich die Civilliste des Herzogs fest. Heute sollten beide Minister nach Ballenstedt reisen, um die Sanktion des Herzogs zu holen. Da kam vorgestern ein Brief an den Minister-Präsidenten v. Kersten, der da meldete, daß das herzogliche Paar in Begleitung des Exministers von Krosigk, und des Herrn v. Kutteroff Nachmittags 4 Uhr nach Quedlinburg abgereist sey. Die Wirkung dieser Handlungsweise von Seiten des Hofes ist hier ungeheuer. Man verkennt keinen Augenblick, was die Ursache hievon ist; die Civilliste ist es. (M. Z.) [Die Idee des absoluten Willens hat nichts Lockendes — aber die Revenüen dieses absoluten Willens sind zu reizend!]

Vom Bodensee, 30. Okt., berichtet die N. Freib. Ztg., daß zu Vaduz Unruhen ausbrachen, wodurch die Beamten und das Militär verjagt wurden; 8—900 Freischaaren sammelten sich aus Montafun, Graubündten rc. zu einem Einfall nach Vorarlberg. Aber die Oesterreicher besetzten sogleich die Grenze. Weitere Ereignisse haben noch nicht stattgehabt.

Frankreich.

Paris, 2. Nov. Gährung von allen Seiten. Es herrscht große Aufregung in Paris, die als Verläuferin wichtiger Ereignisse betrachtet werden kann. — Die Reibungen zwischen den Arbeitern und der Mobilgarde an der Barrière Poissonnière wiederholen sich an jedem Abend und werden täglich ernster. Das erste leichte Infanterie-Regiment, das gestern Nachmittag in jenes Viertel beordert wurde, um die Ruhe herzustellen, hat mit den Arbeitern gemeinschaftliche Sache gemacht und der Mobilgarde ebenfalls den Krieg erklärt. Die Erbitterung zwischen der Linie und der Mobilgarde schreibt sich hauptsächlich von dem ungleichen Sold her. — Raspail schreibt aus dem Gefängniß in Vincennes an mehrere Blätter wegen der Präsidentschaftswahl: welchen Platz ihm das Volksinteresse anweise, das Gefängniß oder die Präsidentschaft, so nehme er ihn an, ohne zurückzuweichen, aber er bearbeite die Volksmeinung in keiner Weise. (Schw. M.)

Italien.

Aus Turin vom 28. Oktober berichtet der National Savoisien, daß der italienische Kongreß, der am 28. durch eine Rede Sterbini's geschlossen wurde, den Entwurf einer italienischen Bundesakte angenommen hatte. Unter den Mitgliedern that sich der Fürst v. Canino, Sohn des verstorbenen Lucian Bonaparte, dadurch hervor, daß er den Entwurf, welcher einen Fürstenbund aufstellt, in allen Artikeln bekämpfte, weil er kein Vertrauen in die Fürsten setze.

Lombardei. Am 31. Okt. sind die Oesterreicher auch in das Intelvi-Thal eingerückt. Viele Bewohner desselben haben sich mit Weib und Kind, Habseligkeiten und Vieh auf tessinisches Gebiet geflüchtet. (Basl. Z.)

• Nürnberg, 7. Nov. Ist jener Herr Bondi der vom Wiener Gemeinderath nach Frankfurt delegirte „Demokrat“ mit der „straffen Gestalt“ und dem der „deutschen Zeitung“ so in die Augen stechenden „großem Barte“ — ist jener Herr Bondi — der im fünfzehner Ausschuß jene angestellten, schmerlingisch-mundgerechten Aussagen machte, als wäre die Wiener Oktoberrevolution nur ein Pöbelaufstand und jedes ehrlichen politischen Grundes baar gewesen — derselbe Herr Bondi, der in Nr. 100 des politischen Couriers der (Wiener) Studenten vom 17. Oktober den Wiener Reichstag zu mehr energischen und revolutionären Maßregeln, und ihn aufforderte, das gesammte österreichische Militär seines Eides gegen einen „schon zweimal das unheilbringendste Unglück über Oesterreich gebracht habenden Regenten“ zu entbinden, da „einen solchen Regenten das Militär wohl schwerlich den Eid der Treue geschworen hat? Ist dieß, fragen wir, derselbe Herr Bondi? —

Gedruckt — unter Verantwortlichkeit der Verleger — bei J. L. Stich.
Expedition S. 39 im Gasthof zum König Otto II. Etage.

Der freie Staatsbürger.

Erscheint täglich. Preis in ganz Bayern vierteljährlich 1 Fl. 30 Kr., halbjährlich 3 Fl., jährlich 6 Fl.

Organ der Demokratie.

Inserate werden die dreispaltige Petitzeile zu 3 Kr. berechnet. Die Abonnenten haben für die Hälfte des Abonnementpreises Inserate frei.

Nr. 38. Nürnberg, Freitag, den 10. November **1848.**

Der Völkermord in Wien.

„Der Henker ist der erste Diener guter Fürsten.“ Lamenais.

J Czechische und kroatische Militärgewalt, von einer illegalen Regierung herbeigerufen, hat mit allen Mitteln offizieller Mordkunst, mit schaudererregender Barbarei die erste Stadt Deutschlands vernichtet. Der riesige Dom deutscher Freiheit, die Kathedrale des Völkerrechts, Wien, das in edler Begeisterung für Ungarn, Prag, Italien und Polen seine Stimme erhob, fällt im einsamen Kampfe gegen Despotismus und Panslawisirung, verlassen und verrathen von seinen Stammgenossen, ein bewältigter Löwe. Der Absolutismus beginnt seine Schaffotte aufzurichten und auf den rauchenden Trümmern des zweiten Magdeburgs wird ein Festessen gehalten werden, wo man mit deutschem Blute Toaste ausbringen und auf das neue Slawenreich trinken wird, während auf den Strassen Blut und Asche, Trümmer und Leichen. Der Belagerungszustand hat seine Schreckensfittiche über Wien, die Perle der Städte ausgebreitet und Kirchhofsstille herrscht in seinen Mauern. „L'ordre règne à Varsovie!“ — Ja, jene Ordnung die der slawische Raubvogel braucht, um seinen deutschen Raub zu verzehren. Zum politischen Despotismus kommt die nationale Unterdrückung, zu der Schreckens- die Fremdherrschaft, die kroatische Soldatenpöbelherrschaft. Schutzlos ist die erste Stadt der konstitutionellen Monarchie den empörendsten Bestialitäten preisgegeben. Die gräulichsten Frevelthaten, die unerhörtesten Grausamkeiten wie sie der 30jährige Krieg nur auf den blutigsten Seiten der Geschichte aufweist werden von entmenschten Kroatenhorden verübt, deren Fußstapfen Raub, Mord und Schändung bezeichnen — blos weil es einen Menschen gab, der sich Kaiser Ferdinand nannte. Sechs Monate lang mußte Wien die schändlichste Perfidie ertragen, mußte mit Füßen getreten sehen, wofür es im Monat März sein Blut vergossen. Allein schon bald nach den Maitagen merkte der politisch feinfühlende Sinn seiner Bevölkerung, daß sie wieder anfange der Spielball der niederträchtigen Hofpartei zu werden. Die unter aller Erwartung schlechten Früchte der konstitutionellen Monarchie, die reaktionären Maßnahmen eines zweideutigen Ministeriums, die die Selbstständigkeit Ungarns zu vernichten beabsichtigten, wodurch das deutsche Wien seine nationale Unabhängigkeit durch das herrsch- und gewaltsüchtige Slawenthum gefährdet hielt, — all' diese Schmach und die edle Bruderliebe zu einem großen Nachbarvolke, ließ es im Oktober entrüstet zu den Waffen greifen, um mit dem Schwert das Netz der hochverrätherischen Kamarilla zu zerhauen. Die Bewegung des Oktobers basirte daher auf den Widerstand gegen den politischen Rückschritt zur alten unumschränkten Willkürherrschaft und gegen die im Kampfe gegen Ungarn zu füchtende und weitergreifende slawische Präponderanz. Sie war, die Oktoberrevolution, Nothwehr zum Zwecke der nationalen Selbsterhaltung. Sie war eine *Volkssache* und wurde eine *Völkersache* als fremde Volkerstämme den deutschen Boden betraten und kämpfend gegen Wien heranzogen. Der Kaiser hatte den Wienern und den Ungarn sein Wort gebrochen. Nicht Huld und Gnade, nicht Conzessionen waren es, was das Volk verlangte, — Recht, heiliges Recht und Schutz für sich und für die Aufrechthaltung einer den Ungarn von 14 Königen aus dem Hause Oesterreich beschworenen Konstitution. „Divide et impera, trenne und Du wirst herrschen“, das langjährige Herrschergeheimniß in Oesterreich war auch jetzt wieder gegen Ungarn das Rettungsmittel aus der drohenden Gefahr, in die das erwachte Volksbewußtseyn die absolutistischen Gelüste gebracht hatte. Der von der Hofpartei mit allen scheußlichen Mitteln gegenseitig genährte und aufrecht erhaltene Nationalhaß, das einzige Bindungsmittel des östreichischen Länderkomplexes unter einem Herrscherstab, sollte zum Büttel der ungarischen verbrieften Freiheit werden. Es war dieß ein um so mehr gefährliches Wagniß, als die Gelüste des Slaventhums längst offenkundig waren und zu erwarten stand, daß das nach politisch nationaler Größe dürstende Slaventhum begierig jede Gelegenheit ergreifen würde, seine eignen langgehegten Lieblingspläne der Verwirklichung näher zu rücken oder mit einem Schlage zu erreichen. Es gelang der Kamarilla, Jellasich, einen durch Weiberlaune gehobenen Parvenü, zur Erhebung gegen die Ungarn, zum Meuchelmorde an einem freien Volke zu bewegen. Dieser slavische Jesuit, beherrscht von den Ideen eines neu aufzurichtenden, slavischen Großreiches, hatte sich jedoch nur in die Livrée der Kamarilla gesteckt, um seine eigenen Pläne zu verfolgen. Die Oktoberrevolution bestimmte ihn auf eigene Faust zu handeln, und statt nach Pesth zu ziehen, überschritt er auf die Nachricht der siegreichen Bewegung in Wien *aus eigner Machtvollkommenheit* *) die deutschen Grenzen, um wie er selbst sagte: „Die Feinde der Slaven in Oestreich's Hauptstadt zu züchtigen.“ Auf den Trümmern der Wiener Freiheit, und wenn es möglich, der gestürzten Monarchie, glaubt er und seine nationale Partei die Oberherrschaft eines panslavischen Reiches wie ein Phönix emporsteigen und sich selbst mit diktatorischer Gewalt bekleidet zu sehen **). Die Flucht der Czechen vom Reichstage stand in genauer Verbindung mit den deutschfeindlichen Umtrieben des Panslavismus. Sie war die Folge des Egoismus und der Ministersucht der Czechen, die sich in der neu zu erstehenden slavischen Monarchie schon auf der Ministerbank träumten und eher die Sache der Freiheit als ihre separitistisch-nationalen Interessen im Stiche ließen. Jellasich's eigenmächtiges Vorschreiten, die überwiegende Macht, die die Hofpartei den schlauen Slaven eingeräumt hatte, erregte bald Mißtrauen und Angst in Olmütz und man beeilte sich, den Händen des starren Soldatenfürsten Windischgrätz die unumschrankte oberbefehlshaberische Gewalt zu übertragen, was die ehrgeizigen Plane des Ban's durchkreuzend, zwischen beiden Befehlshabern eine ziemliche Spannung erzeugte Der Kaiser in lächerlicher, strafbarer Isolirung vom Ideenkreise seines Volkes, hatte den ersten illegalen Schritt begangen, als er ohne Begleitung seiner Minister in scheinbarer Flucht den Reichstag, Stadt und Volk verließ. Er hatte den gesetzlichen Weg verlassen, den selbst Wien im entsetzlichsten Sturm entfesselter Leidenschaften jeden Augenblick behauptete. Er, Oestreich's unglückseliger zweiter Philipp, saß ruhig in Olmütz, verzehrte die Kuchen, die ihm berittene Hanaken brachten, oder lag betend und weinend in der Kirche, wahrend seine Alba würgten. Wer den Absolutismus und seine natürlichen Gesetze kennt, dem mußte es klar werden, daß er nach einer solchen Niederlage wie am 6. Okt. kein anderer als ein Vernichtungskampf führen konnte. Es war eine Thorheit irgend Gedanken friedlicher Beilegung zu hegen, wo der Kaiser, dem die hochver-

*) Jellasich äußerte: „Er habe schon 21 Handschriften des Kaisers erhalten, die er leider *nicht in der Lage war zu befolgen*, und Se. Majestät der Kaiser könne ihm noch 21 Handbillette senden, *welche ihm von seinem Ziele weglenken wollten*, er würde sie nicht befolgen.“

**) Siehe oben.

rätherische Hofpartei die albernsten Mährchen aufband und ihm alle jene inkonstitutionellen Manifeste diktirte, „auf der Unmöglichkeit eines versöhnenden Mittelweges“ beharrte Vergebens betheuerte der Reichstag, daß er frei und ungestört tage, daß Ruhe und Ordnung in den Mauern Wiens herrsche, Die Kamarilla wollte keine Versöhnung — sondern den — Krieg. In blutsüßem Wohlbehagen herrschte sie in Olmütz. — Hochfahrend und höhnisch entließ der Hof alle Deputationen und wollte den wahren Zustand Wiens nicht kennen und nicht vor des Kaisers Ohren gelangen langen. Dieser konnte und wollte das flehentliche Rufen seines Volkes nicht hören, desto bereitwilliger jedoch hörte er auf die Stimme seines Hofes und seiner Söldlinge, die vor Allem die Hinrichtung Latours ausbeuteten. Die Kamarilla wollte und mußte va banque spielen. Sie gewann — scheinbar; eine dritte Partei aber wird den Gewinn davon ziehen und es ist nicht unwahrscheinlich, daß sie dabei noch ihren ganzen Einsatz verlieren wird. Denn ihre Vorhaben und Pläne haben die Czechen selbst so sonnenklar und vor aller Welt pronuncirt, daß kein feines diplomatisches Talent dazu gehört ihr Ziel zu errathen. Man gehe nur zurück auf die Verhandlungen des großen Slawenkongresses, auf das Schreiben des Banus an die „Slovanska Lipa“ und die Antwort der „slawischen Linde“ auf dasselbe, ob man umfangendere Aufklärung erhalten kann. Und war es nicht ein czechischer Mund, dem im Reichstage die Worte entschlüpften; „Nur so lange wir wollen, besteht die Monarchie, und denkt Czechen wollen nur so lange als es nöthig ist.“ Konnte man nicht vor Kurzem in einem bekannten Tschechenblatt lesen: „Unser gefährlichster Feind ist der Deutsche, denn er verwandelt alles um sich her in seinem eignen Lebenssaft!“ — Nannte nicht Rieger einen deutschen Prager einen „Kolonisten“ und wurde nicht bei einer am 27. Okt. vor der „Slovanska Lipa“ zu Prag veranstaltete Volksversammlung des Deutschen als „Gast“ gedacht und aufgestellt, daß wenn Oesterreich bleiben will, es slawisch werden muß? Folgerte man nicht ganz richtig: „Wien muß beschossen werden. Es muß der Belagerungszustand herbeigeführt werden. Der Reichstag berathet dann nicht mehr frei und muß verlegt werden. Siegt Wien, dann ist unsere Nationalität in Gefahr, fällt Wien, so ist die slawische Freiheit doch noch nicht mitbegraben. Die Dynastie wird ihren Vortheil leicht erkennen und sich mit den Slawen verbinden.“ Schon daß man im Anfange der Wiener Revolution dieselbe eine frankfurt-magyarische nannte, wirft außer diesen offenen Herzensergüssen das klarste Licht auf die Wünsche und Pläne der czechischen Partei. Der Wiener Reichstag, obgleich seinem kühnen Ausharren, den energischeren Theil seiner Beschlüsse die Anerkennung und Bewunderung aller Welt geworden ist, obgleich er sich permanent erklärte und zu einem Art Wohlfahrtsausschusse umgestaltet hatte, trägt dennoch Mitschuld an dem welthistorischen Unglücke Wiens. Er hatte nicht gethan, was er thun konnte. Er gerieth bald in Thauwetterstimmung, forderte freundlich auf, wo er befehlen konnte und erging sich häufig in phrasenhaften Worten wo er mit dem Volke „Geschichte hätte machen“ sollen. Allein er hatte viele schwarzgelbe Verräther in seinen Reihen und krankte an dem allgemeinen Uebel der Zeit. Er konnte keinen Danton finden. (Fortsetzung folgt.)

Deutschland.

München, 6. Nov. Den Mitgliedern der Deputation, welche mit Ueberreichung der im Zweibrückensaale beschlossenen Adresse an den König beauftragt gewesen war, und welche selbe, nachdem Oberst Hartmann ihre Annahme verweigert, durch die Post an den König abgesendet hatte, ist heute durch den Magistrat folgende Entschließung des Staatsministeriums des Innern zugestellt worden: „Se. Maj. der König haben diejenige Adresse, welche den Ueberbringern bereits zurückgegeben und nunmehr durch die Post mit einem besonderen Begleitschreiben Allerhöchst demselben zugesendet worden ist, nicht anzunehmen, sondern dem unterzeichneten Staatsministerium mit dem Auftrage zurückzuschicken geruht, dem Magistrate der kgl. Haupt- und Residenzstadt München eröffnen zu lassen, wie Se. Maj. der König stets bereit seien, die billigen Wünsche und gegründeten Beschwerden Ihrer getreuen Bürger Münchens entgegen zu nehmen und denselben jede mit den bestehenden Gesetzen vereinbare Berücksichtigung zuzuwenden, daß Se. Maj. jedoch eine Adresse von solcher Fassung, wie die vorliegende, nicht annehmen könnte. Uebrigens seien bereits alle Maßregeln getroffen, um die Ruhe und Sicherheit der Hauptstadt zu sichern. Das kgl. Regierungspräsidium hat hienach das Weitere zu verfügen. München, den 1. Nov. Auf Sr. Maj. allerhöchsten Befehl. v. Thon-Dittmer.“ Indem wir uns auf die diese Frage besprechenden Artikeln in unserm Blatte beziehen, fügen wir demselben nachfolgende Bemerkungen bei. Das Recht des Königs, an ihn als Prinzen des Hauses Wittelsbach, als Privatperson gerichtete Schreiben, ganz nach seinem eigenen Ermessen anzunehmen oder abzulehnen, kann natürlich in keiner Weise in Frage gestellt werden. Daß fragliche Adresse aber an den König, als Oberhaupt des Staates, gerichtet, daß demnach eine Verfügung über deren Schicksal nach konstitutionellem Prinzip nur unter Mitwirkung verantwortlicher Räthe zuläßig war, haben wir bereits ausgeführt. Durch obenstehende Ministerialentschließung ist dieser Behauptung sachliche Anerkennung geworden. An das Ministerium ergeht nun wiederholt unser bereits erhobener Ruf, die bei der ersten Zurückweisung der Adresse vorgefallene Anmaßung eines Hofbediensteten zu untersuchen, zu rügen und einer Wiederholung derselben vorzubeugen. Um so dringender ertönt dieser Ruf, als nach unserem Wissen das erste Erforderniß des konstitutionellen Prinzips, daß der König nur mit und durch die verantwortlichen Minister handelt, bei uns noch bei Weitem keine Geltung erlangt hat: daß vielmehr außer dem unverträglichen Institute des aus fast vorsündfluthlichen Elementen zusammengesetzten Staatsrathes noch eine andere freiheitsfeindliche Camarilla sich zwischen König und Ministerium gedrängt hat. Der Minister aber, der durch seine Kontrasignatur die Verantwortlichkeit für die abermals verweigerte Annahme übernommen, hat — unseres Bedünkens — nicht gut gethan und zwar aus zweierlei Gründen. Der Inhalt der Adresse ist wohl dem Könige bekannt; nicht aber weiß er, wer sie unterschrieben. Doch ist eben dieser Umstand von hoher Bedeutung: aus Einsichtsnahme der Listen wäre unzweifelhaft hervorgegangen, daß ernst, besonnene untadelhafte Männer an der Adresse sich betheiligt hatten; der König hätte so viele Lügengespinnste einer unwahren Partei durchschaut, die allen Widerstand gegen ihre Bestrebungen einem anarchischem Wühlerthum aufzuburden sich bemüht, während nur sie selbst es ist, die durch bald offenen, bald versteckten Kampf gegen die unabweislichen Forderungen der Zeit, gegen die Konsequenzen der nun proklamirten Quelle aller Regierungsgewalt und durch unwürdiges Feilschen an den königlichen Verheißungen tagtäglich an dem neuen Rechtsboden rüttelt. Der Abweisungsgrund kann ferners in keiner Weise haltbar genannt werden. Nur Zweierlei ist möglich. Die Fassung der Adresse ist entweder zuläßig nach den bestehenden Gesetzen oder sie ist es nicht. Im ersten Falle kann sie keinen Grund der Abweisung bilden: mehr als das Gesetz verlangt, darf kein Minister bedingen. Im zweiten Falle erheischt das verletzte Gesetz Genugthuung. Zu dem Ende wäre jedoch die Kenntniß der Unterzeichner nothwendig gewesen, und daß man sich diese nicht verschaffte, spricht unzweifelhaft dafür, daß das Ministerium irgend ein Gesetz das übertreten worden wäre nicht aufzufinden wußte, weil — keines aufzufinden ist. Wir schließen hiemit diesen leidigen Akt. Nur Eines noch drängt es uns auszusprechen. Ernstes ereignet sich rings um uns, und elektrisch berührt und durchzuckt es auch das Fernerstehende. Was man in Wien schaudernd erlebt, in Berlin droht es versucht zu werden. Eines ruhigeren Entwicklungsganges rühmt sich bis jetzt Bayern. Störe man ihn nicht; reiße man die schon vielseits gelockerten Bande nicht freventlich entzwei durch gewagteres Spiel und scheuche man, wo Vertrauen sich zeigen möchte — desto schätzbarer, je seltener — selbes nicht zurück durch den Gorgonenschild kleinlichen Formenwesens. Ein großer Brand bedroht Deutschland, bedroht mit ihm Bayern: wer möchte darum sich kümmern, ob es nackte, ob es glacébekleidete Hände sind, die die rettenden Löscheimer herbeitragen. (D. k. Z.)

I. Frankfurt, 6. Nov. (109. Sitzung d. d. konst. Nat.-Vers.) Erste Sitzung in der reformirten Kirche! Der Geist der Revolution kommt über diese Versammlung nicht mehr, wenn der der Reform, so dürfen wir höchstens eine Nachbeterei erwarten. Ein eigenthümliches Schicksal ist es allerdings, daß die erste deutsche Nationalversammlung von einer Kirche in die andere wandern muß. — Vom Central-Comité des Stuttgarter volkswirthschaftlichen Vereines werden Wünsche in Bezug auf den

Schutz der Arbeit, auf planmäßige und geordnete Arbeitsthätigkeit mit Hinweisung auf die neuerlichen französischen Bestimmungen verlesen. — Zacharia berichtet Namens des Ausschusses für die Anklagen ꝛc., daß der Antrag desselben auf Genehmigung der Untersuchung gegen den Redakteur der Flugblätter Jörgen's wegen Verleumdung des Abgeordneten Minkus laute. — Es folgen nun mehrere Interpellationen, von Mohr über die Uebersetzung der Provinz Rheinhessen durch Einquartierung preußischer Truppen. Ziegert fragt nach den Berichten der Reichskommissäre in Betreff der österreichischen Angelegenheiten; Bauernschmidt verlangt mit Bezug auf die blutigen Maßregeln gegen eine der heldenmüthigsten Städte, welche an den Vandalismus des Mittelalters erinnern, und auf die inkonstitutionellen und grausamen Manifeste des Kaisers, Angesichts von ganz Europa, die bestimmte Antwort: ob das Reichsministerium noch länger seine unmännliche Politik fortzusetzen gedenke und fordert, daß jedes bei dem Reichsministerium eingelaufene, auf die österreichischen Angelegenheiten bezügliche Aktenstück vollständig auf die Tafel des Hauses niedergelegt werde. Aehnlich von Simon von Breslau. Francke interpellirt wegen Schleswig-Holsteins und einer angeblichen dänischen Immediat-Kommission auf der Insel Alsen, von der dem Reichsminister nichts bekannt seyn soll, während alles Uebrige noch in Verhandlung mit Dänemark liegt. Reichsjustizminister v. Mohl antwortet auf Biedermann's Interpellation in Betreff des Vorbehalts der sächsischen Regierung und Kammer in Bezug auf die Reichsverfassung und Gesetze, daß das Reichsministerium dem sächsischen den Widerspruch des Kammerbeschlusses mit den Beschlüssen der Nationalversammlung zu erkennen geben, sowie aufmerksam machen werde, daß die Rechtskraft der Reichsgesetze für alle Staaten durch die Publikation im Reichsgesetzblatt gegeben und die Reichsgesetze unverändert und ohne Weglassung bekannnt zu machen seyen. Biedermann stellt den Antrag, die sächsische Kammer zur Zurücknahme ihres Beschlusses vom 28. August aufzufordern. Wegen der Dringlichkeit wird 4 Mal abgestimmt; es soll morgen auf die Tagesordnung kommen. Reichsminister v. Schmerling beantwortet die Interpellation wegen Limburgs. Wir hören die gewöhnlichen Redensarten von Wahrung des deutschen Interesses. Es werden Verhandlungen mit Holland stattfinden — man muß die Theilnahme der größern Mächte beim Vertrage von 1839 wegen Limburg's berücksichtigen und kann deßhalb keine Härte anwenden! Eine eigentliche Trennung von Holland wolle man in Limburg selbst nicht. In der Angelegenheit Posens hat das Reichsministerium durch einen entscheidenden Beschluß die Zweifel beseitigen zu müssen geglaubt, somit den Beschluß der Berliner Versammlung als nicht ergangen betrachtet (!) und den Reichskommissär, den darmstädtischen General Schäffer [beiläufig: Darmstadt hat bei etwa 5—6000 Mann Truppen 12 nominelle Generale, daher leicht einer zu entbehren!] zum unverzüglichen Beginn der Arbeiten wegen der Demarkationslinie angewiesen und abgeschickt. Schließlich kommt hiebei ein ministerieller Ausfall gegen eine gewisse Partei — die gewöhnliche Verdächtigung aller jener, welche mit der Politik der Justizminister unzufrieden zu seyn sich erlauben! Von Oesterreich nichts, gar nichts! die alten leeren Redensarten, Entschuldigung der Reichs-Kommissäre, von denen man wahrscheinlich nicht erwarten könne, daß sie sich in eine belagerte und kämpfende Stadt hätten begeben sollen, und daß eine bestimmte Erklärung Wessenberg's eingetroffen sey, keine weitern Beschränkungen der Freiheit eintreten zu lassen, als sie nothwendig sind, der in Wien herrschenden Anarchie zu steuern! Wir hören ferner noch, daß Brand und Verwüstung zunächst durch die Vertheidiger selbst verursacht seyen [wie so, Herr v. Schmerling? Der Minister hat kurz vorher erklärt, daß seit dem Freitag keine weiteren Veränderungen in Wien, als die bereits bestandenen offiziell bekannt geworden seyen, weiß aber doch jetzt den angeführten Umstand!? Ist das ministerielle Unpartheilichkeit, Unbefangenheit des Volksministers in der Sache eines heldenmüthigen Volkes gegen die scheußliche Politik einer hohen Kamarilla!] Der Handelsminister theilt Einiges über die Errichtung und Organisation der Marinebehörden mit und darnach gibt es eine Marineabtheilung, welche einstweilen einem der bestehenden Ministerien (für jetzt den Handelsminister) zugetheilt wird, und einer technischen Marinekommission, an deren Spitze, S. k. Hoheit Prinz Albrecht von Preußen zu treten bereit ist! (Was man durch das Hinterthürchen entfernt zu haben glaubte, läßt man bereits durch das große Thor wieder herein!) — Ueber einen Antrag Jordan's, daß die Nationalversammlung nochmals ausdrücklich erklären wolle, daß jeder mit den ihrigen in Widerspruch stehende Beschluß anderer Versammlungen null und nichtig und als Auflehnung zu betrachten sey, wird morgen debattirt werden. Bauernschmidts Antrag: daß jedes bei dem Reichsministerium eingehende Aktenstück über die österreichischen Angelegenheiten auf die Tafel des Hauses niedergelegt werden solle, wird nicht für dringlich erklärt. Simon von Breslau stellt da, wegen des empörenden Betragens des Fürsten Windischgrätz gegen die einzige gesetzliche Macht Oesterreichs den Reichstag und des mißachtenden gegen die Reichskommissäre nöthigenfalls Gewalt mit Gewalt zurückzuweisen sey und die That den Befehlen folgen müsse, den Antrag: sofort ein Reichsheer aufzustellen, und in Oesterreich die Autorität der Centralgewalt und des Reichstages nöthigenfalls mit Waffengewalt wieder herzustellen. Das Wort zur Begründung der Dringlichkeit wird nicht ertheilt! Schaffrath: Pfui! die sächsische Frage war dringlich, die österreichische nicht! Der Präsident will die Bemerkung gegen Beschlüsse der Nationalversammlung als unschicklich zurückweisen, und ruft den, der Pfui gerufen, zur Ordnung. Schaffrath gibt sich als solcher zu erkennen und Nauwerk bittet gleichfalls um den Ordnungsruf. Nun entsteht eine längere Debatte, ob mit dem Ablehnen des Wortes für die Dringlichkeit auch die Dringlichkeit selbst abgelehnt sey, welche die willkürliche Auslegung der Geschäfts-Ordnung und des Gesetzes über die Interpellationen durch eine tyrannische Majorität in hellstem Lichte zeigt. Nach vielem Lärmen wird die Frage: ob über die Dringlichkeit des Simon'schen Antrages jetzt abgestimmt werden solle, mit 237 gegen 189 Stimmen verneint! Hierauf bringt Simon v. Trier denselben Antrag auf Absendung von Reichstruppen. Schwerin verlangt Tagesordnung. — Der Präsident läßt darüber abstimmen, die Linke erklärt nicht abstimmen zu wollen. Präsident läßt durch Stimmzettel abstimmen, da das Resultat unsicher sey. Es wird mit 261 gegen 122 die Tagesordnung angenommen! Wigand, Mohr, und Andere geben einen Protest dagegen ein. — Hierauf wird der Antrag des Finanzausschusses angenommen, daß in der zweiten Hälfte des Dezembers eine Volkszählung stattfinden solle, nach kurzer Debatte. Bei zweifelhaften Resultat der Abstimmung geschieht sie durch Stimmzettel und ergibt 177 gegen 176; ferner ein Zusatz zu §. 42 der Geschäftsordnung in Bezug auf die Abstimmung durch Stimmzettel mit 209 gegen 180 Stimmen. Weiter ein Antrag des Marineausschusses in Bezug auf die Handelsflagge, welcher die provisorische Centralgewalt ermächtigt, bei Publikation des Gesetzes über die deutsche Kriegs- und Handels-Flagge vom 31. Juli 1848 eine weitere Verordnung wann die Bestimmungen über die Handelsflagge in Kraft treten sollen, sich vorzubehalten. Endlich der Antrag des Verfassungsausschusses sogleich in Berathung der §§. 12—20. des Verfassungsentwurfes einzugehen, und dabei die andern Anträge in der gewöhnlichen Weise zu beachten.

Wien, 3. Nov. (Tagesbericht.) Die Stadt ist noch strenge von den Vorstädten abgeschlossen, die Reichstagssitzungen bis 15. Nov. vertagt. Auch heute wieder keine Wiener Zeitung erschienen. Die Waffenablieferungen dauern fort und es kommen ungeheuere Massen zusammen. Ob das Privateigenthum wieder zurückerstattet wird, bezweifelt man nach den Erfahrungen, die man in Prag gemacht hat. — Jellasich war gestern das erste Mal in der inneren Stadt und wurde von den auf den Straßen und Plätzen aufgestellten Truppen mit einem Hurrah empfangen, aus vielen Fenstern mit weißen Tüchern begrüßt. — Vom Stephansthurm wehen die schwarzgelben Fahnen. — Die Soldateska läß dem Volk auf jede mögliche Weise fühlen, daß sie als Sieger in der Kaiserstadt ihr Lager aufgeschlagen habe, die Generalität und Stabsoffiziere sind weniger brutal als die niedrigeren Chargen und die Soldaten, besonders aber die der kroatischen, polnischen und böhmischen Regimenter. — Schon spielt wieder das Sedlinitzkysche System der Spionirung und der Denuncirung eine Hauptrolle. — Der Dichter Kaiser und mehrere Hauptleute der mobilen Garden und der akademischen Legion sind gestern verhaftet, Bem und Messenhauser sind ebenfalls eingezogen worden. Die nichtssagende Wiener Zeitung erscheint soeben, man ist unverschämt genug, für ein Exemplar 20 kr. zu verlangen. Der Reichstagssaal wurde gestern geschlossen; die Sitzungen sollen am 15. k. M. wieder in Kremsier beginnen und in Wien ein allgemeiner Völkerfriedens-Congreß abgehalten werden. (Allg. D.-Z.)

Wien, 4. Nov. Auf hohen Befehl bringt der Gemeinderath

der Stadt Wien folgende von der Centralkommission der k. k. Stadtkommandantur angeordnete Maßregel zur allgemeinen Kenntniß: Unter den Bedingungen, welche der Herr Oberkommandant Se. Durchlaucht der Fürst zu Windischgrätz in seiner Proklamation vom 23. Oktober für die Uebergabe der Hauptstadt Wien festgesetzt hat, erscheint in §. 3 die anbefohlene Auslieferung der durch nachträgliche Zuschriften bezeichneten Individuen, als: des gewesenen kgl. ungarischen Unterstaatssekretärs Pulsky, des polnischen Emissärs Bem, des Nationalgarde-Oberkommandanten Messenhauser, des bei diesem Kommando verwendeten Fenneberg und endlich des als Aufwiegler bezeichneten Schütte. Wegen der besonderen Gefährlichkeit dieser fünf Individuen, und weil sie als Haupturfachen der letzten Empörung, die auf den Umsturz der Monarchie hingearbeitet hat, angesehen werden, wird von Sr. Durchlaucht dem Herrn Feldmarschall Fürst zu Windischgrätz mit unnachsichtlicher Strenge auf ihre Habhaftwerdung gedrungen, und hievon die Möglichkeit abhängig gemacht, den freien Verkehr der Stadt und ihren Vorstädten herzustellen, und überhaupt die möglichsten Erleichterungen in dem Belagerungszustande eintreten zu lassen. Zu diesem Ende werden jene Wohnparteien, bei denen sich etwa ein oder das andere Individuum aufhalten sollte, dringendst aufgefordert, binnen 6 Stunden davon die Anzeige zu machen, weil sonst gegen den Dawiderhandelnden das standrechtliche Verfahren eintreten würde.

Wien, 6. Nov. Der Kampf muß in den Vorstädten furchtbar wüthend gewesen seyn. Jedes Haus scheint eine Festung gebildet zu haben, welche nur im Sturme genommen werden konnte. Die Anzahl der Kanonenkugeln des schwersten Kalibers, die in der Mauer stecken, und unter dem Schutte liegen, geben Bestätigung von einer riesenhaften Gegenwehr. Daß die aus Wiener Bevölkerung bestehende Nationalgarde in dem Kampfe der Oktobertage eine in der Geschichte beispiellos dastehende Unerschrockenheit, Aufopferung und Hingebung für eine Sache, zu deren Gunsten sie die Führer im höchsten Grade zu begeistern wußten — bewiesen hat, kann wohl Niemand abläugnen, der den Gang und die Dauer des Kampfes beobachtete, der ohne Leidenschaftlichkeit und mit militärischer Umsicht Kräfte, Organisation und Anstalten maß. Als am 31. Okt. Nachmittags der Kampf neuerlich begann, mögen es kaum 3—300 Mobilgarden gewesen sein, welche die Stadtwälle noch besetzt hielten, und eine ganze Armee vor dem Conventionsgemäßen Einmarsche in die Stadt beinahe 3 Stunden abhielten. — Das erste Armee-Corps der in Wien lagernden k. k. Truppen ist bereits zum Abmarsche nach Preßburg und Pesth aufgebrochen. Fürst Windischgrätz soll dasselbe begleiten, General Gordon hat das Kommando der Stadt Wien übernommen.

? Jena, 3. Nov. Unter dem Schutz der Centralgendarmerie und des Regierungsterrorismus sieht man auch wie anderwärts unter deren Schirm in Thüringen hie und da einen Verein auftauchen, der es sich zur Aufgabe macht, conservativ-liberale oder demokratisch-konstitutionelle Tendenzen zu besitzen!

Frankreich.

Paris, 4. Nov. Die französische Republik hat eine Verfassung, die siebente seit sechzig Jahren (1791, 1793, III, VIII, 1814, 1830 und 1848). Sie wurde in der heutigen Sitzung zur Abstimmung gebracht, mit 739 gegen 30 Stimmen genehmigt, und der Präsident Marrast verkündigte: „Im Namen des französischen Volks erkläre ich daß die konstituirende Versammlung die Konstitution angenommen hat.“ Die vorausgegangenen Verhandlungen waren flüchtig und änderten im wesentlichen nichts ab. Der Antrag des Hrn. Thouret (auf indirekte Ausschließung Ludwig Bonaparte's) wurde verworfen. Die schützenden Vorkehrungen gegen Usurpation wurden indeß vervielfältigt. Ein neuer Artikel bestimmt daß der Präsident vor Antritt seines Amts der Republik und der Verfassung den Eid der Treue zu leisten hat. Ein anderer Artikel daß er nach Ablauf seiner vier Jahre nicht durch ein Mitglied seiner Familie bis zum sechsten Grade einschließlich ersetzt werden kann. Ein dritter Zusatzartikel ging dahin daß der Präsident durch Verfassungsbruch seiner Würde sich verlustig mache, und der hohe Nationalgerichtshof aus eigener Macht und bei persönlicher Verantwortlichkeit sich zu versammeln habe um über ihn zu richten. Allein es erhob sich das Bedenken ob der Präsident, wenn er einmal die Verfassung über den Haufen geworfen, noch ein solches Gericht werde bestehen und sich vor dessen Schranken werde führen lassen, und der Artikel wurde dem Ausschuß zu neuer ... beitung zugewiesen, der nun dem Art. 68 folgende Fassung gegeben hat: „Der Präsident der Republik, die Minister, die Agenten und die Depositaires der öffentlichen Autorität sind, jeder in dem was ihn betrifft, verantwortlich für alle Handlungen der Regierung und der Verwaltung. Jede Maßregel, durch welche der Präsident der Republik die Nationalversammlung auflöst, sie vertagt oder der Ausführung ihres Mandats Hindernisse in den Weg legt, ist ein Verbrechen des Hochverraths. Durch diese Thatsachen an und für sich ist der Präsident seiner Funktionen entsetzt, die Bürger sind verbunden ihm den Gehorsam zu verweigern, die vollziehende Gewalt geht von Rechtswegen auf die Nationalversammlung über. Die Richter des hohen Gerichtshofs treten unmittelbar zusammen bei Strafe der verletzten Amtspflicht. Sie berufen die Geschwornen an den Ort den sie geeignet erachten um Gericht zu halten über den Präsidenten und seine Mitschuldigen. Sie ernennen selbst die Richter welche die Funktionen des öffentlichen Ministeriums zu erfüllen haben. Ein Gesetz wird die andern Fälle der Verantwortlichkeit gleichwie die Formen und die Bedingungen des Verfahrens bestimmen.“ So wurde denn dieser Artikel gutgeheißen. Endlich wurde noch vorgeschlagen und genehmigt der Zusatz: „Die Nationalversammlung vertraut die Obhut gegenwärtiger Verfassung dem Patriotismus aller Franzosen an.“ Nach der Schlußabstimmung bestieg der Minister des Innern, Hr. Dufaure, die Rednerbühne um die Versammlung einzuladen sogleich eine Commission zu wählen um die Versammlung einzuladen sogleich eine Commission zu wählen um die Feierlichkeiten der Verfassungspromulgation anzuordnen. Damit wurde die Versammlung aufgehoben, und die Mitglieder begaben sich in die Abtheilungen zu dieser Wahlhandlung.

Paris, 4. Nov. Die Mallepost von Bordeaux hat schon seit zwei Tagen keine Madrider Journale und Briefe mitgebracht. Die letzten Nachrichten sind vom 28. Oktober. Die Journale von Bayonne und von der Gränze melden, daß nun auch in Arragonien eine republikanische Insurrektion ausgebrochen ist, die sehr bedeutende Streitkräfte zählt, und daß Cabrera an der Spitze von 1000 Carlisten am 25. in Manresa eingerückt ist. Die Regierung in Madrid, die mit allen diesen Aufständen nicht fertig werden kann, und Madrid und den Süden nicht von Truppen zu entblößen wagt, soll sich an England gewendet und von dieser Macht, der einzigen, für die der Quadrupelvertrag noch Bedeutung hat, Hülfe verlangt haben. (Würzb. Z.)

Italien.

Turin. In der Sitzung der piemontesischen Deputirtenkammer vom 2. Nov. erklärte Minister Pinelli: das Ministerium fühle lebhaft das Bedürfniß, die Feindseligkeiten wieder aufzunehmen, wenn es nicht wegen Piacenza's die schuldige Gerechtigkeit und überhaupt ehrenwerthe Verträge erhalte. Die Schwierigkeiten, auf die es stoße, rührten nicht von äußeren, sondern von inneren Fragen her; es sei bereit, einem Kammerausschuß hierüber das Nähere mitzutheilen. Dieser wurde 13 Mitglieder stark, 8 oppositionelle, 7 ministerielle, ernannt, wird aber schwerlich viel erfahren, da im Verlauf der Debatte die Minister verlangten: wenn sie ganz offen reden sollten, so müsse die Kommission zur Verschwiegenheit verbunden werden, und die Kammer auf dies Verlangen nicht einging. Wegen der „Frankfurter Vermittlung“ äußerte sich der Minister des Innern auf eine Interpellation dahin: er könne genau über diese Thatsache nicht antworten, aber Das könne er versichern, daß das Kabinet durchaus nicht geneigt sei, irgend eine Vermittlung aufzunehmen, die von der ihm schon angebotenen der beiden Großmächte England und Frankreich verschieden sei (nach einer andern Version: es werde nie eine andere Macht in die italienische Frage sich zu mischen haben, als England und Frankreich)

Gedruckt — unter Verantwortlichkeit der Verleger — bei J. L. Stich.
Expedition S. 39 im Gasthof zum König Otto II. Etage.

Der freie Staatsbürger.

Erscheint täglich. Preis in ganz Bayern vierteljährlich 1 Fl. 30 Kr., halbjährlich 3 Fl., jährlich 6 Fl.

Organ der Demokratie.

Inserate werden die dreispaltige Petitzeile zu 3 Kr. berechnet. Die Abonnenten haben für die Hälfte des Abonnementpreises Inserate frei.

Nr. 39. Nürnberg, Samstag, den 10. November 1848.

Der Völkermord in Wien.

Je länger er zögerte die ungarische Hilfe zu fordern, den Landsturm aufzubieten und zu organisiren, das sich um Wien zusammenziehende Militär, (als konstitutionelle Truppen den Befehlen des Reichstages unterworfen, der nach der Flucht des Kaisers die einzige legale Behörde bildete,) seines Eides gegen den Kaiser zu entbinden, desto mehr wurde mit jedem Tage die Volkskraft abgespannt, schwächte sich im Reichstage der Eifer und die Energie, die Reihen der Fanatiker des „legalen Bodens" verstärkend, und das Verderben zog ungescheut immer engere Schranken um die unglückliche schlecht geleitete Stadt. Jeder Tag der Zögerung machte Wien physisch und moralisch schwacher. Wo der legale Boden von der freiheitsmörderischen Partei längst zum Sumpfe zusammengetreten, war der Reichstag von einem so kolossalen Legalitätswahnsinn befallen, daß er die günstigsten Momente nutzlos verstreichen ließ, wo es noch Zeit war das sich um Wien drohend zusammmenziehende Ungewitter zu zerstreuen und einzeln den Feind zu vernichten. Ein schneues Einschreiten der ungarischen Armee, vom Reichstage beauftragt, würde die serbisch-kroatischen Horden, vielleicht ohne Schwertschlag verscheucht haben. — Dafür nun, daß er nicht von legalen konstitutionellen Boden gewichen beschließt der dankbare Kaiser seine Exilirung nach Kremsier. Diese Verlegung ist die Krone allen Verrathes. Sie hat des Reichstags vollkommene Czechisirung zur Folge, da die Deutschen sich hüten werden, mitten im feindlichen Lager zu tagen. Und abgesehen davon, daß dort die czechischen Abgeordneten in ihrer ganzen Nationalperfidie prävatiren würden, träte auch zugleich der Mangel der nothwendigen Stütze einer Presse und einer öffentlichen Stimme ein, sowie seine Berathungen ganz den Einflüssen der Hofpartei und Priesterschaft preisgegeben sein würden. — Wien, und es wird bald genug eingesehen werden, bleibt unter allen Umständen der einzig mögliche Sitz des Reichstages, so lange man von einer Gleichberechtigung aller Völkerstämme des österreichischen Gesammtstaates ausgeht. — Das nächste Geschick wird Ungarn erreichen, das gleiche Gefahr und gleiches Intersse mit Wien verbanden. Orest stirbt mit Pylades. Pesth fällt mit Wien. Hat man sich vorher nicht gescheut den Ungarn frevelhaft die beschworne Konstituten und gegebenen Versprechungen zu brechen, wird man jetzt um so mehr die Art an den Stamm aller seiner Freiheiten zu legen suchen. Aber es ist ein äußerst gefahrlicher Kampf und leicht konnte sich Oesterreich an ihm verbluten, wenn es glauben sollte, die eiserne Hand zu schwer und rücksichtslos auf das freiheitsglühende Magyarenland legen zu können. Ein geknechtetes Ungarn wird ewig der Heerd von Revolutionen sein, so lange Einer von Arpads Söhnen lebt! — Daß der österreich. Reichstag die ungarische Truppenhilfe nicht begehrte, hatte zur Folge, daß man in Pesth die Truppen die Leitha nicht überschreiten ließ, da man folgerte, daß wenn es der Wunsch Wiens wäre, der österreich Reichstag schon längst die ungarische Hilfe begehrt hatte. Vergebens aber verschanzt sich das ungarische Ministerium hinter der eitlen Entschuldigung, daß man seine Hilfe nicht verlangte. Adressen, Beschlüsse und Proklamationen tonen wieder von den feurigsten Betheuerungen, daß die ungarische Nation ihre eignen Freiheiten der Freiheit Oesterreichs gleich achten wird und ihren Beistand der Sache der Freiheit und Gerechtigkeit nie entziehen werde. Ja der Reichstag in Pesth entschuldigt sich gleichsam im Voraus, wenn es nöthig sein sollte, den fliehenden Feind auf österreich. Gebiet zu verfolgen, daß man dies in Wien nicht als eine Gebietsverletzung betrachten sollte, sondern lediglich als aus dem Gefühle der Dankbarkeit der ungar. Nation für Wien entsprungen. Auf General Moga jedoch, dem Befehlshaber der ungarischen Truppen, ruht dringender Verdacht der abgefeimtesten Verrätherei. Er war es, der den schmählichen Waffenstillstand bei Velencze schloß und dadurch den Feind vor sicherer Vernichtung rettete. Er war es insbesondere der sich dem Uebergang der Leitha widersetzte, dem Generalstab korrumpirte und die Truppen durch sein unentschlossenes Benehmen entmuthigte. Aus dem Knäuel der jüngsten Unglücksgeschichte tauchen vielfache Ahnungen schweren, schwarzen Verrathes auf. Die Zukunft wird enthüllen. Wohl mag die russische Note und das Schreckbild einer russischen Infasion nicht ohne Einfluß auf das zögernde und unmarquirte Handeln des ungarischen Ministeriums gewesen sein — dann aber war wenigstens die Sprache an die tapferen Wiener eine heuchlerische, welche bei dem heldenmüthigen Volke Hoffnungen erregten, die sich in den Stunden der Entscheidung und Gefahr als vergebliche und trügerische erweisen mußten. Wien und der Wiener Reichstag würden auf sich selbst und auf den eignen Muth nur bauend, energischere, revolutionärere Beschlüsse gefaßt und die ganze äußere Volkskraft in Bewegung gesetzt haben. — So zog sich das Unheil immer mehr und mehr um Wien zusammen. 90,000 Bajonnette und fast das halbe Geschütz der Monarchie umstarrten die heldenmüthige Stadt. In dieser zeigte sich vor Allem der Mangel eines kriegsgewandten, entschlossenen Oberbefehlshabers, und tüchtiger Unteranführer. Zudem wühlte der schwarzgelbe Verrath inner- und außerhalb der Linien. Der theilweise sich erhebende Landsturm wurde durch allerlei falsche Vorspiegelungen der schwarz-gelben Partei und durch offene Gewalt nieder- und zurückgehalten. Die Hilfe der Ungarn war nirgends sichtbar. So war endlich die Cernirung vollbracht und als man den auf eine Stelle gebannten Löwen hoffen konnte in seiner Gewalt zu haben, änderten die blutgierigen Dränger plötzlich die Sprache. Diese, die zuerst nur freundschaftliche Gesinnungen betheuerte, um den Landsturm, Oesterreich und Deutschland zu täuschen, wurde plötzlich gebieterisch, barbarisch. Der österreichische Reichstag, die einzige legale Behörde seit der Flucht des Kaisers wies sie mit Entrüstung zurück, und erklarte die umgedrehten Maaßregeln für ungesetzlich, und das kaiserliche Wort vom 19. Okt. brechend. Aber der czechische Alba Windischgrätz, der Rebelle gegen den Reichstag, der Rebelle gegen die deutsche Reichsregierung begann sein Henkeramt. Fünf Tage lang donnerten 200 kaiserliche Feuerschlünde, stürmten an 100,000 Bajonnette gegen die löwenmuthige Stadt. Leichen und Schutt überdeckte ihre Strassen, hell loderten die Flammensäulen. Aber Wien war von einem Muthe, einer Aufopferung beseelt, wie man sie nur in den Republiken des Alterthums wieder findet. Mit Stadtkanonen und Barrikaden hielt es Stand, gegen das fürchterlichste Bombardement, gegen die stürmischen Angriffe einer mit ihren Kanonen zehnfach überlegenen Macht, die mit allen Mitteln raffinirter Zerstörungskunst gegen die bürgertapfere Hauptstadt anprallte. Als die letzte Hoffnung dahin — als das Hilfe, Befreiung bringen sollende Ungarheer zurückgeschlagen, sank auch das heldenmüthige Troja — kein Weichen — keine Uebergabe — Wien wurde von massenhafter Gewalt erdrückt. Groß hat die freiheitstrahlende Sonne unter den deutschen Städten ihren Siegeslauf begonnen, groß vollendet.

Groß und herrlich offenbarte sich das Volk in diesen Tagen der höchsten Gefahr. Wien, sich selbst und seiner massenhaften Bevölkerung überlassen, war auch nicht einmal der Schauplatz anarchischer Wirren. Der Bürger, die tapfere Garde, die spartan'sche Jugend, der unerschrockene Arbeiter wetteiferte an Ehrgefühl, Tapferkeit und Patriotismus. Die gefürchtete Armuth, drei Wochen bewaffnet in einer von Lebensmitteln entblößten Stadt, (werdet schaamroth, die ihr sie schmäht) hat nicht die geringsten Exzesse begangen. Ueberhaupt bewies das bewaffnete Proletariat, dem die Natur Gemüth verliehen, da die Regierung ihm Bildung versagte in diesen Tagen entfesselter Leidenschaft mehr Achtung vor dem Gesetze, mehr glänzenden Sinn für Recht und Ordnung als alle Aristrokaten und liberalen Bourgeois der Welt zusammengenommen. Wo in späteren Jahrhunderten man wird die Kämpfe des deutschen Volkes zur Erringung seiner Freiheit nennen — wird der Name Wien obenan glänzen. Ein ewiges Denkmal bleibt ihm in den Annalen der Geschichte. Der Untergang Wien's ist das Grab von Thron und Dynastie. Mit der Konstituirung eines so kolossalen, unmenschlichen Kanonenblutgerichts fristet sie nur ihr Daseyn bis zur nächsten schicklichen Gelegenheit, die sich dem Volke bietet, gründlicher zu seyn. Wien ist gebeugt, aber nicht gebrochen, und den Slaven wird es ebenfalls bald klar werden, welche Freiheiten sie dem Mordbrenner Windischgrätz erringen halfen. Das patriotische Verhältniß der Wiener zu ihrem Kaiser, das nach dem Sturze des österreichischen Ministerialdespotismus noch unangetastet geblieben war, machte nach der ersten kaiserlichen Flucht einer gefährlichen Gleichgiltigkeit Platz, die zweite Flucht hat es mit der Wurzel ausgerottet und ist einem Gefühle gewichen, das früher oder später sein Opfer verlangt. — Der großspitzbübische Schurkenstreich, das grausenhafte Schicksal, das der Kaiser seiner Hauptstadt bereitete, hat das Loos der Monarchie entschieden. Mordbrennerei, Plünderung, Menschenschlachtung waren die „militärischen Maßregeln", die der „gute" Kaiser in seinem Manifeste vom 19. Okt. zum Schutze seiner Staatsbürger verhieß. Raub, Mord, Todtschlag und Weiberschandung nennt der Kaiser „Ruhe und gesetzliche Ordnung" wiederherstellen. Wahrlich, bei dieser grössten Schandthat unseres humanitätsprahlenden Jahrhunderts handelt es sich nicht mehr um Sieg oder Besiegung streitender Parteien — es handelt sich um den Sieg der Menschlichkeit oder der Bestialität. — Sie hat die letzte Faser zerrissen, die Oesterreich an das Habsburger Haus fesselte. In den Flammen von Wien ging auch die alte Habsburg zu nichte, deren Stamm schon so viel Unheil über die blühenden Fluren Oesterreich's gebracht; in den letzten ersterbenden Funken der rauchenden Asche Wien's erlischt auch der Rest der alten Volksliebe und Anhänglichkeit an das Kaiserhaus, die rührende, die sprichwörtlich gewordene Liebe ist in Galle und Fluch verwandelt. — Der konstitutionelle Volkskaiser wird wie ein siegreicher Rebelle auf den Spitzen seiner Bajonette in seine gemordete Hauptstadt (doch nie mehr in die Herzen seines Volkes) zurückkehren — sobald ihm Trümmer und Leichen den Triumphzug gestatten und die Straßen vom Blut und Gehirne seiner besten Bürger gescheuert seyn werden. — Das ist der blutige Humor der konstitutionellen Monarchie. (Forts. folgt.)

Deutschland.

= München, 8. Nov. Die Vorbereitungen zu den Landtagswahlen beschäftigen alle Vereine. Ein neu sich aufgethanes Wahl-Komité aus Aerzten, Beamten und Offizieren bestehend, hat sich zur Aufgabe gemacht, alle politischen Vereine auf dem Vergleichungswege zu vereinen, um den Ultramontanen in Oberbayern und München die Spitze zu bieten. Der Gedanke ist gut und kann seine Früchte tragen. — Es haben sich zu diesem Zwecke der demokratische Verein, der Verein für Freiheit und Ordnung, der konstitutionell-monarchische Verein, und genanntes Wahlkomité dahin geeinigt, sich bei ihren aufgestellten Canditaten gegenseitig zu unterstützen, so zwar, daß ein jeder Verein (wahrscheinlich in gleichen Theilen) eine gewisse Anzahl von Männern stellt, welche durchzusetzen die Aufgabe der sämmtlichen Vereine ist. — Ein provisorisches Centralkomité wurde zu diesem Behuf in einer vorgestern abgehaltenen Vorversammlung aufgestellt, und in dasselbe in der gestrigen Abendsitzung von Seite des demokratischen Vereins Dr. Greiner und Advokat Dr. Riedl gewählt. Spassig wird es übrigens aussehen, wenn die Canditatenliste des Verein-Complexes erscheint, denn es stehen wie natürlich auf demselben neben den entschieden freisinnigsten Männern, entschieden reaktionäre. — Da sich die Agitation für diese Candidaten nur auf Oberbayern erstreckt, so gibt der demokratische Verein außerdem noch eine Liste für solche aus, deren Wahl im übrigen Bayern durchzusetzen wäre. Die ehrwürdige Geistlichkeit ist über die Freundschaft der Wühler und den Freunden der Ordnung sehr erbost, und schneidet böse Gesichter. Einige Unruhe verursacht hier die Weigerung der gesammten Studentenschaft, sich auf die neu revidirten Statuten verpflichten zu lassen. Nach einem ersten Protest der Studenten kam gestern ein ministerieller Bescheid, daß nichts geändert werden könne, und bei fortgesetzter Weigerung des Handgelübdes auf die neuen Statuten, die Universität geschlossen werden müßte. — Ich glaube kaum, daß die Studenten nachgeben werden, da die Statuten Dinge verlangen, die man kaum von einem lateinischen Schüler verlangen und so kategerisch verlangen kann. Es kann zu einem Austritte wie im März kommen, da die Bürger die Studenten unter keiner Bedingung fort lassen.

Vom baierischen Untermain, 6. Nov. Die Wahlen zu dem bevorstehenden Landtage bilden bei uns das Tagesgespräch. Wie die Stimmung des Volkes in unserer Gegend jetzt ist, steht zu erwarten, daß nur freisinnige und ganz unabhängige Männer, keine Angestellten, als Vertreter unserer Interessen nach München geschickt werden.

Oesterreich. Ueber die Zusammensetzung des neuen Ministeriums erfährt man nichts Bestimmtes. In einigen neueren Angaben wird Fürst Windischgrätz als Kriegsminister aufgeführt, während Baron Kübeck wieder die Finanzen übernehmen soll. Ein Brief aus Olmütz in Prager Blättern nennt aber noch immer die Namen, die wir neulich schon aufgeführt: Weßenberg, Helfert, Bruck, Maier, Breda, Schwarzenberg und Schonhammer. Die Mitglieder des Reichstags, zuletzt nur noch 60, sollen in einer der letzten Sitzungen, zu der man weder Zuhörer, noch Journalisten mehr gelassen, sich das Wort gegeben haben, am 15. wieder in Wien zusammenzutreffen. Dagegen glaubten Viele in Wien, es werde vorläufig doch bei der Uebersiedlung nach Kremsier sein Bewenden haben. In diesem Augenblicke erhalten wir noch einige Briefe vom 3. Die Strenge an den Thoren, die Haussuchungen und alle die Quälereien eines auf's Schroffste gehandhabten Belagerungszustandes dauern fort; die Verhaftung von Blum und Fröbel bestätigt sich; noch war keine Nummer der Allgem. Ztg., die dort Tausende von Lesern zählt, in die Stadt gelassen worden. Auffallenderweise sind auch viele Provinzialblätter (z. B. in Linz, Salzburg x.) über Wien so schweigsam, daß aus ihnen nicht das Mindeste zu lernen ist. Dagegen halten sich die böhmischen, selbst die tirolischen Blätter in würdiger Selbstständigkeit. (A. Z.)

Einem Schreiben aus Wien vom 3. Nov. entnehmen wir folgende interessante Einzelnheiten: Es ist bekannt, wie muthig der Reichstag seine hohe Aufgabe zu lösen suchte — er hatte Dienstag den 31. Oktober seine letzte Sitzung. Die Galerien waren leer, nur die Stenographen waren noch zugegen. Eine kleine Debatte entspann sich darüber, ob ein Protokoll zu führen wäre — man stimmte dafür — und der Reichstag prorogirte sich in dieser Sitzung. Fürst Schwarzenberg hatte während dieser Sitzung die Thore der Reitschule sperren lassen. Als die Deputirten den Saal verlassen, wurden die Sitze vom Militär zerschlagen. Die scherzhafte Prophezeihung des Wiener Charivari wurde zur traurigen Wahrheit — der Ort, wo die Vertreter des souveränen Volks tagten, ist zur Kaserne umgewandelt. Viele der Deputirten versuchten seit dieser Zeit abzureisen, allein man verhinderte ihre Abreise, weil man die Verbreitung mancher Nachrichten in den Provinzen zu verhindern strebte. Einem Deputirten, der einigemal vergebens den Geleitschein angesucht hatte, um die Stadt zu verlassen, antwortete der Militärbeamte bei erneuerten Ansuchen: „Mein Herr seien sie nicht so zudringlich." — Es wurde ein Kriegsrath abgehalten, um die Abgeordneten Löhner, Borrosch, Umlauft, Füster, Violand, Goldmark und Sierakowsky festzunehmen; allein die Offiziere desselben erklärten, daß sie solche Eingriffe in das konstitutionelle Recht nicht verantworten können. — Löhner liegt krank im allgemeinen Krankenhause. General Bem ist nach Paris entflohen. Schütte hat sich unter den Schutz der nordamerikanischen Gesandtschaft begeben. Die Studenten sind es, auf die gleichsam Jagd

gemacht wird, und die Legion wird trotz sorgsamer Verkleidung von einer Legion Polizeispitzeln gehetzt, verfolgt und verrathen. Das Denunziantenwesen ist im alten Gange. Auch einige Provinzen sollen mit Polizeispionen als Morgengruß der neuen Zeit bereits versorgt worden seyn. Im Schwarzenbergischen Garten sind gegen 800 Menschen gefangen. — Während der ganzen Zeit, wo das Proletariat bewaffnet war, wurde nicht das Mindeste entwendet. Die Kroaten aber plünderten, sobald sie nur in die Vorstädte gelangten. Fürst Radziwill, Franzensalleegasse, soll gänzlich ausgeplündert worden seyn. Die Burg ist nicht von Proletariern angezündet worden, sondern die glühenden Bomben, die auf das Burgdach fielen, veranlaßten den Brand des Daches. Es war übrigens vernünftiger Weise ohnedieß kaum zu glauben, die Proletarier würden die Burg beim Dach anzünden. — Stierböck's und Wagner's Kaffeehaus sind nicht abgebrannt. Fürstin Lichtenstein liegt krank im Spital der Barmherzigen. General Recsay ist bereits nach Olmütz abgereist. Noch aber müssen wir erwähnen, daß Windischgrätz sich wiederholt geäußert, man werde sich in wenigen Tagen überzeugen, er meine es redlich mit der Freiheit, und alle Errungenschaften sollen uns ungeschmälert erhalten werden. Wir aber fürchten, der Fürst versteht die Freiheit nicht.

Aus anderer Quelle erfahren wir, daß in der Nacht vom 2. auf den 3. Nov. sehr viele Separattrains mit Militär nach Anger sich bewegten. General Wyse kommandirt die bei Angern zusammengezogenen Truppen. Das Gros der Armee hat sich bereits von Wien entfernt, um nach Ungarn zu ziehen. Die Brücke über die March ist theilweise von den Magyaren abgebrannt, von den Kaiserlichen jedoch wieder hergestellt. — An der ungarischen Grenze in der Nähe von Göding fand ein Scharmützel zwischen den ungarischen Insurgenten und den Truppen unter General Simonich statt. General Simonich wurde bis Göding zurückgedrängt. Mit dem letzten Train reisten von Wien siebzig Mann Brunner Nationalgarde ohne Waffen in Begleitung eines Mitgliedes des Gemeinderaths nach Brünn zurück.

Wien, 2. Nov. Die Zurücknahme der Prorogation des Reichstages bis zum 15. hat der Kaiser abgelehnt, dagegen sich in Bezug auf die Verlegung nach Kremsier die Erwägung der in der Vorstellung des Reichstages dargelegten Gründe vorbehalten, eine Antwort, nach der mit hoher Wahrscheinlichkeit zu glauben, daß das schwer geprüfte Wien den Reichstag in seinen Mauern behalten wird. Die Besatzung von Wien soll auf 40,000 Mann vorläufig bestimmt seyn und Fürst Windischgrätz die Entscheidung wegen der dem Kriegsrechte Verfallenen auf 5 Tage hinausgeschoben haben. (Bresl. Z.)

Wien, 3. Nov. Die unerhörten Polizeimaßregeln, welche Fürst Windischgrätz oder in seinem Namen General Cordon seit wiederhergestellter Ruhe und Ordnung zu treffen für gut fand, sind so quälender und erbitternder Art, und zugleich so pedantisch und lächerlich, daß wir nicht genug Worte der Entrüstung darüber zu finden vermögen. Handel und Wandel, Industrie und Gewerbe liegen gänzlich darnieder. Ohne die Soldaten und ihre Lagerfeuer auf allen öffentlichen Plätzen und Straßen wären dieselben verödet, Gast- und Kaffeehäuser sind wie ausgestorben. Schrecken und verbissener Grimm herrschen auf den meisten Gesichtern, selbst den eingefleischten Bureaukraten ist seit einigen Tagen das Jubeln vergangen. Nie bot Wien einen so traurigen Anblick wie heute dar, und wir sehen keine Erlösung von unserem Uebel. — Daß Blum und Fröbel in der vorgestrigen Nacht verhaftet wurden, wissen Sie bereits. Zwanzig Grenadiere hatten den Gasthof zur Stadt London, wo beide Abgeordnete wohnten, besetzt. Blum fragte den Offizier: ob ihn seine Eigenschaft als Mitglied der Frankfurter Reichsversammlung gegen diese Verhaftung nicht schütze. „Richten Sie diese Frage an meinen General," antwortete der Offizier, und führte ihn ohne weitere Umstände ins Gefängniß. Messenhauser hat sich freiwillig gestellt. Der Kaiser hat den Feldmarschall-Lieutenant Frhrn. v. Welden zum Gouverneur von Wien und seiner Umgeburg ernannt.

Wien, 5. Nov. Bei der Verlegung des Reichstages nach Kremsier verbleibt es unbedingt.

Olmütz, 1. Nov., 10 Uhr Morgens. Die Stimmung in Oesterreich ist eine überaus trübe, aber nur selten wagt sie sich laut zu werden, denn die alte Polizeifurcht ist wiedergekehrt, und man wittert überall „Spitzeln." Diese Furcht vor Polizeispionen scheint leider nicht ungegründet, denn der hiesigen Kamarilla hat sich eine andere Angst bemächtigt, und sie sieht in jedem Fremden einen republikanischen Emissär, wo nicht gar einen verkappten Mörder, der nach dem Blute des Kaisers trachtet. Daher ist auch Olmütz mit Soldaten wie übersäet; wohin man blickt, sind Militärs und militärische Posten zu finden, und vor der Hauptwache sind Kanonen aufgepflanzt. — Fürwahr der Fürst ist zu bedauern, der auf solche Weise seine Rechte und seine Person zu schützen sucht. Der Kaiser von Oesterreich hat sich in seiner Feste Olmütz gut verbarrikadirt, aber noch vor wenigen Wochen umgab ihn eine bessere Schutzwehr als die metallenen Kanonenschlünde. Damals schützte ihn die allgemeine Zuneigung seines Volkes; jetzt ist von dieser Zuneigung viel verloren gegangen. Man wird dem Kaiser das Bombardement Wien's nie verzeihen, und seine treuesten Bürger, ja sogar viele seiner Soldaten, mit denen ich sprach, behaupten, daß das Blutbad und die Verwüstung, welche Windisch-Grätz angerichtet, hätte vermieden werden können, und daß eine friedliche Ausgleichung wohl möglich gewesen wäre. Indeß fügt man auch hinzu, daß die hiesige herrschsüchtige Kamarilla jede friedliche Lösung des geschnürrten Knotens hintertrieben habe, und beweist dies durch die Behandlung, welche den meisten hiehergekommenen Deputationen zu Theil geworden ist. Daher kommt es, daß die Sympathien für die Wiener, deren Sache nunmehr ganz verloren zu seyn scheint, erst jetzt zu erwachen und mächtig zu werden beginnen. Der erste Anfang des gegenwärtigen Kampfes war nicht zu billigen. Die Widersetzlichkeit der akademischen Legion und der Nationalgarden gegen das Ausrücken der nach Ungarn bestimmten Truppen mußte als ungesetzlich, der Mord Latours als schmachvoll und entwürdigend angesehen werden. Mit andern Augen aber betrachtet man die gegenwärtigen, letzten Anstrengungen der Wiener. Das Benehmen des Hofes ist keinesfalls Vertrauen einflößend, und die allgemeine Parole lautet: „Die Kamarilla will Wien um jeden Preis bezwingen, um die alten Zustände ganz oder theilweise wieder herzustellen. Mit dem Falle Wien's sind auch die errungenen Freiheiten verloren!" — Leider muß ich fürchten, daß die öffentliche Meinung nur zu wahr spricht. Schon jetzt ist ganz Oesterreich in einem Belagerungszustande. Alle Straßen, alle Bahnhöfe sind mit Truppen besetzt. Allenthalben begegnet man Patrouillen, und sobald Wien gefallen, ist der Kaiser, oder vielmehr sein Hof, unumschränkter Gebieter des ganzen Landes. Wie es dann aussehen wird, das weiß Gott — zu dem der Kaiser jetzt unaufhörlich beten soll. Der Kaiser betet und weint. Er darf weinen, denn die verlorene Liebe seines treuen Volkes ist der Thränen werth. (Schl. Z.)

Olmütz, 3. Nov. (Abends.) Die Nachrichten über die Erhebung der Landleute in den deutschen Bezirken Schlesiens nehmen an Gewicht und Schreckbarkeit immer mehr zu. Es treten ganz dieselben Scenen ein wie bei der galizischen Revolution vom Jahre 1846. Die Obrigkeiten und die obrigkeitlichen Aemter sind lebensgefährlich bedroht, und von den kaiserlichen Behörden verlangt das Landvolk nur immer Geld! Das Militär, das aus Teschen dem Aufstand entgegenzog, hat bis jetzt die Ruhe nicht herstellen können, die Flamme wächst und brennt immer mehr. (C. Bl. a. B.)

Olmütz, 3. Nov. Die beiden Redakteure des „Studentenkuriers," Buchheim und Falke, die durch feurige Reden die Studenten entflammten, sollen, als Wien sich ergeben mußte, in einer Mühle als Müllerburschen verkleidet sich versteckt haben, wurden aber von den Soldaten aufgefunden und aufgeknüpft. Keinem Studenten wird Pardon gegeben. Auch mehrere Olmützer Studenten sind in Wien gefallen. — Wir Olmützer haben zwar schon faktisch Belagerungszustand, die strengsten Polizeimaßregeln; nun werden auch unsere Festungswerke mit Geschütz besetzt werden, wie wir aus zuverlässigem Munde erfuhren.

Brünn, 3. Nov. Die am 29. Okt. von hier nach Olmütz abgegangene vermittelnde Deputation ist heute zurückgekehrt, ohne das Ziel ihrer hohen Sendung erreicht zu haben. — Von den nach Wien zur Hülfe geeilten 500 Gardisten sind bei 180 daselbst während des Kampfes zurückgeblieben. (C. Bl. a. B.)

Prag, 6. Nov. Heute ging abermals eine Batterie, bestehend aus 5 Zwölfpfündern und 2 Siebenpfündern Haubitzen von hier wahrscheinlich nach Ungarn ab. — Gestern und heute war das Gerücht von einem Aufstande der Proletarier in Lemberg hier verbreitet.

Pesth, 31. Okt. Ungarn rüstet sich mit aller Energie. Eile scheint übrigens dringend nöthig, da auch General Simonich in forcirten Märschen nach dem Hauptkriegsschauplatze drängt. Er hat die Bevölkerung des trentschiner Komitats aufgefordert, die normale Verpflegung seiner Truppen ohne Widerrede und bei

schwerer Ahndung zu leisten. Der Obergespan Marczibuny betrieb als Antwort die Verschanzungen und Werbungen mit noch größerer Energie. Oberst Moritz Perzel steht noch immer in Csakathurn und läßt die Befestigung dieses Orts mit großem Eifer betreiben. Grund dieser Fortifikation scheint die Rückkehr des Generals Theodorovich zu seyn, der mit 17,000 Mann Kroaten bereits Grätz passirte und jetzt schon in Kroatien eingetroffen seyn dürfte. — Die essegger Unterstadt, meist von Raizen bewohnt, ist von unsern Truppen entwaffnet worden; dagegen dringt General Simonich immer weiter vor und hat bereits die Waag überschritten. Er hat nebst vier Divisionen Kavallerie und zwei Bataillons Infanterie noch ein Korps von 6000 Mann bei sich, das er für russinischen Landsturm ausgibt, von welchem aber das Gerücht allgemein behauptet, es sey die erste Kolonne des schon lange angekündigten russischen Armeekorps. (C. Bl. a. B.)

Berlin, 6. Nov. Gestern Abend wurde dem Abgeordneten Jakoby und der entschiedenen Linken ein großer Fackelzug gebracht. Die Worte Jakoby's in Sanssouci haben sowohl hier als dort einen großen Eindruck gemacht. Eine hohe Person ist nicht ohne den Glauben an ein gewisses Verhängniß. „Das Unglück der Könige“ im Schlosse zu Sanssouci verkündigt, ist ein Ereigniß, und es wäre ein Glück, wenn es zur „ehrlichen Ausführung der demokratischen Grundlage“ wirkte. Dann würden noch vor Schluß des Jahres 1848 die Worte des alten Carmens in Erfüllung gehen: „der letzte König von Preußen“ würde zu einer beneidenswerthen historischen Stellung avanciren. Nicht minder, wenn auch im umgekehrten Sinne, haben Jakoby's Worte die Bevölkerung von Berlin ergriffen. Der alte Glaube, es fehlte nur daran, daß die Wahrheit das Ohr des Königs nicht erreiche, ist noch sehr weit verbreitet, und der neue Glaube, die Könige wollten sie nicht hören, hat den Rest des Volkes durchdrungen. Der Fackelzug fand daher einen beispiellosen Erfolg. Wir befanden uns am Ausgange der Königsstraße. Der Zug dauerte eine volle Stunde und die Masse füllte fortwährend die ganze Breite der Straße. Hunderte von Fackeln reihten sich aneinander und machten einen magischen Effekt. Es gingen 2 Fahnen voraus, die eine weiß mit den Worten Jakoby's auf der einen, mit seinem Namen auf der andern Seite, die zweite Fahne schwarzrothgold, trug im rothen Felde die Inschrift: „dem Verfasser der Vier Fragen.“ „Diese vier Fragen hat die Revolution vom 18. März in Berlin beantwortet,“ sagte der Redner, der Jakoby im Namen der Bevölkerung von Berlin begrüßte. Jakoby erklärte, er habe nur seine Pflicht gethan und schloß mit einem Hoch auf die Gefallenen, die im März in einem höheren Maße ihre Pflicht gegen das Vaterland gethan und deren Beispiel uns immer vor Augen schweben solle. Empfangen wurde der Zug, der vom Alexanderplatze ausging, vor Mylius' Hotel. Die Linke war versammelt; auch ihr galt die Feier und ein tausendstimmiges Hoch wurde von d'Ester beantwortet. Eine kalte klare Herbstnacht begünstigte den Zug. Um 10 Uhr war Alles beendigt und die Fackeln auf dem Dönhofsplatze verbrannt.

Berlin, 6. Nov. Der Leichenzug des Maschinenbauers Köppen, der am 31. Okt. vor dem Schauspielhause erstochen wurde, ging gestern Vormittag vor sich. Es hatten sich Deputationen der Gewerke, der Klubs, die Linke der Nationalversammlung, Deputationen der Bürgerwehr unter Waffen und eine Deputation des 8ten Bataillons ohne Waffen eingefunden. Die Fahnen der Gewerke und der Klubs wurden vorausgetragen. Das 8te Bataillon war ohne Waffen, weil es bis zum Ausgang der Untersuchung in seiner Sache und der der Maschinenbauer vom 31. Oktober keine Waffen tragen will. Am Grabe wurde der Konflikt und seine unseligen Folgen scharf gerügt, dann aber reichten sich der Redner von den Maschinenbauern und der Major der Bürgerwehr über dem Grabe des Getödteten zur unauflöslichen Verbrüderung vor dem versammelten Volke die Hand. Es war ein ergreifender Augenblick. (Ref.)

Gießen, 5. Nov. Die von dem demokratischen Vereinen zu Bezirksräthen vorgeschlagenen Candidaten, Oberstudienrath Hillebrand und Kaufmann G. Ferber, sind gewählt worden. Es „sollen“ etwa dreihundert Personen sich bei der Wahl betheiligt haben, während der konstitutionelle Verein, der doch noch andere Candidaten empfohlen hat, allein an 300 Mitglieder zählt. (F. J.)

Schweiz.

Der Reichsgesandte, Hr. Raveaux, der nach einer Korrespondenz der „A. A. Z.“ in der Schweiz weniger Freiheit bemerkt hat, als in Deutschland, ließ am 2. dieses durch Ritter Neuwall eine vom 23. Okt. datirte Note der provisorischen Centralgewalt dem schweizerischen Vorort überreichen, deren anmaßlicher Ton ganz mit der früheren vom 4. Okt. übereinstimmt: der vom Vororte verlangte Beweis, daß schweizerische Beamte dem Struve'schen Unternehmen Vorschub geleistet, wird als der völkerrechtlichen Ehre zuwider abgelehnt, die Thatsachen seyen weltkundig; die Reichsgewalt hoffe von Unterhandlungen nichts mehr, und sey deshalb zu Entschließungen übergegangen; deren Aufhören stehe jedoch in Aussicht, sobald die Schweiz sich billigen Entgegenkommen geneigt zeige. Worin die Entschließungen bestehen, wird nicht gesagt, wahrscheinlich in Hemmung und Erschwerung des Grenzverkehrs, wodurch die Bewohner des nördlichen Rheinufers mehr geplagt werden, als die des südlichen. Indeß was kümmert das Herrn Schmerling und das Frankfurter Parlament! Stehen ja doch der Reichsgewalt Truppen genug zur Verfügung, um jeden Ausbruch des Volksunwillens niederzuschlagen.

Frankreich.

Ein Korrespondent der N. D. Ztg. schreibt aus Paris vom 1. Nov. Die Sache des Volks steht jetzt besser als im Juni; trotz der furchtbaren Gegenanstalten ist der Sieg ihm gewisser als damals. Die Junischlacht hat den Vermittlungen ein Ende gemacht; die brutale Ausbeutung des Sieges hat die Scheidung der Parteien vollendet. Nicht 40,000 Arbeiter werden das nächste Mal die Kämpfer seyn für die Rechte des Volkes, während die übrige Masse den unthätigen Zuschauer bildet; nein, mit dem Volk streiten werden Alle, deren Interesse nicht Hand in Hand geht mit der Bourgeoisie; denn Alle sind zu der Einsicht gekommen, daß sie auf gütlichem Wege Nichts erreichen werden, daß eine neue Revolution bereits zu einer unvermeidlichen Nothwendigkeit geworden ist. Die Feigen, welche sich ohne Widerstand knechten lassen wollen, werden nur wenig seyn: die Arbeiter, welche im Juni in ihr Elend zurückgetrieben sind, sind nicht entmuthigt, sie haben nicht resignirt. Und die Liniensoldaten, die schon im Juni nur mit Widerwillen gegen die Arbeiter kämpften, sie werden zum großen Theile auf Seite des Volkes stehen.

Italien.

Garibaldi ist von den Livorneser Patrioten an seiner Einschiffung nach Sizilien gehindert. Er organisirt dort die Streitkräfte zum Vertilgungskriege gegen Oesterreich. Das neu gebildete Fremdenbataillon ist vereidigt, und will beim bevorstehenden Kriege in der Avantgarde fechten.

Großbrittanien.

London, 3. Nov. Die bekannt gewordenen, ausführlicheren Nachrichten aus Ostindien stellen die Lage der Engländer als sehr unsicher dar. Die lange Frist, welche die mit sehr geringer Energie handelnde Oberbehörde verstreichen ließ, ehe sie dem Lieutenant Edwards die zu weitern Operationen gegen den Mulraj nöthigen Truppen schickte, hat diesen nicht nur in Stand gesetzt, Multan sehr stark zu befestigen und sich durch Artillerie und Zuzüge einheimischer Truppen bedeutend zu verstärken, sondern auch die Sache der Insurgenten durch den Beitritt mehrerer Sirdars oder Häuptlinge, deren Feindschaft gegen die Engländer nur von der Furcht vor ihrer Uebermacht niedergehalten wird, nicht wenig gefördert. Bei der Unverläßlichkeit der Sikhtruppen und den unermüdlichen Bemühungen der Insurgentenführer, sie zu bestechen, ist es noch ein großes Glück für die Engländer, daß ihnen der Haß der mohammedanischen Bevölkerung gegen die Sikhs stets zuverlässige einheimische Truppen zur Verfügung stellt.

Fahnenweihe in Tennenlohe.

Sonntag, den 12. Nov. wird der politische Verein in Tennenlohe seine Fahnenweihe vornehmen und ladet daher alle Anhänger der Demokratie zur Verherrlichung des Festes ergebenst ein.

Zusammenkunft ist bei Gastwirth Klein in Tennenlohe. — Abends Ball.

Gedruckt — unter Verantwortlichkeit der Verleger — bei J. L. Stich.
Expedition S. 39 im Gasthof zum König Otto II. Etage.

Der freie Staatsbürger.

Erscheint täglich. Preis in ganz Bayern vierteljährlich 1 Fl. 30 Kr., halbjährlich 3 Fl., jährlich 6 Fl.

Organ der Demokratie.

Inserate werden die dreispaltige Petitzeile zu 3 Kr. berechnet. Die Abonnenten haben für die Hälfte des Abonnementpreises Inserate frei.

Nr. 40. Nürnberg, Sonntag, den 12. November **1848.**

Der Völkermord in Wien.

J (Schluß.) Wenden wir unseren Blick auf den jetzigen Stand der österreichischen Monarchie, so sehen wir die Einheit des Staates überall durchklüftet und in der Gewalt nicht mehr den Kitt diese heterogenen Bestandtheile zusammenzuhalten. Wo derselbe in der Gemeinschaftlichkeit der Interessen, in der Gegenseitigkeit der Bedürfnisse, Neigungen und der Vertrauens verschwunden ist, kann die Auflosung des Staatenverbandes nichts mehr aufhalten, da Gewalt in diesem Falle nur eine zerstörende Kraft ist. Die Grundvesten der österreichischen Monarchie sind auf das Tiefste erschüttert. Die Klippen der Demokratie und des Slaventhums umragen schauerlich das schwarz-vergilbte Staatsschiff. Bis es vollends strandend zerschellt, wird es noch ein wildes Kämpfen geben. Aber stranden wird es! Die jetzige Gestaltung des Kampfes gibt für Deutschland die nur zu sehr gegründete Besorgniß, daß das deutsche Element im Nordosten und Süden von der slawischen Völkerfluth verschlungen und spurlos untergehen werde. Deutschlands Macht und Einfluß an der Donau und am adriatischen Meere werden das Opfer selbstsüchtiger, verruchter Pläne einer Handvoll Schurken in Olmütz. Ungarn und Siebenbürgen, Kärnthen, Krain und Steiermark, sie fallen dem Panslawismus zur Beute.

Aber fragt man sich, wenn schaudernd man von dem blutigen großen Völkermorde liest, haben wir nicht mit unserem besten Blute in Frankfurt eine starke Gewalt geschaffen — haben wir nicht mit unserem herbsten Schweiße ein Heer von 900,000 Köpfen auf die Beine gebracht, um deutsches Land und deutsche Freiheit zu beschirmen? Und Schaam und Zornesröthe auf den Wangen ist die Antwort! O armes, unglückseliges Deutschland! Du sorgst und mühst dich ab, und quälst dich vom frühen Morgen bis zum späten Abend, woher du Kleidung, Nahrung, Obdach nimmst, denn du bist arm, sehr arm! und was du erringst, macht in deinen Händen keine Pause. Doch du willst Ruhe haben und hälst ein Heer von einer Million — für dich und deinen Schutz? O nimmermehr! Hast du gesehen, wie in einer deutschen Hauptstadt sie selbst, die du zu deinem Schutz bestellt, dein Eigenthum verwüsteten? Und schaue hin! Dort liegen die Leichen deiner Brüder, und fremde Vandalenschaaren haben sich auf dein Bruderland geworfen und werden es zur Beute machen. — Und Frankfurt? Nicht mit Verachtung — nein mit Ekel wendet sich jede gutgeartete Seele dort weg, wo man mit Hohngelächter den Hilferuf einer im Todeskampfe ringenden deutschen Stadt vernahm, blos — weil es etwa Demokraten waren, die zuerst ihre Liebe zum deutschen Vaterlande bethätigten und Hilfe leisteten, um fremden Eindringlingen den Weg auf deutschen Boden zu verwehren? Gott möge es den Frankfurter Herren verzeihen — wir können es nicht. Eine Versammlung von deutscher und demokratischer Souveränität geschaffen, tritt Deutschland und die Demokratie mit Füßen. — Wir haben zwar gewußt, daß Feigheit nie den Muth preisen, Gemeinheit nie des Erhabenen wurdigen wird — aber das wußten wir nicht, daß es in menschlicher Gemüthsmöglichkeit liegen kann, in dem Augenblick, wo deutsche Mitbürger vor Mord, deutsche Frauen und Töchter vor Schändung und eine deutsche Stadt vor allen Gräueln raubsüchtiger, kannibalischer Fremdlinge geschützt werden soll, Hohn auf die Lippen von Männern kommen kann. Aber auch das sehen wir ist möglich, seit die heilige Toga des Abgeordneten zum Bedientenrock herabgewürdigt ist. Ja bei allem was wir Schändliches erlebt, könnte es uns nicht mehr befremden, wenn der Schurke Metternich Reichspremier in Deutschland würde." — Alles Unheil, was von Frankfurt aus über das arme Land unsrer Väter erging, war nur ein unbedeutendes Possenspiel der Diplomatie gegen diese volksverratherische Mitschuld an der größten Schandthat unsers Jahrhunderts. Wie bramarbasirt man länderfresserisch gegen den gedemüthigten Feind in Sardinien, überfluthete mit malhonneter Kühnheit, mit der Brutalität eines Polizeiaktuars, kleine ohnmächtige Fürstenthümer, mit leibdienerischen Bajonnetten — und läßt es ruhig geschehen, daß 10 Millionen Deutsche der Entnationalisirung anheimfallen, daß die deutsche Ostmark von fremder Willkürherrschaft ertödet werde.

Fürwahr, wir sind auf dem Höhenpunkte tiefster Erniedrigung angekommen. Aber der Fall Wien's wird den Grenzpfahl unserer Schande bilden.

Wohl wurden Reichskommissäre abgesendet, Statisten im großen Völkerdrama, die in Olmütz höflichst abgefertigt wurden und von Windischgrätz die Antwort erhielten: Central-Gewalt, das Ding kenne er nicht, und in Wien sich gar nicht sehen ließen. Das letzte war auch leicht erklärlich, denn wo hält man in einer belagerten Stadt, der alle Lebensmittel abgeschnitten, Festessen und glänzende Gelage! Wollten sie ihre, kraft des deutschen souveränen deutschen Volkes ihnen übertragene Mission getreu erfüllen, so mußten sie vor Allem den kroatischen Schaaren gebieten, das deutsche Bundesgebiet, in das sie eingefallen waren, das sie versetzt hatten, zu verlassen, sie mußten alle nichtdeutschen Truppen auffordern, die Waffen niederzulegen und dann erst zur Vermittlung schreiten. Sie konnten kathegorisch sprechen, denn 900,000 Bajonette standen hinter ihnen und ganz Deutschland. Diese Agenten der Bundespolizei, nicht Reichskommissäre, warteten erst den Fall Wiens ab — um dann erst zu vermitteln, denn sie dienten nur der Reichsgewalt und dem „Systeme", nicht dem Volke. Und was that diese „Reichsgewalt?" Wahrlich, sie schien gleichsam den vielgetreuen Banus und seine halbnackten Schnapphähne um Entschuldigung zu bitten, daß sie sich die Mühe genommen, die Deutschen zu züchtigen und so die Reichsgewalt diesem Geschäfte überhoben hatten. Konnte die Nationalehre noch empörender mit Füßen getreten werden? Wie wird er schmerlingen, der große Reichscentral-Gendarm, und den schmutzigsten Lappen aus dem Mantel der Diplomatie reißen, um seine und ihrer alle Blösen zu bedecken suchen!

War es nicht eine eitle Furcht im Frühjahr, daß die Fürsten die Frankfurter Versammlung auseinanderjagen würden! Existirte sie nicht, gewiß die gekönte Kontrerevolution würde sie nachträglich zu ihrem Nutzen und Frommen geschaffen haben. Sie läßt jetzt ihre Heulerpresse Beifall jauchzen, die vergnügt die goldbeschmutzten Hände reibt und zu neuen Vernichtungsscenen auffordert. Und da wollt ihr Blut- und Kartätschenprediger es nicht erklärlich finden, wenn Die, die eure Rache treffen soll, leise warnen, vor des „Seilers Töchterlein" auf der Hut zu seyn?

Ein herzzerreißend Bild steht Deutschland in diesem Kampfe vor unseren Augen! Es schläft und hat geschlafen während dem Todesröcheln seiner Brüder, es schläft und eben hat man das beste Stück aus seinen Rippen genommen — es schläft und träumt, wo alle seine Feinde wachen und brüten und schmieden neue Ketten, um seinen Nacken in das alte Joch zu beugen — und es schläft und hat keine That — als eine stille Katzenmusik nach Olmütz hin zu heulen.

Die Fäden dieses blutigen Völkerdrama's laufen alle über Olmütz nach Petersburg, dem Ursitz des Absolutismus, wie sie auf der andern Seite tief in der deutschen Demokratie wurzeln. Wir sind zwar mit einem schauderhaften Schritte, aber doch dem großen letzten Kampfe — zwischen Despotismus und Freiheit — näher gerückt. Es nahet der letzte Kampf zwischen Absolutismus und Demokratie, zwischen Jesuitismus (alle finsteren, volksinteresselosen Parteibestrebungen) — und Socialismus. Das schwarze Wolkenheer, das den, man möchte fast sagen, leider civilisirtesten Welttheil ängstigend überhängt, kann nur das Gewitter eines großen allgemeinen europäischen Krieges verscheuchen.

Wohl habt ihr dießmal noch eine Klappe gefunden, die groß und mächtig genug war den Krater des Vulkans zu bedecken und das kühne Feuer zu dämpfen — allein bedenkt ihr nicht, daß wenn ihr dämpft und dämpft, daß einmal der ganze Berg zerplatzen könnte und sich die Lava der Revolution au- überall ergießen werde? — Wenn auch 1831 die aufstrebende Freiheit in den rauchenden Trümmern Warschau's begraben wurde, so wird die Freiheit von 1848 doch nimmermehr in der Asche Wiens ersterben. Eine Bändigung ist für Wien noch keine Pazifikation. Wer die gemüthsfrohe Kaiserstadt zur Verzweiflung bringen konnte, wer den „lachenden Faun zum grimmigen Tiger" verwandeln konnte, muß auch unsterblich seyn und das ist die Habsburger Dynastie nicht. Die Würfel des Sieges sind zwar gefallen, aber die Ursachen des Kampfes sind geblieben, ja sie haben sich noch verschlimmert. Mit Kanonen macht man schlecht Propaganda. Sie haben in Wien die gekettete Freiheit Deutschlands wieder aus ihrem Scheinschlafe geweckt in dem sie die narkotischen Dünste der Paulskirche versetzt.

Ja Wien ist gefallen! Wir aber verhüllen uns nicht das Antlitz und verzweifeln — denn das wußten wir lange — „der Weg zur Freiheit geht durch Blut!" — Alle Ereignisse drängen unaufhaltsam zu einem Ziele — zur Republik! Nicht „Purpurmäntel oder dunkle Kutten" werden der Freiheit Sonnenlicht verhängen können. Wir werden dennoch siegen. Die Idee baut eine Barrikade nach der andern, die kein Geschütz, kein Windischgrätz zerschmettern kann — ihr merkt es nicht! an ihrer Macht zerbrechen sich die Bajonette mit diesen stirbt eure Herrschaft und ihr merkt es nicht — sie schleicht ein stiller Geist durch eure Reihen, ihr merkt es selber nicht! Oder wollt ihr eure Heere aus den wilden Stämmen Asiens ersetzen, wollt ihr es absperren gegen allen menschlichen Umgang?

Wollt ihr dem Riesengeist der Zeit verbieten, gründlich seinen Weg durch alle Schichten der Gesellschaft zu nehmen? Glaubt ihr, ein Volk, das einmal nur die himmlisch reine Luft der Freiheit gekostet, könne wieder in der Sumpfluft der Sklaverei leben? Habt ihr den kühnen Ausgang des Sonderbundskrieges in der Schweiz vergessen, der auf dem verunglückten Freischaarenzug nach Luzern folgte? Glaubt ihr, daß jene Riesensache, die im Juni auf einmal 10,000 Kämpfer auf dem Platze lassen konnte, eine vernichtete, eine aufgegebene sei — habt ihr Paris denn ganz und gar vergessen und glaubt es von germanischer Geduld bewohnt?

O wahrlich, die Tragweite eueres Verstandes geht so weit als euere Bajonette und euer Faustrecht.

Glaubt ihr, Verrathgewohnten, die ihr beinahe ganz Europa unter Sklavenketten keuchen macht, die ihr scheinbar überall gesiegt, er, der junge Strom der Zeit ließe sich dämmen und ewig dämmen? Ahnet ihr nicht, wie schauerlich, hoch die Fluth geht — dämmt! — dämmt! aber dann flieht! Wollt ihr etwa warten, bis euch das Volk mit dem Bettelstab zu Boden schlagt?

Ja unser schönes, reiches Deutschland habt ihr an den Rand politischen und sozialen Verderbens gebracht, bald darf es betteln gehen und nicht das Wühlerschwert — der europäische Staatsbankerott — der Bettelstab wird euer Regiment vernichten!

Der Absolutismus und sein Schildknappe Schmerling wähnen Deutschland zu tode belagert und gestandrechtet zu haben — aber sachte, sachte ihre Herren! — Deutschland hat sich erst seit Kurzem das große Buch der Weltgeschichte aufgeschlagen, es liest nach — und studiert — notirt sich manches, bis endlich — und kommt es auf die letzte Seite, es ernst und bedächtig mit rother Feder ein weltgeschichtliches Streichen beginnen wird — und gebt ihr nach — dann Reform! Oder die Gasse zur Freiheit wird sich abermals mit Leichenhügeln überdecken, ein Grimm ganz Deutschland vereinen und die entfesselte Volkswuth ein Würgengel durch die Palläste ziehen — dann Revolution! —

Deutschland.

München, 7. Nov. Unsere Regierung, die bekanntlich als ein Erbtheil der Fürsten vor Allem das Prädikat „deutsch" in Anspruch nimmt und sich der Centralgewalt unbedingt untergeben hat, lieferte in diesen Tagen wieder einen herrlichen Beitrag zur deutschen Einheit, sofern sich diese bis jetzt wesentlich in Polizeimaßregeln dem Volke zum Bewußtseyn brachte. Das Ministerium des Innern befiehlt allen Polizeibehörden, alle in Bayern sich aufhaltenden Wiener Studenten, welche sich bei den letzten politischen Bewegungen in Wien betheiligt haben, ungesäumt auszuweisen. Wie könnte es die bayerische Regierung vor ihrem Gewissen verantworten, wenn durch ihre Schuld nur ein einziger dieser jungen Helden der Fürsorge Windischgrätz entginge! Wiener Studenten sollen überhaupt nur in Bayern geduldet werden, wenn sie sich durch ein Zeugniß der Wiener Polizei legitimiren und in Bayern einen Bürgen für ihr gutes Verhalten stellen! In diesen braven Wiener Studenten ist ganz Deutschland beschimpft.

L Frankfurt, 8. Nov. (111. Sitzung d. d. konst. Nat.-Vers.) Gelegentlich der Austrittsanzeige des Abg. Gebhardt's von Fürth brachte Wesendonk den Antrag, daß man statt der Ersatzmänner im Allgemeinen das Prinzip der Neuwahlen nach dem Beispiele der preußischen Wahlen annehmen möge. Die Sache kommt an den Centrallegitimationsausschuß. — Bekanntlich will man die nach Preußen übergegangenen Palatinathusaren zwingen, gegen ihr Vaterland zu kämpfen. Rösler stellt eine darauf bezügliche Interpellation an den Reichsminister. — Ein Antrag des Marineausschusses, die neulich gemachte Vorlage des Handels-Ministers über die Organisation der Marineabtheilung gutzuheißen, wird angenommen. Tagesordnung: Art. III. des Verfassungsentwurfes (Reichskriegswesen). Es sprechen bei der allgemeinen Debatte Thann, Jettkampf, v. Radowitz, Scheller, Zachariä, Falk, Fuchs, Waiz, Nauwerk, Wigand und die Berichterstatter, Mittermaier und Stavenhagen. Von den Einen hören wir die gewöhnliche Ausgleichungs- und Gleichgewichtstheorie zwischen der Centralgewalt und der Befugniß der einzelnen Staaten, von Radowitz die militärischen Ideen, wie sie am Ende nicht auf anzubahnende Aufhebung und Entbehrlichmachung der stehenden Heere hinausgehen, sondern gerade dieselben erst recht stehend machen, zur größten Ausbildung bringen würden; natürlich stets mit Voranstellung Preußen's und dem Lobe seiner Einrichtungen. Wer könnte nicht dieses System des bewaffneten Friedens, aber nicht eines Friedens, durch die Wehrhaftigkeit der Staatsbürger und Aller gesichert, sondern durch größtmögliche Ausbildung einer Kaste, der man höchstens einigen volksthümlichen Anstrich durch eine Phrase und Formen zu geben sich herbeiläßt, die man aber zu einer nur um so festeren Stütze des alten Systemes im modernen Kleide machen möchte. Nauwerk und Wigand betrachten die Sache von der Seite, welche der Geist des Fortschrittes, der Neuzeit, die unabweislichen Forderungen der Menschheit und die Rücksicht auf die Erleichterung des Volkes von ungeheuren Lasten vorschreiben. Dieß ist freilich aber die letzte, an welche herzlose Gelehrte und Bücherhelden oder Militärs denken. So wurden die trefflichen einschneidenden Worte der beiden Redner für Anbahnung einer volksthümlichen Bewaffnung, welche nicht, wie die stehenden Heere bisher, zur Befriedigung der fürstlichen Passionen, zum hohen Spielwerke oder zum bereitwilligen Werkzeuge einer blutdürstigen Willkür diene, belacht oder mit dem Ordnungsrufe bedroht. Das Volk der Idee, der Reformation scheint in der That in seinen Vertretern keine große Lust zu haben, diesen Forderungen des Volkes und einer vorgeschrittenen Kultur Rechnung zu tragen. Verfassungen machen, ja! dem alten Adam ein neues Kleid anziehen, das ist die Taktik dieser Herren! Eine noch nie dagewesene Aufgabe der Weltgeschichte zu lösen, das ist der hochklingende Versatz. Der Grund, das Fundament, die Steine zum Baue sollen sich auf das Wort der hohen Meister zusammenfügen; das rechte Wort aber haben sie verloren, und die rebellischen Geister wollen dem Rufe nicht Folge leisten; und so wird es ihnen gehen wie

Göthe's Zauberlehrling. Wer ihnen aber das Wort geben, sie dazu hinleiten möchte, über den rufen sie: wehe! wehe! kreuziget ihn! An dem geschraubten Style einer dumpfen Gelehrsamkeit, sogar an dem Kommisstyl unschmackhafter Schmeichelei, fehlt es nicht. Die Wahrheit aber können sie ebensowenig vertragen, wie die Fürsten. Ist es nicht möglich, ist es gar nicht möglich, daß ihr besser und gesünder werdet? — Nach dem Schlusse der allgemeinen Debatte entsteht eine längere über die vielen Anträge, ihre Reihenfolge u. dgl. Man entschließt sich endlich zur Vertagung, um morgen geordneter an's Werk zu gehen. Fürst Leiningen hat die Sendung nach Wien und zwar mit sehr umfassenden Vollmachten, erst in der letzten Zeit angenommen. Der frühere Buchhändler Bassermann, jetzt Unterstaatssekretär, hat aber bereits in Geschäften der Centralgewalt nach Berlin gemacht. Er soll den rebellischen Reichstag nebenbei mit zur Raison bringen.

Frankfurt, 10. Novemb. Ich theile Ihnen Einiges aus dem Budget der Nationalversammlung und der provisorischen Centralgewalt vom 1. Sept. bis 31. Dez. d. J. mit, wie es vom Reichsfinanzminister v. Beckerath vorgelegt ist. — Das Sekretariat des Reichsverwesers erfordert monatlich 333 fl.; der Kanzleivorstand (Sekretär), ist mit einem Jahrgehalt von 4000 fl. vom Bundestage übernommen, (wir sehen, daß der Bundestag nicht schlecht zahlte), 2 Kanzlisten haben 1300 und 800 fl. — Gehalt des Präsidenten 2000 fl., für die Paulskirche 914 fl.; das stenographische Bureau erfordert 4788 fl., und einen Zuschuß für den Druck von 4000 fl.; Sekrätariat und Kanzlei 4029 fl. der materielle Bureauaufwand 8777 fl.; (ein Sekretär erhält eine Taggebühr von 7 fl., der Kanzleidirektor 8 fl., der Registrator 7 fl.). — Die Zuschüsse für die stenographischen Berichte haben bis Ende Juli 19,586 fl. betragen, die Einnahmen 2000 fl.! — Ein Rath (Kollegialmitglied) des Ministeriums des Aeußern soll monatlich 300 fl. bekommen; die 3 Räthe erster Klasse des Handelsministeriums jeder 500 fl., weil dasselbe bedeutender Persönlichkeiten bedarf, die mit der nothwendigen technischen Kenntniß ausgestattet sind. Die Kosten der Gesandtschaften sind auf 25000 fl. für den Monat veranschlagt. Die Kommission zur Auseinandersetzung des Reichskammergerichts-Archivs zu Wetzlar erfordert monatlich 415 fl.; die „Untersuchung und Bestrafung der vom 16. und 18. Sept. in Frankfurt begangenen Verbrechen und Vergehen“ 2500 fl. Für die Unterhaltung, Bau, Ausrüstung und Approvisionirung der Reichsfestungen, Mainz, Luxemburg, Ulm und Rastatt treffen auf die 4 Monate 3,041,003 fl. — Die Ausgleichung der Kosten des Schleswigschen Krieges ist in der Vorlage nicht berücksichtigt. Dagegen fordert die Aufstellung von Truppenkorps in verschiedenen Gegenden Deutschlands „zur Herstellung und Erhaltung eines gesetzlichen Zustandes und zum Schutze vor Gewaltthat“ Mittel, deren Betrag sich im Voraus nicht bestimmen läßt, jedoch nicht unter 1 Million Thaler anzunehmen seyn wird. — Die Gesammtsumme der Voranschläge beträgt 10,468,766 fl. 59 kr.; die Kosten des Fünfzigerausschusses sind mit 18000 fl. aufgeführt.

Wien, 4. Nov. Heute besah ich die noch rauchenden Brandstätten an dem Donauufer, des Praters, in der Nähe des Bahnhofes, der Taborstraße und der Leopoldstadt. Diese Verwüstung zu schildern erlassen Sie mir, ebenso die näheren Details über die Raubgierde, Zügellosigkeit und Mordsucht der zu dieser Verwüstung kommandirten kroatischen Horden, die als Soldaten und Unterthanen eines und desselben Monarchen sich in dessen eigener Hauptstadt jede Zügellosigkeit erlauben durften, und aller Wahrscheinlichkeit von ihren Vorgesetzten noch hierzu aufgefordert wurden, sich zum warnenden Beispiel der Freiheitskämpfer mit Blut und Raub zu sättigen. — Der dadurch entstandene Schaden ist unberechenbar. — Bereits heute hat sich ein Armeekorps zu Bestrafung Ungarns in Marsch gesetzt; aus Polen, Siebenbürgen und Kroatien sind viele Truppen zu derselben Bestimmung marschfertig gemacht worden. Alles ist der Meinung, daß die ungarische Nation einen verzweifelten Kampf kämpfen wird. Die Ungarn haben bei Todesstrafe die Ausfuhr von Lebensmitteln aller Art nach Oesterreich verboten. Welche enorme Theurung muß dieser so verderbliche Krieg, der die Pulsader der österreichischen Monarchie abschneidet, hervorbringen, da Ungarn die Kornkammer von Oesterreich ist und Fett und Fleisch, die sonst in den größten Quantitäten von den Donaufürstenthümern importirt werden, auch nicht mehr zu transportiren sind, da keine Dampfschiffe und sonstige Communikationsmittel zu benützen sind und in der Moldau und Wallachei große Unruhen ausgebrochen und ebenfalls Noth, Elend und Viehseuche herrscht.

Wien, 6. Nov. Noch kein Ministerium! Nichts als Militärherrschaft und wieder Militärherrschaft! Vorgestern erschien die Kundmachung, daß die Hehler der Herren Schütte, Fenner &c. mit dem Standrechte bedroht werden, und gestern stellte sich der Exkommandant Messenhauser selbst. Sein Schicksal als ehemaliger k. k. Offizier ist kaum zweifelhaft. Allgemein bedauert wird der Hauptmann Braun, der mit Bewilligung des Kriegsministers und Beibehaltung (?) seiner Gage Bezirkschef in der Nationalgarde wurde. Sollte er zum Tode verurtheilt werden, so würde dieß bedeutende Aufregung verursachen, da er sehr beliebt war, und leider ist an jenem Urtheil kaum zu zweifeln. Schütte soll sich in den Schutz einer Gesandtschaft begeben haben. Die übrigen der von Windischgrätz Verlangten, Pulsky, Bem, Fenneberg sind noch nicht entdeckt. — Das Unglück der Stadt Wien ist unermeßlich, und nicht Jahre, sondern Jahrzehende werden die Spuren nicht verwischen! — Die Untersuchungskommission ist in vollster Thätigkeit, hat aber auch nicht weniger als 1300 Arrestanten. — Wagen an Wagen bringt Flüchtlinge zurück — gewänne Wien aber morgen um 100,000 Einwohner mehr als es je gehabt, und würde es reicher als je, die alte gelobte Gemüthlichkeit Wiens ist wohl auf immer verschwunden, es ist nicht mehr wahr, daß es nur Ein Wien, nur Eine Kaiserstadt gibt, es theilt die Gräuel der Neuzeit und ihre unverwischbaren Spuren mit Paris!

Wien, 7. Nov. Die Stimmung des Volkes ist sehr gedrückt; alle politischen Gespräche werden überall vermieden. Kein physischer Sieg mehr, sondern nur aufrichtige Versöhnung zwischen Volk und Monarchen kann noch eine heilbringende Wache gegen die Revolution werden. Der Belagerungszustand hat uns mitten in der großen Stadt gleichsam in eine Einöde versetzt. Zeitungen verirren sich zu uns gar keine mehr. Seit 24 Tagen wissen wir von der Außenwelt nicht das mindeste mehr. Anstatt Zeitungen zu lesen, gehen wir jetzt in der Stadt herum und betrachten uns die zahllosen hell lodernden Wachtfeuer des kampirenden Militärs; ertragen aber auch diese uns auferlegte geistige Buße mit unerschütterlicher Geduld. Das neue Ministerium soll bereits gebildet sein. Man nennt Wessenberg Präsident; Fürst Felix Schwarzenberg Aeußeres; Mayer Inneres; Kraus Finanzen; Bach Justiz; Bachner Krieg. — Briefliche Nachrichten, welche uns von einem Offiziere der im südlichen Ungarn stehenden magyarischen Armee zukamen, versichern, daß ungarische Truppen bereits siegreich in Kroatien eingerückt sein sollen. — Man erzählt sich hier, daß in Linz, der Hauptstadt Oberösterreichs, eine Revolution ausgebrochen sei, und daß das Volk alle Adeligen, die sich von Wien dahin geflüchtet hatten, so wie das Militär aus der Stadt verjagt habe. (A. Abdztg.)

Wien, 7. Nov. Die ungarische Armee auf dem linken Ufer der Donau, von Kossuth geführt, soll das kaiserliche Armeecorps unter Simonovich über die March zurückgeworfen haben. Das Treffen fand am Sonntag statt. Von der Station Göding der Nordbahn konnte man bequem die Vorpostengefechte sehen. Genaueres weiß man in Wien nicht. Ich erfahre diese Nachricht von einem Reisenden, der gestern Abend angekommen. Alexander-Husaren sind wieder zu den Ungarn übergegangen. Den Ungarn gegenüber standen polnische Truppen, die bedeutende Verluste erlitten. Die Truppenzufuhren nach Göding sind beträchtlich gewesen. Auf heute erwartete man einen neuen Zusammenstoß. Gestern wurden den ganzen Tag die Vorposten handgemein, und man hörte auf ungefähr eine Viertelstunde von der Eisenbahn unterbrochene Pelotonsfeuer, untermischt von fernem Kanonendonner. Die Angaben über die jetzige Stärke der ungarischen Armee sind verschieden. Bestimmt ist, daß die Ungarn nicht lässig im Werben waren. Ein bei Göding aufgefangener ungarischer Spion sagte aus, daß Kossuths Armee sich auf 30,000 Mann belaufe, aus einem Husarenregimt, Nationalgarden und Landsturm bestehend. — Feldmarschall Welden ist zum Militärgouverneur Niederösterreichs ernannt worden. (A. Z.)

Lemberg, 2. Nov. Unsere Stadt ist gestern der Schauplatz trauriger Ereignisse geworden. Ein Streit, der zwischen Soldaten und Nationalgardisten entstanden, war die Veranlassung einer großen Aufregung, welche den kommandirenden General zur Konsignirung des Militärs in den Kasernen bewog. Die Nationalgarde griff zu den Waffen, und zwei Kompagnien derselben stellten sich am Artilleriepark auf, der auf diese Weise bedroht war. Es wurde mit drei Kanonenschüssen das Zeichen zum Alarm gegeben, und auf vielen Punkten der Stadt entstanden Barrikaden. Der Platzkapitän Heimerle wurde angehalten, entwaffnet und auf die Hauptwache der Nationalgarde geführt; auf die dicht hinter ihm

hereilende Ordenanz wurde geschossen. Auf dem Ringe versammelte sich eine Volksmasse, welche die Hauptwache dermaßen bedrohte, daß sie von einer Division Grenadiere beschützt werden mußte, wobei ebenfalls viele Soldaten überfallen und verwundet wurden. Hierauf erschienen einige Deputationen, welche die Entfernung des Militärs verlangten und für die Ruhe garantirten. Der General verlangte sofort die Wegräumung der Barrikaden. So standen die Sachen bis zum 2. November Morgens 7 Uhr. Endlich schien es, als wollte man die Bedingungen des kommandirenden Generals annehmen, als durch die Handlungsweise der reitenden Nationalgarde eine neue Reibung hervorgerufen wurde, in Folge deren viele Personen verwundet wurden, worauf man die Barrikaden wieder vollständig herstellte und durch das Anschlagen an die Glocken die Bevölkerung der Stadt zu einem Kampfe aufrief. Einige Schüsse aus den Fenstern, in Folge deren zwei Artilleristen getödtet wurden, gaben das Zeichen zum Angriff von Seiten des Militärs. Das bewaffnete Volk concentrirte sich während des Kampfes in der Universität und pflanzte auf einer Barrikade eine rothe Fahne auf. Nach Verlauf einiger Stunden waren die Barrikaden durch die Artillerie zerstört. Leider geriethen dabei der Stadttheil um die Universität und besonders die Universität selbst, sowie das prachtvolle Rathhaus mit vielen andern Häusern durch die Raketen in Brand. Gegen Mittag erschien eine Deputation des Sicherheitskomité bei dem kommandirenden General, welche die Unterwerfung der Stadt unter folgenden Bedingungen zusicherte! 1) die Auflösung und Entwaffnung der akademischen Legion; 2) die Reorganisation der Nationalgarde unter dem Einflusse des kaiserlichen Generals; 3) das Verbot des Tragens des polnischen Adlers; 4) die Ausweisung aller Fremden. Wenn diese Bedingungen nicht in möglichst kurzer Zeit vollzogen würden, so sollte, wie der kommandirende General Hammerstein erklärte, die Stadt in Belagerungszustand versetzt werden. Bei dem Abgange des Kuriers, der diese Nachricht nach Krakau brachte, war die Ruhe hergestellt. Nach der Jutrzenka dagegen soll das Militär aus der Stadt gedrängt und dieselbe hierauf bombardirt worden sein. Das Rathhaus und die Akademie seyen bis auf den Grund, die Krakauer Straße ebenfalls abgebrannt.

Berlin, 7. Nov. Der Uebergangszustand dauert noch immer fort. Am gestrigen Tage wurden Maßregeln ergriffen, die auf Brandenburg und Wrangel hindeuteten. Dem 24. Regiment wurde der Abmarsch in Aussicht gestellt. Es scheint, daß dieser demokratische Truppentheil durch Garden von entgegengesetzter Farbe ersetzt werden soll. Vorläufig ist alles Militär auf 6 Tage in den Kasernen konsignirt. Diese sind mit Munition, Fleisch und andern Lebens- und Todesmitteln reichlich angefüllt. Ein Fleischer, der bisher 50 Pfd. Fleisch täglich zu liefern hatte, mußte gestern sofort 500 Pfd. senden. Solche Anstalten wurden im Laufe des Tages gemacht, ohne daß irgend ein Grund in einer Volksbewegung gegen das Militär vorlag, im Gegentheil, die Spannung gegen das Militär ist längst nicht mehr vorhanden. Man muß gestehen, daß alle Soldaten, die in Berlin stehen, sich auf's Beste mit der Bevölkerung vertragen. Nirgends hat man seit langer Zeit Klagen vernommen. Gegen Abend und in der Nacht hörte man von einer Sinnesänderung in Potsdam. Es scheint, daß die furchtbare moralische Niederlage der österreichischen Kamarilla nicht zur Nachahmung reizt; im Gegentheil, es ist offenbar der Augenblick da, den Fehler vom 18. März wieder gut zu machen und das Haus Oesterreich und die Frankfurter Reaktion durch eine vernünftige Politik, durch ehrliche demokratische Thaten mit Einem Schlage zu beseitigen. Positive Nachrichten, die uns noch spät Abends zugingen, enthielten die Entschließung des Königs: mit der Majorität der Kammer zu gehen und die Kartätschenpartei in Stich zu lassen. Leo und Radowitz sollen sich zurückgezogen haben und Brandenburg ihre Pläne auszuführen nicht eingewilligt haben. Die Schwankung zwischen der moralischen Macht der Nationalversammlung, welche von der öffentlichen Meinung getragen ist, und der Militärmacht, welche vom Fluche aller Nationen verfolgt wird, erhält uns aber immer noch in Spannung. Wir erwarten heute noch die Entscheidung. — Sämmtliche Offiziere sind in die Kasernen gezogen. Das Gerücht lief, man wolle die Nationalversammlung nach Brandenburg, nach Spandau oder nach Schwedt verlegen. Der dies dekretiren und ausführen könnte, wäre der Zerstörer des ganzen preußischen Staates. (Ref.)

Potsdam, 5. Nov. Heute wurde den zum Appell versammelten Soldaten des Garde-du-Corps-Regimentes die Proklamation des alten Radetzky an die um Wien stehenden kaiserlichen Truppen und an das ehrenwerthe Croatengesindel vorgelesen, und mehrere dieser absolutistischen Traktätlein an die Mannschaften vertheilt. In dieser Weise befolgt man den Beschluß der Nationalversammlung in Folge des Stein'schen Antrages. — Sämmtliche hiesige Regimenter sind marschfertig und erwarten stündlich den Befehl zum Ausmarsche. (B. Ztgh.)

Breslau, 5. Nov. (Freischaaren nach Wien.) Ein Plakat fordert die waffenfähigen Jünglinge Breslau's auf, eine Freischaar zu bilden, die sich den ungarischen Freischaaren anschließen und so die Wiener mit der Waffe in der Hand unterstützen soll. Es wird gleichzeitig Geldunterstützung zur Förderung dieses Unternehmens gewünscht.

Schleswig-Holstein, 2. Nov. Die Sache wird immer besser. Unsere Landesversammlung und die Centralgewalt haben sich vor Dänemark auf's Tiefste gedemüthigt. Aber die Dänen lassen sich dadurch nicht zu dem von Deutschland erbettelten Frieden bewegen. Der dänische Minister des Aeußern hat erklärt, daß von andern Modifikationen, als der die Person Moltke's betreffenden, nicht die Rede seyn könne. Durch das Auftreten der neuen Regierung (nämlich durch ihre s. g. Anerkennung des Staatsgrundgesetzes, die, wie wir neulich zeigten, in Wahrheit gar keine Anerkennung ist) seyen Verwicklungen sehr ernster Natur eingetreten. Ueber Alsen und Arröe, diese beiden zu Schleswig gehörenden Inseln, die noch von dänischen Truppen besetzt sind, werde man von dänischer Seite der neuen Regierung keine Macht einräumen. Ein dänisches Blatt berichtet sogar schon, der dänische Kommissär Reetz und der deutsche, Stedmann, hätten einen Kourier von Kopenhagen an unsere Waffenstillstandsregierung geschickt, um ihr anzuzeigen, daß Dänemark sie nicht anerkenne, und Dänemark verlange die Vernichtung des Staatsgrundgesetzes, des Gesetzes, in Folge dessen die Wahlen zur Nationalversammlung vorgenommen wurden und mehrerer anderer Gesetze. Allerdings ist diese letztere Nachricht noch nicht offiziell, aber doch sehr glaubwürdig, denn die Regierung und der Reichstag Dänemarks scheint aus Männern zu bestehen. Wir sind gespannt darauf, ob Deutschland nun zu neuer Unterwerfung unter Dänemark bereit ist. Nachdem die Dänen die ihnen entgegenkommende Feigheit gesehen haben, werden sie um so fester auf ihren Forderungen bestehen. Ihr Muth wird zu übermüthiger Unverschämtheit werden, und unser Staatsgrundgesetz wird nun ohne Zweifel geradezu und ganz vernichtet. Die Schleswig-Holsteiner werden dafür keine Sympathie, kein Mitleid finden. Wir müssen gestehen, sie haben es nicht verdient. Aber wir hoffen, das deutsche Volk wird noch für sich selbst und seine Ehre einige Sympathie haben und dem schimpflichen Spiel ein Ende machen. Die Opposition der Neunzehn, die es vorher sagten, daß mit dem unglücklichen Zustimmungsbeschluß der Landesversammlung die Ehre des Landes und sein öffentliches Recht verloren sey, hat nur zu bald Recht erhalten. Aber eine spätere Zeit wird alle diese Schmach rächen. (N. D. Z.)

Bernburg. Der Herzog von Anhalt-Bernburg erklärt unter dem 2. Nov. in einem Extrablatte zum Regierungsblatte seinem Volke, daß er sich nach Quedlinburg zurückgezogen und den Erzherzog Reichsverweser wiederholt um schleunige Absendung eines Reichskommissärs ersucht habe, weil er dem von dem Landtage berathenen und ihm zur Genehmigung und Vollziehung vorgelegten neuen Verfassungsgesetze in mehreren Beschlüssen seine Sanktion nicht ertheilen könne. Zugleich setzt der Herzog hinzu, daß, sollte er die Ueberzeugung erhalten, daß er ferner zum wahren Wohle seiner Anhalt-Bernburger nicht mehr zu wirken im Stande sey, er es für seine Pflicht erachten werde, die Regierung niederzulegen, um auch durch dieses, wenn gleich mit blutigem Herzen gebrachte Opfer seine dem Lande stets gewidmete landesväterliche Fürsorge zu bethätigen.

Berichtigungen.

Auf Seite 129, Spalte 1, Zeile 9 von oben muß es statt Eisenmann heißen „Giskra."

In der gestrigen Nummer auf der zweiten Spalte der ersten Seite lies statt **umgedrehten** „**angedrohten Maßregeln.**"

Gedruckt — unter Verantwortlichkeit der Verleger — bei J. L. Stich.
Expedition S. 31 im Gasthof zum König Otto II. Etage.

Der freie Staatsbürger.

Erscheint täglich. Preis in ganz Bayern vierteljährlich 1 fl. 30 kr., halbjährlich 3 fl., jährlich 6 fl.

Organ der Demokratie.

Inserate werden die dreispaltige Petitzeile zu 3 kr. berechnet. Die Abonnenten haben für die Hälfte des Abonnementpreises Inserate frei.

Nr. 42. Nürnberg, Dienstag, den 14. November 1848.

Bayern.

St. In Bayern stehen die Wahlen zum Landtage bevor. Seit das Parlament zu Frankfurt das Volk so bitter getäuscht, und das bischen Credit gänzlich verloren hat, seit sich Niemand mehr um die Herren Schwätzer in der Paulskirche bekümmert und die deutsche Einheit nicht zur Wahrheit, wohl aber zu einer faden lächerlichen Fabel mit einer traurigen kostspieligen Moral geworden, müssen die Verhandlungen innerhalb der „Grenzen" eines Speciallandes oder Ländchens der 38 deutschen Lappenstaaten interessanter werden. Bayern hat ein neues Wahlrecht als Produkt der Revolution, der famosen Proklamation vom 6. März. Nach diesem Wahlrechte konnte der Landtag diesmal eine ganz veränderte Physiognomie bekommen. Das bayrische Volk ist nicht mehr genöthigt die dicken Centnermänner, die höchstbesteuerten gewichtigen Brauer und Großbauern zu wählen, die drinnen gleichgiltig gähnen und schlafen und mit dem Kopfe nicken, oder hochgelehrte überweise Räthe, die das Volk und seine Angelegenheiten nach staubigen Akten beurtheilen und verfechten, oder hochwürdige Dekane, die salbungsvolle Kanzelworte predigten — es ist jetzt Gelegenheit gegeben, den freien Geist, die Intelligenz und wahre muthige Vaterlandsliebe wirken zu lassen. Die Gelegenheit ist da — das Volk benutze sie! Es hat die Intriguen und Betrügereien bei den Wahlen zum deutschen Parlament eingesehen, es hat sich bethören lassen von Namen und Autoritäten zu seinem furchtbaren Nachtheil. Es ist vorauszusehen, daß die Regierung auch jetzt wieder sich alle Mühe geben wird, die Wahlen in ihrem Sinne auszuarbeiten. Die Reaction und die Constitutionellen (beide sind eins!) haben schon für sie vorgerüstet und rüsten noch mit regem Eifer. Lasse man sich nicht übertölpeln! Das beste Beispiel zur Belehrung und Warnung sind die früheren Landtage in Bayern. Wie wurde das Volk da hintergangen! Angestellte betrachteten ihre Wahl zu Landtagsdeputirten als den bequemsten und sichersten Weg zu gnädigem Wohlwollen, Avancement und Orden. Geistliche arbeiteten mit Eifer für die Kirche und das Concordat rc., ihre eignen Zwecke; Liberale ließen manchmal eine hohle Phrase von Freiheiten fallen und hielten eitle Spiegelfechterei gegen das Ministerium, um selbst Minister zu werden. (Thon-Dittmer, Lerchenfeld, Heinz waren solche Liberal!) Man log dem Throne vor, daß im ganzen Land nur Glück und über und über Glück herrsche, und Treue und Treue; unterthänigste Dankadressen für errungene papierne Seifenblasenfreiheiten; gemächlich die Diäten verzehren, die schöne Stadt München begucken und gutes Hofbrauhausbier trinken, und Alles beim Alten lassen — das war so gewöhnlich das Resultat der bayrischen Landtage. So kann es nicht mehr gehen. Die Zeit ist eine andere geworden, Vertreter des Volks müssen die Zeit verstehen, sie müssen Söhne der neuen Zeit sein. Zur Wahrung der Freiheit, zu einer festen Opposition gegen die Willkür, gegen die vielleicht volksfeindlichen Gesinnungen und Absichten der Regierung müssen Männer gewählt werden, die unerschrocken und ohne Selbstzweck das Prinzip der neuen Zeit: die Demokratie verfechten. Bayern kennt seine Feinde und Quäler von früher her; es ist den Wählern Vorsicht sehr zu rathen, damit sie nicht wieder hintennach jammern: wir sind getäuscht! daß sie nicht hintendrein Mißtrauensvota abschicken, die von charakterlosen Deputirten gleichgiltig ad acta gelegt werden; damit nicht die enormen Summen, die so ein Landtag kostet, umsonst zu des Volkes Schaden ausgegeben werden. Die Wähler wären selbst schuld, wenn sie sich hinters Licht führen ließen, wenn sie Vertreter wählten, die im Ständesaal wieder vorlügen, es gebe kein glücklicheres und zufriedeneres Land als Bayern, die vielleicht sogar sagen: Bayern braucht mehr Militär, mehr neue Steuern, mehr Bureaukraten, mehr Polizei, die vielleicht das famose Ministerium Thon-Dittmer noch lobhudeln und allerniedrigst nach Orden betteln gehen. Nein! — Bayern wird wohl seinen Feinden nicht mehr trauen, es wird um so mißtrauischer sein, je mehr sie Mittel und Mühe aufbieten, das Volk zu berücken. Es wird sich Freunde suchen, die ihm immer Freund waren und bleiben, Demokraten, die keine andern Zwecke und Interessen haben, als die Herrlichkeit und das Wohl des Volkes!

Vereinigte Staaten von Deutschland.

* Nürnberg, 13. Nov. „Quidquid delirant reges plectuntur Achivi," oder „sind die Fürsten berauscht, so wird's dem Volke übel." — Friedrich Wilhelm der IV. scheint durchaus die Rolle Ludwig des XVI., fehlosen Andenkens, bis zu Ende spielen zu wollen. Verhärtet durch die irdisch seligmachende Gewohnheit des Alleinherrschens, vom vermessensten Hochmuthe befangen, ist er zu sehr des süßen Branntweinrausches der unumschränkten Herrschaft benöthigt, als daß er Selbstüberwindung genug besäße, ie ein konstitutioneller König zu seyn. Gegen dasselbe Volk und seine Söhne, dessen Schwert und Herzblut er (1813) seinen Thron verdankt, läßt er im widerrechtlichsten Kampfe Kanonen auffähren — um den antiquarisch mittelalterlichen Kitzel vorrevolutionären Alleinherrschens zu befriedigen. — Es ist ein großes politisches Hazardspiel, das in Berlin gespielt wird. Der Einsatz ist eine Krone und eine k. Domaine von 16 Millionen Seelen. — Wir erhalten von Berlin nachstehende Berichte:

M Berlin, 10. Nov. Die Nationalversammlung wurde da man Gewaltmaßregeln von Seite der Regierung befürchtete, heute Nacht 2 Uhr plötzlich zusammenberufen. Sie eröffnete ihre Sitzungen um 5 Uhr, welche und die in ihr veröffentlichen Aktenstücke von höchster historischer Bedeutung sind. Wir lassen sie unten nachfolgen. Auf dem Platze vor dem Schauspielhaus standen mehrere Bataillone Bürgerwehr, das Künstlerkorps und die Schützengilde. In der Stadt herrscht die Ruhe der Entschiedenheit; alle Parteizerwürfnisse haben aufgehört — es herrscht nur eine Partei — die sich um die Nationalversammlung schaart. Man ist übereingekommen sich bis zum Aeußersten defensiv zu verhalten — aber dann auch entschlossen das Aeußerste zu wagen.

Die Preußische konstituirende Versammlung. [Morgen-Sitzung vom 10. November.] Beim Eintritt in das Sitzungshaus um 5 Uhr Morgens fanden wir rings um dasselbe starke Abtheilungen Bürgerwehr aufgestellt, die aber ihre Gewehre meistens in Pyramiden zusammengestellt hatten und mit dem schon jetzt überaus zahlreich versammelten Volke in eifrigem Gespräch begriffen war. Im Saale kreuzten sich viele Gerüchte über die Pläne der Regierung: es werde heute um 5 Uhr Nachmittags der Belagerungszustand erklärt werden — der Oberst Weber werde mit zwei Bataillonen des 9. Regiments im Laufe des Vormittags gegen das Sitzungslokal rücken und die Versammlung zum sofortigen Auseinandergehen auffordern. Heute Morgen also wurde in Folge des vom Polizeipräsidenten an das Bürgerwehr-Kommando erlassenen

Befehls, das Zusammentreten der Versammlung zu hindern, die gestern bis heute 9 Uhr vertagte Sitzung schon um 5 Uhr eröffnet. Der Präsident von Unruh liest das Schreiben des Minister-Präsidenten an den „Regierungsrath" v. Unruh vor, es lautet: „Ew. Hochwohlgeboren haben dem Staats-Ministerio in dem Schreiben vom heutigen Tage von dem Inhalte mehrerer Beschlüsse Mittheilung gemacht, welche die Nationalversammlung gefaßt haben soll, nachdem die Verlegung der Versammlung bereits erfolgt war. — Ich halte mich verpflichtet, Sie darauf hinzuweisen, daß dergleichen Beschlüsse nicht nur völlig ungesetzlich, und deßhalb nichtig sind, sondern daß auch die Abgeordneten, welche daran Theil genommen, sich der Anmaßung von Hoheitsrechten und eines Vergehens an der Verfassung schuldig gemacht haben. Indem ich Ew. Hochwohlgeboren überlasse, den Inhalt dieses Schreibens zur Kenntniß der Abgeordneten zu bringen, welche die gesetzlichen Schranken überschritten und dem Befehle Sr. Maj. des Königs den schuldigen Gehorsam verweigert haben, gebe ich Ihnen zu erwägen, daß Sie sowohl, wie alle Abgeordneten, welche die Rechte der Krone so schwer verletzt haben, die volle Verantwortung trifft wegen der aus diesem ungesetzlichen Schritt etwa entstehenden unglücklichen Folgen. Berlin, 9. Nov. 1848. Der Ministerpräsident. (gez.) Graf v. Brandenburg. Präsident: Ferner habe ich vom Kommando der Bürgerwehr ein Schreiben erhalten, nebst einem vom Polizeipräsidenten an dasselbe gerichteten Schreiben. Die beiden Schreiben lauten: „Schreiben des Polizeipräsidenten an das Kommando der Bürgerwehr: Der Herr Minister des Innern hat in Erwägung, daß ein Theil der zur Nationalversammlung berufenen Mitglieder ungeachtet der auf Befehl Sr. Maj. des Königs erfolgten Vertagung die Berathungen fortgesetzt und dadurch die der Versammlung zustehenden Befugnisse überschreitet und die Rechte der Krone verletzt, mir die Weisung ertheilt, Ein Hochlöbliches Kommando zu ersuchen, die Fortsetzung dieser ungesetzlichen Berathungen zu verhindern. Es wird Einem Hochlöblichen Kommando bekannt seyn, daß einige Mitglieder der Nationalversammlung über Nacht in dem bisherigen Sitzungslokal verbleiben und, daß die Berathungen morgen früh um 9 Uhr fortgesetzt werden sollen. Es kommt daher zunächst darauf an, allen nach dem Sitzungslokale zurückkehrenden Mitgliedern der Nationalversammlung den Zutritt zu diesem Lokale zu versagen und zu diesem Zwecke alle Zugänge zu diesem Lokale abzusperren, dabei jedoch auf den ungehinderten Ausgang der innerhalb des Gebäudes befindlichen Abgeordneten Rücksicht zu nehmen. Indem ich mich beehre, Ein Hochlöbliches Kommando zu ersuchen, diese Maßregel durch ein starkes Kommando Bürgerwehr in Ausführung zu bringen, bemerke ich ergebenst, daß ich beauftragt bin, einer gefälligen Antwort bis morgen früh 6 Uhr entgegenzusehen. Für den Fall, daß eine solche in der gedachten Zeit nicht eingeht, soll angenommen werden, daß ein hochlöbliches Kommando nicht beabsichtigt, dieser Requisition Folge zu geben, vielmehr der kgl. Behörde lediglich überlaße, die geeignet scheinenden Maßregeln selbst zu ergreifen. Berlin, 9. Nov. 1848. Der Polizeipräsident. (gez.) v. Bardeleben." Antwort des Bürgerwehrkommando's: „Indem das unterzeichnete Kommando den Empfang von Ew. Hochwohlgeboren Schreiben vom gestrigen Tage hiermit bescheinigt, beehrt es sich in Uebereinstimmung mit den Bataillonskommandeuren der Berliner Bürgerwehr, Folgendes zu erwidern: Nach § 1 des Bürgerwehrgesetzes ist der wesentliche Beruf der Bürgerwehr, die verfassungsmäßige Freiheit und gesetzliche Ordnung zu schützen. Wenn nun auch das Land zwar keine Verfaßung hat, so ist doch die Nationalversammlung durch das Patent des Königs zur Vereinbarung der Verfaßung mit der Krone ausdrücklich nach Berlin berufen, und auch das Wahlgesetz vom 8. April d. Js. ordnet das Zusammentreten der Nationalversammlung in der Hauptstadt an. Wenn nun diesen Gesetzen und den Beschlüssen der Nationalversammlung entgegen, die Krone nicht nur die Verlegung der Versammlung von Berlin nach Brandenburg, sondern auch deren Vertagung auf 17 Tage dekretirt, so muß die Bürgerwehr hierin eine Gefährdung der durch Gesetze und königl. Versprechen gewährleisteten Rechte und Freiheiten erblicken, mithin die Aufgabe für sich erkennen, für diese Freiheit, nicht aber gegen dieselbe einzutreten. Dies Letztere würde aber geschehen, wenn die Bürgerwehr der Majorität der Nationalversammlung in der Freiheit ihrer Versammlung und ihrer Beschlußnahme sich gewaltsam entgegenstellen wollte. Wenn schon aus diesen, völlig legalen und durchgreifenden Gründen das unterzeichnete Kommando nicht in dem Falle sich befinden kann, der Requisition Ew. Hochwohlgeboren Folge zu geben, so wird ihm dies noch überdies durch die Vorschrift des §. 65 des Bürgerwehrgesetzes untersagt. Dieser Paragraph verordnet nämlich ganz bestimmt: „daß die Bürgerwehr, sobald es der im §. 1 angegebene Zweck erheischt, auf Requisition des Gemeindevorstehers, oder der von ihm delegirten Gemeindebeamten, sowie der demselben vorgesetzten Kreisbehörde in Dienstthätigkeit tritt." Der §. 128 desselben Gesetzes bestimmt ferner, daß bis zur Einführung der neuen Kreis- und Bezirks-Ordnung die den Bezirks- oder Kreis-Vertretungen beigelegten Verrichtungen von den Regierungen und Landräthen wahrgenommen werden sollen. Das Kommando vermag nun einmal aus dem Bürgerwehrgesetze für den Minister des Innern kein Recht zu erfinden, die Requisition der Bürgerwehr durch eine königliche Behörde anzubefehlen; sondern es ist der Meinung, daß, selbst im Falle eines solchen Befehles, die Gemeindebehörde der Stadt Berlin nicht übergangen werden darf; und endlich kann es Ew. Hochwohlgeb., als einem einzelnen Königl. Polizeibeamten, nicht die gleiche Befugniß zugestehen, wie sie durch das Gesetz den Regierungen, d. h. den Regierungs-Kollegien, bis zur Einführung der neuen Kreis- und Bezirks-Vertretung beigelegt worden ist. Das Kommando der Bürgerwehr bedauert hiernach, indem es sich allein auf den Boden des Gesetzes stellt, Ew. Hochwohlgeboren Requisition von gestern nicht entsprechen zu können, kann jedoch nicht umhin zugleich entschiedene Verwahrung gegen jede gesetzwidrige Verwendung militärischer Kräfte zur Beschränkung der Versammlungs- und Berathungs-Freiheit der National-Versammlung, oder gar gegen die Unverletzlichkeit der Personen der Volksvertreter hiermit einzulegen." Berlin, 10. Nov. 1848. Das Commando der Bürgerwehr: Rimpler. Der Präsident hielt einen längeren Vortrag, den Stand der Verhältniße betreffend, die wir morgen, wenn es der Raum gestattet, nachtragen werden. Es wird hierauf der Namensaufruf vorgenommen, welcher 218 Mitglieder als anwesend angibt. Später vermehrt sich die Versammlung bis auf 223. Ein dringender Antrag der Abg. Waldeck, Kämpff und Schultze-Delitzsch lautet: die hohe Versammlung möge beschließen: daß der Präsident diejenigen Abgeordneten, welche ohne beurlaubt oder durch Krankheit behindert zu seyn, sich den Sitzungen entziehen, auffordere, der Pflicht der Theilnahme an denselben nachzukommen. Der Antrag wird zahlreich unterstützt, und von Schultz-Delitzsch motivirt, worauf er einstimmig angenommen wird. Die Sitzung wird darauf (es ist 6 Uhr 10 Minuten) bis 9 Uhr suspendirt. — Um 9¼ Uhr wird die Sitzung mit Namensaufruf, um die Beschlußfähigkeit der Versammlung zu konstatiren, wieder eröffnet. Es sind 251 Mitglieder gegenwärtig. Die Sitzung sistirt sich, nach kurzer Berathung bis um 2¼ Uhr die Glocke des Präsidenten zum Zeichen der Eröffnung der Sitzung wieder erschallt. Die Prioritäts-Commission tritt sofort zur Berathung über die Prioritäts-Frage des oben erwähnten Antrags, um eine Proklamation an das Volk zu erlassen. Er lautet: Hohe Versammlung wolle beschließen: Eine vom Präsidenten zu ernennende Commission zur Redaktion einer Proklamation an das Volk über die von der Staats-Regierung erfolgten Beeinträchtigungen der Rechte des preußischen Volks niederzusetzen. Nach kurzer Debatte angenommen.

Berlin, 10. Nov. (Nachmittags 3¼ Uhr.) So eben rückt durch verschiedene Thore Militär hier ein, Wrangel, an der Spitze seiner Truppen, vom Volke schweigend eingelassen. 3¾ Uhr. Das Sitzungslokal der konstituirenden Versammlung von Truppenmassen besetzt. Die auf dem Platze lagernde Bürgerwehr vollständig von Militär und Batterien eingeschlossen.

V Bamberg, 12. Nov. Wir haben bereits in einem früheren Brief der Verhaftnehmung des Dr. Schallern erwähnt und glauben wir, dort zweifellos dargethan zu haben, daß er überhaupt der Uebertretung eines Strafgesetzes nicht beschuldigt werden kann, und daß noch viel weniger ein rechtlicher Grund zu seiner Verhaftung vorliegt. Man durfte daher wohl mit Recht erwarten, daß das kgl. Appellationsgericht für Oberfranken, an welches er sich beschwerend gewendet hat, die Gesetzeswidrigkeit im Verfahren des Untersuchungsgerichtes anerkennen und die Entlaßung des Schallern aus der Untersuchungshaft aussprechen werde. Diese Erwartung ging nicht in Erfüllung. Heute wurde der Gattin des Verhafteten ein Beschluß dieses Gerichtshofes verkündigt, wornach die durch das Stadtgericht Bamberg verfügte Verhaftung unter Bezugnahme auf Art. 113, Theil II des Strafgesetzbuches bestätigt wurde. Es wurde also ein solches Verbrechen angenommen, worauf das Gesetz die Todes-Ketten- oder Zuchthausstrafe gesetzt hat. Um die nur in diesem Falle einigermaßen gerechtfertigte Ver-

haftung gut heißen zu können, wurde ein Verbrechen dieser Art — improvisirt; denn in der Wirklichkeit liegt ein solches nicht vor. Wer sich hievon überzeugen will, unterstelle die Anschuldigung den Bestimmungen unseres Strafgesetzes. Er wird finden, daß auch nicht ein mit Zuchthausstrafe belegtes Verbrechen besteht, auf welches die dem Schallern zum Vorwurfe gemachte Aeußerung angewendet werden könnte. Er wird sich hiebei überzeugen, daß die Gerechtigkeit in Bayern nur in dem Falle blind ist, wo ihr die Regierung nicht befiehlt, sehend zu seyn. Ja! wir sprechen es offen aus, die Regierung hat hier ihren Einfluß geltend gemacht, um dem Vereinigungs- und Versammlungsrechte entgegenzuwirken. Sie will durch den Terrorismus die demokratischen Bewegungen, sowie sie sich unter der Masse des Volkes geltend machen, niederkämpfen. Schallern ist bloß deßhalb verhaftet, weil er ein thätiges Mitglied des Bamberger Volksvereines war. Wer hieran noch zweifeln will, kann sich eines Besseren belehren lassen durch das in der Richtung gegen Dr. Wirth von Bamberg beobachtete Verfahren der Kriminalbehörden. Nachdem derselbe 3 Monate verhaftet war, wird er entlassen gegen eine Caution von — 200 fl. Da die Größe der Cautionssumme durch die Größe des Verbrechens bestimmt wird, so kann vernunftgemäß seine Schuld nicht groß seyn. Und doch behält man ihn 3 Monate lang verhaftet. Man behält ihn so lange verhaftet, um das von ihm redigirte, höchst volksthümliche Blatt zu vernichten. Man entläßt ihn endlich, um seiner am gebrochenen Herzen sterbenden Frau noch die Augen zudrücken zu können. Armes Bayern! wie schnell hat man Dir das Endchen Freiheit wieder entzogen, was man, hiezu gezwungen, Dir gewährt hatte! wie sehr beeilen sich Deine aus dem Volke hervorgegangenen Minister, den durch die Gerichte geheiligten Zustand der Anarchie und Gesetzlosigkeit wieder herbeizuführen, der schon einmal auf Dir gelastet hat! Wer hätte ein solches Ende noch vor wenigen Monaten vermuthen sollen, als Graf Hegnenberg-Dux den übrigen Landtagsabgeordneten zurief: Wer von Euch säße noch hier, wenn die alten Gesetze in ihrer vollen Strenge zur Anwendung gebracht würden?! Und jetzt — werden selbst diese alten Gesetze übertreten.

I. **Frankfurt**, 9. Nov. (112te Sitzung der konst. Nat.-Vers.) Nach einem an den Präsidenten eingegangenen Schreiben des Abg. Hartmann sind die Abgeordneten Fröbel und Blum am 4. d. M. in Wien verhaftet worden. Wesendonk interpellirt deshalb das Reichsministerium welche Schritte es gethan oder thun wolle, um diesen Abgeordneten den Schutz des Gesetzes über die Unverletzlichkeit der Abgeordneten zugeben zu lassen. Reichsjustizminister v. Mohl antwortet später, daß er bereits das österreich. Ministerium auf dieses angeführte Gesetz aufmerksam gemacht habe. **Mittermaier** berichtet Namens des Gesetzgebungsausschusses, daß derselbe die unveränderte Annahme der von der Leipziger Versammlung abgefaßten Wechselordnung beantrage; Cucumus über die Anträge Vogt's und Venedey's über die Verhältnisse zur Schweiz; der Ausschuß beantragt Tagesordnung! (Noli me tangere!); ebenso der für die Centralgewalt über Zimmermanns Antrag wegen Wrangels unbefugter Abdankung. Aus einer Antwort des Kriegsministers Peucker auf Mohr's Interpellation wegen der Ueberfüllung Rheinhessens mit Truppen, ist zu ersehen, daß sich diese Provinz eigentlich noch gratuliren darf, daß sie Truppen hat, welche daselbst Geld verzehren! Uebrigens werde Alles vergütet. Nun stellt Mohr einen dringlichen Antrag, daß man die nichthessischen Truppen entfernen, oder, wenn nicht, die Quartiergelder erhöhen und baldigst zahlen möge (woron?), was aber nicht für dringlich erkannt wird, so wenig als ein Antrag Wiesner's und Genossen, auf die Aufhebung des Belagerungszustandes in Wien, Befreiung des Reichstages von dem Säbelregiment und Niederschlagen der Untersuchung gegen die Kämpfer für die Freiheit! Tagesordnung. Art. III. §. 12–20. des Verfassungsentwurfes. §. 12. wird angenommen; über §. 13. wird debattirt, woran sich die Berichterstatter Mittermaier, Stavenhagen, dann Wedekind, Friese, v. Seiren betheiligen. Stavenhagen erinnert an den Professorenentwurf über die Centralgewalt, und man scheine jetzt wieder durch die Hinterthüre hereinbringen zu wollen, was man damals habe aufgeben müssen. Von den übrigen §§. wird nur §. 18. diskutirt. v. Radowitz spricht sich als kundiger Militär von seinem bekannten Standpunkte, doch kurz über die Generäle; Schüler für das Minoritätserachten vom Gesichtspunkte einer möglichst freien Volkswehr aus. Wir lassen die §§. so folgen, wie sie theils nach dem Verfassungsausschuß, dem für die Wehrangelegenheiten, für die Marine und in einigen wenigen Punkten nach andern Amendements angenommen wurden, und werden morgen darauf zurückkommen. (Schluß folgt.)

Wien, 7. Nov. Es liegt am Tage, daß nicht des Pöbels Brandfackel, sondern des Konstablers Feuerrakete in das Dach des Bibliothekgebäudes fiel; man sah die Raketen in dieser Richtung schleudern, und was doch keinesfalls abzusprechen ist, man sieht noch die verheerende Wirkung, die sie auf die benachbarten Kolowrat'schen und Mauthner'schen Häuser geäußert haben. Was aber gereizte Mord- und Raubgier betrifft, so ist von keiner Seite viel Gutes zu berichten, vielmehr fielen von der einen wie von der andern Gräuelthaten vor, die man nimmer an diesem Ort, nimmer in dieser Zeit für möglich erachtet hätte. So ward der Wirth zum Auge Gottes an der Nußdorfer Linie mit all' den Seinigen ein Opfer der Volkswuth und sein Haus bis auf die Grundmauern niedergebrannt. Er hatte in seinem Garten eine Kanone vergraben und zur Beschießung der drüben Stehenden Beistand geleistet. Viele Grausamkeiten und Plünderungen sind dagegen von den Kroaten verübt worden, insbesondere in den Häusern aus welchen geschossen wurde, aber auch außerdem. Im Odeon, das bis auf die Grundmauern niederbrannte, verbrannten viele — man nennt 50 — Personen mit, ohne daß man ihnen den Ausweg gestattete. Viele Personen, die sich ganz neutral verhalten, ja sogar im Rufe des Gelbschwarzthums standen, sind rein ausgeplündert worden, und noch viel ärger wäre es gewesen, wenn nicht die Offiziere so viel als möglich und mit blanker Waffe Einhalt gethan hätten. Auch noch in den letzten Tagen war die Mannszucht noch nicht so weit hergestellt, um nicht einem ungestümen Geldabfordern, oder einem vergeblichen Durchsuchen nach Patronen von Seiten der Soldaten Raum zu geben. Die Wiener hatten bei wiederholten feindlichen Invasionen den Krieg niemals so als rohes Handwerk kennen gelernt, und wie gesagt, sie haben die Unbefangenheit noch nicht erlangt, um auszumitteln, in wie weit sie selbst dazu Anlaß gegeben. Daß die Truppen sich jeden Augenblick der Volkswuth preisgegeben glaubten, geht aus der Art ihres Einzugs hervor. Vorsichtig schlichen sich die Kroaten durch die Barrikade des Burgplatzes herein, sahen sich groß auf dem Michaelsplatz und Kohlmarkt um, und erst, als ihnen da aus mehreren Fenstern freundlich zugewinkt war, machten sie ihren Kameraden Zeichen, heranzukommen.

Ratibor, 7. Nov. Ein Oberst aus dem Generalstabe des Fürsten Windischgrätz reist hier durch, welcher an den Feldmarschallieutenant Schlick in Krakau Depeschen zu überbringen hat. Letztere sollen folgenden Inhalts seyn: Oberst Simonich, der etwa 15–20,000 Mann kaiserl. Truppen kommandirt und über Galizien einbrechend die Ungarn angegriffen, sei von Letzteren vom Tyrnau bis nach Göding, etwa 20 Stunden zurückgedrängt worden. In Folge dessen habe sich derselbe nach Mähren zurückgezogen, und Windischgrätz ihm zwei Brigaden, meist Kavallerie, zu Hülfe geschickt. Dieses Militär wurde mit dem heutigen Wiener Zuge nach Lundenburg und Prerau 2c. befördert. Von der Operation der kaiserl. Truppen gegen Ungarn ist bis jetzt nichts Sicheres bekannt geworden; dagegen werden uns bereits die Streitkräfte der Ungarn ziemlich genau angegeben. Die Magyaren sollen im Stande seyn, dem Feinde jeden Augenblick 3–400,000 Mann, darunter 50,000 Mann reguläres Militär, entgegenzustellen. Letzteres besteht vorzüglich aus übergetretenen italienischen Regimentern. Bei der Defensive der Ungarn wird Oesterreich sich wohl in Unterhandlungen einlassen müssen; geschieht dieß aber nicht, so dürften wir in Bälde im Südosten einen Vernichtungskampf der Nationalitäten erleben, wie ihn die Geschichte nur selten aufzuweisen hat. (Schles. Z.)

Krakau, 6. Nov. Nach der heutigen Gazeta Krakowska wäre General Bem mit einigen seiner Gefährten nach Ungarn entkommen. — Aus Lemberg wird demselben Blatte gemeldet, daß die dortige akademische Legion nebst einem Theil der Nationalgarde, zusammen 5000 Mann, mit Gewehren und 9 Geschützen nach der ungarischen Gränze gezogen sey.

Bielefeld. Auch in Westfalen regt sich der demokratische Geist gewaltig. Am 22. Okt. fand in Brockenwerde, Kreis Bielefeld, eine Volksversammlung von vielen tausend Menschen statt, wobei eine, für die Versammlung in der Paulskirche nicht sehr schmeichelhafte Adresse, beschlossen ward, welche zugleich ein Mißtrauensvotum für den Abgeordneten von dort, O.-L.-G.-R. Schreiber enthält. In der Adresse wird gesagt, daß die Nationalversammlung ihrer Mehrheit nach das Vertrauen des Volks verloren habe, indem sie im Innern die Freiheit des Volks durch Soldaten

unterdrücken lasse, nach Außen, Deutschland verhaßt und verachtet mache; sie habe, wird ferner erklärt, unter dem Namen der deutschen Einheit eine Exekutivanstalt gegen alle freien Regungen im Volksleben geschaffen, die schlimmer sey, als der alte Bundestag. Dann werden die Mitglieder aufgefordert, daß sie ihr Mandat in die Hände des Volks zurückgeben. (D. R. Z.)

Stuttgart, 8. Nov. Es werden auf's Neue Befürchtungen darüber laut, daß Regierung und Kammer in solche Konflikte kommen könnten, die eine baldige Auflösung der letzteren als nicht ganz unwahrscheinlich erscheinen lassen. Dadurch würden mehrere der vorgelegten, sowie die von den Ministern zugesagten und dringend gewünschten Gesetze gar nicht zur Verabschiedung kommen. Für die auf dem Asberg schmachtenden politischen Gefangenen wäre dies wegen der für sie in Aussicht gestellten Geschwornengerichte sehr zu beklagen. (Donauztg.)

Mannheim, 1. Nov. Das hiesige Morgenblatt hat seit heute den Titel: Badische Zeitung angenommen und auch in seiner politischen Richtung sich wesentlich verändert. Es ist zur äußersten Linken übergegangen.

Portugal.

Nach Berichten aus Lissabon vom 29. Okt. war Costa Cabral nach Madrid abgereist, um seinen Posten als Gesandter anzutreten. Sämmtliche Inhaber von Kaffeehäusern wurden vor den Polizeipräfekten beschieden und ihnen befohlen, bei Strafe der Confiscation ihres Eigenthums in ihren Häusern keine politischen Reden oder Bemerkungen gegen die Königin zu gestatten. Diese bedrückende Maßregel hatte großes Aufsehen gemacht. Die Finanznoth wird immer ärger. Die Offiziere der Armee haben rückständigen Sold für 9 und die Soldaten in den Provinzen für 6 Monate zu fordern; selbst die am besten bezahlte Lissabener Besatzung hat dreimonatliche Rückstände einzunehmen. Baares Geld wird täglich seltener; für Wechsel ganz sicherer Personen müssen monatlich 2 Procent Disconto entrichtet werden, und Banknoten verlieren gegen baar volle 40 Procent. Für alle aus England kommenden Schiffe war eine Quarantaine von 1—2 Wochen angeordnet.

Berichtigung.

In der vorgestrigen Nummer lese man in der zweiten Spalte der ersten Seite Zeile 16 v. u. „gekrönte" statt „getönte" Kontrerevolution.

Auch hat sich in den gestrigen ersten Exemplaren ein Druckfehler eingeschlichen. Auf der 6 Zeile des Textes von oben lese man: „Frasenflitter" statt „Frasenflicker."

Anzeigen.

Gedruckt — unter Verantwortlichkeit der Verleger — bei J. L. Stich.
Expedition S. 39 im Gasthof zum König Otto II. Etage.

Der freie Staatsbürger.

Erscheint täglich. Preis in ganz Bayern vierteljährlich 1 Fl. 30 Kr., halbjährlich 3 Fl., jährlich 6 Fl.

Organ der Demokratie.

Inserate werden die dreispaltige Petitzeile zu 3 Kr. berechnet. Die Abonnenten haben für die Hälfte des Abonnementpreises Inserate frei.

Nr. 43. Nürnberg, Mittwoch, den 15. November **1848.**

Erklärung der Menschen-Rechte.

Ein Aktenstück des demokratischen Kongresses.

1) Der Zweck jedes politischen Gemeinwesens ist die Wahrung der natürlichen und unverjährbaren Rechte des Menschen, und die Entwickelung aller seiner Fähigkeiten.

2) Die wichtigsten Menschenrechte sind die! für die Erhaltung seiner Existenz und seiner Freiheit zu sorgen.

3) Diese Rechte stehen allen Menschen gleichmäßig zu, wie groß auch die Verschiedenheit ihrer körperlichen und geistigen Kräfte sei.

Die Gleichheit der Rechte ist von der Natur eingesetzt; die Gesellschaft, weit entfernt, ihr Eintrag zu thun, wahrt sie blos gegen den Mißbrauch der Gewalt, welcher sie untergräbt.

4) Die Freiheit ist die jedem Menschen zukommende Macht, nach seinem Gutdünken alle seine Fähigkeiten anzuwenden; sie hat zur Richtschnur die Gerechtigkeit, zur Schranke die Rechte der Anderen, die Natur zur Grundlage und das Gesetz zur Schutzwehr.

5) Das Recht, sich friedlich zu versammeln, das Recht, seine Meinungen durch die Presse und auf jede andere Art kundzugeben, sind so nothwendige Folgerungen aus dem Grundgesetz der menschlichen Freiheit, daß das Bedürfniß, sie zu verkündigen, das Daseyn des Despotismus oder die frische Erinnerung an denselben voraussetzt.

6) Das Eigenthum ist das Recht jedes Bürgers, nach seinem Belieben den ihm vom Gesetz verbürgten Antheil an Gütern zu verwenden.

7) Das Eigenthumsrecht ist, wie alle Rechte, begrenzt durch die Verpflichtung, die Rechte Anderer zu achten.

8) Es kann weder der Sicherheit, noch der Freiheit, noch der Existenz, noch dem Eigenthum unserer Nebenmenschen Eintrag thun.

9) Jeder Handel, der dieses Prinzip verletzt, ist wesentlich unerlaubt und unsittlich.

10) Die Gesellschaft ist verpflichtet, für das Auskommen aller ihrer Mitglieder zu sorgen, sei es nun, daß sie ihnen Arbeit verschafft, oder daß sie den Arbeitsunfähigen Existenzmittel sichert.

11) Die unentbehrlichen Hülfsmittel für Denjenigen, dem das Nöthigste fehlt, sind eine Schuld dessen, der Ueberfluß hat. Das Gesetz hat die Art der Abtragung dieser Schuld zu bestimmen.

12) Die Bürger, deren Einkünfte nicht das zur Bestreitung ihres Unterhaltes Nöthige übersteigen, sind nicht verpflichtet, zu den öffentlichen Ausgaben beizutragen; die Anderen müssen dieselben in gesteigertem Verhältniß, je nach dem Betrag ihres Vermögens übernehmen. (Progressive Einkommensteuer.)

13) Die Gesellschaft muß mit allen ihren Kräften die Fortschritte der allgemeinen Bildung befördern und den Unterricht allen Bürgern zugänglich machen.

14) Das Volk ist souverän; die Regierung ist sein Werk und sein Eigenthum, die Beamten sind seine Diener. — Das Volk kann seine Regierung beliebig ändern und seine Bevollmächtigten abberufen.

15) Das Gesetz ist der freie und feierliche Ausdruck des Volkswillens.

16) Das Gesetz muß für Alle gleich sein.

17) Das Gesetz kann nur verbieten, was dem Gemeinwesen schädlich ist und nur gebieten, was demselben nützt.

18) Jedes Gesetz, welches die unverjährbaren Rechte des Menschen verletzt, ist durchaus ungerecht und tyrannisch, es ist kein Gesetz.

19) In jedem freien Staate muß das Gesetz hauptsächlich die öffentliche und persönliche Freiheit gegen die Gewalt der Regierenden sicher stellen. Jede Einrichtung, welche nicht das Volk als gut und die Behörden als bestechlich voraussetzt, ist fehlerhaft.

20) Kein Theil des Volkes kann die Macht des ganzen Volkes ausüben; aber der Wunsch, den er ausspricht, muß beachtet werden als der Wunsch eines Theiles des Volkes, welcher zum allgemeinen Willen beizutragen hat. Jede Abtheilung des versammelten Souveräns muß das Recht haben, ihren Willen mit vollständiger Freiheit auszusprechen; sie ist durchaus unabhängig von allen eingesetzten Behörden und befugt, ihre Berathungen selbstständig zu ordnen und zu überwachen.

21) Alle Bürger sind zu allen Aemtern zulässig, ohne einen anderen Unterschied, als den der Tugenden und der Talente, ohne einen andern Rechtsanspruch, als das Vertrauen des Volkes.

22) Alle Bürger haben ein gleiches Recht, zur Ernennung der Bevollmächtigten des Volkes und zur Bildung der Gesetze beizutragen.

23) Damit die Rechte nicht bloßer Schein und die Gleichheit nicht ein Trugbild sei, muß die Gesellschaft ihre Beamten besolden, und dafür sorgen, daß die Bürger, die von ihrer Arbeit leben, den öffentlichen Versammlungen, wohin das Gesetz sie beruft, beiwohnen können, ohne ihre eigene oder ihrer Familie Existenz zu gefährden.

24) Jeder Bürger muß gewissenhaft der Obrigkeit und ihren Agenten gehorchen, wenn sie die Organe oder die Vollzieher des Gesetzes sind. (Schluß folgt.)

Vereinigte Staaten von Deutschland.

Nürnberg, 15. Nov. Die gewählten Kommissionen des konstitutionellen, politischen und Volksvereins haben folgende Punkte als die „Grundlage der Vereinigung" der betreffenden Vereine aufgestellt: 1) In der in Bayern bestehenden Staatsverfassung solle das Prinzip der Demokratie zu seinem Rechte kommen. 2) Deshalb müsse die gesetzgebende Gewalt dem Volke, d. h. den freigewählten Vertretern des Landes gesichert seyn. 3) Sonach vor Allem Beschränkung des Veto's der Krone, sowie des Rechtes derselben zur Auflösung der Kammer; ferner unbeschränkte Initiative der Volksvertreter. 4) Die oberste Regierungsgewalt dagegen sei ausschließliches Recht des Monarchen, der nicht seinem Volke gegenüber stehe, sondern an der Spitze desselben den Gesammtwillen des ganzen Landes vertrete und durch die für alle Regierungshandlungen verantwortlichen Staatsminister zur Ausführung bringe. 5) Die Regierungsgrundsätze seien nach dem Prinzipe der Demokratie dahin zu gestalten, daß im Staatshaushalt, Verwaltung und Rechtspflege alle Einrichtungen einen volksthümlichen Charakter tragen und eben so sehr die Freiheit wie das geistige und materielle Wohl des Volkes zum Ziele haben. 6) Die von den Vereinen zu unterstützenden Wahlkandidaten müßten daher entschlossen seyn, in unumwundener Anerkennung des Frankfurter Parlaments und des neuen durch dasselbe gewonnenen Rechtsbodens das Prinzip der Demokratie in der angedeuteten Weise kräftig zu vertreten, die dadurch nothwendig gewordenen neuen Gestaltungen in

der Landesverfassung mit allen gesetzlichen Mitteln zu erwirken und nöthigenfalls zur Steuerverweigerung zu schreiten.

L Frankfurt, 9. Nov. (112. Sitzung d. konst. Nat.-Vers.) [Schluß.] „§. 12. Der Reichsgewalt steht die gesammte bewaffnete Macht Deutschlands zur Verfügung. (Minoritätserachten zu §. 12. „Den Umfang der Reichsgewalt über die gesammte bewaffnete Macht Deutschlands bestimmt der Abschnitt von der Reichswehr. (Wigand, Schüler, Blum.) Dieser Abschnitt der Minorität „die Reichswehr" enthält zeitgemäße Vorschläge zur Anbahnung eines wahrhaft freien volksthümlichen Heerwesens, einer wirklichen aus dem Volke hervorgegangenen, von ihm getragenen Volkswehr, darunter auch Bestimmungen über die Wahl der Führer durch die Mannschaft u. d. gl. Alle darauf bezüglichen heute eingebrachten Amendements wurden natürlich verworfen. Man will, wie aus der Debatte hervorgeht, eine derartige Volkswehr allenfalls dem Namen nach, im Grunde aber nichts weiter als eine auf's Höchste gesteigerte Ausbildung der stehenden Heere, sohin nichts weniger als eine Aufhebung, sondern eine Verewigung derselben. — §. 13. Das Reichsheer besteht aus der gesammten zum Zwecke des Kriegs bestimmten Landmacht der einzelnen deutschen Staaten. Der Reichsgewalt steht es zu, die Größe und Beschaffenheit derselben zu bestimmen. Diejenigen Staaten, welche als Contingent weniger als 6000 Mann stellen, geben in Bezug auf das Heerwesen ihre Selbstständigkeit auf und werden in dieser Beziehung entweder unter sich in größere Ganze verschmolzen, welche dann unter unmittelbarer Leitung der Reichsgewalt stehen oder, wo dies nicht ausführbar ist, einem angrenzenden größeren Staate angeschlossen. In beiden Fällen haben die Landesregierungen dieser kleineren Staaten keine weitere Entwicklung auf das Heerwesen, als ihnen von der Reichsgewalt oder dem größeren Staate übertragen wird. — §. 14. Die Reichsgewalt hat, in Betreff des Heerwesens, die Gesetzgebung und die Organisation. Sie überwacht deren Durchführung in den einzelnen Staaten durch fortdauernde Controle. „Den einzelnen Staaten steht die Ausbildung ihres Kriegswesens auf Grund der Gesetze und Anordnungen des Reiches zu. Sie haben die Verfügung über ihre bewaffnete Macht, so weit dieselbe nicht für den Dienst des Reiches in Anspruch genommen wird. — §. 15. In den Fahneneid ist die Verpflichtung zur Treue gegen das Reichsoberhaupt und die Reichsverfassung an erster Stelle aufzunehmen. — §. 16. Alle durch Verwendung von Truppen zu Reichszwecken entstehenden Kosten, welche die Ausgabe für den durch das Reich festgesetzten Friedensstand übersteigen, fallen dem gesammten Reich zur Last. — §. 17. Ueber eine allgemeine, für ganz Deutschland gleiche Wehrverfassung ergeht ein besonderes Reichsgesetz. — §. 18. Die Ernennung der Generale geschieht auf Vorschlag der Einzelregierungen durch die Reichsgewalt. Für den Krieg ernennt die Reichsgewalt die kommandirenden Generale der auf den verschiedenen Kriegstheatern operirenden Armeen und selbstständigen Corps, ebenso das Personal der Hauptquartiere dieser Armeen und Corps. — §. 19. Der Reichsgewalt steht die Befugniß zu, Reichsfestungen anzulegen, und, insoweit die Sicherheit des Reiches es erfordert, vorhandene Festungen gegen billige Ausgleichung namentlich für das überlieferte Kriegsmaterial zu Reichsfestungen zu erklären. Die Reichsfestungen werden auf Reichskosten unterhalten. — §. 20. Die Seemacht ist ausschließlich Sache des Reichs. — Es ist keinem Einzelstaate gestattet, Kriegsschiffe für sich zu halten, noch Kaper-Briefe auszugeben. Die Bemannung der Flotte bildet einen Theil der gesetzlich festgestellten Wehrmacht, sie ist jedoch unabhängig von der Landmacht. Diejenigen Staaten, welche Mannschaft für die Flotte stellen, erfüllen dadurch einen Theil der ihnen obliegenden Bundeswehrpflicht. Die Ernennung der Offiziere und Beamten der Seemacht geht allein vom Reiche aus. Der Reichsgewalt liegt die Sorge für die Ausrüstung, Ausbildung und Unterhaltung der Kriegsflotte, die Anlegung, Ausrüstung und Unterhaltung von Kriegshäfen und Seearsenälen ob. — Ueber die, zur Errichtung von Kriegshäfen und Marinetablissements nöthigen Enteignungen, so wie über die Befugnisse der dabei anzustellenden Reichsbehörden bestimmen die zu erlassenden Reichsgesetze.

L Frankfurt, 10. Nov. (113. Sitzung d. konst. Nat.-Vers.) A. Ruge wird nach einiger Debatte von der Versammlung als ausgeschieden erklärt, da er auf die an ihn ergangene Aufforderung zu bestimmterer Erklärung nicht geantwortet. Wichman berichtet über einen Antrag Federer's: Uebernahme des deutschen öffentlichen Kreditwesens von Seite der Centralgewalt. Antrag auf Tagesordnung. Berger v. Wien interpellirt das Ministerium wegen eines abschriftlich in seinen Händen befindlichen Schreibens der österreichischen Regierung in Brünn an den Kreishauptmann in Teschen, worin letzterer aufgefordert wird, bei den Wahlen für Frankfurt Alles aufzubieten, daß dieselben nur auf Männer von erprobter Gesinnung fallen, da nach einer Mittheilung des Bevollmächtigten Oesterreich's bei der Centralgewalt, v. Bruck (jetzt Handelsminister in Wien), sich unter den Abgeordneten viele Ultrademokraten und Ultradeutschthümler befänden, durch welchen Umstand, sowie durch die Abwesenheit vieler Abgeordneter der Einfluß Oesterreichs in Frankfurt sehr geschmälert werde. Berger fragt das Ministerium, was es gegen diese unverkennbar antideutsche Richtung und Wahleinflüsse thun wolle. — Tagesordnung: Art. IV. der Reichsgewalt, welcher am Ende der Debatte nach dem Verfassungsentwurf mit geringer Aenderung angenommen wurde, und nun so lautet: „§. 21. Die Schifffahrts-Anstalten am Meere und in den Mündungen der deutschen Flüsse (Häfen, Seetonnen, Leuchtschiffe, das Lootsenwesen, das Fahrwasser u. s. w.) sind der Fürsorge der einzelnen Uferstaaten überlassen; sie unterhalten dieselben aus eigenen Mitteln. §. 22. Die Reichs-Gewalt hat die Oberaufsicht über diese Anstalt und Einrichtungen. Es steht ihr zu, die betreffenden Staaten zu gehöriger Unterhaltung derselben anzuhalten, auch dieselben aus den Mitteln des Reiches zu vermehren und zu erweitern. §. 23. Die Abgaben, welche durch die Seeuferstaaten von den, ihre Schifffahrtsanstalten benutzenden Schiffen und deren Ladungen erhoben werden, dürfen die zur Unterhaltung dieser Anstalten nöthigen Kosten nicht übersteigen. Sie unterliegen der Genehmigung der Reichsgewalt. §. 24. In Betreff dieser Abgaben sind alle deutschen Schiffe und deren Ladungen gleich zu stellen. Eine höhere Belegung fremder Schifffahrt kann nur von der Reichsgewalt ausgehen. Die Mehrabgabe von fremder Schifffahrt fließt in die Reichskasse." Der Antrag des volkswirthschaftlichen Ausschusses geht dahin, die Schifffahrtsanstalten am Meere für Reichssache zu erklären und die Abgaben nach ihrer Bestimmung durch die Reichsgewalt in die Reichs-Kasse fließen zu lassen. Das Nähere der Ausführung soll ein Reichsgesetz bestimmen. Der volkswirthschaftliche Ausschuß sieht eine möglichste Verschmelzung der materiellen Interessen aller einzelnen Volksstämme Deutschlands nur in einem einheitlichen Systeme im Innern und nach Außen; nur darin ein Gedeihen der wahren Einheit Deutschlands. Nur dadurch werde der Bundesstaat in allen seinen Konsequenzen zur Wahrheit gemacht und sicher gestellt. Für diese Ansicht sprachen Hildebrand, Eisenstuck, M. v. Mohl, letzterer namentlich scharf, sachkundig und mit Nachweis der statistischen Unrichtigkeiten der Gegner. Für den Verfassungsentwurf sprachen Graf Wartensleben, v. Vincke, Grumbrecht, Merk v. Hamburg und Waitz, letzterer in der bescheidenen Meinung, daß ein Gebäude ohne allen Tadel seyn muß, an dem — Er mitgebaut. Die Majorität der Versammlung sah dieß auch natürlich ein! — Die Debatte war zugleich ein leichtes Scharmützel zwischen den Freihändlern und Schutzzöllnern, den beiden großen Handelslagern; nur traten jene in keineswegs liebenswürdiger Gestalt und Form auf. Auch wir sind ein Freund der Freiheit auf allen Gebieten; wenn aber der Freihändler Merk wohl den Neid seiner Vaterstadt Hamburg auf die guten gebackenen Forellen Harburg's zugibt, aber nichts davon wissen will, daß Hamburg die Zugänge zum Harburger Hafen zerstört hat (wie Mohl zuverlässig berichtet), so können wir in dieser Form des Freihandels nichts anders erblicken, als wie etwa gegenstücklich die „Ruhe und Ordnung" in Wien unter der Gestalt der plündernden Kroaten auftritt. Diese Art Freihandel erinnert zu sehr an die bekannte Steingeschichte im Rheine bei Biberich. Uebrigens abgesehen davon, sehen wir darin, daß eine große Nation in Handel und Verkehr eine einheitliche Politik verfolgt, durchaus kein Hinderniß des Freihandels an sich, im Gegentheile eher eine Beförderung, und in dem alten Zustande, wo Jeder seine Lage auf's Beste auszubeuten sucht, aber, wo eine freie, gleichberechtigte Koncurrenz neben ihm auftritt, dieselbe, wenn er mächtiger ist, gewaltsam niederzuhalten sucht, nichts als die Fortdauer einer Zerrissenheit, welche durch die Einheitsmanie, wo es Unterdrückung der politischen Entwicklung betrifft, wahrhaftig nicht aufgewogen wird. Dieselben Leute, welche für einen derartigen Freihandel schwärmen, schreien Zeter und Mord, wenn es das Freihandeln gilt. Es wird im Verlaufe der nächsten Debatten noch öfter darauf die Sprache kommen. — Von den Reichskommissären hört man noch immer nichts; die Geburtswehen ihrer Aufschlüsse und Rechnungs-Ablage scheinen sehr schwer und lange dauernd zu seyn. Indeß

beschäftigt sich der Ausschuß für die österreichischen Angelegenheiten eifrig mit den Papieren und jener verhängnißvollen „umfangreichen Depesche", welche durch ein unglückliches Schicksal in Olmütz liegen geblieben ist und 12 Stunden nach den Herren selbst hier angekommen sein soll. Als die beiden glücklich Heimgekehrten bereits wieder seit mehreren Stunden in unsern Mauern weilten, mußte Herr Minister noch nichts von ihnen und konnte die besorgten Gemüther der nach ihnen Fragenden nicht beruhigen. Und doch mußte man so gerechte Angst um sie haben, so lange man die alten Liberalen, namentlich den berühmten Herausgeber des Staats-Lexikons und anderer wühlerischer Schriften, welche früher so vorsorglich durch Metternich von Oesterreichs ruhigem himmlischen Reiche fern gehalten wurden, in der nächsten Umgebung einer absolutistischen Kamarilla wußte. Zwar hatte sich die Kunde ihrer unversehrten Heimkehr bereits zu andern Menschenkindern verbreitet — nur zu den Ohren des schlecht berichteten Herrn Ministers nicht; allein wie leicht konnte sie irrig seyn in dieser Zeit der Lügen! Nun, als Herr v. Schmerling nach Hause kam, fand er wenigstens — „die umfangreiche Depesche." Sie ist aber so umfangreich, daß sich der Ausschuß noch nicht durcharbeiten konnte, und auch, wie wir heute auf eine deßhalb eingebrachte Interpellation hörten, noch Papiere vom Ministerium nachverlangt wurden. Herr Welcker ruht indessen aus von seinen Strapatzen — in Olmütz an der kaiserlichen Tafel und im Kabinette der Erzherzogin Sophie, welche — eine zweite Elisabeth von England oder Katharina von Rußland — jetzt die Geschichte einer auf allen Ecken brennenden Welt in ihren zarten Händen hält! Es ist zwar unterdeß — des langen Harrens müde — ein Versuch von Unberufenen, nicht Auserwählten, freilich gemacht worden, dem wie stets geduldig zuwartenden Deutschland einstweilen eine möglichst getreue Darstellung der reichskommissärlichen Wirksamkeit in den österreichischen Wirren zu liefern, bestehend in einem Quartblatte, das einen leeren Bilderrahmen enthält; indeß ist diese Darstellung nicht — offiziell und wird schon deßhalb nicht amtlich als offiziell anerkannt werden, weil sie eigentlich doch nichts weiter ist, als ein gestohlener Nachdruck aus der bekannten Jobsiade. —

Die Wiener Ztg. vom 10. Nov. bringt in ihrem amtlichen Theile folgende Mittheilung: Mittelst standrechtlichen Urtheils vom 8. d. M. ist Robert Blum, Buchhändler aus Leipzig, überwiesen durch sein eigenes Geständniß, wegen aufrührerischen Reden und bewaffneten Widerstande gegen die kaiserl. Truppen in Folge der von Sr. Durchlaucht dem k. k. Herrn F. M. Fürsten zu Windischgrätz unterm 20. und 23. Oktober erlassenen Proklamationen zum Tode verurtheilt, und das Urtheil am 9. November Morgens um halb acht Uhr in der Brigittenau mit Pulver und Blei vollzogen worden. *)

Berlin, 10. Nov. Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen &c. Nachdem Wir die Verlegung der zur Vereinbarung der Verfassung berufenen Versammlung nach Brandenburg a. d. H. angeordnet, hat ein Theil dieser Versammlung dieser Anordnung zuwider in ungesetzlicher Weise hier die Berathung fortgesetzt. Die Bürgerwehr der Stadt Berlin hat aber nicht nur durch eine Erklärung ihres Commandeurs die Weigerung ausgesprochen, den Maßregeln der Staatsregierung gegen dieses gesetzwidrige Beginnen die erforderliche Unterstützung zu gewähren, sondern auch thatsächlich die ihre ungesetzlichen und wirkungslosen Berathungen fortsetzenden Mitglieder der Nationalversammlung fortgesetzt unter ihren Schutz genommen. So sehr Wir es nun beklagen, gegen die Bürgerwehr Berlins, welche bei einzelnen Gelegenheiten in anerkennenswerther Weise für die Ruhe und Sicherheit der Stadt gewirkt hat, mit den Uns obliegenden gesetzlichen Maßregeln voranschreiten zu müssen, so sind Wir dennoch verpflichtet, einem solchen, die Ordnung gefährdenden Widerstreben ein Ziel zu setzen. Wir verordnen daher auf den Antrag Unseres Staats-Ministeriums und in Gemäßheit des §. 3. des Gesetzes über die Errichtung der Bürgerwehr vom 17. Oktober d. J., welcher dahin lautet: „Durch Königliche Verordnung kann aus wichtigen, in der Auflösungs-Ordre anzugebenden Gründen die Bürgerwehr einzelner Gemeinden oder Kreise ihres Dienstes enthoben oder aufgelöst werden. Die Dienstenthebung darf nicht länger als 6 Monate dauern. Im Fall einer Auflösung muß die Verordnung wegen der neuen Organisation der Bürgerwehr binnen 3 Monaten erfolgen." was folgt: Die Bürgerwehr der Stadt Berlin ist hiermit aufgelöst, und die betreffenden Behörden sind mit der sofortigen Ausführung dieser Verordnung beauftragt. Gegeben Sanssouci, den 11. Nov. 1848. (gez.) Friedrich Wilhelm. (kontr.) Graf von Brandenburg. von Ladenberg. von Strotha. von Manteuffel.

Proklamation. Der in Meiner Haupt- und Residenzstadt Berlin seit geraumer Zeit herrschende gesetzlose Zustand, der das ganze Land in den Abgrund der Anarchie zu stürzen drohte, hat Mich genöthigt, auf den Rath Meiner verantwortlichen Minister, die zur Vereinbarung der Staats-Verfassung berufene Versammlung nach Brandenburg zu verlegen und dieselbe, damit diese Maßregel ausgeführt werden könne, bis zum 27. d. M. zu vertagen. Aus demselben Grunde habe Ich die Truppenmacht in dieser Meiner Haupt- und Residenzstadt ansehnlich verstärken, auch die dortige Bürgerwehr mit Rücksicht auf ihr ungesetzliches Verhalten in Gemäßheit des §. 3 des über die Errichtung der Bürgerwehr unter dem 17. Oktober d. Js. ergangenen Gesetzes bis zu deren Reorganisation auflösen müssen. Ich bin Mir wohl bewußt, daß diese Maßregeln mannigfacher Mißdeutung ausgesetzt und von einer Umsturzpartei dazu mißbraucht werden können, auch bei sonst gutgesinnten Staatsbürgern Besorgnisse über den Vollbestand der Meinem Volke gewährten Freiheiten hervorzurufen. Ich bin Mir aber eben so klar bewußt, daß Preußens und Deutschlands Zukunft diesen Schritt von Mir und Meiner Regierung zu fordern berechtigt war. Ich wende Mich deßhalb in dieser entscheidenden Zeit an das ganze Land, an Euch, Meine treuen Preußen Alle, mit der Zuversicht, daß Ihr den ungesetzlichen Widerstand, den ein Theil Euerer Vertreter, uneingedenk ihrer wahren Pflichten gegen Volk und Krone, der Verlegung der Nationalversammlung entgegenstellt, ernst und entschieden mißbilligen werdet. Ich mahne Euch, den Einflüsterungen nicht Raum zu geben, die Euch glauben machen, Ich wolle Euch die in den Märztagen verheißenen Freiheiten verkümmern, Ich wolle wieder ablenken von dem betretenen konstitutionellen Wege! Preußen! Ihr, die Ihr noch feststeht in dem alten Vertrauen zu mir, Ihr, die Ihr noch ein Gedächtniß habt für die Geschichte Meines Königlichen Hauses und seiner Stellung zum Volke, Euch bitte Ich, daran ferner festzuhalten, in guten, wie in bösen Tagen! — Ihr aber, die ihr schon darin zu wanken beginnt, Euch beschwöre Ich, Halt zu machen auf dem betretenen Pfade und abzuwarten die Thaten, die da folgen werden! — Euch Allen aber gebe Ich nochmals die unverbrüchliche Versicherung, daß Euch Nichts verkümmert werden soll an Eueren konstitutionellen Freiheiten, daß es Mein heiligstes Bestreben seyn wird, Euch mit Gottes Hülfe ein guter konstitutioneller König zu seyn, auf daß wir gemeinsam ein stattliches und haltbares Gebäude errichten, unter dessen Dache, zum Frommen Unseres preußischen und ganzen deutschen Vaterlandes, Unsere Nachkommen sich ruhig und einträchtig der Segnungen einer ächten, wahren Freiheit Jahrhunderte lang erfreuen mögen! Dazu wolle Gott seinen Segen verleihen! Sanssouci, den 11. Nov. 1848. (gez.) Friedrich Wilhelm. (kontr.) Graf v. Brandenburg. v. Ladenberg. v. Strotha. v. Manteuffel.

Berlin, 10. Nov. Die von der Nat.-Vers. beschlossene Proklamation an das Land lautet: An das preußische Volk. Das Ministerium Brandenburg, welches gegen die fast einstimmig ausgesprochene Erklärung der Nationalversammlung die Leitung der Geschäfte des Landes übernommen, hat seine Thätigkeit damit begonnen, daß es einseitig die Vertagung der Sitzungen der Nationalversammlung und die Verlegung derselben nach Brandenburg befohlen hat. Die Versammlung der preußischen Volksvertreter hat diesen Eingriff in ihre Rechte dadurch zurückgewiesen, daß sie mit großer Mehrheit den Beschluß gefaßt hat, ihre Berathungen in Berlin fortzusetzen; sie hat zu gleicher Zeit erklärt, daß der Krone das Recht nicht zustehe, die Versammlung gegen ihren Willen zu vertagen, zu verlegen oder aufzulösen, und daß sie diejenigen verantwortlichen Beamten, welche der Krone zur Erlassung jener Botschaft gerathen haben, nicht für fähig erachte, der Regierung des Landes vorzustehen, vielmehr dafür halte, daß dieselben schwerer Pflichtverletzung gegen die Krone, gegen das Land und gegen die Versammlung sich schuldig gemacht haben. Das Ministerium Brandenburg hat in Folge dieser Ereignisse die Versammlung für eine ungesetzliche erklärt und die Anwendung mili-

*) Diese Nachricht konnte gestern nicht in allen Exemplaren mitgetheilt werden.

tärischer Gewalt angedroht, um die Fortdauer ihrer Berathungen zu hindern. In dem schweren Augenblicke, wo die gesetzliche Vertretung des Volkes durch Bajonette auseinander gesprengt wird, rufen wir Euch zu: Haltet fest an den errungenen Freiheiten, wie wir mit allen unsern Kräften und mit unserm Leben dafür einstehen, aber verlaßt auch keinen Augenblick den Boden des Gesetzes. Die ruhige und entschlossene Haltung eines für die Freiheit reifen Volkes wird mit Gottes Hülfe der Freiheit den Sieg sichern. Die preußische National-Versammlung.

Berlin, 11. Nov. Die äußere Ruhe der Stadt wurde durch Nichts gestört; obschon die Veränderungen, die seit gestern vorgekommen, allerdings sehr bedeutend sind. Berlin ist um 15,000 Mann Soldaten, darunter bekannte Persönlichkeiten, wie Herr Wrangel und Herr Möllendorf, reicher geworden. Die Häuser in den meisten Stadttheilen erfreuen sich einer recht beträchtlichen Einquartierung (zu welcher die Servis-Deputation des hiesigen Magistrats freundlich aufgefordert); die Kasernen sind überdieß hinreichend gefüllt. Die meisten Wachen, welche bisher die Bürgerwehr inne hatten, sind von den tapferen Kriegern, ohne Schwertstreich, eingenommen worden, und Herr Wrangel, der in dem königlichen Schlosse übernachtete, soll sogar freudige Aussicht auf die Bewachung dieses Gebäudes durch Militär gemacht haben. Gestern Nachmittag bivouacquirte ein großer Theil des um 3 Uhr eingerückten Militärs auf dem Gendarmenmarkte, um, wie der durch seine Rednergabe ausgezeichnete Herr Wrangel sich ausdrückte, „die Herren im Schauspielhause zu beschützen." Die Herrn im Schauspielhause jedoch, die zurückgebliebenen, nicht feige desertirten Abgeordneten, wollten diesen Schutz nicht haben, und verließen das königliche Gebäude, in dessen schönen Sälen heute die Wrangelschen Soldaten tagen. Unter dem Schutze der Bürgerwehr und begleitet von derselben, wurden die Abgeordneten von einem unendlichen Hurrah! und Jubelrufe des draußen in außerordentlich großer Anzahl versammelten Volkes empfangen, als sie um 5 Uhr — der Gewalt weichend — das Haus verließen. Ein Theil der Abgeordneten, Präsident v. Unruh und Hrn. Rimpler an der Spitze, begab sich nach der Oberwallstraße in das Lokal des Bürgerwehrkommandos. Die Bürgerwehr stellte sich vor dem Hause auf; Herr Präsident v. Unruh trat vor die Thüre und sprach der Bürgerwehr seinen Dank im Namen der Versammlung aus. „Diese Tage," sagte er, „reihen sich den wichtigsten und bedeutungsvollsten in der preußischen Geschichte an. Wo ein Volk so durch Ruhe und Besonnenheit seine Reife zu beweisen verstehe, da werde Niemand im Stande seyn, ihm von seinen wohlerworbenen Rechten das Mindeste zu verkümmern." Tausendstimmiger Jubel antwortete dem Präsidenten. Eine Abtheilung des Handwerkervereins stand als Ehrenwache vor dem Hause. Der größere Theil der Abgeordneten begab sich von ungeheueren jubelnden Menschenmassen begleitet, in ein dem bisherigen Sitzunglokale nahe gelegenes Hotel. Ununterbrochen wurden Hurrah's und Hoch's auf die Nationalversammlung von der Menge ausgebracht, bis der Abg. Waldeck am Fenster erschien, und in einer kurzen Ansprache für die Liebe des Berliner Volkes Dankesworte aussprach. „Seien Sie überzeugt," schloß er, „daß wir immer dem Volke treu bleiben werden." Nachdem hierauf noch vielfache Hurrah's ausgerufen wurden, zerstreuten sich die Haufen.

Berlin, 11. Nov. Silberstein und Senin sind der Haft ohne Weiteres entlassen, der Steckbrief gegen Julius zurückgenommen.

Berlin, 11. Nov. Wir erfahren soeben, daß das königliche Ober-Tribunal, nachdem Herr Bornemann demselben die Frage vorgelegt: ob der Krone das Recht zustehe, die hier Namens des ganzen Landes versammelte Nationalversammlung zu vertagen, zu verlegen oder zu schließen, einstimmig mit „Nein!" geantwortet habe. (Ztgsb.)

Berlin, 11. Nov., Abends 8 Uhr. So eben werden 8 Geschütze auf dem Alexanderplatze aufgefahren. Eine telegraphische Depesche aus Breslau meldet, daß die Stadt in vollem Aufstande und das Militär aus der Stadt **hinausgeworfen sey.**

Der preußische Staatsanzeiger enthält die Entbindung Kiskers von dem Justizministerium in der Ernennung des geheimen Obertribunalraths Rintelen an seine Stelle.

Die stenographischen Berichte, welche bisher dem preußischen Staatsanzeiger beigegeben wurden, enthalten die Berichte über die Sitzungen der Nationalversammlung zu Berlin genau bis zu dem Augenblicke, wo Brandenburg das Versammlungslokal verläßt, und brechen hier plötzlich ab. Die Weltgeschichte wird die darauf folgenden Verhandlungen der Berliner Versammlung in ihr Buch schreiben, und sie werden leben im Andenken der Menschen, nachdem es längst keinen preußischen Staatsanzeiger und auch keinen preußischen König mehr gibt.

Altenburg, 6. Nov. Stadt und Land sind zwar ruhig, aber diese Ruhe ist keineswegs eine natürliche; im Stillen gährt es heftig fort, und diese Gährung wird noch mehr verstärkt durch die Besetzung des Landes mit Reichstruppen. Mancher Bauer hat bis auf 30 Soldaten im Quartier. Eine Folge dieser starken Besatzung ist, daß an manchen Lebensmitteln bereits Mangel eingetreten ist, und daß sich mindestens die Preise derselben bedeutend erhöht haben. Mit den sächsischen Truppen war man im Allgemeinen weit zufriedener, als dieß mit den hannoveranischen der Fall ist. Letztere machen nicht nur größere Ansprüche auf Verpflegung, sondern treten auch weit energischer auf; im Anfang agirten sie, als wenn sie in Feindes Land wären. Rothe Federn auf den Hüten dürfen sich nicht sehen lassen; sie werden augenblicklich von den Soldaten abgerissen; das Wort „Republik" ist durchaus verpönt; wer es dennoch ausspricht, an dem wird sofort Justiz geübt.

Schweiz.

Bern, 8. Nov. In dem heutigen Nationalrath wurde Ochsenbein zum Präsidenten, zum Vicepräsidenten D. A. Escher von Zürich gewählt.

Aarau, 6. Nov. Das badische Ministerium verlangt die Auslieferung von Akten, welche Struve in einer grünen Mappe zu Rheinfelden zurückgelassen haben soll. Der kleine Rath erwidert, da politische Verbrecher nicht ausgeliefert werden, so sei man auch nicht zur Auslieferung von Schriften derselben verbunden. Nur wenn Struve eines gemeinen Verbrechens beschuldigt und der Beweis dessen vorhanden ist, müsse eine Auslieferung von Schriften erfolgen, in welchem Falle man nicht anstehen werde, dem konkordatsmäßigen Ansuchen zu entsprechen.

Republik Frankreich.

Paris, 7. Nov. Die Regierung hat den verschiedenen Waffenfabriken die Erlaubniß ertheilt, 67,000 Flinten nach Sardinien auszuführen.

Französische Nationalversammlung. (Sitzung vom 8. Nov.) Lamoricière legt der Versammlung ein Dekret vor, wodurch die Regierung eine Aushebung von 80,000 Mann verlangt. Er zeigt ferner an, daß in Folge der feindlichen Verhältnisse, die Altersklasse von 1849, 55,000 Mann stark, sogleich wieder auf Urlaub in ihre Heimath entlassen werden wird.

Italien.

Paris, 8. Nov. Die Turiner Journale vom 4. geben weitere Details über die Ausdehnung der Insurrektion in der Lombardei, vorzüglich in den Thälern von Seriana und Brembana, die von den Oesterreichern geräumt wurden mußten.

Anzeigen.

Gedruckt — unter Verantwortlichkeit der Verleger — bei J. L. Stich.
Expedition S. 30 im Gasthof zum König Otto II. Etage.

Der freie Staatsbürger.

Erscheint täglich. Preis in ganz Bayern vierteljährlich 1 Fl. 30 Kr., halbjährlich 3 Fl., jährlich 6 Fl.

Organ der Demokratie.

Inserate werden die dreispaltige Petitzeile zu 3 Kr. berechnet. Die Abonnenten haben für die Hälfte des Abonnementpreises Inserate frei.

Nr. 44. Nürnberg, Donnerstag, den 16. November **1848.**

Erklärung der Menschen-Rechte.

Ein Aktenstück des demokratischen Kongresses.

(Schluß.)

25) Aber jede Handlung gegen die Freiheit, gegen die Sicherheit oder das Eigenthum eines Menschen, die von irgend Jemanden, selbst im Namen des Gesetzes, außer den gesetzlich vorgeschriebenen Fällen und Formen, begangen wird, ist willkürlich und nichtig; schon die Achtung vor dem Gesetze verbietet, sich ihr zu fügen; und wenn sie gewaltsam vollzogen werden soll, so ist es erlaubt, sie mit Gewalt zurückzuweisen.

26) Das Recht, an die Inhaber der Staatsgewalt Bittschriften zu richten, steht Jedermann zu. Diejenigen, an welche sie gerichtet sind, müssen über den Inhalt derselben erkennen, aber sie können die Ausübung dieses Rechtes niemals verbieten, beschränken oder bestrafen.

27) Der Widerstand gegen die Unterdrückung folgt nothwendig aus den allgemeinen Menschenrechten.

28) Der ganze Gesellschaftskörper ist unterdrückt, wenn ein einziges seiner Glieder unterdrückt wird. Jedes Glied ist unterdrückt, wenn der Körper unterdrückt wird.

29) Wenn die Regierung die Rechte des Volkes verletzt, so ist Empörung das heiligste Rechte und die unumgänglichste Pflicht für das Volk und für alle seine Theile.

30) Wenn einem Bürger der Schutz der Gesellschaft mangelt, so tritt er in den Naturzustand zurück, selbst alle seine Rechte zu vertheidigen.

31) In beiden Fällen ist der sogenannte „gesetzliche Widerstand“ gegen die Unterdrückung nur der spitzfindigste Kunstgriff und die schlaueste Maske der Reaktion.

32) Die öffentlichen Aemter sind weder als Auszeichnungen, noch als Belohnungen anzusehen, sondern als Pflichten gegen den Staat.

33) Die Vergehen der Beamten müssen streng und schnell bestraft werden. Niemand kann sich für unverletzlicher ausgeben, als die anderen Bürger.

34) Das Volk hat das Recht, alle Handlungen seiner Bevollmächtigten zu kennen, sie müssen ihm genaue Rechenschaft ablegen und sich achtungsvoll seinem Urtheil unterziehen.

35) Die Menschen aller Völker sind Brüder, und die verschiedenenen Völker sollen sich gegenseitig nach Kräften unterstützen, wie Bürger eines Staates.

36) Wer eine Nation unterdrückt, ist der Feind aller Nationen.

37) Diejenigen, welche ein Volk bekriegen, um die Fortschritte der Freiheit zu hemmen und die Rechte der Menschen zu vernichten, müssen überall verfolgt werden, nicht wie gewöhnliche Feinde, sondern wie Meuchelmörder und rebellische Räuber.

38) Die Aristokraten, die Tyrannen, wer sie auch sein mögen, sind Sklaven, welche sich gegen den Herrn der Erde, genannt Menschengeschlecht, und gegen den Gesetzgeber der Welt, genannt Natur, empört haben.

Vereinigte Staaten von Deutschland.

* Nürnberg, 15. Nov. Es sind außer dem Staatsanzeiger keine Zeitungen aus Berlin eingetroffen. Die Briefe reichen nur bis 12 Uhr Mittags; es ist daher anzunehmen, daß nach Ablauf der zur Ablieferung der Waffen gesteckten Frist der Kampf losgebrochen ist und Barrikaden die Beförderung der Zeitungen auf die Bahnhöfe hinderten. Die Waffen der Bourgeoisie, welche zu bequem oder zu feig zum Kampfe ist, sind in die Hände der Proletarier gewandert. Der Prinz von Preußen ist abgereist, man sagt, nach Belgien. Die Nationalversammlung wollte am 12. ein Gesetz über Steuerverweigerung und eine Proklamation an die Soldaten berathen. Zuzüge aus den Provinzen langen an. Man spricht von Verhaftung des Präsidenten Unruh und mehrerer Abgeordneten.

* Nürnberg, 14. Nov. Vivat das Henkerthum von Gottes Gnaden! Es ist unmöglich, die Gefühle zu schildern, welche uns bei der Nachricht von der Ermordung Blum's durchwühlen, vom Gefühl der tiefen Scham über die scheußliche Erniedrigung eines Volkes, das durch die Erbärmlichkeit seiner Vertreter dahin gekommen ist, daß der General eines deutschen Fürsten es wagen darf, einen Abgeordneten dieses Volkes durch seine Henkersknechte morden zu lassen, bis zum Gefühl des bittersten Schmerzes über den schändlichen Mord an einem der reichsten und edelsten Geister unserer an Männern armen Zeit. Nur über ein Gefühl, das alle anderen beherrscht, sind wir uns ganz klar. Wir fühlen: So mußte es kommen, auf daß auch der trägste Philister aufgerüttelt werde und zur Erkenntniß komme, daß mit der Sorte, welche im März durch die Gnade des Volks verschont wurde, kein Bund zu flechten sei. Denn die Mörder Robert Blum's sitzen nicht in Wien nur, sie sitzen überall, wo es Throne in Deutschland gibt, sie sitzen in Frankfurt, wo man die Freiheit des deutschen Volkes an die Fürsten verrathen hat. Das Volk weiß, wo sie sitzen, und wird es wahrlich nicht vergessen. Das frevelhaft vergossene Blut Blum's wird fruchtbar werden für die deutsche Freiheit. Zwar wenn wir sagten, daß der Philister durch Robert Blum's Mord geheilt werde, so müssen wir uns erinnern, daß so eben in unsere Hände gelangte Briefe aus Erlangen uns berichten, daß in der dortigen Harmonie die Nachricht von der Erschießung Blum's mit Jubel aufgenommen wurde. Zwar nur Einer war es, der da ausrief: So ist es recht, so muß es diesen Kerlen gehen, aber dieser Eine durfte es. Auch hier will man ähnliche Stimmen gehört haben. Wir können nicht glauben, daß eine ganze Klasse so in Rohheit versunken sei, wir nehmen diese Aeußerungen als vereinzelte. Was wir aber sicher wissen, ist, daß die Bourgeoisie Sachsens, die schon vor der Ermordung Blum's in Betreff der Wiener Angelegenheit das Reichsministerium schwach und unmännlich zu nennen wagte, durch die Ermordung Blum's zu kräftiger Erhebung elektrisirt werden wird. Durch sein Blut hat Blum die beiden Parteien, die ihn theils zu republikanisch, theils zu schwankend fanden, versöhnt, und die moralische Wirkung seines Todes ist unberechenbar. Darum rufen wir wiederholt: Vivat das Henkerthum von Gottes Gnaden!

* Nürnberg, 14. Nov. Der aus der hiesigen Frohnfeste glücklich entkommene und bereits von Steckbriefen verfolgte Carl Sticht aus Schwabach war, wie unsern Lesern bekannt, wegen Majestäts- und Amtsehrenbeleidigung zu einjähriger Gefängnißstrafe verurtheilt worden. Der Vertheidiger des Angeklagten, Advokat Lindner legte gegen dieses Urtheil Appellation ein und verlangte insbesondere, daß die zu erwartenden Geschwornengerichte über die Schuld Stichts den Ausspruch thun sollen. Diesem Verlangen wurde auch in der That Statt gegeben, mit der für die bayerische Justiz charakteristischen Bemerkung jedoch, daß die Untersuchung, außer jenen obengenannten Verbrechen, noch auf Versuch zum Staatsverrath ausgedehnt werden solle. Hieraus erklärt sich die Fassung des gegen Sticht erlassenen Steckbriefes.

* **Nürnberg**, 11. Nov. (**Warnung vor dem Korrespondenten.**) Der Korrespondent von und für Deutschland, dessen colossale Unehrlichkeit einer unserer Berichterstatter kürzlich an einem schlagendenden Beispiele nachwies, wo der Korrespondent im Interesse seiner reaktionären Richtung in einer Erklärung Tuvora's gerade die Hauptstelle, welche die ganze Erklärung erklärte, geflissentlich unterdrückte, derselbe Korrespondent von und für Deutschland führt in seiner letzten Nummer eine Stelle aus dem Journal des österreichischen Loyd an, in welcher behauptet wird, Wien sei seit dem Mai von einem „Volkshaufen“ terrorisirt worden und es sei von der neuen Ordnung der Dinge eine Reaktion nicht zu besorgen, und er hat die Frechheit, dieß ein „merkwürdiges Geständniß“ zu nennen. Er will also den Glauben erzeugen, das Journal des österreichischen Loyd, bisher ein freisinniges Journal, sei dieß noch und gebe doch jenen Terrorismus zu. Der Korrespondent von und für Deutschland vergißt, oder vielmehr er verschweigt mit seiner gewöhnlichen Unredlichkeit, daß das Journal des österreichischen Loyd seit dem Sieg des Schlächters Windischgrätz an diesen verkauft ist und daß überhaupt der Schlächter Windischgrätz unabhängige Zeitungen in Wien gar nicht erscheinen läßt. Hienach möge man den Werth jenes Artikels aus dem Journal des österreichischen Loyd, sowie die feine und „honette“ Taktik des edlen Korrespondenten beurtheilen.

München, 13. Nov. Das Regierungsblatt enthält die Auflösung der Abgeordneten-Kammer und stellt die Ausschreibung neuer Wahlen in Aussicht. Die Allg. Ztg. bringt Gerüchte über die Ministeränderungen in München. Nach dem einen Gerüchte soll Thon-Dittmer einfach ausscheiden und dessen Portefeuille von Lerchenfeld mit übernommen werden; nach dem andern schwebt folgende Ministerkombination: Zu-Rhein, Inneres; Strauß, Unterstaatssekretär im Innern für Cultus; Lerchenfeld, Handel; Weigand, Finanzen; Thon-Dittmer, Staatsrath im ordentlichen Dienst; die übrigen Mitglieder bleiben.

L **Frankfurt**, 10. Nov. (114. Sitzung d. konst. Nat.-Vers.) Bis auf wenige eingefleischte Royalisten und Stockpreußen hat der versuchte, begonnene und nach einer heute Mittag eingetroffenen Nachricht von der befohlenen Entwaffnung der Berliner Bürgerwehr, ausgeführte Umsturz der Volksrechte in Berlin einen gewaltigen Eindruck gemacht. Alle Fraktionen hatten gestern Vorberathung über die zu treffenden Maßregeln. Das Reichsministerium glaubte heute den zu erwartenden Interpellationen zuvorkommen zu müssen. Herr v. Schmerling theilt sogleich unaufgefordert mit, daß das Ministerium die hohe Wichtigkeit der Vorgänge in Berlin längst erkannt und bereits, da der schriftliche Verkehr mit der preuß. Regierung nicht genügend schien, den Unterstaatssekretär Bassermann dahin geschickt habe. Die Zeitungen hätten diese Sendung ausgebeutet; allein das Haus werde nach Einsicht der Instruktionen eine andere Ansicht bekommen; denn — wie bereitwillig ist der Herr Minister! — da man Berathung und Anträge in dieser hochwichtigen Sache vorausgesehen, wolle das Ministerium alle auf die preuß. Angelegenheiten bezüglichen Papiere einem Ausschusse übergeben, mit der gestern auf die erhaltenen Depeschen nachgesendeten Instruktion des Unterstaatssekretärs. — Es werden nun 5 dringliche Anträge verlesen, von Wydenbrugk und Genossen, Simon v. Breslau, Biedermann, Raumer u. A., Zachariä, Hergenhan u. Gen., Maltzahn u. A., welche wesentlich wenig verschieden auf Wiederherstellung der freien Berathung der Berliner Nat.-Versammlung, Zurücknahme des Befehls ihrer Vertagung und Verlegung, und auf Berufung eines das Vertrauen des Landes genießenden Ministeriums gehen. Die Dringlichkeit wird, außer von der äußersten Rechten (v. Vincke rc., Schwerin rc.) anerkannt. — Da erscheint die deutsche Gründlichkeit! *) Herr Beseler beantragt, die Erklärung des Reichsministeriums und sämmtliche Anträge an den Ausschuß für den Antrag Biedermann's (den Widerspenstigkeitsausschuß) zu verweisen, und nach schleunig erstattetem Berichte morgen darüber zu berathen. Simon v. Breslau drängt, und spricht gegen jegliche Zögerung. Stunden könnten hier Blutströme ersparen. Ebenso Wydenbrugk entschieden gegen die unnöthige Vertagung, da die Frage einfach und sie vorbereitet seyen. Einen Ausschuß ernennen, hieße soviel, als wenn man beim Brande eines Hauses eine Kommission niedersetzen wollte, die berathe, ob Löschanstalten zu treffen seyen. Dennoch wird endlich die Verweisung an einen Ausschuß mit 256 gegen 187 Stimmen angenommen, ebenso die Berichterstattung auf morgen mit 236 gegen 196 Stimmen, wodurch ein Antrag auf Vertagung bis 2 Uhr wegfällt. Endlich beschließt man den Schluß der Sitzung, um dem Ausschuße Zeit zu seinen Arbeiten zu lassen. — Wir scheinen von der Vermittlung des Herrn Unterstaatssekretärs und Anarchiebändigers Bassermann ähnliche Erfolge in Aussicht zu haben, wie von der glorreichen Sendung der Herrn Welcker und Mosle. Denn heute Mittag trifft die Nachricht ein, daß in Potsdam der Befehl zur Entwaffnung der Berliner Bürgerwehr gegeben sey. Ebenso hören wir, daß telegraphisch hier angefragt worden ist, ob A. Ruge noch Mitglied der Nat.-Versammlung sey. Antwort: Nein! Wahrscheinlich denkt man ihm ein stilles Winterquartier in der Hausvogtei zu!

*) Die deutsche Gründlichkeit des Herrn Beseler kam uns auch schon zuweilen wie Verrätherei vor. (D. Red.

* **Wien**, 9. Nov. Eine Deputation der sächsischen Nation in Siebenbürgen kam dieser Tage hieher und feierte bei einem Gastmahl, zu dem sie der Banus Jellasich zuzog, die kroatische Nation und den Ban in den übertriebensten, geradezu sinnlosen Toasten, in derselben Zeit, in der man die besten deutschen Männer in Wien mordet. Muß es ewig dem Deutschen die Schamröthe ins Gesicht treiben, daß er die ehrloseste Bedientenhaftigkeit von Niemand virtuosenmäßiger exercirt sieht als von Deutschen? Die A. A. Z., die mit dem Nürnberger Correspondent um den Siegespreis der Ehrlosigkeit erfolgreich wetteifert, führt die Reden der sächsischen Bedienten mit andächtigem Wohlgefallen an. Wahrlich wenn man unsere dermaligen s. g. konservativen Zeitungen, Correspondent, A. A. Z., O.-P.-A.-Z. u. dergl. liest, und das Uebermaß der Schamlosigkeit darin sich breit machen sieht, dann überkommt es Einen mit der innersten Gewißheit: Kommen muß der Tag, wo das Volk mit der Gemeinheit und Schurkerei überhaupt, die unser armes Deutschland seit 7 Monaten an's Kreuz schlägt, sowie mit der jener journalistischen Gassenjungen insbesondere Abrechnung halten wird.

Wien, 10. Nov. Durch standrechtliches Urtheil vom 9. d. M. ist Eduard Jelovicki aus Hubnik im russischen Antheile Polens gebürtig, wegen thätlicher Theilnahme an dem bewaffneten Aufruhre in Wien und Widerstand gegen die k. k. Truppen, in Folge der von Sr. Durchlaucht dem Herrn kk. Feldmarschall Fürsten von Windischgrätz unterm 20. und 23. Oktober l. J. erlassenen Proklamation zum Tode verurtheilt, und das Urtheil am 10. Nov. Morgens um halb 8 Uhr in dem hiesigen Stadtgraben mit Pulver und Blei vollzogen worden. (Wien. Z.)

Wien, 10. Nov. Der Gemeinderath der Stadt Wien sieht sich veranlaßt, hiemit folgende von dem Herrn Stadtkommandanten und Generalmajor Freiherrn von Cordon an ihn gelangte Zuschrift zu veröffentlichen: „Es ist zu meiner Kenntniß gekommen, daß die Nationalgarden und sonstigen bewaffneten Corps sich noch immer als konstituirt ansehen, in Uniform herumgehen, amtliche Correspondenzen unter sich und mit Behörden führen, Ankündigungstafeln mit Befehlen an die Garden noch immer aufgestellt haben, Versammlungen halten, kurz, sich Handlungen erlauben, welche der durch die Proklamation Sr. Durchlaucht des Herrn Feldmarschall Fürsten zu Windischgrätz vom 1. November 1848 angeordneten Entwaffnung und Auflösung dieser Corps geradezu entgegen sind. — Da es in meiner Pflicht liegt, auf den Vollzug der Bestimmungen dieser Proklamation mit Nachdruck zu dringen, so muß ich dem Gemeinderathe mit Berufung auf die §§. 3 und 4 der obigen Proklamation mit allem Ernste in Erinnerung bringen, sogleich alle Einleitungen zu treffen, daß den erwähnten Vorschriften nicht entgegengehandelt werde. Die Dawiderhandelnden werden verhaftet und vor ein Militärgericht gestellt werden. Frhr. v. Cordon.“ Wien, den 9. Nov. 1848. Vom Gemeinderathe der Stadt Wien.

Wien, 10. Nov. Robert Blum hätte sein Leben durch eine Lüge retten können, aber er gestand, daß er als Hauptmann einer Abtheilung des Elitencorps noch am 31. Okt. in der ihm anvertrauten Charge fungirt habe. Dieses Geständniß und seine öffentlichen „aufrührerischen“ Reden waren die Hauptursachen seiner Verurtheilung. Er starb, nach der Aussage des Offiziers, der bei der Hinrichtung kommandirte, mit jener unerschütterlichen Ruhe, die ihn charakterisirte. Dieß zum Troste für sein Weib, seine Kinder und Freunde. Das Urtheil über ihn und die Art seines Todes wird Deutschland sprechen. Andere Füsilladen — wir können leider nicht mehr an der Wahrheit zweifeln — finden täglich statt, zum Theile, wie heute Morgens, unmittelbar vor der inneren

Stadt; im Stadtgraben vor dem Neuthore. Fröbel ist frei, so auch der hiesige Reichstagsdeputirte Prof. Füster. So die A. A. Ztg. Nach anderen Berichten derselben Zeitung ist Fröbel noch in kriegsrechtlicher Untersuchung. Messenhauser soll nach der Abdztg. zum Tode verurtheilt worden seyn, aber um Gnade gebeten haben, um wichtige Enthüllungen machen zu können.

Berlin, 11. Nov. (Nachm. 2 Uhr.) Soeben wird von Seiten der hiesigen Studentenschaft der Nationalversammlung eine Adresse überreicht. Aus Stettin ist eine Deputation eingetroffen. Die Adressen werden immer zahlreicher, und wenn es so fortgeht, dürfte die Nationalversammlung ihren passiven Widerstand durch Erfolg gekrönt sehen. Eine so laute Aeußerung des Landes, wie sie zu erwarten steht, wird der Nationalversammlung neben der bedeutenden moralischen Kraft auch eine große materielle Macht zur Seite stellen. Die Adressen deuten bereits auf den Widerstand hin, den die Nat.-Versammlung und das Land leisten können: auf Steuerverweigerung. Von einem Gehülfen der Staatsanwaltschaft ist bei dieser der Antrag gestellt worden, die Anklage auf Hochverrath gegen den Minister Grafen v. Brandenburg zu erheben. Der Antrag ist jedoch zurückgewiesen worden. — Man erzählt uns, daß Hr. Grabow hier eingetroffen sei und beabsichtige, seine Stelle in der Nationalversammlung wieder einzunehmen. Ein Gerücht sagt, daß verschiedene Mitglieder der Rechten, welche weggeblieben, auch wieder in die Versammlung einzutreten beabsichtigen.

Berlin, 11. Nov. Abends. In der Sitzung der National-Versammlung im Schützenhaussaale 4½ Uhr waren 247 Mitglieder anwesend. Das große Bewegung in der Versammlung hervorrufende Gerücht von Auflösung der Berliner Bürgerwehr wurde durch Abg. Waldeck bestätigt, welcher die betreffende königl. Kabinetsordre mittheilte und den Antrag stellte: „1) daß die durch das Ministerium Brandenburg verfügte Auflösung der Berliner Bürgerwehr eine durchaus ungesetzliche Maßregel sey; 2) daß jeder Bürger, Civil- und Militärbeamte, welcher an der Ausführung dieser Maßregel Theil nehmen möchte, sich des Verraths am Vaterland schuldig mache; 3) daß dieser Beschluß sofort durch den Druck bekannt gemacht werde. — Abg. Waldeck fährt fort: Das also, meine Herren, sind die Folgen, wohin das Verfahren, das Sie schon als Hochverrath bezeichnet haben, führt! Wie gern hätten diese Leute gestern einen Exceß gehabt, um Gewalt zu gebrauchen. Das ist die Absicht dieser Brut! Aber ihre Absicht wird nicht erreicht werden, daß das Leichentuch der Freiheit von Wien bis nach Berlin sich ausdehne. Es ist ein lächerlicher Wahn, durch die Kinder des Landes, die Armee, das Land bekriegen zu wollen. Aber wie soll man es bezeichnen, daß das Ministerium so weit sein Attentat fortsetzte? Der §. 3. des Bürgerwehrgesetzes ist richtig angeführt, aber sein Zweck ist nicht, der Hochverräther Befehle zur Ausführung zu bringen. Es ist ein Schimpf und ein Hohn, daß das Ministerium in dem Augenblicke das Gesetz citirt, das die Versammlung gemacht hat, wo es damit umgeht, die Versammlung zu stürzen. (Bravo.) Abg. Wachsmuth: Die tapfere Bevölkerung von Berlin wird in der Maßregel eine Provokation zum Kampf sehen. (Unterbrechung.) Ich hoffe es nicht, ich fürchte es. Deßhalb schlage ich Ihnen den Zusatz vor, zu beschließen: „4) Die Staatsregierung aufzufordern, den Befehl wegen Auflösung der Bürgerwehr sofort zurückzunehmen, 5) die Bürgerwehr und die Bevölkerung Berlins aufzufordern, der Zurücknahme des Befehls in ruhiger Haltung entgegenzusehen." Es ist der Bürgerwehr eine Frist gestellt, stellen wir eine Frist zur Besinnung. (Bravo.) Abg. Weichsel: Ich sehe in diesem Antrage das einzige Rettungsmittel der Krone, ihre einzige Rettung ist, die Bürgerwehr zu erhalten. Abg. Duncker: Es ist wahr, daß man nach einer Gelegenheit dürstet, einzuschreiten. Lassen Sie es heute Abend nicht zum Kampfe kommen. Man würde den Belagerungszustand aussprechen und die Presse und das Associationsrecht auch noch aufheben. Ich empfehle Ihnen das Amendement. (Bravo.) Abg. Kirchmann: Auch ich empfehle Ihnen das Amendement. Verharren wir in unserm gesetzlichen Widerstand, so wird das Ministerium in sich selbst zusammenstürzen. (Bravo.) Abg. Waldeck: Damit die Versammlung in dieser Frage einmüthig handle, schließe ich mich dem Amendement an. Abg. Philips übernimmt den Vorsitz. Die Abgg. Jacoby, Waldeck, Dérk u. A. beantragen, zu beschließen, daß das Ministerium Brandenburg weder zur Verwendung der Staatsgelder noch zur Erhebung der Steuern berechtigt sey. Ehe der Antrag zur Debatte kommt, beantragt Abg. Kühnemann Vertagung. (Die Versammlung wird sehr unruhig.) Präsident v. v. Unruh: An dem denkwürdigen gestrigen Morgen habe ich Ihnen gesagt, daß das Land in dieser großen Frage entscheiden müßte und es würde entscheiden, wie es einem freien Volke geziemt. Dazu aber müssen wir dem Lande die Zeit lassen. Stettin und Magdeburg haben bereits ihre Pflicht gethan. Das ganze Land wird seine Stimme so laut erheben, daß das Gequieke der Reaktion nicht gehört wird. Ich bin der Meinung, daß das Land zunächst friedliche Mittel gebrauchen muß, und ich rechne dahin die Steuerverweigerung. Es ist aber das letzte Mittel, und man darf es nicht eher aus der Hand geben, bis alle andern erschöpft sind. Darum stelle ich das Amendement, „eine Kommission von acht Mitgliedern zu ernennen, welche den Antrag prüfe." (Bravo.) Die Antragsteller schließen sich dem Amendement an. Der Antrag auf Vertagung wird zurückgenommen und ohne weitere Debatte wird der amendirte Antrag einstimmig angenommen. Der Präsident verkündet folgende Mitglieder der Kommission zur Entwerfung der Denkschrift: „Waldeck, Rodbertus, Arntz, Jacoby, Plönnies, Berg, D'Ester, Phillips, Dähne, Bornemann, Schultz (Minden), Gierke, Kosch, Reuter, Duncker. Präsident: Die nächste Sitzung findet morgen Nachmittag 2 Uhr statt. (Unterbrechung.) Abg. Uhlich: Einige Mitglieder haben daran Anstoß genommen, daß die nächste Sitzung morgen zum Sonntag angesetzt ist. Ich bin überzeugt, das Ungewohnte befremdet uns. Aber ich bemerke, daß es ein Großes und Hohes ist, was uns zusammenführt. Abg. v. Berg: Meine Herren, ich bin ein Geistlicher; für des Volkes Freiheit und des Landes Wohl zu sorgen, ist auch ein Gottesdienst. Als Mitglieder der Kommission, welche den Beschluß wegen der Steuerverweigerung prüfen soll, verkündet der Präsident die Abgg. Zachariä, Rodbertus, Kirchmann, Reuter, D'Ester, Plönnies, Bredt, Duncker. Schluß 7¼ Uhr. Das Volk begrüßt die hinaustretenden Abgeordneten mit lautem, stürmischem Jubel.

Berlin, 11 Nov. (Abends 10 Uhr). Die Aufregung ist kaum zu beschwichtigen. Man fürchtet einen furchtbar blutigen Tag, wenn nicht noch irgendwoher ein friedlicher Ausweg kommt. Das Ministerium hat die Auflösung der Bürgerwehr angeordnet und mit dem Belagerungszustand gedroht. Magistrat und Bürgerwehr verweigern die Entwaffnung. — Da das Ministerium der Nationalversammlung die Geldmittel entzogen hat, so haben mehre hiesige bedeutende Bankierhäuser derselben sofort einen unbeschränkten Kredit eröffnet. — Der Bürgerwehrkommandeur Herr Rimpler hat am Abend die Niederlegung seines Amtes und den Austritt seines Stabes angezeigt. Der Magistrat hat jedoch diese Entlassung im gegenwärtigen Moment nicht annehmen zu können erklärt und zugleich dem Kommando sein Befremden darüber zu erkennen gegeben, daß dasselbe einen solchen Schritt in diesem Augenblick thun wolle. (Berl. Z.)

Berlin, 11. Nov. Aus Stettin, Halle, Magdeburg, Breslau und anderen Orten laufen Zustimmungsadressen zum Verhalten der Nationalversammlung ein.

Berlin, 12. Nov. Der preußische Staatsanzeiger vom morgigen Tage enthält 1) eine Bekanntmachung, durch welche die Beschlüsse der nach ihrer Vertagung noch weiter berathenden Versammlung für ungültig erklärt werden. Es wird darin die Fortsetzung dieser Berathungen ein Verfahren genannt, das um so weniger gerechtfertigt sey, je maßloser und unbegründeter die Vorwürfe seyen, mit welchen die Mitglieder des Staatsministeriums belastet werden. Das Staatsministerium bringt — und das ist der Hauptpunkt — zur öffentlichen Kenntniß, daß Verhandlungen und Beschlüsse, welche von Seiten eines Theils der Versammlung, seit ihrer Vertagung ausgegangen sind, oder etwa noch ausgehen möchten, aller und jeder Gültigkeit entbehren, daher auch von der Regierung des Königs in keiner Weise anerkannt werden können. — Das Publikum wird deshalb in seinem eigenen Interesse wohlmeinend gewarnt, sich durch das ungesetzliche Verfahren der hier noch versammelten Abgeordneten nicht zu Handlungen verleiten zu lassen, wodurch die öffentliche Ordnung irgendwie gestört wird und welche in keinem Fall ungeahndet bleiben würden. Diese Bekanntmachung ist unterzeichnet: Staatsministerium. Graf von Brandenburg, von Ladenberg, von Strotha, von Manteuffel. 2) Eine weitere Bekanntmachung des königl. Polizeipräsidiums in Berlin, worin die Bürgerwehrmänner, mit Einschluß der fliegenden Corps aufgefordert werden, die ihnen übergebenen Waffen an bestimmten Orten bis heute Nachmittags um 5 Uhr abzuliefern. Die Bekanntmachung schließt: „Es darf gehofft werden, daß die betheiligten Einwohner dieser Aufforderung ungesäumt nachkommen werden, indem es die ernstesten Folgen herbeiführen würde, wenn nicht eine vollständige Ablieferung der Waffen in

der festgesetzten Frist stattfinden sollte. Endlich 5) erklärt der Präsident des Obertribunals, Mühler, die auch von uns in unserer gestrigen Nummer mitgetheilte Nachricht, daß das Obertribunal sich dahin ausgesprochen, es stehe der Krone nicht zu, die National-Versammlung zu vertagen, zu verlegen oder zu schließen, für unwahr, da eine ähnliche Frage dem Obertribunal gar nicht vorgelegt worden sey.

Berlin, 12. Nov. Abends gegen 6 Uhr wurde Berlin in Belagerungszustand erklärt.

Breslau, 10. Nov. Ein gewählter Ausschuß des Bürgerwehrklubs begab sich heute in Verbindung mit vielen Führern in pleno in die Sitzung des Magistrats und trug daselbst das Verlangen der Bürgerwehr nach Geld zu Munition und die Nothwendigkeit der Gewährung vor. Nach einer etwa 10 Minuten dauernden Berathung erklärte der Magistrat, daß er dem Wunsche Genüge leisten und 6000 Rthlr. für die Beschaffung von Patronen bewillige, die jede Compagnie auf Anweisung fertigen lassen könne.

Breslau, 11. Nov. (Nachts 1 Uhr.) Wir sind in den Stand gesetzt, die Beschlüsse des Central-Ausschusses der Bürgerwehr mitzutheilen, wie sie am 10. gefaßt sind, um sie zur Kenntniß der gesammten Provinz zu bringen. Nach Eröffnung der Sitzung wird der Antrag gestellt: vom Magistrat zu verlangen, daß er den gewählten Stellvertreter des Obersten der Bürgerwehr sofort bestätige. Zur Erledigung dieser Angelegenheit wird eine Deputation ernannt, die vom Magistrat die Erklärung zurückbringt: daß er Dr. Engelmann bestätigt habe und ihn heute früh 11 Uhr als stellvertretenden Obersten installiren würde; zugleich wird der Bürgermeister heut früh so schnell als möglich eine außerordentliche Stadtverordneten- und Magistrats-Sitzung veranlassen. Von dem Magistrat soll zugleich gefordert werden, daß er allgemeine Bewaffnung aller waffenfähigen Männer sofort veranlasse. Die Adresse des deutschen Volksvereins, die er an die Nationalversammlung beschlossen und geschickt hat, wird verlesen und derselben Seitens des Ausschusses beigetreten. Es wird ferner beschlossen, den Magistrat und die Stadtverordneten zu der Erklärung zu veranlassen, daß sie die Majorität der Nationalversammlung, die sich für permanent erklärt hat, unter allen Umständen schützen und anerkennen würde, daß nur in der National-Versammlung der Sitz der Regierung sey. Es werden nun Mittheilungen aus Berlin gemacht, die in unserer heutigen Nummer bereits gegeben sind. Eine Deputation wird ernannt, die sich zu dem Ober-Präsidenten, zum Polizei-Präsidenten und Magistrat begeben soll, um sie zu der entschiedenen Erklärung zu veranlassen, zu welcher Ansicht über die gegenwärtige Lage der Dinge sie sich bekennen würden und ob sie den Befehlen der Nationalversammlung oder dem Ministerium gehorchen würden; zugleich den Ober-Präsidenten um die etwa eingegangene telegraphische Depesche zu befragen. Die erwählte Deputation vereinigt sich mit den unterdeß erschienenen Deputirten des Arbeiter-, Landwehr- und deutschen Volksvereins — die ebenfalls zu den Behörden sich begeben wollen. In der Deputation befinden sich Engelmann, Theinert, Pohlmann, Rogge, Beyse, Simon, Giesecke, Asch, Unger, Schlinke, Linderer, Ruhl, Delbrück rc. Der Oberpräsident theilt die veröffentlichte telegraphische Depesche mit; im Uebrigen erklärt er, daß er den Rechtsboden nicht verlassen, aber stets die konstitutionellen Freiheiten des Volks aufrecht erhalten und schützen würde, und niemals eine Unterdrückung derselben und gewaltsame Maßregeln dulden würde — bestreite übrigens der Deputation das Recht, ihn danach zu fragen, was er zu thun gedenke. Im Augenblick, wo dies nothwendig sey, werde er zeigen, was er zu thun gedenke. Er werde niemals gegen die Nationalversammlung etwas unternehmen oder zu einem solchen Unternehmen die Hand bieten, und dieses Vertrauen könne man wohl zu ihm haben, den man als einen Ehrenmann kenne. So wie man von ihm Etwas verlangen werde, was gegen das Recht und seine Ueberzeugung sein würde, werde er sofort sein Amt niederlegen. Bis jetzt sehe er eine formelle Rechtsverletzung Seitens der Krone nicht. Er glaube nicht, daß man es bis zum Aeußersten treiben werde, obwohl er die Nothwendigkeit der Vertagung nicht anerkenne. Diesen Erklärungen trat der anwesende Polizei-Präsident bei. Ein Recht zur Auflösung der Kammer gestehe er nicht zu und werde sofort sein Amt niederlegen, wenn Etwas der Art geschehe. Der Bürgermeister Bartsch war nicht mehr zu sprechen. Der Central-Ausschuß erklärt sich für permanent. Er verbindet sich mit Abgeordneten der demokratischen Clubs zu gemeinschaftlicher Berathung und Beschlußnahme.

D Altenburg, 10. Nov. Für die Ohrfeigen, welche die deutsche s. g. Reichsgewalt überall erhält, sucht sie sich durch die Brutalitäten zu entschädigen, die sie durch die „Reichstruppen“ in den kleinen republikanischen Ländchen verüben läßt. Die Hannoveraner in Altenburg betragen sich nicht wie Menschen, sondern wie Thiere. Kein Frauenzimmer in Altenburg kann sich, selbst bei Tage nicht, auf den Straßen allein blicken lassen, ohne sich Insulten und Mißhandlungen auszusetzen. Auf die Frauenzimmer hat man es natürlich ganz besonders abgesehen, weil sie durch und durch republikanisch und entschlossen sind, und dieß bei verschiedenen Gelegenheiten durch die That bewährt haben. Wie man mit der Bevölkerung Altenburgs, die nun einmal das Unglück hat, in einer vernünftigen Staatsform das Heil für sich und für ganz Deutschland zu erkennen, umgeht, mag man daraus abnehmen, daß, als einige Hannoveraner Streit unter einander selbst bekommen hatten und dabei von einem Soldaten ein Schuß gefallen war, der hannover'sche General diese Gelegenheit benutzte, um das Standrecht zu proklamiren, indem er jeden Soldaten ermächtigte, nach Gutdünken von seinen Waffen Gebrauch zu machen. Ein Soldat kam 24 Stunden ins Gefängniß, weil er den Vater des verhafteten Dr. Douai, der um Einlaß in's Gefängniß seines Sohnes etwas ungestüm bat, nicht todtgeschossen. Den Landtag hat man vertagt, um die Landtagsabgeordneten verhaften zu können. Ein Rest von Scham hielt ab, sie mitten in ihren Funktionen gefangen zu nehmen. Bald wird auch dieser Rest vollends überwunden seyn. Man könnte vielleicht glauben, die Republikaner in Altenburg — und es sind dieß 9 Zehnttheile der Bevölkerung — seyen durch diese Maßregeln entmuthigt. Es ist gerade das Gegentheil der Fall. Nirgends kann man eine ruhigere, auf festerer Ueberzeugung gegründete Entschlossenheit finden, als in Altenburg. Man denkt natürlich nicht an einen nutzlosen Widerstand, der lächerlich wäre: aber man zweifelt auch keinen Augenblick an dem endlichen Sieg der heiligen Sache. Will das Reichsministerium die Altenburger vom Republikanismus curieren, so muß es sich zu der seiner würdigen Maßregel entschließen, einen Windischgrätz nach Altenburg zu senden und die Bevölkerung in Masse auszurotten. Töchter erzählten mir heute mit der ruhigsten Unbefangenheit, daß ihr Vater auch auf der Proscriptionsliste stehe und heute oder morgen verhaftet werde. Mit einer Ruhe, wie sie nur die heiligste Begeisterung geben kann, sahen sie einer Maßregel entgegen, welche für eine Familie so folgenschwer ist! Der Advokat Erbe, der Leiter der Bewegung, den man hauptsächlich zu verhaften wünscht, wird erst zur Wiedereröffnung des Landtags wieder nach Altenburg kommen. Die Verehrung, mit welcher die gesammte Bevölkerung an diesem Manne hängt, der schon vor der Revolution den Samen ausstreute, der in Altenburg so herrlich aufgegangen ist, läßt sich nicht beschreiben.

Neuestes.

Wien. Fröbel war zum Tode durch den Strang verurtheilt, wurde aber von Windisch-Grätz in Berücksichtigung von Milderungsumständen unbedingt begnadigt. Dagegen wurde Eduard Preßlern, Edler von Sternau, erschossen.

Gedruckt — unter Verantwortlichkeit der Verleger — bei J. L. Stich.
Expedition S. 39 im Gasthof zum König Otto II. Etage.

Der freie Staatsbürger.

Erscheint täglich. Preis in ganz Bayern vierteljährlich 1 Fl. 30 Kr., halbjährlich 3 Fl., jährlich 6 Fl.

Organ der Demokratie.

Inserate werden die dreispaltige Petitzeile zu 3 Kr. berechnet. Die Abonnenten haben für die Hälfte des Abonnementpreises Inserate frei.

Nr. 45. Nürnberg, Freitag, den 17. November **1848.**

Aufruf.

Die Zeit der Adressen ist vorüber; die Zeit des Handelns beginnt. In Berlin hat sie bereits begonnen und während ich Dieses schreibe, deklamirt vielleicht der königliche Deklamator von Sanssouci gegen seine „lieben Berliner" mit landesväterlichen Kanonen, diesem einzigen Argumente für das göttliche Recht der Könige. Bürger! Ihr müßt den feierlichen Ernst dieses Augenblickes fühlen. Es ist das Schicksal Deutschlands, welches in Berlin entschieden wird. Nach einer grausamen Täuschung von 8 Monaten werdet Ihr erkannt haben, daß in Frankfurt die deutsche Freiheit verrathen und verkauft wurde. Auf Berlin, auf Preußen kommt jetzt Alles an. Siegt in Berlin die Freiheit mit der gesetzlichen Volksvertretung, so werdet auch Ihr frei werden, troß der Centralgendarmerie in Frankfurt; siegt der Absolutismus in Berlin, so werden Euere Kamarillen, unbekümmert um die kleinlauten Reklamationen der Frankfurter Versammlung, ebenso den von Potsdam ausgeführten Schlag gegen die Volksfreiheit nachahmen, als Potsdam durch den augenblicklichen Sieg von Olmütz zur Enthüllung seiner nie aufgegebenen absolutistischen Gelüste veranlaßt wurde. Fühlt Ihr diese Wahrheit nicht? Sagt Euch das Attentat in Berlin Nichts? Kann Euch das noch rauchende Blut Blum's nicht zum Handeln erwecken?

Es sind nur zwei Fälle denkbar: Entweder Ihr wollt frei werden, oder Ihr wollt Sklaven bleiben. Wollt Ihr Sklaven bleiben, ei nun, so lasset Euere Adressen und Demonstrationen und küßt Euren Tyrannen und ihren Windischgrätz den Staub von den Füßen zum Dank dafür, daß sie sich im Blut Euerer Freiheitsmänner baden.

Aber Ihr wollt frei seyn; ei nun, so **handelt**. Das vergossene Blut Euerer edelsten Männer schreit um Rache zum Himmel, nicht durch unthätiges Trauern und Klagen werdet Ihr die mahnenden Schatten versöhnen: **Handelt!** Eure Machthaber strecken kecker und kecker die Hand nach Euerem Heiligsten aus, und ein Schlag um den andern fällt die jungen Freiheitsbäume; nicht Adressen retten das Gefährdete, nicht durch Demonstrationen gewinnt Ihr das Verlorene zurück: — **handelt!** Ein Bruderstamm erhebt sich auf den Ruf seiner Vertreter an großartiger Begeisterung gegen den von der Soldateska unterstützten Absolutismus seines Königs, und blickt erwartungsvoll nach dem Süden, dessen Freiheit durch die seinige bedingt ist. Nicht Adressen, nicht leere Erklärungen der Sympathien erwartet es, es erwartet **Thaten: Handelt!**

Die Sache Berlins ist die Sache Deutschlands. Wollt Ihr ruhig zusehen, bis Euch die Berliner die Freiheit vor die Füße legen oder der absolute König von Preußen Eure wenigen Rechte vollends zu Boden tritt?

Ihr könnt es nicht wollen. Ihr müßt einsehen, daß die Zeit der Adressen vorüber ist, daß die Zeit des Handelns beginnt.

Ihr könnt nicht nach Berlin ziehen, aber Ihr könnt Unterstützung den Berlinern zusenden, von deren Kampf der Sieg der Demokratie in Deutschland abhängt. Der Abgeordnete d'Ester, eines der freisinnigsten Mitglieder der preußischen Versammlung, fordert die Demokraten von ganz Deutschland zu Geldbeiträgen auf, die in Berlin zu Zwecken der allgemeinen deutschen Demokratie verwendet werden sollen.

Laßt diese Mahnung zu Beiträgen nicht verloren seyn. **Sendet ein, was Ihr geben könnt, große oder kleine Gaben, veranstaltet Sammlungen in Gesellschaften. Die Expedition des freien Staatsbürger wird die Uebermittlung an d'Ester in Berlin übernehmen, und öffentlich gewissenhafte Rechnung ablegen.**

Bürger! jetzt müßt Ihr zeigen, ob Ihr für die Freiheit auch Thaten, nicht blos Worte habt. Seit Monaten arbeiten Eure Freunde unermüdlich für Eure Zukunft, für Eure Freiheit. Ihr lohntet Ihnen mit Anerkennung und Beifall und sie sind Euch dankbar dafür. Aber lohnt ihnen endlich mit Thaten; erhebt Euch über Worte, hinter denen sich so gerne der Eigennutz versteckt. Laßt nicht immerfort Eure Freunde klagend und mahnend vergebens rufen: „O Deutschland, ein Erheben, o Deutschland, eine That!" Der Augenblick ist da: Vorerst erwartet Deutschland von Euch Geld-Beiträge zur Unterstützung der deutschen Demokratie in Berlin; bald wird es Euch zu andern Thaten aufrufen. Vor Allem vergeßt nicht: **Das Schicksal Deutschlands wird jetzt in Berlin entschieden.**

Coburg. **Gustav Diezel.**

Vereinigte Staaten von Deutschland.

* **Nürnberg**, 16. Okt. Der todte Robert Blum wird vielleicht seinen Feinden gefährlicher, als der lebende. Wie wir gestern vorausgesagt, hat die Nachricht von seiner Ermordung in Sachsen den tiefsten Eindruck gemacht, und die in dem deutschen Verein in Leipzig vertretene Bourgeoisie, vielleicht die gebildetste Bourgeoisie Deutschlands, hat in einem Plakat zur Wahrung der verletzten Ehre der Nation aufgefordert (s. unten.) Wir fassen indessen die Ermordung Blum's etwas allgemeiner, als der Leipziger deutsche Verein, wir machen nicht Windischgrätz allein, wir machen ganz andere Leute für seinen Tod verantwortlich. Blum's Mörder sitzen überall, wo es ein Olmütz gibt, und es gibt in Deutschland genau ebensoviele Olmütze, als es Throne in Deutschland gibt.
Frankfurt aber ist das Centralolmütz von Deutschland. Wie die
Majorität des Parlaments, welche das Ministerium
Schmerling stützt, Mann für Mann mit Person und
Eigenthum verantwortlich ist für den Fall einer
deutschen Stadt, und für das in Wien vergossene
Blut überhaupt, so ist sie insbesondere verantwort-
lich für das vergossene Blut Robert Blum's. Nur die
unheilvolle Politik dieses Parlaments verschuldete den Fall Wiens
und seine Folgen, verschuldete den Verrath, den der König von
Preußen sogleich nach dem Einzug der Barbarenhorden in Wien
gegen die Volksfreiheit versuchte. Jeder Schulknabe konnte vor-
aussagen, daß das Verhalten der Frankfurter Versammlung nur
dazu dienen werde, die Fürsten in Deutschland wieder zu stärken
und die Völker einem racheschnaubenden Despotismus Preis zu
geben. Auch sie selbst mußte dieß einsehen, und dennoch beharrte
sie auf ihrer unseligen Politik und beharrt darauf bis heute. Das
Volk wird sie dafür zur Rechenschaft ziehen. Das
Herz bebt Einem vor Schmerz und Grimm bei dem Gedanken, wie
grausam und blutig dieses deutsche Volk im März von seinen an-
geblichen Freunden betrogen wurde. Da kamen diese vorgeblichen
„Märtyrer" und „Volksfreunde", die in Wahrheit nur schlaue
Ministerkandidaten waren, diese Gagern, Welker, Jordan, Eisenmann
und ähnliches Gelichter, das jeder Zeit bereit ist, das Vaterland um
Silberlinge und Ministerlivreen zu verschachern, und wimmerten dem
Volke vor: es entstehe Anarchie und Bürgerkrieg, wenn man nicht

augenblicklich der Bewegung Einhalt thue und die Throne beibehalte. Hätte man damals dem Zuge des Volkes den Lauf gelassen, so wären die erbärmlichen Stücke Holz, die man Throne nennt, weil sie mit Purpur überzogen sind, fast unblutig beseitigt worden und das deutsche Volk gehörte sich selbst an und wäre eine Nation geworden, eine freie Nation. Statt dessen riefen jene elenden Heuchler gleich Papageien: Anarchie und Bürgerkrieg. Bürgerkrieg und Anarchie; sie bethörten das Volk, und nun sind, um das Volk wieder zu knechten, tausendmal mehr Opfer gefallen, als nöthig waren, um es frei zu machen, und wir stehen noch an demselben Flecke, und haben immer noch dieselbe Aufgabe vor uns. Und abermals werden Tausende von Opfern fallen müssen, bis endlich der Tag der Freiheit dem deutschen Volke anbricht und es sich erlöst fühlt von den Vampyren, die ihm seit Jahrtausenden sein Blut abzapfen. Kommen wird dieser Tag gewiß, aber wie viele Opfer, wie viele vielleicht ebenso edle Opfer, wie Robert Blum, werden fallen müssen, bis über Leichen und Blut die Freiheit ihren Einzug halten wird in Deutschland! Mögen die es verantworten, welche ihren Einfluß beim Volke zu so scheußlichen Verrath mißbrauchten!

München, 14. Nov. (Zur Nachahmung empfohlen!) Heute begab sich eine beträchtliche Anzahl Schneidergesellen auf den Magistrat zur Ablegung des Staatsbürgereids Behufs ihrer aktiven Wahlberechtigung, wurden aber abgewiesen, weil sie keine direkte Steuer bezahlen. Sofort drängten sich dieselben ins k. Rentamt und nach langem Hin- und Herschicken gelang es ihnen endlich nachträglich ihr Einkommen zu fatiren, worauf sie nicht ohne Widerstand unseres Magistrats zur Eidesablage zugelassen wurden. Während von vielen Seiten eine bedauerliche Apathie oder wenigstens Indifferenz in den wichtigsten öffentlichen Fragen sich kund gibt, ist es eine beachtenswerthe Erscheinung, daß die arbeitende Klasse den Werth ihrer politischen Rechte besser zu würdigen weiß und sich durch Opfer erkauft, was ihr zur Zeit noch entzogen wurde. (A. A. Z.)

Das Schweinfurter Wahlkomité stellt in einem Aufruf folgende leitende Gesichtspunkte auf: 1) Unbedingte Unterordnung Bayerns unter die Centralgewalt, und in Folge dessen sofortige Abänderung der bayerischen Verfassung — Alles nach Maßgabe der von der Nationalversammlung festgestellten Grundrechte des deutschen Volkes. 2) Erzielung eines rascheren und thatkräftigeren Geschäftsganges der deutschen Nationalversammlung in Frankfurt. 3) Größtmögliche Ersparung im Staatshaushalte, als Verminderung der Civilliste 2c. und dadurch ermöglichte Verminderung der Abgaben. 4) Aufhebung des Staatsraths und der I. Kammer als zweier niemals volksthümlicher Institute. 3) Zusammenberufung des Landtags längstens alle 2 Jahre und 2jähriges Budget, Steuerbewilligungs- und Steuerverweigerungsrecht, sowie freieste Initiative — direkte Wahl. 6) Wirkliche Verbesserung der Lage des gesammten Lehrerstandes und Uebertragung der Aufsicht an solche Männer, welche dem Lehrerstande entnommen sind. 7) Zurückführung des gesammten Steuersystems auf eine Einkommens- und Vermögenssteuer. 8) Aufhebung des Ministeriums des Aeußern und des königlichen Hauses. Errichtung eines Ministeriums des Handels und der Gewerbe, Herstellung von Gewerbekammern mit besonderer Berücksichtigung und Verbesserung des Zustandes der arbeitenden Klassen. 9) Verminderung des stehenden Heeres durch baldigste Einführung einer tüchtigen Volkswehr. 10) Polizeistrafgesetz mit Uebertragung der Strafgewalt an das Richteramt; Trennung der Administration von der Justiz; Oeffentlichkeit und Mündlichkeit der Rechtspflege; strenge Verantwortlichkeit aller öffentlichen Beamten. 11) Die Sanction oder Verwerfung der Kammerbeschlüsse soll nicht wie seither am Schlusse des Landtags im Allgemeinen, sondern für jedes Gesetz nach seinem Beschlusse besonders in einer bestimmten, möglichst kurzen Frist erfolgen. 12) Aufhebung des Lotto's. 13) Zweckmäßigere Einrichtung des Stempelwesens. 13) Ein freisinniges Gesetz über den Landrath, so wie über Distrikts- und Gemeindeumlagen mit Beseitigung der seitherigen Ueberbürdung der Gemeinden. 13) Ein freisinniges, jede Bevormundung von Seite der Staatsbehörden möglichst ausschließendes Gemeinde-Edikt mit direkter Wahl ohne Census.

• Frankfurt, 14. Nov. Auf die Nachricht von der standrechtlichen Erschießung Blum's, welche auf telegraphischem Wege an den Reichsverweser gelangte, sind die Herrn Pauer aus Augsburg und Pötzel als Reichskommissäre nach Wien abgegangen. Was sollen sie dort? Der Centralgewalt abermalige Obrfeigen holen. Das scheint die Hauptbestimmung der s. g. Reichsgewalt zu seyn. Durch einen kühnen Griff geboren, wird sie an Ohrfeigen sterben.

Wien, 9. Nov. Bem ist derzeit als Commandant der Artillerie bei der Armee Kossuth's; Pulszky befindet sich ebenfalls in Ungarn, und Dr. Schütte ist glücklich unter dem Schutze des englischen Gesandten, wie man jetzt mit Sicherheit weiß, entronnen, und soll sich gegenwärtig in der Gegend von Breslau aufhalten. Man weiß nun mit Gewißheit, daß General Bem in dem Krankenhaus als todt eingesargt seine Flucht nach Ungarn bewerkstelligte; seit vier Tagen werden daher die zu beerdigenden Leichen nur in offenen Särgen vor die Barrieren gebracht, dort noch einmal untersucht und dann erst auf den Friedhof ohne alles Leichengepränge und Begleitung gebracht. (A. O. Z.)

Wien, 10. Nov. Gestern Morgen 6 Uhr wurde Robert Blum im Gefängniß das standrechtliche Todesurtheil verkündet. Er erklärte mit heroischer Fassung, die Sentenz käme ihm nicht unerwartet, und bat um die nöthige Zeit, um den Scheidebrief an seine Frau richten zu können. „Fasse dich muthig ob meines Schicksals, heißt es darin, und erziehe unsere Kinder, daß sie meinem Namen keine Schande machen. Ich sterbe für dir Freiheit.“ Gegen 7 Uhr langte der Trauerzug in der Brigittenau an, Blum in einem von Kürassieren begleiteten Wagen, ohne einen Augenblick Geistesgegenwart und Seelenstärke zu verlieren. Die Brust entblößend, wünschte er mit unverbundenen Augen dem Tode entgegen zu schauen, schlang aber selbst das Tuch um die Augen, als man ihn bedeutete, daß dieß in der Sitte sey, und kniete nieder. Drei Schüsse streckten ihn todt nieder, die drei Jäger hatten wohl gezielt. Zwei Kugeln trafen die Brust, die dritte den Kopf. Am Abend lag der Leichnam im Militärspitale. — Herr Bodenstedt ist nach der amtlichen Bestätigung der Hinrichtung Blum's heute sofort von der Redaktion des Oesterreichischen Lloyds zurückgetreten. Herr Kuranda läßt vorläufig die Ost-Deutsche Post nicht erscheinen, ungeachtet man bei der bekannten Mäßigung des Herrn Kuranda nicht willens war, das Erscheinen zu inhibiren. Ich bin nur dort gemäßigt, soll er geantwortet haben, wo ich auch radikal seyn darf, und verzichte auf die Erlaubniß. (Bresl. Z.)

Ueber die letzten Stunden Robert Blum's erfahren wir folgendes Factische: Bis zum 8. saß er mit Fröbel in demselben Zimmer gefangen. Gegen Abend wurden sie getrennt und gestern früh 6 Uhr wurde Blum sein Todesurtheil verkündet. Er hörte es mit Fassung. Ein Geistlicher der Schottenkirche, zu der das Gefängniß gehört, kam zu Robert Blum, um ihm die Beichte abzunehmen. Er sagte, daß er nicht beichte. Der Geistliche sagte, er wisse das und wolle ihm nur menschliche Hülfe seyn. Robert Blum verlangte, noch einen Brief an seine Frau und seine Kinder zu schreiben. Er that das und besprach sich sodann mit dem Geistlichen ruhig über Unsterblichkeit. Er wurde sodann in einem Wagen mit drei Jägern und einem Offizier hinausgeführt in die Brigittenau. Auf dem Gange nach dem Richtplatze stand er mehrmals still und holte tief Athem, aber keine Spur von Kleinmuth war an ihm. Er bat, daß man ihm die Augen nicht verbinde, und soll noch gesagt haben: „Aus jedem meiner Blutstropfen wird ein Freiheitsmärtyrer erstehen.“ Eine Kugel traf ihn in die Stirne, die andern in die Brust.

Olmütz, 10. Nov. Graf Stadion ist vom Kaiser mit der Bildung eines neuen Ministeriums beauftragt worden. — Wie wir hören, wird in einigen Tagen das neue Kabinet in die Oeffentlichkeit treten. — Der russische Botschafter Graf Medem ist bereits hier angekommen. Die meisten andern Mitglieder des diplomatischen Korps werden ebenfalls in Kürze erwartet. — Gestern Nachmittag sind Minister Kraus, Dr. Bach, Dr. Meyer, Dr. Helfert, sowie Fürst Schwarzenberg mit einem Extratrain nach Wien gereist. (Oest. C.)

In Olmütz soll eine unerträgliche Stimmung herrschen. Reisende, die von dort kommen, erzählen, daß ein kurzer Aufenthalt in Olmütz genüge, um die Reaktion in ihrer vollen Blüthe zu sehen. Das Militär erlaube sich alle möglichen Uebergriffe, Preßfreiheit existire dort nur dem Namen nach und das Paß- und Spionirwesen sey vollkommen des dort anwesenden Sedlnitzky würdig. — Von hier aus geht täglich Militär und Munition nach Olmütz und von dort weiter, das abgehende Militär wird theilweise durch Truppen aus den Umgebungen ersetzt. (D. A. Z.)

Prag, 7. Nov. Der berüchtigte Graf Sedlnitzky (Polizeichef unter Metternich) ist nebst Gemahlin von seinem Landgute in Ollmütz eingetroffen.

Lemberg, 3. Nov. An der galizischen Grenze spricht man

allgemein von einer Note des Czaren an das ungarische Ministerium, in welcher er dasselbe zur sofortigen Zurückziehung der regulären Truppen von der österreichischen Grenze auffordert, sonst würde er sich genöthigt sehen, falls dies nicht geschehe, seine in der Moldau und in der Wallachei stationirten Truppen zur Unterdrückung der Anarchie seinen Nachbarn zu Hülfe zu schicken.

Berlin, 12. Nov. Berlin ist, wie es allerdings schon seit einigen Tagen vorauszusehen war, nun in aller Form heut Abend gegen 6 Uhr durch folgende Kundmachung in Belagerungszustand erklärt worden: Die in hiesiger Stadt eingetretenen Ereignisse haben die ordentlichen Civilbehörden außer Stand gesetzt, dem Gesetze die gebührende Geltung zu verschaffen. Das unterzeichnete Staatsministerium darf daher nicht Anstand nehmen, zu außerordentlichen Maßregeln zu schreiten, und erklärt hiemit die Stadt Berlin und deren zweimeiligen Umkreis in Belagerungszustand. Die in dieser Beziehung zu treffenden näheren Anordnungen werden demnach fortan von dem General der Cavallerie v. Wrangel, welcher die Truppen in den Marken kommandirt, ausgehen. Berlin, 12. Nov. 1848. Das Staatsministerium: Graf v. Brandenburg. v. Ladenberg. v. Strotha. v. Manteuffel. General Wrangel hat sofort die Oberleitung der Stadt übernommen, wie er auch schon durch einen Anschlag die ersten nöthigen Anordnungen getroffen hat, welche beweisen, daß wir dem Kriegszustande in aller Form anheimgefallen sind. Dieser Anschlag lautet: Im Verfolg des Erlasses des kgl. Staatsministeriums vom heutigen Tage, wodurch die Stadt Berlin und ihr zweimeiliger Umkreis in Belagerungszustand versetzt worden ist, verordne ich hiemit: 1) Alle Clubs und Vereine zu politischen Zwecken sind geschlossen; 2) bei Tage darf keine Versammlung von mehr als 20 Personen, bei Nacht keine von mehr als 10 Personen auf Straßen und öffentlichen Plätzen stattfinden; 3) alle Wirthshäuser sind um 10 Uhr Abends zu schließen; 4) Placate, Zeitungen und andere Schriften dürfen nur dann gedruckt, öffentlich verkauft oder durch Anschlag öffentlich verbreitet werden, nachdem das hiesige Polizeipräsidium die Erlaubniß dazu ertheilt hat; 5) alle Fremden, welche sich über den Zweck ihres hiesigen Aufenthalts nicht gehörig legitimiren können, haben bei Vermeidung der Ausweisung binnen 24 Stunden die Stadt und deren Gebiet zu verlassen; 6) Fremden, welche bewaffnet kommen, sind von den Wachen die Waffen abzunehmen; 7) die Bürgerwehr ist nach der kgl. Bestimmung vom 11. Nov. vorbehaltlich ihrer Reorganisation aufgelöst; während des Belagerungszustandes kann diese Reorganisation nicht erfolgen; 8) während des Belagerungszustandes dürfen Civilpersonen nur dann Waffen tragen, wenn es ihnen von mir oder dem Polizeipräsidium ausdrücklich gestattet ist. Wer sich mit Waffen betreffen läßt, ohne eine solche Erlaubniß erhalten zu haben, wird sofort entwaffnet; 9) die gesetzlich bestehenden Behörden verbleiben in ihren Funktionen und werden bei Ausführung der von ihnen zu treffenden Maßregeln, insofern sie den vorstehenden Bestimmungen entsprechen, von mir auf's kräftigste unterstützt werden; 10) die Stadt Berlin haftet für allen Schaden, welcher bei Unterdrückung eines offenen oder bewaffneten Widerstandes gegen die bewaffnete Macht an öffentlichem oder Privateigenthum verübt wird; 11) der Betrieb der bürgerlichen Geschäfte, der kgl. und Privatarbeiten, des Handels und der Gewerbe wird durch Erklärung des Belagerungszustandes nicht weiter beschränkt. Berlin, den 12. Nov. 1848. Der Oberbefehlshaber der Truppen in den Marken. General der Cavallerie v. Wangel. Schon heute Mittag wurde ein großer Theil der hier befindlichen Truppen mit einer beträchtlichen Anzahl von Geschützen aus der Stadt hinausgeführt und stellte sich in den nächsten Umgebungen von Berlin auf. Als entscheidendes Motiv für die Erklärung des Belagerungszustandes wird die Nichtablieferung der Waffen von Seiten der Bürgerwehr angegeben. Zur Zurückweisung dieser von dem Staatsministerium kategorisch gestellten Forderung waren bereits in der vorigen Nacht die umfassendsten Verabredungen getroffen.

Die Nationalversammlung hielt heute Nachmittag im Schützenhause eine Sitzung. Sie beschäftigte sich fast ausschließlich mit der Neuwahl ihrer Präsidenten und Vicepräsidenten. Die Zahl der anwesenden Abgeordneten betrug heute noch 248, unter denen 243 Stimmen Hrn. v. Unruh wieder zum Präsidenten der Versammlung erwählten. Unter den heute an die Nationalversammlung eingegangenen Adressen machten die von den Kammern Mecklenburg Schwerins und Strelitz's gesendeten einen besonders großen Eindruck; es wird darin nicht nur eine unbedingte Zustimmung zu den Schritten der preußischen Nationalversammlung ausgesprochen, sondern auch jede irgend mögliche Hülfe verheißen. Die Frage von der Steuerverweigerung hat die Versammlung hinausgeschoben, da der dieselbe betreffende Commissionsbericht heute noch nicht eingegangen war. Die Versammlung wird aber morgen, wo sie eine Vormittagsitzung um 11 Uhr anberaumt hat, schwerlich mehr zu irgend einer Berathung gelangen. Um so mehr hätte sie heute die Zeit benutzen sollen, was man ihr in keiner Weise nachsagen kann. Auf den Antrag des Abg. v. Berg wurde eine feierliche Beantwortung der mecklenburgischen Adressen beschlossen. Abg. Grabow, der ehemalige Präsident der Nationalversammlung, der wieder hier angekommen ist, ohne jedoch an den Sitzungen der Versammlung Theil genommen zu haben, begab sich heute Nachmittag von hier nach Sanssouci, um dem König dringende Vorstellungen wegen der ergriffenen Maßregeln zu machen. Er kehrte jedoch zurück, ohne beim König Zutritt erhalten zu haben. Der König empfängt überhaupt fast Niemand, doch wurde heute morgen eine Deputation aus Magdeburg bei ihm zugelassen.

Berlin, 12. Nov. (Morgens 10 Uhr.) Unter den Abgeordneten, welche an den Berathungen der Nationalversammlung fortgesetzt Theil nehmen, finden sich mehr als 60 richterliche Beamte, unter ihnen ein Präsident des höchsten Gerichtshofs der Monarchie, ein Mitglied des geheimen Obertribunals, ein Mitglied des rheinischen Revisions- und Kassationshofs und der Immediat-Justiz-Examinationskommission, Präsidenten mehrerer Obergerichte, der Direktor des Kriminalgerichts von Berlin, eine große Anzahl Mitglieder der Landes-Justizkollegien und der Staatsanwaltschaft. — (12 Uhr.) Die Straßen haben sich belebt. Der Befehl zur Ablieferung der Waffen bis Nachmittag 5 Uhr unter Angabe der Niederlegungsorte, vom Polizeipräsidenten v. Bardeleben erlassen, klebt jetzt an allen Ecken. Viele Bezirke haben sich auf's Bestimmteste dahin erklärt, daß sie dem Befehle nicht Folge leisten werden. Einzelnen Bürgerwehrmännern sind die Waffen vom Volke abgenommen worden. Ueberall, unter den Linden, in der oranienburger Vorstadt, in der Königsstraße stehen Gruppen. Alles läßt darauf schließen, daß, wenn es zum Kampfe kommt, der Kampf ein verzweifelter wird. Man versichert, daß die Maschinenbauer — ihre Zahl beträgt gegen 4000 — sich in ihren Werkstätten Geschütz zu gießen gewußt hätten. — Wir erfahren, daß das Gutachten des geh. Obertribunals von dem Präsidenten Bornemann allerdings extrahirt und, ohne daß jedoch die stattgefundene Berathung einen offiziellen Charakter hatte, in der von uns berichteten Weise ertheilt ist. — Man versichert, es seyen 500 Gewehre von einzelnen Bürgern an ihre Kompagnien abgeliefert, sofort aber wieder an die Arbeiter gegeben worden; bei etwa 400 sollen die Pistons vernagelt gewesen seyn, was jedoch bald beseitigt wurde. Sonst bemerkt man bei keinem Depot, wohin die Waffen geliefert werden sollten, irgend eine Abgabe derselben. — Der demokratische Klub und der Demokratenverein der Königsstadt haben zwei Ansprachen an die Soldaten erlassen, um diese über die Zwecke, welche man mit ihnen vor hat, aufzuklären. Ein drittes Plakat derselben Vereine erklärt den General Wrangel für einen Volksverräther, der auf gesetzlichen Schutz seiner Person keinen Anspruch mehr habe. — Vor wenigen Stunden sollen mehrere Schützengilden benachbarter, durch die Eisenbahnen bald zu erreichender Städte eingetroffen seyn. — (12½ Uhr.) Die Gruppen auf den Plätzen und Hauptstraßen, vor den Schloßthoren rc. werden immer zahlreicher und erregter. Das Militär tritt eben mit vollem Gepäck auf den Appellplätzen an. Viele wohlhabende Familien haben Berlin verlassen. — (3 Uhr.) Die Truppen marschiren zum Theil durch die Stadt. Einige Abtheilungen Infanterie sind auf den größern Plätzen aufgestellt, andere Mannschaften sind an den Thoren postirt; das 24. Regiment soll, wie erzählt wird, aus der Stadt bezogen werden.

Der allgemeinen Oderzeitung meldet man aus Berlin vom 11. November: Der General Wrangel wollte heute, als er eintritt, sehr liebenswürdig erscheinen, grüßte die Bürgerwehr: Kameraden, und sagte zu dem Bürgerwehr-Kommandeur Rimpler: „er bringe den Berlinern lauter gute Freunde und Brüder;" er fand aber keinen Anklang, und ein Mann, der ihn grüßte, wurde vor seinen Augen zu Boden geschlagen, wohl der einzige Exceß, der an diesem großen Tage vorkam.

Breslau, 11. Nov. Das Kollegium der Stadtverordneten hat in seiner heutigen Sitzung beschlossen, an den König eine Erklärung abzugeben, daß Breslau die Schritte der Nationalversammlung für rechtmäßig anerkenne; an die Nationalversammlung aber eine Adresse zu richten, des Inhalts, dieselbe im Namen der

städtischen Behörden zur Fortsetzung ihrer Berathungen aufzufordern, ihre Haltung und ihren Muth anzuerkennen und ihr zu erklären, daß Breslau bis zur Beendigung des Konfliktes die Nationalversammlung für den einzigen Sitz der Gesetzgebung betrachte. In Brieg tritt heute die Bürgerwehr zusammen; um vom Magistrate 60 scharfe Patronen per Mann zu fordern und zugleich Auskunft zu verlangen, wie der Magistrat sich zur Nationalversammlung stellen wolle.

Breslau, 11. Nov. Die Centralkommission der sämmtlichen Bürgerwehrklubs, der allgemeine Landwehrverein, der demokratische Verein im goldenen Kreuz, der Arbeiterverein, der republikanische Verein, der demokratische Bruderverein Germania, der Hauptrustikalverein für Schlesien, der demokratische Studentenverein, der politische Bildungsverein, der demokratische Provinzial-Ausschuß für Schlesien, haben folgende Adressen an die Nationalversammlung in Berlin und an die Berliner erlassen: Hohe Nationalversammlung! Das Volk ist wach! Mit Begeisterung begrüßt es die letzten Beschlüsse seiner Vertreter. Es erkennt in diesem Augenblick in ihnen, und nur in ihnen, den einzigen Sitz aller Regierungsgewalt. Mit Gut und Blut wird es seine in Euch angetastete Souveränetät schützen. Vertreter! seyd stark, seyd einig! Das Volk blickt mit Zuversicht auf Euch. Es wird Rechenschaft fordern von Jedem seiner Abgeordneten, der in dieser hochsten Gefahr des Vaterlandes seinen Platz in Berlin verläßt. Berlin soll nicht ein zweites Wien werden, dafür steht das ganze preußische Volk einmüthig ein. — Die Breslauer an die Berliner. Die Reaktion hat ihren lange vorbereiteten Streich geführt. Die heiligen Rechte der gesetzlichen Vertreter des Volks sind verletzt und gänzlich in Frage gestellt. Berlin's Volk, das uns die Freiheit erkämpft hat, steht bereit, dieselbe zu schützen. Haltet fest an Eurem guten Recht. Breslau, Schlesien, die Provinzen stehen zu Euch. Dem gesetzlichen Organ des Volks, seinen Vertretern, Euch, den Verkämpfern für die heilige Sache, weihen wir Blut und Leben. Das Recht wird siegen! Breslau, den 11. Nov 1848.

Dresden, 12. Nov. Blum ist erschossen! Diese furchtbare Nachricht ist durch eine offizielle Depesche des sächsischen Gesandten in Wien heute Nachmittag 3 Uhr beim Gesammtministerium angekommen. Ein Schrei des Entsetzens geht durch die ganze Stadt, und die tiefste Entrüstung bemächtigt sich Aller. Sofort beschloß eine Anzahl Mitglieder der Linken unserer sächsischen Ständeversammlung in Verbindung mit einigen hier anwesenden Deputationen der deutschen Vaterlandsvereine Sachsens folgenden Aufruf: An das deutsche Volk! Das Unerhörte ist geschehen! Robert Blum, der Führer der entschiedenen Freiheitspartei in der Nationalversammlung zu Frankfurt, der treueste Freund seines Volkes, ist wegen seiner hochherzigen Theilnahme an dem Heldenkampfe der edlen Wiener von der Tyrannei kaltblütig gemordet worden. Der Abscheu des gesammten Deutschlands wird die Urgeber dieser Schandthat richten, welche selbst das unverletzliche Haupt eines deutschen Volksvertreters nicht geschont hat. Das deutsche Volk wird seine Pflicht erkennen und die Kinder eines der edelsten seiner Freiheitskämpfer für die seinigen erklären." Dieser Aufruf bringt als Placat an allen Straßen Dresdens dem Volk diese Trauerkunde. Zugleich wird morgen diese Verletzung des gesammten deutschen Volkes in gen Kammern zur Sprache kommen.

Leipzig, 13. Nov. (Mittags.) Folgendes Plakat wird hier soeben veröffentlicht: Mitbürger! Der Nationalvertreter Rob. Blum ist in Wien erschossen worden. Das heiligste Recht der Nationalversammlung ist dadurch verletzt. Solcher Verletzung gegenüber schwindet aller Parteiunterschied. Es gilt, mit aller Kraft, in innigster Verbindung mit allen Parteien die Nationalversammlung und die Centralgewalt zu unterstützen, damit dieselben diese schreiendste Verletzung ihrer Souveränetät ahnden können. Wir halten es für unsere heiligste Pflicht, alle dahin zielenden Schritte zu thun. Jetzt gilt es, einmüthig zusammenzustehen, ohne Rücksicht auf bisherige Parteistellung. Wir bieten Allen hierzu die Hand. Steht Alle jetzt fest zusammen, die ihr es aufrichtig meint mit Deutschlands Ehre und Freiheit! Leipzig, 13. Nov. 1848. Der Ausschuß des Deutschen Vereins. Dr. Goschen, Vorsitzender. Volkmann, Schriftführer.

Leipzig, 13. Nov. Hatte schon die Kunde von der Verhaftung des wackern **Robert Blum** die Bewohner Leipzigs in die größte Aufregung gebracht, so war es natürlich, das die an ihm begangene Gräuelthat die Gemüther in die fieberhafteste Bewegung versetzen mußte. Man muß Blum's biedern Charakter, sein Beliebtheit bei dem Volke, seine Verdienste um das Wohl und die Ruhe unserer Stadt, die Größe seiner der Freiheit geweihten Thätigkeit, die Niederträchtigkeit seiner Todesart bedenken, um die Trauer und die Erbitterung zu begreifen, die sich aller fühlenden Herzen in Leipzig bemächtigte. Der deutsche Verein, welcher so oft den Lebenden bekämpft, begrub seinen früheren Groll und war der erste, welcher seinen Gefühlen der Trauer und Entrüstung in einem Plakate Luft machte. Der Magistrat that dasselbe und faßte im Verein mit den Stadtverordneten folgende Beschlüsse: 1) Deputationen aus beiden Kollegien an das Reichsministerium und an die sächsische Regierung zu senden, die Bestrafung der Mörder von dem ersteren, die Untersuchung des Benehmens des sächsischen Gesandten in Wien von der letzteren zu verlangen; 2) die Auslieferung der Ueberreste Blum's zu fordern; 3) ein feierliches Leichenbegängniß zu veranstalten; 4) für die Hinterbliebenen Blums zu sorgen. Die zusammengetretenen Vereine beriefen wegen der „**Ermordung Blums**" eine Volksversammlung, welche — da kein Privat-Lokal die Zuhörermasse nur einigermassen fassen konnte — in der Thomaskirche abgehalten wurde, welche aber trotzdem immer noch nicht im Stande war, die Herbeiströmenden alle aufzunehmen. Ein merkwürdiges Bild bot diese Versammlung dar, die jedem denkenden Theilnehmer ewig unvergeßlich sein wird; wohl schwerlich dürfte sie ihres Gleichen in Deutschland schon gehabt haben an Große und Tendenz, an Veranlassung und Bedeutsamkeit. Eine Menge Redner betraten die mit den rothen florumwundenen Fahnen des demokratischen und Vaterlandsvereins und dem Bildnisse Blum's geschmückte Kanzel, Wehmuth und Wuth athmend, Trauer und Revolution predigend. Es wurden folgende Beschlüsse gefaßt, die einer Commission von einigen 20 Personen zur Ausführung überwiesen wurden: 1) Reclamirung der Ueberreste Blums; 2) feierliches Todtenamt und Leichenbegängniß; 3) die Regierung aufzufordern, auf Staatskosten für die Familie zu sorgen; 4) alle Jahre am 9. November in Leipzig eine Trauerfeier zu veranstalten; 5) eine Stiftung zum Andenken des Hingeschiedenen in Sachsen zu errichten; 6) den sächsischen Gesandten von Wien zurückzurufen und in Anklagezustand zu versetzen; 7) die Frankfurter Abgeordneten zurückzuberufen und auf ein neues Parlament zu dringen, die Wahl des Stellvertreters Blum's aber so lange auszusetzen. Leider (jeder Freund Blum's muß und wird es lebhaft beklagen!) knüpften sich an das große niederschmetternde Ereigniß einige tumultuarische Scenen, die von einer (hoffentlich recht kleinen) Anzahl Uebelwollender ausgeführt wurden; man zog vor das österreichische Konsulat, warf dem Konsul die Fenster ein, riß das österreichische Wappen herunter, trug es auf den Markt und hing es mit einem Stricke an eine Laterne. Später zog man vor die Wohnung eines wegen illiberaler Gesinnung bekannten Konditors, schlug demselben ebenfalls die Fenster ein, und zerstreute sich erst nach 10 Uhr, nachdem unterdeß die Kommunalgarde und das Schützen-Bataillon requirirt worden waren.

0 **Leipzig**, 14. Nov. Ich sende Ihnen aus Mangel an Zeit, da ich in Sachen der Berliner Hülfe viel zu thun habe, beiliegenden Bericht über die hiesigen Vorgänge am gestrigen Tage in einer Extrabeilage des Generalanzeigers, da er ganz getreu ist. Ich bemerke nur daß bei dem Schlußwort eines Redners: „**Das beste Denkmal Robert Blums wird ein freies Volk, wird die deutsche Republik seyn,**" die ganze Versammlung (etwa 15000 Menschen) in den anhaltendsten stürmischsten Beifall ausbrach. Die rothen Fahnen an der Kanzel der Thomaskirche machten einen seltsamen Eindruck!

Neuestes.

Berlin, 13. Nov. **Berlin ist ruhig.** Bis jetzt sind keine ernstlichen Zusammenstöße vorgekommen. Das Schützenhaus, in welchem die Nat.-Vers. tagte, wurde heute Abend von Truppen umstellt. In Potsdam sind Unruhen ausgebrochen. Der König hat sein Schloß mit Soldaten umstellt. Die Bevölkerung Preußens verurtheilt einstimmig die Maßregeln des Ministeriums.

Gedruckt — unter Verantwortlichkeit der Verleger — bei J. L. Stich.
Expedition S. 39 im Gasthof zum König Otto II. Etage.

Der freie Staatsbürger.

Erscheint täglich. Preis in ganz Bayern vierteljährlich 1 fl. 30 kr., halbjährlich 3 fl., jährlich 6 fl.

Organ der Demokratie.

Inserate werden die dreispaltige Petitzeile zu 3 kr. berechnet. Die Abonnenten haben für die Hälfte des Abonnementpreises Inserate frei.

Nr. 46. Nürnberg, Samstag, den 18. November **1848.**

Wir sollen nicht Revolution predigen?

O Armes verrathenes Deutschland, wohin ist es mit Dir gekommen! Als im Mai der Schurke Mathy die Preßfreiheit in Baden vernichtete, glaubten wir das Maß der Erniedrigung für dich gefüllt. Grausame Täuschung! Der November setzt erst deiner Schmach die Krone auf.

Die erste deutsche Stadt an der Donau wird von Barbaren entehrt, geplündert und verbrannt — Deine Vertreter jubeln, daß die Ordnung wieder hergestellt worden. Ein edler deutscher Mann, Dein Liebling, deutsches Volk, Dein unverletzlicher Abgeordneter wird auf deutschem Boden im Namen einer deutschen Regierung standrechtlich gemordet, weil er für die deutsche Freiheit gekämpft — Deine Vertreter lächeln und bitten sich die Akten aus. Ein deutscher Fürst stellt sich, auf seine Soldaten gestützt, seinem ganzen Volke gegenüber, vernichtet höhnend die Rechte der Volksvertretung, beschwört geflissentlich blutigen Bürgerkrieg herauf — Deine Vertreter fassen einen Beschluß, der in Wahrheit kein Beschluß ist, und der von dem König von Preußen mit derselben Verachtung zurückgewiesen werden wird, wie von der preußischen Volksvertretung.

Aber das ist noch nicht genug, Ihr habt noch mehr zu erwarten, wenn Ihr fortfahrt unthätig zuzusehen, wie man Euch verräth.

Die Organe unserer Ministerien haben uns den Kroatenführer Jellasich als einen Freund der gesetzlichen Freiheit, als einen Freund Deutschlands dargestellt; ja wir wissen, daß auch der Slave und der Zar vom Reichsministerium wie von unsern Fürsten noch werden gerufen werden, um „in Deutschland die Ordnung wiederherzustellen."

Freut Euch doch, Ihr deutschen Frauen und Jungfrauen, jauchzt doch den Umarmungen der Rothmäntel Jellasich's entgegen! Sie haben zwar in Wien nicht blos geschändet, sondern auch die Geschändeten verstümmelt und gemordet. Aber „sie haben die Ordnung wiederhergestellt," sie sind die Verbündeten, sie sind die letzte Hoffnung Eurer Fürsten, sie verdienen, daß Ihr weiße Kleider anlegt, und Blumen streuend den Wiederherstellern der Ordnung entgegenziehet.

Wie wir im Juli nach Einsetzung des „Unverantwortlichen" die ganze Fülle von Schmach, Erniedrigung und Knechtschaft voraussahen, die wir jetzt als Resultat unserer Merzhoffnungen wirklich erleben, so sehen wir jetzt auch die ferneren schaudervollen Folgen des ersten Betrugs voraus — wenn das deutsche Volk noch ferner ruhig zusieht.

Und wir sollen nicht Revolution predigen?

Wir sehen voraus, daß mit Einwilligung unseres Reichsministeriums, mit Einwilligung der Mehrheit unserer Volksvertretung russische und slavische Heere, von deutschen Fürsten gerufen, über unsere Grenzen gehen und den Absolutismus auf der Spitze der Bajonette zurückführen.

Und wir sollen nicht Revolution predigen?

Wir sehen voraus, daß auf die Nachricht vom Anrücken des östlichen Barbarenthums französische Armeen über den Rhein gehen, und daß Deutschland der Schauplatz eines Kampfes zwischen fremden Mächten wird, die Deutschlands Schicksal entscheiden werden, ohne das deutsche Volk zu fragen.

Und wir sollen nicht Revolution predigen?

Wir sehen voraus, daß das Slaventhum und Frankreich sich über die Theilung Deutschlands einigen, daß, wie in alter Zeit, fremde Gewalt nach Gefallen Stücke von Deutschland abreißen und daß das getheilte Deutschland dem Verlust der Nationalität, ja der Barbarei verfallen wird.

Und wir sollen nicht Revolution predigen?

Wahrlich, wer jetzt im letzten entscheidenden Augenblicke nicht Revolution predigt, ist entweder ein Verräther oder ein Dummkopf. Wir werden unsere Schuldigkeit thun und lieber hinter Kerkermauern der Rache deutscher Tyrannen zum Opfer fallen, als in verrätherischer Trägheit den letzten Augenblick zur Rettung des Vaterlandes verpassen.

Vereinigte Staaten von Deutschland.

* Nürnberg, 16 Nov. Die letzten Säulen wanken! Hr. Kraft von Nürnberg hat sich nach links gewendet. Kaum traut man seinen Augen. Bangt es Hrn. Kraft vor seinem Empfang in Nürnberg? Oder beginnt er Reaction zu sehen? Wie dem sein mag: genug, wir sehen schwarz auf weiß, daß Hr. Kraft, der zum ersten Male in eine Kommission gewählt wurde, das Minoritätsgutachten unterzeichnet hat, nämlich der Krone Preußen geradezu Unrecht gibt, die Zurücknahme des Vertagungs- und Verlegungs-Beschlusses und die Bildung eines volksthümlichen Ministeriums in Preußen verlangt. Sollen wir jetzt nicht an den Sieg der Freiheit glauben?

* Nürnberg, 17. Nov. Das bayerische Ministerium ist endlich gebildet Lerchenfeld Inneres, Weigand Finanzen, Thon-Dittmer ausgeschieden und Staatsrath, Handelsministerium noch nicht besetzt. Wir überlassen es dem Nürnberger Kurier, über ein Ministerium Lerchenfeld zu jubeln. Er mag wissen, warum er jubelt, wir wissen, warum wir es nicht thun! — Vom nächsten Monat an ist die Eisenbahnverbindung zwischen Nürnberg und Leipzig, mit Ausnahme der kleinen Strecke zwischen Plauen und Reichenbach hergestellt. Diese kleine Strecke wird im genauen Anschluß an die Eisenbahnzüge durch Eilposten befahren.

Frankfurt, 14. Nov. (115. Sitzung der Nat.-Vers.) Das Majoritätsgutachten in der preußischen Frage wurde mit 239 gegen 189 Stimmen angenommen. Es lautet: Die Reichsversammlung wolle in Uebereinstimmung mit den von dem Reichsministerium beschlossenen Maßregeln erklären, daß sie es für nöthig erachte 1) die königlich preußische Regierung dahin zu bestimmen, daß sie die angeordnete Verlegung der Nationalversammlung nach Brandenburg zurücknehme, sobald solche Maßregeln getroffen sind, welche ausreichend erscheinen, um die Würde und Freiheit ihrer Berathungen in Berlin sicher zu stellen; 2) daß die preußische Krone sich alsbald mit einem Ministerium umgebe, welches das Vertrauen des Landes besitzt, und die Besorgnisse vor reactionären Bestrebungen und Beeinträchtigung der Volksfreiheiten zu beseitigen geeignet ist.

* Frankfurt, 13. Nov. Simon von Trier wollte, als die Hinrichtung Blum's nicht mehr bezweifelt werden konnte, dieselbe für einen Mord erklärt wissen, wie sie dieß unzweifelhaft ist. Sein Antrag wurde in die Ausschüsse verwiesen, nachdem der Justizminister angekündigt hatte, daß er sich die Akten ausgebeten habe. Glückliches Deutschland, du wirst die Akten erhalten, dein gründlicher Beseler wird sie prüfen, die Versammlung wird sich „satisfait" erklären, befriedigt

nennt man dieß, ganz so, wie einst die Majorität des Verräthers Guizot.

Berlin, 13. Nov. Die gestrige Sitzung der Nationalversammlung im Schützenhause ward vom Präsidenten v. Unruh um halb 8 Uhr mit der Anzeige eröffnet, daß wieder viele Adressen eingegangen seien; er habe sie der Petitionskommission zugewiesen. Er zeigt ferner an, daß statt des Abg. von Enkevort dessen Stellvertreter, der Müllermeister Pape, eingetreten, ebenso Hr. Neuhaus als Stellvertreter des erkrankten Abg. Abegg. (Bravo.) Eine Adresse von der Abgeordnetenversammlung in Mecklenburg finde er sich veranlaßt, selbst vorzulesen; sie lautet: In der heutigen Sitzung der Abgeordneten beider Mecklenburg ist beschlossen worden, im Namen des mecklenburgischen Volkes unter Zusicherung jedes möglichen Beistandes der konstituirenden Nationalversammlung in Berlin zu erklären, daß sie, wie sie gethan, recht gehandelt und Deutschlands Ehre gewahrt habe. (Stürmischer Beifall unterbricht den Präsidenten.) Der unterzeichnete Gesammtvorstand der Abgeordneten beider Mecklenburg ist beauftragt, diesen Beschluß zur Kenntniß der hohen Nationalversammlung zu bringen, und zögert nicht, diesem Auftrage zu entsprechen. Schwerin, den 11. Nov. Der Gesammtvorstand der mecklenburgischen Abgeordnetenversammlung. Moritz Wiggers, Präsident. Dr. Spangenberger, Schriftführer. Lange anhaltender Jubel folgt der Verlesung dieser Adreß; die ganze Versammlung erhebt sich unter dem Beifalle der Tribünen von ihren Sitzen. Nachdem der Präsident die Beschlußfähigkeit der Versammlung anerkannt, erhält der Berichterstatter der Petitionskommission das Wort, welcher Mittheilungen über die eingelaufenen Adressen: vom konstitutionellen Club in Magdeburg, von den verschiedenen Clubs in Stettin, aus Anklam u. s. w. gibt: der Hauptrusticalverein in Schlesien erklärt, daß er beschlossen habe, von jetzt ab keine Steuern mehr zahlen zu wollen, bis die Nationalversammlung über deren Einziehung beschlossen habe. Außer diesen seien noch 37 andere Adressen eingegangen. Bei der hierauf vorgenommenen Neuwahl des Präsidenten wird Hr. v. Unruh mit 245 von 248 Stimmen erwählt, welcher unter stürmischem Beifalle der Versammlung spricht: Meine Herren, in einem Augenblicke wie der jetzige können Sie von mir keine lange Rede erwarten. Nehmen Sie von mir die heilige Versicherung, daß ich nicht freiwillig von meinem Posten weichen werde.“ Abg. Temme: Auch wir schwören, nicht von unseren Stellen zu weichen. (Beifall.)

Die heutige Sitzung der Nationalversammlung wurde im Schützenhause um 12 Uhr unter dem Vorsitze des Präsidenten v. Unruh eröffnet. Abg. Waldeck verliest die Denkschrift der Commission über die gegen die Minister beantragte Anklage. Die Commission stützt die Anklage wegen Hochverraths auf §. 52, Tit. 30, Th. II. des Allgemeinen Landrechts. Da es an Organen fehle, um die Minister zu strafen und anzuklagen, so beantragt sie, die Veröffentlichung der Anklage zu beschließen. Es wird hierauf einstimmig beschlossen, den Inhalt der Denkschrift zu genehmigen, dieselbe zu veröffentlichen und dem Staatsanwalt zuzustellen. (Beifallssturm aus der Versammlung und von den Galerien.) Nach Proclamirung dieser Beschlüsse, verläßt der Abg. Berends den Saal, um dem vor dem Hause in unabsehbarer Menge versammelten Volke Kenntniß zu geben. Die Mittheilung wird durch endloses Hurrahrufen aufgenommen. Es erfolgt hierauf der Namensaufruf zur Constatirung der anwesenden Mitgliederzahl. Resultat des Aufrufs: 239 Mitglieder sind anwesend. Abg. d'Ester theilt mit: Der Minister des Innern habe durch telegraphische Depeschen den Provinzen angezeigt, die zurückgebliebenen Mitglieder hätten auf wiederholte Aufforderung den Saal verlassen. Wir müssen dem Lande von dieser offenbaren Unrichtigkeit Kenntniß geben. (Furchtbarer Tumult. „Lüge, grobe Lüge, infame Lüge.“) Der Präsident macht darauf aufmerksam, daß er ausdrücklich vor dem Verlassen des Saales gegen die Anwendung der Gewalt, der die Versammlung nur gewichen sei, protestirt habe. Abg. Müller (aus Brieg) überreicht eine Adresse des Magistrats und der Stadtverordneten in Brieg. Abg. Berends theilt mit, die Post sende alle an Abgeordnete anlangende Briefe nach Brandenburg. (Tumult.) Präsident: Er glaube, versichern zu können, daß der Generalpostmeister v. Schaper seine Pflichten nicht verletze. Abg. Elsner erstattet über eine große Anzahl neu eingegangener Adressen Bericht. Der Magistrat und die Stadtverordneten von Glogau theilen ein protestirendes Schreiben, das sie an den König gerichtet haben, mit. Adressen des Magistrats und der Stadtverordneten von Breslau, Liegnitz und Torgau werden nach dem Beschluß der Petitionskommission vollständig vorgelesen. Abg. Kähler überreicht eine Adresse der Stadt Görlitz. Abg. Dierschke beantragt, daß der Denkschrift das Protokoll über die Vertreibung der Versammlung aus dem Schauspielhause beigefügt werde. Die Abgg. Jacoby und Phillips stellen den dringenden Antrag: Die Berichte über die eingegangenen Adressen täglich dem Staatsministerium mitzutheilen. Auf die Bemerkung des Abg. Behnsch: Mit Hochverräthern darf die Nationalversammlung nicht in Verbindung treten, ziehen die Antragsteller den Antrag zurück. Dringender Antrag des Abg. Fischer aus Münster: Die deutsche Nationalversammlung in Frankfurt an ihre Pflicht gegen die revolutionären Maßregeln des Ministeriums Brandenburg zu erinnern. Abg. Plönnies: Die deutsche Nationalversammlung müsse von selbst wissen, was ihre Pflicht sei. Abg. Parrisius: Wir sind stark genug, uns selbst zu schützen. Der Antrag findet keine Unterstützung. Präsident v. Unruh verläßt den Saal. Abg. Waldeck übernimmt den Vorsitz. Es verbreitet sich im Saale das Gerücht, verschiedene Militarabtheilungen seien zum Volke übergegangen. Abg. Pilet theilt mit, er habe sich heute früh nach dem Schauspielhause begeben, um aus dem Archiv einige Bücher und Papiere zu holen. Die sämmtlichen Bureaux, in welchen die Papiere, Akten und Schriften der Nationalversammlung aufbewahrt werden, waren von Soldaten angefüllt. Nicht der geringste Schutz zur Conservirung der Papiere der Nationalversammlung ist getroffen. Die Soldaten gestatteten, daß ich aus dem Bureau, was ich wollte entnahm. Sie erklärten, daß ihnen nichts übergeben sei, sie hätten also auch nicht darauf zu achten. Meine Herren! Wenn es dem Ministerium Ernst gewesen wäre, uns nur zu vertagen, wäre es da nicht seine erste Sorge gewesen, unser Archiv zu schützen? (Pfui! pfui!) Präsident v. Unruh (inzwischen wieder zurückgekehrt) fügt hinzu, die Bureaubeamten hätten den Minister v. Manteuffel ersucht, ihnen zu gestatten, daß sie einige Ordnung in dem Bureau herstellen. Auch dies hat der Herr v. Manteuffel abgelehnt. (Infam! Pfui!) Der Präsident theilt ferner mit, daß er von der Wahl des Präsidenten und Vizepräsidenten dem Könige pflichtmäßig Anzeige gemacht habe. (Bravo.) Der Präsident schlägt Vertagung bis morgen früh vor; Abg. Schulz aus Wanzleben bis Nachmittags 4 Uhr. Abg. Berends bemerkt, Vertagung sei bedenklich, in diesem Augenblicke laufe das Gerücht durch die Stadt, daß das Militär beordert sei, die Versammlung auseinanderzusprengen. Man möge jetzt die Wahl des Schriftführers an die Stelle des zum Vicepräsidenten gewählten Secretärs Plönnies vornehmen. Beschlossen, sofort noch einen Schriftführer und zwei Stellvertreter zu wählen. Nach beendigter Wahl der Schriftführer beschloß man, die Sitzung, bis die Wiedereröffnung dem Präsidenten angemessen erscheinen würde, zu vertagen. Die meisten Abgeordneten entfernten sich, und nur der Vicepräsident Phillips mit einigen Schriftführern verblieben im Saale.

Berlin, 14. Nov. Wahrscheinlich wird die Versammlung, nachdem sie gestern Abend gesprengt und die anwesenden Mitglieder von Soldaten aus dem Saale des Schützenhauses geführt worden, wobei der Präsident gegen die ihnen angethanene Gewalt feierlich protestirte, nach Breslau sich verlegen.

Halle, 12. Nov. Wir stehen bereits wieder am Anfange einer furchtbaren Revolution, die ganz Deutschland erschüttern und vielleicht gar mit dem Sturze der Dynastie oder mit einem europäischen Kriege enden kann. Alle Vereine der Stadt und der Umgegend, mit Ausnahme des Preußenvereins, der dem Ministerium eine Vertrauensadresse geschickt hat, protestiren gegen die Gewaltschritte des Ministeriums und sind zum entschiedensten Widerstand entschlossen. Der konstitutionelle Klub namentlich hat Folgendes durch Plakat veröffentlicht: 1) Die Nationalversammlung hat im Sinne der Klubs gehandelt, als sie von der Bildung des Ministeriums Brandenburg abrieth; 2) es war Mißachtung der Wünsche der Nation, als jenes Ministerium dennoch gebildet wurde; 3) die Krone hat kein Recht auf Verlegung und Vertagung der Nationalversammlung ohne deren Zustimmung; 4) die Nationalversammlung möge rücksichtslos fortschreiten auf dem Wege des Gesetzes; und 5) das Einrücken der Truppen in Berlin ist Ueberschreitung eines getroffenen Uebereinkommens und die Umzingelung des Sitzungslokals der Nationalversammlung ist eine gewaltsame Maßregel. Der Deputirte Niemeyer hat sein Mandat niederlegen müssen, weil er auf Veranlassung des Ministeriums wirklich von Berlin abgereist war. Bereits hat sich ein Sicherheitsausschuß gebildet und heute wurde das Militär durch die Bürgerwehr am Abmarsch nach Berlin gehindert. (D. A. Z.)

Halle, 13. Nov. Das hiesige Militär war beordert, heute Mittag nach Berlin abzugehen. Auf die Kunde davon versammelt sich ein großer Theil der Bürgerschaft auf dem Markte, wo die HH. Rawald, Pösche und Ehrlich passende Ansprachen halten; Ersterer setzt sich mit dem Commandeur der Bürgerwehr und dem Magistrat zu gemeinschaftlichem Handeln in Verbindung. Diese senden zusammen eine Deputation an den Obersten des 19. Regiments; dieser bestimmt sich für Aufschiebung des Abmarsches der Garnison bis auf Eintreffen weiterer Befehle vom Oberkommando, die er der Deputation mitzutheilen verspricht. Die Bürgerwehr wird alarmirt; zahlreich erscheinen besonders Reiter und Lanziers; eine Compagnie besetzt den Bahnhof, zieht indessen nach eingeholten Nachrichten bald wieder ab; das Lanzierkorps, auf dem Platze vor den Bahnhöfen postirt, löst sich alle zwei Stunden zur Hälfte ab. Deputirte von Bürgerwehren des flachen Landes melden, daß Alles zum Abmarsche bereit sey. Die Bildung eines akademischen Korps ist im Werke. Mehre soeben eingetroffene Waggons zur Fortschaffung der Soldaten sind, da zur Zeit davon kein Gebrauch gemacht werden kann, sofort wieder retour (nach Köthen) geschickt. — Die entsetzliche Nachricht von dem Morde des Reichstagsdeputirten R. Blum hat die Gemüther aufs höchste aufgeregt. (D. A. Z.)

Breslau, 12. Nov. Die Stimmung der Stadt ist eine entschiedene und einige. Alles fühlt die Größe des Augenblicks und die Schwere des bestehenden Konflikts, soviel aber scheint uns fest zu stehen, daß Breslau keiner Stadt nachstehen wird, wenn es gilt, sich für die freigewählten Vertreter und die Rechte des Volks zu erheben. Die volle Bedeutung des Tags bekundete sich namentlich in der heute stattfindenden Führerversammlung; der stellvertretende Oberst wies namentlich klar und bestimmt auf die Sachlage hin, und begeistert war die Rede des Stadtgerichtsraths Pflücker. Wir heben daraus hervor: „Er sey Beamter; auch er habe dem Könige einen Schwur geleistet; aber jetzt gälte es der Freiheit, für die er einstehn würde bis zum letzten Blutstropfen, und fiele er im Kampfe für die Freiheit, dann würden Kameraden für Frau und Kind sorgen.“ Einstimmig traten sämmtliche Führer der Adresse der Stadtverordneten bei und haben diese mit einem Aufruf an sämmtliche Bürgerwehren Schlesien's veröffentlicht. Nur Ein Führer, Graf Ziethen, legte seine Stelle nieder. Daß die Führer an eine eventuelle Auslieferung der Waffen nicht denken, versteht sich von selbst. Der permanente Bürgerwehrausschuß beschließt, den Bürgermeister Bartsch aufzufordern, sofort eine außerordentliche Magistratssitzung zu berufen, in dieser den Antrag zur Beschlußnahme zu bringen, einen permanenten Ausschuß aus Magistrat und Stadtverordneten zu erwählen und diesem 9. vom Centralausschuß gewählte Vertrauensmänner beigesellen zu wollen. Das Militär ist in die Kasernen konsignirt. Die hiesigen Kaufleute sollten heute einen Revers unterschreiben, wonach sie alle ihre Pulvervorräthe dem Militärkommando zur Disposition stellten, sobald es von Letzterem verlangt werde. Dem Kommandeur der Bürgerwehr in Leipzig, Herrn v. Merckel, ist von der Regierung die Alternative gestellt worden, Kommandeur der Bürgerwehr oder Regierungsrath zu bleiben. Er hat darauf seine Stelle in der Regierung niedergelegt. (A. O. Z.)

Dresden, 13. Nov. In der hiesigen Sitzung der Abgeordnetenkammer wurde der an Blum verübte Mord verhandelt. Der Abg. Tzschirner hatte vor dem Eintreffen der Todesbotschaft eine Interpellation an die Regierung gestellt, über die Schritte, welche die Regierung wegen der Verhaftung Blum's gethan. Diese Interpellation stand auf der heutigen Tagesordnung. Der Präsident Rewitzer ergriff nach Verlesung des Protokolls das Wort: Bei der traurigen Wichtigkeit, welche die auf der Tagesordnung befindliche Interpellation des Abg. Tzschirner erhalten habe, sey es wohl gerecht, diesen Gegenstand sogleich zur Sprache zu bringen, und er veranlasse daher den Interpellanten, die Rednerbühne zu besteigen. Unter lautloser Stille beginnt der Abg. Tzschirner: Er habe heute ein schwieriges, ein trauriges Amt, seine Worte gälten den Manen eines unserer besten Mitbürger. „Unser Robert Blum, dessen Name mit der Freiheit unzertrennlich verbunden ist, den das Volk liebte und das auch er so liebte, ist nicht mehr. Als er die Freiheit des Volkes gefährdet sah, eilte er nach Wien, um dieselbe retten zu helfen. Leider mußte Wien fallen und Blum wurde verhaftet. Auf die Kunde davon eilte man von allen Se t n zur Regierung, daß sie sich für denselben verwende.“ Die Regierung habe sich dem Vernehmen nach dem Ansinnen stets freundlich erwiesen, es sey aber nöthig, öffentlich hier die Sache zur Sprache zu bringen, damit man dem Lande zeige, was für Robert Blum geschehen. — Sein Geist werde in Deutschland leben bleiben, er werde unser Volksheiliger seyn. Wer aber sey ihm mehr verpflichtet als Sachsen! Unsere neueste Geschichte rühre von Robert Blum her, er habe bewirkt, daß sie ohne Blutvergießen sich entfaltet. Er ersuche den Minister des Auswärtigen, soweit es möglich, offizielle Mittheilung zu gewähren. Staatsminister v. d. Pfordten. Wenn der Interpellant gesagt habe, daß er heute eine schwere und traurige Pflicht zu erfüllen habe, so könne er dasselbe auch von sich behaupten. Es gebe in der Geschichte der Völker tragische Momente, wo jede Verschiedenheit der Ansichten und Bestrebungen zum Schweigen gebracht werde. Er wolle einfach erzählen, was ihm bekannt sey. Zunächst erkläre er, daß ihm die offizielle Bestätigung der Thatsache in vollster Form zugekommen, und zwar zuerst durch ein Exemplar der Wiener Zeitung vom 10. November. Der Minister verlas die Stelle und fuhr dann fort: Sobald der Regierung bekannt geworden, daß Wien von den kaiserlichen Truppen besetzt sey, habe sie gleich an ihren Gesandten geschrieben, den sächsischen Unterthanen, welche unter den gegenwärtigen Verhältnissen in Wien anwesend seyen, so viel wie möglich seinen gesandtschaftlichen Schutz zu gewähren. Am 8. Nov. habe sie nun den ersten Bericht in einer Nachschrift zu einer gesandtschaftlichen Depesche, datirt aus Hietzing, erhalten, worin gemeldet worden, daß Robert Blum am 4. Nov. verhaftet seyn solle. Umgehend habe sie an den Gesandten geschrieben und ihn beauftragt, Rob. Blum den gesandtschaftlichen Schutz angedeihen zu lassen, und dabei bemerkt, daß einmal auf seine Eigenschaft als Reichstags-Abgeordneter und dann als sächsischer Staatsbürger hinzuweisen sey. Diese Instruktion sey am 8. Nov. von hier abgegangen und natürlich erst nach Wien gekommen, als bereits das Urtel vollstreckt gewesen. Die Regierung habe nun auf die gestern Abend ihr zugegangene Nachricht vom Tode Blum's sogleich ein anderweites Schreiben abgefaßt, worin dem Gesandten Auftrag ertheilt werde, zunächst für die Effekten Robert Blum's und dafür zu sorgen, daß seine Grabstätte bezeichnet werde. Außerdem habe er, der Minister, verlangt, daß sobald als möglich der Regierung die vollständigen Akten über die Verurtheilung Blum's zugesendet würden, und er habe Aussicht, daß dieß geschehen werde. Das sey Das, was die Regierung gethan. Was nun der Gesandte gethan habe, darüber habe er bis jetzt noch keine Mittheilung erhalten. Abg. Tzschirner: Die Trauer für Robert Blum werde Deutschland übernehmen, es werde sich auch der Hinterlassenen annehmen. Robert Blum's Kinder werde Deutschland zu den seinigen machen. Zu beklagen sey, daß die Wirksamkeit sich erst nach seinem Tode hauptsächlich geltend machen solle. Der Gesandte müsse unbedingt einen Rechenschaftsbericht liefern, das verlange ganz Deutschland. Es sey nothwendig, daß bewiesen werde, daß Robert Blum ein Opfer der Barbarei geworden, daß man sein Amt als Reichstagsabgeordneter nicht geachtet. Daß aber die deutsche Centralgewalt sich in dieser Beziehung so träge verhalten, werde in Deutschland keinen guten Klang erhalten. Wenn sie nun bisher nichts gethan, so sey wenigstens zu verlangen, daß man nach Blum's Tode Alles zur Sühnung der in Wien verletzten Ehre Deutschlands thue. Blum hätte ohne die Zustimmung der Centralgewalt nicht verurtheilt werden können. Man müsse aber darauf bestehen, daß von Frankfurt aus die strengsten Maßregeln ergriffen werden; die Nationalversammlung müsse die Sache Blum's als Sache Deutschlands ansehen, er beantrage daher: die Staatsregierung zu ersuchen, 1) daß der sächsische Gesandte in Wien aufgefordert werde, unverweilt einen Rechenschaftsbericht über sein Verhalten einzusenden; 2) daß von der Centralgewalt gefordert werde, die energischsten Maßregeln zur Sühnung der durch die Tödtung Robert Blum's in Wien verletzten Ehre Deutschlands zu ergreifen. Dieser Antrag wird einstimmig zum Beschluß erhoben, worauf der Präsident die Sitzung schließt, die nur diesem traurig wichtigen Gegenstande gewidmet sein sollte. — Diesen Nachmittag wurde in der I. Kammer der erste Theil des Tzschirner'schen Antrags angenommen, der zweite verworfen.

Dresden, 13. Nov. Gestern nach Eintreffen der Trauerbotschaft von Blum's Ermordung begaben sich sogleich mehrere hier anwesende Deputirte sächsischer Vaterlandsvereine zum Minister des Auswärtigen, der ihnen im Wesentlichen die gleiche Auskunft gab, wie heute in der Kammer. Herr Hirschel aus Dresden bemerkte: Wenn der Minister Alles gethan habe, was in seinen Kräften gestanden, um Blum zu retten, so komme es darauf an, ob man auch ein Gleiches von dem sächsischen Gesandten in Wien

sagen könne. Dieser Gesandte ist Herr Könneritz, ein Bruder des bekannten, verhaßten, früheren Ministers. Der Minister theilte den Deputirten sofort den Inhalt einer bereits eingezogenen Depesche dieses Herrn mit: Er meldet: Als ihm die Verhaftung Blum's bekannt geworden, habe er in einer schriftlichen Note die österreichische Regierung um Mittheilung der Gründe der Verhaftung ersucht, und am andern Tage, als ihm in Hietzing das Gerücht von Blum's Tode zugegangen, sich persönlich in die Staatskanzlei verfügt, um Auskunft darüber zu verlangen, die Effekten Blum's zu reklamiren und ihm einen Grabstein setzen zu lassen, damit die Seinigen einmal die Stätte wüßten, wo er begraben läge. Mit diesem Auftreten des sächsischen Gesandten, der sich bei der Verhaftung eines Mannes, wie Robert Blum, durch Militärgewalt auf schriftliche Auskunftsforderung beschränkte, konnten sich die Deputirten natürlich keineswegs zufrieden erklären, und Herr Kell bemerkte dem Minister, das Ministerium sey es zur Sühne für die tief beleidigte öffentliche Meinung sich selbst schuldig, öffentlich zu erklären, daß es vom Gesandten strenge Rechenschaft fordern und ihn abberufen werde, wenn er nicht darthun könne, daß er alle Mittel, Blum zu retten, erschöpft habe.

Leipzig, 15. Nov. Die Stadtverordneten, deren Robert Blum angehörte, drückten in ihrer heutigen Sitzung ihre tiefe Entrüstung über den schmählichen Mord durch allgemeine Erhebung aus und beschloßen, die schon eingelaufenen Anträge des Stadtraths anzunehmen. Der Stadtrath beantragte: drei Petitionen, die Rechenschaft fordern, an die Centralgewalt, an die Nationalversammlung und das Gesammtministerium zu erlaßen. Die Adreßen, für welche eine Redaktionskommission niedergesetzt wurde, sollten durch eine Deputation nach Frankfurt gebracht werden. Es wurde ferner beschlossen, in der Adresse an das sächsische Gesammtministerium die Erwartung auszusprechen, daß es den sächsischen Gesandten sofort von Wien nach Dresden berufen und ihm eine Rechtfertigung über sein Verhalten abfordern werde, zugleich auch in der Adresse die Revision des Prozesses zu verlangen.

Leipzig, 14. Nov. Wegen des gewaltsamen Todes des Reichstagsabgeordneten Blum hat der Ausschuß des Deutschen Vereins hier folgende Adresse heute nach Frankfurt a. M. erlaßen: An die hohe Reichsversammlung zu Frankfurt a. M. Mit tiefster Entrüstung haben wir die Kunde von der Hinrichtung Robert Blums, Vertreters des deutschen Volkes, gehört. Wir erkennen darin die unverantwortlichste Verletzung der Ehre der deutschen Nation in der Person eines ihrer Abgeordneten. Zu der hohen Reichsversammlung haben wir das unerschütterliche Vertrauen, sie werde diese Schmach auf jede Weise ahnden und so ihre eigne Ehre vor den Augen Europas wahren. Leipzig, 14. Nov. 1848.

Leipzig, 14. Nov. (Abends 5 Uhr.) Von den heute Nachmittag zu erwarten gewesenen berliner Morgenblättern ist uns nur die königl. privileg. Berlinische (Vossische Zeitung) zugekommen. Mehre Bekanntmachungen eröffnen dieselbe. Eine derselben vom Generalmajor v. Thümen, Commandanten von Berlin, besagt, da trotz des mit dem Belagerungszustand ergangenen Verbots, daß bei Tage nicht mehr als 20, des Nachts nicht mehr als 10 Menschen sich auf den Straßen beisammen finden sollen, dennoch die Straßenattroupements fortdauern, den Truppen augenblicklich Platz machen und sie nachher neckend und verhöhnend umschwärmen, daß „mit dem Erscheinen dieser letzten Verwarnung den Truppen Befehl ertheilt worden sey, gegen die sie in der angegebenen Weise verhöhnenden Volksmaßen die Schußwaffe in ihrem ganzen Umfange zu gebrauchen, sobald nach erfolgtem Signal zum Auseinandergehen nicht augenblicklich genügende Folge geleistet wird." Eine Bekanntmachung des Generals Wrangel lautet lakonisch: „Nachbenannte Blätter: 1) die Reform, 2) die Zeitungshalle, 3) die Lokomotive, 4) die Republik, 5) die Volksblätter, 6) die ewige Lampe, 7) der Krakehler, 8) Kladeradatsch sind während der Dauer des Belagerungszustandes suspendirt. Berlin, 15. Nov. 1848. Einer gestern zum zweitenmale nach Potsdam gegangenen Deputation der permanenten Stadtverordnetenversammlung wurde als Entschluß des Ministerpräsidenten mitgetheilt: der Ministerpräsident sey zwar nicht abgeneigt, der Deputation Eingang beim Könige zu vermitteln, wenn der rechte Zeitpunkt dazu gekommen seyn wird. Allein es könne der Ministerpräsident nicht zugeben, daß jetzt eine Deputation das Gefühl des Königs rege mache, um Maßregeln zu verhindern, die das verantwortliche Ministerium auszuführen für nöthig erachte. Stadtverordneter Lewald erklärte darauf, daß die Deputation alle Tage anfragen werde, ob jetzt der rechte Zeitpunkt gekommen sey, die Deputation vorzulassen. In Folge der Bekanntmachung des Generals Wrangel, daß Plakate, Zeitungen und andere Schriften nur dann gedruckt, öffentlich verkauft oder durch Anschlag verbreitet werden dürfen, nachdem das hiesige Polizeipräsidium die Erlaubniß dazu ertheilt hat, erschienen heute Abgeordnete der Zeitungen auf dem Polizeipräsidium, um dort Auskunft über die neue Reorganisation der Censur einzuholen; es wurde ihnen aber vom Polizeipräsidium erklärt: Dasselbe halte die betreffende Verordnung des Generals Wrangel für ganz ungesetzlich, das Präsidium werde sich nur auf dem gesetzlichen Boden bewegen und keine Censur einführen. Es könne gedruckt werden was da wolle, das Polizeipräsidium werde keinen Censor bestellen. *) — Ueber die Unruhen in Potsdam wird noch gemeldet: Es ist der elektrische Telegraph, der von Berlin nach Potsdam geht, zerstört werden, das Volk hat mehre Pulverwagen angehalten, demolirt und ins Wasser gestürzt, auch mehre Brodwagen geplündert. Der König sah sich veranlaßt, sein Schloß mit Soldaten zu umstellen. Der Bürgerwehr ist es zuletzt gelungen, die Ruhe herzustellen.

Stuttgart, 15 Nov. Zu Anfang der heutigen Sitzung kündigt Scherr einen Antrag in Betreff der gegenwärtigen Lage Berlins, Seeger in Betreff der standrechtlichen Erschießung des Reichstagsabgeordneten R. Blum für morgen an. — Darauf Berathung eines Berichtes der Ablösungs-Kommission über die Zehentfrage. — Man theilt sich in der Kammer mit, daß die Ministerkrisis zu Ende sei. — Der König soll Willens sein, 300,000 fl. an der Civilliste nachzulassen, und zwar die bereits zeitweise nachgelassenen 200,000 fl. hinfort ständig für seine Lebenszeit, und weitere 100,000 fl. wiederum zeitweise. — Der Ausschuß des Volksvereins hat beschlossen, eine Todtenfeier für R. Blum zu veranstalten. Ebenso die deutschkatholische Kirche. Hier herrscht allgemeines Entsetzen über den an R. Blum unter dem Deckmantel der Legalität verübten Mord. Zum Himmel schreit dies Blut um Rache: sie muß und wird ihm werden, sollen die Völker nicht an der ewigen Gerechtigkeit verzweifeln. (St. Beob.)

*) In Folge dieser Erklärung, sind wahrscheinlich die obigen Blätter geradezu verboten worden. Anm. d. Red.

Neuestes.

Berlin, 14. Nov. Die Nationalversammlung hält ihre Berathung jetzt im Cölnischen Rathhause und wird in Berlin bleiben. Die Soldaten gehorchen nur noch knirschend. Sie weinten wie Kinder, als die militärische Sprengung der Versammlung vollzogen wurde. Das Martialgesetz ist von Wrangel gegen Verleitung des Militärs publicirt worden. Die Zuzüge aus den Provinzen, die Zustimmungsadreßen mehren sich. Man wartet in den Provinzen nur auf den ersten Kanonenschuß. Auf den König soll in Potsdam geschoßen worden seyn. Morgen soll die Ablieferung der Waffen erzwungen werden. **Die preußische Monarchie hat sich lächerlich und unmöglich gemacht.**

Es sind uns Beiträge für Robert Blum's Hinterbliebene zugekommen. Wir erklären hiemit, daß wir fernere Beiträge sowohl für diesen Zweck, als für die deutsche Demokratie in Berlin annehmen, und darüber öffentlich quittiren werden.

Die Expedition des freien Staatsbürger.

Gedruckt — unter Verantwortlichkeit der Verleger — bei J. L. Stich.
Expedition S. 39 im Gasthof zum König Otto II. Etage.

Der freie Staatsbürger.

Erscheint täglich. Preis in ganz Bayern vierteljährlich 1 fl. 30 kr., halbjährlich 3 fl., jährlich 6 fl.

Organ der Demokratie.

Inserate werden die dreispaltige Petitzeile zu 3 kr. berechnet. Die Abonnenten haben für die Hälfte des Abonnementpreises Inserate frei.

Nr. 47. Nürnberg, Sonntag, den 19. November **1848.**

Auf die Erstürmung Wiens.

1.

Wien unterlegen! . . . Höhnend auf die Stirn
Der Freiheit treten wieder die Despoten.
Der Schädel knackt und springt, es spritzt das Hirn —
Mein Vaterland, das Spielzeug der Zeloten.
Noch einmal ballt es krampfhaft seine Hand
Und will die Mörder an der Gurgel packen . . .
Ohnmächtiger Prometheus, deutsches Land,
O dulde nur und laß die Geier hacken!

Das Blut der Helden, edles Männerblut,
Es floß und schoß aus hunderttausend Wunden.
Und welcher Sieg dafür? — Gebeugt der Muth,
Das Volk auf's Neu' geknechtet und geschunden.
Verlöschend flackert der Begeist'rung Brand,
Der Zeitgeist wandelt über Schutt und Schlacken . . .
Ohnmächtiger Prometheus, deutsches Land,
O dulde nur und laß die Geier hacken!

Die Flocke fällt, der Winter bricht herein,
Die Sonne sinkt, schon will es Abend werden.
Mein Volk heult auf in namenloser Pein,
Bestreut sein trauernd Haupt mit Asch' und Erden.
Es knirscht in seiner Fesseln Eisenband,
Es wirft empor den narbenvollen Nacken . . .
Ohnmächtiger Prometheus, deutsches Land,
O dulde nur und laß die Geier hacken!

2.

Die Geier hackten lang genug;
Schweig mit dem Trauerlied, o Sänger!
Wir wappnen uns gen Lug und Trug,
Und tragen Schimpf und Schmach nicht länger.
Wir haben Axt und Beil gewetzt,
Wir schleifen wuthentbrannt die Degen,
Die Mörder all', die uns gehetzt,
Zu hetzen selbst und zu erlegen.

Von Haus zu Haus, von Thor zu Thor,
Von Stadt zu Stadt in allen Gauen
Bricht der verhalt'ne Groll empor
Mit zornigdroh'nden Augenbrau'n.
Da ist kein Dorf so klein, das nicht
Zum Heerzug seine Männer stellte,
Kein Arm so schwach, der beim Gericht
Nicht eine Menschentanne fällte.

Und Zahn um Zahn und Blut um Blut!
Was ihr gesät, ihr sollt es ernten.
Und Mord um Mord und Wuth um Wuth,
Wie wir's von unsern Henkern lernten.

Sieg oder Tod! Tod oder Sieg!
So steh'n und fallen Deutschlands Bürger.
So kämpfen wir den heil'gen Krieg
Des Rechtes gegen seine Würger.

Geschrieben am Tage der gesetzlichen Ermordung Robert Blums, den 9. Nov. 1848.

Vereinigte Staaten von Deutschland.

* Nürnberg, 16. Nov. (Robert Blum, sein Tod und sein Leben.) Robert Blum ist für Deutschland, für das einige Deutschland gestorben. Er wurde gemordet, nicht obgleich, sondern weil er ein Reichstagsabgeordneter war. Dieß sagen uns übereinstimmend die neuesten Nachrichten über seinen Tod. Am 14. Nov. gab Dr. Hitscher im Dresdener Vaterlandsverein eine aus mündlichen Mittheilungen Fröbels, der an demselben Tage durch Dresden gereist war, geschöpfte Darstellung der letzten Augenblicke Blum's, welche keinen Zweifel übrig läßt, daß der Gemordete als ein Opfer des Antagonismus Oesterreichs gegen Deutschland gefallen ist; denn, so erzählte Fröbel, sobald er den verhängnißvollen Protest gegen seine Verhaftung mit Berufung auf seine Mitgliedschaft des deutschen Parlaments schriftlich eingereicht gehabt, sei die unglückliche Wendung seines Schicksals eingetreten. Uebereinstimmend damit schreibt man der D. A. Z. aus Wien: Zur Blum'schen Katastrophe muß ich bemerken, daß Wenige das rechte Einsehen in diese Sache haben dürften, und der Leidenschaftlichkeit beimessen werden, was das Resultat berechneter Politik gewesen. Blum's Hinrichtung war ein Staatsstreich, um das Frankfurter Parlament zu desavouiren. Es ist kein Schwanken mehr, sondern ein entschiedenes Losreißen von Deutschland, ein ebenso entschiedenes Aussprechen für eine slavisch-österreichische Monarchie, mit Berücksichtigung der Nationalitäten." Gleichzeitig ersehen wir aus dem amtlichen Theile der Wiener Zeitung, daß der Schlächter Windischgrätz erklärt, es seien bis jetzt nur drei des Hochverrathsverbrechens überwiesene Individuen mit dem Tode bestraft worden (Blum, Jelovicki, Sternau). Wir sind weit entfernt, dem Schlächter Windischgrätz dieß auf's Wort zu glauben. Allzu bestimmt sprechen fast alle Berichte aus Wien von den zahlreichen Hinrichtungen, die dortselbst stattfinden, namentlich sollen 36 Studenten auf einmal aufgehängt worden seyn. Offenbar aber soll durch diese Erklärung Windischgrätz's die Hinrichtung Blum's um so stärker hervorgehoben werden, indem man sie als eine fast vereinzelte hinstellt. Hunderte von Oesterreichern, die in demselben Falle waren wie Blum, verschont man, das will Windischgrätz mit seiner Erklärung sagen, ihn aber, den Deutschen, den deutschen Reichstagsabgeordneten überliefert man dem Henker! Das sind die Folgen davon, das ist der Dank dafür, daß die Gesellschaft in der Paulskirche nicht revolutionär, sondern legal, im Einverständniß mit den Regierungen vorwärts oder vielmehr rückwärts schritt, daß sie nicht auf das Volk sich stützte, aus dem sie hervorgegangen, sondern auf Diejenigen, die das Volk von Alters her unterdrückt hielten. Uebrigens soll Blum, wie die D. A. Z. meldet, es nicht für möglich gehalten haben, daß man die Hinrichtung an ihm wirklich vollziehen werde. „Wozu das Possenspiel," soll er den Offizier gefragt haben, als man ihn über

die Brücke führte. „Sie irren, Herr Blum, erwiderte der Offizier, Sie werden erschossen.“ Einen Augenblick soll hierauf Blum seine Fassung verloren, aber sich sogleich wieder ermannt haben. Doch lassen wir diese Erzählungen, von denen wir nicht wissen können, in wie weit sie sich bewahrheiten, und kehren wir zum Leben Blum's zurück, wie es offen vor uns, vor dem deutschen Volke liegt. Wir haben schon vor längerer Zeit in einem Artikel über Blum (fr. Staatsbürger vom 27. Juli, Nr. 42) hervorgehoben, daß die Bedeutung Blum's vorzugsweise darin liege, daß er aus dem Volke hervorgegangen und Alles durch sich selbst geworden. Er ist aus dem Volke hervorgegangen, aus dem Volke, welches die Zukunft in sich trägt, weil es sich rein gehalten hat von der Verderbniß und Verpestung, durch welche die sog. höheren Stände vergiftet sind. Dieß hauptsächlich sichert auch Blum die Liebe und die Verehrung des Volkes, dem er von Geburt aus angehört, für das er nicht bloß gelebt und gestrebt hat, für das er auch gestorben ist, und wir glauben uns den Dank unserer Leser zu verdienen, wenn wir ihnen im Nachfolgenden eine kurze, der A. O. Z. entnommene Lebensbeschreibung Blum's mittheilen. Sie sehen daraus, wie unscheinbar der Ursprung, wie hart die Jugend, aber auch wie groß das Mannesalter und — der Tod dieses Volksmannes war. Möge sein Leben und sein Tod für Viele ein Sporn werden, die in dunkeln Verhältnissen lebend und von Schwierigkeiten umringt, doch den Drang in sich fühlen, für größere Kreise zu wirken und um ihr Volk, um die Freiheit, um das Vaterland sich verdient zu machen! Sein hohes Beispiel kann ihnen Muth geben. — Robert Blum ist geboren am 10. November 1807 zu Köln, er war das Kind ganz unbemittelter Eltern; sein Vater, zuerst Faßbinder, arbeitete später in einer Stecknadelfabrik um den täglichen Lohn von 4 Sgr. und starb 1815. Seine Mutter heirathete bald darauf einen Schiffsknecht, der seinen Stiefsohn Robert gar oft betteln schickte. Die Hungersnoth der Jahre 1816—1817 brachte auch in Blum's Familie großes Elend hervor, 6 Köpfe mußten täglich mit 3 bis 4 Pfund Brod ihren Hunger stillen. Im 12. Jahre wurde Blum konfirmirt und vom Geistlichen als Meßdiener verwendet; 1818 kam er auf das Jesuitengymnasium, das er jedoch schon nach einem halben Jahre verlassen mußte, weil sich Niemand des nunmehr verwaisten Knaben annahm. Dieser ging nun zu einem Goldarbeiter in die Lehre, hierauf zu einem Gürtler und endlich zu einem Gelbgießer. Nachdem er die „Höllenjahre“ der Lehre überstanden, wanderte Blum nach Elberfeld, nahm dort als Gelbgießer Arbeit, fand später in Barmen Beschäftigung, bis er in der Laternenfabrik der Kölnischen Gasbeleuchtungsanstalt eine bessere Stellung erhielt; auf dem Komptoir verwendet, machte er viele Reisen und kam 1829 nach Berlin. Hier studirte er lange Zeit Physik, Chemie und Mechanik, worin er jedoch gar bald durch seine Aushebung und Einstellung in das in Prenzlau liegende 24. Infanterieregiment unterbrochen wurde. 1830 wurde er Theaterdiener in Köln. Um diese Zeit schrieb er politische Gedichte, wozu ihn die Begeisterung für die polnische Revolution trieb. Sein Direktor fallirte, Blum wurde brodlos und mußte um den monatlichen Gehalt von 6 Rthlr. die Stelle eines Gerichtsschreibers übernehmen. 1832 ging er als Theatersekretär nach Leipzig, wo er 1840 erster Kassirer des Stadttheaters wurde; daselbst war er Mitarbeiter mehrerer Zeitschriften, z. B. der sächsischen Vaterlandsblätter, zu deren Redaktionsübernahme ihm die Koncession verweigert wurde; er leitete in Leipzig die deutsch-katholische Bewegung. Bei den blutigen Ereignissen des 12. August 1845 war es Blum, welcher die Massen des empörten Volkes von den schlimmsten Plänen abhielt. Blums Verdienste um die in Sachsen 1845 verliehene Preßfreiheit und Vereidigung des Militärs auf die Verfassung sind die bedeutendsten; die Stadt Zwickau ernannte ihn zu ihrem Ehrenbürger, in Leipzig wurde er Stadtverordneter. 1848 wurde Blum von der Stadt Zwickau zum Abgeordneten der deutschen Nationalversammlung gewählt. Seine rastlose Thätigkeit und sein Einfluß in derselben sind bekannt, er war bei allen Parteien geachtet, von seinen Freunden geehrt, von seinen Feinden gefürchtet. Am 13. Oktober reiste er von Frankfurt nach Wien; am 15. passirte er Breslau, wo er sein Ende ahnte: „fällt Wien, so fällt Blum“ waren seine Worte. In Wien sah man ihn während des Kampfes mit einem Säbel bewaffnet auf den Straßen und Plätzen die Kämpfenden ermuthigen und anfeuern. Am 5. November ließ ihn der Kroate fangen, bis zum 7. schmachtete er, der unverletzliche Abgeordnete des deutschen Volkes in Fesseln, am 8. ward er vor ein Kriegsgericht gestellt, dem er laut bekannte, daß er die Wiener angespornt zum Kampfe gegen die Truppen und daß er dem Fürsten geflucht. Er wurde zum Tode durch den Strang verurtheilt, das Urtheil wurde ermäßigt. Am 9. November, dem Tage vor dem 41. Geburtstage Blums früh 8 Uhr wurde Robert Blum auf Befehl des Wendenfürsten Windischgrätz erschossen. Er war gefaßt und weinte nur bei dem Gedanken an seine Familie, seine Frau und vier Kinder. Zum Vormund derselben hat er Arnold Ruge ernannt.

* Nürnberg, 17. Nov. Es ist ein eigenthümliches Schauspiel, wie jetzt namentlich durch die Ermordung Blums auch den gemüthlichsten Philisterblättern nach und nach und recht allmählig die Augen aufgehen, wie sie nach und nach und recht allmählig eine Reaktion sehen. So läßt sich das Frankfurter Journal aus Leipzig schreiben: Blum habe eigentlich doch recht gehabt, als er nicht nachgelassen in der Mahnung sich die volle Freiheit zu gewinnen, das zeige wieder Berlin. Dann schließt der Berichterstatter sehr naiv: „So weiter und weiter werden sie schreiten, die Mächtigen, und uns wieder nehmen, was wir errungen, weil wir's nicht zu halten vermocht, nicht erhalten gewollt und die mit Füßen von uns stießen, die tieferen Blickes in die Zukunft schauten und scharfsichtig die Pläne erkannten, die man gegen das Volk geschmiedet.“ Wenn Ihr jetzt einseht, daß die, welche Ihr mit Füßen von Euch gestoßen, Recht gehabt, warum rafft Ihr Euch nicht jetzt noch auf und thut eine kühne That? Die „Mächtigen!“ Wer macht sie denn mächtig, als Ihr? Sie sind gerade so lange „mächtig,“ als Ihr Narren seyd. Ihre Macht ist die Dummheit des Volkes. Als das Volk den Verstand verloren, sind sie „mächtig“ geworden, wenn es ihn wieder finden wird, ist ihre Macht dahin.

* Nürnberg, 17. Nov. [Der Anfang des Endes.] Das Königthum in Preußen hat sich lächerlich und unmöglich gemacht, dieser Eindruck überkam uns, als wir heute vor Schluß unseres letzten Blattes die eingetroffenen neuesten Zeitungen und Nachrichten aus Berlin überliesen. Es ist wirklich so. Der ungeheuere Wahnsinn, durch eine aus dem Volke hervorgegangene, nur durch Kamaschendienst vom Volke scharf abgesonderte Militärmacht den Willen, sd. h. die Willkür eines Mannes, der zufällig im Purpur geboren ist, und einer Kamarilla, die diesen Einen umgibt, im Widerspruche mit dem gesammten Volke und dessen gesetzlichen Vertretern durchsetzen zu wollen, liegt nun offen zu Tage. Die alte Wirthschaft löst sich auf. Wohl möglich, daß man sie mit Blut noch einige Augenblicke wird kitten können, aber ihr gänzlicher radikaler Sturz ist dann nur um so gewisser. Schlimmsten Falls kann das Land das Königthum und das Säbelregiment durch Aushungerung bezwingen. Deshalb erklärt sich auch Alles für Steuerverweigerung. Steuerverweigerung ist der Ruf der Rheinprovinz, und mit Recht sagt die N. Rh. Ztg., nachdem das Ministerium für hochverrätherisch erklärt sei, sei auch jeder ein Hochverräther, der es durch Steuern unterstütze. Die Bauerschaft der Gegend von Oschersleben und Neuhaldensleben, einer Gegend, die völlig frei geblieben von aller Wühlerei, hat eine Anzahl Landleute nach Berlin geschickt, mit dem Auftrage, zweierlei zu erklären: 1) würden sie keinen Groschen Steuern mehr bezahlen, bevor nicht ein neues volksthümliches Ministerium vorhanden sei. 2) Fordern sie ihre Kinder zurück. Sie hätten sie in das Heer treten lassen als Soldaten, nicht als Mörder. — Ein Beschluß über Steuerverweigerung wurde zwar von der Versammlung nicht gefaßt, aber Waldeck sagte: „Sie haben gehört, was einfache Landleute sagten. Es versteht sich ganz von selbst, daß einem hochverrätherischen Ministerium keine Steuern bezahlt werden. Es bedarf keines Beschlusses von uns, nur einer Erklärung für die Schwachen. „Die Manifestationen aus den Provinzen sind unzweideutig, für die Regierung erdrückend. Eine von dem aus 96 Ortschaften gebildeten Rustikalvereine des Glogauer Kreises an den König gerichtete Vorstellung sagt mit dürren Worten buchstäblich Folgendes: „Wir sind überzeugt, Majestät, daß Sie im Unrecht sind; lenken Sie nicht ein, so werden wir nach der Pflicht, die uns das Bürgerwehrgesetz auferlegt, unsere Waffen ergreifen und die Freiheit beschützen.“ Gerade die so sehr verschrieene Hauptstadt Pommerns, Stettin, hat die entschiedenste Haltung angenommen. Von dem Stadtrath Sternberg, einem Mitglied einer Stettiner Deputation, erzählt man folgende Aeußerung, die er dem Minister Brandenburg gegenüber gethan haben soll: „Wenn Ew. Excellenz der Provinz Pommern die Wahl lassen zwi-

schen der gegenwärtigen Regierung und einer republikanischen Regierungsform, so wird sie sich unstreitig in ihrer großen Mehrheit für die Republik entscheiden." Fortwährend treffen Deputationen von da in Berlin ein, welche sich dem Ministerium gegenüber energisch für die Nationalversammlung erklären. Das Oberlandsgericht zu Halberstadt soll die Kassen mit Beschlag belegt und erklärt haben, daß es auf Requisition des gegenwärtigen Ministeriums keine Zahlungen leisten lasse. Die Provinz Preußen spricht sich für Jakoby's Worte, folglich auch für die Haltung der N.-Vers. aus. In Schlesien sitzen nicht blos die Ausschüsse der Clubs permanent, sondern man rüstet sich auf's Eifrigste zum Kampfe. Die Breslauer Studentenschaft hat folgenden Aufruf erlassen: „Väter und Brüder in Schlesien! Wir sind mit Füßen getreten, wir sind entehrt in unsern Abgeordneten. Väter, Brüder! Im Augenblick der höchsten Gefahr wenden wir uns an Euch, im Augenblick roher Gewaltthaten fordern wir Euch auf, im Verein mit uns der Freiheit Eueren Arm, Eueren Muth zu weihen. Das Vaterland ist in Gefahr! Wenn die Signale in Breslau den heiligen Kampf verkünden, dann ergreift die Waffen; der Tag der Entscheidung ist da! Vernichten wir das Verbrechen! Es lebe die „Freiheit! Ganz Schlesien steht kampfgerüstet da. Aus Brieg schreibt man: „Die Bürgerschaft ist vom besten Geiste beseelt. Auf den umliegenden Dörfern ist die Volksbewaffnung vollständig da, meistens Gewehre, dann Lanzen, Heugabeln. So wird man den Angriff abwarten. Im Nothfall ist man entschlossen, alle Steuern zu verweigern." So spricht sich das Volk, ohne Unterschied der speziellen politischen Richtungen, überall einstimmig zu Gunsten der Volksvertretung aus und ist fest entschlossen, seine Freiheit mit den Waffen in der Hand zu behaupten gegen die plumpen Versuche der Kamarilla, und was wollte in unserer Zeit dieser Einstimmigkeit des Volkes gegenüber, das die Mittel für die Staatszwecke liefern muß, das Militär bedeuten, selbst wenn dieses starrsinnig in der feindseligen Stellung gegen das Volk verharren würde? Aber dieß scheint dem laut ausgesprochenen Willen des Landes gegenüber fast undenkbar, und es kamen in der That schon Scenen vor, welche beweisen, daß der Soldat seines Ursprungs aus dem Volke nicht gänzlich vergessen hat. Als man das Bureau der Versammlung mit Gewalt aus dem Schützenhause entfernte, und namentlich der Vicepräsident Plönnies so unerschütterlich auf seinem Sitze blieb, daß er emporgehoben und hinausgetragen werden mußte, waren die anwesenden Offiziere und Soldaten sichtlich tief ergriffen, viele sprachen offen ihre Bewunderung aus und in den Augen mancher sah man Thränen. Als das Volk den mit Gewalt hinausgeführten Vicepräsidenten mit einem Hurrah begrüßte, stimmten die Soldaten mit ein. Soldaten, die zum Einschreiten gegen eine Volksgruppe kommandirt wurden, nahmen Gewehr bei Fuß und blieben nicht selten lachend stehen. Am 13. hatten sich Hunderte trotz der Wrangel'schen Belagerungsplakate vor dem Schlosse unter den Fenstern des Oberbefehlshabers der Marken gesammelt. Ein Offizier mit einem Schützenpiket rückte an. Das Volk stand. Er kommandirte zum Laden, die Soldaten standen. Es blieb dem Mann nichts übrig, als mit seinen Soldaten in das Schloß zurückzukehren, wohin ein jubelnder Hurrahruf der Menge folgte. Wrangel scheint dazu berufen, den letzten Rest von Ansehen, welchen die mehrmonatlichen Konflikte zwischen dem Volk und der Staatsgewalt der letzteren übrig gelassen haben, vollends zu vernichten. Er verbietet nicht mehr als zu 10. resp. 20. auf den Straßen zusammenzustehn, und zu Hunderten sammelt sich das Volk unter seinen eigenen Fenstern. Er verbietet die Klubs, und ein großes Plakat des Assessors Wache erläßt an ihn die Einladung, den Berathungen des Bürgerwehrklubs beizuwohnen. Dieses Plakat schließt mit den Worten: „Trotz Wrangels Verordnung Nr 4. in seinem Belagerungserlaß ohne v. Bardelebens Erlaubniß gedruckt und angeschlagen." Wrangel führt die Polizeicensur ein, kein Mensch kehrt sich daran, und wer sich bei der Polizei über die neue Organisation der Censur unterrichten will, erhält den Bescheid: der Polizeipräsident denke gar nicht daran, den Gesetzen entgegen Censur üben zu wollen. Die richterlichen und übrigen Beamten in Berlin sprechen sich entschieden gegen die Wrangel'sche Militärherrschaft aus. Als die Abgeordneten am 14. das kölnische Rathhaus verlassen hatten, erschien der Major Bielefeld mit Soldaten und forderte den allein zurückgebliebenen Präsidenten Unruh auf, den Saal zu verlassen. Unruh erklärte, sein Geschäft als Präsident sei jetzt beendet, er weile nur noch als Privatmann hier, als solcher wolle er ihm und denen, die ihn gesendet hätten, den Rath ertheilen, daß sie das Hausrecht respektiren und die Habeas-Corpus-Akte nicht verletzen mögen. Der Major ging. Der Abgeordnete Schramm wurde zwar vom Militär bei Austheilung von Plakaten verhaftet, aber wieder freigegeben. Wrangel hat das Militärgesetz gegen Verleitung des Militärs verkünden lassen. Dagegen hat man die Frist zur Ablieferung der Waffen abermals bis zum 16. verlängert. Möglich, daß dabei doch noch ein Konflikt herbeigeführt wird, allein je länger die Entscheidung sich hinzieht, um so mehr verliert die Regierung an Boden. Die Berliner Revolution ist die eigenthümlichste, welche die Weltgeschichte sah, aber ächt deutsch. Solche Revolutionen haben in Deutschland Erfolg. Der Hof hatte auf Herbeiführung von Konflikten durch das Volk gerechnet, und auf diese Voraussetzung seinen ganzen Plan gebaut. Die Voraussetzung ist nicht eingetroffen, die Kontrerevolution hat sich verrechnet, kompromittirt, das Königthum ist verloren. Es wird, wie wir fast vermuthen, demnächst einzulenken suchen, obwohl der König einer Magdeburger Deputation erklärte: „Ich werde nicht wanken noch weichen, sondern fortgehen auf dem betretenen Wege." Durch einen Komödiantenstreich wird man zuletzt die thöricht auf's Spiel gesetzte Krone noch einmal zu retten suchen —, man wird höchstens eine Galgenfrist erlangen. Dann bleibt nur noch ein Mittel übrig — die Russen.

München, 16. Nov. Die „Neue Münchner Zeitung" soll, wie bekannt, das Organ unseres Ministeriums seyn. Gewiß weiß man, daß ein poetischer Ministerialrath — vor einigen Tagen erst mit dem Ritterkreuze eines Verdienstordens geschmückt — der eifrigste Mitarbeiter derselben ist. Die genannte Zeitung rechtfertigt die Schurkenpolitik eines Windischgrätz, billigt die unerhörte Mordthat an Robert Blum verübt. Wir glauben uns berechtigt das Ministerium auffordern zu dürfen, daß es erkläre, wie weit die Neue Münchner Zeitung Vertreterin seiner Meinungen sey. Wir fordern diese Aufklärung Angesichts der Begebenheiten in Wien und Berlin, zur Beruhigung besorgter Gemüther, wir wünschen sie, damit man wisse was von unserm Ministerium nun zu halten sey. (Vorw.)

* München, 16. Nov. Der deutsch. const. Zeitung zufolge wird die Münchner Garnison für den nächsten Landtag bedeutend verstärkt, ohne Zweifel, damit die Volksvertreter hinter Bajonetten sicher und ohne „terrorisirt" zu werden, berathen können. Es ist außerordentlich, wie unsre Landesväter für das Volk besorgt sind! Heute erschien hier ein Flugblatt, welches die „frevelhafte Mordthat", verübt von dem Fürsten Windischgrätz an Robert Blum, beschreibt und dessen Ertrag für die Hinterbliebenen Blum's bestimmt war; es wurde sogleich von der Polizei mit Beschlag belegt. Natürlich, eine Regierung, deren Organ über die Hinrichtung Blum's jubelt, kann Windischgrätz nicht einen „Mörder" nennen lassen, denn was wäre dann sie? Die Antwort auf diese Frage kann sich jeder Mann von gesunder Logik selbst geben.

= München, 16. Nov. (Hört!) Viel Aufsehen macht hier ein Befehl des Kreiskommandos, daß an allen Gewehren, welche sich in dem hiesigen bürgerlichen Zeughause befinden, die Bajonette und die Schlösser abgeschraubt und abgeliefert werden sollen. Man ist mißtrauisch und denkt an Berlin und Wien.*)

L. Frankfut, 15. Nov. Der Eindruck, welchen Blum's Ermordung hier gemacht, ist schwer zu schildern, schon deshalb, weil das Volk einem gefesselten Löwen gleicht, der sich vor seinen Drängern enthält sich merken zu lassen, daß er seine Ketten fühle. Entsetzen und grauenhafte Verwunderung sind die vorwaltenden Gefühle. Der gräßliche Sieg dieser Ruhe und Ordnung, gestützt auf Mord und Standrecht, Schändung, Nothzucht, Plünderung und Verachtung des Gesetzes scheint übrigens selbst die Fanatiker und Wühler für Ruhe beben zu machen. — Zu der Ansicht welche sich mehr und mehr über die deutsche Nationalversammlung festsetzen muß, einen neuen Beleg: Von Stettin, welches sich entschieden für das Verhalten der Berliner Nationalversammlung ausgesprochen, kam eine Deputation und zwar sehr gemäßigte Männer aus den dortigen konstitutionellen Clubs, hieher, um die Hülfe der deutschen Nationalversammlung gegen die willkürlichen Maßregeln des Königs in Anspruch zu nehmen. Ein schon

*) Wie gutmüthig doch die Münchner sind! Wo Jedermann d[illegible] [illegible] Maßregel des Absolutismus klar erkennt, sind sie b[illegible] „mißtrauisch." Anm. d. Red.

länger beim gewerblichen Congreße hier anwesender Berliner rieth der Deputation, erst in die Sitzung (die gestrige) zu gehen. Was war das Resultat? Sie entfernten sich bald, und äußerten gegen Abgeordnete aus Preußen in einem nahen Kaffeehouse, daß sie allerdings einsähen, es sei in Deutschland gekehrt worden, und alles Kehricht nach Frankfurt gekommen. Die Deputation reiste augenblicklich nach Hause zurück und bedauerte nur — ihr verlorenes Geld für die Reise von den Gestaden der Ostsee nach Frankfurt.

I. Frankfurt, 16. Nov. (116. Sitzung der deutschen Nationalversammlung.) Bei Beginn der Sitzung verliest Kirchgeßner den Bericht des Ausschusses für die österreichischen Angelegenheiten über den Antrag des Abg. Simon von Trier, bezüglich der in Wien stattgefundenen Verhaftung und standrechtlichen Behandlung des Abg. Rob. Blum aus Leipzig. Der Ausschuß kann zwar ein bestimmtes Urtheil über die an Blum begangene That zur Zeit nicht aussprechen, faßte aber folgenden Antrag: Die Nat.-Vers., indem sie vor den Augen von ganz Deutschland gegen die mit Außerachtlassung des Reichsgesetzes vom 30. Sept. l. J. vollzogene Verhaftung und Tödtung des Abgeordneten Robert Blum feierlich Verwahrung einlegt, fordert das Reichsministerium auf, mit allem Nachdrucke Maßregeln zu treffen, um die unmittelbaren und mittelbaren Schuldtragenden zur Verantwortung und Strafe zu ziehen. Der Antrag wird ohne Diskussion einstimmig angenommen, wodurch einige Amendements wegfallen. — Wir bemerken noch daß bei Tische ein Bayer, Ob.-App.-R. Gombart wegen Blum's äußerte: „was sey denn an seiner Erschießung Besonderes? wenn die österreichische Regierung die Auslieferung Blum's verlangt hätte, so würde man ihn ausgeliefert haben, und dann wäre er eben auch standrechtlich erschossen worden!" Solche Hände wahren Deutschlands Ehre und Freiheit gegen einen Windischgrätz! —

* Wien, 15. Nov. General Cordon, der Jünger Radetzky's wird das Kriegsministerium übernehmen. O Ihr guten Oesterreicher, wie müßt Ihr Eure schwachsinnige Liebe zu Eurem Kaiser büßen! Wir halten es für durchaus wahrscheinlich, daß demnächst Metternich nach Wien zurückkehrt. Aber er hat jetzt dort seinen Meister gefunden!

* Wien. Bekanntlich schildert die A. A. Z. in jeder Nummer die Stimmung in Oesterreich als eine höchst befriedigte. Ueberall soll Jubel herrschen über die Wiederherstellung der Ordnung und Ruhe. Damit kontrastirt in Etwas nachfolgende Schilderung, die wir nicht etwa einem radikalen Blatte, Gott bewahre! sondern der deutschen Zeitung entnahmen, die sich bis jetzt vom Verdacht, zur „schlechten Presse" zu gehören, völlig frei erhalten hat. Diese Zeitung schreibt: Alle gemäßigten Freunde der Freiheit wenden sich mit dem doppelten Gefühl des Schreckens und der Trostlosigkeit von einer Regierung ab, welche die Zeit und ihre Aufgabe nicht begreift, und aus dem Zustande der rathlosesten Schwäche in den des grausamsten Despotismus überspringt. Aufstände in allen Provinzen, welche von Truppen entblößt sind, dürften die nächsten Folgen dieser wahnsinnigen Hinrichtungen seyn. Noch steht Ungarn mit einer streitbaren Bevölkerung von fünf Millionen unbesiegt und ist heute der furchtbarste Feind des Hauses Habsburg. Fällt Windischgrätz mit einer starken Armee in Ungarn ein, so werden sich Wien und andere Städte von Oesterreich und Mähren wahrscheinlich in seinem Rücken erheben. Die Erbitterung ist furchtbar, wenn sie auch für den Augenblick niedergehalten wird. Auf Anhänglichkeit und Liebe kann die Dynastie, vielleicht mit Ausnahme von Tyrol, in keiner Provinz zählen, nicht einmal in Böhmen, wo das Prager Bombardement noch nicht vergessen ist. In Galizien kann man vielleicht kaum auf die Bauern rechnen, welche seit Aufhebung der Robot keine Ursache mehr haben, den Edelmann zu hassen. Der ganze Adel und die Städter wünschen nichts sehnlicher, als Rache für die Thaten der Regierung vom Jahre 1846. Deutschland, welches bisher dem Hause Oesterreich ein treuer Bundesgenosse war, und durch seine imposante, bewaffnete Haltung die Franzosen von einem Einbruch in Italien abhielt, wird nach den grauenvollen Thaten eines Windischgrätz, wenn der Kaiser nicht eine eklatante und schleunige Genugthuung bewilligt, keine fernere Lust haben, eine undankbare Dynastie zu schützen, welche die Lehren der Zeit nicht beachtet, und mit offenen Augen dem Abgrund des Verderbens zueilt.

Berlin, 15. Nov. Eine Bekanntmachung des General Thümen sagt, daß von morgen ab Patrouillen mit Transportwagen durch die Straßen ziehen werden, um die Gewehre abzuholen. Bei Nichtablieferung eine Hausdurchsuchung und gewaltsame Wegnahme der Waffen angedroht. Eine Bekanntmachung Wrangel's gebietet „bei Vermeidung kriegsrechtlicher Bestrafung", daß bis zum 17. Nov., Nachmittags 2 Uhr, alle Fremden bei der Polizeistelle sich zu melden hätten. Der Minister des Innern versichert auf's Neue in einer Bekanntmachung, die namentlich an das Landvolk gerichtet ist, daß man alle gethanen Zusagen getreulich halten werde.

Dresden, 14. Nov. Nachdem man von der ersten Bestürzung über Blums Ermordung zu sich selbst gekommen, bricht der Unwille über die dem deutschen Volk angethane Schmach und Verhöhnung um so lauter hervor. Die Obmänner des republikanischen Vereins beriefen heute eine Versammlung ins Odeon, die außerordentlich zahlreich besucht war. Es wurden hier im wesentlichen dieselben Beschlüsse gefaßt, wie in Leipzig, namentlich auch die Regierung aufzufordern, dem österreichischen Gesandten die Pässe einzuhändigen. Das Protokoll mit dem von Schmerz und Entrüstung diktirten Beschlüssen wurde von den Anwesenden feierlich im schweigsamen langen Trauerzuge zu dem Staatsminister von der Pfordten gebracht und ihm von einer Deputation überreicht, während die Menge vor dem Hotel der Antwort harrte. Der Minister verhieß die Sache im Ministerrath vorzubringen, worauf man sich ruhig entfernte. (A. D. Z.)

Leipzig, 15. Nov. Gestern wurde hier von den beiden hiesigen Vaterlandsvereinen eine großartige Todtenfeier für Blum gehalten. Wir müssen die umständliche Schilderung derselben aus Mangel an Raum auf morgen zurücklegen.

Republik Frankreich.

Die Verfassung der französischen Republik ist am 12. Nov. feierlich verkündet worden.

* Paris, 9. Nov. Es ist ein eigenthümliches Zeichen der Zeit, daß das Haus Rothschild in Paris liquidirt und sein Geschäft nach Newyork verlegt. Wir dürfen dieß hoffentlich auf den nahen Sturz des Geldkönigthums deuten, das, so lange es bestand, jede großartige Erhebung der Völker besudelte, jede Gesinnungslosigkeit förderte. Die Revolution ist auch in Frankreich noch lange nicht zu Ende. Das Stück spielt in Frankreich wie in Deutschland durch mehrere Akte. Der Ausgang aber ist jetzt schon klar. Napoleon auf St. Helena hat ihn vor 30 Jahren schon vorausgesagt. Nicht eher wird das Rad der Revolution still stehen, als bis die Demokratie vollständig verwirklicht sein wird. „Der Bankerott Englands wird die Lava seyn, welche die Welt erschüttern, die Könige und die Aristokraten verschlingen, durch ihren Ausbruch die Interessen der Demokratie befestigen wird." Das freie Frankreich im Bund mit dem freien Deutschland wird diesen Bankerott herbei führen.

Neuestes.

Die Leipziger Post ist in Folge des Schneefalls ausgeblieben.

Gedruckt — unter Verantwortlichkeit der Verleger — bei J. L. Stich.
Expedition S. 39 im Gasthof zum König Otto II. St. ge.

Der freie Staatsbürger.

Erscheint täglich. Preis in ganz Bayern vierteljährlich 1 fl. 30 Kr., halbjährlich 3 fl., jährlich 6 fl.

Organ der Demokratie.

Inserate werden die dreispaltige Petitzeile zu 3 Kr. berechnet. Die Abonnenten haben für die Hälfte des Abonnementpreises Inserate frei.

Nr. 48. Nürnberg, Montag, den 20. November 1848.

An das deutsche Volk.

Robert Blum ist gefallen, ein Opfer feigen Mordes! Deutsches Volk! bis in die entferntesten Gauen Deines Landes ist der Name des Mannes gedrungen, der aus dem Arbeiterstande durch die Kraft seines Geistes sich empor geschwungen hatte zu einem der vordersten Kämpfer für die heilige Sache der Freiheit. Der beredte Mund, dessen Worte tief ergriffen, weil sie aus dem Herzen kamen, hat sich geschlossen, geschlossen durch eine Gewaltthat, einen Mord, begangen mit kaltem Blute, mit Beobachtung sogenannter gesetzlicher Formen! Du weißt, deutsches Volk was dieser gemeuchelte Held deiner jungen Freiheit für diese Freiheit gethan. Klar in Gedanken, entschieden im Willen, entschlossen im Handeln, trug er das Banner voran in dem Kampfe, in welchem er glorreich gefallen ist. Was er gethan während des Zeitraumes eines langen Druckes, was er gewirkt seit der Märzrevolution, in dem Vorparlamente, in dem Fünfzigerausschuß, in der Nationalversammlung, mit unauslöschlicher Schrift ist es in Aller Herzen eingetragen. Die Begeisterung für die Sache der deutschen Freiheit und der Auftrag seiner politischen Freunde führte ihn nach Wien. Er focht an der Spitze des Elitencorps, dessen Führung ihm von dem Oberbefehlshaber anvertraut wurde. Als die Capitulation Wiens abgeschlossen war, legte er die Waffen, die er mit Heldenmuth geführt hatte, nieder. Vier Tage nach Beendigung des letzten Verzweiflungskampfes, an welchem er, dem gegebenen Worte treu, keinen Antheil mehr nahm, wurde er verhaftet. Man übertrat mit frechem Hohn das Gesetz, welches die Vertreter der deutschen Nation vor jeder von der Nationalversammlung nicht genehmigten Verhaftung schützen sollte und achtete die Berufung nicht, welche er, gestützt auf dieses Gesetz, gegen seine Verhaftung einlegte. Deutsches Volk! Deine Ehre, Deine Rechte trat man mit Füßen, als man Deinen Vertreter gegen das Gesetz verhaftete! Deiner Freiheit hat man eine tödliche Wunde geschlagen, als man einen Deiner würdigsten Söhne mordete! Am vierten Tage nach seiner Verhaftung, acht Tage nach der völligen Einnahme Wiens, am 9. Nov., wurde Robert Blum standrechtlich in der Brigittenau erschossen! Nicht in der Aufwallung tobender Leidenschaft, nicht in dem Getümmel des Kampfes wurde der Mord verübt, nein! er wurde verübt von denjenigen, welche sich Werkzeuge des Gesetzes, Hersteller der Ordnung, Begründer der gesetzlichen Freiheit nennen! Deutsches Volk! Trauern wirst Du über den unersetzlichen Verlust, den Du erlitten! Aber vergiß den Todten nicht, und erinnere Dich, wie er starb, für welche Sache er starb und durch wenn er gemordet wurde! Frankfurt am Main, den 16. November 1848. Archer aus Rein. Bauernschmid aus Wien. Berger aus Wien. Blumröder, Gustav, aus Kirchenlamitz. Berzek aus Mähren. Bogen aus Michelstadt. Brentano aus Bruchsal. Caspers aus Coblenz. Christmann aus Dürkheim. Claussen aus Kiel. Damm aus Tauberbischoffsheim. Demel aus Teschen. Dewes aus Losheim. v. Dieskau aus Plauen. Dietsch aus Annaberg. Drechsler aus Rostock. Eisenmann aus Nürnberg. Eisenstuck aus Chemnitz. Engel aus Pinneberg. Esterle aus Cavalese. Fallmerayer aus München. Fehrenbach aus Säckingen Fetzer aus Stuttgart. Förster aus Hünfeld. Freese aus Stargard. Frisch aus Stuttgart. Geigel aus München. Grubert aus Breslau. Günther aus Leipzig. Gulden aus Zweibrücken. Hagen, K., aus Heidelberg. Haggenmüller aus Kempten. Hartmann aus Leitmeritz. Hedrich aus Prag. Hehner aus Wiesbaden. Heisterbergk aus Rochlitz. Hensel I. aus Camenz. Hentges aus Heilbronn. Heubner aus Freiberg. Heubner aus Zwickau. Hildebrand aus Marburg. Hönniger aus Rudolstadt. Hoffbauer aus Nordhausen. Hofmann aus Seifhennersdorf (Sachsen.) Jopp aus Enzersdorf. Joseph aus Lindenau. von Itzstein aus Mannheim. Junghanns aus Mosbach. Köhler aus Seehausen. Kolb aus Speyer. Kollaczek aus dem österreichischen Schlesien. Kuenzer aus Konstanz. Langbein aus Wurzen. Levysohn aus Grünberg. Liebelt aus Posen. Löwe, Wilhelm, aus Calbe. Mammen aus Plauen. Mandrella aus Ujest. Mareck aus Gratz (Steyermark). Marsilli aus Roveredo. Martiny aus Friedland. Meyer aus Liegnitz. Minkus aus Marienfeld. Mohr aus Oberingelheim. Nägele aus Murrhardt. Nauwerk aus Berlin. Pattai aus Steyermark. Paur aus Neiße. Peter aus Konstanz. Pfahler aus Tettnang. Rank aus Wien. Raus aus Wolframitz. Reh aus Darmstadt. Reichard aus Speyer. Reichenbach, Graf, aus Domeßko. Reinhard aus Boytzenburg. Reinstein aus Naumburg. Rheinwald aus Bern. Richter aus Achern. Rödinger aus Stuttgart. Rösler aus Oels. Roßmäßler aus Tharant bei Dresden. Rühl aus Hanau. Sachs aus Mannheim. Schaffrath aus Neustadt. Scharre aus Strehla. Schenk aus Dillenburg. Schilling aus Wien. Schlöffel aus Halbendorf. Schlüter aus Paderborn. Schmidt, Ernst Friedrich Franz, aus Löwenberg. Schmitt aus Kaiserslautern. Schoder aus Stuttgart. Schuler aus Jena. Schüler, Friedrich, aus Zweibrücken. Schulz aus Darmstadt. Schwarzenberg, Philipp, aus Kassel. Simon, Max, aus Breslau. Simon, Heinrich, aus Breslau. Simon, Ludwig aus Trier. Spatz aus Frankenthal. Tafel aus Stuttgart. Tafel, Franz, aus Zweibrücken. Titus aus Bamberg. Trambusch aus Wien. Trützschler aus Dresden. Umbscheiden aus Dahn. Venedey aus Köln. Vogel aus Guben. Vogt aus Gießen. v. Watzdorf aus Leichnam. Werner aus Oberkirch. Wesendonk aus Düsseldorf. Wiesner aus Wien. Wigard aus Dresden. Ziegert aus Preuß. Minden. Zimmermann, Professor, aus Stuttgart. Zimmermann aus Spandow. Zitz aus Mainz.

Vereinigte Staaten von Deutschland.

*Nürnberg, 19. Nov. Wie wir hören, hat der unmittelbare Mörder Blums (denn es gibt auch mittelbare), Fürst Windischgrätz Besitzungen innerhalb des Königreichs Bayern. Wir verlangen hiemit von der Reichsgewalt und von der bayerischen Regierung, daß diese Besitzungen so lange mit Beschlag belegt und etwa zu Gunsten der Hinterbliebenen Blums verwaltet werden, bis dem deutschen Volke für den Mord seines Vertreters volle Genugthuung geworden sein wird, und wir fordern die öffentliche Meinung und die Presse auf, sich unserem gerechten Verlangen mit aller Energie anzuschließen.

Leipzig, 15 Nov. Gestern Abend begingen beide hiesige Vaterlandsvereine in gemeinschaftlicher Versammlung die Todtenfeier ihres Mitgliedes Robert Blum. Die weiten Räume von Saal und Galerien des Odeon waren überfüllt, die Rednerbühne und die Tafel, an welcher die Ausschußmitglieder saßen, schwarz bekleidet, und der großartige Eindruck, den die versammelte Menge selbst und die gehaltenen Vorträge machten, wurde durch nichts

gestört. Herr Jäkel präsidirte, Herr Julius Kell aber eröffnete die Feier mit einem ergreifenden einfachen Gedichte, daß mit den Worten schloß: „Ob im Tod das Auge bricht, freie Männer sterben nicht." Prof. Flathe hielt die Festrede. Die Reaktion, sprach er, hat den trüglichen Schein der Gesetzlichkeit abgeschüttelt und will in Wien dem Deutschthum und der Freiheit des Volkes den Kopf zertreten; sie ist in Berlin mit drohenden Kanonen gegen ein friedliches Volk, gegen eine Nationalversammlung, die ruhig und groß auf der Bahn wahrer Gesetzlichkeit einherschreitet, aufgetreten. In solcher Zeit geht der Weheruf durch Sachsen; Robert Blum, der beste Freund des Volks, ist nicht mehr! Weissagend sprach er einst hier an dieser Stelle: „Ich will dem deutschen Volke die Freiheit verschaffen oder sterben;" er ist gestorben, aber er ist nicht untergegangen, denn er hat uns in dem Vorbilde seines Lebens und Sterbens eine große Erbschaft hinterlassen. Arm und klein war er in seiner Jugend, aus eigner Kraft ist er ein Riese geworden. Der Gedanke: Strebe rastlos und du wirst und mußt Etwas werden und deinem Volke nützen, ist die erste Erbschaft. Die zweite aber ist die Lehre: Opfere dich deinem Volke. Mühen, Sorgen und Gefahren übernahm Blum für's Volk, und sein Lohn war der Haß der Aristokratie. Als er nach Wien ging, wohin der Geist ihn rief, als er that, was er nicht lassen konnte, als Wien fiel und er vor ein Gericht gestellt wurde, was kein Gericht war, da stand er als würdiger Diener der Freiheit und des deutschen Volkes, und keine Lüge konnte seine letzten Tage entweihen. Groß und würdig, wie er gelebt, ist er gestorben, und das ist die dritte Erbschaft. Das aber, was aus dem Tode Blum's kommen, die Aernte der Blutsaat, die aus Blum's Grabe emporwachsen wird, die vierte Erbschaft wird seyn: Der Genius der Freiheit mit dem scharfen Schwerte! Hierauf berichtet Hr. Jäkel über die Schritte, welche die in Wahlangelegenheiten in Dresden anwesenden Deputirten der Vaterlandsvereine wegen der Hinrichtung Blum's bei dem Minister des Auswärtigen gethan, sowie über die deßfallsigen Verhandlungen in der II. sächsischen Kammer, und machte hiebei bekannt, daß der Centralausschuß einen Trauergottesdienst veranstalten werde „für das edle Opfer, dem der Traum der Freiheit der edelste Gedanke seines Herzens gewesen," daß ähnliche Todtenfeiern für Robert Blum in allen Städten und Dörfern Sachsens durch die Vaterlandsvereine veranstaltet werden sollten, und daß endlich, wenn die Frankfurter Nationalversammlung sich in Blum's Angelegenheit nicht so benehmen werde, wie die Wichtigkeit der Sache es erfordere, man die Mitglieder der Linken, auf die man allein Einfluß habe, dann aus dieser Versammlung abberufen wolle. Ein zur Todtenfeier von Wurzen Abgesandter, Diakonus Möbius, wies darauf hin, wie R. Blum's blutiger Schatten in unserer Mitte sei und uns dem Ziele zu dränge, das er verfolgt. Er gedenke, wie Blum in den Märztagen im Schützenhause gesprochen. Man könne das Herz, das die Idee und Begeisterung trägt, durchbohren, aber die Idee könne keine Kugel vernichten; er neige sich diesem Geiste. Hr. W. Seybt, Deputirter des Vaterlandsvereins zu Reichenbach, versicherte, daß er nur gekommen, um den Leipziger Brüdern die Theilnahme, und die Kräfte seines Vereins anzubieten. Hr. Jäkel erklärte, die beste Sühne für Blum's Tod sei die Ausführung Dessen, was er begonnen. Blum habe sich mit vollster Seele in die deutsche Revolution geworfen, sie gähre noch, und den Hinterbliebenen sei die Aufgabe Pflicht, sie durchzuführen. Das edle Brudervolk in Berlin, das gleich Wien bedroht sei, dürfe nicht ohne Hülfe bleiben. Eine Commission habe sich zur Leitung der Freischaarensache gebildet. Eine Hauskollekte werde in diesen Tagen zu diesem Zwecke eingesammelt werden. Hr. Oelckers erläutert das Gesagte dahin, daß zwar sofort Vorbereitungen zur Bildung von Hülfsschaaren getroffen werden müßten, die eventuell auch nach Berlin kommen könnten; zunächst aber würden sie wohl bestimmt seyn, die Sache Berlins in den Provinzen zu vertreten, und Student Degen berichtet noch, daß bereits in den Provinzen Sachsen, namentlich längs der Eisenbahn, der Freischaarenzug organisirt werde; siege die Reaktion in Berlin, so schade es nichts, wenn man bewaffnet sey. Hr. Albrecht entwickelt weitläufiger die Nothwendigkeit solcher Schritte der Freischaren. In gleichem Sinne spricht Hr. Warth, man solle die Freiheit nicht erschlagen lassen, sondern gegen alle Windischgrätze ziehen. Hr. Bautzmann aus Dahlen tritt bei, das Damoklesschwert hänge über unserm Haupte. Seine Anträge, unter andern sofortige Errichtung eines Freischarenzuges, wurden dem deshalb gebildeten Centralausschuß überwiesen. Nachdem noch einige Sprecher aufgetreten, ersuchte Hr. Jäkel die beiden anwesenden Reichstagsabgeordneten Joseph und Schaffrath, das Wort zu nehmen. Sie wurden mit dem lautesten Jubel begrüßt. Dr. Joseph betrat die Rednerbühne und wies darauf hin, wie für die Freiheit, für dieses höchste Gut kein Opfer zu groß sey: „Blum ist das größte Opfer, was dem deutschen Volk eine bübische Macht auf der Brigittenau in Wien geraubt. Er hätte entfliehen können, aber er blieb. Siegende Kämpfer achten sonst tapfern Kämpfer; nur Blum, der für Freiheit und Einheit eines lang zerspaltenen Volks gekämpft, fand keine Schonung. Ihr, eure Liebe zu ihm war sein Tod. Sein Kampf für die politische Freiheit, sein Streben für Glaubensfreiheit, indem er dem Deutschkatholizismus Boden verschaffte im Volke, drückte das letzte schwarze Siegel auf seine letzte Stunde. Blum hat für die Freiheit nicht bloß gesprochen, sondern gehandelt. Lassen wir uns das gesagt seyn, wenn die rechte Stunde kommt, und gestehen wir uns, daß Vertrauen und Hingebung eine Thorheit geworden sind. Dr. Schaffrath spricht hierauf seinen tiefen Schmerz aus über den Verlust eines Freundes, mit dem er 12 Jahre gelebt, d. h. wie sie das Leben von früher Jugend an verstanden — gekämpft, und zwar zu einer Zeit, wo Die noch feig zurücktraten, die selbst jetzt noch auf den schimpfen, der ihnen die Bahn gebrochen. Aber er wollte nicht klagen: „Wir müssen sammt und sonders Blum's werden, dann wird kein Blum mehr gemordet. Er war ein Mann, nicht der permanenten, sondern der berechtigten Revolution." (D. A. Z.)

Neueste Nachrichten aus Berlin.

Die verspätet angelangten Leipziger Zeitungen melden aus Berlin, daß die Steuerverweigerung am 15. Abends im Milentz'schen Sale unter den denkwürdigsten Umständen einstimmig beschlossen wurde. Eben als mit der Abstimmung begonnen werden sollte, traten Offiziere in den Saal, um die Versammlung zu entfernen. Der Major (Herrmann oder Ehrhardt) erklärte auf die Frage des Präsidenten, daß er keine schriftliche Ordre habe, ja daß Wrangel eine solche sogar verweigert habe (heftige Bewegung), daß er aber mündlichen Auftrag habe, Waffengewalt anzuwenden und auch entschlossen sey, diesen Auftrag zu erfüllen. Eben wollte der Präsident aussprechen, daß man unter diesen Umständen der Gewalt weiche, da erhebt sich die ganze Versammlung, und mit emporgestreckten Händen rufen die 226 Anwesenden wie mit Einer Stimme: Nein! niemals, nimmermehr! Wir gehen nicht von der Stelle, mögen die Bayonette uns durchbohren! Ein ungeheures Gewühl der Abgeordneten umringt den Major und seine Begleiter. Viele Abgeordnete mit erhitzten Gesichtern und erhobenen Händen drängen sich gegen den Präsidententisch. Endlich erhebt sich der Ruf zur Fortsetzung der Sitzung. Der Major spricht einige Worte mit dem Präsidenten und verläßt mit seinen Begleitern den Saal. Hierauf wird die Steuerverweigerung einstimmig beschlossen. Jubel ergreift die ganze Versammlung. Ein dreifaches donnerndes Hoch wird ausgebracht. Um 9 Uhr wird diese weltgeschichtlich wichtige Sitzung geschlossen. So gehen Kronen zu Grunde! — Die Machthaber Wrangel und Brandenburg fahren mit vielem Glück fort, sich und die Krone lächerlich zu machen. Brandenburg versichert, er sey sehr konstitutionell, den Belagerungszustand könne er aber nicht aufheben, denn seine Majestät haben ihn einmal befohlen! Wrangel beschwert sich ganz naiv, daß die Censoren ihr Amt vernachläßigen; er meint, es sey noch Alles wie vor dem 18. März. Von einer Preßfreiheit weiß er nichts. Die Abdankungen der Beamten mehren sich. Einige Verhaftungen von Demokraten haben stattgefunden. Die ganze Rheinprovinz ist im Aufstand und erklärte sich für die Nat.-Versammlung, das Barreau in Cöln hat der Krone das Recht der Verlegung der Nationalversammlung durch amtlichen Akt abgesprochen. Das Berliner Ministerium fügt zur Lächerlichkeit noch die Lüge, denn der deutschen Zeitung zufolge hat es nach Frankfurt telegraphirt: es sey am 15. die gewaltsame Entwaffnung der Bürgerwehr vor sich gegangen, und es seyen bis zum 14. Abends freiwillig 9—10000 Gewehre abgeliefert worden. Die Berliner Nachrichten melden davon nichts.

Gedruckt — unter Verantwortlichkeit der Verleger — bei J. L. Stich.
Expedition S. 39 im Gasthof zum König Otto II. Etage.

Hof- und Staats
Freiblatt

Der freie Staatsbürger.

Erscheint täglich. Preis in ganz Bayern vierteljährlich 1 Fl. 30 Kr., halbjährlich 3 Fl., jährlich 6 Fl.

Organ der Demokratie.

Inserate werden die dreispaltige Petitzeile zu 3 Kr. berechnet. Die Abonnenten haben für die Hälfte des Abonnementpreises Inserate frei.

Nr. 49. Nürnberg, Dienstag, den 21. November 1848.

Blum's Mord.

Frankfurt, 16. Nov. Robert Blum ist gefallen — nicht in ehrlichem Kampfe, nicht in der ersten Hitze leidenschaftlicher Aufregung — nein! mit kaltem Blute hingemordet, unter dem Schein des Gesetzes, während doch alle Gesetze mit Füssen getreten waren. Robert Blum war Mitglied der deutschen Reichsversammlung, und als solches war seine Person heilig und unverletzlich. Er konnte ohne die Zustimmung derselben weder in Untersuchung gezogen noch verurtheilt werden. Aber selbst abgesehen davon, war er auch nach den Bedingungen der Capitulation nicht mehr strafbar. Es ist erwiesen, daß er nach der ersten Capitulation sich vom Kampfe zurückzog und an ihm weiter keinen Theil nahm. Er wurde ohne Waffen gefunden, und ließ sich ohne alle Widersetzlichkeit verhaften. Nichts destoweniger wurde er zum Tode verurtheilt und erschossen

Ein Schrei des Entsetzens geht durch ganz Deutschland. Das also sind die Aufrechthalter der Ruhe und Ordnung, das sind die Männer des Gesetzes, welche uns den Frieden bringen sollen und den wiederhergestellten Credit? So versteht man die gesetzliche Freiheit, von der man immer predigt, und welche man der Anarchie entgegenhält? Es kann nichts Scheußlicheres geben, als diese That. Lichnowsky und Auerswald sind unmittelbar unter der aufgeregten Volkswuth gefallen; Latour ebenso, und weil man in ihm das Werkzeug einer freiheitsmörderischen Verschwörung erkannte. Aber Blum ist in Folge eines Urtheils, nach viertägiger Verhaftung, mit ruhiger Ueberlegung, und ohne daß ein gravirendes Moment gegen ihn vorlag, gemordet worden! Merkt ihr's wohl, warum man ihn mordete? Weil er der Repräsentant des deutschen Volkes, weil er einer seiner kräftigsten und gewaltigsten Vorkämfer, weil er der unermüdlichste Bekämpfer der Willkür und der Schlächter unseres Vaterlandes war! Den Freiheitshelden, den Patrioten, den Volksredner wollte man in ihm vernichten! Und glaubt nicht, daß das nur das einzige Opfer sein wird! Windischgrätz hat nur angefangen, was die Andern vollenden werden. Man wird, wie Robert Blum, so auch noch andere schlachten, welche ihr höchstes Ziel in dem Kampfe für die Freiheit und die Ehre des Vaterlandes und des Volkes erblicken. Schon hat man in Berlin ebenfalls angefangen, mit Gewalt der Waffen die Vertreter des Volkes auseinander zu treiben, und ärgerlich genug ist es ihnen, daß es dort zu keinem Krawalle kommen will, um sogleich à la Windischgrätz mit Mord und Brand dreinfahren zu können. Man weiß, daß der Kaiser von Rußland seine Armee nur deshalb an der preußischen Grenze stehen hat, um im Falle der König von Preußen allein nicht mit seinem Volke fertig werden sollte, ihm sogleich zu Hülfe zu eilen. Dazu nun noch das Reichsministerium, dessen Abgesandter Bassermann erklärt, daß der König in seinem vollen Rechte sei, und daß die Versammlung nachgeben müßte!

Es ist eine große weitverzweigte Verschwörung gegen die Freiheit gesponnen. Schon lange haben sie die Hellerblickenden entdeckt, aber die Mehrzahl wollte es nicht glauben. Jetzt beginnt sie sich zu enthüllen. Die Thaten sprechen, und wer sie jetzt noch nicht sehen sollte, der ist nicht mehr blind, der ist schlecht oder selber mit im Complotte. Man gedenkt, die Freiheitsbestrebungen mit Einem Male durch einen raschen Streich zu ersticken; man spart nicht Blut, man spart nicht Brand; man glaubt aus den Lehren der Geschichte nur das Resultat ziehen zu dürfen, daß man mit Anwendung von großen Kraftmitteln alles zu Boden schleudern könne. Was liegt an einigen Tausenden von Menschen? Was liegt an den Zahllosen, welche Wittwen und Waisen geworden, welche an den Bettelstab gekommen sind? Ist es ja doch Alles nur Gesindel, Kanonenfutter, das nur zum Schemel des Thrones dient!

Aber es wird ein Rächer auferstehen! Blut ist wahrhaftig nicht das Mittel, um den Königen die Liebe ihrer Unterthanen zu sichern. Die Gräuel in Wien haben mehr Republikaner gemacht, als es alle Agitation vermocht hätte; die rohe Gewaltthat in Berlin reißt mehr zu der Seite des Volkes hin, als alle Verhandlungen in der Nationalversammlung, als alle Tagesblätter zu Stande gebracht. Ja, schließet nur geheime Bünde, vereinigt euch nur mit dem Erbfeinde, den Russen, lasset nur eure Feuerschlünde gegen das Volk und die Freiheit wüthen — es wird euch Alles nichts helfen; Ein Gemordeter ruft Hunderte gegen euch in die Waffen, und zuletzt wird das ganze Volk, wie Ein Mann, sich gegen euch erheben, dann erst wird eine Revolution erstehen, der ihr nicht mehr gewachsen seid! —

Wir sind jetzt in eine neue Phase unserer Entwicklung getreten. Der Nebel, der eine Zeitlang unser Volk gefangen hielt, und ihm den klaren Blick in die Lage der Dinge verhüllte — er ist jetzt gefallen! Deutsches Volk, erkenne den Abgrund, an dem du stehst. Ermanne dich, und du bist frei, und zugleich groß und mächtig!

Vereinigte Staaten von Deutschland.

* Nürnberg, 19. Novemb. (Die schlechten Prophe-
zeiungen der A. Augsb. Ztg.) Die allg. Z. sagte vor we-
nigen Tagen in einem Bericht aus Berlin: „Will die Krone be-
stehen, muß sie auch endlich einmal ihre Kraft zeigen. Bewährt
sich diese Kraft, wir meinen moralisch mehr, als durch ihre phy-
sische Wirkung, so steht durch das ganze Land eine Schaar gerüstet
hinter ihr auf, die nicht klein ist, eine Schaar welche nur darum
bisher zauderte, unthätig und uneinig sich zersplitterte, weil sie
an jene Kraft nicht glaubte.“ Wie man sich doch täuschen kann!
Wo ist denn jetzt diese Schaar? Die Krone hat ja ihre „Kraft“
bewährt, aber es hat sich herausgestellt, daß diese Kraft zur
Schwäche wird, sobald sie sich gegen die Vertreter des Volks
zu richten wagt. Doch wir irren uns. Im Organ unseres wür-
digen Reichsministeriums lesen wir schwarz auf weiß: Eine De-
putation aus Stettin habe dem König von Preußen 30000 Strei-
ter zur Verfügung gestellt! Das wäre gewiß recht wünschenswerth
für Hrn. Schwerling, wenn es nur wahr wäre, oder viel-
mehr, wenn nur nicht gerade das Gegentheil wahr
wäre! Aber wo gäbe es eine Lüge, die nicht von unsern s. g.
konservativen und Regierungsblättern mit Freuden aufgetischt
würde, auch wenn sie noch so plump ist?

* Nürnberg, 19. Nov. Man kennt die Erklärung der Linken
an das deutsche Volk. Es ist dieß eine Erklärung des bessern
Theils der Frankfurter Versammlung, desjenigen Theiles, welcher
mit lobenswerthem Eifer aber fruchtlos seit 5 Monaten sich be-
mühte, die Mehrheit jener Versammlung zu einer der deutschen
Ehre würdigeren Politik zu bekehren. Nachdem alle ihre Be-

mühungen in der Paulskirche sich als vergeblich herausgestellt, nachdem die Politik der sog. Nationalversammlung in dem Fall Wiens und in der Ermordung des Reichstagsabgeordneten Blum ihre Früchte getragen, fühlt sich jener bessere Theil der National-Versammlung gedrungen, vor das Volk zu treten, an das Volk Berufung einzulegen. Er thut es in jener Erklärung. Sache des Volkes ist es nun, jener Berufung zu entsprechen, und sofort zu handeln. Fragt uns das Volk: was sollen wir thun? so wollen wir ihm ganz unumwunden unsere Ueberzeugung über das darlegen, was jetzt unzweifelhaft die nächste Aufgabe des deutschen Volkes ist: Unter dem Jubel von ganz Deutschland, ja der ganzen civilisirten Welt beschließt in diesem Augenblick ein deutscher Bruderstamm, einem hochverrätherischen Ministerium keine Steuern zu bezahlen. Das Reichsministerium in Frankfurt herrscht seit 2 Monaten gestützt auf Bajonette und eine ehr- und pflichtvergessene Majorität, obwohl die unbestochene öffentliche Meinung von ganz Deutschland sich längst unzweideutig gegen dieses Ministerium und für neue Parlamentswahlen ausgesprochen hat. Die neusten Ereignisse in Wien und Berlin bewiesen sonnenklar, daß dieses Ministerium betheiligt ist an der soeben zum Ausbruch gekommenen Verschwörung der Fürsten gegen die Völker. Ein solches Ministerium muß gestürzt, die Versammlung, auf die es sich stützt, als des Vertrauens des deutschen Volkes verlustig, abberufen werden. Das deutsche Volk besitzt, um dieß zu erreichen, ein sicheres Mittel. Wir geben folgenden, ganz einfachen Rath: **Das deutsche Volk bezahle keinen Heller direkte Staatssteuern mehr, bis das Reichsministerium Schmerling-Mohl-Peucker gestürzt, die Einleitung zu sofortigen Parlamentsneuwahlen getroffen und die kräftigsten Maßregeln ergriffen sind, um dem deutschen Volke für den an seinem Vertreter Blum verübten Mord volle Genugthuung zu verschaffen.** Wir fordern sämmtliche politische Vereine Deutschlands, denen die Ehre und die Freiheit ihres Volkes am Herzen liegt, auf, im Wege der Agitation in größeren und kleineren Versammlungen dahin zu wirken, daß kein Mensch mehr einen Kreuzer Staatssteuer bezahle, bevor jene Bedingungen nicht vollständig erfüllt sind.

* Nürnberg, 20. Nov. Es ist nach einem Artikel im preußischen Staatsanzeiger kaum zu bezweifeln, daß die Krone die Absicht habe, schnell eine Verfassung zu oktroyiren (sei es nun die belgische oder der aus der Centralabtheilung hervorgegangene Entwurf) und die jetzige Versammlung aufzulösen. Es heißt darin wörtlich: So dringend das Vaterland der ihm verheißenen und durch das Königliche Wort verbürgten Verfassung bedarf, so wenig wird man sich doch jetzt bergen können, daß diese Versammlung faktisch wie rechtlich zu dieser Aufgabe für uns verloren ist.

* Nürnberg, 20. Nov. Der vornehme Pöbel von Nürnberg sprach in den letzten Tagen seine freilich längst bekannte politische Gesinnung dadurch aus, daß er die Plakate, welche zu Beiträgen für die Hinterlassenen Blums und für die deutsche Demokratie aufforderten, theils durch Polizeidiener theils durch bezahlte Subjekte, theils eigenhändig abriß. Da es verlorene Mühe wäre an das Ehr- und Feingefühl dieser Menschen zu appelliren, so beschränken wir uns darauf, die Thatsache der öffentlichen Verachtung zu übergeben. Insbesondere sind wir berichtet, daß im hiesigen Museum, dem Hauptnest der Reaktion, Versuche gemacht wurden, durch Arbeiter unter Vorspieglung glänzender Belohnung (5 fl. wurden versprochen!) die in der Nähe angehefteten Plakate abreißen zu lassen. *) Diese Zumuthungen wurden indessen von den ehrlichen Arbeitern mit der gebührenden Verachtung zurückgewiesen. Noch bemerken wir zur Charakteristik des Geistes, der in einzelnen Kreisen hier herrscht, daß ein Kaufmann, dessen Namen wir nennen könnten, auf die Nachricht von der Ermordung Blums sein ganzes Comptoir mit Champagner traktirte.

* Nürnberg, 20. Nov. Die Ratten verlassen das sinkende Schiff. Das Ministerium Schmerling, durch Bassermann in der preußischen Angelegenheit vollends kompromittirt, wird in einigen Tagen fallen, und schon wendet sich die schweifwedelnde Presse von ihm ab. Die deutsche Zeitung verhöhnt Bassermann's „verunglückten Berliner Kommissionsreise“ wegen. „Wer heute, sagt sie unterm 18. Nov., in der reformirten Kirche war und Bassermann früher in der bad. Kammer gesehen hat, der konnte sich gewiß eines innigen Mitleids nicht erwehren, seine Verwirrung war groß, daß er „den König von Preußen deutscher fand, als er gehofft hatte.“

* Bamberg, 16. Nov. Dr. Wirth, wegen Hochverraths eingezogen, wurde nach dreimonatlicher Haft gegen eine Caution von 200 fl. auf freien Fuß gesetzt, gerade zu rechter Zeit, um seiner Frau die Augen zuzudrücken, die seit den Brutalitäten der Bamberger Soldateska gegen ihren Gatten und namentlich seit der Verhaftung desselben sichtlich hinwelkte — und gestern starb. Abermal ein Opfer der alten Wirthschaft, der politischen Verfolgungssucht, der Beamtentyrannei! Doch was thuts? Sie war ja nur ein Demokratenweib!

* Frankfurt, 13. Nov. Die Verhandlungen der Frankfurter Gesellschaft ekeln uns zu sehr an, als daß wir ihrer umständliche Erwähnung thun möchten. Es gäbe in diesem Augenblick wichtigeres zu thun, als über Flußzölle zu debattiren. Doch merken wir, daß heute über das Ministerium ein ziemlicher Sturm losbrach, daß man die Abberufung Bassermann's von Berlin verlangt, und daß dieser Antrag morgen zur Verhandlung kommen und wahrscheinlich wieder einen gewaltigen Sturm erregen wird.

II Frankfurt, 16. Nov. Täglich kommen neue Nachrichten von den Gräueln in Wien. Glaubwürdige Augenzeugen, welche wir selbst gesprochen haben, berichten die schauderhaftesten Dinge von der Grausamkeit der Soldateska und der Verhöhnung alles menschlichen Gefühls. Nur einige Beispiele statt vieler. Croaten brachen in ein Haus ein, schändeten dort zuerst die Weiber, welche sie fanden, und nachdem sie an ihnen ihre viehische Lust befriedigt, schnitten sie ihnen die Brüste ab. Einem alten Manne rissen sie den Bauch auf und nahmen ihm bei lebendigem Leibe die Eingeweide heraus. Am schrecklichsten verfuhren sie mit den Studenten. An einem besonders der im Anfange des Kampfes in ihre Hände fiel, bewiesen sie die größte Raffinirtheit im Martern. Zuerst rissen sie ihm die Zunge heraus, dann hackten sie ihm die Hände, hierauf die Beine ab, endlich steckten sie ihm eine Patrone in den Mund und zündeten sie an, das Gehirn spritzte zum Kopfe hinaus, und damit waren die Martern des Unglücklichen zu Ende. Außer diesen Grausamkeiten plünderten sie auch, und zwar gleichviel, ob Schwarzgelbe oder Deutschgesinnte. Wie sie mit den geraubten Gütern umgingen, haben die Zeitungen bereits gebracht. Mehre Augenzeugen bestätigen Alles, was von der Raubsucht der Soldateska berichtet ward. Leider fügen sie hinzu, daß diese schreckliche sittliche Verwilderung nicht blos von den Croaten gilt, sondern auch von den deutschen Truppen. Es scheint fast, als ob Windischgrätz seine Banden erst recht eingeübt habe in diesen gränzenlosen Vandalismus. — Bezüglich des Falles von Wien sagen unsere Augenzeugen alle aus, daß dieser nur durch inneren Verrath möglich geworden ist. Hätte dieser nicht statt gefunden, so wäre Wien nicht eingenommen worden, so gut war die Stimmung, die Kampfbegierde und die Tapferkeit des Volkes. Aber zwischen der innern Stadt und Windischgrätz bestand geheimer Verkehr, und zwar in dem Grade, daß letzterer von Allem unterrichtet war, was sich auf die Vertheidigung bezog, ja, er wußte sogar, wie viel Patronen den einzelnen Posten ausgetheilt worden waren. Daß es überhaupt mit der Munition sehr schlecht aussah, daß hier namentlich viel Verrätherei mit im Spiele war, indem viele Patronen mit Sand statt mit Pulver gefüllt waren, haben die Zeitungen auch bereits mitgetheilt — und auch das bestätigen unsere Augenzeugen. Die angebliche Anarchie des Proletariats ist zum Theil übertrieben, zum Theil eine Lüge. Daß vom Proletariat geplündert worden sei, ist nicht wahr. Aber die reiche Bourgeoisie sprengte das als Gerücht aus, und als Wahrheit kam es nun in die Zeitungen. Auch daß die Bibliothek vom Proletariate angezündet worden sei, ist durchaus falsch. Wenn es dem Proletariate um's Plündern zu thun gewesen wäre, so hätte es dasselbe sehr bequem gehabt: es hätte nur die Bank stürmen dürfen und andere öffentliche Kassen. Aber während der ganzen Zeit vom 6. Okt. bis zum 31. ist nicht ein Versuch von Seite des Proletariats in dieser Absicht gemacht worden: während dieser ganzen Zeit standen an jenen öffentlichen Gebäuden nicht mehr Wachen wie gewöhnlich. Wie es mit der Anarchie aussieht, die man immer mit den Freiheitsbestrebungen in Verbindung bringt, und was davon zu halten, kann man in Berlin ersehen, wo Wrangel seine Truppen nach Berlin nur deßhalb führen sollte, „um der Anarchie zu steuern,“ aber

*) Es wurden uns insbesondere ein Kaufmann K und ein Accessist N. genannt.

eine fand. In Bezug auf Blum herrscht bei Allen nur eine Stimme, daß er sich sowohl während des Kampfes, als auch während der Verhaftung und auf dem Wege zum Tode mit der größten Tapferkeit und mit der bewunderungswürdigsten Seelenstärke benommen. Während des Kampfes war er nicht nur tapfer, sondern auch menschlich. Einstmals trug er mit eigenen Armen zwei verwundete Kroaten, welche beim Sturm auf die Barrikade gefallen waren, in die Barrikade herein und empfahl sie zur Verpflegung. Das ist dieselbe Geschichte, welche die „gute Presse" so erzählt: er habe seinen Leuten den Auftrag ertheilt, zwei verwundete Kroaten, die in seine Hände gefallen waren, zu erschießen, mit den Worten: „schießt die Hunde nieder," wozu sich aber Niemand hergegeben habe *). Ueberhaupt hat die „gute Presse" über Blum, und namentlich über sein Verhalten in Wien — soll er ja auch beim Beginn des Kampfes aus Wien entflohen seyn! — so entsetzlich gelogen, daß die niederträchtige Haltung, welche sie hiebei beobachtet hat, allein hinreicht, allen ehrenwerthen Männern die tiefste Verachtung gegen sie einzuflößen. — Julius Fröbel ist gerettet. Er war zwar auch zum Tode verurtheilt, wurde jedoch von Windischgrätz begnadigt. Man sagt, dieser habe von Olmütz aus eine telegraphische Depesche bekommen, in welcher er ermahnt wurde, mit den Reichstagsdeputirten etwas glimpflicher zu verfahren. Von mehreren Seiten hört man übrigens die Meinung, daß die Mitschuldigen an Blum's Mord nicht blos in Wien zu suchen seien, sondern auch — in Frankfurt.

L Frankfurt, 16. Nov. Das hiesige Montagskränzchen hat ein Comité ernannt, welches die Beiträge für des gemordeten Volksmannes R. Blum Wittwe und Waisen einsammeln soll; ferner hat es eine Todtenfeier und das vierwöchentliche Tragen einer Trauerkokarde beschlossen, so wie ein Porträt des schändlich Gemeuchelten in seinem Lokale aufzuhängen. — Der vaterländische Verein in Offenbach hat in einer gestern abgehaltenen Versammlung, in Betracht, daß Blums Haupt nach dem Reichsgesetze unantastbar gewesen wie ein gekröntes Haupt, somit seine Richter, und der Befehlshaber, der sein Todesurtheil unterschrieb und vollstrecken ließ, Hochverräther seyen, einstimmig eine Aufforderung an den Reichstag beschlossen, daß er die Richter und Unterzeichner als Hochverräther anklage und die Untersuchung eifrig betreiben lasse. Ferner soll eine des Gemordeten würdige Todtenfeier und Kreuzersammlung veranstaltet werden und zwar durch Aufstellung von Büchsen an allen öffentlichen Orten, die das Volk zugleich daran erinnern sollen, daß es einen Blum verloren und seinem Opfer nur mit eigenen Opfern danken könne. Der Verein hofft zugleich, daß sein Beispiel Nachahmung finden werde und schließt mit der Mahnung: „Deutsche! die Stunde ist da. Erkennt, daß, wenn das Haupt Eurer Vertreter nicht mehr geschont wird, das Eurige jeden Augenblick fallen kann.

* Frankfurt, 17. Nov. In der heutigen Sitzung beantwortete Schmerling auch die Interpellation wegen der bekannten Weisung der bayerischen Regierung, die Wiener Studenten auszuweisen. Selbst ein Schmerling erklärte, er sey mit diesen Polizeimaßregel nicht einverstanden. (Das heißt: öffentlich ist er nicht damit einverstanden, insgeheim aber haben diese Maßregeln sicherlich den unbedingten Beifall des durch und durch schwarzgelben Herrn Schmerling.) Er verwies übrigens auf die Presse und das Vereinsrecht in Bayern, deren sich die Betroffenen bedienen könnten, um die öffentliche Meinung und dadurch die Regierung für die Abänderung jener Anordnung zu bestimmen. Als ob sich die bayerische Regierung jemals um die öffentliche Meinung bekümmert hätte? Und als wenn es nicht die Aufgabe des Reichsministeriums wäre, die Einzelregierungen zur Beachtung der Grundsätze der Humanität anzuhalten?

Frankfurt, 17. Nov. Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, hat der Reichsgesandte Franz Raveaux seinen Gesandtschaftsposten in der Schweiz niedergelegt, indem er es bei der Haltung, welche das Reichsministerium in der österreichischen und preußischen Angelegenheit angenommen habe, mit seiner Ehre, seiner Pflicht und seinem Gewissen nicht länger vereinbar halte, unter demselben zu dienen.

* Frankfurt, 17. Nov. In der heutigen Sitzung wurde auf Antrag Giskra's beschlossen: „daß das Reichsministerium beauftragt werde, dem anarchischen Zustande, der in Oesterreich von oben herab ausgehe, energisch zu begegnen, damit der Schutz und die persönliche Sicherheit gegen die willkührliche Haussuchung, Verhaftung, Einstellung in's Militär rc. zur Wahrheit werde." Die Versammlung soll nach Hause gehen. In Oesterreich verhöhnt man sie, und um Truppen marschiren zu lassen, bedarf es anderer Männer, als der Frankfurter Versammlung.

L Frankfurt, 18. Nov. Bassermann der intrikante Buchhändler und Reichskommissär ist gestern Abends zurückgekommen. Die Fraktionen der Linken und des Centrums, Donnersberg deutscher Hof, würtemberger Hof, ein Theil des Landsbergs und selbst einige vom Casino sind einig, daß dieses Ministerium nicht länger die Geschicke Deutschlands lenken könne und dürfe. Man spricht in dem neuen von Simon v. Breslau, Schoder, Eisenstuck. — Hr. Biedermann, der süßliche Leibtrabant des Hrn. v. Schmerling und Comp. ist an Raveaux's Stelle als Gesandter nach der Schweiz. Fröbel ist gestern Nachmittags wohlbehalten hier angekommen. Bei den dort verübten Gräueln sträubt sich das Haar. Doch dieß geschah von Croaten! Was aber soll man sagen, wenn man, als gestern davon die Rede war, daß Berlin ein ähnliches Schicksal drohe wie Wien, eine Stimme aus der Versammlung hören mußte, welche rief: Da geschähe es ihm Recht! Und diese Stimme soll Hrn. Lassaulx, dem goldgelockten Kämpen des Ultramontanismus, dem gebildeten Dr. und Professor berüchtigten Andenkens angehört haben.

* Frankfurt, 18. Nov. Die Versammlung bleibt sich gleich. Sie ist durch und durch unfähig, sich auf die Höhe der Ereignisse zu erheben. Selbst der Bericht Bassermann's in der heutigen Sitzung und die übrigen Nachrichten aus Berlin vermögen, sie zu keinem Beschluß zu bestimmen. Man verweist den Antrag Rappards auf Nöthigung der preußischen Regierung zur Zurücknahme der ungesetzlichen Verfügungen in die Ausschüsse! Das Gefühl, welches eine solche Versammlung im Volke rege macht, kann fortan nur Eckel sein. — Schmerling kündigte an, daß Simson und Hergenhahn als Commissäre nach Berlin gehn werden. Fröbel berichtete in der heutigen Sitzung über Blum's und sein eignes Schicksal. Wir kommen darauf zurück.

Wien, 16. Nov. Messenhauser ist heute Morgens um 8 Uhr erschossen worden. Er war sehr standhaft und kommandirte selbst „Feuer!" Außerdem theilt die Wiener Zeitung drei vollzogene Todesurtheile mit.

Berlin, 15. Nov. Der Nat.-Ztg. zufolge ist im Schooße des Kamarillenministeriums bereits Zwietracht ausgebrochen. Manteuffel befiehlt Alles, Graf Brandenburg will sich dem nicht fügen. Selbst der Geschäftsgang der Ministerien ist in Gefahr, binnen Kurzem stehen zu bleiben. Manteuffel soll dem Präsidenten der Nat.-Vers. haben eröffnen lassen, er sey zu einer Verständigung geneigt. Der Präsident erklärte natürlich, daß mit Herrn Manteuffel nur der Kriminalrichter zu verhandeln haben könne. — Der Polizeipräsident in Berlin, Bardeleben, ist durch Oberregierungsrath Hinkeldey ersetzt.

Berlin, 16. Nov. Man will nun die Abgeordneten als „Fremde" aus der Stadt weisen. Sämmtliche Zeitungen, die Berichte über die Verhandlungen der Nationalversammlung liefern, oder Adressen an sie abdrucken, sind in ihrer Existenz gefährdet, selbst die Tante Voß hat sich das Mißfallen des Diktators zugezogen. Heute um 9 Uhr hat die militärische Abnahme der Waffen begonnen. Unter Trommelschlag ziehen die Soldaten durch die cernirten Straßen und lassen vor jedem Hause den von starker militärischer Bedeckung umgebenen Wagen Halt machen. Die Hausbewohner müssen ihre Waffen auf der Hausflur hinlegen, von wo sie das Militär abholt, oder, wenn keine Waffen abgeliefert werden, zur Durchsuchung der Wohnungen schreitet. In einzelnen Bezirken bleibt die Bürgerwehr fortdauernd entschlossen, die Gewehre nicht abzugeben. 1600 Gewehre sind zu den Kanalarbeitern geschafft worden, welche sich damit bewaffnet haben.

Leipzig, 15. Nov. Gestern erschien folgendes Plakat: Für

*) In der neusten Nummer der D. A. Z. erzählt ein Augenzeuge, Hr. Hampel, Student aus Wien, über den Vorgang, der jener böswilligen Entstellung in ehrlosen Zeitungen zu Grunde liegt, Folgendes: Es waren zwei Kroaten, welche schwer verwundet an der brennenden Sperre (Razumoffsky-)brücke lagen, flüssiges Pech träufelte auf sie herab. Da sagte Blum zu uns: „Geht doch hin und erbarmt euch dieser unglücklichen Menschen, sie leiden schrecklich; schießt sie lieber vollends todt." Da aber der Platz stark von Kleingewehrfeuer bestrichen wurde und wir uns zurückziehen mußten, so war es uns unmöglich, diesen Auftrag auszuführen. Ich freue mich, dieß als Augen- und Ohrenzeuge zur Steuer der Wahrheit gegen alle Feinde Blum's mittheilen zu können, welche, auch durch den Tod nicht ausgesöhnt, fortfahren, das Gift der Verleumdung gegen ihn zu spritzen. Anmerk. d. Red.

Berlin. Bürger von Leipzig! Gestern haben wir Blum's Todesfeier begangen; heute dürfen wir nicht im Schmerz dumpf hinbrüten; es gilt nun, den großen Märtyrer würdig zu ehren, Opfer, Thaten, Kampf. Das blutige Banner der Tyrannei, welches Blum nach Wien gewinkt, es ist nun in Berlin aufgepflanzt. Deutschlands Freiheit wird in Berlin gerettet oder vernichtet! Das Volk von ganz Preußen steht auf, bereits organisirt sich der Landsturm. Ein Freiheitsheer wird sich bilden für ganz Deutschland. Wir können jetzt nur uns selbst verrathen oder schnell für die Freiheit uns rüsten. Kommt also, wer kampfesmuthig ist, tretet zusammen, denn Eile thut noth; stellt euch im Odeon morgen, Mittwoch, früh 9 Uhr. Zuzug aus den Provinzen ist schon zugesagt. Uebrigens haben wir auch die dem Unternehmen nöthigen Geldmittel zu beschaffen. Beiträge, klein und groß, über welche später Rechnung abgelegt wird, werden angenommen. Wir haben das Unsrige gethan, thut ihr das Eurige, Bürger von Leipzig. Die vereinigten Vereinsausschüsse. Karl Albrecht. Th. Oelckers. Beuthner.

Stuttgart, 16. Nov. In der heutigen Sitzung der Abgeordnetenkammer wurde auf Antrag Scherrs mit 72 gegen 2 Stimmen beschlossen, die Regierung ungesäumt dringend zu bitten, sie möge bei der Centralgewalt dahin wirken, daß diese in Vollziehung der Beschlüsse der deutschen Reichsversammlung vom 14. Nov. 1) die Sache der konstituirenden Versammlung Preußens zur ihrigen mache, 2) schleunigst Vorkehrung treffe, um die konstituirende Versammlung Preußens gegenüber den Forderungen eines Ministeriums, das das Vertrauen des Landes nicht genießt, zu schützen, und in Folge dieses Reichsschutzes 3) das preußische Volk vor einem Militärdespotismus bewahre, und ihm dadurch beweise, daß Preußens Freiheit, Ehre und Glück nur in der aufrichtigsten Unterordnung unter die Nationalgewalt die sicherste Garantie finden könne *).

* Stuttgart, 18. Nov. Strauß hat sich in der öffentlichen Meinung zu Grunde gerichtet durch die Art und Weise, wie er über Blum's Ermordung sich aussprach. Seine Hinrichtung sei mehr ein Fehler, als ein Unrecht, er sei als Rebellenhäuptling und Freischärler in einer eroberten Stadt ergriffen worden, und mit Freischärlern mache der Sieger in aller Welt kurzen Prozeß. Die Entrüstung, sagt der St. Beob., welche gegen Strauß in der hiesigen Stadt herrscht, ist nicht mit Worten zu beschreiben. Die allgemeine Stimme geht dahin, daß Strauß der ausgeprägteste Repräsentant des Philisterthums und Geldsackes sei. Uebrigens wurde der Seeger'sche Antrag (Adresse wegen Blum) mit 63 gegen 11 Stimmen von der Kammer angenommen. Die Stimmung der Kammer drückte sich in dem von Scherr citirten biblischen Spruche aus: Sein Blut komme über seine Mörder!

Neuestes.

Die ausgesprochene Steuerverweigerung zündet in ganz Preußen. Die Entwaffnung der Berliner Bürger geht vor sich, unterstützt von 250 Kanonen. Sogar auf dem Dache des Schlosses stehen Kanonen. Viele Verhaftungen werden vorgenommen.

Der Prinz von Preußen erklärt einer Deputation seine vollkommene Uebereinstimmung mit den Maßregeln des Königs. Das Haus Hohenzollern werde mit seinen Herrscherrechten stehen und fallen. Glückliche Reise, Hr. Prinz.

Der Prof. Leo, ein aus allen Gesellschaften Halle's verwiesener Narr und Pietist, arbeitet an einer zu oktroyirenden Verfassung.

Geldbeiträge für die deutsche Demokratie in Berlin.

Von C. L. 42 kr., von J. B. Sch. 36 kr., von W. 1 fl., von der Schuhmacherwerkstätte des Hrn. W. 2 fl. 48 kr., von E. G. 30 kr., von E. in J. 30 kr., von einer Gesellschaft bei Wirth Oßmann 3 fl. 54 kr., von einer Nürnberger Demokratin ein Dukaten (5 fl. 36 kr., von R. 1 fl., von M. B. 30 kr., von D. 30 kr., von W. 24 kr., von W. 12 kr., von S. 18 kr., von K. 18 kr. Sammlung im politischen Vereine 77 fl. 25 kr., darunter von der Eisenbahnwerkstätte 27 fl. 30 kr., von Wirth B. 5 fl., von St. 1 fl., von Sch. 1 fl., von S. 30 kr., von K. 18 kr., von K. 18 kr., von R. 12 kr., von B. 2 fl. Zusammen 98 fl. 31 kr.

Wir fordern wiederholt zu Geldbeiträgen auf. Die Bestimmung derselben ist nicht etwa eine Unterstützung der Preußen oder der Berliner speziell, sondern die Unterstützung der Sache der deutschen Demokratie, deren Sieg unbedingt in Berlin, in Preußen entschieden wird. d'Ester ist Mitglied des Centralausschusses der deutschen Demokraten und wird die eingehenden Gelder nur im Interesse der deutschen Demokratie verwenden.

Die Expedition des freien Staatsbürger,

Anzeigen.

Gedruckt — unter Verantwortlichkeit der Verleger — bei J. L. Stich.
Expedition S. 39 im Gasthof zum König Otto II. Etage.

Der freie Staatsbürger.

Erscheint täglich. Preis in ganz Bayern vierteljährlich 1 Fl. 30 Kr., halbjährlich 3 Fl., jährlich 6 Fl.

Organ der Demokratie.

Inserate werden die dreispaltige Petitzeile zu 3 Kr. berechnet. Die Abonnenten haben für die Hälfte des Abonnementpreises Inserate frei.

Nr. 50. Nürnberg, Mittwoch, den 22. November 1848.

Die Steuerverweigerung.

M Es spricht sich gemüthlich aus, dieses Wort, und doch ist es ein Wort von furchtbaren Folgen. Die preußische Nationalvertretung hat es ausgesprochen, sie hat von dieser letzten, furchtbarsten Vertheidigungswaffe gegen die höhnende Tyrannei in dem Augenblick Gebrauch gemacht, als der Absolutismus, nach vorausgegangenen schweren Unbilden, den letzten, äußersten Schimpf gegen sie übte, sie mit Bajonneten von den Sitzen zu vertreiben sich anschickte, die ein durch die Revolution zu seinen Rechten gelangtes Volk ihr anwies. In einem Augenblicke erhabener Begeisterung sprach sie es aus, dieses Wort, das einen Wiederhall finden wird bei 16 Millionen, welche von diesem Augenblick nicht einen Groschen an den Staat abgeben werden, der sich in den Händen eines hochverrätherischen Ministeriums befindet.

Glücklich die Preußen, welche eine Volksvertretung besitzen, die kraft ihrer Pflicht und eingedenk ihres Mandates dieses Wort aussprach, und dem Widerstand des Volkes gegen die Anarchie von oben dadurch die gesetzliche Sanktion gab!

Wir sind weniger glücklich. Wir schmachten seit Monaten unter dem Despotismus eines Ministeriums, das sich auf eine Majorität in der deutschen sog. Volksvertretung selbst stützt, und dem die Einzelregierungen sich bis jetzt willig fügen, weil sie in allen volksfeindlichen Bestrebungen von ihm unterstützt zu werden gewiß sein können. Wir sind ohne Schutz von den Vertretern der deutschen Nation, ohne Schutz von unsern Regierungen, hilflos dem Despotismus preisgegeben.

Was bleibt uns übrig als uns selbst zu schützen!

Weshalb sprach die preußische Nationalversammlung die Steuerverweigerung aus? Weil das Ministerium, vom Volk mit dem entschiedensten Mißtrauen empfangen, seine Wirksamkeit mit hochverrätherischen Maßregeln eröffnete, an die Rechte des Volkes und seiner Vertreter frevelhaft Hand anlegte.

Unser Reichsministerium hat einen ehrlosen Waffenstillstand abgeschlossen, im Widerspruch mit der gesammten öffentlichen Meinung Deutschlands. Unser Reichsministerium hat das deutsche Wien den Kroaten und Rothmänteln preisgegeben, es hat das deutsche Oesterreich zu einem slavischen werden lassen, es hat den deutschen Namen — um den mildesten Fall anzunehmen — so in Verachtung sinken lassen, daß man auf deutschem Boden einen deutschen Volksvertreter, zum Hohn deutscher Gesetze, gesetzlich morden konnte.

Und ein solches Ministerium wäre nicht hochverrätherisch?

Aber es stützt sich auf eine Majorität der Vertretung!

Was ist dieß für eine Vertretung? Sollen wir hier auf tausendmal Gesagtes zurückkommen? Sollen wir noch einmal auseinandersetzen, daß und warum die Frankfurter Versammlung nicht der Ausdruck des deutschen Volkswillens ist? Wir wollen nur auf eine unbestreitbare Thatsache hinweisen. In der Versammlung selbst wurde zu wiederholten Malen der Antrag auf Neuwahlen gestellt — vergebens; die unabhängige Presse sprach sich einstimmig für Neuwahlen aus — vergebens; Adressen aus allen Gegenden Deutschlands forderten sie — vergebens; die Versammlung hatte gegen die öffentliche Meinung nur Verachtung und Bajonnete.

Das Volk hat somit seine legalen Mittel erschöpft. Das Vaterland ist in Gefahr, die sämmtlichen Errungenschaften des März stehen auf dem Spiele. Das Volk ist zu außerordentlichen Maßregeln nicht bloß berechtigt, sondern verpflichtet. Es ist dies sich selbst und seinen Nachkommen schuldig.

Wir wiederholen daher: Steuerverweigerung muß das Losungswort des deutschen Volkes werden, bis das Reichsministerium Schmerling gestürzt, neue Parlamentswahlen eingeleitet und kräftige Maßregeln zur Wahrung der verletzten deutschen Ehre ergriffen sind.

Vereinigte Staaten von Deutschland.

* Nürnberg, 20. Nov. Als gestern im hiesigen Stadttheater eine auf Robert Blum's tragisches Ende bezügliche Einlage vorgetragen wurde und das Publikum, von Begeisterung ergriffen, deren Wiederholung verlangte, erhoben sich die anwesenden Offiziere und legten Protest dagegen ein. Das Publikum bestand natürlich nur um so mehr auf seinem Verlangen und setzte es durch. Ganz Deutschland trauert und flucht über den an einem deutschen Volksvertreter verübten gesetzlichen Meuchelmord, und Mitglieder des Standes, welcher vorzugsweise das Privilegium der Ehrenhaftigkeit für sich in Anspruch nimmt, widersetzen sich der Feier des gemordeten Volksmannes! Ist denn die Ehre Deutschlands, die Ehre des deutschen Volkes nicht auch die Ehre deutscher Offiziere? Können sie es für möglich halten, daß in die Länge eine volksfeindliche Stellung der Soldaten haltbar sey? Würden sie nicht besser thun, etwas mehr, als bisher, auf die laute Stimme des Volkes zu horchen, sie zu beachten? Wir haben noch von unsern Offizieren die Ueberzeugung, daß sie nimmermehr eine solche Manifestation abgegeben hätten, wenn sie bedacht haben würden, daß sie dadurch die Waffenbrüderschaft mit entmenschten Barbaren anerkannt haben, welche in Wien, in dem deutschen Wien Schandthaten verübten, bei deren Erzählung die Brust jedes Ehrenmannes vor Entsetzen und Grimm sich zusammenschnürt. Glücklicherweise wissen wir auch, daß unter dem hiesigen Offizierkorps sich Männer finden, welche den Heldenkampf der Wiener besser zu würdigen wissen, der selbst den besseren Offizieren in Windischgrätz's Armee Bewunderung einflößte.

* Nürnberg, 20. Nov. (Fröbels Rettung.) In mehreren Blättern finden wir Andeutungen über Fröbels Begnadigung, welche einen Schatten auf den Charakter des Geretteten zu werfen geeignet sind. So weit wir Fröbels Charakter und seine politische Ansicht über Oesterreich namentlich aus den Berichten kennen, die er von Wien aus in die Berliner Reform schrieb, halten wir die Erklärung für durchaus begründet, welche ein Correspondent der D. a. Z. für seine Begnadigung gibt: „Fröbel hatte in einer Schrift, die er in Wien veröffentlichte, sich für die Integrität Oesterreichs nach seinem kombinirten politischen System Europas ausgesprochen. Dieses Zauberwort Integrität, wenn es auch nicht im Sinne der österreichischen Camarilla, deren Schwert Windischgrätz ist, gemeint war, soll Fröbel gerettet haben.“ Die widersinnigste Verdächtigung aber ist es unter allen Umständen, wenn man in gewissen Blättern lesen mußte, Fröbel habe über das Treiben der deutschen Demokratie umfassende Geständnisse gemacht und verdanken diesen das Leben. Das Treiben der deutschen Demokratie liegt offen vor aller Welt und wollte Jemand darüber etwas zuerst Unbekanntes „verrathen,“ so müßte er es vorher erfinden. Fröbel hat nun selbst in Frankfurt durch einen Bericht in der Nationalversammlung obige Ansicht von dem Grund seiner Begnadigung bestätigt. Wir werden morgen auf seine Rede in der Nationalversammlung zurückkommen.

* **Nürnberg**, 21. Nov. (**Herr Bassermann, der Ex-Unterstaatssekretär.**) Es ist ein eigenes Ding. Auch gescheidte Leute, wenn sie bei Vertretung einer schlechten Sache an den Punkt gelangen, wo sie sich als eine verlorene herausstellt, werden dumm, kindisch, abgeschmackt. Was faselte doch dieser Bassermann, der nun am Ziele seiner kurzen staatsmännischen Laufbahn angekommen zu seyn scheint, für absurdes Zeug im Parlament über Berlin und die Berliner! Es ist zum Erbarmen! Er sei vor der Bevölkerung, die er in Berlin gefunden, erschrocken (Gelächter); eine Bevölkerung, die er so abstoßend gefunden, daß er sie nicht schildern könne. Andere Leute, als Hr. Bassermann, haben diese Bevölkerung ungemein liebenswürdig, artig, cultivirt, ja gemüthlich gefunden. In jedem Fall aber hat Hr. Bassermann durch sein allgemeines absprechendes Urtheil einen „deutschen Volksstamm" beleidigt und wir fordern Hrn. Vincke auf, seinen Heldenmuth zu bewähren und den Krämer Bassermann auf Pistolen zu fordern. Das Beweglichste ist aber folgende Aeußerung in der Rede des gebildeten Buchhändlers: „Wie schrecklich die Zustände in Berlin seien, gehe unter Anderem daraus hervor, daß in jedem Kramlädchen der Traum eines Republikaners auf rothes (wie schrecklich!), auf rothes Papier gedruckt, aushänge; da sehe man einen Republikaner liegen und um ihn eine Reihe Laternenpfähle, welche alle voll hängen." Das hat nun, wir können es nicht leugnen, seine vollkommene Richtigkeit und wir besitzen dieses fürchterliche Erzeugniß des Berliner Volkswitzes selbst, nur besitzen wir es auf gelbem, nicht auf rothem Papier, weil das uns zum Kauf angebotene Exemplar zufällig eben auf gelbem Papier gedruckt war. Wir besitzen aber auch das in demselben Verlag und von demselben humoristischen Künstler erschienene Gegenstück dazu, den Traum eines Reaktionärs, auf welchem Berlin im Belagerungszustande, die Preßfreiheit vernichtet, die fliegenden Corps aufgelöst, der Friedrichshain durch Aufhängen der Märzkämpfer an Galgen in Friedrichslust umgewandelt, kurz, auf welchem Berlin in dem Zustande zu sehen ist, in welchem es sich theils gegenwärtig befindet und welcher ihm theils von Wrangel und der preußischen Kreuzzeitung zugedacht ist. Wir wollen diese zwei Bilder, die Zeugen der fürchterlichen Zustände Berlins, von heute an in der Expedition unseres Blattes zur Erbauung und Beschauung für Jedermann aufhängen, und wir leben der Ueberzeugung, daß jeder Proletarier Nürnbergs mehr Fähigkeit hat, den unschuldigen Berliner Volkshumor in diesen Bildern aufzufassen und zu begreifen, als der reiche und gebildete Hr. Bassermann. Die Sache ist spaßhaft; sie hat aber auch ihre ernste Seite. Man sendet als Reichskommissäre mit großen Vollmachten und Befugnissen Leute ab, welche das Volk, unter welchem sie wirken sollen, nicht bloß nicht kennen, sondern auch weder Lust noch Fähigkeit haben, es kennen zu lernen; welche überhaupt nie ein Volksleben begreifen konnen, weil sie von Haus aus einen Widerwillen dagegen haben, und welche Grauen und Angst überkommt, wenn sie sich einmal unter Menschen in Blousen und ohne Glacehandschuhe verirren. Was bei solchen Sendungen herauskömmt, zeigt die verunglückte Mission des reichen und gebildeten Hrn. Buchhändlers Bassermann aus Mannheim.

* **Nürnberg**, 21. Nov. Soeben eingegangenen Briefen zufolge können wir den Freunden des aus der hiesigen Frohnveste geflüchteten **Karl Sticht** die erfreuliche Mittheilung machen, daß derselbe glücklich außerhalb der Schußweite deutscher Gerichtsbehörden auf belgischem Boden angelangt ist.

I. **Frankfurt**, 19. Nov. Nachdem gestern auf Antrag des Herrn Wernher eine Beschlußfassung über die preußische Angelegenheit auf 48 Stunden vertagt worden war, in einem Augenblick, wo eine Stunde Zögerung vielleicht Tausende von Menschenleben kosten kann, beschlossen 157 Abgeordnete die Schmach, welche sich die Versammlung durch diese Vertagung aufgeladen, von sich abzuwälzen, in folgender **Ansprache** an das preußische Volk. „Die unterzeichneten Mitglieder der deutschen Reichs-Versammlung haben mit tiefstem Schmerze gesehen, daß die Mehrheit der Versammlung heute eine sofortige Berathung über die Maßregeln abgelehnt hat, welche zur Beseitigung des zwischen der Krone Preußen und der preußischen Nationalvertretung bestehenden Konfliktes zu treffen sind. Wir sind innig durchdrungen von der Ueberzeugung, daß die Geschicke Preußens und Deutschlands an dem Wendepunkte angekommen sind, wo es sich entscheidet, ob in Deutschland Freiheit und Einheit in ruhiger verfassungsmäßiger Gestaltung oder nach neuen, vielleicht sehr langen und blutigen Umwälzungen gewonnen werden sollen. Wir sind uns bewußt, daß jetzt die Ereignisse eines Tages das Schicksal unseres Volkes für eine lange Zukunft bestimmen können. Darum schweigen wir nicht; darum rufen wir dem edeln Volke der Preußen zu: Stehe fest wie ein Mann zu Deiner Nationalvertretung! Folge unverzagt ihren Beschlüssen! Opfere für sie Dein Theuerstes, denn es gilt Deinem Theuersten, der Freiheit! Klar wie das Sonnenlicht ist das Recht auf der Seite Deiner Vertreter. Setzt man doch der National-Versammlung, die in Fragen der Verfassung und ihrer eigenen Existenz gleichberechtigt neben der Krone steht, nur rohe Gewalt entgegen und höhnt also die Würde des Volkes selbst! Weiß man doch zur Entschuldigung hiefür nichts Anderes anzuführen, als einige höchst beklagenswerthe Excesse, deren Wiederkehr man immerhin durch gesetzliche Sicherheitsmaßregeln, nimmermehr aber durch Antastung der Volksfreiheiten entgegen treten mochte. Preußisches Volk! Deine Geschicke und die des übrigen Deutschlands sind ewig unauflösbar verflochten! Harre aus im gerechten Kampfe! Wir stehen treu zu Dir. Die Freiheit, die Einheit werden siegen! Wir nennen wenigstens die 18 bayerischen Abgeordneten, welche diese Ansprache unterzeichnet haben; es sind die HH. Blumröder aus Kirchenlamitz. Christmann aus Dürkheim. Eisenmann aus Nürnberg. Fallmerayer aus München. Geigel aus München. Gulden aus Zweibrucken. Haggenmüller aus Kempten. Käfferlein aus Bayreuth. Kolb aus Speyer. Mayer aus Ottobeuern. Müller aus Damm (Bayern). Reichard aus Speyer. Schmitt aus Kaiserslautern. Schüler, Friedrich, aus Zweibrücken. Spatz aus Frankenthal. Tafel, Franz, aus Zweibrücken. Titus aus Bamberg. Umbscheiden aus Dahn.

Wien, 12. Nov. Die illustrirte Zeitung schreibt: Ich theile heute Einiges über **Blum's letzte Stunden** mit, wie es der Geistliche, der ihn auf seinem letzten Wege begleitete, ein Benediktiner aus dem hiesigen Stifte zu den Schotten, mitgetheilt hat. Am Donnerstag den 9. November, früh 5 Uhr, wird am Schottenstifte angeläutet. Der Pförtner öffnet und sieht vor sich eine Ordonnanz, welche begehrt, daß sogleich einer der geistlichen Herren im Stockhaus erscheinen möge. Einer der Priester begibt sich dahin, wo ihm die Weisung wird, daß in der Zelle Nr ? Robert Blum sey, den er zum Tode vorbereiten solle. Der Geistliche tritt ein und findet Blum ruhig, doch noch ohne Kenntniß von seinem Todesurtel. Blum will es erst gar nicht glauben, indessen der Geistliche versichert, daß ihm der Auftrag geworden, und es erscheint auch bald ein Auditor, der ihm das Urtel verliest und ihn dann mit dem Geistlichen wieder allein läßt. Blum ist sehr gefaßt und sagt zum Geistlichen: Sie wissen vielleicht, daß ich Deutschkatholik bin; ich glaube daher, daß Sie mir die Ohrenbeichte erlassen werden. Der Geistliche, glücklicherweise ein Mann von Bildung und Einsicht, stimmt vollkommen bei; Blum bittet ihn noch um einige Zeit, da er noch an seine Frau und Kinder und seine Mutter schreiben wolle. Nachdem dieß geschehen, sprachen Beide noch viel mit einander, Blum, sehr gefaßt und ruhig, ist erfreut, in dem Geistlichen einen Achtungswerthen zu finden und sagt ihm zuletzt ungefähr: „Es hat mich sehr gefreut, in Ihnen zum Unterschiede von leider so vielen Pfaffen, die man in Deutschland findet, einen ehrenwerthen, wahrhaft christlichen Mann kennen gelernt zu haben. Ich möchte Ihnen gern ein Andenken hinterlassen, allein ich habe jetzt nichts hier als meine Haarbürste, wollen Sie diese von mir annehmen, so machen Sie mir noch eine Freude." Darauf werden sie abgerufen und steigen nebst drei Jägern in einen Fiaker und fahren unter Bedeckung weiter. Der Weg nach der Brigittenau, wo die Exekution stattfand, geht durch die Leopoldstadt An der Reiterkaserne in der Leopoldstadt wurde angehalten, die Bedeckung wurde bedeutend verstärkt und man wollte Blum Ketten anlegen. Er sagte jedoch zu dem Offizier: Ich will als freier deutscher Mann sterben. Sie werden mir auf mein Wort glauben, daß ich nicht den lächerlichen Versuch machen werde, zu entkommen. Verschonen Sie mich mit ihren Ketten. Der Offizier läßt die Ketten wieder fortschaffen und der Zug geht fort zur Stelle. Es ist außergewöhnlich viel Militär dazu ausgerückt, wohl 2000 Mann. Es war jetzt ungefähr 7¼ Uhr. Blum steigt aus, zieht sich um und fragt einen der Offiziere: Wer wird mich denn erschießen? Antwort: Jäger. Blum: Nun, das ist mir lieb. Die Jäger sollen gut schießen; hat mich doch hier — dabei zeigte er unter die Achsel, wo ihn am 26. Okt. bei der Sophienbrücke ein Streifschuß getroffen hatte. — Als man ihm die Augen verbinden wollte, verbat er sich dieß und meinte, er wolle dem Tode frei ins Angesicht sehen. Der kommandirende Offizier bat ihn jedoch, es der Jäger wegen geschehen zu lassen, da sie sicherer schießen

würden, wenn sie ihm nicht ins Auge blickten. — Wenn das der Fall ist, so will ich mir es gern gefallen lassen. Hierauf sprach er noch seine letzten Worte: „Ich sterbe für die teutsche Freiheit, für die ich gekämpft, möge das Vaterland meiner eingedenk seyn." Man verband ihm die Augen, der Profoß bat, wie es Form ist, noch drei Mal um Gnade. Die drei Mal drei Mann traten vor; gleich von den zwei ersten Kugeln traf eine durch's Auge in den Kopf, die andere in die linke Brust. Er starb, wie man es von einem Manne, wie er war, erwarten konnte. Zeugen von Civil waren nur fünf zufällig dabei, die ihn wohl kaum persönlich mögen gekannt haben.

Aus Wien vom 13. Nov. wird dem Constitutionellen Blatt aus Böhmen die aus dem Mund eines gut unterrichteten Mannes geflossene Nachricht mitgetheilt, daß eine „österreichisch-preußisch-russische Allianz" abgeschlossen worden ist.

Wien, 14. Nov. Der D. a. Z. wird „aus guter Hand" die Versicherung gegeben, daß dem Reichstag die Auflösung nahe bevorstehe.

Wien, 16. Nov. Heute Morgen um 9 Uhr sah der Stadtgraben die Hinrichtung des Oberkommandanten unserer Volkswehr Wenzel Messenhauser durch Pulver und Blei. Der Mann starb einen muthigen Tod. Ohne Bangen, ohne Zittern, ohne Thränen ist er gefallen. Mit den Offizieren, welche dem Vollzuge des standrechtlichen Urtheils beiwohnten, pflog er noch eine kurze Unterredung. Eine unzähliche Masse Menschen sah das erhabene Trauerspiel an und kein Auge blieb trocken, kein Herz ungerührt. Der Arme hatte ja nichts Anderes gethan, als was seine Stellung von ihm begehrte, was er auf seinem Posten thun mußte. Nachdem er mit den Offizieren einige Worte gewechselt und diese ihm mit Rührung geantwortet hatten, nahm er eine Stellung gegenüber den Flintenläufen ein, die imponirend auf die Soldaten wirkte. Das Haupt mit einem Käppchen bedeckt, das Gesicht vom Barte ledig, den übrigen Oberleib in ein Sammtröckchen gehüllt, setzte er den rechten Fuß etwas vor und sprach, die Hände gefaltet zum Schooß herabhängen lassend: „Ich bin gerecht und sterbe den süßen Tod für Freiheit und Vaterland." Darauf wandte er sich zu den Soldaten, kommandirte „Fertig, Schlagt an! Feuer" und stürzte zu Tode getroffen auf die Brust nieder. Die Kugeln hatten ihm das Herz zerrissen. Ich glaube, wer so sterben kann, muß im Grunde der Seele ein guter Mensch gewesen seyn. Das Bewußtseyn, die Pflicht erfüllt zu haben, die man ihm anvertraute, verschönerte ihm die letzten Augenblicke seines Daseyns. Man spricht, er habe eine Gattin mit 6 Kindern hinterlassen. Ruhe seinen Gebeinen! (D. const. Z.)

Wien, 17. Nov. Die Wiener Zeitung enthält in ihrem amtlichen Theile folgende zwei Kundmachungen! Um der Verbreitung böswilliger Gerüchte, die in Ansehung des Verfahrens bei der Verurtheilung des Robert Blum zur Kenntniß der Militärbehörde gelangt sind, zu begegnen, findet die letztere im Nachhange zu ihrer, diesen Gegenstand betreffenden, in der Wiener Zeitung bereits erschienenen Kundmachung zu erinnern: Robert Blum, aus Leipzig, als einer der thätigsten Beförderer des Oktoberaufstandes bekannt, wurde in Folge des bereits am 20. Okt. proclamirten Belagerungsstandes für Wien und Umgebungen, nach dem Einrücken der k. k. Truppen in die Hauptstadt, eingezogen und vor das Standrecht gestellt. In der dießfälligen Untersuchung wurde er durch sein Geständniß und beeidete Zeugen überwiesen, daß er am 23. Okt. in der Aula zu Wien den bewaffneten Aufruhr durch eine feurige Rede angefacht und als Führer einer Kompagnie des Elitencorps mit den Waffen in der Hand an demselben Theil genommen habe. Robert Blum wurde demnach in Gemäßheit der bestehenden Militärgesetze von dem Standrechte mit Einstimmigkeit zum Tode durch den Strang verurtheilt, und dieses Urtheil innerhalb 24 Stunden vom Zeitpunkte seiner Stellung vor die standrechtliche Commission gerechnet, durch Pulver und Blei vollzogen.

Wenzel Messenhauser, zu Proßnitz in Mähren geboren, 35 Jahre alt, katholisch, ledig, Schriftsteller, ist in der mit ihm abgeführten kriegsrechtlichen Untersuchung durch sein Geständniß bei erhobenem Thatbestande überwiesen, daß er in der Eigenschaft als provisorischer Oberkommandant der Wiener Nationalgarde, den bewaffneten Aufruhr in Wien, dessen Umgebung und in mehreren Provinzen durch Plakate und Aufgebote zum Landsturm eingeleitet habe; daß er selbst nach Kundmachung des Belagerungszustandes über die Stadt Wien nebst Vorstädten und Umgebung, mittelst der Proclamation Sr. Durchlaucht des Herrn Feldmarschalls Fürsten zu Windischgrätz vom 20. und 22. Okt. d. J. — durch einen weiteren Aufruf vom 25. Okt. und dessen Nachtragsbefehl vom nämlichen Tage zum Aufruhr gegen die zur Herstellung der Ruhe und Ordnung von Sr. Majestät dem constitutionellen Kaiser gegen Wien entsendeten Truppen angereizt und diese zum Treubruch zu verleiten versucht; daß er ferner durch einen terroristischen Befehl die äußerste Vertheidigung Wiens gegen die anrückenden Truppen angeordnet und sonach den bewaffneten Widerstand auch thätigst fortgesetzt; daß er sogar nach abgeschlossener Capitulation wegen Uebergabe der Stadt an den Herrn General Feldmarschall am 30. Okt. Mittags zwei Bulletin's über das angebliche siegreiche Vorschreiten der schon am 28. Okt. angekündigten Heeresmacht der Ungarn in zahlreichen Abdrücken verbreitet und dadurch den Bruch der abgeschlossenen Capitulation herbeigeführt habe. Es ist demnach Wenzel Messenhauser durch kriegsrechtliches Urtheil vom 11., kundgemacht am 14. Nov. d. J. in Folge der angeführten Proclamationen in Verbindung mit dem Art. 62 §. 4 des Militärstrafgesetzbuches zum Tode durch den Strang condemnirt, das Urtheil aber am 16. d. M. um halb 9 Uhr Morgens in dem hiesigen Stadtgraben durch Erschießen mit Pulver und Blei vollzogen worden. Wien, den 16. Nov. 1848.

Berlin, 17. Nov. Als die Nationalversammlung vorgestern nach jener denkwürdigen Sitzung den Saal verließ, wurde sie mit endlosem Jubel empfangen und die Soldaten, welche Reihen bildeten, stimmten theilweise mit ein. An dem zum Polizeipräsidenten in Berlin ernannten, Hrn. Brandenburg speziell befreundeten Hrn. Hinkeldey ist in Sachsen auf sehr empfindliche Weise Volksjustiz geübt worden. In letzter Nacht sind Soldaten unter Anführung eines Offiziers in das Haus des Weinhändlers Hippel gedrungen, dessen Lokal zu den Sammelplätzen der demokratischen Partei gerechnet wird, und haben denselben ins Gefängniß abgeführt. Alle solche Proceduren gehen vor sich, ohne daß auch nur ein schriftlicher Befehl vorgezeigt wird. Von einer Mitwirkung des Gerichts oder auch nur der ordentlichen Polizeibehörde ist vollends keine Rede. Trotz alledem besteht noch die Habeaskorpus-Akte, und trotz alledem versichern der König, der Prinz von Preußen und die Minister schriftlich und mündlich, daß keins der gesetzlich bestehenden oder zugesicherten Rechte verkümmert werden soll. Mit welchem Hohne man diese Rechte und Zusicherungen behandelt, möge der Umstand lehren, daß jede beim Minister Manteuffel erhobene Beschwerde (denn es gibt hier und da noch Leute, welche sich zu einer Beschwerde verstehen) durch die Erklärung abgewiesen wird: Das Ministerium sey es nicht, welches die Habeaskorpus-Akte verletze, sondern der General Wrangel. Wie verlautet, ist der Major v. Herwarth verhaftet, weil er die Abstimmung nicht verhindert hat. Der Oberst v. Sommerfeld, der die Sitzungen im Schützenhause zu verhindern beauftragt war, soll seinen Abschied genommen haben. Das Beispiel des Majors v. Wiedenbruch scheint gewirkt zu haben. In Köln haben am 14. Nov. die Lieutenants Niethack und Adamski von dem Commandeur des 25. Infanterieregiments Obersten von Horn ihren Abschied erbeten. Die Nationalversammlung hat weder heute noch gestern Sitzung gehalten. Die Fraktionen sind gegenwärtig mit Vorberathung über eine an die Armee zu erlassende Proklamation beschäftigt. Es cirkulirt hier eine Ansprache der Offiziere des 27. Landwehrregiments an die Soldaten, ihre Waffen nicht gegen das Volk zu brauchen. Dem Vernehmen nach weigern sich diese Offiziere auch, sich zum Marsche nach Berlin in Magdeburg oder Halberstadt, wohin sie zu diesem Zwecke beordert sind, einzustellen. — Die Direktion des kurmärkischen landschaftlichen Creditverbandes hat die Einlösung der Pfandbriefkoupons versagt; das der Landschaft gehörige Gebäude ist von Militär besetzt und die Kasse geschlossen. — Die berliner Bürgerwehr hat 500 Deputirte der einzelnen Bataillons nach allen Richtungen in die Provinzen gesendet, um mit den verschiedenen politischen und Bürgerwehrvereinen der Provinzialstädte sich zu verständigen.

Potsdam, 11. Nov. Heute hatte eine Magdeburger Deputation vor der Kirchthür eine Unterredung mit dem Könige. Sie hatte vergeblich um Audienz gebeten. Auch hier wollte der König die Adresse nicht entgegennehmen, die sie mitbrachte. Der Sprecher der Deputation: „Es ist eine Zustimmungsadresse." Der König nimmt sie, entfaltet sie, und wendet sich unwillig zu dem Sprecher mit den Worten: Es ist ja nicht das, was sie mir gesagt haben. Der Sprecher: Majestät, es ist die Gesinnung von $\frac{2}{3}$ der Stadt Magdeburg. Der König: Wissen Sie, die Stadt Magdeburg hat mir Treue geschworen, und ich habe sie ihres Eides noch nicht entbunden. Der Sprecher: Majestät wir haben die Abge-

ordneten gewählt zur Vereinbarung der Verfassung und wir werden an der Versammlung festhalten. Der König: Die Stadt Magdeburg wird sich meine allerhöchste Ungnade zuziehen. Ein Mitglied der Deputation: „Majestät, Ihre allerhöchste Ungnade kann uns nix nutzen, wir wollen unser Recht. Bei diesen Worten wendet sich Se. Majestät zur Thür der Kirche.

Breslau, 16. Nov. [Tagesgeschichte.] Die Nachricht, daß die Nationalversammlung die Steuerverweigerung beschlossen hat, zündete in unserer Stadt wie ein Blitz. Der Centralausschuß des Bürgerwehrclubs berief sofort eine Volksversammlung für Nachmittag 3 Uhr. Die Volksversammlung war sehr zahlreich besucht, und wir gestehen, wir haben selten eine Menge so gespannt gesehen, als heute. Die Versammlung wurde mit wenigen Worten eröffnet, die auf die Bedeutung des gegenwärtigen Augenblicks hinwiesen. Es wurde ein genauer Bericht über die gestrige Sitzung der Nationalversammlung gegeben und der erhebende Moment des denkwürdigen Beschlusses mit lebhaften Worten geschildert. Die Menge erhob einen Jubelruf, der bezeugte, mit welcher Begeisterung das Volk auf seine Vertreter sieht. Nach Beendigung des Berichts wurde der Vorschlag gemacht, sofort in geordneten Zügen sich vor das Rathhaus zu begeben, um dort vom Sicherheitsausschuß die bestimmte Erklärung zu fordern, ob er im Namen der Stadt Breslau den Beschluß der Nationalversammlung aufrecht erhalten und vom morgenden Tage an ausführen werde, dieselbe Erklärung aber auch von dem Oberpräsidenten der Provinz zu verlangen. — Die permanente städtische Commission beschloß: In Anerkennung des Beschlusses der Nationalversammlung, „daß das Ministerium Brandenburg nicht berechtigt ist, Staatsgelder zu verwenden und Steuern zu erheben, bis die Versammlung diesen Beschluß, der mit dem 17. Nov. in Kraft tritt, zurückgenommen hat“ — die von den Einzelnen an den Magistrat abzuführenden Steuern aufzubewahren und wegen der übrigen Staatssteuern von dem Präsidenten die bestimmte Erklärung zu fordern, daß er diese Steuern von dem Ministerium Brandenburg nicht verwenden lassen wolle.“

Von Magdeburg aus lesen wir folgende Ansprache an die Soldaten: Mitbürger Soldaten! Wir versammelte Bürger Magdeburgs, seiner Vor- und Mitstädte, so wie Bukau's richten an Euch, aus dem Herzen zum Herzen, das Wort. Wir sind allesammt Brüder, wir sind allesammt Söhne desselben Vaterlandes, unser Wohl ist Euer Wohl, Eure Ehre unsere Ehre, unsere Freiheit Euere Freiheit, unser Recht Euer Recht! Bevor Ihr ins Heer eingetreten, waret Ihr Bürger, wenn Ihr nach wenigen Monaten austretet, werdet Ihr Bürger seyn, und — ja, während Ihr im Heere stehet, seyd Ihr auch Bürger. Es gibt keinen Unterschied zwischen Volk und Heer, sie sind Eins; kommt Weh und Schmach über das Volk, sind sie auch über das Heer gekommen. Darum rufen wir Euch zu: keinen Zusammenstoß, keinen Kampf zwischen Heer und Volk! Wir öffnen Euch die Arme, Soldaten, denn wir sind Eure Väter und Brüder, Eure Mütter und Schwestern sind unsere Frauen und Schwestern! Sollte der Soldat seinen Arm hergeben zur Unterdrückung der Volksfreiheit, zur Ueberwältigung der Nationalversammlung, so hat er die Waffe gegen die eigene Brust, gegen die Brust seines Vaters und Bruders, seiner Mutter und Schwester gezuckt! Mitbürger, Soldaten, vergesset das nicht, erwäget es wohl, Ihr seyd Söhne des Vaterlandes, dieses hat sein heiliges Anrecht auf Euch, erinnert Euch, Ihr habet auch dem Vaterlande den Eid geschworen! Das Vaterland ist das Höchste auf Erden! — Dazu bieten wir Euch die Bruderhand! Magdeburg, den 12. November 1848. Die Bürgerversammlung Magdeburg.

Dresden, 18. Nov. Gestern wurde der sächsische Landtag geschlossen. Das sächsische Gesammtministerium hat heute in einer Bekanntmachung Rechenschaft abgelegt von seinen in Sachen Robert Blum's gethanenen Schritten. Es hat durch die königliche Gesandtschaft in Wien auf Mittheilung der Prozeßakten angetragen, vom Gesandten Rechenschaft über sein Verhalten gefordert, bei der Centralgewalt entschiedene Anträge gestellt.

Leipzig, 18. Nov. Rath und Polizeiamt der Stadt Leipzig untersagten die Bildung eines bewaffneten Freischaarenzuges nach Berlin, sowie irgend eines bewaffneten Vereins außer der Communalgarde, nicht minder das Einsammeln von Beiträgen an Waffen, Munition, Geld ꝛc. zu obigem Zwecke. Dagegen wurde nachstehendes Plakat erlassen: Gegen die Verfügung des hiesigen Stadtraths und Polizeiamts wegen Verbots der von uns zur Bekämpfung einer hochverrätherischen Gewalt in Preußen vorbereiteten Freischaaren haben wir, da das Verbot auf unrichtigen thatsächlichen Voraussetzungen beruht und in den Gesetzen nicht begründet ist, Beschwerde bei der betreffenden Behörde erhoben und werden deren Erfolg öffentlich bekannt machen. Leipzig, 18. Nov. Die vereinigten Ausschüsse für die berliner Angelegenheit: L. Albrecht, erster Präsident; Oelckers, zweiter Präsident; R. Beuthner, Schriftführer.

Heidelberg, 18. Nov. Ein räthselhaftes Ereigniß hat gestern unsere Stadt in Spannung versetzt. Es mochte gegen halb 0 Uhr Abends seyn, als man den Antiquar Lieber zu seinem Fenster hinaus um Bürgerhülfe rufen hörte. Auf diesen Ruf eilten viele Leute, auch mehrere der hier liegenden nassauischen Soldaten herbei; zugleich sprang ein Fremder aus dem Bücherladen auf die Straße, welcher sofort verfolgt und festgenommen wurde. Derselbe leistete den heftigsten Widerstand und versetzte einem nassauischen Soldaten einen gefährlichen Stich in die linke Seite. Inzwischen waren die Andern in den Lieber'schen Laden getreten, fanden aber den Eigenthümer bereits entseelt; er hatte nicht weniger als sieben Stichwunden in der Brust. Der Thäter wurde auf die Gendarmerie-Wachtstube gebracht, wo man wahrnahm, daß er selbst drei Stichwunden auf der linken Brust hatte. Auf einmal erhob er seine Stimme und sagte: „Ich habe mich gerächt, o Robert Blum!“ Seinen Namen gab er nicht an, und in einer Viertelstunde war er ebenfalls eine Leiche. Der Mörder ist ein Mann von 38 bis 40 Jahren, mittlerer Größe, mit langen, schwarzen Kopfhaaren, einem sehr langen, schwarzen Bart; er hat eine Glatze, und ist ziemlich gut gekleidet. Bei seiner Verhaftung wurde ihm ein dolchartiges Messer abgenommen, womit er die That verübt hatte. (Karlsr. Z.)

Neuestes.

Das Kammergericht in Berlin hat die Publikation des Martialgesetzes für ungesetzlich erklärt Das Auditoriat hat sich gleichfalls geweigert, nach dem Kriegsrecht Urtheile abzufassen. Es werden, auf Denunciationen hin, nächtlicher Weile eine Menge Verhaftungen vorgenommen. In Breslau hat das Militär sich in Folge von Unruhen aus der Stadt gezogen. Man kann Schlesien als in vollem Aufstand befindlich annehmen. Der Oberpräsident Pinder in Schlesien hat sich für den Steuerverweigerungsbeschluß erklärt.

Gedruckt — unter Verantwortlichkeit der Verleger — bei J. L. Stich.
Expedition S. 39 im Gasthof zum König Otto II. Etage.

Der freie Staatsbürger.

Erscheint täglich. Preis in ganz Bayern vierteljährlich 1 Fl. 30 Kr., halbjährlich 3 Fl., jährlich 6 Fl.

Organ der Demokratie.

Inserate werden die dreispaltige Petitzeile zu 3 Kr. berechnet. Die Abonnenten haben für die Hälfte des Abonnementpreises Inserate frei.

Nr. 51. Nürnberg, Donnerstag, den 23. November **1848.**

Vereinigte Staaten von Deutschland.

* Nürnberg, 21. Nov. (Stimmung in Schlesien.) Da das von Kanonen beherrschte Berlin gezwungen ist, die Entscheidung über die obschwebende Differenz zwischen Krone und Volksvertretung den Provinzen zu überlassen, so müssen sich jetzt unsere Augen vorzugsweise nach Schlesien, als dem Lande richten, in welchem die demokratischen Grundsätze am Tiefsten Wurzel geschlagen haben. Wir geben zum Beleg für die Stimmung in Schlesien nachfolgende Artikel aus der A. O. Z.:

Breslau, 17. Nov. Der heutige Tag ist der wichtigste, welchen seither die preußische Geschichte zu notiren gehabt hat! denn von heut an beginnt der offen erklärte, unerbittliche Kampf zwischen dem blutig beleidigten, schmählich verrathenen, heimtückisch auf's Aeußerste gebrachten preußischen Volke und einer von dessen Vertretern für ungesetzlich und unfähig erklärten Regierung, welche sich dem Volkswillen gegenüber durch Waffengewalt behaupten will. Zutrauensvolle oder kurzsichtige Seelen schmeicheln sich zwar noch immer mit der Hoffnung einer Ausgleichung und werden durch den heut bekannt gewordenen Beschluß der Frankfurter in ihren Hoffnungen ermuntert. Wir sind weder so leichtgläubig, noch so kurzsichtig; ja, um es offen zu gestehen, wir wünschen keine Vermittlung von dieser Seite her; denn eine Vermittlung der Centralgewalt in Preußen, nachdem dieselbe in Oesterreich vergeblich vor der Thüre eines Windischgrätz um Gehör gebettelt; nachdem dieser, ausdrücklich zum Hohn der deutschen Centralgewalt und zur Verscheuchung des deutschen Einheitsspukes, den deutschen Volksdeputirten Blum ermorden ließ, wie einst dieselbe österreichische Mordpolitik französische Gesandte in Rastadt an's Messer lieferte — eine solche Vermittlung, das wäre in Preußen der Schritt vom Erhabenen zum Lächerlichen! Aber man denkt in Frankfurt auch gar nicht an eine ehrliche Vermittlung; man denkt nur an einen Verrath in neuer Form! Die dortige Versammlung hat sich nämlich ausdrücklich für einverstanden erklärt mit den bisher getroffenen Maßregeln des Centralministers Schmerling, and da dieser es war, welcher in seinem Schreiben an Hrn. Camphausen vom 2. Nov. die preußische Regierung zu den Maßregeln anzureizen versuchte, in Folge deren das Land in Anarchie gerathen ist, so konnte man zum Voraus überzeugt seyn, daß von dort aus nichts geschehen würde, was nicht im Interesse der preußischen Regierung seyn würde. Der Erfolg hat es bewiesen. Indem die Versammlung den Antrag der Ausschußmajorität annahm: „Die königl. preußische Regierung dahin zu bestimmen, daß sie die angeordnete Vertagung und Verlegung der Nationalversammlung nach Brandenburg zurücknehme, sobald solche Maßregeln getroffen sind, welche ausreichend erscheinen, um die Würde und Freiheit ihrer Berathungen in Berlin sicher zu stellen —" hat sie sich, wie der Pr. St. A. heute in einem offiziellen Artikel anerkennend ausführt: für die Krone und deren Recht, die Nationalversammlung zu verlegen und zu vertagen — entschieden. Frankfurt hat also wie in Oesterreich, so jetzt in Preußen die Sache des Volkes schmählich verrathen; um so schmählicher, je weniger man sich darüber täuschen kann, wie das Ministerium Brandenburg jenes „Verlegungs- und Vertagungsrecht" versteht, in welchem Umfange es davon Gebrauch zu machen denkt. Ein anderer offizieuser Artikel derselben Nr. 197 des „Pr. St. Anz." spricht sich nämlich folgendermaßen darüber aus: „aber so dringend das Vaterland der ihm verheißenen und durch das kgl. Wort verbürgten Verfassung bedarf, so wenig wird man sich doch jetzt verbergen können, daß diese Versammlung faktisch wie rechtlich (!) zu dieser Aufgabe für uns verloren ist." Was mit Vermeidung diplomatischer Verhüllungen in dürren Worten heißt: die Nationalversammlung ist aufzulösen! Und warum? Es ist das alte Spiel der Tyrannei; eine ungerechtfertigte Maßregel ergreifen, um damit den gesetzlichen Widerstand gegen Unrecht hervorzulocken und auf Grund des Widerstandes Recht und Gesetz mit Füßen zu treten; es ist die Wiederholung der alten Fabel vom Wolfe, welcher sich vom Lamme das Wasser nicht trüben lassen wollte, während er doch vor der Quelle lag. Zum Glück besteht das preußische Volk nicht aus Lämmern, welche sich wehrlos vom Wolfe zerreißen lassen werden, und die Nationalversammlung, schamlos verhöhnt durch die offizieusen Artikel des Pr. St. Anz., hat, obwohl sie „bereits das traurige Schauspiel eines heimatlosen Umherziehens auf unseren Straßen und Plätzen bot," zur rechten Zeit das rechte Wort gesprochen: Steuerverweigerung! Die Steuerverweigerung ist der äußerste Akt des passiven Widerstandes. Er unterbindet der Regierung den Nerv der Thätigkeit; aber wir haben zu der praktischen Durchführbarkeit dieses Beschlusses nur wenig Hoffnung, wenn nicht alle Behörden treu der stillschweigend oder laut übernommenen Verpflichtung — konstitutionell zu verwalten, sich auf die Seite des in seinen Vertretern beleidigten und verletzten Volkes stellen. Es ist an ihnen, sich öffentlich zu erklären; ihre Ehre erfordert es, und wir leben in der Zeit, wo das solonische Gesetz in Kraft tritt, welches keinem Bürger gestattet, parteilos zu bleiben. Namentlich an die Gerichtsbehörden ergeht die Mahnung, sich über den konstitutionellen Conflikt auszusprechen und darüber, ob sie selbst Stempel und dergleichen erheben oder nicht, und ob sie der executiven Steuereintreibung Nachdruck verleihen werden. Denn vergessen wir es nicht: das Ministerium Brandenburg hat die Macht, die ihm rechtmäßig verweigerten Steuern mit Gewalt beizutreiben und daß es diese Gewalt brauchen wird, dafür bürgt die Anspannung aller bereiten Militärkräfte; dafür bürgt die aller Orten befohlene Einberufung der Landwehr, um durch diese die Linie im Garnisondienste abzulösen. Der Linie aber, glaubt man, bei einem Angriffe auf das Volk sicher seyn zu können, weil diese aus jungen Leuten besteht, welche den Ernst des Lebens und den Werth der bürgerlichen Freiheit noch nicht kennend, im Militärdienst statt einer körperlichen Uebungsschule — einen Lebensberuf sehen. — Wir müssen uns die wahre Lage der Sache klar machen, damit man uns nicht des Leichtsinns zeihe. — Ja man umspannt uns von allen Seiten mit einem Netz von Arglist und Gewaltigung, und es gehört die sittliche, freie und einmüthige Erhebung des preußischen Volkes dazu, um den Schrecknissen der Zukunft muthig entgegenzugehen! Aber freilich, man bietet uns einen Kampf, welchen wir ohne Niederlage nicht vermeiden können, während die Annahme desselben fast schon eine Garantie des Sieges ist. Man hat auf der andern Seite das Schwert gezückt und die Scheide weit weggeworfen; die Ehre des Mannes erfordert es, daß wir an Entschlossenheit mindestens nicht zurückstehen.

G Schwabach, 21. Nov. Die Demokratie gewinnt hier immer mehr Boden; der demokratische Verein nimmt täglich zu. Dagegen beginnt bei dem hier bestehenden Verein für Freiheit und Ordnung das Ausreißen, obschon die Hrn. Verstände sich anerkennenswerthe Mühe geben, um neue Mitglieder anzuwerben. So wurde z. B. von Seite zweier Offizieren, welche Mitglieder des Vereins sind, an die Mannschaft des hiesigen Freikorps der Antrag gestellt, dem Verein für Freiheit und Ordnung beizutreten, da von ihnen ja kein Beitrag verlangt würde, ja sie sogar im Falle einer Krankheit von dem Vorstand des Vereins, Dr. Küster, unentgeldlich behandelt werden sollten. Aber selbst die Inaussichtstellung unentgeldlicher hippokratischer Hülfe hatte einen auffallend geringen Erfolg.

München, 19. Nov. Die hiesige Studentenverbindung Rhenania hatte, um dem laubetriebenen Institute des studentischen Freicorps eine neue Anregung zu geben, folgenden Aufruf an der Universität anzuheften beschlossen: Commilitonen! Das wichtigste Recht, das uns die Märzrevolution gebracht hat, ist das Recht, Waffen zu tragen; wir Studenten waren die Ersten, die es in Anspruch nahmen, und so sollten wir auch die Ersten seyn in der Ausübung desselben. Zur kräftigen Energie soll sich die bisherige Theilnahme entfalten! — Möge ein hereinbrechender Sturm uns nicht unvorbereitet überraschen! Wir brauchen nicht näher darauf einzugehen, die Ereignisse sprechen jetzt laut genug zu Euch. Darum schaaret Euch Alle unter die Waffen, denn sie sind des freien Mannes Zier! Schützet die Freiheit und das Recht. Die Studentenverbindung Rhenania. Diesen Aufruf wollte ein beauftragtes Mitglied sofort in dem hiezu bestimmten Kästchen unter den Hallen der Universität anschlagen. Der Rector aber legte dagegen ein Interdict ein, indem er Placate „politischen" Inhalts, wie dieses, in das Bereich der Polizei gehörig erachtete. Der Einwand, daß das Plakat als das studentische Freikorps betreffend, als Gegenstand für die Studentenschaft sich eigne, fand kein Gehör. Das Plakat wird sonach der Vorcensur der Universitätspolizei unterzogen. Der Polizeibeamte bedeutete dem mit der Veröffentlichung des Plakats Beauftragten: dasselbe müsse einer obersten Polizeibehörde unterlegt werden, wenn der Herr Student dieß wolle. — — Dieser schob unter Verwahrung gegen eine derartige Censur seinen Aufruf ein. (Vorw.)

München, 21. Nov. Es hat sich hier ein neuer Verein, der Vaterlandsverein, gebildet. Sein Programm lautet: Der Vaterlandsverein achtet die bestehende Staatsform und erwartet Verbesserung und Aenderung derselben von der folgerichtigen Verwirklichung der Märzverheißungen. Die hiedurch beurkundete Neuzeit verlangt Abschaffung der mit ihr unverträglichen Vorrechte, gleiche Berechtigung und verhältnißmäßige Belastung Aller, Umwandlung des Polizeistaats in einen Rechtsstaat, und Feststellung derjenigen Gesetzesformen, innerhalb welcher der Mensch zur vernünftigen Entwicklung und Geltung kommt. Alle öffentlichen Einrichtungen in Gesetzgebung, Rechtspflege und Verwaltung sollen fortan auf volksthümlichen Unterlagen ruhen und von volksthümlichem Gemeinsinne gehoben werden. Geistesbildung, Stärkung des Rechtsgefühls und Achtung vor dem Gesetze sind die unterscheidenden Vorzüge frei gewordener Bürger. München, 19. November 1848 Riese. Schimon. Gr. iner. Herrmann. v. Braunmühl.

Die allg. Ztg. enthält folgende Erklärung: „In einem der Wiener Berichte an die Allg. Z. wird eine Aeußerung, die Robert Blum am 30. oder 31. Okt. am Stephansplatz gemacht haben soll, des Inhalts: „Ihr müßt noch 200 laternisiren," erwähnt. Robert Blum hat sich nach Beendigung des Kampfes in den Vorstädten, als alles verloren und jede weitere Vertheidigung Wahnwitz war, stets unmittelbar in meiner Nähe oder im Gasthof „zum Igel" befunden, und in keiner Weise das Volk haranguirt. Jene Anschuldigung ist eine gemeine Verleumdung, die zu entkräften ich der Wahrheit wie dem Andenken eines der edelsten und tapfersten Männer Deutschlands schuldig bin. Ich habe mich dem illegalen Verfahren des Fürsten Windischgrätz durch die Flucht entzogen, an denselben jedoch die Erklärung gelangen lassen: wie ich mich nicht verpflichtet halte mich einem Gericht zu stellen das Ankläger, Zeugen und Richter in denselben Personen vereine, und dessen einzige Richtschnur die vom österreichischen konstituirenden Reichstag als ungesetzlich erklärte Proklamation vom 23. Oktob. bilde; wie ich aber, sobald die legalen Gewalten wieder in Wirksamkeit träten, nicht ermangeln werde auf ergehende Aufforderung vor einer verfassungsmäßigen Jury über meine Handlungen als Chef der Sicherheitsbehörde und als Mitoberkommandant der Wiener Volkswehr (vom 29. bis 31. Okt.) Rechenschaft zu geben. Von der rauhen Alb, 15. Nov. 1848. F. Fenner v. Fenneberg." *)

* Frankfurt, 20. Nov. Der Ausschuß für die preußische Angelegenheit, der es über sich gewinnen konnte, das elendeste und feilste Subjekt im Parlamente, den Literaten Wilhelm Jordan, der seit der Märzrevolution die Metamorphosen von der Republik zum Preußenverein, vom Preußenverein zur konstitutionellen Monarchie, von der Konstitution zur Linken in Frankfurt, von der Linken gegen königliches Geld zur Partei Radowitz gemacht, den Literaten Wilhelm Jordan, den wir, die Redaktion des freien Staatsbürgers überdieß als den schamlosesten Plagiarius bezeichnen und die Beweise dafür anbieten — wir sagen: der Ausschuß, welcher es über sich gewinnen konnte, dieses Subjekt zu seinem Berichterstatter zu wählen, trägt an, hinzuwirken auf Ernennung eines Ministeriums, welches das Vertrauen des Landes besitzt, den Steuerverweigerungsbeschluß aber ausdrücklich für null und nichtig zu erklären. Dieser Antrag wird ohne Zweifel durchgegangen seyn. Es ist übrigens gleichgültig, was die Versammlung in Frankfurt beschließt. Unter allen Umständen, mag in Berlin geschehen was da will, stirbt sie an den Folgen der Berliner Ereignisse.

Wir heben aus Fröbels Rede die Hauptpunkte aus. Er und Blum wollten am 20. Oktober, nachdem sie den ihnen gewordenen Auftrag in Wien erfüllt, von da wieder abreisen; da man ihnen von allen Seiten sagte, sie setzen sich Mißhandlungen von Seiten des Militärs aus, entschlossen sie sich jedoch zum Bleiben, obgleich sie bereits mit Pässen und Passierscheinen versehen waren. Einmal zum Bleiben gezwungen, entschlossen sie sich, am Kampfe Theil zu nehmen. Sie traten als Hauptleute in das Elitenkorps, welches zunächst zur Erhaltung der Ordnung bestimmt war, und dessen Dienst viel Muth und Energie foderte. Plötzlich wurde indessen das Korps zu einem anderen Zwecke verwendet; beide wurden getrennt und auf die gefährlichsten Posten gestellt. Fröbel war überzeugt, daß die Stadt sich nicht halten könne, weil sie verrathen wurde. Blum wurde z. B. von den Kroaten mit Kartätschen und Granaten beschossen, hatte 5 Kanonen und den strengen Befehl, sie nicht zu gebrauchen. Es waren theils keine, theils mit Sand und Sägespänen gefüllte Patronen vorhanden. Am 29. verlangten und erhielten beide ihre Entlassung und nahmen keinen Antheil mehr an den weiteren Ereignissen. Am 1. November wandten sie sich an einen General um einen Geleitschein, am 3. wurden sie an General Cordon gewiesen. Die Antwort war ihre Verhaftung am 4. früh. Der Verhaftbefehl stand auf der Rückseite ihres Briefs. Sie wurden vom 4. bis 8. ziemlich rücksichtsvoll behandelt. Am 8. Nachmittags 4 Uhr sandten sie einen Protest an die Centraluntersuchungskommission, worin sie ihre Eigenschaft als Abgeordnete geltend machten und die Rechte der Nationalversammlung feierlich verwahrten. Dieser Protest wurde berücksichtigt; die Hinrichtung Blum's war die augenblickliche Antwort. Von 4 bis 6 Uhr war eben Zeit, daß der Protest zu Windischgrätz gebracht werden und die Antwort von ihm zurückgehen konnte. Von 6 bis 8 Uhr wurde Blum verhört, am 9. früh erschossen. Am 8. hatte man ihnen einen Spion unter der Firma eines Mitgefangenen in's Gefängniß gelegt. Dieser holte sie aus und Blum sagte ihm rückhaltslos Alles, trotz Fröbel's Warnung, der den Plan und den Spion durchschaute. Dieser munterte sie zu dem Proteste auf, der von Blum noch energischer abgefaßt, von dem vorsichtigen Fröbel aber durch Wegstreichung einer Stelle, die einer Drohung gleichsah, gemildert wurde. Das Koncept dieses Protestes ist das Einzige, was Fröbel von seinen Effekten wegkam. — Man glaubte an einem Opfer genug zu haben; das andere wollte man wenigstens empfindlich büßen lassen; Fröbel blieb 4 Tage in hartem Gefängniß und in dem Glauben, daß ihm der Strang bevorstehe; man suchte ihn raffinirt in Todesangst zu setzen, riß ihn Nachts aus seinem Gefängnisse, führte ihn in das Haus eines Beamten, der bei Eröffnung eines versiegelten Papiers in Konsternation gerieth, eines Papiers, in welchem Fröbel die Worte „5 Uhr" lesen konnte und glauben mußte, dieß sey die Hinrichtungszeit. In's Gefängniß zurückgebracht, wurde er entkleidet und durchsucht. Endlich am 10. wurde er wieder in jenes Haus geführt und verhört. Als Hauptpunkt wurde ihm die Frage vorgelegt, ob er nach dem 23. Oktober, nämlich nach der Erklärung des Belagerungszustandes die Waffen geführt habe. Auf seine Einwendung, daß der Belagerungszustand nicht publizirt und der Beschluß vom Reichstag für ungesetzlich erklärt worden, wurde ihm erwidert: ob er denn nicht wisse, daß der Belagerungszustand alle Civilbehörden, also auch den Reichstag aufhebe? Auf die humane Aufforderung des Richters vertheidigte er sich, ohne seinen Prinzipien etwas zu vergeben, oder auch seine Richter unnütz zu reizen. Er brachte unter Anderem vor, daß er früher in Wien eine Broschüre geschrieben: Wien, Deutschland und Europa, worin er vorgeschlagen, Oesterreich als Ganzes zu Deutschland zu ziehen. Der Präsident des Gerichts, ein Oberstlieutenant, bemerkte hiebei, dieß sey ein wesentlicher Punkt der Vertheidigung. Ein Auditor zog die Broschüre aus den Papieren hervor. Fröbel hatte sie Blum zu lesen gegeben.

*) Der d. konst. Ztg. zufolge ist Fenner von Fenneberg in München angekommen, reist jedoch in Rücksicht auf die bekannten Gesinnungen des bayerischen Ministeriums gegen die Wiener Flüchtlinge sogleich nach Frankfurt weiter.

Diese Broschüre hält Fröbel für die Ursache seiner Rettung. Am 11. wurde ihm das bekannte Urtheil verkündet.

Wien, 15. Nov. Ueber die Verhandlungen der Herren Welcker und Mosle mit Windischgrätz gebe ich Ihnen folgende Mittheilung aus bester Quelle, wörtlich, wie ich sie gehört habe: „Die Herren Mosle und Welcker baten um eine Audienz bei dem Fürsten Windischgrätz, welche ihnen auch in Stammersdorf (im Marchfelde) gewährt wurde. Der Fürst empfing sie mit allen Formen der Höflichkeit und des guten Tons und ließ sie, selbst sich beinahe stumm verhaltend, ganz aussprechen. Seine Antwort war ganz kurz folgende: Oesterreich sei noch nicht so weit herabgekommen, daß es badischer oder oldenburger Truppen bedürfe, um im eigenen Hause Ordnung zu machen; übrigens danke er den Herren für den geäußerten guten Willen."

Wien, 15. Nov. Die ganze Märzerrungenschaft steht auf dem Spiele. Preßfreiheit und Nationalgarde sind auf das gefährlichste bedroht. Der Verband mit Deutschland ist vollständig aufgegeben und man will sogar hinter den Bundestag zurückgehen und selbst das lockere Band lösen, welches uns seit dem Wiener Congresse mit dem gesammten deutschen Vaterlande zusammenhielt. Mittlerweile wird Wien immer enger und enger gefesselt. Die Basteien werden zu Festungswerken eingerichtet; bei jedem Thore sind mächtige Pallisaden eingerammt worden und Kanonen bestreichen nach innen wie nach außen jede Hauptstraße. Die Presse ist so vollständig erdrückt, daß nicht einmal Visitenkarten ohne vorhergegangene Erlaubniß gedruckt werden dürfen. Gestern hat die Buchhandlung Tendler und Schäfer eine italienische Grammatik zur Censur tragen müssen, zur militärischen Censur! Der Censor und Hauptagent dieser ganzen Preßtyrannei ist Hr. Gustav Heine, der Bruder Heinrich Heine's. Dieser Biedermann hat vor zwei Jahren als österreichischer Oberlieutenant quittirt, gab seit neun Jahren das hiesige Fremdenblatt heraus, trieb während des ganzen Oktobers sich als Spion inmitten der Radikalen umher und hat seit dem Einmarsch der Truppen sich wieder in eine Kürrassieruniform gesteckt, um bei der Militärkommission das Amt eines Generalcensors und Beamten zu treiben. Noch theile ich die bekannt gewordene Abschrift von dem ganzen gegen Robert Blum ergangenen Todesurtel mit: Urtel, welches in dem auf Befehl des hohen k. k. Militär-Stadtkommando in Wien zusammengesetzten permanenten Standrechte mit Einheit der Stimmen geschöpft wurde. Hr. Robert Blum, zu Köln in Rheinpreußen gebürtig, 40 Jahr alt, katholisch, verheirathet, Vater von vier Kinder, Buchhändler zu Leipzig, welcher bei erhobenem Thatbestand durch sein Geständniß und Zeugen überwiesen ist, am 23. Okt. l. J. in der Aula zu Wien durch Reden in einer Versammlung zum Aufruhr angeregt, und am 26. Okt. l. J. an dem bewaffneten Aufruhr in Wien als Commandant einer Compagnie des Elitenkorps thätig Antheil genommen zu haben: soll nach Bestimmung der Proklamation Sr. Durchl. des F.-M. Fürsten zu Windischgrätz, vom 20. und 23. Okt., dann nach §. 4. im 62 Art. der Theres. Gerichtsordnung mit dem Tode durch den Strang bestraft werden. So gesprochen in dem Standrechte, angefangen um 10 Uhr Abends, am 8. Nov. 1848. Cordier m. p. Major, als Präses. Wolferom m. p. Hauptmann, Auditor. — Ist kund zu machen und in augenblicklicher Ermangelung eines Freimannes mit Pulver und Blei durch Erschießen zu vollziehen. Wien, am 8. Nov. 1848. Im Namen Sr. Durchl. des Hrn. Feldmarschalls. Hipeck m. p. Generalmajor. Kund gemacht und mit Pulver und Blei durch Erschießen vollzogen worden. Wien, am 9. Novemb. 1848, 8 Uhr Morgens. Wolferom m. p. Hauptmann, Auditor. (D. a. Z.)

Wien, 17. Nov. Die Wiener Ztg. enthält in ihrem amtlichen Theil folgende Kundmachung: Anton Bregini, aus Brünn in Mähren gebürtig, 29 Jahr alt, katholisch, ledig, ohne Profession und Beschäftigung, ist bei richtig gestellten Thatbestand durch eidliche Zeugenaussagen überwiesen, am 13. d. M. Abends in einem hierortigen Gasthause und in Gegenwart mehrerer Gäste vom Civil- und Militär-Stande, aufwiegelnde Gespräche geführt zu haben, wobei er sich insbesondere Drohungen über die nothwendige Ermordung hoher Personen erlaubt hat. Es ist daher Anton Bregini in Folge der Proklamation Sr. Durchlaucht des Herrn Feldmarschalls Fürsten zu Windischgrätz ddo. 1. und 12. d. M. gemäß standrechtlichen Urtheils vom 16. d. M. durch Stimmenmehrheit zum Tode durch den Strang verurtheilt, und das Urtheil heute Vormittags um 8 Uhr im hierortigen Stadtgraben durch Pulver und Blei vollzogen worden. Wien, am 17. Nov. 1848.

Berlin, 18. Nov. Die Abnahme der Gewehre ist heute auch an dem Maschinenbauerkorps vollzogen worden, welches hier lange Zeit für die eigentliche Streitmacht der Demokratie gegolten, sich jedoch auch der Tagesparole des passiven Widerstandes gefügt hat. Das Militairkommando glaubte indessen Anzeichen zu haben, daß die Maschinenbauer einen gewaltsamen Widerstand leisten wollten, und es rückte deshalb heute früh eine sehr bedeutende Truppenmasse in die Stadttheile vor dem Oranienburger Thore hinaus. Die Soldaten erlangten jedoch auch diese Waffen ohne allen und jeden Widerstand. Vorgestern ist in der Hasenhaide ein Soldat kriegsrechtlich erschossen worde. Derselbe hatte als Schildwache seinen Posten verlassen, Civilkleider angezogen und einem Club beigewohnt. Auf diesem Vergehen ertappt, ist er zur Haft und Untersuchung gebracht worden. — Aus Naumburg wird unterm 14. Nov. hierher gemeldet, daß an diesem Tage der Bahnzug nach Halle vom Volke angehalten worden ist, um kein Militair durchpassiren zu lassen, von dem sich übrigens nichts auf dem Zuge befand. Aber der Oberregierungsrath v. Hinkeldey, der nach Berlin abreisen wollte (wo er bekanntlich die Stellung als Polizeipräsident eingenommen), wurde, da das Volk sehr gegen ihn eingenommen ist, aus dem Coupé gerissen, arg gemißhandelt und auf das Rathhaus geschleppt. Von dort wurde er erst Abends auf Requisition des Regierungspräsidenten in seine Behausung entlassen. Die Bürgerwehr, die schon Morgens um halb 10 Uhr allarmirt worden war, um das angeblich erwartete Militär abzuhalten, hielt den Bahnhof bis spät Abends besetzt, während die Schienen mit Balken belegt waren, um die Züge zum Anhalten zu zwingen. — Der posener Zeitung vom 16. Nov. liegt eine Erklärung bei, in der 31 Assessoren des Oberlandesgerichts erklären, „daß der Krone das Recht nicht zusteht, einseitig die Nationalversammlung in Berlin zu verlegen oder zu vertagen, und daß alle darauf zielenden Schritte des Ministeriums Brandenburg inkonstitutionell und ungesetzlich sind." —

D. C. Berlin, 17. Nov.*) Der heutige Tag hat wie der gestrige nichts Entscheidendes gebracht. Die Nationalversammlung hat an diesen Tagen und seit der denkwürdigen Abendsitzung, in der sie den Steuerverweigerungsbeschluß gefaßt hat, keine Sitzung gehalten. Die einzelnen Fraktionen halten Spezialberathungen. Als heute Morgen die Linke in ihrem gewöhnlichen Sitzungslokal bei Mylius berieth und nachdem sie bereits geraume Zeit über sehr wichtige Maßregeln berathen hatte, bemerkten die Abgeordneten plötzlich einen fremden Herrn in ihrer Mitte. Auf die Frage, wer er sei, gerieth derselbe in sichtbare Verwirrung. Es hat sich später ergeben, daß dieser Herr ein Konstabler in Civil, d. h. ein geheimer Polizist war. Die Nationalvers. bereitet entscheidende Maßregeln vor. Sie erwartet unterdessen, daß das preußische Volk seine Schuldigkeit thun, d. h. die Steuern dem hochverrätherischen Ministerium verweigere und dessen Behörden den Gehorsam kündige. Die Stadt Berlin ist fortwährend äußerlich ruhig. Allein die tiefe Gahrung der Gemüther hat sich noch nicht vermindert. Das Volk war bis jetzt nicht in der Lage die Entscheidung der Waffen eintreten zu lassen. Diese Entscheidung wird sicherlich kommen, aber die Zeit ihres Eintritts durch den Gang der Ereignisse bestimmt werden. Die sogenannte Entwaffnung der Bürgerwehr fällt nicht in's Gewicht. Wir haben gesehen, daß aus ganzen Straßen oft nur einzelne Gewehre den durchziehenden Militärpatrouillen abgeliefert wurden. In den reaktionären Viertein war die Erute freilich ergiebiger. Man schlägt die Zahl der im Ganzen abgelieferten Waffen nur auf wenige Tausend an, was bei der Gesammtzahl von 26,000 Gewehren der Bürgerwehr und mehreren Tausend Privatwaffen, welche letztere gar nicht abgeliefert werden, von keiner Bedeutung ist. Mögen immerhin die reaktionären Beamten ihre Waffen abliefern, die demokratische Bürgerschaft und die bewaffneten Arbeiter werden sie behalten und sich damit des 18. März würdig zeigen. — Das Gerücht, das Corps der Maschinenbauer habe seine Waffen abgeliefert, ist eine gemeine und berechnete Lüge der Reaktion. (?) Es laufen immer zahlreicher die Adressen aus den Provinzen ein, welche die Nationalversammlung als die einzige gesetzliche Behörde des Landes erklären und ihr die Kraft des Volkes zur Verfügung stellen. Das Volk darf nicht mehr zögern, es muß seine Kraft gebrauchen. Schon spricht man von einem neuen Gewaltstreich der Regierung gegen das Volk. Die Nationalversammlung

*) Dieser Brief kommt uns erst heute zu.

soll aufgelöst werden und der Nation eine Verfassung durch königliche Gnade verliehen werden. **Die Nationalversammlung ist entschlossen, diesem neuen Attentat auf die Volkssouveränetät, wenn es ausgeführt werden sollte, mit ganzer Kraft zu begegnen. Aber sie rechnet jetzt darauf, daß das Land nicht länger zaudert und vom Wort zur That schreitet.**

Berlin, 19. Nov. Der Staatsanzeiger enthält eine Ministerialweisung an die Regierungen, die Steuern ohne Verzug und mit Anwendung der strengsten Zwangsmittel beizutreiben. Sämmtliche Truppen haben der Requisition der Regierungen Folge zu leisten. Gegen bedrängte Steuerpflichtige wird Schonung empfohlen. — Er zieht sich durch die Erlasse des Ministeriums Brandenburg das Bemühen, die Bauern, die Armen und „Bedrängten" durch Versprechungen und Zusicherungen zu gewinnen. Wahrscheinlich setzt das Ministerium bei diesen das geringste Maaß politischer Bildung voraus und glaubt sie deshalb zugänglicher für seine Bearbeitung.

Köln, 18. Nov. Niemand in Rheinpreußen bezahlt mehr Steuern. Der Steuereinnehmer kehren namentlich auch von den Bauern ganz unverrichteter Dinge zurück. Berlin, sagt die n. rh. Ztg. kann nur durch die revolutionäre Energie der Provinzen, die größeren Provinzialstädte und namentlich der Provinzialhauptstädte können nur durch die revolutionäre Energie des flachen Landes sicher gestellt werden. Die Steuerverweigerung gibt dem flachen Lande die beste Gelegenheit, sich um die Revolution verdient zu machen.

Köln, 18. Nov. Die n. rh. Ztg. schreibt: Indem wir unsre Befriedigung über den Schritt des Hrn. Raveaux (Niederlegung seines Gesandtschaftspostens) aussprechen, hoffen wir, daß die Centralgewalt selbst ihre Gewalt niederlegen wird, um nicht länger die vorgesetzte Behörde des Hrn. Brutus Bassermann zu seyn.

* **Dresden, 18. Nov.** Das Ministerium des Innern (Oberländer) hat die Bildung von Freischaaren verboten In der betreffenden Verordnung kommt die merkwürdige Stelle vor: „Die Hindernisse, welche noch hie und da der freien Entwicklung des deutschen Volkes entgegentreten, die Bestrebungen, welche weder die Freiheit, noch die Einheit des deutschen Vaterlandes wollen, vielmehr dem deutschen Volke wieder zu entreißen trachten, was es durch die außerordentlichsten Anstrengungen errungen, müssen mit edleren und siegreicheren Waffen bekämpft werden, als mit denen der rohen Gewalt und des Eisens." Das hört sich recht schön an, wenn aber die Kontrerevolution, wie in Preußen, mit den Waffen „der rohen Gewalt und des Eisens" auftritt, so wird der berechtigten Revolution in letzter Instanz wohl ebenfalls keine andere Waffe übrig bleiben.

Aus Stuttgart, Tübingen, Eßlingen, Ulm, Aalen, Karlsruhe und einer Menge anderer Städte enthalten die Zeitungen Berichte über Trauerfeierlichkeiten zu Ehren des gemordeten Blum.

Aus Rastatt erfährt man daß die Herrn Reichstruppen, der deutschen Einheit zum Trotz, einander in den Haaren liegen; die österreichischen Sappeurs, besser bezahlt als die Badenser, machen begreiflicherweise mehr Glück beim schönen Geschlecht, worüber sich die Badenser natürlich gewaltig ärgern.

Heidelberg, 18. Nov. Aus dem Frankfurter Journal erfahren wir, daß der Urheber des im gestrigen Blatte mitgetheilten geheimnißvollen Mordes Helf hieß und in traurigen ökonomischen Verhältnissen war. Der Mord scheint ein Akt des Wahnsinns gewesen zu seyn. Der schwer verwundete nassauische Soldat kann noch gerettet werden.

Republik Frankreich.

Paris, 17. Nov. Alle Journale, ohne Ausnahme, erheben sich heute mit Entrüstung gegen die Ermordung Robert Blum's in Wien. Selbst das Debats, das bis jetzt immer die Sache des österreichischen Kaiserhauses vertheidigte, selbst die Presse, die jedem Gewaltstreiche der Reaktion Beifall zujubelte, weichen heute der Gewalt der öffentlichen Meinung und ihres Gewissens, und finden nicht energische Worte genug, um diese dumm-grausamen Exekutionen in Wien zu verdammen.

Neuestes.

Das Ministerium Brandenburg will die Reaktion bis auf's Aeußerste verfolgen und die aufständischen Provinzen eine nach der andern erobern. In Halle hat sich die Constitutionelle gegen die Steuerverweigerung ausgesprochen, und die demokratische Partei wurde mit Bajonetten gesprengt. In Breslau dauert die Aufregung fort. Die Nachricht von Vertreibung der Truppen war ungegründet. Es ist im Gegentheil Militär daselbst eingerückt.

Geldbeiträge für die deutsche Demokratie in Berlin.

Uebertrag 98 fl. 31 kr. von N. 30 kr., von P. B. 1 fl., von einer Gesellschaft in der W. K'schen Wirthschaft 1 fl. 21 kr., von N. E. 2 fl., von L. R. 48 kr., von J. Z. 30 kr, von einer Gesellschaft bei Wirth Schorr 10 fl. 6 kr., von mehreren Gesellen der Flaschnerinnung 6 fl. 48 kr, von F. R. 1 fl., von Kaufm. S. 1 fl., vom demokratischen Bürgerverein in Schweinau 4 fl. 12 kr., von F. H. S. 1 fl. 12 kr., von Sch. in U. 12 fl., von J. W. Sch. in M. 5 fl. 24 kr, von mehreren Gesellen der Schreinerinnung 10 fl., von K. 30 kr., von P. 1 fl., von dem Sängern E. 2 fl. 12 kr. Zusammen 161 fl. 16 kr.

Wir fordern wiederholt zu Geldbeiträgen auf. Die Bestimmung derselben ist nicht etwa eine Unterstützung der Preußen oder der Berliner speziell, sondern die Unterstützung der Sache der deutschen Demokratie, deren Sieg unbedingt in Berlin, in Preußen entschieden wird. d'Ester ist Mitglied des Centralausschusses der deutschen Demokraten und wird die eingehenden Gelder nur im Interesse der deutschen Demokratie verwenden.

Die Expedition des freien Staatsbürgers

Am 21. Nov. ließen wir an d'Ester in Berlin 62 Thlr. pr. Cour. (108 fl. 30 kr.) abgehen.

Gedruckt — unter Verantwortlichkeit der Verleger — bei J. L. Stich.
Expedition S. 39 im Gasthof zum König Otto II. Etage.

Der freie Staatsbürger.

Erscheint täglich. Preis in ganz Bayern vierteljährlich 1 fl. 30 Kr., halbjährlich 3 fl., jährlich 6 fl.

Organ der Demokratie.

Inserate werden die dreispaltige Petitzeile zu 3 Kr. berechnet. Die Abonnenten haben für die Hälfte des Abonnementpreises Inserate frei.

Nr. 52. Nürnberg, Freitag, den 24. November **1848.**

An die Soldaten.

Aus Lamennais' „Worte eines Gläubigen."

Wären die Unterdrücker der Nationen sich selbst überlassen, ohne Stütze, ohne fremde Hülfe; was vermöchten sie gegen uns?

Hätten sie, um die Nationen in Knechtschaft zu halten, keine andern Helfer, als die, welchen die Knechtschaft nützt, was wäre diese kleine Zahl gegen ganze Völker?

Und dieses ist die Weisheit Gottes; der also die Dinge geordnet, daß die Menschen immer der Tyrannei widerstehen können und die Tyrannei wäre unmöglich, verständen nur die Menschen die Weisheit Gottes.

Aber im Herzen Anderes sinnend, kehrten die Beherrscher der Welt gegen die Weisheit Gottes, welche die Menschen nicht mehr verstanden, die Weisheit des Fürsten der Welt, des Satans.

Und Satan, der da ist der König der Unterdrücker der Nationen, gab ihnen, ihre Zwingherrschaft zu schützen, eine teuflische List ein.

Er sagte ihnen, dieses müsset ihr thun: Nehmet aus jeder Familie die jungen kräftigsten Männer, und gebet ihnen Waffen, und lehret sie dieselben führen, und sie werden kämpfen für euch gegen ihre Brüder und Schwestern, denn ich werde ihnen einreden, daß dieses eine ruhmwürdige That sei.

Ich werde ihnen zwei Götzenbilder machen, die da heißen: Ehre und Treue, und ein Gesetz, welches heißt: stummer Gehorsam.

Und sie werden d ese Bilder anbeten und blind sich unterwerfen diesem Gesetze, denn ich werde ihren Geist verführen und ihr werdet nichts mehr zu fürchten haben.

Und die Unterdrücker der Nationen thaten, was Satan ihnen gesagt hatte, und auch Satan erfüllte was er den Unterdrückern der Nationen verheißen hatte.

Und man sah die Kinder des Volkes den Arm erheben wider das Volk, sah sie ihre Brüder erwürgen, ihre Väter in Ketten werfen, und selbst den Leib nicht schonen, der sie getragen.

Wenn man ihnen sagte: Bei Allem was heilig ist, bedenket die Ungerechtigkeit, die Unmenschlichkeit dessen, was man Euch befiehlt, so antworteten sie: „Wir denken nicht, wir gehorchen."

Und sagte man ihnen: Ist denn in Euch kein Funke von Liebe für Eure Väter, Eure Mütter, Eure Brüder und Eure Schwestern? — sie antworten: „Wir lieben nicht, wir gehorchen."

Und zeigte man ihnen die Altäre des Gottes, der den Menschen geschaffen, und des Heilandes, der ihn erlöste, so riefen sie aus: Dieses sind die Götter des Vaterlandes; unsere Götter, die unseren, sind die Götter seiner Zwingherren: Treue und Ehre."

Ich sage es Euch in Wahrheit: seit der Verführung des ersten Weibes durch die Schlange gab es keine schrecklichere Verführung als diese da.

Aber sie naht ihrem Ende. Wenn der böse Geist gute Seelen verlockt, so ist dies nur für kurze Zeit. Sie liegen wie in einem gräßlichen Traume befangen und beim Erwachen danken sie Gott, der sie von dieser Folter befreite.

Noch wenige Tage und die, so für die Unterdrücker fochten, fechten für die Unterdrückten, die welche dafür kämpften, ihre Väter, Mütter, Brüder und Schwestern in den Fesseln zu halten, werden kämpfen sie zu befreien.

Und Satan wird in seinen Abgrund fliehen und mit ihm die Zwingherren der Völker.

Junger Soldat, wohin zieh'st du?

Ich ziehe in den Kampf für Gott und die Altäre des Vaterlandes.

Gesegnet seien deine Waffen, junger Soldat.

Junger Soldat, wohin ziehst du?

Ich ziehe in den Kampf für die Gerechtigkeit, für die heilige Sache der Völker, für die geheiligten Rechte des Menschengeschlechtes.

Gesegnet seien deine Waffen, junger Soldat!

Junger Soldat, wohin ziehst du?

Ich ziehe in den Kampf, meine Brüder von der Unterdrückung zu befreien, ihre Ketten zu zerbrechen und die Ketten der Welt.

Gesegnet seien deine Waffen, junger Soldat!

Junger Soldat, wohin ziehst du?

Ich ziehe in den Kampf gegen die Ungerechten, für die, welche sie niederwerfen und mit Füßen treten, gegen die Herren für die Sklaven, gegen die Tyrannen für die Freiheit.

Gesegnet seien deine Waffen, junger Soldat!

Junger Soldat, wohin ziehst du?

Ich ziehe in den Kampf, auf daß nicht mehr Alle die Beute seien von Wenigen, ich ziehe in den Kampf, aufzurichten die gekrümmten Nacken, und zu erheben die Knie, die sich beugen.

Gesegnet seien deine Waffen, junger Soldat!

Junger Soldat, wohin ziehst du?

Ich ziehe in den Kampf, damit die Väter nicht mehr den Tag verfluchen, wo man ihnen sagte: „Ein Sohn ist Euch geboren worden," noch die Mutter den Tag, wo sie ihn zum erstenmale an ihre Brust gedrückt

Gesegnet seien deine Waffen, junger Soldat!

Junger Soldat, wohin ziehst du?

Ich ziehe in den Kampf, damit der Bruder nicht mehr trauere, wenn er seine Schwester dahinwelken sieht, wie das Kraut, dem die Erde die Nahrung versagt; damit die Schwester nicht mehr möge unter Thränen den Bruder anschauen, der dahinzieht und nimmer wiederkehrt.

Gesegnet seien deine Waffen, junger Soldat!

Junger Soldat, wohin ziehst du?

Ich ziehe in den Kampf, auf daß ein Jeder im Frieden die Frucht seiner Arbeit genieße; ich ziehe aus, zu trocknen die Thränen der Kleinen, die Brod verlangen und denen man antwortet: „Wir haben kein Brod mehr: was übrig war, hat man uns genommen."

Gesegnet seien deine Waffen, junger Soldat!

Junger Soldat, wohin ziehst du?

Ich ziehe in den Kampf für den Armen, daß er seines Antheils nicht auf immer beraubt sei im allgemeinen Erbe!

Gesegnet seien deine Waffen, junger Soldat!

Junger Soldat, wohin ziehst du?

Ich ziehe in den Kampf, den Hunger zu vertreiben aus den Hütten, zurückzuführen in die Familien den Ueberfluß, die Sicherheit und die Freude!

Gesegnet seien deine Waffen, junger Soldat!

Junger Soldat, wohin ziehst du?

Ich ziehe in den Kampf, denen, welche die Unterdrücker in die Tiefe der Kerker geworfen, die Luft wieder zu geben,

die ihrer Brust entzogen ist, und das Licht, das ihre Augen suchen.

Gesegnet seien deine Waffen, junger Soldat!

Junger Soldat, wohin ziehst du?

Ich ziehe in den Kampf, die Schranken niederzuwerfen, welche die Völker trennen und verhindern, sich zu umarmen; wie die Söhne Eines Vaters, bestimmt vereint zu leben in Einer Liebe.

Gesegnet seien deine Waffen, junger Soldat!

Junger Soldat, wohin ziehst du?

Ich ziehe in den Kampf, zu befreien von der Zwingherrschaft der Menschen den Gedanken, das Wort, das Gewissen.

Gesegnet seien deine Waffen, junger Soldat!

Junger Soldat, wohin ziehst du?

Ich ziehe in den Kampf für die ewigen Gesetze, die vom Himmel gestiegen, für die Gerechtigkeit, die das Recht beschützt, für die Liebe, welche unvermeidliche Uebel mildert.

Gesegnet seien deine Waffen, junger Soldat!

Junger Soldat, wohin ziehst du?

Ich ziehe in den Kampf, auf daß Alle Einen Gott haben im Himmel und Ein Vaterland auf der Erde.

Gesegnet, siebenmal gesegnet seien deine Waffen, junger Soldat!

Vereinigte Staaten von Deutschland.

* Nürnberg, 22. Nov. Als vor einigen Tagen in Frankfurt eine Interpellation wegen Einmischung von Beamten in die Wahlen von Schmerling beantwortet wurde, warf Eisenmann, der komische Mensch, der einestheils links und immer linkser wird, anderntheils im Interesse der bayerischen Regierung das Prinzip der indirekten Wahlen und die Nichtverminderung der Civillisten vertheidigt, die Bemerkung ein: „die bayerischen Gesetze bedrohen ein solches Verfahren (Einmischung) der Beamten mit Dienstentsetzung." Hat sich Hr. Eisenmann hiebei nicht erinnern müssen, daß seine eigene Wahl in Nürnberg nur die Folge eines solchen „Verfahrens der Beamten" ist, ohne daß eine Dienstentsetzung oder irgend eine Bestrafung stattgefunden hätte? — Eine ganz eigenthümliche Art von Beeinflußung der Wahlen wird uns jetzt wieder berichtet. Bekanntlich kann in Bayern Niemand sein Wahlrecht als Urwähler geltend machen, ohne daß er zuvor den Konstitutionseid geleistet hat. Es ist dieß eine leere Formalität, denn die Verfassung soll ja eben durch den zu wählenden Landtag radikal umgestaltet werden. Diese Formalität wird aber von unsern städtischen Beamten vortrefflich benützt, um das Volk, welches sich zur Eidesabnahme meldet, im Sinne der Regierung zu bearbeiten. Den Leuten werden lange Reden gehalten, in denen die konstitutionelle Monarchie angepriesen, die Regierung vertheidigt und namentlich zu beweisen versucht wird, daß die im März gegebenen Versprechungen sammt und sonders auf's gewissenhafteste erfüllt seyen, so daß Niemand Ursache habe, irgend etwas mehr zu verlangen. Wir fragen, handeln die Beamten bei solchem Haranguiren der Urwähler aus eigenem loyalem Herzensantrieb oder auf Instruktion? In letzterem, eben nicht unwahrscheinlichen Fall möchten wir Herrn Eisenmann dann weiter fragen: bei welcher Behörde soll denn auf Anwendung der von ihm citirten Gesetzesbestimmung angetragen werden?

F Nürnberg, 23. Nov. Gestern Abend fand in dem schön dekorirten Saale des Bamberger Hofs die Todtenfeier für den gemordeten Volksfreund Robert Blum von Seiten des politischen Vereins statt. Obwohl nur Mitglieder desselben und der verbrüderten Vereine Zutritt hatten, so war der geräumige Saal doch zum Erdrücken voll, während die Gallerien von dem schönen Geschlecht dicht besetzt waren. — Um 8 Uhr eröffnete Tröger, nachdem ein Trauermarsch das erhabene Fest eingeleitet hatte, die Versammlung, und wies in einfachen, aber zu Herzen gehenden Worten auf die hohen Verdienste des Gemordeten hin. Während der hierauf eintretenden Pause sang die ganze Versammlung das bekannte Lied: „Freiheit, die ich meine", worauf Reißmann die Tribüne bestieg, und nachdem er eine kurze Biographie Robert Blums verlesen, daran erinnerte, daß die wahren Mörder desselben anderwärts säßen, als im Heerlager eines Windischgrätz. Ihm folgte Port aus Frankfurt, welcher die Versammlung ermahnte, durch ein mannhaftes Ausharren auf dem betretenen Wege dem Gemordeten Ehre zu machen und sich nicht demüthig und schwach in den Stunden der Gefahr zu zeigen. Die Reihe der Redner schloß Herder aus Erlangen, der im Gegensatz zu den vorigen Rednern, welche die Verdienste Robert Blums um das Volk geschildert hatten, seine Verdienste und die Machthaber in Deutschland anführte, indem es mehr als einmal in seiner Hand gelegen sey, die wankenden Throne derselben vollends umzustürzen. Die ganze Feierlichkeit, welche einen unverkennbar tiefen Eindruck auf alle Anwesenden machte, endigte mit dem alten Chorale: „Eine feste Burg ist unser Gott."

V Bamberg 22. Nov. Der hiesige Volksverein hat in seiner letzten Versammlung eine Adresse an die preußischen Volksvertreter, eine Adresse an die Gesellschaft in der reformirten Kirche, in Sachen Blum's, und einen Aufruf zu Beiträgen für die Hinterbliebenen Blum's beschlossen. Sie lauten:

I. Vertreter des preußischen Volks!

Der lichte Geist ächter Bildung, der die große Mehrheit Eurer Versammlung durchwehte und deren Verhandlungen geleitet, der hohe männliche Ernst und die ehrenfeste Gesinnungstreue, mit der Ihr auf der Bahn des gesetzlichen Fortschrittes Euerem hehren Ziele, dem Aufbaue einer freien, menschenwürdigen Verfassung entgegenstrebtet, hat das Vertrauen glänzend gerechtfertigt, womit Preußen und mit ihm das ganze große deutsche Vaterland auf Euch geblickt. Ihr habt insbesondere durch Eure jüngsten Beschlüsse über die Aufhebung des Adels, der Titel und Orden, und alles anderen veralteten Rüstzeuges entschwundener Jahrhunderte der Erniedrigung Deutschlands klar dargethan, daß Ihr den Geist der neuen Zeit erfaßt, und das mündige Volk nur in der sofortigen Errichtung des Volksstaates sein Glück für die Zukunft dauerhaft begründet sehen will. Unsere ganze Bewunderung aber habt Ihr errungen, als ihr den lange vorbereiteten Gewaltstreichen Eurer verblendeten reaktionären Regierung und der nach Bürgerblut lechzenden Hof- und Soldatenverschwörung mit der kalten und ruhigen Entschlossenheit vaterlandsliebender Männer entgegentratet, mit jenem politischen Muthe, der in der Geschichte nur wenige Beispiele hat, mit jener Heldenstärke der Ueberzeugung, die Eure Namen denen der hochherzigen Senatoren des alten Rom würdig zur Seite stellt und sie der Unsterblichkeit weiht. Gleich ihnen saßet Ihr fest und mit Verachtung jeder persönlichen Rücksicht auf Euren curulischen Stühlen und wanktet nicht, bis die rohe Gewalt der Bajonette Euch davon trennte. Ruhm Euch und Preis, Ihr Männer der That und des Volkes, Ihr, seine wahren Freunde und Vertreter, Ihr, die unerschütterlichen Säulen seines ewigen Rechtes! Wir sprechen es freudig aus im Namen eines deutschen Bruderstammes: „Ihr habt Euch um das Vaterland wohl verdient gemacht, das deutsche Volk jauchzt Euch seinen Dank zu." Fahret fort, auf dem gesetzlichen Wege passiven Widerstandes mit der Ausdauer, die nur die Wahrheit gibt, und die das Rechtsbewußtseyn eines großen, eines erleuchteten Volkes hinter sich hat; fahret fort, und sollte es Euch dadurch nicht gelingen, den Eigensinn eines volksfeindlichen Ministeriums zu brechen, dann vergesset aber auch nicht, daß das ganze deutsche Volk mit Euch gleiche Gefühle theilt, und wie in den glorreichen Märztagen, so auch jetzt bereit steht, für Euch, für Euer Recht, das auch Unser Recht ist, für Eure und Unsere Freiheit und Einheit, des Herzens letzten Blutstropfen zu vergießen, und daß es nicht eher rasten wird, bis jegliche Spur absoluter Macht von der deutschen Erde für immer vertilgt ist. Mit diesem festen Entschlusse grüßen Euch Eure deutschen Brüder in Franken. Bamberg, 18. November 1848. Der Volksverein. Prell, Vorsitzender im Namen und Auftrag von 2500 Mitgliedern.

II. Hohe Nationalversammlung! Der Volksvertreter Blum ist durch Henkershand gefallen. Diese That, unerhört in der Geschichte gebildeter Völker, schreit auf zum Himmel. Will sich die hohe Nationalversammlung nicht dem Verdachte aussetzen, daß sie entweder nicht den guten Willen, oder nicht die Macht habe, selbstthätig einzugreifen, so muß sie den Mörder zur Rechenschaft ziehen. Wir fordern dies im Interesse der Ehre des deutschen Vaterlandes, und im eigenen Interesse der Nationalversammlung. Bamberg, am 18. November 1848. Der Bamberger Volksverein. Prell. Vorsitzender im Namen und aus Auftrag von 2500 Mitgliedern.

III. Aufruf an das deutsche Volk. Der edle Volksvertreter Blum, der Mann des Wortes und der That, fiel als Opfer blutiger Rachgier. Fluch dem fürstlichen Mörder! Es ist Pflicht des deutschen Volkes, dem großen Manne, dem Märtyrer der Freiheit, seine Anerkennung dadurch zu zollen, daß es den

Hinterbliebenen Desselben eine National-Unterstützung gewährt. Wir hoffen, daß diese Aufforderung den Weg zum Herzen des Volkes finden wird. Bamberg, am 18. November 1848. Der Bamberger Volksverein. Zur Empfangnahme von Beiträgen haben sich erboten: Herr Conditor Schröppel jun. hier Herr Kaufmann Reuter hier. Herr Schneidermeister Schüttinger hier.

München, 21. Nov. Die hiesige Studentenversammlung hat eine Adresse an die Nationalversammlung in Berlin beschlossen. Sie ist kurz und gut und lautet: „Empfangen Sie nur mit kurzen Worten den Ausdruck unserer Begeistrung und unseres Dankes für Ihre Handlungsweise und damit die Zusicherung, daß Sie uns nach Ihrem Beispiel auch zum Handeln bereit finden werden.“

Ueber die abenteuerliche Rettung Fenner's schreibt die Augsburger Abendzeitung: Er war im Hause eines Schwarzgelben zufällig anwesend, als eben Haussuchung angestellt wurde. Eine mitleidige alte Magd versteckte ihn in einen Backtrog, den sie mit Teig überzog. Ueber die Linie gelangte er in einer mit Büchern garnirten Kiste, die zum Scheine an einen höchst „loyalen“ Aristokraten adressirt war. Fenneberg gedenkt in Frankfurt einen authentischen Bericht über die Wiener Zustände abzulegen.

*Frankfurt, 21. Nov. Die Ausschußanträge in der preußischen Angelegenheit wurden angenomen. Natürlich, die Frankfurter Versammlung muß würdig schließen, wie sie begonnen hat. Der Fluch, denn das Volk über diese Versammlung ausgesprochen, der gräßliche Fluch eines verrathenen, mit tückischer Berechnung gemordeten Volkes soll durch kein Einlenken zum Bessern gemildert werden. Sie wird ihren Lohn empfangen, der ihr gebührt. Unbegreiflich ist nur, wie die Linke vor Ekel in einem Lokal mit erklärten Volksverräthern es noch anshalten kann. Warum tritt sie nicht aus, und bringt endlich dadurch die Sache zum Bruche? Vielleicht bereitet sich jetzt ein solcher Austritt vor. Die Linke verließ gestern in Entrüstung die Versammlung, ohne an der letzten Abstimmung Theil zu nehmen. Heute waren die Plätze der äußersten Linken leer. Behr aus Cronach ist ausgetreten, erdrückt vom Mißtrauen seiner getäuschten Wähler. Aus der heutigen Sitzung ist nur ein tragikomisches Intermezzo auszuheben. Als der Präsident den Zusatzartikel des volkswirthschaftlichen Ausschusses zur Verfassung vorlas, welcher also lautete: „Die Reichsgewalt hat ein allgemeines Bankrottgesetz für ganz Deutschland zu erlassen“, entstand ein Gelächter im Hause. Ja wohl ist der Bankrott von ganz Deutschland ausgebrochen, und die Frankfurter Majoritätsabgeordneten sind die schlauen, wucherischen Advokaten, welche den Prozeß zu verlängern suchen, um so viel als möglich Beute für sich zu machen.

Wien, 18. Nov. Metternich wird zur Uebernahme der Ministerpräsidentschaft erwartet. (A. D. Z.)

Berlin, 17. Nov. Man schreibt der N. Rh. Ztg.: Professor Leo aus Halle ist seit einiger Zeit der Vertraute des Königs. Beide studiren gemeinschaftlich die Geschichte der französischen Revolution und haben einen Plan entworfen, damit dem Könige nicht das Schicksal Ludwig's XVI. widerfährt. Leo hat dem Könige in den Kopf gesetzt, daß wenn er den Clubs und der Nationalversammlung noch länger ihren Willen läßt, wie dieß im Laufe der vergangenen 6 Monate geschehen, so würde unfehlbar das Schicksal Ludwigs XVI. ihn ereilen. Der große Professor Leo hat daher den König bestimmt, sich der Nationalversammlung vermittelst der gegenwärtigen Gewaltstreiche zu entledigen, und mit diesen Gewaltstreichen dem Lande und der Welt zu zeigen, wie groß die Macht des Königs noch sei, daß er allein die Souveränetät besitze, und daß das preußische Volk demüthigst und dankbar diejenige Verfassung annehme, die dem Volke vom Könige geschenkt werden wird. — Die oktroyirte Verfassung, welche eine Uebersetzung der belgischen seyn soll und sich in der geheimen Decker'schen Ober-Hofbuchdruckerei schon unter der Presse befindet, — sie wird das Ziel seyn, wo der Professor Leo das preußische Volk und die Dynastie Hohenzollern ein Jahrhundert lang ausruhen lassen will von den Stürmen des Jahres 1848.

DC Berlin, 19. Nov. Abends. Die Zahl der einlaufenden Zustimmungsadressen und der ankommenden Deputationen wächst mit jedem Tage. Der letzte gedruckte Bericht der Petitionskommission macht allein 478 eingelaufene Adressen namhaft und bemerkt am Schluß, daß nach der Abfassung dieses Berichts bereits 105 neue Adressen übergeben sind, unter denen eine Zustimmungsadresse des Landtags von Oldenburg sich befindet. Das Archiv der Nationalversammlung mit über 12,000 Petitionen aus allen Theilen des Landes ist theils verbrannt, theils zerrissen. Das Ministerium hatte sich geweigert, es aus den Händen der Soldaten, in denen es sich befand, dem Präsidenten der Nationalversammlung zu übergeben. — Während in Berlin die ganze freisinnige Presse vernichtet ist, verbreitet die ausgetretene ehemalige Rechte der Nationalversammlung in Tausenden von Exemplaren gedruckte Blätter unter dem Titel „Parlamentscorrespondenz“ mit den nichtswürdigsten Lügen durch das Land, um das Volk über die Lage des Vaterlands und über seine Vertreter zu betrügen. Der Verfasser dieser Korrespondenz ist nach der „N. Königsb. Ztg.“ der Abg. Mausebach. Auszüge derselben werden vom Kriegsministerium massenweise unter die Soldaten vertheilt, um sie zu erbittern und zum frevelhaften Bruderkampfe anzustacheln. Man verbreitet von Seiten der Reaktion ferner Gerüchte von einem Ministerium Beckerath, das uns bevorstehe, um damit die Wachsamkeit der Bürger einzuschläfern. — Der Oberpräsident von Schlesien, Pinder, hat sich für die Nationalversammlung erklärt; das Ministerium hat bereits einen Beamten, der an seine Stelle treten soll, nach Breslau abgeschickt. In Posen haben 28 Richter, meist Mitglieder des dortigen Oberlandesgerichts, sich gegen Krone und Ministerium Brandenburg erklärt. — Wir geben heute noch schließlich den Plan des Ministeriums der Hochverräther, wie es ihn nach glaubwürdigen Mittheilungen geschmiedet haben soll. Zunächst werden alle bedeutenden Städte des Landes in Belagerungszustand erklärt. Dann werden die einzelnen Provinzen, eine nach der andern, „erobert.“ Die disponible Militärmacht wird zunächst in einer Provinz zusammengezogen. Ist diese bezwungen, so wird die Landwehr ausgezogen, mit der Linie vereinigt und in eine zweite Provinz geschickt, um diese zu unterdrücken, und so fort, bis im ganzen Lande „die Ruhe“ hergestellt, d. h. bis die großen Städte des Landes in rauchende Trümmerhaufen verwandelt, die Saaten des Landmannes zertreten sind, Bürgerblut den Boden des Vaterlandes tränkt, der Wohlstand der Nation vernichtet ist und vom blutbespritzten Thron das Siegesgeschrei und das Hohngelächter des Absolutismus erschallt. Auf, ihr Bürger von Preußen, handelt, ehe es „zu spät“ ist! —

Berlin, 19. Nov. Wir haben schon berichtet, daß das Kammergericht die Wrangel'sche Proklamirung des Kriegszustandes für ungesetzmäßig erklärt, und auch das Auditoriat sich geweigert hat, gegen Civilpersonen kriegsrechtlich zu verfahren. Vorzugsweise hat sich in dieser Beziehung der Vorsitzende des Kriegsgerichts, geh. Rath Salbach, energisch ausgesprochen. Zur Beseitigung dieser Bedenken hat der General Wrangel eine von sämmtlichen Ministern kontrasignirte Kabinetsordre ausgewirkt, in welcher der General ermächtigt wird, kriegsgerichtliche Erkenntnisse, selbst wenn sie auf den Tod lauten, statt des Königs zu bestätigen und vollstrecken zu lassen. Die Auditore haben sich indeß hierdurch nicht bewegen lassen, von ihrer ausgesprochenen Erklärung abzugeben. — Nach dem Vorgange eines Theiles der ausgeschiedenen Deputirten, welche durch eine sogenannte Parlamentskorrespondenz ihrer Auffassung der politischen Begebenheiten in Berlin Geltung und Verbreitung zu verschaffen suchen, haben auch die zurückgebliebenen Mitglieder Berichtigungen der vielfach gegen sie verbreiteten Verdächtigungen und daneben manche andere Mittheilung an ihre Wähler zu versenden begonnen. Wir entnehmen hieraus Folgendes: „Wir können aus zuverlässiger Quelle versichern, daß die Minister anfangen, die Gesetzmäßigkeit ihrer Maßregeln zu bezweifeln. Sie fangen an, zu begreifen, daß, da sie verantwortliche Minister und zwar der Nationalversammlung verantwortlich sind, eine logische Folge dieser Verantwortlichkeit ist, daß die Nationalversammlung über die Gesetzlichkeit der Verlegung und Vertagung urtheilen konnte. Aber zugleich fühlen sie auch, daß sie zu weit gegangen sind, um zurückzugehen, und sie sind entschlossen, die Reaktion aufs Aeußerste zu treiben, weil es sich um ihre eigene persönliche Existenz handelt. Die Minister sind entschlossen, um ihre Existenz zu retten, das Land dem größten Unglück auszusetzen. Der Plan, den sie befolgen wollen, ist dieser: Zunächst werden alle bedeutenden Städte in Belagerungszustand versetzt werden, damit die Presse erstickt werde. Dann sollen die Provinzen einzeln, die eine nach der andern, wieder erobert werden. Die disponible Militärmacht wird zuerst in einer Provinz zusammengezogen; ist diese bezwungen, so wird die Landwehr herausgezogen und mit der Linie vereint, in eine zweite Provinz geschickt, um diese zu unterdrücken ꝛc. Man hofft die Provinzen einander gegenüber zu stellen, wie Oesterreich die Nationalitäten einander gegenüber stellt. Sind so die Pro-

vinzen eine nach der andern durch Concentration einer großen bewaffneten Macht bezwungen, so sollen alle Freiheiten für immer erstickt bleiben.“ Der Frankfurter Abgeordnete Simon aus Trier befindet sich hier, um in die hiesige Nationalversammlung, für die er gleichfalls gewählt ist, einzutreten. In den Parteiversammlungen ist von der Linken der Nationalversammlung folgende Proklamation beschlossen worden, die die einzelnen Abgeordneten nach ihren Wahlkreisen senden: Preußen! Die Nationalversammlung hat gegen die ungesetzlichen Gewaltmaßregeln des Ministeriums Brandenburg an das preußische Volk appellirt, und Millionen haben geantwortet. Mit einstimmigem Jubel hat man unsere Beschlüsse für die Ehre und Freiheit des Vaterlandes anerkannt. Auch die Krone hat die Volksstimme aufgefordert, sich zu erheben. Es ist geschehen, und man sperrt den König ab vom Volke. Man könne nicht zugeben, hat das Ministerium Brandenburg die Stirne öffentlich zu sagen, „daß das Gefühl des Königs weich gemacht werde.“ Euere Adressen werden nicht überreicht, eure Deputationen nicht vorgelassen. Der König ist nicht mehr frei, von einer verbrecherischen Schaar bewacht, die ihm die Erhebung des ganzen Landes geflissentlich verbirgt, um Thron und Vaterland ihren hochverrätherischen Planen zum Opfer zu bringen. Der Sitzungssaal, die Bureaux der Nationalversammlung sind zu Wachstuben geworden, unser Archiv, die wichtigsten Dokumente, darunter über 12,000 Petitionen aus allen Theilen des Landes, werden von den Soldaten, den verblendeten Söhnen des Vaterlandes, zerrissen, umhergeworfen; man hat die Herausgabe dieser Papiere unserm Präsidenten wiederholt verweigert. Was sind diesen Menschen die Wünsche, die Rechte und Freiheiten von 16 Mill. Preußen! Und wie man eure Petitionen mit Füßen tritt, so dringt man mit Bayoneten in die Berathungen eurer Vertreter, bricht ohne Scheu die vom Könige selbst publicirten Gesetze über den Schutz der persönlichen Freiheit, das Hausrecht, und verhängt Belagerungszustand und Standrecht, wo die geheiligten Personen der Abgeordneten tagen. Ein Treubruch, so scheußlich und offenbar, wie ihn die deutsche Geschichte nicht kennt. Lügen, Verdrehungen aller Art gehen in amtlichen Erlassen in das Land, die Zeitungen werden gezwungen, ihnen ihre Spalten zu öffnen, während man die Stimme der Wahrheit in der Presse mit drohender Gewalt erstickt. Aber es hat ihnen nichts geholfen. Die Nationalversammlung harrt muthig aus, und die Plätze der Deputirten, welche pflichtwidrig und feig ihren Posten verlassen haben, füllen sich von Tag zu Tag, indem die Stellvertreter von selbst herbeieilen, um an der Ehre und an der Gefahr dieser Tage Theil zu nehmen. Wenn die über uns verhängte rohe Gewalt auch eine kostbare Zeit von Tagen und Wochen raubt, welche bei unseren dringenden Arbeiten zum Wohle des Volkes hätten verwendet werden können, so hat man uns doch nicht abzuhalten vermocht, den Kampf gegen die brutale Gewalt mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu führen. Die Anklage des Ministeriums wegen Hochverraths ist eingeleitet, und demselben die Verwendung der Staatsgelder und die Erhebung der Steuern durch einstimmigen Beschluß vom 15. Nov. untersagt. So haben wir das letzte parlamentarische Mittel erschöpft. An dem Volke ist es, unsere Beschlüsse auszuführen. Berlin, den 18. Nov. 1848.

Berlin, 20. Nov. Ein Befehl **Wrangels** verbietet die Abhaltung des Bürgerwehrkongresses in Berlin während des Belagerungszustandes.

Breslau, 18. Nov. (Schlesische Zustände.) Die Regierung verlangt, trotz der Erklärung des Präsidenten, Fortentrichtung der Steuern, und verbietet die Schutzkommissionen oder Sicherheitsausschüsse, welche sich an einzelnen Orten gebildet haben. — Der Rustikalverein der Grafschaft Glatz erklärt in einem Schreiben an das „des Hochverraths angeklagte Ministerium zu Berlin“, daß die Landbewohner der Grafschaft keine Steuern zahlen werden, so lange dieses Ministerium am Ruder bleibt und fordern ihre Söhne aus der Armee zurück und drohen diesen entgegengesetzten Falls mit Fluch und Enterbung. Magistrat und Stadtverordnete in Freiburg erklären, daß sie der gegenwärtig in Händen von Landräthen befindlichen Regierung allen und jeden Gehorsam versagen, jede Steuer verweigern und sie überhaupt als Feinde betrachten werden. — Die Landwehr rückte gestern Abend etwa 700 Mann stark, vor das Rathhaus, um von dem Sicherheitsausschuß die vom Magistrate zur Sicherheit der Stadt mit Beschlag belegten Gewehre zu verlangen. Der Sicherheitsausschuß ging nicht darauf ein, sondern verlangt, daß die einzelnen Landwehrmänner in der Bürgerwehr sich melden und so viel Gewehre empfangen sollen, als Meldungen gemacht werden. Die Landwehrmänner schienen damit nicht zufrieden zu seyn, doch zerstreute sich die Menge gegen 12 Uhr. Heut versammelten sich die Landwehrmänner auf einen Anschlag wiederum; die von den Bürgerwehrkompagnien eingelieferten überzähligen Gewehre wurden den Landwehrmännern vertheilt, die sich zur Bürgerwehr gemeldet hatten. Der Centralausschuß der Bürgerwehrklubs hatte gestern Abend den Antrag gestellt, daß eine Verwaltungs-Behörde niedergesetzt werde, die über die eingehenden Gelder wachen solle. Der Beschluß sollte heute zwischen 12 und 1 Uhr gefaßt und verkündigt werden. Es hatte sich nur eine kleine Anzahl von Menschen versammelt, der verkündet wurde, daß der Sicherheits-Ausschuß den Antrag abgelehnt hätte. Nachmittag war eine Volksversammlung durch einen Ecken-Anschlag auf den Neumarkt zusammenberufen. Es wurde in derselben auf die Nothwendigkeit zu handeln hingewiesen — ob in Folge dessen oder aus andern Ursachen wurde gegen Abend der Versuch gemacht, an der Oderthorbrücke eine Barrikade zu bauen. Der Versuch blieb indeß ohne weitern Erfolg, zumal da jedes Objekt für den Augenblick fehlte. Der Oberpräsident Pinder war mit der Besitzung der Kassen Seitens der Bürgerwehr nicht einverstanden, ja er schien von einer Auflösung der Bürgerwehr sprechen zu wollen. Der stellvertretende Oberst der Bürgerwehr soll in Folge dessen gewillt gewesen seyn, seine Stelle niederzulegen, doch bestätigt sich das Gerücht dieser Abdankung nicht. Abends sind 2 Bataillone 23er eingerückt; zugleich haben etwa 40 Cürassiere die Schweidnitzer Thorwache besetzt. Die Landwehr wird in Strehlen, Neisse und ganz Oberschlesien eingezogen. Der Antrag der permanenten Commission auf Errichtung einer vorläufigen Behörde (prov. Regierung) wurde vom Sicherheitsausschuß zurückgewiesen. (A. O. Z.)

Ulm, 20. Nov. Der österreichische Artillerieoberst dahier hat sich dem Vernehmen nach an das Oberamtsgericht mit einer Klage gegen den Theaterdirektor Kramer wegen des Ausdrucks: „Windischgrätz — der Henkersknecht“ (in einem Gedichte Kramer's auf Robert Blum) gewendet. Das Oberamtsgericht soll aber ihn dahin beschieden haben, daß er sich deshalb an den österreichischen Gesandten in Stuttgart wenden möge, was nun auch bereits geschehen sein soll. — Sollen wir uns etwa in Deutschland noch dafür bedanken, daß Windischgrätz unsere besten Männer widerrechtlich und gewaltsam deßhalb erschießen und hängen läßt, weil sie für die Freiheit auf den Wällen Wiens fochten? (Don. Z.)

Gedruckt — unter Verantwortlichkeit der Verleger — bei J. L. Stich.
Expedition S. 39 im Gasthof zum König Otto II. Etage.

Der freie Staatsbürger.

Erscheint täglich. Preis in ganz Bayern vierteljährlich 1 Fl. 30 Kr., halbjährlich 3 Fl., jährlich 6 Fl.

Organ der Demokratie.

Inserate werden die dreispaltige Petitzeile zu 3 Kr. berechnet. Die Abonnenten haben für die Hälfte des Abonnementpreises Inserate frei.

Nr. 55. Nürnberg, Samstag, den 25. November **1848.**

Von vielen unserer auswärtigen Leser kommen uns fortwährend Klagen über Unregelmäßigkeiten und Verspätung in der Ablieferung unseres Blattes zu. Wir haben deshalb mit der hiesigen Postbehörde Rucksprache genommen und die bestimmte Versicherung erhalten, daß die Schuld nicht an der hiesigen Zeitungsexpedition liegt. Wir bitten nun unsere Leser inständig, die Postexpeditionen, welche ihnen zur Ablieferung unseres Blattes verpflichtet sind, zur regelmäßigen und geordneten Ablieferung nachdrücklich anzuhalten, andernfalls aber bei der Zeitungsexpedition des hiesigen Oberpostamts und nöthigenfalls beim Oberpostamt selbst energische Beschwerde zu erheben. Die kräftigsten Maßregeln gegen nachlässige oder böswillige Zeitungsexpeditoren sind uns zugesichert.

Hr. Lerchenfeld und die reaktionären Beamten.

M. Ein Lerchenfeld, wie sich der Nürnberger Courier verzückt auszudrücken pflegt, leitet seit 10 Tagen das Ministerium des Innern in Bayern. Man sagt: Neue Besen kehren gut. Daß es in Bayern viel auszukehren gibt, werden wohl wenige bestreiten. Gewiß aber ist, daß wir von der reinigenden Wirksamkeit des neuen Ministers bis jetzt noch so viel als nichts erfahren, daß die Aufgabe der Säuberung des bayerischen Augiasstalles, wozu gewisse Leute in Hrn. von Lerchenfeld den Herkules gefunden zu haben glauben, noch völlig ungelöst vorliegt. Die reaktionären d. h. der neuen Zeit positiv feindlich gesinnten Beamten, Regierungspräsidenten und dergl., gegen welche selbst ein Minister Thon-Dittmer zu Rügen veranlaßt wurde, sitzen noch fest auf ihren Posten, um jede freie Regung zu überwachen, zu notiren, zu denunciren und den Augenblick zu erlauern, wo die insgeheim geführte Proscriptionsliste vom Papier in die Wirklichkeit übersetzt werden kann. Wenn wir von Rügen des Hrn. Thon-Dittmer sprachen, so ist freilich zu bemerken, daß diese Rügen keineswegs der reaktionären Gesinnung galten, keineswegs dem bureaukratischen Denunciationseifer, sondern nur jenen „unbedachten" amtlichen Aeußerungen, welche, zur Oeffentlichkeit gebracht, geeignet waren, die Regierung zu „blamiren." Wie konnte es z. B. ein sehr bekannter Hr. Regierungspräsident verantworten, die Geneigtheit der bayerischen Regierung zur Anerkennung der Parlamentsbeschlüsse gerade in dem Augenblicke in Abrede zu stellen, in welchem der bayrischen Regierung so unendlich viel daran lag, als im besten Einvernehmen mit der Centralgewalt stehend vor der Welt zu erscheinen, einem Einverständniß, das, was die Centralpoliceimaßregeln von Frankfurt betrifft, zweifelsohne ein höchst aufrichtiges war. Ob dieses Einverständniß ein unbedingtes auch für die Zukunft, auch für ein anderes Reichsministerium als das Schmerling'sche ist, das mögen diejenigen wissen, welche die Gründe kennen, weshalb das bayerische Ministerium bis dato noch kein Reichsgesetz verkündet hat, wobei wir indessen ausdrücklich bemerken, daß wir auf der amtlichen Verkündigung der bisherigen Reichsgesetze ebenso wenig bestehen, als uns darnach sehnen. Haben nun jene Rügen des Hrn. Thon-Dittmer, wie sie nach glaubwürdigen Nachrichten ertheilt wurden, nicht der reaktionären Gesinnung, sondern nur der Unvorsichtigkeit gegolten, mit welcher gewisse Beamte die geheimen Gedanken des bayerischen Ministeriums verriethen und die Regierung dadurch „blamirten," so können wir von Hrn. Lerchenfeld allerdings annehmen, daß er den Krebsschaden der für die neue Zeit völlig unbrauchbaren Beamtenmaschinen richtiger erkennt, als Hr. Thon-Dittmer. Allein gleichwohl sind auch von Hrn. Lerchenfeld keineswegs energische Maßregeln in dieser Beziehung zu erwarten und man erzählt sich von ihm die charakteristische Aeußerung: er wisse recht gut, daß man nur durch großartige Pensionirungen helfen könne, allein es sei kein Geld dazu in der Staatskasse, und da müsse man die Sache eben beim Alten lassen. Unwillkürlich erinnert man sich hiebei des berüchtigten schlecht bewährten Wortes von Genz: Mich und den Metternich hält's noch aus. So möchte man auch hier, anstatt radikal zu helfen, zuwarten und den nächsten Generationen überlassen, was augenblickliche Erledigung erheischt. Was den Geldpunkt betrifft, so könnte man um Mittel zum Pensioniren nicht verlegen sein. Die Verminderung der Civilliste wird überall verlangt; die bayerische Civilliste beträgt 3 bis 4 Millionen. Würde dieser Civilliste nur eine Million jährlich entzogen, (was offenbar ein sehr geringer Abzug wäre) so könnten davon viele Pensionen bestritten werden. Für die zu Pensionirenden wäre es vielleicht ganz besonders gut, wenn sie jetzt sofort auf legale Weise beseitigt würden; sofern man dadurch einer revolutionären Beseitigung, vielleicht ohne Pension, zuvorkäme. Denn das sollte doch für Jedermann, der denken kann, eine klare Sache sein, daß Bayern, wenn es nicht in der allernächsten Zeit aufs kräftigste an eine gründliche Umgestaltung seiner Zustände Hand anlegt, ohne Weiteres von der Revolution an's Schlepptau genommen werden und in einzelnen seiner Theile zu einer Vendée herabsinken muß, die man freilich nur im Lauf von 20 bis 40 Jahren zur Höhe eines vernünftigen Staatslebens wird emporheben können, und zwar hauptsächlich — durch gute Schulmeister. Bayern, in seinen verrotteten polizeiwirthschaftlichen und pfäffischen Zuständen, bietet für einen energischen und durchgreifenden Staatsmann die lohnendste, dankbarste Aufgabe — es wird diesen Staatsmann nicht finden, und weder gewöhnliche Landtage, noch etwaige constituirende Versammlungen werden ihn ersetzen können. Wir glauben vorauszusehen, daß nur der Strom der Revolution, in diesen Augiasstall eingeleitet, eine Reinigung zu Stande bringen wird.

Vereinigte Staaten von Deutschland.

* Nürnberg, 23. Nov. Selbst die Augb. allg. Ztg. gibt die Möglichkeit einer Kamarilla Armansperg in München zu, welche den „constitutionellen" König von seinen verantwortlichen Räthen trenne. Wir gestehen, daß wir die Naivetät eines Mannes bewundern müssen, welchem man einreden kann, daß in Deutschland irgend ein Thron ohne Kamarilla bestehe. In Olmütz wie in Karlsruhe, in Potsdam wie in Altenburg, in München wie in Sigmaringen wird man bei näherem Nachsehen eine Kamarilla finden, und diese Kamarilla tritt jetzt wieder keck hervor, aus dem ganz einfachen Grunde, weil in Oesterreich Metternich und seine Henkersknechte wieder herrschen. Die allg. Ztg. wundert sich — oder scheint sich zu wundern — über die konstitutionelle Thatlosigkeit in München. Wir wundern uns nicht

über Etwas, was wir in seinen Ursachen und Erscheinungen ganz klar vor uns haben. In München wartet man ganz einfach ab, wie in Wien und Berlin die gegen die Volksfreiheit geführten Schläge ausfallen. Laßt nur einmal Preußen erlegen seyn unter den Streichen des Absolutismus, dann sollt ihr die kanibalische Wuth sehen, mit welcher die bayerischen Bureaukraten sich auf Eure Volksrechte und auf Eure Volksmänner stürzen werden. Erinnert Euch, daß Eisenmann, der von jeher ein höchst ungefährlicher Mensch gewesen zu seyn scheint, wegen eines censirten, sage censirten Zeitungsartikels, 18 Jahre in's Gefängniß kam. Die einfache Todesstrafe wird hiernach für die „politischen Verbrecher" des Jahrs 1848 noch ein Akt der Gnade seyn. Es denken vielleicht einige gutmüthige Leute an die Schwurgerichte, welche der drakonischen Gesetzgebung Bayern's die Spitze abbrechen werden. Wo sind sie, diese Schwurgerichte? Wollte man sie Euch geben, Ihr hättet sie längst. Laßt nur den Schlag in Berlin gelingen, — Eure „Blutsenate" werden Euch schon für den Vorwitz bestrafen, Schwurgerichte haben zu wollen. „Die deutschen Grundrechte?" Wer kann noch ein solcher Narr seyn, um von dem Parlamente Grundrechte zu erwarten, von dem Parlamente, welches die Grundrechte der Preußen in diesem Augenblick zu vernichten sucht. Aber Ihr verlaßt Euch auf Eure Landtage? Gutmüthige Narren, wenn Ihr das thut! Die Preußen haben sich auch auf Ihre Versammlung verlassen. Man hat sie mit Bajonetten auseinander gesprengt. Einen Wink über das, was man in München beabsichtigt, gibt Euch die Truppenansammlung für die Zeit des Landtags und der vielsagende Befehl, von den Waffen des bürgerlichen Zeughauses Schlösser und Bajonette abzuschrauben. Wien, Berlin, München, das ist der Gang der Kontrerevolution. Und wir sollten unsre Warnungsstimme nicht erheben, wo Alles auf dem Spiele steht? Jetzt oder nie! Ueberall trauert das Volk über die Ermordung Blum's, und in einigen Blättern fanden wir die Aufforderung an das deutsche Volk, so lange Trauer anzulegen, bis die der deutschen Freiheit drohende Gefahr vorüber wäre. Wir fürchten sehr, die Entrüstung des deutschen Volkes verpufft abermals in leeren Demonstrationen und es bleibt nichts zurück, als Schmach, Knechtschaft und Schaffote. Es gibt nur eine Art, das Andenken Blum's würdig zu ehren, und dieß ist Handeln. Energische Maßregeln des Volks thun Noth, um die Frankfurter Versammlung zu beseitigen, welche den Namen Deutschlands entehrt und das Volk in den Abgrund des trostlosesten Elendes stürzt. Wir haben bereits angegeben, wie man dieses Parlament um jeden Preis zu beseitigen habe; was es in den letzten Tagen gegen das Volk der Preußen gefrevelt, kann nur ein neuer Sporn seyn, eine Versammlung zu entfernen, welche „im Namen des deutschen Volkes" Beschlüsse faßt, die das deutsche Volk der Entehrung und der Sklaverei überliefern.

F. H. Erlangen, 23. Nov. „Die Pestbeule Frankens." So nannte schon vor Jahren Arnold Ruge unsere fromme Stadt und noch heute bewährt sich in jeder Beziehung dieser Spruch vollkommen. Was nur politisch oder religiös Reaktionäres geschehen kann, das geschieht gewiß hier. Diese schöne Zusammensetzung von politischer Unfähigkeit und religiöser Verdummung wird hier, wie überall, von den Beamten, Professoren und Geistlichen, diesem ehrwürdigen Kleeblatt vertreten, nur mit dem traurigen Unterschied, daß sie nicht allein stehen, sondern daß die Bürgerschaft sich von denselben leiten lassen muß, weil von denselben ihre Existenz abhängt. So kommt es denn auch, daß die demokratische Partei hier meistentheils nur durch die arbeitende Klasse vertreten ist, welche Unabhängigkeit und Muth genug besitzt, ihre Ueberzeugung auch gegenüber den zahlreichen Drohungen mit Arbeitsentziehung auszusprechen. — Als Belege des reaktionären Unwesens führe ich Ihnen bloß die Ausbrüche der teuflischen Freude bei der Nachricht von dem Falle Wiens und später von der Ermordung Blums an, solche Züge sind zu bezeichnend für die gemeine Gesinnungsweise dieser Subjekte, als daß ich es hätte unterlassen können, Sie davon zu benachrichtigen.

= München, 22. Nov. Der Tod Blum's findet hier dieselbe Theilnahme als wie in andern Theilen Deutschlands. Die Sammlungen für dessen Weib und Kinder nehmen einen erfreulichen Fortgang. Desto mehr ist man empört, von Nürnberger Kaufleuten zu hören, die ihre Bediensteten traktirt haben, als sie die Ermordung Blum's erfuhren. Solchen niedrigen Krämerseelen ist Alles feil, auch die Ehre, wenn sie nur Agio bekommen, und die Papiere recht in die Höhe gehen.

München, 22. Nov. Die N. M. Z. erklärt in einem von Anfang bis zu Ende heuchlerischen Artikel, daß sie nur ihre Meinung vertrete, die freilich mit der des Ministeriums im Allgemeinen zusammentreffe, daß sie aber ein Urtheil über die Hinrichtung Blum's nicht abgeben könne, weil sie die Akten nicht kenne. Die N. M. Z. hat dem Kroaten Jellasich am schamlosesten entgegengejubelt, dieß reicht hin, sie und die Regierung, deren wenigstens halboffizielles Organ sie bisher war, zu charakterisiren. Daß sie jetzt die tief gekränkte öffentliche Stimmung durch Heuchelei mit sich auszusöhnen sucht, kann die Verachtung nur vermehren, welche jeder ehrliche Deutsche ihren undeutschen und landesverrätherischen Bestrebungen zollt, die sie vergebens jetzt für den Augenblick zu verdecken sucht.

* München, 23. Nov. Die bayerische Armee ist auf Befehl des Königs in zwei Corps abgetheilt worden, deren Commandos in München und Würzburg ihren Sitz haben, um von hier aus Bayern zu beherrschen. Es mußte auffallen, daß so wichtige militärische Maßregeln vom bayerischen Kriegsministerium, und nicht von der Centralgewalt ausgehn, wenn man von der deutschen Einheit überhaupt und von den deutschen Gesinnungen der bayerischen Regierung insbesondere noch irgend Etwas halten könnte.

* Frankfurt, 22. Nov. Der Reichsverweser sagt in einem Manifest „an das deutsche Volk", daß er die Ausführung des preußischen Steuerverweigerungsbeschlusses nicht dulden werde. Wir kommen morgen darauf zurück.

Wien, 20. Nov. Unter den Arbeitern herrscht Gährung; in Grötz und der Umgegend sind Unruhen ausgebrochen.

* Berlin, 19. Nov. Ein Theil der Nationalversammlung hat nachstehende Proklamation an die Väter und Mütter des preußischen Heeres erlassen: „Das Volk der Preußen hat seinen Vertretern in Tausenden von Zuschriften beigestimmt. Das Ministerium Brandenburg ist somit gerichtet." Nichtsdestoweniger fährt dieses Ministerium fort, gestützt auf die starken Arme Eurer Kinder im Heere, seine volksverrätherischen Pläne zu verfolgen, Eure Freiheit zu unterdrücken, Eure Vertreter zu verhöhnen und zu beschimpfen! Ihr Väter und Mütter, so thut Eure Pflicht! Das Vaterland ist in Gefahr, Ihr könnt es retten helfen! Ruft Eure Söhne aus dem Heere zurück! Nicht an den König müßt Ihr Euch wenden! Graf Brandenburg läßt Niemand zu dem unglücklichen Fürsten! Er hat den Abgeordneten der Berliner Stadtverordneten erklärt: „man könne nicht zugeben, daß jetzt eine Deputation das Gefühl des Königs rege mache." Nicht durch Briefe müßt Ihr es thun, — sie kommen zu spät. Macht Euch selbst auf. Eilet, Ihr Männer mit den weißen Haaren, Ihr Wittwen! eilet zu Euren Kindern. Jeder Preuße wird Euch Reisegeld, Nachtlager, Unterhalt geben, Ihr Aermeren, wo Ihr auch einsprecht. Erhebt Eure Stimme, verlangt es laut, daß sie zurückkehren in die Heimath. Befehlt es ihnen Kraft des göttlichen Gebotes: „Du sollst Vater und Mutter ehren, auf daß Dir's wohlgeht und Du lange lebst auf Erden!" Rettet sie durch Euer Wort, durch Eure Bitten, durch Eure Thaten. Rettet sie davor, daß nicht die Kugel ihres Gewehrs, entsendet im Aberglauben eines blinden Gehorsams und in der falschen Deutung eines geleisteten Eides, sie zu Brudermördern mache. Kein Dorf, keine Stadt würde sie aufnehmen! Kein Weib würde sie einst beglücken, kein liebes Kind schmeichelnd auf ihren Schooß sich setzen, wenn sie Euren Befehlen nicht Folge leisteten. Darum, in Euren Händen liegt das Schicksal des Vaterlandes! Ihr Väter und Mütter des preußischen Heeres, — berufet Eure Kinder und das Vaterland ist gerettet!"

Berlin, 20. Nov. Die Wirksamkeit des Commissars des Reichsministeriums Hrn. Bassermann in Berlin hat auf allen Seiten wenig Anklang und Achtung gefunden. Die preußische Regierung hat dagegen protestirt, daß er sich hier mit den Abgeordneten und deren Parteichefs in förmliche Unterhandlung eingelassen, und die Abgeordneten haben wieder seine Einmischung, die er im Namen des Reichsministeriums geltend machen wollte, abgelehnt. Das gute Einvernehmen Preußens mit Frankfurt und den dortigen Beschlüssen steht überhaupt in diesem Augenblick auf dem Spiele! Die Harmonie, welche in den letzten Wochen zwischen Preußen und der deutschen Centralgewalt bestanden, war allerdings sehr bedenklicher Natur und nicht im Interesse der Volkssache. Die preußische Regierung soll aber jetzt entschlossen seyn, alle Einwirkungen bestimmt abzuweisen, welche jetzt von Frankfurt in irgend einer Weise zur Beilegung der hier obschwebenden Differenzen ausgehen könnten. Es ist möglich, daß diese Erklärungen für

jetzt noch ohne einen offenen Bruch abgehen. — Der Appellationssenat des hiesigen Kammergerichts hat sich in seiner heutigen Sitzung dahin entschieden, daß eine Einstellung der richterlichen Befugnisse um deshalb noch nicht Platz greifen könne, weil der Verkehr im Augenblicke noch nicht gehemmt sei. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die reaktionäre Partei, die im Augenblicke von hier aus die Presse dominirt, die Entschließung dieser Abtheilung des Kammergerichts zu ihren Gunsten ausbeuten wird, obschon wir versichern können, daß jener Beschluß, nur auf Grund des Buchstabens der Gesetze extrahirt, weit entfernt ist, von Seiten dieses Theils unserer preußischen Richter eine Zustimmung zu den Maßregeln des Gouvernements abgeben zu sollen. — Die Möbel des Sitzungssaales der Nationalversammlung werden heute nach Brandenburg transportirt. — Der Oberpräsident Pinder in Breslau ist in Folge seiner Erklärung, die den Steuerverweigerungsbeschluß anerkennt, vom Amte suspendirt, und der Regierungspräsident v. Schleinitz in Liegnitz zu seinem Nachfolger ernannt. Der General v. Schreckenstein soll das Oberkommando der Truppen in Schlesien übernehmen.

Berlin, 21. Nov. Der neue Polizeipräsident v. Hinckeldey bewährte bereits seine Geneigtheit, auf die Intentionen des Generals v. Wrangel einzugehen, durch das gestern auf dessen Requisition und deßhalb erhaltene Ministerialverfügung erlassene unbedingte Verbot des Verkaufs aller politischen Druckschriften auf Straßen und Plätzen, zu welchem Zwecke auch die dazu ausdrücklich erfolgten Erlaubnißertheilungen suspendirt worden sind. Wie die Vossische Zeitung mittheilt, haben der Instruktions- sowie der Kriminal- und Oberappellationssenat des Kammergerichts sich in Betreff des Einflusses des Belagerungszustandes auf die Rechtsverhältnisse gegen denselben ausgesprochen und deßhalb Protest beim Justizminister einzulegen beschlossen. Die Kammergerichtsräthe Gottheimer und Eichborn haben angeblich der dermaligen politischen Verhältnisse wegen ihre sofortige Entlassung verlangt.

Die vielfach jetzt stattfindenden Verhaftungen in Berlin finden in folgender beispiellos gesetzwidrigen Weise statt: Die Regierung hat Verhaftungszettel drucken lassen. In diese wird bloß der Name des zu Verhaftenden eingetragen, und der Hauptmann des die Verhaftung vornehmenden Commando's unterschreibt dieselben. Die Angabe des Verbrechens fehlt völlig darin. Diese Zettel geben bei Einlieferung der Gefangenen dem Staatsanwalt zu, und anstatt daß dieser bei so völlig mangelnder Unterlage sofort wieder entlassen sollte, gibt er diese Zettel an den Untersuchungsrichter zur Voruntersuchung, ohne daß er selbst weiß, wegen welchen Verbrechens. Reclamationen der Verhafteten finden große Schwierigkeit.

Köln, 20. Nov. (Stimmung in Rheinpreußen.) Der Gemeinderath in Köln hat eine Petition nach Potsdam gesendet, worin er den König flehentlich bittet, das Ministerium abzusetzen, um das Königthum zu retten. Die neue rheinische Zeitung sagt in Beziehung darauf: „Wenn die Stadt Köln ihren Stadtrath nicht absetzt und sofort zwei neue Deputirte statt der Weggelaufenen nach Berlin schickt, verdient sie — die Knute." — In Düsseldorf bereitet man sich zum Kampfe vor. Lorenz Cantador, ein bewährter Demokrat, ist unter allgemeinem Jubel zum Bürgerwehrchef ernannt worden für die Tage der Gefahr. Das Offizier-Korps sitzt permanent, die Wachen bleiben Tag und Nacht besetzt. Auf der andern Seite werden von der Kommission Kugeln gegossen und Patronen verfertigt, Gewehre unter die Arbeiter ausgetheilt, Deputationen von den Landgemeinden sichern den Zuzug der Bürgerwehren zu. Auf Sonntag 19. war eine allgemeine Musterung der Bürgergardisten angesagt. — In Bonn hat der Oberbürgermeister erklärt, daß er nichts gegen die Steuerverweigerung einzuwenden habe, und den Steuerdienern befehlen werde; denen, die ihre steuerpflichtigen Sachen ohne Zahlung einführen wollten, die Passage freizugeben. — In Crefeld wurde eine Zustimmungsadresse an die Nationalversammlung beschlossen, die 2870 Unterschriften erhielt, gegenüber einer vom Preußenverein mit 1100 Unterschriften. — Gladbach: Einstimmiges Mißtrauensvotum an den Berliner Abgeordneten Ritz, der sich für das Ministerium Brandenburg erklärte. — Kreuznach: Alles für die Nationalversammlung, Sicherheitsausschuß. — Coblenz: Vieh und Mehl passirt unversteuert ein. — Arnsberg: Mißtrauensvotum gegen den Abgeordneten wegen seines „feigen Verlassens" des Sitzungslokals am 9. November. — Soest: Mißtrauensvotum gegen den Abgeordneten. —

Breslau, 19. Nov. Wir haben heute einen sehr stürmischen Tag verlebt, ohne daß eigentlich etwas Erhebliches geschehen ist. Wir wollen uns bemühen, die Ereignisse kurz darzulegen. Die aus den politischen Vereinen und den Bürgerwehrklubs zusammengesetzte Commission hat sich gestern Abend getrennt; der Ausschuß der Bürgerwehr beräth jetzt wieder selbstständig. Heut Nachmittag um 2 Uhr war die Landwehr auf dem Neumarkt versammelt und zog von da nach dem Rathhaus, um Gewehre zu empfangen, die ihnen insoweit gegeben wurden, als überschüssige vorhanden waren. Die heute morgen stattgehabte Führer-Versammlung hatte beschlossen: 1) daß Vertrauensmänner den Kassen-Beamten beigegeben werden sollen, 2) daß Vertrauensmänner aus der Provinz sich mit dem Sicherheitsausschuß Breslaus in Verbindung setzen sollen, 3) den Sicherheitsausschuß aufzufordern, sofort die geeigneten Männer von Vertrauen zu einer Behörde zu konstituiren, welche die Angelegenheiten der Stadt Breslau, so wie der Provinz in die Hand nehmen und im Sinne der National-Versammlung leiten solle. Die drei Anträge sollten heut den Compagnien der Bürgerwehr zur Beschlußnahme vorgelegt werden. So viel wir hören, haben die meisten Compagnien sich mit diesen Anträgen einverstanden erklärt. Der Sicherheitsausschuß hatte in 4stündiger Berathung eben beschlossen, an den Oberpräsidenten den Antrag zu stellen, daß er die Vertrauensmänner bei der Kassenverwaltung aufnehmen solle, als die Kassenverordneten dagegen Protest einlegten, weil sie einen so wichtigen Beschluß abgesondert berathen müßten. Die Vertrauensmänner haben sich darauf entschlossen, aus dem Sicherheitsausschuß auszutreten. Nachmittag um 3 Uhr war eine Volksversammlung — von wem? sind wir außer Stande gesetzt zu sagen — berufen. In derselben wurde beschlossen vor den Magistrat und die Regierung zu ziehen, die Abdankung derselben, so wie die Einsetzung einer provisorischen Regierung zu verlangen. Zunächst zog nun ein Theil der Menge vor das Rathhaus und ein Theil vor die Regierung, entfernte sich aber zum Theil von da wieder, um eine Berathung in der Meitzenschen Reitbahn zu pflegen. Wir sind nicht im Stande, genau die Verhandlungen dieser Versammlung wiederzugeben; nur so viel steht fest, daß daselbst einzelne Personen für die neue Verwaltung designirt wurden. Gegen Abend verlangten die Bürgermeister und der Oberpräsident, der übrigens der 4. Compagnie des 11. Bataillons, welche die oben beregte Angelegenheit berieth, auf Befragung geantwortet hatte: daß er keine Steuergelder dem Ministerium zur Verfügung stellen, sondern im Sinne der Nationalversammlung verfahren werde; daß aber die Regierung ohne seine Zuziehung dergleichen Bekanntmachungen (wie gestern) realisiren konne; also beide Herren verlangten von dem Bürgerwehrobersten, daß er Generalmarsch schlagen lassen solle, um das Rathhaus und Regierungsgebäude vor den andrängenden Massen zu schützen. Dieß geschah denn auch, und man glaubte veranlaßt durch dieses Manöver, daß in der That der Augenblick eines ernsten Conflikts gekommen sey. Wir müssen übrigens bemerken, daß die Bataillone vollzählig wie nie erschienen waren. Der Conflikt trat nicht ein. Ein großer Theil des vor dem Rathhaus versammelten Volkes zerstreute sich, die unbewaffneten Landwehrmänner aber drangen mit erneuter Heftigkeit darauf, daß ihnen Waffen ertheilt würden. Alle Versuche, sie zu beruhigen scheiterten, bis dies zuletzt dem Obersten der Bürgerwehr selbst gelang. Im Verlaufe des Abends wurde auch einige Minuten lang auf dem Magdalenen Thurme Sturm geläutet, indeß wurde dieß bald verhindert. In diesem Augenblick, Abends halb 12 Uhr scheint die Stadt sich zu beruhigen. Die Bataillone sind zum großen Theil nach Haus entlassen, und die Studenten marschiren, Lieder singend, ab. Das Militär war konsignirt, und man schien auf die geringste Veranlassung zu warten, um mit ernsten Maßregeln vorzugehen. Die Soldaten waren an den einzelnen Plätzen (Ohlauer-, Schweidnitzer-) zusammengezogen und aufgestellt. Wir haben übrigens mehrfach Gelegenheit gehabt, zu bemerken, wie das Militär mit den Bürgerwachen und dem übrigen Volke fraternisirte. So eben, 12 Uhr, hören wir, daß man den Versuch mache, den Thurm an der Christophorikirche zu öffnen, um Sturm zu läuten. Zu welchem Zwecke, ist uns unbekannt. Die Stürmenden sollen einige Landwehrmänner gewesen seyn. Bei den Bemühungen der Bürgerwehr, das Vorhaben der Leute zu hindern, sind einige Schüsse gefallen. Von welcher Seite, ist bis jetzt unbekannt. Verwundet ist Niemand. Zwei Männer, die sich in die Kirche geflüchtet hatten, sind gefangen genommen, auf das Rathhaus gebracht und dort vernommen worden. Mit dem wirklich erfolgten Austritt der

Vertrauensmänner aus dem Sicherheitsausschuß hat sich dieser aufgelöst. Der Magistrat und die Stadtverordneten haben sich permanent erklärt. (A. O. Z.)

Guben, 19. Nov. Seit dem 17. Nov. werden von einem Theile der hiesigen Einwohner die Steuern verweigert; das Steueramt ist geschlossen, weil die Beamten doch der Gewalt hätten weichen müssen. In der Nacht vom 17. zum 18. Nov. ist die Kasse des Salzamtes geplündert worden; seitdem hat die Bürgewehr die Wachen bezogen und die Kassen beschützt.

Schmiedeberg, 18. Nov. Nachstehender Ausruf wird durch ganz Schlesien verbreitet: Männer Schlesiens! Der Kampf für die Freiheit hat begonnen, wir sind entschlossen, ihn zu kämpfen bis auf den letzten Mann. Anf unseren Ruf haltet euch bereit. Wohlan! die Zeit ist da! eilet uns zu Hülfe! Nehmet alle Waffen, die euch zu Gebote stehen, ziehet in hellen, lichten Haufen gegen Breslau, wo euere Brüder für die Freiheit siegen oder sterben! Kämpfet mit uns! Greift den Feind an, wo ihr ihn findet, schlagt ihn zu Boden und entsetzt unsere Stadt. Wir kämpfen vereint für die Freiheit und unser Recht. Der Centralausschuß der Bürgerwehr und der vereinigten politischen Vereine in Breslau.

Das ganze Gebirg ist im Aufstande begriffen gegen das als hochverrätherisch proclamirte Ministerium Brandenburg. In allen Ortschaften wird Sturm geläutet. Tausende von Männern greifen zu den Waffen und marschiren nach Breslau. Es ist strenger Befehl, jeden Conflict mit dem Militär, wo irgend möglich, zu vermeiden. Wir hoffen, es soll überhaupt zu keinem Blutvergießen kommen. Die Masse Derer, die gegen das Ministerium aufstehen, wird ihm imponiren. In dem bösen Gewissen Derer, welche durch ihre unverantwortlichen Maßregeln die Revolution hervorgebracht haben, werden wir unsere besten Bundesgenossen finden.

In Waldenburg (Schlesien) sind am 17. Nov. die Staatskassen mit Beschlag belegt und das Steueramt mit Bürgerwehr besetzt worden. Kein Pfennig Steuer soll eher nach Berlin wandern, als bis die Nationalversammlung es beschließen wird. Es werden von den Gemeinden Vertrauensmänner gewählt und dem Landrathamtsverweser zur Seite gestellt.

Mühlhausen, 19. Nov. Hier und in der Umgegend ist der Ausspruch für die Nationalversammlung, so weit als unsere Kenntniß reicht, mit wenigen persönlichen Ausnahmen allgemein. Magistrat und Stadtverordnete Mühlhausens haben am 13. Nov. die Ungesetzlichkeit der Landwehreinberufung ausgesprochen, was die Folge gehabt, daß die am 17. und 18. Nov. angestandene Einkleidung der einberufenen Landwehren wegen allgemeiner Protestation der Mannschaften nicht in Erfüllung gegangen ist.

Erfurt, 19. Nov. Auf heute war das erste Aufgebot der Landwehr hier einberufen. Diesem hatte sich aber auch das nicht einberufene zweite Aufgebot angeschlossen und beide Aufgebote vereinigten sich in einer Versammlung dahin, der Einberufung keine Folge zu leisten. Es wurde eine Deputation, bestehend aus Berlepsch und mehreren Andern, an das Militär-Kommando abgeordnet und sie erlangte unter Darlegung von Gründen, daß der versammelten Mannschaft gestattet wurde, wieder in ihre Heimath zurückzukehren. Die vorhergehende Verlesung der Kriegsartikel hatte eine ganz entgegengesetzte Wirkung als man vielleicht erwartet hatte. Berlepsch forderte die Mannschaft auf, ruhig nach Hause zu gehen und sich jeder Unordnung zu enthalten, welche Ermahnung auch sogleich befolgt wurde. Die Luft erzitterte von dem Jubel des zahlreich versammelten Volkes. (Fr. J.)

Calw, 12. Nov. Sämmtliche Wähler des Bezirks, der Mathy in die Reichsversammlung sandte, haben sich nun gegen Mathy erklärt, bis auf 618. Er sitzt also jetzt als Stellvertreter von 618 Männern in Frankfurt. Aber er sitzt dort, und er geht nicht, trotz aller Unterschriften und Adressen. Die Ehrenhaftigkeit solcher Menschen ist wahrhaft bewunderungswürdig. (Herr Krafft in Nürnberg bildet ein würdieges Seitenstück zu Mathy.)

Darmstadt, 19. Nov. (Wie man die freisinnigen Abgeordneten chikanirt.) Unsere Zeitung meldet heute: „Wir erfahren, daß das Diätenverzeichniß, welches Herr Zitz als Abgeordneter zur Reichstagsversammlung für den Monat Oktober eingereicht hatte, ihm von dem Ministerium mit dem Bemerken zurückgegeben ist, daß es nicht angewiesen werden könne, weil er in diesem Monat nicht in Frankfurt, sondern auswärts gewesen sey. Ebenso ist er angewiesen worden, das ihm bereits ausbezahlte Verzeichniß für den Monat September zu berichtigen, weil er nach öffentlichen Blättern und eigener Erklärung mehrere Tage des Septembers in Straßburg zubrachte."

Italien.

Rom, 15. Nov. (2 Uhr Nachm.) Die allg. Ztg. meldet, daß der Minister des Innern und der Finanzen Rossi, in dem Augenblik als er sich in die Deputirtenkammer begeben wollte, ermordet wurde. Sein reaktionäres Cabinet hat sich aufgelöst. Der Ermordete war Tags zuvor in der Kammer von Piero Sterbini sehr hart angegriffen worden.

Neuestes.

In Breslau sind reaktionäre Putschversuche des Magistrats mißglückt; der Bürgerwehroberst Engelmann, der sich der Requisition des Militärs widersetzte, hat Genugthuung erhalten und ist der Held des Tags. Pinder hat sein Amt niedergelegt. Ein Sicherheitsausschuß wird gebildet werden. — Die Nachricht, daß die Reichskommissäre im Begriff seyen, eine Einigung zwischen Krone und Vertretung zu Stande zu bringen, scheint uns unglaublich.

Beiträge für Robert Blums Hinterbliebenen.

Es sind uns für Robert Blum's Hinterbliebene folgende Beiträge zugekommen: von C. L. 30 kr., vom demokratischen Verein in Schwabach 10 fl. 33 kr., von den Meistern des Drahtziehergewerbes in Schwabach 2 fl., von einer Gesellschaft in Zwiesel mit dem Motto: die Blutsaat wird eine Freiheitsernte liefern, 8 fl. 45 kr., zusammen 21 fl. 48 kr. Wir haben diese Summe heute an Gebrüder Schmitt dahier abgeliefert, welche uns dafür öffentlich bescheinigen werden.

Die Expedition des freien Staatsbürger.

Geldbeiträge für die deutsche Demokratie in Berlin.

Uebertrag 161 fl. 16 kr. Von den Gesellen der Glaserinnung 4 fl., von den Gesellen der Hutmacher 1 fl. 48 kr., von W. 30 kr., von S. 30 kr., von einer Gesellschaft bei Hrn. Erdmannsdörfer in Gostenhof 5 fl. 3 kr., von K 36 kr., von einer Gesellschaft bei Wirth Horn 1 fl. 33 kr., von einer kleinen Geselschft 34 kr., von einer Gesellschaft, die nicht genannt seyn will, 7 fl., von Georg F. 1 fl., von L. Z. 1 fl., von Kaufmann F. 1 fl. Zusammen 185 fl. 50 kr.

Wir fordern wiederholt zu Geldbeiträgen auf. Die Bestimmung derselben ist nicht etwa eine Unterstützung der Preußen oder der Berliner speziell, sondern die Unterstützung der Sache der deutschen Demokratie, deren Sieg unbedingt in Berlin, in Preußen entschieden wird. d'Ester ist Mitglied des Centralausschusses der deutschen Demokraten und wird die eingehenden Gelder nur im Interesse der deutschen Demokratie verwenden.

Die Expedition des freien Staatsbürgers

Gedruckt — unter Verantwortlichkeit der Verleger — bei J. L. Stich.

Expedition S. 39 im Gasthof zum König Otto II. Etage.

Der freie Staatsbürger.

Erscheint täglich. Preis in ganz Bayern vierteljährlich 1 Fl. 30 Kr., halbjährlich 3 Fl., jährlich 6 Fl.

Organ der Demokratie.

Inserate werden die dreispaltige Petitzeile zu 3 Kr. berechnet. Die Abonnenten haben für die Hälfte des Abonnementpreises Inserate frei.

Nr. 54. Nürnberg, Sonntag, den 26. November 1848.

Von vielen unserer auswärtigen Leser kommen uns fortwährend Klagen über Unregelmäßigkeiten und Verspätung in der Ablieferung unseres Blattes zu. Wir haben deshalb mit der hiesigen Postbehörde Rücksprache genommen und die bestimmte Versicherung erhalten, daß die Schuld nicht an der hiesigen Zeitungsexpedition liegt. Wir bitten nun unsere Leser inständig, die Postexpeditionen, welche ihnen zur Ablieferung unseres Blattes verpflichtet sind, zur regelmäßigen und geordneten Ablieferung nachdrücklich anzuhalten, andernfalls aber bei der Zeitungsexpedition des hiesigen Oberpostamts und nöthigenfalls beim Oberpostamt selbst energische Beschwerde zu erheben. Die kräftigsten Maßregeln gegen nachlässige oder böswillige Zeitungsexpeditoren sind uns zugesichert.

Die Constitutionellen.

M. Wenn, wie jetzt die beste Aussicht vorhanden ist, die Freiheit in Deutschland wieder gänzlich von den Fürsten und ihren Mitverschwornen unterdrückt wird, so stehen wir keinen Augenblick an, deshalb nur das Volk anzuklagen, welches sich so plump betrügen ließ. Einen Fürsten deshalb anzuklagen, fällt uns nicht ein; Unterdrückung der Volksfreiheit liegt im Charakter des Fürsteninstituts, und einen Fürsten wegen eines Attentates auf die Freiheit in Anklagestand versetzen, hieße in unsern Augen ungefähr eben so viel, als einem Raubthier es zum Vorwurf machen, daß es raubt. Rauben ist seine Natur!

Das Volk einzig und allein trägt die Schuld, wenn die Bewegung des Jahres 1848 mit der Vernichtung der Volksfreiheit endigt.

Wir müssen uns bestimmter ausdrücken, wenn wir nicht ungerecht sein wollen. Die Philister, die Krämer, die Professoren haben Deutschlands Größe und Freiheit an's Messer geliefert. Ihrer bedienten sich die Fürsten mit vieler Schlauheit, durch sie ließ man den Ruf anstimmen: Ordnung, Ruhe, damit das Vertrauen hergestellt wird. Sie werden die Ordnung und Ruhe haben, die Ordnung Wiens, die Ruhe eines Leichengartens.

Viele von diesen Philistern, denen wir die Schmach der Gegenwart verdanken, sind völlig gleichgiltig gegen die Freiheit, achten nur den klingenden Gewinn, ja würden sich unter Nicolaus' entwürdigender Knechtschaft vielleicht wohler fühlen als in einem freien Staate. Viele andere aber möchten ein gewisses Maß der Freiheit für sich und scheuen sich nur vor der Freiheit **für Alle**. Noch andere haben sich ein politisches System erdacht, das sie für das beste halten, und sofort verwirklicht sehen möchten.

Sie alle werden in letzter Instanz ihre Rechnung nicht finden.

Diejenigen, welche, gleichgiltig gegen die Freiheit, nur den Gewinn im Auge haben, werden ihre Rechnung unter dem modernen Despotismus nicht finden; denn ein Volk, das durch Belagerungszustand und Bajonette in Botmäßigkeit gehalten werden muß, wird bald zum trostlosesten materiellen Elend, zur gänzlichen Verarmung herabsinken, die Erhaltung der Ruhe und Ordnung wird die Hilfsquellen erschöpfen, und mit einem ausgezogenen Volke sind keine Geschäfte zu machen: — Rothschild liquidirt in Wien und Paris und geht nach Nordamerika.

Die, welche ein gewisses Maß der Freiheit für sich wollen, werden ihre Rechnung nicht finden; denn sie sind nur die Werkzeuge der Aristokratie, welche sie, die Bürgerkanaille, jetzt ebenso verachtet, wie vor Zeiten, und sie sogleich bei Seite wirft, sobald der Zweck erreicht ist. Wer triumphirt jetzt in Berlin? Nicht die Bourgeoisie; Gott bewahre, ihre Organe sind ebenso unterdrückt, wie die der Demokraten, sondern einzig und allein die stockpreußische Aristokratie, die **Kreuzzeitung** mit Gott für König und Vaterland!

Die Professoren, welche sich ein constitutionelles System ausgedacht haben und es verwirklicht sehen möchten, werden ihre Rechnung am allerwenigsten finden. Alles, was sie bisher gethan, hat die Fürstenmacht gestärkt. Jetzt fühlt sie sich wieder in ihrer absoluten Bedeutung und wird die Professoren mit ihrem constitutionellen Systeme zur Thüre hinauswerfen. Sie braucht sie nicht mehr. Die Professoren mögen auf die Gesellschaftsinseln gehen und dort ihre Ideale verwirklichen. In Deutschland wird man sie mit Fußtritten ablohnen.

Diese drei Klassen von Menschen haben Deutschland zu Grunde gerichtet.

Noch wäre es jetzt Zeit, um durch eine kräftige That das Verlorene einzubringen; bald wird es „zu spät" seyn. Aber Deutschland ist von den Krallen der Philister umstrickt, es **trauert, aber es handelt nicht.**

Wo sind die Freiheitsmärtyrer, die aus Robert Blum's Blute hervorgehen sollten? Ich sehe sie nicht, ich sehe nur Redner, Phrasenhelden. Mit Phrasen ist die Freiheit nicht zu retten!

Dort im Norden ruft es zur That. Das Volk steht auf für sein Recht, für sein heiliges, verbürgtes Recht. Aber es kommen die Philister, die vor der kühnen That zurückschrecken, und die Freiheit wird auf's Neue an das Henkerthum von Gottes Gnaden verrathen.

Unglückliches Deutschland!

Vereinigte Staaten von Deutschland.

• **Nürnberg**, 24. Nov. (Erklärungen der Redaktion.) Einige Policeisoldaten haben sich gegen die in einer unserer letzten Nummern gemachte Angabe verwahrt, daß sich Policeisoldaten beim Abreißen von Placaten betheiligt hätten. Hierauf unserer Seits die Erklärung, daß uns von Augenzeugen ganz genau berichtet wurde, wie in der Carolinenstraße ein Policeisoldat beim Versuch, Placate abzureißen, ergriffen und auf ziemlich handgreifliche Weise daran verhindert wurde. Es ist übrigens erfreulich, daß seine Collegen durch ihre Verwahrung von der Theilnahme an solchen Gewaltthätigkeiten sich lossagen. — Hrn. Kaufmann **Merk**, welcher nur im „Scherz" dem Kellner des Museums den Auftrag ertheilt haben will, das Plakat wegen der Hinterbliebenen Blum's herabzunehmen, die Erwiderung, daß so feine „Scherze" sehr leicht mißverstanden werden können. — Auf die Anfrage in der mittelfränkischen Zeitung in Betreff des Herrn, welcher auf die Nachricht von der Ermordung Blum's seine Leute mit Champagner regalirte, haben wir zu erklären, daß wir hiefür allerdings gute Gewährsmänner besitzen, die uns aber nicht autorisirt haben, den Namen des fraglichen Herrn zu nennen.

• **Nürnberg**, 25. Nov. **Die Revolution läßt sich aufhalten, aber nicht unterdrüken.** In Rom, wo sie begonnen, hat sie abermals ein Wort gesprochen und bewiesen, daß sie noch da ist; ein Wort, das in ganz Italien ein gewaltiges Echo finden wird. Sollte von hier vielleicht abermals der Siegeslauf der europäischen Revolution ausgehn? Bemerkenswerth ist immerhin der Gang, den die Revolution und die Kontrerevolution des Jahres 1848 genommen. In Italien begann die Revolution durch den Papst, von hier ging sie nach Paris und wurde hier zu der europäischen Februarrevolution, welche in Wien und Berlin ihren Widerhall fand. Die Kontrerevolution begann abermals in Italien, in Neapel, die Junischlacht in Paris leitete die europäische Kontrerevolution ein, welche am 31. Oktober in Wien siegte und sofort nach Berlin sich übersiedelte, wo sie ebenfalls für den Augenblick siegreich zu werden droht. Jetzt beginnt die Revolution in Rom aufs Neue, die Kontrerevolution ist dort unterlegen, in Neapel wird sie in Folge dessen ebenfalls unterliegen; in Frankreich steht die Präsidentenwahl mit ihren Verwicklungen bevor, aus denen eine neue Revolution hervorgehen kann, welche der brutalen Herrschaft der Bourgeoisie ein Ende bereitet, und dann, wenn der gallische Hahn abermals gekräht hat, werden auch wir frei werden von unsern Drängern und die europäische Demokratie wird über den Trümmern des Mittelalters ihren Triumph feiern, den ihr keine Macht der Erde mehr entreißen wird.

J. **Bamberg**, den 24. Nov. Der hiesige Magistrat hat in einer diesen Morgen stattgehabten öffentl. Sitzung den Antrag auf Zurücknahme des magistratlichen Beschlusses über den im August hier widerrechtlich ausgewiesenen Dr. Brendel, mit geringer Stimmenmehrheit **nicht** angenommen, jedoch mit Stimmeneinheit den angesuchten Aufenthalt Dr. Brendels in hiesiger Stadt unter der Bedingung bewilligt, daß dieser sich über gehörige Subsistenzmittel ausweise. —

§ **München**, 25. Nov. Die Entfernung Weishaupt's vom Kriegsministerium und seine Ersetzung durch **Lesuire** darf als ein Sieg der Kamarilla über die konstitutionelle Partei angesehen werden. Weishaupt gilt für einen intelligenten und konstitutionellen Offizier. Der Kriegsministerialerlaß über das Versammlungsrecht der Soldaten vom Oktober war während seiner Abwesenheit unter der interimistischen Leitung Hohenhausens erschienen. Die Kriegsminister, die in unserer an Belagerungsständen so reichen Zeit eine so wichtige Rolle spielen, müssen jetzt freilich von der Kamarilla geliefert werden!

Frankfurt, 20. Nov. So eben erfahren wir aus sicherer Quelle, daß die **Bürgerwehr in Coblenz aufgelöst** ist.

(D. Z.)

I. **Frankfurt**, 22. Nov. H. Bassermann hat sich als ein zweiter Decius in den Schlund gestürzt, welcher sich vor dem Reichsministerium geöffnet, um es zu retten. Fast schon ist es gleichgültig geworden, mit welchem Ministerium diese Majorität, oder welches Ministerium mit dieser Majorität regiert. Denn bald muß es sich anderswo zeigen, ob das deutsche Volk der Freiheit würdig ist, oder seine weltgeschichtliche Rolle ausgespielt hat. In letzterem Falle sehen wir dann vielleicht bald die Barbaren des Ostens sich wieder über unsere Gauen ergießen und ihren Fuß setzen auf die Fanatiker der Ruhe und die hohlen Schädel unserer Gelehrten, welche dann wohl zu kaiserlichen Hofgelehrten ernannt werden dürften im europäischen himmlischen Reiche. — Wir hatten einige Tage lang eine Art Nachspiel von Belagerungszustand. Warum? weiß man eigentlich nicht recht. Geschieht es zur Uebung, um es nicht zu verlernen, oder um zeitweise die Geduld der Frankfurter zu prüfen? Erwartete man in Folge der preußischen Verhandlungen Aufregung? Am Montage hatten wenigstens viele Soldaten in der Nähe des Parlaments scharf geladen. Hätte nun das Volk einigermaßen seinen gerechten Gefühlen Luft gemacht, so wären vielleicht einige zur Abwechslung erschossen worden. Was thut dieß? Hängt ja doch an den Straßenecken ein reichsverweserliches Plakat, bald an die Deutschen, bald an die Preußen gerichtet, welches alle Freiheiten zu schützen verspricht und auf die nahe Vollendung der Verfassung vertröstet, welche Einen Schlages die Größe und Macht des Vaterlandes ins Leben treten lassen wird! — Hessische Soldaten, welche Trauerkokarden trugen, wurden von Preußen insultirt, mehre verhaftet, weil sie sich von einem übermüthigen Lieutenante nicht maltraitiren lassen wollten. Dieß ist die persönliche Freiheit der Staatsbürger unter dem Schutze eines — Reichsplakates! Ueberhaupt werden die Soldaten von ihren Offizieren systematisch eingeschult und eingehetzt. Manches aber verräth freilich bekannte Dinge, so: daß ein Bündniß zwischen dem Könige von Preußen und dem Kaiser von Rußland bestehe, um den alten Zustand der Dinge zurückzuführen, damit — Ruhe werde! — Die Sachsenhauser haben eine Trauerflagge für Blum aufgesteckt; auch ihre Schiffe flaggen schwarz. Reisende erzählen, daß am ganzen Rhein hinab die Gasthöfe Trauerfahnen ausgesteckt. Nicht so in den exquisiten Kreisen der Noblesse. Der Graf v. Erbach-Fürstenau hielt ein Diner bei der Nachricht von Blums Ermordung, wobei der erste Toast dem Henker Wiens, dem Fürsten Windischgrätz galt! So wird sich der Adel bald mit dem Bürgerthum verschmolzen haben.

* Frankfurt, 22. Nov. Nur die Lächerlichkeit, welche in den Frankfurter Centralbeschlüssen liegt, kann die Wuth, welche den Deutschen darüber erfaßt, mildern und in bittere Ironie verwandeln. **Der Reichsverweser**, umgeben von seinen getreuen Minister „Schildknappen, **hat sich an das deutsche Volk gewendet!** Unwillkürlich erinnert man sich der ersten Merztage, als der Bundestag selig „an das deutsche Volk“ schrieb. Der Reichsverweser sagt dem deutschen Michel folgendes: „Deutsche! In ernster Stunde für unser Vaterland spreche ich zu Euch; hört meine Worte mit Vertrauen! Eine beklagenswerthe Spaltung ist eingetreten zwischen der Krone und den Volksvertretern Preußens. In weiten Kreisen hat das deutsche Volk Partei genommen in diesem Streite; es hat es gethan in ruhiger und gesetzmäßiger Haltung. Aber auch die Stimme der Leidenschaft ertönt, und sie entzündet neue Leidenschaft. Ein Theil der preußischen Volksvertreter hat beschlossen, daß die Erhebung der Steuern einzustellen sey. Die Bande des Staatslebens sind dadurch gelockert, die bürgerliche Gesellschaft ist tief erschüttert, Preußen und mit ihm ganz Deutschland stehen auf der Schwelle des Bürgerkrieges. Preußen! Die zu Frankfurt versammelten Vertreter des deutschen Volks haben in so verhängnißvollem Augenblicke das ausgleichende Wort des Friedens gesprochen. Die Reichsversammlung hat verlangt, daß Preußens König sich mit Männern umgebe, welche das Vertrauen des Landes genießen. Sie hat die Euch gewährten und verheißenen Rechte und Freiheiten feierlich verbürgt; sie hat Euch gegen jeden Versuch einer Beeinträchtigung derselben ihren Schutz zugesagt. Sie hat aber zugleich den auf die Einstellung der Steuererhebung gerichteten Beschluß der preußischen Volksvertreter für nichtig erklärt. Preußen! Die Reichsversammlung zu Frankfurt vertritt die Gesammtheit der deutschen Nation, ihr Ausspruch ist oberstes Gesetz für Alle! Deutsche! In voller Uebereinstimmung mit der Reichsversammlung werde ich handeln. Ich werde die Vollziehung jenes Beschlusses nicht dulden, welcher durch Einstellung der Steuererhebung in Preußen die Wohlfahrt von ganz Deutschland gefährdet. Ich werde aber auch die Bürgschaft der Rechte und Freiheiten des preußischen Volks zur Geltung bringen; sie sollen ihm unverkümmert bleiben, wie allen unsern deutschen Brüdern. Ich rechne auf Euch, Preußen; Ihr werdet mir beistehen; Ihr werdet jede Ungesetzlichkeit, jede Gewaltthat meiden und Euch der Freiheit werth zeigen. Haltet den Frieden, ich werde ihn wahren. Deutsche! Auf Euch Alle rechne ich. Steht Ihr zu mir, wie Ich zu Euch stehe! Das längst ersehnte Ziel, nach dem wir streben, ist näher gerückt, bald wird das Verfassungswerk für Deutschland vollendet und unser schönes Vaterland wird in Einheit und Freiheit groß und mächtig seyn! Frankfurt a. M., den 21. November 1848. Der Reichsverweser: Erzherzog Johann. Die Reichsminister: Schmerling. Peucker. Duckwitz. Beckerath. R. Mohl.“ Man sieht auf den ersten Blick, daß der Reichsverweser sich **ganz und gar auf Seite der Krone Preußen stellt.** Ueberall ist die Steuersache vorangestellt. „**Ich werde die Vollziehung dieses Beschlusses nicht dulden**“ sagt der Reichsverweser. Das heißt mit andern Worten! „**Ich werde nicht dulden daß das Volk Rechte besitzt gegenüber der Krone.**“ **Merkt dieß wohl; das ist die Ansicht unseres Reichsministeriums, unseres Reichsverwesers! Die Krone hat nach diesen Leuten immer Recht.** Dazu haben wir ein Parlament nach Frankfurt gesendet. **In diesem Erlasse ist also das Einzige ausgesprochen, daß man nothigenfalls mit Reichstruppen das gute Recht des preußischen Volks und seiner Vertreter zu Boden treten werde.** Was von einem volksthümlichen Ministerium, und von Volksrechten darin gesagt wird, ist leere, hohle Phrase. Laßt nur erst ein paar Städte, laßt nur Berlin, Breslau, Cöln, Halle, Königsberg zusammengeschossen seyn, dann werdet Ihr sehen, Brandenburg und Wrangel werden ebenso po-

pulär werden, wie Windischgrätz und Jellasich in Wien. Volksrechte? Der Buchhändler Bassermann hat es ja gesagt. Brandenburg und der König denken an keine Reaktion. Und das muß wahr seyn, denn Könige und Hofschranzen haben ja, wie wir als Deutsche Alle wissen, von jeher die Wahrheit gesagt. Doch, wir wollen nur noch Eines hervorheben, was uns eine Pflicht auflegt. Der Reichsverweser sagt den Preußen: „Die Reichsversammlung zu Frankfurt vertritt die Gesammtheit der deutschen Nation, ihr Ausspruch ist oberstes Gesetz.“ Das ist nicht wahr, und als Deutsche, insbesondere aber als Süddeutsche müßen wir dagegen protestiren. Die Reichsversammlung vertritt die deutschen Fürsten, aber nicht die deutsche Nation. Das Volk von Süddeutschland protestirt gegen den Beschluß der Frankfurter Versammlung und erkennt in den muthigen Vertretern des preußischen Volks in diesem Augenblick der Gefahr die wahren Vertreter des deutschen Volks.

* Frankfurt, 23 Nov. Die Gesellschaft in der reformirten Kirche beschloß auf Raveaux Antrag eine Todtenfeier für Blum. Mit den Beschlüssen, die sie über die deutsche Reichsverfassung faßte, wollen wir unsre Leser unter der Versicherung verschonen, daß diese Beschlüsse niemals in's Leben treten werden. — Die Entlassung des Unterstaatssecretärs Bassermann ist nicht angenommen. Glückliches Deutschland, du wirst ihn behalten!

* Wien, 20. Nov. Die Wiener Zeitung enthält die verschiedenen aufeinanderfolgenden kaiserlichen Manifeste an die Ungarn aus den Monaten September bis November als Einleitung zu einem Schreiben Windischgrätz's an den ungarischen Feldmarschall Moga, worin diesem und seiner Armee bis zum 26. Nov. Frist zur Rückkehr zur Pflicht gegeben wird, nach deren Ablauf sie als Verräther und Rebellen behandelt würden. Ferner enthält diese Zeitung die Kundmachung einer Werbung für das italienische Heer. Man erinnert sich dabei eines kürzlich aufgefangenen Briefes von Radetzky, in welchem er sich anheischig macht, ganz Italien bis zum Frühjahr zum legitimen Gehorsam zurückzuführen. Herr Bassermann sieht natürlich auch hierin keine Reaktion! Windischgrätz läßt wiederholt bekannt machen, daß alle Hinrichtungen in der Wiener Zeitung kund gegeben werden.

Prag, 20. Nov. Man schreibt der D. a. Ztg.: Auf die erste Kunde von Blum's Verhaftung reiste ein hiesiger Bürger, der Blum kannte, nach Wien, um von Windischgrätz, den er ebenfalls persönlich kannte, Gnade für ihn zu erbitten. Man ließ ihn jedoch nicht vor und er sprach nur mit mit mehreren Stabsoffizieren. Diese erwiderten ihm aber: „Wenn selbst der Kaiser herkäme und für ihn Fürsprache einlegen möchte, so würde er doch erschossen werden.“

* Berlin. Der neueste Staatsanzeiger enthält eine Ansprache des Berliner Magistrats an die Bürger. Man sieht, die Kamarilla war nicht unthätig. In dieser Ansprache wird die Reaktion offen gepredigt, die Stadt Berlin, die eigene Stadt aufs Ehrloseste verleumdet, die Nationalversammlung aufs Niederträchtigste geschmäht und schließlich aufgefordert, sich um den Thron zu schaaren und Alles von der Gnade zu erwarten. Es begreift sich leicht, daß dieses von Brandenburg diktirte Machwerk sich niemals an's Tageslicht hätten wagen können, wenn nicht in Folge des Belagerungszustandes die Preßfreiheit in Berlin vernichtet wäre. Mag auch die deutsche Demokratie für den Augenblick unterdrückt werden, das wird ewig der Stolz und der Triumph der deutschen Demokraten von 1848 bleiben, daß nur durch Belagerungszustände, Kriegsgesetze und Vernichtung der Preßfreiheit die Monarchie, diesen Hohn auf den gesunden Menschenverstand, sich retten konnte. — Dieselbe Nummer des Staatsanzeigers enthält am Schlusse die Erklärung Kirchmanns gegen den Buchhändler Bassermann, welcher Privatäußerungen Kirchmanns in der Frankfurter Versammlung vorgebracht hatte. Hiernach erscheint der Unterstaatssekretär des Herrn Schmerling nicht bloß als ein Lügner, sondern auch als ein Mensch, welcher von entstellten Privatäußerungen auf die indiskreteste Weise einen amtlichen Gebrauch gemacht hat. Helf was helfen mag, solche Subjekte können wir brauchen, denkt die Monarchie.

Berlin, 21. Nov. Viel Aufsehen erregt hier der Bericht des Hrn. Bassermann im deutschen Parlamente. Es ist gewiß, daß Seitens der Nationalversammlung eine Widerlegung desselben erfolgen wird. Auch wir werden hoffentlich im Stande seyn, sehr bald Aufklärungen über die mindestens unzuverlässigen Quellen, aus denen Hr. Bassermann hier sein Urtheil schöpfte, sowie über die Ungenauigkeit seines Berichtes selbst zu veröffentlichen. Vorläufig wird uns versichert, daß der Reichskommissär Berichte von dem mehrfach erwähnten und zur Genüge bekannten Lieutenant Tronchin, sowie von einem ehemaligen, nicht unbekannten Liberalen, der jetzt hier eine mehr als zweideutige Rolle spielt, erhalten habe. Sind alle Nachrichten aus gleichen Quellen geschöpft, so erklärt sich sehr wohl daraus die verkehrte Anschauung der hiesigen Zustände des Hrn. Bassermann, wenn schon es räthselhaft bleibt, in welcher Art Herr Bassermann über den Zustand der hiesigen Nationalversammlung sowie über Privatunterhaltungen mit einzelnen Mitgliedern derselben referirt. — Der akademische Senat hat heute einige Studenten relegirt, welche die Zustimmungsadresse der Studentenschaft der Nationalversammlung überbrachten. — Die Deputation der Gemeinderäthe von Köln, Düsseldorf und Trier wurde in Potsdam nicht vorgelassen und erhielt den Bescheid, ihre Mittheilungen schriftlich zu machen. Sie reist heute Abend wieder ab. — Von den vielen Personen, welche in den letzten Tagen vom Militär verhaftet worden, sind etwa 24 Personen wieder in Freiheit gesetzt worden, darunter befinden sich auch Hr. Thiele (Redakteur des Publizisten), der Kammergerichtsassessor Wolff und der Volksredner Goldarbeiter Bisky. Ein großer Theil dieser Personen hat beim Kammergericht gegen diejenigen Offiziere, von denen sie verhaftet worden sind, bereits eine Civilentschädigungsklage eingereicht, weil die Verhaftungen nicht gerechtfertigt gewesen seyn sollen. Die meisten der Verhafteten sind auch einem Verhöre gar nicht unterworfen, sondern nach viertägiger Dauer der Haft ohne weiteres entlassen worden. Der Assessor Lipke war aus dem Staatsgefängniß nach der Hausvogtei versetzt und gestern Abend auf Befehl des Kammergerichts freigelassen worden. Ebenso ist auf Anordnung des Kriminalgerichts der Aktuar Stein in Freiheit gesetzt worden. Im Staatsgefängnisse bei Moabit sollen sich aber noch immer Gefangene befinden. — Als Personen, welche der ihnen vom Militär zugedachten Verhaftung sich zu entziehen gewußt haben, bezeichnet man außer Arnold Ruge noch den Buchdrucker Fähndrich, den Weinhändler Louis Drucker und den Assessor Wache. (Berl. Z.)

Köln, 21. Nov. (Stimmung im Rheinland.) Die permanente Volksversammlung in Düsseldorf hat beschlossen: Jeder Steuerpflichtige, der Steuern zahlt, jeder Beamte, der Steuern eintreibt oder zur Erhebung derselben mitwirkt, jeder Privatmann, der bei einem wegen Steuerverweigerung erfolgenden Zwangsverkauf bietet, ist als Hochverräther an der Nation dem Haß und der Bestrafung des Volks verfallen. Der Steuerrendant hat den an ihn gestellten Forderungen nachkommen zu wollen erklärt; es wird daher weder Schlacht- noch Mahlsteuer mehr entrichtet. Der Polizeiinspektor weist jede Requisition der Steuerbehörde zur Veranstaltung eines Zwangsverkaufes ab. Die Musterung der Bürgerwehr Düsseldorfs und der Landgemeinden am 19. bot einen herzstärkenden Anblick. Der Chef der Bürgerwehr hielt eine feurige Rede an die „Leibgarde der Freiheit.“ Nach der Musterung sandten die Bürgerwehren eine Adresse an die Volksvertreter. Darin heißt es: Knirschend erwarten wir den Ruf der Nationalversammlung zu den Waffen. Erlassen Sie den Ruf zu den Waffen, den Ruf zur Pflicht! Schauen Sie auf Wien, zögern Sie nicht länger, oder die Freiheit ist verloren, Ihre Köpfe geächtet und die Nacht des Absolutismus wird wieder das Land umfangen. Die Landwehrmänner und Reservisten Düsseldorfs haben sich der Nationalversammlung zur Verfügung gestellt. Hier in Köln hat man den demokratischen Kreisausschuß in Anklagestand versetzt; man möchte Skandale, um den Belagerungszustand erklären zu können.

Düsseldorf, 22. Nov. So eben wird unsre Stadt in Belagerungszustand erklärt. Die Bürgerwehr ist aufgefordert, heute Nachmittag um 2 Uhr die Waffen abzuliefern. Truppenabtheilungen stehen auf allen Plätzen. Die Ankündigungsplakate scheinen schon viele Tage zuvor gedruckt zu sein, da das Datum mit Dinte ausgefüllt ist. (N. rh. Z.)

Magdeburg, 19. Nov. Zwei Offiziere des halberstädter Landwehrbataillons, welche in einer Adresse zum Ungehorsam aufgereizt hatten, sind gestern auf die Citadelle hier gebracht worden, um vor ein Kriegsgericht gestellt zu werden! (L. Z.)

Breslau, 20. Okt. Der Magistrat wollte die von ihm mit Beschlag belegten Gewehre auf den oberschlesischen Bahnhof bringen lassen, und verlangte dazu die Mitwirkung der Bürgerwehr. Dies rief natürlich die größte Aufregung hervor. Die Ki-

sten wurden wirklich aufgeladen, und es sammelte sich sofort eine große Menge Menschen, von denen eine Kiste erbrochen und ihres Inhalts entleert wurde. Die Aufregung stieg um so mehr, als die wenig daseiende Bürgerwehr die Wegnahme verhindern wollte. Der Magistrat verlangte nun, daß das Oberkommando der Bürgerwehr sofort Generalmarsch schlagen lasse oder das Militär requirire. Unterdeß hatte der Stadtmagistrat den Befehl gegeben, die Gewehre wieder in das Rathhaus zu bringen. Der Magistrat hatte dem Wehramte die von ihm beschlossene Versendung der Gewehre nicht eher angezeigt, als bis die Gewehre bereits aufgeladen und eine Menge Menschen versammelt waren, die entschlossen war, unter keinen Umständen die Gewehre wegzulassen. Der Magistrat ließ den Obersten rufen und verlangte während des Aufladens die Allarmirung der Bürgerwehr, eine Maßregel, die zu spät verlangt wurde, und zu der sich der Oberst bei der Stimmung der Bürgerwehr und des Volkes nicht hergeben wollte. Ein meldender Adjutant wurde nicht eingelassen, und erst als die sämmtlichen Stabsadjutanten erschienen, wurde ihnen der Zutritt gewährt. Die Mitglieder des Magistrats und der Stadtverordneten drangen nun in den Obersten der Bürgerwehr, unter allen Umständen sofort das Militär requiriren zu lassen. Man habe jetzt die Sachen und Personen durchschaut, und der Oberst wolle das Heil der Stadt nicht schützen. Die Scenen sind so stürmisch geworden, daß die Adjutanten den Obersten schützen mußten. Einzelne wollten den Bürgermeister zwingen, das Militär zu requiriren, und unter ihnen namentlich Herr Regenbrecht. Das Erscheinen von 80 Personen, die sich zum „Schutz für Gesetz und Ordnung" dem Magistrat zur Disposition stellten und mit ihm jetzt beriethen, scheint dabei nicht ohne Einfluß gewesen zu seyn. Der Oberst entschloß sich, wie gemeldet, zum Allarmiren der Bürgerwehr. Der Magistrat, wenigstens eine Partei, wollte also mit aller Gewalt einen Putsch haben — das Militär requiriren und so „die Ordnung herstellen." Das Militär ist ebenfalls angetreten und hat die Brücken besetzt. Wir fügen noch hinzu, daß der Polizeipräsident verlangt hat, daß die heut ausgeschriebene Volksversammlung von der Bürgerwehr verhindert werde, womit sich der Oberst der Bürgerwehr natürlich nicht einverstanden erklärte. Es sind heute Abend sofort die Majore der Bataillone zusammengekommen, sie sind über die Vorfälle auf's Höchste entrüstet. Sie werden bald nach Entlassung der Mannschaften dem Magistrat ihre desfallsige Erklärung abgeben und namentlich ihr äußerstes Mißfallen über das Betragen des Professors Regenbrecht zu erkennen geben. Der Oberst der Bürgerwehr hat durch sein entschiedenes Auftreten den, wie es scheint, beabsichtigten Conflict zwischen Volk und Bürgerwehr verhütet. Die Haltung der Menge bei dem Verladen der Gewehre war eine feste und entschiedene, und man wollte die Gewehre um keinen Preis fortlassen. Daß die Gewehre nicht aus Eigennutz genommen wurden, geht daraus hervor, daß die Menge durch das Rückbringen der Gewehre sofort beruhigt war. Es sind alle Gewehre zurückgegeben worden. Der Oberst der Bürgerwehr hat erklärt, daß an ein Fortbringen der Gewehre entschieden nicht zu denken sei. Abends 10 Uhr. So eben erhob sich eine sehr stürmische Scene. Es hieß, der Stadtverordnete Regenbrecht begebe sich durch die Seitenthüre weg. Alles stürzte nach der Thüre, um ihn zurückzuhalten; die Erbitterung gegen ihn war unbeschreiblich. Er entfernte sich nicht. Der Stadtverordnete Siebig versicherte im Namen der Stadtverordneten, daß ein Sicherheitsausschuß gebildet werden werde, von dem aus kein Recurs mehr stattfinden solle. Der Bürgermeister Bartsch wollte abdanken, wurde jedoch aufgefordert, dies nicht zu thun. Der Magistrat tritt morgen früh 8 Uhr zusammen, um den Antrag auf den Sicherheitsausschuß zu berathen. Das Volk verlangt auf's Stürmischste, daß Regenbrecht öffentliche Abbitte leiste. Die Führer der Bürgerwehr begeben sich aufs Wehramt, um ihre Berathungen fortzusetzen. Sie wollen sich zu Pinder begeben, und ihn auffordern, seine Stelle nicht niederzulegen. Der Oberpräsident hat erklärt, daß er seines Amtes enthoben sei und das Amt nicht behalten werde. Ein Redner aus dem Neisse- und Bobertal entwickelt der versammelten Menge in einer längeren Rede die Verhältnisse, wie man namentlich durch falsche Placate das Volk habe vorzeitig zum Losschlagen reizen wollen. Zunächst sei es nöthig, Pinder zum Behalten seines Amtes aufzufordern. Soeben ¾ 11 Uhr begibt sich in Folge dessen die ganze Menge vor das Regierungsgebäude. Abends ¾12 Uhr. Die von der Menge zum Oberpräsidenten geschickte Deputation empfing der Oberpräsident sehr bewegt, erklärte aber mit Bestimmtheit, daß er das Amt niederlegen werde. Er bittet, daß die Menge sich nach Hause begebe. Es wird vorgeschlagen, einen Protest an das Ministerium gegen die Absetzung Pinder's zu erlassen, — dieser Vorschlag jedoch natürlich nicht angenommen. Die Menge zieht nach einem dreimaligen Hoch auf Pinder zum Theil vor's Rathhaus, um weiter zu berathen. Abends 9 Uhr. Der gesammte Stab und die Majore haben sich zum Magistrat begeben, vor dem Rathhause steht eine große Menge Menschen, die die Absetzung des Magistrats verlangt und den Obersten der Bürgerwehr Engelmann hoch leben läßt. Die Haltung ist sonst eine musterhafte. Engelmann kommt aus der Sitzung und wird von dem enthusiastischen Zuruf der Bürgerwehr und des Volkes empfangen. Er theilt mit, daß das Commando mit dem Magistrat wegen Niedersetzung eines neuen Sicherheitsausschusses unterhandelt und bittet um Ruhe, bis die Verhandlungen geschlossen seien. Man verspricht ihm dies einstimmig; unter wiederholten donnernden Lebehochs begibt er sich in das Sitzungslokal zurück. Der Antrag auf Niedersetzung eines beschließenden Sicherheitsausschusses wird wahrscheinlich durchgehen. Es wird mitgetheilt, daß die Herren Regenbrecht und Grund ihre Stellen als Stadtverordnete freiwillig niedergelegt haben und daß darüber berathen werde, welche Genugthuung dem Dr. Engelmann und der gesammten Bürgerwehr gegeben werden soll. Der Bürgermeister hat bereits erklärt, daß er übereilt und unrecht gehandelt habe. (A. O. Z.)

Der deutschen Reform zufolge hätten sich die Reichskommissäre mit den verschiedenen Fraktionen der Versammlung über eine Adresse an den König geeinigt, worin sie sich zu sofortiger Vollendung der Verfassung verpflichten und um Zurücknahme des Verlegungsbeschlusses bitten. Diese Nachricht wird vorerst mit großer Vorsicht aufzunehmen seyn.

In Leipzig und Berlin ist seit Kurzem das Gerücht verbreitet, der Reichsverweser gedenke abzudanken.

Darmstadt, 21. Nov. Die Kammern sind eröffnet, das Gesetz über die Zusammensetzung der Kammern vorgelegt. Zweikammersystem, beide Kammern Wahlkammern, direkte Wahl, Census bei der I. Kammer sind die Grundzüge. — Der Abgeordnete Reh stellte einen nichtssagenden Antrag wegen Preußen. In Mainz haben die Demokraten bei der Wahl der Bezirksräthe einen glänzenden Sieg davon getragen.

Italien.

Rom, 16. Nov. (Siegreiche Revolution.) Die allg. Ztg. schreibt: Ein Aufstand fand statt, der nach etwa dreistündigem Kampf 8½ Uhr endete. Das Aeußere des päpstlichen Palasts ist von Kugeln durchlöchert; die Todten scheinen nicht sehr zahlreich zu seyn; der Kampf scheint besonders zwischen den Schweizern und dem Volk, zu welch letzterem mindestens ein Theil der Linientruppen hielt, stattgefunden zu haben. Zu Ministern sind ernannt: Mamiani für das Aeußere, Galletti Inneres und Polizei, Lunati Finanzen, Sterbini Handel und öffentliche Arbeit, Campello Krieg, Rosmini Präsidentschaft und öffentlichen Unterricht, Sereni Gnaden und Gerechtigkeit. Wegen der Berufung der Constituante, Vollziehung der Kammerbeschlüsse über den Unabhängigkeitskrieg u. a. Forderungen des Volkes erklärte der Papst: er stelle die Entscheidung hierüber ganz der Deputirtenkammer anheim. Um 6 Uhr war der Quirinal vollkommen belagert; 6000 Civici und Linientruppen standen vor ihm geschaart; die Kanonen waren auf sein Hauptthor gerichtet, das Volk stellte dem Papst ein Ultimatum, das er binnen einer Stunde zu bewilligen habe, sonst werde der Palast genommen und außer seiner Person Alles niedergemacht. — In Florenz haben diese Ereignisse eine ungeheuere Aufregung hervorgerufen.

Neuestes.

Es ist eine Lüge, daß ein großer Theil der Versammlung sich am 27. nach Brandenburg begeben werde. Eine bindende Erklärung, nicht nach Brandenburg zu gehn, ist von 268 Mitgliedern unterzeichnet. — In Breslau herrschte am 21. Ruhe, der Magistrat hatte die Errichtung eines Sicherheitsausschusses abgelehnt

Gedruckt — unter Verantwortlichkeit der Verleger — bei J. L. Stich.
Expedition S. 39 im Gasthof zum König Otto II. Etage.

Der freie Staatsbürger.

Erscheint täglich. Preis in ganz Bayern vierteljährlich 1 fl. 30 kr., halbjährlich 3 fl., jährlich 6 fl.

Organ der Demokratie.

Inserate werden die dreispaltige Petitzeile zu 3 kr. berechnet. — Die Abonnenten haben für die Hälfte des Abonnementpreises Inserate frei.

Nr. 55. Nürnberg, Montag, den 27. November **1848.**

Vereinigte Staaten von Deutschland.

* Nürnberg, 26. Nov. Kaum dürfen wir jetzt noch an einer friedlichen Lösung des preußischen Konfliktes zweifeln; denn Heinrich Gagern, genannt der Edle, der schon so viele Stürme mit dem olympischen Schütteln seines Hauptes und — einer Klingel beschworen, hat sich herbeigelassen, das Vaterland zu retten und eine Mission nach Berlin anzutreten, wo, wie sich der von da zurückgekehrte Simson ausdrückt, „der deutschen Einheit die härteste Probe drohe." Die deutsche Einheit, die Gagern-Schmerling'sche Einheit, welche bis jetzt noch keine einzige „Probe" bestanden hat, wenn man nicht die Umtaufung der zur Unterdrückung der Freiheit verwendeten Truppen der einzelnen Staaten in „deutsche Reichstruppen" als eine bestandene Einheitsprobe ansehen will, soll also jetzt in Berlin durch Gagern gerettet werden. Nun, wir wollen sehen. Dem Vernehmen nach hat die preußische Regierung den beiden Reichskommissären Simson und Hergenhahn auch nicht die mindeste Berücksichtigung angedeihen lassen. Es wird nun darauf ankommen, ob der Edle glücklicher ist. Seine auf dem Dombaufest erneuerte Bekanntschaft mit Sr. preuß. Majestät qualificirt ihn freilich ganz besonders zu dieser Mission. Weiter käme es sodann darauf an, was für Glück der Edle bei den preußischen Vertretern machen wird. Wie gesagt, wir werden sehen. Bedeutungsvoll ist diese Reise immerhin. Sie kann leicht, wie Heine sagt, „der russische Feldzug" jenes Ruhmes werden, den sich der Edle durch ein Zusammenwirken vieler Zufälligkeiten und durch ein kluges Schweigen erworben, von dem er aber den größten Theil in den letzten Monaten durch seine Parteilichkeit, durch sein Benehmen am 18. Sept. und durch seine bekannte österreichische Rede verlettert hat. Der letzte Rest des Nimbus, der ihn in den Augen gutmüthiger aber wenig scharfsichtiger Personen noch umgibt, kann leicht auf dieser Reise vollends abgestreift werden, und haben wir diese „Größe" beseitigt und dadurch mit den Merzhelden und dem in Gagern gleichsam verkörperten Parlament tabula rasa gemacht, so kann, nachdem die Frankfurter Sterne erbleicht sind, immerhin von Berlin noch ein neues Licht für Deutschland aufgehn, ein Licht in tiefer Nacht!

V Bamberg, 25. Nov. Die konstitutionelle Partei dahier hat also ihre Kandidaten zur nächsten Ständeversammlung aufgestellt und zwar in der Person von 4 Bambergern. Wir erlauben uns, diese Wahl als politisch unklug zu bezeichnen. Unklug ist sie, weil auf die Wahlmänner vom Lande gar keine Rücksicht genommen ist, und weil man es nicht einmal der Mühe werth hielt, dieselben vorerst darüber zu hören, wer gewählt werden soll. Man sollte doch wohl glauben, daß die mehr als 200 Wahlmänner der zum hiesigen Wahlbezirke gehörigen Gerichte Bamberg I., Bamberg II., Scheßlitz, Seßlach, Tambach, Burgebrach, Höchstadt, Herchheim und Herzogenaurach auch ein Recht hätten, ein Wörtchen mitzusprechen, und daß es nicht bloß von den Wahlmännern der Stadt Bamberg abhängen kann, wer gewählt werden soll. Der constitutionelle Verein dahier kann sich freilich damit entschuldigen, daß die Wahl ja nur einen Vorschlag enthalte. Das ist zwar richtig, aber es ändert das Sachverhältniß nicht. Immerhin bleibt so viel richtig, daß nach dem Vorschlage des constitutionellen Vereins kein Wahlmann vom Lande für fähig erachtet wird, den Posten als Landtagsabgeordneter einzunehmen; denn sonst müßte doch wohl auf dieselben auch Rücksicht genommen seyn. Wir halten es für überflüssig, das Irrthümliche dieser Ansicht näher zu beleuchten. Aber auch noch aus einem anderen Grunde erscheint die Wahl unklug. Von den vier vorgeschlagenen Candidaten gehören nämlich drei dem Stande der Gelehrten, der Literaten an, während der Vierte Kaufmann ist. Der Bauernstand und die kleineren Gewerbe sind gar nicht vertreten. Wir sind, das weiß Jedermann, keine Vertreter des Ständeunterschiedes, aber im Interesse der Sache erachten wir es für nothwendig, daß Angehörige dieser Stände mit zum Landtage berufen werden, indem eine Verbesserung ihrer Lage absolut nothwendig ist, sie selbst wohl am Besten wissen müssen, wo sie der Schuh drückt, also auch nur sie hierüber die nöthigen Aufschlüsse ertheilen können. Unserer Ansicht nach entspricht am Meisten der Sache der Vorschlag des hiesigen Volksvereins, so wie er in dem Programme desselben enthalten ist, und welcher dahin geht, daß sich die Wahlmänner einen Tag vor der Wahl der Abgeordneten zu einer gemeinsamen Berathung in dem Saale zum schwarzen Adler in Bamberg einfinden möchten. Hier ist dann Gelegenheit gegeben, sich über diejenigen Männer auszusprechen, welche vorzugsweise das Vertrauen verdienen. Es ist daher auch wünschenswerth, daß dieser Vorschlag allgemeine Beachtung finde.

München. Auf ein königl. Handbillet werden jetzt vom Magistrate die nöthigen Schritte gethan, für das bürgerliche Zeughaus ein demselben größere Sicherheit als das bisher bietende Lokal ausfindig zu machen. Man spricht davon, daß der erste Stock des magistratischen Speichers in Antrag gebracht sey, welcher diesem Zwecke besser entsprechen soll. (Lbote.)

§ München, 24. Nov. Die N. Münchner Ztg. denuncirt die freie Presse. Sie fordert die Behörden auf, gegen die Flugblätterliteratur einzuschreiten. Wenn man das Flugblatt, welches in roher Weise den Tod Latour's behandelte, polizeilich konfiszirte, so haben wir dagegen nichts einzuwenden. Wir hassen die Rohheit und den Blutdurst, mögen sie sich in der Freude über den Mord eines Latour, oder in der Freude über den Mord eines Blum aussprechen. Aber die N. M. Z. hat die Frechheit, mit diesen Erzeugnissen der Pöbelrohheit die Worte zusammenzuwerfen, die ein edler deutscher Mann, der in dem Maße höher steigen muß in der Verehrung des Volks, je tiefer seine Feinde dieses Volk tagtäglich in Elend und Schmach stürzen, bei seinem Scheiden aus Europa an dieses Volk gerichtet hat. Die N. M. Z. kann sich die Mühe ersparen, Hecker zu schmähen. Hecker wird doch im Herzen seines Volkes leben, das erst jetzt immer deutlicher einsieht, wie richtig Hecker die deutsche Bewegung aufgefaßt, wie klar er erkannt hatte, daß die geringste Frist, den Feinden des Volkes gestattet, uns wieder dem alten Despotismus preisgibt. Jede blutige That einer deutschen Kamarilla, jede Rechtsverhöhnung eines deutschen Fürsten ist eine glänzende Rechtfertigung für Hecker, und Hecker! wird die Losung seyn, wenn das deutsche Volk sich einmal wieder findet, unter dem Rufe: Hecker! wird es sich erheben und eine Nation werden — mag die N. M. Z. die ihr gelassene Galgenfrist benützen, um den verbannten Volksmann zu schmähen, wie sie den gemordeten Volksmann geschmäht hat!

München, 25. Nov. Die Landtagswahlen finden am 30. Nov. (Wahl der Wahlmänner) und am 7. Dez. Statt. Wir geben die betreffende Verordnung morgen vollständig.

Frankfurt, 23. Nov. Die Linke hat folgende Verwahrung gegen den Beschluß der Majorität vom 20. November eingelegt: Die deutsche Nationalversammlung hat verweigert, den nachstehenden Protest der Minorität gegen den Beschluß vom 20. d. M. in der preußischen Angelegenheit zu Protokoll zu nehmen. Man sieht sich daher genöthigt, diesen Protest durch die Presse zu veröffentlichen. Die deutsche Nationalversammlung hat in ihrer Sitzung vom 20. Nov. erklärt: daß sie die dem preußischen Volke gewährten und verheißenen Rechte und Freiheiten gegen jeden

Versuch einer Beeinträchtigung schützen werde. — Außer der einseitigen Vertagung und Verlegung der preußischen Nationalversammlung sind bereits gegenwärtig unter Proklamation des Belagerungszustandes folgende Eingriffe in die Rechte und Freiheiten des preußischen Volks unzweifelhaft erfolgt: 1) den feierlichen Verheißungen entgegen ist ohne Zustimmung der Bürgerwehr und der städtischen Behörden zahlreiches Militär in Berlin eingeschritten und hat sich dasselbe insbesondere entgegen dem §. 68. des Bürgerwehrgesetzes der Wachtposten der Stadt Berlin wider den erklärten Willen der Bürgerwehr mit Gewalt bemächtigt. 2) Die Bürgerwehr von Berlin wurde aufgelöst, weil sie der durch §. 1. des Bürgerwehrgesetzes ihr auferlegten Pflicht, die verfassungsmäßige Freiheit und gesetzliche Ordnung zu schützen, gemäß, die gewaltsame Vertreibung der Volksvertreter abgelehnt hat. 3) Die Bürgerwehr wurde wider den Willen der Gemeinde durch Soldaten entwaffnet, obgleich der §. 1 des transitorischen Gesetzes zum Bürgerwehrgesetz die Zusicherung enthält, daß die Gemeinden jedenfalls bis zur Vollendung der Verfassung und der Gemeindeordnung im Besitz der empfangenen Waffen bleiben sollen. 4) Den bestehenden Gesetzen gemäß kann nur der §. 1 und 6 der Habeas-Corpus-Akte vom 4. September unter bestimmten im §. 8 angeführten Bedingungen suspendirt werden, — die preußische Regierung hat aber mit Außerachtlassung dieser Bedingungen nicht nur die §§. 1 und 6, sondern überdies a) den §. 5 dieser Akte, welcher Ausnahmsgerichte und außerordentliche Commissionen unbedingt verbietet und wonach keine nicht durch Gesetz angedrohte Strafe verhängt werden darf, b) den §. 4 des Gesetzes vom 6. April über das Recht der freien Presse, c) den §. 44 desselben Gesetzes über das Vereins- und Versammlungsrecht wirklich suspendirt. Maßregeln, welche bereits höhere kgl. preußische Gerichtsbehörden für ungesetzlich erklärt und zu ihrer Ausführung ihre Amtswirksamkeit entschieden versagt haben. Die deutsche Nationalversammlung hat sich nicht bewogen gefunden, diese dem preußischen Volke gewährten und verheißenen Rechte gegen bereits wirklich erfolgte Beeinträchtigung zu schützen, dagegen hat sie den auf Suspension der Steuererhebung gerichteten Beschluß der preußischen Nationalversammlung ohne Weiteres für offenbar rechtswidrig, die Staatsgesellschaft gefährdend und für null und nichtig erklärt, obgleich der Commissionsbericht der preußischen Nationalversammlung vom 14. Nov. die Zulässigkeit vom Standpunkte des positiven sowohl als des natürlichen Rechts überzeugend nachgewiesen hatte. Die deutsche Nationalversammlung ist also gegen eine angebliche Rechtsverletzung durch die Vertreter des Volks mit Entschiedenheit eingeschritten, während sie die unzweifelhaften Rechtsverletzungen durch die Regierung ruhig hingehen läßt. Wir halten uns demnach durch unser Gewissen für verpflichtet, gegen ein solches Verfahren vor ganz Deutschland feierlich Verwahrung einzulegen. Frankfurt a. M., den 23. Nov. 1848. Folgen 140 Unterschriften.

• Berlin, 21. Nov. Die demoralisirende Wirkung des Säbelregiments sieht man nicht bloß aus dem schändlichen Manifest des Magistrats, sondern auch aus anderen Zeichen. Das Denunciren der Waffen ist jetzt an der Tagesordnung. Selbst Zugführer und getreue Nachbarn geben sich dazu her. Es ist die Bestätigung der alten Wahrheit: Die Monarchie fußt auf der Gemeinheit, auf der Entsittlichung, auf der Corruption. Den Boden, auf welchem sie diese süßen Früchte zieht, findet sie im deutschen Philisterium.

• Berlin, 22. Nov. Die Mission der Herren Hergenhahn und Simson ist vollständig gescheitert, sowohl bei der Regierung, die sie gar nicht berücksichtigte, als bei den Vertretern, die natürlich auf sofortige Entfernung des Ministeriums Brandenburg dringen. — Die Truppen sind zum Theil wieder aus Berlin gezogen, um nach Sachsen und Schlesien dirigirt zu werden. — In der Decker'schen Oberhofbuchdruckerei soll bereits an einer von den Professoren Stahl und Keller bearbeiteten Verfassung mit einem Wahlgesetz gedruckt werden. Der Eine dieser Herren ist ein in der ganzen Schweiz als ein ehrloser Apostat verachteter Schweizer, der andere, Professor Stahl, von Erlangen her bekannt, hat bekanntlich durch die von ihm vorzugsweise breitgeschlagene Idee des christlich-germanischen Staates sich ebensowohl die Gunst des Ministers Eichhorn als die Verachtung aller vernünftigen Deutschen erworben.

Berlin, 22. Nov. Dem von hier aus verbreiteten Gerüchte, daß ein großer Theil der Abgeordneten sich am 27. Nov. in Brandenburg einfinden und somit eine beschlußfähige Anzahl dort anwesend seyn werde, können wir nach den sorgsamsten Erkundigungen auf das bestimmteste widersprechen. Eine bindende Erklärung, den gefaßten Beschlüssen gemäß nicht nach Brandenburg zu gehen, ist bis jetzt von 268 Mitgliedern unterzeichnet. Das soeben ausgegebene amtliche Verzeichniß derjenigen Mitglieder, welche sich an den Berathungen in Berlin betheiligen, enthält 277 Nummern. Dem Vernehmen nach beabsichtigt das Ministerium, an Stelle derjenigen Mitglieder, welche am 27. Nov. in Brandenburg nicht seyn werden, die Stellvertreter einzuberufen. So ist Herr v. Molius bereits zum Eintritt in die preußische National-Versammlung bereit, um dadurch dessen Stellvertreter, Hrn. Berg, zu beseitigen. (Hr. Berg ist übrigens jetzt in Eupen gewählt.) — Dr. Heilberg, nach seiner neulichen Verhaftung freigelassen, ist unter Androhung einer nochmaligen Verhaftung polizeilich ausgewiesen. — Die Rede des Hrn. Bassermann hat hier einen eigenthümlichen Eindruck gemacht, und es hat die Lachmuskeln Vieler gereizt, daß Hr. Bassermann aus einem humoristischen Tableau („Traum eines rothen Republikaners") Folgerungen über die hiesigen Zustände zu ziehen versucht hat.

• Berlin, 22. Nov. Die D. A. Z. will „aus zuverlässiger Quelle" wissen, daß man am preußischen Hofe täglich der Abdankung des Reichsverwesers entgegensehe. Wenn man die Stellung erwägt, welche Oesterreich Deutschland gegenüber durch seine Erklärungen und durch die Ermordung Blum's angenommen hat, so muß man gestehen, daß für einen österreichischen Erzherzog viel — — Muth dazu gehören würde, noch ferner als deutscher Reichsverweser zu fungiren. Herr Schmerling besitzt freilich den — Muth, als schwarzgelber Oesterreicher ein deutsches Portefeuille zu führen; wir beneiden ihn nicht darum.

Delitzsch, 22. Nov. Das heute hier einberufene Landwehr-Bataillon weigerte sich einhellig, einem andern Rufe als dem der Nationalversammlung zu folgen, und mußte nach sehr tumultuarischen Scenen wieder entlassen werden. (D. Allg. Z.)

Darmstadt, 21. Nov. Das Wiedererscheinen der Abgeordneten Zitz, Mohr, Wehlen in der Kammer erregte eine kleine Scene. Sie hatten bekanntlich aus der Kammer austreten wollen, jedoch die Erlaubniß dazu nicht erhalten. Der Präsident Hesse hatte nicht übel Lust, sie wegen Mißachtung der Kammer in Anklagestand zu versetzen, allein die Kammer beschloß, eine weitere Besprechung der Sache zu unterlassen. Zitz wurde, wenn er sprach, vom Beifall der Gallerien begrüßt und nach Schluß der Sitzung vom Publikum vor dem Saale mit Jubel empfangen.

Italien.

Rom, 17. Nov. Die Schweizer sollten verabschiedet und der Papst ganz unter den Schutz der Civica (Bürgerwehr) gestellt werden.

Neuestes.

° Nürnberg, 26. Nov. Soeben vor Schluß des Blattes kommt uns noch die demokratische Correspondenz aus Berlin zu. Alle Partrien der Nationalversammlung haben das Verlangen der Reichskommissäre, vorerst nach Brandenburg zu gehen, mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen. Ferner hat die Nationalversammlung eine Erklärung an das Frankfurter Parlament gerichtet, worin es heißt: Wenn ein Beamter des Reichs über seine amtliche Thätigkeit die hohe Versammlung mit so folgenschweren Unwahrheiten absichtlich oder unabsichtlich hintergeht, so wäre Schweigen ein Verrath an der heiligen Sache, für die wir in ehrlichem Kampfe stehen und fallen, die wir aber nicht meuchlings wollen morden lassen. Wir Unterzeichnete erklären daher unter Zustimmung aller unserer Collegen, daß Hr. Bassermann als Abgesandter der deutschen Centralgewalt mit der preußischen Nationalversammlung oder mit den zurückgebliebenen Deputirten, wie er sich auszudrücken beliebt, gar nicht unterhandelt, zu unterhandeln nicht einmal versucht hat.

Gedruckt — unter Verantwortlichkeit der Verleger — bei J. L. Stich.
Expedition S. 39 im Gasthof zum König Otto II. Etage.

Der freie Staatsbürger.

Erscheint täglich. Preis in ganz Bayern vierteljährlich 1 Fl. 30 Kr., halbjährlich 3 Fl., jährlich 6 Fl.

Organ der Demokratie.

Inserate werden die dreispaltige Petitzeile zu 3 Kr. berechnet. Die Abonnenten haben für die Hälfte des Abonnementpreises Inserate, frei.

Nr. 56. Nürnberg, Dienstag, den 28. November **1848.**

Einladung.

Es ist dem hiesigen und dem benachbarten Publikum, welches für die Beziehung der hiesigen Zeitungen nicht an die Post gebunden ist, neben den halben und vierteljährigen Bestellungen auch von uns der Vortheil des Monatsabonnements à 30 kr. per Monat, geboten, und wir laden deshalb beim Beginn des neuen Monats alle hiesigen und benachbarten Freunde der Demokratie, zur nachträglichen Bestellung unseres Blattes auf den Monat Dezember hiemit ein.

Die Expedition des freien Staatsbürgers.
Winklerstraße S. Nro. 39. über 2 Stiegen.

Herr Hans von Raumer.

Herr Hans von Raumer, der burschenschaftliche Schwärmer und Magistratsrath aus Dinkelsbühl, hat in dem Korrespondenten von und für Deutschland einen „Zuruf an die deutschen Männer in meiner fränkischen Heimath" erscheinen lassen, in welchem er mit Beziehung auf die letzten Parlaments-Beschlüsse für die Krone und gegen das Volk von Preußen jene „deutschen Männer" auffordert, sich um die Parlaments-Majorität zu schaaren.

Wir bekennen, es kommt uns hart an, mit einem Mann von der Frankfurter Majorität, welche die Schuld des grenzenlosen Elendes und der unauslöschlichen Schmach trägt, die als Ergebniß der „Märzerrungenschaften" über das deutsche Volk gekommen ist, in irgend eine Beziehung zu treten. Man kennt unsere Ansichten über diese Majorität. Es sind die Ansichten aller derjenigen, die sich noch ein lebendiges Gefühl bewahrt haben für Freiheit nnd National-Ehre, aller derjenigen, welche so viel gesunden Verstand haben, um zu erkennen, welcher Feind im März besiegt wurde, und einzusehen, daß man dem geschlagenen Feind zwar eine goldene Brücke bauen aber nimmermehr in sklavischer Erniedrigung den Besiegten demüthigst bitten soll, seinen Fuß gefälligst wieder auf den Nacken des Siegers zu setzen.

Glücklicherweise dürfen wir auch hoffen, daß der Zuruf des Herrn Hans von Raumer bei den „deutschen Männern" in Franken, d. h. bei denen, welche diesen Namen verdienen, einen sehr geringen Erfolg haben wird. Das Recht der preußischen Volksvertreter ist klar wie die Sonne, dieses Recht bestreiten kann nur der, welcher sich, statt auf den Standpunkt der Neuzeit und des Volkes, auf den Standpunkt des Mittelalters und des Absolutismus stellt, welcher überhaupt kein Recht, sondern nur Gnade und demüthigst ersterbende Unterwerfung kennt.

Wenn wir den Zuruf des Hrn. Hans von Raumer gleichwohl einer Berücksichtigung würdigen, so geschieht es nur, um an seinem Beispiel kurz und schlagend die ganze Hohlheit, Kopflosigkeit und Perfidie derer nachzuweisen, welche zur Majorität des Hrn. Hans von Raumer gehören.

Es ist bekanntlich die Voraussetzung der Partei des Hrn. von Raumer, daß die Nationalversammlung in Berlin unter dem Terrorismus der Massen Beschlüsse gefaßt habe. Diese Voraussetzung hat nichts für, dagegen Alles gegen sich. Es kann begreiflicherweise nicht genügen, eine solche Beschuldigung blos auszusprechen, ohne sie zu beweisen. Jeder mißliebige Beschluß einer Versammlung könnte sonst von einem Fürsten oder von seinen Bütteln in Frankfurt als „unter dem Terrorismus der Massen" gefaßt bezeichnet, und eine Verlegung der Versammlung darauf begründet werden. Die Kammer in Stuttgart hat z. B. kürzlich einen Beschluß auf Verminderung der Civilliste gefaßt, der in gewissen Kreisen gar nicht gefiel. Die politischen Vereine in Württemberg hatten diese Angelegenheit zuvor in Versammlungen und Adressen besprochen, und mit demselben Recht, wie der König von Preußen, könnte nun auch der König von Württemberg seine Kammer unter dem Vorwand, daß sie „terrorisirt" werde, verlegen oder — auflösen; und er wird es thun, wenn nur einmal der König von Preußen seinen Willen durchgesetzt hat.

Aber man beruft sich auf den Krawall vom 31. Okt. in Berlin. Es ist wahr, es ging damals um das Schauspielhaus etwas stürmisch zu; man will Stricke gesehen haben, bestimmt für diejenigen, welche sich der bedrohten Volksfreiheit in Wien nicht annehmen würden. Wir entschuldigen Exzesse nicht, aber nur die Bosheit kann verkennen, daß jene Scenen unter dem fürchterlichen Eindruck der Wiener Nachrichten vor sich gingen, und die Folge hat nur allzu deutlich bewiesen, daß der gesunde Sinn des berliner Volkes sich nicht täuschte, als es im Sieg der Kamarilla in Wien die drohendste Gefahr für seine eigne Freiheit erkannte.

Aber gerade dieser Krawall des 31. Okt., auf den man sich von Seiten der Partei des Hrn. Hans von Raumer immerfort beruft, liefert den schlagenden Beweis, daß die Berliner Versammlung nicht unter dem Einflusse der Massen Beschlüsse faßte. Das Volk vor dem Schauspielhause verlangte damals ausdrücklich die Annahme des Waldeck'schen Antrags und erklärte sich sehr unzweideutig und entschieden gegen den Berg-Rodbertus'schen Antrag, der bekanntlich dahin ging, daß die preuß. Regierung bei der Centralgewalt in Frankfurt energische Schritte thun solle, um der in Wien bedrohten Volksfreiheit zu Hülfe zu kommen, während Waldeck und seine Freunde ohne den Umweg über Frankfurt sofort von Preußen aus direkt den Wienern Hilfe geleistet wissen wollten. Wäre die Berliner Versammlung für Einflüsse der Massen irgend zugänglich, so mußte an diesem Abend die Linke siegen. Aber sie unterlag; die Anträge des Centrums gingen durch, die Anträge, für welche selbst ein Pfuel stimmte, die Anträge, welche durchgegangen wären, auch wenn nicht 10 Menschen vor dem Schauspielhause gestanden wären.

Wo bleibt hier der Terrorismus der Massen und ihr Einfluß auf die Versammlung? Er reducirt sich auf eine plumpe Lüge der Reaktion, ersonnen, um das Ansehen der ihr mißfälligen freisinnigen Versammlung zu untergraben, und von der, Frankfurter Majorität, der willigen Dienerin der Fürsten, gläubig nachgebetet.

Wäre übrigens dieser Terrorismus ebenso eine Wahrheit, wie er eine Lüge ist, so hatte doch die Krone nun und nimmermehr das Recht, die Versammlung der ihr zum Mindesten völlig gleichberechtigten Volksvertreter, ohne sie nur zu fragen, nach einem Landstädtchen zu verlegen, und eine Versammlung, die sich selbst, die das Volk achtet, das in ihr ver-

treten ist, konnte sich nun und nimmermehr einem solchen Machtgebot fügen.

Was that die Krone auf die Weigerung der Versammlung? Ohne sich in irgend eine Unterhandlung einzulassen, vertrieb sie die Volksvertreter mit Bajonetten aus ihren Versammlungslokalen, und sie, die Krone, war es, welche die Versammlung zwang, zum Schutz der durch frechen Absolutismus auf's Höchste bedrohten Volksfreiheit das letzte gesetzliche und constitutionelle Mittel zu ergreifen und die Steuerverweigerung auszusprechen.

„Dieser Beschluß ist das Unerhörteste, was das constitutionelle Leben freier Völker aufzuweisen hat," jammert Herr Hans von Raumer, der burschenschaftliche Schwärmer und Magistratsrath von Dinkelsbühl.

Dieser Beschluß, mein Herr von Raumer, ist genau ebenso „unerhört," als es „unerhört" ist, die Versammlung der gesetzlich gewählten und berufenen Volksvertreter mit Bajonetten auseinanderzusprengen, und die preußischen Vertreter haben, ihrer Pflicht und ihrem Mandate getreu, dieses letzte Mittel ergriffen, damit ihr Volk „frei" bleibe und nicht dem Despotismus verfalle. Ganz gewiß ist die Steuerverweigerung ein äußerstes Mittel, wenn aber der höhnende Absolutismus frech seinen Fuß auf die constitutionellen Volksrechte setzt, die bürgerlichen Gesetze ohne die geringste Veranlassung durch Kriegsgesetze beseitigt und die gesetzlichen Vertreter, die unantastbaren, durch seine willenlosen Werkzeuge mit der Gewalt der Bajonette auseinander jagen läßt, dann ist auch der Augenblick der höchsten Gefahr gekommen, der die Ergreifung äußerster Mittel nicht blos rechtfertigt, sondern zur heiligen Pflicht macht.

Oder hätten etwa die Mitglieder der preußischen National-Versammlung sich noch dafür bedanken sollen, daß der General Wrangel sie, die unverletzlichen Vertreter des Volks, von Haus zu Haus hetzte, und die Erfüllung ihrer Pflicht ihnen unmöglich zu machen suchte?

Sie, mein Herr von Raumer, mögen dazu geschaffen seyn, als Vertreter des deutschen Volks einen fürstlichen Herrn um allerhöchste Fußtritte anzuflehen; Sie müssen aber gefälligst bedenken, daß es noch freie Männer in Deutschland gibt, Männer, welche wissen, was sie dem Volke schuldig sind, Männer, welche „Ehre im Leibe" haben, was jener Frankfurter Barrikadenkämpfer bekanntlich am dortigen Parlament vermißte. Und freie Männer, Männer, welche Ehre im Leibe haben, Männer, die sich als Vertreter des Volks, nicht als Diener der Fürsten fühlen, mußten gerade so handeln, wie die Mitglieder der preußischen Nationalversammlung gehandelt haben. Deshalb erkennt auch das deutsche Volk nicht mehr in Ihrer Frankfurter Majorität, welche die deutschen Volksrechte ruhig mit Füßen treten läßt, die deutschen Städte gemüthlich der Verwüstung der Kroaten, und deutsche Volksvertreter dem Henkerbeil eines Windischgrätz preisgibt, Alles um der Ordnung und Ruhe willen! sondern in jenen von Haus zu Haus gehetzten muthigen Männern Berlins seine wahren und würdigen Vertreter.

Sie faseln, mein Herr von Raumer, noch Einiges von den angeblichen Bedingungen, welche die Männer in Berlin für die Versöhnung gestellt haben sollen. Leider wissen wir in Franken, daß Ihr Unterstaatssekretär Bassermann Sie belogen und Privatäußerungen entstellt zur Kenntniß des Parlaments gebracht hat, um einen Beschluß in seinem Sinn durchzuführen.

Sie legen Berufung an die Geschichte ein, welche Ihnen und Ihres Gleichen Gerechtigkeit widerfahren lassen werde. Das sind leere Phrasen, die wir nach Gebühr zu würdigen wissen. Ihnen wahrlich wird mit dem Urtheil der Geschichte wenig gedient seyn. Die Zukunft schreibt die Geschichte, und so viel Verstand sollte man doch selbst bei einem burschenschaftlichen Schwärmer voraussetzen dürfen, daß er einsehe, wie, im schlimmsten Falle, die Zukunft uns, den deutschen Demokraten gehört. Wir werden also Ihr Urtheil sprechen, mein Hr. von Raumer, und dieses Urtheil kann Ihnen jetzt schon Jedermann, der Ehre im Leibe und Vernunft im Kopfe hat, zum voraus sagen. Es lautet so: „die Majorität des deutschen Parlaments hat dadurch, daß sie, anstatt die Rechte des Volks den Fürsten gegenüber muthig festzustellen, mit den Fürsten unterhandelte und von den Fürsten und ihren Radowitz und Consorten sich übertölpeln ließ, unermeßliches Elend und unaussprechliche Schmach über das deutsche Volk gebracht." Und das, mein Herr von Raumer, wird noch ein mildes Urtheil heißen.

Sie rufen die Entscheidung des deutschen Volkes an. Mein Herr von Raumer, das deutsche Volk hat bereits entschieden. Sie wissen auch, daß und wie es entschieden hat. Könnten Sie über diese Entscheidung irgend im Zweifel seyn, so würde Ihre Majorität längst gewagt haben, dem lauten Wunsche des Volks nachzugeben und Neuwahlen zu veranstalten, so hätte diese Versammlung nicht für nöthig gehalten, sich hinter Bajonetten zu verschanzen, um nicht „terrorisirt" zu werden.

Sie jammern uns von Anarchie vor. Mein Herr von Raumer, diese Phrasen konnten im April einige Wirkung thun, jetzt sind sie verbraucht. Die rothe Republik ist bis jetzt ein Gespenst geblieben, aber die rothe Monarchie ist bluttriefend in die Wirklichkeit getreten. Die Anarchie von unten reducirt sich auf ein paar Cravalle, denen rechtzeitig zu begegnen ein Leichtes gewesen wäre; die Anarchie von oben aber spricht seit Monaten mit Kriegsgesetzen und Kanonen ihre Verachtung der ewigen Menschenrechte aus.

Die Entscheidung der „deutschen Männer" in Ihrer fränkischen Heimath kann hiernach nicht zweifelhaft seyn, mein Hr. von Raumer. Die deutschen Männer, nicht bloß in Franken sondern überall wollen die Rechte des Volks unverkümmert festgestellt, die Ehre Deutschlands rein gehalten wissen, sie wollen sich nicht übertölpeln lassen durch jesuitische Fürstenknechte, sie haben endlich so viel Verstand um einzusehen, daß „die Sache der Einheit und Freiheit," von der Sie schwatzen, nicht in Unterhandlung mit den Fürsten, sondern nur trotz der Fürsten zum Sieg geführt werden kann.

Gustav Diezel.

Vereinigte Staaten von Deutschland.

* München, 24. Nov. [Vorbereitungen zu Belagerungszuständen.] Bereits ist vom Staatsministerium der Justiz eine Entschließung an sämmtliche Appellationsgerichte diesseits des Rheins und an die Regierungspräsidien ergangen, welche detaillirte Aufschlüsse und Erklärungen enthält über die Anordnung eines Standrechtes für den Fall, daß hiezu irgendwo geschritten werden müßte. Rührende landesväterliche Fürsorge!

München, 25. Nov. Bekanntmachung, die Wahl der Landtagsabgeordneten betreffend. Nymphenburg, den 23. Nov. 1848. Max II. xc. xc. Wir haben im Verfolge Unserer Erklärung vom 12. des laufenden Monats beschlossen und verordnen, daß die Wahl der Abgeordneten für den nächsten Landtag nach Maßgabe des Gesetzes vom 4. Juni 1848 (Gesetzblatt Nr. 11) unverzüglich eröffnet, die Wahlen selbst nach Art. 15 des Gesetzes: a) Für die Urwahlen am 30. November, b) für die Wahlen der Abgeordneten am 7. Dezember vorgenommen, die Ergebnisse sammt den Wahlverhandlungen aber unfehlbar bis zum 16. Dezember laufenden Jahres Uns vorgelegt werden sollen. Zu diesem Behufe lassen Wir nach Art. 2, 12 und 13 des erwähnten Wahlgesetzes in der Anlage 1 die Zahl der zu wählenden Abgeordneten, deren Vertheilung auf die verschiedenen Regierungsbezirke und unter Anlage 2 die Uebersicht der Wahlbezirke zur öffentlichen Kenntniß bringen, und befehlen Unseren Kreisregierungen, sich hienach, so wie nach dem Wahlgesetze überhaupt genau zu achten. Wir erwarten hiebei von allen Behörden gewissenhafte Erfüllung ihrer beschworenen Pflichten, strenge Wahrung der durch die Verfassung und das Wahlgesetz verheißenen vollen Freiheit und pflichttreues Fernehalten aller und jeder hiemit unverträglichen Einwirkung auf die Wahlen selbst. — Wir geben Uns aber auch dem Vertrauen hin, daß Unser geliebtes Volk die ihm durch die Gesetzgebung gewährte volle Freiheit der Wahlen wohl erkennen, den hohen Ernst und die Wichtigkeit dieser Handlung gewissenhaft würdigen, und nur solche Männer zu dem hochwichtigen Beruf der Volksvertretung erwählen werde, welche durch treue und hingebende Vaterlandsliebe, durch erprobte Gesinnungstüchtigkeit und ernstes Erfassen und Verstehen der Zeit

und ihrer großen Aufgaben, durch edlen Freimuth, aber nicht minder regen Sinn für Gesetz und Ordnung berufen erscheinen, Uns in Unseren unablässigen Bestrebungen für des Vaterlandes Wohlfahrt und für Befestigung und Förderung der wahren Freiheit zu unterstützen und mit redlichem Wollen und männlicher Thatkraft zur Seite zu stehen. So wird es dann gelingen, auf der betretenen Bahn der Freiheit und Gesetzmäßigkeit muthig voranzuschreiten, und diejenige Eintracht zwischen Fürst und Volk zu sichern und zu erhalten, welche die allein feste Bürgschaft wiederkehrenden Friedens und dauernden Volksglückes ist; — so wird es möglich seyn, der Einigung des Gesammt-Vaterlandes als feste Stütze zu dienen und den Verfassungsbau zu befördern, auf welchen Fürst und Volk mit gleicher Theilnahme, mit gleich aufrichtiger Vaterlandsliebe erwartend hinblicken, und der unter Gottes mächtigem Beistande bald vollendet werden möge. (gez.) Max. Heintz. Lerchenfeld. Graf v. Bray. v. Weigand. v. Lesuire. Die 144 zu wählenden Abgeordneten vertheilen sich auf die acht Regierungsbezirke, einen Abgeordneten auf 31,500 Seelen gerechnet, in folgender Weise: I. Oberbayern mit einer Gesammtbevölkerung von 705,544 Seelen stellt 22 Abgeordnete, und zwar die Wahlbezirke 1) München die Hauptstadt 3, 2) Vorstadt Au 3, 3) Schrobenhausen 4, 4) Weilheim 4, 5) Traunstein 4, 6) Erding 4. II. Niederbayern mit einer Gesammtbevölkerung von 543,709 Seelen, 17 Abgeordnete, und zwar die Wahlbezirke 1) Landshut 4, 2) Straubing 4, 3) Deggendorf 3, 4) Pfarrkirchen 2, 5) Passau 4. III. Schwaben und Neuburg mit einer Gesammtbevölkerung von 558,436 Seelen, 18 Abgeordnete, und zwar die Wahlbezirke 1) Kempten 3, 2) Kaufbeuern 2, 3) Memmingen 3, 4) Augsburg 4, 5) Dillingen 3, 6) Nördlingen 3. IV. Oberpfalz und Regensburg mit einer Gesammtbevölkerung von 467,606 Seelen, 15 Abgeordnete und zwar die Wahlbezirke 1) Baireuth 4, 2) Bamberg 4, 3) Hof 4, 4) Kronach 4. VI. Mittelfranken mit einer Gesammtbevölkerung von 527,866 Seelen, 17 Abgeordnete, und zwar die Wahlbezirke 1) Ansbach 3, 2) Nürnberg 3, 3) Fürth 3, 4) Eichstädt 3, 5) Rothenburg 3, 6) Neustadt a./A. 2. VII. Unterfranken und Aschaffenburg mit einer Gesammtbevölkerung von 592,080 Seelen, 19 Abgeordnete und zwar die Wahlbezirke 1) Bischoffsheim vor der Rhön 3, 2) Schweinfurt 4, 3) Würzburg 4, 4) Gemünden 4, 5) Aschaffenburg 4. VIII. Pfalz mit einer Gesammtbevölkerung von 608,470 Seelen, 19 Abgeordnete, und zwar die Wahlbezirke 1) Speyer 3, 2) Landau 4, 3) Germersheim 3, 4) Zweibrücken 3, 5) Homburg 3, 6) Kaiserslautern 3.

* Frankfurt, 22. Nov. Bekanntlich hat Frankfurt gegenwärtig eine konstituirende Versammlung, welche „konstituirende Versammlung des Freistaates Frankfurt" heißt. In dieser Versammlung sind viele reaktionäre Elemente, aber die freisinnigen schlagen glücklicherweise vor. In der heutigen Sitzung beantragte Friedleben, daß die Versammlung den Senat ersuche, bei der Centralgewalt auf energische Durchführung des Beschlusses der Nationalversammlung wegen Ermittlung und Bestrafung der Urheber der widerrechtlichen Tödtung Robert Blums hinzuwirken. Im Lauf der Debatte erklärte sich der Schöffe de Neufville gegen den Antrag, weil die Versammlung sich nicht mit auswärtiger Politik zu beschäftigen, sondern eine Verfassung für Frankfurt zu machen und die Angehörigen Frankfurts zu schützen habe. Diese Aeußerung gab dem Dr. Reinganum Anlaß zu folgenden schönen Worten: Die Zeit sey vorüber, wo Jeder ein Fremder war, der nicht in der Eschenheimergasse geboren worden. Ob man Blum einen Fremden nennen könne, ihn, der ein halbes Jahr unter uns geweilt, wenn er auch keinen Permissionsschein lösen mußte? Sein Nazareth sey zwar nicht hier gewesen, wohl aber sein Jerusalem; sein Golgatha aber habe er an einem andern Orte gefunden. Er unterstütze den Antrag, damit die Reichsversammlung über die wahre Gesinnung Frankfurts aufgeklärt werde, denn die Reichstagsmitglieder kämen in Kreise, wo man ihre Ansichten über die wahren Gesinnungen Frankfurts vergifte, wo man Blum's Tödtung als gerecht bezeichne: die Offiziere der Reichstruppen kämen in Kreise, wo man die Nachricht von Blum's Verhaftung nicht habe erwarten können, und sich darüber gefreut habe (Pfui! Pfui! von mehreren Seiten). Eine Zustimmungsadresse an die preußische Nationalversammlung wurde mit 78 gegen 35 Stimmen angenommen.

Frankfurt, 23. Nov. Es ist unbeschreiblich, wie der Verfassungsausschuß die „Grundrechte" umgestaltet hat. So ist die Theilbarkeit der Grundstücke gestrichen; das Jagdrecht, wo es unter lästigem Titel erworben, nicht aufgehoben, sondern nur eine Ablösung zugelassen u. s. w. Hört Ihrs, Ihr Bauern, was Ihr von diesem Parlament zu erwarten habt?

* Frankfurt, 24. Nov. Hr. Vincke ist nach Berlin, oder vielmehr nach Brandenburg gereist, um seinen Sitz in der preuß. Nat.-Vers. einzunehmen. Die deutsche Ztg. will wissen, es sey dem Unterstaatssekretär Bassermann in Potsdam der rothe Adlerorden erster Klasse mit Brillanten angeboten, von ihm aber abgelehnt worden. Welche Entsagung für einen gebildeten Buchhändler!

* Wien, 23. Nov. Man hatte in den letzten Tagen gehofft, Windischgrätz sey „des Hängens müde." Mehr Todesurtheile waren von ihm auf mehrjährige Schanzarbeit ermäßigt worden. Man hat sich getäuscht. Dr. Becher und Dr. Jellineck wurden heute erschossen. Sieht man die Liste der bis jetzt standrechtlich erschossenen und der begnadigten Personen durch, so kommt man auf ein Resultat, das den Barbaren charakterisirt: Windischgrätz und seine Henker haben es vorzugsweise auf die Intelligenzen, auf die Literaten abgesehen: Blum, Sternau, Messenhauser, Becher, Jellineck! Es ist ein süßer Triumph für die brutale Militärgewalt, an einer Intelligenz, die durch Wort oder Schrift mehr zu wirken im Stande ist, als Kanonen und Bajonette, den Muth zu kühlen, wenn man ihrer habhaft geworden. — Die Nachrichten aus Ungarn lauten für die Magyaren günstig. Noch ist Ungarn nicht verloren! Wir kommen morgen darauf zurück.

* Berlin, 21. Nov. Heinrich Simon von Breslau erklärt in einem offenen Brief an seine Wähler, die Bewohner des Kreises Kosel, daß er zwar früher die Wahl der Stadt Magdeburg nach Frankfurt vorgezogen, jetzt aber für Kosel nach Berlin gehen werde. „In diesen Entscheidungstagen, so heißt es in diesem Briefe, in denen Oesterreich einer soldatischen Contrerevolution gefallen und Frankfurt geschwiegen hat, ist die Nationalversammlung in Berlin der thatsächliche Mittelpunkt Deutschlands geworden, durch sie wird die Frage von Deutschlands Freiheit entschieden und durch den Wiederhall, den die Stimme der Nationalversammlung im preußischen Volke finden wird." Der Brief schließt: „Ich lebe der festen Ueberzeugung, daß Sie, wie alle meine schlesischen Landsleute die Maßregeln der Nationalversammlung, die mit so ruhmvoller, in der deutschen Geschichte für immer glänzenden Entschiedenheit für das Volksrecht aufgetreten ist, — daß Sie diese Maßregeln auf das Kräftigste und mit allen zu Gebote stehenden Mitteln unterstützen und der Nationalversammlung unerschütterlich zur Seite stehen werden. Es gilt Deutschlands Freiheit!"

DC Berlin, 22. Nov. Der Bericht des Unterstaatssekretärs Bassermann im Parlament zu Frankfurt über seine zufällige Unterredung mit Kirchmann wird heute von dem letzteren in einer lithographirten Erklärung den wesentlichsten Punkten nach als lügenhaft bezeichnet. Der Unterstaatssekretär Bassermann hat gegen allen politischen Anstand jene Privatunterhaltung zu seinen Zwecken von der Tribüne des Parlaments gemißbraucht. Auch der Präsident der preußischen Nationalversammlung hat gleich dem Abg. Kirchmann im Namen der Nationalversammlung eine Erklärung in Betreff des Hrn. Bassermann an das Frankfurter Parlament gesendet (s. gestr. Blatt). Endlich haben heute viele Abgeordnete eine ausführliche Widerlegung jener Schmähungen unterzeichnet. Unterdessen hat der Unterstaatssekretär Bassermann sein Gift bereits verspritzt und die Centren des Frankfurter Parlaments, welche mit der dortigen Linken in der Angelegenheit des preußischen Volks und seiner Nationalversammlung gegen die preußische Krone gemeinschaftlich zu handeln im Begriff standen, davon abgehalten. Das Frankfurter Parlament hat beschlossen, alle Beschlüsse der preußischen Nationalversammlung, welche diese seit dem 9. d. M. gefaßt hat, für ungültig zu erklären. Der aus Berlin davongelaufene Abg. Reichensperger soll durch seine unablässigen Intriguen zu dieser Abstimmung des Parlaments wesentlich beigetragen haben. Was das preußische Volk und seine Vertreter betrifft, so werden dieselben sich gegen Willkür und Anmaßung, sei es, daß dieselben vom preußischen Hofe, sei es, daß sie von einer volksfeindlichen Majorität der deutschen Reichsversammlung ausgeben, in gleicher Weise zu schützen wissen. Das preußische Volk wird die Anmaßung der Frankfurter Versammlung, in die inneren Angelegenheiten seines Landes einzugreifen, so entschieden abweisen, als seine Vertreter. Die neuen Herren Reichskommissäre Hergenhahn und Simson haben gestern Abend eine Unterredung

mit Delegirten aus allen Parteien der preußischen Nationalversammlung gehabt. Es wurde den versammelten Abgeordneten durch die Herren Reichskommissäre der Vorschlag gemacht, die Nationalversammlung möge nach Brandenburg gehen, dort „ein Gesetz zu ihrem Schutz“ berathen und dann das Verlangen stellen, nach Berlin zurückkehren zu dürfen. Alle Fraktionen der Nationalversammlung, von der äußersten Linken bis zur Rechten, haben diesen für die Ehre und Würde preußischer Volksvertreter schmachvollen Vorschlag mit aller Entschiedenheit abgewiesen. Der Berliner Magistrat hat eine Proklamation: „an unsere Mitbürger“ erlassen, voll der gemeinsten Schmähungen gegen die Thätigkeit der preuß. Nat.-Vers. Sie bedarf keiner weiteren Bezeichnung, als daß sie vom Berliner Magistrate verfaßt ist. Indessen tafeln diese Herrn, Magistrat und Stadtverordnete, auf Kosten der bedrängten und ausgesaugten Nation im Schlosse bei Hrn. Wrangel. Man erblickt hier ihnen zur Seite ihre beredten Fürsprecher, die Redakteure der reaktionären Zeitungen, unter diesen den Redakteur der Vossischen Zeitung, Hrn. C. F. Lessing. Unter den hiesigen Truppen herrschte gestern Nachmittag große Bewegung. Man sagt, es sei eine bedeutende Truppenzahl nach außen abgegangen. Der neue Polizeipräsident von Hinkeldey hat sich beim Ministerium beklagt, daß die Polizeibeamten Berlins wegen des §. 9 des Gesetzes zum Schutze der persönlichen Freiheit, der sie für unbegründete Verhaftungen verantwortlich macht, sehr bedenklich seien, zu Verhaftungen zu schreiten, wenn nicht eine Ertappung auf frischer That oder ein richterlicher Befehl vorliege. Die Herren Minister v. Manteuffel, v. Ladenberg und Rintelen, haben ihm darauf erwidert, er müsse seine Leute besser instruiren; denn es sei doch wohl heut zu Tage ein Leichtes, Jemanden irgend wie auf der That zu ertappen, und, wenn das auch nicht, so könne doch Jeder verhaftet werden: wenn dann nicht der richterliche Befehl binnen 24 Stunden beigebracht werden könne, so habe der Verhaftete doch mindestens so lange gesessen. So handhabt das Ministerium der Hochverräther die **Habeas-corpus-Akte!!**

Berlin, 25. Nov. Die Herren Rodbertus und Schulz reisen heute Abend im Auftrage der Nationalversammlung nach Frankfurt, um eine von mehr als 200 Mitgliedern der Versammlung unterschriebene Adresse an die deutsche Reichsversammlung zu überbringen.

DC Berlin, 24. Nov. Der 27. November naht heran. Was wird an diesem und den folgenden Tagen geschehen? Die Nationalversammlung mit 270 Abgeordneten, die das Volk nicht verrathen haben, wird treu ihrem Wort und ihrer Ehre nicht nach Brandenburg gehen. Man hat in den letzten Tagen sich heftig bemüht, das Gerücht zu verbreiten, als schickten sich jene Abgeordneten dennoch zur Reise nach Brandenburg an. Dies ist eine nichtswürdige Lüge, verbreitet durch die Creaturen der Minister und die Börsenspekulanten, um jene Männer beim Volke zu discreditiren. Die ministeriellen Hochverräther werden allerdings am 27. November das kleine Häuflein ihrer Getreuen von der äußersten Rechten zu Brandenburg begrüßen. Werden sie dann vermessen genug seyn, um mit letzteren Nationalversammlung zu spielen und der Nation Gesetze zu diktiren? Möglich! die Nation wird aber wissen, was sie mit den hochverrätherischen Abgeordneten und deren Gesetzen zu thun hat. Oder werden die Minister an jenem Tage zu Brandenburg im Namen des Königs die Auflösung der Nationalversammlung aussprechen, d. h. werden sie ihrem Hochverrath den Wortbruch und den Verrath des königlichen Hauptes hinzufügen? Auch darauf wird die Nation ihre Antwort haben. Oder endlich, wird das Gerücht zur Wahrheit werden, daß an jenem Tage der Nation eine Verfassung von Gottes- und Königs-Gnaden soll auferlegt werden, eine Verfassung, die alle Hoffnungen des bedrängten Volkes vernichtet, die die Herrschaft des Adels heiligt, die die blutig errungenen Rechte des freien Wortes, der freien Presse und der Volksbewaffnung streicht oder verstümmelt? Wohlan! Nur immer zu, ihr Herrn, werft eure Maske ganz ab, zeigt euch, wie ihr seyd! die Stunde eures Gerichts wird schlagen! Das Ministerium fährt mit seinen Rüstungen gegen das Volk fort. Die Landwehr in dem größeren Theile Preußens ist bereits aufgeboten. Der Kriegsminister v. Strotha hat an die General-Kommando's der Armeekorps einen Armeebefehl erlassen, aus dem wir folgende Stelle wörtlich wiedergeben: „die Landwehr-, Brigade- und Bataillons-Kommandeure werden anfangs mit der größten Vorsicht verfahren müssen, was nicht ausschließt, wenn die Truppen sie einigermaßen in ihrer Hand sind, die ganze gesetzliche Strenge ohne Ansicht der Person gegen Jeden eintreten zu lassen, der sich einen Ungehorsam, eine Auflehnung, oder gar eine hochverrätherische Handlung zu Schulden kommen läßt.“ Wir sehen aus diesem Armeebefehl, daß bereits 50 Bataillone Landwehr aufgeboten sind. Wird die Landwehr, die ihrer Zeit die deutsche Nationalität gerettet hat, sich zum Werkzeug hochverrätherischer Minister und ehrvergessener Generale gegen die Freiheit und die gesetzlichen Vertreter der Nation gebrauchen lassen? Die Landwehr des Soldiner Kreises hat, als sie auf dem Marktplatze zusammentrat, der Nationalversammlung ein Hoch gebracht. Eine Deputation von Magistrat, Stadtverordneten und Landwehrmännern von Colberg hat sich nach Cöslin begeben, um gegen Einkleidung der Landwehr Protest einzulegen. Die Cösliner Bürgerwehr hat das Landwehr-Zeughaus besetzt. In Delitzsch hat die Landwehr sich einkleiden lassen, jedoch darauf erklärt, daß sie nicht ausrücken werde. In Zeitz hat sie geradezu jeden Gehorsam der Regierung versagt und sich für die Nat.-Vers. erklärt. In Stralsund verweigerte sie, sich einkleiden zu lassen. Nachdem sie von der Bürgerschaft reichlich bewirthet worden, zogen die Wehrmänner wieder heim. An zahlreichen Orten in Schlesien und der Rheinprovinz hat sich die Landwehr gleichfalls für die Nat.-Vers. erklärt. So hegen wir denn die sichere Erwartung, daß die preußische Landwehr auch diesmal das Vaterland retten werde. Die Regierung in Merseburg hat den Bürgermeister Stephan, der an Stelle des weggelaufenen Abg. Neubarth in die Nat.-Vers. eintreten wollte, den Urlaub verweigert. Also auch diese klägliche Praktik der Kamarillen in den constitutionellen Staaten Süddeutschlands, die Urlaubsverweigerung, ist in den volksfeindlichen Apparat des Ministeriums der Hochverräther aufgenommen. Das Neuhaldensleber Landwehr-Bataillon soll nach dem Rhein oder nach Schlesien marschiren, der erste Anfang der Ausführung des Planes, Provinz durch Provinz zu unterjochen. Wir vernehmen so eben, daß man wieder einen faulen Vermittlungsversuch mit der Nat.-Vers., natürlich zum Nachtheile der letzteren und des Volks, im Schilde führt. Die Nat.-Vers. wird nach wie vor auf ihrem und dem Rechte der Nation beharren.

Düsseldorf, 22. Nov. Die Bürgerwehr, in Folge des wortbrüchigen Verfahrens des Chefpräsidenten v. Spiegel plötzlich überrumpelt und gewissermassen gefangen genommen, sofern mehre Kompagnien von der Legion abgeschnitten wurden, beschloß, da keine Hoffnung zu einem günstigen Resultate der Waffenanwendung vorliege, beim passiven Widerstand zu beharren, jedoch die Waffen nicht abzuliefern, sondern es der betreffenden Behörde zu überlassen, die Einforderung derselben zu bewerkstelligen. Herr v. Spiegel hatte vorher erklärt, es werde der Belagerungszustand nicht ohne vorherige Verwarnung und Anzeige, und nur bei gewaltsamen Schritten der Bürgerwehr ausgesprochen werden. Diese Bedingungen lagen nicht vor, das Wort ist also gebrochen. — Lasalin ist verhaftet.

Bonn, 22. Nov. Nachdem die städtischen Behörden eine Zeit lang zum Schein auf alle Forderungen der Bürgerwehr (Steuerverweigerung) eingegangen waren, rückte plötzlich das insgeheim requirirte Militär ein und organisirte ein Säbelregiment. Die Bürgerwehr ist suspendirt, jedoch noch nicht entwaffnet.

* Stuttgart, 26. Nov. Das Ministerium hat gestern abermals eine kleine Schlappe erhalten. Die Kammer hat, im Widerspruch mit dem vorgelegten Gesetzentwurf, und trotz der rednerischen Anstrengung des Hrn. Staatsraths Duvernoy den Zinsfuß des Zehntablösungskapitals mit 43 gegen 34 Stimmen auf 4 pr. (statt 5 pr.) festgesetzt. Die württembergische Kammer berath offenbar unter dem Terrorismus der Massen und es ist dringend nothwendig, sie, wie der Abgeordnete Scherr bereits in Aussicht gestellt hat, nach Beutelsbach zu verlegen!

Politischer Verein.

Morgen Dienstag

ausserordentliche Versammlung

im Bamberger Hof. Zweck der Versammlung ist Besprechung der Wahlen der Abgeordneten nach München.

Gedruckt — unter Verantwortlichkeit der Verleger — bei J. L. Stich.
Expedition S. 39 im Gasthof zum König Otto II. Etage.

Der freie Staatsbürger.

Erscheint täglich. Preis in ganz Bayern vierteljährlich 1 Fl. 30 Kr., halbjährlich 3 Fl., jährlich 6 Fl.

Organ der Demokratie.

Inserate werden die dreispaltige Petitzeile zu 3 Kr. berechnet. Die Abonnenten haben für die Hälfte des Abonnementpreises Inserate frei.

Nr. 57. Nürnberg, Mittwoch, den 29. November **1848.**

Einladung.

Es ist dem hiesigen und dem benachbarten Publikum, welches für die Beziehung der hiesigen Zeitungen nicht an die Post gebunden ist, neben den halben und vierteljährigen Bestellungen auch von uns der Vortheil des Monatsabonnements à 30 kr. per Monat, geboten, und wir laden deshalb beim Beginn des neuen Monats alle hiesigen und benachbarten Freunde der Demokratie, zur nachträglichen Bestellung unseres Blattes auf den Monat Dezember hiemit ein.

Die Expedition des freien Staatsbürgers.
Winklerstraße S. Nro. 39. über 2 Stiegen.

Die Landtagswahlen

Eine Ansprache an die Wähler.

M. Der freie Staatsbürger hat bisher wenig über die Landtagswahlen gesprochen und manche seiner Leser haben ihm dies vielleicht übel gedeutet. Sein Ziel ist ein freies und einiges Deutschland, und wenn er auch längst aufgehört hat, von dem jetzigen Parlamente in Frankfurt etwas zu erwarten, so konnte er sich doch bis auf die letzte Zeit nicht von der Hoffnung trennen, daß durch irgend ein gewaltiges Ereigniß ein neuer Mittelpunkt für das seiner Auferstehung harrende deutsche Volk geschaffen werden möchte, von welchem aus alle seine Glieder wiedergeboren und zu einer kräftigen Gesammtthätigkeit verbunden werden könnten.

Auch jetzt ist diese Hoffnung noch nicht ganz erstorben, aber sie ist auch nicht mehr so lebendig, daß er es nicht für seine Pflicht halten müßte, den dringenden Rath zu geben, daß in jedem Einzelstaate alle Mittel aufgeboten werden möchten, um wenigstens Einiges von dem vielen Gehofften und Versprochenen festzuhalten, um wenigstens einen kleinen Theil der Freiheit zu retten, in deren Vollgenuß wir als eine große Nation eingesetzt zu werden im März hofften. Kann doch dieses kleine Theilchen einen Punkt bieten, an dem wir anknüpfen mögen, wenn unser Volk durch die Ereignisse einmal zu einem großen Gesammtleben berufen wird.

Sollte es aber nöthig seyn, das Volk erst aufzuklären über Das, was die Landtagswahlen ihm zur Pflicht machen? Was wollen unsere schwachen Worte sagen? Donnern nicht die Ereignisse Jedem gewaltig in die Ohren, wie weit es mit uns seit dem März zurückgegangen, wie sehr eine kräftige Anstrengung Noth thut, wenn wir nicht in eine Knechtschaft und ein geistiges und materielles Elend zurücksinken wollen, wie die ganze deutsche Geschichte uns nichts Aehnliches bietet.

Denkt zurück an die Märztage: wie dort das gesammte deutsche Volk eine Zeit der Freiheit, der Größe, des Wohlstandes vor sich aufgehen sah! Was ist aus diesen Märzhoffnungen geworden?

Anstatt der deutschen Größe sahet Ihr eine heldenmüthige deutsche Stadt in Asche gelegt und Barbarenhorden preisgegeben; statt der durch Gesetze geschützten Freiheit sehet Ihr Kriegsgesetze, Standrecht und Belagerungszustand herrschen; statt des Wohlstandes sehet Ihr einen Militärstand, der die letzten Kräfte des Volks verzehrt und Alles an den Bettelstab zu bringen droht. Bedenkt, daß in Bayern allein der jetzige Militärstand mehr als zwei Millionen Gulden monatlich verzehrt!

Wer trägt die Schuld dieses traurigen Zustandes? Niemand als Ihr, die Ihr Euch im April bei den Wahlen nach Frankfurt betrügen ließet. Damals indessen wart Ihr noch ohne Erfahrung und eine Täuschung war verzeihlich. Ließet Ihr Euch aber diesmal wieder täuschen, dann würdet Ihr Verbrecher an Euch selbst, Verbrecher an Eueren Kindern, Verbrecher an Euerem Volke, Verbrecher an Euerem Vaterlande!

Im April betrog man Euch mit dem Wort: constitutionelle Monarchie; unter dieser Firma drängte man Euch Leute auf, die dann in Frankfurt Volk und Freiheit verriethen. Hütet Euch daher diesmal vor Denen, die sich constitutionell nennen, denn sie sind in Wahrheit nicht constitutionell, sondern reaktionär; d. h. sie wollen die Freiheit des Volkes aufs Neue an die Fürsten und ihre Beamten verrathen.

Ihr hörtet im April nicht auf den Rath Derer, welche sich zum Grundsatze der Demokratie bekannten. Ihr mußtet im Lauf dieser letzten unglücklichen 8 Monate erkennen, daß Ihr Unrecht gehabt, ihren Rath zu verschmähen, daß sie allein es mit dem Volke wohl meinen. Laßt Euch also Euere Erfahrung im März zur Warnung dienen und folget diesmal den Rathschlägen der Demokraten. Schließet Euch an die Vereine, welche eine entschiedene demokratische Richtung verfolgen, nehmt ihre Vorschläge an, und wählet die Männer, die sie Euch empfehlen!

Ihr Bürger in den Städten! Lasset Euch nicht abermals bethören, durch das lügenhafte Geschrei einiger Geldaristokraten, daß Anarchie hereinbreche und das Vertrauen zerstört werde, wenn Ihr freisinnige Männer wählet. Die Anarchie kommt von oben, nicht von unten, und so lange Ihr Regierungen habt, welche sich mit Kriegsgesetzen gegen die Wahrheit waffnen müssen, kann das Vertrauen in Handel und Wandel nicht zurückkehren. Nur die Erfüllung der gerechten Forderungen des Volkes bringt das Vertrauen.

Ihr Bürger auf dem Lande! Laßt Euch nicht bethören von Euren Beamten und von Euren Pfaffen! Eure Beamten haben Euch seit Jahrzehnten gehudelt und bedrückt, und oft nicht wie Menschen, sondern wie das Vieh behandelt. Könnt Ihr glauben, daß diese es wohl mit Euch meinen, wenn sie Euch Haß einzuflößen suchen gegen diejenigen, welche Euch in den Vollgenuß Eurer Bürger- und Menschenrechte einsetzen wollen? Eure Pfaffen, oder wenigstens viele derselben suchen Euch gegen die Demokraten einzunehmen, indem sie Euch vorreden, diese wollen Euch Eure Religion nehmen. Hier könnt Ihr am besten sehen, daß sie mit Lügen schlechte Zwecke erreichen wollen. Niemand kann einem andern seine Religion nehmen: denn die Religion ist Etwas geistiges, etwas innerliches, das ein Mensch dem andern weder geben, noch nehmen kann. Zudem aber müßt Ihr wissen, daß den Demokraten die freie Persönlichkeit eines Jeden heilig, und daß die Freiheit der Religion und des Glaubens eine ihrer ersten Forderungen ist. Laßt Euch also nicht betrügen, auf daß Ihr es nicht bereuen mögt, wenn es zu spät ist!

Ihr Urwähler alle, bedenkt, was Ihr in diesen schweren Zeiten, in denen Eure Freiheit und Eure ganze Zukunft in Gefahr ist, Euch selbst, Euren Kindern, Eurem Volke schuldig seyd und wählet entschiedene, freisinnige, unabhängige Wahlmänner, nicht solche die Euch der Hr. Landrichter empfohlen, sondern solche, die ihre selbstständige Meinung haben.

Ihr Wahlmänner, bedenkt, daß Ihr Euren Urwählern, die Euch mit ihrem Vertrauen beehren, verantwortlich seyd für alle Folgen Eurer Wahl, und daß diese Verantwortlichkeit um so schwerer ist, je schwerer jene Folgen auf Eurem ganzen Lande lasten können.

Euch Allen ruft die Zeit laut und deutlich zu: Das Volk muß kräftig und entschieden seinen Willen aussprechen, sonst ist Freiheit, Wohlstand und Vaterland verloren. Darnach richtet Eure Wahl ein!

Vereinigte Staaten von Deutschland.

* Nürnberg, 27. Nov. Es geht uns eine Erklärung von dem Hrn. Regierungspräsidenten von Ansbach, Freiherrn von Welden, zu, die wir, gesetzlicher Verpflichtung gemäß, hiemit veröffentlichen. „Erklärung. Schon wiederholt werden mir im freien Staatsbürger, dem Organ für Demokratie, welches in Nürnberg erscheint, um mich als reaktionär zu schildern, die Worte in den Mund gelegt, als hätte ich die Anerkennung der Grundrechte, wie sie vom deutschen Parlamente berathen werden, von Seite Bayerns bezweifelt. Das Wahre an der Sache ist, daß ich einer Deputation des politischen Vereins in Nürnberg, welche auf die Grundrechte sich stützend, die Rückkehr des ausgewiesenen Dr. Diezel forderte, erwidert habe: „Die Grundrechte seien von der deutschen Nationalversammlung in Frankfurt selbst noch nicht definitiv festgestellt, sondern eine zweite Berathung derselben vorbehalten, sie könnten daher auch in Bayern noch keine Norm bei Entscheidung einer bereits anhängigen Ausweisungsfrage bilden.“ Von einer in Nr. 53 des freien Staatsburgers besprochenen Rüge, welche mir deshalb zugekommen seyn soll, ist mir nichts bekannt. Ansbach, den 25. November 1848. Frhr. v. Welden, kgl. Reg.-Präsident.“

* Nürnberg, 28. Nov. Wahr und schön sagt der Stuttgarter Beobachter in einem leitenden Artikel über die Ereignisse in Preußen: Drei deutsche Nationalversammlungen hat das Jahr 1848 erlebt. Von der einen ist genug gesprochen; sie hat den Namen Frankfurt so heruntergebracht, daß man es in Zukunft Kremsier heißen wird oder Brandenburg. Die andere ist slavisch geworden durch die Schuld der ersten, und späteren Tagen mag es vorbehalten sein, ob Deutschland Oesterreich wieder mit dem Schwert erobern wird. Nun ist nur eine noch übrig, die Nachfolgerin des Einzigen, der vor hundert Jahren ein Macedonien, ein geistiges und ein politisches, für uns arme zersplitterte Hellenen gegründet hat. Ein Unberufener wollte sich in seine Fußstapfen drängen; aber er ist hinweggestoßen, und in den königlichen Spuren des großen Friedrichs, des ersten Volksbeamten seiner Zeit, hat der preußische Volksadler seinen hohen Flug begonnen. Unter diesem Zeichen werden wir siegen.

* München, 22. Nov. Die deutsche Zeitung, bekanntlich kein Organ der „schlechten Presse“, knüpft an die Nachricht von der Entlassung Weishaupts, die sie als Folge eines Conflictes mit dem Könige darstellt, die Bemerkung: „Ich fürchte, daß dieser Entlassung auch noch jene der übrigen Minister folgen wird, um dann einem vollständig reaktionären Cabinette Platz zu machen.“ Wahrhaft lächerlich erscheint es unter solchen Umständen, daß Eisenmann jeden seiner radikalen Artikel über die Erbärmlichkeit des Parlaments und des Reichsministeriums mit einem Panegyrikus auf die bayerische Regierung schließt und daß er insbesondere in seinem letzten, im übrigen gutgeschriebenen Artikel: Was das Reichsministerium duldet und was es nicht duldet, von der Geneigtheit der bayerischen Regierung faselt, den Militärstand zu vermindern, um dem Land unnöthige Kosten zu ersparen, in demselben Augenblick, wo militärische Anordnungen zur Begründung des Säbelregiments in ganz Bayern getroffen werden. Es entsteht die große Streitfrage: Ist Hr. Eisenmann ein Narr? Oder ist er verkauft? Oder endlich: Ist er beides? Wir haben unser Urtheil noch nicht festgestellt.

* München, 25. Nov. Die Kamarilla tritt mit jedem Tag offener hervor. Der Kriegsminister Weishaupt ist entfernt, Anordnungen für Belagerungszustand sind getroffen, nun hat man auch den Brigadekommandanten der Münchner Landwehr und Freikorps, Graf Vieregg beseitigt und durch einen Obersten von der Linie, Kratzeisen, ersetzt. Merkt Ihr noch nichts?

München, 24. Nov. Seit einiger Zeit werden auf dem hiesigen Kugelfang Versuche mit Shrapnell-Granaten gemacht. (A. P. Z.)

Frankfurt, 22. Nov. Die Allg. A. Z. enthält nachstehende Erklärung: Seitdem ich hieher zurückgekehrt bin, enthalten einige Zeitungen über die Gründe, welche den Feldmarschall Windisch-Grätz bestimmt haben mögen, unter so vielen andern Opfern mich zu verschonen, die Vermuthung oder das Gerücht, daß ich mein Leben wichtigen Enthüllungen über die Demokratie verdanke. Wer einen Funken von Gefühl hat, wird sich sagen, daß es nach Allem, was ich in den letzten Wochen erlebt, etwas schwer ist, auch noch diese Mißhandlung zu ertragen. Ich kann mich aber durch zweierlei trösten: erstens dadurch, daß es keinen Menschen gibt, der durch die erwähnten verleumderischen Gerüchte in Besorgniß versetzt werden kann, weil es keinen gibt, von dem ich etwas zu verrathen hätte; und zweitens dadurch, daß wir, wenn man durchaus gehängt oder erschossen werden muß, um sich vom Verdachte der Verrätherei rein zu halten, unsre noch lange nicht beendigte Revolution muthmaßlich noch Gelegenheit zu dieser Art von Ehrenrettung geben wird. Einstweilen wird das deutsche Volk sich bald überzeugen, daß mich weder Verurtheilung noch Begnadigung von meinen demokratischen, oder, um bestimmter zu reden, republikanischen Ansichten und Bestrebungen bekehrt hat. Vorläufig berufe ich mich außerdem auf meinen der Nationalversammlung in ihrer Sitzung vom 18. d. M. erstatteten Bericht, und füge hinzu, daß ich eine ausführlichere Darstellung meiner Wiener Erlebnisse unter der Feder habe, von der ich hoffen darf, daß man ihr das Gepräge der unverkürzten Wahrheit zuerkennen wird. Ich fordere alle öffentlichen Blätter, welche es nicht für ihre Aufgabe halten, die Unterlassung eines physischen Mordes durch einen moralischen zu verbessern, hiermit auf, diese Erklärung abzudrucken.

Julius Fröbel.

Frankfurt, 24. Nov. Die Reichstagszeitung sagt in Bezug auf den im Parlament gestellten Antrag auf Veranstaltung einer Trauerfeierlichkeit für Blum: Wir wünschen, dieser Antrag wäre nicht gestellt worden — wir sehen darin, daß die Feinde Blum's, die ihn bei seinem Leben auf das Gehässigste verfolgten, und jetzt noch in großer Zahl gegen die Feier sich erklärten, zur Todtenfeier eingeladen werden, eine Verletzung des Andenkens Blum's, der wahrlich dadurch nicht geehrt wird, wenn die, welche am Tage, wo seine Ermordung bekannt worden, an einem Bankett zu Ehren von Windischgrätz Theil nahmen, kurze Zeit den Anschein der Trauer, die keine wahre seyn kann, anzunehmen veranlaßt werden.

Frankfurt, 25. Nov. Gestern Abend hat eine große Anzahl von Abgeordneten der vereinigten Klubs der Linken: Donnersberg, Deutscher Hof, Nürnberger Hof und Westend Hall, sich zum Behuf kräftigen Zusammenwirkens für das Recht und die Freiheit des deutschen Volks als Verein unter dem Namen März-Verein konstituirt; die Abgeordneten Raveaux aus Köln, v. Trützschler aus Dresden und Eisenmann aus Nürnberg zu Vorsitzenden, Spatz aus Frankenthal zum Schatzmeister, Max Simon aus Breslau, Nauß aus Mähren und Wessendonck aus Düsseldorf zu Schriftführern gewählt. Die Mitglieder des linken Centrums: Würtemberger Hof, sind ebenfalls zum Beitritt eingeladen. — Das Programm und die Statuten des Vereins werden demnächst veröffentlicht werden. (Reichst.-Z.)

* Frankfurt, 25. Nov. Wie der neuen deutschen Zeitung aus Mannheim geschrieben wird, liegt der Hr. Unterstaatssekretär Bassermann an Geistesverwirrung darnieder und muß Tag und Nacht bewacht werden. Spucken noch die hängenden Gestalten aus dem „Traum des rothen Republikaners“ vor dem zitternden Seelchen des Hrn. Unterstaatssekretärs? Oder regt sich dem Sünder das Gewissen? Oder wird er verfolgt von den blutigen Schatten aus Wien, deren Mord er und die Majorität auf der Seele und gutgeheißen haben? Hr. Schmerling ist härter gesotten. Er fährt fort seine Getreuen durch Erdichtung von Gefahren zu ängstigen und aus lauter Angst werden sie muthig und halten den Hrn. Schmerling. Daß die sanftmüthigsten Leute aus Furcht vor der rothen Republik sogar grob werden können, sieht man am Beispiel des Hrn. Krafft aus Nürnberg. — Das Organ des Reichs-

ministeriums druckt mit innigstem Behagen das billigende Urtheil ab, welches das englische Krämerblatt über den an Robert Blum, dem deutschen Volksvertreter begangenen Mord ausspricht, obgleich es auf flacher Hand liegt, daß die Freude der Times hauptsächlich der durch diesen Mord ausgesprochenen Trennung Oesterreichs von Deutschland und der dadurch bedingten Schwächung Deutschlands gilt.

Wien, 21. Nov. Die allg. Oderzeitung schreibt: Robert Blum's Frau ist hier angekommen, um den Leichnam ihres Mannes zu reklamiren. Wie es aber hier gewöhnlich mit Verurtheilten geschieht — so glaubte man auch bei Robert Blum keine Ausnahme machen zu dürfen; der Leichnam wurde nämlich secirt. Es dürften daher kaum mehr die sterblichen Reste dieses Volksmannes gerettet werden. Wenn hiezu das Frankfurter Parlament Nichts sagt, dann ist es wohl zu glauben, daß Deutschland keine Ehre hat; sie deßhalb auch nicht wahren kann *).

Wien, 22. Nov. In einer Correspondenz aus Wien spricht sich die Breslauer Ztg. über das Geschäft der zwei Reichscommissäre, die Akten in der Blum'schen Angelegenheit einzusehen, folgendermassen aus: Die Herren im Reiche scheinen keine Idee von dem Verfahren im österreichischen Standrechte zu haben, sonst könnten sie wahrhaftig nicht von Acten sprechen Wenn das außerordentliche Verfahren des Standrechts eingeleitet ist, so ist dasselbe an den gewöhnlichen Gang und an die Förmlichkeiten einer Untersuchung durchaus nicht gebunden. Die nöthigen Verhöre werden unter freiem Himmel vorgenommen, der Auditor schreibt die Aussagen mit Bleistift stehend auf Trommeln. Das Urtheil darf nicht anders als auf Tod ausfallen und der Auditor stellt den Antrag, indem er zu den Beisitzenden sagt: „Wer meiner Meinung ist, ergreife das Seitengewehr.“ Gegen das Urtheil, welches sogleich kund gemacht und binnen zwei Stunden vollzogen wird, findet kein Recurs, kein Gnadengesuch statt. Die Stimmenmehrheit ist wohl entscheidend, allein man muß annehmen, daß die Beisitzer Militärs sind, denen natürlich die Fähigkeiten mangeln, um das Votum des Auditors mit Gründen zu widerlegen. Seit der Zeit, als die österreichische Armee ihre Urtel in dieser Form schöpft, konnte wenigstens der Fall einer Einsprache gegen das votum informativum nicht nachgewiesen werden.

* Wien, 23. Nov. Der Reichstag ist in Kremsier gestern zusammengetreten. Die Abgeordneten nahmen ihre gewöhnlichen Plätze wieder ein. Bei der Präsidentenwahl unterlagen die Czechen, wenn auch erst nach einem heftigen Wahlkampf. Strobach, der Czeche, unterlag; Smolka wurde Präsident; Cajetan Meyer aus Mähren, Losser aus Salzburg Vicepräsidenten; Linke und Rechte werden sich die Wage halten, die österreichische Partei den Ausschlag geben. Schuselka gab eine anklagende Erklärung über die Mißachtung des Reichstags durch die Generale und über die Gründe, welche sie bestimmten, gleichwohl nach Kremsier zu gehn. Der Reichstag wurde hierauf bis zum 25. vertagt. — Die Presse, ein Organ Metternich's und — des jetzigen Ministers des Innern, Stadion, weist deutlich darauf hin, daß ein Theil der Linken in Anklagestand zu versetzen sey. — Ein leitender Artikel des (ministeriellen) Lloyd sucht das Verfahren gegen Blum frech zu rechtfertigen. Oesterreich habe eine Ausnahmestellung zu Deutschland! — Aigner, der Kommandant der Legion, ist begnadigt und in Freiheit gesetzt worden, „in Berücksichtigung der bessern Gesinnungen, welche er während der Septemberunruhen und jener des Monats Oktober an den Tag gelegt, dann in weiterer Beachtung, daß derselbe zum Vollzug der Entwaffnung der Vorstädte Wiens mit Anstrengung und Gefahr beigetragen habe.“

* Wien, 24. Nov. Die Wiener Zeitung bringt die amtliche Kundmachung von dem an Becher und Jellinek vollzogenen Todesurtheil. Sie wurden wegen Zeitungsartikeln zum Strang verurtheilt, und das Urtheil „durch Pulver und Blei“ vollzogen, „in völliger Ermanglung gesetzlicher Begnadigungsgründe.“ Sie hatten „den allerhöchsten Hof des Despotismus und des offenen Bruches mit den Völkern der Gesammtmonarchie „ehrlos“ beschuldigt.“ Das ist freilich entsetzlich. — Laut einer Kundmachung Weldens soll künftig nicht mehr das standrechtliche, sondern „das ordentliche kriegsrechtliche Verfahren“ in Anwendung gebracht werden; Hr. Welden verlangt, daß man „diese Gnade dankbar würdige.“ Bis 8 Uhr Abends ist die Passage von heute ab freigegeben, nach 8 Uhr nur gegen Passierschein. —

* Wien, 24. Nov. Die heutige Wiener Zeitung enthält ein gnädiges Handbillet des Zaren an Jellasich. Dieser und Windischgrätz sind auch durch hohe russische Orden geehrt, resp. geschändet worden.

Ein Olmützer Blatt entwirft von Wien folgendes Bild: Seit der Erschießung des Brünners Borgini wegen Worten, sind alle Kaffee- und Wirthshäuser still geworden. Der Freund traut dem Freunde nicht. Es ist eine traurige heillose Zeit. — Wegen Verletzung des Briefgeheimnisses kommen viele schüchterne Klagen vor. — Wenn die Wiener sprechen dürften, wenn Fürst Windisch-Grätz nicht den launigen Einfall gehabt hätte, den Sprechern den Mund mit Blei zu stopfen, so würde man hier viel über Berlin sprechen. Mit banger Aengstlichkeit werden in Kaffee- und Gasthäusern die deutschen Journale erwartet. Man stürzt auf sie los, man verschlingt sie, dann sieht man seinen Nachbar an, und der Nachbar versteht, was man ihm sagen will, wenn man ihn anschaut.

* Berlin, 23. Nov. Der deutschen Reform zufolge liefern die Bemühungen der Hrn. Simson und Hergenhahn das gewöhnliche Resultat aller Vermittlungsversuche bei so gespannten Verhältnissen: sie finden bei keiner Partei Anklang, die Regierung weist sie höflich aber entschieden zurück, schon weil sie überhaupt mit dem „Club Unruh“ sich in Verbindung zu setzen angewiesen sind; die Versammlung, die in ihrem Rechte zu sein die Ueberzeugung hat, kann sich keiner Inconsequenz schuldig machen, die ihr nothwendig jeden Boden im Volk entziehen müßte. O edler Gagern, wo sollen hier deine Lorbeeren blühen!

Berlin, 24. Nov. Das englische Cabinet hat durch den Grafen Westmoreland dem diesseitigen eine Note zufertigen lassen, in welcher es sich mit allen Maßregeln der Regierung zur Herstellung der Ordnung einverstanden erklärt. Hiermit im Zusammenhange steht wahrscheinlich die heute von unsern Zeitungen mitgetheilte Nachricht, daß das englische Cabinet von den Kronjustizbeamten ein Gutachten über die zwischen der preußischen Krone und der Nationalversammlung entstandenen Rechtsfrage eingefodert habe, und daß die Kronjustizbeamten sich zu Gunsten der preußischen Regierung ausgesprochen hätten. (Man verbreitet von Berlin aus derartige Gerüchte, als wenn der Krone ein Gefallen damit geschehe, glauben zu machen, daß heute England, morgen Rußland ihre Rathgeber seyen.) — Es wird das Gerücht verbreitet, daß die Krone damit umgehe, den Vereinigten Landtag zu berufen und diesen als den Urheber des Wahlgesetzes über das Recht oder Unrecht der gegenwärtigen Versammlung entscheiden zu lassen. Gewiß scheint zu seyn, daß man dem Gouvernement zu dieser Maßregel gerathen hat. — Der Nationalversammlung sind bis jetzt über 3000 Zustimmungsadressen zugegangen.

Berlin, 25. Nov. Der preußische Staatsanzeiger bringt die Kundmachung des Ministeriums über die Eröffnung der Sitzungen in Brandenburg und die Aufforderung sich am 27. früh 10 Uhr daselbst einzufinden.

Breslau, 23. Nov. In der heutigen Sitzung der Central-Kommission sämmtlicher Bürgerwehrklubs beschloß dieselbe, einen Kongreß der Bürgerwehrmänner Preußens nach Breslau zusammenzuberufen. Der Termin, an welchem der Kongreß hier zusammentreten soll, ist auf den 4. Dezember angesetzt.

* Breslau, 24. Nov. Eine Erklärung des Bürgerwehrkommando's gibt Aufschluß über die heftigen Scenen, die am 26. auf dem Rathhause vorfielen. Der langen Rede kurzer Sinn ist der, daß der Magistrat und die Stadtverordneten, namentlich Herr Regenbrecht die Demonstrationen des Volks gegen die Wegschaffung der Gewehre als Anlaß zum Requiriren des Militärs hätten benutzen mögen und dem Kommandanten der Bürgerwehr auf's Heftigste zu Leib rückten, weil er sich weigerte, diesem Ansinnen Folge zu leisten.

Düsseldorf, 24. Nov. Die Soldatenherrschaft macht sich prächtig. Mit der Ablieferung der Gewehre will es zwar nicht so rasch gehen, aber die Soldateska benimmt sich vortrefflich. Sie war schon frühe meist trunken. Der junge Hr. Henrument, ein geborner Düsseldorfer, wurde zum Einhauen kommandirt, auf wehrlose Leute, und wirklich sah er denn auch das erste Blut fließen: eine arme Frau, welche zwei Kinder bei sich hatte und nicht schnell genug fliehen konnte, erhielt eine gefährliche Hiebwunde über den Schädel; ein alter Mann, ein steifer Greis wurde niedergestoßen: ob er todt ist oder noch lebt, darüber widersprechen sich die Gerüchte. Alles mit Gott für König und Vaterland! (N. Rh. Z.)

---

*) Hat denn nicht der sächsische Gesandte berichtet, er habe eine Bezeichnung des Grabes Robert Blum's verlangt? Wohl abermals eine diplomatische Nothlüge! Anm. d. Red.

Darmstadt, 24. Nov. Der hiesige vaterländische Verein hat eine Adresse an die Nationalversammlung in der preußischen Angelegenheit gerichtet. Der darin enthaltene Passus „das tapfere preußische Heer aus dem gefährlichen Dilemma eines meuterischen, verbrecherischen Ungehorsams und einer mittelalterlichen söldnerartigen Barbarei zu befreien,“ hat hier bei den Offizieren aus der „guten alten“ Zeit böses Blut gemacht und sie schon zu Schritten gegen den Kriegsminister, Grafen Lehrbach, und den Oberlieutenant Stamm, welche jene Adresse mit unterzeichneten, veranlaßt. Ein Offizier des Reiterregiments ist, wie uns von Frankfurt berichtet wird, nach Frankfurt gekommen, um das dortige hessische Offiziercorps im Namen des hiesigen zu einem entschiedenen Protest gegen diesen Passus aufzufordern. Trotz aller Bemühungen verschiedener Stabsoffiziere drang dieser Protest nicht durch; man fand zwar dir Ansicht, welche jener Passus ausspräche, „entsetzlich,“ aber man müße doch erst die Herren darüber hören, wie sie das eigentlich gemeint hätten. Gestern mußte hier das zweite Regiment antreten, wie es scheint, um etwas über diese Sache zu hören. Plötzlich tritt ein Soldat hervor und bringt dem Oberlieutenant Stamm ein Hoch und das ganze Regiment stimmt jubelnd ein. Es muß abtreten, aber nach einer halben Stunde wird es schon wieder zusammengetrommelt. Der Oberst eröffnet den Soldaten, es sei recht schön, daß sie dem Oberlieutenant Stamm so anhingen; auch er schätze ihn als einen braven Offizier; aber für die „Demonstration im Dienste“ müßten sie zur Strafe eine Stunde exerzieren. Die Soldaten haben sich das „im Dienste“ gemerkt; gestern Abend zogen sie in großer Zahl singend durch die Straßen und brachten dem Grafen Lehrbach und dem Oberlieutenant Stamm, dem Abgeordneten Zitz „außer dem Dienste“ ein Lebehoch; zwei unbeliebten Offizieren dagegen Katzenmusiken. Nachher haben sie in der Kaserne noch einige Gefangene befreit, darunter einen, der von der Freiburger Affaire her zu vieljähriger Festungsstrafe verurtheilt war. Sie haben sich vom Kriegsminister versprechen lassen, daß er von der Strafe entbunden werden sollte.

* Mainz, 22. Nov. Mainz hat sich bei der letzten Wahl der Bezirksräthe als eine durchaus demokratisch-republikanische Stadt erwiesen. Zahlen sprechen dieß am besten aus. Zu den vier Bezirksrathstellen wurden gewählt: Schöppler mit 2929 Stimmen, Wittmann mit 2926, Zitz mit 2921, Charo mit 2918 St. Die antidemokratischen Stimmen zersplitterten sich und keiner ihrer monarchischen Concurrenten erhielt 800 Stimmen; ein einziger 714 St. – Mainz kann nicht gebeugt werden durch preußische und Reichstruppen, durch Brutalitäten und Mißhandlungen. Es bleibt sich selbst, seiner Ehre getreu, und ist der Zukunft sicher.

* Mainz, 24. Nov. Dr. von Löhr ist wegen eines Artikels gegen den edlen Gagern zu drei Monaten Gefängniß verurtheilt worden.

Ungarn.

* Pesth, 16. Nov. Während die reaktionären Blätter (augsb. allg., Corresp. u. s. w.) sich bemühen, die Sache der Ungarn als eine hoffnungslose darzustellen, lauten die direkten Berichte aus Ungarn in ganz entgegengesetztem Sinne. Ein Bericht in der A. O. Z. sagt unterm Andrem: die Armirung geht rasch vorwärts und unsre Fabrik stellt jeden Tag 500 Gewehre aus. Der Geist der Ungarn ist vortrefflich; Deutsche, Slaven, Magyaren gehen Hand in Hand und heute wird auch eine Deputation der Raizen erwartet, welche Frieden verlangt und zu einer Ausgleichung mit uns bereit ist, diese wird auch zu Stande kommen. In Siebenbürgen stehen die Sachen nicht so gut. Die Wallachen und Sachsen lassen sich Grausamkeiten zu Schulden kommen, die ich Ihnen vergebens schildern würde. Die Festungen sind nun alle in unsern Händen. Komorn ist so befestigt, daß es schlechterdings uneinnehmbar ist. Die ungeheuern Kornvorräthe, welche daselbst aufgehäuft sind, machen auch jede Cernirung unnütz. Wieselburg und Raab, die Kornkammern Ungarns, werden ganz geleert und der daselbst vorhandene Kornvorrath nach Komorn geschafft. Simonich wurde bei Rades geschlagen, es gelang ihm jedoch bei Göding nach Oesterreich zu entwischen. Jetzt ist er wieder auf der ungarischen Grenze und erwartet Schlik. Doch die schlechten Straßen Ungarns, die durch reichlich gefallenen Schnee wo möglich noch schlechter geworden, werden den Herren mehr zu schaffen geben, als sie denken. Kurz — Ungarns Lage ist bedenklich, aber Windischgrätz und Jellasich täuschen sich, wenn sie glauben, mit einem ganzen Lande ebenso leicht fertig zu werden, wie mit der Stadt Wien. — Die Seele des Ganzen in Ungarn ist Kossuth. Er ist unsres Sieges gewiß, und was über ihn von einer beabsichtigten Flucht erzählt wird, ist erlogen. Er sowohl als seine Familie befinden sich hier. Von österreichischen Flüchtlingen befinden sich General Bem (auf diesen machte ein Polenjüngling wegen angeblichen Verraths des Generals an der Sache der Freiheit ein verunglücktes Attentat), Dr. Tausenau und Haug, ein Redakteur der Konstitution und Korps-Kommandant der Mobilgarde, hier. — Kossuth erstattete am 9. Nov. in der ungarischen Nationalversammlung Bericht über das Heer. Er rühmte die Aufopferung desselben, verschwieg aber auch nicht, daß unter den höhern Offizieren Unentschlossenheit und Verrath herrschte. „Wenn, sagte er, in den oberen Schichten nicht dieser Wankelmuth gewesen wäre, wenn der treulos fliehende Jellasich schnell verfolgt worden wäre, so hätte unser Hauptkampf in ein Paar Tagen geendigt werden können.“ Er kam sodann auf das Treffen bei Schwechat zu sprechen, zu welchem er sich auf den Rath Görgei's entschloß. „Ich kann es behaupten, sagte er, daß nur Feiglinge unsern Sieg bezweifeln konnten. Nicht eines jeden Volkes Geschichte kann es aufweisen, daß seine Armee mit Elen-Ruf den Kanonenkugeln entgegenging, wie unsre improvisirte Armee, welche nicht nur 8 Stunden im Feuer stand, sondern auch den Feind zurückgeworfen hat. Es ist zwar wahr, daß wir wegen der Unordnung der Komorner, die übrigens zur Flucht gar keinen Anlaß hatten, uns zurückgezogen haben, aber der siegende Theil waren doch wir.“ Es ist indessen wegen der Schwechater Schlacht Kriegsuntersuchung angeordnet worden. Das Oberkommando wurde Moga abgenommen und Görgei übergeben, der jetzt die Armee organisirt. „Die Geschichte weiß nichts davon, sagte Kossuth weiter, daß je ein ungarischer Freiheitskampf besiegt worden wäre; sondern durch Unterhandlungen hat man uns stets eingeschläfert. Diese Ueberzeugung möchte ich jedermann einflößen, daß Niemand verzage; denn wir müssen siegen, wenn nicht an der Leitha, bei Raab, wenn dort nicht, bei Komorn, wenn hier nicht, an der Theiß.“ Kossuth hofft bis zum Frühjahr ein Paarmal hunderttausend Soldaten zu haben. Für den Krieg an der untern Donau empfiehlt Kossuth mildere Maßregeln, Aufklärung des getäuschten Volkes; aber Bestrafung der Verführer. — Die Versammlung votirte Kossuth und dem Landesvertheidigungsausschuß ein Vertrauensvotum.

Italien.

Ganz Italien ist in Gährung. In Rom sind die Schweizer entwaffnet, das Ministerium noch nicht fest gebildet. Mazzini organisirt in Oberitalien den Aufstand, wo Radetzky durch seine Steuererpressung die Gemüther auf's Höchste gegen sich empört hat.

Neuestes.

Erfurt wurde nach einem hartnäckigen Straßen- und Barrikadenkampf in Belagerungszustand erklärt.

Gedruckt — unter Verantwortlichkeit der Verleger — bei J. L. Stich.
Expedition S. 39 im Gasthof zum König Otto II. Etage.

Der freie Staatsbürger.

Erscheint täglich. Preis in ganz Bayern vierteljährlich 1 Fl. 30 Kr., halbjährlich 3 Fl., jährlich 6 Fl.

Organ der Demokratie.

Inserate werden die dreispaltige Petitzeile zu 3 Kr. berechnet. Die Abonnenten haben für die Hälfte des Abonnementpreises Inserate frei.

Nr. 58. Nürnberg, Donnerstag, den 30. November **1848.**

Der Märzverein.

An das deutsche Volk.

Das Bedürfniß nach Einigung thut sich überall in dem Volke kund.

Durch die erschütternden Ereignisse der jüngsten Zeit, durch die Vorgänge in Wien und Berlin sehen wir die Errungenschaften der deutschen Revolution in Frage gestellt. Der Feind, den man besiegt glaubte, wagt es, auf's Neue sein Haupt zu erheben. Die Freiheit und das Recht des Volkes sind in Gefahr, verkümmert, vernichtet zu werden.

Arbeit und Handel, öffentlicher und Privatkredit, trachten vergebens nach Gedeihen, so lange sie von den Wühlereien einer freiheitsfeindlichen und gewaltthätigen Partei bedroht werden.

Noch ist es Zeit, diese Gefahren auf friedlichem Wege durch gesetzliche Mittel abzuwenden. Es bedarf aber zu diesem Zwecke einer großartigen Vereinigung aller Bürger des gemeinsamen Vaterlandes, welche die Freiheit und Einheit Deutschlands wirklich wollen.

Wir haben zu gemeinsamem Handeln nach den beigefügten Grundsätzen einen Verein gebildet. Wir verhehlen nicht, daß wir in einzelnen Punkten verschiedener Ansicht sind; die Einen sind Anhänger der constitutionellen Monarchie, die Andern der Republik. Wir alle aber vereinigen uns zu dem gemeinsamen Zwecke, die demokratischen Grundlagen aller Verfassungen, die Freiheit und die unveräußerlichen Rechte des Volkes in gesetzlicher Weise zu erzielen und sicher zu stellen. Wir fordern Alle, welche gleichen Zweck mit uns haben, auf, sich uns anzuschließen und über dem gemeinsamen näher liegenden Ziele die entfernteren Punkte ihres Strebens hintanzusetzen.

Unsere Zersplitterung hat unseren Feinden die Waffe wieder in die Hand gegeben, welche ihnen entrungen war — vereinigt werden wir auf's Neue siegreich sein!

Programm des März-Vereins.

Wir wollen die Einheit Deutschlands;

Wir wollen, daß die Freiheit als das natürliche Eigenthum der Nation anerkannt werde, nicht als ein Geschenk oder eine Gabe, die ihm nach Belieben von irgend einer Seite zugemessen wird;

Wir wollen, daß die Nation die Einschränkungen dieser Freiheit selbst bestimmt und sich nicht aufdrängen läßt, daß aber ein Jeder sich diesen Einschränkungen zu unterwerfen hat;

Wir wollen die Berechtigung für das Gesammtvolk, wie für das Volk eines jeden einzelnen Landes, sich seine Regierungsform selbst festzusetzen und einzurichten, zu verbessern und umzugestalten, wie es im zweckdienlich erscheint, weil jede Regierung nur um des Volkes willen und durch seinen Willen da ist;

Wir wollen, daß die Verfassungen, welche der Gesammtstaat und die einzelnen deutschen Staaten sich geben, Bestimmungen enthalten, nach denen sie auf friedlichem, gesetzlichem Wege geändert und verbessert werden können;

Wir wollen, daß die auf solcher Grundlage errichteten Verfassungen von dem Gesammtstaate garantirt werden;

Damit auf diese Art die Revolution zu Ende gebracht und ein dauernder Zustand der Gesetzlichkeit, des Friedens und der Wohlfahrt der deutschen Nation und der einzelnen deutschen Volksstämme gesichert werde.

Organisation des Gesammtvereins.

1) Der aus Deputirten zur deutschen Nationalversammlung bestehende Verein bildet den Centralverein.

2) Er hat die Verpflichtung, die übrigen Vereine von denjenigen Schritten, deren Vornahme er für zweckmäßig hält, in Kenntniß zu setzen.

3) Um dieß zu ermöglichen, wählt jeder einzelne Zweigverein einen Ausschuß, welcher die Geschäfte des Zweigvereins verwaltet und ihn nach Außen vertritt.

4) In den größeren Staaten Deutschlands — Oesterreich, Preußen und Bayern — vereinigen sich die Zweigvereine jeder Provinz, in den übrigen deutschen Einzelstaaten die des ganzen Landes unter einem Centralausschuß, welcher regelmäßig die Vermittlung der Correspondenz mit dem Centralverein übernimmt.

5) Die Art und Weise der Errichtung des Centralausschusses bleibt dem jedesmaligen Ermessen der einzelnen unter ihm zu vereinigenden Zweigvereine überlassen. So lange ein Centralausschuß noch nicht konstituirt ist, übernimmt der Ausschuß des Zweigvereins der Hauptstadt des Landes, beziehentlich der Provinz, die Besorgung der Geschäfte desselben.

6) In den Ländern, in denen neben einander verschiedenartige Vereine bestehen, welche ihren Beitritt erklären wollen, bleibt es denselben unbenommen, neben einander fortzubestehen, in dem Maaße, daß jede Klasse von Vereinen sich unter einem eigenen Centralausschuß vereinigt.

7) Jeder Centralausschuß zeigt sobald als möglich dem Centralvereine an, wie groß die Zahl der unter ihm vereinigten Zweigvereine ist, und welche von den in seinem Kreise erscheinenden Zeitschriften sich zur Aufnahme der von dem Centralvereine ausgehenden Artikel eignen.

8) Der Centralverein läßt von den lediglich für die Vereine bestimmten Mittheilungen jedem Centralausschusse soviel lithographirte Exemplare als unter ihm Zweigvereine bestehen, zum Behufe der Mittheilung an letztere zugehen.

9) Es wird dafür von dem Centralausschusse lediglich der auf ihn fallende Antheil der Kosten für die Lithographien selbst entrichtet, wogegen der Centralverein alle Bureaulasten übernimmt.

10) Artikel, deren Verbreitung in den Zeitschriften der Centralverein beschließt, werden den einzelnen, von den Centralausschüssen namhaft gemachten Zeitschriften, ebenfalls in lithographirten Exemplaren und gegen Erlegung der Kosten für die Lithographien gesendet.

Der Vorstand: v. Trützschler Raveaux. Eisenmann.
Die Schriftführer: Max Simon. Raus. Wesendonk.

Vereinigte Staaten von Deutschland.

* Nürnberg, 29. Nov. (Herr v. Welden und der freie Staatsbürger.) In Beziehung auf die in unserem gestrigen Blatte mitgetheilte Erklärung des Hrn. Regierungspräsidenten Freiherrn v. Welden ist uns nachstehende Gegenerklärung der Deputation des politischen Vereins dahier zugekommen, welche

am 26. September l. J. Audienz bei Hrn. v. Welden in Ansbach hatte.

Gegenerklärung.

Durch die in mehren Nürnberger Blättern veröffentlichte Erklärung des Herrn Regierungspräsidenten Freiherrn v. Welden sind wir Unterzeichnete, auf deren Bericht hin die von Herrn v. Welden gemachten Aeußerungen in den freien Staatsbürger übergingen, indirekt der Lüge beschuldigt und zur Abwehr herausgefodert. Wir stehen dem Hrn. Regierungspräsidenten mit dem größten Vergnügen zu Dienst. Ob derselbe klug gethan hat, indem er uns zu einer wahrheitsgetreuen Darstellung unsrer Audienz zwang, mag das Publikum entscheiden. Wir waren vom politischen Verein in Nürnberg abgeordnet, um beim Präsidium der Regierung für Mittelfranken die Zurücknahme der gegen den Journalisten Gustav Diezel im Mai verfügten polizeilichen Ausweisung zu erwirken, und zu diesem Zwecke, neben der Rechtswidrigkeit der Ausweisung, hauptsächlich das geltend zu machen, daß die Anwesenheit Diezel's in Nürnberg als Redakteurs des vom 1. Oktober an täglich erscheinenden freien Staatsbürgers im Interesse der Aktionäre dieses Blattes dringend nothwendig erscheine. Wir waren Hrn. v. Welden durch den hiesigen Magistrat angekündigt, der ihm auch die auf unsre Sache bezüglichen Akten eingesendet hatte. Als wir am 26. September Abends zur Audienz zugelassen wurden, wollte Hr. v. Welden auf unseren Gegenstand anfangs gar nicht eingehen, unter dem Vorgeben, daß die Sache bereits erledigt und die Akten nach Nürnberg wieder zurückgesendet seyen, wo man uns seine Entschließung verkündigen werde. Auf unser dringendes Ersuchen ließ er sich endlich herbei, eine Erörterung des Gegenstandes zu gestatten. Reißmann legte nun die Rechtswidrigkeit des gegen Diezel beobachteten Verfahrens dar und machte geltend, daß, wenn sich derselbe gegen ein Gesetz verfehlt, man ihn vor ein Gericht hätte stellen, nicht aber ohne allen Schein eines Rechtsgrundes durch bloße Polizeiwillkür ausweisen sollen, zumal da es in Bayern wahrlich Gesetze genug gebe, nach denen man Einen vor Gericht ziehen könne. — Hierauf äußerte Hr. v. Welden wörtlich: „Sie können jetzt viel thun, viel sprechen und viel schreiben, ohne daß man Ihnen gesetzlich Etwas anhaben kann, solche Personen weist man eben aus; das kommt auch in Republiken vor.“ Diese merkwürdigen Worte riefen bei Reißmann die Bemerkung hervor, daß hienach die im März versprochene Preßfreiheit zu einer Illusion zusammenschwinde und so viel heiße, als Jeder darf drucken lassen, was er will, wenn er aber Etwas drucken läßt, was der Behörde mißfällt, wird er ausgewiesen. Es nahm hierauf Stich Bezug auf den am 20. Juli gefaßten Parlamentsbeschluß über das allgemeine deutsche Staatsbürgerrecht, und äußerte hiebei: Es würde einen günstigen Eindruck machen, wenn der Ausweisungsbeschluß durch die Behörde aufgehoben würde, bevor jene Grundrechte in Kraft träten. Wenn die zweite Berathung der Grundrechte vorüber sei, habe ja Diezel doch das Recht, nach Nürnberg zurückzukehren. Hierauf äußerte Hr. v. Welden, wie wir uns sehr genau erinnern: „Wenn auch das Parlament seine Berathungen beendigt hat, so müssen Sie erst noch gewärtigen, was die betreffenden Regierungen thun werden;“ eine Aeußerung, welche sogar Stich zu der Bemerkung veranlaßte: „Das wäre schön, wenn die Regierungen auch noch Sondergelüsten nachhingen.“ Als ferner Reißmann auf die von Männern abweichender politischer Ansicht eingereichten Protestationen Nürnberger Bürger gegen Diezel's Ausweisung hinwies, fragte Hr. v. Welden mit einer ungemein ausdrucksvollen Handbewegung: „Was für Bürger?“ wobei wir freilich bedauern müssen, den Ton souveränsten Hohnes und aristokratisch'ster Verachtung nicht wiedergeben zu können, den Hr. v. Welden in diese seine Worte zu legen wußte. Als endlich die Nothwendigkeit von uns hervorgehoben wurde, Diezel als Redakteur des auf Aktien gegründeten Organs unserer Partei in Nürnberg zu haben, gab uns Hr. von Welden den wohlwollenden Rath, und zwar ohne Ironie: „Wir könnten ja den Korrespondenten von und für Deutschland, oder den Kourier oder die mittelfränkische Zeitung zu unserem Organe machen; überdieß aber gebe es ja in Bayern auch Leute, welche eine Zeitung redigiren könnten, und er sehe daher keinen Grund, den gegen Diezel gefaßten Ausweisungsbeschluß aufzuheben.“ Das war unsere Audienz bei Hrn. von Welden, und die Treue und Wahrhaftigkeit dieser unserer Schilderung verbürgen wir mit unserer Unterschrift.

Nürnberg, 28. Nov. 1848. Reißmann. Stich.

Nachdem die Herrn Reißmann und Stich in dieser Weise Hrn. von Welden sich gegenüber gestellt haben, bleibt uns, der Redaktion des freien Staatsbürgers, weiter nichts zu thun übrig, als zu constatiren, daß hier zwei einander widersprechende Aussagen vorliegen, und an jene bekannte Aeußerung zu erinnern, welche der alte Dupont de l'Eure einst Louis Philipp im Ministerrathe zuschleuderte: „Wenn der König ja sagt, und Dupont de l'Eure sagt nein, so kommt es noch darauf an, welchem von beiden Frankreich glauben wird.“ Was die von Hrn. von Welden in Abrede gestellte Rüge betrifft, so sind wir jedenfalls außer Stand, den juridischen Beweis für unsere Behauptung zu liefern, weil wir die betreffenden Akten nicht zu unsrer Verfügung haben. Man wird uns indessen wohl glauben, daß wir diese Rüge nicht ersonnen haben. Unsre Phantasie ist nicht so kühn, um Etwas so unwahrscheinliches zu erfinden, wie das ist, daß ein Oberbureaukrat seinem Unterbureaukraten eine Rüge habe zugehen lassen. Wir würden von dieser Rüge geschwiegen haben, wenn wir die Nachricht davon nicht aus dem Munde eines Mannes erhalten hätten, der eines Theils, nach den Kreisen, denen er angehört, die Sache genau wissen konnte, andern Theils durch seine politische Ansicht sich abgehalten finden mußte, zum Nachtheil des Hrn. von Welden oder eines Staatsbeamten überhaupt etwas Unbegründetes zu äußern. Indessen — Hr. von Welden muß das am besten wissen. Wenn uns der Hr. Regierungspräsident Schuld gibt, daß wir ihn „als reaktionär schildern“, so glauben wir, diese Behauptung einigermaßen berichtigen zu müssen. Wenn wir erzählten, daß Hr. von Welden gewisse Zeitungen von den Seminarien ausschließt, daß er eine Anerkennung der Grundrechte durch die bayerische Regierung als zweifelhaft darstellte, wie er dies that, sofern die Aussage der Herren Stich und Reißmann getreu ist, so haben nicht wir Hrn. von Welden als reaktionär geschildert, sondern er hat sich selbst so geschildert, und wir haben von Dem, was er gethan, nur Akt genommen. Mit derselben Gewissenhaftigkeit werden wir auch von seinen freisinnigen Worten oder Handlungen Akt nehmen, sobald solche zu unserer Kenntniß kommen werden. Durch Handlungen würden die Herren Beamten dem Vorwurf reaktionärer Bestrebungen weit wirksamer begegnen, als durch Erklärungen, daß sie nicht reaktionär seien, was jetzt zur großen Belustigung aller denkenden Menschen selbst ein Minister Brandenburg erklärt. Daß indessen Hr. von Welden gegen Angriffe durch die Presse seit einiger Zeit den Weg der Oeffentlichkeit einschlägt, scheint von gutem Willen zu zeugen, sich mit dem Geist der Neuzeit in einige Beziehung zu setzen.

†† Schweinau, 28. Nov. Gestern Abend veranstaltete der demokratische Verein in Schweinau, 80—100 Mitglieder, eine Todtenfeier für den Märtyrer der Freiheit, Robert Blum. Musik und Reden erhöhten die Feier des Festes, das mit dem Geisterchor schloß.

München, 23. Nov. Die Wiener und Berliner Ereignisse erregen nicht nur die Theilnahme des Publikums wegen ihrer selbst, sondern weil man glaubt, in der k. Residenz zu Nymphenburg werde mit ihnen calculirt. Daß der König zu solchem Mißtrauen Anlaß gibt, wollen Viele behaupten, welche den Charakter seiner Umgebung kennen. Diese letztere flößt so wenig Vertrauen ein, daß selbst Zeitungen, welche mit dem Ministerium eng befreundet sind, sich offen dagegen aussprechen, daß der König nicht in direktem Verkehr mit den Ministern, wohl aber mit einer nicht freisinnigen, intriguanten Kamarilla stehe. (Fr. J.)

W München, 26. Nov. Heute fand wieder ein Gottesdienst der deutsch-katholischen Gemeinde statt. Ronge versah auch heute wieder den Dienst. Der Gottesdienst begann mit Absingung eines Liedes, worauf dann Ronge mit klarer Stimme und ruhigem Vortrage einige herzliche, rührende Worte auf ein jüngst dahingeschiedenes treues und thätiges Mitglied dieser neuen Religion sprach. Dieses Mitglied war Robert Blum. Nach einigen Andeutungen über Geburt und Jugendzeit dieses Märtyrers für die deutsche Freiheit, berichtete Ronge, daß Blum bereits in den Jahren, wo noch dichte Finsterniß über Deutschland lag, sich vorbereitete, um sein Schärflein zur Befreiung des Menschengeschlechts beizutragen. Wie er mit hellem Kopfe und unermüdlichem Eifer das Fach der Politik ergriff, ebenso sah er auch ein, daß die Religion mit derselben Hand in Hand gehen müsse. Bereits im Jahre 1845, wo unter der Tyrannei und Finsterniß sich ein kleines Fünkchen des im Jahre 1848 emporlodernden Feuers regte, war es Blum allein, der durch die Macht der Rede und Besonnenheit den

in Leipzig ausbrechenden Sturm zu beschwören wußte. Ganz im Stillen wirkte er für die gute Sache, machte sich eine Lebensaufgabe daraus und schwang sich aus der niedersten Sphäre des irdischen Daseyns ganz allein auf seine Talente gestützt ohne irgend andere Hülfe zu einem bedeutenden Manne empor. Die neue Kirche hat, wie Ronge sagt, ihr bedeutendstes Mitglied verloren. Der Redner ging auf Blum's politisches Wirken über, von dem er mit richtigem Takt weniger erwähnte. Mit der größten Schonung und wahrer christlichen Liebe für Blum's Gegner verfuhr er, indem er nicht erwähnte, daß er nur durch sie gefallen war, sondern blos sagte, daß er einen Heldentod starb, der in der neuen Geschichte unvergleichlich dastehen wird, da sein Leben wie sein Tod für die Freiheit war.

* Frankfurt, 27. Nov. Der Antrag des österreichischen Ausschusses, das bekannte Wahlausschreiben des Landesguberniums in Mähren (Wahlbevormundung) zu mißbilligen, findet in der heutigen Sitzung des Parlamentes keinen Anklang bei der Majorität, die sich der sofortigen Behandlung des Gegenstandes widersetzt. Schmerling verlangt 1750000 fl. für die „Reichstruppen", um „Ruhe und Ordnung" aufrecht zu erhalten. Er erhält sie natürlich.

* Frankfurt, 26. Nov, Herr Bassermann fährt fort, die Privatäußerungen Kirchmann's in öffentlichen Erklärungen zu denunciren und seine Denunciationen zu vertheidigen. Die Ehrlosigkeit scheint von Hrn. Bassermann als conditio sine qua non eines Unterstaatssekretärs betrachtet zu werden. — Die beiden Abgesandten Rodbertus und Schulz wurden bei einer Zusammenkunft von der Majorität mit Hohn und Spott behandelt und die Kluft zwischen der preußischen Versammlung und der Nationalversammlung ist größer als je. Dieß kann der Ersteren nur zur Ehre gereichen.

* Hr. Bassermann. Der Hr. Unterstaatssekretär steht nach der Erklärung, die jetzt auch von Unruh vorliegt, als der gemeinste Lügner vor aller Welt da. Er sagte, er habe bei dem Präsidenten der Nationalversammlung Ausgleichungsversuche gemacht; die Wahrheit ist, daß er mit der ausdrücklichen Erklärung, er komme als Privatmann, Hrn. Unruh unbedingte Unterwerfung unter die königlichen Machtgebote anrieth, und Hrn. Unruh verließ, sobald dieser geantwortet hatte, daß er dieß nicht einmal in seinem Club vorschlagen dürfe. Das was Kirchmann im reinen Privatgespräch äußerte, nämlich Ansichten über gewisse Bedingungen, welche von der Krone zu erfüllen wären, denuncirte Bassermann der preußischen Regierung entstellt, die sodann sogleich in einem Plakat Gebrauch davon machte in dem sie diese Bedingungen der ganzen Nationalversammlung in die Schuhe schob. Und auf Grund dieser ehr- und schamlosen Lügen hat dann der ehr- und schamlose Berliner Literat Jordan seinen Bericht erstattet, in welchem er das Lügengewebe durch eigene Zuthaten vervollständigte. Wahrlich, diesen Triumph hätte die monarchische Partei den Demokraten doch nicht bereiten sollen, durch einen Bassermann und einen Jordan infame Lügen anfertigen und dadurch einen Beschluß in Frankfurt zu Stande bringen zu lassen. Wer noch einen Funken von Ehre im Leib hat, muß sich von solchen Vertretern des monarchischen Prinzips mit Eckel abwenden.

* Wien, 24. Nov. Es ist wahrhaft eckelhaft, welchen Mißbrauch die officielle Sprache hier mit dem Wort „konstitutionell" treibt. Man scheint dieses Wort vollends in Mißkredit bringen zu wollen. In Oesterreich, wo jetzt nicht bloß der unbeschränkteste Absolutismus, sondern der frechste Militärdespotismus herrscht, wo die ministeriellen Blätter offen von Anklagestandversetzung der Linken im Reichstage sprechen, wo es tausendmal ärger zugeht als je zu Metternichs Zeiten, wo kein Mensch mehr dem andern traut, weil man weiß, daß überall Spione lauern, um jede halbwegs freisinnige Aeußerung zu denunciren und durch „Pulver und Blei" bestrafen zu lassen, in diesem Oesterreich nennt man nicht bloß den Kaiser fortwährend den „konstitutionellen" Kaiser, sondern man spricht auch nicht mehr einfach von Majestätsbeleidigung, sondern vom „Verbrechen der beleidigten „konstitutionellen" Majestät." So Windischgrätz in seinem letzten Bluturtheil. Mit diesem dummen Wort führt man nun seit 8 Monaten die Völker am Narrenseil herum und verübt unter dem Schild diesen Wortes Gräuel und Ungesetzlichkeiten, welche einem Jahrhundert der Barbarei zur Schmach gereichen würden, welche man im Jahrhundert der Humanität nicht für möglich halten sollte. Wie lange werden die Völker diesen plumpen Betrug noch dulden?

Berlin. Eine von den Mitgliedern der gegenwärtigen Nationalversammlung unterschriebene Erklärung lautet wie folgt: „In Erwägung, daß fälschlicherweise Berichte über Bedingungen verbreitet worden sind, welche die preußische Nationalversammlung zur Hebung des zwischen ihr und der Krone entstandenen Conflicts gestellt haben soll, erklären die Unterzeichneten dem Lande gegenüber: 1) daß von der Nationalversammlung die in jenen Berichten erwähnten Bedingungen nicht gestellt worden sind, 2) daß die Unterzeichneten den zwischen der Krone und der Nationalversammlung entstandenen Conflict für beseitigt erachten, wenn das Ministerium Brandenburg zurücktritt und das neue zu ernennende volksthümliche Ministerium der Versammlung kein Hinderniß in den Weg legt, ihre Berathungen in Berlin fortzusetzen. Berlin, den 25. November 1848.

Erfurt, 24. Nov. Dr. Stockmann, der an der Spitze einer bewaffneten Schaar stand, soll verhaftet seyn.

Erfurt, 25. Nov. Die vor acht Tagen zur Einkleidung einberufene Landwehr, welche damals wieder entlassen wurde, war gestern zum zweiten Male dazu kommandirt worden. Mit den anlangenden Wehrmännern strömte aber auch bewaffnetes Volk zusammen, und es wurde bald nothwendig, die Bürgerwehr durch Generalmarsch zu versammeln. Die Landwehrmänner gelang es zwar nun auf dem Petersberge zu isoliren, der Tumult aber steigerte sich. Auf Kuirassiere, die zur Säuberung der Straßen den Anger hergeritten kamen, wurde angeblich aus Häusern und selbst aus den Reihen der Bürgerwehr geschossen, und 5 Mann sollen dadurch auf der Stelle getödtet worden seyn. Barrikaden wurden dann errichtet und im Fortgange der Sache Geschütz gegen dieselben gebraucht, mit dessen Hülfe das Militär Herr der Stadt und diese nun in Belagerungszustand erklärt wurde. Ueber die Zahl der Verwundeten und Todten gibt es zur Zeit nur Gerüchte.

Düsseldorf, 24. Nov. Herr Eichmann hat heute 6 Regierungsräthe suspendirt, weil sie sich für die Nationalversammlung aussprachen.

Königsberg, 22. Nov. Unsere Einwohnerschaft handelt einmüthig. Magistrat und Stadtverordnete haben sich für die Nationalversammlung erklärt; sämmtliche Klubs, der Arbeiter- und Bürgerwehrverein, die Studentenschaft und alle Gewerke haben einen permanenten Ausschuß gebildet, mit der Vollmacht, alle Maßregeln, wie sie der kritische Moment des Vaterlandes bedarf, zu ergreifen. Alle Waffenfähigen werden aufgefordert, entweder in die Bürgerwehr oder in die akademische Legion einzutreten. Der Deputirte Tamnau erhielt bei seiner Rückkehr hieher mehrmalige Katzenmusiken und hat sein Mandat niederlegen müssen. Statt seiner wird nun sein Stellvertreter, Bürgermeister Sperling, nach Berlin gehen.

* Breslau, 24. Nov. Unsre schamlos servilen Stadtverordneten haben, im ausdrücklichen Widerspruch mit ihrem frühern Beschlusse, sich heute gegen den Beschluß der Steuerverweigerung erklärt. Die ungeheure Mehrzahl der Bevölkerung ist natürlich damit nichts weniger als einverstanden.

Der Polizeidirektor Kuh in Breslau ist dem Beispiele des Hrn. Pinder gefolgt und hat sich mit den Beschlüssen derforttagenden Nationalversammlung einverstanden erklärt. Er ist sofort suspendirt und interimistisch durch den Regierungsrath v. Kehler aus Liegnitz ersetzt worden.

Leipzig, 26. Nov. Heute hat die große Todtenfeier zu Ehren des Reichstagsabgeordneten hiesiger Stadt, Rob. Blum, unter Leitung des dafür zusammengetretenen Volksausschusses, sowie unter Theilnahme der hiesigen Behörden und der in vielen Tausenden (auch als Communalgarde freiwillig) vertretenen Bürger- und Einwohnerschaft, sowie eines eben so zahlreichen sonstigen Publikums stattgefunden. Vom Roßplatze aus bewegte sich der dort geordnete Trauerzug gegen 11 Uhr unter dem Geläute aller Glocken um die Morgenseite der innern Stadt. Seine Abtheilungen markirten sich durch die im Zuge getragenen umflorten Fahnen und Paniere der Stadt, Universität, Innungen und Vereine, (auch aus der Umgegend) Die Procession nahm durch das Hallische Thor die Richtung nach dem Innern der Stadt und dem Markte, wo dieselbe sich theilte und zur Hälfte nach der Thomas-, zur Hälfte nach der Nikolaikirche, den zwei Hauptkirchen, abzog. In der erstern wurde Cherubini's Requiem in zwei Abtheilungen zu Anfang und Schluß der Feier aufgeführt, die eine geistliche Rede des Predigers Dr. Zille, eine vom Reichstagsabgeordneten Dr. Joseph gehaltene Gedächtnißrede und die Absingung zweier Lieder umfaßte. In der Nikolaikirche ordnete sich ebenso eine

geistliche Rede des christkatholischen Pfarrers Rauch und Gedächtnißrede des Professors Dr. Flathe zwischen eine zu Anfang und Ende aufgeführte Motette. Pfarrer Rauch hatte zum Text seiner Rede: „Ich wandte mich und sahe an Alle die Unrecht leiden ꝛc.“ (Pred. 4, 1), Prediger Zille: „Ich sterbe für die Freiheit“, gewählt. Erst gegen 3 Uhr war diese denkwürdige und bedeutsame Feier beendigt. (D. allg. Z.)

* Altenburg, 23. Nov. (Heiligkeit der Abgeordneten.) Der Landtagsabgeordnete Erbe wird jetzt steckbrieflich verfolgt, wegen Aufwiegelung, versuchter Verführung des Militärs zum Bruch seines Diensteides, Aufforderung zum Morde der Fürsten und Könige und was dergleichen schöne Dinge mehr sind. Unsre deutschen Behörden denken wie das Ministerium Brandenburg-Manteuffel: nur beschuldigt, verfolgt und verhaftet! wenn dann auch nichts bewiesen werdenkann, so hat doch ein mißliebiger Mann ein Weile gesessen, was namentlich sehr wünschenswerth, wenn der zu Verhaftende zugleich ein gefährlicher parlamentarischer Gegner ist.

* Konstanz, 25. Nov. Da man bemerkt haben will, daß „die jenseits der Grenze sich befindenden Flüchtlinge wieder etwas rühriger sind“ (sie treiben wahrscheinlich wieder „ihr Wesen“ wie die Reichsministerialnote an die Schweiz sich „in der Sprache der Geradheit“ ausdrückt) so ist sofort zur Rettung des Vaterlandes württemberg'sche Reiterei mit 2 Stück Artillerie hier eingerückt. Aber ein Heuler im schwabischen Merkur jammert, daß die Truppen von den Flüchtlingen nach der Schweiz gelockt und „planmäßig demoralisirt würden.“ Denn, sagt er, der wohlfeile oder bar umsonst gespendete Wein sey ein gewaltiges Anziehmittel.

Republik Frankreich.

Paris, 20 Nov. Man schreibt der Reichstagszeitung: Die Nachricht von dem Geschicke unseres Freundes ist hier wie ein Schwert durch die Seelen gefahren. Der Tod des Märtyrers hat ihn schnell zum Heiligen aller Nationen gemacht, und in diesem Augenblicke erhebt der Sohn von Frankreich vereinigt mit dem Deutschen seine Stimme zum Himmel oder vielmehr zur Erde um Genugthuung, um schreckliche Genugthuung an den Banditen des Hauses Habsburg. Wir fühlen's Alle: die Zeit der Großmuth ist vorüber; Versöhnung über dieser Leiche wäre Verrath! Blum ist todt, aber das Volk lebt! und wird ihn nicht vergessen. Es war mir vergönnt, einer rührenden Huldigung beizuwohnen, die gestern von der gesammten französischen demokratischen Partei den Manen des Gemordeten dargebracht wurde. Mehr als viertausend Menschen, darunter der ganze Berg der Nationalversammlung, hatten sich unter dem Vorsitze von Lamennais im Chateau rouge zu einem jener Bankette vereinigt, bei denen sich gegenwärtig die gepreßten Herzen Luft machen und die großen Dinge vorbereiten, die nicht lange mehr ausbleiben können. Aber Frankreich und alle die Fragen, mit denen es sich von einem Ende bis zum andern abquält, traten gar bald in den Hintergrund, und als der Name Robert Blum einmal ausgesprochen war, war für etwas anderes kein Raum und keine Stimmung mehr in der Brust der Zuhörer. Thränen in den Augen brachten sie dem Todten, so oft seiner gedacht wurde, ein erschütterndes Hoch, entblößten die Häupter und erhoben sich von ihren Sitzen. Der Ruf: Rache: Rache! Rache! durchbebte das Haus, wie aus Einem Munde, und wird sein tausendfältiges Echo finden hier und in Deutschland. Ich will Ihnen wenigstens die betreffenden Stellen zweier Reden mittheilen. In der ersten von Ribeyrolles heißt es etwa: „Die Presse ist im ununterbrochenen Kampfe. Eben ist in Deutschland wieder ein Mann gefallen, ein Mann von großem Geiste und großem Herzen.“ (Sturm von Beifall.) „Blum, der Märtyrer.“ (Tiefe Bewegung.) „Sie haben ihn gemeuchelt, dort in Wien, in der großen Hauptstadt der Könige. Sie haben ihn feige getödtet, ohne Urtheil und Recht. Man mußte ihn tödten, man mußte dem deutschen Gedanken Furcht einjagen! Wohlan! der deutsche Gedanke wird die Antwort nicht schuldig bleiben, ich schwöre es Euch!“ (Neuer Sturm, der nicht aufhören will.) „Er wird in Kurzem antworten, antworten, wie Frankreich geantwortet hat auf den Barrikaden des Februar, wie es wieder antworten wird morgen, wenn man es wagt, an seine Freiheit Hand zu legen . . . “ — Und Ledru-Rollin, der noch nie so warm und hinreißend gesprochen: „Was müssen wir heute erleben?“ fuhr er fort, nachdem er die elende auswärtige Politik Frankreichs gegeißelt, das Gewehr im Arm ruhig dasteht, statt den Henkern Radetzky und Windischgrätz zu sagen: Ihr seyd in die Acht erklärt im Namen der Menschheit. Was müssen wir heute erleben? Die Freiheit ist aller Orten unterdrückt; ein Mann — o traurige Erinnerung! — der die Hand zu reichen mir nur Einmal vom Schicksal vergönnt war, büßt seinen Muth, seine Vaterlandsliebe — auf dem Schaffot.“ (Bewegung und Rufen: Es lebe Robert Blum! Vengeance Vengeance!) Ihr habt den Namen dieses ruhmvollen Märtyrer zugejauchzt; ich verlange noch ein dreifaches Hoch für seine arme Frau und seine Kinder!“ (Beifallssturm.) „Blum! möge Dein großer Schatten davon gerührt werden und dem zerknirschenden Deutschland das Schwert in die Hand drücken, um seine Despoten endlich zu verjagen!“ (Anhaltender Beifall.)

Paris, 22. Nov. Die A. allg. Z. schreibt: Wir stehen am Rande einer neuen Revolution, und den Wendepunkt wird die Debatte des nächsten Sonnabends (25.) über die Juni-Ereignisse bilden. Indem Cavaignac diesen Zweikampf mit der Verleumdung, wie er sagte, oder dem gerechten Angriffe, wie seine Gegner sagen, hervorrief, hat er als Soldat, als Mann von Ehre gehandelt, aber als Politiker, als Haupt einer Partei hat er vielleicht eine Ungeschicktheit begangen, unter deren Konsequenzen er erliegen kann. Es sollte mich nicht wundern, wenn uns der Moniteur vom 26. die Abdankung Cavaignac's und seiner Minister brächte, und mit diesem Schritte, gethan vierzehn Tage vor der Präsidentenwahl, in dem Augenblick, wo sich alle Parteien in der größten Aufregung gegenüberstehen, wäre alles wieder in Frage gestellt. Es ist, als ob seit dem gestrigen Tage die Kandidatur Cavaignac's gelähmt wäre; die Art und Weise, wie Garnier-Pages und Ledru-Rollin die Herausforderung annahmen, machte den General plötzlich zum Angeklagten, und nur die vollständige Rechtfertigung, die glänzendste Genugthuung von Seite der Nationalversammlung könnte die alte Lage wieder herstellen, die ohnehin dem imperialistischen Kandidaten gegenuber nicht allzu günstig war.

Italien.

Rom, 20. Nov. Die verhaßten Cardinäle Bernetti, Lambruschini ꝛc. haben die Stadt verlassen, der Papst scheint ein Gefangener.

* Aus Rom meldet der schwäbische Merkur, daß der württembergische Geschäftsträger dem Reichsgesandten Heckscher ein Bankett gegeben. Wann werden wir einmal von Reichsbeamten etwas anders hören, als daß sie Fußtritte und Etwas zu essen bekommen?

Gedruckt — unter Verantwortlichkeit der Verleger — bei J. L. Stich.
Expedition S. 39 im Gasthof zum König Otto II. Etage.

Der freie Staatsbürger.

Erscheint täglich. Preis in ganz Bayern vierteljährlich 1 Fl. 30 Kr., halbjährlich 3 Fl., jährlich 6 Fl.

Organ der Demokratie.

Inserate werden die dreispaltige Petitzeile zu 3 Kr. berechnet. Die Abonnenten haben für die Hälfte des Abonnementpreises Inserate frei.

Nr. 59. Nürnberg, Freitag, den 1. Dezember **1848.**

Vereinigte Staaten von Deutschland.

* **Nürnberg,** 30. Nov. „Mehrere Kaufleute Nürnbergs“ glauben sich berechtigt, in einem Inserat unserer gestrigen Nummer die Redaktion dieses Blattes zur Nennung des Kaufmanns aufzufordern, der auf die Kunde von der Ermordung Blum's sein Personal mit Champagner regalirte, und zwar unter der Androhung, daß sie andernfalls diese Nachricht für eine gemeine Lüge und Verläumdung erklären müßten. Woher die Herren „mehrere Kaufleute Nürnbergs“ das Recht zu dieser Aufforderung schöpfen, sagen sie nicht. Hoffen sie vielleicht, durch ihr Inserat irgend Jemanden glauben zu machen, es habe sich hier Niemand über die Gräuel in Wien, über die Ermordung Blum's gefreut, so täuschen sie sich. Offenkundig sind die Ausbrüche der rohesten Freude, des lautesten Jubels bei den Nachrichten aus Wien. Daß dieselbe Partei, welche in Frankfurt „zur Schande des deutschen Charakters“ auf die Nachricht von Blum's tragischem Ende bankettirte und seine Mörder betoastete, auch hier in Nürnberg ihre getreuen Anhänger zählt, ist so notorisch, daß nur die verstockteste Heuchelei es zu leugnen wagen könnte. Was wollen also die namenlosen Herren „mehrere Kaufleute Nürnbergs“ mit ihrer Forderung erreichen? Fast müssen wir annehmen: nichts anderes, als uns eine Falle zu stellen, in die wir uns wohl hüten werden zu gehen. Man will uns zu einer Namensnennung provociren, die leicht eine wenn auch noch so unbedeutende Volksdemonstration zur Folge haben könnte, und wir wissen recht gut, wie geschickt man in jetziger Zeit solche Gelegenheiten zu benützen weiß, um die Segnungen eines von Vielen ersehnten Belagerungszustandes über eine Stadt hereinzuführen, auf daß, um mit der Personifikation unsrer deutschen Bourgeoisie, mit dem Buchhändler **Bassermann** zu reden, das „Gefühl der Sicherheit und Ruhe“ zurückkehre. Die Hrn. „mehrere Kaufleute Nürnbergs,“ werden sich vergebens bemühen, uns zu Taktlosigkeiten zu reizen. Wir kennen unser Terrain. Mögen sie immerhin die von uns gemeldete Thatsache als „gemeine Lüge und Verleumdung“ erklären; diejenigen, für welche wir unser Blatt schreiben, wissen, daß wir uns mit „Lügen und Verleumdungen“ nicht befassen. Mögen sie es auch als „Lüge und Verleumdung“ erklären, daß die fragliche Thatsache mehre Tage zuvor, ehe sie in unsrem Blatte gemeldet wurde, **in öffentlicher Gesellschaft hier von allgemein geachteten Männern erzählt wurde,** wir haben nichts dagegen und werden uns dadurch nicht bestimmen lassen, den Namen des betreffenden Herrn zu nennen.

F. U. **Erlangen,** 26. Nov. **Die Pestbeule Frankens.** In meinem letzten Schreiben schilderte ich Ihnen den Zustand unserer servilen Stadt und das Treiben der Reaktionäre im Allgemeinen, ich will Ihnen jetzt die literarische Thätigkeit dieser Herren etwas näher beleuchten und Ihnen zeigen, wie gehorsam dieselben den Befehlen ihrer Obern in Frankfurt, der Herren Bassermann und Consorten und deren „Kloake“, der Oberpostamtszeitung, sind. — Kaum hatte diese in einzelnen Abdrücken jene famöse „Ansprache deutscher Bürger (?) an die Linke“ verbreitet, als sich auch hier schöne Seelen fanden, welche es unternahmen, dieses Schandblatt auf ihre Kosten drucken zu lassen, um dadurch die Leute vor dem überhand nehmenden Gift der Demokratie zu bewahren. Dieß geschah denn auch, aber bis auf den heutigen Tag ohne großen Erfolg; denn die schlichten Landleute, denen man dieses Zeug aufzwang, zerrissen oder verbrannten es sogleich. — Nicht genug; man versuchte ein zweites Mittel, und dieses bestand darin, einen Aufruf an das hier liegende Militär zu richten, welches man, da es bisher bürgerfreundlich gesinnt war, auf jede Art und Weise gegen die demokratische Partei aufhetzen wollte, um einen Zusammenstoß herbeizuführen und dann als kleiner Schmerling wirthschaften zu können. Es wurde also im hiesigen Intelligenzblatt der angebliche „Aufruf eines bayerischen Soldaten an seine Waffenbrüder“ abgedruckt, der aber in Wirklichkeit von einem verbrannten Apothekergehirn, einem ehemaligen Bürgermeister, herrühren soll. Aus diesem wahrhaft klassischen Machwerk von Aberwitz und Gemeinheit kann ich nicht umhin, einige Stellen zur allgemeinen Belehrung über die Gesinnungsweise der hiesigen Reaktionäre mitzutheilen. Nachdem in der gewohnten Weise die Vorzüge (?) der Monarchie vor der Republik erläutert waren, nachdem gesagt war, daß die Republik Frankreich seine Heere nur zu auswärtigen (Eroberungs-) Kriegen benütze, das monarchische Deutschland die seinigen bloß zur Vertheidigung des Vaterlandes, d. h. der Fürsten gegen das Volk, ergeht sich das Machwerk in Angriffen auf die Herren **Hecker, Zitz, Blum** und Consorten und auf die übrigen Republikaner, die es, um das Maß des Aberwitzes voll zu machen, die Mörder des friedebietenden Gagern nennt. Endlich kommt es zu der Frage, wer denn eigentlich die Sprecher der republikanischen Partei seien? Wir erhalten darüber folgenden für alle Freunde der Monarchie trostreichen Aufschluß: „Ist es nicht immer ein übelberüchtigtes Subjekt, ein Bursche, dem alle Arbeit fremd geworden, und der den ganzen Tag in den Bierhäusern hinterm Branntweinglase liegt, ein ganzer oder halber Bankerottirer oder ein überspannter Narr, ein aufgeblasener Geck oder ein liederlicher Schreiber“ ꝛc. Die republikanisch gesinnten Soldaten kommen noch schlechter weg und werden kurzweg Lumpen genannt. — Wen könnt Ihr damit berücken, Ihr Herren Reaktionäre? Niemanden, denn die ehrliebenden Männer aller Parteien werden eine so gemeine Sprache entschieden mißbilligen und Ihr werdet nur das Gegentheil erreichen.

* **Bamberg,** 29. Nov. Ein vortrefflich stylisirtes Inserat des königl. Kämmerers und Obersten des Landwehrregiments Bamberg Max Grafen von Taufkirchen sagt denjenigen, die es nicht schon vorher wußten, daß „das königliche Landwehrregiment mit einer ganz geringen Zahl zur allerhöchsten Feier des Geburtsfestes Sr. Maj. des Königs ausrückte.“ Wenn dies den Hrn. Regimentskommandeur „doppelt schmerzlich berührt,“ so ist das seine Sache, wenn er meint, „die Ehre des Regiments, die Ehre jedes Bayern erfordere es, an solchen Festen als Muster voranzuleuchten, und durch die That die Verehrung für den Landesfürsten zu bezeigen,“ so lassen wir auch hier dem Hrn. königl. Kämmerer gern seine Ansicht, obgleich wir für unsern Theil die Ehre der Landwehr in Etwas anderes setzen, als in das regelmäßige Erscheinen bei Kirchenparaden, an höchsten und allerhöchsten Geburts- und Namensfesten, die sich ohnehin in diesen Monaten gar sehr häufen. Unbegreiflich aber finden wir, wie der Hr. königl. Kämmerer und Landwehroberst auf „Arreststrafen“ wegen „allenfallsiger Versehen im Dienste“ auch nur hinweisen mag. Wir denken, nicht bloß die Ehre der Landwehr, sondern die Ehre der **Monarchie,** die er so hoch zu stellen scheint, hätten ihn abhalten müssen, etwas dergleichen auch nur in Aussicht zu stellen. —

München, 28. Nov. Königlich allerhöchste Verordnung, die Bestimmung des Strafgerichtssprengels der Kreis- und Stadtgerichte betreffend. **Maximilian II.** von Gottes Gnaden König von Bayern, Pfalzgraf bei Rhein, Herzog von Bayern, Franken und in Schwaben ꝛc. ꝛc. Wir finden uns in Vollziehung des Art. 6 und 7 des Gesetzes vom Heutigen, die Abänderungen des zweiten Theiles des Strafgesetzbuches vom Jahre 1813 betreffend, be-

wegen, bis zur Einführung einer vollständigen neuen Gerichtsverfassung zu verordnen, was folgt: Art. I. In Oberbayern werden für die Untersuchung u. Aburtheilung von Verbrechen u. Vergehen zwei neue Kreis- und Stadtgerichte zweiter Klasse errichtet, welche ihren Sitz in Aichach und Wasserburg zu nehmen haben. Art. II. Diese beiden Kreis- und Stadtgerichte treten als Untersuchungsgerichte in die Stelle der beiden Landgerichte gleichen Namens. Die Zuständigkeit der übrigen Untersuchungsgerichte bleibt unverändert. Art. III. Die neu zu errichtenden, sowie die bereits bestehenden Kreis- und Stadtgerichte des Königreichs, mit Ausnahme jener von Fürth und Erlangen, bilden innerhalb des ihnen durch Art. V. dieser Verordnung angewiesenen Gerichtssprengels das I. Instanzgericht zur Aburtheilung aller Strafsachen, welche nicht vor die Schwurgerichte gehören. Art. IV. Die neu zu errichtenden Kreis- und Stadtgerichte werden mit einem Direktor, vier Räthen, zwei Assessoren und dem nöthigen Kanzleipersonale besetzt. Die übrigen Kreis- und Stadtgerichte erhalten eine Vermehrung nach dem Maßstabe des Bedürfnisses. Art. V. Der Gerichtssprengel der Kreis- und Stadtgerichte wird in folgender Weise festgesetzt: Es begreift nämlich: A. In Oberbayern. I. Das Kreis- und Stadtgericht München: a. die Stadt München; b. die Landgerichte: 1) Au, 2) Bruck, 3) Landsberg, 4) Miesbach, 5) München, 6) Schongau, 7) Starnberg, 8) Tegernsee, 9) Tölz, 10) Weilheim, 11) Werdenfels, 12) Wolfrathshausen. II. Das Kreis- u. Stadtgericht Aichach: die Landgerichte: 1) Aichach, 2) Dachau, 3) Erding, 4) Freising, 5) Friedberg, 6) Ingolstadt, 7) Moosburg, 8) Pfaffenhofen, 9) Rain, 10) Schrobenhausen. III. Das Kreis- u. Stadtgericht Wasserburg: a. die Landgerichte: 1) Aibling, 2) Altötting, 3) Berchtesgaden, 4) Burghausen, 5) Ebersberg, 6) Haag, 7) Laufen, 8) Mühldorf, 9) Neumarkt, 10) Rosenheim, 11) Reichenhall, 12) Tittmoning, 13) Traunstein, 14) Trostberg, 15) Wasserburg; b. die Gerichts- und Polizeibehörde Prien. B. In Niederbayern. I. Das Kreis- und Stadtgericht Landshut: a. die Stadt Landshut; b. die Landgerichte: 1) Abensberg, 2) Kelheim, 3) Landshut, 4) Mallersdorf, 5) Rottenburg, 6) Vilsbiburg. II. Das Kreis- und Stadtgericht Straubing: a. die Stadt Straubing; b) die Landgerichte: 1) Bogen, 2) Deggendorf, 3) Dingolfing, 4) Eggenfelden, 5) Hengersberg, 6) Kötzting, 7) Landau, 8) Mitterfels, 9) Regen, 10) Straubing, 11) Viechtach. III. Das Kreis- und Stadtgericht Passau: a. die Stadt Passau; b) die Landgerichte: 1) Grafenaus, 2) Griesbach, 3) Osterhofen, 4) Passau I., 5) Passau II., 6) Pfarrkirchen, 7) Rotthalmünster, 8) Simbach, 9) Vilshofen, 10) Wegscheid, 11) Wolfstein. C. In Oberpfalz und Regensburg. I. Das Kreis- und Stadtgericht Amberg: a. die Stadt Amberg; b. die Landgerichte: 1) Amberg, 2) Auerbach, 3) Eschenbach, 4) Kastl, 5) Kemnath, 6) Nabburg, 7) Neustadt an der Waldnaab, 8) Sulzbach, 9) Tirschenreuth, 10) Vilseck, 11) Vohenstrauß, 12) Waldsassen, 13) Weiden. II. Das Kreis- und Stadtgericht Regensburg: a. die Stadt Regensburg; b) die Landgerichte: 1) Burglengenfeld, 2) Cham, 3) Hemau, 4) Hilpoltstein, 5) Neumarkt, 6) Neunburg v. W., 7) Nittenau, 8) Oberviechtach, 9) Parsberg, 10) Regenstauf, 11) Riedenburg, 12) Roding, 13) Stadtamhof, 14) Waldmünchen; c) die Gerichts- und Polizeibehörde Wörth. D. In Oberfranken. I. Das Kreis- und Stadtgericht Baireuth: a. die Stadt Baireuth; b. die Landgerichte: 1) Baireuth, 2) Berneck, 3) Gräfenberg, 4) Hof, 5) Kirchenlamitz, 6) Kulmbach, 7) Münchberg, 8) Naila, 9) Pegnitz, 10) Pottenstein, 11) Rehau, 12) Selb, 13) Stadtsteinach, 14) Weidenberg, 15) Wunsiedel; c. die Gerichts- und Polizeibehörden: 1) Guttenberg, 2) Thurnau. II. Das Kreis- und Stadtgericht Bamberg: a. die Stadt Bamberg; b. die Landgerichte: 1) Bamberg I., 2) Bamberg II., 3) Burgebrach, 4) Ebermannstadt, 5) Herzogenaurach, 6) Höchstadt, 7) Hollfeld, 8) Kronach, 9) Lichtenfels, 10) Ludwigsstadt, 11) Nordhalben, 12) Scheßlitz, 13) Seßlach, 14) Vorchheim, 15) Weismain; c. die Gerichts- und Polizeibehörden: 1) Banz, 2) Mitwitz, 3) Tambach E. In Mittelfranken. I. Das Kreis- u. Stadtgericht Ansbach: a. die Stadt Ansbach; b) die Landgerichte: 1) Ansbach, 2) Dinkelsbühl, 3) Feuchtwangen, 4) Gunzenhausen, 5) Heidenheim, 6) Heilsbronn, 7) Herrieden, 8) Leutershausen, 9) Marktbibart, 10) Rothenburg, 11) Schillingsfürst, 12) Uffenheim, 13) Wassertrüdingen, 14) Windsheim; c. die Gerichts- u Polizeibehörden: 1) Burghaslach, 2) Einersheim, 3) Hohen andsberg, 4) Schwarzenberg. II. Das Kreis- und Stadtgericht Nürnberg: a. die Städte: 1) Nürnberg, 2) Erlangen, 3) Fürth; b. die Landgerichte: 1) Altdorf, 2) Beilngries, 3) Eichstädt, 4) Erlangen, 5) Greding, 6) Hersbruck, 7) Kadolzburg, 8) Kipfenberg, 9) Lauf, 10) Markt Erlbach, 11) Neustadt a/A., 12) Nürnberg, 13) Pleinfeld, 14) Schwabach, 15) Weissenburg; c. die Gerichts- und Polizeibehörden: 1) Ellingen, 2) Pappenheim. F. In Unterfranken und Aschaffenburg. I. Das Kreis- und Stadtgericht Aschaffenburg: a. die Stadt Aschaffenburg; b. die Landgerichte: 1) Alzenau, 2) Aschaffenburg, 3) Klingenberg, 4) Lohr, 5) Obernburg, 6) Orb, 7) Rothenbuch; c. die Gerichts- und Polizeibehörden: 1) Amorbach, 2) Eschau, 3) Kleinheubach, 4) Miltenberg. II. Das Kreis- und Stadtgericht Würzburg: a. die Stadt Würzburg; b. die Landgerichte: 1) Arnstein, 2) Dettelbach, 3) Euerdorf, 4) Gemünden, 5) Karlstadt, 6) Kitzingen, 7) Marktheidenfeld, 8) Marktsteft, 9) Ochsenfurt, 10) Röttingen, 11) Volkach, 12) Würzburg rechts des Mains, 13) Würzburg links des Mains; c. die Gerichts- und Polizeibehörden: 1) Kreuzwertheim, 2) Marktbreit, 3) Remlingen, 4) Rothenfels, 5) Rüdenhausen, 6) Sommerhausen, 7) Wiesentheid. III. Das Kreis- und Stadtgericht Schweinfurt: a. die Stadt Schweinfurt; b. die Landgerichte: 1) Baunach, 2) Bischofsheim, 3) Brückenau, 4) Ebern, 5) Eltmann, 6) Gerolzhofen, 7) Hammelburg, 8) Haßfurt, 9) Hilders, 10) Hofheim, 11) Kissingen, 12) Königshofen, 13) Mellrichstadt, 14) Münnerstadt, 15) Neustadt a/S., 16) Schweinfurt, 17) Werneck, 18) Weihers; c. die Gerichts- und Polizeibehörde Sulzheim. G. In Schwaben und Neuburg. I. Das Kreis- und Stadtgericht Augsburg: a. die Stadt Augsburg; b. die Landgerichte: 1) Burgau, 2) Dillingen, 3) Donauwörth, 4) Göggingen, 5) Günzburg, 6) Höchstädt, 7) Lauingen, 8) Monheim, 9) Neuburg a/D., 10) Neuulm, 11) Nördlingen, 12) Schwabmünchen, 13) Wertingen, 14) Wemding, 15) Zusmarshausen; c. die Gerichts- und Polizeibehörden: 1) Bissingen, 2) Harburg, 3) Mickhausen, 4) Mönchsroth, 5) Oettingen, 6) Wallerstein. II. Das Kreis- und Stadtgericht Memmingen: a. die Stadt Memmingen; b. die Landgerichte: 1) Buchloe, 2) Illertissen, 3) Krumbach, 4) Mindelheim, 5) Ottobeuern, 6) Roggenburg, 7) Türkheim; c. die Gerichts- und Polizeibehörden: 1) Babenhausen, 2) Neuburg a/K. mit Edelstetten, 3) Weißenhorn. III. Das Kreis- und Stadtgericht Kempten: a. die Stadt Kempten; b. die Landgerichte; 1) Füßen, 2) Grönenbach, 3) Immenstadt, 4) Kaufbeuern; 5) Kempten, 6) Lindau, 7) Obergünzburg, 8) Oberdorf, 9) Sonthofen, 10) Weiler. Wir behalten Uns übrigens vor, in einzelnen Kreisen nach Maßgabe des Bedürfnisses noch weitere Kreis- und Stadtgerichte zu errichten. Unser Staats-Minister der Justiz ist mit dem Vollzuge dieser Verordnung beauftragt. Nymphenburg, am 10. Nov. 1848. Max. Heintz. Auf Königlich Allerhöchsten Befehl der Generalsekretär, Ministerialrath Hauck.

München, 28. Nov. Hat bereits der fast unmittelbar vor Eröffnung des Landtags eingetretene Stellentausch des Ministers v. Lerchenfeld und mehr noch die Ersetzung Weishaupt's durch Lesuire Aufsehen erregt, so tragen die seit einigen Tagen umlaufenden Gerüchte von einem Entlassungsgesuche der Minister Lerchenfeld und Heintz, welches man mit einer im Ministerrathe gefallenen Phrase gegen „baumwollene Ruthen“ *) in Verbindung setzen will, zu der besorgten Erregtheit wesentlich bei, mit welcher man nach den Vorgängen in Wien und Berlin jetzt auf die bayerische Regierung blickt. (D. const. Z.)

• Frankfurt, 28. Nov. Die Reichstagszeitung hat Recht gehabt, man hätte Blum's Andenken nicht dadurch entwürdigen sollen, daß man einen Antrag auf eine Todtenfeier für ihn in dieser Versammlung stellte. Das hat sich heute herausgestellt, und Raveaux und Wigard, der erstere der Antragsteller, der andere Mitglied der Linken, sind deßhalb auch von der Kommission ausgetreten. Der Antrag auf Ablehnung jeder Todtenfeier und Uebergang zur Tagesordnung wurde zwar abgelehnt, ebenso ein Antrag auf Verschiebung der Todtenfeier bis zu näherer Aufklärung des Thatbestandes durch die nach Oesterreich gesandten Reichs-Kommissäre. Es wurde aber nur genehmigt: eine kirchliche Todtenfeier; es wurde abgelehnt der Zug der Nationalversammlung in die Katharinenkirche. Dieser Beschluß und die vorangehende gereizte Debatte haben, wo möglich, das Verhältniß der Parteien in der Versammlung noch gespannter gemacht. —

DC Berlin, 26. Nov. Der Kriegsminister v. Strotha hat an die Generalkommando's der Armeecorps folgendes merkwürdige Circular erlassen: Die gegenwärtige Lage des Staates ist so ern-

*) Man wird uns mit landesväterlichen Skorpionen züchtigen wollen. Anmerk. d. Red.

ster und drohender Art, daß die Regierung von jedem Beamten, noch mehr aber von jedem Offiziere die höchste Thatkraft erwarten muß; wo diese fehlt oder wo sich Mangel an Umsicht zeigt, ist's die unabweisbare Pflicht jedes Vorgesetzten, sofort mit aller Energie einzuschreiten und jedes gesetzliche Mittel anzuwenden, um die militärische Ordnung und den Gehorsam zu erhalten, wozu denn natürlich Suspendirung vom Dienst gegen diejenigen Untergebenen gehört, welche keine Energie oder gar bösen Willen zeigen. Die Lage des Staates hat es nothwendig gemacht, außer der bereits im 5. und 6. Armeecorpsbezirk versammelten Landwehr für die Generalkommandobezirke des 2., 3., 4. Armeecorps die Einziehung der Landwehr anzuordnen. Wenn nun eine solche außerordentliche Maßregel schon immer eine Schwierigkeit hat, so werden sich diese Schwierigkeiten voraussichtlich steigern, nachdem es mehrere Monate hat geduldet werden müssen, daß die Agenten der auf den Umsturz des Staates eifrig hinarbeitenden wühlerischen Parteien die Landwehr zu verführen und von der Krone abwendig zu machen, alle Mittel in Bewegung setzen konnten. Die Landwehr-, Brigade- und Bataillonskommandeure werden daher anfangs mit der größten Vorsicht verfahren müssen, was nicht ausschließt, daß sie, wenn die Truppen so einigermaßen in ihrer Hand sind, die ganze gesetzliche Strenge ohne Ansicht der Person gegen Jeden eintreten lassen, der sich einen Ungehorsam, eine Auflehnung oder gar eine hochverrätherische Handlung zu Schulden kommen läßt. Die Bataillonskommandeure haben besonders auf den Geist des Offizierkorps zu wirken und durch dasselbe den Wehrmännern begreiflich zu machen, daß ihre Treue den König schützen und stützen soll gegen den wohldurchdachten Plan einer landesverrätherischen Partei, die nichts will, als aus Preußen eine Republik zu machen (denn das ist der Kern des Kampfes, in den wir jetzt eingehen), daß auf die preußische Landwehr jetzt ganz Deutschland blickt, daß es von ihrem Verhalten abhängt, ob ein blutiger Bürgerkrieg ausbricht oder der Feind ohne Kampf vor den 50 Bataillons Landwehr, welche jetzt unter den Waffen stehen, die seinigen streckt. Ein ꝛc. ꝛc. ersuche ich ganz ergebenst, dies den Landwehr-, Brigade- und Bataillonskommandeurs schleunigst mitzutheilen, mir aber von dem Fortgang der Landwehreinziehung von Zeit zu Zeit Nachricht zu geben. Berlin, den 15. Nov. gez. v. Strotha, Kriegsminister.

Brandenburg, 27. Nov. Soeben 9¾ Uhr langen wir auf dem Brandenburger Bahnhof an, und finden uns auf dem Perron jener vielberufenen Errungenschaft, den Kühlwetter'schen „Schmetterlingen der Freiheit" — mit einem Worte 5 Constablern gegenüber, langen, ernstblickenden Männern, in blauen, langkragigen Mänteln und schwarzen Hüten mit unsäglich großen Nummern daran; sie belästigen uns nicht weiter. Wir stürzen zu einem Wagen, besorgt, vor dem Gewühle der zum Dome strömenden Menge nicht zeitig genug an den Ort gelangen zu können, an dem die Geschicke des Vaterlandes für die nächste Folgezeit sich entscheiden sollen. Die Furcht war unnöthig: statt des wogenden Gedränges hier und da zwei, drei gute Brandenburger, sonntäglich angethan, wie wenn ein spärlicher Kirchenbesuch zum Gottesdienste schlendert; einige Frauenköpfe an den Fenstern, die neugierig auf den vorüberrollenden Wagen blicken — das war Alles; Niemand schien eine Ahnung von dem zu haben, was hier Großes bevorstehe. Ist das eine Stadt, in der die Vertreter von 17 Millionen tagen können, dieser Haufen unregelmäßiger Häuser, öder, krummer, schmutziger Gassen? unmöglich! Wir kamen zum Dom und sind nach mancherlei vergeblichem Hin- und Herirren so glücklich, im Dom selbst das Lokal ausfindig zu machen, in welchem die Karten zum Eintritt in den Sitzungssaal ausgegeben werden; ehrbare Bürgerwehrmänner, welche die Wache haben, zeigen uns höflich den Weg. Welchen Weg! Zwischen grämlich blickenden Domherrn, in Sandstein ausgehauen, auf der einen, und einer rohen, noch unvollständig mit Papier verklebten Brettwand auf der anderen Seite, zwischen glühenden und sprühenden Kanonenöfen, die einen heillosen, betäubenden Dunst ausströmen und jedes unvorsichtige Rockzipfelchen in Feuer zu setzen drohen, durch allerlei wüstes Gebälk, durch nagelnde Zimmerleute hindurch, eine plumpe Treppe hinauf, bei halb angestrichenen Thüren vorüber, steigen wir auf die Journalistentribüne; sie ist noch ziemlich leer. Wir lassen die Augen rund herum schweifen, um uns zu orientiren. Rechts sehen wir, wie alles Uebrige roth ausgeschlagen, den Präsidentenstuhl, mit den Sitzen der Sekretäre, darunter ein schlichtes Katheder, die Rednerbühne, gerade gegenüber die Diplomatenloge, darunter den Ministertisch. Links das Schiff der Kirche entlang dehnen sich aufsteigend die Sitze der Abgeordneten, spärlich besetzt. Aus Berlin hört man die vagsten Gerüchte: 270 Abgeordnete sollen erklärt haben, nicht kommen zu wollen, — der Anblick der Sitze und was man sonst über die Zahl der in Brandenburg Angemeldeten vernommen hat, scheint dieß zu rechtfertigen; Auflösung, weitere Vertagung der Versammlung, um sie nach Berlin zurückzuverlegen, Octroyirung einer Verfassung — das Alles schwirrt wirr durch einander. — Es ist 10¼ Uhr, die Minister erscheinen, alle fünf im schwarzen Frack. Die anwesenden Abgeordneten drängen sich an den Ministertisch, viele Händedrücke werden gewechselt. Am nächsten den Sitzen der Abgeordneten steht die hohe, greise Gestalt des Gr. Brandenburg, der ein Quartblatt Papier wieder und wieder betrachtet; der Minister Manteuffel vertieft sich in ein Zeitungsblatt, den Frack bis an den Hals zugeknüpft, eine seltsam kegelförmige, kurze Figur; Hr. v. Strotha im knappen schwarzen Halstuch scheint sich nicht am wenigsten unbehaglich unter der einen merkwürdig verlegenen Anblick bietenden Gruppe zu fühlen. Die Minister setzen sich, die Minuten schleichen, der Dunst von neuen Ofenröhren, frischen Brettern, Kalk, Farbe, steigt immer unerträglicher zu uns empor; auf dem Präsidentenstuhle, auf den Sitzen der Sekretäre noch immer Niemand! Die Versammlung, nach oberflächlicher Schätzung derer, die man überblicken kann und deren Eintritt man bemerkt, ist vielleicht 150 bis 160 stark, beschlußfähig auf keinen Fall; doch treten noch immer einzelne ein. Fünf Minuten vor halb 11 Uhr erhebt sich der Ministerpräsident unter einer athemlosen Stille und liest mit vernehmlicher Stimme von jenem Blatte etwa folgende Worte: „Im Namen Sr. Maj. erkläre ich die zur Vereinbarung der Verfassung berufene Versammlung für eröffnet, und fordere dieselbe auf, sich unverzüglich neu zu konstituiren, um eine Königliche Botschaft zu vernehmen." Die Minister entfernen sich; Stimmen aus der Versammlung rufen: „Alterspräsident!" „v. Brünneck!" Ohne weitere Zögerung besteigt der greise Brünneck den Präsidentenstuhl, spricht einige wenig verständliche Worte, „er glaube wohl der Aelteste unter der Versammlung zu seyn, 65 Jahre ꝛc., ernennt schließlich die Herren Besser und v. Borries zu Sekretären, und fordert zum Namens-Aufruf auf. Eine Stimme vom Platz beantragt, daß zugleich der Wahlkreis genannt werden möge, „damit das Land wisse, welche Wahlkreise hier vertreten seyen." Vom Sekretariate aus, wenn wir nicht irren, wird hinzugefügt, jeder Aufgerufene möge selbst seinen Wahlkreis nennen und zugleich bemerken, ob er Deputirter oder Stellvertreter sey. Es nahern sich viele der Anwesenden dem Sekretariate; unter ihnen erscheint, wenn wir uns nicht sehr täuschen, auch die behäbige Gestalt des tapfern Abgeordneten von Stargard, Frhrn. v. Vincke. Man trifft langsam Anstalt zum Namensaufruf; wir können das Ergebniß dieser jedenfalls mindestens eine halbe Stunde erfordernden Procedur nicht mittheilen, da in wenigen Minuten der Bahnzug abgeht. Uns gerade gegenüber an der schmalen Eingangsthür steht noch ein junger Abgeordneter, auf den mehrere seiner Collegen ihre Plätze verlassend eifrig einreden: wir hören, es sey Schultz-Minden. Milde wollen Mehrere in unserer Nähe unter der Versammlung bemerkt haben. Eben Eintretende berichten als bestimmt, daß mit dem gleich eintreffenden Berliner Zuge noch eine Anzahl Abgeordnete anlangen solle, die Versammlung also beschlußfähig werden würde. Die äußerste Spannung liegt auf allen Gesichtern: was wird die angekündigte K. Botschaft enthalten? wird sie die Versammlung vertagen bis zur Vollendung der Deutschen Verfassung, die ja so eben erst die „D.-P.-A.-Z." zu Weihnachten in Aussicht stellte; wird sie die Versammlung auf einen kurzen Zeitraum vertagen, um sie demnächst wieder nach Berlin einzuberufen; wird sie den Rücktritt des Ministeriums verkünden und unter welchen Modalitäten? Niemand weiß das bis diesen Augenblick (11 Uhr). (Magdb. Z.)

* (Jellasich über deutsche Angelegenheiten.) Die Bremer Zeitung theilt ein Gespräch zwischen einem „in jeder Hinsicht achtungswerthen Mann" und Jellasich mit, das alle Spuren der Aechtheit an sich trägt und von hohem Interesse ist. Jellasich schildert Windischgrätz als Aristokraten, militärischen Pedanten und überdieß als seit der Prager Affaire nach blutiger Rache dürstend. Deshalb habe man ihn von Olmütz gegen Wien gesandt. Etwas anderes sey es mit ihm (Jellasich), er liebe die Freiheit, Croatien habe seine alten Verträge mit Ungarn mit demselben Rechte zerrissen, wie Deutschland seine Bundesakte, er habe den Eintritt der Kroaten in den östreichischen Reichstag verlangt, man habe ihn zurückgestoßen und ihn dadurch gereizt. Die Mi-

nister in Wien wußten das, unterstützten die Feindseligkeiten der Versammlung gegen ihn, um ihn dadurch auf die Seite der Camarilla zu ziehen, er habe auch das Doppelspiel durchschaut, aber im Interesse seines Landes sich darein fügen müssen, mit den Feinden seiner Feinde gemeinschaftliche Sache zu machen. Ein slavisches Oesterreich, dem auch Ungarn angehören müsse, sieht er als nothwendige Folge der jetzigen Lage der Dinge an. Die Kremsierer werden die kroatischen Abgeordneten wohl aufnehmen. Auf die Einwendung, daß die Frankfurter Versammlung die deutschen Theile Oesterreichs nicht den Slaven überlassen werde, entgegnete er: „Was die Frankfurter beschließen oder nicht beschließen, kümmert uns wenig. Sehen Sie die östreichische Fahne auf dem Stephansthurme? Das hat man auch nicht, wenigstens nicht offen, in Frankfurt beschlossen. Wenn Welker aufrichtig wieder sagt, was Windischgrätz als ehrlicher Soldat ihm zu erkennen gegeben hat, so müssen die Frankfurter bereits wissen, wie wir die Sache verstehen. Ein großes Deutschland gehört zu den Möglichkeiten, aber es giebt noch keines, und wir wollen nicht darauf warten, sondern vorderhand ein mächtiges slavisches Oesterreich schaffen.“ Noch äußerte Jellasich: Als Wessenberg und Consorten mich nach Wien beriefen, versicherten sie mich, daß Schmerling, Gagern u. s. w., dringend meine Hilfe wünschten. Sie hatten damals wenigstens keine Kroatenscheu, und vielleicht wäre ihnen noch jetzt eine Leibwache von Rothmänteln sehr erwünscht, denn sie sind schwerlich beliebter, als ich, beim Frankfurter Volk. Wie die Dinge standen, waren die Hrn. Commissäre doch wohl eher zur Beglückwünschung als zu Fortschickung der Slaven nach Wien geschickt. Waren Schulmeister Welcker und Mosle nicht diesmal Trauerspielvertraute, so sind sie ganz gewiß als geforpte Comödienoheime aufgetreten.“ So sprach Jellasich. Wer Ohren hat zu hören, der höre!

Italien.

Briefe aus Florenz vom 23. Nov. melden von bedeutenden Straßenexcessen, die dort und in Pisa aus Anlaß von Wahlen vorgekommen, welche den Massen zu conservativ dünkten. In der Romagna dauerten die anarchischen Zustände fort, um so mehr, als durch Rossi's Tod dem General Zucchi die Hände gebunden wurden. (A. A. Z.)

Rußland und Polen.

Warschau, 15. Nov. Die zwischen Olmütz und St. Petersburg hin- und herreisenden Couriere, wie auch das innige Einverständniß mit Potsdam, zeigen jedem Unbefangenen den Weg, der zum Verständniß der europäischen Camarilla-Umtriebe führt; die feingesponnenen Fäden dieser Metternich'schen Politik, welche ihren Knotenpunkt im Czarenreiche hat, verlieren sich in zarten, kaum kenntlichen Linien an allen europäischen Höfen. In der Armee, in den diplomatischen Kreisen spricht man es offen aus, daß der Kaiser Nikolaus die schwere Mission zu vollbringen habe, zu bewirken, daß die durch Revolution dem alten Standpunkt enthobenen Dynastien Hohenzollern und Habsburg wieder in die gewöhnliche absolutistische Lage kommen müssen. Wie dies auszuführen seyn wird bei dem erwachten konstitutionellen Geiste in Deutschland, das ist eine andere Frage; jedenfalls ist man am Petersburger Hofe nicht wählerisch in den Mitteln, welche man den genannten Höfen, um sich so zu sagen wieder festzusetzen, an die Hand gibt. Wir sind hier stündlich auf die Ereignisse in Deutschland gespannt, und das Schlimmste ist, daß wir das Wichtigste immer erst spät aus Privatmittheilungen erfahren.

Neuestes.

154 Abgeordnete fanden sich in Brandenburg ein, also war die Versammlung nicht beschlußfähig Mehre Mitglieder erklärten, daß sie die in Berlin nach den 9. Nov. gefaßten Beschlüsse durch ihr Erscheinen in Brandenburg nicht aufgeben. Hr. Riedel der sich für das Recht der Krone aussprach, wurde mit Mißfallen angehört. Die Sitzung wurde auf den 28. vertagt. Man spricht von einer 17tägigen Vertagung der Versammlung.

Der politische Verein als Vorort an die fränkischen Vereine für Volksfreiheit.

Die dringende Gefahr, welche der Freiheit und dem deutschen Vaterlande droht, hat den bessern Theil der Frankfurter Nationalversammlung bestimmt, einen Centralverein unter dem Namen März-Verein zu gründen, (Siehe Nr. 58 des freien Staatsbürgers) und sich mit allen denjenigen politischen Vereinen Deutschlands in Verbindung zu setzen, die die Märzerrungenschaften zu retten entschlossen sind, welche durch die zum offenen Ausbruch gekommene Verschwörung der Fürsten gegen die Völker aufs Höchste gefährdet erscheinen. Die fränkischen Vereine für Volksfreiheit werden es, das glaubt der Vorort mit Bestimmtheit annehmen zu dürfen, für ihre heilige Pflicht halten, mit diesem Märzverein sofort in Verbindung zu treten, und der Vorort hat bereits die Anzeige davon an den Centralverein in Frankfurt zu machen und ihm die ganze Kraft der demokratischen Partei in Franken zur Verfügung stellen zu müssen geglaubt. Es ergeht nun an die fränkischen Vereine für Volksfreiheit die Aufforderung, sofort die gegenwärtige Zahl ihrer Mitglieder an den Vorort einzusenden, damit derselbe den Pflichten nachkommen kann, welche diese Verbindung mit dem Märzverein ihm auferlegt. Der Entwurf eines Organisationsplans für die fränkischen Vereine für Volksfreiheit wird dem Centralausschuß in seiner nächsten Sitzung vom Vorort vorgelegt werden. Wenn der März-Verein in Frankfurt erfolgreich zu wirken im Stande sein soll, so muß er sich auf eine auch durch die Zahl seiner Mitglieder imponirende Partei stützen können. Es ergeht daher zugleich an alle Vereine die dringende Aufforderung, unter Hinweisung auf die Gefahren, welche in diesem Augenblick mehr als je der Freiheit und dem Vaterlande drohen, in ihren Kreisen nach Kräften für den Anschluß an die Vereine für Volksfreiheit zu wirken und insbesondere das Programm und die Statuten des März-Vereins, wie sie in Nr. 58 des freien Staatsbürgers abgedruckt sind, möglichst zu verbreiten.

Geldbeiträge für die deutsche Demokratie in Berlin.

Uebertrag 185 fl. 50 kr. Von A. B. 5 fl. J. u. M. in B. 5 fl. Von einem Soldaten 1 fl. Von den Ortschaften K. u. N. durch Hrn. D. 5 fl. Wirth N. 30 kr. C. D. 30 kr. Vom politischen Verein in H. 9 fl. 15 kr. Vom Patriotischen Verein in G. 3 fl. Von den Gesellen der Schuhmacherinnung 16 fl. 6 kr. Von dem volksthümlichen Verein in St. 12 fl. Von den Schreinergesellen 1 fl. Ertrag einer Sammlung in C. 4 fl. 39 kr. Ertrag der Sammlungen in Erlangen 66 fl. 21 kr. Von einer Sammlung in Galgenhof 11 fl. 55 kr, Zusammen 320 fl. 53 kr.

Geldbeiträge für die Hinterbliebenen Blums.

Von einem Soldaten 30 kr. Von den Ortschaften K. u. N. durch Hrn. D. 10 fl. Zusammen 10 fl. 30 kr., die wir heute an Hrn. Gebrüder Schmitt abgeliefert haben.

Gedruckt — unter Verantwortlichkeit der Verleger — bei J. L. Stich.
Expedition S. 39 im Gasthof zum König Otto II. Etage.

Der freie Staatsbürger.

Erscheint täglich. Preis in ganz Bayern vierteljährlich 1 Fl. 30 Kr., halbjährlich 3 Fl., jährlich 6 Fl.

Organ der Demokratie.

Inserate werden die dreispaltige Petitzeile zu 3 Kr. berechnet. Die Abonnenten haben für die Hälfte des Abonnementpreises Inserate frei.

Nr. 60. Nürnberg, Samstag, den 2. Dezember **1848.**

Einladung.

Es ist dem hiesigen und dem benachbarten Publikum, welches für die Beziehung der hiesigen Zeitungen nicht an die Post gebunden ist, neben den halb- und vierteljährigen Bestellungen auch von uns der Vortheil des Monatsabonnements à 30 kr. per Monat, geboten, und wir laden deshalb beim Beginn des neuen Monats alle hiesigen und benachbarten Freunde der Demokratie, zur nachträglichen Bestellung unseres Blattes auf den Monat Dezember hiemit ein.

Die Expedition des freien Staatsbürgers.
Winklerstraße S. Nro. 39. über 2 Stiegen.

Unsere Lage.

M. Die demokratische Partei in Deutschland spielt die traurige Rolle der Kassandra. Sie sieht die ungeheure Gefahr klar vor sich, welche nicht etwa nur der Freiheit, sondern welche der politischen Existenz Deutschlands droht, sie weist unablässig auf diese Gefahr hin, sie sucht die Gemüther aufzurütteln, den Nationalgeist anzuregen — vergebens, der Krämergeist, die Kurzsichtigkeit, die Feigheit der Philister verpfuscht jeden Aufschwung des Volkes und wird uns in einen Abgrund des Elendes stürzen, wo der Verlust der politischen Freiheit noch unbedeutend erscheinen wird gegen den gänzlichen Verlust nationaler Selbstständigkeit, gegen den gänzlichen Untergang eines „deutschen Volkes," mit dessen 45 Millionen Niemand mehr geprahlt hat, als jene Philister, die es jetzt verrathen.

Wenn irgend Etwas sonnenklar vor Aller Augen liegt, die sehen wollen und sehen können, so ist es die Verschwörung der Fürsten gegen die Freiheit und Einheit des deutschen Volkes. Denn beim deutschen Volke ist die Einheit mit der Freiheit unzertrennlich verbunden. Es kommt nie zur Einheit, wenn nicht durch die Freiheit, und sobald es frei ist, ist es auch Eins. Das erkannten alle diejenigen, welche, in und außer Deutschland, von dem bisherigen Zustande Deutschlands ihren Vortheil gezogen hatten. Ihr Bestreben war es vom März an, unter einigen neuen Formen, die man zuletzt nach Belieben wieder abstreifen könnte, die Sache auf den alten Stand zurückzuführen. Die Fürsten stützten sich hiebei vor allem auf den Kaiser von Rußland, in dessen Hand die Fäden der großen Fürstenverschwörung zusammenlaufen, und der durch sein Gold und seine über ganz Europa zerstreuten Spione sich vorzugsweise dazu eignet, diese Verschwörung in die Hand zu nehmen. Die im Einverständniß mit unsern Frankfurter Reichsvertretern geschehene Eroberung Wien's durch die Slaven ist der erste Hauptsieg dieser Verschwörung. Die Folge dieses Sieges ist die Slavisirung Oesterreichs. Deutsch-Oesterreich ist für den Augenblick für Deutschland verloren. Den zweiten Schlag führte man unmittelbar darauf in Preußen. Der Absolutismus soll auch dort hergestellt, die Volksfreiheit, die man dem Philister als „Anarchie" verdächtig zu machen sucht, vernichtet werden. Auch hier war das Reichsministerium im Einverständniß, ja es reizte sogar dazu, wie aus einem Briefe Schmerling's deutlich hervorgeht. Die Provinzen sprachen sich hier energisch zu Gunsten der Volksvertretung aus, die, treu ihrer Pflicht, der Krone muthig entgegengetreten war. Unsere würdigen Volksvertreter in Frankfurt vermochten durch officielle Lügen eine Störung in die Einmüthigkeit des Widerstandes zu bringen, Kanonen und Kriegsgesetze werden das Uebrige thun. Der Militärdespotismus scheint auch dort, fur den Augenblick wenigstens zu siegen. Und bevor noch dieser Sieg ein erklärter ist, rüsten sich die süddeutschen Fürsten, wie wir aus tausen Anzeichen sehen, um das erhabene Beispiel der Habsburg und Hohenzollern nachzuahmen, um die Märzversprechungen höhnend zu zerreißen und den guthmüthigen Völkern die Fetzen vor die Füße zu werfen.

Alles dies ist so klar, daß man blind sein muß, um es nicht zu sehen — aber unsere Philister jubeln, daß die Ordnung wieder hergestellt werde. Alles dies haben wir vor Monaten vorausgesagt — man glaubte uns nicht, — Alles dies stellen wir täglich dem Volke vor — die Philister lachen uns aus.

Und doch ist jetzt der letzte Augenblick da, wo wir darüber zu entscheiden haben, ob wir eine Nation werden können, oder ob wir in nationale Unselbstständigkeit zurücksinken, ob die Geschichte von 1806 sich noch furchtbarer wiederholen soll.

Eine Hauptschuld tragen unsere Vertreter, aber eine größere Schuld tragen wir, weil wir nicht handeln, um diese Volksvertretung zu beseitigen.

Warten wir nur thatlos zu, lassen wir nur die edlen deutschen Männer im Norden unterliegen! Mit ihnen sinkt der Stern des deutschen Volkes, eine furchtbare Nacht wird über uns hereinbrechen, und nicht bloß unsere Freiheit, sondern unsere Wissenschaft, unsere Bildung, unser ganzes nationales Leben unter ihren Schatten begraben.

Vereinigte Staaten von Deutschland.

* Nürnberg, 1. Dez. **Die Stadt Nürnberg hat ihre Wahlmänner im Sinne der Demokratie gewählt.** Der politische Verein hat die von ihm vorgeschlagenen Männer fast überall durchgesetzt, ausgenommen in zwei Wahlbezirken (unter 23), den Hauptsitzen der reaktionären Bourgeoisie, wo übrigens das Wahlergebniß, in dem Augenblick, wo wir dieß schreiben, noch nicht bekannt ist. Es ist dieß ein für Nürnberg, ja für Franken und Bayern hochwichtiges Ereigniß. Der 30. November bildet einen Wendepunkt in der Geschichte Nürnbergs. An diesem Tage hat es gebrochen mit dem mittelalterlichen Zunft- und Zopfwesen, gebrochen mit jener die alte Patricierherrschaft fortsetzenden Bourgeoisherrschaft, welche die Entscheidung über Alles, was in den Kreis der Stadt gehörte, in die Hände einiger reichen Familien legte. An diesem Tage hat Nürnberg bewiesen, daß der Geist der Neuzeit, der demokratische Geist durch seine mittelalterlichen Mauern und Thürme siegreich hindurchgedrungen, es hat bewiesen, daß man nicht mehr nöthig haben soll, in das 15. Jahrhundert

zurückzugreifen und den Schatten eines Regiomontanus heraufzubeschwören, der hier „die Aufklärung entzündet und zur hellen Flamme entfaltet habe“, um von Nürnberg etwas rühmliches zu erwähnen, sondern daß es gewillt ist, auch im 19. Jahrh. den deutschen Städten ruhmvoll voranzuleuchten im entschiedenen Anschluß an die weltumgestaltenden Ideen der neuen Zeit. Das alte Nürnberg ist verschwunden, ein neues, ein demokratisches Nürnberg ist aus den Ruinen erstanden. Welch ein Wandel vom April bis zum November, von der Wahl in's Parlament bis zur Wahl in die bayerische Abgeordnetenkammer! Damals der Fanatismus der in ihren Privilegien bedrohten Bourgeoisie durch das erste, noch unsichere Hervortreten der demokratischen Partei bis zum Wahnsinn gereizt, alle Mittel der Einschüchterung und des Geldes aufbietend, zuletzt sogar, mit Verhöhnung der Gesetze, den Magistrat zur Einmischung in die Wahl hetzend, um die Demokratie mit einem Schlage zu vernichten, und — o Ironie des Schicksals! den Dr. Eisenmann durchzusetzen, vor welchem die Bourgeoisie jetzt drei Kreuze schlägt, weil er in Frankfurt auf der Linken sitzt! Eisenmann und seine sauberen Ersatzmänner wurden gewählt, aber die Demokratie nicht vernichtet. Jetzt steht sie organisirt da, und die Novemberwahl ging ruhig und ohne besondere Aufregung vor sich, denn die Bourgeoisie hat seit Monaten, wenn auch mit schmerzlichen Empfindungen, gelernt, daß sie resigniren muß, daß ihre Einschüchterungen keinen Boden, ihre Kraftanstrengungen keinen Erfolg finden. — Jetzt, nachdem dieser große Sieg errungen, rufen auch wir: Einigkeit! aber nicht jene faule Einigkeit, welche unsere Gegner seiner so fleißig Zeit im Munde führten, und welche darin bestand, daß man nach wie vor Das, was sie angeben für das Beste halten solle, sondern Einigkeit zwischen allen Denen, welche vom demokratischen Geiste durchdrungen sind, gegen alle Diejenigen, welche, wenn auch unter konstitutioneller Firma, zum Alten zurücklenken wollen; Fortdauer und immer entschiedenere Befestigung der Einigkeit also zwischen dem politischen und dem Volksverein, welche, wie sich gestern herausgestellt hat, fortan die Entscheidung in Nürnberg in Händen haben. Diese beiden Vereine müssen, eng an einander geschlossen, es übernehmen, den Geist der Demokratie immer vollständiger in den Zuständen und in den Behörden der Stadt auszuprägen, ihm in alle Verhältnisse Eingang zu verschaffen, ihn überall zur Herrschaft zu bringen. Nürnberg hat gestern bewiesen, daß es seine Aufgabe begreift, es darf nicht lässig seyn, sie zu lösen. Nürnberg, die größte Stadt Frankens, eine der größten Städte Süddeutschlands, hervorragend durch Industrie und den Gewerbfleiß seiner Bürger, ist bestimmt einer der Centralpunkte Süddeutschlands zu werden, ein Brennpunkt der Intelligenz und des politischen Lebens. Es ist durch seine Lage bestimmt, nicht blos nach Franken zu wirken, wo ein kräftiger und freier Volksstamm bereits eine gewisse Stufe politischer Entwicklung erreicht hat, sondern auch nach Süden, wo noch tiefe Finsterniß herrscht, obgleich es auch hier nicht an Empfänglichkeit fehlen kann, die wohlthätigen Strahlen aufzunehmen, wenn sie geboten werden. Nürnberg wird, das dürfen wir seit gestern mit Gewißheit annehmen, sich dieser seiner Aufgabe immer klarer bewußt werden und kräftige Anstrengungen machen, um sie zu lösen!

* Nürnberg, 30. Nov. Hr. v. Lerchenfeld hat über seine Grundsätze ein Rundschreiben an die Verwaltungsbehörden erlassen. Er sagt darin: „in einem konstitutionellen Staate können für die Verwaltenden nur Verfassung und Gesetz maßgebend seyn und die Achtung vor diesen müsse sich in den Handlungen der Staatsgewalt ausprägen. In zweifelhaften Fallen werde er derjenigen Auslegung den Vorzug geben, welche der freien Bewegung und Selbständigkeit der einzelnen Staatsbürger sowohl als der Körperschaften aller Art günstig sei. Sorgfältige Berücksichtigung und Schonung der Interessen der Staatsbürger und Vermeidung aller Willkür müssen mit energischer Handhabung der Gesetze und der Ordnung Hand in Hand gehen. Er werde jede Einmischung in die Competenz der einzelnen Behörden sorgfältigst vermeiden.“ Zuletzt ist den pflichtgetreuen Mitgliedern des bayerischen Beamtenstandes, dessen „vortrefflicher Geist“ gerühmt wird, Belohnung in Aussicht gestellt.

* München, 26. Nov. Es werden Schwurgerichte gebildet bei den Kreis- und Stadtgerichten in München, Straubing, Regensburg, Bayreuth, Ansbach, Würzburg und Augsburg. Also für Mittelfranken das Dorf Ansbach, wo man nur Regierungsräthe und Soldaten auf den Straßen sieht und wo die Oeffentlichkeit nur eine höchst beschränkte seyn kann!

Das eben erschienene Gesetz über die Abänderungen im zweiten Theil des Strafgesetzbuches, zum Behuf der Einführung eines mündlichen öffentlichen Verfahrens mit Schwurgerichten zerfällt in 375 Paragraphen in fünf Abtheilungen. Der Schwurgerichtshof mit Einschluß des Vorstandes wird aus fünf Richtern bestehen. Ein Rath des obersten Gerichtshofs oder eines Appellationsgerichts wird vom Justizminister als Präsident des Schwurgerichtshofes bezeichnet. Ein Staatsanwalt wird beim obersten Gerichtshof und jedem Apellations-, Kreis- und Stadtgericht angestellt, und erstere stehen unmittelbar unter dem Justizminister, letztere unter dem Appellationsgericht. Der Staatsanwalt kann über alle strafbaren Handlungen, von denen er Kenntniß erlangt, eine Untersuchung beantragen, über den Stand jeder Voruntersuchung Aufschluß verlangen und sich unmittelbar mit den Polizeibehörden in Verbindung setzen, hat selbst deren gesetzliche Rechte und Verbindlichkeiten. Die Voruntersuchung anbelangend, kann jeder Untersuchungsrichter Verhaftungen anordnen, doch muß der Verhaftungsbefehl die Veranlassung der Verhaftung nebst der betreffenden Stelle des Strafgesetzbuches und die Eröffnung enthalten, daß dem Verhafteten das Beschwerderecht gegen die Verhaftung zustehe. — Die Schwurgerichte werden mit dem 1. Dezember in's Leben treten, an welchem Tage die ersten Assisen stattfinden.

* Frankfurt, 29. Nov. In der heutigen Sitzung stand die österreichische Angelegenheit auf der Tagesordnung. Giskra griff das Ministerium wegen der bekannten Eisele- und Beisele- (Welker-Mosle) Sendung nach Wien, um sich von Windischgrätz Fußtritte und aus der Hofküche von Olmütz Etwas zu essen zu holen, hart an. Fröbel sprach aus persönlicher Anschauung über die Wiener Verhältnisse und die Aufgabe der Reichskommissäre, die sie völlig verkannten. Es kam sodann Hr. Schmerling; wir werden morgen das schon jetzt unzweifelhafte Resultat mittheilen — den Sieg des Ministeriums.

Wien, 16. Nov. Das Volk, welches den Verzweiflungs-Riesenkampf, die letzte Ehrenschlacht wider die massenhaft angreifenden Truppen wagte, bestand nur aus einer im Vergleich zu der Gegenmacht überaus kleinen Schaar von verwegenen Proletariern, übergetretenen Grenadieren und Studenten, welchen die Bourgeoisie, nachdem sie das Burgthor geöffnet, ihre Häuser verschloß und welche daher von dem eindringenden Militär, das sofort alle Ausgangspunkte besetzte, während der Nacht und an den folgenden Tagen eingefangen, nach Hetzendorf und in die Kasernen getrieben, dort unter den furchtbarsten Brutalitäten und Mordmetzeleien summarisch verhört, und dann sofort erschossen oder den Szeresanern zum qualvollsten Martertode übergeben wurden. Die Scheußlichkeiten, welche in Hetzendorf auf diese Weise verübt worden sind, sollen allen Glauben übersteigen. Dies Schloß liegt einsam unweit Schönbrunn dicht an der Gloggnitzer Bahn. Windischgrätz hält daselbst bekanntlich Hauptquartier und läßt sich von 14 Kanonen und vieler Kavallerie bewachen. Während mehrerer Tage hörte man ringsum Gewehrfeuer, unter welchem die gefangenen Opfer verbluteten. Die Jünglinge der akademischen Legion mußten zwei und zwei sich selbst ihr Grab schaufeln, bevor sie niedergemacht wurden; diejenigen aber, welche man den Szeresanern überlieferte, wurden sämmtlicher Kleider und Habseligkeiten beraubt, sodann zum größten Theil mit Nägeln an die Wände genagelt und dann in der Weise zu Tode gemartert, daß man ihnen die Nägel von den Fingern ablöste, die Finger abschnitt und die Fußzehen mit Kolben vollständig zerstampfte, dann die Pulsader aufschnitt und diese sowie die Handfasern mit Gewalt heraus riß. Nun wurde den auf diese Weise verstümmelten Märtyrern gemeiniglich noch die Haut abgezogen, die Augen ausgestochen, die Köpfe rund umgedreht und zumal an Frauen ein Kannibalismus verübt, der keine Beschreibung zuläßt, weil er die haarsträubendsten Phantasien übertrifft. Ein Bajonettstich durch die Brust machte gewöhnlich das Ende. — An andern Stellen wurden ganze Familien in's Feuer getrieben und so verbrannt; der Wirth des Schüttelbades soll mit Frau und Kindern an einem Baum aufgehangen worden seyn, unter welchem dann ein Feuer angezündet und die Leichname gebraten wurden. (N. rh. Z.)

Wien, 22. Nov. Die beiden Commissäre der Centralgewalt, Plötzl und Paur, waren gestern in Schönbrunn bei dem Fürst Windischgrätz, bei welchem sich gerade der Fürst Lieven befand. — Man ließ die Herren so lange antichambriren — wie es selbst bei dem Kaiser ohne Beispiel ist. — Das Benehmen des sächsischen Gesandten, Baron Könneritz, in der Blum'schen Angelegenheit findet viele und strenge Tadler, namentlich unter seinen Kollegen.

Wenigstens ist es sehr abweichend von jenem des päpstlichen Nuntius, welcher sogleich, als er hörte, daß zwei italienische Priester stark kompromittirt und verhaftet seyen, zu dem Fürst Windischgrätz fuhr und Protest gegen jedes Strafverfahren einlegte, bis er sich mit dem Ministerium darüber würde benommen haben. Kurze Zeit nachher wurden sie auf freien Fuß gesetzt. (D. Z.)

Wien, 27. Nov. Windischgrätz und Jellasich sind auf den Kriegsschauplatz abgereist. — Der amerikanische Geschäftsträger Stiles erklärt das Gerücht, daß er dem Dr. Schütte fortgeholfen, für unbegründet.

Berlin, 27. Nov. Das Verfahren, welches das Oberkommando der Marken gegen die in Berlin zurückbleibenden Abgeordneten zu bethätigen beabsichtigt, hat sich bereits heute Morgen in einer sehr drastischen Probe angekündigt. Die äußerste Linke, von der nur zwei bäuerliche Mitglieder die Expedition nach Brandenburg mitgemacht haben, wollte heute im Mylius'schen Hotel ihre gewöhnliche Fractionsversammlung abhalten, wozu sich ungefähr 80 Abgeordnete dieser Partei eingefunden hatten. Bald nach dem Beginn ihrer Verhandlungen erschien aber ein Offizier (Major von Blumenthal) mit 10 Soldaten im Saal, und das Haus zeigte sich draußen von einer noch größeren Anzahl umstellt. Der Offizier forderte die Abgeordneten „im Namen des Gesetzes" auf, den Saal zu verlassen, worauf der Abg. Jacoby in seiner gewöhnlichen trockenen und stechenden Manier fragte: Im Nemen welchen Gesetzes? Der Offizier gab hierauf eine unbestimmte und ausweichende Antwort, murmelte Etwas von den konstitutionellen Gesetzen und näherte sich darauf dem Tische, von welchem er die auf demselben befindlichen Papiere und Schriftstücke in Beschlag nahm. Der Abg. Jacoby verlangte ein Protokoll über diese Handlung aufgenommen zu sehen, da von Denen, die bloß im Namen der Gewalt handelten, auch angenommen werden könne, daß sie vielleicht Papiere, die gar nicht vorhanden gewesen, unterschöben. Der Offizier, der übrigens erklärte, keine schriftliche Ordre zu besitzen, nahm keine weitere Notiz von diesen Einwendungen, und als die Abgeordneten endlich mit ihrer stereotypen Bemerkung, vor der Gewalt zu weichen, den Saal verließen, äußerte der Offizier, daß er diesen Entschluß „loben" müsse. Dieser Vorgang wird nur das Vorspiel zu weiteren Einschreitungen gegen diese Abgeordneten seyn, die durch den heutigen Akt in Brandenburg als definitiv ausgeschlossen aus der preußischer Nationalversammlung betrachtet werden sollen. — In diesem Augenblicke, wo das Verhältniß der preußischen Regierung zur deutschen Reichsgewalt in ein bedenkliches Schwanken und auf einen Punkt kaum noch abwendbarer Spaltung gekommen ist, richten sich hier die Blicke auf einen Staatsmann, der vorzugsweise als Leiter der Frankfurter Versammlung zu einer deutschen politischen Celebrität geworden. Dies ist Heinrich v. Gagern, der, wie man hört, der preußischen Regierung neue Vermittlungs- und Einigungsvorschläge des deutschen Reichsministeriums überbringen soll. Es werden aber zugleich an seine Person Combinationen zur Bildung eines neuen Ministeriums geknüpft, indem von mehreren Seiten her der Wunsch ergeht, ihn in den preußischen Staatsdienst eintreten zu sehen und seinem Talente die Lösung unserer gegenwärtigen Conflicte anzuvertrauen. (!!) (D. a. Z.)

Die deutsche Reform enthäl aus Berl'n, 27. Nov., Folgendes: Am Sonnabend trafen H. v. Gagern, v. Vincke und Simson in Berlin ein; Hr. v. Vincke ward durch den Adjutanten des Königs, v. Boddien, eigens geholt und begab sich noch an demselben Abende an den Hof, wo er den Auftrag, ein neues Cabinet zu bilden, erhalten haben soll. Die Nachricht, daß ein solcher Antrag Hrn. v. Gagern gemacht sey, war nicht aus der Luft gegriffen, aber es liegt wohl in der Natur der Verhältnisse, daß er bei aller Bereitwilligkeit, nöthigenfalls Preußen seine Dienste zu widmen, gegenwärtig davon abstehen muß, wo seine Anwesenheit in Frankfurt unentbehrlich ist. (!!)

Berlin, 28. Nov. Gestern erschien folgende Bekanntmachung: Nachdem die Wiedereröffnung der Nationalversammlung am heutigen Tag in Brandenburg stattgefunden hat, kann der Zusammentritt einzelner Abgeordneter, welche sich jener Versammlung nicht angeschlossen haben, zu Berathungen am hiesigen Orte während des Belagerungszustandes ferner nicht geduldet werden. Indem ich dieß zur öffentlichen Kenntniß bringe, weise ich zugleich sämmtliche Inhaber öffentlicher Gastlokale innerhalb des dem Belagerungszustande unterworfenen Bezirks hierdurch gemessenst an, solche Zusammenkünfte bei sich auf keine Weise zu dulden, und werde jedes Lokal, wo dergleichen dennoch vorkommen sollte, sofort und für die Dauer des Belagerungszustandes gänzlich schließen lassen. Angebliche Nichtkenntniß der Eigenschaft der Versammelten als Abgeordneter wird hierbei als Entschuldigung nicht zugelassen werden. Ebenso sollen auch anderweite Privatlokale, welche von Abgeordneten etwa zu ihren Zusammenkünften besonders gemiethet werden möchten, derselben Maßregel unterworfen seyn. Berlin, am 27. Nov. 1848. Der Oberbefehlshaber der Truppen in den Marken. (Gez.) v. Wrangel.

Brandenburg, 22. Nov. Von den in Berlin nach dem 9. Nov. zurückgebliebenen Abgeordneten fanden sich folgende ein: Dielitz, Zachariä, Freßdorf, Neustiel, Klinkhammer, Schlitte, v. Besser, Fleischer, Schulz aus Minden, Scholz aus Meseritz, Dane, Kühnemann, Milde, Scheele, Schimmel, Vogelsang, Keferstein, Seidel, Stalling, Richter aus Ortelsburg, Conditt und einige Andere. Es ergibt sich, daß Hr. v. Pfuel sein Mandat niedergelegt hat, ebenso Hr. v. Schön, für den Hr. Jachmann wieder gewählt ist. Hr. v. Bardeleben ist anwesend, und sein Stellvertreter Hr. Dielitz verläßt demzufolge den Saal. Hr. v. Voigts-Rhetz erklärt, als Abgeordneter für Bromberg einzutreten. Nach Beendigung des Namensaufrufs, während der Zählung, verliest Abg. Kühlwetter unter lärmendem Widerspruche der Versammlung ein Schreiben des Abgeordneten Hansemann, nach welchem dieser nur durch die Verordnung des Arztes abgehalten ist, hier zu erscheinen. Abgeordneter Dane (zu einer persönlichen Bemerkung): „Als am 9. November der Ministerpräsident die Verlegung und Vertagung der Versammlung ankündigte, glaubten meine Freunde und ich, diesem Befehle nicht nachkommen zu dürfen. Wir haben unsere Berathungen in Berlin fortgesetzt und der gegen uns angewendeten Waffengewalt passiven Widerstand entgegengestellt. Gegen die Folgerungen, die man hieraus ziehen möchte, den glaube ich mich und meine Freunde verwahren zu müssen. Durch Konflikt zwischen der Krone und der Versammlung sind Verwicklungen und Verwirrungen entstanden. Ich will hier nicht erörtern, wer die Schuld daran trägt! gegenseitige Anschuldigungen sind nicht der Weg, der zur Versöhnung führt. Aber wenn man von anarchischen Zuständen spricht, in die das Land verfallen ist, so müssen wir erklären, daß nicht wir sie gewollt oder verschuldet haben. Nicht um die Rechte der Krone zu verkümmern, um nur Rechte für das Volk zu gewinnen, sind wir geblieben, sondern um die bereits erworbenen zu erhalten. Wir konnten der Krone nicht das Recht zugestehen, eine mit ihr gleichberechtigte Versammlung einseitig zu vertagen und zu verlegen. Wenn wir deßhalb auf unserm Platze geblieben sind, so müssen wir uns heute gegen den Vorwurf der Inkonsequenz verwahren. Wir haben es als unsere Aufgabe betrachtet, auf friedlichem Wege die Verfassung mit der Krone zu vereinbaren. Wollen wir diese Aufgabe lösen, so glaubten wir uns an dieser Sitzung betheiligen zu müssen. Wir sind konsequent geblieben, nur die Umstände haben sich geändert. Wir durften um so weniger anstehen, Ihnen hierher zu folgen, nachdem die Centralgewalt nach den Beschlüssen der deutschen Reichsversammlung die Vermittelung übernommen hat." Der Redner legt hierauf eine Erklärung in demselben Sinn auf dem Bureau nieder. Sie ist unterzeichnet von den Abgeordneten Maaßen, Dane, Scholz aus Meseritz, Schulte, Kutzen, Reygers, Tietze, Mrozik, Schönborn, Jandern, Klinkhammer, Neustiel. Erklärungen in gleichem Sinne mit der vom Abg. Dane überreichten werden niedergelegt von den Abg. Wegners, Fleischer und Köhler (aus Görlitz); von Kühnemann, Seidel, Scheden, Keßling, Conditt, Richter (aus Ortelsburg), Bauer (aus Pilkallen) und Keferstein; von dem Abg. Zachariä; von den Abgg. Stalling, Gottlieb und Genossen. Sie stimmen Alle darin überein, daß sie in Berlin nur der Waffengewalt gewichen und nur hieher gekommen seien, um ihrer Aufgabe (Vereinbarung der Verfassung) zu genügen, weil dies in Berlin nicht möglich sei; daß ihr Erscheinen an diesem Orte überdieß durch die Lage des Landes und durch dessen Stellung gegenüber dem gegenwärtigen Ministerium geboten sei. Sie Alle verwahren sich gegen die Schlußfolgerung, als ob sie gewillt seien, die in Berlin nach der Vertagung vom 9. Nov. gefaßten Beschlüsse aufzugeben. Abg. Riedel: Ich und meine Freunde halten die Maßregel der Verlegung und der nur durch diese bedingten Vertagung nicht nur formell für vollkommen gerechtfertigt, sondern auch materiell für nothwendig. Wir sind der Meinung, daß diejenigen Abgeordneten, welche sich dieser Maßregel nicht gefügt haben, sich eine Widersetzlichkeit gegen das Gesetz, namentlich gegen das Wahlgesetz vom 9. April, haben zu Schulden kommen lassen. (Lärmende Mißfallensbezeigung.)

Abg. Fleischer: Ich behalte mir und meinen Freunden vor, seiner Zeit den Verdächtigungen des Abgeordn. Riedel entgegenzutreten. (Bravo! auch Ruf zur Ordnung.) Abg. Rehfeld will, daß das Resultat der Zählung proklamirt und dem Ministerium angezeigt werde. Alterspräsident v. Brünneck will die Versammlung vertagen. Widerspruch: Erst das Resultat. Alterspräsident (nach einigem Zögern): Es sind 154 Abgeordnete anwesend, die Versammlung ist also nicht beschlußfähig; ich schlage vor, die Vertagung bis morgen früh zu beschließen. Neuer Widerspruch: Wir können nicht beschließen! Abg. Reichensperger: Wir haben gehört, daß das Ministerium eine Botschaft mitzutheilen beabsichtigt. Um eine solche in Empfang zu nehmen, bedarf es keiner Beschlußfähigkeit. Wir sind die Nationalversammlung durch die königl. Erklärung, daß die Versammlung wieder eröffnet sey. Alterspräsident Brünneck erklärt, dem Ministerium Anzeige machen zu wollen, und schlägt vor, die Sitzung auf eine halbe Stunde auszusetzen. Um 1 Uhr wird die Sitzung wieder eröffnet. Der Alterspräsident läßt ein an ihn gerichtetes Schreiben des Staatsministeriums verlesen, nach welchem das Ministerium den König von der Beschlußunfähigkeit der Versammlung in Kenntniß gesetzt hat und sich vorbehält, der Versammlung die allerhöchste Entschließung in einer besondern Sitzung, die auf morgen 9 Uhr gewünscht wird, mitzutheilen. Auf mehrseitig geäußerten Wunsch wird beschlossen, die Sitzung morgen Vormittag um 11 Uhr wieder zu eröffnen. (Schluß 1½ Uhr.) Gleich nach der Sitzung verlautete, daß diejenigen Mitglieder, welche die Protesterklärungen unterzeichnet hatten, in Folge der Aeußerungen der Abg. Reichensperger und Riedel entschlossen seyen, nach Berlin zurückzukehren. Ihre Zahl beträgt 30—40. (Abends 7 Uhr.) Es verlautet, daß eine 17tägige Vertagung in der morgenden Sitzung von den Ministern erklärt werden wird. Andererseits werden Hoffnungen geäußert, daß morgen eine beschlußfähige Zahl von Abgeordneten vorhanden seyn werde. (D. A. Ztg.)

* Brandenburg. Der vor uns liegende stenographische Bericht über die Sitzung vom 27. lautet keineswegs günstig für das Ministerium. Auch die hier erschienenen Mitglieder der Nat.-Vers. scheinen in ihrer großen Mehrzahl keineswegs gesonnen, sich das Ministerium Brandenburg gefallen zu lassen. Die lebhafte Mißbilligung, welche die Rede Riedel's hervorrief, bewies dieß, namentlich aber spricht die letzte Scene der Sitzung sehr deutlich. Das Ministerium hatte barsch gemeldet, daß es „morgen früh 9 Uhr den Abgeordneten eine allerhöchste Entschließung bekannt zu machen wünsche." Die Versammlung, entrüstet über diese Frechheit des Ministeriums, der Versammlung eine Stunde bestimmen zu wollen, beschloß die Sitzung um 11 Uhr abzuhalten. Die Hrn. Minister müssen sich bequemen.

Düsseldorf, 27. Nov. Eine Deputation der Düsseldorfer Bürgerschaft, Lorenz Cantador und den Bürgermeister an der Spitze, veröffentlicht eine getreue Darstellung ihrer Unterredung mit dem Regierungspräsidenten Spiegel, aus welcher dessen Wortbrüchigkeit unwidersprechlich hervorgeht.

Köln, 28. Nov. Münster soll in Belagerungszustand erklärt seyn.

Schweiz.

Bern, 21. Nov. In der heutigen Sitzung des Nationalraths wurde der Antrag Ochsenbein's auf Errichtung einer schweizerischen Hochschule, deren Sitz nicht in der Bundesstadt seyn soll, mit 48 gegen 38 Stimmen für erheblich erklärt und an eine Komission gewiesen. Fast alle Züricher haben dagegen gestimmt.

Republik Frankreich.

Paris, 26. Nov. Cavaignac hat in der Versammlung gesiegt, und dadurch einen großen Schritt vorwärts zur Präsidentenstelle gethan. —

Italien.

Während Radetzky gleich seinem würdigen Collegen Windischgrätz die Spalten seines amtlichen Organs mit Bluturtheilen füllt, erläßt Mazzini glühende Manifeste, zu einem Vertilgungskrieg gegen Alles, was österreichisch heißt, auffordernd.

Neuestes.

Brandenburg, 28. Nov. Für die am nächsten Donnerstag nicht anwesenden Abgeordneten sollen die Stellvertreter einberufen werden. Ein Vertagungsplan des Ministeriums wurde, da er böses Blut in der Versammlung machte, zurückgenommen. — Der edle Gagern begibt sich nach Frankfurt zurück; er hat schlechte Geschäfte gemacht.

Der Pöbel.

Abends, wenn ich oft so einsam weile
Und zum Fenster schaue dann hinaus —
Und ich sehe, was um Taglohn dienet,
Wie sich alles müde trägt nach Haus,
Ob er mit der Holzart Brod sich schaffet,
Ob es Karren oder Schaufel ist, —
Der nur, denk ich, weiß den Mann zu achten,
Der wie er sein Brod im Schweiße ißt;
Der wie er trotz allem Fleiß und Mühen
Doch im Leben weiter nichts erstrebt,
Als daß er das ganze Jahr voll Sorgen
Immer nur von Heut' auf Morgen lebt.
Darum bleiben viel der Hochgebornen
Fur die Noth im niedern Volke taub,
Blicken mit Verachtung stets hernieder,
Wie auf das Gewurme in dem Staub;
Immer nur der Pöbel, hört man's schreien,
Immer nur der Pöbel revoltirt!
Darum frisch! Kartätschen d'rein geschossen!
Dann wird die Kanaille schon kurirt!
Ja, den Pöbel nennen jene alles,
Was den Geldsack nicht als Stempel trägt;
Ja, den Pöbel nennen jene alle,
Deren Herz für echte Freiheit schlägt;
Aber ich, ich zähle den zum Pöbel,
Der sich schmeichelnd vor dem Schlechten bückt;
Wenn man ihn dafür zu seinem Lohne
Nur mit einem Ordensbändchen schmückt.

Jenes ist der grandiöse Pöbel
Der wohl Eide und Gesetz diktirt,
Aber jede Schandthat, auch die frechste,
Vor dem Volke ohne Scheu vollführt.
Schaut nach Wien! dort existirt ein Pöbel,
Der Despoten stets zur Seite steht;
Wo's ein Volk gibt in den Staub zu treten,
Wenn ein Reich auch mit zu Grunde geht.
Der Verbrecher, der am Galgen hanget,
Zwinget mir noch ein Bedauern ab;
Den vielleicht ein Fluch durch's Leben jagte
Bis man ihm den Strang zum Abschied gab;
Doch die Race, die die Noth nie fühlte,
Die der Hochmuth nur zu allem treibt,
Trüge sie auch selber Fürstentitel
Mir verächtlicher als dieser bleibt.
Darum ihr, ihr geist'gen Proletarier,
Nennt es Pöbel nicht, was Kittel trägt.
Wißt es! daß wohl unter diesem Kittel
Oft ein beßres Herz als eures schlägt.
Und ihr, die zum Nichtsthun Privilegirten,
Wo ist einer der euch ehren kann?
Euer Leben bleibet nur Chimäre
Und verachten muß euch Jedermann.
Ehre dem, der sich durch Müh' und Arbeit
Zu verdienen weiß sein täglich Brod; —
Und wenn noch ein Gott im Himmel lebet
Muß ein End' auch werden seiner Noth! —

C. Weiß.

Gedruckt — unter Verantwortlichkeit der Verleger — bei J. L. Stich.
Expedition S. 39 im Gasthof zum König Otto II. Etage.

Der freie Staatsbürger.

Erscheint täglich. Preis in ganz Bayern vierteljährlich 1 fl. 30 Kr., halbjährlich 3 Fl., jährlich 6 Fl.

Organ der Demokratie.

Inserate werden die dreispaltige Petitzeile zu 3 Kr. berechnet. Die Abonnenten haben für die Hälfte des Abonnementpreises Inserate frei.

Nr. 61. Nürnberg, Sonntag, den 3. Dezember **1848.**

Einladung.

Es ist dem hiesigen und dem benachbarten Publikum, welches für die Beziehung der hiesigen Zeitungen nicht an die Post gebunden ist, neben den halb- und vierteljährigen Bestellungen auch von uns der Vortheil des Monatsabonnements à 30 kr. per Monat, geboten, und wir laden deshalb beim Beginn des neuen Monats alle hiesigen und benachbarten Freunde der Demokratie, zur nachträglichen Bestellung unseres Blattes auf den Monat Dezember hiemit ein.

Die Expedition des freien Staatsbürgers.
Winklerstraße S. Nro. 39. über 2 Stiegen.

An die Wahlmänner auf dem Lande.

J Das Vertrauen ihrer Mitbürger hat den Wahlmännern in dieser ernsten Zeit große Verantwortlichkeit auferlegt und ihnen Gelegenheit gegeben, durch die Wahl tüchtiger Volksmänner zum allgemeinen Besten auf das Entschiedenste mitzuwirken. Um ihre wichtige Aufabe ganz zu erkennen und dem Volkswohle gemäß zu erfüllen, gehört nicht nur genaue Kenntniß und Scharfblick in den Charakter des von ihnen zu wählenden Abgeordneten, sondern zugleich Consequenz und Selbstständigkeit des eigenen Charakters, der es nicht duldet, den selbstsüchtigen Einflüsterungen und Ränken des Beamtenthums und der Geistlichkeit Gehör und Folge zu geben. Es läßt sich nicht verkennen, daß in der zwischen der Urwahl und der der Abgeordneten liegenden Frist von einer Woche nur eine Taktik der Regierung zu suchen ist, um die Wahlmänner während dieser Zeit durch ihre Behörden und deren pfäffisches Anhängsel mit Ränken und Winkelzügen irre zu führen, durch Drohungen einschüchtern oder durch Versprechungen kirre machen — überhaupt sie im Regierungsinteresse bearbeiten zu lassen. Was das für ein Interesse ist und wie es dem des Volkes schnurstracks entgegenläuft, indem man von Oben herab nicht ein Volksinteresse, sondern nur alterthümliche Privilegien bevorzugter Stände (Geburts- und Geldadel, Civil-, Militär- und geistliches Beamtenthum) und seinen eigenen Vortheil kennt, hat man in den jüngsten Monaten genugsam Gelegenheit gehabt zu erfahren, wo Volksleben und Regierungsthätigkeit in so klaffendem Zwiespalte stand und noch steht und wo man den Nektar freier Institutionen, die wir eigentlich kaum besessen haben, stets mit dem Wermuthe absolutistischer Gelüste zu verbittern bemüht war. Die Vorbereitungen zur Verkündigung des Belagerungszustandes, indem man für jede Stadt des Königreichs einstweilige standrechtliche Commissäre vorernannte, gibt wiederum den sichersten Beweis, daß man in Bayern ernstlich gewillt ist, das Stück Weltgeschichte, das wir seit 9 Monaten gemacht haben, gänzlich zu desavouiren, und die alte absolute Souveränetät zu bewahren, d. h. nach wie vor, statt den Wünschen, Bestrebungen und Ansichten des Volkes Rechnung zu tragen, diesem die Wünsche, Bestrebungen und Ansichten der Regierung aufzunöthigen. Dem gesunden Menschenverstande und dem natürlichen Gefühle der Wahlmänner wird es auch klar vor Augen stehen, welche Mißstände zwischen ihren Gemeinden und den Staatsbehörden obwalteten, deren Beseitigung und Entscheidung nicht immer dem Rechte offen in's Gesicht schauen konnte und zur Folge hatte, daß man jeden Beschluß, jede Verfügung der Staatsbehörden in Gemeindeangelegenheiten mit mißtrauischen Augen zu betrachten oder deren Beweggründe widerrechtlich zu finden sich gewöhnte.

Unsere Zustände überhaupt sind unerträglich und Jeder sagt sich, daß es nicht lange mehr so dauern kann.

Welche Wichtigkeit man daher der Wahl tüchtiger, dem Volke und seinen Interessen allein ergebener Volksmänner beizumessen hat, werden wir nicht erst zu erinnern nöthig haben. Von den Wahlmännern werden wir zu erwarten haben, daß sie ihre hochwichtige Aufgabe ersprießlich für das Volk erfüllen werden. Sie werden aus den früheren Kammerzusammensetzungen die Erfahrung gewonnen haben, daß das fürstendienerische Beamtenthum und die phrasen- und wortheldenhafte, hasenkluge Geistlichkeit keine Volksdeputirten geliefert haben, deren ganzes Wirken, selbst wenn es nicht verrätherisch und verkauft war, auch nur den Werth eines Stecknadelknopfes für den Gewerbe- oder ackerbautreibenden Mittelstand aufgewogen hätte, der doch als eigentlicher Kern der Staatsgesellschaft die größte Beachtung und Unterstützung von Seite des Staates beanspruchen kann — Doch dieß Alles soll nicht besagen, daß wir es nur im Entferntesten für möglich halten, von unserer aufgeklärten, fränkischen Landbevölkerung einen Beamten oder einen Geistlichen für diesen wichtigsten unserer Landtage gewählt zu sehen. Eine solche Beleidigung des politischen Bildungsgrades und Verstandes der Wahlmänner vom Lande sey ferne von uns! Nicht ihre Erwählung ist es, was zu fürchten ist, sondern ihre jesuitischen Ränke, die sie an vielleicht schwachen Gemüthern versuchen werden, um die Wahl auf Männer zu lenken, die ihnen und ihrer Sonderinteressen zugethan sind. Hierin gilt es standhaft und ebenso klug zu seyn. An der Charakter- und Willensfestigkeit der Wahlmänner wird es liegen, jede versuchte Einwirkung, jedes schmeichlerische, versprecherische oder drohende Ohrengebläse, jede offene Bearbeitung von Seite der Behörden und der ihren Wirkungskreis verkennenden Geistlichkeit entschieden zurückzuweisen, die es gewiß an allen Mitteln der Täuschung und der Beredung nicht fehlen lassen werden, um die Stimmen nach ihrem dem Volke verderblichen Sinne zu leiten oder zu zersplittern. Wie jetzt, wo die Wahlen so nahe bevorstehen, selbst anerkannt reaktionäre Blätter die heuchlerische Maske des Freimuths und volksfreundlicher Sympathien, ja selbst des Radikalismus vorzuhalten suchen, um das Volk zu betrügen und ihre vorgeschlagenen oder vorzuschlagenden Landtagskandidaten durchzubringen, so werden auch die von der Regierung abhängigen Beamten und die habsüchtige Geistlichkeit nicht verfehlen, auf die Dauer dieser Zeit die trügerische Flagge volksergebener Anhänglichkeit zur Schau auszuhängen, um desto sicherer und ungescheuter im Interesse des Rückschrittes, sowie der Sicherung ihrer ergiebigen Privilegien und derer ihrer Brodherrn agitiren und später wieder in alter Weise darauf loswirthschaften zu können. —

So sehr wir einen Beamten oder Geistlichen, wenn er sich in seinem Wirkungskreise human und als Mensch zeigt, zu schätzen wissen, so offen müssen wir bekennen, daß bei unserer staatlichen und kirchlichen Einrichtung unsre Beamten keine Diener des Staates, unsere Geistlichen keine Diener der Kirche, sondern daß beide nur die Diener weltlicher oder geistlicher Fürsten und Institute sind, für welche insgesammt die Lasterhaftigkeit oder Dummheit des Volkes die Kapitalien bilden, aus deren Zinsen sie ihre Subsistenzmittel ziehen, sich gute Tage machen und ihren Dienern einen entsprechenden Antheil an der Beute zukommen lassen. Im freien Nordamerika z. B. kann jeder Bürger jedes Militär- oder Civilamt, wozu ihn das Vertrauen befähigt hält, versehen, während die Inhaber dieser Aemter bei uns eine besondere Kaste bilden, die die Masse des Volkes nur für eine Citrone halten, aus der nach Belieben gepreßt werden kann

Die Beamten, wie sie jetzt sind, stehen dem Volke am entferntesten. Ihnen gibt nur die Gunst oder die Laune der Fürsten und Machthaber ihre Stellung im Staate, nicht der Wille des Volkes, dessen Geschäfte sie doch zu verwalten haben. Die erste Bedingung ihrer Anstellung ist daher, daß sie sich den fürstlichen Interessen vollständig ergeben und den Interessen des Volkes fremd bleiben. Unsere Beamten wissen daher nur gegen die eine (die Fürsten-) Seite hin zu dienen, gegen die andere (die Volks-) Seite zu befehlen. sie wissen nur zu kriechen oder zu herrschen. Sie treten aus dem bürgerlichen Leben, stellen sich außerhalb des Volkes und selbst des Gesetzes, da sie nur mit Erlaubniß ihrer vorgesetzten Behörde wege Diensthandlungen in Anklagestand versetzt werden dürfen. Trotz der gewaltsamsten Verletzung der ersten und heiligsten Staatsgrundgesetze sind deshalb schuldige Staatsdiener seit den letzten 30 Jahren niemals vor Gericht gestellt und gestraft worden, weil nach dem Volksspruche keine Krähe der andern die Augen aushackt. — Sie bilden eine eigne Kaste, die für sich ein spezielles Ansehen verlangt, abgesehen von ihren Charakter als Privatpersonen. Der Mensch hüllt sich bei ihnen in das geheimnißvolle Gewand der Würde. Sie bleiben lebenslänglich bezahlte Agenten des obersten Alleinwillens, aber nicht des Gesammtwillens des Volkes, das allein den Staat bildet. In ihnen hat der souveraine Fürstenwille von jeher die gefügigsten blinden Werkzeuge erhalten, die jeder Zeit bereit sind, Gesetz und Recht zu verdrehen, überhaupt Alles zu thun, was ihnen von Oben zugemuthet wird. Dafür dürfen sie aber auch am Marke des Volkes saugen, und die Herren gegen dasselbe spielen. Die kirchliche Partei, deren Hauptzweck von jeher die Knechtung des Menschengeistes, fern von jeder wahren Religiosität, gewesen, hat dadurch alle andere Knechtung erst vorbereitet und möglich gemacht Was irdische Zwangsmaßregeln, Verfolgungen und Einrichtungen nicht vermocht, hat sie durch ihre geistigen Schreckuisse zu Wege gebracht und die Menschen künstlich abgerichtet, um die zwangsmäßige Abrichtung dem Staate zu ersparen. Ihre Aufgabe bestand bis jetzt nur darin, statt sittlich freien und aufgeklärten Menschen gehorsame steuerpflichtige Unterthanen zu erziehen. Mit ihrer Hülfe hat der Staat gebrandschatzt und Millionen bis aufs Blut ausgesaugt, wo sie alsdann stets bereit war, die fürstliche und ihre eigne Hab- und Herrschsucht mit dem Namen Gottes zu heiligen, ferne von Volks- und Vaterlandsliebe, ferne von Wahrheit und Recht. Beamtenthum und Geistlichkeit können allein bei dem Sichselbstangehörenwollen des Volkes verlieren, daher sie jedem Aufschwung desselben hindernd in den Weg treten, um ihr Benefizium der Verwaltung und Ausbeutung ihrer Stellungen nach wie vor in ungerechter Weise zum Nachtheile des ganzen Volkes in rentirlichem Stand forterhalten zu können. Ihr Eindrängen und Einflüstern in den ersten und heiligsten politischen Akt des Staatsbürgers, in den Wahlakt, muß, wo nicht vom Gesetze aufgestellte Befugnisse vorhanden sind, auf das Bestimmteste und Entschiedenste zurückgewiesen werden. Denn Beamte und Geistliche folgen bei den Wahlen nicht einer eigenen innern politischen Ueberzeugung, sondern lediglich nur dem Eigennutze und der Herrschsucht, oder den aus denselben Motiven hervorgegangenen Befehlen und Instruktionen ihrer weltlichen oder geistlichen Vorgesetzten, wofür sie, wenn sie günstige Resultate auf Kosten des allgemeinen Volkswohles erzielt haben, mit ergiebigeren Stellen, Titeln und Orden und gelegenheitlichen Gratifikationen begnadigt werden. Sie wollen sich in die Wahlen mischen, um sie im Sinne der Erhaltung ihrer Privilegien, die bisher so schwer auf der Bevölkerung gelastet haben, und im Sinne einer Staatsverwaltung zu leiten, die von den Regeln und der Ausführung zweckmäßiger und gerechter Volkswirthschaft ebensowenig wissen wollen, wie der König von Preußen von der Republik.

Wie gesagt, es gibt achtbare Beamte und achtbare Geistliche, gegen die wir gar nichts einzuwenden haben, allein sobald sie sich in das Wahlgeschäft mischen, geschieht es nur als verkappte Rückwühler im Interesse der zahlreichen Partei, die durch größere Vorrechte und Vortheile bevorzugte Stände gegen die Volksgesammtheit bildet. Die Bedürfnisse des Volkes sind mit den Bestrebungen ihrer aristokratisch-monarchischen Regierungen jetzt mehr als je im Conflict. In diesem Conflict kann sich das Volk nicht nach den Bestrebungen der Staatsregierung, wohl aber muß sich diese nach den Bedürfnissen des Volks ändern. Wir brauchen in unserer Kammer keine Worthelden und Paradedeputirten, aber auch keine Beamten und Geistlichen — sondern Volksmänner, wahre Volksmänner von entschiedener, kräftiger Haltung, die das Herz auf dem rechten Flecke haben, um zu rechter Zeit „Nein" sagen zu können. Männer von starkem Gemüth, muthvollem Geiste und selbstständigem Charakter, auf daß wir endlich aus der Periode der Protestationen, Bitten und Empfehlungen in die der That gelangen. Der Ernst des Augenblickes wird bei den Ereignissen der Gegenwart den Wahlmännern auf dem Lande nicht verloren gegangen seyn. Ueberall sucht die Volksknechtungs-Herrschaft gegen die Volksherrschaft ihr blutiges Panier aufzupflanzen. Blickt nach Berlin und wählet nur solche Männer, von denen Ihr den Muth der preußischen Nationalversammlung erwarten könnt. Wahlmänner! In dem jetzigen Zeitpunkte, wo das Wohl der ganzen Staatsgesellschaft auf dem Spiele steht, ist es mehr als je nicht sowohl Euer Recht als Euere Pflicht, fest zusammenzuwirken und von Euerem politischen Aktivwahlrechte mit Vorbedacht und Erwägung dahin Gebrauch zu machen. daß Ihr alle jene Männer von Euch entfernt haltet, die bis jetzt von Euerem Schweiße gezehrt haben, und nicht jenen Menschen Euer Vertrauen schenkt, die nur in dem Fortbestehen der gegenwärtigen Mißbräuche, Mängel und Gesetzwidrigkeiten ihre goldne Ernte finden.

Vereinigte Staaten von Deutschland.

*Nürnberg, 2. Dez. (Friedrich Rohmer, der Messias und Staatsmann.) Schon seit mehreren Wochen nahmen wir, als gewissenhafte Leser des Correspondenten von und für Deutschland, die Blätter desselben mit der Erwartung in die Hand, eine Empfehlung eines gewissen Herrn Fr. Rohmer zur Abgeordnetenstelle darin zu finden; denn es war die Kunde zu unsern Ohren gedrungen, Hr. Rohmer beabsichtige seine messianischen und staatsmännischen Fähigkeiten dem fränkischen Volke zur Verfügung zu stellen, und da uns die Complicität des edlen Correspondenten mit dem glorreichen Dreigestirn: Rohmer-Schaden-Pfaff längst bekannt, so durften wir nicht zweifeln, daß das Organ der Erlanger politischen Weltanschauung das ganze Gewicht seiner Stimme für die Candidatur des Hrn. Rohmer in die Wagschale legen werde. Wir haben uns nicht getäuscht; die heutige Nummer des edlen Correspondent bringt die längsterwartete Empfehlung; sie wurde zurückgehalten bis unmittelbar vor der Wahl, wahrscheinlich damit keine Zeit wäre, die Verdienste des Hrn. Rohmer von entgegengesetztem Standpunkt aus zu beleuchten. Wir beeilen uns zu dem, was der Correspondent über Hrn. Rohmer sagt, einige Zusätze zu machen, denn mit Bedauern haben wir sehen müssen, daß seine Darstellung eine sehr lückenhafte und einiger Ergänzung sehr bedürftig ist. Schon daß der Correspondent sich auf eine Betrachtung der literarischen Thätigkeit des Hrn. Rohmer beschränkt, ist sehr zu bedauern. Denn sein leider öffentlich gewordenes Privatleben bietet so strahlende, pikante Partieen dar, daß man sie nicht wohl übergehen kann, wenn man überhaupt von Hrn. Rohmer spricht. Aber auch die Darstellung seiner literarischen Thätigkeit im Correspondenten ist sehr mangelhaft. Er hält die Rohmer'sche Schrift: Deutschlands Beruf in der Gegen-

wart Zukunft für dessen erste Schrift. Das ist grundfalsch. Die messianisch-literarische Thätigkeit des Hrn. Rohmer datirt schon aus den 30er Jahren, schon damals erschien von ihm, in deutscher und lateinischer Sprache ein etwa 3—4 Bogen starkes, übrigens sehr splendid gedrucktes Schriftchen, in welchem in einigen wenigen Sätzen, nach der bestimmten Versicherung des Verfassers, die allein richtige Universalphilosophie enthalten seyn sollte. Wir erinnern uns aus unsern Studienjahren, dieses Schriftchen in Händen gehabt, gelesen, darin viel von subjektiv, objektiv und objektiv-subjektiv gefunden, und mit unsern Studiengenossen in dem Urtheil übereingestimmt zu haben, daß der Verfasser desselben eine Leerheit, Eigenliebe und Arroganz besitzen müsse, welche an Verrücktheit grenze. Wenn ferner der Correspondent von und für Deutschland die Schriften des Hrn. Rohmer weiter aufzählt, so vergißt er diejenigen, welche Hr. Rohmer zwar nicht geschrieben, wofür er sich aber doch das Honorar zu verschaffen gewußt hat, wie dieß gewisse Personen in Stuttgart oder Pforzheim genauer wissen werden. Ueber alle diese geschriebenen und ungeschriebenen Schriften, ihre Entstehung, ihre Schicksale rc. könnten wir unsern Lesern manche nicht uninteressante Anekdoten erzählen, wie man sie von Pforzheim über Stuttgart und Cannstadt bis nach Zürich hören kann, in welcher Gegend Herr Rohmer sicherlich niemals als Candidat um eine Abgeordnetenstelle auftritt, obgleich sein einstiger Bewunderer Widmann, „der Rohmer einst seine Bierneigen austrinken durfte", dortherum irgendwo ein „liberal-conservatives" Blatt schreibt. Allein unser Raum erlaubt es uns vorläufig nicht, auf die Individualität des Herrn Rohmer des Breiteren einzugehen, und wir sprechen daher kurz unser Urtheil dahin aus, daß Herr Rohmer einer der größten literarischen Charlatans ist, welche jemals Buchhändler und Publikum an der Nase herumführten, ein Mensch, der durch geistreich-scheinende Pointen den Schein eines tiefen Denkers zu erwecken und auch verständige Personen zuweilen zu bestechen weiß, bis sie die Entdeckung machen, daß eine leere, alles Gehaltes baare Persönlichkeit dahintersteckt, welche, ohne allen objektiven Inhalt, mit ihrer Subjektivität einen Kultus treibt, welcher da, wo er nicht lächerlich wird, widerlich und ekelhaft ist. Herr Rohmer hält sich für den Menschgewordenen Gott, für einen Messias, (er sagte dieß selbst,) er vergleicht sich mit Sokrates und Christus, ja er trieb die Affektation und den Widersinn eine Zeit lang so weit, daß er, um die Aehnlichkeit mit diesen weltgeschichtlichen Persönlichkeiten, die bekanntlich keine eignen Schriften hinterließen, vollständig zu machen, seine messianischen Gedanken nicht selbst, sondern durch seine Apostel und Evangelisten, seinen Bruder Theodor und einige andere literarische Handlanger veröffentlichte, die sich dazu erniedrigten, Hrn. Rohmer zu bewundern. Wie der Eindruck seiner literarischen Persönlichkeit bei allen Menschen von gesunder Vernunft der seyn wird, ihn für einen eitlen Gecken und Narren zu halten, so sind auch sein Leben und seine Schicksale von der Art, daß er nur da einigen Erfolg hoffen kann, wo man nichts davon weiß. Wir könnten, wenn wir die Blätter unsres Gedächtniß und einige Schriftchen aus den Jahren 1842—44 aufschlagen wollten, Details über Hrn. Rohmer erzählen, welche ohne Zweifel das Zwerchfell unsrer Leser weidlich erschüttern würden. Wir beschränken uns auf ein Paar Züge. Hr. Rohmer hatte das Malheur, in Canstadt wegen Concubinats mit einer anerkannt liederlichen Weibsperson den Händen der heiligen Hermandad zu verfallen. Post varios casus — nach allerhand Irrfahrten kam Rohmer nach Zürich sammt seiner Dulcinea, welche, vermöge einer wunderbaren Geistesverwandtschaft, mit großer Gewandtheit sich in ehrbare Familien einzuschleichen und Hr. Rohmer bei seinen literarischen Beutelschneidereien zu unterstützen wußte. Aber — der Krug geht so lange zum Wasser, bis er bricht; das erfuhr Hr. Rohmer in Zürich. Plötzlich war er entlarvt und es blieb ihm nichts anders übrig, als — Schulden und ein Injurienprozeß. Der letztere, der in öffentlicher Sitzung vor dem Stadtgericht Zürich verhandelt wurde, war in mehr als einer Beziehung interessant. Das zarte Verhältniß, welches ihn mit seiner „Gattin" verband, wurde hier schonungslos an's Licht der Oeffentlichkeit gezogen, und die Pointe, die Spitze des Prozesses, lag in einem Worte, in welchem sich Hr. Rohmer unvergleichlich selbst portraitirte, und das in der Schweiz noch lange Jahrzehnte traditionell fortleben wird. Er sprach nämlich vor dem versammelten Collegium der Züricher Stadtrichter, deren Zöpfe bei solchen Worten bedenklich wackelten, Folgendes: Christus hat einer Sünderin verziehen, ich aber, ich habe mehr gethan, ich habe sie geheirathet. Wenn unsere Leser den Jahrgang 1845 des berühmten Distelikalenders nachschlagen, so können sie Hrn. Rohmer in schwarzem Frack, in messianischer Positur und mit einem Christuskopf getreulich abkonterfeit zu ihrer grossen Erbauung erblicken, wie er eben jene berühmten Worte ausspricht. Und mit Recht auch stellte sich Hr. Rohmer über Christus, wie wir sogleich sehen werden. Wir müssen nämlich eine That berichten von Hrn. Rohmer, eine messianische Wunderthat. Als nämlich Hr. Rohmer mit den Liberalen in Zürich zerfallen war, machte er sich an die Männer der Septemberregierung, und es gebührt ihm die Anerkennung, daß er einen sonst ganz vernünftigen Menschen zu einem Narren machte. Hr. Bluntschli in Zürich galt auch bei seinen politischen Gegnern bis zu seiner Bekanntschaft mit Hrn. Rohmer für einen vernünftigen Juristen. Auf einmal erschien unter seinem Namen ein Buch — ein Buch, das alle Freunde und Gönner Bluntschli's in der Schweiz und in Deutschland confus machte, das seinen Gegnern einen nie geahnten Triumph und ein unauslöschliches Gelächter bereitete. Die Kritiker, welche sonst die Schriften des Hrn. Bluntschli auf's günstigste recensirten, wußten sich nicht zu helfen, sie setzten die kritische Feder an und ab, und endlich stotterten sie, unter vielen Umschweifen und Entschuldigungen, heraus: Bei Hrn. Bluntschli müsse es, sie könnten sich's nicht anders erklären, im Oberstübchen nicht mehr ganz richtig seyn, er habe sonst lauter vernünftige Bücher geschrieben, dieses aber, das die Rohmer'sche Nabelphilosophie behandle, sei ganz verrückt. Und so war's, Hr. Rohmer hatte den Bundesstaatsrechtslehrer Bluntschli durch seine Philosophie verrückt gemacht. Christus konnte nur Kranke gesund machen; Hr. Rohmer aber kann mehr, er kann die Gesunden krank machen! — Sollen wir noch mehr von Hrn. Rohmer erzählen, sollen wir berichten, wie er von Wuth entbrannt nach Stuttgart kam und öffentlich erklärte, daß er angelangt sei, um den damaligen Advokaten, jetzigen Justizminister Römer, der die skandalösen Data über seine „Gattin" aktenmäßig nach Zürich gesandt hatte, moralisch zu vernichten! Wir glauben nicht, es ist genug. Wollen die fränkischen Wahlmänner einen moralisch anrüchigen, geistig nichtigen, eitlen Narren zu ihrem Vertreter wählen, einen Menschen, der ganz gewiß ein großer Staatsmann ist, wenn die Eigenschaft eines solchen darin besteht, daß er, wie Hr. Rohmer in seinem neuesten Schriftchen: „Deutschlands alte und neue Bureaukratie" pag. 6 sagt, „bequem empfängt, sich setzt, wie es ihm beliebt, aufsteht, in einander fragt, zwischen politischen Gesprächen über gleichgültige Dinge spricht u. s. w.", wenn sie die personifizirte Geckenhaftigkeit in die Abgeordnetenkammer wählen wollen, dann mögen sie Hrn. Rohmer wählen. Sie werden es nicht thun. Denn zu Allem, was wir zu seiner Charakteristik beigebracht haben, kommt noch Etwas, was allein schon hinreichen kann, Mißtrauen gegen ihn zu erregen, nämlich seine Empfehlung durch den Korrespondenten von und für Deutschland!

* Nürnberg, 2. Dec. Es geht uns von Altdorf und Herzogenaurach die Nachricht zu, daß die demokratische Partei bei den Wahlen gesiegt hat. In Erlangen hat dagegen die demokratische Partei nur zwei Wahlmänner durchgesetzt — wie von der Pietisten-Universität nicht anders zu erwarten war. Dagegen haben die Landgemeinden um Erlangen her ganz demokratisch gewählt.

K Fürth, 1. Dez. Der patriotische (demokratische) Verein hat unter 31 Wahlmännern 27, der (konservative) Bürgerverein mit allen Anstrengungen nur vier durchgesetzt. Es ist Schade! Der Bürgerverein hatte in der sichern Voraussetzung, daß er die Abgeordnetenstellen zu vergeben habe, sich mit Hrn. Stockinger in Korrespondenz gesetzt und diese Korrespondenz sogar drucken lassen. Er wird sich nun wohl eine vergebliche Mühe gemacht haben; denn auch von den Landgemeinden, welche dem Wahlbezirk Fürth zugetheilt sind, darf man demokratische Wahlmänner erwarten. So geht's in der Welt. Der Bürgerverein denkt's, Gott und die Demokraten lenken's!

München, 30. Nov. Wie wir als Gerücht vernehmen, soll der König den Kriegsminister Lesuire seiner Stellung wieder enthoben haben; als Grund fügt man bei, die nothwendige Harmonie eines solidarischen Ministeriums sei durch seinen Eintritt in einer Weise gestört worden, daß die constitutionellen Minister Lerchenfeld und Heintz die Alternative stellten — entweder Lesuire fallen zu lassen oder ihr Abtreten zu genehmigen. Letzteres schien zu gewagt und so entschloß man sich zu ersterem. (Vorw.)

* Frankfurt, 30 Nov. In der heutigen Sitzung wurden sämmtliche Anträge über die österreichische Frage, die

Minderheits- und die Mehrheitsanträge sammt andern Anträgen **verworfen** und nochmals an den Ausschuß gewiesen.

Berlin, 28. Nov. Die Pressen in der Druckerei der hier tagenden Nationalversammlung sind mit Beschlag belegt worden. Die Verhaftungen dauern fort. Heute ist der Präsident des souveränen Lindenklubs, Müller verhaftet worden. — Wrangel verbietet jede Illumination in Berlin zu Ehren der morgigen Feier der silbernen Hochzeit des Königs, „zur Aufrechthaltung der Ordnung und Ruhe". Bei den Stadtverordneten wurde der Antrag gestellt, eine offizielle Widerlegung des von Bassermann über die Berliner Zustände gegebenen Berichts zu veröffentlichen. Es **wurde mit 49 gegen 45 Stimmen Tagesordnung angenommen.**

Brandenburg, 28. Nov. Die hiesige Stadt ist im Grunde auch in Belagerungszustand erklärt. Die Fremdenpolizei wird mit furchtbarer Strenge gehandhabt. Hr. v. Puttkammer, ein durch die Märzereignisse gestürzter Bureaukrat, ist die Seele des Ministeriums des Innern, wie Hr. v. Manteuffel die Seele des Gesammtministeriums ist. Es waren heute 159 Abgeordnete zugegen. Der Alterspräsident wollte das Protokoll vom 9. Nov. verlesen lassen. Dagegen erhob sich Widerspruch. Dagegen wird das gestrige Protokoll verlesen. Nach vertraulicher Rucksprache mit dem Abgeordneten Reichensperger, der wiederum der Vertraute der Minister ist, zeigt der Alterspräsident an: „es werde mehrfach gewünscht, die Sitzung auf eine Stunde auszusetzen, da man später „etwas Wichtiges" zu vernehmen haben werde. Die Vertagung bis 1 Uhr wird nach manchfachem Hin- und Herreden beschlossen. Zwei Abgeordnete verwahren sich nach der Wiedereröffnung dagegen, daß der stenographische Bericht über die Sitzung vom 15. November sie als anwesend aufführe, sie seyen nicht dabei gewesen. Der Alterspräsident erklärt: **in dieser Versammlung erkenne Niemand eine Sitzung vom 15. Nov. an.** Der Präsident: Man wünsche Vertagung bis morgen. Abg. **Simons**: Ich habe den Antrag eingebracht: die Versammlung wolle die Vertagung der heutigen Sitzung auf morgen Vormittag 11 Uhr beschließen. Es steht zu erwarten, daß die Versammlung sich bis dahin vervollständigen wird. Sollte dies nicht der Fall seyn, so beabsichtige ich, zu Donnerstag folgenden Antrag zu stellen: die Versammlung wolle ihren Präsidenten beauftragen, das Staatsministerium zu ersuchen, die nicht anwesenden Stellvertreter derjenigen Abgeordneten, welche sich am Donnerstag beim Namensaufruf nicht gemeldet haben werden, einzuberufen. Der Ministerpräsident Graf Brandenburg erhebt sich: „Die soeben verlesenen Anträge stimmen mit den Absichten der Regierung, **das Werk der Vereinbarung einer Verfassung baldmöglichst zu beginnen**, vollkommen überein. Sofern daher die Versammlung auf diese Anträge einzugehen geneigt seyn sollte, würde Seitens der Regierung nichts dawider zu erinnern seyn." Der Alterspräsident stellt hierauf den Vertagungsantrag zur Abstimmung, eine große Mehrheit erhebt sich für denselben und die Sitzung ist geschlossen. (D. a. Z.)

Die deutsche Reform schildert Brandenburg als von jedem Comfort entblößt. Nicht einmal etwas ordentliches zu essen könne man dort haben. In diesem Fall sind die Vereinbarer in Brandenburg wenigstens vor Reichskommissären gesichert. Vom 28. Nov. an wird Brandenburg mit Potsdam durch einen unterirdischen Telegraphen verbunden seyn, ebenso Potsdam mit Berlin vom 10. Dezember an.

* **Breslau**, 27. Nov. Eine Volksversammlung war auf gestern berufen, aber wieder abbestellt worden. Gleichwohl versammelten sich gegen 1000 Menschen, waren aber, da kein Redner auftrat, bereits im Begriff, sich wieder zu entfernen, als es plötzlich hieß: die **Weißkreuze** kommen! In der That zogen eine Anzahl Männer in geordnetem Reihenmarsch daher, schwarzweiße Kreuze auf den Hüten, welche sich dadurch als die Landwehrmänner bekundeten, welche als Anhänger des Herrn Paul von Nimptsch bereits früher aufgetaucht, aber wieder verschollen waren. Sie marschirten in die Volkshaufen hinein, sie auseinander drängend, was von diesen mit Pfeifen und Zischen erwidert wurde. Es fielen Schimpfworte, dann einzelne Schläge und plötzlich war der ganze Neumarkt in ein Schlachtfeld verwandelt. Es ging die schönste Keilerei los und die Eindringlinge fanden gerathen, die Flucht zu ergreifen, wurden indessen verfolgt. Einige retteten sich in das Regierungsgebäude, Einer, ein Herr v. **Frankenberg**, wie man sagt, zog einen Stockdegen, dieser wird ihm entrissen und auf dem Pflaster zerbrochen, nachdem er selbst damit über den Kopf geschlagen worden. Er flüchtete sich in einen Konditorladen. Bei den Herren für Gesetz und Ordnung wurden **verborgene Waffen** gefunden. Auf beiden Seiten kamen erhebliche Verwunderungen vor; mehrere Personen sind kompromittirt, worunter Herr Paul von Nimptsch. Es hat sich bei der Untersuchung herausgestellt, daß die Herrn Kreuzritter die förmliche Absicht hatten, die Menge mit Gewalt auseinander zu jagen, wahrscheinlich, um bei dieser Gelegenheit den ersehnten Belagerungszustand herbeizuführen. Die Führer der Bürgerwehr haben ihre Stellen niedergelegt und auf Neuwahlen provocirt, weil der Magistrat ihnen insinuirt hatte, sie vertreten nicht die Ansichten der Bürgerwehr. — Hr. **Schleinitz** hat um Enthebung von seiner Oberpräsidentenstelle nachgesucht.

* **Köln**, 27. Nov. Dr. Gottschalk, Anneke und **Esser**, der Anreizung zu gewaltsamer Aenderung der Verfassung beschuldigt, werden am 21. bis 23. Dez. vor die Assisen gestellt. Sie werden vertheidigt werden v. **Wallraff** aus Köln, **Wesendonk** aus Düsseldorf und **Simon** aus Trier. Bekanntlich sitzen die Angeklagten seit **einem halben Jahre** im Gefängniß. Das Frankfurter Journal sagt sehr naiv: „Die Anklage solle während der Untersuchung **an Bedeutung verloren haben**." Ihre Freisprechung ist unzweifelhaft. Aber die Kölner Bourgeoisie konnte doch ein halb Jahr lang ruhig schlafen, da verlohnt es sich schon, drei Demokraten wegen nichts und wieder nichts auf ein halb Jahr ihrer Freiheit zu berauben!

Gmünd, 23. Nov. Die hiesige Industrie hat seit dem Frühling, in kluger Beachtung der politischen Zeitläufe, kleine Vorstecknadeln mit dem farbigen Bilde Hecker's in ganzer Figur fabricirt. Die Industrie ist bekanntlich unparteiisch und kann sich, wie die Kirche in Frankreich, jeder Staatsform anbequemen. Daher fabricirte sie auch, als die Zeit erfüllet war, ähnliche Nadeln mit dem Bilde des Reichsverwesers, und auch diese gingen an die Detailverkäufer hinaus. Nun kommen aber die letzteren von überall her mit Protest zurück, unter dem gleichmäßigen Beifügen: Die **Reichsverweserlen** ziehen nicht, man möchte doch umgehend eine gleiche Anzahl **Heckerlen** dafür schicken, denn diese gehen reißend ab. Der Abgeordnete **Forster**, der am Sonntag in einer Versammlung hier anwesend war, zog daraus den Schluß, daß die Republick denn doch nicht bloß eine „Handvoll" Anhänger zu zählen scheine. (Stuttg. Beob.)

Neuestes.

* **Bamberg**, 1. Dec. Von 42 **Wahlmännern hat die demokratische Partei 27, die constitutionelle 15 durchgesetzt. Morgen näheres.**

Gedruckt — unter Verantwortlichkeit der Verleger — bei J. L. Stich.
Expedition S. 39 im Gasthof zum König Otto II. Etage.

Der freie Staatsbürger.

Erscheint täglich. Preis in ganz Bayern vierteljährlich 1 Fl. 30 Kr., halbjährlich 3 Fl., jährlich 6 Fl.

Organ der Demokratie.

Inserate werden die dreispaltige Petitzeile zu 3 Kr. berechnet. Die Abonnenten haben für die Hälfte des Abonnementpreises Inserate frei.

Nr. 62. Nürnberg, Montag, den 4. Dezember 1848.

Vereinigte Staaten von Deutschland.

V Bamberg, 30. Nov. Die Wahlschlacht in Bamberg ist entschieden. Trotzdem, daß das Offizierkorps, die Geistlichen und die Beamten sich hiebei zu Gunsten der konstitutionellen Partei ganz besonders betheiligten; trotzdem, daß die Wahlzettel dieser Partei von Polizeisoldaten von Haus zu Haus getragen wurden; trotzdem, daß einzelne Wahlausschüsse, welche zum größten Theile aus Mitgliedern dieser Partei bestanden, zu deren Gunsten offenbare Ungesetzlichkeiten sich erlaubten, siegte die Sache des Volkes, siegte die demokratische Partei. Von 42 Wahlmännern setzten sie 27 durch, während die konstitutionelle Partei nur 15 durchbringen konnte. Während Letztere nur 1431 Stimmen auf sich vereinigt hatten, wurden 27 Wahlmänner der demokratischen Partei mit 2900 Stimmen gewählt. Es war dies die erste Gelegenheit, wo sich die beiden Parteien mit einander messen konnten. Alle frühern Wahlen hatten mehr oder minder ein bestimmtes Lokalinteresse. Hier aber entschied rein die politische Färbung der Urwähler. Sie entschieden sich in einem Sinne, der keinen Zweifel mehr übrig läßt, welche Partei allein im Volke einen Halt hat.

V Bamberg, 1. Nov. Das Bamberger Tagblatt vom 29. November enthält eine sogenannte Erwiderung auf den „im Freunde der Wahrheit und des Volkes" vom 26. l. Mts. aufgenommenen Artikel, worin der vom konstitutionellen Vereine ausgegangene Vorschlag mehrerer Wahlkandidaten für politisch unklug erklärt wird. In dieser Erwiderung wird dem Volksverein dahier der Vorwurf der Verleumdung, dem Artikel selbst aber der Vorwurf der Unwahrheit gemacht. Beurtheilt man diesen Artikel mit unbefangenem Blicke, so erscheint es unbegreiflich, wodurch diese Vorwürfe gerechtfertigt werden wollen. Woraus kann eine Verleumdung, woraus eine Unwahrheit gefolgert werden?! Es wird Nichts weiter behauptet, als daß man es für unklug halte, den Bauern und Gewerbestand bei der Wahl gänzlich unberücksichtigt zu lassen. Hierin liegt aber weder eine Verleumdung, noch eine Unwahrheit. Eine Verleumdung liegt nicht vor, da dieß voraussetzen würde, daß dem konstitutionellen Vereine, der Wahrheit entgegen, schlechte Tendenzen unterlegt worden seyen, was der Fall nicht ist. Es ist ja überhaupt in diesem Artikel nicht einmal die Rede von den Tendenzen dieses Vereines, obgleich man recht wohl hiebei hätte hervorheben können, daß er es war, welcher in der Blüthezeit der Reaktion das demokratische Prinzip, also die Volkssache unbedingt verdammte und in Adressen seine Blitze gegen dasselbe schleuderte, gleichwohl aber gegenwärtig sich selbst einen demokratischen Verein nennt; obgleich man ferner ihm den Vorwurf einer fortgesetzten Inconsequenz und Charakterlosigkeit hätte machen können, wie schon aus dem offenbar nicht aufrichtigen Wechsel seines politischen Glaubensprinzips hervorgeht. Eine Unwahrheit liegt endlich nicht vor, weil er selbst zugibt, daß die Wahl der Kandidaten ebenso erfolgte, wie von uns behauptet wurde. Eine solche ist auch nicht darin zu finden, daß Einer der vorgeschlagenen Kandidaten, Dr. Rauch, in Debring wohnt. Denn nicht darauf kommt es an, wo derselbe schläft, sondern es entscheidet die Frage, wo sein Berufsort ist, und dieser ist Bamberg. Ebensowenig ist er deshalb, weil er in Debring schläft, als dem Bauernstande angehörig zu betrachten, indem er weder Bauerei treibt, noch auch einen solchen Grundbesitz hat, daß er als Bauer betrachtet werden kann. Uebrigens wollen wir die Behauptung, daß Dr. Rauch die Stimmung des Bauernstandes für sich habe, zur Zeit unbeantwortet lassen. Jedenfalls ist sie voreilig. Das Resultat der Wahlen kann erst zeigen, ob sie begründet ist oder nicht. Wir glauben hienach, den Vorwurf der Verleumdung und Unwahrheit entschieden zurückweisen zu dürfen. Im Gegentheile wird in der gemachten Erwiderung die von uns einfach hingestellte Thatsache, daß der konstitutionelle Verein den Bauern- und Gewerbstand bei seinen Vorschlägen gar nicht berücksichtigt hat, selbst anerkennt. Die Wahlmänner vom Lande werden sich auch nicht durch die Versicherung des konstitutionellen Tagblattkorrespondenten befriedigt fühlen, daß ja der Vorschlag des konstitutionellen Vereins eben nur ein Vorschlag gewesen sey, und daß hiedurch den Wahlmännern vom Lande ihr Wahlrecht nicht habe entzogen werden wollen, daß endlich die vom konstitutionellen Vereine aufgestellten Candidaten gerade die Männer seyen, welche zur Vertretung aller Stände, insbesondere des Bauern- und Gewerbstandes besonders geeignet seyen. Wir fragen, was hat der konstitutionelle Verein im Auge gehabt, als er seine 4 Candidaten vorschlug? offenbar nur den Zweck, dieselben auch bei der Wahl durchzubringen, indem sonst der Vorschlag keine Bedeutung hätte. Ist dieß aber der Fall, so bleibt immer wieder so viel richtig, daß nach den Vorschlägen des konstitutionellen Vereins der Gewerb- und Bauernstand bei der Wahl unberücksichtigt bleiben soll. Diese Folge wird auch nicht durch die, von dem Einsender hervorgehobenen Eigenschaften der 4 konstitutionellen Candidaten beseitigt. Wenn auch dieselben nach ihrer Herzens- und Geistesbildung wirklich zur Vertretung aller Stände ganz besonders geeigenschaftet seyn sollten, was wir nicht untersuchen wollen, so steht ihnen doch entgegen, daß sie die Verhältnisse des Bauern- und Gewerbstandes nicht vollständig kennen, und nicht vollständig zu kennen vermögen. Der Bauersmann und der Gewerbsmann allein weiß, wie seine Verhältnisse von Grund aus geordnet werden können. Da nun die Hauptaufgabe des kommenden Landtages die seyn muß, eine Regelung dieser Verhältnisse zu erwirken, so ist es auch absolut nothwendig, daß der Bauern- und Gewerbstand durch Leute aus diesen Ständen vertreten seyn muß. Die Schlußbemerkung des Einsenders, daß ja der Volksverein seine Candidaten gleichfalls nach allen Himmelsgegenden hin ausgepredigt habe, und daß die ausgeschriebene Versammlung im schwarzen Adler gar bald zeigen werde, wie viele Männer vom Bauern- und Gewerbstande daselbst gewählt würden, enthält endlich theils eine Lüge, theils eine ganz gewöhnliche Perfidie. Eine Lüge, indem von Wahlkandidaten des Volkvereines schon deßhalb keine Rede seyn kann, weil ja erst in der Versammlung im schwarzen Adler die Vorschläge gemacht werden sollen; eine Perfidie, weil die Absicht des Herrn Einsenders, der Wahrheit entgegen, offenbar dahin geht, den Wahlmännern vom Lande begreiflich zu machen, daß man sie in der Versammlung hinter's Licht führen wolle, was doch bei dem besten Willen schon deßhalb nicht ausführbar wäre, da die Wahlmänner vom Lande die überwiegende Mehrzahl bilden. Wir überlassen nach dieser Aufklärung die Beurtheilung unseres Inserats vom 26. l. M. ruhig jedem Unbefangenen.

St. Staffelstein, 29. Nov. Wenn ich Ihnen über den Geist der oberfränkischen Gegend von Bamberg ab über Kronach und Hof berichten soll, so muß ich die Scheidegränze im Allgemeinen so ziehen, daß die Demokratie, die bewußte intelligente Demokratie in katholischen Strichen weniger Boden hat, als in protestantischen, und in Bezirken, die bisher von einem schlechten Gouvernement hart gedrückt waren, mehr als in den andern. Es ist dieß natürlich: der Alp des Abel'schen katholischen Verdummungssystems lastet einerseits noch schwer — und materielle Last und Druck fodern anderseits zum Gegendruck, zur Gährung, zur Opposition und hiemit zur Aufklärung auf. Hof, Münchberg und die Gegend umher, der Itzgrund, ein Theil vom Lichtenfelser und Kronacher Landgerichte sind entschieden für die Demokratie. In Hof wird auch wahrscheinlich ein entschiedener Demokrat aus

Münchberg oder ein Mann des bekannten Volksversammlungs-Comité's in Bamberg gewählt werden. In Kronach ist für die Demokratie zu hoffen, in Kulmbach nicht. Das Interesse für die kommenden Landtagswahlen ist hier im Allgemeinen besonders unter dem Landvolke flau. Man kann sagen, die unglückliche Parlamentswahl hat die Leute muthlos, matt und gleichgültig gemacht. Man hat das Vertrauen verloren auf plaidirende Vertreterschaft. Die Leute meinen ganz einfach, das Plaudern helfe doch wieder zu nichts. — Die Reaktion segelt mit vollem Wind. Der Clerus unter dem scheinheiligen Deckmantel der Religion, als Wolf im Schafspelz; Advokaten und Beamte unter der Faschingsmaske „konstitutioneller Freiheit.“ In Lichtenfels hat sich ein konstitutioneller Filialverein zusammengemacht und prunkt bereits mit 300 Namen. Natürlich, hochwürdige Herren, katholich geschoren und protestantisch gescheitelt, Beamtenherren, die aus Unterthänigkeit gegen die Regierung, Praktikanten, die um der Carriere willen konstitutionell seyn müssen; andere Herren, die erhaben über das „niedere Volk“ um gnädiges Wohlwollen der hohen Herren buhlen oder die Herren Geschäfts halber brauchen. Ihr Programm beginnt natürlich mit Freiheit. Mit dem Worte „Freiheit“ will man den Bauern Sand in die Augen streuen, einen süßen Strohhalm, wie man sagt, durch den Mund ziehen. Ja, ja, die Herren möchten die alte konstitutionelle Freiheit der Beutelschneiderei fortblühen sehen. Sie möchten, daß es hübsch beim Alten bliebe, und dazu ist vor Allem nöthig, daß der Bauer hübsch dumm bliebe, und sich, wie früher, schön um's Licht führen lasse. Die Konstitutionellen, diese verkappten Schildknappen des antiken absoluten Königthums, das sich auch konstitutionell zu nennen beliebte, wollen weiter laut Programm gegen die Reaktion kämpfen. Dieser Paragraph wäre lächerlich, wenn er nicht unverschämt wäre. Die Reaktion ist ja ihre Mutter. Sie werden doch nicht gottlos frevelnd an den Schoß, der sie geboren, Hand anlegen! Sie wollen endlich gegen Anarchie losziehen. Aber was verstehen die edlen Ritter unter Anarchie? Nicht wahr, da muß man Volksversammlungen (sind bekanntlich ein heiliges Volksrecht!) mit roher Gewalt sprengen und hindern, bezahlte Leute zum Prügeln und Todtschlagen des Komité aufhetzen, wie am Ostermontag in St.? Der benerirte Nachtwächter in St. weiß, wie man im konstitutionellen Sinn gegen Anarchie kämpft, um die „Ruhe und Ordnung“ herzustellen. Nicht wahr, man muß Männer andrer Gesinnung denunciren oder denunciren lassen, damit die „Anarchisten“ eingestellt und die Ruhe und Ordnung wiederhergestellt werde? — Ein Hauptpunkt des Programms ist: „unbedingte Unterwerfung unter die Centralgewalt.“ Eine fade, faule Phrase! Windisch-Grätz hat sich nicht im geringsten um eine Centralgewalt bekümmert und die Constitutionellen vergöttern, bejubeln ihn, freuen sich herzinniglich, er hat ja, was auch sie wollen, gegen die Anarchie gekämpft. Sie liebäugeln mit der Centralgewalt, aber nur so lange, als diese mit der Reaktion in Liebesbündniß steht. Ihr Buhldirnen! Unsre Bauern sind vor der constitutionellen Freiheit sicher. Die übermüthigste rücksichtsloseste Beamtenwirthschaft hat sie leider mit schweren Kosten demokratisirt. Sie thut noch immer ihr Bestes zur Aufklärung. Die Ereignisse, mit denen die Zeit schwanger geht, werden die Bauern auch thatkräftig machen.

= München, 1. Dez. Der neue Kriegsminister Lesuire hat kein Portefeuille, — er hat ein Wanderbuch erhalten. Nach ganz glaubwürdigen Nachrichten hat er gestern seine Entlassung erhalten*). Lerchenfeld und Heinz sollen nämlich Lesuir's Entfernung als Bedingung ihres Bleibens gefordert haben, da dieser Herr ihnen gar zu reaktionär ist. Eine Aeußerung über Belagerungs- und Standrechtsangelegenheit soll die nächste Veranlassung gewesen seyn. Als neuer Kriegsminister wird der Kommandant der Festung Ulm General Dambeer genannt. — Die soeben beendigten Wahlmännerwahlen fielen oberbayerisch aus. Ein Gemisch von Pfäfflingen, Adeligen und konservativen Spießbürgern. Die Macht der religiösen Verdummung, gepaart mit dem vielen Genuß des Gerstensaftes läßt nichts anderes erwarten. Einige Demokraten wurden trotz der Anstrengungen der Gegenpartei doch durchgesetzt**), unter Anderm Emil Roller, der im Ausschuß des demokratischen Vereins sitzt.

*) Der a. a. Z. zufolge ist davon gar keine Rede

**) Der deutschen konst. Ztg. zufolge hätte der Vaterlandsverein 55 Candidaten durchgesetzt.

Berlin, 30. Nov. Heute ist auf Denunciation eines Lohn-Lakeien und eines Konstablers das Bureau der Versammlung hier mit Beschlag belegt worden. Von einer Entlassung des Ministeriums Brandenburg ist bis jetzt keine Rede. In Potsdam sagt man ganz einfach: Diese Entlassung sey mit der Ehre des Königs nicht verträglich. Wann wird das Volk es einmal mit seiner Ehre unverträglich finden, sich vom König mit einem Ministerium Brandenburg Hohn bieten zu lassen?

Brandenburg, 30. Nov. Gestern wurde die Versammlung, welche nicht beschlußfähig war, bald wieder vertagt. Heute traten Parisius und seine Freunde ein. Es werden von den zurückgekehrten Abgeordneten Bornemann und Dunker Erklärungen gegeben. Parisius: er sey hieher gekommen, um den Kampf gegen ein volks- und freiheitsfeindliches Ministerium fortzuführen. Seine Rede ruft einen ziemlichen Tumult hervor. Die Sitzung wird abermals vertagt. Morgen wird der Antrag von Simons zur Verhandlung kommen: Einberufung der Stellvertreter.

Halle, 30. Nov. Die Stadt ist jetzt vom Preußenverein regiert, der Magistrat sucht seine frühere Schwäche durch große Strenge gegen die Demokraten wieder gut zu machen. Die demokratische Partei verhält sich ruhig, da sie ihrer Führer beraubt ist.

Schweiz.

Bern ist zur Bundesstadt erwählt.

Republik Frankreich.

Die französische Republik sendete 4 Fregatten mit 3500 Mann nach Civita vecchia zur Verfügung des Papstes.

An die Wahlmännner des Landgerichtsbezirks Erlangen!

Die demokratische Partei der Stadt Erlangen ist nach tapferer Gegenwehr den niedrigen Künsten ihrer Gegner im Wahlkampf unterlegen und von den 21 Wahlmännern sind nur zwei Demokraten aus der Wahlurne hervorgegangen. —

An Euch ist es jetzt, Männer vom Lande! unserer heiligen Sache den Sieg zu verschaffen. Und Ihr könnt dieß, wenn Ihr einig zusammensteht unsern Feinden und den Feinden der Freiheit gegenüber.

Hütet Euch deßhalb vor den Schmeichelworten der Herren von der Stadt; denn es sind dieselben, welche Euch dieses Frühjahr bei den Parlamentswahlen betrogen und Euch einen Appellationsgerichtsrath Glück von München aufgedrungen haben. Hütet Euch vor den Redensarten der gelehrten Herrn, denn sie sind es vor Allen, welche in Frankfurt die Freiheit des Volkes an die Fürsten verrathen haben.

Hütet Euch vor diesen Wölfen im Schaafspelze, wenn sie von Freiheit und Ordnung sprechen; denn sie billigen die Knechtschaft in Oesterreich und die Unordnung in Preußen. Nochmals rufen wir es Euch zu: Hütet Euch!

Seyd einmal selbstständig und laßt Euch nicht länger mehr von denen leiten, die Euch so oft belogen, betrogen und verrathen haben, sondern wählt einen Mann, von dem Ihr versichert seyd, daß er Euere Interessen in München vertritt, einen ächten Demokraten, der es aufrichtig mit dem Volk meint und unerschütterlich die Rechte desselben vertheidigt.

Anzeigen.

Gedruckt — unter Verantwortlichkeit der Verleger — bei J. L. Stich.
Expedition S. 39 im Gasthof zum König Otto II. Etage.

Der freie Staatsbürger.

Erscheint täglich. Preis in ganz Bayern vierteljährlich 1 Fl. 30 Kr., halbjährlich 3 Fl., jährlich 6 Fl.

Organ der Demokratie.

Inserate werden die dreispaltige Petitzeile zu 3 Kr. berechnet. Die Abonnenten haben für die Hälfte des Abonnementpreises Inserate frei.

Nr. 63. Nürnberg, Dienstag, den 5. Dezember **1848.**

Einladung.

Es ist dem hiesigen und dem benachbarten Publikum, welches für die Beziehung der hiesigen Zeitungen nicht an die Post gebunden ist, neben den halb- und vierteljährigen Bestellungen auch von uns der Vortheil des Monatsabonnements à 30 kr. per Monat, geboten, und wir laden deshalb beim Beginn des neuen Monats alle hiesigen und benachbarten Freunde der Demokratie, zur nachträglichen Bestellung unseres Blattes auf den Monat Dezember hiemit ein.

Die Expedition des freien Staatsbürgers.
Winklerstraße S. Nro. 39. über 2 Stiegen.

Ein Wort an die Wahlmänner.

M Die demokratische Partei in Franken hat am 30. Nov. in fast allen den Orten, wo demokratische Vereine bestehen, wo somit die Partei organisirt ist, einen Sieg errungen. Es wäre indessen die größte Täuschung, wenn wir glauben würden, dadurch sei auch der Endsieg bereits entschieden. Es ist dieß so wenig der Fall, daß es vielmehr der größten Energie und der klügsten Vorsicht bedarf, wenn dieser Sieg bei der Wahl der Abgeordneten am 7. Dezember zu Gunsten der demokratischen Partei ausfallen soll.

Die konstitutionelle, d. h. mehr oder weniger reaktionäre Partei ist durch die am 30 Nov. erlittene Niederlage nur zu um so größerer Kraftanstrengung angespornt. Sie hat, das dürfen wir uns keinen Augenblick verbergen, noch viel Macht in Händen, sie hat die Behörden für sich, sie hat die bisherige Gewohnheit, bekanntlich ebenfalls eine Macht, für sich. Es ist endlich — auch darüber müssen wir uns nicht täuschen — das für sie günstig, daß sie an den meisten Orten Frankens die sog. Intelligenzen durchschnittlich theils entschieden für sich, theils wenigstens nicht gegen sich hat.

Das Alles schlagen wir am Ende noch nicht allzu hoch an. Aber schlimm ist es, daß die demokratische Partei selbst in ihren Reihen Männer zählt, welche das demokratische Princip der Vereine, denen sie angehören, so wenig anerkennen, daß sie jetzt offen für Männer auftreten, welche sich die constitutionelle, die reaktionäre Partei nicht besser wünschen könnte. Mit Entrüstung mußten wir vernehmen, daß Männer, welche sich bisher durch kluges Liebäugeln mit der Demokratie in den demokratischen Vereinen zu halten wußten, dem von ihnen äußerlich anerkannten Princip so sehr in's Gesicht schlagen, daß sie jetzt, nachdem die demokratische Partei sie als Wahlmänner durchgesetzt hat, sich nicht scheuen, einen Professor Scheurl und einen Minister Lerchenfeld als Abgeordnete in Vorschlag zu bringen. Solche achselträgerische, heuchlerische, zweideutige Persönlichkeiten sind der Fluch ihrer Partei, und wir scheuen uns nicht es offen auszusprechen, nie wird die Partei die Früchte ihrer Anstrengungen erndten, nie wird sie einen gesicherten Erfolg haben, so lange sie solche Menschen, ich sage nicht unter sich duldet, aber ihnen auch nur den geringsten Einfluß, das geringste Ansehen gestatten. Unnachsichtlich sind solche Menschen von den entschiedenen Männern der Partei zu bekämpfen, unerbittlich ihre zweideutige Stellung aufzudecken; denn tausendmal weniger schaden offene Feinde als solche verrätherische Freunde.

Durch ein Eingehen auf solche Vorschläge, durch ein Gewährenlassen solcher Menschen, welche faktisch nicht der demokratischen, sondern der reaktionären Partei angehören, würde die demokratische Partei zum Kinderspott werden. Sie würden es sicher dahin bringen, daß die Stimmen sich zersplittern, und daß, troß des Sieges vom 30. Nov., zuletzt das Resultat des 7. Dezember ganz oder theilweise zum Vortheil der Constitutionellen ausfiele, welche nach dem Ergebniß des 30. Nov. durchaus keinen Anspruch auf einen Erfolg am 7. Dezember haben können.

Wie kann man es wagen, nach dem 30. Nov. einen Scheurl oder Lerchenfeld in Nürnberg vorzuschlagen? Schon dieser Vorschlag ist eine Beleidigung, die eine derbe Lektion verlangt. Wir haben nichts gegen den Privatcharakter dieser Männer. Aber sie können den Wahlmännern, welche von der demokratischen Partei durchgesetzt wurden, nun und nimmermehr als Candidaten vorgeschlagen werden. Weiß man, was durch ihre Erwählung ausgesprochen wäre? Nichts anderes, als daß man wieder eine Kammer wolle, wie die vorige, welche sich nach den Merztagen vor ganz Europa blamirt hat. Wir wollen nicht auf die einzelnen Beschlüsse dieser Kammer zurückkommen. Dieß würde uns zu weit führen. Wir erinnern, da eine der wichtigsten Vorlagen bei dem bevorstehenden Landtage der Entwurf eines Preßgesetzes durch den, wie Jedermann einsieht, die Möglichkeit einer freien politischen Fortentwickelung vorzugsweise bedingt ist, nur an jene skandalöse Sizzung der vorigen Kammer, als der Minister Thon-Dittmer wegen der Confiscation der Schwabacher Volkszeitung interpellirt, ausrief: „Es ist darin von Winkelfürsten die Rede, Preßfreiheit haben wir, aber versteht man die Preßfreiheit so?“ — und die Kammer schwieg. Die Kammer schwieg, die Kammer gab durch ihr ehrloses Schweigen zu, daß die Preßfreiheit nur so zu verstehen sei, daß man schreiben könne, wie die Regierung es wünsche. Wollt Ihr eine Kammer, welche durch drakonische Preßgesetze jede freie Bewegung der Presse vernichtet, welche durch Präventiv- und Strafbestimmungen das Vereinigungs- und Versammlungsrecht vernichtet, welche der Krone die größtmöglichsten Rechte der Vertretung gegenüber gewährt und die Rechte der letzteren, wie die reaktionäre Partei im Korrespondenten durch tadelnde Hinweisung auf den preußischen Steuerverweigerungsbeschluß dies schon deutlich ausspricht, der Krone gegenüber bis zu einem Minimum zusammenschrumpfen läßt, welche überhaupt durch unbedingtes Jasagen alles von der Regierung Dargebotene dankbarst genehmigt — wenn Ihr das wollt, dann wählt einen Professor Scheurl. Von Lerchenfeld, dem Minister, wollen wir gar nicht reden. Wir denken aber, die Franken könntet es, ihrer Ehre unbeschadet, den Bayern überlassen, einen Minister zum Abgeordneten zu wählen.

Möchten unsere Worte nicht ganz verloren gehen, wenn wir die demokratischen Wahlmänner dringend ersuchen, vor heuchlerischen und volksverrätherischen Einflüsterungen sich zu hüten und bei dem bevorstehenden wichtigen Akte mit der

Energie, Standhaftigkeit und Parteitaktik zu verfahren, welche allein einen Erfolg möglich machten.

Die Demokraten in der Stadt und vom Lande müssen Eins seyn, sie müssen eine kompakte, untrennbare Masse bilden, an welcher alle Spaltungsversuche, alle Beredungen der konstitutionellen Partei scheitern. Die Wahlmänner vom Lande werden sich gewiß über zwei von den demokratischen Wahlmännern der Stadt zu Abgeordneten vorgeschlagene Demokraten einigen können, und die Wahlmänner der Stadt werden gewiß für einen von den ländlichen Wahlmännern vorgeschlagenen Candidaten leicht gewonnen werden können, da das Land ja ebenfalls nur einen „Demokraten" in Vorschlag brinegn wird. Hat man sich bei den Vorberathungen über die durchzusetzenden Candidaten geinigt, so bleibe man fest und unerschütterlich. Gönnt nicht den Gegnern den Triumph, Euch betrogen zu haben. Gönnt ihnen nicht die Freude getrennt zu haben, wo nur Einigkeit zum Sieg führen kann. Ganz Bayern sieht auf Euch! Unauslöschlich wäre jetzt die Schmach einer Niederlage oder eines nur theilweisen Sieges; glanzend und folgenreich wird der Triumph seyn, wenn der Sieg vom 30. Nov. mit derselben Energie und Entschiedenheit verfolgt wird, mit welcher er erkämpft wurde.

Vereinigte Staaten von Deutschland.

* Nürnberg, 4. Dez. Der Korrespondent mahnt in einem Leitartikel, Männer zu Abgeordneten zu wählen, welche mit dem Freimuth Besonnenheit vereinen, und sagt wörtlich also: „Zeichnen die Männer des nächsten Landtags sich nicht ebenso sehr durch diese Besonnenheit als durch Freimuth aus, dann könnten wir in Bayern denselben beklagenswerthen Zerwürfnissen entgegengehen, wie wir sie in Preußen bereits vor uns haben." Wenn der Korrespondent als ein Organ der „guten", d. h. der von den Regierungen protegirten Presse dieß sagt, so müssen wir daraus entnehmen, daß die bayerische Regierung gegen den nächsten Landtag dieselbe Stellung einzunehmen entschlossen ist, wie die preußische Regierung gegen die Vereinbarungsversammlung und denselben mit Bajonetten auseinander sprengen lassen will, sobald er einen Weg einzuschlagen für gut findet, welcher der Regierung nicht gefällt. Um so mehr thut es Noth, energische, unbestechliche Volksmänner zu wählen, denn wenn auch die preußischen Vertreter in ihrem guten Rechte unterliegen sollten, so hat doch ihr Beispiel Tausende für die Freiheit und für die Rechte des Volkes begeistert, und es wird die Stunde sicher kommen, in der das Vaterland sie als seine besten Söhne, als seine Retter begrüßen wird.

* Nürnberg, 4. Dez. Man erfährt nun, daß der edle Gagern hauptsächlich dazu nach Potsdam ging, um dem König die deutsche Kaiserkrone zu übertragen. Die Frankfurter Versammlung will also den König von Preußen gerade in dem Augenblick zum deutschen Kaiser machen, in welchem er selbst sich als König von Preußen unmöglich macht. Auch diesen Hohn will man noch dem deutschen Volke, zumal dem Volke von Süddeutschland bieten! Und warum denn nicht? Man hat ja „Reichstruppen", um diejenigen todt zu schießen, welche dem neuen Kaiser nicht entgegenjubeln. —

* Nürnberg, 4. Dez. Wie wir hören, wird morgen in der öffentlichen Magistratssitzung die Bürgeraufnahme des Hrn. Kaufmann Schmitt zur Verhandlung kommen, den die demokratische Partei als ihren Hauptkandidaten um die Abgeordnetenstelle aufgestellt hat. Wir glauben, darauf aufmerksam machen zu müssen, damit diese für die demokratische Partei wichtige Sitzung zahlreichen Besuch erhält.

F München, 1. Dez. Die Aeußerung oder vielmehr das unumwundene Bekenntniß eines ganz neuen Staatsmannes scheint wirklich wahr werden zu wollen, als blose Worte; denn wenn man gewillt ist, — „die Herrschaft der Feder mit der des Eisens zu vertauschen", so darf sich wohl Jeder fürchten, der Furcht kennt. Bald wird unsere Stadt mit neun Bataillons Linien-Infanterie erfüllt seyn, von denen wahrscheinlich ein Theil auf die nahe gelegenen Ortschaften verlegt wird, da schon einige Regimenter von der Iller im Anmarsche sind. — Gedanken hierüber, seyen es auch trübe, sind zollfrei. — Der Rektor hiesiger Universität erließ an die Studirenden das Verbot, ferner in der Aula oder einem Hörsaale eine Studentenversammlung zu einem politischen Zwecke zu halten. Nach seiner Aussage könne er nur noch die Repräsentantenversammlungen im Universitätslokale dulden, welche sich ausschließend mit rein-akademischen Angelegenheiten zu befassen haben. Ebenso dürfen die akademischen „Bürger" künftig keine Anschläge im genannten Gebäude anheften, worin zu einer allgemeinen Versammlung auch außer der Universität eingeladen wird. Somit ist das freie Vereinigungsrecht, das nach den Märztagen den Studirenden gewährleistet und bis jetzt nie auf solche Art angegriffen war, faktisch vernichtet. Und zu solchen Schritten sieht sich der Rector nach seinem eigenen Geständnisse genöthigt durch das fortwährende Drängen — — des bayerischen Ministeriums! Wie man allgemein vernimmt, soll das Fest zu Ehren des großen Volksmannes und Freiheitskämpfers Blum am Montag mit außerordentlicher Feierlichkeit begangen werden. Das Comité gibt sich alle Mühe, und die meisten Vereine, die Turner, Polytechniker und Studenten haben bereits ihre Theilnahme erklärt. Auch drei Musikchors sind gesonnen, unentgeltlich sich zur Disposition zu stellen. So zeigt sich denn auch in den „ruhigsten" Städten die rege Theilnahme zu dieser Feier und die Begeisterung für Robert Blum. Hoffentlich werden festliche Demonstrationen nicht der einzige Nachhall seyn, der sich in ehr- und freiheitsliebenden deutschen Herzen erhält und es wird sich in Bezug auf jenen Mord mehr als je der Ausspruch Schillers bewahrheiten: „Die Weltgeschichte ist das Weltgericht."

(F.) München, 2. Dez. Vor einigen Tagen erschien hier der Aufruf der vereinigten Linken „an das deutsche Volk" und das Programm des Märzvereines, was von Bürgern und mehr noch vom freisinnigern Theile der Studentenschaft mit Freude aufgenommen und als eine neue Morgenröthe am Horizonte unseres umwölkten, trüben, politischen Himmels begrüßt wurde. Heute konstituirte sich auch sogleich der hiesige demokratische Verein als ein Zweigverein des oben bezeichneten. Bei unserem demokratischen Verein ging außerdem der zu beachtende Antrag durch, daß seine Sitzungen von nun an öffentlich seyn sollen. — Hinsichtlich der Verkümmerung der Rechte unserer Studirenden geschahen von ihrer Seite bereits Schritte, indem eine Deputation an das Ministerium geht, um mit Energie in dieser Angelegenheit aufzutreten. Ein erfreuliches Zeichen von dem allmählich wieder erwachenden Geiste unter den Studenten ist auch die Wahl eines Ausschusses, der für die Organisirung des akademischen Freikorps zu sorgen hat. Die Theilnahme an diesem Institute war nämlich in letzter Zeit gar nicht groß, so zwar, daß sich die Anzahl der Bewaffneten nur auf 250 belaufen soll. Und Schade wäre es wahrlich, wenn jetzt in dieser kritischen Zeit eine für Freiheit und wahre Gesetzlichkeit begeisterte und mit Bildung ausgerüstete Jugend die Waffen aus den Händen legte oder die noch übrigen von der Kommandantschaft, weiß der Himmel wohin, abliefern ließe! Wir glauben nicht, daß jene, die im März die Vorkämpfer der Freiheit waren, jetzt sich eine solche Saumseligkeit werden zu Schulden kommen lassen. — Die Wahlen sind bis jetzt, wie Sie wissen werden, nicht zum Besten ausgefallen; nur der „Vaterlandsverein" brachte 55 seiner Kandidaten durch. Es darf uns dieß nicht wundern, da eben München in Alt-Bayern liegt. Manche der Wählenden setzten den Parteiunterschied ganz bei Seite und schrieben auf ihre Zettel nur Leute aus dem Gewerbstande. Das hiesige Tagblatt setzt seine Hoffnungen für gute Abgeordnete auf die drei Franken, einen Theil von Schwaben und auf die Pfalz. Aus diesen Kreisen erwartet es — „Männer."

München, 2. Dec. Durch mehrere bayerische Blätter geht eine Erzählung von einer angeblichen Differenz, die sich zwischen zwei Mitgliedern des Ministeriums in einem Ministerrathe erhoben hätte, und in Folge welcher sogar eine Ministerkrise eingetreten wäre. Lediglich um die ganze Sache kurz abzuschneiden, glauben wir aus zuverläßiger Quelle versichern zu können, daß an der ganzen Erzählung kein wahres Wort ist. Hiemit fällt also auch die angebliche Enthebung des Generallieutenants v. Lesuire von seinem Posten als Kriegsminister in nichts zusammen. Dasselbe gilt von der angeblichen Anwesenheit des Frhrn. Max v. Gagern dahier und von allen Angaben, die sich daran knüpften.

(N. M. Z.)

Wien, 28. Nov. Der Reichstag hat durch Verwerfung der Reichstagssitzungen in den letzten Tagen des Oktober die Oktober-Revolution desavouirt. — Die Minister haben ein Programm veröffentlicht, von welchem die A. allg. Z. und der Korrespondent

v. u. f. Deutschland behaupten, daß es sehr freisinnig sey. Worte, Worte, Worte. Durchaus falsch ist, daß es einen innigen Anschluß an Deutschland ausspreche. Es ist das gerade Gegentheil der Fall. Es will ein verjüngtes Oesterreich, und erst, nachdem dieses geschehen sey, können dessen Beziehungen zu Deutschland staatlich bestimmt werden. Italien soll unterjocht werden.

DC Berlin, 28. Nov. Die Brutalitäten gegen die Mitglieder der Nationalversammlung haben, nachdem die Hoffnung der Minister, sie nach Brandenburg zu ziehen, zu nichte geworden ist, mit einer in der Geschichte bis jetzt unerhörten Schamlosigkeit von Neuem begonnen. Dreimal hat Wrangel im Laufe des gestrigen Tages die bei Mylius versammelte Linke durch Militär sprengen lassen; beim dritten Mal wurden die Abgeordneten, welche sich weigerten, das Lokal zu verlassen, durch die Soldaten mit Gewalt auf die Straße geschleppt. Unter den kommandirenden Offizieren befand sich wieder der Adjutant des Generals Wrangel, Herr v. Blücher. Auf die Frage, in wessen Namen er handle, antwortete derselbe: „Im Namen des allerhöchsten Gesetzes,“ fügte aber gnädig hinzu: „Wenn die Herren sich auf Ehrenwort verpflichten, nicht über Politik zu sprechen, will ich sie sitzen lassen.“ Auf ähnliche Art, wie die Mitglieder der Linken, wurden die übrigen Fraktionen aus ihren Versammlungslokalen vertrieben. Das Centrum im Hotel du Russie wurde durch Konstabler gesprengt. Allein es genügte dem Ministerium nicht mehr, die Versammlungen der Abgeordneten durch Militär zu sprengen — sie sollen jetzt von vorn herein unmöglich gemacht werden. Es hat daher der „Kommandeur in den Marken“ gestern eine Ordre publizirt, welche allen Besitzern von Gasthöfen und Privathäusern verbietet, irgend Zusammenkünfte von Abgeordneten zu dulden. Wer dagegen handelt, dem wird sein Haus geschlossen, so lange der Belagerungszustand dauert. Auf solche Weise tritt man nicht bloß die heiligsten politischen Rechte der Nation mit Füßen, Herr Wrangel hat durch diese Ordre in das Privatrecht der Bürger eingegriffen. In der verflossenen Nacht hat eine Abtheilung Soldaten die Druckerei der Nationalversammlung überfallen, die Pressen demolirt und mehrere Tausend Drucksachen mit fortgenommen.

DC Berlin, 29. Nov. Der Eindruck der Brandenburger Versammlung ist ein über alle Massen kläglicher; selbst Mitglieder der äußersten Rechten machen daraus keinen Hehl; ihre tägliche Beschäftigung bestand bis jetzt in Namensaufruf und Vertagung. Die Minister hoffen durch die Mißhandlung der hier befindlichen Abgeordneten und durch die Entziehung der Diäten diese Deputirten nach Brandenburg zu treiben. Wie zu erwarten hat diese elende Operation die entgegengesetzte Wirkung. Nie waren die Abgeordneten entrüsteter und entschlossener als jetzt. — Wird die Brandenburger Versammlung vollzählig werden? Man glaubt hier nicht daran. Die Regierung wird zwar die Stellvertreter nach Brandenburg rufen. Das Volk wird sich aber, so erwartet man, widersetzen, wenn sich Stellvertreter finden sollten, die ehrlos genug wären, diesem Ruf des Ministeriums zu folgen. — Der König hatte den Plan, in Brandenburg eine Verfassung zu proklamiren, als deren Hauptredakteur Hr. von Gerlach genannt wird. Man hat jedoch diese Idee aufgegeben, weil Hr. v. Vinke erklärt hat, daß ihre Ausführung ein Verlassen des „Rechtsbodens“ sey. Für den Fall, daß die Versammlung in Brandenburg beschlußfähig würde, lag es im Plane der Minister eine Reihe von Gesetzen vorzulegen, welche der „Revolution ein Ende“ machen sollten. Als solche werden uns genannt: 1) ein Preßgesetz mit hohen Cautionen; 2) Beschränkung des Associationsrechtes, Aufhebung desselben in Berlin; 3) Beschränkung der Nationalversammlung auf die Berathung der Verfassung und 4) ein wirksames Tumultgesetz. Da nun die Versammlung nicht beschlußfähig ist, sollen, wie bereits gesagt, die Stellvertreter einberufen, und dann dieser letztere Plan durch die Brandenburger Versammlung ausgeführt werden. Zu der Aufgabe des Volks, das Eintreten der Stellvertreter unter allen Umständen zu verhindern, gehört die zweite, den Abgeordneten in Berlin die Existenz zu sichern. Gelingt es, die Nationalversammlung, hier zu erhalten, und werden die Brandenburger nicht beschlußfähig, so wird die Regierung gezwungen seyn, entweder der Nationalversammlung sich zu unterwerfen, oder zu neuen noch größeren Gewaltstreichen zu schreiten, deren es vielleicht bedarf, um das Maaß des Verraths voll zu machen. Die Abgeordneten wollten heute gemeinschaftlich im Mielentz'schen Saale speisen; es ist durch Drohungen gegen den Wirth gelungen auch dieß zu hintertreiben. —

Brandenburg, 1. Dez. In preußisch Kremsier wie in österreichisch Kremsier siegt der Absolutismus über die Constitution. Es traten heute mehrere Abgeordnete des Centrums und der äußersten Linken ein, unter Andern Kirchmann, Krackrügge u. s. w. Die Versammlung wird dadurch beschlußfähig. 260 sind anwesend. Nach langer Debatte darüber, ob das Wort zu einer persönlichen Bemerkung vor der definitiven Constituirung zu ertheilen sei, erhält endlich Schneider das erbetene Wort: Im Namen mehrerer meiner politischen Freunde, u. in meinem eignen Namen lege ich folgende Erklärung nieder: „Wir Unterzeichnete erklären, daß wir, festhaltend an dem Beschluß der Nationalversammlung vom 9. Nov., fortdauernd der Krone das Recht bestreiten, die Nationalversammlung von Berlin zu verlegen, sie zu vertagen oder aufzulösen. Nachdem die Fortsetzung der Berathungen der Nationalversammlung in Berlin durch Militärgewalt verhindert, und versucht worden ist, die hiesige Minorität, wenn auch auf ungesetzlichem Wege, durch Einberufung der Stellvertreter zu vervollständigen, erscheinen wir hier in Brandenburg, alle andern Rücksichten dem Wohle des Landes opfernd. Brandenburg, d. 1. Dez. 1848.“ (Folgen etwa 40 Unterschriften, die Namen v. Unruh, Phillips, Plönies und Schneider an der Spitze.) Hierbei habe ich zu bemerken, und Ihnen im Auftrage des Präsidiums mitzutheilen, daß die Präsidenten v. Unruh, Phillips und Plönnies hier nicht haben erscheinen können, weil sie mit der Einberufung der noch fehlenden Mitglieder der Nationalversammlung nach Brandenburg noch beschäftigt sind. (Lachen auf der Rechten.) Alterspräsident v. Brünneck: Es liegt ein Antrag des Abg. Parrisius vor, auf Vertagung der Sitzung bis Montag 10 Uhr. Ich muß bemerken, daß §. 31 sehr genau bestimmt, daß Anträge auf Tagesordnung und Vertagung der Discussion den Vorzug haben sollen. Es handelt sich hier aber um Vertagung der Sitzung. Ich stelle daher die Frage: ob sofort zur Constituirung des Bureau übergegangen werden soll? (Unruhe, von vielen Seiten wird widersprochen. Abg. Moritz und Andere verlangen namentliche Abstimmung. Abgg. Kunth, Parrisius, Duncker, Bornemann machen Bemerkungen über die Fragestellung. Der Alterspräsident läutet fortwährend mit der Glocke. Er ruft: Hören Sie doch nur! Abg. Weichsel: Dies Local ist nicht zum Hören. Man kann hier kein Wort verstehn!) Endlich beginnt der Namensaufruf. Das Resultat ist: 113 für, 145 gegen die Vertagung. Alterspräsident v. Brünneck: Wir schreiten also zur Constituirung des Bureau Abg. Schneider (zur Geschäftsordnung): Ich habe vorher schon darauf aufmerksam gemacht, daß das Präsidium damit beschäftigt ist... (Lärm.) Alterspräsident v. Brünneck: Das ist keine Bemerkung zur Geschäftsordnung. Abg. Schneider: Diese wird sofort erfolgen, und ich glaube, daß die Redefreiheit auch in Brandenburg beachtet werden wird. Es sind noch mehrere Abgeordnete hieher zu berufen. Als Sekretär der Nationalversammlung weiß ich, daß über hundert Mitglieder noch nicht berufen sind. Der Antrag auf Vertagung schien deshalb durchaus nothwendig. Gegenwärtig, da wir sehen, daß Sie auf die Vertagung nicht eingehen wollen, sind wir genöthigt, für heute den Saal zu verlassen. Abg. Baumstark: Es ist hier davon die Rede gewesen, daß ein Präsid. v Unruh u. Vizepräsidenten mit Einberufung von Abgeordneten beschäftigt sind. Wir kennen keinen Präsidenten v. Unruh. Abg. Weichsel: Gesetzlich ist, daß die Mitglieder durch das Präsidium eingeladen werden. Es steht keineswegs fest, daß der Staatsanzeiger von jedem Abgeordneten gehalten oder gelesen werden muß, am wenigsten wegen der Erlasse eines Ministeriums, das wir nicht anerkennen können. (Bravo! und ungeheuerer Tumult.) Es verlassen nun an 90 Mitglieder den Saal. Man will nun das Bureau constituiren. Es sind aber nur noch 172 Mitglieder da, also die Versammlung nicht mehr beschlußfähig. Nun kommt Simons mit seinem Antrag: Die Stellvertreter einzuberufen für alle bei dem letzten Namensaufruf Abwesenden. Trotz der Beschlußunfähigkeit der Versammlung kommt man nach längerer Debatte zur Abstimmung. Wachsmuth u. A. verlangen namentliche Abstimmung, um dem Lande zu zeigen, wer einen solchen unrechtmäßigen Beschluß faßt. Der Antrag wird mit großer Majorität angenommen werden. (Abgang des Dampfwagens.) (D. a. Z.)

P Erfurt, 29. Nov. Die mehrsten Nachrichten über die hiesigen Vorfälle vom 24. sind entweder absichtlich übertrieben oder durch völlige Unkenntniß der Ursachen entstellt. Schon am Abend vor dem Zusammenstoß waren an die Soldaten der Linie scharfe Patronen ausgetheilt und die Truppen für den andern Morgen in den Kasernen mit Gepäck marschfertig bestellt worden. Als am Morgen des 24. die Landwehr der Einkleidung sich widersetzte und

die Arbeiter von Erfurt in großen Haufen sich zu denselben gesellten, wurde durch Signalhörner die Bürgerwehr zusammenberufen. Aber noch lange, bevor die Bürgerwehr vollständig erschienen war, somit noch keine gütlichen Versuche friedlicher Beilegung gemacht haben konnte, wurde schon das Militär durch Generalmarsch allarmirt und mußte sich in herausfordernder Position der Bürgerwehr gegenüber aufstellen. Als darauf eine Deputation Seitens der Bürger zum General von Voß ging, um Vermittelungsvorschläge in Betreff der Landwehr zu machen, erklärte plötzlich der Oberführer der Bürgerwehr (Landrentmeister Bliesener, ein Mann, dem die Bürgerschaft ein volles Vertrauen schenkte), daß er mit seinen Kräften nichts auszurichten vermöge, und die Räumung der Straßen dem Militär anheim geben müsse. Von nun ab ging es Schlag auf Schlag und man konnte deutlich sehen, wie ein Zusammenstoß um jeden Preis provocirt werden sollte. Noch ehe ein Schuß Seitens der Bürger gefallen war, wurde der Bürgerwehr vom Militär befohlen, auseinander zu gehen. Ein dreimaliger Trommelwirbel sollte das Zeichen seyn; würde bis dahin die Bürgerwehr nicht vollständig den Platz verlassen haben, so solle der Belagerungszustand (!) erklärt werden. Noch war diese Kunde kaum durch die Massen gedrungen, als auch schon das verhängnißvolle Trommelsignal vorbei und der ersehnte Belagerungszustand fertig war. Ein jeder Vorurtheilsfreie wird leicht einsehen, daß durch solche militär-despotische Maßregeln der gerechte Unwille der Bürgerschaft gereizt, ja offen zum Wiederstand herausgefordert wurde. Ein Schuß — und der Straßenkampf war fertig. Es ist dieß ein neuer Beweis von dem System, nach welchem nicht nur Preußen, sondern ganz Deutschland wieder absolutistisch unterknechtet werden soll. Die demokratische Partei unserer Stadt, welche durch ihre überwiegend große Zahl während des verflossenen Sommers einen wesentlichen Einfluß ausübte, hatte sich bisher stets so vorsichtig innerhalb der Grenzen zu halten gewußt, welche die gegenwärtige Staatsform noch nothwendig machte, daß man weder ihr selbst als Korporation, noch den einzelnen Führern irgend Etwas anhaben konnte. Ein Hauptstreich sollte alle Entschiedenen in die Hände der reaktionären Regierung liefern, und dazu war der 24. gewählt. Ob zwar die Demokraten in einer am 23. Abends abgehaltenen großen Versammlung ihrem ersten Ordner Buchhändler Berlepsch feierlichst versprochen hatten, sich am andern Tage durch keine unüberlegte Handlung zu Schritten hinreißen zu lassen, welche irgendwie schädliche Folgen für die Sache der Demokratie in Thüringen nach sich ziehen könnten, so widerstanden sie leider der Versuchung nicht, welche den unseligen Putsch vom 24. herbeiführte. Die Stimmung zwischen dem größten Theil der Soldaten und den Bürgern war bisher eine durchaus freundliche gewesen, und den unermüdeten Bstrebungen der Führer der demokratischen Partei war es gelungen, den größten Theil des hier garnisonirenden Militärs zu demokratisiren. Buchhändler Berlepsch ist nicht, wie fast alle Blätter versicherten, gefangen, sondern soll, nach einigen Angaben, in Berlin, nach anderen in Hamburg sich aufhalten. —

Tilsit, 20. Nov. In sämmtlichen russischen Zeitungen steht eine Erklärung des Kaisers Nikolaus, „er werde nicht dulden, daß seinem geliebten Schwager vom aufständischen Volke irgendwie seine Macht geraubt werde; er werde auf den ersten Wink mit 500,000 Mann braver Truppen einrücken, um die Ordnug wiederherzustellen." Das Militär soll überall marschfertig sein.

* Darmstadt, 30. Novbr. Das von hier verlegte II. Regiment ist nach dem Ehrenbreitstein bestimmt, da die preußischen Truppen als mobile Kolonnen Subsistenzmittel für das rebellische Königthum beitreiben müssen. Es erfuhr seine Bestimmung erst in Vilbel, im Augenblick des Abmarsches. Die Officiere sollen hier am Abend vor dem Abmarsche verpflichtet worden sein, nicht von demselben zu sprechen. Herr Peucker war am Morgen des Abmarsches hier und hielt eine Rede an die Soldaten, in welcher er ihnen für die nächste Gelegenheit das Standrecht in Aussicht stellte. Die Standrede Hrn. Peuckers soll nicht mehr Eindruck gemacht haben, als seine Parlamentsreden. (N. D. Z.)

* Altenburg, 1. Dez. (Fürstliche Abdankungs-Komödie.) Drei Aktenstücke sind gestern veröffentlicht worden. 1) Joseph von Gottes Gnaden rc. verzichtet auf die Regierung des Landes Altenburg zu Gunsten des vielgeliebten Bruders Georg, „Hoheit und Liebden." Als Grund dieses Entschlusses wird angeführt: „die gestörten Beziehungen zwischen Uns u. unsern geliebten Unterthanen und der Wunsch, eine Ausgleichung zwischen Fürst und Volk nach Kräften zu erleichtern." 2) Georg von Gottes Gnaden rc. erklärt den Antritt der Regierung und versieht sich zu sämmlichen Unterthanen, daß sie unverbrüchliche Treue und Gehorsam leisten werden, wie es pflichtbewußten Unterthanen gegen ihre Landesherrschaft und Obrigkeit gebührt. (Sollte man nach dieser Sprache nicht glauben, der März 1848 liege hundert Jahre hinter uns?) 3) Rührende Abschiedsworte des Herzogs Georg: Liebe, Verkennung und Mißdeutung, göttlicher Beruf, scheidet in Frieden und ohne persönlichen Groll u. s. w. Was ist der langen Worte kurzer Sinn? Die Altenburger haben den Herrn gewechselt. Sie haben statt eines heiligen Joseph, einen heiligen Georg, sie müssen statt einer Civilliste eine Civilliste und eine Pension bezahlen und der Georg wird, gleichwie der Joseph, mit Hülfe von „Reichstruppen" seine getreuen Unterthanen landesväterlich regieren.

Italien.

Briefe aus Rom vom 25. Nov. Abends melden uns die in der Nacht vom 24. auf den 25. erfolgte Flucht des Papstes nach Civitavecchia, wo er sich an Bord der französischen Schiffe begeben haben wird. Der französische Gesandte hatte Se. Heil. begleitet. Da diese Flucht schon in der Sitzung der französischen Nationalversammlung von 28. angezeigt wurde, mit dem Bemerken, die Meldung darüber sei schon am 25. eingelaufen, so ergibt sich daraus, daß es eine zwischen der französischen Regierung oder ihrem Gesandten und dem Papst im voraus abgeredete Sache war. (A. A. Z.)

Amerika.

General Taylor ist zum Präsidenten der vereinigten Staaten von Nordamerika erwählt worden.

Gedruckt — unter Verantwortlichkeit der Verleger — bei J. L. Stich.
Expedition S. 39 im Gasthof zum König Otto II. Etage.

Freiblatt

Der freie Staatsbürger.

Erscheint täglich. Preis in ganz Bayern vierteljährlich 1 fl. 30 kr., halbjährlich 3 fl., jährlich 6 fl.

Organ der Demokratie.

Inserate werden die dreispaltige Petitzeile zu 3 kr. berechnet. Die Abonnenten haben für die Hälfte des Abonnementpreises Inserate frei.

Nr. 64. Nürnberg, Mittwoch, den 6. Dezember **1848.**

Einladung.

Es ist dem hiesigen und dem benachbarten Publikum, welches für die Beziehung der hiesigen Zeitungen nicht an die Post gebunden ist, neben den halb- und vierteljährigen Bestellungen auch von uns der Vortheil des Monatsabonnements à 30 kr. per Monat, geboten, und wir laden deshalb beim Beginn des neuen Monats alle hiesigen und benachbarten Freunde der Demokratie, zur nachträglichen Bestellung unseres Blattes auf den Monat Dezember hiemit ein.

Die Expedition des freien Staatsbürgers.
Winklerstraße S. Nro. 39. über 2 Stiegen.

An die Wahlmänner vom Volksverein.

M Wir haben vor einigen Tagen eine Verbindung zwischen dem politischen und dem Volksverein in Nürnberg, welche beide darin übereinstimmen, daß sie die entschiedene Durchführung des demokratischen Prinzips wollen, dringend angerathen. Wir haben noch heute dieselbe Ansicht, aber wir glauben andrerseits auch, daß der Volksverein es für seine Pflicht halten sollte, einen bestimmten und entschiedenen Charakter anzunehmen, und nicht ferner Menschen einen Einfluß und eine bevorzugte Stellung zu gestatten, welche sich mit aller Beflissenheit, ja mit Raffinement ein Geschäft daraus machen, die demokratische Partei zu kompromittiren und mit Schmach zu bedecken. Wir finden den wahren Charakter des Volksvereins ausgesprochen in seiner Adresse an die Nationalversammlung nach dem Beschluß vom 5. September, in seinen Erklärungen gegen den Abgeordneten Krafft, wir finden ihn ausgesprochen darin, daß er einem von der ganzen demokratischen Partei hochgeachteten Mann, Hrn. **Schmitt**, den Vorsitz übertrug. Dadurch hat der Volksverein sich als ein demokratischer Verein beurkundet, als ein Verein, welcher die Rechte des Volks zur Anerkennung gebracht, die Volkssouveränetät und die Ehre Deutschlands gewahrt wissen will. Aber schlecht stimmt es hiezu, daß noch Menschen in seinem Ausschusse sich geltend machen können, welche jetzt, in den Tagen des Kampfes, in den Tagen, in welchen die Ehre der demokratischen Partei auf dem Spiele steht, plötzlich den Gegnern in die Hände arbeiten, Menschen, welche einen **Lerchenfeld**, einen Prof. **Scheurl** vorzuschlagen die Stirne haben, nachdem sie von der demokratischen Partei gewählt worden sind, um entschiedene Volksmänner in die Abgeordnetenkammer bringen zu helfen.

Wir — und wir sprechen hier unsere individuelle Ansicht aus — haben den Männern, deren verrätherisches Treiben jetzt offen zu Tage liegt, niemals getraut. Der Eine dieser Männer, die wir hier im Auge haben, spielte von Anfang der Bewegung ein **falsches Spiel**. Erst Republikaner, dann Anhänger Eisenmanns und Begleiter desselben auf seiner famosen Expedition nach Bamberg, um die Republikaner dort niederzuschmettern, und Verfasser von Zeitungsartikeln, welche den angeblichen Sieg des monarchischen Prinzips daselbst bejubelten, nahm er alsbald eine vermittelnde, d. h. eine achselträgerische, zweideutige, heuchlerische Stellung ein, als die demokratische Partei hier erstarkte, und es muß als unbegreiflich bezeichnet werden, daß es ihm möglich war, diese Stellung zu behaupten, ohne der Verachtung aller Parteien zu verfallen. Schon im Mai spielte er ein falsches Spiel mit dem politischen Verein, indem er ihn veranlaßte, die Adresse gegen den Siebenzehnerentwurf einer durch das berüchtigte Volksversammlungscomité zu berufenden Volksversammlung vorzulegen, wobei er allgemeine Zustimmung in Aussicht stellte und namentlich von sich erklärte, daß er zuerst die Adresse unterschreiben werde, während er in Wahrheit nicht bloß das letztere nicht that, sondern auch als Präsident jener Volksversammlung den politischen Verein ruhig den Schmähungen derjenigen preisgab, deren Zustimmung zur Adresse er in Aussicht gestellt hatte. Vergebens suchte dieser Mann lange Zeit einen Verein zu bilden, durch den er seine Persönlichkeit heben lassen wollte, und als der politische Verein einen Augenblick vernichtet schien, glaubte er die Gelegenheit dazu in dem Volksverein zu finden, in welchem er sich auch bisher durch Zweideutigkeit, Schwanken, Kokettiren mit demokratischen Phrasen zu halten vermochte, obwohl die große Mehrzahl der Mitglieder bei jeder Gelegenheit bewies, daß sie, im Gegensatz zu ihm, es ehrlich und redlich mit der Demokratie meint. Glaubte aber der Volksverein bisher diesem Mann eine Stellung gönnen zu dürfen, so ist dieß doch fortan eine Unmöglichkeit, nachdem derselbe, **Er, ein Demokrat**, Lerchenfeld und Scheurl zu Abgeordneten vorgeschlagen hat. Wollen die redlichen Demokraten im Volksverein nicht die Ehre ihrer Partei aufs gewissenloseste preisgeben, so müssen sie sich von einem Manne lossagen, der in solcher Art das in ihn gesetzte Vertrauen verrathen hat. Sie mögen sich dazu Glück wünschen, wenn sie diesen Mann zu ihrem Feind haben. Als **Feind** brauchen sie ihn wahrlich nicht zu fürchten, aber als **Freund** ist er fürchterlich, denn er macht der Partei **Schande** —

Aehnliches ist von einem andern Mitglied des Volksvereins zu sagen, der den Ersteren bei seinen Vorschlägen unterstützt und die Hoffnung zu hegen scheint, daß in Folge von Verwirrung und Stimmenzersplitterung seine eigene kleine Person aus der Wahlurne hervorgehen könnte. Zweideutigkeit, Doppelzüngigkeit und das Bestreben, nach unten zu kokettiren, und dabei nach oben sich „möglich" zu erhalten, zeichnen auch diesen Herrn aus.

Wir lieben es wahrlich nicht, uns mit Persönlichkeiten zu befassen. Aber wir wissen, wie sehr diese Herrn bemüht sind, ein der Volkssache günstiges Resultat der Wahl zu hintertreiben, wir wissen, wie sie Verwirrung und Zersplitterung herbeizuführen suchen, um im Trüben fischen zu können, und deshalb halten wir es für eine heilige Pflicht, die Wahlmänner vor den Umtrieben dieser angeblichen Demokraten zu warnen, denn es handelt sich nicht bloß darum, daß dieser oder jener einzelne Candidat durchgesetzt werde, es handelt sich in unsern Augen um weit mehr, es handelt sich um die Ehre der demokratischen Partei, der — man mag sagen was man will, ganz allein das Verdienst gebührt, in Franken ein politisches Leben, eine politische Regsamkeit erzeugt zu haben, so daß die bessern Männer der übrigen Provinzen mit Achtung nach Franken blicken!

Wollt Ihr diese Ehre in Schmach verwandeln?

wollt Ihr unsern Gegnern einen Triumph bereiten, den sie nach dem Ergebniß des 30. Nov. nicht mehr ahnen konnten, wollt Ihr überdieß mit Eueren Abgeordneten in München dieselben traurigen Erfahrungen machen, welche Ihr mit Hrn. Krafft machtet, — dann gebt Euch in die Schlingen dieser zweideutigen Herren hin, und laßt Euch als Werkzeuge benutzen für eigennützige Zwecke. Wollt Ihr dagegen die Ehre der demokratischen Partei rein erhalten, wollt Ihr der Volkssache einen Sieg und nicht eine Niederlage verschaffen, wollt Ihr Angesichts der Reaktion, der Belagerungszustände, welche unsere „constitutionellen" Minister auch unseren bayerischen Städten zudenken, ein kräftiges Wort für die ewigen Rechte des Volkes aussprechen, wollt Ihr die Redlichkeit krönen und den Verrath strafen — so wendet Euch ab von jenen doppelzüngigen Personen, verschließt Euere Ohren gegen ihre heuchlerischen Reden und haltet fest und unerschütterlich zu den entschiedenen Männern des Volkes. Ganz Bayern, ganz **Deutschland** wird dann Euerer Wahl zujauchzen, und Nürnberg wird vom 7. Dez. an die **erste Stadt Bayerns** seyn!

Vereinigte Staaten von Deutschland.

Nürnberg, 3. Dez. Oeffentliche Blätter theilen die letzten Worte Blums mit. Frau Eugina Blum Eisenbahnstraße Nr. 8 in Leipzig. Mein theures gutes liebes Weib! Lebe wohl! wohl für die Zeit, die man ewig nennt, die es aber nicht seyn wird, erziehe unsere — jetzt nur Deine Kinder zu edlen Menschen, dann werden sie ihrem Vater nimmer Schande machen. Unser kleines Vermögen verkaufe mit Hilfe unserer Freunde. Gott und gute Menschen werden auch helfen. Alles, was ich empfinde, rinnt in Thränen dahin; daher nur noch einmal, lebe wohl, theures Weib! Betrachte unsere Kinder als theures Vermächtniß, mit dem Du wuchern mußt, und ehre so Deinen theuern Gatten. Lebe wohl, lebe wohl, tausend — tausend — die letzten Küsse von Deinem Blum. Wien, den 9. November 1848. Um 6 Uhr habe ich vollendet. N. S. Die Ringe hatte ich vergessen, ich drücke Dir den letzten Kuß auf den Trauring. — Mein Siegelring ist für Hans, die Uhr für Richard, der Diamantenknopf für Ida, die Kette für Alfred als Andenken. Alle sonstige Andenken vertheile nach Ermessen. Man kommt, lebe wohl. — Hrn. C. Cramer Mittelstraße Nr. 7 in Leipzig. Lieber Freund! Es ist 5 Uhr — um 6 Uhr werde ich — — — erschossen, also nur 2 Worte, lebe wohl — Du und alle Freunde! Bereite meine Frau langsam vor auf das Geschick des Krieges, schreibe Gütter meinen letzten Gruß. Ich sterbe als Mann — es muß seyn, lebt wohl, lebt wohl. — An Hrn. Vogt, Abgeordneten in Frankfurt. Ein Sterbender empfehle ich Dir und allen deutschen Freunden meine arme Familie. Sie hatten nur mich als Ernährer, tragt Euere Liebe für mich auf sie über, dann sterbe ich ruhig. Allen mein tausendfaches Lebewohl. Blum. Wien den 9. um ein halb sechs Uhr. Anmerkung. Meine Frau heißt Eugina Blum, Eisenbahnstraße Nr. 8 in Leipzig. Es versteht sich von selbst, daß sie meinen Nachlaß erhält, Sachen liegen in der Stadt London. Ein herzliches Lebewohl mit diesem Zettel an Fröbel, er soll bei der Rückkehr nach Frankfurt Marien grüßen, auch meine Frau und Kinder besuchen.

Nürnberg, 4. Dez. **Es beginnt zu tagen. Die Gagern'sche deutsche Einheit stellt sich als das heraus, was sie war, als der Traum hirnverbrannter Burschenschäftler.** Nie ist eine Partei auf eine unglücklichere, aber überzeugendere Weise gerechtfertigt worden, als die deutsche demokratische Partei. Alles bestätigt sich, was sie vorausgesagt. Eine deutsche Einheit mit 33 deutschen Fürsten ist eine Chimäre. Nun liegt es klar vor aller Welt. Oesterreich hat sich vorläufig von Deutschland gerissen und wird erst später seine staatlichen Beziehungen zu demselben feststellen. Einstweilen wird es „seine Bundespflichten erfüllen;" d. h. es wird die deutsche Freiheit durch seine „Reichstruppen" in Deutschland unterdrücken helfen, ja es wird vielleicht seine Abgeordneten, trotz der faktischen Losreißung von Deutschland, nicht von Frankfurt zurückrufen, damit es in jeder Beziehung seine Hände in unsern Angelegenheiten behält. Und dieses Beispiel war für Preußen und seinen großen König nicht verloren. Auch Preußen wird den Beschlüssen der Frankfurter Versammlung sich nicht nur nicht unterwerfen, sondern überhaupt kein centralisirtes Deutschland zugeben, sondern nur in ein Föderativverhältniß treten. Selbst die deutsche Kaiserkrone, welche der edle Gagern zwischen den Falten seines Mantels dem König entgegenblinken ließ, konnte ihn nicht verlocken, an die Spitze eines einigen Deutschlands zu treten. Damit ist die ganze Frankfurter Komödie zu Ende, und die Herrn haben vom Mai bis Dezember umsonst getagt. Alle ihre Beschlüsse sind vergebens gefaßt; die Souveränetät der deutschen Nation war eine leere Phrase, wir stehen ganz auf demselben Fleck wie vor dem März, nur um einige herbe Erfahrungen sind wir reicher, dagegen um die Millionen, die man für das Frankfurter Possenspiel verschleudert hat, ärmer. Es leben die Hofräthe mit ihrer Gelehrsamkeit! Der schlichte Mann mit gesundem Verstand konnte ihnen dieses schmachvolle Ende voraussagen.

° **Nürnberg**, 5. Dez. Wie soll man es sich erklären, daß die Behörde bis zum letzten Augenblicke die Wahlmänner einzelner Orte in Zweifel darüber läßt, ob sie diesem oder jenem Wahlbezirke zugetheilt sind? daß z. B. die Wahlmänner von Stadt Altdorf bis jetzt noch nicht wissen, ob sie in Fürth oder in Nürnberg wählen? Ist eine andere Annahme möglich, als daß die Regierung nach Einsicht der Wahlmännerlisten eine solche Vertheilung vornehmen will, welche an irgend einem Ort die Wahl irgend eines Regierungsmannes möglich oder wahrscheinlich macht? Ist das die constitutionelle **freie** Wahl? Wahlmänner von Altdorf erhielten auf das Verlangen, daß man ihnen ihre Legitimation als Wahlmänner ausfolgen möchte, vom Landgericht die Antwort: sie sei noch nicht von der Regierung da. Unterliegt die Wahl der Wahlmänner einer Bestätigung der Regierung?

* **Nürnberg**, 5. Dez. Die Nachricht einiger Nürnberger Blätter, daß die Versammlung in Brandenburg den Antrag von Simons auf sofortige Einberufung der Stellvertreter angenommen habe, war **unrichtig**. Derselbe wurde vielmehr mit 82 gegen 73 **verworfen**. Es wurde sodann auf Baumstark's Antrag die Vertagung bis zum 7. Dezember mit 72 gegen 61 Stimmen beschlossen.

* **Nürnberg**, 5. Dez. (**Hr. Dr. Rauch von Oebring bei Bamberg.**) In fränkischen Blättern wurde in den letzten Tagen mehrfach der Name eines Dr. Rauch genannt und derselbe hat sich theils selbst, theils haben ihn konstitutionelle Vereine, wie der in Bamberg, als Candidaten für die Abgeordnetenstelle auf- und den von den demokratischen Vereinen vorgeschlagenen Candidaten entgegengestellt. Wir haben guten Grund, zu wünschen, daß dieser Hr. Dr. Rauch in Franken wenigstens, wo die demokratische Partei so imposant dasteht, **nicht** gewählt werden möchte. Das von Hrn. Dr. Rauch veröffentlichte Programm, in welchem er sein politisches Glaubensbekenntniß niedergelegt hat, lautet zwar keineswegs unfreisinnig, wiewohl sich darin eben jener Doktrinarismus breit macht, der, in der Paulskirche gepredigt, jene süßen Früchte getragen hat, die dem deutschen Volke von Berlin und Wien entgegenlachen; wiewohl Hr. Rauch gar kein Organ zu haben scheint für den Grundsatz, auf welchem allein das Wohl des gesammten Deutschland wie der einzelnen Staaten aufgeführt werden kann, für den Grundsatz: Alles für das Volk, **Alles durch das Volk!** Abgesehen aber davon, so ist überhaupt die Zeit vorüber, wo man auf Programme, Bekenntnisse und Erklärungen hin einen Mann zum Abgeordneten wählen könnte. Worte lassen sich deuten, und die Macht der Verhältnisse, die Gewalt der Umstände bieten stets einen plausiblen Vorwand, um einen Widerspruch zwischen früheren Worten und neuen Thaten zu entschuldigen. Der Charakter

allein kann eine Bürgschaft abgeben, der bewährte, erprobte Charakter; wer auf papierne Sicherheit einen Abgeordneten wählt, der hat es sich nur selbst zuzuschreiben, wenn er betrogen wird. Das wenigstens sollten wir aus der Erfahrung der letzten acht Monate entnommen haben. Was nun den Charakter des Herrn Dr. Rauch betrifft, so versichert allerdings nicht nur er, sondern es versichern auch seine Freunde, z. B. der Nürnberger Kourier, daß er von jeher ein sehr freisinniger Mann gewesen sey, der allen Verführungen, auch den verlockendsten, siegreich widerstanden habe. Wir können hier nicht untersuchen, ob Herr Dr. Rauch früher für die Freiheit thätig war. Wir wollen nur auf diejenigen öffentlichen Akte hinweisen, welche von Herrn Dr. Rauch seit dem Beginn unsrer deutschen Bewegnng zur Kenntniß des Publikums gekommen sind. Bekanntlich haben im Juli dieses Jahrs die Bamberger Konstitutionellen durch den Advokaten Schlesing eine Art von Mißtrauensvotum gegen den Abgeordneten Titus entwerfen lassen u. die Polizei, sage die Polizei, hat demselben durch Einwirkungen aller Art Unterschriften von Wahlmännern zu verschaffen gesucht. Unter den Wahlmännern, die diese Erklärung unterzeichneten, befand sich auch Hr. Dr. Rauch. Viele von den Wahlmännern, die sie unterzeichnet haben, mögen höchst unschuldig dazu gekommen seyn. Sie gaben Ueberredungen und Bearbeitungen nach, denen sie zu widerstehen nicht die nöthige Einsicht besaßen. Hr. Rauch, der freisinnige Hr. Rauch, dem weder Verstand noch Bildung abzusprechen ist, mußte wissen, daß durch jene Erklärung der reaktionären Partei ein Triumph bereitet wird, deren wachsende Macht damals schon jeden Einsichtsvollen mit Besorgniß erfüllte. Hr. Rauch unterschrieb dennoch. War Hr. Rauch wirklich freisinnig, so durfte er dieß niemals thun. Ein Mann von der freisinnigen Partei wird im Kampf um die Freiheit sich niemals gegen Mitglieder diese Partei kehren, auch wenn er mit diesen Mitgliedern in einzelnen Fragen verschiedener Ansicht ist. Aber selbst angenommen, es bestehe zwischen Titus und denjenigen freisinnigen Ansichten, von denen Hr. Rauch haben will, daß man sie für die seinigen ansehen solle, die allerwesentlichste Differenz, so fragen wir weiter: Wie konnte Hr. Rauch es mit seiner Ehre vereinigen, eine Erklärung zu unterzeichnen, von der er wissen mußte, wie sie entstanden und welchen Antheil an ihr die Polizei, das Landgericht nahm? Darf ein „freisinniger" Mann sich an einer Demonstration betheiligen, welche die Polizei unter ihren Schutz stellt? Soviel von diesem Akt. Hr. Rauch ist ferner Redakteur der Bamberger Zeitung. Wir wollen kein allzugroßes Gewicht darauf legen, daß Hr. Rauch, der Mitarbeiter des fränkischen Merkur bis zu dessen Unterdrückung durch Gewaltmaßregeln, die wohl an geeigneter Stelle eine Erörterung finden werden, sogleich nach vollbrachter Unterdrückung mit seiner Zeitung in Bamberg hervortrat, um dadurch das Wiederaufleben des unterdrückten Blattes unmöglich zu machen, obwohl es uns eines freisinnigen Mannes nicht allzu würdig erscheint, mit solcher Hast die empörende Unterdrückung seines Instituts, an dem er sich sogar selbst betheiligt atte, zu seinem Vortheil auszubeuten. Wir wollen überhaupt auf die Zeitung des Hrn. Rauch nicht näher eingehen, und es dahin gestellt seyn lassen, ob Hr. Rauch wirklich im Ernste glaubte, durch ein Blatt von dieser Haltung den fränkischen Merkur, dessen demokratisches Publikum er kennen mußte, ersetzen zu können, ob sein Unternehmen wirklich nicht auf Subventionen gegründet wurde, deren es wenigstens bei seinen 150 Abonennten sehr bedürftig wäre. Wir müssen aber nothwendig daran erinnern, daß Hr. Rauch selbst bei jeder Gelegenheit die Unabhängigkeit seines Charakters hervorhebt, und sich rühmt, daß er die glänzendsten Anträge abgewiesen habe, und daß er dasselbe auch durch seine Freunde (Nürnberger Kourier) in die Welt hinausschreien läßt. Wenn bei einem Journalisten von glänzenden Anträgen die Rede ist, die ihm gemacht worden, so kann dieß nicht mißverstanden werden. Es heißt dieß so viel: es sind ihm Anträge gestellt worden, seine Feder in die Dienste der Regierung zu geben, sich erkaufen zu lassen. Wir wollen darüber ein deutliches Wort sprechen: Wenn einem ehrenhaften, freisinnigen Journalisten das Unglück widerfährt, daß man ihn für käuflich hält und ihm Anträge solcher Art macht, so wird er erröthen und beschämt sein vergangenes Leben prüfen, ob er irgend einen Schritt gethan, der ihm diese Verkennung, diese Mißdeutung zuziehen konnte. Und wenn er sich keinen Vorwurf zu machen im Stande ist, wird er sich entrüstet erheben und den Schurken, die einen ehrlichen Mann für einen feilen Verräther nehmen, seine ganze Verachtung in's Gesicht schleudern. Aber sich rühmen, daß er glänzende Anträge zurückgewiesen habe, diese zurückgewiesenen Anträge als gebrachte Opfer darstellen, nein, wahrlich! das wird er nicht thun! Hr. Rauch thut dieß, und wie er dieß mit seiner Ehre vereinigen kann, begreife, wer kann. Wir, gottlob! werden es niemals begreifen. Wir können vielmehr demjenigen, der auf solche Weise seine Unabhängigkeit betheuert, nur mißtrauen, und dieses Mißtrauen steigert sich im gegebenen Fall, wenn wir die Richtung der Bamberger Zeitung und ihre Geistesverwandtschaft mit andern bayerischen Blättern näher in's Auge fassen. Es gibt in Bayern bekanntlich sehr wenig unbestochene Blätter. Die bestochenen aber zerfallen in verschiedene Klassen. Diejenigen, welche unbedingt das Echo der Regierungsmaßregeln sind, das sind die am wenigsten gefährlichen. Aber es gibt noch journalistische Maikäfer, denen man ein goldenes Fädchen an das Bein befestigt, die man hinaus flattern, an sonst verpönten Früchten naschen und liberal summen läßt, gleich als wären sie nicht angebunden, und doch — ein Ruck, und der Maikäfer zappelt wieder unterthänigst zu den Füßen seiner hohen Patrone — das sind die Gefährlichen, denn sie scheinen etwas zu seyn, was sie nicht sind, sie scheinen unabhängig, und sind gebunden, sie scheinen volksthümlich und gewinnen dadurch Vertrauen, und in Wahrheit sind sie im entscheidenden Augenblicke stets bereit, die Sache des Volks zu verrathen und auf den Ruf ihrer eigentlichen Herren zu folgen. Es will uns bedünken, als wäre Hr. Rauch ein solcher journalistischer Maikäfer, der, in die Kammer gesandt, zwar liberale Reden im Munde führen würde, ebenso wie in seiner Zeitung, im rechten, entscheidenden Augenblicke aber, wo das Volk energische und entschiedene Männer braucht, zu den Füßen seiner hohen Patrone kriechen würde. Darum, weil uns der Charakter des Hrn. Rauch die Bürgschaft nicht gibt, daß das Volk in ihm einen in guten und bösen Stunden muthigen und entschiedenen Vertreter seiner Rechte finden würde, hoffen wir, daß Hr. Rauch in Bamberg nicht werde gewählt werden.

Frankfurt, 2. Dez. 1848. Sommaruga berichtet für den österreichischen Ausschuß über den Antrag Zimmermanns aus Spandow, die zu Wien verübten Gräuelthaten betreffend; Antrag: Beauftragung der Reichscommissäre: „An Ort und Stelle den Thatbestand der in Folge der Wiener Ereignisse gemeldeten Gräuelthaten auf dem Augenscheine zu erheben und darüber zu berichten, in wie weit das Gesetz gehandhabt ist, um die Urheber solcher Handlungen zur Strafe zu ziehen." Wiesner richtet an das Reichsministerium die Fragen: 1) Welche Vorkehrungen hat das Reichsministerium getroffen, um den Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Ungarn den gebührenden Schutz zu sichern? 2) Hat das Reichsministerium etwa jetzt, wo, wie es heißt, Abgesandte der Magyaren am Hofe zu Olmütz eine friedliche Beilegung des großen Zwistes anstreben, die günstige Gelegenheit benutzt, um mit der ganzen Energie, welche die bedrohten deutschen Interessen gebieterisch verlangen, für Herstellung des Friedens zu interveniren? Weiter: 1) hat das Reichsministerium etwa das Beispiel des steiermärkischen Landtags nachgeahmt und die von Windischgrätz widerrechtlich bedrohten Provinzen, wenigstens durch einen reichsministeriellen Protest, gegen so tyrannische Willkür in Schutz genommen? 2) Welche Maßregeln hat das Reichsministerium ergriffen, um die wiederrechtlich nach Wien abgeführten Bürger von Grätz aus den Händen der Militärgewalt zu befreien? Endlich fragt derselbe das Kriegsministerium: 1) Welche Versichtsmaßregeln hat dasselbe ergriffen, damit alsbald die Reichstruppen vor der schmachvollen Gefahr bewahrt werden, mit barbarischen Horden, die ihre Gegenwart durch Raub, Mord, Plünderung und Schändung bezeichnen, auf deutschem Reichsgebiet oder sonst wo gemeinschaftlich zu Felde zu ziehen? 2) Haben die neuerdings nach Wien entsendeten Reichskommissäre etwa die Instruction erhalten, auf die sofortige Reinigung des Reichsgebiets in dem Sinne zu dringen, daß die erwähnten Kriegshorden, wie Croaten und Serezaner, die jetzt zum Hohn Deutschlands seine älteste und schönste Stadt besetzt halten, sofort in ihre Heimath zurückgeschickt werden, oder ist der Reichsminister des Kriegs der Ansicht, daß der Truppenkoloß von 900,000 regulären Streitern, die das deutsche Volk bloß als Gesammtsumme des Reichskontingents mit Schweiß und Blut erhalten muß, noch nicht hinreiche, im Vaterlande die gesetzliche Ordnung selbstständig aufrecht zu erhalten? Darauf fragt v. Lassaulx den Justizminister, was er gegen den Verfasser des Aufsatzes über die Ermordung R. Blum's und die Mehrheit der Nationalversammlung in der s. g. Reichstagszeitung vom 24

November gethan habe, aus welchem er einige Stellen verliest; bei den Worten jämmerliche Ohnmacht der Nationalversammlung, ruft eine Stimme der Linken: sehr wahr! Vicepräsident: ich rufe Sie zur Ordnung, Sie haben nicht das Recht, eine solche Schmähung für wahr zu erklären! Lärm. Neuer Ruf von der Linken: es bleibt doch wahr! Vicepräsident erklärt, da könne er weiter nichts thun. Nach Wiederherstellung der Ruhe fährt Lassaulx in ähnlicher Weise fort und sagt u. a.: Windischgrätz steht zu hoch, als daß diese knabenhaften Declamationen ihn erreichen können. Ruf zur Ordnung. Vicepräsident: der Ausdruck bezieht sich nicht auf die Minorität; der Minorität schreibe ich diesen infamen Artikel nicht zu! Lärm. v. Lassaulx macht seinen Aerger in weitern Schimpfworten Luft, worauf Rösler aus Wien im Sinne der Würde des Hauses es rügt, daß Vicepräsident Worte, die man in anständiger Gesellschaft nicht dulde, wie z. B. knabenhaft, nicht nur bei Lassaulx geduldet, sondern auch selbst den beleidigenden Ausdruck „infam" gebraucht habe. Er werde deshalb schriftliche Beschwerde einreichen, und bittet, dieselbe an den Ausschuß für Geschäftsordnung zu verweisen. Vizepräsident Rießer übergibt das Präsidium an v. Hermann. Rießer haranguirt die Mehrheit durch fingirte Bescheidenheit in einigen Anspielungen auf die Linke. v. Hermann erklärt, der Ueberweisung des Rösler'schen Antrags an den Ausschuß für Geschäftsordnung werde nichts entgegenstehen, und Rießer übernimmt den Vorsitz von Neuem. Reichsminister des Innern erwidert auf die Interpellation Levysohn's in Betreff der Berliner Angelegenheiten durch Verweisung auf die den Reichskommissären ertheilten Instruktionen und auf die Bekanntmachung des Reichsverwesers. Weiter im Namen des Kriegsministers auf die Anfrage Baur's wegen der Verlegung der Truppen nach Sigmaringen: die Dislocation der Truppen sei Sache der Corpskommandanten, welche die Instruktion haben, die einzelnen Gemeinden möglichst zu schonen. Reichsjustizminister Mohl erklärt auf die Frage v. Lassaulx's, es sei der fragliche Artikel dem hiesigen Gerichte amtlich mitgetheilt worden, er wisse nicht, was dies hierauf beschlossen habe. (Unseres Erachtens ist der Justizminister zu einer solchen amtlichen Mittheilung nicht befugt. Ein Justizminister ist nicht öffentlicher Ankläger oder Reichsdenunziant; die Denunziation konnte einzig und allein von der Nationalversammlung beschlossen und dann an das Gericht, allenfalls durch das Justizministerium gebracht werden.) Auf die Interpellation Berger's in Betreff des in Wien [illegible], so sei bereits von der österreichischen Regierung Aufhebung der Ausnahmsmaßregeln verlangt, übrigens durch die Instruktion der Reichskommissäre schon für diesen Gegenstand speziell gesorgt. Auf die Frage Blumröder's wegen der Maßregeln gegen die Vereine in Bayern, erklärt er, diese seien einzig zu statistischen Zwecken. (Was hat das Justizministerium mit der Statistik und namentlich mit der Reichsstatistik zu thun?) In ein Recht habe man nicht eingreifen wollen, insoweit ein Recht vorliege. Wären dabei Uebergriffe vorgekommen, so habe man sich an die bayerischen Behörden zu wenden. Es wird sofort in der Berathung der Verfassung fortgefahren.

Berlin, 2. Dez. Die hier zurückgebliebene Majorität der Nationalversammlung hat in einer geheimen Sitzung am 27. Nov., dem Tage, wo die Sitzungen in Brandenburg beginnen sollten, eine Proklamation an ihre „Mitbürger" erlassen, worin sie ihre Handlungsweise rechtfertigt. Sie sagen darin unter Anderm: ... „Es war euch nicht zu thun um ein leeres Constitutionsschema, neben welchem die alte Willkür, die alle Pulse des Volkslebens hemmenden alten Werkzeuge der Adels-, Beamten- und Militärherrschaft in voller Thätigkeit hätten bleiben können. Ihr verlangtet eine neue Begründung, nicht nur in dem eigenlich politischen Systeme, sondern auch im Gemeinde-, Verwaltungs-, Gerichts- und Militärwesen. In diesem Sinne hat die Nationalversammlung ihre Aufgabe erfaßt und sich mit Ernst und Ausdauer ihrer Lösung gewidmet, mehr gehemmt als gefördert durch die drei rasch auf einander folgenden Ministerien.... Klar mußte es allen Privilegirten, allen Bureaukraten, allen Herrendienern, allen Anhängern des alten Militär- und Polizeistaates werden, daß es mit dieser Versammlung nicht möglich sei, neben dem Scheinbilde des Constitutionalismus die alte Willkürherrschaft fortzusetzen, das Volk wieder um die Früchte der Revolution zu bringen. Daher verdächtigten sie auf jede Weise die Nationalversammlung, beschuldigten sie der Unthätigkeit, erhoben das Geschrei nach der bloßen, hohlen Constitutionsform, beuteten die politische Unreife, die Furcht des Bürgers vor dem Proletarier, diese in Deutschland ganz unbegründete Furcht, aus, benutzten einzelne Gesetzüberschreitungen, um vermöge der widergesetzlichen Erfindung des Belagerungszustandes, im tiefsten Frieden, ein Werkzeug vorzubereiten zur Unterdrückung der blutig errungenen Freiheiten, der Presse, des Vereinigungsrechts. Zur Täuschung der Provinzen deutete man die in Zeiten der Aufregung unvermeidlichen, vereinzelten Exzesse dahin, die Versammlung sey terrorisirt.... Als nun die Versammlung auch in der Berathung der Grundrechte den entschiedenen Willen zeigte, die Früchte der Revolution zur Geltung zu bringen, als sie die Hand an die Feudalrechte legte, Adel, Titel und Orden aufhob, als sie sich des unterdrückten Wiens annahm, da schien es der Reaktion die höchste Zeit zu seyn, durch Beseitigung dieser Versammlung dem Volke die Hoffnungen zu nichte zu machen, deren Erfullung nach wenigen Monaten bevorstand. Da trat die Soldatengewalt unverhüllt auf in dem Ministerium Brandenburg.... Schritt vor Schritt folgten wir den Maßregeln dieses Ministeriums und erklärten sie für ungesetzlich. Als letzte Waffe des leidenden Widerstandes sprach die Nationalversammlung diesem des Hochverraths angeklagten Ministerium die Befugniß ab, Steuern zu erheben und über die Staatsgelder zu verfügen. Dabei haben wir wiederholt die Hand zur Ausgleichung des Konfliktes geboten und nichts weiter verlangt, als die Aenderung des Ministeriums und die ungestörte Fortsetzung unserer Berathungen in Berlin. Alles jedoch ohne Erfolg.... Jede Auflösung dieser Versammlung ist ungesetzlich und daher rechtlich wirkungslos. Feierlich protestirt die Nationalversammlung gegen alle Acte der Regierung, welche durch die außerordentlichen Militäranstalten wöchentlich Millionen des Staatsvermögens vergeudet, lediglich zur Knechtung der Nation. Feierlich erklärt dieselbe, daß die Regierung ganz abgesehen von der bereits beschlossenen Steuerverweigerung, vom 1. Jan. 1849 ab über keinen Pfennig verfügen darf, da wir das Budget noch nicht bewilligt haben...." Diese Proclamation ist von 170 Abgeordneten von der linken Seite unterzeichnet. Durch militärische Besetzung des Bureau der Nationalversammlung und der Privatwohnung des Secretärs Hildenhagen, welcher die Sammlung der Unterschriften in Auftrag hatte, ist die weitere Einzeichnung der in Berlin anwesenden Deputirten verhindert worden. Der Druck dieser Proklamation ist durch die militärische Besetzung mehrer hiesigen Druckereien bis gestern verzögert worden und haben diese Proclamation jetzt die Abgeordneten an ihre Wahlkreise versendet. — Der Präsident v. Unruh hat gestern von Brandenburg aus sämmtliche Mitglieder der Nationalversammlung zur heutigen Sitzung einberufen. Die hier anwesenden Mitglieder des linken Centrums und ein Theil der Linken, wie Jung, Grebel, Körsgen u. A. sind diesem Rufe heute morgen gefolgt und nach Brandenburg gereist. Da jedoch die gestern im Dom zurückgebliebene Rechte mit 72 gegen 61 Stimmen beschlossen hat, sich bis Donnerstag zu vertagen, so wird die in Brandenburg versammelte Opposition unter dem Präsidium Unruh's heute nur eine Privatberathung halten und sich wo möglich mit der Rechten dahin verständigen, daß am 4. Dez. die Sitzungen der Nationalversammlung unter Vorsitz des Hrn. v. Unruh beginnen können. Der vorgestern von einem Polizeioffizianten unter Beihülfe einer Compagnie Soldaten versiegelte Gesellschaftssaal im Hotel Mylius ist gestern Nachmittag, ohne daß der Besitzer einen Schritt deshalb gethan hätte, wieder entsiegelt worden. Die pommersche Landwehr ist heute hier eingerückt, um einige andere von hier abgegangene Bataillone von der Linie zu ersetzen. Der Prinz von Preußen mit seinem Sohn und seiner ganzen Suite war eigens von Babelsberg dazu hierher gekommen, um vereint mit dem General Wrangel diese Landwehrregimenter zu empfangen und feierlichst einzuholen. Es war seit dem 18. März das erste Mal, daß der Prinz wieder durch die Straßen Berlins ritt.

Die neue Preußische Zeitung, welche dem Ministerium Brandenburg und allen seinen Maßregeln auf's entschiedenste zujubelt und darin den Triumph ihrer Partei feiert, meldet, daß Herr Heinrich v. Gagern dem General v. Wrangel einen Besuch gemacht und demselben seine Beistimmung zu den bisher getroffenen Maßregeln zu erkennen gegeben habe. Weniger gleichartig sollen die Ansichten beider Herren in Bezug auf die Anforderungen der Zukunft gewesen seyn.

Gedruckt — unter Verantwortlichkeit der Verleger — bei J. L. Stich.
Expedition S. 39 im Gasthof zum König Otto II. Etage.

Freiblatt

Der freie Staatsbürger.

Erscheint täglich. Preis in ganz Bayern vierteljährlich 1 fl. 30 kr., halbjährlich 3 fl., jährlich 6 fl.

Organ der Demokratie.

Inserate werden die dreispaltige Petitzeile zu 3 kr. berechnet. Die Abonnenten haben für die Hälfte des Abonnementpreises Inserate frei.

Nr. 65. Nürnberg, Donnerstag, den 7. Dezember **1848.**

Einladung.

Es ist dem hiesigen und dem benachbarten Publikum, welches für die Beziehung der hiesigen Zeitungen nicht an die Post gebunden ist, neben den halb- und vierteljährigen Bestellungen auch von uns der Vortheil des Monatsabonnements à 30 kr. per Monat, geboten, und wir laden deshalb beim Beginn des neuen Monats alle hiesigen und benachbarten Freunde der Demokratie, zur nachträglichen Bestellung unseres Blattes auf den Monat Dezember hiemit ein.

Die Expedition des freien Staatsbürgers.
Winklerstraße S. Nro. 39. über 2 Stiegen.

An die Wahlmänner in Franken.

= Von der Isar. Als vor Monaten — ich war damals in Euerer Mitte — die Männer gewählt wurden, die in Frankfurt das Glück und die Freiheit des deutschen Volkes heraufbeschwören sollten, da warnte man Euch vor diesen und jenen, aber ihr ließet euch bethören durch den Glanz ihrer Worte, durch die Höhe ihrer Stellung, durch die Art ihres Standes. Dafür habt Ihr gräßlich büßen müssen. Diese Männer haben Euch, haben Deutschland an den Rand des Verderbens, an die Höhe eines grausigen Abgrundes geführt. Geht nur durch die Liste ihrer Thaten und vergleicht, ob einer euerer billigen Wünsche erfüllt ward. Oder habt ihr vielleicht gewollt, daß man Deutschlands Ehre an einen dänischen König verschachere? habt ihr gewollt, daß man euere Brüder in Wien wie die Hunde todt schieße? habt ihr gewollt, daß man die Macht der Fürsten vermehre und dafür die Freiheiten des Volkes mit Füßen trete? oder mangelte es euch vielleicht an Steuern und Einquartierungen? Ich müßte mich irren, wenn das euer Wille war. Aber die Schuld, mit Schmerzen muß ich es sagen, tragen wir. Seht nur nach Frankfurt und schaut die Männer, welche uns in das Unglück gestürzt haben. Was sind sie? Pfaffen, Adelige und Beamte. Lernt doch einmal einsehen, daß diese es nun und nimmermehr mit des Volkes Wohl ehrlich meinen können, sie, deren System es von jeher war, dasselbe zu verdummen, zu knechten — um es aussaugen zu können.

Euere Leichtgläubigkeit hat es zugelassen, daß Das, was ihr im März erkampft, im Dezember verlottert und verloren ist. Macht den Fehler wieder gut. Hier, an der Isar, ist für des Volkes Freiheit nichts zu hoffen. Darum rede ich zu euch. Schwarze Pfaffen, nach früherem Glanze lüsterne Aristokraten, auf dem Boden kriechende Beamte und eine übermüthige Soldateska beherrschen Stadt und Land, graben der Freiheit und dem Volke eine Grube, und erheben den Thron, ihren Abgott in den Himmel. Schickt Ihr nicht Männer, denen das Volk höher steht als die Knechtschaft; schickt ihr nicht Männer, welche — Männer sind, welche eher ihr Leben opfern, als den Volksrechten auch nur das Mindeste vergeben, dann seid ihr zum zweiten Male verrathen. Seid ihr nicht sicher, fehlen Euch die Männer eueres Vertrauens, fragt an bei Gleichgesinnten, bei Vereinen, deren Tendenz, deren Richtung über allen Zweifel erhaben. Die demokratischen Vereine allenthalben haben Listen ausgegeben. Die Männer ihrer Wahl haben in Bayern bei allen ächten Vaterlandsfreunden guten Klang. Sie wählt, wollt ihr anders aus Sklaven freie Männer, statt unterthäniger Fürstenknechte freie Staatsbürger werden.

Vereinigte Staaten von Deutschland.

* Nürnberg, 6. Dez. Diejenigen, welche Herrn Lerchenfeld als Candidaten für die Abgeordnetenstelle hier in Vorschlag gebracht haben, sind von ihrem Candidaten selbst auf wohlverdiente Weise gestraft worden. Sie hatten demselben das Programm der vereinigten Vereine hier zur Annahme vorgelegt, aber siehe da, das ging dem Hrn. Minister zu weit und er lehnte die Annahme desselben ab. Wir verwahren uns dagegen, daß etwa in irgend einem öffentlichen Blatte gedruckt wird, die Wahlmänner Nürnbergs haben Hrn. Lerchenfeld die Abgeordnetenstelle angeboten, er habe sie aber unter den vorliegenden Umständen nicht angenommen. Die Einladung ging von Einem oder zwei Männern aus, die sich eines Anhangs von höchstens 10 oder 12 Anderen zu erfreuen haben. Die übrigen Wahlmänner dachten, unsres Wissens, niemals daran, Herrn Lerchenfeld der guten Stadt München vorwegzunehmen.

* Nürnberg, 6. Dez. Die erste Nachricht, daß in der Versammlung zu Brandenburg am 1. Dez. der Simons'sche Antrag auf Einberufung der Stellvertreter angenommen worden sei, stellt sich nun doch als richtig heraus. Die lithographirten Nachrichten hatten die Sache falsch aufgefaßt. 82 hatten sich der Abstimmung enthalten, 73 mit Ja, 1 mit Nein gestimmt.

* Nürnberg, 6 Dez. Ein Artikel „Eingesandt" im Korrespondenten v. u. f. Deutschland glaubt dem politischen und Volks-Verein den Vorwurf machen zu dürfen, daß sie sich von der eingegangenen Verbindung mit dem konstitutionellen Verein und dem Verein für Freiheit und Ordnung plötzlich losgesagt und auf eigne Faust in der Wahlagitation thätig gewesen seyen. Es ist dieß unrichtig. Vor Allem ist zu bemerken, daß die Aufforderung zu gemeinsamem Handeln in der Wahlsache nicht vom politischen, sondern vom Volksverein ausging. Als aber die Vereinigung zu Stande gekommen, war das Erste, was gleich nach den ersten Besprechungen gehört wurde, die Aeußerung eines Mitglieds des Vereins für Freiheit und Ordnung: „daß er als Wahlmann sich nicht an die vorgeschlagenen Kandidaten binden werde;" der gewiß loyale Vorschlag des Sprechers des politischen Vereins, daß die einzelnen Vereine je einen Kandidaten aufstellen und sich gegenseitig verpflichten sollten, zu dessen Durchsetzung mit vereinten Kräften hinzuwirken, wurde von den Konstitutionellen verworfen. Die Trennung endlich wurde von den Konstitutionellen ganz allein hervorgebracht. Sie glaubten sich herausnehmen zu können, gemeinsam gefaßte Beschlüsse eigenmächtig umzustoßen, und sie werden sich erinnern, daß der Sprecher des politischen Vereins ihnen darauf bemerkte: „Sie werfen uns den Fehdehandschuh hin, wir nehmen ihn auf, kämpfen Sie ebenso ehrlich wie wir." Und die Konstitutionellen waren es, welche, ohne Zweifel in der Hoffnung auf ein für sie günstiges Resultat, die Trennung mit dem Wort besiegelten: daß jeder Verein für

seine Kandidaten wirken solle. Wir haben dieß gethan. Wir sind auch unserm Worte, ehrlich zu kämpfen, treu geblieben, und es kann uns nur zur Erheiterung dienen, daß man uns die Ausgabe von Wahlzetteln zum Vorwurf macht, während die konstitutionelle Partei nicht bloß im April sondern auch diesmal ganz ebenso wie wir Zettel mit ihren vorgeschlagenen Wahlmännern ausgab.

* München, 3. Dez. Die A. A. Z. erklärt alle Gerüchte über Conflikte des Kriegsministers mit seinen Collegen für unbegründet und hervorgerufen durch die aufgeregte Phantasie oder den üblen Willen solcher Individuen, welche überall Reaktion wittern wollen! Trotz dieser Erklärung der A. A. Z., welche freilich niemals Reaktion sehen wird, weil sie selbst die papierne Reaktion ist, verdient die Nachricht vollkommen Glauben, daß der bayerische Brandenburg, Minister Lesuire, im Ministerrathe seinen Collegen hohnend zugerufen: Was haben Sie seit 6 Monaten mit Ihrem Federregiment ausgerichtet? Nichts. Das Säbelregiment muß herrschen. Die Minister Lerchenfeld u. Heinz, in ihrem constitutionellen Gewissen verletzt, fuhren sofort zu Hof um ihre Entlassung zu geben; allein — die zarten Gewissen ließen sich beschwichtigen. Reaktion ist ja gar nicht mehr möglich. Aber Ordnung muß herschen! Es lebe der Minister Brandenburg!

München, 3. Dez. Das Ministerium des Handels ist dem Grafen Bray übertragen, zu dessen Unterstaatssekretär aber Hr. von Bever, als eigentlicher Handelsminister ernannt werden.

(F) München, 4. Dez. Gestern wurde die Todtenfeier Blum's in schönster Ordnung und Ruhe begangen, obgleich ich einigermaßen Störungen fürchtete. Das Militär war in den Kasernen konsignirt und als ich eben Abends vor einer vorbeiging, rief man dem Namen Blum's Pereats und schimpfte auf „Lumpen", die aber nicht genannt wurden. In der Ludwigsstraße riß bald darauf ein Soldat vom Kronprinzregiment in voller Wuth das Programm der Feier ab mit dem Bemerken, daß man dieß schon am Tage hätte thun sollen. Ueberhaupt wurde meine Befürchtung dadurch bestärkt, daß ich Nachmittags auffallend viele Soldaten betrunken sah. Doch, es kam nichts Störendes vor. Begünstigt vom herrlichsten Wetter setzte sich um 6 Uhr der Zug in Bewegung, nachdem auf ein Signal die Fackeln angezündet waren. Voraus ging ein Zug Reiter, dann kamen Trommler, hierauf die Trauerfahne, ein Musikchor, alle Verbindungen der Hochschule (mit Ausnahme der Pfälzer u. Bayern) mit Fackeln u. Fahnen, die Sänger der Liedertafel, wieder ein Musikchor, 24 Knaben mit Kerzen, was sich gar hübsch ausnahm. Zuletzt kamen noch die Turner, Bürgerssöhne, Polytechniker, Arbeiter mit schwarz-roth-goldnen Fahnen, ein drittes Musikchor u. ein Zug Reiter. Viele Bürger in Uniform u. einige Soldaten fanden sich ein. Man kann annehmen, daß das Andenken an den wackern Märtyrer unserer Freiheit außer Leipzig wohl in keiner Stadt Deutschlands so gefeiert wurde, als hier. Die Anzahl der Fackeln mag sich auf 1500 belaufen haben. Nachdem der Zug sich durch mehrere Straßen bewegt hatte und auf dem Dultplatze angekommen war, trugen die Sänger mit Musikbegleitung zwei passende Gesänge vor. Ein Arbeiter hielt eine längere Rede, worin er die Biographie Blum's erzählte. Nach deren Beendigung wurden an mehreren Orten des Platzes die Fackeln zusammengelegt, die alsbald in mächtigen dunkelrothen Flammen emporschlugen, in denen die Phantasie entweder blutige Rache oder die Lichtgestalt der Freiheit lesen konnte. Nochmals erhob Herrmann seine Stimme und bemerkte trefflich, daß wohl die Gesänge zur Ehre des Freiheitshelden verklungen sind, daß die Fackeln verloschen und daß die Worte der Redner verhallten u daß auch die seinigen verhallen werden; aber — keine Zeit wird es geben wo die Freiheit nicht ihre Vertheidiger findet, nie wird es an Männern fehlen, welche wie Robert Blum zu sterben vermögen für sie. Nachdem er gedankt für die große Theilnahme und für die würdige Haltung ging Alles ruhig auseinander. Noch muß ich aber die übergroßen Vorsichtsmaßregeln bemerken, die wahrscheinlich das kgl. Gefühl diktirte. Die Thore der Residenz waren versperrt; vor derselben stand eine Abtheilung Kürassire, die verstärkte Wache und reitende Artillerie. Et post equitem sedet atra cura!

Frankfurt, 4. Dez. [Verhandlungen der National-Versammlung.] v. Peucker antwortet auf Wiesner's Interpellation, was das Reichsministerium für Vorkehr getroffen, die deutschen Reichstruppen vor der schmachvollen Gefahr zu bewahren, mit den barbarischen Horden der Kroaten und Serejchaner ferner in einer Reihe zu fechten. Der Souveränetät Oesterreichs stehe es zu, seine Truppen und auch die deutschen soweit sie nicht zum Reichsdienst erfordert würden, ganz nach eigenem Ermessen zu verwenden. Uebrigens seien die Kroaten ein so ausgezeichneter Bestandtheil des österreichischen Heeres, daß er nur die Hoffnung aussprechen könne, diese tapfere Truppe, wie sie seit Jahrhunderten für die Macht und Ehre Deutschlands ruhmvoll gekämpft und geblutet habe, so möge sie auch fernere Jahrhunderte mit Deutschland vereint zu Felde ziehen. (Bravo und lebhaftes Beifallklatschen von der Rechten.) Wiesner behält sich seine in Folge dieser Antwort zu stellenden Anträge vor. Sodann die Präsidentenwahl. Gagern erhält 313 Stimmen. Er spricht: „Meine Herren, den erneuerten Beweis Ihres Zutrauens kann ich nur mit erneuertem Danke anerkennen, und mein Pflichtgefühl ist immer dasselbe, aber gesteigert durch den Gedanken, daß wir dem Ziele, das uns gesteckt ist, immer näher rücken. In diesem Gedanken werde ich die Kraft finden, Alles aufzubieten, damit dieses Ziel sobald als möglich erreicht werde." Zum ersten Stellvertreter des Präsidenten wird mit 275 von 445 Stimmen Eduard Simson von Konigsberg gewählt. Auf den Platz des zweiten Vicepräsidenten wird endlich mit 219 von 425 Stimmen der kürzlich erst in die Nationalversammlung eingetretene Wilhelm Hartwig Beseler aus Schleswig gerufen Nach Beseler hatte die meisten Stimmen (154) Kirchgeßner erhalten. Es wird hierauf zur Berathung des Verfassungsabschnittes: „Der Reichstag" geschritten.

* Wien, 29. Nov. Welden hatte eine unterthänigst aufwartende Bürgerdeputation hart angelassen: es wäre besser, sie würden den Abgeordneten von der Linken Mißtrauensvota senden. Die Herren Bürger ließen sich das gesagt seyn. Die freisinnigen Abgeordneten des Reichstags bekommen seit einigen Tagen Mißtrauensvota in Masse. Das ist die Erbärmlichkeit des Philisters!

* Berlin. Die demokratische Correspondenz bringt folgenden Akt der Verletzung der Habeas-corpus-Acte. Am 30. Nov. Abends 9 Uhr befanden sich im Speisesaale des Mylius-Hotel die unten verzeichneten elf Personen im harmlosen Gespräch beim Glase Bier und Wein. Plötzlich wird die Thür aufgerissen, und herein stürmte der Major Graf von Blumenthal, gefolgt von Offizieren und Soldaten, und befahl den Anwesenden, sofort den Saal zu verlassen. Die Protestationen derselben: daß diese Gewaltmaßregel um so weniger gerechtfertigt sey, da man es nur auf Abgeordnete des Volks abgesehen zu haben scheine, die Gegenwärtigen aber hiesige Bürger und im Hotel wohnende Fremde seyen, wird nicht berücksichtigt, vielmehr der Befehl unter Androhung der Gewalt wiederholt. Nachdem die Gäste den Saal verlassen, wurde derselbe von einem bereit stehenden Polizeibeamten versiegelt, und sämmtliche Anwesende durch die im Hause und vor der Thür stehenden Soldatentrupps förmlich zum Hause hinaus getrieben. Auf die Frage der Vertriebenen: bei wem man sich über diesen Vorfall beschweren könne? entgegnete der Major: „auf der Commandantur, wohin Sie mir sogleich folgen können." Dieselben verfügten sich auch dahin, und ließen um Aufnahme eines Protokolls bitten, indem sie sich auf den Major Grafen von Blumenthal beriefen. Es kam ihnen die Antwort: „der Herr Major habe Niemand herbestellt." Auf das einstimmige Zeugniß der Vertriebenen erfolgte jedoch eine abermalige Meldung, und darauf durch einen Beamten in Begleitung eines Offiziers der Bescheid: „der Herr Major kann Sie wohl herbestellt haben, aber der Herr General nimmt Sie doch nicht an." Auf weiteres Befragen: ob es denn für den Bürger gar keine Behörde mehr gäbe, welche seine Beschwerde annähme? wurde die barsche Antwort: „zum Polizeipräsidenten." Noch bekunden die Unterzeichneten zu größerer Genauigkeit, daß sie den Major um Aufnahme eines Personenverzeichnisses im Saale vergebens baten, und ihm bemerkten, daß nur drei Abgeordnete unter ihnen seyen. Das billige Verlangen der Gäste: ihr angefangenes Abendessen wenigstens im vordern kleinen Gastzimmer beendigen zu dürfen — wurde vom Major barsch verweigert, und die gänzliche Entfernung aus dem Hotel befohlen. Berlin, am 30. Nov. 1848. (Im Protokoll folgen die Namen, Stand und Wohnort.)

Aus Berlin vom 1. Dez. schreibt die Nationalzeitung: Aus Quellen, die man gut unterrichtet nennen könnte, wenn in dieser Uebergangsperiode der Wolken und Geheimnisse es überhaupt noch möglich wäre, gut unterrichtet zu seyn, verbreitet sich das Gerücht, es sey Schließung aller politischen Vereine für den Umfang des ganzen preußischen Staats im Werk. Ohne Zweifel würde diese

Maßregel von vielen sie gutheißenden Stimmen begrüßt werden. Was aber wären dies für Stimmen?

DC Berlin, 2. Dez. Dr. A. Hexamer, Mitglied des Central-Ausschusses der deutschen Demokraten, hatte als Schreiber des Justizraths Peiffer von der hiesigen Polizei die Erlaubniß zum bleibenden Aufenthalt. Der neue Polizeipräsident Herr v. Hinkeldey hat sich jedoch veranlaßt gefunden, Hexamer, ohne Angabe irgend eines Grundes aus Berlin zu verweisen. Derselbe hat seine bisherige Wohnung verlassen und sich nach seinem Vaterland (Was ist des deutschen Vaterland?) begeben. Am Tage seiner Abreise besuchte er noch einen, im Mylius Hotel Nr. 29 logirenden Freund. Da aber Mylius Hotel, als der gewöhnliche Versammlungsort der Linken, Tag und Nacht von Spionen jeder Art umgeben seyn muß, so wurde auch Hexamers Anwesenheit auf dem Zimmer Nr. 29 dem Polizeipräsidenten hinterbracht, welcher einen Konstabler zu Mylius schickte, der sich ohne Weiteres nach Nr. 29 begab. Da das Zimmer verschlossen war, ließ er es sich ohne Weiteres öffnen und wollte die sich in demselben befindlichen Reiseeffekten eines eben angekommenen Fremden, als die Hexamers mit Beschlag belegen. Nur mit Mühe ließ sich der Konstabler überzeugen, daß Hexamer nicht im Hotel wohne und die vorgefundenen Effekten, wie das die Namensbezeichnung beweise, dem Rittmeister Kuhr gehören. — So befolgt unsere Polizei die Habeas-Corpus-Akte; sie dringt in Privatwohnungen und verfügt Beschlagnahme, ohne richterlichen Befehl.

DC Berlin, 3. Dez. Als Beweis des Umschwungs unserer Zustände möge folgendes dienen. Man erzählt hier als sicher, daß eine Criminaluntersuchung gegen diejenigen, welche am 19. März d. J. das Haus des Majors Preuß, als einen Akt der Volksjustiz für den, demselben zugeschriebenen Verrath, demolirten, eingeleitet worden ist. — Wir wollen alle Reflexionen über diesen Schritt der Reaktion unterlassen, müssen jedoch bemerken, daß unserer Ansicht nach Niemand über die Vorfälle des 18. und 19. März zur Untersuchung gezogen werden kann, da alle mit dieser Revolution in Verbindung stehenden Vergehen und Gesetzübertretungen durch die allgemeine Amnestie vom 20. März niedergeschlagen sind. Thatsache ist es, daß dieser Grundsatz von hiesigen Gerichten bei einem entgegengesetzten Fall, nämlich bei der Anklage eines Criminalkommissarius, welcher am 18. März einen vom Militär gefangenen Barrikadenkämpfer kannibalenmäßig behandelte, geltend gemacht wurde. — Die hiesige Reformgenossenschaft wird morgen Abend 6 Uhr im englischen Hause eine Generalversammlung abhalten zur Annahme eines Statuts behufs Erlangung von Korporationsrechten. Auch ist beantragt, den Gottesdienst am Sonnabend einzustellen und denselben nur noch am Sonntag Vormittag abzuhalten. Eine gänzliche Trennung von der alten jüdischen Gemeinde wird angebahnt. — Ein Soldat erzählt uns, daß sein Regiment vom Oberst den Befehl erhalten hat, jeden Demokraten, der irgend einen von ihnen durch Redensarten aufwiegeln wolle, sogleich festzunehmen und an den Obersten abzuliefern, wer einen solchen Demokraten abliefert, erhält „fünf Thaler" Belohnung vom Obersten. Der Erzähler fügte jedoch hinzu, daß diese Belohnung noch von Niemanden verdient worden sei. — Zwei Beamte im Handelsministerium sind vor einigen Tagen plötzlich nach Posen versetzt worden. Diese unfreiwillige Versetzung haben sie sich nur durch ihre demokratischen Gesinnungen zugezogen. Als diese Beamten sich von ihrem Bureauchef beurlaubten, sagte ihnen dieser ungefähr Folgendes: „Meine Herren, Sie sind nach Posen versetzt worden. Ich hoffe, daß Sie in Ihrer neuen Stellung andere Gesinnungen hegen werden, als die bisher öffentlich ausgesprochenen, welche sich für keinen Unterbeamten passen." Auf solche Weise sucht das Ministerium die demokratisch gesinnten Beamten zu bekehren u. unschädlich zu machen. — Gestern fand, wie wir bereits gemeldet, eine Privatberathung sämmtlicher Oppositionsmitglieder der Nat.-Vers., mit Ausnahme von ungefähr vierzig Mitglieder der äußersten Linken, in Brandenburg statt. Man kam dahin überein, in der nächsten Donnerstag stattfindenden Sitzung zu erscheinen und sich der, von der Rechten beabsichtigten neuen Präsidentenwahl nicht zu widersetzen, da man jedenfalls die Majorität für die Wahl Unruh's zum Präsidenten sich gesichert hat. Die Zahl dieser vereinigten Oppositionsmitglieder ist bereits auf 160 gestiegen. — Von den Mitgliedern der äußersten Linken sind bereits viele nach ihrer Heimath gereist, um den Willen ihrer Wähler zu vernehmen. Die Hiergebliebenen, unter Leitung der HH. D'Ester, Waldeck und Jacoby, werden keinesfalls nach Brandenburg gehen und nehmen auch an den Privatberathungen der andern Oppositionsmitglieder ferner keinen Theil. — Da die Mitglieder der ehemaligen Rechten, welche bisher die Majorität im Brandenburger Dom hatten, fürchten diese am nächsten Donnerstag zu verlieren, so sehen dieselben ihr Heil nur noch in einer Auflösung der Nationalversammlung, welche sie herbeizuführen suchen werden. (Nat.-Z.)

Man schreibt der A. allg. Ztg. aus Berlin: In der Sitzung der Brandenburger Versammlung am 29. November befanden sich unter den Zuhörern auf der Tribüne des diplomatischen Korps auch Heinrich v. Gagern, der nach der Sitzung im Brandenburger Hof mit Wittgenstein, Vincke, Bardeleben, Kühlwetter, Brünneck und Hansemann speiste und auf die Zukunft des Vaterlandes anstieß.

Die deutsche Zeitung meldet aus Berlin: Am 27. Nov. war ein Manifest über die Auflösung der Landesversammlung und die Grundzüge einer oktroyirten Verfassung in der Decker'schen Geheimen Oberhofbuchdruckerei in Berlin bereits gedruckt.

Breslau, 1. Dez. [Ein Mißverständniß] Heute früh hielt eine Musketier-Abtheilung des Freikorps (1 Zugführer, 1 Tambour, 1 Hornist und 14 Wehrmänner) in Protsch eine Felddienst-Uebung. Als die Mannschaften später im Wirthshause frühstückten, ließ der Major des in der Gegend liegenden 11. Landwehr-Regiments, Herr v. Benningsen, Generalmarsch schlagen, die Abtheilung einschließen und ihnen die Waffen wegnehmen. Wahrscheinlich hat sich der Major dazu für berechtigt gehalten, weil die Abtheilung sich außerhalb des Rayons von Breslau, jenseits der Weide, im Trebnitzer Kreise befand. Der Oberst der Bürgerwehr, Dr. Engelmann, hat den Verfall sogleich an das General-Kommando berichtet und um unverzügliche Herausgabe der in Beschlag genommen Gegenstände (14 Musketen, 1 Trommel, 1 Degen und 4 Hirschfänger), sowie um eine genaue Untersuchung der ganzen Angelegenheit gebeten. (A. Oderz.)

Leipzig, 4. Dez. Soeben erhalten wir die Nachricht von Prag vom 2. Dez. Nachts 12 Uhr, daß der Kaiser an diesem Tage früh in Olmütz zu Gunsten des Erzherzogs Franz Joseph abdicirt hat, und 12½ Uhr Nachts in Prag, zu allgemeinem Erstaunen sammt der Kaiserin eingetroffen ist. (D. a. Z.)

*Altenburg, 3. Dez. Der Reichskommissär Mühlenfels hat wieder eine Ansprache an die Bewohner Thüringens und Altenburgs veröffentlicht, worin er sagt, daß mit Hülfe der Reichstruppen nunmehr die bessern Bürger wieder Muth bekommen hätten, die Republikaner wie die Reaktionäre (welch' ein Unsinn!) zu bekämpfen, daß übrigens gleichwohl auch noch ferner Reichstruppen „als Gäste" bei ihnen bleiben würden. Sehr ungebetene Gäste! Daß sich Hr. Mühlenfels nicht schämt, diese dumm-heuchlerische Sprache zu führen!

Aufruf

an die demokratischen Wahlmänner der Fränkischen Wahlbezirke, sich bei der eingetretenen großen Gefahr über ein darauf Bezug nehmendes bestimmtes Mandat für ihre Landtags-Deputirten zu vereinigen.

Die Nothwendigkeit, daß die zum bevorstehenden Landtage zu erwählenden Deputirten an ein bestimmtes Mandat gebunden werden, hervorgegangen aus den früheren leidigen Erfahrungen, daß so mancher Abgeordnete seinem gegebenen Worte untreu geworden und das vertrauende Volk bitter getäuscht hat, diese Nothwendigkeit hat bereits das umfassende Wahlprogramm veranlaßt, welches von dem Kreisausschusse der Fränkischen Vereine für Volksfreiheit unterm 1. November angenommen und veröffentlicht wurde.

Seitdem hat sich dieses Bedürfniß nur noch schreiender herausgestellt. Denn seitdem hat sich das Ungeheuerste zugetragen. Die deutsche Nationalversammlung in Frankfurt hat in der Mehrheit ihrer Mitglieder die deutschen Völker, die sie vertrauensvoll zu Wahrung ihrer Rechte und Freiheit gewählt hatten, in Verschwörung mit einem schmachvollen Reichsministerium an die dynastischen Interessen treulos verrathen. — Das österreichische Kabinet hat mit satanischer Tücke die große, edle, deutsche Hauptstadt Wien

von seinen slavischen Soldaten zusammenschießen und daselbst von diesen barbarischen Herden Blut über Blut vergießen, die ärgsten Greuelthaten verüben lassen, hat mit schamloser Verleugnung und Verhöhnung der deutschen Nation den unverletzlichen deutschen Nationaldeputirten, den edeln Robert Blum standrechtlich erschießen lassen, und steht im Begriff, die im österreichischen Staate lebenden acht Millionen Deutsche von ihrer Mutter, der deutschen Nation zu trennen. — Der König von Preußen hat das gleiche Verbrechen der Wortbrüchigkeit, des Verraths und der soldatischen Unterjochung an den Völkern seines Staats begangen, hat die schreiendste Willkühr an der für das Königreich Preußen gesetzlich berufenen Reichsversammlung verübt, läßt die edle Majorität dieser Versammlung, welche muthvoll dem Gesetze treu blieb, auf das Schmählichste mißhandeln, läßt mit frecher Willkühr sowohl die Hauptstadt Berlin, als auch eine Menge andrer Städte, die dem Gesetze treu zu bleiben erklärten, sofort außer Gesetz stellen, in Belagerungsstand versetzen und der rohen Soldateska preisgeben, die gesetzlichen Bürgerwehren entwaffnen, Preßfreiheit und Versammlungsrecht aufheben, die Bürger zu Hunderten verhaften und schließt ebenso, wie Oesterreich zu vollständigster Unterjochung der deutschen Nation ein Bündniß mit dem russischen Despoten.

Dürfen die im Königreich Bayern vereinigten kraftvollen und edeln deutschen Stammvölker der Franken und Bayern gegenüber der großen März-Errungenschaft ihrer Freiheit, dieser schmachvollen Unterdrückung ihrer deutschen Brudervölker theilnahmlos und mit verschränkten Armen zusehen? Können sie es ruhig geschehen lassen, daß ihre eigene Regierung, anstatt wie die steigende Volksnoth es geböte, das stehende Heer zu vermindern und eine allgemeine Volkswehr einzurichten, vielmehr das stehende Heer verdoppelt, es von dem verrätherischen Reichsministerium zu Unterjochung anderer, von ihren Fürsten mißhandelter deutscher Brudervölker mißbrauchen läßt, die eigenen harmlosen Städte und kleinsten Orte mit Garnisonen belästigt, dabei alles thut, um das Militär von dem Bürger abzusondern und ihm feindlich gegenüber zu stellen, und sogar, wie die neuesten Zeitungsberichte melden, sich schon Belagerungsstände im eignen Lande in Aussicht stellt?! —

Fürwahr! Der bayerische Landtag würde sich auf ewige Zeiten entehren, wenn er, im Angesicht jener schreienden Unthaten in Oesterreich und Preußen, und der reichsministeriellen Unterjochungen des Badischen, Thüringischen und Reußischen Volks, im Angesicht der der Märzerrungenschaft der freien deutschen Völker von allen Seiten drohenden Gefahr der offnen wie der verdeckten dynastischen Reaktion, sich auf die bloße Beseitigung der Gebrechen seiner innern Landesverwaltung beschränken wollte.

Wahlmänner! In der dringenden Gefahr, die gegenwärtig über allen deutschen Völkern schwebt, handelt es sich vor allem darum, ihr höchstes Gut, ihre Freiheit zu retten, das wiedererrungene Majestätsrecht ihrer Souveränität sicher zu stellen und die Gräuel zu rächen, die an unsern Brudervölkern verübt worden sind.

Es dürfte daher nicht genügen, die Deputirten, die Ihr zum Landtag sendet, lediglich für die gewissenhafte Durchführung des ihnen vorgegebenen Wahlprogramms verbindlich zu machen. Nächst diesem sollten sie speziell dafür verantwortlich gemacht werden, gegenüber jenen Unthaten und der überall in Deutschland jetzt so wortbrüchig und frech auftretenden dynastischen Reaktion, die Rechte und die Pflichten auszuüben, die dem freien deutschen Stammvolke der Franken von Gott übertragen sind. Zu diesem Ende sollte ihnen, meines Erachtens, aufgegeben werden, alles aufzubieten um bei dem Landtage namentlich folgende Anträge durchzusetzen:

1) Der Landtag verlange: die Regierung habe unumwunden anzuerkennen, daß das Majestätsrecht der Souveränetät, wie der gesammten deutschen Nation, so auch jedem einzelnen deutschen Stammvolke mit dem Rechte, sich seine Regierungsform selbst festzusetzen und einzurichten, ausschließlich zustehe; daß die Regierung jedes einzelnen deutschen Landes nur um des Volkes willen und durch des Volkes Willen bestehe und daß die bestehenden Fürsten nichts anderes, als die Mandatare ihres Volkes und diesem verantwortlich sind.

2) Der Landtag verlange, daß die bayerische Regierung sofort alle bayerischen Truppen, welche zur Zeit noch in Auftrag des Reichsministeriums zur dynastischen Unterjochung anderer deutschen Völkerschaften kommandirt sind, zurückrufe, ingleichen die im Innern des Königreichs in der nächsten Zeit vermehrten und verstärkten Garnisonen, die den Bewohnern zur Last gereichen, wieder auflöse.

3) Der Landtag bestehe darauf, daß die für das Land so dringend nöthige Reduktion der stehenden Armee nicht länger aufgeschoben, daß gleichzeitig zur Organisation einer allgemeinen Volkswehr geschritten und dieser die Mannschaften der stehenden Armee, ausgeschieden nach den Stammvölkern, denen sie angehören, inkorporirt werden.

4) Der Landtag verlange, daß die Regierung, Namens der freien deutschen Stammvölker der Franken und Bayern

a) an das österreichische Kabinet die Forderung stelle: auf die strengste Bestrafung der Mörder des unverletzlichen deutschen Reichsdeputirten Robert Blum und auf die vollständigste Schadloshaltung seiner Relikten.

b) Den deutschen Völkern in den österreichischen und preußischen Staaten in ihrem Kampf gegen ihre dynastische Unterjochung die treue Bruderhilfe von Seite der fränkischen und bayerischen Stammvölker anbiete, mit der Aufforderung, sich zur Unterjochung der italienischen, ungarischen und polnischen Nation so wenig als zur Unterdrückung der anderen slavischen Völker und zur gegenseitigen Unterjochung der in diesen Staaten vereinigten verschiedenen deutschen Völker ferner mißbrauchen zu lassen.

5) Der Landtag verlange, daß die Regierung die im offenen Widerspruche mit der Merzverheißung seitdem durch reaktionäre Beamte und Behörden mehrfältig vollführten politischen Einkerkerungen und Ausweisungen sofort überall aufhebe und den dem Volke zustehenden Vollgenuß seiner Rechte auf Preßfreiheit, Versammlungs- und Vereinsfreiheit und auch die persönliche Freiheit nicht mehr beeinträchtigen lasse.

6) Der Landtag verlange endlich, daß zu Berathung und Festsetzung der neuen, auf der Grundlage der Volkssouveränetät zu errichtenden Verfassung sofort eine constituirende Versammlung aus Abgeordneten, welche das Volk unmittelbar wählt, berufen werde, da der gegenwärtige Landtag, nicht allein wegen der in ihm noch tagenden, mit der Volkssouveränetät unverträglichen, aus Privilegirten bestellten ersten Kammer, sondern auch wegen der unreinen Composition der nur aus mittelbaren und vielfältig influirten Wahlen gebildeten zweiten Kammer dazu inkompetent und mit dem erforderlichen Vertrauen nicht ausgerüstet ist.

Demokratische Wahlmänner der fränkischen Wahlkreise! Auf die Wichtigkeit und Dringenheit der vorstehenden Bestimmungen brauche ich Euch nicht erst aufmerksam zu machen. Erwägt sie und wählt solche Männer zu Eueren Deputirten, die sie mit der ganzen Energie ihrer Ueberzeugung zu vertreten wissen, und denen die Rechte und das Wohl des Volkes heilig sind. Ermächtigt diese Männer, diese Forderungen mit allen Mitteln, die der Kraft des souveränen Volkes zu Gebote stehen, und äußersten Falles selbst mit dem Mittel der Steuerverweigerung zu unterstützen. Steht ihnen durch eine permanente Ausschußversammlung Euerer Urwähler zur Seite und behaltet Euch das Recht ihrer alsbaldigen Zurückberufung vor auf den Fall, daß Einer oder der Andere so schwach seyn sollte, seinem Worte untreu zu werden.

Erlangen, 5. Dezember 1848.

Emil Gottfried v. Herder.

Anzeigen.

Politischer Verein in Erlangen.

Sonnabend den 9. Dezember Abends 8 Uhr Versammlung im Weisgarten bei Erlangen.

Generalversammlung des politischen Vereins in Herzogenaurach.

Sonntag den 10. Dez. Abends 7 Uhr ist Generalversammlung des politischen Vereins im Saale des Gasthauses zum Wallfisch in Herzogenaurach. Sämmtliche Vereinsmitglieder werden ersucht pünktlich zu erscheinen.

Der Ausschuß.

Gedruckt — unter Verantwortlichkeit der Verleger — bei J. L. Stich.
Expedition S. 39 im Gasthof zum König Otto II. Etage.

Der freie Staatsbürger.

Erscheint täglich. Preis in ganz Bayern vierteljährlich 1 fl. 30 Kr., halbjährlich 3 fl., jährlich 6 fl.

Organ der Demokratie.

Inserate werden die dreispaltige Petitzeile zu 3 Kr. berechnet. Die Abonnenten haben für die Hälfte des Abonnementpreises Inserate frei.

Nr. 66. Nürnberg, Freitag, den 8. Dezember **1848.**

Vereinigte Staaten von Deutschland.

* **Nürnberg**, 6. Dez. Ein kostbares Aktenstück hat uns der heutige der Abgeordnetenwahl vorangehende Tag in einem salva venia Gedicht geliefert, das unter dem Titel: „Lesefrüchte für Alt und Jung Nr. 3. der Gang zur Wahl“ in Massen unentgeltlich von Personen vertheilt wurde, welche mit dem Korrespondenten von und für Deutschland in ziemlich naher Verbindung stehen sollen. Es mag vielleicht auch für auswärtige Leser nicht ohne Interesse seyn zu erfahren, wie hier zu Land die Reaktion auch durch Poesie, und durch welche Poesie! sich mundgerecht zu machen sucht. Ob mit Erfolg, darüber wird der morgende Tag entscheiden. Wir können indeß aus Mangel an Raum das Gedicht leider nur auszugsweise mittheilen: Es ist noch dunkle Nacht, „am Himmel glänzt Sternegefunkel“,

Da tritt aus dem Hause der wählende Mann,
Die denkende Stirne voll Falten;

Er ruft zum Himmel um Licht zu seiner inneren Erleuchtung, schaut dann noch einmal zum Hause zurück, wo die „liebende Frau auf dem Arme das Kind“ steht, und hört, wie die Frau ihm nachruft:

Mann, wähle mit Gott und mit redlichem Muth,
Befrage getreu dein Gewissen;
Wirk' mit, daß die Ordnung uns wieder ersteht,
Die wirrende (!) Frevler zerrissen,
Daß Freiheit erblüht durch das heil'ge Gesetz,
Daß verwegenes Wühlen verschwinde,
Daß lebsam wieder das Leben doch wird
Uns selber und unserem Kinde!

welches Kind übrigens von dem „lebsamen Leben“ wenig genießen wird, wenn seine Mutter früh Morgens vor Tage im „herbstliches Nebel“ es auf die Straße schleppt. Nachdem der „wählende Mann“ diesen Nachruf in Empfang genommen, hört er sofort aus dem Kirchhofe, an welchem er vorbeigeht, die Stimme seines Vaters aus dem Grabe. Der todte Vater spricht unter Anderm:

Die Freiheit, sie ziehet als Siegerin ein,
Es begrüßet sie jeglicher Brave,
Und ein Jeder im Volke genieße sie ganz,
Doch es sei auch der König nicht Sklave!

Mein werthester Herr im Grabe, so lange die Könige noch Bajonette zur Verfügung haben, mit denen sie die Gesetze und die Rechte des Volkes zerfetzen können, ist Ihre posthume Sorge sehr überflüssig. — Der lebende Sohn erhält sofort von dem todten Vater Instruktionen, wie er wählen solle.

Wer den König ehrt, der gesetzlich regiert,
Aus dem preislichen Hause der Schyren,
Den wähle getrost, der ist bayrischen Sinns.

Fast glauben wir, das „preisliche Haus der Schyren“ möchte nicht bloß unsern todten, sondern selbst unsern lebendigen fränkischen Landleuten ein böhmisches Dorf seyn. — Es kommt die Sonne hervor und mahnt den „wählenden Mann“ an das Leuchten der Wissenschaft und an die Abschaffung der Censur; er hat zum ersten Male jetzt einen erträglichen Gedanken, wenn er ihn auch in schlechter Poesie ausspricht:

Es setze der Geist nur die Schranken sich selbst
Und beuge sich nur dem Gesetze!

Aber er pilgert weiter:

Und entgegen ihm
Vernimmt er liebliches Klingen:
„Was ist des Deutschen Vaterland?“
Drei wack're Wanderer singen.

Wodurch wir leider bestätigt finden, daß man noch immer nicht weiß, was des Deutschen Vaterland ist. Unser „wählender Mann“ macht sich indessen darüber keine Sorge; er ist ganz befriedigt, als ihm drei andere Wanderer entgegensingen:

„Weiß und blau das Fähnlein weht.“

Froh, daß er wenigstens weiß, er sei ein Bayer, kommt er in der Wahlstadt an, geht dort in die erste beste Kirche und

Bald kommt er zurück: aus dem leuchtenden Blick
Strahlt ruhige Klarheit der Seele;
Sein Tritt ist so sicher, er weiß, was er will,
Mit Entschiedenheit spricht er: „Ich wähle.“

Wir möchten zwar noch immer bezweifeln, ob der „wählende Mann“ wirklich weiß, was er will, wir aber wissen ganz gewiß, daß die Reaktion nicht zu fürchten wäre, wenn sie stets in solcher abgeschmackter Poesie und nicht in der Prosa der Bajonette und Schrapnells aufträte.

* **Nürnberg**, 7. Dez. In Bezug auf die reaktionären Gelüste, welche sich in den höchsten Regionen Bayerns bemerklich machen, schreibt Dr. Eisenmann in seinem Volksblatt: „Das fehlte noch, daß auch in Bayern, auf das man bis jetzt mit so viel Vertrauen (?) die Augen richtete, die Verwirrung einriße, um so jede Hoffnung auf die baldige Herstellung eines gesicherten Rechtszustandes zu beseitigen und allen aufrichtigen Freunden der constitutionellen Monarchie die fürchterliche Ueberzeugung aufzudringen, daß die Republikaner Recht hatten, wenn sie ihnen zuriefen: Ihr opfert Euch vergebens!

* **Nürnberg**, 7. Dez. Die Wahlmänner des Wahlbezirks Fürth versammelten sich gestern Abend hier zu einer Vorberathung. Die treffliche pietistisch-constitutionelle Universitätsstadt Erlangen hatte natürlich den Prorektor sammt einem Theil des hochweisen Senates als Wahlmänner gesandt. Das Schicksal dieses von Erlangen gestellten Contingents wird dem edlen Correspondenten Stoff zu etlichen Heulartikeln liefern. Vermuthlich wird er wieder über den Kampf jammern, den die Demokraten „gegen die Intelligenz“ führen. Gegen die Intelligenz, wie sie in der Universität Erlangen repräsentirt ist, müssen sie allerdings kämpfen. Glücklicherweise scheint ihr Kampf auch von Erfolg zu seyn. Der Herr Prorektor Hoffmann glaubte zwar sich gestern Abend einen leichten Triumph verschaffen zu können, indem er wähnte, es genüge, um einen demokratischen Candidaten unmöglich zu machen, die Hinweisung darauf, daß derselbe in dem Bamberger Comité gesessen sey, dessen Seele der Abgeordnete Titus gewesen. Allein diese Hinweisung hatte just einen ganz entgegengesetzten Erfolg. Anstatt den dadurch verdächtigten Candidaten Morgenstern unmöglich zu machen, machte sie den Herrn Prorektor als Redner „unmöglich;“ die von der weit aus überwiegenden Mehrzahl der Wahlmänner ausgehende Demonstration gegen den Herrn Prorektor ließ an Entschiedenheit und Unzweideutigkeit gar nichts zu wünschen übrig. Und als man, statt einer Sonderung nach Landgerichtsbezirken, eine Sonderung nach den Parteien vornahm, als es hieß: Demokraten hieher! als die Böcke sich schieden von den Schafen: da konnten die Herrn Erlanger die Entdeckung machen, daß sie ganz allein in unsrem Franken hartnäckig dem Fortschritt sich entgegenstemmen, während rings um sie her Alles vorwärts einer bessern freien Zukunft entgegentreibt.

FH **Erlangen**, 6. Dez. Die Pestbeule Frankens Wenn jemals, so hat es jetzt diesen Namen verdient. Ganz Franken von den größten Städten bis zur kleinsten Ortschaft hat fast lauter demokratisch gesinnte Wahlmänner gewählt, nur Erlangen nicht. Fragen Sie nach dem Grund dieser wunderbaren Erschei-

nung, so kann ich Ihnen nur darauf antworten: weil es die Pestbeule Frankens ist. Wäre hier der Bürgersinn auch, wie anderswo, lebte nicht die Mehrzahl der Bürger in einem Abhängigkeitsgefühl von einer Anzahl reaktionärer Geldmänner, wäre das Wahlrecht kein beschränktes, der Wahlmodus ein direkter, gewiß würde in Erlangen die demokratische Partei gesiegt haben. So ist dann auch das schlechte Resultat der Wahlen nur daraus zu erklären, daß sich die Urwähler von diesen reaktionären Geldmännern, den sogenannten „Großköpfen“, blind an der Nase herumführen ließen. Und dieß geschah an manchen Orten mit solcher Frechheit, daß wir nicht umhin können, einige konstatirte Beweise Ihnen mitzutheilen. So ging im 2ten Wahlbezirk ein ehemaliger 2ter Bürgermeister, Professor Martius, mit einer eigenhändig geschriebenen Wahlmänner-Liste von Haus zu Haus, auf der sich sein eigner Name befand, den Bürgern, diese Männer und vor Allem seine eigne Persönlichkeit anpreisend. Ein zweites, ächt konstitutionell-monarchisches Kunststück wurde im 5ten Wahlbezirk aufgeführt. Hier erlaubte sich sogar ein Mitglied des Wahlausschusses, Schlossermeister B. Ganser, der doch eigentlich dafür da ist, die Wahlen vor jedem ungesetzlichen Einfluß zu bewahren, einem Wähler den Zettel aus der Hand zu nehmen, um ihm die Wahlmänner aufzuschreiben. Wer diese Männer waren, geht aus der Thatsache hervor, daß nach großen Anstrengungen Seitens der Wähler von Thron und Altar fast der gesammte Wahlausschuß aus der Wahlurne hervorging.

* München. Unser = Correspondent schreibt uns über die Todtenfeier Blums: Die ältesten Leute sagten, so wäre noch nie einem baierischen Fürsten nachgetrauert, nachgeweint worden. Alte Mütterchen erzählten ihren Enkeln in herzlicher Weise, wer gestorben sey und um wen das Volk so traure. Seht, rief man aus, so ehrt das Volk die, welche für die Freiheit sterben! Auf dem Dultplatze angelangt erinnerten einige Redner an die Bedeutung des Festes und an seinen Helden. Das Comité dankte den Theilnehmern. Vor Anfang und Ende der Reden wurde unter Leitung unseres vortrefflichen Hofkapellmeisters Stunz „Eine feste Burg ist unser Gott“ in feierlicher Stille abgesungen. Alles war gerührt und mancher heiße Schwur entstieg aus tiefbewegter Brust zum Himmel. Es war der Schwur der Rache. Die Fackeln wurden zusammen geworfen. Die rothe Glut färbte den Horizont, und graue Wolken stiegen zum Himmel. Der Mond lächelte milde dem Ganzen zu, und verbarg sich erst als die Feier vorüber war. Unterdessen hatten unsere Gewaltigen ihre Schergen überall aufgestoppelt; die Wachen waren alle verstärkt; die Soldaten konsignirt u. in der Residenz sollen Kanonen aufgefahren worden seyn. O sie irren sich. Einen Blum sühnt man nicht mit einem Straßen-Krawall. Blum wird gesühnt einstens, wenn die Throne fallen und die Purpure erbleichen. Aber schon gestern am Abend ist mancher im Pallast bleich geworden, als er das Volk so trauern sah. Die Balkone der Adeligen waren leer. Man sah die Bewohner derselben einzeln hie und da auf den Straßen herum schlendern. Hohn auf dem Gesichte, Spott im Herzen sahen sie zu.

(F) München, 3. Dez. So eben kommt mir eine Anzeige von den Schülern des hiesigen neuen Gymnasiums, die bekanntlich unter der sorgsamen Leitung geistlicher Hirten stehen, in die Hände. Ich las und staunte; ich las nochmals und konnte mich fürwahr einer trüben Stimmung nicht erwehren. Die Anzeige heißt: die Studirenden des kgl. neuen Gymnasiums verabscheuen (!!) die Todtenfeier für Robert Blum. Wenn sich daher einzelne von der betreffenden Anstalt dabei betheiligen, so protestirt die Gesammtzahl gegen die hiedurch entstandene Präsentation.“ So reden junge Leute, Leute, die einst der Stolz und die Stütze des Vaterlandes werden sollen. Während fern von allem Parteiunterschiede ein großer Theil der Bevölkerung Deutschlands auftritt für die durch Blums (des Abgeordneten) Mord befleckte Ehre der Nation, „verabscheuen“ die Studirenden des Gymnasimus die Feier eines edlen Dahingeschiednen, dessen Streben ohne Zweifel dahin ging, die höchsten Güter der Menschheit realisiren zu helfen, der höchstens (nach ihrer Meinung) den rechten Weg zur Erreichung seines erhabenen Zieles verfehlte. Sie „verabscheuen“ eine Feier, an der die tüchtigsten Männer und Jünglinge unserer Stadt Antheil nehmen. O tempora, o mores! Fürwahr! es ist zu bedauern, wenn dieser Theil der „deutschen Jugend“ durchdrungen ist von so pfäffischen Gesinnungen und noch mehr zu beklagen, wenn dieser Schritt ihnen aufgedrungen ist, wenn sie in solchen Gesinnungen von Aeltern und Lehrern erzogen werden. In den Schulen traten ihnen die Heroen des griech. Alterthums entgegen — und kein Strahl ihrer heidnischen Größe drang in ihre jugendliche Brust? Sie studiren Weltgeschichte und ahnen noch nicht, daß eine tüchtige politische Ansicht nicht im Vorurtheile, sondern in der Vernunft ihren Stützpunkt hat? Man macht sie doch gewiß mit der Bibel bekannt und — sie wissen nicht, daß da geschrieben steht: „Die Wahrheit wird euch frei machen!

München, 5. Dez. Die N. M. Ztg. macht zu ihrer Schilderung der Trauerfeierlichkeit für Blum den Beisatz: Die hier bestehenden konstitutionellen Vereine hatten die Einladung zur Betheiligung an dem Zuge abgelehnt.

* München, 5. Dez. Als Styprobe geben wir folgende Nachricht der N. M. Z.: Se. Maj. der König haben geruht, die Verfügung zu treffen, daß in Zukunft zu je von Allerhöchst Ihnen zu bestimmenden Stunden die kgl. Staatsminister mit Sr. Majestät zu arbeiten haben werden.

Die Wahlen in Unterfranken und Aschaffenburg sind bisher für die Demokraten und die gewerbtreibende Klasse günstig ausgefallen. (Fr. Z.)

Frankfurt, 26. Nov. (Der Reichsdemagoge Rauschenplatt als Polizist.) Der berühmte Dr. v. Rauschenplatt thut jetzt Polizeidienste, da ihn die Studenten in Heidelberg nicht hören wollen. Dieser Ehrenmann setzte kürzlich in einer Weinstube „begeistert“ auseinander, daß dem Robert Blum ganz recht geschehen sei, und versicherte, daß er (Rauschenplatt) derselbe geblieben sei, der er war. Da trat ein Mann vor ihn hin, der 1833 bei dem Sturm auf die Constablerwache zu Frankfurt in der Colonne gefochten hatte, welche Rauschenplatt kommandirte, und erinnerte ihn an das „Fürsten zum Land hinaus“, welches er damals gesungen und mit den Waffen praktisch exekutiren wollte, während er jetzt zum Schutz der Fürsten von Straßburg herbeigeeilt sei und Polizeidienste genommen habe. Die Gesellschaft wandte sich von dem sehr bestürzten Doktor ab und versicherte ihn ihrer Verachtung. Er sprach von Pistolen; als ihm aber jener Mann bereitwillig, wenn auch unserer Ansicht nach thöricht, zu diesem Zwecke seine Karte gab, zog es der Polizist gewordene Demagoge vor, sich am andern Morgen „nach ruhiger Ueberlegung“ höflichst zu entschuldigen.

Frankfurt, 1. Dez. Ein Brief aus Wien meldete mir einen Zug, den ich nicht ohne Rührung lesen konnte. Wie bekannt, feiert Jellacic in den Theatern Wiens Triumphe vor einem gemietheten Publikum. Neulich erscheint er im Kärthner Thortheater und die Offiziere und Banquiers, die Logen und Parterre füllen, brechen in ein brüllendes „Zivio“ aus! Das Orchester, gut abgerichtet, fällt mit dem „Gott erhalte“ drein. Da erhebt sich maßlos das Toben der Gallerie. „Was ist des deutschen Vaterland“ ertönt es im lauten Chorale, daß die feile Blechmusik darunter verstummen muß. Und eine solche Stadt, in welcher das Deutschthum eine Religion, ein schöner Fanatismus geworden, hofft man von Deutschland abtrennen und einem slavischen Reiche einverleiben zu können? Thörichter Wahn! Die Stadt ist entwaffnet, ihr Heldengeist ist es nicht. Seitdem der große Todte, seitdem Blum, der Märtyrer Deutschlands und ein Opfer seines Parlaments in Wiens Mauern liegt, ist Deutschösterreich besser erobert, als von einer Armee. Mag die Slavenfaust das schwarzgelbe Banner auf dem Stephansthurme befestigen, mag die befestigte Stadt mit hundert Kanonen die Vorstädte beherrschen — tief unten in den Kellern liegen Tausende von Flinten begraben, und wenn die Auferstehung halten — dann Gnade dir Gott, rothe Monarchie, dann erschallst du zum letzten Mal, Choral der Slaven: „Gott erhalte unseren Kaiser.“ (N. D. Z.)

DC Berlin, 3. Dez. Was wir schon vor einigen Tagen ausgesprochen, daß nämlich zwischen der Krone und dieser Versammlung jede Brücke der Vereinbarung abgebrochen sei, davon scheinen nun auch die Gemüther durchdrungen zu seyn, welche sich bisher am Meisten gegen diese unangenehme, weil revolutionäre Wahrheit sträubten. Selbst die „deutsche Reform“, die bisher trotz aller Manteuffel'schen Fußtritte winselnd und flehend auf dem Boden der Vereinbarung herumkroch, muß heute eingestehen: „Die gestrige Sitzung muß Jeden, mag er auch noch so sehnlichst eine Verständigung gewünscht haben, überzeugen, daß sie unausführbar ist.“ Es bleibt also der Krone nur die Wahl zwischen einem der beiden folgenden Verfahrungsweisen. Entweder sie bleibt, um sich den Schein des Rechts zu geben, auf dem Boden der Vereinbarung stehen, oder sie verläßt ihn ganz und gar. Innerhalb einer jeden dieser beiden Kategorien kann die Krone abermals zwei verschiedene Wege einschlagen. Will sie getreu ihren Versprechungen vom März den Standpunkt der Vereinbarung so lange als mög-

lich festhalten, so kann sie entweder sofort die jetzige Nationalversammlung auflösen und Neuwahlen auf Grund des Wahlgesetzes vom 8. April veranstalten, oder sie thut dieß erst dann, wenn der vorher gemachte Versuch der Einberufung der Stellvertreter mißlungen ist. Tritt aber die Krone von dem Standpunkte der Vereinbarung ganz zurück und stellt sich wieder auf den Boden, auf dem sie am Vormittag des 18. März stand, so sind ebenfalls zwei Fälle möglich: entweder Oktroyirung einer Verfassung nebst Emanirung eines Wahlgesetzes mit Census oder einfaches absolutistisches Fortregieren, gestützt auf die Bajonette. Welchen dieser vier Wege man in Potsdam einschlagen wird, darüber wissen in diesem Augenblicke selbst die bestunterrichteten Personen noch nichts Gewisses; weil man bei Hofe selbst noch keine Wahl getroffen hat. Daß der längst gehegte Gedanke einer Oktroyirung der Verfassung noch nicht aufgegeben worden, dafür spricht die Abreise Vincke's, der sich gegen diesen Plan ausgesprochen und deßhalb kein Ministerium zu Stande bringen konnte. Andrerseits aber versichern uns wohlkundige Personen, man habe bei Hofe, wenn auch nicht die Einsicht, doch die Furcht und das Gefühl, daß ein Fortregieren durch die Gewalt der Bajonette zwar auf einige Zeit möglich gemacht werden könne, daß man aber damit Niemanden größeren Vorschub leiste als der Partei der Republik. Der älteste Sproß des Hauses Hohenzollern will leben und regieren à tout prix, sey es auch, wenn es so seyn muß, als konstitutionelle Königsmarionette; „das Fallen mit Ehren“ will er Andern überlassen. Von den drei somit noch übrigbleibenden Eventualitäten scheinen uns die beiden Ersten kaum zu erwarten. Wenn auch aus zum Theil andern Gründen als die „deutsche Reform“ (im ersten Artikel ihrer heutigen Morgen-Ausgabe) sind wir ebenfalls der Ansicht, daß Einberufung der Stellvertreter oder Neuwahlen keine Entscheidung zu Gunsten der Krone herbeiführen würden. Ob zwar wir uns sonst, nach den Erfahrungen der letzten Wochen und ehe nicht gewaltige Ereignisse und Stürme die politische Intelligenz und Reife des Landes gemehrt haben, wenig Tüchtiges und Energisches von der großen Mehrheit der Bewohner erwarten, so glauben wir doch, daß noch wenigstens etwas politisches Ehrgefühl den meisten Urwählern und Wahlmännern innewohnt. Und dieser Rest von Ehrgefühl wird einerseits die bei weitem größere Anzahl der Stellvertreter von vornherein vom Eintritt in die illegale Brandenburger Versammlung abhalten, während er andererseits hinreichen wird, bei Neuwahlen eine Versammlung zu Stande zu bringen, die jedenfalls eben so entschieden, wenn nicht noch entschiedener als die jetzige gegen die Krone auftreten wird. Diese Letztere hätte also auf diesen Wegen die Krisis nur hinausgeschoben, aber nicht gelöst. Die Oktroyirung der Verfassung dagegen wäre wenigstens eine sofortige Lösung des Knotens, wenn auch dadurch ein abermaliger entscheidender Kampf zwischen Volkssouveränetät und Einzelwillen nicht ausgeschlossen bleibt. Für unsere Partei aber wäre die Oktroyirung, wenn geschickt ausgeführt, der gefährlichste Streich.

CL Berlin, 4. Dez. Seitdem der Klub Brünneck in Brandenburg tagt, sind keine Versuche unbenützt geblieben, die in Berlin anwesenden Abgeordneten nach Brandenburg zu ziehen. Persönliche und allgemeine Einwirkungen, Einschüchterungen aller Art sind Schlag auf Schlag einander gefolgt. In Berlin verfuhr Wrangel seit 8 Tagen mit immer steigender Brutalität gegen die zurückgebliebenen Abgeordneten. Nachdem er dreimal die Linke bei Mylius mit Soldaten und die andern Fraktionen mehrmals mit Konstablern und Polizeimannschaften hat auseinader treiben lassen, ließ er endlich das Bureau der Nationalversammlung in der Privatwohnung des Sekretär und Abgeordneten Hildenhagen militärisch besetzen, die dort anwesenden Abgeordneten, etwa 18 an der Zahl, über eine Stunde festhalten und sämmtliche Papiere mit Beschlag belegen. Mehrere Kompagnien Soldaten begleiteten die Droschke, welche diesen Fang nach dem Hauptquartier brachte. Aber damit noch nicht befriedigt, ließ Wrangel den Saal bei Mylius, wo viele Abgeordnete zu Mittag und zu Nacht zu essen pflegen, versiegeln, weil ein dahingesandtes Kommando Soldaten 11 Menschen und unter diesen 3 Abgeordnete in dem Saale vorfand. Bemerkenswerth ist, daß bei allen Exekutionen dieser Art sich jedesmal Civilpersonen ganz in der Nähe der Soldaten befinden, welche in der gemeinsten Weise über die Abgeordneten schimpfen. Während das ganze übrige Publikum sich fern halten muß, duldet man diese ungestört in ihrer Nähe. Früher erklärten die solche Exekutionstruppen kommandirenden Offiziere wenigstens noch, sie handelten im „Namen des Gesetzes“ oder „des allerhöchsten“ oder „konstitutionellen Gesetzes“; jetzt verweigern sie ihre Namen zu nennen und antworten auf alle an sie gerichteten Fragen: „das geht Sie nichts an.“ Herr Wrangel, der die anfangs getroffene Bestimmung, daß alle Wirthshäuser um 10 Uhr geschlossen seyn mußten, wieder aufgehoben hat, läßt sie nunmehr für alle diejenigen Wirthshäuser bestehen, welche von Demokraten, namentlich aber von Abgeordneten besucht werden. Die Glocke hat noch nicht 10 Uhr ausgeschlagen, und alle diese Häuser werden gleichzeitig von einem Schwarm Konstabler überfallen. Was von ihnen angetroffen wird, wird verhaftet oder herausgetrieben. Unterdessen hält der Preußenverein regelmäßig seine Sitzungen ungestört fort; ein Offizier, der mit einer Patrouille nach dem Lokale gekommen war, bemerkte, nachdem er erfahren hatte, was das für eine Gesellschaft sey, die Herren möchten sich nicht stören lassen. Bei allem dem hat Wrangel und die Polizei die Stirne zu behaupten, die Habeas-Corpus-Akte sey noch nicht aufgehoben. Alle mißliebigen Personen, die nicht Berliner Bürger sind, werden ausgewiesen, mit Androhung der Verhaftung, wenn sie nicht binnen 24 Stunden die Stadt und ihren zweimeiligen Umkreis verlassen. Und das sind nicht etwa bloß „deutsche Ausländer“, welche so ausgewiesen werden, sondern hunderte von preußischen Staatsbürgern. Die Polizeibrutalität ist vor dem 18. März nie in solchem Grade geübt worden, als jetzt, wo wir uns der „Märzerrungenschaften“ erfreuen. — Am 27. Nov. Abends beriethen alle hier gebliebenen Fraktionen der Nationalversammlung, ob sie unter bestimmten Bedingungen nach Brandenburg ziehen wollten. Die Linke (Mylius) und das linke Centrum (Caspary) beschlossen mit großer Majorität nicht hinzugehen; im Centrum (Hotel de Russie) erklärte die Mehrzahl, am andern Morgen hinüberzugehen. Dadurch wuchs die Zahl des Klub Brünneck auf 182 an. Denn die Mehrzahl des Centrums (Parisius, Dunker u. s. w.) und einzelne Mitglieder des linken Centrums (Hansen, Elkemann) hatten sich dort eingefunden. An diesem Tage wetteiferten mehrere Abgeordneten in Berlin, wie Kirchmann u. s. w., darzuthun, daß es nun, wo die Versammlung möglicherweise beschlußfähig werden könne, Pflicht sey, nach Brandenburg zu gehen. Die militärische Besetzung des Bureaus, das wiederholt ausgesprengte Gerücht von Verhaftung und Verfolgung einzelner Abgeordneter, schüchterten viele Gemüther ein. Das Ergebniß einer gemeinschaftlichen Abendbesprechung war die Erklärung Vieler, am folgenden Tage nach Brandenburg zu gehen. Die Beschlüsse der Sitzung vom 1. Dec. sind bekannt. Wenn auch nach der Theorie des Herrn Brünneck der Beschluß als angenommen dasteht, so ist doch schwerlich zu erwarten, daß die Stellvertreter auf Grund eines solchen von einer unbeschlußfähigen Anzahl und selbst darunter noch von der Minorität gefaßten Beschlusses erscheinen. In Erwartung der Stellvertreter vertagte sich die Versammlung bis zum 7. d. M. — Unterdessen hatte Unruh auch die in Berlin gebliebenen Abgeordneten schriftlich auf den folgenden Tag, Sonnabend 11 Uhr nach Brandenburg zur Versammlung geladen. Er bezog sich dabei auf die Geschäftsordnung, nicht auf den Beschluß vom 12. Nov., wonach er nach jedem Ort außerhalb Berlins die Versammlung zu berufen berechtigt war. Viele Abgeordnete hielten sich nun für verpflichtet, dem Ruf des Präsidenten zu folgen. Die Versammlung sey jetzt ohnehin vollzählig; auch müsse man aus Nützlichkeitsrücksichten sich jetzt ihr anschließen, um zu retten, was möglich sey, und schlechte Gesetze zu verhüten. Die Mehrzahl der Linken erklärte sich jedoch entschieden dagegen, einestheils, weil es der Ehre der Abgeordneten und des von ihnen vertretenen Volkes zuwider sey, anderntheils, weil man es für durchaus erfolglos hielt. Im günstigsten Falle würde das in Berlin bereits vorgefallene noch einmal ausgeführt werden, jedoch weil zum zweiten Male und nach erfolgter Nachgiebigkeit bedeutend abgeschwächt. Es begab sich nun ein Theil der noch hier Gebliebenen (Jung, Schulze-Wanzleben u. s. w.) gestern zu einer Vorbesprechung nach Brandenburg; Unter den in Berlin gebliebenen waren Waldeck, Temme, Jacoby, D'Ester, Simon, Rodbertus, Berg, Hildenhagen u. s. w. In Brandenburg wurden die Bedingungen festgestellt, unter denen der Eintritt geschehen könne, jedenfalls aber dabei fest gehalten, daß die Majorität welche zu energischen Schritten gegen das Ministerium entschlossen sei, vorher durch Unterschriften gesichert sei. Ob das gelingen wird, muß sich bis zum 7. d. M. zeigen. Gelingt es, so werden ähnliche Scenen wie in Berlin zu erwarten sein, gelingt es nicht, so werden die erwähnten Abgeordneten nach Berlin zurückkehren und den Klub Brünneck seiner innern Verwesung überlassen müssen. In Berlin hat die Brutalität der Soldateska.

namentlich der Officiere bedeutend zugenommen. Die Stimmung der Bevölkerung, deren Enthusiasmus bedeutend gesunken war, hat sich in der letzten Woche sehr geändert. Sie ist nicht enthusiastisch aber voll der tiefsten Erbitterung. Aus sicherer Quelle erfahren wir, daß Gagern's Anwesenheit in Potsdam weniger den Zerwürfnissen zwischen Regierung und Kammer galt, als dem Plane, Friedrich Wilhelm IV. doch noch die deutsche Kaiserkrone zu übertragen. Rußland und Oesterreich, welches letztere sich von der deutschen Sache zurückzieht, sollen damit einverstanden seyn. Die Demarkationslinie und andere Länderabsonderungen stehen mit diesem Plane in genauer Verbindung. Die Vollzähligmachung der Regimenter und die Einberufung von 50 Bataillons Landwehr in Preußen, sind nicht allein zur Unterdrückung des Volkes, sondern auch für den Fall gut befunden, daß Frankreich Einsprache gegen die Ausführung dieser Pläne einlegen sollte. Während die östlichen Kabinette sich zur Vernichtung der deutschen Demokratie verbündet haben, reichen sie auf der andern Seite der retrograden Partei in Frankreich in's Geheim die Hand, um zu gleicher Zeit dort dem Heerd der demokratischen Bewegung Europa's zu zerstören.

DC **Berlin**, 4. Dez. Die Versammlungen des Maschinenbauervereins waren vom General Wrangel als politisch angesehen worden und wurden demnach beim Beginn des Belagerungszustandes vom Militär auseinandergesprengt und verboten. Vorgestern begab sich der Präsident dieses Vereins zu Wrangel und stellte ihm vor, daß die Tendenz des Vereins mehr eine sociale als politische sei, und daß eine Versammlung desselben zur monatlichen Rechnungsablage der mit dem Verein verbundenen Kranken- und Unterstützungscaße durchaus nothwendig sei. General Wrangel war nicht allein so gnädig, die Versammlungen zu erlauben, sondern er übergab auch noch unter schmeichelhaften Aeußerungen über das Benehmen der Maschinenbauer in der letzten Zeit dem Präsidenten einen Beitrag von 10 Friedrichsd'ors zur Krankenkaße des Vereins. Als dies in der Versammlung mitgetheilt wurde, soll sich eine bedeutende Anzahl Mitglieder für die sofortige Zurucksendung dieses Beitrages an den General Wrangel ausgesprochen haben, welches jedoch auf Zureden des Präsidenten unterblieben ist. Es circulirt hier, seit einigen Tagen, folgende „Mißtrauensadreße" an den Magistrat: „Mit tiefster Entrüstung haben die unterzeichneten Einwohner Berlins die bis zur eingetretenen Militärherrschaft verschobene, dann aber endlich ans Licht getretene Gesinnungsäußerung des Magistrats vom 21. Nov. aufgenommen. Unsere Entrüstung war um so größer als der Magistrat mit diesem, lediglich der Macht huldigenden Manifeste sich in den offensten Widerspruch mit den Stadtverordneten versetzt hat, aus deren Wahl er hervorgegangen und die in edlem Aufschwunge sich dazu erhoben hatten, die entgegengesetzte freie und edle Gesinnung durch Wort und That an den Tag zu legen. Wir müssen es aufs schmerzlichste beklagen, daß die oberste Verwaltung der Stadt einem Collegium von Männern der in dem Manifeste vom 21. November kundgegebene Gesinnung, anvertraut worden ist." — Diese Mißtrauensadreße ist bereits mit vielen Tausenden von Unterschriften bedeckt und wird dem Magistrat von der wahren Stimmung der Stadt ein Zeugniß geben. Hätten übrigens die Verfasser der Adreße noch einige Tage mit der Abfaßung der Adreße gewartet, so hätten sie ihren Tadel auch sofort über die Stadtverordneten aussprechen können, die in ihrer Sitzung vom 29. v. M., mit sehr **unedlem Niederfall** von der Höhe ihrer „freien und edlen Gesinnungen" durch 49 gegen 45 Stimmen beschloßen, keine amtliche Widerlegung des Baßermann'schen Lügenberichts über die hiesigen Verhältniße zu veranlaßen. Gegenwärtig coursirt hier ein Logogryph, welches in seinen ominiösen und düstren Faßung Aufsehn erregt; nämlich: „Was ist das Ende des gegenwärtigen Ministeriums BrandenburG, StrothA, ManteuffeL, LadenberG, KühnE, RintelеN?" — Dieß ist einer jener Witze, welche in Revolutionszeiten eine historische Bedeutung gewinnen können. —

Italien.

Rom. Der Contemporaneo wiederholt die Sage: der Papst sei fest entschloßen, abzudanken, wenn anders das Cardinalscollegium sich nicht widersetze. Ja, er habe vor seiner Flucht ein Breve unterschrieben, worin er den Eminenzen die Vollmacht ertheile, wie klein auch die Zahl der Zurückgebliebenen sei, zu einer neuen Papstwahl zu schreiten. Ein leitender Artikel im Contemporaneo führt die Sätze aus: „Rom war ruhig, Rom ist ruhig, Rom wird ruhig bleiben! Das Wort der Demokratie erschallt aber laut in den Kammern wie in der Presse. Aus den Legationen die Versicherung, daß der Umschwung der Dinge in Rom dort allgemein mit Jubel vernommen worden sei.

So eben erhalten wir noch römische Blätter vom 28. Nov. Sie bestätigen, daß der Papst in Gaëta gelandet, wo er die Cardinäle Macchie, Testi, Bofondi, Mattei, Gazzoli und mehrere Prälaten um sich habe. Am 25. um Mitternacht sei Graf Spaur, der bayerische Gesandte in Rom, im k. Palast zu Neapel mit einem Brief des Papstes angekommen, worauf der König sogleich nach Gaëta abgereist. Pius IX. war als Caplan des bayerischen Gesandten verkleidet. Er soll beabsichtigen, seinen Aufenthalt in Gaëta oder Portici zu nehmen. So hat sich denn, ruft die Florentiner Alba, der Papst dem Bourbon in die Arme geworfen, und mit der italienischen Sache entschieden gebrochen! (A. A. Z.)

° **Nürnberg**, 7. Dec. (1 Uhr.) Die Wahlen der Abgeordneten sind vollendet. Hr. Schmitt wurde mit 116, Hr. Scheurl mit 92, Hr. Tröger mit 89 Stimmen gewählt. Der erstere und der letztere sind Demokraten, der zweite (Scheurl) reaktionär. Morgen mehr über dieses unbegreifliche Wahlergebniß.

Anzeigen.

Gedruckt — unter Verantwortlichkeit der Verleger — bei J. L. Stich.
Expedition S. 39 im Gasthof zum König Otto II. Etage.

Der freie Staatsbürger.

Erscheint täglich. Preis in ganz Bayern vierteljährlich 1 Fl. 30 Kr., halbjährlich 3 Fl., jährlich 6 Fl.

Organ der Demokratie.

Inserate werden die dreispaltige Petitzeile zu 3 Kr. berechnet. Die Abonnenten haben für die Hälfte des Abonnementpreises Inserate frei.

Nr. 67. Nürnberg, Samstag, den 9. Dezember 1848.

Die Nürnberger Wahl.

„Das Königthum muß eine volle Wahrheit bleiben.“
v. Scheurl.

M. Das Ergebniß der Nürnberger Abgeordnetenwahl ist bekannt. Wir haben, trotz der Ausbreitung unsrer Partei, bis zum 30. Nov. nicht geglaubt, daß die Demokratie bei der Abgeordnetenwahl hier siegen könnte. Das Ergebniß der Wahlmännerwahl mußte uns als ein solcher Sieg erscheinen. Fast sämmtliche von den demokratischen Vereinen vorgeschlagene Wahlmänner waren durchgesetzt worden. Natürlich erwarteten wir jetzt ein dem ersten entsprechendes Resultat von der eigentlichen Abgeordnetenwahl, um so mehr, als die Landleute des Wahlbezirks Schwabach sich nicht nur mit unsern Grundsätzen, sondern auch mit unsern Vorschlägen einverstanden erklärt hatten. Wir haben uns theilweise getäuscht. Es wurde, neben Hrn. Schmitt und Tröger, auch Hr. Scheurl gewählt. Dieses Ergebniß ist merkwürdig und eine Mahnung für uns, wie wenig noch die politische Bildung bei uns entwickelt ist.

Man täuscht sich, wenn man glaubt, wir ärgern uns über die Wahl des Hrn. Scheurl. Im Gegentheil; wir freuen uns darüber, denn wir lernen an ihr, daß wir bemüht seyn müssen, an der politischen Bildung des Volkes rastlos fortzuarbeiten. Uebrigens ist der Ausgang der Wahl in Nürnberg wirklich nicht zum Aergern, er ist zum Lachen.

Die Wahl des Hrn. Schmitt und Tröger neben dem Hrn. Scheurl entspricht beispielsweise der Wahl eines Schaffrath neben Hrn. Vincke, oder eines Brentano neben Hrn. Bassermann oder eines Zitz neben Hrn. Radowitz. Wenn ein und dasselbe Wahlkollegium an einem und demselben Tage, in einem und demselben Wahlakte Männer der äußersten Linken und einen Mann der Rechten, wahrscheinlich der äußersten Rechten wählt, so kann man sich darüber wahrhaftig nicht ärgern, sondern man wird lachen müssen und die bodenlose politische Unbildung derjenigen beklagen, welche zur Erwählung dieser beiden Richtungen zugleich mitwirkten. Es versteht sich von selbst, daß wir es ganz natürlich u. in der Ordnung finden, wenn die Hrn. Mainberger, Merk u. s. w. Hrn. Scheurl ihre Stimmen geben, sie werden ihre Stimmen den Hrn. Schmitt und Tröger nicht gegeben haben, und auf ihrem Standpunkt mit vollem Recht. Wie man aber zugleich jenem und diesen seine Stimme geben kann, das ist ein Problem, welches gewiß nur vom Nürnberger Wahlmännerkollegium gelöst werden konnte.

Mit einem Wort: Unter denen, welche Hrn. Scheurl wählten, müssen Männer gewesen seyn, welche schlechterdings nicht wußten, was sie thaten, denen es an aller Kenntniß der politischen Persönlichkeit des Hrn. Scheurl gebrach, die willenlos von gewissen Werbern für Scheurl zu ihrer Wahl bestimmt wurden. In der That erfahren wir auch, daß viele Landleute aus dem Landgericht Schwabach, nachdem man sie auf den Mißgriff aufmerksam gemacht, ihn bereuen und gern wieder ungeschehen machen möchten.

Diejenigen aber, welche Hrn. Scheurl mit Bewußtseyn wählten, hätten doch etwas genauer bedenken sollen, daß sie dadurch unter das Programm herunterstiegen, welches die vereinigten Vereine Nürnbergs dem Publikum vorlegten. Um nur Eines anzuführen, so will jenes Programm das Veto der Krone beschränkt wissen. Hr. Scheurl will die Krone stark, das Veto unbeschränkt haben. Er wird also jenes Programm nicht einmal anerkennen. Das Königthum muß eine volle Wahrheit bleiben, ruft Hr. Scheurl.

Wißt Ihr, was das heißt: Das Königthum muß eine volle Wahrheit bleiben, Ihr Bauern von Schwabach, die Ihr Hrn. Scheurl Eure Stimme gabt? Ihr wißt es nicht. Kommt her, ich will es Euch sagen.

Als die Juden nach des Königs Salomo Tod zu seinem Nachfolger Rehabeam kamen und ihn baten, er möchte ihnen das Joch, das ihnen sein Vater aufgelegt, leichter machen, rief ihnen der König zu: „Mein kleinster Finger soll dicker sein, als meines Vaters Lenden. Mein Vater hat Euer Joch schwer gemacht, ich aber will's noch schwerer über Euch machen. Mein Vater hat Euch mit Ruthen gezüchtigt; ich aber will Euch mit Skorpionen züchtigen.“ So sprach der Judenkönig Rehabeam. Würde er heute leben, so würde er in unserer modernen deutschen Sprache sagen, wie Hr. Scheurl: Das Königthum muß eine volle Wahrheit bleiben. Damit wäre alles übrige schon ausgesprochen.

Als die Berliner im Merz etwas schwierig wurden, räumte ihnen der König einige Rechte ein. Die guten Berliner nahmen das im Ernst und machten Gebrauch davon. Das war dem König unangenehm, er sandte Soldaten nach Berlin, deren Oberbefehlshaber den Berlinern Alles wieder nahm, was sie besessen hatten; denn, sagte er mit Hrn. Scheurl: das Königthum muß eine volle Wahrheit bleiben.

Auch Ihr in Bayern habt in jenen Merztagen Einiges erhalten und noch viel mehr hat man Euch versprochen, auf das Ihr Euch seit lange freut. Es ist mehr als wahrscheinlich, das man Euch das, was Ihr besitzt, wieder nimmt, und das, was man Euch versprochen hat, nicht gibt; denn, wird man mit Hrn. Prof. Scheurl sagen: Das Königthum muß eine volle Wahrheit bleiben!

Wenn nun die Abgeordneten in München dazu, daß man Euch Eure Wünsche nicht erfüllt, ja sagen, wenn Hr. Prof. Scheurl dort ebenfalls, wie in Nürnberg ruft: Das Königthum muß eine volle Wahrheit bleiben und die Mehrzahl der Abgeordneten spricht ihm nach, und Ihr kommt um Eure guten Rechte: dann, Ihr Bauern vom Schwabacher Landgericht, die Ihr den Prof. Scheurl gewählt, geschieht es Euch Recht, obgleich leider nicht bloß Ihr, sondern noch viele Andere darunter leiden werden. Denn wenn Ihr Bauern Euch einmal übertölpeln laßt, kann man's Euch verzeihen, wenn's aber in drei Vierteljahren zum zweiten Mal vorkommt, dann ist's zu viel, und Ihr müßt's Euch gefallen lassen, wenn Euch die Demokraten die Wahrheit recht derb in's Gesicht sagen.

Vielleicht werdet Ihr endlich einmal durch Schaden klug, obgleich es scheint, als würdet Ihr so lange vernagelt bleiben, bis man Euch die Haut buchstäblich über die Ohren zieht. Vielleicht seht Ihr endlich einmal ein, daß diejenigen, welche sagen: Das Königthum muß eine volle Wahrheit bleiben, diejenigen, welche wie Hr. Scheurl, das Parlament in Frankfurt loben, von dem doch alles Elend der letzten Monate herkommt, daß diese nicht auf der Seite des Volks, sondern auf der Seite der Könige stehen. Ich fürchte aber fast, Ihr werdet das erst einsehen, wenn es zu spät ist.

Die Grundrechte des deutschen Volks.

Am 6. Dez. begann die zweite Berathung der Grundrechte des deutschen Volks. Wir geben die Fassung derselben, wie sie aus dieser Berathung hervorging:

Dem deutschen Volke sollen die nachstehenden Grundrechte gewährleistet seyn. Sie sollen den Verfassungen der deutschen Einzelstaaten zur Norm dienen, und keine Verfassung oder Gesetzgebung eines deutschen Einzelstaates soll dieselben je aufheben oder beschränken können.

Artikel I. §. 1. Das deutsche Volk besteht aus den Angehörigen der Staaten, welche das deutsche Reich bilden.

§. 2. Jeder Deutsche hat das deutsche Reichsbürgerrecht. Die ihm kraft dessen zustehenden Rechte kann er in jedem deutschen Lande ausüben. Ueber das Recht, zur deutschen Reichsversammlung zu wählen, verfügt das Reichswahlgesetz.

§. 3. Jeder Deutsche hat das Recht, an jedem Orte des Reichsgebietes seinen Aufenthalt und Wohnsitz zu nehmen, Liegenschaften jeder Art zu erwerben und darüber zu verfügen, jeden Nahrungszweig zu betreiben, das Gemeindebürgerrecht zu gewinnen.

Die Bedingungen für den Aufenthalt und Wohnsitz werden durch ein Heimathsgesetz, jene für den Gewerbebetrieb durch eine Gewerbeordnung für ganz Deutschland von der Reichsgewalt festgesetzt.

§. 4. Kein deutscher Staat darf zwischen seinen Angehörigen und andern Deutschen einen Unterschied im bürgerlichen, peinlichen und Prozeßrechte machen, welcher die letztern als Ausländer zurücksetzt.

§. 5. Die Strafe des bürgerlichen Todes soll nicht stattfinden, und da, wo sie bereits ausgesprochen ist, in ihren Wirkungen aufhören, soweit nicht hierdurch erworbene Privatrechte verletzt werden.

§. 6. Die Auswanderungsfreiheit ist von Staats wegen nicht beschränkt; Abzugsgelder dürfen nicht erhoben werden.

Die Auswanderungsangelegenheit steht unter dem Schutze und der Fürsorge des Reichs.

Artikel II. §. 7. Vor dem Gesetze gilt kein Unterschied der Stände. Alle Standesvorrechte sind abgeschafft. Der Adel als Stand ist abgeschafft. Die Deutschen sind vor dem Gesetze gleich. Alle Titel, in so weit sie nicht mit einem Amte verbunden sind, sind aufgehoben und dürfen nie wieder eingeführt werden. Kein Staatsangehöriger darf von einem auswärtigen Staate einen Orden annehmen. Die öffentlichen Aemter sind für alle Befähigten gleich zugänglich. Die Wehrpflicht ist für Alle gleich; Stellvertretung bei derselben findet nicht statt.

Vereinigte Staaten von Deutschland.

* Nürnberg, 8. Dez. Das Hauptresultat der gestrigen Abgeordnetenwahl haben wir gestern noch in unserem Blatte mitgetheilt. Hauptconcurrenten um die Abgeordnetenstellen waren mit den drei gewählten noch die Herren Pfarrer Wagner und Studienlehrer Hofmann, von denen der erstere 75, der andere 52 Stimmen auf sich vereinigte. Ferner erhielten Willich 24 Stimmen, Eckardt von Schwabach 21 Stimmen, Stöcker 45 Stimmen; einige andere erhielten ebenfalls einige Stimmen. Bei der Wahl der Ersatzmänner wurden im ersten Skrutinium Eckardt von Schwabach mit 129, Stöcker von Langenfeld mit 87 Stimmen gewählt. Von den übrigen erhielt keiner die absolute Majorität, Ringler hatte 57, Hofmann 72 Stimmen, Pfarrer Wagner ebenfalls etliche und siebzig Stimmen. Im zweiten Skrutinium siegte endlich Pfarrer Wagner mit 75 Stimmen. Eckart und Wagner waren von der demokratischen Partei auf ihre Listen genommen. Die Wahl Stöcker's war eine Concession an das Landvolk. Wie wir hören, sind bei den Wahlverhandlungen einige stürmische Scenen vorgekommen. Gegenstand derselben war das Benehmen des Mechanikus Heller, welchem, wie verlautet, das Hauptverdienst bei der Durchsetzung des Professor Scheurl gebührt, und der dabei nicht immer innerhalb der gesetzlichen Bestimmungen sich gehalten haben soll.

* Nürnberg, 8. Dez. Die Verleugnung der Revolution durch die Fürsten, die Bemühungen derselben, die Sache wieder auf den alten Stand vor den Merztagen zurückzuführen, haben nun ihren officiellen Ausdruck erhalten. Die Nationalversammlung in Preußen ist aufgelöst und eine Verfassung oktroyirt worden. Das Volk, welches sich durch die Revolution zu einer der Krone gleichberechtigten Macht erhoben hatte, ist wieder in das alte Unterthänigkeitsverhältniß zurückgeworfen und soll durch die Gnade seiner Fürsten ein Minimum von Dem erhalten, was es sich durch seine Revolution errungen zu haben glaubte. Man wird sich nicht täuschen lassen durch die freisinnige Fassung einzelner Paragraphe einer Verfassung, welche das unbedingte Veto des Königs, zwei Kammern, die erste ohne Diäten u. s. w. feststellt, denn wie der König sein Wort gebrochen und die gleichberechtigte Vereinbarungsversammlung mit Verhöhnung des „Rechtsbodens" aufgelöst hat, so wird er sich auch nicht bedenken, diesen Schatten von Verfassung abzustreifen, sobald er die Zeit dazu gekommen wähnt. Das preußische Volk wird diese geschenkte Verfassung dem König mit Entrüstung und Verachtung vor die Füße werfen, aber die Bourgeoisie in Preußen wird über die Güte des guten Königs jubeln und das Frankfurter Parlament wird dem König recht geben. In Summa: der Komödiantenstreich Sr. Majestät wird vielleicht die Revolution vertagen, aber das Haus Hohenzollern wird sich dadurch höchstens eine Frist von einigen Monaten erschlichen haben.

* Fürth, 8. Dez. Das Ergebniß der Wahlen ist ein für die demokratische Partei nicht so günstiges, als zu erwarten war. Die Schuld trägt der gänzliche Mangel an politischer Bildung bei einem Theil des Landvolkes, welches nur von Lokalinteressen und Lokalsympathien und nicht von politischem Parteiinteresse sich leiten ließ. Gewählt wurden als Abgeordnete: Crämer aus Doos (Demokrat) mit 124 Stimmen, Langguth in Hersbruck mit 108, Uhlherr von Altsittenbach mit 105 Stimmen. Morgenstern, ein Candidat der Demokratie, unterlag in zweifelhafter Weise, wobei der Wahlkommission Parteilichkeit vorgeworfen und ihre Entscheidung angefochten wird. In der Wahlkommission war gegen Morgenstern besonders Pfarrer Rehlen thätig, ein charakterloser Mann, der bald zur demokratischen, bald zur konstitutionellen Partei sich hält und hoffentlich nach seinem neuesten Benehmen das Vertrauen seiner Landleute auf immer verloren haben wird. — Ersatzmänner wurden: Mörtel von Mögeldorf (demokratisch), Dekan Ammon von Erlangen, Lengfelder, Gerichtshalter von Burgfarrnbach.

S Remlingen, 5. Dez. Die Urwahlen im ehemaligen fürstl. Löwenstein. und gräfl. castell. Herrschaftsgerichts-Bezirke, nun sogenannten Gerichts- und Polizei-Behörde Remlingen sind ganz im demokratischen Sinne ausgefallen, und wir glauben, daß auch die Hauptwahl zu Gemünden, wohin wir gehören, ein nicht ungünstiges Resultat liefern wird, von dem wir Sie s. Z. unterrichten werden.

Frankfurt, 5. Dez. (Sitzung der Nationalversammlung.) Der Antrag des Ausschusses: „die Nationalversammlung wolle beschließen über die auf Mediatisirung gerichteten Anträge zur motivirten Tagesordnung überzugehen", wird mit 265 gegen 198 Stimmen angenommen. Als Zusatz dazu wird zum Beschluß erhoben der Antrag Riesser's: Die Centralgewalt aufzufordern, „daß sie Vereinigung kleinerer Staaten unter sich oder mit größeren Staaten, da wo die Wünsche der Bevölkerung sich deutlich dafür aussprechen, auf dem Wege der Uebereinkunft zwischen den betreffenden Regierungen und Volksvertretungen vermittele." Römer aus Stuttgart richtet folgende wichtige Interpellation an das Reichsministerium des Innern und Aeußern: In Betracht, 1) daß das neugebildete österreichische Ministerium sich vor dem österreichischen Reichstag in Kremsier offiziell dahin ausgesprochen hat, daß zwar die österreichische Regierung einen innigen Anschluß an Deutschland wünsche, daß aber vor Allem die feste Vereinigung der sämmtlichen österreichischen Staaten in eine österreichische Monarchie, sowie die definitive Feststellung der deutschen Verfassungsangelegenheit bewerkstelligt seyn müsse, ehe an eine Ordnung der Verhältnisse Oesterreichs zu Deutschland gedacht werden könne. In Betracht 2) daß das österreichische Ministerium zwar die fortdauernde Erfüllung seiner „Bundespflicht" zugesichert hat, daß sich aber nach Auflösung des deutschen Bundes nicht absehen läßt, wie Oesterreich eine deutsche Bundespflicht zu erfüllen haben soll, wenn es aufhört, ein Glied des deutschen Bundesstaates zu seyn. In Betracht 3) daß in der Erklärung des österreichischen Ministeriums der von der deutschen Nationalversammlung verworfene Grundsatz der Zustimmung der einzelnen deutschen Regierungen

hinsichtlich des deutschen Verfassungswerkes enthalten ist, und daß hiernach zu erwarten steht, auch die übrigen deutschen Regierungen werden das Recht der Zustimmung in Anspruch nehmen, in Betracht endlich 4) daß, wenn Oesterreich dem zu bildenden deutschen Bundesstaate beitritt, die Theilnahme der aus Oesterreich gewählten Abgeordneten zum deutschen Reichstage an den Berathungen der deutschen Nationalversammlung die Richtigkeit der Beschlüsse derselben zur Folge haben könnte; In Betracht alles dessen stelle ich an den Hrn. Reichsminister des Aeußern und des Innern die Anfrage: „ob in Beziehung auf die vorerwähnten Verhältnisse Oesterreichs zu Deutschland etwas und, wenn diese Frage bejaht wird, was zur Wahrung der Centralgewalt und der deutschen Nationalversammlung geschehen sei?“ Die Beantwortung der drei Anfragen wird Namens des Ministeriums für den 9. Dez. zugesagt. Morgen endlich die zweite Berathung der Grundrechte.

Wien, 2. Dec. Es bestätigt sich heute daß gestern zwischen den kaiserlichen Truppen und den Ungarn ein Gefecht bei Angern stattfand. Die Wiener Journale schweigen darüber. Sie werden wohl nichts vortheilhaftes zu berichten haben.

Wien, 3. Dec. Das Manifest des abtretenden Kaisers sagt: „Der Drang der Ereignisse, das unverkennbare und unabweisliche Bedürfniß nach einer großen und umfassenden Umgestaltung Unserer Staatsformen, welchem Wir im Monat März dieses Jahrs entgegenzukommen und die Bahn zu brechen beflissen waren, haben in Uns die Ueberzeugung festgestellt, daß es jüngerer Kräfte bedürfe um das große Werk zu fördern und einer gedeihlichen Vollendung zuzuführen. Wir sind daher, nach reiflicher Ueberlegung und durchdrungen von der gebieterischen Nothwendigkeit dieses Schrittes, zu dem Entschlusse gelangt hiemit feierlichst dem österreichischen Kaiserthrone zu entsagen.“ Der neue Kaiser der am 18. Aug. 1830 geboren 18 Jahr alt ist, sagt in seinem Manifest unter Anderm: Das Bedürfniß und den hohen Werth freier und zeitgemäßer Institutionen aus eigner Ueberzeugung erkennend, betreten Wir mit Zuversicht die Bahn, welche Uns zu einer heilbringenden Umgestaltung und Verjüngung der Gesammt-Monarchie führen soll. Auf den Grundlagen der wahren Freiheit, auf den Grundlagen der Gleichberechtigung aller Völker des Reiches und der Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetze, sowie der Theilnahme der Volksvertreter an der Gesetzgebung, wird das Vaterland neu erstehen, in alter Größe aber mit verjüngter Kraft, ein unerschütterlicher Bau in den Stürmen der Zeit, ein geräumiges Wohnhaus für die Stämme verschiedener Zunge, welche unter dem Scepter Unserer Väter ein brüderliches Band seit Jahrhunderten umfangen hält. Fest entschlossen den Glanz der Krone ungetrübt und die Gesammtmonarchie ungeschmälert zu erhalten, aber bereit Unsre Rechte mit den Vertretern Unsrer Völker zu theilen. rechnen wir darauf, daß es mit Gottes Beistand und im Einverständniß mit den Völkern gelingen werde, alle Lande und Stämme der Monarchie zu einem großen Staatskörper zu vereinigen. Schwere Prüfungen sind über uns verhängt, Ruhe und Ordnung in mehreren Gegenden des Reichs gestört worden. In einem Theile der Monarchie entbrennt noch heute der Bürgerkrieg. Alle Vorkehrungen sind getroffen um die Achtung vor dem Gesetz allenthalben wieder herzustellen. Die Bezwingung des Aufstandes und die Rückkehr des innern Friedens sind die ersten Bedingungen für ein glückliches Gedeihen des großen Verfassungswerkes. Wir zählen hiebei mit Zuversicht auf die verständige und aufrichtige Mitwirkung aller Völker durch ihre Vertreter. Wir zählen auf den gesunden Sinn der stets getreuen Landesbewohner, welche durch die neuesten gesetzlichen Bestimmungen über die Lösung des Unterthanverbandes und Entlastung des Bodens in den Vollgenuß der staatsbürgerlichen Rechte getreten sind. Wir zählen auf unsere getreuen Staatsdiener. Von unserer glorreichen Armee versehen Wir Uns der altbewährten Tapferkeit, Treue und Ausdauer. Sie wird Uns, wie Unseren Vorfahren, ein Pfeiler des Thrones, dem Vaterlande und den freien Institutionen ein unerschütterliches Bollwerk sein. Jede Gelegenheit, das Verdienst, welches keinen Unterschied des Standes kennt, zu belohnen, wird uns willkommen sein u. s. w.

DC Berlin, 5. Dez. Die Tage des Ministeriums Brandenburg scheinen gezählt. Selbst die deutsche Reform besteht entschiedener als je auf seinem Rücktritt noch vor Auflösung der Nationalversammlung. Das genannte Blatt scheint Herrn v. Vincke zum Premierminister zu wollen. Die andern Mitglieder des Vinkeschen Kabinets müßten dann aber natürlich aus den Patronen und Aktionären der deutschen Reform genommen werden. Es wird uns übrigens aus ziemlich guter Quelle versichert, Vinke's Abneigung gegen eine oktroyirte Verfassung sey keine unüberwindliche mehr, und es handle sich jetzt mehr um den Inhalt der Verfassung als um die Frage der Oktroyirung. — Daß unsere Börse, wie alle andern Institute dieser Art, entschieden reaktionär ist, bedarf wohl kaum noch der Erwähnung. Ihre Haltung seit dem Bombardement Wien's und seit dem Einrücken Wrangel's in unsere Mauern hat es hinlänglich bekundet. Aber selbst die reaktionären Gelüste dieser Herren würden bei der allgemeinen Geschäftsstockung und Geldklemme in unserer Stadt nicht hingereicht haben, die Kourse so hoch zu schrauben, wie sie seit einigen Tagen, zum Erstaunen selbst der Börse, gestiegen sind. Des Räthsels einfache Lösung ist aber die, daß das Ministerium durch seine Agenten bedeutende Summen für den Ankauf inländischer Staatspapiere verwenden läßt. Es soll dadurch dem Lande gezeigt werden, daß die besitzende Klasse Vertrauen zum Ministerium und zu der von ihm vertretenen Politik habe. Wir aber glauben, daß trotz dieser Spiegelfechtereien das Land für das Ministerium und seine Politik fortwährend nichts als Mißtrauen hegen wird.

Berlin, 5. Dez. Der König hat den Handelsgerichtspräsidenten v. d. Heydt zum Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten ernannt, dem Unterstaatssekretär Grafen v. Bülow die interimistische Leitung des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten übertragen, und den wirklichen geheimen Oberfinanzrath von Pommer-Esche zum Unterstaatssecretär beim Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten ernannt. — Der Assessor Lipke hat sich, nachdem er seine Freiheit wiedererlangt, an das Oberlandsgericht in Naumburg begeben. Bekanntlich war derselbe angeschuldigt, in der Landwehroffizieruniform Soldaten zur „Verrätherei“ verleitet zu haben. Es wird erzählt, der König habe sich die Untersuchungsacten vorlegen lassen und seine Verwunderung darüber geäußert, daß der Angeschuldigte nicht kriegsrechtlich habe bestraft werden können.

* Berlin, 5. Dez. Der preußische Staatsanzeiger vom 6. Dezember enthält endlich das, was die preußische Regierung als eine Lösung der Verwicklungen betrachten wird, was aber nur eine Vertagung der endlichen Katastrophe seyn kann. Die Vereinbarerversammlung ist aufgelöst, eine Verfassung oktroyirt. Der König hat sich wieder auf den Standpunkt am Morgen des 18. März gestellt, also die Revolution faktisch desavouirt, wiewohl er der auf Grund dieser oktroyirten Verfassung berufenen ersten Legislatur die Befugniß einräumt, die Verfassung einer Revision zu unterwerfen. Wir prophezeien dieser Verfassung ein sehr kurzes Leben. In Revolutionszeiten nützen sich Verfassungen ohnehin schnell ab, oktroyirte Verfassungen in Revolutionszeiten aber bilden einen Damm, welcher die Wogen der Revolution einen Augenblick aufhält, bis sie mit verstärktem und gewaltigerem Andrang darüber hinwegschäumen und die Ufer überfluthen. Es ist indessen zu bemerken, daß die Verfassung, wie sie vorliegt, weder das Volk, noch die Aristokratie befriedigen wird, da die erste Kammer keine Adelskammer ist. Auf die deutsche Verfassung ist darin vielfach Rücksicht genommen. — Das Auflösungsdekret lautet: Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen rc. rc. haben aus dem beifolgenden Berichte Unseres Staats-Ministeriums über die letzten Sitzungen der zur Vereinbarung der Verfassung berufenen Versammlung zu Unserem tiefen Schmerze die Ueberzeugung gewonnen, daß das große Werk, zu welchem diese Versammlung berufen ist, mit derselben, ohne Verletzung der Würde Unserer Krone und ohne Beeinträchtigung des davon unzertrennlichen Wohles des Landes, nicht länger fortgeführt werden kann. Wir verordnen demnach, auf den Antrag Unseres Staatsministeriums, was folgt: §. 1. Die zur Vereinbarung der Verfassung berufene Versammlung wird hierdurch aufgelöst. §. 2. Unser Staatsministerium wird mit Ausführung dieser Verordnung beauftragt. Es folgt darauf eine rechtfertigende Auseinandersetzung der Beweggründe dieser Auflösung in einem Bericht der Minister an den König. Nachdem der König, heißt es darin, die Versammlung, lediglich um die Freiheit ihrer Berathungen vor den anarchischen Bewegungen in der Hauptstadt und ihren terroristischen Einflüssen sicher zu stellen, nach Brandenburg verlegt, habe ein Theil der Versammlung fortgetagt, in die Rechte der Krone eingegriffen und endlich durch den Beschluß der Steuerverweigerung die Brandfackel der Anarchie in das Land geschleudert, und der König wäre unzweifelhaft berechtigt gewesen, schon damals die Versammlung aufzulösen. Er habe dieß nicht gethan, in der Hoffnung, die Versammlung werde von ihren Abwegen zurückkom-

men und es möglich machen, die abgebrochenen Vereinbarungsverhandlungen wieder aufzunehmen. Wäre dieß gelungen, wird nach einem von dem Ministerium Brandenburg consequent verfolgten Systeme der Perfidie hinzugefügt, so würde es auch möglich geworden seyn, noch einige zur Verbesserung der Lage der bäuerlichen Besitzer schon vorbereitete Gesetze zu Stande zu bringen. Es wird sodann der Vorgang vom 1. Dez. geschildert und daraus der Schluß gezogen, daß die Mehrzahl der Versammlung in offener Auflehnung gegen die Anordnungen des Königs verharre, so daß man nicht mehr mit ihr „vereinbaren“ könne. Die Minister müßten deshalb zur Auflösung rathen; auf der andern Seite dürfe aber die Sehnsucht des Landes nach einer Verfassung nicht länger unbefriedigt bleiben, und die Minister rathen deshalb, eine Verfassung unter dem Vorbehalte zu gewähren, daß sie von den zu berufenden Kammern einer Revision unterworfen werde. Die Verfassung. Die Grundrechte schließen sich zum Theil wörtlich an die Frankfurter an; namentlich ist die Fassung des §. über Preßfreiheit sehr freisinnig. Versammlungsrecht in geschlossenen Räumen, unter freiem Himmel nach Anzeige bei der Polizei, die die Versammlung untersagen kann. Das stehende Heer darf nicht berathschlagen; die Landwehr darf, auch wenn sie nicht zusammenberufen ist, sich nicht versammeln um über militärische Befehle und Anordnungen zu berathen; man sieht, das Heer soll die Stütze des Thrones sein: auf dieses gestützt hofft man mit den bürgerlichen Freiheiten fertig zu werden. — Der König darf Orden verleihen. (Also Aufhebung des Beschlusses vom 31. Oct.) Er kann die Kammern auflösen; inner 40 Tagen müssen aber die Wähler, inner 60 Tagen die Kammern versammelt werden. Der König kann die Kammern auf 30 Tage vertagen, länger nicht ohne ihre Zustimmung. Die Minister können durch Beschluß einer Kammer wegen des Verbrechens der Verfassungsverletzung, der Bestechung und des Verraths angeklagt werden. Der oberste Gerichtshof entscheidet darüber. Die Uebereinstimmung des Königs und beider Kammern ist zu jedem Gesetz erforderlich. Der König und jede der zwei Kammern kann Gesetze vorschlagen. Vorschläge, welche durch eine der Kammern oder den König verworfen worden sind, können in derselben Session nicht wieder vorgebracht werden. Die I. Kammer aus 180 Mitgliedern bestehend. Ihre Mitglieder werden durch die Provinzial-, Bezirks- und Kreisvertreter erwählt; wobei es in einer Anmerkung heißt, es bleibe bei der Revision der Verfassungsurkunde zu erwägen, ob ein Theil der Mitglieder der I. Kammer vom König zu ernennen sei. Legislatur-Periode der I. Kammer 6 Jahre; wählbar in dieselbe jeder Preuße, der das 40. Jahr vollendet hat. Aber die Mitglieder der I. Kammer erhalten keine Diäten, also doch ein indirekter Census! — Die II. Kammer aus 350 Mitgliedern bestehend, jeder Preuße mit 24 Jahre ist Urwähler; auf je 250 Seelen kommt ein Wahlmann; Legislatur-Periode der II. Kammer 3 Jahre. Wählbar ist jeder Preuße mit 30 Jahren. Es werden keine Stellvertreter gewählt. Die Kammern werden regelmäßig im Nov. berufen. Beamte bedürfen keines Urlaubs. Durch Annahme eines besoldeten Staatsamts verliert ein Mitglied seinen Sitz. Beide Kammern verhandeln öffentlich. Die Mitglieder der II. Kammer erhalten Diäten. — Die Verhandlungen vor dem Gerichte sollen öffentlich seyn. Bei schweren Verbrechen, bei allen politischen Verbrechen und bei Preßvergehen erfolgt die Entscheidung durch Geschworene. Ueber die innern und besondern Angelegenheiten der Provinzen, Bezirke, Kreise und Gemeinden beschließen aus gewählten Vertretern bestehende Versammlungen. Die Vorsteher der Provinzen, Bezirke und Kreise werden von der Staatsregierung ernannt. Den Gemeinden steht die selbstständige Verwaltung ihrer Gemeindeangelegenheiten zu, mit Einschluß der Ortspolizei. In Städten von mehr als 30,000 Einwohner können die polizeilichen Funktionen auf Staatsorgane übertragen werden. Unter den allgemeinen Bestimmungen, welche der Verfassung angehängt sind, finden wir: die Minister können, wenn die Kammern nicht versammelt sind, Verordnungen mit Gesetzeskraft erlassen, die den Kammern nach ihrem Zusammentritt zur Genehmigung vorzulegen sind. Der Art. 110 ist jedenfalls der wichtigste von allen, er bestimmt, daß im Fall eines Kriegs oder Aufruhrs (etwa wie er am 9. November in Berlin stattfand?) das Recht der persönlichen Freiheit, der Unverletzlichkeit der Wohnung, der Preßfreiheit aufgehoben werden kann. Dieß ist die Verfassung, welche den Schlund der Revolution ausfüllen soll! — Der König glaubt sich, heißt es, der zuverläßigen Hoffnung hingeben zu können, daß die Verfassung den Wünschen des getreuen Volkes entsprechen werde. Unmittelbar nach erfolgter Revision soll das Heer auf die Verfassung beeidigt werden. Die Kammern sollen sich am 26. Februar 1849 in Berlin versammeln. Am 22. Januar haben die Urwahlen, am 5. Februar die Abgeordnetenwahlen in die zweite, am 29. Januar die Urwahlen (nach einem provisorischen Wahlgesetz), am 12. Februar die Abgeordnetenwahlen für die I. Kammer Statt zu finden. Einstweilen werden mehrere Verordnungen mit Gesetzeskraft in Aussicht gestellt, namentlich über gutsherrlich-bäuerliche Verhältnisse, Einführung des mündlichen und öffentlichen Verfahrens mit Geschworenen &c.

Berlin, 4. Dez. Man glaubt nicht, daß die Regierung einen nochmaligen Versuch mit brandenburger Verhandlungen anstellen werde, und die mehr als in Haß und Entfremdung auseinandergetriebenen Elemente der Versammlung dürften sich eben so wenig noch einmal dazu zusammenfinden. Die Frage von der Einberufung der Stellvertreter soll ebenfalls von der Regierung als eine mißliche und im Rechte zweifelhafte, die sie nicht wohl in die Hand nehmen könne, erkannt worden seyn. So kann sich denn die Regierung in der That auf die gänzlich aussichtslose Lage stützen, von der sie nach den letzten Entschlüssen der Krone einzig und allein die Oktroyirung einer Verfassung abhängig machen wollte, und zu der nur die offenkundige und augenscheinliche Erschöpfung aller noch möglichen Vereinbarungsmittel hinüberleiten sollte! Wir glauben, daß wir uns jetzt auf diesem Wendepunkt unserer Katastrophe befinden. Die zu oktroyirende Verfassungs-Urkunde dürfte in diesem Augenblicke bereits im Druck vollendet seyn. — Dem Staatsanwalt ist die Broschüre des Abgeordneten für Cleve, Dr. Arntz: „Das Recht der Nationalversammlung. Der Staatsstreich vom 9. November und die Verantwortlichkeit der Minister“, zur Verfolgung übergeben worden. Es sind in Folge dessen von der Polizei eine Anzahl Exemplare bei einem hiesigen Buchhändler konfiscirt worden. Nachdem der Staatsanwalt die Verfolgung des Verfassers für nicht begründet erachtet, sind die Exemplare wieder zurückgegeben worden. Von Hrn. Arntz ist eine Kritik der von der brandenburger Rechten erlassenen Proklamation „an das Land“ in diesen Tagen zu erwarten. (D. a. Z.)

Der Deutschen Reichszeitung wird aus Berlin geschrieben: Hr. v. Gagern hat dem Könige die Uebernahme der Reichsgewalt angeboten. Der Erzherzog Johann fühlt wohl, daß er den Ereignissen nicht gewachsen ist. Auch die Fürsten beginnen aus verschiedenen Gründen einzusehen, daß der mächtigste unter ihnen jetzt an die Spitze treten muß, um das monarchische System zu retten. Da Oesterreich es aufgegeben hat, sich mit Deutschland zu verschmelzen, da der Gedanke klar heraustritt, aus diesem slawisch-deutsch-magyarisch-italienischen Reiche einen eignen Staat gleichberechtigter Nationalitäten zu schaffen, der sich durch einen Bundesvertrag an Deutschland anlehnen soll, so bleibt nichts Anderes übrig, als Preußen um so bestimmter an die Spitze zu berufen und der Dynastie Hohenzollern die höchste Würde anzuvertrauen. Hr. v. Gagern soll in den drei Tagen, die er in Potsdam zugebracht hat, die Beistimmung des Königs zur Uebernahme der Centralgewalt bewirkt haben; nur soll der König noch die Zustimmung der deutschen Fürsten verlangen; der Majorität des Parlaments in Frankfurt ist man gewiß. Man hatte geglaubt, daß Bayern Einspruch thun würde; allein man versichert, daß der soeben in Potsdam eingetroffene Prinz Karl von Bayern die volle Zustimmung des Hauses Wittelsbach überbringe.“

Bruchsal, 29. Nov. Wieder hat die Monarchie ein Opfer gefordert. Gestern Abend erhängte sich im hiesigen Gefangenhause der politische Gefangene Jakob Kies von Weinheim, ein junger blühender Mann von 29 Jahren — ein Mord, den wir allein dem Inquisitionsverfahren mit seinen Scheußlichkeiten zur Last schreiben müssen. Schon 8 Wochen schmachten ungefähr 60 Bürger von Weinheim theils hier, theils in Weinheim im Gefängniß, und zwar auf die Denunziationen einiger Buben hin. (M. A.-Z.)

Meiningen, 29. Nov. Es werden hier viele Soldaten der in Koburg liegenden weimarischen Reichstruppen durchtransportirt, welche der Theilnahme an einem republikanischen Komplott beschuldigt, d. h. welche republikanisch gesinnt sind.

Gedruckt — unter Verantwortlichkeit der Verleger — bei J. L. Stich.
Expedition S. 39 im Gasthof zum König Otto II. Etage.

Der freie Staatsbürger.

Erscheint täglich. Preis in ganz Bayern vierteljährlich 1 fl. 30 kr., halbjährlich 3 fl., jährlich 6 fl.

Organ der Demokratie.

Inserate werden die dreispaltige Petitzeile zu 3 kr. berechnet. Die Abonnenten haben für die Hälfte des Abonnementpreises Inserate frei.

Nr. 68. Nürnberg, Sonntag, den 10. Dezember **1848.**

Der freie Staatsbürger, Organ der demokratischen Partei in Franken, hat sich, seit seinem täglichen Erscheinen vom 1. Oktober ab, eines mit jedem Tage wachsenden Leserkreises zu erfreuen. Er hat sich dieses Vertrauen durch consequente und unerschütterliche Vertretung der Rechte des Volkes, des demokratischen Prinzips und seiner Folgerungen erworben, er wird dieses Vertrauen sich erhalten und hofft, sein Leserkreis werde sich in dem Maße erweitern, als das Volk seiner Rechte sich bewußt wird. Der freie Staatsbürger erkennt in der vollen Verwirklichung der Idee der Demokratie die einzige Bedingung eines freien und einigen Deutschlands, die einzige Bedingung eines der Bildung unseres Jahrhunderts entsprechenden Staats- und Völkerlebens. Er wird daher die Ereignisse, welche sich im Verlauf unserer europäischen Revolution ergeben, im Lichte jenes Gedankens und als Entwicklungsmomente zur Verwirklichung eines europäischen demokratischen Völkerbundes darstellen. Nächst dem allgemein europäischen und deutschen Gesichtspunkt, stellt der freie Staatsbürger die Forderungen der Demokratie für die Gesetzgebung seiner engeren Heimath Bayern. Er wird insbesondere die Verhandlungen des bevorstehenden bayrischen Landtags kritisch beleuchten, die vorkommenden Fragen in leitenden Artikeln besprechen, das Verhalten der Abgeordneten überwachen und sich bemühen, das Volk seine wahren Freunde kennen zu lehren. Der freie Staatsburger erscheint täglich in einem starken halben Bogen, Sonntags nur in einem Viertelsbogen, und seine Verbindungen setzen ihn in Stand, alle Nachrichten ebenso schnell zu liefern, als irgend eine der Nürnberger Zeitungen, während sein Preis der billigste ist; jährlich 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. **Um diesen Preis wird das Blatt im ganzen Umfang des Königreichs Bayern durch die Postämter geliefert und wir bemerken ausdrücklich, daß die Post vom 1. Januar 1849 an jederzeit vierteljährige Abonnements annimmt.** Der freie Staatsbürger, als das vielgelesene Organ einer in stetem Wachsthum begriffenen Partei eignet sich besonders auch zu Inseraten, und wird die ~~zweispaltige Petitzeile~~ zu 4 1/2 kr. berechnet. Abonnenten haben für die Hälfte des Abonnementpreises Inserate frei. Wir bitten die Bestellungen rechtzeitig bei dem nächstgelegenen Postamte zu machen, damit sämmtliche bestellte Exemplare vollständig geliefert werden können. Nürnberg im Dezember 1848.

Die Expedition des freien Staatsbürgers.

Die siegreiche Contrerevolution.

M Die zwei Ereignisse, welche wir in unserm gestrigen Blatte mittheilten, die Auflösung der preußischen Nationalversammlung mit Oktroyirung einer Verfassung und die wahrscheinliche Uebertragung der deutschen Kaiserkrone an Friedrich Wilhelm IV., bilden ohne Frage den Ausgangs- und Mittelpunkt unserer nächsten politischen Zukunft in Deutschland.

Sehen wir kurz, wie die Lage ist.

Durch die Merzrevolution, welche in einigen deutschen Staaten unblutig, in mehreren mit vielen kostbaren Opfern erkauft war, glaubte das deutsche Volk sich seine Souveränetät d. h. das Recht errungen zu haben. fortan nur sich selbst anzugehören und sich diejenige Verfassung und Regierungsform nach seinem Gutdünken zu wählen, in welcher es seine Gesammtinteressen, so wie die Bedürfnisse der einzelnen Stämme am besten befriedigen könnte. Es glaubte überhaupt aus dem Verhältniß der Gnade in das Verhältniß des Rechtes getreten zu seyn, und selbst diejenigen, welche dem deutschen Volk im Merz die konstitutionell-monarchische Regierungsform als diejenige anempfahlen, welche vorzugsweise für seine Zustände passe, wagten nicht zu bestreiten, daß allein das Volk darüber zu entscheiden habe, ob es diese oder die republikanische wählen wolle

Man wählte das Parlament als Ausdruck des souveränen Volkswillens in der bestimmten Voraussetzung, daß dieses über die Fürsten sich stellen und nach seinem besten Ermessen, ohne Rücksicht auf dynastische Interessen, die Verfassung des deutschen Volkes feststellen werde. Die einzelnen großeren Staaten beriefen zugleich konstituirende resp. vereinbarende Versammlungen, wodurch das Volk der Einzelstaaten wenigstens als der Krone gleichberechtigt anerkannt wurde.

Das Parlament verkannte diese erhabene Stellung, es erniedrigte sich zur Magd dynastischer Interessen und königlicher Herrschgelüste; die Fürsten, einen Augenblick in ihrer Macht gebrochen, zogen aus dem mit der Souveränetät des ewig jungen Volks bekleideten Nationalversammlung neue Lebenskraft, wie der abgelebte Greis aus dem Blut der Jungfrau, und plötzlich standen sie neugestärkt da und setzten höhnend ihren Fuß auf den Nacken des Volkes, das die gedemüthigt am Boden Liegenden wenige Monate zuvor großmüthig verschont hatte.

In Preußen als dem größten reindeutschen Staate stellt sich diese Bewegung am deutlichsten dar. Hier ist die Bewegung der Contrerevolution nunmehr zu einem definitiven Abschluß gekommen. Alles was seit der Merzrevolution in Preußen geschah, ist formlich ausgestrichen, und der Konig von Gottes Gnaden schenkt aus Gnade seinem Volke eine fertige Verfassung, zu deren Gestaltung als selbstständiger Contrahent mitzuwirken es sich das Recht erkämpft hatte.

Der König von Preußen hat durch die Auflösung der Versammlung dieses von ihm nach der Revolution anerkannte Recht des Volkes wortbrüchig verhöhnt; er steht jetzt wieder als der absolute König da, der aus Gnade etwas gibt, was er ebenso gut verweigern könnte und das er wieder zurückziehen wird, wenn etwa, nach der königlichen Sprache, seine getreuen Unterthanen sich des fürstlichen Geschenkes unwürdig erweisen sollten.

Während die Errungenschaft der Merzrevolution die Volkssouveränetät war, während der König mit allen andern Staatsbeamten ihre Stellen nur als einen Ausfluß dieser Volkssouveränetät beihehalten zu können schienen, ist jetzt der absolute Wille des Königs die Quelle, aus welcher das fließt, was etwa den Unterthanen von Befugnissen, Erlaubnissen, Vergünstigungen oder wie man dieß nennen mag, belassen oder gewährt wird.

Was die Verfassung selbst betrifft, so darf die freisinnige Fassung einzelner Paragraphen über persönliche Freiheit, Unverletzlichkeit der Wohnung, freie Meinungsäußerung u. s. w. um so weniger bestechen, als die allerneueste Zeit gezeigt hat, wie der absolute Wille des Königs selbst diejenigen Gesetze schamlos hat verletzen lassen, welche im Verein zwischen Krone und Volk zu Stande gekommen waren. Wie viel weniger wird man Freiheiten achten, welche der König nur aus Gnade geschenkt hat! Ueberdieß gibt die Verfassung selbst schon die Wege an, auf welchen diese Freiheiten sogar unter legaler Form aufgehoben werden können. Um so ausgedehnter und festbegründeter erscheinen in dieser Verfassung die Rechte der Krone und ihre Macht, die Bajonette, mit denen sie die Contrerevolution vollzog, mit denen sie auch dieses Scheinwerk von Verfassung beseitigen wird, sobald sie des öffentlichen Geistes vollends Herr geworden zu seyn glauben wird.

Es ist klar: das Verhältniß hat sich seit dem Merz umgekehrt. Damals war das Volk Alles; jetzt soll in Preußen das Volk für sich nichts seyn, ein dunkler Punkt, der nur von der Krone sein Licht empfängt. Man wirft ihm einige Brocken zu, um es für den Augenblick zu beschwichtigen.

Und den Mann, der dieses schamlose, wortbrüchige Spiel mit seinem Volke treibt, wird man in einigen Wochen von Frankfurt aus als den Kaiser von Deutschland verkündigen!

Das heißt: Die Contrerevolution, die sich in Preußen vollendet hat, soll in ganz Deutschland vollendet werden. Man sanktionirt sie durch die Uebertragung der deutschen Kaiserkrone an Friedrich Wilhelm IV. Dadurch wird ganz Deutschland — nicht preußisch, nein — das hieße den Namen der edlen Preußen, unserer Brüder entehren — sondern potsda[illegible]

Ja, keine Täuschung darüber! Durch die Uebertragung der Kaiserwürde an Friedrich Wilhelm wird Deutschland russisch. Nicht um die Früchte unserer Revolution zu sichern, sondern um die Contrerevolution zu besiegeln, hat der edle Gagern dem König von Preußen die deutsche Kaiserkrone angeboten. Wir sind wieder ein Volk von Sklaven, wie wir es vor dem Merz waren, und die Grundrechte, welche die Hofräthe in Frankfurt jetzt zum zweiten Male berathen, wird man uns geben, damit sie so bald als möglich durch die russische Knute ersetzt werden können.

Das ist die Lage der Dinge.

Wird das deutsche Volk es sich gefallen lassen? Es wird knirschend gehorchen, denn die Reichstruppen, die Waffenbrüder der Kroaten werden die „Ordnung aufrecht erhalten" und „die Anarchie unterdrücken." Der neue Kaiser wird seinen Thron besteigen, und wir zweifeln nicht, daß die Bourgeoisie jubeln wird, wie sie über die Erwählung des Reichsverwesers jubelte, und erst wenn vom Westen eine neue Bewegung ausgeht, wird der neue sammt den alten Thronen zusammenbrechen.

Die Grundrechte des deutschen Volks.

§. 8. Die Freiheit der Person ist unverletzlich.

Die Verhaftung einer Person soll, außer im Falle der Ergreifung auf frischer That, nur geschehen in Kraft eines richterlichen, mit Gründen versehenen Befehls. Dieser Befehl muß im Augenblicke der Verhaftung oder innerhalb der nächsten vierundzwanzig Stunden dem Verhafteten zugestellt werden.

Die Polizeibehörde muß Jeden, den sie in Verwahrung genommen hat, im Laufe des folgenden Tages entweder freilassen oder der richterlichen Behörde übergeben.

Jeder Angeschuldigte soll gegen Stellung einer vom Gerichte zu bestimmenden Kaution oder Bürgschaft der Haft entlassen werden, sofern nicht dringende Anzeigen eines schweren peinlichen Verbrechens gegen denselben vorliegen.

Im Falle einer widerrechtlich verfügten oder verlängerten Gefangenschaft ist der Schuldige und nöthigenfalls der Staat dem Verletzten zur Genugthuung u. Entschädigung verpflichtet.

Die für das Heer- und Seewesen erforderlichen Modifikationen dieser Bestimmungen werden besondern Gesetzen vorbehalten.

§. 9. Die Todesstrafe, ausgenommen wo das Kriegsrecht sie vorschreibt oder das Seerecht im Fall von Meutereien sie zuläßt, sowie die Strafen des Prangers, der Brandmarkung und der körperlichen Züchtigung sind abgeschafft.

§. 10. Die Wohnung ist unverletzlich. Eine Haussuchung ist nur zulässig:

1) In Kraft eines richterlichen, mit Gründen versehenen Befehls, welcher sofort oder innerhalb der nächsten vier und zwanzig Stunden den Betheiligten zugestellt werden soll.

2) Im Falle der Verfolgung auf frischer That durch den gesetzlich berechtigten Beamten.

3) In den Fällen und Formen, in welchen das Gesetz ausnahmsweise bestimmten Beamten auch ohne richterlichen Befehl dieselbe gestattet.

Die Haussuchung muß, wenn thunlich, mit Zuziehung von Hausgenossen erfolgen.

Die Unverletzlichkeit der Wohnung ist kein Hinderniß der Verhaftung eines gerichtlich Verfolgten.

§. 11. Die Beschlagnahme von Briefen und Papieren darf, außer bei einer Verhaftung oder Haussuchung, nur in Kraft eines richterlichen, mit Gründen versehenen Befehls vorgenommen werden, welcher sofort oder innerhalb der nächsten 24 Stunden dem Betheiligten zugestellt werden soll.

§. 12. Das Briefgeheimniß ist gewährleistet.

Die bei strafgerichtlichen Untersuchungen und in Kriegsfällen nothwendigen Beschränkungen sind durch die Gesetzgebung festzustellen."

Artikel IV. §. 12. Jeder Deutsche hat das Recht, durch Wort, Schrift, Druck und bildliche Darstellung seine Meinung frei zu äußern.

Die Preßfreiheit darf unter keinen Umständen und in keiner Weise durch vorbeugende Maßregeln, namentlich Censur, Konzessionen, Sicherheitsbestellungen, Staatsauflagen, Beschränkungen der Druckereien oder des Buchhandels, Postverbote oder andere Hemmungen des freien Verkehrs beschränkt, suspendirt oder aufgehoben werden.

Ueber Preßvergehen, welche von Amtswegen verfolgt werden, wird durch Schwurgerichte geurtheilt. Ein Preßgesetz wird vom Reiche erlassen werden.

Artikel V. §. 14. Jeder Deutsche hat volle Glaubens- und Gewissensfreiheit. Niemand ist verpflichtet, seine religiöse Ueberzeugung zu offenbaren."

Wahlen zum bayrischen Landtag.

Augsburg: Abgeordnete: Forndran, Bürgermeister, Messerschaid, Stadtpfarrer zu Oettingen, Graf Hegnenberg-Dux; Ersatzmänner: Beer, Bierbrauer, Stengel, Rentbeamter, Tressel, Bierbrauer, Gresser, Badinhaber.

Fürth: Abgeordnete: Crämer, Werkführer von Doos; Langguth, Bürgermeister von Hersbruck; Uhlherr, Hopfenhändler in Altsittenbach*). Ersatzmänner: Mörtel, Gastwirth in Mögeldorf; Ammon, Dekan in Erlangen; Lengenfelder, Gerichtshalter in Burgfarrnbach.

München: Abgeordnete: Ministerialrath Feder, Schlosser Widermann, Oberst Kratzeisen; Ersatzmänner: Bürgermeister v. Steinsdorf, General v. Kretschmann, Minister Frhr. v. Lerchenfeld.

Neumarkt: Pfarrer Wolfsteiner von Heideck, Stautner, k. Appellationsgerichts-Direktor in München; Ersatzmänner: Jos. Giggenbach, Patrim.-Richter von Dietfurt, Joseph Aufleger, k. Landgerichts-Assessor von Hilpoltstein.

Nürnberg: Abgeordnete: Schmitt, Kaufmann in Nürnberg; Scheurl, Prof. in Erlangen; Tröger, Lehrer in Nürnberg. Ersatzmänner: Eckardt, Bierbrauer in Schwabach;

*) Angefochten.

Stöcker, Posthalter in Langenfeld; Wagner, Pfarrer in Altdorf.

Nördlingen: Abgeordnete: Hauck, Mühl- und Gutsbesitzer, Schaflitzl, Oekonom, Dr. Grießmaier, Advokat, Fischer, Bierbräuer; Ersatzmänner: Braun, Advokat, Heiß, Landrichter, Seel, Dekan.

Regensburg: Abgeordnete: Baron v. Reichlin-Meldegg, Bauingenieur in Regensburg; Wein, Stadtpfarrer daselbst; v. Kobell, Forstmeister in Burglengenfeld. Ersatzmänner: Staudigl, Bierbrauer von Stadtamhof; Beck, Bauer von Taimering; Neuffer, Großhändler.

Straubing: Abgeordnete: Bürgermeister Kolb von Straubing, Domdechant Zarbel von Regensburg, Franz Kauschinger, Oekonomiebesitzer von Patersdorf, Joseph Rabel, Oekonomiebesitzer von Münchshofen; Ersatzmänner: Stadtpfarrer Burgmaier von Straubing, Bürgermeist. Schmaus von Viechtach, Frhr. v. Closen von Gern, Jak. Zierer, Oekonomiebesitzer von Oberlinhardt.

Vereinigte Staaten von Deutschland.

F. H. Nürnberg, 7. Dez. Erlangen, die Pestbeule Frankens, hat sich gestern bei der Vorberathung der Wahlmänner mit seiner Glaubensarmee für Thron und Altar zum Wenigsten lächerlich gemacht. Der größte Redner des Erlanger Senats, Professor Nägelsbach, sprach mit großem Pathos im Namen seiner 20 Getreuen, die sich auf der Rechten postirt hatten, und schlug den berühmten Kammerredner, Hrn. v. Scheurl vor, und zwar mit aus dem Grunde, weil dieser ein Landmann sei. Ein Rittergutsbesitzer als Bauerndeputirten, heißt das nicht den Bock zum Gärtner gemacht und dem gesunden Sinn des Volkes in's Gesicht geschlagen? Nachdem Herr Nägelsbach mit seiner Dominikanerpredigt zu Ende war, bestieg das Ideal der Erlanger Konstitutionellen, Hr. Scheurl, in höchsteigener Person die Tribüne und sprach eine gute halbe Stunde lang unter fortlaufendem Beifall und anhaltenden Zeichen der Ungeduld und der Langenweile über die Vortrefflichkeit des Parlaments und andere Mährchen, woran bald kein Kind mehr glaubt. Als dritter Erlanger trat endlich der Repräsentant der Universität, Prorektor Hofmann, auf, rühmlich bekannt als Mitunterzeichner jener bündischen Adresse an den berüchtigten Pfaffen Hengstenberg in Berlin, augenscheinlich bloß, um die ganze Wuth und Bosheit seiner Partei auszuschütten. Es ist eine bekannte Geschichte, daß wenn die konstitutionelle Partei eine Niederlage vorhersieht, sie zu ihrem letzten Mittel, zur Verdachtigung greift. Und so auch dießmal. Der Erlanger Pfaffe glaubte Hrn. Morgenstern, den Kandidaten der demokratischen Partei, dadurch herabzusetzen, daß er auf seine Freundschaft mit Titus von Bamberg und seine Theilnahme am Bamberger Volkskomité hinwies, aber ein Sturm des Unwillens brach los und gab deutlich zu erkennen, daß die Zeit jetzt nicht mehr da ist, wo man den gesunden Sinn der Landleute durch die Anschuldigung des Republikanismus einschüchtern kann, wie bei der saubern Parlamentswahl im März. Herr Hofmann und sein reaktionärer Erlanger Schweif haben eine Lehre empfangen und werden wohl thun, sich dieselbe zu Herzen zu nehmen; denn es könnte die Zeit kommen, wo selbst in Erlangen ihr Reich „nicht mehr von dieser Welt ist."

Kronach, 7. Dez. Bei der heute hier stattgefundenen Wahl wurden zu Abgeordneten gewählt: Floßhändler Joseph Fillweber von hier; 2) Posthalter Schuster von Steinwiesen; 3) Bäckermeister Gummi von Culmbach; 4) Fabrikbesitzer Gerber von Schney. Der erste ist Demokrat, die Uebrigen sind konstitutionell gesinnt. Die Wahl der Ersatzmänner war bei Abgang der Post noch nicht beendigt.

Bayreuth, 7. Dez. Bei der heute hier vollzogenen Wahl zum Abgeordneten für die bayerische Volkskammer wurden im ersten Skrutinium gewählt: Magistratsrath Theodor Wagner, Uhrmacher von Bayreuth; Hofman, Oekonom von Mistelgau. Bei Abgang der Post war das Skrutinium noch nicht völlig zu Ende. Lerchenfeld und Georg Schlenk aus Berneck haben die meisten Stimmen nach den beiden Gewählten.

(F) München, 5. Dez. In Holzkirchen, einem Markte, welcher gegen das bayerische Hochgebirg hinliegt, wurde heute eine Volksversammlung in Betreff des bevorstehenden Landtags vom Pfarrer Stieglmaier von Tanning abgehalten. Sie ging in schönster Ordnung vorüber. Der genannte Pfarrer, beliebt durch seine nur von seiner Biederkeit übertroffene Freisinnigkeit, die von altem Datum ist, trug, nachdem er den ganzen Vormittag über unermüdet die Bauern über ihre Anliegen aufgeklärt hatte, denselben sowie den Bürgern von Holzkirchen in einer Versammlung von mehreren Hunderten die hauptsächlichsten Gegenstände für den kommenden Landtag in gemüthlicher, zutraulicher Weise vor. Mit gespannter Aufmerksamkeit horchten die Bauern diesen ihnen meist neuen und zum Theil unklaren Dingen zu und in daran angeknüpften Besprechungen und Erörterungen unter sich äußerte sich sogleich der Segen des freien Versammlungsrechtes. Wie staunten aber erst die Leute, als sie einen Landmann aus ihrer Mitte sich erheben und eine wohlgelungene Gedächtnißrede auf Robert Blum vortragen hörten. Eine Sammlung für Blum's Familie, wie sie der wackere Redner angeregt hatte, war der schöne Erfolg, den die Rede hervorbrachte. Zuletzt wurde sogar noch unter Mitwirkung des Hrn. Pfarrers von Tanning und mehrerer einflußreicher Bürger von Holzkirchen ein freisinniger politischer Verein gegründet, ein Unternehmen, welches, nach der Begeisterung zu schließen, womit es von der großen Mehrheit der Anwesenden aufgenommen wurde, bald durch guten Erfolg gekrönt seyn wird. Dieser Verein wird sich mit dem hiesigen demokratischen in Verbindung setzen. Unsern vollen Beifall diesem wackeren Geiste unter den Männern von Holzkirchen!

* München, 7. Dez. Respekt vor den Münchnern! Der Bürgerverein für Freiheit und Ordnung war ihnen noch zu freisinnig und sie ließen seine Kandidaten durchfallen. Sie wählten lauter Ultramontane und Dickmonarchische. Solchen Wahlmännern einer Haupt- und Residenzstadt gebührt die Knute.

Augsburg, 8. Dez. Die Wahlen sind dick-monarchisch ausgefallen.

P Nördlingen, 7. Dez. Der Nördlinger Verein für Freiheit und Ordnung, 40 Mann stark, kann sich freuen, daß er heute in der Wahlmännerschaft der Gerichte Neuburg, Monheim und eines Theils von Wallerstein sehr starken Zuwachs erhalten hat, wodurch es ihm möglich war, der Sache des Volkes, die nun einmal in unserer Gegend noch immer nicht zum vollen Bewußtseyn des Volkes selbst gekommen, eine Schlappe anzuhängen. Er und diese Wahlmänner haben die politische Gesinnungstüchtigkeit, die politische Bildung, das Wissen und den mit demselben gepaarten Freimuth, was ihnen Alles geboten war und welches nothwendige Erfordernisse und Eigenschaften eines Landtagsabgeordneten sind, am Wege liegen lassen, und haben nach Heu und Stoppeln gegriffen. Die von den Wahlmännern Nördlingens als Wahlkandidaten aufgestellten Dr. Herrmann und Dr. Ringler aus München sind nicht gewählt worden.

* Frankfurt, 7. Dez. Die Fassung der Grundrechte, wie sie aus der heutigen zweiten Berathung hervorgingen, werden wir oben mittheilten. Die Linke hatte einen Zusatzparagraphen zu §. 10 beantragt: „Kein Ort in Deutschland darf, ausgenommen in Fällen des Krieges mit auswärtigen Staaten, wo das Kriegsrecht sie vorschreibt, in Belagerungszustand versetzt werden. Das Standrecht findet nur Anwendung in Zeiten des Krieges mit auswärtigen Staaten für die Fälle, wo das Kriegsrecht sie vorschreibt." Sie blieb indessen mit 130 gegen 296 Stimmen in der Minderheit. Was würde aus Deutschland werden ohne Belagerungszustände! Es würde rettungslos der Anarchie und rothen Republik verfallen. Aus §. 13 hatte der Ausschuß die Weglassung des „suspendirt" beantragt. Es entschieden sich jedoch 263 gegen 181 für die Wiederaufnahme dieses Wortes. In Bezug auf die neuesten Ereignisse in Preußen stellt Wesendonk noch vor Ende der heutigen Sitzung den dringenden Antrag: „Die Nationalversammlung moge die unterm 5. d. M. verordnete Auflösung der preußischen Versammlung und der Oktroyirung einer Verfassung für Preußen von Seite der Krone für null und nichtig erklären. Die Dringlichkeit wird natürlich verworfen.

Wien, 4. Dez. Gestern wurden mehrere Personen verhaftet, welche die Manifeste der beiden Kaiser abrissen. Sie behaupteten, das Recht zum Abreißen derselben sey ihnen durch eine Rechtsverletzung gegeben, deren sich die beiden Kaiser schuldig gemacht, indem sie sich als Kaiser von Gottes Gnaden und nicht als konstitutioneller Kaiser bezeichnet hatten. Man scheint heute eine starke Aufregung in den Vorstädten gewittert zu haben, weil reichlichere Patrouillen als gewöhnlich dieselben durchziehen. (D. c. Z.)

DC Berlin, 6. Dez. Die Fraktionen der äußersten Linken

und des linken Centrums sind heute Nachmittag versammelt, um gegen die Auflösung der Nationalversammlung und gegen die Oktroyirung der Verfassung, als einen Staatsstreich, auf das Energischste zu protestiren. Der Protest soll direkt an die Krone gerichtet und derselben zugesandt werden. — Die hier noch anwesenden Abgeordneten bereiten sich bereits zur Abreise vor. Die Männer des Volks hoffen sich im Februar hier alle wieder zu finden. — Bei der kurzen Zeit, die seit der Emanirung der Verfassung verflossen, ist natürlich ein vollständiges Gesammturtheil über dieselbe noch nicht möglich. Nur die ersten unmittelbarsten Eindrücke, die sie auf uns machte, können wir hier wiedergeben. Offen gestanden, wir waren überrascht von dieser Verfassung. So freisinnig, als sie namentlich betreffs gewisser Punkte ist, hätten wir sie nicht erwartet. Psychologisch betrachtet, d. h. wenn man gewisse individuelle Ansichten und Sympathien des Königs bedenkt, und sie mit einzelnen Artikeln der Verfassung, namentlich Art. 11, 16, 21 u. a. m. zusammenstellt, ist diese Verfassung ein unheimliches Räthsel. Niemand kann daran glauben, daß der König, der einen Eichhorn zum Minister, einen Thiele zum Vertrauten hatte, es ehrlich meine, wenn er vollständige Religionsfreiheit und Gleichheit der Religionsbekenntnisse in staatsbürgerlicher Beziehung, bürgerliche Ehe, Freiheit der Wissenschaft und ihrer Lehre, unbeschränkteste Preßfreiheit u. dgl. m. proklamirt. Und diese Unehrlichkeit drängt sich, selbst bei oberflächlichem Lesen, auch aus andern Artikeln hervor. Jesuitische Fassung und vieldeutige Wendungen fehlen in dieser Verfassung nicht, namentlich wenn man einzelne Artikel gegeneinander hält. Eines übrigens muß vor Allem hervorgehoben werden. Es ist die Linke der auseinandergejagten Nat.-Versammlung, der wir, was immer die neue Verfassung Freisinniges enthält, verdanken. Denn wie die ganze Verfassung nur ein Ergebniß der innern geheimen Furcht der Kamarilla ist, obgleich dieselbe scheinbar jetzt einen Triumph feiert, so hat ersichtlich der Wunsch sich populärer zu machen, als die beim Volke beliebtesten Vertreter, gewisse, wirklich freisinnige Bestimmungen der Verfassung herbeigeführt. Wir legen auf diese Bemerkung einen großen Nachdruck und werden im Laufe der detaillirten Besprechung der Verfassung öfter darauf zurückkommen. Denn jedem Arbeiter gebührt sein Lohn und doch sehen wir voraus, daß die plötzlich entstandene Menge der loyal gewordenen Liberalen und der liberal gewordenen Loyalen die Linke nur mit Undank lohnen und allen ihren Dank dem gnädigen Geber zuwenden wird. Und doch haben selbst die Redakteure der octroyirten Verfassung anerkennen müssen, daß ihnen die, von den gewählten Vertretern des Volkes ausgegangenen umfassenden Vorarbeiten große Dienste geleistet haben. Schließlich noch die eine allgemeine Bemerkung, daß gar manche Bestimmungen der neuen Verfassung nur den Schein der Freisinnigkeit haben, und daß namentlich aus den beiden Anmerkungen zu Art. 63 und 67 der Pferdefuß der neuen Preußischen Zeitung etwas gar zu ungeschickt hervorguckt. Auch ist der Rückschritt gegen das Wahlgesetz vom 8. April, vielen unangenehm aufgefallen, daß Artikel 67 nur „selbstständigen Preußen" die Stimmberechtigung als Urwähler verleiht. Sind Hauslehrer, Commis, Diener, Knechte, Soldaten u. dergl. mehr selbstständig? fragt man sich mit Besorgniß. — Ueberhaupt macht sich im Ganzen genommen wenig Enthusiasmus für die neue Verfassung bemerklich. Die große Mehrheit namentlich der Bourgeoisie ist natürlich weit über ihre Erwartungen hinaus befriedigt, aber auch sie fühlt das Unsichere, das in dem Mangel des Rechtsbodens liegt; auch sie sieht ein, daß sehr viele Bestimmungen des neuen Grundgesetzes ihren wesentlichen und wahren Charakter erst durch die versprochenen organischen Gesetze erhalten werden, für den Augenblick also nur papierne Verheißungen sind.

* Berlin, 6 Dez. Der preußische Staatsanzeiger enthält die provisorischen Wahlgesetze für die erste und zweite Kammer. Um Urwähler in die erste Kammer seyn zu können, muß man 30 Jahre alt seyn, einen jährlichen Klassensteuersatz von wenigstens 8 Thalern zahlen, oder einen Grundbesitz im Werthe von mindestens 5000 Thalern oder ein reines jährliches Einkommen von 500 Thalern nachweisen. Je 100 Urwähler wählen einen Wahlmann. Zu dem Wahlgesetz für die zweite Kammer ist zu bemerken, daß nur jeder „selbstständige" Preuße Urwähler ist. Was ist selbstständig?

* Stuttgart, 6. Dez. Die württembergische zweite Kammer leuchtet den deutschen gesetzgebenden Körpern als Muster voran, und wir können nur wünschen, daß ihr Beispiel für den demnächst zusammentretenden Landtag in München nicht ganz verloren seyn möchte. Die Subkommission des Verfassungsausschusses in Frankfurt hatte bezüglich derjenigen Veränderungen in der Grundverfassung der einzelnen deutschen Staaten, welche durch die Gleichstellung der Stände nothwendig werden, beantragt: „Es sollen diese innerhalb 6 Monaten durch die gegenwärtigen Organe der Landesgesetzgebung herbeigeführt werden; sollte diese Frist unbenützt verstreichen, so sollen von Reichswegen zu diesem Behufe konstituirende Landesversammlungen berufen werden." Es ist also hiebei vorausgesetzt, daß unsre ersten Kammern, welche die nun abgeschafften privilegirten Stände noch repräsentiren, zur Neugestaltung der Verfassungsverhältnisse auf entscheidende Weise mitwirken sollen. Es sieht jedermann ein, daß damit der Grundsatz der Aufhebung aller Standesprivilegien geradezu verleugnet wäre, und die württembergische II. Kammer hat nun eine Adresse an die Nationalversammlung in Frankfurt beschlossen, worin sie diesen widersinnigen Antrag beleuchtet und auseinandersetzt, daß es ja die unnatürlichste Lage für die Bevorrechteten wäre, wenn sie berufen seyn sollten, die Aufhebung ihrer Vorrechte selbst sanktioniren zu müssen. Es wird sodann beantragt, in das Einführungsgesetz die Bestimmung aufzunehmen, daß zu Durchführung derjenigen Veränderungen in der Grundverfassung der einzelnen deutschen Staaten, welche durch die Gleichstellung der Stände erforderlich werden, konstituirende Versammlungen nach einem zwischen den bestehenden gesetzgebenden Organen zu verabschiedenden Wahlgesetze einberufen, für den Fall aber, daß eine Vereinbarung hierüber mit denselben nicht zu erzielen wäre, nach demjenigen Wahlmodus zu wählen seyen, nach welchen die Wahlen zur deutschen Nationalversammlung vorgenommen worden sind.

Man schreibt dem Stuttg. Beob. aus dem Illerthale: Laut einer der letzten Nummern Ihres Blattes ließen die Offiziere der Garnison Nürnberg im dortigen Theater gegenüber der Sympathie des Volkes für Robert Blum ihre Antipathie gegen diesen großen Todten laut werden. Viele mögen sich wegen solcher unpatriotischer Gesinnung einer Kaste geärgert haben, welche neben der bürgerlichen noch auf eine besondere Ehre Anspruch macht, die ihr in Bayern allerdings insofern gebührt, als sie unter den manchfachen Parasiten, die das Mark des Volkes verzehren, den ersten Rang einnimmt. Wir Illerthäler sind dazu verdammt, derartige hellblaue, schwarzgelbe und kosakische Expekterationen tagtäglich anhören zu müssen, ohne daß wir nur dagegen muksen dürften: denn wir sind ja seit mehreren Wochen militärisch okkupirt. Die Offiziere blähen sich besonders seit Wiens Niederlage mehr als früher auf; da hört man denn in den Wirthsstuben von diesen Leuten Aeußerungen, daß einem ehrlichen deutschen Bürger die Haut schaudert. Z. B. diesem Kerl (Robert Blum) ist als Hochverräther nur sein Recht geschehen. Der König sollte die ihm zu Ehren gehaltenen Feierlichkeiten gar nicht geduldet haben. — So wie jetzt hätte man es in Wien und Berlin schon im Merz machen sollen, dann wäre die heillose Geschichte nicht so weit gediehen! — Aha! da lesen wir gerade in der Zeitung von einer österreichisch-preußisch-russischen Allianz, das ist gut! Die hat zwar von jeher bestanden, hoffentlich aber wird sie bald Beweise ihres Bestehens liefern. — Armes, armes deutsches Vaterland! So sprechen deine Söhne, deine künftigen Vertheidiger! Hört, hört ihr Bürger, und seid darauf gefaßt, euer Vaterland, euere Freiheit, eueren Herd selbst zu vertheidigen.

Dem Herrn Dichter Weiß diene auf seine Erklärung und Verwahrung in der mittelfränkischen Zeitung zur Antwort, daß die Redaktion des freien Staatsbürgers sich bei dem Andrang von politischem Stoff nur ungern entschloß sein Gedicht abzudrucken, und daß sie an dessen besondern Abdruck ganz unschuldig ist. Wenn die Buchdruckerei, in welcher der freie Staatsbürger gedruckt wird, und für deren Druckartikel wir nicht verantwortlich sind, jenen besondern Abdruck veranstaltete, so that sie dieß ganz ohne Wissen der Redaktion, und wird dieß auch Hrn. Weiß bestätigen. Derselbe hätte daher wohlgethan, sich zuvor genauer zu erkundigen, ehe er eine grundlose Anschuldigung gegen die Redaktion erhob.

Die Redaktion des freien Staatsbürgers.

Gedruckt — unter Verantwortlichkeit der Verleger — bei J. L. Stich.
Expedition S. 39 im Gasthof zum König Otto II. Etage.

Der freie Staatsbürger.

Erscheint täglich. Preis in gan Bayern vierteljährlich 1 fl. 30 Kr. halbjährlich 3 fl., jährlich 6 fl.

Organ der Demokratie.

Inserate werden die dreispaltige Petitzeile zu 3 Kr. berechnet. Die Abonnenten haben für die Hälfte des Abonnementpreises Inserate frei.

Nr. 69. Nürnberg, Montag, den 11. Dezember **1848.**

Wahlen zum bayrischen Landtag.

Ansbach: Abgeordnete: Scheuing, Magistratsrath (hat bereits resignirt); Bürgermeister Hensolt von Gunzenhausen; Herrlen von Windsbach. Ersatzmänner: Bürgermeister Meyer von Ansbach; Staubitzer v. Müncherlbach; Dürr v. Obermögersheim.

Vorstadt Au: Abgeordnete: Graf Hegnenberg-Dux; Tischlermeister Glink in München; Dekan Geyer in Baumkirchen. Ersatzmänner: Rottenhuber, Bauer in Steinhöring; Graf Buttler auf Hainhausen; Kreisrath Dr. Krätzer.

Bamberg: Abgeordnete: Georg Hofmann, Müllermeister und Gemeindevorsteher v. Unterneußes; Adam Ultsch, Rothgerbermeister und bürgerlicher Magistratsrath von Bamberg; Georg Amschler, Bierbrauer und Gastwirth von Saßandorf; Ignatz Prell, k. Advokat von Bamberg. Ersatzmänner: Michael Seeberger, Tuchmacher von Herzogenaurach; Adam Kauschinger, Partikulier und Magistratsrath von Bamberg; Joseph Hofmann, Krämer von Kirchehrenbach; Nikolaus Scheidemantel, Gastwirth von Dietersdorf.

Eichstädt: Abgeordnete: Bürgermeister Narr; Gutsbesitzer Andrer; Domkapitular Thinnes. Ersatzmänner: Bürgermeister Moser von Beilngries; Hauptmann Höggenstaller v. Eichstädt; Kaufmann Rupprecht v. Weißenburg.

Kaufbeuren: Abgeordnete: Clemens Schmid, Gastwirth in Buchloë; Schmid, Landrichter v. Türkheim. Ersatzmänner: Zimmermeister Böck v. Mindelheim; kathol. Pfarrer Michel von Waal.

Weilheim: Abgeordnete: Deißenberger, Pfarrer in Oberammergau; Doppelhammer, Bräuer in Tölz; Kloh, Bürgermeister in Landsberg; Hopf, Oberappellationsrath in München. Ersatzmänner: Pitzner, Landrichter in Starnberg; Graf Hegnenberg-Dux; Posthalter Lidl; Bürgermeister Liebhart in Murnau.

Vereinigte Staaten von Deutschland.

* Nürnberg, 10. Dez. Seit zwei Tagen geht uns die Berliner Zeitungshalle wieder zu; man merkt ihrer Haltung indessen den Belagerungszustand etwas an. Auch der verschollene Arnold Ruge zeigt an, daß demnächst die Reform wieder erscheinen werde. Wenn Wrangel nicht einen Strich durch die Rechnung macht, denn der Belagerungszustand scheint sein Ende noch lange nicht finden zu sollen.

Bamberg, 8. Dez. Der Sieg der demokratischen Partei ist ein vollständiger. Sowohl die 4 Abgeordneten als die Ersatzmänner sind in ihrem Sinne gewählt worden.

München, 5. Dez. Unter den als Kandidaten Vorgeschlagenen trat bei einer Versammlung der Wahlmänner zuerst Lerchenfeld auf und legte ein umständliches Glaubensbekenntniß ab. Er sprach von Regelung des Assoziationsrechtes und der Freiheit der Presse, wobei er nicht undeutlich durchblicken ließ, daß er dem Vereinigungs- und Assoziationsrechte nicht absonderlich hold sey und diese beiden wichtigen Hebel der politischen Bildung in engere Grenzen gebannt wünsche; ebenso scheint er der Presse mit einem energischen Repressivgesetze zu Leibe gehen zu wollen.
(D. const. Z.)

Der Mannh. Abendz. schreibt man aus München folgenden Beitrag zur Charakteristik der altbayerischen Zustände: Ich habe Ihnen jüngst von den Umtrieben gesagt, welche sich die katholische Geistlichkeit Altbayens in Bezug auf die Wahlen zur Ständeversamlung erlaubt. Unter vielen andern Thatsachen will ich Ihnen nur die eine mittheilen, daß bei der Wahl der Wahlmänner in dem Bezirke Teudening der als freisinniger u. thätiger Mann bekannte Oekonom Klitsch zu Reim bereits 73 Stimmen erhalten hatte, und daß es höchst wahrscheinlich war, daß er noch alle übrigen Stimmen erhalten werde. Dagegen mußte nun gewirkt werden, und der Pfarrer Riedel zu Teudening versammelte einige Gemeindeglieder vor der Kirche, stellte ihnen vor, daß Klitsch auf die Jagd gehe, selten den Gottesdienst besuche und auf dem Punkte stehe, von seinem Glauben abzufallen. Die Religion sey daher im höchsten Grade bedroht, wenn Klitsch Wahlmann würde. Dieß war genug, um die einfältigen Bauern zu bestimmen, den gefährlichen Klitsch nicht, wohl aber den eifrigen Seelenhirten und noch einen von ihm empfohlenen Pfarrer zu wählen. Daß alles über Klitsch Gesagte die reinste Erdichtung war, bedarf kaum einer Bemerkung. Bei der Wahl für das deutsche Parlament war gegen denselben Mann ein anderes Manöver gemacht worden. Man hatte den Bauern weiß gemacht, Klitsch würde eine Vertheilung der Moose — unkultivirte, zur Viehweide bestimmte Strecken — durchsetzen, und dieß war für die Selbstsucht der Bauern hinreichend, ihn nicht zu wählen. Es läßt sich hieraus leicht erkennen, wie schnell auch die albernste Verleumdung bei dem Landvolk Eingang findet, wenn sie nur aus dem Munde eines Geistlichen kommt.

Die Kemptner Zeitung schreibt unter'm 8. Dez.: Der Sieg, welchen der Fortschritt gestern Vormittags durch die Wahl der HH. Schlund, Dr. Mair und Waibel zu Abgeordneten errungen hatte, wurde Nachmittags durch die Wahl der Ersatzmänner noch vervollständigt. Beim ersten Skrutin ging nur Herr Gutsbesitzer Schnetzer mit einer absoluten Majorität von 116 aus der Stimmliste hervor. Beim zweiten Skrutin erhielten Hr. Bürgermeister Schnitzer in Kempten, dann Hr. Rentbeamte Stör in Lindau die absolute Mehrheit, jener mit 153, dieser mit 122 Stimmen. Wenn Hr. Schnetzer unter den Ersatzmännern steht, so liegt die Ursache lediglich in seiner bestimmten Erklärung, daß er keine Wahl zum Abgeordneten annehme.

* Wien, 4. Dez. Der Finanzminister Kraus verlangt einen Credit von 80 Millionen! Die Kroaten werden demnächst in den Reichstag in Kremsier eintreten. Gegen die Ungarn ist der Vernichtungskampf beschlossen. Es wird vielleicht ein Vernichtungskrieg für die Dynastie werden!

DC Berlin, 6. Dez. Also der Würfel ist in der Art gefallen wie wir vorausgesagt. Die vereinbarende Versammlung ist aufgelöst und eine Verfassung oktroyirt. Ganz abgesehn von dem Inhalt dieser letztern, ist die bloße Thatsache der Oktroyirung ein entscheidendes Moment in Preußens staatlicher Entwicklung. Die Verfassung oktroyiren heißt ein für allemal den Rechtsboden der Vereinbarung aufgeben, heißt den unvermeidlichen Kampf zwischen Volkssouveränetät und Einzelnwille auf ein ganz anderes Schlachtfeld hinüberführen. Mit der Oktroyirung wird ausgesprochen: l'etat c'est moi! und dieses moi heißt: Jo el rey. „Ich der König.“ Ich kann thun mit meiner Machtvollkommenheit und vermöge derselben was ich will. Ich kann mich eines Theils meiner absoluten Gewalt freiwillig begeben und ihn in die Hände von Volksvertretern legen. Ich kann mein Volk begnaden, weil Ich die volle Macht habe. Ich halte mein Wort aus den Märztagen, weil Ich eben will und nicht weil Ich ver-

pflichtet bin. Was folgt aber hieraus? Wer geben kann, wer schenken kann, der kann das Gegebene, das Geschenkte auch wieder an sich nehmen sobald er die Macht dazu hat. Ein Gnadengeschenk verleiht kein Recht. Wer heut gnädig ist und gibt, kann morgen zürnen und wieder wegnehmen. Jener Zustand der felsenfesten Sicherheit, welchen eine auf rechtliches Uebereinkommen begründete Verfassung, wenigstens für einige Zeit, einem Staate gibt, wird durch eine oktroyirte Verfassung nie herbeigeführt werden. Sie ist eben nur ein schwankes Rohr, das von jedem Windhauch, von des Volks wie von des Königs Zorne geknickt werden kann. Das Volk hat jeder Zeit ein unbestreitbares Recht, diese Verfassung von sich zu weisen, eben weil sie ihm von außen auferlegt worden und nicht eine organische Geburt aus dem Volke heraus ist. Man berufe sich nicht auf Art. 112. der neuen Verfassung, wonach dieselbe „sofort nach dem ersten Zusammentritt der Kammern einer Revision auf dem Wege der Gesetzgebung unterworfen werden" soll. Wer in dieser Bestimmung ein Mittel sieht die neue Verfassung wieder auf den Rechtsboden der Vereinbarung zu stellen, gibt nur einen Beweis von seinem gänzlichen Mangel an Studium der Logik. Denn er begeht den Fehler, den man in dieser Wissenschaft eine petitio principii nennt, und geräth dadurch in einen fehlerhaften Kreis. Auf Grund wessen werden denn die neuen Kammern zusammentreten? Wer ruft sie ins Leben? Wer bestimmt ihren Wahlmodus? Alles der König durch Ordonanzen. Denn die neue Verfassung und das dazu emanirte Wahlgesetz sind eben nur Ordonnanzen keine Gesetze. Die neuen Kammern selbst also sind *illegal*, den sie haben keinen *legalen* Boden. Wie sollen sie nun die Verfassung wieder legalisiren? Das dem Lande auferlegte, nicht mit ihm vereinbarte Wahlgesetz und die hieraus hervorgegangene Kammer, können in gesunder Logik nie das Mittel werden, um die oktroyirte Verfassung in eine rechtlich bestehende umzuwandeln. Es ist also durchaus kein „erlogenes Interesse," kein „Hader selbstsüchtiger Coterieen," kein „unfruchtbarer Rechtsstreit, der nur die Eitelkeit Weniger nährt, das Land aber zu Grunde richtet," wenn die demokratische Partei von vorn herein gegen die oktroyirte Verfassung, selbst abgesehn von ihrem Inhalte und Werthe feierlichst und energischst protestirt. Die *deutsche Reform*, deren heutigem Morgenartikel wir die hervorgehobenen Worte entlehnen, mag „Vertrauen" zur Krone haben; wir haben keins. Wir sehen in der oktroyirten Verfassung keine Erledigung der durch die Krone in den „*großen*" Märztagen eingegangen Verpflichtungen. Wir wollen nichts als unser gutes Recht, aber das wollen wir ganz. Für uns ist die Verfassung nicht „das Haus, unter dessen schirmendem Dach noch die kommenden Geschlechter frei und glücklich wohnen sollen" Sie ist für uns das Gefängniß mit vergoldeten Gittern, in das man uns sperrt. Wir aber wollen als freie Männer leben und ein freies Geschlecht heranbilden, und darum glauben wir, wäre es „Verrath gegen uns selbst, Verrath gegen das Vaterland, Verrath gegen unsere Nachkommen," wenn wir nicht mit aller Kraft daran arbeiteten, dieses neue Gefängniß zu zerstören und an seine Stelle den hohern Pallast des Gesetzes, den die Hand der Nation frei aufgebaut, zu setzen. Nur was ein Volk aus sich heraus erbaut, nur die Institutionen, die es mit der Arbeit seines Gedankens, mit der ganzen Kraft seiner Gesinnung gegründet, sind lebensfähig und konnen den Stürmen trotzen. Solche Verfassung *muß* und *wird* uns werden.

DC *Berlin*, 7. Dez. Sämmtliche hier noch anwesende Oppositionsmitglieder der Nationalversammlung begaben sich heute Morgen nach *Brandenburg*. Unter dem Vorsitz des Präsidenten *Unruh* werden die versammelten Oppositionsabgeordneten im Saale des Casino eine Privatberathung abhalten und eine gemeinschaftliche Protestation gegen die letzten Schritte der Krone erlassen. Im Falle sich 202 Mitglieder zu dieser Versammlung eingefunden, wird dieser Protest, als von einer beschlußfähigen und ordentlichen Sitzung der Nationalversammlung ausgegangen, anzusehen seyn. — Die Nationalzeitung bringt heute die Nachricht, daß G *Julius* Redakteur der Zeitungshalle, vor einigen Tagen aus Köthen, wo er sich zuletzt aufgehalten, über Brüssel nach London begeben habe. Wir können dieß aus bester Quelle dahin berichtigen, daß Herr Julius zwar nach Brüssel abgereist ist, aber nicht nach London zu gehen beabsichtigt. Auf das Erscheinen und die Haltung der Zeitungshalle wird die Abwesenheit des Hauptredakteurs durchaus keinen Einfluß üben. — Einige Blätter hatten gestern zu einer allgemeinen Illumination, als Feier der Publizirung der Verfassung aufgefordert. Mit Genugthuung können wir berichten, daß dieser Aufforderung nur sehr wenige nachkamen. Dies mag als Beweis dienen, wie richtig das Volk von Berlin die Oktroyirung der Verfassung beurtheilt.

Mannheim, 4. Dez. Bekannt sind die verschiedenen Versuche, welche bereits die Polizei zur Unterdrückung unserer demokratischen Blätter angestellt hat. Namentlich sind es der deutsche Zuschauer, die Seeblätter und die Mannheimer Abendzeitung, welche bald nach der Verkündung der „Preßfreiheit" mit den empörendsten Verfolgungen heimgesucht wurden; wirklich vernichtet ward die deutsche Volkszeitung; der deutsche Zuschauer sollte wohl in gleicher Weise eben durch die Verhaftung und Unschädlichmachung des Verlegers, H. Hoff, unterdrückt werden. Man verrechnete sich; der Zuschauer erschien fort Besser war der Erfolg bei der Mannheimer Abendzeitung; dieselbe verschwand auf 4 Wochen aus der politischen Tagespresse; die Bemühungen des Volksmannes A. v. Soiron mußten — gleichzeitig mit den gewaltthätigen Maßregeln gegen den nach Bruchsal abgeführten und nach viermonatlicher Gefangenschaft freigesprochenen Verleger und Redakteur zusammenwirken, um ein solches Resultat zu erzielen. Gegen die Seeblätter setzte schon früher sich Herr Mathy in Bewegung; sie waren ihm vorzüglich ein Dorn im Auge; sie hatten längst angefangen, sich mit ihm, mehr als ihm lieb seyn konnte, zu beschäftigen. — Herr Mathy hat sich gerächt und seinen berühmten Polizeistreich gegen Fickler ausgeführt; Fickler schmachtet jetzt zwar im Kerker, aber die Seeblätter fanden demungeachtet Mittel fortzuerscheinen; auch die Hochverrathsprozesse, womit man die nunmehrige Redaktion verfolgte, konnten ihren Muth nicht beugen; die Verhaftung und seitherige vielmonatliche Gefangenhaltung des Redakteurs *Egenter* vermochten ebensowenig, sie in ihrer Ausdauer zu erschüttern. Jetzt erschöpft sich die Polizei in neuen Anstrengungen; sie verbietet, natürlich unter einem gesetzlichen Vorwande, die Seeblätter. Die Redaktion gibt „an die Leser der Seeblätter" folgende Nachricht: „Gestern, am 30. November, wurde der verantwortliche Redakteur der Seeblätter, J. N. *Letour*, wegen angeblicher Verbreitung von Flugschriften, verhaftet und, ungeachtet seiner Protestation gegen diese polizeiliche Gewaltthat, noch im Laufe des Tages nach Stockach abgeführt. Die Polizei, die nichts verabsäumt, um die ihr verhaßten Seeblätter zu unterdrücken, beeilt sich, die Herausgabe derselben *sogleich* zu verbieten. Wir haben bereits die nöthigen Schritte gethan und hoffen, in einigen Tagen die Seeblätter wieder erscheinen lassen zu können; zugleich bitten wir die verehrlichen Leser, diese augenblickliche Unterbrechung, die wir nicht zu hindern vermochten, gütigst zu entschuldigen." Es braucht hierzu keiner weiteren Bemerkung. Im Angesichte solcher Thatsachen wird Niemand im Zweifel seyn, daß wir uns noch vollständig im dunkelsten Polizeistaate herumbewegen. (Mannh. Abzg.)

* *Mainz*, 7. Dez. Die Zeiten des Mittelalters scheinen wiederzukehren. Die heutige Nummer der Mainzer Zeitung bringt eine Erzählung eines Hrn. Adolph v. Ribbentropp, eines Protestanten, den man seine Kinder, welche bis zum Tode seiner von ihm getrennten katholischen Frau mit dieser in Mainz lebten, lange Zeit, wie es scheint im pfäffischen Interesse, um sie und ihr Vermögen der Kirche zu gewinnen, vorenthielt, und als man sich endlich anstellte, als wollte man sie, von der Behörde gezwungen, dem Vater zurückstellen, die älteste Tochter plötzlich verschwinden ließ, ohne daß bis jetzt irgend eine Spur von ihr aufgefunden werden konnte.

Republik Frankreich.

(*Eugen Sue für Blum.*) Eugen Sue schreibt an die Demokratie pacifique: „Mein lieber Considerant! Ich bitte Sie, mich für 20 Fr. auf die Liste der Blum'schen Subskription zu setzen. Ewigen Ruhm dem glorreichen Märtyrer der demokratisch-socialen Sache. Schande und ewigen Fluch seinen fürstlichen Henkern! Aux-Bordes, den 20. November. Eugen Sue.

Wenn die Einsender des offenen Briefes an Hrn. H. wollen, daß derselbe unter den Anzeigen abgedruckt werde, so haben sie ihre Namen auf der Expedition des freien Staatsbürger anzugeben, und die Verantwortlichkeit dafür zu übernehmen.

Die Redaktion.

Gedruckt — unter Verantwortlichkeit der Verleger — bei J. L. Stich.
Expedition S. 39 im Gasthof zum König Otto II. Etage.

Der freie Staatsbürger.

Erscheint täglich. Preis in gan Bayern vierteljährlich 1 Fl. 30 Kr. halbjährlich 3 Fl., jährlich 6 Fl.

Organ der Demokratie.

Inserate werden die dreispaltige Petitzeile zu 3 Kr. berechnet. Die Abonnenten haben für die Hälfte des Abonnementpreises Inserate frei.

Nr. 70. Nürnberg, Dienstag, den 12. Dezember **1848.**

Der freie Staatsbürger, Organ der demokratischen Partei in Franken, hat sich, seit seinem täglichen Erscheinen vom 1. Oktober ab, eines mit jedem Tage wachsenden Leserkreises zu erfreuen. Er hat sich dieses Vertrauen durch consequente und unerschütterliche Vertretung der Rechte des Volkes, des demokratischen Prinzips und seiner Folgerungen erworben, er wird dieses Vertrauen sich erhalten und hofft, sein Leserkreis werde sich in dem Maße erweitern, als das Volk seiner Rechte sich bewußt wird. Der freie Staatsbürger erkennt in der vollen Verwirklichung der Idee der Demokratie die einzige Bedingung eines freien und einigen Deutschlands, die einzige Bedingung eines der Bildung unseres Jahrhunderts entsprechenden Staats- und Völkerlebens. Er wird daher die Ereignisse, welche sich im Verlauf unserer europäischen Revolution ergeben, im Lichte jenes Gedankens und als Entwicklungsmomente zur Verwirklichung eines europäischen demokratischen Völkerbundes darstellen. Nächst dem allgemein europäischen und deutschen Gesichtspunkt, stellt der freie Staatsbürger die Forderungen der Demokratie für die Gesetzgebung seiner engeren Heimath Bayern. Er wird insbesondere die Verhandlungen des bevorstehenden bayrischen Landtags kritisch beleuchten, die vorkommenden Fragen in leitenden Artikeln besprechen, das Verhalten der Abgeordneten überwachen und sich bemühen, das Volk seine wahren Freunde kennen zu lehren. Der freie Staatsbürger erscheint täglich in einem starken halben Bogen, Sonntags nur in einem Viertelsbogen, und seine Verbindungen setzen ihn in Stand, alle Nachrichten ebenso schnell zu liefern, als irgend eine der Nürnberger Zeitungen, während sein Preis der billigste ist; jährlich 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. **Um diesen Preis wird das Blatt im ganzen Umfang des Königreichs Bayern durch die Postämter geliefert und wir bemerken ausdrücklich, daß die Post vom 1. Januar 1849 an jederzeit vierteljährige Abonnements annimmt.** Der freie Staatsbürger, als das vielgelesene Organ einer in stetem Wachsthum begriffenen Partei eignet sich besonders auch zu Inseraten, und wird die zweispaltige Petitzeile zu 4 1/2 kr. berechnet. Abonnenten haben für die Hälfte des Abonnementpreises Inserate frei. Wir bitten die Bestellungen rechtzeitig bei dem nächstgelegenen Postamte zu machen, damit sämmtliche bestellte Exemplare vollständig geliefert werden können. Nürnberg im Dezember 1848.

Die Expedition des freien Staatsbürgers.

Ansichten und Aussichten für Deutschlands politische Entwicklung.

Vierter Artikel.

Oesterreich und Preußen.

II. Bei der Frage über Deutschlands politische Gestaltung ist von jeher ein großes Gewicht auf Oesterreich und Preußen gelegt worden, und mit Recht. Denn diese beiden Staaten machen, auch wenn man nur auf ihre rein deutschen Besitzungen sieht, einen so großen Theil von Deutschland aus, daß sich die Rücksichtnahme auf sie von selber aufdringen muß. Auch lag der Gedanke sehr nahe, die Geschicke Deutschlands dem einen oder dem andern dieser Staaten in die Hände zu geben, da bei der herrschenden Zersplitterung in Deutschland nur ein durch materielle Kräfte überwiegender Staat allein in der Lage zu seyn schien, eine große Umwandlung der politischen Zustände zu verwirklichen. Schon in den Zeiten der Befreiungskriege dachte man daran, Oesterreich unter dem Titel des Kaiserthums wieder an die Spitze Deutschlands zu stellen, und als diese Macht auf den Gedanken, die Einheit Deutschlands in dem ehemaligen kaiserlichen Sinne zu Stande zu bringen, nicht eingehen wollte, so wandte sich die öffentliche Meinung nach Preußen um von ihm die Verwirklichung ihrer Hoffnung zu verlangen. Und in jeder darauf folgenden Epoche einer politischen Erregtheit tauchte dieser Gedanke wieder auf; wir wissen daß in den dreißiger Jahren, wenigstens im Anfange der revolutionären Epoche, als die reaktionäre Tendenz der preußischen Regierung noch nicht so offenkundig aufgetreten war, ein großer Theil der öffentlichen Meinung sich wiederum hoffnungsvoll nach Preußen wandte, obschon dieser Staat nach den Befreiungskriegen sich offenbar von ihr abgewendet hatte. Und im Jahre 1840, als der Krieg mit Frankreich drohte, als der jetzige König von Preußen den Thron seiner Väter bestiegen, da war der Gedanke, daß Preußen sich an die Spitze Deutschlands stellen und mit einem raschen kühnen Schlage die Einheit der Nation begründen sollte, nicht etwa blos im Norden, nein, noch viel energischer im Süden herrschend. Und trotz der Reaktionsmaßregeln, welche auch diese neue Regierung gegen den Geist der Zeit angewendet, schlummerte dieser Gedanke nicht ein, sondern trat im Anfange der Revolution 1848 ganz entschieden wieder hervor, und sicherlich wäre der König von Preußen, wenn er sich rücksichtslos an die Spitze der deutschen Revolution gestellt hätte, anstatt die Berliner zusammenschießen zu lassen, von dem größten Theile des deutschen Volkes als einiger König von Deutschland begrüßt worden. Ja, wir wissen, daß alle Haltlosigkeit, Perfidie und Treulosigkeit seiner Ministerien nicht fähig war, in dem deutschen Volke jene Idee ganz zu ersticken, und daß sie selbst bei einem Theile der demokratischen Partei in der letzten Zeit kräftige Wurzeln geschlagen hatte. Diese Thatsachen zeigen zur Genüge, wie tief das Bedürfniß in dem deutschen Volke liegt, sich an einen größern Staat anzulehnen, und wie leicht es jedem werden würde, wenn er nur wollte, die Geschicke Deutschlands in die Hand zu nehmen.

Merkwürdiger Weise aber sehen wir die Regierungen der erwähnten Staaten fast immer eine rein entgegengesetzte Richtung einschlagen. Sie entfremdeten sich vielmehr der

öffentlichen Meinung, als daß sie ihr entgegengekommen wären, ja sie traten sogar entschieden feindselig gegen die Idee der deutschen Einheit auf, welche doch ihnen selbst zu Gute gekommen wäre. Und fragen wir dann nach dem Grunde, so finden wir eigentlich keinen andern, wenigstens wesentlich wirkenden, als den Absolutismus. Oesterreich, durch und durch absolutistisch gesinnt, noch dazu bestehend aus einer Masse verschiedener Völker, welche schwierig war, bei der Idee der Freiheit beständig zu einem Staate zusammenzuhalten, dachte nur daran, wie es das alte System aufrecht erhalten konne, und eine Verbindung mit den übrigen Theilen von Deutschland, welche in politischer Bildung doch weit voraus waren, würde nur dazu mitgewirkt haben, die freieren politischen Ideen auch nach Oesterreich zu verpflanzen, ohnedieß war die Idee der Einheit immer in Verbindung mit der Idee der Freiheit aufgefaßt. Ebenso war es in Preußen. Ein inniges Anschließen an Deutschland hätte zugleich einen innigen Anschluß an die Freiheit und an den Fortschritt erfordert. Aber darauf war die Regierung nie geneigt, einzugehen. Die beiden großen Staaten waren nie großartig genug gesinnt, um ihre Herrschaft einzusetzen zur Erreichung eines so großen Zweckes, wie das einige und freie Deutschland gewesen. Deutschlands Größe war ihnen daher nur gleichgültig, sogar verhaßt, und ihr ganzes Streben bestand darin, den besonderen Staat zu consolidiren, zu erhalten oder wo möglich zu vergrößern. (Schluß folgt.)

Wahlen zum bayrischen Landtag.

Cham: Abgeordnete: Minister v. Abel; Rabl von Brennberg. Ersatzmänner: Landrichter Pigenot in Cham; Fabrikant Hineck von Waldmünchen.

Dillingen: Abgeordnete: Max Deuringer, Guts- und Bräuhausbesitzer zu Dillingen; Franz Förg, rechtskundiger Bürgermeister zu Donauwörth; Joseph Wagner, Gutsbesitzer von Dattenhausen. Ersatzmänner: Dr. Hupfauf, prakt. Arzt zu Günzburg; Lorenz Demeter, Gutsbesitzer vom Iggsletterhof; Weber, k. Rentbeamter zu Höchstädt.

Hof: Abgeordnete: Dr. Rubner aus Kirchlamitz; Fabrikant Fraas aus Oberredwitz; Bürgermeister Seyferth von Helmbrechts; Fabrikant Steinhäuser von Hof. Ersatzmänner: Fabrikant Goller v. Schwarzenbach; Maurermeister Retsch von Selb; Bürgermeister Schrön von Hof; Kaufmann Einsiedel von Lichtenberg.

Kempten: Abgeordnete: Gutsbesitzer Schlund von Immenstadt; Dr. Mayer, prakt. Arzt in Roßhaupten; quiescirter rechtskundiger Rath Waibel, Redakteur der Kemptner Zeitung. Ersatzmänner: Gastwirth Schnetzer in Kempten; Bürgermeister Schnitzer in Kempten; Rentbeamter Stuhr in Lindau.

Landshut: Abgeordnete: Hirschberger, Gerichtshalter und Oekonom zu Kronwinkel; Seelos, Stadtpfarrer zu St. Jodok in Landshut; Kremplsetzer, Tuchmacher von Vilsbiburg; Zöttl, Bauer v. Altheim. Ersatzmänner: Stanglmeier v. Neuhausen; Kagerhuber v. Pfeffenhausen; Stritzel, Müller von Kelheim; Brunner von Abensberg.

Neunburg v.W.: Abgeordnete: Wibling, Handelsmann von Neunburg; Loritz, Realitätenbesitzer von Nittenau. Ersatzmänner: Beck, Bauer von Schönau, und Bodensteiner, Bauer von Unterlind.

Schrobenhausen: Abgeordnete: Brauer Kapfhammer von Aichach; Pfarrer Käfer zu Kösching; Brauer Schweyer von Friedberg; Gutsbesitzer Franz von Koch auf Rohrbach. Ersatzmänner: Bürgermeister Eberl in Hohenwart; Bürgermeister Weindl in Rain; Oekonom Heidinger in Ingolstadt; Gastwirth Deuringer in Geisenfeld.

Schweinfurt: Abgeordnete: Schad, Seilermeister aus Schweinfurt; Zink, Gerbermeister aus Hofheim; Kleindienst, Müller aus Baunach; Vorst, Kaufmann und Vorsteher von Eschendorf. Ersatzmänner: Meder, Vorsteher von Hirschfeld; Berlenz, Bürgermeister von Königshofen; Prediger, Gastwirth von Heiligersdorf; Erwein, Apotheker und Bürgermeister von Volkach.

Würzburg: Abgeordnete: Appellationsgerichtsdirektor Papius in Aschaffenburg; Seifensieder Köhl; Oekonom Englert; Dr. Roßbach. Ersatzmänner: Kirchgeßner, Advokat; Dr. Hummel v. Marktbreit; Oekonom Adami; Pfarrer Weikard.

Vereinigte Staaten von Deutschland.

* Nürnberg, 10. Dez. Es geht uns vom kgl. Stadtkommissariate folgender Artikel zu: „Auf die Anfragen in Nro. 64 des freien Staatsbürgers Seite 256 * Nürnberg 5. Dez. Wie soll man es sich erklären rc. dient folgendes zur Erwiederung: „„Die Bevölkerung des Landgerichts Altdorf ist mit 11,763 Seelen dem Wahlbezirke Nürnberg und mit 3000 Seelen dem Wahlbezirke Fürth vom königl. Staatsministerium des Innern bereits unterm 24. September l. J. zugetheilt worden, wonach aus den der Stadt Fürth zunächst gelegenen Urwahlbezirken sechs Wahlmänner nach Fürth abgeordnet werden mußten. Die Ausfertigung einer Legitimation für die Wahlmänner ist nicht vorgeschrieben, und würde auch auf Verlangen nicht von der Regierung zu geschehen haben, ebensowenig unterliegt die Wahl der Wahlmänner einer Bestätigung von Seite der Regierung; vielmehr ist durch das Wahlgesetz und die Instruktion hiezu die Entscheidung über vorkommende Bedenken und Anstände in die Hände der Wahlausschüsse gelegt, gegen deren Ausspruch nicht einmal eine Berufung stattfindet.“ “ — Vorstehende Berichtigung ist auf Grund des §. 10. Ziffer 2 des Landtagsabschiedes vom 4. Juni auf Befehl k. Regierung in den freien Staatsbürger aufzunehmen. — Nürnberg, den 9. Dezember 1848. Kgl. Stadtkommissariat. Lenz.“ — So weit die uns zugehende amtliche Erklärung. Wir vermögen darin weder eine „Berichtigung“ noch eine Beantwortung der von uns aufgeworfenen Fragen zu erkennen. Daß vom Landgerichtsbezirk Altdorf nur 11,000 Seelen dem hiesigen Wahlbezirk zugetheilt waren, wußten wir aus der kgl. Verordnung; unser Tadel war dagegen gerichtet, daß die Wahlmänner nicht einige Zeit vor der Abgeordnetenwahl sondern unmittelbar zuvor erst erfuhren, welchem Wahlbezirk, Fürth oder Nürnberg, sie zugetheilt seyen. Und über den Grund dieser Verzögerung läßt uns die „Berichtigung“ ganz im Unklaren. Aehnlich verhält es sich mit dem andern Punkt. Wir sehen ebenfalls nicht ab, wie die Regierung mit der Legitimation der Wahlmänner irgend etwas zu schaffen haben kann; Thatsache aber ist, daß das Landgericht Altdorf einem Wahlmann diese Legitimation zwei Tage vor der Wahl nicht ausfolgen zu können erklärte, weil dieselbe noch nicht von der Regierung eingelaufen sey. Und nur auf diese uns von dem betreffenden Wahlmann mitgetheilte Thatsache haben wir die Aufmerksamkeit unserer Leser gerichtet.

Gemünden, 8 Dez. Bei der gestern und heute stattgehabten Wahl der Abgeordneten zum Landtage gingen aus vier Skrutinien nachfolgende Abgeordnete hervor: 1) Peter Binder, Privatmann von Gemünden. 2) J. Weipert, Lehrer von Sendelbach (Verfasser der Schullehrerpetition an die Reichsversammlung). 3) J. Wels, Bierbrauer zu Geltersheim, Landgerichts Werneck. 4) Ignaz Schopp, Wirth von Orb. Die Wahl der Ersatzmänner war bei Abgang der Post noch im Gange und wird wohl schwerlich heute beendigt werden können.

Speyer, 7. Dez. In Germersheim wurden zu Abgeordneten für den nächsten Landtag erwählt: Kolb von Speyer, Schüler von Zweibrücken, Dr. Hepp von Neustadt. — Auch hier erhielt Kolb von Speyer im ersten Skrutin von 172 Abstimmenden 131, und Boye von Frankenthal 116 Stimmen.

Frankfurt, 9. Dez. Unter die Abgeordneten wurde heute folgende Einladung vertheilt: „Seine Kaiserliche Hoheit der Erzherzog Reichsverweser werden die Herren Abgeordneten zur Reichsversammlung Dienstag den 12. d. M., von Abends 8 Uhr an, empfangen.“

* Frankfurt, 9. Dez. Der Untersuchungsausschuß trägt darauf an, in die gegen den Abg. Würth aus Sigmaringen beantragte Kriminaluntersuchung zu willigen. Die Bewilligung der Untersuchung gegen Günther, Redakteur der Reichstagszeitung, Jürgens und Levysohn wird ertheilt. Schmerling beantwortet auf seine Weise mehrere Interpellationen: die Maßregeln gegen die Schweiz könne er noch nicht näher bezeichnen, aber er habe berücksichtigt, daß deutsche Staatsbürger nicht dadurch benachtheiligt werden. — Das Ministerium hege Sympathien für die Magyaren, aber nicht für die gegenwärtige ungarische Regieru..

Was den Schutz der deutschen Interessen betreffe, so setze er seine Hoffnung auf die Operationen des österreichischen Heeres! Gegen die „tyrannischen" Maßregeln Windischgrätz' in Ober- und Niederösterreich habe das Ministerium nicht protestirt, um sich nicht den Vorwurf der Phrasen zu verdienen.

* Wien, 5. Dez. Es ist charakteristisch für die „gute" Presse, mit welcher Schamlosigkeit sie eingesteht, daß der Kaiser Ferdinand hauptsächlich deshalb seiner Krone entsagte, damit der neue Kaiser die Verpflichtung nicht zu erfüllen brauche, welche der alte gegen die Ungarn eingegangen hat. Daß es ein Manöver der Kamarilla ist, einen Fürsten, der nach ihrer Ansicht zu viel versprochen, zum Abdanken zu nöthigen, damit der neue König die Versprechungen des früheren nicht zu halten brauche, ist bekannt, und man weiß, daß die preußische Kamarilla gerade deshalb Friedrich Wilhelm IV. eine Zeit lang zur Verzichtleistung auf den Thron zu bestimmen suchte, bis dieser sich endlich entschloß, in höchsteigener Person seine eigenen Verpflichtungen von sich zu schleudern und wieder als absoluter König mit dem Grundsatz l'état c'est moi (Ich bin der Staat) aufzutreten. Aber es gehört die ganze Ausgeschämtheit einer journalistischen Metze, wie die Augsb. Allg. Ztg., dazu, um einen solchen jesuitischen Beweggrund eines Thronwechsels rühmend hervorzuheben!

* Wien, 7. Dez. Die neueste Wienerzeitung führt die Kreuze, Orden und Medaillen auf, mit denen der neue Kaiser sein getreues Heer, den „Pfeiler seines Thrones" für den an den Wienern verrichteten Henkerdienst ablohnt. Die Spalten dieser Zeitung strotzen jetzt von den hündisch'sten Erklärungen der Wiener Bourgeoisie. Welch' ein eckelerregendes Gezucht! Mit solchem Gelichter, dem nun Geld Alles, und namentlich die Ehre und die Gesinnung feil ist, glaubt man die Größe eines Staates aufbauen zu können! Welch' furchtbare Enttäuschung wird nothwendig werden! Man höre z. B. folgendes: „Wohl erfaßte die Wiener Bevölkerung Verzweiflung, als sie die anrückenden Schaaren Jellasichs gewahrte, aber welche Bevölkerung? Jene, die Seine Majestät in Dero nie versiegender Gerechtigkeitsliebe mit dem Namen einer kleinen Rotte von Bösewichtern bezeichnete, die große Masse der Einwohner begrüßte mit freudiger Begeisterung ein Heer, deßen ritterlicher Anführer die unzweideutigsten Beweise von Vaterlands- und Freiheitsliebe bereits gegeben hatte, und welcher der Erste war, der das Panier zur Aufrechthaltung der Integrität der Gesammtmonarchie entfaltete." Und ferner: „Die arbeitende Klasse, die sich vor dem Merz behaglich fühlte, findet jetzt (im Belagerungszustand) wieder bessern Verdienst in ihrem früheren Berufe."

Berlin, 7. Dez. Der deutschen Reform zufolge hat das preußisch-deutsche Kaiserthum die besten Aussichten. Die Frankfurter hätten sich fast alle darein ergeben, und wenn auch die bayerische Regierung dagegen intriguire, so hätten doch die bayerischen Abgeordneten in Frankfurt eine ganz andere Ansicht, und Freiherr v. Rotenhan habe seinem König energische Vorstellungen gemacht. Nur in Oesterreich liege das Hemmniß; allein diese Partei sey in Frankfurt am Unterliegen, Schmerling werde abtreten.

DC Berlin, 8. Dez. Die gestern in Brandenburg stattgefundene Privatconferenz der Oppositionsmitglieder der National-Versammlung unter dem Präsidium des Hrn. v. Unruh, war wider Erwarten nicht stark besucht. Die entschiedensten Männer erklärten sich dagegen, noch einen letzten Protest gegen die Auflösung einzulegen. Die National-Versammlung habe einen solchen schon in ihren Beschlüssen vom 9. Nov. ausgesprochen; die Gesinnungen der Majorität seien dem Lande aus zahlreichen Documenten hinreichend bekannt, es bedürfe einer besondern Darlegung über diesen letzten Akt des Ministeriums nicht. — Die Wahlen zu den beiden künftigen gesetzgebenden Kammern bildeten hierauf das Hauptthema der Besprechungen. Die Errichtung von Wahlcomités wurde angeregt. Das Central-Wahlcomité wird seinen Sitz in Berlin haben. Die in Berlin wohnenden Abgeordneten, einige Andere aus den Provinzen, deren Verhältniße eine permanente Anwesenheit hier gestatten und die Vorstände der hiesigen demokratischen Clubs und Bezirksvereine werden dasselbe bilden. Für die zweite Kammer, wozu die ganze arbeitende Bevölkerung mitwählt, ist der demokratischen Partei die Majorität sicher. Aber auch für die erste Kammer hofft man die Majorität zu erlangen, indem sich die demokratische Partei mit der liberalen verbinden wird. Im Großherzogthum Posen wird man z. B. folgenden Plan befolgen. In den rein polnischen Kreisen fällt die Wahl einstimmig auf die polnischen Demokraten. In den Kreisen, welche eine gemischte Bevölkerung haben, wird sich die polnische Bevölkerung mit den deutschen Demokraten verbinden und einen von dieser letztern Partei als Candidat aufstellen. In Kreisen, welche eine große jüdische Bevölkerung haben, wird man diese letztere dadurch an sich ziehen, daß man Candidaten jüdischer Religion, wie Jacoby aufstellt. Die Wahlcomités werden besonders ihr Augenmerk darauf richten, daß bekannte Männer, wie Waldeck, Temme, Jacoby, Schulze, Lipski u. A. in die erste Kammer gewählt werden. — Von vielen Seiten gehen uns schon Berichte zu über die freundliche Aufnahme und den enthusiastischen Empfang, der vielen Mitgliedern der Opposition bei der Rückkehr in ihren Wahlkreisen geworden. Solche Manifestationen stärken die Ansichten der Schwankenden und erwecken neue Kräfte zu dem bevorstehenden Wahlkampf. — Der Literat Dr. Schwarz, ein bekannter Zeitungskorrespondent, der seit mehreren Jahren hier seinen Wohnsitz hatte, ist vor einigen Tagen wie viele Andere von hier ausgewiesen worden. Da er aber, trotz der Ausweisung, Berlin nicht verließ, so wurde derselbe heute Morgen verhaftet und nach der Stadtvoigtei abgeführt. Man wird ihn von da wahrscheinlich nach dem Anhaltischen Bahnhofe zur Benutzung des abgehenden Dampfwagenzuges transportirt haben. Solche Gewaltthaten, die auch gegen preußische Staatsbürger in diesen Tagen zahlreich verübt werden, und die nicht allein mit dem in Frankfurt votirten allgemeinen Niederlassungsrechte, sondern auch mit positiven preußischen Gesetzen im schreiendsten Widerspruche stehen, sind wohl der beste Beweis, wie wenig konstitutionell man trotz aller scheinbar demokratischen Bestimmungen der neuen Verfassung in der preuß. Staatspraxis verfährt. Wenn das konstitutionelle Lügensystem irgend einen Sinn hat, so ist es der, daß die Meinungsverschiedenheit zwischen Regierung u. Opposition, als zwischen zwei gleichberechtigten Mächten, offen u. ehrlich durchgekämpft werde, und daß namentlich die am Ruder befindliche Partei von ihrem momentanen Siege keinen Mißbrauch mache, d. h. den Gegnern nicht die Mittel zum legalen geistigen Kampfe nähme. Wenn aber eine Regierung, wie dieß seit Wochen in Berlin geschieht, gegen ihre politischen Widersacher das brutale Polizeimittel der Ausweisung und Entfernung anwendet, ihnen somit den Boden zum Meinungskampfe unter den Füßen wegzieht, so bekundet sie hiermit nur ihr absolutistisches Wesen und das Gefühl ihrer eigenen politischen Schwäche. — Sämmtliche Kasernen und andere Regierungsgebäude sind so mit Truppen überfüllt, daß man sich genöthigt sieht, sogar die Räumlichkeiten des Joachimsthal'schen Gymnasiums behufs Unterbringung von Militär in Anspruch zu nehmen. Uebrigens wird uns versichert, daß Vorbereitungen getroffen werden, das Schloß vom Militär räumen zu lassen, damit es demnächst vom Hof wieder bezogen werden könne. Man scheint die Merzgeister nicht mehr zu fürchten. — Sey es, daß man fürchtet, ein erfolgloses Unternehmen zu beginnen und durch den lächerlichen Ausgang nur sich selbst zu schaden, indem man gegen die Abgeordneten, welche seit dem 9. Nov. die Majorität der Nationalversammlung bildeten, einen Hochverrathsprozeß einleitet; sey es, daß man fürchtet, ihren Namen durch diese Verfolgung den Wählern nur bemerklicher zu machen; so viel steht fest, jeder Gedanke an einen solchen Prozeß ist Seitens der Regierung aufgegeben worden.

* Altenburg, 6. Dez. (Reichstruppen und die Ausweisung deutscher Ausländer.) Die tapfern Reichstruppen machen den Bürgern sichtlich „Muth," wie der Reichskommissär Mühlenfels sich in seinen Proklamationen ausdrückte. Der Schriftsteller Pelz, Redakteur der Altenburger Volkszeitung, ist ausgewiesen worden. Wie erklärt sich dieser Zwiespalt der Natur? Deutsche Reichstruppen und Ausweisungen deutscher Reichsbürger? Im Namen der deutschen Einheit unterdrückt man das republikanische Altenburg, und im Namen des Partikularismus weist man die mißliebigen Deutschen aus Altenburg aus. Wer im Angesicht solcher Thatsachen unsere Frankfurter Schmerling und Consorten, mit dem ganzen Gelichter ihrer Eisele und Beisele nicht für die schamlosesten Heuchler erklärt, dem muß entweder der Verstand oder die Ehrlichkeit bankerott geworden seyn. Nur Eines ist ganz klar: die Frucht der deutschen Einheit ist die allgemeine Rechtlosigkeit. Wer die Macht hat, hat allein das Recht. So im Großen, in Preußen, so im Kleinen in Altenburg. Werden die, welche jetzt die physische Macht so himmelschreiend mißbrauchen, sich beklagen dürfen, wenn einst die jetzt mit raffinirter Barbarei Gefolterten und Unterdrückten sich aufraffen und das Verhältniß umkehren?

* Mannheim, 8. Dez. Ueber den Prozeß Fickler's, der

nun seit 8 Monaten im Gefängniß sitzt, ohne vor seine Richter gestellt zu werden, und der im Bewußtseyn seiner Unschuld jedes Anerbieten von Amnestie zurückwies, gibt Brentano in der Mannh. Abdztg. merkwürdige Aufschlüsse. Bekanntlich wurde Fickler am 8. April durch den jetzigen Staatsrath Mathy verhaftet, der sich vor der Wuth des Volkes in Mannheim nur dadurch zu retten vermochte, daß er noch an demselben Abend die gedruckte Versicherung vertheilte, es lägen gegen Fickler urkundliche Beweise des Landesverraths vor. Dieß wurde gleich anfangs von kundigen Personen entschieden in Abrede gestellt, und die nunmehr dem Angeklagten mitgetheilte Zusammenstellung der Beschuldigungsthatsachen und Beweismittel sagt kein Wort von Landesverrath. Die Anklage lautet zwar auf Hochverrath durch Eingehung einer Verbindung mit Deutschen und Ausländern im Auslande zum Zwecke eines bewaffneten Einfalls in Baden, allein das unter Bornstedt's Papieren vorgefundene Originalschreiben Fickler's an die Gesellschaft deutscher Demokraten in Paris widerlegt diese Beschuldigung auf eine schlagende Weise. In diesem Schreiben heißt es, Niemand werde zu sagen wagen, daß ein Sohn des Vaterlandes ferne bleiben solle in so schwerer Noth, in so entscheidenden Tagen. Eine andere Frage aber sei es, ob die Polen mitkommen sollten? „Das ist meine feste Ueberzeugung, sagt Fickler, nicht eine Handlung brutaler Gewalt darf vorkommen, nicht einmal Ihr dürft kommen, um Deutschland eine Republik aufzudringen, sondern lediglich müßt Ihr Euch Euerem Vaterlande zur Verfügung stellen.“ „In keinem Falle, heißt es weiter, französische Begleitung, in keinem Falle Erpressungen, wäre es auch nur zur Lebensfristung. Meiner Ansicht nach sollte die Erhebung des deutschen Volkes rein deutsch bleiben, Frankreich bleibt als schirmende Rückwand und trägt jedenfalls das Verdienst, den geistigen Anstoß zur Erhebung aller Völker gegeben zu haben.“ So stellt sich denn, wovon freilich längst jeder Mann überzeugt war, die Beschuldigung des Landesverraths als eine offenbare Lüge heraus. Man begreift auch, weshalb man Fickler vor kein Gericht stellt; es ist klar, sagt Brentano, wer die öffentliche Verhandlung dieses Prozesses zu fürchten hat, wen das Urtheil des Geschwornengerichts zum bürgerlichen Tode und zur Ehrlosigkeit verdammen wird!

*Sigmaringen, 4. Dez. Der Fürst wünscht, wie man hört, Mediatisirung; das wäre nun unsern Bürgern schon recht, wenn sie nur dadurch immediat, unmittelbar würden. Aber württembergisch wollen sie nicht werden, am wenigsten jetzt, wo es in Württemberg so gräulich aussieht, daß der Stellvertreter des Justizministers, unter den von allen Seiten hereinbrechenden Vorwürfen wegen der unverantwortlichen Behandlung der politischen Gefangenen erliegend, den Ständesaal mit einer Hast verließ, gleich einem Gefangenen, der seit 20 Jahren der Freiheit beraubt war. Schreiber und Beamte, meinen die Sigmaringer, hätten sie selbst genug, die brauchen sie sich nicht bei Württemberg zu holen. Sie sagen: Wenn uns der Fürst nicht mehr regieren will, weil wir verlangen, daß er uns regiere, wie wir wollen, so haben wir nichts dagegen. Wir wollen uns dann selbst regieren. Die guten Leute träumen von Republik!

Ungarn.

Pesth im Dezember. (Ungarische Zustände.) Zunächst lassen Sie mich die von österreichischen Zeitungen absichtlich verbreitete Lüge widerlegen, daß unsere Truppen mit Kettenkugeln schießen. Dem ist nicht so, aber es ist in der That wunderlich, wenn Windischgrätz und Jellasich von Gesetzen des Völkerrechts sprechen, sie, die alles Völkerrecht mit Füßen getreten haben; Jellasich, der den Waffenstillstand bei Wassenburg gebrochen und den Parlamentär Zwanka gefangen genommen hat. Gehen wir darüber hinweg. Kossuth, von dem ganzen Lande verehrt und vielleicht die erste Celebrität Europa's, befindet sich noch immer mit seiner Familie in Pesth, und denkt nicht daran, Ungarn zu verlassen. Er widmet sich unausgesetzt den angestrengtesten Arbeiten, denen er trotz seines schwächlichen Körpers täglich 19—20 Stunden obliegt. Der Enthusiasmus nicht allein für ihn, sondern für die Sache Ungarns ist im ganzen Volke unendlich groß. Die Armee ist stark und wird täglich stärker. An der Befestigung Pesth's durch Redouten arbeiten täglich 3000 Menschen und seine Einnahme dürfte schwerlich erfolgen. Selbst aber, wenn Pesth nicht zu halten wäre, so ist damit das Land noch lange nicht verloren. In Pesth selbst wird jetzt täglich ein Bataillon ausgerüstet, und die Ausrüstung würde noch rascher und vollständiger erfolgen können, wenn Waffen in hinreichender Menge vorhanden wären. Im Ganzen sind bis jetzt 56 Bataillone zu 1200 Mann schlagfertig. Außerdem ist die Artillerie sehr bedeutend und vortrefflich geübt. Binnen kurzer Zeit werden etwa 320 Kanonen, an denen in allen Gießereien des Landes gearbeitet wird, der Armee zur Disposition stehen. Cavallerie sind 8—9000 Mann vorhanden, und ich darf Ihnen kaum sagen, von welcher Beschaffenheit. Die ungarischen Husaren haben von jeher als Vorbild gedient. Ausgezeichnet sind das Arwaer Libdaer und Zipser Comitat; im Turußer Comitat treten immer noch pansiawistische Umtriebe der Sache Ungarns entgegen; dagegen liefern die Slowaken, die zum Eintritt in die österreichische Armee immer mit Waffengewalt gezwungen werden mußten, ihre Rekruten freiwillig. Mit Einem Worte, Sie können sich kaum vorstellen, mit welchem Muth, mit welcher Entschlossenheit man dem Kampf entgegensieht, und hier waltet auch nicht der mindeste Zweifel darüber, daß die gute Sache siegen wird. Die Erbitterung ist unendlich groß; immer handelte die Kamarilla im Namen des Kaisers, der von den Zuständen auch nicht im Mindesten unterrichtet war. Ich führe des Beispiels wegen an, daß der Deputirte des Landes und der Geistlichkeit, der Bischof Fogarassy gar nicht vor den Kaiser gelassen wurde, um ihm zu sagen, weshalb er gekommen war. Diese Erbitterung wird sich in einem furchtbaren Maße zur Geltung bringen, und selbst wenn die Truppen des Königs von Ungarn der Uebermacht der Truppen des Kaisers von Oesterreich unterliegen sollten, dann glauben Sie mir, werden die Oesterreicher nicht ein Land, wie es jetzt ist, einnehmen, sondern auf einer Wüste ihre Triumphbogen errichten. Die Ungarn sind fest entschlossen, den siegenden Feinden Brandstätten zu hinterlassen. Vorläufig wird Ungarn, das bis jetzt noch nicht ausgesogen ist, mit aller Kraft den Krieg führen, und es kann dies um so eher, als seine Geldkräfte, gestützt auf den großen Werth der unverschuldeten Grundstücke, ungeschwächt wie nirgends sind. Ungarn wird diesen Krieg bis zum letzten Athemzuge führen, einen Krieg bei dem es sich nicht allein um die Freiheit Ungarns, sondern um die Deutschlands handelt. Wien und Berlin sind gefallen. Ich glaube, Deutschland muß auf uns sehen, wir werden thun, was an uns ist.

Gedruckt — unter Verantwortlichkeit der Verleger — bei J. L. Stich.
Expedition S. 39 im Gasthof zum König Otto II. Etage.

Der freie Staatsbürger.

Erscheint täglich. Preis in ganz Bayern vierteljährlich 1 Fl. 30 Kr. halbjährlich 3 Fl., jährlich 6 Fl.

Organ der Demokratie.

Inserate werden die dreispaltige Petitzeile zu 3 Kr. berechnet. Die Abonnenten haben für die Hälfte des Abonnementpreises Inserate frei.

Nr. 71. Nürnberg, Mittwoch, den 13. Dezember **1848.**

Der freie Staatsbürger, Organ der demokratischen Partei in Franken, hat sich, seit seinem täglichen Erscheinen vom 1. Oktober ab, eines mit jedem Tage wachsenden Leserkreises zu erfreuen. Er hat sich dieses Vertrauen durch consequente und unerschütterliche Vertretung der Rechte des Volkes, des demokratischen Prinzips und seiner Folgerungen erworben, er wird dieses Vertrauen sich erhalten und hofft, sein Leserkreis werde sich in dem Maße erweitern, als das Volk seiner Rechte sich bewußt wird. Der freie Staatsbürger erkennt in der vollen Verwirklichung der Idee der Demokratie die einzige Bedingung eines freien und einigen Deutschlands, die einzige Bedingung eines der Bildung unseres Jahrhunderts entsprechenden Staats- und Völkerlebens. Er wird daher die Ereignisse, welche sich im Verlauf unserer europäischen Revolution ergeben, im Lichte jenes Gedankens und als Entwicklungsmomente zur Verwirklichung eines europäischen demokratischen Völkerbundes darstellen. Nächst dem allgemein europäischen und deutschen Gesichtspunkt, stellt der freie Staatsbürger die Forderungen der Demokratie für die Gesetzgebung seiner engeren Heimath Bayern. Er wird insbesondere die Verhandlungen des bevorstehenden bayrischen Landtags kritisch beleuchten, die vorkommenden Fragen in leitenden Artikeln besprechen, das Verhalten der Abgeordneten überwachen und sich bemühen, das Volk seine wahren Freunde kennen zu lehren. Der freie Staatsbürger erscheint täglich in einem starken halben Bogen, Sonntags nur in einem Viertelsbogen, und seine Verbindungen setzen ihn in Stand, alle Nachrichten ebenso schnell zu liefern, als irgend eine der Nürnberger Zeitungen, während sein Preis der billigste ist; jährlich 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Um diesen Preis wird das Blatt im ganzen Umfang des Königreichs Bayern durch die Postämter geliefert und wir bemerken ausdrucklich, daß die Post vom 1. Januar 1849 an jederzeit vierteljährige Abonnements annimmt. Der freie Staatsbürger, als das vielgelesene Organ einer in stetem Wachsthum begriffenen Partei eignet sich besonders auch zu Inseraten, und wird die zweispaltige Petitzeile zu 4 1/2 kr. berechnet. Abonnenten haben für die Hälfte des Abonnementpreises Inserate frei. Wir bitten die Bestellungen rechtzeitig bei dem nächstgelegenen Postamte zu machen, damit sämmtliche bestellte Exemplare vollständig geliefert werden können. Nürnberg im Dezember 1848.

Die Expedition des freien Staatsbürgers.

Ansichten und Aussichten für Deutschlands politische Entwicklung.

Vierter Artikel.

Oesterreich und Preußen.

(Schluß.) Die neuesten Ereignisse haben in dieser Beziehung keine Aenderung zu Stande gebracht. Wir wissen, wie Oesterreichs Regierung seit dem Beginn der deutschen Bewegung derselben feindselig gesinnt war, und nur aus Furcht vor der offentlichen Meinung mit seinen particularistischen Tendenzen nicht offen hervortrat, daß es aber seit dem Sturze Wiens mit so ungeheurer Entschiedenheit sich darüber ausgesprochen, daß Niemand darüber in Zweifel sein kann. Was Preußen anbetrifft, so hat die Regierung dieses Staates es Oesterreich nur nachgemacht; die Reaction, die daselbst eingetreten, war nicht blos gegen die Demokratie gerichtet, sondern auch gegen das Deutschthum. Denn der König bewies sich gegen die Beschlüsse des Parlaments in Frankfurt, so erbärmlich dieselben auch waren, doch ebenso feindselig, wie der Kaiser von Oesterreich.

Nach neuesten Nachrichten hätte man dem König von Preußen wiederholt die deutsche Kaiserkrone angetragen, er soll aber darauf nicht eingegangen sein, indem er Garantien verlangt habe, die man ihm aber nicht habe geben konnen. Diese Notiz stimmt ganz mit der bisherigen Haltung des Berliner Cabinets gegenüber der deutschen Frage überein. Ihm ist der preußische Gesammtstaat lieber, als ein großes Deutschland Denn das letztere müßte man erst erkampfen, wenigstens vertheidigen gegen verschiedene Angriffe, während der Besitz des erstern nicht in Frage gestellt scheint.

Was geht nun daraus hervor? Daß das Geschick Deutschlands in keine guten Hände gelegt ist, wenn man es der einen oder der andern Dynastie, den Habsburgern oder Hohenzollern überläßt. Die Habsburger haben es schon in den fünf Jahrhunderten, seitdem sie die deutsche Kaiserkrone auf dem Haupte gehabt, bewiesen, wie sie für Deutschland zu sorgen gemeint sind. Sie haben das Kaiserthum und das deutsche Reich nur zur Vergrößerung ihrer Hausmacht benutzt, und selbst, wenn sie jetzt an die Spitze der deutschen Angelegenheiten gestellt würden, so wäre ihre Politik keine andere, wie denn der Reichsverweser davon ein schlagendes Beispiel ist. Die Politik der Centralgewalt — daran zweifelt jetzt Niemand mehr — war lediglich Schuld an dem Verluste Oesterreichs — und an der Spitze der Centralgewalt steht ein österreichischer Prinz, und die Seele des Reichsministeriums ist ein österreichischer Staatsmann. Preußen aber ist eigentlich nur durch die Opposition gegen Deutschland groß geworden; es ist nicht gewillt, den Schein einer europäischen Großmacht aufzugeben, und so lange es dieses nicht thut, kann sie nur feindselig der deutschen Einheit entgegenstehen. Selbst, wenn man dem Könige von Preußen die Kaiserkrone, wie man gethan, auf dem Präsentirteller entgegentrüge, so würde noch sehr die Frage sein, ob der König, falls er sie annähme, sie nicht ebenso, wie die Habsburger, zur Vergrößerung seiner Hausmacht benutzen würde, d. h. daß Deutschland in Preußen aufzugehen habe.

Unter solchen Umständen wird man für Deutschland nur in der Auflösung der großen deutschen Staaten das Heil er-

blicken können. In der That soll man auch dem König von Preußen unter der Bedingung die Kaiserkrone angetragen haben, daß er den preußischen Staat in seine verschiedenen Provinzen auflöse, die dann reichsunmittelbar werden sollten. Ein solcher Vorschlag wäre ein Vorschlag zur Güte, und nur unter einer solchen Bedingung könnte man sich mit dem Gedanken vertraut machen, daß ein Fürst, der so furchtbar gegen die neuen Ideen gefrevelt, an die Spitze Deutschlands treten sollte. Ein solcher Vorschlag wäre ein guter Anfang, um Deutschland aus seiner bisherigen Musterkarte in eine wahre Einheit umzuwandeln. Denn man mag die Sache ansehen wie man will, es ist einmal nicht möglich eine wahre Einheit zu erzielen, wenn man die verschiedenen deutschen Staaten in ihrer bisherigen Gestalt fortbestehen läßt. Doch darüber in einem folgenden Artikel.

Wahlen zum bayrischen Landtag.

Amberg: Abgeordnete: Magistratsfunktionär Dirrigl; Dekan Rast; Stadtschreiber Hermann; Ersatzmänner: Lehner; Seminardirektor Schmidt; Hauptmann Günther.

Aschaffenburg: Abgeordnete: Dr. Müller von Damm; Dr. v. Wächter von Aschaffenburg; Buchbinder und Wirth Domidion von Alzenau; Gemeindevorsteher Kunkel von Jakobsthal. Ersatzmänner: Dr. Truckenbrod; Dr. Röthig von Miltenberg; Lehrer Hetterich von Krombach; Vorsteher Holzapfel von Stockstadt.

Bayreuth: Abgeordnete: Magistrathsrath Wagner; Oekonom Hofmann; Deinhardt aus Neuhaus; Minister Lerchenfeld. Ersatzmänner: Bezold v. Gößweinstein; Schlenk von Berneck; Rehm v. Neustadt a. B.; Lehrer Deuringer von Burggrub.

Erding: Abgeordnete: Minister Graf v. Bray; Graf Larosée; der ehemalige Bundestagsgesandte v. Oberkamp; geistlicher Rath Freudensprung in Freysing. Ersatzmänner: Forstrath Waldmann von München; Bauer Mayer zu Weiding; Pfarrer Weldner zu Eiselfing; Hofrath v. Link in Guttenburg.

Germersheim: Abgeordnete: Kolb, Schüler, Hepp. Ersatzmänner: Dr. Greiner v. München; Dr. Umbscheiden, Kohlhepp.

Memmingen: Abgeordnete: Wirth Batzer v. Obergünzburg; Kunstmühlebesitzer Röck v. Memmingen; Gutsbesitzer Wolf von Pfaffenhoffen. Ersatzmänner: Handelsmann Natterer von Ottobeuren; Dr. Jochner von Neuulm; Gutsbesitzer Diepolder zu Reicholdsried.

Neustadt a./d. Aisch: Abgeordnete: Magistratsrath Beer von Neustadt a. d. A. und Posthalter Stocker von Langenfeld. Ersatzmänner: Bürgermeister Stöhr von Iphofen und Dr. Windsheimer von Markt-Einersheim.

Passau: Abgeordnete: Handelsmann und Oekonom J. Pröll von Freyung; Gastwirth Föckerer von Vilshofen; Domherr Schmid in Passau; Kaufmann Anton Pummerer in Passau. Ersatzmänner: Landrichter Fink in Passau; Oekonom Resch in Engertsham; Dekan Rechenmacher in Wegscheid; Wirth Haida in Wegscheid.

Speyer: Abgeordnete: Richter Boyé; Anwalt Stockinger; Anwalt Heinz. Ersatzmänner: Reichard, Spatz, Tafel.

Vereinigte Staaten von Deutschland.

K. Nürnberg, 11. Dez. Wißt Ihr Buchhändler Deutschland's, wie die Buchhändler Wien's den am 9. Novbr. erfolgten Tod ihres Kollegen Robert Blum ehren? — Sie verfassen eine demüthige Dank- u. Ergebenheits-Adresse an den Fürsten Windisch-Grätz und bitten ferner um seine hohe Gnade und Huld. So ist es geschehen in Wien am 26. Nov. auf Veranstaltung der Herrn Beck, Dirnböck und Klang. Siehe das Börsenblatt für den deutschen Buchhandel vom 5. Dez. 1848.

Würzburg. * Auch in Würzburg scheint der demokratische Geist, der bisher dort in einen sehr engen Kreis gebannt zu seyn schien, um sich zu greifen, und der dortige Volksverein hat ein Manifest erlassen, welches von den demokratischen Vereinen Ober- und Mittelfrankens mit Jubel begrüßt zu werden verdient. Wir wollen die Hauptstellen daraus mittheilen; „Der Volksverein, der sich zur Wahrung und Durchführung des demokratischen Prinzips gebildet hat, kämpft mit den Waffen des Geistes der neuen Zeit, des Geistes der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit gegen d[ie] Knechtschaft und den Egoismus. Einigkeit und Freiheit des deu[t]schen Vaterlandes, gestützt auf die Grundsäulen der Humanität i[st] unser Ziel. Wir wollen die Freiheit der Nationen, begründet durch die Freiheit des Einzelnen. Die Freiheit des Einzelnen, als die jedem Menschen zukommende Macht der willkürlichen Selbstbestimmung, soll in der Gesellschaft, soll im Staate nicht beeinträchtigt, sondern blos in so weit begrenzt seyn, als es die Freiheit der Mitmenschen erfordert. — Gleichheit der Rechte Aller ist der Maßstab für die Beschränkung der Rechte des Einzelnen; Gleichheit Aller unter dem Gesetze ist die Grundlage des vernünftigen Staates, dessen einziger Zweck das Wohl der Gesammtheit seyn muß. Daraus folgt von selbst die Nothwendigkeit der Souveränetät des Volkes. Soll der Einzelne frei seyn, so muß vorerst die Gesammtheit frei seyn, es muß im Staate der Grundsatz der Volksregierung herrschen, nach welchem das ganze Volk über seine Angelegenheiten zu bestimmen hat und die Beschlüsse der Majorität als Gesetze gelten. Die Gesetze sind der Ausfluß des Volkswillens; der Volkswillen äußert sich in seinen Vertretern, die, wenn sie der reine Ausdruck der Gesammtheit seyn sollen, aus einer Wahl hervorgehen müssen, an der jeder Staatsbürger direkten Antheil hat. Wir wollen den Staat auf vernünftigen Prinzipien aufgebaut wissen, wir wollen den Grundgedanken der Freiheit durch Geistesbildung und Bürgertugend im Volke reif zu machen suchen für die That. Wir glauben an eine Zukunft, wo das freie Menschenthum seine Auferstehung feiern wird, wo die freien Völker sich selbst regieren werden, wo die Religion der Humanität den freien Bürger zur Achtung seines Nächsten, die freien Nationen zur allgemeinen Verbrüderung führen wird. Wir wollen Bildung für Alle. — Das Zeitalter der Autorität ist vorüber, die Selbständigkeit und Mündigkeit des Volkes muß durch Bildung unterstützt werden. Der Unterricht werde auf öffentliche Kosten ertheilt; es fehle Keinem die Möglichkeit, seine Fähigkeiten auszubilden! — Unbedingte Preßfreiheit, als das unveräußerliche Recht, die Gedanken unverstümmelt mitzutheilen; Lehr- und Lernfreiheit; Verbesserung des Schulwesens, damit die Erziehung und Bildung des Staatsbürgers eine zeitgemäße werde; Gewissens- und Religionsfreiheit, damit die Heuchelei in ihrem Keime erstickt werde, — das sind die mächtigsten Hebel der Volksbildung. Wir wollen aber auch Verbesserung der socialen Verhältnisse, Aufhebung der Vorrechte jeglicher Aristokratie; Ausgleichung des Mißverhältnisses zwischen Arbeit und Kapital durch Schutz der Gewerbe gegen die Fabrikindustrie der allmächtigen Kapitalisten, durch Einführung einer für alle Erwerbsthätigkeiten geltenden Innungsverfassung, auf Grundlage der Gleichberechtigung aller Produzenten; Förderung der Arbeit durch die Kraft der Association. Damit der Staat in seinen Ausgaben erleichtert werde, ist eine Verminderung der stehenden Heere, sowie eine volksthümliche Staatsverwaltung überaus nothwendig. Wir wollen eine volksthümliche Wehrverfassung, der freie Bürger wird das Vaterland am besten schützen. Wir wollen Verminderung der Beamtenzahl, die Gerechtigkeitspflege sei Sache des Volkes! An die Stelle der Schreibstubenjustiz trete ein öffentliches Geschwornengericht! Diese unsere gerechten Volkswünsche fordern dringend ihre Verwirklichung. In der gewissenhaften Befriedigung der Zeitbedürfnisse allein ist uns eine Bürgschaft gegeben für die freie Entwicklung, für die Größe und Macht des deutschen Volkes. Nur die Freiheit bringt uns den Frieden, die Despotie aber ist die Mutter der Revolution!“ Wir wollen von Herzen wünschen, daß von diesem Würzburger Volksverein politische Regsamkeit und demokratische Propaganda über ganz Unterfranken sich verbreite, und daß sich die demokratischen Vereine daselbst mit den zahlreichen demokratischen Vereinen Ober- und Mittelfrankens recht bald zu einem Ganzen zusammenschließen. Anknüpfungspunkte gibt es in Unterfranken genug. In Kitzingen z. B. bestehen zwei freisinnige Zeitungen: die fränkische Zeitung und der fränkische Omnibus, und zeugen von einem regeren politischen Leben, das in jener Gegend vorhanden seyn muß. Wir erwarten, daß der demnächst zusammentretende bayrische Landtag, wenn auch die entschiedene demokratische Partei darin sehr in der Minderheit seyn wird, doch zur Hebung des politischen Lebens und zur Verbreitung politischer Bildung in Bayern mäch-

tig beitragen werde; seine Wirksamkeit wird aber wesentlich dadurch bedingt seyn, daß die demokratischen Mitglieder desselben in der Bevölkerung, und nicht bloß in der überrheinischen, eine feste Stütze finden. Anlaß genug für die freisinnigen Elemente, namentlich in Franken, sich zu einer compacten Schaar zu verbinden, um die öffentliche Meinung immer entschiedener für die Sache der Demokratie zu gewinnen.

München, 10. Dec. Die Erzherzogin Sophie, Mutter des jetzigen Kaisers von Oesterreich, mit ihren Kindern, ist hier eingetroffen, ihr Gemahl wird erwartet. Gestern Abend traf man wieder großartige Vorbereitungen gegen eine für Schlossermeister Wiedermann befürchtete Katzenmusik, von welcher aber sich kein Symptom zeigte. Der Abgeordnete hatte seine Fenster mit Holz und Eisen von Innen sorgfältig vermachen lassen; der Katzenmusik-Verein scheint jedoch diesem Manne keineswegs eine Bedeutung beizulegen, um eine Demonstration gegen ihn kund zu geben.

(A. Abdz.)

Aus der Pfalz. (Der bayrische Landtag.) Unter dem Vorsitze des Reichstagsabgeordneten Reichard von Speyer wurde in einer Versammlung von Urwählern zu Kaiserslautern folgendes Programm einstimmig zum Beschluß erhoben, welches jedem Pfälzer Abgeordneten die Grundlage seiner Wirksamkeit bezeichnet: 1) Der zusammentretende Landtag hat nach Erledigung der allerdringendsten und unaufschiebbaren Arbeiten ein neues Wahlgesetz, gebaut auf direkte Wahlen und mit Beseitigung eines jeden Census, — sodann seine Auflösung und die sofortige Wahl und Zusammenberufung einer konstituirenden Versammlung zu erwirken, welche dem Prinzip der Volkssouveränetät gemäß, einzig und allein dazu befähigt ist, die Verfassung zu berathen und festzustellen. 2) In dem Falle der Bewilligung dieser Forderung sollen, zur Sicherung der Ausführung desselben, die Steuern und das — erst am Schluß des Landtages — zu berathende Budget diesmal nur für ein Jahr votirt werden. 3) Der neue Landtag verpflichtet sich, diesen Zweck durch alle ihm zu Gebote stehenden Mittel, insbesondere Budgetverweigerung und Austritt aus dem Landtag, falls die Mehrheit der Urwähler der Pfalz die „Abberufung ihrer sämmtlichen Abgeordneten“ beschließen sollte, zu erstreben; 4) daß er dahin wirken wolle, daß die Kammer der Reichsräthe beseitigt werde; 5) daß er dahin wirken wolle, daß ein neues Gemeinde- und Landrathgesetz, gebaut auf das oben bezeichnete Wahlsystem, mit Ausdehnung der Attributionen der Gemeinde- und Landräthe und folgerechter Verminderung des Beamtenpersonales gegeben werde; 6) daß der neue Landtag schließlich dahin wirke, daß die Civilliste und Apanagen bedeutend herabgesetzt werden und ebenso auch Verminderung der hohen Staatsgehalte eintrete und ein Maximum der Pensionen festgesetzt werde. (Don. Z.)

Frankfurt, 6. Dez. Eisenmann sagt in seinem Volksblatte über den österreichischen Regierungswechsel: Man würde sich sehr täuschen, wenn man in diesem Regierungswechsel das Verzeichen eines aufrichtigen konstitutionellen Haushalts in Oesterreich erblicken wollte, dieser Wechsel ist im Gegentheil ein Sieg der Camarilla über das konstitutionelle System. Der Kaiser Ferdinand war zwar so ziemlich in den Händen der Camarilla, aber unbedingt konnte man sich desselben doch nicht versichern, er gab oft auch seinen verantwortlichen Rathgebern Gehör, und das Auftreten des Ministerpräsidenten Fürsten Schwarzenberg, welcher keinen ungesetzlichen Einfluß dulden zu wollen erklärte, gab der Camarilla das Signal, daß es jetzt gelte, Alles aufzubieten, um ein System im Keime zu ersticken, welches später nicht mehr so leicht zu beherrschen seyn dürfte. Die Camarilla hat gesiegt, denn jetzt ruht die Regierung thatsächlich in den Händen der Erzherzogin Sophie (Mutter des jungen Kaisers), jener bayerischen Prinzessin, die schon als Kind durch ihren unbändigen Sinn ihrer Hofmeisterin viele schlimme Stunden bereitet hat und welche jetzt als die Seele aller gegen Ungarn eingeleiteten Intriken und Gewaltstreiche, und aller der daraus hervorgehenden Calamitäten bezeichnet wird. Diese Frau herrscht jetzt durch ihren Sohn über Oesterreich, und wir können im Voraus wissen, wie sie herrschen wird. Bei diesem Siege der Camarilla hat man aber zwei Dinge nicht mit in Rechnung gebracht, nämlich: 1) daß die Anhänglichkeit, welche so viele Menschen in den österreichischen Landen an den gutmüthigen Ferdinand hatten, auf den neuen Kaiser und dessen nichts weniger als beliebte Mutter sich um so weniger vererben wird, als schon die Umstände, unter welchen der neue Kaiser zur Regierung kam, einer solchen Vererbung der Popularität im Wege stehen. 2) Daß durch diesen Regierungswechsel und durch seine Motive der Riß zwischen Deutschland und Oesterreich vollendet ist und Oestreich die Folgen seiner Isolirung bald empfinden wird. Sollte aber das gar nicht unwahrscheinliche Gerücht, daß die östreichische Regierung sich mit Rußland alliirt habe, thatsächliche Bestätigung finden, dann steht die österreichische Regierung zwar nicht isolirt, aber sie hat einen Bundesgenossen, der ihr mehr schaden wird als die heftigsten Demokraten. War die Aussicht auf eine friedliche Gestaltung der Dinge in Oestreich und Deutschland schon sehr zweifelhaft geworden, so ist sie durch diesen unheilvollen Regierungswechsel jetzt ganz vernichtet, und der gewiß bald erfolgende Rücktritt des Ministeriums Schwarzenberg wird den Optimisten auch den letzten Zweifel über die Hoffnungslosigkeit der österreichischen Zustände benehmen. Wir bedauern die österreichischen Staatsgläubiger.

* Frankfurt, 9. Dez. Endlich kam heute der Antrag Rühl's auf Parlamentsneuwahlen zur Verhandlung. Im Sinne dieses Antrages hat sich bekanntlich das ganze deutsche Volk fast einmüthig ausgesprochen. Die Nationalversammlung hatte für den Antragsteller nur ein höhnisches Gelächter. Rühl sagte unter Anderm: In der parlamentarischen Geschichte ist es unerhört, daß eine solche Anzahl von Mißtrauensadressen gegen einzelne Abgeordnete eingegangen sind, unerhört ist die Kraft, mit welcher diese Adressen verdaut werden. Sehr richtig bemerkte Edel, durch Annahme eines solchen Antrages würde die Versammlung ihr Todesurtheil aussprechen. Ob sie es aber durch Verwerfung desselben nicht noch mehr aussprach? Es wird mit 311 gegen 105 Stimmen über den Rühl'schen Antrag zur Tagesordnung geschritten.

* Wien, 8. Dez. (Windischgrätz fährt fort zu morden.) Man weiß, daß er kürzlich bekannt machte, das standrechtliche Verfahren habe aufgehört, und dem ordentlichen kriegsrechtlichen Verfahren Platz gemacht. Nichtsdestoweniger bringt die heutige Wiener Zeitung den Vollzug eines neuen standrechtlichen Urtheils*). Johann Horvath, ein Ungar, „ausgedienter Kapitulant“ eines Infanterieregiments (also nicht mehr Militär!), ein Schmiedegesell, der sich am 6. Okt. im Zeughaus einen Karabiner „entwendet“ und damit „hoher Wahrscheinlichkeit zufolge“ an den Oktoberereignissen sich betheiligt, besagten Karabiner aber, statt ihn abzuliefern, verborgen, wurde wegen „vorsätzlicher Verhehlung abzuliefernder Waffen und Munition“ durch standrechtliches Urtheil vom 7. zum Strang kondemnirt, und dieses Urtheil „mit Pulver und Blei“ vollzogen. Jene Verordnung, durch welche das standrechtliche in das kriegsrechtliche Verfahren verwandelt wurde, findet also wohl auf Ungarn keine Anwendung und Windischgrätz hat damit wohl symbolisch aussprechen wollen, daß den Magyaren gegenüber kein Gesetz und kein Wort gelte, daß gegen sie im Ganzen wie im Einzelnen ein systematischer Vernichtungskrieg geführt werden soll. Mit der Vollziehung von Bluturtheilen also wird das neue Kaiserthum eingeweiht! von Bluturtheilen, denen selbst der Schatten eines gesetzlichen Scheins mangelt! Auf daß Jedermann sehe, daß die Monarchie Blut trinken muß, um ihr Leben zu fristen!

* Wien, 8. Dez. Der General Frank hält es schon wieder für nöthig unter Hinweisung auf standrechtliche Behandlung, vor aufreizenden Reden zu warnen, „da man neuerdings wahrgenommen hat, daß an öffentlichen Orten, besonders in Wirths- und Kaffeehäusern von Fremden und Einheimischen Reden geführt werden, welche zum Aufstand und zum Aufruhr aufzureizen geeignet sind.“

Kremsier, 7. Dez. Die Antworten auf die Interpellationen Schuselkas sind sehr — deutlich. Welch' ein Hohn gegen Deutschland! Sie lauten im wesentlichen folgendermaßen: Zu 1. Oesterreich steht unter keiner militärischen Diktatur. Die vollziehende Gewalt in allen ihren Beziehungen wird vom Monarchen unter Verantwortlichkeit seiner Räthe geübt. Alle Organe derselben wirken im Einklange mit dem Ministerium, und es ist keinerlei verfassungswidriger Einfluß außer ihm für seine Handlungen maßgebend. Außerordentliche Verhältnisse haben die Ausnahmszustände in der Residenz und in Lemberg herbeigeführt. Die Sorge für die Aufrechthaltung der gesetzlichen Ordnung, der Grundbedingung unserer konstitutionellen Entwicklung, hat sie geboten. Das Interesse nicht blos Oesterreichs, jenes der staatlichen Ordnung und Gesittung (!) von ganz Europa war dabei in Frage. Nur auf dem

*) Die allg. augsb. Ztg. sagt: es habe „wieder einmal“ eine Hinrichtung Statt gefunden. Wie viele Executionen verlangt denn die allg. Ztg. per Tag? Anm. d. Red.

Boden der Gesetzlichkeit kann die Freiheit gedeihen. Die Regierung Sr. Majestät, fest entschlossen den äußern wie den innern Feinden eines großen einigen konstitutionellen Oesterreichs mit aller Kraft und Entschiedenheit entgegenzutreten, kennt den Umfang ihrer Rechte sowie ihrer Pflichten, und wird, im Geiste derselben handelnd, niemals Anstand nehmen, die volle Verantwortlichkeit für alle von ihr und ihren Organen ausgehende Handlungen anzuerkennen. Was den Ausnahmezustand von Wien anlangt, so hat das Ministerium Sorge getragen, daß derselbe auf das durch das Gebot der Nothwendigkeit abgedrungene Maß beschränkt werde. Gegen das im Aufruhr begriffene Nachbarland muß die Gewalt der Waffen angewendet und dem dort mit offenem Hohn niedergetretenen Gesetze wieder die gebührende Achtung verschafft werden. Zu 2. Das Kriegsgericht zur Untersuchung und Aburtelung der bei dem Oktoberaufruhr in Wien betheiligten Individuen ist eine Folge des Belagerungszustandes. Bereits ist das Standrecht für diese Fälle außer Wirksamkeit getreten (?!) Zu 3. Die Hinrichtung des Mitgliedes der deutschen Nationalversammlung, Robert Blum, erfolgte in Gemäßheit des von dem Kriegsrechte gefällten Urtelsspruch. Die provisorische Centralgewalt der deutschen Bundesstaaten hat aus diesem Anlasse zwei Abgeordnete als Commissare hierher gesandt. Diese Commissare haben nach ihrer Ankunft das Ersuchen um die Einsicht in die Untersuchungsakten gestellt, welche ihnen ohne Anstand gewährt wurde. Die in Folge dessen von denselben an das Ministerium gelangte Eröffnung läßt voraussetzen, daß sie durch Einsicht der Untersuchungsakten die Ueberzeugung gewonnen haben, es sey bei der Aburtheilung der Abg. Blum und Fröbel das zur Anwendung gekommene österreichische Kriegsgesetz weder in formeller noch in materieller Rücksicht verletzt worden, sondern in beiden Beziehungen von dem Militärgerichte seiner Pflicht getreu und dem Gesetze gemäß geurtheilt und gehandelt worden. Dieselben haben, ohne diese Thatsache in Abrede zu stellen, gegen den diesfälligen Vorgang aus dem Grunde Verwahrung einzulegen befunden, weil dabei das deutsche Reichsgesetz vom 29—30. Sept. nicht beachtet worden. Zugleich fordern die Herrn Commissare, daß dem fraglichen Gesetze sofort in Oesterreich volle Wirksamkeit eingeräumt werden soll. Die thatsächliche Mißachtung jenes deutschen Reichsgesetzes aber findet schon in dem Umstande genügende Begründung (Hört!), daß zur Zeit, als die Verhaftung und Verurtheilung der genannten Individuen erfolgte, dasselbe noch nicht einmal offiziell dem österreichischen Ministerium bekannt, also noch weniger in gesetzlichem Wege den österreichischen Gerichten maßgebend war (!) und dieses auch insofern nicht werden kann (Hört, hört!), bis nicht überhaupt das neuzugestaltende staatliche Verhältniß zwischen Oesterreich und Deutschland im beiderseitigen Einverständnisse bleibend geordnet ist. In diesem Sinne sind die entsprechenden Weisungen dem österreichischen Bevollmächtigten bei der provisorischen Centralgewalt zur weitern Mittheilung an dieselbe zugegangen. Schuselka stellte den Antrag, daß die Antworten des Ministeriums in Druck gelegt werden, um der gehörigen Prüfung des Reichstags unterzogen werden zu können. Dieser Antrag bleibt in der Minderheit.

DC Berlin, 9. Dez. Gestern wurde dem hiesigen Buchhändler Schneider, bei dem vor einigen Tagen 26 Exemplare unseres bekannten Witzblattes „Kladderadatsch“ militärisch weggenommen worden waren, von Wrangel mit Schließung seines Geschäfts bedroht. Als er sich, erschreckt über diesen vernichtenden Schlag, zum Polizeipräsidenten und dann mit diesem zu Wrangel begab, erklärte ihm Letzterer, er könne ihm die Fortführung seines Geschäfts nur unter der Bedingung gestatten, daß er sich verpflichte, Kladderadatsch nicht mehr zu debitiren. Da Schneider gegen die Ausschließung eines der gewinnbringendsten Artikel sich energisch wehrte, so sagte ihm Wrangel: „Verscherzen Sie nicht um einer Kleinigkeit willen einen größern Gewinn. Wird Ihr Geschäft jetzt geschlossen, so bleibt es so bis zur Aufhebung des Belagerungszustandes, und da dieser bis gegen Ende Januars fortbestehen wird, so bringen Sie sich durch Schließung Ihres Geschäfts um die ganze einträgliche Weihnachtszeit.“ Was die Regierung mit der Aufrechthaltung des Belagerungszustandes in dem ruhigen Berlin bis Ende Januar bezweckt, ist klar. Man will alle Klubs, alle vorbereitenden Wahlversammlungen der demokratischen Partei unmöglich machen, indem man Berlin bis zum 20. oder 21. Januar unter Wrangel's eiserner Zuchtruthe läßt, welche auch Plakate und andere Mittel auf das Volk zu wirken, unmöglich macht. Die Preußen- und Patrioten-Vereine werden natürlich um so freiern Spielraum haben. Die Regierung gibt somit einen abermaligen Beweis ihrer brutalen Feigheit und des ihr innewohnenden Bewußtseyns ihrer politischen Schwäche. Hatten wir nun Recht, wenn wir letzthin die Versprechungen der Verfassung papierne Lügen nannten? —

Dresden, 6. Dez. [Das Preßgesetz.] Die wesentlichen Bestimmungen des so eben veröffentlichten neuen sächsischen Preßgesetzes vom 18. Nov. sind folgende: „Die Censur ist für immer aufgehoben und es besteht völlige Freiheit der Presse ohne irgend eine Beschränkung durch Konzessionen, Kautionen, Stempelauflagen oder Postverbote. Als ein Erzeugniß der Presse wird jede Vervielfältigung auf mechanischem Wege von Schriften, bildlichen Darstellungen mit oder ohne Schrift und von Musikalien mit Text betrachtet. Die Verantwortlichkeit für ein strafbares Preßerzeugniß kann entweder den Verfasser, den Herausgeber, den Verleger, den Drucker oder den Verbreiter treffen. Sie trifft zuerst den Verfasser, insofern Druck und Herausgabe mit seinem Willen erfolgte, dann den Herausgeber, wenn der Verfasser und Urheber von ihm nicht genannt wird oder der von ihm Genannte nicht vor ein deutsches Gericht gestellt werden kann, ingleichen dann, wenn der Druck der sträflichen Schrift wider Willen des Verfassers erfolgte. Hiernächst und unter gleichen Voraussetzungen trifft die Verantwortlichkeit den Verleger oder den Kommissionär, wenn aber weder dieser noch der Verleger, noch der Herausgeber und Verfasser bekannt sind, den Drucker und Verbreiter. — Was Zeitschriften betrifft, so ist der Redakteur für deren gesammten Inhalt verantwortlich und zwar allein, so lange der Verfasser oder Einsender eines strafbaren Artikels nicht genannt wird oder vor ein deutsches Gericht nicht gestellt werden kann, er ist als Theilnehmer verantwortlich, wenn das Verbrecherische des Artikels von ihm nicht verkannt werden konnte, oder ihm sonst eine Schuld zur Last fällt. Das Gesetz bestimmt weiter, daß alle Preßvergehen nach dem Kriminalgesetzbuch bestraft werden sollen. Die zuständigen Untersuchungsgerichte können solche Preßerzeugnisse, deren Inhalt sie verbrecherisch finden, vorläufig mit Beschlag belegen, doch muß wegen Konfiskation und theilweiser oder völliger Vernichtung, jedesmal in einem öffentlich bekannt zu machenden Haupterkenntnisse entschieden werden. Auf Exemplare, die bereits in Privathänden sind, erstrecken diese Maßregeln sich nicht. Ueberschreitungen von polizeilichen oder andern Verwaltungsmaßregeln durch die Presse werden von den Verwaltungsbehörden geahndet.“

* Leipzig, 9. Dez. Die vor einigen Tagen in unserm Blatte mitgetheilten letzten Briefe Blum's an seine Frau und Freunde kommen erst jetzt, nachdem sie in Prager Blättern längst gedruckt sind, in die Hände der Adressaten. Der Fürst Windischgrätz scheint dieselben als öffentliche Aktenstücke betrachtet zu haben, während dagegen Blum's Protest gegen das ganze Windischgrätz'sche Verfahren bis jetzt nur aus den Andeutungen Fröbel's bekannt ist.

Aus Karlsruhe, 5. Dez. schreibt die regierungsfreundliche Neue Freib. Ztg.: „Veranlaßt durch eine Mittheilung des Finanz-Ministeriums, wodurch sich ein sehr bedeutendes Deficit (nach neuesten Berichten 5,900,000 fl.) im diesjährigen Etat ergibt, hat, wie man vernimmt, die Budget-Kommission der 2. Kammer beschlossen, den Antrag auf ein Zwangsanlehen in der Kammer zu stellen. Dieses Anlehen soll mit verzinslichen Scheinen, ohne jedoch einen Kurs unterworfen zu sein, ausgeführt werden. Hiemit wäre denn die beabsichtigte Vermögenssteuer und ebenso das Ausgeben von Papiergeld vorläufig wieder aufgegeben; auch zur Einkommensteuer will man bei dermaligen Zeitverhältnissen nicht greifen.

Italien.

Der Papst, der sich fortwährend in Gesellschaft der neapolitanischen Königsfamilie in Gaeta befand, hat von dort eine Protestation gegen alles seit dem 16. Nov. in Rom Geschehene erlassen, und alle von ihm gemachten Zugeständnisse als abgedrungen erklärt. Zugleich hat er das ganze diplomatische Corps nach Gaeta berufen, und ein neues Ministerium für die Zeit seiner Abwesenheit ernannt. Auf diese Kunde hin soll — der Alba zufolge — das römische Volk sich erhoben und den Papst von seiner weltlichen Macht abgesetzt haben. Weitere Details fehlen.

Gedruckt — unter Verantwortlichkeit der Verleger — bei J. L. Stich.
Expedition S. 39 im Gasthof zum König Otto II. Etage.

Der freie Staatsbürger.

Erscheint täglich. Preis in ganz Bayern vierteljährlich 1 Fl. 30 Kr. halbjährlich 3 Fl., jährlich 6 Fl.

Organ der Demokratie.

Inserate werden die dreifaltige Petitzeile zu 3 Kr. berechnet. Die Abonnenten haben für die Hälfte des Abonnementpreises Inserate frei.

Nr. 72. Nürnberg, Donnerstag, den 14. Dezember **1848.**

Die bayerischen Wahlen.

M Die Wahlen in den bayerischen Landtag sind in ihrer großen Mehrheit gerade so ausgefallen, wie sie unter den vorliegenden Umständen ausfallen mußten, d. h. erbärmlich. Die zwei Staatsmänner, welche in den letzten 16 Jahren die Geschicke Bayerns geleitet, und die jetzt, der eine als charakterloser, mit den demokratischen Ideen kokettirender Komödiant, der andere als Vorkämpfer der ultramontanen Politik in die Kammern eintreten werden, haben der neuen Zeit als Erbtheil ein durch Pfaffentrug und Polizeidruck systematisch verdummtes Volk hinterlassen. Die durch Pfaffen und Bier beständig gefütterte thierische Dummheit des Volkes war bis zum Merz 1848 die Stütze der bayrischen Regierung gewesen. Waren in Folge der Wahlen nach Ständen je einige oppositionslustige Capricitäten in die Kammer gekommen, so konnten die Minister sie getrost hudeln und maßregeln, weil sie wußten, daß dieselben dem geistigen Bedürfniß der großen Masse des bayerischen Volkes weit vorangeeilt waren. So wurde die bayerische Staatsmaschine absolutistisch fortgetrieben, und sie wäre es ohne Landtag nicht erbärmlicher geworden. Dieser war nur ein Hors d'oeuvre, eine kolossale Ueberflüssigkeit. Da kam die Merzluft und sie drang auch nach München, oder sie schien es wenigstens. Wie es möglich war, daß die Münchner Bürger, dieselben, welche jetzt den Schlossermeister Wiedermann als guten Katholiken in die Kammer wählten, und den Minister Lerchenfeld trotz seines Glaubensbekenntnisses als zu liberal durchfallen ließen, — daß dieselben Bürger den 4. Merz machten — wir wissen es nicht. Wahrscheinlich wissen sie es selbst nicht. Damals lag das revolutionäre Miasma in der Atmosphäre, das zeigt sich am allerdeutlichsten darin, daß selbst die Münchner Spieße wenigstens oberflächlich davon berührt wurden. Gott möge es der Revolution verzeihen, daß sie sich in so schlechte Gesellschaft begab!

Soviel aber ist gewiß — die durch die Merzereignisse ans Ruder gebrachten Minister mußten das verthierte Volk zu Menschen bilden, sie mußten in die dumpfe Atmosphäre frische Zugluft einlassen, in das stagnirende Wasser lebendige Quellen einleiten, sie mußten Bewegung hervorrufen, Bewegung um jeden Preis, wenn sie unter der „bayerischen Ehre" etwas anders verstanden, als den Ruhm, über ein denkunfähiges Volk von Sklaven zu herrschen. Dagegen haben diese Minister von den ersten Wochen an jede freie Bewegung, jeden Versuch, das Volk zu bilden und zur Theilnahme für politische Fragen anzuregen, wo immer sie hervortraten, mit einer wahren Wuth, mit Verhöhnung jedes Gesetzes, mit Verachtung alles Anstandes und aller gesetzlichen Formen verfolgen lassen und zu deren Unterdrückung dieselben Institute wieder herangezogen, durch welche sich das frühere Regiment bei allen Einsichtsvollen und Ehrlichen so tief verhaßt gemacht hatte, durch die Polizei und die Pfaffen. Diese blühten, in königlichen Proklamationen als die Stützen des Thrones verkündet, plötzlich wieder in der alten Glorie, und dieselbe Verdummung, auf welche das alte Regiment gebaut war, sollte auch den Grundpfeiler der Merzregierung bilden. Aber diese Regierung hatte denn doch auch wieder eine Verbindung mit den neuen Ideen, denen sie ihren Ursprung verdankte, eingehen müssen, und sie frevelte gegen sich selbst, indem sie die Elemente kräftigte, die durch die Märzereignisse gebrochen worden waren.

Dieß stellt sich jetzt deutlich heraus, und das Ergebniß der Wahlen in fast allen bayerischen Wahlorten kann für das Ministerium Lerchenfeld nur demüthigend seyn. Es wollte Constitutionelle und bekommt Ultramontane, es wollte, wenn es anders seine Erklärung und Programm ernstlich gemeint hat, Männer, welche im Geiste der neuen Zeit Staatsämter führen könnte, und es bekommt Polizeimänner aus der Abel'schen Schule. Während bei der Wahl nach Ständen wenigstens zuweilen noch befähigte, aufgeklärte und einsichtsvolle Männer in die Kammer kamen, gelang es nach dem neuen Wahlgesetz, und bei der Zusammenwerfung von Stadt und Land, den aller politischen Einsicht baaren Wählern vom Lande nicht selten, selbst die Wahl der noch etwas freisinnigen Männer zu hintertreiben, die von den Städtern vorgeschlagen waren; die in gänzlicher politischer Barbarei gelassenen Landleute hatten der neuen Zeit auch gar nichts entnommen, als das Bewußtseyn, daß auch sie jetzt etwas gelten und den Ehrgeiz, just einen von den Ihrigen in die Kammer zu bringen, ohne alle Untersuchung, ob derselbe nur im Stande sey, ihre Interessen zu vertreten, nur eben, weil er einer der Ihrigen und aus der oder jener Gegend war.

In der That, der Ausgang der Landtagswahlen hat die Ehre des „bayerischen Volksstammes" schwer kompromittirt, und die Hauptschuld trägt, nächst den vorhergegangenen Ministerien, das jetzige, welches jede freie Regung seit den Merztagen systematisch niederzuhalten suchte.

Nur in einzelnen Theilen Schwabens und in einem großen Theil Frankens (von der Rheinprovinz, welche durchaus gut wählt, sehe ich natürlich dabei ganz ab) haben die Wahlen theils ein gutes, theils wenigstens ein erträgliches Resultat geliefert. Das Verdienst dabei trägt einzig und allein das Vereinswesen. Selbst wenn in den Städten Bamberg und Nürnberg, wo demokratische Vereine den konstitutionellen mehr oder weniger schroff gegenüberstehen, die Constitutionellen gesiegt hätten (die Wahl Scheurl's in Nürnberg war im Grunde kein mit geistigen Waffen erkämpfter Sieg der Constitutionellen, sondern nur eine Ueberrumplung der noch politisch rohen Bauern der Landgerichte Schwabach, Pleinfeld und Altdorf, nur möglich, weil eben jene Bauern noch keinem Vereine angehören, und also keinen Begriff vom Wesen politischer Parteien hatten) also selbst wenn die Constitutionellen hier gesiegt hätten, wäre in Folge des Kampfes der Meinungen, bei welchem die Constitutionellen, um sich Boden im Volke zu erhalten, immer gezwungen sind, liberale Concessionen zu machen, das Ergebniß der Wahl nicht geradezu schlecht gewesen, wenigstens im Verhältniß zu den Wahlresultaten in Altbayern!

Aber gerade in Franken machte es sich recht fühlbar, daß das Vereinswesen über viele Gemeinden auf dem Lande sich noch nicht erstreckt, und es zeigten sich hier dieselben Erscheinungen, wie in Altbayern. Viele Wähler vom Lande hatten gar keine Ahnung davon, daß es sich hier um einen Kampf der Parteien handle und daß eine Partei geschlossen und einmüthig handeln müsse. Sie hatten keinen Begriff davon, daß die demokratische Partei, deren Sieg allein ihnen Abhilfe ihrer Beschwerde bringen kann von ihnen unterstützt werden muß, mit Aufgeben ihrer Lokalsympathien, sie wollten nicht einsehen, daß die demokratische Partei recht gerne bereit war, dem Lande Conzessionen zu machen, daß es aber unmöglich war, die Prätentionen jeder Gemeinde und jedes Städtchens zu befriedigen, und anstatt sich mit der demokratischen Partei zu vereinbaren, blieben sie mit einer Hartnäckigkeit und Verstocktheit, wie man sie wahrhaftig nur bei deutschen Bauern finden kann, bei ihren lokalen Vorschlagen, zersplitterten dadurch die

Stimmen und wurden gelegentlich von einigen konstitutionellen Füchsen geprellt, die unter der falschen Vorspiegelung, daß sie dagegen für ihre Lokalkandidaten stimmen wollten, die ländlichen Stimmen für ihre konstitutionellen Kandidaten eroberten und die Geprellten hintendrein auslachten.

In Summa: „Untröstlich ist's noch allerwärts," und auch bei uns in Franken sind erst Anfänge des Guten da. Die letzten Wahlen zum Landtag in ihrem theilweisen Erfolg und ihren theilweisem ungünstigeErgebniß für die demokratische Partei legen es derselben recht dringend a s Herz, daß sie rastlos bemüht seyn muß, sich immer weiter und namentlich auf dem Lande auszudehnen. Es hat sich durch diese Wahlen als dringend nothwendig herausgestellt, daß die Vereine auf jede Weise dahin wirken müssen, den Landleuten einen Begriff beizubringen von einer politischen Partei, einen Begriff davon, daß eine Partei, mag sie aus Landleuten oder Städtern bestehen, geschlossen dastehen und einmüthig handeln muß, wenn die einzelnen Mitglieder der Partei eine Frucht erndten wollen, daß überhaupt die besondern Interessen nur dadurch im Einzelnen Befriedigung finden können, daß sie sich mit einander zu einem großen Ganzen verbinden: weil nur auf diese Weise ein Sieg möglich ist, jeder Sieg im Ganzen aber auch den in diesem Ganzen vertretenen Einzelinteressen Befriedigung verschafft. Die Wahlmännerschaft in Bamberg hat sich ohne Frage bei dem letzten Wahlkampfe als die politisch reifste erwiesen. Die demokratische Partei handelte dort wenigstens so geschlossen, daß lauter Männer einer Partei aus der Urne hervorgingen. Lassen wir uns dieses Beispiel zur Lehre und zum Sporn dienen, und die Zeit bis zu einer neuen Wahl — vielleicht eine kurze Zeit — wohl benützen, damit die demokratische Partei in allen Wahlmännerschaften von Franken dann ebenso geschlossen dastehn, und ebenso einmüthig handeln möge.

Vereinigte Staaten von Deutschland.

GM Erlangen, 10. Dez. Die Pestbeule Frankens! So nennt Arnold Ruge, so betiteln einige Artikel des freien Staatsbürgers unsere servile Stadt; ich behaupte, bald wird sie die Pestbeule Deutschlands seyn. Unsere Bourgeoisie scheint gleichsam in jeder Blamage ein Behaglichkeitsgefühl zu finden, da sie keine Gelegenheit vorübergehen läßt, sich zu blamiren. Zum Beleg mag folgende Thatsache dienen, welche mir wörtlich von einem friedlichen Wanderer erzählt wurde. „Ein begeisterntes Gefühl durchzuckte mich, als ich mich der Musenstadt Frankens näherte, denn ich glaubte dort bei der ganzen Bevölkerung die höchste Stufe der Bildung zu finden, aber welche Täuschung! Kaum vor den Thoren angelangt, kamen mir einige Bürger mit den Worten entgegen: Wollen Sie Ihre Federn vom Hut thun oder wir lassen Sie arretiren! (Ich hatte nämlich auf meinem deutschen Hut einige rothe Federchen.) Ich dachte, das seien solche Polizeivertraute, wie ich sie vor einigen Jahren in Wien getroffen, welche sich vermuthlich im Merz hieher geflüchtet; ich gehorchte und zog in die Musenstadt ein. Dort fand ich das Alt-Lutheraner-Zopfthum, wie selbst in Hinterpommern und den uncultivirtesten Winkeln Deutschlands es nicht mehr zu finden." Und wer waren diese verkappten Polizeidiener? Waren es wirklich von Wien verjagte Polizeivertraute? Nein, es waren Constitutionelle auf breitester Basis; dieselben Constitutionellen auf breitester Basis, welche schon die Anfrage an das Präsidium eines Wohlthätigkeits- und geselligen Vergnügungsvereins stellten, ob ein Demokrat noch Mitglied der genannten Vereine seyn könne; dieselben Constitutionellen auf breitester Basis, welche Hrn. Dr. Bayer darüber interpellirten, daß er als Wahlmann auf der demokratischen Liste steht. Wer sich überhaupt noch in dem Wahn befindet, Constitutionelle hier zu finden, der hätte nur in den Wahltagen hieher kommen dürfen, um zu sehen, wie die Constitutionellen auf breitester Basis mit den berüchtigsten Reaktionären nach vorangegangenen Bücklingen Hand in Hand gingen, und er hätte finden können, daß außer einer Anzahl entschiedener Demokraten das ganze Nest nicht constitutionell, sondern ultrareaktionär ist!

T München, 9. Dez. Die Münchner Wahlen sind acht altbayerisch ausgefallen. Der am meisten Stimmen erhielt, ist kön. Ministerialrath. Der zweite, Schlossermeister Wiedermann, ist ein ächter Münchner Philister, der viel auf Bier, „geselgte" Würste und Pfaffen hält. Nach seiner Wahl nun sein „Glaubensbekenntniß" gefragt, antwortete er ganz entrüstet: „Das weiß doch Jeder, daß ich gut katholisch bin", und als man ihm bedeutete, man habe ihn ja um seine politische Ansicht gefragt, fuhr er begeistert fort: „Ich sterbe für die konstitutionelle Monarchie!" Geschmackssache! Der dritte endlich ist der kön. Oberst Kratzeisen, der im Geruche eines abgestandenen alten Liberalismus steht, gegenwärtig auch Kommandant der hiesigen Landwehr. Zum Danke dafür, daß die Regierung den Bürgern einen königlichen Offizier zum Kommandaten gibt, wählten sie ihn noch zum Abgeordneten! So etwas können nur die Münchner! Minister Lerchenfeld hat sich bei der hiesigen Wahl bös blamirt. Er agitirte für sich selbst, trat in Versammlungen und noch dazu mit einem sehr illiberalen Glaubensbekenntniß auf und nun wurde er zum — dritten Ersatzmann gewählt. Bei den Urwahlen selbst betheiligte sich kaum ein Dritttheil der Wahlberechtigten. Das Bier ist heuer gut und nicht zu theuer, die Würste und das Brod sind auch nicht zu klein — was kann der Münchner mehr verlangen? Drum wagt auch die hiesige Polizei mehr, als an andern Orten. Bereits wurden mehrere Nummern des „freien Wortes" und des „Gradaus", der beiden besten und entschiedensten Blätter hier, konfiszirt, ohne daß die Polizeidirektion in ihrer Verfügung die gesetzliche Angabe beigegeben hat, welcher § des Strafgesetzbuches in dem fraglichen Blatte verletzt worden sey. Ebenso ist der Druckereibesitzer Deschler, in dessen Offizin fast alle entschiedenen Produkte der hiesigen Presse gedruckt werden, in Untersuchung — weil er die bekannten kostbaren Abschiedsworte Hecker's in vielen tausend Exemplaren hat drucken und verbreiten lassen. — Seit Kurzem ist die hiesige entschiedene Presse um ein Blatt reicher geworden: „Es muß Tag werden", redigirt von einem Arbeiter Nißle, einem sehr tüchtigen Führer des hiesigen Arbeitervereines. Es ist hauptsächlich für die arbeitende Klasse geschrieben; der ersten Nummer nach wäre es sehr zu wünschen, daß es unter dieser viele Leser fände. Es ist meines Wissens das erste Arbeiter-Blatt in Bayern.

(F) München, 12. Dez. Gestern Nachts wieder ein kleiner Crawall. Die Ursache ist mir unbekannt, die Folgen waren einige Verwüstungen. Nämlich beim Schlaibinger prügelten sich Militär und Bürger. Alsbald kam die Patrouille, deren Führer in seinen Mienen die unzweideutigsten Spuren heftigen Grimmes trug. Barsch ergriff er einen nebenanstehenden Herrn und schleuderte ihn unter seine Soldaten, mit dem Auftrage, ihn zu arretiren. Dieser aber bemerkte ihm, daß er schon freiwillig mitgehe, was dem Offizier nicht wohl zu gefallen schien, denn er ließ ihn, der ganz ohne Scheu mitging, alsbald wieder frei. Auf der Hauptwache stellte dieser Herr den Offizier tüchtig zu Rede.

Nördlingen, 8. Dez. Die Augsb. Abendzeitung enthält unter diesem Datum folgende Erklärung: Bei den am 7. d. dahier stattgehabten Wahlen zum bayerischen Landtage kam durch den sehr tadelnswerthen Einfluß, den der k. Landrichter Hasy aus Monheim auf die Wahlmänner vom Lande ausübte, ferner durch die Bestrebungen der Ultramontanen und Bureaukraten folgendes Resultat zu Stande: Zu Abgeordneten wurden gewählt: Die Herren Dr. Dr. Griesmaier, k. Advokat aus Neuburg; Hauck, Müller aus Allerheim; Fischer, Bräuer aus Monheim. Zu Ersatzmännern: Die Herren Braun, k. Advokat aus Oettingen; Seel, Stadtpfarrer aus Monheim; Heiß, k. Landrichter aus Neuburg. Ob dieses die wahren Männer des Volkes sind, wird die nächste Zukunft lehren, bis dahin enthalten wir uns jeden weiteren Urtheiles, halten uns jedoch unserer Urwählerschaft gegenüber für verpflichtet zu erklären, daß die Genannten die Männer unserer Wahl nicht sind. Die sämmtlichen Wahlmänner der Stadt Nördlingen.

* Frankfurt, 11. Dez. Die Versammlung läßt die Grundrechte wieder liegen und beschäftigt sich mit dem Reichstag des künftigen deutschen Reichs, mit dessen zwei Kammern, von denen die eine, die Volkskammer, das erstemal auf 4 Jahre, später auf 3 Jahre gewählt wird, die Mitglieder der ersten Kammer zur Hälfte durch die Regierung, zur Hälfte durch die Volksvertretung der Staaten ernannt werden. Wir wollen hoffen, daß die Paragraphen, welche nach den Anträgen des Ausschusses vom Hause angenommen wurden, nie in's Leben treten werden. — Man spricht nun sehr ernstlich von dem Rücktritt Schmerling's als Minister des Innern. Der edle Gagern, sein präsumtiver Nachfolger, soll bereits ein Programm eingereicht haben, welches die Bedingungen

enthält, unter denen er das Portefeuille anzunehmen sich bereit erklärt hat.

* Berlin, 8. Dez. Ein Commissionsbericht der aufgelösten Nationalversammlung, unter den Papieren derselben von Wrangel confiscirt, ist in einigen Exemplaren in's Publikum gekommen, und beweist die heillose Verschwendung, welche die bisherigen Ministerien mit den Staatsgeldern trieben. Es wurden namentlich starke Gehaltszulagen an begünstigte Beamte gegeben, z. B. an Hengstenberg. Ein fürchterlicher Luxus wurde mit den Extrapostgeldern und Diäten getrieben. Selbst für Fahrten innerhalb der Forstreviere sind Extrapostgelder für 4 Pferde in Anrechnung gekommen. So ist z. B. für eine Reise nach Sanssouci zu einer Conferenz mit dem Hofgärtner wegen Anlagen im Kamin an Extrapostgelder und Reisediäten die Summe von 22 Thalern 10 Sgr. berechnet. Ein einzelner Beamter, Minister Stolberg, hat im Laufe des Jahres 1846 an Diäten und Reisekosten 1327 Thaler liquidirt. Fast durchgehends wurden die Etatssummen überschritten. Hochbesoldete Beamte erhielten noch bedeutende Extraremunerationen. Für Orden wurden von 1840—1846 35,763 Thaler verausgabt. Die Familie des Generals Grolmann erhielt zur Errichtung eines Familienfideicommisses 26,250 Thaler. Im Ganzen sind 82,720 Thaler an ähnlichen Geschenken verausgabt. In den letzten Zeiten sind die Ausgaben in demselbem Maße gestiegen, als die Einnahmen sich verminderten. Die Rechnungsübersicht läßt die Möglichkeit bedeutender Ersparnisse erblicken *).

DC Berlin, 10 Dez. Die zukünftige deutsche Centralgewalt und das persönliche Verhältniß der preußischen Krone zu dem Repräsentanten dieser Centralgewalt bildet noch immer einen hervorragenden Gegenstand der Berathungen an unsern und andern deutschen Höfen. Namentlich hängt die letzte Anwesenheit des Prinzen Karl von Bayern innig mit dieser Angelegenheit zusammen. Einmal nämlich steht es ziemlich fest, daß Bayern positiven Einspruch gegen die Verleihung der deutschen Kaiserkrone an das Haus Hohenzollern erhoben hat. Wem die halbofficiellen Artikel des Nürnberger Correspondenten über diese bayerische Opposition gegen Preußen noch nicht völlige Gewißheit gegeben haben, der kann dieselbe aus dem bissigen Artikel schöpfen, welchen heute Morgen das, mit Gagern in ziemlichem Parteizusammenhang stehende Organ unsers rechten Centrums die deutsche Reform, gegen das oben erwähnte bayerische Blatt bringt. Andererseits wird uns aus sehr achtbarer Quelle berichtet, die Anwesenheit des Prinzen Karl von Bayern habe auch den Zweck gehabt, den preußischen Hof zu bewegen, daß er seine Einwilligung darein gebe, bei der nächstens unvermeidlich eintretenden Abdankung des Reichsverwesers Erzherzog Johann, den genannten bayerischen Prinzen an dessen Stelle treten zu lassen. Preußischer Seits ist dies entschieden abgelehnt worden. Man verfolgt vielmehr von Seiten unseres Hofes den Plan, den Prinzen Karl von Preußen zum Reichsverweser proclamiren zu lassen, falls nicht die bayerische Opposition gegen das preußisch-deutsche Kaiserthum vorher beseitigt werden kann. — Aufmerksame Beobachter der hiesigen Vorgänge werden sich erinnern, daß der Major v. Sommerfeld, welcher an der Spitze einer Abtheilung des 12. Inf.-Regiments die Austreibung eines Theiles des Bureau der National-Versammlung aus dem Saal des Schützenhauses am 13. Novbr. zu leiten hatte, bald darauf erst zur Disposition gestellt ward und dann seinen Abschied erhielt. Wir erfahren jetzt folgende interessante Einzelnheiten über die Ursachen und den innern Zusammenhang dieser Maßregel. Bei der Expedition gegen das Schützenhaus war auch ein junger Second-Lieutenant v. Wiedburg verwandt worden. Dieser, ein entschiedener Demokrat, hatte seinen politischen Ueberzeugungen Gewalt angethan, so lange er in amtlicher Thätigkeit gestanden. Als er aber am Abend desselben Tages seine dienstlichen Pflichten erfüllt hatte, glaubte er auch seinen individuellen politischen Ueberzeugungen Genüge thun zu müssen. Er schrieb daher zwei Briefe; den einen an den Major v. Sommerfeld, den andern an den Präsidenten der Nationalversammlung v. Unruh. In beiden setzte er auseinander, daß nach seiner Ueberzeugung die Nationalversammlung vollkommen im Recht sey und diejenigen, die Gewalt gegen sie befehlen und anwenden, nicht besser als Hochverräther. Er selbst habe nur mit größtem Bedauern seine Pflicht des passiven Gehorsams gegen die Befehle der Obern erfüllt. Unvorsichtigerweise ließ der junge Offizier beide Briefe von dem Bataillonsschreiber mundiren und dieser letztere beging die Indiskretion, von dem Inhalt beider Briefe einem ihm befreundeten Lehrer an einer hiesigen Elementarschule Mittheilung zu machen. Dieser seinerseits beging die Schurkerei, Wrangel davon in Kenntniß zu setzen. Die natürliche Folge war, daß der Lieutenant v. Wiedburg sofort aggregirt und nach Spandau geschickt wurde, wo in diesem Augenblick eine Untersuchung gegen ihn schwebt, da er beschuldigt ist, über die Operationspläne des General Wrangel, von denen er als Bataillonsadjutant Kunde hatte, an Klubpräsidenten verrathen (?) zu haben. Die Aggregation findet sich im amtlichen Militär-Wochenblatt Nr. 49 unter dem Datum des 16. November. Major v. Sommerfeld aber verfiel den obenerwähnten Strafen, weil er den Brief seines Adjutanten nicht von selbst den höhern Militärbehörden denuncirt hat. — Arnold Ruge, Eigenthümer und Hauptredakteur der Reform, ist gestern wieder hier angekommen und hat bereits bei General Wrangel durch seinen Rechtsanwalt die nöthigen Schritte thun lassen, um das Wiedererscheinen der Reform möglich zu machen. Alle Mitarbeiter der Reform sind ausgewiesen und noch nicht wieder hieher zurückgekehrt. — Die Abgeordneten Reichenbach, Jacoby und Andere werden dieser Tage abreisen. — Die seit dem Belagerungszustand so beliebten willkürlichen Ausweisungsdekrete werden mit jedem Tage zahlreicher und nehmen einen immer entschiedeneren politischen Charakter an. Es wird täglich klarer, daß die Regierung alle Personen von hier zu entfernen sucht, welche auf die Wahlen irgend einen Einfluß zu Gunsten der demokratischen Partei üben können. Gestern Nachmittag erhielt der Assessor Schramm, Mitglied der Nationalversammlung und Präsident des demokratischen Clubs, vom Polizeipräsidium den jetzt üblichen Zwangspaß, mit der Weisung, Berlin und den zweimeiligen Umkreis binnen 24 Stunden zu verlassen. Assessor Schramm wohnt bereits seit vier Jahren mit Frau und Kindern hier und ist demnach nirgends als hier heimathsberechtigt. Dessenungeachtet konnte er heute mit aller Mühe vom Polizeipräsidenten nur so viel erwirken, daß ihm noch fünf Tage Zeit gelassen wurde, um seinen Rekurs an General Wrangel gelangen zu lassen, da dieser seine Ausweisung befohlen habe. — Gestern Abend fand bei Jarschewitz ein Abschiedsessen der noch hier anwesenden, etwa 50 zählenden, Mitglieder der äußersten Linken statt. Die Stimmung war eine sehr ernste, fast düstere. Nicht, daß diese Männer an der Zukunft ihrer Prinzipien verzweifelten, aber sie wie jeden wahren Freund des Volkes mußten die trüben Aussichten der nächsten Monate unwillkürlich beklemmen, daher war auch das gestrige Essen weder durch Toaste, noch Reden irgendwie bezeichnet. Man wollte nur eben noch einmal beisammen seyn und einander die Hand drücken, ehe man sich auf lange Zeit trennte und ein jeder dieser wackeren Vorkämpfer der Freiheit nach seiner engeren Heimath abreiste, um dort das Werk der Propaganda für die Freiheit und der Thätigkeit gegen den Absolutismus fortzusetzen.

* Berlin, 11. Dez. Seine Majestät v. Sanssouci dankt in einem Erlasse für die „Erweisungen warmer Theilnahme", welche ihm und seiner Gemahlin an dem Tage entgegengekommen, „an welchem vor 25 Jahren der Bund unserer Herzen die kirchliche Weihe empfing", und wodurch sie erkannt hätten, daß „die schweren Ereignisse, welche Gottes allmächtige Hand über unser geliebtes Vaterland heraufgeführt, nicht vermocht haben, die Bande treuer Anhänglichkeit zu lockern und zu lösen, die von jeher unser theures Preußenvolk an sein Herrscherhaus gekettet haben." Sehr fromm und sehr — preußisch, zu preußisch für den Kaiser von Deutschland! „Mögen sie Alle, so schließt der Erlaß, mit Uns feststehen in der freudigen Ueberzeugung, daß, was Gott zusammengefügt hat, der Mensch nimmer trennen solle, noch in Wahrheit zu trennen je die Macht haben werde." Der König von Preußen betrachtet sich hiernach als den Gemahl des preußischen Volkes. Seine Ehe ist bekanntlich eine unfruchtbare und die Schuld liegt, wie man weiß, ganz allein an ihm. — Laut einer Verordnung ist der Zeitungsstempel vom 1. Jan. aufgehoben. Die von Wrangel unterdrückten Zeitungen zahlen wohl seit dem Belagerungszustand keinen Stempel mehr. „Wenn Ihr den ganzen Verlag verbietet, verschwindet am Ende von selbst die Censur" — sammt dem Stempel, singt Heine.

Düsseldorf, 9. Nov. Soeben wurde der Chef unserer aufgelösten Bürgerwehr, Herr Lorenz Cantador, verhaftet.

*) Es wäre von Interesse, auch in Bayern durch eine Kammercommission die Finanzverwaltung und Staatshaushaltsrechnung in den letzten 8 bis 10 Jahren zu prüfen und einen Bericht über die Einsicht der Rechnungen der Kammer und dem Publikum vorzulegen.

Anmerk. der Red.

Breslau, 7. Dez. Dr. Borchardt ist wegen Hochverraths zu 12 Jahren, Dr. Asch wegen Aufreizung zu 1 Jahr Festung verurtheilt. Die reaktionäre Partei jubelt, denn auch das bewaffnete Studentenkorps ist aufgelöst.

Breslau, 8. Dez. Ueber den Durchbruch ungarischer Husaren bei Hotzenplotz, hat ein Reisender (bei Linkhusen) in Ratiber folgendes deponirt. In der Gegend von Hotzenplotz fand ich auf der Straße preußische Husaren aufgestellt, und erfuhr, sie würden ungarische Husaren entwaffnen und in Empfang nehmen. Nach ohngefähr ½ Stunde kamen die flüchtenden Ungarn im Schritt an. Die preuß. Husaren standen im Defilé, und konnten von den Ungarn nicht gesehen werden. Ein preußischer Major nebst einem Offizier ritten den Ungarn entgegen, fragten wer sie wären, und was sie wollten; auf ihre Erwiederung, daß sie in ihr Vaterland zurück wollten, erhielten sie den Bescheid, sie müßten ihre Waffen abgeben und wären Gefangene. Der Wachtmeister derselben bat, dieses seinen Landsleuten mittheilen zu können. Mittlerweile war der Major zurückgekehrt und die preußischen Husaren erschienen auf der Anhöhe. Der ungarische Wachtmeister ritt zurück, und nachdem er einige Worte mit seinen Kameraden gewechselt, rissen Alle auf einmal die Säbel aus der Scheide, nahmen ihn die Quere in den Mund, dann das Pistol zur Hand, und mit einem furchtbaren Hussah, Hurrah setzten sie sich in Carriere und schlugen, nein ritten sich glücklich durch. Die überraschten preußischen Husaren stoben rechts und links, jedoch so unglücklich auseinander, daß viele Steiß und Beine in die Höhe reckten. Ein Offizier stürzte in eine nahe liegende Pfütze und soll sich furchtbar besudelt haben. (A. O. Z.)

*Dresden, 9. Dez. Die Minister bekennen sich in einer Ansprache an das sächsische Volk zur konstitutionellen Monarchie mit unbedingtem Veto. Indeß muß man dem sächsischen Ministerium nachrühmen, daß es durch Thaten und nicht durch Worte beurkundet, daß es wirklich nicht reaktionär ist. Die Leibgarde des Königs — ein odiöser Name — würde erst kürzlichaufgelöst. Jener Ansprache hat indessen der Dresdner Vaterlandsverein die Erklärung entgegengesetzt, daß er in der Drohung des Rücktritts der Minister eine inkonstitutionelle Einwirkung auf die Wahlen und eine Bevormundung des Volks erkenne. Es wird zugleich bemerklich gemacht, daß die ausgesprochenen Regierungsgrundsätze ebenso sehr gegen die Vaterlandsvereine, wie gegen die deutschen Vereine gerichtet seyen, indem beide aussprechen, daß der verfassungsmäßig ausgesprochene Wille des Volks das höchste Gesetz seyn müsse, womit das unbedingte Veto der Krone im Widerspruche stehe.

*Stuttgart. Man weiß, daß der Dichter des kosmopolitischen Nachtwächters, nunmehrige königlich württembergische Hofrath Dingelstedt ein trauriges Beispiel der tiefen Versunkenheit ist, in welche der Abfall von den Ideen der Freiheit begabte, aber eitle und glanzsüchtige Naturen stürzen kann. Das letzte Lebenszeichen gab Dingelstedt in einem Loblied auf Radetzky. Er freut sich darin über den Fall Mailands und hofft, daß auch die Schlangenbrut am Fuß des Stephansthurms bald vertilgt seyn würde. Ueber ihn und einen andern württemberg'schen Hoflakei, Hackländer, erzählt die neue rheinische Zeitung: „Hr. Hackländer ergötzte den Kronprinzen durch Nachahmung von Thierstimmen, und avancirte dadurch zum Hofrath. Es war amüsant, wie einst Dingelstedt und Hackländer in Conflikt geriethen. Als Hackländer nämlich ebenfalls Hofrath wurde, erklärte Dingelstedt, daß er unmöglich länger simpler Hofrath bleiben könne — Hackländer mache bloß Thierstimmen nach, er, Dingelstedt, imitire aber als nachahmender Poët: Menschenstimmen. Wenn man Hackländer zum Hofrath mache, so müsse er, Dingelstedt, wenigstens Legationsrath werden; und also geschah es."

Konstanz, 7. Dez. Gestern Abend war hier ein lebhafter Krawall. Einige Soldaten waren wegen Disciplinarvergehen verhaftet worden. Plötzlich zogen etwa 100 württembergische Soldaten vor ein Wirthshaus und verlangten von den dort anwesenden Offizieren die Befreiung ihrer Kameraden. Sie zogen darauf, von zahlreichen Schaaren Volk begleitet, vor die Hauptwache, und die herbeigeeilten Offiziere sahen sich einem drohenden Angriffe gegenüber. Das stürmische Wetter machte dem Krawall ein Ende.

Rendsburg, 6. Dez. Ein sehr ernstlicher Militäraufstand ist ausgebrochen. Der General Bonin wollte einen holstein'schen Soldaten wegen einer Adresse an die preußischen Truppen vor ein Kriegsgericht stellen, obgleich unter Anderm der größte Theil der Pionierkompagnie in Rendsburg sich ganz einverstanden mit jener Adresse erklärt hatte. Diese Kompagnie sollte nun entwaffnet werden, aber sie widersetzte sich. Ein Bataillon Württemberger wurde zum Vollzug der Entwaffnung kommandirt, es setzte Gewehr bei Fuß. Auch das 2. Bataillon schleswig-holstein'scher Infanterie verweigerte den Gehorsam. Nun ließ man das 6. Bataillon von Kiel kommen, das aber ebenfalls allem Anschein nach keine Gewalt gebrauchen wird, von Flensburg zieht man die Badenser herein, um den Aufstand zu unterdrücken.

Rendsburg, 8. Dez. Seit vorgestern herrscht hier Ruhe. Das gefällte Urtheil gegen die Pionniere ist noch nicht publicirt, weil die gemeinsame Regierung Anstand genommen haben soll, es zu publiciren. Gestern fand eine Versammlung auf dem Schützenhofe statt, in der man, wie wir hören, beschlossen hat, für den Fall eines strengen Urtheils, eine Deputation nach Schleswig an die Regierung zu senden, um Milderung zu erbitten.

Sigmaringen, 9 Dez. Der Fürst hat sich von Frankfurt nach Berlin begeben, und es dürfte kaum einem Zweifel unterliegen, daß dort ernstliche Verhandlungen über unsere künftigen staatlichen Verhaltnisse gepflogen werden. Die Ansicht gewinnt die Oberhand und hat bereits in der öffentlichen Meinung Wurzeln geschlagen, daß der König von Preußen in Bälde die Regierung der beiden Fürstenthümer Hohenzollern übernehmen werde. So schreibt der schwäbische Merkur! Das wäre eine gefährliche Nachbarschaft für den König von Württemberg, aber ein bedeutungsvoller Schritt zum Aufgehenlassen Deutschlands in Preußen!

Italien.

Rom, 4. Dez. Der Papst erklärt, daß er durch die letzten unseligen Auftritte zu seinem großen Leidwesen gezwungen werden sei, Rom zu verlassen, und daß er jetzt den Protest, welchen er bereits vor dem diplomatischen Corps gegen die gewaltsame Einsetzung des Ministeriums eingelegt habe, vor aller Welt wiederhole, und alle in der Zwischenzeit bekanntgegebenen Erlasse, als jeder legalen Sanktion ermangelnd, für null und nichtig erkläre und eine Gouvernatiocommission einsetze, welche in folgender Weise zusammengesetzt ist: Kardinal Castruccio Castracane, Mons. Roberto Roberti, Fürst von Roviano, Fürst Baberini, Marchese Bevilacqua von Bologna, Marchese Ricci von Macerata, Generallieutenant Zucchi. Gestern Abends hieß es bereits, daß mehrere der hier anwesenden Mitglieder dieser Commission derselben anzugehören sich geweigert hätten, weil sie natürlich jedes materiellen Stützpunktes entbehren. Um 10 Uhr versammelte sich die Deputirtenkammer, welche diesen Morgen ihre Beschlüsse durch ein an die Völker des Kirchenstaates gerichtetes Manifest kundgegeben hat. Durch dieses erklären sie, da ein gewisses hie und da verbreitetes Actenstück aller authentischen Kennzeichen ermangle, so sey auf dasselbe keine Rücksicht zu nehmen, und das Ministerium habe in der Ausübung seiner Funktionen zu verharren. Man werde eine Deputation an den Papst senden und ihn zur Rückkehr nach Rom auffordern lassen. Unterdessen solle man zur Aufrechthaltung der Ruhe mitwirken wie bisher. (A. A. Z.)

Anzeigen.

Politischer Verein in Herzogenaurach.

Sonntag, den 17. Dezember, Abends 7 Uhr, Versammlung im Gasthaus zum Wallfisch, wozu die Mitglieder eingeladen sind.

Gedruckt — unter Verantwortlichkeit der Verleger — bei J. L. Stich.
Expedition S. 39 im Gasthof zum König Otto II. Etage.

Der freie Staatsbürger.

Erscheint täglich. Preis in gan Bayern vierteljährlich 1 Fl. 30 Kr. halbjährlich 3 Fl.; jährlich 6 Fl.

Organ der Demokratie.

Inserate werden die dreispaltige Petitzeile zu 3 Kr. berechnet. Die Abonnenten haben für die Hälfte des Abonnementpreises Inserate frei.

Nr. 73. Nürnberg, Mittwoch, den 15. Dezember **1848.**

Ansichten und Aussichten für Deutschlands politische Entwicklung.

Fünfter Artikel.

Wer soll das Oberhaupt von Deutschland seyn?

II. In unserem letzten Artikel haben wir von Preußen und Oesterreich in ihrem Verhältniß zu Deutschland gesprochen. Wir haben gezeigt, daß, wie natürlich auch der Gedanke ist, daß der eine oder der andere dieser großen Staaten sich an die Spitze des deutschen Volks stellen und auf diese Weise die Einheit begründen möge, dennoch die eigenthümliche Richtung der Hohenzollern'schen wie der Habsburgischen Dynastie der Ausführung dieses Gedankens die größten Hindernisse bereite, indem jede, blos bedacht auf die Erhaltung unumschränkter Regierungswillkür, unfähig sey, einen so großartigen Zweck ins Auge zu fassen und zu verfolgen wie die Einheit Deutschlands, welche, wie wir oft schon dargethan, ohne die Freiheit nicht möglich ist. Wir haben ferner gezeigt, daß Deutschland nicht gut fahren werde, wenn es einer der beiden Dynastien sein Schicksal anvertraue, es müßte denn die ganze Politik derselben sich verändern. Und in dieser Beziehung fänden wir es noch annehmbar, wenn z. B. Preußen unter der Bedingung an die Spitze Deutschlands gestellt würde, daß es die Monarchie auflöse und die einzelnen Provinzen für reichsunmittelbar erkläre. Denn in diesem Vorgange würden wir nur den Anfang zu einer allmähligen Auflösung unserer Fürstenthümer und zu einer vernünftigeren Eintheilung Deutschlands erblicken. Ehe wir jedoch in diese letztere selbst näher eingehen, sey es uns verstattet, der Frage über das deutsche Oberhaupt noch einmal unsere Aufmerksamkeit zu widmen, da inzwischen ein neues Projekt aufgetaucht ist: oder vielmehr es ist das alte, welches nur eine Zeit lang in den Hintergrund getreten, jetzt aber mit Entschiedenheit sich wieder hervorgewagt hat.

Die Subkommission für den Verfassungsausschuß der Frankfurter Reichsversammlung macht nämlich den alten Vorschlag eines erblichen Kaisers. Der Kaiser soll mit allen möglichen Vorrechten der alten konstitutionellen Monarchie ausgerüstet seyn; er hat das unbedingte Veto, das ausschließliche Recht über Krieg und Frieden u. s. w. Neben sich hat er einen Reichsrath, bestehend aus den Repräsentanten der einzelnen deutschen Regierungen, die er bei den Maßnahmen über die wichtigsten Gegenstände hören muß.

Dieses Projekt wirft ein helles Licht auf die Resultate der Gagern'schen Reise nach Berlin. Der König soll sich nämlich geweigert haben, auf den Vorschlag der Kaiserkrone einzugehen, wenn man ihm nicht Garantien biete. Diese Garantien sind nun da: es ist die vollständigste Gewalt, die sich nur ein König der alten scheinkonstitutionellen Monarchie wünschen konnte. Denn daß man mit dem erblichen Kaiser den König von Preußen im Auge gehabt, unterliegt keinem Zweifel, wenn man bedenkt, daß die Männer, aus denen die Subkommission besteht, Anhänger Preußens sind.

Bei der Beleuchtung dieses Projektes wollen wir uns zunächst gar nicht auf den demokratischen Standpunkt stellen, sondern nur die übrigen Verhältnisse ins Auge fassen. Ist es denkbar, daß die deutschen Höfe darauf eingehen werden? Würden sie es thun, so sprächen sie dadurch ihre Mediatisirung aus: denn etwas Anderes würde es nicht bedeuten. Wir unsererseits hätten natürlich nichts gegen eine solche Eventualität, wohl aber die Dynastien, die davon betroffen würden. Muß es nicht vielmehr in ihrem Interesse liegen, das Oberhaupt nicht erblich zu sehen, sondern in gewissen Fristen wieder neu gewählt? Denn dabei ist ihnen die Möglichkeit gegeben, auch einmal an's Ruder zu kommen? Gesetzt aber, die kleineren deutschen Fürsten gingen darauf ein: ist es von Oesterreich zu erwarten? Wird nicht die alte Eifersucht Oesterreichs auf Preußen mit erneuter Stärke erwachen? wird es nicht alle Hebel in Bewegung setzen, um ein solches Ergebniß zu verhindern? Denn Preußen mit Deutschland verbunden ist natürlich für Oesterreich eine Macht, welcher es schwer die Stange zu halten vermag. Es kann daher nur zwei Fälle geben: entweder Oesterreich setzt sich mit aller Macht gegen den König von Preußen als erblichen Kaiser von Deutschland oder es sagt sich gänzlich, ohne allen Rückhalt, von Deutschland los. Dieß letztere wäre aber für Deutschland sowohl wie auch für Oesterreich ein zu großer Verlust, als daß auf die Länge daran gedacht werden könnte. Wollte aber Oesterreich das Andere ergreifen, nämlich Opposition gegen Preußen, so könnte diese nur dann mit Erfolg geführt werden, wenn es sich innig an Deutschland anschlösse. Dieser innige Anschluß könnte, selbst jetzt, erfolgen, wenn Oesterreich dasselbe geboten würde, wie Preußen, nämlich die deutsche Kaiserkrone. Aber in diesem Falle ist mit Sicherheit vorauszusehen, daß sich dann Preußen von Deutschland trennen würde. Man sieht daher: wenn Deutschland einig bleiben will und soll, so ist dieses nur dadurch möglich, daß keiner dieser beiden großen Staaten an die Spitze gestellt, daß die Kaiserkrone nicht erblich gemacht, sondern daß mit Einem Worte die Spitze republikanisch gelassen würde.

Für den oben erwähnten Fall, daß nämlich Preußen sich auflöse, wäre allerdings für den König von Preußen als deutsches Oberhaupt noch eine Eventualität vorhanden. Dann nämlich müßte er sich mit aller Entschiedenheit und Rücksichtslosigkeit ganz in das deutsche Wesen werfen, dann müßte er die Idee der deutschen Einheit und Freiheit ganz sich zu eigen machen, dann könnte er aus Deutschland etwas Großes machen, und dann würde auf die Länge hin auch Oesterreich nicht widerstehen können. Aber eine solche Hoffnung hegen hieße annehmen, daß ein Mensch über Nacht seine Natur völlig verwandeln könne, was bekanntlich nicht möglich ist, wenigstens bei solchen nicht, welche bereits das Schwabenalter hinter sich haben. Auch wurde uns mitgetheilt, daß man unter jener Auflösung der Preußischen Monarchie in die einzelnen Provinzen nichts weiter verstehe, als daß künftig keine allgemeine Preußische Nationalversammlung sondern nur Provinziallandtage stattfinden sollten — also eine Rückkehr zu dem Systeme vor der Revolution, und vor dem vereinigten Landtag.

(Schluß folgt.)

Vereinigte Staaten von Deutschland.

* Nürnberg, 15. Dez. [Herr Dr. Rauch, der Landwirth und Redakteur von Debring.] Wir wollten Hrn. Rauch den Succeß seines Knalleffekts ungestört in vollen Zügen schlürfen lassen, und wir durften es um so mehr, je klarer wir erkannten, daß die in Nr. 337 des berühmten Bamberger Tagblattes abgegebene Erklärung des Hrn. Dr. Rauch nicht sowohl gegen uns gerichtet, als auf die Wahlmänner von Bamberg berechnet war. So wenig gerade das liberal-konservative Juste-milieu-Ge-

faſel der Bamberger Zeitung geeignet iſt, uns einen hohen Begriff von dem Geiſt und Gaben des Hrn. Dr. Rauch beizubringen, ſo trauen wir ihm immerhin Verſtand genug zu, um zu wiſſen, daß man gegen einen auf Thatſachen geſtützten Angriff entweder ſchweigen, oder, ſofern man eine Erwiederung beliebt, auf die Thatſachen eingehen muß. Auch beſitzt Hr. Dr. Rauch, wie wir glauben, immerhin noch ſoviel Logik, um den Gedankengang unſres Artikels richtiger aufzufaſſen, als er ihn für ſeine Zwecke im Bamberger Tagblatt darſtellte. Wäre es ihm um eine ernſtliche Erwiederung auf unſern Artikel zu thun geweſen, ſo hätte er nicht überſehen können, daß wir nur feſtſtehende Thatſachen aufführten und aus dieſen Thatſachen Folgerungen ableiteten, die in Wahrheit ſich ganz von ſelbſt ergeben. Oder hat Hr. Rauch ſeinen Namen nicht unter eine von der Polizei hervorgerufene und beförderte Demonſtration gegen Titus geſetzt? Ja oder nein! War er nicht Mitarbeiter des fränkiſchen Merkurs bis zum Juli und trat er nicht augenblicklich mit einem fertigen Programm zu einer neuen Zeitung und mit dieſer ſelbſt hervor, als der fränkiſche Merkur, durch eine dem Hrn. Rauch wohlbekannte Polizeihetze ſeiner Redakteure beraubt, temporär aufhören mußte? Ja oder nein! Hat Hr. Dr. Rauch nicht öffentlich ſich gerühmt, daß er glänzende Anträge zurückgewieſen habe? Ja oder nein! Und wenn dieß feſtſtehende Thatſachen ſind, ſo können wir es beruhigt dem wirklich freiſinnigen und ehrenhaften Publikum überlaſſen, zu entſcheiden, ob wir verleumderiſche Folgerungen daraus abgeleitet haben. Aber wie geſagt, die Erklärung des Hrn. Rauch war nur ein wohlberechnetes Manöver, um die Bamberger Wahlmänner, unmittelbar vor dem entſcheidenden Wahlkampf, für ſeine Perſon zu gewinnen. Die plumpe Maſſivität ſeiner Erklärung, durch die fette Schrift aus der Offizin des Hrn. Reindl gebührend hervorgehoben, ſollte vielleicht noch weiter den Beweis liefern, daß Hr. Rauch wirklich dem Stand der Landwirthe angehöre, was von Vielen bezweifelt wurde. Er wollte damit gleichſam ſein Diplom aufweiſen: „Seht hier das Zeichen, das ich führe!“ Zugleich wollte er wohl ſeine genaue Kenntniß des Charakters ſeiner Standesgenoſſen dadurch beurkunden, indem er nicht zweifelte, ſie würden demjenigen Recht geben, welcher zuletzt vor ſie trat. Leider iſt die Berechnung des Hrn. Dr. Rauch zu Schanden geworden, die Wahlmänner vom Lande haben ſein Diplom, wie es ſcheint, nicht ganz richtig befunden, ſeine Vorausſetzungen Lügen geſtraft und ihn als Standesgenoſſen desavouirt. Sie haben dabei ohne Zweifel nichts verloren, deſto mehr aber Hr. Rauch und — die Kammer. Es iſt ſehr zu bedauern, daß Hr. Rauch nicht Abgeordneter geworden, noch mehr aber, daß er ſich darüber ärgert. Schade um die „praktiſchen Vorſchläge“, welche jetzt dem Lande vorenthalten bleiben, da Hr. Rauch, unpatriotiſch genug, entſchloſſen ſcheint, damit jetzt hinter dem Berge zu halten, zur Strafe dafür, daß ihn ſeine Standesgenoſſen nicht gewählt haben. Und in der That wiſſen wir, daß Hr. Rauch ein ſehr „praktiſcher“ Mann iſt, wenn auch bei dem Kunſtgriff ſeiner Tagblattserklärung der Erfolg ſeiner guten Abſicht nicht ganz entſprach.

* Nürnberg, 14. Dez. Unſer Freund Friedrich Rohmer trat, wie wir aus öffentlichen Blättern ſehen, in der That zu Nördlingen als Candidat auf, drang jedoch nicht durch, und da er in der Nähe von Nördlingen zu Hauſe iſt, ſo erklärt ſich das Mißgeſchick des modernen Meſſias leicht: der Prophet gilt nichts in ſeinem Vaterlande!

* Bisher haben nur die ſouveränen Fürſten „geruht“; unſere hündiſche Preſſe läßt nun auch den Henkersknecht Windiſchgrätz „geruhen“, ein Todesurtheil in Schanzarbeit zu verwandeln. So die Augsb. Abdztg. Wenn man das deutſche Volk nach dieſer Preſſe beurtheilen wollte, wer müßte ſich nicht mit Eckel und Verachtung von ihm abwenden!

S Remlingen, 13. Dez. Die zu Gemünden a. M. ſtattgehabte Abgeordnetenwahl hat folgendes Reſultat geliefert: Zu Abgeordnete wurden gewählt: Ignaz Schopp, Gaſtwirth zu Orb; Peter Binder, Privatmann zu Gemünden (aus den 30er Jahren rühmlichſt bekannt); Weipert, Lehrer zu Sendelbach, und Johann Walz, Gaſtwirth zu Geltersheim. Zu Erſatzmännern: Schmitt, Bürgermeiſter zu Karlſtadt; Schultheiß, Bürgermeiſter zu Hammelburg; Fuchs, Weinwirth zu Lohr a. M., und Vollmuth, Bauer zu Bergtheim. Die Wahl der Abgeordneten kann als gelungen betrachtet werden, da die Mitglieder derſelben der demokratiſchen Partei angehören. Die Erſatzmänner dagegen, mit Ausnahme des Weinwirths Fuchs — welcher dem Volksthum huldigt — nehmen theils die Partei der Bourgeoiſie, theils der Männer des Rückſchritts.

München, 11. Dez. Die für die Todtenfeier für Robert Blum verfügte allgemeine Conſignirung des Militärs ſoll theilweiſe ihren Grund in der zügelloſen Stimmung vieler Soldaten eines Regiments gehabt haben, welche unverhohlen ihre Abſicht, die Feier gewaltſam zu ſtören, äußerten. Zu wundern iſt ſich übrigens nicht über derlei Erſcheinungen, wenn man weiß, wie abſtruſes Zeug von gewiſſen Seiten tagtäglich in die Soldaten hineingepredigt, und ſo die Kluft zwiſchen Militär und Civil immer vergrößert wird. (D. c. Z.)

(F) München, 12. Dez. Jene unwürdige Annonce von Schülern des neuen Gymnaſiums ging von einem ganz unbefugten aus, den, wie in der Berichtigung erklärt wird, die gerechte Strafe getroffen. — Charakteriſtiſch für den ins Spießbürgerthum verſunkenen Sinn der Münchner politiſchen Philiſter iſt der Entſchluß, Hrn. Miniſter Lerchenfeld ein Vertrauensvotum zu überſenden, weil er hier in ſeiner Candidatur als Abgeordneter durchgefallen. Während ſie mit der Wahl der jetzigen Männer dem Lande durchaus keinen großen Dienſt erwieſen und fürwahr keineswegs ſtolz auf ſie ſeyn können, treiben es die hieſigen Bürger durch ihre ins Aſchgraue gehende Unterwürfigkeit und ihre ſtabilreaktionäre Geſinnung und Handlungsweiſe bis zum Verächtlichen. Soviel ich weiß, hat ſich der hübſche Plan mit dem Vertrauensvotum glücklicherweiſe wieder zerſchlagen*). Um dieſe glücklichdummen Leute allmälig an die „glorreiche Zukunft“ zu gewöhnen, hat man bereits angefangen, — die Wachen zu verſtärken. — Ich kann es nicht unterlaſſen, einige Bemerkungen über ein neulich erſchienenes „Sendſchreiben eines deutſchen Republikaners an den König Max II.“ zu machen **). Dieſer bornirte Menſch, der ſich für einen Republikaner angeſehen wiſſen will, geht nämlich in ſeinem Utopismus ſo weit, ſich an den „König“ zu wenden mit dem Anſinnen, Max von Gottes Gnaden ſollte ſich „an die Spitze der deutſchen Bewegung ſtellen.“ Was es mit dem „an die Spitze treten“ eines Fürſten für eine Bewandtniß hat, das haben uns, glaube ich, die Ereigniße Berlins hinlänglich gelehrt. Uebrigens iſt möglich, daß hinter dieſem „offenen Sendſchreiben“ noch eine Schurkerei liegt, da darin von einem deutſchen Kaiſer die Rede und darauf hingewieſen iſt, es ſey für jetzt kein Candidat dafür unter den deutſchen Fürſten da. König Max ſoll an die Spitze der Revolution treten und — — ſich möglich machen als Kaiſer!“ Mag der „Republikaner“ dieſes Sendſchreiben aus Dummheit oder Frechheit abgefaßt haben, immer wird ihn die Partei der deutſchen Demokraten nicht als einen Geſinnungsgenoſſen anerkennen.

München, 12. Dez. In der Türkenkaſerne, wo die beiden Infanterie-Regimenter König und Kronprinz liegen, ereigneten ſich heute Nachmittags Scenen wilder Inſubordination. Die Soldaten einer Kompagnie widerſetzten ſich der Ausführung eines auf Stockwachſtrafe lautenden Urtheils gegen einen ihrer Unterofficiere und erzwangen deſſen Freilaſſung. Das Einſchreiten der Officiere blieb auch diesmal, wie ſchon bei mehreren früheren Anläſſen, fruchtlos, und erſt als durch das Schlagen des Generalmarſches ſämmtliche Mannſchaft in der Kaſerne zur Aufſtellung veranlaßt worden war, gelang es, die Anforderungen des Gehorſams zur Geltung zu bringen. (D. c. Z.)

Die Kammern ſollen nach der Würzburger Ztg. auf den 29., nach der Augsb. Abdztg. auf den 31. berufen werden.

* Frankfurt, 12. Dez. Die Berathung uber den Reichstag nahm ihren Fortgang. Hr. Welcker polterte gegen die „Krawallſouveränetät“, die Anträge der Linken wurden verworfen, das unbedingte Veto des künftigen Kaiſers wird ohne

---

*) Mit nichten! das Vertrauensvotum wurde überreicht. Anm. d. Red.

**) Es gibt Zeitungen, deren Redakteure ſich außerordentlich viel auf Verſtand und Freiſinnigkeit zu gute thun, und die dieſes abgeſchmackte Machwerk abdruckten. Eine ſehr unverdiente Ehre! Oder wollten ſie vielleicht den Demokraten dadurch Eins anhangen? Die demokratiſche Partei iſt nicht verantwortlich für alle Dummheiten, die im Namen der Demokratie begangen werden. Uebrigens rührt das „Sendſchreiben“ von einem zwiſchen Nürnberg und Erlangen nicht unbekannten halb verrückten Individuum her, das ſich ebenſowohl konſtitutionellen, wie demokratiſchen Vereinen aufzudringen ſchon verſucht hat. Der Republikanismus dieſes „Republikaners“ iſt jedenfalls von ſehr neuem Datum, denn vor 4 Monaten ſaß er noch in einem konſtitutionellen Kreisausſchuß. Anm. d. Red.

Zweifel angenommen. Vielleicht dürfte das Volk nächstes Frühjahr ein nicht minder unbedingtes Veto gegen den ganzen Frankfurter Reichswahnsinn einlegen. — Hr. Schmerling will durchaus sein Portefeuille nicht aufgeben. Er intriguirt im österreichischen Interesse, und will den Kaiser von Oesterreich zum deutschen Kaiser machen. Es soll deshalb eine Commission nach Olmütz gesandt werden, um den Kaiser zu beglückwünschen. Ehrloses Gezücht, das die Mörder Blums uns als erste Reichswürdenträger zuführen will; schändlich verrathenes Deutschland, dem die trostlose Alternative zu bleiben scheint, sich unter den Korporalstock Wrangels oder unter das Henkerbeil Windischgrätz's zu beugen! Man will zu österreichischen Zwecken die Linke heranziehen und es zirkulirt dazu folgendes Programm: 1) Der österreichische Kaiser empfängt die deutsche Kaiserkrone wieder; 2) Der Ort des Reichstags wird Wien; 3) Oesterreich tritt mit seinen Gesammtlanden in den Zollverband; 4) Die österreichische Marine schützt deutschen Handel und Schifffahrt im Mittelmeer, wofür Oesterreich keine Matrikularbeiträge zu zahlen hat; 5) endlich, die deutschen Truppen Oesterreichs werden deutsche Reichstruppen, tragen die deutschen Farben, können aber auch in Oesterreichs außerdeutschen Gebieten verwandt werden.

* Wien, 10. Dez. Zwei Todesurtheile, Johann Urbans und Alexander Skarbek von Leszczynski's, beide aus Wien, wegen Theilnahme an den Oktoberereignissen, sind auf 12 Jahre Schanzarbeit, beziehungsweise Festungsarrest gemildert worden, wegen „aufrichtiger Reue", wie es in der amtlichen Wiener Zeitung heißt. Man will die Unglücklichen ohne Zweifel bei ihren Parteigenossen noch dadurch moralisch todt machen, daß man ihnen „Reue" andichtet über Thaten, die auch in Ketten ihr Stolz seyn müssen. Oder hat man sie physisch und geistig dermaßen gefoltert, daß sie gebrochen Alles gutbießen, was die Schergen des Henkers ihnen in den Mund legten!

Wien, 10. Dez. Eine Antwort, die Windischgrätz den Reichskommissären gegeben hat, welche hier Einsicht in die Untersuchungsakten gegen Robert Blum nehmen, geht als verbürgt von Mund zu Mund. Er habe nämlich auf die Klage der Frankfurter Herren erwidert: Geschehenes wäre nicht zu ändern, doch zu ihrer Satisfaktion möchte er ihnen mit Vergnügen gestatten, drei von der österreichischen Linken nach Frankfurt mitzunehmen, um sie dort standrechtlich behandeln zu lassen! (D. const. Z.)

Kremsier, 6. Dez. Entmuthigung bemächtigt sich hier eines großen Theiles der Reichstagskörperschaft. Die Fäden werden fein übereinandergelegt, um das Netz zu weben und zu vollenden, in dem man Alles einfangen will. Der junge Kaiser spricht fast wie ein alter absoluter Monarch, das Ministerium will (muß wohl?) Schulden machen wie ehedem, die Generale wirthschaften in Wien ad libitum, und die wiener Bürger zeigen sich würdig des Korporalstockes. Die Slowaken beabsichtigen nicht weniger, als einen magyarischen Reichstag nach Kremsier zu berufen, das heißt: Wahlen vornehmen zu lassen, sobald ein Bezirk von 50,000 Seelen durch Militär occupirt ist, und die Gewählten in Kremsier berathen zu lassen. Die Czechen sprechen jetzt von einer überwiegenden Rolle im Parlamente, weil ihre vorgeschobene Politik, welche sie von Beginn her verfolgten, sich als die richtige erwies. Die Czechen weigerten sich, die Wahlen nach Frankfurt vorzunehmen, und spielen also jetzt eine überwiegende Rolle, und sonderbarer Weise schließen sich ihre ursprünglichen Antipoden ihnen an, nämlich die Wiener. Nur der Eine wunde Fleck liegt dabei offen, daß die Constitution Oesterreichs nicht mehr in jener Freisinnigkeit vollendet werden wird, wie Anfangs zu hoffen war. Um ihre Nationalität obenan zu stellen, opfern die Czechen gern einen Theil und manche Fanatiker die ganze Freiheit, und dieses Bewußtseyn entmuthigt die Reichstagskörperschaft. Die Linke hat ihren republikanischen und ultradeutschen Intentionen entsagt, sie wird jetzt für Volksrechte und Volksfreiheiten kämpfen, für Gleichberechtigung der Nationen wie der Staatsbürger; aber die Czechen und ein großer Theil der übrigen Slawen werden sie im Stiche lassen, wenn es einen Volkskampf gegen die Krone gilt, z. B. beim Veto, bei der Sanktion, bei der „Prüfung" der Verfassung, wie der junge Monarch sagte, und die Wiener nebst einem großen Theile der halb- und ganzdeutschen Provinzen werden in Bündniß treten mit den Slawen, aus Opposition gegen die Linke wie gegen Frankfurt, zum Theil auch aus Respect vor dem Korporalstock und aus Angst vor einem neuen Oktobermonat. (D. a. Z.)

Aus Berlin vom 10. Dez. schreibt die National-Zeitung: Die für den Lokalverein gezeichneten Beiträge gehen jetzt viel sparsamer ein als im Laufe des Sommers. Da in der jetzigen Jahreszeit der Verein sich besonders wirksam erzeigen muß, wie die Beitragenden wohl wissen werden, so scheint, daß früher mehr die Furcht vor den Proletariern als wohlwollende menschliche Gesinnung freigebig gemacht habe. Und doch ist das Privateigenthum kaum so stark und so oft von den Proletariern wie von den Soldaten bedroht gewesen. Denn von Soldaten sind, so viel wir wissen, zwei oder drei Kaffeehäuser in Moabit demolirt, ein Cigarrenladen geplündert, ein Mensch getödtet, mehre schwer verwundet, viele mißhandelt worden. Im Sommer wußten das die freiheitsmuthigen Berliner sehr wohl; heute aber sind die Soldaten die Herren, denen die Feigheit der Philister aller Stände schmeichelt.

Berlin, 11. Dez. In verschiedenen Kreisen haben sich hohe und namhafte Juristen tadelnd darüber ausgesprochen, daß durch die Verfassung das Gesetz vom 24. Sept. (die sogenannte Habeascorpusakte) gewissermaßen auf einem Umwege wieder aufgehoben ist. Auch die soeben erschienenen „Kaltblütigen Glossen zu der Verfassungsurkunde" von H. B. Oppenheim schließen sich dieser Ansicht an. Hier wird sehr richtig bemerkt: „Die Verfassung ende, womit sie begonnen — mit dem Belagerungszustand. Alle persönlichen Rechte und Freiheiten, die Presse, kurz Alles kann von der Regierung nach Belieben zeit- und distriktsweise suspendirt werden. Und doch waren die hierdurch aufgehobenen Garantien des Gesetzes vom 24. Sept. zwischen Krone und Volk vereinbart." — Einer uns zugegangenen Mittheilung zufolge hat das russische Kabinet dem diesseitigen durch Hrn. v. Meyendorf eine Note überreichen lassen, in welcher es sich dahin ausspricht, daß die Ereignisse der letzten Zeit in Preußen ernstliche Besorgnisse bei dem Nachbar Preußens hervorgerufen hätten, und daß auch die letzten Maßregeln der Regierung nicht von der Art gewesen, die Besorgnisse, die man gehegt, aufhören zu lassen. (Lith. Nachr.)

DC Berlin, 11. Dez. Die Stimmung hier in Berlin fängt allmälig an, sich klarer herauszustellen, und man kann jetzt ohne Furcht vor Widerspruch geradezu behaupten, daß in allen Kreisen, wo nur die mindeste politische Einsicht herrscht, die Verfassung und ihre Oktroyirung weder beschwichtigt, noch befriedigt hat. Der Rechtsboden, der den Deutschen zu ihrem eigenem Nachtheil so ganz besonders innewohnt, hat durch die Oktroyirung einen zu harten Stoß erlitten. Mit dem Rechtsboden ist den Meisten aber auch aller Halt, alles Vertrauen entschwunden. Man kann sich eben nicht entschließen, an die Ehrlichkeit eines Manteuffel und Ladenberg zu glauben, und wir verdenken das Niemanden. Immer allgemeiner wird die Einsicht, daß jede Brücke zwischen Volk und Krone von dieser letzteren selbst muthwillig abgebrochen worden, und daß unsere ganzen staatlichen Zustände eben nur auf der Spitze der Bajonette ruhen und jeder anderen haltbaren Grundlage entbehren. Die fortwährenden politischen Ausweisungen Seitens der Polizei tragen nicht wenig dazu bei, auch die Gutherzigsten zu erbittern und gar Vielen den Staar zu stechen über den Werth eines geschriebenen Blattes Papier. Welche Lösung unserer staatlichen Wirren von vielen Seiten als wahrscheinlich betrachtet wird, das können wir nicht besser ausdrücken, als indem wir die Worte hier wiedergeben, welche dieser Tage ein ehrlicher Constitutioneller schmerzerfüllt gegen uns aussprach: „Ja, nun sehe ich's ein, eine gelungene Revolution im November hätte höchstens ein Ministerium Waldeck-Jacoby herbeigeführt; die Revolution, die aus dieser Verfassung hervorgehen wird, bringt unvermeidlich die Republik." Zu diesen politischen Befürchtungen treten auch täglich mehr und beklemmender die schon mehrfach von uns ausgesprochenen trüben Voraussichten schwerer Handels- und Gewerbsstockungen in den nächsten Monaten. Von den verschiedensten Seiten und von durchaus sachkundigen Männern wird unsere Ansicht getheilt und bestätigt, daß namentlich der Kleinhandel und das kleine Gewerbe durch ganz Deutschland den Winter über hart leiden und die Reihen des Proletariats bedeutend mehren werde. Andererseits wird auch auf die finanziellen Bedürfnisse Preußens und Oesterreichs mit schwerer Besorgniß hingesehen und diese Einsicht scheint sich sogar unserer Börse bemächtigt zu haben, die noch vor wenig Tagen so vertrauensvoll u. geschäftslustig war, seit einigen Tagen aber in sehr lauer Haltung sich befindet. — Vorbesprechungen zu den Wahlen, die manigfach hier in engern Kreisen schon begonnen haben, beschäftigen sich meist mit der I. Kammer. Man geht von der Ansicht aus, die Wahlen für eine II. Kammer würden eine radikale Majorität jedenfalls ergeben,

weil die Urwähler unbeschränkt und die Anzahl der Wahlmänner gegen früher verdoppelt sey. Daher will man vorzüglich dahin zu arbeiten suchen, die bekanntesten und bewährtesten Führer der bisherigen Opposition in die erste Kammer, und namentlich für Berlin zu wählen. Die Bourgeoisie will auch der Krone gegenüber zeigen, daß sie die herrschende Macht der Zeit sey, und daß selbst scheinbar aristokratische Institutionen, wie eine erste Kammer, nur zu ihrer Verherrlichung dienen müssen. Man beabsichtigt hier Männer, wie Waldeck, Jacoby, Temme u. a. m. in die erste Kammer zu wählen und will sogar durch freiwillige Beisteuern mindervermögenden Männern den Eintritt in diese erste Kammer möglich machen. Auch der Regierung scheinen diese Absichten schon bekannt zu seyn. Denn sie läßt durch allerhand Kanäle in's Publikum Nachrichten bringen, wie die folgende: Man sey bei Hof auf eine radikale Majorität selbst in der ersten Kammer gefaßt; man beabsichtige den konstitutionellen Weg im vollsten Umfange und in entschiedenster Weise einzuschlagen, und werde sich jedem übereinstimmenden Beschluß der beiden Kammern fügen; auch bereite man liberale Gesetzentwürfe vor, so z. B. werde Manteuffel eine auf den d'Ester'schen Entwurf gegründete Gemeindeordnung vorlegen u. dgl. m. Wir können hierauf nur mit dem horazischen „credat Judaeus Apella!“ antworten. — Wir glauben versichern zu können, daß der Unbekannte, welcher gegen Robert Blum im Gefängnisse sich als Leidensgenosse ausgab und dem nicht hinlänglich mißtrauischen Märtyrer Aufschlüsse über seine Betheiligung an der Wiener Revolution entlockte, auf die später das Todesurtheil gegen Blum gegründet wurde, Niemand anders war, als unser berüchtigter Berliner Polizeispion Duncker. — Betreffs der gestern von uns gemeldeten Ausweisung des frühern Abgeordneten Schramm erfahren wir noch die interessante Pointe, daß ihm der Polizeipräsident Hinkeldey geradezu erklärte, der Grund seiner Ausweisung sei seine frühere Thätigkeit als Präsident des demokratischen Clubs und überhaupt seine politische Gesinnung. Das ist doch wenigstens löbliche Offenheit. — Die Eröffnung der Held'schen Weihnachtstube, welche gestern Abend stattfinden sollte, ist in Folge des Befehls vom General Wrangel, welcher alle politischen Ausstellungen verbietet, einstweilen suspendirt, da Wrangel politischen Stoff nicht humoristisch behandelt wissen will.

* Stuttgart, 7. Dez. Die Urtheile gegen die Unteroffiziere u. Soldaten des 8. Regiments, welche vorigen Sommer Hecker hoch leben ließen, sind wahrhaft barbarisch ausgefallen. Sie lauten auf mehrjährige entehrende Strafe. Sie hörten ihr Urtheil unter dem Ruf: es lebe die Republik! und die aufgestellten Garnisonskompagnien stimmten in den Ruf ein. Justizminister Römer scheint sich recht geflissentlich Mühe zu geben, sich in der öffentlichen Achtung zu ruiniren. Die Behandlung der politischen Gefangenen ist eine schauderhafte und es laufen von allen Seiten die gegründetsten Klagen ein.

* Darmstadt, 10. Dez. Der Minister Jaup hat ein Spionirsystem namentlich über die Lehrer organisirt, das seine Früchte zu tragen beginnt. Ein Lehrer war 25 Jahre lang provisorisch angestellt; er ist in seinem Dorf geliebt und geachtet, plötzlich wird er ohne Weiteres entlassen, weil er nicht glaubte, daß Hr. Jaup und Consorten die „beste Republik“ seien. Der Lehrer, welcher eine 80jährige Mutter ernährt, erlangt mit Mühe eine Versetzung mit 125 fl. Gehalt! Sein Dorf will ihn nicht ziehen lassen. Die wackeren Bauern erklären, sie wollen das Schulgeld dem neuen Lehrer zahlen, aber ihre Kinder werden sie auf ihre Kosten von dem alten Lehrer unterrichten lassen. Der Bürgermeister läßt — preußische Reichstruppen requiriren, um die Erziehung der Jugend und die wahre Freiheit zu überwachen. Aber auch die ganze Umgegend setzt sich in Bewegung. Da gab der Bürgermeister nach und der neue Lehrer zog nicht ein. — Ein anderer Lehrer lächelte in der Kirche, als der Pfarrer sagte: „Liebe Christen, wie schmerzt es Euch nicht, wenn Ihr Euch die Finger verbrennt! Nun rechnet einmal, wie weh das Fegfeuer thut!“ Der arge Ketzer wurde denuncirt; ein Regierungsrath räth ihm, um seine Versetzung einzukommen, weil er nicht mehr „segensreich“ wirken könne. Er weigerte sich, aber es half nichts. Dem lächelnden Lehrer wurde von der Regierung geschrieben: „Wenn er auch nur gelächelt habe, so müsse er doch versetzt werden.“ Und so geschah es. Das ist die Freiheit unter dem liberalen Ministerium Jaup.

Republik Frankreich.

Paris, 9. Dez. Die Kandidatur des Generals Cavaignac für die Präsidentschaft der Republik hat durch die Vorgänge und Enthüllungen der letzten Tage einen harten Stoß erlitten. Personen, welche täglich mit Hrn. Cavaignac verkehren, versichern, dieser selbst fange jetzt an einem Erfolge seiner Bewerbung zu verzweifeln an und würde auf dieselbe verzichten, wenn es nicht schon zu spät wäre. — Gegen 7 Uhr Abends bildete sich an der Porte St. Martin eine zahlreiche Zusammenrottung, die jedoch durch herbeieilende Patrouillen bald wieder zerstreut wurde. — Der Wahlkampf wird voraussichtlich mit großer Erbitterung geführt werden. Seit einigen Tagen drängen sich viele Tausende von Bürgern, die sich noch nicht in die Wählerlisten hatten eintragen lassen, nach den Mairien, um ihre Namen einzeichnen zu lassen. Die Zahl Derer, die in ganz Frankreich an der Wahl Theil nehmen werden, dürfte wohl acht Millionen übersteigen.

Italien.

Der Papst hat sich ganz und vollständig der Kontrerevolution in die Arme geworfen, er läßt sich von den neapolitanischen Offizieren die Füße küssen und spendet den „Befreiern von der Geißel der Anarchie“ Lobsprüche. Die Minister in Rom müssen, nach Beschluß der Deputirten, auf ihren Posten bleiben; eine Deputation wird nach Gaeta gehen und den Papst zur Rückkehr einladen. Die Vorgänge von Wien nach dem 6. Okt. wiederholen sich in Rom. Die vom Papst ernannte Kommission will sich in Bologna unter dem Schutz der Waffen Zucchi's konstituiren. Neapolitanische Truppen nähern sich den Grenzen. Radetzky sammelt in Brescia Truppen, um die römischen Legationen zu besetzen. Und Frankreich! Es unterstützt mit seiner Flotte die Kontrerevolution. So tief ist es unter Cavaignac und dem Bourgeois-Regiment gesunken.

Gedruckt — unter Verantwortlichkeit der Verleger — bei J. L. Stich.
Expedition S. 39 im Gasthof zum König Otto II. Etage.

Der freie Staatsbürger.

Erscheint täglich. Preis in ganz Bayern vierteljährlich 1 Fl. 30 Kr. halbjährlich 3 Fl., jährlich 6 Fl.

Organ der Demokratie.

Inserate werden die zweispaltige Petitzeile zu 4 1/2 Kr. berechnet. Die Abonnenten haben für die Hälfte des Abonnementpreises Inserate frei.

Nr. 74. Nürnberg, Samstag, den 16. Dezember **1848.**

Ansichten und Aussichten für Deutschlands politische Entwicklung.

Fünfter Artikel.

Wer soll das Oberhaupt von Deutschland seyn?

II (Schluß.) Man sieht jetzt erst recht deutlich, in welch' unüberwindlichen Koth die weisen Politiker der Rechten, die Hofräthe und die Professoren, den deutschen Karren geschoben haben. Auch bei dieser Frage zeigt sich klar wie die Sonne, daß die Demokratie recht gehabt, indem sie eine republikanische Spitze verlangte. Abgesehen von dem Principe der Freiheit wurde gerade sie am allerersten die verschiedenen entgegenstehenden Hindernisse der deutschen Einheit beseitigt haben. Die weisen Politiker sagen nun wohl, die Einheit ist nicht möglich ohne ein starkes Oberhaupt, und dieses wiederum nicht ohne die Erblichkeit. Sie werfen da mit allerlei historischen Beweisstücken herum, sie sagen, das hätte eben immer die deutsche Einheit gehindert, daß die Kaiserkrone nicht erblich gewesen, und daß eben darum ein ewiges Spiel der Intrigue und des Ehrgeizes sich habe geltend machen können. Aber die Geschichte spricht laut genug gegen diese Ansicht. Nie war das deutsche Reich mächtiger, größer, einiger, als in der Zeit, wo die Wahl des Kaisers unbestritten fest stand, wo eben dadurch die Möglichkeit gegeben war, lauter tüchtige talentvolle und energische Männer an die Spitze der öffentlichen Angelegenheiten zu bringen. Und gerade von der Zeit an beginnen die deutschen Geschicke sich zu verschlechtern, wo eine Art Erblichkeit, wenigstens eine faktische statt fand, seitdem nämlich die deutschen Kaiser nur aus dem Hause Habsburg gewählt wurden. Vergleiche man die älteren Zeiten der deutschen Geschichte, die Zeiten der sächsischen, fränkischen, schwäbischen Kaiser, mit denen seit dem Ende des 13. Jahrhunderts, und man wird auf jedem Blatte die Richtigkeit unserer Behauptung ersehen.

Halte man sich doch an das Leben und nicht an Theorien, welche in der Studierstube ausgeheckt werden. Jedem leuchtet ein, daß einer so außerordentlich schwierigen Aufgabe, wie die Befestigung und Erhaltung der deutschen Einheit, nur ein ganz ungewöhnlicher Geist gewachsen ist. Einer so furchtbaren Wirklichkeit gegenüber, welche die Zersplitterung Deutschlands, diese vielfach verschlungenen und sich durchkreuzenden Interessen darbieten, vermag keine Theorie etwas zu helfen, sondern nur Kraft und Leben, wie sie sich in der Fülle großer Persönlichkeiten ausdrücken. Alle Erblichkeit ist umsonst, wenn es sich darum handelt, Großes zu Gedanken zu fassen und auszuführen. Hier hilft nur das Genie. Man sagt freilich: in manchen Familien erbt sich ein eigenthümlicher Charakter fort. Wohl! aber in unseren Dynastien hat sich gerade kein solcher Charakter fortgeerbt, wie wir ihn eben jetzt brauchen. Oder wer könnte nur einen deutschen Fürsten nennen, dessen Persönlichkeit nur irgend Einer als fähig, eine so große Aufgabe zu lösen, auszugeben wagte? Und gerade, was die in Rede stehende Aufgabe betrifft, haben unsere Dynastien — ich meine die seit Jahrhunderten bestehenden Dynastien — ihre Unfähigkeit augenscheinlich an den Tag gelegt. Die ersten Kaiser sind daher nicht zu rechnen: denn jeder frisch Gewählte schuf sich erst selbst seine Dynastie: ein Conrad I., ein Heinrich I., ein Conrad II, waren so zu sagen homines novi *), und die letzten unter den Kaisern alten Schlages, von denen man dieß nicht behaupten kann, die Hohenstaufen, deren Geschlecht sich auf mehrere Menschenalter zurückdatirte, als sie den Kaiserthron bestiegen — diese befolgten auch keineswegs eine für Deutschland heilsame Politik, so glänzend auch ihre Thaten erscheinen mochten; ihre Politik war vielmehr eine aristokratische und volksfeindliche. Verfolgen wir nun die Kaiser seit dem Sturze der Hohenstaufen, welche sämmtlich aus schon bestehenden fürstlichen Dynastien genommen wurden, so bemerken wir in der ganzen Reihe höchstens einen oder zwei, welche das Kaiserthum in ächt deutschem Sinne verwalteten. Vielmehr dachten sie nur daran, es als melkende Kuh auszubeuten und sich ihre Hausmacht zu vergrößern, ließen aber jene Elemente gänzlich unberücksichtigt, durch deren Unterstützung allein ein wahres einiges deutsches Reich erhalten werden konnte, nämlich die untern Schichten des Volks, das Bürgerthum und den Bauernstand. Wenn man sieht, wie das deutsche Volk zu allen Zeiten den Kaisern mit Liebe und Vertrauen entgegenkam, wie es nur eines Winkes derselben bedurfte, um es zu den größten Thaten aufzumuntern, wie sehnlich in verschiedenen Epochen die untern Klassen von den Kaisern eine großartige Politik erwarteten, und wie doch von den Kaisern alles verpaßt und versäumt worden ist, wahrlich! da muß man zu der Ueberzeugung kommen, daß eine deutsche Dynastie nicht berufen ist, Deutschlands Glück und Größe zu begründen. Und Angesichts dieser unbestreitbaren Thatsachen der deutschen Geschichte wagen es doch jene hochweisen Politiker, uns die Dynastien als einzigen Hoffnungsanker anzuempfehlen!

Man sagt freilich: wenn auch die Fürsten nicht gerade ausgezeichnete Menschen sind, so schade dieses nichts. In der konstitutionellen Monarchie regierten doch nur die Minister, und zu diesen könnte ja der Fürst resp. der Kaiser an Geist und Charakter hervorragende Männer wählen. Das sind eitel Flausen! Die Erfahrung hat gelehrt, daß, so lange die Fürsten nach ihrem eigenen Gutdünken handeln können, sie nie freigesinnte Männer zu ihren Ministern wählten, sondern nur solche, welche ihren eigenen Gelüsten huldigten, und wenn hie und da ein Fürst eine andere Wahl getroffen hat, so wird man sehen, daß er sich durch die Umstände dazu genöthigt sah. Und wahrlich! die Wahl eines Brandenburg und Wrangel, oder eines Windischgrätz oder eines Schmerling müßte doch in dieser Beziehung eine sattsame Lehre geben.

Und nun will man dazu das Oberhaupt von Deutschland mit diesen ungeheuren Rechten ausrüsten! Er soll das unbedingte Veto haben! Also das ist die Auslegung der Volkssouveränetät, auf welche sich ja die Versammlung in der Paulskirche immer gestützt hat! Er soll also jedem Beschluß der Nationalversammlung seine Genehmigung versagen dürfen: es soll also in seine Hand gegeben seyn, ein Gesetz zurückzuhalten, welches die Vertretung des gesammten deutschen Volks verlangt! — Er soll ferner eine Civilliste bekommen, welche lebenslänglich bewilligt wird: man spricht von 10 Millionen! Das also sind die Ersparungen, das die Steuererleichterungen, welche das Volk erwartet. Zu den 34 Civillisten, an denen Deutschland übrig genug hatte, noch eine von 10 Millionen!

Denn glaube man ja nicht, daß der Ausschuß an eine Mediatisirung denkt, dazu fehlt ihm der Muth und die Einsicht. Er will vielmehr neben dem erblichen Kaiser alle andern Fürsten fortbestehen lassen. Und damit diese ja noch rech-

*) So nannte man im alten Rom diejenigen Männer, welche keiner alten Familie angehörten und als die ersten unter den Mitgliedern derselben ein Staatsamt bekleideten.

ten Einfluß auf die Gesammtregierung haben, werden sie durch den Reichsrath vertreten, welchen, wie oben erwähnt, der Kaiser hören muß.

Man könnte sich noch bei der Idee eines erblichen Kaisers beruhigen, wenn man nicht etwa die Aussicht, sondern die entschiedene Gewißheit hatte, daß die übrigen 34 Fürsten aufhörten. Dann könnte möglicher Weise die Einheit Deutschlands eine Wirklichkeit werden, und daß wir gelegenheitlich auch die Freiheit und zwar die demokratische erlangen würden, wäre wohl außer Zweifel. Aber 34 Fürsten oder nur 20, oder nur 12 nebenbei bestehen lassen, und zwar diese mit bestimmten Rechten in Bezug auf Reichsregierung und Reichsvertretung, das hieße nichts anderes, als die Trennung und Zersplitterung Deutschlands erst recht befestigen. –

Also von der Erblichkeit des Kaiserthums müssen wir absehen unter der Voraussetzung des Fortbestehens der deutschen Fürstenthümer. Und ebenso von dem einen oder dem anderen der zwei großen Staaten, wenn wir nämlich die Sache rein an sich betrachten. Freilich hat die Nationalversammlung in Frankfurt durch ihre unverzeihliche Haltung das Fürstenthum, namentlich in Oesterreich und Preußen, so gesteift und übermüthig gemacht, daß es jetzt nicht mehr möglich ist, beide zu umgehen, was im Anfange des Parlaments recht gut angegangen wäre. Wenn wir durch die Umstände genöthigt seyn sollten, zwischen einem der beiden großen Staaten zu wählen, so würden wir am Ende doch Oesterreich vorziehen. Dadurch nämlich würden jedenfalls die Wirren in Oesterreich und die feindseligen Verhältnisse zu Deutschland am allerersten beseitigt, und mit Oesterreich würden wir eine Heeresmacht erhalten, welche fähig wäre uns gegen etwaige Angriffe von Außen wie von Innen zu vertheidigen. Von Preußen wäre anzunehmen daß wenigstens zwei Provinzen, die Rheinprovinz und Schlesien, sich von Preußen trennen und an Deutschland anschließen würden, und diesen würde wohl auch die Preußische Provinz Sachsen folgen: dann würde der Rest von Preußen nicht mehr schädlich sein und wohl oder übel sich auch fügen müssen. Preußen also kann ohne Deutschland nicht wohl bestehen: es würde sich, von ihm getrennt, auflösen müssen. Oesterreich dagegen könnte schon eher bestehen, und würde jedenfalls, wenn wir Preußen an Deutschlands Spitze stellten, durch innere Nothwendigkeit nicht so getrieben seyn, sich wieder an Deutschland anzuschließen. Bei Preußen würden wir also voraussichtlich Oesterreich verlieren, aber bei Oesterreich dürfen wir annehmen, daß wir über kurz oder lang Preußen doch wieder erhalten würden, auch wenn es die augenblickliche Absicht haben sollte, sich von uns loszusagen.

Wahlen zum bayrischen Landtag.

Traunstein: Abgeordnete: Schiffmeister Scheicher in Neubeuern; Stadtschreiber Darenberger in Traunstein; Pfarrer Mayer in Prutting; Gemeindevorsteher Riederer in Bergen. Ersatzmänner: Glockengießer Straßer von Burghausen.

Deggendorf: Abgeordnete: Domdechant Jarbl von Regensburg; Kaufmann Ott von Osterhofen; Bauer Brändl von Rottenbach. Ersatzmänner: Handelsmann Schmaighofer v. Deggendorf; Domprobst Heufelder v. Passau; Bauer von Hof.

Pfarrkirchen: Abgeordnete: Lederer Weiß v. Eggenfelden; Bauer Zellhuber von Kreuzberg.

Kronach: Abgeordnete: Floßhändler Fillweber von Kronach; Posthalter Schuster in Steinweisen; Bäckermeister Gummi in Kulmbach; Fabrikant Gerber in Schney.

Rothenburg: Abgeordnete: Oekonom Kramer von Uttenhofen; Bürgermeister Wächter von Rothenburg; Bürgermeister Schäfer von Feuchtwangen.

Bischofsheim: Abgeordnete: Kaufmann Reichart von Neustadt a. d. S.; Bürgermeister Wimmer in Mellrichstadt; Thierarzt Richter in Gersfeld. Ersatzmänner: Advokat Hippeli in Münnerstadt; Versteher Gerlach in Brückenau; Versteher Voll in Gefäll.

Landau: Abgeordnete: Dr. Hepp v. Neustadt; Anwalt Stoklinger von Frankenthal; Anwalt Willich v. Frankenthal; Pfarrer Eckhardt.

Kaiserslautern: Abgeordnete: Bürgermeister Eymann von Frankenstein; Pfarrer Beckmann von Einselthum; Gutsbesitzer Phil. Hack von Kaiserslautern.

Homburg: Abgeordnete: F. Schüler von Zweibrücken; Aktuar Scharpf; Bürgermeister Eymann von Frankenstein.

Zweibrücken: Abgeordnete: Dr. Greiner von München; Dr. Hanitz; Müller.

Gemünden: Abgeordnete: Schopp, Gastwirth zu Orb; Binder, Privatmann zu Gemünden; Weipert, Lehrer zu Sendelbach; Walz, Gastwirth zu Geltersheim. Ersatzmänner: Schmidt, Bürgermeister zu Carlstadt; Schultheiß, Bürgermeister zu Hammelburg; Fuchs, Weinwirth zu Lohr; Vollmuth, Bauer zu Bergtheim.

Kemnath: Abgeordnete: Dr. Mayr, Kreis- u. Stadtgerichtsdirektor in Landshut; Hammergutsbesitzer Bauer in Wondreb; Christoph Fell, Bäckermeister in Kemnath. Ersatzmänner: Advokat Wiedenhofer von Neustadt a. W.; Gastwirth Schrödel v. Neuhaus; Stadtpfarrer Thanner v. Erbendorf.

Vereinigte Staaten von Deutschland.

* Nürnberg, 14. Dez. (Der Verein für Freiheit und Ordnung in Schwabach.) Unterm 21. Nov. hatte man uns aus Schwabach geschrieben, bei dem dortigen Verein für Freiheit und Ordnung beginne das Ausreißen, obschon die Herren Vorstände sich alle Mühe geben, um Mitglieder anzuwerben. So sei von zwei Offizieren an die Mannschaft des Freikorps der Antrag gestellt worden, dem Verein für Freiheit und Ordnung beizutreten, da ja von ihnen kein Beitrag verlangt würde, ja sie sogar im Falle einer Krankheit von dem Vorstande des Vereins Dr. Küster unentgeltlich behandelt werden sollten. Wir ließen dieses Schreiben in Nr. 51 unseres Blattes abdrucken, und am 13. Dez. fällt es nun dem Verein für Freiheit und Ordnung in Schwabach ein, uns eine Reklamation gegen jenen Correspondenzartikel sammt einer angeblichen Erklärung eines Hauptmanns Ellersdörfer zur Aufnahme in unser Blatt zugehen zu lassen. Wir erkennen vollkommen die Verpflichtung der Redaktionen an, faktische Berichtigungen aufzunehmen; aber diese Berichtigungen müssen auch dem Raum nach im Verhältnisse stehen zu dem Artikel, der berichtigt werden soll. Dieß ist bei der Reklamation aus Schwabach nicht der Fall, und wir begnügen uns daher, den faktischen Inhalt aus derselben herauszuziehen. Der Verein für Freiheit und Ordnung, welcher den Correspondenzartikel in Nr. 51 unseres Blattes so wenig verstanden hat, daß er in dem Wahn sich befindet, es seien darin Hrn. Dr. Küster „Worte in den Mund gelegt“, erklärt, daß Hr. Dr. Küster nicht der Mann sei, welcher sich dazu hergebe, solche Mittel (welche? es war ja von einem Mittel, das Hr. Dr. Küster angewendet haben soll, gar nicht die Rede) zu einer Werbung für den Verein zu gebrauchen, und bemerkt noch, daß Hofrath Dr. Küster Denjenigen, von welchem jene Verleumdung (welche Verleumdung? es ist ja von Hrn. Dr. Küster gar nichts behauptet worden, er konnte also auch nicht verleumdet werden) ausgegangen, für einen Verleumder und Lügner erkläre. Diese ganze Reklamation löst sich in absolutes Nichts auf, weil sie auf gänzlichem Mißverständniß unseres Artikels beruht, der übrigens für jeden Schuljungen verständlich war. Eine angeblich „eigenhändige“, in der That aber von der Hand des Schriftführers des Vereins geschriebene Erklärung des Hauptmanns Ellersdörfer besagt ferner, daß allerdings vorigen Sommer, ehe ein konstitutioneller Verein in Schwabach bestand, „ganz im Allgemeinen“ davon die Rede gewesen sei, daß nun Dr. Küster als Bataillonsarzt der Landwehr auch die Mitglieder desselben bei Erkrankungen oder Verletzungen im Dienste unentgeltlich behandeln werde. Ist diese Erklärung anders authentisch, so beweist sie, daß jener Behauptung in unserem Correspondenzartikel eine Thatsache doch zu Grunde liegt. Wir glauben durch Angabe des Hauptinhalts der uns übersandten Erklärungen unserer Verpflichtung gegenüber dem Schwabacher Verein für Freiheit und Ordnung genügt zu haben. Da übrigens dieser Verein in seinen Erklärungen in höchst revolutionärer Weise auf den Umsturz der bestehenden Denkgesetze hinarbeiten zu wollen scheint, so können wir nicht umhin, im Interesse der „Ordnung“ ihm, beziehungsweise seinem Schriftführer, der ohnehin als Cand. theol. studirt haben muß, für seine künftigen Stylübungen einige Berücksichtigung der

formalen Logik dringend zu empfehlen. 1) Wenn man erzählt, daß ein Offizier über einen Doktor gesprochen habe, so legt man damit nicht dem Doktor, sondern dem Offizier „Worte in den Mund.“ 2) Wenn von seiner „eigenhändigen Erklärung“ eines Hauptmanns soll die Rede seyn können, so muß der Hauptmann die Erklärung mit eigner Hand geschrieben, oder wenigstens unterschrieben haben. Ueber diese zwei centnerschweren Wahrheiten mag der Verein für Freiheit und Ordnung in Schwabach in seiner nächsten Sitzung berathen und beschließen! —

* Nürnberg, 14. Dez. Dr. Eisenmann schwatzt in seinem deutschen Volksblatt viel kunterbuntes Zeug über die preußische Verfassung, und meint unter Anderm, es wäre von Seiten der Demokraten nicht klug, wenn sie eine unbedingte Opposition gegen diese Verfassung erheben würden, sie sollten dieses undankbare Geschäft vorläufig den Aristokraten überlassen. Das ist aber ja eben das Bedenkliche, daß die Aristokraten, daß die neue preußische Zeitung sich gar nicht tadelnd über die neue Verfassung vernehmen lassen, und wenn Hr. Eisenmann ein nur etwas besserer Politiker wäre, müßte er einsehen, daß dieses Schweigen der Aristokraten beweist, man erwarte keineswegs, daß diese Verfassung auch gehalten werde; man habe sie nur gegeben, um sie gelegentlich wieder zu nehmen, ja man habe sie nur auf dem Papiere gegeben, ohne sie nur in's Leben treten zu lassen. Und daß es wirklich so ist, beweist ja das Wrangel'sche Treiben in Berlin deutlich genug!

J Bamberg, 13. Dez. Die hier in Garnison liegenden Truppenabtheilungen feierten heute auf der „Hainwiese“ ein „Versöhnungsfest“. Ein Versöhnungsfest, werden Sie erstaunt fragen — wie? zerschlagen sich auch diese durch Verblendung und Cajolerie mühsam aufgerichteten Stützen der Unumschränktheit und Willkür, ist auch im Soldatenhandwerk schon Zwiespalt ausgebrochen, wo bis jetzt gegen Innen so barbarische Eintracht geherrscht, die sich in der Einschüchterung und Unterdrückung jeder freien Regung im Volksleben so perfekt erwiesen hatte? — Es ist also; und wenn auch ohne allen politischen Werth, doch nicht ohne Bedeutung. Nachdem die gesuchten und gerne gesehenen Reibereien der Soldaten des 10. Infanterieregiments mit der hiesigen wackern Bevölkerung, trotzdem, daß einige ernste Verwundungen unter der letzteren vorgefallen, ohne allen von den Fanatikern der Belagerungszustände so fieberhaft gewünschten Erfolg geblieben, haben sich die systematisch zu Exzessen aufgeregten Gemüther fraglichen Regiments andere Ableitungswege gesucht und es ist bereits mehreremale zu blutigen Conflikten en masse zwischen diesen und den andern Waffengattungen gekommen. Diese, Cavallerie und Artillerie, durch bessere Mannszucht und Einsicht, sowie freundlichere Gesinnungen gegen die Bürgerschaft bekannt, waren um so leichter aufzubringen, als sie schon zum öfteren das des Soldatenstandes unwürdige Benehmen der „Zehner“ oder „Kroaten“, wie sie diese benamsen, beanstandet und einigemale gebührend zurecht gewiesen hatten. — Schon Sonntag Abend kam es sowohl auf dem Maxplatze als in einer der Casernen zu blutigen Händeln, wo von beiden Seiten von den Säbeln reichlich Gebrauch gemacht wurde. Vorgestern Abends mußte der oben genannte Platz, der wie es schien als Ort des Rendezvous bestimmt war, mit Anwendung der Waffengewalt unter Anwesenheit des kommandirenden Generals in Uniform geräumt werden, wo es nur mit Anwendung aller Energie gelang, die beiden Parteien zu trennen, die Infanteristen mit dem Säbel und die Cavalleristen mit den Bajonetten der beorderten Truppenabtheilungen in die Casernen zu treiben. Zwar liefen die ersteren ihre Gewehre zu holen, kamen aber nicht wieder. — Starke Reiterpatrouillen durchziehen allabendlich die Stadt, die gegen Abend ein ziemlich verödetes Ansehen annimmt. — Bei der Erbitterung der verschiedenen Waffengattungen in hiesiger Garnison, wie man jene gelegenheitlich beobachten konnte, mag die heute anbefohlene Versöhnung im Freien und im frierenden Dezember bei etwas Gefechtem und einer Maas als ein verfehltes resultatloses Manövre betrachtet werden und wenn man sie auch als gelungen darstellen wollte, so gleicht dieß ganz jener berühmten Straßburger telegraphischen Depesche, die uns am 23. Februar besagte: „Alles läßt sich zur Ruhe und Versöhnung an“, während in Paris alles drunter und drüber ging. — Man erwartet daher die baldige Translocirung des 10. Infanterieregiments, was wahrscheinlich auch in Aussicht steht. Dieß ist zu allen Zeiten die beste Versöhnung und wir würden diese bald in ganz Deutschland feiern können, wenn wir alles Feindliche außerhalb der Grenzen des frei sich bewegenden Volkslebens translociren könnten. Doch bei uns scheint die Herrschaft des Säbels nur der Herrschaft des Bettelstabes weichen und das Soldatenhandwerk nur mit dem Verfalle aller Handwerke untergehen zu wollen, — fürwahr eine erfreuliche, trostreiche Aussicht für Deutschland und die Demokratie, nach dem gänzlichen Ruin des Volkes die saubere Erbschaft der Monarchien übernehmen zu müssen. —

München, 10. Dez. Es ist seit etwa 14 Tagen eines der, trotz verschiedenem Widerspruche, sich herrschend erhaltenden beliebten Tagesgerüchte, daß unser König auffallend häufig und lang mit dem französischen Gesandten verkehre, um eine Allianz der süddeutschen Staaten mit Frankreich, den norddeutschen Staaten und resp. Preußen gegenüber, anzubahnen. (Fr. J.)

München, 13. Dez. Die Raufereien in der Türkenkaserne dauern fort. Bei dem Systeme, selbst dem schlechtesten Geiste nicht energisch strafend entgegenzutreten, um „die Leute bei guter Gesinnung zu erhalten“, werden fernere Wiederholungen nicht ausbleiben.

Frankfurt, 9. Dez. Die Besoldungen der Reichsminister für die Periode bis zum 31. Dez. d. J. sind auf monatlich 1000 fl., und die der Unterstaatssekretäre auf monatlich 500 fl., und das Fouragegeld des Kriegsministers auf monatlich 83 fl. 20 kr. festgesetzt. Hr. Bassermann bezieht also z. B. 6000 fl. als Unterstaatssekretär, 5 fl. täglich als Parlamentsmitglied und ebensoviel als Mitglied der zweiten Kammer in Baden! Es ist leicht zu begreifen, daß diese Partei, welche so gut für sich zu sorgen weiß, ihre einträglichen Sitze in der Paulskirche nicht aufzugeben Lust hat; ebenso klar ist auch, daß diese Herren keine Lust zur Republik haben, die jedenfalls ihre Beamten minder hoch bezahlen würde. Vor einem Jahre glaubte man, das System Guizot's leiste in Beziehung auf Corruption das Mögliche; das deutsche Volk muß jetzt zu seinem Schaden lernen, daß Guizot ein Stümper war gegen unsere Politiker in der Paulskirche.

Frankfurt, 12. Dez. Für die in London stattfindenden Friedensunterhandlungen wegen Schleswig-Holstein ist von der Centralgewalt der berühmte Christ und Ritter Bunsen, der persönliche Freund des Königs von Potsdam, ernannt worden.

Frankfurt, 12. Dez. Herr Walter aus Bonn wollte Aufschlüsse in den Fraktionen geben, welche alle Befürchtungen und Vorurtheile beseitigen sollten, die man hier gegen die deutsche Gesinnung der preußischen Regierung hegen könnte. In dieser guten Absicht hat er denn auch einen Brief mitgetheilt, wornach der König gedroht haben soll, daß Preußen sich zurückziehen müsse, „wenn Oesterreich sich genöthigt sähe, an Deutschland keinen Antheil zu nehmen.“ (D. Z.)

Frankfurt, 13. Dez. Die gestrige Abendversammlung beim Reichsverweser war sehr besucht; nur die entschiedene Linke hatte sich gänzlich ausgeschlossen. Von politischer Bedeutung scheint nichts vorgekommen zu sein; man war nur etwas beunruhigt durch das umlaufende Gerücht, daß sich in Paris ein neuer Barrikadenkampf erhoben habe. Ueber Oesterreich sprach man wenig. Alles, selbst die hohen Offiziere, war im schlichten Frack ohne Orden erschienen. Jeden Dienstag sollen sich diese Abende wiederholen. D. A. Z.

Wien, 11. Dez. Seit gestern circuliren hier folgende Gerüchte: Eines sagt: Der junge Kaiser werde sich in kurzer Zeit mit einer russischen Prinzessin verheirathen und der Kaiser von Rußland sey gesonnen, derselben Russischpolen zur Morgengabe mitzugeben, wogegen er sich die europäische Türkei zueignen dürfte. Ein anderes sagt: zwischen Oesterreich, Preußen, Rußland und England sey ein Schutz- und Trutzbündniß zur Aufrechthaltung des territorialen status quo geschlossen worden.

Wien, 12. Dez. Die heutige Wienerzeitung enthält abermals Aufforderungen zur Waffenablieferung, unter Hinweisung auf die standrechtliche Behandlung derer, welche vorsätzlich Waffen verweigern. Ueberhaupt wird nachträglich erklärt, daß das standrechtliche Verfahren noch fortbesteht. Herr Windischgrätz ist ein Mann von Wort.

* Berlin. Der König hatte vor einigen Tagen an eine Breslauer Deputation eine in hohem Grade taktlose Rede gehalten, worin er unter Anderm die Treue des Landvolks gegenüber den Städtern hervorhob, und ferner äußerte: „Meine Feinde, (Leute, die nicht werth seyen, den schönen Namen Preußen zu tragen,“ sind heute gewesen, wie immer, sie sind feige gewesen.) Die demokratische Korrespondenz

spricht sich darüber folgendermaßen aus: „Wir wollen uns auf konstitutionellen Boden stellen und die Person des Königs aus dem Spiele lassen. Alsdann aber erheben wir die schwerste aller Anklagen gegen das Ministerium. Zwar kein positiver Paragraph des allgemeinen Land-Rechts macht es bei uns wie in Frankreich und Belgien zum Verbrechen, den Haß einer Klasse von Bürgern gegen die andern aufzustacheln; denn als das Land-Recht redigirt ward, gab es in Preußen noch keine Klassen. Aber nichtsdestoweniger bleibt es von einem Minister unverantwortlich, bei irgend einer Gelegenheit der Krone Worte in den Mund zu legen, welche die Nation in zwei Hälften spalten, welche das Landvolk gegen die Städtebewohner aufreizen u. s. w. Doch Thoren, die wir sind. Konstitutioneller Boden, verantwortliche Minister! — Lauter Lügen, lauter Schattenbilder. Nur eins ist wahr: die Revolution, welche die Krone gemacht hat. Nur eins wird wahr seyn: die Revolution, welche diejenigen machen werden, die ihre Ehre und ihren Ruhm darein setzen, „nicht werth zu seyn, den schönen Namen Preußen zu tragen.“ Diese „Feinde des Königs“ werden ihrer Zeit schon zeigen, ob sie jenen, dem gefallenen Löwen gegebenen Eselsfußtritt, das schmachvolle Prädikat: „meine Feinde sind heute gewesen wie immer, sie sind feige gewesen“ — wirklich verdienen. Es gibt noch Leute genug in Berlin, welche der Nacht vom 18. auf den 19. März gedenken und die Erinnerung an gewisse Vorgänge und Aeußerungen in den Sälen des Schlosses ist nicht im Friedrichshain begraben. Es gibt noch Leute genug, welche selbst von den „Zuzügen“ „der braven Bauern“, vor dem „trefflichen Sinn“ „meines lieben Landvolks“ keine Furcht haben. Und diese Leute werden zur rechten Zeit an diese Rede sich erinnern und die Abrechnung wird dann eine furchtbare seyn. — Jedenfalls aber kann die demokratische Partei dem Ministerium und der Krone für diese Rede nur dankbar seyn; denn dieses plumpe Triumphiren der brutalen Macht, dieses insultirende Herumtrampeln auf den, nicht etwa im ehrlichen politischen Kampfe besiegten, sondern durch die rohe Gewalt niedergeworfenen Feinde, diese schroffe Sonderung des Landes in Schafe und Böcke — sie werden kräftigere demokratische Propaganda machen als die feurigsten Klub-Reden und die besten Journalartikel. Diese Rede wird aber und abermals zeigen, daß die preußische Verfassung keine Wahrheit ist, sondern eine schamlose Lüge von Anfang bis zum Ende. Für die krokodillgepanzerte Natur des deutschen Philisteriums bedarf es solcher Kolbenschläge.

DC Berlin, 12. Dez. Gestern Abend sollen wie man in gutunterrichteten Kreisen und auch an der heutigen Börse erzählt, telegraphische Depeschen aus Paris eingetroffen sein, deren Inhalt man als sehr unangenehm bezeichnet, und welche einen bis tief in die Nacht dauernden und wie es heißt sehr lebhaften Ministerrath zur Folge hatten. — Abermals ein Gewaltstreich! Gestern Abend um 9½ Uhr erhielt der Haupteigenthümer der seit 5 Tagen wieder erscheinenden Zeitungshalle eine Verfügung des Polizeipräsidenten, des Inhalts, daß „der Oberbefehlshaber der Marken“ es für gut befunden, das fernere Erscheinen dieses Blattes zu verbieten, und daß der Polizeipräsident die Redaktion mit der Warnung davon in Kunde setze, das Blatt fortan nicht mehr auszugeben, widrigenfalls es mit Beschlag belegt werden, und der Oberbefehlshaber der Marken die ferneren Maßregeln sich vorbehalten würde. Die Gründe dieser Maßregeln sind in dem Hattischeriff des Oberden von Berlin gar nicht angegeben. Sie volo, sic jubeo: nit pro ratione voluntas! — Dieselben Reibungen zwischen Artilleristen und Soldaten anderer Truppentheile, die letzthin in Trier und andern Orten vorgefallen sind, fangen an auch hier einzutreten. So kam es namentlich gestern Abend in einem Bierkeller am Kupfergraben zwischen Artilleristen und Soldaten des berüchtigten Regiments Colberg (9. Inf.-Reg. vom Volk gewöhnlich Pommersche Druffer genannt) zu einer sehr ernsten Schlägerei, in welcher die Artilleristen den Kürzern zogen. — Die am 9. Novbr. in der Majorität verbliebenen Abgeordneten fangen schon an in ihrer eigenen Person die Folgen ihrer politischen Niederlage zu fühlen. So sind Landrath Reuter und Landrath Bauer von Krotoschin schon von ihren Aemtern suspendirt worden und werden ähnliche Maaßnahmen gegen andere Abgeordnete, welche auch Beamte waren, noch vorbereitet. Ja, man versichert sogar, daß das geheime Ober-Tribunal, auf Anstiften seines Chefpräsidenten, gegen den Wiedereintritt Waldecks Bedenklichkeiten erhebt, die zwar sehr unbegründeter Natur sind, aber doch zu Wege bringen, daß Waldeck's Thätigkeit, die auch im Ober-Tribunal vielen Leuten anstößig war, gehemmt wird. — Der gestern im Claaßerschen Prozeß von Stieber erhobene Einwand der Incompetenz unserer Criminalgerichte in allen Prozessen, für welche Art. 93 der Verf. Geschwornengerichte zusagt, ist in der heutigen Plenar-Sitzung des Criminalgerichts für unzuläßig erklärt worden. Es wird sonach, bis das Gesetz über die Geschwornengerichte erscheint, bei dem bisherigen Gerichtsverfahren sein Bewenden haben, und auch der morgen beginnende politische Prozeß gegen Dowiat und Genossen wird vor der ersten Abtheilung des Criminalgerichts verhandelt werden.

Dresden. Die ersten sächsischen Wahlen sind nach dem Vorschlag des Vaterlandsvereins (demokratisch) ausgefallen. Advokat Fritzsche in die zweite, Advokat Bormann in die erste Kammer. Sie wurden in Tharand gewählt.

Schweiz.

Biel. * Als Centralorgan der deutschen Flüchtlinge im Auslande erscheint hier seit 1. Dez. unter der Redaktion von J. Ph. Becker und Alfred Michel eine Wochenschrift: Die Revolution, von der ein Probeblatt vor uns liegt. Die Söhne Deutschlands, welche das deutsche Volk durch seine Fürsten aus dem Lande jagen ließ, weil sie den Gedanken der Revolution richtiger erfaßten, als die Masse des Volkes, oder mehr Muth besaßen, um ihn praktisch zu machen, schmachten jetzt seit 8 Monaten in der Verbannung. Ungebeugt durch das Unglück, harren sie des Augenblickes, wo das Volk, das sie verstoßen ließ, sie rufen wird, um vereint mit ihnen das große Werk der Befreiung zu beginnen, dessen blutige Nothwendigkeit mit jedem Tage einleuchtender wird. Und in der Zwischenzeit suchen sie die Geister vorzubereiten auf den großen Akt der Erhebung, sie aufzuklären über die in dem Wesen der Dinge gegründete Fortentwickelung unserer kaum begonnenen Revolution, die nicht früher als geschlossen betrachtet werden kann, als bis die volle Freiheit Aller errungen ist. Die „Revolution“ stellt sich als Hauptaufgabe: Entschiedene Vertretung der Interessen der sogenannten untern Volksklassen, Bekämpfung der Nationalvorurtheile, wo wir sie treffen mögen, Verbreitung der Idee einer Volkerassociation. Das Blatt will zugleich auf Einigung aller republikanischen Parteien hinwirken: eine sehr vernünftige Aufgabe, denn nichts ist lächerlicher, nichts hat der deutschen Demokratie mehr geschadet, als die inneren, oft so kleinlichen und nutzlosen Zwistigkeiten einer Partei, welche dem starken und einigen Feinde gegenüber nur durch Einigkeit imponiren kann und die Darlegung ihrer Meinungsverschiedenheiten, unbeschadet der Prinzipien, recht gut auf die Zeit vertagen könnte, wo der gemeinsame Feind besiegt sein wird. Da für die „Revolution“ Talente in Deutschland, der Schweiz, Frankreich und Polen gewonnen sind, so kann sie für ein Organ der ganzen demokratischen Weltbewegung gelten, und in der That finden wir in der Probenummer treffliche Artikel über Deutschland, die Schweiz, Frankreich, Italien und Polen.

Republik Frankreich.

Straßburg, 12. Dec. Das Ergebniß der Präsidentenwahl in unserer Stadt lieferte 8302 für Cavaignac und 7438 für Ludwig Napoleon. Wie es scheint, hat die Mehrzahl der Besatzung zu Gunsten Bonaparte's gestimmt. Die Nachrichten aus den übrigen Cantonen sind bis jetzt gegen alles Erwarten keine der Candidatur Cavaignacs günstige. (A. a. Z.)

Italien.

Die 1500 Franzosen vor Civita vecchia warten nur auf Befehle von Gaeta, um zu landen und gegen Rom vorzurücken.

Anzeigen.

Erklärung.

Persönliche Feinde und Feinde der politischen Partei, der ich angehöre, suchen absichtlich meinen Namen mit dem gerichtlich verfolgten Julius Elsaßer zu verwechseln, was ich hiemit als elende Verleumdung mit dem Bemerken erkläre, daß ich bis jetzt noch nie gerichtlich verfolgt wurde und es auch dazu keiner öffentlichen Vorladung bedürfen würde, da ich zu jeder Zeit in meiner Wohnung, Königsstraße Nr. 261, in Fürth anzutreffen bin.

Albert Ascher Elsasser.

Gedruckt — unter Verantwortlichkeit der Verleger — bei J. L. Stich.
Expedition S. 39 im Gasthof zum König Otto II. Etage.

Der freie Staatsbürger.

Erscheint täglich. Preis in ganz Bayern vierteljährlich 1 Fl. 30 Kr. halbjährlich 3 Fl., jährlich 6 Fl.

Organ der Demokratie.

Inserate werden die zweispaltige Petitzeile zu 4 1/2 Kr. berechnet. Die Abonnenten haben für die Hälfte des Abonnementpreises Inserate frei.

Nr. 75. Nürnberg, Sonntag, den 17. Dezember 1848.

Der Märzverein.

Mit der erwachenden Natur des Jahres 1848 erhob sich die deutsche Nation zur Freiheit und Würde; mit der ersterbenden Natur desselben Jahres muß sie sich bereits fragen, ob ihr Erwachen Traum oder Wirklichkeit war. Die Errungenschaften des Märzes sind zum Theil schon Verlorenschaften des Novembers geworden. Wir sind in voller Reaktion begriffen. Die besiegten Feinde: Absolutismus, Aristokratie, Hierarchie und Bureaukratie, unzufrieden, daß sie nicht mehr in alter Weise das Volk ausbeuten können, erstehen aller Orte auf's neue; unsere beiden ruhmreichen Hauptstädte und ganze Länderstrecken sind von der reaktionären Macht in ihrer gefährlichsten Form, in der des Militärdespotismus, überwältigt worden. Die Reaktion spricht von der Freiheit und schlägt sie todt. Spät, aber hoffentlich noch nicht zu spät, entdecken die Freunde der Freiheit und des Rechts, daß sie die Kräfte der im März niedergeworfenen Volksfeinde unterschätzt und thöricht gehandelt haben, indem sie sich in Parteien spalteten und unter einander bekämpften. Um so dringender thut es Noth, daß alle Deutschen, welche aufrichtig die Freiheit und die Einheit erstreben, sich zusammenschaaren und wie ein Mann für das schwarz-roth-goldene Banner kämpfen.

Aber nicht mit Fäusten und Eisen gilt es heute zu kämpfen. Das deutsche Volk darf nur sprechen: So will ich es, — und es geschieht. Seinem ruhig und entschlossen erklärten Willen kann nichts widerstehen, je fester und würdevoller seine Stimme ertönt, desto eiliger werden die reaktionären Gewalten in die Nacht des Schweigens entweichen. Der Boden des Gesetzes ist unerschütterlich; und die friedlichen Mittel führen, wenn auch langsamer, doch nachhaltiger zum Siege. Welch' ein Unglück für das deutsche Vaterland, wenn die verblendeten Gegner das Volk dazu treiben, in der Verzweiflung seines Herzens sie auf ihrem eigenen Boden zu bekämpfen und sie mit ihren eigenen Waffen niederzuschlagen.

Die Mitglieder des Centralvereins haben während des ganzen Verlaufes ihrer Wirksamkeit in der Nationalversammlung eine ruhige aber rückhaltslose Durchführung der großen demokratischen Grundsätze verlangt. Sie verabscheuen die Anarchie, von wo sie auch komme; allein sie können keine Anarchie darin erblicken, daß der Strom unsrer edlen Revolution befruchtend durch alle Gefilde des Volkslebens geleitet werde. Ihrer Ueberzeugung nach ist das einzige wahre Mittel gegen die Anarchie, von unten die Gerechtigkeit gegen diejenigen, welchen man anarchische Bestrebungen zutraut. Die Handvoll Böswilliger, welche etwa aus niedrigen Beweggründen vom Aufruhr leben wollen, kann von der bürgerlichen Gesellschaft mit Leichtigkeit im Zaume gehalten werden. Ganz andere Mittel und Anstrengungen dagegen erheischt die Anarchie von oben, da ihr organisirte Kräfte zu Gebote stehen, welche der Reform bisher unzugänglich waren.

In dem Mangel dieser Reformen müssen wir eine Hauptquelle unserer gegenwärtigen krankhaften und unbefriedigenden Zustände erblicken. Erst der Vollzug solcher Umgestaltungen wird der Freiheit ihre erhabene Ruhe und dem Gesetze seine unverletzliche Würde sichern. Dahin mögen unablässig die ächten Freunde des Vaterlandes wirken, wenn es mit ihm besser werden soll.

Zunächst nun bedarf es zur Bekämpfung des Absolutismus der vokommensten Eintracht seiner Feinde. Die erstarkte Reaktion wird nicht überwunden werden, wenn man ihr nicht täglich in geschlossenen Gliedern den Krieg macht. Die Nation ist verloren, wenn sie das große Wort vergißt: „Hilf dir selbst, so wird der Himmel dir helfen"

In seinem Aufrufe an das deutsche Volk hat der Frankfurter Centralverein die Grundlinien hingezeichnet, auf welchen ein deutscher Gesammtverein, eine Nationalverbrüderung zum Schutz und Ausbau der Märzerrungenschaften stark und siegreich erstehen kann. Die Männer des Volkes in Frankfurt bezwecken ein großartig-gemeinsames Handeln aller Freiheitsfreunde im großen deutschen Vaterlande, und stellen sich an die Spitze des Märzvereins, damit die Einheit, Entschiedenheit und Schnellkraft jenes Handels für Freiheit und Volksrecht eine Wahrheit werde.

Darum zaudere kein freigesinnter Mann, in alten oder neuen Vereinen seine Kraft dem höchsten Zwecke zu weihen, ohne welchen die Wohlfahrt Aller und jedes Einzelnen undenkbar ist. Das Vaterland richtet seinen Mahnruf an jeden seiner Söhne, der ein Herz hat für des Lebens edelste Güter. Ihr alle, wie ihr euch nennen mögt, — Konstitutionelle, Demokratisch-Konstitutionelle, Demokraten und Republikaner, — vergesset eure untergeordneten Verschiedenheiten und Streitigkeiten und bildet mit uns einen großen mächtigen Verein. Schaut hin auf die Einheit und Geschlossenheit des vielgestaltigen Feindes und — lernet vom Feinde! Nicht minder lernt von den Volksfreunden in Großbritannien, welche durch enge Vereinigung und rastlose Ausdauer hundertjährige Mißbräuche zu Boden geworfen haben. Wollen wir nicht alle, daß durch volksthümliche Einrichtungen die Nation verjüngt werde? Nun, so laßt unsere Herzen in Einem großartigen Pulsschlage zusammenwirken und — des sicheren Sieges gewärtig sein!

Frankfurt a. M., den 7. Dezember 1848.

(Vom Märzverein.)

Vereinigte Staaten von Deutschland.

• Nürnberg, 16. Dez. Ronge ist hier angekommen und wird einige Wochen hier bleiben. Seine Abreise von München fand unter Umständen Statt, welche für die bayrischen Zustände charakteristisch sind. Ohne abzuwarten, bis Ronge aus eigenem Antriebe abreisen oder um Verlängerung seiner Aufenthaltskarte nachsuchen würde, stellte man ihm dieselbe mit dem Bemerken zu, sie könne nicht erneuert werden, weil Ronge seine Thätigkeit nicht darauf beschränkt hätte, die junge Gemeinde zu kräftigen, sondern die katholische Geistlichkeit angegriffen u. den Religionsfrieden gestört hätte, in welcher Beziehung eine Deputation von Bürgern Beschwerde eingelegt habe. Ronge, welcher ohnehin entschlossen war, am folgenden Tage abzureisen, und dieß schon öffentlich angekündigt hatte, schrieb der Polizei zurück: seine Abreise sey ohnehin auf den 15. festgesetzt gewesen, sonst würde er es auf Gewaltmaßregeln ankommen lassen. Uebrigens habe die katholische Geistlichkeit ihn mehr angegriffen, als er sie. Der Vorstand der deutschkatholischen Gemeinde hat gegen diese Art von Polizeiausweisung Protest eingelegt und man ist entschlossen, diesen Protest bis zu den höchsten Stellen zu verfolgen. Die schwarze Partei in München erhebt wieder mächtig ihr Haupt; nach dem Ergebniß der Landtagswahlen hofft sie in Bälde auf ein Ministerium Abel.

• Nürnberg, 16. Dez. Das Wahlergebniß in Nürnberg und Bamberg, wo die konstitutionelle Partei ganz oder theil-

weise unterlegen ist, hat eine Reihe von Zeitungsartikeln hervorgerufen, in denen sich der Aerger der besiegten Partei Luft macht. Anstatt das ehrliche Bekenntniß abzulegen, daß sie unterliegen mußte, weil sie durchaus keinen Boden im Volke hat, sucht sie die Schuld ihrer Niederlage ganz unschuldigen Personen aufzubürden. Wenn wir in diesen Zeitungsartikeln, wie sie der Korrespondent und die N. M. Z. zu Dutzenden bringen, die konstitutionelle Partei sich unter einander selbst zerfleischen, wenn wir den konstitutionellen Verein wegen seiner Verbindung mit den demokratischen Vereinen, die angeblich konstitutionellen Bürger aber andererseits wieder wegen ihrer Schläfrigkeit und Lauheit angegriffen sehen, so kann uns Demokraten das nur ein heiteres Schauspiel gewähren, da es die gänzliche Desorganisation der konstitutionellen Partei beweist. Wenn aber von konstitutioneller Seite den demokratischen Vereinen Unredlichkeit und ein Bruch eingegangener Verpflichtungen vorgeworfen wird, so muß dieß als eine gemeine Lüge bezeichnet werden, der sich namentlich der Verfasser des Artikels: Landtagswahlen zu Nürnberg und Bamberg in Nro. 145. der N. M. Z. schuldig gemacht hat. Wir werden in einem spätern Artikel die konstitutionellen Stimmen, welche sich seit 7. Dez. hören ließen, etwas näher kritisiren, vorläufig aber wollen wir nicht verschweigen, daß wir keinen Namen finden für die Schamlosigkeit, mit welcher die demokratischen Vereine der Wahlbevormundung angeklagt werden, von einer Partei, welche im April auf eine unerhörte Weise, mit Mißbrauch der Amtsgewalt, die Wahlen bevormundete, und bei den letzten Wahlen ganz dasselbe that, was die demokratische Partei, nur freilich mit dem gewaltigen Unterschied, daß sie im April siegte („aber fragt mich nur nicht, wie?"), während sie im Dezember unterlag. —

(F) München, 14. Dez. Wie ich früher berichtet, ging im hiesigen demokratischen Vereine der Beschluß durch, sich dem Frankfurter Merzvereine anzuschließen. Nun hat er zur Constituirung eines solchen Zweigvereines die ersten Schritte gethan, indem er einzelne Mitglieder aufforderte, daß jeder bei seinem Stande für den Anschluß an den Verein wirken möge. Der größere Theil unserer freisinnigen Studentenverbindungen wird sich anschließen.

München, 14. Dez. Wie man vernimmt, wird die Löhnung der Soldaten der hiesigen Besatzung um 1¼ kr. erhöht, so daß der gemeine Mann statt seiner seitherigen 7¾ kr. täglich 9 kr. erhalten würde.

P Aus dem Ries, 14. Dez. Friedrich Rohmer hat als Kandidat um eine Abgeordnetenstelle in Nördlingen gesagt, „daß die Monarchie, um ihr Bestehen sicher zu stellen, der Republik durch freisinnige Gesetze und Institutionen den Rang abzulaufen habe." Wir erzählen das nicht, um ihm zu Ehren hier eine Weihrauchwolke aufsteigen zu lassen: er hat keine verdient. Wir erzählen es, weil wir durch Entgegennahme unserer herrlichen Wahlresultate auf dem Punkte angekommen sind, zu glauben, daß die nächste Kammer zu diesem Rangablaufen ganz geeignet sei. Der Stadtpfarrer Messerschmid von Oettingen scheint sich jetzt schon üben zu wollen, und es ist zur Ueberzeugung gewordene Hoffnung vorhanden, daß er es zu einem sehr gravitätischen Krebsgang bringen wird. Wie wird erst der Minister v. Abel Alles hinter sich lassen! Zwei von den von uns gewählten Abgeordneten, nämlich der Brauer Fischer von Monheim und der Mühl- und Gutsbesitzer Hauck von Alerheim, gehen bei dem Rangablaufen jedenfalls nicht voraus: sie sind von ziemlich, ja! sehr massenhafter Konstitution, und da wird es nöthig seyn, daß Andere, welche vielleicht nicht viel leichter seyn dürften, vorher den Konstitutionsboden untersuchen. Der Dritte, Advokat Dr. Grießmaier aus Neuburg, hat bei Ablegung seines politischen Glaubensbekenntnisses in Nördlingen die Merzerrungenschaften „Geschenke des Königs" genannt, und dem nach zu schließen, dürfte der sich mehr auf's Bettelngehen als auf's Rangablaufen verlegen. Das sind herrliche Aussichten, und unsere Kinder, welche an den Vorkommenheiten der Gegenwart großen Geschmack finden, freuen sich auf die in Aussicht stehenden Geschichten — die Wauwaugeschichten abgerechnet! — mehr, als auf den heiligen Christ.

Frankfurt, 14. Dez. Das unbedingte Veto wurde in der heutigen Sitzung verworfen, wogegen sich Vincke, Schwerin und Genossen schriftlich zu Protokoll verwahren. Angenommen wurde mit 274 gegen 187 Stimmen der Antrag Fallati's und Genossen: „Ein Beschluß des Reichstags, welcher die Zustimmung des Reichsoberhaupts nicht erlangt hat, darf in derselben Sitzung nicht wiederholt werden. Ist ein Beschluß vom Reichstage in drei ordentlichen Sitzungen nacheinander und nach abermaliger Erwägung unverändert gefaßt werden, so wird er zum Gesetze, auch wenn die Sanktion des Reichsoberhaupts nicht erfolgt, sobald der Reichstag sich schließt." Man kehrte hierauf wieder einmal zu der zweiten Lesung der Grundrechte zurück.

Frankfurt, 14. Dez. Schmerling will bei der Nat.-Versammlung die Ermächtigung für die provisorische Centralgewalt beantragen, mit der österreichischen Regierung die Verhandlungen zum Zweck vorbereitender Verständigung über die möglichen Grundlagen der möglichen Verbindung Oesterreich's mit Deutschland einzuleiten; d. h. er will freie Hand haben, um die Entscheidung zu treffen, daß Deutschland von Oesterreich an's Schlepptau genommen werde. Das Reichsministerium gedenkt die Annahme dieses Antrags zur Kabinetsfrage zu machen.

Wien, 10. Sept. (Ein Vorbote des Staatsbanquerouts.) Die Landesregierung hat bereits eine Ausnahme von der Bestimmung, daß die Noten der Bank bei allen Kassen als baares Geld angenommen werden müssen, eintreten lassen. Wer auf ausländische Zeitungen bei den österreichischen Postanstalten pränumeriren will, muß den Pränumerationsbetrag in klingender Münze erlegen. Es dürften bald mehrere Ausnahmen nachfolgen; und dann kann wohl kein Zweifel mehr übrig seyn, daß Papiergeld eine Chimäre ist.

DC Berlin, 12. Dez. Der Artikel 57 der neuen oktroyirten Verfassung nimmt außer einer Civilliste von 2½ Millionen jährlich auch das sogenannte Kronfideikommiß als Privateigenthum für den König in Anspruch. Es wird daher nöthig seyn, die Entstehungsgeschichte des sogenannten Kronfideikommisses genau zu erforschen, damit die Wähler, wenn sich etwa aus Versehen unter diesen „Krongütern" Staatseigenthum befinden sollte, es ihren neuen Abgeordneten strenge zur Pflicht machen, dieses zurückzufordern. Wir fragen daher hierdurch öffentlich die von dem ehemaligen vereinigten Landtag zur Ueberwachung der Tilgung der Staatsschuld gewählte Kommission, nämlich die HH. Grabow, v. Brodovski, Diergardt, v. Olvers, Graf Zech-Burkersrode, Prinz zu Hohenlohe Ingelfingen, Graf Schwerin und Sperling, welche geschworen haben, treue Wächter zu seyn, wie es sich mit den von ihnen gestellten Bedenken und Erinnerungen gegen die Verwaltung der Staatsschuld verhält, namentlich, ob folgende Behauptungen in der That wahr sind: 1) daß von der Kontribution, welche Frankreich gezahlt hat, um das preußische Volk für dem französischen Heere gemachte Lieferungen zu entschädigen, 7,000,000 Thaler theils zur Tilgung von Schulden, die auf den Kronfideikommißgütern hafteten, theils zum Ankauf von neuen Kronfideikommißgütern verwendet worden seyen; 2) daß die Zinsen der statt ausgegebener Kassenanweisungen niedergelegten Staatsschuldscheine vermittelst eines künstlichen Manövers nicht in die Staatskasse, sondern in die Privatkassen gewisser Personen in sehr hohen Regionen geflossen seyen. Wir erwarten von der Ehrenhaftigkeit und der Pflichttreue der genannten Herren, daß sie diese Fragen öffentlich beantworten werden. Der demokratische Ausschuß zur Ueberwachung der Verwendung öffentlicher Gelder.

Berlin, 12. Dez. Dr. Oppenheim, der der polizeilichen Ausweisung längere Zeit Widerstand entgegengesetzt hatte, ist heute früh genöthigt worden, mittels Zwangspaß die Stadt zu verlassen.

Es wird versichert, daß Dr. Schütte vor einigen Tagen hier angelangt sei und nach kurzem Aufenthalt sich nach Hamburg begeben habe, von wo er bereits nach Amerika abgegangen seyn soll.

DC Berlin, 15. Dez. Dowiat's Prozeß. Erster Tag. — Heute Vormittag um 9 Uhr begannen vor der ersten Abtheilung des Kriminalgerichts, aus neun Richtern bestehend — die Anklage muß demnach eine sehr schwere seyn — unter Vorsitz des Kriminal-Direktors Harrassowitz, die Verhandlungen gegen Dowiat und 16 Mitangeklagte. Der Staatsanwalt Sethe wird die Anklage begründen. Der einzige Vertheidiger für alle Angeklagten ist der Referendär Meyen. — Die Anklageakte: In Folge der am 20. Aug. in Charlottenburg vorgefallenen Excesse gegen den dortigen demokratischen Klub war hier eine große Aufregung entstanden, welche durch ein Plakat des demokratischen Klubs vom 21. noch mehr genährt wurde. Zum 21., Abends 7 Uhr, war eine Volksversammlung vor dem Opernhause angesetzt. Von der Treppe des Opernhauses herab sprachen mehrere Redner. Der Angeklagte Dowiat habe dem Volke zugerufen: „Die Bourgeoisie ist an Allem

schuld und außerdem noch das aus Krämern zusammengesetzte Ministerium. Wir müssen daher das Ministerium stürzen.“ — Hierauf sey das versammelte Volk vor das Ministerium des Innern gezogen. Das Thor wurde vom Volke mit Gewalt gesprengt, da der Minister Kühlwetter aber nicht anwesend war, so zog man vor das Palais des Ministerpräsidenten in der Wilhelmsstraße. Eine Deputation, bestehend aus Dowiat, Edgar Bauer u. Andern, begab sich zu den Ministern und verlangte von ihnen Freilassung der politischen Gefangenen, Entlassung der Schutzmänner und strenge Untersuchung der Charlottenburger Ereignisse. Während dessen erschienen eine Abtheilung Schutzmänner, welche (die Anklageakte sagt, nach geschehener mündlicher Aufforderung zur Räumung des Platzes, wovon aber die Zeugen nichts gehört haben wollen), mit blanker Waffe auf die Rampe vor dem Ministerhotel stürzten. In Folge dessen warf man die Schutzmänner mit Steinen, wodurch viele verwundet wurden, warf sämmtliche Fenster ein und brach die eisernen Gitter der Rampe und der Einfassung unter den Linden ab, auch wurde der Anfang zum Bau einer Barrikade gemacht. — Dowiat hielt hierauf eine glänzende Rede, worin er den Richtern seinen Standpunkt klar darlegte, auch beinah alle Anschuldigungen der Anklageakte zugestand. Zuerst hob er seine ungünstige Stellung hervor, indem er den ihm gegenübergestellten 50 Belastungszeugen nur einen Entlastungszeugen gegenüberstellen könne, da die andern entweder ausgewiesen oder auf der Flucht sind. Aber doppelt ungünstig ist seine Stellung geworden, nach dem großen Sieg, den das Gouvernement in letzter Zeit errungen. — Die Hauptanklage sey besonders darauf gerichtet, daß er das Ministerium habe stürzen wollen. Die Anklageakte legt besonders Gewicht auf die Worte: „Die Bourgeoisie ist an allem Schuld und außerdem noch das aus Krämern zusammengesetzte Ministerium.“ Aus dem Zusammenhang gerissen, scheinen diese Worte ganz unbegründet; der Redner entwickelt daher seine damalige Stellung: „Ich war kurz vorher von Paris gekommen, wo ich am Grabe der Republik stand. Ich hatte dem großen sozialen Kampfe beigewohnt aus dem die Bourgeoisie als Siegerin hervorging. Alle Hoffnungen der Februarrevolution, dieser rein sozialen, waren wieder vernichtet.... Der französischen Bourgeoisie steht die rheinische würdig zur Seite und den reinsten Ausdruck dieser Bourgeoisie, den Bourgeois vom reinsten Wasser, Hrn. David Hansemann finde ich an der Spitze meines Vaterlandes. Er macht national-ökonomische Experimente, deren Mißlingen nur auf das Proletariat, auf den sogenannten vierten Stand zurückfällt. An seiner Seite stand der erste Büreaukrat, der jene denkwürdigen Worte sprach: „„Der Staat, der die größten Freiheiten hat, muß auch die größte Polizei haben.““ Von einem solchen Ministerium konnte ich die Lösung der socialen Frage nicht erwarten, darum wollte ich es zwingen, abzudanken.“ Dowiat vertheidigt sich hierauf gegen die Angriffe, welche man gegen ihn hinsichtlich seiner früheren Stellung als deutschkatholischer Prediger gemacht. Er war Socialist von jeher. Da man unter den früheren Verhältnissen nicht offen hervortreten durfte, so wählte er die Kanzel der Deutschkatholiken. um von dieser Stelle Opposition gegen die Regierung zu machen. Endlich kommt er auf das Fenstereinwerfen des Ministerhotels, welches als Aufruhr bezeichnet ist. „Nicht, daß einem Manne die Fenster eingeworfen worden, sondern einem Minister, einem Mandarin vom blauen Knopfe, und daß ich von diesem Mandarin die Freilassung der politischen Gefangenen forderte, wird mir als Verbrechen angerechnet.“ Dowiat schließt seine Rede ungefähr mit folgenden Worten: „Wenn auch ein Revolutionär nach dem andern unschädlich gemacht wird, die Revolution selbst wird nimmer getödtet werden. Wenn in politischer Hinsicht Alles befriedigt seyn so bleibt uns dann die soziale Frage und das Proletariat. Hierauf werden eine Menge Zeugen vernommen. Die Zeugenverhöre werden morgen und übermorgen fortgesetzt werden.— Aus glaubwürdiger Quelle wird uns mitgetheilt, daß am Tage der Veröffentlichung der Verfassung französische und englische Uebersetzungen derselben nebst raisonnirenden Artikel von Seiten unserer Machtinhaber nach Paris und London an die dortigen reaktionären Blätter, wie Journal des Débats, Morning chronicle ꝛc., zur Aufnahme gesandt wurden. Die Vermittlung der Gesandtschaften ist möglich. Der Staatsanzeiger hat nun das angenehme Geschäft, diese Reclamen der Pariser und Londoner Zeitungen in's Deutsche zurückzuübersetzen und täglich abzudrucken. Eine hohe Person legt auf die Artikel der englischen Zeitungen über unsere Verhältnisse einen besonders hohen Werth. — Nach den unausgesetzten Verfolgungen, welchen unser „Kladderadatsch“ vom General Wrangel ausgesetzt war, kam es gestern um so überraschender, als derselbe ohne weitere Veranlassung gestern dem Verleger dieses Witzblattes anzeigen ließ, daß dem Erscheinen desselben während des Belagerungszustandes nichts mehr im Wege stehe. In Folge dessen ist schon heute eine neue Nummer erschienen. Auch die „Locomotive“ und der „Publicist“ sind wieder erlaubt. — Held's Weihnachtsstube ist gestern Abend ebenfalls mit Erlaubniß Wrangel's dem zahlreich zuströmenden Publikum geöffnet worden.

Wir befinden uns hier, heißt es aus Delitzsch, so gut wie unter einem Belagerungszustande. Zehn Personen sind bereits verhaftet und nach der Festung Torgau geschafft. Von Merseburg ist ein Regierungsrath hier eingetroffen, der die Ruhe wieder herstellen soll.

In Halberstadt ist, wie die Neue Preußische Zeitung berichtet, Wislicenus, der auf die Nachricht, daß er steckbrieflich verfolgt werden solle, aus Hamburg am 9. Dez. dahin zurückkehrte und sich vor dem Criminalgericht gestellt hatte, sofort verhaftet worden. — Am Tage vorher war es dort bei Gelegenheit der Verhinderung eines Ständchens, das die Demokraten mehreren Mitgliedern der Landwehr bringen wollten, zu Excessen gekommen, die jedoch keine weiteren Folgen hatten.

• Breslau, 11. Dez. In jener gelegentlich gestern von uns erwähnten Audienz einer Breslauer Deputation beim König von Preußen hatte der letztere unter Anderm auch geäußert: „Ich muß es Ihnen frei heraussagen, ich bin überzeugt, daß die Behandlung, welche mir durch die Breslauer Deputation im Merz geworden, das Verletzendste war, was einem König in dieser Beziehung je geboten wurde.“ Der Abg. Stein, ein Mitglied jener Merzdeputation, stellt dieser Aeußerung, unter Berufung auf seine damaligen Collegen, die Antwort gegenüber, welche der König im Merz dieser Deputation ertheilte: „Ich danke Ihnen, meine Herren, sagte der König, daß Sie gekommen sind; ich sehe mit Freuden Männer mit den populärsten Namen vor mir; wirken Sie fort für Erhaltung der Monarchie, wie Sie bisher gewirkt haben, so werden Ihre Namen in der Geschichte gesegnet seyn.“ Kann man den Unterschied zwischen dem Merz- und Dezembertone in einem schlagenderen Beispiele kennen lernen? Die neueste Breslauer Deputation ging übrigens von dem Verein für gesetzmäßige Ordnung aus, dessen Zusammensetzung die A. O. Z. folgendermaßen charakterisirt: „Ein Häuflein Adeliger, welche kein anderes Verdienst haben, als daß sie sich die Mühe genommen haben, geboren zu werden, welche mit souveränem Hochmuth auf den Bürger niedersehen, mit dem sie im Augenblick der Noth sich verbunden, um sich von ihm die gebratenen Kastanien aus dem Feuer langen zu lassen und zum Danke ihm die Schalen an den Kopf zu werfen, einige Veteranen, welche vor Alter kindisch geworden sind, einige Kaufleute, welche an der Stelle des Herzens einen Pfandbrief tragen, einige Packknechte, welche zu handgreiflichen Diensten verwendet werden, und ein konstitutioneller Candidat, der vor den Thüren der Minister um Brod heulend wedelt.“ Die A. O. Z. verwahrt Breslau feierlich gegen die Ansicht, daß jene Deputation im Namen der Stadt gesprochen. „Gerade in Breslau, sagt sie, fühlt man tiefer als irgendwo den Staatsstreich einer oktroyirten Verfassung, die gewaltsame Rechtsverletzung, welche von der Regierung ausgegangen, und nur einige hündische Seelen freuen sich, welche nach jedem Brocken schnappen, den ihnen der Wärter mit Verachtung vor die Füße wirft.“ — Stadtverordnete u. Magistrat haben eine Dankadresse an den König votirt. In der Stadtverordnetenversammlung ging der Antrag nicht ohne stürmische Scenen durch, da mehrere Redner sehr gründlich und beredt gegen eine Adresse sprachen, erstens weil die Versammlung dadurch eine neue Inkonsequenz begehe, zweitens weil man in Wahrheit noch gar nichts habe, wofür man danken könnte. Die Stimmung Breslaus zeigt sich übrigens am besten darin, daß von 69. Führern und Vertrauensmännern der Bürgerwehr 68. ihre Stimmen wieder dem abgetretenen Commandanten Engelmann gaben.

Düsseldorf, 10. Dez. Der Redaktion der hiesigen Zeitung ist heute folgende saubere Verfügung zugegangen, aus der sich ergibt, wie die neue gottbegnadete Verfassung in der Praxis beschaffen ist: „Da die hiesige Zeitung, wie das hiesige Kreisblatt sich unwürdiger Besprechungen von Maßregeln der königl. Behörden schuldig gemacht, so sind sie hiermit unter Censur des Militär-Kommando's gestellt, und die königl. Polizei-Inspektion hierselbst von mir mit der Censur beauftragt worden. — Der königl. Ober-Prokuratur ist heute die Aufforderung zugegangen, die gerichtliche Untersuchung über alle, seit der Erklärung des Belagerungszu-

standes bis zum heutigen Tage in diesen Blättern den Behörden zugefügten Beleidigungen sofort einzuleiten. Düsseldorf, 10. Dezember 1848. Der General-Lieutenant u. Divisions-Kommandeur: v. Drigalski."

0 Ulm, 13. Dez. Sie werden seiner Zeit von dem hiesigen schmählichen Ueberfall gemietheter Söldlinge im Schiff gehört haben, wo damals ein demokratischer Verein, größtentheils aus hiesigen Bürgern bestehend, gegründet werden sollte. Die Akten in dieser Sache sind der Zeit noch nicht spruchreif und liegen immer noch bei den Gerichten. Doch erwartet man nun demnächst die Verkündigung des Urtheils von Seiten des Oberkriegsgerichts in Stuttgart. Leider kam es in dieser das Militär so sehr kompromittirenden Angelegenheit nicht zum öffentlichen Schlußverfahren dahier, und man bezweifelt, ob die Strafe dem scheußlichen Verbrechen auch entsprechen und im Verhältniß mit jener stehen werde, die den Soldaten vom 8. Regiment zuertheilt wurden, weil sie sich nicht für bloße Söldlinge, sondern für freie Staatsbürger hielten und in diesem Sinne sich geäußert hatten. — Wie überall, so streckt auch das scheußliche Gespenst der Reaktion hier den Kopf hervor. Man kann sich davon durch die verschiedensten Aeußerungen dahier besonders in Kreisen und Gesellschaften überzeugen, wo Adelige, Offiziere und Beamte sich eingenistet haben. Was Windischgrätz und Wrangel, was die Machthaber zu Potsdam und Kremsier und der Reichsschmerling und Consorten thun, das ist Alles Wasser auf die Mühle dieser Herrn. Im Museum dahier, dem Sammelplatze der Ulmer Halbgötter, ward in diesen Tagen die Reichtagszeitung, nicht lange nachher aber ein Mitglied hinaus ballotirt, vor dessen demokratischer Gesinnung die Herren eine Gänsehaut bekamen. Die den Camarillen so günstige Herbstsonne brütet allerorts, natürlich auch hier, kleine Windischgrätze und Wrangel aus, die wie die kartesischen Teufelchen, die unlängst auf unserer Dult ihr Wesen trieben, bei dem Worte Demokrat, Republikaner rc. in die Höhe fahren und besonders Gift und Galle gegen die hiesige Donauzeitung, in den jüngsten Tagen, seitdem Seeger die Redaktion der Schnellpost übernommen, aber auch gegen die Schnellpost speien. Der freie Staatsbürger findet natürlich in diesen Kreisen ebensowenig Gnade. Trotzdem bildet sich von Tag zu Tag ein tüchtiger Kern der Bürgerschaft und auf die minder Entschiedenen drängt die täglich kecker und frecher *einherschreitende Reaktion* zur Entschiedenheit, so daß man auch hier den rechten Augenblick nicht ungenützt vorübergehen lassen wird. — Das Schandblatt, die Ulmer Chronik, erscheint vom Neujahr an in Stuttgart. Es ist das einzige Blatt, das die würtembergische Camarilla unbedingt zur Verfügung hat. Der schwäbische Merkur hat doch manchmal wenigstens noch einen liberalen Anflug.

Republik Frankreich.

* Proudhon, der geistreiche Pariser Journalist, spricht sich über die Candidatur Cavaignac's auf eine bemerkenswerthe Weise aus. Bekanntlich wollen die socialen Demokraten vorläufig gar keinen Candidaten und sie stimmen für Raspail nur deshalb, weil Raspail, in welchem man das Symbol der Arbeit, was gleichbedeutend ist mit Vernunft, Freiheit, Gleichheit, Demokratie, Einheit, erblickt, als Präsident die Präsidentschaft wieder aufheben würde. „Cavaignac, sagt Proudhon, repräsentirt rein das Capital, ohne alle andere Zuthat. Das Capital ist jetzt noch die einzige Idee, welche Stich hält, alle anderen Ideen der alten Zeit sind im Princip überwunden; diese Idee, das Capital, zieht noch, und Cavaignac ist der einzige Mensch, der diese Idee in ihrer Reinheit und mit Ausschluß aller anderen repräsentirt. Er repräsentirt sie ohne Beimischung von Theokratie, Monarchie und Philanthropie und andern Lappalien. Bei Bonaparte haben wir außer dem Capital noch das Kaiserthum, den Ruhm, die Abenteuer, den spanischen oder russischen Feldzug, das Grabesschweigen der Freiheit. An den Herren Thiers, Molé, Odilon Barrot hätten wir das Capital und als Zugabe das constitutionelle System, zwei Gewalten, zwei Kammern rc. An Montalembert hätten wir das Capital mit dem Zusatz der Beichtzettel, der Unterwerfung der weltlichen Macht unter die geistliche, der Pilgrimfahrten nach dem gelobten Lande, an Herrn Larochejacquelin hätten wir das Capital sammt der Legitimität mit allen ihren Rechten, an Hrn. Lamartine hätten wir alle Widersprüche mit einem Male, Capital, Monarchie, Aristokratie, Papstthum u. s. w. Alle diese Candidaten stellen eine sehr verwickelte, vielfältige Frage dar; Cavaignac aber vertritt das Capital ganz allein. Er ist der Sohn eines Königsmörders, ein schlichter Bourgeois, nicht vernarrt in constitutionelle Theorien, nicht katholisch, kein Philanthrop; er ist nur der Soldat des Capitals. Und hier ist also die Frage einfach. Der Socialismus, sagt Proudhon, wird zu kommen anfangen, sobald er seinen Widersprecher gefunden haben wird; der Tag, da Cavaignac zum Präsidenten wird erwählt worden seyn, wird für den Socialismus ein Fortschritt seyn. Denn wenn es wahr ist, daß die Extreme einander berühren, so ist es noch wahrer, daß die Gegensätze einander folgen. Cavaignac aber ist der Antisocialist, wie Louis Philipp der Antirepublikaner war.

Im Elsaß sind die Wahlen entschieden zu Gunsten Louis Bonaparte's ausgefallen.

Beiträge für die deutsche Demokratie in Berlin.

Uebertrag 325 fl. 6 kr. Vom demokratischen Verein in Schwabach 4 fl. 42 kr., von einem Schuhmachergesellen 24 kr., von einer Schuhmacherswittwe 12 kr., von der Eisenbahnwerkstätte 3 fl., Sammlung des Sündersbühler Vereins für Freiheit und Recht 2 fl. 3 kr., von einer Gesellschaft E. 1 fl., aus der Werkstätte J. F. B. 5 fl. 24 kr., Sammlung des Bauernvereins in Almoshof 44 fl. Zusammen 385 fl. 31 kr.

Vor einigen Tagen haben wir 120 Thaler (210 fl.) an d'Ester in Berlin abgehen lassen.

Beiträge für die Hinterbliebenen Blums.

Von einer Sammlung in Uffenheim 12 fl. 47 kr., von P. K. 30 kr. Zusammen 13 fl. 17 kr., die wir heute an die Herren Gebrüder Schmitt abgeliefert haben.

Gedruckt — unter Verantwortlichkeit der Verleger — bei J. L. Stich.
Expedition S. 39 im Gasthof zum König Otto II. Etage.

Der freie Staatsbürger.

Erscheint täglich. Preis in ganz Bayern vierteljährlich 1 Fl. 30 Kr. halbjährlich 3 Fl., jährlich 6 Fl.

Organ der Demokratie.

Inserate werden die zweispaltige Petitzeile zu 4 1/2 Kr. berechnet. Die Abonnenten haben für die Hälfte des Abonnementpreises Inserate frei.

Nr. 77. Nürnberg, Dienstag, den 19. Dezember 1848.

Der freie Staatsbürger, Organ der Demokratie, wird auch im nächsten Jahre forterscheinen. Unter Bezugnahme auf die ausführliche Ankündigung in Nr. 68, 70, 71 laden wir zu recht zahlreichem Abonnement ein. Der Preis des Blattes ist jährlich 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr., und kann dasselbe im ganzen Umfang des Königreichs Bayern durch die Postämter um diesen Preis bezogen werden. Wir bemerken ausdrücklich, daß die Postämter von jetzt an jederzeit vierteljährige Abonnements anzunehmen verpflichtet sind. Für Nürnberg und die nächste Umgebung abonnirt man bei der Expedition Winklerstraße S. 59 König Otto II. Etage, und werden daselbst auch Monatsabonnements à 30 kr. angenommen. Die, welche sich jetzt abonniren, erhalten die bis zum Januar laufenden Nummern unentgeltlich.

Die Grundrechte des deutschen Volks.

§. 15. Jeder Deutsche ist unbeschränkt in der gemeinsamen häuslichen und öffentlichen Uebung seiner Religion.

Verbrechen und Vergehen, welche bei Ausübung dieser Freiheit begangen werden, sind nach dem Gesetze zu bestrafen.

§. 16. Durch das religiöse Bekenntniß wird der Genuß der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte weder bedingt noch beschränkt Den staatsbürgerlichen Pflichten darf dasselbe keinen Abbruch thun.

§. 17. Jede Religionsgesellschaft ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbstständig, bleibt aber den allgemeinen Staatsgesetzen unterworfen. Keine Religionsgesellschaft genießt vor andern Vorrechte durch den Staat; es besteht fernerhin keine Staatskirche

Neue Religionsgesellschaften dürfen sich bilden; einer Anerkennung ihres Bekenntnisses durch den Staat bedarf es nicht.

§. 18. Niemand soll zu einer kirchlichen Handlung oder Feierlichkeit gezwungen werden.

§. 19. Die Formel des Eides soll künftig lauten: „So wahr mir Gott helfe."

§. 20. Die bürgerliche Gültigkeit der Ehe ist nur von der Vollziehung des Civilaktes abhängig; die kirchliche Trauung kann nur nach der Vollziehung des Civilaktes stattfinden.

Die Religionsverschiedenheit ist kein bürgerliches Ehehinderniß.

§. 21. Die Standesbücher werden von den bürgerlichen Behörden geführt.

Artikel VI. §. 22. Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei.

§. 23 Das Unterrichts- und Erziehungswesen steht unter der Oberaufsicht des Staats, und ist, abgesehen vom Religionsunterricht, der Beaufsichtigung der Geistlichkeit als solcher enthoben.

§. 24. Unterrichts- und Erziehungsanstalten zu gründen, zu leiten und an solchen Unterricht zu ertheilen, steht jedem Deutschen frei, wenn er seine Befähigung der betreffenden Staatsbehörde nachgewiesen hat.

Der häusliche Unterricht unterliegt keiner Beschränkung.

§. 25. Für die Bildung der deutschen Jugend soll durch öffentliche Schulen überall genügend gesorgt werden

Die öffentlichen Lehrer haben die Rechte der Staatsdiener. Der Staat stellt unter gesetzlich geordneter Betheiligung der Gemeinden, aus der Zahl der Geprüften, die Lehrer der Volksschulen an.

Eltern oder deren Stellvertreter dürfen ihre Kinder oder Pflegebefohlenen nicht ohne den Unterricht lassen, welcher für die unteren Volksschulen vorgeschrieben ist.

§. 26. Für den Unterricht in Volksschulen und niederen Gewerbschulen wird kein Schulgeld bezahlt.

Unbemittelten soll auf allen öffentlichen Unterrichtsanstalten freier Unterricht gewährt werden.

§. 27. Es steht einem Jeden frei, seinen Beruf zu wählen und sich für denselben auszubilden, wie und wo er will.

Artikel VII. §. 28. Die Deutschen haben das Recht, sich friedlich und ohne Waffen zu versammeln; einer besonderen Erlaubniß bedarf es nicht.

Volksversammlungen unter freiem Himmel können bei dringender Gefahr für die öffentliche Ordnung und Sicherheit verboten werden.

§. 29. Die Deutschen haben das Recht, Vereine zu bilden. Dieses Recht soll durch keine vorbeugende Maßregel beschränkt werden.

„Die in §§. 28 und 29 enthaltenen Bestimmungen finden auch auf das Heer und die Kriegsflotte Anwendung, insofern die Disciplinargesetze nicht entgegenstehen."

Vereinigte Staaten von Deutschland.

* Nürnberg, 15, Dez. Der konstitutionelle Verein dahier, vielleicht um die in der letzten Zeit mehrfach angeregten Zweifel gegen seine monarchische Rechtgläubigkeit mit einem Schlage niederzuwerfen, hatte sich nach dem Beispiel des vaterländischen Vereins in Stuttgart gegen den Merzverein und den Anschluß an denselben ziemlich entschieden ausgesprochen, in einem Aktenstück, welches die Redaktion des Korrespondenten, die sich auf höchst selbstgefällige Weise ihrer feinen Nase rühmte, mit der sie sogleich „den Kern des Pudels" aus dem Merzverein herausgerochen, begierig unter der ausdrücklichen Versicherung abdruckte, daß sie damit vollkommen einverstanden sei. In diesem Aktenstück hatte sich der konstitutionelle Verein namentlich bemüßigt gefunden, seinen ehemaligen, so warm empfohlenen, mit so gewaltiger Kraftanstrengung durchgesetzten Schützling Eisenmann, der jetzt als verlorner Sohn sich unter die Linke verirrt hat, heftig anzugreifen. Da der Korrespondent die Erwiderung des Hrn. Eisenmann vielleicht zu ignoriren für gut findet, so wollen wir diese Erwiderung in ihren Hauptstellen abdrucken lassen, wobei wir indessen kaum zu versichern brauchen, daß wie Hr. Eisenmann überhaupt unser Mann nicht ist, noch je werden wird, wir auch seine hier ausgesprochenen Ansichten keineswegs vertreten. „Wenn der konstitutionelle Verein, sagt Eisenmann, dem Merzvereine aus irgend einem Grunde nicht beitreten zu können glaubte, so läßt sich dagegen nichts sagen. Aber der konstitutionelle Verein begnügt sich nicht damit, seinen Beitritt zu verweigern, sondern der Ausschuß desselben veröffentlicht im Nürnberger Korrespondenten ein Manifest gegen den

Merzverein, welches von Unwahrheiten, Entstellungen und giftigen Verdächtigungen strotzt. Höchst merkwürdig nimmt sich dabei die Strafpredigt aus, die uns der Ausschuß des genannten Vereins über unser Zusammentreten mit Republikanern hält, welches als eine arge Thorheit geschildert wird. Nun freilich, der konstitutionelle Verein kann aus Erfahrung wissen, was dabei herauskommt, wenn man ein Compromiß mit Republikanern eingeht, hat er ja selbst erst vor wenigen Tagen mit Republikanern eine Einigung in Bezug auf das Wahlprogramm und die Wahlkandidaten versucht, und der Versuch soll ihm gerade so schlecht bekommen seyn, wie ihm die süddeutsche politische Zeitung prophezeit hat. Aber gelernt scheint der Ausschuß des konstitutionellen Vereins bei dieser Lektion doch nichts zu haben, denn er begreift zur Stunde noch nicht, welch ein großer Unterschied zwischen einer Vereinigung zu positiven Zwecken und einer solchen zu negativen Zwecken, respektive Vertheidigung besteht. Wenn aber die gemachte Erfahrung die Intelligenz des genannten Ausschusses nicht gefördert hat, so scheint sie um so heftiger auf sein Gemüth gewirkt zu haben, denn die unprovocirte Aufregung in diesem Manifest kann ich mir nur dadurch erklären, daß der Verfasser desselben einer derjenigen ist, welche schon an den Reden gearbeitet haben, mit denen sie in der bayr. Kammer zu glänzen gedachten, die aber in Folge der Bosheit der Nürnberger Demokraten nicht gehalten werden konnen. So etwas schmerzt sehr und ich finde es natürlich, daß der Herr Verfasser seinen Unmuth Andern, wenn auch ganz Unschuldigen, entgelten läßt. Bei alle dem bin ich doch nicht fromm genug, um jede beliebige Verdächtigung so ganz ruhig hinzunehmen. Es heißt in dem Manifest unter Anderm: „Herr Eisenmann versichert freilich noch immer, er sey konstitutionell; offenbar sind aber seine Metamorphosen noch nicht zu Ende, also ein definitives Urtheil über seine definitiven Absichten noch nicht möglich.“ Damit wird also ausgesprochen, daß mein politischer Charakter bereits eine oder die andere Metamorphose durchgemacht. Das ist, wie der Schein zeigt, leicht gesagt, oder wenn der Verfasser oder die Verfasser Männer von Ehre sind, so werden sie den Nachweis liefern, daß ich meiner politischen Ueberzeugung irgendwie untreu geworden, sie werden nachweisen, daß ich durch irgend eine Abstimmung über irgend eine Institution dem konstitutionellen System — selbst dem ohne die seiner Zeit in Nürnberg beliebte breiteste demokratische Basis — im Entferntesten zu nahe getreten bin. Die stenographischen Berichte enthalten über alle wichtigen Fragen die namentliche Abstimmung, und ich hoffe, diese Herren werden den geforderten Nachweis aus denselben oder auf irgend eine andere Art beibringen, wenn sie nicht von der öffentlichen Meinung gerichtet seyn wollen. Vielleicht ergibt sich bei näherer Prüfung, daß ich ein treuerer und muthigerer Anhänger der konstitutionellen Monarchie bin, als diese Herrn: wenigstens hätte ich das famöse Wahlprogramm nicht unterzeichnet, durch welches sich diese Herrn ein Bischen blamirt haben. Und ihrer Tapferkeit, die sie jetzt gegen die Republikaner aufbieten, habe ich folgendes zu erwiedern: Ich habe einen offenen und ehrlichen Kampf gegen die Republikaner gekämpft zu einer Zeit, wo es noch mit einiger Gefahr verbunden war; jetzt kämpfe ich zuweilen gegen die Reaktion, wohl wissend, daß jetzt dieser Kampf nicht ohne Gefahr ist. Andere mögen es anders halten, ich thue, was ich nicht lassen kann, und werde diese Herren um ihre Vorsicht in der einen, und noch weniger um ihren Muth in der andern Zeit beneiden. — Die Redaktion des Korrespondenten endlich hat ihre besondere Zustimmung zu diesem Manifest ausdrücken zu müssen geglaubt; ich halte solches für einen argen Luxus, denn die Gesinnung der Redaktion ist ja so bekannt, daß Jeder, der ein Bischen literarischen Taktsinn hat, versucht ist, darauf zu schwören, der Herr Redakteur habe dieses eben so geistreiche als zartsinnige „Quos ego“ selbst gemacht.“

J Bamberg, 16. Dez. Nach 9wöchentlicher Untersuchungshaft ist endlich Dr. Schallern wieder in Freiheit gesetzt worden, nachdem sich das hiesige Stadtgericht durch Abhörung von 73 Zeugen erkleckliche Mühe gegeben hatte, einen Schein von Recht für die willkürliche Verhaftung des Freigelassenen zu erhaschen. Selbst das Appellationsgericht vermochte nichts herbeizustöbern, was ihm hätte nur entfernt erlauben können, Spezialuntersuchung über Schallern zu verhängen und einleiten zu lassen. — Es ist wirklich unerhört und das Rechtsgefühl aller denkenden Menschen auf das tiefste verletzend, wenn man täglich vor Augen sehen muß, mit welch beispielloser Leichtsinnigkeit und Willkür auf beliebige, haltlose Denunciation hin, mit der Freiheit der Person und den Gesetzen überhaupt das schimpflichste Spiel getrieben wird. Auf eine solche Denunciation eines Gerichtsdieners, die nur durch einen an zeitweiser Tobsucht leidenden Beizeugen gesetzlich zu bekräftigen gesucht ward, der erst vor Kurzem aus ärztlicher Behandlung von der hiesigen Irrenheilanstalt entlassen wurde, hatte man Schallern inhaftirt und ihn 9 Wochen lange in hiesiger Frohnfeste unter Schloß und Riegel gehalten, wo man ihm alle ekelerregenden Selbstarbeiten eines gemeinen Sträflings zumuthete, deren er nur auf seine energische Remonstration durch einen Spruch des Appellationsgerichts enthoben wurde. Diese Hochverraths- und Majestätsprozesse in unseren Tagen stehen auf derselben Stufe und sind nichts anderes als die Hexenprozesse früherer Jahrhunderte. Ja sie stehen noch sogar unter den Hexenprozessen, denn während in jener Periode die Juristen ein hexengläubiges Volk hinter sich hatten, ist die öffentliche Meinung jetzt so aufgeklärt und vorangeschritten, daß bei der zum Bewußtseyn gekommenen Volkssouveränetät sie nur Beleidigung der Majestät des Volkes und Hochverrath gegen die Volkshoheit selbst anerkennt. Hinter unsern, vielmehr gegen unsere heutigen Juristen steht daher ein ganz majestätsungläubiges Volk, das in seiner großen Mehrzahl in den sogenannten „politischen Verbrechern“ nur Opfer der Gewalt, nicht des Rechts, nur Märtyrer einer gerechten Sache sieht. — Wenn je etwas geeignet ist, Revolutionen zu machen und zu nähren, so ist es der verloren gegangene Glaube des Volkes an die Gerechtigkeit seiner Justizbehörden, wie diese täglich von ihnen zur Vettel herabgewürdigt wird. Und daß dieser Glaube dahingeschwunden ist, hat wohl der jüngste Ruf durch das ganze Land: „Wählt oder wir wählen keine Beamten“, hinlänglich Zeugniß gegeben. Statt bei unsern Gerichten Schutz gegen so mannichfache Vorkommnisse militärischer und polizeilicher Brutalität finden zu können, schließen diese selbst die engsten Bündnisse mit jeder Gewissenlosigkeit und Gesetzwidrigkeit, bemühen sich, jeder Willkür von Oben den Schein des Rechtes, jedem Unrechte das Gepräge der Gesetzmäßigkeit aufzudrücken. Sie wollen nicht wissen, was die Gesetze geschrieben, sondern nur, was die Machthaber wollen und wünschen. Ist es daher zu verwundern, wenn man täglich von der abnehmenden Achtung des Volkes vor dem Gesetze und seinen Dienern jammern und heulen hört? Soll diese etwa zunehmen, wenn die Behörden mit so schlimmem Beispiel der Gesetzes-Mißachtung vorangehen? — Wahrlich, das Bewußtseyn der Schutzlosigkeit trotz bestehender Gesetze überflügelt alle Wühlerkünste und wird am Ende nur Hoffnung und Abhilfe in der eigenen Kraft suchen und gewaltsam zu immer neuen Revolutionen drängen.

W Cronach, 16. Dez. Als Ersatzmänner wurden hier gewählt: 1) Agatz, Handelsmann in Weismain, 2) Dr. Friedlein, praktischer Arzt in Wallenfels, 3) Fr. Müller, pensionirter Amtmann in Schmeilsdorf und 4) Wilhelm Friedrich, Gastwirth in Preßeck. Bei dieser Wahl ward von Seite der Städter Cronachs und Culmbachs Alles im Geheim unterlegt und durch Intriguen ausgeführt. Der Volksverein Schwarzach wollte Herrn Dr. Herrmann, Abgeordneten der Stadt München in Frankfurt, allein dessen sehr befriedigende Erklärung traf leider erst auf dem Ummege über Cronach nach Mainleus Abends in Mainleus ein, und kam auf diese Art erst am 8. d. M. nach der Wahl, zur Kenntniß des Volksvereinsausschusses. Die Kulmbacher Wahlmänner versuchten, im Einverständnisse mehrerer Cronacher, Herrn Minister von Lerchenfeld, dann die Hrn. Doktoren Herrmann und Riedel in München und Hrn. Dr. Schüttinger, ingleichen den Hrn. Dr. Fuchs und Hrn. Rechtsrath Körbitz in Culmbach und Hrn. Rechtsrath Mertel in Cronach durchzusetzen. Alle diese Candidaten erhielten jedoch theils keine, theils nur 1 bis einige Stimmen. Der Bäckermeister Gummi in Culmbach wurde nur mit Mühe durchgesetzt. Manches dürfte eine andere Wendung genommen haben, wäre nicht der Vorsitzende des Volksvereins Schwarzach während des Wahlakts von einem Schlaganfall betroffen worden, der ihn für diesen Akt ganz unbrauchbar machte und noch bis zur Stunde geschäftsunfähig.

Kitzingen, 12. Dez. Das Manifest des Volksvereins in Würzburg hat sehr viel Anklang gefunden, und man geht bereits mit dem Plane um hier einen ähnlichen Verein zu gründen. Gewiß ist aber auch nichts geeigneter die Anliegen und Bedürfnisse der Bürgerschaft, im Allgemeinen sowohl, als auch die der Stadt selbst zu berathen, zu besprechen und dann in die Ständekammer zu bringen, als solche Volksvereine. (Fr. Z.)

* Frankfurt. Der vaterländische Verein in Stuttgart, größtentheils aus Hoflakeien, Hofküchenmeistern, Hofräthen und Hof-Gesindel überhaupt bestehend, hat auf die Einladung zum Beitritt

zum Märzverein mit einem Pamphlet geantwortet, in welchem er, wie nach seinem Beispiele der konstitutionelle Verein in Nürnberg, in dem Merz-Verein Klubtyrannei und ein Gegenparlament wittert, das zum Bürgerkrieg u. s. w. führe. Man kennt ja die bekannten, abgestandenen Phrasen, mit denen die Fanatiker der Ruhe ihre Gleichgültigkeit gegen die Wiedereinführung der Sklaverei zu beschönigen suchen. Der Merzverein hat sich die undankbare Mühe genommen, jenes Machwerk einer Widerlegung zu würdigen. Für unsre Leser bedarf es dieser Widerlegung, die ziemlich ausführlich ist, nicht. Unsere Leser wissen, was sie von den konstitutionellen Vereinen und ihrer heuchlerischen Versicherung, daß auch sie die Freiheit und die Einheit des Vaterlandes wollen, zu halten haben. Wir geben daher nur den Schluß jener Widerlegung. „Der vaterländische Verein behauptet, die konstitutionellen Staaten stünden auf dem Boden des Vertrages, und Verträge dürfe man, schon des Beispiels wegen, das die Fürsten daran nehmen, nicht wegwerfen. — Soviel wir wissen, besitzen die meisten konstitutionellen Staaten Deutschland's oktroyirte Verfassungen. — Würtemberg bildet freilich eine Ausnahme. — Aber muß es nicht ein Mittel geben, Verträge, welche den Verhältnissen nicht mehr entsprechen, zu verändern, zu verbessern? Und wem gesteht der vaterländische Verein zu solcher Aenderung das größere Recht zu? Einer Familie oder den gesammten Staatsangehörigen? Soll es künftighin nur ein Mittel geben, diese Verträge, Verfassungen genannt, zu verändern, nämlich das der gewaltsamen Revolution? Wir suchen das Mittel, diese zu verhindern, in diese Verträge aufzunehmen, und der vaterländische Verein will es zurückweisen, um über kurz oder lang nothwendig die Gewalt hervorzurufen. — Das ist wohl wahr, Verträge brechen, ehe das letzte Mittel der Verständigung versucht ist, führt zu gefährlichen Folgerungen, aber wer hat denn den Boden der Vereinbarung verlassen, und sich auf denjenigen der einseitigen Gewalt gestellt? — War im Merz nicht der Vertrag geschlossen worden, es solle in Preußen eine Verfassung vereinbart werden? Ein Wort noch über die materiellen Interessen, die der vaterländische Verein durch politische Agitation, also auch durch die des Merzvereines, gefährdet glaubt. — Die Unsicherheit des politischen Zustandes lähmt Handel und Gewerbe, die wesentlich auf gegenseitigem Vertrauen beruhen. — Gut denn! So reicht uns alle die Hände zum Bunde, helft Alle, die Rechte und Freiheiten, die im Merz errungen waren, sicher zu stellen, macht jede Verkümmerung derselben unmöglich, wirket dahin, daß die Verträge, welche zwischen Fürst und Volk geschlossen werden, nicht einseitig von ersterem aufgehoben werden, wie es geschehen ist, und Ihr werdet gedeihliche Zustände wiederkehren sehen! Frankfurt, 11. Dez. 1848. Vom Merzverein.

* Frankfurt, 15. Dez. Der Paragraph der deutschen Grundrechte, welcher den Jesuitenorden aus dem Gebiet des deutschen Reichs ausschloß, und der bei der ersten Berathung durchgegangen war, wurde heute bei der zweiten Lesung gestrichen und die geistlichen Brüder des Hrn. Radowitz können also ungestört ihr Handwerk in Deutschland forttreiben. Was wird die Augsb. Postzeitung unserem glorreichen Parlamente für Lobeserhebungen spenden!

* Frankfurt, 16. Dez. Die Zoll- und Handelsverhältnisse waren heute auf der Tagesordnung. Die Minderheit des volkswirthschaftlichen Ausschusses trug darauf an, daß die Nat.-Versammlung dem Handelsministerium gewisse handelspolitische Grundsätze und namentlich das Schutzsystem u. Differential-Zölle zur Grundlage seiner Handelspolitik machen sollte. Auf den Antrag Wernherr von Nierstein entscheidet sich die Versammlung jedoch mit 262 gegen 175 Stimmen für den Uebergang zur Tagesordnung über die Vorschlage der Minderheit des Ausschusses, und die Anträge der Mehrheit wurden in folgender Gestalt angenommen: „1) Die Nationalversammlung ermächtigt die Centralgewalt, die Lösung der zwischen deutschen Einzelstaaten und fremden Nationen bestehenden Handels- und Schifffahrtsverträge, und erforderlichen Falles deren Umwandlung in Reichsverträge zu bewirken, auch neue Verträge dieser Art abzuschließen, alles unter Vorbehalt der Genehmigung der Nationalversammlung." 2) „Die Nationalversammlung beschließt, daß der Ausschuß der Centralgewalt die zur Bearbeitung von Reichsgesetzen über deutsche Schifffahrt, Eisenbahnen und Postwesen in seinen Akten vorhandenen Materialien zu dem Zwecke überweise, die diese Verhältnisse betreffenden Gesetzentwürfe baldthunlichst der Nat.-Vers. zur Beschlußnahme vorzulegen." 3) „Die Nat.-Vers. beauftragt die prov. Centralgewalt, mit möglichster Beschleunigung Gesetzesvorlagen zur Begründung einer Zolleinheit Deutschlands zu machen." 4) „Die Nationalversammlung beauftragt die Centralgewalt, ein Zollgesetz und einen Zolltarif zu entwerfen und der Nationalversammlung vorzulegen." 5) „Die Nationalversammlung erklärt, daß sie durch die vorstehend ertheilten Aufträge in keiner Weise das ihr zustehende Recht der Initiative gefährdet wissen will." Heinrich Gagern erklärte in der heutigen Sitzung, daß er vom Reichsverweser den Ruf das Ministerium zu ergänzen erhalten und entschlossen sey, der ihm gewordenen Mission zu genügen, weshalb er das Präsidium schon heute niederlegt.

Frankfurt, 6. Dez. Die O.-P.-Z. sagt in ihrem amtlichen Theile: Der Reichsverweser hat den Reichsminister des Innern und der auswärtigen Angelegenheiten, Anton Ritter v. Schmerling, seinem Wunsche gemäß von dieser Stelle enthoben. Der Reichsverweser hat den Unterstaatssekretär im Reichsministerium des Innern, Joseph von Würth, seinem Wunsche gemäß von diesem Amte enthoben. Der Reichsverweser hat den Reichsgesandten am königlich großbritannischen Hofe, Viktor Freiherrn v. Andrian, seinem Wunsche gemäß von dieser Stelle enthoben.

DC Berlin, 15. Dez. Der Dowiat'sche Prozeß wird heute sein Ende erreichen. Heute Vormittag kam man mit der Beweisaufnahme zu Ende. Der Staatsanwalt Sethe trägt hiernach in seiner Anklage darauf an, den Literaten Dowiat und den Handlungsdiener Müller der Erregung von Aufruhr und des Hochverraths für schuldig zu erklären und jeden mit acht Jahr Festung zu bestrafen. Für die andern 15 Angeklagten trägt der Staatsanwalt auf 3 Monat bis 3 Jahr Festungs- oder Gefängnißstrafe an. — Die Vertheidiger tragen in ihren, mit großem Beifall aufgenommenen Reden auf völlige Freisprechung aller Angeklagten an. Das Urtheil wird wohl noch heute Abend publicirt werden. Gestern Abend ist es Dr. Eichler, auf den wegen politischer Prozeßsachen eifrig von den Schergen der Gewalt gefahndet wird, gelungen, Berlin zu verlassen. — Der bekannte sozialistische Schriftsteller und Agitator W. Weitling, der seit dem Sommer hier lebt, beabsichtigt als Candidat für die bevorstehenden Wahlen aufzutreten. Als sein Programm wird er nächstens eine, etwa 4 Druckbogen füllende Schrift, unter dem Titel: „Politische Sozial-Oekonomie, nebst Verstandesübungen zur Vorbereitung auf die nächsten Wahlen" veröffentlichen.

Mainz, 14. Dez. Der Stadtrath hat sich heute mit 17 gegen 12 Stimmen für Einführung von Communalschulen, statt Confessionalschulen d. h. gegen die Trennung der katholischen und protestantischen Jugend in besondere Schulen ausgesprochen, ungeachtet des heftigsten Widerspruchs von Seiten der Pfaffenpartei.

Italien.

Rom, 8. Dez. Daß die Dinge auf den Punkt gekommen seien, wo sie entweder biegen oder brechen müssen, konnte man schon seit geraumer Zeit wahrnehmen, jetzt erlangen wir die Gewißheit, daß es zum entschiedenen Bruch gekommen ist. Die Deputationen beider Kammern, mit dem Fürsten Corsini als Senator von Rom an der Spitze, sind nicht bloß, trotz der Vollgültigkeit ihrer Pässe, an der neapolitanischen Grenze zurückgewiesen worden, sondern haben auch auf eine an den Kardinal Antonelli gesendete Staffette zur Antwort erhalten: daß es bei dem an den Kardinal Castracane gesandten Breve sein Bewenden haben müsse, und daß man die von dem Papst abgegebene Erklärung als Ultimatum zu betrachten habe. Dem Papst thue es daher leid, die Deputation, welche ihn einlade, nach Rom zurückzukehren, nicht empfangen zu können, daß er aber das göttliche Erbarmen auf Rom und den Staat herabflehe. — Die ministerielle Partei beeilt sich jetzt, dieser Demüthigung möglichst großes Gewicht beizulegen, und wird diese entschiedene Erklärung benützen, um Maßregeln, die zu dem Aeußersten führen müssen, zu motiviren. Je mehr sich die Krisis in die Länge zieht, um so heftiger kann unter Umständen die Explosion ausfallen. — Truppen sind nach Civita vecchia wirklich abgegangen, um das dortige Fort zu verstärken, und es scheint, als wenn für den Fall der Landung französischer Truppen der Mamianische Befehl, sie feindlich zu empfangen, wirklich zur Ausführung kommen sollte. (A. A. Z.)

Anzeigen.

Die Porzellain- und Steinguthandlung
von L. Wießel
in der Rathhausgasse zu Nürnberg

empfiehlt zur bevorstehenden Weihnachtszeit sein Waarenlager mit einer reichen Auswahl Kinderspielwaaren, Figuren, Puppenköpfe, Geldtassen und Goldservicen, dann alle Sorten farbiges und weißes Geschirr, sowie das sogenannte steinerne Frankfurter Geschirr.

Einladung zum Abonnement
auf die

Neue Passauer Zeitung.

Die **Neue Passauer Zeitung**, als solche, gehört strenge genommen erst mit kommendem Jahresbeginn in dieses Kategorem.

Waren wir im Laufe des bald verflossenen Quartals bestrebt, unser beim Anfang desselben gebotenes Versprechen nach Kräften zu erfüllen, so veranlaßt uns die währenddem stattgehabte unerwartet zahlreiche Zunahme des Leserkreises zu der Annahme, daß die **Neue Passauer Zeitung** nicht nur in loco, sondern auch vielseitig auswärts, einer ehrenden Anerkennung dieses bisherigen Strebens nach Lösung der gebotenen Aufgabe sich erfreuen dürfte, und ermächtigt uns um so mehr zur Versicherung, daß durch die mit nächstem Quartals- und Jahresbeginn gewonnenen neuen und namhaften Kräfte das Blatt künftighin einen noch bedeutenderen Werth und Gehalt erhalten wird. — Unbeirrt von den zu weit rechts oder links abweichenden Ansichten werden wir unsere bereits kund gegebene Richtung: **Fortschritt auf gesetzlich-freisinniger — konstitutionell-liberaler Basis** streng und unverrückt auch ferner beobachten, dabei namentlich die Zustände Deutschlands und Bayerns insbesondere in leitenden Artikeln beleuchten und uns nur in soweit mit der Politik und den Begebenheiten des Auslandes befassen, als solche mehr oder minder unmittelbaren Einfluß auf unser allgemeines und engeres Vaterland andeuten werden.

Durch verläßige Korrespondenten und in Verbindung mit den vorzüglichsten politischen Organen, durch Benützung der lautersten Quellen und rühmlichsten Journale, sind wir in den Stand gesetzt, von allen Hauptplätzen, namentlich von Wien die neuesten und wichtigsten Ereignisse sicher und möglichst schnell zur allgemeinen Kenntniß zu bringen, und benützen wir diese Gelegenheit, unsern verehrten Mitarbeitern hiemit für ihre eifrigen Bemühungen unseren Dank mit dem Ersuchen auszudrücken, uns auch fernerhin mit ihren einflußreichen Referaten zu beehren.

Die **Landtagsverhandlungen** werden in bereits angekündigter Weise nach der durch den Raum unseres Blattes bedingten Form in Haupt- und Nebensache zur schleunigsten Veröffentlichung gelangen, so daß, um unseren Leserkreis sowohl zu befriedigen als zu vergrößern, dem Hauptblatt ein zu diesem Zweck bestimmtes Extrablatt beigegeben werden wird, ohne daß eine Erhöhung des ohnehin geringen Abonnementspreises eintritt, wie solches im Gegensatze bereits mehrere andere Journale angekündigt haben. Dabei werden den neu eintretenden Abonnenten, die noch im Laufe dieses Monats von Eröffnung der Kammer an erscheinenden Verhandlungen gratis beigelegt werden.

Ebenso werden wir im gesteigerten Interesse unserer gegenwärtigen und zukünftigen Abonnenten am Schlusse eines jeden Semesters ein Personen- und Sachregister über alle während dieses Zeitraums erwähnten bemerkenswerthen Vorkommnisse nach alphabetischer Ordnung und Nummerangabe denselben ebenfalls gratis beifügen und erklären wir, daß bereits für Ablauf des gegenwärtigen Quartals damit der Anfang gemacht werden wird.

Der Abonnementpreis für die **Neue Passauer Zeitung** ist jährlich 4 fl. — halbjährlich 2 fl. — vierteljährlich 1 fl. und nehmen alle K. Post-Aemter und Expeditionen zu jeder Zeit Bestellungen an, gleichwie dieselben auch bei der Expedition der Neuen Passauer Zeitung selbst, Rosengasse Nr. 458, dahier effektuirt werden können, woselbst auch Inserate gegen die billigst festgesetzte Gebühr in Empfang genommen werden.

Die **Neue Passauer Zeitung** eignet sich bei ihrer in stetem Zunehmen begriffenen Verbreitung am vorzüglichsten zu amtlichen und Privatbekanntmachungen, wozu hiemit die besondere Empfehlung höflichst ausgesprochen wird.

Wir bitten um rechtzeitige Bestellung, damit der Verlag genau bemessen werden kann und allenfalls nachträglich eintretende Abonnenten nicht in die Unannehmlichkeit gerathen, die ersten Exemplare nicht mehr erhalten zu können, und empfehlen uns zu geneigter Betheiligung.

Passau im Dezember.

Die Redaktion der Neuen Passauer Zeitung.

Einladung zum Abonnement auf die Volkswehr.

Die Volkswehr, die seit einem halben Jahr in Stuttgart erscheint, ist eine rein politische Zeitung, mit besonderer Berücksichtigung der württembergischen Verhältnisse. Das Blatt behandelt den politischen Stoff ungefähr auf dieselbe Art, wie die bekannte Hildburghauser Dorfzeitung; in ihrer Tendenz aber ist sie durchaus **auf Seiten der Linken in Frankfurt**. Die Volkswehr hat deßhalb das Motto: „Volk, wehre dich!“ Diesen Grundsatz, „man solle sich um seine Rechte wehren“, sucht sie stets auf's Leben anzuwenden, darum ist sie auch der geschworene Feind aller Vorrechte, also der Bureaukratie oder Schreiberherrschaft eben so gut als des Adels!

Dieser konsequent verfolgten Tendenz wegen, und weil sie die Tagesneuigkeiten (auch die Stuttgarter und die übrigen württembergischen Vorkommnisse) auf eine pikante Art dem Publikum vorzuführen gewohnt ist, hat die Volkswehr trotz der Kürze ihres Bestehens eine vielleicht nicht gewöhnliche Verbreitung gewonnen, und diese ihre pikante Schreibweise wird ihr, wo sie auch gelesen wird, immer mehr Freunde erwerben.

Das Format der Volkswehr ist seit dem vorigen Monat um fast das Doppelte vergrößert worden, ohne daß der Preis erhöht worden wäre. Auch für die Zukunft kostet das Blatt in Stuttgart monatlich nur 12 kr. (mit Trägerlohn 14 kr.), in ganz Württemberg durch die Post bezogen nur 16 kr. per Monat oder 48 kr. per Vierteljahr. Die Volkswehr ist also, da sie mit Ausnahme Montags, täglich erscheint, die **wohlfeilste politische Zeitung Stuttgarts**. — Aus Rücksicht auf das schöne Geschlecht ist ein Feuilleton beigegeben, das interessante Erzählungen, Anekdoten, Gedichte u. s. w. liefert.

Bestellungen auf die Volkswehr bitten wir recht bald bei den **nächstgelegenen Postämtern** zu machen.

Die Expedition.

Für Fürth und die nächste Umgebung nimmt Hr. Fr. Heberlein, Schwabacherstraße, Abonnenten auf den freien Staatsbürger an und kann bei ihm monatlich, wie vierteljährlich abonnirt werden. Die, welche sogleich abonniren, erhalten die laufenden Nummern bis zum 1. Januar unentgeltlich.

Gedruckt — unter Verantwortlichkeit der Verleger — bei J. L. Stich.
Expedition S. 39 im Gasthof zum König Otto II. Etage.

Der freie Staatsbürger.

Erscheint täglich. Preis in ganz Bayern vierteljährlich 1 Fl. 30 Kr. halbjährlich 3 Fl., jährlich 6 Fl.

Organ der Demokratie.

Inserate werden die zweispaltige Petitzeile zu 4 1/2 Kr. berechnet. Die Abonnenten haben für die Hälfte des Abonnementpreises Inserate frei.

Nr. 78. Nürnberg, Mittwoch, den 20. Dezember **1848.**

Der freie Staatsbürger, Organ der Demokratie, wird auch im nächsten Jahre forterscheinen. Unter Bezugnahme auf die ausführliche Ankündigung in Nr. 68, 70, 71 laden wir zu recht zahlreichem Abonnement ein. Der Preis des Blattes ist jährlich 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr., und kann daßelbe im ganzen Umfang des Königreichs Bayern durch die Postämter um diesen Preis bezogen werden. Wir bemerken ausdrücklich, daß die Postämter von jetzt an jederzeit vierteljährige Abonnements anzunehmen verpflichtet sind. Für Nürnberg und die nächste Umgebung abonnirt man bei der Expedition Winklerstraße S. 39 König Otto II Etage, und werden daselbst auch Monatsabonnements á 30 kr. angenommen. Die, welche sich jetzt abonniren, erhalten die bis zum Januar laufenden Nummern unentgeltlich.

Die Oktroyirung einer Verfassung für Preußen.

Das Unglaubliche ist geschehen; der König von Preußen hat die Nationalversammlung aufgelöst, und seinem Volke aus eigner Machtvollkommenheit eine Verfassung gegeben. —

Was wird die deutsche Nationalversammlung zu einem Beginnen sagen, dessen Consequenz ihr selbst das Daseyn raubt? Als der König von Preußen die Nationalversammlung verlegte und zu diesem Behufe vertagte, da war man in Frankfurt zwar darüber einig, daß diese Maßregel, zumal sie von dem unpopulären Ministerium Brandenburg und mit ungesetzlicher Gewalt ausgeübt worden, tadelnswerth sey, ob darin aber eine Rechtsverletzung enthalten sey, das hielten die gelehrten Vertheidiger des positiven Rechtsbodens, welche in der Majorität der Nationalversammlung sitzen aber mindestens für zweifelhaft, indem kein Gesetz bestehe, welches der Krone das Recht die Nationalversammlung zu verlegen, absreche. — Man wies darauf hin, daß die Verpflichtung der Krone nach dem Patente vom April d. J. nur darin bestehe, mit den Abgesandten des Volkes eine Verfassung zu vereinbaren, eine solche Vereinbarung aber auch an einem andern Orte als in Berlin erfolgen könne Nun steht die Sache anders. Die Krone hat die Nationalversammlung aufgelöst, und selbst — einseitig — eine Verfassung gegeben. Wir mußten erwarten, daß diejenigen Mitglieder der Nationalversammlung, welche jedem entschiedenen Fortschritte, den die linke Seite beantragte, das Recht der Krone oder der priveligirten Stände entgegenhielten, nun sich mit gleicher Entschiedenheit dem Rückschritte der Krone und der Kamarilla durch die Hinweisung auf das verbriefte Recht des Volkes, mit der Krone eine Verfassung zu vereinbaren, entgegensetzen würden. Aber wie täuschten wir uns! wir mußten es erleben, daß der graue Welcker, der sein Leben hindurch für das Recht und die Ehre des Volkes gekämpft hat, mit hohnischem Triumphe auf die nothwendige Auflösung der Nationalversammlung und auf das Gelingen dieses Staatsstreichs hinschaut, und das begangene Unrecht durch Hinweisung auf den Jubel eines Theiles des durch Gesetzwidrigkeit aller Art unterdrückten preußischen Volkes zu beschönigen sucht? Sie geben zu — diese Männer des Rechtsbodens, daß das geschriebene Gesetz durch die Oktroyirung einer Verfassung verletzt worden sey; aber sie getrosten sich ob dieser Rechtsverletzung, weil sie aus Rücksicht auf das Gesammtwohl nothwendig gewesen sey, und das Volk auch auf diesem Wege diejenigen Rechte und Freiheiten erlangt habe, welche einem freien Volke gebühren. —

Warum war denn, um hierauf näher einzugehen, die Auflösung der Nat.-Vers. u. die Oktroyirung einer Verfassung nothwendig? Weil antwortet man uns, eine Vereinbarung mit der Nat.-Vers. wegen ihrer schlechten Richtung nicht möglich war. — Es ist so viel schon darüber gesprochen und geschrieben worden, ob wirklich die Nationalversammlung alle die Vorwürfe die ihr so häufig gemacht werden, verdiene? ob sie sich wirklich gegen Herstellung der Ordnung in Berlin, gegen Sicherung der Abgeordneten der rechten Seite vor Mißhandlungen u. s. w. gesträubt habe? ob die Weigerung der Mehrzahl in die Verlegung nach Brandenburg sich zu fügen in Ordnung? ob der Beschluß daß das hochverrätherische Ministerium Brandenburg nicht befugt sey, über Staatsgelder zu verfügen und Steuern zu erheben gerechtfertigt gewesen? Wir wollen eine nähere Erörterung über diese Fragen, worüber dereinst die Geschichte das durch keine Partheileidenschaft getrübte Urtheil fällen wird unterlassen, aber soviel ist gewiß, daß selbst der Fall gesetzt, die Nationalversammlung wäre im Unrecht, die Regierung noch weniger von dem gleichen Vorwurfe freigesprochen werden kann. Was hat zuerst den Keim des Mißtrauens zwischen Krone und Nationalversammlung gelegt? Nichts anderes als das Bestreben des Ministeriums Camphausen, dem Volke von den durch die Zeit geforderten und von der Regierung in den Märztagen verheißenen Rechten und Freiheiten, so wenig als möglich zu gewähren. — Wenn es wahr seyn sollte, daß die preußische Nationalversammlung ihrer Pflicht zur Sicherung ihrer in der Minderheit befindlichen Kollegen nicht nachgekommen ist, warum hat die Regierung es unterlassen, die geeigneten Maßregeln zu treffen und die Ordnung in Berlin wiederherzustellen? Wenn die Beschlüsse der preußischen Nationalversammlung dem Könige nicht gefielen, — was beiläufig gesagt, noch nicht als Vorwurf für jene dienen kann, — warum hat derselbe durch die Ernennung eines im ganzen Lande mit Mißtrauen angesehenen Ministeriums, die Kluft zwischen sich und dem Volke erweitert? Wenn die Verlegung der Nationalversammlung an einen andern Ort der Regierung nothwendig erschien, warum ist ersterer hierüber nicht eine Vorlage gemacht worden und dadurch der Versuch, eine Ausgleichung herbeizuführen? War es erlaubt das jedenfalls zweifelhafte Recht zur Verlegung durch Gewalt, gegen die Vertreter des Volkes, durch gesetzwidrige Militärherrschaft, durch Suspension der Presse und des Vereins- und des Versammlungsrechtes, durch Niedersetzung außerordentlicher Gerichte durchzusetzen, und dadurch zu dem mindestens zweifelhaften Rechte, das offenbarste Unrecht zu fügen? und kann die Regierung sich beklagen wenn die Vertreter des Volkes in der festen Ueberzeugung von ihrem Rechte und in der begründeten Besorgniß vor dem Eintritte der Reaktion, alle Mittel erschöpften, um von dem guten Rechte des Volkes Nichts zu vergeben, und wenn sie am Ende, wie Mißethäter von einem Ort zum andern gejagt, von dem letzten Mittel des Volkes gegen Rechtswidrigkeiten der Regierung, von dem Rechte der Steuerverweigerung Gebrauch machten? Und als die Mehrheit der Nationalversammlung, um die ungesetzliche Maß-

regel der Einberufung der Stellvertreter zu verhindern, sich bereit erklärte nach Brandenburg zu gehen, und dort den Streit mit der Krone auszufechten, wer will es ihr verargen, daß sie dabei ihr Recht festhielt und dieses durch die Form zu wahren suchte, daß sie sich von dem Präsidenten dahin berufen ließ? Wollte sie nicht der Krone das Recht zugestehen die Nationalversammlung einseitig zu verlegen, so blieb nur jener Ausweg übrig, welchen die Regierung und die Minderheit der Versammlung freudig hätten begrüßen können. — Wenn endlich die Regierung zu der Ueberzeugung gekommen war, daß sie mit dieser Nationalversammlung nicht vereinbaren konne, warum machte sie derselben nicht den Vorschlag ihre Auflösung und die Wahl einer neuen Versammlung zu vereinbaren? Wir wissen es von Mitgliedern der Nationalversammlung selbst (Rodbertus und Schulz) daß dieselbe einem solchen Vorschlage gerne beigestimmt hätte!

Aber man wollte keine Ausgleichung. Nicht die angebliche Unfreiheit der Versammlung, nicht die Beschlüsse in der polnischen Frage, nicht die angebliche Weigerung, zu Herstellung der Ruhe und Ordnung und Sicherung der Mitglieder der Rechten die Hand zu bieten, waren es, welche die Schritte der Regierung herbeiführten, es war der demokratische Geist der Mehrheit der Nationalversammlung, dem man eine Mitwirkung bei dem Verfassungswerk nicht zugestehen wollte; es waren die Beschlüsse, daß das von „Gottes Gnaden“ mit dem Adel und den Orden aufhören solle, welche den König und die Aristokratie im tiefsten Herzen verwundeten und eine unversöhnliche Feindschaft herbeiführten, der die Nationalversammlung als Opfer fallen sollte. Und waren denn jene Beschlüsse so unrecht? Der Titel von Gottes Gnaden ist seit den Merztagen als ein lächerliches Attribut überall in ganz Deutschland anerkannt worden, einzelne Fürsten legten ihn seither von selbsten ab, wie z. B. der Kaiser von Oesterreich (der neue hat ihn wieder angenommen), der König von Würtemberg, der Großherzog von Hessen. War es ein so todeswürdiges Verbrechen, daß die preußische Nationalversammlung jenen Titel abschaffte? Der Adel und die Orden. Ist der Adel als Stand nicht auch von der deutschen Nationalversammlung abgeschafft worden, und wie viel hätte gefehlt, daß auch den Orden ein Ende gemacht worden wäre? Wenn die Krone mit diesen Beschlüssen nicht zufrieden war, durfte sie den Weg einschlagen, den sie eingeschlagen hat? Als nach den Merztagen das Gesetz zu Stande kam, wonach die Krone und die Nationalversammlung die Verfassung für Deutschland vereinbaren solle, da war die Meinung nicht die, daß nur die Nationalversammlung blos vorschlagen durfe, was der Krone genehm wäre. Sie hatte nach bester Ueberzeugung zu arbeiten auf der Grundlage der Merzerrungenschaften, und die schreiendste Rechtsverletzung ist es, wenn die Krone den unbequemen, aber gleichberechtigten Gegner, statt ihm Vertrauen zu zeigen und mit demselben Verständigung zu suchen, mit roher Gewalt zu Boden geschlagen hat, um allein Herr zu seyn auf dem mit Unrecht eroberten Boden, und sodann auf demselben nach eigenem Gutdunken zu wirthschaften. Verweise man doch nicht mit jenen Kämpfen des Rechtsbodens auf den Inhalt der von dem Könige aus eigener Machtvollkommenheit gegebenen Verfassung. (Wir werden in einem zweiten Artikel zeigen, daß sie wesentliche Mängel hat, daß mit der andern Hand genommen, was man mit der einen gegeben hat, daß sie nicht diejenigen Rechte und Freiheiten gewährt, welche das Volk anzusprechen hat.) Daß die Verfassung von dem Könige aus eigener Machtvollkommenheit gegeben, daß sie geschenkt ist, das ist es, was ihr, wäre sie auch die vollkommenste Verfassung der Welt — ihren Werth benehmen muß. Sie verdankt ihre Entstehung dem Satze, daß die Regierung das Recht habe, den Rechtsboden zu verlassen, wenn sie solches für das Gesammtwohl für nothwendig erachte.

Mit dem gleichen Rechte, mit welchem sie das Gesetz über die Vereinbarung der Verfassung gebrochen hat, wird die Krone die neue Verfassung brechen, sobald sie ihr unbequem seyn wird. Der Streich wäre zu gefährlich gewesen, die Nationalversammlung aufzulösen, wenn die Oktroyirung einer offenbar schlechten Verfassung damit verbunden gewesen wäre; darum mußte die Verfassung wenigstens den S c h e i n der F r e i s i n n i g k e i t an sich tragen. Wer bürgt dafür, daß sich nicht bald an dem preußischen Hofe, welcher mit dem größten Theile der Aristokratie, der Hierarchie und der Bureaukratie ein unaufgeklärtes, politisch nicht gebildetes Volk für das glücklichste, eine patriarchalische Regierung als das Ideal betrachten mag, die Ansicht von der Unzweckmäßigkeit und Schädlichkeit der neuen Verfassung Bahn brechen, und die Umstoßung derselben herbeiführen werde? Wer bürgt dafür, daß wenn diese Rechtsverletzung der preußischen Krone durch die deutsche Nationalversammlung stillschweigend hingenommen wird, in trauriger Nachahmung des Verhaltens des, wie es scheint, noch nicht verwesten Bundestages in der hannöverischen Frage, wer bürgt dafür, daß alsdann nicht auch die übrigen Fürsten auf die Ansicht kommen werden, es könnten die in Folge der Merzereignisse ihren Völkern gewährten Rechte und Freiheiten denselben schädlich sein, und daß sie nicht in dieser löblichen Absicht dem Beispiele des Königs von Preußen folgen? Wer bürgt endlich dafür, daß nicht die deutsche Nationalversammlung, nachdem sie so frech war, an den Adel, die Orden und die Titel die Hand anzulegen und den König von Preußen zur Bildung eines volksthümlichen Ministeriums und zu Rückverlegung der Nationalversammlung nach Berlin aufzufordern, nachdem sie für sich das Recht, einzig und allein eine Verfassung für Deutschland zu schaffen in Anspruch genommen hat; wegen Verletzung der Rechte der „von Gottes Gnaden“ aufgelöst und das deutsche Volk mit einer oktroyirten Verfassung, an deren Spitze eine neue unverbesserte Auflage des alten Bundestags zum Neujahre beschenkt werde. —

Darum, deutsches Volk sei wachsam, fordere die deutsche Nationalversammlung, die berufen ist, die Einheit und die Freiheit des Vaterlandes zu schaffen, die Rechte des Volkes zu schützen, auf, der Rechtsverletzung der Krone Preußen mit aller ihr zu Gebote stehenden Macht entgegenzutreten und dadurch an den Tag zu legen, daß sie auch die Sache des Volkes zu vertheidigen wisse.

Das preußische Volk möge aber bedenken, daß es einem freien Volke nicht ziemt, sich von seinem Fürsten eine Verfassung schenken zu lassen, daß es durch Annahme eines solchen Geschenkes an dem durch Blut erkauften Grundsatze der Volkssouveränität Verrath begeht und zu Unterdrückung der deutschen Freiheit die Hand bietet.

Wir schließen mit den Worten, welche unser edler Dichter Uhland im Jahre 1817 gesungen hat, als König Wilhelm von Würtemberg dem Volke eine Verfassung oktroyiren wollte:

Noch ist kein Fürst so hoch gefürstet,
So auserwählt kein irdischer Mann,
Daß, wenn die Welt nach Freiheit dürstet,
Er sie mit Freiheit tränken kann.
Daß er allein in seinen Händen
Den Reichthum alles Rechtes hält,
Um an die Völker auszuspenden,
So viel, so wenig ihm gefällt. —

Vom Merzverein.

Vereinigte Staaten von Deutschland.

* Nürnberg, 19. Dez. Seit dem Ausgang der fränkischen Wahlen und ihrem theilweise demokratischen Ergebniß enthält die N. M. Ztg. über Nürnberg, namentlich aber über Bamberg, wo der Verfasser zu suchen ist, eine Reihe von Artikeln, die, in Ermangelung alles Geistes, von jener wahnsinnigen Wuth inspirirt sind, in welcher sich die Ohnmacht einer verdienten Niederlage kund gibt. Es ist keineswegs die demokratische Partei allein, gegen welche diese Artikel ihr Gift ausspeien; ähnlich, wie in mehreren Artikeln des Korrespondenten von und für Deutschland der Nürnberger konstitutionelle Verein, wird hier der Bamberger konstitutionelle Volksverein wegen seiner Unthätigkeit und seiner Befriedigung in Adressenfabrikation mit bitterem Hohne verfolgt und ihm die ganze Schuld der Niederlage im Bamberger Wahlkampf zur Last gelegt. Ohne Zweifel um zu beweisen, auf welche Art jene ultra monarchische Partei den Demokraten fortan wirksamer entgegenzutreten gedenkt, wendet sich der Verfasser aber von seinen Angriffen gegen den konstitutionellen Volksverein sofort gegen die demokratischen Führer und bemüht sich, diese nicht bloß nach Kräften zu höhnen und zu schmähen, sondern namentlich sie dem Volke als Verräther an seinen Interessen darzustellen. Da wir vermu-

then, die N. M. Z. werde weder von unseren politischen Freunden, noch von dem Volke in Bamberg, auf welches doch jene Artikel berechnet sind, gelesen, so halten wir es für unsere Pflicht, beide hiemit darauf aufmerksam zu machen, wobei wir es freilich dem Ermessen der ersteren überlassen müssen, ob sie es für nöthig halten, jenen Angriffen etwas anderes als die schweigende Verachtung entgegenzusetzen. Ein — uns unbekannter — Vorgang in einer der jüngsten Bamberger Magistratssitzungen, in welcher die Magistratsräthe Ultsch und Kauschinger die Frage aufgeworfen haben sollen, ob man nicht auf Entfernung der starken Garnison zur Erleichterung der Bürgerschaft antragen solle, wird dazu benützt, um jene beiden demokratischen Magistratsräthe zu verdächtigen. Es wird nicht nur die Sache so dargestellt, als hätten jene Männer, um Eklat zu machen, die Veranstaltung getroffen, daß im Moment der Interpellation eine Anzahl Zuhörer im Sitzungssaale erschienen, sondern es wird aus Anlaß jenes Vorgangs den beiden auch Schuld gegeben, daß sie „auf Lokalinteressen ihrer Mitburger keine Rücksicht nehmen", daß es ihnen gleichgiltig sei, ob „Handel und Wandel, der Nahrungsstand der Stadt den namhaften Geldumsatz einer Garnison habe oder verliere." Wir haben bereits gesagt, daß wir den fraglichen Vorgang nicht kennen. Ist irgend etwas Thatsächliches daran, so wird die Interpellation wohl durch die fortdauernden Brutalitäten veranlaßt worden sein, welche in Bamberg die Soldateska gegen den ruhigen Bürger ausübte, und vor denen allerdings „die Rücksicht auf das Lokalinteresse", wenn ein solches vorliegt, in den Hintergrund tritt. Aber es dürfte dem Hrn. Korrespondenten der N. M. Z. schwer werden, zu beweisen, daß die stehenden Heere den Wohlstand fördern. Ist es an u. für sich widersinnig, behaupten zu wollen, daß eine Masse, welche nur verzehrt u. nichts producirt, den Wohlstand fördre, so ist selbst das angebliche „Lokalinteresse" welches durch Garnisonen gefördert werden soll, eine reine Illusion. Denn abgesehen davon, daß die Bürger der Garnisonsstadt ebenfalls dazu mitsteuern müssen, um den „Geldumsatz" der Garnison möglich zu machen, so werden unsres Dafürhaltens die geringen pekuniären Vortheile, welche einer Stadt aus ihrer Garnison erwachsen, von den nicht bloß moralischen, sondern sehr materiellen Nachtheilen, welche die Garnison in ihrem Gefolge hat, weit überwogen.

E Kadolzburg, im Dezember. Bei der Wahl der Wahlmänner soll nach §. 18 des Wahlgesetzes die Wahlhandlung von einem Ausschuß geleitet werden, der aus 7 von den anwesenden Urwählern gewählten Männern besteht, allein der Wahlkommissär Landrichter Ausin fand es für gut, nur 5 Männer zu wählen, und sich und seinen Sekretär als Ausschußmitglieder beizugeben, worauf bei der Wahl selbst 3 die absolute Stimmenmehrheit erhielten, zur Wahl des 4ten aber, den man gesetzlich in einem neuen Skrutinium zu wählen gehabt hätte, wollte der Hr. Landrichter durchaus nicht schreiten, wahrscheinlich um seine Stelle nach seinem Gutdünken, ohne Wahl, zu besetzen *).

Staatsanwälte und Untersuchungsrichter in den drei Franken. Oberfranken. Appellationsgericht zu Bamberg: 1. Staatsanwalt Rath Adolph Friedrich v. Sundahl; 2. Staatsanwalt Assessor Martin Lüst. Kreis- u. Stadtgericht Bamberg: 1. Staatsanwalt Rath Friedr. Wilh. Köppel; 2. Staatsanwalt Assessor Sigmund Marx; Untersuchungsrichter Rath Oskar Frhr. v. Seefried. Kreis- und Stadtgericht Bayreuth: Staatsanwalt Rath Friedrich Ritter; Untersuchungsrichter Rath Friedr. Wilhelm Oerthel. — Mittelfranken. Appellationsgericht zu Eichstädt: 1. Staatsanwalt Rath Franz Anton Russer; 2. Staatsanwalt Assessor Julius Knappe. Kreis- und Stadtgericht Nürnberg: 1. Staatsanwalt Assessor Dr. Joh. Georg Kalb; 2. Staatsanwalt Assessor Christ. Otto; Untersuchungsrichter Rath Ferd. Karl v. Grundherr. Kreis- und Stadtgericht Ansbach: 1. Staatsanwalt Rath Friedrich Heyde; 2. Staatsanwalt Assessor Dr. Max Theodor Mayer; Untersuchungsrichter Rath Gustav Krohne. Unterfranken und Aschaffenburg. Appellationsgericht zu Aschaffenburg: 1. Staatsanwalt Rath Dr. Heinrich Lotz; 2. Staatsanwalt Assessor Friedrich Helfreich. Kreis- und Stadtgericht Würzburg: 1. Staatsanwalt Rath Friedrich Steppes; 2. Staatsanwalt Rath Bernhard Wilhelm; Untersuchungsrichter Rath Franz Ludwig Löwensheim. Kreis- und Stadtgericht Aschaffenburg: 1. Staatsanwalt Rath Dr. Philipp Höfling; 2. Staatsanwalt Rath Friedrich Thelemann; Untersuchungsrichter Rath Karl Frhr. v. Cunibert. Kreis- und Stadtgericht Schweinfurt: Staatsanwalt Rath Julius Eckardt; Untersuchungsrichter Assessor Johann Jakob Jäger.

*) Wir nehmen gerne gegründete Beschwerden gegen Beamte, die sich Rechtsverletzungen erlauben, auf, und auch der vorliegende Fall eignet sich vollkommen zur Veröffentlichung. Indessen ist den Hrn. Urwählern zu bemerken, daß, wo die Rechtsverletzung so auf flacher Hand lag, sie den Hrn. Landrichter mit der erforderlichen Energie zur Erfüllung seiner Pflicht anhalten, nöthigenfalls aber die Wahl ohne sein Zuthun hätten vornehmen sollen. (Anm. d. Red.)

Frankfurt, 16. Dez. Nach hier eingetroffenen zuverlässigen Nachrichten aus Schleswig sind 6000 Mann Dänen auf Alsen gelandet. Auch ist, wie man vernimmt, an die im Altenburgischen stationirten hannöver'schen Truppen bereits der Befehl zum Marsche nach Schleswig abgegangen. Weitere Truppentheile des Reichs werden denselben nachfolgen. (Fr. Journ.)

* Wien, 15. Dez. Windischgrätz fängt jetzt an zu hängen. Ein Soldat, Krziwan, wurde heute gehängt. Er hatte seinen Oberjäger erschossen. — Wegen Aeußerungen in einem Gasthause wurde ferner ein Fleischhauergeselle zu achtjähriger Schanzarbeit in schweren Eisen verurtheilt.

Olmütz, 14. Dez. (Vom Kriegsschauplatz in Ungarn.) Heut ist ein Kourier aus dem Lager des General Simonic eingetroffen, welcher dringend Verstärkungen verlangt. Preßburg ist noch nicht eingenommen. Das kais. Militär soll bei Erstürmung einer Schanze einen Verlust von 4000 Mann erlitten haben. — Nach Niederösterreich, wo eine allgemeine Entwaffnung vorgenommen worden ist, ist der Befehl abgegangen, alle Wühler und Studenten festzunehmen unter Androhung des Belagerungsstands. Die Studenten werden ohne weiters unter das Militär gesteckt und nach Italien geschickt. (Bamb. Z.)

DC Kremsier, 11. Dez. Die Finanzkommission hat ihre Berathungen in der Geldbewilligungsfrage noch nicht vollendet; die Majorität ist für Bewilligung eines Theiles der nachgesuchten Summe. Das Ministerium hat der Finanzkommission die Zusicherung gegeben, daß der junge Kaiser nichts von dem zurücknehmen werde, was Kaiser Ferdinand versprochen, — eine Phrase, deren Werthlosigkeit Jedermann kennt, die aber jetzt noch bedeutungsloser als je ist, da das Ministerium der Militärdiktatur gegenüber ganz unselbstständig dasteht. — Die von einigen Mitgliedern des Finanzausschusses wegen der bekannten Antwort des Kaisers an die Deputation des Reichstags — daß er die Verfassung prüfen und sanktioniren werde — geäußerten Besorgnisse, suchte der Finanzminister, in seinem Eifer das Geld zu erlangen, dadurch zu beschwichtigen, daß er entschuldigend sagte: „dem jungen Kaiser sey dieses Wort in der Befangenheit entschlüpft. (!)"

Prag, 15. Dez. Hier trägt man sich mit Gerüchten von im Januar oder Februar in Prag beabsichtigten wichtigen Besprechungen sogar gekrönter Häupter. Ja die Fama läßt für den König von Preußen und den Kaiser von Rußland bereits Zimmer auf dem Hradschin in Bereitschaft setzen. — Zuverlässigen Berichten zufolge sind alle Nachrichten, welche bis jetzt durch die Zeitungen über Ungarn verbreitet wurden, falsch. Die Lage der Magyaren soll keine vorzügliche, jene ihrer Gegner aber auch keine beneidenswerthe seyn, da diese an Proviant äußerst fühlbaren Mangel leiden trotz der großen Lieferungen, während die Ungarn mit Lebensmitteln reichlich versorgt sind. Vorpostengefechte finden fast täglich statt, und zwar pflegt bei solchen Gelegenheiten die ungarische Reiterei den Vortheil des Siegs davonzutragen. (D. a. Z.)

Berlin, 15. Dez. Der Prozeß Dowiat wurde heute mit dem Playdoyer des Assessor Meyen für sämmtliche Angeklagte und der Urtheilssprechung beendigt. Dowiat und ein Handlungsdiener Müller wurden des Aufruhrs schuldig, Jeder zu 6 Jahre Festungsstrafe verurtheilt, vier Angeklagte zu 6 Jahre Strafarbeit, zwei zu 3 Jahre desgleichen, zwei zu 1 Jahr und einer zu ½ Jahr, sämmtlich wegen Theilnahme am Aufruhr. Fünf Personen wurden von der Anklage entbunden und nur Einer für nichtschuldig nach monatlanger Haft erklärt. So haben die Gerichte wiederum eine Episode aus unseren Revolutionszuständen beendigt, ein trübes und trauriges Nachtstück in jeder Art. Der ehemalige Abgeordnete d'Ester ist heut per Zwangspaß ausgewiesen worden. Jung ist noch hier und sehr thätig, um seine Wiederwahl durchzusetzen.

DC Berlin, 11. Dez. Vor einigen Wochen gaben wir die Mittheilung, daß General Wrangel die Versammlungen des Maschinenbauervereines erlaubte und demselben sogar ein Geschenk von 10 Friedrichsd'ors machte, indem er sich als Mitglied des Vereines aufnehmen ließ. Eine große Minorität protestirte bekanntlich dagegen. Wir erfahren nun, daß in Folge dieser Auf-

nahme mehrere Ehrenmitglieder des Vereins, unter Andern auch der bekannte Sozialist, Mitglied der Nationalversammlung, Nees von Esenbeck, aus dem Verein ausgeschieden und Alle ihre Ehrendiplom zurückgesendet haben, da sie nicht mit dem General Wrangel einem Vereine angehören wollen *). — Obgleich durch den Belagerungszustand alle größere Versammlungen behufs Vorbereitungen zu den Wahlen unmöglich gemacht sind, so wird desto erfolgreicher bereits in engern Kreisen agitirt. Außer dem Central-Wahl-Komité bestehen hier schon einige Lokal-Komité's, welche aus den einflußreichsten Mitgliedern unserer Bezirksvereine bestehen. In mehreren Bezirksvereinen hat man die Mitglieder zu diesen Wahl-Komité's gewählt und mit Genugthuung können wir die freudige Mittheilung machen, daß die Kandidaten der demokratischen Partei über die der konstitutionellen den Sieg davon trugen.

* Karlsruhe, 15. Dez. In der heutigen Sitzung der II. Kammer interpellirte Heußer das Ministerium wegen der angeblichen sonderbündlerischen Bestrebungen einzelner deutscher Staaten, namentlich Bayern's gegen die eventuelle Einsetzung eines deutschen Reichsoberhaupts. Die Kammer erklärte sich einstimmig gegen solche sonderbündlerische Erklärungen. Es ist mit einer solchen Erklärung gar nichts gesagt, weil sie ganz allgemein gehalten ist. Opposition gegen einen deutschen Kaiser, welcher als König von Preußen selber das Recht seines Volkes und sein eigenes Wort verrathen hat, ist nicht bloß gerechtfertigt, sondern sie ist Pflicht, eben weil ein solches Kaiserthum niemals zur wahren Einheit führen würde.

Bernburg. Das Beispiel Preußens hat seine erste Nachahmung gefunden. Der Herzog von Anhalt-Bernburg hat seinen Landtag aufgelöst und eine Verfassung oktroyirt. Die Motivirung des Erlasses schließt sich wörtlich an den Ministerial-Bericht an, welcher der preußischen Verfassung vorgedruckt wurde.

Republik Frankreich.

Paris, 14. Dez. (Nachmittags.) So eben proklamirt der Seinepräfekt Rekurt, umgeben von sämmtlichen Maire's und höhern Gemeindebeamten, unter dem üblichen Zeremoniel vom Balkon des Stadthauses herab (innerhalb des Eisengitters) das Wahlresultat, des Seinedepartement, welches folgendes ist. Für Louis Napoleon 198,484. Für Cavaignac 95,567. Für Ledru-Rollin 26,648. Für Raspail 15,871. Für Lamartine 5,838. Summa 341,829. Das versammelte Volk antwortete durch den Ruf: Es lebe Napoleon! Es lebe die Republik! Es lebe die demokratischsoziale Republik! Es lebe der Kaiser! — Bis heute früh kannte die Regierung 1,233,089 Stimmen für Bonaparte, 314,382 für Cavaignac. Im Laufe des Tages steigerte sich die erste Ziffer auf zwei Millionen, während die letztere kaum eine halbe Million erreichte. Es unterliegt gar keinem Zweifel mehr, daß Bonaparte nicht zwei Drittheile der Gesammtzahl erhalte. Cavaignac in Anklagezustand!! Seit gestern zirkulirt unter den heftigsten Feinden des Diktators (und deren sind nicht wenige!) eine Bittschrift an die Nationalversammlung, „den Cavaignac zur Kriminaluntersuchung zu ziehen." Die Anklagepunkte sind zahlreich.

*) Es scheint also wahr zu sein, daß die Maschinenbauer, in ihrer Mehrzahl wenigstens, sich von der Reaktion erkaufen ließen. Wir wollten lange nicht daran glauben, obwohl wir wußten, daß Manche Berliner Volksführer, die im Maschinenbauerverein nicht ohne Einfluß sind, längst an den Prinzen von Preußen verfallen sind. Wir sind begierig zu sehen, welche Früchte der Absolutismus in Deutschland von dem auf Corruption gegründeten Bund mit dem Proletariat ernten wird.
Anm. d. Red.

Anzeigen.

Gedruckt — unter Verantwortlichkeit der Verleger — bei J. L. Stich.
Expedition S. 39 im Gasthof zum König Otto II. Etage.

Der freie Staatsbürger.

Erscheint täglich. Preis in ganz Bayern vierteljährlich 1 Fl. 30 Kr. halbjährlich 3 Fl., jährlich 6 Fl.

Organ der Demokratie.

Inserate werden die zweispaltige Petitzeile zu 4 1/2 Kr. berechnet. Die Abonnenten haben für die Hälfte des Abonnementpreises Inserate frei.

Nr. 79. Nürnberg, Donnerstag, den 21. Dezember 1848.

Der freie Staatsbürger, Organ der Demokratie, wird auch im nächsten Jahre forterscheinen. Unter Bezugnahme auf die ausführliche Ankündigung in Nr. 68, 70, 71 laden wir zu recht zahlreichem Abonnement ein. Der Preis des Blattes ist jährlich 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr., und kann dasselbe im ganzen Umfang des Königreichs Bayern durch die Postämter um diesen Preis bezogen werden. Wir bemerken ausdrücklich, daß die Postämter von jetzt an jederzeit vierteljährige Abonnements anzunehmen verpflichtet sind. Für Nürnberg und die nächste Umgebung abonnirt man bei der Expedition Winklerstraße S. 39 König Otto II. Etage, und werden daselbst auch Monatsabonnements à 30 kr. angenommen. Die, welche sich jetzt abonniren, erhalten die bis zum Januar laufenden Nummern unentgeltlich.

Vereinigte Staaten von Deutschland.

München, 18. Dez. Heute Morgens wurde der Schneidergeselle Ritzler, Redakteur eines neuen, in der Deschler'schen Offizin gedruckten republikanischen Blattes: „Es muß Tag werden!" verhaftet, und ein Kriminalprozeß wegen Versuchs des Hochverraths gegen ihn anhängig gemacht; die Nummer 3 des Blattes, welche den angeschuldigten Aufsatz enthält, ist konfiszirt worden. (A. A. Z.)

* München, 19. Dez. Ronge veröffentlicht in dem „Vorwärts" eine Ansprache an das deutsche Volk in Bezug auf das Manifest der kürzlich in Würzburg versammelt gewesenen 25 Bischöffe. Diese hatten darin einerseits den Fürsten ihre Unterstützung zugesagt, auf der andern Seite die bekannten Forderungen der kirchlichen Autonomie gestellt: freien Verkehr mit Rom, freie Hand in der Erziehung der Geistlichkeit, volle Freiheit, Orden, Klöster und Stifte zu errichten, uneingeschränkte Macht über das Kirchengut. Namentlich hatten sie sich gegen die Trennung der Schule von der Kirche ausgesprochen. Ronge fordert das Volk auf, auszusprechen, daß die 25 Bischöfe nicht die katholische Kirche Deutschlands, daß ihre Beschlüsse nicht der Ausdruck seiner Ueberzeugung seyen.

Ueber die Stellung der Parteien in der Kaiserfrage schreibt die Speyerer Zeitung: Die Creirung des „Reichsoberhauptes" beschäftigt eine Menge von Leuten, — nicht blos des Instituts an sich, sondern ganz der Personen wegen. Schon hat ein Intriguenspiel begonnen, von dem man sich, ohne einigermaßen hinter den Vorhang gesehen zu haben, kaum einen Begriff machen kann. Die Parteien sind so gespalten, und sie verfolgen, außer den prinzipiellen, meistens so viele Sonderinteressen, daß selbst in der Nationalversammlung zur Zeit noch keine eine Majorität erlangen kann. Desto eifriger werden sie, um eine solche zu erlangen. Die Parteien sind besonders folgende. 1) Die der linken Seite. Sie besteht aus den entschiedenen Republikanern, der Mehrzahl nach aber aus solchen Abgeordneten, welche zwar das Fortbestehen der Monarchie in den Einzelstaaten, als durch die Verhältnisse bedingt, anerkennen, dabei aber zu den 34 Kronen nicht noch eine weitere 35ste schaffen wollen. Diese ganze Partei besteht etwa aus dem vierten Theile der Nationalversammlung. Die Anhänger des Kaiserthums bestehen, außer der Linken, aus allen Fraktionen des Parlaments. Allein sie sind nichts weniger als einig unter sich. So kommen wir 2) auf die Partei des Erbkaisers. Dieselbe besteht zunächst aus Solchen, welche den König von Preußen zu dieser Würde erhoben sehen möchten. Diese Partei ist ungemein rührig, und es scheint, daß ihr mancherlei Mittel zu Gebote stehen. 3) Die Partei des Triumvirats. Dieselbe schlägt einen, etwa alle 4 Jahre zu wiederholenden Wechsel der Kaiserwürde zwischen den Fürsten von Preußen, Oesterreich u. Bayern vor. Da die Oesterreicher im Augenblicke keine Aussicht haben, das Erbkaiserthum für ihren Monarchen zu erlangen, so sind sie der eben bezeichneten Richtung zugethan: vielleicht mehr noch aus Mißgunst gegen Preußen, als aus unmittelbarer Begierde nach der neuen Krone. Nebst ihnen gehören in diese Klasse vorzugsweise die Bayern; auch stimmen die Ultramontanen aus allen Ländern (selbst aus Rheinpreußen) bei, durch die Furcht vor dem protestantischen Preußen geleitet. 4) Partei eines größeren Turnus. Außer Oesterreich und Bayern zeigen auch noch andere Staaten wenig Neigung, sich dem preußischen Kaiserthume zu unterwerfen; so ganz besonders Hannover, was Norddeutschland betrifft. Die Anhänger dieser Kategorie wollen zwar einen Wechsel in der Kaiserwürde, aber nicht bloß unter den Fürsten der drei bedeutendsten Staaten, sondern unter denen einer größeren Anzahl, damit namentlich auch der König von Hannover die höchste Würde zu bekleiden bekäme. 5) Die Partei der bloßen Prinzen. Unter den Anhängern des Kaiserthums sind auch Solche, welche die Krone nicht auf das Haupt regierender Fürsten, sondern auf das Haupt nachgeborner Prinzen (vielleicht auch des jetzigen Reichsverwesers) gesetzt wissen wollen. Sie scheiden sich ebenfalls nach Kategorien für das Erbkaiserthum und den Turnus. Es erregt ein niederdrückendes Gefühl, wenn man sieht, wie und mit welchen Mitteln das deutsche Volk von verschiedenen Seiten her zu beglücken und dessen Zukunft zu begründen gestrebt wird. Das arme Deutschland muß voraussichtlich schwere Experimente mit sich vornehmen lassen.

* Frankfurt, 16. Dez. Es ist ebenso bekannt als natürlich, daß das deutsche Parlament durch seine Servilität und Freiheitsverrätherei den Fürsten ebenso verächtlich als beim Volke verhaßt geworden ist. Es ist daher seit einiger Zeit von einem Fürsten-Kongreß die Rede, bei welchem sich auch der Zar von Rußland einfinden soll, und wo man der Frankfurter Komödie ein Ende zu machen gedenkt, sey es ohne weiteres durch die Macht der Bajonette, oder durch eine oktroyirte, papierne „Reichsverfassung", zu welch letzterem Schritt die Erfolge des preußischen Gnadengeschenkes sowohl bei den Frankfurter Hofräthen, als bei der preußischen Bourgeoisie sehr zu ermuthigen geeignet sind. Dieses Gerücht findet jetzt in einem halboffiziellen Artikel der D. P.-A.-Z. seine volle Bestätigung. Dieser Artikel nimmt von der wahrscheinlichen Wahl Louis Bonapartes in Frankreich Veranlassung, um auf Beschleunigung der Ernennung eines definitiven Oberhaupts für Deutschland zu dringen, damit der neue Präsident der Republik Frankreich keine Gelegenheit finde, sich in die innern Angelegenheiten Deutschlands einzumischen, wozu ihm jetzt während des Provisoriums in der republikanischen Partei und in dem Widerwillen mehrer Dynastien gegen eine Unterordnung unter einen deutschen Monarchen Anlaß gegeben. „Man wird doch nicht wähnen, heißt es dann weiter, daß es jetzt noch möglich sey, sich außerhalb der Reichsversammlung über eine neue Reichsverfassung zu verständigen, die man etwa nach dem Vorgang in Berlin dem gesammten Deutschland oktroyiren könnte?" Trotz der fragenden Form sieht man schon hier leicht, daß man an diese „Möglichkei-"

in Frankfurt glaubt. Das gleiche findet auf die folgenden Fragen seine Anwendung. Denn der Artikel fährt fort: „Oder glaubt man, daß die Reichsversammlung aufgelöst und ein Kongreß von Bevollmächtigten der Regierungen zusammenberufen werden könnte, um den hiesigen Verfassungsentwurf zu revidiren und alsdann als einen neuen Bundesvertrag zu verkünden? Meint man, Deutschland sey fähig, noch länger das dermalige Provisorium zu ertragen? Vielleicht aber könnte man daran denken, das Einverständniß nur zwischen den mächtigsten deutschen Regierungen herzustellen und das Resultat alsdann, wenn nöthig, durch die bewaffnete Macht zur Ausführung zu bringen. Wo fänden sich die Minister, die solches zu unternehmen wagen könnten? Wo bliebe der Rechtstitel zu solchen mehr als gewagten Schritten? Mit solchem Leichtsinne spielt man nicht mit dem Geschicke der Staaten.“ Es ist ganz klar, was man hier zwischen den Zeilen zu lesen hat. Alle diese Fragen stellen ebenso viele Pläne der Reaktion dar, über die sich dieselbe noch nicht entschieden hat. Wenn die O.-P.-A.-Z. meint, es fänden sich keine Minister zur Ausführung solcher Maßregeln, so vergißt sie, daß sich in Berlin das Ministerium Brandenburg-Manteuffel fand, daß die Patrone der O.-P.-A.-Z., die Schmerling, Gagern und Konsorten seinem Beginnen zujauchzten, wenn nicht dazu aufmunterten, und daß sie damit zu gleichen Gewaltschritten gegen sich selbst herausgefordert haben. Was das Bedenken wegen des „Rechtstitels“ betrifft, so ist es ein lächerliches. Nach welchem „Rechtstitel“ löste der König von Preußen seine Versammlung auf? — Auf welchem „Rechtstitel“ beruht denn übrigens die Existenz der Nationalversammlung? Auf dem „Rechtstitel“ der Revolution. Nachdem sie diesen Rechtstitel von sich gestoßen, nachdem sie sich zur Metze der Dynastien herabgewürdigt, muß sie sich auch die Fußtritte gefallen lassen, die man ihr sammt dem Sündenlohn verabreicht. Uebrigens meint es die O.-P.-A.-Z. mit solchen Bedenken auch gar nicht ernstlich. Sie ist vollkommen gefaßt darauf, daß man der armseligen Existenz der Nationalversammlung von Seiten der Fürsten ein Ende mache, ja sie jubelt einer oktroyirten Verfassung bereits entgegen. „Nur in dem Falle könnte etwas dergleichen versucht werden, sagt sie, wenn durch die oktroyirte Verfassung mehr gegeben würde, als von einer Reichsversammlung jemals gewährt werden könnte.“ Wir möchten wissen, was die Fürsten abhalten sollte, die freisinnigste aller Verfassungen auf dem Papier zu geben. Das genirt sie ja nicht im Mindesten. Nimmt die preußische Regierung der „freisinnigen“ Verfassung wegen irgend einen Anstand, die Gewalt statt des Rechtes herrschen zu lassen, die Bürger zu Hunderten einzustecken und über Tausende das Kriegsrecht walten zu lassen? Nicht den mindesten. Auf dem Papier freisinnige Verfassungen, in der Wirklichkeit den Belagerungszustand, das ist die Politik unsrer Fürsten und ihrer Brandenburg, denen gegenüber Metternich ein ehrlicher Mann war, vor dem man Achtung haben muß; denn er verschmähte es, seinen Despotismus hinter der Maske einer freisinnigen Konstitution zu verbergen.

• Frankfurt, 18. Dez. Durch den Eintritt des Edlen in's Ministerium war eine einträgliche Stelle vakant geworden. 24000 fl. sind nicht zu verachten. Zum ersten Mal fand ein heftiger Kampf um die Präsidentenwürde Statt. In diesem Kampf, der erst im dritten Skrutinium entschieden wurde, zeichnete sich plötzlich eine ganz neue Parteistellung ab, die alle früheren aufhebt. Die österreichische Frage, die Frage über die Hegemonie Preußens gibt jetzt die Fahnen her, unter denen sich die verschiedenen Parteien gruppiren. Die Oesterreicher wollten Hrn. Schmerling ihre Stimmen geben. Der war nun natürlich nicht durchzusetzen, und da außer Simson von Königsberg (181) Kirchgeßner von Würzburg im ersten Skrutinium 128 Stimmen erhielt, so vereinigten die Oesterreicher im II. Skrutininium ihre Stimmen mit denen für Kirchgeßner, so daß dieser 214, Simson 215 Stimmen, keiner aber die absolute Majorität erhielt, (bei 443 Stimmenden). Endlich im III. Skrutinium siegte Norddeutschland, Eduard Simson mit 233, über Kirchgeßner mit 225 Stimmen. Es waren 460 gültige Stimmzettel abgeliefert worden. Einige Stimmen waren auf Schmerling gefallen. Ein nach so heftigem Kampf aus der Urne hervorgegangener Präsident wurde natürlich mit sehr verschiedenen Gefühlsäußerungen, Beifall und Zischen, begrüßt. Es scheint, mit dem edlen Gagern ist der Zusammenhalt verschwunden, und die von Gagern aufrecht erhaltene Einheit scheint eine sehr illusorische gewesen zu seyn; denn kaum setzt der Edle seinen Fuß vom Präsidentensitz herab und begibt sich auf die Ministerbank, so ist er es, der durch sein neues Ministerprogramm die Theilung Deutschlands, statt der Einheit aussprechen muß. So vollzieht sich die Nemesis. Doch hören wir das Programm des Edlen, welches uns das Ende des Frankfurter Possenspiels einzuleiten scheint. Entweder zerfällt Deutschland wieder in die bundestägliche Zersplitterung, oder das Volk schafft sich eine Einheit, die besser Probe halten wird, als die burschenschaftlichen Träume aufgeblasener Politiker, hinter deren hohlen Einheits-Phrasen der Despotismus und die Zersplitterung liegt. Ein Schreiben des Reichsverwesers zeigt die Ernennung Heinrichs v. Gagern zum Vorsitzenden des Ministeriums und zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten, vorläufig zugleich des Innern, an. Darauf betritt der Ministerpräsident selbst die Rednerbühne, um das Programm des Reichsministeriums mitzutheilen. Gagern: Ein Gefühl der Nothwendigkeit, ein heißes Verlangen durchdringt das Volk: daß das Verfassungswerk schnell vollendet seyn möge. Die verfassunggebende Reichsversammlung hat dieses Bedürfniß erkannt und nähert sich dem Ziele ihrer großen Aufgabe. Zwar ist die Errichtung des Verfassungswerks von der Wirksamkeit der Centralgewalt ausgeschlossen; die Wege aber anzubahnen, damit die vollendete Verfassung in Wirksamkeit treten könne, thätig zu seyn, wo vorauszusehenden Hindernissen vorgebeugt werden kann und etwa eintretende zu beseitigen sind; eine solche das Verfassungswerk betreffende Wirksamkeit der Centralgewalt erscheint in so hohem Grade als Bedingung der allgemeinen Wohlfahrt, daß das Reichsministerium sie für die nächste und wichtigste erkennt. Die Stellung, welche Oesterreich zur deutschen National-Versammlung und zu der provisorischen Centralgewalt für Deutschland eingenommen hat, legt dem Reichsministerium die Pflicht auf, der Nationalversammlung, deren Aufmerksamkeit durch diese wichtige Frage bereits vielfach in Anspruch genommen ist, Vorlage zu machen. Das Programm des österreichischen Ministeriums vom 27. November spricht aus: 1) daß alle österreichischen Lande in staatlicher Einheit verbunden bleiben sollen, 2) daß die Beziehungen Oesterreichs zu Deutschland dann erst staatlich geordnet werden könnten, wenn beide Staatenkomplexe zu neuen und festen Formen gelangt seyen, d. h. ihre innere Gestaltung vollendet haben würden. Diese Auffassung der Stellung Oesterreichs zu Deutschland hat nicht allein den Beifall des österreichischen Reichstags zu Kremsier erhalten, sondern scheint auch den Wünschen und Ansichten der großen Mehrheit der Bewohner der deutsch-österreichischen Lande zu entsprechen. Es ist damit österreichischer Seits die Antwort auf die Frage ertheilt, welche in der Beschlußnahme der Nationalversammlung über den Verfassungsentwurf: „Kapitel vom Reich und der Reichsgewalt“ namentlich in den Paragraphen 1 bis 3 enthalten, an Oesterreich gestellt worden ist. Das Reichsministerium glaubt in Beurtheilung der Stellung der Centralgewalt zu Oesterreich von folgenden Sätzen ausgehen zu müssen: 1) Bei der Natur der Verbindung Oesterreichs mit außerdeutschen Ländern beschränkt sich für jetzt und während des Provisoriums die Pflicht der Reichsgewalt darauf, das bestehende Bundesverhältniß Oesterreichs zu Deutschland im Allgemeinen zu erhalten. Es ist aber das Sonderverhältniß Oesterreichs anzuerkennen, wonach es anspricht, in den zu errichtenden deutschen Bundesstaat unter Bedingungen, die die staatliche Verbindung der deutschen mit den nichtdeutschen österreichischen Bundestheilen alteriren, nicht einzutreten. 2) Oesterreich wird also nach den bis jetzt durch die Nationalversammlung gefaßten Beschlüssen, wodurch die Natur des Bundesstaates bestimmt worden ist, als in den zu errichtenden deutschen Bundesstaat nicht eintretend zu betrachten seyn. 3) Oesterreichs Unionsverhältniß zu Deutschland mittelst einer besonderen Unionsakte zu ordnen, und darin alle die verwandtschaftlichen, geistigen, politischen und materiellen Bedürfnisse nach Möglichkeit zu befriedigen, welche Deutschland und Oesterreich von jeher verbunden haben und im gesteigerten Maße verbinden können, bleibt der nächsten Zukunft vorbehalten. Da Oesterreich zu dem von der provisorischen Centralgewalt repräsentirten Deutschland zwar in einem unauflöslichen Bunde steht, in den Bundesstaat aber nicht eintritt, so ist die Verständigung über alle gegenseitigen, sowohl bereits bestehenden als künftigen Bundespflichten und Rechte auf gesandtschaftlichem Wege einzuleiten und zu unterhalten. 5) Die Verfassung des deutschen Bundesstaates, deren schleunige Beendigung zwar im beiderseitigen Interesse liegt, kann jedoch nicht Gegenstand der Unterhandlung mit Oesterreich seyn. Indem ich diese Sätze der Prüfung der Nationalversammlung übergebe, suche ich für das Reichsministerium um die Ermächtigung nach, die gesandtschaftliche Verbindung mit der Regierung des österreichischen

Kaiserreichs, wodurch den erörterten Verhältnissen entsprochen wird, Namens der Centralgewalt anknüpfen zu dürfen. Ich erlaube mir, daran die Bitte zu knüpfen, daß diese Vorlage zwar nach ihrer Wichtigkeit an einen Ausschuß zur Begutachtung überwiesen, die Verhandlung der Sache aber möglichst beschleunigt werden möge. (Bewegung. Es werden vergebens Zeichen des Beifalls, wie des Mißfallens versucht.) Sodann erhebt sich eine Meinungsverschiedenheit darüber, ob das Programm des Reichsministeriums an den Biedermann'schen oder an den öster. Ausschuß zu überweisen sey. Rößler von Oels behauptet, die Angelegenheit gehöre vor den Verfassungsausschuß. Venedey: Ich schlage vor: das Programm ohne Ausschußbericht zu verwerfen. (Bravo!) Wir sind zusammengetreten, Deutschland zu vereinigen, nicht um es zu zerreißen. (Stürmisches Bravo!) Nicht einen Augenblick länger können wir hier sitzen, wenn wir in eine solche Theilung willigen. (Wiederholter Zuruf und Applaus.) Hartmann aus Leitmeritz: Es wäre ein Verbrechen, auf den Antrag des Ministerpräsidenten einzugehen. Giskra: Noch ist Oesterreich nicht verloren von Deutschland und ich hoffe, es soll dabei bleiben! Also wenigstens nicht vor den völkerrechtlichen Ausschuß gehört die Sache. Endlich wird beschlossen, die Sache an einen neu zu erwählenden Ausschuß zu verweisen.

Frankfurt, 18. Dez. Vom kaiserl. österreichischen Kabinette ist gestern eine Zuschrift an das Reichsministerium eingegangen. Sie enthält die Erklärung, daß das österreichische Ministerium seine ferneren Beziehungen mit der deutschen Centralgewalt durch sein Ministerium des Auswärtigen fortsetzen werde. (D. Z.)

* Frankfurt, 18. Dez. Der Abgeordnete Raveaux, in den Jürgens'schen Schandblättern aus der Nat.-Vers. verdächtigt, als wäre ihm seine Entlassung aus dem Dienste des Reichsministeriums nicht auf sein Verlangen, sondern deßhalb ertheilt worden, weil das Reichsministerium mit seiner Amtsführung unzufrieden gewesen, gibt im Frankfurter Journal eine Erklärung, aus welcher hervorgeht, daß das Reichsministerium allerdings der Sache eine solche Wendung geben möchte, als wäre die Mission Raveaux's eine außerordentliche und beendete, und als wäre seine Entlassung zu derselben Zeit im Ministerium schon beschlossen gewesen, in welcher Raveaux sie verlangte, daß aber das Ministerium hiebei mit dem Datum und mit seinen eigenen Erklärungen in Widerspruch geräth. Es bleibt also wahr: Raveaux forderte seine Entlassung, weil er es mit seiner Ehre nicht mehr vereinigen konnte, unter einem Schmerling zu dienen.

* Wien, 15. Dez. Die Wiener Zeitung bringt folgendes kostbare Aktenstück, aus welchem man mit Vergnügen ersieht, wie trefflich es die Militärdiktatur mit der Preßfreiheit und mit dem „gesetzlichen Fortschritt" meint. „Freie Diskussion!" nur darf man nicht anders schreiben, als der Militärdiktatur beliebt. Das Aktenstück lautet: Man hat mit Bedauern wahrgenommen, daß ein Theil der Wiener Tagespresse, insbesondere die Journale: „Schild und Schwert", die „Geißel", das „Monarchisch konstitutionelle Oesterreich" eine Richtung einschlagen, deren Wirkung auf die öffentliche Meinung nicht minder nachtheilig seyn muß, als die frühere Zügellosigkeit der radikalen Presse. Das in einigen dieser Tagesblätter, welche die Begünstigung genießen, ihre Ansichten zu vertreten, sich kundgebende Hervortreten mit offenbar den Prinzipien eines konstitutionellen Staates widerstreitenden Tendenzen, die Aufreizung zum Hasse gegen ganze Classen von Staatsbürgern und gegen Religionsgenossenschaften, überhaupt die Schimpf- und Schmähartikel kann der Regierung, welche durch die Conzessionirung dieser Blätter einen Theil der moralischen Verantwortlichkeit für deren Haltung auf sich genommen hat, nicht länger dulden. Der Belagerungszustand soll eine freie Diskussion nicht hindern, nur darf diese keine Persönlichkeiten behandeln, sie muß leidenschaftsfrei bleiben, und so lange die Tagespresse die verschiedenen politischen Meinungen in einer ruhigen, besonnenen, wenn auch freien Sprache erörtert, soll und wird sie auch nicht beanstandet werden. Die Regierung will ja endlich den gesetzlichen Fortschritt, und sie glaubt darum auch das allgemeine Vertrauen, das ihr diesen ernstlichen Willen begründen soll, zu verdienen. Die Regierung findet sich demnach auch zur öffentlichen Erklärung veranlaßt, daß sie Uebergriffe der Tagespresse, wodurch die politischen Leidenschaften ohne Unterschied der Richtung aufgereizt, einzelne Classen der Staatsbürger, Religionsgenossenschaften mit Hohn, Spott und Schmähungen überschüttet werden, nicht dulden wolle. Jede Uebertretung wird daher die unmittelbare Unterdrückung des betreffenden Blattes unnachsichtlich zur Folge haben. In dieser Richtung sind bereits die eindringlichen Warnungen an die Redaktionen der verschiedenen Tagesblätter ergangen. Die mit der Ueberwachung der Tagespresse während des Belagerungszustandes beauftragte vollziehende Gewalt hält sich verpflichtet, diese Grundsätze, welche ihr Verfahren regeln sollen, zur öffentlichen Kenntniß zu bringen. Wien am 14. Dezember 1848. Welden, Feldmarschall-Lieutenant, Civil- und Militär-Gouverneur.

Berlin, 16. Dez. Die gestern in dem Domiat'schen Prozesse Verurtheilten beabsichtigen Apell einzulegen. Der frühere Abgeordnete Assessor Jung will die Vertheidigung einiger Verurtheilten in zweiter Instanz übernehmen. — Man unterhält sich hier viel von Andeutungen der Reichsabgeordneten, welche in der letztern Zeit durch Aufträge des Reichstagsverwesers und des Parlaments hier gefesselt waren. Charakteristisch ist eine Aeußerung, die wir hier mittheilen wollen. Ein hochgestellter preußischer Beamter machte einem der Frankfurter Herren bemerklich: Bei dem jetzigen Verhalten des Parlaments sey Deutschland mit diesem nicht viel besser daran als mit dem verstorbenen Bundestage. „Ja wohl, entgegnete der Frankfurter Staatsmann, wir wollen auch nichts Anderes seyn als der Bundestag." Sich verbessernd setzte er dann lächelnd hinzu: „nur nicht ganz so wie der Bundestag; wir sind die editio emendata (verbesserte Ausgabe)." — Im vergangenen Frühjahr hörte bekanntlich der größte Theil der Berliner Setzer und Drucker zu arbeiten auf, weil sie bei den Prinzipalen höhere Lohnforderungen gestellt hatten. Die Arbeitseinstellung währte wochenlang, bis die zwischen Gehülfen und Prinzipalen damals schwebenden Unterhandlungen zu einem für beide Theile befriedigenden Endresultate geführt hatten. Gegen diejenigen Gehülfen, vier an der Zahl, welche sich in dieser Beziehung gewissermaßen zu Parteiführern ihrer Collegen aufgeworfen hatten, ist gegenwärtig die Anklage vom Staatsanwalte beim Criminalgericht erhoben worden.

bC Berlin, 17. Dez. Die Nachricht der „Neuen Preuß. Ztg." der Abg. D'Ester sei per Zwangspaß aus Berlin gewiesen worden, können wir entschieden als unwahr bezeichnen. D'Ester ist freiwillig nach Cöthen abgereist. — Als Nachtrag zur Geschichte des 11. November theilen wir folgendes, aus zuverlässiger Quelle uns zugehende Factum mit. Am Nachmittag des 11. Nov., an dessen Abend bekanntlich die Auflösung der Bürgerwehr decretirt wurde, ließ Minister Manteuffel den Commandanten derselben Herrn Rimpler zu sich kommen. Der Minister suchte ihn durch alle möglichen Gründe von der Nothwendigkeit der Auflösung zu überzeugen und namentlich seine Mitwirkung zu dieser Maaßregel zu erlangen. Rimpler lehnte dies ganz entschieden von sich ab und schilderte dem Minister weitläufig die Stimmung der Bürgerwehr und wie er, lediglich als ein vom Volksvertrauen getragener Führer, nicht bei einer Handlung mitwirken könne, die so gänzlich dem Volkswillen zuwiderlaufe und eine so durchaus ungerechtfertigte und unrechtmäßige sei. Nach Beendigung des sehr langen Gespräches und als Rimpler schon im Begriffe stand, den ministeriellen Salon zu verlassen, trat plötzlich aus einer Portière ein Beamter hervor und hielt ihm ein Protocoll über den Inhalt der ganzen Unterhaltung mit dem Minister zur Unterzeichnung hin. Rimpler lächelte verächtlich über dieses kleinliche und erbärmliche Manöver und unterzeichnete das Protocoll mit der einfachen Bemerkung: „Als Officier bin ich gewöhnt daran, für das von mir Gesagte in jeder Weise einzustehen."

Der Bürgerverein in Neuß hat unter stürmischer Debatte beschlossen, bei der deutschen Nat.-Vers. in Frankfurt gegen die durch die Krone uns verliehene oktroyirte Verfassung zu protestiren.

Münster, 14. Dez. Gestern Abend traf der Abgeordnete Oberlandesgerichtsdirektor Temme hier wiederum ein. Mit Jubelruf empfangen, dankte Hr. Temme, seine Worte insbesondere an die unter der Menge befindlichen Referendare und Beamten richtend und schloß seine Rede, dankend für solch unerwarteten Empfang, mit den Worten: er wolle mit der Bürgerschaft Münsters vereint handeln und wandeln auf dem Boden des Rechts und Gesetzes.

Königsberg, 12. Dez. Dr. Berchardt, seit acht Tagen hier anwesend, um seine Familie zu besuchen, empfing hier die Nachricht, daß er wegen „Hochverrath" zu zwölf Jahren Festungsstrafe verurtheilt werde. Das Stadtgericht zu Breslau hat diesen Urtelsspruch gefällt. Die Anklage gegen Berchardt ist aus einer in einer Volksversammlung zu Breslau am 21. Sept. d. J. gehaltenen Rede hergeleitet, und die incriminirte Stelle lautet: „In dem Momente, wo die Herren es wagen sollten, den freigewählten Vertretern des Volks mit bewaffneter Gewalt entgegenzutreten; in dem Momente, wo sie es wagen sollten, die National-

versammlung mit Gewalt der Waffen aufzulösen, muß man mit der Herrscherfamilie brechen, die sich durch einen solchen Schritt unwürdig gezeigt haben würde, ferner noch nominell zu regieren." Dr. Borchadt hat sofort die Rückreise angetreten, um sich der ihm zuerkannten Strafe zu unterwerfen.

Breslau, 15. Dez. Heute um 10 Uhr wurde im Saale zum „deutschen Kaiser" der Bürgerwehrkongreß eröffnet. Von den 55 Angemeldeten waren 49 anwesend. — Zunächst wurde zur Wahl des Präsidenten geschritten. Dieselbe fiel auf Dr. Engelmann. Zu Vizepräsidenten wurden O. L. G. Rath Pfeiffer mit 32, und Pflücker mit 28 Stimmen gewählt. Es wurden im Laufe des Tags folgende Beschlüsse gefaßt: Der 1. Antrag (Pflücker): Soll der §. 5 des Bürgerwehrgesetzes, welcher lautet, daß die Bürgerwehr zum Ressort des Ministers des Innern gehöre, gestrichen werden? — erhielt die entschiedenste Majorität. 2) Simion: Ein eigener Minister werde von der Krone ernannt, neben dem ein Beirath steht, der sie nur zu gesetzlichen Zwecken gebrauchen und ohne dessen Willen die Bürgerwehr nicht aufgelöst werden darf. Der Antrag wird getheilt. — Für einen Minister, von der Krone ernannt, ergibt sich eine schwache Majorität; für den zweiten Theil stimmt gleichfalls die Majorität, und das Ressortverhältniß ist somit erledigt. (A. O. Z.)

(Bericht der zur Ueberreichung der Dankadresse vom 11. Dez. ernannten Deputation des Magistrats und der Stadtverordneten in Breslau über den Erfolg ihrer Sendung.*) Die Deputation wurde bei dem König durch den Ministerpräsidenten eingeführt und äußerte Se. Maj. nach Vernehmung der Adresse ungefähr Folgendes: „Es scheint also, die Breslauer wollen es noch einmal versuchen mit mir, nun wohlan, ich bin dabei." Sie bemerkten hierauf, daß Sie von Breslau viel Bitteres erfahren und daß das Benehmen der im Merz im Namen der Stadt gesandten Deputation Sie einen Augenblick hätte schwanken lassen, was von ihnen als König zu thun sei. Sie hätten jedoch gefühlt, daß, je königlicher Sie handelten, je besser es sei und hätten damals fest verheißen, was von Ihnen jetzt gewährt worden. Sie erinnerten an den bekannten Spruch, wie man feurige Kohlen auf die Häupter seiner Feinde sammeln könne, bemerkten jedoch, daß Sie dies nicht beabsichtigt hätten, weil Sie schon als Kronprinz wie als König den festen Vorsatz gehabt und ausgesprochen, Ihrem Volke im Wege einer soliden Entwickelung das zu gewähren, was Sie jetzt, durch die Umstände bestimmt, auf Einmal gegeben. Se. Majestät wiesen hiebei auf die Gefahr hin, welche darin liege, daß Geist und Herz Vieler, namentlich in großen Städten, durch die Ereignisse dieses Jahres für einen heilbringenden Gebrauch der durch die neue Verfassung begründeten Rechte nicht geeignet gemacht worden seien. Das gemeinsame Wirken müsse dahin gehen, diese Gefahr zu beseitigen. Demnächst auf den Erfolg der Verfassungsurkunde übergehend, äußerten Sie: „Ein Stück Papier thue es nicht, auf den Boden komme es an, auf welchen der Same falle." Unter Bezugnahme auf die Stellung der Obrigkeit im Staate, wiesen Sie auf die Geschichte des Britischen Reiches hin, welche lehre, daß Achtung vor dem Gesetze und die heilige Treue gegen die Obrigkeit sich nicht wie ein rother Faden durch ein Tau zögen, sondern wie ein breiter Strom die Gewalten und jenes edle Volk durchdrängen. Se. Majestät gaben den Behörden der Stadt zu bedenken, was daraus werde, wenn das Volk nicht mit seinem Könige gehe. Man pflege zu sagen: „Ein Chaos." Sie aber fügten hinzu: „voller Schmach und unauslöschlicher Schande auf unseren Namen." Die Stellung der städtischen Behörden sei von hoher Bedeutung; Breslau übe als die zweite Stadt des Landes einen großen Einfluß auf die Provinz, und seine Lage an der Grenze slawischer Zungen verpflichte uns, um so fester an deutscher Treue zu halten. Se. Majestät sprachen sich dahin aus, daß Sie einen hohen Werth auf die Absendung der Deputation legten und daß die Adresse Ihnen wohlgethan hätte. Um jedoch uns gegenüber ganz wahr zu bleiben, könnten Sie nicht von Zuversicht sprechen, aber Hoffnung hegen, daß unsere pflichtgetreue Arbeit die Gefahr, die in Breslau eigenthümlich obwalte, überwinden werde. Sie gedachten hierbei aber auch, daß Sie in dieser trüben Zeit die herrlichsten Erfahrungen gemacht hätten, namentlich könne die Stimmung auf dem Lande, besonders in den östlichen Provinzen, nur mit der Stimmung verglichen werden, welche im Winter 1813 dem Aufruf des hochseligen Königs vorangegangen sey. Sie erinnerten sich noch mit Freuden der früher empfangenen vielen Beweise der Treue und Anhänglichkeit der Stadt Breslau und sprachen die Hoffnung aus, daß die später veränderte Stimmung nur von einem kleinen Theile der Bewohner getheilt werde. „Wenn aber auch alle Treue wanken sollte — schlossen Se. Majestät — so werden Sie die Meinige nie wankend finden, wie es einem Könige und einem Hohenzollern gebührt. Ich danke Ihnen nochmals herzlich; bringen Sie Meinen Gruß nach Breslau." Der König ließ sich hierauf die Mitglieder der Deputation besonders vorstellen, richtete an die Einzelnen freundliche Worte und nahm die Ausfertigung der vorgelesenen Adresse an Sich, womit die Audienz endigte. Die Deputirten des Magistrats und der Stadtverordneten.

*) Die Worte des Königs von Preußen erhalten jetzt eine erhöhte Bedeutung, seit derselbe soviel Aussicht hat, seine Volksbeglückungsversuche auf ganz Deutschland auszudehnen. Wir glauben deshalb die salbungsvolle Rede, welche er an die Breslauer Philister hielt, unsern Lesern vollständig mittheilen zu müssen. Sie können zugleich daraus ersehen, daß, während andere gekrönte Häupter, die kein solides bürgerliches Gewerbe erlernt, vielleicht noch in Verlegenheit und Noth gerathen, wenn einmal ihre bevorzugte Stellung ein unvermuthetes Ende finden sollte, der „talentvolle König" die Mittel in sich selbst besitzt, um sich durch die Welt zu schlagen: er wird in die Conventikel gehn, und nöthigenfalls die Kanzel besteigen.
Anm. d. Red.

Liegnitz, 14. Dez. (Soldaten-Prügelei.) Troß Verein für gesetzliche Freiheit, Ordnung und Wohlfahrt, troß Kanonen, Bajonette und Säbel herrscht in Liegnitz jetzt größere Unordnung und Ruhestörung, als zu der Zeit wo von einer gewissen Partei über Anarchie und Terrorismus geklagt und deshalb fulminante Berichte an die Behörden nach Berlin zu schicken für eine heilige Nothwendigkeit gehalten wurde. Und wer stört jetzt die Ruhe und Ordnung unserer Stadt? Die Soldaten, welche von den Männern des Friedens, von den Freunden der Ordnung und Wohlfahrt so freudig begrüßt, und als die Elemente empfangen wurden, von denen nur allein die fernere Existenz der hiesigen gesetzlichen Zustände abhänge. Gestern Abend fielen sie an mehreren Plätzen über einzelne Soldaten des 20. Regiments her und traktirten dieselben fürchterlich mit Schlägen. Dies gab natürlich den Gemißhandelten Veranlassung ihre Kameraden zu Hülfe zu rufen, und so entstanden den auf fünf verschiedenen Plätzen der Stadt großartige Soldatenprügeleien. Von beiden Seiten wurde mit Stöcken, Latten und mitunter auch mit Säbeln auf einander losgeschlagen, so daß es diverse blutige Köpfe gegeben hat. Dem einen Soldaten sollen sogar mit den Fingern beide Augen eingedrückt werden seyn. So man dies sieht am grünen Holze, was soll am dürren geschehen? (A. O. Z.)

* Altenburg, 16. Dez. Die ihrer Führer beraubten Altenburger waren gezwungen, statt des in Frankreich flüchtigen Adv. Erbe einen andern Bürgerwehrkommandanten zu wählen. Die Wahl fiel auf den einzigen noch freien demokratischen Volksführer Adv. Dölitzsch; obgleich die Regierung einen gewissen Hauptmann Hermann als Gegencandidaten aufstellte. Nun will aber die Regierung dem Advokaten Dölitzsch die Bestätigung versagen.

Republik Frankreich.

Paris, 15. Dez. Heute kannte man bereits das Wahlresultat von etwa 4 1/2 Millionen Stimmen. Die Majorität des Prinzen, wie der „Constitutionnel" sagt, nimmt immer zu. Schon gestern Abend zählte er 2,388,759 und Cavaignac nur 629,780 Stimmen. Bis jetzt hat Napoleon 3,097,239, Cavaignac 824,288 und Ledru Rollin 119,188 Stimmen.

Italien.

Unsere neuesten Briefe aus Rom vom 11. Dez. melden, daß der Papst der an ihn geschickten Abordnung auf alle Punkte mit Nein antwortete. (A. A. Z.)

Die Mailänder Ztg. vom 15. Dez. läßt sich über Livorno aus Rom vom 11. Dez. schreiben, daß daselbst eine provisorische Regierung eingesetzt worden, bestehend aus den Senatoren von Rom und Bologna und dem Gonfaloniere von Ancona. Der Papst ist seiner weltlichen Macht entsetzt, und nur unter dem Titel eines Bischofs soll er Rom betreten dürfen, wo hingegen der Eintritt allen Kardinälen und Prälaten untersagt ist.

Gedruckt — unter Verantwortlichkeit der Verleger — bei J. L. Stich.
Expedition S. 39 im Gasthof zum König Otto II. Etage.

Der freie Staatsbürger.

Erscheint täglich. Preis in ganz Bayern vierteljährlich 1 Fl. 30 Kr. halbjährlich 3 Fl., jährlich 6 Fl.

Organ der Demokratie.

Inserate werden die zweispaltige Petitzeile zu 4 1/2 Kr. berechnet. Die Abonnenten haben für die Hälfte des Abonnementpreises Inserate frei.

Nr. 80. Nürnberg, Freitag, den 22. Dezember **1848.**

Ludwig Bonaparte.

Ⅱ Die „gute Presse" äußert sich auf die widersprechendste Weise über die Wahl Louis Bonaparte's zum Präsidenten der Republik Frankreich. Während die D.-P.-A.-Z. von ihm Einmischung in die deutschen Verhältnisse und Unterstützung der deutschen Republikaner zu besorgen scheint, belehrt uns ein Artikel des edlen Korrespondenten, daß das französische Volk durch diese Wahl bewiesen habe, daß es die Februarrevolution desavouire und zur Monarchie zurückzugelangen suche. So wenig wir uns für jetzt für oder gegen die Ansicht der D.-P.-A.-Z. aussprechen können, da wir über die Politik des neuen Präsidenten nichts Sicheres wissen, ebenso bestimmt und entschieden können wir versichern, daß der edle Korrespondent sich, wie gewöhnlich, total auf dem Holzweg befindet, wenn anders er seine Behauptung ernstlich gemeint und nicht vielmehr nur zu dem Zwecke aufgestellt hat, um die Republik in der öffentlichen Meinung zu discreditiren und ihr alle Lebensfähigkeit abzusprechen.

„Die Wahl Louis Bonaparte's ist die Contrerevolution von unten," sagt der edle Korrespondent. Diese Behauptung ist nicht wahr: noch mehr, sie ist eine Dummheit.

Der Name Napoleon repräsentirt dem französischen Volke die Revolution, nicht die Contrerevolution. Das ist eine so bekannte Sache, daß man kaum ein Wort darüber zu verlieren braucht. Napoleon faßte in seiner Person die ganze zehnjährige Revolution zusammen, sie erschien in ihm verkörpert und er trug sie hinaus unter die Völker; er machte Frankreich dadurch groß und mächtig. Man sagt, er hat die Revolution verrathen; das ist in einer Beziehung wahr, aber ebenso wahr ist, daß er immer ein guter Franzose blieb, daß seine Feinde, die äußeren, wie die inneren, auch die Feinde Frankreichs waren, daß sein Sturz das Nationalgefühl der Franzosen tief verletzte, daß sie in Zeiten des tiefsten Elendes, als sie sich knirschend unter den Scepter der vom Auslande zurückgeführten Bourbonen beugten, den Namen Napoleon aussprachen, wie ein Zauberwort, das ihnen Errettung bringen müßte, daß der französische Landmann lange nicht glauben wollte, Napoleon sei todt, sondern auf seine siegreiche Rückkehr mit jener Glaubensfestigkeit vertraute, welche nur die bedeutendsten geschichtlichen Persönlichkeiten zu erzeugen vermögen.

Der Korrespondent von und für Deutschland versteht von Revolution und Contrerevolution nichts, wenn er die letztere in Louis Bonaparte repräsentirt sehen will. Sie ist in einer andern Person verkörpert. Das Volk, d. h. die für Ideen empfängliche, zum Kampf dafür entschlossene Masse der Proletarier machte die Februarrevolution. Es wollte um die Früchte des Sieges nicht betrogen werden, wie im Jahre 1830. Sein Zweck war nicht der gewesen, daß statt eines Guizot oder Odilon Barrot ein Marrast, der „Marquis der Republik", den Hohepriester der corrumpirten und corrumpirenden Bourgeoisiespiele. Sein Ziel war das Recht auf die Arbeit, die Erringung eines menschenwürdigen Daseyns; die ersten Dekrete der jungen Republik sprachen dies aus. Als die Bourgeoisie, gleich unseren deutschen Fürsten, vom ersten Revolutionsschrecken sich erholt und wieder Kräfte gesammelt hatte, tastete man dieses Recht an. Da erhob sich das Volk; es wollte auf den Barrikaden das im Februar Errungene retten. Es wurde niedergeschmettert; die Bourgeoisie ging siegreich aus dem blutigen Kampfe hervor. Das war die Contrerevolution, die sich in Cavaignac, dem Junischlächter, personifizirt.

Ja, wenn es keine andere Republik gäbe, als die „honette" der Bourgeoisie, in der das Elend und die Prostitution wuchert, während die heuchlerischen Machthaber sich als die Träger der „Gesittung", der „Civilisation" darstellen — dann hätte das französische Volk sich durch die Wahl Bonaparte's gegen die Republik erklärt.

Aber es hat sich nur gegen die Cavaignac'sche Republik erklärt, und die Bedeutung der Wahl Bonaparte's ist eine negative. Was aber die Negation der Contrerevolution sei, wird selbst der Korrespondent von und für Deutschland sich zu sagen vermögen. Das französische Volk hat sich für die Revolution erklärt.

Daß es den kopflosen Louis Bonaparte wählte, um die Revolution fortzusetzen, das mag man immerhin als Beweis gegen die Bildung und Urtheilsfähigkeit des französischen Volkes gebrauchen; aber es beweist noch weit schlagender den revolutionären Instinkt dieses Volkes.

Das Volk muß einen Namen haben — Bonaparte war dieser Name: es wählte Bonaparte. Der Gewählte kann nun den Instinkt des Volkes richtig deuten oder ihn verkennen. Weiß er die Wünsche und Forderungen, die das Volk durch seine Erwählung erfüllt haben wollte, richtig zu deuten, so wird er Präsident bleiben und die Revolution des Jahres 1848 fortsetzen. Weiß er es nicht — und das letztere ist wahrscheinlicher — so wird das Volk selbst die Revolution wieder in die Hand nehmen. Vor einer Rückkehr des Königthums in Frankreich bangt uns vorläufig nicht, wenn wir auch wissen, daß monarchische Intriguen bei der Präsidentenwahl im Spiele waren. Um vom Präsidenten König zu werden, muß man Thaten gethan haben, welche das Volk elektrisirten. Nur durch den Krieg, durch die Befriedigung des Ruhmes, der Gloire konnte Bonaparte versuchen, sich den Purpur zu erobern. Als Napoleon sich zum Kaiser machte, war er in hundert Schlachten Sieger gewesen.

Wird der Präsident diese mit seinen Kräften so wenig im Verhältnisse stehende Laufbahn beschreiten — gut. Frankreich kann jetzt keinen Krieg führen, der nicht alsbald zu einem Krieg der Freiheit mit dem Despotismus, der Demokratie mit dem Absolutismus würde. Ein Krieg würde Frankreich keinen Herrn geben, wohl aber die andern Völker von ihren Herren erlösen.

Die, welche im Interesse des Despotismus die Wahl Bonaparte's unterstützt haben, die, welche diese Wahl als eine Rückkehr Frankreichs zur Monarchie begrüßen, haben eine bittere Enttäuschung zu gewärtigen. Die Demokratie fürchtet die Präsidentschaft Bonaparte's nicht. Sie würde sie nicht fürchten, selbst wenn Louis Bonaparte — ein Napoleon wäre.

Vereinigte Staaten von Deutschland.

* Nürnberg, 20. Dez. Die Frankfurter Blätter bringen uns die Einzelheiten über die gänzlich veränderte Stellung der Parteien im Parlamente. Die Einheit ist verschwunden; das „Landsmannschaftliche" herrscht jetzt plötzlich vor. Die Süddeutschen sträuben sich gegen das preußisch-deutsche Kaiserthum. Die Oesterreicher verbinden sich dagegen zum Theil mit der Linken. Somit ist abermals bestätigt, was die Demokratie mit voller Gewißheit längst voraussagte, daß eine deutsche Einheit ein

Unding ist, so lang in Deutschland dynastische Interessen und Königthümer von Gottes Gnaden walten und Berücksichtigung finden. — Auf die Opposition im Parlamente gegen die Trennung Oesterreichs von Deutschland geben wir indessen, aufrichtig gestanden — Nichts. Um dieser Opposition Kraft zu geben, müßte die Versammlung — revolutionär auftreten. Dazu hat sie weder die Kraft noch den Muth. Wir haben in der Frankfurter Versammlung nur das klägliche Schauspiel eines langen und langweiligen Selbstmordes. Wer wird ihr den Gnadenstoß geben? Entweder der höhnende Absolutismus, oder, wenn sie es bis zum Frühjahr treibt, die neuerwachte Volkskraft.

* Nürnberg, 20. Dec. Die demokratischen Wahlen in Bamberg müssen einer gewissen Partei schwer im Magen liegen. Die täglichen Artikel in der N. M. Z. liefern den besten Beweis dafür. Sie beurkunden aber zugleich die gänzliche Ohnmacht dieser Partei, die mit der krampfhaften Hast des Ertrinkenden nach dem Strohhalm greift, von welchem sie noch Errettung hofft. Nach dem neuesten Brief aus Bamberg, den die N. M. Z. abdruckt, werden die sämmtlichen Bamberger Wahlen angefochten werden, weil die Namen der Wähler bei der Verkündigung der Wahlzettel zur Kenntniß nicht bloß des Wahlausschusses, sondern auch anderer Personen gekommen seyen. Um nicht ihre Person und Eigenthum durch die Demokraten gefährdet zu sehen, hatten die Wahlmänner — bon gré malgré — für die demokratischen Wahlmänner stimmen müssen! Das Schönste ist, daß nach dem eigenen Geständniß des Correspondenten der Vorstand des konstitutionellen Vereins es war, der den Antrag auf ein Verfahren stellte, durch welches die Namen der Wähler auch außerhalb der Wahlkommission bekannt geworden seyn sollen. Der Vorstand des konstitutionellen Volksvereins scheint somit, nach der Annahme des Correspondenten der N. M. Z. mit den Demokraten unter einer Decke gesteckt zu haben. Auch der „sonst so wackere Wahlkommissär", ist dem Correspondenten sehr verdächtig und er findet sein Benehmen unerklärlich. Da nach dem Gesetz die Namen der Wähler verschwiegen werden sollen, so soll die Bamberger Wahl „nicht etwa nur wegen Formfehlers, sondern wegen arger Durchlöcherung des Rechtsbodens, wegen Beschränkung der Wahlfreiheit, also wegen Mangels der gesetzlichen Giltigkeitsbasis hart angefochten werden." Wir sind gewiß nicht minder begierig, als der Hr. Correspondent, zu erfahren, wie der Landtag diese Wahl „beurtheilen" und vor Allem wer sie anfechten wird.

* Nürnberg, 21. Dez. (Die Angelegenheit des Journalisten Diezel.) Die Ausweisung des Journalisten Diezel ist schon mehrmals in diesen Blättern besprochen worden. Die Angelegenheit ist jetzt in ein neues Stadium getreten. Die Ausweisung wurde im Mai vom löblichen Magistrat Nürnberg als Polizeisenat beschlossen. Um der Rechtswidrigkeit ein legales Feigenblatt vorzukleben, hatte man anfangs den Nachweis der Subsistenzmittel ungenügend finden wollen. Davon mußte man bald abstehen und den Beschluß einfach mit der politischen Thätigkeit des Ausgewiesenen in Rede und Schrift motiviren. Eine Beschwerde beim Parlament hatte keine weitere Folge, als daß die Kommission darüber berichtete und natürlich auf Tagesordnung antrug, angeblich weil man die Instanzen nicht zuvor durchgemacht. Das war nun zwar geschehen, allein die kgl. Regierung in Mittelfranken hatte den Beschluß des Magistrats bestätigt. Damit war der Instanzenzug erschöpft. Ein Gesuch um Aufhebung des Beschlusses, von einer Deputation des politischen Vereins persönlich in Ansbach angebracht, hatte keine andere Frucht, als jene ebenso scharfsinnigen, als eines konstitutionellen Beamten würdigen Aeußerungen des Hrn. Welden, welche unsern Lesern aus früheren Nummern dieses Blattes bekannt sind. Inzwischen fanden sich die Aktionäre des freien Staatsbürgers, welche der Meinung waren, nachdem im März die Preßfreiheit dem bayerischen Volke zugesichert worden, müsse es auch den bayerischen Staatsbürgern freistehn, für ein Journal denjenigen Redakteur anzustellen, den sie für den geeignetsten hielten, veranlaßt, an das Ministerium zu gehn, in der festen Ueberzeugung, das konstitutionelle Ministerium werde der von seinen untergebenen Behörden ausgesprochenen Rechtswidrigkeit seine Sanktion versagen. Die Beschwerdeschrift, welche sie durch den Advokaten Grünsfeld in Fürth anfertigen ließen, setzte die Angelegenheit einem hohen Ministerium lichtvoll und erschöpfend auseinander, wies die Ungesetzlichkeit des Ausweisungsbeschlusses, und das Recht der Aktionäre, die Erlaubniß zur Rückkehr des von ihnen angestellten Redakteurs zu fordern, klar und überzeugend nach. Die Entschließung des Ministeriums ist nun erfolgt. Hr. Lerchenfeld, der volksthümliche Minister, der hochgebildete Staatsmann, der Herkules des bayerischen Augiasstalles erließ folgende lakonische Antwort: „Königreich Bayern, Staats-Ministerium des Innern. Die k. Regierung empfängt die mit Bericht vom 31. Okt. curr. vorgelegten Akten bezeichneten Betreffs hieneben mit dem Auftrage zurück, den Aktionären des freien Staatsbürgers in Nürnberg eröffnen zu lassen, daß ihrer Beschwerde vom 12. Oktober c. gegen die Regierungs-Entschließung vom 20. Juni c, wodurch die vom Magistrat der Stadt Nürnberg beschlossene Ausweisung des Literaten Gustav Diezel bestätiget wurde, eine Folge nicht gegeben werden könne. München, 30. Nov. 1848. Auf Sr. konigl. Majestät Allerhöchsten Befehl unterz. Frhr. von Lerchenfeld." Mag diese Entschließung aus einer gänzlichen Desavouirung des vom Parlament längst beschlossenen allgemeinen deutschen Reichsbürgerrechts, mag sie aus der schlotternden Angst vor Conzessionen an die Demokratie, oder endlich, was uns das wahrscheinlichste ist, aus der gut polizeistaatlichen Grundansicht geflossen seyn, daß die vorgesetzte Behörde der untergebenen auf ostensible Weise nicht Unrecht geben dürfe: immerhin finden wir uns daran gemahnt, wie hübsch es sich auf dem Papier ausnimmt, wenn der Hr. Minister in seinem Programm von „sorgfältiger Berücksichtigung und Schonung der Interessen der Staatsbürger, und Vermeidung aller Willkür" spricht. Und das ist ja doch die Hauptsache heutzutage, daß man auf dem Papier gerecht und liberal ist! Wir sind weit entfernt, dem vorliegenden Fall eine Bedeutung beizulegen, die er nicht besitzt. Wir erinnern uns recht gut der Worte des Hrn. Bassermann im Parlamente, daß es sich der Mühe nicht verlohne, von der Ausweisung eines Schreibers oder Handwerksburschen soviel Aufheben zu machen: aber hinter den Personen liegt die Sache, liegt das Recht, und wer vermag in jenem Erlaß etwas anderes als einen neuen Beweis jener Rechtlosigkeit zu erblicken, die jetzt allenthalben von unsern konstitutionellen Ministern in Deutschland sanktionirt ist? Eine Lüge, unwürdig einer Regierung, zumal einer „volksthümlichen" ist die Preßfreiheit, ist das Associationsrecht, wenn man die Polizeiwillkür walten läßt gegen diejenigen, welche von diesen Rechten Gebrauch machen. So viel aber ist leicht zu sehen: die Freiheit und das Recht können in Bayern nicht mehr ärger gehöhnt werden, wenn auf ein Ministerium Lerchenfeld ein Ministerium Abel folgt. Denn wir haben allen Grund zu glauben, Hr. Abel würde den obigen Erlaß nicht vollzogen haben, zwar nicht aus Rechtsgefühl, doch aus Klugheit!

* Schwabach, 20. Dez. Präsident Welden hat kürzlich einen von dem hiesigen Landrichter Denunzirten, der gegen eine auf diese Denunziation hin erfolgte Versetzung remonstriren wollte, bei Eröffnung der Audienz folgendermaßen angefahren: „Sie sind also der N. N., dessen Vater in B. 5 uneheliche Kinder gehabt hat." Was denkt der Herr Minister Lerchenfeld von der Humanität dieses hochgestellten Mitglieds des bayerischen Beamtenstandes, dessen „guten Geist" der Minister in seinem Programm so rühmend anerkennt? Personen, welche in Ansbach bekannt sind, wollen sich übrigens wundern, daß gerade Hr. Welden es ist, der die Kinder die Schwächen ihrer Väter entgelten lassen will.

6 Schwabach, 20. Dez. Einer der Beamten, welche dem bayerischen Staate auch noch nach den berühmten Märzerrungenschaften eine bedenkliche Aehnlichkeit mit dem türkischen geben, ist der Landrichter und Stadtkommissär Herr von Hartlieb in Schwabach. Wir könnten von diesem Herrn Ihnen tausend Züge mittheilen, welche die Denunciationswuth, die verletzende, und gesetzwidrige Behandlung, welche er seinen Amtsuntergebenen angedeihen läßt, beweisen. Wir geben Ihnen vorläufig folgende Thatsachen. In Folge des bekannten Crawalles aus Anlaß der Verhaftung Karl Stichts am 12. Juli wurde auch ein hiesiger Kupferstecher verhaftet. Er saß 10 Wochen und wurde darauf „wegen Mangels an Beweis freigesprochen." Es ist hart genug, 10 Wochen lang in Untersuchungshaft zu sitzen, um dann freigesprochen zu werden. Aber unerhört ist es, nachdem man freigesprochen worden, wegen derselben Angelegenheit abermals verhaftet zu werden. Ungefähr 6 Wochen nach seiner Freisprechung wurde jener Mann wieder verhaftet, abermals wegen des Krawalls am 12. Juli. Der Untersuchungsrichter that gegen denselben in dem ersten Verhör die merkwürdige Aeußerung: man würde ihn nach seiner frühern Verhaftung weit bälder entlassen haben, wenn sein Bruder nicht so heftig zu seinen Gunsten bei Gericht aufgetreten wäre. Also nicht weil man ihn

für schuldig hielt, mußte er verhaftet bleiben, sondern weil man sich an einem Dritten rächen wollte! Jener Bruder des Verhafteten, der allerdings schon bei der ersten Untersuchung sich nach den gegen seinen Bruder vorliegenden Indicien erkundigt hatte, verfügte sich sofort zum Untersuchungsrichter, bat sich eine Abschrift von dem freisprechenden Erkenntniß seines Bruders aus u. eine Bekanntmachung mit den neuen Indicien, welche die abermalige Verhaftung desselben herbeigeführt. Beides wurde verweigert, nur wurde bemerkt, daß das Appellationsgericht die Verhaftung seines Bruders beschlossen habe. Dieß schien sehr auffallend, denn von andrer Seite war bekannt geworden, daß das Appellationsgericht sich mit der Sache gar nicht befaße, und es war ein Zweifel in die Wahrheitsliebe des Untersuchungsrichters um so mehr gerechtfertigt, als eine Aussage desselben über eine angebliche Denunciation von Seiten zweier ehrenwerther Bürger kurz zuvor durch diese Bürger auf eine eklatante Weise Lügen gestraft worden war. Von dem Untersuchungsrichter abgewiesen, ging der Bruder des Verhafteten zum Landrichter als dem Gerichtsvorstand. Auch dieser wies ihn mit der Bitte ab, und als jener darauf bestand, sagte der Landrichter: „Befassen Sie sich nicht mit dieser Angelegenheit, sonst könnte ich Sie auch in diese Untersuchung verflechten lassen." Diese Aeußerung, die um so absurder war, da der Bedrohte am 12. Juli während des Crawalls sich in Nürnberg befand, veranlaßte diesen zu der Aufforderung an den Landrichter, seine Drohung zu verwirklichen. Er wurde darauf vom Landrichter mit Anzeige bei der Regierung und endlich gar mit augenblicklichem Arretirenlassen bedroht. Gleichwohl mochte der Landrichter für gut halten, der abermaligen dringenden Aufforderung, doch diesen Gewaltstreich zu begehen, nicht Folge zu leisten. Die zu Protokoll gegebene Bitte um Aushändigung des obigen Erkenntnisses wurde ebenfalls abgewiesen. Aber ein Pascha in Bayern muß Rache haben, wenn ihm Jemand die Wahrheit offen in's Gesicht gesagt hat. Es war dem Pascha in Schwabach sehr unangenehm, jenem Bruder des Verhafteten in Schwabach zu begegnen, um so unangenehmer vielleicht, als dieser sich eben keine große Mühe gab, um ihm eine Achtung zu bezeugen, die er nicht für ihn fühlte; die Denunziationen nach Ansbach hatten vielleicht den gewünschten raschen Erfolg nicht, kurz plötzlich wurde der ihm Verhaßte, der noch eine zweimonatliche Militardienstzeit hatte, aber als überkomplett nicht glauben konnte, noch einmal einberufen zu werden, zu seinem Regiment nach Nürnberg einberufen. Ein Schreiben des Landgerichts Schwabach stellte die Forderung an das Regimentskommando, den Betreffenden präsent zu halten und über sein Eintreffen an das Landgericht zu bescheinigen. Davon, daß der nun zum Militär Einberufene die einzige Stütze seiner betagten Mutter ist, die nach der Entfernung beider Söhne nun ganz allein steht, soll hier nicht die Rede seyn. Was bekümmert sich ein bayerischer Pascha um so untergeordnete Rücksichten! — Aber ist das nicht eine köstliche Manier, Leute loszuwerden, die Einem unangenehme Wahrheiten sagen? Und darf man noch zweifeln, daß Bayern mit seinen Hartlieb's wirklich die „beste Republik" ist?

* München, 19. Dez. Der Augsburger Abdztg. zufolge soll Lerchenfeld sein Portefeuille niedergelegt und in dem Regierungspräsidenten Zwehl einen interimistischen Nachfolger erhalten haben, bis Hr. v. Schrenk, der Sohn, sein definitiver Nachfolger wird, hinter welchem dessen Lehrer und Freund Abel stehen wird. Sei's darum! Das Schlimmste ist heutzutage das Beste! — Ein Hirtenbrief des Erzbischofs von München schleudert den Bannstrahl gegen die deutsch-katholische Gemeinde. — Die N. M. Z. veröffentlicht ein Handschreiben des Königs an den bayerischen Gesandten am römischen Hofe, Graf v. Spaur. Der König ist sehr schmerzlich bewegt ob der Leiden des Statthalters Christi, findet jedoch einen Trost darin, daß er durch seinen Gesandten gerettet werden, dem er dafür seine Anerkennung in Gestalt des Großkreuzes des Verdienstordens vom heiligen Michael übersendet. Auch einige andere in letzter Zeit um die Person des Papstes vorzugsweise thätige Personen erhalten denselben Orden. Man sieht aus allen diesen Akten, welche Politik das Haus Wittelsbach zu befolgen gedenkt!

* Frankfurt, 19. Dez. In der reformirten Kirche zuerst Beantwortung von Interpellationen. In Beziehung auf die Untersuchungen gegen Zitz, Schlöffel und Simon erklärt der Justizminister, das Ministerium enthalte sich jedes Einflusses und sey über den Stand der Dinge ohne Nachricht. Die Untersuchung über die Septemberereignisse sey übrigens soweit gediehen, daß die ganze Untersuchung noch vor Ende des Dezember geschlossen seyn werde. In Beziehung auf die österreichischen Verhältnisse, die Hinrichtung Blums und den Belagerungszustand in Wien sagt der Minister: Das Reichsgesetzblatt werde jedesmal an den österreichischen Bevollmächtigten gesandt, dieser habe auch den Empfang bescheinigt; er müsse aber erinnern, daß durch den Wiener Aufstand die österreichische Regierung zum Theil ganz desorganisirt, zum Theil aber auch der regelmäßige Postenlauf unterbrochen worden sey. (Eine sehr schwache Ausrede, wenn es der Herr Justizminister erlaubt!) Ueber die Hinrichtung Blum's sey eine Schlußerklärung des österreichischen Ministerius nun erfolgt, aber noch nicht in die Hände des Reichsministeriums gelangt. Es sey daher jetzt eine vollständige Beurtheilung noch nicht möglich. Uebrigens werde der Reichsversammlung Alles vollständig vorgelegt werden. Der Belagerungszustand von Wien sey nach der Erklärung des österreichischen Ministeriums nur mit Widerstreben verhängt worden, und man sey nicht gemeint, seine Dauer über die Nothwendigkeit hinaus zu verlängern. (Mit solchen nichts sagenden Phrasen tödten die Frankfurter Hofräthe ihre Zeit, müssen wir unser Papier vergeuden!) Sodann II. Lesung der Grundrechte. §. 30—34. Wir liefern die Fassung morgen.

Kremsier, 14. Dez. In Nieder-Oesterreich ist ein Regierungsproklam auf dem flachen Lande verbreitet, worin alle Behörden und Gutgesinnten zur Ergreifung und Einlieferung der „Wühler" und „Studenten" beauftragt werden. Stadion, hierüber befragt, soll sich darüber ganz befremdet und entrüstet gezeigt haben. (Gut gebrüllt, Löwe!) — Sonst ist die Mittheilung interessant, daß Stadion den Ministerial-Beamten Umlauft, der auf der äußersten Linken sitzt, aufgefordert, seine Entlassung zu nehmen, da sich eine Staatsbedienstung mit den guillotinirenden Freiheits-Ansichten dieses Deputirten nicht vertragt. — Ebenso erzählt man sich, daß der Frau des Abgeordneten Mokika (ebenfalls Linke, — er ist Garnisons-Auditor in österreichisch Schlesien), zehn Mann Soldaten einquartirt wurden, die sie schrecklich tyrannisiren. Dieser polirte Terrorismus scheint ganz in das Fortschrittsprogramm des neuen Kabinets zu passen! (A. O. Z.)

Berlin, 17. Dez. An der Einleitung eines Prozesses gegen die unter dem Präsidenten v. Unruh vereinigt gebliebenen Abgeordneten ist nicht mehr zu zweifeln. — Von Hrn. v. Unruh wird eine Denkschrift über die letzten verhängnißvollen Ereignisse seit dem 9. Nov. erwartet, die zugleich als eine Rechtfertigung der Nationalversammlung vor dem Lande dienen soll. (D. a. Z.)

DC Berlin, 18. Dez. Den Eigenthümern der Zeitungshalle ist nun vom Polizeipräsidenten die definitive Erklärung zugegangen, das Wiedererscheinen ihres Blattes könne vor Aufhebung des Belagerungszustandes keinesfalls gestattet werden, vielmehr habe der Polizeipräsident strengen Befehl etwaige Versuche der Veröffentlichung zu unterdrücken. Die Eigenthümer des Blattes wollen nun den Versuch machen, dasselbe einstweilen nach irgend einem kleinen, mehr als zwei Meilen von Berlin, also außerhalb des Belagerungszustandes, belegenen Orte überzusiedeln. — Von einer Anzahl Mitglieder des Central-Bezirksvereins wird folgende, zur Ueberreichung an das Ministerium bestimmte Petition, behufs Sammlung von Unterschriften aus der Bürgerschaft Berlins, heute in Umlauf gesetzt: „Von einem hohen Staatsministerium ist es als eine Nothwendigkeit erachtet worden, Berlin in Belagerungszustand zu erklären. Fünf lange Wochen lastet diese Maßregel auf unserer Stadt und mancherlei Anordnungen lassen uns befürchten, daß ihr Endziel nicht nahe sey. Nach der Erklärung eines hohen Ministeriums ward jene Maßregel nur zur Herstellung gesetzlicher Ruhe und Ordnung ergriffen; nirgends war es ausgesprochen, daß sie zur Entehrung der Bewohner Berlins verfügt sey. Die Unterzeichneten können in der überflüssigen Fortdauer eines solchen Zustandes nur eine unverdiente Beschämung und Erniedrigung finden. Ueberdies legt ihnen die angeordnete Wahl der Wahlmänner die Pflicht auf, durch freie Versammlungen diejenigen Candidaten kennen zu lernen, denen sie vertrauensvoll ihr Mandat zur Wahl von Deputirten übertragen dürfen. Unmöglich kann ein hohes Ministerium die Fortdauer eines unfreien Zustandes zur freien Wahl für geeignet und gerecht halten. Die Unterzeichneten fühlen sich daher zu dem gehorsamsten Gesuch veranlaßt: „Ein hohes Staatsministerium wolle das Aufhören des Belagerungszustandes von Berlin hochgeneigtest in möglichst kurzer Frist verfügen." — Der Maschinenbauerverein, in dessen Innern schon seit längerer Zeit mannigfache Spaltungen und Zerrüttungen sich bemerkbar machten, hat sich jetzt förmlich aufgelöst.

Breslau, 16. Dez. (Beschlüsse des Bürgerwehr-Kongresses.) 1. Proposition: „Das Bürgerwehrgesetz vom 17. Oktober 1848 in folgenden Punkten zu ändern: Für die Bewaffnung der Bürgerwehr muß der Staat sorgen. Die Abstimmung ergibt fast einstimmig die Meinung, daß der Staat die Waffen beschaffen müsse. Eine längere Debatte entsteht über die Konsequenzen dieses Satzes, ob der Staat auch Artillerie, deren Bespannung und allgemeine Munition schaffen solle. Die Majorität stimmt für die Beschaffung der Bespannung und deren Unterhalt Seitens des Staats. 2. Proposition: „Der Unterschied zwischen Dienst- und Hilfswache muß wegfallen.“ Linderer will eben die untere Klaße der Bevölkerung herangezogen und dadurch politisch herangebildet wissen. (Stürmisches Bravo.) Abstimmung: Die Majorität entscheidet sich gegen die Beibehaltung der Doppel-Listen und wünscht jeden Unterschied aufgehoben. Somit ist der Komm.-Antrag angenommen. 3. Proposition: „Die Befugniß der Gemeindevertretung, die waffenfähigen Einwohner unter 24 Jahren auszuschließen, muß wegfallen.“ Wird bei der Abstimmung ohne Weiteres angenommen. Friedenburg's Amendement, die Bewilligung der Eltern u. Vormünder zum Eintritt in die Bürgerwehr sey nicht nothig, da dieselbe beim Eintritt ins Militär auch nicht vorhanden sey, wird gleichfalls angenommen. 4. Proposition: „Die Vereidung darf nur auf die Verfaßung erfolgen.“ Der Kommissionsantrag lautet: Der Eid heißt: „Ich gelobe an Eides statt Treue der Verfaßung des Staates.“ Die Majorität erklärt sich gegen jede Vereidung. 5. Proposition: „Jede Beschränkung der Wahl der Führer muß aufgehoben werden.“ Die Proposition wird ohne weitere Debatte fast einstimmig angenommen. Der Antrag von Pfeifer: die Ernennung der Führer aller Grade erfolgt lediglich durch die Wahlen, erhält die Majorität. Ein Amendement (v. Görtz): „und bedarf die Wahl keiner Bestätigung“, wird gleichfalls angenommen, ebenso wie das Sous-Amendement (Rawicz): „jede Einmischung Seitens der Behörden in die Wahlen ist ausgeschlossen.“ Die Versammlung beschließt die im Bürgerwehrgesetz festgesetzte Dauer der Dienstzeit der Führer aufzuheben und diese Dauer auf ein Jahr zu bestimmen. Ein Amendement von Walesrode lautet, die Dienstzeit der Obersten auf 3 Jahre festzusetzen und entwickelt die Gründe dafür zur allgemeinen Befriedigung. Auch Walesrode's Amendement erhält die Majorität. 6 Proposition: „Der Oberst muß dem Ehrengericht unterworfen seyn“, angenommen. 7. Proposition: „Das angenommene Straf- und Gerichtsverfahren darf den Grundsätzen der Geschwornengerichte nicht widersprechen.“ Die Faßung des §: „das Straf- und Gerichtsverfahren darf den Grundsätzen der Geschwornengerichte nicht widersprechen“, erhält die Majorität.

Leipzig, 18. Dez. Die Wahl eines Abgeordneten für die zweite Kammer im 22. Wahlbezirke (äußere Vorstädte von Leipzig und umliegende Ortschaften) ist nun mit 1306 Stimmen für den Literaten Jäkel (demokratisch) entschieden. (D. a. Z.)

Ulm, 18. Dez. (Der prügelnde Partikularismus der „Reichstruppen.“) Gestern Abends gab es eine bedeutende Schlägerei zwischen würtembergischem und bayerischem Militär. Die würtembergischen Soldaten versperrten den bayerischen die Rückkehr über die Donaubrücke. Beide Parteien machten Gebrauch von ihren Säbeln. Schon Tags zuvor, als die bayerischen Jäger hier übernachteten, soll es aus Veranlaßung von Seiten dieser zu Reibereien zwischen würtembergischen und bayerischen Soldaten gekommen seyn. Die Soldatenexcesse und Krawalle scheinen jetzt allenthalben an der Tagesordnung zu seyn. Ist es vielleicht ein günstiges Zeichen nach dem Spruche: ein Reich, das in sich uneins wird, zerfällt in Bälde? (Don.-Z.)

Ungarn.

Pesth, 8. Dez. Der ungarische Reichstag hat die Thronentsagung des Kaisers Ferdinand und die Thronbesteigung Franz Josephs für null und nichtig erklärt. Der Reichstag geht von dem Satze aus, daß ohne Benachrichtigung, Wissen und Einwilligung des Reichstags über den Besitz des ungarischen Königsthrones Niemand einseitig verfügen könne.

Die österreichische Armee hat bis jetzt einige Vortheile über die ungarische Armee errungen und Oedenburg besetzt. Es scheint, die Ungarn weichen zurück, ohne sich auf ein ernsthaftes Gefecht einzulassen.

Republik Frankreich.

Paris, 15. Dez. Der Berg erläßt heute folgendes Manifest: „Bürger! Wir wollten keine Präsidentschaft, weil wir die Einheit der Staatsgewalt wollten. Die entgegengesetzte Meinung hat sich aber durchgesetzt. Das Volk hat gesprochen und wir beugen uns. Die Republik könnte bedroht seyn; die Staatseinrichtungen, die ihr zur Grundlage dienen, könnten angegriffen werden: wir wollen das nicht glauben. Wenn aber dennoch Parteien, die der Freiheit feindlich sind und bei Unordnungen ein Interesse haben, unsinnige Pläne träumen sollten, dann wird das Volk, wie wir hoffen, diesen trügerischen Verlockungen widerstehen. Was uns betrifft, so werden wir niemals vergessen, daß wir zum Auftrag erhielten, die Republik zu gründen, und sie, wenn es seyn muß, mit Gefahr unseres Lebens zu vertheidigen. Es lebe die demokratisch-soziale Republik! Paris, 15. Dez. 1848. (Folgen die Namen.) Proudhon sagt am Schlusse einer Erwiederung an Ledru-Rollin bei Gelegenheit des Präsidialgerichts im „Peuple.“ „....Bonaparte wird Republikaner, demokratisch-sozialistischer Republikaner seyn, oder er wird wie Louis Philipp, wie Lamartine, wie Cavaignac dem Spott oder der Verachtung erliegen. Wir wollten Cavaignac als Repräsentant des Kapital; wir betrachten Bonaparte als Repräsentant der Arbeiter. Sozialist oder Verräther: Für ihn gibt es keine Mitte.“

Paris, 16. Dez. Bis heute Mittag war bereits das Resultat der Abstimmung von 6 Millionen bekannt. Es fallen von diesen etwa vier und eine halbe Million auf Louis Napoleon. — Wie verlautet, sind wichtige Depeschen von Konstantinopel hier angelangt, in welchen General Aupic, der Gesandte der französischen Republik, das Ministerium des Auswärtigen davon in Kenntniß setzt, daß er in Ermanglung aller Instruktionen es für nöthig erachtet hat, in Gemeinschaft mit dem englischen Gesandten, Sir Canning, gegen die von den russischen Truppen in den Donauprovinzen begangenen Excesse zu protestiren.

Italien.

Rom, 12. Dez. Rom ist ruhig. Die Regierungsgewalt ist in den Händen eines Triumvirats, der drei Senatoren der Hauptstädte Rom, Bologna und Ancona. Selbst die „gute“ Presse nennt die Flucht des Papstes zu dem verhaßten König von Neapel einen dummen Streich! —

Gedruckt — unter Verantwortlichkeit der Verleger — bei J. L. Stich.
Expedition S. 39 im Gasthof zum König Otto II. Etage.

Der freie Staatsbürger.

Erscheint täglich. Preis in ganz Bayern vierteljährlich 1 Fl. 30 Kr. halbjährlich 3 Fl., jährlich 6 Fl.

Organ der Demokratie.

Inserate werden die zweispaltige Petitzeile zu 4 1/2 Kr. berechnet. Die Abonnenten haben für die Hälfte des Abonnementpreises Inserate frei.

Nr. 81. Nürnberg, Samstag, den 23. Dezember **1848.**

Der freie Staatsbürger, Organ der Demokratie, wird auch im nächsten Jahre forterscheinen. Unter Bezugnahme auf die ausführliche Ankündigung in Nr. 68, 70, 71 laden wir zu recht zahlreichem Abonnement ein. Der Preis des Blattes ist jährlich 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr., und kann dasselbe im ganzen Umfang des Königreichs Bayern durch die Postämter um diesen Preis bezogen werden. Wir bemerken ausdrücklich, daß die Postämter von jetzt an jederzeit vierteljährige Abonnements anzunehmen verpflichtet sind. Für Nürnberg und die nächste Umgebung abonnirt man bei der Expedition Winklerstraße S. 39 König Otto II. Etage, und werden daselbst auch Monatsabonnements à 30 kr. angenommen. Die, welche sich jetzt abonniren, erhalten die bis zum Januar laufenden Nummern unentgeltlich.

Eine neue Sage.

(Aus der Reichstagszeitung.)

Ein Mythus geht: Der Robert lebt,
Der Robert Blum, den sie erschossen,
Und jedes deutsche Herz erbebt:
Das theure Blut ist nicht geflossen!
Die Hoffnung raunt uns in die Ohren:
Entflort, entflort die Trikoloren,
Noch, noch ist Deutschland nicht verloren!

O Volk, wie bist du treu und gut;
So leicht vergeßlich auch im Hassen.
Doch kannst du nicht mit bösem Muth,
Die du geliebt hast, sterben lassen.
Ein Mythus kundet's laut, ein weiser:
Der Rothbart schläft nur im Kyffhäuser.
Und Joseph lebt, der gute Kaiser.

So glaube du nur fort und fort:
Er wandelt durch die deutschen Lande
Und zählet jeden Freiheitsmord
Und merket jede Völkerschande.
Bald bricht er los, ein Stern in Nächten,
Das Schwert der Aula in der Rechten,
Trotz Windischgrätz und Henkersknechten.

Der Robert Blum kommt nicht zur Rast,
So lang ein König lugt und schachert,
Und, weil sein Volk verhungert fast,
Sich in romant'sche Traume bechert:
So lang' ein hohes Muttersöhnlein
Auf Leichenstufen baut sein Thrönlein
Und sich mit Blute klebt sein Krönlein.

Und wandeln muß er, bis entrafft
Das deutsche Volk sich dem Verrather,
Bis es entfürstet und entpfafft
Den heil'gen Boden seiner Väter —
Bis daß nicht mehr, gleich wie in Netzen,
Wir wandeln in den dreißig Fetzen,
Mit ihren Schranken und Gesetzen.

Allüberall ist er dabei,
Er wendet mit den Geisterhänden
Und fängt mit seiner Brust das Blei,
Das uns die Fürstenväter senden.
Und stumm auf seine Wunden deuten
Wird er und lächelnd uns begleiten,
Wenn wir einst das Gerüst beschreiten.

Und oft durch's Parlament, voll Scham,
Geht er, wo er einst sprach, der Kühne,
Und einen Blick voll tiefem Gram
Wirft er herab von der Tribüne.
Nur manchmal — seine Thränen sinken. —
Scheint er wie Freund dem Freund zu winken,
Das gilt den Männern wohl — den Linken.

D'rum einmal noch — und bleibe der Ruhm —
Auf uns'rer Seite steh'n die Geister,
Von Gracchus bis auf Robert Blum —
Noch einmal hebt die Köpfe dreister,
Trotz Fusiladen, Kanonaden,
Dort steh'n die Geisterkameraden —
Noch einmal auf die Barrikaden!

Frankfurt a. M., im Dezember 1848.

Moritz Hartmann.

Vereinigte Staaten von Deutschland.

* Nürnberg, 21. Dez. (Ein demokratisches Museum.) In Nürnberg besteht bekanntlich ein Museum, zu „angenehmer und nützlicher Unterhaltung", an welchem laut Statuten diejenigen Antheil nehmen können, welche „Selbstständigkeit durch ein angemessenes Einkommen und den erforderlichen Grad von Bildung in Verbindung mit einem unbescholtenen Ruf" besitzen. Da der Begriff des „erforderlichen Bildungsgrades" und des „unbescholtenen Rufes" ein ziemlich unklarer und schwankender ist, so würde man sich besser also ausgedrückt haben: „Theilnehmen am Museum kann jeder, welcher außer 5 fl. 30 kr. Aufnahmegebühr 16 fl. 12 kr. jährlichen Beitrag bezahlen will oder kann, und der von den vornehmen Herrn, welche im Museum residiren, nicht hinausballotirt wird." Die Statuten dieses Museums, das gediegene Werk mehrer Jahrzehnte, bieten eine höchst interessante Lektüre. Was kann man z. B. Anmuthigeres lesen, als §. 5. der Ballordnung: „Die tanzenden Herrn erscheinen bei allen Bällen in Frack, bei großen Bällen in Schuhen und Strümpfen, bei kleinen Bällen mögen ausnahmsweise auch Stiefel, jedoch ohne Sporen, getragen werden"; wozu indessen der aufmerksame Leser einen aus späterer Zeit stammenden Zusatzartikel vergleichen muß, also lautend: „Bei großen, sowie bei kleinen Bällen und in den Damengesellschaften haben sowohl tan-

zende als nicht tanzende Herrn in Fräcken zu erscheinen." Diese gewissenhafte Genauigkeit, mit welcher die Ballordnung ausgearbeitet wurde, ist wahrhaft wohlthuend für das Herz eines gründlichen Deutschen. Sieht man sich nach der „nützlichen Unterhaltung", nach dem Leseinstitut um, welches das Museum bietet, so findet man, daß dasselbe gegen die „angenehme Unterhaltung" auffallend vernachläßigt ist, und wohlweislich hat man daher angeordnet, daß man beim Eintritt in das Museum die „erforderliche" Bildung schon mitbringe, da es unmöglich wäre, sie erst hier zu erlangen. Sintemal es nun aber in der Richtung unserer Zeit liegt, daß auch Personen, welche nicht im Stande sind, 16 fl. 12 kr. jährl. zu bezahlen, u. welche vielleicht auch den „erforderlichen Grad von Bildung" noch nicht besitzen, wohl aber das Bedürfniß fühlen, sich ihn zu verschaffen, Gelegenheit zu einer „angenehmen und nützlichen Unterhaltung" zu erhalten wünschen, möchten wir, nach dem Vorgang anderer Städte, hier in Nürnberg die Gründung eines Bürger-, oder besser, eines demokratischen Museums anregen. Den sogenannten „Herren-museen", auf die Standesvorrechte und den Standes- und Geld-Hochmuth gegründet, stellte man in andern Städten schon vor Jahrzehnten „Bürgermuseen" gegenüber, und diese Bürgermuseen waren, wie z. B. in Stuttgart, in den Jahren der Schmach und Knechtschaft die Mittelpunkte des freisinnigen Bürgerthums. In Nürnberg, wo der demokratische Geist jetzt durchgeschlagen hat, wo er aber — darüber darf man sich keine Täuschung machen — der Befestigung durch Verbreitung von Bildung und Intelligenz, durch Anregung eines freieren Gemeinlebens, noch gar sehr bedarf, ist bis jetzt dem eigentlichen Kern der Bevölkerung außer den Vereinen kein Mittelpunkt gegeben, um sich geistige Anregung zu holen. Wir möchten dringend wünschen, daß ein solcher Mittelpunkt geschaffen würde, und wenn der politische und der Volksverein sich an die Spitze eines solchen Unternehmens stellen würden, so wäre auf die Mitwirkung auch solcher Bürger, welche bis jetzt keinem Vereine angehörten, mit Sicherheit zu rechnen. Ein Lokal zu einem Lesezimmer und zu gesellschaftlichen Unterhaltungen, — auch mit Tänzen, nur hoffentlich ohne obligate Fräcke und Schuhe — ließe sich finden, und bei den voraussichtlich zahlreichen Theilnehmern, welche sich meldeten, könnte — u. müßte freilich auch — ein möglichst niedriger Beitrag gestellt werden. Die Zeit ruft laut jedem zu, daß nur Bildung, klares Bewußtseyn über Gesetze und Rechte uns auf die Dauer die Freiheit sichern kann. Aus dem verdumpften Leben der Zünfte und Innungen, aus der Beschränkung auf Handwerksinteressen, aus der Zersplitterung und Zerklüftung ringt der Geist nach freierer Bewegung. Unser Vorschlag bietet die Mittel, um die Bedürfnisse welche in der Zeit liegen, zu befriedigen, um den Geist der Bevölkerung zu regeneriren: möge man ihn nicht verloren seyn lassen!

* Nürnberg, 21. Dez. In einer der jüngsten Nummern des Nürnberger Kouriers macht ein gewisser Hr. Reinhard, wie es scheint ein Troßbube des Hrn. Scheurl, ohne die mindeste Veranlassung von unserer Seite einen Ausfall auf unser Blatt, der von jenem Parteihaße Zeugniß gibt, den wir uns bemühen wollen immer mehr zu verdienen. Der freie Staatsbürger hat nach der Wahl des Hrn. Scheurl sich allerdings erlaubt, diese Wahl zu besprechen und dabei zu bemerken, daß die Wahlmänner des Bezirks Nürnberg unter das Programm der vereinigten Vereine herabgestiegen seien, indem sie Hrn Scheurl wählten. Seitdem aber hat unser Blatt die konstitutionelle Partei eben so wenig in ihrer Verzweiflung und in ihrer inneren Auflösung, wie sie sich in den zahlreichen Artikeln des Korrespondenten dokumentirt, als in jenem Minimum von Triumph stören zu dürfen geglaubt, das sie der Geschicklichkeit eines ihrer thätigsten Mitglieder verdankte, welches sich freilich damit wenig Dank verdient haben soll, wenigstens bei den Verführten Gegen Hrn. Scheurl nachträglich zu agitiren, ist uns nicht eingefallen; unsere Behauptung aber, daß Hr. Scheurl mit dem Programm der vereinigten Vereine sich in Widerspruch befinde, besteht nach wie vor in voller Kraft. Soviel wir wissen, hat Hr. Scheurl nur das Programm des Volksvereins anerkannt; hätte er aber auch das der vereinigten Vereine gutgeheißen und als Richtschnur für sein parlamentarisches Verhalten angenommen, so hätte er sich dadurch nur mit seinen eigenen Worten, wie er sie in der vorberathenden Versammlung sprach, in Widerspruch gesetzt. Uebrigens könnte es uns nur freuen, wenn wir in Hrn. Scheurl auf dem bevorstehenden Landtag einen muthigen Kämpfer für die Rechte des Volkes gegen die mit der Pfaffenpartei verbündete Krone finden würden. An Gelegenheit dazu wird es nicht fehlen.

Nürnberg, 22. Dez. Der Stadtkommissär Friedrich Lenz zu Nürnberg ist in den Ruhestand versetzt (unter wohlverdienter Anerkennung seiner langjährigen treuen Dienste und unter Beibehaltung seiner Stelle als Bankdirektor daselbst) an seine Stelle der Landrichter J. G. Ch. Mayer daselbst ernannt.

* Fürth, 21. Dez. Hier haben sich die demokratischen Wahlmänner dahin geeinigt, von Zeit zu Zeit eine Versammlung zu halten, um dem Gang der Landtagsverhandlungen zu folgen. Sie laden zu ihren Zusammenkünften auch die Urwähler ein. Es ist dieß ein Vorgang, dem man auch in andern Wahlbezirken Nachfolge wünschen muß. Die freisinnigen Abgeordneten werden nur dann kräftig und erfolgreich wirken, wenn sie wissen, daß das Volk hinter ihnen steht, und die neusten Ereignisse lehren, daß wir am Ende unsrer ersten, am Anfang unsrer zweiten Revolution stehen.

= München, 21. Dez. Gestern Nachmittag hat Lerchenfeld abgedankt, und seine Stelle versieht einstweilen der Präsident von Oberbayern, Zwehl. Die Stadt spricht viel darüber. An seine Stelle soll Hr. von Schrenk (ein radikaler Ultramontaner und der hoffnungsvollste Zögling Abels) kommen. Das wäre für die Bayern die rechte Weihnachtsgabe. — Der befürchtete Bierkrawall ist gestern unterblieben, da die Bräuer den von der Regierung gestellten erhöhten Biersatz nicht einhielten, sondern das Bier um den alten Preis von 4 kr. abgeben.

* Ueber die Entlassung Lerchenfelds als Minister des Innern und ordentlicher Staatsrath erfahren wir aus der A. A. Z., daß der König sich „übrigens" dahin geäußert, „er wünsche, es möge in der Annahme dieser Entlassung Niemand eine Reaktion sehen." Wer wünscht denn überhaupt für reaktionär zu gelten? Wir haben bis jetzt noch Niemand gefunden. Den Grund der Entlassung Lerchenfelds findet dieselbe Zeitung in der systematischen Verdächtigung seiner politischen Richtung, wodurch „das Vertrauen des Monarchen endlich wankend geworden." Wenn es der Kamarilla gelingen kann, durch „Verdächtigung" das Vertrauen des Königs zu einem seiner verantwortlichen Minister zu erschüttern, so bedarf es allerdings der eindringlichsten Versicherung, daß keine Reaktion vorhanden sey, ob aber diese Versicherung irgend wie Glauben finden kann, möchten wir bezweifeln. Uebrigens können wir nur bedauern, daß Lerchenfeld erst abtrat, nachdem er sich bereits durch Concessionen an die Reaktion dem Volke gegenüber kompromittirt hatte. Wäre er abgetreten, als Thon-Dittmer seine heillose Polizeiwirthschaft begann, so wäre er mit Ehre abgetreten und stünde jetzt groß und populär da. Vielleicht wäre noch vor wenigen Wochen, beim Eintritt Lesuire's ins Ministerium Zeit für Lerchenfeld gewesen, sich durch entschlossenen Rücktritt die halbverlorene Liebe des aufgeklärten Volkes in Bayern wieder zu erringen. Jetzt — liefert seine endlich doch — und zwar wie es scheint halb unfreiwillig — erfolgte Entlassung nur einen neuen traurigen Beweis dafür, daß die Berührung mit der Krone und dem Hofe nicht blos die Schlechten schlechter macht, sondern auch die populärsten Namen ruinirt.

Frankfurt, 19. Dez. Der heute erwählte deutsch österreichische Ausschuß besteht aus folgenden Mitgliedern der Nationalversammlung: v. Linde, Barth, Rheinwald, Paur, v. Somaruga, Christmann, Rüder, Reitter, Giskra, Hildebrand, Kirchgeßner, v. Buttel, Makowiczka, Venedey und M. Simon. Also 4 Oesterreicher, 2 Preußen, 4 Bayern, 2 Hessen, 2 Oldenburger und 1 Würtemberger. Herr Kirchgeßner ist Vorsitzender.

* Frankfurt, 20. Dez. Die zweite Lesung der Grundrechte wurde heute mit §. 48 vollendet. Morgen wird das Einführungsgesetz dazu berathen werden. Am Schluß ruft Zimmermann von Stuttgart den Biedermann'schen Ausschuß an, ob das Befinden des Berichterstatters eine baldige Begutachtung des Wesendonck'schen Antrags in Bezug auf die preußische oktroyirte Verfassung endlich hoffen lasse. Zachariä von Göttingen erwidert darauf, der Bericht sei fertig und er laute, wie er hier gleich mittheilen wolle, auf Uebergang zur Tagesordnung über den Wesendonck'schen Antrag. (Unwillen auf der Linken.)

* Frankfurt, 20. Dez. Die Wahl in den neuen Ausschuß zur Begutachtung des Gagern'schen Programms ist nicht zum Vortheil des neuen Ministeriums ausgefallen. Nur vier seiner Farbe sind gewählt worden; die übrigen 11 sind von der neuen österreichisch-süddeutschen Liga durchgesetzt. Da täglich neue Oesterreicher eintreffen, so wird am Ende die Majorität des Hauses sich ebenfalls gegen das Ministerium Gagern herausstellen. So wäre denn mit ihm auch das preußisch deutsche Kaiserthum beseitigt, aber was dann? — Einstweilen das Chaos, aus welchem nur

eine demokratische Einheit sich herausbilden kann, wenn anders das deutsche Volk noch eine Zukunft hat. Bei Herrn Gagern aber, den einige bornirte Menschen den deutschen Mirabeau nannten, scheint sich die Aehnlichkeit mit dem Franzosen Marrast bis zuletzt vollziehen zu wollen. Hr. Marrast, der Vater der Verfassung der Republik Frankreich, welche in einer etwas geänderten Form die alten Zustände fortbestehen läßt, stürzt mitsammt dem ganzen National bei dem ersten Akt, wo die Konstitution in's Leben tritt, bei der Präsidentenwahl. Hr. v. Gagern, der Vater des ganzen monarchischen Lügensystems, das seit 9 Monaten das deutsche Volk an's Kreuz schlägt, stürzt in dem Moment, als der Schlußstein des Gebäudes eingesetzt werden soll. Und wie in Frankreich die Wahl Napoleons nur die negative Bedeutung hat, daß Cavaignac dadurch beseitigt ist, so hat auch der Anschluß der Demokraten an die Oesterreicher in Deutschland nur eine negative Bedeutung: man will den König von Preußen nicht. Das Uebrige wird sich finden.

Wien, 18. Dez. Die Vortheile, welche die Oesterreicher bis jetzt über die Ungarn errangen, sind nicht hoch anzuschlagen, da erst bei Raab die großartigen Verschanzungen der Ungarn beginnen. Kaschau und Tyrnau sind bis jetzt besetzt.

Nach der neuesten Wiener Zeitung hat Windischgrätz auf dem rechten Ufer der Donau die Vorposten bis gegenüber Preßburg vorrücken lassen; auf dem linken hat das II. Armeekorps Stampfen ohne allen Widerstand besetzt und die Avantgarde bis vor Preßburg aufgestellt.

* Berlin, 19. Dez. Arnold Ruge ladet zum Abonnement auf seine Reform (die demokratische Reform, wohl zu unterscheiden von der deutschen Reform des Hrn. Milde) ein, obgleich das Blatt erst nach Wiederherstellung der Preßfreiheit erscheinen kann. „Nur die Nation ist frei, sagt Ruge in seiner Einladung, in der die Opposition reden kann. Durch Aufrechthaltung der Oppositionspresse und nur dadurch können wir uns den Genuß und die Gewohnheit der politischen Freiheit sichern, wie sie unsere Nachbarn jenseits des Rheins und des Kanals genießen.“

DC Berlin, 19. Dez. Zu den traurigen Belegen von Hündischkeit der Gesinnung, welche die im heutigen Staatsanzeiger veröffentlichte epistola viri obscurissimi Mühler *), sowie die analogen Aktenstücke von Mitgliedern der Ober-Landesgerichte zu Ratibor und Münster enthalten, können wir noch einen hinzufügen. Es setzt nämlich seit einigen Tagen der hier am Ober-Tribunal plaidirende Justiz-Kommissarius Jung unter seinen Kollegen eine gegen Waldeck's Wiedereintritt in seine richterliche Thätigkeit sich aussprechende Adresse in Umlauf. Außer den, auch im Mühlerschen Brief gebrauchten, abgedroschenen Phrasen von Ehre, Treue und Pflicht gegen den König u. s. w., enthält die Adresse des Hrn. Jung noch den folgenden Satz, welcher als ein Beispiel, wie weit der politische Blödsinn zu gehen vermag, Veröffentlichung verdient. Es wäre zu wünschen, daß die leider gesetzlich feststehende Unabsetzbarkeit der Richter in diesem Falle einer Ausnahme unterläge. Dieser gemeine Angriff auf eine der wichtigsten Rechtsgarantien der Nation, welche hinzuopfern die Partei der Kamarilla kein Bedenken trägt, um ihre Rachegelüste gegen Waldeck und andere Ehrenmänner zu befriedigen, hat sogar bei ganz konservativen Männern den heftigsten Unwillen erregt. So können wir unter Anderm mittheilen, daß der bekannte, streng konservative Justizrath Crelinger der erwähnten Adresse seine Unterschrift unwillig verweigert hat. — Wir können übrigens nicht unterlassen, bei dieser Gelegenheit auf die infame Provokation aufmerksam zu machen, welche der heutige Staats-Anzeiger der Publikation der in Rede stehenden Dokumente hinzufügt, und hoffen wir, daß es nicht noch Gerichtsbehörden in Preußen geben wird, welche dem schmachvollen Beispiel folgen dürften, welches das Ober-Tribunal u. die Oberlandesgerichte zu Ratibor, Münster u. Bromberg gegeben haben. — Zu welch kleinlichen Mitteln die Regierung trotz der ihr zu Gebote stehenden großen Kräfte ihre Zuflucht nimmt, um auf die Wahlen im ganzen Lande Einfluß zu gewinnen, mag man aus folgender verbürgten Thatsache ersehen. Die Unteroffiziere und Gemeinen der hier garnisonirenden Regimenter und wahrscheinlich wohl auch der ganzen Armee, werden von den Offizieren dahin bearbeitet, durch Briefe ihre Eltern und Verwandten im ganzen Lande zu bewegen, daß sie bei den bevorstehenden Wahlen keinem der Männer der Opposition der vorigen Nationalversammlung ihre Stimme geben, „da diese an allem Unheil Schuld seien, welches das Land betroffen.“ Andererseits lassen es die der Regierung entgegenstehenden Parteien, wenigstens hier in Berlin, auch nicht an Thätigkeit fehlen. So schreitet namentlich die Constituirung des Centralwahlkomité's tüchtig vorwärts. Von den 21 Mitgliedern, aus denen es bestehen soll, sind 14 bereits ernannt, und wir können aus bester Quelle versichern, daß schon jetzt die Majorität dieses Komité's eine rein demokratische ist. Die demokratisch-konstitutionelle Partei hat bei den Wahlen der Bezirke für dieses Komité in der Person mehrerer ihrer bedeutendsten Stimmführer eine bezeichnende Niederlage erlitten und scheint nun sich ein selbstständiges Wahlkomité bilden zu wollen. — Das in Spandau stehende zehnte Regiment hat gestern Befehl erhalten, sich für den 1. Januar zum Abmarsch nach Hamburg bereit zu machen; ob diese Truppen zum „Reichs-Aufsehen“ in Holstein gegen dänische Uebergriffe bestimmt sind oder ob sie nur dazu dienen sollen die Linke der Hamburger konstituirenden Versammlung in Schach zu halten, läßt sich für den Augenblick noch nicht bestimmen. — Es bereitet sich in diesem Augenblick unter der Einwohnerschaft Berlins eine sehr energische Mißtrauensadresse gegen die Stadtverordneten, wegen ihrer letzten Abstimmung in Sachen einer Dankadresse an den König, vor.

*) Der Brief des großen Dunkelmannes Mühler an den Obertribunalrath Waldeck, den Führer der entschiedenen Linken in der aufgelösten Versammlung, worin er diesem erklärt, daß er nicht mehr wohl in sein Collegium eintreten könne. Es verdient darauf aufmerksam gemacht zu werden, mit welchem Behagen der edle Correspondent, ohne Zweifel nach dem Sprichwort: schöne Geister finden sich, diese Erzeugnisse speichelleckerischer Gemeinheit in ihrem ganzen Wortlaute abdruckt.
Anm. d. Red.

Düsseldorf, 18. Dez. Der Präsident Spiegel, welcher mit General Drigalski den Belagerungszustand über unsere Stadt verhängte, ist suspendirt, dagegen die unlängst suspendirten 6 Regierungsräthe wieder in ihre Funktionen eingesetzt. Auch Herr Drigalsky soll suspendirt seyn. Es scheint, die preußische Regierung sucht sich, Angesichts der Napoleonischen Wahl, die Gemüther der Bewohner der Rheinprovinz wieder zuzuwenden, da sie sonst leicht abfallen könnte.

Jülich, 15. Dez. Nicht bloß in Eupen, wo Berg neuestens gewählt worden, sondern auch in Jülich, für welches er als Ersatzmann des Hrn. v. Mylius in Berlin saß, ist Berg bei seiner Ruckkehr auf's großartigste gefeiert worden.

Stuttgart, 19. Dez. Die heutige Sitzung beschäftigte sich mit den Beschlüssen der Kammer der Standesherren zu dem Entwurfe eines Gesetzes über das Jagdwesen. Schnitzer beantragte, die Kammer solle bei allen ihren früheren Beschlüssen beharren. Die Sitzung war ein — wenigstens von Seite der vom Volk gewählten Abgeordneten — fast einstimmiges Zeugniß für die Unmöglichkeit des Fortbestandes des rein unerträglichen Verhältnisses zur ersten Kammer. Jedes gesprochene Wort war ein Wort des Mißtrauens und der Entrüstung gegen die letztere. Der Schnitzer'sche Antrag wurde mit 68 gegen 13 Stimmen angenommen.
(Stuttg. Beob.)

Konstanz, 17. Dez. Gestern wurde der Redakteur der Seeblätter, J. R. Leteur, welcher wegen Verbreitung einer Schrift vor 15 Tagen nach Stockach in Untersuchungshaft gebracht worden war, wieder in Freiheit gesetzt. Die auf Denunziation gegen ihn erhobene Anklage lautet auf Versuch zum Hochverrath. Ob die trotz der vorhandenen Garantien und angebotenen Kautionen verfügte Untersuchungshaft nothwendig war, wird sich in der öffentlichen hofgerichtlichen Verhandlung herausstellen. (Seebl.)

Republik Frankreich.

Paris. Banketts folgen auf Banketts. Toaste werden gebracht dem Louis Blanc, Caussidière und Ledru-Rollin. In allen Provinzen, in allen Departements, wo doch allenthalben Louis Napoleon die Majorität gehabt, wird seines Namens nicht erwähnt: man gibt stillschweigend zu verstehen, daß man seinen Namen geschrieben, und sich einen andern Namen dabei gedacht habe. In dem Departement von Puy-de-Dôme fanden sich dieselben Wähler, die für Louis Napoleon gestimmt hatten, zusammen, um den Berg leben zu lassen. Die negative Bedeutung Napoleons tritt immer mehr an den Tag. — Die Stärke der demokratischen Partei zeigt sich jeden Augenblick in ihrem Zusammenwirken mit der Armee, welche offen erklärt, daß sie nie mehr gegen Juni-Insurgenten kämpfen werde, und die den Beweis dafür gab, indem sie gegen Cavaignac und für Napoleon stimmte, um aus den engen Grenzen wieder herauszutreten und die Feinde der Demokratie, die Windischgrätze und Consorten zu vernichten. (N. rh. Z.)

Italien.

Rom, 12. Dez. Die Regierung verwahrt sich gegen die von Cavaignac am 28. Nov. verkündigte Intervention im Kirchenstaate. Eine solche Einmischung in die innern Angelegenheiten eines fremden, selbstständigen Staates sey völkerrechtswidrig, und man hätte sich eines solchen Aktes am wenigsten von dem politisch verjüngten Frankreich versehen. Auch die Einrede könne nicht gelten, daß bei dem Schicksal des Papstes jeder katholische Staat betheiligt sey, denn mit dem Papst als Oberhaupt der katholischen Kirche walte durchaus kein Streit ob, sondern die Frage sey eine rein politische.

Turin, 16. Dez. Die amtliche Gazzetta meldet die Bildung eines Ministeriums der Linken unter Gioberti. — Die Kammer wird aufgelöst werden. Ein Punkt des ministeriellen Programms bezweckt die Bildung einer Konstituante und die Anerkennung des Prinzips der italienischen Föderation.

Die A. a. Z. meldet aus einem Schreiben vom 17. aus Genua, daß daselbst die Nachricht von der Abdankung Karl Alberts zu Gunsten seines ältesten Sohnes, des Herzogs von Savoyen verbreitet gewesen.

Anzeigen.

Politischer Verein.

Morgen Samstag, Abends 8 Uhr, politischer Verein im Saale des Bamberger Hofes.

Politischer Verein in Herzogenaurach.

Dienstag den 26. Dezember als am 2ten Weihnachtsfeiertag Vereinsversammlung bei Th. Staudigl, Gastwirth zum König von Ungarn.

Der Ausschuß.

Einladung zum Abonnement auf die Zeitung „Vorwärts."

Beim Beginn eines neuen Quartals laden wir unsere geehrten Leser zu gefälliger Erneuerung des Abonnements ein und ersuchen bei auswärtigen Bestellungen sich an die zunächst liegenden Postämter und Zeitungsexpeditionen zu wenden. Bei Erweiterung des Kreises unserer Correspondenten und folgemäßig der formalen Vergrößerung unserer Zeitung stellt sich der Preis, troz der in ganz Deutschland getroffenen Convention aller Druckereien: die Satz- und Druckkosten um 3/7 zu erhöhen, nur auf 3 fl. rh. halbjährig für den ganzen Umfang des Königreiches.

Der leitende Gedanke unseres Blattes bleibt nach wie vor die Vertretung der Principien unserer Zeit: Souveränetät des Volkes mit allen in diesem Grund-Axiom enthaltenen Consequenzen, was, bedingt durch die organische Entwickelung und freieste Entfaltung des Bewußtseins im Volke, uns die Pflicht auferlegt, diesem Bewußtsein mit aller Schärfe der Geisteswaffen Bahn zu brechen und seinem allseitigen Durchdringen den Sieg zu sichern.

Wenn der Kreis all' derer, welche die vernunftgemäßen Forderungen der Neuzeit anerkennen, sich nicht nach dem Vorbilde freier Völker eng um seine Organe in der Presse schaart, dieselben stützt und sie so zu einer moralischen Macht erhebt, die achtunggebietend im staatlichen Leben auftritt, so gewähren wir ewig das jammervolle Bild ohnmächtiger Zersplitterung.

Daß wir die Verhandlungen des bevorstehenden Landtages bei der Einrichtung des abendlichen Erscheinens unseres Blattes noch am selben Tage wenigstens nach den Hauptergebnissen und am folgenden in angemessener Ausführlichkeit bringen werden, erhellt von selbst. Ueberdies werden wir die Lenker der einzelnen Fractionen und andere hervorragende Persönlichkeiten unserer Kammern in prägnanter Characterschilderung der Reihe nach unsern Lesern vorführen. Die sich jetzt Abonnirenden erhalten die bis Januar laufenden Nummern gratis, so wie auch bis zum Quartalpreise von 1 fl. 30 kr. Insertionen unentgeltlich.

München im Dez. 1848. Die Redaction.

Ankündigung.

Mit dem nächsten Neujahr werden die drei dahier erscheinenden Zeitschriften:

Das „Fränkische Bürgerblatt", die „Fränkische Zeitung" und „der Wahrheitsforscher"

zu Einem gemeinsamen, größeren Journale vereinigt täglich erscheinen.

Wir werden keiner weitläufigen Darstellung bedurfen, unserer Ueberzeugung Ausdruck zu geben, wie nothwendig in der fortgeschrittenen Zeit auch der Fortschritt der freien Presse erscheint, und wie sehr unsere Vereinigung im Interesse unserer Leser zur Beseitigung jeder Zersplitterung unter Gleichgesinnten, so wie zur Erzielung allseitiger Vollständigkeit ein unabweisliches Erforderniß wurde. Die aus dieser Vereinigung hervorgehende tägliche größere Zeitschrift wird unter dem Namen:

Neue Fränkische Zeitung,

(ein grundrechtliches Staatsbürgerblatt,)

als treues Organ der Bedürfnisse und der Anforderungen unseres politischen Lebens, in der Raschheit und Vollständigkeit der Mittheilung wichtiger und anziehender Tagesereignisse keinem unserer besten deutschen Blätter nachstehen, besonders auch nach dem Muster guter Englischen und Französischen Zeitungen in täglichen leitenden Original-Artikeln und zahlreichen eigenen Correspondenzen allen Anforderungen genugen. Wir erhalten von den bedeutendsten Hauptstädten, besonders von Paris, London, Berlin, Wien ꝛc. fortlaufende direkte Correspondenzen, und werden die vaterländischen Parlamentsverhandlungen, besonders jene von Frankfurt und München ꝛc. durch rasche, eigene Originalberichte und Kritiken täglich mittheilen, so wie wir durch unsere Vereinigung mehr im Stande sind, den Lokalinteressen größere Aufmerksamkeit zu schenken.

Unser Streben wird nicht der Umsturz, sondern die Reform, nicht die Zügellosigkeit, sondern die vernünftige und gesetzliche Freiheit, nicht die Aufregung, sondern die Aufklärung und Volksbildung sein. Wie wir als die höchste Aufgabe einer freien Presse die geistige und sittliche Erhebung des Menschen erkennen, so werden wir auch unsern Theils diese ihre Würde und wahre Kraft nie entweihen.

Die Redaktion werden die Herren Albert Oestreicher und Stephan Gatscheuberger führen. Die Expedition ist bei Herrn Buchhändler Carl Strecker in der Eichhorngaße.

Der Preis des Blattes beträgt vierteljährig nur 1 fl. 30 kr., während er bisher für die genannten einzelnen Blätter zusammen 3 fl. betrug. Alle k. Postämter sind nun bereit und verpflichtet, auch kürzere Bestellungen auf Ein Vierteljahr anzunehmen, und zwar überall im Königreich Bayern zu gleichem Preise. Für unsere Stadt und Umgebung, so wie durch Landboten kann in der Expedition selbst auch ein monatliches Abonnement zu 30 kr. stattfinden. — Inserate berechnen wir die dreispaltige Petitzeile zu 3 kr. Abonnenten geben wir die Hälfte des Abonnementspreises bei Insertionen frei. Probeblätter werden im Laufe der letzten Woche d. J. ausgegeben werden, die auch in der Expedition abgeholt werden können.

Die vereinigten Redaktionen und Eigenthümer
der Fränkischen Zeitung, des Fränkschen Bürgerblattes und des Wahrheitsforschers.

Einladung zum Abonnement auf die „Donauzeitung."

Die „Donauzeitung" wird auch im nächsten Jahre die Richtung einhalten und in derselben beharrlich fortschreiten, die sie bisher eingehalten hat, mögen die Ereignisse auch eine Wendung nehmen, die der Sache der Reaktion günstiger, als der der Freiheit zu seyn scheint. Gerade in diesem Falle wird sie, wie sie das bisher immer nach jeder scheinbaren Niederlage der Sache des Volkes und der Freiheit that, nur desto entschiedener dieser sich zuwenden und ihre Kräfte ihr widmen. Die volle Freiheit ist ihr Ziel, — sie, die im Geleite geistige Bildung, Lebensglück und Wohlseyn Aller, nicht bloß einzelner Personen oder Stände, führt. Daß diese volle Freiheit aber nur dann erreicht werden könne, wenn der Geist der Demokratie alle Verhältnisse, von oben bis unten, durchdringt und das deutsche Volk der That, nicht blos dem Worte nach ein souveränes ist, — diesen Gedanken wird sie immer wieder, wenn auch in den verschiedensten Formen, zur Manifestation bringen. Aber sie wird den Kampf mit geistigen Waffen, nicht mit leeren Phrasen und hohlen Deklamationen kämpfen. — Der Preis des Blattes ist für Ulm und Umgegend monatlich 15 kr., vierteljährlich 45 kr., halbjährlich 1 fl. 30 kr., durch die Post bezogen vierteljährlich 54 kr. und halbjährlich 1 fl. 48 kr., nebst einem kleinen Post-Aufschlag.

Ulm im Dezember 1848.

Redaktion und Verlag der Donauzeitung.

Für Fürth und die nächste Umgebung nimmt Hr. Fr. Heberlein, Schwabacherstraße, Abonnenten auf den freien Staatsbürger an und kann bei ihm monatlich, wie vierteljährlich abonnirt werden. Die, welche sogleich abonniren, erhalten die laufenden Nummern bis zum 1. Januar unentgeltlich.

Die Expedition.

Gedruckt — unter Verantwortlichkeit der Verleger — bei J. L. Stich.
Expedition S. 39 im Gasthof zum König Otto II. Etage.

Der freie Staatsbürger.

Erscheint täglich. Preis in ganz Bayern vierteljährlich 1 Fl. 30 Kr. halbjährlich 3 Fl., jährlich 6 Fl.

Organ der Demokratie.

Inserate werden die zweispaltige Petitzeile zu 4 1/2 Kr. berechnet. Die Abonnenten haben für die Hälfte des Abonnementpreises Inserate frei.

Nr. 82. Nürnberg, Sonntag, den 24. Dezember **1848.**

Der freie Staatsbürger, Organ der Demokratie, wird auch im nächsten Jahre forterscheinen. Unter Bezugnahme auf die ausführliche Ankündigung in Nr. 68, 70, 71 laden wir zu recht zahlreichem Abonnement ein. Der Preis des Blattes ist jährlich 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr., und kann dasselbe im ganzen Umfang des Königreichs Bayern durch die Postämter um diesen Preis bezogen werden. Wir bemerken ausdrücklich, daß die Postämter von jetzt an jederzeit vierteljährige Abonnements anzunehmen verpflichtet sind. Für Nürnberg und die nächste Umgebung abonnirt man bei der Expedition Winklerstraße S. 39 König Otto II. Etage, und werden daselbst auch Monatsabonnements à 30 kr. angenommen. Die, welche sich jetzt abonniren, erhalten die bis zum Januar laufenden Nummern unentgeltlich.

Der Märzverein.

Die leitende Idee, die den Märzverein geschaffen hat, ist die des gesetzlichen Widerstandes zum Schutze der allseitig gefährdeten Errungenschaften der Märzrevolution. Mit dieser Grundidee betritt der Verein in gewisser Beziehung ein Feld wieder, das die öffentliche Bewegung seit dem März vollkommen verlassen zu haben schien. Die gewaltsamen Nachschwingungen der Märzrevolution waren ebenso naturgemäß, wie der höhere Wellenschlag noch fortdauert, nachdem der Sturm, der das Meer aufregte, sich bereits wieder gelegt hat. Die revolutionären Bewegungen, die Gewaltsbestrebungen, die vom März an sich ununterbrochen eine an die andere reihen, waren nicht Folge des Gesammtbewußtseyns und des Gesammtgefühls der ganzen Nation, sondern nur der Versuch einer Minorität, die Majorität mit Gewalt zu ihren Ansichten zu bekehren. Wir sprechen hier kein Urtheil über die Absichten, die Grundsätze und die Hoffnungen der Aufständischen aus, sondern wir handeln hier nur von dem Mittel, mit dem sie ihr Ziel zu erreichen suchten, dem Mittel des Aufstandes, der offenen Gewalt. In ihm lag der Keim des Untergangs. Wäre Einer der Versuche gelungen, so würde er das Rechtsbewußtseyn der Nation mit der Wurzel ausgerottet haben; diese mißlungenen Versuche aber haben nur die Folge gehabt, den Feinden der Freiheit den Wahn zu leihen, daß sie wieder alle mächtig und unbesiegbar seyen, in ihren Ansprüchen auf monarchische Alleinherrschaft, büreaukratischen Hochmuth und höfische Selbstüberschätzung. Wer die innere Geschichte der letzten neun Monate mit Aufmerksamkeit verfolgt hat, der wird sich mit Schmerz gestehen müssen, daß das deutsche Volk sich in keiner Weise als zur Freiheit und öffentlichen Mannbarkeit herangereift bekundet hat. In sehr vielen und den größten Städten hat sich die Erfahrung herausgestellt, daß die Masse der Bürger ihre Rechte nicht erkennt und noch öfter, daß sie, wo sie dieselben erkannt, nicht den Bürgermuth hatte, sie mit Leib und Leben zu vertheidigen. Meist war es nur eine unbedeutende Minorität, die die willenlose Majorität ins Schlepptau nahm, ihr durch Entschlossenheit mehr Angst als Vertrauen einflößte. Diese Stimmung war und ist Folge der langen Bevormundung und Knechtung des deutschen Volkes und diese Folge muß erst besiegt seyn, ehe das deutsche Volk zur Freiheit erstarkt seyn wird.

Die Freiheit eines Volkes beruht vor Allem in dem Rechtsbewußtseyn jedes einzelnen Bürgers. Wo nicht alle Männer eines Volkes, oder wenigstens die unendliche Mehrzahl zu dem Bewußtseyn gelangt sind, daß nur in freien Menschen- und Bürgerrechten, gleich für alle, die wahre Ehre des Mannes, die ächte Würde des Menschen ruht; wo nicht jeder den Muth erlangt hat, für diese Ehre und Würde mit Leib und Leben einzustehen, da ist keine Freiheit möglich, da herrscht entweder die Gewalt von oben, oder auch die Gewalt von unten, wenn es dem Aufruhr gelingt, die Autorität von Oben im Sturme zu zerstören.

Dieses wahre, ächte Mannesbewußtseyn erlangt sich aber nur in offenem Kampfe für Freiheit und Recht auf das Gesetz gestützt; Jeder ist hier berufen, mit dem Beispiele voranzugehen. Wie enge der Kreis der Gesetze auch seyn mag, die Herrschsucht wird ihn immer mehr zu verengern suchen. Die Märzrevolution aber hat diesen Kreis beträchtlich erweitert; die Reaktion sucht ihn wieder auf das alte Maaß, ja auf weniger zurückzusetzen. Der offene freie Kampf, für die errungenen Rechte wird die Nation würdig machen, auch andere und viel höhere Rechte zu besitzen, als die, die gegenwärtig ihre Vertreter, geschwächt durch anarchische Erscheinungen, noch mehr aber durch den Mangel an Vertrauen in die eigne Kraft, in Anspruch zu nehmen wagten.

Diese Bahn ist nicht die kürzere, aber vielleicht die sicherste. Der Märzverein hat sie betreten, und wird auf ihr seinem Ziele, der vollen Befreiung des deutschen Volkes ruhig entgegenschreiten. Der Märzverein will in Beziehung auf die Art und Weise, wie das Recht gewahrt und die Würde der Nation gesichert werde, auch den Regierungen mit einem Beispiel vorangehen. Der gesetzliche Weg ist beschwerlich, aber er allein führt zum Ziele. Der preußischen Regierung war er zu beschwerlich und deswegen hat sie das Gesetz verlassen und sich auf den Boden der Thatsachen gestellt. Es war der für den Augenblick leichtere und kürzere. Aber sie hat dadurch allen Revolutionen, die gegen sie dereinst unternommen werden konnten, dieselbe Berechtigung gegeben, mit der sie selbst die neue Verfassung erlassen hat. Die preußische Regierung wird dieselbe Erfahrung machen, die Andere gemacht haben, die, wie sie, das Gesetz verließen und es mit Thatsachen allein versuchten. Ein grundsätzlicher Unterschied zwischen denen, die eine neue Revolution als Thatsache durch die Emeute aufgehen lassen zu können, glaubten, und denen, die eine neue Verfassung als Thatsache auf den Belagerungszustand fußten, ist nicht vorhanden. Die Extreme berühren sich.

Der Märzverein wird eine andere Bahn einschlagen. Die Aufstandsversuche von Unten haben die Freiheit in Gefahr gebracht; die Reaktion, die Verfassung ohne gesetzliche Grundlage wird die Autorität der Staatsregierung an der Wurzel angreifen. Desto nothwendiger ist es, daß wahres, männliches Rechtsgefühl und Freiheitsbewußtseyn erstarke, damit bei dem dereinstigen Zusammenstoße nicht Deutschland in Verwilderung zusammenbreche. Rechtsgefühl und Freiheitsbewußt-

seyn aber keimt und erstarkt nur in dem offenen Gebrauche des Rechts, in dem Kampfe mit dem Gesetze für die Freiheit.

Der Märzverein wird diesen Kampf überall aufnehmen, wo er geboten wird, und hofft das Seinige dazu beizutragen, daß die Freiheit der Nation gerettet werde.

Der Märzverein.

Grundrechte des deutschen Volkes.

Artikel VIII. §. 30. Das Eigenthum ist unverletzlich. Eine Enteignung kann nur aus Rücksichten des gemeinen Besten, nur auf Grund eines Gesetzes und gegen gerechte Entschädigung vorgenommen werden. Das geistige Eigenthum soll durch die Reichsgesetzgebung geschützt werden.

§. 31. Jeder Grundeigenthümer kann seinen Grundbesitz unter Lebenden und von Todes wegen ganz oder theilweise veräußern. Den Einzelstaaten bleibt überlassen, die Durchführung des Grundsatzes der Theilbarkeit alles Grundeigenthums durch Uebergangsgesetze zu vermitteln.

Für die todte Hand sind Beschränkungen des Rechtes, Liegenschaften zu erwerben und über sie zu verfügen, aus Gründen des öffentlichen Wohles zulässig.

§. 32 Jeder Unterthänigkeits- und Hörigkeitsverband hört für immer auf.

§. 33. Ohne Entschädigung sind aufgehoben:

1) Die Patrimonialgerichtsbarkeit und die grundherrliche Polizei sammt den aus diesen Rechten fließenden Befugnissen, Exemtionen und Abgaben.

2) Die aus dem guts- und schutzherrlichen Verbande fließenden persönlichen Abgaben und Leistungen.

Mit diesen Rechten fallen auch die Gegenleistungen und Lasten weg, welche dem bisher Berechtigten dafür oblagen.

§. 34. Alle auf Grund und Boden haftenden Abgaben und Leistungen, insbesondere die Zehnten, sind ablösbar; ob nur auf Antrag des Belasteten oder auch des Berechtigten, und in welcher Weise, bleibt der Gesetzgebung der einzelnen Staaten überlassen. Es soll fortan kein Grundstück mit einer unablösbaren Abgabe oder Leistung belastet werden.

§. 35. Im Grundeigenthum liegt die Berechtigung zur Jagd auf eigenem Grund und Boden

Die Jagdgerechtigkeit auf fremdem Grund und Boden, Jagddienste, Jagdfrohnden und andere Leistungen für Jagdzwecke sind ohne Entschädigung aufgehoben.

Nur ablösbar jedoch ist die Jagdgerechtigkeit, welche erweislich durch einen lästigen mit dem Eigenthümer des belasteten Grundstücks abgeschlossenen Vertrag erworben ist: über die Art und Weise der Ablösung haben die Landesgesetzgebungen das Weitere zu bestimmen.

Die Ausübung des Jagdrechtes aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und des gemeinen Wohls zu ordnen, bleibt der Landesgesetzgebung vorbehalten.

Die Jagdgerechtigkeit auf fremdem Grund und Boden darf in Zukunft nicht wieder als Grundgerechtigkeit bestellt werden.

§. 36. Die Familienfideikommisse sind aufgehoben. Die Art und Bedingungen der Aufhebung bestimmt die Gesetzgebung der einzelnen Staaten. Ueber die Familienfideicommisse der regierenden fürstlichen Häuser bleiben die Bestimmungen den Landesgesetzgebungen vorbehalten.

§ 37. Aller Lehensverband ist aufzuheben. Das Nähere über die Art und Weise der Ausführung haben die Gesetzgebungen der Einzelstaaten anzuordnen.

§. 38. Die Strafe der Vermögenseinziehung soll nicht stattfinden.

Artikel IX. §. 39. Alle Gerichtsbarkeit geht vom Staate aus. Es sollen keine Patrimonialgerichte bestehen.

§. 40. Die richterliche Gewalt wird selbstständig von den Gerichten geübt. Kabinets- und Ministerialjustiz ist unstatthaft.

Niemand darf seinem gesetzlichen Richter entzogen werden. Ausnahmsgerichte sollen nie stattfinden.

§. 41. Es soll keinen privilegirten Gerichtsstand der Personen oder Güter geben.

Die Militärgerichtsbarkeit ist auf die Aburtheilung militärischer Verbrechen und Vergehen, sowie der Militardisciplinarvergehen beschränkt, vorbehaltlich der Bestimmungen für den Kriegsstand.

§. 42. Kein Richter darf, außer durch Urtheil und Recht, von seinem Amte entfernt oder an Rang und Gehalt beeinträchtigt werden.

Suspension darf nicht ohne gerichtlichen Beschluß erfolgen.

Kein Richter darf wider seinen Willen, außer durch gerichtlichen Beschluß in den durch das Gesetz bestimmten Fällen und Formen, zu einer andern Stelle versetzt oder in Ruhestand versetzt werden.

§. 43. Das Gerichtsverfahren soll öffentlich und mündlich seyn. Ausnahmen von der Oeffentlichkeit des Verfahrens bestimmt im Interesse der Sittlichkeit das Gesetz.

§. 44. In Strafsachen gilt der Anklageprozeß. Schwurgerichte sollen jedenfalls in schwereren Strafsachen und bei allen politischen Vergehen urtheilen.

§. 45. Die bürgerliche Rechtspflege soll in Sachen besonderer Berufserfahrung durch sachkundige von den Berufsgenossen frei gewählte Richter geübt oder mitgeübt werden.

§. 46. Rechtspflege und Verwaltung sollen getrennt und von einander unabhängig seyn. Ueber Kompetenzkonflikte zwischen den Verwaltungs- und Gerichtsbehörden in den Einzelstaaten entscheidet ein durch das Gesetz zu bestimmender Gerichtshof.

§. 47. Die Verwaltungsrechtspflege hört auf. Ueber alle Rechtsverletzungen entscheiden die Gerichte.

Der Polizei steht keine Strafgerichtsbarkeit zu.

§. 48. Rechtskräftige Urtheile deutscher Gerichte sind in allen deutschen Landen gleich wirksam und vollziehbar.

Ein Reichsgesetz wird das Nähere bestimmen.

Vereinigte Staaten von Deutschland.

* München, 21. Dez. Selbst der A. A. Z. wird das Treiben der Münchner Camarilla zu bunt. Es muß hübsch aussehen, wenn dieses servilste aller servilen Blätter es wagt, folgenden Artikel in seine Spalten aufzunehmen: Unsere Ministerkrisis soll sich auf die übrigen Minister — mit Ausnahme des Kriegsministers Generallieutenant v. Lesuire — ausgedehnt haben. Wie man vernimmt, sollen Hr. Heintz, Graf Bray und Hr. Weigand mit Bestimmtheit dem König erklärt haben nur mit Frhrn. von Lerchenfeld ein Ministerium bilden zu können; falls dessen Wiedereintritt nicht erfolgen sollte, müßten sie gleichfalls um ihre Entlassung bitten. Es war dieß von den ehrenhaften Gesinnungsgenossen Lerchenfelds vorauszusehen. Die Sache bekömmt dadurch einen bestimmten Charakter, nämlich den eines Tendenzkonflikts, welcher durch die gerüchtweise hier zirkulirende neue Ministerliste nähere Erklärung findet. Lesen Sie die Ministerliste vom Jahr 1846 und 1847 und Sie werden dieselben Namen finden, nämlich die eines Schrenk, Zu-Rhein, Voltz, von der Beck und Waldkirch. (!) Ein Commentar ist kaum nöthig. Sollen wir mit den „Errungenschaften" der Jahre 1846 und 1847 im Jahr 1849 aufwachen! Oder sollten diese Namen bloß die Brücke bilden für Staatsmänner von schärfern Gepräge?

München, 21. Dez. Man nennt als Nachfolger Lerchenfeld's den Grafen Ludwig von Armannsperg! *) Die Anwesenheit des edlen Grafen in der Residenz — aus welcher er unter der vorigen Regierung sich freiwillig exilirt hatte — wird zwar schon lange von allen Gutdenkenden mit mißtrauischem Auge betrachtet, und niemanden ist es verborgen, daß er eine Stellung zwischen dem Ministerium und dem Throne einzunehmen wußte. Daß aber die Verwünschungen der griechischen Nation allein nicht

*) Wie wir so eben vernehmen hat die Uebergabe des Portefeuilles des Innern an den mit der interimistischen Führung dieses Ministeriums beauftragten Finanzminister Weigand bereits stattgefunden Die gleichzeitig erfolgte Hieherberufung des Mitgliedes der Frankfurter Rechten v. Schrenk spricht zwar gegen eine erfolggekrönte Ministerkandidatur Armannsperg's: obige Reminiscenzen möchten aber nichts desto weniger zeitgemäß seyn, da man manches in jüngster Zeit hier Erlebte als Ausfluß seiner Wirksamkeit erkennen zu müssen glaubt. Zudem sollen seit Abgang der Estaffete an v. Schrenk wieder mehrere Ministerstühle leer geworden seyn, indem, wie man uns versichert, sämmtliche Minister, mit der für die Natur dieser Krisis bezeichnenden Ausnahme des Kriegsministers v. Lesuire, um Enthebung von ihren Stellen nachgesucht haben. Anm. der konst. Z.

hinreichen, den Lebensabend des Hrn. Grafen zu versüßen, daß Se. Excellenz vielmehr für nothwendig erachten, die von der jüngsten kgl. Verordnung über Standesgehalte kaum getrockneten Thränen der Wittwen und Waisen durch seinen Eintritt in das Ministerium wieder aufzufrischen — das hielten und halten wir selbst in unserer, an Wunden so reichen Zeit für ein Mährchen. Die Frage, ob das bayerische Volk die Uebertragung eines Ministerportefeuilles an den Grafen Armannsperg freudig begrüßen werde oder nicht, dürfte unschwer zu beantworten seyn. Uns würde diese Uebertragung jedenfalls als Aufforderung erscheinen, eine erbauliche Geschichte von dem Anfange, dem Bestehen und dem Ende des griechischen Kanzlerthums zu veröffentlichen, und unsern Lesern den edlen Lord Palmerston und den Räuber Grivas in's Gedächtniß zurückzurufen. (D. const. Z.)

* München, 22. Dez. Die N. M. Z. zeigt in ihrem amtlichen Theile den Rücktritt Lerchenfeld's folgendermaßen an: „Se. Maj. der König haben sich unter'm 19. Dez. allergnädigst bewogen gefunden, den bisherigen Staatsminister des Innern, Frhrn. v. Lerchenfeld, auf sein wiederholtes Ansuchen von diesem Amte sowie von dem eines Staatsrathes im ordentlichen Dienste zu entheben, und zum Staatsrathe im außerordentlichen Dienste ohne Gehalt unter allergnädigster Anerkennung seiner geleisteten guten Dienste zu ernennen.“ In einer Korrespondenz beklagt sie alsdann den Rücktritt Lerchenfeld's in leeren Phrasen.

* Frankfurt, 21. Dez. Das Einführungsgesetz für die Grundrechte wird berathen. Gombart aus München erklärt, die Versammlung habe gar keine gesetzgebende Macht, könnne also auch ein Gesetz über Grundrechte gar nicht erlassen, sondern nur bei den Regierungen anfragen, ob sie den Entwurf annehmen wollen. Er stellt einen darauf bezüglichen Antrag. Dieser Antrag wird von 69 Stimmen bejaht, von 334 verneint. „Ein Geräusch des Erstaunens, sagt die deutsche Zeitung, geht jedesmal durch das Haus, sobald ein Abgeordneter mit ja antwortet und dadurch den Gombart'schen Ansichten beipflichtet. Am stärksten aber brechen die Ausdrücke vorwurfsvoller Verwunderung hervor, als sich Karl Welcker mit einem deutlichen ja auf die Seite der äußersten Rechten stellt.“ So tief kann ein Mann sinken, der einst für das Volk kämpfte! — Weihnachtsferien hält die Versammlung nicht. Am 23. Dez. ist Sitzung; am 28. wieder.

Wien, 19. Dez. Die Nachricht von der Besetzung von Preßburg und Wieselburg ist eingetroffen. Wieselburg wurde nach einem heftigen mehrstündigen Gefechte von Banus Jellasich genommen, der bereits nach Raab aufgebrochen seyn soll.

DC Berlin, 20. Dez. Ueber die Veranlassung zu der nun schon mehrere Tage dauernden Anwesenheit des dessauischen Premierministers Habicht sind wir im Stand, Folgendes mitzutheilen. Bei der allgemein anerkannten persönlichen Regierungsunfähigkeit des jetzigen Herzogs von Bernburg und den durch die dortige Camarilla hervorgerufenen Konflikten zwischen Volksvertretung und Regierung erschien es dem dessauischen Kabinet wünschenswerth, durch eine Vereinigung beider kleiner Länder unter einem Regenten das Wohl beider zu fördern. Bernburg erhielte so Theil an der freisinnigen Dessauer Verfassung und Dessau gewönne durch Abrundung seines Gebiets an innerer Consistenz und äußerer Widerstandsfähigkeit gegen die Frankfurter Mediatisirungsgelüste. Von Frankfurt aus schien man nichts dagegen zu haben, daß die beiden anhalt'schen Herzogthümer, die mit dem Tode des Herzogs von Bernburg doch unter einen Herrscher gerathen mußten, schon jetzt sich mit einander verschmelzen, und in diesem Sinne hat auch bekanntlich Schmerling dem Bernburger Landtage geantwortet. Habicht sollte nun hier in Berlin den Einfluß der preußischen Regierung für diesen Schritt erlangen. Außerdem aber hat er auch die Aufgabe, durch preußische Verwendung den schweren Zorn des Reichsministeriums abzuwenden, welches dem demokratischen Dessau fürchterlich grollt, weil es im Sommer nicht Lust hatte, seinen Staatshaushalt mit Schulden bloß zu dem Behufe zu überladen, damit die Reichscentralgendarmerie noch ein paar hundert Mann mehr zu ihrer Verfügung habe. — Aus Bernburg erfahren wir, daß vorgestern daselbst, obgleich Alles ruhig geblieben, Reichstruppen eingerückt sind. — Die „Neue Preuß. Ztg.“ theilt in ihrer heutigen Nummer eine Kandidatenliste mit, welche für die erste und zweite Kammer als Abgeordnete von der Demokratie vorgeschlagen seyn soll. Wir können mit Bestimmtheit versichern, daß es der demokratischen Partei nie einfiel, noch einfallen wird, solche Kandidaten aufzustellen. Waldeck und Jacoby sind die Einzigen, welche von dieser Liste als Berliner Abgeordnete gewählt werden können. Arnold Ruge, welcher als Kandidat genannt ist, kann schon darum nicht gewählt werden, weil er noch nicht als Preuße naturalisirt ist. Julius, Edler, Braß und Thiele denken nicht im Entferntesten daran, als Kandidaten aufzutreten; Rodbertus und Kirchmann aber werden in Berlin von der demokratischen Partei keinesfalls Unterstützung finden. Nach solchen Angaben läßt sich die Glaubwürdigkeit der „Neuen Preuß. Ztg.“ beurtheilen.

Köln, 20. Dez. Der gegen die N. Rh. Z. eingeleitete Prozeß wegen Beleidigung des Oberprokurators Zweiffel kam heute vor die Assisen und wurde wegen eines Nullitätsgrundes ausgesetzt.

Breslau, 19. Dez. In der Sitzung des Bürgerwehrkongresses am 17. Dezember wird die in der vorigen Sitzung unentschieden gebliebene Abstimmung über die Auflösung der Bürgerwehr vorgenommen. Das Resultat ist folgendes: Der Antrag von Waldsrode: „Das Institut der Bürgerwehr ist unauflöslich“, wird mit großer Majorität angenommen. Die Frage: „Kann die Bürgerwehr einzelner Gemeinden oder Kreise aufgelöst werden?“ wird mit 43 Stimmen verneint; die zweite Frage: „Kann die Bürgerwehr einzelner Gemeinden oder Kreise zeitweise aufgelöst werden?“ mit 35 Stimmen verneint; die dritte Frage: „Kann die Bürgerwehr einzelner Gemeinden oder Kreise zeitweise ihres Dienstes enthoben werden?“ mit 46 Stimmen bejaht. Der Antrag: „Die Dienstenthebung der Bürgerwehren darf nur von der Staatsregierung wegen Verletzung oder Verweigerung der Pflichten des §. 1 des Bürgerwehrgesetzes, und höchstens auf 5 Wochen erfolgen“, wird mit großer Majorität angenommen und hiermit der Gegenstand erledigt. — §. 9 der Kommissionsvorlage lautet: „Das Verbot über Berathungen in öffentlichen Angelegenheiten darf nur auf bewaffnete Versammlungen sich erstrecken.“ Hr. Guhrauer aus Breslau beantragt Wegfall des Schlußsatzes im §. 1 des Bürgerwehrgesetzes, welcher lautet: „In ihren dienstlichen Versammlungen darf die Bürgerwehr über öffentliche Angelegenheiten nicht berathen.“ Die Versammlung entscheidet sich fast einstimmig für diesen Antrag. Bei §. 10 der Kommissionsvorlage: „Geldstrafen sind unter die Strafbestimmungen mit aufzunehmen, die Gefängnißstrafen zu verringern“, entscheidet sich die Versammlung gegen Aufnahme der Geldstrafen unter den Strafbedingungen, für Beibehaltung der Gefängnißstrafen, aber für deren Verringerung. Die Kommissionsvorlage enthält noch einen Antrag über die Entschädigungspflicht des Staats für im Dienste verunglückte Wehrmänner. Der Antrag wird nach kurzer Debatte angenommen mit dem Zusatze, „vorbehaltlich des Regresses an die Bethätiger.“ — In der Sitzung am 18. Dezember folgt die Verhandlung über die Centralisation der Bürgerwehr im ganzen Lande. Die Frage: „Soll in jeder Hauptstadt der Provinz ein Komité ernannt und die Provinz in sechs Bezirke getheilt werden, deren Komités mit dem Provinzialkomite in Verbindung treten?“ erhält die Majorität. Die Frage: „Beschließt der Kongreß die militärische Organisation der sämmtlichen Bürgerwehren bei den Kammern zu beantragen?“ erhält ebenfalls die Majorität. Hr. Schmiedicke beantragt: „der Kongreß möge sich mit den im Eingange der Kommissionsvorlage ausgesprochenen Grundsätzen einverstanden erklären.“ Dieser Eingang lautet: Wir beantragen: „Die Nationalversammlung möge mit Rücksicht auf die Verheißung einer allgemeinen Volksbewaffnung und das Bürgerwehrgesetz vom 17. Okt. 1848 eine allgemeine Wehrverfassung erlassen.“ Der Antrag wird fast einstimmig angenommen. Hr. Wehrmann beantragt: „Betreffs der Requisition der Bürgerwehr möge die Bestimmung getroffen werden, daß die Civilbehörde die Bürgerwehr zwar requiriren könne, die Entscheidung über das Einschreiten aber nur dem Kommando zustehe.“ Der Antrag wird angenommen. Hr. Gneisner beantragt einfache, aber gleichmäßige Uniformirung sämmtlicher Bürgerwehren. Wird ohne Debatte angenommen. Ein Antrag, daß nicht nur jeder Preuße, sondern auch jeder Deutsche zum Eintritt in die Bürgerwehr berechtigt sey, wird ohne Debatte angenommen. Hiermit wurden die Sitzungen des Kongresses geschlossen. (Bresl. Z.)

Darmstadt, 20. Dez. Beim Beginne der heutigen Sitzung interpellirte der Abgeordnete Vollhard den Ministerpräsidenten Jaup darüber, ob an dem Zeitungsgerüchte, wonach die großherzoglich hessische Regierung sich mit mehreren andern deutschen Staaten gegen die Suprematie eines gewissen deutschen Staates (Preußens) in Deutschland ausgesprochen haben soll, etwas Gegründetes sey. Der Ministerpräsident erwiederte hierauf, „daß ihm von einer derartigen Erklärung oder Vereinigung nichts bekannt sey.“ — Die Tagesordnung führte zur Berathung über das Wahlgesetz. Nach

langer Debatte wurde der Art. 16 des Gesetzes, welcher als Prinzip das Zweikammersystem ausspricht, nach der Regierungsvorlage mit 23 gegen 16 Stimmen angenommen. (O.-P.-A.-Z.)

* Stuttgart, 21. Dez. Dr. Strauß, Abgeordneter der Stadt Ludwigsburg, ist aus der Kammer der Abgeordneten ausgetreten. Die Mißtrauensvota seiner Wähler hatten ihn längst unangenehm berührt; sie würden ihn indessen nicht zum Austritt bestimmt haben. Aber er wurde gestern in der Kammer, als es sich um Vorlegung eines neuen Wahlgesetzes für eine konstituirende Versammlung handelte (ein Antrag, der mit 59 gegen 20 Stimmen angenommen werden) und Strauß mit leidenschaftlicher Gereiztheit gegen diesen Antrag sprach und sich dabei unparlamentarischer Ausdrücke bediente, wie: Escamotiren, Falle stellen, vom Präsidenten zur Ordnung gerufen. Tief verletzt, verließ Strauß sogleich den Saal und erklärte seinen Austritt. Hr. Strauß — Niemand kann seinen Geist und sein Wissen aufrichtiger anerkennen, als wir — hat in seiner kurzen parlamentarischen Laufbahn bewiesen, daß er in die Studierstube, nicht auf die Bühne des Lebens und öffentlichen Wirkens gehört.

Karlsruhe, 19. Dez. Heute wurde Dr. K. Steinmetz, der wegen einer, von ihm bei der ersten Volksversammlung zu Achern gehaltenen Rede, in welcher die badische „Justiz" glücklich einen Hochverrathsversuch zu entdecken verstand, hier am 12. Apr. verhaftet worden war, nach einer „Untersuchungshaft" von 252 Tagen gegen Kaution aus dem Gefängniße entlassen. Längst schon hatte der Genannte alle Hoffnung aufgegeben vor der Entscheidung seines Prozesses durch die Geschwornen die Freiheit wieder zu erlangen, da sein bereits vor fünf Monaten eingereichtes Gesuch um Aufhebung des heillosen Inquisitions-Arrestes Ende Juni von dem Hofgerichte zu Freiburg unter Angabe einiger nichtssagenden Motive verworfen worden war, als ihm wieder Vermuthen vorgestern ein Erlaß des allgemeinen Untersuchungsgerichtes eröffnet wurde, daß er gegen Bürgschaft jetzt freigegeben würde. (Mannh. Abdztg.)

* Gotha, 19. Dez. Der Herzog ist in großer Mißstimmung von hier nach Koburg zurückgekehrt. Die Abgeordnetenversammlung will ihm nicht behagen, obwohl sie außerordentlich loyal ist. Nur freilich kann sie die Landesinteressen den Hofinteressen nicht ganz nachsetzen. Aber seit der König v. Preußen seine Vereinbarerversammlung heimgejagt hat, verspürt jeder deutsche Landesvater das Gelüste, die unbequeme Volksvertretung los zu werden und wieder ganz „von Gottes Gnaden" zu regieren, im alten absoluten Styl.

Schweiz.

Der Eidgenosse berichtet „aus zuverläßiger Quelle", Herr v. Marschall habe alle gegen die Schweiz vorgebrachten Anschuldigungen unbegründet gefunden. Der Eidgenosse gibt dann folgende faktische Notiz: Im Kanton Basel (Stadt und Land) befinden sich gegenwärtig gar keine deutschen Flüchtlinge mehr. Im Aargau sind nicht mehr als zehn, von denen kein einziger in den Grenzbezirken. In Schaffhausen halten sich nur sechs, in Zürich nur neun (meistens in der Stadt Zürich) auf. Im Thurgau weilen noch achtzehn; von diesen besitzen mehrere eine förmliche Niederlassung im Kanton. Keiner von Allen hat den zweiten badischen Aufstand mitgemacht. Alle befleißen sich der größten Ruhe und beobachten pünktlich die ihnen auferlegten Pflichten des Asyls.

Republik Frankreich.

Paris, 18. Dez. Die „Presse" gibt folgendes Gesammtresultat der bisherigen Abstimmungen. Es stimmten für Louis Napoleon Bonaparte 5,300,000; Cavaignac 1,320,000. — Oudinot, bisheriger Befehlshaber der Alpenarmee, erklärt in fast allen Morgenblättern, daß er weder den Gesandtschaftsposten in Petersburg, noch das Kriegsportefeuille annehmen werde, sondern sich in dem Fall, daß man ihm das Oberkommando abnähme, ganz den Parlamentsgeschäften widmen würde. — Vorgestern schritt der gefürchtete Barbes'sche Revolutionsklub zur Bildung seines neuen Komite's, in welches Hervé, Thoré, Terier du Motteu, Dambel, Gouache rc. gewählt wurden. Das Präsidium dieses Klubs bleibt dem gefangenen Gründer vorbehalten. Ein Polizeikommissär, mit der Schärpe um den Leib, wohnte der Sitzung bei.

* Paris, 18. Dez. Die Revolution, sagt ein Provinzialblatt von Dijon, beginnt von der Stunde, wo Bonaparte proklamirt wird. Bisher war es ein Vorspiel des Revolutionsdrama's. Vergißt er das Kaiserthum, denkt er nur an das Konsulat, gut, so geht sie in Frieden vor sich. Wo nicht, so nicht. — Der „Constituant", ein sehr tüchtiges Toulouser Blatt, schreibt: „Die 36 Szepter der 36 deutschen Zwingmeister brechen; diese Söldner des Zaren, heißt das Szepter des Zaren selbst zerschmettern. Sie haben, wie ein Berliner Volksredner sich etwas scharf, aber richtig ausdrückte, als noch kein Wrangel die dortigen Zungen gelähmt hatte, die Spornstiefel des Zaren geküßt, wie einst die Napoleon's. Bei Gott, diese Misere muß enden. Unsere französische Demokratie muß begreifen, daß, nachdem sie achtzehn Jahre vergeblich Polen beseufzte, ihm nur dadurch zu helfen ist, daß sie sich innig an die deutsche Demokratie anschließt. Zwischen Vogesen und Karpathen fließen fünf breite, tiefe Ströme und liegt der Kontinent, den Deutsche bewohnen. Deutschland ist das große Gehirn Europa's und Frankreich sein Herz und seine Lunge; befreit das Gehirn, und Blut und Athem werden regelmäßiger gehen. Seit sechs Jahren ruft Deutschlands Demokratie: kein Heil ohne die Gallier, und sprachen diese Wahrheit in den zu Paris von Dr. Marx und Dr. Ruge erschienenen deutsch-französischen Jahrbüchern aus. Was könnte wohl heute die französische Demokratie abhalten, den deutschen Schwestern die Hand reichend, gegen die Erzfeinde in Osten zu ziehen und zu rufen: kein Heil ohne die Germanen!

Italien.

Die gestern gerüchtsweise gegebene Nachricht: daß der König Albert von Sardinien zu Gunsten seines ältesten Sohnes abgedankt habe, war unbegründet. Hingegen bringen die amtlichen Zeitungen ein Programm des Ministeriums Gioberti, welches die Unabhängigkeit und Einigung Italiens, und sofort auch die Wiederaufnahme des Krieges voranstellt, jedoch beifügt: der Zeitpunkt der Kriegserneuerung lasse sich noch nicht genau bestimmen, sondern müsse von den militärischen Rüstungen abhängen, denen die Regierung ihre lebhafteste Sorge zuwenden werde. Nach innen bezeichnet sich das Ministerium als ein demokratisches.

Gedruckt — unter Verantwortlichkeit der Verleger — bei J. L. Stich.
Expedition S. 39 im Gasthof zum König Otto II. Etage.

Der freie Staatsbürger.

Erscheint täglich. Preis in ganz Bayern vierteljährlich 1 fl. 30 Kr. halbjährlich 3 fl., jährlich 6 fl.

Organ der Demokratie.

Inserate werden die zweispaltige Petitzeile zu 4 1/2 Kr. berechnet. Die Abonnenten haben für die Hälfte des Abonnementpreises Inserate frei.

Nr. 83. Nürnberg, Montag, den 25. Dezember **1848.**

Einführungsgesetz für die Grundrechte.

„Die Grundrechte des deutschen Volks werden im ganzen Umfange des deutschen Reichs unter nachfolgenden Bestimmungen hiermit eingeführt:

Artikel I. Mit diesem Reichsgesetze treten in Kraft die Bestimmungen:

1) der §§. 1 und 2. 2) des § 3, jedoch in Beziehung auf Aufenthalt, Wohnsitz und Gewerbbetrieb unter Vorbehalt der in Aussicht gestellten Reichsgesetze, 3) der §§. 4, 5 und 6, 4) des §. 7 unter Vorbehalt der in III. und VIII. dieses Gesetzes enthaltenen Beschränkungen, 5) des §. 8, und zwar rucksichtlich des letzten Heer- und Seewesen betreffenden Absatzes unter Verweisung auf III. dieses Gesetzes, 6) des §. 10, unter Vorbehalt der unter III. und VII. enthaltenen Bestimmungen, 7) der §§. 11 und 12, 8) des §. 13, mit der Maßgabe, daß, wo Schwurgerichte noch nicht eingeführt sind, bis zu deren Einführung über Preßvergehen die bestehenden Gerichte entscheiden, 9) der §§. 14, 15, 16, so wie des zweiten und dritten Absatzes im §. 17, und des §. 18, 10) der §§. 22, 24, 25 und 28, 11) der §§. 29, 30 und 31, 12) des §. 32, des zweiten Absatzes im §. 33, der §§. 34, 35, mit Ausnahme des ersten Absatzes (III. 8), des zweiten Absatzes im §. 36, dann 37 unter Vorbehalt der über die Ablösung der betreffenden Jagdgerechtigkeiten und über die Ausübung des Jagdrechts zu erlassenden Gesetze (IV.) 13) des §. 42 und des ersten Absatzes im §. 44. Alle Bestimmungen einzelner Landesrechte, welche hiermit in Widerspruch stehen, treten außer Kraft

Artikel II. In Beziehung auf den im §. 17 ausgesprochenen Grundsatz der Selbstständigkeit der Religionsgesellschaften sollen die organischen Einrichtungen und Gesetze, welche für die bestehenden Kirchen zur Durchführung dieses Prinzips erforderlich sind, in den Einzelnstaaten möglichst bald getroffen und erlassen werden.

Artikel III. Abänderungen oder Ergänzungen der Landesgesetzgebungen, soweit dieselben durch die folgenden Bestimmungen der Grundrechte geboten sind, sollen ungesäumt auf verfassungsmäßigem Wege getroffen werden, und zwar

1) statt der im §. 9 und §. 40 abgeschafften Strafen des Todes, des Prangers, der Brandmarkung, der körperlichen Züchtigung und der Vermögenseinziehung durch gesetzliche Feststellung einer anderweiten Bestrafung der betreffenden Verbrechen; 2) durch Ausfüllung der Lücken, welche in Folge der im §. 7 ausgesprochenen Aufhebung der Standesunterschiede im Privatrechte eintreten; 3) durch Regelung der Wehrpflicht auf Grund der im §. 7 enthaltenen Vorschrift; 4) durch Feststellung der im Heer- und Seewesen vorbehaltenen Modifikationen des §. 8; 5) durch Erlassung der Gesetze, welche den dritten im §. 10 erwähnten Fall der Haussuchung ordnen; 6) durch Erlassung der nach §§. 19, 20 u. 21 erforderlichen Vorschriften über Eid, Ehe und Standesbücher; 7) durch Einrichtung des Schulwesens auf Grund der §§. 23, 26 und 27; 8) durch Aenderungen im Gerichts- und Verwaltungswesen gemäß den Bestimmungen des §. 35 im ersten Absatz, der §§. 41, 43, 44 im zweiten und dritten Absatze, sowie der §§. 45 bis einschließlich 49.

Artikel IV. Ebenso ist ungesäumt die weitere Feststellung der in den Paragraphen 33, 36 bis einschließlich 39 geordneten Eigenthumsverhältnisse in den einzelnen Staaten vorzunehmen.

Artikel V. Die Erlassung und Ausführung der vorstehend gedachten neuen Gesetze sollen von Reichs wegen überwacht werden.

Artikel VI. Bis zur Erlassung der in den §§. 3, 13, 32 und 50 erwähnten Reichsgesetze sind die betreffenden Verhältnisse der Landesgesetzgebung unterworfen.

Artikel VII. In den Fällen, in welchen nach dem Vorstehenden neue Gesetze erforderlich oder in Aussicht gestellt sind, bleiben bis zur Erlassung derselben für die betreffenden Verhältnisse die bisherigen Gesetze in Kraft. Rücksichtlich der Haussuchung bleibt denjenigen öffentlichen Beamten, welche zum Schutz der Abgabenerhebung und des Waldeigenthums zur Haussuchung befugt sind, verläufig diese Befugniß.

Artikel VIII. Abänderungen der Grundverfassung einzelner deutscher Staaten, welche durch die Abschaffung der Standesvorrechte nothwendig werden, sollen innerhalb sechs Monaten durch die gegenwärtigen Organe der Landesgesetzgebung nach folgenden Bestimmungen herbeigeführt werden:

1) die durch die Verfassungsurkunden für den Fall der Verfassungsänderungen vorgeschriebenen Erschwerungen der Beschlußnahme finden keine Anwendung, vielmehr ist in den Formen der gewöhnlichen Gesetzgebung zu verfahren; 2) wenn in Staaten, wo zwei Kammern bestehen, dieser Weg keine Vereinigung herbeiführen sollte, so treten diese zusammen, um in einer Versammlung durch einfache Stimmenmehrheit die erforderlichen Beschlüsse zu fassen.

Uebrigens bleibt es den gegenwärtigen Organen der Landesgesetzgebung unbenommen, sich darüber, daß die gedachten Abänderungen durch eine neu zu wählende Landesversammlung vorgenommen werden, zu vereinbaren, für welche Vereinbarung die Bestimmungen unter 1 und 2 gleichfalls maßgebend sind. Sind in der bezeichneten Frist die betreffenden Gesetze nicht erlassen, so hat die Reichsgewalt die Regierung des einzelnen Staates aufzufordern, ungesäumt auf Grund des Reichswahlgesetzes eine aus einer einzigen Kammer bestehende Landesversammlung zur Revision der Landesverfassung und der übrigen Gesetzgebung in Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der Nationalversammlung zu berufen.

Vereinigte Staaten von Deutschland.

* Nürnberg, 24. Dez. Für den Gembart'schen Antrag, die Grundrechte als Entwurf den deutschen Regierungen vorzulegen und sie um Annahme derselben anzugehn, stimmte unter Andern auch ein gewisser Hr. Kraft, Abg. der guten Stadt Nürnberg. Eigenthümliche Interpretation des Begriffs Volkssouveränetät, wie sie in keinem der seit dem März in Nürnberg erschienenen zahlreichen Programme sich finden will.

* München, 20. Dez. Die Organe der Ultramontanen jubeln auf die ehrloseste Weise über den Rücktritt Lerchenfeld's. Wenn die bayerische Pfaffenbrut, taub gegen die Forderungen der Zeit, frühere Tage zurückführen zu können glaubt, so wird sie sich täuschen. In diesem Fall, hoffen wir, wird in Bayern der Streit der demokratischen und konstitutionellen Vereine verschwinden, und namentlich die Franken werden durch einmüthige Demonstrationen unwiderstehlich darthun, daß sie jenes entwürdigende Pfaffenregiment jetzt nicht mehr dulden. — Lerchenfeld, der jede Pension ablehnte, ist von München nach Bamberg abgereist.

* Abel wurde, laut einem Bericht aus Cham in der deutsch. konst. Ztg., am 4. Dez. mittelst eines königl. Handschreibens nach München berufen. Merkt Ihr Etwas?

Frankfurt, 22. Dez. **Schmerling** ist gestern Abend nach Olmütz abgereist.

* **Frankfurt**, 22. Dez. Versammlung in der reformirten Kirche. Hr. **Simson** hält eine Rede als neugewählter Präsident, sodann Berathung über das Budget. Zahle, Michel, zahle! Eine Lumperei von 217000 fl. Die Hrn. Reichsminister begnügen sich jeder mit einer Kleinigkeit von 1000 fl. monatlich; die Collegialräthe im Handelsministerium beziehen, wegen ihrer enormen Geschäfte, monatlich je 1500 fl. Zahle! Der Reichsverweser, damit auch nicht das kleinste Blümchen im Ehrenkranz des neuen deutschen Reichs fehle, hat ein „Geheimes Cabinet", das monatlich 700 fl. kostet. Zahle! Die Frankfurter, bekanntlich die ärmste Stadt im deutschen Reich, die ohnehin von Parlament und Reichsgewalt nur Kosten und gar keinen Vortheil haben, betteln durch das Organ des Hrn. **Jucho** um Nachlaß der 25000 fl. Prozeßkosten für den unsinnigen Septemberkrawall, vor dem die Spießbürger in Frankfurt sich in ihren Häusern verkrochen. Der Michel soll die 25000 fl. übernehmen, denn Frankfurt sey eine arme überschuldete Stadt, jammert **Jucho**. Zahle, Michel, zahle! Es ist im Ganzen eine Bagatelle von 10,518,622 fl. 32 kr., die aber schon unter anderer Form dem Michel aufgerechnet sind, bis auf 217000 fl. Die müssen erst an die einzelnen Ländersetzen ausgeschlagen werden. Wird natürlich sofort bewilligt, der Michel erhält Erlaubniß zu zahlen. Die Linke verwahrt sich gegen jede Theilnahme am Beschluß. Die schlimme Linke! Sie will den Michel nicht zahlen lassen, und der Michel zahlt doch so gern!

Wien, 19 Dez. **Raab** soll ohne Schwertstreich genommen seyn. — Das dem Reichstag vorgelegte Gemeindegesetz ist ziemlich liberal. Eine allgemeine Bestimmung lautet: Die Grundfeste des freien Staates ist die freie Gemeinde. Unbedingte Oeffentlichkeit der Gemeindeausschußsitzungen ist darin festgesetzt. Um Gemeindeglied zu seyn, ist die österreichische oder, sofern der Landestheil zum deutschen Bund gehört, wenigstens die deutsche Staatsbürgerschaft nothwendig.

Berlin, 20. Dez. Am 18. Dez. ist Hr. Waldeck in der Senatssitzung des geheimen Obertribunals erschienen, ohne sich an den einstimmigen Protest seiner Kollegen zu kehren. Hr. Bornemann hat dagegen unterm 18. Dez. dem Chefpräsidenten geantwortet, daß er das Kollegium zu hoch und sich selbst nicht gering genug achte, um es auf einen persönlichen Konflikt ankommen zu lassen, daß er sich daher bis auf weitere Mittheilung der Theilnahme an den Arbeiten des geheimen Obertribunals enthalten werde. — Am 16. Dez. ist in die Plenarversammlung des Berliner Kammergerichts der erste Jude, der Auscultator Dr. Jonas, als Beamter eingeführt worden. Er hatte den Diensteid zuvor in der Synagoge abgeleistet.

DC **Berlin**, 21. Dez. Die deutsche Reform bringt einen Brief des Präsidenten und sämmtlicher Mitglieder des Rheinischen Revisions- und Cassationshofes an den frühern Abgeordneten Geh. Ober-Revisionsrath **Esser**, während dieser selbst bis heute Mittag weder von der Existenz noch von dem Inhalt dieses Schreibens eine direkte Kunde hat. Der Brief selbst bekundet nur jene bündische Gesinnung, welche sich in dem bekannten Briefe des Ober-Tribunalspräsidenten Mühler ausspricht. Wir knüpfen hieran die Mittheilung, daß heute Morgen eine Deputation des hiesigen zweiten größern Wahlbezirks **Waldeck** im Namen seiner Wähler ihre vollste Zustimmung zu erkennen gab. Auch wird die Ueberreichung eines Ehrenbechers an **Waldeck** zugleich mit der Darbringung einer Mißtrauensadresse an das Geheime Ober-Tribunal vorbereitet. — Die geheimen Wahl-Agitationen gehen hier von beiden Seiten ihren Gang und es läßt sich schon jetzt mit Bestimmtheit voraussagen, daß die beiden Candidaten, welche die meisten Stimmen hier vereinigen werden, **Waldeck** u. **Wrangel** heißen dürften. Dieses gesinnungslose gleichzeitige Hervorheben zweier Extreme charakterisirt eben das Berlinerthum, das, in bekannten Gegensätzen sich gefallend, mit einem Witz Alles abgemacht zu haben glaubt. Für **Wrangel** wird übrigens bei den untern Schichten der Bourgeoisie mit der unverschämtesten Corruption geworben. Sehr häufig kommt seit einiger Zeit der Fall vor, daß bei Handwerkern und kleinen Krämern Einkäufe und Bestellungen mit den Worten gemacht werden: Bedenken Sie nur, wem Sie den jetzigen bessern Geschäftsbetrieb zu verdanken haben, nur dem General Wrangel; erinnern Sie sich dessen im rechten Augenblick.

Breslau, 19. Dez. Dr. Borchard ging heut Morgen, begleitet von zwei Dienern der Gewalt, auf die Festung Neisse ab, von wo aus er seine Vertheidigung in zweiter Instanz führen wird. Der Verurtheilte wird schon in der nächsten Zeit den ganzen Prozeß der Oeffentlichkeit übergeben.

Magdeburg, 20. Dez. Heute hat der Magistrat verboten, den Rathaussaal zu dem Zwecke zu benutzen, daß der Abgeordnete der Stadt Magdeburg, der Präsident der aufgelösten Nationalversammlung, v. Unruh seinen Wählern Rechenschaft ablegen könne. Die Stadtverordneten hatten beschlossen, den Magistrat um den Saal zu diesem Gebrauche zu ersuchen, und in der Voraussetzung, daß solch ein Gesuch von den Beamten der Stadt nicht abgeschlagen werden könne, erschien die Anzeige von obiger Zusammenkunft in der heutigen Zeitung. Der Magistrat hat darauf die Bürgerwehr entboten, das Rathaus zu besetzen, eventuell zu schützen.

Republik Frankreich.

Straßburg, 21. Dez., 11 Uhr Vormittags. (**Telegraphische Botschaft.**) **Paris**, 21. Dez., 7½ Uhr Morgens. Der Minister des Innern an den Präfekten des Niederrheins. **Ludwig Napoleon Bonaparte**, zum Präsidenten der französischen Regierung mit absoluter Stimmenmehrheit erwählt, ist in der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung proklamirt worden. Seine feierliche Einsetzung ging inmitten der vollkommensten Ruhe vor sich.

Ungarn.

Aus Ungarn, Mitte Dezember. [**Sieg der Magyaren über die Serben.**] Am 9. d. Ms. fand in der Backa, bei und in den Schanzen von St. Thomas eine große, blutige Schlacht zwischen den Serben und Magyaren statt. Die Macht der Serben wurde fast gänzlich vernichtet; Tausende von Leichen bedeckten den Schlachtplatz. Die neu geschaffene Wojewodschaft Serbien unter dem in Olmütz am 5. d. M. zum Wojewoden creirten Suplicac und Sr. Heiligkeit (wie Fürst Windischgrätz ihn nennt) dem serbischen Patriarchen Rajacic ist dadurch wieder den Ungarn gesichert.

(A. O. Z.)

Gedruckt — unter Verantwortlichkeit der Verleger — bei J. L. Stich.

Expedition S. 39 im Gasthof zum König Otto II. Etage.

Der freie Staatsbürger.

Erscheint täglich. Preis in ganz Bayern vierteljährlich 1 Fl. 30 Kr. halbjährlich 3 Fl., jährlich 6 Fl.

Organ der Demokratie.

Inserate werden die zweispaltige Petitzeile zu 4 1/2 Kr. berechnet. Die Abonnenten haben für die Hälfte des Abonnementpreises Inserate frei.

Nr. 84. Nürnberg, Dienstag, den 26. Dezember 1848.

Vereinigte Staaten von Deutschland.

I. Nürnberg, 24. Dez. Wenn man unsere vielen leerstehenden Häuser und unsere werthlosen Häuser selbst betrachtet, die nicht zu dem vierten Theil des Preises, den sie zu bauen kosten, zu verkaufen sind, wenn man ferner außerhalb des Stadtgebietes in so vielen benachbarten Ortschaften Mangel an Wohnungen und die vorhandenen vermiethbaren gut bezahlt sieht, wenn man täglich Schuster, Kammmacher, Flaschner und so viele andere Gewerbsleute mit ihren Arbeiten den oft weiten und mühsamen Weg zur Stadt machen sieht, wenn man so häufig Nachricht erhält, daß der oder jener Artikel, den Nürnberg liefert, jetzt auswärts eben so gut gemacht wird, und zwar meist von Leuten, die in Nürnberg nicht zugelassen wurden: so fragt man sich: Wer hat diesen absonderlichen Zustand verschuldet? Wohl in erster Stelle unser Ansässigungsmachungsgesetz, in zweiter aber unser Magistrat und unsere Gemeindebevollmächtigten, denn auch das fehlerhafteste Gesetz kann gut ausgeführt werden u. das vollkommenste schlecht. In der besten Absicht, aber ganz im alten Monopolgeiste, sind so viele Gewerbsleute, deren Thätigkeit der Stadt Nutzen gebracht hätte, verhindert worden, sich hier ansässig zu machen, daß ein großer Theil der hiesigen Gewerbszweige bereits auswärts mit gleichem Erfolg betrieben wird, und dagegen hier die Gewerbsthätigkeit, der Werth der Wohnungen und der Verkehr im Vergleich mit anderen gewerbfreien Städten rückwärts geht! Hier ist Abhilfe dringend nöthig. In einer Stadt, welche für die ganze Welt arbeiten will und kann, paßt Beschränkung und Selbstsucht nicht. Nur durch freie Entwicklung kann sie blühen, und der Verständigste macht Fehlgriffe, wenn er die Entwicklung nach seinen vorgefaßten Ansichten leiten oder im eigenen Sonderinteresse aufhalten will.

† Erlangen, 23. Dez. Ein Bürger von Bayersdorf bestellte etwa am 10—12. Oktober bei dem dortigen Posthalter Gechter den freien Staatsbürger für Oktober bis Dezember. Herr Posthalter G. versprach dessen Besorgung, ließ aber nach einigen Tagen Hrn. Pfeiffer sagen, das letzte Quartal des freien Staatsbürgers könne man nicht mehr haben und nur von Neujahr an abonniren *).

Würzburg, 22. Dez. Dem allmächtigen Schicksal hat es gefallen, unsern konstitutionellen Verein nach seiner zweiten Erschöpfung unter Assistenz von nur — 40 Mitgliedern aus 600 sanft und mit allen Hilfsmitteln der stummen Resignation gestärkt, aufzulösen. Zweimal flackerte bei den Wahlagitationen eine hektische Röthe auf seinen Wangen, sie trug aber nur zu seiner schnelleren Erschöpfung bei, so daß er mehrere Wochen vor seinem Tode schon nicht mehr lebte. Wenn nicht manchmal Censur- und Inquisitions-Angelegenheiten ihn aus der Fried- und Schlaffertigkeit geweckt hätten, seine Vegetationskraft wäre nicht so schnell aufgerieben worden. Die Anatomen sind noch uneinig, ob er mehr an Herzverengerung, pekuniärer Herzbeutelverschrumpfung oder ungeheurer Rechtseitigkeit verschieden sey; jedenfalls lag das verkleinerte Herz ganz hoch oben auf der rechten Seite. Ueber seine Beerdigung sprach ein Mitglied schon vor seinem definitiven Auslöschen Zweifel aus, ob er nach der alten oder nach der neuen Leichenvereinsordnung die Bestattung verdiene. — Ruhe seiner Asche, und möge sein Geist nicht durch die versuchte Wiederheraufbeschwörung unter die wandelnden Gespenster versetzt werden! (N. fr. Ztg.)

München, 24. Dez. Schrenk ist bereits hier angekommen. Heintz und die übrigen Minister bleiben vorläufig.

* Frankfurt, 23. Dez. Aus der heutigen Sitzung ist nur auszuheben, daß die Versammlung mit 153 gegen 148 Stimmen beschloß, die Grundrechte in 100,000 Abdrücken an die Abgeordneten zu vertheilen, damit diese sie an die Wähler versenden. Die Berathung über den Reichstag wird sodann vollendet. Die Rechte verwahrt sich gegen jenen Beschluß wegen der Grundrechte, weil dadurch den Exekutivbehörden vorgegriffen würde. Am 28. ist wieder Sitzung; nach dieser die nächste am 3. Januar.

Frankfurt, 23. Dez. Die Karlsruher Ztg. zeichnet die Chancen des Gagern'schen Programms folgendermaßen: „Läßt die Reichsversammlung das Gagern'sche Programm gelten, so ziehen sich ganze Parteien in Masse von derselben zurück, und sie wird moralisch vernichtet; verurtheilt sie dasselbe, so ist Gagern zu Grunde gerichtet, das Ministerium gesprengt, und eine unabsehbare Reihe der gefahrvollsten Verwicklungen eröffnet."

Wien, 21. Dez. Raab ist nicht eingenommen, Jellasich soll davor stehen.

* Wien, 21. Dez. In Wien fangen die Verbote freisinniger deutscher Zeitungen wieder an. Herrliche Aussichten für die bündische Presse, für die Augsb. Allg. Ztg. und den Korrespondenten. Die stehen bei der Metternich'schen Polzei noch in gutem Andenken und werden über die Grenze schlüpfen. Nicht umsonst ist der Augsb. Allg. Ztg. soviel daran gelegen gewesen, daß die Freiheit in Wien in Blut ertränkt wurde, daß der österreich. Gesammtstaat, der nur durch Despotismus zusammengehalten werden kann, beisammen bleibe Vom Despotismus in Oesterreich und vom Blute leben diese Sklaven, die Freiheit läßt sie verhungern.

Wien, 21. Dez. Ein Brief von der karpatischen Grenze liegt mir vor. Ich theile Ihnen denselben im Auszuge mit. Das Armeekorps, welches unter dem Feldmarschallieutenant Schlick Eperies besetzt hatte, wurde überfallen und auseinandergesprengt. Der Jablonitzer Paß, der auch schon in den Händen des Militärs gewesen, wurde ebenfalls von den Aufständischen wieder erobert und derart den Truppen jeder Weg, sich zu retten, abgeschnitten. (D. const. Z.)

Berlin, 15. Dez. Als Gagern sich in Potsdam vom König beurlaubte, sagte dieser zu ihm: „Und nun, mein lieber Gagern, Geduld, Geduld, Geduld! Geduld überwindet Sauerkraut!" Gagern, etwas stutzend über die Leichtigkeit der Potsdamer Weltanschauung, erwiderte: „Nein, Ew. Majestät, es steht geschrieben: Und Fluch vor Allem der Geduld!" „Ja, meinte Friedrich Wilhelm, so sprach Faust, als er sich dem Teufel verschrieb, das aber wollen wir hübsch bleiben lassen." Der gottlose Voltaire sagte: Wer etwas Großes zu Stande bringen wolle, müsse sich dem Teufel übergeben; der fromme Preußenkönig aber gedenkt die deutsche Kaiserkrone auf dem Sauerkraute zu verspeisen. (Seebl.)

DC Berlin, 22. Dez. In Folge einer gestern Abend erhaltenen Aufforderung erschien heute Vormittag der intermistische Redakteur der Zeitungshalle Dr. A. Wolf vor dem Polizei-Präsidenten, welcher ihm folgende Mittheilung machte: Der Oberbefehlshaber der Marken beauftragt mich, Ihnen anzuzeigen, daß, falls die außerhalb Berlins erscheinende Zeitungshalle in Berlin oder dessen zweimeiligem Umkreise verbreitet würde, Sie sofort verhaftet werden sollen, wenn Sie sich hier oder im erwähnten Rayon betreffen lassen. Die Zeitungshalle wird übrigens trotz alle dem u. alle dem nächster Tage in Neustadt-Eberswalde erscheinen. Aus vorzüglichster Quelle geht uns die Mittheilung zu, die Krone

*) Wir bemerken unsern Lesern wiederholt, daß die Post jederzeit vierteljährige Abonnements anzunehmen verpflichtet ist, und bitten sie dringend, gegen nachläßige oder böswillige Postexpeditionen Beschwerde bei der Oberpostamtszeitungsexpedition dahier zu erheben, von der aus uns Abhilfe solcher Beschwerden auf's Bestimmteste zugesichert ist. Anmerk. der Redaktion.

werde, um bei der bevorstehenden Verfassungs-Revision jede Möglichkeit eines Conflikts zwischen den beiden Kammern zu vermeiden, die Initiative ergreifen und das Zusammentreten beider Kammern zu gemeinschaftlicher Berathung vorschlagen. Ueberhaupt soll, trotz aller Allerhöchsten bramarbasirenden und siegestrunkenen Rede an Deputationen, die Stimmung bei Hofe immer noch eine schwankende seyn. Die Freude des momentanen Wohlbehagens wird noch gar oft durch Rückschläge von Furcht getrübt und vergällt. Düstre Visionen von einem nahen Erwachen des jetzt schlummernden Löwen der Demokratie drängen sich oft zwischen die lachenden Bilder, welche das kohlensaure Gas von Epernay hervorruft. Man spricht sogar davon, — doch dieß wollen wir weniger verbürgen — daß vor Zusammentritt der Kammern ein Ministerwechsel in Aussicht steht, und daß ein solcher schon unmittelbar nach Oktroyirung der Verfassung eingetreten wäre, hätten sich irgendwie präsentable Nachfolger des jetzigen Cabinets finden lassen. — Eine Mittheilung unserer heutigen Morgenblätter betreffs der Observationsarmee, die am Rhein binnen Kurzem zusammengezogen werden soll, können wir dahin berichtigen und ergänzen, daß dieselbe nicht 120 – 150,000 Mann sondern nur 60,000 Mann stark seyn und den Rheinländern das Vergnügen bereiten wird, unsern jetzigen pommerschen Diktator persönlich kennen zu lernen. General Wrangel soll nämlich das Commando dieser Observationsarmee übernehmen und hier an General Colomb aus Posen seinen Nachfolger finden. Hiemit steht das seit einigen Tagen viel verbreitete Gerücht im Zusammenhang, es werde der Belagerungszustand der Residenz zu Neujahr aufhören. Dasselbe scheint uns jedoch der Bestätigung noch sehr zu bedürfen. — Ganz im Gegensatz zu einer Nachricht der heutigen Kreuz-Zeitung über den Enthusiasmus des pommerschen Landwehr-Garde-Bataillons bei der gestern im Schloß vom König abgehaltenen Parade, wird uns von zuverlässigen Augenzeugen berichtet, es habe das tiefste und bedeutsamste Stillschweigen geherrscht. Ueberhaupt sey die Stimmung dieses Bataillons keineswegs eine so durchaus „gute“ als man in höhern Kreisen sich eingebildet. Trotz der feierlichen Einholung durch den Prinzen von Preußen ist es schon nöthig geworden, einzelne Landwehrmänner wegen ihrer „unzuverlässigen“ Gesinnung nach Haus zu schicken. Ueber die Ursachen dieser demokratischen Epidemie befragte „gesinnungstüchtige“ Unteroffiziere sollen den Offizieren geantwortet haben, die häufigen Besuche von Berliner Landwehrmännern seyen Schuld an allem Uebel. Die Offiziere frugen, ob man denn die Herren Berliner nicht hinauswerfen könne, wenn sie wieder kämen. Die Unteroffiziere aber antworteten, das wäre doch etwas gar zu bedenklich.

Dresden, 20. Dez. In der gestrigen Hauptversammlung des Vaterlandsvereins bevorwortete und motivirte Advokat Blöde einen vom Ausschuße vorbereiteten Protest gegen die Einsetzung eines erblichen und unverantwortlichen deutschen Reichsoberhauptes mit dem Titel „Kaiser“ und insbesondere gegen die Erwählung des Königs von Preußen zu dieser Würde. Gleichzeitig wurde beschlossen, nicht nur die sächsischen Abgeordneten in Frankfurt aufzufordern, dieser Idee kräftigst entgegenzutreten, sondern auch das deutsche Volk zum Anschluß an diesen Protest dringend zu veranlassen. — Vorige Woche ist an das hiesige Appellationsgericht die Weisung ergangen, sich in Preß- und politischen Sachen von nun an jedes Entscheids zu enthalten, da in allerkürzester Zeit der Assisenhof konstituirt werden soll. (D. a. Z.)

Karlsruhe. Prinz Friedrich von Baden hat sich nach Olmütz begeben, um dem Kaiser von Oesterreich zur Thronrede zu gratuliren. Preußische, bayerische, sächsische, sogar sigmaringische Prinzen fahren von allen Seiten durchs Thor von Olmütz. Die Prinzen der größeren Staaten wegen der Kaiserwahl; die kleinen wollen mit Komplimenten die Mediatisierung beschwören. Die Diplomaten haben alle Hände voll zu thun wegen Oktroyirung der Verfassungen; auf dem Hradschin zu Prag werden die Gemächer für den Vetter aus Petersburg gerichtet; — kurz, ein Kongreß der absolutistischen Kontrerevolution wird abgehalten werden. Die reiche Monarchie wird sich zu Olmütz die noch von Blut rauchenden Hände reichen, um sie wieder fester zusammen zu kitten Blut sey ein guter Kitt, sagt man. (Seebl.)

Sigmaringen, 21. Dez. Es ist nun gewiß, daß wir nächstens eine Proklamation über die Abtretung der Regierung an die Krone Preußen erwarten dürfen. (Schw. Merk.)

Altona, 20. Dez. Gestern Abend wurde Bracklow, als er sich in die Versammlung des vaterländischen Vereins begeben wollte, dessen Vorstand er ist, verhaftet. Das Volk machte den Versuch, ihn zu befreien, aber Linie und Bürgermilitär verhinderten es.

Republik Frankreich.

Paris, 20. Dez. In der heutigen Sitzung ist also Bonaparte zum Präsidenten der Republik ernannt worden Louis Bonaparte trat ein im schwarzen Frack, weißen Handschuhen und einen großen Ordensstern auf der Brust; er setzte sich neben Odilon Barrot Hierauf wurde das Wahlergebniß verkündet. Die Anzahl der Wähler war 7,326,345: davon erhielt Louis Bonaparte 5,434,226, Cavaignac 1,448,107, Ledru-Rollin 370,119, Raspail 36,924, Lamartine 17,900, Changarnier 4286. General Cavaignac zeigte den Rücktritt sämmtlicher Minister an und legte seine Gewalt in die Hände der Nationalversammlung nieder. Der Präsident proklamirt Louis Napoleon Bonaparte als Präsidenten der Republik, und ruft ihn auf die Tribüne, um den Eid auf die Verfassung zu leisten. Der Präsident liest ihm den Eid vor und Napoleon antwortet: Ich schwöre. Der neugewählte Präsident liest hierauf eine kurze Rede ab, worin er erklärt, der eben abgelegte Eid sey die Richtschnur seines künftigen Benehmens, er werde nichts Illegales thun, und nichts Illegales dulden; — sein Hauptbestreben werde die Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen seyn. Er sprach sodann seine Anerkennung für das loyale Benehmen des General Cavaignac aus und bat die Versammlung um ihre Unterstützung. Unter dem Ruf: es lebe die Republik, schließt die Sitzung. Louis Bonaparte geht auf Cavaignac zu und drückt ihm die Hand; man jubelt. Rührende Scene!

Italien.

Rom, 15. Dez. Drei Mitglieder der vom Papst ernannten Kommission wollen eine Versöhnung zwischen ihm und dem Volke anbahnen. Man spricht stark von der Rückkehr des Papstes.

Gedruckt — unter Verantwortlichkeit der Verleger — bei J. L. Stich.
Expedition S. 39 im Gasthof zum König Otto II. Etage.

Der freie Staatsbürger.

Erscheint täglich. Preis in ganz Bayern vierteljährlich 1 Fl. 30 Kr. halbjährlich 3 Fl., jährlich 6 Fl.

Organ der Demokratie.

Inserate werden die zweispaltige Petitzeile zu 4 1/2 Kr. berechnet. Die Abonnenten haben für die Hälfte des Abonnementpreises Inserate frei.

Nr. 85. Nürnberg, Mittwoch, den 27. Dezember **1848.**

Der freie Staatsbürger, Organ der Demokratie, wird auch im nächsten Jahre forterscheinen. Unter Bezugnahme auf die ausführliche Ankündigung in Nr. 68, 70, 71 laden wir zu recht zahlreichem Abonnement ein. Der Preis des Blattes ist jährlich 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr., und kann daselbe im ganzen Umfang des Königreichs Bayern durch die Postämter um diesen Preis bezogen werden. Wir bemerken ausdrücklich, daß die Postämter von jetzt an jederzeit vierteljährige Abonnements anzunehmen verpflichtet sind. Für Nürnberg und die nächste Umgebung abonnirt man bei der Expedition Winklerstraße S. 39 König Otto II. Etage, und werden daselbst auch Monatsabonnements á 30 kr. angenommen. Die, welche sich jetzt abonniren, erhalten die bis zum Januar laufenden Nummern unentgeltlich.

Das Wahlergebniß in Nürnberg.

M Wir haben bisher die Ergießungen tief verwundeter konstitutioneller Herzen über das Resultat der lezten Landtagswahl, wie sie durch den Canal des Corresp. v. u. f. D. u. anderer gesinnungsverwandter Blätter zur öffentlichen Kenntniß kamen, nur flüchtig berührt. Wir wollten die Herrn ruhig sich ausweinen, beziehungsweise austoben lassen. Jetzt nachdem ein Ruhepunkt eingetreten zu seyn, nachdem man zu fühlen scheint, daß man in das Unvermeidliche sich fügen muß — (nur in Bamberg scheint man noch nicht resigniren, sondern die Wahlen sogar anfechten zu wollen, ohne Zweifel im Vertrauen auf eine gut Abel'sche Färbung der Landtagsmajorität) — möge uns ein kurzer Rückblick auf die Zeitungsartikel-Literatur gestattet seyn, die aus dem Ergebniß der Wahlen sich entwickelte. Vor allen Dingen halten wir uns verpflichtet, unseren Gegnern den verbindlichsten Dank dafür zu sagen, daß sie uns in einer so traurigen Zeit, in der man von nichts als Kaisern u. Kaiserwahlen hört und liest — höchst unangenehme Worte für demokratische Ohren — durch die Tragikomödie ihrer Katzbalgereien, durch die köstlichen Grobheiten, beziehungsweise Wahrheiten, die sie sich unter einander sagten, eine Erheiterung verschafften, welche für Manches zu trösten vermochte. Nichts erfreut so sehr des Menschen Herz, als das Schauspiel der innern Zwietracht seiner Gegner. Die Hrn. Constitutionellen haben das ja selbst schon hin und wieder empfunden, wenn die Demokraten einen Augenblick nicht einig unter einander waren. Sie werden also auch so billig seyn, uns dieses unchristliche Gefühl zu Gute zu halten. Wir wollen uns in die innern Angelegenheiten der konstitutionellen Partei in keiner Weise einmischen. Wir wollen uns nicht darüber aussprechen, ob der konstitutionelle Verein sein Prinzip aufgegeben oder nicht, als er das Programm der vereinigten Vereine unterzeichnet, ob die Schuld der konstitutionellen Niederlage dem konstitutionellen Verein zur Last fällt oder jenen politischen Nullen, für welche dieser Verein so gerne die zählende Eins gebildet hätte. Wir haben darüber zwar unsere eigene Ansicht, aber wir sagen sie nicht. Mögen sie das selbst unter einander ausmachen, mögen sie noch lange mit einander streiten über die demokratische und die konstitutionelle Monarchie, über Veto und Steuerverweigerung, mögen sie sich die wenigen Haare, die sie auf dem Kopf haben, sich gegenseitig ausraufen, was geht das Uns an? „Während man zu Rom berathschlagte verlor man Sagunt", sagen wir mit dem klassisch gebildeten Bamberger Correspondenten der N. M. Z. Wir begnügen uns einfach zu konstatiren, daß nach dem eigenen indirekten Eingeständniß der Constitutionellen der konstitutionelle Verein eine Vereinigung mit den demokratischen Vereinen nur in der Hoffnung einging, durch diese Verbindung gekräftigt zu werden und Candidaten durchzubringen, die sich nach

der Wahl um das Programm blutwenig bekümmert haben würden,
wie denn auch an dieser Vereinigung Leute Theil nahmen, welche
notorisch die Bestimmungen des Programms nicht anerkennen.
nen. Daß die konstitutionelle Partei, dieses Jesuitismus ungeachtet, in jedem ihrer Artikel der demokratischen Partei den
stereotypen Vorwurf macht, sie scheue kein Mittel, auch wenn
es noch so schlecht sey, um ihren Zweck zu erreichen, darüber
darf man sich nicht wundern. Das ist konstitutionelle Ehrlichkeit und Ehrenhaftigkeit. Wenn wir sie aber fragen, wo
hat die demokratische Partei ein anderes Mittel benützt,
als das der offenen, gesetzlichen Agitation? wo ist sie auch
nur um ein Haarbreit von ihren Grundsätzen abgewichen?
hat sie etwa auch, wie die konstitutionelle Partei, um sich
Stimmen zu gewinnen, Versprechungen gemacht, die sie nicht
gehalten? — dann müßte die konstitutionelle Partei beschämt
verstummen, wenn sie überhaupt der Scham fähig wäre. Wahrlich, die demokratische Partei kann, trotz der namenlosen, raffinirten Verfolgungen, denen sie seit 8 Monaten von Seiten der
konstitutionellen Partei ausgesetzt war, Verfolgungen und Gewaltthaten, welche es bei mehr als einer Gelegenheit klar bewiesen, daß einzig und allein für die monarchische Partei in
Deutschland jetzt ein Recht besteht, welches eben dadurch zur
Gewalt wird, mit Stolz sagen, daß sie, keck und entschieden,
aber offen und ehrlich und mit Verschmähung aller niedrigen
Mittel ihrem Ziele entgegengestrebt. Ihr seyd unterlegen, trotz
der vortheilhaften Stellung, die Ihr uns gegenüber gehabt.
Gebt uns erst einmal den Spielraum, den Ihr selbst habt;
laßt erst einmal das amerikanische Sprichwort zur Wahrheit
geworden seyn: Freies Feld und keine Gunst! — dann
wollen wir Euch zeigen, was wir leisten können! — Wir ergötzen uns höchlich an der Naivetät, mit welcher ein konstitutioneller Heuler im edlen Korrespondenten ausrief: „Verwundert sieht man sich jetzt in Nürnberg an und fragt: wie war
das möglich?" Wir können dem guten Mann das Räthsel
lösen. Das Ergebniß der Nürnberger Wahl war nicht bloß
möglich, es war nothwendig, weil die Lüge sich früher
oder später als Lüge herausstellen muß. Die konstitutionelle
Partei hat seit der Merzbewegung mit Lügen gewirthschaftet.
Wir wollen nicht davon reden, daß das ganze System, welches sie vertritt, eine große Lüge ist, wie sich dieß in Wien
und Berlin gerade im jetzigen Augenblicke recht schlagend
herausstellt, wir wollen nur daran erinnern, wie diese Partei,
um sich bei den Parlamentswahlen die Majorität zu gewinnen, die liberalsten Versprechungen in Wahlprogrammen und
öffentlichen Ansprachen machte, wie der ewige Refrain aller
ihrer Reden war, die konstitutionelle Monarchie gewähre alle
Freiheiten der Republik, wie sie unaufhörlich, ebenso wie der
Bundestagsgesandte Welcker, wiederholte, es sei ja gleichgültig, ob ein Fürst oder ein Präsident an der Spitze des Staats

stehe, da ja beide nur die Beschlüsse des Volkes zu vollziehen hätten, und wie sie dann später, in schmählichem Widerspruche mit ihren eignen frühern Worten, die schmpflichsten Abstimmungen ihrer Creaturen in Frankfurt unbedingt vertrat und auf einmal alle Freiheit unbedenklich preiszugeben bereit war, um nur die Monarchie zu retten. Wer noch irgend eine schwache Spur von Verstand und Denkfähigkeit besaß, dem mußte es klar werden, daß er belogen und betrogen war. Die Fortschritte der demokratischen Partei im Laufe des Sommers bewiesen sonnenklar, daß diese Einsicht immer allgemeiner wurde; sie hat endlich bei Gelegenheit der Landtagswahlen durch Thaten gesprochen — und nun wollen sich die Herren Constitutionellen verwundern und fragen: „Wie war das möglich?" Sie hätten bedenken sollen, daß die in dieser Verwunderung sich ausdrückende Nichtbeachtung oder Nichtverständniß der Zeichen der Zeit zum mindesten lächerlich ist.

(Schluß folgt.)

Vereinigte Staaten von Deutschland.

* Nürnberg, 25. Dez. Die Augsb. allg. Zeitung kann den Todten, den das deutsche Volk betrauert, dessen Mörder es verflucht, nimmer ruhen lassen. Immer zerrt sie seinen Schatten aus dem Grab hervor, und sucht den Liebling der Nation auf eine ebenso niedrige als schwachsinnige Weise herabzusetzen. So hat sie neuerdings die Entdeckung gemacht, Blum sey zwar nicht feige, aber auch nicht als Held gestorben. Denn — man höre! — ein Offizier, der ihn zum Tode geführt, habe ausgesagt, Blum habe unterwegs dreimal gefragt, ob denn das der Weg zur Brigittenau sey? woraus der Offizier geschlossen, daß er nicht an seine Hinrichtung geglaubt. Auf die bejahende Antwort sey seine Haltung „merklich ungewisser" geworden. Als der Wagen auf die Wiese einbog, habe Blum mit thränenden Augen einige halblaute Worte der Erinnerung an Frau und Kinder gesprochen. Blum habe nach Verlesung des Urtheils nicht zu reden verlangt und „der Offizier sprach subjektiv die Meinung aus, daß Blum in diesem Augenblick nicht hinlängliche Fassung zu einer Anrede gehabt." Aus all' dem subjektiven Gefasel schließt die A. a. Z., Blum sey nicht feige, aber auch nicht als Held gestorben. Derjenige, welcher im Angesicht des Todes sich an Weib und Kind erinnert, stirbt also nicht als Held? Was versteht denn die A. a. Z. unter dem „Heldenthum?" Hätte Blum mit blasirter Gleichgiltigkeit oder Leichtfertigkeit den Tod empfangen sollen? Dann wäre er vielleicht als Theaterheld, aber nicht als Held gestorben! Gerade der, sollten wir meinen, stirbt als Mann oder Held, welcher in den letzten Augenblicken den rein und ächt menschlichen Gefühlen ihr Recht nicht versagt, ohne sich von ihnen besiegen zu lassen. Aber wir vergessen, daß es eben Blum ist, welcher so starb, und daß die A. a. Z. einen Mann der Linken nicht als Mann und Helden sterben lassen darf. Er muß verkleinert werden, koste es was es wolle. Wäre er Einer der Ihrigen gewesen, dann wäre des Rühmens und Preisens kein Ende. Wir erinnern nur an den Tod List's, der zu den Auserkornen der A. a. Z. — wir wünschen, sie hätte keinen schlechtern — gehörte. Was war das ein Trauern, ein Feiern und Rühmen! Und als die durch seinen Tod neu angeregte Frage über seinen Antheil an der Schaffung der deutschen Zolleinheit von einigen Seiten faktische Berichtigungen hervorrief, wie warf sich da Herr Kolb pathetisch in die Brust und deklamirte gegen Herrn Emil Hofmann, der die Grabesruhe des großen Todten störe! Blum aber, der Mann des Volks, der Mann der Linken, er darf im Grabe geschmäht werden, wie er im Leben geschmäht wurde!

München, 22. Dez. Die Augsb. Abendz. läßt sich über die Nichtverkündigung der Reichsgesetze in Bayern also vernehmen: Die ministerielle „Neue Münchener Zeitung" hat angeblich aus sicherer Quelle berichtet, daß die Verkündung der Reichsgesetze bereits beschlossen sey und allernächst das Regierungsblatt diese Gesetze bringen werde; es sind aber seitdem über sechs Wochen verflossen, und keines dieser Gesetze ist publizirt. Dieser Umstand wird jetzt, wenigstens für das Volk, von der größten Bedeutung, die zweite Lesung der Grundrechte ist von der Nationalversammlung beendet und in den nächsten Tagen, gewissermaßen als Weihnachtsgeschenk für das deutsche Volk, wird das Reichsgesetzblatt die Grundrechte als Gesetz publiziren, das aber dann wahrscheinlich gleich seinen Vorfahrern von der bayerischen Regierung ebenfalls wird unbeachtet bleiben. War doch diese Regierung immer schnell beim Vollzug, wenn die Centralgewalt so und so viel tausend Mann Truppen verlangte, damit sie in den Nachbarstäätchen die wankenden Throne der kleinen Fürsten wieder befestigen, auch wenn es gegen den Wunsch der Bevölkerung war, warum vollzieht sie nicht auch die anderweitigen Beschlüsse der Centralgewalt? Ist dieß vielleicht ein Beweis von dem Anschluß und der Hingebung an die Centralgewalt, von der man uns so oft in halboffiziellen Blättern vordeklamirte?

(F) München, 23. Dez. Die Deputirten des Vaterlands-Vereines, des demokratischen, des Arbeitervereines und der freisinnigen Studentenverbindungen beschlossen, eine Zuschrift an die gesammte Linke abzuschicken, worin erklärt wird, daß der hiesige Märzverein nun konstituirt ist. Der Centralausschuß wird alle Thätigkeit aufwenden, um baldigst, wie es auch andrerseits geschieht, die tüchtigen verschiedenen Kräfte hiesiger Stadt organisirt zu haben. So kömmt doch endlich auch in unserem philiströsen München eine Centralisation der liberalen Partei zu Stande, was um so nothwendiger ist, da es ohnedieß von Tag zu Tag „Oben" schwärzer wird, während die Erbärmlichkeit der „untern" Elemente natürlich nicht abnimmt. — Rießle's Gefangennehmung hindert das wackre Blatt: „Es muß Tag werden", keineswegs an seinem Erscheinen, da ein anderer Arbeiter, Aug. Wassermann, die Redaktion übernommen.

Frankfurt, 22. Dez. Die N. d. Z. charakterisirt in einer ihrer „Frankfurter Mittheilungen" die sog. Nationalversammlung sehr treffend folgendermaßen: Die Anarchie ist besiegt, die Paulskirche ein Frage-Institut. Die souveränen Volksvertreter von 45 Millionen Deutschen „fragen" die in ihren innersten Grundvesten erschütterte Gesammtmonarchie von 35 Millionen nur mit Widerspruch zusammengehaltener Deutschen, Slaven, Magyaren und Italiener, ob die Deutschen in Oesterreich auch wirklich Deutsche bleiben dürfen? — Der wahrlich äußerst bescheidene Waffenstillstand von Malmoe ist bloß eine „Frage" an Dänemark, welche dieses hinsichtlich der Inseln Alsen und Aroe mit Nein! beantwortet. Die zu errichtende deutsche Gesammtverfassung wird unstreitig bloß eine unterthänigste „Frage" an die deutschen Kabinette und Kamarillen seyn, und wenn diese Frage mit dem alten Bundestage beantwortet seyn wird, dann liegen als ersterbende „Fragen" an den Stufen der deutschen Throne noch die „Grundrechte des deutschen Volkes nebst Einführungsgesetz", bis auch diese durch einen vornehmenden Fußtritt aus dem Wege geräumt seyn werden.

Wien, 19. Dez. Es ist sonderbar, daß in den bisher erschienenen Armee-Bulletins keiner Schlacht bei Ungarisch Altenburg erwähnt wird, da doch eine solche, freilich mit einer Niederlage der kaiserl. Truppen endigend, dort stattgefunden hat. Es sind bei diesem Treffen auf Seite der Oesterreicher 14 Offiziere, 3 Stabsoffiziere und über 700 Mann vom Feldwebel abwärts gefallen. Man ist jedoch hier noch aus der Zeit des italienischen Kriegs gewohnt, nur Siegesnachrichten von der kaiserlich österreichischen Armee zu hören. — Bauersleute, welche aus den bereits von den österreichischen Truppen besetzten Dörfern nach Wien kommen, erzählen, daß die kaiserlichen Soldaten ärger als die ärgsten Feinde bei ihnen hausen. Alles, was die privilegirten Räuber finden, nehmen sie mit, und was sie nicht mitnehmen können, wird zerschlagen oder vernichtet. Auf diese Weise wird der Krieg in Ungarn geführt, ein Feldzug, der in den Annalen der Kriege einzig in seiner Art ist und bleiben wird. (A. O. Z.)

* Wien, 22. Dez. Wieder einmal Pulver und Blei! Franz Steckhammer, Feldwebel im Grenadierbataillon Richter, in den Oktobertagen Lieutenant und später Hauptmann in der Mobilgarde unter Preßlern von Sternau, wurde kriegsrechtlich zum Strang verurtheilt und heute erschossen. — In der gestrigen Reichstagssitzung sprachen Borkowsky und Andere sehr energisch gegen jede Kreditsbewilligung. Jener zeichnete den hereinbrechenden Staatsbankerott. „Wir wollen nicht, sagte er, den Sündenbock der Metternich'schen Politik abgeben. Wie wird man wissen können, wo die neuen 80 Millionen anfangen in der Staatsschuld, die alten 1000 Millionen aufhören? Das Volk wird sich verbluten, und wir werden es verschuldet haben." Ungeachtet des bedeutungsvollen Zurufs des Berichterstatters der Finanzkommission: „Machen Sie sich mit ihrem Beschlusse nicht entbehrlich!" wurde sowohl der Antrag auf gar keine Kreditbewilligung, als der Antrag der Finanzkommission auf nur 80 Millionen verworfen, und die ganze Forderung mit 50 Millionen bewilligt.

Kremsier, 20. Dez. Smolka hat nach einem heftigen Kampfe

sein Präsidium verloren. Strobach, der Czeche, ist Präsident geworden. Zu Vizepräsidenten wurden Doblhoff und Hasselwander, ein Bauernsohn aus Deutschtyrol, gewählt. Wie es in Oesterreich und mit dem Ansehen des Reichstags steht, hat ein Abgeordneter der Linken sehr treffend in folgendem Worte ausgesprochen: „Wenn wir wegen der Erschießungen und Begnadigungen zu 12 Jahren Schanzarbeit in Eisen interpelliren, so läßt Windischgrätz justement noch ein Paar erschießen oder sothanermaßen begnadigen, um uns zu zeigen, was wir darein zu reden haben." Was bleibt unter diesen Umständen übrig, als — Schweigen. — Alle jungen Leute, welche bei der Legion waren, aber von der Kommission als unbedenklich entlassen wurden, werden unter die Armee gesteckt. — Das Ministerium vermag gar nichts gegen die Militärdiktatur. — An die Oktroyirung einer Verfassung glaubt man nicht; man würde sie vielleicht mit Dank annehmen. Dagegen ist man auf Auflösung der Versammlung und auf offenen Absolutismus vollkommen gefaßt. Natürlich hängt Alles von den militärischen Erfolgen ab.

Die neueste Wiener Post vom 22. Dez. bringt abermals keinen Bericht von der Operationsarmee in Ungarn. Man erwartete, daß es unverweilt bei Raab zu einer großen Schlacht komme. In Wien hatte das Verbot aller Carnevalsfreuden die peinlichste Stimmung verbreitet. Der Reichstag in Kremsier hatte die 80 Millionen dem Ministerium bewilligt, im übrigen die Anträge des Finanzausschusses angenommen. (A. A. Z.)

Die Anhalt'sche Volkszeitung, ein in Cöthen erscheinendes demokratisches Blatt schreibt aus Berlin 19. Dez. Der preußische Staat geht dem Generalbankerott entgegen. Es kann nicht anders, es muß so kommen. Die Soldaten, die seit 33 Friedensjahren 26 Millionen jährlich aus dem Beutel des Volkes verzehrt haben, kosten gegenwärtig, wo der Kriegszustand und der Säbel über das ganze Land herrscht, 2 Millionen Thaler wöchentlich. Die eingekleideten 50 Bataillone Landwehr allein kosten wöchentlich eine halbe Million. Alle Kassen sind erschöpft. Am 1. Dezember wurden im hiesigen Invalidenhause die Löhnungen in hannöverschem Gelde ausbezahlt. Es muß also schon der gute Freund in Hannover, der es schon vor 10 Jahren verstand, wie man beschworne Verfassungen aufhebt, aus der Noth helfen. Daß der Schwager in Petersburg, der uns zu Gefallen seine 250,000 Urwähler an der Grenze aufgestellt hat, auch noch andere Gefälligkeiten unserm Hofe erweist, ist wohl mit Sicherheit anzunehmen. Eine Zeit lang wird das noch hingehen. Dann wird es aber ein jähes Ende nehmen; neue Anleihen werden versucht werden und nicht gelingen. Der Bankerott der Finanzen wird kommen und mit ihm der Bankerott des Königthums in Preußen. Ob dann, wie der Prinz von Preußen meint, „das Haus Hohenzollern mit Ehren untergehen wird," das wird sich zeigen.

Berlin, 22. Dez. Die Erklärungen des geh. Obertribunals und der Oberlandesgerichte zu Ratibor, Münster und Bromberg gegen die HH. Waldeck, v. Kirchmann, Temme und Gierke haben der ministeriellen Partei in der öffentlichen Meinung einen weit empfindlichern Streich versetzt, als alle Adressen und Proteste ihrer Gegner im Stande gewesen waren. Die Indignation über die anmaßende Servilität spricht sich in allen Kreisen so bitter und unumwunden aus, daß das Ministerium sicher Grund haben wird, diese ihr von Freundeshand bereitete Verlegenheit zu beklagen.

DC Berlin, 23. Dez. Unter der Redaktion des bekannten Adolph Löffler, sowie eines gewissen Herrn Curtius, bisherigen Mitarbeiters der Spener'schen Zeitung wird vom 1. Januar an ein neues politisches Tageblatt unter dem Namen „Berliner Zeitung" erscheinen. Das heute Morgen ausgegebene Probeblatt trägt ein Programm an der Spitze, worin sich folgender, den Charakter der neuen Zeitung hinlänglich bezeichnende Satz findet: „Der leitende Gedanke für uns ist, daß das Vertrauen von unten, die Macht dagegen von oben kommen muß, daß also neben einer Volksvertretung auf thunlichst breiter Grundlage ein starkes Regiment das Ganze zusammenzuhalten hat. Unser Ideal ist: Volksvertretung und Regierung, beide innig und wahrhaft vereinigt durch die gemeinsame Liebe zum Vaterlande und die Sorge für das Wohl und die Ehre unseres preußischen Staates. Auf dieser Grundlage wollen wir dann ferner eine der Geschichte, wie der Kraft unseres Volkes entsprechende Stellung in Deutschland wie in dem europäischen Staatensystem überhaupt." Das Blatt bezeichnet sich also als ein ultra-konservativ-konstitutionelles, oder klarer gesagt, als ein Vertreter des Absolutismus, der sich den Scheinmantel der Konstitution umgehangen. Daß es außerdem auch das spezifische Stockpreußenthum vertritt, ist ebenfalls klar gesagt und war auch von dem bisherigen Herausgeber der Wochenschrift: „Das neue Preußen" nichts anderes zu erwarten.

In Potsdam soll man es bei einer Abdankung des Ministeriums Brandenburg wiederum mit den ältern Staatsmännern versuchen wollen, und denkt in vorliegendem Fall an Hrn v. Bodelschwingh. Diese Nachricht klingt so außerordentlich, daß man Mühe hat, sie zu glauben.

Aus Magdeburg vom 21. Dez. berichtet die dasige Zeitung: Seit Montag ist unser Unruh in unsern Mauern. Abends spät kam er mit dem potsdamer Bahnzuge und wurde am Bahnhofe von einer großen Menschenmenge empfangen. Gestern legte er im Saale der Stadt London seinen Wählern Rechenschaft, in einem fast zwei Stunden füllenden Vortrage, ab. Um 9 Uhr Abends sammelten sich Tausende auf dem Domplatz und zogen, von etwa 400 Fackelträgern geleitet, Musik voran, vor die Wohnung des Gefeierten. Den Kern des Zuges bildeten die Gewerke mit ihren Fahnen. Männergesang grüßte zu den Fenstern hinauf, v. Unruh sprach seinen Dank aus und sein Festhalten am ächten, ehrlichen Constitutionalismus; Männergesang und laute Hochs antworteten.

Vom Wiesenthal im Dez. Bei unserer Conscription fehlt ein großer Theil der Mannschaft. Diejenigen, welche in der Schweiz als Handwerker arbeiten, wollen nicht heimkommen, bis es eine Republik gebe. Viele, welche zu Hause sind, gehen fort nach der Schweiz oder Frankreich. Wer nicht fortgehen kann, ist entrüstet über diese neue und ungesetzliche Conscription. (Mannh. Abdz.)

Republik Frankreich.

Paris, 20. Dez. Die Rede Napoleons lautet wörtlich: Bürger, Vertreter! Das Stimmrecht der Nation beruft mich zur Präsidentschaft, legt mir aber auch Pflichten auf. Ich werde den Eid halten, den ich soeben geleistet, wie dieß einem Mann von Ehre geziemt. Ich werde als Feind des Vaterlandes Jedermann betrachten, der es versuchen wollte, die öffentliche Ruhe der Republik zu stören und das zu ändern, was Frankreich etablirt hat. Zwischen Ihnen, Bürger Vertreter und mir kann keine wahre Mißstimmung stattfinden. Ich will, wie Sie, die Republik begründen, die Gesellschaft aufrecht erhalten und sichern, und unsre Volkssitten auf demokratische Staatseinrichtungen basiren. Mit Ordnung und Frieden werden wir die irre geleiteten Bürger zurückführen, die Leidenschaften besänftigen und die unglücklichen Völkerschaften unterstützen können. Ich habe um mich honette, obgleich der Meinung nach verschiedene Männer berufen. Sie werden mit uns zur Vervollkommnung der Gesetze, zum Ruhme der Republik beitragen. Die neu eintretende Verwaltung schuldet der abtretenden Dank. Das Benehmen des General Cavaignac war der Loyalität seines Charakters würdig. Ich danke ihm öffentlich für die großen Dienste, die er Frankreich erwiesen. Eine große Aufgabe bleibt uns zu erfüllen übrig, nemlich eine weise und honette Republik zu befestigen. Von der Liebe zum Vaterlande beseelt, werden wir stets der Bahn des Fortschritts folgen, ohne Reaktionär noch Utopist zu seyn. Wir wollen wenigstens Gutes thun, wenn wir nichts Großes vermögen.

B Paris, 21. Dez. Napoleon hat es mit seinem Trödelkram, den abgetragenen Stiefeln und dem alten Hut seines Onkels doch bis zur Präsidentschaft gebracht. Schon gestern Abend ist er in aller Stille installirt worden, Marrast sein erbitterter Gegner, der Petit maître vom National, hatte den Schmerz, ihn selbst der Kammer vorzustellen. Kurz war die Rede, welche der Prinz ablas und nichtssagend deren Inhalt. Keine Antwort ist aber auch eine Antwort, und diese nichtssagende Rede, als Antwort auf die von manchen Seiten, namentlich vom Bauernstand und den Arbeitern auf dem Lande, von einem Theil des Proletariats in den kleinen Städten und den Juniverurtheilten gehegten Hoffnungen ist eine recht deutliche Antwort. Kein Wort von dem Elend und dem darbenden Volke, kein Wort von dem Recht auf Arbeit und von Amnestie enthielt diese Rede, selbst der Wahlspruch der Republik, der prunkend an öffentlichen Gebäuden der Wirklichkeit Hohn spricht, ist vermieden, Napoleon ignorirt die Freiheit, die Gleichheit, die Brüderlichkeit. Hr. Thiers erklärt diese Trias für eine Utopie, für ein Traumgebilde, er kann sich nur bis zur Mildthätigkeit hinaufschwingen, der kleine Bourgeoisminister! Und

da Hr. Thiers eigentlich Napoleon ist und Napoleon nur der Hampelmann, so muß auch der blödsinnige Neffe des großen Onkels eiligst das vergessen, was er so oft hinausposaunt hat, um endlich seine jetzige Stelle einnehmen zu können. Statt des Motto's der Republik nimmt Napoleon ein anderes an: „Ordnung und Sicherheit.“ Ordnung durch Bajonette und Sicherheit durch diese Ordnung für die Bourgeoisie! Diese Leute sind unverbesserlich, sie lernen nichts und vergessen nichts, sie arbeiten an ihrer eigenen Vernichtung. — Schon jetzt tragen die unklugen Versprechungen der Anhänger Napoleons ihre Früchte; die Landleute verlangen die versprochene Steuerermäßigung und Steuerfreiheit; auf der Mairie zu Toulouse liegen Eingaben von 33000 Bauern in diesem Sinne und in St. Etienne wird die Einzahlung der 45 Centimesteuer nicht bloß verweigert, sondern es wird die Rückzahlung der bereits entrichteten Summen verlangt. — Wie Napoleon diejenige Partei, welche, seinen Versprechungen glaubend, ihn gewählt hat, täuscht, so stößt er die vor den Kopf, welche durch seine Wahl gegen Cavaignac und sein System protestiren wollten; in seiner Rede ergoß er sich in Lobsprüchen über das Regiment des afrikanischen Säbels und reichte diesem vertraulich die Hand, als er von der Tribüne stieg; — diese Menschen sind sich im Grunde alle gleich, nur in der Form sind sie verschieden. Napoleons Wirthschaft wird viel dazu beitragen, die Präsidentschaft als aristokratisches Element zu erkennen und sie als solches von der demokratischen Republik zu streichen; die Demokratie braucht keine aristokratische Spitze.

B Paris, 22. Dez. Die Journale fangen schon an dem Präsidenten seine früheren Aussprüche ins Gedächtniß zurückzurufen, so bringt heute die Demokratie pacifique in gesperrter Schrift Stellen aus Napoleons Broschüre: „Ausrottung der Armuth.“ Sie heißen: „Heut zu Tage ist die Vertheilung dem Zufall und der rohen Gewalt überlassen. Hier unterdrückt der Arbeitgeber den Arbeiter und dort empört sich dieser gegen jenen“ — und „In der Zukunft wird die Armuth nicht mehr Ursache des Aufruhrs seyn, wenn der Reichthum nicht mehr unterdrücken kann.“ Dies Buch war nicht unter Censur des Hrn. Thiers geschrieben, sonst wären die beiden angeführten Sätze gestrichen worden, jetzt wird der Verfasser nicht mehr in die Lage kommen, solche Thorheiten zu schreiben. — Gestern Abend bemerkte man an der Börse ein bedeutendes Fallen der Course. Zwei Ursachen bewirkten dieses Sinken der Papiere; einmal die Ernennung Gioberti's zum Ministerpräsidenten von Sardinien und sein kriegerisches Programm, dann aber auch die in Aussicht stehende Amnestie. Ein Börsenmann hatte die sichere Nachricht, daß eine Generalamnestie erlassen werden würde. Die Kämpfer vom Juni kehren zurück, — das erfüllt die Geldmänner mit Entsetzen.

Anzeigen.

Politischer Verein in Erlangen.

Samstag, den 6. Januar 1849, Versammlung im Welsgarten bei Erlangen.

Einladung.

Mit dem 1. Januar 1849 beginnt ein neues halbjähriges Abonnement der „Mannheimer Abendzeitung“ und ihrer „Rheinischen Blätter.“

Die Richtung der „Mannheimer Abendzeitung“ bleibt dieselbe. Wie sie in den Tagen der Censur und Zeitungsverbote gegen den ††† Bundestag und die bundestäglichen Regierungen unerschütterlich für die Erringung freier politischer und sozialer Zustände in die Schranken trat, und im Kampfe gegen die Dränger und Aussauger des Volkes keine Gefahr und Opfer scheute, so sucht sie seit den Märztagen bei freierer Presse ungeachtet der neugestaltigen Verfolgungen mit erneuerter Kraft Freiheit, Wohlstand und Bildung des Volkes und der Einzelnen zu fördern und Alles entschieden zu bekämpfen, was der vollen Entwickelung der Volkssouveränetät und der Rechte des Menschen und Bürgers im Wege steht.

Zu diesem Zwecke und zur schnellen sorgfältigen Mittheilung der Tagesgeschichte haben wir neuerdings durch Bestellung eines weitern Redakteurs und mehrerer Korrespondenten die Bedeutung und Nützlichkeit der Zeitung erhöht und werden auch im neuen Jahre diese Kräfte vermehren, wobei uns freundliche Beziehungen zur demokratischen Opposition in der 2. badischen Kammer und in der Nationalversammlung zu Frankfurt, sowie zum demokratischen Central-Ausschuß in Berlin und dem diesseitigen Kreisausschuß unterstützen.

Das Erscheinen dieser Blätter, welches in Folge der Einkerkerung des Redakteurs und Verlegers im Mai d. J. unterbrochen war, ist künftig gegen jederlei Störung gesichert und ebenso für pünktliche und schnelle Lieferung gesorgt.

Der Preis der Zeitung sammt Beiblättern und Extrabeilagen ist für das Halbjahr für Mannheim 2 fl. 48 kr. und für ganz Baden mit dem Postaufschlag 3 fl., welch' letzterer sich auswärts verhältnißmäßig erhöht. In Bayern und Preußen ist der Preis durch Minderung des Postaufschlags und in letzterem auch durch Wegfall des Stempels ermäßigt.

Man abonnirt hier bei der Expedition Lit. E 6 No. 3, auswärts bei den nächstgelegenen verehrlichen Postanstalten; für Frankreich und die überseeischen Länder bei Hrn. Alexander in Straßburg, Brandgasse Nr. 29; in Paris rue Notre-Dame Nr. 21.

☞ Des richtigen Bezugs wegen bitten wir die Bestellungen möglichst bald zu machen.

Zu amtlichen und nichtamtlichen Anzeigen, deren wir täglich eine größere Anzahl veröffentlichen, empfiehlt sich die Zeitung ihrer ausgedehnten Verbreitung wegen besonders.

Einladung zum Abonnement auf die „Donauzeitung.“

Die „Donauzeitung“ wird auch im nächsten Jahre die Richtung einhalten und in derselben beharrlich fortschreiten, die sie bisher eingehalten hat, mögen die Ereignisse auch eine Wendung nehmen, die der Sache der Reaktion günstiger, als der der Freiheit zu seyn scheint. Gerade in diesem Falle wird sie, wie sie das bisher immer nach jeder scheinbaren Niederlage der Sache des Volkes und der Freiheit that, nur desto entschiedener dieser sich zuwenden und ihre Kräfte ihr widmen. Die volle Freiheit ist ihr Ziel, — sie, die im Geleite geistige Bildung, Lebensglück und Wohlseyn Aller, nicht bloß einzelner Personen oder Stände, führt. Daß diese volle Freiheit aber nur dann erreicht werden könne, wenn der Geist der Demokratie alle Verhältnisse, von oben bis unten, durchdringt und das deutsche Volk der That nicht blos dem Worte nach ein souveränes ist, — diesen Gedanken wird sie immer wieder, wenn auch in den verschiedensten Formen, zur Manifestation bringen. Aber sie wird den Kampf mit geistigen Waffen, nicht mit leeren Phrasen und hohlen Deklamationen kämpfen. — Der Preis des Blattes ist für Ulm und Umgegend monatlich 15 kr., vierteljährlich 45 kr., halbjährlich 1 fl. 30 kr., durch die Post bezogen vierteljährlich 54 kr. und halbjährlich 1 fl. 48 kr., nebst einem kleinen Post-Aufschlag.

Ulm im Dezember 1848.

Redaktion und Verlag der Donauzeitung.

In der Expedition dieses Blattes ist zu haben:

Gustav Diezel,

meine Ausweisung aus Nürnberg.

gr. 8. brosch. Preis 12 kr.

Für Fürth und die nächste Umgebung nimmt Hr. Fr. Heberlein, Schwabacherstraße, Abonnenten auf den freien Staatsbürger an und kann bei ihm monatlich, wie vierteljährlich abonnirt werden. Die, welche sogleich abonniren, erhalten die laufenden Nummern bis zum 1. Januar unentgeltlich.

Für Bamberg und die nächste Umgegend nimmt Herr Schneidermeister Schüttinger daselbst monatliche Abonnements jederzeit an.

Die Expedition.

Gedruckt — unter Verantwortlichkeit der Verleger — bei J. L. Stich.
Expedition S. 39 im Gasthof zum König Otto II. Etage.

Der freie Staatsbürger.

Erscheint täglich. Preis in ganz Bayern vierteljährlich 1 Fl. 30 Kr. halbjährlich 3 Fl., jährlich 6 Fl.

Organ der Demokratie.

Inserate werden die zweispaltige Petitzeile zu 4 1/2 Kr. berechnet. Die Abonnenten haben für die Hälfte des Abonnementpreises Inserate frei.

Nr. 86. Nürnberg, Donnerstag, den 28. Dezember **1848.**

Der freie Staatsbürger, Organ der Demokratie, wird auch im nächsten Jahre forterscheinen. Unter Bezugnahme auf die ausführliche Ankundigung in Nr. 68, 70, 71 laden wir zu recht zahlreichem Abonnement ein. Der Preis des Blattes ist jährlich 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr., und kann dasselbe im ganzen Umfang des Königreichs Bayern durch die Postämter um diesen Preis bezogen werden. Wir bemerken ausdrücklich, daß die Postämter von jetzt an jederzeit vierteljährige Abonnements anzunehmen verpflichtet sind. Für Nürnberg und die nächste Umgebung abonnirt man bei der Expedition Winklerstraße S. 39 König Otto II. Etage, und werden daselbst auch Monatsabonnements à 30 kr. angenommen. Die, welche sich jetzt abonniren, erhalten die bis zum Januar laufenden Nummern unentgeltlich.

Das Wahlergebniß in Nürnberg.

(Schluß.) Die Herrn Constitutionellen haben aber in ihren Zeitungsartikeln nicht bloß geheult, sie haben auch gedroht. Planmäßig, sagte Einer der Herrn im Korrespondenten, habe man gewisse Personen, welche seit lange aus der Zahl ihrer Mitbürger hervorgehoben seien, auf den Wahlmännerlisten der demokratischen Vereine beseitigt, so sei namentlich der größere Handelsstand fast gänzlich ausgeschlossen worden. Dieser werde sich nun vom politischen Leben zurückziehen, aber auch da, wo man etwa seiner Hilfe bedürfen könnte, diese Hilfe versagen, und die Hilfesuchenden einfach an die Vorstände des politischen und des Volksvereins weisen. Wir zweifeln, ob derjenige, welcher diese Drohung ausgesprochen, der Sache, die er vertrat, dadurch einen wesentlichen Dienst geleistet hat. Wir könnten vielleicht eher eine Schmähung des hiesigen Handelsstandes darin erblicken, wenn ihm hier unterstellt wird, er habe bisher nur deshalb für gemeinnützige Zwecke oder für Gewerbsinteressen sich thätig erwiesen, um dagegen eine politische Bevormundung über seine Mitbürger auszuüben, er werde mit dieser Thätigkeit zurückhalten, sobald in Folge der neuen Gesetze und des ausgedehnten Wahlrechts seine bevorzugte Stellung alterirt werde. Das heißt wahrlich wenig Patriotismus, wenig Gemeinsinn dem Handelsstande beimessen, und wir wollen vorläufig annehmen, daß der Verfasser jenes Artikels sehr als Einzelner jene Drohung ausspricht. Uebrigens müssen wir vor allen Dingen einige thatsächliche Berichtigungen hier einfügen. Es ist nicht wahr, daß man auf den demokratischen Wahlmännerlisten den größeren Handelsstand planmäßig beseitigt habe. Auch hat man die in früheren Zeiten „durch das Vertrauen ihrer Mitbürger Hervorgehobenen“ nicht deshalb auf den Listen weggelassen, weil sie diesem oder jenem Stande angehören, sondern einfach deshalb, weil sie sich der demokratischen Partei und der neuen Ordnung der Dinge feindlich oder zum mindesten nicht zugethan bewiesen haben. Sobald sie sich aufrichtig den neuen Ideen anschließen, sobald sie jenes Mißtrauen ablegen gegen das Volk, welches das Hauptmerkmal der Bourgeoisie bildet, und den damit nothwendig verbundenen Hochmuth dem Volke gegenüber, sobald sie offen und ohne Rückhalt sich zu dem Grundsatz bekennen: Alles durch das Volk! sobald sie das Volk als die alleinige Quelle alles Rechtes anerkennen, mit einem Wort: sobald sie Demokraten werden wird man sie ebenso „planmäßig“ auf die demokratischen Listen setzen, als man sie bei der letzten Wahl „planmäßig“ d. h. ganz einfach im Interesse der Partei davon ausschloß. Wollen sie das nicht, wollen sie die Drohung, welche in jenem Artikel ausgesprochen wurde, verwirklichen, so dürften sie zu spät einsehen, daß sie ein gefährliches Spiel spielen. Unsre Bewegung ist noch weit mehr eine sociale als eine politische. Hartnäckiges Entgegenstemmen gegen Forderungen, welche in der Zeit liegen, macht den Uebergang zur Verwirklichung dieser Forderungen gewaltsamer, die Zuckungen krampfhafter, aber es dreht das Rad der Geschichte nicht um, während ein verständiges Eingehen auf die Bedürfnisse des Volkes, ein muthiges Erfassen der neuen Prinzipien jenen Uebergang erleichtert, fast schmerzlos macht. Möge man sich nicht täuschen lassen durch die scheinbar günstigen Akten der Reaktion! Seit 8 Monaten schreitet sie fortwährend stufenweise vorwärts — und doch hat die Macht der Demokratie in diesen 8 Monaten unendlich zugenommen. Nirgends ist die Demokratie entmuthigt, die blutigsten Niederlagen haben sie nicht gebeugt, das mal: eine innere Gewißheit, was man in früheren Jahrhunderten den Glauben nannte, sagt ihnen, daß die Stunde ihres Sieges schlagen muß und schlagen wird. Sie wird bald schlagen. Genug des Hasses ist wahrlich durch das thöricht-verblendete Gebahren der Reaktion und namentlich ihrer Hauptstütze, der Bourgeoisie, schon angehäuft, eine böse Saat gesät worden; vergesse man doch nicht ganz, daß die Geschicke sich wenden, daß Bajonette auf die Dauer ein unhaltbares System nicht stützen, daß einmal diejenigen zur Macht gelangen könnten, welche jetzt unterdrückt, gehöhnt, und rechtlos sind und daß man dann auch von ihnen verlangen wird, daß sie gerecht und menschlich seyen. Bewähre man jetzt nur einen kleinen Theil jener Gerechtigkeit und Menschlichkeit, welche man von der andern Seite dann fordern wird! Und vor allen Dingen: stehe man ab von Drohungen! Gewiß, diese Drohungen liegen nicht im Interesse der Drohenden! — Einen Punkt noch wollen wir aus jenen Artikeln hervorheben: den Plan, unter der demokratischen Partei Spaltung hervorzurufen und einen Theil derselben zur konstitutionellen Partei herüberzuziehen. Dieser Plan wurde in der That ins Werk gesetzt, aber bis jetzt, wie wir erfahren, mit sehr geringem Erfolg. Einige wenige Mitglieder sind vom Volksverein ausgeschieden. Die konstitutionelle Partei handeln hier ganz im Interesse der demokratischen. Nichts ist für eine Partei heilsamer als Läuterung von unreinen Elementen, von ungleichartigen Bestandtheilen. Selbst eine numerische Schwächung ist in diesem Fall eine moralische Kräftigung. Es hat sich wahrlich bei dieser Wahlangelegenheit nicht darum gehandelt, daß Einer oder zwei demokratische Mitglieder mehr oder weniger in den bayerischen Landtag kommen, der unter allen Umständen der deutschen und europäischen Bewegung gegenüber eine ganz untergeordnete Rolle spielen wird, schon weil Bayern unzweifelhaft unter allen deutschen Ländern derjenige Staat ist, welcher am wenigsten politische Bildung besitzt. Es handelt sich darum, daß die Partei ihrer Kraft sich bewußt wird, daß sie zeigt und selbst erfährt, sie könne etwas durchsetzen. In dieser Rücksicht kann die demo-

kratische Partei mit dem Resultat der letzten Wahlen vollkommen zufrieden seyn. Sie hat gezeigt, daß sie etwas durchsetzen kann, sie hat aber auch erfahren, daß ihr noch manches fehlt — ein doppelter Gewinn! Die eine Erfahrung schafft Selbstbewußtseyn, die andere beugt der Thatlosigkeit vor, spornt zu neuen Anstrengungen an — Und was sie errungen hat, hat sie ehrlich errungen; das darf sie kühn jedem ins Gesicht sagen, sie darf kühn herausfordern, wer das Gegentheil behaupten könne. Die konstitutionelle Partei hätte ihre Niederlage nicht durch die Unwahrheit zu beschönigen suchen sollen, daß sie von der demokratischen Partei durch die plötzliche Trennung der eingegangenen Verbindung hintergangen worden sey. Wir haben schon früher erklärt: nicht die demokratische, sondern die konstitutionelle Partei hat, und zwar auf muthwillige Weise, die Trennung herbeigeführt. Hätte sich die demokratische Partei vielleicht ruhig gefallen lassen sollen, daß in aller Form gefaßte Beschlüsse wieder umgestoßen wurden, weil die konstitutionelle Partei dieß in ihrem Interesse fand? Sie hätte sich selbst verachten müssen, wenn sie es gethan. — Und wie die demokratische Partei bisher ehrlich kämpfte, so wird sie es auch in Zukunft thun!

Vereinigte Staaten von Deutschland.

* Nürnberg, 26 Dez. Es geht uns vom Landgericht Schwabach nachstehende amtliche Berichtigung zu, welche ohne allen Zweifel ihre Erwiederung finden wird. Amtliche Berichtigung. Die in Nr. 80 ihres Blattes enthaltenen Artikel von Schwabach werden in Beziehung auf die angezeigte Untersuchungs-Sache dahin berichtigt, daß der Kupferstecher Adam keineswegs freigesprochen, sondern zwar nach Beschluß des Landgerichts vom 22. September d. J. vorläufig aus der Haft entlassen wurde, aber nach Entschließung des gegen denselben wegen Verbrechens des Tumults auf Special-Untersuchung erkennenden k. Appellationsgerichts vom 15. erhalten 23. November d. J. wieder verhaftet werden mußte. Obgleich dies dem Soldaten Adam auf seine Anfrage eröffnet wurde, erklärte derselbe dennoch zu Protocoll, daß die Wiederverhaftung seines Bruders aus elender Rache des von ihm beleidigten Untersuchungsrichters geschehen sei. Nur diese Thatsache hatte seine Einberufung zu dem Regimente zur Folge. Ueber die weitern Schmähungen und Verleumdungen in beiden Artikeln wird der competente Richter entscheiden. Schwabach, den 24 Dez. 1848. Königliches Landgericht. v. Hartlieb.

München, 25. Dez. Der gestrige Tag und die Christnacht sind sehr ruhig vorübergegangen, und das nicht weil, sondern obgleich die umfassendsten Umsichtsmaßregeln getroffen waren, und Patrouillen auf Patrouillen schon gestern Nachmittags bis Nachts 3 Uhr in allen Straßen sichtbar waren; ferner waren alle Posten verstärkt, Landwehr aufgeboten und — 2 Kompagnien Studenten verurtheilt, die Christmette in der Wachtstube zu feiern. — Die Verhältnisse unserer Offiziere scheinen jetzt die Regierung ernstlichst zu beschäftigen, wenigstens erfahren wir soeben von wichtigen Maßregeln, wohl die pragmatischen Rechte der Offiziere betreffend? — Nein, die Bärte! In Folge einer mit dem Generalinspektor der Armee gepflogenen Conferenz hoher Offiziere, die „den Geist der neuen Zeit zu erfassen wissen", ist an sämmtliche Regimentskommando's die vertrauliche Weisung ergangen, die, namentlich seit der Promenade nach Baden, so enorm gewachsenen Bärte der Offiziere etwas zu regeln und nur Schnurr- und Knebelbart, den Backenbart aber nur einen Zoll lang unterhalb der Kopfhaare zu dulden! (D. f. Z.)

* München, 25. Dez. Schrenk soll das Ministerium abgelehnt haben. Man spricht von Edel und Regierungsrath Hohe in Regensburg. Das sind indessen Gerüchte. Hrn. Hohe haben wir das Vergnügen nicht zu kennen; seine Ministerkandidatur erscheint jedoch selbst der a. a. Z. als etwas ungeheuerliches. Den Prof. Edel dagegen kennen wir; nie haben wir Etwas unflätigeres gesehen, als die äußere Erscheinung dieses Mannes, nie etwas gemeineres gehört, als seine Redeweise. Der bayerische Staat würde durch ein Ministerium Edel einen neuen Beweis seiner hohen Culturstufe liefern. Von einer Rückberufung Lerchenfeld's geht zwar das Gerücht, allein ein gut unterrichteter Correspondent der a. a. Z. gibt uns zu verstehen, es sey daran nicht zu denken, weil eine allerhöchste Person eine spezielle Antipathie gegen ihn habe!

* Als Beleg dafür, daß der bayerische Hof sich dem Ultramontanismus gänzlich in die Arme geworfen, finden wir in öffentlichen Blättern erzählt, daß die Königin, die protestantische Preußin, das Hochamt besuchte, welches zum Dank für die glückliche Rettung des Papstes in der Kirche zu unserer lieben Frauen in München abgehalten wurde. — Eine Correspondenz in der D. A. Z. erzählt von dem präsumtiven Premierminister Schrenk, daß er wegen seines Cotillonvortänzens nebst zeitgemäßem Kirchgehn eine sehr schnelle und glänzende Carrière gemacht habe, bis er ebenso schnell wegen seines gänzlichen Mangels an Einsicht und Fähigkeit auf Null wieder herabsank. Derselbe Correspondent glaubt, mit ihm werde vielleicht der jesuitisch bekannte pensionirte Oberconsistorialpräsident Roth, der jetzt einer der obersten Rathgeber des Hofes in Nymphenburg sei, eintreten.

Wien, 19. Dez. Vor einigen Tagen soll wiederum ein grünes Plakat mit der Aufschrift: „Lebt wohl, ihr Brüder, im Merz sehen wir uns wieder. Ein Mediziner von der Legion." angeschlagen, sofort von Offizieren aber wieder abgerissen worden seyn. Neben dieser Neckerei zirkulirt als Calembourg: „Nach ymonatlicher Hoffnung hat uns die Freiheit endlich einen Buben gebracht." Selbst die Bourgeoisie kommt immer mehr zu der Ueberzeugung, daß der gegenwärtige Zustand schlimmer ist, als der unter Metternich-Sedlnitzky, und beginnt mit den Ungarn und Studenten zu sympathisiren (N. rh. Z.)

Wien, 22. Dez. „Der Belagerungszustand wird in Presburg ebenso schonend ausgeübt, wie in Wien", versichert die a. a. Z.; was will man mehr?

Wien, 23. Dez. Eine amtliche Bekanntmachung droht denen, welche, auf das Ausbleiben neuer Siegesbülletins gestützt, „Nachrichten ihrer Art" zum Besten geben, mit gerichtl. Verfolgung. „Daß man den Gang der Operationen nicht sogleich an die große Glocke hängen könne, sollte auch ein weniger militärisches Publikum, als sich in jüngster Zeit in Wien gebildet, von selbst begreifen", sagt die Kundmachung voll Hohn. Die Wien. Ztg. theilt einen Brief eines Flüchtlings aus dem National mit, worin die bekannten Gräuel von Hetzendorf geschildert sind. Wenn die Wiener Zeitung glaubt, dadurch den Glauben an diese Greuel erschüttern zu können, dann täuscht sie sich gewaltig.

Die A. O.-Z. enthält folgendes Verbrechen der österreichi. Regierung. Wie man in Oesterreich die konstitutionellen Garantien, deren unverbrüchliche Aufrechterhaltung die Manifeste des Herrschers und die Programme des Ministeriums stets feierlichst versichern, praktisch versteht und ausübt, davon möge zum leuchtenden Exempel folgende Darstellung von Thatsachen, deren genaue Wahrheit wir verbürgen, besonders allen Denjenigen dienen, welche in der Proklamation konstitutioneller Garantien schon eine Wahrheit und Wirklichkeit derselben erblicken. Das Sündenlamm, dessen trauriges Schicksal wir als ein Beispiel statt vieler erzählen wollen, ist der „von der strafenden Hand Gottes schon körperlich gezeichnete" (wie die Wiener Geißel sich ausdrückt) „berüchtigte" Redakteur der „Constitution" Herr Häfner. Von Haus aus eine ängstliche Seele, verließ derselbe Wien schon am 12. Oktober, also in einer Zeit, wo weder der Reichstag vom Kaiser aufgelöst, noch die drakonischen Proklamationen des Herrn Windischgrätz erschienen waren, — aus Furcht verließ er die Stadt, weil dem ängstlich gewordenen Publizisten die Wellen der Revolution zu hoch schlugen, und weil einige seiner Feinde böswillig ausgestreut, er habe gesagt, man müsse auch Fürst Schwarzenberg laternisiren. Er trug bis dahin, wie überhaupt nie Waffen, welches seine körperliche Mißbildung (Häfner ist höckerig) nicht wohl erlaubte, und gehört deshalb, da er nach dem 12. keinen Artikel mehr in seinem Blatte schrieb, ja auch sein Name nicht mehr auf demselben figurirte, in keine jener standrechtlich, kriegsrechtlich oder kriminell zu behandelnden Kategorien des Fürsten Windischgrätz, und kann nur nach dem bestehenden sanktionirten Preßgesetz, durch die Jury abgeurtheilt werden. Mit 62 fl. C.-M. (nicht wie die böse Fama ihm nachlügt 6000 fl.) in der Tasche, bestieg er in Nußdorf das Dampfschiff, welches voll von Flüchtlingen der Hauptstadt, den sogenannten „Schwarzgelben" war. Er bemerkte bald, mit welch boshaften, rachsüchtigen Augen er, der „gezeichnete", und dadurch leider allbekannte, betrachtet wurde, und fand es zweckmäßig, statt bis Linz mitzufahren, schon bei der Station

Martern auszusteigen. Aber auch dort wurde er alsbald erkannt, und dienstbare Geister sandten nach Krems, um Militär zu seiner Verhaftung zu requiriren. Zwei Kompagnien wurden ausgesandt, den gefährlichen Mann zu fahnden, mit der Ordre, „das Subjekt todt oder lebendig einzubringen.“ Häfner wurde verhaftet und mit ihm ein Reisegenosse, Namens Kittmann aus Hadersleben in Schleswig-Holstein, ein emigrirter Freischärler, und deshalb natürlich ein höchst verdächtiges Individuum. Beide wurden an Handen und Füßen geschlossen, in einen dichtverhängten Wagen, einen jungen Offizier, das Pistol in der Hand, zur Seite, gesetzt. Ihr Gesicht wurde mit einer schwarzen Maske (einem Domino), ihre Fesseln mit Mänteln verdeckt, damit Niemand sie erkennen oder die Fesseln sehen könne. So wurden sie über Znaim nach Brünn geführt, wo man sie in die bekannten Gefängnisse des Spielbergs sperrte. Aber auch dort hielt man bei der damals in Brünn herrschenden Stimmung die wichtigen Gefangenen nicht sicher genug, und führte sie nach Verlauf von zwei Tagen unter Militärbedeckung nach der Festung Josephstadt. Als die beiden Gefangenen fragten, weshalb man sie denn eigentlich verhafte, antwortete der Platzkommandant (oder dessen Stellvertreter) unter den Gesten der höchsten Empörung über die Impertinenz einer solchen Frage: „Sie haben geschrieben; Sie sollten gleich an die Wand gestellt und erschossen werden;“ und als der Leidensgefährte Häfner erwiederte: „Er aber habe nicht geschrieben,“ erhielt er zur Antwort: „Es sei hinreichend, in so gefährlicher Gesellschaft gefangen genommen zu seyn.“ In den Kasematten von Josephstadt sitzt nun der unglückliche Exredakteur, mit Hohn und Spott behandelt. Schwächlich von Statur, verfiel er bald in eine ernste Krankheit, und bat, eine halbe Stunde des Tages an der Luft spazieren gehen zu dürfen. Es wurde ihm mit den Worten verweigert: „Josephstadt habe keine Promenaden für solche Leute.“ Als er einen Geistlichen forderte, wurde auch dieses abgeschlagen mit der Deutung: „Josephstadt, die Festung, sei kein Kloster.“ Seit zwei Monaten weilt nun Häfner in seinem Kerker; kein Verhör wurde bis jetzt mit ihm vorgenommen, kein Wort ihm über die Ursache seiner Verhaftung mitgetheilt, keine Stimme in den öffentlichen Blättern erhob sich für ihn! Dr. A. Sch.

DC **Berlin**, 23. Dez. Von dem Abgeordneten **Jung** erscheint heute eine Brochüre, betitelt: „Drei Ansprachen an meine Wähler und Abschied von denselben.“ Die erste dieser drei Ansprachen hat ihrer Zeit in der hiesigen Bürgerwehr-Zeitung Aufnahme gefunden und ist aus dieser in mehrere andere Blätter übergegangen. Die beiden andern waren bisher noch nicht veröffentlicht und theilen wir deßhalb auch einige Auszüge mit. Der zweiten Ansprache entnehmen wir nur den Anfang und den Schluß. „Meine politischen Freunde und ich haben von Anfang an gegen das eigentlich konstitutionelle, das Vereinbarungssystem zweier oder gar von drei gleichberechtigten Gewalten im Staate gekämpft. — Wir behaupten: Es widerstrebe der Einfachheit, der Ehrlichkeit des deutschen Charakters, es habe sich selbst gerichtet in Frankreich, es sey viel zu verschleppend, entnervend, ja demoralisirend in einer Zeit, wo die großen Anforderungen socialer Reformen die ganze Energie der Nation erforderten. Wir wollen nur **eine** Gewalt im Staate: den Willen des Volkes in einer gesetzgebenden, kontrollirenden Versammlung, die Krone dagegen lediglich auf die Ausführung beschränkt. Man hat uns nicht gehört, man hielt sich so sicher im Konstitutionalismus, oder man heuchelte einen so Katonischen Rechtssinn, daß man die unermüdlichen Warner als böswillige, ehrgeizige Ruhestörer dem Lande darstellte. — Nun wohl, das System der Vereinbarung ist auch bei uns durch eine Revolution gerichtet worden, nur mit dem Unterschiede, daß diese nicht, wie in Frankreich vom Volke, sondern von der Krone ausging. Dennoch will es vielen bedünken, daß der Ausgang der nämliche seyn dürfte. — „Doch ich wundre mich nicht über die Regierung, über die Grundbesitzer und Geldmenschen der Frankfurter Majorität, sie verfolgen wenigstens einen wohlberechneten Egoismus, sie wollen die Freiheit für sich, nicht aber für's Volk haben. Ich wundre mich am meisten über das Volk selbst, welches nach einem solchen Anlauf, wie es im März genommen, jetzt ruhig jede Gewalt über sich ergehen läßt.“ — „Die Krone verfolgt ihren kontrerevolutionären Weg mit allen Mitteln der Gewalt und List; Sie bildet gegen das Versprechen des Königs im März und gegen allen konstitutionellen Brauch ein Ministerium, gegen welches die Nationalversammlung einstimmig protestirte, sie vertagt, sie verlegt dieselbe, Wrangel rückt den Märzverheißungen zuwider in Berlin ein, Belagerungszustand ohne Aufruhr, Auflösung der pflichtgetreuen **Bürgerwehr**, Auseinandertreibung der Nationalversammlung, **Verletzung der** Habeascorpus-Akte. Jede Versammlung von **Abgeordneten** wird mit Waffengewalt gesprengt, man entzieht ihnen die **Diäten**, ja sogar das Geld zur Heimreise, damit sie rath- und hülf**los am** Ende gezwungen werden, sich der Gewalt zu fügen. — **Und was** thut das Volk? Es schläft. Was thun insbesondere die **wohlhabenden** Bürger? Sie erlassen Adressen an Jellašich, an **Windischgrätz**, an Brandenburg, sie kochen, sie sammeln für die **Soldaten**, sie bitten allerunterthänigst um eine oktroyirte Verfassung, **sie lassen** die für das Recht der Nation kämpfenden Abgeordneten **ohne** Hülfe umherirren, sie dulden es, daß Unbemittelte ihre **Uhren**, ihre Habseligkeiten versetzen müssen, andere ihr Vermögen **einschießen**, um ihre Pflicht, ihre Selbstständigkeit der Gewalt **gegenüber zu** behaupten. Ja nicht genug hiermit, erheben sie Anklage **gegen** uns wegen der Steuerverweigerung, welche die Anarchie **in's** Land schleudre. — Die Märzrevolution gab den Bürgern **die** Waffen in die Hand, und uns die Steuerverweigerung, um **die verfassungsmäßige** Freiheit zu schützen. Die Bürger **gebrauchten, als der** Fall eintrat, ihre Flinten nicht, sondern gaben sie ab, **wir** sind treue Wächter gewesen, wir haben unsre Waffen **gebraucht**. Wenn Wunden und Schaden daraus entstehen, so ist **nicht** unser die Schuld, sondern des Angreifers. — Die Holländer, **als der** Spanier in's Land drang, durchstachen ihre Dämme, sie **thaten** dem Land ungeheuren Schaden für den Augenblick, sie **wurden** aber ein großes, freies Volk für die Zukunft. Unsere **deutschen** Bürger hingegen jammern über Anarchie, und verlassen ihre **Vertreter**, um sie reumüthig unter die strafende Hand der Gewalt**regierung** zu beugen. — Wahrlich, bald könnte man mit den Satz **unterschreiben**: „Wenn Gott ein Volk strafen will, so schenke er **ihm die** deutsche Freiheit!“ Die dritte Ansprache werden wir morgen **mittheilen**. — Das Programm des neuen demokratischen **Wochenblatts**: „Der blaue Montag“, lautet: „Die Demokratie hat sich **blamirt** — die Anarchie ist ruinirt — die Bourgeoisie **triumphirt**. Die Organe einer frechen, wühlerischen Partei, welche **seit dem** 18. März Haß und Zwietracht zwischen Regierung und **Volk säeten**, sind suspendirt. Franzosen, Polen und Juden sind **ausgewiesen**, — die schwarzen und weißen Calabreser mit rothen **Hahnenfedern** aus den Straßen Berlin's verschwunden! Keine **Aufzüge** — keine Verhöhnung des Gesetzes — keine Esel **mehr**! **Die** Ordnung ist zurückgekehrt. — Handel und Gewerbe **blühen und** der ruhige Bürger freut sich der Segnungen **des Friedens**! In diesem Augenblicke kann man es wieder wagen, **vor eine** Bevölkerung zu treten, die seit Wochen durch eine in **der Geschichte** unerhörte Haltung bewiesen hat, daß sie würdig **des Strebens** der Edelsten und Besten der deutschen Nation! **So gehe denn** hin, blauer Montag! werde ein Dienstag der guten **Sache**, eine Mitwöchnerin der Wehen der Zeit, ein Donnerstag **dem Schlechten**, ein Freitag dem Unterdrückten, ein Sabbath und **Sonntag** für uns, nach so vielen schmachvollen Wochen! Mit **diesem** unserem Programm hoffen wir nicht das Schicksal der **Redaktion** des „Wiener Radikalen“ theilen zu müssen. Sollten wir **aber dennoch** einst in der Hasenhaide „durch Pulver und Blei“ **von dieser** Welt geschieden werden, — dann: — um nicht wie **Becher** und Jellinek nur leicht verwundet, mit Kolben und **Bajonetten** langsam gemartert zu werden, — dann: „„„**Trefft gut!!!**“““ Wir haben Euch ja dann **sicher** auch gut **getroffen**!“

Der Abg. **Obertribunalrath** Waldeck hat den berüchtigten Brief des **Oberpräsidenten** Mühler in einem so ruhig und würdig gehaltenen **Schreiben** beantwortet, daß man sich nicht wundern kann, wenn **dasselbe tief** in das Volk eindringt und einen Eindruck hervorbringt, **der für** das Obertribunalskollegium vernichtend ist. — Auch **Gierke** hat auf eine höchst würdige Weise geantwortet.

Köln, 23. Dez. So eben (Nachmittags) sind **Gottschalk, Anneke** und **Esser** von der Jury, wie vorauszusehen war, **freigesprochen** worden. N. rh. Z.

Mannheim, 22. Dez. Der Kreisausschuß der bad. Volksvereine zu Mannheim an die Volksvereine in Baden. Mitbürger! Die Lage des Vaterlandes fordert die Bürger auf, auf das energischste zu einer Aenderung der Zustände beizutragen. Die Reaktion greift mehr und mehr um sich, und wird bald versuchen, mit den Waffen den Rest der Freiheit zu vernichten, die Rechte des Volkes zu Boden zu treten. Die nächsten Tage schon können den Kampf des Volkes mit reaktionären Fürsten zur Entscheidung führen. **Bereits** hat das Reichsministerium die Theilung Deutschlands als **Grundsatz** der Fürstenpolitik proklamirt und die Nationalver-

sammlung aufgefordert, diesem hochverrätherischen Beginnen ihre Zustimmung zu ertheilen. Bei dieser Lage der Dinge fordern wir Euch auf: 1) Entschiedene Schritte zur Geltendmachung des Rechtes der Bürgerbewaffnung zu thun; d. i. die Einführung der Bürgerwehr nach dem Gesetze zu verlangen. 2) Das willige Organ der reaktionären Politik unserer Regierung — die Kammern — entschieden zu ihrer Auflösung aufzufordern und auf Berufung einer konstituirenden — verfassunggebenden Versammlung zu dringen. Unsere Vereinsorganisation wird Euch geeignete Mittel zur wirksamen Agitation in dieser Beziehung geben. Ein offenes Sendschreiben an die Nationalversammlung bezüglich des ministeriellen Programmes vom 18. l. M. werden wir Euch dieser Tage zusenden. Für den Kreisausschuß: Der Präsident: Florian Mördes.

Bingen, 23. Dez. Die Demokratie hat in unserm Rheinhessen wiederum einen glänzenden Sieg zu feiern: Jakob Friedrich Schütz, Präsident des demokratischen Vereins in Mainz, wurde heute hier an die Stelle des verstorbenen Brunck zum Abgeordneten in die Nationalversammlung zu Frankfurt mit 131 gegen 100 Stimmen gewählt. *) (Mainzer Z.)

Altona. Der gefangene Demokrat Brackow mußte gegen Caution von 500 Thaler wieder auf freien Fuß gesetzt werden.

Ungarn.

Die neuesten aus Ungarn uns zukommenden Berichte (vom 18. und 19.) bestätigen die Gefangennahme und Vernichtung der Hurban'schen Freischaar, sammt den sie begleitenden königl. kaiserl. Truppen. Hurban selbst ist gefangen; ob Stur entkommen, oder gefallen weiß man nicht. Das siegreiche Vordringen des Armeekorps aus Mähren durch die Defiléen von Jablonka, wovon die Wiener Zeitungen melden und so viel Aufsehen machen, das Einrücken der k. k. Truppen in Sillein, stellt sich jetzt gerade umgekehrt als eine Niederlage dar. Hurban war allerdings am 13. durch die Pässe von Jablonka, welche sehr leicht zu vertheidigen sind, vorgedrungen und in Sillein eingerückt; von dort aus sandte er seine Siegesnachrichten über Teschen nach Ollmütz, Wien und Prag, und ahnete nicht, daß die Ungarn, welche genau von der geringen Zahl seines Corps unterrichtet waren, ihn nur hatten vordringen lassen, um ihn desto sicherer in der Falle zu haben, und ihn sammt den Seinigen zu vernichten, was am 15. geschah. Am 16. wurden die Pässe von Jablonka bei ihren Ausgängen gegen Ungarn bei Czacza ziemlich stark besetzt; übrigens in der ganzen Länge derselben die durchführende Straße von Distanz zu Distanz aufgebrochen, und mit Wällen und Gräben durchschnitten. Die am Wege stehenden Bäume wurden gefällt, und quer über die Straße geworfen; einige Brücken vernichtet und die Seitenpfade, welche ohnehin schwer passirbar sind, durch Verhaue aller Art ganz ungänglich gemacht. Der am 17. und 18. massenhaft gefallene Schnee hat das Werk vollendet, und der Weg über Jablonka ist jetzt so unpraktikabel, daß selbst Schmuggler, die doch jeden Weg und Steg kennen, nicht mehr passiren können, und seit dem 18. jede Verbindung mit Ungarn durch die genannten Defiléen leider unmöglich geworden ist. In der Gegend von Teschen ist die Furcht vor dem Vordringen der Ungarn sehr groß; die Bauern vergraben, was sie nur Werthvolles haben, und zahlreiche Flüchtlinge begeben sich, selbst aus der unmittelbaren Umgegend von Teschen, nach Mähren. (A. O. Z.)

Von der ungarischen Grenze, 19. Dez. Nachdem die Kolonnen des Fürsten Windischgrätz vor Preßburg angekommen waren, entstand in der Stadt zwischen der schon früher entwaffneten Bürgerschaft und der Besatzung, welche, 10.000 Mann stark, sich zur Vertheidigung anschickte, ein Zwist, indem die Einwohner von einem Widerstande nichts wissen wollten. Da die Insurgenten befürchten mochten, im Augenblicke des Kampfes nicht nur einen mächtigen Gegner vor sich, sondern auch einen erbitterten Feind im Rücken u. an der Seite zu haben, zogen sie es vor, den Platz freiwillig zu räumen, worauf am 18. Dez. um 3 Uhr Nachmittags die k. k. Truppen ohne Schwertstreich in die alte Krönungsstadt Ungarns einzogen. Inzwischen hatte der Banus als Kommandeur des ersten Armeekorps auch nicht gefeiert, und während das zweite Korps in Preßburg einzog, hatte er den flüchtigen Feind endlich bei Wieselburg eingeholt, wo sich sofort ein äußerst hitziges Gefecht entspann. Ban Jellachich stellte sich zwei Mal an die Spitze seiner Kroaten gegen die wüthenden Magyaren, die endlich weichen mußten. Nicht nur der Ban Jellachich selbst, auch General Zeisberg schwebten in der Gefahr, gefangen genommen zu werden, und haben nur die Kuirassiere den Letztern noch zu gelegener Zeit aus den Händen der Husaren befreit. Zwei k. k. Generale, vier Stabs- und 57 Oberoffiziere sollen sich unter den Todten und Verwundeten befinden. Die Stadt Wieselburg ist bei der Affaire sehr schlimm weggekommen, indem ein Theil derselben in Asche liegt und fast jedes Haus geplündert wurde. Zum Glück hatten die Einwohner ihre Habe meistens in Sicherheit gebracht. (D. a. Z.)

Wien, 21. Dez. Preßburg und das gleichnamige Komitat sind in Belagerungszustand erklärt. Es finden Massenverhaftungen statt, Vermögenskonfiskationen, ohne Zweifel werden die Exekutionen mit „Pulver und Blei" folgen.

Krakau, 16. Dez. Ein gestern geradewegs aus Pest angekommener junger Mann bringt folgende sichere Daten vom Kriegsschauplatze. Die Ungarn zählen 100,000 Mann reguläres Militär, Gergei hat das Oberkommando über die ganze ungarische Armee, und steht gegenwärtig mit 40,000 Mann bei Preßburg; General Perczel mit 20,000 Mann an der steyerischen Grenze; General Bem kommandirt mit 20,000 Mann gegen Siebenbürgen, darunter befinden sich 200 Mann von den mit Roth Gefangenen. Dem Feldmarschall Schlik gegenüber steht Obrist Pulßky mit 20,000 Mann, theils regulärem Militär, theils Landsturm. Die polnische Legion zählt 850 Mann und steht unter dem Kommando Wysocki's, eines Krakauers. — Die Ungarn zweifeln nicht an ihrem Siege. Die Pesther Gewehrfabrik liefert täglich 200 Gewehre, Kirchenglocken werden zu Kanonen umgegossen, Waffen haben sie in Unzahl, und Leute mehr, als sie bewaffnen können; nur an tüchtigen Kompagniekommandanten gebricht es ihnen. — An den Verschanzungen Pesth's muß wöchentlich drei Tage die ganze Bevölkerung ohne Unterschied arbeiten.

*) Schütz war in Folge des Frankfurter Septemberkrawalls eine Zeit lang flüchtig und ist erst seit kurzer Zeit nach Mainz zurückgekehrt. Er steht, so viel uns bekannt, noch in Untersuchung. Anm. d. Red.

Berichtigung.

In unserer gestrigen Nummer pag. 316, zweite Spalte, Zeile 2, von unten ist statt 30 zu lesen 80, dagegen Zeile 3, von unten statt 80 zu lesen 50.

Gedruckt — unter Verantwortlichkeit der Verleger — bei J. L. Stich.
Expedition S. 39 im Gasthof zum König Otto II. Etage.

Der freie Staatsbürger.

Erscheint täglich. Preis in ganz Bayern vierteljährlich 1 Fl. 30 Kr. halbjährlich 3 Fl., jährlich 6 Fl.

Organ der Demokratie.

Inserate werden die zweispaltige Petitzeile zu 4 1/2 Kr. berechnet. Die Abonnenten haben für die Hälfte des Abonnementpreises Inserate frei.

Nr. 87. Nürnberg, Freitag, den 29. Dezember **1848.**

Die Oktroyirung der preußischen Verfassung.

II.

Diejenigen, welche die in der Oktroyirung der preußischen Verfassung liegende Rechts-Verletzung entschuldigen, weisen stets darauf hin, daß das preußische Volk dadurch auf dem schnellsten Wege erreicht habe, was ihm im Wege der Vereinbarung zu Theil werden sollte, — eine freisinnige, eine auf demokratischer Grundlage ruhende konstitutionelle Verfassung.

Wir haben schon in dem ersten Artikel bemerkt, daß die oktroyirte Verfassung keine wahrhaft konstitutionelle ist.

Eine solche Verfassung besteht vor Allem darin, daß Niemand über dem Gesetze, das Gesetz vielmehr über Allen steht, daß die Freiheiten des Volks, die Freiheit der Presse, der Versammlung und Vereinigung, die Sicherheit der Person gegen willkürliche Verhaftungen, der Schutz des Hausrechts nur durch ein Gesetz zeitweise aufgehoben werden können, daß die Regierung Niemand seinem ordentlichen Richter entziehen, daß sie keine außerordentliche Kommissionen einsetzen kann, daß keine Strafen angedroht und verhängt werden können, anders als durch das Gesetz. Nach Artikel 110. der oktroyirten Verfassung kann die Regierung bis auf Weiteres, bis darüber ein besonderes Gesetz verabschiedet worden ist, d. h. also **so lange sie will**, im Falle eines Krieges oder Aufruhrs, alle Freiheit suspendiren, den Gang der ordentlichen Gerichte hemmen, den Schutz der Gesetze zeitweise aufheben. Welche fürchterliche Gewalt dadurch in die Hände der Regierung gegeben ist, zeigen die neuesten Ereignisse. Wer will behaupten, daß in Berlin dermalen zur Erhaltung der Ruhe und Ordnung noch ein Belagerungszustand nothwendig sei? Dennoch läßt man denselben — wohl noch längere Zeit — fortdauern, um in gesetzlicher Form fernerhin die Freiheiten des Volkes suspendiren, um insbesondere jede unangenehme Kritik des verfassungswidrigen Verfahrens der Regierung und des Inhalts der oktroyirten Verfassung, jede mißliebige Einwirkung auf die bevorstehenden Wahlen, durch Vereine, Versammlungen und Presse verhindern zu können. Wo irgend die Regierung die Vereine und die Presse ihr nicht zuträglich findet, wo der politische Geist der Einwohner ihr nicht behagt, hat sie es in der Hand, auf den Grund eines zufällig entstandenen, oder vielleicht durch ihr befreundete Personen hervorgerufenen (Graf Breßler) Gassen-Krawalls den Belagerungszustand auf Monate herbeizuführen, und so auf gesetzlichem Wege die Freiheiten des Volkes zu suspendiren. So stehen die Grundrechte des preußischen Volkes auf dem Papiere; in der Wirklichkeit wird man stets Mittel finden, solche in so lange zu suspendiren, als man es gut findet, also namentlich über die Zeit einer Wahlagitation.

Allerdings sind die Minister für solche außerordentliche Maßregeln verantwortlich; allein diese Verantwortlichkeit steht gleichfalls auf dem Papier, so lange ein Gesetz hierüber nicht verabschiedet ist; also, da ohne Zustimmung der Regierung ein Gesetz nicht Zustande kommen kann, **so lange die Regierung will.**

Es werden ferner, sagt man — in Zukunft solche Männer Minister werden, welche das Vertrauen der Mehrheit der Volksvertretung haben; allein die reele und praktische Gewähr hiefür gibt die Verfassung nicht, indem sie den Kammern ein wirkliches Steuerbewilligungs- und folglich auch Steuerverweigerungsrecht nicht einräumt. Wohl wird nach Artikel 98. der Staatshaushalt jährlich durch ein Gesetz festgestellt, wohl dürfen nach Artikel 99. Steuern und Abgaben für die Staatskasse nur, so weit sie in dem Staatshaushalts-Etat aufgenommen oder durch besondere Gesetze angeordnet sind, erhoben werden; aber die **bestehenden** Steuern und Abgaben werden nach Art. 108. forterhoben, bis sie durch ein Gesetz abgeändert werden, also da zum zu Stande kommen eines Gesetzes die Einwilligung der Regierung erforderlich ist, bis ein der Regierung genehmer Beschluß von den beiden Kammern gefaßt worden ist. Niemals wird es den künftigen Kammern Preußens gelingen, dem Ministerium Brandenburg die Fortführung der Regierung unmöglich zu machen. Genehmigen dieselben auch das von diesem Ministerium vorzulegende Budget nicht, so wird es Kraft der ihm verfassungsmäßig eingeräumten Befugniß die bisherigen Steuern und Abgaben, bei welchen die Regierung ganz wohl bestehen kann, forterheben und die Unzufriedenheit der machtlosen Kammern verlachen. In einem Staate, wo die konstitutionelle Monarchie eine Wahrheit ist, muß den Ständen das Steuerbewilligungs- und Verweigerungsrecht zukommen, damit dieselben durch Verweigerung der zu Fortführung der Regierung erforderlichen Mittel ein ihr Vertrauen nicht besitzendes Ministerium zum Rücktritte nöthigen können. Je größere Gewalt die oktroyirte Verfassung der Regierung einräumt, um je unerläßlicher ist, als Gegengewicht, das Steuer-Verweigerungsrecht der Stände.

Die oktroyirte Verfassung setzt zwei Kammern ein, die Wahlen in beide sind mittelbare. Bei der Wahl in die zweite Kammer dürfen nur **selbstständige** Preußen wählen, wodurch beinahe der ganze Arbeiterstand von dem Wahlrechte ausgeschlossen werden kann. Die erste Kammer wird durch Census gewählt; zu ihr dürfen die kleineren Grundbesitzer, die kleineren Handwerker, die Arbeiter, Subalternofficiere, Unteroffiziere, Soldaten, Subalternbeamte, ein großer Theil der Geistlichkeit und der Lehrer nicht mit wählen, es sollen nur solche Leute gewählt werden, die sechs Jahre hintereinander jährlich auf eigene Kosten ein halbes Jahr in Berlin leben und außerdem zu Hause für Familie, Geschäft und Gewerbe sorgen können. Durch diese erste Kammer, welche hiernach vorzugsweise durch die Geld-Adels- und Beamten-Aristokratie besetzt werden wird, wird voraussichtlich jeder Fortschritt, selbst wo die **Regierung** solchen will, gehemmt werden. Wird eine solche Kammer geneigt sein, in die Einführung des allgemeinen Wahlrechts ohne Census in der Gemeinde-, Kreis-, Bezirks- und Provinzial-Verwaltung in eine Revision der oktroyirten Verfassung im wahrhaft constitutionellen und demokratischen Sinne, in unentgeltliche Aufhebung derjenigen Feudallasten, deren Aufhebung ohne Entschädigung die National-versammlung schon beschlossen hatte, deren Genehmigung Seitens der Krone mit Grund zu erwarten war, da der betreffende Gesetzentwurf durch königliche Botschaft eingebracht worden, in Aufhebung der Grundsteuerfreiheiten und der Klassensteuerbefreiungen, worüber ebenfalls durch königliche Botschaften Gesetzentwürfe in die Nationalversammlung gebracht waren, in Einführung einer Einkommensteuer — man erinnere sich des Schicksals des Einkommensteuergesetzentwurfes in der Kurie der drei Stände des ersten vereinigten Landtags, — in Einführung für die Verpflichteten wesentlich erleichternder Ablösungs-Grundsätze, in Herstellung einer wahrhaft, nicht blos scheinbar volksthümlichen und constitutionellen Regierung, einzuwilligen? Willigt die erste Kammer nicht darein, so wird aus alledem Nichts, es bleibt dann bei der oktroyirten Verfassung, wie sie ist, bei den Magistraten, Landräthen und Regierungen, wie sie sind, bei dem Unterschied zwischen Bürgern u

Schutzverwandten, bei der Befreiung der Rittergüter von der Grundsteuer, bei den bisherigen für die Berechtigten zu vortheilhaften, für die Verpflichteten zu nachtheiligen Ablösungsgrundsätzen, bei dem bisherigen Steuersystem, bei der bisherigen Schulverfassung, bei den dermaligen Strafgesetzen.

Es bleibt überhaupt so wie es ist, es kommen nicht einmal die durch königliche Botschaften bereits bei der National-Versammlung eingebrachten Maßregeln zu Stande, deren Annahme Seitens der Nationalversammlung bereits gewiß war.

Wir enthalten uns auf weitere Mängel und Lücken der Verfassung einzugehen. Jeder begreift, daß jene Verfassung nicht freisinnig ist, welche die zeitweise Entziehung der Grundrechte des Volkes der Willkür der Regierung anheimgibt, welche durch das der Krone und einer voraussichtlich stets durch die Geld-, Adels- und Beamten-Aristokratie besetzten ersten Kammer eingeräumte absolute Veto jeder zeitgemäßen Verbesserung der Verfassung und Gesetzgebung ein schwer zu überwindendes Hinderniß entgegensetzt. Wir müssen es zu unserem lebhaften Bedauern aussprechen: die in der Octroyirung der Verfassung liegende Rechtsverletzung der preußischen Regierung wird durch den Inhalt dieser Verfassung nicht gemindert, sondern vergrößert. Nicht um dem preußischen Volke so schnell als möglich eine freisinnige Verfassung zu geben, hat die Krone octroyirt; sie hat es gethan, damit kein anderer Wille Gesetz werde, als der ihrige, sie hat das in rechtsgültiger Weise zu Stande gekommene Patent über Vereinbarung einer Verfassung gebrochen, um thatsächlich an den Tag zu legen, daß sie nur eine Souveränetät der Krone, nicht des Volkes anerkenne. Das, Preußisches Volk! ist für Dich die Errungenschaft der Märztage!

Der März-Verein.

Vereinigte Staaten von Deutschland.

* Nürnberg, 27. Dez. (Hr. Lerchenfeld und die Demokratie.) Die Bamberger Zeitung fand sich — vielleicht durch eine Bemerkung in unserem Blatte? — veranlaßt zu der Behauptung, „die Demokraten liebäugeln bereits mit Hrn. Abel.“ Wie mag doch ein so gescheidter Mann, wie der Redakteur und Landwirth von Debring, Hr. Rauch, so schwachsinniges Zeug schwazzen! Wie käme Christus zu Belial? Was wäre das für ein Bündniß, wenn die Ultramontanen den Demokraten gegen die Constitutionellen die Hand reichen würden! Welche Basis für ein Compromiß dieser Art ließe sich denken? Gewiß keines. Ein Ministerium Abel, wenn es als ultramontanes aufträte, wenn es die Pfaffenherrschaft zurückführen, wenn es einen spezifisch katholischen Charakter herworkehren wollte, müßte von Niemanden energischer bekämpft werden, als von den Demokraten, welche ihren Grundsatz der vollen Gleichberechtigung aller Einzelnen, wie aller Religionen und Confessionen, sicherlich niemals verleugnen werden. Aber freilich, die lächerliche Abgötterei, welche ein Theil der „guten Presse“ mit dem abgetretenen Minister Lerchenfeld treibt, vermögen sie nicht zu theilen, denn was hätten sie für Verpflichtungen gegen Hrn. Lerchenfeld? Ein Minister Abel, ja selbst ein Minister Metternich hätte im Lauf der letzten 8 Monate die Demokraten in Bayern nicht ärger mißhandeln können, als das Ministerium Thon-Dittmer und das Ministerium Lerchenfeld es gethan. Die Demokraten sind so frei zu glauben, daß sie deshalb, weil sie Demokraten sind, nicht aufgehört haben, staatsbürgerliche Rechte zu besitzen, daß sie deshalb nicht als Parias zu behandeln sind. Das Merzministerium hat sie als solche behandelt. Sollen sie nun heulen und wehklagen über einen Ministerwechsel, bei welchem sie, im schlimmsten Falle, nichts verloren haben, und der noch überdieß für sie gar nichts Auffallendes hat, den sie längst vorausgesehen und vorausgesagt? Das kann man ihnen doch wahrlich vernünftigerweise nicht zumuthen. Wir wollen nicht darauf zurückkommen, daß Hr. Lerchenfeld, der Götze des Nürnberger Kurier u. der sog. liberalen Bourgeoisie, schon im April die Revolution verleugnet u. sich gegen den Charakter der Frankfurter Versammlung als einer konstituirenden ausgesprochen hat. Wir wollen nur das Verhalten des Merzministeriums gegenüber den allgemein in ganz Deutschland anerkannten Volksrechten und Volksfreiheiten kurz zeichnen. Das Merzministerium hat nicht bloß schon im Mai „deutsche Ausländer“ wider alles Recht ausweisen lassen, sondern es hat sogar bayrische Staatsbürger, angestellte Staatsbürger durch seine Schergen, nämlich durch servile Stadtmagistrate aus ihren Wohnsitzen vertreiben lassen, wenn ihre politischen Ansichten ihm nicht gefielen. Das bayerische Merzministerium hat schon im Mai Nummern der fränkischen Volkszeitung polizeilich konfisciren und gegen ihren Redakteur einen Tendenzprozeß einleiten lassen, in dessen Verlauf der Verhaftete auf eine Weise behandelt wurde, welche an den Prozeß Weidig's erinnert. Das bayrische Merzministerium hat, nachdem seine Beamten öffentlich erklärt hatten, daß der fränkische Merkur unterdrückt werden müsse, gegen dessen Redakteur wegen eines Artikels, den derselbe in den ersten Tagen der jungen Freiheit, noch vor dem Vorparlamente, als der bisherige Zustand in ganz Deutschland offenbar in Frage gestellt war, aufgenommen, abermals, im Juli, einen Tendenzprozeß einleiten lassen, der diesen Redakteur, welcher sich den Schrecknissen einer bayrischen Untersuchungshaft und eines heimlichen Gerichts nicht preisgeben wollte, zur Flucht zwang, das Blatt unterdrückte und das Eigenthumsrecht der Verleger vernichtete. Weitere Lebenszeichen, die dieses Ministerium von sich gab, und die in Menge vorliegen, wollen wir übergehen und nur die uns zunächst liegenden „Thaten“ desselben hiemit kurz notirt haben. Und ein solches Ministerium, das von seinen ersten Tagen an sich als geschworner Feind der Rede- und Preßfreiheit bewiesen, sollten wir beklagen, weil es, nachdem es lange genug sich zum Werkzeug des Despotismus herabgewürdigt, endlich mit einem Fußtritt beseitigt wurde? Wahrlich, das fällt uns nicht ein. Die Gegendiener des Herrn Lerchenfeld freilich sagen uns, dieser sei gebunden gewesen, er habe nicht gekonnt wie er gewollt, er habe aus Aufopferung für die Sache der Freiheit so lange seinen schwierigen Posten behalten, um Schlimmeres zu verhüten und dergl. Das sind Flausen, an denen nur soviel wahr ist, daß Hr. Lerchenfeld so wenig als irgend einer seiner Kollegen eine Ahnung von dem hatte, was ein konstitutioneller Minister seyn soll. Man schwatzt dem deutschen Michel beständig von England und seinem Konstitutionalismus vor, daß aber ein konstitutioneller Minister in England nicht einmal Hofdamen in der Umgebung Ihrer Majestät duldet, welche nicht zur politischen Ansicht des Ministers sich bekennen, das verschweigt man ihm wohlweislich. Was soll mir ein Minister, der nicht handeln kann, wie er will, der in seinen Maßregeln sich von oben gehemmt sieht? Ein solcher Minister ist verächtlicher als ein Hoflakei. Können wir hiernach den Sturz des Hrn. Lerchenfeld nicht beklagen, so müssen wir im Gegentheil uns darüber freuen. Denn dieser Sturz deckt das ganze Lügensystem des deutschen Konstitutionalismus auf, er beweist, wozu das Geschrei der bayerischen Philister nach Ordnung und Ruhe führt, wozu die ganze konstitutionelle Agitation für die Monarchie führt — zum Absolutismus! Denjenigen unter der konstitutionellen Partei, welche es redlich meinen, müssen doch endlich die Augen aufgehn, sie haben doch endlich Muße, jene „breiteste Grundlage“ auszumessen, auf welcher die bayerische Monarchie aufgebaut werden soll; sie ist gerade so breit, wie die Strecke von — Nymphenburg nach Olmütz einer- und nach Gaeta andrerseits.

* Nürnberg, 28. Dez. Nach der Verfassung sollte das Budget noch in diesem Jahre den versammelten Kammern vorgelegt werden. Dies ist nunmehr offenbar unmöglich, und es liegt also ein förmlicher Verfassungsbruch vor. Das ist die Monarchie auf breitester Grundlage, das ist die Ministerverantwortlichkeit, daß man im Jahr 1848 sich um die Verfassung wo möglich noch weniger bekümmert, als vor den Merztagen und ihren glorreichen Errungenschaften. Das Königthum von Gottes Gnaden tritt in der alten, durch keine lästige Constitution verschleierten Glorie auf. Aber das Königthum von Gottes Gnaden braucht Geld; es braucht um so mehr Geld, als es seine Gottesbegnadetheit nur mit Hilfe von so und so viel Tausend Bajonetten aufrecht halten kann. Zwei Millionen circa monatlich sind für Bayern, sind für 4 Millionen Einwohner ein hübsches Sümmchen. Es ist zwar wahr, es steht in Bayern immerhin noch besser, als in anderen deutschen Staaten, z. B. in Baden, wo nächstens nichts anderes mehr übrig seyn wird, als das gottbegnadete Fürstenthum und das allgemeine Proletariat; indessen findet wenigstens zwischen den badischen und den bayrischen Staatskassen die sehr bedenkliche Uebereinstimmung statt, daß sie beide leer sind, und wenn auch die letzteren leichter gefüllt werden können, so sehen wir doch nicht ab, wie dieß ohne Stände geschehen soll. Oder hat vielleicht Hr. Abel, der Mann Gottes, die Wunderkraft von Cham nach Nymphenburg mitgebracht, aus Steinen Louisd'ore herverzuzau-

dern? Dann — wir müssen es gestehen, dürfte die Demokratie die Segel streichen, dann würden wir am Ende selbst noch an die Gottesbegnadetheit des Königthums glauben, und dieses Königthum könnte sich durch einen Goldregen weit sicherer befestigen, als durch die allgemeine Aussaugung und Verarmung, welche die Leute der Demokratie mit Gewalt in die Arme treibt. Da wir indessen bis jetzt zwar sehen, daß die Könige, wie es Gottbegnadeten geziemt, selbst herrlich und in Freuden leben, nicht aber, daß sie unter ihren getreuen Unterthanen Reichthum und Wohlstand verbreiten, so erlauben wir uns vorläufig an der Zauberkraft des Hrn. Abel zu zweifeln, und glauben unmaßgeblich, daß auch das bayerische Königthum von Gottes Gnaden noch in den sauern Apfel beißen und die Stände demnächst versammeln müsse, wenn auch zu keinem andern Zwecke, als um durch Steuerbewilligung sich die Existenz auf einige Monate zu fristen.

* **Nürnberg**, 28. Dez. Die Augsb. Allg. Ztg. läßt verschiedene Zeugen auftreten für und gegen Lerchenfeld, die sich dann auch über die Gründe seiner Entlassung auf verschiedene Weise äußern. Es scheint im Ganzen soviel gewiß, daß Lerchenfeld, schon als ein Minister, der nicht von der Pike auf gedient, jener urbayerischen Bureaukratie in hohem Grade verhaßt war, die dann, nach Lakaienart, offen ihre Wuth losbrechen ließ, als sie merkte, daß die Gunst von oben sich etwas trübe. Er scheint somit ebensowohl der Bureaukratie wie dem Ultramontanismus zum Opfer gefallen zu seyn. Ein Gemeindegesetzentwurf mit Distrikts- und Kreisversammlungen erschien den Bureaukraten vollends als eine Schwächung der Regierungsgewalt, als Einsetzung von Wohlfahrtsausschüssen und dergl. Von einer „breitesten demokratischen Basis“ für die Monarchie durfte man zwar sprechen, aber einen Ernst damit machen, das war nicht erlaubt! Ob auch angebliche Erfolglosigkeit seiner finanziellen Gesetzmaßregeln zu seinem Sturze beitrug, bleibt dahingestellt. Sein Rücktritt vom Ministerium scheint ein vereinzelter; die übrigen Minister scheinen sich auf ihren Sitzen vollkommen wohl zu befinden. Summa summarum: Lerchenfeld fiel, weil man sich der Mühe überhoben glauben konnte, durch einen etwas populären Namen mit dem Volk in einiger Verbindung zu bleiben. Jetzt, wo man den gefürchteten Löwen wieder schlafend glaubt, kann die alte Bureaukratie und der alte Despotismus die Maske populärer Namen abwerfen und wieder offen auftreten.

Frankfurt, 24. Dez. Die halboffizielle O.-P.-A.-Z. berichtet, daß die Bevollmächtigten sämmtlicher deutscher Staaten zu einer gemeinschaftlichen Sitzung vom Reichsministerium versammelt worden, um denselben die Grundrechte des deutschen Volkes zur Einführung in den einzelnen Bundesstaaten mitzutheilen. Oesterreich habe sowohl Publikation als Einführung abgelehnt, da ja das Verhältniß zwischen Oesterreich und Deutschland noch nicht festgesetzt sey. Sonst sey keine Ablehnung erfolgt. Manche behielten sich die verfassungsmäßige Zustimmung ihrer Landtage vor, andere wollten die rechtliche Form der Vereinbarung gewahrt wissen. **Bayern gab gar keine Erklärung**, angeblich aus Mangel an Vollmacht. Von Preußen sey die „erfreulichste Erklärung“ erfolgt *).

Wien, 23. Dez. Der von Frankfurt angelangte Schmerling wurde in Wien zum Abgeordneten gewählt. Sein Mitbewerber war der freiwillig ausgeschiedene **Pillersdorf**.

Wien, 24. Dez. Ein viertes Armeebülletin sagt, daß das erste und zweite Armeekorps zwischen Hochstraß und Raab schlagfertig aufgestellt, daß Simunich vor Leopoldstadt, Kempen um Preßburg stehe. Horvath rücke von Oedenburg gegen Güns vor. Im Preßburger, Wieselburger und Oedenburger Komitat sei die Entwaffnung des Landvolks bewirkt und die „gesetzliche“, d. h. standrechtliche Ordnung hergestellt.

Olmütz, 15. Dez. Grausen durchrieselt die Seele des ehrlichen Menschen, der in die Schrecknisse der innern Politik Oesterreichs eingeweiht wird. Mittelst der Generäle werden ganze Völkerstämme und Stände ausgemordet, während in den höheren Regionen die Staatsmänner mit Gift operiren. Man fährt auf der Basis fort, die vor dem März so lange ausgeholfen — Metternich ist wieder durch seine Kreaturen Stadion (besorgte 1846 das Geschäft in Gallizien), Schwarzenberg (Metternich's Gesandter beim Papst), Bruck (eine gemeine Polizeinatur, unter welcher jetzt die Post steht) u. s. w. zur fast direkten Herrschaft gekommen. Mit der Ernennung Johann's zum Reichsverweser konnte man sich vorläufig begnügen; er war ein Habsburger, wenn auch ein ausgestoßener; mit ihm blieb Oesterreich wenigstens nominell an der Spitze Deutschlands, denn er fand auch seinen Schmerling. Wer ihn aber verdrängen will, der hüte sich vor dem Gifte, das schon für ihn bereitet ist. Papst Pius wäre schon 1847 vergiftet worden, wenn er Metternich nicht versichert hätte, daß er durchaus nicht an eine liga italiana denke, und nur im eigenen Lande einige unbedeutende Formen umändern wolle. Die Habsburger wollen nicht untergehen, ohne sich furchtbar gerächt zu haben. Diese Rache besorgt Metternich durch seine Kreaturen. Seine Verbindung mit Wien und der Kamarilla hat er bisher fortwährend durch den Geschäftsträger eines kleinen deutschen Hofs unterhalten. Derselbe stand von jeher mit Metternich in Intimität; an ihn werden alle Pakete gesendet, er vertheilt die Briefe und Entwürfe. Die Post ist angewiesen, keines dieser ihr bezeichneten Pakete an einen Briefträger zu verabfolgen, sondern bloß anzuzeigen, wenn eins angekommen. Es wird dann abgenommen. Durch diesen Geschäftsträger werden auch Metternich's Geldbedürfnisse und Spekulationen besorgt; vielleicht noch ganz andere Dinge. Die berüchtigtsten Kreaturen Metternich's stehen mit ihm in ununterbrochener Verbindung. Von Petersburg bis Neapel wird das Geschäft in dieser Weise betrieben. Soviel für die dummen deutschen Tölpel und Verräther, welche, wie die O.-P.-A.-Z. Oesterreich und seine Gräuel vertheidigen, welche es lobpreisen und hülfreiche Hand bieten, daß dieser Schauerstaat Centraleuropa von Neuem knechte. (N. Rh. Z.)

Köln, 24. Dez. Die drei Angeklagten Gottschalk, Anneke und Esser, sind gestern vom Schwurgerichte für nicht schuldig erklärt worden. Seit dem Lassall'schen Prozeß war der Andrang des Volkes zu den Assisen nicht so groß und es mag manche Verhandlung an die Reihe kommen, ehe das Publikum wieder eine solche Theilnahme bekundet. Wir gewahrten Blousenmänner, welche den Saal kaum den ganzen Tag mehr wie einmal verließen, damit ihnen nur kein Wort verloren gehe; viele Arbeiter vergaßen an diesen drei Tagen die Nachfragen um Arbeit. An eine Verurtheilung dachte man kaum entfernt. Am Morgen des dritten Tages sprach man schon davon, gegen 3 Uhr würde die Freisprechung erfolgen und am Abende gebe es einen Fackelzug. So gewiß war man seiner Sache. Unter den Angeklagten thaten sich in ihren Reden Gottschalk und Anneke hervor, besonders glänzend ersterer, und der Vertheidiger Wallraf, ein junger Jurist, hat in diesem Prozesse den Ruf sich gesichert und erhöht, den er sich in wenig Jahren erwarb. — Während der Verhandlung des zweiten Tages gab es ein Schauspiel im Schauspiele, eine Scene, die der Beachtung würdig ist. Es entstand an der Seitenthür ein Tumult, der durch einen Taschendiebstahl hervorgerufen wurde. Der Uhrdieb war, um mich eines Ausdrucks der Fehme zu bedienen, „mit habender Hand“ ergriffen worden und ehe die That „tagewendig“ geworden, sollte der Spruch schon gefällt seyn. Er wurde vorgeführt und auf der Stelle zu 18monatlicher Gefängnißstrafe verurtheilt. Ob das Fatum es so beschlossen hatte, um den Contrast recht augenscheinlich zu machen, der zwischen dieser Diebsgeschichte und dem politischen Prozeß zu erkennen ist? (Gottschalk, Anneke und Esser mußten 6 Monate sitzen, um dann freigesprochen zu werden, und ihr Concurrent vor dem Gerichte, der Spitzbube, brauchte nur den Saal zu betreten, nur zu stehlen, um gleich das Urtheil zu hören.) (Fr. J.)

Mannheim, 22. Dez. Die Mannh. Abendz. theilt über die Lage des gefangenen **Gustav Struve** mit, daß er gutes Muthes sey und mit Vertrauen der öffentlichen Verhandlung seiner Angelegenheit entgegensehe. Vom 26. Sept. bis 5. Okt. war er Tag und Nacht in Ketten geschmiedet und entbehrte Bücher und Schreibmaterialien. Ein preußischer Hauptmann wußte die Gestattung derselben dann noch zu hintertreiben, als die Gerichtsbehörde sie gewährt hatte. Indessen erhält er auch jetzt nur zwei Bogen Papier auf einmal, und erst, wenn sie geschrieben und abgeliefert sind, werden ihm zwei neue gereicht. Ein Federmesser erhält er nicht, mit dem Messer, womit er die Kartoffeln schält, welche seine tägliche Mittagskost ausmachen, muß er sich so gut

*) Das Reichsministerium zögert noch immer mit der amtlichen Verkündigung der Grundrechte. Wenn freilich die Einzelstaaten vorher darüber Beschlüsse fassen, ob sie sie annehmen und einführen wollen oder nicht, würde die Verkündigung im Reichsgesetzblatt dem Volke wenig nützen. Die Frankfurter Grundrechte werden vergebens beschlossen seyn. Will das Volk Rechte, so muß es sich dieselben neu erkämpfen, nachdem die Frankfurter Versammlung die im März erkämpften an die Fürsten verrathen hat. Dann aber, wenn es sich seine Rechte neu erkämpft hat, möge es bessere Wächter über diese Rechte aufstellen, als das vorige Mal. Anm. d. Red.

es geht, seine Schreibfedern schneiden. Scharfe und spitze Instrumente scheint man überhaupt nicht gern in seinen Händen zu wissen; selbst eine Scheere zum Beschneiden der Fußnägel wurde ihm verweigert. Seine Diät ist wo möglich noch einfacher als zuvor. Außer Kartoffeln machen Aepfel, die er Morgens und Abends genießt, seine einzige Nahrung aus. Seine körperliche Gesundheit läßt nichts zu wünschen übrig.

• Köthen, 21. Dez. Bekanntlich hat der Herzog von Anhalt-Bernburg vor einigen Tagen das erhabene Beispiel des Champagnerhelden von Sanssouci nachgeahmt, seinen Landtag aufgelöst und eine Verfassung oktroyirt. Es ist dieß nicht bloß ein Hohn gegen den Landtag und das Volk, sondern es ist auch ein direkter Hohn gegen die Centralgewalt, welche durch das Organ des Reichsminister Schmerling sich in Anbetracht der notorischen Regierungsunfähigkeit des Herzogs von Bernburg für die Vereinigung Bernburg's mit Dessau ausgesprochen hatte. Wir wollen die Geschichte dieses Bernburger Staatsstreichs kurz erzählen, nach einer klaren und erschöpfenden Darstellung, welche die unter der Redaktion von Dr. Alfred Behr und unter Mitwirkung der bedeutendsten demokratischen Abgeordneten von Anhalt in Köthen erscheinende vortreffliche demokratische Volkszeitung darüber gibt. Nicht bloß der Landtag von Bernburg, sondern ⅘ der wahlfähigen Staatsangehörigen hatten sich in den letzten Tagen des Novembers in einer Eingabe an die Centralgewalt dahin ausgesprochen, „daß wegen der hier stattfindenden politischen Umstände und wegen der eigenthümlichen Verhältnisse in der herzoglichen Familie der Herzog von Dessau die Regentschaft des Landes im Namen unsers Herzogs übernehme, dabei jedoch unsre volle Selbstständigkeit gewahrt werde." Darauf lief von Schmerling an den Reichskommissär in Anhalt ein Schreiben ein, in welchem die Uebernahme der Regierung von Bernburg durch den Herzog von Dessau gutgeheißen, dagegen eine vollkommne Vereinigung von Anhalt-Dessau und Anhalt-Bernburg befürwortet wurde, da „zweierlei Recht, zweierlei Ständekammern und zweierlei Ministerien auf der kleinen Fläche der vereinigten Herzogthümer eine Ironie auf die schönen einheitlichen Bestrebungen unsrer neuen Zeit wäre." Dieses Schreiben wurde vom Landtag in Bernburg freudig aufgenommen; er hatte die Selbstständigkeit Bernburg's nur in der Absicht gewahrt, um in keiner Weise den Rechtsboden zu verlassen. Gleichwohl erfolgte am 15. Dez. der Staatsstreich der Auflösung des Landtags und der Oktroyirung einer Verfassung. Der Landtag wollte der Gewalt keinen unnützen Widerstand entgegensetzen und ging ruhig auseinander, ohne den im Schloßhof konsignirten Truppen und dem preußischen Militär, welches, natürlich ganz zufällig, eben durch die Stadt zog, Gelegenheit zur Thätigkeit zu geben. Dieser Staatsstreich aber ist eine offenbare Verhöhnung der Centralgewalt, welche den Landtag anerkannte. Nur wenn sie ganz ehr- und machtlos ist, wird sie sich das bieten lassen. Aber wie kann sie auf der andern Seite gegen ein Prinzip ankämpfen, das sie in der Person Friedrich Wilhelms von Hohenzollern sogar auf den deutschen Thron zu setzen bemüht ist!

Italien.

Rom, 19. Dez. Die Stadt ist zwar im Ganzen ruhig, einige Demonstrationen für die republikanischen Führer Garibaldi, de Boni u. s. w. abgerechnet, aber die Verhältnisse werden immer verworrener. Das Ministerium hat in Masse seine Entlassung genommen; es handelt sich also um Schaffung einer exekutiven Gewalt. Galletti wurde durch Stimmenmehrheit zu einer Art Diktator gewählt, hat jedoch diese Stelle nicht angenommen.

Amerika.

Am 4. trat der Kongreß in Washington zusammen und die Botschaft des Präsidenten ist eingelaufen. Diese Botschaft ist sehr lang, wie gewöhnlich, aber nicht von zu hohem Interesse. Abschließung von Handelsverträgen mit Neu-Granada, Peru, den beiden Sicilien, Belgien, Hannover, Oldenburg und Mecklenburg. Die Errichtung einer Republik in Frankreich und der Versuch einer Einigung der deutschen Staaten werden als glückliche Ereignisse willkommen geheißen. Freundschaftliche Verbindungen wurden angeknüpft mit Mexiko. Der Präsident beantragte, daß mineralreiche Landstrecken Neumexiko's in kleinen Parzellen verkauft werden. Der Präsident ist soweit entfernt, die Ausdehnung des Territoriums der Staaten für gefährlich zu halten, daß er geradezu die Meinung ausspricht, daß jeder neue Staat nur neue Stärke und neue Garantien für die Erhaltung der Union herbeiführen könne. Er empfiehlt die Liquidation amerikanischer Forderungen. Der Staatssekretär des Schatzes, sagte er, wird in seinem jährlichen Berichte eine sehr befriedigende Darstellung der Lage der Finanzen geben. Der Import des Finanzjahres belief sich auf 150,977,876 Dollars, wovon für 21,128,010 Dollars wieder exportirt wurde, so daß im Werthe von 133,849,866 Dollars für den Konsumo des Landes zurückblieb. Der Betrag des Exportes für dieselbe Periode war 154,032,131 Dollars, worunter für 152,904,121 Dollars an inländischen und für 21,128,010 Dollars an ausländischen Artikeln. Die Einnahme des Schatzes betrugen, ausschließlich der Anleihen, 35,436,750 Dollars, wovon für 31,759,070 Dollars durch Zölle, für 3,328,642 Dollars durch Landverkäufe, und für 35,037 Doll. durch verschiedene Wege einfloßen. In Betreff der Goldminerals von Californien empfiehlt der Präsident, daß die jetzige Session einen Akt wegen Errichtung einer Zweig-Münze passire. Die Resultate des Tarifaktes von 1846 haben entsprochen.

Die Nachrichten über den Goldreichthum Kaliforniens bestätigen sich. Täglich wird für 60—100,000 Dollars Geld gewonnen. So sehr nehmen die Bergwerke alle Arbeitskräfte in Anspruch, daß ein Arbeiter 5—6 Dollars täglich bekommt, ein Koch 100 Dollar monatlich, und Matrosen für 90 Dollars monatlich Lohn kaum zu finden sind.

Gedruckt — unter Verantwortlichkeit der Verleger — bei J. L. Stich.
Expedition S. 39 im Gasthof zum König Otto II. Etage.

Freiblatt

Der freie Staatsbürger.

Erscheint täglich. Preis in ganz Bayern vierteljährlich 1 Fl. 30 Kr. halbjährlich 3 Fl., jährlich 6 Fl.

Organ der Demokratie.

Inserate werden die zweispaltige Petitzeile zu 4 1/2 Kr. berechnet. Die Abonnenten haben für die Hälfte des Abonnementpreises Inserate frei.

Nr. 88. Nürnberg, Samstag, den 30. Dezember **1848.**

Der freie Staatsbürger, Organ der Demokratie, wird auch im nächsten Jahre forterscheinen. Unter Bezugnahme auf die ausführliche Ankündigung in Nr. 68, 70, 71 laden wir zu recht zahlreichem Abonnement ein. Der Preis des Blattes ist jährlich 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr., und kann dasselbe im ganzen Umfang des Königreichs Bayern durch die Postämter um diesen Preis bezogen werden. Wir bemerken ausdrücklich, daß die Postämter von jetzt an jederzeit vierteljährige Abonnements anzunehmen verpflichtet sind. Für Nürnberg und die nächste Umgebung abonnirt man bei der Expedition Winklerstraße S. 39 König Otto II. Etage, und werden daselbst auch Monatsabonnements à 30 kr. angenommen. Die, welche sich jetzt abonniren, erhalten die bis zum Januar laufenden Nummern unentgeltlich.

Die deutsche Demokratie.

Einem Organ der Demokratie mag es am Schlusse des ersten Jahres, in welchem es eine deutsche Demokratie, seine deutsche demokratische Partei gab, Pflicht und Bedürfniß seyn, einen Rückblick auf das zu werfen, was diese Partei seit ihrem Entstehen erlebt hat.

Die deutsche Demokratie! Man hat sie verspottet, wenn nach deutscher Sitte bei ihren Kongreßen und Zusammenkünften Spaltungen und Zerwürfnisse ausbrachen, man hat alle Fehler, alle Ueberstürzungen Einzelner ihrer Anhänger die ganze Partei entgelten lassen, man hat ihre Organe unterdrückt und hetzt ihre Mitglieder wie das Wild, sie scheint jetzt darnieder geworfen, gebrochen, bereits hat ein König ihr den Eselstritt geben zu dürfen geglaubt und sie „feige" genannt, aber wie sie sich noch aus jeder Niederlage siegreich erhoben hat, so wird auch diesmal der Siegesjubel der Reaktion ein voreiliger seyn, sie ist noch immer eine Macht und — die Reaktion weiß es, daß sie eine Macht ist!

Wollt Ihr von dieser Macht Euch überzeugen — geht hin, zählt die Bajonette, welche die Reaktion aufzustellen für nöthig hält, um, wie sie sagt, die Ordnung aufrecht zu erhalten, oder um, wie wir sagen, den Flitter von Gottes Gnaden zu retten, der sonst in aller Ordnung und auf höchst gesetzlichem Wege abgestreift würde; zählt die deutschen Städte, in denen Belagerungszustand und Standrecht herrscht, notirt Euch jene unzähligen Maßregeln der Bestechung, der Entsittlichung, mit denen die Regierungen den Glauben an ihre Gottesbegnadigung wieder neu zu beleben, mit denen sie den Dummen Sand in die Augen zu streuen, die Feigen zu schrecken, die Eigennützigen zu gewinnen suchen. Dann werdet Ihr einen Begriff haben von der Macht der deutschen Demokratie.

Oder wollt Ihr wissen, was die außerdeutschen Völker von ihr, von dieser deutschen Demokratie denken, so geht hin und hört die freien Stimmen unter freien Völkern, und Ihr werdet erfahren, daß die deutsche Demokratie das Einzige in Deutschland ist, was bei den freien Völkern seit 4 Monaten vom deutschen Namen die Schmach der Verachtung abwendet, während die Gegner dieser Demokratie allüberall, wo Ehre und Freiheit nicht im Krämerthum untergegangen sind, mit Schmach bedeckt oder der Lächerlichkeit verfallen sind.

Das macht: der Gedanke der deutschen Demokratie ist der leitende und bewegende Gedanke der ganzen Zeit, und ein Abweichen von diesem Gedanken ist zugleich ein Abweichen vom Genius unserer Revolution.

Unsere Revolution war, soweit sie eine politische ist, gegen das Elend, gegen die Erbärmlichkeit, gegen die Schmach gerichtet, welche seit Jahrhunderten auf Deutschland lasteten. Wer hatte diese Schmach, diese Erbärmlichkeit, dieses Elend verschuldet? Nur unsere Zersplitterung, und diese Zersplitterung ist repräsentirt durch unsere Fürsten. Dies ist eine einfache historische Wahrheit, die man auf jedem Blatt unserer Geschichte bestätigt findet. Frankreich war durch seine Könige groß und mächtig, wir waren durch unsere zahllosen Fürsten schwach und ein Spott der Nationen geworden. Natürlich mußte sich also unsere ganze Bewegung gegen das Königthum richten, gegen das Königthum von Gottes Gnaden; jene Repräsentanten unserer Zersplitterung und Schwäche mußten beseitigt werden. Seit Jahrzehnten hatten die deutschen Philister von der deutschen Einheit deklamirt. Das Einheitsbedürfniß schien das vorherrschende Gefühl des deutschen Volkes zu seyn. Diese Einheit konnte nur durch seine Freiheit, durch die Entfernung der Repräsentanten seiner bisherigen Zersplitterung geschaffen werden. Das sahen alle diejenigen ein, welche überhaupt das Fürsteninstitut u. sein Verhältniß zum deutschen Volke kannten, und diese bildeten sofort die demokratische Partei. Hecker, der Floria, Geyer des 19. Jahrhunderts, erkannte dieß so klar, daß er selbst den offenen Kampf mit den Waffen beginnen zu müssen glaubte, nachdem es dem Königthum gelungen war, seine bisherigen Gegner in Anhänger zu verwandeln. Ihm war Alles klar, was kommen mußte, als Hr. v. Gagern, der edle Gagern, in jener Siebnerkommission das ganze Gewicht seines Rufes als Volksmann für die Monarchie in die Wagschale legte, an demselben Tage, an welchem er, was der Edle weislich verschwieg, sich in Darmstadt das Ministerpatent geholt hatte. Er sah, daß die Freiheit verrathen war von ihren bisherigen Verfechtern, die sie um Silberlinge und Hoflivreen verschacherten; er unternahm den Kampf, ohne auf die Mißdeutungen seines Schrittes zu achten. Er sah es hell und klar, daß Deutschland auf's Neue und noch ärgerer Schmach verfallen mußte, wenn es sich nicht ganz los und ledig machte von Allem, was es bisher drückte, von Allem, was den Flug des deutschen Geistes gelähmt, was das deutsche Volk gehindert hatte, seine Mission unter den Völkern zu erfüllen; er mußte seiner Pflicht und seinem Gewissen genugen. Wie einst Florian Geyer, seiner Zeit weit voraneilend, für den großen Gedanken eines deutschen Staates von Gemeinfreien sein Blut verspritzte, so trug Hecker, von heiliger Begeisterung beseelt, seinen badischen Republikanern die Fahne der Revolution voran. Wie jener unterlag er; sein Volk hatte ihn theils nicht verstanden, theils war es durch die lange Knechtschaft zu sehr entwürdigt und entsittlicht, um sich zu einer kühnen That zu erheben.

Aber die Zeiten sind doch andere. Der Gedanke des fränkischen Edelmanns aus dem 16. Jahrhundert schlummerte drei Jahrhunderte, bis er, von der Zeit gereift, in Hecker auferstand, und jetzt konnte er nicht mehr, wie damals, in Blut erstickt werden, ja das in Baden vergossene Blut, die erste Niederlage

der deutschen Republik mit ihren Folgen machte unter dem Volke, dem die Augen aufzugehen begannen, die wirksamste Propaganda. Die demokratische Partei sah die Erfüllung ihrer Hoffnungen vertagt; sie sah ein jämmerliches Parlament, in seiner großen Mehrheit aus Lakaiennaturen zusammengesetzt, zusammentreten, um kurz nach einer ruhmvollen Nationalerhebung die Schmach des deutschen Namens zu besiegeln; aber die demokratische Partei wußte, daß nur Hinterlist, Verrath und Mangel an politischer Bildung dieses Parlament zu Stande gebracht; muthig und ihres Sieges gewiß organisirte sie sich durch ganz Deutschland, in dem vollen Bewußtseyn, daß sie allein die Trägerin der Einheit und Freiheit des Vaterlandes, die Trägerin der deutschen Zukunft sey. (Schluß folgt.)

Vereinigte Staaten von Deutschland.

München, 27. Dez. Von einem Abgang der Einberufungsschreiben an die Landtagsabgeordneten verlautet noch immer nichts; dagegen sollen die bisher von der deutschen Centralgewalt ausgeschriebenen Gesetze demnächst in Bayern verkündet werden. (D.c.Z.)

* München, 27. Dez. Nach der D. c. Z. sind durch Präsidialschreiben vom 5. Dez. auf Grund einer höchsten Entschließung vom 21. Juli die sämmtlichen der königl. Regierung von Oberbayern untergeordneten Stellen zur Anschaffung des „Reichsboden" aus Regiemitteln (also aus dem Beutel der steuerzahlenden Bevölkerung) ermächtigt werden. In der Rheinpfalz ist an die Schulinspektionen eine ähnliche Weisung in Bezug auf die N. M. Z. ergangen. Die Aufforderung zur Anschaffung des Reichsboden ist nichts anders, als die Aufforderung, das Volk der Verdummung zu überliefern. Wir müssen es bekennen, wir bewundern den Muth einer Regierung, welche Angesichts des civilisirten und gebildeten Europa es wagt, sich zu Blättern, wie der Reichsbote und die Neue Münchner Ztg., zu bekennen. Gesinnungslosigkeit, Gemeinheit, Knechtsinn, Corruption ist das Merkmal offizieller und halboffizieller Blätter. Aber die Organe anderer Regierungen haben etwas Geist und Talent aufzubieten, um die Schlechtigkeit zu verdecken, die Gesinnungslosigkeit genießbar zu machen. Von der Tölpelhaftigkeit, Unwissenheit und Stupidiät der durch die bayerische Regierung empfohlenen Blätter aber macht sich nur der einen Begriff, der es über sich gewinnen konnte, sie eine Zeit lang Tag für Tag zu lesen.

= München, 28. Dez. Ich gratulire Ihnen. Freuen Sie sich, Freund Abel beglückt seine guten Bayern wieder. Sagen Sie es Ihren Mitbürgern in Franken, daß sie jetzt wieder Kirchen und Klöster, Mönche und Nonnen bekommen werden, sie sollen sich ja freuen! Wenn die Protestanten etwas brauchen, dann sollen sie nur gut katholisch werden, und wenn ein ehrlicher Katholik was will, soll er nur gut abelisch werden. Das andere wird sich geben. Unser Hof hat sich „verschnaprt", wie man in Oberfranken zu sagen pflegt, er hat seine Geheimnisse verrathen, denn daß Abel sein Mann ist, hat vielleicht der Abel vor wenigen Wochen selbst nicht gewußt. Aber der Korrespondent! Ihr Kollege, hat ja gesagt, daß die Einladung Abels zum Hofe blos Usus sey, und daß Abel mit dem letzteren in gar keiner Berührung stehe. Nun, mein Herr Correspondent, was sagen Sie denn zu dem kgl. Handbillete an Abel, zu Schrenk, der nicht einmal annehmen will, zu Edel und zu Closen? Sagen Sie es den Nürnbergern aus dem Verein für Freiheit und Ordnung, daß sich ein jeder von ihnen auf ein Portefeuille gefaßt machen soll. Es ist kein Stiefelwichser heutigen Tages sicher davor, wenn er nur reaktionär ist. Den Münchnern selbst macht das Schwankende und die in der Bewegung hervortauchenden Namen etwas Sorge, und sie trinken statt täglich 6 nur 5¼ Halbe Bier. Auch mißfällt ihnen die mephistophelische Gestalt ihres frommen Abels, der blos in der Kirche oder bei Hofe zu sprechen ist. Auffallend ist die Rathlosigkeit, mit der man bei Ernennung eines neuen Ministeriums zu Werke geht. Man traut den Menschen auch kein Fünkchen von Ehre zu. So soll man Heinz zugemuthet haben, (der nebenbei gesagt unser Mann nicht ist) mit Schrenk zu dienen. Heinz verbeugte sich. Also einen neuen Minister des Innern haben wir nicht. Heute wird neuerdings Beisler und Regierungsdirektor Hohe aus Regensburg genannt. Also nochmals, mein liebes Franken, mein liebes Bayern, ich gratulire!

(F) München, 28. Dez. Gestern Nacht wurde dem Abgeordneten Geigel ein Ständchen gebracht. Zu den schon Versammelten gesellten sich in Kurzem viele Zuhörer, angezogen von den gut durchgeführten patriotischen Gesängen, so daß der Platz bald mehrere Hunderte zählte. Der wackere Abgeordnete trat in unsere Mitte und richtete ungefähr folgende Worte an uns: „Meine Herren! Es freut mich, daß mir von Ihnen eine solche Ehre zugedacht wurde. Ich werde es meinen Freunden in Frankfurt schreiben, daß sich auch in München ein Häuflein findet, bei denen das Streben der Linken Anklang findet. Eine Demonstration der deutschen Sache von so biedern Leuten gebracht, ist mehr werth, als das Lob einer blinden Masse. Wenn auch das nicht zu Stande kömmt, was wir Anfangs erwartet haben, so werden die Abgeordneten doch nicht auseinandergehen, ohne ein starkes Fundament gelegt zu haben, worauf es sich zwar nicht in Monaten, aber in Jahren weiter bauen lasse. Uebrigens steht es seit Neuestem weit besser, als vor wenigen Wochen noch. Meine Herren! ich danke Ihnen." Nach dem Lied: „Was ist des Deutschen Vaterland?" sprach Student Sensburg mit kräftiger Stimme zu den Umstehenden und machte darauf aufmerksam, daß Geigel um so mehr die Achtung Aller verdiene, da er, fast allein von den servilen Beamten eine Ausnahme machend, mit Freisinnigkeit und Charakterfestigkeit für des deutschen Volkes Rechte eingestanden sei. Ein donnerndes Hoch, diesem braven entschiedenen Manne gebracht, schloß die Feier.

P Aus dem Ries, 26. Dez. Als unsere Beamten diesen Herbst auf Kommissionen zu uns kamen, um unsere Einkommensteuerlisten zu prüfen, da forschten sie nur nach den Leuten, welche ein sogenanntes gutes Haushalten haben. Das Einkommen, und besonders das reine Einkommen derselben zu ermitteln, das fiel ihnen nicht ein, das hatte ihnen zu viel Arbeit gemacht. Ueber Bausch und Bogen haben sie dies wichtige Geschäft, das doch über Tod oder Leben der vom Volke anstatt aller Abgaben verlangten Einkommensteuer entscheiden sollte, und das im geringsten Falle doch Gerechtigkeit hätte walten lassen sollen, abgemacht, und den sich beklagenden Bauern haben sie mit aller Katzenhaftigkeit gesagt: „Es wäre ja eine Schande für euer Dorf, wenn es nicht mehr Einkommensteuer bezahlen würde." So haben sie den guten Michel beim Prüfungsausschusse in die Falle gebracht, und die Andern, welche bei diesem Ausschusse nicht waren, mit. Du sagst: „Das sei noch nicht so gefährlich gewesen, sie hatten ja noch die Appellation an das Schiedsgericht, von dem die Artikel 11 bis 17 incl. des Einkommensteuergesetzes handeln" — Was, ein Schiedsgericht? Das hätte ja alle die oberflächlichen Arbeiten des Prüfungsausschusses über den Haufen werfen müssen! Was, ein Schiedsgericht? Wenn auch das Gesetz eines will, unsere Beamten brauchen keines: wenn die nur das Geld haben. Um dieses zu bekommen, hat das treffende Rentamt einfach Verzeichnisse der Einkommensteuerpflichtigen und der Steuerbeträge den Gemeinden hinausgegeben und die Ortsvorsteher zur Einheimsung beauftragt. Wir sind begierig, ob sich so viel Gutmüthigkeit vorfindet, die diese nicht geringen Beiträge alle bezahlt, oder ob, wenn das nicht der Fall seyn sollte, die Gewalt diese ersetzen muß; denn das ist klar: entweder muß der große bayerische Staat hier für sich kollektiren, oder — rauben lassen. Wir haben aber in dieser Angelegenheit auch noch ein anderes tiefergehendes Anliegen, nämlich dies: „Wie wird wohl die den Ständen versprochene Vorlage über die Abänderung oder den Fortbestand dieser Einkommensteuer ausfallen?" Man wird sagen, daß die Einkommensteuer in der Idee etwas recht Schönes, aber im Leben und in der Ausführung etwas Kostspieliges und Mangelhaftes sei, man wird die eigene Kostspieligkeit und Mangelhaftigkeit und Bequemlichkeit auf Rechnung der Sache schreiben; man wird beweisen, daß die dem niederen Volke, der arbeitenden Klasse meist abgenommenen indirekten Steuern beinahe eben so leicht eingehen, als sie — ausgehen; man wird sich Mühe geben, begreiflich zu machen, daß „ein Simplum mehr Grundsteuern" leicht auszusprechen sei, während es eine Höllenarbeit ist, Einkommensteuerlisten, Prüfungskommissionen und sogar auch Schiedsgerichte herzustellen: man wird — wie noch jederzeit durch alle ihre Manipulationen geschehen — die liebe Aristokratie von den in der Einkommensteuer auch für sie liegenden Abgaben befreien und ihr Theil auf den Rücken des alten Packesels — des Volkes werfen! Das wird das Ende dieses Liedes seyn.

* Frankfurt, 27. Dez. Man weiß, mit welcher innern Herzensfreude die „gute Presse" jene hündischen Proteste preußischer Justizkollegien gegen Männer der aufgelösten Nationalversammlung mitgetheilt hatte. Auch das Centralblatt deutscher La-

kaienhaftigkeit, die halbamtliche O.-P.-A.-Z. hatte keine Ausnahme gemacht. Es galt ja, einen Fußtritt den Männern zu geben, welche, wie die O.-P.-A.-Z. kurz zuvor in die Welt posaunt hatte, „in Schimpf und Schande untergegangen waren", weil sie das Recht des Volkes dem Recht der Krone nicht zum Opfer bringen wollten. Aber die Niederträchtigkeit der „guten Presse" liegt nicht darin, daß sie eine reaktionäre Tendenz konsequent und unabhängig verfolgt; vor den wenigen Zeitungen dieser Art kann man vergleichsweise Achtung haben; die Gemeinheit liegt vielmehr darin, daß die Meinung geändert wird, sobald der Wind sich dreht. Die O.-P.-A.-Z. hatte bei Bekanntwerdung jener Schreiben kein Wort des Tadels gegen die Verfasser, vielmehr sah man, wie die Demonstration ihrem loyalen Herzen wohl that. Aber jene gemeinen Schreiben machten einen entgegengesetzten Eindruck selbst bei der Bourgeoisie, selbst die Bourgeoisie dachte: was soll aus der richterlichen Unabhängigkeit und Unparteilichkeit werden, wenn die Justizkollegien sich zu politischen Inquisitionsgerichten aufwerfen? Kurz, die Schreiben schadeten der Krone unermeßlich, und die öffentliche Meinung kehrte sich auf eine energische Weise gegen sie und ihre Urheber. Nun hinkt die O.-P.-A.-Z. mit einem Tadel gegen diese Verfasser hintennach, sie spricht salbungsvoll von der Würde des Richterstandes, die durch solche Demonstrationen verletzt werde. Und damit der späte Tadel nicht in seinem wahren Werth oder Unwerth gerichtet werden, damit den Oberflächlichen Sand in die Augen gestreut werde, datirt man das betreffende Schreiben um einige Tage vor und hofft so dem Vorwurf zu begegnen, daß man nicht nach den Thatsachen, sondern nach dem Erfolg urtheile.

Frankfurt, 27. Dez. Die O.-P.-A.-Z. hat die „zuverlässige Nachricht" erhalten, daß Hr. v. Schmerling auf seiner Reise nach Olmütz eine Zuschrift des österreichischen Ministeriums erhalten, wodurch er zum österreichischen Bevollmächtigten bei der Central-Gewalt ernannt wurde.

* Wien, 25. Dez. Die Wiener Zeitung hat „mit Staunen" vernommen, daß man den von ihr mitgetheilten Brief, in welchem die Gräuel von Hetzendorf geschildert sind, für baare Münze genommen, statt die Mittheilung als eine „ironische" zu nehmen, und hält es daher für nöthig, dieß ausdrücklich zu erklären. Jedenfalls beweist dieß, daß man in Wien wie in Frankreich durchus keine Ursache findet, dem Fürsten Windischgrätz und seinem Henker irgend einen Gräuel, und mag er noch so haarsträubend, noch so raffinirt seyn, nicht zuzutrauen, und die Wiener Zeitung mag sich die Lehre nehmen, daß man mit Frechheit zwar manches erreichen kann, namentlich wenn sie sich auf hunderttausend Bajonette stützt, daß man aber nimmermehr damit den Glauben an die Menschlichkeit von Henkersknechten erzwingen wird, die der Abscheu aller Jahrhunderte seyn werden, wenn es auch im Jahre 1848 verworfene und entartete Krämer gab, die jene Henkersknechte in Adressen feierten.

Wien, 25. Dez. Die kaiserlichen Truppen sollen bereits vor Ofen stehen. Es war auch das Gerücht verbreitet, Raab sey gefallen. Dieß ist indessen ganz unverbürgt *).

DC Berlin, 25. Dez. Den Soldaten der hiesigen Garnison ist der Befehl zugegangen, alle ihnen vorkommenden Karrikaturen auf den General Wrangel sofort zu konfisziren und die Eigenthümer derselben zur Haft zu bringen. Es wird ihnen für jede konfiszirte Karrikatur eine Belohnung versprochen, während im Unterlassungsfalle ihnen Strafe angedroht ist. Diese Verfügung des gestrengen Oberbefehlshabers der Marken zeigt abermals, welchen Werth unsere Verfassung hat. Denn nicht allein macht Wrangel darin von der Suspension der Habeascorpus-Akte den unverschämtesten Gebrauch, den ihm der Art. 110 der Verfassung zugestehn kann, sondern er erstreckt sich auch, auf eigene Faust den Art. 9 der Verfassung außer Kraft zu setzen. — Als einen Beitrag zu den Wühlereien der reaktionären Partei theilen wir folgenden, von einem Landwehrmann der Pommer'schen Gardelandwehr uns zugesandten lithographirten Zettel mit, welcher an dieses und an andere Bataillone der Landwehr vor ihrem Abmarsch aus Berlin amtlich vertheilt worden war. Er lautet: „Zu Wahlmännern sind nur die zu wählen, die Alles das wollen, was der König will. Die Wahlmänner wählen zur ersten Kammer den General der Kavallerie v. Wrangel. Zur zweiten Kammer den Flügel-Adjutanten Sr. Majestät des Königs, Major Hiller von Gärtringen." Dieß Manövre bedarf keines Kommentars. — Trotz der ihr schon vor einiger Zeit gewordenen Ausweisungsverfügung war Madame Aston doch bis vor wenig Tagen hier geblieben; aber ein wiederholtes strenges Gebot der Polizei hat sie gezwungen, vorgestern Berlin zu verlassen und sich nach Hamburg zu begeben.

DC Berlin, 26. Dez. Wir haben letzhin über den Zweck der hiesigen Anwesenheit des Anhaltischen Ministers Habicht berichtet und sind nun in den Stand gesetzt unsern Lesern aus gleich zuverlässiger Quelle die Mittheilung zu machen, daß der genannte Staatsmann den Zweck seiner Reise an unsern Hof nicht erreicht hat. Aber dieses Mißlingen wird Habicht zur größern Ehre in den Augen eines jeden freien Mannes gereichen, als die diplomatischen Erfolge manches modernen Talleyrand. Der Grund nämlich, weshalb das preußische Cabinet sich geweigert, zur Vereinigung der beiden Anhaltischen Herzogthümer seine Einwilligung zu geben, ist die Weigerung Habichts alle ausländischen, d. h. „nicht anhaltischen" Demokraten aus Anhalt zu verweisen, — eine Forderung, welche das hiesige Cabinet als einzige Bedingung gestellt hatte. Vergebens drohte das Ministerium Manteuffel, in unverhohlener Kundgebung seines eingefleischten Hasses gegen alle wahrhaft demokratischen Institutionen, dem dessauischen Staatsmann damit, daß es bei der Centralgewalt auf Mediatisirung der Herzogthümer Anhalt hinarbeiten und somit dem in Dessau bedauerlicherweise zur Herrschaft gelangten demokratischen Unwesen (d. h. der freien Dessauer Verfassung) ein Ende machen werde. Habicht blieb unerschütterlich und berief sich mit größter Kaltblütigkeit auf die in Frankfurt votirten Grundrechte, welche allen Deutschen den Aufenthalt in jedem deutschen Staate als Recht zugestehet. Es wird somit einerseits zwar das Herzogthum Bernburg noch eine Zeit lang verurtheilt seyn, unter dem reaktionären Ministerium seines blödsinnigen Herzogs sich abzuquälen, ehe es die freisinnige Verfassung des Schwesterstaates erlangt; andererseits aber wird der Dorn im Auge der preußischen Regierung, das Asyl der deutschen Demokratie, Cöthen, noch ungefährdet fortbestehen.

Köln, 25. Dez. Der Arbeiterverein wollte den Freigesprochenen einen Fackelzug bringen und die Zubereitungen zu einer solennen Feier waren bereits getroffen, als er untersagt wurde. Man wäre ohne Zweifel auf dem einmal gefaßten Entschlusse beharrt, wenn nicht Gottschalk und Anneke selbst die Versammelten hätten ersuchen lassen, nichts gegen den Willen der Behörden zu unternehmen.

Republik Frankreich.

* Paris, 24. Dez. Man spricht stark von einer heiligen Allianz zwischen Oesterreich, Frankreich und Neapel um den Papst mit Gewalt nach Rom zurückzuführen. Die drei schützenden Mächte wollen abwechslungsweise eine Garnison nach Rom legen, und zwar Frankreich zuerst. — Der Nepotismus unter dem neuen Präsidenten fängt schon an. Jerome Bonaparte, der ehemalige König von Westphalen, ist zum Gouverneur der Invaliden ernannt, Marschall Molitor zum Kanzler der Ehrenlegion. — Der Präsident soll nach einer Correspondenz in der Allgemeinen Zeitung in seiner „Hofhaltung" von seinen Ministern als „Prinz" behandelt werden. Die Verwandten des Präsidenten behandeln ihn sogar schon nach ihren napoleonischen Reminiscenzen als den „Kaiser". Der alte Jerome gefalle sich namentlich in Förmlichkeiten gegen seinen Neffen. O Wahnsinn kurzsichtiger Thoren! Während Ihr eine begrabene Glorie von den Todten auferwecken wollt, ist der Grund unter Euch unterwühlt, und im ersten günstigen Mo-

---

*) Wir halten einen Sieg der österreichischen Waffen in Ungarn für sehr wahrscheinlich. Die von Allen verlassenen Magyaren werden von den Oesterreichern erdrückt, Windischgrätz und seine Henker werden den stolzen und ritterlichen Stamm ausrotten, ausmorden. Aber wie wir nicht zweifeln, daß ihnen ein Rächer erstehen werde, so glauben wir auch, daß ihre Vernichtung nicht so leichten Kaufs vollbracht werden wird, als gewisse Blätter uns glauben machen möchten. Selbst die Frankf. O.-P.-A.-Z. vermuthet, daß der Feldzug in Ungarn sich wohl bis zum Frühjahr hinziehen könnte. Lächerlich sind die Gerüchte, welche die Reaktion in ihren Blättern über Kossuth aussprengen läßt. So hat der Korrespondent in seiner neuesten Nummer sich den Bären aufbinden lassen, der große ungarische Agitator und Diktator sey von einer Partei umgeben, die entschlossen sey ihn augenblicklich auszuliefern. Wer nur irgend eine Ahnung von dem Zauber hat, den eine eminente Persönlichkeit wie Kossuth, der ein ganzes Volk mit seiner begeisterten und begeisternden Rede leitet und zu Kampf und Tod anfeuert, auf seine Umgebung ausübt, der muß über eine so ungeschickte Lüge recht herzlich lachen. Kossuth mag als Opfer in diesem Kampfe fallen; aber Magyaren werden es nicht seyn, die ihn seinen Henkern ausliefern. Anm. d. Red.

ment bricht das ganze Gerüste Eures Flitterwesens sammt Euren Luftschlössern zusammen. Die Tage des Februar werden bald nahen!

Italien.

Rom, 20. Dez. Die provisorische Regierung (Giunta) ist proklamirt. Statt des Senators von Bologna Zuchini, der sich einzutreten weigerte, ist Galletti gewählt. Das Triumvirat Corsini-Camerata-Galletti erklärt, sich der Staatsleitung so lange annehmen zu wollen, bis eine Constituante des Kirchenstaats berufen seyn werde, welche dann über das weitere zu verfügen habe. Vom Papst ist keine Rede mehr. — Die Giunta beschloß die Ausweisung der Republikaner, und über 300 sollen bereits mit Garibaldi Rom verlassen haben.

Turin, 24. Dez. Die Deputirtenkammer hat mit 117 gegen 24 Stimmen beschlossen, die Stadt Venedig mit einem monatlichen Darlehen von 600,000 Frs. zu unterstützen. Es sind Abgeordnete des römischen Ministeriums hier eingetroffen, um bei der sardinischen Regierung die Bildung der italienischen Constituante zu betreiben.

Der politische Verein in Nürnberg als Vorort an die fränkischen Vereine für Volksfreiheit.

Die Pläne einer Partei in der sog. Nationalversammlung, welche Deutschland zerreißen will, um einen Friedrich Wilhelm von Hohenzollern auf den neu zu errichtenden deutschen Kaiser-Thron zu setzen, haben den politischen Verein veranlaßt, in einer Adresse an die Linke der Nationalversammlung eine Protestation gegen diesen Plan einzulegen, und er theilt diese Adresse den fränkischen Vereinen für Volksfreiheit mit der Aufforderung mit, sich derselben anzuschließen und den Beitritt zu derselben hieher anzuzeigen.

Deutsche Männer!

Wir sind es satt, nutzlose Adressen an eine Versammlung zu senden, die durch einen Wall von Bajonetten und durch Ströme des edelsten Blutes sich auf ewig von der Nation getrennt hat. Mit schweigender Trauer, ob auch mit Anerkennung, sehen wir seit Monaten Euch, die Männer des Volks, in fruchtlosem Kampf gegen Unverstand und Gemeinheit Euch verzehren. Euch zu versichern, daß nur Ihr, die Männer der Linken, das deutsche Volk vertretet, ist überflüssig; Ihr wißt es, daß die gebeugte Nation dieß fühlt und erkennt. Ebensowenig bedarf es für Euch der Aufmunterung, wir wissen, — und ein blutiges Märtyrerthum hat es erst kürzlich der Welt verkündet — daß Ihr bereit seyd, für Deutschland und für die Freiheit nicht bloß mit Worten, sondern auch mit dem Schwerte zu kämpfen. Doch in dem Augenblick, wo das Aeußerste der Schmach sich erfüllen soll, erscheint es als Pflicht, ein verwahrendes Wort durch Euch an jene Versammlung zu senden, welche sich fälschlich die Vertreterin des deutschen Volkes nennt. Man will das Gespenst eines deutschen Kaisers heraufbeschwören und glaubt bereits den Helden für diesen Fastnachtsspuck gefunden zu haben. Wir protestiren feierlich gegen jeden deutschen Kaiser und wir bitten Euch, kein Mittel unversucht zu lassen, damit der deutsche Name nicht vollends an das Kreuz der Lächerlichkeit geschlagen werde. Und wie wir gegen dieses „alte Fabelwesen" überhaupt protestiren, so verwahren wir uns insbesondere gegen das Kaiserthum Friedrich Wilhelms von Hohenzollern. Ein Mann, der, von der Großmuth seines Volkes verschont, nicht blos an diesem Volk, sondern an seinem eignen Wort zum Verräther geworden, ist ebenso unfähig, einen Eid zu leisten, als in Empfang zu nehmen. Nur die Gewalt könnte ihn dem deutschen Volke aufnöthigen. Kommt es dahin, so erwarten wir, daß Ihr uns zur Vertreibung der Gewalt, daß Ihr uns zu Thaten aufruft.

Anzeigen.

Erklärung.

Zur Berichtigung des Artikels: „Altdorf, den 22. Dezember" in Nro. 362 des Correspondenten von und für Deutschland, Abendausgabe, habe ich zu bemerken, daß ich mich, nachdem ich in dem Bürgerverein in Altdorf aufgefordert worden war, mich über die speciellen Rechte auszusprechen, deren Verwirklichung bei dem Landtage angestrebt werden soll, an das von den fünf politischen Vereinen in Nürnberg gemeinschaftlich erlassene Wahlprogramm anlehnte, und bloß von einer Beschränkung des Veto's der Krone, sowie von einer Beschränkung des Rechtes zur Auflösung der Kammer sprach. Herr Strauß nahm jedoch bei seiner Entgegnung die Begriffe Beschränkung und Aufhebung für gleichbedeutend; ob aus Begriffsverwirrung, oder aus Perfidie, dieß muß ich dahin gestellt seyn lassen. In jedem Falle war ich der Ansicht, daß es weder mein Beruf sein könne, einen Konfusionsrath zu belehren, noch mit einem perfiden Menschen mich herumzustreiten. — Was die Haltung der Versammlung betrifft, so war sie eine durchaus würdige. Wenn der Einsender davon spricht, daß man Hrn. Strauß das Recht der Fäuste habe fühlen lassen wollen, so werden Altdorf's Bürger eine solche Verdächtigung mit gebührender Verachtung von sich weisen.

Nürnberg, den 27. Dez. 1848.

Heinrich Tröger,
Landtags-Abgeordneter.

Demokratischer Verein in Schwabach.

Versammlung den 31. Dezember, Abends 8 Uhr, im Gasthaus zum grünen Baum.

Der Ausschuß.

Volksthümlicher Verein zu Steinbühl.

Montag, den 1. Januar Versammlung, wozu auch Mitglieder der benachbarten Vereine höflichst eingeladen werden.

Großer Demokraten-Ball.

Sonntag den 7. Januar 1849 veranstaltet Unterzeichneter im Saale des Bamberger Hofes einen Ball, wozu die Herren Mitglieder des Politischen Vereins und der Vereine für Volksfreiheit hiemit höflichst eingeladen werden. Listen zu Namensunterschriften liegen in S. Nr. 39 in Gasthof zum König Otto und in L. Nr. 469 der Breitengasse auf, auch werden in obgenannten Plätzen die Karten abgegeben.

J. N. Lange,
Lehrer der Tanzkunst

*) Obige Annonce wurde vom Hrn. Tanzlehrer Lange schon verflossenen Montag abgeliefert, blieb aber aus Versehen liegen, was hiemit berichtigt die Expedition.

Die in unserer Druckerei durch Aufstellung einer Schnellpresse nöthig gewordenen Veränderungen haben gestern und vorgestern die Verspätung der Ausgabe des Blattes verschuldet. Wir bitten unsere Leser um Nachsicht und bemerken zugleich, daß vom 1. Januar an die Ausgabe für hier regelmäßig schon um halb 3 Uhr Nachmittags erfolgt.

Für Fürth und die nächste Umgebung nimmt Hr. Fr. Heberlein, Schwabacherstraße, Abonnenten auf den freien Staatsbürger an und kann bei ihm monatlich, wie vierteljährlich abonnirt werden. Die, welche sogleich abonniren, erhalten die laufenden Nummern bis zum 1. Januar unentgeltlich.

Für Bamberg und die nächste Umgegend nimmt Herr Schneidermeister Schüttinger daselbst monatliche Abonnements jederzeit an.

Die Expedition.

Gedruckt — unter Verantwortlichkeit der Verleger — bei J. L. Stich.
Expedition S. 39 im Gasthof zum König Otto II. Etage.

Der freie Staatsbürger.

Erscheint täglich. Preis in ganz Bayern vierteljährlich 1 Fl. 30 Kr. halbjährlich 3 Fl., jährlich 6 Fl.

Organ der Demokratie.

Inserate werden die zweispaltige Petitzeile zu 4 1/2 Kr. berechnet. Die Abonnenten haben für die Hälfte des Abonnementpreises Inserate frei

Nr. 89. Nürnberg, Sonntag, den 31. Dezember **1848.**

Der freie Staatsburger, Organ der Demokratie, wird auch im nächsten Jahre forterscheinen. Unter Bezugnahme auf die ausführliche Ankündigung in Nr. 68, 70, 71 laden wir zu recht zahlreichem Abonnement ein. Der Preis des Blattes ist jährlich 6 fl., halbjährlich 3 fl., vierteljährlich 1 fl. 30 kr., und kann daselbe im ganzen Umfang des Königreichs Bayern durch die Postämter um diesen Preis bezogen werden. Wir bemerken ausdrücklich, daß die Postämter von jetzt an jederzeit vierteljährige Abonnements anzunehmen verpflichtet sind. Für Nürnberg und die nächste Umgebung abonnirt man bei der Expedition Winklerstraße S. 39 König Otto II. Etage, und werden daselbst auch Monatsabonnements á 30 kr. angenommen.

Die deutsche Demokratie.

(Schluß.) Im offenen Felde geschlagen, zog sich die Demokratie in die Vereine und auf das Gebiet der friedlichen und gesetzlichen Agitation zurück. Das Vereinswesen wurde durch ganz Deutschland organisirt, und in wenigen Wochen waren kaum noch einige Städte in den dunkelsten Punkten Deutschlands, in denen die Demokratie nicht irgend einen Ableger gepflanzt hätte. Vorzugsweise war es das Proletariat, der unverwüstliche Theil des Volkes, für Ideen empfänglich, zu Opfern jeder Art bereit, bei jeder revolutionaren Bewegung unentbehrlich, was den Vereinen sich anschloß, dürstend nach Bildung, die man ihm im Interesse der Klasse, die es bisher ausgebeutet, lange versagt, getrieben auch von der gerechten Begierde, seine materielle, wie seine geistige Lage zu verbessern. Die kleine Bourgeoisie, obwohl durch die Geldmänner, wenn sie ihre Ausbeutung fortsetzen dürfen, dem sichern Untergang geweiht und deßhalb vorzugsweise berufen, sich den neuen Ideen anzuschließen, ging nur langsam und träge an's Werk; sie ließ sich drängen und treiben, man mußte sie mitschleppen, wenn sie nicht entschieden sich abwandte. Die höhere Bourgeoisie, entschieden reaktionär, erklärte sich mehr oder weniger unbedingt für das Königthum.

Im Juni wurde der erste Kongreß der deutschen Demokratie in Frankfurt abgehalten. In der klaren Erkenntniß dessen, was die politischen und die sozialen Zustände Deutschlands und Europas verlangen, erklärte man sich hier einmüthig für die demokratische Republik als die einzige in Deutschland noch haltbare Verfassung. Noch war damals in Frankreich die Kontrerevolution nicht siegreich, noch hoffte man in Deutschland auf eine der Sache der Demokratie günstige Wendung der Dinge; ja selbst die Hoffnung auf das Parlament gab man noch nicht ganz auf. Wenige Tage darauf beschloß die Frankfurter Nationalversammlung, unter dem Eindruck der Nachricht von der Pariser Junischlächterei, die Einsetzung eines unverantwortlichen Reichsverwesers und an den Pforten der Paulskirche hörte ich Frankfurter Bourgeois und Bundestags-Gesandte jubeln: „Bald werden auch die Franzosen wieder einen Herrn haben."

In der Einsetzung des Reichsverwesers begrüßte die reaktionäre Partei voll Befriedigung einen Sieg des monarchischen Prinzips in Deutschland auf ewige Zeiten; der Schlund der Revolution schien geschlossen. Die Demokraten konnten über die kurzsichtigen Thoren lachen, und die traurige Rolle der antichambrirenden Reichsgesandten in Paris und London, die Weigerung der deutschen Regierungen, ihren Truppen die Huldigung für den deutschen Reichsverweser, den Repräsentanten der deutschen Scheineinheit, zu gestatten, lieferte die volle Bestätigung dafür, daß man mit deutschen Fürsten keine deutsche Einheit gründet. Aber sie konnten sich auch nicht mehr verbergen, daß noch viel der Leiden und der Schmach dem deutschen Volke vorbehalten seyn könnte, bevor es sich mit neuer Kraft seine Einheit erringe. Dennoch folgte man den Verhandlungen der Nationalversammlung, die doch immer eine, wenn auch nur ideelle deutsche Einheit vertrat, mit Interesse. Man hoffte, sie müsse endlich an dem Punkte ankommen, wo sie sich zu entscheiden habe, ob sie ganz zur alten Wirthschaft zurücklenken, oder zu neuen Geschicken vorangehen wolle. Dieser Punkt trat mit der dänischen Waffenstillstandsfrage ein. Ein Strom heiliger Begeisterung ging durch die deutschen Lande, als am 5. Sept. in den Räumen der Paulskirche ein Beschluß gefaßt wurde, der des deutschen Namen wurdig war. Endlich, rief man, endlich! und alle Gegner des Parlaments waren einen Augenblick mit ihm versöhnt. Nie war seit dem Vorparlament ein Moment eingetreten, der für die Schaffung einer wahren deutschen Einheit günstiger gewesen wäre. In Preußen der Beschluß vom 7. Sept., dessen folgenschwere Bedeutung, wenn er benützt worden wäre, von Hansemann in seiner Rede dagegen nicht übertrieben wurde. Die Demokratie in ganz Preußen war bereit, eine Regierung zu verleugnen, welche das Interesse Deutschlands willig dem dynastischen Interesse geopfert hatte. Vergebliche Hoffnung! Es kam der 16. Sept., und mit ihm ging der letzte Rest von Vertrauen auf das deutsche Parlament zu Grabe. Allzu einmüthig hatte das Volk seinen Willen ausgesprochen; die Verachtung dieses Willens, die Verleugnung seines eignen frühern Beschlusses trennte das Parlament auf immer von dem Volke. Was Wunder, daß das Uebermaß der Entrüstung sich in Thaten Luft machte, daß todesmuthige Männer zur Waffe griffe, um, mit jenem Barrikadenkämpfer zu reden, ein Parlament zu machen, welches Ehre im Leib hätte! Was konnte aber auch unsern deutschen Reichsministern, die sich von ihren Brodherrn die Aufgabe hatten zuweisen lassen, die deutsche Revolution zu unterdrücken, das Volk um seine Rechte zu prellen, erwünschter seyn? Die deutschen Minister und Höflinge waren immer gelehrig gewesen in der Nachahmung des Auslandes. Das Beispiel des Junischlächters war für sie kein verlornes. Hr. Schmerling geizte nach dem Ruhme eines deutschen Cavaignac. Man ließ die Emeute gemüthlich anwachsen, um sich in Blut zu baden, um durch Blut das Parlament mit der Erniedrigung Deutschlands unauflöslich zusammenzukitten. Der teuflische Plan gelang vollständig, und mit einem seit den Merztagen unerhörten Fanatismus donnerte der Chorus der deutschen reaktionären Journale gegen die Demokratie, gegen das Volk. Das Parlament warf, hinter Bajonetten verschanzt, jede Maske ab. Keine Errungenschaft des Merz war ihm heilig. Um die „Anarchie" zu unterdrücken, unterstützte es unbedingt ein Ministerium, das sich nicht scheute, die Einzelregierungen mit ihren dem alten System angehörigen Beamten noch ausdrücklich zur Ueberwachung der Preßfreiheit aufzufordern. Doch seltsam! Jeder Sieg der Reaktion wurde zur moralischen Schlappe fur sie; jede Niederlage der Demokratie für diese zum moralischen Sieg. Konnte das Parlament etwa durch seine

Dekrete beweisen, daß es „Ehre im Leibe" habe? Eine Versammlung, welche zu ihrem Schutze ein drakonisches Gesetz geben mußte, um die lauten Ausbrüche der öffentlichen Verachtung von sich abzuwenden, war moralisch todt. Seit dem 16. Sept. repräsentirt die Nationalversammlung nur noch die verschiedenen dynastischen Interessen Deutschlands, sie hat aufgehört, Volksvertretung zu seyn, ja sie ist noch unter den Bundestag herabgesunken.

In Frankfurt war die bewaffnete Demokratie den Kartätschen erlegen; in Wien siegte sie am 6. Okt. Alle Freunde der Freiheit jubelten. Es galt hier nicht blos die Freiheit, es galt Deutschland. Wien mußte Sieger bleiben, oder Oesterreich mit 16 Millionen Deutschen war dem Slaventhum preisgegeben. Das Parlament, heimlich mit den Slaven einverstanden, als den Wiederherstellern der Ordnung und Ruhe, sandte zum Schein Reichskommissäre nach Wien, um die deutschen Interessen zu wahren. Sie erndteten, was das Parlament durch seine Bedientenhaftigkeit verdient hatte: Fußtritte, die ihnen Windischgrätz gab. Wien fiel nach einem heldenmüthigen Kampfe; ein Bollwerk der deutschen Demokratie ging verloren, aber auch eine deutsche Stadt, ein deutsches Land ging mit ihm verloren. Und um dem deutschen Parlamente, um dem in ihm vertretenen Deutschland seine volle Verachtung auszudrücken, mordete man Robert Blum, den deutschen Volksvertreter. Die Demokratie in Wien verfiel dem Standrecht; aber wer mag bestreiten, daß die blutige Katastrophe in Wien die moralische Niederlage des Parlaments in Deutschland noch vervollständigte?

Noch ein Mittelpunkt der deutschen Demokratie war übrig geblieben: Berlin. Hier war in den letzten Tagen des Oktobers, unter dem Eindruck der wechselnden Nachrichten von Wien, der zweite Congreß der deutschen Demokraten versammelt. Man hat viel über die Zerfahrenheit und Erfolglosigkeit dieses Congresses gespöttelt. Wenn man diesen Congreß richtig beurtheilen will, so darf man nicht vergessen, welche außerordentliche Spannung die Gemüther gefangen halten mußte, wie gewaltig man die Nähe einer Krisis fühlte. Der Congreß, versammelt, um die Organisation der Partei und dadurch die Möglichkeit der Fortsetzung einer friedlichen u. gesetzlichen Agitation zu Stand zu bringen, sah Ereignisse hereinstürmen, welche offenbar zu Thaten drängten. Die zu Berathungen nothwendige Ruhe war unter diesen Umständen eine Unmöglichkeit. Die kurz zugemessene Zeit neben der von jugendlich-eitlen Menschen entwickelten Redseligkeit, der Mangel an einer feststehenden Geschäftsordnung, der Mangel endlich an einem imponirenden Präsidenten, wie ihn der erste Congreß hatte, erklären ebenfalls viel. Es ist ferner zu erwägen, daß der Mangel an Fähigkeit zur Bildung geschlossener Parteien, die Rechthaberei, der Hang zur Geltendmachung der eigenen Ansicht nicht sowohl den deutschen Demokraten zur Last fällt als dem deutschen Charakter. Wir, die wir zur Republik unfähig seyn sollen, sind von Natur so gründliche Republikaner, daß man wünschen muß, wir möchten uns einmal an jenes praktische monarchisch-einheitliche Handeln gewöhnen, durch welches die Franzosen ihre Pläne besser als wir durchführen. Endlich aber soll keineswegs verheimlicht werden, daß in der demokratischen Partei viele Mitglieder sind, die ihr nicht zur Ehre gereichen, die nur von Eitelkeit getrieben sind und nur ihre Persönlichkeit durch die Partei heben wollen. Niemand kann dieß bereitwilliger zugestehen als wir. Nur erkennen wir die Folgerungen nicht an, die man daraus auf die Sache machen möchte. Im Gegentheil scheint uns gerade dies die innere Kraft und Wahrheit der Demokratie am schlagendsten zu beweisen, daß selbst die vielen leeren und nichtigen Persönlichkeiten, die nicht bloß ihrer Fahne folgen, sondern sich sogar an die Spitze drängen, ihr keinen wesentlichen Nachtheil zuzufügen vermögen. Die fortschreitende Bildung des Volkes wird die Spreu vom Waizen unterscheiden lehren. Es ist indessen nicht wahr, daß der Congreß der deutschen Demokraten erfolglos war. Die Ereignisse, welche ihm folgten, haben die öffentliche Besprechung seiner Resultate verdrängt. Das Werk der Organisation wurde auf dem Congreß vollständig beschlossen, und die Mitglieder des neuen Centralausschusses, d'Ester, Reichenbach und Hexamer verdienen nach Gesinnung und Tüchtigkeit das Vertrauen aller deutschen Demokraten. Dieß ist indessen nur ein Erfolg des Congresses. Ein anderer nicht minder bedeutender ist die persönliche Berührung, in welche die Vertreter aller deutschen Provinzen hier mit einander kamen, die Berichte, welche über den Stand der Demokratie in allen deutschen Provinzen hier erstattet wurden; und bei allen Verschiedenheiten, die so oft nur die Form betrafen, fühlte man recht innig und deutlich, wie eine Sache doch Alle vereinige, wie in dieser Sache Nord- und Süddeutschland ganz einig gehe. Es war endlich für die aus dem Süden kommenden Abgeordneten ein unermeßlicher Vortheil, die norddeutsche und vorzugsweise die Berliner demokratische Bewegung aus eigener Anschauung kennen zu lernen, denn das ist unbestreitbar, das fühlt man in ganz Deutschland insbesondere jetzt seit dem Belagerungszustand Berlins, daß eine große Stadt den Mittelpunkt der deutschen Bewegung bilden muß, und daß Berlin dieser Mittelpunkt für Deutschland ist. Auch jetzt noch, nachdem der passive Widerstand in Berlin sich lächerlich gemacht, ist nicht zu zweifeln, daß Berlin für Deutschland entscheiden, daß das Berliner Volk die Scharte auswetzen wird — sofern nämlich überhaupt Deutschland aus sich selbst etwas wird. Daß im November in Berlin die Sache versäumt wurde, kann den nicht wundern, welcher die Berliner Demokratie kennen lernte. Die Unfähigkeit, Feigheit und Feilheit der meisten Berliner sog. Volksführer konnte Niemand entgehen. Diejenigen, welche ihre Zeit nicht in Berlin verloren hatten, mußten die Stadt im November mit der Ueberzeugung verlassen, daß nur im Anschluß an die preußische Nationalversammlung eine Fortbewegung der preußischen Revolution denkbar. Der Conflikt zwischen Krone und Versammlung erfolgte, das Volk bewahrte sich in den ersten Tagen, aber in dem Augenblick, wo der Uebergang vom passiven zum aktiven Widerstand erfolgen sollte, fehlten ihm die Führer, und auch in Berlin, auch in Preußen ging der Sieg der Demokratie für den Augenblick verloren.

So ist jetzt durch ganz Deutschland die Demokratie durch Bajonette und Standrecht gleichsam bewacht und gefangen gehalten. Wo sie aber noch in der Presse, in Vereinen sich geltend machen kann, seht Ihr sie gebeugt, muthlos, verzweifelnd? Seht Ihr sie resigniren, das Schlachtfeld räumen? Nimmermehr! Sie kämpft, wo sie ein Feld zum Kämpfen hat, und wo sie kämpft, siegt sie. Denn überall sind ihre Prinzipien und Forderungen in das Volk gedrungen, überall verlangt man, was der demokratische Congreß aufgestellt hat, Anerkennung des Volkes als der alleinigen Quelle aller Gewalten im Staate, direkte Wahlen ohne allen Census, Verpflichtung der Abgeordneten zur Niederlegung ihrer Mandate auf Verlangen, unentgeltliche Aufhebung der Feudallasten u. s. w., und selbst in den finstersten Punkten Deutschlands, in jenem Altbayern, wo der politische Sinn noch auf dem Gefrierpunkte steht, thut sich in der vorzugsweisen Wahl von Bauern und Handwerkern in die Abgeordnetenkammer eine demokratische Ader kund.

Und was bei allem Unglück, unter allen Gewaltthaten der deutschen Demokratie eine, wenn auch traurige Genugthuung zu gewähren vermag, das ist die Rathlosigkeit der Frankfurter Hofräthe, welche die Zukunft Deutschlands feststellen sollten, und die nun dahin gekommen sind, daß die Frage der Einheit eine Frage der Dynastien geworden ist. Vom Volke desavouirt und auf immer getrennt, sind sie zu Lakaien der Dynastien herabgesunken; sie suchen sich Judasgroschen zu erhaschen durch den Verrath des deutschen Vaterlandes an die Dynastieen. Bekanntlich aber ist die deutsche Einheit gerade deshalb nie etwas geworden, weil die Dynastieen nie darüber einig wurden. So wird es auch diesmal gehen. Die deutsche Demokratie schaut dem ehrlosen Treiben zu; sie wartet. Ihre Stunde muß schlagen. Einstweilen hat sie die Gewißheit, daß es unmöglich ist, nur im Geringsten etwas Dauerndes in Deutschland zu Stand zu bringen, ohne sich auf sie zu stützen. Mag sie gerufen werden, von wem es sei, sie wird dann ihren Vortheil zu benutzen wissen.

Gustav Diezel.

Vereinigte Staaten von Deutschland.

* Nürnberg, 30. Dez. Wir haben einen Irrthum zu berichtigen, zu welchem wir durch einen Bericht in der Frankfurter Oberpostamtszeitung veranlaßt wurden. Hier war Hr. Kraft

als für den bekannten Gombart'schen Antrag stimmend aufgeführt und diesem Bericht waren wir in Nr. 83. unseres Blattes gefolgt. Die O.-P.-A.-Z. hatte Unrecht. Hr. Kraft hat bei der namentlichen Abstimmung nicht für, sondern gegen den Gombart'schen Antrag gestimmt. Wir würden unsern Irrthum schon früher redressirt haben, aber so eben erst kommen wir, trotz mehrfacher Bestellung, in den Besitz der stenographischen Berichte vom 21. Dezember.

München, 28. Dez. Außer Beisler für das Innere, Edel für Cultus und Unterricht spricht man jetzt auch von Kirchgeßner.

* München, 28. Dez. Die heute erschienene Nr. 70 des Regierungsblatt. veröffentlicht die nachstehenden vier Reichsgesetze, als: 1) die Verkündigung der Reichsgesetze und der Verfügungen der provisorischen Centralgewalt; 2) das Verfahren im Falle gerichtlicher Anklagen gegen Mitglieder der verfassunggebenden Reichsversammlung; dann 3) Gesetz zum Schutze der verfassunggebenden Reichsversammlung und der Beamten der provisorischen Centralgewalt, und 4) Gesetz, betreffend die Einführung einer deutschen Kriegs- und Handelsflagge.

München, 28. Dez. Der monarchisch-konstitutionelle Verein wird in einer Adresse an den König um Beschränkung des Vereinigungsrechts und der Preßfreiheit bitten.

Die deutsche Zeitung läßt sich aus Potsdam schreiben: Feldmarschall Prinz Karl war hier im Namen des bayerischen Hofes — die bayerische Ansicht ist Tyrol und Oesterreich sehr zugethan — folglich begehrte Bayern natürlich eine österreich-preußisch-bayerische Trias, oder ein bayerisches Tyrol oder so etwas? Mit nichten. Es verlangte die Weglassung Oesterreichs aus dem Reiche. — Ich wiederhole es, Oesterreich sollte weggelassen werden — die Großmächte Preußen und Bayern sollten jedes Eine Stimme im obersten Reichskollegio haben, und die übrigen Fürsten unter sich einen Dritten wählen, um die ächt germanische Dreitracht voll zu machen. Ein Fortschrit, wie Sie sehen, von der deutschen Zwietracht — aber noch mehr von der ganz undeutschen Einheit. Die Briefe waren sehr schön gefaßt — jene 95,000 Mann, welche vorsorglich zum Schutze der bayerischen Konfession aufgestellt worden waren — die mächtige Abrundung des bayerischen Staates — die deutsche Gesinnung — Alles dieses war aufgezählt, und anderes mehr, was ich nicht wiedergeben mag. Doch Preußen ist reich an negativen Tugenden — es war standhaft — es verweigerte seine Zustimmung zur vorgeschlagenen Trias. Feldmarschall Prinz Karl kehrte unverrichteter Sache nach München zurück — bald waren die neuen Instruktionen fertig, und noch süßerer Weihrauch als vordem an die Havel, wanderte jetzt in der Person des Freiherrn von Closen nach Olmütz. Die bayerische Ansicht verlangt heute nicht mehr eigenen Sitz und eigene Stimme in der germanischen Dreitracht, sie begnügt sich mit dem Vorschlagsrechte von Kandidaten für den dritten Posten. Und dieses ist die münchener Anwendung des wälschen Sprichwortes: Le mieux est l'ennemi du bien! (Das Bessere ist der Feind des Guten.)

Frankfurt, 28. Dez. Außer einigen Antworten auf Interpellationen kam in der heutigen Sitzung nichts vor. Reichskriegsminister Peucker erklärte, daß man auf die Verminderung der Reichstruppen in Schwarzburg Rudolstadt bedacht sey; in Sigmaringen liegen nur noch zwei Compagnien, diese seyen aber noch nothwendig. Die Hrn. Hönninger und Würth, welche die Interpellationen gestellt hatten, erklärten sich mit dieser Antwort nicht zufrieden gestellt.

Wien, 26. Dez. Schmerling hat sein Mandat zum österreichischen Reichstag zurückgegeben, weil er als Bevollmächtigter der österreichischen Regierung nach Frankfurt zurückkehrt.

Wien. * Bekanntlich haben dir reaktionären Blätter viel zu erzählen gewußt von dem ungarischen Gelde, durch welches allein die Wiener Oktoberrevolution bewirkt worden seyn sollte und namentlich den Magyaren Franz Pulszky als denjenigen genannt, der die Summen unter Arbeiter und Soldaten ausgetheilt haben soll. In einem Brief aus Pesth vom 12. Dez. erklärt Pulszky diese Angaben als unwahr, und versichert, daß er mit den Leitern des demokratischen Klubs und der Aula nicht in der geringsten Verbindung gestanden sey.

Prag, 25. Dez. Bei dem letzten Ausrücken der National-Garde ereignete sich eine Scene, die ich lieber verschweigen würde, wenn es nicht Pflicht eines Referenten wäre, Alles zu berichten. Von den sechs Bataillonen Nationalgarde haben fünf das czechische, ein einziges das deutsche Kommando gewählt. Der Major dieses Bataillons kommandirte nur beim letzten Ausrücken in deutscher Sprache, da verlangten zwei Kompagnien dieses Bataillons auf eine empörend rohend Weise, czechisch kommandirt zu werden. Der Major mußte nachgeben, um keine scandalöse Scene herbeizuführen. Nach der Parade legten der Major und die meisten Offiziere ihre Stellen nieder, das Bataillon ist ganz aufgelöst und wieder ein neuer Grund der Erbitterung zwischen der Bevölkerung vorhanden. Zur Ehre der czechischen Bevölkerung muß ich erwähnen, daß dieses rohe Benehmen von der Mehrzahl entschieden gemißbilligt wurde. — Wie ich höre, soll ein Ministerialerlaß das deutsche Kommando in der Nationalgarde als integrirenden Bestandtheil der Armee angeordnet haben, doch kann ich Letzteres nicht verbürgen. (D. allg. Z.)

Berlin, 26. Dez. Aus guter Quelle geht uns die Nachricht zu, daß die Aufhebung des Belagerungszustandes mit ziemlicher Sicherheit auf den 5. Januar zu erwarten steht. Man versichert, daß gegen die längere Dauer eines durch die dermalige Lage der Hauptstadt keineswegs gerechtfertigten Zwangszustandes sich Stimmen bei dem Ministerium und selbst immediat bei der Person des Königs ausgesprochen hätten, von welchen ein Dissens mit Maßregeln des Gouvernements nicht zu erwarten war. Namentlich sollen achtbare Mitglieder der unbedingt ministeriellen Fraktion der aufgelösten Nationalversammlung ernstlichst Verwahrung eingelegt haben. Von derselben Seite her soll eine entschiedene Mißbilligung gegen die jüngsten politischen Kundgebungen hoher Gerichtshöfe eingelaufen seyn, die sich gleichzeitig gegen den vom Justizminister an die Justizbehörden gerichteten Erlaß richtet.

DC Berlin, 27. Dez. Wie weit die truthahnartige Wuth unserer Behörden gegen die rothe Farbe geht, und wie tief wir, seit den sieben Wochen der Herrschaft des Ministeriums Manteuffel in das alte System der Bevormundung hinein gerathen sind, davon mag folgende Thatsache Zeugniß abgeben. Die unter der Leitung des Ministeriums für Handel und Gewerbe stehenden Arbeiter haben den Befehl erhalten, falls sie noch ferner Beschäftigung von Seiten des Staats haben wollten, alle ihre rothen Fahnen an das Ministerium abzuliefern. Die Arbeiter, denen man so das Messer an die Kehle setzte, mußten sich natürlich fügen und lieferten ihre Fahnen ab, von denen die meisten gar nicht als Symbol der Republik gelten konnten, da sie, wenn auch auf rothem Grund, doch Abzeichen und Inschriften trugen, welche aller politischen Natur meist entbehrten.*) Wir sind übrigens bei Mittheilung dieser Nachricht darauf gefaßt, daß Se. Mucker-Excellenz von der Heidt sie ebenfalls wieder für unwahr erklären wird, weil sie ihm und seiner Partei ebenso unbequem ist, als die letzthin von uns gemachte Mittheilung betreffs der (übrigens schon vor dem Eintritt der Elberfelder Excellenz stattgehabten) Versetzung zweier demokratischen Beamten des Handelsministeriums nach Posen. Wir können aber positiv versichern, daß unsere gegenwärtige Mittheilung ebenso vollkommen wahr ist als jene erste. Den Werth offizieller Berichtigungen kennt ja das Publikum. — Der bekannte Statistiker Freiherr von Reden genoß seit längerer Zeit eine durch die Vermittlung Alexanders von Humboldts ihm verschaffte Sinecure mit 2000 Rthlr. Einkommen im Ministerium des Auswärtigen. Derselbe ist jedoch seit einiger Zeit zur Disposition gestellt worden und zwar, weil er den nicht genug zu büßenden Fehler begangen hatte, in dem Conflikt zwischen Nationalversammlung und Krone durch Unterzeichnung einer von preußischen

---

*) Diese Scheu vor Allem, was man als Abzeichen der Republik, oder der „rothen Republik", dieses Wauwau für die politischen Kinder, anzusehen sich gewöhnt hat, ist kostbar und verräth eine unbeschreibliche Schwäche. Die an die großen Bärte der bayerischen Offiziere angelegte Censurscheere ist auch nichts anderes als ein Zeichen dieser Schwäche. In Beziehung auf diese erfahren wir aus der neuesten Nummer der A. A. Z., daß nur ein vom Feldmarschall Prinzen Karl ausgesprochener Wunsch vorliege, die Offiziere möchten nicht übermäßig große, fast das ganze Gesicht verdeckende Bärte tragen, wie man sie namentlich an den aus den Cantonirungen heimkehrenden Offizieren häufig gesehen. Von einem Befehl sey keine Rede gewesen. Wunsch oder Befehl, die Schwäche bleibt die gleiche. Jede rothe Fahne, jeder große Bart erinnert die Herren an die Republik, und daran wollen sie nicht erinnert seyn. Von ihren loyalen Offizieren haben sie ja nicht das Mindeste zu besorgen, allein sie denken mit Mephistopheles:

Ich weiß es wohl, es ist ein Vorurtheil,
Allein es ist mir 'mal zuwider.

Anmerk. d. Red.

Abgeordneten in Frankfurt ausgegangenen Adresse, Partei für die volksthümliche Seite zu nehmen. So wüthet die Regierung in ihrem eigenen Fleische, denn Reden ist bekanntlich einer der enragirtesten Rechten der Paulskirche. Von dem Abgeordneten Jakoby sind hier Briefe eingetroffen des Inhalts, man solle sich hier keine Mühe betreffs seiner Candidatur für die Kammer geben, da seine Erwählung in Königsberg ganz sicher sey. — In der Decker'schen Geheimen Ober-Hofbuchdruckerei werden jetzt nur noch Arbeiter von bewährter reaktionärer Gesinnung beschäftigt. Alle demokratisch Gesinnte sind nach und nach ausgemärzt worden.

Köln, 25. Dez. Die hiesigen Proletarier sind höchst gutmüthige Leute. Sie baten, was sie gar nicht nöthig hatten, den Polizeidirektor Geiger um Erlaubniß, ihren lang mißhandelten, jetzt freigesprochenen Freunden einen Fackelzug zu bringen. Hr. Geiger erklärte, er müsse vorher mit dem Stadtkommandanten sprechen, und verbot später den Fackelzug. Die Arbeiter gingen in überschwenglicher Gutmüthigkeit zum Stadtkommandanten und dieser gab ihnen einen Bescheid, der mehr werth ist, als alle Reden der Linken, einen Bescheid, der mehr wühlen wird als hundert demokratische Vereine, der es verdient als ungeschminkter Ausdruck preußischen Paschathums in Marmor aufbewahrt zu werden; er lautet: „Wenn diese Männer auch gestern freigesprochen sind, so können sie, nachdem sie als strafwürdig von den Behörden verhaftet waren, deshalb nicht als unschuldig betrachtet werden, und ich werde nie die Erlaubniß zu einer Ehrenbezeugung für dieselben geben."

Ungarn.

Ein 5tes Armeebülletin besagt, daß Windischgrätz sein Hauptquartier nach St. Miklos bei Hochstraß vorgeschoben, daß die Vorposten eine halbe Stunde vor Raab stehen, daß die Truppen überall freundlich empfangen werden, daß Horvath in Kapuvar einrücke, daß Althann über Güns nach Stein am Anger vorrücke. Das Kriegsbülletin ist sehr erbost, daß die Magyaren bei ihrem Rückzug die Kassen leeren. Suplicac, der Woywode von Serbien, habe die Insurgenten bei Werschetz auf's Haupt geschlagen, „nachdem selbe schon früher einige errungene Vortheile aufgeben mußten, indem von Temeswar her eine Colonne unter Oberst Blomberg in ihren Rücken angegriffen hat." In den Karpaten, heißt es ferner, hat die rauhe Jahreszeit die Verbindungen sehr erschwert. Ein Theil der Insurgenten habe sich etwas zurückgezogen, weil Simonich das obere Wagthal bedrohe. Dieser stehe vor der kleinen Festung Leopoldstadt, um sie zu beschießen.

Anzeigen.

Für Fürth und die nächste Umgebung nimmt Hr. Fr. Heberlein, Schwabacherstraße, Abonnenten auf den freien Staatsbürger an und kann bei ihm monatlich, wie vierteljährlich abonnirt werden. Die, welche sogleich abonniren, erhalten die laufenden Nummern bis zum 1. Januar unentgeltlich.

Für Bamberg und die nächste Umgegend nimmt Herr Schneidermeister Schüttinger daselbst monatliche Abonnements jederzeit an.

Die Expedition.

Gedruckt — unter Verantwortlichkeit der Verleger — bei J. L. Stich.
Expedition S. 39 im Gasthof zum König Otto II. Etage.